

Jahrbuch des Deutschen Rechtes.

In Verbindung mit

Dr. A. Brückmann,
Rechtsanwalt am Kammergericht,

und

Dr. Th. Olghausen,
Landrichter in Potsdam,

herausgegeben von

Dr. Hugo Kenmann,
Justizrat, Rechtsanwalt am Kammergericht und Notar.

Register

zu den Jahrgängen 1—7

unter Mitwirkung des

II. Staatsanwalts **Eduard Eckert** in München

bearbeitet von

Friedrich Hoepfel,
stellv. Landgerichtsdirektor in Nürnberg.



Felix Joseph Klein

Rechtsanwalt

Bonn a. Rh.

Berlin, 1910.

Verlag von **Franz Vahlen.**

W 9, Linienstraße 16

MÜNCHEN, GEBURTSSTRASSE 3

Postamt Kaiserl. Postamt

19955. Register 1-7

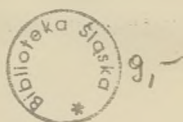
II

R. Hellmann Freiburg i Br.

22. IX. 32.

X-65262
19955 II

Register zu 1-7 Bd.



Die Bearbeitung des Sachenrechts (§§ 854—1296 BGB.), der Grundbuchordnung und des Zwangsversteigerungsgesetzes erfolgte durch Staatsanwalt Eckert; die übrigen Materien wurden von Direktor Hoepfel bearbeitet. Die mehrfach hinter der Seitenzahl in Klammern beigefügte Ziffer deutet an, daß auf der angegebenen Seite sich mehrere Entscheidungen zu dem fraglichen Rechtsatz befinden.

Aberglaube, Nichtberücksichtigung eines bestehenden A. kein Verschulden 2 1, 190.

Abfindungsrente s. Renten. — im preuß. Grundstücks = Zusammenlegungsverfahren 2 1, 27, 29. — A. als „Recht im Sinne des § 96 BGB.“ 2 1, 33. — Fortzahlung e. vor 1873 für Aufhebung e. Wahlzwanges versprochenen A. 4 919.

Abgabe s. Stempelabgabe.

Abhalten vom Bieten bei öffentl. Versteigerungen 1 1, 82; 4 42, 43; 5 40 (vgl. pacta de non licitando, gute Sitten).

Abladung, Unmöglichkeit rechtzeitiger A. überseifischer Ware 1 1, 186.

Ablehnung von Beweisanzträgen s. Beweisanzträge.

Ablehnung d. Gerichtspersonen s. Ausschließung. — Anwendung der §§ 41 ff. Z.P.D. bei Konkurs 3 2, 270.

Gründe: objektiv geeignete Gründe müssen es sein 5 753; 6 750. — Teilnahme an dem Erlaß eines dieselbe Frage betreffenden Erkenntnisses 1 3, 27; 6 750. — weil der Schiedsrichter Zmungsgenosse des Gegners ist 1 3, 27. — Äußerung des Richters, er halte die Partei für zahlungsunfähig 1 3, 27. — über seine Rechtsansicht 5 753. — Nervenkrankheit des Richters 4 670. — Ablehnung eines Augenscheins wegen privater Information 5 753. — nicht ernst gemeintes Ablehnungsgesuch 3 2, 353; 7 736. — Ablehnung eines ganzen Gerichts, sämtlicher Mitglieder eines Gerichts 1 3, 27; 3 2, 353.

Verfahren: Recht d. Gerichts, über ein nur zur Verschleppung vorgebrachtes Gesuch selbst zu entscheiden u. ohne Rücksicht auf e. Beschwerde das Urteil zu fällen 7 736. — Beschlußunfähigkeit des Gerichts über das Gesuch: Zuziehung von Hilfsrichtern 1 3, 27. — kein persönliches Ablehnungsrecht des Prozeßbevollmächtigten 6 751. — Ablehnung im Verfahren z. Berichtigung des Tatbestandes 7 736. — Ablehnung nach Einlassung auf d. Verhandlung trotz Kenntnis d. Ablehnungsgrundes 6 751. — verpatete Ablehnung, nach Antrag auf Anberaumung eines andern Verhandlungstermins 3 2, 353. — ist eine bei Eingang des Gesuchs bereits

vorliegende gerichtliche Entscheidung zu verkünden (de lege ferenda) 4 670. — Geheimhaltung der dienstlichen Äußerung des Abgelehnten 6 751. — keine aufschiebende Wirkung der Beschwerde gegen den die Ablehnung zurückweisenden Beschluß; Folgen, wenn vor Vorbescheidung der Beschwerde unter Mitwirkung des Abgelehnten Urteil erging 6 751.

Folgen: Mitwirken des abgelehnten Richters bei aufschiebbaren Handlungen 1 3, 27. — Anfechtung des Verfahrens wegen Mitwirkung eines Abgelehnten, wenn später das Ablehnungsgesuch rechtskräftig abgewiesen wurde 1 3, 27. — wann endet die Funktion des abgelehnten Richters? 3 2, 353.

Form des Gesuchs: ein vom Prozeßbevollmächtigten im Namen des entmündigten Geisteskranken gestelltes Gesuch 3 2, 353. — Stellung des Gesuchs in der mündlichen Verhandlung 4 670. — Vorbringen des Gesuchs durch die Partei selbst (gegen den Willen ihres Prozeßbevollmächtigten) 4 670.

In der freiwilligen Gerichtsbarkeit 7 984. — Mitgliedschaft d. Richters bei einem beteiligten Verein 3 2, 183. — Ablehnung eines Notars 3 2, 183.

Ablieferung i. Kauf, Mängelanzeige unter Handelskauf, Expeditionsgeschäft, Frachtvertrag. — Begriff u. Natur im Sinne des § 477 BGB. 1 1, 351; 2 1, 283, 284; 4 165; 5 196; 7 208, 670, 678.

Ablieferungsort als Erfüllungsort 1 1, 176; 3 1, 115; s. Erfüllungsort.

Ablösungsrecht s. Erfüllung. — Dritter bei d. Zwangsvollstreckung § 268 BGB. 1 1, 173, 174. — Ablösungsberechtigter 1 1, 174; 2 1, 164; 4 97. — Wirkungen 1 1, 174. — Nachteil im Sinne des § 268 Abf. 3 3 1, 115; 3 2, 299. — Bedeutung d. Aufrechnung im § 268 Abf. 2 1 1, 289. — Anspruch des Ablösenden gegen Bürgen u. Pfänder 6 110. — Anwendung des § 268 Abf. 3 vor Anlegung d. Grundbuchs 2 1, 795; 3 1, 699. — ius offerendi d. Chemanns b. Vollstreckung in das Eingebrachte der Frau 4 97. — Anwendung der §§ 268, 269 BGB. auf Schuldver-

(Ablösungsrecht)

hältnisse des alten Rechtes 7 119, 584. — Übergang d. Zollanspruchs des Fiskus auf den den Zoll zahlenden Pfändungsgläubiger 7 119. — Erfüllung durch einen von mehreren Mitschuldnern als Erfüllung durch e. Dritten nach § 269 Abs. 3 BGB. ? 7 119.

Ablösungsrente f. Abfindungsrente.**Abmeldung** f. Gewerbebetrieb.

Abmarkung, Anspruch auf A. — rechtliche Natur des Anspruchs und der Klage auf A., Aktiv- u. Passivlegitimation 1 1, 568 f.; 2 1, 548. — Wirkung der Rechtskraft des Urteils gegen Dritte; Zwangsvollstreckung gemäß § 887 ZPO.; „feste“ Grenzzeichen; „Ortsüblichkeit“ nicht = Gewohnheitsrecht; Beurkundung von Abmarkungen; Verfahren der Abmarkung; Kosten der A.; Verjährung des Anspruchs auf Erstattung vorauslagter A.kosten; Verzicht auf A. 1 1, 569. — das auf eine Grenzscheidungsklage ergangene Urteil als Unterlage der Abmarkung 7 407.

Abnahme als Erfüllung (§ 363) 1 1, 266 (f. diese). — Begriff der A. eines Wertes (§§ 638, 640) 1 1, 396 f.; 2 1, 379 f.; 3 1, 271; 4 207, 208, 623; 5 249 f. (vgl. Werkvertrag.) — Unterschied zw. A. u. Abruf 7 670.

Abnahmepflicht f. Abruf, Kauf. — Erfüllungsort 1 1, 175, 176, 340; 3 1, 213; 5 105. — A. als „indirekte Verpflichtung“ 3 1, 147. — A. d. Käufers eine Gläubigerpflicht? 1 1, 239. — A. selbständige Pflicht d. Käufers 1 1, 242; 2 1, 220; 3 1, 117; 161; 4 125; 5 142. — Fälligkeit d. A. 4 157. — bei Immobilien 3 1, 212; 5 187.

Abnahmeverzug f. Gläubigerverzug, Schuldnerverzug. — A. Verzug als Gläubigerverzug 2 1, 221; 3 1, 211; 4 157. — Verzug im Sinne des § 326 1 1, 242; 2 1, 220, 267 f.; 3 1, 117, 161, 211; 4 125; 5 142. — Versteigerung d. Ware durch die Bahnverwaltung bei A. 1 1, 233. — Preisgabebefugnis des vertragstreuen Teils 4 70. — A. des Käufers 1 1, 203, 340; 2 1, 202; 3 1, 147, 148, 149, 157; 5 187.

Abonnement vgl. Zeitung. — Auf e. Zeitung als Kauf 1 1, 339; 3 1, 213; 5 487. — Wandelung beim Zeitungs-A. 3 1, 220. — A.vertrag mit der Ausfallhaft 2 1, 408; 3 1, 285. — Rücktritt vom A.vertrag nach § 326 BGB. 5 140.

Abonnementskarten f. Eisenbahn unter Personentransport. — Rechtl. Natur 3 1, 322.

Abrechnung f. Kontokorrente, Anrechnung, Schuldanerkennnis. — Begriff 5 312. — bloßes Zusammenzählen von Schuldposten 2 1, 471, 472; 5 307. — Novation 2 1, 472;

7 318. — gegenseitiges Abrechnen von Forderungen u. Gegenforderungen nötig? 7 318. — rechtl. Natur der gegenseitigen Abrechnung, Tilgung der beiderseitigen Ansprüche in der sich deckenden Höhe, Novation bez. des Saldos 7 318. — Abrechnungsgeschäft der Banken 4 252. — Zurückgreifen auf die Einzelposten trotz Abrechnung 5 307. — Klagebegründung u. Verteidigung 5 307; 1 1, 442. — liegt in der Abrechnung das Anerkenntnis, daß, außer den verrechneten, Schulverhältnisse irgendeiner oder einer bestimmten Art nicht weiter bestehen? 5 312. — Anfechtung e. vertragsmäßigen A. 2 1, 50. — Anspruch des aus e. nicht rechtmäßigen Verein Austretenden auf A. 1 1, 37. — bei klagelosen Posten 7 318. — Vermutung der Erstreckung auf alle gegenseitigen Ansprüche 7 318. — Vermutung für erzielte, vollständige Einigung 7 318. — Kondition gegenüber A. bei Einbeziehung e. Nichtschuld als vermeintlich bestehende Schuld 7 318, 319. — Kondition bei Nichtbestehen e. der Abrechnung zugrunde gelegten Forderung 7 325.

Abrede f. Formabrede, mündliche A., Nebenabrede, Vertragsklausel.

Abruf f. Sußeffillieferungsgeschäft, Handelskauf, Handelskauf, Kauf, Leistungszeit, Mahnung. — Bedeutung d. A.; Unterschied von Abnahme 7 670. — rechtl. Natur des Abrufs auf A. 7 192. — Bestimmung der Zeit d. A. 6 95; 7 666, 657. — Verstreichenlassen e. zu langen Frist ohne A. als Lieferungsverzicht 6 96, 182, 686; 7 194. — A. Teil der Abnahmepflicht 6 182. — Nichtabruf als Schuldnerverzug, Anwendung des § 326 BGB. 6 182. — bei „Abruf nach Bedarf“ späterer wirklicher Bedarf oder der von den Vertragsteilen erwartete Bedarf maßgebend 6 182. — A.-Frist bei „Abruf per 1906“ 7 100, 142 (Mahnung z. Verzug nötig); 7 194. — A. unter gleichzeitiger Bestreitung e. Kaufabschlusses 7 143 (2). — Verstreichenlassen d. A.-Frist ohne A. 7 158. — A. als „Leistung“ nach § 326 BGB. 7 159, 160. — Annahme- u. Abnahmeverzug d. Käufers 7 158. — vertragl. Beschränkung d. Abrufspflicht d. Käufers bei Störungen in seinem Betrieb; Wirkung e. nachträglichen Verzichts auf dieses Recht für den Anspruch d. Verkäufers auf Vertragsstrafe 7 193, 194. — Kauf auf A. ohne Vereinbarung e. Frist 7 192. — A. bei Saisonware 7 192. — A.erklärung einseitige empfangsbedürftige Willenserklärung; Zugehen 7 666. — Inhalt d. A. (Quantum): A. bei einheitlicher Leistung 7 666. — A. „nach Bedarf“, „nach Belieben“, „nach Käufers Wahl“ 7 666. — Spezifikationsabrede beim A.kauf 7 666, 670. — Lieferfrist des Verkäufers bei A.

7 666. — Rechtsfolge bei unterlassenem A. 7 666.

Abzlagszahlung s. Teilzahlung. — Verjährungsunterbrechung durch A. 2 1, 101; 5 63. — durch Androhung d. Pfändung abgenötigte A. auf e. Urteilssumme zur Verjährungsunterbrechung nicht geeignet 5 63. — keine Aufrechnung d. Arbeitgebers gegenüber A. 2 1, 245.

Abzreibungen s. Bilanz.

Abzrisften f. Aktensicht, freiwillige Gerichtsbarkeit. — Antrag des Anwalts auf beglaubigte Abschrift der Vollmacht 1 3, 132. — hat im Anwaltsprozeß d. Partei selbst ein Recht? 1 3, 132. — muß der Bevollmächtigte beim Antrag Vollmacht vorlegen? 1 3, 133. — Umfang des Rechtes auf Abschriften 1 3, 132, 133; 6 813. — Interesse ist Voraussetzung 1 3, 132. — zweite Abschrift eines Zeugenprotokolls 1 3, 132; 5 798. — Auszug aus Urkunden, z. B. Zustellungsurkunden 1 3, 132. — A. aus Mißsätzen 3 2, 456. — aus von den Parteien freiwillig übergebenen Urkunden 3 2, 456. — beglaubigte oder unbeglaubigte A. je nach Bedürfnis 4 696. — A. für den Armenanwalt 6 813, 814. — auf Verlangen Mitteilung e. Abschrift des die Abfürgung d. Ladungsfrist beantragenden Gesuches 6 813. — A. d. dienlichen Äußerung des abgelehnten Richters 6 813. — Verlangen v. A. e. abgewiesenen Arrestantrages seitens des Gegners 6 813. — Anwendung des § 299 ZPO. im Zwangsvollstreckungsverfahren 3 2, 456. — A. aus dem Manifestantenverzeichnis s. Offenbarungseid; nachträgliche Ergänzung d. A. e. Grundbuchblattes 7 946.

Abfindung als Zeitpunkt der Vornahme e. Rechtsgeschäftes unter Abwesenden 2 1, 61, 62. — Zeitpunkt d. A. e. Willenserklärung entscheidend f. d. Frage nach Willensmängeln, Geschäftsfähigkeit der Handelnden 2 1, 62.

Abjolutive Rechte. — Unterlassungsanspruch bei a. R. 2 1, 119. — Notwehr zum Schutz a. R. 2 1, 108.

Absonderungsrecht im Konkurs.

Absonderungsberechtigte. — Pfandbriefgläubiger nach § 35 Hyp.-Bank-Ges. 2 2, 480, 498, 501 (2), 502 (3), 508; 511, 513; 3 2, 269; 4 813. — Gläubiger von Bahn- u. Kommunalobligationen 2 2, 480. — Der auf Grund persönlicher Klage die Zwangsvollstreckung betreibende Hypothekengläubiger 2 2, 480. — Vor R.-Eröffnung vom Gemeinschuldner dem Pfand-eigner übergebenes, unterschriebenes Verpfändungsformular bei abredemäßiger Ausfüllung nach R.-Eröffnung 3 2, 257; 4 804. — vor Zahlungseinstellung beantragte, aber erst nachher erfolgte Eintragung e. Hypothek ober Hypothekenteilung 2 2, 486; 3 2, 258; 6 977, 978, 982. —

A. d. Miteigentümer, der e. auf dem ihm u. d. Gemeinschuldner gemeinsam gehörigen, vom R.-Verwalter verkauften Grundstück ruhende Hypothek bezahlte 6 982. — unbeschränkte Gläubiger im Konkurs e. verwaltungsgemeinschaftlichen Ehefrau absonderungsberechtigt bezüglich d. Eingebrachten 3 2, 255. — Rechtsanwaltschaft bezüglich d. Handakten, an denen ihm e. Zurückbehaltungsrecht zusteht 2 2, 498, 499 (vgl. 2 2, 479). — Zurückbehaltungsrecht nach § 273 BGB. 2 2, 499; 6 993 (de lege ferenda). — vertragliches Zurückbehaltungsrecht 2 2, 499. — Hypothekenfriehe für sich allein als Gegenstand e. Pfandbriefes 3 2, 266. — Umfang d. A. d. Vermieters; Berechnung d. „letzten Jahres vor Konkursöffnung“ 2 2, 499. — A.srecht d. Verpächters zugunsten seines Anspruchs auf Leistung d. Pächtersicherheit 3 2, 266. — Verpächter bzw. e. dem Pächter für Dauer d. Pachtzeit als Betriebskapital gegebenen Darlehens 3 2, 266. — Vermieter bez. seiner Vertragsstaftforderung 3 2, 266. — Handlungsagent 3 2, 266. — Gläubiger, für den e. Hypothek eingetragen ist, wegen d. Vertragskosten trotz Nichtgewährung d. Hyp.-Valuta absond.berechtigt? 4 811. — Vermieter bei Verpflichtung d. Mieters z. Bierbezug vom Vermieter absonderungsberechtigt bez. d. Konventionalstrafe, der Kaufpreisforderung? 4 811. — A.srecht an dem Vermögen e. Gesellschafters, bezüglich dessen eine bloße Gewinn- oder Verlustbeteiligung des anderen Gesellschafters besteht? 4 811. — Fiskus im Konkurs der Bedenten oder des debitor cessus; fiskusarischer Bedent im Konkurs d. Schuldners 6 993. — Sicherungskäufer (s. Aussonderung) 2 2, 498; 6 995. — Sicherungsabtretung 3 2, 265, 269; 4 815 (Anwendung des § 64 RD.). — Versicherte bez. der Prämienreserve im Konkurs d. Lebensversicherungsgesellschaft s. Versicherungsgesellschaften.

Rechtsverhältnisse d. Absonderungsberechtigten. — Pfandklage nach § 1147 BGB. gegen den Konkursverwalter; Kosten 2 2, 480, 481, 485; 4 801, 803; 5 944. — Vorgehen der A. auf andere Weise als durch Zwangsvollstreckung 2 2, 481. — einstweilige Verfügung zugunsten der A. 2 2, 481. — Mietzinspfändung zugunsten der A. 2 2, 481. — gegen den Verwalter erwirkter Zahlungsbefehl auf Zahlung von Hypothekenzinsen bei Fehlen e. ausdrücklichen Erklärung, daß der dingliche Anspruch verfolgt wird 3 2, 255. — Kosten eines Prozesses, wenn der R.-Verwalter das ihm vorher nicht angezeigte Absonderungsrecht sofort anerkennt 4 801, 803; 2 2, 480, 481, 483; 5 944. — kann der Hypotheken-

(Absonderungsrecht im Konkurs)
 gläubiger nach Verurteilung d. R.-Verwalters z. Duldung d. Zwangsvollstreckung die Pfändung von Mietzinsforderungen betreiben? 5 943; 6 982 (2). — z. Zt. d. Konkursöffnung anhängige, auf abgesetzte Befriedigung gerichtete Prozesse gegen den Gemeinschuldner; Aufnahme f. Konkursmasse. — Streit zwischen Konkurs- u. Zwangsverwalter darüber, ob Sachen zur R.-Masse oder zu der dem A. dienenden Immobilienmasse gehören 6 977, 973. — Einfluß d. Genehmigung e. vom Gemeinschuldner abgeschlossenen, die Gläubiger benachteiligenden Kaufes seitens d. Verwalters auf die A. 2 2, 492, 498. — Geltendmachung d. A.-Rechts durch den Pfandhalter nach § 1189 BGB. 2 2, 480, 498, 502. — gegenüber d. Verwertung von Grundstückszubehör seitens d. Verwalters 7 878 f. — Bestreitung e. z. Tabelle festgestellten Forderung durch d. Konkursgläubiger im Verfahren auf abgesetzte Befriedigung? 2 2, 509; 3 2, 266, 276. — Klage auf Gestattung d. Befriedigung gegen den Verwalter zu richten 3 2, 267. — z. Geltendmachung gegen d. Konkursverwalter Zwangsvollstreckungstitel gegen diesen nötig? 5 951. — Haftung d. Verwalters für den von ihm hinterlegten Erlös aus den dem A. unterliegenden Sachen 2 2, 503, 507. — Schadenersatzpflicht d. Masse f. Vereitelung e. A. durch d. Konkursverwalter 6 993, 997. — stillschweigende Freigabe durch d. Konkursverwalter 6 993. — An. an dem in die Masse fallenden Kaufpreise bei Verkauf e. Gemeinschaftsanteils (§ 51 RD.) des Gemeinschuldners durch die Verwalter 6 993. — Anmeldung e. von 2 Gesamtschuldnern zu zahlenden Forderung im Konkurs des einen Schuldners in voller Höhe als Konkursforderung bei gleichzeitiger Geltendmachung des Absonderungsrechtes im Konkurs des anderen 2 2, 502 (2). — Verzicht auf das A., Form 5 954. — stillschweigender Verzicht auf das A. bei Anmeldung d. persönlichen Forderung ohne Erwähnung des A. u. Annahme d. Zwangsvergleichsrate 5 951, 954. — Dem R.-Verwalter erklärte Einwilligung in den freihändigen Verkauf e. Grundstücks als Verzicht auf das A. 5 954. — Annahme der vom R.-Verwalter gefandten Gelbbeträge (Ausfallquote) als Verzicht auf das A. 5 954. — Haftung d. vom Verwalter verkauften Grundstückszubehörs f. d. Hypotheken 2 2, 500. — Verpfändung f. fremde Schuld, Anwendung des § 64 RD. 2 2, 502; 3 2, 269. — Verpfändung fremder Sachen seitens d. Gemeinschuldners für seine Schuld; Erwerb d. Pfandfache durch den Konkursverwalter; § 64 RD. 4 815 (2). — Kann der A.-Berechtigte, der nach § 64 für e. Teil

seiner Forderung aus dem A., für den Rest aus der Masse Befriedigung zu suchen erklärte, nach Zwangsvergleich und Annahme der Vergleichsquote aus dem Gegenstand des A. Befriedigung zu einem höheren Betrage verlangen? 6 995. — Anerkennung e. Absonderungsforderung, zur Höhe des Ausfalls als Anerkennung d. Abf.-Rechtes 6 995. — Pflicht d. Forderungspfandgläubigers, dem Verwalter ihre A.-Ansprüche anzuzeigen 4 817. — Haftung des die Befichtigung nach § 120 RD. nicht gestattenden Gläubigers 2 2, 506. — Einstellung der vom A.-Berechtigten betriebenen Zwangsvollstreckung auf Antrag d. R.-Verwalters; Nichtweiterbetreiben d. Vollstreckung durch letzteren 2 2, 507. — Versteigerung der Gegenstände eines Abf.-Rechts durch d. Verwalter (§ 127 RD.); Form d. Versteigerung; gerichtl. Anordnung nach § 1246 BGB.; Stellung des Pfandgläubigers, dessen A. der Verwalter nicht anerkennt, Anwendung des § 805 ZPO.; vorherige Pfändung nicht nötig 2 2, 506, 507; 3 2, 273, 274; 4 817; Folgen e. nicht nach § 814 ZPO. betriebenen Verkaufs 5 954. — Klage d. Verwalters gegen den zur Herausgabe nicht bereiten Pfandgläubiger 3 2, 273. — Anwendung des § 127 Abf. 2 auf den Fideuziar 2 2, 504. — Recht der Hypothekengläubiger gegenüber d. vom Verwalter betätigten Einziehung von Grundstückszubehör, Grundstückszuzeugnissen zur Masse oder deren Versteigerung 1 3, 288. — vor Beschlagnahme erfolgte Einziehung d. Versicherungsgelder für verbrannte Maschinen durch d. Konkursverwalter; Stellung e. Hypothekengläubigers 5 954; 6 1000. — Pfändungspfandgläubiger, der nach Konkursöffnung ohne Zustimmung d. Verwalters Pfandstücke wegholen und versteigern läßt 6 1000. — Befriedigung d. Retentionsberechtigten aus d. Gegenständen d. Retentionsrechtes bei Erwerb d. vollstreckbaren Titels erst nach Konkursöffnung 6 1000. — Anmeldung d. Forderung von Pfandbriefgläubigern nach § 35 Hyp.-Bank-G. im Konkurs d. Bank 2 2, 508. — Anmeldung d. Forderung von Schuldverschreibungsgläubigern bei Bestellung e. Vertreters nach § 14 G. v. 4. XII. 99 2 2, 508. — Anmeldung bei Abwehr eines A. 6 1001. — Feststellung d. Forderung e. A. zur Tabelle „nur für den Ausfall“; Vollstreckbarkeit 4 819; 6 1003. — Stellung in Verteilungsverfahren f. R.-Verteilungsverfahren.

Abstimmung des Gerichtes f. Beratung.
Abstrakte Rechtsgeschäfte f. Leistungsgeschäft, Schuldanerkenntnis, Schuldversprechen. — Begriff 3 1, 317, 318; 5 74, 305; 1 1, 441; 6 288 (Beweisvertrag); 7 314 f. — Unterschied von den echten Feststellungs-

verträgen 4 250 f.; 5 305. — Fehlen e. Abstrahierungswillens 7 315. — nicht auf den Willen der Partei zurückzuführendes Fehlen der causa 2 1, 470; 4 251. — Erwähnung einer Gegenleistung des Gläubigers in dem abstrakten Schuldscheine 2 1, 469, 470; 5 305, 308, 309 (2). — abstraktes Schuldversprechen zur Sicherung einer anderen Forderung 4 251. — Bekanntheit des in der Schuldburkunde nicht erwähnten Schuldgrundes 4 251; 5 311. — Beachtlichkeit des Kaufalomentes trotz einer Ausschreibung 2 1, 469, 470 f. — schenkungsweise erteiltes Schuldversprechen oder Schuldanerkenntnis; Form 2 1, 469, 471; 5 307. — Unterschied zwischen e. abstrakten Schuldversprechen u. den als dingliche Verträge abstrakten Rechtsgeschäften 7 315. — Einkleidung des Ehehälftenlohnens in ein abstraktes Versprechen 2 1, 469; 5 306. — abstraktes Stipulieren einer Vertragsstrafe 2 1, 470. — abstraktes Versprechen für Spiel- u. Wettsschulden Differenzgeschäfte 2 1, 469, 471; 5 306; 1 1, 430; 4 238, 240. — gegen ein gesetzliches Verbot (§ 134) oder gegen die guten Sitten (§ 138) verstoßendes abstraktes R. 2 1, 470, 471. — Einfluß der turpis causa des Kaufalgeschäfts auf d. Gültigkeit (s. ungerechtfert. Bereicherung) 7 329. — *condictio* des Schuldners gegenüber dem abstrakten Geschäft 2 1, 470 (2), 471; 5 306, 307, 308; 1 1, 442; 7 315. — Klagebegründung 5 307, 308 (alternative, eventuelle Klagebegründung); 1 1, 441 (Beweis des abstrakten Verpflichtungswillens); 1 1, 442. — Übergang von der Klage aus dem abstrakten Geschäft auf das kaufale; Klageänderung 5 307. — Klage aus dem ursprünglichen kaufalen Schuldverhältnisse u. Beseitigung von Einreden *replicando* durch Hinweis auf die abstrakte Natur 2 1, 470; 5 307; s. 1 1, 441. — Form des abstrakten Rechtsgeschäfts, wenn für die Schaffung der Grundobligation eine gesteigerte Form vorgeschrieben ist 5 307; 1 1, 440. — Einfluß der Offenlegung des Schuldgrundes auf das a. R.; Vereinigung von Schuldgrund und abstraktem Geschäft in einer Urkunde 3 1, 318; 1 1, 441; 7 315. — Folgen von Mängeln der causa für das abstrakte Geschäft 1 1, 442; 7 315. — Befügung von Bedingungen 3 1, 318; 5 305, 310. — Gegenbeweis der mangelnden causa gegenüber dem abstrakten Rechtsgeschäft 5 305, 306.

Abtretungsrecht des auf Herausgabe belangten Besitzers s. Eigentum unter Ansprüche aus dem E.

Abtretung s. Blankabtretung, Scheinabtretung, Sicherheitszession, unpfändbare Forderung.

Internationales Recht. — Form einer Abtretung im Ausland 5 607. —

im Inland durch einen im Inland wohnhaften Zedenten an einen ebenda wohnenden Zessionar erfolgte Abtretung einer Forderung gegen eine französische Versicherungsgesellschaft; Form u. Wirksamkeit 6 582; 7 180. — für die Wirksamkeit einer Abtretung maßgebendes örtliches Recht 6 582; 5 614; 7 575, 576 (Denunziation als Voraussetzung d. Gültigkeit e. im Ausland erfolgten Abtretung).

Übergangsrecht. — vor 1900 erfolgte Abtretung der einer Hypothek zugrunde liegenden persönlichen Forderung 1 2, 418. — vom 1. I. 00 erfolgte Abtretungen; art. 1690 *code civil* i. Verhältnis zu §§ 398, 406 BGB. 2 1, 786. — nach 1. I. 00 erfolgte Abtretung einer vor 1900 entstandenen Forderung 3 1, 694; 4 543. — vor 1900 vereinbartes Zessionsverbot bei späterer Abtretung 4 544. — maßgebendes Recht für die Frage d. Abtretbarkeit von Ansprüchen aus einem vor 1900 geschlossenen Gesellschaftsvertrag 7 585. — **Allgemeines**. — örtl. Recht 5 163; 6 168; 7 180. — Wirksamkeit d. Forderungsübergangs nach d. Recht am Orte des d. A. zugrunde liegenden Schuldverhältnisses u. beurteilen 1 1, 301. — wirtsch. Zweck d. A. gegenüber d. Darlehen 3 1, 194. — Abtretung u. Ablösung e. Vertragspartei bei gegenseitig verpflichtenden Verträgen durch e. Dritten 7 176, 177. — Formlosigkeit 5 159. — formlose Annahme der A.erklärung 6 164. — Formlosigkeit der A. verbriehter Forderungen 6 165. — A. u. Abtretungsurkunde, Verhältnis zueinander 3 1, 188; 5 159. — Ausständigung d. Schuldburkunde s. d. Zustandekommen d. A.-Vertrags nicht beweisend u. nicht erforderlich 3 1, 194; 6 165. — Wirkung: Aufhören d. Gläubigerrechts d. Zedenten 1 1, 297, 3 1, 187; 4 141; 5 159; 6 164. — Vorvertrag über A. 2 1, 250. — Abtretung nicht bestehender Forderungen 6 164. — *pactum de non cedendo* (s. dieses) u. §§ 135, 1395 BGB. 7 180. — A. von Forderungen zahlungshalber 1 1, 268; 2 1, 231. — A. u. Anweisung 6 171. — Teilabtretung 1 1, 298, 304; 4 141; 5 165. — Schenkung im Wege d. Zession 3 1, 195; 4 142; 5 162. — fideuziarische A. (s. diese) 1 1, 301, 2 1, 251 f.; 3 1, 35, 190 ff.; 4 142 ff.; 5 160 ff.; 6 165 ff.; 7 178. — Sicherheitszession 3 1, 68; 4 217, 219 (Pflicht d. Zessionars z. Herausgabe des Mehrbetrags). — A., Zulässigkeit d. Übertragung d. bloßen formalen Akzessoriums an d. Zessionar aus § 409 3 1, 198; 4 148. — A., um Zeuge sein zu können 4 47; 5 46; 7 59; 7 178, 179, 736, 743, 816 (s. gute Sitten, s. Inzassoession). — A. zum Inzasso (s. Inzasso) 1 1, 301; 2 1, 252 f.; 3 1, 59, 191 f.; 3 2, 285; 4 142, 810; 5 161; 6 165,

(Abtretung)

166. — *U.* an Winkeladvokaten 7 178. — Inkassozeffion Scheingefchäft nach § 117? 6 44; 7 178. — Blankozeffion von Hypotheken 7 33. — *U.* von Mietzinsen, um sie den Hypothekengläubigern zu entziehen 7 59. — *U.*, keine Haftung d. Auftragsgebers e. Inkassoinstituts f. Verjährung d. Ford. 5 163. — Auftrag z. Einklagung e. Forderung im eigenen Namen ohne Abtretung 7 179. — Forderungseinziehung für e. anderen auf eigene Kosten u. Gefahr gegen *U.* e. Forderungsteils 5 46. — *U.* beim Intulationsgeschäft 6 164 (f. dieses). — Simulation 1 1, 301; 2 1, 251 f.; 3 1, 35, 191, 193; 3 2, 265; 4 143, 144; 5 31, 161; 7 178. — Einrede d. Scheinabtretung entweder Einrede d. überhaupt nicht ernstlich gemeinten *U.* oder Einrede e. nur beschränkten *U.* 7 36. — mehrfache *U.* 5 82, 159, 164. — bedingte 1 1, 99, 297. — *U.* zwecks Abschneidung schuldenrischer Einwendungen gegen d. guten Sitten verstoßend 1 1, 86; 5 31. — *U.* in d. Absicht d. Vereitelung der Befriedigung e. Gläubigers 3 1, 45. — *U.* sämtlicher künftiger Geschäftsforderungen 6 135; 7 177. — Zeitpunkt d. Vollendung d. Beiseite-schaffens e. zedierten Forderung 1 1, 297. — Anfechtung d. *U.* gegenüber d. Zedenten 5 48, gegenüber d. Zessionar 5 49. — Wirkung e. entgegen § 106 *R.D.* erfolgten *U.* durch d. *Ridrar* 2 1, 66. — grundbuchmäßige Behandlung vorgemerkter zediierter Ansprüche 4 142. — stille Zession im Baugewerbe (Vereinbarung, daß die Abtretungsurkunde dem Schuldner nicht vorgelegt werden dürfe) 6 167, 168. — §§ 398, 413 auf d. Verpfändung anwendbar 2 1, 257. — Fortexistenz d. nicht mitabgetretenen Ansprüche bei e. Gesamtschuldverh. 4 146, 153. — keine Feststellungs-klage auf Nichtbestehen e. vor d. Klageaufstellung zedierten Ford. 5 170; 6 163. — keine Begründung d. Ermittlungs-rechts durch Zahlungsaufforderung seitens d. Zessionars d. Pachtzinsanspruchs 5 163. — Einfluß des § 25 *HGB.* auf nicht ab-tretbare Forderungen 6 170.

Abtretbarkeit. — Verh. d. § 399 zu § 877 3 1, 196, 390. — Verh. d. § 399 zu § 1274 5 165. — *U.* von actiones inanes 2 1, 257. — Teil-*U.* 5 165; 6 169 (bei Bier-begugsrecht). — *U.* e. bestimmten Summe von e. Mehrzahl von Ford. 4 141. — kein Verfügungsrecht d. Zessionars über d. nicht zedierten Teil der Forderung 1 1, 298 (f. auch unter Stellung des debitor cessus). — *U.* bei negativen Obligationen 5 159. — *U.* „aller durch zukünftige Lieferungen an die Abnehmer entstandenen Forderungen“ 6 165 (f. 7 177). — nicht bestimmter, aber bestimmbarer Gegenstand d. *U.* 7 177. — Wirkung d. *U.*, rechtshäng. Ford. auf d.

Prozeß 1 1, 299 f., 308; 3 1, 188; 4 141; 6 164 (vgl. res litigiosa); 7 177 (Änderung d. Klageantrags auf Zahlung an d. Zessionar, Einfluß d. Prozeßvergleichs auf d. Zessionar). — *U.* e. Schadensersatzfor-derung, Bemessung d. Umfangs 2 1, 253. — Anspruch gegen einen von mehreren Gesamtschuldnern 7 179. — *U.* v. Aus-einanderseßungsansprüchen 2 1, 250; 5 158, 160; 6 164 (*GmbH.*). — *U.* gegen §§ 34, 38 *Gew.D.* (*Pfandleihforb.*) 3 1, 45, 190, 196; 4 145, 937. — *U.*, der d. Wechsel zugrunde liegenden Forderung bei Begebung d. Wechsels 5 162. — *U.* des Wechselrechts gegen den Aussteller auf d. befriedigenden Bürgen; Nachinoffament nötig? 6 167. — *U.* des d. Aussteller e. Wechsels aus der ihm gegenüber über-nommenen *W.-Bürgschaft* zustehenden Anspr. nach *Indoffierung* 1 1, 297. — *U.* d. Aufrechnungsrechts 3 1, 180. — *U.* d. Eigentumsanspr. nach § 255 mit Wirkung d. Eigentumsübergangs 2 1, 155. — *U.* von Erbschaftsprüchen an d. Erbschaftpflichtigen (§ 255) 1 1, 165 f. — *U.* d. Rechte aus e. Grundstücksveräußerungsvertrag formbe-dürftig? 1 1, 217, 300; 2 1, 210, 211, 253; 3 1, 151, 152; 5 129, 162. — *U.* e. Gewinn-an-teils a. d. künftigen Ausübung d. eigen-ten Grundstücks nicht unter § 310 fallend 2 1, 209. — *U.* d. Anspr. aus Anweisung u. Scheck 5 163. — Begründung u. *U.* eines Kontoguthabens 6 167, 171. — *U.* d. Rechts aus e. Wertpapier 1 1, 298. — *U.* d. Erbteils vor dem Erbfall, Kon-baleszenz 2 1, 209. — *U.* e. Schuld, über die e. unvollständige Urkunde errichtet ist 3 1, 199. — betagte u. bedingte Ford. 2 1, 250, 251; 3 1, 189; 5 160; 6 165. — An-warttschaft auf e. aufstiehbend bedingtes Erbschaftsvermächtnis 7 178. — zu-künftige Forderung? 1 1, 298; 2 1, 250 f.; 3 1, 188 ff.; 4 142, 176; 5 160, 207; 6 165; 7 177, 178. — Auseinanderseßungs-an-spruch 2 1, 250; 5 158, 160. — Rechte aus gegenseitigen Verträgen 1 1, 297, 298; 2 1, 253; 3 1, 195, 4 145; 6 170. — *U.* d. Rechte aus e. gegenf. Vertr. gegen Übernahme d. aus d. Vertr. sich ergebenden Pflichten, analoge Anwendung d. §§ 433 ff. 3 1, 214. — *U.* v. Gewährleistungs-an-sprüchen, Garantieversprechen 6 170; 7 180. — Entschädigungsanspruch wegen un-schuldig erlittener Unterjuchungshaft oder bei Freiprechung im Wiedernahmever-fahren 4 749. — Naturalobligationen? 2 1, 253. — Anspruch der obliegenden Partei auf Schuldbefreiung bezüglich der Anwaltskosten 3 2, 413. — Anspruch auf Erstattung d. Prozeßkosten während d. Prozesses 7 178. — Bürgschaft ohne Haupt-forderung 1 1, 302; 4 145; 7 179. — *U.* d. Befoldungsanspr. d. Beamten 1 1, 293, 313; 7 182. — vertragl. Recht d.

Hypothekars auf Hyp.-Löschung i. F. d. Vereinigung d. Hyp. mit d. Eigentum **1 1, 301.** — Höchstbetragshypothek **1 1, 299.** — Anspruch auf Grundbuchberichtigung **2 1, 253, 542; 3 1, 195, 404 f., 406; 4 322, 323; 6 369, 370.** — Leistungen aus e. Miteigentumsvertrag? **1 1, 302.** — U. d. Mietrechts **1 1, 367.** — Gebrauchsanspr. d. Mieters bei Erlaubnis z. Untervermieten **1 1, 302.** — Pächterrecht nur mit Zustimmung d. Verpächters **3 1, 195, 203.** — Mitgiftanspruch? **6 168.** — Anspruch d. Brauers auf d. Bierbezug **6 169; 7 181.** — Erbschaftspr. aus § 25 PrEisenb.-G. v. 1838 wg. Brandbeschädigung an d. Feuersozietät schon im voraus a. **1 1, 299.** — Anspr. aus e. Konkurrenzverbot **1 1, 302 6 170.** — U. e. Sparkassenguthabens **1 1, 298; 5 162.** — Verträge e. Kartells mit d. Abnehmern über fortlaufende Lieferungen **7 180.** — gepfändeten, aber noch nicht überwiesenen Ford. **3 1, 194.** — stillschweigende U. d. Forderung d. Wirtes gegen d. Gast an den Kellner **7 177.** — Portefeuelles e. Verlich.-Gesellsch. **3 1, 194.** — Versicherungsanspruch der Versicherungsnehmer **6 168.** — U. e. Patents **1 1, 298.** — U. e. Lizenz **1 1, 302.** — Forderungen, die der Testamentvollstrecker als solcher erworben hat, an den Alleinerben **7 179.** — Nichtabtretbarkeit kraft Vereinbarung: Beseitigung durch Vertrag **5 164.** — Unübertragbarkeitsklausel nur bezugnahme-, nicht eintragungsfähig **5 164.** — Beweislast **3 1, 196.** — Nichtabtretbarkeit mit Rücksicht auf d. Inhalt d. Leistung **1 1, 302, 2 1, 253; 3 1, 195; 4 145; 5 163, 165.** — Anspruch aus Dienstverträgen **6 170.** — Anwendung d. § 400 (Unpfändbarkeit) in d. Übergangszeit **7 181.** — Beschränkung d. U. aus § 400: Geldrente **5 165.** — Lohnforderung **1 1, 302.** — Pächtforderung **1 1, 303.** — Recht auf Nichtlieferung gegenüber e. Gemeinde **1 1, 303.** — Kompetenzanspruch nach § 850 Ziff. 3 ZPO. **6 170.** — Geschäftsanteil an e. GmbH., dessen U. von d. Genehmigung d. Gesellsch. abhängig ist **5 165 (f. 6 164).** — Anspr. gegen d. Genossen auf Leistung d. Nachschüsse **1 1, 302.** — künftige Nachschufforderungen eines Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit **5 113.** — Darlehensverprechen? **5 165; 6 169 (f. pactum de mutuo dando) 7 180.** — Feststellungsanspr. **3 1, 195.** — Recht des offenen Handelsgesellschafters auf Einsicht der Bilanz **2 2, 83.** — Anspruch des offenen Handelsgesellschafters auf jährliche Entnahme von 4% seiner Einlage **2 2, 84.** — Anspr. d. Ehefrau auf Zahlung e. Kostenvorschusses **3 1, 195.** — Anspr. auf Auszahlung e. Baudarlehens? **1 1, 301; 3 1, 194; 4 144 f., 748; 5 164; 6 168; 7 180 (f.**

dieses). — in Darlehen umgewandelte Forderungen aus einem Bauvertrag **6 168.**

Übergang der Neben- u. Vorzugsrechte. — bloß persönliche Vorrechte **6 170.** — Übergang der Befugnis des Gläubigers, in e. vereinbarten Gerichtsstand zu klagen **6 170; 7 181.** — Mitübergang der Haftungsverhältnisse **3 1, 196.** — Zinsen **3 1, 196.** — Vormerkung **4 146.** — d. Rechts d. Bauhandwerkers aus § 648 **1 1, 301, 303, 398; 2 1, 253, 383; 3 1, 196, 273; 5 166, 252; 6 170; 7 181.** — Übergang des aus e. Erfüllungsübernahme für den Bedenten gegen den Übernehmer entstandenen Rechtes **6 170, 171.** — Recht am Versteigerungserlös **6 171.** — Die seitens einer von mehreren Wechselschuldnern fiduziarisch abgetretenen Grundschuld als Nebenrecht nach § 401 **6 171.** — Gewährleistungsanspr. **2 1, 270; 4 146, 158, 162; 5 165; 6 170, 171; 7 181.** — Garantieverprechen **5 165; 6 170.** — Erlöschen d. übrigen Gesamtforderungen e. Gesamtschuld bei U. einer von ihnen **4 146, 153.** — Recht auf d. Vertragsstrafe **1 1, 303.** — Pächterpfandrecht **1 1, 304.** — Vorrecht d. § 61² R.D. **1 1, 302.** — Übergang d. Forderung u. Nebenrechte bei Befriedigung d. Hyp.-Gläub. durch d. nicht persönl. haftenden Eigentümer **5 166.** — Kaufmann. Retentionsrecht **2 1, 253.** — Zinsanspruch **7 181.** — Übergang d. Rechts aus § 259 nach § 401 **2 1, 155.** — Einfluß d. U. auf d. Leistungsort des Bürgen **6 167.** — Mitübergang d. Bürgschaft **7 181.**

Abtretungsanzeige: § 409 im Übergangsrecht **1 1, 312.** — U. mit Bedingung od. Befristung **3 1, 199.** — bloße Behauptung keine Anzeige **6 173.** — Zustellung e. Forderungsabtretung nach art. 1690 Code civil **6 173.** — Anzeige u. Beurkundung d. U.; Wirkung **1 1, 310 f., 312; 2 1, 254 f.** (auch zugunsten des schlechtgläub. Schuldners) **1 1, 310; 2 1, 254.** — Widerruf u. Zurücknahme **1 1, 311.** — Anwendungsgebiet d. § 409 **1 1, 311; 2 1, 255.** — Überweisungsbeschuß als Anzeige d. § 409 **1 1, 312.** — Bedeutung d. Anzeige d. U. an d. Schuldner **1 1, 307; 2 1, 254; 3 1, 198.** — verschiedene Wirkung d. Anzeige d. Bedenten u. d. Zessionars **4 147; 5 169.** — Benachrichtigung d. § 411 als Anzeige i. S. d. § 409 **1 1, 313.** — „vorlegen“ i. S. d. §§ 409, 410 **1 1, 313; 3 1, 199.** — Recht des debitor cessus auf Herausgabe der Zessionsurkunde Zugumzugleistung **3 2, 533.** — keine Aufklärungspflicht d. Schuldners bei Zweifel über die erfolgte U. nach Anzeige durch d. Zessionar **5 169.**

Stellung des Bedenten. — Bedent als Zeuge **2 1, 252 f.; 4 47, 144;**

(Abtretung)

5 46, 161. — Anzeigepflicht d. f. Güte u. Einbringlichkeit e. Hypothek haftenden Zedenten bei Zwangsversteigerung d. Grundstücks durch Dritte 7 100. — Betrug durch Forderungseinziehung seitens d. Zedenten 1 1, 297. — Recht d. Gläubigers auf Zahlung aus dem ursprünglichen Schuldverhältnis gegen Rückabtretung e. erfüllungshalber übertragenen Forderung 7 172. — Auskunfts- u. Herausgabepflicht d. Zedenten aus § 402 1 1, 304; 3 1, 196. bei Teil-N. 1 1, 304; bei Hyp.-N. 2 1, 254; 3 1, 196; 5 166. — d. Gläubigers bei Befriedigung d. Gesamtschuld durch e. ausgleichsberechtigten Gesamtschuldner 5 184. — Übernahme d. Haftung f. d. Erfüllung d. Schuld seitens d. Zedenten d. Zessionar gegenüber 1 1, 341. — Haftung des Zedenten f. Güte u. Einbringlichkeit d. Forderung 6 163. — N. e. Forderung an Erfüllungsort mit Garantie d. Zahlungsfähigkeit d. Drittschuldners 2 1, 231, 270. — Anweisung an d. Bank keine Abtretungsurkunde nach § 403 6 171.

Stellung des debitor cessus. — Schuldanerkenntnisvertrag zw. Schuldner u. Zessionar 1 1, 304. — kein Einwand des debitor cessus gegenüber der Klage des Zedenten auf Zahlung, wenn der Zessionar als Nebenintervenient diesem Antrag beitrifft 5 757, 758. — Einwand der Simulation d. N. seitens d. Schuldners 3 1, 35; 5 31. — Erklärung d. Schuldners, an niemanden als den Zessionar zu zahlen, als Verzicht auf d. Einrede gegen d. Zedenten 7 181. — Einwand d. Schein-, Sekuritäts- od. Inkassozession seitens d. Schuldners nach Empfang d. Anzeige von d. N. 2 1, 255; 3 1, 198, 199; 4 148; 6 165 f. — Einwand aus §§ 117, 399 durch Vormerkung nicht ausgeschlossen 4 146. — Rechte des debitor cessus gegenüber d. nur z. Einziehung e. Ford. ermächtigten Zessionar i. F. d. Widerrufs dieser Berechtigung 2 1, 123, 252, 255; 3 1, 191 ff. — Anwendung d. § 405 1 1, 304; 2 1, 254 (Schiffsverpfändung); 3 1, 197 (Verpfändung von Forderungen). — keine Ausdehnung d. § 405 auf im Gesetz nicht genannte Mängel 1 1, 305. — Vereinbarung d. Substanten mit e. Nachhypothekar über Nichtbenutzung d. Eigentümergrundschuld zu dessen Nachteil 5 166. — Aufrechnung d. Schuldners mit Schadenserlassforderungen bei gegen. Vertr. (Verb. d. § 404 z. § 406) 5 166, 167. — Einwand d. Übergangs d. Forderung insolge Aufrechnung mit den Zedenten 6 171. — Geltendmachung d. Umstände d. § 405 nicht Einrede 2 1, 254. — Einwand d. Ausstellung d. Schuldburkunde in Erwartung e. noch nicht erfolgten Darlehnszahlung 4 147. —

Wirksamkeit d. § 405 gegenüber Schlichtgläubigen od. dem ohne Vorlegung d. Schuldburkunde erwerbenden Nachzessionar? 1 1, 304 f.; 3 1, 197. — Geltendmachung d. Anfechtungsmöglichkeit schon vor erfolgter Anfechtung gegenüber d. Zessionar 3 1, 197. — Schutz d. Schuldners wg. Unkenntnis d. N. (§§ 406 ff.), analoge Anwendbarkeit 1 1, 306, 308, 309; 7 182. — Nichtanwendbarkeit des § 406 auf negative Ford. 5 168. — „Kenntnis“ d. Schuldners nach §§ 406 ff., allgemeines 1 1, 307; 2 1, 254; 3 1, 198; 4 147; 5 168. — Verb. des § 406 zu § 130 4 147. — Kenntnis v. d. gesetzl. Übergang 4 147. — Einwand des Schuldners gegen den Teilzessionar, daß der Zedent seiner Vertragspflicht auf Herstellung eines Bauwerkes nicht nachgekommen sei; Verweisung des Schuldners auf den nicht eingeklagten Teil d. Forderung 6 172. — § 407 im Übergangsrecht 1 1, 309. — § 407 u. d. gerichtl. Überweisung 4 148; 5 168. — Aufrechnung d. Schuldners gegen d. Zessionar 1 1, 306, 310; 3 1, 197. — (i. F. mehrfacher N. durch denselben Gläubiger) 7 182 (Anwendung des § 406 letzte Alternative). — Rechtsgesch. des Schuldners mit dem Zedenten nach N. 1 10, 306. ff., 2 1, 254, 3 1, 198, (Schuldtilgung) 5 168, (Schuldanerkenntnis) 5 169, (Aufrechnung) 1 1, 307, 309; 3 1, 198. — Prozeßführung d. Schuldners mit d. Zedenten nach N. 1 1, 307 ff.; 5 168, 169. — Rechtsgeschäft i. S. d. § 407 7 182. — Mitteilung nach § 25 Abs. 2 HGB. als Rechtsgeschäft nach § 407 6 172. — fällt Kenntnis d. Schuldners von dem gesetzlichen Übergang d. Forderung unter § 407? 6 172; 7 182. — Anwendung d. § 407, wenn die Mitteilung nach § 25 Abs. 2 HGB. nicht vom derzeitigen Schuldner, sondern von Übernehmer ausgeht 6 173. — Einwand d. vor der Überweisung erfolgten N. d. Ford. seitens d. Drittschuldners, Neglikt d. erfolgten Anfechtung dieser N. seitens d. Überweisungsgläubigers 5 167. — Schutz d. Schuldners bei mehrmaliger N. derselben Forderung (§ 408) 1 1, 310; 2 1, 254; 3 1, 198. — Aufrechnung i. F. d. § 408 1 1, 310. — Berufung des cessus gegenüber dem 1. Zessionar auf die 2. Abtretung 6 173. — kein unbedingter Schutz d. Schuldners trotz Vorlegung d. N.-Urkunde 2 1, 256. — Anwendung d. § 407 bei negativer Feststellungsfrage d. Schuldners gegen den Zedenten 7 182. — analoge Anwendung d. § 407 bei Verfügung über e. Erbteil 7 182. — Aufrechnung gegen d. Ford. an d. Zedenten unzulässig 5 156, 159. Stellung des Zessionars. — Erfüllungsort f. Ansprüche d. Zessionars gegen d. Zedenten aus §§ 433, 437 1 1, 176. — Beweislast i. F. d. § 410 1 1, 313. — der Fall d. § 410 HGB. keine Leistung Zug

um Zug i. S. d. § 274 3 1, 124. — nicht rechtzeitige Legitimationsführung als typischer Fall d. „Rutwilligkeit“ i. S. d. Vorschr. üb. d. Armenrecht 2 1, 256. — rechtl. Natur d. Aushändigung d. A.-Urkunde 2 1, 256. — Feststellungsurteil als Urkunde i. S. d. § 410 1 1, 312. — Anwendbarkeit d. §§ 273, 274 auf d. F. d. § 410? 1 1, 313; 2 1, 255; 3 1, 124, 199; 4 148. — Bestreitung der vom Possessor ohne Beifügung d. A.-Urkunde angemeldeten Forderung durch d. Konkursverwalter 1 1, 313. — Anwendbarkeit d. §§ 410, 94 auf d. Rechtsnachfolge des debitor cessus 4 148. — analoge Anwendbarkeit d. § 410 1 1, 312. — Schutz des Possessors nach § 405 gegenüber der Ausstellung der Schuldurkunde nachfolgenden, aber vor Abtretung angenommenen Änderungen? 6 171. — Leistung des von der A. nicht verständigten Bürgen an den Bedenten; Übergang der Hauptforderung 7 182. — Pflicht z. Aushändigung d. Vollmacht d. Vertreters d. Bedenten? 2 1, 256; 3 1, 200. — Aushändigung d. beglaubigten Abschrift d. A.-Urkunde 3 1, 200. — A. d. Anspruchs auf Werklohn; Widerspruch d. Possessors gegen e. Vertragsänderung 7 179. — „Vorlegen“ im Sinne des § 410 1 1, 313; 3 1, 199. — Stellung der Inkassopossessors 6 166 (s. oben unter Allgemeines). — Übergangsfragen zu § 410 3 1, 200.

Abweisung vgl. Klagenanspruch.

Abwesende s. Anwesenheit, Willenserklärung u. die dort Zitierten, Zugehen. — Begriff der Abgabe von Willenserklärungen unt. A. 2 1, 63. — Willenserklärung durch Telephon u. Ferndrucker; Willenserklärungen unter A. oder unter Anwesenden 1 1, 79, 93; 3 1, 52. — Zeitpunkt der „Vornahme“ einer empfangsbedürftigen Willenserklärung unter A. 2 1, 43. — Wirksamwerden einer empfangsbedürftigen Willenserklärung unter A. 2 1, 61, 62. — Verhinderung der Kenntnisaufnahme durch den Empfänger einer Willenserklärung unter A. 2 1, 62; 6 53. — Abgabe einer Willenserklärung unter A. gegenüber Nicht- oder beschränkt Geschäftsfähigen 2 1, 63; 3 1, 44. — gerichtliche oder notarielle Beurkundung unter A. 1 1, 93. — Anwendung des § 130 BGB. auf den Rücktritt von einem Erbvertrag oder den Widerruf eines gemeinschaftlichen Testaments 6 53. — Scheidung der Willenserklärungen in „bleibende“ und „vorübergehende“ statt in solche zwischen An- u. Abwesenden 7 45.

Abwesenheitspflegschaft s. Pflegschaft.

Abzahlungsgeschäft s. Kauf, Leihmöbel, Eigentumsvorbehalt. — Verhältnis im § 1 AbzG. v. 16. V. 94 zu §§ 138, 817 BGB.; gegen die guten Sitten verstößende Rückgewährung der beiderseitigen Leistungen 5 63, 614. — Selbsthilfevertrag

beim A.-G. 5 42. — A.-G. in Form der Leihe 3 1, 242. — Vereinbarung d. Fälligkeit des ganzen Restes bei Verzug mit 2 Raten 6 56. — Geldendmachung d. Aussonderungsanspruchs im Konkurs d. Käufers seitens des Abzahlungsverkäufers als Rücktritt nach § 5 AbzG. 2 2, 497. — Klage auf Herausgabe neben Zahlung; bedingter Rücktritt d. Verkäufers für den Fall der Nichtbeitreibung d. fälligen eingeklagten Raten 7 169, 170, 193, 786. — Handelsgebrauch über Fälligkeit d. Provision 7 659. — Pfändung von Leihmöbeln (s. Zwangsvollstreckung in bewegl. Sachen) 7 875 ff.

Abzugsinrede der Erben s. Erbenhaftung, **accessio temporis** s. Verjährung.

accidentalia negotii Beweislast 3 1, 73; 5 70.

actio iniuriarum 1 1, 123.

actio iudicialis z. Erläuterung eines unklaren Urteils 7 806 (s. Rechtskraft, Urteil).

actio legis Aquiliae 1 1, 123.

Adel s. Name. — Frage nach d. Zugehörigkeit z. A.-Stand, keine Fr. d. bürgerl. Rechts 1 1, 9; 2 1, 9. — Anwendung des BGB. auf das Adelsrecht 5 486. — „von“, „aus“, „zu“, „von der“, „aus dem“ usw. bei adelichen Namen A.-zeichen 1 2, 95; 4 4, 486; 5 4, rechtl. Charakter d. A.-sprädikats 1 1, 9 f. — Führung eines bürgerlichen Namens mit d. Bestandteil „von“ trotz Gefahr d. Verwechslung mit d. A.-bezeichnung 1 2, 95; 3 1, 4; 4 846; 5 4; 6 3. — Namensschuß 3 1, 4. — uneheliche Kinder 4 396; 5 486 (s. diese). — A. adoptierten Kindes 1 2, 153; 2 1, 668; 5 486; 7 1010 (Weigerung d. Eintrags d. Adoptionsvertrags in d. Standesamtsregister). — Verzicht auf d. Adel 1 2, 95. — Nichtbenutzung in 2 Geschlechterfolgen (preuß. R.) 3 1, 494. — Aberkennung i. Ausland 5 4. — Führung e. A.-sprädikats in Preußen durch Nichtpreußen 3 1, 5; durch Ausländer 4 5. — Führung eines vom Ausland verliehenen Adelsstitels 4 396. — Erwerb nach gemeinem deutschen u. sächsischen Recht 6 3. — Vermutung für Verleihung bei 44-jährigem Gebrauch (preuß. R.) 5 486. — Zuständigkeit zur Entscheidung über d. Recht zur Führung d. A.; Bindung des Richters an Entscheidung d. Heroldsamtes 1 1, 9; 2 1, 9; 3 1, 3; 4 5, 396; 7 6, 996, 1010, 712. — Recht d. Heroldsamts, zu Anträgen auf Berichtigung d. Standesamtsregisters 7, 1010. — Zuständigkeit des Heroldsamts bei Verdunkelung d. A. in Sinne d. § 95 II. 9 ADR. 4 5. — Befugnisse d. Heroldsamts bei unberechtigter Führung von A.-sprädikaten 5 4. — Nichtigstellung d. Bezeichnung e. zu Unrecht mit d. A.-sprädikat im Grundbuch eingetragen durch d. Heroldsamt 3 1, 5. — Rechtsweg über d. Recht zur Führung

(Adel)

d. A. sprädikats hz. v. d. Zugehörigkeit z. A. stand 5 4; 6 3.

Adel hoher. — Autonomie Art. 58 GGWB.

— Anwendung d. Vorschriften des GGWB. über Wohnsitz? 1 2, 392. — Geltung des Personenstandsgesetzes für den hohen

Adel 2 1, 765. — Großjährigkeit 2 1, 765.

— Ehelichkeit u. ihre Anfechtung 2 1, 640(2).

— Führung d. Handelsregisters für Standesherrn beim Amtsgericht 3 2, 251;

2 2, 7. — Siegelrecht 5 975.

Adoption f. Annahme an Kindesstatt.

adpromissio 4 149.

Adressat f. Willenserklärung. — e. Post-

sendung: Stellung gegenüber d. Post; Ablehnung d. Annahme; Aufstellung e.

Empfangsbevollmächtigten; Anordnung d. Nachsendung; minderjähriger Adressat 7 30.

Adressbuch. — Klage auf Unterlassung d.

Nachdrucks (f. Urheberrecht) 7 335.

Adressenrechtsgeschäft. — Ausdruck Kohlers

f. d. empfangsbedürftigen Willenserklärung 1 1, 78.

Adressierungszwang 4 37.

Affektionsinteresse (f. Schadensersatz,

Interesse, Ersatzleistung f. Verletzung d. A. 2 1, 132.

Agent f. Handlungsagent. — Vermittler

oder auch Bevollmächtigter? 1 1, 401, 402; 4 210. — Übernahme der Provision

seitens des Vertragsgegners bei Vertrags-

abschlüssen zwischen den Parteien, kein Vertrag zugunsten des A. nach § 328

BGB. 6 148. — Anwendung des § 38

GewD. auf Theateragenten 4 938, 939. — ist Besitzmittler bez. der ihn z. Ausführung

seines Auftrags übergebenen Sachen 1 1, 523.

Agenturvertrag f. Handlungsagenten, Ver-

sicherungsagenten. — vor 1900 ge-

schlossener 1 2, 416. — rechtl. Natur 4 193;

6 231, 243; 7 242 (f. Dienstvertrag). —

Anwendung der §§ 626 ff. BGB. 6 239. —

Erlöschen insolge Konkurses über d. Vermö-

gen d. Geschäftsherrn, Schadens-

anspruch d. Agenten 5 136, 945. — mit

Pflichtpensum 5 44, 1131. — Agent als

Massengläubiger im Konkurs d. Prinzipals

bei Bornahme unaufschiebbarer Rechts-

geschäfte nach Konkursöffnung 3 2, 260,

261.

Agitation f. Wahlagitation.

Agrargerichte. — Kompetenzverteilung zw.

ordentl. u. Agrargerichten 1 3, 6. — Pro-

wendbarkeit des § 616 1 1, 386, 387; 2 1,

346; 4 197. — Kündigung 2 1, 356, 357,

359; 7 254. — sofortige Kündigung (§ 626)

7 254. — Lohnanspruch des Arbeiters bei

außerordentlicher Kündigung (§ 628) 2 1,

365. — Unmöglichkeit der Fertigstellung

der angefangenen Arbeit wegen Be-

endigung des Arbeitsverhältnisses 2 1, 217.

— Affordüberschuß: Anspruch auf A.-Ü.

5 229; Bestimmung der Arbeitsordnung

über den Anteil des Arbeiters am A.-Ü.

4 46, 5 44. — Verteilung des A.-Über-

schusses nach § 315 bei Ausscheiden des

Arbeiters während des Affordes 5 131.

— Zurückbehaltung des Überschusses

5 107. — Tarifvertragsbestimmung, daß

bei Affordarbeit mindestens der übliche

Stundenlohn zu zahlen sei 3 1, 48. —

Affordberechnung 7 240. — Annahme-

verzug des Arbeitgebers (§ 615 BGB.)

7 249. — Unmöglichkeit d. Leistung;

Gefährtragung 7 243. — Anwendbarkeit

des § 613 BGB. (Leistung d. Dienste

in Person) 7 248. — analoge Anwendung

des § 640 BGB. 7 269.

Allen f. Patentanwalt, Rechtsanwalt. —

Hinterlegungsfähig 1 1, 273; 2 1, 234.

Alteneinsicht vgl. Abschriften, freiwillige

Gichtsbareit. — Allen der Parteien,

Anwälte 3 2, 456. — Hilfsakten 1 3, 132;

3 2, 546, 5 798. — Strafakten adhibierte

1 3, 132. — Verabfolgung in der Wohnung

1 3, 133. — Einsicht d. Manifestanten-

verzeichnis und des vom Offenbarungse-

idpflichtigen übergebenen Vermögens-

verzeichnis f. Offenbarungseid. — von

den Parteien freiwillig übergebene Ur-

kunden: Rückgabe derselben 3 2, 456. —

Anwendung des § 299 ZPO. bei Zwangs-

vollstreckungsverfahren 3 2, 456.

Aktiengesellschaft f. auch die ähnlichen

Vorschristen bei Gesellschaften m.b.H.

A. A l l g e m e i n e s. — Entwicklung des

Aktienrechtes 3 2, 39, 40. — Wesen

(juristische Person) 2 2, 124—126; 3 2,

45; 7 625. — internationales Recht 6 645.

— Anwendung der Vorschriften des BGB.

über Vereine auf die A.-G.? 1 1, 20, 24, 27;

2 1, 398; 2 2, 106, 107, 108—109, 267;

3 2, 40 (Anwendung des § 35 BGB.);

6 645. — Haftung der A.-G. für uner-

laubte Handlungen ihres Vorstandes

(§ 31 BGB.) 1 1, 29; 2 1, 18; 2 2, 107,

115, 116, 126, 127, 267; 3 2, 117; 5 115,

671; 6 645. — können wirtschaftliche Ver-

einigungen mit idealen Zwecken trotz

§§ 21, 22 BGB. noch als A.-G. entstehen?

2 2, 108. — Verleihung der Rechtsfähigkeit

nach § 22 BGB. an einen in allen wesent-

lichen Punkten einer A.-G. entsprechenden

Verein 2 2, 108. — Vereinigung von Per-

sonen zu gemeinsamer Tätigkeit für einen

bestimmten individuellen, nur von be-

stimmten Einzelpersonen zu erreichenden

Seite Zahlen = Zahlg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

oder nur ihnen dienenden Zweck? 2 2, 112. — Parteifähigkeit ausländischer A.-G. 1 2, 352; 6 645. — Sitz von ausländischen A.-G. im Ausland möglich? 634, 6 650, 775. — ausländische A.-G. (nominellen ausländischen Sitz bei tatsächlicher Leitung von Deutschland aus) 3 2, 41. — Stellung deutscher A.-G. im Ausland 1 2, 352. — mehrere Hauptniederlassungen? 2 2, 112. — A.-G. als Inhaberin eines anderen Geschäftes mit anderer Firma? 2 2, 112, 127. — A.-G. als Mitglied e. offenen Handelsgesellschaft? 2 2, 126; 6 653. — A.-G. als Mitglied e. Genossenschaft, e. Vereins, e. Gesellschaft nach BGB., als Aktionär einer anderen A.-G. 6 653. — Identität des Sitzes mit dem Beitrittort oder dem Ort der tatsächlichen Verwaltung? 2 2, 112; 4 588; 6 647, 648, 650. — Verlegung des Sitzes 2 2, 111, 112 (Form der Anmeldung, Publikation). — Mehrheit von Sitzen? 4 588. — sind die A.-G. den Beschränkungen des Art. 140 des Württemb. BGB. unterworfen? 3 2, 45. — Ausübung polit. Rechte durch A.-G. (kommunales Wahlrecht) 3 2, 45; 4 581; 7 628, 631. — dolose Bestimmung zum Aktienkauf, Übergangsrecht 6 594 (s. unten D III). — Verpachtung des Geschäftsbetriebes 3 2, 66 (s. unten B II). — Beteiligung an einer Kommanditgesellschaft 2 2, 126; 5 664. — an einer A.-G. 2 2, 126; 6 653. — an einer GmbH. 2 2, 126; 6 653. — Umwandlung in eine Kommanditgesellschaft auf Aktien 5 691, 692 (s. Handelsgesellschaften); 5 689. — für den Betrieb einer A.-G. errichtete Betriebskrankenkasse 7 628. — Haftung der A.-G. nach § 4 Wechselstempelsteuer-G. 5 671, 675. — Rechtsverhältnisse vor Eintragung 2 2 75 (s. unten D VII); 4 588 (Gesellschaft oder nicht rechtsfähige Vereine?).

Firma (s. diese) 2 2, 111, 112. — der Zweigniederlassung einer ausländischen A.-G. 2 2, 25. — Entlehen der Firma vom Gegenstand des Unternehmens; Recht der Registerrichter auf Einschreiten bei grundloser Abweichung von dieser Regel 2 2, 25. — Führung der Firma eines erworbenen Geschäftes neben der eigenen Firma? 2 2, 28, 29; 4 580; 6 609. — Ausnahme von Personen, Namen in die Firma 2 2, 112. — Anwendung des Art. 22 BGB. 2 2, 268. — Fälschung, wenn der Vertrag den Beisatz „A.-G.“ nicht enthält 3 2, 239 (s. Handelsregister). — Zusatz zu der Firma der Zweigniederlassung, Nachfolgerzusaß 6 647. — Firma der Zweigniederlassung 5 669; 6 650. — Beifügung „A.-G.“ bei ausländischen Gesellschaften 2 2, 121.

Anwendung des BGB. auf alte Aktiengesellschaften 2 2, 109. —

nach welchem Recht ist die Frage zu entscheiden, wer innerhalb der Gesellschaft die Ansprüche gegen die Gründer geltend zu machen hat? 2 2, 268. — Vorrechte der Aktionäre einer vor 1872 gegründeten A.-G. auf Übernahme neuer Aktien 2 2, 268. — Außerfortsetzung von Inhaberschaften 2 2, 268.

Zweigniederlassung (s. diese u. Firma). — Zuständigkeit für Begründung, Anmeldung, Verlegung, Aufhebung 2 2, 120; 4 596 (Errichtung durch den Vorstand?) 6 650. — Veräußerung mit Firma? 2 2, 120. — besonderer Vorstand d. Zw.-N.? 2 2, 120; 2 2, 16, 137; 3 2, 50. — Erteilung einer speziellen Niederlassungsprokura 2 2, 137. — Entstehung ohne Eintragung 2 2, 120. — Einreichung von Personalveränderungen des Aufsichtsrates zum Zweigregister 2 2, 120; 3 2, 6. — Vorlage des Prüfungsberichts der Revisoren beim Zweigregister 2 2, 120. — Darf die Eintragung ins Zweigregister von einer Eintragung über die Prokura in das Hauptregister abhängig gemacht werden? 2 2, 120, 16. — Gründung von Zw.-N. seitens alter Gesellschaften unter dem neuen Rechte 2 2, 120. — Selbständigkeit der Zw.-N. im Grundbuchverkehr (Hypotheken für Zw.-N.) 2 2, 121; 3 2, 8, 43, 44; 4 589; 5 639, 640, 669; 6 650. — Vorlage des ursprünglichen oder des abgeänderten Statuts bei Anmeldung der Zw.-N. 3 2, 43. — Firma der Zw.-N. 5 669 (s. oben); 6 647 (Zusätze), 650. — Ordnungsstaatsverfahren gegen die von d. Vorstand zu der Anmeldung Bevollmächtigten? 6 650. — Anmeldepflicht f. inländische Zw.-N. ausländischer A.-G. 6 650; 7 627. — Prüfungsrecht d. Registerrichters d. Zweigniederlassung 6 657 (s. auch unten E I). — Nachprüfung des Gesellschaftsvertrags in seinen Abänderungen durch den Registerrichter der Zw.-N.? 6 650, 667.

Stempel- u. Steuerpflicht bei Fusionen 5 690; 6 673; 7 652 (neu emittierte Aktien), 653. — Schenkungsstempel, wenn b. Gründ. e. A.-G. Gegenstände unt. d. Schätzungswert eingebracht werd. 5 690. — Verschmelzung b. Überpari-Emission 5 690; 6 673. — Stempelpflicht von Vorzugsaktien 5 690, 691; 6 673. — Abzug der zur Sanierung e. A.-G. gezahlten Zinsen der Aktionäre bei der Einkommensteuer? 5 691. — reichs- und landesgesetzliche Schlussnoten = bzw. Urkundenstempel bei Ausgabe neuer Aktien wegen Kapitalerhöhung 5 691; 6 672. — Spezialreserve u. Gewinnvertrag fallen unter das preuß. GewStG. v. 24. VI. 91 5 691. — Besteuerung in Elsaß-Lothringen bei Übernahme einer offenen S.-G. durch eine A.-G. 5 691. — Haftung

(Aktiengesellschaft)

der A.-G. nach § 4 Wechselstempelsteuergesetz 5 671, 675. — Eintragungsgebühren einer ausländischen A.-G. in Preußen 2 121; 3 2, 43; 4 589. — Anmeldegebühren; Berechnung nach dem im Register eingetragenen Kapitalbetrag oder nach dem Kurswert? 6 672. — Versteigerung des Gründungsvertrages, Sacheinlage bei Übernahme von Aktien; Reichsstempel u. Stempel aus PrStemp.-StG. Tarif Nr. 25 6 672. — Versteigerung der seitens der Generalversammlung bewilligten Zuwendungen an die Beamtenpensionskasse der A.-G. 6 672. — Gegenseitige Aktienübernahme zweier A.-G. zur Begründung einer Interessengemeinschaft 6 672. — Aktienkäufe nicht vollgezahlter Aktien, wenn der Kurs weniger beträgt als die Summe der noch ausstehenden Einzahlungen 6 673. — Auslassung der Immobilien einer aufgelösten A.-G. an den Besitzer aller Aktien 6 673. — Ausgabe neuer Aktien, wenn der Gesamtnennbetrag der neuen, auf andere Nennbeträge lautenden Stücke den bisherigen nicht übersteigt 6 673. — Zurechnung der von der A.-G. (oder GmbH.) bezahlten und auf Kostenkonto verrechneten Steuern zum steuerpflichtigen Einkommen 6 673. — Steuerpflicht der Rücklagen in Sachen 6 673. — Abzug des von der A.-G. ihren Mitgliedern u. Dritten bei Warenentnahme gewährten Rabatts bei Berechnung d. Überschusses im Sinne des Regulativs zum sächsischen EinkStG. 6 673. — „Anlagekapital“ einer A.-G. im Sinne des Regulativs zum sächsischen EinkStG. 6 673. — Zuwendungen zur Pensionskasse in Württemberg von der Einkommensteuer frei 6 673. — Abzug der Lantime vom steuerpflichtigen Einkommen der A.-G. 6 656. — Lantimesteuergesetz 6 656, 657 (rückwirkende Kraft?). — Steuerfreiheit der vor dem 1. VII. 06 verdienten, wenn auch erst später festgestellten Aufsichtsrats-Lantime 7 636, 637. — Bedeutung des Wortes „Aktienzinsen“ in den Vorschriften über Besteuerung der A.-G. 7 629. — Stempelspflicht der in d. Geschäftsbedingungen d. Banken enthaltenen Ermächtigung, die in ihrem Depot befindlichen Aktien in der Generalversammlung zu vertreten 7 639. — Anwendbarkeit des § 58 Abs. 2 Medl.-SchwRG. auf die Eintragung d. Kapitalerhöhung einer Hamburger A.-G. im Fuzialregister 7 647. — Gerichtsgebühr f. Eintragung e. Kapitalerhöhung einer auswärtigen A.-G. ins Fuzialregister 7 647 (Eßaß-Bohringen). — Stempelspflicht e. Erhöhung d. Kapitals mit gleichzeitiger Herabsetzung 7 647. — Umsatzsteuerpflicht bei Übertragung d. Gesell-

schaftsvermögens (§ 303 HGB.) an den Inhaber sämtlicher Aktien 7 649, 650. — Stempelberechnung bei Immobilien als Gegenwert der Aktien 7 653. — Stempelberechnung bei Ausgabe von Aktien gegen Kuxe 7 653. — ausländische Aktien 7 653. — Zertifikate einer ausländischen A.-G. 7 653. — Einbringung von anderen Wertpapieren der in Tarif Nr. 4a Ziff. 2 u. 4 bezeichneten Art in eine A.-G. gegen Ausgabe neuer Aktien 7 653. — Schlußnoten über noch nicht voll einbezahlte Aktien 7 653. — eingezogene, bei Ausgabe neuer Aktien wieder verwendete Aktien Urkunden 7 653. — Umsatzsteuer einer aus einer GmbH. ohne Wechsel d. Inhabers gebildeten A.-G. 7 653. — Begriff: „Aktienzinsen“ im Steuerrecht 7 653. — Einkommensteuer aus dem Erlös e. verkauften Bezugsrechts 7 653. — Berechnung der Einkommensteuer im Sinne des § 9 Ziff. 2—4 PrEinkStG. bei Aktien 7 653. — Einkommensteuer bei übermäßiger Abschreibung 7 653. — Gemeinbeabgaben einer A.-G. 7 653.

B. Das Statut (vgl. unten D VI).

I. Notwendigkeit u. Bedeutung. Sitz u. Firma siehe oben unter A. — Bezeichnung des Gegenstandes des Unternehmens: „Betrieb v. Handelsgeschäften“ genügend? 2 2, 112; 6 648. — Aufnahme der Gründungsvorgänge bei Neugestaltung des Gesellschaftsvertrages 2 2, 113 (Streichung unzulässig, Abänderung der rechtlichen Folgen zulässig). — rechtl. Natur der Statutsfeststellung (Bindung u. Verpflichtung auf dasselbe) 5 666. — Verhältnis von Statut und Gesetz durch d. Statut zulässig? 6 646. — Zerfallen der im § 182 Abs. 2 HGB. für das Statut notwendigen Vorschriften in Bezugsmerkmale u. andere Maßvorschriften; Nichtigkeit mit Unmöglichkeit e. späteren Heilung als Folge des Fehlens e. Bezugsmerkmals; Möglichkeit einer Heilung der Nichtigkeit bei Fehlen einer anderen Maßvorschrift 6 646, 647 (s. unten Nichtigkeit). — de lege ferenda für Veseitigung d. § 182 Ziff. 4—6 6 648. — Bestimmungen d. Statuts über die Form d. Gesellschaftsbekanntmachungen bei auswärtigen A.-G. 2 2, 121; 3 2, 6. — zwingender Charakter der § 182 Ziff. 2 6 671. — Auslegung d. Bestimmungen des Statuts über Gegenstand des Unternehmens; Beziehung des Prospektes 7 626. — Fehlen e. ziffermäßigen Angabe des Grundkapitals 7 626.

II. Änderungen des Statuts. — grundsätzliche Abänderungsfähigkeit des Statuts durch Majoritätsbeschluß 2 2, 178, 179. — Ermächtigung des Aufsichtsrats zur Vornahme von Änderungen an Gesell-

schaftsverträge: allgemeine Ermächtigung für die Zukunft; 2 2, 179, 180 (Kapitalserhöhung). — Vornahme der vom Registerrichter für erforderlich gehaltenen Änderungen durch den Aufsichtsrat 2 2, 179. — Vornahme einer Änderung mit rückwirkender Kraft 7 645. — Auflösungsbeschluß als Statutenänderung? 7 646. — Änderung des Gegenstands des Unternehmens, wenn eine immaterielle Zwecke verfolgende A.-G. durch Begründung eines wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes die statutarischen Zwecke mittelbar fördern will 2 2, 179. — Verpachtung des Geschäftsbetriebes 3 2, 66. — Ankündigung der beabsichtigten Änderung (§ 274 Abs. 2) 5 685. — Ankündigung bei Herabsetzung d. Grundkapitals durch Zusammenlegung 6 660, 666; (Zinhalt d. Ankündigung) 7 646 (vgl. auch F III). — Form der Zustimmung des Aktionärs zu neuen Nebenleistungen 7 646. — Eintragung e. unter Verletzung d. §§ 256, 274 (Ankündigung d. Gegenstandes der Beschlußfassung) zustande gekommener Statutenänderung 6 667 (vgl. auch unten D VI). — rechtsbegründende Wirkung d. Eintrags e. Statutenänderung 6 667. — Prüfung bei Eintragung e. Änderung der Statuten im Handelsregister d. Zweigniederlassung 6 667 (s. Zweigniederlassung). — Eintragung noch nicht durchgeführter Beschlüsse über Zahlungen der Aktionäre zwecks außerordentlicher Abschreibungen 3 2, 66. — teilweise Eintragung des Änderungsbeschlusses unter Streichung geßwridiger Bestimmungen seitens des Registerrichters 2 2, 13, 179. — Aussetzung d. Eintragung eines angefochtenen Beschlusses 2 2, 179. — Sanierungsmaßregeln 4 605, 606; 5 685.

III. Einzelne Bestimmungen.

— Beanstandung des Statuts durch den Registerrichter, weil es nicht genügend für die Vertretung vorjorge 2 2, 142. — Die Bestimmungen über Sacheinlagen bei Statutenänderung 3 2, 42, 66. — Fortsetzung einer Nebenleistungs-A.-G. über die ursprüngliche Zeit 3 2, 66 (s. unten C II). — Verlängerung der im Vertrag bestimmten Zeit des Bestehens 3 2, 67. — Vorschriften über Bestellung u. Entlassung d. Vorstandsmitglieder 7 626.

Prokura (s. auch F I). — Bestellungsberechtigter 2 2, 149. — rechtliche Stellung, Verpflichtung der A.-G. aus seinen Handlungen 2 2, 149. — Procuraerteilung unter Nichtbeachtung der durch das Statut gesetzten Schranken; Eintrag einer solchen Prokura ins Handelsregister 2 2, 149. — Prüfungsrecht des Registerrichters (Nachweis der Zustimmung des Aufsichtsrats?) 2 2, 149; 6 657. — vertretungsberechtigter Prokurist als Zeuge 2 2, 143. — Prokurist,

gesetzlicher Vertreter? 3 2, 51. — Gesamtprokura Eintrag im Register 4, 596 (s. unten F I).

C. Aktie, Aktionär, Interims-schein, Genußschein.

I. Aktie (Amortisation s. E). — rechtl. Natur 4 587; 7 625. — Ausstellung einer Urkunde über mehrere Aktienanteile 2 2, 109. — Mitberechtigung mehrerer an einer Aktie 2 2, 109. — Teilbarkeit 2 2, 109. — Teilung durch die A.-G. im Wege der Statutenänderung 2 2, 109. — Verpfändung; Nießbrauchsbestellung an einer Aktie (s. unten F III, Stimmrecht) 5 671. — Aktien auf ausländische Währung 2 2, 111. — Aktienkauf unter Sperrkaufel 6 652. — vor Abhaltung der Generalversammlung erfolgte Zusicherung über Vergebung des Bezugsrechts (Hibernia) 7 639. — Fassung der Aktienurkunde bei der Nebenleistungs-A.-G. 2 2, 132. — Außerfortsetzen von Inhaberaaktien 2 2, 268. — Zusicherung d. Zulassung d. Aktien zur Börse als Zusicherung e. Eigenschaft 7 629. — Hat der Registerrichter zu prüfen, ob die Voraussetzungen zur Erteilung der Genehmigung nach § 180 Abs. 2 vorliegen 3 2, 41. — Festlegung von Aktien in bestimmten Händen 3 2, 41. — Ausgabe zu einem höheren als dem Nennwert (wenn die Gegenleistung nicht in bar erfolgt) 3 2, 41; 4 588. — Verkauf von Aktien entgegen §§ 56, 56a GemD. 3 1, 47. — Anfechtung der Zeichnung von Aktien oder des Erwerbs von Aktien (s. unten D III). — Einwand d. mangelnden Legitimation gegenüber dem Besitzer e. Inhaberaaktie 7 625. — Anwendung der §§ 459 ff. BGB., 377 ff. HGB. auf d. Verkauf von Inhaberaaktien? 4 590. — Anwendung der §§ 794 BGB., 364 HGB. (Reaktions-theorie) auf Orderaktien 5 673. — „kumulative Vorzugsaktien“ mit Anspruch auf Nachzahlung der Dividenden aus den Überschüssen späterer Jahre, wenn das abgelaufene Jahr keinen genügenden Überschuf aufweist 6 648. — Genußaktien (an Stelle aus dem Reingewinn verlostener Aktien ausgegebene Genußtitel), ihr Verhältnis zu den übrigen Aktien 6 645, 646. — über kleine Aktien de lege ferenda 6 646. — Verkauf eigener Aktien seitens der A.-G.; Erfüllung, Auflösung, Rückzahlung, Schadensersatzanspruch d. Käufers 6 651, 652 (s. unten D III).

Übertragung der Namensaktien: Beschränkung durch Verlangen der Zustimmung des Vorstandes, insbesondere bei Erbübergang 2 2, 135. — zwingende Natur d. Vorschrift des § 222 Abs. 4 HGB. 3 2, 49. — Anwendung der §§ 363 ff. auf das Aktien-Inbolsament 4 593, 594 (2). — negative Orderkaufel

(Aktiengesellschaft)

auf der Aktienurkunde 4 594. — wann wird der Indossatar Aktionär 4 594. — Wirkung des Indossaments gegenüber Dritten, gegenüber der A.-G. 4 594. — Giro ohne Begebungsvertrag 4 594. — Inkasso-Indossament, Indossament zur Bestellung eines Pfandrechts, zur Erteilung einer Procura 4 594. — Einreden 4 594. — Stellung des Indossatars gegenüber d. A.-G. vor Eintrag in das Aktienbuch 4 594. — rechtsgültige Übertragung von Namensaktien oder Interimsscheinen trotz Nichtführens eines Aktienbuches 5 673. — Gegenbeweis gegen den Inhalt des Aktienbuches 5 673. — Genehmigung der A.-G. bzw. d. Aufsichtsrates bei Zwangsversteigerung von Namensaktien 6 654. — Pfändung, Verpfändung v. Namensaktien; Zurückbehaltungsrecht des Dritten bei Nichtbeachtung der Form des § 222 Abs. 4 6 654.

Erwerb eigener Aktien 7 629. — von einem Aktionär zur Beseitigung einer Unterbilanz, aber nicht zur gleichzeitigen Vernichtung überlassener Aktien 2 2, 135. — Verbot von Report- und Deportgeschäften mit eigenen Aktien 2 2, 136. — Annahme von Aktien auf Grund einer Schenkung, letztwillige Verfügung, an Zahlungsstatt, als Kaution 2 2, 136, 5 674. — schenkungsweiser Erwerb eigener nicht voll eingezahlter Aktien; Untergang d. Anspruchs auf die künftigen Einzahlungen 6 653, 655; 7 628, 630. — Zurückbehaltungsrecht an eigenen Aktien 2 2, 136. — Wiedereräußerung eigener Aktien 2 2, 136; 5 671; 6 653, 654. — vertragsmäßige Pfändnahme eigener Aktien 2 2, 136. — Rechtsnatur der in Besitz der A.-G. selbst befindlichen Aktien 2 2, 136 (?); 5 673; 6 654. — Rückkauf über pari 2 2, 136. — Erwerb eigener Aktien zwecks Amortisation 5 674. — A.-G. als ihr eigener Aktionär bez. der in ihrem Besitz befindlichen eigenen Aktien? 6 654, 655. — Verringerung des Grundkapitals durch den Erwerb eigener Aktien 6 654. — Bezugsrecht der A.-G. auf junge Aktien bez. der in ihrem Besitz befindl. eigenen Aktien 6 654, 652, 655. — Einstellung der im Besitz der A.-G. befindlichen Aktien in die Bilanz 5 673, 674; 6 654 (2), 655. — Verwendung der eigenen Aktien zur Dotierung des Reservefonds 5 673, 674; 6 654. — kein Recht der A.-G. auf Gewinn (Dividenden) wegen der eigenen Aktien 5 673, 674; 6 652, 654. — kein Anspruch auf Liquidationsquote aus den eigenen Aktien 6 652, 654, 655. — Stimmrecht bez. der eigenen Aktien 5 673, 674; 6 652, 654, 655. — auf eigene Aktien rückständige Einlage 6 654, 655. — Kapitals-

herabsetzung bei Schenkung nicht voll eingezahlter Aktien 6 667.

II. Aktionär. — Mitgliedschafts-, Sonder- u. Individualrecht 2 2, 122, 123. — Verträge zwischen Aktionären und A.-G. 3 2, 46. — von der A.-G. als solche verschiedene Gesellschaft der Aktionäre 5 670; 6 644, 651. — Anfechtung der Aktienzeichnung; Schadensklage des Aktionärs gegen die A.-G., gegen den Vorstand, wenn er durch schuldhaftes Verhalten eines Organes der A.-G. zum Erwerb veranlaßt wurde 2 2, 115 ff., 126; 4 590; 5 670, 679; 6 649, 651, 652 (s. unten D III); 7 634. — Begriff der Einlage des Aktionärs (§ 213), Agio, Zinsen, Vertragsstrafen, Zuzahlungen 5 671. — vom Aktionär beim Wiederverkauf eigener Aktien durch die A.-G. gezahlter Kaufpreis als Einlage 5 671; 6 653. — Stellung bei Miteigentum an einer Aktie (notwendige Streitgenossenschaft; Sachlegitimation bei Besitz der Inhaberaktie) 5 673. — Zeitpunkt des Erwerbs d. Mitgliedschaft bei Satzestiftung (s. unten) 6 648, 649. — Beschränkterwerb d. einzelnen Aktionärs in Registerangelegenheiten? 7 639. — Zeuge 1 3, 167.

P f l i c h t e n: Rückzahlung unrechtmäßiger Zahlungen 4 593. — Rückzahlung unberechtigter Bauzinsen 2 2, 134. — Anspruch des Vorstands gegen den Aktionär auf Rückgabe einer ungerechtfertigten Dividende, für die der Vorstand von der A.-G. schadensersatzpflichtig gemacht wird 5 672. — Haftung für die Einzahlung; Ermäßigung der für Verzögerung vereinbarten Vertragsstrafe (§ 218 Abs. 2) möglich? 4 593. — Pflicht z. Einzahlung d. rückständigen Beiträge; kann der Anspruch hierauf seitens der A.-G. abgetreten werden, insbesondere in Liquidationsstadium? 6 653, 654. — Einforderung der restlichen Einzahlungen durch den Vorstand 6 653. — Verzug in Erfüllung d. Verbindlichkeit zu Sacheinlagen 6 653. — Verbot der Einlagerückforderung 7 628. — Unübertragbarkeit d. Anspruchs d. A.-G. auf die rückständige Einlage 7 629. — können von den Aktionären Zuschüsse ohne Erhöhung des Grundkapitals gegen Gewährung von Vorzugsrechten durch Mehrheitsbeschluß eingefordert werden? 2 2, 127, 128; 4 590; 5 671. — Pflicht z. Leistung der künftigen Einzahlungen bei Schenkung noch nicht voll eingezahlter Aktien an die A.-G. selbst 6 653. — Einforderung von Zuzahlungen unter Androhung der Zusammenlegung der Aktien der nicht zuzahlenden Aktionäre (s. auch unter E) 2 2, 128, 129—131; (Schadensersatzanspruch der betroffenen Aktionäre) 4 590, 591. — können den Aktionären außer den Verpflichtungen nach §§ 211 u. 212 noch andere

gesellschaftliche Verpflichtungen auferlegt werden? **3 2, 45.**

Pflicht zu wiederkehrenden, nicht in Geld bestehenden Leistungen bei den Nebenleistungs-Aktiengesellschaften. — rechtliche Natur der Leistungspflicht **2 2, 132.** — Naturaldienstleistungen **2 2, 132; 3 2, 47.** — Erzwingbarkeit durch Vertragsstrafen **2 2, 132.** — Reduzierung als Strafe? **2 2, 132; 3 2, 47; 6 653.** — Vergütung für die Leistungen **2 2, 132, 134; 3 2, 46.** — Übertragbarkeit bei Erbfolge, Zwangsverkauf **2 2, 132; 3 2, 46.** — Erlöschen der Leistungspflicht **2 2, 132.** — Fassung der Aktienurkunde **2 2, 132; 3 2, 46.** — Aufserlegung solcher Pflichten nur im ursprünglichen Gesellschaftsvertrag oder durch einstimmigen Beschluß **2 2, 132, 133; 3 2, 46, 47.** — Rübenlieferungspflicht **2 2, 132, 133.** — Pflicht der Aktionäre, sich für ihre Zahlungen der Vermittelung der A.-G. z. bedienen? **2 2, 132.** — Anmeldung des Anspruchs auf Vergütung für die Leistungen im Konkurs **2 2, 134.** — Anwendung des BGB. auf das Nebenleistungsverhältnis **3 2, 46.** — Bestimmbarkeit der Nebenleistungspflicht **3 2, 46.** — Leistungen im Sinne des § 212 BGB.; nur einmal wiederkehrende Leistungen **3 2, 46; ununterbrochene Leistungen 3 2, 47; Unterlassungen 3 2, 47; nur einmalige Leistungen 3 2, 47.** — „Wert“ der Leistungen im Sinne des § 216 **3 2, 46.** — Haftung des Aktionärs für eine zu große Vergütung **3 2, 46.** — Pfändung der Nebenleistungsaktie **3 2, 46.** — Beschlüsse über Aufhebung oder Erleichterung der Nebenleistungspflicht, über Herabsetzung, Aufhebung der Vergütung **3 2, 46, 47.** — Rüben-A.-G. des alten Reiches **2 2, 133; 3 2, 47; 4 592; 6 653; 7 628.** — Wegfall der Rübenlieferungspflicht bei Aufhebung der A.-G. **7 628.** — Preisfestsetzung f. d. Rüben durch d. Aufsichtsrat **7 628.** — Form der Zustimmung d. Aktionäre zu neuen Nebenleistungen **7 646.** — Fortsetzung einer Nebenleistungs-A.-G. über die ursprüngliche Vertragsdauer **3 2, 66.** — Berechnung d. Schadens bei Nichtlieferung d. Kartoffeln seitens d. Aktionärs (maßgebender Stärkegehalt) **6 100.**

Rechte: Gewährung einer Rente als Entschädigung für die von der A.-G. übernommenen Vermögenswerte eines Aktionärs **5 666.** — vertragliche Zuweisung eines Anspruchs auf den Reservefonds für die ihren Aktienbesitz veräußernden Aktionäre? **4 592.** — Vorzugsaktien im Tausch gegen alte Aktien an solche Aktionäre, die bestimmte Beträge zuzahlen **2 2, 131.** — Zinsengarantie **3 2, 48; (Fälle von Zu-**

lässigkeit) **5 672.** — Heilung e. nach § 186 Abs. 4 BGB. ungültigen Beschlusses **7 627.**
Bauzinsen: Rückzahlung unberechtigter B.-Z. **2 2, 134; 4 593.** — Grundsatz der Gestattung von Bauzinsen **7 629.** — besonderer Vorteil im Sinne des § 186 BGB., Konkurrenzverbot als besonderer Vorteil **6 648; 7 626, 627.** — Vorzugsaktien mit dem Vorrecht, daß, falls d. Reingewinn eines Jahres, z. Gewährung e. bestimmten Dividende nicht reichen sollte, aus dem Reingewinn d. folgenden Jahre die Dividenderrückstände berichtigt werden sollen (Hibernia) **7 626.** — Schmälerung oder Entzug des Anspruchs auf Bauzinsen durch die Generalversammlung **2 2, 134.** — nachträgliche Statutenänderung auf Gewährung von Bauzinsen **2 2 133.** — nachträgliche Verlängerung des für Gewährung von Bauzinsen bestimmten Zeitraums **2 2, 134.** — Gewährung von Bauzinsen an neue Aktionäre bei Erhöhung des Grundkapitals **2 2, 134.**

Dividendenanspruch: Anfechtung eines Majoritätsbeschlusses auf Nichtauszahlung einer Dividende trotz einer mit Reingewinn abschließenden Bilanz **2 2, 123, 171, 172; 4 592.** — Statutenbestimmung, daß für gewisse Zeit oder für immer Dividenden nicht gewährt werden sollen **2 2, 133; 3 2, 47; 4 592.** — Anmeldung des Dividendenanspruchs im Konkurs **2 2, 133, 126; 3 2, 47.** — rechtl. Natur des Dividendenscheines **2 2, 133; 3 2, 47.** — Ausstellung des Dividendenscheines als Namens- oder Inhaberpapier **3 2, 47.** — rechtl. Natur des Dividendenanspruches **3 2, 47, 48.** — Geldentmachung durch Klage gegen die A.-G. **3 2, 47, 48.** — Generalversammlungsbeschl. der einen früher in bezug auf Dividendenverteilung ergangenen Beschl. aufhebt **3 2, 48; 4 592; 5 672.** — Klage auf Rückzahlung einer Dividende **3 2, 48.** — Anfechtung des Dividendenanspruches u. des ihm zugrunde liegenden Beschlusses **3 2, 48.** — Verhältnis des § 214 Abs. 3 zu § 185 BGB. **3 2, 48.** — Dividendengarantie (Rentabilitätszufage u. Rentengarantie) **4 592, 593.** — Dividendengarantie durch Dritte (Klagerecht der Aktionäre gegen den Dritten) **3 2, 48, 49; 4 593; 7 629.** — Fälle zulässiger Übernahme einer Dividendengarantie für den eigenen Betrieb durch die A.-G.? (Weggabe von Aktien durch Verkauf, Tausch, datio in solutum, Verpfändung, Fiktion in eine Gesellschaft u. ähnliches) **3 2, 48; 5 672.** — statutarische Bestimmung über Verjährung des Dividendenanspruches **3 2, 67.** — „Reingewinn“ f. unten G II. — Zuficherung e. bestimmten Dividende seitens d. A.-G. bei Verkauf von Aktien **6 651.**

(Aktiengesellschaft)

Aufrechnung des Aktionärs gegen Ansprüche der A.-G.: — gegen Ansprüche der A.-G. auf Zinsen, Vertragsstrafen, Schadensersatz 2 2, 135. — Erweiterung der Aufrechnungsbefugnis durch Vertrag 1 1, 291; 2 2, 135. — gegenseitige Aufrechnung nach Fälligkeit 2 2, 135. — Weiterabgabe der Aktien an Dritte, die die Einlagepflicht des Aktionärs durch Aufrechnung gegen eine Schuld der Gesellschaft erfüllen 2 2, 135. — Vereinbarung, daß in Anrechnung auf die Aktien ein Patent eingebracht werden soll 2 2, 135.

Raduzierung: § 290 gehört nicht hierher 2 2, 124. — Festsetzung weiterer Ausschlußfälle durch Statut? 2 2, 124. — Raduzierung für den Fall der Nichterfüllung der Pflichten bei einer Nebenleistungs-A.-G. (§ 212) 2 2, 132, 134. — für den Fall des Austritts der Aktionäre aus einem bestimmten Vereine 2 2, 132. — Raduzierung wegen Rückstands anderer Einlagen als der Einzahlungen 2 2, 132, 134; 6 653 (Sacheinlagen). — Durchführung der Raduzierung nur gegen einzelne der im Rückstand gebliebenen Aktionäre? 2 2, 134; 3 2, 49. — muß die einmal begonnene Raduzierung durchgeführt werden? 3 2, 49. — Inhalt und Fassung der Zahlungsaufforderung 2 2, 134 (Namen der Aktionäre u. Nummern der Aktien?). — Inhalt u. Fassung der Verfallserklärung 2 2, 134. — Verfallserklärung unmittelbar nach Fristablauf zu veröffentlichten 2 2, 134. — Leistung nach Verfallzeit, aber vor Veröffentlichung der Verfallserklärung 2 2, 134. — auf Grund eines unwirksamen Raduzierungsverfahrens ausgegebene neue Aktien 2 2, 134. — darf die A.-G. die neu ausgestellten Aktien im Portefeuille behalten? 2 2, 134. — Folgen der Raduzierung 6 653.

III. Interimsscheine 7 652. — bloße Quittungen über geleistete Einzahlungen? 2 2, 110. — Pfändung, Verpfändung, Versteigerung von Interimsscheinen 6 654.

IV. Genussscheine: Natur 2 2, 110; 7 625, 629. — Arten (Genussscheine über ein Anteils- oder über ein Gläubigerrecht) 2 2, 110; 4 588; 6 646 (2). — Genussscheine über ein Gläubigerrecht gewähren kein Stimmrecht 2 2, 110. — dürfen sie nach Einlösung als Aktium in der Bilanz eingestellt werden? 2 2, 110. — Anspruch der Genussscheininhaber auf besondere Gestaltung d. Bilanz? 2 2, 110. — Anspruch bei Verwendung von Gewinnüberschüssen z. Einlösung von Genussscheinen 2 2, 110. — einseitige Änderung solcher Genussscheine durch Beschluß der Generalversammlung 2 2, 111. — Behand-

lung der Genussscheine im Konkurs 3 2, 41. — Genussscheine, die dem Inhaber einen bestimmten Anteil am Reingewinn und am Liquidationserlös gewähren u. der A.-G. das Recht vorbehalten, bei ihrer Auflösung den Genussschein gegen eine Aktie einzutauschen 3 2, 41. — Genussscheine im Verhältnis zu den übrigen Gläubigerforderungen bei Liquidation 6 646. — Ausgabe von Genussscheinen gegen Zahlung e. bestimmten Betrags auf jede Aktie, die dann in eine Vorzugsaktie umgewandelt wird 7 628.

D. Die Gründung.

I. Allgemeines 6 646. — juristische Natur des Grundvertrages (gegenseitiger Leistungsvertrag?) 2 2, 111, 112; 5 666; Gründungsvorgang bei Umwandlung e. Geschäftes in eine A.-G. 6 646. — Auflassung an eine noch nicht eingetragene A.-G. 2 2, 114, 280, 281; 4 330. — genügt an Stelle der Barzahlung auf die Aktien (§ 195) Gutschrift per Bank? 3 2, 43; 4 588. — Stellung der Gründer vor Eintragung der A.-G.; Form ihrer Beschlüsse 5 666. — Klage der Gründer gegen die Zeichner auf Einzahlung der ersten Rate 5 667; 2 2, 118. — „Sondervorteil“ im Sinne d. § 186 Abs. 1 6 648; 7 626, 627. — Gründervorrecht bei neuen Aktien; vor 18. VII. 84 zugesicherte Bezugsrechte 2 2, 181 (s. unter E). — Vereinbarung der Gründer u. einzigen Aktionäre auf Erstattung der Gründungskosten nach Verhältnis der Aktienbesitzer 4 589. — Heilung e. nach § 186 Abs. 4 ungültigen Beschlusses 7 627.

II. Simultangründung 5 666. — nicht notwendig Erwerb der Rechte durch die Gründungsgesellschaft und Übertragung an die A.-G. nach Errichtung 2 2, 114. — Auflassung an eine noch nicht eingetragene A.-G. 2 2, 114. — bedingte oder befristete Übernahme-Erklärungen 3 2, 42. — „Übernahme“ der Aktien nach § 188 einseitige, resolutiv bedingte Willenserklärung 5 666. — rechtl. Bedeutung d. „Übernahme“ nach § 188; Erklärung gegenüber den Mitgliebrern; aus d. Übernahme resultierende Pflicht; Verhältnis zur Zeichnung nach § 189 6 2, 648.

III. Sußzessivgründung. — Aktienzeichnung, rechtliche Natur; kein Vertrag, sondern bindendes Ausnahmegebot 2 2, 114, 115; 3 2, 42 (einseitiger Beitrittsakt); 5 666; 6 648; 7 627. — Unterschied d. Zeichnung von der Aufnahme als Aktionär; Zeitpunkt der letzteren 5 666; 6 648, 649. — dingliche Seite des Aktienvertrages 2 2, 126. — Unterschrift eines Bevollmächtigten bei Zeichnung 2 2, 115. — der vorgeschriebenen Form ermangelnde Zeichnung 2 2, 115. — Form von Nebenabreden bei Zeichnung

2 2, 115; 3 2, 42. — Einwand der nur „provisorischen“ Zeichnung 7 627. — Verweisung im Zeichnungsschein auf andere Urkunden 2 2, 115. — nur von einem der beiden Kollektivvertreter einer offenen Handelsgesellschaft unterschriebener Zeichnungsschein 5 686. — Anfechtung der Zeichnung von Aktien ausländischer A.-G. 3 2, 42. — Beschränkungen, Vorbehalte, private Abreden zwischen Zeichner u. Gesellschaftsorgan bei Zeichnung 7 627. — Willensmängel bei Zeichnung 2 2, 117. — Prospekthaftung f. Emission. — Anfechtung der Zeichnung; Schadensanspruch 1 1, 345; 2 2, 115, 116, 117; 3 1, 39 (Schadensersatzanspruch gegen die A.-G.?), 2 2, 126 (Schadensanspruch im Konkurs der A.-G.), 4 590; 5 670; 2 1, 499; 5 339; 6 649, 651 (Zusag. e. bestimmten Dividende); 6 50, 51, 652; — 7 41, 628, 634, 635 f. unerlaubte Handlung. — Strohmannen wahre Zeichner 2 2, 116. — Einzahlung der 25% Verpflichtung aus d. Zeichnung oder aus d. Mitgliedschaft 6 649. — Zeichnung von Aktien seitens e. Gründers zugleich für e. ungenannten Dritten 6 44. — Einflagung der 25% (§ 195) durch die Gründer 2 2, 118; 5 667; 6 649. — Generalversammlung z. Wahl des Aufsichtsrats nach § 196 Abs. 2: Versäumnis der Einberufungsfrist; Nachprüfung seitens des Registratorrichters; Anfechtungsrecht der Zeichner 5 667. — Bank als Zeichenstelle (f. Emission, Bank) 7 627. — über Aktienzeichnung *de lege ferenda* 6 649. — konstituierende Generalversammlung (§ 196): Streit über Ausschluß vom Stimmrecht 2 2, 118. — Teilnahme an den Erörterungen als Ausübung der Aktionärrechte (§ 189 Abs. 4) 5 666. — Einberufung der konstit. G.-V. trotz Nichteinhaltens der Frist bei Einberufung der früheren G.-V. nach § 190 Abs. 2 5 667, 668.

IV. Qualifizierte Gründung. — Sacheinlagen, Änderung ihres Wertes zwischen Vertrag und Übernahme 2 2, 113. — nur schätzungsweise Angabe des Wertes 2 2, 113. — Natur des in bar geleisteten Ausgleiches 2 2, 113. — Vertragsbestimmung, der Einleger soll so viel Aktien erhalten, als seine Einlage wert sei 2 2, 113. — Statutenänderung über die Sacheinlagen 3 2, 42. — Gründung der A.-G. ohne Rücksicht auf die „Übernahme“ nach § 186 Abs. 2 und Vorbehalt der Übernahme für eine Nachgründung? 2 2, 114. — „Übernahme“ nach § 186 Begriff 2 2, 114. — Begriff des „besonderen Vorteils“ nach § 186 Abs. 1 3 2, 42. — im Gesellschaftsvertrag nicht bedingener Vorteil; nachträglich formlose Genehmigung 3 2, 42. — Verzug bei Sacheinlage; Kaduzierung 6 653. — Gründergewinn 3 2, 42. — Gründungsaufwand 2 2, 114. — Gründungskosten,

Besitzwechselabgaben 2 2, 114. — Gewährung einer Rente an einen Aktionär als Entschädigung für von der A.-G. übernommenen Vermögenswerte 5 666. — wirtschaftliche Vorzüge der Sachübernahme vor der Sacheinlage (Vermeidung der Sperrfrist des § 39 WörfG.) 5 666. — Umgehung der Vorschriften über qualifizierte Gründung durch Vereinbarung, daß in Anrechnung auf die gezeichneten Aktien ein Recht auf Verwertung eines Patents eingebracht werden soll 2 2, 135. Gründerbericht. — Angabe der Betriebsergebnisse der letzten 2 Jahre bei Nichteinlage eines größeren Unternehmens 2 2, 117. — wenn sie in den Büchern nicht verzeichnet sind 2 2, 117. — Ermittlungspflicht der Gründer über die früheren Betriebsergebnisse 2 2, 117. — Offenlegungspflicht aller Gründer, nicht bloß des Einlegers 2 2, 117. — spezialisierte Angabe der Art und Menge eingelegerter Waren 2 2, 117. — Ergänzung des Berichts durch die Erben bei Tod eines Gründers 2 2, 118.

V. Prüfung 3 2, 42; 6 649, 650; 7 627. — Zuständigkeit für Bestellung der Revisoren 2 2, 118. — generelle Bestellung z. Gründungsrevisor? 2 2, 118. — Prüfung der Zahlungsfähigkeit der Zeichner 2 2, 117. — offensichtliche Unrichtigkeit der Zeichnung oder Zahlungsunfähigkeit der Zeichner 2 2, 118. — Zeitpunkt für Bestellung der Revisoren 4 588. — Zur Stellung des Antrags auf Bestellung der Revisoren Berechtigte 4 588. — Prüfung durch Revisoren, wenn zu den Gründern eine A.-G. gehört, die sich einen Sondervorteil bedungen hat, oder wenn der gesetzliche Vertreter der A.-G. Mitglied des Vorstands oder Aufsichtsrats der neuen A.-G. wird 5 667. — Ausschluß des Rechtswegs, aber nicht der Beschwerde nach d. FGG. gegenüber der endgültigen Entscheidung nach § 194 5 667. — Vergütung der Revisoren, von der Festsetzung seitens des zuständigen Organs abweichende Vereinbarung zwischen Revisoren u. Gründern 2 2, 118.

VI. Eintragung und Publikation (f. oben B Statut). Eintragung ins H.-Register trotz Fehlens wesentlicher Essentialien 2 2, 11. — Einreichung der Anmeldung bei Simultangründung nach dem Tode eines Gründers 2 2, 118. — genügt an Stelle der Barzahlung auf die Aktien Gutschrift per Bank 3 2, 43; 4 588. — Stellung des Registerrichters 4 588; 5 667. — persönliche Bewirkung der Anmeldungen 4 588, 606. — Einreichung der Genehmigungsurkunde in den Fällen des § 16 GewD. 5 667. — hat der Registerrichter zu prüfen, ob bei Einberufung der im § 190 Abs. 2

(Aktiengesellschaft)

vorgeesehenen Generalversammlung die Frist der §§ 255, 197 gewahrt ist? 5 667. — Einberufung der Generalversammlung nach § 196 trotz Nichterhaltung der Frist bei Einberufung der früheren i. § 190 Abs. 2 vorgeesehenen Generalversammlung 5 667, 668. — Ordnungsstraßverfahren wegen unterlassener Anmeldung nicht gegen die A.-G., sondern gegen den Vorstand persönlich 6 650. — Anmeldung e. Zweigniederlassung; Übertragung d. Anmeldepflicht auf Bevollmächtigte; Ordnungsstrafen gegen die letzteren 6 650 (f. oben A) — konstitutive Wirkung der Eintragung 6 650 (2). — konstitutive Wirkung d. Eintragung e. Statutenänderung 6 650. — Prüfung d. Reg.-Richters, ob die Voraussetzung z. Genehmigung nach § 180 Abs. 2 vorliegen? 3 2, 41. — Prüfungsrecht d. Reg.-Registers bez. der Satzungsmaßigkeit e. einzutragenden Beschlusses; insbes. Prüfung, ob die für e. Procura statutarisch nötige Zustimmung des Aufsichtsrats vorliegt 2 2, 149; 6 657. — Anmeldepflicht ausländischer A.-G. 5 669. — Beifügung d. Bezeichnung „A.-G.“ bei ausländischen A.-G. 2 2, 121. — Bestimmung d. Gesellschaftsvertrags über die Form der Gesellschaftsbekanntmachung bei ausländischen A.-G. 2 2, 121; 3 2, 6. — Eintragungsgebühren f. oben A. — Ablehnung d. Eintragung eines Beschlusses über Umwandlung von Stamm- in Vorzugsaktien ohne Erhöhung des Grundkapitals, wenn die Fassung die Höhe des Grundkapitals nicht mehr ziffermäßig angibt 7 626. —

VII. Haftung aus der Gründung. — Handeln vor Eintragung 7 627. — Haftung des im Namen der Gesellschaft Handelnden bei Kenntnis des Dritten von deren Nichtexistenz 2 2, 119, 281; 5 668. — Ausschluß der Haftung durch Vereinbarung 2 2, 119, 281. — Wegfall der Haftung des für die Gesellschaft Handelnden durch Genehmigung des Vertrags seitens der A.-G. nach ihrer Eintragung 2 2, 119; 5 668. — „Handelnde“ im Sinne des § 200 Abs. 1: alle Zeichner oder Gründer, mit deren Willen gehandelt wurde oder nur der auf Grund der Ermächtigung mit dem Dritten kontrahierende? 2 2, 119 (2); 5 668. — Stellung der Gründer vor Eintragung; Form ihrer Beschlüsse 5 666. — Abschluß von Übernahmeverträgen durch die Gründer; nachträgliche Genehmigung durch die entstandene Gesellschaft, wenn im Vertrage die Vergütung für die Übernahme nicht festgesetzt ist 5 668. — nicht durch den Gründungsakt bedingte Rechtsgeschäfte der Gründer 5 668. — Bestellung eines Vorstandes vor Eintragung 5 669. — Rechtsnatur der A.-G. vor Eintragung 2 2, 275; 4 588 (Gesellschaft oder nicht rechts-

fähiger Vereine?); 5 668 (nicht rechtsfähiger Verein); 6 650. — nachträgliche Übernahme der Gründungskosten durch den Gründer u. einzigen Aktionär 4 169. — unmittelbare Berechtigung u. Verpflichtung der A.-G. durch die im eigenen Namen handelnden Gründer 4 53. — Haftung der Gründer: Belangung seitens einzelner Aktionäre unabhängig von § 268 2 2, 121. — Wandelungsklage eines einzelnen Aktionärs auf Wiederabnahme gekaufter Aktien 2 2, 121. — keine Haftung der übrigen Gründer bei bloßer fahrlässiger Schadensverursachung durch Illaten seitens eines Gründers 2 2, 121. — Haftung d. Gründer für nicht ins Statut aufgenommene Zusagen 7 627. — Prospekthaftung 7 628. — Sperrfrist für Vergleiche u. Verzicht, wenn die Frist nach altem HGB. begonnen hatte 2 2, 121, 122. — ist der Kontursverwalter an die Sperrfrist des § 205 gebunden? 3 2, 44. — Haftung nach § 208 setzt Nichtaufnahme der Vereinbarung, auf Grund deren d. Vermögensgegenstände erworben sind, in dem Gesellschaftsvertrag voraus 6 651.

VIII. A c h t r ü n d u n g: Allgemeines 3 2, 44. — Erwerb einer herzustellen Anlage“ bei Errichtung der Anlage in Regie 2 2, 122. — Bestellung der maschinellen Einrichtung einer Brauerei als Nachgründung 2 2, 122. — rechtl. Charakter der einfachen u. der qualifizierten Nachgründung 3 2, 44. — Zeitpunkt der Nachgründung 3 2, 44. — Prüfungsrecht des Registerrichters 3 2, 44. — Ablehnung d. Eintragung e. Nachgründung, durch die die Vorschriften des § 192 HGB. umgangen werden soll 6 651. — Begriff der „Anlagen“ nach § 207 Abs. 1 3 2, 44. — Wirkung der Verweigerung der Zustimmung der Generalversammlung auf eine im Grundbuch erfolgte Eintragung 3 2, 44. — Haftung des Aufsichtsrats bei ungenügender Prüfung eines Nachgründungsvertrags 5 670. — Beschluß auf Erwerb eines Handelsgeschäftes durch Nachgründung, wenn der Erwerb schon bei Gründung der A.-G. in Aussicht genommen u. nur zur Umgehung einer Prüfung durch Revisoren verschoben wird 5 670.

E. D a s G r u n d k a p i t a l, A m o r t i f i k a t i o n.

I. G r u n d k a p i t a l 7 625. — Sacheinlagen f. D IV. — kann das Grundkapital auf fremde Währung lauten 2 2, 111. — Unterscheidung zw. Haftungs- u. anderem Vermögen 6 651. — Träger des Gesellschaftsvermögens 5 670; 6 651. — kann der Anspruch gegen die Aktionäre auf rückständige Beiträge seitens der A.-G. übertragen werden 6 653.

E r h ö h u n g d e s G r u n d k a p i t a l s. — rückwirkende Kraft des § 282 2 2, 181.

bilanzmäßige Behandlung 3 2, 66. — Ausgabe über pari bei Erhöhung des Grundkapitals 2 2, 113, 179; (gleichzeitig mit der Kapitalserhöhung gefasste Beschluss auf Zulassung der Ausgabe über pari) 4 606; (Anwendung des § 184 Abs. 2 HGB.) 5 685. — Überlassen der Einzelheiten der Kapitalserhöhung an Vorstand und Aufsichtsrat 2 2, 180. — Einzahlung durch Gutschrift per Bank? 3 2, 43. — Sacheinlagen bei Kapitalserhöhung; Veröffentlichung? 2 2, 180. — Anmeldung des Erhöhungsbeschlusses zum Register, Weigerung eines Aufsichtsrates zur Anmeldung 2 2, 180; 3 2, 66 (Entlassungsgrund, Klage auf Feststellung seiner Verpflichtung, auf Schadenersatz). — persönliche Bewirkung d. Anmeldung? 4 558, 606. — Aktienzeichnung bei Kapitalserhöhung; Unterschied von der Zeichnung bei Gründung 2 2, 115, 117; 6 648, 649 (s. oben D III), 667. — Anfechtung der Aktienzeichnung bei Erhöhung 2 2, 115, 116, 117 (Schadenersatzanspruch gegen die A.-G.); 2 2, 126; 6 648, 649, 651, 652. — Willensmängel bei Zeichnung 2 2, 117. — Scheinzeichnung 6 667. — Wirkung der Zeichnung, wenn statt der geplanten Erhöhung eine andere beschlossen wird 2 2, 180. — nur von einem der beiden Kollektivvertreter einer offenen Handelsgesellschaft unterschriebener Zeichnungsschein 5 686. — rechtl. Charakter des Bezugsrechtes (Mitgliedschaftsrecht) 2 2, 180. — Bezugsberechtigter bei Mißbrauch an den Aktien 2 2, 180. — Einschränkung oder Aufhebung des Bezugsrechtes im Erhöhungsbeschluss 2 2, 180; 7 646, 647 (Sibernia). — genügt briefliche Aufforderung zur Ausübung des Bezugsrechtes 2 2, 181. — Vererblichkeit u. Veräußerlichkeit des Bezugsrechtes 6 667. — vor 1884 entstandene Bezugsrechte; Aufhebung derselben 2 2, 181; 5 686. — Bezugsrecht der Gründer in Ansehung der Aktien, die nach einer früheren Kapitalherabsetzung das Kapital auf die alte Höhe bringen sollen 2 2, 181. — Auslegung einer statutarischen Bestimmung, daß die Aktienseigner, falls sie überhaupt noch Aktionäre sind, nach Verhältnis ihrer Zeichnungen die eine Hälfte d. neuen Aktien übernehmen dürfen 5 686. — Prüfungsrecht des Registerrichters hinsichtlich Ausföhrung der Einzahlungen 2 2, 181. — vom Vorstand u. dem Garantiefondsium betreffs der Neuemission getroffenes, der Generalversammlung zur Beschlussfassung nicht unterbreitetes Abkommen 6 667. — Lösung der eingetragenen Erhöhung wegen Ungültigkeit d. Zeichnungsscheine? 2 2, 181; 3 2, 239 (s. Handelsregister). Anmeldung der Kapitalserhöhung beim Register der Zweigniederlassung; Er-

fordernisse 2 2, 181; 4 607 (Nachprüfung seitens des Registerrichters d. Zw.-N. 4 558); 5 686 (Nachprüfung der Gesetzmäßigkeit des Beschlusses seitens des Richters d. Zw.-N.). — Weisung an das Vergebungsfortium, an gewisse Aktionäre keine Aktien abzugeben, bei gleichzeitigem Ausschluß des Bezugsrechtes 5 686. — Wichtigkeit einer Aktienanzgabe vor Eintrag der Kapitalserhöhung 2 2, 181. — Vergebung der neuen Aktien derart, daß sie dauernd dem freien Verkehr u. damit dem Erwerb durch andere Aktionäre entzogen werden 5 686. — Klage der Zeichner bei Verzögerung der Ausgabe der neuen Aktien 4 606. — Gebühren für Eintragung 4 606. — Gebühren für Kapitalserhöhung in Bayern 5 685. — Kosten- u. Stempelfrage bei Kapitalserhöhung s. oben A.

Herabsetzung 4 605, 606. — zwingende Natur der Vorschriften 2 2, 182. — neuer Prospekt (§ 38 BörG.) nötig? 7 1173. — Mehrheitsbeschluss auf Herabsetzung durch Zusammenlegung 2 2, 131. — Folgen eines unwirksamen Beschlusses über Ausföhrung der Herabsetzung enthaltenden Beschlusses 2 2, 181, 182. — wann gilt d. Herabsetzung als erfolgt? 2 2, 182; 4 607; 6 667. — „neuer Prospekt“ im Fall der Herabsetzung bei zum Börsenhandel zugelassenen Aktien 2 2, 182. — können der Beschluss über Herabsetzung und seine Durchföhrung gleichzeitig zum Register angemeldet werden? 2 2, 182; 6 667. — Zurückgabe der zur Abstempelung oder Entwertung eingereichten Aktien 2 2, 182. — Zahlung von Dividenden aus den herabgesetzten Aktien 2 2, 182. — Anmeldung e. die Interessenten Dritter nicht gefährdenden Herabsetzung 7 647. — Konkurs während des Sperrjahres (§ 289 HGB.) 7 647. — Fälligkeit etwaiger Rückzahlungsansprüche der Aktionäre; Behandlung solcher Ansprüche im Konkurs 2 2, 182; 3 2, 66. — wann hat der Vorstand die Aufforderung an die bekannten Gläubiger (§ 289 Abs. 2) zu erlassen? 4 607. — Inhalt des Herabsetzungsbeschlusses; Zweckangabe, Angabe eines neben der Kapitalrückzahlung weiter verfolgten Zweckes, z. B. bei Amortisation durch Unterpari-Erwerb eigener Aktien 5 687. — Herabsetzung bei Schenkung nicht voll eingezahlter eigener Aktien 6 667 (s. oben C I). — Kapitalherabsetzung bei Vorhandensein mehrerer Aktiengattungen 7 647. — Kritik der Fassung des § 288 HGB., verschiedene Bedeutung des Wortes „Grundkapital“ 7 647.

Zusammenlegung 4 606. — Verfahren, wenn bei Zusammenlegung die Erbsaktien unverkäuflich sind oder wenn

(Aktiengesellschaft)

die restlichen Aktien die Erschaffung einer Ersatzaktie nicht zulassen 2 2, 183. — Zeitpunkt des Erwerbs der neuen Aktien bei Zusammenlegung u. Wiedererhöhung des Aktienkapitals durch Ausgabe neuer, zur Verfügung der Besitzer der alten zu haltenden Aktien 3 2, 66, 67. — Inhalt der Ankündigung bei Zusammenlegung 5 685.

II. **A m o r t i s a t i o n** 4 606; 5 674 (Erwerb eigener Aktien zwecks A.); 7 630. — bei heimfälligen Unternehmen 2 2, 136. — Wiederinverkehrrbringen der zwecks A. angekauften Aktien 2 2, 136. — „Ankauf“ im Sinne des § 227 Abs. 1 2 2, 136. — Rückkauf von Aktien über pari; Verrechnung des Agio 2 2, 136. — Rückerwerb aus Quoten des Ertrages statt aus dem Gewinne? 2 2, 136. — müssen die Bedingungen des A. im voraus im Statut festgelegt sein? 3 2, 49; 5 674. — statutarische Ermächtigung eines Gesellschaftsorgans zur Verfügung der A. nach freiem Ermessen 3 2, 49. — Bestimmung des Entgelts 3 2, 49. — verschiedene Handhabung d. A. gegen die verschiedenen Mitglieder 3 2, 49. — muß nach Amortisation durch Ankauf entweder das alte Grundkapital oder neben dem verminderten Grundkapital ein dem Nennbetrag der amortisierten Aktien entsprechender Betrag unter die Passiva in die Bilanz aufgenommen werden? 4 594; 6 655. — Abänderung des Statuts dahin, daß die A. mittels Auslösung usw. aus dem Gewinn erfolgen soll 5 674. — Wirkung der Amortisation; Reduktion des Grundkapitals oder Unberührtbleiben desselben? 6 655; 7 630. — Freiwillige A. der durch Schenkung, letztwillige Verfügung, Vergleich erworbenen Aktien, wenn das Statut der A. überhaupt nicht gedenkt 6 655. — freihänder Kauf, Schenkung eigener Aktien z. Amortisationszwecke 7 630 (vgl. oben Aktien).

F. **O r g a n i s a t i o n**.

I. **V o r s t a n d**. — rechtl. Natur des Verhältnisses zwischen Vorstand in A.-G. 2 2, 138. — Vorstand einer Zweigniederlassung s. oben A. — kann eine Person gleichzeitig als Vorstand u. durch einen Engagementsvertrag mit einer A.-G. in Verbindung stehen? 2 2, 138. — Bestimmung 2 2, 137; 3 2, 50 (Mitwirken des ganzen Aufsichtsrates). — Recht bestimmter Aktien zur Präsentation d. Vorstandes 7 631. — Form des Aufsichtsratsbeschlusses auf Bestellung e. Vorstandsmitglieds 3 2, 51. — Eintrag von Änderungen des Vorstandes im Register, bloße Änderung der Personalien, Titel 2 2, 143; 4 596, 597. — Widerspruch zwischen Statut und Anstellungsantrag 2 2,

139; 5 674; 6 655, 656. — Zusicherung d. alleinig. Vorstandschaf 7 637. — Stellung d. Vorstandes, der zur Erhaltung seines Postens eine bestimmte Zahl Aktien erwerben mußte 6 656. — Übernahme von Ehrenämtern seitens d. Vorstandes 6 656 (passives Wahlrecht zur Handelskammer). — Rechtsstellung des einzelzeichnenden Vorstandsmitgliedes zu den Kollektivzeichnenden 6 656. — Wirksamkeit statutarischer Beschränkung d. Vorstandes gegenüber kennnißhabenden Dritten? 6 656. — Vertretung der A.-G. bei Ausübung politischer Rechte 3 2, 51 (s. oben A.). — Annahme von Personal (Fehlen e. ausdrücklichen Erklärung d. Vorstandes, daß er für die A.-G. handle) 5 675. — Legitimationsnachweis e. Grundbuchsache 2 2, 140 (s. Eintragung ins Grundbuch). — Beilegung e. besonderen Titels; Eintragung 7 631. — Kosten d. Registereintragung bez. einer Vorstandsänderung 7 632. — Anmeldepflichtigkeit bei Auberung d. Vorstandes 7 632. — Anmeldung e. Änderung d. Vorstandes unter Vorlage der Beschlüßurschriften; Weglaubigung nötig? 7 632. — Gültigkeit d. Rechtsbandlungen von nicht in das Handelsregister eingetragenen Vorstandsmitgliederu 7 632.

E i n z e l n e R e c h t e d e s V o r s t a n d s. — Anspruch auf Beschäftigung, Kündigungsrecht des Vorstandes 2 2, 138. — Teilnahme an der Generalversammlung, wenn er nicht Aktionär ist? 2 2, 138 — Vollzug von Generalversammlungsbeschlüssen 7 632. — Befugnis zu liberalen Zuwendungen (geschäftszübliche Geschenke) 2 2, 138. — Anfechtungsrecht gegenüber gefeh- oder statutwidrigen Beschlüssen 6 656. — Ausübung d. Jagdrechts auf den Grundstücken der A.-G. 7 631. — Ausübung politischer Rechte (Wahlrecht) 7 631 (vgl. oben Allgemeines). — Urlaub: Recht auf Entschädigung wegen nicht genommenen Urlaubs? 2 2, 139. — Recht der Selbsturlaubung 5 674. — Verfügung über Reserven zur Dedung bilanzmäßiger Verluste 2 2, 143. — Verfügung über den Dividendenreserfonds 2 2, 144. — Zurückweisung e. das außerdienstliche Verhalten d. Vorstandes kritisierenden Zeugnisses 6 655. — Gewährung e. festen, nach dem Durchschnittsverhältnis früherer Tantiemen berechneten Vergütung 2 2, 148. — de lege ferenda über feste Vergütung 3 2, 35. — Entlastung s. unter G I. — Anspruch auf Gehalt während militärischer Übungen 3 2, 50. — Recht zur Zusammenberufung des Aufsichtsrates 3 2, 49, 50. — Recht zur Einberufung der Generalversammlung (s. unter F III). — Recht auf Kosten der A.-G. wichtige Veröffentlichungen, z. B. zur Abwehr von

Angriffen auf die Verwaltung, zu machen 6 656. — Führung e. Prozesses wegen Beleidigung d. Vorstands auf Kosten der A.-G. 6 656. — Nichteinholen der statutarischen Genehmigung des Aufsichtsrates zur Anstellung von Beamten, Einkäufen von Rohprodukten usm. 2 2, 143.

Tantiemen-Ansprüche 6 656; 7 633. — rückwirkende Kraft der §§ 237, 245? 2 2, 145, 147; 7 634. — Anfechtung eines den §§ 237, 245 widersprechenden Statutenbeschlusses 2 2, 145. — Zurückerstattung zu Unrecht gezahlter Tantiemen (Einfluß der Bewilligung der Generalversammlung) 2 2, 145, 147. — Widerspruch zwischen Statut u. Anstellungsvertrag über die Höhe der Tantieme 3 2, 52; 6 655, 656. — Vertrag als Voraussetzung des Anspruchs 2 2, 145. — Begriff des tantiempflichtigen Reingewinns 2 2, 145; 7 633. — keine Tantiemen aus dem zur Deckung des vorjährigen Verlustes verwendeten Gewinns 2 2, 145. — Berechnung der Tantieme bei Ausgleich von Verlusten durch Heranziehung von Reserveposten 2 2, 145. — Tantieme bei Verteilung des Gewinns nicht als Dividende, sondern bei Verwendung zum Rückkauf von Aktien 2 2, 145, 146; 3 2, 52. — Tantieme aus dem Gewinnvortrag auf neue Rechnung? 2 2, 145, 146, 147; 3 2, 52; 4 597 (s. auch G I). — Begriff der „sämtlichen Abschreibungen u. Rücklagen“ nach § 237; 2 2, 145, 146, 147; 7 633. — Tantiemen aus Zahlungen an Gläubiger oder freiwilligen Abzahlungen 2 2, 146. — Tantieme aus Rücklagen für Wohlfahrts-einrichtungen 2 2, 146. — Amortisationsfonds zum Rückkauf von Aktien 2 2, 146. — garantierte Minimaltantieme 2 2, 148. — ist bei Berechnung der Tantieme der Reingewinn zugrunde zu legen, der sich erst nach Abzug der Tantieme ergibt? 2 2, 148. — Vertrag, daß, soweit die Tantiemen wegen Abschreibungen und Rücklagen ausfallen, dem Vorstand Ersatz zu leisten sei 2 2, 148. — Nichtigkeit e. Vertrags, wonach die Tantieme aus dem Reingewinn vor Abzug der freiwilligen Abschreibung und neuer Rücklagen zu gewähren ist 2 2, 148. — Gewährung von Prozentsätzen aus dem gesamten Geschäftsumsatz oder vom Umsatz in den einzelnen Geschäftszeigen 2 2, 148. — Fälligkeit der Tantieme 2 2, 147; 7 634 (nach Genehmigung d. Bilanz). — Ansprüche aus geschiedener Tantiemeberechtigter bei späteren Eingängen auf Defizitfondus? 2 2, 147. — wann gilt die Vergütung als gewährt? Gutschrift und Gewähren identisch? 6 656, 657. — Behandlung im Konkurs 6 656, 657. — Abzug der Tantieme vom steuerpflichtigen Einkommen der A.-G. 6 656. — Tantieme-steuer, rückwirkende Kraft d. Tantieme-

steuergesetzes 6 656, 657 (s. oben A.). — zwingende Natur d. §§ 237, 245 HGB. 7 633. — Verbuchung der Tantieme auf Unkostenkonto? 7 634.

Pflichten des Vorstands. — Kontrolle aller Buchungen bei Anstellung zuverlässiger Buchhalter? 2 2, 149. — Notwendigkeit doppelter Buchführung 2 2, 149, 150. — im Anstellungsvertrag vom Vorstand übernommene Pflicht, alle, auch private Aufzeichnungen über den Geschäftsbetrieb beim Austritt abzuliefern 7 633. — Pflichten des Vorstands bei eintretenden Schwierigkeiten der Gesellschaftsverhältnisse: Anwendung des § 261 bei Ermittlung, ob Überschuldung vorliegt? 2 2, 150 (wie ist die Bilanz zu fertigen?). — wann ist die Überschuldung gegeben? 3 2, 52 (s. auch unter H I). — Umgehung der Pflicht zur Konkursanmeldung durch Amtsniederlegung 3 2, 52. — Frist zu Sanierungsversuchen vor Konkursanmeldung 3 2, 52, 53. — Pflicht z. Auskunftserteilung gegenüber Generalversammlung, einzelnen Aktionären 4 595; 6 662, 663 (mündliche Auskunft über im Geschäftsbericht mit Recht unterdrückte Umstände).

Geschäftsbericht nach § 260 de lege ferenda 3 2, 61. — Verhältnis zu Bilanz 6 661. — Grund d. Vorschrift des § 260 HGB. 7 640. — Änderung seitens des Vorstandes nach Prüfung seitens des Aufsichtsrates 2 2, 171. — erlaubte u. unerlaubte Verschleierung (Interesse der A.-G. an Geheimhaltung) 3 2, 61; 6 662. — Grundlag d. Vollständigkeit, Wahrheit 6 661. — Erwähnung eines vom Aufsichtsrat verursachten, aber durch ihn wieder gedeckten Verlustes 5 683, 684. — Inhalt des Geschäftsberichts 5 684; 6 661 ff. — wer hat den Bericht zu unterzeichnen 5 684. — Berücksichtigung erst nach Abschluß des Geschäftsjahres eingetretener Umstände 6 661/662, 663. — mündliche Auskunftserteilung des Vorstands an die Aktionäre über Punkte, die im Bericht schriftlich nicht niedergelegt werden durften 6 662, 663. — Veröffentlichung auch der schon bekannten, nicht gewöhnlichen Ereignisse im Geschäftsbericht 6 672.

Verhältnis zum Aufsichtsrat: Gehoramspflicht gegenüber den Weisungen des Aufsichtsrats 2 2, 139; 3 2, 50; 5 675. — Kompetenzüberschreitung des Aufsichtsrats (Verlangen der Zurücknahme einer Beleidigungsflagge bei Meinung der sofortigen Enthlassung) 2 2, 139. — den Interessen der A.-G. oder Dritten zuwiderlaufende Weisungen des Aufsichtsrats 2 2 139. — Abänderung der Statutenbestimmung, daß der Vorstand dem Aufsichtsrat zu gehorchen hat, durch den

(Aktiengesellschaft)

Anstellungsvertrag 2 2, 139 (s. 5 674). — Unterrichtung des Aufsichtsrats von wichtigen Vorkommnissen 2 2, 137, 150. — inwieweit kann der Aufsichtsrat dem Vorstand verbieten, Angelegenheiten vor die Generalversammlung zu bringen 4 595. — Gewährung der Büchereinsicht an den vom Aufsichtsrat bestellten Sachverständigen 4 595. — Drohung des Vorstandes, Differenzen mit dem Aufsichtsrat vor die Generalversammlung zu bringen 4 595. — Gehorsamspflicht gegenüber dem Aufsichtsrat bei gesetzwidrigen Anordnungen (Maßnahmen nach § 241 Abs. 3) 5 675. Verhältnis zur Generalversammlung 4 595. — Erholung der Einwilligung der Generalversammlung bei riskanten Unternehmungen 2 2, 139, 150, 151. — Haftung bei Unterlassung s. unter F III, Pflicht zur Einberufung der Generalversammlung. — Pflicht zur Auskunftserteilung 4 595. — ist der Vorstand Vertreter der G.-V.? 4 596.

Konkurrenzverbot für den Vorstand: Aufhebung durch Statut 2 2, 144. — Erlöschen eines vom Vorstand eingegangenen Konkurrenzverbotes m. Auflösung der A.-G. 3 2, 49. — Gültigkeit des von einem ausgeschiedenen Vorstande eingegangenen Konkurrenzverbotes 3 2, 49. — darf der Vorstand einer A.-G. zugleich Aufsichtsrat eines Versicherungsunternehmens sein? 5 1116. — Wegfall des Konkurrenzverbotes bei unbegründeter Entlassung 4 595. — Wegfall des Konkurrenzverbotes bei vorzeitiger Beendigung des Vertragsverhältnisses durch Kündigung des Konkursverwalters 5 675. — analoge Anwendung der §§ 74, 75? 5 675.

Verhältnis zwischen Vorstandsmitglied u. Prokurist, die beide gemeinschaftlich zeichnen müssen s. oben B III. — Prüfungsrecht des Prokuristen 2 2, 142; 6 656. — tatsächlicher Ausschluß des einen Direktors von der Geschäftsführung gegenüber einem Statut, wonach entweder die 2 Vorstände zusammen oder einer zusammen mit einem Prokuristen die Geschäfte führen soll 2 2, 142. — kann der aus einem Mitglied bestehende Vorstand an die Mitwirkung eines Prokuristen gebunden werden? 2 2, 142; 4 596. — Erteilung der Handlungsvollmacht an einen Kollektivprokuristen seitens des Vorstandes 2 2, 143. — ist, wenn die A.-G. von einem Vorstandsmitgliede zusammen mit einem Prokuristen vertreten wird, der Umfang der Vertretungsmacht des Vorstandes oder des Prokuristen maßgebend? (Beräußerung von Grundstücken) 2 2, 143 (s. 2 2, 43). — kann das Statut mit Wirkung gegen Dritte bestimmen, daß die Vertretung der A.-G. durch Gesamt-

prokuristen erfolgen müsse? 4 596 (Eintragung im Handelsregister). — Anwendung des § 232 Abs. 2 SGB. auf alle Angelegenheiten der A.-G.? Gemeinsamer Einspruch gegen Heranziehung d. Gesellschaft zu Anliegerbeiträgen 7 632. — Anmeldung e. Änderung der Vorstandschast durch einen Vorstand u. einen Prokuristen? 7 632.

Stellung des Vorstandes im Prozesse. — Einholen der Genehmigung des Aufsichtsrats zu Prozessen 2 2, 140. — bei Klagen gegen die Gesellschaft 2 2, 140. — Pflicht eines ausgeschiedenen Vorstandes zur Eidesleistung, wenn der Austritt noch nicht im Register eingetragen? 3 2, 51, 52. — Eidesleistung der Vorstandsmitglieder 2 2, 140. — Vorstandsmitglied als Zeuge? 2 2, 140. — Stellung des Vorstandes im Konkurse 3 2, 51. — Genehmigung des Aufsichtsrats zum Prozeßbetrieb des Vorstandes 2 2, 143.

Haftung des Vorstandes s. unter F IV. — für strafbare Handlungen 2 2, 140; 5 675 (Wechselstempelhinterziehung). — kann der als Vorstand freigesprochene Aktionär (Stempelvergehen) in seiner Eigenschaft als Aktionär noch zur Verantwortung gezogen werden? 2 2, 140. — Haftung für Gewerkekonventionen 2 2, 137, 140. — Haftung a. d. nach Weisung oder im Einverständnis des Aufsichtsrats ausgeführten Handlungen 2 2, 137, 150 (Einwand im Konkurs der A.-G.). — Beseitigung der Haftung bei Genehmigung des Aufsichtsrates? 2 2, 144. — Haftung gegenüber der A.-G. für den durch Ausführung von Generalversammlungsbeschlüssen entstandenen Schaden? 2 2, 150. — Haftung des Vorstandes, der bei riskanten Unternehmungen die Generalversammlung nicht befragt 2 2, 150, 151. — Haftung des Vorstandes, der gegen ein vom Lieferanten erhaltenes Geschenk die Erwirkung e. Preisnachlasses unterläßt 7 634. — Haftung d. Vorstandes gegenüber dem durch gefälschte Bilanz z. Aktienzeichnung Veranlaßten 7 634, 635 (Klage trotz Weiterverkaufs der Aktien) (s. oben C II u. D III). — Entschädigungsanspruch des einzelnen Aktionärs aus Handlungen des Vorstandes und Aufsichtsrats, für welche diese Organe von der Gesellschaft in Anspruch genommen werden können? 7 634, 635, 639 (vgl. 6 651). — Anspruch d. wegen gesetzwidriger Handlung von der A.-G. in Anspr. genommenen Vorstandes auf Vorlage d. Bücher nach § 810 SGB. 7 322, 635 (ausgeschiedener Vorstand). — Gesellschaft u. Gesellschaftsgläubiger als Gesamtgläubiger im Falle des § 241 Abs. 4? 2 2, 151; 6 657. — Geltendmachung der Ansprüche der Gesellschaftsgläubiger nach § 241 SGB. im Konkurs 6 657. — Aus-

schließlichkeit der im § 241 angeführten Haftungsfälle gegenüber den Gläubigern 6 657. — effektiver Gesellschaftsschaden als Voraussetzung d. Gläubigeranspruch nach § 241 HGB. 6 657. — wer hat im Konturs der A.-G. die Rechte gegen den Vorstand nach § 241 HGB. geltend zu machen? Kontursverwalter oder Gläubiger? 3 2, 53; 5 670; 6 657. — Einwand, daß die Unterlassung der Handlung die A.-G. noch mehr geschädigt hätte 5 676. — Rechtsnatur und Form d. Delkreder-Übernahme seitens d. Vorstandes gegenüber der A.-G. für einen Abnehmer 7 631. — kann der wegen unrichtiger Bilanzierung u. Verteilung einer bei richtiger Berechnung nicht erteilbaren Dividende in Anspruch genommene Vorstand einwenden, daß im nächsten Jahr auch bei richtiger Bilanz eine Dividende verteilt werden konnte 5 676. — Haftung d. Vorstandes für leichtsinniges Kreditgeben 6 656. — Regreßansprüche der A.-G. oder der einzelnen Aktionäre nach § 241 HGB.? 6 657. — Haftung d. Vorstandes gegenüber dem, der im Vertrauen auf d. Richtigkeit der veröffentlichten unrichtigen Geschäftsberichte Aktien kauft? 6 657. — Vergleich des Kontursverwalters über Regreßanspruch gegen den Vorstand; Wirkung für die Aktionäre 6 658.

Gastung der Gesellschaft. — für fahrlässige Benutzung eines fremden Patents seitens ihres technischen Betriebsleiters 3 2, 51. — die ihren Angestellten Titel, wie Direktor verleiht, für deren Handlungen 3 2, 50. — wenn die Funktionen der beiden Kollektivvertreter geteilt sind 3 2, 51. — Gastung der A.-G. für unerlaubte Handlungen des Vorstandes 2 2, 107, 115, 116, 126, 127, 267; 3 2, 117; 5 671, 675; 6 645. — Brandstiftung durch den Vorstand 6 656. — Bereicherung der A.-G. durch rechtswidrige Handlung d. Vorstandes 2 2, 140. — vom Vorstand persönlich auf die A.-G. gegogene und von ihm als Vorstand für die A.-G. akzeptierte Wechsel 7 631.

Mehrgliedriger Vorstand. — Substitutionsbefugnis nach § 232 Abs. 1 bei im Vertrage vorgesehener Kollektivvertretung 2 2, 141. — erlangt durch Ausschneiden des einen Kollektivvertreters der zurückbleibende Vorsteher das Recht der Alleinzeichnung? 2 2, 141. — widersprechende Erklärungen zweier Direktoren im Prozeß 2 2, 141. — Mitwirken des Bevollmächtigten bei Vollmachtserteilung seitens des Kollektivvorstandes zur Vornahme einzelner Geschäfte 2 2, 141. — kann ein Kollektivvertreter dem anderen Vollmacht erteilen (stillschweigend durch Duldung der Geschäftsführung) 2 2, 141, 438; 4 596. — nachträgliche Genehmigung

des einen zur Willenserklärung des anderen Vorstandes 2 2, 141, 142; 5 675 (Erklärung der Genehmigung nur gegenüber d. anderen Vorstandsmitgliedern). — eingehende Postsendungen 2 2, 141. — Selbständigkeit des einzelnen nach innen trotz Kollektivvertretung (Buchführung, Korrespondenz, Kontrolle) 3 2, 51. — Recht jedes einzelnen auf Berufung der Generalversammlung 3 2, 51. — Stellung d. Kollektivvertreter nach innen 7 632. — Gastung aus § 179 BGB. bei Überschreitung d. Vollmacht 7 632.

Vertretung des Vorstandes 6 656. — dauernd bestellte u. im Einzelfalle berufene Vertreter; Zuständigkeit zu ihrer Ernennung 2 2, 151. — Wirkung der Vertretung gegenüber Dritten, wenn der Vertretungsfall nicht vorlag 2 2, 151. — Schadenersatzpflicht des unbefugten handelnden Vertreters gegenüber der A.-G. 2 2, 151. — Eintrag der Vertreter im Register 2 2, 151. — Bestellung e. Plegers für die A.-G. bei Verhinderung d. Vorstandes? 7 628.

Kündigung u. Dienstvertrag 2 2, 137. — Kündigung des durch das Gericht bestellten Vorstandes 2 2, 137, 138. — Kündigung bei Reoptationsrecht des Vorstandes 2 2, 138 (2). — zur Kündigung befugte Organe 2 2, 138, 139. — Kenntnis des Aufsichtsrates von der nur bedingten Tauglichkeit des Vorstandes 3 2, 49, 50. — Verschweigen einer Bestrafung als sofortiger Kündigungsgrund 3 2, 49, 50. — Unfähigkeit des Vorstandes, sich Gehorsam zu verschaffen? 3 2, 49, 50. — Wichtige Kündigungsgründe 2 2, 138. — längere Krankheit als Kündigungsgrund 2 2, 139. — Trunkenheit 3 2, 49, 50. — Entfernung trotz Urlaubsverweigerung 5 674. — Versehen infolge Amtsüberhäufung 5 674, 675. — Gründe für sofortige Amtsniederlegung 2 2, 139 (ständige Geldnot der A.-G.); 2 2, 140 (Wechselfälschungen eines anderen Vorstandsmitgliedes); 3 2, 51 (bei Entzug des Rechts auf Einzelvertretung; Schadensanspruch); 3 2, 52 (Zahlungseinstellung der A.-G.); 5 675 (Amtsniederlegung, weil der Vorgänger Veruntreuung u. Bilanzfälschungen verübte). — Einwirkung einer unberechtigten Kündigung auf das Fortbestehen des Dienstverhältnisses 2 1, 359 (f. Dienstvertrag). — Nichtbeschäftigung als Kündigungsgrund 2 2, 138. — Pfändung des Einkommens als Entlassungsgrund 6 656. — Entlassung trotz bereits erfolgten Austritts? 6 656. — Entlassung d. Vorstandes, der eigenmächtig den Bankier der A.-G. spielte 7 633. — Anspruch auf Vergütung bei unrechtmäßiger Kündigung 2 2, 138, 140 (Ablehnen des angebotenen Wiedereintritts); 3 2, 51; 4 595 (Anbieten der

(Aktiengesellschaft)

Dienste als Voraussetzung d. Anspruchs?) (i. auch unter Handlungsgehilfen). — Zurückweisung e. das außerdienstliche Verhalten kritisierenden Zeugnisses 6 655. — Anwendung d. § 626 BGB. auf d. Abberufung d. Aufsichtsrats? 7 254. — Annahme d. Abfindungssumme für vorzeitige Vertragslösung, wenn der Ausschreibende sich bereits kontraktlich für ein and. Unternehmen verpflichtet hat 6 656. — Entlass. wegen Unbotmäßigkeit 7 256.

II. Aufsichtsrat. — de lege ferenda 3 2, 40, 54; 4 597; 6 658. — Recht bestimmter Aktien zur Präsentation d. A.-Mitglieder 7 631, 635. — bedürfen die vor dem Gesetz vom 11. Juni 1870 gegründeten A.-G. eines Aufsichtsrats? 2 2, 152. — Kooptation? 2 2, 153. — Statutbestimmung, daß der A. aus mindestens 6 Mitgliedern bestehen soll 7 636. — kann sich ein Aktionär wirksam verpflichten, e. bestimmte Person zum A. zu wählen? 7 652. — passive Wahlbarkeit 2 2, 153. — Reichs- und Landesbeamte als Aufsichtsratsmitglieder? 2 2, 153 (Zurückweisung durch den Registerrichter?); 6 658. — Unzulässigkeit d. Delegation von Vertretern des Staates in den Aufsichtsrat 6 658. — juristische Person als Aufsichtsratsmitglied 7 9, 290, 635 (Firma als Mitglied). — Amtsdauer der insolge Ausschreibens im ersten Jahre Zugewählten 2 2, 153. — Maximalamtsdauer 2 2, 153. — turnusweises Ausschreiben 2 2, 153. — rechtl. Natur des Verhältnisses zwischen A.-G. u. den Aufsichtsratsmitgliedern (Dienstvertrag, Auftrag) 2 2, 153, 154; 4 597, 598. — Kündigung 2 2, 154; 3 2, 54 (wem gegenüber hat sie der A. zu erklären?); 4 598 (wie vor); 7 636. — wichtige Gründe für Auflösung des Verhältnisses ohne Kündigung 2 1, 361. — Wirkung einer unberechtigten Kündigung auf das Fortbestehen des Dienstverhältnisses 2 1, 359 (i. Dienstvertrag). — Kündigung bei geistiger Erkrankung 2 2, 154. — Widerruf der Kündigung 2 2, 154; — Amtsniederlegung 2 1, 330, 334, 335, 359, 363, 364, 403, 404; 2 2, 154 ff. (bei Überstimmung im Aufsichtsrat; unzeitige Amtsniederlegung; Schadenersatzansprüche). — ist der Austritt ohne zustimmenden Beschluß der Generalversammlung gültig? 3 2, 54. — Wahl zur Besetzung neu errichteter Aufsichtsratsstellen vor Eintrag des Beschlusses 4 598. — vertragsmäßige Pflicht der A.-G., bestimmte Personen zu Aufsichtsräten zu wählen 5 676. — Vertragsverpflichtung, die Wahl zum Aufsichtsrat abzulehnen oder das Amt zu einer bestimmten Zeit niederzulegen 3 2, 54; 2 2, 292; 4 599 904. — hat der Registerrichter die Ord-

nungsmäßigkeit der Wahl zu prüfen? 2 2, 156; 6 658. — Bekanntmachung der Ernennung vor Annahme der Wahl? 4 598. — Veröffentlichung der wiedergewählten Mitglieder 2 2, 156. — ist die Bekanntmachung über eine Änderung des Aufsichtsrats auch zum Register der Zweigniederlassung anzumelden? 3 2, 54, 55; 4 558. — Geschäftsordnung des A., Übereinstimmung mit dem Statut; stillschweigende Außerkraftsetzung 7 635. — Vorsitzender des Aufsichtsrats 3 2, 53. — Aufstellung eines Vorstandsmitgliedes durch den Vorsitzenden 2 2, 155. — Klagen gegen den Aufsichtsrat; Zustimmung an den Vorsitzenden allein? 2 2, 155. — Hindern einzelner Aufsichtsratsmitglieder durch den Vorsitzenden an der Abstimmung 2 2, 156. — ist der Vorsitzende gesetzlicher Vertreter des Aufsichtsrates 2 2, 155. — de lege ferenda über Haftpflichtversicherung d. Aufsichtsrats 5 679. — Vertragsmöglichkeiten im Verhältnis des A. zur A.-G. 2 1, 330, 334, 335, 359, 363, 364, 396, 403, 404. — Entlastung i. G. I. — Delegation d. Rechte d. Aufsichtsrats an einzelne Mitglieder 7 637 (2). — Anspruch auf Heranziehung zu den Geschäften; Klage wegen Behinderung an der Ausübung der Amtsobliegenheiten 2 2, 156. — Stimmenthaltung eines an der Beschlußfassung Interessierten? 2 2, 156. — Benachrichtigung ausgebliebener Mitglieder von den gefaßten Beschlüssen? 2 2, 156. — Verlangen d. Protokollierung seiner Ansicht 2 2, 156. — Aufgabe des vom Aufsichtsrat berufenen Revisors 3 2, 55. — Zuziehung eines Notars durch den A. zu der von ihm berufenen Generalversammlung 3 2, 55. — Recht u. Pflicht zur Berufung der Generalversammlung i. unter F III. — Schutz des § 193 StGB. bei Beleidigung des Vorsitzenden durch ein Aufsichtsratsmitglied 6 658. — Beteiligung an Konkurrenzgeschäften 4 597; 7 638. — Verhältnis zum Vorstand i. F I. — Ausführung von Generalversammlungsbeschlüssen 4 602; 7 632. — ordnungsmäßige Ladung aller Mitglieder als Voraussetzung gültiger Beschlußfassung; von der statutenmäßig zur Mehrheit nötigen Anzahl von Mitgliedern ohne Befragung der anderen gefaßte Beschlüsse; nachträgliche Zustimmung der nicht Geladenen 6 658; 7 637. — Berufung Dritter auf die Unwirksamkeit e. Aufsichtsratsbeschlusses 6 658; 7 637. — Aufsichtsrat als Schiedsrichter in Streitigkeiten zwischen A.-G. u. Aktionären 3 2, 54; 6 658 (i. schiedsgerichtl. Verfahren). — Verletzung der Sorgfalt durch Annahme der Wahl trotz Mangels der erforderlichen Eigenschaften 2 2, 159, 160.

— Beweislast bez. Verletzung der Sorgfalt 2 2, 160. — Befragen der Generalversammlung bei kostspieligen, risikanten Unternehmungen 2 2, 150, 151, 160. — Gerichtsstand f. Regreßklagen gegen A.-Mitglieder 2 1, 166. — Haftung bei Ausführung eines Beschlusses der Generalversammlung? gegen Gesetz oder Satzung verstoßende Beschlüsse 2 2, 160. — ist in den Fällen des § 249 Abs. 3 die Haftung aus Abs. 1 u. 2 ausgeschlossen? 3 2, 55. — Haftung des Aufsichtsrats aus § 249 nur gegenüber der A.-G. und den Gesellschaftsgläubigern oder auch gegenüber Dritten, z. B. den einzelnen Aktionären, die infolge falscher Bilanz junge Aktien zeichnen? § 249 HGB. Schutzgesetz im Sinne des § 823 Abs. 2 5 679; 6 659; 7 638. — „Erfaz“ im § 249 Abs. 3 HGB. gleich Schadensersatz 2 2, 160. — stehen die Ersazansprüche gegen d. Aufsichtsratsmitglieder der A.-G. oder den einzelnen Aktionären zu? 6 651; 7 634, 635 (s. oben Vorstand), 639. — Gerichtsstand für Regreßansprüche gegen den Aufsichtsrat; Wohnen der Aufsichtsratsmitglieder in verschiedenen Bezirken 2 2, 160; 3 2, 348, 351. — Regreßklagen vgl. auch unter F IV. — Haftung des gutgläubigen Aufsichtsrats, wenn jemand, durch die gefälschte Bilanz d. Vorstands veranlaßt, Aktien kauft? 6 659; 7 638. — Einfluß des Entfernwohnens der Aufsichtsratsmitglieder auf deren Verantwortlichkeit; 6 659. — Haftung des Aufsichtsratsmitgliedes, das der A.-G. Konkurrenz macht? 6 659. — Aufsichtsrat als „anderes Organ“ nach § 32 HGB.? 3 1, 17. — Ausführung d. Aufsichtsratsbeschlüsse; Ablehnung d. Ausführung, eventuelle Anfechtung des Beschlusses durch den Vorstand 7 367. — Verzicht d. A. auf statutarische Rechte; Zuzicherung alleiniger Vorstandschafft an e. Direktor 7 637.

Kontrolle der Geschäftsführung 6 659. — de lege ferenda 5 678. — Auslegung des § 246 2 2, 157. — genügen Stichproben bei Rechnungsprüfung? 2 2, 157. — über den Kreis des § 246 hinausgehende Kontrollrechte 2 2, 158 (Befragung der Gesellschaftsbeamten). — die Befugnisse des § 246 stehen nur dem Aufsichtsrate, nicht seinen einzelnen Mitgliedern zu 2 2, 158; 5 678. — Überlassen der Rechnungsprüfung an eines der Mitglieder; Haftung der übrigen 2 2, 158. — Zwang gegenüber dem Vorstände? 2 2, 158. — Pflicht zur Prüfung der Geschäftsführung, zur Kontrolle der Bestände an Wertpapieren 6 659. — Stellung der Generalversammlung zum Aufsichtsrat 2 2, 158 (in die Obliegenheiten des Aufsichtsrats eingreifende Beschlüsse). — Haftung des Aufsichtsrats, der bei ris-

ikanten Unternehmungen die Generalversammlung nicht befragt 2 2, 150, 151 (s. unter F III). — Vertretung der Gesellschaft durch den Aufsichtsrat bei Rechtsgeschäften mit dem Vorstand 2 2, 158; 5 678. — Haftung des Aufsichtsrats für die Bilanz des Vorstandes 4 597; 6 659. — der Übertragung der Kontrolle seitens der A.-Mitglieder auf einen von ihnen 6 659.

Vergütung (s. auch oben F I). — rückwirkende Kraft des § 245? 2 2, 156, insbes. des Abs. 2 2 2, 157. — Abhängigmachen der Höhe des für Berechnung der Tantieme maßgebenden Prozentsatzes von der Höhe der Rücklagen? 2 2, 156, 157. — Gewährung einer festbestimmten od. nach dem Durchschnitt früherer Jahre berechneten Vergütung 2 2, 157. — Gewährung einer festen Vergütung u. einer Tantieme, die zusammen gewisse Prozente des ganzen Reingewinns nicht überschreiten dürfen 2 2, 157. — Erlaz von Auslagen für die Reise zur Generalversammlung 3 2, 54. — eigenmächtige Gewährung einer Vergütung durch den Vorstand 4 598. — Berechnung der Tantieme bei mehreren Aktiegattungen mit verschiedener Gewinnbeteiligung 5 677; 7 636. — Wirkung eines die statutenmäßige Vergütung herabsetzenden Generalversammlungsbeschlusses 5 677 (Wirkung für die im Amt befindlichen Aufsichtsratsmitglieder?). — Wirkung des Widerrufs d. Bestellung vor Ablauf der Wahlzeit auf den Vergütungsanspruch 7 636. — Zahlung u. Verbuchung der dem A. statutenmäßig zustehenden festen Vergütung u. Einfluß auf die Vorstandsantiente 7 636. — Aktivlegitimation für den Tantiemeanspruch 7 636. — Zulässigkeit von Verkaufs-, Unzulässigkeit v. Einkaufs-Provision 7 636. — Stempel-pflicht (s. oben A).

Inkomptabilität von Vorstand u. Aufsichtsrat. — strikte Interpretation des § 248 2 2, 158. — Vertretung des Vorstands bei von vornherein feststehenden periodisch wiederkehrenden Verbindungen? 2 2, 158, 159. — Vertretung, wenn das Ende der Verbindung kalendermäßig nicht feststeht 2 2, 159. — Eintritt eines Aufsichtsratsmitgliedes in den Vorstand bei Tod oder Ausscheiden eines Vorstandsmitgliedes 2 2, 159. — wenn für die Vorstandsmitglieder ein bestimmter Aktienbesitz vorgeschrieben ist 2 2, 159. — Wirksamkeit der Vertreterbestellung abhängig v. Eintrag ins Handelsregister? Lösung 2 2, 151, 159. — vorübergehende Bestellung e. A.-Mitgliedes z. einstweil. Vertreter e. abberufenen Vorstandsmitgliedes 7 637, 638. — rückwirkende Kraft des § 248 2 2, 159.

Aktiengesellschaft)

III. Generalversammlung. — rechtl. Natur 4 595, 596. — konstituierende s. D III. — Stellung zum Aufsichtsrat s. F II, zum Vorstand s. F I. — ist die G.-B. dem Vorstande übergeordnet? 3 2, 59; 4 595. — Vereinigung aller Aktien in einer Hand 5 679. — Recht der Minorität auf Berufung s. unter F IV. — nicht ordnungsgemäß berufene, aber von sämtlichen Aktionären besuchte G.-B. 4 601; 5 679. — Übertragung d. Ausföhrung d. Beschlüsse auf den Aufsichtsrat 4 602.

Berufung. — Berufung auf eine unpassende Zeit 3 2, 59. — Berufung nach einem anderen Ort als dem Sitz 2 2, 166; 7 640 (in Ausland). — Pflicht u. Recht des Vorstandes u. des Aufsichtsrats zur Einberufung der Generalversammlung 3 2, 56 ff.; 4 598, 600.

Einberufung bei rüstanten Unternehmungen 2 2, 139, 150, 151; 3 2, 56, 57, 58.

Einberufung durch einzelne Vorstandsmittglieder 3 2, 56, 57.

Berufung durch den Aufsichtsrat, wenn das Interesse der Gesellschaft es nicht erforderte (§ 246 Abs. 2) 3 2, 57; 4 601.

Gründe der Berufung 3 2, 57 ff.; 4 600 ff. — Schadenshaftung oder Entlassung wegen unbegründeter Berufung 3 2, 57, 58.

Schadenshaftung bei Unterlassung der Berufung (Gegenbeweis, daß die Berufung an dem Ergebnis nichts geändert hätte) 3 2, 57; 4 601.

Berufung zwecks Abschluß eines Zwangsvergleiches 3 2, 59.

Berufung wegen Beitritts zu einem Syndikat 5 682.

Aktienniederlegung als Voraussetzung für Teilnahme an der G.-B. u. Stimmrecht, Ausweis durch notariellen Hinterlegungschein 2 2, 166, 167, 177. — Natur der Hinterlegungsbescheinigung 3 2, 60. — kann eine Hinterlegungsstelle sich selbst die Hinterlegung ihrer eigenen Aktien bescheinigen 3 2, 60. — Zulassung eines Aktionärs bei verspäteter Aktienniederlegung 4 601. — Gebühren bei Hinterlegung der Aktien bei e. preußischen Notar 6 660. — Mittelung der Tagesordnungen und der gefaßten Beschlüsse gegen Hinterlegung einer Aktie (§ 257) 3 2, 60. — Beschlüsse über nicht angekündigte Verhandlungsgegenstände 4 601; 6 660 (2). — einstimmig gefaßte Beschlüsse einer nicht von allen Aktionären besuchte G.-B. über nicht angekündigte Gegenstände 6 661. — zwingender Charakter des § 256 Abs. 2 4, 601; 5 643; 6 660. — Beaufsichtigung durch Polizeibeamte 5 679. — Anwendung des § 259 Abs. 3 (vorherige Anmeldung) wenn das Statut über die Voraussetzungen der Teil-

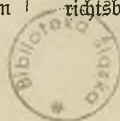
nahme an den G.-B. nichts bestimmt? 5 683. — ungenügende Ankündigung d. Zwecks 7 640. — Inhalt der Ankündigung über die Tagesordnung (Verweigerung auf das Statut, auf frühere Beschlüsse) 5 683. — Inhalt der Ankündigung bei Statutenänderung 7 646 (s. oben B II). — welche Tatsachen müssen bei Grundkapitalerhöhung in der Tagesordnung besonders angekündigt werden? (Ausschluß des Bezugsrechtes, Agio) 5 683. — Inhalt der Ankündigung bei Herabsetzung des Grundkapitals durch Zusammenlegung 5 685, bei Erhöhung d. Kapitals unt. Ausschluß d. Bezugsrechtes d. Aktionäre 7 640.

Gesetzlichordnung. — Einschränkung der Diskussionsfreiheit durch Beschluß der G.-B. 2 2, 161; 3 2, 55. — Präsenzmarken (emtio spei) 2 2, 161. — Zulassung von Nichtaktionären, Vertretern der Presse 4 598. — Regeln über den Vorsitz 6 660. — Beschlüsse über nicht auf der Tagesordnung stehende Gegenstände, wenn d. übrige Inhalt d. Tagesordnung einen darauf gerichteten Antrag wahrscheinlich machte 2 2, 167 f.; 4 601. — Evidenzhaltung des Präsenzstandes im Aktionärverzeichnis für jede Abstimmung 2 2, 167. — de lege ferenda für das Proportionalssystem bei Abstimmungen 2 598. — Entscheid durch den Vorsitzenden bei Stimmgleichheit? 2 2, 161. — Beteiligung des Vorsitzenden an der Debatte; Anfechtungsgrund u. Verweigerung der Eintragung des Beschlusses? 6 659. — Protokoll (Form, Aufbewahrung, Ausfertigung, Einsicht, Sprache) 2 2, 167; 3 1, 40. — kann das Statut schärfere Erfordernisse als das Gesetz für die Beurkundung des Generalversammlungsbeschlusses aufstellen? 3 2, 60, 61; 4 601. — Gebühren für Generalversammlungsprotokolle 3 2, 60 (Baden); 6 661 (Bayern); 7 640. — Fehlen der im § 259 Abs. 3 bezeichneten Protokolle, Beilagen 4 601; 5 683 (nachträgliche Beifügung); 6 661; 7 640 (Einreichen der Beilagen) zum Registergericht). — Anwendung d. §§ 167 ff. HGB. auf die Form d. Protokolls? 3 2, 242. — Verhältnis des § 259 HGB. zu § 125 Abs. 2 BGB. oder zu Statutenvorschriften 6 661. — Einreichungspflicht d. Zweigniederlassungen nach § 259 Abs. 5 HGB.? 7 640.

Stimmrecht 4 599: Einfluß des § 252 auf alte A.-G. 2 2, 166. — statutarische Bestimmungen über die Person des zur Ausübung des Stimmrechtes berufenen 2 2, 162, 165; 3 2, 55 (Bestimmung, daß ein Aktionär sich nur durch einen anderen Aktionär vertreten lassen darf); 3 2, 56 (statutarischer Zwang s. Witwen, sich durch Bevollmächtigte vertreten zu lassen); 4 600; 5 680. — Einfluß vertraglicher Abmachun-

gen mit Dritten auf die Abgabe des Stimmrechts 2 2, 292; 3 2, 54; 4 599, 904. — Vertretung fremder Aktien (offene B. durch Bevollmächtigte, gesetzliche Vertreter, Eheemann, Eltern u. verdeckte B.) 2 2, 162. — zur Umgehung gesetzlicher oder statutarischer Bestimmungen erfolgte Legitimationsübertragung 2 2, 162. — Vertretung fremder Aktien durch Banken und Bankiers 2 2, 162, 164, 191. — strafrechtliche Folgen der rechtswidrigen Vertretung f. unter J. — zivilrechtliche Folgen der rechtswidrigen Vertretung; Schadenersatz nach § 823 BGB.; Anfechtung der G.-B.-Beschlüsse 2 2, 163. — Zurückweisung eines nicht zur Vertretung Legitimierten; unbegründete Zurückweisung 2 2, 162, 163. — Pflicht des Besitzers einer Aktie (Pfandgläubiger, Nießbraucher usw.) durch Hinterlegung der Aktie dem Eigentümer die Ausübung seines Stimmrechts zu ermöglichen 2 2, 162, 163. — Stimmrecht der einer Ehefrau gehörigen Aktien 2 2, 163; 3 2, 56. — Stimmrecht bei reportierten Aktien 5 681; 6 659. — Stimmrecht bei verpfändeten Aktien 2 2, 162, 163, 164, 191 (Bevollmächtigung des Pfandnehmers durch den Verpänder; Abtreten des Stimmrechtes; Widerruf der Vollmacht; Verpfändung von Inhaberaktien; unreguläre Verpfändung an Bankiers); 3 2, 56; 5 680. — Stimmrecht bei Nießbrauch an einer Aktie 2 2, 162, 164; 5 671, 680. — im Besitze der A.-G. selbst befindliche Aktien 4 599; 5 673; 6 652 (s. oben C). — Vorerbe oder Nacherbe vertretungsberechtigt? 2 2, 162. — Legitimation bei Inhaberaktien 2 2, 161, 164. — Nachweis des Stimmrechtes bei Namensaktien (fälschlich eingetragene Personen), Inhaberaktien 5 680, 681. — Abtretung des Stimmrechtes 2 1, 69; 4 599, 600. — Bestimmungen des Statuts, die die Ausübung des Stimmrechtes zu längerem Aktienbesitz oder längerer Hinterlegung abhängig machen 5 680. — Bevollmächtigung d. Vorstandsmitglieder zur Vertretung von Aktionären 7 639. — Bevollmächtigte; statutarische Beschränkungen an der Vollmacht (Ausschluß von Nichtaktionären) 2 2, 164; 3 2, 55, 56 (s. oben); 5 680. — ist Spezialvollmacht nötig oder genügt Handlungsvollmacht und Procura? 2 2, 164. — telegraphische Vollmacht 2 2, 165. — Nachweis der Vollmacht durch Handelsregisterauszug 2 2, 164. — Form der Vollmacht 5 680. — verdeckte Vertretung (Auftreten im eigenen Namen, aber im Auftrag eines Dritten) 5 681. — Wirkung e. Verletzung des § 252 Abs. 3 6 659. — Stempelpflicht der in d. Geschäftsbedingungen d. Banken enthaltenen Ermächtigung, die für Kunden in ihrem Depot befindlichen Aktien zu vertreten

7 639. — Ausübung des Stimmrechtes durch den gesetzlichen Vertreter 5 680, 681. — Ausleihen von Aktien zur Stimmabgabe zur Umgehung der statutarischen Vorschrift, daß ein Aktionär nicht mehr als eine gewisse Anzahl Stimmen haben dürfe 2 2, 166; 4 609. — Hinterlegung als Voraussetzung des Stimmrechtes f. weiter oben. **Stimmhaltung.** — bloß an der Beschlußfassung Interessierter 7 639. — Vorstand u. Aufsichtsrat stimmberechtigt bei Beschlüssen über Geltendmachung eines Erbschaftsprüchtes nach § 202 HGB. 2 2, 165. — Vorstand u. Aufsichtsrat stimmberechtigt bei Genehmigung der Bilanz 2 2, 165. — kein Stimmrecht des Vorstands u. Aufsichtsrats bei Feststellung der Lantime 2 2, 165. — kann ein Vorstandsmitglied an der Abstimmung über einen ihm zu erteilenden Auftrag sich beteiligen? 2 2, 165. — Stimmrecht des Aktionärs bei Beschluß über seine Wahl in ein Gesellschaftsorgan? 2 2, 165; 4 12, 599. — wenn für die A.-G. auch nach Beschluß die Möglichkeit bleibt, ohne Nachteil mit einem anderen als dem Aktionär, mit dem ursprünglich abgeschlossen wurde, abzuschließen 3 2, 56. — Stimmrecht von Vorstand und Aufsichtsrat bei Beschlüssen über Einsetzung einer Revisionskommission 4 599. — Stimmrecht der Banken, mit denen Abreden wegen Übernahme der jungen Aktien getroffen sind, bei Beschlüssen über Kapitalserhöhung 5 681. — Stimmrecht des Vorstands u. Aufsichtsrats bei Beschlüssen, durch die sie zur Vornahme eines Rechtsgeschäftes für die A.-G. bevollmächtigt werden sollen 5 682. — Stimmhaltung einer als Aktionärin beteiligten Bank bez. d. Abstimmung über Entlastung d. Aufsichtsrats, weil eines ihrer Vorstandsmitglieder dem Aufsichtsrat angehört? 6 659. — Stimmhaltung für Vorbereitung zu Rechtsgeschäften mit Aktionären 7 640. — Ausdehnung d. Stimmrechtsbeschränkung über § 252 Abs. 3 HGB. hinaus? 7 369. **Besondere einzelne Beschlüsse** und **Besognisse.** — Schenkungen, remuneratorische Sch. 2 2, 123. — Wohltätigkeitsakte 2 2, 123. — Verzicht auf Rechte 2 2, 123. — über Bilanzgenehmigung, Entlastung von Vorstand u. Aufsichtsrat f. Bilanz. — Statutenänderungen f. oben B II. — gegen die guten Sitten verstoßende Beschlüsse (s. gute Sitten) 7 57. — Verzicht eines Aktionärs auf Sonderrechte; Anfechtung wegen Verletzung bei der Zustimmung 7 639. **Anfechtung von Generalversammlungsbeschlüssen.** — de lege ferenda 5 684, 685. — Geltendmachung in Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit (§§ 142, 144 FGG.) 7 645. —



(Aktiengesellschaft)

kommt bei Ablehnung eines Antrages ein G.-V.-Beschluß zustande und ist dieser anfechtbar? 2 2, 176. — Kläger muß Aktionär sein; Verlust der Aktionäreigenschaft während des Prozesses; Erwerb neuer Aktien unter Verlust der alten 2 2, 177; 5 685; 6 665, 802. — Beklagter; wer vertritt die A.-G. 2 2, 177. — wem ist die Klage zuzustellen 1 3, 80; 2 2, 177, 178; 3 2, 64. — unvollständige Bezeichnung der Aufsichtsratsmitglieder in der Klage; nachträgliche Ergänzung 2 2, 177. — Genehmigung der Prozeßführung des Vorsitzenden seitens der in der Klage nicht aufgeführten Aufsichtsratsmitglieder 2 2, 177. — Vertretung der A.-G. bei Anfechtung durch ein Mitglied des Aufsichtsrates 6 666. — Vertretung der in Konkurs befindlichen A.-G. 6 666. — Wesen der gemeinsamen Vertretung der A.-G. durch Vorstand u. Aufsichtsrat; Bestellung verschiedener Prozeßbevollmächtigter 6 666. — Streitwert 2 2, 178. — Verfühlung der Notfrist bei einem öffentliches Recht oder Aktionärs Sonderrechte verletzenden Generalversammlungsbeschlusse 7 645, 646. — Wirkung d. Anfechtung 7 645. — einstweilige Verfügung zwecks Verhinderung d. Vollzugs e. angefochtenen Beschlusses 7 645. — Verlangen auf Sicherheitsleistung (nach § 272): ist nicht prozeßhindernde Einrede 2 2, 178. — Entscheidung über Sicherheitsleistung durch Zwischenurteil oder Beschluß? 2 2, 178; 3 2, 65. — Anfechtung des Entscheids über Sicherheitsleistung 2 2, 178. — Anwendung des § 113 ZPO. 2 2, 178. — für welche Nachteile haftet die Sicherheit? 3 2, 64 6 666. — wann ist das Verlangen auf Sicherheitsleistung gerechtfertigt? 3 2, 65; 4 605. — Höhe der Sicherheit 4 605.

Voraussetzungen der Anfechtungsklage. — Bloßer Widerspruch gegen den Antrag 3 2, 64. — unzuweilige Erklärung des Widerspruchs 2 2, 177. — nicht protokollierter Widerspruch 3 2, 64. — Beweislast bzgl. des Widerspruchs 3 2, 64. — Fortdauer der Aktionäreigenschaft der Kläger 2 2, 177. — Anfechtungslage des Vorstands- oder Aufsichtsratsmitgliedes, das in seiner Eigenschaft als Aktionär dem Beschlusse zugestimmt hat 3 2, 64. — kann ein Aktionär Klage erheben, der wegen Unterlegung der im Statut verlangten Hinterlegung der Aktien von der Teilnahme an der G.-V. zurückgewiesen wurde? 2 2, 177 (s. 166, 167). — Anfechtung e. Beschlusses, wenn die Verletzung von Gesetz oder Statut für d. Beschluß einflußlos war 6 665. — Anfechtung wegen Teilnahme des Vorstands an der Debatte 6 659. — Anfechtung

sämtlicher Beschlüsse einer G.-V. bei unberechtigtem Entzug des Stimmrechts 2 2, 177. — Anfechtungsgründe im allgemeinen 3 2, 64. — Anfechtung wegen Beschränkung der Diskussionsfreiheit 2 2, 161; 3 2, 55. — Anfechtung wegen Nichtmitteilung der Tagesordnung u. der gefassten Beschlüsse? (§ 257) 3 2, 60. — Stützen der Klage auf einen beim Widerspruch nicht angegebenen Grund 3 2, 65. — Anfechtung wegen mangelnder Majorität 7 645. — Anfechtung wegen ungenügender Bekanntgabe der Unterlagen des Beschlusses 3 2, 65 (Offenlegung nur an eine Kommission). — Anfechtung aus Zweckmäßigkeitsr erwägungen 3 2, 65. — Anfechtung wegen übermäßigen Abschreibungen 3 2, 65; 6 666. — wegen übermäßiger Dotierung von freiwilligen Reserven 4 605; 5 685. — Anfechtung wegen übermäßiger Zusammenlegung der Aktien 5 685. — Anfechtung wegen e. Verstoßes gegen die guten Sitten 7 645 (Hibernia). — Anfechtung, weil in der Einladung zur G.-V. mitgeteilt, daß eine gewisse Bank die in ihrem Sinne stimmenden Aktionäre kostenfrei vertreten werde? 4 601. — Beschlüsse über nicht angeforderte Verhandlungsgegenstände (Dechargebeschlusse, wenn bloß Genehmigung der Bilanz angefordert war) 4 601; 2 2, 167; 6 660; 5 683. — Anfechtung wegen Verstoßes gegen § 259 Abs. 3 (Teilnahmeverzeichnis u. Berufungsbelege als Protokollanlage) 4 601; 5 683. — nicht ordnungsmäßige Berufung 4 601; 7 640. — Prüfung des Vorhandenseins der Voraussetzung vom Amte wegen 2 2, 176; 3 2, 64. — Änderung des Klagegrundes nach Ablauf der Klagefrist 2 2, 177; 3 2, 64, 65. — Nebenintervention der Aktionäre bei Anfechtungsklagen 4 605. — bedingt die Durchführung d. Anfechtung e. Bilanz die Anfechtung der späteren Bilanzen? 6 665. — rechtliche Natur des Urteils 2 2, 177. — Verkauf des Anfechtungsrechtes 3 2, 65. — Aussetzung der Eintragung eines angefochtenen Beschlusses 2 2, 179. — Verzicht auf Anfechtung durch Verfühlung d. Frist d. § 271 HGB. 7 640.

IV. Minoritätsrechte. — de lege ferenda 7 639. — Bekämpfung der Bilanz 2 2, 123 (s. auch unter G I). — Dividendenanspruch auf Grund einer allgemein anerkannten, einen Reingewinn ausweisenden Bilanz 2 2, 123. — Bekämpfung der Auszahlung einer Dividende 2 2, 123.

Außerordentliche Generalversammlung. — Kann die Generalversammlung die Kosten einer außerordentlichen, nach § 254 Abs. 1 berufenen Versammlung der Minorität auferlegen? 2 2, 166; 5 682, 1017 f. — Prüfung des

Antrags seitens des Gerichts 3 2, 59, 60 (Ablehnung); 4 601; 6 659, 660. — wann darf das Gericht es ablehnen, einen bestimmten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen? 3 2, 59, 60; 4 601. — Zurücknahme der Einberufungsermächtigung seitens des Gerichts 5 682. — Eistierung der G.-W. durch das Gericht 5 682. — Regelung des Vorsitzes durch das Gericht 5 682. — Zuständigkeit des Registergerichts z. Entscheidung über die Kosten? 5 1017, 1018. — sofortige Beschwerde gegen die Bestimmung d. Registergerichts über Führung d. Vorsitzes 5 1018. — Nachweis des Besitzes von $\frac{1}{20}$ des Grundkapitals; Vorlegung der Aktien nötig? 6 660. — Ermächtigung des Eigentümers verpfändeter Aktien zur Berufung d. Generalversammlung 7 640.

Regreßanspruch gegen Gesellschaftsorgane s. oben F I (Haftung d. Vorstands) 2 1, 19. — rückwirkende Kraft des § 268 2 2, 175. — keine Anwendung des § 268 auf andere als Regreßklagen 2 2, 175. — können die Gesellschaftsogläubiger sich an die Regreßansprüche halten? 4 589, 590. — statutarische Bestimmungen, die die Voraussetzungen des Minoritätsanspruchs abschwächen (geringere Zahl der Berechtigten; Verzicht auf Aktienbesitz oder Hinterlegung?) 2 2, 175. — Berechnung des $\frac{1}{10}$ des Grundkapitals 2 2, 176. — Geltendmachung des Minderheitsverlangens in der Generalversammlung nach Ergang eines Beschlusses auf Ablehnen der Regreßerhebung 2 2, 175. — namentliche Aufführung der Minorität im Notariatsprotokolle 2 2, 176. — Anfechtung des Minderheitsbeschlusses 2 2, 175. — Partei in den Prozessen ist die A.-G. 3 2, 64. — Prozeßkostenpflicht der A.-G. bei Unterliegen; Verhältnis zu § 269 Abs. 4 3 2, 64. — Kostenschuldner bei den auf Verlangen d. Minorität erhobenen Klagen 6 1174. — Die Bezeichnung der vom Gericht als Prozeßvertreter zu bestellenden Personen muß von den Antragstellern ausgehen 2 2, 176 (Bezeichnung durch Bevollmächtigte der Minorität). — müssen die gerichtlich zu bestellenden Prozeßvertreter schon in der Generalversammlung bezeichnet werden? 2 2, 176. — hat der Registerrichter den Aktienbesitz der Minorität (§ 269 Abs. 2) zu prüfen? 2 2, 176. — Ablehnung der gerichtlichen Bestellung von Prozeßvertretern wegen Aussichtlosigkeit 2 2, 176. — Verzicht auf Regreßanspruch durch Beschluß d. Generalversammlung 7 645. — können die Prozeßvertreter vom Vorstand Büchereinsicht verlangen? 2 2, 176. — Behandlung der Erbsprüche nach § 268 im Konkurs 2 2, 124, 125; 3 2, 64; 4 589, 590; 5 670.

G. Bilanz u. Reservefonds.

I. Bilanz vgl. Bilanz u. oben F I unter Geschäftsbericht. — erlaubte und unerlaubte Verschleierungen 3 2, 61, 62. — Verhältnis der Bilanz zum Geschäftsbericht 6 661. — Erstreckung der Eröffnungsbilanz über mehr als 12 Monate? 2 2, 168. — für welchen Zeitpunkt ist die Eröffnungsbilanz aufzustellen? (Tag d. Eintragung in das Handelsregister?) 7 634. — geteilte Bilanzen bei Zweigniederlassungen 2 2, 168. — obligatorische Natur der Vorchrift des § 261 Ziff. 1 HGB. 7 642. — Verhältnis von § 261 Ziff. 2 zu § 40 HGB. 7 643. — Zwingender Charakter des § 261 Ziff. 4—6, dispositiver Natur von § 261 Ziff. 1—3 2 2, 169 (s. 6 664). — Grundsatz d. Vollständigkeit 6 661. — Verhältnis von § 261 Ziff. 5 zu § 39 HGB. 6 664. — Bilanzwahrheit, Verbot der Überschätzung, Anfechtung einer Unterbewertung nur nach § 271 Abs. 3 2 2, 168; 6 661, 664. — Anfechtung der Bilanz wegen Verletzung der Kontinuität der Bilanzansätze 2 2, 168, 169. — Anfechtung bei willkürlicher Taxation 2 2, 168. — spezialisierte Angaben über Höhe, Art u. Weise der Abschreibungen 4 603; 6 663, 666. — Aufnahme des Brutto- statt des Reingewinns 2 2, 169. — nicht zur Weiterveräußerung bestimmte Aktien 7 642. — Deduktion eines Bilanzverlustes aus dem Reservefonds ohne Erkenntlichmachung in der Bilanz 2 2, 169. — Anwendung des § 261 Ziff. 2 auf verarbeitete Rohmaterialien ohne Marktpreis 7 642. — gänzliches Fortlassen eines Aktivpostens aus der Bilanz 2 2, 169. — Anwendung des § 261 Ziff. 1 auf die durch Verarbeitung entstandenen Waren mit Marktpreis 7 642. — Einstellung von eingelösten Genußscheinen eines Gläubigers als Aktium 2 2, 110. — Bewertung d. Aktien mit u. ohne Börsenkurs, der Pfandbriefe, Hypothekenforderungen 6 663, 664. — Bewertung von zum Börsenhandel zugelassenen, aber nicht notierten Papieren 2 2, 169. — noch nicht abgerufene Abschlüsse 7 642. — Eventualverbindlichkeiten; Giroobligo 2 2, 169. — Bewertung einer Bergbauberechtigung 7 642, 643 (Abschreibungen auf solche Rechte). — unentgeltlich zu einem bestimmten Zweck erworbene Grundstücke 2 2, 169. — Bewertung von Grundstücken u. stabilen Werten 3 2, 62. — Werterhöhung stabiler Werte 4 603. — Bewertung zum Herstellungspreise bei Bewertung unter diesem Preise in früherer Bilanz 2 2, 169. — Bewertung d. Reklame- oder Ausstellungsmaschinen 3 2, 62. — Veruchskosten als Bilanz-Aktivum 3 2, 62. — Höherbewertung eines Gegenstandes insolge Reparatur 3 2, 62; 4 603. — die Behandlung

(Aktiengesellschaft)

einer Kapitalerhöhung in der Bilanz **3 2, 66.** — Gewinnvortrag auf neue Rechnung **2 2, 146, 147; 3 263; 4 597.** — f. G II „Herstellungspreis“ **4 602, 603** (Zurechnung eines Teils der Schul- und Verwaltungskosten?); **6 664.** — Waren, Patente, Halbfabrikate, Rohstoffe fallen nicht unter § 261 Ziff. 3 **4 603.** — Ausführung eines vom Aufsichtsrat verursachten, von ihm aber bereits gedeckten Verlustes in der Bilanz? **5 683, 684.** — Folgen d. Veräußerung e. der Abmung unterliegenden Gegenstandes **6 663.** — welche Werte sind in das Reklamekonto einzustellen? **6 663.** — Bildung stiller Reserven durch Abschreibung, Unterbewertung von Aktiven **6 661, 664.** — Gewinn-Ermittelungs- oder Vermögens-Bilanz? **6 664.** — Bestands- und Liquidationsbilanzen **6 664.** — Begriff des Reinvermögens **6 664.** — Unterschrift der Bilanz durch den Vorstand **6 664.** — Gewinnverteilung im Sinne des § 260 HGB. **7 641.** — Einfluß von Verlusten, die nach Fertigstellung, aber vor Genehmigung der Bilanz entstehen **7 641.** — Bilanzierung d. Zweigniederlassung **7 642.** — Zuschlag der für e. Bankkredit zur Herstellung e. Hauses gezahlten Zinsen u. Provisionen auf das Immobilienkonto **7 643.** — „Erneuerungsfonds“ (§ 261 Ziff. 3) **7 643.** — Bilanzierung d. Wertminderung durch Vereingung von Abschreibungen auf der Aktiv- u. Dotierung von Erneuerungsfonds auf der Passivseite **7 643.** — Unterschied von Einlagekapital- u. dem sachungsgemäßen Einlagevermögen **7 643.** — Gewinn- u. Verlustrechnung; spezialisierte Angabe der Höhe der Abschreibungen in ihr **2 2, 169.** — Gewinnberechnung **4 603.** — Erneuerungsfonds nach § 261 Ziff. 3; Einfluß auf die Gewinnberechnung **4 603.** — bedingt die Durchführung der Anfechtung e. Bilanz die Anfechtung der späteren Bilanzen? **6 665.** — kann der Richter an Stelle der angefochtenen Bilanz eine andere festsetzen? **6 665.** — Folgen der Verletzung d. Bilanzvorschriften; Haftung gegenüber Dritten und Aktionären **7 644.**

Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat. — Begriff; Rechtsnatur (einseitiges empfangsbedürftiges Rechtsgeschäft) **6 662.** — Unterschied zw. dem Anspruch der Organe auf Beschlussfassung der Generalversammlung über Erteilung oder Verweigerung u. dem Anspruch auf Erteilung selbst **6 662.** — Entlastung des Organs als solches oder der einzelnen Mitglieder; Ausnahme einzelner Mitglieder von der Entlastung **6 662, 663.** — Wirkung e. späteren Entlastung auf die Anfechtbarkeit einer früheren **6 662.** —

klagbarer Anspruch des Aufsichtsrats auf Entlastung **2 2, 169; 4 602** (Nebenintervention der Aktionäre). — Abstimmung über Entlastung eines einzelnen Aufsichtsratsmitgliedes; Stimmrecht der übrigen Aufsichtsräte? **2 2, 169, 170.** — Klagerecht des Vorstands auf Entlastung? **4 602; 6 799.** — Stimmgleichheit bei Beschlussfassung **2 2, 170.** — enthält die Bilanzgenehmigung die Entlastung? **2 2, 170.** — Entlastung für Statutenwidrigkeiten? **7 641.** — Tragweite der Entlastung; Einfluß des Umfangs u. Inhalts der Vorlage (§ 260 Abs. 2), Entlastung wegen d. nur i. alleinigen Interesse d. A.-G. verschwiegenen Tatsache **6 662.** — Wirkung der Entlastung auf dolose Handlungen **2 2, 170; 3 2, 62; 6 662; 7 641.** — Wirkung der Entlastung auf b. gewissenhafter Prüfung nicht erkennbare Geschäftsführungshandlungen **2 2, 171; 3 2, 62; 6 662; 7 641; 4 602** (allgemein erteilte Entlastung). — Wirkung der Privatkenntnis der einzelnen Aktionäre auf den Umfang der Entlastung **3 2, 62; 4 602.** — bedingte Entlastung **2 2, 171.** — Entlassung weg. schadenstiftender Handlungen, über die kein Beschluß gefaßt wurde? **3 2, 62.** — Dechargebeschuß, wenn als Gegenstand der Verhandlung nur Genehmigung der Bilanz angekündigt war **4 601.** — Verlust d. Entlastungsanspruchs bei Außerachtlassen bestimmter Weisungen der Generalversammlung **6 663.** — Beschluß auf Gewinnverteilung als stillschweigende Bilanzgenehmigung **2 2, 171.** — macht Vertagung der Bilanzgenehmigung auch Vertagung der Gewinnverteilung und Entlastung nötig? **2 2, 170, 172.** — Vertagung bei allgemeiner Bemängelung **2 2, 172; 3 2, 63.** — abermalige Vertagung **2 2, 172.** — Recht auf Vertagung trotz Aufklärung der beanstandeten Punkte seitens des Vorstandes **5 684.** — negative Feststellungsklage d. Aufsichtsratsmitgliedes, daß keine Entschädigungsansprüche begründet sind **7 641.**

Revisoren zur Bilanzprüfung. Pflicht des Vorstandes zur ihrer Unterstützung (Ordnungsstrafen) **2 2, 174.** — Einsicht des Revisionsberichtes durch den Vorstand **3 2, 63.** — Kosten der von der Minderheit veranlaßten Revision **3 2, 63.** — Bestellung gerichtlicher Revisoren erst nach Ablehnung des Antrags in der Generalversammlung **2 2, 174.** — Bestellung gerichtlicher Revisoren „zur Prüfung der Bilanz“ schlechthin? **2 2, 174; 3 2, 63.**

Veröffentlichung der Bilanz **7 644.** — in deutscher Sprache? **2 2, 173.** — wer hat die Bilanz zu veröffentlichen? **4 604** (Prokurist?). — Haftung des Vorstands für Übereinstimmung der veröffentlichten mit der genehmigten Bilanz

4 604. — Veröffentlichung von Monatsergebnissen 4 605. — Veröffentlichung in abgekürzter Form 4 604. — Veröffentlichung e. Gewinn- u. Verlustrechnung für das Baujahr 7 644. — Charakter des vom Registerrichter nach § 132 FGG. zur Prüfung der Erfüllung der Obliegenheiten des Vorstands aus § 265 SGB. eingeleiteten Verfahrens; Gebühren 4 604, 605. — inwieweit hat der Registerrichter die eingereichte Bilanz zu prüfen? 2 2, 173, 174; 3 2, 63. — Ordnungsstrafe zur Erzwingung der Bilanz überhaupt oder einer legalen Bilanz 2 2, 168, 169, 173, 174; 7 644.

II. Reservefonds. — Rechtsnatur 2 2, 124, 125, 171; 3 2, 45, 62, 63; 4 603; 7 644 (2). — stille Rücklagen, Reservefonds? 6 664. — inwieweit haftet er den Gläubigern der A.-G. bei ungeschmälertem Grundkapital? 2 2, 124. — Einfluß des Konkurses 2 2, 124, 125. — Verfügung des Vorstands über Reservefonds s. oben F I. — Statutenändernder Beschluß auf Bildung eines freiwilligen Reservefonds aus dem Reingewinn; Ansetzung 2 2, 171, 172; 4 592 (s. 7 644). — Reduktion eines das Mindestmaß überschreitenden, nach § 262 Ziff. 1 gebildeten Reservefonds 2 2, 171. — Verwendung des R.-F. zur Deckung von Verlusten aus einzelnen Geschäftsoperationen 2 2, 171. — Änderung der Bestimmung eines freiwilligen Reservefonds 2 2, 172. — gesetzliches, 10% des Grundkapitals übersteigendes Reservekonto; Verwendung des Überschusses zur Erhöhung des Aktienkapitals; Ersetzung der Ausschüttung des Fonds an die Aktionäre durch Buchung? 2 2, 172. — abgabeberechtigte Emissionskosten nach § 262 Ziff. 2 6 665. — Reingewinn nach § 262 Ziff. 1: von Dritten auf Grund von Dividenden Garantien gezahlte Beträge als Reingewinn? 2 2, 172. — Reingewinn Begriff 4 592 (Gewinnvortrag aus dem Vorjahr; zuviel gezahlte, zurückerstattete Steuern); 4 604; 5 672. — Stückzinsen, die von den Zeichnern d. Aktien für die Zeit vom Beginn des Geschäftsjahres ab bei späterer Emission zu zahlen sind, zum R.-F. gehörig? 4 604. — Bildung des Reservefonds aus eigenen Aktien? 5 673, 674. — Dotierung von Reserven beim Vorhandensein einer Unterbilanz 7 644. — statutarisch nicht erlaubte Reservebildungen? 4 592. — ist zum Begriff des R.-F. das tatsächliche Ausschneiden eines Kapitals nötig? 3 2, 63. — Gewinnvortrag auf neue Rechnung als Reservefonds 2 2, 146; 3 2, 63; 4 597, 603; 5 684. — Einkommensteuerpflicht des Gewinnvortrags in Preußen 4 603. — kann Aktionären, die ihren Aktienbesitz veräußern, vertraglich ein Anspruch auf die

Reservefonds zugewiesen werden? 4 592. — Ansetzung wegen übermäßiger Dotierung der Reserven s. F III.

H. B e e n d i g u n g. — Lösung der f. eine A.-G. eingetragenen Verfügungsbeschränkung auf Grund des bloßen Nachweises der Lösung der A.-G. im Register? 5 624, 970. — Reformvorschläge, insbes. für den Konkurs der A.-G. 6 668. — fingiertes Fortbestehen e. ausländischen erloschenen A.-G., die als Eigentümerin im deutschen Grundbuch eingetragen ist 7 578, 649.

K o n k u r s. — Regressanspruch gegen die Gesellschaftsorgane im R. 2 2, 124, 125, 516; 3 2, 53, 281; 5 942; 6 651, 668, 670, 974. — Aktionäre als R.-Gläubiger wegen der Einlage, der festgestellten Dividende, Bauzinsen 2 2, 126, 133 der Vergütungen für wiederlebende Leistungen 2 2, 134. — Entschädigungsansprüche der Gesellschaft gegen die Gründer gehören zur Masse 2 2, 126. — Klage auf Schadensersatz wegen Täuschung bei Aktienzeichnung im R.? 2 2, 126. — Geltendmachung von Ansprüchen nach § 217 SGB. gegen einzelne Aktionäre 3 2, 281. — Rückzahlungsansprüche der Aktionäre bei Herabsetzung des Grundkapitals; Geltendmachung im Konkurs? 2 2, 182; 3 2, 66. — Genußscheine im Konkurs 3 2, 41. — keine Überlegungsfrist der Vorstandsmitglieder z. Anstellung von Sanierungsmaßregeln vor Konkursantrag 3 2, 281. — Fortbestehen der Gesellschaftsorgane neben dem Konkursverwalter 2 2, 183; 3 2, 67, 68. — Beschwerde der Aktionäre gegen die Festsetzung des Honorars für den Konkursverwalter 6 669. — wann liegt Überschuldung vor? 3 2, 52. — Anmeldepflicht des Vorstands bei Konkurs s. oben F I. — Aktiblegitimation für Klagen gegen den Vorstand nach § 241 SGB. 3 2, 53 (s. oben F I); 5 670. — Vergleich des Konkursverwalters über Regressansprüche gegen den Vorstand nach § 241 SGB. 6 658. — Fortsetzung des Konkurses über die inländische Zweigniederlassung nach Beendigung des Konkurses über die im Auslande befindliche Hauptniederlassung 3 2, 67. — Klage auf Anerkennung der Mitgliedschaft während des Konkurses 3 2, 67. — Konkursausbruch als Kündigungsgrund für den Vorstand 3 2, 52, 68. — wer leistet den Offenbarungseid im Konkurs? 3 2, 68. — wer entbindet einen Rechtsanwalt von der Amtsverschwiegenheit? 3 2, 68. — Anwendung des § 183 R.D. bei Zwangsvergleich? 2 2, 514. — Zwangsvergleich einer schon vor Konkursausbruch aufgelösten A.-G. 3 2, 68. — Sonderkonkurs bei Fusion (s. unt. H IV). — Konkurs e. nichtigen A.-G. 2 2, 186 (s. u. H II). — Konkurs zwecks Umgehung d.

(Aktiengesellschaft)

Berichtigung einer in Schwierigkeiten geratenen A.-G. **3 2, 67.** — Reservefonds als Teil d. Konkursmasse? **2 2, 479.** — Einfluß d. Konkurses der A.-G. auf das Dienstverhältnis der Vorstands- u. Aufsichtsratsmitglieder **2 2, 488; 3 2, 260.** — Zustimmung des Konkursverwalters zu e. Generalversammlungsbefluß über die Verfolgung von Erbschaftsprüchen gegen die Organe der A.-G. **6 977.** — Konkurs während des Sperjahres (§ 289 HGB.) nach Kapitalherabsetzung **7 647.** — Anmeldepflicht nach beendetem Konkurs **7 648 (2).** — keine Eintragung d. Erlöschens d. Firma der A.-G. bei Einstellung des Geschäftsbetriebs durch den Konkursverwalter; Ordnungsstrafverfahren gegen die Vorstandsmitglieder **7 648.**

A u f l ö s u n g. — durch Ablauf der Vertragszeit; Beschluß der Fortsetzung nach Ablauf **3 2, 67** (Bestimmung stillschweigender Verlängerung, falls nicht bis zu einem bestimmten Termin gekündigt werde); **5 687.** — Zurückverwandlung e. aufgelösten A.-G. in das Werbestadium **7 648.** — Fortsetzung einer aufgelösten A.-G. (§ 307), vor Eröffnung des Konkurses aufgelöste A.-G. **3 2, 70.** — verlangt der Fortsetzungsbeschluß $\frac{3}{4}$ Majorität? **3 2, 70.** — Fortsetzung einer nichtigen A.-G. **3 2, 70.** — Auflösungsbeschluß als Statutenänderung nach § 274 HGB. **7 646.**

V e r s t a a t l i c h u n g (§ 304) ist Gesamt- nachfolge **2 2, 184.** — Form des Vertrags (§ 311 BGB.) **3 2, 69.** — Beginn der Haftung des Staates **3 2, 69.** — Anmeldung des Erlöschens der Firma **3 2, 69.**

N i c h t i g k e i t. — Reformvorschläge **6 671.** — Nichtigkeitssfälle **2 2, 185; 6 670, 671.** — andere Nichtigkeitsfälle als die im § 309 aufgeführten? **2 2, 185, 186.** — Nichtigkeit mit Unmöglichkeit e. späteren Heilung als Folge des Fehlens e. d. Begriffsmerkmale der A.-G. im Statut (§ 182 Ziff. 1 u. 3 HGB. oder bei Fehlen des Mitglieder- schrates); dagegen Nichtigkeit mit Möglichkeit späterer Heilung (nach § 310) bei Fehlen eines der übrigen Merkmale des § 182 Abs. 2 **6 646, 647, 671.** — Nichtigkeit wegen Verstößes gegen § 182 Abs. 1 **2 2, 186.** — Nichtigkeit, wenn der Gesellschaftsvertrag nicht in der gesetzlichen Form errichtet ist? **2 2, 186.** — Nichtigkeitsklärung einer A.-G., deren Firma im Handelsregister mit „A.-G.“ eingetragen ist, wenn im Gesellschaftsvertrag die Firma diese Bezeichnung nicht enthält **3 2, 70** (Rechtsverhältnis bis zur Nichtigkeitsklärung). — Stellung einer im Handelsregister eingetragenen, aber nach § 310 nichtigen A.-G. (Grundbuch-

verkehr) vor Löschung **3 2, 70; 6 671.** — Charakter der Nichtigkeitsklage **6 671.** — Frist für die Nichtigkeitsklage **2 2, 185.** — Pflicht d. Aktionäre e. nichtigen A.-G. zu Einzahlungen **6 671.** — Einfluß der Nichtigkeit auf die Rechte Dritter **6 671.** — rechtl. Natur des Nichtigkeitsurteils **2 2, 185, 186.** — Wirkung der Eintragung der Nichtigkeit; Verhältnis des § 15 zu § 311 **3 2, 71.** — Konkurs über eine nichtige A.-G. **2 2, 186; 3 2, 71.** — Fortsetzung einer im Konkurs befindlichen nichtigen A.-G. **3 2, 70.**

L i q u i d a t i o n. — Fortbestehen der Rechtspersönlichkeit **3 2, 68.** — analoge Anwendung der Vorschriften des BGB.? **4 607; 7 297** (§ 752 BGB.). — Begriff u. Wesen d. Liquidation **6 669; 7 294 f.** (Identitäts-, Zufessions-, Fiktionsstheorie). — Behörden als Liquidatoren? **2 2, 183; 3 2, 68.** — Fortbestehen der Gesellschaftsorgane neben den Liquidatoren **2 2, 183; 6 669.** — Entschädigung des Aufsichtsrats während der Liquidation **3 2, 68.** — Darf der Liquidator einer neuen Gesellschaft als Gesellschafter beitreten **2 2, 99, 183.** — Ernennung u. Abberufung d. Liquidators durch d. Registergericht **3 2, 239; 4 865; 6 669** (Zwang zur Übernahme des Amtes?). — Ernennung u. Abberufung durch einstweilige Verfügung **4 865; 5 1017.** — kann der Klage des Liquidators auf Einzahlung ausstehender gezeichneter Beträge entgegengesetzt werden, daß nach dem Statut nur der Aufsichtsrat einfordern dürfe? **2 2, 183.** — Beschwerde des Aufsichtsrats oder eines Aktionärs gegen die Ernennung eines Liquidators durch das Amtsgericht? **3 2, 68.** — Folgen der Nichtanmeldung oder Nichteintragung eines Liquidators **3 2, 68.** — Pflicht des Liquidators zur Aufstellung der Bilanz trotz Fehlens der Darmittel **4 607; 6 669.** — Feststellung d. Vergütung d. Liquidatoren durch das Registergericht? **3 1, 561; 3 2, 36, 239; 5 1017.** — Heranziehung der Aktionäre zu Einzahlungen, Maßstab **3 2, 68 ff.** vergleichsweise Erlaß der Einzahlung gegenüber einem Aktionär **3 2, 68.** — Maßstab b. Heranziehung von Aktien gleicher Art, auf die verschieden hohe Anzahlungen gemacht sind **3 2, 69.** — kann der Anspruch der A.-G. auf rückständige Einlagen in der Liquidation zebiert werden? **6 653, 654.** — Vorlage der Liquidationseröffnungsbilanz an die G.-B.; ihre Bekanntmachung u. Einreichung zum Registergericht; Rechtslage nach Eröffnung des Konkurses **2 2, 183, 184; 7 648.** — Bewertungsgrundsätze f. d. Liquidationsbilanz **7 648.** — Unentziehbarkeit des Anspruchs auf die Liquidationsquote **2 2, 184; 7 648, 649.** — Beschluß auf anderweite Verwendung des

Liquidationsüberschusses als durch Verteilung **3 2, 69**. — Das Sonderrecht d. Aktionäre auf d. Liquidationsquote, verlegender Beschluß auf Zuwendung e. Teiles d. Überschusses an den Aufsichtsrat **7 649**. — Verteilung des Liquidationsüberschusses nach Verhältnis des Nennwertes der Aktien **2 2, 184**. — Verteilung des Liquidationsüberschusses bei Verschiedenheit der Einzahlungen auf die Aktien **2 2, 184**. — Verteilung von Aktien u. anderer Vermögensstücke in natura; einfacher Mehrheitsbeschluß; Verletzung von Gläubigerrechten durch die Naturalverteilung **3 2, 68; 4 608; 5 687, 688; 7 649**. — nach Ablauf des Sperrjahres u. rechtmäßiger Verteilung des übrigen bleibenden Vermögens sich meldender, bis dahin unbekannter Gesellschaftsgläubiger **6 669, 670**. — Bestimmung des Statuts, daß die Schlussrechnung nicht der Generalversammlung, sondern dem Aufsichtsrat vorzulegen sei **2 2, 184**. — Anmeldung des Erlöschens; Ablehnung der Eintragung, weil die Schlussrechnung nicht der Generalversammlung vorgelegt wurde? **2 2, 184**. — Prüfungsrecht des Registerrichters bei Anmeldung des Erlöschens **3 2, 69; 4 608**. — Wiedereröffnung der Liquidation (§ 302 Abs. 4) **5 688** (nach e. Konkursverfahren); **7 649** (Rechtsnatur der nachträglichen Liquidation; Neueintrag ins Register, Wiederaufleben der früheren Organe).

Veräußerung des Vermögens im ganzen (303). — Erfordernisse des die Veräußerung ablehnenden Beschlusses **5 688**. — notwendiger Inhalt des Veräußerungsbeschlusses (Bezeichnung des Erwerbers) **5 688, 689; 6 670**. — Fusion mit einer ausländischen A.-G. **5 689; 6 670**. — Auflassung und Umjahsteuerpflicht bei Übertragung des Gesellschaftsvermögens an den Inhaber sämtlicher Aktien **7 649, 650**. — Recht des Gläubigers der A.-G. auf Inanspruchnahme der Übernehmer bei Nichtfortführung d. Firma **7 649**.

Fusion. — Begriff **4 609**. — Terminologie des § 305 Abs. 2 StGB. **1 1, 118**. — Inhalt des Fusionsvertrags **5 689**. — Rechtsnatur d. Fusionsvertrags **7 650**. — Form des Fusionsvertrags (§ 311 StGB.) **2 2, 184**. — Beurkundung, uo actu? **2 2, 184**. — grundbücherliche Behandlung; Umschreibung der Rechte der A.-G. **5 973; 7 650**. — ist Univerfalkußgesetz **2 2, 184, 185; 4 608** (keine Auflassung, keine Steuerpflicht); **7 650**. — Fusion, wenn die aufzunehmende Gesellschaft ihren Sitz nicht im Inland hat **2 2, 185**. — Nichtanwendbarkeit der §§ 305 ff. bei Übernahme einer inländischen A.-G. durch eine ausländische **5 689; 6 670**. — Fusion

einer Versicherungsbank mit einer A.-G. **3 2, 69**. — Vereinbarung, daß die übernehmende Gesellschaft die übernommene unter Beibehaltung des Charakters der letzteren weiterführe **3 2, 70**. — Vereinbarung, daß die Aktionäre der übernommenen A.-G. Aktien der übernehmenden erhalten sollen **3 2, 70**. — Sonderkonkurs der übernommenen Gesellschaft **2 2, 187; 3 2, 69**. — Konkurs der übernehmenden Gesellschaft **2 2, 184, 185**. — Stellung der Gläubiger der übernommenen Gesellschaft im Konkurs der übernommenen u. der übernehmenden Gesellschaft **3 2, 69, 70**. — Übertragung von Kredithypotheken **4 609**. — Löschung von Hypotheken der übernommenen A.-G. **4 609**. — Nachweis der erfolgten Fusion im Grundbuchverkehr **6 670**. — Einfluß der Fusion auf Versicherungsverträge **6 670**. — Übergang e. Bierabnahmevertrags mit e. Wirt auf die aufzunehmende Gesellschaft **7 650**. — Dauer der Haftung von Vorstand u. Aufsichtsrat der übernehmenden Gesellschaft gegenüber den Gläubigern der aufgelösten Gesellschaft **2 2, 185**. — Fusion zweier A.-G. durch Übertragung d. Vermögens als Ganzes ohne Liquidation gegen Gewährung von Aktien der übernehmenden A.-G. an die Aktionäre der aufgelösten A.-G. **3 1, 168**. — Erwerb sämtlicher Anteile einer Gesellschaft durch eine andere ist keine Fusion? **4 609; 5 689**. — wirtschaftliche Vereinigung zweier Gesellschaften ohne Änderung des rechtlichen Bestandes Fusion? **4 609**. — Fusion von Versicherungsgesellschaften f. diese.

I. S t r a f e s t i m u n g e n. — Verantwortlichkeit f. Beobachtung d. Stempelvorschriften in Baden **4 609**.

§ 312. — Strafbarkeit der Mitglieder der Gesellschaftsorgane vor Eintragung der A.-G. **2 2, 186, 187**. — Veranstaltung von Dinern u. ähnliches **2 2, 187**. — Belastung eines zu inferierenden Grundstücks vor Auflassung mit Hypotheken **2 2, 187**. — Zulassen eines Nichtberechtigten als Aktionär in der Generalversammlung **2 2, 187**. — Stimmen für Verfaatlichung der A.-G. trotz Überzeugung, daß der staatliche Übernahmepreis die zukünftige Ertragsfähigkeit nicht aufwiege **3 2, 71**. — Vollzug eines der A.-G. nachteiligen Generalversammlungsbeschlusses **3 2, 71**. — Verteilung einer wesentlich erdichteten Dividende **4 609**. — Der Generalversammlung verheimlichtes Abkommen d. Vorstands mit dem Garantiefonortium bei Neuemissionen **6 667**. — Nichtherbeiführen e. Wettbewerbs bei Neuemission **6 671**. — Realkonkurrenz mit **266 Ziff. 2 StGB. 5 689**. — Verhältnis von § 312 zu § 314 **2 2, 187**.

(Aktiengesellschaft)

§ 313. — Anwendung d. Ziff. 1 u. 3 auf Sacheinlagen u. die Barausgleichungen? 22, 113, 188. — Haftung des Gründers bei unrichtiger Einschätzung der Sacheinlagen? 22, 187; 6671. — Vervollendung des Vergehens nach Ziff. 1 mit Einreichung bei Gerichten; nachteilig. Erfolg nicht nötig 32, 71; 4609. — „Einzahlung“ Gutschrift per Bank 32, 43; 4588. — Falsche Angaben im Gründerbericht 6671.

§ 314. — Umfang der Offenbarungspflicht 32, 72. — Täuschungsabsicht notwendig? 22, 188; 32, 71. — Verschweigen der Dedung einmaliger Verluste oder von Unterschlagungen der Beamten 22, 188. — „unwahre Darstellungen“, anonyme Preisnotizen 22, 188. — Verschweigen von Zuschüssen zur Verbesserung der Dividende 32, 72. — Beseitigung einer Unterbilanz 32, 72. — Verschweigen im Interesse der A.-G. erlaubt? 32, 71, 72; 5689 (Einrede des Notstands). — Nichterwähnen fauler Außenstände in der Bilanz 32, 72. — „Verschleierung“ 5689; 6671. — zu niedrige Bewertung d. Aktiva? 22, 188; 7651. — Unterlassung der Einstellung eines Passivpostens für das Obligo aus schwebenden Geschäften 22, 188. — „stille Reformen“ (Vornahme hoher Abschreibungen)? 22, 188. — Buchung von Wechseln oder Schecks auf Kassenkonto 22, 188. — Aufnahme e. Gewinns aus Grundstücksverkauf in den Kreditposten „Gewinn an Waren“ des Gewinn- u. Verlustkontos? 7651. — vorübergehendes Ausstellen von Akzepten, um die Bilanz flüssiger erscheinen zu lassen, u. Einstellung nur des Saldos aus dem Kontokorrentkonto 7651. — Verheimlichung d. Absetzung für uneinbringliche u. zweifelhafte Außenstände in d. Gewinn- u. Verlustrechnung 7652. — Führung d. schuldenrischen Vorstandes- u. Aufsichtsratsmitgliedern unter Debitorenkonto ohne Erwähnung im Geschäftsbericht 7652. — Begehen durch bloßes Schweigen u. Unterlassen 32, 72; 5689. — bewußtes Passierenlassen einer falschen Darstellung in dem Geschäftsbericht des Vorstandes durch den Aufsichtsrat 4609. — Verschleierung, wenn ein Aktivposten zu hoch, ein anderer um den gleichen Betrag zu niedrig eingestellt ist 5689. — Anhalten größerer Zahlungen gegen Schluß des Geschäftsjahres, um bei Bilanzabluß einen größeren Kassenbestand zu haben, Verschleierung? 6672. — Zahlräßige Übertretung d. § 314? 6672; 7652. — Aufnahme geschenkter eigener Aktien im Effektenkonto Verschleierung? 6672. — Pflicht des Vorstandes, jedes außergewöhnliche Ereignis, trotz Bekanntheits

im Geschäftsbericht zu veröffentlichen? 6672 (s. oben F I). — Verhältnis d. § 314 zu § 826 BGB. 7365, 651. — § 314 Ziff. 1 Schutzgesetz im Sinne des § 823 Abf. 2 BGB. 7634.

§ 315. — Anwendung auf A.-G., die zur Zeit ihrer Entstehung einen Aufsichtsrat nicht nötig hatte 22, 188. — Exculpationsbeweis des Vorstandes 22, 188. — Unterlassung des Konfursantrags wegen Sanierungsversuchs 32, 52, 53.

§ 317. — Scheinverkäufe 22, 189. — zum Zweck der Umgehung des Gesetzes geschlossene reelle Kaufgeschäfte, z. B. Reportgeschäfte 22, 189. — Vollmachterteilung zur Stimmenabgabe gegen Bezahlung 22, 189. — Leihen von Aktien 4609.

§ 318. — Anmeldung der Aktien u. Auftreten für die Aktien ohne Abstimmen ist nicht strafbar 22, 189. — gleichgültig, ob der die Aktien widerrechtlich Benutzende die Aktien in eigenem Namen anmeldet oder unbefugt als Vertreter auftritt 22, 189. — nachträgliche Genehmigung seitens des Berechtigten 22, 189. — Verwahrer von Bantdepots, die das Recht haben, gleichartige Wertpapiere zurückzugeben 22, 189. — Pfandgläubiger 22, 189.

§ 319. — Ordnungsstrafen. — Darf der Registerrichter von Amts wegen Ermittlungen anstellen, ob ein Anlaß zum Einschreiten gegeben ist 22, 189.

Aktivlegitimation s. Sachlegitimation, Bariefähigkeit.

Alimente s. uneheliche Kinder, Unterhaltsanspruch, Unterhaltspflicht. — Aufrechnung gegen Al.-Forderung 21, 247; 31, 183.

Alleinerbe s. Erbe. — keine dingliche Verfügung über die Erbschaft 12, 232, 316: 21, 753, 754, 748; 5565; 6537, 538 (s. Miterbe, Erbschafts Kauf).

Alleinverkauf s. Handelsagent. — Übertragung des A.-Verkaufs e. Ware für e. bestimmten Bezirk 451; 551, 105; 7147 (bei bereits bestehendem anderweiten Vertrieb). — Anspruch d. Kaufmanns, dem der Alleinverkauf e. Artikels für e. bestimmten Bezirk übertragen ist, auf Vorlage der Handelsbücher? 6616. — Rücktrittsrecht des Käufers bei Verletzung des zugesicherten A.-Verkaufsrechts durch d. Verkäufer 21, 219; 31, 160, 162. — analoge Anwendung d. § 723 BGB. b. Kündigung e. A.-Vertrags 6268. — Pflicht d. Verkaufskommissionärs, dem der Alleinverkauf für e. bestimmten Bezirk übertragen ist, e. Weisung d. Kommittentens zur Anknüpfung e. bestimmten Geschäftsverbindung Folge zu leisten? 6695. — Klage d. Alleinverkaufts berechtigt auf Rechnungslegung u. Auskunft gegen

d. vertragswidrig selbst Geschäfte schließen den Fabrikanten? 7 285.

Alpengenossenschaften. — vor 1900 begründete 4 541.

Altenteil s. U. überg. d. Gut. überlassungsvertrag. — Geltung des § 313 BGB. 1 1, 219. — Anwendbarkeit der §§ 325 ff. BGB. 1 1, 236; 2 1, 223 (§ 326 Abs. 2 BGB.). — Abtretung von Leistungen aus e. U. s. Vertrag 1 1, 302. — Widerruf d. Grundstücksüberlassung durch den U. s. berechtigten (§ 530 BGB.) 2 1, 292. — als Leibrentenvertrag? 7 299. — Umwandlung e. Altenteilskaution in e. Darlehenshypothek für einen Dritten; Entstehung e. Eigentümergegrundschuld für Altenteilsrückstände 3 2, 312.

Alternativ Anspruchskonkurrenz s. Anspruchskonkurrenz.

Alternativer Klagantrag (s. Klagantrag).

Alternative Ermächtigung s. facultas alternativa.

Alternativobligation s. Wahlschuld.

Alters- u. Invalidenversicherung (s. unerlaubte Handlg. § 823). — Pflicht des überlebenden Elternteils, den bei ihm im Hause verbleibenden Kindern die Beitragsmarken einzukleben 2 1, 688. — Verletzung der Pflicht zum Kleben 1 1, 471; 2 1, 333, 499, 500; 5 99, 225, 339, 340; 6 127, 228, 312, 317; 3 1, 345, 355; 4 278; 7 136, 243, 351. — vor 1900 unterlassenes Kleben der Marken bei Eintritt der Erwerbsunfähigkeit nach 1900 5 340, 626. — Vorenthalten d. Karte 5 272; 6 317; 7 253 (Mitverschulden des Arbeiters für das nicht rechtzeitige Einkleben); 5 339, 340.

Altertumsfunde, Begriff, Anwendung des § 984 BGB., Vorrecht des Staates (de lege ferenda) 2 1, 563; 3 1, 423.

Amortisationsbeiträge. — bei Hypothekendarlehen der land- oder ritterschaftlichen Kreditanstalten; Natur, Eintragungsfähigkeit 3 1, 691. — Verjährung 1 1, 127; 2 1, 97.

Amortisationskapitalien. — U. Fonds, Pfändbarkeit, Pfändung des Hebungsbeitrages, der auch die an seine Stelle tretende Eigentümershypothek trifft 5 930; 7 924. — Guthaben an U. Fonds kein Grundstückszubehör 4 26. — U. Raten. Behandlung in der Zwangsversteigerung 3 2, 292, 293, 299; 3 2, 300; 4 773; 6 950; 7 909, 924. — Erlaßansprüche d. Verkäufers bzw. der durch ihn amortisierten Hypothekenbeträge 5 188. — s. Hypothekeneintragung, Eigentümershypothek, Annuitätendarlehen.

Amtsblatt. — Auswahl des U. Beschwerde? 5 782 (s. auch Handelsregister).

Amtsgerichte s. Zuständigkeit. — Verfahren vor den U. s. Verweisung. — Vorschläge de lege ferenda 4 710; 6 846, 847 (Streitigkeit nach § 23 Ziff. 3 BGB.);

Unzulässigkeit e. Berufung bei Streitwert unter 100 M.); 7 827, 828 (Kritik d. Novelle); §§ 496, 497, 501, 502, 509. — Zustellung der Klage: Vermerk „selbst zustellen zu wollen“ neben, statt in der Klage 1 3, 187. — Mißbrauch des § 510, ZPO. (Ladung zur Sühne u. weiteren Verhandlung) 6 847. — Anerkennung als Vergleich im Sinne d. § 510 Abs. 2 7 828. — Kosten d. Sühneversuchs nach § 510 ZPO. 7 829.

Analogie, Gesetzes- und Rechts-U.: Schaffung neuen Rechts durch Rechts-U. 7 575.

Änderung dinglicher Rechte an Grundstücken s. Rechte dingliche.

Änderungsklage (§ 323 ZPO. s. auch Sicherheitsleistung, Haftpflicht, unerlaubte Handlung §§ 829, 840). — rechtlicher Charakterunterschied von § 767 ZPO. 1 3, 146; 3 2, 144, 465, 466; 7 809. — förmliche Klage notwendig 6 829. — „nachträgliche“ Änderung, Voraussetzung 6 829; — b. Änderung d. Gesetzes über d. Unterhaltspflicht der Geschwister 1 3, 145. — bei einmaliger Abfindung 1 3, 146. — Unterhaltsurteil nach § 798 II. 1 PrAMR. 1 3, 147. — gegenüber e. Verschämmisurteil 7 810. — nur gegenüber rechtskräftigen Urteilen 1 3, 147. — gegenüber einem Anerkenntnisurteil 3 2, 466; 7 810. — Anwendung des § 323 auf Vergleich? 2 1, 642; 3 2, 466; 4 702; 2 2, 332; 7 810. — analoge Ausdehnung auf klageabweisende Urteile? 3 2, 466. — Veränderungen der Lebensstellung der Mutter als Grund f. d. Änderungsklage des alimentationspflichtigen außerehelichen Vaters 7 809. — Änderung e. Alimentationsanspruchs 1 2, 82. — Ermäßigung e. nach § 798 II. 1 AMR. festgesetzten Alimentationsanspruchs 1 2, 82. — Befreiung des Beklagten von e. anderen Unterhaltspflicht als wesentliche Änderung 6 829. — Änderung des Verzugszinsfußes eines rechtskräftigen Urteils 1 3, 251. — Erhöhung d. Alimente s. d. uneheliche Kind bei Besserung d. Vermögensverhältnisse des Vaters 6 501. — Unmöglichkeit, bei Urteilen nach § 843 BGB. die Zeit der Rente zu bestimmen 4 702 (Pflicht des Gerichts, künftige Änderungen, soweit möglich, schon im Urteil z. berücksichtigen); 4 306, 307; 5 372, 373, 808; 6 829 (s. Zwischenurteil); 7 809. — spätere Verheiratung einer Frauensperson als Schadensminderung 3 2, 142. — Veränderung der Schadensersatzpflicht, wenn d. Geschädigte eine Verminderung d. Unfallsfolgen durch eigenes Verschulden verhindert hat 7 809. — Beurteilung des gütergemeinschaftlichen Ehepartners auf Alimentierung der Mutter seiner Frau; U. Klage nach Aufhebung der Gütergemeinschaft 3 2,

(Änderungsklage)

465. — vorgeschrittenes Alter der jugendlichen Klägerin u. vermehrte Kosten der Lebensführung als wesentliche Änderung **6 829**. — zuständig das Gericht, das das abwäuernde Urteil erließ **1 3, 146; 2 2, 332; 3 2, 144**, nicht das im § 767 **3 P.D.** bezeichnete Gericht **1 3, 146, 147**. — Zuständigkeit der besonderen Gerichte **1 3, 147**. — Beweislast **6 829**. — darf die Frage, ob die Mittel zur Behebung e. Unfalls erschöpft sind, oder ob der Verletzte schuldhaft weitere Heilungsversuche unterlassen, der Änderungsklage überlassen werden? **6 829**. — vorläufige Einstellung der Zwangsvollstreckung nach § 769 **3 P.D.?** **5 854**. — gleichzeitiges Vorbringen sämtlicher Tatsachen, auf die die Klage sich stützt, nicht nötig **6 829**. — rückwirkende Kraft? **1 3, 147; 3 2, 466; 5 808, 1038; 7 809**. — § 254 **BGB.** u. § 323 **3 P.D.**; Verhinderung einer Besserung d. Verhältnisse durch konkurrierendes Verschulden d. Beschädigten **7 107**. — Befugnis des Prozeßbevollmächtigten für d. Hauptprozeß zu ihrer Erhebung **7 745**.

Aneignung f. Eigentum, Erwerb u. Verlust der **E. V.** — als Rechtsgeschäft **1 1, 59; 2 1, 48**. — Willenserklärung nicht nötig **1 1, 65**.

Anerbengericht. — Einfluß des **BGB.** **1 2, 392; 4 534**. — Einfluß eines bloßen Verkaufs des Anerbengutes ohne buchmäßige Eigentumsübertragung auf das Erbrecht des Auerben **2 1, 766** (medlb. R.); **2 1, 456**. — Vermächtnis des bei Lebzeiten verkauften, aber noch nicht übergebenen Anerbengutes an einen Dritten **2 1, 767** (medlb. R.). — Überlassungsvertrag mit dem Auerben **2 1, 767** (medlb. R.). — Erbaueinanderseßungsverfahrens nach preuß. Ges. 8. VI. 96 **4 534**. — Umfang des Art. 64. **GGWB.**: Genuß- u. Mitbesitzrecht des aufsehernden Gatten, dessen Zustimmung zu Veräußerungen: Eintrag dieser Rechte im Grundbuch **4 534**. — Berechnung des Pflichtteils **5 616; 7 563**. — Anwendung des § 768 **BGB.** auf das Haftungsverhältnis des Auerben u. Erben **2 1, 455**. — wann kann der Auerbe gegenüber e. Klage des Käufers auf Herausgabe die Einrede der Vorausklage gegen den Erben geltend machen? **2 1, 456**. — Rechtslage infolge d. Gutverkaufs ohne Auflassung zur Zeit des Besitzers: Rechtsverhältnis z. Auerben, Erben u. Gutskäufer **2 1, 194, 195, 456**. — Einfluß der Zwangsversteigerung auf die Auerbengutseigenschaft **4 799**. — Widerspruchsrecht des Auerben gegen die Zwangsversteigerung **6 971**.

Anerkenntnis f. Verjährung, Geständnis, Prozeßkosten. — der verjährten Forderung **1 1, 133; 3 1, 168; 5 64**. — Unterbrech-

ung d. Verjährung durch **N. 2 1, 103; 3 1, 66; 4 61; 5 63**.

Prozessuales N. — A. oder Geständnis? **7 796**. — rechtl. Natur des prozessualen **N. 3 2, 460** (einseitiges Rechtsgeschäft); **4 698** (Feststellungsvertrag?); **6 821** (Prozeßhandlung; sofort bindend mit Abgabe); **7 804** (Annahme nötig). — ist nicht Zugeständnis der anspruchsbegründenden tatsächlichen Behauptungen **1 3, 139; 3 2, 459**. — Zugeben der Existenz der Klagebehauptungen, aber Antrag auf Klageabweisung, weil zur Klage kein Anlaß vorlag **1 3, 139**. — Anerkenntnis unter gleichzeitiger Prozeßrüge **3 2, 459**. — Anerkenntnis von Rechtsbeziehungen, über die die Parteien einen Feststellungsvertrag nicht schließen können **4 698, 699**. — Erklärung d. Beklagten, er erkenne das Recht d. Klägers zum Gebrauch e. bestimmten Firma an, als **N.** nach § 307 **3 P.D.?** **7 804**. — Anerkenntnis der Öffentlichkeit eines Weges **6 812**. — Beilegung im gleichen Prozeß mit der Konditionseinrede, daß ein Anerkenntnisvertrag nach § 812 **Abf. 2 BGB.** nicht vorliege? **5 803**. — Anfechtung wegen Irrtums, Zwangs, Betrugs **1 3, 139; 3 2 459; 4 698; 7 804, 805**. — Anfechtung nur in mündlicher Verhandlung **6 821**. — Anfechtung durch Einlegung d. Berufung gegen das **N.**-Urteil **6 822**. — Widerruf; Anwendung des § 290 **3 P.D.** **4 698, 699; 6 821; 7 804, 805**. — prozessuales **N.** eines gesetzlichen Vertreters **6 821**. — Scheinprozeß zur gerichtl. Abgabe e. Anerkenntnisses **6 821, 822**.

Anerkenntnisurteil f. Prozeßkosten §§ 93 u. 99. — muß das Gericht trotz Anerkenntnisses prüfen, ob Kläger das Klagerrecht hat **1 3 139**. — bei Anerkenntnis e. nicht schlüssig begründeten Klagenanspruchs; formnichtiges oder unklagbares Geschäft; Klage auf Vornahme e. unstatlichen oder verbotenen Handlung **7 804**. — Antrag wird nicht durch Klageantrag ersetzt **1 3, 139**. — Antrag nach kontradiktorischer Verhandlung über den anerkannten Teil **1 3, 139**. — **N.**-Urteil ohne Antrag? **3 2, 402**. — **N.**-Urteil, wenn bei eventuell verbundenen Anträgen Beklagter nur den Eventualantrag anerkennt? **7 804**. — Unterlassung eines Antrags auf **N.**-Urteil **7 804**. — Zwischenurteil nach § 304 **3 P.D.** bei Anerkenntnis über den Grund **7 804**. — Berufung gegen **N.**-Urteil **1 3, 139; 6 8 22** (**N.**-Teilurteil; Anfechtung des Anerkenntnisses). — Rechtskraft **7 807**.

Anfechtung nach BGB. f. auch **N.** im Konkurse, Gläubigeranfechtung. **Allgemeines.** — fortbauende Bedeutung des römischen Rechtes **6 46**. — **N.** vor 1900 geschlossener Rechtsgeschäfte **7 579**. — Wesen d. **N.**-Rechtes **1 1, 87, 88;**

21, 71; 5 35, 62; 6 65; 7 36. — A.-Recht u. Einrede 21, 100; 5 62. — keine A., sondern Nichtigkeit bei Divergenz des beiderseitigen Willens u. d. beiderseit. Erklärung 6 48; 7 36, 38. — Aufrechnung verglichen mit d. A. 11, 281. — Anwendung d. § 139 BGB. auf anfechtbare Rechtsgeschäfte 7 60. — Verhältnis zu § 826 BGB. (s. unerlaubte Handlungen) 7 363. — Anfechtungserklärung, rechtl. Natur 21, 73. — Erfordernisse, Form der A.-Erklärung 1 89; 21, 57; 5 32, 49; 7 37. — Unwider- ruflichkeit 11, 89; 31, 50; 5 48. — be- dingte A. 31, 55; 5 36; 6 66, 67. — telegraphische A. 21, 57. — event. A. 7 37. — Unzulässigkeit teilweiser A. 21, 72; 6 66. — A. e. Gesellschaftsvertrags durch Zurückverlangen der Einlage unter Verzicht auf Gewinn 7 62, 290. — Pro- zessbehauptung d. Betrugs als Anfechtung? 7 62. — Angabe von Gründen nötig? 6 66. — ursprüngliche Behauptung der Richtigkeit als genügende Anfechtungser- klärung 6 66. — Geltendmachung durch Einrede 21, 73. — A. im Prozeß vgl. auch unten § 119 (durch bzw. gegenüber Prozeßbevollmächtigten) 11, 89, 102; 21, 55, 58, 73, 74, 75; 31, 50; 4 47; 5 49; 6 781 (Rechtsnatur als Prozeß- handlung u. Rechtsgeschäft; Unverzüglich- keit bei Anf. in vorbereitenden Schrift- sätzen; Widerruf der vom Prozeßvertreter erklärten A.); 7 720. — mündliche A. im Prozeß, Wirkung über den Prozeß hinaus 7 37. — A. v. Prozeßhandlungen (Rechts- mittelzurücknahme) wegen Irrtums 7 720. — primäre Klage auf Wandelung ev. An- fechtung? 6 66. — Verzicht auf das A.-Recht 21, 75, 102; 6 48 (bei Entgegen- nahme der Auflassung trotz Kenntnis d. Betruges). — Übertragbarkeit d. A.-Rechts 5 48. — Vererblichkeit d. A.-Rechts aus § 119 6 45. — Anwendung des §§ 116 ff. auf öffentlich-rechtliche Verhältnisse 6 45, 48. — richterl. Auspruch über d. A. 21, 73. — Geltendmachung d. A.-Möglichkeit seitens d. Schuldners gegenüber d. Fessio- när schon vor erfolgter A. 31, 197. — Wirkung 11, 87; 4 49; 5 62; 6 66. — Beseitigung ihrer Folgen 31, 50. — Wirkung der d. Zedenten bzw. Fessionar gegenüber erfolgten A. 5 48, 49. — dingliche Wirkung d. A. 7 61. — Wirkung e. einredeweise geltend gemachten A. 7 61. — Bereicherungsanspruch d. A.-Be- rechtigten gegen den A.-Gegner 7 40. — Wirkung d. A. auf in der Zwischenzeit er- worbene Rechte gutgläubiger Dritter 7 61. — Wirkung d. A. gegenüber bösgläubigen Dritten 7 61. — Wirkung d. A. e. dinglichen auf Eigentumsübertragung gerichteten Rechtsgeschäftes 7 61. — Verjährung an- fechtbarer Forderungen 11, 128. — Auf- rechnung mit oder gegen Forderungen aus

anfechtbaren Geschäften 11, 278, 290; 21, 242; 31, 182; 5 152. — e. Vergleichs wegen Nichterfüllung seitens des anderen Teils 7 38. — wegen schon beim Ver- tragsabschluß vorhanden gewesener Ab- sicht der Nichterfüllung auf seiten des Gegners 7 37. — keine Anfechtung der Eintragung in die Genossenliste wegen Willensmängel bzgl. d. Beitrittserklärung 31, 39; 6 50; 7 37 (s. Genossenschaft), 41. — A.-Berechtigter 1189; 6 48 (Pfleger). — Mehrheit von A.-Berechtigten 31, 50, 173; 5 49; 6 52, 11 89. — A.-Gegner 11, 89; 6 66. — Mehrheit von A.-Gegnern 21, 73; 5 49; 6 52; 7 62. — Widerrufsrecht statt A.-Rechts beim Fehlen e. A.-Gegners 11, 89. — bei Fehlen e. A.-Gegners A. überflüssig 6 66. — A.-Gegner bei erfolgter Abtretung d. Vertragsrechts auf seiten d. Gegners (Zedent oder Fessionar?) 6 67. — Erklärung gegenüber dem Handelsagenten bei Kreditunwürdigkeit des Käufers 6 48. — Anwendbarkeit d. §§ 241 ff. BGB. auf die Rückgewährpflicht des A.-Gegners 11, 149. — Verjährungsbeginn bei von A. abhängenden Anspr. 21, 99; 31, 64. — Anfechtbarkeit nur des Kaufal- oder nur des obligatorischen Geschäftes 6 66. — Wirkung d. A. auf das dingliche Rechts- geschäft 7 37, 38, 41, 42; (vgl. 31, 36; 6 48). — A. der von dem Abstammung bei fortgesetzter allg. Gütergemeinschaft er- klärten Einwilligung zur Veräußerung e. Grundstücks 6 469. — Beweislast d. An- fechtenden 7 36, 37. — Einwand d. Simulation nach erfolgreicher A. 7 34. — Ausschluß d. A. bei Bestätigung s. diese. **A n f e c h t u n g a u s § 119 I. a. Irrtum, Eigenschaft. — Kritik d. Bestimmung d. Abs. 1 § 119 21, 51. — d. Abs. 2 d. § 119 21, 54. — „Inhalt“ i. S. d. § 119 7 37. — Voraussetzung d. A.-Rechts 11, 67; 21, 49, 50, 55 (Vertrag); 6 45. — Dem Gegner erkennbarer Irrtum des Er- klärenden, Verhältnis des § 133 zu § 119 6 45. — setzt § 119 BGB. unverschuldeten Irrtum voraus? 6 48; 7 37. — A. wegen Rechtsirrtums 7 37. — Verhältnis des § 119 II zu d. §§ 459 ff. BGB. 4 30; 5 31; 6 45, insbes. zu § 459 II 21, 268, 276; 4 31. — Beseitigung d. A.-Rechts aus § 119 II durch Gewährleistungsausschluß 4 165. — Wirkung, Recht d. A.-Gegners, den vom Anfechtenden wirklich gewollten Inhalt des Rechtsgeschäftes geltend zu machen 6 45. — Wirkung d. Irrtums-A. auf das dingliche Rechtsgeschäft 31, 36; 6 48; 7 37; 38, 61. — Unwirksamkeit d. Vorverhandlungen auch bei Irrtums-A. d. schriftl. Vertrags 21, 55, 79. — keine Irrtums-A. von bloßen Nebenbestim- mungen 21, 72. — Nichtbeachtlichkeit eines an und für sich für einen Ver- ständigen entscheidenden, aber in concreto**

(Anfechtung nach BGB.)

wegen Unverständes des Handelnden bedeutungslosen Irrtums **6 46**. — Unterschreiben einer Urkunde ohne vorheriges Lesen in der irrigen Annahme der Übereinstimmung ihres Inhalts mit dem zuvor mündlich Verabredeten **6 46**. — *U.* wegen Irrtums n. § 164 Abs. 2 **1 1, 105 f.** — wegen irriger Bezeichnung des beiderseits gewollten Vertragsgegenstandes **7 37**. — Divergenz einer Willenserklärung wegen Nichtbeherrschens der Sprache **6 48**. — Annahme e. Antrags in Erkennung eines darin enthaltenen Schreibfehlers **6 48**. — *U.* e. telephonisch geschlossenen Vertrags **4 31**. — *U.* e. Aufrechnung wegen Irrtums **3 1, 179; 5 152**. — *U.* e. Arbeitsvertrags wegen Irrtums **3 1, 37; 5 42**. — e. Dienstvertrags **2 1, 56; 4 31; 5 33**. — *U.* von Schenkungen wegen Irrtums **2 1, 58, 288**. — *U.* e. Viehkaufs wegen Irrtums **2 1, 54; 3 1, 36, 37, 223; 4 30**. — *U.* wegen Irrtums bei Hauptmängeln **2 1, 37, 54; 4 30; 5 33, 193**. — *U.* e. Versicherungsvertrags wegen Irrtums **3 1, 35, 36; 5 33; 7 37** (Irrtum über die Höhe der Prämie). — *U.* e. Quittung wegen Irrtums **5 33**. — e. Salbos **5 33**. — *U.* d. Beitritts zu e. Genossenschaft wegen Irrtums über deren Vermögenslage **7 37** (s. Genossenschaft u. unten § 123). — *U.* e. z. Zwangsversteigerung abgegebenen Gebotes wegen Irrtums **2 1, 51; 6 48 (2); 7 37, 38**. — *U.* e. Vergleichs **2 1, 55; 3 1, 35; 4 30; 7 38**. — e. Zwangsvergleichs **3 1, 37**. — e. außergerichtl. Akkords **5 33**. — *U.* e. vertragungsmäßigen Abrechnung **2 1, 50, 51**. — Widerruf d. Zurücknahme e. Antrags auf Zulassung e. Buße auf Grund d. § 119 **4 31**. — *U.* weg. e. d. Täusch. verursacht. Irrtums als *U.* aus § 119 u. aus § 123 **3 1, 38**. — Betrug auf Grund e. durch *U.* aus § 119 nichtig gewordenen Darlehens **3 1, 244**. — keine *U.* der Eidesverweigerung wegen Irrtums **5 32; 7 38**. — keine *U.* einer Prozeßhandlung (Zurücknahme e. Rechtsmittels) wegen Irrtums **6 48; 7 38**. — *U.* e. Prozeßhandlung seitens d. Prozeßbevollmächtigten wegen Irrtums über die Willensmeinung des Mandaten **7 38** (vgl. **2 1, 55**). — keine *U.* d. Offerte im Submissionsverf. weg. Versehen bei Berechnung d. Anschlags **2 1, 55**. — Anwendung des § 119 Abs. 2 nur, „wenn anzunehmen ist, daß er sie . . . nicht abgegeben haben würde“? **6 47**. — Versprechen e. Fremden, irrtümlich für die eigene gehaltenen Sache **7 37**. — Irrtum über e. zum Geschäftsinhalt erhobenes Motiv **6 49; 7 37**. — Irrtum d. Bürgen über d. Umfang der Hauptschuld **6 49**. — Irrtum d. Bürgen über d. Person d. Schuldners, pfandrechtl. Sicherheit d.

Hauptschuld, Vorhandensein von Mitbürgen **7 37**. — Irrtum d. Bürgen über den Wert e. ihm vom Schuldner bestellten Pfandes **7 38**. — Kalkulationsfehler des Verkäufers **6 48; 7 37, 38**. — Irrtum über die Chancen e. Geschäftes, insb. bei Lizenzverträgen **6 49**. — *U.* e. Probevertrags wegen Irrtums über Eigenschaften e. Person **6 48**. — e. Anstellungsvertrags wegen Stottorns d. Kontoristen **7 54**. — *U.* wegen Irrtums über die Zahlungsfähigkeit **6 46, 48, 49** (s. Irrtum). — wegen Irrtums über die Eigenschaft eines Rechtes **6 47**. — Irrtum über Eigenschaften eines Dritten **6 47, 49** (e. Gesellschafters einer offenen Handelsgesellschaft). — Irrtum über e. eigene Eigenschaft des Erklärenden selbst **6 47**. — Irrtum über die Güte e. Forderung verkehrswesentl. Eigenschaft nach § 119 Abs. 2? **6 49**. — *U.* des Anstellungsvertrags e. Architekten weg. mangelnder Kenntnisse **4 31**. — Vertragsanfechtung wegen Irrtums über d. Bescholtenheit e. Person **2 1, 56; 4 31; 5 33**. — Irrtum über das Vorleben e. als Sanatoriumsleiter angestellten Arztes **7 38, 39**. — Irrtum über das Bestehen e. Pfandrechts als *Z.* über d. Eigenschaft e. Sache **7 38**. — Irrtum über das Eigentum an der gekauften Sache **7 38**. — Unkenntnis d. Stodwerkeigentums als *Z.* über Eigenschaft d. Sache **7 38**. — Irrtum d. Mieters über das Maß der in den Mieträumen zur Verfügung stehenden elektrischen Kraft **7 38**. — Beweislast im Falle des § 119 **6 45**.

Anfechtung aus § 120 vgl. Unrichtige Übermittlung. — Anwendung des § 120 BGB. auf Stellvertreter **7 39**.
Anfechtung aus § 123: arglistiges Verschweigen, arglistige Täuschung f. a. Drohung.

1. Allgemeine. — Voraussetzungen d. *U.* aus § 123 **1 1, 72, 73; 2 1, 55**. — eingetretene Vermögensschädigung Voraussetzung? **7 40**. — Schädigungsabsicht d. Gegners Voraussetzung? **7 40**. — Beseitigung d. *U.*-Rechts durch Herstellung d. vertragungsmäßigen Zustandes? **7 40**. — Beseitigung d. *U.*-Rechts, wenn dem Gegner d. Vertragsgegenstand durch Vollstreckung entzogen wurde? **7 40**. — Verwirkung d. *U.*-Rechts aus § 123 BGB. wegen Vereitelung d. Wiederherstellung d. früheren Zustandes **2 1, 73**. — Ausgleichung d. beiderseitigen Anspr. aus e. gegenseitigen Vertrag nach *U.* wegen Täuschung **2 1, 73**. — *U.* e. in e. Unterlassung enthaltenen Willenserkl. aus § 123 BGB. **4 33**. — Fassung mehrerer *U.*-Gegner bei Erklärung der *U.* nur gegenüber einem? **7 40**.
2. Anfechtung wegen arglistiger Täuschung. — *U.*-Recht trotz fette Zahlen = Zahlrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

Zahllosigkeit d. Anfechtenden **3 1, 38; 7 41** (Nichtlesen der Vertragsurkunde), **42**. — Betrug bei Zweifel des Gegners über die Richtigkeit der ihm gemachten Angaben **7 42**. — U. wegen e. durch Täuschung verursachten Irrtums als U. aus § 123 u. § 119 BGB. **1 1, 73; 3 1, 38; 7 40** (durch Täuschung verursachter Irrtum im Beweggrunde), **42**. — arglistiges Verschweigen (s. dieses) **7 40**. — Verschweigen e. dem Schweigenden unwesentlich erscheinenden Teils d. Sachverhalts trotz Bewußtseins, daß Gegner vielleicht Wert darauf legt **7 41**. — arglistige Täuschung durch Verschweigen der Zahlungsunfähigkeit **7 40**. — U. nicht in Form e. rechtsgeschäftlichen Zusicherung gemacht. Äußerungen **7 41**. — geheimer Vorbehalt der Nichterfüllung zur Anfechtung nicht genügend **7 41** (s. oben § 119). — U. e. vormundschaftsgerichtl. genehmigten Rechtsgeschäfts wegen Täuschung d. Vormundes **4 35**. — U. d. Hilfskassenmitgliederschaft weg. Verschweigen e. Krankheit **4 34**. — U. e. Vertrags weg. Betrugs durch d. Vertreter bei Gelegenheit d. Vertragsabschlusses **5 36**. — keine U. der Vaterchaftsanerkennung weg. Ableugnung des mehrfachen Geschlechtsverkehrs seitens d. Mutter **3 1, 38**. — U. e. Vergleichs weg. Arglist **4 34**. — falsche Beantwortung der Fragen bei einem Versicherungsvertrag als arglistige Täuschung **7 41**. — arglistige Täuschung d. Versicherungsnehmers durch den Agenten **7 42**. — U. e. Arbeitsvertrags weg. Täuschung **2 1, 58**. — U. e. Bürgschaft weg. Täuschung durch d. Prokuristen d. Gläubigers **5 36**. — falsche Auskunft über die eigene Vermögenslage an einen Dritten in Erwartung d. Weitergabe an den Vertragsgegner **7 41**. — § 123 auf d. Wechselrecht nicht anwendbar **5 36; 6 50**. — Zinsenveräußerung **6 50**. — Ausschluß d. Täuschungsanfechtung bei Beitrittserklärungen zu Aktien, offenen Handelsgesellschaften u. anderen juristischen Personen **6 50; 7 41** (s. A.-G.). — Anfechtung e. mit e. GmbH. über einen voll einbezahlten Geschäftsanteil geschlossenen Kaufes **7 41**. — U. wegen Betrugs im Prozesse durch d. Prozeßbevollmächtigten **2 1, 58**. — U. eines Kaufes gegenüber einem der mehreren Verkäufer **6 52**. — Kennen u. Kennergebnisse (§ 123 Abs. 2) bei mehreren Erfüllungsempfängern **7 40**. — Agent „Dritter i. S. d. § 123 II 1 BGB.“ im Verh. z. Versicherungsgesellschaft? **3 1, 39; 6 52** (s. 7 42). — Rechte des arglistig Getäuschten **3 1, 38; 4 33, 35; 5 34, 36; 6 51**. — gegenüber schlichtgläubigen Dritten **1 1, 72**. — Schadenersatzanspruch nach § 826 BGB. neben U. bei arglistiger Verleitung zum Vertragschluß; Frist für dessen Geltendmachung; Beseitigung des Scha-

densanspruchs durch Erfüllungsverlangen **7 40**. — Verzicht d. Käufers e. Grundstücks auf Geltendmachung der ihm aus e. arglistigen T. zustehenden Rechte gegen Preisnachlaß formbedürftig (§ 313) **5 129**. — Angebot d. Verkäufers, den Mangel der Kaufsache zu beseitigen, auf das A.-Recht wegen Täuschung ohne Einfluß **6 52**. — exceptio doli generalis gegen d. Forderungsprüfung aus e. durch Täuschung veranlaßten Willenserklärung auch ohne Anfechtung **3 1, 54**. — Schadenersatz weg. e. einzelnen durch T. veranlaßten Vertragsbestimmung b. Unanfechtbarkeit d. ganzen Vertrags **5 36**. — § 139 anwendbar bei Anfechtbarkeit e. Vertrags wegen Täuschung nur d. einen von zwei Kontrahenten gegenüber **5 48**. — Verh. d. § 463 zu § 123 **2 1, 280; 6 51**. — § 347 unanwendbar bei U. e. Vertrags weg. Täuschung **5 36**. — Beweislast; bloßer Nachweis der objektiven Unwahrheit der Angaben **7 41**. — Unmöglichkeit b. Rückgewähr des eingetauschten Grundstücks bei U. des Tausches wegen Betrugs **6 52**.

3. Anfechtung wegen Drohung. — Verhältnis des § 123 zu § 138 BGB. **7 42**. — Voraussetzungen d. Bedrohung **7 40**. — indirekte Drohung mit Strafandrohung **7 42**. — keine U. e. Prozeßhandlung wegen Zwangs **6 48**. — Beweislast b. U. e. erzwungenen Vertrages **2 1, 58**.
 Anfechtungsfrist. — Rechtzeitigkeit d. Anfechtung Rechtsfrage **4 32; 7 39**. — U. bei d. dingl. Einigung **3 1, 37**. — Ausschaltung d. § 121 BGB. f. d. Anfechtung im Prozeß? **2 1, 74, 75**. — „unverzüglich“ (§ 121 BGB.) **1 1, 71; 2 1, 56, 57; 3 1, 37; 4 13, 32; 5 34; 7 39** (Rücksicht auf Verhehrsauffassung, auf das Interesse des U.-Gegners). — U. erst in dem auf die Beweiserhebung folgenden Verhandlungstermin bei Zutreten des Irrtums erst bei der Beweisaufnahme **7 39**. — Beweislast der Unverzüglichkeit **1 1, 72; 2 1, 57; 3 1, 37, 39**. — Beweislast f. Verspätung d. Anfechtung **7 39**. — Beginn der U. d. § 124 **4 35; 6 52**. — Kenntnis d. Anfechtungsgrundes nach § 124 **3 1, 38; 6 50; 7 42**. — U. bei Bedrohung mit einer Strafandrohung **6 52**. — Art. 169 auf d. U. d. § 124 unanwendbar **2 1, 58**. — Einfluß d. Anklaufs d. U.-Frist auf den Schadenersatzanspruch nach § 826 BGB. **7 42**.

Schadenersatzpflicht nach § 122 f. Schadenersatz, — analoge Anwendung des § 122 BGB. f. Schadenersatz. — Grenzen d. Vertrauensschadens **7 39**. — „Dritter“ im Sinne des § 122 **6 50**. — Schadenersatzanspruch des Erben des Dritten (§ 122) **6 50**. — Kosten eines im Vertrauen auf die Gültigkeit einer Erklärung angestrebten Prozesses bei Verlust

(Anfechtung nach BGB.)

des Prozesses infolge Anfechtung d. Erklärung 6 50.

Er lösch en d. A.-Rechts f. Bestätigung. — Verlust d. A.-Rechts durch Bestätigung, B. ohne Kenntnis d. A.-Grundes 7 62. — Fortsetzen d. anfechtbaren Pachtvertrags als Bestätigung 7 62. — in Kenntnis d. Minderwertes erfolgte Weiteräußerung als Bestätigung d. anfechtbaren Kaufes 7 62.

Anfechtung der Ehe f. Eheanfechtung.

Anfechtung im Konkurs f. Zahlungs Einstellung, Gläubigeranfechtung.

Allgemeines. — dingliche oder obligatorische Wirkung? 2 2, 489, 490; 3 2, 261, 262; 6 986. — unter § 31 Ziff. 1 R.D., § 3 Ziff. 1 AnfG. fallende Rechtsgeschäfte nichtig nach § 134 BGB.? 7 47 (vgl. 2 2, 489, 490). — Verjährung der Anfechtung, der Anfechtungsansprüche 2 2, 489. — Verhältnis der Anfechtung im Konkurs z. Anfechtung nach BGB. 2 2, 490 (2); 3 2, 262. — Anfechtung durch formlose einseitige, empfangsbedürftige Erklärung gegenüber dem Gegner möglich oder gerichtliche Geltendmachung nötig 2 2, 489, 490; 3 2, 261, 262 (3), 265; 4 805 (2), 808, 809; 5 778, 947, 949 (vgl. Prozeßbevollmächtigter). — Anfechtung durch Widerklage, Einrede, Wirkung der in den vorbereitenden Schriftsätzen enthaltenen Ankündigung 3 2, 262; 4 805; 5 947. — Geltendmachung durch Feststellungsklage 4 806. — Anfechtung im Inland wegen e. im Ausland eröffneten Konkurses 3 2, 261, 283; 4 806. — Subjekt d. Anfechtungsanspruchs d. Gemeinschuldner? Konkursgläubigerchaft? 3 2, 262. — Verhältnis des § 878 BGB. zu dem Anfechtungsrechte 2 2, 491. — Minderung der Konkursmasse als Voraussetzung der A. 4 806. — Benachteiligung d. Gläubiger als Voraussetzung der A. 3 2, 261; 4 805, 806; 6 986. — Einwand d. Beklagten, daß die A. unzulässig sei, weil die vorhandene Masse zur Befriedigung d. Gläubiger ausreicht 4 805, 806. — Umänderung des erstinstanzlichen Urteils auf Bewilligung e. Hypotheklöschung in d. Antrag auf Bewilligung d. Auszahlung d. Versteigerungserlöses an der Masse, Klagänderung? 2 2, 496. — Klagegrund und Klageänderung 1 3, 120, 121; 3 2, 443. — Klageänderung, wenn statt Anfechtbarkeit später Scheingeschäft behauptet wird 2 2, 491. — Übergehen von § 30 auf § 31 R.D. Klageänderung 2 2, 494; 6 989. — Gemeinschuldner als Nebenintervenient d. Beklagten 2 2, 492. — Zwangshypothek u. andere Vormerkungen z. Sicherung d. Anfechtungsanspruchs 2 2, 492. — Zuständigkeit für die Anfechtungsklage d. Verwalters; Anwendung des § 771 Z.P.D.

2 2, 492; 3 2, 263, 555; 6 990. — Klagepetitum 1 3, 122; 5 792. — Fassung des Urteils bei Anfechtung e. Pfändungs- pfandrechts durch den Verwalter 2 2, 492. — bei Beendigung des K. noch nicht beendete Anfechtungsprozesse 2 2, 512; 3 2, 261, 277, 280. — A. nicht der ganzen Rechtshandlung, sondern nur e. einzelnen nachteiligen Vertragsbestimmung? 3 2, 262. — Einwand des Beklagten, daß die ihm zur Sicherheit übereigneten Sachen nicht dem Gemeinschuldner, sondern einem Dritten gehören 5 947. — kann der Verwalter bei Anfechtung e. Forderungsabtretung vor Vollzug der Rückgängigmachung gegen den cessus vorgehen? 6 986. — können auf Grund der nach §§ 30 ff. erhobenen Anfechtung nach Ablauf der Frist des § 41 R.D. in e. anderen Prozesse weitere Anfechtungsansprüche erhoben werden? 5 947, 949. — Haftung mehrerer Sondernachfolger d. ersten Erwerbers als Gesamtschuldner? 2 2, 497. — Weisalt bei A. einer von einem Vertreter ohne Vertretungsmacht vorgenommenen, v. Vertretenen genehmigten Handlung 7 78.

Preis d. anfechtbaren „Rechtshandlungen“ u. „Rechtsgeschäfte“. — A.-Klage gegen die Konkursgläubiger, denen gegenüber ein dritter Erwerber e. dem späteren Kredit gehörigen Grundstücks zur Tilgung des Kaufpreises die Verpflichtung z. Bezahlung ihrer Forderungen gegen den Kredit übernommen hat; Schuldübernahme als Rechtshandlung d. Kreditars 2 2, 490. — Anfechtung d. Vertrags zugunsten e. Dritten 2 2, 491, 494, 496. — Anfechtung e. Lebensversicherungsvertrags 2 2, 491 (2), 496; 4 808; 5 948; 6 990 (f. auch Konkursmasse). — A. v. Prämienzahlungen 2 2, 491; 3 2, 264. — A. der durch unterlassene Prämienzahlung oder durch Vereinbarung mit dem Versicherer bewirkten Aufhebung e. Versicherungsvertrages 2 2, 491. — A. von nichtigen Rechtsgeschäften 2 2, 491; 520, 521. — kaufmännisches Zurückbehaltungsrecht 3 2, 262. — fiduziarische Geschäfte 3 2, 262, 287; 4 806, 823. — Scheingeschäfte 2 2, 520, 521; 3 2, 262 (simulierte Auflassung). — A. des Anrufs der sog. weiblichen Freiheiten (statutarische R.) 4 806. — Verzicht auf die statutarische Nutznießung des württemb. R. 4 806. — Veräußerung von mit Eigentumsvorbehalt e. Dritten belasteten Sachen 6 986. — Veräußerung von Gegenständen, die für den Zugriff der Gläubiger untauglich sind 6 986. — vor Zahlungseinstellung beantragte, nachher erfolgte Eintragung e. Hypothek oder Hypothekabtretung 2 2, 486; 3 2, 258 (vgl. 6 977, 978, 982, 991). — Einräumung e. Hypothek seitens d. späteren Kreditars an e.

Dritten, der dafür in Höhe d. Hypothek Gläubiger des Fribars befriedigt 2 2, 493. — vom Schuldner zwecks Abwendung der Pfändung bestellter Nießbrauch 2 2, 493. — Vertrag, durch den d. Gemeinschuldner bares Geld erhält, das er sofort zur Tilgung laufender Verbindlichkeiten verwendet 2 2, 493. — von einem Dritten auf Anweisung d. Fribars, in der Absicht, dem Gemeinschuldner ein Darlehen zu geben, geleist. Zahlung 2 2, 493 (2). — Einzahlung e. später im Konkurs gerateten Girofunden zur Gutschrift 2 2, 493. — durch Hinterlegung erfolgende Befriedigung e. Gläubigers 2 2, 494. — Verpfändung e. Forderung, wenn die Anzeige nach § 1280 BGB. erst nach Kenntnis d. Beklagten v. d. Zahlungseinstellung erfolgt 2 2, 494. — Anfechtung d. Schaffung e. vollstreckbaren Titels 6 990. — Zwangsvollstreckungen 3. Befriedigung e. Anspruchs 2 2, 494; 4 807 (§ 30 Ziff. 2). — nach Zahlungseinstellg. erwirkte Arrestpfändung 3 2, 263. — Anfechtung der Pfändung von Geld 3 2, 263. — Zahlungen an e. Gläubiger, dem zur Zeit der Zahlung die Zahlungseinstellung bekannt war, der aber ein unanfechtbares Pfändungspfandrecht besaß; Anfechtung nach § 30 Ziff. 1? 4 807. — Anfechtung d. Aushändigung des Versteigerungserlöses an d. Gläubiger? 5 948. — Die Gläubiger nicht benachteiligendes Rechtsgeschäft 3 2, 261; 4 805, 806, 807. — Leistung von Diensten als gleichwertiges Entgelt f. d. veräußerten Vermögensstücke? 2 2, 494. — nach Zahlungseinstellung vom Gemeinschuldner an Stelle e. zurückgegebenen Pfandes einem Gläubiger gegebenes gleichwertiges Ersatzpfandstück 4 807. — Verkauf e. Warenlagers an die Gläub. zur Begleichung e. ausgelagerten Schuld, über die Vollstreckungstitel vorliegt 5 947. — von e. Girobank in Kenntnis d. Zahlungseinstellung d. Girokontoinhabers vermittelte Auszahlungen 6 987. — Anfechtung e. Sicherungshypothek, maßgebendes Datum 6 988. — Zahlung an e. Gläubiger unter § 31 fallend, wenn beide Teile sich bewußt waren, daß durch die Zahlung den anderen Gläubigern Befriedigungsmittel entzog. wurd.? 2 2, 493. — i. d. letzten 10 Tagen vor Konkursöffn. od. Zahlungseinstell. ergangener Pfänd.- u. Überweisungsbefehlß b. vorausgegangenem Vorpfändung nach § 845 ZPO. (§ 30 Ziff. 2) 6 988. — kongruente Deckung e. Gläubigers durch nach Zahlungseinstellung bewirkte Hypothekbestellung (§ 30 Ziff. 2) 6 988. — infongruente Deckung durch Verschaff. e. Pfändungspfandrechts seitens d. Gläubigers, d. Anspruch auf e. Vertragspfandrecht hat (§ 30 Ziff. 2) 6 988.

— Erfüllungs- u. Deckungsgeschäfte (§ 31) 2 2, 494, 495 (Hypothekbestellung für eine fällige Forderung e. Verwandten); 6 988, 989 (erzwingbare Erfüllungsgeschäfte). — früher als 6 Monate vor Konkursöffnung erfolgte Rechtshandlungen; Anwendung d. § 33 RD. auf die Fälle des § 30 Ziff. 1 u. 2, 6 990. — Einlösung e. vom Gemeinschuldner ausgestellt, von einem Dritten angenommenen Wechsels 2 2, 496 (2). — Anweisung d. Gemeinschuldners, eine Hypothek statt an ihn an einen Dritten abzutreten 5 948. — Rückgewähr u. Sicherstellung d. Heiratsgutes 2 2, 494, 495; 6 988, 990. — Rechtsgeschäfte mit der Witwe des Bruders (§ 31 Ziff. 2) 2 2, 495. — Benachteiligung d. Gläubigers durch Veräußerung e. Wechselforderung, Beweislast f. d. Benachteiligung 3 2, 263, 286, 287. — Aufteilung d. Vermögens e. nicht rechtsfähigen Vereins unter seine Mitglieder 3 2, 263. — Anfechtung einer Anweisung u. ihrer Erfüllung 6 989. — unentgeltliche Verfügungen im Sinne des § 32 3 2, 264; 4 808. — Zahlung fremder Schuld 2 2, 495, 496. — Pfandbestellung für eigene Schuld ohne Gegenleistung d. Gläubigers 2 2, 495. — Sicherung fremder Verbindlichkeiten 2 2, 495, 496. — Gewährung e. nicht vor der Hochzeit versprochenen Mitgift 2 2, 496. — Zurückerwerb e. Wechsels seitens d. Indossanten oder Ausstellers? 2 2, 496 (2). — Abschluß e. Vertrags zugunsten e. Dritten 2 2, 496. — Lebensversicherung (s. oben) 2 2, 496; 4 808; 5 948; 6 990 (2). — gemühte Schenkung 3 2, 263. — Anfechtung d. Prämienzahlung f. e. Lebensversicherung 2 2, 529 (s. oben); 3 2, 264; 6 990. — Errichtung e. Stiftung 4 808. — nicht als Vertrag sich darstellende Zuwendung 4 808. — Umwandlung e. zugunsten d. Erben geschlossenen Lebensversicherung in einen Vertrag zugunsten bestimmter Dritter 5 948. — Vertrag auf lebenslängliche Rente für e. Dritten 6 989. — Aussteuer- u. Militärversicherungen f. d. Kinder d. Gemeinschuldners 6 989. — Hypothekbestellung für das eingebrachte Gut der Frau 2 2, 494, 495; 6 988, 990. — Bestand d. Ehe zur Zeit d. Vornahme d. anfechtbaren Verfügung als Voraussetzung d. Anfechtung nach § 32 Ziff. 2 2 2, 496. — Eheverträge (s. Gläubigeranfechtung) 3 2, 262; 6 986. — Einführen der Gütertrennung an Stelle des bis dahin geltenden gesetzlichen Güterstandes 3 2, 264. — vertragliche Schaffung von Vorbehaltsgut 3 2, 264.

Subjektive Voraussetzungen. — Eidesauflage über Zahlungseinstellung u. ihre Kenntnis 2 2, 493. — Voraussetzung f. Annahme e. Kenntn. d. Zahlungseinstell.?

(Anfechtung im Konkurs)

4 806, 807. — bloßer Zweifel an d. Zahlungsfähigkeit als Kenntnis d. Zahlungseinstellung? 4 806, 807. — geflüstertes Nichtanerkennenwollen e. allgemein als Zahlungseinstellung aufgefaßten Zustandes seitens d. Anf.-Beklagten als Kenntnis der Zahlungseinstellung 3 2, 263. — Kenntnis des Bevollmächtigten von d. Zahlungseinstellung genügend? 2 2, 493 (2); 3 2, 263; 4 806. — Kenntnis des Gerichtsvollziehers von der Zahlungseinstellung 2 2, 493; 3 2, 263, 551; 6 988. — Kenntnis des Anwalts, in dessen Ermessen die Vollstreckung e. Urteils gestellt wurde 3 2, 263. — Kenntnis eines der mehreren den Gläubiger vertretenden Anwälte 3 2, 263. — Ist Kennenmüssen der Kenntnis im § 31 Ziff. 1 R.D. gleichgestellt? 5 947, 948; 6 988. — ist bei den in den letzten 10 Tagen vor Konkurs-eröffnung vorgenommenen Rechtshandlungen Kenntnis d. Anfechtungs-beklagten vor der Zahlungseinstellung Voraussetzung der Anfechtung? 6 988. — Benachteiligungsabsicht nach § 30 R.D. erfordert? 4 807. — erweist der Eid d. A.-Beklagten über Nichtkenntnis d. Zahlungseinstellung auch die Nichtkenntnis e. Begünstigungsabsicht d. Gemeinschuldners? (§ 31 Ziff. 1) 6 988. — Kenntnis des A.-Beklagten von der Benachteiligungsabsicht des Gemeinschuldners (§ 31 R.D.) 2 2, 494; 5 948 (maßgebender Zeitpunkt). — Eideszuschreibung an den A.-Beklagten über die Benachteiligungsabsicht d. Gemeinschuldners 2 2, 494; 3 2, 263. — Benachteiligungsabsicht d. Gemeinschuldners nach § 31; Bewußtsein genügend? 4 807. — Benachteiligungsabsicht d. Gemeinschuldners bei Erfüllungsgeschäften (bloßes Bewußtsein d. Benachteiligung; Beweislast) 2 2, 494, 495; 6 988 (erzwingbare Erfüllungsgeschäfte), 989 (2). — Gegenbeweis d. Beklagten gegen d. Vermutung des § 31 Ziff. 2 bei Dedungsgeschäften 2 2, 495 (2). — Absicht der Vorteilsverschaffung im Falle des § 32 Ziff 2 5 948. — bei Klage gegen den Rechtsnachfolger d. Anfechtungsgegners 6 991.

Folgen der Anfechtung; Umfang der beiderseitigen Rückgewährpflicht. — Wichtigkeit als Folge der Anfechtung? 2 2, 489, 490, 521. — teilweise begründete Anfechtung 6 991. — Umfang der Rückgewährpflicht d. Beklagten 3 2, 261; 4 808; 6 991. — Verlangen der Naturalrestitution trotz Besitzentäußerung; Schadensersatzanspruch 4 808; 6 991. — Rückgewährpflicht d. Beklagten b. Pfändung u. Einziehung e. Forderung 2 2, 496; 3 2, 264. — Rückgewähr von Grundstücken;

Rückauflassung? 2 2, 489, 496; 3 2, 264, 289; 4 808. — Rückgewährpflicht d. Beklagten bei gemischter Schenkung 3 2, 264. — Herausgabe der vom A.-Beklagten mit dem vom Gemeinschuldner erhaltenen Geld gemachten Anschaffungen? 6 991. — Rückgewähr, wenn d. Gemeinschuldner einen Dritten veranlaßt hatte, eine Hypothek statt an ihn (den Gemeinschuldner) an den A.-Beklagten abzutreten 5 948. — Rückgewähr b. d. unentgeltlichen Zuwendung e. Lebensversicherungssumme 6 991. — Zinspflicht d. Beklagten 6 991. — Rückgewähr e. anfechtbar abgetretenen, demnächst verjährten Forderung 6 991. — Rückgewähr b. Anfechtung e. Hypothekbestellung; Entstehen e. Eigentümershypothek f. d. Masse 6 990. — gutgläubiger Empfänger im Sinne des § 37 2 2, 497. — Begriff der „Bereicherung“ nach § 37 2 2, 497. — Ersatzpflicht des Anfechtungs-klägers f. d. vom Beklagten abgetretenen Hypotheken u. Pfandrechte 2 2, 496. — Zurückbehaltungsrecht d. Anfechtungs-beklagten, insbesondere wegen Verwendungen? 1 1, 182; 3 2, 264, 265; 4 808; 5 961; 6 991. — Aussonderungsrecht dessen, der die zur Vereitelung seines Anspruchs auf Herausgabe der ihm gehörigen Sachen erfolgte Veräußerung mit Erfolg ansieht 2 2, 498.

Untergang des Anfechtungsrechtes. — Einstellung d. Konkurses; Rückfall des Eigentums an dem Anfechtungsgegenstand auf d. Beklagten 2 2, 496. — Erlöschen d. Anfechtungsrechtes, wenn d. Verwalter den Gegenstand, an dem Absonderungsrechte bestehen, dem Gemeinschuldner zur freien Verfügung zurückgibt 4 808. — Einfluß eines Zwangsvergleichs auf schwebende A.-Prozesse 4 808. — Frist des § 41, Verjährungs- oder Ausschlußfrist? 5 949. — Verjährung; Übergangsrecht 2 2, 497; 3 2, 265. — Wahrung der A.-Frist durch außerprozessuale Erklärung? 3 2, 265; 4 805; 808, 809; 5 949 (s. oben Allgem.). — Ablauf d. Anfechtungsfrist zwischen Klagerhebung und der ersten mündlichen Verhandlung 4 809. — einredeweise Geltendmachung d. verjährten A.-R. 3 2, 265 (gegenüber d. Eigentumsklage, wenn d. Eigentümerserwerb auf e. anfechtbaren Handlung beruhte); 4 809 (gegenüber dem Absonderungsanspruch auf Grund e. vom Gemeinschuldner eingeräumten Pfandrechtes); 5 949 (2); 6 991 (gegenüber d. Klage d. Fessionars auf Zahlung d. abgetretenen Forderung).

Angestellte f. Handlungsgehilfen, Hilfspersonen, Dienstvertrag, gewerbliche Arbeiter, Arbeitsvertrag. — Erfindung, d. A. (s. Patente, Erfindungserfindungen) 2 1, 332; 3 1, 250; 4 193; 5 226; 6 225, 228. —

Ausmieten von A. f. unerlaubte Handlung § 826. — Schweigepflicht d. A. f. unlaut. Wettbewerb VI. — Haftung des Geschäftsherrn f. A. f. unerlaubte Handlung § 832. — Wohnsitz 2 1, 5. — Pflicht des Prinzipals zum Schutz d. Angestellten gegen Garderobendiebstahl 5 116. — Unterschied vom Vertreter nach § 31 BGB. 2 1, 19. — Haftung der juristischen Personen für ihre A. 1 1, 29, 50. — Haftung des Dienstherrn aus unrechtmäßigem Kreditkauf der A. 4 458.

Angriff f. Notwehr, Notstand. — Begriff des § 227 BGB. 2 1, 104. — „gegenwärtiger Angriff“ 3 1, 69; 5 66. — durch Tiere 2 1, 106; 3 1, 69; 4 62. — durch Sachen 4 62. — durch Unzurechnungsfähige 4 62. — Objekte des Angriffs in § 227 BGB. 4 62.

Angriffs- und Verteidigungsmittel prozessuale f. Einrede. Zwischenurteil, selbständige A. u. B. — Zurücknahme e. im Prozeß erklärten Aufrechnung 6 807 (f. Aufrechnung).

Anlage, deren Unterhaltung bei Grunddienstbarkeit f. Grunddienstbarkeit.

Anlagen nach §§ 16 ff. Gew.O. f. Gewerbebetrieb.

Annahme f. Vertragsantrag.

Annahme an Erfüllungsstatt f. datio in solutum.

Annahme an Kindesstatt f. auch Legitimation, Ehelichkeitserklärung.

Statuten-Kollision. — Einfluß der Staatsangehörigkeit des Vaters, Artt. 7, 22 GGWB. 1 2, 373; 2 1, 757, 758/59. — Mitwirkung deutscher Gerichte bei e. nach ausländischem Recht sich bestimmenden A. an R. 1 2, 373. — Wirkung einer dem Art. 22 Abs. 2 GGWB. entsprechenden ausländ. A. a. R. auf inländ. Rechtsverhältnisse 1 2, 374. — Verweigerung der Genehmigung 3 1, 673. — Anwendung des Art. 170 GGWB. auf das Erbrecht des Adoptivkindes 1 2, 419. — Form der im Inland durch Ausländer vorgenommenen 1 2, 359.

Übergangsrecht. — elterliches Ausnießungsrecht am Kindesvermögen bei einer vor 1900 erfolgten A. a. R. 1 2, 448, 449. — Erbrecht d. Adoptierten 1 2, 419; 4 554 (Hamburger Recht), 555. — Erfordernis der Gegenwart des Kindes bei adoptio plena 2 1, 806; 3 1, 705. — Namensführung 2 1, 806. — Inhalt der dem Adoptivvater zustehenden Rechte u. Pflichten 2 1, 806 (Aussteuerpflicht). — Wiederaufleben der elterl. Gewalt oder des Erziehungsrechtes der natürlichen Eltern mit dem Tode des Adoptierenden? 4 553. — Inventarpflicht (§ 1760) bei vor 1900 erfolgter Annahme 1 2, 153.

Illgemeines. — Annahme des eigenen unehelichen Kindes seitens des

Vaters oder der Mutter oder des Vaters der Mutter? 1 2, 149 f., 152; 3 1, 527; 5 28; 6 504. — Adoption eines Enkels durch den Großvater 1 2, 150. — Richtigkeit e. lediglich den Erwerb des Namens d. Annehmenden bezweckenden Scheinannahme 1 2, 151 (2); 2 1, 668 (f. Name); 3 1, 528; 4 432; 5 31, 525; 6 2, 45, 504. — Adoption d. Stiefkindes zur Erreichung d. Zweckes d. Einfindschaft 2 1, 668. — Nachprüfung d. Gültigkeit d. Vertrags durch das Prozeßgericht im Falle der Geltendmachung e. Erbrechts 1 2, 153. — gleichzeitige Adoption mehrerer 6 504. — Wiederholung der A. an R. zur Ergänzung der Wirkung einer früheren 4 554.

Voraussetzungen. — A. a. R. durch eine Frau trotz Vorhandenseins unehelicher Kinder 1 2, 150. — Vorhandensein unehelicher Kinder kein Hinderungsgrund 6 504. — Vorhandensein durch nachfolgende Ehe legitimer oder für ehelich erklärter Kinder als Hinderungsgrund 1 2, 150; 3 1, 527. — Vorhandensein von Stiefkindern Hinderungsgrund? 1 2, 150. — Vorhandensein ehelicher, von einem Dritten adoptierter Kinder d. Annehmenden 4 432. — nasciturus u. dessen spätere Geburt Hinderungsgrund? 1 2, 150; 2 1, 668; 3 1, 527; 6 504. — für tot erklärte Kinder als Hinderungsgrund? 1 2, 150; 2 1, 668 f. — kein Nachweis d. Zeugungs- oder Empfängnis-Unfähigkeit 1 2, 151. — Alter des Anzunehmenden 1 2, 151. — Prüfung des Vertrags durch das Vormundschaftsgericht vor Erteilung d. Befreiung von dem Alterserfordernis des § 1744 7 517 (2). — Voraussetzung f. Befreiung vor dem Erfordernis des Altersunterschiedes 1 2, 151. — erst nach Abschluß d. Annahmevertrags erfolgende Befreiung von der Altersvorschrift des § 1745 3 1, 528. — Einwilligung d. Ehegatten (§ 1746) bei geschiedener Ehe oder aufgehobener ehelicher Gemeinschaft? 1 2, 151. — keine nachfolgende Zustimmung d. Ehegatten (§ 1746) 1 2, 151; 7 517. — Annahme eines Großjährigen bei Widerspruch seiner Eltern 1 2, 152. — Einwilligung d. Vormunds d. Anzunehmenden, der für ehelich erklärt ist 1 2, 152. — Einwilligung der Mutter u. des Vaters bei Annahme e. für ehelich erklärten Kindes durch einen Dritten 1 2, 152. — Einwilligung der leiblichen Eltern bei anderweiter Adoption eines bereits einmal adoptierten Kindes nach dem Tode des Adoptivvaters 3 1, 528.

Vertragsabschluß. — Inhalt des Vertrags; ausdrückliche Feststellung d. Zustimmung des Beteiligten (§ 1750)? 7 517. — Abschluß unter d. Bedingung, daß die Übertragung d. Abels auf das Kind

(Annahme an Kindesstatt)

landesherlich genehmigt werde 1 2, 151. — Unmöglichkeit einer A. an R. durch Geschäftsunfähige 1 2, 152. — Zustimmung des vor Erledigung d. Annahmevertrags das 14. Jahr vollendenden Kindes bei vorheriger Zustimmung des gesetzlichen Vertreters 1 2, 152. — „gesetzliche Vertreter“ nach § 1750 Abs. 1 Satz 2 1 2, 152. — Genehmigung des Vormundschaftsgerichts zur Erklärung des gesetzlichen Vertreters nach §§ 1750/51 1 2, 152. — Anwendung des § 1750 Abs. 1 auf den Antrag auf Bestätigung des Annahmevertrags? Einreichung d. Antrags durch Bevollmächtigten 1 2, 152. — rechtl. Natur der gerichtl. Bestätigung 1 2, 152; 4 432; 6 504. — Grund für Veragung der Bestätigung 1 2, 152. — Preis der nach § 57 Ziff. 9 FGG. Beschwerdeberechtigten 7 1007 1008 (s. Beschwerde in der freiw. Gerichtsbarkeit). — Beschwerde gegen den die Bestätigung wegen örtlicher Unzuständigkeit ablehnenden Beschluß 3 2, 222. — sofortige Beschwerde gegen den die Bestätigung aus sachlichen Gründen oder wegen Mangel d. Verfahrensvoraussetzungen veragenden Beschluß 3 2, 222; 7 1010. — Verweigerung der gerichtlichen Bestätigung wegen mangelnden Dispenstes von der Altersvorschrift des § 1745 3 1, 528. — Beschluß auf Abweisung d. Bestätigung d. Annahmevertrags; Beschwerde 1 2, 151.

Wirkungen 6 504. — ipso iure eintretende Änderung des Namens 1 2, 150. — Doppelname; Stellung der beiden Namen; Voraussetzung für den Erwerb; Eintrag ins Standesamtregister 1 2, 151; 5 526. — Name der Ehefrau, wenn der an Kindesstatt Angenommene seine Adoptivmutter heiratet 1 2, 153. — vertragliche Änderung d. Vorschriften über den Namen d. Angenommenen? 1 2, 151; 5 526. — Name des von einer in 2. Ehe verheirateten Frau Angenommenen 1 2, 153. — Name von Abkömmlingen des Angenommenen 1 2, 153; 5 526. — Übergang des Adels d. Annehmenden 1 2, 153; 2 1, 668; 5 486. — Einfluß auf den Namen der Angenommenen verheirateten oder verheiratet gewesenen Frau 2 1, 668; 5 526. — Einfluß der Annahme auf den Namen der Ehefrau des Angenommenen 1 2, 153. — religiöse Erziehung 1 2, 152. — Wirkung auf den Wohnsitz der Angenommenen 1 1, 7. — Staatsangehörigkeit 1 2, 153. — elterliche Gewalt der Annehmenden 1 2, 153. — häusliche Dienste des Kindes, Aussteuer, Ausstattung, Aufwendung des Kindes für den gemeinschaftlichen Haushalt 1 2, 153. — Wirkungen auf einen zur Zeit des Vertragsabschlusses erst erzeugten Ab-

kömmlings des Angenommenen 1 2, 153. — Wirkung auf die erst zur Zeit der gerichtlichen Bestätigung d. Vertrags geborenen Descendenten des Angenommenen 1 2, 153. — uneheliche oder angenommene Kinder des Angenommenen 1 2, 153. — verheiratete Töchter des Angenommenen 1 2, 153. — schon früher von einem anderen adoptierte Kinder des Angenommenen 1 2, 153. — Unterhaltsanspruch des von einem Dritten angenommenen unehelichen Kindes gegen seinen Vater 1 2, 153. — summarische Angabe der Haushaltungsgegenstände in dem von dem Annehmenden vorzulegenden Inventar? 1 2, 153. — Erbrecht d. Angenommenen gegen seine leiblichen Eltern 1 2, 154. — Recht der leiblichen Eltern auf persönlichen Verkehr mit dem Kinde 5 503, 525, 526 (2); 6 489; 7 517. — Geschließungen der durch Adoption Verbundenen 1 1, 82.

Aufhebung 3 2, 222. — Nichtigkeit e. A. an R., wenn ein für tot erklärter Abkömmling 3. Zt. der A. an R. lebte 1 2, 150; 6 504. — Anfechtung 1 2, 152; 4 861; 6 504. — Wiederaufleben der elterlichen Gewalt der leiblichen Eltern? 2 2, 154; 5 525. — Prüfung d. Aufhebungsvertrags durch das Gericht 1 2, 154. — Aufhebung bei Annahme durch ein Ehepaar; Entzug des Namens nach Ableben eines Ehegatten unmöglich. Aufhebung nur gegenüber einem der Gatten oder nach dem Tode eines Gatten 1 2, 154. — Geltendmachung d. Nichtigkeit trotz gerichtlicher Bestätigung 4 432; 5 525. — Vollzug des Namensaufweises bei Aufhebung 5 526. — keine Beschwerde nach FGG. gegen den Bestätigungsbeschluß 3 2, 222.

Annahmeverzug s. Abnahme-B., Gläubiger-B., Schuldner-B., Verzug u. die dort Zitierten, Selbsthilfe, Verkauf. — Übergangsrecht 1 2, 417; 2 1, 783; 6 593. — b. einem e. ordnungsmäßige Besichtigung der Ware nicht ermöglichenden Anbieten 2 2, 206. — überhebt die nach Eingang der Faktura erklärte Annahmeverweigerung des Schuldners den Verkäufer des Anbieters der Ware? 2 2, 206. — hebt Zurücknahme der Gattungsware den Verzug auf? 2 2, 207. — darf der Verkäufer trotz vorher erklärter Annahmeverweigerung die Ware noch übersenden (Mehrstoffen)? 2 2, 207. — Lieferung mangelhafter Ware beim Gattungsauf 3 2, 88. — Schadensersatz nach § 326 BGB. bei Annahmeverzug? 4 625. — Klage auf Feststellung des Annahmeverzugs 1 3, 249. — A.-B. hindert Zugehen (§ 130 BGB.) 3 1, 43. — A.-B. des Schuldners bei Zug-um-Zugleistung in der Zwangsvollstreckung s. Zwangsvollstreckung im allgemeinen B. —

beim Spezieskauf, wenn der Kaufsache die zugesicherten Eigenschaften fehlen 7 144. — beim Werkvertrag über Lieferung von e. Probe zu unterstellenden Maschinenteilen 7 144. — Ablehnung der vom in 1. Instanz verurteilten Käufer unter Vorbehalt d. Berufung angebotener Abnahme u. Zahlung 7 144. — Kündigung durch Annahme-Erbieten ohne Erbieten zum Erlaß nach § 304 gemachter Aufwendungen 7 144. — Käufer, der die abgenommene Ware zur Verfügung stellt u. deren Aufbewahrung anordnet, ist in Annahme- u. nicht in Abnahme-B. 7 668.

Annoncenspediteur. — Spediteur? 6 696 (vgl. Speditionsvertrag).

Annuitätendarlehen. Eintragung der Zahlungsbestimmungen ins Grundbuch 2 1, 535 f. auch Eigentümergehypothes, Amortisationskapitalien.

Anrechnung f. compensatio lucri cum damno. Draufgabe, Abrechnung. — Übergangsrecht 1 1, 269; 3 1, 176. — unzureichende Leistung u. Teilleistung 1 1, 269; 4 133. — § 366 setzt freiwillige Zahlung voraus 1 1, 268. — Zahlung auf e. Mietzinsrückstand kein Fall d. § 366, sondern Teilleistung 1 1, 269. — vorherige, vertragsmäßige Bestimmung d. Art d. A. 1 1, 268; 6 155 (Rechtslage bei e. gleichwohl unter anderer Bestimmung erfolgten Leistung). — stillschweigende Bestimmung d. A. 3 1, 175, 176. — verjährte Forderung als weniger "sichere" Forderung i. S. d. §§ 366, 396 1 1, 296; 3 1, 184. — Wechselschuld sicherer als Schuld aus e. zivilrechtlichen Schuldverhältnis 3 1, 176. — A. auf e. vollstreckbare Forderung in erster Linie als gemollt anzusehen 3 1, 175, 176. — A. von Versicherungsgeldern auf den von Haftpflichtigen zu erlegenden Schaden 3 1, 106. — A. auf Hauptleistung, Kosten u. Zinsen 1 1, 269; 3 1, 176; 4 133 f. — Recht d. Ablehnung der ohne d. Kosten angebotenen Summe d. vollstreckbaren Titels 4 134. — Recht der Ablehnung der nach A. auf Kosten u. Zinsen verbleibenden Teilzahlung auf d. Kapital 4 133. — Widerspruch d. Aufrechnungsgegners a. § 396 gegen die A.-Bestimmung 1 1, 294 f.; 3 1, 184; 4 140; 5 157. — Beweislast i. F. d. § 396 1 1, 294. — Beispiele 1 1, 269; 3 1, 176. — Beweislast i. F. d. § 366 1 1, 269; 2 1, 231; 3 1, 176; 6 155, 156.

Anschaffungsgeſchäft. — im Sinne des § 1 Ziff. 1 BGB. 2 2, 2. — wenn die angeschaffte Ware nur zur Bearbeitung anderer dient (Zutaten) 2 2, 3.

Anschlußgleiſe. — von der Bahn gegen Grundabtretung eingeräumtes A. Wegfall bei Kollision mit öffentl. Verkehrsinteressen 7 70.

Anſichtskarten. — Handel mit A., Gewerbebetrieb im Sinne des § 14 Abs. 2 GewD.; Handel seitens d. Inhabers e. Vergnügungslokals 4 920. — Sonntagsruhe für die in Wirtschaften angestellten Automaten mit A. 4 957.

Anſichtsendung. — Rechte u. Pflichten d. Empfängers 1 1, 90 (vgl. unbestellte Waren). — A. als Leihe? 7 230.

Anſiedelungskommiſſion. — Geſchäftsgebranch bei Auszahlung der bei ihr hinterlegten Baugelder 3 1, 194.

Anſpruch f. Klagenanspruch, subjektives Recht. — Begriff 1 1, 122, 124; 2 1, 93, 94, 98, 116; 3 1, 62; 5 59, 83. — A. u. Forderungsrecht 2 1, 118; 6 82, 83. — A. u. Schuldverhältnis 5 75. — A. u. Klagerrecht 2 1, 109. — Fälligkeit, Begriffserfordernis? 2 1, 94; 5 60. — Klagbarkeit wesentlich. Eigenschaft d. Anspruchs 3 1, 62; 5 60. — Festsstellungs-A. 2 1, 94; 3 1, 63. — Anſeuchtungs-A. 3 1, 63. — Unterlassungsanspruch (f. diesen) 1 1, 122; 2 1, 94; 5 69. — Verletzung e. A. durch Dritte 1 1, 123. — dingliche u. persönliche A. 1 1, 122 ff. — absolute u. relative A. 1 1, 123; 2 1, 118; 3 1, 63. — verhaltener A. 2 1, 95; 5 60. — saturierter A. 2 1, 95. — aktueller A. u. A. schlechthin 2 1, 94. — auf Herbeiführung eines Rechtserfolges 5 786. — Entstehung f. Verjährung.

Anſpruchs Konkurrenz 6 81, 82; 7 89. — Konkurrenz e. Delikttes u. Kontraktanspruchs 2 1, 188, 351; 3 1, 132; 4 109, 112 178; 5 113, 121, 232 (f. unerlaubte Handlung); 7 335, 336. — Verhältnis von § 618 zu §§ 823 ff. BGB. 2 1, 351; 5 232; 7 252. — alternative A.-K. 1 1, 169. — zw. Schadensersatz u. Versicherungsanspruch 7 116.

Anſtalt — vgl. juristische Person, öffentliche A. — Wesen, Körperschaft oder Stiftung? 1 1, 49; 2 1, 24; 4 19.

Anſtaltsvormund f. auch Zwangserziehung, Berufsvormundschaft 5 622. — Voraussetzungen der Bevormundung 1 2, 408; 3 1, 689. — „Vorſtand“ d. Erziehungsanstalt 5 623. — Verhältnis der Bevormundung zum Elternrecht 1 2, 408; 2 1, 779; 3 1, 689. — Verhältnis gegenüber einer bisherigen Vormundschaft 3 1, 689. — Stellung des Vormunds 1 2, 408; 2 1, 779. — Namhaftmachung des Vormunds gegenüber dem Gericht 3 1, 563; 4 541. — Verpflichtung, Bestellung d. Vormunds 1 2, 160, 408, 409; 3 1, 689. — Vergütung d. Vormunds 1 2, 408. — mehrere Vorſtandsmitglieder; Meinungsverſchiedenheit 1 2, 409. — Aufsichtsrecht des Gerichts 1 2, 409; 3 1, 563, 689; 4 541. — Bestellung eines anderen Vormunds durch das Gericht 1 2, 409; 3 1, 563, 689; 5 622 (Gegenvormund). — Bestellung e. besondern Vormunds neben

(Anfallsvormund)

dem A.-B. 7 518, 583, 995 (Beschwerde hiergegen vgl. Beschwerde in der freiw. Gerichtsbarkeit). — Ausschließungsrecht d. Eltern nach § 1782? 3 1, 533. — Ablehnung d. Übernahme d. Vormundschaft seitens d. Vorstandes e. Erziehungsanstalt Art. 78 § 1 PrAGWB. 7 518. — Beschwerde des Bürgermeisters wegen Entsetzung des Generalvormundes 2 1, 780. — maßgebendes Recht f. auswärtige Mündel 1 2, 409. — Anwend. d. § 36 Abs. 1 Satz 2 BGB.? 2 1, 780. — Verwaltungskommissionen der Zivilhospitien in Elsaß-Lothringen 1 2, 409. — zuständiges Gericht f. d. vor 1900 in Elsaß-Lothringen in Pflégeanstalten untergebrachten Mündel 2 1, 779.

Anteilverhältnis. — Art und Weise der Behebung des Mangels der Eintragung im Grundbuch 2 2, 365; 4 774 f.; 5 906; 6 941. — Mangel der Eintragung ein Hindernis für Eintragung der Anordnung der Zw.-Verf. 5 977, desgl. der Zw.-Verw. 6 1041, einer Vormerkung 4 839, für die Auflassung 1 2, 426; 6 380. — A., Eintragung ins Grundbuch f. Mehrheit von Berechtigten. — Erteilung des Zuschlags u. Eintragung ins Grundbuch ohne Feststellung d. A. 7 918.

Antizipation 2 1, 571; 6 400 f. auch Zwangsverwaltung unter Anordnung der Zw.-Verw. — Verhältnis zum Nießbrauch 7 425. — Übergangsrecht 1 1, 714; 1 2, 424, 427; 2 1, 796; 5 631.

Antrag, Antragsprinzip im Grundbuchverkehr f. Eintragungen ins Grundbuch — Eintragungsantrag.

Anträge vgl. mündliche Verhandlung und Klageantrag.

Antwortpflicht der Kaufleute 3 1, 86.

Anwachsungsrecht der Miterben. — Belastung des anwachsenden und des ursprünglichen Erbrechts mit einer Ausgleichungspflicht (§ 2095) 1 2, 241. — stillschweigender Ausschluß der Anwachsung durch den Erblasser 2 1, 714. — Sonderbehandlung der Beschwerden bei Vereinigung mehrerer Erbteile in einer Hand 2 1, 714. — wenn bei Einsetzung von Erben nur für einen Teil des Nachlasses der andere Teil an die gesetzlichen Erben fällt (§ 2088) 3 1, 619 (f. Erbeinsetzung). — § 2089 kein Anwachsungsfall 3 1, 619 (f. Erbeinsetzung). — Einsetzung eines Ersatzerbens für mehrere Erben; Vorzug des Anwachsungsrechts vor dem Recht des Ersatzerbens 3 1, 620. — teilweise Annahme der Erbschaft bei Anwachsung 2 1, 704 (f. Erbschaftsausschlagung).

Anwaltszwang f. Prozeßbevollmächtigter — de lege ferenda 7 744. — bei Niederlegung von Urkunden nach § 134 ZPO. 1 3, 70. — wenn vor dem ersten Termin Sühne

angeordnet wird? 1 3, 131. — bei Beschwerdeeinlegung beim Beschwerdeberechtigt durch einen dort nicht zugelassenen Anwalt 1 3, 209; 3 2, 366. — Beschwerde wegen Verweigerung der Vollstreckungsklausel 3 2, 366. — Beschwerde des Entmündigten auf Beordnung eines Anwalts für die Wiederaufhebungsklage 3 2, 366. — bei Anträgen auf Arrestpfändung einer Forderung 4 763. — Vergleichsabschluss am Landgericht? 3 2, 366. — Antrag auf nachträgliche Eidesabnahme nach § 463 ZPO.? 1 3, 180. — Beschwerde in Sachen, die in erster Instanz dem A.-B. nicht unterliegen 1 3, 209. — Anträge auf Streitwertfestsetzung 6 759, 1154, 1155. — für Erklärung freiwilliger Kostenübernahme in e. Prozeß trotz gegenteiliger Entscheidung 6 1171. — für Beschwerde des nach § 102 ZPO. Kostenpflichtigen 6 759, 775. — Ablehnung e. Schiedsrichters 7 892. — Prozeßvollmachtserteilung an e. nicht beim Prozeßgericht zugelassenen oder an e. Nicht-Anwalt bei Anwaltszwang 7 743. — Unterzeichnung d. Beschwerde durch einen beim Beschwerdeberechtigt nicht zugelassenen Anwalt; Mitunterzeichnung d. Beschwerdeführers 7 743. — Antrag auf Änderung e. Entscheidung des Gerichtsschreibers dem A. unterliegend? 7 744. — keine Pflicht des Gerichts im Anwaltsprozeß z. Prüfung d. Vollmacht, auch nicht bei vom Anwaltszwang befreitem Prozeßakte 7 747. — Pflicht d. Armenanwalts z. Vornahme auch der nicht dem Anwaltszwang unterliegenden Prozeßhandlungen 7 747. — fassimierte Unterschrift des Anwalts 1 3, 209.

Anwaltschaftsrecht. — Wesen 1 1, 58. — insbes. auf e. Hypothek 7 450 f.

Anweisung nach BGB. f. Scheck, Postanweisung, Giroverkehr.

Allgemeines. — Rechtsnatur 2 1, 473; 4 252; 5 312 (einseitige empfangsbedürftige Willenserklärung); 6 289, 292, 293; 7 319. — Zweck u. Arten 7 319. — Verhältnis zum Zahlungs- oder Inkassoauftrag 2 1, 472; 4 218, 252. — Verhältnis zum Scheck 2 1, 473; 3 1, 320; 4 252 (f. Scheck); 6 290, 291. — gezogener Wechsel als Anweisung 3 1, 320. — mündlich verabredete Anweisung 2 1, 472; 3 1, 320; 1 1, 442; 6 290. — Nachnahme beim Frachtgeschäft als Anweisung verbunden mit Inkassoauftrag 6 290. — Inkassationsgeschäft (f. dieses) 6 291. — Vereinbarung des Käufers u. Verkäufers e. Kaufes, daß Käufer das Guthaben der anwesenden Bauhandwerker bezahlen solle 6 292. — mündliche Anweisung 7 320. — Anweisung an eigene Order? 7 320. — A. auf nicht vertretbare Sache 7 320. — macht die Einlagung der angeblich zehierten Forderung des Anweisenden gegen den

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

Überwiesenen den Anspruch aus der Annahme der Anweisung rechtsfähig? 2 1, 473. — Verweigerung der Honorierung der Anweisung eines Abrechnenden seitens der Bank nach rechnerisch richtiger Abrechnung 2 1, 473. — A. im Konkurs d. Anweisungsempfängers 7 319. — A. im Konkurs d. Angewiesenen 7 319. — Einfluß des Konkurses über das Vermögen des Anweisenden auf eine noch nicht angenommene Anweisung 2 1, 472 (Aussonderungsanpruch des Anweisungsempfängers?); 7 320 (s. Aussonderung). — fällt die Postanweisung unter § 783? 2 1, 472, 473; 4 252 (s. Postanweisung). Annahme: einseitige empfangsbedürftige Willenserklärung? 5 312; 6 292. — ist sie selbständiger Verpflichtungsgrund? 2 1, 473. — beschränkte Annahme 2 1, 473. — gehört die nicht akzeptierte Anweisung zur Konkursmasse des Assignatars? 3 1, 320. — Pfändung einer nicht akzeptierten Anweisung 3 1, 320. — mündliche Annahme 6 290. — mündliche Annahme einer kaufmännischen Anweisung 6 292. — Adressat d. Annahme; Einwendungen a. d. Annahme 7 320. — Ausschluß d. Widerruflichkeit d. Annahme 7 320. — Schadensersatzpflicht des Widerrufenden 2 1, 473. — Widerruf eines Kreditbrieves 6 291. — Zahlungsverweigerung des Angewiesenen bei Tod oder Geschäftsunfähigkeit des Assignatars 3 1, 320. — vom Angewiesenen nach Eröffnung des Konkurses über d. Vermögen d. Anweisenden erfolgte Zahlung an d. Anweisungsempfänger 3 2, 257, 260; 6 978, 979, 982, 984. — Ansetzung e. A. im Konkursfall 6 989. — Übertragung 6 289. — Form der Übertragung 2 1, 474; 4 253; 6 291. — Abtretung d. Anspruchs aus e. A. 5 163. — Gegenstand d. Übertragung; Übertragung vor oder nach der Annahme 7 320.

Verhältnis zwischen Angewiesenen u. Empfänger: ist abstraktes Geschäft 1 1, 442. — Einreden des Angewiesenen gegen den Empfänger 3 1, 320 (Einrede des indebitum gegen den die Anweisung unentgeltlich erhaltenen Empfänger). — Einwand, daß mit der Anweisung eine Spielschuld des Angewiesenen gegen den Anweisenden gefügt werden sollte 3 1, 320. — Recht des Empfängers, sich mit Umgehung des Angewiesenen an den Anweisenden zu halten? 1 1, 442. — Stellung d. Anweisungsempfängers als Bote des Anweisenden; kein Handeln im eigenen Namen 6 289. — Rechtsgeschäfte zwischen beiden vor Annahme der A. 6 293. — Leistung des Angewiesenen an den Empfänger durch Aufrechnung, Erlaß, Hinterlegung, Leistung an Erfüllungsort 2 1, 238; 4 136; 6 292, 293.

A., **f a u s m ä n n i s c h e** s. Orderpapiere. — Rechtsnatur (Zweck der Annahme) 2 2, 204. — Hingabe einer A. „zahlungshalber“; Recht des Anweisungsempfängers, sich bei Nichthonorierung seitens des Angewiesenen an den Anweisenden zu halten 2 2, 204 (s. Zahlung). — mündliche Annahme einer A.; Anwendung des § 350 HGB. auf die Anweisung 6 292, 681.

Anweisende s. Abwesende, Willenserklärung. — Willenserklärung durch Telephon oder Fernbruder als B. inter praesentes oder inter absentes? 1 1, 79, 93; 3 1, 52 (s. Telephon). — Anwendbarkeit des § 130 BGB. auf Erklärungen unter A. 1 1, 77; 2 1, 62, 63; 4 41; 5 38. — analoge Anwendung des § 131 BGB. auf Erklärungen mit A.? 4 41. — Wirksamwerden e. Willenserklärung unter A. erst mit Kenntnisnahme 1 1, 78; 2 1, 63. — „sofortige“ Annahme i. S. d. § 147 BGB. 7 63.

Anzahlung s. Draufgabe.

Anzeige, Haftung f. fahrlässig falsche Anzeige s. unerlaubte Handlung, Strafanzeige.

Anzeigespflicht s. Treu u. Glauben. — A. im Schulrecht, rechtl. Natur u. Erfordernisse d. Anzeige; Empfangsbedürftigkeit; Geschäftsfähigkeit d. Anzeigers; Zurücknahme d. Anzeige 7 29, 30 (s. Willenserklärung); 7 97 (Inhalt d. Anzeige; Folgen der A.-Verlegung; Anzeigekosten). — des für Güte u. Einbringlichkeit e. Hypothek haftenden Bedenten bei Zwangsversteigerung d. Grundstücks durch Dritte 7 100. — bei Erlöschen d. Schuldverhältnisses durch Zweckerreichung 7 171. — A. des Schuldners 2 1, 200 f.; bei Unmöglichwerden d. Leistung 1 1, 186; 2 1, 180. — A. d. Schuldners bzgl. der Hinterlegung 2 1, 234. — A. d. Schuldners vor Vornahme d. Selbsthilfeverkaufs d. § 383 2 1, 236. — A. d. Gläubigers z. Abwendung von Schaden des Schuldners nach § 242 5 85. — A. d. Beschädigten im § 254 II 2 1, 144; 7 107. — A. nach Treu u. Glauben bzgl. d. Entscheidung d. Bedingung 3 1, 54, 85. — A. beim Abschluß d. Versicherungsvertrags 3 1, 36. — A. d. Betriebsunternehmers bzgl. Betriebsunfälle 5 99. — A. keine Offenbarungspflicht d. wahren Sachverhalts b. Verkauf gestohlener Sachen 2 1, 123. — A. hinsichtl. der die Möglichkeit der Vertragserfüllung in Zweifel stellenden Umstände 1 1, 151. — A. d. Hypothekengläubigers gegenüber d. Bürgen bzgl. d. bevorstehenden Zwangsversteigerung? 2 1, 123, 454 (s. Bürge unter Diligenzpflicht des Gläubigers).

Apotheker s. Heilgewerbe. — landesrechtl. Vorschrift, die den Verkauf von Hoffmanns Tropfen nur in Apotheken zuläßt 4 919. — Bezeichnung e. Drogenhändlers

(Apotheker)

als Apotheker 4 925. — Feilhalten einzelner den A. vorbehaltenen Waren als Apothekenbetrieb nach § 147 Ziff. 1 GewD.? 4 976. — Strafbarkeit nach § 147 Ziff. 1 GewD. bei Gewerbebetrieb ohne die landesgesetzl. Erlaubnis zur Errichtung e. Apotheke? 4 976. — „Gehilfen in Apotheken“ im Sinne des § 154 GewD.; kaufmännische G. ohne pharmazeutische Vorbildung 4 981 (s. Handlungsgehilfe). — Eintragung v. A.-Gerechtigkeiten ins Grundbuch in Preußen 2 1, 768. — A.-Berechtigung als Grundstücksbestandteil 2 1, 33; 3 1, 29. — Eintragung d. A.-Privilegien ins Grundbuch 2 2, 399, 476; 3 2, 147; 6 1022.

Approbation. — Zurüdnahme e. A. (§ 53 GewD.) f. „Gewerbebetrieb“ unter Umfang usw. — Entziehung d. ärztl. A. bei Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte; unbegründete Entziehung d. Ehrenrechte 4 944. — Übertretung nach § 147 Ziff. 1 GewD.: Gewerbeausübung ohne Approbation ugl. Konzession.

aquae pluviae arcendae actio f. Wasserrecht, Regenwasser.

Arbeiter f. Afford-A. — Arbeitsvertrag, Aussperrung, Koalitionsfreiheit, Lohn-A., Kolonnen-A., Schiedsvertrag, Streit; gewerbl. A. — Mitschuld (§ 254) bei Nichterwendung von Versicherungsmarken durch d. Arbeitgeber 5 99. — Ausschneiden während d. Affords 5 131. — Pflicht zur Abholung d. Arbeitsbuchs b. Arbeitgeber 2 1, 426. — Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft keine Eigenschaft im Sinne des § 119 BGB. 3 1, 37. — Verwendung v. Streitarbeit 5 42, 45. — Verweisung d. A. wegen d. Lohnempfangs an e. „Zwischenmeister“ 4 46. — Haftung f. Lohnverlust b. Zurüdnahme d. Entlassung 2 1, 152.

Arbeiterorganisation f. Koalitionsfreiheit.

Arbeiterschutz f. Arbeitsvertrag, Arbeitszeit, Dienstvertrag unter Fürsorgepflicht, Gewerbeaufsicht. — Anwendung der A.-Schutzvorschriften auf landwirtschaftliche Nebengewerbe 4 971. — Anwendung d. § 134 a–h GewD. auf Fabriken mit weniger als 20 Arbeitern? 4 971. — darf der Strafrichter bei Übertretungen nach § 147 Ziff. 4 die Zulässigkeit der polizeilichen Anordnung nachprüfen? 4 979.

Arbeitgeber f. auch Gewerbebetreibender. — Begriff 1 1, 383; 2 1, 332. — Verweisung bzgl. d. Lohnempfangs durch den A. an e. Dritten 4 46, 174. — Pflicht zum Einfließen d. Versicherungsmarken 2 1, 333; 5 99, 221 f. (vgl. Alters- u. Invalidenversicherung). — Haftung für unbesugte Einbehaltung d. Quittungsfarte 5 272. — Haftung für Abhandenkommen von Kleidungsstücken d. Arbeiter 3 1, 293.

Arbeitsamt. — Rechtsverhältnisse kommunal. A. u. ihrer Angestellten 3 1, 275.

Arbeitsbuch vgl. Arbeitsvertrag. — Vorlegung des A. e. Minderjährigen an die Behörde § 107 GewD.; zuständige Behörde 4 957, 958. — Retentionsrecht 2 1, 177. — Aushängung bei unberechtigtem Austritt des Arbeiters; Zurückbehaltungszrecht d. Arbeitgebers bis zur Entschädigung? 4 958. — Unterzeichnung der Eintragung mit Tinte 4 958. — Pflicht d. Arbeiters z. Abholung beim Arbeitgeber 2 1, 426. — Zustimmung d. gesetzlichen Vertreters e. Minderjährigen zur Ausstellung als allgemeine Ermächtigung nach § 113 BGB. 2 1, 45. — Klage des Gehrlings auf Aushängung; Zuständigkeit des Gewerbegerichts? 4 952.

Arbeitsseinstellung f. Streit.

Arbeitsgeräte. — Retentionsrecht 2 1, 178; 3 1, 122; 4 101.

Arbeitslohn f. Lohn, Beschlagnahme, Arbeitsvertrag.

Arbeitsnachweis f. Arbeitsamt. — d. Innungen u. Handwerkskammern §§ 652 ff. BGB. anwendbar 1 1, 400. — als bloße Empfehlung nach § 676 BGB; 3 1, 274 f.

Arbeitsordnung f. Fabrik, Fabrikarbeiter, Lohn. — rechtl. Natur; Vertrag? 4 971. — in der A.-D. ausgesprochene Strafen Vertragsstrafen, gerichtl. Ermäßigung 4 971; 973. — Aushängung an die Arbeiter Voraussetzung für die Verbindlichkeit? 4 971. — bloße Hingabe zum Durchlesen? 4 973. — Aushängung an die zur Zeit d. Erlasses in der Fabrik bereits tätigen Arbeiter 4 973. — nicht mehr lesbarer Aushang 4 971. — Vordatierung vor d. Betriebsöffnung 4 972. — A.-D. bei Neuerrichtung e. Fabrik 4 972. — nicht oder nur von einem Fabrikbeamten unterschriebene A.-D. 4 972. — Abfassung in fremder Sprache 4 972. — A.-D. der im § 154 Abs. 2 benannten Betriebe 4 972. — zum Erlaß der A.-D. Verpflichtete bei Pachtfabriken 4 972. — möglicher Inhalt der A.-D. 4 972. — Bestimmung der A.-D., wonach der Arbeitgeber die Arbeitszeit einseitig ändern darf durch Anschlag 4 972. — Aufnahme der Konkurrenzklause in die A.-D. 4 972. — Aufserlegung e. Denunzationspflicht 4 972. — Bestimmung über Arbeitszeit, Pausen, Arbeitszeit Jugendlicher, Vorbehalt besonderer Bestimmungen über Arbeitszeit einzelner Arbeiter 4 972. — von der A.-D. abweichende Vereinbarung d. Arbeitszeit mit einzelnen Arbeitern 4 972. — Widerspruch der A.-D. bzgl. d. Pausen Jugendlicher mit dem Gesetz 4 972. — von der A.-D. abweichende Vereinbarung d. Lohnberechnung mit einzelnen Arbeitern 4 972. — Ausschluß des § 616 BGB. durch die

U.-D. 4 972. — Vorschriften über Zufallen von Lohnanteilen an Dritte (Auszahlung an Familienmitglieder) 4 972, 973. — Bestimmung, daß der Preis erst nach Fertigstellung d. Stücke festgestellt werden soll 4 972. — vollständige Angabe aller Austritts- u. Entlassungsgründe 4 973. — Ausschluß der in der U.-D. genannten Austritts- u. Entlassungsgründe für einzelne Arbeiter 4 973. — Entlassungsgründe, deren Eintritt nur vom Arbeitgeber abhängt 4 973. — Bestimmung e. Abzugs der Strafen vom Lohn 4 973. — Androhung von Prügelstrafen 4 973. — Androhung zeitweiliger Ent fernung aus der Arbeit 4 973. — Verwendung der Strafgebel für Krankenkassen, Arbeiterprämien, gemeinsame Vergütungen 4 973. — Vorschriften über das Verhalten der Arbeiter außerhalb der Fabrik 4 973. — Lohnverwirrungen als Ordnungsstrafen im Sinne des § 134b Ziff. 4 u. Abs. 2 4 973. — Bezahlung für die dem Arbeiter übergebenen Exemplare der U.-D.? 4 973. — Rückgabe der dem Arbeiter übergebenen U.-D. bei Dienstaustritt? 4 973. — mehrfache Verletzung der U.-D. 4 973. — U.-D. für Hotels u. Restaurants (§ 139 k GewD.)? 4 975. — U.-D. für offene Verkaufsstellen (§ 139k GewD.); Berechnung d. 20 Arbeiter, Mit zählen d. außerhalb d. Verkaufsstelle Beschäftigten, der häusliche oder technische Dienste leistenden 4 975. — unrichtliche Bestimmungen: Lohnempfang durch Zwischenmeister 4 46. — Anteil am Affordüberschuß 4 46; 5 44; Erlaß d. Geldstrafen d. Arbeitgebers 2 1, 69. — Bestimmung, daß bei Austritt ohne Kündigung Lohnabzug eintritt 7 249.

Arbeitspapiere. — Zurückbehaltungsrecht 2 1, 177 (s. Arbeitsbuch, Quittungskarte).

Arbeitsvertrag s. a. Dienstvertrag, Handlungsgeschäfte, Tarifvertrag, Afford, Arbeitsvertrag, Lohnvertrag, Fabrikarbeiter, Geselle, Lehrling, Betriebsbeamte.

Allgemeines. — Nachsuchen der polizeilichen Vermittlung vor Klage der Inskulte gegen den Gutsherrn (preuß. R.) 3 1, 679. — Wejen 1 1, 315 ff.; 5 223. — Verh. d. A. z. Gesellschaftsvertrag 2 1, 316; z. Kaufvertrag 2 1, 316, 320 ff.; z. Werklieferungsvertrag 2 1, 321; z. Auftrag 2 1, 316, 396; z. Miete 2 1, 320, 321. — Anwendbarkeit d. Vorschr. d. BGB. über Willenserklärungen 4 29. — Zeitlohn u. Affordvertrag: Kombination beider 7 239, 240. — subsidiäre Anwendung d. §§ 611 ff. auf den gewerbli. A.-V. 1 1, 383; 2 1, 326. — Anwendbarkeit d. § 616 auf d. gewerbli. A. 1 1, 386; 2 1, 344; 4 197. — Unanwendbarkeit d. §§ 621—623, 626, 627 auf d. gewerbli. A. 2 1, 356. — Verh. d. § 626 zu §§ 123 f., 133

GewD. 1 1, 391; 2 1, 326, 360. — persönl. Charakter d. Arbeitsleistung hzm. d. Arbeitsanspruchs 4 196. — wesentl. Bestandteile 2 1, 321. — unwesentl. Bestandteile 2 1, 322. — „Arbeitgeber“ 1 1, 383. — Arbeit, Begriff u. Rechtsnatur 2 1, 316 ff. — einfache u. höhere Arbeit 4 191. — „vertragsmäßige Leistung“ 2 1, 322. — Arbeitszeit durch § 271 geregelt? 2 1, 168. — Überstunden 1 1, 383; 3 1, 251; 5 225. — Abschluß eines gewerblichen A. durch Minder-, Ermächtigung dazu durch die Gemeindebehörde 1 1, 65. — Geschärfübernahme 4 158 ff. — Retentionrecht an Arbeitspapieren 2 1, 177; 3 1, 122, 123; 5 108. — Annahmeverzug d. Arbeitgebers 2 1, 338; 4 196 (wenn Empfänger d. Arbeit weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer d. Arbeitgebers ist); 2 1, 338 (trotz Unmöglichkeit d. Annahme); 1 1, 210. — Verh. d. § 615 zu § 124 GewD. 2 1, 343. — Schadensersatzanspruch d. Arbeitgebers nach § 286 bei verschuldetem mangelhafter Arbeitsleistung d. Arbeiters 2 1, 202. — Strafen d. § 134 b. Ziff. 4 GewD. als Vertragsstrafen 2 1, 225. Unanwendbarkeit d. § 343 auf diese Strafen 2 1, 227. — Zuständigkeit f. Lohnstreitigkeiten aus d. A. 1 1, 384. **Typen.** — Zeitlohnvertrag u. Afford 2 1, 317, 324 f. — rechtl. Natur des kollektiven A. 4 191. — Fälle (begrenzter, unbegrenzter, korporativer) 4 191. — gewerbli. A. 2 1, 324; 5 222. — Dienstvertrag 2 1, 322; 4 189, 191. — Werkvertrag 2 1, 323, 375; 4 189, 191. — Geschäftsbeforgung d. § 675 2 1, 323, 324. — Mäflervertrag 2 1, 323; 4 210. — entgeltl. Verwahrungsvertrag 2 1, 324. — im BGB. wurzelnde Typen d. A. 2 1, 324. — Agenturvertrag 4 193. — Verlagsvertrag 2 1, 324; 3 1, 248. — Vertr. mit e. Redakteur 3 1, 248. — Vertr. d. Anwalts mit d. Klienten 3 1, 324. — Feuervertrag d. Seem.-D. 3 1, 324. — A. d. Binnenschiff- (Flößerei-) Ges. 3 1, 324. — Beförderungsvertrag 3 1, 324; 4 189. — A. mit d. Post 3 1, 324. — Eisenbahntransportvertrag 3 1, 327. — Volontärvertrag? 2 1, 316. — Auftrag? 2 1, 316, 396. — unentgeltl. Verwahrungsvertrag? 2 1, 316, 324. **Vergütung.** — Natur, Art u. Umfang d. Entgelts 2 1, 318 ff. — ungültige Entgeltzulage 2 1, 320. — „übliche“ Vergütung 1 1, 383; 2 1, 336; 3 1, 252; 4 195; 5 131, 228. — stillschweigende Vereinbarung d. Entgelts 2 1, 334 f. — Stücklohn u. Affordlohn 2 1, 337; 3 1, 252. — Vergütung durch Unterlassung 2 1, 120. — Klage auf künftige Entrichtung u. Vergütung 2 1, 168. — Lohnverwirkungsabrede 2 1, 226. — Unrechnung d. Draufgabe 2 1, 225. — § 628 auf d. gewerbli. A. anwendbar 1 1, 392.

(Arbeitsvertrag)

L ö s u n g. — Anwendbarkeit d. allg. Normen über Leistungsummöglichkeit auf d. A. **§ 1, 252.** — religiöse u. sittliche Beeinträchtigung d. Arbeiters durch d. Vertrag **2 1, 501.** — Unmöglichkeit d. Arbeitsleistung (§ 306) **2 1, 207.** — Einfluß d. Untersuchungshaft d. Arbeiters **2 1, 255.** — Arbeitseinstellung bewirkt Leistungsverzug u. Unmöglichkeit **2 1, 220.** — Vertretungspflicht bei nachfolgender Unmöglichkeit **2 1, 217.** — rechtl. Natur d. Ansprüche aus d. Kontraktbruch **2 1, 338 ff., § 1, 252.** — Anfechtung wegen arglistiger Täuschung **2 1, 58.** — Anfechtung seitens d. Arbeiters weg. Irrtums über d. Beschäftigungsart d. Mitarbeiter **§ 1, 37,** bei Verpflichtung z. Streitarbeit? **5 42;** seitens d. Arbeitgebers weg. Bescholtenheit d. Arbeiters **4 31;** wegen Zugehörigkeit zu e. Gewerkschaft **§ 1, 37.** — keine Nichtigkeit d. A. bei Verletzung d. §§ 105 a—i, 135 bis 137 GewD. **2 1, 65.** — §§ 321 u. 610 beim A. **2 1, 313.** — Kollektivkündigung **§ 1, 57; 4 961.** — rechtswidrige Lösung als ordnungsmäßige Kündigung **2 1, 70.**

Z e u g n i s s f. Handlungsgeldhülfe. — Natur des Zeugnisanspruchs **1 1, 392; 2 1, 367.** — Recht auf materiell richtiges Zeugnis; Nachprüfung durch das Prozessgericht **2 1, 368 ff.; § 1, 262 ff.; 4 202 f., 958; 5 238 f.** — Recht auf alternatives Zeugnis über Leistungen oder Führung? **2 1, 367 ff.** — Begriff der Führung **2 1, 370; 5 237.** — nachträgliches Zeugnis **§ 1, 262; 4 201 f., 958; 5 238.** — Form u. Inhalt d. Zeugnisses, Einzelheiten **2 1, 371; § 1, 262; 4 203; 5 237, 238 f.** — Schadensersatz d. Ausstellers e. unrichtigen Zeugnisses **4 203; 5 237.** — Zurückbehaltungsrecht am Zeugnis **2 1, 177.** — Antrag u. Urteilstenor bei Berichtigungsfragen **4 958 (2).** — Berichtigung e. subjektiv wahren Urteils? **4 958.** — Hervorhebung einzelner Pflichtverletzungen in dem **§ 4 958.** — Verlangen nachträglicher Streichungen, wenn ein **Z.** über Führung u. Leistung verlangt war **4 958.** — Eintrag d. **Z.** in d. Zmungsverbandsbuch? **4 958.** — Verjährung d. **Z.**-Anspruchs **1 1, 126.**

Gewerblicher Arbeitsvertrag insbesondere f. gewerbl. Arbeiter, Gesellen u. Gehilfen, Lehrlinge, Betriebsbeamte. — gewerbl. Arbeiter im Sinne der §§ 105 ff. GewD. **4 955.** — Die von e. Theaterunternehmer beschäftigten Künstler gewerbl. Arbeiter? **4 955.** — Küchen- u. Hauspersonal e. Wirtschaftsbetriebs gewerbl. Arbeiter oder Dienstboten? **4 955.** — Begriff d. Arbeitgebers; bloßes Dulden der Tätigkeit als Arbeitgeber **4 955.** — Arbeitsbuch f. dieses. — Arbeitslohn f. Lohn. — Fürsorgepflicht d. Arbeitgebers, Anwendung d. § 120 a—c GewD. auf

das Fahrwesen im Straßenverkehr? **4 960.** — Umfang der Pflicht d. Arbeitgebers zur Anbringung von Schutzvorrichtungen **4 960.** — Beweislast bei Behauptung des Arbeitgebers, daß bessere Schutzvorrichtungen nicht möglich waren **4 960.** — Fürsorgepflicht d. Arbeitgebers; Unkenntnis der gesundheitsgefährlichen Umstände **4 960.** — „Arbeitsräume“ im Sinne des § 120a GewD. (Fürsorgepflicht) **4 960.** — Aufenthalts- u. Schlafräume nach §§ 120 a ff. GewD. **4 961.** — Anwendung d. §§ 120 a ff. GewD. auf Wohn- u. Schlafräume der Arbeiterhäuser? **4 961.** — volenti non fit injuria gegenüber d. Fürsorgepflicht d. Arbeitgebers **4 960.** — Zuständigkeit d. Strafrichters z. Prüfung d. Notwendigkeit u. Zweckmäßigkeit d. Sicherungsmaßnahmen d. Arbeitgebers? **4 960.** — Verbot d. Verwendung jugendlicher u. weiblicher Arbeiter nach §§ 120 a ff. GewD. **4 960.** — Erlaß polizeil. Schutzvorschriften (§ 120e GewD.) ohne Anhören der Berufsgenossenschaften **4 960, 961.** — Verhältnis e. allgemeinen Arbeiterchutzverordnung zu Vorschriften für konkrete Fälle **4 961.** — Auflage von Schutzvorrichtungen der durch die Polizei an d. Vermieter der Fabrikräume, den Lieferanten d. Betriebskraft? **4 961.** — Schutzvorschriften f. Massenquartiere d. Arbeiter **4 961.** — Schutzvorschriften über Dampffässer unter § 120 a GewD. fallend? **4 961.** — Verbot der Arbeit während einzelner Stunden an Vorabenden v. Feiertagen **4 961.** — Verzicht d. Arbeiters auf die nach § 120 c GewD. zu gewährenden Arbeitspausen? **4 961.** — Kündigungsfrist für e. in der Umzugszeit auswärtsweise angenommenen Möbeltransporteur **4 962.** — Bestimmung der Unkündbarkeit nur f. d. Arbeiter, nicht für den Arbeitgeber **4 962.** — Schadensersatzpflicht des seine sofortige Entlassung verschuldenden Arbeiters, Solidarchaftung mehrerer **4 962.** — Anspruch des zu Unrecht entlassenen Arbeiters auf Lohnvergütung; Ausschluß durch Vertrag? **4 963, 964.** — Entschädigungsanspruch d. Arbeiters, wenn d. Arbeitgeber bei Stüdlohn nicht für ausreichende Beschäftigung sorgt? **4 964.** — Streik als Aufhebungsgrund **4 964** (s. Streik). — Schadensanspruch des Arbeitgebers oder des Arbeiters bei rechtswidriger Lösung d. Vertrags nach § 124 b GewD., wenn die Arbeit noch gar nicht begonnen war **4 964.** — Schadensanspruch d. Arbeiters bei Aussetzenlassen mit der Arbeit seitens d. Prinzipals **4 964.** — Wegfall d. Anspruchs nach § 124 b bei Nachweis d. Fehlens e. Schadens **4 964.**

Sofortige Entlassung beim gewerbl. Arb. = B. § 123 GewD. — Aufzählung im § 123 erschöpfend **4 962.** —

Entlassung e. von Anfang an unfähigen Arbeiters? 4 962. — Irrtum des Arbeitgebers über persönliche Eigenschaften d. Arbeiters 4 962. — Vorgeiger gefälschter Arbeitsproben (Ziff. 1) 4 962. — Betrugsversuch 4 962. — nicht gegen den Arbeitgeber gerichteter Betrug 4 962. — Begriff d. „lieberlichen Lebenswandels“ 4 962. — „Verlassen der Arbeit“ im Sinne des § 123 Ziff. 3 4 962, 963. — „beharrliche Arbeitsverweigerung“ (§ 123 Ziff. 3) 4 963. — Anfertigen von Privatarbeiten während d. Arbeitszeit 4 963. — Wegbleiben am 1. Mai 4 963 (s. Mai-Aussperrung). — Verweigern e. Aufräumungsarbeit nach e. Brand 4 963. — Verlassen der Arbeit behufs Teilnahme an Feuerlöscharbeiten 4 963. — Singen u. Pfeifen während d. Arbeitszeit trotz wiederholten Verbotes 4 963. — erfordert § 123 Ziff. 3 pflichtwidrige Absicht d. Arbeiters 4 962. — Unpünktlichkeit 4 963. — Begriff d. „Verwarnung“ nach § 123 Ziff. 4 GewD. 4 963. — im unzurechnungsfähigen Zustand verübte Tathandlungen gegen den Arbeitgeber 4 963. — Beleidigung e. Werkmeisters 4 963. — Mißhandlung e. Mitarbeiters 4 963. — sofortige Geldendmachung d. Entlassungsrechts nötig? 4 963. — längere Untersuchungshaft 4 964. — Arbeitsunfähigkeit 4 964.

Recht des Arbeiters auf sofortigen Austritt nach § 124 GewD. — Ausübung d. Rechts nach Ablauf e. längeren Zeit 4 964. — Tathandlung seitens d. hierzu gereizten Arbeitgebers 4 964. — Gewährung e. ungehinderten Wohnungs 4 964. — Lieferung mangelhafter Arbeitsmaterialien an den Aufforderer? 4 964.

Stellung d. Betriebsbeamten, Werkmeister u. Techniker (s. diese). — Verhältnis von § 133 a GewD. zu § 616 BGB. 4 967. — Lohnanspruch d. Arbeitnehmers im Falle des § 133 c Ziff. 4 bei Vereinbarung e. kürzeren als der gesetzlichen Kündigungsfrist (§ 133 aa GewD.) 4 967. — Probebeschäftigung unstatthaft 4 967. — während d. Vertragsdauer getroffene Vereinbarung über Endigung des Dienstverhältnisses 4 967. — Stundenlohn, Wochenlohn 4 967. — Kündigung 4 968. — Vergleich über Lösung d. Dienstverhältnisses 4 968. — Entlassung wegen Tod des Geschäftsinhabers 4 968. — Entlassung e. Werkmeisters wegen Aufgabe des betr. Fabrikationszweiges 4 968. — Entlassung d. Werkmeisters, der krankheitshalber mehrmals unentschuldigt ausbleibt 4 968. — wiederholtes Zuspätkommen a s Entlassungsgrund 4 968. — Entlassung wegen verbotenen Rauchens in der Fabrik 4 968. — Entlassung e. bauleitenden Architekten wegen Anborens

des am Bau beschäftigten Unternehmers 4 968. — Entlassung e. Ingenieurs wegen Weigerung d. Übertragung seiner Erfindungen an d. Prinzipal 4 968. — Entlassung d. kranken Angestellten, der sich vom Vertrauensarzt d. Prinzipals nicht unterziehen läßt 4 968. — „ankaltende“ Krankheit nach § 133 c Ziff. 4 GewD. 4 968. — Entlassung wegen Ehrverletzung 4 968. — sofortige Geldendmachung d. Entlassungsrechtes nötig? 4 968. — sofortiger Austritt wegen Nichtzahlung e. geringen Teils des Lohnes oder bei vorübergehender Geldverlegenheit d. Prinzipals 4 968, 969. — Zurückhaltung d. Gehalts wegen drohenden Vertragsbruchs d. Angestellten? 4 969. — Anwendung des § 133 f. auf vor 1900 geschlossene Verträge? 4 969. — Geltung d. Konkurrenzverbots bei Kündigung seitens d. Prinzipals? 4 969 (s. Konkurrenzverbot). — Konkurrenzverbot, wonach e. Spinnmeister in Deutschland u. den Nachbarstaaten nicht wieder in e. Asbestspinnerei arbeiten darf 4 969.

Arbeitszeit s. Arbeitsordnung, Arbeiterschutz. — von der Arbeitsordnung abweichende Vereinbarung d. A. m. einzelnen Arbeitern 4 972. — Verlegen der Pausen für jugendl. Fabrikarbeiter 4 973. — Leiter e. Zigarrenfabrik als Gehilfe nach § 139 c GewD. 4 974. — Verzicht auf die Pausen des § 139 i GewD. 4 974. — Bedienen von Kunden während d. Mittagspause (§ 139 c GewD.) 4 974. — bei Neueinrichtung e. Geschäftes 4 974. — Arbeitszeit f. offene Verkaufsstellen s. Verkaufsstellen. — Bestrafung d. Werkmeister bei Überbeschäftigung Jugendl. auf Anordnung des Arbeitgebers 4 976, 979. — A. in „Werkstätten“ nach § 154 Abs. 3 GewD., Begriff der Werkstätte 4 981.

Arbeitszettel vgl. Lohnbücher. — nach § 114 a in Fabriken 4 958.

Arbitrageklausel s. Handelsklausel.

Architekt s. Bauleiter. — als Unternehmer im Sinne des § 468 BGB. 4 208; 5 227, 253. — Natur des Vertrags mit d. A. 4 189; 5 227; 7 242, 246. — Architekt oder Bautechniker? 5 239. — betreibt kein Gewerbe nach § 196 Ziff. 1 BGB. 5 61. — Ansetzung d. Anstellungsvertrags wegen mangelnder Kenntnisse 4 31.

Arglist s. unerlaubte Handlung, dolus, Treu u. Glauben exc. doli. — Begriff der Arglist 4 33. — arglistiges Verschweigen Begriff im Sinne des § 460 BGB. 1 1, 346. — arglistiges Verschweigen von Mängeln der Kaufsache s. auch Handelskauf, Kauf. — arglistiges Verschweigen im Sinne der §§ 476 ff. BGB. 2 1, 283; 3 1, 221; 4 165; 5 196, 197. — kritischer Zeitpunkt f. d. arglistige Verschweigen u. § 478 Abs. 2 BGB. 1 1, 352.

Arglistige Täuschung s. Anfechtung, Betrug, unerlaubte Handlung exc. doli. — Begriff **1 1, 73; 2 1, 58; 4 33, 34.** — Anpreisung u. empfehlende Zusicherung **6 52.** — a. T. bei gewagten Geschäften **6 52.** — a. T. durch Stillschweigen **3 1, 39; 4 34; 5 35; 6 51.** — schweigendes Entgegennehmen e. irrthümlichen Erklärung d. Gegners in Kenntnis d. Irrthums **6 51.** — Verschweigen d. eigenen, ungünstigen Vermögenslage **6 51.** — arglistiges Verschweigen d. Bonität eines in Zahlung gegebenen Grundschuldbriefes **6 51.** — Annahme e. Abfindungssumme s. vorzeitige Lösung d. Dienstvertrages unter Verschweigen der beabsichtigten selbständigen Etablierung **6 51.** — Kaufalmeuz zwischen arglistigem Verschweig. u. d. Entschließung d. Käufers erforderlich **4 34.** — a. T. durch Vertreter **3 1, 39; 4 53; 5 36.** — Berechnung d. Schadenserlassanspruches bei a. T. **4 73, 165; 5 195.** — Herbeiführung e. Kaufvertrags durch a. T., Erlaß d. lucrum cessans **1 1, 160.** — a. T. bei einem mittelfachlich einheitlichen Kaufvertrag seitens einer der Verkaufsparteien **5 36.** — a. T. bei Zusicherung einer Eigenschaft **4 34.** — a. T. über die Güte einer abgetretenen Hypothek **5 90; 6 51.** — a. T. bei Verkauf e. Mietshauses bzgl. d. Ertrags **2 1, 58.** — a. T. bei Vollmachterklärung, bei Preisstellung, bei Versicherungsprämienbemessung **1 1, 73.** — Verheimlichung d. Absicht der Nichterfüllung d. Vertrags **1 1, 73.** — Ausgleichung der beiderseitigen Ansprüche nach Aufhebung e. gegenseitigen Vertrags wegen a. T. **2 1, 73.** — Nichtanwendbarkeit d. §§ 347, 348, 350—354 a. d. §§ 123, 142 **1 1, 261; 5 149.** — Rechte des betroffenen Käufers (Aufhebung des Vertrags, Klage nach § 826 BGB. Klage auf Erlaß des positiven Erfüllungsinteresses § 463) **6 51.** — Haftung nach §§ 823 ff. BGB. **3 1, 350, 351; 4 287, 288; 5 350.** — Schadenserlassanspruch aus e. wegen Formmangels ungültigen, durch a. T. zum Abschluß gebrachten Kaufvertrag über e. Grundstück **3 1, 351.** — arglistige Zuführung e. Zahlungsunfähigen seitens d. Märlers **3 1, 351.** — Täuschung über den Kurs eines Wertpapiers durch den Banquier **4 287; 5 352.** — Schadenserlassanspruch trotz Nichtanfechtung d. Vertrags **5 339, 351.** — Schadenserlass wegen e. einzelnen betrügerisch veranlaßten Vertragskaufes bei Nichtanfechtbarkeit des ganzen Vertrags **5 339.** — bei Abschluß formnichtig. Geschäfte **7 43.** — konkurrierendes Verschulden des Gegners bei arglistigem Handeln **7 359.**

Armenanwalt s. Armenrecht. — Haftung des A., der weder schriftlich noch mündlich Vollmacht erhält für Verjämung **3 2,**

430. — Pflicht z. Vornahme auch d. nicht dem Anwaltszwang unterliegenden Prozeßhandlungen **7 747.** — Vollmacht **7 765** (s. Armenrecht). — Beschwerden gegen seine Auswahl **1 3, 64; 7 765.** — Stellung bei Tod der Parteien **7 747.**

Armenrecht s. Armenanwalt.

Allgemeines **1 3, 60.** — rechtl. Charakter gehört zur freitigen Gerichtsbarkeit **1 3, 60.** — Zulässigkeit im Konkursverfahren, Privatklage: landesgesetzl. Ausdehnung auf andere Gebiete **1 3, 60.** — Verhältnis zur Gebührenfreiheit nach Landesrecht **1 3, 60.** — Verhältnis zum Gerichtsostengesetz **1 3, 60.** — landesgesetzliche Abänderung auf dem Gebiete der ordentlichen freitigen Gerichtsbarkeit **1 3, 60;** — persönliches Recht **1 3, 67.** — das Armenrecht der Hauptpartei nützt d. Streitgenossen oder Rechtsnachfolger nicht **1 3, 60.** — Stellung der Erben **1 3, 67, 68.** — Gesuch bei Wiederaufhebungsfrage gegen einen Entmündigungsbeschuß **3 2, 532.** — Armenrecht zur Einflagung eines Teilbetrages **4 682.** — zwecks Herbeiführung einer Kompetenzkonfliktsentscheidung? **5 776.** — Armenrecht i. Grundbuchsachen s. diese. — Armenrecht in der freiwilligen Gerichtsbarkeit s. diese.

Berechtigte e. — Ausländer **1 3, 60; 3 2, 417.** — Engländer **1 3, 62; 7 765.** — Nordamerika **3 2, 417.** — Haager Abkommen **6 1168.** — Aufzählung der die Gegenseitigkeit gewährleistenden Staaten **6 1168, 1169.** — juristische Personen **1 3, 60/61, 66.** — nicht rechtsfähige Vereine **1 3, 62.** — Kirchengemeinde **7 764.** — offene Handelsgesellschaft **1 3, 62, 66; 2 2, 81; 3 2, 417.** — Kommanditgesellschaft **1 3, 62, 66; 3 2, 417.** — Reichsangehörige in den Schutzgebieten; Eingeborene d. Schutzgebiete **6 1169.** — Ehegatten: wer von den beiden muß bedürftig sein? **1 3, 61** (Chemann); mittellose Ehefrau: Verhältnis des Armenrechts zur Kostenvorschußpflicht des Mannes **1 2, 46; 3 2, 174; 4 380, 418; 6 778; 7 480, 764.** — Einfluß d. d. Frau bewilligten A. auf die Kostenvorschußpflicht d. Mannes **7 889 (3).** — Einfluß der Bewilligung d. Armenrechts an den Mann auf dessen Kostenvorschußpflicht **7 889.** — Eltern in Prozessen über Kindesvermögen **1 3, 61;** bei Anfechtung der Ehrlichkeit eines Kindes **1 3, 63.** — Konkursmasse? **1 3, 62; 66; 6 778.** — Nachlaßverwalter? **6 530, 778.** — Nachlaßmasse bei Prozessen von Pfleger, Verwalter, Testamentvollstrecker **1 3, 62, 66;** insbesondere bei unbekanntem Erben **1 3, 62; 3 2, 417; 5 559.** — vermögander Vormund für den Prozeß auf Herausgabe seines armen Mündels **4 682.**

Bedürftigkeit. — Umfang, verschuldete Seite Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

W., Verringerung des Grundvermögens **1 3, 61.** — Bedürftigkeit trotz Vorhandenseins e. gewissen Vermögens **6 779.** — „notwendiger“ Unterhalt **1 3, 61.** — „Familie“ Begriff: (fremde Personen, die das Nadenbrot essen) **1 3, 61.** — Vorhandensein Alimentationspflichtiger **1 3, 61.** — Ablehnung, wenn der Gesuchsteller gegen zahlungsfähige Verwandte Anspruch auf Kostenvorschuß oder Kostentragung hat **4 418.** — W. juristischer Personen **1 3, 61.** — Stiftungen **1 3 62.** — Nachweis der W. durch Eid **1 3, 65.** — Nachprüfung in 2. Instanz, Verlangen eines neuen Zeugnisses **1 3, 66.** — Nachweis bei im Ausland wohnenden Deutschen **4 684; 5 777.** — wesentlicher Inhalt des Armutzeugnisses **1 3, 65.** — zur Ausstellung des Armutzeugnisses zuständige Behörde **1 3, 65.** — Verzicht auf Beibringung des Armutzeugnisses **1 3, 65.** — Weigerung der Behörde auf Ausstellung d. Armutzeugnisses **1 3, 65.** — Nachprüfung des Inhalts des Armutzeugnisses durch das Gericht? **1 3, 65, 66.**

A u s s i c h t s l o s i g k e i t. — rechtliche oder tatsächliche **1 3, 62.** — wann bereits ein Urteil zuungunsten des Gesuchstellers erging **1 3, 62.** — in Ehescheidungsprozessen **1 3, 62.** — wenn gegen den Berufungsbeklagten als solchen bereits ein Veräumnisurteil erging u. er jetzt als Einspruchsfäger auftritt **3 2, 419.** — Berufung gegen ein materiell klageabweisendes Urteil wegen Zuständigkeit des Gewerbegerichts **5 776.** — Berufung gegen ein Läuterungsurteil **1 3, 62.** — Angehen e. unzuständigen Gerichts **1 3, 62, 65.** — teilweise Aussichtlosigkeit **1 3, 62.** — Nachprüfung der Aussichtlosigkeit bei der Bewilligung des Armenrechts in der höheren Instanz an die in der Vorinstanz siegreiche Partei, wenn sich die Sachlage seit Erlaß des 1. Urteils geändert hat? **6 779.** — Fall des § 410 BGB., § 94 ZPO. als Fall der Mutwilligkeit **2 1, 256.**

G e s u c h. — kein Anwaltszwang **1 3, 65.** — Erstattung der Kosten bei Einreichung durch Anwalt **1 3, 66.** — Einreichung beim unzuständigen Gericht **1 3, 65.** — um A. für die Zwangsvollstreckung ist, wenn das Armenrecht erst für höhere Instanz bewilligt war, bei der 1. Instanz nachzugehen **1 3, 67.** — n. Beendigung der Instanz nicht mehr möglich **1 3, 67; 3 2, 416.** — Anbringung des Gesuchs beim Gericht 1. Instanz, während der Streit in der Rechtsmittelinstanz schwebt **4 683/84.** — Armenrechtsgesuch d. Klägers n. Erlaß e. Veräumnisurteils gegen den Beflagten? **6 778.** — Stellung d. Antrags in der Zeit zwischen Schlußverhandlung u. Urteilsverkündung **7 764.** — Angabe der Beweismittel: Vorlage der Urkunden

1 3, 65/66. — Bezugnahme auf vorliegende Akten **1 3, 66.** — Kammer f. Handelsfachen als zuständiges Gericht **3 2, 418/419.** — de lege ferenda für Mitteilung d. Gesuchs an den Gegner **6 779.**

B e s c h l u ß u. d e s s e n A n s e c h t u n g. — Zuständigkeit für Bewilligung des A. für die Vollstreckungsinstanz **7 765.** — inwieweit kann das Gericht vorher Erhebungen pflegen **1 3, 65; 5 776.** — Verlangen eidesstattlicher Versicherung **1 3, 65.** — Anordnung mündlich; Verhandlung **1 3, 65.** — Gehör des Gegners **1 3, 70; 5 776.** — Zeugenvernehmung durch ein eruchtes Gericht **1 3, 11; 5 776.** — Bewilligung nach Beendigung d. Instanz bei vorher eingelassenem Gesuch **7 764.** — Bewilligung unter Vorbehalt **1 3, 66.** — teilweise Bewilligung **1 3, 63; 4 683 (s. unten).** — Zustellung des Beschlusses **1 3, 70.** — kann die nachsuchende Partei auf Zustellung des bewilligenden Beschlusses verzichten? **3 2, 420.** — Einlegung d. Beschwerde gegen e. d. Armenrecht betr. Beschluß des OLG. zu Protokoll d. Gerichtsschreibers des OLG.? **7 843.** — Abweisung des behufs Einlegung der weiteren Beschwerde eingereichten Gesuchs durch das OLG.; Ansetzung **1 3, 209.** — Aussetzung der Entscheidung über das Gesuch, weil gegen den Antragsteller ein Entmündigungsverfahren eingeleitet sei **6 754.** — kein Anwaltszwang für die Beschwerde **1 3, 70.** — zeitliche Beschränkung der Beschwerde **3 2, 511.** — verspätete Beschwerde wegen Verweigerung des A. in der Berufungsinstanz, wenn über sie erst nach Ablauf der Berufungsfrist entschieden werden kann **5 777.** — Entscheidung des RG. gegen die Verwerfung einer Beschwerde wegen Verweigerung des A. **5 831.**

U m f a n g u. F o l g e n d e r B e w i l l i g u n g f. d. arme Partei. — teilweise Bewilligung bei mehreren Ansprüchen **1 3, 63.** — W. für einen Teil des Verfahrens **1 3, 63.** — Bewillig. für einen Teilbetrag **4 683.** — keine rückwirkende Kraft **1 3, 63.** — Einfluß auf bereits bezahlte Gebühren **3 2, 418.** — W. für eine schon abgeschlossene Instanz? **1 3, 67; 3 2, 416; 5 776.** — Erstreckung auf Arrest- und einstweilige Verfügungen **4 684.** — A. zwecks Herbeiführung einer Kompetenzkonfliktsentscheidung **5 776.** — Befreiung von Gerichtsgebühren; Gebührenvorsch., Zustellungsk., Schreibgeb., Beweisaufnahmef. **1 3, 63.** — Kosten u. Gebühren d. Gerichtsvollzieher **3 2, 419.** — Einwand des Armen, daß der geltend gemachte Vertrag wegen Geisteskrankheit ungültig sei; Kosten der Sachverständigen, Vorschuß der Anwaltskosten **1 3, 64.** — Reisevorschuß zwecks ärztlicher Unter-

(Armenrecht)

suchung der armen Partei 5 777. — Ertheilung einer 2. Urteilsausfertigung zwecks Zustellung? 5 776. — Befreiung von den Haftkosten bei Offenbarungseid 1 3, 63, 310; 3 2, 417, 418; 4 682; 5 776; 6 1164 (s. Offenbarungseid). — Erstattung eigener Auslagen der armen Partei? 1 3, 63. — Befreiung von Stempelgebühren 1 3, 63; 6 778. — Anspruch der armen Partei auf Rückzahlung eingehobener Zustellungskosten, wenn sie bei Auftrag an d. Zustellungsbeamten das Schriftstück nicht als Armensache bezeichnet hat 6 778. — Recht der armen Partei zur Beauftragung e. in einem anderen Bundesstaat wohnenden Gerichtsvollziehers mit Zustellung u. Vollstreckung 6 778. — Sieg der armen Partei, Einziehung d. Kosten vom Gegner mit Rechtskraft des Urteils 1 3, 68; 5 777. — Kostenerstattung bei Vergleich 3 2, 419; 5 777. — Anspruch des Armenanwalts auf Gerichtsabschriften (§ 299 ZPO.) 6 813. — Haftung des Armenanwalts, der weder schriftlich noch mündlich Vollmacht erhält, für e. Veräußerung? 3 2, 430. — Verjährung d. Gebührenanspruchs d. Armenanwalts aus § 124, 125 ZPO. 7 89, 90. — Rückerstattung e. Gerichtskostenvorschusses bei Bewilligung des A. durch d. Beschwerdeinstanz 7 765. — Zurückerstattung bezahlter Zustellungskosten 7 765. — Beschwerde des Anwalts gegen seine Auswahl 1 3, 64; 7 765 (2). — Vollmacht d. Armenanwalts nötig? 1 3, 41, 63; 4 682, 683; 7 765 — muß d. A.-Anwalt auch vor oder ohne Ausstellung d. Vollmacht tät. werd. 3 2, 430; 4 682, 683; 6 778. — Erlöschen d. Vollmacht des Armenanwalts; Verweigerung der Vollmachtserteilung seitens des Armen 1 3, 63. — Verzicht d. Armen auf Beordnung e. Anwalts 1 3, 63. — Auslagen des Anwalts f. Gerichtsabschriften? 1 3, 64; 6 813. — Zustellung d. Urteils auf Kosten d. Anwalts; Fertigung der nötigen Abschrift 3 2, 418; 4 683; 5 776. — Annahme e. freiwilligen Vorschusses von der armen Partei seitens d. Anwalts 1 3, 64. — Erstattungsanspruch d. Armenanwalts, wenn das seiner Partei günstige vorläufig vollstreckbare Urteil durch späteren Vergleich d. Parteien über die Kosten abgeändert wird 7 766. — Erstattungsanspruch des Armenanwalts im Fall des Obfiegens der armen Partei; rechtlicher Charakter Verjährung 1 3, 68, 69; 3 2, 419 (selbständiger Anspruch?); 3 2, 419, 420 (Pfandrecht a. Erstattungsanspruch der Partei?) 7 766. — Einwendungen des unterlegenen Gegners gegen den Erstattungsanspruch des Armenanwalts; Anwendung des § 766 ZPO. 1 3, 68, 69. — Anspruch d. Armenanwalts

auf Kostenerstattung neben dem Anspruch d. Partei 7 766. — Folgen, wenn der Armenanwalt die vom unterlegenen Gegner zu erstattenden Kosten für seine Partei selbst einließ; Umschreibung des Beschlusses nach § 727 ZPO. auf ihn und umgekehrt 3 2, 419, 542; 4 684; 5 777; 6 779, 878, 879; 7 766, 855. — Verzicht des Armenanwalts zweiter Instanz auf das Recht des § 124 ZPO. bei vorbehaltloser Überendung der Handakten an den Anwalt 1. Instanz? 4 684. — Kostenfestsetzungsantrag des Anwalts der obsiegenden armen Partei bei Vertretung mehrerer Streitgenossen, von denen nur einer arm ist 5 777. — Antrag der obsiegenden armen Partei auf Erstattung der Kosten an sie selbst 5 777; 6 779. — Kosten des zugunsten d. Anw. d. obsiegend. arm. Partei oder der Partei selbst ergangenen Kostenfestsetzungsbeschlusses durch den Anwalt zu tragen? 5 777; 6 779; 7 766 (2). — wann gilt der Kostenfestsetzungsantrag des Anwalts der obsiegenden armen Partei als für seine Person gestellt? 5 777. — Verhältnis der §§ 86, 88 OAG. zu § 123 ZPO. 5 777. — kann der Armenanwalt ablehnen, weil er mit dem Armen einen Rechtsstreit hat 1 3, 64; oder weil er gegen ihn Forderungen hat 3 2, 418. — Recht des Anwalts, vom Prozeßgericht die Erholung von Abschriften aus den Grundakten zu verlangen? 5 777. — Pflicht des Anwalts zur sorgfältigen Interessenswahrung des Armen 3 2, 418; 6 778. — Gerichtsvollzieher: Stellung, Ersatz seiner Auslagen durch d. Staatskasse 1 3, 64, 69 f.; 3 2, 419. — Erstattungsanspruch der Gerichtsvollzieher nach § 124 ZPO. bei Obsiegen der armen Partei 1 3, 69. — de lege ferenda zu § 116 ZPO. 6 779. — Kreis der nach § 116 ZPO. Bezuordnenen 1 3, 64. — kann der Gegner des Armen die Beordnung beantragen 1 3, 64. — Erstattungsanspruch der nach § 116 ZPO. Bezuordneten; Haftung d. Staates, des Gegners? 1 3, 65; 6 779. Folgen der Bewilligung für den Gegner. — der im Armenrecht streitende Ehemann gegenüber der Frau 1 3, 65. — Befreiung von Kosten für e. Berufungsanschließung 7 765. — Erhebung einer Widerklage seitens des Gegners der armen Partei 1 3, 67. — kein Anspruch auf Rückzahlung bereits bezahlter Beträge 1 3, 67. — scheidet der Gegner der armen Partei, so bleibt er für immer von den Kosten befreit, kann sie also nicht vom Armen verlangen 1 3, 67. — wenn die arme Partei zu den Kosten verurteilt ist 6 779. — Kostenvorschußpflicht d. Beklagten, der nach Abweisung der Klage der armen Partei die Kostenfestsetzung betreibt 7 765.

Entziehung d. Armenrechts. — rückwirkende Kraft? 13, 67; 7765. — Vorgehen von Amts wegen 13, 67. — Anträge auf Entziehung; Beschwerde wegen Zurückweisung 13, 67/70; 5777. — keine Entziehung, wenn im Fall d. § 119 II in d. höheren Instanz sich die Ausfichtslosigkeit ergibt 13, 67; 6779. — Beschwerde wegen Entziehung seitens des Gegners der armen Partei 4684. — Beschwerde wegen teilweiser Entziehung 5777. — Entziehung des dem Gemein-schuldner erteilten A. bei Unterbrechung des Prozesses durch Konkursöffnung 22, 484. — Beschwerde gegen den den Entziehungsantrag zurückweisenden Beschluß 7766.

Anordnung der Nachzahlung (§ 125). — Antragsberechtigte 13, 69. — Beschwerde wegen Ablehnung des Antrags 13, 69 f., 70. — sie liegt noch nicht in der Entziehung des Armenrechts 13, 69. — gegenüber den Erben 13, 69. — welches Gericht hat darüber zu entscheiden 13, 69; 32, 420; 7766. — Einforderung d. Gerichtskosten seitens d. Staatskasse bei gehobener Bedürftigkeit 61174.

Armenunterstützung. — Anspruch des Armenverbandes auf Ersatz (Preußen u. Sachsen) 4536. — Verjährung d. Anspruchs auf Erstattung d. vom Armenverband gewährten U. 460. — Übergang d. Rechte d. Unterstützten gegen d. Krankenkasse auf d. Armenverband 21, 256 f. — Erstattungsanspruch d. Armenverbandes gegen den nachträglich zu Vermögen gekommenen Armen 7285, 327. — Anspruch auf Rückersatz der geleisteten Unterstützung gegenüber Unterhaltspflichtigen, Inverzugsetzen d. Pflichtigen; Anwendung des § 1613 BGB. 7497. — Ersatz der gewährten U.; Anwendung des Art. 130 GGWB. auf §§ 262 ff. I. 13 ABR. 7582.

Armenverband s. auch Zwangsziehung. — Verbindlichkeit der vom Vormundschaftsgericht nach § 1666 BGB. getroffenen Anordnung f. d. Armenverband 7509, 510 (s. elterliche Gewalt, Zwangsziehung).

Arrangement m. d. Gläubigern s. Privatarrond.

Arrest vgl. einstweilige Verfügung.

Allgemeines. — mehrfache A. wegen der gleichen Forderung 13, 312. — Offenbarungseid auf Grund einer Arrestpfändung 13, 264, 308, 318; 32, 563, 600; 4740; 7866. — Rechtshängigkeit im A.-Verfahren 32, 598; 6926, 927 (Abtretung der Forderung nach Rechtshängigkeit). — A. in das Gesellschaftsvermögen wegen einer persönlichen Forderung gegen d. einen alle Geschäftsanteile in seiner Hand vereinigenden Gesellschafter einer GmbH. 4761. — Einstellung d.

Zwangsvollstreckung § 707 ZPO. 13, 239, 315; 5848, 853; 6875, 927; 7854, 885, 887. — Anwendung des § 707 ZPO. auf das e. A. aufhebende Urteil? 6875. — einstweilige Einstellung des A.-Vollzugs nach § 769 ZPO. 13, 239; 5892 (vgl. Zwangsvollstreckung im allg. D u. unten Arrestvollzug). — Umwandlung e. zurückgewiesenen Antrags auf e. einstweilige Verfügung in e. A.-Antrag 6926. — Glaubhaftmachung auch für d. Prozeßvoraussetzungen (s. B. Parteifähigkeit) genügend 6926. — Selbsthilfe bei gerichtl. Verweigerung e. A. unzulässig 11, 142. — Anfechtung e. A. nach § 30 Ziff. 2 RD. 5150. — Zuständigkeit f. Festsetzung d. Kosten e. vom Berufungsgericht, während die Hauptsache bei ihm anhängig war, erlassenen U. 7890 (s. unten A.-Beschluß).

Arrestforderung. — Forderung der Ehefrau auf Sicherheitsleistung des Mannes wegen des Eingebachten 13, 311; 21, 620 (§ 1391 BGB.). — noch nicht rechtskräftiger Anspruch auf Prozeßkostenerstattung 32, 597; 5891 (bei Vorliegen eines bedingten Endurteils) 7748. — bedingter Anspruch des Beklagten auf Kostenersatz gegen den im Ausland wohnenden Kläger 13, 312. — voraussetzliche Kosten des Strafverfahrens 32, 597. — Pfandrecht d. Verfacters nach § 623 HGB.? 7886. — zur Sicherung eines Anfechtungsanspruches 13, 318 (3); 32, 603; 4761 (bevor der Anfechtungs-gläubiger einen vollstreckbaren Titel erlangt hat) 5891, 895; 7884, 886. — Ansprüche aus gegenseitigen, vom Arrestkläger selbst noch nicht erfüllten Verträgen 32, 596; 4761. — Ansprüche des Nacherben gegen den Vorerben 5891. — A. zur Sicherung des Schadensersatzanspruches wegen Vollstreckung eines Vorbehaltsurteils im Wechselprozeß 5891. — Sicherung des Kindes wegen Gefährdung seines Vermögens durch den daselbe verwaltenden Vater; Unterschied d. Arrestes von dem Einschreiten des Vormundschaftsgerichts 6926. — durch ausländisches Urteil festgestellte Forderung bei Möglichkeit der Erwirkung e. Vollstreckungsurteils 6926. — in Deutschland nicht vollstreckbare Forderung 6926. — Forderungen von Ausländern gegen Ausländer 6926. — der Entscheidung e. Schiedsgerichts unterstehende Forderungen 6926. — A. zur Sicherung d. Anspruchs auf Befreiung von e. Bürgschaft 7311. — Unterhaltsansprüche d. getrennt lebenden Frau u. der Kinder für e. fernere Zeit als die nächsten 3 Monate 7882. — Sicherung d. Rückforderungsanspruches der im Wechselprozeß rechtskräftig verurteilten Partei 7886, 887.

Arrestgrund. — Voraussetzungen für e. „Besorgnis“ im Sinne des § 917 ZPO.

(Arrest)

7 883. — keine Rücksicht auf das subjektive Empfinden des Gläubigers 5 892; 7 883. — Verbesserung der Lage des Gläubigers 13, 312. — Absicht des Schuldners, die Zwangsvollstreckung zu vereiteln? 13, 312; 6 926. — Konkursöffnung 13, 321. — in der Vergangenheit liegende Tatsachen 7 883. — Absicht des Schuldners, Grundstück oder Inventar zu verkaufen 13, 312. — Absicht des Schuldners, sein einziges und hauptsächliches Vermögensstück zu veräußern oder zu belasten 5 891, 892. — Drohung: „wenn Sie klagen, erhalten Sie nichts, dann verschiebe ich alles“ 13, 312. — Absicht des Schuldners, durch Übertragung mehrerer Guthaben auf einen Dritten eine außergerichtliche Einigung zwischen seinen Gläubigern u. dem Dritten herbeizuführen 5 892. — gegen den Konkursverwalter wegen Möglichkeit der Verteilung der flüssigen Masse Gelder (Antrag eines Massegläubigers) 13, 312. — Abhebung e. Bankguthabens 7 883. — Verfügungen über Miet- u. Pachtzinsen nach §§ 1123, 1124 BGB. als Arrestgrund für den Hypothekgläubiger 3 2, 597. — Weiterführung des Geschäftes auf den Namen eines Dritten 7 883. — auf den Willen des Schuldners nicht zurückzuführende β -Vollstreckungshindernisse 3 2, 597. — rechtliche Vollstreckungshindernisse 3 2, 597. — wenn der Gläubiger gezwungen wäre, an Stelle d. Mobilartvollstreckung die Versteigerung eines erheblich belasteten Grundstückes zu betreiben 5 892. — Möglichkeit des Zuborkommens anderer Gläubiger Arrestgrund? 6 926. — Entbehrlichkeit eines Arrestgrundes bei Gefährdung insolge der publica fides des Grundbuches 13, 318. — dinglicher \mathcal{A} . um den aus einer vollstreckbaren, von einer Gegenleistung abhängigen Forderung Berechtigten die Befreiung von d. Gegenleistung zu beschaffen 4 761. — keine Anwendung des § 917 Abs. 2 ZPO., wenn der ausländische Schuldner Vermögen in Deutschland besitzt 7 883. — Länder mit deutscher Konsulargerichtsbarkeit als „Ausland“ im Sinne des § 917 Abs. 2 7 883.

Z u f ä n d i g k e i t vgl. auch unten Widerspruch. — Bemessen der sachl. Zuständigkeit nach dem Zeitpunkt der Einreichung 13, 313. — abgesonderte Prüfung der Zuständigkeit seitens des mit der Hauptsache befaßten Gerichtes? 13, 312, 315. — nach § 926 ZPO. zuständiges Gericht 13, 315 (bei Anhängigkeit des Widerspruchs in 2. Instanz); 6 927 (bei Anordnung des Arrestes durch das Beschwerdegericht). — Ablehnung wegen Zuständigkeit einer anderen Kammer? 13, 319. — nachträgliche Begründung der Zuständigkeit durch Klagerhebung bei dem um den

\mathcal{A} . angegangenen zunächst unzuständigen Gericht 4 761.; 6 927. — bei Nichtanhängigkeit der Hauptsache 13, 321. — Wahl des Klägers zwischen mehreren zuständigen Gerichten 13, 321. — Stellung des \mathcal{A} -Antrags zwischen Zustellung des Urteils zur Hauptsache und Einlegung eines Rechtsmittels 3 2, 491; 7 883. — Zuständigkeit d. erstinstanzlichen Gerichtes, wenn d. Streit über e. prozeshindernde Einrede in 2. Instanz schwebt 7 883. — Das eine zur Aufrechnung gestellte Gegenforderung durch Urteil nach § 302 Abs. 4 vorbehaltende Berufungsgericht als Arrestgericht für den zur Sicherung der Gegenforderung nachgesuchten Arrest 3 2, 597. — Zuständigkeit für Entscheidung über den Widerspruch, wenn vor dessen Erhebung der Hauptprozeß in die Berufungsinstanz gelangt ist 4 766. — Berufung gegen ein vom Landgericht ergangenes, die Wiederaufhebung eines von ihm selbst erlassenen \mathcal{A} . aussprechendes Urteil in einer am Landgericht in der Berufungsinstanz anhängigen Sache 5 897; 6 848. — Revision gegen das Urteil eines $\mathcal{O}\mathcal{V}$., das einen von ihm selbst erlassenen \mathcal{A} -Beschluß aufhebt 13, 201, 316 oder auf Beschwerde gegen einen abweisenden Beschluß des $\mathcal{O}\mathcal{V}$. durch Urteil \mathcal{A} . erläßt 3 2, 502, 599. — Zuständigkeit des Vorsitzenden auf Erlaß des Pfändungsbeschlusses 3 2, 604. — z. Entscheidung über Erinnerungen gegen d. Pfändung e. Forderung 7 890.

A r r e s t a n t r a g. — Anwaltszwang? 3 2, 597. — Prüfung des Vollmachtspunktes von Amts wegen 3 2, 597. — Glaubhaftmachung des Anspruchs; zur Begründung des Anspruchs rechtlich geeignete Tatsachen 13, 313. — Glaubhaftmachung durch die unausgefordert eingereichte, schriftliche, eidesstattliche Versicherung des Arrestklägers 5 892.

A b w e i s e n d e r B e s c h l u ß. — Sicherung der \mathcal{A} -Forderung durch früheren \mathcal{A} . 13, 312. — Zurückgabe des Gesuchs unter Anheimgabe der Wiedereinreichung mit anderer Begründung 13, 319. — Anspruch des Gegners auf Abschrift des abgewiesenen Antrages? 6 927.

B e s c h w e r d e. — vom Landgericht auf Beschwerde nach mündlicher Verhandlung erlassenes Urteil 13, 314 (Berufung?). — vom Landgericht auf Beschwerde trotz mündlicher Verhandlung erlassener Beschluß; weitere Beschwerde 13, 314. — Verbindung der Verhandlung über die Beschwerde mit der Verhandlung über die Berufung gegen ein anderes \mathcal{A} -Urteil 13, 314. — Nachprüfung, ob \mathcal{A} -Grund glaubhaft gemacht sei, seitens des Beschwerdegerichts 5 892. — Beschwerderecht des Antragsgegners, wenn \mathcal{A} . oder einstweilige Verfügung erst auf Beschwerde des

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

Antragstellers erlassen u. dabei gleichzeitig ein Einwand des auf die Beschwerde gehörten Antragsgegners zurückgewiesen wird **5 892**.

A r r e s t b e j a h r u n g. — vorheriger Gehör des Gegners; Beschwerde **1 3, 313**. — Bezeichnung der *U.*-Gegenstände **4 761**. — Abhängigmachen d. Entscheidung von e. richterlichen Erde? **7 883**. — Beweisaufnahme vor Entscheidung **7 883**. — darf, wenn das Gericht Sicherheitsleistung für angezeigt hält, bedingter Arrestbeschluss erlassen oder muß die Sicherheitsleistung abgewartet werden? **3 2, 598; 7 883**. — fehlende Schlüssigkeit des angegebenen *U.*-Grundes; Sicherheitsleistung **1 3, 313; 4 762**. — Sicherheitsleistung durch Bürgschaft **1 3, 313**. — nachträgliche Ergänzung d. *U.*-Beschlusses durch Einfügen d. Anwendungsbetrages **1 3, 314**. — Pfandrecht des Gegners an der hinterlegten Sicherheit **3 2, 599**. — Hinterlegung d. Sicherheit seitens Dritter **3 2, 599**. — Anwendung des § 923 *3 P.D.* bei Eintragung e. Arresthypothek **3 2, 599**. — Auflage der Kosten im Beschluß auf den Beklagten? (vgl. Prozeßkosten) **1 3, 313, 314, 318; 3 2, 599; 5 892; 7 883**. — Festsetzung der im *U.*-Beschluß dem Beklagten auferlegten Kosten **1 3, 314; 5 893; 7 890**. — Beitreibung der Kosten seitens des Gerichtsvollziehers bei *U.*-Vollzug **4 735**. — Zustellung auf Parteibetrieb **5 893**. — irrthümliche Zustellung von Amts wegen **1 3, 314**. — Nachweis der Zustellung, wenn die Urchrift nach § 754 *3 P.D.* dem Schuldner ausgeliefert wurde **5 893, 894**. — Zustellung an den Generalbevollmächtigten **6 927**.

F r i s t s e t z u n g z u r K l a g e r h e b u n g s. unten Aufhebung. — Zuständigkeit während Widerpruchsverfahrens in 2. Instanz **1 3, 315**. — zuständiges *U.*-Gericht im Sinne des § 926 bei Anordnung des *U.* durch das Beschwerdegericht **6 927**. — Antrag auf Verlängerung der Klagenerhebungsfrist; Beschwerde bei Abweisung **5 893**. — Wechsel der Parteirollen bei Antrag auf *U.*-Aufhebung wegen unterlassener Klagestellung **3 2, 598**. — Aufhebung des *U.* bei Fristveräumnis durch Beschluß statt Urteil **1 3, 315**. — Erhebung e. unbegründeten Klage (Mangel d. Prozeßvoraussetzungen) genügend? **7 884**. — Erhebung d. Klage vor e. unzuständigen Gericht **7 884**. — keine Fristbestimmung nach § 926 *3 P.D.*, wenn für die durch den *U.* gesicherte Forderung der Rechtsweg unzulässig ist **7 884**. — keine Fristsetzung nach § 926 *3 P.D.*, wenn der arrestgesicherte Anspruch, ohne rechthängig z. sein, bereits m. e. vollstreckbaren Titel ausgerüstet ist (Urkunden aus § 795 *Ziff.* 4) **7 884**. — Rechtsmittel gegen die

Fristsetzung? **7 884**. — Fristsetzung, bei e. durch *U.* gesicherten Anspruch nach dem Anfechtungsgesetz **7 884**.

A u f h e b u n g des Vollziehungsbeschlusses bei Aufhebung des Arrestes selbst **3 2, 601**. — Lösung einer *U.*-Sicherungshypothek bei verspäteter Zustellung des *U.*-Beschlusses **3 2, 600**. — Vollzugskosten bei späterer Aufhebung **1 3, 316**. — Aufhebung des Arrestes bei Veräumung der Frist zur Klagestellung **1 3, 315** (Beschluß oder Urtheil?). — Wechsel der Parteirollen bei Antrag auf *U.*-Aufhebung wegen unterlassener Klagestellung **3 2, 598**. — Geltendmachung des Antrags auf Aufhebung wegen Nichterhebung der Hauptklage sowohl in einem besonderen Verfahren als in dem nach § 925 oder § 927 eingeleiteten Verfahren, u. zwar auch wenn dieses in d. Berufungsinstanz schwebt **5 893**. — Veräumnisurteil auf Aufhebung wegen unterlassener Klagestellung **3 2, 598**. — Kosten bei Aufhebung des *U.* **1 3, 316; 3 2, 599**. — Veräumnisurteil im Verfahren auf Aufhebung e. vollzogenen *U.* nach § 934 *3 P.D.*? **3 2, 598**. — Aufhebung, wenn am Schluß d. Widerpruchsverfahrens die Voraussetzungen nicht mehr gegeben waren? **6 927**.

W i d e r s p r u c h s. unter Aufhebung. — zuständiges Gericht bei Anhängigkeit der Hauptsache in 2. Instanz **1 3, 314/315**. — zuständiges Gericht bei Anordnung des *U.* in der Beschwerdeinstanz **5 892; 7 884**. — Klage auf Aufhebung des *U.* an Stelle des Widerspruchs **4 762**. — vorbereitende Schriftsätze? **5 892**. — Prüfungspflicht des Gerichts **1 3, 315**. — Vorbringen neuer Thatsachen und neuer Mittel zur Glaubhaftmachung auch bzgl. der Aktivlegitimation **5 892; 6 927**. — Wechsel der Parteirollen insolge Widerspruchs? **3 2, 597, 599; 4 762**. — Verbindung des Widerspruchs mit dem Aufhebungsantrag wegen veränderter Umstände **4 762**. — Verzicht auf den *U.* nach Widerspruch; Kosten **4 763**. — Wegfall des *U.*-Grundes vor Urtheilserlaß **1 3, 315**. — Aufhebung des Arrestbeschlusses; Fehlen der Vollstreckbarkeitsklärung des Urtheils **1 3, 315**. — Ausbleiben des Antragstellers nach eingelegtem Widerspruch **3 2, 597**. — Ausbleiben des *U.*-Beklagten nach eingelegtem Widerspruch **3 2, 597**. — Widerspruch gegen e. nach § 929 *Abf.* 2 hinfallig gewordenen Arrestbefehl, dessen Vollzug gar nicht versucht wird **5 893; 7 884**. — Kosten bei Bestätigung des *U.* geg. Sicherheit **3 2, 599**. — Kosten bei Aufhebung des *U.* **1 3, 316; 3 2, 599**. — Ausdehnung des Widerspruchs in 2. Instanz **1 3, 315**. — Vorbringen neuer Thatsachen und neuer Mittel der Glaubhaftmachung in der Berufungsinstanz **5 892**. — Wechsel vor-

(Arrest)

bereitender Schriftsätze in der 2. Instanz des Widerspruchsverfahrens? 5 892. — Geltendmachung neuer, nach Erlassung d. A. eingetretener u. den Antrag auf Aufhebung nach § 927 richtigerendende Umstände i. Widerspruchsverfahren 7 883. — im Widerspruchsverfahren abgeschlossener Vergleich 1 3, 260, 315. — Widerspruch gegen e. trotz mündlicher Verhandlung durch Beschluß erlassenen A. 7 842, 884.

Mündliche Verhandlung über den Antrag. — Beschwerde wegen Anordnung der m. V. 1 3, 313; 3 2, 602. — Anordnung mündlicher Verhandlung seitens des Untergerichten nach Einlegung der Beschwerde gegen den den A.-Antrag abweisenden Beschluß? 4 762; 5 830. — bloße Glaubhaftmachung der Angriffs- und Verteidigungsmittel 3 2, 597. — Umfang e. Beweisaufnahme; richterlicher Eid 7 883. — kann bei Rücknahme des A.-Antrages nach Anordnung der mündlichen Verhandlung der Beklagte zur Verhandlung über die Kosten laden? 3 2, 598. — Anwendung der Vorschriften über Versäumnisverfahren 3 2, 598. — Nichterscheinen des Beklagten; A.-Anordnung durch Versäumnisurteil, wenn die angegebenen Tatsachen den Antrag rechtfertigen; Glaubhaftmachung der Tatsachen nötig? 3 2, 597, 598. — kontradiktorisches Urteil auf Abweisung des nicht genügend begründeten Antrags auch bei Ausbleiben des Beklagten 3 2, 597. — Kostenentscheidung d. Urteils; Anwendung d. § 93 ZPO. bei Anerkenntnis des Gegners? 7 883. — Rechtsmittel gegen e. trotz mündlicher Verhandlung durch Beschluß angeordneten A. 7 884.

Vollziehung. — Anwendung der § 750 ZPO. 3 2, 549. — Offenbarungseid auf Grund einer Arrestpfändung 1 3, 264, 308, 318; 3 2, 563, 600; 4 740. — Zustellung d. Nachweises über d. vom Gläubiger betätigte Sicherheitsleistung vor Arrestvollzug? 3 2, 600. — Erteilung e. weiteren vollstreckbaren Ausfertigung des Urteils nur nach § 733 ZPO.; 6 927. — Pfändungsbenachrichtigung nach § 845 ZPO. Arrestvollzug? 1 3, 278, 316; 6 927, 928.

Frist: Pfändungsbenachrichtigung (§ 845) innerhalb d. Frist 1 3, 316; 6 928. — Beginn des Fristenlaufs bei formloser Ausshändigung des Arrestbefehls an den Gläubiger 3 2, 600; 4 763; 5 893. — Einfluß eines Widerspruchs auf den Fristenlauf 3 2, 600. — Verzicht auf d. Frist des § 929 Abs. 2 4 763; 7 885. — Verlängerung d. Frist d. § 929 Abs. 2 d. Parteivereinbarung 4 763. — n. Ablauf d. Vollziehungsfrist d. § 929 Abs. 2 kann Kostenfestsetzung auf Grund des Arrestbe-

fehls nicht mehr verlangt werden 5 893. — Verzicht auf Rüge der Fristversäumnis 6 928. — einstweilige Einstellung der Vollstreckung nach §§ 107, 719, 769, 775, 776 ZPO.? 1 3, 315, 239, 318, 255; 5 853, 892. — Vollstreckungsgegenklage wegen Erfüllung 1 3, 316; 5 853; 6 927; 7 885 (vgl. Zwangsvollstreckung im allgem. D.). — Vollzugskosten bei späterer Aufhebung 1 3, 316. — zuständiges Gericht bei Arrestvollzug in „andere Vermögensrechte“ als Forderungen 5 894. — Folgen der Hinterlegung d. Versteigerungserlöses (§ 930 Abs. 2 ZPO.); 6 928. — analoge Anwendung des § 839 ZPO.? 1 3, 316. — Zuständigkeit bei Forderungspfändung 1 3, 316, 317. — keine Überweisung der Forderung 4 763. — kann der Arrestkläger bei Pfändung einer Forderung (Wechselforderung) Zahlung oder Hinterlegung verlangen? 4 763. — Anwaltszwang bei Antrag auf Forderungspfändung bei einem Landgericht? 4 763. — Beschwerde oder Einwendungen nach § 766 gegen den Forderungspfändungsbeschluß 3 2, 600. — Pfändung e. Briefhypothek, Wegnahme d. Hypothekenbriefes nur innerhalb der Frist des § 929 Abs. 2 ZPO.; 6 928. — Abnahme des Offenbarungseides nach § 883 ZPO., wenn der wegzunehmende Hypothekenbrief beim Schuldner nicht gefunden wird, nur innerhalb der Frist des § 929 Abs. 2 zulässig 6 928. — Pfändungsbenachrichtigung nach § 845 ZPO. Arrestvollzug? 1 3, 278; 6 927, 928. — Verbindung d. Forderungspfändung mit einem durch Sicherheitsleistung bedingten Arrestbefehl 6 928. — Vollzug in das unbewegliche Vermögen durch eine Vormerkung 6 928. — Arresthypothek unter 300 M. 1 3, 317; 3 2, 600, 585; 4 763. — Arresthypothek für künftig fällig werdende wiederkehrende Leistungen 3 2, 584. — keine Pflicht des Schuldners, dem Gläubiger e. Sicherheitshypothek selbst einzuräumen 6 928. — Höhe der Sicherheitshypothek für Unterhaltsrenten 3 2, 600. — Arresthypothek in Höhe eines Teilbetrages der nach § 923 ZPO. zulässigen Maximalhypothek 3 2, 600. — Antrag auf Eintrag e. Arresthypothek als Vollzugsakt 3 2, 600. — Einreichung von nicht formgerechten Anträgen auf Eintragung einer Arresthypothek 5 894. — Zwangsvollstreckung auf Grund der Arresthypothek nach Feststellung der persönlichen Forderung durch vollstreckbares Urteil auch ohne Umschreibung in eine gewöhnliche Hypothek 5 894.

Aufhebung wegen veränderter Umstände. — Rechtsmittel statt Antrag auf Aufhebung 3 2, 495, 600. — Wechsel der Parteipollen 3 2, 598; — Ab-

weisung der Hauptklage wegen Unzuständigkeit 1 3, 315, 316. — Antrag des Arrestklägers auf Aufhebung 3 2, 599. — Aufhebung wegen veränderter Umstände, wenn ohnehin Vollzug wegen Fristveräumung ausgeschlossen? 6 927. — Zuständigkeit: „Unabhängige Hauptsache“ 1 3, 316. — Verhältnis des Aufhebungsantrags zum Widerspruch 7 883. — Verbindung des Widerspruchs mit dem Aufhebungsantrag nach § 927 4 762. — Antrag auf Aufhebung gemäß § 927 nach rechtskräftiger Anordnung des Arrestes 4 762. — Urteil des OVG.; Revision 1 3, 316, 201; 3 2, 599. — Aufhebung durch Beschluß? 1 3, 320. — Kosten 1 3, 259, 316; 3 2, 599, 600 (Erfattungsspflicht des Klägers für die durch den Arrestvollzug entstandenen Kosten?). — Versäumnisurteil im Verfahren auf Aufhebung wegen veränderter Umstände 3 2, 598.

Schadensersatzpflicht wegen ungerechtfertigten Arrestes vgl. Verurteilung, prozessuales Verschulden, Schadensersatz, Vorbehaltsurteil, vorläufige Vollstreckbarkeit. — Haftung nach § 945 ZPO. — Haftung aus unerlaubter Handlung 6 931. — Gerichtsstand der unerlaubten Handlung 3 2, 604. — Verschulden des Arrestklägers Voraussetzung? 6 931, 932. — konkurrierendes Verschulden des Gegners 1 3, 322; 4 88, 767; 5 825; 6 932 (Unterlassen d. Betreibung d. Aufhebung der Vollstreckungsmaßregeln a. Grund e. d. Arrest aufhebend, vorläufig vollstreck. Urteils?). — Nachprüfung der Frage, ob der aufgehobene Arrest veranlaßt war seitens des mit der Schadensforderung besetzten Gerichts? 3 2, 604; 4 767; 5 897, 898; 6 931, 932. — Geltendmachung des Schadens im Arrestverfahren 1 3, 322, 323; 4 766. — Geltendmachung des Schadens im Verfahren über die Rechtmäßigkeit e. einstweiligen Verfügung 3 2, 604. — Verjährung des Schadensanspruches; Anwendung des § 852 BGB. 6 931. — sich nachträglich als nicht bestehend erweisender Arrestanspruch 7 890. — von Anfang an „ungerechtfertigt“, wenn e. den Hauptanspruch beseitigende Einrede zur Zeit der Arrestanwendung glaubhaft erscheinen mußte 4 766. — wenn die zur Zeit d. Erwirkung des A. nach Lage der Sache zutreffend angenommene Besorgnis d. Gefährdung sich später als irrig erweist? 7 890. — wegen formeller Mängel ungerechtfertigter Arrest 6 932. — Anwendung des § 945 ZPO. bei rechtskräftiger Befestigung des Arrestes im Widerspruchsverfahren? 4 767; 5 897; 6 932. — Anwendung des § 945 nicht nur bei Aufhebung des Arrestes im Widerspruchsverfahren, sondern auch bei Fest-

stellung der Nichteristenz des Anspruchs im Hauptprozeß 4 766. — Schadensanspruch bei Aufhebung des Anspruchs wegen veränderter Umstände? 5 898. — Anwendung des § 945, wenn weder Widerspruch erhoben, noch der Arrest durch Urteil beseitigt wurde? 4 766; 6 932. — Anwendung des § 945 auf einstweilige Verfügung in Ehefachen? 3 2, 604. 5 898. — analoge Anwendung des § 945 bei einstweiligen Anordnungen nach §§ 769, 771 ZPO.? 3 2, 605 (f. Zwangsvollstreckung im allgemeinen D.). — Schadenspflicht bei bloßer Androhung d. Arrestes 4 767. — Schadenspflicht bei Eingriff durch die Arrestanordnung in Rechte Dritter 4 767. — kann mit der Schadensersatzklage auch auf Einwilligung des Arrestklägers in die Rückgabe der vom Arrestbeklagten hinterlegten Sicherheit geklagt werden? 5 898. — Bemessung d. Schadens 6 931. — Schadensanspruch, wenn die einstweilige Verfügung nur auf ein Unterlassen ging 6 931, 932. — allgemeine Behauptung e. Kreditgefährdung als Grundlage für d. Schadensanspruch 6 932. — Abschluß e. Vergleichs auf Beseitigung d. Arrestes im Widerspruchsverfahren 6 932. — Erwirkung e. Pfändungsbeschlusses als Arrestvollzug 6 932. Arresthypothek. — Voraussetzung für die Beitreibung der A. 5 905 (f. Zwangshypothek). Arresta f. Draufgabe.

Artist. — Vertrag mit A. Dienst- oder Werkvertrag? 4 205; 7 247. — Pseudonyme e. Artisten durch § 12 geschützt? (f. Name, Pseudonym) 3 1, 4. — Unmöglichkeit der Erfüllung der Spielverpflichtung 1 1, 233. — Haftung des Theaterunternehmers f. d. A. aus § 278 3 1, 140; 4 110; 5 118. Arzt f. Kassenarzt, Operation unerlaubte Handlung, Dienstvertrag, Geschäftsführung ohne Auftrag, Heilgewerbe. — rechtl. Natur d. Vertrags zwischen A. u. Patient 1 1, 382; 2 1, 328; 3 1, 248; 4 189, 193, 204; 7 241, 259, 582. — Tätigkeit des A. keine „Geschäftsbeforgung“ im Sinne des § 675 1 1, 408; 2 1, 404; 6 260. — negotiorum gestio des A. 2 1, 420; 3 1, 287; 4 223, 224 f.; 5 80, 81, 269, 271; 7 284 (f. Geschäftsführung ohne Auftrag). — Vertragsabschluß zwischen A. u. Patient 1 1, 382; 2 1, 76; 4 50. — Einwilligung in die ärztliche Behandlung 5 81. — Erfüllungsort bei Vertrag zwischen A. und Patienten 2 1, 166. — Natur d. Vergütung bei ärztl. Dienstvertrag 2 1, 334, 3 1, 248. — Fälligkeit der Vergütung 2 1, 338. — „Aufwendungen“ 2 1, 400; 3 1, 284; 4 220. — Einfluß des Erfolgs auf d. Honorarsanspruch 1 1, 382; 2 1, 328 f. — Honorar für eine gegen den Willen des Patienten vorgenommene Operation

(Arzt)

6 304. — stillschweigender Verzicht auf eine Vergütung 2 1, 336. — „übliche“ Vergütung 2 1, 337. — Honorar der Spezialärzte 6 232, 233; 7 247 f. — Verjährung d. Honorars 2 1, 97. — ärztl. Erfassungsanspruch gegenüber Eheleuten im Fall einseitiger Zuziehung durch Mann oder Frau 1 1, 411; 3 1, 473; 4 225, 257, 258, 377; 5 269, 461 (vgl. Ehefrau). — Reihenfolge der Patienten 2 1, 168. — Anwendbarkeit d. §§ 615, 616 a. d. Dienstvertrag zwischen A. u. Kraufen 2 1, 343. — § 627 auf kassenärztl. Dienst unanwendbar 3 1, 262. — Rechnungslegungspflicht d. A. gegenüber dem Ehe- mann seiner Patientin u. Berufsgeheimnis 4 219. — Auskunftsspflicht d. A. 3 1, 284. — Pflicht zur Spezifikation der Rechnung 6 234. — Abweichungen von den Anweisungen des Patienten 3 1, 283 f. — Anzeigepflicht bei Ablehnung eines Auftrags (§ 663) 2 1, 398; 3 1, 282. — Herausgabepflicht d. A. bzgl. d. Zeich- nams, operierten Gliedes 3 1, 284. — Kündigung des ärztlichen Dienstvertrags durch konkludente Handlung des Patienten 2 1, 364. — §§ 249 ff. applic- bar auf die Schädigung des Kranken durch den A. 2 1, 136. — unterlassene Zu- ziehung e. A. als Mitschuld im Sinne d. § 254 2 1, 151, 152; 3 1, 104. — Diligenz- pflicht 2 1, 189; bei Ausstellung von Zeug- nissen 2 1, 503; 3 1, 356. — Verantwort- lichkeit des A. für operative Eingriffe 2 1, 420 f.; 3 1, 289 ff.; 4 277. — Operationen gegen den Willen d. Patienten 1 1, 470; 2 1, 491; 5 328; 6 304; 7 337, 338 (Eventualdolus; Irrtum über das Vorliegen d. Einwilligung). — Nichtein- holen d. Zustimmung d. gesetzlichen Ver- treters zur Operation e. Minderjährigen 6 126; 7 284. — Haftung mehrerer vom Kranken zugezogener Ärzte als Gesamt- schuldner (§ 431) 3 1, 209. — Haftung aus abgegebenen Gutachten 7 352 (s. unerlaubte Handlung § 823). — Zulässigkeit der Vertretung 2 1, 337, 3 1, 252. — Haftung eines A. f. feinen Vertreter oder Assistenten nach § 278 1 1, 195; 2 1, 191; 3 1, 136. — Haftung des A. nach § 680 bei Ab- wendung vermeintlich drohender Ge- fahr 2 1, 416. — Unfall d. A. auf d. Fahrt zum Kranken mit dessen Fuhrwerk 5 119, 233. — keine Haftung des Patienten für zufälligen Schaden d. A. bei Ausübung seiner Tätigkeit 3 1, 284. — Praxis- verkauf 1 1, 86, 87; 2 1, 68; 5 42 (s. gute Sitten). — Verbindung mehrerer Ärzte zur gemeinsamen Praxisausübung 3 1, 298 (s. Gesellschaft). — Zulassung einer ge- schlechtskranken Amme 3 1, 342. — Schutz des Arztes gegen Schädigung seiner Praxis 6 305. — Schädigung Dritter durch

Ausstellung falscher Zeugnisse 2 1, 503, 512; 3 1, 356. — Sorge für Markotifizierte 4 277. — entgeltliche Aufnahme e. Arztes oder Zahnarztes zur gemein- samen Praxisausübung 7 57. — Haf- tung bei übermäßig langer Röntgen- beleuchtung, Entschuldigenden mit Neuheit d. Methode 7 134, 338. — „Unterlassungs- irrturn“ bei Operationen 7 134. — Ver- langen eines höheren Betrags seitens d. zur Spezifikation seiner Rechnung auf- geforderten A. 7 153 (2), 154, 247. — Gebühren d. Kreisärzte in Berlin 7 241. — stillschweigender Ausschluß der Tar- ordnung; Bestimmung der Vergütung 7 247 f. — Vergütung für auf private Anregung erstattete ärztliche Gutachten 7 248, 263. — Vertrag e. Arztes mit e. ärztlichen Vereinigung, keine neuen Ver- träge mit Kassen einzugehen 7 288. — Arztekreis 7 361. — Entzug d. Approbation bei Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte 4 944 (s. Gewerbebetrieb unter Um- fang usw.). — unbefugte Führung des ärztlichen Titels (§ 147 Ziff. 3 GewD.), subjektive Voraussetzung des § 147 Ziff. 3; erfolgte Täuschung nötig? ungültige oder gültige ausländische Promotion, Beisatz „nicht approbiert“; „Naturarzt“; „Homö- opath“; „hosp. med.“; „Vereinsarzt“; Überschr. „ärztl. Zeugnis“; bloße Ang. d. Kurmeth.; „Instit. f. Gymnast.“; „Dr. med.“; „Dr. med.“ mit Beisatz „ordiniert“; „diplomiert“; „ausübender“ oder „prak- tischer“ Vertreter der Naturheilkunde; „Naturheilspesialist für . . .“ „Magneto- path“ oder „prakt. Magnetopath“; „Assistent d. Dr.“; „Spezialarzt für . . .“ „mit Beisigung der feingeschriebenen Worte „o. Approb.“; 4 977, 978 (vgl. Zahnarzt). — Klage gegen e. Be- hörde auf Gestattung d. Führung d. Arzttitels 4 925. — Anwendung der Ge- werbeordnung auf d. ärztl. Hilfspersonal 4 918 (2), 919. — Geltung landesrechtlicher Vorschriften über Approbation u. Befug- nisse d. niederen ärztlich. Personals 4 918, 919.

Affervate s. Hinterlegung.

Aufgebotsverfahren landesgesetzliches. — Geltungsbezirk des § 11 GGB. 5 746. — Vernehmung des Antragstellers als Zeuge? 3 2, 605. — neuer Termin bei Ausbleiben des Antragstellers im Aufgebotsstermin; Abfürgung der öffentlich bekannt gemachten Frist 3 2, 605. — Frisiberechnung; § 193 BGB. anwendbar? 6 79. — Stellung der sich im A. Meldenden 7 890.

Aufsechtung des Ausschluß- urteils. — Konkurrenz von Aufsechtungsrechten 1 3, 324. — Angabe des Aufsechtungsgrundes in der Klage 1 3, 324. — Aufsechtung wegen unzutreffender Würdigung d. tatsächlichen Verhältnisse

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

oder unrichtiger Rechtsanwendung? 13, 324. — wenn die Bekanntmachung zwar dem richterlichen Erlaß entspricht, dieser selbst aber nicht den Anforderungen des § 957 3 2, 605. — Beginn des Fristenlaufes für die Anfechtungsklage; bloße Kenntnis des Aufgebotsstermins 4 767.

Zum Zweck der Todeserklärung (s. Todeserklärung) 21, 700; 3 2, 605; 4 472. — Antragsberechtigte: Abwesenheitspfleger 12, 201; 13, 324. — Vormund 13, 324. — Beistand? 13, 324. — Testamentvollstrecker? 13, 324. — Meldung des angeblich Verschollenen in einer Form, die für den Antragsteller nicht die zur Klagerhebung notwendige Bezeichnung des Prätextenten ersehen läßt; Aussetzung des Verfahrens? Würdigung e. solchen mangelhaften Meldung seitens des Gerichts 6 933. — Anfechtungsklage innerhalb der Frist des § 958, nicht der des § 976 3 2, 605. — Kosten des Verfahrens als Nachlassverbindlichkeit? 3 1, 591 (s. diese). — Anwendung der §§ 960 ff., 970 Abs. 2 3 PD. auf die nach altem Recht zu regelnden Fälle; Landesrechte, d. dem Todeserklärungsurteil konstitutive Bedeutung beimessen, Berechnung d. Todestages 6 933. — Wiederaufleben d. aufgehobenen Vormundschaft b. Wiederaufhebung d. Todeserklärung? 3 1, 567.

Zum Zweck der Ausschließung des Eigentümers nach § 927 BGB. s. Erziehung. — Eintrag. desjen., d. d. Ausschlußurteil erwirkt hat, als Eigentümer ins Grundbuch, wenn im Ausschlußurteil angemeldete Eigentumsrechte vorbehalten sind? 6 932.

Zum Zweck der Ausschließung eines Hypothekgläubigers i. Hypothek. — genügt das Erbieten zur Eidesleistung zur Glaubhaftmachung in den Fällen des § 986 3 PD.? 4 767.

Zum Zweck der Ausschließung v. Nachlassgläubigern s. diese.

Zum Zweck der Kraftloserklärung einer Urkunde s. auch Schuldschreibung auf den Inhaber, Wechsel. — Vertragsmäßiges Ausbedingen des Aufgebotsverfahrens in anderen als den gesetzlichen Fällen 13, 324. — Kraftloserklärung von Talons, Kupons, Quittungsbüchern, Anteilsscheinen 4 254. — Kraftloserklärung einer Versicherungspolice 13, 324. — Antragsrecht beim Aufgebot eines Inhaberpapiers 3 2, 605 (2). — Vorlage des Zinserneuerungsscheins seitens des Antragstellers 3 2, 605. — Kraftloserklärung eines dem Schuldner gegen Prolongationswechsel zurückgegebenen, mit Aval versehenen Wechsels behufs Vorgehens gegen den Birgen? 13, 324. — des mit Eintragsvermerk über die Sicherungshypothek

versehene vollstreckb. Titels 13, 296. — Bestimmung eines gemeinschaftlichen Gerichts zur Kraftloserklärung von Hypothekenbriefen über eine Gesamthypothek 13, 324. — bedarf die dem Antrag beizufügende Abschrift der Urkunde der Beglaubigung? 4 767. — Anwendung des § 1011 für die Reichs- und preussischen Staatsschuldverschreibungen 4 767. — Regreß auf Grund des Ausschlußurteils über einen akzeptierten, wegen nicht erfolgter Zahlung protestierten gezogenen Wechsel 13, 324 (vgl. 6 933). — negative u. positive Wirkung d. Ausschlußurteils; Urteil als gesetzliches Surrogat der Urkunde 6 933. — Wirkung des Ausschlußurteils in bezug auf das Rechtsverhältnis des Antragstellers zu Dritten, zu früheren Inhabern d. Urkunde 6 933. — Verhältnis des § 1018 Abs. 2 3 PD. zu § 407 Abs. 2 BGB. 6 933. — Bekanntmachung der Erledigung des A., wenn e. Zahlungssperre (§ 1019 3 PD.) nicht angeordnet war 7 890.

Aufhebung der Zwangsversteigerung s. Zwangsversteigerung.

Aufhebung dinglicher Rechte an Grundstücken s. Rechte dingliche.

Auflage. — Begriff, Wesen 4 169, 170. — Schenkung mit Auflage zugunsten des Beschenkten 1 1, 359; 4 169. — Recht des Beschenkten z. Verweigerung des Vollzugs der A. 1 1, 360; 2 1, 291; 4 171. — Haftung des A.-Pflichtigen 4 171. — Errichtung einer Stiftung auf Grund einer Auflage 1 1, 48; 4 18. — Schenker als Gläubiger des Beschenkten 4 170. — Anspruch auf Vollzug seitens der zuständigen Behörde 4 170. — Rückforderung der Schenkung wegen Nichtvollziehens der A. 1 1, 360; 4 170, 171 f.

Beilegtwilligen Verfügungen. — Anordnung über Begräbnis 2 1, 720 (s. Testament, Beerdigung). — Anwendung des § 2175 BGB. (kein Erlöschen bei Vereinigung von Recht und Verbindlichkeit in der Person des Erben) 1 2, 254. — Auflage zur Umgehung des Art. 6 PrAGBGB. 4 505. — Erbsetzung unter Auflage die Erbschaft zu kirchlichen Zwecken zu verwenden 7 549. — Einfluß der Unwirksamkeit der A. auf die Wirksamkeit der Zuwendung 5 572; 6 546, 552. — wer kann mit einer Auflage beschwert werden? 5 576. — rechtl. Stellung der den Auflagevollzug zu fordern Berechtigten; Treuhänder 1 2, 255; 2 1, 720; 4 505. — Erbunwürdigkeit dessen, dem der Wegfall des mit einer A. beschwerten unmittelbar zustatten kommt 2 1, 747. — Erzwingung der Errichtung eines Familienidealkommisses durch den Staat bei Einverständnis sämtlicher Erben über die Nichterrichtung 3 1, 629. — Einsetzung eines

(Auflassung)

Erben mit der Bestimmung, das Vermögen lediglich zu fideiussorischen Zwecken zu verwenden; Unbestimmtheit der A. § 577 (f. 4 11). — Bestimmung des Erblassers, daß das von ihm verwaltete Vermögen ebenso wie das Erbteil eines seiner Erben ihm einstweilen nicht ausgehändigt werden soll; Rechtslage bei gleichwohl erfolgter Ausshändigung § 576.

Auflassung f. auch Einigung.

Begriff u. Wesen 4 329 (f. auch Einigung). — Notwendig nicht nur Erwerbsabsicht des Erwerbers, sondern auch Übertragungswille des Veräußerers 7 409. — Richtigkeit wegen beiderseitigen Irrtums bei der Einigung 1 1, 80. — Auflassung im Fall gesetzlichen Eigentumsübergangs 7 956.

Wirkung 4 329; 3 1, 402 (Wirkung einer von einem in Erbengemeinschaft stehenden Miterben erklärten A. u. der darauf erfolgten Eintragung ins Grundbuch). — Vererblichkeit u. Pfändbarkeit des Anspruchs aus der A. 6 381. — Rechtswirksamkeit der A. nachzutragen vom Grundbuchamt 6 380. — Berücksichtigung einer aufschiebenden Bedingung? 7 409. — Ansehung der A. wegen Irrtums, Richtigkeit der Auflassung von Grundstücken, die nach dem übereinstimmenden Willen beider Teile nicht aufgelassen werden sollen 6 381.

Gegenstand der A. im Zweifel der wirklich vorhandene, nicht der grundbuch- oder katastermäßige Umfang des Grundstücks 5 401.

Wann erforderlich? 1 1, 576; 3 1, 411. — bei Übereignung durch den Testamentvollstrecker 5 403; 6 379. — bei Übereignung zum Vollzuge von Teilungsanordnungen des Erblassers 6 380. — bei Auseinanderlegung der Erbengemeinschaft u. Umwandlung des Eigentums der Miterben in Miteigentum nach Bruchteilen 1 1, 576; 3 1, 301, 412, 606; 4 330; 5 281, 402 f.; 7 408 (f. Gemeinschaft, Miterbe). — bei Übereignung eines Grundstücks an einen Miterben 3 1, 412; 5 578. — bei Übertragung von Anteilen an einem Nachlaß? 1 2, 232—234; 2 1, 550, 708, 709, 753; 2 2, 426; 3 1, 412; 603; 5 565, 602; 6 379; 7 408 (f. Nachlassauseinanderlegung, Miterbe, Erbschaftskauf). — bei Veräußerung der Erbschaft durch den Alleinerben? 1 2, 232. — wenn bei sortgef. GG. nach westfäl. Recht die Abkömmlinge durch Schichtung auf ihren Anteil an der Gemeinschaft verzichten 5 403. — bei Einbringung eines Grundstücks in eine Gesellschaft? 1 1, 576; 3 1, 299, 412; 4 330; 5 402; 6 379 (f. Gesellschaft). — für die Übereignung von einer Erbengemeinschaft auf eine aus den Miterben gebildete off.

§.-Gesellschaft? 4 330, 579. — wenn eine off. §.-Gesellschaft nach Erwerb eines Handelsgeschäftes mit dessen Firma diese weiterführt u. die bisherige eigene Firma löschen läßt? 3 1, 413; 4 560, 561. — bei Umwandlung einer off. §.-Gesellschaft in eine Aktiengesellschaft, eingetr. Genossenschaft usw.? 1 1, 577; 4 577. — bei Umwandlung einer Kommanditgesellschaft auf Aktien in eine Aktiengesellschaft? 1 1, 577. — bei Fusion von Aktiengesellschaften oder Aktienkommanditgesellschaften? 1 1, 577; 4 608; 5 402 (Fusion einer inländischen A.-G. mit einer ausländischen); 7 409, 650. — bei Bestandsveräußerung oder Fusion eines Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit mit einer Aktiengesellschaft 5 1106. — bei Übertragung d. Gesellschaftsvermögens e. Aktiengesellschaft auf den Inhaber sämtlicher Aktien 7 649, 650. — bei Auflösung einer off. §.-Gesellschaft? 1 1, 423, 577; 2 2, 86, 94, 96, 97; 3 1, 413; 3 2, 155; 4 330, 583; 5 402; 6 379; 7 408. — bei Übereignung von einer Gesellschaft an die Gesellschafter als Miteigentümer nach Bruchteilen 4 330; 6 379. — beim Eintritt eines Kommanditisten in eine bestehende Gesellschaft? 5 402. — beim Eintritt eines Gesellschafters in eine Gesellschaft nach BGB. oder beim Austritt 1 1, 424; 2 1, 441, 442 (f. Gesellschaft). — bei Übereignung von einer Gesellschaft auf eine andere (offene §.-Ges. oder GmbH.) 1 1, 577; 3 1, 413; 4 330. — bei Vereinigung mehrerer pol. Gemeinden zu einer Gemeinde mit einem Vermögen? 4 331; 5 404; 7 409. — Übereignung der Schule von einer Schulsozietät auf die pol. Gemeinde, eines Grundstücks von einem Kommunalverband auf einen anderen (preuß. Recht) 5 403 f. — nicht erforderlich bei Erwerb auf Grund bergrechtl. Enteignungsbeschlusses 5 404. — bei Erwerb des Eigentums an nicht gebuchten Grundstücken, an einem Kirchof? 2 1, 550; 4 330. — zum Übergang des Eigentums an einem Grundstück an eine Genossenschaft, das die Gründer der letzteren zwar für diese, aber im eigenen Namen gekauft haben u. das auch auf die Gründer umgeschrieben worden ist 5 402. — Übereignung eingebrachten Gutes in das Gesamtgut 2 1, 629; 6 380. — wenn ein Grundstück des Gesamtguts persönliches Eigentum eines Ehegatten werden soll 7 409; 1 2, 57. — erforderlich zur Verwirklichung der vor 1900 in einem Ehevertrag getroffenen Bestimmung, daß dem überlebenden Ehegatten das Gesamtgut zum Alleigentum anheimfällt? 6 380. — notwendig zur Eintragung der Anteile der Miteigentümer? 6 380. — zur Abschreibung eines Grundstücks, das versehentlich in das

Grundstücksverzeichnis im Titel eines Grundbuchblattes ausgenommen, von dem Erwerber des übrigen dort bezeichneten Grundbesizes aber nicht mitervorben worden ist? 2 2, 396. — Aufassung als Mittel zur Grundbuchberichtigung 6 1032. — Übergangsrecht 6 1055.

Verhältnis zur Eintragung 1 1, 577; 2 1, 549; 4 329; 6 380 (Notwendigkeit der Eintragung); 6 381 (Eintragung auf Grund formgerechter Aufassung trotz Widerspruch des Verkäufers u. Widerruf der dem Notar von ihm erteilten Vollmacht — keine Aussetzung der Eintragung bis zur Entscheidung über einen Antrag auf einstweilige Verfügung). — Aufassung nach der Eintragung 1 1, 530; 2 2, 422; 4 835.

Verhältnis zum Grundgesetz 2 1, 483; 3 1, 333; 5 401 (insbesondere Bordellveräußerung). — Mangel einer notwendigen Zustimmung zum Grundgeschäft kein Eintragungshindernis 3 2, 171. — A. u. bedingtes Grundgeschäft 7 409. — Die A. setzt eine vorherige Schließung eines Vertrages über die Verpflichtung zur Übergabe nicht voraus 7 409. — Verpflichtung des Käufers zur Entgegennahme der Auf. 2 1, 268. — Verzug 4 127; 5 144. — Fristbestimmung mit Angabe von Ort u. Tag der Aufsl. bei Annahmeverzug d. Käufers 2 1, 222. — Schuldnerverzug bzgl. der Aufsl. 3 1, 245. — Schutz des Anspruchs auf A. gegen Aufgabe des Eigentums durch einstweilige Verfügung 7 412. — Anspruch auf A., Formlosigkeit seiner Abtretung 1 1, 217, 300; 2 1, 210, 211, 253; 3 1, 151, 152; 5 129, 162. — A. eines nach dem Grundbuche schon dem Kläger gehörigen Grundstücks objektiv u. subjektiv unmöglich 3 1, 125.

Erfordernisse der Aufassung. — Ort der A.; A. außerhalb der Gerichtsstelle 1 1, 577; 3 1, 413. — örtliche Zuständigkeit; Unwirksamkeit einer vor dem örtl. unzuständigen Grundbuchamt erfolgten Aufassung? 1 1, 577; 3 1, 413. — Zuständigkeit der bayer. Distriktsverwaltungsbehörden im Zwangsenteignungsverfahren 5 404 (Grundstückstausch zwischen dem Abtretungspflichtigen u. -berechtigten). — A. vor einem außerbairischen Notar 2 1, 795. — A. in Elsaß-Lothringen 1 2, 409. — in der Rheinprovinz bei öffentlichen Versteigerungen 1 2, 409, 410. — die A. eine mündliche oder schriftliche Willenserklärung? 1 1, 578; 2 1, 549; 3 1, 414; 7 407. — A.-Erklärung eines Vereins mit mehrgliedrigem Vorstand 4 11, 331. — Beurkundung in der Form der §§ 168 ff. FGG. nötig? 7 1028. — Beurkundung der A. 3 1, 414 (Registaturvermerk zu den Grundbuch-

akten genügend? Form der Beurkundung, Wirkung einer Verletzung der Formvorschriften; Anlagen, auf die im A.-Protokoll Bezug genommen wird, sind mitzuberlesen) 2 1, 550; 3 1, 415; 3 2, 171 (Entgegennahme der A. vom Grundbuchbeamten nicht wegen mangelnder Vertretungsbefugnis oder mangelnder Zustimmung eines Dritten zu vertweigern; Verfahren nach § 18 FGG.); 5 400 (Formvorschriften und deren Bedeutung); 6 377; Aufassung eines aus dem Grundbuch nicht ersichtlichen Miteigentümeranteils? 1 2, 426; 2 380. — Erklärung der A. nicht vor dem Grundbuchbeamten, sondern vor dessen Beihilfen genügend? 4 329. — keine Abweisung des Eintragungsantrages wegen mangelnder Zustimmung des Nießbrauchers 3 1, 415. — keine Wiederholung der A. deshalb, weil das aufgelassene Trennstück bis zur Umschreibung ein eigenes Buchblatt erhalten hat 5 401. — Entgegennahme der A. u. Eintragung ins Grundbuch abzulehnen bei einer im Interesse des öffentlichen Wohles verbotenen Veräußerung 5 401. — Inhalt der Aufassungserklärung 1 1, 578; 2 1, 549 f. (Bedeutung des Eintragungsantrages), 550 (Eintragungsbewilligung u. -antrag genügen); 3 1, 414; 5 403 (keine ausdrückliche Veräußerungserklärung aus einer Erbengemeinschaft erwerbenden Miterben erforderlich); 6 380 (A. mehrerer verschiedenen Eigentümern gehörigen Grundstücke in derselben Urkunde; ungenaue Beschreibung des aufgelassenen Grundstücks); 6 381 (Aufassung „an die Konkursmasse“). — Gleichzeitigkeit der beiderseitigen Erklärungen 1 1, 578 (keine nachträgliche einseitige Ergänzung der mangelhaften Erklärung der einen Partei); 4 329; 6 377; 7 407, 408 (nachträgliche Abgabe einer Zustimmungserklärung). — Beifügung einer Bedingung. Unschädlichkeit der Beifügung einer Rechtsbedingung 1 1, 578; 7 409. — einer nur dem Eintragungsantrag, nicht der A. beigefügten Bedingung 3 1, 415. — einer nur der Eintragungsbewilligung, nicht der A. beigefügten Bedingung 5 403. — Abhängigmachen der Aufassung von der Genehmigung eines Dritten 7 409. — A. und bedingtes Kaufgeschäft 7 409. — zulässig, daß bei Versteigerung mehrerer Grundstücke in den Versteigerungsbedingungen den Versteigerern eine Bedenkzeit bis zum Schluß der ganzen Versteigerung vorbehalten wird 2 1, 550. — A. zu dem künftigen ehel. Gesamtgut 5 403; 6 382. — A. eines Miterben unter der Bedingung, daß ihn bei der Auseinanderlegung der Erbengemeinschaft das aufgelassene Grundstück oder der auf-

(Auflassung)

gelassene Bruchteil zufällt **5 402**. —
Auflösend bedingtes u. befristetes Grund-
eigentum trotz § 925 Abs. 2 BGB. **7 409**.

Die Auflassung erkennbar durch
gerichtlichen Vergleich? **4 330**;
5 401, 623; **6 377, 923**; **7 407, 583, 1025**
(f. Vergleich).

Erkennung der A.-Erklärung des einen
Teils durch Urteil **5 401** (insbesondere
Verurteilung einer Landgemeinde oder
eines Vormunds); **1 3, 306** (Fassung des
Klagantrags, Vollstreckung); — Klage auf
A. gegen den grundbuchmäßigen Eigen-
tümer seitens dessen, dem vom wirklichen
Eigentümer der Anspruch abgetreten wird?
1 2, 426.

Die Beteiligten der A. — A.
durch den Nichteigentümer wirksam
durch Genehmigung des Eigentümers?
1 1, 121, 578; **3 1, 415**; **5 58**; **6 377**. —
durch einen vollmachtlosen Vertreter
wirksam durch Genehmigung des Ver-
tretenen? **1 1, 578**; **6 78, 377**; **7 408**. —
Nachweis der Genehmigung **6 378**. —
Wirksamkeit der Vollmacht über den Tod
des Machtgebers hinaus? **1 1, 110**. —
Vertretung einer evangelischen Kirchen-
gemeinde bei der A. (preuß. Recht) **6 377**.
— desgl. einer Stadtgemeinde **7 407**. —
Prozeßvollmacht zur Vertretung bei der
A. genügend? **6 378**. — der bestellte Ver-
treter eines Rechtsanwaltes zur Er-
teilung u. Entgegennahme der A. er-
mächtigt? **4 330**. — A. durch ein Vor-
standsmitglied einer A.-G. zusammen mit
einem Prokuristen **4 331**. — A. an sich
selbst (f. Selbstkontablierer) **1 1, 116f**; **2 1,**
90; **2 2, 423**; **3 1, 415**; **4 320 u. 5 403**
(durch den als Miterben beteiligten
Testamentsvollstrecker). — A. an einen
Minderjährigen **2 1, 42**; **7 409**. — Ver-
tretung beider Parteien durch denselben
Vertreter **1 1, 117**; **2 1, 90**. — Der
Testamentsvollstrecker nicht berechtigt, den
Erben bei der A. zu vertreten, dem er
ein Grundstück zuweist **5 403**. — Rechts-
stellung der Frau bei der A. **4 331**;
5 401 f.; nachträgliche Erklärung ihrer
Zustimmung **7 407**.

Aufrechnung f. compensatio, prozessuale
Behandlung d. A., vgl. Vorbehaltsurteil;
Trennung, Aussetzung, Rechtskraft, Ver-
urteilung.

Begriff und Voraussetzungen.
— Übergangsrecht **1 1, 288**; **1 2, 418**;
3 1, 181, 693; **5 152**. — maßgebendes Recht
bei A. gegenüber Ausländern **6 162**. —
Wesen **1 1, 278 ff.**; **2 1, 237 f.**; **3 1, 179**;
5 152; **6 159**. — Unterschied von Zurück-
behaltung **1 1, 180 f.**; **2 1, 170 ff.**; **239**;
3 1, 122; **4 99**; **5 157**; **7 174**. — Ver-
hältnis zur Anweisung **2 1, 238**; **4 136**. —

A., verglichen mit d. Ansetzung **1 1, 281**.
— keine „Leistung“ i. S. d. § 793 **1 1, 148**;
4 137. — Bestehen d. Gegenforderung
1 1, 278, 279, 280; **2 1, 240**; **3 1, 179, 180**;
5 155. — „Fälligkeit“ d. Forderungen (Bei-
spiel) **1 1, 288**. — A. gegen e. noch nicht
fällige F., nachträglicher Eintritt der Fällig-
keit **7 174**. — „Gleichartigkeit“ d. For-
derungen (Beispiel) **1 1, 288**; **2 1, 240**;
3 1, 181; **6 161** (dinglicher u. Forderungs-
anspruch). — „Gegenseitigkeit“ d. For-
derungen (Beispiele) **1 1, 288**; **2 1, 241**;
3 1, 179, 180. — keine A. mit fremden
Fdgdn. od. seitens e. Dritten, insbes. Bürgen
5 153. — Ausschluß bei Zahlung an e.
anderen Ort u. an e. andere Person **7 175**.
— A. illiquider Forderungen **1 1, 290**. —
Bedeutung, Besonderheiten u. einzelne
Fälle d. A.-vertrags **1 1, 279, 280, 291**;
2 1, 237, 244, 246; **3 1, 179, 180**; **4 137,**
138; **5 153, 155**; **6 161**. — Vereinbaren
d. Abverdienens e. Schuld als A.-vertrag
7 174. — Abtretung des A.-rechts **3 1, 180**.
— Rückforderung des trotz Aufrechnungs-
möglichkeit Bezahlten nach § 812? **3 1, 330**.
— Anerkennung des Kontokorrentfaldos
als A.-vertrag **7 174**. — Ansetzung e. A.
weg. Irrtums **3 1, 179, 330**; **5 152**. —
A.-recht d. Ansetzung i. Konkurs entzogen
1 1, 288. — rechtl. Natur d. prozessualen
A. **6 781**; **7 720**. — Widerruf u. Zurück-
nahme e. vom Prozeßvertreter erklärten A.
6 781, 807 (vgl. Prozeßbevollmächtigte). —
Replica compensationis **1 1, 295, 296**;
2 1, 248; **6 159** (f. unten A. gegen
Teilforderungen); **7 174**.

Aufrechnungspartheien. — A.-
berechtigter **3 1, 179, 180**; **4 138**. —
Bürge? **1 1, 288**; **2 1, 240, 263**; **4 137**. —
Kommissionär bzgl. d. für d. Komittenten
erworbenen Forderung **5 153**. — auf
Duldung d. Vollstreckung in d. Pfand
verklagter Ehemann gegenüber d. Kläger
4 138. — Ersteher bzgl. d. Erlöses **4 138**;
5 156. — ausgeschiedener Genosse bzgl.
d. Einzahlungen auf d. Geschäftsanteil?
4 138. — Mitglied e. GmbH. bzgl. d.
Einlageverbindlichkeit? **3 1, 181**; **4 138**. —
Aufrechnungsgegner **3 1, 181**. — gegen
d. Forderung an d. Bedenten **5 156, 159**. —
A. d. Schuldners gegenüber d. Zessionar
1 1, 306; **3 1, 197**. — A.-bezugnis aus
§ 406 i. F. d. mehrfachen Zession durch den-
selben Gläubiger **1 1, 310**. — A. zw.
Bedent u. Schuldner nach d. Abtretung
(§ 407) **1 1, 307, 309**; **3 1, 198** (f. Ab-
tretung). — A. d. Schuldners gegenüber
d. Zessionar mit Schadensersatzfor-
derungen bei gegenw. Vertr. (Verh. d. § 404
z. § 406) **5 166, 167**. — A. des Schuldüber-
nehmers gegenüber d. Gläubiger mit e. d.
Urschuldner zustehenden Forderung **1 1, 327**. —
Bezugnis d. Zahlungsübernehmers zur
A. **1 1, 172**.

Einzelfälle. — **A.** des Erstehens mit e. ihm an d. Schuldner zustehenden Forderung, zum Zug kommenden Hypothek gegen d. Versteigerungserlös: Verhinderung d. **A.** zw. Ersteher u. Subhaftat durch Pfändungen Dritter **4** 133, 790; **5** 156, 926, 929. — **A.** zw. Aktionär u. **A.-G.** **11**, 291. — **A.** von Ansprüchen des Erstehers gegen Anspruch e. Realgläubigers **6** 161 f. — **A.** zwischen einem Forderungsgl. u. einem dinglichen Anspruch **6** 161. — **A.** mit e. oder gegen e. bedingte Forderung **2** 1, 237; **5** 153. — gegen e. zur Konkursabelle festgestellte Konkursforderung **6** 1001. — gegen Wechselforderung **7** 175. — **A.** bzgl. befristeter u. betagter Forderungen **5** 152, 153; **6** 162. — vertragl. **A.** e. Forderung aus e. unsittlichen Geschäft **5** 155. — **A.** auf Grund e. facultas alternativa zulässig **2** 1, 240. — **A.** des wegen e. Privat-schuld verlagten Gesellschafters mit einer Gesellschaftsforderung bei Zustimmung der Mitgesellschafter **1** 1, 423, **6** 639. — **A.** mit Gesellschaftsforderungen oder gegen Gesellschaftsschulden **2** 1, 438, 439. — **A.** e. neu entstandenen Forderung in der Berufungsinstanz gegen ein vorläufig vollstreckbares Urteil **6** 874. — beim Geldwechseln (s. dieses) **7** 174, 175. — mit eigener Forderung gegen fremde Wahrforderung **7** 173. — **A.** des Mannes mit eigenen Forderungen gegenüber der Klage auf Duldung der Zwangsvollstreckung nach § 739 **ZPO.** **4** 380. — des Aufsteigerers, z. B. mit seiner Ausfallforderung gegen e. stehen gebliebene Eigentumgrundschuld d. Schuldners **2** 2, 377; **5** 916, 929, 930; **6** 961. — **A.** im Verfahren nach § 103 **ZPO.** gegenüber dem Kostenanspruch? **6** 775. — **A.** zur Tilgung e. innerhalb e. bestimmten Frist zu zahlenden Prämie **7** 175. — seitens d. Schuldners e. gepfändeten Forderung **7** 181. — auf einen Schiedsvertrag u. darauf basierenden Schiedsspruch gestützte **A.-Einrede** **1** 3, 123. — gegenüber d. Anspruch gegen d. Kommissionsagenten auf Zahlung zurückbehaltener Gelder **7** 175. — Klageabweisung auf Grund d. liquiden Gegenforderung mit d. eventuell gegen d. bestrittenen Klageanspruch aufgerechnet wird? **1** 1, 285; **1** 3, 315; **3** 2, 456, 462, 463, 465; **6** 814 (vgl. Eventualaufrechnung); **7** 174, 799. — **A.** bez. Wahrforderungen **5** 153. — **A.** gegen eine Darlehnsforderung mit einer älteren Gegenforderung bei Versprechen d. Rückzahlung **6** 161. — **A.** gegenüber Aussteueranspruch **6** 162; **7** 175. — **A.** gegenüber dem d. Rücktrittsrecht ausübenden Vertragsteile (§ 357) **1** 1, 262; **2** 1, 229; **3** 1, 173. — **A.** eines Nachlassgläubigers f. Nachlassverwaltung. — Bedeutung d. „**A.**“ im § 268 **1** 1, 289. — **A.** d. als Hypothekgläubiger ausgefallenen Er-

stehers gegen e. Eigentümergrundschuld d. Subhaftaten **6** 162. — **A.** der Bank gegen d. Präsentanten d. Schecks **4** 138. — **A.** der Bank gegen d. Kunden im Giroverkehr **6** 161. — **A.** d. Erlöses aus d. Selbsthilfeverkauf anstatt Hinterlegung **1** 1, 277, 278; **2** 1, 235; **6** 159. — **A.** des Mieters gegen d. Mietzinsanspruch nach § 554 **II** **1** 1, 369; **3** 1, 232. — insbes. Ermittlungsklausel u. **A.**recht d. Vermieters **1** 1, 289, 369. — **A.** des Darlehnsgläubigers vor Auszahlung d. Valuta beim Darlehnsversprechen **6** 220; **7** 175. — **A.** mit Geldforderung dem Anspr. aus § 259 gegenüber ausgeschlossen **2** 1, 155. — d. Krankenkassen mit Ordnungsstrafen **1** 1, 293; **2** 1, 247.

Aufrechnungserklärung, ihre Form u. Zeit. — Bedeutung d. **A.**serklärung **1** 1, 278 ff.; **2** 1, 242; **3** 1, 181; **4** 137, 139; **5** 153. — Vorbehalts-**A.** **1** 1, 280, 281 ff.; **3** 1, 180. — bedingte **A.** **1** 1, 279, 281, 283; **2** 1, 239, 240; **3** 1, 179, 180; **4** 136, 137. — Eventualaufrechnung insbes. im Prozeß (Klageabweisungs- u. Beweishebungstheorie) **1** 1, 281, 282 ff.; **1** 3, 145 f.; **2** 1, 238 f., 248; **3** 1, 179 f.; **3** 2, 456, 462 ff., 500; **4** 136 f.; **5** 153 f., 799; **6** 160 f.; **7** 174. — Unterschied zw. zivilistischer u. prozessualer **A.** **1** 1, 280, 282; **2** 1, 237, 248. — **A.** im Prozeß **1** 1, 114, 280, 287; **2** 1, 74, 237, 239; **3** 1, 180; **5** 153. — Rechtskraft d. Entscheidung über eine aufgerechnete Forderung f. Rechtskraft. — **A.** als Einrede **1** 1, 281, 286; **1** 3, 96; **4** 137; **5** 153, 155. — **A.** durch den u. gegenüber dem Prozeßbevollmächtigten **1** 3, 41 f., 96; **1** 1, 102, 114, 286 f.; **2** 1, 239, 455, 456. — Inzidentfeststellungslage auf Nichtbestehen e. vom Beflagten in prozessual unzulässiger Weise aufrechnend geltend gemachten Gegenforderung **7** 787, 792. — **A.** nach § 124 **II** **ZPO.** noch in Beschwerdeinstanz **1** 1, 288. — **A.** e. Prozeßkostenforderung schon mit Urteilskraft **1** 1, 288; **1** 3, 194 (vor Erlass des Festsetzungsbeschlusses). — Teil-**A.** **1** 1, 172, 289, 295; **3** 1, 180, 197. — **A.** gegen e. eingeklagte Teilforderung **1** 1, 295; **3** 1, 180, 181, 184; **4** 138 (s. oben replica compensacionis); **7** 174. — **A.** im voraus unzulässig? **2** 1, 240; **4** 138; **7** 174. — Unzulässigkeit nachträgt. **A.** **1** 1, 282.

Wirkung der Aufrechnungserklärung. — „ipso jure“=Wolfgang **1** 1, 279; **2** 1, 242; **3** 1, 179, 181; **4** 139. — § 389 als Ausfluß des Satzes „dolo facit qui petit quod redditurus est“? **1** 1, 289; **2** 1, 241. — Frage d. Prozeßkosten bei der **A.**, insbes. d. Eventual-**A.**, im Prozeß **1** 1, 285 f.; **3** 1, 182; **5** 156. — rückwirkende Kraft; im allg. **1** 1, 289; **2** 1, 241; **3** 1, 181; **4** 138; **5** 156; **6** 162. — Befestigung d.

(Aufrechnung)

Verzugsfolgen **11**, 289 f.; **21**, 241. — d. Verfalls von Vertragsstrafen **11**, 289; **31**, 182. — keine Erstreckung auf d. Prozeßrecht **31**, 182; **5** 156. — U. u. Verjährungsunterbrechung **11**, 132; **31**, 66, 67. — Rückforderung gezahlter Zinsen **6** 162. — Befreiung d. Ermittlungsrechts d. Vermieters durch U. d. Mieters? **11**, 289; **21**, 241.

U u s c h l u ß n d B e s c h r ä n k u n g e n d e r U. — vertraglicher Ausschluß f. pactum de non compensando. — dolose Geltendmachung d. U.sbefugnis **11**, 289; **21**, 241 f. — U. nach Treu u. Glauben trotz ausgeschlossener U. **4** 70; **7** 174, 175 (Gelbwechselfn.). — Verzicht auf U. durch Gesp. — Verzicht d. Rückzahlung e. Darlehens binnen wenigen Tagen **7** 175. — Befugnis d. Käufers z. U. bzgl. f. Ansprüche aus betrügerischem Verhalten d. Verkäufers trotz Ausschluß d. U. **4** 46. — vertragl. Ausschluß d. U. gegenüber dem „Mietzins“ **11**, 287. — hat d. Vereinbarung d. Ausschlußes der U. auch im Falle des Konkurses Wirksamkeit? **4** 812. — stillschweigender Verzicht auf d. U. **11**, 287; **31**, 181, 186; **5** 152, 155. — vertragl. Aufhebung e. gesetzl. U.sverbots **5** 157. — § 387 auf öffentl.-rechtl. Forderungsrechte nicht anwendbar **32**, 323; **5** 152. — gegen Gehaltsforderungen d. Beamten f. Beamte. — gegen Miteilsansprüche **4** 536. — Rechtslage bei Zusammentreffen zweier U.sverbote **21**, 242, 246; **31**, 182. — §§ 390—392 als ius cogens **5** 156. — U. gegen e. rechtshängige Forderung nach deren Abtretung oder Überweisung **31**, 197. — U. gegen einredebehaftete Forderungen **11**, 278; **31**, 179; **5** 156. — keine U. e. Gegenforderung, bzgl. deren schiedsrichterliches Verfahren verabredet ist **11**, 288. — U. mit e. einredebehafteten Forderung: Einrede d. Rechtshängigkeit **13**, 113; **21**, 242; **5** 156. — E. d. Zurückbehaltungsrechts **5** 156; E. d. ausgeschlossenen Rechtswegs **31**, 182; E. d. bestännten Erbenhaftung (§§ 1973, 1990) **11**, 290; **31**, 182; E. d. Verjährung **11**, 290, 352; **31**, 222; **4** 139, 166; **5** 156, 197; **6** 162. — U. mit oder gegen Forderungen aus nichtigen od. ansechtbaren Geschäften **11**, 278, 290; **21**, 242; **31**, 182; **4** 137, 138; **5** 152, 155. — U. gegen klaglose Forderungen (Spielschulden usw.) **21**, 237, 240; **31**, 179. — U. gegen e. beschlagnahmte Forderung **31**, 182; **5** 156. — U. der Grundeigentümer gegen eine Hypothek trotz deren Pfändung **6** 162. — U. bei Forderungen mit verschiedenen Leistungen; Ersatzleistung nach § 391 I **2** **5** 156. — Anwendbarkeit d. § 254 II auf diese Ersatzpflicht **21**, 242; **31**, 182. — U. gegen e. Deliktsforderung, Anwendungs-

gebiet § 393 **11**, 291; **21**, 242; **31**, 182; **4** 139; **6** 162; **7** 175 (2). — Einwand der U. gegenüber der Unterzählung **6** 161. — U. gegenüber einer Schadensforderung wegen Sachwuchers **6** 162, 325. — stillschweigender Verzicht auf Aufrechnung gegen e. Darlehensschuld **5** 220. — Verzicht auf d. beneficium d. § 394 **4** 140. — U. mit e. unpändb. Ford. **31**, 183. — U. gegen Gehindefohn **12**, 398; **21**, 771; **5** 341; **6** 162, 590; **7** 175 (2). — U. gegen unpändbare Forderungen; insbes. Lohnford. **11**, 291 f.; **21**, 242 ff.; **31**, 122, 183; **4** 139, 959, 970; **5** 157. — gegen Beamtengehalt **11**, 293; **21**, 248. — gegen Alimentenanpr. **11**, 293; **21**, 247; **31**, 183. — keine U. bzgl. d. Anspr. d. Ehefrau auf Zahlung e. Kostenvorschusses **31**, 195. — gegen Steuerforderungen d. Fiskus **7** 176. — keine U. d. Ansprüche d. Mitglieder e. Gesellschaft auf Gegenfälligkeit gegen diese gegenüber d. Gesellschaft. — Forderung auf Zahlung d. Liquidationsbeiträge **11**, 287. — keine U. gegenüber Erziehungszuschüssen e. geschiedenen Ehemanns **31**, 124. — keine U. e. Gegenforderung bzgl. der schiedsrichterl. Verfahren verabredet ist **11**, 288. — U. zwischen e. Gesamtgläubigers mit d. Ford. e. anderen Gesamtgläubigers unzulässig **31**, 209. — U. bei mehreren Schuldposten f. Anrechnung. — Widerspruch d. U.sgegners gegen d. Anrechnungsbestimmung beim Vorhandensein mehrerer kompensabler Ford. **11**, 294 ff.; **21**, 248; **31**, 184; **4** 140; **5** 157; **6** 162. — verährte Ford. als weniger „sichere“ i. S. d. § 366, 396 **11**, 296; **31**, 184. — U. auf e. aus Hauptleistung, Zinsen u. Kosten bestehenden Forderung (§ 396 II) **11**, 295; **31**, 184. — compensatio compensationis u. § 396 **11**, 294 f.; **21**, 248. — Beweislast i. F. d. § 396 **11**, 294.

Aufrechnung im Konkurs. — rechtl. Natur; Unterschied von Abforderung **22**, 499; **32**, 267 (Pfandrecht an der eigenen Schuld). — § 55 als Ausnahme von dem Erfordernis d. Gegenfälligkeit? **32**, 267. — § 55 ius cogens; keine Erweiterung **4** 812. — des Pfändungspfandgläubigers des Gemeinschuldners, der dem Drittschuldner zu zahlen hatte, mit der überwiesenen Forderung **32**, 267. — U. zw. Massenforderung u. Konkursforderung **11**, 288. — U. des Pfandbriefgläubigers im Konkurs d. Hypothekenbank **22**, 499. — U.srecht e. Gesellschaftsgläubigers, der seine Forderung sowohl im Konkurs d. Gesellschaft als dem eines Gesellschafters anmeldet **32**, 267. — Einfluß e. Zwangsvergleichs auf d. Aufrechnungsrecht e. seine Forderung im Konkurs nicht geltend machenden Gläubigers **22**, 499 (2). — Widerlage d. seine Forderung im Konkurs nicht anmel-

den den Gläubigers bzgl. des die Forderung des Gemeinschuldners überschneidenden Betrags? 2 2, 499. — A. recht des Erben des nach Konkursöffnung gestorbenen Gemeinschuldners 2 2, 499. — Befriedigung des zurücktretenden (§ 346 BGB.) Kontrahenten durch A. 2 1, 229. — A. recht des Bürgen 2 2, 500; 6 993 (2). — A. des Gläubigers, der zur Zeit der Konkursöffnung e. Forderung hatte, diese Forderung nach Konkursöffnung abtrat, aber später wieder erwarb 2 2, 500 (2). — A. des Konkursgläubigers gegen e. Forderung des unbefr. haftenden Erben d. Gemeinschuldners 2 2, 500. — A. eines Schuldners d. verstorbenen Gemeinschuldners gegen die Masse mit einer Forderung gegen den Erben? 2 2, 500. — kann bei e. Verkaufskommissionsgeschäft in Wertpapieren der Zentralbankier im Konkurs d. Lokalbankiers gegen die Kaufpreisforderung des Kommittenten seine Forderung gegen den Lokalbankier aufrechnen? 4 812. — A. mit den im Fall des § 26 R.D. an die Stelle des Erfüllungsanspruchs tretenden Entschädigungsforderung des Gläubigers 4 812. — A. bei Bankrediten 4 811, 812. — A. d. Konkursgläubigers mit seiner festgestellten Konkursforderung gegen den Schadensersatzanspruch d. Verwalters nach § 17 R.D. § 326 BGB. 5 951. — A. gegen eine dem Gemeinschuldner persönlich zustehende, nicht in die Masse fallende Forderung 6 993. — A. des auf Bezahlung zur Masse in Anspruch Genommenen mit e. ihm vom Gemeinschuldner versprochenen Leibrente 6 993. — A. beim Subjektivlieferungskauf, dessen Weitererfüllung vom Konkursverwalter d. Verkäufers übernommen wird 6 993. — A. im Giroverkehr der Banken bei Konkurs des Kunden 6 994. — kann der Konkursverwalter im Feststellungsverfahren gegen e. von ihm bestrittene Forderung Ansprüche aufrechnen, die nur einem Teil der Gläubiger gegen diese Gläubiger zustehen? 4 812. — A. mit d. Schadensforderung wegen Nichterfüllung e. zweiseitigen Vertrags (§ 17 R.D.). — A. gegen e. Forderung der Masse 2 2, 489 (2), 499, 500. — A. des Käufers im Konkurs des Verkäufers mit seinem Schaden wegen Ablehnung der Weitererfüllung des Vertrags seitens d. Verwalters (§ 17 R.D.) gegen den Preis für den gelieferten Teil 5 944, 951. — A. der Kosten e. neuen Versicherung, die der Versicherte nimmt, gegen die Prämienforderung d. Masse bei Seeversicherung 2 2, 499 (vgl. Konkurs, Einfluß auf d. Erfüllung v. Rechtsgeschäften). — A. bei Seeversicherung, Konkurs d. Versicherers nach e. vom Versicherten im Auftrage des Ver-

sicherers gegen den dritten Besitzer des kollidierenden Dampfers ertrittenen Vorabentscheidung über den Grund d. Schadensanspruchs 2 2, 499. — keine A., wenn der Gläubiger Geld zu fordern, aber eine Sache an die Masse zurückzugewähren hat 3 2, 267. — A., wenn jemand vor Konkursöffnung e. Forderung an d. Gemeinschuldner hatte u. nach Zahlungseinstellung dem Gemeinschuldner etwas schuldig wurde 3 2, 267. — Leistung d. Einlage d. Kommanditisten durch A. einer Forderung gegen die Gesellschaft 4 812. — Anspruch auf Sicherstellung (§ 54 Abs. 3) von Erklärung d. Aufrechnung bei Einzahlung abhängig? 3 2, 267. — Vereinbarung d. Ausschlusses d. Aufrechnung auch für den Konkurs wirksam? 4 812 (s. Aufrechnung). — Erlöschen des A. rechts e. Gläubigers e. aufschiebend bedingten Forderung mit Einzahlung d. Schuld an die Masse; Ersatz durch das Recht auf Sicherstellung 3 2, 267. — Wirkung e. nach bestätigtem Zwangsvergleich erklärten A. 4 139. — Erlöschen d. A. rechts mit Beendigung d. Konkursverfahrens 3 2, 267. — Geltendmachung der ganzen Forderung als Verzicht auf die mögliche Aufrechnung? 4 811; 6 993.

Auffhebende Einrede d. Erben s. Erbenhaftung.

Aufsichtsamt für Privatversicherung s. Versicherungsunternehmen.

Aufsichtspflicht vgl. unerlaubte Handlung § 832 BGB. — elterliche A. u. § 276 BGB. 3 1, 133; Haftung d. Vaters gegenüber dem Kind aus mangelhafter Aufsicht 1 1, 163.

Ansuchen von Bestellungen nach §§ 44, 55 Gew.D. f. Bestellungen.

Auftrag s. a. Aufwendungen, Auskunft, Geschäftsbesorgung, Geschäftsführung ohne A., Rat. — Übergangsrecht 5 626.

Begriff, Einzelfälle. — Terminologie und Begriff d. A. 4 217; 6 259 (Handlung, rechtsgeschäftliche Tätigkeit). — Unterschied von Geschäftszweckverträgen 7 277. — Verhältnis d. §§ 662 u. 675 zueinander 1 1, 405 f.; 2 1, 403 ff., 409 f.; 3 1, 284; 4 216. — Verhältnis des A. zum Begriff d. Arbeitsvertrags 2 1, 316, 396; 7 278. — Verhältnis des A. zur Vollmacht 2 1, 83, 85, 396; 4 53, 54; 5 56; 7 278. — Anweisung u. A. 4 218. — Sicherheitszession 4 217. — Scheck- oder Krediteröffnungsvertrag 4 217; 6 260. — A. zu Spiel u. Wette 1 1, 85; 7 277. — A. zugunsten Dritter 4 128. — Girovertrag 2 1, 396 f. — Wiehinstellung 2 1, 396. — „unentgeltliche“ Bürgschaftsübernahme f. d. Affordforderungen 2 1, 397. — Erwerb u. Löschung e. Hypothek kraft A. 2 1, 397; 3 1, 282. — A. z. Wechsel einlösung 3 1, 282; 4 218. — Vertrag

(Auftrag)

mit Anwalt oder Notar **2** 1, 397; **3** 1, 282; **4** 218; **5** 262. — Vertrag mit Gerichtsvollzieher **6** 259 (s. diesen). — Bieten für gemeinschaftl. Rechnung nach Vereinbarung mehrerer A. oder Gesellschaftsverträge? **4** 218, **5** 275. — unentgeltliche Mitnahme e. Fahrgastes? **7** 277 (s. Fahrgast). — Vertragsverb. zw. Aufsichtsrat u. A.-G., insbes. Amtsniederlegung **2** 1, 330, 335, 359, 363, 364, 396, 403, 404. — A. innerhalb d. Behördenorganismus **2** 1, 396, 398. — Abtretung e. Forderung zwecks Befriedigung von Gläubigern der Bedenten durch den Zessionar aus dem Forderungsbetrag, Pfändung des angebl. Rückgabeanpruchs d. Bedenten gegen den Zessionar durch Gläubiger d. Bedenten **7** 280. — Vollmacht z. Entgegennahme e. A. übertragsangebots nicht gleich Vollmacht z. Annahme **1** 1, 406. — „Unentgeltlichkeit“ als Kriterium **4** 216. — A. z. Grundstückserwerb bzw. -veräußerung, Form d. **§** 213, **1** 1, 217; **2** 1, 211; **3** 1, 153, 154; **4** 120; **5** 129.

Pflichten des Beauftragten. — Kontrahierungszwang d. **§** 663 (s. Gastwirt) **2** 1, 398. — Anwendung des **§** 663 auf Inhaber von Güterannahmestellen **6** 259. — Anwendung d. **§** 663 auf d. Arzt **2** 1, 398; **3** 1, 282; Gerichtsvollzieher **1** 1, 406; Lehrer, Schreiber, Bankier **2** 1, 398; Gefindevermieter? **2** 1, 398. — „Gehilfen“ im **§** 664 identisch mit d. Hilfspersonen d. **§** 278 **4** 218. — Bureauvorsteher eines Notars **6** 259. — Verhältnis d. Gehilfen (Substituten) z. A.-Geber **1** 1, 406. — unmittelbare Vertretung d. Vollmachtgebers durch den kraft Substitutionsbefugnis bestellten Unterbevollmächtigten **3** 1, 282. — Übertragung e. Verfeigerungsauftrags durch d. Mandatar an e. Gerichtsvollzieher **5** 263. — Pflicht zur Abweichung von d. Weisungen d. A.-Gebers **1** 1, 406; **4** 218. — Stellung d. Geschäftsführers e. G. m. b. H. in Hinblick auf **§** 665 **3** 1, 283. — Haftung d. Rechtsanwalts u. Notars für Erfüllungsgehilfen (s. Rechtsanwalt, Notar) **7** 278. — Haftung f. zufälligen Schaden bei Abweichung d. Mandatars von d. Weisungen des A.-Gebers **2** 1, 398. — Abweichung von d. Weisungen d. A.-Gebers: Beispiele **5** 263, 264; insbesondere im Verhältnis zwischen Arzt u. Patient **3** 1, 283 f.; zwischen Bank u. Kunden **3** 1, 283; **4** 218; bei A. z. Geldebewahrung **2** 1, 398. — Abschluß zu ungünstigeren Bedingungen **3** 1, 283. — Weichenlassen durch die Gegenpartei **7** 278. — Nichtabgabe e. Erklärung bei e. Rechnungslegung u. Betrug **3** 1, 284. — Rechnungslegungspflicht bei Mehrheit von

A.-Gebern **7** 278. — Rechnungslegung bei A. zu darlehnsweiser Geldhingabe an Dritte **7** 278. — Rechnungslegungspflicht d. Inkassofinstitute **5** 264. — Pflicht e. Girobank, den Kontoinhaber auf das Unratsame einer ihr zugemuteten Zahlungsbemittelung aufmerksam zu machen? **6** 259. — Rechnungslegung bei e. Mehrheit von A. oder bei e. längeren Zeitraum umfassenden A. **4** 218. — Rechnungslegung e. Bank, die die Regelung e. bei ihr deponierten Nachlassvermögens übernimmt **6** 259. — Rechnungslegungspflicht d. Arztes gegenüber d. Ehefrau seiner Patientin und Berufsgeheimnis **4** 219. — keine Rechenschaftspflicht d. Korrespondentreders gegenüber d. Mitredern **3** 1, 284; des Geschäftsführers e. GmbH. **3** 1, 110. — Zurückbehaltung d. Gehalts e. Gütsverwalters bis zur Rechnungslegung **7** 278. — Auskunftsspflicht des Beauftragten **1** 1, 406; **3** 1, 284 (des Arztes). — Zeitpunkt der Rechnungslegung **3** 1, 284. — Recht auf Entlastung **1** 1, 406. — füllschweigender Ausschluß d. Rechenschaftspflicht **3** 1, 284. — Handeln im eigenen Namen f. d. Herausgabepflicht aus **§** 667 gleichgültig **2** 1, 399. — Herausgabeanpruch d. **§** 667 kein bedingter oder betagter Anspruch **2** 1, 399. — keine direkte Klage d. A.-Gebers aus **§** 667 gegen d. Schuldner d. Mandanten **4** 219. — Herausgabepflicht des Rechtsanwalts bzgl. d. Handakten gegenüber d. Mandanten **2** 1, 399; **7** 279; des Arztes bzgl. d. Zeichnungsprotokollierten Gliedes usw. **3** 1, 284; des Gerichtsvollziehers bzgl. beigetriebenen Geldes **2** 1, 399; d. Sicherheitszessionars bzgl. d. Mehrbetrages d. Forderung **4** 219. — Herausgabepflicht d. Käufers beim eif.-Geschäft bzgl. d. Frachtvorschusses **5** 264. — Herausgabepflicht bei fiduziarisch abgetretener Forderung **7** 279. — Pflicht z. Herausgabe des v. Mandatar bei Gelegenheit d. Ausföhrung d. A. aus Liberalität Dritter Erhaltenen? **1** 1, 406; **7** 279 (Geschenk Extraprovisionen). — Übergabe e. Sache an e. Beauftragten zwecks unmittelbarer Eigentumsübertragung an d. Auftraggeber **4** 54. — Unterschlagung der mitgegebenen Gelder seitens der Dienstboten unter gleichzeitigem Einkauf auf Kredit **6** 259.

Rechte des Beauftragten. — Arbeit keine Aufwendung im Sinne des **§** 669 **2** 1, 399. — Verhältnis des **§** 669 zu **§** 670; **7** 279. — Vorzuschußleistung bei Bestellung von Lotterielosen zu gemeinschaftlichem Spiele **7** 280. — Aufwendungen des Beauftragten u. Ermächtigung d. **§** 181 **4** 56, 219. — Pflicht des mit Verbürgung Beauftragten zu Aufwendungen aus eigenen Mitteln **7** 279. —

Haftung des Anwalts gegenüber d. Gerichtsvollzieher für dessen Gebühren? **1 1, 407.** — Begründung d. Erbschaftspruchs d. Mandatars wegen Aufwendungen **4 219.** — Erstattungsanspruch d. einlösenden Akzeptanten e. Gefälligkeitswechsels **7 280.** — Haftung d. Mandanten aus § 670 f. zufälligen Schäden? **1 1, 407; 2 1, 154, 400 ff.; 3 1, 284; 4 219 f.; 6 260; 7 280.** — Haftung des Mandanten bei Übertragung eines mit Gefahr verbundenen Auftrags; Kenntnis des Mandatars **6 259.** — Berufstätigkeit als ersatzpflichtige Aufwendung? **1 1, 407; 2 1, 399 f.; 4 220.** — „Aufwendungen“ d. Arztes **2 1, 400; 3 1, 284; 4 220.** — Bureauaufwand d. Anwalts (Telephongebühren) **2 1, 402.** — Beweislast b. Erbschaftspr. d. Mandatars aus § 670 **4 220; 5 264; 6 259.**

Erlöschen des Auftrags. — Anwendung des § 326 BGB. bei vertragswidriger Geschäftsführung des Beauftragten **3 1, 160.** — Konkurs d. Auftraggebers; späterer Tod des Kreditars **2 2, 488.** — Widerruf u. Kündigung **2 1, 402.** — Zugehen d. Widerrufs **4 41, 54, 220.** — Amtsniederlegung von Aufsichtsratsmitgliedern e. A.-G. **2 1, 330, 359, 363, 396, 403.** — mandatum post mortem (Abheben vom Bankguthaben nach d. Tode d. Kunden) **5 264.** — „im Zweifel“ im § 672 **2 1, 403; 6 260.** — Eintritt d. Geschäftsunfähigkeit d. Mandatars **2 1, 403.** — Erlöschen eines Inkassoauftrags, wenn bei Auslagen der Erben der Fiskus Erbe wird **6 260.** — von Mandanten für sich u. seinen Erben ausgestellte Vollmacht **6 260.**

Aufwendungen s. Auftrag, Geschäftsführung ohne Auftrag, Eigentum. — Begriff **2 1, 154; 3 1, 108; 4 91.** — „Kosten“ u. „Auslagen“ als **W. 3 1, 109.** — Arbeit kein Gegenstand im Sinne des § 256 BGB. **2 1, 154, 288.** — Eingehung e. Verbindlichkeit f. **W. 4 91.** — Steuerentrichtung durch den Verwalter e. Kapitals aus diesem keine **W.** nach § 257 BGB. **2 1, 155.** — Besugnis d. Erbsatzpflichtigen z. Sicherungsleistung nach § 257 BGB. **4 91.** — Pflicht z. Erbsatz von **W.**, zum Schadensersatz u. zur Herausgabe e. Bereicherung, Unterschied **3 1, 109.** — Fälle der Erbsatzpflicht wegen **W.** durch Anspruch auf Schuldbefreiung **3 1, 109.**

Augenschein. — Augenscheinduldpflicht der Partei oder Dritter? **3 2, 470.** — Körperliche Untersuchung, besonders in Ehefachen? **3 2, 470; 4 705.** — Augenscheinseinnahme, bevor die Parteien zur Sache verhandelten **4 685.** — Körperliche Untersuchung im Entmündigungsverfahren **1 3, 228; 4 705.** — Erhumierung

einer Leiche **4 705.** — Berücksichtigung e. ohne Zuziehung des Gerichtsschreibers und der Parteien vorgenommenen **W.** durch den Ertrichter; Stellung des einen formgerechten **W.** einnehmenden Berufungsrichter zu diesen Feststellungen **6 808.** — Auslagevorstoß f. Augenschein bei Vernehmung von Sachverständigen u. Zeugen an Ort und Stelle **6 834** (f. **GGG.**).

Auktionator. — Begriff nach § 35 GemD. **4 936.** — Folgen e. Unterjagung d. Gewerbebetriebs **4 936.**

Ausbeute s. Früchte.

Auseinanderlegung f. Nachlaß-Auseinanderlegung, Gesamthand.

Auseinanderlegungsverfahren agrarisches (preuß. Recht). — Vermerk über Vereinbarung einer Kapitalabfindung (Sperrvermerk) **3 1, 403.** — rechtl. Natur u. Entstehung der Kapitalabfindungen **2 1, 579.**

Ausfallmuster s. Mängelanzeige unter Handelskauf.

Ausfertigungen vgl. Akteneinsicht, Urkunden. — Siegel: Geltungsbereich der Verfügung des preuß. Just.-Minist. v. 24. I. 00 über Herstellung von Siegeln **1 3, 140.** — Zustellung einer beglaubigten Abschrift statt einer Ausfertigung **1 3, 156.** — Zustellung einer vom Gerichtsschreiber nicht unterschriebenen oder nicht gesiegelten Urteilsausfertigung **3 2, 461.**

Ausgleich vgl. compensatio lucri cum damno. — Mehrheit von Schuldnern u. Gläubigern.

Ausgleichspflicht der Erben s. Nachlaßauseinanderlegung, Pflichtteil. — Übergangsrecht **1 2, 452; 5 635.**

B e g r i f f: Vorausvermächtnis? **1 2, 235; 3 1, 607; 4 498.** — Ausgleichspflicht als Nachlaßverbindlichkeit? **1 2, 215** (f. diese). — Folgen der Nichtberücksichtigung der **W.** auf die erfolgte Auseinanderlegung **6 543.** — Erbfälle vor 1900 **5 568; 1 2, 236; 1 1, 452.**

Anordnung und Ausschluß. — Kollision der Ausgleichsordnung mit dem Pflichtteilsrecht **3 1, 607.** — Erlaß bei Zuwendungen nach § 2050 Absf. 2 **1 2, 235; 3 1, 607, 608.** — letztwilliger Erlaß der **W.** **1 2, 235.** — Erlaß der **W.** unter Lebenden bei oder nach Zuwendung, und im Falle des § 2050 Absf. 2 **1 2, 235; 3 1, 608.** — stillschweigender Erlaß **3 1, 607.** — Anordnung der Ausgleichung bzgl. einer nicht übermäßigen Zuwendung nach § 2050 Absf. 2 **5 568.** — Verpflichtung der Erben zur Abstandnahme von der **W.** durch einen obligatorischen Vertrag mit dem Erblasser **4 498.** — Anordnung u. Ausschließung der **W.** bei Zuwendungen aus dem Gesamtgut **3 1, 608.** — einseitiges Anerkenntnis d. **W.** seitens des Schuldners

(Ausgleichungspflicht der Erben)

7540. — Schluß auf die Ausgleichungsabsicht d. Erblassers aus seinem späteren Verhalten 7540. — enthält die Anordnung d. Anrechnung auf den Pflichtteil auch die Anordnung der A. ? 7564.

Z u e n d u n g e n. — vor 1900 gemachte Zuwendungen bei Erbfall nach 1900 12, 236; 5568. — Begriff der „Zuwendung“ 12, 235, 236. — von den Miterben nach Erbfall auf Grund der gesetzlichen Aussteuerpflicht des Erblassers ausbezahlte Aussteuer 4498. — Kosten der Doktorpromotion 12, 236. — Bestellung e. militärischen Heiratskautions 7540. — Bezahlung von Spielschulden 12, 236. — Kosten des Hochzeitmahles u. der Hochzeitsreise 31, 608. — Schulderlaß als Zuwendung 7540.

A u s g l e i c h u n g s p f l i c h t i g e. — Abkömmlinge im Sinne des § 2050: adoptierte legitimierte, für ehelich erklärte Kinder, uneheliche Kinder, Kinder aus nichtigen Ehen 31, 607. — A. des mit einem Vermächtnis beschwerten Testamentserben 31, 608. — A. bei Bedenken eines der Testamentserben mit einem Vorausvermächtnis 31, 608. — A. des Erbsarben 31, 608. — A. des nur einen Teil der Erbschaft seines Ascendenten erhaltenden oder ihn gar nicht beerbenden entfernteren Abkömmlings 12, 236; 31, 608. — A. des an die Stelle des Abkömmlings als Erbe tretenden Nichtabkömmlings 31, 608. — Grund des Wegfalls des näheren Abkömmlings 31, 608. — Zuwendungen an einen entfernten Abkömmling (§ 2053) in irriger Annahme, er sei der nächste 12, 236; 21, 710; 31, 608.

V o l l z u g d e r A u s g l e i c h u n g. — Einverf- und Ausgleichsmethode: Kritik 31, 608, 609. — Ausgleichung an e. Nachlaßteile, bevor der gesamte Wert des Nachlasses feststeht 7540. — Bestimmung des anzurechnenden Wertes durch den Erblasser 12, 326; 31, 608. — Beweislast über den Wert der Zuwendung 31, 608. — Verzicht auf A. bei Nichtgeltendmachung in der Auseinandersetzung 31, 608. — Gefahrtragung für die Vorausempfang 4498. — Wertberechnung der Vorausempfang 4498. — Wert einer mit Zinsgenußrecht eines Dritten belasteten Forderung 4499. — Mitzählen des infolge Zuwendung nicht mehr Erhaltenden bei Ermittlung der Erbquoten 12, 236; 31, 609; 4498. — Erbenqualität des infolge d. A. leer Ausgehenden 31, 609; 4498. — Klage wegen ungerechtfertigter Bereicherung bei irrtümlichem Unterlassen der A. gelegentlich der Teilung 21, 710. — Belastung des anwachsenden und des ursprünglichen Erbteils mit einer Ausgleichungspflicht 12, 241.

A u s k u n f t s p f l i c h t (s. diese). — vermögensrechtliche Natur des Anspruchs auf Auskunft 12, 230. — Umfang der Auskunftspflicht 31, 609. — über nicht zu konfiszierende Sachen 12, 236; 31, 609. — über den Wert der empfangenen Zuwendung 12, 236. — Beweis des Vorhandenseins einer zu konfiszierenden Sache als Voraussetzung der A. 12, 236. — Auskunftsverlangen eines einzelnen Miterben 12, 236; 31, 609. — d. Testamentvollstreckers 12, 236. — A. des bloß nominellen Erben 4498. — Vorlage eines Verzeichnisses bei nicht aus e. Inbegriff von Sachen bestehenden Zuwendungen 12, 236. — Auskunftsverlangen über eine einzelne Zuwendung an den Beflagten, die sich nach vorliegendem Vertrag als entgeltliche Veräußerung darstellt; Beweis des Klägers, daß es sich entgegen dem Vertragswortlaut um eine Zuwendung nach § 2050 f. handelt 5568. — A. über vor 1900 gemachte Zuwendungen 5568. — A. bei testamentarischer Erbfolge 5568. — für freiwillige Ableistung d. Offenbarungseides zuständiges Gericht 4499.

Auskunft, Auskunftsbureau, Auskunftspflicht, Rat, Rechtsanwalt, Banquier, unerlaubte Handlung. — Natur des auf A.erteilung gerichteten Vertrags 21, 406, 407; 31, 284, 285; 4221, 619; 5265, 267. — stillschweigender Vertragsschluß mit dem A.-Begehrenden 11, 410; 21, 408; 5267. — Raterteilung im Anschluß an ein Hauptgeschäft akzessorischer Wertvertrag? 4619. — A.-erteilung außerhalb e. Vertragsverhältnisses 11, 409; 21, 406 f.; 22, 201; 31, 287; 32, 81; 4128, 221; 5265, 339 (sachlässige falsche A.). — wissentlich falsche A.-erteilung 11, 484; 21, 406, 407, 408; 4221; 5265; 7282. — Berücksichtigung des Dritten bei Erteilung der A. 31, 286 f. — Haftung f. wissentlich falsche Auskunft gegenüber dem Dritten an den die A. unberechtigt weitergegeben wird 21, 507. — Schadenshaftung, wenn Kläger infolge e. nach Vertragsschluß erhaltenen falschen A. den Vertrag erfüllte? 7105. — Schadenserjähspflicht bei Nichtwiderruf e. nachträglich als falsch erkannten A.? 7281. — A. „ohne Obligo“? 7282. — Anwendung d. § 676 BGB. auf bloß neutrale, mit einem Rat oder e. Empfehlung nicht verbundene A. 7281. — nur Andeutung einzelner Tatsachen anstatt ausführlicher Mitteilung als wissentlich unwahre A.? 7281. — Haftung e. Kreditreformvereins f. Verschulden seines Geschäftsführers? 7282. — Verschweigen e. zwischen dem Auskunftgebenden u. dem Gefragten bestehenden Kommissionsverhältnisses 7282. — bloße Nebenarten 22, 201. — Haftung bei vertragsmäßiger A. für Sorgfalt eines ordentlichen Kauf-

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

manns 3 2, 81. — Nichtüberzeugtheit des Auskunftgebers von der Richtigkeit seiner Behauptung als dolus 2 2, 201. — Haftung des Auskunftgebenden gegenüber dem Dritten, in dessen Auftrag die A. eingeholt wurde 3 2, 81. — Haftung des Auskunftgebenden gegenüber unbestimmten Dritten bei für ein größeres Publikum bestimmten Berichten u. A. 3 2, 81. — Haftung gegenüber Dritten bei doloser A. 3 2, 81. — Verschwiegenheitspflicht der die A. Erhaltenden 1 1, 484; 3 2, 81; 6 126. — Entgeltlichkeit der A. 3 2, 81. — Einfluß der persönlichen Stellung des Beratenen und des Inhalts und Gegenstands der Empfehlung auf die Frage der Fahrlässigkeit 3 2, 81. — eigene Fahrlässigkeit des Beratenen bei Nichtnachprüfung eines Exposé über Wertpapiere 3 2, 81. — Hinstellen der nur von Dritten erfahrenen Tatsachen als eigenes Wissen 7 362. — wissentlich falsche Auskunft bei Beschränkung der Auskunft auf e. bestimmten Kredit 7 362. — Verschweigen ungünstiger Tatsachen als wissentlich falsche A. 7 362. — Widerruf e. gutgläubig gegebenen falschen A. bei späterer Kenntnis 7 362. — Haftung d. Kaufmanns für die von seinem Filialleiter gegebene falsche A. 7 362. — Kaufzusammenhang 7 362.

Auskunftsbureau. — Rechtsstellung, insb. Haftung f. Auskunfterteilung 1 1, 409; 2 1, 406 ff.; 3 1, 285 f.; 5 267; 6 261. — Haftung der Eisenbahn (Reise) 5 267. — Deliktische u. vertragl. Haftung des A. 6 261. — vertragliche Beschränkung der Haftung 6 261. — Betriebsunterfügung wegen Unzuverlässigkeit (§ 35 GewD.) 4 936 (vgl. Gewerbebetrieb). — Abonnementsvertrag mit A. 2 1, 408; 3 1, 285. — Pflicht z. Aufbewahrung u. Berichtigung d. Korrespondenz 7 135. — rechtl. Natur d. Vertrags mit A. 7 242.

Auskunftspflicht f. Vermögensverzeichnis, Offenbarungseid, Rechnungslegung; über den Nachlaß f. Nachlaß, Pflichtteil, Nacherfolge, Erbschaftsanspruch; über Zuwendungen des Erblassers f. Ausgleichungspflicht; des Verkäufers f. gute Sitten. — allgemeine Rechtspflicht d. Schuldners z. Auskunft im BGB. nicht anerkannt 7 117. — A. des den Bierlieferungsvertrag verletzenden Wirtes über die Menge des anderweit bezogenen Bieres (f. Bierliefervertrag) 7 117. — Pflicht d. unehelichen Mutter z. Namhaftmachung d. Vaters gegenüber der Unterstützungsanstalt (f. uneheliche Kinder) 7 182. — A. des Gläubigers gegenüber den Bürgen über die Höhe d. Schuld 5 108; 7 304. — Anwendungsgebiet des § 260 2 1, 156. — Anwendung des § 260 auf den Agenturvertrag 4 92. — A. des Verkäufers f. Kauf. — A. im Erbrecht u. A. des

Testamentsvollstreckers 2 1, 157 (f. diesen). — A. u. Ausgleichungspflicht der Erben 3 1, 111 (f. Ausgleichungspflicht). — A. der Erben gegenüber den Pflichtteilsberechtigten Festsetzung 1 1, 178. — A. des im tatsächl. Alleinbesitz befindlichen Miterben 2 1, 155; 3 1, 110 (f. Erbschaftsanspruch). — A. des Erbschaftsbesizers 3 1, 110 (f. Erbschaftsanspruch). — A. des Pflichtteilsberechtigten (§ 2314) 2 1, 155 (f. Pflichtteil). — Unterschied der A. nach §§ 2028 u. 2027 1 1, 168. — bahr. Übergangsrecht bzgl. der A. u. Eidespflicht der Erben (§§ 260, 261) 3 1, 111. — A. d. Nachlaßpflegers u. Verwalters (f. diese). — Sorgfalt b. Aufstellung d. Vermögensverzeichnisses 7 117.

Ausland f. Sicherheitsleistung. — Klage im Inland gegen einen auswärtigen Staat 1 3, 8; 5 740, 750. — Verweigerung des Zeugnisses seitens eines im Ausland zu vernehmenden Zeugen 1 3, 165. — Ersuchen eines Privatens um staatliche Hilfe behufs Vorgehens gegen eine fremde Regierung, Kompetenzkonflikt 5 740. — Zwangsvollstreckung aus Kostenfestsetzungsbeschlüssen in Frankreich und Ungarn 1 3, 259. — Deutsche Schutzgebiete? 5 809. — ausländische Handelsgesellschaften f. Handelsgesellschaft. — Einwand, daß die Forderung im Ausland gepfändet oder mit Arrest belegt sei, gegenüber d. Klage auf Zahlung 6 830. — im A. erfolgte Anerkennung des Adels 5 4. — Befugnis Minderjähriger zur Eingehung e. Dienstverhältnisses im A. 2 1, 46. — von einem unter vorläufiger Vormundschaft Stehenden, ohne Einwilligung des gesetzl. Vertreters im A. geschlossene Ehe 3 1, 33.

Ausländer. — Verfügung d. Genehmigung z. Grundstückerwerb (Art. 88 GGGB.) 1 1, 185. — Grunderwerb in Hamburg 1 2, 396. — Grunderwerb e. im Ausland domicilirenden off. Handelsgesellschaft, wenn die Teilhaber Ausländer sind 1 2, 396. — ausländische jur. Personen f. jur. Personen. — Führung des Adelsprädicats in Preußen 4 5. — als Mitreeder eines deutschen Schiffes 4 43. — Erfüllungsort beim Verlagsvertrag mit einem A. 2 1, 166. — namensrechtlicher Schutz 1 1, 12. — Namensmißbrauch im Inland 1 1, 12. **Ausländische Handelsgesellschaft** f. Handelsgesellschaft.

Ausländische Gerichte (f. Gerichtsstand). — Begründung der Zuständigkeit der a. G. durch Einlassung auf die dort erhobene Widerklage 6 830. — stillschweigende Begründung der Zuständigkeit d. österreichisch. Gerichte durch unbeantwortete Entgegennahme der Faktura mit dem Vermerk: „Zahlbar u. klagbar in G.“ seitens d. deutschen Käufers 6 830.

Ausländisches Recht s. internationales Privatrecht. — Pflicht d. Richters zur Erforschung a. R. 2 1, 757; 3 1, 667 (2); 3 2, 184; 6 580. — Inanspruchnahme des Antragstellers zur Ermittlung in der freiwilligen Gerichtsbarkeit 3 2, 184. — Revision wegen Verletzung des nach Artt. 7 ff. GGGBB anzuwendenden Auslandsrechts 2 1, 757; 6 580. — inwieweit ist der Ausschluß der Anwendung ausländischen Rechts gerechtfertigt? 5 604. — Ausschluß der Anwendung ausländischen Rechts nach Art. 30 GGGBB.; welches Recht tritt an seine Stelle? 1 2, 383, 384. — von einem Türken in der Türkei abgeschloß. polygam. Ehe, Ehelichkeit d. Kinder aus solchen Ehen 1 2, 385. — Begriff des Verstoßes gegen die guten Sitten in Art. 30 GGGBB.; Unterschied von guten Sitten und Sittlichkeit; nicht, ob das Auslandsrecht gegen die guten Sitten verstößt, ist entscheidend, sondern ob seine Anwendung im Inland unseren Begriffen von guter Sitte zuwiderläuft 1 2, 386. — Völkerrechtswidrigkeit als Verstoß gegen die guten Sitten? 1 2, 386; 2 1, 762; 3 1, 676. — Begriff des Zwecks eines deutschen Gesetzes in Art. 30 1 2, 387; 4 531. — Anwendung des Art. 30 auf Rechtsverhältnisse aus der Zeit vor 1900? 5 613. — Vereinbarung d. Anwendung ausländischen Rechts für Immobilienverträge mit Inländern im Inland 4 121. — dessen Beweis im Prozesse (§ 293 ZPO.) s. Wohnheitsrecht. — Anwendung inländischen Rechts, wenn das ausländische nicht zu ermitteln? 1 3, 130. — Ermittlung des Rechtes der Eingeborenen deutscher Schutzgebiete 3 2, 455. — Erhebungen nach Schluß der Verhandlung 4 693. — Ermittlung durch den Richter von Amts wegen; Mitwirken der Partei; ist der Richter an übereinstimmende Mitteilungen der Parteien gebunden? 1 2, 352. — Folge der Unmöglichkeit der Ermittlung 1 2, 353.

Ausländische Urteile s. Vollstreckungsurteil. — Anerkennung im Inland (§ 328 ZPO.); Urteile der Gerichte in deutschen Schutzgebieten 5 809. — Partikuläre Staatsverträge 5 809. — Entmündigungsurteile 5 809. — von einem Strafgericht erlassene Urteile mit zivilrechtl. Inhalt 5 809 (2). — Anwendung des § 328 ZPO. nur auf zivilrechtliche Ansprüche 5 809. — „Umtriebe“ nach Züricher Recht; Zivilanspruch 5 809. — Anwendung der §§ 328, 722 ZPO. nicht nur auf Urteile, sondern auf alle privatrechtlichen Entscheidungen, die e. Rechtsstreit zwischen Parteien auf Grund zweiseitigen, wenn auch nur summarischen Verfahrens erlebigen 7 811. — im Ehecheidungsprozeß erlassener Alimentenbeschluß e. Züricher

Gerichts 7 811, 854. — keine Anwendung des § 328, wenn das a. U. in Deutschland keine Rechtswirkungen erzeugen soll 5 809. — in Italien ausgesprochene ständige Trennung von Tisch und Bett 6 830. — zur Zeit seiner Entstehung bei uns nicht anerkannte ausländische Urteile, Einfluß e. späteren Änderung d. Gesetzgebung 6 875; 7 810; 854. — Einwand, die eingeklagte Forderung sei im Ausland mit Urtefl belegt 7 811. — Übergangszeit 3 2, 468; 7 811.

1. Bei Unzuständigkeit der ausländischen Gerichte. — Prüfung der Zuständigkeit unter Anwendung des deutschen Rechtes 1 3, 155; 3 2, 466. — Berücksichtigung von im ausländischen Urteil nicht berücksichtigten Tatumständen 1 3, 155; 7 811. — Gerichtsstand des Vermögens im Ausland bei Wohnsitz im Deutschen Reich 1 3, 155. — wenn sich die Zuständigkeit des ausländischen Richters nach deutschem Recht auf andere Weise begründen läßt als im Urteil 1 3, 155; 7 811. — Faktoren-Gerichtsstand Österreichs 3 2, 466/467. — Einfluß partikulärer Staatsverträge 5 809. — gegen e. deutschen Ehemann im Ausland erwirktes Scheidungsurteil 7 811. — vom Auslandsurteil bereits zurückgewiesener Einwand, daß die ausschließliche Zuständigkeit der inländischen Gerichte vereinbart worden sei 7 811.
2. Nichteinlassung des Deutschen. — Begriff des Einlassens 5 809. — bei der Streitverföndung entsprechenden ausländischen Garantiefolge 1 3, 155. — Ausbleiben in einem späteren Termin nach vorheriger Verhandlung 4 704. — Berufungseinlegung 5 809. — bei mündlich erhobener Widerklage in Österreich 4 704 (§ 328 Ziff. 2).
3. „Staat des Prozeßgerichtes“ im Sinne d. § 328 Ziff. 2 ZPO. — Zustellung in einem Teil des Staates, in dem die für das ausländische Prozeßgericht maßgebende Gesetzgebung u. Gerichtsverfassung nicht gilt 7 811. — Zustellung d. Klage an den Deutschen „in Person“ (§ 328 Ziff. 2); Zustellung an General-Spezial-Bevollmächtigten, Prokuristen gesetzliche Vertreter 7 811, 812. — Zustellung d. Klage an einen vom ausländischen Gericht bestellten Offizialvertreter d. Beklagten; Abwesenheitskurator 7 812.
4. Verstoß gegen die guten Sitten oder den Zweck des deutschen Gesetzes. — danach ist die Rechtsanwendung des ausländischen Richters von deutschen nachzuprüfen 1 3, 155/156. — „Zweck“ Begriff 1 3, 155. — wenn die Grundlage oder die Art und Weise der Herbeiföhrung des Urteils gegen die guten Sitten verstößt 1 3, 156. — Beschränkung des deutschen

Richters auf das tatsächliche Vorbringen vor dem ausländischen Gericht? 7 811, 812.
 5. Verbürgung der Gegenseitigkeit. — Begriff 3 2, 467. — Gleichstellung der deutschen Urteile mit den Urteilen der eigenen Gerichte ohne Prüfung ihrer Richtigkeit 1 3, 154. — wenn die Bedingungen für Erlass eines Vollstreckungsurteils im Ausland nicht wesentlich schwerere sind als die d. ZPO. 1 3, 156. — Verbürgung der Gegenseitigkeit durch ständige Übung des Gerichts 4 704; 5 809. — Gegenseitigkeit in der „Anerkennung“ 5 809. — Anerkennung des deutschen Urteils im Ausland nur insoweit, daß dort aus ihnen mit Erfolg die Einrede rechtskräftig entschiedener Sachen erhoben werden kann, keine Gegenseitigk. 7 812. — Österreich 1 3, 156. — Chile 1 3, 156. — Zürich 3 2, 467 (2); 5 809; 6 830. — Bern 3 2, 467; 4 704; 6 830. — St. Gallen 6 830. — Waadtland 6 830; 7 812. — Schweiz 3 2, 467. — Belgien 5 809. — Dänemark 6 830; 7 812. — Kalifornien 6 830; 7 812. — Italien 7 812. — Holland 7 812. — England 7 812. — Nordamerika 7 813.
 Folgen der Nichtanerkennung. — der ausländische Prozeß bewirkt keine Rechtshängigkeit 1 3, 154 (vgl. 1 3, 113, 124). — die im ausländischen Prozeß entstandenen Kosten braucht der Unterlegene nicht zu zahlen, auch wenn das inländische Gericht später gerade so entscheidet wie das ausländische 3 2, 467. — kann auf Grund des ausländischen Urteils ohne Vollstreckungsurteil ein Eintrag in ein öffentlich. Buch, Register erfolgen? 3 2, 467. — Stützen d. Unterbrechung d. Verjährung auf eine im Ausland erhobene Klage, wenn dem ausländischen Urteil die Anerkennung im Inland versagt ist? 7 811.

Auslegung f. a. Ortssitte, mündliche Nebenabreden, Richter, Treu u. Glauben, Verkehrssitte, Stillschweigen, Handelsklauseln, Vertrag, clausula rebus sic stantibus, Willenserklärung, Testament, Wohnheitsrecht, Versicherungsvertrag, Konkurrenzverbot. — Vorschriften d. BGB. über A. e. Willenserkl. auch auf frühere Rechtsverh. anwendbar 2 1, 64. — Zugrundelegung der am Schuldort herrschenden Verhältnisse 6 56. — Begriff 1 1, 96. — auslegende Rechtsätze als Wohnheitsrechtsätze 1 1, 96; 7 65. — Wesen u. Begriff d. A.sregel (=vorschrift) 1 1, 122; 3 1, 54. — Beweislast u. Auslegungsregel 5 71. — Analogie 5 1. — Beschränkung d. A.smaterials 2 1, 64. — nach Treu u. Glauben im Verh. z. A. nach d. Verkehrssitte 5 50. — A. der Rechtsgefch. der Prüfung des Revisionsgerichts unterliegend 1 1, 96. — Ausdruck als Quelle d. A. 5 40. — Beisätze f. d. richterl. A. e. Vertrags nach Treu u. Glauben 2 1, 80, 121,

— Berücksichtigung der aus dem einseitigen Interesse einer Partei sich ergebenden Gründe 7 65 f. — A. einer Willenserklärung; innerer Wille u. erklärter Wille 6 55; 7 46. — der Willenserklärung im Verkehr allgemein zugeschriebene Bedeutung im Gegensatz zu der von der Partei der Erklärung untergelegten Bedeutung 6 55; 7 65. — Bedeutung d. allgemeinen Anschauung billig denkender Menschen; Verkehrsauffassung 7 46, 65. — Verkehrssitte geht A.sregel vor 2 1, 80. — Berücksichtigung der einer Partei nicht bekannten Verkehrssitte 6 71. — Anwendung von Wohnheitsrecht sanktioniert in §§ 157, 242 BGB. 5 50. — Verhältnis d. Irrtums z. A. 2 1, 50; 5 32; 6 55. — Berücksichtigung des wirtschaftlichen Zweckes 6 71, 92. — § 157 im Vergleich mit § 242 1 1, 95 f. — Bedeutung d. Auffassung d. Urundsbeamten für die A. 7 47. — ob Stellvertretung oder e. andere Geschäftsart (Vertrag zugunsten Dritter) vorliegt 7 76. — pacta sunt servanda 5 51. — *dolo facit qui petit quod redditurus est* 6 71. — A. des Schweigens 3 1, 45; 5 40, 50 (f. Stillschweigen). — Auslegung gegen den durch sein Schweigen den Zweifel verursachenden Vertragsteil 7 65. — d. Urkunde im Grundbuchverkehr 2 2, 407. — Berücksichtigung d. „Umstände d. Falles“ 4 41; 5 39, 40; 7 46, 65, 98. — Nichtdenken d. Parteien an eine sich später ergebende Eventualität 6 56; 7 46, 794. — Einleitung e. Willenserklärung in e. höfliche Form („ich bitte“ usw.) 3 1, 45; 4 41. — Umfang d. Geltung d. § 133 BGB. 4 42; 5 39. — Berücksichtigung von dem Gegner nicht zugegangenen Erklärungen? 6 54. — A.sbedürftigkeit e. Rechtsgeschäfts Voraussetzung f. d. Anwendung d. § 133 BGB.? 2 1, 64. — *falsa demonstratio non nocet* 5 40. — Berücksichtigung mündlicher Verhandlungen bei klaren, nicht auslegungsbedürftigen Urkunden? 7 46. — Auslegung gegen die übereinstimmenden Erklärungen der Parteien zulässig? 7 66. — A. notariell beurkundeter Erklärungen durch d. Grundbuchamt 4 42. — A. von Vollmachten 5 54. — A. von Verkehrsgeschäften 5 39, 40. — Erfordernis der Vereinbarkeit d. ermittelten Willens mit d. vorhandenen Erklärung 2 1, 64; 4 1, 42. — keine A. bei Einverständnis d. Parteien über den Sinn 3 1, 45; 5 39, 40; 7 46. — § 157 unanwendbar bei Parteivereinbarung über d. Sinn e. Ausdrucks 4 51. — A. undeutlicher Ausdrucksweise gegen d. Erklärenden? 2 1, 81; 4 51; 5 51. — Berücksichtigung mündlicher Vorverhandlungen neben e. Vertragsurkunde 7 46. — A. e. schriftlichen Erklärung 5 40. — Heranziehung v. A.sbeisätzen außerhalb der Urkunde bei form-

(Auslegung)
 bedürftigen Rechtsgeschäften 7 43 (2). —
 A. formalisierter Willenserklärungen 3 1,
 40; 4 36, 42; 5 37, 39, 50. — A. von
 Vertragsurkunden 3 1, 45; 4 51; 5 40. —
 keine Vermutung für Gesetzeskenntnis d.
 Kontrahenten 3 1, 45. — Verträge unter
 e. Voraussetzung (Vorbehalt) 5 40. —
 A. von Verträgen Gewerbetreibender
 2 1, 80; 4 51 (Baugewerbe). — die
 Haftung des Versicherers beschränkende
 Klauseln 6 70, 71 (Wirkungsklausel)
 (f. Versicherungsvertrag). — die Haftung
 d. Vermieters beschränkende Klauseln
 6 70. — A. d. Zusicherung, daß d. Dividende
 durch Hinterlegung von Wertpapieren
 gedeckt sei 2 1, 80. — Kaufvertrag, wonach
 d. Käufer sich verpflichtet, das Grundstück
 mit einer „Villa“ zu bebauen 6 56. —
 A. d. Zweckbestimmung e. öffentlichen
 Sammlung 6 70. — A. von Anträgen
 u. richterl. Entscheidungen 2 1, 64. —
 A. leibwilliger Verfügungen 3 1, 44;
 4 42. — A. des Gesetzes durch den Richter;
 Grenzen des richterlichen Ermessens 3 2,
 336, 337; 7 95, 96. — A. von Gesetzen
 2 1, 114; 4 66; 5 73. — ausdehnende
 oder einschränkende A., Bedeutung d.
 § 157 f. d. Gesetzes-A. 1 1, 94; 2 1, 80;
 4 51. — A. e. Urkunde, durch die ein
 Hypothekenbrief als Faustpfand übergeben
 wird 7 47. — A. des Wortes „circa“ bei
 d. Quantitätsbezeichnung 5 85. — A. d.
 Konkurrenzklause 3 1, 45 (f. Konkurrenz-
 verbot). — A. von Strafgebungen nach
 Treu u. Glauben 1 1, 255; 3 1, 54, 169;
 4 51, 129. — A. von Privilegien 4 42. —
 A. e. Stundungsvertrags nach Treu u.
 Glauben 5 106; 7 66. — A. richtige e.
 Offerte keine Änderung (§ 150 II BGB.)
 5 49. — Verwendungs des Eides z. A. e.
 Erklärung 2 1, 64 (vgl. 4 42). — A. obli-
 gatorischer Immobilienverträge 7 148
 (f. Form des Immo.-Vertr.). — nach
 allgemeiner Sitte einen bestimmten Sinn
 besitzende Worte; Gebrauch derselben in
 Unkenntnis dieses Sinnes 7 65. —
 e. Bauhypothek eingeräumter Vorrang
 7 69. — Klausel, daß Betriebsstörungen,
 Streif von Einhalten der Lieferfrist
 befreien 7 68 (f. Streit). — Kauf e. Grund-
 stücks unter Voraussetzung, daß Käufer
 e. Wirtschaftskonzession erhalte 7 69. —
 Gründe f. vorzeitige Kündigung e. Kredits
 7 69 (f. Kredit). — sofortige Rückzahlung
 e. Darlehens ohne Kündigung bei un-
 pünktlicher Zinszahlung; verspätete Gel-
 tendmachung des Rückzahlungsanspruchs
 7 69. — Klausel, die den Bankier im Falle
 der Nichtverstärkung e. Sicherheit z.
 Verkauf d. hinterlegten Pfandes ohne
 Verkaufsan drohung ermächtigt 7 69. —
 Einräumung e. Anschlußgleises seitens d.
 Bahn; Wegfall bei Kollision mit öffentl.

Verkehrsinteressen 7 70. — Versprechen,
 jemanden aus e. Wechselunterschrift ma-
 teriell nicht in Anspruch zu nehmen 7 70. —
 Verlegung e. Wegerechtes 7 70. — Verzicht
 e. Bauunternehmers auf alle Beweismittel,
 zu deren Erbringung e. teilweise
 Zerstörung d. Baues nötig wäre 7 70.

Auslobung f. Spiel u. Wette. — A., rechtl.
 Charakter, Kriterien 1 1, 404; 2 1, 393; 4 214,
 215; 5 263. — A. u. Wette, insbes. Fall
 Dasbach-Hoensbroech 3 1, 280 f., 302 f.;
 4 215 236; 5 263; 6 258, 272; 7 276. —
 A. i. e. S. u. Preisaus schreiben 4 215. —
 negative A. 4 215. — polizeiliche A. 2 1,
 394; 3 1, 284. — „Belohnung“ 4 215. —
 „Erfolg“ 4 215. — „Vornahme der Hand-
 lung“ 1 1, 404. — Adressat d. Auslobung
 1 1, 404; 6 258. — A. vermeintlich „ver-
 lorener“ Sachen, Bedeutung d. Irrtums
 über die Eigenschaft d. „verlorenen“ Sache
 2 1, 394, 421. — Rechtsnachfolge auf
 seiten des Auslobenden u. des Bewerbers
 1 1, 404. — Zusammenwirken mehrerer
 zum Erfolge (§ 660) 1 1, 405; insbes.
 bei polizeil. A. 2 1, 283. — Beweislast
 bzgl. d. Erfüllung d. Bedingungen 1 1,
 404. — Unwiderruflichkeit der Preisaus-
 schreibung 1 1, 405. — Entschädigung für
 die Projektarbeiten 7 277 (f. Submission). —
 Preisverteilung 1 1, 405. — Preisrichter;
 Ausmahl, Wegfall, Entscheidung nach
 billigem Ermessen, einstimmiger Spruch
 1 1, 405. — Preisrichterirrtum 4 216. —
 Widerruf 1 1, 404; 4 215. — Tod oder
 Geschäftsunfähigkeit d. Auslobenden 2 1,
 395; 4 216. — bedingte u. befristete A. 3 1,
 281. — bedingte Vollmacht zur Vornahme
 e. A. 3 1, 281. — A. spreife als Erträge
 „gewinnbringender Beschäftigung“ i. S. d.
 PrEinfStG. 3 1, 281. — Rechtsweg
 gegen die nach § 661 Abs. 2 ergehende Ent-
 scheidung d. Auslobenden oder der Preis-
 richter; Klage auf Zuerkennung des Preises
 7 277. — Aufsehung der Entscheidung
 im Sinne des § 661 Abs. 2 nach § 123 7 277.
 — A. von Finderlohn durch d. negotiorum
 gestor 2 1, 421. — Veranstaltung e. Preis-
 fegeln 7 277.

Ausschließung von Gerichtspersonen f. auch
 Ablehnung. — nur mit Rücksicht auf e. i. e. n
 Streitgenossen ausgeschlossener Richter
 7 736. — Richter als Teilhaber e. offenen
 Handelsgesellschaft in Prozessen der
 letzteren 3 2, 33, 352. — Teilhaber einer
 offenen Handelsgesellschaft u. eingetr.
 Genossenschaft als Geschworener bei einem
 gegen die offene Handelsgesellschaft be-
 gangenen Reat 2 2, 303; 5 661. — Kom-
 plementar e. Kommanditgesellschaft auf
 Aktien bei Betrug gegen die A.-K.-G. 5 691.
 — Mitwirken aus einem von anderen
 Richtern aufrechterhaltenen Veräumnis-
 urteil bei späterer Berufung 5 753. —
 Zweck der Vorschrift des § 41 Ziff. 6 3 2,

352. — Beteiligung an der Erlassung e. Beweisbeschlusses **3 2, 353.** — Beteiligung an der Urteilsverkündung **3 2, 353.** — Beteiligung an der Erlassung e. aufgehobenen Berufungsurteils bei Zurückverweisung an einen anderen Senat **3 2, 353.** — Beteiligung an der Einstellung der Zwangsvollstreckung aus e. Verläumnisurteil **5 753.** — Beteiligung an e. Beschluß über Beweisicherung **5 753.** — Vertretung e. Partei in einer anderen, wenn auch denselben Gegenstand betreffenden Sache (§ 41 Ziff. 4) **6 750.** — kann der Vormundschaftsrichter in der Sache, in der er die Klagerhebung genehmigte, Prozeßrichter sein? **2 1, 688; 3 2, 352.** — Ausschluß d. Richters in Sachen seiner Frau, wenn die Ehe für nichtig erklärt ist **5 993.** — Mitwirken e. d. Vollstreckungsklausel verfassenden Vorsitzenden bei Entscheidung über die Rechtmäßigkeit d. vom Gerichtsschreiber erklärten Verweigerung d. Klausel **6 879; 7 736.** — Anwendung d. §§ 41 ff. ZPD. im Konkurs **3 2, 270.**

In der freiwilligen Gerichtsbarkeit (s. auch diese) **3 2, 183.** — Ausschluß des Vormundschaftsrichters, wenn der Vormund sein Verwandter ist? **1 2, 170; 3 2, 212.** — Anwendung des § 1795 BGB. auf den Vormundschaftsrichter? **3 1, 540** (s. Vormundschaftsgericht). — Handelsrichter, der zugleich Mitglied d. Handelskammer ist bei Entscheidung der Kammer für Handelsfachen über eine Beschwerde, zu der die Handelskammer Anlaß gab **3 2, 183; 7 984.** — „beteiligt sein“ im Sinne des § 6 Ziff. 1 ZGB.; bloßes Interesse am Ausgang der Sache; **3 2, 183.** — Mitgliedschaft an e. Verein Ausschließungs- und Ablehnungsgrund; Richter als Vorstandsmitglied d. Vereins **3 2, 183.** — „Beteiligte“ im Sinne des § 6 Ziff. 1 ZGB.; Beteiligte, deren Interesse dem d. zunächst Beteiligten entgegenge-
setzt ist **5 992.** — Anwendung des § 41 Ziff. 6 ZPD. auf Grundbuchsachen **5 993.** — Folgen d. Mitwirkung e. ausgeschlossenen Richters **3 2, 183.** — Tätigkeit e. ausgeschlossenen Gerichtsvollziehers **4 660.** — Ausschließung e. Notars; weitere Beschwerde **3 2, 183; 4 851; 7 894.** — Ausschließung d. Richters in Sachen seiner Ehefrau, wenn die Ehe für nichtig erklärt ist **5 993.** — Ausschluß d. Vormundschaftsrichters wegen Verwandtschaft mit d. Mündel, Vormund, Beistand, Pfleger, mit dem dritten Kontakthenten **3 2, 212.** — A. in Nachlassfachen **3 2, 224.** — A. bei Aufnahme gerichtlicher oder notarieller Urkunden s. diese

Ausschluß aus einem Verein s. Verein.

Ausschlußfristen s. auch Fristen. — Anwendung des Art. 169 GGWB. auf am 1. I. 1900 laufende A.? **1 2, 414; 2 1,**

783 (§§ 124, 864 BGB., Ansetzungsrecht nach R.D.). — Unterschied von Verjährungsfristen **1 1, 125; 4 57, 58.** — Verlaufenlassen e. A. als objektiv wirkender Tatbestand **1 1, 59.** — Anwendung des § 193 BGB. auf Berechnung der A. **6 79.** — Unwendbarkeit der §§ 203, 206, 207 BGB. **1 1, 130.** — Frist des § 63 BGB. A. **1 1, 44.** — Beweislast **4 57, 58.**

Aussetzung — in der freiwilligen Gerichtsbarkeit s. diese. — im Zwangsvollstreckungsverfahren **1 3, 308** (s. dieses); **7 769.** — bei Offenbarungseid **1 3, 308.**

1. Wegen Abhängigkeit von einem anderen abhängigen Rechtsstreit. — Aussetzung d. Rechtsstreits gegen e. Beklagten, der das ganze Vermögen des ursprünglichen Schuldners übernommen hat, wenn in e. anderen Klage gegen den gleichen Beklagten auf Unwirksamkeit d. Vermögensübertragung geklagt wird **7 768.** — Aussetzung d. Prozesses über Schadensersatz wegen Vorenthaltung einer Baukaution bis zur Erledigung e. Prozesses über den gegenseitigen Anspruch aus dem Bauvertrag **7 769.** — Aussetzung bei Gleichheit d. Rechtsverhältnisses auch ohne Bestehen einer Abhängigkeit **7 769.** — A. e. Wechsel-Nachverfahrens, in dem die Einrede des Wuchers gebracht wird, mit Rücksicht auf e. ebenfalls wegen Wuchers erhobene Klage auf Rückgabe des Wechsels **7 769.** — Klage auf Löschung e. durch Zahlung getilgten Teils e. Hypothek gegenüber einem Rechtsstreite über Nichtentstehen d. Forderung **7 769.** — A. e. Rechtsstreits, um die Festsetzung des z. Aufrechnung gestellten Anspruchs auf Feststellung d. Nachlasspflegerhonorars zu betreiben **7 769.** — Anordnung d. Aussetzung ohne förmlichen Beschluß **7 769.** — obligatorische Aussetzung, wenn der Fortgang d. Verfahrens von d. Entscheidung nach § 11 GGWB. abhängig ist **7 769.** — Aussetzung im Beschlußverfahren (Zwangsvollstreckung, Armenrecht) **7 769.** — A. des Verfahrens über die Aufrechnung **1 3, 76.** — wenn eine aufrechnungsweise geltend gemachte Gegenforderung in einem anderen Prozeß eingeklagt ist **1 3, 77; 5 779; 6 783 (2); 7 769.** — Rechtsstrafwirkung des einen Prozesses für den anderen **5 778, 779.** — wegen Verwertung der Beweisergebnisse des anderen Prozesses **1 3, 77; 3 2, 243.** — nur wenn der Rechtsstreit ohne vorgängige Feststellung jenes Rechtsverhältnisses nicht entscheidungsreif ist **3 2, 423; 5 779.** — aus Zweckmäßigkeitsgründen **1 3, 77.** — bei Gesamtschuldnern **1 3, 77.** — Abhängigkeitsverhältnis nötig; Identität nicht genügend **6 783.** — Möglichkeit, daß durch die Entscheidung des einen Prozesses der andere gegenstandslos wird **1 3, 76.** —

(Aussetzung)

Gleichheit der Tat- und Rechtsfrage **13**, 76; **5 779**. — Präjudizialität zwischen dem Untersuchungsanspruch u. dem Schadensanspruch nach § 945 ZPO. **6 784**. — Befristungs- u. Eigentumsklage **6 784**. — Aussetzung e. Erbschaftsprozesses, wenn dem überlebenden Gatten vom Nachlassgericht nach Art. 46 § 4 PrVO. Frist zur Ausübung seines Wahlrechts gesetzt wird **6 784**. — Aussetzung des Erziehungstreites unter den Eltern bis zur vormundtschaftlichen Regelung **13**, 76; **5 778**; **6 783**. — Aussetzen des Anfechtungsprozesses, wenn d. Kläger auf Grund eines Wechselvorbehaltsurteils klagt u. im Wechselprozeß zum ordentlichen Verfahren geladen ist **5 779**. — Ladung trotz Aussetzung **13**, 76. — nach Erlass eines Teilurteils, um abzuwarten, ob die hierin vertretene Rechtsansicht bei der oberen Instanz gebilligt wird **32**, 243. — Gebrauchmachen vor der Aussetzungsbefugnis nur nach bestem Ermessen **4 685**. — bei mehreren fufzeßiven Pfändungen **5 779**. — wenn durch die Aussetzung dem Kläger nur die Möglichkeit gegeben werden soll, sich die zur Zeit fehlende Aktivegitimation zu verschaffen **5 779**. — Aussetzen des Streitens über ein Gebrauchsmuster wegen Erhebung der Nichtigkeitsklage gegen ein den gleichen Gegenstand schützendes Patent **4 685**. — Aussetzen der Klage wegen Patentverletzung bei Erhebung der Nichtigkeitsklage **4 685**; **5 779**; **6 783**. — Verweigerung des Patents, während ein Prozeß über Verletzung des angemeldeten Patentes anhängig ist **32**, 243. — im Urkundenprozeß zulässig? **32**, 423; **6 783 (2)**; **7 846**. — wegen eines beim Vormundschaftsrichter schwebenden Verfahrens **5 778**. — Beschwerde des Berufungsklägers gegen Ablehnung seines Aussetzungsantrags, wenn inzwischen die Berufung durch Urteil zurückgewiesen ist **6 784 (2)**.

2. Wegen Abhängigkeit von einem Verwaltungsverfahren (§ 148 ZPO.). — wenn der Rechtsweg in dem auszusetzenden Prozeß nicht zulässig ist **13**, 76. — Anhängigkeit eines Gewerbeunfallverfahrens **32**, 243.

3. Wegen Verdachts strafbarer Handlungen § 149 ZPO. — Parteienantrag nicht nötig **13**, 77. — Zulässigkeit im Urkundenprozeß **13**, 77. — bloße Behauptung der Strafbarkeit einer Partei? **32**, 423. — Glaubhaftmachung durch Bezug auf staatsanwaltschaftliche Akten **32**, 423. — in der Revisionsinstanz unzulässig **4 685**. — Beschwerde gegen Ablehnung der A. — Gegenstandslosigkeit der Beschwerde durch inzwischen ergangenes Urteil **6 784 (2)**. — Nachprüfung der

Begründetheit des Verdachts durch das Beschwerdegericht **6 784**. — A. nach Rechtskraft d. bedingten Endurteils bei Einleitung e. Meineidsverfahrens **7 769**.

4. Aussetzungspflicht bei anhängiger Ehenichtigkeits- od. Eheanfechtungsklage § 151, § 152 ZPO. — formell unzulässige Anfechtungsklage **5 779**. — Erhebung der Scheidungswiderklage im Anfechtungsprozeß **5 779**.

5. Nach §§ 246 ff. ZPO. vgl. Unterbrechung. — Verlust der Parteifähigkeit? **13**, 31. — Tod, Geisteskrankheit eines Streitgenossen **13**, 36; **4 687**. — bei Entmündigung wegen Verschwendung (bad. LR.) **13**, 43. — wenn der Prozeßbevollmächtigte bei Verlust der Prozeßfähigkeit der Partei namens des gesetzlichen Vertreters aufgetreten ist **13**, 88. — Tod der Partei nach Bestellung eines Prozeßbevollmächtigten **32**, 433. — Tod der durch einen Prozeßbevollmächtigten vertretenen Partei nach Zustellung des Urteils, aber vor Einlegung der Berufung; bei welchem Gericht ist die A. zu betreiben **13**, 88; **32**, 491; **4 687**; **5 785**; **6 792**; **7 777**. — „Vertretung“ im Sinne des § 246 = „Vertretung“ für eine bestimmte Instanz **6 792**. — verliert d. Gegner d. verstorbenen Partei das Recht auf A. durch die Erklärung des gegnerischen Prozeßbevollmächtigten, daß er das Verfahren für den Erben aufnehme? **7 779**. — Vertretung durch Prozeßbevollmächtigten, wenn die Partei in den unteren Instanzen, aber nicht in der Revisionsinstanz vertreten war **13**, 88 (vgl. **6 792**). — A. gesuch bis zur Rechtskraft des Urteils zulässig **13**, 88. — Eintritt der Rechtskraft des Urteils nach Eingang, aber vor Vorbescheidung des A.santrags **13**, 88; **5 785**. — statt Antrags auf A. kann auch die Legitimation des Rechtsnachfolgers bemängelt werden **13**, 87/88.

Zeitpunkt der Wirksamkeit, der Aussetzung, Verkündung oder Zustellung d. Beschlusses **5 785**.

Wirkungen der Aussetzung. — Unwirksamkeit aller Prozeßhandlungen: Feststellung der Unwirksamkeit durch das Gericht **13**, 88. — Verzicht auf die Wirkungen **13**, 88. — Aufnahme ohne Schriftsatz **13**, 88; **7 779** (durch Erklärung in mündl. Verhandlung). — Aufnahme f. Unterbrechung. — Wiederaufhebung der A. auf Beschwerde **13**, 89. — Ladung zur Aufnahme des Verfahrens zwischen Zustellung des Urteils u. Einlegung des Rechtsmittels; zuständiges Gericht **32**, 491; **7 777**. — Ablehnung e. A.santrags nicht durch Beschluß, sondern in den Gründen des Berufungsurteils; Nachprüfung durch das Revisionsgericht **7 779**.

Aussonderung im Konkurs s. Konkursverteilungsverfahren. — z. Bt. d. Konkursöffnung gegen d. Gemeinschaftsdner anhängige, auf Aussonderung gerichtete Prozesse, Aufnahme s. Konkursmasse. — Natur des im § 43 R.D. gewährten A.sanspruches 2 2, 497. — „Gegenstände“ im Sinne des § 43 R.D.; A.sanspruch wegen persönlich. Ansprüche 4 809. — Geltendmachung des A.srechts durch d. Abzahlungsverkäufer als Rücktritt nach § 5 Abz.-G. 2 2, 497. — *condictio ob injustam causam* auf Vernichtung e. widerrechtlichen photographischen Aufnahme als A.sanspruch 2 2, 497. — Neuanfassungen bei Übertragung e. Warenlagers zur Sicherung e. Forderung 2 2, 497. — dem G.-Schuldner fiduziarisch überlassene Sachen 2 2, 489, 497; 4 809; 6 992 (3). — fiduziarische Veräußerung 3 1, 191; 4 144; 5 160. — Abtretung e. Forderung zur Einziehung 3 2, 265; 4 810. — *Securitätszession* 3 2, 265, 269. — *Sicherungskauf* 3 2, 265; 6 992 (2) (vgl. Absonderung). — fiduziarische Vereinbarung z. Zweck einer Sammlung (§ 191 BGB.) 6 992. — A.srecht d. Treugebers im Konkurs d. Treuhänders 2 2, 497 (2); 3 2, 265; 5 950; 6 992. — A.srecht d. Macherben, wenn der Gemeinschaftsdner als Vorerbe während d. Konkurses stirbt 2 2, 498, 507. — *Vollmachtgeber*, auf dessen Grundstück sich d. Gemeinschaftsdner unter Mißbrauch d. *Vollmacht* e. Hypothek bestellen ließ 2 2, 498. — wer die zur Vereitelung seines Anspruchs auf Herausgabe e. ihm gehörigen Sache erfolgte Veräußerung mit Erfolg ansieht, ist A.sberechtigter 2 2, 498. — Anspruch d. Mannes, Herausgabe d. Eingebachten im Konkurs seiner Verwaltungsgemeinschaftl. Frau zu verlangen, A.sanspruch? 3 2, 265. — A.sanspruch d. Verkäufers e. dem Gemeinschaftsdner bei Konkursöffnung bereits übergebenen beweglichen Sache nach Anfechtung d. Kaufgeschäftes wegen Willensfehler beim Kaufalteschaft? 3 2, 265. — Eigentumsübergang bei Verwendungskauf 4 809; 5 950. — A.sanspruch auf Grund d. durch den Gemeinschaftsdner erfolgten Abtretung des beim künftigen Verkauf e. Grundstücks zu erzielenden Kaufpreises, wenn der Verkauf durch den Verwalter erfolgt 4 810. — Vereinbarung, der Käufer solle die beauftragte Ware auf Lager nehmen, verkaufen u. d. Mehrerlös über d. Vertragspreis für sich behalten, als Eigentumsübertragung? 4 809, 810. — Anspruch auf Bewilligung d. Löschung e. bezahlten Grundschuld u. Herausgabe d. Grundschuldbriefs 4 810. — Anspruch auf Duldung d. Wegnahme kein A.sanspruch 4 810; 6 992. — A. von unter Eigentumsvorbehalt verkauften verbrauchbaren Sachen

6 992. — Anspruch auf Berichtigung d. Grundbuchs kein A.sanspruch 6 992. — dem A.skläger nicht eigentümlich gehörig, aber von ihm dem Kreditar durch Vertrag (Leihe, Miete usw.) überlassene Sachen 5 950. — A.sanspruch d. Versicherten im Konkurs d. Versicherers bzgl. d. Prämienreserve? 4 811. — A.srecht, wenn d. Gemeinschaftsdner, der ein Grundstück für gemeinschaftl. Rechnung kaufte, sich abredewidrig als Alleineigentümer eintragen ließ 4 810. — A.srecht an den unter Einräumung e. *Vorkaufsrechts* an d. Gemeinschaftsdner vom Fabrikanten vermieteten Maschinen 6 992 (s. Maschinen). — Vermutung des § 1362 BGB. im Konkurs d. Ehefrau 3 2, 266; 2 2, 498. — A.sanspruch der Ehefrau: *Beweislast*: Verhältnis d. § 45 R.D. zu §§ 1381, 1382 BGB. 2 2, 498. — A.sanspruch d. Witwe d. Gemeinschaftsdners (§ 45 R.D.) 2 2, 498. — Vertrag, durch den sich d. Gemeinschaftsdner verpflichtet, *Kommissionswaren*, die er nach e. bestimmten Zeit noch auf Lager hat, auf eigene Rechnung zu übernehmen, während d. *Kommittent* sich freie Hand darüber vorbehält, ob er das Eigentum übertragen will oder nicht 4 809. — A.srecht d. *Kommittenten* im Konkurs d. *Kommissionärs* an den vom *Kommissionär* für d. *Kommittenten* angeschafften Waren, *Wechseln* oder *Inhaberpapieren*? 4 810. — *Rechnungspflicht* d. Gemeinschaftsdners gegenüber d. A. (*Kommittenten*) 1 1, 168. — die wirtschaftl. Einheiten nach §§ 93, 94 BGB. u. das A.srecht 5 23. — *Gerichtsstand* d. A.sklage 5 751. — *Verfolgungsrecht* (§ 44 R.D.) 5 950 6 992. — *Pflicht* d. *Konkursverwalters* z. Leistung d. *Offenbarungseides* gegenüber dem A.sberechtigten (§ 883 B.P.D.) 3 2, 266. — *Rechnungspflicht* d. *Konkursverwalters* gegenüber dem *Kommittenten* wegen A. des *Kommissionsgutes* 1 1, 168. — *Glaubhaftmachung* d. Eigentums vor Erhebung d. Klage 4 810. — *Schadensersatzanspruch* des A.sberechtigten gegen d. Verwalter nach §§ 989 ff. BGB. 4 810. — Klage auf A. von *Zubehörgrundstücken* e. unter *Zwangsverwaltung* stehenden Grundstücks gegen den *Konkursverwalter* zu richten 4 810. — Anspruch auf A. bei Sachen, die der Konkursmasse auf bestimmte Zeit überlassen werden müssen; *Klagantrag* auf Anerkennung des Eigentums 5 949, 950. — vom *Konkursverwalter* einem Dritten gegen *Lagergeld* in *Verwahrung* gegebene, der A. unterliegende Sachen; kann der *Konkursverwalter* dem A.skläger die *Nichtbezahlung* d. *Lagergeldes* entgegenhalten? 5 950. — *Klagerhebung* in dem *Gerichtsstand* d. vereinbarten *Erfüllungsortes* 6 992. — Anspruch auf d. Erlös bei Verkauf der dem A.srecht unterliegenden Sachen

(Aussonderung)

durch d. R.-Verwalter **6 992**. — Wirkung d. Feststellung e. Anspruchs zur Konkurs-tabelle auf d. Geltendmachung d. A.srechts **5 955**. — gleichzeitig Anmeldung d. Kaufpreises d. unter Eigentumsvorbehalt verkauften Sachen neben der A.sklage **6 992, 1001**.

Aussperrn von Arbeitern (s. Koalitionsfreiheit, Boykott, unerlaubte Handlung §§ 823, 826) **1 1, 480; 3 1, 92, 339, 359; 4 958; 5 329; 7 359**. — Mai-Aussperrung (s. diese) **7 254**.

Ausspielsvertrag s. Lotterien.

Ausstattung vgl. Mitgift, Aussteuer. — Begriff **3 1, 497; 4 401; 5 491**. — Anwendung der §§ 1624 f. bei nach 1900 gewährter Ausstattung oder Verheiratung oder Selbständigmachung vor 1900 **2 1, 803**. — rückwirkende Kraft des § 1465? **2 1, 803**. — Beweislast f. d. Ausstattungsabsicht des Gebers **1 2, 100**. — Gegenstand d. Ausstattung **5 491**. — Schuldenzahlung als Zuwendung nach § 1624 **1 2, 100**. — Versprechen der Wohnungsgewährung als A. **5 491**. — „Angemessenheit“ Maßstab **1 2, 100**. — f. d. Angemessenheit maßgebende Zeitpunkte **1 2, 100**. — Versprechen d. Vaters nach seiner Wahl, ein Grundstück oder eine Geldsumme als A. zu geben **3 1, 498**. — Gewährung v. Ausstattung seitens d. Mannes aus dem Gesamtgute **1 2, 100**. — A. e. Kindes als unentgeltliche Verfügung nach § 32 Ziff. 1 R.D. **1 2, 100; 2 1, 644; 4 401; 7 498**. — Einrede der Bedürftigkeit (§§ 519, 1603) **1 2, 100**. — Rechtswohlthat d. Kompetenz **1 2, 100**. — Mitgiftversprechen d. Schwiegervaters oder eines Dritten lästiger Vertrag oder Schenkung? **1 2, 100; 2 1, 643; 3 1, 497, 498; 4 401 f.; 5 204, 491, 492; 6 484; 7 497, 498**. — formloses A.sversprechen des Vaters **2 1, 643, 644**. — Form e. die Voraussetzung des § 1624 BGB. erfüllenden Schenkungsversprechens **7 499**. — Schenkungscharakter; Beseitigung durch beigefügte Zweckbestimmung **2 1, 644; 4 401; 5 491; 6 484; 7 497** (Eheabschluß als Gegenleistung); **7 498, 499** (bei e. die Vermögensverhältnisse d. Eltern überschreitenden A.). — Versprechen e. Leibrente e. jährlichen Zuschusses; Notwendigkeit der Schriftform? **5 491; 6 271, 484; 7 298, 498, 499**. — Als A. versprochene Leibrente für Lebensdauer für zweite Ehe wirksam? **5 491**. — Anwendung des § 1625 bei e. Verwaltungenach § 1619? **1 2, 101; 2 1, 644**. — Anwendung der Vermutung d. § 1625 nur bei Identität von Vermögensverwalter und Ausstattungsbesteller **1 2, 100**. — zur Befreiung d. Aussteuer, nicht aber der vom Vater beschafften sonstigen A. hinreichendes Vermögen d.

Tochter **1 2, 100** (s. **4 402**). — Einfälligkeit e. Mitgiftversprechens bei Aufhebung d. Verlobung: kein Wiederaufleben bei trotzdem erfolgter späterer Heirat **4 402**. — Rückforderung der dem Schwiegersohn versprochenen A. wegen Nichterfüllung der durch die Ehe begründeten Pflichten **2 1, 643; 7 499**. — A.sversprechen unter d. stillschweigenden Bedingung, daß die Eheleute „wie christliche u. häuerliche Gatten miteinander leben würden“; Rückforderung **7 499**. — Übertragbarkeit des Anspruchs auf A. **6 485**. — Einfluß auf d. Einkommensteuer d. A.sgebers **4 401**. — Steuerfreiheit e. Mitgift u. A. **5 402**. — abstraktes Schuldversprechen dotis causa als A.sversprechen **5 150**. — Einklagung e. Mitgiftversprechens nach dem Tode der Frau **7 500**. — Klage des Schwiegersohns auf Erfüllung d. Mitgiftversprechens; Klagantrag auf Zahlung an beide Eheleute **7 498**. — Klage der Tochter aus dem vom Vater gegenüber dem Bräutigam abgegebenen Mitgiftversprechen **7 498**. — „Zuschuß zu den Haushaltungskosten“: Wegfall bei tatsächlicher Trennung der Gatten **7 499**. — nach d. Hochzeit an den Schwiegersohn gemachte Versprechen e. baren Mitgifts an Stelle des vor der Hochzeit versprochenen Grundstücks; form. **7 499**.

Ausstellungen s. unlauterer Wettbewer. — Schutz des gewerbl. Urheberrechts auf A. **7 1153**. — Haftung d. Ausstellers wegen unsicherer Wege **3 1, 140; 5 116**.

Auster. — Perle in der Auster **5 20**.

Aussteuer f. Mitgiftversprechen. — Anspruch bei Heirat vor 1900 **1 2, 98, 442, 444**. — Begriff **1 2, 96; 5 487, 488**. — A.-Schuld als Gattungsschuld **4 398**. — Kleidungsstücke u. Leibwäsche, Schmutz als Gegenstand d. A. **5 488**. — Gegenstände f. d. Gebrauch d. Mannes Aussteuer? **1 2, 96**. — für Bemessung der Höhe maßgebender Zeitpunkt **4 398**. — Verhältnis d. Aussteueranspruchs zum elterlichen Nutznießungsrecht **5 512**. — Bemessung der Höhe **1 2, 96, 97; 3 1, 497; 4 398; 5 488**. — den Erbteil übersteigende A. **1 2, 97**. — Klage auf künftige Leistung (§ 259 B.P.D.) **1 2, 97; 3 1, 496; 5 487**. — Entstehen des A.-Anspruchs erst mit Heirat? **1 2, 97 (2), 98; 2 1, 643; 3 1, 496; 4 398; 5 487**. — Klage auf Feststellung d. A.-Pflicht vor Heirat? **1 2, 97, 98, 127; 2 1, 643; 3 1, 496; 5 487, 489** (Einwand der fehlenden Ehegenehmigung). — Aussteuerbedürftigkeit **1 2, 97; 4 399; 5 488**. — Vermögensbefiz der Tochter, wenn das Vermögen nach Bestimmung des Zuwendenden nicht zur A. verwendet werden darf **5 488**. — keine Pflicht zu wiederholter Aussteuer bei Verlust d. ersten durch Verschulden Dritter **1 2, 97**. — Ge-

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

währung, wenn der Pflichtige unter Vormundschaft steht s. Vormundschaft über Volljährige. — Anspruch der unehelichen Tochter **1 2, 97.** — *A.-Anspruch* der an Kindesstatt angenommenen Tochter; Übergang der *A.-Pflicht* auf die Frau des Aussteuerpflichtigen **1 2, 97; 2 1, 643, 806 (Übergangsrecht); 3 1, 497; 4 399; 5 489; 6 483.** — *gänzlicher Mangel v. Möbel- u. Hausrat Voraussetzung des A.-Anspruchs? **2 1, 643.** — *Hauseinrichtungsbefehl* des künftigen Mannes ohne Einfluß auf d. *A.-Anspruch* der Tochter **1 2, 97.** — *Art der Gewährung* nach § 242 BGB. zu beurteilen **5 85.** — *A. in Geld* oder in Gegenständen **1 2, 97; 3 1, 496, 497; 4 398; 5 487, 488.** — *Gewährleistung* für die als *A.* gegebenen Sachen **1 2, 98 (2); 4 399, 400; 5 489; 6 483, 484.** — *Herabgabe* von alten Sachen als *A.* **5 489.** — *sind Sachen mittlerer Güte zu geben?* **4 398; 5 488, 489.** — *Beweislast* bei *Mlage* auf *A.* **1 2, 98; 2 1, 643; 4 399; 5 488, 489; 6 483.** — *Altvillegitimation* des Ehemanns z. *Mlage* auf *A.* **1 2, 98; 4 399; 5 490.** — *Zurückverlangen* d. *Aussteuer* bei *Nichtigkeit* od. *Nichtzustandekommen* d. *Ehe* **1 2, 98, 99; 4 400 (2).** — *Verzicht* auf *Aussteuer* **3 1, 497; 4 401; 5 490.** — *Arrestantrag* auf *A.* vor *Verheiratung* **4 398.** — bei *Unzureichendheit* d. *Vermögens* der Tochter, *Anspruch* auf ganze *Aussteuer* oder nur bez. des fehlend. Teiles **4 398; 5 488.** — *A.-Pflicht* der Mutter der für *ehelich* erklärten Tochter **4 398.** — *Einfluß* der *Leistungsunfähigkeit* e. *Verpflichteten* **4 399.** — *A.-Pflicht* der Frau bei *teilweiser Leistungsunfähigkeit* des Mannes **4 399; 5 489.** — *Ansechtung* d. *A.* nach § 32 *Biff. 1 R.D.* **4 400.** — *Aussteuer* als *Zuwendung* nach § 1369 **4 400.** — *Leistungsort* s. d. *A.* **5 488.** — *Gefahr* u. *Kosten* des *Transports* **5 488.** — *Ausschluß* d. *A.-Anspruchs* infolge vor *Eheschließung* vereinbarter *allgemeiner* od. *Fahrnisgemeinschaft* **5 488.** — *Trotz Vermögensbesitzes* d. Tochter von den Eltern zur *Einrichtung* d. *Haushalts* *Gewährtes* *Ausstattung* und nicht *A.* **5 488.** — *Verweigerung* d. *Aussteuer* bei *Heirat* der *großjährigen*, aber wegen *Verschwendg., Trunksucht, Geisteschwäche* entmündigten oder sonst unter *vorläufiger Vormundschaft* gestellt. Tochter ohne *Genehmigung* **1 2, 98, 99; 4 400.** — *Heirat* der *großjährigen* Tochter ohne *Zustimmung* d. Eltern kein *Verweigerungsgrund* d. *Aussteuer*, weil d. *Verlobung* vor dem 21. Jahr erfolgt **1 2, 99.** — *Verweigerung* d. *Aussteuer* bei *Erfolg* der *Eheeinwilligung* nach § 1308 **1 2, 99.** — *A.-Anspruch* der ohne *Eheeinwilligung* *heiratend.* Tochter, weil die *Einwilligung* *grundlos* *versagt* worden sei? **1 2, 99.** — *Verweigerung* der *A.* für die 2. *Ehe* der*

großjährigen Tochter, weil die erste *Ehe* ohne *Einwilligung* *geschlossen* worden war? **1 2, 99.** — *ehrfloses, durch* die Mutter *veranlaßtes Verhalten* der Tochter kein *Verfügungsgrund* **1 2, 99.** — *Beseitigung* d. *Verweigerungsrechtes* durch *nachträgliche* *Ehegenehmigung* oder durch *Verzeihung* im Fall des § 1621 *Abf. 2?* **1 2, 99; 4 400; 5 489, 490.** — *Einredoberechtigte* im Fall des *Abf. 1* u. 2 § 1621 **1 2, 99.** — *Verweigerung* wegen einer nach *Eheschließung* begangenen *Verfehlung* (§ 1621 *Abf. 2*); **4 400; 5 489, 490; 6 484.** — *Verweigerung* d. *Aussteuer* wegen *ehrflosen Wandels* der Tochter, wenn die Eltern *trotz* *Kenntnis* ihn nicht *mißbilligen* **5 490.** — *früherer, zur Zeit* der *Eheschließung* aber *aufgegebener* *ehrfloser Wandel* *Grund* zur *A.-Verweigerung?* **5 490.** — *A.-Bermirkung* bei *Erschleichung* des *elterlichen* *Ehekonjenses* durch *arglistige Täuschung* **6 484.** — *wiederholtes* *Aussteuerverlangen*, wenn die *frühere* *beabsichtigte* *Ehe* nicht *zustande* *gekommen* oder *ungültig* war **1 2, 99; 4 401.** — *Beweislast* über eine *frühere* *Aussteuer* (§ 1622) **1 2, 99.** — *Anspruch* auf *A.* gegen die Eltern bei *Verlust* der von *anderer* Seite gegebenen *A.* während der *Ehe* **1 2, 99.** — *Aussteuerpflicht* d. Eltern für d. *neue* *Ehe*, wenn die *A.* der *ersten* *Ehe* von *anderer* Seite gegeben war **1 2, 99.** — *wiederholtes* *A.-Begehren*, weil die für die *erste* *Ehe* gegebene *A.* für d. *zweite* *Ehe* nicht *angemessen* sei **1 2, 99.** — *Kompensation* der *aussteuerpflichtig* werdenden Eltern, mit dem *Anspruch* auf *Rückgabe* der für e. *frühere* *nichtige* *Ehe* gegebenen *Aussteuer?* **4 400; 5 490.** — *Verlangen* einer *A.-Ergänzung* für d. *zweite* *Ehe*, wenn die für die *erste* *Ehe* gewährte *A.* nicht *angemessen* war **5 490.** — *Verweigerung* d. *Aussteuer* f. d. *zweite* *Ehe* wegen e. für d. *erste* *Ehe* gegebenen *Ausstattung* **5 490.** — *A.* für die *zweite* *Ehe* bei *Wegfall* des für die *erste* *Ehe* vorhanden *gewesenen* *Weigerungsgrundes* **5 490.** — *Vererblichkeit* d. *Aussteuerpflicht* **1 2, 100; 4 401.** — *Vererbung* d. *Aussteueranspruchs* **1 2, 99; 4 401; 5 490.** — *Übernahme* der *Aussteuer* *schuld* **4 401.** — *Pfändbarkeit* u. *Übertragbarkeit* des auf den *Erben* *übergegangenen* *A.-Anspruchs* **4 401.** — *Verjährung* des *Aussteueranspruchs* **1 2, 100** (bei *Minderjährigkeit* der Tochter), **131; 5 490.** — *Verjährung* des d. *Rechtsgeschäft* *begründeten* *A.-Anspruchs* **4 401.** — *Verjährung, Übergangsrecht* **1 2, 442; 2 1, 803.** — *Geltung* d. *Vermutung* des § 1625 für *Aussteuer?* **1 2, 101; 2 1, 644; 4 402; 5 492.** — *Steuerpflichtigkeit* d. *A.* **5 492.** — vom *Vater* *zugunsten* d. *Kindes* *abgeschlossene* *Aussteuer-Versicherung* **7 497.**

Auswahlfendungen, Zeit für Rückfendungen 4 611.

Ausweigung f. Gothaer Vertrag.

Automat. — in Bahnhöfen aufgestellte A.; Anwendung der Gew.D.? Sonntags nicht 4 918, 974. — A. als offene Verkaufsstellen nach § 139 e Gew.D.; Verkaufszeit 4 974. — Automaten in Wirtschaftsräumen, Konzession 4 928. — Konzession für automatische Restaurants 4 930. — Betrieb e. Photographie-A. Sonntagsruhe 4 939. — Aufstellung e. A. als gewerbliche Niederlassung 4 939. — Sonntagsruhe f. A. mit Ansichtskarten, Parfüms in Wirtschaften 4 957. — traditio in incertas personas 1 1, 92. — Musik-A. als Zubehör e. Wirtschaftsgrundstückes 4 27; 5 26. — Schädigung durch e. A. (§ 823 BGB.) 6 309.

Automobil f. unerlaubte Handlung, Motorrad. — Kritik d. Haftpflicht-Entwurfs 7 350. — „Betriebsunternehmer“ i. Sinne e. A.-Haftpflicht-G.; Luxus-A. 7 582. — Beförderungen von A. als Werkvertrag 5 243. — Kauf e. A. inkl. Fahrenlernen 5 188. — durch Beschädigung der A. eintretende Unmöglichkeit der Erfüllung e. Beförderungsvertrags 5 121. — Diligenzpflicht des Chauffeurs 5 116; 6 122. — Anwendung des § 254 bei A.-Unfällen 3 1, 102; 4 85; 5 94, 96; 6 104 (f. konfurr. Verschulden). — Einladung zum Mitfahren 6 128, 130, 313; 7 137, 144 (Gestatten des Mitfahrens Gefälligkeitsvertrag), 349 (f. Fahrgast). — Pflicht des Eigentümers zur Überwachung des Chauffeurs und zu eigenem Eingreifen

6 128; 7 348, 349 (4). — Schadenshaftung f. Automobile (§ 823 BGB.) 1 1, 471, 473, 474; 2 1, 502; 3 1, 352; 4 279; 5 342; 6 313, 314; 7 129. — Haftung f. Automobil de lege ferenda 4 280, 302 (analoge Anwendung des § 823 BGB.); 5 342. — Scheuwerden be gegnender Tiere 6 313; 7 349. — Haftung des Besitzers für seine Chauffeure 3 1, 367; 4 278 (vgl. unerlaubte Handlung § 823 BGB.). — Automobilunfälle (f. konfurr. Verschulden) 3 1, 102; 4 85; 5 94, 96; 6 104. — Überfahren e. Angetrunkenen 7 114, 349. — Verschulden d. Überfahrenen; unvorsichtiges Passieren des Fahrdammes 7 349, 350. — Unfall durch e. unbefannten Fehler des Wagens; Einwand, daß bei Prüfung durch Techniker in gewissen Zeitabschnitten der Fehler möglicherweise auch nicht entdeckt worden wäre 7 369, 370. — Schlafen des Fahrgastes während der Fahrt 7 114. — falsches Ausweichen e. überlasteten Passanten 7 114. — konfurr. Verschulden durch Benutzung temperamentvoller Pferde auf der von A. befahrenen Straße 7 137. — Haftung des Besitzers bei e. vom Chauffeur ohne sein Wissen u. Willen unternommenen Fahrt 7 349. — Sorgfalt d. Besitzers bei Auswahl seines Chauffeurs 7 349, 369. — durch den Konstruktionsfehler e. behörblich geprüften u. nicht beanstandeten A. herbeigeführter Unfall 7 349.

Autonomie f. Abel. — ritterschaftlicher Familien bezgl. des Pflichtteilsrechtes 1 2, 456. — der Vereine 2 1, 21; 3 1, 17, 18; 4 14; 5 9, 10.

B.

Bädereien. — polizeil. Verordnung, wonach Brot nur in Laiben von bestimmter Größe und unter Angabe des Gewichts auf jedem Laib verkauft werden darf 4 952. — Sonntagsruhe in e. ausschließlich einem Restaurationsgewerbe dienenden Bäderei 4 957.

Badeanstalt. — Haftung 4 274; 7 136, 137. — Haftung d. Besitzers e. Dampfbades 1 1, 189. — Haftung d. Besitzers nach § 701 BGB.? 2 1, 431. — Begriff nach § 35 Gew.D.; Verabfolgen von Bädern im Betrieb e. Hotels 4 934.

Baden. — Ehescheidung; Einfluß des Heimatrechtes 1 2, 441. — eheliches Güterrecht in der Übergangszeit 2 1, 800 (Zugehörigkeit zum eingebrachten Gut, Überfiedlung in einen andern Bundesstaat). — Unterhaltsklage der unehelichen Kinder gegen den Vater nach § 2 G. v. 21. II. 51 1 2, 446. — Beurkundung durch Notare 1 1, 77 (f. Urkunden, Beurkundung). — Vornamens-

änderung 4 4. — Zuständigkeit f. d. Klage auf Wiederherstellung durch Wafferrückbau geschädigter Wiesen 3 1, 92.

Bahn f. Eisenbahn.

Bamberger Recht. — Grundteilung bei vor 1900 geschlossenen Ehen 4 550.

Bankdepots f. Bankier, Schranckschvertrag — depositum irregulare 1 1, 414; 2 1, 246; 5 272; 6 264 (f. Verwahrungsvertrag), 7 286. — Gemeinschaftsdepot als Schuldverhältnis nach § 428 BGB. 4 155. — Rückforderung 4 226. — Retentionsrecht d. Bankiers gegenüber den Sammeloder Tresordeponenten 4 101. — Rückforderung e. Gebührenquote bei vorzeitiger Beendigung 4 227. — Pflicht z. Rückfendung d. Wertpapiere bei Beendigung 4 226. — Haftung des Bankiers f. Weiterverbreitung d. Vermögensverhältnisse e. Deponenten 4 226. — Verwahrungsdepot als Verwahrungsvertrag 7 287. — Miteigentum d. Kommittenten,

wenn der Kommissionär die auf Grund mehrerer selbständiger Aufträge verschiedener Auftraggeber eingekauften, gleichartigen Wertpapiere ungesondert in einen mit den Namen mehrerer Kommittenten versehenen Umschlag legt? 7 674 (vgl. 7 708). — Verfügungsrecht d. Bankiers über die vom Kunden überschickten, auf Stückkonto gutgeschriebenen Wertpapiere 7 659. — Anwendungsgebiet des Bankdepotgesetzes 7 708. — Anwendung d. Bankdepotgesetzes auf den Kaufmann, der Effekten seines Angestellten als Kaution annimmt 7 708. — vom Kunden der Bank erteilte Ermächtigung, die von ihm zur Verstärkung seines Depots gebrachten Stücke noch vor Übernahme in das Depot gegen andere unzutauschen, der Form des § 2 DepG. bedürftig? 7 708. — „ausdrücklicher Verzicht“ auf Mitteilung d. Stückverzeichnisses nach §§ 3, 4 DepG.: „ich entbinde von den Bestimmungen der §§ 3—5 G. v. 5. VII. 1896“ ungenügend 7 708. — Nichtabfendung d. Stückverzeichnisses innerhalb der 3tägigen Frist 7 708. — trotz Auforderung verweigerter Übersendung d. Stückverzeichnisses vor Ablauf der 3tägigen Nachfrist 7 708. — Eigentumsverwerb d. Kommittenten an den vom Kommissionär eingetauschten, in einen mit den Namen d. Kunden versehenen Umschlag gelegten Papieren 7 708. — Pfandrecht an Inhaberpapieren, die dem Verpfänder nicht gehören, bei gutem Glauben d. Pfandnehmers; Fehlen des guten Glaubens, obwohl die nach § 8 DepG. vorgeschriebene Mitteilung unterblieben war 7 708. — Voraussetzung für eine Verurteilung nach § 9 Absf. 2 DepG.; Nichtkenntnis der §§ 8 u. 9 DepG. seitens d. Angeklagten 7 709. — Auslieferung aus d. Schweiz wegen e. Verbrechens nach § 11 DepG. 7 709.

Bankerott f. Konkursstrafrecht.

Bankier f. Auskunft, Bankdepots, Börsentermingeschäfte, Rat, Emission, Wertpapiere, Kundenpapiere. — besondere Empfehlung der Aktien eines neu gegründeten Unternehmens 2, 201. — Höhe der Zinsen für Darlehen mangels Vereinbarung 2, 202. — Übersehen der Aufführung gestohlener Wertpapiere in einem Steckbrief oder in dem schwer übersichtlichen Nachtrag einer Fachzeitung 2, 2, 205. — Kauf eines Wertpapiers ohne Talon und Kupons, ohne die Verfügungsbefugnis des Veräußerers zu prüfen 2, 205; 4 622. — Pflicht zur Aufklärung des Kunden über nicht gefragte Punkte 4 619. — rechtl. Natur der in Verbindung mit einem Hauptgeschäft erfolgten Ratserteilung; akzessorischer Wertvertrag? 4 619; 5 265. — Vergütung für Depotverwaltung 4 619. — Pflicht gegenüber dem Auftrag

zum Ankauf von Shares, die statutengemäß nur von Engländern erworben werden können, für einen Deutschen 5 707. — Haftung bei Empfehlung von Wertpapieren 1, 1, 409; 2, 1, 409; 3, 1, 287; 4 221; 5 265, 266 (wann liegt Fahrlässigkeit vor? Anwendung des § 245 BGB. bei einem auch ohne die Auskunft schon zum Geschäftsabschlusse entschlossenen Kunden); 6 99, 126, 695; 7 281, 661. — Empfehlung des Ankaufs von Aktien trotz Kenntnis des Bilanzunrichtigkeiten 5 695, 696. — Empfehlung des Ankaufs von Aktien, wenn aus der Höhe der dem Provinzbankier zugesicherten Bonifikation sich Zweifel an der Solidität ergeben müssen 5 696. — Ausschluß der Haftung bei Nichtetaustreten des Bankiers aus der Rolle des bloßen Verkaufslustigen 5 696. — Verkauf von Wertpapieren zu einem höheren Preis unter Verschweigung des Kurzes 4 287. — Lombardieren von Wertpapieren trotz Kenntnis vom Nichteigentum des Kunden 6 304. — Einfluß d. Haftungsvereinbarung in den Giroverträgen der Banken auf d. Haftung d. Banken nach § 254 BGB., § 347 HGB. 6 680, 681. — Pflicht des mit Einholung des Akzepts e. Rrate beauftragten B., sich über die Verhältnisse d. Bezogenen zu erkundigen? 6 681. — Haftung des B., wenn ein von ihm zufolge Antrags eingeholtes Wechselakzept gefälscht ist 6 1139. — Erfüllungsort für Emissions- u. Einführungs geschäfte 5 700. — rechtliche Behandlung der Geschäftsbedingungen des B. 4 240. — in den allgemeinen Geschäftsbedingungen enthaltene Schiedsgerichts-klausel 7 171 (f. Börse). — Retentionsrecht gegenüber Sammel- oder Trefordeponenten 4 101. — Haftung f. Weiterverbreitung d. Vermögensverhältnisse e. deponenten 4 226. — Kennenmüssen bzgl. d. Nichtlieferbarkeit e. Aktie (§ 460 BGB.) 2, 1, 278. — Anwendung des § 663 BGB. 2, 1, 398. — Haftung f. d. Zustand auf Lager gegebener lombardierter Waren 5 115. — Beschaffung e. Erfaßpapiers durch den B. für die Kunden (Vertretungsverhältnis im Sinne des § 181 BGB.) 1, 1, 117. — Abhebung von Bankguthaben nach dem Tode d. Kunden 5 264. — Abweichen von der im Scheck erteilten Zahlungsanweisung 4 218. — Aufrechnung d. B. gegen d. Scheckpräsidenten 4 138. — Einlösung e. gefälschten Quittungsschecks 4 134. — Klausel, die den B. im Falle d. Nichtverstärkung e. Sicherheit zum Verkauf e. Pfandes ohne vorherige Androhung ermächtigt 7 69. — Eigentumsübertragung an den f. d. Kunden gekauften Papieren durch Einlage in den Kundentresor, durch Bezeichnung mit den Namen des Kunden

(Bankier)

7 87. — Haftung bei Ratserteilung; konkurrierendes Verschulden d. Kunden 7 115, 135 (Kure, Spekulationspapiere), 282 (2). — Anwendung d. § 477 BGB. bei Schadensansprüchen gegen d. B. wegen Ratserteilung über den Ankauf von Papieren 7 208. — Haftung des B., der vom Käufer überfälschter Waren gegen Vorlage von Konnossementen Akzente einholte, für Echtheit d. Konnossemente? 7 195, 196. — Haftung d. Bankiers bei Abschluß d. Geschäfts durch einen Agenten des B. 7 281. — Zeichnungsstelle bei Emission 7 275, 281.

Bankkonto. — Zahlung auf das B. des Gläubigers seitens des Schuldners 7 172.

Banknoten f. Wertpapiere, Reichsbanknoten. — Wertpapiere? 1 1, 443 (s. diese). — als bares Geld 2 1, 124; 4 63. — Pflicht z. Annahme 1 1, 15.

Banktase f. Schrankfach.

Bankfakung. — Bezugnahme auf sie f. Hypothekeneintragung.

Bannrechte. — Begriff 4 919. — Fortzahlung einer vor 1873 für Aufhebung eines Mahlzwanges versprochenen Ablösungsrente 4 919. — vertragliche Verpflichtung, während der Zeit des Mietverhältnisses das Bier von dem ein Darlehen gewährenden Vermieter zu beziehen 4 919.

Baptisten als Religionsgesellschaft nicht eintragungsfähig 1 1, 23.

Bargebot f. Geringstes Gebot.

Barauf. — Kauf auf Borg durch den nur zum Barauf Bevollmächtigten 4 54.

Barzahlung. — Erhöhung d. B. f. Zwangsversteigerung unter: Erstzahlungspflicht des Ersteherers in der Zwangsversteigerung.

Bau f. Bauwerk, Gebäude, Neubau, Umbau. — B. auf fremdem Boden 1 1, 55, 102; 2 1, 33; 4 26.

Baubeschränkungen als öffentliche Lasten d. § 436 BGB. 1 1, 341; 2 1, 269; 5 188.

Baudarlehen f. Kaufaktualvertrag, Darlehen pactum de mutuo dando, unpfändbare Forderungen. — Übertragbarkeit, Pfändbarkeit d. Anspruchs auf Auszahlung 1 1, 301; 2 1, 313; 3 1, 194; 4 144 f., 187; 5 164; 6 220, 222 (vgl. Zwangsvollstreckung in Forderungen); 7 180. — Pflicht der Verwendung zu dem vereinbarten Zwecke 2 1, 311; 4 145, 187. — Anwendbarkeit der §§ 321, 610 3 1, 246. — Einräumung d. Vorrangs an e. Bauhypothek; Vorrang f. vorzeitige Teilzahlungen? 7 69.

Bauen auf fremdem Grundstück. — Rechtslage des Erbauers in der Zwangsversteigerung 5 910.

Bäuerlicher Übergabevertrag f. Altenteil, Gutsüberlassung, Vermögensübernahme.

Baugeldhypothek f. auch Eigentümerhypothek. — Rangrücktritt hinter eine solche

4 364; 5 443. — Zeit und Art der Valutierung 7 451. — Abhängigmachung der Gewährung eines Baugelddarlehens von der Einräumung einer Hyp. zu bestimmter Stelle 7 430. — nicht valutierte, Verzicht auf Geltendmachung der Rechte des Eigentümers aus einer solchen 7 926. — Rechte des Nachhypothekars in bezug auf die einzurechnenden Forderungen 7 927.

Baugeschäft — Gewerbebetrieb im Sinne des § 196 Ziff. 1 BGB. 2 1, 96 (s. Verjährung).

Baugewerbe f. Kolonnenarbeiten. — Vertragsstrafe nach Verkehrsitte nur f. Verzögerung d. Arbeiten 4 51. — Provision des Treuhänders 7 659.

Baugrundstücke. — Schätzung in Preußen 7 1039.

Bauhändlervertr. f. Werkvertrag. — Eigentumsvorbehalt zugunsten der B. 5 23. — Bemerkungen z. Gesekentwurf z. Schutz der B. 5 254. — Mitübergang des Rechts auf Sicherungshypothek bei Zession? 1 1, 301, 303, 398; 2 1, 253, 383; 3 1 196, 273; 5 166, 252. — Vertragsnichtigkeit wegen Schädigung d. B.-Forderung 3 1, 48. — Recht d. Zessionars e. B.-Forderung auf Besichtigung des Grundstücks (§ 809 BGB.) 7 322. — Vormerkung auf mehrere Grundstücke als Gesamthypothek 7 396. — Erstreckung d. Pfändung der B.-Forderung auf die zu ihren Gunsten eingetragene Vormerkung 7 396.

Bauherr. — Begriff 1 1, 393. — Vertrag zwischen B. u. Zimmermeister 5 244. — Haftung d. B. f. Architekten und dessen Angestellte 5 119 (s. unerlaubte Handlungen § 831). — Schädigung e. Passanten: enge Straße 6 311. — Schädigung des Nachbargrundstückes 6 312. — Haftung nach § 823 BGB. 1 1, 469; 3 1, 355; 5 328 (Haftung f. Unfall d. Baumeister).

Baukapitalvertrag f. Baudarlehen. — gegenseitiger Vertrag 3 1, 157. — Anwendung des § 326 BGB. 3 1, 161. — Unübertragbarkeit d. Ausführung des Baues 3 1, 114. — Vorspiegelung d. Auszahlung des Kapitals 3 1, 46. — Stellung des Bauunternehmers, wenn die Hypothekenbank wegen vertragswidriger Verwendung d. Baukredits seitens d. Bauherrn den Kredit kündigt 7 157.

Baukonjens. — Verweigerung als widerrechtliche Drohung (§ 123 BGB.) 4 34.

Bauleiter f. Bauunternehmer. — Abschluß e. gegen die guten Sitten verstößenden Vertrags auf Lieferung von Baumaterialien 5 47. — Dienst des B. als „Dienst höherer Art“ nach § 627 BGB. 5 236.

Baumaterialien f. Bauleiter. — Zubehör (s. dieses) 2 1, 33; 3 1, 29; 5 26.

Baupläne. — Urheberrechtlicher Schutz; Durchstreichen d. Namens d. Verfertigers

Sette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

und Erben desselben durch den eigenen Namen (s. Urheberrecht) 7 1156, 1159.
Baupolizei. — Befugnis d. B., Beseitigung e. baulichen Anlage zu erlangen, kein Recht nach § 434 BGB. 3 1, 213.

Baupolizei-Verordnung. — kein Verbotsgefeß nach § 134 BGB. 5 41. — Mietvertrag mit Bestimmung e. gegen die B.-B. verstoßenden Benutzung des Raumes 5 207.

Baupolizeiliche Beschränkungen. — keine Eintragung ins Grundbuch 2 2, 404. — Beschränkung des Eigentums durch sie; Geldendmachung durch den Nachbar 7 402.

Baurecht. — und Schiffsverbot 2 1, 103; 3 1, 69.

Baureife. — als Eigenschaft e. Grundstücks nach § 459 Abf. 2 BGB. 1 1, 346.

Bauunternehmer s. Architekt. — Vertr. mit d. B. 1 1, 393; 3 1, 267; 4 194; 5 227, 244; 7 242, 246, 259. — vom B. zu vertretende Mängel d. Bauwerks 4 206; 5 247. — Zurückweisung e. B. als Bauleiter durch d. Baukommission 5 247, 254. — Vergütung an B. 2 1 375; 3 1 267; 4 206; 5 245. — Haftung d. Hoch- u. Tief-B. für fremdes Verschulden 1 1, 196.

— Pflicht zur Prüfung d. Feuerungsstellen e. Neubaus 7 136. — Haftung d. Bauherrn s. d. B. 5 119. — Haftung für Aufstrome d. Schwamms, wenn er bei Herstellung d. Baus von dem Bauherrn gedrängt wird 7 115. — Haftung bei Bau nach baupol. Vorschr. unverwendbarer Räume 4 117. — Verzicht d. B. auf alle Beweismittel, deren Erbringung e. teilweise Zerstörung des Baus bedingen 7 70. — Haftung bei Beschädigung e. Passanten 6 127, 311 (s. unerlaubte Handlung). — Haftung bei Beschädigung des Nachbargrundstücks 6 312. — Verjährung s. Forderungen gegen d. Bauherrn 5 61.

Bauverbote, nachbarrechtliche nach üblichem Recht. — Verjährung 6 377. — B. f. auch Nachbarrecht.

Bauwerk. — Begriff u. Beispiele 2 1 379; 3 1 253, 270; 4 207, 208, 209; 5 248, 253, 254. — vertretbare Mängel 4 206; 5 247. — Haftung d. Besitzers nach §§ 836 ff. BGB. s. Gebäudebesitzer.

Bahnen. — übergeleiteter gesetzlicher Güterstand des bayr. RR. 1 2, 436. — Hypothekenselbstion vor einem nichtbayrischen Notar 2 1, 795. — Zuständigkeit des Notars 3 1, 44. — Zinsen- u. Kostentationshypotheken, Übergangsrecht 4 548; 5 631. — Haftung der Notare 3 1, 136 (s. Notare, Beamte). — Haftung des Gerichtsvollziehers 3 1, 137. — Übernahme der Beamtenhaftpflicht durch den Staat 2 1, 25. — Besitzveränderungsgebühr 5 52. — Grundstücksenerwerb geistlicher Gesellschaften 4 10. — Magistrat, städt. Baurat als „Vertreter“ d. Gemeinde nach §§ 89, 31 BGB. 5 16. — „Stationsvorstand“

kein Vertreter des Eisenbahnfiskus im Sinne der §§ 89, 31 BGB. 4 20. — Übergangsrecht bzgl. der Auskunftsspflicht der Erben 3 1, 111. — Übergangsrecht s. d. in der Zeit vom 1. I. 00 bis zur erklärten Grundbuchanlegung geschlossener Immobilienverträge 3 1, 155; 4 119; 5 128. — Art. 14 BayNotG. während der Übergangszeit 5 629, 630. — Verhältnis der §§ 612, 617 BGB. z. früheren bayr. Recht 4 196. — Umfang des bayrischen Reservatrechts über Immobilienversicherung 3 1, 26, 680; 5 1142, 1143.

Beamte v. Rechtsweg, Richter, Notar, Gerichtsvollzieher, Fiskus, Staat, Gemeinde-, Polizei-, Privat-, Telegraphen-Beamte, Vormundschaftsgericht, Gemeindefinanzrat, jur. Person. — Anwendung der Vorschriften über Dienstvertrag auf das Beamtenverhältnis 3 1, 24, 247, 682; 4 192; 5 224; 6 227 (s. Dienstvertrag); 7 241, 252, 582. — Anwendung des § 618 auf den Dienstvertrag der Beamten 3 1, 258; 5 232; 6 227, 235; 7 252. — Dienstzeugnis 5 240. — Anspruch wegen ungesunder Dienstwohnung 5 331 (s. unerlaubte Handl. § 823 Abf. 2, Dienstvertrag) — Abtretung v. Gehaltsansprüchen § 411 1 1 313. — landesgesetzliche Vorschriften über d. Aufrechenbarkeit u. Übertragbarkeit der Besoldungsansprüche 1 1, 293. — keine Aufrechnung der Forderung aus d. Amtsuntererschlagung gegen die Gehaltsforderung 1 1, 293; 2 1, 248. — Mietkündigungsrecht des verletzten B. f. Miete. — Mietzinsvergütung des Fiskus den verletzten Beamten gegenüber 2 1, 305; 3 1, 237. — Aufrechnung gegen Gehalt; landesrechtl. Vorschriften 2 1, 770; 3 1, 682. — Aufrechnung gegen Gehalt u. Wartegeld in Preußen 1 2, 394; 2 1, 770; 3 1, 682. — rechtl. Vermutung d. Aufstellung auf Lebenszeit 7 241. — Anspruch e. dienstunfähig gewordenen Bürgermeisters auf Ruhegehalt 7 241. — Wohnsitz 2 1, 5, 6. — Wohnsitz des verletzten Beamten bei Zurücklassung seiner Familie 5 3. — Bestellung e. Pflegers bei zwangsweiser Pensionierung des gebrechlichen B. 1 2, 199; 4 471. — Haftung des Staates gegenüber den Beamten aus dem Dienstverhältnis 3 1, 24. — Umfang d. Zulässigkeit d. Rechtswegs für die Ansprüche der B. gegen den Staat 1 3, 3 (Rechtsbeamte); 6 227. — Fortdauer landesrechtlicher Vorschriften über den Verlust des Klagerrechtes wegen vermögensrechtl. Ansprüche bei Nichtausübung binnen bestimmter Frist 2 1, 770. — Endigung des Dienstverhältnisses bei Berechtigung d. Beamten zum jederzeitigen Rücktritt 6 227. — wann Organe nach § 31, wann Angestellter im Sinne des § 831? 2 1, 19; 3 1, 16; 5 16. — unterlassene Erklärung des Handelns für

(Beamte)

einen anderen als seine Dienstbehörde 5 55.

Haftung für unerlaubte Handlungen s. unerlaubte Handlung.

Allgemeines. — Begriff des Beamten u. der Amtshandlung 5 368; 7 377, 378. — Verhältnis des § 839 zu § 12 G.D. 6 340. — Verhältnis des § 839 zu §§ 823 ff. 3 1, 377, 378, 379; 4 269, 304; 5 368, 369; 6 339; 7 378 (2). — Konkurrenz von Ansprüchen aus der Beamtenhaftpflicht u. e. Vertragsverhältnis 5 368; 6 339 (Gerichtsvollzieher). — analoge Anwendung des § 839 auf die durch Privatvertrag zur Leistung höherer Dienste angestellten Beamten 3 1, 379. — Bedeutung des Landesrechts für die Frage, ob der Beamte dem Staat oder der Kommune haftet 3 1, 679.

Voraussetzungen des Anspruchs s. Rechtsweg. — Verschulden 1 1, 496, 497; 2 1, 519; 5 368. — Haftung für geringe Fahrlässigkeit 1 2, 394. — Voraussetzbarkeit 1 1, 497; 3 1, 377; 5 368. — Verletzung der „einem Dritten gegenüber obliegenden Amtspflicht“ 1 1, 497, 500 (beim Richter der freiwilligen Gerichtsbarkeit); 2 1, 519; 3 1, 378; 5 368; 7 378. — irrümliche Annahme, daß das Handeln keine Amtspflicht verletze 2 1, 519. — Begriff der fahrlässigen Verletzung einer Amtspflicht 1 1, 497; 5 368, 370; 6 339 ((Maßstab des ideal vollkommnen Musterbeamten oder des Durchschnittsbeamten?) — falsche Rechtsauffassung einer Streitfrage 1 1, 497, 499, 500 (Vormundschaftsrichter); 502; 5 114, 371 (Grundbuchrichter); 7 980. — Respektierung der Geheimphäre der Privaten als Amtspflicht 3 1, 378 (s. 1 1, 500). — Verschieben einer Amtshandlung infolge Überhäufung trotz gegenteiliger Anordnung des Vorgesetzten 6 339. — Verteidigung des Beamten mit Überlastung, mangelhafter Amtsbibliothek, Seltenheit der fraglichen Amtshandlung 1 1, 500. — Haftung wegen Nichtbeachtung von Dienstvorschriften 3 1, 133. — Handeln gemäß seiner Dienstanzweisung 7 378. — Handlungen „in Ausübung“ oder „in Veranlassung der Ausübung“ des Amtes 1 1, 501; 6 339; Auskunfts des Beamten über ein ihm fremdes Rechtsgebiet gelegentlich einer Amtshandlung 6 339. — Erfundigungspflicht e. Beamten 7 378. — Vorentscheidung nach § 11 GGGWG, wenn die Klage gegen den Beamten beim Gericht eines anderen Staates erhoben wird als desjenigen, dessen Gesetz die Vorentscheidung anordnet 7 710. — Vorentscheidung des Verwaltungsgerichtshofes in Bayern: Verneinung eines Verschuldens im Sinne des BGB. durch das

Gericht trotz Feststellung eines dienstlichen Verschuldens durch den Vorentscheid 1 1, 501. — Recht d. Landesgesetzgebung, auch künftig Vorschriften nach § 11 GGGWG über die Voraussetzungen der Verfolgung von Beamten zu erlassen 7 709. — andere Ermahnmöglichkeit i. Sinne d. § 839 Abs. 1 Satz 2 7 378 (2). — Ausschluß d. Anwendung des § 839 Abs. 1 Satz 2, wenn der Beamte vom Staat regreppflichtig gemacht werden kann? 7 378.

Preis der haftenden Beuten. — Schöffen, Geschworene 1 1, 496, 497, 498; 5 617 (Anwendung d. Art. 77 GGGWG.). — Schiedsrichter, Besitzer in den Sondergerichten 1 1, 496, 497, 498, 499; 2 1, 519; 6 125, 340. — Schiedsmänner 4 305. — Notare 1 1, 497; 2 1, 519, 520; 3 1, 25, 379; 4 22. — Handelsrichter 6 340. — Rechtsanwalt u. Notar 2 1, 520. — Hypothekenschäfer nach bayr. Recht 6 341. — Haftung eines Kollegiums 1 1, 496, 499; 5 369. — mehrere Beamte als Gesamtschuldner 2 1, 819 s. 1 1, 503. — Gerichtsschreiber 1 1, 500; 3 1, 379. — öffentlich bestellter Sachverständiger? 1 2, 393. — öffentliche Lehrer 1 1, 490, 501, 502; 2 1, 513; 6 28; 7 740. — Konkursverwalter; Haftung des Staates? 2 2, 503. — Gerichtsvollzieher (s. diese) 2 1, 520; 3 1, 25; 4 22; 6 339. — Haftung eines Beamten für den berechtigterweise zugezogenen Referenten 5 370.

Haftung der Spruchrichter. — Rechtsgrund des § 839 Abs. 2 1 1, 498, 499; 2 1, 519. — Begriff des Urteils im Sinne des § 839 Abs. 2 1 1, 496, 499; 2 1, 519; 4 304; 5 369 (Berichtigungsbeschlüsse, Beschlüsse der freiwilligen Gerichtsbarkeit?); 7 378. — Versehen im Tatbestand des Urteils 1 1, 496, 501 (fahrlässige Fortlassung von Parteivorbringen). — Versehen bei Erlaß eines Veräumnisurteils 1 1, 496, 499. — Kostenfestsetzungsbeschlüsse 1 1, 499. — Arrestbeschlüsse 1 1, 499. — Beschlüsse im Vollstreckungsverfahren 1 1, 499, 501. — Ablehnung d. Wiederaufn. d. Verf. n. § 411 St. P. D. 1 1, 499. — Nicht rechtsfeststellende, sondern nur das Verfahren leitende Bescheide 1 1, 499 (Terminsansetzung, Vertagung). — Haftbefehle 1 1, 499; 4 304; 5 369 (2). — Anordnung von Beweisen, Art der Beweiserhebung 1 1, 501; 3 1, 378. — Nichtbenachrichtigung eines Beteiligten v. d. Aufhebung eines Beweiserhebungsstermins 6 339. — Verwaltungsbeamte in einer Verwaltungsrechts 1 1, 499. — Laien-Handelsrichter 2 1, 519. — Anwendung des Abs. 2 auf Richter der freiwilligen Gerichtsbarkeit? 1 1, 499, 500 (güterrechtliche Entscheidung des Vormundschaftsrichters); 2 1, 519; 5 369. — Schiedsrichter 6 340 (s.

oben). — Anwendung des § 839 Abs. 2 auf Grundbuchbeamte **1 1**, 501. — Haftung des Richters nur für Verletzung der ihm einem Dritten gegenüber obliegenden Amtspflicht **2 1**, 519. — fahrlässige Verletzung der Amtspflicht durch Abnahme des Offenbarungseides u. Haftentlassung des Schuldners bei unvollständigen Vermögensverzeichnissen **5 371**, 864. — Irrtum bei Beurteilung eines Beweisergebnisses **3 2**, 320.

Konkurrierendes Verschulden des Beschädigten. — Rechtsmittel im Sinne des § 839 Abs. 3 **1 1**, 496; **2 1**, 519 (2); **5 369**; **7 378**. — Fahrlässigkeit im Sinne des § 839 Abs. 3 **2 1**, 519; **3 1**, 379. — Verhältnis des § 839 zu § 254 **5 369**. — bedingte Ersatzmöglichkeit des Verletzten, Beweislast **5 368**, 369.

Aktilegitimation. — Haftung des mit Ausnahme einer Verhandlung betrauten Beamten nicht nur gegenüber dem Besteller, sondern gegenüber allen, in deren Interesse die Aufnahme erfolgt **3 1**, 378 (Testamentserven f. unten), 380. — mittelbar Geschädigte **3 1**, 378. — bei Klagen gegen den Vormundschaftsrichter **3 1**, 379. — klageberechtigt bei falschen Wechselprotesten **5 370**, 371, 372.

Stellung des Staates f. jur. Personen des öffentlichen Rechts. — de lege ferenda **2 1**, 519; **3 1**, 380; **4 22**; **5 18**, 370; **6 339**. — Haftung des Staates neben den Beamten; Gesamtschuldner? **1 1**, 497. — Verjährung d. Haftung d. Staates; Übergangsrecht **7 584**. — Haftung des Staates bei Verzicht auf die Haftung des Gerichtsvollziehers **5 372**. — Haftung des Reichsfiskus in den Fällen des Art. 77 GGWB. nach Maßgabe des Landesrechts **2 1**, 768, 769 (maßgebendes Landesrecht, wenn Begehung u. Eintritt der Folgen räumlich auseinanderfallen); **3 1**, 681 (maßgebendes Landesrecht). — Subsidiarität der Haftung des Staates? **1 1**, 497; **1 2**, 769 (in Elsaß-Lothringen); **7 581** (code civil). — Ableitung der Haftung des Staates aus § 278 BGB.? **2 1**, 193. — Verhältnis der §§ 89, 31 zu §§ 278, 831 **4 20**. — Regreß des zahlenden Staates gegen den B. **1 1**, 497; **3 1**, 24, 682 (Anwendung der §§ 88—91 II. 10 ABK. in Preußen); **4 269**; **5 224**. — keine Haftung d. Staates aus §§ 31, 89 BGB. f. Schädigung in Ausübung öffentl. Gewalt **1 1**, 52 f. — Gerichtsstand f. Ansprüche gegen d. Staat wegen Verschuldung der B. **5 18**. — Anwendung des § 852 BGB. auf die Verjährung d. Haftung des Staates **7 581**. — dem Staat selbst zugesügter Schaden **1 1**, 497, 500. — Haftung des Richters gegenüber dem Fiskus **1 1**, 498. — Haftung der B. nach theinisch-französischem Recht f. einen dem Fiskus entstehenden Vermö-

gensschaden **5 617**. — Feststellung der Haftung des B. nach § 839 Voraussetzung f. d. Haftung d. Staats? **6 589**. — Haftung des Staates für falsche Rechtsbelehrung des Zwangsversteigerungsrichters **1 1**, 502. — Schaden bei industrieller Zwangsarbeit in der Strafanstalt; Haftung des Staats **3 1**, 380. — Haftung des Staates für von B. unterschlagene Postenvorschüsse **4 305**; **6 341**. — Vorentscheidung nach § 11 GGWB., wenn der Staat selbst haftet **3 2**, 320. — Rechtsweg gegen den Staat wegen Delikte der B. **2 1**, 768 (f. Rechtsweg); **2 1**, 769 (Elsaß-Lothringen). — Kreis der unter Art. 77 GGWB. fallenden B. **3 1**, 26 (Briefträger?) **5 617**. — Entschädigungsanspruch aus Art. 77 GGWB. privatrechtliche Natur **4 21**. — Staatshaftung aus Art. 77 GGWB. auch bei Unterlassungen **3 1**, 25. — Beispiele d. „Amtshandlungen in Ausübung öffentl. Gewalt“ **1 1**, 49; **2 1**, 25 f.; **3 1**, 25; **4 21**; **5 16—17**. — „in Ausübung der anvertrauten öffentlichen Gewalt“ nach Art. 77 GGWB. (vgl. öffentliche Gewalt); **2 1**, 768; **2 1**, 769 (Handlungen u. Betätigung der Fürsorge für die Kriegstüchtigkeit des Heeres); **2 1**, 769 (Handlungen der staatlichen Vermögensverwaltung); **3 1**, 681 (unvorsichtige Handhabung oder Verwendung fiskalischen Sprengmaterials). — Schädigung eines Gefangenen bei der Strafvollstreckung **3 1**, 681. — Handlungen des mit der Funktion eines Gerichtsschreibers im Konkursverfahren betrauten B. **3 1**, 681. — Nachlässigkeit der Polizei bei Überwachung gewerblicher Anlagen, Gasleitung **3 1**, 682. — Wegbaupflicht? **3 1**, 25, 682; **4 535**; **5 618** (2). — Herstellung u. Umtausch von Quittungsfarten durch d. Polizei keine fiskalische Handlung **2 1**, 25. — Beschränkung des Art. 77 GGWB. auf außervertragliche Schadensersatzpflicht? **7 581**. — Akt staatlicher Fürsorge als Ausübung öffentlicher Gewalt im Sinne des Art. 77 GGWB. **7 580**. — Ausübung e. staatlichen Zwangsrechts keine Voraussetzung d. Anwendung des Art. 77 GGWB. **7 580**. — in Ausübung privatrechtl. Obliegenheit zugesügter Schaden **2 1**, 769; **3 1**, 24, 681; **4 20**. — Betrieb e. Gasanstalt seitens e. Gemeinde keine Ausübung öffentl. Gewalt nach Art. 77 GGWB. **2 1**, 25. — Gerichtsschreiber im Konkursverfahren handelt in Ausübung öffentl. Gewalt **2 1**, 25 (vgl. unten). — Briefträger kein Beamter mit öffentlicher Gewalt nach Art. 77 GGWB. **3 1**, 26. — Haftung d. Staates für die in Ausübung der anvertraut. öffentl. Gewalt begangenen Versehen e. Kommunal- oder Nichtbeamten **7 581**. — Haftung d. Gemeinde f. falsche Auskunft e. Sparkassenbeamten

(Beamte)

über das Guthaben e. Mitglieds? (s. Spar-
lässe) 7 20, 581. — Haftung d. Staates
oder d. Beamten nach § 79 II. 15 AWR.
wegen Richterfüllung d. Pflichten, für die
Sicherheit d. Schifffahrt zu sorgen 7 580. —
Fortgeltung des art. 1384 code civil 2 1,
769; 3 1, 681; 4 555; 6 30; 7 581. —
Aufhebung der artt. 1382, 1383 code civil
5 617. — Anwendung des art. 1384
code civil auf Versehen bei der Wegebau-
pflicht 5 618 (2). — Haftung des ham-
burgischen Staates 2 1, 769; 6 29. —
Übernahme d. Haftung durch d. Staat in
Bavarn 2 1, 25. — Nachweis der Jahr-
lässigkeit eines bestimmten Vertreters
zur Klagebegründung erforderlich? 6 29;
7 19. — subjektive u. objektive Wider-
rechtlichkeit der Amtsausübung als Vor-
aussetzung f. d. Haftung des Staates?
3 1, 681. — Haftung d. Reiches für Ver-
schulden der Konularbeamten 6 29. —
Haftung des Staates oder der Stadt f.
Versehen der örtlichen Polizeiverwaltung
3 1, 682 (Preußen); 7 581. — Haftung
des württemberg. Staats f. Postbeamte
3 1, 682. — Haftung des sächs. Staates
6 30. — Geltung der §§ 88, 90 II. 10
AWR. 3 1, 682; 5 617. — Haftung des
Staates f. Versehen des Gerichtsvoll-
ziehers (rhein.-franz. Recht) 6 588. —
Haftung des Staates f. Verschulden des
Gerichtsschreibers 6 589, 1180 (Zeugen-
gebühren e. irrthümlich Geladenen) (rhein-
franz. R.). — Haftung des bayr. Staats
für unrichtige Auskunft seitens des
Notariatspersonals 6 29.

Einzelfälle. — Notar, Gerichtsvollzieher,
Lehrer f. diese u. § 823. — Haftung d. Notars
nach bayr. Recht 2 1, 768. — Haftung des
Notars für seine Gehilfen 3 1, 367, 368;
4 275. — Haftung des Notars für verschul-
dete Richtigkeit eines Testaments 1 1, 497,
498; 2 1, 519 (Haftung gegenüber In-
testat- u. Testamentserben); 2 1, 520;
3 1, 378; 2 1, 726. — Notar als Beur-
kundungsbeamter, Kreis der Ersatzberech-
tigten 5 370. — Haftung d. Notars bei e.
Schiffspandovertrag 6 125. — Haftung
der rheinischen Notare 6 340. — Pflicht-
verletzung des Notars bei Stempelberech-
nung 6 340. — Ungültigkeit des Art. 101
Prz.O.G. über die Haftung des Stell-
vertreters eines Notars 2 1, 770. — falsche
Auskunftserteilung eines Notars 2 1, 520;
4 305; 5 371; 3 1, 367, 368; 6 125, 126,
340. — Haftung des Notars für Urkunden-
entwürfe 1 1, 470; 4 305. — Einzicht des
Grundbuchs 6 340. — unrichtiger Wechsel-
protest eines Notars; Kreis der Ersatz-
berechtigten 5 370, 371, 372; 6 125, 340. —
Nichterhebung eines Wechselprotestes in
einem extraterritorialen Wochtschaftshaus 5 371.
— Haftung des Lehrers für den insolge

ungenügender Aufficht von einem Schüler
einem Dritten zugefügten Schaden 1 1,
501, 502 (s. unerlaubte Handlungen). —
Verletzung der Amtsverschwiegenheit 1 1,
500 (2); 3 1, 378. — falsche Rechts-
auffassung in einer Streitfrage 1 1, 497,
499, 500, 502; 4 305 (Grundbuchrichter).
— unzulässige Auszahlung einer post-
lagernden, telegraphischen Postanweisung
4 304, 305. — freiwillig erteilte, falsche
Auskunft 1 1, 502; 3 1, 379 (eines Gerichtsschreibers). — gesetzwidrige Zwangsvoll-
streckung seitens des Gerichtsvollziehers
1 1, 503 (s. Gerichtsvollzieher). — Zu-
stellungsversehen des Gerichtsvollziehers
4 305; 5 372. — Zustellung einer Ab-
schrift ohne Terminnote seitens des
Gerichtsvollziehers 1 1, 503. — eigen-
mächtige Pfändung des Gerichtsvollziehers
4 305. — zu weite Ausdehnung einer
Versteigerung seitens des Gerichtsvoll-
ziehers 1 1, 503. — Haftung bei Waffen-
gebrauch 5 344, 372; 6 341. — Haf-
tung des Polizeibeamten für den
durch eine Polizeiverfügung zugefügten
Schaden (pr. R.) § 6 G. v. 11. V. 42)
1 1, 503; 1 3, 2; 3 1, 379. — Haftung
bei Entweichenlassen oder Nichtfestnahme
e. Verbrechers 7 378, 380. — Haftung
eines Polizeibeamten, der entgegen seinem
früheren Versprechen einen Wirt wegen
Polizeistundenübertretung anzeigt? 1 1,
503. — Verletzung der Amtspflicht bei
Handhabung der Saupolizei 3 1, 380. —
Haftung mehrerer, pflichtwidrig handelnder
B., wenn die Pflichtverletzung eines jeden
für den Schaden kausal war 1 1, 503;
2 1, 519. — Haftung gegenüber dem
Abgeber wegen falscher Übermittlung
einer Depeche 3 1, 378, 380. — Haftung
für den Schaden bei industrieller Zwangs-
arbeit in der Strafanstalt 3 1, 380. —
Nichtfeststellen der Eigenhandigkeit der
Unterschrift oder der Vorlesung u. Ge-
nehmigung eines Dorftestamentes seitens
des Gemeindevorstehers 2 1, 520; 3 1, 380.
— unrichtige Zustellung eines Gerichtsvoll-
ziehers 6 340. — Zustellen einer
Verfugungssfrist ohne Terminbestimmung
durch den Gerichtsvollzieher 2 1, 520. —
Veräumen der Protestfrist infolge Zu-
rücknehmens des Wechsels seitens des
beauftragten, unzuständigen Gerichtsvoll-
ziehers 6 341. — Grundbuchrichter bei
Handlungen der freiwilligen Gerichtsbar-
keit 3 1, 379; 5 114: bei Bestimmung
der Reihenfolge von Eintragungen 4 305;
Vertretung einer falschen Rechtsansicht
5 114, 371. — Verhältnis des § 12
G.B. zu § 839 6 340. — Haftung von
Gerichtsschreibern u. Konkursrichter für
falsche Einträge in die Konkursstabelle
3 1, 379; 3 2, 274; 4 305. — Anspruch
gegen den Gemeindevorsteher wegen

mangelhafter Jagdverwaltung; Aktilegitimation (pr. R.) **3** 1, 380. — Haftung des Konkursrichters gegenüber dem Konkursgläubiger **4** 305; **5** 114, 371. — Haftung des Subhaftationsrichters wegen Nichtbeachtung des Art. 176 GGVB. **5** 371. — verfrühter Schluß des Versteigerungstermins durch den Subhaftationsrichter **11**, 502. — nicht gehörige Terminsanordnung des Subhaftationsrichters **6** 125, 340. — Haftung d. Subhaftationsrichters f. die Kosten e. nicht ordnungsmäßig abgehaltenen Termins **7** 379. — Schiedsmänner: Unterschriftsbeglaubigung auf Rentenquittungen für die Versicherungsanstalten **4** 305. — Unterschlagung d. Gerichtsvollziehers f. diese; Haftung d. Staates **3** 1, 25; **4** 22. — Haftung des Gerichtsschreibers wegen verspäteter Zustellung **5** 372. — Hilfs- u. Landbriefträger kein Vertreter d. Postfiskus **11**, 50; **3** 1, 24. — Amtspflichten eines Postbeamten, Aushändigung postlagernder Sendungen, Auszahlung telegraphischer Postanweisungen **5** 372 (f. Post); **6** 341. — Haftung d. B. d. freiwilligen Gerichtsbarkeit bei bewußter Abweichung von obergerichtlichen Entscheidungen, für e. auf Unkenntnis dieser Judikatur beruhende falsche Ansicht **7** 980. — Registerrichter **6** 340. — Verstoß gegen die Anweisung über Veröffentlichung der Registereinträge **3** 1, 352, 379; **1** 1, 44. — mangelnde Aufsicht des Turnlehrers **6** 341 (f. unerlaubte Handlung §§ 823, 831). — Fahrlässigkeit bei Feststellung der Personenidentität **4** 305. — Aushändigung von Blanketts, amtlicher Formulare an die Stellvertreter bei längerer Abwesenheit der Gemeindevorsteher **6** 341. — falsche Auskunft über den Bestand eines Sparkassenguthabens **6** 341. — Beglaubigung der Unterschrift eines Rentenempfängers durch einen Polizeibeamten Amtshandlung? **5** 369. — Haftung d. Vormundschaftsrichters f. rechtzeitige Anlegung der Gelder, f. Sperrung e. Sparkassenbuchs **7** 133. — Pflicht d. Vormundschaftsrichters zu Recherchen über die Person des Vormunds **7** 133. — Pflicht d. Nachlassrichters z. Feststellung d. Aufenthalts unbekannter Beteiligter (§ 2262 BGB.) **7** 133. — Haftung d. Grundbuchrichters **7** 379. — bei Versehen nach §§ 17, 18 BGB. **7** 133. — Haftung d. Grundbuchrichters bei Verzögerung d. Eintrags e. Sicherungshypothek **7** 133. — Haftung d. Kassenbeamten für Fehlbeträge, Beweislast **7** 241. — Abgabe von Gutachten d. Vorstehers e. staatlichen Anstalt z. Untersuchung von Nahrungsmitteln, Voraussetzung f. Annahme e. Fahrlässigkeit **7** 377, 378. — falsche Auskunftserteilung, wenn d. B. z. Erteilung nicht verpflichtet

mar **7** 378. — Ausstellung e. unrichtigen Bescheinigung **7** 378. — Haftung e. ehrenamtlichen Landgemeindevorstehers **7** 379. — Haftung eines Gemeindevorstehers f. fahrlässige Unterschriftsbeglaubigung **7** 379.

Beauftragter Richter f. Beweisaufnahme, die einzelnen Beweismittel.

Bedingtes Endurteil f. Eid. — Änderung d. Eidesnorm f. Eidesnorm. — Berichtigung von Eidesauflagen f. auch Urteil unter Berichtigung. — günstigere Stellung des Schwurpflichtigen bei Verweigerung als bei Leistung des Eides **1** 3, 174. — Endentscheidung für den einen, Urteil über den Anspruchsgrund für den anderen Fall **1** 3, 174; **3** 2, 457; **6** 820 (f. Zwischenurteil). — Klageabweisung bei Nichtleistung, Beweisbeschluß bei Leistung **1** 3, 174. — Entscheidung über Klage bei Leistung, Vorbehalt der Entscheidung bei Nichtleistung **1** 3, 174. — Abhängigmachung d. Entscheidung über den ganzen Anspruch von einem Eid, obwohl ein Teil bereits endgültig pruchreif ist **7** 825. — Vorbehalt aller, nicht bloß der nicht vorhersehbaren Folgen für das Läuterungsurteil **7** 825. — Mehrheit von Schwurpflichtigen, Feststellung der Folgen einer Eidesverweigerung seitens eines Pflichtigen im bedingten Urteil? **4** 709. — Einfluß einer Eidespflichtverletzung auf das bedingte Endurteil? **1** 3, 177 (f. Eidespflichtverletzung); **1** 3, 182, 183 (Aufhebung des Urteils). — Einfluß des Todes, der Eidesunfähigkeit, der Beendigung der Vertretungsmacht des Eidespflichtigen f. Eidespflichtiger. — kein neues Vorbringen nach Erlass des Urteils **3** 2, 487; **5** 819. — Einrede des schwurpflichtigen Beklagten, daß Kläger den Anspruch abgetreten habe **1** 3, 119; **3** 2, 487. — Einfluß eines außergerichtlichen Vergleichs auf ein vorher ergangenes b. U. **3** 2, 442, 487. — gerichtl. Vergleich nach Urteilserlass **3** 2, 487 (2). — Ausöhnung d. Parteien nach dem im Eheanfechtungsprozeß ergangenen bedingten Urteil **3** 1, 470. — Verzicht (prozessualer u. außer dem Prozeß erklärter) nach Erlass eines b. U. **3** 2, 459/460. — Zulässigkeit solcher Neuheiten, die eine Änderung der Eidesnorm, der Person des Schwurpflichtigen oder eine prozessual liquide Aufhebung des gesamten Prozeßnegus herbeiführen **3** 2, 487. — Abänderung wegen Irrtums über die Schwurberechtigung des Gegners als gesetzl. Vertreters **5** 821 (f. Eidespflichtiger unter Eid). — Zuständiges Gericht f. Erledigung e. durch Eid bedingten Zwischenurteils über den Grund d. Anspruchs nach Zurückweisung d. Berufung **7** 835. — Vorbehalt der Entscheidung über den Kostenpunkt für das Läuterungsurteil **5** 819. — Ver-

(Bedingtes Endurteil)

einbarung d. Parteien über Änderung der urteilsmäßigen Eidesfolgen **6 845**.

Bedingtes Zwischenurteil bei Zwischenstreit **4 697**. — Klageabweisung bei Eidesleistung, Verwerfung der Einrede bei Eidesverweigerung **3 2, 457; 6 820**.

Bedingung.

Allgemeines. — B. bei letztwilliger Verfügung s. letztwillige Verfügung, Erb-einfügung. — condicio non est in obligatione **1 1, 100**. — uneigentliche **3 1, 55**. — zur Vertragsbedingung nicht erhobene Voraussetzungen **6 72**. — condicio potestativa **1 1, 97; 3 1, 55; 4 52; 6 72; 7 70 (2), 145**. — bei einseitigen Rechtsgeschäften **3 1, 282**. — B. des faktischen Wollens bei Formalgeschäften **7 70**. — durch Rechtsgeschäft u. durch Gesetz unmittelbar gesetzte B. **2 1, 81**. — Vorbehalt der obervormundschaftl. Genehmigung als B.? **6 72**. — B. der rechtsgeschäftl. Willenserklärung **7 70**. — Rechts-B., stillschweigende B. **3 1, 55; 4 52**. — Zugehen e. Willenserklärung als Rechts-B. **5 58**. — Ewentualaufrechnung; Aufrechnung unter e. condicio iuris? **1 1, 282, 283 f.; 2 1, 239**. — condicio in praesens vel in praeteritum collata **1 1, 97; 3 1, 55**. — B. u. „Ausbedingung“ (Vertrags-B.) **1 1, 100; 5 52**. — B. u. indirekte Verpflichtung **3 1, 78**. — B. keine Verfügungsbeschränkung **1 1, 99**. — grundsätzl. Bedingbarkeit d. Verträge u. einseitigen nicht empfangsbedürftigen Willenserkl. **3 1, 55**. — B.sverbot, Rechtsgrund, Ausschluß durch Vertrag **3 1, 55**. — B.sfeindlichkeit d. Rechtshandlungen, einseitigen Erklärungen **1 1, 97**. — akzessorische B.sfeindlichkeit **3 1, 59**. — nachträgl. Eintritt d. Unmöglichkeit bzw. Notwendigkeit e. B. **1 1, 99**. — Rechtslage vor Eintritt d. B. **1 1, 97; 6 73**. — Zeitpunkt d. Entstehung u. Fälligkeit e. bedingten Forderung **2 1, 164; 6 73**. — Zeitpunkt d. Vollzugs d. Rechtsnachfolge auf Grund bedingter Verfügung **4 52**. — Abtretung unter e. B. **1 1, 99, 297**. — Abtretbarkeit e. bedingten Forderung **2 1, 250, 251; 3 1, 189**. — Aufrechnung unter e. B. **1 1, 279, 281, 283; 2 1, 239, 240; 3 1, 179, 180; 4 136, 137**. — Aufrechnung mit oder gegen e. bedingte Ford. **2 1, 137; 5 153**. — Wirkungen während d. Schwbezeit u. Haftung für Verschulden **1 1, 99**. — Unwirksamkeit von Verfügungen während d. Schwbezeit **1 1, 99; 6 73; 7 71**. — zu § 160 Abs. 1 **7 71**. — kein Rücktritt vom bedingten Vertrag **5 52**. — Verpflichtung z. Unterlassung eines d. Erfolg d. Rechtsgesch. gefährdenden Verhaltens **5 52**. — „Der andere Teil“ im § 160 BGB. **3 1, 56**. — Beeinträchtigung d. bedingten Rechts **1 1, 99; 3 1, 56**. — Verhältnis d. § 160 zu

§ 281 BGB. **3 1, 56**. — § 161 BGB. setzt Möglichkeit d. Eintritts d. B. voraus **4 52**. — Anwendung d. § 161 Abs. 3 auf gesetzliche Pfandrechte **6 73**. — „weitere Verfügung“ im S. d. § 161 (Verjähren, Erbschaften, Einbringen d. Sachen als Mieter) **7 71**. — treuwidrige Verhinderung des Eintritts der B. **1 1, 99; 2 1, 81; 3 1, 57; 4 52; 5 53; 6 73** (durch Unterlassung). — jahrlässige Verhinderung d. B.eintritts **6 73**. — bloßes Erschweren d. B.eintritts **6 73**. — Verhinderung d. Eintritts der B. durch den Bürgen **1 1, 433**. — keine Anwendung d. § 162 auf B., deren Eintritt oder Nichtertritt herbeizuführen im freien Belieben der Partei steht **2 1, 81; 6 74**. — analoge Anwendung des § 162 **6 74**. — Beweislast im Fall des § 162 **6 73**. — Kaufaufammenhang nach § 162 **6 73**. — Zurückziehen d. Angebots zeitens e. Submittenten, der für den Fall d. Zuschlagserteilung an ihn einem Konkurrenten e. Abgabe versprochen hat **6 73**. — Ausschluß d. Retentionsrechts durch B. **2 1, 169**. — bedingte sachenrechtl. Einigung **6 73**. — Anzeigepflicht bez. d. Entscheidung d. B. **3 1, 54, 85**. — schriftl. Bestätigung e. mündlich unter e. B. geschlossenen Vertrages mit Weglassung d. B. **4 50**. — Bekräftigung e. bedingten Vertrages durch Gottesgeld **1 1, 255**. — keine Klage auf Erfüllung der B. **1 1, 100**. — Beweislast bei bedingtem Rechtsgeschäft **1 1, 97 ff.; 1 3, 125; 2 1, 81, 109, 111; 3 1, 54; 3 2, 449** (aufschiebende B.); **5 70**. — Beweislast f. Vereinbarung d. Rückbeziehung d. B. **3 1, 56**.

Auflösende B. — Unterschied von der Vertragsstrafe **1 1, 97**. — Beweislast f. d. Vereinbarung e. aufl. B. **1 1, 97, 98; 2 1, 81; 3 1, 54, 55**. — dingl. Wirkung **2 1, 81**. — Rechtsnachfolge infolge Eintritts der aufl. B. **1 1, 99**. — keine Anrechnung d. während d. Penrenz verfloßenen Zeit f. d. Rückverwerb i. d. F. d. §§ 221 u. 943 **3 1, 55, 67, 418**. — Verjährungsbeginn bei aufl. bed. Rechten **4 57**. — auflösende B. u. § 137 **4 43**. — ungleichmäßige Verbedingung als auflösende B. d. Privataffordis **3 1, 56; 6 72**. **Aufschiebende B.** — Anhängung e. nchtigen Vertrags an e. B. mit aufschiebender B. f. d. Fall d. B. **4 48**. — Beweislast bei aufschiebender B. **3 2, 449; 6 91**.

Beeinträchtigung des Eigentums s. Eigentum unter Inhalt des E. u. Ansprüche aus dem E. II.

Beerbigung s. auch Begräbnisplätze. — B. des Erblassers als pro herede gestio des Erben **5 555**. — testamentarische Verfügung über die Beerbigung, Verbrennung **1 2, 216; 2 1, 720; 4 478, 506**. — Bestimmung über Ort u. Art der Grab-

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

inschrift durch d. Erben oder durch den Ehegatten des Erblassers? 5 559; 6 527. — B.skosten des Erblassers Nachlassverbindlichkeit? s. diese. — Abschluß der auf die B. gerichteten Verträge durch den Erben selbst 3 1, 591, 592. — Klage der die B. besorgenden Gläubiger gegen Testamentvollstrecker oder Nachlassverwalter trotz Abschluß der Verträge durch den Erben selbst 3 1, 592. — Umfang der B.kosten (vgl. Gastpflichtgesetz), Bekanntmachung, Satz, Prediger, Küster, Trauergeleit, Herrichten u. Ausschmücken der Grabstelle, Beförderung der Leiche, Leichenschmaus, Dankagung 3 1, 592; 6 528. — Trauerkleider für Gesinde u. vermögenslose Angehörige 1 2, 216; 6 528; — Grabstein, Blumen, Todesanzeigen 4 308; 5 373, 374, 559, 1035. — Vereinbarung zwischen Verwandten u. Erben über die Ruhestätte 3 1, 592. — Vorrang der Beerdigungskosten des Erblassers vor Pflichtteilsansprüchen 1 2, 216. — geg. wen können die von einem Dritten verauslagten Beerdigungskosten d. Erblassers geltend gemacht werden 3 2, 282. — B.kosten des nach Konkursöffnung verstorbenen Gemeinschuldners 3 2, 268. — über B.kosten in den Fällen der §§ 844 f. BGB. f. unerlaubte Handlung.

Befriedigung f. Gläubiger, Befriedigung, Hypothek.

Befristung f. Fristen. — B. bei letztwilliger Verfügung (s. letztwillige Verfügung, Erberrücklegung) 1 2, 239. — B., gesetzliche, f. Ausschlußfrist. — Zeitbestimmung oder Bedingung? 1 1, 100. — Zeitbestimmung keine Verfügungsbeschränkung 1 1, 99. — Gemeinlast bez. B. 1 1, 98; 2 1, 111, 3 1, 54, 57 (Endtermin); 6 91. — keine Aufrechnung mit oder gegen befristete (betagte) Forderungen 5 152, 153. — Abtretbarkeit betagter Forderungen 2 1, 250, 251; 5 160 (s. Abtretung.). — Erfüllungsummöglichkeit bei Unmöglichkeit d. Leistung z. festgesetzten Zeit 5 108. — B. bei Schuldverhältnissen 2 1, 81. — Zeitpunkt d. Entstehung u. Fälligkeit e. betagten Forderung 2 1, 164. — § 159 auf befristete Geschäfte nicht anwendbar 2 1, 81. — Rechtsgeschäfte mit Anfangstermin 1 1, 100. — Rechtslage vor Eintritt des Anfangstermins 1 1, 97. — Vereitelung des rechtzeitigen Zugesehens e. befristeten Willenserklärung durch d. Empfänger 3 1, 43. — Zeitpunkt d. Vollzugs d. Rechtsnachfolge auf Grund e. betagten Verfügung 4 52. — Rechtsnachfolge infolge Eintritts des Endtermins 1 1, 99.

Beglaubigung f. Beurkundung, Eintragungen i. d. B., Form, Urkunde und die dort Zitierten. — Zuständigkeit 2 1, 61. — B. durch e. Landesgesetzlich bestimmte Stelle 3 1, 43. — wird das Erfordernis des § 129 BGB.

durch einen gerichtlich geschlossenen Vergleich erfüllt? 6 53. — gerichtl. oder notarielle B. e. fälschlich als echt anerkannten Unterschrift 1 1, 75. — Übertragung der in Baden dem Bürgermeister zustehenden Befugnis zur Beglaubigung von Unterschriften auf e. anderen städtischen Beamten 7 1038. — Zuständigkeit des Bürgermeisters in Essß-Lothringen zu Unterschriftsbeglaubigungen 7 1038. — Form der nach § 8 Bundesratsbekanntmachung v. 1. VII. 99 betr. die Führung des Genossenschaftsregisters von den Gemeindevorstehern oder Polizeibehörden bewirkte Unterschriftsbeglaubigung 7 1038. — Schreibgebühren für Unterschriftsbeglaubigung 6 1165. — Prüfung der Formgültigkeit einer ausländischen B. 3 1, 667. — Verhältnis d. Reichsgesetzes betr. die B. öffentlicher Urkunden vom 1. V. 78 zu §§ 167 ff. ZGB. 5 1019. — B. v. Handzeich. u. Unterschrift. Geschäftsbeschränkung 1 1, 63; 3 2, 242. — Anwend. der §§ 168—182 ZGB. auf B. von Unterschriften durch einen Notar? 3 2, 243, 244. — Identitätsfeststellung bei B. e. Unterschrift 7 1037. — Fortdauer des auf B. gerichteten Willens d. Beteiligten bis zur erfolgten B. 3 2, 249. — Anerkennung u. Vollzug der Unterschrift in amtlicher Gegenwart d. beglaubigenden Beamten Voraussetz. ? 2 1, 59, 60; 3 2, 249 (2), 251; 5 1026; 6 841; 7 1037. — von Vollzug d. Unterschrift zeitlich getrennte B. 5 1026; Prüfung d. Geschäftsfähigkeit d. Antragstellers 5 1027. — Vornahme e. B. außerhalb des Amtsbezirks 3 2, 249 (s. Urkunden). — Beglaubigung e. Blankettunterschrift 3 1, 40, 43; 3 2, 250; 5 1027; 7 1036 (2), 1037. — Ablehnung d. B. e. Unterschrift unter lüdenhafter Erklärung 7 1036. — im B.svermerk nur nach Stand u. Wohnort, aber ohne Namensnennung bezeichnete Beteiligte 7 1037. — muß d. B.svermerk die Konstatierung enthalten, daß die Unterschrift in Gegenwart d. Beamten vollzogen u. anerkannt wurde? 3 2, 250. — Stellung der B. unmittelbar unter der Unterschrift nötig? 3 2, 250; 7 1037. — B. der Unterschrift von Tauben, Stummen, Blinden 3 2, 250. — B. nach § 183 ZGB. für eine z. Aufbewahrung beim Registergericht bestimmte Zeichnung des Namens u. der Firma ausreichend? 3 2, 250 (s. Handelsregister). — B. einer Blankozeption 2 1, 61. — Gründe der gesetzlichen Behinderung d. Urkundsperson an die Beglaubigung 7 1035, 1036. — Verwandtschaft oder Schwägerschaft als Ausschließungsgrund f. d. Beamten 4 868; 5 1026. — Datierung d. B.svermerks; Datierung d. Unterschrift 7 1037. — Zuständigkeit der deutlichen Konsulen zu Unterschriftsbeglaubigungen? 3 2, 250. —

(Begläubigung)

von einer nach Landesgesetz zuständigen Stelle vorgenommenen B., wenn das Gericht ausdrücklich gerichtliche oder notarielle B. erlangt **3** 2, 251.

B. in P r o z e ß (vgl. Zustellung) **5** 780. — der Terminnote **1** 3, 80. — fehlende B. Folgen. Wiedereinsetzung **1** 3, 85. — B. der Rechtsmittelschrift u. der Terminbestimmung durch verschiedene Anwälte **4** 686. — B. durch einen anderen Anwalt als den Prozeßbevollmächtigten **4** 686. — Datierung des B.svermerks **5** 780. — B. v. Urkunden d. bayerischen Standesbeamten für die Schwelz; Unzuständigkeit d. Gerichts **6** 1056.

Begräbnis s. res sacrae, Kirchhöfe, Beerdigung. — Beisehung d. Aschenreste auf e. B.-Platz **7** 100.

Begräbnisplätze s. Kirchhöfe, res publicae, res sacrae. — Auflassung beim Übergang des Eigentums an eine Kirchengemeinde **1** 2, 402. — Hypotheken auf Friedhöfen (Preußen) **1** 2, 402. — Subhaftation von Begräbnisplätzen (Preußen) **2** 1, 774. — Eigentum; Anwendung des Grundbuchrechtes **4** 537. — dingliche Gebrauchsrechte an B. **6** 31. — Benutzungsrecht u. Unterhaltungspflicht in Preußen **2** 1, 550.

Begünstigung einzelner Gläubiger bei Privatafford (s. diesen) **5** 47. — e. Gläubigers durch den Kredit **2** 1, 65, 68; **3** 1, 45 (s. Konkursstrafrecht Gläubiger-B.). — B.sabreden zwischen Gläubiger u. Schuldner nichtig **3** 1, 46.

Behauptungspflicht im Prozeß **1** 1, 146; **3** 1, 72 (s. Beweislast). — kein Wegfall, weil die nicht aufgestellte Behauptung nach Ansicht des Gerichts erwiesen **1** 3, 127. — Zurücknahme u. Widerruf, wie lange zulässig? **1** 3, 129.

Behörde s. Gemeinde-, Polizei-, städtische B. — Namensschuß gegen B. **2** 1, 8; **4** 5. — Zeitpunkt des „Eingangs“ e. Schriftstücks **4** 40. — „Zugehen“ e. Schreibens an e. B. bei Abholung der Postfächer **2** 1, 63 (s. Zugehen, Post). — Erluchen an das Grundbuchamt s. Eintragungen ins Grundbuch. — Vertretung im Grundbuchverkehr s. Eintragungen ins Grundbuch.

Beischluß. — Haftung aus Verführung und Nötigung **1** 1, 477 (vgl. unerlaubte Handlungen § 824 BGB.).

Beiseite schaffen e. zedierten Forderung (§ 288 StGB.); Zeitpunkt d. Vollenbung **1** 1, 297.

Beißig des überlebenden Gatten; Anwendung des Art. 203 GGWB. ? **1** 2, 442.

Beistand s. auch elterliche Gewalt d. Mutter. — vor 1900 eingeleitete Beistandschaft; Überleitung in Vormundschaften? **1** 2, 450. — für die Verrichtung d. Vormundschaftsgerichts zuständiges Gericht **7** 1004. — im Grundbuchverkehr: Forderung d. Nach-

weises, daß kein Beistand bestellt ist? **2** 2, 406; **5** 965; **4** 837.

Beistellung. — mehrerer Beiständer **1** 2, 138. — Frauen als B. **1** 2, 138. — Anordnung des Vaters, daß nach altem Recht der Mutter ein Gegenvormund zu bestellen sei **1** 2, 135. — Wegfall der bestimmten, vom Vater benannten Person **1** 2, 135; **4** 426. — Anordnung e. Beistandschaft ohne Benennung e. Person seitens d. Vaters **1** 2, 136. — Verfügung des Vaters auf Ausschluß der Beistellung e. B. **1** 2, 136. — vertragsmäßiger Verzicht d. Vaters auf Anordnung der Beistandschaft **3** 1, 521. — Begründung des Antrags der Mutter auf Beistellung **1** 2, 136. — bedingter Beistellungsantrag der Mutter **1** 2, 136. — Recht d. Mutter zur Benennung e. bestimmten Person? **1** 2, 138; **2** 1, 663; **3** 1, 522; **6** 497; **7** 995 (Beschwerde der Mutter). — besondere Gründe zur Aufstellung e. B. von Amts wegen **1** 2, 136; **2** 1, 663; **3** 1, 522 (z. religiösen Kindererziehung). — Pflicht der Mutter, e. Beistandschaft zu beantragen; Haftung für Nichtstellen des Antrags **3** 1, 521, 522. — Anhören d. Verwandten vor Beistellung **1** 2, 136. — Mitteilung d. Beistellung an den Gemeindevorstand **2** 1, 960; **3** 1, 565. — Prüfungspflicht Dritter, die mit der Mutter kontrahieren **5** 519. — Pflicht des Grundbuchrichters, zu prüfen, ob ein Beistand bestellt ist **1** 2, 136; **2** 1, 663; **2**, **2**, 406; **4**, 837; **5** 519, 965.

Wirkungskreis **4** 426. — Strafantragsrecht f. d. Kind **3** 1, 502. — Bestimmung des Wirkungskreises in dem Antrag der Mutter **1** 2, 136. — Berücksichtigung der väterlichen Anordnung bei Begrenzung d. Wirkungskreises durch das Gericht **1** 2, 136, 137; **4** 426. — religiöse Erziehung **1** 2, 136. — Sorge f. d. Interessen d. Kindes an dem Gesamtgut der fortgesetzten Gütergemeinschaft **1** 2, 136. — Begrenzung im Fall des § 1687 Ziff. 3 **4** 426. — Züchtigungsrecht d. B. **1** 2, 136. — Rechnungslegung u. wiederkehrende Berichte **1** 2, 137, 138; **2** 1, 663. — Genehmigung d. Beistands zu Grundstücksveräußerungen? **5** 519. — keine obervormundschaftliche Genehmigung zu d. Zustimmungserklärung d. B. nach § 1690 Abs. 1 Satz **1** **4** 426. — Anhören des B. in den Fällen des § 1690 Abs. 1 Satz **2** **5** 519. — Genehmigung seitens des Gerichts nach § 1690 Abs. 1 Satz **2** gegen den Willen des B. **5** 519. — Anlegung von Geldern **1** 2, 137; **6** 497. — Anlegung von Geldern b. eingeleiteter Beistandschaft, aber z. Zt. nicht vorhandenem Beistand **1** 2, 137. — Anwendung des § 1691, wenn dem B. die Vermögensverwaltung übertragen ist **1** 2, 137. — Inkultierung von Spartaftensbüchern? **6** 498. — Zuziehung bei Auf-

nahme des Inventars nach § 1640, insbes. wenn die Vermögensverwaltung nicht zu seinem Geschäftskreis gehört? 1 2, 137; 2 1, 663; 3 1, 522; 4 426; 5 508. — Zuziehung zur Inventarerrichtung bei Wiederbeirathung? 1 2, 137; 2 1, 663. — Schlußrechnung der Mutter bei Erben oder Ruhen d. elterlichen Gewalt 1 2, 137. — amtliche Inventuraufnahme im Fall des § 1667 möglich 5 520. — Verpflichtung des Beistands als Pfleger bei Übertragung d. Vermögensverwaltung nötig? 1 2, 137; 5 520. — Aufstellung e. Gegenvormunds bei Übertragung der Vermögensverwaltung auf d. B. 1 2 137; 3 1, 522; 5 520. — Stellung d. Gerichts, wenn bei Übertragung d. Vermögensverwaltung auf den B. ein Gegenvormund nicht bestellt wird 1 2, 137. — Übertragung d. Vermögensverwaltung auf d. B. ohne Antrag der Mutter 1 2, 137. — Antrag d. Mutter auf Übertragung d. Vermögensverwaltung auf den B. 1 2, 137; 5 520. — Rechtsanspruch d. Mutter auf Übertragung d. Vermögensverwaltung auf d. B. 5 520. — Aufhebung d. Übertragung d. Vermögensverwaltung auf d. B. 1 2, 137; 5 520. — Antrag der Mutter auf Rückgabe der Vermögensverwaltung 5 520 (s. 3 1, 522). — Beschwerde d. Kindes bei Aufhebung d. Übertragung d. Vermögensverwaltung 1 2, 137. — Nutznießung d. Mutter bei Übertragung d. Vermögensverwaltung auf d. B. 1 2, 137; 2 1, 663. — Vergütung des mit der Vermögensverwaltung betrauten B. 3 1 522 (Beschwerde d. Mutter); 6 498. — Anspruch gegen die Mutter auf Einsicht in die Verwaltung 1 2, 138. — analoge Anwendung der §§ 1852—1857 auf B. 3 1, 522; 4 426. — fortlaufend gerichtliche Kontrolle des B.? 1 2, 138; 2 1, 664. — Anwendung des § 266 Ziff. 1 StGB. auf B. 2 1, 664; 3 1, 522; 4 426. — Stellung der Mutter 4 426; 6 497. — insbesondere gegenüber dem mit der Vermögensverwaltung betrauten B. 1 2, 137. — allgemeine Ermächtigung d. verbeistandeten Mutter zu d. Rechtsgeschäften des § 1812 im Fall des § 1690? 4 426; 5 519.

Endigung. — Ruhen der elterlichen Gewalt d. Mutter 4 427; 6 498. — Erlöschen des Amtes des mit d. Vermögensverwaltung betrauten B. bei Endigung d. Vermögensverwaltung der Mutter 4 427. — Einfluß des Aufhörens e. Bestandteils der elterlichen Gewalt der Mutter auf die Beistandschaft 6 498. — Aufhebung der auf Antrag der Mutter angeordneten Beistandschaft gegen deren Willen; Beschwerde der Mutter 3 1, 522; 4 427. — Aufrechterhalten e. auf Antrag d. Mutter angeordneten Beistandschaft gegen deren Willen 3 1, 522. — Aufhebung der vom Vater angeordneten Beistandschaft? 4 427.

Prozeßbeistand s. Prozeßbevollmächtigte. — Zulassung e. Beistands neben dem Prozeßbevollmächtigten im Anwaltprozeß 7 748.

Belastung f. auch Grundstücksteil. — verschiedene B. Hindernis für die Vereinigung von Grundstücken auf einem Blatt? 2 2, 396. — B. einer Forderung, für die ein im Grundbuch eingetragenes Recht als Pfand haftet. — Eintragung ins Grundbuch? 2 2, 429.

Belastungs- und Veräußerungsverbot f. Veräußerungsverbot. — zugunsten eines Hypothekengläubigers 1 1, 687; 2 1, 591.

Beleidigung (s. unerlaubte Handlung §§ 823 ff.). — Klage auf Widerruf 3 1, 355 (vgl. Unterlassungsklage); 4 72, 282. — Publikationsbefugnis als Schadensersatz nach § 249 4 267. — öffentlicher Widerruf 4 71, 72; 5 87. — Ersatzleistung für B. 2 1, 132. — Recht des Verletzten auf Rehabilitation 3 1, 89; 4 71; 5 87. — Klage auf Ehrenerklärung 4 72; 5 87. — Porträtmißbrauch 2 1, 10, 11; 3 1, 6 (vgl. Bild). — Vertragsstrafe f. künftige B. 5 45. — jurist. Personen 1 1, 20. — Ehrennotwehr 1 1, 140. — Haftung für Ehrverletzung nach §§ 823, 824 BGB. 1 1, 465, 467; 2 1, 494, 501, 503; 3 1, 345, 354; 4 270; 5 543; 6 305, 315; 7 340. — Verletzung d. Geschlechtslehre 1 1, 477. — Verstorbener 7 4. — subjektives Privatrecht auf Ehrenschutz 7 340. — zur Auslegung d. § 193 StGB. 7 341.

Beleuchtung f. Elektrische B.; Elektrizitätslieferung. — Recht auf Lichtlieferung gegenüber der Gemeinde 1 1, 303. — Haftung der Gemeinde wegen mangelhafter Beleuchtung f. unerlaubte Handlung § 823. — Beleuchtungspflicht des Vermieters 2 1, 293; 3 1, 138, 230; 5 97, 206, 208 (s. unerlaubte Handlung § 823 unter „Hausbesitzer, Witt“).

beneficium competentiae f. Schenkung. — des Schenkers, rechtl. Natur 2 1, 290. — bei Ansprüchen mehrerer Beschenker 1 1, 359; 5 204. — beim negotium mixtum cum donatione 2 1, 290. — dem Bürgen des Schenkers nicht zuzustehend 2 1, 290.

Beratung und Abstimmung. — im Sitzungssaal selbst 3 2, 334. — mehrerer Berichterstatter, Vorstehender als ständiger Korreferent 3 2, 334.

Bereicherung ungerechtfertigte f. diese.

Bergrecht f. Enteignung, Kuze, Mineralien. — Übertragung eines vor 1900 begründeten Abbaurechts (pr. R.) 4 547. — herrenlose Sachen 2 1, 763. — Anwendung des BGB. auf den Bergarbeitsvertrag des sächs. Rechts? 1 2, 392. — Verhältnis des BGB. zu sächsischen Bergbau- u. Abbaurechten 2 1, 767. — unverleihbare, dem Eigentümer des Grundstücks zustimmende

(Bergrecht)

Mineralien, keine Anwendung des Landesrechts **1 2, 392**. — Anspruch der Hypothekgläubiger nach Artt. 52, 53, 672 auf die dem Grundeigentümer nach 1900 zufallenden Entschädigungsgelder **1 2, 392**. — gesamtschuldnerische Haftung des Veräußerers u. Erwerbers eines Kuzes f. die Zubußen **1 2, 392**. — Stimmrecht des bei der Abstimmung interessierten Repräsentanten einer Gewerkschaft nach §§ 111, 115 PrBergG. **1 2, 393**. — Anwendung des § 45 BGB. bei Auflösung einer preuß. Gewerkschaft durch Vereinigung aller Kuzen in einer Hand **2 1, 767**. — gütliche Einigung über Abtretung v. Grundeigentum (§ 142 PrBergG.); Notwendigkeit gerichtlicher Verlautbarung **3 1, 679**. — Plage der Gewerken gegen die Gewerkschaft (Umschreibung, Ausstellung v. Kuzscheinen); keine Anwendung des § 894 BGB. (preuß. R.) **3 1, 680**. — Abwässerung aus Bergwerken: §§ 135 ff. PrBergG. und § 904 BGB. **3 1, 680**. — Eigentumszerwerb der Gewerkschaften des neuen preuß. Rechts **1 2, 394** (f. jur. Personen). — Erwerbsbeschränkung d. Bergwerks-Gesellschaft in Preußen **3 1, 14**. — Bedeutung des Art. 68 GG. **1 2, 393**. — Bergwerks-Gesellschaften eintragungsfähige Vereine **6 588**. — Rechtsfähigkeit der vom 1. VII. 69 in der Rheinpfalz bestehenden Bergwerks-Gesellschaften **5 617**. — Bergrecht u. Grundbuchrecht **2 1, 767**. — Haftung der für Bergschäden an das Grundeigentum zu zahlenden Entschädigung für die Hypotheken (preuß.); Übergangsrecht **1 2, 430**. — Recht d. Gewerken, sich durch Hingabe des Kuzes von seiner Zubußspflicht zu befreien, im Falle des Konkurses der Gewerkschaft u. Veräußerung des Bergwerks seitens des Konkursverwalters an e. Dritten **4 801**.

Bergwerke. — Zwangsversteigerung; Anwendung des 1. Abschn. des PrUzBzG. **5 904**.

Berichtigung. — d. Urteils f. Urteil. — des Tatbestandes f. Tatbestand. — analoge Anwendung der Vorschriften für Urteilsberichtigung auf Vergleiche **3 2, 462**. — des Grundbuchs f. Grundbuchberichtigung.

Berner Übereinkunft f. Urheberrecht internationales.

Beruf. — Aufgabe der Frau, den Mann in häuslichen Angelegenheiten u. bei d. Kindererziehung zu unterstützen, als Beruf im Sinne des § 230 Abs. 2 StGB. ? **7 475**.

Berufsgenossenschaft f. Innung, Unfallversicherung. — als öffentl. rechtl. Korporationen **1 1, 49**. — Sektionen der B.-G. als Organe **1 1, 49**. — Verzicht d. Verletzten vor Übergang f. Forderung gegen den Täter auf die B.-G. (§ 119 UBG.)

1 1, 314. — kein Recht auf Verzugszinsen bei Geltendmachung ihres Erlassanspruchs aus § 140 GerlUBG. **1 1, 207**. — Haftung gegenüber dem Postfiskus f. Aufbewahrung der Formulare, Stempel usw. **6 27, 7 136**. — gesetzl. Übergang d. Entschädigungsansprüche d. Verletzten auf die B. (§ 151 UmUBG.) **4 148**. — Nichtanhören vor Erlass polizeilicher Arbeiterschutzvorschriften (§ 120 e GewO.) **4 960**. — Natur d. Anstellungsvertrags d. Vorstandsmitglieder u. Beamten e. B.-G. **7 242, 246**. — Anrechnung v. Leistungen e. B.-G. auf die Schadenersatzschuld des Dienstherrn im Falle d. § 618 BGB. **7 253**.

Berufsvereine f. Fachvereine. — Eintragungsfähigkeit **1 1, 21, 23**.

Berufsvormundschaft **5 622; 6 504, 505** f. Anstaltsvormund.

Berufung f. Rechtsmittel, Ehesachen.

Der Berufung unterliegende Urteile. — Teilurteile des Gewerbegerichts unter 100 M. **1 3, 190**. — ein die Plage im Urkundenprozesse als in dieser Prozedur unzulässig abweisendes Urteil **3 2, 515**. — nicht verkündete, aber mit Verkündigungsvermerk versehenen Urteile **4 710; 7 833**. — nicht von allen Richtern unterschriebenes Urteil; Verzicht auf d. Mangel möglich? **6 825 (2)**. — verkündetes Urteil, dessen vollständige Abfassung unmöglich wird **5 805, 822**. — Berufung des Klägers gegen e. Versäumnisurteil, wenn bei e. gegen Aussteller u. Akzeptanten erhobenen Wechselklage gegen den einen bedingtes, gegen den anderen Versäumnisurteil erging? **6 847**. — Urteile des LG. über Arrestanträge in e. bei ihm als Berufungsinstantz anhängigen Sache **6 848**. — B. gegen Anordnung e. einseitigen Verfügung trotz Erledigung d. Streit es vor Berufungseinlegung **6 848**. — Berufung gegen Urteile der Gewerbe- u. Kaufmannsgerichte; Streitwert z. B. der Klagerhebung oder z. B. des Urteils maßgebend? **6 851**. — Feststellung in d. Urteilsgründen d. Gewerbegerichts, daß der Streitwert sich auf e. nicht berufungsfähigen Betrag belaufe **7 833**. — Berufung gegen ein Teilurteil, Einfluß auf die Anfechtbarkeit der späteren Kostenentscheidung **3 2, 397; 6 849**. — ein die prozeßhindernde Einrede verwerfendes Zwischenurteil nach § 275 **3 2, 491**. — Trennungsanordnung nach § 145 ZPO.; keine Anfechtung wegen Unzumutbarkeit **1 3, 190**. — Zwischenstreiturteile **4 710**. — Versäumniszwischenurteil nach § 347 Abs. 2? **4 710**. — keine Berufung gegen das den Einspruch gegen e. früheres Versäumnisurteil verwerfende Versäumnisurteil, wenn dem Prozeßbevollmächtigten des Berufungsführers die Ein-

spruchschrift nebst Zustellungsurkunde erst nach dem Termine wieder zugeht 6 848. — **B.** gegen Vorbehaltsurteil nach § 302 **ZPO.** trotz seiner Aufhebung im Nachverfahren 5 800 (s. Vorbehaltsurteil).

Einlegungsgrund s. Rechtsmittel. — zwecks Erweiterung des Klageantrags? 1 3, 193; 5 823 (s. unten Nova). — um an Stelle des abgewiesenen Unterhalts s. die Vergangenheit solchen für die Zukunft zu fordern 1 3, 193. — zur Herbeiführung des Einklangs von Tenor und Gründen mit dem berichtigten Tatbestand 5 806. — zur Berichtigung des Tatbestandes 5 806. — Berufung des für allein schuldig erklärten Ehegatten bei Abweisung seines Antrags, auch den anderen Teil für schuldig zu erklären 6 847, 848 (s. Ehefachen). — z. Nachholung des in 1. Instanz vergessenen Antrags auf vorläufige Vollstreckbarkeit (s. diese) 7 829, 830. — Abweisung der Klage oder Widerklage wegen e. Eventualaufrechnung 7 830.

Verzichtet. — vor Erlaß des Urteils 1 3, 91; 3 2, 491 (2), 508; 7 830. — Verzicht in Ehefachen 3 2, 492; 4 710; 7 830. — Verzicht seitens der Hauptpartei: Bedeutung für den streitgenössischen Nebenintervenienten 3 2, 492. — stillschweigender Verzicht durch Erfüllung seitens des B.sklägers 3 2, 396. — anders bei Zahlung auf Grund einer angefochtenen einstweiligen Verfügung 3 2, 396. — briefliche Mitteilung „wir werden keine B. einlegen“ 1 3, 190. — beschränkter B.santrag enthält keinen Verzicht auf Anfechtung des übrigen Urteils 1 3, 190/191. — Anfechtung e. Verzichtes wegen Firtums 6 848. — Versprechen d. Vornahme der in 1. Instanz zugesprochenen Leistung als Verzicht 7 830.

Zurücknahme. — Gründe de lege ferenda gegen das „Verlustigkeitsurteil“ 3 2, 491. — Zurücknahme infolge außergerichtlichen Vergleiches 3 2, 491, 508. — durch Zustellung von Anwalt zu Anwalt ohne Vorhandensein einer förmlichen Urfschrift 1 3, 191. — Vereinbarung, daß Gegner kein Verlustigkeitsurteil erwirken dürfe 1 3, 191. — einfache Erklärung der Zurücknahme ohne Beobachtung der Form des § 515 4 710. — Erklärung, die B. in Erfüllung e. Vergleiches zurückzuziehen: Folgen e. Unwirksamkeit des Vergleiches 7 830. — Zurücknahme einer B. bei doppelt eingelegter B. 4 710; 5 822. — „Beginn der mündlichen Verhandlung“ im Sinne des § 515 Abs. 1; Verlesen des Antrags d. B.sbeklagten? 6 848. — Zurücknahme d. Rechtsmittels und der Klage 7 830. — Zurücknahme seitens des Anwalts 1. Instanz 5 822. — Anfechtung d. Zurücknahme wegen Firtums 5 848; 7 830. — Wirkung d. Zurücknahme 7 830. — Wirkung der außergerichtlichen von der

Partei selbst erklärten Zurücknahme 6 848. — Kosten bei Zurücknahme: Kosten eines Versäumnisurteils gegen den Gegner 3 2, 491. — Kosten bei Zurücknahme wegen außergerichtlichen Vergleiches 3 2, 491. — Kosten einer nur angeklagten Anschlußberufung 1 3, 191; 3 2, 491. — Berücksichtigung einer vom Rechtsmittelläger eingewendeten Abrede über die Kosten 5 822. — Bedeutung d. Verlustigkeitsurteils; Einfluß auf die Rechtskraft des 1. Urteils? 6 848; 7 830. — kein Anspruch d. Beklagten auf Verlustigkeitsurteil nach § 515 Abs. 3 **BGB.**, wenn die Zurücknahme d. Berufung auf Grund Vergleiches erfolgt 6 771. — Erlaß e. Verlustigkeitsurteils bei Zurücknahme e. unzulässig eingelegten Berufung? 6 848; 7 830. — ist nach Zurücknahme der B. in dem noch anstehenden Verhandlungstermin Verhandlung über Einwendungen gegen den durch das 1. Urteil nunmehr rechtskräftig festgestellten Anspruch möglich? 6 848; 7 830.

Frift. Verlängerung (de lege ferenda) 1 3, 195. — Beginn bei Berichtigung des Urteils 3 2, 461. — Beginn bei Ergänzung des Urteils 1 3, 236; 3 2, 538, 4 710. — Beginn bei Ergänzung des Urteils durch Antrag auf Vollstreckbarkeit nach § 716 **ZPO.** 1 3, 191. — gesonderter Fristenlauf für Hauptpartei u. streitgenössischen Nebenintervenienten 3 2, 492. — bei notwendiger Streitgenossenschaft 1 3, 191. — Einreichung der Berufungsschrift auf der Gerichtsschreiberei nach § 207 **ZPO.**; spätere Zustellung ohne Vermittlung des Gerichtsschreibers 3 2, 493; 1 3, 83. — Rechtsmittelfrist bei Zustellung d. Urteils nur an oder durch den Nebenintervenienten 6 849; 7 831. — Beginn der Frist bei Zustellung einer mangelhaften Urteilsabschrift 7 831. — Urteil nach vorheriger Zurückweisung e. Wiedereinsetzungsantrags nach Veräumung der B.sfrist 7 833. — Einlegung vor Urteilszustellung bei von Amts wegen zuzustellenden Urteilen 4 710; 5 822. — Verzicht auf Zustellung des Urteils 3 2, 492; insbesondere in Ehefachen 3 2, 492.

Berufungsschriftsatz. — Beglaubigung durch einen beim Prozeßgericht nicht zugelassenen Anwalt, aber Zustellung durch den Prozeßbevollmächtigten 3 2, 468. — Unterzeichnung durch einen mündlich substituierten, beim B.sgericht zugelassenen Anwalt 5 822. — Einleg. seitens d. streitgenössischen Nebenintervenienten im eigenen Namen 3 2, 493. — Bezeichnung e. nicht mehr am Leben befindlichen Partei als Rechtsmittelläger; Annahme e. Einlegung für die Rechtsnachfolger 7 831. — ungenügende Bezeichnung des angefochtenen Urteils;

(Berufung)

Möglichkeit der Feststellung durch andere Umstände **3 2, 493; 6 849; 7 831.** — unrichtige Angabe d. Unterschrift d. Anwalts in der zugestellten Abschrift d. Berufungsschriftsatzes **7 831.** — Ladung; falsch, Term. **5 822.** — m. d. Urchrift nicht übereinstimmend. Term. **3 2, 493 (f. Lad.);** Ladungsformel **3 2, 493.** — nicht beglaubigte Terminsnotiz **1 3, 191.** — bloße Mitteilung der richterl. Terminsordnung ohne Note **1 3, 191.** — Folgen e. Nichtzustellung d. Berufungsschriftsatzes **7 833.**
Zustellung der Berufungsschrift. — Beachtung von Mängeln von Amts wegen **1 3, 81;** f. dagegen de lege ferenda **1 3, 195 (f. unt. Verfahren vor dem B.-G.)** — vor Urteilszustellung **3 2, 492 (3).** — an den Prozeßbevollmächtigten des Konkursverwalters bei Aufhebung des Konkurses nach Urteilszustellung **3 2, 493.** — Zustellung an den Bevollmächtigten 1. Instanz **1 3, 81.** — Übergabe an einen zur Entgegennahme befugten Beamten in seiner Privatwohnung (§ 207 Abs. 2 ZPO.) **3 2, 496 (f. Zustellung).** — Zustellung vor Urteilszustellung, insbesondere bei von Amts wegen zuzustellenden Urteilen **3 2, 492 (3); 4 710; 5 822.** — Zustellung der Berufungsschrift mit Terminsbestimmung vor Urteilszustellung; ist neue Terminsbestimmung nötig? **3 2, 430, 492 (3).** — Beauftragung d. Gerichtsvollziehers mit der Zustellung durch den Substituten des Anwalts der Instanz **6 849.**

Berufungsanträge f. unten Nachprüfung des angefochtenen Urteils. — nachträgliche Erweiterung **3 2, 493.** — bei 2 selbständigen Ansprüchen Berufung bezüglich des einen, Verzicht auf B. bezüglich des anderen **3 2, 493/494.** — im Ehescheidungsprozeß B.santrag, die Ehe auch auf Antrag des B. Führenden zu scheitern, erweitert in d. Antrag auf Abweisung der gegnerischen Scheidungsklage **1 3, 190/191.** — nachträglicher Sachantrag gegenüber dem ursprünglichen Antrag, die Hauptsache für erledigt zu erklären **7 831.** — Anknüpfung einer Beschränkung in den vorbereitenden Schriftsätzen; Einfluß auf die Kosten **3 2, 494.**

Ausflußberufung. — nur im Umfang der Berufung des Gegners; Beschränkung oder Zurücknahme der B. **3 2, 494.** — wenn bei 2 selbständigen Ansprüchen nur bzgl. des einen Berufung eingelegt wird **3 2, 493/494.** — A., wenn der Berufungskläger Erhöhung e. nur teilweise zugesprochenen Rente verlangt, ohne eine inzwischen vom Beklagten gemachte Zahlung zu berücksichtigen **7 831.** — gegen eine Partei, die nicht selbst Berufung einlegen kann? **1 3, 191 (gegen einen not-**

wendigen Streitgenossen, dem gegenüber die Klage abgewiesen wurde). — A. gegen e. Streitgenossen, der selbst keine Berufung eingelegt hat **5 823.** — wenn in 1. Instanz nach den Anträgen des Klägers erkannt wird **1 3, 191.** — behufs Erweiterung der Klage nach §§ 268 Ziff. 2 u. 3, 529 Abs. 2 **1 3, 193; 3 2, 495; 5 823;** — A. wegen Abweisung der Widerklage **1 3, 191.** — nur für den Fall e. Aufhebung des angegriffenen Urteils eingelegte Anschließung Wirkung bei Zurücknahme d. Hauptberufung **7 831.** — in Ehefachen A. zwecks Erhebung e. Widerklage **1 3, 191/192.** — Wirkung d. A., wenn gegen den ausbleibenden B.skläger Veräumnisurteil ergeht **7 831.** — A. bei unwirksamem Hauptberufung **5 823.** — Erklärung d. A. nach Zurückverweisung der Sache seitens d. Revisions- an das Berufungsgericht **7 831.** — Einfluß der vom B.skläger betätigten Beschränkung seiner Anträge auf die A.? **5 823.** — Einfluß e. Verzichts d. B.sklägers oder e. Zurücknahme d. Berufung auf die Anschlußberufung **1 3, 192; 3 2, 494.** — A. des Beklagten, der e. Widerklage nicht erhoben hatte, bei B. des mit der Klage abgewiesenen Klägers? **6 849.** — gilt e. innerhalb d. Berufungsfrist zugestellte A.erklärung bei B.zurücknahme als selbständige Berufung? **6 849.** — Urteilsstenor bzgl. der nicht innerhalb der B.sfrist eingelegten A., wenn die B. als unzulässig verworfen wird **7 831.** — Form der A. **1 3, 192; 4 710; 5 823; 6 849.** — erst durch Erklärung in der mündlichen Verhandlung auch bei vorheriger Zustellung eines Schriftsatzes? **1 3, 192.**

Verfahren vor dem Berufungsgericht. — Prüfung der Beachtung des § 212 Abs. 1 ZPO. (Bemerk des Tages d. Zustellung auf dem Briefumschlag); **7 833.** — wenn nach Vernehmung eines Zeugen, dessen Aussage nicht protokolliert wurde, die Befragung des Gerichts sich ändert **3 2, 344, 494, 495 f.** — Benutzung der im Nachverfahren eines Wechselprozesses protokollierten Zeugenaussagen als Urkunden **3 2, 495.** — in der B.sinstanz sich herausstellende Prozeßunfähigkeit d. Beklagten u. B.sklägers? **7 838.** — Berücksichtigung des angefochtenen Urteils u. seines Inhalts ohne Vortrag? **1 3, 192.** — Prüfung der Formalien von Amts wegen (f. Zustellung des B.schriftsatzes) **1 3, 81;** dagegen de lege ferenda **1 3, 195.** — Streit über deren Ordnungsmäßigkeit **1 3, 195.** — bloße Prüfung auf Grund von Schriftstücken statt von mündlichen Vorträgen **1 3, 195.** — Anwendung des § 525 in Ehescheidungssachen **6 849.** — Verlegung des § 526 ZPO. **6 849 (Übergehen von nicht**

erheblichem Inhalt d. Tatbestands). — Nachholung d. Urtrags, das 1. Urteil gegen Sicherheit für vorläufig vollstreckbar zu erklären 1 3, 236; 3 2, 496. — Vollstreckbarkeitsklärung des erstinstanzliellen, auf Leistung des Offenbarungseides lautenden Urteils 1 3, 194/195. — Rechtskraft des nicht angefochtenen Teils des ersten Urteils; Zeitpunkt des Eintritts 3 2, 459, 497. — Nachprüfung in erster Instanz übergangener Ansprüche oder Klagegründe in der B.sinstanz 1 3, 196 (2); 6 851, 852. — Berufung d. Beklagten gegen das bzgl. eines von mehreren Klagegründen auf Eid erkennende Urteil; Berücksichtigung der übrigen Klagegründe seitens d. Berufungsrichters 1 3, 192, 196. — keine Nachprüfung d. Entscheidung über d. Widerklage bei einem auf die Klage beschränkten Berufungsantrag trotz untrennbaren Zusammenhangs 1 3, 192. — kann das Berufungsgericht das nicht unterschriebene Protokoll über Verhinderung des angefochtenen Urteils von Amts wegen z. Unterschrift zurückgeben? 6 850. — vom Berufungsgericht erlassenes bedingtes Endurteil“ bei Einschränkung oder Erweiterung des erstinstanzliellen Eides 1 3, 196; 6 852 (Abänderung nur eines von mehreren Eiden des 1. Urteils). — vom Berufungsgericht erlassenes bedingtes Endurteil bei Tod des Schwurpflichtigen 1 3, 196. — Verhandeln über in 1. Instanz nach § 146 ZPO. aus d. Verhandlung ausgeschiedene Punkte 7 834. — § 526 Ordnungsvorschrift 1 3, 192. — Verlesen eines aus den Akten entworfenen Tatbestandes seitens eines Richters 3 2, 494 (s. mündliche Verhandlung). — Bezugnahme auf d. Tatbestand des 1. Urteils ist nicht Bezugnahme auf die nicht vorgelegten Schriftsätze 1. Instanz 7 766. — Vereinbarung, daß etwas als vorgelesen gelten soll 1 3, 192. — Umwandlung des erstinstanzliellen auf Klageabweisung lautenden Urteilstenors, wenn der B.srichter nicht aus materiellen Gründen, wie Erstrichter, sondern aus prozessualen abweist 6 851. — Tenor des B.surteils bei Aufhebung des Urteils 4 711. — Verwerfung der Berufung als unzulässig bei nicht beglaubigter Terminsnote d. B.schriftfahes 1 3, 191. — Verwerfung d. Berufung als unzulässig durch Verfümmisurteil 1 3, 195, 201. — Ergänzung des erstinstanzliellen Urteilstenors durch Feststellung des aus den Gründen zu entnehmenden Betrags der sicherzustellenden Forderung 6 851. — Fassung des Urteilstenors bei Ergehen der bedingungslosen ersten Entscheidung durch ein bedingtes Urteil 6 852 (2). — formell vollständige Aufhebung e. materiell nur teilweise abgeänderten Urteilstenors 6 852. — können

bei Verbindung mehrerer Prozesse (§ 147 ZPO.) in der B.sinstanz die Einreden in dem einen Prozeß auch ohne Zustimmung des Gegners in 2. Instanz als Klagebegründung für den anderen Anspruch verwertet werden? 6 783. — Geltendmachung e. in 1. Instanz übergangenen Anspruchs in der B.sinstanz nur nach Maßgabe des § 268 Ziff. 2 ZPO. zulässig 6 803. — Darf bei B. bzgl. e. Teilbetrags gegen ein die Klage ganz abweisendes Urteil das B.sgericht unter formeller Aufhebung des ganzen ersten Urteils auf Zuspredung des Teilbetrags u. im übrigen auf Klageabweisung erkennen? 7 833. — Hauptantrag als Gegenstand der Verhandlung u. Entscheidung d. B.sgerichts, wenn der Erstrichter ohne Entscheidung über den Hauptantrag den Eventualantrag zugelassen hatte 7 830, 832. — Anwendung des § 532 (Wirkung e. erstinstanzliellen Geständnisses) auf „Unbeitrittenes“ 7 832. — Behandlung der vorläufigen Vollstreckbarkeit s. diese. — Vollstreckbarkeitsklärung des vom B.skläger nur bzgl. e. Teilbetrags angefochtenen Urteils; Möglichkeit d. B.serweiterung 7 832. — Verwerfung d. B. als unzulässig, wenn der Vertreter d. B.sklägers keine Vollmacht hat, oder bei Mangel der Partei- u. Prozeßfähigkeit der gesetzlichen Vertretung d. B.sklägers, oder bei Fehlen e. Terminsanberaumung seitens d. B.sgerichts? 7 832, 833. — Verwerfung der Berufung als unzulässig, bei Fehlen e. gültigen Urteils 1. Instanz, bei Nichtzustellung d. B.schrift 7 833. — Urteil nach Zurückweisung eines gegen die Verfümmis der B.schrift gestellten Wiedereinsetzungsantrags 7 833.

K l a g ä n d e r u n g s. diese. — An einen das Vorliegen einer Klageänderung verneinenden Entscheid bleibt der B.srichter auch bei Aufhebung seines Urteils u. Zurückverweisung gebunden 3 2, 494. — Erstredung der gegen die Mutter mitgerichtet gewesenen Klage auf das inzwischen geborene Kind 3 2, 495. — Nachprüfung in der Revisionsinstanz 3 2, 495. — Wirkung der Entscheidung, daß unzulässige Klageänderung vorliege 3 2, 495. — Erhebung der Ungültigkeitsklage in zweiter Instanz, wenn in erster auf Scheidung geklagt war 1 3, 192. — Umleitung einer unzulässigen bedingten Widerklage in eine unbedingte 4 688 (s. 1 3, 122). — in der Klage enthaltener, aber in 1. Instanz nicht geltend gemachter Klagegrund 4 711; 6 849. — keine Anwendung des § 264 ZPO. für die 2. Instanz 5 790. — Übergang von der Klage auf Zahlung eines der Höhe nach noch zu bestimmenden Schadensersatzes auf Zahlung einer bestimmten Summe?

(Berufung)

5 823. — Stützen e. Bürgschaftslage in erster Instanz nur auf e. formlose Bürgschaftserklärung, in zweiter auf spätere briefliche Einigung **6 849.** — Stützen d. Klagenpruchs in erster Instanz auf ein Delikt, in zweiter auf Vertrag, wenn der Erstrichter ohne Verlangen des Klägers den Anspruch unter diesem Gesichtspunkt geprüft hat **6 849.** — wenn in erster Instanz die anderweitige Begründung der Klage vorbehalten wurde **7 832.**

Prozeshindernde Einreden. — Vorbringen vor Verhandlung zur Hauptsache **4 692.** — Verzicht auf die E. der Unzulässigkeit des Rechtswegs **3 2, 495.** — Schiedsvertrag von 1900 **1 3, 193.** — Einwand der Zuständigkeit des Gewerbegerichts **1 3, 193; 6 850.** — in erster Instanz nicht vorgebrachte, verzichtbare **4 692.** — in erster Instanz nicht vorgebrachte Einrede d. Unzuständigkeit **4 710, 711.** — Einrede der Zuständigkeit des Kaufmannsgerichts unverzichtbar **5 823; 6 849; 7 832** (vom Amte wegen zu beachten). — Einwand d. mangelnden gesetzlichen Vertretung **7 832.**

Nova. — Erhebung eines im Wechselprozeß geltend gemachten, im Nachverfahren erster Instanz aber nicht aufgenommenen Einwands **3 2, 495.** — Benutzung der im Nachverfahren aufgenommenen Zeugenaussagen in der Berufungsinstanz des Wechselprozesses **3 2, 495.** — bei Arresturteilen (nach Erlaß des Arrestes eingetretene neue Tatsachen) **3 2, 495.** — Geltendmachung neuer Tatsachen in der B.sinstanz nach Zurückverweisung seitens d. Revisionsgerichts **6 850.** — ein vom Erstrichter unentchieden gelassener Klagegrund **3 2, 497; 1 3, 192.** — Geltendmachung, Zurückbehaltungsrecht in zweiter Instanz; Verhältnis z. Aufrechnungseinrede **7 832.** — Minderungseinrede bei Wertpreisklage **5 249.** — Klagenkumulation in zweiter Instanz in Ehefachen (unter Zurückziehung des ursprünglichen Anspruchs) **1 3, 192/193 (2).**

Neue Ansprüche. — Begriff **1 3, 193, 194; 7 832.** — Verhältnis des § 529² zu § 527 **1 3, 194.** — Widerklage **1 3, 194.** — unbedingte Erhebung einer in 1. Instanz bedingt erhobenen Widerklage **1 3, 122; 4 688.** — Anfechtungseinrede? **1 3, 194.** — ein zwar im Urkundenprozeß, aber nicht in der ersten Instanz des Nachverfahrens erhobener neuer Anspruch in der Berufungsinstanz des Nachverfahrens **3 2, 516.** — Minderungseinwand **5 249, 823; 6 850.** — Ausspruch, daß ein neuer Anspruch nicht vorliege; Anfechtbarkeit? **1 3, 194.** — stillschweigende Einwilligung d. Gegners **1 3, 194.** — Erhebung einer Inzidentfeststellungsfrage? **4 693.** — in

der ersten Instanz erhobene, aber wesentlich im Urteil nicht berücksichtigte Ansprüche **4 701.** — in der Klage enthaltener, aber in der mündlichen Verhandlung erster Instanz nicht vorgebrachter Antrag **4 711 (2).** — Übergang von dem Antrag auf Zahlung eines der Höhe nach noch zu bestimmend. Schadensersatzes auf Beurteilung zu einer ziffernmäßig bestimmten Summe **5 823.** — Anspruch auf Beseitigung von Mängeln, wenn in erster Instanz Ermächtigung erbeten war, die hierzu nötigen Arbeiten auf Kosten des Bauunternehmers vornehmen zu lassen **5 823.** — Klagerweiterung nach § 268 Ziff. 2, 3 Z.P.D.; Anschlußberufung zwecks Klagerweiterung **1 3, 193; 3 2, 495; 5 823; 6 850.** — Klagerweiterung nach § 268 Ziff. 2, 3 Z.P.D. bei e. Zwischenurteil über den Grund **6 850.** — retentionsweise Geltendmachung von Gegenforderungen in der Berufungsinstanz **6 850.** — Anspruch auf Schmerzensgeld gegenüber dem Anspruch auf Ersatz des durch e. Unfall erlittenen Vermögensschadens neuer Anspruch? **7 832.**

Aufrechnungseinrede 1 3 194. — Vergessen der Forderung **1 3, 194.** — Aufrechnen mit Prozeßkostenforderung vor Erlaß des Kostenfestsetzungsbeschlusses **1 3, 194.** — Aufrechnung gegenüber einem in 2. Instanz erweiterten Anspruch **5 823.** — Aufrechnung mit einem ohne weiteres sich als unbegründet darstellenden Anspruch **5 823; 6 850.** — Zurückweisung d. A. nach § 529 Abs. 3 Z.P.D. **6 850.** — Verhältnis zwischen A. u. Zurückbehaltungsrecht **7 832.** — stillschweigende Einwilligung in die Geltendmachung d. A. **7 832.** — Zurückweisung e. mit der Klageforderung in rechtl. Zusammenhang stehenden A. **7 832.** — Vorbehalt einer ohne weiteres z. Abweisung reifen Gegenforderung? **7 832** (s. unten).

Eide und Eideserklärungen der 1. Instanz s. unten reformatio in peius. — maßgebende Gesichtspunkte s. Nachprüfung der e. Eidesleistung anordnenden Entscheidung **6 580.** — Einfluß e. in 2. Instanz erfolgenden abgeänderten Sachdarstellung auf die in erster Instanz erfolgte Eidesweigerung **6 850.** — Widerruf einer Eideszufchiebung trotz erstinstanzlichen bedingten Endurteils **1 3, 192.** — keine Nachholung des in 1. Instanz verweigerten Editionseides **1 3, 194.** — Widerruf einer in 1. Instanz erklärten, unzulässigen Eideszufchiebung **4 711; 5 823** (Eidesannahme). — Berücksichtigung von geleisteten Eiden, wenn ihre Auflage in Verkennung der Beweislast geschah **1 3, 194; 6 850.** — kann trotz des nach § 461¹ Z.P.D. auferlegten u. geleist. Eides auf richterlichen Eid des Gegners erkannt

werden **1 3, 194; 4 711.** — Bedeutung eines geleisteten Eides, wenn die Eidesnormierung mit Rücksicht auf Zeugenaussagen 1. Instanz vom B.gericht als ungerechtfertigt erachtet wird **5 823, 824.** — irrtümlich durch Beweisausschluß statt Urteil auferlegter geleisteter Eid (bei Mangel einer Rüge) **5 824.**

R e f o r m a t i o i n p e i u s. — Gründe für Aufhebung des Verbotes de lege ferenda **3 2, 496, 497.** — bei erstinstanzlichem Urteil auf Klageabweisung z. **3 2, 497.** — Eidesauslage an den Beklagten in 2. Instanz; Beschränkung der Eidesfolgen, wenn bei Eidesleistung die Folgen für B.kläger ungünstiger wären als das 1. Urteil **3 2, 497.** — unbedingte Klageabweisung in 2. Instanz gegenüber einem durch einen Eid des Beklagten bedingten Urteil 1. Instanz, wenn die Eideszuschiebung zurückgezogen wird **1 3, 195.** — Umwandlung e. durch Eid bedingten Verurteilung oder Klageabweisung ohne Anschlußberufung in eine unbedingte, wenn der B.richter die unter Eid gestellte Tatsache auch ohne Eid für bewiesen hält **6 851 (2); 7 833 (3).** — Umwandlung d. durch Eid des Beklagten über Nichtbegehen e. Ehebruchs bedingten Klageabweisung in unbedingte, wenn aus der Erklärung des allein Berufung einlegenden Klägers Ablauf der Frist des § 1571 BGB. hervorgeht **6 851.** — kein Verbot der reformatio in peius bezüglich der Kosten **4 711.** — Umfang d. Zulässigkeit e. reformatio in peius **6 851.** — Änderung d. Kostenentscheidung zuungunsten d. Berufungsklägers, wenn der in 1. Instanz zur Leistung Zug um Zug und Zahlung sämtlicher Kosten verurteilte Beklagte dem Berufungsantrag d. Klägers entsprechend unbedingt unter Abzug des Wertes e. unmöglich gewordenen Gegenleistung verurteilt wird **7 834.**

O b l i g a t o r i s c h e Z u r ü c k v e r w e i f u n g. — Ausschluß durch Vereinbarung oder nach § 295 ZPO. **1 3, 196.** — „insofern eine weitere Verhandlung erforderlich ist“ **5 824 (2).** — besonderer Beschluß über den Antrag auf Zurückverweisung **1 3, 200.** — Übersehen der Zurückverweisung **1 3, 196; 3 2, 500; 5 824.** — Prozeßkosten b. Zurückverweisung **6 852; 7 756, 757** (teilweise Zurückverweisung) **835.** — erstinstanzielle Abweisung der Klage als prozessual unzulässig und materiell unbegründet; Zurückverweisung, wenn die 2. Instanz die Klage für prozessual zulässig hält **7 829, 833.** — in erster Instanz nicht auf Vorbringen des Beklagten, sondern von Amts wegen berücksichtigte prozeßhindernde Einrede **6 852 (3).** — wenn das erste Gericht trotz Verweigerung d. Verhandl. z. Hauptf. weg. prozeßhindernder Einred. z. Sache selbst erkannt hat **7 835.** —

erstinstanzliches Urteil nur über prozeßhindernde Einreden ohne Verweigerung d. Einlassung zur Hauptsache **3 2, 497; 1 3, 196.** — Abweisung der Klage in 1. Instanz wegen mangelnder gesetzlicher Vertretung, wenn das B.gericht die Vertretung für gegeben erachtet **5 824.** — Abweisung der Klage in 1. Instanz wegen mangelhafter Klagezustellung **5 825.** — bei Klageabweisung von Amts wegen wegen mangelnder Prozeßvoraussetzungen **3 2, 497.** **V o r a u s s e t z u n g e n d e r Z i s s. 3 § 538.** — Übergangsrage **1 3, 196, 200.** — Erhebung des Anspruchs durch Einrede genügt nicht **3 2, 497.** — Anspruch: einzelne Kosten einer Klagerrechnung, teilbare Betragsanspr., Eventualanspr., Wahlsanspr. **3 2, 497/498.** — mehrere selbständ. Ansprüche **3 2, 500.** — Trennbarkeit des Streitstoffes nach Grund und Betrag **3 2, 498.** — Abweisung d. Klage in 1. Instanz wegen mangelhafter Begründung des Betrages **3 2, 498, 500 (2); 1 3, 196/197; 6 852** (Bejahung des Anspruchs auf Gewinnausführung aber Verneinung der Erzielung e. Gewinnes). — Eintritt der Voraussetzungen erst in der Berufungsinstanz **3 2, 498,** erst in 2. Instanz erhobener Anspruch **1 3, 198.** — wenn die Entscheidung über den Betrag ohne weitere kontradiktorische Verhandlung erfolgen könnte **1 3, 197; 3 2, 498, 499/500; 4 711; 5 824.** — wenn in der B.instanz nur der Grund bestritten, die Höhe aber zugestanden ist **6 853; 7 834 (2).** — Zwischenurteil des B.gerichts über den Grund eines neu erhobenen Anspruchs; Verweisung an die 1. Instanz wegen des Betrages **3 2, 498** (s. **3 2, 436).** — welche Einreden können beim B.gericht im Verfahren über den Grund erhoben werden? Aufrechnung, Zahlung? **3 2, 498/499.** — Aufhebung eines über den Grund erkennenden Urteils, weil der Anspruch dem Grund nach nicht gerechtfertigt sei **5 824.** — Zurückverweisung bei Geltendmachung einer Gegenforderung teils durch Einrede, teils (in Höhe des die Klage übersteigenden Betrags) durch Widerklage **1 3, 136/137, 138, 198, 199, 200; 3 2, 498/499, 500; 7 834, 835.** — Zwischenurteil des B.gerichts unter Vorbehalt der Geltendmachung von Verteidigungsmitteln (§ 540) **3 2, 499, 501.** — Urteil des B.gerichts über die nicht bestrittene Klageforderung unter Zurückverweisung der bestrittenen Aufrechnungsforderung? **3 2, 456.** — Anerkenntnis-, Bezichts- u. Verjähmisseurteile des B.gerichts über den Betrag **3 2, 499.** — Abweisung in 1. Instanz wegen Nichtvorliegens eines Schadens **4 711/712.** — wenn in 1. Instanz die Höhe der oerlangten Rente dem richterlichen Ermessen unterstellt würde **7 834.** — wenn in 1. Instanz

(Berufung)

nur der Grund, nicht aber der Betrag bestritten wurde **3 2**, 499/500 (vgl. 498; **5 824**; **7 834**). — wenn bei unbestrittenem Grunde das 1. Gericht nur über den Betrag entschied **1 3**, 197. — wenn der vom Erstrichter verworfene Eventualgrund die Forderung nach Grund und Höhe strittig macht **1 3**, 197/198. — keine Anwendung bei Feststellungsklagen **3 2**, 500. — wenn in 1. Instanz der auf Feststellung e. Schadensersatzpflicht gerichteten Klage stattgegeben, in 2. Instanz die Leistungsklage erhoben u. dem Grund nach für gerechtfertigt erklärt wurde **6 853**. — wenn bei Klage auf Rechnungslegung der Kläger die bestimmte Angabe der geforderten Leistung vorbehalten hat **3 2**, 500. — Abweisung in 1. Instanz, weil die Entstehung des Schadens nicht nachgewiesen sei **7 834**. — wenn die mit der Klage auf Zahlung des Saldo verbundene Klage auf Rechnungslegung in 1. Instanz abgewiesen, in 2. Instanz aber zur Rechnungslegung verurteilt wird **4 711**. — mit Widerklage geltend gemachter Anspr., Zurückverw. **1 3**, 198; **3 2**, 500. — keine Zurückverweisung ohne Entscheidung über den Grund des Anspruchs **1 3**, 196, 197; **6 852**; **7 834**. — kann d. B.srichter dem Erstrichter Vorschriften über Vorbehalte geben, die er bei späterer Verurteilung des Beklagten zu machen hat? Feststellung d. Klaganspruchs auf Schadensersatz im B.surteil mit der Einschränkung, daß der Beklagte sich durch nachträgliche Beschaffung der Sache befreien kann? **6 821**. — wenn d. B.srichter den abgewiesenen Anspruch nicht nur dem Grunde nach für gerechtfertigt, sondern auch hinsichtlich d. Höhe für entscheidungsreif hält **7 834**. — Pflicht d. B.srichters, durch Zwischenurteil über den Grund des Anspruchs zu entscheiden, wenn er gegenüber der vom Erstrichter wegen unzulässiger Klagänderung ausgesprochenen Klageabweisung die Klageänderung verneint **7 834**. — zuständiges Gericht f. Erledigung e. durch Eid bedingten Zwischenurteils **7 835**.

Fakultative Zurückverweisung. — bei Abweisung der Klage auf Grund eventueller Gegenforderung **3 2**, 500 (s. Aufrechnung u. oben § 538 Ziff. 3). — bei Überlassen der Feststellung des gesamten Prozeßmaterials in einem Rechnungsverhältnis an einen Sachverständigen an Stelle eines vorbereitenden Verfahrens **3 2**, 500. — Erlassen e. Vorbehaltsurteils nach § 302 ZPO. trotz rechtl. Zusammenhangs zwischen Klage u. Aufrechnungsforderung **6 815**. — bei unrichtiger Erlassung eines Teilurteils **3 2**, 500; **7 835**. — Abweisung d. Klage in 1. Instanz wegen

mangelhafter Klageaufstellung **5 825**. — Nichtzulassen einer zulässigen Widerklage **3 2**, 501. — Zwischenurteil, dessen Fassung zweifelhaft läßt, ob es unter § 303 oder § 304 ZPO. fällt **6 853**. — nicht prozessgerechtes, bedingtes Zwischenurteil **3 2**, 501. — Klage gegen einen Einzelkaufmann unter seiner Firma; Klage gegen die durch Geschäftseintritt e. Dritten während d. Prozesses entstandene offene Handelsgesellschaft? **6 853**. — Abnahme eines durch Urteil unter Verkennung der Beweislast aufgelegten Eides **1 3**, 200. — Nichtvernehmung des Entmündigten im Anfechtungsverfahren 1. Instanz **6 853**. — mangelhafter Tatbestand **1 3**, 200. — mangelnde Bestimmtheit d. Klagantrags **7 835**. — Nichterwähnung der ausweislich d. Protokolls gestellten Anträge **7 835**. — in irrthümlicher Annahme, daß der Klaganspruch seinem Grund nach dem Kläger ber. rechtskräft. zuerk. sei, unterl. Prüfung d. Bestehens d. Klaganspruchs seitens d. Erstrichters **7 835**. — Nichtausübung des Fragerechts **6 853**. — wegen Unterlassung der Verkündung des Urteils **4 699** (s. Urteil). — Übergehen eines Klagegrundes **1 3**, 200. — Übergehen e. mündlichen Beweisangebote bei Einlauf des Schriftsatzes nach Verhandlung, aber vor Urteilsfällung **6 853**. — Verlegung der Vorschriften über die Beweisaufnahme **1 3**, 200. — Abweisung einer in 1. Instanz teils durch Aufrechnung, teils durch Widerklage geltend gemachten Gegenforderung durch Erlaß eines Teilurteils über die Widerklage **5 825**. — wenn das Urteil trotz Verkündungsvermerk nicht verkündet ist **4 710**. — Zurückverweisung, wenn die Nachprüfung seitens des B.sgerichts ergibt, daß der in 1. Instanz gegen ein Versäumnisurteil eingelegte Einspruch unzulässig war **7 835**. — trotz e. nach § 304 ZPO. erlassenen Zwischenurteils vom Erstrichter ausgesprochene Klageabweisung **7 835**. — rechtl. Charakter des zurückverweisenden Urteils **3 2**, 501. — Revision **3 2**, 501; **5 824**. — Revision wegen Nichtzurückverweisung? **5 825**. — Zurückverweisung e. Beschwerdeverfahrens nach § 99 Abs. 3 ZPO. s. Prozeßkosten.

Nachverfahren vor dem Untergericht bei Zurückverweisung. — Beginn nach Rechtskraft des B.surteils **3 2**, 499. — bindende Kraft der Feststellungen über den Grund des Anspruchs **3 2**, 499. — nach Erlassung des Urteils entstandene materielle u. prozessuale Einreden **3 2**, 499. — klageabweisendes Urteil **3 2**, 499. — Versäumnisurteil gegen den Kläger **3 2**, 499.

Urteil unter Vorbehalt der Verteidigungsmittel f. Vor-
Fette Basen = Jahrg.; gewöhnl. Basen = Seite,

behaltenurteil). — Berufungsurteil über Grund des Anspruchs unter Vorbehalt der Geltendmachung von Verteidigungsmitteln **3 2, 501.** — Rechtskraft des Vorbehalturteils **3 2, 464, 501.** — kein Vorbehalt bezüglich des Klägers **3 2, 501.** — gilt nicht für Beweismittel **3 2, 501.** — kein Vorbehalt, wenn Beklagter vor Erlass des Urteils freiwillig zahlt u. dadurch die Aufrechnungseinrede fallen läßt **1 3, 194.** — kein Vorbehalt, wenn der Aufrechnungsanspruch sich ohne weiteres als unbegründet darstellt **5 823; 6 850; 7 832.** — Revision bei Zurückweisung der dem Beklagten vorbehaltenen Verteidigungsmittel **7 836.** — keine Änderung der Parteistellung im Nachverfahren **1 3, 200.** — Versäumnisurteil im Nachverfahren **1 3, 200.** — Urteil im Nachverfahren, wenn die vorbehaltene Zurückhaltungseinrede begründet ist **3 2, 501.** — Haftung des aus einem aufgehobenen Vorbehaltsurteil Vollstreckenden (s. Vorbehaltsurteil), bei dolus nach § 823 BGB. auf Schadenersatz **1 3, 193.** — konkurrierendes Verschulden des Beklagten bei Vollstreckung e. Vorbehaltsurteils **1 3, 193; 5 825.**

Versäumnisurteil gegen den Berufungsbeschlagten. — Ausbleiben des Beklagten in einem späteren Termin **3 2, 501.** — „festgestelltes Sachverhältnis“ Begriff **3 2, 501; 7 836.** — Würdigung der erstinstanzlichen Beweislage; Abwägung gegenüber dem fingierten Beweise 2. Instanz? **3 2, 501; 7 836.** — Umfang der Fiktion des § 542 Abs. 2 ZPO. **7 836.** — Erkennen auf einen in 1. Instanz vom Beklagten zugeschobenen Eid? **3 2, 501.** — wiederholte Vernehmung der erstinstanzlichen Zeugen **5 825.** — Aufserlegung e. richterlichen Eides im Versäumnisverfahren gegen den Berufungsbeschlagten **6 853; 7 836.** — Weisantritt des nichtfäumigen Teils im Termin **6 854.** — Zuschreibung eines bereits in 1. Instanz dem Beklagten zugeschobenen Eides seitens d. Bsklägers **7 836.**

Versäumnisurteil gegen den Berufungskläger. — Versäumnisurteil auf Unzulässigkeit der Berufung **1 3, 201** (s. **1 3, 195**). — wenn der Kläger in 2. Instanz die Klage ohne Einwilligung des Beklagten zurückzieht **4 712.** — Nachweis der Zustellung des ersten Urteils; Form des Nachweises **1 3, 201; 5 824.**

Tatbestand des Bsurteils. — Bezugnahme auf eine in einem Beweisbeschluß oder sonst in den Akten enthaltene Sachdarstellung **3 2, 501; 3 2, 460.**

Beschäftsvertrag. — rechtl. Natur **5 207, 244.** — Verletzung d. Stute bei Ausführung der Beschäftigung **5 250.**

Beschlagnahme. — Ein beschlagnehmter Forderungen **2 1, 164.** — Aufrechnung

gegen e. beschlagnahmte Forderung **3 1, 182; 5 156.**

B. nach §§ 332 ff. StPO. — Vermögensbeschlagnahme nach §§ 332 ff. StPO.; rechtl. Natur, Verhältnis zur Abwesenheitspflegschaft; Stellung des Staatsanwalts; Ausdehnung auf persönliche Rechte; Haftung des Staats bei Beschlagnahme fremden Vermögens **1 2, 200, 201; 4 472.** — Recht des Pflegers nach § 334 StPO. zur Vermögensverwaltung, Grundstücksveräußerung **1 2, 204.** — an den Abwesenden zugeschobene Eide im Falle des § 334 StPO. **1 2, 204.** — Vermögensbeschlagnahme des Fahnenflüchtigen nach §§ 360 f. MGStG. **1 2, 201; 5 553.** — Aufhebung der Beschlagnahme nach §§ 332 ff. StPO., 360 MGStG. **1 2, 205.** — Stellung d. Vaters bei Beschlagnahme d. Kindesvermögens **1 2, 101.** — Beschwerde des Gerichtsherrn gegen d. Auswahl d. Güterpflegers **5 1002** (s. Beschwerde). — Begründung e. Vorzugsrechts nach § 805 ZPO.? **3 2, 563.** — Beschwerde d. Strafbehörde gegen die Ablehnung ihres Antrags auf Bestellung e. Pflegers u. gegen die innerhalb d. Pflegschaft vorkommenden Anordnungen **7 994.** — Eintragung ins Grundbuch **4 830.**

B. des Arbeits- u. Dienstlohnese vgl. unpfändbare Forderungen, Abtretung. — Begriff des „Arbeits- oder Dienstverhältnisses“ **1 3, 278, 279; 7 873** (Kassenarzt). — Dienstverhältnis bei e. Nebenbeschäftigung **1 3, 278, 280.** — Dienstverhältnis mit juristischen Personen oder öffentlichen Korporationen **1 3, 278.** — Verhältnis des Droschkenführers zum Fuhrwerksbesitzer; Gewinnanteilsrecht des ersteren **7 783.** — Dienstverhältnis der Handlungsgehilfen **3 2, 573.** — Agentenverhältnis **5 874.** — Forderung **1 3, 279.** — Anspruch des Militärmusikers auf Auszahlung des Erwerbes aus privaten Aufführungen der Regimentskapelle kein Anspruch aus e. Dienstverhältnis **6 911.** — Anspruch des Scharrichters auf den Lohn für e. Hinrichtung **5 784.** — Pfändung e. der Arbeitsleistung vorausgegangenen Vergütung **1 3, 278.** — Pfändung von rückständigem Gehalt **1 3, 278, 279; 4 746.** — Pfändung des vor dem Zahlungsausgezahlten Lohnes **4 746.** — Pfändung d. Forderung gegen den, dem der Lohn zur Auszahlung an den Arbeitnehmer übergeben wurde **7 873.** — Pfändung des Anspruchs d. zu Unrecht entlassenen Handlungsgehilfen oder Dienstverpflichteten auf Weiterzahlung des Gehalts **3 2, 573; 7 873** (§ 615 BGB.). — Pfändbarkeit mehrerer aus verschiedenen Einnahmequellen fließender Bezüge aus zum Teil privaten, zum Teil

(Beschlagnahme)

öffentlichen Dienstverhältnissen 1 3, 280; 5 876. — Tätigkeit e. Handwerkers für mehrere Meister darat, daß die jeweilige Tätigkeit bei einem der Dienstherrn für sich betrachtet die Erwerbstätigkeit des Schuldners völlig in Anspruch nimmt 6 911. — Aufsehung e. ernstlich gemeinten Herabsetzung d. Gehalts auf unter 1500 M. 7 873. — Verhinderung d. Lohnbeschlagnahme durch im Anstellungsvertrag vereinbarte Auszahlung des 1500 M. übersteigenden Betrags an die Ehefrau 7 53 (j. gute Sitten); 7 480. — Beweislast für Einforderung a. Fälligkeitstage 1 3, 279. — Kündigung des alten Vertrags u. Abschluß e. neuen mit dem gleichen Prinzipal seitens d. Schuldners zur Vereitelung einer erfolgten Lohnpfändung 5 874. — Begriff der Vergütung 1 3, 279; 4 746. — Tantiemen als Vergütung 1 3, 280. — Pension von Privatbeamten 7 783. — Pension als Vergütung 1 3, 280. — nicht vereinbarte Vergütung 1 3, 279. — Reisepesen e. Handlungsgehilfen Vergütung 3 2, 573; 7 873. — Repräsentationskosten e. Reisenden 4 747. — „sonstige Bezüge“ 1 3, 279. — Lohnpfändung zugunsten der Steuern und Abgaben 1 3, 279. — Übertragung der Lohnforderung 1 3, 279. — Vertrag über Zulässigkeit der Lohnbeschlagnahme 1 3, 279. — Auftrag zur Einkassierung d. Lohnforderung rechtsgeschäftliche Verfügung im Sinne des § 2? 1 3, 279. — Aufrechnung gegen e. Gehaltsforderung unter 1500 M. bei Einforderung erst nach dem Tage der Fälligkeit 1 3, 280.

§ 4 3 i f f. 3. — Lohnpfändung zugunsten d. Unterhaltsforderungen von Verwandten 1 3, 279, 280; 5 874. — Übergang des Privilegs des Unterhaltsberechtigten auf den freiwillig oder auf Grund Gesetzes (Armenverband) für den Schuldner die Unterhaltspflicht Erfüllenden 2 1, 666; 1 3, 280; 3 2, 573, 574; 4 747, 748. — Pfändungsprivileg für e. in Raten zahlbare Abfindungssumme für gesetzliche Unterhaltsbeiträge 4 747. — Pfändung wegen des zur Vorbereitung für e. Prüfung nötigen Aufwands 3 2, 574. — Tag der Ausstellung e. vollstreckbaren Urkunde maßgebend für Berechnung der Zeitabstufung 3 2, 573. — genießen die Kosten des Unterhaltsprozesses das Privileg der Rente selbst? 1 3, 282; 3 2, 573, 575; 4 747; 5 875; 6 911.

§ 4 3 i f f. 4 des Gesetzes. — Berechnung des jährlichen Dienstverhältnisses Beweislast für eine 1500 M. übersteigende Höhe 1 3, 280. — Beschlagnahme e. 1500 M. jährlich übersteigenden Vergütung vor Fälligkeit, vor Leistung der Arbeit 1 3, 280. — Pfändung schwankender Einnahmen;

klare Bezeichnung des freibleibenden Betrages 3 2, 574; 7 873 (Pfändung von Reisepesen, „soweit sie die Barauslagen übersteigen.“) — Pfändung d. Dienstverhältnisses, „soweit es 125 M. pro Monat“ oder „soweit es 1500 M. pro Jahr übersteigt“? 3 2, 574; 4 747; 5 874 (vgl. 1 3, 280); 6 911. — Berechnung des pfandfreien Lohnbetrags 4 747. — Berechnung bei Beschäftigung nur während e. Teiles des Jahres (Sommertellner, Artisten) 1 3, 279; 6 911. — Beschlagnahme schwankender, 1500 M. jährlich übersteigender Einkünfte für kürzere Zeit als ein Jahr 1 3, 280; 3 2, 574; 4 747; 5 874. — Einrechnung des Verdienstes der Frau in die Einkünfte des Mannes 1 3, 280. — Sicherung des pfandfreien Betrages bei Lohnausfall; Einwendungen nach § 766 3 P D. u. nach Beendigung der Zw.-V.-Klage nach § 816 Abs. 2 BGB. 4 748. — Einwand des Schuldners, daß durch Pfändung auf Grund gesetzlicher Unterhaltsansprüche von Familiengliedern der pfändbare Teil erschöpft sei? 4 747, 748. — Pfändung e. festen Betrages zugunsten der Unterhaltsforderung e. unehelichen Kindes bei schwankendem Lohn 5 875.

§ 4 a des Gesetzes vgl. unehelichen Kinder und oben § 4 Ziff. 3. — Pfändungspfandrecht des § 4 a an die Person des Kindes gebunden? 3 2, 574; 4 748; 6 911; 7 873 (vgl. 1 3, 280; 2 1, 666; 3 2, 573; 4 747). — Pfändung e. festen Betrages zugunsten des unehel. Kindes bei schwankendem Lohn 5 875. — Rangverhältnis der Unterhaltsansprüche von Verwandten u. unehelichen Kindern 1 3, 281. — inwieweit müssen Ehefrau u. eheliche Kinder sich zugunsten des Unterhalts e. unehelich. Kindes Beschränkungen gefallen lassen? 5 875. — Pfändung für den zur Vorbereitung für eine Prüfung nötigen Aufwand 3 2, 574. — Beweislast bezügl. der Unpfändbarkeit 7 873.

Beschlüsse. — nicht verkündete Beschlüsse; Beginn ihrer Wirksamkeit 4 704; 5 809. — formlose Mitteilung anstatt Zustellung 5 809. — Zustellung nicht verkündeter Beschlüsse durch die Partei 5 809. — Rechtskraft der Beschlüsse erst mit Zustellung 6 831. — Zustellung nicht verkündeter Beschlüsse an beide Parteien 6 830, 831. — falsche Bezeichnung des Beschlusses; Einfluß auf die Frage der zulässigen Rechtsmittel f. Urteil. — Pflicht des Gerichts zur telegraphischen Benachrichtigung d. Partei von dringenden Beschlüssen, z. B. Terminsverlegungen? 7 813.

Bescholtenheit f. Verlobnis. — Vertragsanfechtung wegen Irrtums über die V. einer Person 2 1, 56; 4 31; 5 33.

Beschränkte Geschäftsfähigkeit f. Geschäftsfähigkeit.

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

Beschränkte Haftung s. Erbenhaftung, Gesellschaft mbH., — Haftung, Verpflichtung mbH. — Wesen **5** 76. — Verschiebung d. Streits über die H. von Erben, Abkömmlingen, Vermächtnisnehmern, Ehegatten in die Exekutionsinstanz **6** 889. —

Beschwerde nach 3PD. — Übergangszeit **1** 3, 207. — Einfluß der Novelle von 1905 auf Kostenurteile (s. Prozeßkosten) **4** 715.

Fälle der Zulässigkeit. — Auslegung der Worte „ein das Verfahren betreff. Gesuch“ (§ 567 3PD.) **7** 842. — gegen das Gesuch auf Rückgabe einer Sicherheit nach § 715 3PD. **1** 3, 205. — gegen den die Eidesabnahme wegen noch nicht eingetretener Rechtskraft des Urteils ablehnenden Beschluß **1** 3, 205. — Ablehnung e. Aussetzungsantrags nach § 149 3PD. **6** 784. — Beschluß auf Zurückweisung eines Widerspruchs gegen einen Sachverständigen vor dessen Ernennung **1** 3, 210. — B. gegen die Art der Beweisaufnahme? **1** 3, 159; **3** 2, 469 (s. Beweisaufnahme). — Zurückweisung eines Klagantrags, weil keine vorchriftsmäßige Klage vorliege **3** 2, 508. — Ablehnung des Antrags, den Beweisbeschluß ohne vorherige Verhandlung abzuändern **7** 842. — Zurückweisung des Antrags auf Berichtigung eines Kostenfestsetzungsbeschlusses **3** 2, 508. — Nichtentbindung e. als Zeugen benannt. Beamten von der Amtsvorschwiegenheit **3** 2, 470. — Ablehnung der Vorverlegung e. Term. **3** 2, 508. — B. geg. d. Abweish. d. Ablehnung e. Sachverständig. f. Sachverständige. — Aufhebung des die Verhandlung zur Hauptsache (§ 275) anordnenden Beschlusses **3** 2, 508. — Verfassung der Vollstreckungsklausel **3** 2, 540 (s. Vollstreckungsklausel). — unrichtige Ausübung des richterlichen Ermessens? **4** 725; **5** 844 (vgl. Beschwerde in der freiwilligen Gerichtsbarkeit). — Beschwerde in Fällen, wo die Entscheidung vom richterlichen Ermessen abhängt, wenn der Richter nicht sowohl falsch geprüft als vielmehr sich seiner Prüfungspflicht überhaupt entschlagen hat **6** 861 (s. Beschwerde in der freiwilligen Gerichtsbarkeit). — Beschlüsse, durch den die Verurteilung e. Zeugen zur Tragung der durch sein Ausbleiben entstandenen Kosten aufgehoben wird **6** 862. — Beschwerde gegen den Beschluß, der einen Antrag auf Fortsetzung des Verfahrens nach Abschluß e. Vergleichs abweist **6** 862. — gegen lediglich mündlichen Bescheid **3** 2, 509; **U. M.** **1** 3, 206. — Beschwerde gegen einen Beschluß des Landgerichts, durch den eine Erinnerung gegen einen aus Anlaß d. Verfahrens wegen Einziehung von Mitgliederbeiträgen nach § 144 GemVO. erfolgten Anlaß von Gebühren als unbegründet zurückgewiesen wird **6** 863.

Fälle der Unzulässigkeit. — wegen Rechtsverzögerung **3** 2, 508 (s. querela protractae iustitiae). — Ablehnung des Antrags auf Erlass eines Zwischenurteils **1** 3, 205. — Ablehnung des Antrags auf Verhandlung zur Hauptsache im Falle des § 275 3PD. **3** 2, 509. — weil eine andere Entscheidungsform geboten gewesen sei **1** 3, 205. — Beschwerde wegen Verweigerung des Armenrechts, wenn über die Sachentscheidung keine B. gegeben ist **4** 716. — Beschwerde wegen d. Kosten bei Erledigung d. Hauptsache vor Einlegung der B. **7** 843. — Ablehnung der Vollstreckbarkeitserklärung eines landgerichtlichen Urteils **1** 3, 205. — nicht mehr mögliche Abhilfe **7** 843. — Ablehnung der Verurteilung eines Dritten in die Prozeßkosten nach § 102 3PD. **3** 2, 412; **4** 679. — bei Anweisung an den Gerichtsschreiber, ein Rechtskraftzeugnis zu erteilen **1** 3, 205, 210. — Beschluß auf Erteilung einer zweiten vollstreckbaren Ausfertigung **1** 3, 210. — Anordnung der mündlichen Verhandlung bei einstweiliger Verurteilung **1** 3, 205; **3** 2, 509 (2). — Entscheidungen nach § 43, 2 bab. Hinterlegungsgelezes **5** 828. — Ablehnung e. Vertagungsantrages **6** 862. — Vertagung der Verhandlung **1** 3, 206. — Zurückweisung d. Antrags, die in der Revisionsinstanz befindlichen Prozeßakten zum Verhandlungstermin einzufordern **6** 862. — unzulässige Terminsverlegung **1** 3, 206. — wegen Einholung eines informativischen Gutachtens von Amts wegen in der Beschwerdeinstanz **4** 716. — Rückgangm. eines Beweisbeschlusses **1** 3, 206. — Unzulässigkeit e. Beschwerde wegen Gegenstandslosigkeit (nach Verteilung einlaufender Einstellungsantrag) **6** 682. — gegen lediglich mündlichen Bescheid? **1** 3, 206; **3** 2, 509. — eventuelle B. gegen einen noch nicht erlassenen Beschluß **1** 3, 209; **6** 861, 862. — gegen einen gesetzwidrig ohne mündliche Verhandlung ergangenen Beschluß **1** 3, 206. — B. gegen Abforderung e. Auslagevorschlusses bei Beweisaufnahme? **6** 835. — gegen den nach § 560 Abs. 3 3PD. ergangenen Beschluß des vorgelegten Gerichts über die Überweisung eines Entmündigungsverfahrens **1** 3, 227. — wenn dem Antrag auf Unterbringung des zu Entmündigenden in eine Anstalt nicht entsprochen oder die Anordnung aufgehoben wird **1** 3, 228. — Beschwerde bebufs Aufhebung eines Beschlusses seitens der Partei, deren Antrag der Beschluß entspricht **4** 716.

Unter § 567 fallende Prozeßkostenentscheidungen des O. u. G. — alle Beschlüsse, die materiell nur die Kosten betreffen **1** 3, 206. — Berichtigungsbeschlüsse nach § 319 3PD. hin-

(Beschwerde)

sichtlich des Kostenpunktes **1 3, 206.** — Beschlüsse n. §§ 99 Abs. 3, 103 Abs. 1, 105 Abs. 4, 107 Abs. 3 **3 P.D. 1 3, 206.** — Entscheidungen nach § 89 Abs. 1 Satz 3 **3 P.D. 1 3, 206.** — Entscheidungen über Festsetzung des Streitwertes **1 3, 206; 5 828; 6 862.** — Beschlüsse auf Kostenüberbürdung n. § 102 **3 P.D. 1 3, 206, 208; 4 679; 6 862.** — Beschwerden bei Beschlüssen, für die das O.G. ohne Rücksicht auf den Wert zuständig war **3 2, 509.** — Beschlüsse nach § 125 **3 P.D. 5 828.** — Beschlüsse über Zeugen- u. Sachverständigen-Gebühren **1 3, 206; 5 829.**

Berechnung der Beschwerde = summe (§ 568 Abs. 3) **1 3, 206, 208.** — Einrechnung der Kostenfestsetzungsgebühren des Anwalts, der Kosten des Beschwerdeverfahrens, der Nebenkosten des Festsetzungsverfahrens **1 3, 53, 206, 207, 208; 7 843.** — bei der von einem Rechtsanwalt im eigenen Namen gegen einen in der Beschwerdeinstanz erlassenen Kostenfestsetzungsbeschluss eingelegten weiteren B. **1 3, 207.** — Herabsetzung des Streitwertes auf Antrag der Partei; B. des Anwalts zwecks Erhöhung über den ursprünglichen Betrag **1 3, 207.** — B.-Summe bei B. des Anwalts im eigenen Namen gegen die Streitwertfestsetzung **3 2, 509.** — Anwendung des § 568 Abs. 3 bei Vollstreckungskosten **6 863.** — Zusammenrechnung der Beschwerdebeträge, bei B. beider Anwälte gegen die Festsetzung des Streitwertes **1 3, 207** oder bei B. gegen zwei in dem gleichen Verfahren ergangene Kostenfestsetzungsbeschlüsse **1 3, 206.** — Zusammenrechnung der Beschwerdebeträge, B. der Anwälte erster u. zweiter Instanz gegen die Festsetzung d. Streitwertes **1 3, 207.** — Zusammenrechnung der B.-Beträge bei Streitgenossenschaft **1 3, 207.**

Einlegung der Beschwerde. — zuständiges Gericht für Beschwerden gegen Beschlüsse des Amtsgerichts I Berlin in v. d. 1. VI. 1906 anhäng. gemordeten Klagen **5 829.** — wiederholte Einlegung e. bloß wegen Formfehlers zurückgewiesenen Beschwerde nach Verbesserung des Fehlers **6 862** (vgl. **5 830, 831.**) — Beschwerde gegen den die Beordnung e. Anwalts nach § 35 **RA.D.** ablehnenden Beschluss **7 843.** — Einlegung d. Beschwerde gegen eine das Armenrecht betr. Entscheidung des O.G. zu Protokoll des Gerichtsschreibers d. O.G.? **7 843.** — bloßer Widerspruch gegen einen Verfahrens-antrag des Gegners ist nicht Beschwerde **1 3, 205.** — ausdrückliche Bezeichnung als „Beschwerde“ nötig? **1 3, 209.** — irrtümliche Bezeichnung als Verufung **3 2, 508.** — Übergabe der Beschwerde an einen

Subalternbeamten außerhalb der Amtsräume **4 716.** — telegraphische u. telephonische Beschwerdeeinlegung **4 716.** — Einlegung zu Protokoll: Verweisung auf ein übergebenes Schriftstück **4 717 (2); 5 830 (3); 7 743.** — Unterzeichnung d. Beschwerdeschriftsatzes auch in Verwaltungssachen nötig **6 863.** — unleserliche Unterschrift der Beschwerde **5 830.** — faksimilierte oder mechanische Unterschrift des Anwalts auf der Beschwerdeschrift **1 3, 209.** — muß bei Anwaltszwang der Anwalt beim Beschwerdegericht zugelassen sein oder genügt Zulassung beim Untergericht **1 3, 39, 209; 3 2, 366, 510, 511; 7 743.** — Anwaltszwang für Beschwerde gegen den Wertfestsetzungsbeschluss eines O.G. **7 843.** — Anwaltszwang für die gegen eine Beschwerdeentscheidung des O.G. über den Streitwert beim O.G. eingelegte weitere Beschwerde **1 3, 209.** — kein Anwaltszwang, wenn er in 1. Instanz nicht vorgeschrieben war **1 3, 209.** — nicht genügend bestimmter Beschwerdeantrag **3 2, 509; 7 843.** — nachträgliche Erweiterung der Beschwerde **3 2, 510 (2); 7 843.** — Einlegung beim Gerichtsschreiber des O.G.? **5 830; 7 843.** — wann gilt die zu Protokoll des Gerichtsschreibers des O.G. eingelegte Beschwerde gegen einen Beschluss des O.G. erhoben? **5 830.**

Abänderung durch das Untergericht. — ohne Rücksicht auf die Zulässigkeit des Rechtsmittels **1 3, 210; 3 2, 511** (bei sofortiger Beschwerde nach § 577 Abs. 3); **4 716, 717; 5 830.** — B. der anderen Partei gegen die Abänderung **4 716.** — Anordnung mündlicher Verhandlung über Arrestantrag bei Beschwerde wegen Abweisung des Arrestantrags? **5 830.**

Verfahren vor d. Beschwerdegericht. — Übertragung der nötigen Anordnungen an das Untergericht; bindende Kraft der rechtl. Auffassung des Beschwerdegerichts **3 2, 511.** — Anwendung des § 575 **P.D.** (Übertragung der erforderlichen Anordnung an das Untergericht) in der freiwilligen Gerichtsbarkeit und in Grundbuchsachen? **6 864 (2).** — Übertragung der nötigen Anordnung oder Zurückverweisung an das Untergericht im Verfahren nach § 99 **3 P.D. 6 864.** — Beweisaufnahme in der 2. Instanz hinsichtlich e. zugelassenen Eides den für die Beweisaufnahme 1. Instanz geltenden Bestimmungen unterliegend? **6 864.** — Erweiterung d. Beschwerde **3 2, 510 (2).** — können in der Beschwerdeinstanz bei Beschwerde gegen e. Kostenfestsetzungsbeschluss an Stelle der gestrichenen Posten ohne Erhöhung des Gesamtbetrages andere Posten verlangt werden? **6 864.** — richter-

Fette Zahlen = Satz.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

licher Eid **1 3**, 209 (2), 210 (Auslage durch Beschluß). — Eideszuschreibung **1 3**, 209, 210. — Mitteilung der Beschwerdebeilagen an den Gegner **1 3**, 210. — Aufklärung des Sachverhalts bei Entscheidung ohne mündliche Verhandlung **1 3**, 210. — Pflicht des Beschwerdeführers zur Beibringung des für Prüfung nötigen Materials **3 2**, 509. — von einem Eid abhängiger Beschluß **3 2**, 511; **6 864**. — Zurückweisung als unbegründet, wenn trotz prozessualer Verstöße die angefochtene Entscheidung materiell gerechtfertigt ist; Ausnahmen **3 2**, 509. — Verwerfung der Beschwerde als unzulässig, wenn die Beschwerde gegen den das Armenrecht verweigern den Beschluß erst nach Beendigung d. Instanz einläuft **3 2**, 511. — Erhebung neuer Ansprüche **3 2**, 496; insbesondere bei Beschwerde im Kostensetzungsverfahren **3 2**, 511. — Möglichkeit e. neuen Beschwerde nach Verwerfung der ersten, fehlerhaft eingelegten als unzulässig? **5 830**, 831; **6 862**. — durch das weitere Verfahren vor Verbeistehung gegenstandslos gewordene Beschwerde (z. B. Urteilsverfall während d. Verfahrens über Ablehnung e. Richters e. Sachverständigen) **6 751**, 784 (2), 839. — Anschlußbeschwerde **3 2**, 508. — Beschwerdeanschluß im Kostenpunkt **3 2**, 508. — Anordnung mündlicher Verhandlung; Zulässigkeit jederzeitiger Rückkehrung in das regelmäßige Beschwerdeverfahren **7 760**.

V e r f a h r e n v o r d e m D O G. n a c h § 574 A b f. 2 3 P D. — Prüfungspflicht des D O G. hinsichtlich Statthaftigkeit, Form und Frist in den Fällen des § 567 A b f. 2, § 568 A b f. 4 5 830, 831. — Notfristprüfung **4 717**. — Prüfung seitens des D O G., ob abzuhelfen sei, vor Verwerfung der Beschwerde als unzul. **4 717**. — Bindung des R O G. durch die Entscheidung des D O G. über Zulässigkeit der Beschwerde **4 716**; **5 830**, 831. — weiteres Verfahren vor dem R O G. nach Verwerfung der Beschwerde als unzulässig seitens des D O G. **4 716 f.** — Gebühren für die Entscheidung des D O G. auf Verwerfung einer Beschwerde als unzulässig **5 831**; **6 864**. — Gebühren für Beschwerde; Festlegung des Beschwerdebetrages **5 831**; **6 864**. — Geltung des § 574 A b f. 2 für weitere Beschwerden **5 831**. — Antrag auf Entscheidung des R O G. gegen die Verwerfung e. Beschwerde; Einlegungsform **5 831**; **6 864**; **7 843 (2)**.

W e i t e r e B e s c h w e r d e. — nur gegen solche Beschwerdeentscheidungen, gegen die nach ihrem Inhalt überhaupt die Beschwerde zulässig ist **1 3**, 207. — Anwendung des § 568 A b f. 2 3 P D. auf Beschwerde in Zwangsversteigerungssachen **6 862**. — weitere Beschwerde gegen eine

nach § 571 3 P D. erlassene, einer Beschwerde abhelfende Entscheidung eines D O G.? **5 829**, 830. — wenn erst die Entscheidung d. Beschwerdegerichts dem Beschwerdeführer Anlaß z. Beschwerde gab **7 843**.

N e u e r s e l b s t ä n d i g e r B e s c h w e r d e g r u n d. — gleichlautende, aber anders begründete Entscheidung **1 3**, 207/208 (2); **3 2**, 510 (Fall von Zeugnisverweigerung); **4 716**. — abweichende, den Beschwerdeführer nicht schlechter stellende Begründung **5 829**. — Unterlassung einer Entscheidung über die Kosten **1 3**, 208; **3 2**, 510. — nebenfällige Bemerkungen **7 843**. — wenn unzulässigerweise die Beschwerde eines bisher unbeteiligten Dritten gegen einen Beschluß des Vollstreckungsgerichts sachlich gerwürdigt wurde **1 3**, 208. — Abweisung in erster Instanz nur zur Zeit, in 2. Instanz ohne diese Einschränkung **6 682**. — Behauptung, daß ein Zeuge nicht eingehend genug verhört worden sei **3 2**, 510. — Verstoß des die Beschwerde als unbegründet zurückweisenden Beschlusses gegen wesentliche Prozeßvorschriften (irrtümliche Annahme der sachlichen Zuständigkeit) **5 829**. — Verletzung der Normen über das Verfahren **1 3**, 207, 208. — Nichtberücksichtigung der in der Beschwerdebchrift angeführten Tatsachen u. Beweismittel **6 864**. — Zurückweisung der Beschwerde als unbegründet statt als unzulässig? **5 829**; **7 843**. — Annahme der Zulässigkeit sofortiger Beschwerde, während richtig nur „Erinnerungen“ nach § 766 3 P D. zulässig gewesen wären **5 829**. — Verneinung der Unentbehrlichkeit eines Gegenstandes nach § 811 Ziff. 5 3 P D. in concreto seitens des Amtsgerichts, während das Landgericht dem Beschwerdeführer den Einwand des § 811 Ziff. 5 überhaupt verlag **5 829**. — Aufhebung einer Pfändung seitens des R O G. wegen mangelnder Identität zwischen Schuldner und Gepfändeten, Verwerfung der Beschwerde wegen nicht ordnungsgemäßer Zustellung des Vollstreckungsmittels? **5 829**. — Verwerfung d. Beschwerde als unzulässig **6 863 (2)**. — Verwerfung d. Beschwerde formell als unzulässig, während tatsächlich die Beschwerde materiell geprüft u. für unbegründet befunden wurde **6 863**. — weitere Beschwerde in Fällen, wo die Entscheidung vom richterlichen Ermessen abhängt, wenn der Richter nicht sowohl falsch geprüft als vielmehr sich d. Prüfungspflicht überhaupt ent schlagen hat **6 861**.

R e i n n e u e r B e s c h w e r d e g r u n d. — Verhandeln u. Befinden über neue Rechtsbehelfe u. neues tatsächliches Vorbringen der Partei **1 3**, 208; **3 2**, 510. — Zurückweisung eines Gesuchs vom R O G.

(Beschwerde)

aus tatsächlichen, vom *OG*. aus rechtlichen Gründen **1 3, 208**. — Nichterhebung der angebotenen Beweise **1 3, 208**. — Zurückweisung der Beschwerde, „weil die angefochtene Entscheidung zutreffend begründet“ **1 3, 208**. — keine weitere Beschwerde, wenn das Beschwerdegericht bei e. Kostenfestsetzung gewisse Abstriche des Erstrichters, mit denen es sich nicht zu befassen hatte, nur der Vollständigkeit halber wiederholt **6 862**. — Zurückweisung d. Einwendung gegen die Pfändung, weil neben dem angeblich unentbehrlichen Einrichtungsgegenstand ein zweiter gleicher Art vorhanden sei; Verwerfung der hiergegen eingelegten Beschwerde mit der weiteren Begründung, daß es gleichgültig sei, ob der zweite Gegenstand dem Schuldner selbst oder seinem bei ihm wohnenden Vater gehöre **6 862, 863**. — Verwerfung der materiellen Einwendungen d. Schuldners gegen seine Verpflichtung z. Leistung d. Offenbarungseides seitens des Amtsgerichts; die ordnungsmäßige Urteilszustellung bejahender Beschluß des Landgerichts **6 863**. — Unterlassung der Anordnung mündlicher Verhandlung **7 843**.

Abänderung einer Entscheidung des beauftragten oder ersuchten Richters oder des Gerichtsschreibers. — Ordnungsstrafe gegen ausgebliebenen Sachverständigen **1 3, 210**. — Ablehnungsgesuch gegen den vom beauftragten Richter ernannten Sachverständigen **3 2, 511** (s. **3 2, 478**). — Entscheidung des beauftragten oder ersuchten Richters, ob ein Zeuge zu beiziehen sei **3 2, 511**. — Beschwerde gegen Entscheidungen über Zeugen- oder Sachverständigengebühren **5 831**. — Beschwerde gegen den Beschluß des Prozeßgerichts über Zulässigkeit einer vom ersuchten Richter gestellten Frage? **1 3, 210**. — Entscheidung d. Prozeßgerichts über die den Gerichtsschreiber zur Erteilung e. weiteren vollstreckbaren Ausfertigung anweisende Anordnung des Vorsitzenden; Beschwerde gegen die die Rechtsmäßigkeit der Anordnung bestätigende Entscheidung des Prozeßgerichts? **1 3, 210; 6 864**. — Beschwerde gegen den Beschluß des Prozeßgerichts auf Erteilung d. Rechtskraftzeugnisses? **1 3, 210**. — Beschwerde gegen den Beschluß des Prozeßgerichts auf Ablehnung d. Umschreibung der Vollstreckungsklausel **3 2, 509**. — wann ist die Frist der sofortigen Beschwerde nach § 577 Abs. 4 einzuhalten? **3 2, 511**. — Abänderung e. selbständigen Beschlusses des ersuchten Richters **7 843, 844**.

So fortige Beschwerde. — Einlegung vor Beginn der Frist **3 2, 511**. —

Einlegung vor Zustellung **1 3, 211**. — Einlegung der Beschwerde beim Prozeßgericht bei Beschwerde gegen den ersuchten Richter **1 3, 211**. — Eventualbeschwerde im Fall des § 577 Abs. 4 *3 PD.* **1 3, 211; 6 861**. — Befugnis des Untergerichts zur Abänderung seiner angefochtenen Entscheidung in den Fällen des § 577 Abs. 3, wenn die Beschwerde nach § 568 Abs. 2 unzulässig ist **3 2, 511**.

Beschwerde in der freiwilligen Gerichtsbarkeit s. *freiwill. Gerichtsbarkeit, Grundbuchsachen, Zwangsversteigerung*.

Allgemeines. — rechtl. Natur **3 2, 191, 192; 4 854**. — Änderung e. mit *V.* angefochtenen Entscheidung durch das Untergericht **3 2, 192, 193; 4 854**. — Abänderung d. Entscheidung durch das Untergericht nach Vorlage d. *B.* an das *B.-Gericht*? **3 2, 191 (2)**. — Verfügung im Sinne des § 19 **5 999, 1000; 7 991**. — *B.* gegen Scheinverfügungen (gesetzwidrig vom Gerichtsschreiber oder e. Referendar erlassene Verfügung) **3 2, 192**. — keine *B.* gegen Entscheidungen, die nur der Vorbereitung e. sachlichen Entscheidung dienen (Anordnung e. Beweisaufnahme) **3 2, 192; 1 2, 310; 5 1000; 7 991**. — *B.* gegen eine keine Anordnung enthaltende Mitteilung **3 2, 193**. — *B.* gegen erlassene, aber noch nicht bekannt gemachte Verfügungen **3 2, 192, 193**. — *B.* gegen bloß mündliche Bescheide **3 2, 193; 5 1000**. — *B.* gegen vorläufige Verfügungen **3 2, 193; 7 991**. — *B.* gegen verfahrenleitende Verfügungen des Unter- oder *B.-Gerichts* **5 1000; 7 993**. — *B.* gegen Zwischenverfügungen, soweit sie e. sachliche Entscheidung enthalten **3 2, 193, 203; 4 854, 855** (Zwischenverfügung d. *B.-Gerichts*). — *B.* gegen Aussetzung **7 991**. — *B.* geg. Äußerungen d. Registrars über ihm vorgelegte Entwürfe für künftige Anmeldungen **3 2, 194**. — in Aussicht gestellte Ablehnung e. etwaigen Antrags **7 991**. — Beschluß d. *B.-Gerichts* auf Erhebung weiterer Ermittlungen durch das *OG.* **5 1002; 7 993**. — *B.* z. Erzielung e. lediglich theoretischen Entscheidung **3 2, 193**. — *B.* gegen eine Feststellung familienrechtl. Verhältnisse durch das Vormundschaftsgericht, wenn deren Bestand den Gegenstand einer Vorfrage für die Einleitung u. Beendigung e. ganzen Rechtsplegeverfahrens (Vormundschaft) bildet **3 2, 194**. — *B.* gegen e. Verfügung, durch die ein Antragsteller um Berichtigung e. eidesstattlichen Versicherung u. um Vorlage von Urkunden ersucht wird **4 855**. — *B.* gegen die e. Vergütung leitenden Verfügungen **7 994, 996, 1000**. — *B.* gegen Äußerung v. Rechtsansichten **5 999, 1000**. — *B.* gegen Entscheidungsgründe **5 999**. — *B.* gegen bloße Unterlassungen **3 2, 195; 5 1000**. — *B.* gegen nichtige

Verfügungen 5 1000; 7 994, 999. — B. gegen selbständige Entscheidungen des Gerichtsschreibers 5 1000. — Anwendung des FGG. auf die Beschwerde nach §§ 60, 73 BGB. ? 3 2, 206; 5 1006. — Recht des nach § 143 Abs. 2 FGG. mit der weiteren B. befaßten Reichsgerichts zur Anstellung tatsächlicher Ermittlungen 5 1017. — Zurücknahme; Widerruf d. Zurücknahme 3 2, 191, 195. — Verzicht auf B. 3 2, 195; 5 1004; 7 999 (im voraus erklärter). — gemeinsame B.-Instanz f. mehrere OLG. eines Bundesstaates 3 2, 252. — Zuständigkeit d. Kammergerichts bei Beschlüssen d. gemeinschaftl. LG. in Meiningen u. Rudolstadt 4 868. — Dienstaufsichtsbeschwerde, wenn der Gerichtsschreiber d. B.-Gerichts die vom Gerichtsschreiber 1. Instanz verlangte Auskunft über Einlegung e. B. verweigert 4 857. — Abgrenzung gegen Dienstaufsichtsbeschwerde 3 2, 194, 195. — Einfluß der Aufhebung e. Verfügung auf die inzwischen vorgenommenen Rechtsgeschäfte (§ 32) f. freiwillige Gerichtsbarkeit unter „gerichtl. Verfügungen, ihre Wirksamkeit“. — Wirkung e. amtsgerichtlichen, vom LG. auf B. aufgehobenen Beschlusses, wenn das OLG. unter Aufhebung des Landesgerichtl. Beschlusses die Sache zur erneuten Entscheidung an das LG. zurückverweist 7 990. — neue B. auf Grund neuer Tatsachen nach Zurückweisung der weiteren B. ? 7 991. — Zuständigkeit f. d. B. gegen einen vom LG. in 1. Instanz erlassenen Beschluß auf Verweigerung d. Armenrechts bei Stellung d. Antrags auf Gewährung d. Armenrechts gleichzeitig mit der Einlegung d. B. gegen einen Beschluß des LG. 7 1038.

Beschwerdegründe f. unter Einzelfälle. — Nichtanhören d. Beteiligten 3 2, 184. — Übergehen von Beweisanträgen 5 995. — B. nur wegen d. Kosten 3 2, 193, 194, 196; 4 855. — Verweigerung d. Rückgabe e. eingereichten Urkunde 3 2, 194. — Ablehnung d. Entscheidung über e. Antrag, der sich nach Form u. Inhalt als Angehörig darstellt 3 2, 194. — Vereinträchtigung e. Rechtes; „Recht“ im Sinne des § 20 Abs. 1 3 2, 195; 5 1002. — Verletzung d. Persönlichkeitsrechtes durch Anfinnen einer Zeit u. Geld kostenden Tätigkeit 3 2, 195. — für die Frage der Verletzung e. Rechtes maßgebender Zeitpunkt; Entstehung e. Rechtes erst nach Erlass der Verfügung 3 2, 195. — Vereinträchtigung e. öffentlichen Rechtes 3 2, 195. — Verletzung e. Rechtes durch Vorstrecken e. zu langen Frist an den Gegner 3 2, 196. — Anordnung oder Ablehnung d. Aussetzung d. Verfahrens 3 2, 196. — bloße Verletzung eines Interesses 3 2, 196; 5 1002. — Verletzung e. Sittenpflicht 3 2, 196. — falscher Gebrauch des freien richter-

lichen Ermessens 3 2, 204, 205; 5 1005; 6 861, 1060.

Beschwerdeberechtigte (f. unter Einzelfälle) 3 2, 191, 192 (Grundprinzip), 195; 5 1002. — Der einen Antrag beauftragende Notar bevollmächtigt bei Abweisung des Antrags? 3 2, 185; 5 997, 1004. — Nichtvorlegung d. Vollmacht seitens d. Vertreters d. B.-Führers 3 2, 185. — zurückgewiesener Antragsteller immer beschwerdeberechtigt 3 2, 195; 7 994. — Behörden wegen Zurückweisung ihres an e. Richter d. f. G. gestellten Antrags 3 2, 199, 217; 7 993. — Amtsrichter bei Abänderung seines Beschlusses durch das Landgericht? 3 2, 195. — der Antragsteller, dessen Antrag stattgegeben wurde? 3 2, 195; 7 994. — B.-Recht eines einzelnen, wenn zu e. Antrag die Mitwirkung mehrerer nötig ist? 3 2, 195. — keine Beschränkung des aus anderen Reichsgesetzen sich ergebenden B.-Rechtes durch § 20 Abs. 1 FGG. 3 2, 195. — Zeuge gegen die Anordnung seiner Vernehmung 3 2, 195 (f. 3 2, 187). — Oberstaatsanwalt bei Überbürdung d. Kosten auf die Staatskasse 3 2, 205. — Geschäftsbeschränkte 2 1, 42 (Mitwirkung d. gesetzl. Vertreters); 3 2 220, 221 (f. unter Einzelfälle). — wegen Geisteschwäche entmündigte, verwitwete Mutter ohne Fuzziehung ihres Vormundes in den die Erziehung d. Kindes betreffenden Angelegenheiten 3 2, 221. — nachträgliche Beteiligung 7 992. — Beteiligung mehrerer 7 992, 993. — „Weineinträchtigung e. Rechtes“ im Sinne des § 20 Abs. 1 7 993. — B.-Berechtigte bei nichtigen Verfügungen 5 1000; 7 994. — B.-Berechtigte bei Beanstandung d. Vertretungsbefugniss eines Vormundes oder d. Vorstandes e. jur. Person; keine B. des Bevollmächtigten im eigenen Namen 7 994. — B.-Berechtigte bei Festsetzung e. Vergütung; kein Recht d. Gläubiger des Vergütungspflichtigen 7 994, 996. — Prozeßgegner e. Vereins, e. Genossenschaft 7 998.

Einlegung u. g. — Form der schriftlich eingereichten B.; Unterschrift d. Partei, des Rechtsanwalts 3 2, 201, 202; 4 851. — Einlegung im voraus für den Fall der Ablehnung e. Gesuches? 3 2, 193; 5 1004. — Einlegung vor Bekanntmachung 7 999. — irrige Bezeichnung d. B.-Gerichts 3 2, 193, 201. — zu Protokoll d. Gerichts statt d. Gerichtsschreibers? 7 999. — wiederholte Einlegung e. zurückgenommenen B. ? 3 2, 191, 195. — bloße Bezeichnung d. beschwerdeführenden Behörde ohne den Namen ihres Vertreters 7 999. — Unterschrift d. B. (protokollarische Anerkennung des Handzeichens) 3 2, 202; 7 999. — von einem Notar beurkundete B. 3 2, 202. — Einlegung durch Telegramm 3 2, 202;

(Beschwerde in d. freiwilligen Gerichtsbarkeit) 7 999 (Unterschrift). — formelle Erfordernisse d. B. im Zwangsverziehungsverfahren 3 2, 202. — Begründung d. B. 5 1004. — Stellung neuer Anträge, die eine andere Angelegenheit betreffen, in d. B.? 3 2, 203. — E. durch Bevollmächtigte 7 987 (s. freiwillige Gerichtsbarkeit). — Zulassung auftragsloser Geschäftsführer 7 988.

Einzelfälle.

Vormundschaftsachen s. Vormund, Vormundschaft, Vormundschaftsgericht, Pfllegschaft, elterliche Gewalt. — Einleitung e. Vormundschaft ohne besonderen Grund; Erfuchen e. anderen Gerichts um Verpflichtung des Vormunds 3 2, 194, 197. — Pfllegerbestellung über d. Kind im Erziehungsstreit der Eltern §§ 1635, 1666 3 2, 194; 4 855 (2). — B. des Prozeßgegners gegen die Bestellung e. Pfllegers zur Prozeßführung (s. Pfllegschaft) 7 994. — B. gegen die Anordnung e. Pfllegschaft, wenn das Untergericht im Kompetenzkonflikt vom Obergericht für zuständig erklärt ist 3 2, 194. — B. gegen die eine Vormundschaft betreffenden Verfügungen nach Beendigung der Vormundschaft 4 856; 5 1000. — B. gegen Bewilligung e. Vergütung an den Vormund; Einlegung nach Beendigung d. Vormundschaft 4 855 (s. Vormund) 856; 7 994. — Streit zwischen Vormund und einem Dritten über den Erlaß von diesem für den Mündel gemachter Auslagen? 5 1000. — nicht dem Vormund, sondern einem Dritten eröffnete obervormundschaftliche Genehmigung 7 991, 995. — Verweigerung der obervormundschaftlichen Genehmigung 3 2, 198 (4), 218 (2); 5 1001 (s. Vormundschaftsgericht); 4 859; 7 995 (B. des Vaters). — Erklärung des Gerichts, daß eine obervormundschaftliche Genehmigung nicht nötig sei 3 2, 198 (2). — B. des Dritten bei Erteilung der obervormundschaftl. Genehmigung 3 2, 218. — B. d. Gegenvormunds gegen die Erteilung d. obervormundschaftl. Genehmigung 3 2, 198 (2). — B. wegen unzulässiger Aenderung der obervormundschaftl. Genehmigung 3 2, 218. — B.-Recht des Vertragsgegners bei Verfassung der obervormundschaftlichen Genehmigung? 3 2, 198, 199 (s. Vormundschaftsgericht), 218; 7 1008. — B.-Recht e. Mitkontrahenten bei Verfassung der obervormundschaftl. Genehmigung 3 2, 199. — Entscheidung bei Meinungsverschiedenheiten mehrerer Pflleger oder Vormünder oder zwischen Pflleger u. Vater 3 2, 217; 7 1010. — Einlegung oder Aufhebung e. Familienrats 3 2, 199; 7 1010. — B. des Dienstherrn gegen die den Austritt des Mündels anordnende Verfügung 3 2, 199. — B. des Pfarramts

wegen der religiösen Erziehung 3 2, 199; 7 1008. — B. des Vormundschaftsgerichts in Grundbuchsachen 3 2, 199. — B. des Vormundschaftsgerichts gegen den die Eintragung e. Sicherungshypothek auf den Grundbesitz des Vormunds abzulehnenden Entscheid des Grundbuchamtes 3 2, 217; 7 993. — B. einer ausländischen Behörde bei Abweisung ihres Antrags auf Abgabe einer Vormundschaft 3 2, 200; 4 856. — B. des Gläubigers, wenn das Gericht den Vormund nicht zu seiner Befriedigung anweist 4 855. — Übergeh. e. Verwandten bei Auswahl e. Pfllegers 4 856; 7 994. — B. des Vormunds n. seiner Entlassung über ein weg. vermeintl. Pflichtwidrigkeit an ihn erlassenes Gebot 4 856; 5 1002. — Begriff des „rechtlichen Interesses“ im Sinne des § 57 Ziff. 1 u. 3 FGG. 3 2, 219; 7 1006. — Ablehnung der Bestelung. Gegenvormunds 3 2, 219; 2 1, 673; 3 1, 536; 5 529 (s. Gegenvormund). — Ablehnung des vom Waiserrat gestellten Antrags, der Mutter die Erziehung zu nehmen 3 2, 219 (s. Gemeinbeweisental). — Verfassung d. Genehmigung zu einem vom außerehel. Vater geschlossenen Alimentenvergleich 1 2, 161; 3 2, 219. — Beschwerde des Großvaters gegen Unterbringung oder Ablehnung d. Unterbringung d. Enkels in e. Erziehungsanstalt 3 2, 219. — B. der Mutter des Stiefvaters gegen die bei Streit mit dem Vormund über Aufwand s. Unterhalt u. Erziehung ergehende gerichtl. Verfügung 3 2, 219, 220; 2 1, 664; 7 1008. — Abgabe oder Ablehnung der Abgabe e. Vormundschaft 3 2, 220 (2); 7 1006. — B. des Mündels gegen Ablehnung der Abgabe der Vormundschaft 3 2, 220. — Auswahl des Vormunds 1 2, 160; 2 1, 673; 3 2, 220, 222; 4 435, 860 (B. der Mutter); 5 529, 1009 (2); 7 994, 1006, 1007 (B. d. Kreisverbandes, Pfarramts, Gemeinbeweisental). — B. gegen d. Ausw. d. Vormunds bei Religionsverschiedenheit 3 2, 220; 7 1008. — Entlassung des bisherigen Vormunds u. seine Ersetzung durch den Antragsteller 3 2, 220. — B. des zur Vormundschaft Berufenen, aber Übergangenen 3 2, 221. — „berechtigtes Interesse“ im Sinne des § 57 Ziff. 9 FGG. 7 1007. — Erhebung d. Beschwerde im Interesse des Mündels Votaussetzung des § 57 Ziff. 9? 3 2, 219. — Begriff der „Sorge für die Person“ im Sinne des § 57 Ziff. 9 FGG.; Verfügungen über Auswahl u. Entlassung d. Vormunds, Abgabe u. Ablehnung der Vormundschaft nicht unter § 57 Ziff. 9 fallend 7 1006. — Anwendung d. § 57 Ziff. 9 FGG. bei sowohl die Person als das Vermögen betreffenden Angelegenheiten (Unterhalt)

7 1006, 1007. — B. des der Vermögensverwaltung enthobenen Vaters gegen e. nur die Vermögensverwaltung betr. Verfügung des V.ogerichts 3 2, 219; 4 860. — B. des Ehemanns e. wegen Geisteskrankheit entmündigten Frau (Auswahl des Vormunds) 3 2, 219 (2). — B. des nach früherem (talmudischem) Recht geschiedenen Mannes in e. die Person des Kindes betr. Angelegenheit, wenn er durch Vertrag auf d. Erziehung verzichtete 7 1007. — B. des geschiedenen, von der Erziehung d. Kinder ausgeschlossenen Mannes gegen die Bestellung e. Pflegers 3 2, 220. — B. des den Entmündigungsbeschluß anfechtenden Anwalts gegen die Verfügung, die seinen Antrag, den Vormund z. Zahlung e. Kostenvorschußes anzuhalten, zurückweist 3 2, 220. — Ablehnung d. Antrags d. Großvaters, ihn zwecks Geldendmachung d. Unterhaltsanspruchs gegen d. Vater zum Pfleger der Enkel zu bestellen 4 860. — B. des an der Ausübung der elterlichen Gewalt (durch Freiheitsstrafe) verhinderten Vaters gegen e. d. Person des Kindes betreffende Verfügung 5 1009. — B. des Grundstückerzeugnisses, der mit seinem minderjährigen Hypothekengläubiger über Teilentpfindung verhandeln will, gegen Ablehnung d. Einleitung e. Pflegschaft 7 1006 (vgl. 4 859). — Verlangen d. Herabsetzung des dem Vormund zugebilligten Honorars; Beschwerde, berechtigte: Einspruch e. Entlastungserklärung 7 1006 (f. Vormund). — Untergang d. Beschwerderechts d. Vaters nach § 57 Ziff. 9 FGG. durch Entzug d. Rechts d. Sorge f. d. Person d. Kindes 7 1007. — Armenverwaltung als Beschwerdeberechtigte nach § 57 Ziff. 9 FGG. 7 1007. — Rechtsanwalt als Beschwerdeberechtigter nach § 57 Ziff. 9 FGG. 7 1007, 1008. — Beschwerde des lektwillig von d. Verwaltung d. Muttergutes ausgeschlossenen Vaters gegen Pflegerbestellung? 7 1008. — B. des Gemeindevorstandes gegen d. Ablehnung e. Antrags nach § 1666 Abs. 2 BGB. 7 1008. — B. des unehelichen Vaters im Verfahren nach § 1666 BGB. gegen d. Mutter 7 1008. — B. der Mutter, gegen die auf Antrag des Vaters erfolgte Volljährigkeitserklärung e. Kindes 3 2, 195. — B. des Vormunds (Vaters) namens des Kindes u. des Kindes selbst, wenn das Vormundschaftsgericht ohne Verletzung e. Rechtes des Mündels oder einer Verfahrensvorschrift nur von dem ihm zustehenden Ermessen unrichtigen Gebrauch gemacht hat 3 2, 196. — B. eines Dritten gegen Weisungen des Gerichts an den Vormund 3 2, 196. — B. eines Pflegers für seine Person gegen e. Entscheidung in einer das Verhältnis des Pfläglings zu seinem Vater betreffenden Angelegenheit

3 2, 196. — kann die Stellungnahme des Gerichts gegenüber Ansprüchen, die gegen Mündel, Pfleglinge oder von Eltern gegen Kinder erhoben werden, von dem, der die Ansprüche erbt, mit B. angefochten werden? 3 2, 196. — B. des Ehemanns gegen die Aufstellung seiner Frau als Vormünderin 3 2, 197. — B. des Pflegers oder Vormunds gegen seine Aufstellung 3 2, 197. — B. bei Bestellung e. Vormundschaft oder Pflegschaft durch ein unzuständiges Gericht 3 2, 197. — Beschwerdeberechtigte bei Aufhebung e. Vormundschaft, auch einer vorläufigen 3 2, 197. — B. des überlebenden Gatten gegen die die Erteilung des Wiederverheirathungszeugnisses von der Auseinandersetzung mit den erziehlichen Kindern abhängig machende Verfügung? 3 2, 196. — B. der wiederverheiratheten Mutter wegen Verweigerung der Einkünfte des Kindesvermögens? 3 2, 196. — B. des nach § 1656 von der Verwaltung d. Kindesvermögens ausgeschlossenen Vaters 3 2, 197. — B. der Eltern gegen die Anordnung e. Pflegschaft für nondum concepti 3 2, 197; 7 994. — B. des Vaters gegen die Auswahl des Pflegers 3 2, 197. — Nichtbestellung der unehelichen Mutter zur Vormünderin 5 528, 1002, 1009; 7 1008 (wenn das Gericht d. Anstaltsvormundschaft für genügend hält). — B. der unehelichen Mutter gegen die Auswahl d. Vormunds 5 1009. — Verwerfung des Antrags der unehel. Mutter auf Entlassung des Vormunds 5 1002. — B. der unehelichen Mutter gegen eine mit ihren früheren Erklärungen in Einklang stehende Verfügung d. Gerichts 3 2, 203. — Nichtbestellung des von der ehelichen Mutter benannten Beistandes 7 995. — Beschluß d. Beschwerdegerichts, das die Sache zur weiteren Ermittlung zurückverweist 5 1002. — Verweigerung d. Rechtskraftzeugnisses im Zwangserziehungsverfahren 7 995. — Beschwerdeberechtigte im Zwangserziehungsverfahren 3 2, 199; 7 995 (4). — B. des Magistrats als Anstaltsvormund gegen d. Bestellung e. Spezialvormundes 7 995, 1009. — Aussetzung e. Zwangserziehungsverfahrens 7 995. — Beschwerdeberechtigte gegen die Verfügung e. Vormundschaftsgerichts hinsichtlich der Entlassung e. Kindes oder Mündels aus dem Staatsverband 3 2, 199 (f. Staatsangehörigkeit); 7 1007. — B. des Gemeindevorstehers gegen die Bestellung e. Spezial- neben dem Generalvormund 3 2, 197; 7 1009. — B. der Armenanstalten gegen die eine Unterstützung nötig machende Verfügung 3 2, 199, 200. — B. des Gemeindevorstandes 2 1, 690; 3 1, 565; 3 2, 219; 4 463, 856; 5 545; 6 513; 7 1007. — Beschwerde des

(Beschwerde in d. freiwilligen Gerichtsbarkeit) Hypothekenschuldners gegen Ablehnung der Pflegerbestellung für den unbekanntem Gläubiger 4 859 (vgl. 7 1006). — B. bei Ablehnung einer die Person d. Kindes betr. Maßregel nach §§ 1665, 1667 BGB.; Beschwerde des Kreischulinspektors gegen Ablehnung der Unterbringung d. blinden Kindes in e. Blindenanstalt 4 859 (f. elterl. Gewalt unter Gefährdung d. Person). — B. des durch Gericht oder Familienrat als Mitglied des letzteren Ausgewählten gegen e. „Anderung der Wahl?“ 7 1009. — B. d. Rechtsanwalts in den die Sorge f. d. Person e. Mündels betreffenden Angelegenheiten 5 1009; 7 1008. — Beschwerderecht d. Vormunds aus § 57 Ziff. 9 ZGG. 5 1010. — Umfang d. selbständigen Beschwerderechts d. Mündels nach § 59 ZGG 3 2, 221; 7 1008, 1009. — „Die Person des Mündels betreffende Angelegenheiten“ im Sinne des § 59 ZGG. 3 2, 220; 7 1009. — Wirkung e. vom Mündel in e. Vermögensangelegenheit eingelegten Beschwerde 7 1009. — keine Ausdehnung des § 59 ZGG. auf alle Anträge Geschäftsbeschränkter in der freiw. Gerichtsbarkeit 3 2, 220, 221; 7 1008. — selbständige Beschwerde des Mündels auf Entlassung d. Vormunds 3 2, 221; 4 860. — selbständige Beschwerde d. Mündels über d. Unterhalt 7 1009. — selbständige Beschwerde des Mündels gegen e. Entlassung d. Vormunds 4 860. — selbständige Beschwerde d. Mündels vor Pflegschaftsanordnung 7 1009. — B. der wegen Geisteschwäche entmündigten verwitweten Mutter ohne Zuziehung ihres Vormunds in den die Erziehung d. Kindes betr. Angelegenheiten 3 2, 221. — Anwendung des § 59 Abs. 1 Satz 2 ZGG., wenn der Mündel in 1. Instanz gehört ist 7 1009. — keine selbständige Beschwerde der minderjährigen unehelichen Mutter auf Entlassung des Vormunds 3 2, 221. — selbständige Beschwerde eines wegen Trunksucht Entmündigten; Bevollmächtigung e. Anwalts seitens d. Geschäftsbeschränkten 5 1010. — B. Geschäftsunfähiger 5 1010; 7 1008, 1009 (B. Geisteskranker, Entmündigter gegen d. Vormundsbestellung). — weitere Beschwerde gegen den d. vorläufige Vormundschaft aufhebenden Beschluß 3 2, 222. — sofortige Beschwerde gegen die den Antrag d. Vaters, ihn zum Vormund für d. entmündigten Sohn zu bestellen, zurückweisende Verfügung 4 860. — Anfechtung e. Verfügung, durch die e. vom Gericht für berufen Erachteter zum Vormund bestellt wird; einfache oder sofortige Beschwerde? 4 860. — sofortige weitere Beschwerde gegen den das Amtsgericht z. Entlassung des Vormunds u. Aufstellung

e. anderen antweisenden landgerichtlichen Beschluß seitens des bisherigen Vormunds 4 860. — Beschluß über die Volljährigkeitserklärung 3 1, 1; 7 995 (B. des Kommunalverbandes), 1007. — Aussetzung e. Entscheidung über die Art d. Unterhaltsgewährung seitens d. Beschwerdebgerichts unter Verlassung der vom Untergericht nach § 1612 Abs. 2 BGB. getroffenen Verfügung bis zur Entscheidung d. Prozeßgerichts über die Unterhaltspflicht 7 993. — B. der Strafbehörde gegen d. Ablehnung e. Pflegschaft bei nach §§ 334, 480 StPB. verfügter Vermögensbeschlagnahme u. geg. alle innerhalb der Pflegschaft getroffenen Anordnungen 7 994. — Verweigerung e. Erhöhung d. Vergütung an d. Vormund, der Erziehung u. Pflege d. Mündels gegen e. bestimmte Summe übernommen hat 7 994. — B. des 2. Chemanns d. Mündelmutter gegen Entscheidungen nach § 1629 BGB.? 7 995. — Antrag e. Kinderschutzeins auf Beschränkung d. elterlichen Erziehungsrechts 7 995. — Entscheidung über Annahme an Kindesstatt, Änderung der elterlich bestimmten Unterhaltsgewährung (§ 1612 Abs. 2) 7 1007. — Antrag der minderjährigen Frau auf Wiederherstellung d. Schlüsselgewalt 7 1007. — B. des Mannes in einer die Person des unehelichen Kindes seiner Frau betreffenden Angelegenheit 7 1007. — Verweigerung d. Genehmigung e. Annahme a. Kindesstatt 7 1008. — selbständiges Beschwerderecht d. Mitvormundes 7 1008.

Nach 1 a § 1 a f. Nachlaßauseinanderlegung, Nachlaßgericht, N.-Pflegschaft, N.-Verwaltung, Testament, Testamentvollstrecker, Erbschein. — Ablehnung d. Erteilung e. Erbscheins 3 2, 194 (f. Erbschein), 200; 3 2, 200 (2). — Erteilung e. Erbscheins 5 1000, 1001 (2) (Einziehung des erteilten durch das Beschwerdebgericht wegen Mangels des Antragsrechts; 5 1002 (B. wegen Nichtfeststellung d. Erbschaftsannahme); 7 991, 992, 996 (B. d. Pflegers d. unbekanntem Erben). — Erteilung e. Erbscheins an e. Gläubiger des Erben 3 2, 200. — B. gegen unklare, unübersichtliche Erbscheine 4 856, 857. — B. gegen Erteilung d. Erbscheins mit Antrag auf Einziehung 5 1002. — B.-Antrag auf Änderung d. erteilten oder Erteilung e. neuen Erbscheins? 7 997. — weitere B. gegen d. vom B.-Gericht verfügte Erteilung e. Erbscheins 7 1001, 1002. — B. gegen Einziehung des Erbscheins (f. Erbschein) 5 1000. — weitere B. gegen den Beschluß des LG., durch den der die Erteilung e. Erbscheins ablehnende Beschluß des AG. aufgehoben wird 4 856; 5 1002, 1003. — B. gegen Festsetzung e. Vergütung für den Nachlaßpfleger 4 857. 5 1001 (f. Nachlaßpfleg-

chaft, Nachlassverwaltung) 7 994 (Nachlasskonkursgläubiger?). — Feststellung d. Erbeneigenschaft e. Person 3 2, 200 (2). — Ablehnung der Feststellung des fiskalischen Erbrechts 3 2, 200. — Beschluß auf Feststellung der Erbeigenschaft des Fiskus 3 1, 590; 3 2, 200 (f. Fiskus). — Ablehnung der im Testament nachgesuchten Ernennung eines Testamentvollstreckers 3 2, 200; 2 1, 721; 3 1, 632 (f. Testamentsvollstrecker); 7 996 (B. des Gläubigers, der den Anspruch des Erben auf lebenslänglichen Zinsgenuß pfändete). — B. des Notars gegen Anordnung der Ablieferung e. Testaments 5 1003. — Ablehnung d. Verwahrung e. Testaments 3 2, 200; 4 855, 856; 7 996. — Ablehnung d. Antrags auf Übersendung e. gerichtlich verwahrten Testaments an ein anderes Gericht zur Einsichtnahme 7 996. — B. d. Nachlassgerichts gegen d. verweigerte Ablieferung e. an ein anderes Gericht gegebenen Erbvertrags 7 996. — B. des Notars gegen die Testamentsöffnung? 3 2, 200; 5 1003. — Ablehn. e. Testamentsöffnung. Beschwerde des Notars 5 1003. — B. des Vorerben gegen die Einsetzung e. Pflegschaft nach § 1913 3 2, 201. — B. des Notars bei verweigerter Akteneinsicht 4 856. — B. des Ausfunftspflichtigen gegen die Ansetzung e. Termins z. Offenbarungseidleistung 3 1, 112; 3 2, 200; 4 857. — B. d. m. d. Auseinandersetzung betrauten Notars 3 2, 201. — Anfechtung des Beschlusses auf Einleitung des Auseinanderetzungsverfahrens (§ 86 FGG.) 7 1014. — Nachlassicherungsmaßregeln 3 2, 201. — B. d. Erbscherben gegen die Anordnung e. Nachlasspflegschaft 3 2, 201. — B. des Nachlasskonkursverwalters gegen die Anordnung e. Nachlasspflegschaft 3 2, 201. — B. des Testamentsvollstreckers gegen die Bestellung e. Pflegers für den unbekanntem Erben 4 856 (f. Pflegschaft). — B. des Nachlassgerichts, dem ein AG. das von ihm eröffnete Testament ohne das Übergabeprotokoll übersandt hat? 5 1003. — Ablehnung des Antrags auf Aufhebung e. Nachlasspflegschaft 5 1003. — B. eines Gläubigers gegen Anordnung d. Nachlasspflegschaft 5 1003. — B. d. Gläubigers, der den Anspruch des Erben gegen den Nachlasspfleger auf Herausgabe pfändet, gegen die Ablehnung der Aufhebung d. Nachlasspflegschaft 7 997. — B. des Nachlassgerichts gegen die Entscheidung d. B.-Gerichts 5 1003. — B. des Nachlassgläubigers gegen Aufhebung e. Nachlassverwaltung 3 2, 219; 5 1009 (f. diese). — B. des Nachlassgerichts gegen Ablehnung d. Einleitung e. Abwesenheitspflegschaft 5 1009. — B. eines Miterben bei Ablehnung des von allen Erben gestellten Antrags auf Nachlassverwaltung 3 2, 226.

— Einfluß e. rechtswirksamen Erbschaftsaus-schlagung auf die auf Antrag des jetzt Ausschlagenden angeordnete Nachlassverwaltung; Beschwerde d. Ausschlagend. u. d. nach ihm Berufenen bei Ablehnung ihres Antrags auf Aufheb. d. Nachlassverw. 5 1010, 1011. — B. bei Setzung, Verlängerung e. Nachlassinventarfrist (§ 77 FGG.) f. Nachlassinventar. — Setzen e. Frist seitens d. Nachlassgerichts gegen den vom Erblasser zur Bestimmung der Person d. Testamentvollstreckers berufen. Dritten; B. gegen den e. Änderung d. Verfügung ablehnenden Beschluß 3 1, 631; 4 861, 862. — B. d. Erbschafts-Vermächtnisnehmers gegen die auf Antrag der Erben angeordnete Nachlassverwaltung? 7 541. — Ausschluß e. Teils e. gemeinschaftlichen Testaments von der Verklündung 7 992. — B. d. Nachlasspflegers gegen d. Entscheidung des Nachlassgerichts über Gültigkeit e. Erbschaftsaus-schlagung 7 996. — B. der Nachlassgläubiger gegen die dem Nachlasspfleger gewährte Vergütung 7 996. **R e g i s t r a t u r**. Handelsreg., Firma, Vereinsregister. — gegen e. Eintragung in das Handelsregister oder Eintragungsanordnung 2 2, 13; 3 2, 194, 201; 5 1001 (2); 7 997. — B.-Recht der Polizeibehörde, d. Magistrats gegen Eintragung e. Firma 7 997, 998. — Wahl d. B.-Berechtigten zwischen B. u. Antragung d. Offiziälschlichtungsverfahrens 7 997. — B.-Berechtigte im Verfahren nach §§ 142, 144 FGG. 7 998. — Anordnung oder Ablehnung der Aussetzung (§ 127 FGG.) 3 2, 196. — sofortige u. weitere B. bei Zurückweisung d. Anmeldung e. Vereines 1 1, 41; 2 1, 22; 3 1, 19, 20; 4 16. — Vorstreden e. zu langen Frist an den Gegner (§ 140 FGG.) 3 2, 196. — Ablehn. d. Eintragung e. Satzungsänderung 1 1, 45. — B. eines Aktionärs oder Aufsichtsratsmitglieds gegen die Erbschaftbestellung oder Abberufung eines Liquidators 3 2, 201. — Lösungen, B. d. Erwerber d. Geschäftes mit Firma, der Gläubiger, Angestellter 7 997, 998. — Benutzung d. Namens e. anderen bei der Firmierung 3 2, 201. — B. gegen die gerichtliche Bestellung v. Liquidatoren e. aufgelösten Vereines 2 1, 20. — Eintragung der Entlassung des Vertreters e. Vereines 3 2, 201. — Auswahl der für die Bekanntmachung bestimmten Blätter; B. einer Genossenschaft 5 639, 1003. — B. der Handwerkskammer bei fälschlicher Eintragung eines Handwerkers als Meister 5 1003. — B. der Aufsichtsbehörde gegen Eintragung e. noch nicht genehmigten Versicherungsvereines 7 993, 999. — B. des Aufsichtsamts f. Privatversicherung gegen die Ablehnung d. Eintragung e. Versicherungsvereines 5 1004. — B. des

(Beschwerde in d. freiwilligen Gerichtsbarkeit) Heroldsamtes gegen Ablehnung des Antrags auf Löschung unberechtigter Adelsprädikate im Handelsregister 5 1004; 7 996. — B. des Prozeßgegners e. Genossenschaft 7 998, 1099. — B. des Mitgliedes e. Genossenschaft, des Direktors e. Genossenschaft 5 1004 (2). — B. der Gesellschafter einer GmBH, die gegen einen Beschluß Widerspruch erhoben haben, gegen Eintragung d. Beschlusses 5 1004; 7 998. — B. gegen Entscheidung über Anträge auf Eintragungen oder Vormerkung in das Genossenschaftsregister oder die Liste der Genossen 3 2, 251. — Beschwerdeberechtigt der Handelskammer 7 998. — keine Zuständigkeit der Handelskammer bei B. in Vereinsregisterfachen 6 16.

G r u n d b u c h s a c h e n f. diese. — Zurückweisung e. vom Arrestgericht nach § 941 BPD. gestellten Antrags seitens d. Grundbuchamtes 7 993.

U n d e r e A n g e l e g e n h e i t e n f. Personenstandsgesetz, Zwangsversteigerung. — B. der Aufsichtsbehörde im Verfahren auf Berichtigung standesamtlicher Eintragungen 3 2, 196; 4 856 (f. Personenstandsgesetz). — Beschwerdeberechtigt nach § 66 Abs. 2 PStG. 7 995, 996. — Berichtigungsantrag d. preuß. Heroldsamtes bzgl. e. standesamtlichen Eintrag 5 1004; 7 996 (f. Adels). — Auswahl der Vorsteher e. Familienstiftung 3 2, 200. — Ablehnung d. Antrags e. Notars auf Beibehaltung e. Dolmetschers in Elsaß-Votbringen 3 2, 201. — B. d. Notars gegen den Beschluß des AG, d. eine Weigerung auf Erteilung e. Ausfertigung für unbegründet erklärt? 7 999. — B. der Steuerbehörde gegen die zu hohe Bemessung e. Gebührenbetrags 3 2, 201. — Ablehnung d. Löschung e. Schiffspfandrechts 7 997. — B. der Vereinsaufsichtsbehörden 4 856; 7 998, 999 (Eintrag e. Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit ohne Genehmigung). — B. des Gerichtsherrn gegen die Auswahl des Güterpflegers nach § 360 MStGD. 5 1002 (f. Beschlagnahme). — Verweigerung des Dispenses von der Wartezeit (§ 1313) 4 372; 5 1002 (f. Ehehindernisse). — B.-Recht der Frau u. des Dienstherrn, wenn das Vormundschaftsgericht nach § 1358 BGB. den Mann zur Kündigung des Dienstvertrags der Frau ermächtigt? 5 1008. — Antrag des Mannes auf Ermächtigung zur Kündigung e. Dienstverhältnisses der Frau 7 1007. — B. gegen e. die Zustimmung e. anderen zu einem Rechtsgeschäft ersetzende gerichtliche Verfügung 3 2, 217. — B. gegen die landgerichtliche Entscheidung über e. Armenrechtsgesuch oder e. Zeugnisverweigerungserklärung, mit denen das Amtsgericht

noch nicht besaßt war 5 1000. — B. des Bezirksamts bei Ablehnung seines Antrags, dem Kind, dem der als Vormund bestellte Stiefvater seinen Namen beilegen will, für Abgabe dieser Erklärung e. Pfleger zu bestellen 4 859. — B. der Armenverwaltung in Angelegenheiten, die die Sorge für die Person e. im Falle d. Hilfsbedürftigkeit von ihr zu Unterstühenden betreffen 5 1009. — Einwendungen an das Gericht gegen das vom Gerichtsschreiber unrichtig erteilte Rechtskraftzeugnis; B. gegen die Entscheidung des Gerichts 7 1003. — Nichtgenehmigung e. Annahme an Kindesstatt; Ablehnung e. Entscheidung wegen Mangel d. Verjährungsvoraussetzungen 7 1007, 1008, 1010. **S t e l l u n g d e s B e s c h w e r d e g e r i c h t s**. — Berufungs-, Revisionsgerichtsstellung? 3 2, 193. — Zurückweisung als unzulässig — als unbegründet 3 2, 192. — Zurückverweisung anstatt eigener Ermittlungen? 3 2, 184; 5 1004, 1005 (2); 7 1000. — Ablehnung einer neuen sachlichen Entscheidung, weil die neue Beschwerde bezweckt, eine Entscheidung der auf Beschwerde eines anderen bereits entschiedenen Frage herbeizuführen? 3 2, 193. — Aufhebung und Zurückverweisung bei Verletzung v. Verfahrensvorschriften durch das Untergericht 3 2, 193; 5 1005. — Befugnis des B.-Gerichts, e. vom AG. aus sachlichen Gründen zurückgewiesenen Antrag unter Verwerfung dieses Grundes zur anderweiten Entscheidung unter Abnahme von diesen Gründen an das AG. zu verweisen? 5 1005 (2). — darf das B.-Gericht an Stelle des Ermessens des Vorderrichters sein eigenes Ermessen setzen? 3 2, 193. — Zwischenverfügungen, einstweilige Anordnungen nach § 24 Abs. 3 des B.-Gerichts; B. hiergegen 3 2, 203; 4 854 (f. oben), 855; 7 1000. — Beschwerde gegen verfahrenleitende Verfügungen des B.-Gerichts 5 1000. — Entscheidung bei B. gegen die Verweigerung der obervormundschaftlichen Genehmigung; teilweise Aufhebung d. Verfügung? 5 1001. — einstweilige Anordnung (§ 24 Abs. 3) auf Eintragung e. Widerspruchs gegen die Richtigkeit e. Registereintragung 5 1005. — Hinausgehen über die Anträge des B.-Führers 5 995, 1001 (bei Unzuständigkeit d. Untergerichts) 7 992 (2). — reformatio in pei. s? 3 2, 193; 5 995. — Kosten der Zuziehung e. anderen Anwalts 5 995. — Zurückweisung wegen mangelnd. Vollmacht des Vertreters der B.-Führers 3 2, 185. — Einreichung e. mit dem Namen d. B.-Führers voneinem anderen ohne Andeutung e. Vollmachtsverhältnisses unterzeichneten B.-Schrift 3 2, 185. — Bezugnahme d. B.-Entscheidung auf den Beschluß

des Untergerichts **3 2, 203.** — Notwendigkeit e. Sachverhaltsdarstellung in dem Beschluß des B.-Gerichts **3 2, 203.** — unvollständige Begründung des Beschlusses des B.-Gerichts **3 2, 203.** — Zurückweisung d. Beschwerde, wenn die Entscheidung des Untergerichts zutreffend, aber falsch begründet ist **3 2, 203.** — Unterzeichnung des Beschlusses durch sämtliche Richter? **3 2, 207.** — Zustellung der e. Beschwerde zurückweisenden Entscheidung **3 2, 188.** — Zuständigkeit der Kammer für Handelsfachen **1 3, 204; 3 2, 207; 5 1006.** — Entscheidung einer vor die Kammer für Handelsfachen gehörigen Sache durch die Zivilkammer **3 2, 207.** — Angelegenheiten der Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit als Handelsfachen **3 2, 207.** — Zuständigkeit der Zivilkammer f. B. gegen den Beschluß eines AG. über Erinnerungen gegen den Anfaß von Gebühren f. e. Eintragung in das Handelsregister **3 2, 207; 4 857; 5 1006.** — „Handelsfachen“ im Sinne des § 30 **5 1006.** — Frachtfeststellungsstreitigkeiten (§ 438 HGB.), Schiffsprivatrechte, Sees-Binnenschiffahrts-, Börsen- u. Musterbuchregisterfachen keine Handelsfachen **5 1006.** — Angelegenheiten d. GmbH. u. der Privatversicherungsvereine Handelsfachen nach § 30 **5 1006.** — Nichtigkeit e. dem § 62 ZGB. zuwider erfolgten Änderung **3 2, 222; 5 1010.** — Anwendung des § 575 ZPD. (Übertragung einzelner Anordnungen an das Untergericht) **6 864 (2).** — bloß Entscheidung über die Kosten nach Erledigung der Hauptsache? **7 992.** — muß das B.-Gericht mit seiner Entscheidung warten bis zur Weibringung der in Aussicht gestellten neuen Beweise u. Tatsachen? **7 1000.** — Stellung des B.-Gerichts, wenn in der Zwischenzeit die Grundlagen für den erstinstanzlichen Beschluß wegfielen **7 1011, 1012.**

Sofortige Beschwerde (s. auch Einzelfälle) **7 999.** — Berichtigung offener Unrichtigkeiten bei der sofortigen B. unterliegenden Entscheidungen durch das Untergericht **3 2, 191; 7 1000.** — wiederholte Einlegung der zurückgezogenen B. **3 2, 191, 195.** — sofortige Beschwerde vor Bekanntmachung der Entscheidung **3 2, 193, 202; 7 1000.** — Einlegung durch Telegramm **3 2, 202.** — Einlegung bei unzuständigem Gericht **3 2, 202.** — rechtzeitige Einlegung e. formwidrigen bei Einlegung der formrichtigen B. nach Fristablauf **3 2, 202.** — Wiedereinsetzung in den vorigen Stand; Inhalt des Antrags **7 1000.** — Veräumung der Frist aus Rechtsunkenntnis **3 2, 202; 5 1004; 7 1000.** — unverschuldete Fristveräumnis bei Einlegung d. B. zu Protokoll e. anderen als des zuständigen Gerichts, das die Überfendung an das

zuständige schuldhaft verzögert **3 2, 202; 5 1004; 7 1000.** — analoge Anwendung des § 22 Abs. 2 ZGB.? **7 1000.** — Veräumung der Frist infolge Verschuldens d. Vertreters **3 2, 202.** — Fristveräumnis durch Verschulden des Boten **5 1004.** — Wiedereinsetzung bei Nichtabholung der zum Zweck der Zustellung beim Bürgermeister niedergelegten Schriftstücke **7 1000.** — Einlegung ohne Nachweis d. Vollmacht; Nachbringen der Vollmacht nach Fristablauf; Fristbestimmung für Vollmachtsvorlage seitens d. Gerichts **7 987, 988.** — Zulässigkeit d. Abgabe e. Aktes an das zuständige Gericht seitens d. örtlich unzuständigen Gerichts auch nach Einlegung der B. **7 991.** — nichtige Verfügungen **7 999** (s. oben Allgemeines). — Einlegung des veräumten Rechtsmittels, Beantwortung d. Wiedereinsetzung u. Glaubhaftmachung der den Antrag begründenden Tatsache innerhalb der 2. Woche notwendige Voraussetzung für Wiedereinsetzung **3 2, 202, 203.** — gegen gefehlich erst mit Rechtskraft wirksame, vom Gericht aber für sofort wirksam erklärte Verfügungen **7 999, 1009, 1010.** — Anwendung d. § 60 Abs. 2 ZGB. (Fristberechnung) für andere B.-Berechtigte als den Übergangenen? **7 1010.**

Weitere Beschwerde s. auch Einzelfall. — Einlegung bei der Gerichtsschreibererei eines nicht mit der Sache befaßt gewesenen Gerichts **3 2, 206.** — Einlegung z. gerichtlichem Protokoll; zuständige Gerichte **7 1002.** — Einlegung zu Protokoll des Gerichtsschreibers, wenn der Gerichtsschreiber einen vom Beschwerdeführer überreichten Schriftsatz nur mit Eingangs- u. Schlußformel versieht **3 2, 206.** — Einlegung in e. vom Richter aufgenommenen Protokoll **3 2, 207.** — in Gegenwart des Amtsrichters zu Protokoll des Gerichtsschreibers aufgenommene B. **5 1007.** — Berücksichtigung der Ausführungen e. bei Protokollaufnahme d. B. übergebenen, nicht von e. Anwalt unterzeichneten Schriftstückes **3 2, 207.** — Form der weiteren B. eines Notars **3 2, 207; 4 857; 7 1002, 1003.** — w. B. in e. von den Vorinstanzen irrig als Angelegenheit d. freiwilligen Gerichtsbarkeit behandelten Sache **7 1002.** — Einlegung der an das bahr. Oberste AG. gerichteten B. beim örtlichen OVG. **7 1038.** — sofortige w. B., wenn der Beschluß des AG. einen Inhalt hat, der an und für sich der sofortigen B. nicht unterliegen würde, aber auf sofortige Beschwerde ergangen ist **3 2, 207; 5 1006.** — Form bei schriftlicher Einlegung; Unterschrift des Anwalts **3 2, 202.** — Feststellung der Nichtigkeit d. Einlegung der weiteren Beschwerde auf Grund neuer Tatsachen? Beweismittel **7 1001.** — gegen

(Beschwerde in d. freiwilligen Gerichtsbarkeit) einstweilige Anordnungen d. B.-Gerichts nach § 24 Abs. 3? § 2, 203; 4 857. — neue Tatsachen u. neue Beweismittel in 3. Instanz? § 2, 203, 204, 205/206; 7 1001. — Umfang des Nachprüfungsrechts der tatsächlichen Feststellungen in 3. Instanz § 2, 203, 204; 5 1005. — w. B. wegen Übergangung aktenkundiger Tatsachen § 2, 204. — Nichtbestellung e. Pflegers u. zu geringe Ausdehnung der amtlichen Ermittlungen im Falle des § 1666 BGB. 7 1001. — weitere B. bei nachträglicher Hebung e. z. B. der angefochtenen Entscheidung bestehenden rechtlichen Mangels § 2, 204. — Ermittlungen des Gerichts der w. B. darüber, ob eine Verfügung nach §§ 55, 62 FGG. unabänderlich ist § 2, 204 f., 206. — Pflicht d. B.-Gerichts zur allseitigen Nachprüfung d. Gesetzmäßigkeit der angefochtenen Entscheidung auch ohne ausdrückliche Rüge § 2, 204. — Angabe der verletzten Rechtsnormen nicht nötig 5 1005. — Verletzung der zu § 16 Abs. 2 FGG. (Bekanntmachung d. Verfügung.) ergang. PrARf. v. 10. XII. 99 7 1001. w. B. gegen eine Ordnungsstrafe, genügende Entschuldigung 7 1001. — nicht begründeter Einstellungsbeschluss im Zwangsverfahren 7 1001. — Verletzung e. Ordnungsvorschrift (Nichtanhören der Verwandten) als B.-Grund § 2, 204; 7 1001 (§ 1673 BGB.). — Verletzung gesetzlicher Auslegungsregeln, bloßer Auslegungsvorschriften 7 1001. — Verletzung ausländischen Rechtes § 2, 204 (s. Revision); 5 1005. — Auslegung e. Urkunde, e. Testaments, als Beschwerdegrund § 2, 204, 205; 5 1005. — Nachprüfung, ob der Vorderichter von seinem Ermessen richtigen Gebrauch gemacht hat § 2, 204, 205 (2); 5 1005; 6 1060; 7 1001 (Bemessung des Unterhalts e. unehelichen Kindes; Art d. Unterhalts e. ehelichen Kindes). — w. B. wegen Auswahl des Teilungsnotars § 2, 205. — w. B. wegen d. Kosten § 2, 193, 294, 205 (Überbürdung auf die Staatskasse); 4 855. — w. B. gegen einen landgerichtlichen, den Beschluss des AG. aufhebenden Beschluss, wenn das AG. unter Befolgung der vom LG. aufgestellten Grundsätze aufs neue abweist § 2, 205. — w. B. des Vormunds oder Pflegers, wenn das Landgericht die vom AG. angeordnete Vormundschaft aufhebt § 2, 205. — Unzulässigkeit von Anträgen, die anders als die von den Vorentscheidungen betroffenen Ansprüche zum Gegenstand haben? 7 1001. — w. B. gegen den den Antrag auf Vermittelung d. Auseinandersetzung e. Gemeinschaft wegen fehlenden Nachweises des Bestehens e. Gemeinschaft abweisenden Beschluss § 2, 205. — w. B. gegen den eine vorläufige Vormundschaft

anordnenden Beschluss 4 857. — w. B. gegen den Beschluss des AG., das die B. gegen den die Anordnung e. Nachlasspflegschaft ablehnenden Beschluss des AG. wegen Unzuständigkeit des AG. verwirft u. nebenbei bemerkt, daß statt der Nachlass eine Abwesenheitspflegschaft zu bestellen sei 4 857. — w. B., wenn die vom AG. im Erbscheinsverfahren verlangte Urkundenvorlage vom AG. gebilligt wurde? 5 1005. — w. B. des Pflegers gegen die Entscheidung des AG., das im negativen Kompetenzkonflikt zweier AG. das eine für zuständig erklärt § 2, 194. — w. B. wegen Entscheidung e. vor die Kammer für Handelsfachen gehörigen B. durch die Zivilkammern § 2, 207. — wann ist Zurückverweisung, wann Selbstentscheidung des OAG. angezeigt? § 2, 205, 206. — keine Befugnis zur Zurückverweisung an das AG. 5 1005. — Entscheidung, wenn die erste Beschwerde nur der Form nach als unzulässig verworfen, in Wahrheit aber eine sachliche Entscheidung ergangen ist § 2, 205. — Antrag auf Abänderung der in 3. Instanz ergangenen Entscheidung auf Grund einer nach Erlassung, aber vor Zustellung eingereichten B.-Begründung § 2, 191, 205 f.; 5 999. — Wirkung der Entscheidung 3. Instanz § 2, 205. — Vorlage an das Reichsgericht wegen irrtümlicher Annahme der Voraussetzung des § 28 Abs. 2 § 2, 206. — Prüfung der Voraussetzung für e. B.-Vorlage seitens des Reichsgerichts § 2, 206. — B. gegen eine auf weitere B. ergangene Entscheidung des OAG., wenn dieses die B. dem Reichsgericht hätte vorlegen sollen § 2, 206 f.; 4 853. — Voraussetzungen für Vorlagen an das Reichsgericht 7 1002. — Vorlage an das Reichsgericht, wenn das OAG. von der das Grundbuchrecht betr. Entscheidung eines anderen OAG. abweichen will § 2, 206. — Vorlage an das Reichsgericht im Falle des § 60 Abs. 2 BGB. § 2, 206; 5 1006. — Zuständigkeit des Kammergerichts s. d. w. B. gegen Zurückweisung d. Vereinsanmeldung durch das Registergericht 2 1, 22; § 1, 19, 20. — Vorlage an das RG. nur bei Auslegung reichsgeschl. Vorschriften 7 1002. — Vorlage an das RG., wenn das OAG. im Registerverfahren bei Prüfung d. Eintragungsfähigkeit einer GmbH. von e. Rechtsansicht des RG. über die Voraussetzungen d. Richtigkeitsklage abweichen will 7 1002. — Vorlage an das Reichsgericht, wenn das OAG. nur einen Zuständigkeitsstreit nach § 5 FGG. entscheide? 7 1002. — Zuständigkeit d. OAG. oder des Obersten AG. bzw. Kammergerichts für B. gegen die vom AG. erstinstanzlich beschlossene Armenrechtsverweigerung bei Stellung des Antrags auf Armenrechtsgewährung

gleichzeitig mit Einlegung d. B. gegen e. Beschluß des AG. 7 1002, 1038.

Beschwerde in Konkursfachen s. Konkursverfahren.

Beſitz.

Übergangsrecht 12, 424. — vor 1900 verübte Besitzdelikte 12, 424, 428; 21, 791 (Schadensanspruch) s. auch Besitzklagen. — Anspruch des Besitzers auf Ersatz von vor 1900 gemachten Verwendungen 12, 424. — vor 1900 anhängig gewordener Rechtsstreit wegen B.-Störung; Verlangen künftigen B.-Schutzes 12, 424. — Beurteilung der Folgen eines vor 1900 entstandenen Besitzverhältnisses 21, 791. — Verzählung des Anspruchs aus vor 1900 verübten Besitzstörungen 21, 791. — im alten Recht anerkannter, nach BGB. nicht mehr zulässiger Rechtsbesitz 21, 790. — Eigentumsvermutung des § 1006 BGB. für den Besitzer bei vor 1900 gegen ihn erhobener Klage 31, 696.

Allgemeines. — Begriff: Besitz = tatsächl. Gewalt? oder ein selbständiges Verhältnis des Sachenrechts? 11, 507; 21, 525; 31, 383; 4 310 f. (im Gegensatz zum Gewahrsam); 5 379; 6 348; 7 386 f., 389. — B. ein subjektives Recht u. Vermögenrecht 21, 525. — ein durch Notwehrrecht geschütztes Gut? 11, 138. — „tatsächliche Gewalt“ Begriff 31, 383; 6 348. — größeres oder geringeres Maß von Gewalt (Taschengewahrsam, Besitz an dem auf dem Felde verbliebenen landwirtschaftl. Inventar usw.) 4 310. — sozialer Charakter 31, 383. — kein B. im Rechtsinn bei momentaner B.-Einräumung zu vorübergehendem selbständigen Gebrauch 11, 512. — körperliche Inhabung ohne Besitzer- oder B.-Dienerverhältnis 4 312. — Arten des B. 11, 526.

Beſitzwille zum Besitzerwerb erforderlich? 11, 507 f.; 6 348. — Bedeutung des B.-Willens u. der tatsächl. Gewalt für den B. 21, 525 f.; 6 548; 7 386 f. — für den mittelbaren B. 6 352. — B.-Schutz bei mangelndem B.-Willen? 11, 508.

Gegenstand. — B. an Elektrizität möglich? 11, 509. — Sonderbesitz an wesentlichen Bestandteilen einer Sache, an Bäumen ohne Besitz der Fläche? 11, 54, 519. — B. an Schranzfächern in Stahlkammern u. den darin niedergelegten Sachen, Bedeutung des Mitverschlusses 11, 519; 21, 528; 4 173; 6 350; 7 388. — an den gemieteten Postfächern liegenden Gegenständen 7 389. — B. an verlorenen u. durch Dritte gefundenen Sachen 11, 522; 5 377 (an vergessenen Sachen); 5 379. — B. an den vom Gerichtsvollzieher gepfändeten Sachen a) im Falle des § 808 Abs. 1 ZPO.; 21, 526, 528 f.; b) im Falle des § 808 Abs. 2 ZPO. 11, 525; 21, 528 f.; 5 380.

Inhaber des B. — B. der Miterben an den Nachlassgegenständen, Übergang dieses B. auf die Rechtsnachfolger der Miterben 21, 527. — des Wertinhabers an einem Schiff, auf dem der Eigner wohnen bleibt 6 349. — des Dienstverpflichteten oder sonstigen Angeestellten an den ihm eingeräumten Wohn- und Schlafräumen? 31, 384; 6 348 (verbotene Eigenmacht durch Verweigerung der vom Dienstherrn geforderten Räumung?) — juristische Personen als Inhaber von B. u. Gewahrsam insbes. in strafrechtl. Hinsicht 7 386. — B. an dem Käufer zugeschieden, von diesem rechtzeitig beanstandeten u. zurückgeschickten, vom Verkäufer aber dem Abrolspebiteur nicht abgenommenen Ware 5 380.

Beſitzerwerb ohne B.-Willen möglich? 11, 507 f.; 21, 525 f.; 31, 383; 6 348; 7 386 f. bejaht für den Erbbesitz; 4 312. — B.-Erwerb als Rechtshdlg. 11, 59. — derivativer B.-Erwerb 11, 515. — durch Vertreter (der Vertreter selbst Besitzer?) 11, 102, 508 f., 510; 21, 83; 31, 383; 5 55, 377, 379 (Erwerb des mittelb. B. durch B.-Vermittler, B.-Diener, nicht durch Vertreter ohne Vertretungsmacht); 7 386. — durch Personen in e. dauernden Dienst- u. Abhängigkeitsverhältnis 11, 512; 7 386. — durch die Organe juristischer Personen 7 386. — am Zuhör 11, 510. — an Elektrizität 11, 509. — an unbestell- und gesandten Waren, Ablehnung des B.-Erwerbes durch Wegwerfen zulässig? 11, 509 f.; 31, 383. — in welchen Tatsachen kann er erblidit werden? (Übertragung von Gegenständen auf e. Lagerplatz, von Sachen, die zu einem Warenlager gehören usw. usw.) 11, 511; 21, 526; 31, 384; 7 387. — des Fiskus durch die Beschlagnahme von Einziehungsfüden 21, 526. — des Zwangs- u. Konkursverwalters erst durch Erlangung der tatsächl. Gewalt 21, 526. — durch Signierung? Signierung als Anzeichen eines vorausgegangenen B.-Erwerbes 21, 526. — durch Übertragung seitens des B.-Mittlers 11, 523. — durch Abtretung des Herausgabeanspruches bei mittelbarem B., Begründung mittelb. Mitbesitzes auf diesem Wege 11, 526. — Vertrag zugunsten eines Dritten genügt nicht 5 380. — Konfensuale B.-Übertragung bei der Pfändung durch den Gerichtsvollzieher? 21, 526. — Die Einigung zwecks B.-Übertragung ein Rechtsgeschäft? Beeinflussung durch Geschäftsunfähigkeit u. Willensmängel 11, 510; 21, 525 f.; 31, 384 (Anwendung der Ansechtbarkeitsgrundsätze; — Einigung unter Bedingungen u. Zeitbestimmungen). — wann genügt zur B.-Übertragung die Einigung? 5 376. — Aufgabe der tatsächl. Gewalt durch den bisherigen Besitzer erforderlich 6 349.

(Besitz)

Vererblichkeit des Besitzes. — Sukzession in den B., auch wenn durch d. Tod des Erblassers das zum B. legitimierende Recht untergeht? auch bei sog. anvertrautem B.? ohne Ausübung der tatsächlichen Gewalt durch den Erben oder Nacherben? der sog. Sequestrationsbesitz vererblich? 11, 513; 4 312; 5 377. — Erwirbt der Nacherbe nur den B. des Erblassers oder auch den vom Vorerben neuerworbenen? 5 377. — B.-Erwerb des Erben nicht derivativ, sondern originär 31, 385. — Vererbung des Besitzes eine Fiktion? 6 350. — B.-Übergang auf die Gesellschafter, nicht auf die Erben eines Gesellschafters, wenn im Gesellschaftsvertrag Fortbestehen der Gesellschaft trotz Ablebens eines Gesellschafters vereinbart 5 377.

Beendigung des Besitzes. — keine B.-Aufgabe solo animo — kein B.-Verlust durch Ablauf der Zeit oder Eintritt einer auflösenden Bedingung 11, 512; 21, 527. — B.-Aufgabe Begriff 31, 385; 6 350. — keine Endigung des B. durch das bloße Erlöschen des Rechtes zum B.? 11, 513. — Aufgabe des B. durch die Erklärung, den B. nicht mehr haben zu wollen? Bedeutung der Geschäftsunfähigkeit des Erklärenden für die Wirksamkeit einer solchen Erklärung 11, 512 f.; 21, 527. — Ist die tatsächl. Gewalt aufgegeben, wenn e. Überschuldeter unter Hinterlassung von Vermögensstücken in seiner Wohnung flüchtig wird? 11, 513. — Erlöschen des mittelbaren B. insolge Verlustes des B. durch d. unmittelb. Besitzer? 11, 513, 526. — B.-Verlust insolge Veräußerung durch den B.-Diener? 21, 527. — s. auch Dereliction, mittelbarer B.

Besitzentziehung oder -störung (verbodene Eigenmacht). — Begriff u. Beispiele 11, 514, 516, 517; 7 388. — Voraussetzungen der Widerrechtlichkeit 11, 514; 21, 527. — subjektives Verschulden notwendig? 11, 514; 21, 527. — entschuldigt guter Glaube? 11, 515. — Fehlerhaftigkeit des B. insolge Anfechtung der B.-Übertragungserklärung 31, 385. — Ausschluß der Widerrechtlichkeit durch Einwilligung des B. 31, 385; 5 378; 21, 527. — durch ein Recht zum B. oder zur Vornahme der störenden Handlung 5 379; 6 350 (Wegnahme eines Überführungsgegenstandes). — Wann ein Recht zur B.-Entziehung oder Störung gegeben? 21, 527. — Berechtigung des Ehemanns nach § 1373, des Testamentsvollstreckers nach § 2205 BGB? Gewaltanwendung bei Ausübung dieses Rechtes 11, 514. — Wirkung der Fehlerhaftigkeit des B. gegen den Rechtsnachfolger, auch gegen den mittelbaren Nachfolger?

nur bei derivativem B.-Erwerb? 11, 515; 31, 385. — der durch verb. Eigenmacht erlangte Besitz fehlerhaft nur gegenüber dem bisherigen Besitzer u. dessen Rechtsnachfolger, nicht gegenüber Dritten 11, 514. — verb. Eigenmacht bei mittelb. B. — gegen wen gerichtet? 11, 524, 526. — verb. Eigenmacht i. Verhältn. d. Mitbesitzer untereinander 11, 515. — verb. Eigenmacht, begangen durch Zwangsvollstreckungshandlungen des Gerichtsvollziehers 11, 518; 4 312; 5 378 (Pfändung bei einem zur Herausgabe nicht bereiten Dritten). — durch Immission i. E. des § 906 BGB. 11, 518; 4 312; 5 378, 397; 31, 385. — durch eine Beschlagnahme? 21, 527. — durch Ausübung der Jagd auf fremdem Grundstück mit Erlaubnis des Jagdpächters 21, 527 f. — durch den Enteignungsberechtigten, der das Pachtland mit Zustimmung des Eigentümers, aber ohne die des Pächters in Besitz nimmt? 4 312. — gegenüber dem Gläubiger durch B.-Verzicht des Gerichtsvollziehers? 4 312 f. — durch heiml. B.-Erwerb? 11, 515. — durch Beeinträchtigung in Ausübung eines Notwegrechtes? 31, 385.

Besitzschutz. — Schutz des Bes. bei mangelndem Besitzwillen (Anspruch des Geschäftsunfähigen auf B.-Schutz) 11, 508. — Selbstschutzrecht des Besitzers — dessen Grenzen 11, 516; 21, 528; 4 310, 312; 31, 385. — Wahrung der zeitl. Schranken 5 66. — des Retentionsberechtigten 11, 179. — Selbsthilfe des Besitzmittlers u. des mittelb. Besitzers 11, 523 f.: 21, 527 f. — B.-Schutz gegen Zwangsvollstreckungshandlungen des Gerichtsvollziehers 11, 519. — bezüglich wesentlicher Bestandteile 11, 54. — B.-Schutz der Mitbesitzer s. Mitbesitzer; s. auch B.-Klagen. — bzgl. der vom Gerichtsvollzieher gepfändeten Sachen 21, 528 f. — Verfolgungsrecht nach § 867, auch gegen den mittelbaren Besitzer gerichtet? Erlaubnis des Besitzers des fremden Grundstückes zur Ausübung erforderlich? 11, 521; 4 313. — Ausgeschlossen, wenn die abzuholende Sache durch den Besitzer des Grundstückes unmittelbar oder durch B.-Diener oder -Mittler in B. genommen ist? 21, 528. — wann liegt eine solche B.-Ergreifung vor? 4 313. — Charakter des Anspruches aus § 867 (possessorisch? exhibitorisch? Einreden aus dem Rechte zulässig?) 4 313. — entsprechende Anwendung des § 867 auf andere Fälle 6 350.

Besitzklagen. — Ihre Voraussetzungen s. B.-Entziehung oder -Störung. — B.-Entziehungsklage bei Pfändung u. Verpfändung 5 378, 380 (Klagenantrag bei verbotener Eigenmacht gegen den Pfandgläubiger). — Klagenantrag bei ent-

zogenem Mitbesitz **4 313**. — Klage auf Unterlassung der B.-Entziehung **5 378**. — Klage auf Unterlassung der B.-Störung, Fassung des Urteilstenors **5 378**. — Aktivlegitimation **1 1, 516**. — des B.-Mittlers **1 1, 523; 5 397**. — des mittelb. Besitzers **1 1, 524 f.** — Passivlegitimation **1 1, 516 f.; 2 1, 528**. — B.-Klagen der Miterben **2 1, 527**. — wegen der vor dem 1. I. 00 verübten verbotenen Eigenmacht **1 1, 519; 2 1, 528** (Frist des § 864). — Auschlussfrist nach § 864: Wahrung der Frist wirkt gegen den Nachfolger des Bes. **1 1, 517**. — Erlöschen nach § 864 Abs. 2 infolge Feststellung eines Rechtes auf B. nur eines dinglichen Rechtes? nur infolge Feststellung durch rechtskräft. Urteil? ein vor d. verbot. Eigenmacht ergang. Urteil bedeutungsl. **1 1, 519**. — Ablauf der Frist berührt nicht die deliktmäßige Ersatzpflicht **5 378**. — Verbindung der B.-Klage u. der Klage aus dem Recht, Widerklage aus dem Recht **1 1, 518; 4 313; 6 350**. — Klagenänderung bei einem Übergang von der einen B.-Klage zur anderen (§§ 861/2 BGB.)? **1 1, 516**. — Anspruch a. Schadensersatz Gegenstand der B.-Klage? kann er mit der B.-Klage verbunden werden? **1 1, 516**. — Gegenstand der B.-Klage die Restitution des mittels eines eigenmächtig entzogenen Sparfassenbuchs erhobenen Betrages? **1 1, 517**. — Schadensersatzklage statt der B.-Klage, Naturalrestitution durch erlere, wo letztere ausgeschlossen ist **1 1, 517**. — Neben dem B.-Schutz auch Ansprüche nach §§ 823 ff., 812 ff.? **1 1, 465, 467; 2 1, 492, 494, 525, 528; 3 1, 354, 385; 4 267, 269, 271; 5 329, 331 (2), 378; 6 305, 315** (vgl. unerlaubte Handlung). — Einwände gegen die B.-Klagen; Einwand eines Rechtes auf den Nachlaß unzulässig gegenüber der B.-Klage des Erben des Besitzers wegen verbotener Eigenmacht **1 1, 513**. — Einwände aus dem Recht **3 1, 385**. — gegenüber der Klage des mittelbaren Bes. **5 378**. — Einwand aus §§ 861 Abs. 2 u. 864 Abs. 1 Geltendmachung durch den Rechtsnachfolger des Entziehenden **1 1, 517**.

Besitzdiener. — Abhängigkeitsverhältnis **1 1, 511, 512; 6 349; 7 387 f.** — erfordert kein dauerndes Dienstverhältnis (Tagelöhner!), ist unabhängig von der Anwesenheit des Geschäftsherrn **1 1, 512**. — momentane B.-Dienerchaft **7 388**. — Unterschied vom B.-Mittler — besitzrechtl. Stellung der gesetzl. Vertreter, Vorstände von Vereinen usw. u. der von ihnen Vertretenen? **1 1, 511, 512, 525; 2 1, 179; 4 312; 5 376; 6 349; 7 386, 389**. — Rechtsstellung u. Schutz gegen Eigenmacht **1 1, 512**. — kein eigenes Selbstschußrecht gegen den Willen des Herrn **1 1, 516**. — Aktiv

legitimiert zu den B.-Klagen? **1 1, 516 f.** — kein Retentionsrecht **3 1, 119**. — der B. des Herrn abhängig von dem Willen des B.-Dienerz, für den Herrn die tatsächl. Gewalt auszuüben? **1 1, 513; 6 350; 7 387**. — Erwerb unmittelbaren u. mittelb. B. durch den B.-Diener für den Herrn, Einfluß der Willensrichtung des B.-Dienerz **5 377; 5 379; 6 349; 7 386**. — der Gerichtsvollzieher u. der Schuldner B.-Diener bezügl. gepfändeter Sachen? **2 1, 526, 528 f.; 5 380**. — der Kaufreflektant B.-Diener bezügl. des Kaufgegenstandes, den der Eigentümer nach Scheitern der Kaufverhandlungen noch einige Tage vereinbarungsgemäß bei ihm beläßt? **2 1, 526**. — ein Ziegelmeister B.-Diener? **3 1, 384**. — Hausgenossen, Gäste, Angestellte aller Art B.-Diener **6 349**. — Seminarbeiter als B.-Diener **4 312**. — Veruntreuung durch den B.-Diener Diebstahl oder Unterschlagung? **5 377; 6 349 f.** Eigenbesitz. — Begriff **3 1, 386; 4 314**. — Erwerb, Verlust u. Schutz **1 1, 526; 6 353**. — bei Geschäftsunfähigen **2 1, 529; 3 1 386; 4 314**.

Mitbesitz. — dessen Wesen **1 1, 519 f., 713; 2 1, 264, 265**. — Mitbesitz kann mittelbarer oder unmittelbarer B. sein **1 1, 520; 2 1, 529**. — Begründung **2 1, 265**. — Aufhebung **1 1, 520**. — Regelung der Verwaltung u. Benutzung nach § 745 Abs. 2 BGB. **1 1, 425**. — B.-Schutz der Mitbesitzer a) in Verhältnisse zueinander **1 1, 520; 6 350; b) gegenüber Dritten 1 1, 520; 4 313**.

Mittelbarer Besitz. — sein Wesen **1 1, 521; 2 1, 525; 6 351 f.; 7 389**. — seine Voraussetzungen, „ähnliches Verhältnis“ i. S. des § 868 BGB. **1 1, 522 f., 524; 2 1, 528 f.; 3 1, 385 f.; 5 377, 379; 5 380** (Verhältnis zwischen Käufer u. Verkäufer); **6 351 f.; 7 389**. — mehrfacher mittelb. B. (§ 871) **6 353**. — ein Ziegelmeister B.-Mittler oder B.-Diener? **3 1, 384**. — des Veräußerers an einer unter Eigentumsvorbehalt veräußerten u. übergebenen Sache? **1 1, 522; 4 313; 5 379; 7 390**. — des Verleihers **1 1, 522, 525**. — des Auftraggebers **1 1, 522 f., 525**. — im Falle der Geschäftsführung ohne Auftrag **3 1, 386**. — des Eigentümers bei Erbbaue u. Erbpachtrecht? **1 1, 522; 5 379**. — des unter elterl. Gewalt Stehenden an seinen der Nutzung oder auch nur der Verwaltung des Inhabers der elterl. Gewalt unterliegenden Sachen **1 1, 522, 525**. — an den unter Verwaltung des Vormunds, Pflegers, Nachlaßverwalters, Testamentsvollstreckers, Zwangsverwalters, Konkursverwalters stehenden Sachen **1 1, 522 f.; 2 1, 529; 3 1, 538; 5 379** (mittelb. B. des Konkursverwalters usw.). — des Eigentümers oder Verlierers an ver-

(Besiz)

Ioren u. durch e. Dritten gefundenen Sachen? **1 1**, 522 f., 524; **5 379**; **7 417**. — an den auf Grund eines Leibgedings hingegebenen Sachen **5 379**. — des Vermieters **2 1**, 529. — des Besitzers eines Traditionspapiers **6 353**. — der Ehefrau an ihrem Manne gemäß § 1373 in Besitz genommenen eingebrachten Gut? an Vorbehaltsgut? **1 1**, 522 f.; **2 1**, 529; **5 379** (mittelb. B. des Mannes?), 380. — des Eigentümers an seinem Grundstücke, wenn er einem anderen auf Zeit gegen Entgelt ein Recht auf Gewinnung von Mineralien eingeräumt hat? **1 1** 525. — des Verpächters am Pachtgut **1 1**, 525. — besizrechtl. Stellung des Jagdpächters **6 352**. — m. B. des pfändenlassenden Gläubigers an den vom Gerichtsvollzieher gepfändeten, aber im Gewahrsam des Schuldners gelassenen Gegenständen **1 1**, 525; **2 1**, 528 f.; **5 379** (der Gerichtsvollzieher mittelb. Besizer?). — bedarf es zum Erwerbe des m. B. des Wissens und Willens desjenigen, dem der mittelb. B. erworben werden soll? **1 1**, 525; **6 351**. — Erwerb durch Abtretung des Herausgabeanspruchs seitens des mittelb. Besitzers **6 352** f. — Abtretung nacheinander an zwei verschiedene Personen **5 380**. — Erwerb durch Vertrag zugunsten eines Dritten (Hinterlegung, Frachtvertrag)? **5 380**. — Beendigung des mittelb. B. durch Endigung des unmittelb. B.? Durch die Erklärung des B.-Mittlers, die Sache als ihm selbst gehörend zu besizen? **1 1**, 525, 526. — Beendigung nur durch Lösung des den mittelb. B. begründenden Rechtsverhältnisses? **6 352**. — Rechtl. Stellung d. mittelbaren u. unmittelb. Besitzers im Verhältnis zueinander **1 1**, 521, 523; **5 378**. — Recht auf Selbst- u. Gerichtshilfe des B.-Mittlers gegen den mittelb. B. **1 1**, 523; **5 378**. — Einschränkung dieses Rechtes durch Vertrag **1 1**, 524. — nur Schadenersatzklage bei Veräußerung der Sache durch den mittelb. B. **5 378**. — der mittelb. Besizer gegenüber dem B.-Mittler auf die petitorischen Rechtsmittel beschränkt? **1 1**, 523, 524; **4 314**; **5 378**. — Rechtl. Stellung des mittelb. u. unmittelb. Besitzers im Verhältnis zu Dritten (Gesamtgläubiger und -schuldner) **1 1**, 521 ff. — Rechtsschutz des mittelb. Besitzers **7 390**. — Notwehrrecht **1 1**, 138. — Anspruch des mittelb. Besitzers auf Wiedereintäumung des von dem unmittelb. Besizer verlorenen B.? **7 388**. — verbotene Eigenmacht gegenüber dem B.-Mittler als Grund für die B.-Klagen des mittelb. Besitzers, dessen Klagerrecht unabhängig von dem weiteren Verhalten des B.-Mittlers **1 1**, 526.

Besizdiener, Besizentziehung (=störung), Besizerwerb, Besizklagen, Besizschutz, Besizwille s. Besiz.

Besizer. — Gegenansprüche gegenüber der Klage auf Herausgabe — Erlaß für Verwendungen, Wegnahme- u. Zurückbehaltungsrecht, Geltendmachung des Erbschaftspruchs, Befriedigung aus der Sache s. Eigentum unter Ansprüche aus dem E. — kein Befriedigungs- (Ablösungs-) Recht nach § 268 **1 1**, 173, 174. — Eigentumsvermutung zugunsten des B. s. dort. — Herausgabeanspruch des früheren Besitzers s. dort. — s. im übrigen Besiz.

Besizveränderungsgebühr. — Zahlung der Gebühr nach Art. 249 BayGebG., während der Dauer des Miterbenverhältnisses? **1 2**, 231. — bei Verfügung des Miterben über seinen Erbschaft **2 1**, 709. — Zahlungspflicht des Erwerbers eines Erbschafts **3 1**, 603. — in Bayern bei bedingten Geschäften **5 52**. — vom Käufer zu tragen? **1 1**, 343; **3 1**, 215; **5 189**; **6 188**.

Besondere Gerichte nach § 14 WGO. — Prorogation von ihnen auf die ordentlichen **3 2**, 326.

Besserungsklausel. — Abrede der Rückzahlung e. Darlehens nach Eintritt e. besseren Vermögenslage **2 1**, 313; **7 153**. — Pflicht des Schuldners z. Teilzahlungen **7 660**.

Bestallungsurkunde. — des Vormunds s. Vormundschaft (unter Beendigung) u. Vormund.

Bestandsverzeichnis des Grundbuchblattes **2 2**, 476; **3 2**, 171.

Bestandteil s. Zubehör. — Übergangsrecht: vor 1900 begründetes Sonder Eigentum **2 1**, 792; **3 1**, 696 f. — Begriff **2 1**, 30; **4 778**; **6 946**; **7 905**. — Anwendung der §§ 93 ff. nur bei einer Mehrheit rechtl. am Eigentum interessierter Personen, nicht bei Besitzern **6 32**, 33. — Unterschied von Teil **2 1**, 29. — Gegensatz zum Zubehör **5**, 23. — § 93 ius cogens **6 33**. — wesentlicher und unwesentlicher B.; Begriff **2 1**, 30; **3 1**, 28; **4 24**; **5 22**; **6 32**; **7 22**, 23, 26, 27. — wesentlicher u. unwesentlicher B. eines Grundstücks **2 1**, 29. — Wesensveränderung **3 1**, 28; **5 22**, 23. — Umwandlung eines nach § 95 WGO. der Bestandteilseigenschaft entbehrenden Werkes zu einem B. **5 20**. — Übergang vom Nicht-B. zu B. oder vom unwesentlichen zum wesentlichen B. **5 23**. — sog. scheinbarer B. eines Grundstücks bewegliche oder unbewegliche Sache? **4 26**; **7 26**. — feste Verbindung (§ 94 Abs. 1 WGO.) **1 1**, 54, 55; **3 1**, 28; **4 24**; **5 23**; **7 22**. — „Einfügen“ (§ 94 Abs. 2 WGO.) **2 1**, 32; **3 1**, 28; **4 25**; **5 23**, 24; **6 35**, 36 (Bedeutung des Zweckes), **7 22**. — vorübergehender Zweck (§ 95 WGO.) **1 1**, 55; **2 1**, 32; **4 25**, 26; **5 24**, 25; **6 36** (Ein-

fügungen auf Grund eines persönlichen Rechtes). — Verbindung in Ausübung eines Rechtes, Rechte im Sinne des § 95 BGB. 1 1, 55; 2 32; 4 25; 5 24, 25. — dingliche Rechte als Grundstücksbestandteil, Rechte im Sinne des § 96 BGB. 2, 1 33; 3 1, 29; 5 25. — Eigentumsvorbehalt an B. 6 33, 35; 7 23 (s. diesen). — Wirkung d. Bestandteilseigenschaft 3 1, 29. — Besitz u. Besizschutz an wesentlichen B. 1 1, 54, 519. — Vertrag über Ablösung u. Übertragung wesentlicher B. 5 22. — Beseitigung der Bestandteilseigenschaft durch Parteiabrede 5 25. — Übergangsrecht 3 1, 28. — Wirksamkeit eines Vertrags über Bestandteile; Verhältnis zu Hypothekgläubigern 6 34. — Vorschläge zur Sicherung d. Maschinenlieferanten, Bestellung einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit 6 35; 7 22, 23, 27 (2). — Begründung obligatorischer Rechte an wesentlichen Bestandteilen; Vorbehalt d. Abhieb d. Holzes bei Verkauf e. Waldes 7 22. — Verhältnis des § 94 zu § 93 BGB. 7 26. — Eigentumserwerb hieran s. Eigentum, Erwerb u. Verlust des Eigentums an beweglichen Sachen III u. IV. — Haftung für die Hypothek s. Hypothek unter Gegenstand der Haftung.

Einzelfälle. — wesentliche B. eines zum Gewerbebetrieb eingerichteten Gebäudes 6 32. — die ein Grundstück bildenden Flächenanteile keine wesentlichen B., auch nicht bei Überbauung 6 32. — Einfriedigung 3 1, 28. — Fabrik mit Maschinen als B. eines Bergwerfgrundstücks 2 1, 30. — Frühbeetsfenster 4 25; 5 24. — Gebäude 2 1, 31, 32, 33; 4 25; 7 26. — Badeeinrichtung 1 1, 55; 5 24; 6 32; 7 26. — Beleuchtungsanlage elektrische 3 1, 28 5 22; 7 22. — Dachgebälk 4 25; 5 23. — Fensterladen, Doppelfenster 4 25. — Rollläden 7 26. — Jalousien 2 1, 31; 6 35. — Kabel einer elektrischen Leitung 4 24. — Herd, Öfen 2 1, 30, 34; 3 1, 27. — Tapeten 2 1, 30. — Türen 2 1, 31; 5 24; 6 35, 38. — Fenster, Zeitpunkt der Erlangens der B. Eigenschaft 6 35, 38. — Drehtüre eines Restaurants 5 24. — Bierdruckapparat e. Gasthofgebäudes 7 23. — Gasrohre, Spiegelfenserscheiben 4 25. — Akkumulatoren 2 1, 33. — Petroleum- (Benzin-) Latenz 5 23. — Pflanzen- u. Baumschulbestände e. Gärtnerei 3 1, 29; 5 25; 6 36; 7 27. — Wasser-, Gas-, elektrische Leitungen 1 1, 55; 2 1, 32; 3 1, 27, 28; 4 24, 25; 5 22; 6 32, 33, 35, 38; 7 26. — Aufzüge 6 32. — Heizanlagen 6 33. — Sauggas-Anlage 6 35; 7 25. — Wollgatter eines Sägewerks 3 1, 28; 6 35. — Restaurationseinrichtung 6 34. — Gasmesser, Elektrizitätszähler 6 36, 38. — Erschütterung d. Erbauers wegen Mitbenutzung

einer Scheidemauer Bestandteil? 6 36, 595. Apothekergerechtigkeit 6 36; 2 1, 33; 3 1, 29. — Recht d. Besitzers, einer zu einem Syndikat gehörigen Fehde auf Teilnahme an den Vorteilen des Syndikats kein B. des Zehengrundstücks 6 36; 5 25. — mietweise unt. d. Voraussetzung künftiger Eigentumsübertragung in das Gebäude gebrachte Maschinen 6 36. — von dem Mieter eines Hauses eingebrachte Maschinen 6 36. — Recht des Eigentümers eines bespandbriesteten Grundstücks auf den Amortisationsfonds als B.? 6 36. — Turnhalle als Grundstücksbestandteil 2 1, 33. — Brunnendeckel wesentlicher Bestandteil d. Brunnens? 5 24. — Abfindungsrente im preuß. Grundstückszusammenlegungsverfahren 2 1, 27, 29, 33. — künstliche Körperteile als wesentliche B. des menschlichen Körpers 2 1, 30. — Flurampeln als wesentlicher B. eines herrschaftlichen Hauses 1 1, 55. — Wasserhaltungsanlage Bestandteil d. Kohlenabbaugerechtigkeit oder des Grundstücks? 4 25. — Spültische als B. eines herrschaftlichen Hauses 1 1, 55. — leihweise hergegebene Spiegelscheiben B.? 4 25. — Maschinen 1 1, 55; 2 1, 30. 3 1, 27, 28, 29; 4 24; 5 20, 21, 22, 24; 6 32, 33, 34 (lose Verbindung, entbehrliche Maschinen); 7 22 ff. (Einfluß d. Art d. Verbindung, d. baul. Beschaffenh. u. Zweckbestimm. d. Gebäudes). — Maschinen e. Holzbearbeitungsfabrik 7 22. — Lokomobile als wesentlicher B. e. Schlotteranlage 5 22, 24; 7 22. — Benzinmotor e. Ziegelei 7 22. — Lokomobilen 1 1, 55; 3 1, 29; 4 24; 5 22, 24; 7 22 u. 25 (Verbindung mit d. Grundstück d. d. Treibriemen). — Schmiedeherd u. Mastbalg als Bestandteil e. Grundstücks 7 26. — Feldbahn 7 26. — Wellblechgehäuse 7 26. — Abbruchsbau (auseinandernehmbarer Massivbau) auf Pachtland 7 26. — bayerisches Gastwirtschaftsrealrecht als Bestandteil d. Grundstücks 7 27. — ein auf 2 benachbarten Grundstücken desjell. Eigentümers errichtetes Gebäude wesentlicher B. beider Grundstücke? 7 415. — Bergbaugelände B. des Grundstücks oder der Abbaugerechtigkeit? 4 775.

Zuschreibung eines Grundstücks als B. — Zuschreibung zu mehreren zu einem Grundstück vereinigten Grundstücken 1 1, 543. — desgl. von ideellen Anteilen zu einem anderen Grundstück 4 784. — gehindert durch verschiedene Belastung? 2 2, 396. — B. zu einem in einem anderen Bezirk gelegenen Grundstück 2 2, 477; 7 977. — landesrechtliche Bestimmungen hierüber 3 2, 147 (Hessen, Gf.-Votr.); 5 963 (zuständiges Grundbuchamt = Bayern). — Zuschreibung abhängig von der Eintagung

(Bestandteil)

des Antragstellers als Eigentümer **3 2, 147.** — Ausbuchung eines B. eines Grundstückes **2 2, 475.** — s. auch Grundstücksteil. — Voraussetzung der Eintragung **2 1, 540.** — Antragsberechtigung des Gesamthypothekars, sein Beschwerderecht bei Ablehnung des vom Eigentümer gestellten Antrages **4 784.**

Zufschreibung als Bestandteil oder Vereinigung mehrerer Grundstücke zu einem Grundstück? Bestimmungsrecht des Eigentümers unbeschränkt? **2 1, 540.** — Verschiedenheit der Wirkung insbes. bzgl. der Belastung **2 1, 540.** — s. auch Hypothek unter Gegenstand der S.

Bestätigung f. Nichtigkeit, Anfechtung. — Begriff u. allgemeine Erfordernisse nach § 141 BGB. **2 1, 70; 3 1, 50; 4 48; 6 67.** — unzulässige Einwirkung bei der B. **7 61.** — in Vertragsform **2 1, 38.** — durch konfludente Handlungen; stillschweigende B. **2 1, 71, 76; 4 49; 5 48.** — Verlust d. Anfechtungsrechts durch B. s. Anfechtung. — e. anfechtbaren Geschäftes **1 1, 89; 2 1, 75, 76; 3 1, 50; 4 49; 5 48.** — B. durch Prozeßvergleich **7 1025.** — e. angefochtenen Geschäftes **1 1, 89; 2 1, 75; 5 48; 6 67.** — e. unethischen Geschäftes **3 1, 50; 5 48; 6 65.** — bloß tatsächliche Fortführung e. auf e. wichtigen Gesellschaftsvertrag beruhenden Betriebs **2 1, 70.** — übereinstimmende Erklärung d. Prozeßparteien vor Gericht, daß sie die Nichtigkeit e. Vertrags nicht geltend machen wollen; Abgabe der Erklärung durch die Prozeßbevollmächtigten, gerichtliche Beurkundung der B.? **6 65.** — Anwendung des § 141 auf vor 1900 vorgenommene Rechtsgeschäfte? **6 67.** — notwendige Verwaltungshandlungen keine B. **6 67.** — Erhebung e. Klage, Widerklage auf Schadensersatz oder Preisminderung **6 67.** — Nichtunterzeichnen des dem B.-Schr. beiliegenden Gegenbriefes als Widerspruch gegen das B.-Schr. **6 680.** — einfache Zurücksendung des B.-Schr. als Ablehnung; Gefahr der Rücksendung **6 680.** — Schweigen auf e. mit der Auforderung, es anerkannt zurückzusenden, zugegangenen B.-Schr. **6 680.** — Anfechtung der stillschweigenden Annahme e. B.-Schr. wegen Irrtums **6 680.** — e. vor 1900 geschlossenen Rechtsgeschäftes nach 1900 **2 1, 784; 4 543.** — B. einer rechtswirksamen elterlichen Teilungsanordnung seitens des erbenden Kindes **7 61.**

Bestätigungsschreiben f. Stillschweigen, Erfüllungsort. — Bedeutung von Vermerken für den Erfüllungsort (s. diesen) **1 1, 176; 2 2, 198; 4 669; 5 752; 7 119.** — über den verschiedenen Begriff des Bestätigens

nach kaufmännischem Sprachgebrauch **3 2, 76.** — Zweck (vollständige Vertragsbeurkundung?) **3 2, 76, 77.** — Stillschweigen auf B. als Genehmigung **3 2, 77, 78** (Pflicht zum Widersprechen, wenn das B. etwas von der mündlichen Vereinbarung Abweichendes enthält?); **4 616; 7 656, 661.** — Bedeutung mündlicher Nebenabreden neben dem B. **3 2, 78; 6 676.** — Bestätigungsschreiben als Voraussetzung für die Vertragsperfektion? **3 2, 78; 3 1, 42, 53, 151.** — Weglassen einer vom Vermittlungsagenten vereinbarten Klausel im B. des Prinzipals **4 573.** — Aufnahme ergänzender, bei der mündlichen Verhandlung nicht berührter Nebenpunkte **4 616.** — ununterschiedenes Zurücksenden des B. seitens des Käufers als Nichtgenehmigung **4 616.** — Vertragsperfektion nach Handelsbrauch erst nach Austausch von B. **3 1, 53.** — B. als Offerte **3 1, 51.** — im B. nicht wiederholte Zusicherung über Reißbegünstigung bei Preisberechnung **7 68.** — Vermutung d. Vollständigkeit **7 656.**

Bestellungen. — Auffuchen von B. nach § 44 GewD.; Auffuchen d. Kaufstücken nicht nötig **4 941, 946.** — „ausdrückliche Aufforderung“ zum Auffuchen zwecks Entgegennahme von B. (§ 44 GewD.) **4 941.** — Anwendung des § 44 GewD. auf die Landwirtschaft **4 941.** — Verweigerung der Legitimationskarte nach § 44 a GewD., wenn ein Teil des Gewerbetriebs sich als Betrieb im Umherziehen darstellt? **4 941.** — Antragsrecht e. Reisenden auf Erteilung d. Legitimationskarte nach § 44 a GewD.? **4 941.** — „ohne vorgängige Bestellung“ i. S. d. § 55 GewD. **4 947.** — Auffuchen von Bestellungen auf größere Bilder nach kleinen Photographien unter § 55 GewD. fallend? **4 947.** — Auffuchen von B. auf photographische Aufnahmen **4 947.** — Anwendung des § 55 a GewD. (Sonntagsruhe) auf den Gewerbebetrieb des § 44? **4 948.** — Auffuchen von B. auf die im § 56 Abs. 2 bezeichneten Waren **4 948.**

Betriebsbeamte f. Arbeitsvertrag gewerblicher. — Begriff; Unterschied vom Gehilfen **4 967.** — Lokomotivführer? **4 967.** — Küchenchef **4 968.** — Zahlkellner **4 968.** — Oberkellner **4 968.** — Stuhlmeister e. mechanischen Weberei **4 968.** — Monteur u. Stimmer e. Fabrik mechanischer Musikwerke **4 968.**

Betriebskosten. — Irrtum über die B. e. Maschine **5 33** (s. Eigenschaft, Irrtum).

Betroffener (Passivbeteiligter) f. Eintragungsbewilligung.

Vorherige Eintragung des B. im Grundbuch. — Begriff „Betroffener“ **4 839.** — Zeitpunkt, in dem die Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

Eintragung erforderlich ist 2 2, 445. — unrichtige oder unvollständige Eintragung 3 2, 161. — Verfügung einer Aktiengesellschaft an Stelle der als berechtigt eingetragenen, im Handelsregister gelöschten Zweigniederlassung ohne Berücksichtigung auf die erstere 5 977. — vorgängige Eintragung des Namens der Defizienten, wenn die „Defizienz“ als Grundstückeigentümerin eingetragen ist? 5 978. — Eintragung der Anteile der Miteigentümer vor Eintragung einer Vormerkung auf einem der Anteile 4 839. — eingetragener Berechtigter auch derjenige, für den eine Vormerkung eingetragen ist 2 2, 447. — Eintragung des Schuldners im Falle der Immobilienvollstreckung 2 2, 447. — des Berechtigten im Falle der Verfügung über die für eine aufgelöste Gesellschaft eingetragene Hypothek 6 1043. — bei Eintragung der Rentenpflichtigkeit eines Grundstücks an Stelle der zu löschenden Realkast? 2 2, 448. — bei Löschung einer abgetretenen Briefhypothek 6 1043. — nicht geboten bei Namensänderungen des Berechtigten 2 2, 448. — bei Zerlegung eines Grundstücks in mehrere selbständige Grundstücke 3 2, 161. — bei Veräußerung bisher nicht buchungspflichtig gewesener Grundstücke 7 965. — bei Übertragung von Briefhypotheken, die eine Aktiengesellschaft durch Fusion mit einer anderen erworben hat 7 965. — Erlass der Eintragung durch Nachweis des Gläubigerrechts gemäß § 1155 BGB. 2 2, 448 f.; 3 2, 161 f.; 4 839 f., 842; 7 966 f. — Anerkenntnis einer kraft Gesetzes erfolgten Übertragung der Forderung, Nachweis des Übergangs im Erbwege 7 967. — Prüfung der Abtretungserklärung 3 2, 161. — vorherige Eintragung des abtretenden Gläubigers bei Abtretung der Briefhypothek durch den Erben des Zessionars des eingetragenen Gläubigers? desgl. bei Abtretung durch den Zessionar des Erben des eingetragenen Gläubigers? 7 966 f. — bei Gütergemeinschaftsfortsetzung 2 2, 448; 3 2, 162; 5 978. — vorherige Eintr. des Nacherben bei Verfügungen des Vorerben, Entgegennahme der Auflassung des Vorerben ohne Einwilligung des Nacherben? Aufhebung oder Übertragung von Rechten aus dem Nachlaß ohne Mitwirkung des Nacherben? 3 2, 162; 2 2, 451 f.; 4 840 ff.; 5 978 f.; 6 1043 ff.; 7 967 ff. (s. auch Nacherbe). — Quittierung des befreiten Vorerben über eine Hypothek 6 1045. — Ernennung des befreiten Vorerben zum Testamentvollstrecker unter Übertragung der Vertretung des Nacherben 4 842; 5 978; 6 1043; 3 2, 165. — Ernennung des als Alleinerbe berufenen Vorerben zum Testamentvollstrecker 6 1045. — § 41 B.D. anwendbar auf Vormerkungen? 3 2, 163.

— auf die Erben des nicht eingetragenen Berechtigten? 2 2, 449; 4 842; 7 966 f. — § 41 Abs. 1 auf Änderungen des Inhalts einer gleichzeitig übertragenen Hypothek? 7 968. — Eintragung des Miterben, der ein im Testament ihm zugewiesenes Grundstück veräußert 2 2, 447; desgl. bei Verfügung über eine durch Erbteilung zugewiesene Hypothek 2 2, 449; desgl. bei Veräußerung eines Nachlaßgrundstückes nach vorausgegangener Erbteilsübertragung 2 2, 447; 3 2, 162. — Eintr. des Erben vor Eintragung der Pfändung seines Erbteils 2 2, 447. — E. der Erben (Vorerben) vor Hypothekbestellung 3 2, 161. — vor Löschung einer Gesamthypothek auf einem Nachlaßgrundstück? 3 2, 161. — vor Eintragung der vom Erben bewilligten Auflassungsvormerkung 4 839. — eine von einem Bevollmächtigten des Erblassers nach dessen Tod abgegebene Erklärung keine Eintragungsbewilligung des Erblassers 5 978. — Eintr. der Erbscherben? des Käufers eines Erbteils? 3 2, 162; 2 2, 447, 449. — Eintr. des B. vor Eintragungen auf Grund Bewilligung des Nachlaßpflegers oder Testamentvollstreckers eines Erben des Eingetragenen 3 2, 162. — Eintr. des Erben nicht erforderlich: vor Erteilung einer Hypothek auf eine abzuschreibende Parzelle u. den Restbesitz 2 2 450. — vor Aufgabe des Eigentums 2 2, 450. — zur Beantragung der Löschung von Anteilen u. Hypotheken 2 2, 450. — bei Verfügungen jeder Art in den Fällen des § 41 Abs. 2 BGB. 5 979. — erforderlich vor Änderung von Rückzahlungsbedingungen, vor Abtretung einer Hypothek unter Umwandlung in eine Grundschuld, desgleichen einer Eigentümergrundschuld unter Umwandlung in eine Hypothek 2 2, 450. — der Eigentümer als eventuell eingetragener Inhaber der ihm zufallenden Hypotheken 2 2, 445 f., 448 (insbes. bei Bezahlung der Forderung durch die Erben, bei Gütergemeinschaftsfortsetzung); 3 2, 161; 4 839 f.; 7 966 (Nachweis der gegenwärtigen Berechtigung erforderlich); desgl. vor der Pfändung der eventuellen Eigentümerhypothek? 2 2, 446. — Erlass der Umschreibung durch Eintragung eines Widerspruchs auf Grund Pfändung u. Überweisung des Berechtigungsanspruchs des Eigentümers 2 2, 446 f. — Eintragung der Ehefrau vor Verfügung über Gegenstände des Gesamtguts, insbes. über ein auf den Namen des Mannes stehendes Gesamtgutgrundstück 2 2, 448; 6 1042; nicht erforderlich vor der Zustimmung zu Rangänderungen 2 2, 448. — Eintr. des Mannes als Alleineigentümer, wenn er als solcher ein auf die Ehegatten geschriebenes Grundstück veräußern will 7 966. — Überweisung zur

(Betroffener)

Einziehung einzutragen im Falle der Löschung auf Grund Bewilligung des Pfändungspfandgläubigers? 2 2, 447. — bei Eintragungsersuchen einer preuß. Generalkommission 2 2, 448.

Betrag s. Anfechtung aus § 123, arglistige Täuschung, *exceptio doli* (generalis), *Pollutio*. — B. mit Verstoß beider Kontrahenten gegen die guten Sitten 4 47. — Art des Schadensersatzes bei einem wegen B. nichtigen, noch nicht erfüllten Vertrage 3 1, 89; 4 72; 5 87. — *compensatio lucri cum damno* bei Aufhebung eines gegenseitigen Vertrags wegen B. 3 1, 109. — kein Retentionsrecht wegen Teilnahme am B. 3 1, 124. — B. durch Forderungseinziehung durch den Zedenten 1 1, 297. — „Unterdrückung von Tatsachen“ durch Nichtabgabe einer Erklärung bei einer Rechnungslegung? 3 1, 284. — B. des Käufers 3 1, 277; 4 214; 5 256. — betrügerisches Verhalten des Verkäufers 4 160; 5 188. — B. d. Mieters hinsichtlich des gesetzlichen Pfandrechts des Vermieters 5 211.

Beurkundung s. Urkunden, Beglaubigung, Notar, Form u. d. dort Zitierten. — Prüfung d. Formgültigkeit einer ausländischen B. 3 1, 667. — Wirkung der im Ausland ausgesprochenen Auerkennung, Urkundszeuge zu sein 5 606. — nach altem Recht begründete Pflicht zur notariellen B. eines privatschriftlichen Kaufvertrags über eine Liegenschaft; Übergangsrecht 3 1, 694 (s. auch Form). — Erfordernis der B. eines Vertrags 1 1, 76 f., 94. — nachträgliche B. eines mündlich abgeschlossenen Vertrags 4 50; 5 50. — gerichtl. B. e. Vergleichs (s. Vergleich) 1 1, 75; 6 33; 7 43, 1025. — Zustandekommen des Vertrags bei getrennter B. von Antrag u. Annahme 1 1, 76, 93; 5 37. — sukzessive B. von Angebot u. Annahme als Vertragsb. des § 128 BGB. 2 1, 61. — B. von Antrag u. Annahme in eine Urkunde trotz sukzessiven Erscheinens der Parteien (Erbverzicht) 6 53; 7 44. — notarielle B. d. Genehmigungserklärung 1 1, 119. — Bedeutung bloßer Punktationen eines Vertrags trotz vereinbarter gerichtl. u. notarieller B. 1 1, 74. — B. durch e. bestimmten Anwalt nach Parteibereinbarung 2 1, 59. — Einheitlichkeit der Verhandlung bei der notariellen B. eines Rechtsgeschäfts 4 37. — Verhandlung einer Hißperson der gerichtl. Urkundsbeamten 4 121. — Notwendigkeit d. Verlesung u. Genehmigung des dem Protokoll als Anlage beigefügten Privatvertrags 5 130. — nachträgl. Zusatz e. notariell beglaubigten Urkunde d. öffentlichen B. bedürftig 1 1, 77. — Vertragsstufe für Richterfüllung d. Versprechens

d. B. e. formbedürftigen Vertrags 5 148. — absichtlich unrichtig beurkundetes Geschäft kein Scheingeschäft 4 30. — kann dem Notar die Zuständigkeit z. Ausnahme der Erbscheinsverrichtungen landesrechtl. entzogen werden? 7 583 (s. Erbschein). — gerichtliche oder notarielle Zuständigkeit 5 623. — Anwendung des Art. 141 EG. BGB. auf prozessuale Rechtsgeschäfte? 1 2, 409. — Stellung eines die Zuständigkeit des Gerichts oder Notars ausschließenden Bundesstaats gegenüber der gerichtlichen oder notariellen Urkunde eines andern Bundesstaats 2 1, 780. — Zuständigkeit der Notare u. der Gerichte in Württemberg 3 1, 690; 4 541. — Anwendung des Art. 141 EG. BGB. auf Vaterchaftsanerkenntnisse in Bayern? 3 1, 690 (s. 3 2, 242). — B. von Grundstücksveräußerungen nach Art. 12 § 2 PrWG. BGB. 4 541. — Aufhebung des Art. 219 PrWG. BGB. 5 623. — örtliche Zuständigkeit u. Überschreiten des Amtsbezirks 1 2, 410; 3 2, 242, 249, 253; 5 1020; 7 1026. — B. e. Veräußerungsverbots über e. Grundstück, für das das Grundbuch noch nicht angelegt ist, in Hessen durch einen nichtheßischen Notar 5 128. — Verstöße gegen sachliche Zuständigkeit 1 2, 410; 3 2, 253; 5 1027; 7 1038. — B. von Rechtsgeschäften als eine den Gerichten nach § 1 ZOG. übertragene Angelegenheit? 5 989—991, 1019. — Ablehnung d. B. v. Rechtsgeschäften zweifelhafter Wirksamkeit seitens d. Gerichts, Notars, Standesbeamten; nachträglich heilbare Mängel 7 1026 f.

Bevollmächtigte s. Vollmacht.

Bewegliche Sachen s. Sachen. — scheinbare Grundstücksbestandteile als b. S. 1 1, 55; 3 1, 29; 4 26. — Grundstückszubehör als b. S. 3 1, 29.

Beweisankträge s. Beweiswürdigung. — Verbescheidung ohne mündliche Verhandlung? 1 3, 70. — zur Sammlung von Beweismaterial dienende Anträge 1 3, 161. — B. über ganz innerliche Vorgänge 1 3, 161; 6 807, 834. — Beweis anbieten, daß ein Verstorbener geisteskrank gewesen sei, ohne weitere tatsächliche Ausführungen 6 807. — Zeugenbeweisanerbieten gegenüber klaren Urkunden 6 809. **A b l e h n u n g.** — Allgemeines 4 693. — Berücksichtigung von B. über die Glaubwürdigkeit e. Zeugen 1 3, 126. — Ablehnung erheblicher B. 3 2, 450. — Abwägen zwischen dem bereits erhobenen u. dem weiter angebotenen Beweis 3 2, 450. — weil der Zeuge bei Vernehmung in einem anderen Prozeß das Gegenteil gesagt hat 1 3, 161; 5 812. — weil die Überzeugung des Gerichts nicht zu erschüttern sei 1 3, 126; 3 2, 450; 5 796; 6 809; 7 794. — weil das Gegenteil

bereits feststehe 13, 126; 4 694; 5 796; 6 809. — weil die Thatfachen teils unerheblich, teils widerlegt sein 13, 126. — weil das Gelingen des Beweises nicht zu erwarten sei 32, 450, 451; 5 796. — wegen Unerheblichkeit 32, 451. — Unglaubwürdigkeit der Zeugen 32, 451; 6 809; 7 794. — weil der Zeuge bereits in einem Vorverfahren vernommen u. für unglaubwürdig erachtet worden sei 32, 451. — wegen mangelnder Schlüssigkeit u. deshalb gegebener Unerheblichkeit 4 693. — weil keine der aufgestellten Behauptungen mit der Ansicht des Gerichts unvereinbar ist 4 693. — weil bei Länge der Zeit zwischen Vernehmung u. Ereignis der Zeugenaussage keine erhebliche Bedeutung beigemessen werden könne 5 796. — weil der Zeuge sich keinesfalls mit solcher Bestimmtheit werde erinnern können, um seinen Aussagen das Übergewicht über andere zu geben 5 812. — Ablehnung e. Sachverständigenbeweises wegen eigener Sachkunde 6 808; 7 794 (ob Wangen in e. Hotel erhebliche Mängel). — Ablehnung des Zeugnisses eines Handwerfers, weil bereits ein zuverlässiger Sachverständiger über den gleichen Punkt vernommen sei 6 809. — Ablehnung der Beziehung von Ermittlungsakten, weil ohne Zustimmung des Prozeßgegners die darin enthaltenen Zeugenaussagen im Prozesse nicht als Beweismittel verwendet werden dürften 6 810. — Ablehnung e. offensichtlich erbringlichen Beweises 6 810. — Ablehnung e. Zeugen- u. Sachverständigenbeweises mit Rücksicht auf die Ergebnisse e. anderen Prozesses 13, 127; 32, 160, 161; 5 796 (f. Beweismündigung). — Ablehnung von B. bei Schadensfeststellung nach § 287 ZPO. 6 811 (f. Schadensfeststellung). — Ablehnen e. Sachverständigenbeweises wegen Offenbarkeit 6 813. — Ablehnung e. Zeugenvernehmung, weil der Zeuge schon in einem Ermittlungsverfahren vernommen sei u. diese Aussage verwertet werden kann (f. Beweismündigung). — Zurückweisung e. Zeugenbenennung, wenn schon die Gegenpartei den gleichen Zeugen benannt hatte, ohne ihn auffinden zu können 6 834. — Zurückweisung von verzögrenden, zur Begründung e. Widerklage vorgebrachten B. 7 791. — Zurückweisung e. Verteidigungsmittels ohne Antrag d. Gegenpartei? 7 791. — Ablehnung e. von vornherein sich als zweifellos nutzlos darstellenden B. 7 794. — Ablehnung, weil der Zeuge jedenfalls einem Mißverständnis unterlegen sei? 7 794. — ist der in 1. Instanz bereits vernommene Zeuge, der in 2. Instanz nach Erlaß eines Beweisbeschlusses nochmals benannt wird, „neuer Zeuge“ im Sinne d. § 474 ZPO.? Zurückweisung wegen Verschleppung? 7 816.

Beweisaufnahme f. auch die einzelnen Beweismittel. — Berücksichtigung des Ergebnisses von Amts wegen? 13, 125. — wörtlicher Vortrag des Ergebnisses in der mündlichen Verhandlung? 13, 125 (f. mündliche Verhandlung). — kann das Prozeßgericht dem Beweisführer die Stellung des ausländischen Zeugen bei Verlußt des Beweismittels auflegen? 4 705. — Anwesenheit der Parteien bei Eidesleistung im Hause des Schwurpflichtigen 5 811. — Wiederholung der Eidesleistung bei Ausbleiben des vom Termin nicht verständigten Gegners? 5 811; 4 709. — Anwesenheit der Parteien bei Beweisaufnahme in Gehührensachen 5 811. — Nichteinhalten der nach § 356 ZPO. für Herbeischaffung der Beweismittel bestimmten Frist 13, 159. — Übergehen eines mündlichen Beweisangebots bei Einlauf des Beweisschriftsatzes nach Verhandlung, aber vor Urteilsfällung 6 853. — Beschwerde gegen die Art der Beweisaufnahme 32, 469. — Beschwerde wegen Übertragung der B. an ein anderes Gericht 13, 159. — Beschwerde bei Ablehnung e. Antrags auf Abänderung der Art der B. 13, 159; 32, 469. — Beschwerde bei B. im Ausland 13, 159. — Auslagenvorschuß für Beweisaufnahme f. GAG., Zeugen unter Labung, Augenschein, Sachverständige. — bedingte Anordnung einer B. 32, 469. — Berechnung d. Streitwerts f. die B. 6 833. — Beweisgebühr u. weitere Verhandlungsgebühr bei e. den Vorchriften des § 359 ZPO. nicht entsprechenden Beschluß auf Aktenadhibierung 6 833 (vgl. Gerichtskosten, AktebD.). Vor dem beauftragten u. ersuchten Richter. — Referendare in land- u. oberlandesgerichtlichen Sachen? 32, 469. — Streit über die Zulässigkeit einer Frage an einen Zeugen: Beschwerde gegen den Beschluß des Prozeßgericht 13, 210 (vgl. 13, 167, 168). — Eindruck d. Zeugen auf d. beauftragten Richter. Verwertung im Urteil? 5 796; 6 807. — Anwendung e. Zwangsmaßregel bei Nichterheben e. Zeugen? 13, 168. — Entscheidung über Beeidigung 32, 511. — Übertragung an e. anderen Richter, Referendar des Prozeßgerichts im amtsgerichtlichen Verfahren? 7 815. Vor dem Prozeßgericht. — Ausbleiben einer Partei im B.-Termin; Versäumnisurteil ohne vorherige B. 13, 159/160. — mehrmaliges Anhören der Parteien nach der B. 32, 449; 4 693. Im Ausland. — Zeugnisverweigerung seitens des im Ausland zu vernehmenden Zeugen 13, 165 (f. Zeugen); 7 818, 819. — in Nordamerika 4 705. — in Frankreich: keine Terminsbenachrichtigung der Gegenpartei 5 811. — Terminsmit-

(Beweisaufnahme)

teilung; Anspruch der Parteien auf Anwesenheit in Terminen 7 815. — Beobachtung der inländischen Prozessvorschriften? 7 815 (f. Rechtshilfe).

Beweisbeschluß f. Eidesaufgabe. — Beschwerde gegen B. oder einen ihn ergänzenden Beschluß 3 2, 469. — Aufhebung eines nicht ganz erlebigen Beweisbeschlußs als überfl. 4 705. — Fassung: „d. Parteien werden zu den angebotenen Beweisen zugelassen“ oder andere Abfärgungen des Inhalts 5 743 (2), 811. — Bezugnahme auf das unmittelbar vorausgehende Sitzungsprotokoll 5 811. — Auslagenvoranschuß f. GG., Zeugen unter Labung, Sachverständige, Augenschein. — durch § 489 ZPO. Möglichkeit der Erlassung v. Beweisbeschläffen ohne mündliche Verhandlung gegeben 7 827.

Beweislast f. die einzelnen Rechtsinstitute. — bei unerlaubten Handlungen, im Erbrecht f. diese. — Begriff 5 69. — B. u. Beweiswürdung 1 1, 146. — B. u. Auslegungsregeln 5 71. — B. u. Ergänzungsnormen 5 70, 71. — B. u. qualifiziertes Geständnis 4 63. — Grundregeln 1 1, 144 ff.; 2 1, 108 f.; 3 1, 70; 4 63; 5 69; 7 94, 792. — Regelung durch die Fassung des Gesetzes 1 1, 143; 4 63; 5 71. — Unterscheidung von Grund- u. Gegenormen 1 1, 144; von Regel u. Ausnahme 2 1, 111; 3 1, 71; 5 69; von wirkenden u. gegenwirkenden Rechtsätzen 2 1, 110; von allgemeinen u. spezifischen Voraussetzungen der Rechtsentstehung 4 65. — B. u. die Lehre von dem Mindesttatbestand eines subjektiven Rechts 4 63, 64. — B. für die rechtsbegründenden Tatsachen 2 1, 108, 110; 4 65; 7 792. — B. für die rechtshindernden Tatsachen 2 1, 110; 4 65; 5 71; 7 792. — B. für die rechtsvernichtenden Tatsachen 2 1, 110; 7 792. — für eine Rechtsverletzung 2 1, 109. — Zeugungs- u. Einredelehre 1 1, 98; 2 1, 111; 3 1, 71; 3 2, 452 ff.; 4 63; 5 71. — Beweisätze in kumulativen, in alternativen Verhältnissen u. Beweisführungspflicht 5 70. — Umkehrung, Änderung u. Verschiebung der B. 1 3, 159 (Parteivereinbarung); 5 70, 71, 72. — Umkehrung der B. bei Verstößen gegen Treu u. Glauben 6 807. — „Vermutung“ für die Regel 3 1, 72; 5 70. — versteckte, gesetzliche Vermutungen 5 71. — Wirkung der Vermutung auf die Beweislast 3 1, 72. — bzgl. der *accidentalia negotii* 3 1, 73; 3 2, 454; 5 70. — bzgl. der *naturalia negotii* 2 1, 111; 3 1, 32, 70; 3 2, 453. — für Negativen 2 1, 109; 3 1, 71; 5 69. — Vereinbarungen über B. 2 1, 108; 1 3, 159. — Entscheidung über die B. nach freiem richterlichen Ermessen? 3 2, 450. — bei Behauptung d. Nicht-

kenntnis e. Döherbanz 7 336. — bei Verletzung e. Persönlichkeitsrechtes 6 5. — für die Voraussetzungen der §§ 89, 31 3 1, 24; 4 20. — Zuhöbereigenenschaft 1 1, 56; 2 1, 34. — Geschäftsfähigkeit 3 1, 32; 2 1, 39, 40. — Einsicht z. Beurteilung der Folgen e. Handlung 7 793. — im Fall des § 111 Satz 2 BGB. 3 1, 33. — Scheingeschäft 5 31. — Anfechtung e. erzwungenen Vertrags 2 1, 58. — Rechtzeitigkeit einer Anfechtung 1 1, 72; 2 1, 57; 3 1, 37, 39. — Zugehen des Wöberufes 3 1, 44. — für Zulässigkeit des Geschäftsinhalts 3 1, 45. — Vertragschluß 1 1, 92, 93; 3 1, 51, 70. — Vereinbarung einer Annahmefrist (§ 147) 3 1, 53. — verspäteter Eingang der rechtzeitig abgefaßten Annahmeerklärung 3 1, 53. — im Fall des § 151 BGB. 3 1, 53. — Dissens 3 1, 34, 53. — im Fall des § 153 3 1, 53. — Streit über den Vertragsinhalt 3 1, 70; 5 70. — anders verabredeter als niedergeschriebener Vertrag 3 1, 40; 4 35. — bei Bedingungen 1 1, 97, 98; 1 3, 125; 2 1, 81, 109, 111; 3 1, 54, 56; 3 2, 449; 5 70; 6 91. — Auflage, Zweckbestimmung 3 2, 454. — bei Befristung 1 1, 98; 2 1, 111; 3 1, 54, 57, 118; 4 99; 6 91; 7 122, 793 (Stundung des Kaufpreises), 797. — Fall des § 179 BGB. 1 1, 113 f.; 2 1, 87; 3 1, 60; 5 57. — über Vertretungsmacht (§ 164) 1 1, 104; 3 1, 57; 3 2, 454. — Erlöschen der Vertretungsmacht 1 1, 111. — Abfözung der Verjährungsfrist 3 1, 68. — Beginn der Verjährungsfrist 7 792. — bei Notwehr 2 1, 105; 3 1, 69; 4 62; 5 66; 6 91. — bei Unterlassungsfragen 2 1, 119. — Befugnis zu Teilleistungen 3 1, 114. — Vereinbarung eines Erfüllungsortes 3 1, 115. — Verlust einer Geldsendung 1 1, 177; 7 121. — Lieferfrist 4 99. — Vermutung für Vollständigkeit e. Vertragsurkunde 3 2, 449. — Kündigung 3 2, 454. — für die Rabattabrede 3 1, 119. — bzgl. der Frage der anfänglichen oder nachträglichen Unmöglichkeit 3 1, 125. — des Schuldners in Vertragsverhältnissen für seine Schullosigkeit als Regel 1 1, 201. — im Fall des § 280 1 1, 198, 199. — im Fall des § 281 3 1, 142. — Beweisregel des § 282 1 1, 200; 2 195. — Verteilung der B. beim Schuldnerverzug 4 113. — im Fall des § 287 3 1, 147. — bei Gläubigerverzug (streitige Leistungsbereitschaft) 1 1, 211; 4 117. — des Gläubigers für die Unmöglichkeit der Androhung in §§ 303, 374, 384, 1218, 1226, 1237, 1241, 1285; 1 1, 213. — bzgl. unmöglicher Verträge (§ 306) 3 1, 151. — im Fall des § 307 2 1, 208. — im Fall der §§ 315 ff. 1 1, 224; 2 1, 214; 3 1, 157; 4 122; 5 132. — im Fall des § 320 1 1, 226; 3 1, 157. — Nichterfüllung 3 1, 125. — bei nicht

richtiger Erfüllung **3 2**, 454; bei teilweiser Leistungsummöglichkeit **3 1**, 71. — im Fall d. § 322; **2 1**, 216. — im Fall d. § 323 **2 1**, 217. — im Fall des § 324 **1 1**, 232; **2 1**, 218. — im Fall des § 326 **3 1**, 164 (Trostbestimmung). — Vertragsschluß (Druckgabe) **2 1**, 225. — Einforderung e. Vertragsstrafe **1 1**, 255, 256; **2 1**, 225. — Ungemessenheit e. Vertragsstrafe **3 1**, 171. — Vorbehalt auf die Vertragsstrafe **1 1**, 256; **2 1**, 226; **3 1**, 170. — Beschränkung des Rücktrittsrechts **3 1**, 173. — Vorbehalt des Rücktritts **3 1**, 172, 173; **3 2**, 454. — im Fall des § 371 II **3 1**, 177. — Vorbehalt der Rechtsüberwirkung **3 1**, 173. — Firgegeschäft **1 1**, 264; **3 1**, 173. — Erfüllung **1 1**, 266, 267; **3 1**, 174; **4 132**. — bei behaupteter Warenübernahme zahlungshalber **3 1**, 175. — bei Verrechnung unzureichender Leistung **1 1**, 269; **2 1**, 231; **3 1**, 176. — im Fall des § 396 **1 1**, 294. — vereinbarte Nichtabtretbarkeit einer Forderung **3 1**, 196. — Fall des § 410 BGB. **1 1**, 313. — kumulative Schulübernahme **4 149**. — Schulübernahme nach § 416 **1 1**, 326. — im Fall d. auf d. Bestand eines bestimmten Vermögens beschränkter Haftung **1 1**, 330. — anteilweise Verpflichtung oder Berechtigung § 420 **1 1**, 331.

K a u f. — Klage auf den angemessenen Kaufpreis **1 1**, 340; **2 1**, 214, 266; **3 1**, 71, 73, 211; **3 2**, 449; **5 70**; **7 94** (2). — Stundung des Kaufpreises **1 1**, 98; **2 1**, 273; **5 188**; **7 793**, 797. — Beginn der Verzinsung des Kaufpreises **3 1**, 215. — vertragsmäßige Beschaffenheit der Ware **2 1**, 267; **7 171**, 193. — Gewährschaftsklagen **1 1**, 346; **2 1**, 275; **3 1**, 216; **4 161**. — Rechtsmangel b. Kauf **4 159**. — Eigentumsvorbehalt bei Kauf **3 1**, 215. — Kauf „Kaffe geg. Verladungsdokumente“ **1 1**, 346. — Distanzkauf (§ 447 BGB.) **1 1**, 343 **3 1**, 214. — Schadensanspruch nach § 463 **1 1**, 348; **2 1**, 279, 280. — Nichtvereinbarung e. Gewährfrist bei Viehkauf **3 1**, 225. — Kauf nach Probe **3 1**, 226. — Kauf auf Probe **3 1**, 227; **4 167 f**. — bei Behauptung des Nichtzustandekommens eines Vertrags trotz Einigung über Preis und Ware **1 3**, 125; **3 2**, 453, 455. — Behauptung des Käufers gegenüber d. Klage auf Zahlung, daß die Ware vertragswidrig einem Dritten geliefert worden sei **7 171**, 194.

S c h e n k u n g. — Zustandekommen eines Schenkungsvertrages **3 1**, 228.

M i e t e. — Mietdauer **2 1**, 293. — vereinbarte Abweichung von den gesetzlichen Kündigungsbestimmungen **3 1**, 236, 241; **4 52**; **5 214**. — Fall des § 537 **1 1**, 363; **3 1**, 231. — Fall des § 544 **3 1**, 231. — im Falle des § 548 **4 178**. — nach § 549 **1 1**, 367. — nach § 561 Abs. 1 u. 2

1 1, 371, 372. — angemessener Mietzins **3 1**, 211. — *relocatio tacita* **3 1**, 237. — Klage wegen Unbenutzbarkeit der Mietfache **3 2**, 455. — Räumungsklage; Ablauf der Mietzeit **3 2**, 449.

D a r l e h e n. — vom Gesetz abweichende Kündigungsfristen (b. Darlehen) **3 1**, 245; **4 187**; **7 793**. — bei Schuldscheinen **3 1**, 243; **4 186**; **7 231**, 232. — Darlehen oder Schenkung? **5 221**. — B. im Falle des § 609 Abs. 2 BGB.? **7 232**.

D i e n s t v e r t r a g. — angemessene Vergütung **3 1**, 211. — Unentgeltlichkeit einer Dienstleistung **3 1**, 252. — im Fall des § 615 Satz 2 **2 1**, 344; **4 197**; **5 231**. — im Fall des § 616 Satz 2 **1 1**, 344.

V e r t r a g. — Vereinbarung der Vergütung **2 1**, 372; **3 1**, 211, 267. — Klage auf Zahlung der Vergütung für ein noch nicht abgenommenes Werk **3 1**, 269. — im Falle des § 635 **2 1**, 378. — Verlängerung der Verjährungsfrist des § 638 **5 249**. — Mäckerlohn **2 1**, 392; **3 1**, 211; **5 261**. — Erfüllung der Bedingungen bei der Ausübung **1 1**, 404. — Erfahnspruch des Mandatars aus § 670 **4 220**; **5 264**. — Geschäftsführung ohne Auftrag: Nichtvorliegen eines Auftrags **2 1**, 413. — Willens- u. Interessenkriterium bei Geschäftsführung ohne Auftrag **2 1**, 418. — *animus donandi* im Fall des § 685 **1 1**, 412; **2 1**, 423. — Schuldbekennen u. Schuldanerkenntnis **5 71**. — *cautio indiscreta* **5 71**. — Schuldschein mit *fiat causa* **5 72**. — *condictio causa data causa non secuta* **1 1**, 265 f. — *condictio indebiti* **1 1**, 265. — Eisenbahnunfälle **4 84**. — bei Versicherungsverträgen **6 91**. — bei Schadensklagen wegen Tötung oder Körperverletzung: Beweis von der Widerrechtlichkeit ausschließenden Umständen **6 91**. — Wechsel: Behauptung der nachträglichen Änderung **1 3**, 125; bei Feststehen der Echtheit der Unterschrift **1 3**, 170, 171. — im Falle des § 1166 BGB. **3 2**, 449. — bei negativen Feststellungsklagen **1 3**, 106, 125. — qualifiziertes Geständnis **3 2**, 452–455. — im Fall der Verschlechterung bei Verpflichtung z. Rückgewähr **7 141**. — bei unerlaubter Handlung s. diese. — bei Schadensklage gegen e. Anwalt wegen Veräußerung d. Einlegung e. Rechtsmittels; Nachweis, daß das Rechtsmittel keinen Erfolg gehabt haben würde **7 792**. — Bescholtenheit der Braut bei Rücktritt von Verlöbniß **7 793** (s. Verlöbniß). — Behauptung d. auf Zahlung des Kaufpreises Beklagten, daß Verkäufer die Ware verabredungswidrig dem Dritten ohne Zahlung d. Kaufpreises ausgehändigt habe **7 793**. — Ermittlung geschichtlicher Tatsachen **7 793**. — Klage d. Eigentümers auf Herausgabe der

(Beweislast)

Nutzungen oder Erfaß wegen Vernachlässigung der Sache oder der Nutzungen **4 339**. — bei der Behauptung e. Rechts an e. fremden Grundstück **1 1, 550**. — bei Einwendungen gegen d. Klage wegen Beeinträchtigung d. Eigentums **1 1, 550, 551, 627; 3 1, 407, 409; 2 1, 547; 4 325; 5 398**. — für den Mangel d. Verschuldens beim Überbau **1 1, 558**.

Beweismittel. — Fälschung von B. **4 664, 665**. — Beweisergebnisse eines anderen Prozesses s. Beweismwürdigung; — Strafakten **5 796** (s. Beweismwürdigung). — Strafurteile **1 3, 176; 6 810**. — Verlust e. Beweismittels; wer trägt die Gefahr **6 833**. — Wegnahme von Beweismitteln im Wege der Selbsthilfe **1 1, 142**. — für den Beweis der Erbfolge; Beweismittel neben dem Erbschein **7 793**. — Schlüsse aus dem Verhalten der Partei **7 793**. — Gutachten auf Grund privater Information **7 793**.

Beweismwürdigung vgl. Schadensfeststellung, Schadenserklärung, Beweisangebote, Vermutung. — wann darf etwas als erwiesen angesehen werden? **4 693; 6 807, 808**. — Ablehnung von Beweisangeboten s. Beweisangebote. — Nachprüfung durch das Revisionsgericht **1 3, 126**. — bei Einigkeit der Parteien über die Auslegung einer Willenserklärung **1 3, 126**. — eines Vertrags **5 795, 796; 7 794**. — Unterlassen der Würdigung einzelner Tatsachen **1 3, 127; 3 2, 450; 6 808** (s. Urteil). — Bezeichnung der konkreten Tatsachen, aus denen eine Überzeugung geschöpft wird **4 694**. — bzgl. innerer Vorgänge **1 3, 125; 6 810**. — nicht vorgebrachte Tatsachen **1 3, 127; 3 2, 450; 6 808** (nicht vortragener Aktieninhalt). — Sachverständige: kann die Überreichung eines Gutachtens durch die Partei einen Sachverständigenbeweis ersetzen **1 3, 125**. — müssen d. Zeugen, bei denen sich der Sachverständige informierte, vernommen werden **1 3, 126**. — Bewertung eines vor Verhandlung eingereichten Gutachtens **4 685**. — Erfahrungssätze als Beweisgründe **5 69, 70**. — Berücksichtigung des Inhalts eines wichtigen Vertrages **3 2, 450**. — Vermutung u. B.-B. **3 1, 72**. — B. u. Beweislast; Trennung **1 1, 146**. — Nichtberücksichtigung von Beweisangeboten über die Glaubwürdigkeit eines Zeugen **1 3, 126**. — Eindruck eines Zeugen auf den beauftragten Richter **5 796; 6 807**. — Vermutung eines vor Verhandlung eingegebenen Augenscheins **4 685**. — Beachtung v. Auslassungen eines Zeugen nach seiner Vernehmung **3 2, 476**. — Schlüsse aus dem Verhalten der Partei **7 793**. — Schlussfolgerung aus der Nichtentbindung eines Zeugen von d. Schweige-

pflcht **3 2, 476**. — keine bindende Kraft der Strafurteile **1 3, 176; 6 810**. — bei erwiesenem Verschulden keine Vermutung dafür, daß das Verschulden kausal für den Schaden war **4 693**. — freie Beweismwürdigung über Kausalzusammenhang bei Schadenserklärungen **5 797**. — Weigerung der Frau, sich auf ihren Geisteszustand untersuchen zu lassen **4 707**. — Berücksichtigung e. ohne Zuziehung d. Gerichtsschreibers u. der Parteien vorgenommenen Augenscheins seitens des Erstrichters; Stellung des einen formgerechten Augenschein einnehmenden Berufungsgerichts zu diesen Feststellungen **6 808**. — ist bei Würdigung e. Beweises von der Annahme auszugehen, daß die Partei das Gesetz gekannt habe? **6 808**. — darf der Richter aus der Tatsache allein, daß der Beklagte eine Behauptung des Gegners bestritten u. Beweis hierfür verlangt hat, Schlüsse zu seinen Ungunsten ziehen? **6 808**. — Benutzung der Zeugenaussage einer später als Partei in den Prozeß eintretenden Pers. **6 754, 808** (s. Zeuge); **7 793, 816**. — Nachprüfung des Revisionsgerichts, ob die Grundlage, auf der sich der Berufungsrichter die Überzeugung von der Unglaubwürdigkeit eines Zeugen verschafft hat, richtig ist **6 809**. — Einfluß der Vorbehalte „soviel ich weiß“ usw. auf die Würdigung e. Zeugenaussage **6 809**. — Würdigung der Aussage des Bedenten bei Abweichung von den Angaben des Revisionsrichters **6 809**. — Voraussetzung für Annahme, daß eine Urkunde den vollen Vertragswillen beider Parteien enthalte **6 809**. — Auslegung von Urkunden **6 809**. — eventuelle Annahme der Wiederaufhebung e. Vertrags, dessen Abschluß überhaupt bestritten wird **6 809**. — Zugeständnis über eine unmöglich richtige oder notorisch unrichtige Tatsache **4 695; 6 811** (s. Geständnis). — darf e. vom Gegner bestrittene Tatsache dann gleichwohl als zugestanden erachtet werden, wenn sie dem Behauptenden selbst ungünstig ist? **6 781**. — zu Unrecht durch Beweisbeschluß auferlegter, geleisteter richterlicher Eid **6 844**. — Erklärung d. Richters, daß er eine bestimmte Überzeugung nicht habe gewinnen können **7 794**. — vom Gericht z. Teil für glaubwürdig, zum Teil für unglaubwürdig gehaltene Zeugenaussage **7 794**. — Feststellung d. Folgen d. Vertragswortlauts für einen von d. Partei bei Vertragsschluß nicht bedachten Fall **7 794** (s. Auslegung). — für Kausalzusammenhang (s. diesen) **7 795**. — Angabe der leitenden Überzeugungsgründe im Urteil; Erörterung aller einzelnen Tatsachen u. Beweisangebote; Zurückweisung e. bewiesenen Erklärung durch die bloße Bemerkung: „es handle sich nur um eine Re-

denkart“ 7 795. — Nachprüfung zugestandener Tatsachen 7 796. — Verwertung d. Aussage e. zu Unrecht als Zeuge vernommenen Person 7 815.

Verwertung der Ergebnisse eines anderen Prozesses 13, 160, 161; 5 812. — Zeugen- u. Sachverständigen-Aussagen; Abschneiden eines angetretenen weiteren Zeugenbeweises 13, 127; 32, 160, 161; 5 796. — Eide e. anderen Prozesses 13, 126. — Protest der Gegenpartei; erst in der 2. Instanz erhobener Protest 7 794 (3). — Verwertung der in einem anderen Prozesse abgegebenen Zeugenaussagen, wenn die Gegenpartei die Vernehmung dieser Personen beantragt hat 32, 161; 7 794. — Ablehnung e. Zeugenbeweisanspruchs, weil aus der Aussage des Zeugen in einem anderen Prozesse bereits das Gegenteil hervorgehe 13, 161; 5 812. — in einem Strafprozeß unbeeidigt abgegebene Zeugenaussage 5 796. — Verwertung der ganzen Beweisaufnahme e. Strafprozesses 5 796. — Einverständnis beider Parteien über Verwertung d. Zeugen- und Sachverständigen-Aussagen e. Strafverfahrens 6 810. — Erklärungen, Geständnisse des Beklagten in einem anderen Prozesse 6 810; 7 793. — Schriftsätze u. Korrespondenz e. früheren Prozesses 6 810. — Strafurteile (s. diese) 6 810. — Benutzung der im Verwaltungsverfahren abgegebenen Gutachten im Enteignungsprozeß 6 810. — Verwertung der in einem Ermittlungsverfahren abgegebenen Zeugenaussage 6 833. — von der Partei bei der mündlichen Verhandlung vorgetragenes Beweisergebnis e. unmittelbar vorher vor dem gleichen Gericht verhandelten Prozesses 7 793. — eidliche Vernehmung des später z. Partei gewordenen Zeugen (s. Zeuge) 6 808; 7 793. — eidliche Schätzung d. Schadens durch die Partei in einem früheren Prozeß 7 793. — Zeugenaussage des jetzigen gesetzlichen Vertreters d. Partei in einem Strafverfahren 7 793. — Verwertung der Zeugenaussagen e. anderen Prozesses als Urkundenbeweis auf Antrag der beweispflichtigen Partei 7 794.

Bewußtlosigkeit s. Geschäftszurechnungsfähigkeit — im Sinne des § 105 BGB. 11, 61; 21, 41. — B. d. Adressaten hindert nicht die Wirksamkeit d. zugangsbedürftigen Willenserklärung 4 41.

Bezeichnung des Grundstücks in der Eintragungsbewilligung s. Grundstück.

Bibliothek. — Leihbetrieb 4 186.

Bienen. — Fliegenlassen von B., Schädigung hierdurch, Selbsthilfe 21, 547; 31, 409 f. — Anwendung des § 906 BGB. auf die Einwirkung durch das Einbringen von B. 7 403. — Recht, B. zu halten, insbes. des Nutznießers, des Mieters 11, 618. —

Recht des Nutznießers auf den Honigertrag 11, 618. — Die B. ein mildestes Tier? Eigentum daran 11, 618.

Bienenstockwurm. — Unverzüglichkeit der Verfolgung 11, 618. — Zueignung herrenloser Schwärme 11, 618 f. — Einbringen in fremde Grundstücke; Ersatz des an den Waben angerichteten Schadens; Vereinigung mehrerer Schwärme; Einbringen in eine fremde besetzte Bienenwohnung 11, 619.

Bierhandel s. Flaschenbierhandel. — Unterjagung d. Kleinhandels mit Bier 4 936.

Bierkutschervertrag 7 247.

Bierlieferungsvvertrag s. Zäpfelvertrag, Warenentnahme. — rechtl. Natur 11, 226; 31, 210, 249; 4 194, 654; 21, 293, 331. — gegen die guten Sitten verstoßender 31, 46, 47; 4 46; 5 43, 220 (s. gute Sitten). — Vertragsstrafe s. Zuwiderhandlung 4 129; 5 147. — Eintritt eines Dritten im Wege der Schuldübernahme 31, 202. — Abtretung an mehrere Brauereien 5 165. — Übergang an den Rechtsnachfolger 7 181, 541 (Erben). — Rücktrittsrecht (§ 157) 5 52; wegen fortgesetzter Lieferung vertragswidrigen Bieres 31, 161; 5 142. — Rücktritt bei Verschmelzung der Brauerei mit einer anderen 5 141. — Bedingungen 5 52. — pactum de mutuo dando 5 220. — Übergangsrecht: nach 1900 fällige Lieferungen eines vor 1900 geschlossenen Vertrags; Rücktritt, Vertragsstrafe 31, 694. — keine Pflicht des auf Schadensersatz belangten Wirtes auf Auskunft über seinen Bierbezug bei Dritten 6 71, 95; 7 117. — Anwendung des § 559 BGB. 5 212. — vertragl. Verpflichtung, während d. Dauer e. Mietverhältnisses das Bier von dem e. Darlehen gewährenden Vermieter zu beziehen; Rückzahlung d. Darlehens durch Zahlen e. Überpreises für das Bier 4 919. — Verpflichtung, daß der jeweilige Inhaber e. Wirtschaft auf die Dauer von 15 Jahren das Bier von e. bestimmten Brauerei entnehmen müsse 4 919. — Verpflichtung d. Wirtes zu mehrjährigem Bierbezug unter Vertragsstrafe bei Verkauf d. Wirtschaft an ihn seitens d. Brauerei bedeutend unter dem wahren Wert; Bindung d. Brauerei an den B.? 7 67, 68. — Recht d. Brauerei, im Fall ihres Beitritts zu einem Ring den vom Wirte bisher bezahlten ortsüblichen Preis zu erhöhen? 6 68. — Auslegung d. Vertragsbestimmungen über Bierpreiserhöhung 7 100, 101. — positive Vertragsverletzung durch unberechtigte Bierpreiserhöhung d. Brauers 7 161.

Bieten s. auch pacta de non licitando, Mitbieten. — Abhalten vom B. bei öffentl. Versteigerungen 11, 82; 4 42, 43; 5 40. — Vereinigung zu gemeinsamem B. 4 47; 5 129.

Bieter. — Irrtum des B. im Zwangsversteigerungsverfahren 2 1, 51. — Form des § 313 BGB. für Verträge unter B. in Versteigerungen über die demnächstige Übertragung e. Grundstücks 3 1, 154.

Bilanz s. Aktiengesellschaft, GmbH., Genossenschaftsgesetz, Hypothekendarlehen.
— Eröffnungsbilanz bei Mangel von Aktiven u. Passiven 5 645. — bloße Gegenüberstellung von Aktiven u. Passiven je in einer Summe 2 2, 40, 41 (2). — Darstellung der einzelnen Vermögensgegenstände nach ihren Werten, nicht des Wertes des Geschäftes in seinen Ertragsergebnissen 2 2, 41. — Vortrag der Aktiva unter ihrem Wert, gänzliche Abschreibung 2 2, 41; 6 615 (2). — Unterlassung des Vortrags von Aktiven auf Grund des Gesellschaftsstatuts 2 2, 42. — Eröffnungsbilanz bei Vergrößerung e. minderkaufmännischen Betriebs zu einem vollkaufmännischen; bisherige freiwillige Buchführung 7 598. — Führung mehrerer selbständiger Geschäfte 7 598. — deutsche Sprache 2 2, 42. — Stenographie? 2 2, 42. — hebräische Sprache oder Schrift 2 2, 42. — Behandlung der für die Fassen e. Geschäftes bezahlten Summe 7 598. — derivativ erworbene Firma als Aktivum der Eröffnungsbilanz 2 2, 40. — unentgeltlich hergegebene Grundstücke 2 2, 41. — noch nicht aufgelassene Grundstücke 2 2, 41. — „Bafatanzeige“ für gewisse Vermögensstücke? 3 2, 15. — Einstellung einer Erfindung als Aktivum seitens des Erfinders? 3 2, 15. — gänzliche Abschreibung von Geschäftsaktiven 2 2, 41; 6 615 (2); 7 611. — die wirkliche Abnutzung übersteigende Abschreibungen 4 563. — Bemessung d. Abschreibungen in steuerrechtlicher Hinsicht 6 615, 637; 7 611. — Behandlung der Hypothekenschulden 5 645. — Gewinnverteilungsbilanz (Untersch. zwisch. Anlage- u. Betriebsvermögen; Verteilung eines unrealisierten Gewinnes 4 563. — Aufnahme d. Privatvermögens in die Bilanz d. Einzelkaufmanns? 6 613; 7 597 ff. — Aufnahme d. Privatverbrauchs e. Einzelkaufmanns 7 598. — in nicht buchungspflichtigen Nebengeschäften stehendes Privatvermögen e. Einzelkaufmanns 7 598. — Einstellung der für Forderungen e. Kaufmanns bestellten Pfänder? 6 615. — „Vermögen“ im Sinne des § 39 BGB. 6 615. — „Abschluß“ im Sinne des § 39 BGB. 6 615. — Einstellen bedingter Forderung u. Verbindlichkeiten 7 598. — echte u. unechte Debitoren 7 599. — Gebrauchs- u. Anlagegegenstände 7 599. — immaterielle Werte, Patente 7 599. — Veräußerungsgegenstände (Waren, Fabrikate) 7 599, 611, 642. — die noch zu fördernde Substanz in Bergwerken 7 599 (2). — Abschreibungen auf Bergbau-

berechtigung 7 643. — Einstellung d. Wertes d. Geschäftes im ganzen? 7 599. — Einsetzung e. anderen als des Verkaufswertes 7 599. — Gefälligkeitswechsel 7 599. — uneinbringliche Forderungen 7 599. — Unterlassung d. Angabe, daß d. Tilgung von Kaufpreiszinsen nicht in bar, sondern durch Aufrechnung stattfinde 7 600, 641. — Wertanjab von Gebrauchsgegenständen 7 611. — mißlungene Fabrikate 7 643. — Bilanzierung d. Zweigniederlassung 7 642. — noch nicht abgerufene Abschlüsse 7 642. — ausländische Gesellschaften 7 642. — Verschleierung des Vermögensstands durch Vermischung unter sich verschiedener Konten 7 642. — Prinzip d. Bilanzwahrheit 7 641. — Vermengung e. bei Verkauf erzielten erheblichen Gewinnes zu Mehrabschreibungen 7 642. — Übertragung u. Vermengung von Konten 7 709. — Zinsen, Rückstellungs- u. Ergänzungszinsen in der Bilanz 6 615, 616. — antizipierte Gewinne u. Verluste; noch nicht verrechnete Gewinne u. Verluste als Ergänzungsposten 6 616. — Zusammenfallen des Geschäftsjahres mit dem Kalenberjahr? 2 2, 41. — B. für kürzere Zeit als 12 Monate 2 2, 41. — darf die Eröffnungsbilanz 12 Monate übersteigen? Zustimmung aller Aktionäre 2 2, 41, 168. — Anfechtung e. genehmigten B. 2 2, 41.

Bild s. unerlaubte Handlungen, Persönlichkeitsrecht, Photographieschutz, Urheberrecht. — Recht am eigenen Bild; Wesen, Grundsätze 1 1, 16 f.; 2 1, 9 ff.; 3 1, 5 f.; 4 5 f. — unerlaub. Photograph. 1 1, 470, 474; 2 1, 10 f.; 3 1, 6. — mißbräuchliche Verwertung einer Photographie 1 1, 470; 3 1, 358. — Verhältnis zum Namenrecht 4 6. — identische Verwendungs des Rechts am eigenen B. 4 6. — Stellung des 27. Deutschen Juristentages 4 6. — ehrverletzende Karifizierung 2 1, 10, 11; 3 1, 6; 6 5; 7 7. — nicht kränkende Karifizierung 6 5. — Karifizierung der Zeitgeschichte angehöriger Personen 6 5. — Beweislast 6 5. — Recht der Hinterbliebenen des Verletzten 6 5. — Ansichtskarten als B. i. S. d. § 14 GewD. 4 920. — unbefugtes Anfertigen d. Bildes e. Toten 7 4. — Verwendung fremder Bildnisse als Warenzeichen (s. dieses) 7 7. — Einwirkung d. Rechts am eigenen B. auf die Eintagbarkeit am Warenzeichen 7 1157. — Rechtsschutz gegen Karifikationen 7 1157.

Bildwerke s. Photographien, Druckschriften. — im Sinne des § 44 GewD., gewebte, gewirkte B., gestickte Hausjagen 4 941.

Binnen-schiffahrt s. Schleppvertrag, Dispathe, Seerecht, Strandungsordnung, Kaiser-Wilhelm-Kanal.

Anw endungsgebiet. — nicht zum Erwerbe bestimmte Schiffe 2 2, 270. — Bagger u. Bagger-schuten 2 2, 271. —

zu einer Seereise verwendetes Flußschiff 2 2, 271; 7 688. — ständig sowohl zur Seefahrt als zur Fahrt auf Binnengewässern verwendete Schiffe 2 2, 271.

Schiffseigner. — „Dritter“ im Sinne des § 2 2 2, 271. — „Dritter“ im Sinne des § 3 2 2, 271. — rechtl. Natur der Schadenshaftung des Schiffseigners 2 2, 271; 6 719. — Haftung des Schiffseigners für Verschulden der Schiffsbefahrung (§ 3 u. 4) 5 730; 7 701 (gegenüber dem Ausrüster), für Verschulden d. Erfüllungsgehilfen 7 701. — Ausrüsterverhältnis nach § 2 3 2 118 (Überlassen des Schiffes gegen Entgelt an einen Dritten); 7 701. — Die Geltendmachung der beschränkten Haftung nach § 4 gehört in das Zwischenurteil über den Grund 2 2, 271. — vereinbarter Ausschluß der Haftung des Schiffseigners für Fahrlässigkeit des Schiffers 3 2 119. — Führung des Schiffseigners für Fahrlässigkeit seines Schiffes im Hafenverkehr (§ 8 Abs. 4) 4 657. — Ladeseinkaufel „frei von Beschädigung“ 7 701. — Haftung bei Schleppzügen 2 2, 271, 272 (Beweislast). 4 656 (f. Schleppvertrag). — Haftung d. Schiffseigners f. Auswahl d. Schiffers 7 701. — Zuständigkeit des Rheinschiffahrtsgerichts für Anspruch gegen Schiffsführer u. Schiffseigner nach §§ 823 ff. BGB. 6 719. — Beschränkung d. Haftung auf Schiffe u. Fracht (§ 4) bei den nach den Hamburger Ewerführerbedingungen geschlossenen Frachtverträgen? 6 719.

Schiffser. — Begriff des Schiffers; ständige Anstellung? 2 2, 272; 7 702. — steht die Wahl e. Standplatzes außerhalb d. Schleppschiffes der Annahme e. Eigenschaft als Schiffsführer entgegen? 7 702. — kann das nach § 11 um Weisaufnahme angegangene Gericht den Antrag als verspätet abweisen? 2 2, 272. — Vollmacht des Schiffers zum Abschluß eines Vertrags über Hilfsleistungen und deren Vergütung im Fall einer Schiffahrtsnot, aber keine Vollmacht zum Vertrag über die Vergütung einer bereits geleisteten Hilfe 3 2, 119. — unmittelbare Wirkung der vom Schiffer geschlossenen Verträge für und gegen den Schiffseigner 4 651, 656. — Pflicht zur Zuziehung e. besonderen Kanalfsteuerers auch ohne Verlangen d. Zwangsloten 7 702.

Schiffsmannschaft. — Begriff 2 2, 272. — hat der Schiffsmann ein Recht, bis zur Beendigung d. Reise u. Entlöschung des Schiffes im Dienst behalten zu werden? 6 720. — Anwendung der

§§ 611 ff. BGB. auf die Angestellten 1 1, 383.

Frachtgeschäft. — im Frachtvertrag, aber nicht im Ladesein in Bezug genommene Bedingungen 7 703. — allgemeine Geschäftsbedingungen (f. diese) als lex contractus 6 720. — Abschluß von Frachtverträgen seitens e. Schiffereignenschaft, die keine eigenen Schiffe besitzt, sondern nur den Zweck hat, Transporte durch ihre Mitglieder der Reihe nach ausführen zu lassen 7 702. — Änderung der für den Frachtvertrag maßgebend. gesetzl. Beding. durch die nach Vertragsabschluß erfolgte Übersendung des Konnossements mit den allgemeinen Geschäftsbedingungen? 6 720. — Unterschied von Schleppvertrag (Wahrstamsübertragung) 2 2, 232, 272; 3 2, 101 (f. Schleppvertrag); 4 656. — wann hat der Empfänger die Fracht zu zahlen? 3 2, 119; insbesondere bei Übernahme der Böschung durch den Schiffer 3 2, 120. — Anwendung des § 432 BGB. bei Beteiligung mehrerer Frachtführer 3 2, 119. — Ladzeit, wenn ein Schiff im ganzen verfrachtet, die Ladung aber in verschiedenen Häfen einzunehmen ist 7 703. — Einwand, der Schiffer habe an der Einhaltung der Ladzeit kein Interesse gehabt, gegenüber dem Anspruch auf Liegegeld 2 2, 272. — Liegegeld im Falle des § 30 auch für Sonn- u. Feiertage 6 720. — vereinbarte Einrechnung von Sonn- u. Feiertagen in die Überliegezeit 7 703. — keine Anwendung des § 32 (über Höhe des Liegegeldes), wenn nicht nur Beförderung, sondern auch längere Lagerung im Schiffe vereinbart war 2 2, 272, 273. — Bedeutung der Klausel des Schiffsbefrachtungsscheins: „für Überschreitung der Bösch- u. Ladzeit ist der Befrachter nicht verantwortlich“ 6 720. — Rücktritt nach § 36 bei einem Vertrag, dessen Hauptgegenstand neben der Beförderung in längerer Lagerung des Gutes besteht? 3 2, 120. — Voraussetzungen der Lade- u. Böschungsbereitschaft 2 2, 273. — Beginn der Ladzeit (§ 31), wenn die Ladung aus e. bestimmten Seeschiff kommen soll 6 720. — kein Verlust des vom Empfänger zu zahlenden Liegegeldes, wenn die Mitteilung an den Absender von der Annahmeverweigerung des Adressaten unterbleibt 2 2, 273. — Anspruch auf Liegegeld nach § 41, wenn bei täglicher Ausladung e. vereinbarten Tageminimums die gesetzliche Böschfrist überschritten wird 6 721. — Anspruch auf tägliche Auszahlung d. gesetzlichen Liegegeldes (§ 49) 6 721. — Umfang der Beweisspflicht zwecks Befreiung von der Haftung für Verlust und Beschädigung des Frachtgutes 2 2, 273. — Berechnung e. im Ladesein vereinbarten Frists für

(Binnenschiffahrt)

Entgegennahme der Ausladeorder 6 720; 7 703. — Anweisung e. Ausladestelle seitens d. Empfängers als Verzicht auf e. vereinbarte unentgeltliche Wartezeit 6 720. — wann ist Bezugung von Sachverständigen zur Feststellung des Zustandes des Gutes nach § 61 nötig? 2 2, 273; 6 721 (schon bei Annahme konstatiertes Manko). — Fehlen e. Reihe von Brettern aus e. Ladung u. äußerlich erkennbarer Mangel nach § 61? 6 721. — Befreiung von der Feststellungspflicht des § 61 bei Ladefcheinlaufeln, daß der Schiffer auch in den Fällen des § 59 Ziff. 4 haften soll? 6 721. — Verweigerung d. Erteilung e. Vollquittung über die Ladung seitens d. Empfängers bei Unterlassung d. Schadensfeststellung nach § 61 6 721. — dauernde Verhinderung des Reiseantritts 5 730 (Rücktritt). — Rücktrittsrecht des Frachtführers bei zeitweiser Verhinderung des Antritts oder der Fortsetzung der Reise? 5 731. — niedriger Wasserstand als zeitweiliges Reisehindernis 5 731; 7 703. — Einstellung d. Schiffsahrt als Erfüllungsunmöglichkeit 5 110. — Pflicht z. Entloshung über die ortsübliche Arbeitszeit hinaus? Duldung der Entloshung 7 703. — Charakter des Ladefcheins 3 2, 120. — Recht des gutgläubigen Erwerbers eines Ladefcheins auf Auslieferung der im Ladefchein verzeichneten Güter ohne Rücksicht auf die Verladung 3 2, 120. — Dauer der Löschzeit, wenn der Schiffer sich durch einen Ladefchein verpflichtet, die Ladung nach 2 verschiedenen Löschplätzen zu bringen 4 656. — Auslieferung der Güter seitens d. Frachtführers „frei ab Schiffsbord, frei ab Kahn“ 6 721. — Beifügen einer versiegelten Probe u. Verweis hierauf im Ladefcheine steht dem im § 76 verlangten Vermerk im Ladefcheine gleich 2 2, 273. — Begriff d. Schiffsahrtsunfalles im Sinne des § 87 d. Bedingungen der Elbchiffsahrtsgesellschaften 6 721. — Erculpationsbeweis d. Ladungsbeteiligten (§ 58) 7 703. — Anwendung des § 63 im Verhältnis zwischen Absender u. Frachtführer? Gegenbeweis des Frachtführers gegenüber dem Absender u. des Absenders gegenüber dem Empfänger gegen die Angaben im Frachtbrief 6 721. — Pflicht des Schiffers, die Ware bis zur Bordkante zu liefern (Berliner Usance) 5 701. — Frachtberechnung bei Feststellung der Ladung nach dem Zirkagewicht 5 701; 6 722. — Haftung d. Frachtführers bei Ablauf „frei von Beschädigung“ 7 701. — Pflicht d. Schiffers zur Tragung d. Ufergelbes bei Bedingung d. Ladefcheins „frei aus Land“? 7 703. — Auslegung d. Ladefcheinbestimmung: „nach richtiger Ablieferung erhalte ich die infl. sämtlicher

Kosten mit M... franco gegen Dieferschein bedungene Fracht.“ Begriff der sämtl. Kosten 7 703.

H a b e r e i.—erst in Zukunft zu befürchtende, nicht unmittelbar drohende Gefahr 2 2, 273. — Einrede des auf einen Beitrag zur großen Haberei in Anspruch genommenen Ladungsinteressenten, daß ein Verschulden der Besatzung vorliege 3 2, 120. — Verteilung der Habereikosten bei Schlepplügen 4 656; 5 731. — „vorsätzlich zugefügter Schaden“ im Sinne des § 78 5 731. — Zurückkehren in den Abgangshafen wegen Winterfrosts fällt unter § 82 Ziff. 5 2 2, 273. — Entschädigung des Schiffers, der die Überwachung des im Zwischenhafen überwinterten Schiffes selbst übernimmt 2 2, 273. — Begriff des Hafens 5 731. — Unterschied zwischen „Zwischenort“ § 83 u. Zwischenhafen 2 2, 273. — unabsichtliche Strandung (§ 82 Ziff. 3) als große Haberei 6 722. — Pflicht zur Zahlung des Habereibetrags vor Beibringung der verlangten Dispache eines Sachverständigen? 2 2, 274. **Z u s a m m e n s t o ß** f. Schiffszusammenstoß, Vergung und Hilfeleistung. — Verhältnis der Vorschriften des Gesetzes zur Strandungsordnung 4 657. — analoge Anwendung des § 8 StrandO. auf Vergung von Binnenschiffen 6 719. — Bergelohn nur bei „unmittelbar“ drohender, Hilfelohn auch bei sonstiger Gefahr 2 2, 274; 3 2, 120; 4 657. — Hilfelohnanspruch des Schiffseigners, der sein Schiff mit einem anderen ihm gehörigen Schiff rettet 4 657. — Verlassen des noch im Lau des Schlepvers verbliebenen Schlepffahrzeugs seitens der Mannschaft 2 2, 274. — wann ist ein Schiff „von der Besatzung verlassen“ (§ 93) 3 2, 120. — können die einzelnen Schiffsleute des die Rettung ausführenden Schiffes den Hilfelohn geltend machen oder nur der Eigner des rettenden Schiffes? 4 657. — Anfechtung d. Vereinbarung e. Hilfelohns für Errettung von Flußschiffen; Anwendung des § 741 HGB.? 6 722.

S c h i f f s g l ä u b i g e r.— ist im Falle des § 114 auch der Dritte, der das Schiff nach Entstehen der Forderung erworben hat, beschränkt persönlich haftbar? 2 2, 274.

Bistümer als juristische Personen? 7 18.

Blankett f. Schriftform. — ermächtigt Auitungsblankett z. Leistungsempfang 1 1, 270. — Bl.-Unterschriftsbeuglaubigung 3 1, 43; 3 2, 250; 5 1027; 7 1036 (f. Beuglaubigung). — Bl.-Unterschrift 3 1, 40, 41, 42. — Bl.-Wille 1 1, 105, 411; 2 1, 411. — Bl.-Erklärung; Wesen; Vordatierung; Zulässigkeit bei gesetzlich gebotener Schriftform? mißbräuchliche Ausfüllung; Schutz der gutgläubigen Dritten bei miß-

bräuchlicher Ausfüllung; Erlöfchen d. Ausfüllungsrechtes; Konkurs d. Ausstellers, der Ausfüllungsberechtigten 7 33, 34.

Blankzession f. Abtretung. — von Hypotheken? 7 33.

Blinde f. Testament, Willenserklärung, Urkunden. — einfache Schriftform bei Bl. 1 1, 75. — Erklärung u. schriftl. Form gegenüber Bl. 4 39.

Bodmerei f. Seerecht.

bona fides f. guter Glaube.

Bordell f. gute Sitten. — Darlehen zum Ankauf oder zur Einrichtung e. B. 4 43, 220; 5 43. — Schadensklage wegen B.-Betriebs in e. Nachbargrundstück; Anwendung des § 1004 BGB.? Einfluß der polizeilichen Duldung 7 364 (f. unerlaubte Handlung). — Darlehen zur Zahlung d. Kaufpreises f. e. B. 5 44. — Weinlieferung f. e. B. 2 1, 67. — Schankwirtschaft u. B. 4 927.

Bordellbauvertrag 5 44.

Bordellbetrieb. — Rechte der Nachbarn aus §§ 249 ff., §§ 823 ff. BGB. 1 1, 160, 464; 2 1, 493, 494; 3 1, 344; 4 269; 5 352 (vgl. unerlaubte Handlung § 823); 7 364.

Bordellgrundstück. — Kauf- u. Mietverträge über e. B. 1 1, 86; 3 1, 47; 4 42, 44, 45; 5 44.

Bordellhypothek 2 1, 483, 486; 4 259, 260; 5 43, 44, 321, 322, 432 f.; 6 298, 405, 422 f., 944; 7 329, 429 f., 442.

Bordellmobilien. — Kauf- u. Mietverträge über B. 5 44.

Börse f. Kursmäkler, Emission, Wertpapiere, Börfertermins-G. — zur Reform des B.-Gefehes 6 274; 7 1176. — Begriff d. B.; Unterschied von Markt 7 1169, 1170. — B.einrichtungen, B.norgansifation, offizielle Kursnotierungen Begriffsmerkmale? 7 1169, 1170. — Orte, an denen nur effektive Warengeschäfte abgeschlossen werden, keine B. 7 1170. — Zulässigkeit der freien Vereinigungen als Surrogate der bisherigen Produktenbörse 7 1169, 1170. — Verein Berliner Getreide- u. Produzentenhändler Börse 7 1169, 1170. — Berliner Frühbörse? 7 1169. — freie Vereinigung im Feenpalast zu Berlin 7 1170. — Genehmigungspflicht 7 1170. — B.naufsicht d. Handelsorgane, speziell in Berlin 7 1170. — staatl. Aufsichtsrecht gegenüber d. B.norganen, Ründigungsbureaus, Liquidationskassen u. a. 7 1170. — Begriff d. B.norgane; aufsichtsführende Handelsorgane, Staatskommissar kein B.norgan 7 1170, 1171. — wer hat die B.nordnung zu erlassen? 7 1171. — Vertretung d. Landwirtschaft im B.nvorstand 7 1171. — B.nehrengericht; rechtl. Natur, Aufbringung d. Kosten 7 1171. — Recht d. Berufungskammer d. Ehrengerichts z. Zurückverweisung an die Vorinstanz 7 1171.

308. Register zu I—VII.

Börferfchiedsgericht f. auch Schiedsvertrag, Bankier. — Unterwerfung der Börferbesucher durch die B.-nordnung unter das Schiedsgericht? 5 286; 7 1171. — Eintritt in die Mitgliedschaft e. B. als Unterwerfung 7 1171. — in den Geschäftsbedingungen d. Bankiers enthaltene Schiedsgerichtsklausel 7 1171.

Zulassung von Wertpapieren zum Börferhandel. — materielle Prüfung d. Prospektes seitens d. Zulassungsstelle? 7 1172. — Überwachung der Einhaltung der vom Emissionshaus übernommenen Verbindlichkeiten seitens d. Zulassungsstelle? 7 1172. — Vertagung d. Entscheidung über Zulassung 7 1172. — Prüfungspflicht d. Zulassungsstelle im Fall d. Prospektbefreiung 7 1172. — Beschwerde gegen d. Entscheidung der Zulassungsstelle; weitere Beschwerde? 7 1172. — Kritik des § 36 Abs. 3 c BörfG. 7 1172. — Ablehnung der Zulassung aus anderen Gründen als denen des § 36 Abs. 3 c? 7 1172. — Veröffentlichung von Auszügen aus dem gehörig veröffentlichten Prospekt 7 1172. — Angabe des Betrages der Sperrstücke in dem nach § 38 zu veröffentlichenden Prospekt 7 1173. — Zulassung von Kuzen 7 1173 (f. auch Börferterminsgeschäfte). — Anwendung d. Bekanntmachung d. Bundesrates über die Zulassung usw. auf Kapitalserhöhungen 7 1173. — neuer Prospekt bei Kapitalserhebung einer A.-G. 7 1173. — Ausschaffung d. Zulassungsstelle bei den in § 40 angeführten Wertpapieren im Falle der Prospektbefreiung 7 1173. — Beiseitigung d. Sperrjahres (§ 39 BörfG.) durch Verkauf d. Wertpapiere ohne Garantie e. demnächstigen B.notierung 7 1174. — Handel per Erscheinen 7 1174. — Prospekthaftung f. Emission. — Handel mit an der Börse nicht zugelassenen Wertpapieren; amtliche Preisnotierung solcher Papiere; Vermittlung d. Kursmäcklers 7 657.

Börfernordnung f. Börse.

Börferorgane f. Börse.

Börferpreis f. Kursmäkler, Emission, Börse. — wann kann von einem B. gesprochen werden? 2 2, 221. — Feststellung d. Ausweichefurse 7 1171. — Begriff 7 1177. — B. als Voraussetzung f. Annahme e. Börferterminsgeschäftes (f. dieses) 7 1177.

Börferterminsgeschäfte 7 1175, 1176 (f. Börfer-Differenz-G., Kassen-G., Bankier, Spiel, Kontogeschäfte). — Begriff d. B. nach der Rechtsprechung des ReichsG. 7 1177. — ernfliche Vereinbarung d. Parteien, daß im Verzugsfall der nicht-säumige Teil d. säumigen e. angemessene Nachfrist nach § 326 BGB. setzen müsse 7 1177. — Zeitgeschäft über nicht an der Börse gehandelte Papiere, Kuzen 7 1177.

(Börfterterminsgefchäfte)

— Börferpreis als Vorausfetzung d. B., gleicher Preis wie für Kaftaggefchäfte; an e. anderen Börfe feftgeftellter Preis, nicht notierter Börferpreis **2** 2, 221; **7** 1177. — Abfchluß an der Börfe nicht nötig **7** 1177. — nachweislich beabfichtigte effektive Abnahme der gekauften Stücke bei feftbeftimmter Lieferfrist **7** 1177. — handelsrechtliche Lieferungsgefchäfte als B.? **7** 1175, 1177. — Kaffantoforrent- u. Kontogefchäfte **7** 1175 (2), 1177. — Prämiengefchäfte **7** 1178. — Gefchäfte mit d. Beftimmung „feft Liefertermin . . . und täglich“ oder „lieferbar am . . .“ oder „täglich nach Käufers Wahl“ oder „Abnahme täglich bis fpäteftens . . .“ **7** 1178. — Kaufgefchäft über shares an d. Londoner Börfe **7** 1178. — Abfchluß von nach dem BörfG. verbotenen Gefchäften an ausländifchen Börfen; keine Nichtigkeit, keine Rückforderung **7** 1178. — Anwendung des § 68 BörfG. (neue Faff.) auf die legitimen Dedungs- u. Sicherungsfäufe u. Verkäufe in Getreide u. Erzeugniffen der Getreidemüllerei **7** 1181. — Auftrag z. Abfchluß z. B., Schadensanspruch wegen Nichterfüllung, Anspruch auf Provfifion, Auslagenerfaf? geleiftete Sicherheit; Schuldanerkenntnis, Rückforderung d. Geleifteten **7** 1180. — Auftrag zur Verbürgung oder Verpfändung für B.; Einwand d. Ungültigkeit d. Auftrags gegenüber d. Regreßklage des Bürgen **7** 1180. — Auftrag z. Zahlung u. Schuld aus einem B.; dem Beauftragten zu diefem Zweck gegebene Wechfel **7** 1180. — Zahlung mit dem von einem Dritten geliehenen Geld als Leistung i. S. d. § 55 BörfG. (neue Faffung)? **7** 1179. — Realifierung e. Depots als mit Einverständnis d. Kunden erfolgte Leistung **7** 1179. — Gewährung von Vorfchüffen auf Grund des übergebenen Depots u. Aufrechnung derfelben gegen Verluſte keine Leistung **7** 1179. — auf Anfuchen des Kunden, der prolongieren will, vom Bankier betätigte Abnahme der Effekten u. Belaftung d. Kunden m. d. Kaufpr. als Eingehung e. neuen felbft. klagbar. Depot- u. Lombardvertr.? **7** 1179. — Leistungen aus gegenseitigen B. **7** 1181. — bloße Einftellung e. Poftens in das Kontoforrent **7** 1178. — Anerkennung des Kontoforrentfalbos **3** 2, 84; **7** 1174, 1178, 1179 (Schriftform nötig?). — Anerkennung des Salbos eines sowohl gültige wie ungültige, aber nicht klagbare Börfergefchäfte umfaffenden Kontoforrents **4** 239 (f. Kontoforrent); **7** 1179, 1180 (2), 1181. — Aufrechnung gegen oder mit Forderungen aus B. **4** 137, 138; **6** 681. — An- u. Verkäufe von Effekten per medio bzw. per ultimo an der Londoner Börfe oder nach deren Regeln

5 285, 286; **7** 1178. — „Gefchäftsabfchluß unter Zugrundelegung eines Börferpreifes“; ift völlige Übereinstimmung der Preise nötig? **5** 285. — in Kenntnis der Nichtigkeit der B. vollzogene vertragsmäßige Aufrechnung mit rechtsbeftändigen Forderungen gegen nichtige B. **3** 1, 330. — Einwand gegenüber d. Rückforderung, daß fie gegen die guten Sitten verstoße (§ 817 BGB.), oder daß die Leistung e. fittlichen Pflicht entfprochen habe **7** 1178 f., **3** 1, 330. — Rückforderung des aus einem nach § 50 Abf. 2 BörfG. verbotenen B. Geleifteten (§ 814 BGB.); Zweifel des Leistenden über feine Leistungspflicht; Rückforderung feitens eines Bankiers; Rückforderung auf Grund ungerechtfertigter Bereicherung **5** 285 (2); **3** 1, 330 (f. ungerechtfertigte Bereicherung); **4** 259; **7** 1178. — Nichtigkeit verbotener B. **1** 1, 82. — im voraus geleiftete, nach Abwicklung genehmigte Leistung auf ein nach § 50 Abf. 2 BörfG. nichtiges Gefchäft **3** 1, 330. — Umwandlung einer Schuld aus e. unwirksamen B. in ein Darlehen **4** 187; **6** 273; **7** 1179. — Verwertung des Kundendepots feitens des Bankiers ohne Einverständnis des Kunden keine Leistung d. Kund. **6** 273. — f. Schulden aus B. gegebene Wechfel **3** 1, 303; **4** 1008; **1** 1, 429 ff.; **2** 1, 447; **7** 1179 (4). — Folgen des nach der Novelle den Eintragung in das Börferregister erfekenden Eintrags in das Handelsregister **7** 1178. — Berüchtigung der Nichteintragung ins Börferregister von Amts wegen **5** 285. — Verzicht auf den Registereinwand **5** 285. — Wirkung der Eintragung ins Börferregister auf die nicht nach dem Wortlaut des § 48 BörfG., wohl aber nach der Rechtsprechung des RG. als B. anzufehend. Gefchäft **3** 1, 305. — Verhältnis von §§ 66—69 BörfG. (alte Faff.) zu § 764 BGB. **2** 1, 450. — vom Bundesrat nach § 50 Abf. 1 BörfG. (alte Faff.) unterfagte B. **3** 1, 330. — im Ausland gefchlossene B. in Getreide u. Mühlenfabrikaten; Anwendung des § 50 Abf. 3 BörfG. (alte Faff.)? **2** 1, 762; **3** 1, 676; **7** 1178. — im Ausland gefchlossene B. Registereinwand **3** 1, 676; **7** 1178. — Unterfchied zwischen Kaftaggefchäften mit Stundung des Kaufpreifes bis zum Monatsende u. Ultimogefchäften **6** 273. — Abfchluß nicht direkt zwischen Mäkler u. Kunden, fondern unter „Aufgabe“ eines Bankiers; Anspruch des Bankiers auf Erlafz feiner Verwendung **6** 273. — Prolongation **6** 273. — „abfichtlich“ im Sinne des § 79 Abf. 2 BörfG. **6** 274. — Berufung auf Treu u. Glauben gegenüber dem Abfchnitt IV des Börfergefetzes **7** 99 (2). — Rücktritt vom Worpämiengefchäft; Prämien als Reugeld im Sinne

Fette Zahlen = Fahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

des § 359 BGB. 7 171. — Zahlung der Vorprämie bei Eingehung d. Geschäftes als Leistung zur Erfüllung vor oder nach Abwicklung 7 171, 1178. — Register- einwand u. Betrug: Auftragerteilung z. B. seitens e. nicht Eingetragenen in der Absicht, beim Fehlschlagen d. Register-, Differenz- oder Spieleinwand zu bringen 4 240, 7 1177; — Stempelpflicht unwirk- samer B. 7 1178. — Stempelpflicht bei Hinausschiebung d. Erfüllung e. Konto- geschäftes auf ultimo 7 1178.

Böslische Verfassung s. Ehecheidung.

Bote s. Anwesende, Abwesende, Vertrags- antrag. — Stellvertreter u. Bote 1 1, 71; 7 33, 73 f. — Willenserkl. d. B. 1 1, 78 (s. Willenserklärung). — unrichtige Übermittlung e. Erklärung 1 1, 72; 2 1, 56; 4 32; 5 34 (s. unrichtige Übermittlung). — unrichtige Übermittlung der dem Emp- fangsboten richtig u. zulässigerweise kundgegebenen Willenserklärung an den Empfänger 7 39. — Abgabe einer Er- klärung bei Abwesenheit des Adressaten gegenüber einem Dritten als Bote des Erklärenden: „Zugehen“ (s. dieses) 1 1, 78/79; 2 1, 64; 4 39; 5 38; 7 39. — durch d. Boten schriftlich übermittelte Offerte als Antrag unter Abwesenden; mündlich übermittelte als Antrag unter Anwesenden 7 62. — Briefträger, Bote od. Vertreter? 7 74. — Empfangsbote 7 73.

Botschaft (vgl. gute Sitten, unerlaubte Hand- lung §§ 823, 826) 1 1, 465, 479 ff., 480; 2 1, 67; 3 1, 339, 359, 360; 4 285; 5 329; 348 f.; 6 305, 317, 320, 321; 7 55, 359. — Inmungsbeschluß auf Geschäftssperre 3 1, 48. — Versendung schwarzer Listen (vgl. diese u. unerlaubte Handlung) grober Unfug? 2 1, 67. — Streitgegenstand bei Klage auf Unterlassung 7 725.

Brandunfälle. — Hilfeleistung bei B. als Geschäftsführung ohne Auftrag 6 262; 7 282, 283.

Branntweinhandel vgl. Gastwirtschaft. — Kleinhandel mit Branntwein nach § 33 GewD. 4 927, 928. — Verkauf zu Heil- zwecken; Konzeption 4 928. — Zusammentreffen mit Schankwirtschaft; besondere Konzeption für d. B.? 4 928. — Konzeption s. diese u. Gastwirtschaft. — Verkaufs- verbot für bestimmte Tages- u. Nacht- zeiten 4 975. — Verbot des Verhüllens von Fenstern u. Türen in Branntwein- schänken 4 976.

Braunschweig. — Miterbengemeinschaft e. Landgutes, das nicht Schriftförmig ist 7 297.

Brankinder vor 1900 geboren 1 2, 448; 2 1, 805. — vor 1900 geborene oder erzeugte B. des sächsischen Rechts 2 1, 803, 805, 806. — Anspruch a. Versorgung nach § 1 des RG. v. 13. VI. 95 betr. die Fürsorge für Witwen und Waisen der Angehörigen

des Reichsheeres 3 1, 705. — Vornamen- erteilung d. d. Mutter 2 1, 642 (sächs. R.). **Bremen.** — keine Fortgeltung des § 16 der bremischen Hafensordnung v. 14. X. 1888 5 616; 6 587. — Besitz der Witwe 5 632. **brevis manu traditio** 1 1, 589 f.; 3 1, 416; 4 332 (unmittelbarer Besitz des Er- werbers erforderlich): 5 404; 7 413.

Briefe s. Gilbrief, Einschreibebrief. — Ver- öffentlichung von Privatbriefen 5 5. — Persönlichkeitsrecht an B.; Verfasser oder Adressat als Schutzberechtigter (s. Pers- önllichkeitsrecht) 6 4, 5; 7 7. — „Zugehen“ bei Abholung von der Post 2 1, 63 (s. Zugehen). — bei Einwurf in den Brief- kasten 1 1, 78. — bei Nachsendung 3 1, 43. — Abholung postlagernder B. 3 1 43 (s. Post). — bei Bestellung in e. Gasthof 3 1, 43. — in Gefängnissen, Kranken- häusern, Kasernen 3 1, 43. — „Brief folgt“; Annahme e. Offerte durch Depesche mit Zusatz „B. f.“ 5 49, 50. — Besitz u. Eigentum an Briefen; Urheberrecht 6 30; 7 1158 f., 1161, 1162. — Auseinander- fallen d. Zeitpunktes d. Eigentumser- werbs u. des Zugehens von Briefen 6 55.

Briefgeheimnis zwischen Ehegatten 3 1, 471 (s. eheliche Gemeinschaft). — Verletzung unter § 823 BGB. fallend 3 1, 354 (s. unerlaubte Handlung).

Briefhypothek s. Hypothek, Hypothekenbrief. — Verurteilung zur Bewilligung einer „Hypothek“ bedeutet Verurteilung zur Be- willigung einer Briefhypothek 1 1, 666. — verheirathete Eintragung einer Buch- hypothek als B. 1 1, 667. — Entstehung als Eigentümerhyp. 1 1, 667; 2 1, 586. — Erwirkung der Briefübergabe Voraus- setzung der Erhebung der Pfandklage 5 424. — Bewilligung der Löschung durch den Eigentümer, der den Brief dem Gläubiger nicht ausgehändigt hat 1 1, 669. — Übergabe des Hypothekenbriefes durch sämtliche Miteigentümer des belasteten Grundstücks 2 1, 568.

G e l t e n d m a c h u n g. — Widerspruch wegen mangelnder Vorlegung des Briefes: rechtliche Natur u. Wirkung des Wider- spruchs 1 1, 696; 2 1, 593. — rechts- geschäftliche Abänderung der Befugnisse des Eigentümers nach § 1160 BGB. 1 1, 696 f.; 3 1, 447; 4 354; 5 431. — „unverzügliche“ Zurückweisung einer ohne Vorlegung des Briefes erfolgten Rün- digung 1 1, 697. — Klage aus der B. Einwand, der Kläger sei infolge Abtretung z. B. der Klagerhebung nicht Besitzer des Hypothekenbriefes gewesen 3 1, 403. — Nachweis des Gläubigerrechtes: Aner- kenntnis einer kraft Gesetzes erfolgten Übertragung, gerichtlich. Überweisungsbe- schluß 1 1, 695 f. — Unterbrechung der Abtretungserklärungen durch Erbgang

(Briefhypothek)

2 1, 593; 4 354; 7 446, 957, 967. — Unwendbarkeit des § 1155 Abs. 2 auf ursprüngliche Eigentümerhypotheken 2 1, 593. — maßgebende Zeitpunkt für den guten Glauben, Mangel der Beglaubigung 3 1, 446. — nachträgliche Beglaubigung 7 446.

Übertragung oder Belastung der B. — Eintragung ins Grundbuch 2 2, 429 f. — Übertragung durch den Konkursverwalter 1 1, 112. — Umschreibung auf eine Stiftung 1 1, 47. — Verpfändung; Unzulässigkeit der Verpf. ohne Übergabe des Briefes 6 391. — Pfändung der B.: umfaßt den Anspruch des Schuldners gegen den Drittbesitzer auf Herausgabe des Hypothekenbriefes 3 1, 405 f. — Übergabe des Hypothekenbriefes insbes. bei Nachpfändungen 6 1033. — Eintragung der Pf. ins Grundbuch 6 1033; 2 2, 429 f. Umwandlung in eine Sicherungs- oder Buchhypothek 1 1, 532, 666.

Briefträger s. Beamte. — kein Beamter mit öffentl. Gewalt (Art. 77 GGWB.) 3 1, 26. — Hilfsbriefträger kein Vertreter des Postfiskus 3 1, 24. — Vambriefträger kein Vertreter des Postfiskus 1 1, 50.

Briefwechsel. — Vertragschluß durch B. 1 1, 76; 3 1, 42 (vgl. Vertrag).

Bruchteile. — Zwangsversteigerung von Grundstücksbruchteilen 3 2, 291; 5 907.

Brunnen. — Bauwerk im Sinne des § 638 BGB. 2 1, 379; 3 1, 270; 4 207; 5 248. — B.-Deckel wesentlicher Bestandteil? 5 24. — Haftung d. Stadtgemeinde für B.-Reinigung 4 20.

Buchbinder. — Übersetzen d. Satzfehler d. Pressers (§ 254 BGB.) 5 99.

Bücherrevisor. — Werkvertrag 2 1, 374.

Buchhändler s. Preischleudern, unerlaubte Handlung § 823. — Übersendung von Büchern z. Ansicht als Vertragsantrag 3 1, 51. — buchhändlerisches Konditionsgeschäft als Wahlschuld 1 1, 170.

Buchhypothek s. Hypothek. — Ausschließung der Erteilung eines Hypothekenbriefes ohne Mitwirkung des Gläubigers 1 1, 666. — Eintragung der Ausschließung ins Grundbuch 6 409. — Mitwirkung des Gläubigers zu einer nachträglichen Ausschließung 1 1, 666. — verhehentliche Erteilung eines Briefes zu einer B. 1 1, 666. — verhehentliche Eintragung einer Hypothek als B. ohne Brief 1 1, 666. — verhehentliche Eintragung einer B. als Briefhypothek 1 1, 667. — Übergang auf einen anderen Gläubiger — aus der Erbengemeinschaft an einen der Miterben oder an den Vermächtnisnehmer — eintragungsbefürdigt 3 1, 389. — Löschung auf Antrag des Eigentümers trotz Zustellung des Pfändungsbefehles vor Stellung d. Löschungs-

antrags 2 2, 415. — Verfahren bei verhehentlich unterbliebener Eintragung der Ausschließung der Brieferteilung 6 1049. — Verfügungen des Fessionars vor Umschreibung der B. (§ 185 BGB.) 2 1, 93. — Umwandlung in eine Sicherungs- oder Briefhypothek 1 1, 532. Passivbetriebliger hierbei 2 2, 420. — Einwilligung der Ehefrau bei Gütergemeinschaft der Eigentümer 4 347. — Sicherung des Anspruchs auf Umwandlung durch Eintragung ins Grundbuch? Durch eine Vormerkung? Mitwirkung des jeweiligen Eigentümers u. des Gläubigers 1 1, 666.

Buchungszwang. — Antrag auf Anlegung eines Buchblattes Form 2 2, 474. — Antragberechtigung 3 2, 170. — Anhaltung zur Antragstellung durch Ordnungsstrafen? 7 977. — Anlegung eines Buchblattes auf Grund behaupteter Erziehung des Miteigentumes 6 1055. — Wiedereröffnung des früheren Blattes 4 846. — Übereignung von nicht gebuchten Grundstücken 2 1, 773; 2 2, 474; 3 1, 686; 3 2, 170; 4 547; 7 965—977. — Eigentumserwerb von Grundstücken oder Grundstücksanteilen durch einen vom B. Befreiten 2 2, 474. — Ab- und Zuschreibung eines Grundstücksanteiles ohne vorgängige Buchblatanlegung 5 987. — Eintragung von Vormerkungen 3 2, 170. — nicht befreit die Grundstücke einer Gesamtheit von Rentengutzübernehmern 2 2, 474. — Lösungsvermerk bei der Ausscheidung eines nichtbuchungspflichtigen Grundstücks 2 2, 456.

Büdnerrrecht in Mecklenburg-Schwerin 2 1, 798 (s. auch Erbpachtrecht).

Bühnengagementsvertrag s. Theater, Schauspieler. — rechtl. Natur 1 1, 381, 394; 2 1, 328, 331, 393; 3 1, 249; 4 189. — unethischer 2 1, 67. — „dauerndes“ Engagement 2 1, 348. — Konkurrenzklause 5 225.

Bühnenname s. Pseudonym.

Bürgerl. Gesetzbuch (s. Reichs-, Landesrecht, Staatsverträge, preuß. VR.). — Anwendung der Begriffsbestimmungen des BGB. auf andere Reichs- u. Landesgesetze 1 2, 321; 2 1, 762; 4 529. — Anwendung d. Begriffs Verwandtschaft, Schwägerchaft u. ä. des BGB. auf das Strafrecht 1 2, 388; 5 602; 2 1, 763 (Verlöbniß, unehelicher Vater); 5 615 (nichtige Ehe). — Einwirkung des BGB. auf das öffentliche Recht 5 602; 6 587 (Begriff des öffentl. Rechts nach Art. 55 GGWB.). — Verhältnis des BGB. zur Gewd. 1 2, 387 (Anwendung des § 616 auf gewerblichen Dienstvertrag, s. diesen). — Verhältnis zum Landesrecht, Prinzip 1 2, 390, 391; 3 1, 678. — Verhältnis des BGB. zu preussischen Strafgesetzen: Gesetz v. 12. III. 54 Zulassung v. Ausländern zur Ehe, Gesetz v. 23. II. 70 Genehmigung

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

z. Schenkungen an Korporationen, Gesetz vom 29. VII. 85 betr. das Spiel in auswärtigen Lotterien, §§ 102, 103, I. 9 A.R. Nichtanzeige eines Schahfundes, A.R. v. 15. IV. 22 betr. die Namensänderung, § 77 GefindeD., Gesetz v. 24. IV. 54 Kontraktbruch ländlicher Arbeiter 12, 763. — Verhältnis des BGB. zu § 25 Pr. EisenB. v. 3. XI. 38 (s. dieses u. konkurrierendes Verschulden) 5 615. — Verhältnis z. internationalen Landesprivatrecht f. Landesrecht u. internat. Privatrecht. — Verhältnis des BGB. zu Staatsverträgen der Bundesstaaten f. Staatsverträge.

Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten vgl. Rechtsweg. — Begriff nach § 3 GGzB.D. 1 3, 15/16 (Entmündigungsverfahren, Rechtshilfe); 3 2, 321 (Namensrecht, Mitgliedschaft an Kirchengemeinden u. andere öffentliche Korporationen, Recht an Kirchenstühlen). — unter Umständen auch auf öffentlich-rechtlichem Titel beruhende Ansprüche 3 2, 321.

Bürgermeister f. Gemeinde. — Anspruch auf Ruhegehalt 7 241.

Bürgersteig f. Streupflicht, unerlaubte Handlungen § 823.

Bürgschaft f. Kreditauftrag, Wechselbürgschaft, Schulübernahme. — anzuwendendes internationales Recht 2 1, 451, 452. — im Ausland geschlossene Rückbürgschaft form. 4 532; 5 607. — maßgebendes örtliches Recht für den Inhalt der Bürgschaftsverpflichtung 2 1, 761. — Folgen des in einem anderen Rechtsgebiete ausgesprochenen Erlasses d. Hauptschuld 7 585.

Übergangsrecht 2 1, 784; 3 1, 695. — Prolongation einer vor 1900 eingegangenen B. 3 1, 306. — Mitbürgen des alten Rechts 2 1, 784, 786; 3 1, 695; 4 544. — Anwendung des § 774 Absf. 1 auf altrechtliche B. 7 585.

Allgemeines. — Begriff u. Folgen d. Akzessorietät 7 301. — gegenseitiger Vertrag? 1 1, 432; 2 1, 451; 3 1, 157; 6 275; 7 302. — Garantievertrag u. Schadloshbürgschaft 2 1, 451; 4 241; 5 288, 289 (formloser Garantievertrag für Eingang eines Wechsels, für die Sicherheit einer Hypothek, für richtige Zahlung der Hypothekzinsen, Garantiefondszeichnung); 6 275, 276; 7 302, 303, 306. — Rückbürgschaft 4 241, 245; 5 294. — Übernahme des Defkredere, Unterschied von B. 3 1, 306. — B.übernahme durch einen Dritten als Schenkung 2 1, 289. — Übertragbarkeit des Rechtes aus der B. ohne die Hauptforderung 1 1, 302; 4 145, 241. — Leistungsort des Bürgen 1 1, 176, 432, 434; 4 240 (Rückbürgschaft); 2 1, 451; 3 1, 117, 306; 6 276, 277, 281 (selbstschuldnerischer Bürge); 5 105; 7 304, 733. — Einfluß einer Zession auf den Leistungsort

des Bürgen 6 167. — wo kommt der B.vertrag zustande? 5 290. — kumulative Schuldübernahme, Unterschied v. Bürgschaft, Rechtsnatur, Form 1 1, 431, 433; 3 1, 201; 4 149, 243; 5 170, 171, 173, 294, 297; 2 1, 257, 453; 6 276; 7 183, 184, 301, 303 (im Zweifel B. oder Schuldbeitritt?); 305, 306. — Kreditbürgschaft und Kreditauftrag (§ 778) 1 1, 433 (f. Kreditauftrag); 4 241; 6 275, 284. — keine Bürgschaft, wenn die Nichterfüllung d. Hauptschuld schon feststeht 5 287. — keine B. für Leistungen an sich selbst oder an den Bürgen 5 287. — B. für eine bedingte Forderung; Verhinderung des Eintritts der Bedingung durch den Bürgen 1 1, 433. — durch eine zukünftige Leistung des Gläubigers an den Bürgen auslösend bedingte B. 1 1, 434. — B. für bedingte Forderungen 7 305. — B. für künftige Forderungen 5 287 (generell bezeichnete Kreditgeschäfte); 6 275 (Unterschied vom Kreditauftrag); 7 305. — B. für künftige Verbindlichkeiten, deren Begründung von dem freien Willen dessen abhängt, dem das B.versprechen gegeben ist; Widerruf der B. 1 1, 433. — B. für Kontokorrentforderungen 6 277. — B. für verjährte Forderungen 5 287, 288; 7 302. — B. für Naturalobligationen 2 1, 451; 7 302 (für Forderungen nach §§ 762 bis 764, 656, 814). — Wechselbürgschaft 1 1, 433; 4 240, 241, 242, 243 (f. Wechselbürgschaft); 6 167, 280, 281, 282 (für bevorrechtigte Konkursforderung). — B. durch Wechselunterschrift, Wechselgiro 6 277, 278; 7 305. — Übernahme einer B. für die bevorrechtigten Gläubiger im Zwangsvergleich 4 241. — Bestellung e. Pfandes für fremde Schuld Bürgschaft? 1 1, 433; 6 278 (Hypothekbestellung). — B. für Spielschulden 1 1, 430; 7 302. — B. für eine nichtige Schuld, für verbotswidrigen Wirtschaftsbetrieb 5 288; 2 1, 451. — B. für eine bestimmte abgemessene Teilleistung 2 1, 452. — Erklärung, zahlen zu wollen, wenn d. ursprüngl. Gläubiger nicht zahlt, B. oder Schuld übernehmen 7 183 f. — Auslegung der B.erklärung, für die Hälfte des dem Betrag nach unbestimmten, nur im Höchstmaß beschränkten, einem Dritten eingeräumten Kredites haften zu wollen 4 244. — Auslegung einer B., wonach sich jemand einer Bank gegenüber für alle ihr gegen einen Dritten erwachsenden Wechselansprüche verbürgt; Ausdehnung auf die der Bank selbst von dem Schuldner ausgehändigten Wechsel 2 1, 452. — Auslegung einer Erklärung, dem, d. durch Vermittelung des X. einem Dritten Akzeptkredit gewährt, als Bürge haften zu wollen 6 275 (s. unten Form). — unterbricht Klage gegen den Bürgen die Verjährung

(Bürgschaft)

gegen den Hauptschuldner u. umgekehrt? **5** 287, 288 (f. **2** 1, 455). — Erklärung des am Fortgang des Baues interessierten Hypothekgläubigers gegenüber den Bauhandwerkern, für Zahlung des säumigen Bauherrn einzustehen als **B.** **5** 290; **7** 184, 304 (f. **2** 1, 465). — der **B.**süßernahme beigefügte Zeitbestimmung bei **B.** für erst künftig entstehende Schulden aus einem dauernden Rechtsverhältnis **2** 1, 461; **5** 300, 301. — Ersuchen eines Dritten an den Prozeßbevollmächtigten, den Prozeß in seinem (des Dritten) Interesse weiterzuführen als **B.** für die Kostenschuld des Mandanten **5** 290. — Erklärung des Bevollmächtigten, neben d. Haftung des Vollmachtgebers eine solche zu übernehmen als **B.** **3** 1, 306. — Versprechen d. Ehefrau, einem dritten, die Bürgschaft für d. Mann übernehmenden das Geld zu erlassen **7** 306. — Gewährleistung für Sicherheit einer abgetretenen Hypothek **B.** oder Zusage einer Eigenschaft? **1** 1, 433; **5** 290, 295; **6** 186, 274, 276, 278 (Haftung gegenüber dem zweiten ZeSSIONAR); **7** 303. — **B.** u. Kautionsbestellung; Versprechen, dem Gläubiger zur Sicherung künftiger Ansprüche gegen den Schuldner eine Kautions zu bestellen **7** 306. — wann ist eine **B.** für fortgesetzten Warenbezug anzunehmen? **5** 291. — Mitteilung e. Bank, daß jemand bei ihr ein offenes Konto habe u. die Bank dessen entlehntes Konto begleichen werde, **B.**? **7** 306. — Ansetzung der **B.** wegen arglistiger Täuschung **1** 1, 435; **5** 36, 290. — Ansetzung der **B.** wegen Irrtums über die Person des Gläubigers oder Schuldners **2** 1, 451; **6** 274, 277. — Abrede, daß der Bürge die Kontoaufstellung des Gläubigers über die Verpflichtung des Hauptschuldners vorbehaltenlich des vom Bürgen zu führenden Gegenbeweises gegen sich gelten lassen müsse **5** 295. — fortdauernder oder neuer **B.**vertrag, wenn nach Tilgung der **B.**schuld die Fortdauer der **B.** für den gleichen Betrag u. Verbleiben der Urkunden in den Händen des Gläubigers vereinbart ist? **2** 1, 452. — Zustimmung des ursprünglich nur auf bestimmte Zeit haftenden Schuldners, daß der Gläubiger das Kapital noch „einige Zeit“ stunde **2** 1, 461. — kann die Verpflichtung des Bürgen auf etwas anderes gehen als die Hauptschuld? **2** 1, 451; **3** 1, 305. — Ist Erfüllung der Bürgschaft Erfüllung der Hauptschuld **2** 1, 451, 457, 460; **3** 1, 305; **6** 276. — rechtl. Natur der selbstschuldnerischen **B.** **2** 1, 457 (f. unten Vorausklage). — sog. bestärkende Schuldübernahme als selbstschuldnerische **B.** **5** 297. — Auftrag zur Verbürgung **2** 1, 453; **3** 1, 308 (f. **2** 1, 397). — fideiussor donandi animo **2** 1, 461. —

fideiussor in rem suam **2** 1, 461. — **B.**süßernahme in der irrthümlichen Annahme des Vorhandenseins zweier solidarisch haftender Hauptschuldner, wenn tatsächlich nur ein Hauptschuldner besteht, **6** 274, 277. — **B.** oder Wechselvorvertrag bei Abgabe des Versprechens, die jeweils vom Gläubiger vorzulegenden Akte des Schuldners als Aussteller u. Zeitant zu zeichnen **6** 277. — Haftung des Vermögensübernehmers aus e. **B.** d. Veräußerers **7** 305. — „Verschreibung der Mobilien“ keine **B.** **6** 278. — **B.** oder Gesamtschuldverhältnis bei Eintritt in den Mietvertrag **6** 278, 281 (Ehefrau). — Hypothekbestellung ohne Urkundenunterlagen, bloß dingliche Haftung des Grundstückseigentümers keine **B.** **6** 278. — Konversion e. vom Bürgen weg. Irrtums über f. Haftung angebotenen **B.** als Schuldbetritt **7** 61. — Verzug d. Bürgen **7** 141. — keine Pflicht d. Bürgen zu Schadensersatz wegen Nichterfüllung d. Hauptverbindlichkeit **7** 302. — Erklärung, man übernehme die Garantie f. Eingang d. Kaufpreistes **7** 303. — Zuständigkeit d. Sondergerichts f. Klagen gegen d. Bürgen **7** 304. — **B.** für eine mit dilatorischer Einrede behaftete Forderung **7** 304. — Streitwert einer Klage auf Befreiung v. einer **B.** **6** 278.

Form **1** 1, 433; **3** 1, 308. — mündliche Nebenabreden **1** 1, 433. — Befügung einer Bedingung zu der schriftlichen **B.** **4** 242, 243 (Verzicht der Bürgen auf Befreiung von der **B.**; Einverständnis des Bürgen mit Hinausschiebung des Fälligkeitstermins f. **4** 245); **5** 293, 294; **7** 305. — Heilung des Formmangels durch Erfüllung des **B.**-versprechens **1** 1, 433; **5** 295; **2** 1, 453 (Änderung d. Fälligkeitsbestimmungen; die Haftung der **B.** erhöhende Nebenabreden); **3** 1, 307 (die Haftung der **B.** erhöhende Nebenabreden, Bedingungen); **6** 280. — Übernahme der **B.** für einen Zwangsvergleich durch mündliche Erklärung zu Protokoll **6** 1004. — Gegenbeweis gegen die **B.**surkunde **6** 280. — Unterschreiben e. Wechsels als Erfüllung der Form des **7** 66? **4** 1003. — Akzeptieren oder Mitunterzeichnen eines Wechsels **1** 1, 433; **4** 240, 241, 242, 243 (f. Wechselbürgschaft); **3** 1, 308; **6** 277 (Blankogiro, Unterzeichner als Aussteller). — Aushängigung der vom Bürgen hergestellten Urkunde an den Interessenten behufs Weitergabe an den künftig gewonnenen Gläubiger **3** 1, 306, 307; **4** 241; **5** 288; (f. **1** 1, 434; **6** 275). — Blankettbürgschaftsurkunde **4** 241. — Bürgschaftserklärung durch mehrere sich ergänzende Erklärungen **5** 292. — Bezugnahme d. Urkunden auf anderweitige Erklärungen **4** 241, 242 (2);

5 291, 293; 3 1, 307. — Berücksichtigung von außerhalb der Urkunde liegenden Umständen zur Ermittlung des Willens 4 242 (3), 243; 5 290, 291, 292; 6 279. — Widerspruch zwischen dem wirklichen Willen und dem Inhalt der Erklärung 4 242. — wann ist die Erklärung „erteilt“? 4 242, 243 (Übergabe an den Gläubiger); 5 290, 292. — schriftliche Annahme der B.serklärung? 5 290, 294 6 280. — Abschluß der B. durch Briefwechsel 3 1, 307. — die Verbürgung in Wechselform bezielendes Wechselversprechen formfrei 6 280; 7 306. — Form des § 313 bei Verpflichtung d. Bürgen zur eventuellen Grundstücksübertragung auf den Gläubiger nötig 1 1, 220. — formloses Versprechen des Dritten gegenüber dem Schuldner, sich für ihn bei seinen Gläubigern zu verbürgen 5 294. — Form e. im Zwangsversteigerungsverfahren für einen Bietenden übernommene B. 7 306. — notwendiger Inhalt der B.urkunde: ausdrückliche Bezeichnung als B.übernahme nicht nötig, wohl aber unzweideutiger Wille zu bürgen 3 1, 307; 5 291, 292; 6 279; 7 305. — Verneinung einer B. trotz Gebrauch des Wortes „bürgen“ 6 278. — Bezeichnung der Person des Gläubigers in der Urkunde 1 1, 434; 4 241; 5 288, 291, 292 (z. Bt. der Ausstellung noch unbekannte Gläubiger; Heranziehung von außerh. d. Urkunden liegenden Umständen zur Bestimmung des Gläubigers); 3 1, 306; 6 275, 278; 7 305. — Bezeichnung des Schuldners in d. Urkunde 5 291. — Bezeichnung d. Einsehens für fremde Schuld; Urkunde, die lediglich d. Empfang e. Darlehens seitens d. Bürgen bekennet 7 305. — Bezeichnung d. Schuld in d. Urkunde 4 241, 242 (ich büрге für o b i g e Schuld); 5 292; 2 1, 452; 6 279; 7 305. — Angabe e. zeitlichen u. sachlichen Begrenzung, Bedingung, Gegenleistung 7 305. — Genehmigung e. durch e. Vertreter ohne Vertretungsmacht erklärten B. formfrei 7 306. — Erklärung „mithin schuldet B. von heute an 1000 M.“ wenn A. u. B. demselben Gläubiger 300 bzw. 700 M. schulden 5 291. — bloße Mitunterzeichnung eines Kaufvertrags ohne Zusatz 6 280. — Miteintritt in den Mietvertrag 6 278, 281. — Ertrag der schriftlichen Form durch Beurkundung im gerichtlichen Protokoll 5 293. — Bürgschaft in Vergleichsform 2 1, 451. — einmalige oder doppelte Unterschrift, wenn der Bürge zugleich als Vertreter des Schuldners letzteren als Darlehensempfänger verpflichtet 6 279. — Unterschrift; nachträgliche Beifügung „und Bürge“ des früher nur „als Zeuge“ Unterschreibenden 5 293. — vor Fertigstellung des Textes der B. abgegebene Unterschrift 2 1, 452; 3 1, 307. — formlose

Genehmigung e. vom Vertreter ohne Vollmacht schriftl. geschlossenen B. 7, 87. — wann ist bei der Rückbürgschaft die Schriftform gewahrt? 5 294. — Form der B. eines Minderkaufmanns 5 696. — Heilung des Formmangels bei Erfüllung durch den Bürgen, nicht aber, wenn d. vom Bürgen wegen einer anderen Forderung verklagte Gläubiger mit dem B. betrag aufrechnet 5 295.

Mehrheit von Bürgen. — Teilbürgschaft 7 309. — Begriff der Mitbürgschaft 1 1, 331, 335; 2 1, 455. — Regreßübereinkommen 5 290. — Miterben eines Bürgen 1 1, 435. — Gläubiger als Erbe eines Mitbürgen 2 1, 461. — Haftung des einen Bürgen für die primäre Schuld, des anderen für ein Erfüllungsurrogat 1 1, 435. — Ausgleichung 7 310. — doppelter Anspruch des zahlenden Bürgen gegen seinen Mitbürgen (entweder Ausgleichungsanspruch nach § 426 Abs. 1 oder Regreß nach § 426 Abs. 2) 2 1, 460. — Regreß des einen zahlenden Bürgen gegen die Mitbürgen, Beweislast bzgl. der Regreßquote 1 1, 436 f. 2 1, 457 f. — Regreßquote 2 1, 460; 7 311 (bei verschiedener Höhe der Haftg. d. Mitbürgen). — Einrede der Subsidiarität seitens der auf Regreß in Anspruch genommenen Mitbürgen 2 1, 460. — Regreß des einen Mitbürgen befriedigenden Bürgen gegen den Hauptschuldner 1 1, 436. — Regreß, wenn der Gläubiger seinen Anspruch gegen den Schuldner durch Vertrag auf einen der Mitbürgen übertragen hat 3 1, 311. — Regreß mehrerer Wechselbürgen gegeneinander 1 1, 436; 3 1, 311 (s. Wechselbürgschaft). — mehrere Aussteller eines eigenen Wechsels 1 1, 437. — Anspruch gegen den Schuldner auf Befreiung von der Bürgschaft im Falle der Mitbürgschaft 1 1, 437. — Entlassung eines Mitbürgen seitens des Gläubigers 2 1, 461. — ein Mitbürge als Erbe des Gläubigers 2 1, 461. — Zession der ganzen Forderung seitens des Gläubigers an einen Mitbürgen 2 1, 461. — Regreß eines Mitbürgen gegen den Rückbürgen 4 245. — Übertragung u. Pfändung d. Ausgleichungsanspruches e. Mitbürgen ohne gleichzeitigen Übergang d. Regreßansprüche 7 311. — einseitige Freigabe einer vom Schuldner dem einen Mitbürgen bestellten Sicherheit 4 154, 247. — Ausgleichungsanspruch, wenn mehrere Bürgen für dieselbe Forderung in verschiedener Höhe u. nur, soweit sich die Bürgschaften decken, als Gesamtschuldner haften 5 299; 7 311. — Eintragung einer gemeinschaftlichen Sicherheitshypothek zu Gunsten der mehreren Bürgen 5 296. — Verbürgung mehrerer in einem einheitlichen Akt, aber für verschiedene Quoten einer einheitlichen Forderung 5 296 (s. 7 311).

(Bürgschaft)

Stellung des Bürgen zum Gläubiger. — zu § 774 Abs. 1 Satz 2 7118 j. — Natur der Bürgenzahlung als Einlösungszahlung 21, 457, 460; 31, 305. — Charakter der Haftung des Bürgen (Haftung für fremde Schuld?) 5 286, 287; 7 301 ff. — Wirkung eines zwischen Gläubiger und Schuldner über den Bestand der Forderung ergangenen Urteils gegenüber dem Bürgen 11, 434; 4 244; 5 295 (2), 296; 21, 455; 31, 309; 7 302 (Vereinbarung d. Geltung d. Urteils gegenüber dem Bürgen); 7 309 (Einreden d. Bürgen, der sich erst nach Rechtskraft d. Urteils gegen den Hauptschuldner verbürgte). — Wirkung eines zwischen Gläubiger u. Bürgen ergangenen Urteils gegenüber dem Schuldner 11, 434. — Verbürgung auf ein plus gegenüber d. Haftung des Hauptschuldners 7 306. — Haftung des Bürgen auf das negative Interesse des Gläubigers bei Anfechtung seitens d. Schuldners? 11, 434. — Haftung des Bürgen bei unverschuldeter Unmöglichkeit der Erfüllung der Hauptschuld? 7 306. — Haftung des Bürgen für eine v. ihm verschuldete Unmöglichkeit der Erfüllung der Hauptschuld 21, 181, 453; 31, 308; 5 287. — Haftung des Bürgen für die vor Bürgschaftsübernahme durch Ausflagung des Schuldners entstandenen Kosten? 11, 434. — Haftung des Bürgen für Kosten der Rechtsverfolgung des Gläubigers 7 307. — Vereinbarung späterer Fälligkeit bzgl. der Schuld des Bürgen 31, 306. — Vereinbarung d. Wirkung e. Einredeverzichts des Schuldners auch gegenüber dem Bürgen 7 302. — Kündigung der Hauptschuld gegenüber dem Schuldner 11, 434. — Kündigung der Hauptschuld durch den Gläubiger gegenüber dem Bürgen 11, 434. — „Bestand“ der Hauptschuld im Sinne des § 767 6 280. — Vereinbarung der Wirkung e. vom Schuldner abgegebenen Saldoanerkennnisses auch gegenüber dem Bürgen 7 302. — Wirkung eines vom Schuldner abgegebenen vertragsmäßigen Schuldanerkennnisses 11, 434. — Berücksichtigung der vom Bürgen nach § 767 Abs. 2 zu tragenden Kosten bei Berechnung der Revisionssumme? 31, 309. — Wirkung eines zwischen Gläubiger u. Schuldner geschlossenen Stundungsvertrages 21, 454; 31, 309; 4 243. — Wirkung e. zwischen Gläubiger u. Schuldner nach B.übernahme geschlossenen Schiedsvertrags 7 891. — Übertragung des Wechselrechts gegen den Aussteller auf den zahlenden Bürgen 6 167. — *condictio* des Bürgen bei Zahlung auf eine verjährte Hauptschuld? 5 287. — Anspruch des B. auf Auskunftserteilung 5 108, 170;

7 304. — Anspruch des Bürgen, auf den nach § 774 die Forderung des Gläubigers übergegangen ist, auf Auskunftserteilung über den Bestand der Forderung, insbesondere bei Negreß des Bürgen gegen Mitbürgen 5 298. — Prinzip des § 768 31, 309. — welche Einreden stehen dem Bürgen zu? 21, 454. — Begriff der „Einreden“ im Sinne des § 768 21, 454. — Verjährung 11, 434 21, 455 (Lauf der Verjährung gegen den Bürgen); 5 287. — Schifaneeinrede 11, 434. — Bestimmungsrecht d. § 366 Abs. 1 BGB. den Bürgen zustehend? 7 172, 307. — Einfluß des Wahlrechts des Käufers zw. Wandelung u. Minderung auf d. Bürgen 7 205. — Wandelungseinrede 11, 434; 6 280; 7 208, 308. — Minderungseinrede 11, 435; 6 280; 7 208, 308. — Einrede, daß der Erbe des Schuldners nur beschränkte Haftung 21, 454; 7 309. — dem Schuldner zustehender Anspruch auf Herabsetzung einer Vertragsstrafe 11, 435. — Einrede d. Notbedarfes seitens des sich für Erfüllung e. Schenkung Verbürgenden 7 308. — Geltendmachung einer dem Schuldner persönlich gewährten Stundung durch den Bürgen 21, 454. — Erlaß der Hauptschuld; Vorbehalt der Haftung des Bürgen 7 308. — Anfechtung der Hauptschuld durch den Bürgen 11, 435; 5 36, 290. — Aufrechnung des Bürgen 11, 288; 21, 240, 263; 4 137. — Folgen des in einem anderen Rechtsgebiet ausgesprochenen Erlasses d. Hauptschuld 7 585. — kann der Bürge dem Gläubiger die Befriedigung durch Aufrechnung aufzwingen oder muß er, wenn er aufrechnen will, bis zur Inanspruchnahme durch den Gläubiger warten? 21, 459, 460. — kann der Bürge den Gläubiger durch Hinterlegung oder Aufrechnung mit einer eigenen Forderung befriedigen? 21, 460. — Beiseitigung e. gegen den Gläubiger erhobenen Aufrechnungsflagge durch Vereinbarung zw. Gläubiger u. Schuldner; Stellung des Bürgen 5 297. — vom Gläubiger gegen eine Forderung des Hauptschuldners erklärte Aufrechnung mit einer anderen als der verbürgten Forderung 5 297. — vom Schuldner erklärter Erlaß oder Befreiung einer Gegenforderung gegen den Gläubiger 5 297. — nach erfolgter Verbürgung vom Gläubiger erklärter Verzicht auf Aufrechnungsbefugnis 5 297. — Geltendmachung eines dem Schuldner zustehenden Aufrechnungsrechtes 11, 435; 31, 309; 5 295, 296, 297. — Aufrechnung des Schuldners mit einer ihm gegen d. Gläubiger zustehenden Gegenforderung nicht gegen die verbürgte, sondern gegen eine andere Schuld 5 297. — Verzicht des Hauptschuldners auf eine Einrede 11, 435. — Verlust der Aufrechnungseinrede

infolge eines Rechtsgeschäftes des Schuldners 5 295, 296. — dilatorische Einreden, die der Schuldner verloren hat 5 296. — Verlust der Einrede des Zurückbehaltungsrechts auf Seiten des Schuldners 5 296. — Stellung des vom Gläubiger verlassenen Bürgen, wenn der Gläubiger zur Befreiung der vom Bürgen nach § 770 Abs. 2 erhobenen Aufrechnungseinrede seine Schuld an den Hauptschuldner bezahlt 5 297. — Stellung des Bürgen nach erfolgter Aufrechnung seitens des Hauptschuldners 7 309. — Aufrechnung seitens des Bürgen vor seiner Inanspruchnahme durch den Gläubiger 7 309. — Aufrechnung gegenüber dem Konkurs des Gläubigers 2 1, 455. — Aufrechnungseinrede des B. im Prozeß; Vollmacht des Prozeßvertreters? 2 1, 455, 456 (s. Aufrechnung). — Aufrechnung des Bürgen mit einer eigenen Forderung 3 1, 311. — Einreden des B. bei Bürgschaft durch Wechsel giro, daß ihm (dem Bürgen) aus dem Wechsel der Regreß gegen den Gläubiger als Aussteller zustehe 6 277. — Einwendungen gegenüber dem Fessionar bei Ausfallbürgschaft für eine Hypothek 6 278. — Einwendungen des Bürgen bei einer durch Sicherheitsübereignung gedeckten Hauptschuld 6 281. — Stellung des Bürgen, wenn der Übergang der Gläubigerforderung auf den zahlenden B. (§ 774) nicht möglich ist 6 282. — Wirkung e. Novation zwischen Gläubiger u. Schuldner auf d. Haftung des Bürgen 7 308. — Bürgen bei angeblich durch den Gläubiger verschuldetem Verlust e. Pfandrechts 6 283. — Einwand des für eine zurücktretende Hypothek Bürgenden, daß die Hypothek auch bei ihrem früheren Rang ausgefallen wäre 6 277, 278. — gleichzeitige Klage gegen Schuldner u. Bürgen, wenn der Bürge nur haftet, falls der Hauptschuldner den Gläubiger nicht bezahlt 5 295. — Verbindung d. Leistungsflage gegen den Schuldner mit Feststellungsflage auf eventuelle Haftung des Bürgen? 4 244. — § 422 auf die B. nicht anwendbar 2 1, 263. — Übernahme der Bürgschaft mit Beschränkung auf einen bestimmten Gläubiger unter Ausschluß ihrer Abtretbarkeit 7 302. — kann bei Annahme der verpäteten Erfüllung der zur Erhaltung des Rechts auf die Vertragsstrafe erforderliche Vorbehalt vom Bürgen des Empfängers der Leistung gemacht werden? 2 1, 454, 455. — Übernahme der Haftung für e. rechtsgeschäftliche Erweiterung d. Hauptschuld; Form 7 306. — Haftung d. Bürgen e. Pächters für dem Verpächter durch Kündigung des Konkursverwalters entstandenen Schaden 7 307. — Haftung d. Bürgen für die Kosten e. Intentionä-

prozesses, e. Anfechtungsprozesses des Gläubigers 7 307. — muß der bei der Zwangsversteigerung in bestimmter Höhe ausgefallene Hypothekgläubiger bei Vorgehen gegen den Bürgen den beim Weiterverkauf des Grundstücks erzielten Mehrerlös am Ausfall abrechnen? 2 1, 454; 7 307. — Verjährungseinrede des Bürgen 7 307. — Verjährung gegenüber dem B., Wirkung der Unterbrechung d. Verjährung gegen den Hauptschuldner 7 304. — B. für alternative Verbindlichkeit: Wahlrecht des Schuldners dem Bürgen zustehend? Einrede d. Bürgen aus den dem Hauptschuldner nach § 263 BGB. zustehenden Wahlrecht 7 301, 306, 307. — Einrede der Vorausklage bei alternatib. Obligationen 7 307. — B. für 2 Gesamtschuldner 7 304. — Rechtskraftwirkung e. gegen den Bürgen ergangenen Urteils; Bereicherungsflage des Bürgen gegen den Gläubiger 7 304. — Verzicht des Bürgen auf e. dem Hauptschuldner zustehende Einrede 7 306, 307. — Folgen d. Vorschüßens e. dem Hauptschuldner zustehenden Einrede; Beurteilung des Bürgen Zug um Zug? 7 307. Diligenzpflicht des Gläubigers gegen den Bürgen (s. auch Ende d. B.) 1 1, 152 (Haftung s. culpa in exigendo); 1 1, 437; 2 1, 454 (Mitbieten d. Hypothekgläubiger bei Zwangsversteigerung des Grundstücks, Benachrichtigung des Bürgen vom Versteigerungstermin?); 4 246, 247 (Pflicht des Gläubigers, die zur Erhaltung eines für die Forderung bestehenden Pfandes nötige Maßregeln zu treffen s. 6 283); 5 299, 300 (Aufmerksammachen des Bürgen auf etwaige Mängel eines Vorzugsrechtes; Unterlassung eines Widerspruches gegen die Versteigerung des Inventars des ihm verpfändeten Grundstückes oder Nichtverfolgen seiner Ansprüche aus dem Erlöse; durch den Gläubiger verschuldeter Verkauf des Pfandes non justo pretio); 2 1, 461 (Pflicht zur sorgfältigen Beitreibung der Hauptschuld?); 3 1, 312; 5 696; 6 281, 282 (Benachrichtigung des Bürgen von einer gegen den Hauptschuldner eingeleiteten Zwangsversteigerung, insbesondere bei dauernder Geschäftsverbindung von Bürgen u. Gläubiger?); 7 311; 6 283. — Diligenzpflicht bei Eigentumsvorbehalt d. Gläubigers, Beweislast 6 283. — Verzögerung der Beitreibung seitens des Gläubigers 4 247; 6 284. — Diligenzpflicht bei Ausfall der Bürgschaft u. Konkurs d. Hauptschuldners 7 305, 311, 312. — Pflicht des Gläubigers, auf das Interesse der Bürgen Rücksicht zu nehmen? 7 312.

Einrede der Vorausklage, selbstschuldnerische B. — Unter-

(Bürgschaft)

schied von „Verpflichtung als Selbstschuldner“ u. „Verbürgung als Selbstschuldner“ 7 309. — Begriff der selbstschuldnerischen B. 2 1, 457; 5 297; 7 309. — Besserung der Vermögenslage des Schuldners nach früherer fruchtloser Zwangsvollstreckung 1 1, 435; 2 1, 456, 457. — Beweislast 1 1, 435; 2 1, 456. — stillschweigender Verzicht auf die Einrede bei ständiger Zahlung der Zinsen u. allmählicher Abzahlung des Kapitals 6 281. — stillschweigender Verzicht auf die Einrede durch Versprechen sofortiger Erfüllung bei Verfallzeit 1 1, 435. — Einfluß der Aufhebung des Konkursöffnungsbeschlusses, der Einstellung, Schlußvertei!, Zwangsvergleichs auf die Einrede der Vorausklage 4 246; 5 297. — unbekannter Aufenthalt des Schuldners; bald verborg., bald bekannt., aber veränderlicher Aufenthalt d. Schuldners 5 297. — analoge Anwendung des § 772 Abs. 2 bei einer durch Sicherheitsüber-eignung gedeckten Hauptschuld 6 281. — „garantieren für richtigen Eingang“ oder „gut für x. M.“ keine Verbürgung als Selbstschuldner 6 281. — Recht des Gläubigers bei Konkurs des selbstschuldnerischen Bürgen 3 1, 208. — Leistungsort des selbstschuldnerischen Bürgen 6 281. — Übernahme selbstschuldnerischer B. für Akkordforderung. kraft Austr. 2 1, 397. — keine Anwendung des § 773 Abs. 2 auf Handelsbürgschaften 6 281. — „Zwangsvollstreckung“ im Sinne des § 773 Ziff. 2; auf Grund eines Zahlungsbefehls oder e. vollstreckbaren Urkunde vorgenommene Zw.-B.; Pflicht des Gläubigers zu Forderungs Pfändungen? 7 309, 310.

Stellung des Bürgen zum Schuldner. — Anwendung des § 774 auf Bürgschaften des alten Rechts 7 310. — rechtl. Konstruktion d. Forderungsübergangs (§ 774 BGB.) 7 310. — Verhältnis des § 774 BGB. zu § 68 R.D. 3 1, 311. — Verjährung des Regreßes gegen den Schuldner 1 1, 436. — Rückgriff des Bürgen auf den Schuldner bei Konkurs des letzteren 3 1, 312. — Anspruch auf Ersatz der erst künftig zu leistenden Zahlung im Konkurs des Hauptschuldners 1 1, 436. — Bürge u. Hauptschuldner als Gesamtschuldner im Konkurs 5 181. — Einfluß d. Forderungsübergangs (§ 774) auf d. Erfüllungsort des Hauptschuldners 7 310. — Weiterregreß des einen Mitbürgen befriedigenden Bürgen 1 1, 436. — Stützen des Regreßes auf das Rechtsverhältnis zwischen Bürgen u. Schuldner oder auf den kraft Gesetzes auf den Bürgen über-gegangenen Anspruch des Gläubigers 1 1, 436; 2 1, 457; 3 1, 311 (Klagänderung). — Eintreden des Schuldners, wenn der

Regreß auf das Rechtsverhältnis zwischen Bürgen u. Schuldner gestützt wird 2 1, 457 f.; 4 245. — vertragsmäßige Ab-tretung d. Rechtes d. Gläubigers an den B. 3 1, 311. — Bedeutung des Satzes, daß der Übergang der gläubigerischen Forderung auf den Bürgen nicht zum Nachteil des Gläubigers geltend gemacht werden darf (§ 774), insbesondere bei teil-weisem Übergang einer durch Pfandrecht gesicherten Forderung u. bei Konkurs des Schuldners 6 281. — Befriedigung des Gläubigers aus dem Erlöse des vom Bürgen gestellten Pfandes 4 245. — Stellung d. Bürgen, d. zugunsten eines Hypothekgläubigers für die Hypothek-zinsen gebürgt u. nach Inanspruchnahme aus der Bürgschaft gegen den Schuldner u. Grundstückeigentümer einen voll-streckbaren Titel wegen seiner Schad-loshaltung erlangt hat, in der Zwangs-verfertigung des Grundstücks 4 245. — Recht des Bürgen bei Befriedigung einer durch Hypothek des Schuldners gesicherten Forderung 5 298, 299; 7 310 (Berich-tigung d. Grundbuches, Übergang einer Sicherungshypothek a. d. B.). — Stellung d. Bürgen bei einer außer durch die Bürg-schaft auch durch Hypothek eines Dritten gesicherten Forderung 5 298 (Zahlung der Schuld durch den Bürgen); 2 1, 457, 458 (Zahlung der Schuld an den Gläubiger seitens des Drittverpfänders) 3 1, 309, 310. — Recht des für einen Teil einer For-derung gut gestandenen Bürgen auf Anmeldung dieser von ihm bezahlten Teil-forderung im Konkurs des Hauptschuldners; Widerspruch des Gläubigers, der die Teil-zahlung unter Vorbehalt seiner Rechte an-genommen hat 4 245 f.; 6 281. — Er-streckung der Regreßforderung auf die vom Gläubiger im Fall der Nichtzahlung zu-fünftig zu beanspruchenden Zinsen? 4 245; 5 299. — inwieweit ist der Bürge ver-pflichtet, von ihm zu beweisende Eintreden im Interesse des Schuldners gegenüber dem Gläubiger vorzubringen? 4 246 (Auf-rechnungseinrede). — kein Übergang d. Forderung des Gläubigers auf den Bürgen bei Schulberlaß 5 298. — kein Übergang der Forderung des Gläubigers auf den Bürgen, der den Gläubiger nicht befriedigt, sondern nur Sicherstellung gegeben hat; ebenso, wenn der Gläubiger nur durch Pfändung, Überweisung u. Um-schreibung einer Hypothek des Bürgen Befriedigung erlangt 5 298. — Regreß des Bürgen gegen den Schuldner auf Grund der Quittung des Gläubigers 5 299. — welche Eintreden kann der Schuldner dem Anspruch des den Gläubiger befriedigenden Bürgen entgegensetzen? 5 299. — Über-gang d. Nebenrechts d. Hauptanspruchs (Pfand, Sicherungshypothek) auf den

zahlenden Bürgen? 7 310. — Regreßanspruch des zahlenden Bürgen s. Anwendung an Zinsen u. Kosten 7 310. — kann der Bürge die Kosten e. gegen ihn vom Gläubiger geführten Prozesses vom Schuldner ersetzt verlangen? 7 310. — Pflicht des Schuldners, den Bürgen zu informieren: 3 1, 309, 310; 5 108, 170. — Verlust des Regreßanspruchs d. Bürgen wegen Unterlassung der Anzeige von der Zahlung an den Hauptschuldner 7 309, 310. — Rechte des einlösenden Wechselbürgen 6 281, 282 (Erlangen der Ansprüche des Remittenten gegen den Akzeptanten) 7 310. — Stellung des zahlenden Bürgen bei einer durch Sicherheitsübereignung geschützten Forderung 6 282. — Pflicht des vom Gläubiger verlangten Bürgen, den Hauptschuldner zur Teilnahme am Rechtsstreit zu veranlassen 7 309. — Anspruch d. Bürgen gegen d. Hauptschuldner auf Vorzuschußleistung 7 311. — Einfluß des § 775 BGB. auf die Anwendung d. allgemeinen Vorschriften des Auftragrechtes 7 311. — Erteilung der Vollstreckungsklausel für den Bürgen, der den Gläubiger befriedigt hat 2 1, 460. — bei Eingehung der B. erklärter Verzicht des Bürgen auf die Ersatzforderung gegen den Schuldner 3 1, 305.

Anspruch gegen den Hauptschuldner auf Befreiung 5 299. — Rechtsnatur des Anspruches 1 1, 437. — Wegfall des Befreiungsanspruches bei Sicherheitsleistung des Schuldners vor Fälligkeit? 1 1, 437; 4 246. — Befreiungsanspruch im Falle der Mitbürgschaft 1 1, 437. — Einfluß einer zwischen Gläubiger u. Schuldner nach Übernahme der Bürgschaft vereinbarten Hinausschiebung der Fälligkeitstermine auf den Befreiungsanspruch 4 243, 245. — Verzicht auf den Befreiungsanspruch; Form 4 246. — Wegfall des Befreiungsanspruches bei der Wechselbürgschaft 4 246. — verzichtet d. B., der sich Sicherheit stellen läßt, damit auf den Befreiungsanspruch 3 1, 312. — Arrest z. Sicherung d. Anspruches auf Befreiung von der Bürgschaft 7 311.

Beendigung. — Erlöschen durch Zusammentreffen d. Verbindlichkeit d. Hauptschuldners und des Bürgen 7 306. — Nichtgebrauchmachen des gläubigerischen Baumeisters von der Befugnis zur Erlangung einer Sicherungshypothek 1 1, 437. — Nichtvorgehen des Gläubigers aus einem Wechsel 1 1, 437. — Bürgschaft für eine zu einer bestimmten Zeit zahlbare Schuld als B. auf bestimmte Zeit? 1 1, 437. — kann der Gläubiger die Anzeige an einen Zeitbürgen, daß er ihn in Anspruch nehme (§ 777) zurücknehmen? 7 312. — Kündigungsrecht des Bürgen bei B. für künftige, aus dauernden Verhältnissen entstehende Ansprüche 1 1, 437. — Auslegung der Vertragsklausel „u. zwar ist d. B. gültig bis zum 15. VIII. 02“ 5 300, 301 (s. 2 1, 461). — Bedeutung des § 776 für die Verteilung d. Haftungslast zwischen Bürgen u. Drittverpfänder 7 312. — Folgen des Aufgeb. e. Sicherheit (§ 776) 7 312. — Begriff des „Aufgeb.“ im § 776; passives Verhalten trotz Aufforderung des Bürgen; Abliefern der unter Eigentumsvorbehalt verkauften Maschine an den Käufer trotz des kraft Gesetzes infolge Aufstellung erlöschenden Eigentumsvorbehalt; Aufgeben durch Verkauf des als Sicherheit gegebenen Inventars zu angemessenem Preise seitens d. Gläubigers 6 283, 284. — Ausfall d. Hypothek als „Aufgabe“ im Sinne des § 776? 7 311. — Aufgabe einer Sicherheit (§ 776), die nach der Aufgabe ihren Wert verliert 6 284. — Verhältnis des § 776 BGB. zu art. 2037 c. c. 7 312. — Entlassung des B. durch Vertrag des B. mit dem Gläubiger 1 1, 296. — Verjährung des Anspruches gegen d. Bürgen 7 89. — Anwendung des § 777 BGB. auf zeitlich begrenzte Verpflichtung e. Dritten 7 312.

Buße. — Ausschluß weiterer Schadensersatzansprüche auch gegen Dritte durch Zuerkennung einer Buße 1 1, 471 (s. unerlaubte Handlung). — Buße auf Schadensersatz 2 1, 135. — Antrag auf B. unterbricht Verjährung des Schadensersatzanspruches 2 1, 101. — Widerruf d. Zurücknahme d. Antrags auf Zuerkennung einer Buße auf Grund des § 119; 4 31.

C. (f. K. B.)

casus a nullo praestatur. — Bedeutung d.

Satzes s. d. Schadensersatzrecht 2 1, 125.

causa. — Lehre von der c. 3 1, 31, 32; 5 28, 50, 74. — Rechtsgeschäft m. mehreren causae 4 53. — causa solvendi, credendi, donandi 2 1, 230; 5 74. — Wichtigkeit des Leistungsgeschäftes wegen Unfälligkeit d. causa 2 1, 66; 4 44, 45, 46; 5 42, 43 (vgl. ungerechtfertigte Bereicherung).

cautio indiscreta. — Beweisverteilung 5 71.

bei Jahrg. 1—3 = Band und Seite.

cessio legis s. Abtretung, Erfüllung, Ablösungsrecht.

eif-Geschäft (s. Handelsklausel, Erfüllungsort, Verwendungskauf) 3 2, 75; 4 612; 7 121. — eif Rotterdam, Verladung in Kalifornien 6 678. — „eif Rotterdam“, Rotterdam als Ablieferungsort? 6 679. — Herausgabepflicht d. Käufers bezügl. der vorzuschußweise gezahlten Fracht 5 264.

circa. — Auslegung 5 85.

clausula rebus sic stantibus vgl. Vorleistung, Zahlungsfähigkeit, Kredit, Rücktritt. — keine inhaltliche Änderung d. Vertrags im Falle d. § 321 BGB. 1 1, 229, 230; 2 1, 215. — Rücktrittsrecht wegen veränderter Umstände eventuell nach § 157 BGB. 1 1, 227; 4 42; 5 40, 51. — Ausdehnung des Grundsatzes der cl. r. s. st. auf die Kreditzusage; Kündbarkeit d. revolving credit 1 1, 228, 229, 381; 2 1, 313, 314; 5 135, 222; 6 71, 140, 141 (f. Kredit). — Ausdehnung des Grundsatzes d. cl. r. s. st. auf den Kaufkapitalvertrag 3 1, 246. — bei Versicherungsverträgen 5 51; 6 141. — im Befinderecht 1 1, 229. — Widerruf e. unwiderruflich erteilten Vollmacht weg. veränderter Umstände 1 1, 151. — Rücktritt d. Verkäufers e. erst anzufertigenden Sache nach § 321 BGB. 1 1, 229. — Recht des in Lieferungsverzug befindlichen Verkäufers, b. Vermögenslosigkeit d. Käufers statt Erfüllung Schadensersatz zu leisten? 6 132. — Verhältnis des § 610 BGB. z. § 321 1 1, 227; 2 1, 315; 4 123; 7 233 (f. Darlehen). — Rücktrittsrecht im Falle d. §§ 321, 610 BGB. eventuell nach Parteiabsicht zulässig 5 222. — Irrtumsanfechtung in den Fällen d. §§ 321, 610 BGB.? 1 1, 381; 2 1, 313. — schon vor Vertragsschluß bestehende schlechte Vermögenslage 1 1, 227, 228, 229; 2 1, 215; 5 135. — nach Entstehung d. Schadensanspruchs wegen Nichterfüllung eintretende Vermögensverschlechterung 1 1, 229. — Vermögensverschlechterung durch Konkursöffnung 4 123. — Vorliegen e. größeren Zahl von Versäumnisurteilen, von Klagen 4 123; 5 135. — Widerruf e. Stundungsversprechens bei Vermögensverschlechterung d. Schuldners 7 66. — Gründe f. Kündigung e. Kredits vor der Zeit 7 69. — für die Frage e. Vermögensverschlechterung maßgebender Zeitpunkt 7 156. — Maßstab f. Verschlechterung d. Vermögensverhältnisse 7 156. — Anspruch d. Verkäufers auf Leistung Zug um Zug im Fall des § 321 BGB.? 7 156. — Recht d. Bauunternehmers, bei Vermögensverlust d. Bestellers für den bereits geleisteten Teil Bezahlung vor Fertigstellung zu verlangen? 7 516. — Anwendung d. § 321 BGB. auf GmbH., Vertragsanfechtung wegen Irrtums über ihre Kreditwürdigkeit 7 1070.

code civil f. französisches Recht, Baden, rheinisches Recht.

command-Erklärungen (franz. R.) 4 786 f. **commis intéressé** 6 265. — ist nicht Gesellschafter 2 2, 49; 6 231. — keine Pflicht des Prinzipals, ihn um Rat oder Zustimmung zu fragen 2 2, 49. — entsprechende Anwendung der §§ 120, 121 BGB. (Gewinnbeteiligung der offenen Handelsgesellschafter)? 2 2, 49. — An-

spruch auf Rechnungslegung? 2 2, 49 (2). — Recht auf Vorlage der Bilanz u. Einsicht der Bücher; wer hat die Kosten der Bilanz zu tragen 2 2, 41, 49 (2), 52 (Bilanzvorlage, wenn der Angestellte sie selbst entworfen hat). — Recht auf Lantime von abgeschrieben, aber nachträglich eingegangenen Außenständen? 2 2, 49, 52. — Lantime aus dem Verkaufserlöse des Geschäftes? 2 2, 52. — Recht auf Bilanzvorlage trotz Gründung eines Konkurrenzgeschäftes 2 2, 52. — Anfechtung der aufgestellten Bilanz 2 2, 52; 4 567. — Aufschlußpflicht des Geschäftsherrn über den Grund der Zurückweisung eines Auftrags 2 2, 52. — Einsicht der Bücher durch einen Vertreter? 3 2, 21.

commorientes 2 1, 15; 3 1, 8 (f. Todeserklärung, Verschollenheit). — Wirkung des § 20 BGB. für u. gegen am Todeserklärungsverfahren nicht beteiligte Dritte 7 8.

compensatio compensationis non datur 1 1, 294; 2 1, 248.

compensatio lucri cum damno f. Schadensersatz, Vorteilsanrechnung. — Wesen und Art 1 1, 165, 166; 2 1, 153; 3 1, 94, 106; 4 90; 6 108, 142, 956. — comp. u. Abtretungspflicht der Erbschaftsprücher nach § 255 1 1, 165; 2 1, 153. — bei Aufhebung gegenseitiger Verträge wegen Betrugs 3 1, 108. — beim Schadensanspruch wegen Nichterfüllung des § 326 3 1, 164. — Schadensanrechnungspflicht für den in Annahmeverzug befindlichen Gläubiger in Ermächtigtungsverhältnissen 3 1, 107. — Anrechnung anderweiter Verwendung der Arbeitskraft keine c. l. e. d. 3 1, 159. — Zurückführung des Vorteils und des Schadens auf die gleiche Tatsache als Voraussetzung 6 108; 7 116. — bei Schadensansprüchen des Hauseigentümers wegen Straßänderung 6 108; 7 116 (2). — nach § 324 BGB. Berücksichtigung von Amts wegen 6 142. — Aufrechnung des durch Ersten e. Grundstücks unter dem Wert gemachten Gewinnes gegenüber der Schadensklage wegen Verleitung z. Hypothekbestellung 7 107. — Befreiung d. Klägers von einem einem Kartell zu leistenden Schaden infolge Nichtlieferung der vom Beklagten nicht abgerufenen Ware 7 116. — Einwand d. Preissteigerung der Ware gegenüber der Schadensklage wegen verspäteter Lieferung 7 116, 117.

Communmauer f. Grenzmauer.

concursum duarum causarum lucratarum (vgl. ungerechtfertigte Bereicherung) 1 1, 185, 266; 4 131. — c. d. c. l. e. exceptio ex iure tertii 2 1, 115.

confusio. — als Erlösungsgrund von Obligationen 4 131.

constitutum debiti alieni 4 149.

constitutum possessorium. — sein Wesen **11, 589.** — Rechtsverhältnis i. S. des § 930 **11, 589; 5 405; 6 384; 7 414** (Veräußerungsgeschäft mit Bedingung späterer Lieferzeit — Depositalkonstitut — Konstitut, bei dem der Eigenbesitzer Besitzgehilfe wird? — ein konkret bestimmtes obligator. oder ein dingl. Rechtsverhältnis erforderlich — nicht notwendig ein im BGB. behandeltes Schuldverhältnis — das Rechtsverhältnis nicht zwischen dem Erwerber u. einem Dritten zu vereinbaren — nicht zu ersetzen durch ein gesetzliches Besitzrecht — Verwahrungsvertrag u. Leihe bei einem Kaufvertrag — Erklärung, fortan im Namen des Erwerbers besizen zu wollen). — c. p. zwischen Ehegatten **11, 592 f.; 21, 552; 4 333; 7 413.** — geschener Eigentumserwerb nicht rückwärts aufzuheben durch bloße Vereinbarung eines Eigentumsvorbehaltes **11, 590, 592; 21, 551; 31, 417** (kein abstraktes c. p.). — c. p. u. § 181 BGB. **11, 590 f.** (Übereignung von Geldern des Vormunds auf den Mündel, von Wertpapieren des Einkaufskommissionärs auf den Kommittenten); **21, 552 f.; 5 405; 6, 384.** — Eigentumsübertragung mittels c. p. durch den Verkaufskommissionär auf den Käufer **7 414.** — c. p. des Bankiers mit sich selbst für den Kunden **11, 117.** — c. p. mit Vertretung des Erwerbers durch den Veräußerer **5 57.** — c. p. u. Kauf zur Sicherung einer Forderung **11, 591, 592; 21, 552** (Feststellung, ob die Übertragung ernstlich gemeint ist — Übereignung nachzuschaffener Stücke — Wirkung der Sicherungsübereignung im Verhältnis zwischen Gläubiger u. Schuldner); **31,**

417; 4 333 (Sicherungsübereignung mittels c. p. als Gefehesumgebung nichtig?); **5 30 f., 160 f., 405; 6 383** (kein Kaufgeschäft erforderlich); **7 413.** — Eigentumserwerb durch c. p. an Waren, die in einem Geschäft erst späterhin angekauft werden **21, 552; 5 405; 6 384.** — desgl. an einer nur im Miteigentum des Veräußerers stehenden Sache **5 405.** — desgl. an gepfändeten, im Besitze des Pfändungspfandgläubigers befindlichen Sachen **5 406.** — desgl. an zum Verbrauch oder Verkauf bestimmten Gegenständen? **6 384.** — Sicherungsvollzug durch c. p. Heilung des Formmangels **21, 290.** — Eigentumserwerb auf Grund c. p. des Besitzmittlers? **11, 523.** — Besitz i. S. des § 930 BGB. auch der mittelbare Besitz **7 414.** — tatsächliche Gewalt des Veräußerers z. Z. des c. p. notwendig; keine antizipierte Vereinbarung? **1, 1 590, 592; 31, 417; 5 405, 406; 6 384.** — kein Eigentumserwerb durch c. p. an noch nicht bestehenden Sachen **5 406.** — Erwerb unmittelbaren Besizes durch c. p. **21, 526.**

conto finto s. Kommissionsgeschäft.

contractus mohatrae (i. Darlehen) **6 221.**

culpa s. Fahrlässigkeit, unerlaubte Handl., Verschulden. — imperitia culpae adnumeratur **11, 186.** — culpa in contrahendo nicht Grundlage der Haftung aus § 122 BGB. **21, 57; 4 33.** — Verschulden des § 276 BGB. nicht culpa in contrahendo **21, 187; 7 130.** — culpa in custodiendo des Streupflichtigen **11, 189.** — culpa in eligendo, Haftung der ur. Personen **11, 29.** — culpa in exigendo Haftung des Gläubigers gegenüber dem Bürgen **11, 152** (s. Bürgschaft unter Diligenzpflicht).

A.

Damno. — rechtl. Natur **6 221.** — D. u. Zins **31, 87.** —

Damnohypothek **11, 243; 31, 87, 434.**

Dampfessel s. Gewerbebetrieb. — auf dem Fabrikgrundstück vorhandener Ertastessel als Zubehör **11, 56.** — als wesentl. Bestandteil e. Dampfziegelei **11, 55.**

Darlehen s. a. Baudarlehen, Kaufkapitalvertrag, Darlehenshypothek, depositum irregulare, pactum de mutuo dando. — Natur der verzinsl. u. unverzinslichen D. **4 125, 186; 6 221.** — Versprechen e. unverzinslichen D. als Schenkung **6 224.** — D. als Real- oder Konsensualvertrag **11, 380; 21, 309, 310; 31, 242; 6 219 f., 221, 222; 7 230.** — Formen des D.schlusses **11, 380; 21, 310.** — Gegenstand des D. **6 220.** — wirtschaftlicher Zweck d. D. gegenüber der Fesslon **31, 194.** — Darlehensversprechen **7 230.** — Leihe oder D.? **31, 241.** — D. oder Kauf? **31, 244.** —

Vorwegabzug d. Provision bei Auszahlung d. D.svaluta **31, 244.** — Auslegung d. Zusage e. D. von zahlenmäßig angegebenem Betrag **31, 244.** — D.s. u. Bierlieferungsvertrag **31, 47; 4 46; 5 43, 44, 220.** — Beweislast (b. Schuldscheinen) **31, 243; 4 186** (Schenkungen oder D.?). **5 220; 6 223; 7 231, 232.** — D.sversprechen zessibel, pfändbar, aufrechenbar? **4 165; 6 220; 7 230 ff.** (s. pactum de mutuo dando). — Lohnvorküsse D. oder Leistung aus d. Dienstvertrag? **11, 384; 21, 247, 311; 31, 183, 242; 5 157.** — Entstehung d. Provisionsanspruchs d. D.smäflers **11, 402; 21, 389; 31, 278; 4 213; 5 259.** — stillschweiger Verzicht auf Aufrechnung gegen die D.sschuld **5 220.** — Vereinbarung zw. D.sgeber u. Versprechensempfänger auf Zahlung d. Valuta an einen Dritten **6 148, 222.** — Valutaregulierung durch Gut-

(Darlehen)

schrift **6 220**. — Verzug des Kreditgebers **6 220**. — Haftung des Kreditgebers für Nichtverschaffung des Eigentums **6 220**. — zu Spielweden **7 231** (f. Spiel). — zu Bauweden **7 231** (f. Baudarlehn). — Vereinbarung d. Rückzahlung u. Verzinsung in „vollständigen, unverbottenen Reichs- u. Spejzialern“ **7 231** (f. Geldschuld). — Verbindung von Darlehen und Kautio **7 231**. — Bürgschaft in Form e. Darlehnsschuldcheins **7 231**.

Umwandlung bestehender Schulden in Darlehnsschulden (§ 607 Abs. 2). — Allgemeines **1 1, 380; 2 1, 310, 311 f.** — Natur d. Umwandlungsabrede **2 1, 312; 6 220; 7 232**. — Verhältnis d. § 607, Abs. 2 z. abstrakten Schuldversprechen **1 1, 380; 2 1, 311; 4 252; 5 221; 6 223**. — Einwendung aus dem alten Schuldverhältnisse **3 1, 242, 243; 5 221; 6 223**. — Nichtbestehen der vorausgesetzten früheren Schuld **6 223; 7 316**. — Verhältnis d. § 607 Abs. 2 z. d. klaglosen Verbindlichkeiten **4 187; 5 221**. — Umwandlung künftiger Forderungen **5 221; 6 224**. — Einzelfälle zu § 607 Abs. 2: Umwandlung von Wechseln **2 1, 312; 3 1, 243**; von Geschäftsschulden **4 187**; von Schulden a. d. väterlichen Verwaltung **3 1, 243**. — Damno bei Hypothek (Grundschuld) als vereinbarter Damno **3 1, 243**. — „bares Darlehen“ u. § 607 Abs. 2 **3 1, 243; 5 221**. — Beweislast im Falle des § 607 Abs. 2 bei Schuldcheinen **3 1, 243; 4 186; 6 223**. — Einfluß der Umwandlung einer aus Vorschlüssen entstandenen Forderung in ein D. auf die Zuständigkeit des vereinbarten Schiedsgerichts? **6 224**. — mit Rückzahlungstermin, vorzeitige Rückerstattung **1 1, 312**. — Abrede d. Rückzahlung nach Eintritt in e. gewisse (bessere) Vermögenslage **2 1, 313**. — stillschweigende Verlängerung des D. **6 221**.

Kündigung. — rechtliche Natur **1 1, 380**. — Benennung e. bestimmten Zeitpunktes kein Erfordernis der Kündigung **7 232**. — Ausschluß der Rückbarkeit auf beiden Seiten **6 221**. — Wirkung d. Kündigung auch gegen d. Kündigenden **1 1, 380**. — Kündigungsberechtigter **1 1, 380**. — Kündigungsempfänger **3 1, 245**. — bedingte Kündigung **1 1, 380**. — Kündigung durch verfrühte Klage (f. Fälligkeit) **7 232**. — Verzicht auf d. Kündigungsrecht **1 1, 381**; durch vorbehaltlose Annahme verspäteter Zinszahlung? **3 1, 245; 7 232** (f. Zinsen). — Kündigung vor Hingabe **2 1, 314**. — § 609 Abs. 1 u. 2 bei verzinslichem wie unverzinslichem D. anwendbar **2 1, 312**. — Kündigung von Anleihen auf Inhaberpapiere **2 1, 312**. — Vereinbarung d. Unkündbarkeit von Hypotheken f. d.

Zeit d. Eigentums d. Darlehnsempfängers **2 1, 313**. — Kündigung wegen Verzugs mit der Zinszahlung **6 221, 224**. — Abhängigkeit d. Stundung oder Nichtkündbarkeit von e. Bedingung insbes. v. pünktlicher Zinszahlung **3 1, 244, 245; 7 232** (f. Zinsen). — Kündigungsfrist bei D. zur Selbständigmachung **7 232**. — Beweislast bzgl. vom Gesetz abweichender Kündigungsfristen oder Kündigungsbestimmungen **3 1, 236, 245; 4 187; 7 232**. — Irrtumsanfechtung im Falle d. § 610 **1 1, 70, 227, 381; 2 1, 313**. — Kritik des § 610 **7 232**. — § 610 beim D.sverprechen **1 1, 381; 2 1, 313, 314; 5 222**; beim Arbeitsvertrag **2 1, 313**; beim Baukapitalvertrag **3 1, 246**; beim Vermächtnis e. Darlehns **3 1, 245**. — Widerruf nach § 610 bei Abtretung d. Anspruchs auf Darlehnsverleihung **7 233**. — Unzulässigkeit d. Widerrufs nach § 610, wenn d. D.sverprecher durch Nichtgewähren d. D. selbst die Vermögensverschlechterung d. Gegners verschuldet **7 233**. — Kündigung e. von Eheleuten geschuldeten D. durch gemeinschaftl. Brief: Annahmeverweigerung der Frau **7 232**. — Verhältnis d. Widerrufsrechts aus § 610 z. Rücktrittsrecht **1 1, 261**. — Unzulässigkeit d. Widerrufs bei hypothekarischem D.sverprecher **7 233**. — Widerrufsrecht d. § 610 bei fufzessiver Ausübung d. D.sverprechens **3 1, 246**. — Anwendung des § 610 auf bankmäßige Kreditzusage **6 224**. — verzinsl. Leistungszeit **1 1, 178**. — Eigentumsverschaffungspflicht d. Gläubigers **2 1, 310**. — z. Spiel **5 45** (f. Spiel); **6 222**. — zwecks Einrichtung eines Bordells **5 43**. — Unmöglichkeit d. Rückzahlung e. D. in Inhaberpapieren in gleichartigen Papieren **2 1, 311**. — Umfang d. Verpflichtung f. e. D. Hypothek zu beschaffen **2 1, 271**. — Betrug auf Grund e. durch Anfechtung aus § 119 nichtig gewordenen D. **3 1, 244**. — Unterschied zw. d. Rücktritt vom D.svertrag u. vorbehaltener, vorzeitiger Rückforderung d. D. **1 1, 261**. — Aufrechnung seitens d. D.sgläubigers vor Auszahlung der Valuta? **6 220**. — Pflicht des Kreditnehmers z. Annahme des Kapitals; Annahmeverzug **6 221**. — ungenaue Bestimmung der Rückgabezeit **6 221, 224**. — Zusage eines „aus längere Zeit unkündbaren Darlehns“ **6 223, 224**. — contractus mohatrae, Wesen **6 221**. — Damno f. dieses. — Anwendung des § 326 Abs. 1 bei Nichtzahlung der Zinsen? **6 221, 224**. — Erfüllungsort **6 112, 222** (für Hingabe u. Rückzahlung). — Verlust d. Darlehnssumme bei Übersendung an den Kreditnehmer **6 222**. — Diskontierung eines Wechsels zur Verschleierung eines D. **6 223; 7 231**. — revolverender (bei

Deckung sich jeweilig erneuernder) Akzeptkredit; Rücktritt **6 223** (s. Kredit). — Hingabe auf „längere, angemessene Zeit“ **6 134**. — sofortige Rückzahlung ohne Kündigung bei unpünktlicher Zinszahlung u. verspäteter Geltendmachung d. Rückzahlungsanspruchs **7 69**.

Darlehensvermittler s. Makler.

datio in solutum s. Hingabe an Erfüllungsstatt.

Deckungskauf. — Prüfung der Ordnungsmäßigkeit **13, 128**. — gegen Treu u. Glauben verstößende Unterlassung des D., der gegenüber dem verlangten abstrakten Schaden eine Minderung der Schadenshöhe zur Folge gehabt haben würde **4 618**. — nach Maß u. Stückzahl von der Vertragsware abweichender D. **4 623**. — Zeitpunkt der Vornahme **4 623; 6 688**. — § 254 BGB. u. Pflicht z. Deckungskauf **1 1, 164; 3 1, 104; 4 87**. — D. wegen verzögerter Vertragserfüllung **1 1, 164; 7 157**. — Vornahme d. D. vor Ablauf e. angemessenen Nachlieferungsfrist bei bestimmter Erfüllungsweigerung des Verkäufers **6 688**. — Rücksicht auf das Interesse des Gegners **7 143**.

Deckungsversicherung s. Versicherungsvertrag. — Verweigerung der Prämienzahlung der z. D. berechtigten Versicherten bis zur Erstattung der Kosten d. neuen Versicherung **1 1, 226**.

Deflorationsanspruch s. uneheliche Kinder. — Geltendmachung eines vor 1900 begründeten D. nach dem I. O. **12 419**.

Deliktfähigkeit s. Zurechnungsfähigkeit. — im Zivil- u. Strafrecht **2 1, 128**. — der Personenverbände **1 1, 28; 2 1, 16, 17, 18; 3 1, 15, 16; 4 1 11**.

Delkretere s. Kommissionsgeschäft. — Unterschied v. Bürgschaft **3 1, 306; 5 696**.

demande en garantie als verjährungsunterbrechende Streifverkündung im holländischen Recht **4 61; 5 64**.

Depeche s. Telegramm.

depositum irregulare s. Verwahrungsvertrag u. Lagergeschäft. — Begriff **1 1, 414; 2 1, 426 f.; 5 272**. — „ausdrücklich“ im § 700 **1 1, 154 f.; 2 1, 426**. — Summendepot **2 1, 426**. — Vermengungsdepot **2 1, 426**. — Eigentumsübergang auf den Verwahrer **1 1, 414; 2 1, 427; 5 272**.

Depot s. Bankdepot.

Depositscheine. — der Banken: rechtliche Natur **4 254**.

Dereliktion s. Eigentum unter Erwerb u. Verlust des Erwerbes an beweglichen Sachen V und unter Aufgabe des Eigentums an Grundstücken. — s. auch Grundstück derelinquiert. — Als Rechtsgeschäft **1 1, 59; 65; 2 1, 48**. — Befiskaufgabe des § 303 BGB. keine D. **1 1, 213**.

Deszendenz s. künftige Deszendenz.

Deszendenzpflegschaft s. Pflegschaft.

bei Jahrg. 1—3 = Band und Seite.

Detention. — momentane D. von § 855 BGB. nicht betroffen **1 1, 512**. — kein Recht momentanen Detentors auf Selbstschutz des Besitzers **1 1, 516**.

Deutsche Rationalität. — Vereinbarung des Grundstücksverkaufs nur an Käufer d. R. **3 1, 48**.

Deutsche Sprache. — Recht auf Vornahme e. Rechtsgeschäfts in deutscher Sprache **4 38**.

Diebstahl. — in Notstand **1 1, 140**. — Selbsthilfe d. Herrschaft durch Durchsuchung d. Behältnisse d. diebstahlverdächtigen Gefindes **1 1, 141**. — kein Diebstahl d. Besitzmittlers an den von ihm besessenen Sachen, sondern Unterschlagung **1 1, 523**.

Dienstanspruchsbeschwerde s. Rechtsverweigerung.

Dienstbarkeit s. auch Rechte dingliche.

Grunddienstbarkeit s. dort.

Beschränkte persönliche D. — Unvererblichkeit; Bestellung auch zugunsten der Erben des zunächst Berechtigten **3 1, 430; 5 418**. — Begründung zugunsten der Erben des Bestellers für die Zeit nach dessen Tod **1 1, 654**. — Zulassung der Ausübung durch Dritte, Eintragung ins Grundbuch **1 1, 654**. — Begriff der Ausübung **2 1, 796**. — Gegenstand ein ideeller Grundstücksanteil? **7 426; Deiche? 7 427**. — Inhalt der beschr. p. D. **3 1, 430; 6 401**. — Unterschied vom Nießbrauch **5 418**. — Benutzung des belasteten Grundstücks, Überlassung der Benutzung an den Eigentümer **6 401**.

Wohnungsrecht. — Nießbrauch oder beschr. pers. D.? Anwendbarkeit der für d. erstere und für letztere geltenden Bestimmungen **2 1, 577; 1 1, 654**. — Verhältnis zum persönlichen Mietrecht **1 1, 654; 2 1, 576, 577**. — Anspruch aus dem Wohnungsrecht **2 1, 577; 6 402**. — Anspruch auf Eintragung ins Grundbuch **2 1, 577**. — Untergang des Rechts durch Zerstörung des Wohnhauses; Sicherung der Wiederherstellungspflicht durch Eintragung des Wohnungsrechts als Realast **6 402**. — Behandlung eines solchen Wohnungsrechts in der Zw.-Verf. **7 942**. — Anspruch auf Unterhaltung einer Dienstwohnung **4 344**. — Wohnungsrecht für Ehegatten (zwei selbständige Rechte, keine Gemeinschaft); Wohnungsrecht außerhalb eines Miteilsvertrages **7 427**. — entgeltliche Überlassung der Ausübung des W.-R. als Mietvertrag **1 1, 362**. — Nutzungsrecht an einem Gebäubeteil als W.-R. **2 1, 30**. — D. eines Kreises an dem zu Chausseestrecken verwandten Lande **6 402**. — Recht auf Benutzung eines Gartens **5 418**. — Nutzungsrecht an Begräbnisplätzen **2 1, 576**. — Recht auf Bodenbestandteile, dingliches Jagdrecht **5 418**;

(Dienstbarkeit)

6 402; 7 427. — Fischereirecht, keine Möglichkeit, einen Pachtvertrag durch beschr. pers. D. dinglich zu sichern; Recht auf Wasserentnahme aus Flüssen **7 426.** — Bierabnahmepflicht **7 427.** — „Abholzungsrecht“ **4 344.** — Recht auf eine Anlage **6 401.** — Sicherung des Eigentums an den auf Grundstücke gelieferten Industrieerzeugnissen durch beschr. pers. D.? **5 418 f.; 7 426** (s. Maschinen). — Bewahrungs- u. andere Gebrauchsbeschränkungen **2 1, 576; 6 401; 5 417 f.; 4 344.** — Recht der Unterrichtsverwaltung auf Unterlassung von Änderungen an einem Denkmal **7 427.** — D. zur Verhütung eines (landschaftlich) „unschönen Anblickes“ **6 401.** — irreguläre Personalverbitut nach preuß. R. **7 427.** — Umfang der D.: „persönliches“ Bedürfnis **2 1, 576; 4 344.** — Ausübung eines servitutarischen Bahnübergangsrechtes **6 402.** — Bestellung als Bestandteil eines Leibgebings **7 427.** — Bestellung der D. durch eine Stadtgemeinde in Preußen ohne Genehmigung der Aufsichtsbehörde **6 401.** — Rechte an Bestandteilen einer Bahneinheit, Eintragung ins Bahngrundbuch **6 401.** — D. zugunsten einer Gemeinde, z. G. des Publikums **1 1, 654; 5 417 f.; 4 344.** — Geltendmachung der D. **2 1, 576.** — vor 1900 begründete irreguläre Personalverbituten, Übertragung, Eintragung **4 546.** — vor 1900 begründetes gemeinschaftliches Weiderecht **5 628.** — Aufrechthaltung landesrechtlicher irregulärer pers. D.; Art. 68 GGWB. **1 2, 393.** — Stellung der vor 1900 begründeten, nicht eingetragenen pers. D. gegenüber einem gutgläubigen Erwerber d. Grundstücks oder bei späterer Belastung des Grundstücks **5 629.**

Dienstboten s. Gesinde, Dienstvertrag, Arbeitsvertrag.

Dienstbuch. — Retentionsrecht **2 1, 178** (s. Dienstvertrag, Arbeitsvertrag, Gesindewesen).

Dienstmann. — Verweigerung des polizeil. Erlaubnis Scheines **4 937.**

Dienstverhältnis im Sinne des § 119 s. Minderjährige.

Dienstvertrag s. Arbeitsvertrag, Geschäftsbeforgung, Gesindewesen, Handlungsgehilfe, Tarifvertrag, Affordvertrag.

Übergangsrecht **1 2, 420 ff.** — Anwendung des Art. 171 GGWB. auf mangels Schriftlichkeit nach altem Recht ohne Kündigung lösbare D. **1 2, 423.** — maßgebendes Recht für die aus der Vertragsauflösung sich ergebenden Ansprüche **2 1, 787, 788; 3 1, 695.** — Konkurrenzklause bei Verträgen des alten Rechts **2 1, 788.** — Verjährung von Ansprüchen aus Verträgen des alten Rechts **4 545.**

Begriffliches. — insbes. Unterschied

zwischen Dienstvertrag u. Werkvertrag **1 1, 381; 2 1, 316, 325, 327; 3 1, 247, 266; 4 187 ff., 192; 5 223 f.; 6 226, 227** (gegen § 138 verstößende Begründung eines Werkstattdienstvertrags). — Unterschied zwischen Dienstvertrag u. Gesellschaftsvertrag **2 1, 325; 5 223.** — Unterschied zwischen Dienstvertrag u. Mäklervertrag **5 223; 7 241.** — D. oder Werkvertrag? in dubio D.? **1 1, 383; 6 226, 227; 7 239.** — Anwendung der Vorschriften über Werkvertrag, insbes. übliche Klagen, Pfandbestellung nach § 647 auf den D. **4 190, 206; 5 251.** — D. als Typ des Arbeitsvertrags **2 1, 322.** — D. u. Affordvertrag d. Arbeiter **2 1, 325, 326 f.; 3 1, 247; 5 222 f.; 227; 6 226.** — Dienst- u. Arbeitsverdingungsvertrag **5 223.** — Dienst- u. Fabrikarbeitervertrag **5 227.** — bürgerlicher u. gewerblicher D. **2 1, 326; 3 1, 247.** — gemischte Vertragsverhältnisse **2 1, 331 f.; 3 1, 249 f.; 4 195; 5 228.**

F ä l l e. — öffentl. Beamte (s. Beamte) **7 241.** — Unterrichtsverteilung? **2 1, 328** (Examensvorbereitung); **3 1, 249; 4 189.** — Bühnengagementsvertrag? **1 1, 381, 394; 2 1, 328, 331; 3 1, 249; 4 189; 7 248.** — Vertrag zwischen Arzt und Kranken **1 1, 382; 2 1, 328 ff.; 4 189; 193; 5 226, 334; 3 1, 248; 7 241.** — Vertrag mit Hebamme **1 1 383.** — Vertrag mit Amme **6 231.** — Vertrag zwischen Anwalt u. Partei (s. Rechtsanwalt) **1 1, 383; 2 1, 324, 328, 333, 405; 3 1, 248, 284; 4 193; 5 227; 6 230; 7 241, 245 f.** — Vertrag mit d. Notar **2 1, 331; 3 1, 248; 5 227; 6 230; 7 241, 245.** — Vertrag mit d. Architekten, Bauunternehmer **4 189, 194; 5 227; 7 242, 246.** — „Päpplervertrag“ **2 1, 293, 331; 3 1, 249; 4 194.** — Vertrag zw. Ziegelmeister u. Ziegeleibesitzer **2 1, 331; 5 227.** — Vermietung v. Pferd, Wagen u. Kutscher (Vertrag m. Fuhrwerksbesthern) **2 1, 331; 3 1, 250.** — Pensionsvertrag **2 1, 332; 4 174.** — Vertrag mit Toilettenfrau **3 1, 250.** — Vertrag mit Schneidermeister? **4 195.** — Vertrag mit Maurermeister **4 194; 5 227.** — Transportvertrag? **5 228.** — Vertrag mit Zuckfabrikbureau **5 228.** — Schleppvertrag **5 228** (s. diesen). — Beauffichtigung bez. Wiederherstellung v. Telegraphen- (Telephon-)leitungen durch Straßenbau- bzw. Polizeibeamte **1 1, 383.** — Privatisenbahnbeamte **4 192.** — Vertrag mit Straßenbahnfahrern **3 1, 249.** — Vertrag zwischen Aufsichtsrat u. A.-G.) Geschäftsführer einer GmbH.) **2 1, 330; 3 1, 248; 4 193; 7 242, 246.** — Agenturvertrag? **4 193; 6 231, 239; 7 242.** — Kommissionsgeschäft **4 201; 7 256.** — Vertrag auf Erteilung von Rat, Empfehlung u. Ausfunft als Dienstvertrag? **2 1, 406, 407; 3 1, 285, 286; 4 221;**

5 265, 267 (i. Auskunft); 7 242. — Überlassung v. Dreschmaschine mit Bedienungsmannschaft 3 1, 249. — Benutzung eines Krahnens 5 207. — D. zwischen Eltern u. Kindern 2 1, 45; 4 28; 5 224, 487. — D. unter Ehegatten (Begründung eines Dienstbotenverhältnisses) 2 1, 331. — subsidiäre Anwendung der §§ 611 ff. auf d. Dienstverhältnis d. Handlungsgehilfen 1 1, 383; 7 252; d. gewerblichen Arbeiter 1 1, 383; 2 1, 326; 5 223; d. Binnenschiffahrts- u. Flößereiangestellten 1 1, 383; auf Hausoffizianten 3 1, 247; auf d. Beamtendienstvertrag (i. Beamte) 3 1, 247; 4 192; 5 224: 3 1, 24. — (Haftung des Staates gegenüber den Beamten aus dem D.) 6 227. — Vertrag mit Gerichtsvollzieher (i. diesen) 6 230; 7 241, 246. — Schiedsvertrag 6 231. — Girovertrag 6 231 (i. 2 1, 396; 6 266). — partiatischer Vertrag mit Angestellten 6 231. — Vertrag mit Krankenpflegerinnen; Entlassung wegen Mangels der erforderlichen Charaktereigenschaften durch den Vorstand des Krankenpflegevereins 6 231; 7 246. — Vertrag mit Hausknecht; Vergütung für Kleiderreinigen 6 232. — Privatgehilfen eines Landrates 6 234. — gegen die guten Sitten verstößende Vereinbarungen 2 1, 69; 4 46; 5 44. — Lehrvertrag als Dienst- oder Werkvertrag? Haftung d. Lehrherrn für vollständige Auszubildung d. Lehrlings? 7 239, 240. — Verbleiben als Gesellschafter bei jemand gegen lebenslängliche Versorgung 7 240, 241. — Gefälligkeitsdienste; Belohnung derselben Schenkung? 7 241. — Bierkäufervertrag 7 247. — Anstellung e. vom Oberkellner z. bezahlenden Kellners 7 247. — Stütze der Hausfrau: Pflicht zu niederen Arbeiten 7 246. — Aufstellung e. Filialleiters, Lagerhalters 7 246, 247. — Vertrag mit Artisten (i. diese) 7 247. — Vertrag mit e. Gemeindefreiber, einem Satiristen in Elsaß-Lothringen 7 242.

V e r g ü t u n g. — Art der Vergütung im allgemeinen 2 1, 319; 5 224. — Gratifikation 6 233. — Weihnachtsgratifikation., Neujahrsprämien 2 1, 333; 4 193; 7 249. — Vereinbarung d. Abberdien. 2 1, 319, 334; 3 1, 251. — Trinkgeld 3 1, 139, 334: 6 232 (i. Hausknecht). — Natur der Vergütung bei ärztlichem D. 2 1, 334 (i. Arzt). — Natur der Lohnzuschüsse 1 1, 384; 2 1, 311; 3 1, 242. — stillschweigende Vergütung „Umstände“ (§ 612) 2 1, 335: 6 232. — stillschweigender Verzicht des Arztes auf Vergütung 2 1, 336. — Vergütung bei Schlepsschiffahrtsvertrag im Falle einer Verzögerung 2 1, 336. — „übliche Vergütung“ u. Tarifvertrag 1 1, 383: 2 1, 336. — „Lage“ im Sinne des § 612 Abs. 2 2 1, 336. — Vergütung nach Lohn tarif oder Wertstoffordnung als

„üblich“ 3 1, 252; 4 195; 5 131, 225. — „Üblichkeit“ der Vergütung des Arztes 2 1, 337. — Art der Vornahme des Geschäfts f. die Üblichkeit der Vergütung entscheidend 3 1, 252. — Beweislast bzgl. der angemessenen Vergütung 3 1, 211; bzgl. der Unentgeltlichkeit der Dienstleistung 3 1, 252. — kein Anspruch des Schwiegersohnes auf Vergütung f. d. Krankenpflege der Schwiegermutter 5 229. — Vergütung für die Fahrt zur Arbeitsstelle 2 1, 335; 3 1, 251. — Vergütungsanspruch des Hausknechts gegenüber dem Logiergast kraft stillschweigender Vereinbarung 4, 195. — Bemessung der Vergütung nach Zeitabschnitten, insbesondere Stunden- u. Tagelohnvertrag 2 1, 337, 342, 343; 3 1, 254. — Fälligkeit der Vergütung f. ärztliche Dienste 2 1, 338. — Bestimmung d. Fabrikordnung, daß bei Austritt ohne Kündigung Lohnabzug eintreten solle 7 249. — Unmöglichkeit der Leistung (zu vertretende u. nicht zu vertretende) beim Zeitlohn u. beim Akkordvertrag 7 243. — Einfluß mangelhafter Arbeitsleistung auf den Zeitlohn 7 243. — Stücklohn u. Akkordlohn 2 1, 331, 337: 3 1, 252. — „rückständiger Lohn als Kaution“ gemäß Vorschrift d. Arbeitsord. 3 1, 252. — Vorchaupflicht d. Prinzipals bzgl. der Spesen der Handlungstreisenden 3 1, 252. — Honorierung der Teilleistung 4 188; 7 249. — keine Befugnis d. Dienstherrn zur Gehaltsverweigerung bei Dienstvernachlässigung 2 1, 69. — § 614 als ius dispositivum 2 1, 337. — Verhältnis der §§ 612, 1617 zu früherem bayerischen Recht 4 196. — keine vorzeitige Fälligkeit bei Vermögensverschlechterung d. Dienstherrn 7 249. — Anwendbarkeit der §§ 315 f. auf die Vergütung 1 1, 223, 224. — § 612 Abs. 1 als stillschweigende Willenserklärung; Anfechtung wegen Willensmängel? Dissens 6 232; 7 247. — wann ist die Höhe der Vergütung bestimmt? § 612 Abs. 2; stillschweigende Honorarvereinbarung 6 232, 233. — Honorar der Spezialärzte 6 232, 233. — Vergütung der hamburgischen Notare für beratende Tätigkeit u. Anfertigung von Vertragsentwürfen 6 233. — Spielgeld des erkrankten Schauspielers 7 248. — Lohnanspruch e. Pflegerin des gegenüber d. Stiefeltern 7 248. — Honorar d. Schiedsrichters 7 248. — Vermutung gegen d. Bestehen e. Lohnverhältnisses zw. Eltern u. Kindern? 7 248. — Einfluß e. Tarifs a. d. Vergütung, wenn die Parteien der Tarifcorporation nicht angehören 7 248. — Bestimmung d. Höhe partiatischer Vergütung 7 248. — Zurückbehaltung des Gehalts bis zur Rechnungslegung 7 249. — Zurückbehaltungsrecht gegen Lohnforderung (i. Zurückbehaltungsrecht) 7 243. — Ver-

(Dienstvertrag)

gütung f. Überstunden, insbesondere für rechtswidrige Überstunden **11**, 383; **31**, 251; **5** 225; **7** 243. — Garantie e. Mindestentlohnens für Agenten **7** 246.

Annahmeverzug des Dienstberechtigten (§ 615) **7** 249. — Anwendbarkeit der allgemeinen Vorschriften über Leistungsummöglichkeit **31**, 252; **4** 196, 197. — Angebot der Dienstleistung als Voraussetzung d. § 615 BGB. ? **7** 249, 250. — Verhältnis des § 323 zu § 615 **11**, 384; **21**, 338; **5** 136, 229. — Verhältnis des § 615 zu § 124 b GewD. **21**, 343. — §§ 615, 616 auf den ärztlichen Dienstvertrag anwendbar **21**, 343. — rechtliche Natur der Ansprüche aus d. Kontraktbruch **21**, 338 ff.; **31**, 252. — Vergütung u. Auslagenersatz **21**, 337, 342, 343; **31**, 254. — Lohnanspruch des Dienstpflichtigen bei Verjagung der Konzeption **11**, 385. — Verzug d. Dienstberechtigten, wenn Empfänger der Arbeit weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer des Arbeitgebers ist **21**, 338. — Recht d. purgatio morae d. Arbeitgebers **21**, 338. — Anrechnungspflicht im § 615: Umfang der Anrechnungspflicht **31**, 254; **4** 196; **7** 250 f. — Anrechnung der Ersparnis **21**, 343. — Anrechnung unterlassenen, vom Dienstberechtigten angebotenen Erwerbs **11**, 385. — Anrechnung des durch Gründung eines Geschäftsz. Erworbenen ? **11**, 385; **5** 230. — keine Anrechnung an erst nach Vertragsbeendigung erhaltenen Provisionen **5** 230. — Klagerecht d. Dienstberechtigten aus § 615 Satz 2 ? **4** 197; **5** 230. — Beweislast im Falle des § 615 Satz 2 **21**, 344; **4** 197; **5** 231. — kein Anspruch auf Schadenersatz wegen Nichterfüllung im § 615 **11**, 384; **21**, 338, 343; **4** 196. — Recht des Pflichtigen auf Annahme seiner Dienste **21**, 333; **31**, 251. — Annahmeverzug des Dienstherrn bei Bestreiten e. Vertragsbestimmung seitens d. Arbeitnehmers **7** 250. — Anwendung des § 615 bei e. bereits angetretenen Dienstverhältnis; nochmaliges Dienstangebot **7** 249 f. — Maiaussperrung (s. diese) **7** 250. — Annahmeverzug des Arbeitgebers beim Affordervertrag **7** 249. — Lohnanspruch des Arbeiters bei zufälliger Betriebsstörung **7** 250. — Unmöglichkeit der Dienstleistung infolge Landestrainer (Schauspieler) **7** 250. — Nichtaufretenlassen der engagierten Musikpelle seitens d. Wirtes infolge e. ungünstigen Polizeiverordnung **7** 250. — Lohnanspruch e. mit sofortiger Kündigung angestellten Arbeiters bei Betriebsaussetzung **7** 250. — Lohnanspruch e. grundlos entlassenen Vorstandsmitglieds einer Genossenschaft **7** 250.

Vorübergehende Verhinderung d. Dienstpflichtigen. —

§ 616 als Sondervorschrift nicht auszudehnen **31**, 254; **5** 225. — § 616 ius dispositivum ? **11**, 386; **21**, 344; **31**, 254; **4** 197; **7** 251. — Anwendung d. § 616 auf die gewerbl. Arbeiter **11**, 386; **12**, 387; **21**, 344; **4** 197; auf die Handlungsgehilfen **4** 197; auf die Privatgehilfen eines Landrats **6** 234. — Kritik des § 616 in Hinsicht auf die Anrechnungspflicht bzw. auf den Lohnfortbezug während militärischer Übung **31**, 255. — Fälle unverschuldeter Arbeitsverhinderung **11**, 385; **21**, 344; **4** 197, 198. — § 616 bei Betriebsunfällen unanwendbar **11**, 386. — Anspruch des als Zeugen vernommenen Dienstpflichtigen auf Zeugengebühr u. Lohn **11**, 387; **21**, 346 f. (s. § 3 GewD.) — Krankheitskontrolle des Dienstherrn **21**, 347. — „verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit“ (§ 616) **11**, 385, 387; **21**, 344, 346; **31**, 254; **4** 197, 198; **7** 251. — insbesondere bei militärischen Übungen **11**, 386 f.; **21**, 344 ff.; **31**, 254 f.; **4** 197; **6** 234; **7** 251. — kein Fortbestand d. Lohnanspruchs im Fall d. § 616 über die Vertragsdauer hinaus **21**, 344; **31**, 254. — Anordnung d. preuß. Justizministers bzw. Ministers d. öffentlichen Arbeiten betr. die Anwendung des § 616 gegenüber den in ihren Diensten stehenden Personen **31**, 256 f. — Übung der sozialdemokratischen Druckereien in bezug auf den § 616 **31**, 256. — desgl. im Berliner Bauereigewerbe **21**, 346. — Anrechnungspflicht im § 616: Form u. Wirkung d. Anrechnung **4** 197. — anrechenbar: militärische Bezüge, insbesondere Familienunterstützung **11**, 386, 387; **21**, 345; **31**, 255; **4** 197; Versicherungsbezüge aus eingeschriebenen Hilfskassen **4** 197; Kranken- u. Unfallgeber **11**, 386. — Anrechnung des Krankengeldes bei Doppeloerficherung **11**, 386. — Ausdehnung d. Anrechnung auf alle ähnlichen Bezüge seitens dritter Verpflichteter **11**, 387; **21**, 347. — Beweislast im Sinne des § 616 Satz 2 **21**, 344. — Notwendigkeit einer Vorentscheidung über die Einwendung der erfolgten anderweitigen Verwendung der Arbeitskraft **31**, 255. — Vergütung u. Auslagenersatz im Fall des § 616 **21**, 337, 342, 343; **31**, 254. — Erkrankung infolge Duells **11**, 388. — unverschuldete Krankheit des in Leistungsverzug befindlichen Arbeiters **7** 251. — Gefinde im § 617 BGB. **7** 251 (s. Gefindewesen). — Saisonarbeiter unter § 617 fallend **7** 251.

Fürsorgepflicht des Dienstherrn f. Arbeitsvertrag. — de lege ferenda; Vorschlag zu § 617 **21**, 351. — ausdehnende Auslegung der §§ 617, 618 **31**, 254; **5** 225. — weitergehende Haftung aus anderen Rechtsstiteln **5** 231. — Verhältnis des § 617 zum Gefinderrecht

1 1, 388; 2 1, 350; 3 1, 258. — Verh. zum Unfallversicherungsrecht 2 1, 350; zum Unterstützungswohngesetz: Zulässigkeit d. Rechtsweges f. Erbschaftsprüche 2 1, 351. — § 617 anwendbar auf Lehrlinge? 1 1, 387. — § 617 anwendbar auf nichtversicherungs-pflichtige Werkmeister 1 1, 388. — § 617 bei dem sog. Scharwerfertum 3 1, 257. — § 617 als sozialpolitische Legalobligation 2 1, 347; 3 1, 257; 4 198. — „dauerndes Dienstverhältnis“ (§ 617) 2 1, 348; 4 198; 5 231 (dauerndes Bühnenengagement). — „häusliche Gemeinschaft“ (§ 617) 2 1, 349; 4 198; 6 234 (bei Angestellten einer juristischen Person). — „Erkrankung“ 2 1, 350; 3 1, 257; 4 198. — „erforderliche Verpflegung usw.“ 2 1, 349; 3 1, 257. — „ärztliche Behandlung“ 2 1, 349; 5 40. — kein Recht des Dienstherrn, einmünd. statt der „erforderlichen“ Verpflegung u. ärztlich. Behandlung zu gewähren 2 1, 353. — kein Anspruch aus § 617 bei Erkrankung infolge Duells 1 1, 388. — Vereinbarung der Selbstversicherung (gegen Krankheit) seitens d. Dienstverpflichteten 2 1, 353. — maßgebender Zeitpunkt f. d. Pflicht aus § 617 2 1, 350; 3 1, 257; 4 198; 6 235. — Wegfall der Pflicht aus § 617 durch Bestehen einer Versicherung 1 1, 387; 2 1, 350; 5 226; 6 234. — Kritik d. § 618 2 1, 353. — Bedeutung der Verkehrssitte für den Umfang der Pflicht des Dienstherrn nach § 618 6 95. — Umfang u. Inhalt der Fürsorgepflicht; Einwand der Nichtkenntnis der Mangelhaftigkeit einer Einrichtung; Einwand des Dienstherrn, daß er die allgemein üblichen Maßregeln getroffen 6 235, 237. — Anwendungsgebiet des § 618 1 1, 388; 2 1, 351; 4 198. — Fürsorge für die Gehilfen des Dienstpflichtigen 6 235; 7 252. — Anwendung des § 618 auf Arbeitsverhältnisse im weiteren Sinne und Werkverträge 6 235. — Anwendung des § 618 bei Nahrung gegen freie Station 6 237. — Haftung des Dienstherrn bei mangelnder Sorgfalt in der Auswahl der bestellten Person 6 237. — Anwendung des § 618 bei nur aus Gefälligkeit u. zufälliger Hilfe leistenden fremden Arbeitern 7 251. — Anwendung d. § 618 auf den Beamten-D. 3 1, 258; 5 232; 6 227, 235; 7 252. — „Arbeitszeit“ im § 618 Abs. 2 2 1, 352. — Erstreckung der Fürsorgepflicht d. Dienstberechtigten auch auf Wohn- u. Schlafräume des Arbeiters 1 1, 389 (Anspruch auf eigenes Bett); 2 1, 352. — Haftung f. Verletzung des Arbeiters durch die im Arbeitsraum in gefährlicher Weise aufgestellten Sachen 4 199. — Beschaffung der Dienst- usw. -Räume 1 1, 152. — Schutz d. Angestellten geg. Garberobediebstahl 5 116. — Instandhaltung von Zugangswegen 1 1, 388; 5 233; 7 253. —

Schutz gegen Feuergefährdung 2 1, 351. — Treppenbeleuchtung 3 1, 258. — Hinweis auf besondere Gefahren 2 1, 352. — Nichtbeanstandung der mangelhaften Räume durch die Polizei keine Entschuldigung 1 1, 388. — Abortunfall 3 1, 140, 258; 6 236 (Weg zum Abort, herabfallende Gegenstände). — Pflicht z. Sorge f. d. Eigentum d. Arbeitnehmers 2 1, 353; 3 1, 258; 5 232. — Recht des tatpol. Gesindes auf Fastenpeiße 1 1, 389. — Unfall bei Lohnauszahlung 7 253. — Unfall bei Fensterputzen 3 1, 102, 259; 4 199; 6 236. — Voraussehbarkeit d. konkreten Schädigung f. d. Haftung aus § 618 nicht erfordert 2 1, 351. — 30 jährige Verjährung des Anspruchs d. Arbeiters aus § 618; 5 233. — Verhältnis des § 618 zu § 254 1 1, 389; 2 1, 151; 6 106, 236, 237. — Ausbitten in einem Dienstverhältnis trotz Bestehens von dem § 618 zuwiderlaufenden Umständen 2 1, 352. — Verhältnis des § 618 zu §§ 823 ff. 2 1, 351, 353; 3 1, 259; 5 232 (s. unerlaubte Handlung); 6 236; 7 252. — kumulative Anspruchnahme aus § 618 u. §§ 823 ff. 7 252. — Zuständigkeit für die Plage des Dienstverpflichteten aus § 618 1 1, 389; 4 200; 6 236. — „im voraus“ erfolgter Ausschluß u. Beschränkung der Fürsorgepflicht 2 1, 328; 353. — Fürsorge- u. Versicherungspf. d. Rechtszamm. bzgl. ihr. Haus- u. Anreagegindes 6 234. — Fürsorgepflicht, wenn durch die Tätigkeit des Angestellten mehrere Wirtschaftsbedürfnisse des Arbeitgebers nebeneinander befriedigt werden 6 235. — Zulassung eines sicheren und eines gefährlichen Verfahrens seitens des Dienstherrn 6 237. — Gemeinde als Dienstberechtigte; 6 237 7 253 (2). — Haftung des Käufers e. Ware für die beim vereinbarten Aufstapeln der gekauften Ware in seinem Geschäft durch Leute des Verkäufers letztere treffenden Unfälle 6 237. — Vornahme von Änderungen an ordnungsmäßigen Räumen wegen der Gebrechlichkeit des Dienstpflichtigen 6 237. — ungesunde Dienstwohnung e. Beamten (vgl. diese) 5 331. — stillschweigende Übernahme d. Pflicht z. Beschaffung d. Räume, Vorrichtungen u. Gerätschaften als Voraussetzung des § 618 BGB. 7 251. — Anrechnung von Leistungen d. Berufsgenossenschaft auf die Schadenerschaftschuld des Dienstherrn 7 253. — Haftung d. Ehemänner für Verschulden der Frau als Arbeitgeberin 7 252. — Haftung der Ehefrau für den Unfall des von ihr engagierten Dienstmädchens 7 252. — Ansprüche Dritter (§ 844 Abs. 2 BGB.) im Fall der Tötung e. Dienstverpflichteten (s. unerlaubte Handlung) 7 252. — Anspruch d. Angestellten auf Schmerzensgeld (s. dieses)

(Dienstvertrag)

7 252. — gesundheitsschädlicher Zustand e. Schiffsfische 7 253. — Gefindeunfall durch Faltüren in e. Mietwohnung; Abwälzen der Haftung auf den Vermieter 7 253. — Verletzung des Dienstmädchens beim Gebrauch e. Waschmaschine 7 253. — Verletzung e. Wäschfrau durch Nadeln in der Wäsche 7 253. — Unfall des Lehrers infolge schadhafte Zustands d. Schulbänke 7 253. — Tötung bei Obduktion e. milzbrandkranken Tieres; von der Gemeinde z. Hilfeleistung bei der Sektion zugezogene Person 7 253. — Haftung e. Brauers für die ihm gehörige, von dem Heulieferanten benützte Leiter 7 252. — Anwendung des § 618 BGB. auf Lehrlinge 7 252. — Anwendung des § 618 BGB. auf Handlungsgehilfen 7 252. — von e. Unternehmer einem anderen Unternehmer auswärtsweise zur Verfügung gestellte Arbeiter 7 252.

Einzelne Rechte u. Pflichten.

— Unmöglichkeit der Leistung (zu vertretende u. nicht zu vertretende) beim Zeitlohn u. beim Aufordvertrag 7 243. — Baugelbgeber anstatt d. mittellosen Strohmannes als Dienstherr 2 1, 332. — Pflicht zur Wahlagitation für d. Dienstherrn? 2 1, 333. — Überstunden 1 1, 383; 3 1, 251; 5 225; 7 243. — Unterlassungspflichten des Angestellten 5 224. — Geheimhaltungspflicht d. Angestellten bzgl. der aus Anlaß seiner Tätigkeit erfahrenen Betriebs- u. Geschäftsgeheimnisse 6 228. — Pflicht zum Einleben von Vertragsmarken 2 1, 333; 5 99, 225 f. (s. unerlaubte Handlung, Altersversicherung) 6 228; 7 243. — Unzulässigkeit prozessualischen Zwanges 6 230. — Verbot des Auftretens eines Schauspielers durch einstweilige Verfügung 2 1, 334. — Zwangzurückführung von vertragsbrüchigen Dienstboten u. Arbeitern § 888 BPD. 1 3, 303, 304. — Anspruch auf Erfindungen der Angestellten 2 1, 332; 3 1, 250 f.; 4 193; 5 226 (f. Angestellte, Etablissemens-Erfindungen); 6 228, 229; 7 244. — Strafvereinbarung f. Nichtleisten von Diensten 1 3, 303, 304; 2 1, 227. — Unmöglichkeit der Dienstleistung (§ 306) 4 118. — Haftung des Dienstherrn für Verschulden der Angestellten bei Warenlieferung 5 119. — Eigentumsverhältnis an Lohn- oder Gehaltsbüchern 7 243 (f. diese). — Gefahrttragung 1 1, 384. — Zurückbehaltungsrecht des Dienst- oder Lehrherrn (s. Zurückbehaltungsrecht, Quittungskarte) 1 1, 152; 2 1, 177 f. (Dienstbuch); 4 101; 5 272; 7 253. — Klage des Dienstherrn auf Unterlassung der Dienste bei einem Dritten während der Dienstzeit 6 230; 7 242. — Pflicht des Arztes zur Spezifikation seiner Rechnung? 6 234 (f. Arzt). — Richtigkeit

u. Anfechtung (s. unten Kündigung) w. Bescholtenheit 2 1, 56; wegen Unehrlichkeit, Bestechlichkeit 3 1, 251; 4 31; 5 33; Schwangerschaft 4 31; mangelnde Kenntnisse 4 31; 2 1, 332; unbilliges Mißverhältnis zw. den Parteien 3 1, 251. — Klage gegen den neuen Dienstherrn auf Unterlassung d. Beschäftigung d. kontraktbrüchigen Angestellten 7 242. — persönliche Natur der Arbeitsleistung 4 196; 7 248 (Aufordvertrag). — Vertretung des Anwalts oder Arztes 1 1, 383; 2 1, 337; 3 1, 252. — Abtretung d. Anspruchs auf die Dienstleistung? 3 1, 252; 4 196. — Verlegung des ursprünglichen Erfüllungsortes 2 1, 333. — Anspruch gegen den Dienstherrn auf Annahme der Dienste; Widerruf des die Entlassung e. Agenten mitteilenden Zirkulars? 7 242, 243.

Beendigung. — Annahme des Zeugnisses als Einverständnis mit der Aufhebung des Vertrags 6 56. — Wesen u. Bedeutung d. Endbestimmung 2 1, 354. — Verhältnis zur Kündigung 2 1, 354. — Einfluß des Konkurses (§ 22 R.D.) vgl. Konkurs. — Dienstverhältnis auf Probe 2 1, 355. — Dienstverhältnis von nicht bestimmter Dauer 2 1, 354, 356; 5 233. — Aushilfeverhältnis 2 1, 355. — Inhaftierung des Dienstverpflichteten 2 1, 355. — Pflicht des Arbeiters zur Abholung der Arbeitsbücher beim Arbeitgeber 2 1, 426. — Angabe von Entlassungsgründen 2 1, 356; 3 1, 260. — Haftung des Arbeitgebers für unbefugte Einbehaltung der Quittungskarte 5 272; 7 253. — Rücktritt vom Dienstvertrag 1 1, 390. — Verhältnis des § 626 zu § 325 2 1, 359; 3 1, 259; 7 255. — Maiausperrung (f. diese) 7 253.

Kündigung. — Vereinbarung ungleichartiger Kündigungsfristen 2 1, 259; 5 233. — vorzeitige Kündigung 2 1, 356. — Vereinbarung schriftlicher Kündigung 2 1, 356. — Kündigungsfrist bei Bemessung der Vergütung nach Zeitabschnitten, Inhalt, Umfang, Wesen der Bestimmung des § 621 2 1, 356; 7 254. — Vereinbarung von Stundenlohn 1 1, 389. — Beendigung eines Gefindebienstes 2 1, 356. — K. bei Aufordverhältnissen 2 1, 356, 357, 359; 7 254. — §§ 621, 623, 626, 627 auf den gewerblichen Arbeitsvertrag unanwendbar 2 1, 356. — „feste Bezüge“ im Sinne des § 622 (627) 1 1, 389; 2 1, 357; 7 254. — „Dienste höherer Art“ im § 622 (627) 1 1, 389; 6 239; Gutswärter 1 1, 389; 2 1, 357; Leib-, Schiff-, Anstaltsärzte, Hilfsärzte 2 1, 357; Zuschneider 2 1, 357; Stationswärter 4 200; Inaffo hoher Forderung 5 236; Bauleiter 5 236; Aufsichtsrat 2 1, 363; Anwaltsbureauvorsteher 7 254. technische Angestellte bei Baube-

hörden 7 254. — § 622 als ius cogens? 1 1, 389; 7 254. — § 623 ius dispositivum? 2 1, 358; 1 1, 390. — § 621 ius dispositivum? 7 254. — D. für Lebenszeit oder mehr als 5 Jahre, Kündigungsrecht unverzichtbar 1 1, 390; Verkürzung, Berechnung der Vertragsdauer 2 1, 358; Wegbedingung d. Kündigungsfrist 1 1, 390; 2 1, 358. — Anwendung des § 622 BGB. bei Lebensstellung 7 1081. — Kündigung am 2. Tag des begonnenen Monats für den Schluß desselben? 6 234, 238. — verpätete Kündigung als R. für den nächsten Termin? 6 237. — Kündigung bei „Lebensstellung“ 6 237, 238; 7 254. — R. bei Nebenbeschäftigung 6 238. — Ausschluß der dispositiven R.vorschriften des BGB. ohne Vereinbarung einer bestimmten abweichenden R.frist 6 237. — Unterschied zwischen monatlicher Zahlung u. Bemessung der Vergütung nach Monaten in Ansehung der R. 6 238. — R.frist bei stillschweigender Fortsetzung eines auf bestimmte Zeit geschlossenen D. 6 238; 7 254. — R. b. ursprünglicher Zusicherung d. Bleibenskönnens bis zum Finden einer anderen Stelle 7 254.

Außerordentliches Kündigungsrecht. — Rücktritt wegen positiver Vertragsverletzung; Anwendung der §§ 235, 326 BGB.? 7 255 (s. oben). — Umfang des Anwendungsgebietes des § 626 4 190, 200. — Anwendung der §§ 626 ff. auf agenturähnliche Verhältnisse (Alleinvertretung) 6 239. — Verhältnis des § 626 zu §§ 123 f. GemD. 1 1, 391; 2 1, 326, 360. — sofortige Kündigung aus § 626 b D. a. Lebenszeit 5 234. — Zeitpunkt der Geltendmachung d. Entlassungsrechts aus § 626 2 1, 360; 4 200 (Entlassung vor Dienstantritt); 5 234. — kurze Überlegungsfrist 4 200; 5 234. — nachträgliche Entstehung eines wichtigen Grundes 5 234. — Verwirkung d. Entlassungsrechts 5 230, 234; 7 255 (durch Fortsetzung des Dienstverhältnisses). — Anwendung d. § 626 auf d. Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft 7 254. — beim Affordvertrag 7 254. — § 626 ius cogens 7 255, 256.

Wichtiger Grund im Sinne des § 626. — Allgemeines 1 1, 390; 2 1, 360; 5 235; 7 255 (subjektiv oder objektiv wichtig Rechts- oder Tatfrage?) 5 234; 6 238. — vertragliche Vereinbarung wichtiger Gründe? 1 1, 390; 5 234. — nach d. Entlass. liegende wichtige Gründe 5 234; 7 255. — vor der Anstellung liegende wichtige Gründe 6 238; 7 255. — gegenseitige Beleidigungen 6 239. — Mitberücksichtigung älterer Vorkommnisse 7 255. — Mißhandlung des Sohnes in dem Pensionat (§ 256).

Entlassungsgründe. — Erfran-

kung des Dienstverpflichteten 2 1, 350. — insbesondere Geschlechtskrankheit 2 1, 361. — Weigerung der Untersuchung durch den Vertrauensarzt 7 256. — BetriebsEinstellung? 1 1, 390; 2 1, 360 (s. oben Annahmeverzug). — Zweikampf 1 1, 390. — Klagerhebung? 2 1, 360. — Geltendmachung des Differenzeinwandes? 2 1, 362; 3 1, 260. — Ungehorsam 5 235. — beleidigende Äußerungen 3 260, 261. — unsittlicher Lebenswandel; Verlocken durch den Dienstherrn 6 239. — Geschlechtsverkehr e. Gutsinspektors mit Gutsarbeiterinnen 3 1, 261. — Trunkenheit eines Zugführers 4 200. — Tod des Anwalts als Grund f. Entlassung des Bureaovorsetzers 7 256. — ungünstige Äußerung über die finanzielle Lage des Prinzipals 7 256. — grundlose Strafanzeige gegen den Prinzipal 7 256. — längere Krankheit 7 256 (2). — Unbotmäßigkeit e. Vorstandsmitgliedes e. Akt.-Ges. 7 256. — Diebstahlsverdacht 7 255. — antisemitische Gesinnung 7 255. — Nichtanerkennung e. Bestimmung d. D. 7 255. — Befürchtung der Gefährdung d. Interesses des Berechtigten durch die Angestellten 4 201. — unwahre Angaben über frühere Tätigkeit 7 255. — Annahme von Gratifikationen für Lieferungs-aufträge 4 201. — einmalige Nachlässigkeit eines Kassensarztes? 5 235. — „wichtige Gründe“ zur Auflösung des Verhältnisses zwischen Aufsichtsrat u. A.-G. 2 361. — Dienstantrittsverpätung 6 239; 7 255. — vor Anstellung begangene Unterschlagung 7 255 (2). — früher erlittene Strafen 7 255.

Austrittsgründe. — Nichtgewähren der Zeit z. Auffuchen e. anderen Dienstes (§ 629) 7 256. — langandauernde Nichtbeschäftigung 4 201. — unrichtige Strafanzeige des Prinzipals 7 256. — Versagen des Schutzes gegen Ehrenkränkungen 5 235. — Versagung der Naturalvergütung 2 1, 361; insbesondere Vorenthaltung des Deputats gegenüber dem Jnstmann 4 200; 5 235. — Versagung eines Amtstitels? 4 201. — unwürdige Behandlung 4 193. — übermäßige Beschränkung der Befugnisse e. Geschäftsführers e. GmbH. 7 256. — Wegfall des Konkurrenzverbots aus § 75 BGB. bei Kündigung aus wichtigem Grund 2 1, 360. — Einwirkung d. unberechtigten Kündigung auf d. Fortbestehen des Dienstverhältnisses 1 1, 390; 2 1, 358; 3 1, 261 (mit Rücksicht auf die Naturalleistungen); 3 1, 259 (im Verhältnis zwischen Aufsichtsrat u. A.-G.); 2 1, 359; 6 238 (Räumung der Dienstwohnung). — grundlose Entlassung des Dienstpflichtigen (§ 324 anwendbar) 2 1, 218. — § 627 ius dispositivum 7 256. —

(Dienstvertrag)

„dauerndes Dienstverhältnis“ im § 627 (629) 1 1, 392; 2 1, 348, 362; 3 1, 261; 7 256 (Kommissionsvertrag). — feste Bezüge im Sinne des § 627 7 256. — unzeitige Kündigung nach § 627 Abs. 2 2 1, 362 f. — Pflicht des grundlos Entlassenen zur Weiterarbeit nach Auforderung? 1 1, 385; 2 1, 342; 3 1, 253; 4 196 f.; 5 229; zur Anbietetung seiner Dienste 1 1, 209, 384; 2 1, 340 f.; 3 1, 253; 4 196; 5 229. — stillschweigender Ausschluß der Vorschriften des § 627 beim Anwaltsvertrag 5 236. — Kündigungspflicht des Anwalts bei vorzeitiger Aufhebung des Mandatsvertrags 1 1, 392; 3 1, 262; 5 236. — Anwendungsgebiet d. § 628 2 1, 366. — Befugnis des Bauherrn, den D. mit einem Baumeister, dem durch die Polizei die Ausführung von Bauten untersagt ist, ohne Entschädigung rückgängig zu machen 6 240. — vertragswidriges Verhalten n. § 628 2 1, 364, 366; 4 201. — Inhalt u. Umfang d. Schadensersatzpflicht aus § 628 Abs. 2 2 1, 365. — Gesamthaftung mehrerer bei Streik usm. 2 1, 366. — subjektives Verschulden als Voraussetzung d. Schadensersatzpflicht nach § 628 Abs. 2 7 256. — keine Kündigungspflicht des Dienstverpflichteten bei dauernder u. totaler unverschuldeter Erfüllungsunmöglichkeit 1 1, 391. — Rückerstattung des Lohnvorschusses bei Beendigung des Dienstverhältnisses 2 1, 364, 366. — Anspruch d. Verpflichteten auf einen „seinen bisherigen Leistungen entsprechenden Teil d. Vergütung“ 2 1, 364. — Verlust des Vergütungsanspruchs nach § 628 Abs. 1 Satz 2 2 1, 364.

U r l a u b. — Urlaub zum Auffuchen eines neuen Dienstverhältnisses: Zeitpunkt d. Beginns d. Urlaubsanspruches 2 1, 366. — Wahl d. Urlaubsz. 2 1, 367; 7 256. — Selbsthilferecht d. Dienstberechtigten? 2 1, 367; 5 236. — Lohnanspruch für die Urlaubszeit? 1 1, 392; 2 1, 367; 5 236. — § 629 auf den Fall der Arbeitsunterbrechung zwecks Vorbereitung einer selbständigen Erwerbstätigkeit nicht anwendbar 3 1, 262. — § 629 ius cogens? 1 1, 392; 7 256. — Anwendungsgebiet des § 629: bei Eingehung des Vertrags vereinbartes Ende 7 256. — Anwendung des § 629 bei Aufsuchen e. Dienstverhältnisses anderer Art 7 256. — Rechtsfolgen verweigerten Urlaubs; Klage auf Bewilligung sofortiger Kündigung 7 256.

Z e u g n i s. — Natur des Zeugnisanspruches d. Dienstpflichtigen 1 1, 392; 2 1, 307. — Durchführung des Zeugnisanspruches 1 1, 392; 5 237. — Anwendung des § 630 auf Vorstandsmitglieder einer A.-G., Ge-

schäftsführer e. GmbH. 6 240. — § 630 im Befinderecht 2 1, 372; 3 1, 264; 4 204; bei Beamtenverhältnis 5 240. — Form u. Inhalt d. Zeugnisses Einzelheiten 2 1, 371; 3 1, 262; 4 203; 5 237, 238 f.; 6 240 (Urteile). — Zeugnis üb. Leistungen oder Führung, Recht auf alternatives Zeugnis? 2 1, 367 f.; 7 257. — Recht auf materiell richtiges Zeugnis, Nachprüfung durch d. Prozeßgericht 2 1, 368 ff.; 3 1, 262 ff.; 4 202 f.; 5 238 f.; 6 240. — Begriff d. Führung 2 1, 370; 5 237. — Ausschluß außerdienstlicher Verhältnisse 5 238; 6 240. — Verlangen eines Zeugnisses außerhalb der Geschäftszeit 3 1, 262. — § 630 u. § 326 4 203. — Nachträge u. Zufüge 5 238. — Recht auf Zeugnis „bei Beendigung d. Dienstverhältnisses“ 1 1, 392; 5 238. — nachträgliches Zeugnis, zeitliche Begrenzung 3 1, 262; 4 201 f.; 5 238. — Verlangen eines Zeugnisses bei nur eintägiger Dauer des Dienstverhältnisses nicht schikanös 4 62. — Anspruch auf Herausgabe e. Kündigungszugentnisses 5 240. — Schadensersatzpflicht d. Ausstellers eines unrichtigen Zeugnisses 4 203, 287; 5 237, 339, 351 (f. unerlaubte Handlung). — Zeugnis bei Nebenbeschäftigung 6 238, 240. — Angabe d. v. Angestellten gemachten Erfindungen im Zeugnis 6 240. — Bezeichnung als „Architekt“ oder „Bautechniker“ 6 240. — Angaben des Zeugnisses über Dauer des Dienstverhältnisses; Zeit, während der d. Arbeiter infolge Verschuldens d. Arbeitgebers nicht arbeitet 7 257. — Bezeichnung als Ingenieur 7 257. — Zeit der Fälligkeit d. Anspruchs 7 257. — § 630 ius cogens 7 257.

Differenzgeschäfte f. Börsentermingeschäfte, Spiel, Bankier. — Kritik der Rechtsprechung u. des § 764 BGB.; gibt es echte D.? 7 1181, 1182. — Begriff der D. 1 1, 431; 2 1, 448 ff.; 3 1, 304. — Abschluß von D. mit der Absicht, beim Fehlschlagen d. Differenzeinwand zu bringen, Betrug nach § 263 StGB.? 7 1177. — Schadensanspruch nach § 826 BGB. gegen den den Differenzeinwand bringenden Kaufmann (f. unerlaubte Handlung) 7 1182. — Schluß auf die Natur e. Geschäftes als D. aus d. Lebensstellung, der Höhe der Abschüsse, der geringen Sicheheitsleistung 7 1183. — Differenzeinwand gegenüber Kassageschäften; Kassageschäft als Spielgeschäft nach § 762 BGB.; wann ist anzunehmen, daß der Kommissionär den Auftrag zum An- oder Verkauf der Papiere wirklich ausgeführt hat? Bedeutung der konfludenten Umstände (Lebensstellung, Vermögensverhältnisse des Auftraggebers) bei wirklicher Ausführung des An- oder Verkaufsauftrags 4 238; 5 285; 7 1182 (5). — (f. Spiel, Kassageschäft) 1 1, 431,

432; 2 1, 449. — Bedeutung e. Stundung des Kaufpreises, eines Verzichts auf Nummernangabe bei Nachweis des wirklichen An- u. Verkaufs der Papiere 7 1182. — keine Rückforderung des Geleisteten 7 1183. — Hingabe e. Hypothek zur Erfüllung der Schuld 7 1183. — Abtretung e. Forderung, Übertragung d. Anspruchs aus einer Lebensversicherungspolice zur Erfüllung d. Schuld 7 1183. — Vereinbarung e. Schiedsvertrags über BVO. 7 1183. — Rückforderung e. vorausgezahlten Prämie 7 1183. — Gesellschaft z. Abschluß v. Differenzgeschäften 7 1183. — Auftrag zum Abschluß von D.; Anspruch auf Provision, Erlaß d. Auslagen, Herausgabe des Gewinnes 7 1183. — Differenzeinwand gegen Arbitragegeschäfte der Produktenbörse? 7 1181. — Differenzhandel im Sinne des § 240 RD. 2 1, 450. — Spekulation u. Differenzspiel 1 1, 431; 6 272, 273. — Zeit- u. Kassenpekulation 2 1, 449, 450. — Anwendung des § 284 StGB. auf D. 1 1, 431. — Spielabsicht nur des einen Teils bei Kennen oder Kennenmüssen dieser Absicht seitens des Gegners 6 273. — Verhältnis des § 764 BGB. zum Börsengesetz 1 1, 431. — im Ausland abgeschlossene oder zu erfüllende D. 3 1, 305, 676. — darf der inländische Richter auf Zahlung einer aus Differenzgeschäften entstandenen, nach ausländischem Recht klagbaren Schuld erkennen? 4 240 (s. 238); 3 1, 676. — Saldoanerkennnis 2 1, 447; 2 2, 203. — Anerkenntnis des Passivsaldos eines sowohl gültige wie ungültige Börsengeschäfte umfassen den Kontoforrents 4 239 (s. Kontoforrent). — Einfluß d. Konkurses e. Vertragsteiles auf die nach § 69 BVOG. gültigen D. 2 2, 487. — Wechsel s. D. 1 1, 429, 430, 431; 2 1, 447; 3 1, 303; 4 1004, 1008. — Tilgung einer Differenzschuld durch Hingabe einer Hypothek 1 1, 429. — Schuldanerkennnis 1 1, 430; 4 240; 2 1, 447; 7 1183. — Widerruf eines Schuldanerkennnisses 2 1, 447. — abstraktes Schuldversprechen eines Dritten für eine ihm als solche bekannte Differenzschuld 4 238. — Vergleich 1 1, 430 (Erhebung des Differenzeinwandes erst nach Vergleichsabschluß); 2 1, 447, 467; 1 1, 440; 7 1183. — Bürgschaft 1 1, 430; 2 1, 446, 7 1183. — Pfandbestellung 1 1, 430; 2 1, 446; 7 1183. — Aufrechnungsvertrag über Differenzschulden 2 1, 447. — Erfüllung durch Aufrechnung, wenn nach Abschluß des Gegengeschäftes die Differenz festgestellt ist 2 1, 447. — Eingehung einer Verbindlichkeit an Erfüllungsort (Novation) oder erfüllungshalber (Kumulation) für eine Differenzschuld 1 1, 430. — Spiel einwand oder Verüchtigung von Amts wegen? 3 1, 302. — Geltendmachung d.

D. Einwand durch den Geschäftsführer einer GmbH. als Entlassungsgrund 2 1, 362; 3 1, 260; 7 1182, 1183. — kann Erhebung d. Diff. Einw. gegen die guten Sitten verstoßen? 2 1, 450; 7 1182 f. — Zusammenstellung der Rechtsprechung des Reichsgerichts 2 1, 450. — Einfluß e. vor Eingehung d. Geschäftsverbindung von einem Vertragsteil abgegebenen Erklärung, er mache nur Effektivgeschäfte 7 299, 1183.

Dingliche Rechte s. Rechte.

Dispache. — Recht d. Gerichts, seine einem Antrag auf Beweisaufnahme stattgebende Verfügung von Amts wegen wegen Unbegründetheit wieder aufzuheben 4 865. — zuständiges Gericht 3 2, 240. — Beschwerde gegen die über die Pflicht des Dispacheurs zur Aufmachung der D. entscheidende Verfügung; Wirkung der Entscheidung d. Beschwerdegerichts 3 2, 240. — Ablehnung d. Antrags d. Dispacheurs auf Aushändigung d. Schriftstücke (§ 151 ZGB.), weil eine große Haverei nicht glaubhaft gemacht sei 4 865. — Antrag auf Verlängerung der Frist für die Widerspruchslage (§ 156 ZGB.) nach Ablauf d. Frist 3 2, 240. — Beschwerde bei Gewährung oder Ablehnung e. Fristverlängerung für die Widerspruchslage 3 2, 240. — Einwand, daß der Schiffer, auf dessen Antrag die Dispache aufgemacht wurde, kraft Vertrags aus e. bestimmten Anlaß in der Dispache kein Recht ableiten könne 3 2, 240. — Dispacheur als Sachverständiger im Prozeß über d. Rechtsmäßigkeit des Dispache 6 715. — Beschwerde gegen die Einleitung d. gerichtl. Verhandlung über die D. 6 715. — rechtl. Stellung d. Dispacheurs 6 715. — rechtl. Natur d. Bestätigung der Dispache 7 1023. — Recht d. Beteiligten z. Anfechtung d. Erklärung wegen Irrtums 7 1023.

Dispacheur unter § 36 GewD. fallend? 4 937.

Diffens s. Irrtum, Vertrag u. die dort Zitierten. — Begriff des echten Diffenses; Verhältnis zum einfachen Erklärungsirrtum 6 69. — D., offener 1 1, 93 f.; verdeckter 1 1, 94. — verdeckter D. u. Irrtum, Unterschied 3 1, 53; 5 32. — wenn dem Vertragsgegner die Umstände, aus denen nach § 164 Abs. 1 Satz 2 die Vertretungsabsicht folgt, nicht erkennbar waren 7 76. — mündliche Abmachungen als Teile e. schriftlichen Vertrags 2 1, 79. — Abhängigmachen d. Vertragsperfektion von d. Inhalt e. angekündigten Briefes 5 49, 50. — Übereinstimmung d. Erklärungen, nicht auch d. Willensbestimmungen z. Vertragsschluß erfordert. 2 1, 79. — Parteien i. S. d. § 154 BGB. b. Kauf mit Hypothekenübernahme 5 50. — verdeckte D. bei Kaufangebot auf die Stämme e. ganzen Waldes u. Annahme

(Dissens)

derselben seitens des Teileigentümers in der irrigen Annahme, Alleineigentümer zu sein? 6 69. — verschiedene Auffassung eines objektiv zweideutigen, f. wesentlich erachteten Punktes 6 70. — verschiedene Auslegung des gebrauchten Telegraphenschlüssels 7 64. — Beweislast beim D. 3 1, 53. — nachträgliche wiederholte Zustimmung nach Aufklärung d. Mißverständnisses 7 64.

Distanzkauf f. Verdingkauf.

Dolmeisch vgl. Testament, Urkunden öffentliche. — Verzicht auf seine Beeidigung 3 2, 334. — Berufung auf den früheren Eid bei wiederholter Vernehmung in dem gleichen Prozeß 5 745. — Zuziehung in der freiwilligen Gerichtsbarkeit; Begriff d. Beteiligten im § 9 FGG.; allgemeine Beeidigung im voraus 3 2, 993, 994. — Zuziehung, Auswahl, Beurteilung d. Fähigkeiten des D. dem Ermessen des Gerichts unterliegend 6 736. — Zuziehung bei selbständigen Handlungen d. Gerichtsschreibers, Gerichtsvollziehers u. a., Beeidigung? 7 718.

dolo facit, qui petit quod redditurus est 1 1, 136, 289; 2 1, 241; 5 189; 6 71, 114.

Dolus f. Verschulden.

dolus eventualis (f. Verschulden) 2 1, 182, 491; 4 283 (im Falle des § 826 BGB.); 3 1, 126; 7 334.

Domänenamortisationsrenten f. Renten. — Eintragung ins Grundbuch in Preußen? 3 1, 685. — Recht d. Käufers z. Zahlungserweiterung wegen e. im Grundbuch eingetragenen geringfügigen D. (§ 320 Abs. 2 BGB.) 3 1, 158.

Dominialkapitalfonds, Großh. Mecklenburgischer, rechtl. Natur des sinkenden Fonds bei ihm u. dem ritterchaftlichen Kreditverein 3 2, 300.

Doppelbuchung f. öffentl. Glaube des Grundbuchs. — Eintragung eines Widerspruchs von Amts wegen 2 2, 462.

Doppellehe f. auch Ehenichtigkeit. — Beseitigung des die erste Ehe für geschieden erklärenden Urteils im Wiederaufnahmeverfahren nach Abschluß einer zweiten Ehe 1 2, 9; 3 1, 468, 469; 5 458; 6 444; 7 473. — nach Aufhebung d. ehelichen Gemeinschaft geschlossene neue Ehe 3 1, 488 (f. ehel. Gemeinschaft). — Grund des Verbots des § 1309 6 441. — wenn die erste Ehe wegen Nichteintragung in das Standesamtregister nichtig ist 6 442. — kann d. Strafrichter trotz Vorliegens e. rechtskräftigen negativen Ehefeststellungsurteils wegen Bigamie strafen? 6 827 (vgl. Rechtskraft). — aufschiebendes Ehehindernis nach § 1309 Abs. 2 BGB., wenn bei einem negativen Ehefeststellungsurteil die Voraussetzungen des Abs. 2 vorliegen 7 472. — ausländisches Scheidungsurteil 7 472.

Dorfaue. — deren nachträgliche Eintragung auf dem Grundbuchblatt eines in Schlesien i. J. 1874 zurückgeführten Rittergutes 4 828. — Grundbuchberichtigung, wenn die Dorfaue im Grundbuche des Rittergutes nicht katastermäßig nachgewiesen 4 835.

Draufgabe. — regelmäßige Bedeutung als *arra confirmatoria* 1 254. — Verkräftigung e. bedingten Vertr. durch Dr. 1 255. — Objekt 1 1, 254. — Verlust u. Luftierung d. Dr. i. d. F. d. § 338 1 1, 254 f. — Anrechnung der Dr. beim gewerbl. Arbeitsvertrag 2 1, 225. — Hingabe des Gottesgelbes bei d. Miete 1 1, 253. — des Mietgelbes (Sandgelbes) beim GesindeDienstvertrag 2 1, 225; 3 1, 169. — Zurückerforderung 1 1, 254. — Vereinbarung, daß die Dr. entgegen § 337 Abs. 2 dem Empfänger verbleibt 6 150. — Beweislast 2 1, 225. — Übergangsrecht 2 1, 784.

Dreißigster vgl. Unterhaltsanspruch d. Familienangehörigen e. Erblasser?.

Dreschmaschine. — Vermietung mit Bedienungsmannschaft 2 1, 293, 331, 374; 3 1, 249; 4 176; 5 207.

Dritte f. Ablösungsrecht, Befriedigungsrecht, *exceptio ex jure tertii*, Verträge auf Leistung an Dritte, Leistung. — Anspruchsverletzung durch D. 1 1, 123. — Stellung D. bei der Anfechtung von Rechtsgeschäften 1 1, 89; 3 1, 39. — Haftung d. sog. mittelbar beteiligten D. 3 1, 81. — Auslegung e. Vertragsabrede, daß ein D. sich mithaftbar erklären müsse 7 184. — Interventionsrecht bei der Notwehr 1 1, 138. — Angebot der Leistung durch e. D. 1 1, 172. — Leistung durch D. bei gegenseitigen Verträgen 1 1, 173. — Hinterlegung durch D. 1 1, 172. — Verkaufsrecht d. § 383 BGB.? 2 1, 164. — Bezahlung der Patentsteuer durch D. 1 1, 173.

Drohung f. Anfechtung, unerlaubte Handlung, Unterlagungsanspruch. — Begriff 4 34; 5 35. — Widerrechtlichkeit 3 1, 38; 4 33, 34; 5 35; 6 51 (rechtlich zulässiges Mittel bei unbegründetem Zwed). — Verweigerung des Baukonsenses als widerrechtl. D. 4 34. — D. mit Rechtsnachteilen n. § 254 4 89. — D. mit Strafanzeige 3 1, 38; 4 34; 5 35, 36; 6 52.

Droschkentrittscher f. Kutscher. — Anspruch auf Bartegeld 5 250. — Pflicht z. Geldwechseln 1 1, 151.

Druckfehler in e. Anserat. — Umfang d. Schadensersatzes 4 75.

Duell f. unerlaubte Handlung. — kein Anspruch aus § 617 BGB. bei Erkrankung infolge Duells 1 1, 388. — 3jährige Verschollenheit nach d. D. 1 1, 17. — Anwendung des § 254 BGB. 1 1, 165. — Haftung nach § 823 BGB. 1 1, 464. —

Ansprüche der Versicherungsgesellschaft gegen den Tater 1 1, 464.
Druckschriften vgl. Bildwerke. — „Verteilen“ i. Sinne des § 43 GewD. 4 940. — Spielkarten nicht unter § 43 GewD. fallend 4 940. — landesgesetzliches Verbot des Verteilens in geschlossenen Räumen 4 940. — Vertrieb von „Argernis zu geben geeigneten“ (§ 56 Ziff. 12 GewD.)“ Druckschriften im Umherziehen 4 948. — Kolportagehandel mit Veranstaltung e. Kollekte 4 948. — Feilbieten im Umherziehen innerhalb d. Gemeindebezirks des Wohnorts oder der Niederlassung 4 948, 749. — Zuständigkeit z. Prüfung ihrer

ärgernisgebenden Eigenschaft (§ 56 Abs. 4 GewD.) 4 949.
Duldungsanspruch — Charakter 1 1, 123, 124, 149. — D., geschützt durch Unterlassungsklage 5 66. — Notwehr z. Schutze von D. 5 65. — Verjährungsbeginn 2 1, 98. — Wesen 5 1. — Herbeiführung der Erfüllungsunmöglichkeit durch Zuwiderhandlungen 5 108.
Duldungspflicht. — Wesen 5 1. — Herbeiführung d. Erfüllungsunmöglichkeit durch Zuwiderhandeln 5 108.
Durchsuchung f. Selbsthilfe.
Duldung der Zwangsvollstreckung f. Zwangsvollstreckung im allgemeinen A. d.

E.

Editionspflicht vgl. Vorlegung, Urkundenedition.

Eheanfechtung f. Eheschließung. — Prozessuales f. auch Ehesachen.

Allgemeines. — maßgebendes Recht bei verschiedener Staatsangehörigkeit d. Ehegatten 1 2, 360. — Anfechtungsfrist für vor 1900 geschlossenen Ehen 1 2, 414, 431. — Wirkung eines v. 1900 begründeten Anfechtungsrechts 1 2, 431. — Anwendung des Art. 198 Abs. 2 GGWB. bei vor 1900 erhobener Ungültigkeitsklage? 1 2, 431. — erschöpfende Aufzählung der Anfechtungsgründe i. §§ 1330 ff. 6 445. — Anfechtung nach §§ 116, 117, 118 BGB.? 6 445; 1 2, 14. — einstweilige Gültigkeit d. angefochtenen Ehe während d. Zeitraums von der erfolgten Anfechtung bis zur Beendigung der E.? 6 446, 447. — Schutz des die Anfechtbarkeit e. Ehe kennenden Dritten, der mit einem der Gatten kontrahiert 6 477. — Anfechtung der neuen Ehe bei Wiederverheiratung nach Todeserklärung f. Wiederverheiratung.

Beschränkung in der Geschäftsfähigkeit f. a. Ehemündigkeit u. Einwilligung des gesetzlichen Vertreters unter „Eheschließung“. — Bestätigung nach Ableben des zur Anfechtung nicht berechtigten Gatten 1 2, 14. — für die Frage der Geschäftsfähigkeit maßgebender Zeitpunkt 1 2, 14. — E. oder Scheidung bei Abschluß d. Ehe mit einem Geisteskranken während e. lucidum intervallum 1 2, 71. — Beziehung des § 1331 zu § 1345 6 445.

Firtum in der Person des anderen Ehegatten. — Begriff der persönlichen Eigenschaften 1 2, 14; 2 1, 613; 3 1, 469; 6 445. — Unterschied der persönlichen Eigenschaften von den persönlichen Verhältnissen 4 373. — Begriff des Firtums in der Person 2 1, 613. — Titel, Stand als persönliche Eigenschaft? 6 445. — ist zu prüfen, ob d. Anfechtende

bei Kenntnis der wahren Sachlage die Ehe geschlossen haben würde oder nur, ob er sie vernünftigerweise hätte schließen dürfen? 1 2, 15; 2 1, 613; 3 1, 469; 6 445, 446. — sittliche Bescholtenheit 1 2, 14; 6 445. — ansteckende Krankheit 6 445 (Tuberkulose). — Syphilis, frühere Syphilis 1 2, 15; 4 373. — geistige Störungen 3 1, 469; 6 445. — bloß geistige Minderwertigkeit 7 474. — vorübergehende Geistes- oder Gemütsstörung 7 474. — überstandene Krankheiten 7 474. — Sompserualität 1 2, 15; 3 1, 469 (bei Potenz des Mannes gegenüber der Ehefrau; frühere f.). — vor Eheabschluß begangene, erst während der Ehe zur Bestrafung gelangende strafbare Handlung 1 2, 15. — Hang zu verbrecherischen Handlungen 4 373. — Ehebruch in der früheren geschiedenen Ehe 5 459; 6 445. — vorehelicher Ehebruch 1 2, 15; 3 1, 470 (des Mannes). — vorehelicher Geschlechtsverkehr der Frau mit einem Dritten, wenn ihr auch der Mann vor Eheabschluß beigewohnt hat 4 373. — Firtum über die Jungfräulichkeit der Frau 1 2, 15; 6 445 (Beweislast); 7 473. — uneheliches Kind des Mannes 1 2, 16; 2 1, 613; 3 1, 470. — Verschweigen von Schulden seitens des Mannes 1 2, 16. — mehrfache Verlobung 1 2, 16. — Morphemium 1 2, 16; 6 445. — körperliche Untersuchung der Parteien bei behaupteter Impotenz 3 2, 524. — Unfähigkeit zum Beischlafsvollzug 5 458, 459. — Unfruchtbarkeit 6 445. — Beforgnis d. Unfruchtbarkeit mit Rücksicht auf eine vorher nicht bekannt gemessene voreheliche Fehlgeburt 7 473. — Mangel der Fortpflanzungsfähigkeit bei ungeschmälerter Bewohnungsfähigkeit 5 459. — Anfechtung wegen bekannter, damals aber irrigerweise nur für vorübergehend gehaltener Krankheit 3 1, 469.

Arglistige Täuschung. — Aus-

(Eheanfechtung)

geben eines Wittwers für ledig **1 2, 16.** — Verweigerung der kirchlichen Trauung **1 2, 16.** — ursächlicher Zusammenhang zwischen Täuschung u. Eheabschluß **1 2, 16.** — Anfechtung bei Täuschung über Vermögensverhältnisse wegen der aus der Art u. Weise der Täuschung sich ergebenden Charaktereigenschaften **2 1, 613.** — Verschweigen e. Tatsache (Tuberkulose) als argl. Täuschung **6 446.**

Drohung. — gibt das Verlöbniß das Recht, die Eingehung der Ehe durch **D.** zu erzwingen? **1 2, 16.**

Geltendmachung der Anfechtg. — **A.** durch einen nach § 1910 bestellen Pfleger? **2 1, 699.** — muß die vom Vertreter erklärte Anfechtung dem mutmaßlichen Willen des Vertretenen entsprechen? **1 2, 16, 17.** — hat der Vormundschaftsrichter bei Prüfung der Frage, ob eine Ehe anzufechten sei, auf das Interesse des anderen Ehegatten Rücksicht zu nehmen? **1 2, 17.** — Wahrung der Anfechtungsfrist durch Erhebung der Scheidungsfrage **1 2, 18; 2 1, 613, 636.** — Beginn der Frist erst mit sicherer Kenntnis des Anfechtungsgrundes **1 2, 18; 5 459.** — Anwendung d. § 1572 auf d. Anfechtung? **1 2, 76.** — Anwendung des § 17 Abs. 2 ZGB. auf d. Berechnung d. Anfechtungsfrist? **7 990.** — Beweis der Anfechtbarkeit bei Anfechtung gegenüber dem Nachlassgerichte **1 2, 18.** — Anfechtungsfrage, Feststellungsfrage? **1 2, 18.** — Erhebung der Anfechtungsfrage durch den gesetzlichen Vertreter im eigenen Namen? **4 373.** — Geltendmachung aller Anfechtungsgründe in einem Verfahren **4 373.** — Anfechtung bei Auflösung der Ehe **6 446.** — Prüfung der Rechtzeitigkeit der Anfechtungsfrage von Amts wegen **5 459.** — welche Personen hat das Nachlassgericht von der Anfechtung zu verständigen? **3 1, 470.**

Folgen der Anfechtg. — Natur des Urteils **1 2, 18.** — rechtliche Stellung der Kinder aus angefochtenen Ehen **1 2, 18.** — Rechtskraft des Urteils **1 2, 18, 19.** — rückwirkende Kraft der Anfechtung **2 1, 613; 6 446.** — Wirkung der Anfechtung auf die von einem Gatten auf Grund des ehelichen Verhältnisses (Schlüsselgewalt) mit einem Dritten vorgenommenen Rechtsgeschäfte **2 1, 613.** — Berufung Dritter auf die erklärte Anfechtung vor Rechtskraft des Urteils **4 373.** — über das dem gutgläubigen Gatten bei Putativehe zustehende Recht d. § 1345 f. (vgl. auch Ehenichtigkeit). — Voraussetzungen f. Geltendmachung des beneficium des § 1345 seitens des Anfechtungsberechtigten bei einer wegen Drohung angefochtenen u. für nichtig erklärten Ehe **6 449 (2).** — Geltendmachg. des Wahlrechts des § 1345 bei einer

wegen Irrtums angefochtenen Ehe **6 449.** — Wirkung d. Anfechtung bei Abweisung d. Anfechtungsfrage wegen Unzuständigkeit des Gerichts **6 446.** — Name der Frau nach Auflösung d. Ehe **6 447.** — Wiederherstellung der ersten Ehe als Folge der Anfechtung der neuen Ehe im Falle der Todeserklärung? **6 446.**

Bestätigung d. Eheanfechtbar. Ehe. — Bestätigung durch den gesetzlichen Vertreter während der Geschäftsunfähigkeit des Anfechtungsberechtigten **1 2, 17.** — Bestätigung seitens des geschäftsbeschränkten Ehegatten **1 2, 17.** — Verschreibenlassen der Anfechtungsfrist seitens des gesetzlichen Vertreters des beschränkt Geschäftsfähigen **1 2, 17, 18.** — Zurücknahme der Anfechtungserklärung **1 2, 18.** — Bestätigung nach Erhebung der Anfechtungsfrage **1 2, 18 (2); 5 459.** — Bestätigung seitens des anfechtungsberechtigten Ehegatten nach Erlangung der vollen Geschäftsfähigkeit **1 2, 18.** — stillschweigende Bestätigung **5 459.** — kurzfristige Fortsetzung der Ehe nach Entdeckung des Anfechtungsgrundes als Bestätigung **5 459.** — Erziehung der von der Mutter als Vormünderin verweigerten Genehmigung durch das Vormundschaftsgericht nach Erhebung der Anfechtungsfrage **5 459 (f. 1 2, 7; vgl. Ehe).** — Bestätigung in Kenntnis d. Anfechtungsgrundes, aber ohne Kenntnis d. Anfechtungsrechtes **7 474.**

Verlust des Anfechtungsrechtes. — Verschreibenlassen der Anfechtungsfrist seitens des gesetzlichen Vertreters des beschränkt Geschäftsfähigen **1 2, 17, 18.** — Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft **1 2, 18.** — bedingte Verzeihung e. Anfechtungsgrundes **1 2, 18.** — Zurücknahme der Klage **1 2, 18.** — Nach Erlass eines bedingten Urteils erfolgte Ausöhnung; Geltendmachung im Läuterungsverfahren **3 1, 470.** — Prüfung der Rechtzeitigkeit der Anfechtungsfrage von Amts wegen **5 459.**

Ehebruch f. Ehescheidung, Ehehindernisse. — Kompensation bei Ehebruch vor 1900 **1 2, 437, 439, 440 (2); 2 1, 802 (3); 4 551.** — Bruch e. nichtigen oder anfechtbaren Ehe **1 2, 62; 6 442.** — Begehen e. Ehebruchs nach Aufhebung d. ehelichen Gemeinschaft? **1 2, 62, 85; 5 482; 6 476, 479; 7 491.** — Ehebruch bei Trennung von Tisch u. Bett **5 478.** — Ehebruch nach Erlass eines negativen Geseffstellungsurteils im Wiederaufnahmeverfahren **6 471.** — Heilung der Nichtigkeit der Ehe bei nachträglicher Befreiung von dem Ehehindernis d. Ehebruchs, insbesondere, wenn die Ehe schon durch den Tod eines Gatten aufgelöst ist? **6 444.** — Vereinbarung über das Strafantagsrecht wegen Ehebruchs **2 1, 69.** — Haftung d.

Chebrechers nach § 823 BGB. für die durch die Aufregung verursachte Erkrankung des unschuldigen Gatten 5 341; 6 313. — zuständige Behörde für Befreiung von Ausländern (Engländern) von dem Ehehindernis des Ehebruchs 7 472. — Zustimmung zum Ehebruch f. Ehescheidung. — Erbschaftsanspruch des Verletzten gegen den anderen Gatten oder den Dritten; § 153 StGB. als Schutzgesetz im Sinne des § 823 Abs. 2 BGB.? 7 354 i., 474.

Chefrau f. Ehegatten, ehel. Gemeinschaft, Handelsfrau.

Allgemeines. — Stellung der Frau in vor 1900 geschlossenen Ehen 1 2, 432; 433. — Geschäftsfähigkeit der Frau in vor 1900 geschlossenen Ehen 1 2, 434; 2 1, 799. — Recht der bis 1900 nach Dotalrecht, nachher in gesetzlichem Güterstand des BGB. lebenden Ehefrau zur Klage auf eine ihr nach 1900 angefallene Erbschaft? 5 632. — Prozeßfähigkeit f. gesetzliches Güterrecht. — Geschäftsfähigkeit e. ausländischen Ehefrau 1 2, 354, 364. — Pflicht d. Richters, die Verfügungsfähigkeit e. Frau zu prüfen 3 1, 475. — persönliche Verpflichtung der Ehefrau e. Kaufmanns bei Beteiligung an e. Warenbestellung des Mannes 1 2, 27. — Schadensanspruch der durch e. Straßenbahn verletzten, i. Betrieb ihres Mannes tätig gewesenen Frau 6 454 (f. Haftpflicht u. unerlaubte Handlung). — Schadensanspruch der Frau gegen den Mann aus e. Körperverletzung 2 1, 136. — Wohnsitz der Frau 1 1, 7; bei Getrenntleben 4 2 (vgl. Wohnsitz). — keine Verzeichnispflicht aus § 260 BGB. im Konkurs des Mannes bzgl. der in ihrem Besitz befindlichen Sachen 2 1, 157. — Einfluß des Konkurses über das Vermögen des Mannes f. Konkurs u. Konkursverfahren. — Verletzung des Interesses der getrennt lebenden Frau durch Führung ihres Namens seitens der Konkubine des Mannes 1 1, 13.

Namensführung. — Verlust des vorehelichen Namens mit Eheschließung? 1 2, 80. — Beibehaltung ihres Familiennamens zu dem des Mannes 1 2, 27. — Beibehaltung eines Künstlernamens, Geschäftsnamens 1 2, 27; 6 454. — Klage des Mannes auf Führung seines Namens; Urteilsvollstreckung; Einwand d. Mißbrauches 4 376 (2). — Namensführung bei nichtigen, anfechtbaren Ehen 4 376; 1 2, 81; 6 453. — Verbotungsrecht des Mannes bei Putativehe gegenüber der bösgläubigen Frau 4 376. — Anbringung des Namens des Mannes u. nicht bloß des Mädchennamens auf dem Grabe der im Erbvergnis ihrer Familie bestatteten Frau 6 485. — Namen der geschiedenen Frau f. Ehescheidung unter Wirkungen der E. — Name

bei Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft (f. diese) 1 2, 78, 85; 6 479. — Anspruch der Frau auf den Titel des Mannes 6 453. **Leitung des Hauswesens.** — Anspruch auf Wirtschafters u. Kleidergelt 1 2, 27; 2 1, 615. — Unterstellung eines militärischen Hausburschens unter die Frau 1 2, 27. — Entzug des Rechtes zur Führung des Hauswesens 1 2, 30; 4 375. — „Üblich“ im Sinne des § 1356; Beweislast für die Üblichkeit 6 454 (2). — Pflicht der Frau zu Dienstleistungen im Geschäft des Mannes; Bezug eines Entgelts 5 461; 6 454. — Arbeiten im Geschäft des Mannes seitens der in einem selbständigen Arbeitsverhältnis zum gemeinsamen Arbeitgeber stehenden Frau? 5 461. — Pflicht zu Dienstleistungen bei nichtiger Ehe 6 454. — Pflicht zu Dienstleistungen im Erwerbsgeschäft (Ehantwirtsch. des Mannes); keine Pflicht zur Beteiligung an strafbaren Handlungen 7 475. — Aufgabe der Frau, den Mann in häuslichen Angelegenheiten, Kindererziehung zu unterstützen, als Beruf nach § 230 Abs. 2 StGB.? 7 475. — Umfang der Arbeitspflicht nach § 1356 Abs. 2 BGB.; keine Pflicht zu gewinnbringender Tätigkeit f. Fremde 7 475.

Schlüßselgewalt. — rechtliche Natur (Frau als gesetzliche Vertreterin oder Vertreterin kraft vermuteter Vollmacht; tritt die Frau durch die Geschäftsbeforgung in ein Auftragsverhältnis zum Manne?) 1 2, 27, 28, 30 (Vertretungsrillen der Frau u. diesbezügliche Kenntnis des Dritten?); 5 461 (Frau gesetzliche Vertreterin); 7 476. — von der Frau innerhalb des häuslichen Wirkungskreises ohne erkennbaren Vertretungswillen vorgenommene Geschäfte 1 2, 29, 30. — Sch., wenn die Gatten im Haushalt d. Eltern, in einem Gasthaus leben, oder der Mann 2 Wohnungen (für seinen ländlichen Geschäftsbetrieb u. eine städtische wegen Ausbildung der Kinder) hat 6 455 (2). — Schlüsselgewalt b. Getrenntleben der Gatten 1 2, 28 (Verbleiben der Frau mit den Kindern im bisherigen Haushalt) 29, 30; 5 461, 462; 4 377 (durch gerichtliche Verfügung gestattet. Getrenntleben); 2 1, 615; 6 454. — Art der Schlüsselgewalt, wenn die getrennt lebende Frau sich Wohnung und Kost verschafft? 5 462. — Übernahme einer Haftung seitens der Frau für die kraft der Schlüsselgewalt im Namen des Mannes abgeschlossenen Geschäfte; Bürgschaft? 1 2, 29, 30 (f. 1 2, 27). — vertragsmäßiger Ausschluß der Schlüsselgewalt? 6 455. — Wirkung einer mißbräuchlichen Beschränkung 1 2, 30. — zum Schein im Güterrechtsregister eingetragene Beschränkung oder Ausschließung der Schlüsselgewalt 1 2, 29. —

(Chefrau)

Beschränkung durch Vertrag; Wirkung gegen Dritte **5 462**. — Zeitpunkt der Wirksamkeit der vom Vormundschaftsgericht verfügten Aufhebung der Beschränkung oder Ausschließung der Schlüsselgewalt **1 2, 29; 6 455; 7 476** (s. freiw. Gerichtsbarkeit unter Verfügung). — wiederholte Beschränkung der Schlüsselgewalt unmittelbar nach der die erste Beschränkung aufhebenden gerichtlichen Verfügung **6 455 (2)**. — Voraussetzung für Einschreiten d. Vormundschaftsgerichts zur Ausschließung der Schlüsselgewalt u. deren Wiederaufhebung **7 476**. — Beweislast im Verfahren vor dem Vormundschaftsgericht wegen Aufhebung einer Beschränkung **1 2, 30** (s. **6 455**). — Schlüsselgewalt bei Fehlen eines festen Wohnsitzes **1 2, 29**. — Schlüsselgewalt bei längerer Abwesenheit des Mannes **5 454, 455**. — Schlüsselgewalt der beschränkt geschäftsfähigen Frau **1 2, 29**. — Ausübung durch den Vormund der Frau **4 437** (s. Vormund). — Einfluß der Entmündigung des Mannes **1 2, 29**. — Einfluß des ehelichen Güterrechtes **1 2, 30**. — Recht des Vormundes des Mannes, die Schlüsselgewalt der Frau zu beschränken **4 437** (s. Vormund); **7 476**. — Kündigung des Ehemannes gegenüber dem von der Frau angenommenen Gesinde als Beschränkung der Schlüsselgewalt? **1 2, 30**. — Unterschied zwischen Mißbrauch der Schlüsselgewalt u. Überschreitung der in der Schlüsselgewalt begründeten Vertretungsmacht **6 455, 456**. — den Rahmen d. Schlüsselgewalt überschreitende Rechtsgeschäfte der Frau, Wirkung gegenüber dem Dritten **1 2, 30; 5 462; 6 455** (Beweis.). — Maßstab f. Inhalt u. Umfang der Schlüsselgewalt **6 455; 7 476**. — ist für den Umfang der Schlüsselgewalt der tatsächliche Zuschnitt des Haushalts oder das Einkommen des Mannes maßgebend? **5 462; 7 476**. — Wirkung des Ausschlusses gegenüber Dritten b. Getrenntleben **4 377, 381; 2 1, 615**. — von dem Dritten als solche nicht erkennbare Überschreitung der Schlüsselgewalt **5 462**. — Schutz des Dritten bei Überschreitung der Schlüsselgewalt, insbesondere, wenn in ihm durch das Verhalten des Mannes ein Irrtum erzeugt wurde **7 476**. — Beweispflicht des Mannes über Mißbrauch der Schlüsselgewalt gegenüber Klagen Dritter **5 462**. — entgegengesetzte Eintragung in das Güterrechtsregister trotz e. die Entziehung der Schlüsselgewalt aufhebenden Entscheidung des Vormundschaftsgerichts **3 2, 190**. — Ausschluß der Schlüsselgewalt, Eintrag im Güterrechtsregister, Erklärung gegenüber einem Dritten nur durch öffentliche Befanntmach. **5 462; 4 377; 7 476**. — Erklärung des Mannes gegenüber der Frau

f. d. Ausschluß der Schlüsselgewalt nötig? **7 476**. — Schlüsselgewalt bei nichtiger Ehe; Stellung des Dritten **6 454**. — Beschwerde gegen Entscheidung über Wiederherstellung der Schlüsselgewalt; Beschwerde berechnete **7 1007**. — Verhältnis des Rechtsbehelfs nach § 1357 Abs. 2 zur Klage auf Herstellen des ehelichen Lebens wegen mißbräuchlicher Beschränkung der Schlüsselgewalt; Beweislast bei der Klage **6 455 (3)**. — Aufhören der Schlüsselgewalt, insbes. bei vorübergehender Trennung **6 455, 456**. — Anstellung von Dienstboten, auch männlicher; Kündigung; durch den Mann als mißbräuchliche Beschränkung **1 2, 29, 30; 1 2, 398; 5 461**. — Ankauf von Lurussteppichen **1 2, 30**. — Mieten einer Wohnung **1 2, 27**. — Ansprüche des Arztes aus ärztlicher Behandlung der Frau **1 1, 411; 5 269, 5 461; 4 225, 377, 381** (Haftung der Frau; Anspruch des Arztes bei Getrenntleben der Gatten); **2 1, 615; 3 1, 473; 4 378** (Speziallit); **4 257, 258** (Haftung d. Frau für den vom vermögenslosen Mann zugezogenen Arzt). — selbständige Prozeßführung über die innerhalb des häuslichen Wirkungsbereiches liegenden Geschäfte **5 461, 462**. — Unterzeichnung von Wechseln mit dem Namen des Mannes? **4 377**. — Ausgabe für Verbesserung, Neuanschaffung von Schmuckstücken **7 477**. — Beschaffung von Livreen f. die Dienstboten **7 477**. — Recht der Frau zur Vereinbarung e. besonderen Gerichtsstands für die im Bereiche der Schlüsselgewalt abgeschlossenen Geschäfte **7 476**. — Schlüsselgewalt bei vor 1900 geschlossenen Ehen **1 2, 432, 433; 2 1, 799**. — vor 1900 von der Frau auf Grund ihrer Schlüsselgewalt abgeschlossenen Geschäfte **1 2, 432**. — Schlüsselgewalt, wenn beide Gatten Ausländer sind, aber im Inland wohnen **5 609**.

Persönlich zu bewirkende Leistungen der Frau § 1358.
Anwendungsfälle des § 1358.
 — Begriff **7 477**. — von der Frau vor Eheabschluß eingegangene Verpflichtungen; Kündigungsrecht der Frau bei sonst unfündbaren Verhältnissen **1 2, 30; 3 1, 472** (Kündigungsrecht des Mannes); **6 456; 7 477**. — Unterlagung von persönlichen Leistungen der Frau in ihrem Geschäftsbetrieb trotz Einwilligung des Mannes zum selbständigen Geschäftsbetriebe **1 2, 32**. — Frau als Staatsbeamtin **1 2, 32; 6 456**. — Frau als Dienstmagd, Lehrerin, Schauspielerin **1 2, 32**. — Verpflichtung der Frau zu individuellen Leistungen **1 2, 32**. — Verf. u. Gesellschaftsw. Auftr. **1 2, 32; 6 456; 7 477**. — fakultativ von der Ehefrau in Person oder durch einen Dritten zu bewirkende Leistungen **3 1, 471**. — Leistungen in oder außer dem Hause **3 1,**

471. — Übernahme des Amtes eines Testamentsvollstreckers **3 1**, 471; **1 2**, 257; **7 477**. — Frau als Vormund, Pfleger, Beistand, Konkursverwalter **6 456**; s. **3 2**, 197 (Beschwerde des Mannes). — Betrieb e. selbständigen Erwerbsgeschäftes, bei dem die Frau Dritten gegenüber zu in Person zu bewirkenden Leistungen nicht verpflichtet ist **7 477**. — Mitgliedschaft bei einem Verein **7 477**. — Mäklervertrag **7 477**. — Verwahrungsvertrag über lebende Sachen **7 477**.

Erteilung der Ründigungs-ermächtigung durch das Vormundschaftsgericht. — Prüfungspflicht des Gerichtes **1 2**, **30**, **32** (2); **3 1**, 472 (Notwendigkeit einer Erwerbstätigkeit der Frau). — Prüfung, ob ein die Frau zu persönlichen Leistungen verpflichtender Vertrag vorliegt **1 2**, **30**. — Ablehnung des Ermächtigungsantrages trotz vorheriger Ablehnung des Antrages der Frau auf Ersatz der Zustimmung des Mannes **1 2**, **32**. — Zustellung u. Zeitpunkt der Wirksamkeit des Ermächtigungsbeschlusses **1 2**, **31**, **33** (s. f. freiwillige Gerichtsbarkeit unter Verfügungen); **5 1008**. — Anfechtung des Beschlusses; Beschwerdeberechtigte **1 2**, **31**, **33** (Vertragsgegner?): **5 1008**; **7 1007**. — Zuziehung des Dienstherrn im Verfahren vor dem Vormundschaftsrichter? **1 2**, **33**. — Verfassung der Ermächtigung bei nur geringe Zeit in Anspruch nehmenden Dienstleistungen **3 1**, 471. — bedingte Ermächtigung **6 456**; **7 477**. — wiederholte Anträge nach Zurückverweisung der ersten **3 2**, 190. — inwieweit ist der Prozeßrichter an die Entscheidung des Vormundschaftsgerichts gebunden? **5 1008**.

Wirkung der Ründigung. — sofortiges Erlöschen **3 1**, 471. — keine Schadenersatzpflicht der Frau für das Unterbleiben der künftigen Leistungen, auch nicht, wenn der Dritte bei Vertragsabschluss nicht wußte, daß er mit einer Frau zu tun habe **1 2**, **31**. — Wirkung auf rückständige Leistungen der Frau **3 1**, 472. — Pflicht der Frau, eine begonnene Tätigkeit nach Treu u. Glauben trotz Ründigung zu Ende zu führen **3 1**, 472. — kann der Dritte im Prozeß einwenden, daß die Vertragserfüllung die ehelichen Interessen nicht schädige? **1 2**, **31**. — Klage des Eheannes gegen den Dritten, der trotz Ründigung den Vertrag mit der Frau fortsetzt **1 2**, **31**; **3 1**, 472; **6 456** (Schadensklage, Unterlassungsklage); **7 477**. — Schadensanspruch des Dritten gegen den Mann? **3 1**, 472. — Anspruch des Mannes gegen die Frau auf Aufgabe der Tätigkeit nach Ründigung **3 1**, 472. — f. bei nichtiger Ehe; Stellung der Frau u. des Dritten **6 456**. — Fortsetzung der Tätigkeit

seitens der Frau trotz Ründigung **6 456**, 457; **7 477** (Klage auf Herstellung d. häuslichen Gemeinschaft; auf Scheidung; Schadens- u. Unterlassungsklage gegen Frau u. Dritten).

Ausschluß der Ründigung. — Verzicht des Mannes auf das Ründigungsrecht **1 2**, **33**; **6 456** (2). — bössliche Verlassung des Mannes seitens der Frau **1 2**, **33**. — „ausdrückliche“ Zustimmung d. Mannes gegenüber der Frau u. dem Dritten nach § 1359 Abs. 2 nötig **7 477**. — Recht der Frau, sich ohne vorherige Befragung des Mannes an das Vormundschaftsgericht zum Ersatz der Zustimmung zu wenden? **1 2**, **33**. — Fortwirken des gerichtlichen Ersatzes der Zustimmung nach Rückkehr oder Genesung des Mannes **1 2**, **32**. — für das Gericht bei Ersatz der Zustimmung maßgebender Umstände **1 2**, **32**; **3 1**, 472. — Ersatz der Zustimmung durch das Vormundschaftsgericht bei nicht ausdrücklicher Weigerung des Mannes **3 1**, 472. — Anwendung der §§ 182 ff. BGB. auf die im § 1358 Abs. 2 verlangte Zustimmung des Mannes? **7 477**, 478. — Wegfall d. Ründigungsrechtes bei Aufhebung d. häuslichen Gemeinschaft; bloß tatsächliche Aufhebung oder Aufhebung durch richterliche Verfügung; Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft insolge der durch die Frau in Person zu bewirkenden Leistungen **7 478**.

Ehegatten 1. Ehefrau, gesetzliches Erbrecht, eheliche Gemeinschaft, Unterhaltungsspflicht d. Gatten.

Persönliche Rechtsbeziehungen. Internationales Recht.

Begriff der „persönlichen Beziehungen“ **1 2**, 363, 364 (Handlungsfähigkeit der Frau; alle in den §§ 1353 bis 1362 zusammengefaßten Materien? praesumptio Muciana des § 1362? Unterhaltspflicht, Name der geschiedenen Frau, häusliche Vertretungsmacht d. Frau). — anzumendend. Recht f. d. persönlichen Beziehungen der Gatten **7 576**. — Verlust der Reichsangehörigkeit des Mannes ohne Erwerb einer anderen Staatsangehörigkeit **1 2**, 364. — Wechsel der Staatsangehörigkeit seitens des Mannes allein **1 2**, 364. — verschiedene Staatsangehörigkeit der Gatten außer dem Fall des Art. 14 Abs. 2 EGVGB. **1 2**, 364. — gleiche Staatsangehörigkeit des Gatten u. Nichtvorliegen des Art. 14 Abs. 1 EGVGB. **1 2**, 364. — maßgebendes Recht, wenn beide Ehegatten Ausländer sind **5 608**. — Anwendung des Art. 17 EGVGB. für die persönlichen Wirkungen einer Scheidung **1 2**, 369. — nach ausländischem Recht dem Manne zustehendes Züchtigungsrecht **1 2**, 384. — Verhältnis des Art. 30 zu Art. 14 EGVGB. **1 2**, 364, 383 f. — Unter-

(Ehegatten)
 haltspflicht der in Deutschland wohnenden ausländischen Ehegatten **3 1, 668** (s. Unterhaltspflicht); **4 530; 5 608**. — Schlüsselgewalt der Frau, wenn beide Gatten Ausländer sind u. im Inland wohnen **5 609** (s. Ehefrau).
 Übergangsrecht **1 2, 432, 433**. — vor 1900 entstandene Rechtsverhältnisse **1 2, 432**. — vor 1900 nach §§ 202 f. II. 1 A.R. von der Frau in Ausübung ihrer Vertretungsmacht getroffenen Verfügungen **1 2, 432**. — Anwendung des Art. 199 CGBGB. auf die Rechtsbeziehung geschiedener Gatten zueinander? **1 2, 433; 3 1, 701**. — vor 1900 getroffene Vereinbarung über Beschränkung des Mannes in der Bestimmung des Ehewohnortes **1 2, 433**. — keine gegenseitige Vertretungsmacht **2 1, 82**. — Hemmung der Verjährung von Ansprüchen zwischen Ehegatten **1 1, 130**. — Verträge über Getrenntleben **2 1, 68; 4 47; 5 42** (s. eheliche Gemeinschaft). — Verträge über Scheidungsgründe **1 1, 97** (s. Ehescheidung). — Vereinbarung über das Strafantragsrecht wegen Ehebruchs **2 1, 69**. — Kündigung von mit E. geschlossenen Mietverträgen **3 1, 209, 235; 4 155, 181** (vgl. Miete). — Vertrag zwischen E. mit Begründung e. Dienstbotenverhältnisses **2 1, 331**. — Einfluß des Konkurses über das Vermögen des einen Gatten s. Konkurs- u. Konkursverfahren. — gesetzliches Erbrecht s. dieses. — „kirchliche Verpflichtungen“ im Sinne des § 1588 **7 494**. — Ehegatte als Passivbeteiligter nach § 19 CGB. **2 2, 421**. — Anteilsverhältnis an gemeinschaftlich erworbenen Gegenständen **2 1, 567**.
 Gemeinjamer Handelsbetrieb. — zwei Gatten als Handelsgesellschaft **2 1, 625; 2 2, 78, 79** (Entstehung, Gesellschaftsvermögen, Widerruf des Mannes, Liquidation); **2 2, 84** (rechtl. Natur des hierbei erzielten Gewinnes); **5 473; 6 461; 467, 634**. — Anwendung des § 1430 auf d. offene Handelsgesellschaft zw. Ehegatten **6 464** (s. Handelsfrau). — gemeinjamer Betrieb eines Kleingewerbes **4 381, 557** (auf den Namen des Mannes lautendes Ladenschild). — gemeinsamer Geschäftsbetrieb zweier Ehegatten als Gesellschaft nach BGB. **4 230, 381** (Ladenschild mit dem Namen des Ehemannes allein, Steueranmeldung auf den Namen des Mannes). — zum Schein geschlossene Handelsgesellschaft zwischen Ehegatten **6 634**. — gegenseitig zu prästierende Sorgfalt der Ehegatten; vertragliche Milderung oder Schärfung des § 1359 **6 457**. — Sorgfaltspflicht des Gatten bei nichtiger Ehe **6 457**.
 Letztwillige Zuwendungen. — Anfechtung wegen Verfehlung des Ehe-

gatten (§ 2077) s. Testament unter Anfechtung. — während des Schwabens eines Eheprozesses erfolgte Einsetzung e. Gatten auf den Pflichtteil, „falls die Ehe beim Tod des Erblassers noch nicht geschieden sein sollte“ **4 500**.

Erbrechtliche Verhältnisse bei vor 1900 geschlossener Ehe s. eheliches Güterrecht.

Eigentumsvermutung des § 1362 (praesumptio Muciana) s. Eigentumsvermutung.

Ehehindernisse s. Eheanfechtung, Ehe-nichtigkeit, Eheschließung, Doppellehe.

Internationales Recht. — Folgen eines unbeachteten Ehehindernisses bei Ehen zwischen Deutschen u. Ausländern, maßgebendes Recht **3 1, 668**. — in Deutschland geschlossene Ehe eines katholischen Österreicher mit einer protestantischen, von ihrem ersten Mann geschiedenen Deutschen **4 530** (s. Eheschließung); **5 607**. — Wirkung einer ohne elterliche Genehmigung geschlossenen Ehe, wenn zwar das Personalstatut der Eltern, nicht aber das Ehestatut die Einwilligung verlangt **5 607**. — in England ohne Zustimmung des Vormunds geschlossene Ehe e. minderjährigen, in Deutschland wohnenden Engländerin mit einem Deutschen **5 608; 6 582, 583**. — Einfluß des Art. 30 CGBGB. **1 2, 383** (Doppellehe, Verwandtschaft, Ehe zwischen Ehebrechern).

Ehemündigkeit u. Einwilligung der Eltern oder gesetzlichen Vertreter s. u. Eheschließung.

Prüfungspflicht des Standesbeamten s. Aufgebotsverfahren unter „Eheschließung“.

Maßgebender Zeitpunkt f. d. Frage, ob ein Sachverhalt ein Ehehindernis bildet **6 443**.

Ehehindernis d. Verwandtschaft. — Begründung der Schwäger-schaft durch nichtige oder aufgelöste Ehe **1 2, 9**. — Anwendung des § 1717 Abs. 2 zur Feststellung einer ehelichen Verwandtschaft **5 457**. — „Abkömmlinge“ im Sinne des § 1311 (bei Adoptionsverwandtschaft) **6 441**. — Ehe zwischen den durch Adoption Verbundenen **1 1, 82**.

Ehehindernis der unehelichen Verwandtschaft. — Geschlechts-gemeinschaft in nichtiger Ehe **1 2, 9**. — Ehe zwischen einem Ehegatten u. den nach Auflösung der Ehe aus einer späteren ehelichen oder unehelichen Verbindung hervorgegangenen Abkömmlingen des anderen **1 2, 9**. — uneheliche Kinder desjenigen Vaters von verschiedenen Müttern **1 2, 10 (2)**. — Ehe zwischen der unehelichen Tochter eines unehelichen Sohnes u. dessen Vater **1 2, 10**. — Ehe des für ehelich erklärten, natürlichen Kindes mit der Frau

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

des Vaters oder Verheiratung der Frau des Kindes mit dem Vater **12, 10, 149.** — Anwendung des § 1718 auf d. Feststellung der unehelichen Verwandtschaft? **12, 10.** — § 1310 Abs. 3 aufschiebendes oder trennendes Ehehindernis? **12, 10; 5457.** — § 1310 Abs. 3 setzt wirkliche Vaterschaft, nicht nur die Möglichkeit der unehelichen Vaterschaft voraus? **21, 612; 5457.** — Urteil auf Feststellung der Vaterschaft nur im Sinne der §§ 1708, 1716 BGB. **61057, 1058.**

Ehebruch s. Ehebruch, Ehescheidung. — Bruch einer wichtigen Ehe vor Wichtigkeitserklärung **12, 10; 6442 (2).** — Scheidung nach § 673 II. 1 WR. wegen dringenden Verdachtes des Ehebruchs **12, 10.** — Feststellung des Ehebruchs als Scheidungsgrund nur in den Urteilsgründen **12, 10.** — Urteilsmäßige Feststellung nur e i n e s von mehreren Ehebrüchen als Scheidungsgrund **21, 612.** — nur zur Begründung der Schuldigerklärung vorgebracht, erwiesener Ehebruch **12, 10.** — Fehlen e. subjektiven Schuld des Dritten **12, 10.** — Zuständigkeit für Dispens bei mehrfacher Staatsangehörigkeit **12, 12.** — Gegenbeweis des nicht erfolgten Ehebruchs gegenüber den Feststellungen des Scheidungsurteils **21, 612.** — Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft wegen Ehebruchs **5457.** — Tod des nichtschuldigen Gatten nach Aufhebung d. ehelichen Gemeinschaft wegen Ehebruchs d. anderen Gatten; Ehe des letzteren mit der Person, mit der er die Ehe gebrochen hatte **6441.** — Klagerrecht des auf Scheidung wegen Ehebruchs klagenden Gatten gegen den Schuldigen auf Unterlassung der Wiederverheiratung mit dem 3. Ehebrecher **6442.** — nachträgliche Befreiung v. d. Ehehindernis; Heilung der Nichtigkeit, insbesondere, wenn die Ehe schon durch d. Tod e. Gatten aufgelöst ist? **6444.** — zuständige Behörde für Dispens von Ausländern (Engländern) **7472.** — Übersicht der für den Dispens zuständigen Stellen **31, 468.**

Wartezeit. — bei Wiederverheiratung im Falle der Todeserklärung **12, 10.** — bei Wiederholung d. Eheschließung oder Wiederverheiratung mit dem früheren Gatten **12, 10; 21, 612; 6442 (2).** — Zuständigkeit für Dispenserteilung bei mehrfacher Staatsangehörigkeit **12, 12.** — Dispens schwangerer Frauen **31, 467.** — Übersicht der für den Dispens zuständig. Behörden **31, 468.** — Beschwerde gegen den den Dispens verlagenden Beschluß des Amtsgerichts **4372; 51002** (f. Beschwerde).

Elterliche Gewalt oder Vormundschaft. — Auseinandersetzung mit adoptierten Kindern **12, 10.** —

Mangel eines auszuzeigenden Vermögens **12, 10.** — Anordnung einer Pfliegenschaft zur Ermittlung, ob der das Wiedererehelichungszeugnis verlangende Vermögen seiner Kinder verwaltet **5457.** — Wiederverheiratung nach Scheidung **12, 11.** — für Zeugniserteilung zuständiges Gericht **12, 11; 32215; 4372** (f. Vormundschaftsgericht). — Prüfungspflicht des Standesbeamten **12, 10.** — Kosten des Zeugnisses **12, 11.** — analoge Anwendung bei Verheiratung der unehelichen Mutter? **21, 612.** — Inhalt des Zeugnisses bei Ertrugenschaftsgesellschaft oder allgemeiner Gütergemeinschaft nach württemberger Recht **4372.** — Erteilung des Zeugnisses bei rechtswirksamer, aber nach Ansicht des Gerichts die Rechte der Kinder schädigenden Auseinandersetzung **21, 612.** — Zeugnis nach nassauischem Güterrecht **4372.**

Konsens für Militärpersonen, Beamte **12, 11; 31, 467; 7472** (Zusammenstellung der landesgesetzlichen Vorschriften). — Folgen e. Verstößes gegen § 1315 **7473.** — vorläufig in die Heimat beurlaubte Rekruten Militärpersonen im Sinne des § 1315 **7473.**

Zeugnis für Ausländer (§ 1315 Abs. 2). — Zusammenstellung der landesgesetzlichen Vorschriften **31, 467; 12, 362; 7472, 473.** — Anwendung des § 1315 Abs. 2 bei Eheabschluß eines Schweizlers mit einer Deutschen in Deutschland **31, 468.** — Weibringung eines Auseinandersetzungszugnisses seitens ausländischer Verlobter in Preußen **5457.** — „Landesgesetz“ im Sinne des § 1315 Abs. 2 **7473.** — Folgen e. Verstößes gegen § 1315 **7473.**

Eheliche Gemeinschaft s. auch Ehegatten. **Internationales und Übergangsrecht.** — maßgebendes Recht s. d. Klage auf Herstellung der e. G. bei Ausländererehen **4531; 5609** (wenn der Mann nach Trennung der Gatten Deutscher wurde). — Klage eines Ausländers auf Herstellung der e. G. trotz einer im Auslande ausgesprochenen Trennung von Tisch und Bett **4532.** — bei vor 1900 geschlossenen Ehen **12, 432; 5631.** — vor 1900 geschlossener Vertrag über Gestattung des Getrenntlebens **12, 433.** — vor 1900 getroffene Beschränkung des Mannes in der Bestimmung des Ehe-wohnsitzes **12, 433.**

Allgemeines. — Natur der durch die e. G. begründeten Pflichten (Rechts- oder sittliche Pflichten?) **4374.** — Kreis der durch die e. G. auferlegten Pflichten **12, 21; 4374.** — Prozeßkostenvoranschußpflicht des Mannes **12, 21** (f. Ehemann). — Pflicht des geschlechtskranken Ehegatten, seinen Arzt von der Beschwiegenheits-

(Eheliche Gemeinschaft)

pflicht zu entfalten **1 2, 24.** — e. G. bei nichtiger Ehe **6 450.** — Verzicht auf ehel. Gemeinschaft **6 451.** — Verträge über Getrennl. d. G. **2 1, 68; 4 47; 5 42.** — g. § 1353 verstoß. Vertrag **4 375; 6 451.** — Anspruch auf Schadenersatz wegen Verletzung d. ehelichen Treue? **7 474.** — Vereinbarung, daß die Frau, um zeitweise allein zu sein, sich eine eigene Wohnung halten dürfe **1 2, 22; 6 451.** — vereinbarter dauernder anderer Wohnort der Frau **1 2, 22** (s. unten Stellung des Mannes). — Vertrag, wonach die Frau die Kosten des gemeinsamen Haushalts trägt, der Mann aber seine Arbeitskraft ausschließlich in den Dienst der Frau stellt **2 1, 615, 616; 3 1, 471.** — Beschäftigungsverhältnis eines Ehegatten bei dem anderen gegen Entgelt **3 1, 471.** — Klage des Mannes auf Ersatz des ihm durch die grundlose Entfernung seiner Frau erwachsenen Schadens (§ 826 BGB.) **4 375; 5 460.** — muß bei Anträgen auf Gestattung des Getrenntlebens während des Scheidungsprozesses (§ 627 B.P.D.) der Antragsteller beweisen, daß das Verlangen des Gegners auf eheliche Gemeinschaft sich als Mißbrauch seines Rechtes darstellen würde? **1 2, 22** (s. Ehefachen). — beschränkte eheliche Gemeinschaft bei wegen Krankheit unmöglicher oder untunlicher Beiwohnung? **4 375, 376.** — Beschränkung des Rechtes der Frau an ihrer „Geheimphäre“ durch das Kontrollrecht des Mannes **3 1, 471.**

Stellung des Mannes f. Ehemann. — kann das Recht des Mannes, Wohnort u. Wohnung zu bestimmen, durch Vertrag ausgeglichen oder beschränkt werden? **1 2, 26** (s. **1 2, 22; 4 375; 7 475**). — Wohnsitz bei nichtiger Ehe **6 453.** — vor Eheabschluß getroffene Vereinbarung über den Ehemohnsitz **1 2, 26.** — Folgepflicht der Frau bei Verlegung des Wohnsitzes ins Ausland oder in überseeische Länder **6 452, 453.** — vor 1. I. 00 getroffene Vereinbarung über das Ehedomizil **1 2, 26.** — Wohnsitzbestimmung des Mannes, wenn keine völlige Lebensgemeinschaft mehr besteht **6 453.** — Rücksicht auf Grundbesitz u. andere Interessen der Frau bei Wahl des Wohnsitzes; Rechtsmißbrauch des Mannes **7 475.** — Recht, der Frau den Betrieb eines Erwerbsgeschäftes zu untersagen **1 2, 26** (Anrufen des Prozeß- oder des Vormundschaftsrichters?); **1 2, 28** (s. Handelsfrau). — Recht des Mannes, nach Gestattung des Getrenntlebens der Frau die Ehemohnung zu verbieten **1 2, 26.** — Abhalten der Frau von strafbaren Handlungen **1 2, 27; 2 1, 615** (Aussicht des Mannes im Sinne des § 361 Ziff. 9 StGB.) — Pflicht zur Verhinderung des Unzuchtbetriebes in seinem

Hausstand **5 460.** — willkürliches Ausschließen der Frau vom Verkehr mit den Kindern **3 1, 471; 4 376; 5 460.** — Recht des Mannes, die Briese seiner Frau zu öffnen **3 1, 471.** — kein Entscheidungsrecht des Mannes in den besonderen persönlichen Angelegenheiten der Frau; Kreis derselben **3 1, 471; 6 452.** — Recht des Mannes, einen als wirtschaftliche Beihilfe für das Ehepaar versprochenen Zuschuß auch bei Getrenntleben einzuzahlen **3 1, 473, 475** (s. gesetzliches Güterrecht). — Übergang der dem Vater zustehenden elterl. Gewalt auf den Mann der minderjährigen Tochter? **3 1, 506; 5 499.** — Klage des Mannes auf Herausgabe der Frau? **3 1, 506.** — Brandversicherung d. beiderseitigen Mobiliars **6 451.**

Stellung der Frau f. Ehefrau. — Stellung der ein Handelsgeschäft betreibenden Frau s. „Handelsfrau“. — Bestimmung des Ehedomizils während einer Freiheitsstrafe des Mannes **1 2, 26.** — Pflicht zur Verhinderung des Unzuchtbetriebes im ehelichen Hausstand **5 460.**

Klage auf Herstellung d. ehelichen Gemeinschaft. — Übergangsrecht **5 631.** — Kritik des Gesetzes **5 477.** — bei vor 1900 erfannter zeitweiliger Trennung von Tisch und Bett **2 1, 803; 4 552.** — Klagerrecht des Gatten, der selbst die eheliche Gemeinschaft aufgehoben hat **1 2, 21.** — Klage auf Gewährung der ehelichen Beiwohnung **1 2, 21.** — Einrede d. Rechtshängigkeit aus d. anhängigen Herstellungsfrage gegenüber der späteren Scheidungsfrage? **7 485** (s. Ehefachen). — Klagantrag auf Verurteilung der erkrankten Ehefrau, sich in eine Heilanstalt zu begeben **1 2, 23; 4 376; 2 1, 615; 6 452, 453 (2); 7 475.** — Klage des Mannes auf Herausgabe von durch die Frau ihm entzogenen Mobilien **1 2, 23.** — Antrag auf Unterlagung eines selbstständigen Gewerbebetriebes der Frau **1 2, 28.** — Klage wegen mißbräuchlicher Beschränkung d. Schlüsselgewalt; Verhältnis zur Vormundschaftsgerichtl. Anordnung nach § 1357 Abs. 2; Beweislust **6 455 (3).** — Klage auf Herstellung der e. G. bei vorläufiger Trennung durch Urteil nach früherem Rechte **4 375.** — Antrag auf Herstellung der bloß häuslichen Gemeinschaft bei Unmöglichkeit des Geschlechtsverkehrs infolge Krankheit des Klägers **4 375, 376.** — Klage auf Führung des Mannesnamens **4 376** (s. Ehefrau). — Zulässigkeit der Klage wegen jeder Verletzung der aus dem persönlichen Verhältnis der Gatten sich ergebenden Pflichten **1 3, 218.** — Beweislust über Ernstlichkeit d. Rückkehrverlangens **6 451.** — Ernstlichkeit d. Rückkehrverlangens von Amts wegen zu prüfen? **6 451.** — Miß-

brauch d. Rechts auf Herstellung d. e. G. von Amts wegen zu beachten? 1 2, 22; 4 374, 376; 5 460. — einstweilige Verfügung auf Herausgabe des notwendigen Hausrats u. Gewährung des Unterhalts 1 2, 37. — Klage auf Herstellung d. e. G., wenn die Frau im Falle des § 1358 trotz Kündigung nur persönlich zu bewirkende Leistungen fortsetzt (s. Ehefrau) 7 477. — Rechtskraftwirkung eines klageabweisenden Urteils 5 807. — Abweisung der eventuellen Widerklage auf Herstellung der e. G. bei gleichzeitiger Abweisung der von den Gatten gegeneinander erhobenen Scheidungsklage? 7 474.

Einreden gegenüber der Klage auf Herstellung der e. G. s. auch Ehescheidung unter bösslicher Verlassung. — Krankheit des Klägers 1 2, 21, 24, 25; 4 375; 6 450 (Tuberkulose d. Klägers); 6 451. — Geisteskrankheit des Klägers 4 374, 375. — Geschlechtskrankheit des Klägers 1 2, 24; (Entbindung des Arztes von der Verschwiegenheitspflicht) 4 375; (frühere Geschlechtskrankheit); 3 1, 471; 5 460. — Verweigerung der kirchlichen Trauung 1 2, 21 (s. auch Ehescheidung). — Mangel des ernstlichen Willens des Klägers, das Eheleben aufzunehmen 1 2, 21, 22; 2 1, 614 (insbesondere bei dürftiger Lage des Klägers); 4 375; 6 451; 7 474. — vom Kläger ernstlich gewollte Rückkehr des Beklagten, aber ohne die ernste Absicht, das eheliche Leben mit ihm fortzusetzen 1 2, 22; 4 376; 5 460. — Absicht des Klägers, gegen die unfolgsame Beklagte wegen böswilliger Verlassung zu klagen 1 2, 22; 4 376; 5 459. — frühere, aber wegen Ausichtslosigkeit aufzugebene Absicht des Klägers, die Scheidung der Ehe herbeizuführen 5 459. — auf vage Vermutung, aber im guten Glauben im Anfechtungsprozeß erhobene Vorwürfe 7 475. — leichtfertig erhobener Vorwurf des Ehebruchs gegen die Beklagte 1 2, 65. — Krankheit des Beklagten als Grund z. Verweigerung d. ehelichen Zusammenlebens 6 450, 453. — Gefährdung des körperlichen oder geistigen Zustandes des Beklagten durch das erneute Zusammenleben 1 2, 21, 24, 25; 4 375; 3 1, 471; 6 451 (Geisteskrankheit d. Klägers). — berechtigte Befürchtung der Frau, daß der Mann auch nach Wiederausbruch seiner Krankheit von der Frau geschlechtlichen Verkehr verlangen werde 5 460; 4 375, 376. — Einrede, daß durch Vertrag oder Vergleich die ehel. G. aufgehoben sei 1 2, 22, 25, 26; 4 375. — Einwand des Rechtsmißbrauches, wenn im Falle des § 1353 Abs. 2 Satz 2 das Scheidungsrecht (durch Verzeihung oder Fristablauf) erloschen ist 1 2, 23; 2 1, 614. (das Verlangen des

Klägers aber sich aus anderen Gründen als Mißbrauch darstellt); 3 1, 471; 6 476. — Nichtvorhandensein einer geeigneten Ehescheidung (Vorhandensein Klagevoraussetzung?); Möglichkeit, mit den Mitteln des Beklagten eine Ehescheidung zu beschaffen 1 2, 23; 4 375; 6 451. — Mißbrauch nur bei Vorliegen eines Ehescheidungsgrundes gegeben? 4 375; 2 1, 614; 3 1, 471; 7 474. — Mißbrauch jeder Rechtsausübung, die den Beklagten in eine ihm billigerweise nicht zuzumutende Lebenslage nötigen würde 2 1, 614. — Verweigerung der e. G. wegen Berechtigung zur Erhebung der Anfechtungs- oder Nichtigkeitsklage 1 2, 35; 4 375; 6 450, 453, 454. — in der Vergangenheit liegende Verfehlungen, die nicht Scheidungsgründe sind 2 1, 614. — Einwand, daß das Zusammenleben zurzeit für den Beklagten unerträglich sein würde 1 2, 23. — unberechtigte Zurücksetzung der Frau gegenüber den erstehelichen Kindern des Klägers 2 1, 614. — ehewidriges, aber nicht auf Verschulden des Klägers zurückzuführendes Verhalten (Geisteskrankheit) 1 2, 23; 3 1, 471. — inwieweit ist für die Frage e. berechtigten Verweigerung der e. G. das subjektive Empfinden des Beklagten von Bedeutung 1 2, 23; 3 1, 470. — Einwand, daß der Kläger, dessen Verhalten begründeten Anlaß zur Aufgabe der Ehegemeinschaft gab, keinen Beweis seiner Sinnesänderung gegeben habe 1 2, 24; 5 460; 4 374; 3 1, 470. — Mittellosigkeit oder vom Kläger verschuldeten Notlage 1 2, 24; 4 375. — Zusammenleben des Klägers mit einer anderen Frau 1 2, 25; 2 1, 615; 5 460. — leichtfertige Erhebung der Scheidungsklage 1 2, 23, 25. — wiederholte unberechtigte Beschränkung der Schlüsselgewalt 1 2, 25; 4 375. — Einwand, daß der Kläger selbst sich einer bösslichen Verlassung schuldig gemacht habe 1 2, 25. — begründete Furcht vor Mißhandlungen durch den Kläger oder dessen Angehörige 2 1, 615. — Bruch eines formell ungünstigen Versprechens über die religiöse Kindererziehung 5 460 (s. 5 620, 621). — Entziehung der Leitung des Hauswesens 4 375. — Einwand der böswillig getrennt Lebenden Frau 4 376. — Zusammenleben des Klägers mit anderen Angehörigen 6 451. — Pflichtwidrigkeiten d. Klägers gegenüber den Kindern 6 452. — Unzulänglichkeit des gewährten Wirtschaftsgeldes 6 452, 453. — Geltendmachung von vor einer Wiedervereinigung liegenden Gründen seitens des wiederholt sich trennenden Gatten 6 452. — Mittellosigkeit d. Klägers bei Bereitwilligkeit seiner Verwandten, ihm freiwillig die nötige Unterstützung zu gewähren 6 452. — Verlegen d. Ehemohnsitzes ins

(Eheliche Gemeinschaft) ☞

Ausland oder in überseeische Länder 6 452, 453. — zu dürftige Bemessung des ehelichen Aufwands 6 453. — Beschädigung e. Verschlimmerung d. Zustands der nervenleidenden Frau, in der sich der Glaube, v. dem Manne schlecht behandelt zu sein, festgesetzt hat 7 474. — ungerechtfertigter Übergang von der Herstellungszur Scheidungsklage als Rechtsmißbrauch 7 475. — Rechtsmißbrauch des Mannes bei Wahl des Wohnsitzes (s. oben Stellung d. Mannes) 7 475.

Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft 5 477. — Kritik des Gesetzes 1 2, 78. — rechtl. Natur d. Aufhebung d. e. G.; Fortbestehen der Ehe dem Band nach? 1 2, 85, 86; 2 1, 638, 639; 3 1, 488; 4 392; 5 482; 6 479; 7 493 ff. — Aufhebungs-klage bei Geisteskrankheit? 1 2, 79; 7 491. — wann kann der Antrag nach § 1575 Abf. 1 Satz 2 gestellt werden? 6 476. — Stellung des Eventualantrages auf Scheidung (§ 1575 Abf. 1 Satz 2) in der Revisionsinstanz 1 2, 79; 6 476. — Anwendung der §§ 612, 613 ZPO. auf die Stellung d. Antrags nach § 1575 Abf. 1 Satz 2 6 476. — Gegenüberstehen e. Scheidungs- u. Aufhebungs-klage; Urteil auf Scheidung, auch wenn nur die Aufhebungs-klage begründet ist 1 2, 79. — Geschäftsunfähigkeit d. beklagten Gatten; Stellung des Scheidungsantrags seitens des Beklagten 7 491. — Umwandlung d. Scheidungs- in d. Aufhebungs-klage u. umgekehrt noch in d. Revisionsinstanz 6 476. — Wirkungen d. Aufhebung 7 493. — Verjährungshemmung nach § 204 Satz 1 BGB. bei Aufhebung? 7 493. — Wirkung d. Aufhebung auf das Schwägerchaftsverhältnis 7 493. — Einfluß der Aufhebung d. ehel. Gemeinschaft auf d. Namensführung d. Frau 1 2, 78, 85; 6 479; 7 493. — Klage auf Scheidung nach vorhergegangener urteilsmäßiger Aufhebung d. ehelichen Gemeinschaft f. Ehescheidung. — Wohnsitz der Frau bei Aufhebung d. e. G. 1 2, 85; 4 392; 7 493. — nach Aufhebung d. e. G. empfangenes Kind 1 2, 85, 86 (s. Ehelichkeit); 2 1, 639; 6 479; 7 493. — Vermutung d. § 1591 Abf. 2, § 1592 nach Aufhebung der e. G.? 7 493. — nach Aufhebung d. e. G. begangener Ehebruch (s. diesen) 1 2, 85; 5 482; 6 479; 7 491. — Einfluß der Aufhebung auf e. auf § 31 Ziff. 2, § 32 Ziff. 2 R.D., § 3 Ziff. 3 u. 4 AufG. gestützten Anfechtung 7 494. — Einfluß auf die vermögensrechtliche Auseinanderhebung 1 2, 86. — Einfluß der Aufhebung auf das Einwilligungensrecht d. §§ 1726, 1796, 1783, 1795, 1887, 1900, 7 494. — Unterhaltspflicht 1 2, 86; 6 479. — Sorge f. die Kinder; elterliche Ver-

walt 1 2, 86, 109; 2 1, 651; 4 410; 6 479. — Wirkung der Aufhebung auf d. Staatsangehörigkeit der Frau 1 2, 86. — Fortfall d. Gattenerbrechts, Pflichtteilsrecht bei Aufhebung d. e. G. 2 1, 702; 4 392; 6 479; 7 494. — Dem § 1586 zuwider geschlossene neue Ehe, Doppelhe nach § 1309 BGB., § 171 StGB.? Anfechtung der neuen Ehe? 3 1, 488. — Ehebruch während der Aufhebung der e. G. 7 491 (s. Ehebruch). — Widerklage auf Scheidung als Antrag nach § 1575 Abf. 1 Satz 2 7 491.

Wiederherstellung der e. G. — rechtl. Natur; Geschäftsfähigkeit d. Gatten 1 2, 79, 80, 86; 3 1, 489; 6 479; 7 494. — rückwirkende Kraft? 1 2, 86; 6 479. — Kennzeichen d. Wiederherstellung; bloßer Beischlafsvollzug 7 494. — in der Zwischenzeit geborene Kinder 1 2, 86; 6 479. — Eintrag in das Ständeregister 1 2, 86. — Einwirkung auf d. Staatsangehörigkeit d. Frau 1 2, 86. — Zurückforderung der in d. Zwischenzeit zurückgegebenen Brautgeschenke? 1 2, 86. — Eintrag d. Gütertrennung im Güterrechtsregister 1 2, 86. — Ehevertrag auf Beseitigung d. Gütertrennung 1 2, 86. — ist die neue Ehe e. Fortsetzung der früheren? 3 1, 489. — Nichtigkeitserklärung der früheren Ehe nach W. d. e. G.? 3 1, 489. — Anfechtung u. Nichtigkeit der durch d. W. d. e. G. geschaffenen Ehe 3 1, 489; 6 479. — Anfechtung d. Wiederherstellung 6 479. — Wiederherstellung vor Erlaß oder vor Rechtskraft des Aufhebungsurteils 6 479.

Eheliche Kinder s. Aussteuer, Ausstattung, Ehelichkeit, elterliche Gewalt. — Klagenanspruch e. Kindes gegen d. Eltern auf Befanntgabe der Namen-, Geburts- u. Todesstage der Geschwister? 1 2, 95.

N a m e f. Name. — Name d. Kindes, wenn der Vater adoptiert ist 1 2, 94. — Streit der Eltern über den Vornamen d. Kindes 1 2, 94; 2 1, 642; 3 1, 495; 4 396. — Prüfungspflicht des Standsbeamten bzgl. d. Vornamens 1 2, 94. — wann vollzieht sich die Vornamengebung? 1 2, 94. — wiederholte Vornamenerteilung; spätere Annahme anderer Vornamen 1 2, 94. — Unterbleiben d. Vornamenerteilung infolge Verhinderung oder Weigerung der Eltern 1 2, 94. — **Nel** 1 2, 95. — Verzicht auf Familiennamen 1 2, 94. — Verzicht auf den **Nel** 1 2, 95. — dauernde Führung e. anderen als des durch Abstammung erworbenen Familiennamens 2 1, 642; 3 1, 493. — Namen des Kindes, wenn der Vater unbefugt e. anderen Familiennamen angenommen hatte 2 1, 642; 3 1, 493. — Ausdehnung e. Änderung d. Familiennamens d. Vaters auf die Kinder; Einwilligung derselben

31, 495. — Wahl e. anstößigen Vornamens seitens d. Vaters **31, 496.**
Stellung im elterlichen Haushalt. Pflicht zu Dienstleistungen. — wann gehört ein Kind dem elterlichen Hausstand an? § 1617 **12, 95; 21, 642, 643; 4 397; 5 487.** — Dienstleistungspflicht des aus den Einkünften seines eigenen Vermögens unterhaltenen Kindes **12, 95.** — Einfluß d. Lebensstellung der Eltern auf den Umfang d. Dienstleistungspflicht d. Kindes **12, 95.** — Umfang d. Dienstleistungspflicht; Einsehen der vollen Arbeitskraft; Einfluß d. Lebensstellung d. Kindes **5 487 (s. 12, 95).** — Unterschied d. Dienstleistungspflicht (§ 1617 von einem Gefindeverhältnis oder Dienstvertrag **12, 95; 5 487; 7 497 (volljährige Kinder).** — für die Dienste nach § 1617 vereinbarte Vergütung **12, 96; 31, 496; 4 397, 398.** — für das Hauswesen des Vaters nicht notwendiger Dienst d. Kindes **21, 643.** — Erzwingbarkeit der Dienstleistung des Kindes **31, 496.** — übermäßige Heranziehung d. Kindes zu Diensten **21, 643.** — wer wird Eigentümer des Erwerbes aus den Diensten d. Kindes? **21, 643; 6 483 (Erwerb bei Diensten außer dem Hause).** — Schadensanspruch d. Eltern bei Verweigerung d. Dienstleistung (§ 1617) **12, 95.** — Schadenersatzpflicht der Eltern bei Verletzung d. Kindes in Ausübung d. Dienstleistung **5 486.** — Anwendung des § 2 KrankW.G.? **5 487; 6 483.** — Einfluß öffentlich-rechtlicher Vorschriften über Verbot von Kinderarbeit auf § 1617 **12, 96.** — Bedeutung der Diensthilfe für die Steuereinschätzung des Vaters **21, 643; 4 397 (bei verprochenen Vergütung).** — Abschluß e. Dienstvertrags mit dem Kind in d. Absicht d. Steuererparung **5 487.** — Überlassung v. Vermögensstücken seitens d. Kindes an die Eltern nach §§ 1618, 1619 f. Kindesvermögen.
Unterhalt bei Scheidung d. Eltern (§ 1585). — Beitragspflicht der Frau aus dem Arbeitsvertrag **12, 84.** — Nachforderung des Beitrags d. Frau für die Vergangenheit **12, 84.** — Verzicht auf d. Beitrag d. Frau **12, 84.** — Stellung der Frau, die mit Einwilligung d. Mannes ihren Beitrag an e. Dritten zahlt **12, 85.** — Klage der Mutter gegen d. Vater **12, 85; 6 479 (Einreden des Vaters).** — „erhebliche Gefährdung“ d. Unterhalts im Sinne des § 1585 Abs. 2 **12, 85.** — Unterhaltspflicht d. Vaters, dem das Kind von der Mutter vorenthalten wird **12, 85.** — Erfüllung der Unterhaltspflicht seitens des geschiedenen, mit der Sorge f. d. Person d. Kindes betrauten Gatten durch Naturalverpflegung **12, 85.** — Beweislast für das Unvermögen d. Frau z. Beitragsleistung **4 392.**

Ehelicher Aufwand s. auch die einzelnen Arten des Güterrechtes. — Vertrag, wonach die Frau den gesamten Aufwand bestreitet, der Mann aber seine Arbeitskraft ausschließlich in den Dienst der Frau stellt **21, 615.** — Recht des Mannes, einen dem Ehepaar versprochenen Wirtschaftszuschuß bei Getrenntleben einzulagern **31, 473 (s. eheliche Gemeinschaft).** — Aufwendungen für Dritte als ehelicher Aufwand **12, 46.** — das Maß des Notwendigen überschreitende Pflegekosten f. d. erkrankte Frau **5 467.**

Eheliches Güterrecht f. Ehevertrag, die einzelnen Güterstände.

Internationales Recht f. Eheverträge. — maßgebende Bedeutung des Rechtes des Staats, dem der Mann z. B. der Eheschließung angehört **12, 365; 31, 668.** — vor 1900 geschlossene Ehe von zwei in Deutschland lebenden ausländischen Gatten **5 608.** — nach Eingehung d. Ehe eintretender Verlust der Reichsangehörigkeit **31, 668.** — Heirat eines keine Staatsangehörigkeit besitzenden Mannes **12, 365 (Einfluß des Rechts des Wohnsitzes).** — mehrfache Staatsangehörigkeit des Mannes (deutsche und ausländische Staatsangehörigkeit) **12, 365.** — Bedeutung des Wohnsitzrechtes, wenn das Recht der Staatsangehörigkeit keine Regel aufstellt **12, 365.** — durch die deutschen Partikularrechte nach Art. 218 EGBGB. übergeleitete Ehen **12, 366.** — Verlegung des Ehewohnortes in d. Ausland gegenüber einem nach Art. 16 EGBGB. bereits begründeten Recht eines Dritten **6 583.** — Grundsatz der Einheit u. Umwandelbarkeit des ehelichen Güterrechtes; Einfluß einer Änderung der Staatsangehörigkeit **12, 366; 31, 669.** — maßgebendes Recht für Ehen, bei denen der Mann die deutsche Staatsangehörigkeit nicht besitzt **31, 669.** — durch die Ehe begründete Dispositionsbeschränkungen; Verhältnis des Art. 15 zu Art. 7 (Geschäftsfähigkeit) **12, 366.** — Schenkungen zwischen Ehegatten **12, 366.** — Verhalten des Art. 27 zu Art. 15 Abs. 2 EGBGB. **12, 379; 31, 669, 670 (s. Rückverweisung).** — Bedeutung des Art. 15 Abs. 2 Satz 2 EGBGB.; voreheliche Eheverträge **6 583.** — Anwendung des Art. 15 Abs. 2 auf Ausländer im Auslande? **12, 367 (2); 31, 669.** — Geltung des Art. 15 EGBGB. bei Auflösung der Ehe durch Tod oder Scheidung **12, 367, 369.** — Gewerbe einer im Auslande lebenden Frau; Einspruch des Mannes, Eintagung im Güterrechtsregister **12, 367.** — Folgen der Nichtigkeit der Ehe **12, 367.** — in Deutschland lebende französische Staatsangehörige; Klage der Frau wegen ihres Sondergutes **5 608.** — von Ausländern mit inländischem Wohnsitz im Inlande

(Eheliches Güterrecht)

geschlossener, nach ihrem Heimatsrecht unzulässiger Ehevertrag 7 576. — maßgebendes Recht bei Auseinanderhebung der durch die Ehe vereinigten Vermögensmassen infolge Tod eines Gatten; Kreis der hierher gehörigen Rechtsverhältnisse; Recht der zweiten u. ferneren Ehen 1 2, 376, 377. — Anwendung des Art. 29 auf Art. 15? 1 2, 382; eheliches Güterrecht, wenn der Ehemann bei Eingehung der Ehe keine Staatsangehörigkeit besaß, wenn er mehrfache Staatsangehörigkeit, mehrfachen Wohnsitz hatte 3 1, 675. — Anwendung des Art. 200 GGWB. auf Deutsche im Auslande u. Ausländer mit Ehedomicil in Deutschland? 2 1, 799 (f. 1 2, 436; 3 1, 702). — welche Kollisionsnormen hat der Richter anzuwenden bei Entscheidung d. Frage, ob für eine vor 1900 bestehende Ehe deutsches oder ausländisches Recht anzuwenden ist 3 1, 702; 6 598 (Verhältnis d. Art. 15 zu Art. 200 GGWB.).

Übergangsrecht f. auch die einzelnen Staaten, Gütergemeinschaft, G., fortgesetzte, Erungenschaftsgemeinschaft. — „bestehende Ehe“ im Sinne des Art. 200 GGWB. (vor 1900 aufgelöste Ehen) 1 2, 434; 2 1, 800; 3 1, 701. — Wirksamkeit d. überleiteten Güterstandes des alten Rechts bei Verlegung des Wohnsitzes 2 1, 800. — Herrschaftsbereich des Art. 200 GGWB.; Verhältnis zu außerdeutschem Recht 3 1, 702; 4 551. — Anwendung des Art. 200 auf einen zwischen Verlobten vor 1900 geschlossenen Ehevertrag 4 549. — „erbrechtliche Wirkungen des Güterstandes“ Art. 200 GGWB. 2 1, 799; 6 598. (Begriff); 7 588. — Todteilung 1 2, 434; 2 1, 800 (Meck, Pommern). — Schichtquoten in fortgesetzter Gütergemeinschaft in Schleswig-Holstein 1 2, 434. — Anspruch des überlebend. gütergemeinschaftl. Ehemanns in Schleswig-Holstein 1 2, 435. — Befreiung des Leibzüchters von der Pflicht zur Inventarisation des Nachlasses 1 2, 435. — Befreiung von der Inventarisation bei fortgesetzter Gütergemeinschaft in Westfalen 1 2, 435. — Erbrecht nach der Joachimica 1 2, 435; 2 1, 799. — Recht des überlebenden Gatten auf d. Gesamtgut bei unbeerbter Ehe nach Art. 17 § 7 P.B. v. 20. XII. 1899 1 2, 435. — Fortsetzung der Gütergemeinschaft bei beerbter Ehe i. Westfalen; Anwendung der §§ 1483, 1931 BGB.? 1 2, 435. — Nießbrauch des überlebenden Gatten nach Schichtung in Westfalen 1 2, 435. — Recht der Witwe an dem Vermögen des verstorbenen Mannes; Pflichtteilsanspruch nach BGB. 4 550. — Grundteilung (nach Bamberger Recht) 4 550. — Danabrüder

Recht 7 588. — erbrechtl. Wirkungen d. Güterstandes einer 1900 bereits durch den Tod aufgelösten Ehe 7 588. — Zuständigkeit d. Landesgesetzgebung z. Regelung d. Güterrechts der vor 1900 geschlossenen Ehen; Einfluß d. Grundgesetzes d. Umwandelbarkeit des e. G. 2 1, 813. — Zuständigkeit d. Landesgesetzgebung zur Regelung des e. G.; in einem anderen Bundesstaate wohnende Eheleute 1 2, 435, 436; 2 1, 799, 800; 3 1, 703; 5 598. — Änderung des ersten ehelichen Wohnsitzes 2 1, 813; 5 598; 7 588. — Erklärung des überlebenden Gatten, daß er die Erbschaft nach BGB. ausschlage u. den Nachlaß auf Grund des bisherigen Rechts beanspruche 4 550. — Pflichtteilergänzungsanspruch d. Witwe bei vor 1900 geschlossener Ehe 4 550. — Nießbrauch u. Verwaltungsrecht des Mannes abändernde, vor 1900 geschlossene Verträge 4 551. — Verfügrechte des überlebenden Gatten 1 2, 442. — Wahlrecht d. überlebenden Gatten nach § 496 II. 1 A.R. bei Tod des anderen Gatten nach 1900? 7 588.

Elterliche Rechte. — Zulässigkeit gemischter Güterstände 2 1, 623. — Präsumtion für gesetzlichen Güterstand 2 1, 623. — Nachweis im Grundbuche (f. Eintragungen ins Grundbuch, Nachweis d. Voraussetzungen u. weiter Prüfungspflicht d. G.R.-Beamten) 4 833.

Ehelichkeit f. Personenstandsgesetz, eheliche Kinder u. uneheliche Kinder, e l t e r l i c h e G e w a l t, Kindesvermögen, elterliche Nutznießung, Statusklage und Vaterschaft. **I n t e r n a t i o n a l e s R e c h t**. — Form einer im Ausland vorgenommenen Ansetzung 1 2, 358, 371. — Ehelichkeit der Kinder eines ausländischen Ehemannes 1 2, 371. — Ehelichkeit der im Ausland geborenen Kinder deutscher Väter; Ansetzung nach dem Tod d. Kindes 1 2, 371. — Einfluß eines Wechsels der Staatsangehörigkeit der Eltern auf das Verhältnis zwischen Eltern u. Kindern 1 2, 371, 372. — Kinder aus Putativehen als eheliche Kinder nach Art. 19 GGWB. 1 2, 371; 5 610. — verschiedene Staatsangehörigkeit von Eltern u. Kindern 1 2, 372; 4 531. — Wiederaufleben der beendeten elterlichen Gewalt bei Wechsel der Staatsangehörigkeit 1 2, 372. — maßgebendes Recht für die Frage der religiösen Kindererziehung 1 2, 372. — Rechtsverhältnisse der Kinder bei geschiedenen Ehen; Art. 17 ober Art. 19 GGWB.? 1 2, 372 (f. Ehescheidung); 5 610. — Rechtsverhältnisse zwischen nicht reichsangehörigen Eltern u. in Deutschland geborenen u. wohnenden Kindern 3 1, 671.

Übergangsrecht. — Frage der Ehelichkeit bei vor 1900 geborenen Kindern

Fette Zahlen = Fahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

12, 441. — Pflicht zu häusl. Diensten 12, 442. — Anwendung des Art 203 GGGB. auf vor 1900 unehelich geborene, legitimierte Kinder 12, 443. — Anfechtung der Ehelichkeit bei vor 1900 geborenen ehelichen Kinder 21, 803. — Klage des Kindes auf Verneinung der Vaterchaft 21, 803. — Kinder aus nichtiger Ehe als eheliche? 4 632. — Anfechtungsfrist des § 1594 bei vor 1900 geborenen e. R. 5 483, 633. — während der Trennung unter dem neuen Recht geborene Kinder einer vor 1900 gelösten Ehe 21, 804. — Anwendung der Frist des § 1593 auf vor 1900 geborene Kinder 5 482; 6 480. — Berechnung d. Anfechtungsfrist des § 1594 12, 88; 5 483; 6 480.

Voraussetzungen. — Beginn des Verwandtschaftsverhältnisses mit einem vor Eheschluß erzeugten, nach Eheschluß geborenen Kind 12, 87. — Beiwohnung e. Geisteskranken oder Geschäftsunfähigen 21, 460. — Nachweis der Beiwohnung im Fall des § 1591 Abs. 1 Satz 1 6 480. — Befestigung d. Vermutung der Beiwohnung während der Ehe 12, 87; 21, 640; 6 480. — Gegenbeweis gegen die Ehelichkeit trotz bewiesener Beiwohnung 4 392. — Gegenbeweis gegen die Erzeugung während der Empfängniszeit aus dem Grad der Reife der Kinder 12, 87; 31, 490. — Selbstbefruchtung der Frau mit dem Samen des Mannes ohne Mitwirkung des Mannes 7 494. — „den Umständen nach offenbar unmöglich“ 12, 88 (2); 21, 640; 6 480; 7 494, 495. — Nachweis der Zeugungsunfähigkeit 6 480. — Vermutung der Beiwohnung des Mannes vor Ehe bei Tod des Mannes ohne Kenntnis der Schwangerschaft oder der Geburt 12, 88. — Anwendung d. §§ 1591 ff. auf die nach Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft Geborenen 6 480. — Geltung d. Präsuntion d. Beiwohnung während der Ehe bei aufgehobener ehelicher Gemeinschaft 12, 85, 86, 88 (2); 21, 639 (2); 6 479. — Ehelichkeit der Kinder, die die Frau nach der Todeserklärung d. Mannes empfängt oder gebärt 12, 88; 21, 640, 663; 31, 470, 521; 4 374, 425; 5 518; 6 480. — in der Zwischenzeit zwischen urteilsmäßiger Aufhebung u. Wiederherstellung d. ehelichen Gemeinschaft empfangene Kinder 12, 86; 6 479. — zur Ehelichkeit eines vor dem 182. Tag nach Eheabschluß geborenen Kindes der Nachweis nötig, daß die Mutter vom 302.—181. Tag a u s s i e ß l i c h mit d. Gatten konfumb. hat? 12, 88. — Nachw., d. d. Empfängniszeit kürzer als 180 Tage gewesen sei? 12, 88. — Ehelichkeit u. ihre Anfechtung bei hohem Adel 21, 640. — von der Frau später als 302 Tage nach Todeserklärung des Mannes geborene Kinder; Auer-

kennung desselben seitens des zweiten Ehemannes 31, 470; 4 374. — von der Frau innerhalb der 302 Tage nach dem Tode des ersten Mannes u. vor Wiederverheiratung geborene Kinder; Auerkennung durch den 2. Mann? 5 483. — Widerlegung der für den Fall der Wiederverheiratung aufgestellten Vermutung (§ 1600) 21, 640. — Beweiskraft der standesamtlichen Geburtsurkunde f. d. Ehelichkeit (f. Personenstandsgefes) 4 868. — Klage auf Feststellung e. Eltern- u. Kindesverhältnisses 12, 89; 21, 640; 31, 490. — Klage des Kindes auf Feststellung seiner Ehelichkeit während der Frist des § 1594 bei außergerichtlicher Anzweiflung d. Ehelichkeit durch d. Vater? 31, 490; 5 482. — Klage d. Kindes auf Feststellung seiner Unehelichkeit 12, 134. — Name des nach Eingehung der Ehe geborenen Kindes 12, 89.

Anfechtung. — Verhältnis des § 1593 zu § 1699 6 480. — Klage des unehelichen Vaters auf Feststellung, daß das präsumtiv eheliche Kind einer anderen Ehe von ihm als unehelich erzeugt sei? 12, 88 f.; 4 392. — Anfechtung der Ehelichkeit einer später als 302 Tage nach Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft bzw. Todeserklärung geborenen Kindes 12, 88 (s. oben). — Anfechtungsrecht der Lehens u. Fideikommißberechtigten des hohen Adels 21, 640 (2). — Klage e. für ehelich geltenden Kindes auf Feststellung seiner Unehelichkeit 4 852. — Anfechtungsberechtigte? 4 392; 5 482. — Anfechtungsrecht der Mutter, wenn der Vater ohne Verlust d. Anfechtungsrechts starb 5 518. — A. seitens der Erben des Mannes, wenn beim Tod des Mannes die Anfechtungsfrist noch lief 7 495. — Anfechtung durch einen nach § 1910 bestellten Pfleger oder Abwesendheitspfleger 21, 699, 700. — Unterschied zw. Anfechtung der Ehelichkeit u. Geltendmachung der Unehelichkeit 4 392; 5 482. — Anfechtung der Ehelichkeit eines erst nach dem 302. Tage nach Auflösung der Ehe geborenen Kindes 12, 89. — Beweislast für Rechzeitigkeit der Anfechtung 4 393. — Anwendung des § 17 Abs. 2 FGGB. bei Berechnung der Anfechtungsfrist 7 990. — Beginn der Anfechtungsfrist; bloß subjektiver Verdacht d. Mannes als „Erfahren“ nach § 1594 Abs. 2? nachträglich wieder verlорener Glaube an die Richtigkeit d. Mitteilung 5 482. — Veräumung der Anfechtungsfrist infolge Täuschung über die Vaterchaft 5 483. — Frist des § 1594 Präklusivfrist 6 480. — Voraussetzung für Genehmigung der Anfechtungslage d. Geschäftsunfähigen durch das Gericht 12, 89. — Wirkung der Klagerhebung; Klageabweisung ohne Sachentscheid 6 481. — konstitutive Natur

(Ehelichkeit)

des Urteils? 12, 89 (2); 31, 490. — Bedeutung e. die Anfechtung der Ehelichkeit e. Kindes abweisenden Urteils für das Strafrecht 6 827. — rückwirkende Kraft des Urteils auf Anerkennung der Ehelichkeit 31, 490. — Fehlen der obervormundschäftlichen Genehmigung im Fall des § 641 Abs. 2 B.P.D. 4 455. — Wirkung der Anfechtung durch Erklärung gegenüber dem Nachlassgericht 12, 89. — Mitteilungsspflicht des Nachlassgerichts (§ 1597) gegenüber sämtlichen Erben 31, 490. — Passivlegitimation e. Pflegers für den nasciturus gegenüber der negativen Feststellungsfrage 21, 700.

Anerkennung f. Vaterschaft. — Anzeige der Geburt beim Standesamt seitens des Mannes als Anerkennung? 4 393; 31, 490; 12, 89; 7 495. — rechtliche Natur der Anerkennung der ehelichen Vaterschaft; Unterschied von der A. der unehelichen Vaterschaft 21, 640; 6 487; 7 514, 515, 516.

Ehelichkeitserklärung.

Statutenkollision f. auch Ausnahme an Kindesstatt, Legitimation. — Einfluß der Staatsangehörigkeit des Vaters 12, 374; 21, 757. — Form des Antrags und der Einwilligung 12, 337; 31, 672. — ausländische Kinder aus Ehebruch, aus Inzest 12, 373. — Ausschluß fremder, der Legitimation ungünstigerer Gesetze (Art. 30 EGBGB.) 12, 374. — Tod des Vaters vor Legitimation 12, 373. — Art. 22 Abs. 2 EGBGB. nur auf Legitimation durch einen staatlichen Akt anwendbar 12, 374. — Prüfung der „Unehelichkeit des Kindes“ 31, 671. — maßgebendes Recht für d. Frage, ob das Kind vor dem legitimans abstammt 31, 672. — nach welchem Recht ist die Notwendigkeit e. Einwilligung des Kindes als Voraussetzung der Legitimation zu beurteilen 31, 672. — maßgebendes Recht für die Frage der Notwendigkeit einer vormundschäftlichen Genehmigung 31, 672. — Ehelichkeitserklärung eines ausländischen geschäftsunfähigen oder geschäftsbeschränkten Kindes bei Lebzeiten der ausländischen Mutter seitens des geschäftsfähigen, unverheirateten, im Auslande wohnenden reichsangehörigen Vaters 31, 672.

Übergangsrecht. — Erlassen des landesherrlichen Reskripts nach 1900 bei Ehelichkeitserklärung in einem nach gemeinem Recht errichteten Testament 21, 806. — Eingehung der Ehe eines durch landesherrliches Reskript legitimierten Kindes; Einwilligung der unehelichen Mutter? 21, 806. — Ehelichkeitserklärung bei vor 1900 erfolgter Ehe der Eltern ohne Anerkennung des Kindes 21, 806.

Recht des B.G.B. 5 524. — Übersicht über die Zuständigkeit 12, 148. — Behandlung in Bayern 5 524. — Ehelichkeitserklärung trotz Annahme des Kindes an Kindesstatt seitens eines Dritten, Name des Kindes 12, 148. — Form u. Inhalt des Antrags des Vaters 7 517. — Ehelichkeitserklärung bei Alimentationspflicht eines Dritten 12, 148. — Zustimmung des Kindes, das nach Antragstellung, aber vor erfolgter Ehelichkeitserklärung 21 Jahre alt wird 12, 148. — Nichtabgabe einer Erklärung seitens der Mutter als Weigerung 12, 148. — Weigerung der Mutter aus egoistischen Gründen 12, 148. — Widerspruch eines noch nicht 14 Jahre alten Kindes 12, 149. — Vertretung in der Erklärung des Willens zulässig? 12, 149. — Bedeutung des Vaterschaftsanerkenntnisses 5 524. — bedingtes Vaterschaftsanerkenntnis? 5 524. — Unmöglichkeit einer Ehelichkeitserklärung, wenn der Vater gesetzlicher Vertreter des Kindes und geschäftsunfähig ist 12, 149. — Einwilligung der Frau des Vaters? 12, 149. — Form für die Einwilligung des gesetzlichen Vertreters 12, 149. — Beschwerde des Kindes u. seines Vertreters bei Abweisung des Antrags 5 524. — Verweigerung der gerichtlichen Genehmigung wegen Möglichkeit der Eheschließung 12, 149. — Anfechtung bei Irrtum des Antragstellers über seine Vaterschaft 5 524. — Anfechtung durch die Erben des Vaters, Erben der Mutter, Ehefrau des Vaters 5 524. — Anfechtungsgegner 5 524. — Name des Kindes, wenn der Vater nach Ehelichkeitserklärung gestorben ist und die Mutter einen früheren Konkubenten heiratet 12, 149. — Vertragsabreden über den Verkehr zwischen Mutter u. Kind 12, 149; 21, 668. — Zeitpunkt der Wirksamkeit der Ehelichkeitserklärung 5 524. — Erbrecht 4 432. — Endigung der durch die Ehelichkeitserklärung begründeten väterlichen Gewalt 5 524. — Verhältnis mehrerer unehelicher Kinder der gleichen Mutter zueinander nach Ehelichkeitserklärung 12, 149. — Heirat des f. ehelich Erklärten mit der Frau des Vaters oder des Vaters mit der Frau des f. ehelich Erklärten 12, 149. — Erteilung e. Abschrift des Protokolls über die Zeugenvernehmungen 7 1003.

Chemäler f. Heiratsvermittlung.**Chemann** f. eheliche Gemeinschaft.

Prozesskostenvorschußpflicht. — Einfluß des ehelichen Güterrechtes 12, 23; 4 378; 5 839 (f. gesetzliches Güterrecht). — Kostenvorschußpflicht des Mannes im Ehecheidungsprozeß bei gesetzlichem Güterrecht; Kostenvorschußpflicht als Folge der Unterhaltspflicht? — Vorschußpflicht aus eigenem Vermögen oder aus den Akuten;

einstweilige Verfügung zur Erwirkung des Vorschusses, Zuständigkeit für die einstweilige Verfügung; Recht der Frau auf Vorschuß gegenüber dem zum Armenrecht zugelassenen Ehemann; Beschluß des Vormundschaftsgerichts nach § 1402 zur Erwirkung des Vorschusses aus den Filaten **1 2, 45, 46; 2 1, 619; 3 1, 475, 476; 4 380; 5 466, 467; 6 462, 950.** — Weiß von seiner Nutznießung unterliegendem Frauenvermögen als Voraussetzung? **4 418; 5 511.** — Anspruch d. Frau auf Kostenvorschuß unaufrechenbar u. unpfändbar **3 1, 195.** — Prozeßkostenvorschußpflicht nach Abschluß der 1. Instanz für deren Kosten? **1 3, 321.** — einstweilige Verfügung über die Prozeßkostenvorschußpflicht (s. einstweilige Verfügung); Voraussetzungen **5 839; 7 849.** — Aufhebung e. einstweiligen Verfügung über die Kostenvorschußpflicht, wenn in der Berufungsinstanz der Frau die Kosten auferlegt sind **7 889.** — Übergangsrecht **1 2, 433; 2 1, 799.** — Pflicht d. Mannes, der Frau die Kosten eines Prozesses aus ihrem Eingebrachten vorzuschießen; Übergangsrecht **1 2, 433.** — Vorschußpflicht bei Gütertrennung **1 2, 51; 2 1, 623; 7 482.** — Vorschußpflicht bei Fahrnisgemeinschaft **2 1, 629.** — bei Ertrungenschaftsgemeinschaft **1 2, 59; 3 1, 481.** — bei allgemeiner Gütergemeinschaft **1 2, 55, 56; 4 384.** — Vorschußpflicht des selbst im Armenrecht streitenden Mannes **7 480, 481, 764, 889.** — Kostenvorschußpflicht bei Zulassung der Frau zum Armenrecht **4 384** (s. oben); **6 930; 7 481, 889 (3), 849 (2).** — Erlöschen der Vorschußpflicht bei Verurteilung der Frau zur Tragung der Kosten? **2 1, 619.** — Kostenvorschußpflicht bei nichtiger Ehe **6 1176.** — Erlöschen der Vorschußpflicht bei Nichtigkeitserklärung der Ehe oder nach Eintritt der Gütertrennung **4 380.** — Geltendmachung der Prozeßkostenvorschußpflicht i. besonderer Lage **5 467.** — Festsetzung der vom Manne geleisteten Vorschüsse nach § 1043 ZPO.? **5 773; 6 775; 7 763.** — Anspruch d. Frau, daß ihrem im Armenrecht streitenden Mann durch einstweilige Verfügung e. Kostenvorschusses nach § 84 RWObd. an ihren Anwalt ausgegeben werde? **6 1222.**

Ehenichtigkeit s. Eheschließung, Ebehindernisse.

Allgemeines. — Ungültigkeitserklärung einer von Ausländern im Ausland abgeschlossenen Ehe wegen des Ebehindernisses der Religionsverschiedenheit **3 1, 670, 671.** — Verstoß gegen § 1315 BGB. Nichtigkeitsgrund? **7 473.** — Eintrag der Nichtigkeit einer Ehe in das Standesregister auf Grund eines ausländischen Urteils? **2 1, 764.** — vor Beendigung der

Ehe zwischen den Gatten getroffenen Vereinbarung über Gestaltung ihrer Rechtsverhältnisse für die Zeit nach Nichtigkeitserklärung **6 448.** — Bedeutung einer nichtigen Ehe im Strafrecht **5 615.** — vor 1900 geschlossene nichtige Ehen **1 2, 431; 6 597.** — maßgebender Zeitpunkt für die Frage, ob ein Nichtigkeitsgrund vorliegt **6 443.** — Güterrechtsverhältnisse bis u. nach Erklärung der Nichtigkeit **6 458, 459.** — Wirkungen der nichtigen Ehe bis zur Nichtigkeitserklärung **6 444, 450.** — Pflicht zur ehelichen Gemeinschaft bei nichtiger Ehe **6 450.** — Wohnsitz der Frau bei nichtiger Ehe **6 453.** — Pflicht der Frau zur Leitung des Hauswesens u. zu persönlichen Dienstleistungen (§ 1356) bei nichtiger Ehe **6 454.** — Pflicht des Mannes zur Herausgabe des Eingebrachten (§ 812 BGB.) **7 327.** — Kündigungsrecht des Mannes bei Verpflichtung der Frau zu persönlichen Leistungen (§ 1358) **6 456.** — gegenseitig zu prästierende Sorgfalt d. Gatten (§ 1359) bei nichtiger Ehe **6 457.** — Unterhaltspflicht bei nichtiger Ehe **6 457.** — Ehebruch bei nichtiger Ehe **1 2, 10; 6 442 (2)** (s. dies.). — erschöpfende Regelung der Nichtigkeitsgründe in d. §§ 1323 ff. **6 442.** — Anwenbung der §§ 116 bis 118 BGB.? **6 445.** — formgerechte Eheschließung zwischen 2 Personen desselben Geschlechts **6 443.** — Bedeutung e. rechtskräftigen negativen Eheschließungsurteils für den Strafrichter **6 827.**

Mangel der Form des § 1317. — Begriff, Unterschied von Ansechtbarkeit **2 1, 612; 4 373; 5 458** (Wirkungen einer nichtigen Ehe). — auch ohne Nichtigkeitsklage jeder Rechtswirkung entbehrende Ehen (Nichtehen) **3 1, 468; 6 442.** — Wiederholung der Eheschließung mit Wirkung ex tunc **1 2, 13.** — Berechnung der Frist des § 1324 Abs. 2 bei vorübergehendem Getrennleben der Gatten **1 2, 13; 6 443.** — ungültiger Eintrag im Heiratsregister **1 2, 13; 6 443.** — im Heiratsregister nicht eingetragene, formwidrige Ehe **6 442.** — bloße Eintragung im Heiratsregister ohne tatsächlichen Vorgang **6 443.** — Eintragung durch einen fiktiven Standesbeamten **6 443.** — Beweiskraft bei Geltendmachung der Nichtigkeit nach § 1324 Abs. 1 **6 443.** — Verstoß gegen § 1317 oder § 1318 BGB. **7 473.**

Geschäftsunsähigkeit. — in einem lichten Zeitpunkt abgeschlossene Ehe eines entmündigten Geistesranken **1 2, 13.** — Bestätigung, wenn einer der Gatten zur Zeit der Bestätigung mit einem Dritten in gültiger Ehe lebt **1 2, 13; 6 443.** — Gründe für die Beseitigung einer Ehebestätigung **6 443.** — bedingte, befristete Bestätigung **6 443.** — Bestätigung im Laufe des Nichtigkeitsprozesses **6 443.** —

(Ehenichtigkeit)

Bestätigung nach Wiederholung der Eheschließung 6 443. — Bestätigung nach Auflösung der wiederholten Ehe 6 443. Doppelhehe f. auch diese. — Beseitigung des die erste Ehe für geschieden erklärenden Urteils im Wiederaufnahmeverfahren nach Abschluß einer zweiten Ehe 1 2, 9; 3 1, 468; 5 458; 6 444; 7 473. — ausländisches Nichtigkeitsurteil 1 2, 9. — neuer Eheabschluß vor Nichtigkeitsklärung der früheren ungültigen Ehe 1 2, 13; 6 869.

Ehebruch f. diesen und Ehehindernisse. Verwandtschaft. — durch uneheliche Abstammung vermittelte Verwandt- u. Schwägerschaft als trennendes Ehehindernis 1 2, 13. — Möglichkeit der unehelichen Paterschaft genügend 2 1, 612.

Nichtigkeitsklage. — Klage auf Feststellung der Nichtigkeit e. durch den Tod bereits gelösten Ehe 7 792. — Klage auf Feststellung des Nichtbestehens der Ehe 1 2, 13; 2 1, 612, 613. — Folgen der Nichtigkeitsklärung wegen Geisteskrankheit auf die auf Antrag des anderen Gatten erfolgte Entmündigung 7 473. — rückwirkende Kraft des § 1329 1 2, 13; 6 444. — Geltendmachung der Genehmigung der Ehe gegenüber der Nichtigkeitsklage noch in der Revisionsinstanz 2 1, 613. — Erhebung der N. nach rechtskräftiger Scheidung 1 2, 62. — Zurücknahme der N. in der höheren Instanz 4 692. — Rechtskraft des auf eine N. ergehenden abweisenden oder stattgebenden Urteils 1 3, 223, 224. — Wiederholung der Eheschließung nach Wegfall des Ehehindernisses; Nichtigkeitsklage für die Zeit bis zur Wiederholung der Eheschließung? 7 473 (vgl. 6 441). — provisorisches Bestehen der Ehe bis zur Durchführung des Nichtigkeitsverfahrens? 6 444. — Wirkung des Urteils nur deklaratorisch? 6 444, 445. — Eintrag, ausländisch, Nichtigkeitsurteils in das Heiratsregister? 2 2, 335. — Wirkung der Nichtigkeit gegenüber Dritten (§ 1344); keine Pflicht des Dritten, sich des Schutzrechts des § 1344 zu bedienen; Zugriff des Dritten auf Vermögensbestandteile der Gatten, die ihm bei Gültigkeit der Ehe als Vollstreckungsobjekt gedient hätten? 6 477. — Ausschluß von Einwendungen aus der Ehenichtigkeit gegen rechtskräftige Urteile auch seitens des nicht als Partei aufgetretenen Gatten 6 477. — auf grobe Fahrlässigkeit beruhende Unkenntnis e. Dritten von der Ehenichtigkeit 6 477.

Anspruch nach § 1345 f. auch Eheanfechtung. — Geltendmachen eines Anspruchs n. § 1345 seitens des im Scheidungsprozeß für allein schuldig erklärten, aber in bezug auf die Nichtigkeit der Ehe

gutgläubigen Gatten, wenn sich nach Scheidung die Nichtigkeit der Ehe herausstellt 4 374; 6 448. — Kritik der §§ 1345 ff. 6 447. — Recht nach § 1345 facultas alternativa 6 448. — Beweislast 6 448. — Vererblichkeit u. Unverjährbarkeit d. Rechts aus § 1345 6 448. — Anwendungsgebiet des § 1345; Anwendung in den Fällen der §§ 1332, 1333, 1335? 6 448. — Anwendung des § 1345 in den aus den §§ 1348 ff. sich ergebenden Nichtigkeits- u. Anfechtungsfällen 6 448. — Form der Geltendmachung des beneficium des § 1345 6 448. — Unwideraufficht der Erklärung 6 448. — Verlangen des gutgläubigen Gatten, daß nur in bezug auf einzelne Befugnisse die vermögensrechtlichen Verhältnisse nach Scheidungsrecht beurteilt werden 6 448.

Ehesachen, Verfahren in f. Ehescheidung. — Allgemeines. — Beweislast 3 2, 519. — Ausübung des Fragerechts 1 3, 73; 3 2, 524. — Nebenintervention in Ehesachen 6 757. — Widerlagen gegen Widerlagen 3 2, 522. — Vereinbarung über die Kosten e. schwebenden Eheprozesses 7 485. — Kostenvorschulpflicht des Ehemannes 1 3, 218 (s. Ehemann). — Vorlegung der Heiratsurkunde im Prozeß 1 2, 61. — Anwendung der §§ 606 ff. ZPO. auf die Scheidungsklage nach urteilsmäßiger Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft (§ 1576) 6 477. — Nebenintervention des Mitschuldigen bei Klage auf Scheidung wegen Ehebruchs 5 834. — Anerkennung eines in Deutschland ergangenen Scheidungsurteils zw. zwei Österreichern in Österreich 3 2, 519. — Geltung des internationalen Abkommens vom 12. VI. 02 zur Regelung des Geltungsbereiches der Gesetze auf dem Gebiet der Ehescheidung usw. 5 834. — hat die aus 2 Gründen auf Scheidung klagende Partei bei Scheidung aus dem einen Grund einen Anspruch auf Fortführung des Prozesses über den zweiten Grund? 3 1, 484; 2 1, 633; 1 2, 78. — Klage auf Trennung von Tisch u. Bett (s. diese) 3 2, 519. — Vertretung der Staatsanwaltschaft in Ehesachen 3 2, 519 (Vertretung durch e. Rechtsanwalt?). — Kosten bei Scheidung wegen Geisteskrankheit 1 2, 71.

Zuständigkeit s. a. Ehescheid. unter international. Recht. — Beide Ehegatt. Österreicher, beklagter Ehemann hat Wohnsitz im Inlande, Zuständigkeit 3 2, 519. — Unzuständigkeit deutscher Gerichte, wenn beide Gatten türkische Staatsangehörige 6 866. — Ehescheidungsklage gegen e. in Deutschland wohnenden Engländer 6 583, 585, 866. — nachträgliche Heilung der örtlichen Unzuständigkeit durch Wohnsitzverlegung nach Klagezustellung 6 866. —

Unzuständigkeit deutscher Gerichte zur Scheidung der Ehe schweizerischer Staatsangehöriger 5 632. — Zuständigkeit für Ehescheidungsklagen von Ausländern nach § 606 ZPO., nicht nach Art. 17 GGWB. zu regeln 6 583. — standesamtliche Verehelichung e. Deutschen mit einem Russen in Deutschland ohne kirchliche Trauung 7 847. — Ausländer im Sinne des § 606 Abs. 4 ZPO.; Personen ohne Staatsangehörigkeit 7 847. — Scheidungsprozeß jüdischer Eheleute russischer Staatsangehörigkeit 7 847. — Unwirksamkeit e. in im Ausland gegen den deutschen Ehemann erlassenen Scheidungsurteils 7 811.

Sühneversuch. — Ladung zum Sühneversuch Rechtshängigkeit begründend? 6 866. — Anwendung der Vorschriften über Sühneversuch auf Eheanfechtungsklagen? 6 866. — Aufnahme bestimmter Scheidungsgründe in die Ladungsschrift? 1 2, 76; 3 2, 519. — Benachrichtigung des Pfarramts in Bayern 4 718. — Stellung des Amtsrichters; Erklärung der Sühne für erfolglos? 7 847. — Wegfall bei Befürchtung, der Beklagte könne nach Ladung zur Sühne seinen Aufenthalt wechseln 5 834. — bei nachträglicher Erhebung der Scheidungsklage an Stelle oder neben der anfangs erhobenen Anfechtungsklage Sühneversuch nötig? 5 835. — Gebühren des Rechtsanwalts f. Mitwirkung z. Sühneversuch 6 866.

Prozessfähigkeit. — vor dem 1. I. 00 anhängig gewordene Prozesse 1 3, 218. — Fehlen der obervormundschaftlichen Genehmigung im Falle des § 612 Abs. 2 4 455. — während des Scheidungsprozesses geisteskrank gewordener Kläger 1 2, 62. — Klagerrecht der minderjährigen Ehefrau bei böswilliger Verlassung 1 2, 65. — Klagerrecht des Vertreters e. geschäftsunfähigen Gatten bei bösslicher Verlassung? 1 2, 65. — Bestellung e. Pflegers b. Erhebung d. Scheidungsklage wegen Geisteskrankheit gegen e. nicht Entmündigten 1 2, 71. — Anwendung des § 612 auf den im § 1575 Abs. 1 Satz 2 BGB. erwähnten Eventualantrag auf Scheidung 1 2, 79; 6 476.

Vollmacht. — Anwendung des § 81 ZPO. 3 2, 520. — Vollmacht zur Vertretung im Scheidungsprozeß im allgemeinen 3 2, 520. — Vollmacht zur Erhebung der Widerklage? 3 2, 520. — Vollmacht für die Berufungsinstanz, Unterzeichnung durch den Bevollmächtigten 1. Instanz 3 2, 520. — Vollmacht für den Eventualantrag auf Ehescheidung nach § 1575 Abs. 1 Satz 2 BGB. 6 476. — Vollmacht der Armenanwälte 1 3, 218 (2). — Umfang: Legitimation zur Widerklage 3 2, 250; zur Aufforderung nach § 1571

Abs. 2 BGB. 3 2, 250. — Officialprüfung der Vollmacht für den Kläger, der in der oberen Instanz nur als Beklagter auftritt 3 2, 520; 1 3, 218; für den Widerkläger, der in der Revisionsinstanz als Revisionskläger auftritt 3 2, 520; für Widerkläger überhaupt 1 3, 218; bei Beigabe eines Armenanwalts in der Revisionsinstanz 1 3, 218. — Berücksichtigung des Vollmachtmangels in 1. Instanz auch durch das Berufungsgericht von Amts wegen. Heilung des Mangels? 5 835.

Schutzvorschriften gegen Verbielfältigung d. Eheprozesse §§ 614 ff. unten Rechtsstraf. — Grundsatz im allgemeinen 3 2, 520; 6 866, 867. — Einrede der Rechtshängigkeit gegen eine Scheidungsklage bei Anhängigkeit einer Klage auf Herstellung des ehelichen Lebens 3 2, 521; 7 485. — Einrede der Rechtshängigkeit gegenüber einem zweiten Scheidungs- oder Anfechtungsprozeß 4 718; 6 867. — Einrede der Rechtshängigkeit, wenn ein Gatte während der Anhängigkeit der vom anderen Gatten verfolgten Scheidungs- u. Anfechtungsklage seinerseits bei einem anderen Gericht die Anfechtungsklage erhebt 6 866. — Verbindung 2 getrennter anhängiger Klagen durch Gerichtsbeschuß 3 2, 521. — Wiederaufhebung des d. Verbindung e. Scheidungs- u. e. Anfechtungsklage anordnenden Gerichtsbeschlusses? 6 867. — Benutzung der in einem Vorprozesse geltend gemachten Tatsachen zur Unterstützung anderer Klagegründe 3 2, 521. — keine Scheidung der auf die Klage hin für nichtig erklärten Ehe auf Grund der Widerklage 7 847. — neues Vorbringen im Läuterungsverfahren 3 2, 521. — Geltung d. Verbindungsverbotes des § 615 für einstweilige Verfügungen 6 867. — keine Eheklage als Widerklage gegen e. gewöhnliche Klage 1 3, 219. — Vorbringen neuer Klagegründe nach Zurücknahme d. Berufung in dem Verfahren über die Kosten? 7 847. — Klagekumulation in 2. Instanz 3 2, 529; 5 835. — neue Klagegründe in 2. Instanz 1 3, 218; 5 835. — Erhebung der Unzulässigkeitsklage in 2. Instanz unter gleichzeitigem Fallenlassen des erstinstanzlichen Scheidungsantrags und umgekehrt 1 3, 192; 218; 4 719. — Ehescheidungsklage in 2. Instanz, wenn in erster auf Herstellung des ehelichen Lebens verklagt war 3 2, 529 u. umgekehrt 1 3, 219. — Erhebung e. Widerklage durch Anschlußberufung 5 835. — eventuelle Verbindung der Klage auf Herstellung des ehelichen Lebens mit der Scheidungsklage 4 718; 5 478, 835 (Schluß auf Ernstlichkeit des Herstellungswillens). — Vorbringen v. Anfechtungsgründen in einem Schei-

(Ehesachen)

dungsprozeß 4 718; 5 835. — Erhebung der Scheidungsklage in 2. Instanz neben der anfangs erhobenen Anfechtungsklage u. umgekehrt 5 835; 6 866. — Folgen dieses Grundsatzes der ZPO. bei Aussetzung der Ehescheidungsklage u. Abweisung der gleichzeitig erhobenen Anfechtungsklage 3 2, 522. — kann bei e. auf Ehebruch, eventuell auf e. anderen Grund gestützten Scheidungsklage der Kläger zunächst die Erledigung des ersten Klagegrundes verlangen? 4 387. — Wahrung der Anfechtungsfrist durch Erheben der Scheidungsklage 3 2, 522 (3); auch zugunsten einer Widerklage 3 2, 522. — bewirkt die Ehescheidungsklage die Rechtshängigkeit einer angebrohten Widerklage auf Anfechtung? 6 867. — eventuelle Widerklage 4 391, 719; 5 836. — Berufung des Beklagten gegen ein die Scheidungsklage abweisendes Urteil zwecks Erhebung einer Widerklage? 5 836 (s. unten Rechtsmittel). — keine getrennte Entscheidung über Ehescheidungsklage u. Widerklage 1 2, 78; 1 3, 135; 3 2, 522; 4 718; 5 799. — Versäumnisurteil auf Abweisung der Widerklage 6 868. — wann darf bei Versäumnisurteil auf Abweisung d. Widerklage das kontradiktorische Urteil über die Klage ergehen 6 860. — Teilurteil auf Abweisung der Klage oder Widerklage 3 2, 522. — Urteil, das e. bedingte Entscheidung über den Antrag d. Beklagten auf Schuldigerklärung des Klägers trifft, sich aber e. Ausspruchs über die Scheidung enthält 5 481. — Urteil auf Scheidung u. Schuldigerklärung des Beklagten, während die Schuldigprechung des Klägers von einem Eid abhängig gemacht wird 3 2, 522; 5 835; 6 867. — Zwischenurteil über die Berechtigung eines Klagegrundes bei Klage u. Widerklage auf Scheidung 7 800. — Teilurteil über die Herstellungsklage bei Aussetzung od. unerledigter Scheidungswiderklage 1 3, 219; 4 696. — Teilurteil bei Verbindung von Scheidungs- u. Anfechtungsklage 4 696, 718. — Folgen eines unzulässigen Teilurteils 3 2, 522. — Teilversäumnisurteil auf Klageabweisung 4 696, 719; 6 867 (neb. kontradiktorischem Urteil über die Widerklage).

Ausschluß früher bekannter Tatsachen z. Erhebung neuer Klagen (§ 616). — nicht anwendbar bei Klagezurücknahme 3 2, 523; 6 867. — Anwendung auf ausländischen Rechtsstreit bei verbürgter Gegenseitigkeit 3 2, 523. — im früheren Prozeß einreihweise vorgebrachte Tatsach. 4 719. — früher bekannte, aber nicht beweisbare Tatsachen; Beweisbarkeit 4 719. — Anfechtungsklage nach Zurücknahme einer Scheidungsklage; keine Benutzung der im Vorprozeß vorbring-

baren Tatsachen 5 836. — § 616 Satz 1 gilt auch für Widerklagen 5 836. — Anwendung des § 616 f. d. Vorbringen d. Beklagten gegenüber einer Klage auf Herstellung des ehelichen Lebens 6 867. — Ausschluß früher bekannter Tatsachen zur Erhebung neuer Klage im Inland gegenüber einem ausländischen Urteil 3 2, 523. — nachträgliche Klage des rechtskräftig für allein schuldig erklärten Gatten auf Mitschuldigerklärung des anderen Teils 7 847.

Beschränkung der Verhandlungsmaxime §§ 617, 622. — Anwendung des § 617 Abs. 2 ZPO. auf außerhalb des Prozesses abgegebene Erklärungen 7 848.

Eideszuschiebung. — über Ehescheidungsgründe, wenn dadurch bloß die Schuld bewiesen werden soll 3 2, 523; 1 3, 219 (2). — unzulässig über den Scheidungsantrag begründende Tatsachen in 2. Instanz, auch wenn die Ehe in 1. Instanz schon auf Widerklage des Gegners geschieden ist 3 2, 523. — über solche Tatsachen, die zwar die Trennung begründen können, im konkreten Fall aber nicht begründen sollen 1 3, 219. — über zur Aufrechterhaltung der Ehe u. Abweisung der Klage dienende Tatsachen 4 719; 5 836. — Verzeihung, Verjährung 5 836. — über Tatsachen, die nur zur Begründung des Schuldantrages dienen sollen 4 719; 5 836; 1 2, 78; 2 1, 637. — Tatsachen, die zur Begründung einer Scheidungswiderklage, eventuell zur Begründung eines Schuldantrages dienen sollen 5 836. — E. über Behauptungen, die zur Abwehr der Scheidungsklage, zugleich aber zur Begründung d. Scheidungswiderklage dienen sollen 6 867. — in Streitigkeiten wegen Herstellung des ehelichen Lebens: Eideszuschiebung seitens des Beklagten zur Abwehr der Klage 5 836. — Eideszuschiebung über Tatsachen, die das Verlangen der Klage rechtfertigen sollen; Absicht, das Herstellungsurteil später zur Begründung der Desertionsklage zu verwenden 5 836. — eidesstattliche Versicherungen in Ehesachen 5 836. — richterlicher Eid 5 836. — Antrag des den Eid verweigern den Beklagten auf Erlaß des infolge der Eidesverweigerung auf Scheidung lautenden Väterungsurteils 5 837.

Offizialberücksichtigung ehelicher Tatsachen. — Steigerung der richterlichen Fragepflicht 3 2, 524 (s. 1 3, 73). — Einrede d. rechtskräftig entschiedenen Sache nach § 616 3 2, 524. — wenn bei Klage wegen bösslicher Verlassung der Beklagte unbekannt wo im Ausland lebt 3 2, 524. — Offizialprüfung der Rechtzeitigkeit einer An-

sechtungsfrage 5 837. — Amtspflicht z. Prüfung der Korrespondenz in e. Beiact auf ihrer ehelichenden Charakter? 7 848.

— Offizialberücksichtigung von zur Aufrechthaltung der Ehe geeigneten Tatsachen, die zwischen der letzten mündlichen Verhandlung und der Urteilsverkündung dem Gericht durch Schriftsätze bekannt werden 5 838. — Würdigung e. Parteierklärung (geschlechtliche Hingabe d. Beklagten vor Eheabschluß an einen Dritten), die im Fall der Wahrheit die von der anderen Seite erhobene Aufsechtungsfrage, im Falle der Unwahrheit die Scheidungsfrage begründen würde; Abweisung beider Klagen 6 868. — Beeidigung von Zeugen, Verzicht, wenn die von dem Zeugen bekundeten Tatsachen zwar die Scheidung begründen sollen, vom Richter aber als nicht hierzu geeignet befunden wurden 5 837. — Pflicht der Parteien zur Rüge der Verletzung von Verfahrensvorschriften (§ 295 ZPO.) 6 867. — Verwertung e. Geständnisses über Tatsachen, die die Scheidung begründen sollen 6 868. — Versäumnisurteil auf Klagaabweisung in 2. Instanz und Anschließberufung zwecks Aufrechterhaltung der Ehe 6 867. — Verwertung nichteidlicher Zeugenaussagen aus Strafakten gegen den Mann zur Entlastung der Klagenen u. widerbeklagten Frau 7 847, 848. — keine Beweiserhebung v. Amts wegen bei Klage auf Herstellung der ehelichen Gemeinschaft 7 848.

V e r s ä u m n i s s . — Erscheinen des Beklagten ohne Anwalt 3 2, 523. — Teilversäumnisurteil auf Klagaabweisung? 4 696, 719 (s. oben). — Teilversäumnisurteil gegen den Widerkläger 6 868 (s. oben). — Verhandlung in e. Termin, wenn der trotz nicht richtiger Ladung erschienene Vertreter des Beklagten nach Verwertung e. Vertagungsantrages sich entfernte? 6 868. — Ausbleiben einer Partei bei späterern Verhandlungen, wenn auch der Gegner Klage erhoben hat 4 696. — neue Ladung: von Amts wegen oder auf Parteibetrieb 3 2, 523 (2); einer im Ausland befindlichen, das erste Mal auf diplomatischem Wege geladenen Partei 1 3, 219. — Neuladung bei Erscheinen des Gegners im ersten Termin, aber ohne Anwalt 5 837. — Neuladung bei öffentlicher Ladung des Beklagten: Benachrichtigung von nicht verkündeten Beweistertimen 3 2, 523. — Versäumnisurteil gegen den Berufungskläger, der in 1. Instanz Kläger war 1 3, 219. — gegen den Berufungskläger, der in 1. Instanz Beklagter war 4 719; 5 837. — Einspruch gegen ein fälschlich erlassenes Versäumnisurteil 3 2, 523/524.

P e r s ö n l i c h e s E r s c h e i n e n d e r P a r t e i e n . — Zwangsmaßregeln sei-

tens des ersuchten Richters 1 3, 168, 219. — körperliche Untersuchung der Partei 3 2, 524. — Anordnen des persönlichen Erscheinens einer nicht vertretenen Partei? 4 719, 720; 5 838 (2); 7 848. — Anordnen des Erscheinens zu allen künftigen Terminen? 4 720. — Vernehmen der Partei nach § 619 ohne vorherig. Gerichtsbeschluß auf Anordnung des persönlichen Erscheinens 5 838.

A u s s e t z u n g d e s V e r f a h r e n s s. auch Aussetzung § 151—152 ZPO. — bei Aussetzung des Verfahrens wegen Ehescheidung einer bestimmte Zeit u. inzwischen erfolgter Abweisung der von derselben Partei erhobenen Eheanfechtungsfrage gibt das letzte Urteil gegenüber der Scheidungsfrage den Einwand der Rechtskraft 3 2, 522. — die Voraussetzungen für die Scheidung müssen vorliegen 3 2, 524; 5 838. — Anordnung der Aussetzung ohne vorherige Beweisaufnahme, wenn die von der Partei behaupteten Tatsachen den Scheidungsantrag im Fall ihrer Wahrheit rechtfertigen 5 838. — bei gegenseitiger Klage Aussetzung d. einen Antrags unter Weiterverhandlung über den anderen? 1 2, 78; 3 2, 524; 1 3, 220; 3 2, 522; 4 696, 720. — Auszicht auf Ansöhnung 1 2, 68. — bei unheilbarer Zerrüttung des ehelichen Lebens 3 2, 524. — Gestattung des Getrenntlebens bei Aussetzung 4 720. — Wirkung der Aussetzung: auf den Verlust des Scheidungsrechts 4 720; auf Unterhaltspflichtung 4 720. — Antrag: rechtl. Natur 1 3, 220. — sofortige Entscheidung über d. Antrag? 1 3, 220. — Hat der Antragsteller ein Recht auf sofortige Aussetzung? 1 3, 220. — P f l i c h t d e s G e r i c h t e s z u r A u s s e t z u n g : W a h r s c h e i n l i c h k e i t d e r A u s s ö h n u n g n i c h t V o r a u s s e t z u n g 1 3, 220. — Vorhandensein tatsächlicher Anhaltspunkte für die Möglichkeit einer Ausöhnung 1 3, 220; 5 838. — Ausöhnung: Begriff 1 3, 221. — Aussetzung i. d. Revisionsinstanz 1 3, 220; 7 848 (b. Zurückverweisung). — Aussetzung bei Klage auf Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft u. Antrag des Beklagten auf Scheidung für den Fall der Begründetheit der Klage 1 3, 220. — Beschwerde wegen Aussetzung 5 838. — Aussetzung d. Scheidungsverfahrens bei Streit über die Gültigkeit der Ehe 1 2, 62.

F e s t s t e l l u n g d e s C h e b r e c h e r s § 624. — reglementäre Natur der Vorschrift 3 2, 524. — keine Fortsetzung des Verfahrens bei besußer Feststellung des Ehebrechers bei sonstiger Liquidität 3 2, 525. — Feststellung in den Gründen 1 3, 221. — bei mehrfachem Ehebruch 4 720. — nur zur Begründung des Antrags auf Schuldigerklärung d. Klägers vorgebracht. Ehebruch

(Ehesachen)

1 2, 62. — Rechtsnatur dieser Feststellung; Feststellung e. Rechtsverhältnisses? 7 848. — Pflicht des Gerichts zur Erforschung dieses Punktes, wenn zwar d. Ehebruch, nicht aber der Ehebrecher feststeht? 7 848. — Feststellung im Nichtigkeitsprozess aus §§ 1328, 1312 BGB. 7 848. — Inzidentfeststellungsklage wegen dieses Punktes? 7 848.

Interimistikum (§ 627) f. einstweilige Verfügung. — Kritik 4 720/721; 5 477. — Anwendungsgebiet: wenn der Antragsteller nur getrennt leben, aber nicht geschieden sein will 3 2, 525. — bei Klagen auf Herstellung des ehelichen Lebens 3 2, 525; 4 721. — einstweilige Verfügung zur Sicherstellung des Vermögens d. Frau? 1 3, 223. — glaubhaft gemachter Scheidungsgrund d. Antragstellers Voraussetzung? 7 848. — Aufhebung der einstweiligen Verfügung wegen veränderter Umstände 7 849. — Erlaß einer Verfügung nach § 627 gebunden an die Voraussetzungen der §§ 936 f.? 1 3, 221; 3 2, 528/529; 4 721; 5 839; 6 868. — Verfügungen nach § 936 neben der aus § 627 1 3, 221; 3 2, 529; 4 721; 5 839. — Erhebung einer Klage wegen des gleichen Anspruchs neben der e. W. 5 838; 7 849.

Unterhaltspflicht der Gatten (f. d.) 6 868. — Abwendung der Leistung des Kostenvorwurfs durch Sicherheitsleistung 3 2, 525. — Umfang, Art u. Weise der Unterhaltspflicht (Anwendung des § 1361 BGB.) 3 2, 526; 5 839. — monatliche Vorauszahlung 3 2, 526. — keine Anwendung des § 1353 BGB. 3 2, 526 (2); 1 3, 221. — Beweislast des eine Geldrente Fordernden 3 2, 526. — Höhe der Rente: Kapitaleinkünfte der Frau, Verdienstlosigkeit des Mannes 3 2, 526. — muß das Getrennleben schon richterlich gestattet sein 3 2, 526. — Ordnung der Unterhaltspflicht auf Antrag d. Pflichtigen? 1 3, 222. — Zubilligung e. Unterhaltsrente trotz wahrscheinlicher Nichtigkeitsklärung der Ehe 7 849. — Herausgabe der für Führung eines getrennten Haushalts nötigen Sachen 1 3, 222. — Voraussetzung für einstweilige Verfügung ist tatsächliches Getrennleben u. Recht zur Verweigerung der Herstellung des ehelichen Lebens 5 839, 840. — Rückgewähr der Unterhaltsgelder bei Schuldigerklärung des Unterhaltsberechtigten 5 319, 838/839 (f. ungerechtfertigte Bereicherung). — Vollstreckung aus einer einstweiligen Verfügung über den Unterhalt nach rechtskräftiger Scheidung 6 868; 7 478, 849. — Regelung der Unterhaltspflicht außerhalb des Eheprozesses durch einstweilige Verfügung nach §§ 935, 940 ZPO. 5 839. — Klage auf Unterhaltsgewährung während

des Scheidungsprozesses; Zuständigkeit des Scheidungsgerichts? 1 3, 222; 3 2, 526/7; 5 838. — Verhältnis des § 627 ZPO zur Klage nach § 1361 BGB. 7 478. **G**estaltung des Getrennlebens. — Voraussetzungen n. §§ 940 ff. ZPO. zu beurteilen 1 3, 221; 5 839. — kein Nachweis des Antragstellers, daß das Verlangen auf Herstellung der Gemeinschaft seitens des Gegners Rechtsmißbrauch wäre (§ 1353 BGB.) 1 3, 221 (2) (f. 3 2, 526; 5 839; 1 2, 22; 6 869). — wenn die Parteien schon tatsächlich getrennt leben 1 3, 221. — Recht des Mannes, der Frau seine Wohnung zu verbieten 4 721. — Gestaltung bei eigenem Verschulden des Antragstellers 5 840. — Gestaltung bei Antrag auf Entmündigung des anderen Teils wegen Geisteskrankheit 5 840. — kein Verbot des Getrennlebens nach § 627, aber nach § 936 ZPO. 1 3, 222. — Revision gegen Entscheidung über das Getrennleben 1 3, 222.

Sorge f. d. Kinder 5 477 (f. elterl. Gewalt unter Sorge für die Person). — Anwendung des § 940 ZPO.? 4 721; 5 839. — Anwendung der §§ 1627 u. 1631, 1635 u. 1637 BGB.? 3 2, 526. — ausschlaggebend die Rücksicht auf das Wohl der Kinder 3 2, 526/528; 4 411, 421, 721; 6 489, 868. — Schutzbedürfnis des Kindes nicht Voraussetzung 3 2, 527. — Verhältnis des § 627 ZPO. zu § 1636 BGB. 7 504. — Überlassen der Kinder an Dritte? 3 2, 527. — Gewährung der Unterhaltsmittel an den anderen Gatten, der die Kinder tatsächlich versorgt 3 2, 526. — Anordnungen über die Sorge für die Kinder ohne gleichzeitige Gestaltung des Getrennlebens d. Gatten 6 868. — Fürsorge für die Kinder nach § 627 ZPO. im Verfahren auf Herstellung des ehelichen Lebens? 4 421. — Klage auf Herausgabe des Kindes gegen den Gatten, dem nach § 627 die Sorge für die Person übertragen ist, während des Ehefreites; nach Klagerhebung ergangene Verfügung nach § 627 4 721, 722; 6 868; 7 849. — Konkurrenz mit vormundschaftlichen Anordnungen bzgl. der Sorge für die Person der Kinder oder d. Art u. Weise d. Unterhaltsgewährung für diese 3 2, 527/528; 7 849. — wenn dem Vater vom Vormundschaftsgericht nach §§ 1635, 1666 BGB. die Sorge für das Kind schon entzogen ist 1 2, 125; 1 3, 223; 5 739 (f. elterl. Gewalt unter Gefährdung d. Person). — Verhältnis zu § 1635 f. elterl. Gewalt. — Regelung des persönlichen Verkehrs der Gatten mit den Kindern während des Scheidungsprozesses 1 2, 110; 1 3, 222; 2 1, 652; 3 2, 526 (Zuführen); 4 411, 722; 5 503, 839; 6 491, 868 (2); 7 849 (Zuständigkeit des Vormundschafts-

gerichts). — Prozeß über die Erziehung der Kinder während des Scheidungsstreites; Zuständigkeit des Scheidungsgerichts? **1 3, 222; 3 2, 526/527; 5 838.**

Zeit der Anordnung des Interimstitums. — wenn die Ladung zum Sühnetermin wegen Ablauf von 3 Monaten ihre Wirkung verloren hat (§ 1571 BGB.) **1 3, 223.** — in der Berufungsinstanz **4 721; 5 838.** — wenn die Klage, aber nicht auch die Widerklage erledigt ist **5 838.**

Prozeßkostenvorschußpflicht nach § 940 ZPO. Voraussetzungen **5 839** (f. Ehemann).

Schadenersatzpflicht wegen e. V. in Ehesachen **3 2, 604.**

Urteil. — über Teilurteile s. vorn bei §§ 614 ff. — Urteilstenor, wenn gegenüber dem ersten beide Teile für schuldig erklärenden Urteil in zweiter Instanz die Klage abgewiesen wird **3 2, 525.** — wenn mehrere Ehebrüche behauptet u. einer nachgewiesen ist **4 720.** — Konstitutive Kraft des Scheidungsurteils **1 2, 62.**

Urteilszustellung. — bei Rechtsmittelverzicht **3 2, 525, 492.** — Zustellung des Berufungsurteils, wenn gegen ein Scheidungsurteil nur wegen der Schuldfrage Berufung eingelegt war **3 2, 525.** — Urteil auf Zurückweisung, Verwerfung oder Verlustigkeitsklärung e. Rechtsmittels wegen eines im § 625 aufgeführten Urteils **1 3, 221; 3 2, 525; 5 838.** — Urteile, die nicht schlechthin auf Scheidung erkennen, sondern nur aussprechen, es werde bei Leistung des Eides sowohl wie bei dessen Verweigerung die Ehe geschieden werden **1 3, 221; 5 838.** — Urteil, das die Scheidung auf Grund der Widerklage ausspricht unter Abweisung der Klage **4 720.** — Zustellung des Scheidungsurteils in seinem ganzen Umfang; gleichzeitige Abweisung des Gegners mit seinem Scheidungsantrag **7 848.** — Zustellung beider Urteile, wenn unzulässigerweise ein Teilurteil über Scheidung u. eines über den Schuldauspruch erging **7 848.** — Zustellung auch des Läuterungsurteils **7 848.** — Verzicht auf die Zustellung von Amts wegen? **7 848.** — Zustellung d. unter § 625 fallenden Urteile auf Parteibetrieb **1 3, 221; 4 720.** — wenn das Rechtsmittel nur den Schuldauspruch angreift **1 2, 77; 4 720.**

Tod eines Ehegatten § 628. — bei Klage auf Feststellung des Nichtbestehens einer Ehe **1 3, 223.** — Fortführung des Ehescheidungsprozesses durch den Nachlasspfleger **5 785.** — Tod eines Gatten vor Klagezustellung **7 849.** — Vorgehen des Gerichts von Amts wegen im Fall des § 628 ZPO. **7 849.** — Rechtsmittel gegen die wegen Todesfall aus-

gesprochene Erledigung **7 849.** — Berücksichtigung in der Revisionsinstanz **7 849, 850.** — Beweisserhebung über den Todesfall **7 849.** — Entscheidung über die Kosten **7 850.**

Rechtskraft des Urteils s. Ehescheidung. — objektive: bezüglich neuer Klagen **3 2, 521.** — Rechtskraft des Urteils auf Herstellung des ehelichen Lebens in bezug auf Vorgänge zwischen der Schlußverhandlung und der Rechtskraft? **3 2, 521** (Bekanntwerden eines Ehescheidungsgrundes in der Revisionsinstanz). — Angriff des 1. Urteils nur wegen d. Schuldauspruchs **3 2, 529; 5 835.** — keine Rechtskraft des auf die Klage ergangenen Urteils vor Rechtskraft des Urteils über d. Widerklage **1 3, 232; 5 835** (wenn d. m. der Scheidungsklage abgewiesene Widerklager i. 2. Instanz den Scheidungsantrag nicht aufrechterhält, sondern nur Mitschuldigerklärung des Klägers verlangt) (vgl. **3 2, 522**). — Zeitpunkt der Rechtskraft des Ehescheidungsurteils **1 3, 232.** — Eheanfechtungsklage: Rechtskraft des Revisionsurteils und des die Klage als unbegründet abweisenden Urteils **1 3, 223.** — Ehenichtigkeitsklage: Rechtskraft des stattgebenden Urteils **1 3, 223 224; d. abweisenden Urteils 1 3, 224** (f. Ehenichtigkeit). — Ehescheidungsklagen: Rechtskraft des Urteils **1 3, 224** (f. unten); **6 869.** — Feststellungsurteile zwischen einem Gatten u. einem Dritten **1 3, 224.**

Klage auf Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens einer Ehe **5 477.** — Klage zwischen einem Ehegatten u. einem Dritten **1 3, 224.** — fälschliches Ausgeben einer Person als Gatte **1 3, 224.** — Bestreiten der Identität mit dem Ehegatten **1 3, 224.** — Fehlen des Eheabschlusses v. dem Standesbeamten **1 3, 224.** — wegen Formmangels nichtige und nicht in das Heiratsregister eingetragene Ehe **1 3, 224.** — Feststellung der erfolgten Auflösung **1 3, 224.** — Feststellung des Bestehens gegenüber der Behauptung der Unsechtbarkeit **1 3, 224.** — Nichtigkeitsklage s. Ehenichtigkeit.

Rechtsmittel s. oben §§ 614 ff. — Verzicht **3 2, 492; 4 710; 7 830.** — Vollmacht bei Verzicht **4 719.** — keine Berufung ohne Beschwerneis **3 2, 529.** — keine Berufung, um statt Scheidung wegen Ehebruchs mit A. Scheidung wegen Ehebruchs mit A. und B. herbeizuführen **3 2, 525.** — Berufung der in 1. Instanz völlig siegreichen Partei? **5 824.** — Berufung, um lediglich die Schuldigerklärung auch des Gegners zu erwirken **1 2, 78; 3 2, 525, 529; 6 847, 848.** — Berufung wegen des Schuldauspruchs (Hemmung der Rechtskraft des ganzen Urteils?) **3 2, 529; 4 719**

(Ehesachen)

(§. 12, 62, 77, 78). — Beseitigung e. in 1. Instanz für d. Berufungsbeklagten normierten Eides, wenn der Berufungsbeklagte sich der Berufung nicht angeschlossen hatte, das Gericht aber die unter Eid gestellte Tatsache auch ohne Eid für erwiesen hält 7 833. — kann die mit dem Antrag auf Wiederherstellung des ehelichen Lebens durchgedrungene Partei Berufung behufs Scheidung wegen bösslicher Verlassung einlegen? § 2, 529. — Berufung des mit e. Widerklage abgewiesenen Beklagten nur zwecks Schuldigerklärung des Klägers § 1, 487. — Berufung d. Beklagten, der in 1. Instanz nicht die Klageabweisung, sondern nur die Mitschuldigerklärung des Klägers verlangt hatte, wenn die Klage abgewiesen u. der Schuldantrag für erledigt erklärt wird 6 476 (s. 21, 637). — Berufung d. Beklagten gegen ein die Scheidungsklage abweisendes Urteil zwecks Erhebung einer Widerklage? 5 836. — Anschlußberufung zwecks Widerklage 1 3, 191/192; 5 835; auch seitens der Partei, die selbst Berufung eingelegt hatte, nach Verwerfung ihres Rechtsmittels 1 3, 219. — Berufungsantrag, die Ehe auch auf Antrag des Berufungsführers zu scheiden, erweitert in den Antrag auf Abweisung der gegnerischen Scheidungsklage 1 3, 190/191 (s. 12, 62). — Versäumnisurteil auf Klageabweisung in 2. Instanz und Anschlußberufung zwecks Aufrechterhaltung der Ehe 6 867. — Anschlußrevision für den Fall, daß die klägerische Revision zur Aufhebung des Urteils über die Widerklage führen sollte 7 840, 841. — Aufrechterhalten e. vom Erstichter wegen Verfehlung der Beklagten nach § 1568 ausgeprochenen Ehescheidung in der Berufungsinstanz wegen Ehebruchs des Beklagten reformatio in peius? 4 387. — Anwendung des § 525 B.P.D. in Ehescheidungssachen 6 849. — Einfluß der Aufhebung e. Scheidungsurteils im Wiederaufnahmeverfahren auf e. inzwischen eingegangene Ehe 12, 62; 6 864, 865 (s. Wiederbeiratung). — Aufhebung eines Feststellungsurteils auf Nichtbestehen der Ehe im Wiederaufnahmeverfahren 6 869.

Ehescheidung. — Prozessuales s. Ehesachen, Verfahren in; Aufhebung d. ehelichen Gemeinschaft s. eheliche Gemeinschaft.

Internationales Recht. — beständige Trennung ausländischer Ehegatten von Tisch u. Bett durch ein deutsches Gericht? 12, 368, 369, 371; § 1, 671; 5 610 (Ausprechen der Scheidung an Stelle der Trennung; s. diese). — kann das deutsche Gericht die nach dem Auslandsrecht zulässige Trennung von Tisch u. Bett bei ausländischer Ehe in der Form

der Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft einführen? 12, 368, 369, 371. — zeitweilige Trennung von Tisch u. Bett für ausländische Ehegatten durch deutsche Gerichte 12, 369, 370. — maßgebendes Recht für die persönlichen Wirkungen der Scheidung 12, 369, 371, 372 (Kinder); 4 530; 5 610. — maßgebendes Recht für die vermögensrechtlichen Wirkungen der Scheidung 12, 367, 369, 370, 371. — maßgebendes Recht für die Regelung der Vermögensverhältnisse während der Scheidung 12, 370. — Anwendung des Art. 17 Abs. 2 GGWB. bei Wechsel der Staatsangehörigkeit des Mannes nach Klagerhebung 12, 370. — Anwendung der deutschen Gesetze bei Verlust d. Reichsangehörigkeit seitens des Mannes ohne oder mit Erwerb einer anderen Staatsangehörigkeit? 12, 370. — exceptio rei iudicatae gegenüber der deutschen Scheidungsklage auf Grund ausländischen Trennungsurteils? 12, 370. — erfordert Art. 17 Abs. 2 vollständige Gleichmäßigkeit der Rechtslage? 12, 370. — Anwendung des Art. 17 Abs. 3 auf erst nach Verlust d. Reichsangehörigkeit des Mannes eingetretenen Scheidungsgrund 12, 370. — nach Eintritt des Scheidungsgrunds erfolgter Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit seitens des Mannes 5 609. — Anwendung des Art. 17 Abs. 4 bei Zulässigkeit d. Scheidung nach deutschem u. ausländischem Recht auf Grund verschiedener rechtlicher u. tatsächlicher Gesichtspunkte 12, 371. — vor 1900 im Ausland erfolgte Scheidung 5 609. — Wirkung einer im Auslande ausgeprochenen Scheidung; Wechsel der Staatsangehörigkeit nach dem Urteil 12, 371. — Scheidung russischer, in Deutschland wohnender Juden 6 472. — Geltendmachung von erst durch den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit entstehenden Scheidungsgründen in einer schon vorher erhobenen Scheidungsklage 12, 371. — Scheidung im Inland wegen Ehebruchs, wenn der Ehemann Ausländer ist § 1, 671. — maßgebendes Recht für die Herstellungsrecht als Voraussetzung des Scheidungsrechts nach § 1567 Ziff. 1 BGB. 4 531; 5 609 (wenn der Mann nach Trennung Deutscher wurde). — Scheidung von Deutschen in der Schweiz 5 478, 609. — Unzuständigkeit der deutschen Gerichte zur Scheidung e. Ehe von schweizer. Staatsangehörigen 5 632. — Scheidung von katholischen Österreichern in Deutschland 12, 801; 5 610 (s. Eheschließung). — Scheidung österreichischer Juden in Deutschland 7 576. — Zuständigkeit f. Ehescheidungsklagen e. Ausländers nach § 606 B.P.D. nicht durch Art. 17 GGWB. zu regeln 6 583. — Ehescheidung eines in Deutschland ansässigen Engländers 6 583,

585, 866. — Ehescheidungsflage gegen einen keinem Staate angehörenden Ehemann **6** 583. — argentiniſches Ehescheidungsrecht **6** 584. — Scheidungsflage gegen einen in Deutschland wohnenden Engländer **7** 578. — Scheidung einer im Auslande nach islamitiſchem Recht geſchloſſenen Ehe durch Zuſtellung d. Scheidungsbriefes? **4** 531; **5** 478, 613. — Unzuſtändigkeit der deutſchen Gerichte, wenn beide Gatten türkiſche Staatsangehörige ſind **6** 866. — Zusammen treffen zeitlicher u. örtlicher Kollifion **12** 438; **2** 1, 801. — Wohnſitzveränderung nach Entſtehung des Scheidungsgrundes **12** 438. — „Vorſchriften der biſherigen Geſetze“ nach Art. 201 GGGB. nicht die biſherigen internationalen Privatrechts **12** 439. — Statutenkollifion bzgl. der Namensführung d. geſchiedenen Frau **12** 80.

Übergangsrecht. — Pflicht des Ehemanns nach früherem Recht zur eidl. Beſtärkung des Vermögensinventars **12** 419. — Eigentumsverhältniſſe bei vor 1900 geſchloſſener, ſpäter aufgelöſter Ehe **12** 438, **2** 1, 791. — Unterhaltsanſpruch des unſchuldigen Gatten bei Scheidung vor 1900 **3** 1, 701. — Aufhebung des landeſherrlichen Ehescheidungsrechts **12** 437. — nach dem 1. I. 00 verkündetes Urteil **12** 436 (ſ. **1** 3, 139). — Reviſion gegen vor 1900 ergangenes Berufungsurteil. (ſ. Rev.) **12** 436, 439, 440. — vor 1900 erlaſſenes bedingtes Urteil bei Läuterung nach 1900 **12** 436. — inſolge Trennung d. Parteien gehemmte Ausſchlußfriſt des alten Rechts **3** 1, 703. — am 1. I. 00 laufende Ausſchlußfriſt **12** 414, 436. — Friſten in den am 1. I. 00 anhängigen Prozeſſen **12** 436. — § 1572 BGB. in der Übergangszeit **12** 437, 441. — § 1571 Abſ. 1 in d. Übergangszeit **6** 598. — noch ſtreitige Schuldfrage bei vor 1900 geſchiedenen Ehen **12** 437, 440. — Schuldfrage, wenn auf Klage u. Widerklage die Ehe nach altem Recht nur auf die eine, inſolge Berufung aber auch auf die andere nach BGB. geſchieden wird **12** 440. — Schuldigerklärung bei nach 1900 geſchiedenen Ehen, wenn nach altem Recht eine Schuldigerklärung unzuläſſig war **12** 437; oder wenn das Verhalten nach BGB. keinen Scheidungsgrund bildet **12** 439. — Einwand der Kompensation des Ehebruchs bei Ehebrüchen vor 1900 **12** 63, 437, 439, 440 (2); **2** 1, 802 (3); **4** 551, (Beachtung v. Amts wegen). — vor 1900 fallende, zwar in abstracto, aber nach Verzeihung, Friſtablauf u. dgl. in concreto keinen Scheidungsgrund mehr bildende Verfehlungen **2** 1, 802; **3** 1, 703. — maßgebendes Recht bei Wohnſitzveränderung

nach Entſtehen d. Scheidungsgrundes **12** 438, 440. — Rückkehrbefehl des früheren Rechts als Erlaß d. Urteils bei Klage wegen böſlicher Verlaſſung? **12** 438. — Berechnung der 3 Jahre bei Scheidung wegen Geiſteskrankheit **12** 438. — Berechnung der Jahresfriſt nach § 1567 Ziff. 1 u. **2** **12** 438, 440. — Anwendung des Art. 201 Abſ. 2 GGGB., wenn der Scheidungsgrund ein Zuſtand von längerer Dauer iſt u. nach 1900 fortbeſteht **12** 438. — Wirkung e. vor 1900 rechtskräftig gewordenen E.-Sch.-Urteils **12** 439. — Wirkung bei Rechtskraft des Urteils nach 1900 **12** 438. — Ehescheidungsſtrafen bei Erlaß des Urteils vor 1900 u. Eintritt der Rechtskraft nach 1900 **12** 438; **5** 632. — Vermögensauseinanderſetzung **12** 419, 438, 439 (Scheidung vor 1900, Rechtskraft nach 1900); **2** 1, 787. — Name der geſchiedenen Frau **12** 439. — Unterhaltspflicht des ſchuldigen Gatten bei Scheidung vor 1900 **12** 419, 439, 441; **3** 1, 695; **5** 627. — Folgen einer nach früherem Recht erkannten Trennung von Tiſch u. Bett; Unterhaltspflicht, Erbredit **2** 1, 802. — nach dem biſherigen Recht nur zeitweilige Trennung begründende Verfehlungen **12** 440; **2** 1, 802; **4** 551, 552. — Umwandlung e. vor 1876 erlaſſenen Trennungsurteils in ein Scheidungsurteil; ausländiſches Trennungsurteil **12** 79, 441; **2** 1, 802. — Widerruf der Schenkung an den für ſchuldig Erklärten **3** 1, 703; **4** 551. — Ehescheidung nach 1900 wegen eines vor 1. I. 00 begangenen Ehebruchs bei ſtändigem Getrenntleben d. Gatten (franz. Recht) **6** 598. — § 77 Abſ. 1 u. Abſ. 2 PStG. **12** 439, 441. — in Baden Heimatsrecht, nicht Recht des letzten Wohnſitzes maßgebend **12** 441. — Artt. 17 u. 27 GGGB. als Vorſchriften im Sinne des Art. 201 **12** 440. — Stellung der Kinder aus der geſchiedenen Ehe ſ. elterliche Gewalt. — Scheidung per privilegium Paulinum, per professionem religiosam, per dispensationem summi? **12** 61. — Berechnung der 6monatigen Friſt d. § 1571 **12** 75, 76; **3** 1, 486; **6** 476; **7** 588. — Lauf d. Ausſchlußfriſten des früheren Rechts während d. Aufhebung der häuſlichen Gemeinſchaft? **12** 76. — Rückwirkung des § 1571 Abſ. 2? **6** 476. — § 1573 in d. Übergangszeit **2** 1, 636. — § 1574 in d. Übergangszeit; Anwendung des § 1574, wenn bei Klage u. Widerklage die Ehe nur auf die eine nach altem Recht, auf die andere nach BGB. geſchieden wird? **12** 78. — Umwandlungsflage nach § 1576 auf Grund e. altrechtl. Urteils auf Trennung von Tiſch und Bett **6** 477. — § 1577 (Name der Frau) bei vor 1900 geſchiedenen Ehen **12** 80, 81. — Heranziehung vor 1900 liegender,

(Ehescheidung)

nach altem Recht keinen Scheidungsgrund bilden. Tatfachen z. Unterstützung e. Scheidungsklage 7 588.

Allgemeines. — keine Klage auf Trennung von Tisch u. Bett 3 2, 519 (s. diese). — Klage eines Ehegatten gegen den anderen auf Entbindung des Arztes von der Berufsverschwiegenheit wegen der Frage des Bestehens einer Geschlechtskrankheit 1 3, 165. — im voraus erfolgte vertragsmäßige Regelung d. Scheidungsfrage u. ihrer Folgen 1 2, 62, 82, 371; 6 471; 3 1, 478 (rechtl. Natur solcher Verträge). — Verträge über Scheidungsgründe 1 1, 87. — Vertrag über entgeltliche Abfindnahme von e. Klage auf E.-Sch. 5 46. — Unterhaltsversprechen d. Mannes zur Erreichung d. Einwilligung d. Frau in die E.-Sch. 3 1, 48. — Ehescheidungsrecht d. landesherrl. Familien u. des hohen Adels 1 2, 61; 7 485. — Scheidungsklage nach vorgängiger ständiger Trennung von Tisch u. Bett durch ausländisches Urteil 1 2, 79; 5 478. — Einfluß d. Wiederaufhebung e. rechtskräftigen Scheidungsurteils im Wiederaufnahmeverfahren auf e. inzwischen eingegangene neue Ehe 1 2, 62 (s. 6 471). — Bedeutung e. rechtskräftigen Scheidungsurteils für den Strafrichter (Bigamie) 6 827. — Anfechtung des erstinstanzlichen Scheidungsurteils mit dem Antrag, die Ehe auch auf den Antrag der bisher verurteilten Partei zu scheiden u. beide für schuldig zu erklären 1 2, 62. — Scheidung in Deutschland nach vorangegangener Trennung von Tisch u. Bett in Oesterreich 5 478. — Scheidung e. nichtigen Ehe 6 471. — Scheidung d. Ehe einer Minderjährigen; Einfluß auf d. Vormundschaft 1 2, 165. — hat der aus zwei Gründen auf Scheidung Klagende bei Scheidung aus dem einen Grund einen Anspruch auf Fortführen des Prozesses wegen des weiteren Grundes? 1 2, 78; 2 1, 633; 3 1, 484. — Kompensation v. Scheidungsgründen? 1 2, 66, 68, 69; 4 388; 3 1, 484. — nach Aufhebung d. ehelichen Gemeinschaft geschehene Verschlungen 1 2, 62; 3 1, 484. — unüberwindliche Abneigung 1 2, 70. — Verzicht auf e. erworbenes Scheidungsrecht 1 2, 73. — Verschuldungsprinzip des Ehescheidungsrechts des BGB. 3 1, 485; 4 387. — Vertrag über jüdische rituelle Ehe 3 1, 151. — jüdische Scheidebriefe 3 1, 485. — Widerruf e. Ehevertrags im Falle d. Scheidung seitens d. unschuldigen Gatten? 4 392.

Wegen Ehebruchs (s. diesen u. Ehesachen) 5 477. — Erfordernisse des vollendeten Ehebruchs; Samenruß? 1 2, 63. — Bruch e. nichtigen oder ansehbaren Ehe 1 2, 62. — Ehebruch nach Aufhebung d. ehel. Gemeinschaft? 1 2, 62; 6 476. —

— irrthümliche Annahme, daß die Ehe getrennt sei 2 1, 631. — Ehebruch e. Unzurechnungsfähigen? 2 1, 631. — vor-ehelicher Ehebruch 1 2, 15. — Scheidung § 1568 (anstößiger Verlehr d. Beklagten), wenn die Klage auf Ehebruch gestützt, der Ehebruch aber nicht erwiesen wurde? 7 485. — „Zustimmung“ zum Ehebruch; Begriff 1 2, 62; 3 1, 483; 6 472; 7 485. — Form der Zustimmung 3 1, 483; 6 472. — bloße Kenntnis als Zustimmung 2 1, 631; 7 485. — nachträgliche Zustimmung 3 1, 483. — generelle Erlaubnis z. Ehebruch, Zurücknahme der Zustimmung nach § 1565 Abs. 2 1 2, 62; 2 1, 631; 3 1, 483; 5 478; 7 485. — Anstellung e. Ehescheidungsklage als Widerruf der früheren Zustimmung zur Gewerbszucht der Frau 1 2, 63. — Widerruf der Zustimmung 1 2, 63; 7 485. — Klage wegen Ehebruchs als Widerruf der Zustimmung 7 485. — vor 1900 verübt, durch gleichzeitigen Ehebruch des anderen Theils kompensierter Ehebruch 1 2, 63 (s. oben unter Übergangsrecht).

Homosexualität als Scheidungsgrund bei Freisprechung im Strafverfahren 3 1, 483.

Lebensnachstellung. — Begriff 1 2, 63; 7 486. — Vorbereitungs-handlungen 1 2, 63; 6 472; 7 486. — Versuch mit untauglichen Mitteln 1 2, 63; 6 472; 7 486. — Absicht, nur Schmerzen z. bereiten, nicht zu töten 1 2, 63. — ernsthaftige Absicht ohne jede Ausführungs-handlung 1 2, 63; 2 1, 631; 6 472. — bloße Bedrohung mit Mord oder Todschlag 2 1, 631. — Delikt-sfähigkeit d. Täters nötig? 4 387. — bloße mündliche Äußerung d. Tötungsabsicht; bloße mündliche Bedrohung 7 486.

Wegen bösslicher Verlassung. (§ 1567) s. auch eheliche Gemeinschaft. — Kritik des Gesetzes 2 1, 632. — analoge Ausdehnung des § 1567? 1 2, 64; 2 1, 632. — Ablauf der einjährigen Frist während der Revisionsinstanz 1 3, 205. — bona fides des Fernbleibenden 1 2, 63, 64 (2), 65; 2 1, 631; 7 486. — objektive Berechtigung des Fernbleibenden, die häusliche Gemeinschaft zu weigern 1 2, 63, 64, 65. — Bereitwilligkeit des Klägers, die eheliche Gemeinschaft herzustellen, Voraussetzung; Beweiskraft 1 2, 64; 2 1, 632; 4 387; 5 479; 7 486. — muß Kläger beweisen, daß er die ehelichen Pflichten nicht verletzt habe? 2 1, 632. — Klagerrecht bei innerlichem Wunsch des Klägers, d. Beklagte möge bei seiner Weigerung beharren 1 2, 64. — Berücksichtigung von Tatfachen, die vor Erlass d. Herstellungsurteils oder nach Ablauf der Jahresfrist liegen, zum Nachweis, daß dem Kläger der ernstliche Herstellungswille fehle 6 472. — Schluß auf das Fehlen e. ernstlichen Vereinigungswillens d. Klägers bei Einreichung der

Scheidungsklage vor Ablauf des Jahres? **6 472.** — Beseitigung des Klagegrundes durch Wiederherstellung der häuslichen Gemeinschaft nach Ablauf des Jahres? **1 2, 64.** — Berufung d. Beklagten auf nach Ablauf der Jahresfrist entstandene oder ihm bekannt gewordene Tatsachen zur Rechtfertigung seines Fernbleibens **1 2, 64.** — Wegfall einer d. Voraussetzungen des § 1567 Ziff. 1; Wirkung auf den bis dahin abgelaufenen Teil der Frist **4 388.** — Ausschluß der Klage bei zeitweiliger, zur Hintertreibung d. Scheidungsklage erfolgter Rückkehr? **1 2 65 (2).** — bössliche Verlassung bei Wohnen in dem gleichen Hause, aber in gesonderten Räumen **1 2, 65; 2 1, 631.** — nicht ernstlich gemeinte, kurze Rückkehr d. Beklagten **7 486.** — nicht ernstlich gemeinte Wiedervereinigungsversuche **1 2, 65.** — Vergleich im Vorprozesse, durch den die Pflicht zur Herstellung d. ehelichen Gemeinschaft anerkannt wird, als Grundlage f. Klage nach § 1567 Ziff. 1 **2 1, 631.** — muß der das Urteil auf Herstellung d. ehelichen Gemeinschaft erwirkende Gatte zur Begründung d. Scheidungsklage Schritte auf Wiedervereinigung tun? **1 2, 66; 6 472.** — nach Erlaß d. Urteils a. Wiederherstellung d. ehelichen Gemeinschaft, aber vor Fristablauf sich ereignende, die Trennung rechtfertigende Tatsachen **2 1, 631.** — Berücksichtigung v. vor dem Urteil auf Wiederherstellung d. ehel. Gemeinschaft liegenden Tatsachen b. Prüfung d. Berechtigung zur Trennung **4 388.** — „bössliche Absicht“ **1 2, 64; 3 1, 631, 632; 4 387; 7 486** (Bewußtsein d. Verletzung d. aus d. Ehe fließenden Pflichten). — Verborgenhalten d. Beklagten aus Furcht vor Strafe **7 486.** — Nachweis der bösslichen Absicht **1 2, 64.** — Anwendung der §§ 827 ff. bei Feststellung d. Bösslichkeit **4 387.** — Fernbleiben e. Geisteskranken **1 2, 64; 2 1, 632; 4 387, 388; 6 472.** — jahrelanges Nichtvomstichhörenlassen **4 387.** — Verlassen des infolge andauernder Geistesstörung oder wegen erfolgter Entmündigung geschäftsunfähigen Gatten seitens des anderen keine bössliche Verlassung **1 2, 75.** — Beweislast d. Klägers **7 486.** — Unterbrechung der einjährigen Frist durch Briefe an den Folgepflichtigen, in denen Beleidigungen enthalten u. unberechtigte Bedingungen gestellt sind **7 486.** — Berechnung d. Jahresfrist **1 2, 65; 2 1, 632; 4 387 (Fristbeginn); 6 472; 7 486 (2) (Fristende).** — Berücksichtigung e. vor 1900 liegenden Zeitraums bei Fristberechnung **1 2, 65.** — Anwendung d. § 1567 Ziff. 1, wenn die Voraussetzungen d. öffentlichen Zustellung erst nach Verurteilung z. Herstellung der ehelichen Gemeinschaft eintreten **1 2, 65.** — „un-

bekannter Aufenthalt“ Begriff; Verlangen von Ermittlungen des Klägers? **1 2, 65; 2 1, 632.** — dem § 1567 nicht genügende Verlassung als Scheidungsgrund nach § 1568? **1 2, 65, 68, 70; 2 1, 632, 633; 3 1, 484; 5 478; 6 472.** — Anwendung des § 1567 Abs. 3 auf d. Revisionsinstanz? **1 2, 65; 2 1, 632; 7 486.**

Relative Scheidungsgründe des § 1568 **5 477.** — zur Zerrüttung des ehelichen Lebens an u. für sich zwingende Tatsachen, die in concreto diese Wirkung nicht gehabt haben **1 2, 66; 3 1, 485; 5 479.** — maßgebender Zeitpunkt **7 487.** — objektiver Maßstab f. d. Annahme e. Ehezerrüttung **7 487.** — wann kann dem Ehegatten d. Fortsetzung d. Ehe nicht mehr zugemutet werden? **1 2, 66, 67** (Möglichkeit späterer Versöhnung); **4 388.** — Voraussetzung für Annahme e. Zerrüttung **4 388; 5 479; 6 474.** — Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse des Gatten, gegenseitiges Verhalten, gesellschaftl. Stellung, Bildungsgrad bei den relativen Scheidungsgründen **1 2, 66 (2), 67; 2 1, 633; 3 1, 484; 4 388, 389; 5 479; 6 473.** — Vereiherbarkeit als Maßstab f. d. Schwere d. Verfehlungen? **2 1, 633.** — Berücksichtigung d. Gesamtverhaltens bei mehreren Verfehlungen **3 1, 485.** — Kaufszusammenhang zw. Verschuldung u. Zerrüttung; schon vorher völlig zerrüttete Ehe **1 2, 66.** — Beweislast bzgl. d. Kaufszusammenhangs **1 2, 70; 5 479.** — beiderseitiges Verschulden; Verschulden des zweiten Gatten erst nach völliger Zerrüttung der Ehe durch das Verschulden des ersten; Kompensation **1 2, 68, 69; 3 1, 484; 4 388; 5 479; 6 473** (vorausgegangener Ehebruch des Klägers); **7 487.** — Absicht d. Zerrüttung Voraussetzung? **2 1, 6 33.** — d. Bewußtsein d. Zerrüttung nötig **3 1, 485; 4 389.** — Verschulden als Voraussetzung des § 1568 **1 2, 69; 3 1, 484** (trankhafte Wahnvorstellungen); **4 388, 389.** (durch Hysterie veranlaßte Verfehlung); **6 474.** — Reizung d. Beklagten durch schuldvolles Verhalten d. Klägers **1 2, 69, 70; 4 389** (Beweislast); **6 473; 7 487, 489** (Hysterie). — Verhalten d. schuldigen Teils nur als mitwirkende Ursache zur Zerrüttung **1 2, 69, 70; 4 389.** — Verneinung der Ehezerrüttung mit Rücksicht auf e. vorübergehende Versöhnung oder den vom Beleidigten im Laufe des Prozesses vorübergehend gestellten Antrag auf Herstellung der ehelichen Gemeinschaft **7 487, 488.** — Verhältnis der Scheidungsgründe nach § 1568 zu § 1567 (s. oben unter bössliche Verlassung). — nach Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft geschenehe Verfehlungen **3 1, 484.** — Unkenntnis d. Klägers von dem ehe-

(Ehescheidung)

widrigen Verhalten des anderen Gatten **3 1, 484.** — Vorliegen besonderer, im konkreten Falle die Annahme e. schweren Ehepflichtverletzung ausschließender Umstände **7 489.**

„Schwere Verletzung der durch die Ehe begründeten Pflichten“ — Begriff **1 2, 66, 67.** — „Schwere Verletzung“ kein revisibler Begriff **1 2, 70.** — böswillige Ehrenkränkung **1 2, 66.** — öffentliche Beleidigung **1 2, 69.** — Anwendung des § 193 StGB. **3 1, 485.** — schwere briefliche Beleidigung **1 2, 69.** — in der Erregung verübte Beleidigung **3 1, 485.** — Anzeigeerstattung gegen d. Mann bei seinem Vorgesetzten i. der Annahme, hierzu zur Abwehr eines drohenden Unrechts genötigt zu sein **6 474.** — falsche Verdächtigung **1 2, 66; 3 1, 484; 6 474.** — Äußerungen des einen Gatten gegenüber dem Privatdetektiv d. anderen **5 479.** — Erhebung unwahrer Vorwürfe im Prozesse **1 2, 70; 2 1, 633; 4 389; 6 474; 7 488, 746.** — Anträge auf strafgerichtl. Einschreiten **4 389.** — Drohungen **1 2, 66.** — Vorwurf der Unterschlagung **6 474.** — Aufgeregtheit e. Gatten **1 2, 70.** — Überwachung durch defektiv Scheidungsgrund **6 474.** — Unverträglichkeit u. Zanksucht **1 2, 66.** — Bestreben, den Gegner während e. Scheidungsprozesses in Mißachtung zu bringen, als dauernde verächtliche Behandlung **1 2, 67.** — bloß fahrlässige Außerachtlassung der durch die Ehe gebotenen Rücksichten **4 389.** — grobe Mißhandlungen **1 2, 66; 3 1, 484; 6 473; 7 488.** — Berücksichtigung von gesellschaftl. Stellung, Bildungsgrad, Gesundheitszustand bei Frage der groben Mißhandlung **1 2, 66.** — fortgesetzte leichte Mißhandlungen **1 2, 67.** — Mißhandlung bei Reizung des Täters durch den Gegner **1 2, 70; 6 473; 7 488.** — erniedrigende Mißhandlungen vor Zeugen, Dienstboten usw. **3 1, 484; 6 473.** — Berücksichtigung d. inneren subjektiven Empfindens d. Verletzten bei Prüfung d. Frage, ob „grobe“ Mißhandlung vorliegt **6 473.** — Einfluß von Gegenangriffen d. Klägers auf den Charakter einer Mißhandlung als grober **7 488.** — angreifende Gemüts-erregungen als grobe Mißhandlung? **1 2, 66.** — Rücksicht auf die reizbare Charakteranlage d. Täters bei Prüfung, ob grobe Mißhandlung gegeben ist **7 488.** — Beleidigung d. Eltern des Klägers **7 489.** — Unterhaltsverweigerung **1 2, 67, 70; 3 1, 485.** — Erhebung d. Scheidungsklage auf Grund e. vom Kläger selbst veranlaßten Straftat als schwere Ehepflichtverletzung **7 489.** — schuldhaftes Unfähigkeit zur Unterhaltsgewährung **1 2, 67.** — Kindesunterziehung **6 473.** — Er-

wirkung e. Scheidungsurteils seitens d. Frau bei einem ausländischen Gericht, das für d. Mann in Deutschland nicht die Wirkung d. Scheidung hat **5 479.** — Vor-schubleisten zu den unsittlichen Angriffen des anderen Gatten auf die Dienstboten **5 479.** — unberechtigte Wegnahme d. Kinder **5 479.** — Pflichtver säumnis bei Kindererziehung **1 2, 70; 7 489.** — Miß-handlung d. Stiefkinder **5 479; 7 489.** — grundlose Weigerung der Bewohnung **1 2, 69; 5 479; 6 472, 474.** — Verweigerung der ehelichen Bewohnung wegen vorausgegangener unwürdiger Behandlung **1 2, 67, 69** (wegen Ehebruchs des Gegners). — Gestatten der Bewohnung nur bei Anwendung von Präservativs **1 2, 69.** — Verweigerung der Bewohnung wegen befürchteter Vererbung von Geistes-frankheit **2 1, 633.** — Nötigung z. ehelichen Bewohnung als Scheidungsgrund? **6 473.** — Verheimlichung e. Frühgeburt? **7 488.** — verschuldetes Unvermögen z. Leistung der ehelichen Pflicht **1 2, 70.** — Fort-fekung d. ehelichen Geschlechtsverkehrs trotz geschlechtl. oder anderer Erkrankung **3 1, 485; 6 473, 474.** — wiederholtes grundloses Verlassen d. häuslichen Gemein-schaft **2 1, 633** (s. oben bössliche Ver-lassung). — Weigerung der Vornahme einer die spätere Bewohnung ermög-lichenden Operation **7 487.**

Ehrloses oder unsittliches Verhalten **1 2, 67** (subjektiver oder objektiver Maßstab?); **4 388.** — nur während der Ehe erfolgtes unsittliches Verhalten **1 2, 70.** — unverbesserliche Trunksucht **1 2, 66, 70; 2 1, 632, 633; 3 1, 485; 4 389; 5 479.** — Ergreifung e. schimpflichen Gewerbes **1 2, 66; 2 1, 632.** — Begehung unzüchtiger Handlungen **1 2, 66, 69; 3 1, 484.** — schuldhaftes Verweigerung d. firtlichen Trauung **1 2, 66, 67, 68, 87; 4 388; 7 487.** — Bekenntnis-wechsel? **1 2, 66; 7 487.** — Verstoß gegen Standesehre **1 2, 67; 7 487.** — eigen-mächtige Einsichtnahme in d. Briefwechsel d. Klägers **6 475.** — verletzter Ehebruch **1 2, 69.** — kann bei e. nur auf Ehebruch gestützten Klage Scheidung nach § 1568 wegen d. anstößigen Verkehrs d. Be-klagten erfolgen, wenn d. Ehebruch selbst nicht erwiesen wurde? **7 485.** — Täuschung d. Frau über die auf pekuniäre Versorgung gehende Absicht des Mannes bei Ehe-schließung **6 474.** — unordentliche Wirt-schaftsführung **2 1, 632; 4 389** (Ver-schwendung). — Alleinreisen e. Frau mit e. Dritten unter Ausgabe als dessen Gattin **4 389.** — gesellschaftlich anstößiger, wenn auch mit den Geboten der Moral nicht in Widerspruch stehender Verkehr der Frau mit e. Dritten **2 1, 633.** — Den Kläger in Leben, Ehre, Amt oder Gewerbe

beeinträchtigendes Verhalten 2 1, 633. — Bestrafung wegen des ehelosen oder unfittlichen Verhaltens Voraussetzung? 1 2, 67, 70. — Einfluß von Strafhöhe u. Strafmaß bei Beurteilung wegen eheloser oder unfittlicher Handlung 1 2, 66. — vor Eheabschluß begangene, erst nachher zur Bestrafung kommende Handlungen 1 2, 15. — Scheidung wegen der späteren Bestrafung, wenn das Scheidungsrecht in Ansehung der Tat als solches erloschen ist 1 2, 67. — neue Straftaten als Scheidungsgrund trotz Kenntnis d. Klägers von früherer Bestrafung bei Eheabschluß 1 2, 70.

Wegen Geisteskrankheit 5 477. — Geisteskrankheit; Begriff des § 1569 identisch mit dem des § 6? 2 1, 634. — bloße Geisteschwäche 1 2, 70, 72. — partielle Geisteskrankheit 1 2, 71; 4 389. — vorgängige Entmündigung nicht nötig 1 2, 70. — Einleitung e. Pflegschaft für den nicht entmündigten Geisteskranken für den Ehescheidungsprozeß 1 2, 71. — selbständige Feststellung d. Geisteskrankheit durch d. Prozeßrichter; kein Gebundensein an die Feststellung d. Entmündigungsverfahrens 1 2, 70. — unverschuldete Geisteskrankheit 1 2, 70; 3 1, 485. — „Aufhebung d. geistigen Gemeinschaft“ 1 2, 71, 72; 2 1, 634; 4 389; 5 480 (affectus maritalis); 6 475; 7 489. — verbliebene Fähigkeit d. Kranken, die meisten bürgerlichen u. d. Vermögensangelegenheiten zu besorgen 4 389. — erst z. Ft. der Urteilsfällung eingetretene Aufhebung d. geistigen Gemeinschaft 1 2, 71; 6 475. — Ausschluß jeder Aussicht auf Wiederherstellung; Unheilbarkeit nötig? 1 2, 71 (3). — Berechnung der dreißährigen Frist; Ablauf bei Klagerhebung oder letzten mündlichen Verhandlung? 1 2, 70, 71; 6 475. — sichte Augenblicke 1 2, 71 (2); 4 389. — wenn der Mann während der 3 Jahre vorübergehend einem diese Gründe nicht anerkennenden Staat angehört 1 2, 370. — Fristbeginn; Hervortreten der ersten Symptome? 2 1, 634. — Einfluß der nachträglich eingetretenen Geisteskrankheit auf ein für den Geisteskranken schon vorher entstandenes Scheidungsrecht 1 2, 71. — Konkurrenz zw. Ansetzung u. Scheidung bei Eheschließung während eines lucidum intervallum 1 2, 71. — Kost. d. Scheidungsproz. 1 2, 71.

Verzeihung s. oben Ehebruch. — Beweislast 7 490. — Verzeihung, Rechtsnatur; Verzichtswille? Erklärung d. Verzeihung 1 2, 72, 73 (2), 74; 2 1, 634; 3 1, 486 (2); 4 389; 6 475; 7 489 (tatsächlicher Vorgang oder Rechtsanwendung; Anwendung d. Vorchriften Buch I Abschn. 3 Tit. 1 u. 2). — Unterschied zwischen Verzeihung u. nachträglicher Zu-

stimmung 1 2, 73. — Verzeihung e. Geschäftsbefchränkten 1 2, 72, 73, 75; 6 475. — Verzeihung e. Geschäftsunfähigen 1 2, 73; 6 475. — Verzeihung unter Mentalreservation 1 2, 72, 73; 2 1, 635; 4 390; 6 475. — Verzeihung unter Bedingung oder Vorbehalt (z. B. d. Besserung) 1 2, 72, 74; 2 1, 635 (3); 3 1, 486 (2); 4 390; 5 480; 6 475. — Verzeihung auf Zeit 1 2, 72. — im voraus zugesicherte Verzeihung 1 2, 72; 2 1, 635. — generelle Verzeihung 1 2, 73; 4 390; 5 480; 6 475. — Verzeihung ohne Kenntnis des begangenen Unrechts 1 2, 72, 73, 74; 4 390; 6 475; 7 490 (bei bloßem Verdacht). — Annahme der Verzeihung seitens d. Gegners nötig? 1 2, 72. — Ansetzung d. Verzeihung wegen Irrtums? 1 2, 73; 6 475. — Gebrauch d. Wortes „Verzeihen“, „Vergeben“ unter allen Umständen als Verzeihung aufzufassen? 7 489, 490. — Zurücknahme der Klage als Verzeihung 1 2, 73 (2); 2 1, 635. — aus dem Tone der Briefe gefolgerte Verzeihung 7 489. — Verzeihung durch Leistung der ehelichen Pflicht 1 2, 73 (2); 2 1, 635; 5 480; 6 475; 7 490 (Vorbehalt der Nichtverzeihung). — bloß Fortsetzung d. häuslichen Gemeinschaft als Verzeihung? 1 2, 73. — vorübergehende Ausöhnung in den Fällen des § 1568 BGB. 7 487, 488. — Verzeihung, wenn die schlimmste Folge der Verfehlung erst nach d. Verzeihung eingetreten ist 2 1, 635. — Nichtgeltendmachung e. Scheidungsgrundes als Verzeihung 6 475. — nicht dem anderen Teil gegenüber zum Ausdruck gelangte Verzeihung 1 2, 73; 2 1, 635; 3 1, 486; 4 389; 6 475. — Verzichtsvorschlag als Verzeihung 5 480. — im Widerspruch zu der Verzeihung stehende Äußerungen d. Verzeihenden 7 490. — Herstellung der häuslichen Gemeinschaft zur Verzeihung nötig? 5 480. — Geltendmachung e. erst in der Revisionsinstanz erfolgten Ausöhnung 2 1, 630. — Bewertung verzeihener Tatsachen zur Unterstützung e. auf andere Gründe gestützten Scheidungsklage 1 2, 76; 5 481. — Verzeihung bis zum Schluß der mündlichen Verhandlung, auf die das Scheidungsurteil ergeht, möglich 6 475.

Zeitablauf §§ 1571 ff. — Rechtsnatur der Fristen; Ausschlussfristen 1 2, 75; 2 1, 635; 3 1, 486. — Verlängerung der Fristen durch Vertrag 1 2, 74. — Verzicht auf Geltendmachung der Verjährung 1 2, 74. — Berechnung d. Frist bei Neuanstellung d. zurückgenommenen od. ohne Sachentscheid abgewiesenen Scheidungsklage 7 490. — Fristbeginn, wenn die Folgen der Verfehlung nach § 1568 von wesentlicher Bedeutung für Klagebegründung sind 1 2, 74. — Fristbeginn bei bösslicher Verlassung oder Aufhebung d. häus-

(Ehescheidung)

lichen Gemeinschaft **1 2, 74, 75 (2); 2 1, 636.** — Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft im S. d. § 1571 **7 491.** — Fristbeginn b. e. sich stets erneuernden Scheidungsgrund (Trunksucht) **6 475; 7 490.** — Fristbeginn bei Verfassung der ehelichen Pflicht **1 2, 74.** — Fristbeginn bei Unterhaltsverweigerung **1 2, 74.** — Kenntnis im Sinne des § 1571 Abs. 1 **4 390; 5 480.** — Kennenmüssen gleich Kenntnis? **4 390; 5 480.** — Berechnung der 6monatigen Frist, wenn eine Mehrheit von Verfassungen in ihrer Gesamtwirkung den Scheidungsgrund bildet **2 1, 635.** — Unterbrechung der Frist durch Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft; Ausschneiden der vor der Unterbrechung liegenden Zeit aus dem Fristenlauf? **1 2, 74, 75; 7 490.** — Unterbrechung d. Frist durch einredeweise Geltendmachung e. Scheidungsgrundes? **1 2, 74, 75.** — Fristberechnung b. Erhebung e. Widerklage **1 2, 74 (2), 76; 3 1, 486, 487; 4 390.** — zusammenhängender Verlauf der Frist nötig **1 2, 74, 75.** — Fristberechnung bei Zurücknahme e. Scheidungsklage **1 2, 75.** — wiederholtes Ausbleiben im Sühnetermine **1 2, 75.** — Verlängerung der dreimonatigen Frist des Abs. 3 auf 6 Monate, wenn der geschäftsunfähige oder beschränkte verlassene Gatte ohne gesetzl. Vertreter ist? **1 2, 75.** — Aufnahme bestimmter Scheidungsgründe in die Ladung zum Sühnetermine? **1 2, 76; 3 2, 519.** — Erhebung e. eventuell mit Klage auf Herstellung d. ehelichen Gemeinschaft verbundenen Scheidungsklage nach § 1571 Abs. 2 Satz 2 nicht genügend **7 491.** — Scheidung wegen Trunksucht, wenn d. Schuldige in den letzten 6 Monaten nicht mehr sittlich verantwortlich gemacht werden kann? **7 491.** — Aufforderung nach § 1571 Abs. 2; Vollmacht **2 1, 636; 3 2, 520; 3 1, 486; 5 480; 7 490.** — Fristbeginn bei Aufforderung nach § 1571 Abs. 2, wenn die Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft unfreiwillig ist (Freiheitsstrafe) **1 2, 74, 76.** — Anwendung des § 1571 Abs. 2 auf die zehnjährige Frist **1 2, 75.** — Wirkung d. Aufforderung nach § 1571 Abs. 2 **5 480.** — Wirkung der Aufforderung nach § 1571 Abs. 2 auf den bösslich verlassenen Gatten, Pflicht z. Herstellung d. ehel. Gemeinschaft **1 2, 75.** — „Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft“ im Sinne des § 1571 Abs. 2 **1 2, 75; 2 1, 636 (Verhaftung); 7 491.** — Klage auf Herstellung der ehel. Gemeinschaft als Aufforderung nach § 1571 Abs. 2 **1 2, 76; 6 476; 7 491.** — Erlaß u. Entgegennahme d. Aufforderung nach § 1571 Abs. 2 seitens des vom Mann gegen die Unterhaltsklage der Frau bestellten Prozeß-

bevollmächtigten? **2 1, 636; 3 1, 486; 7 490.** — Inhalt der Aufforderung nach § 1571 Abs. 2 **4 390; 6 476.** — Verzicht auf die Aufforderung nach § 1571 Abs. 2 **4 390; 7 491.** — Aufforderung trotz Fehlens e. ernstlichen Willens z. Herstellung d. Gemeinschaft auf Seite des Auffordernden **4 390 (2); 5 481.** — neue 6monatige Frist von Empfang d. Aufforderung an **4 390.** — Rückwirkung des § 1571 Abs. 2? **6 476.** — Behinderung d. beklagten Partei, ihren Scheidungsanspruch außerhalb des schwebenden Prozesses u. innerhalb dieses in dem Zeitraum zwischen Erhebung d. Klage u. der ersten mündlichen Verhandlung durchzuführen, als höhere Gewalt nach §§ 203, 1571 Abs. 4 **3 1, 486.** — Wirkung der Fristveräumnis **1 2, 75; 6 476** (Verwendung der Tatsache als Einrede gegen die Klage auf Herstellung des ehelichen Lebens). — Bewertung von Tatsachen nach Fristablauf z. Unterstützung e. auf andere Tatsachen gegründeten Scheidungsklage **1 2, 76; 2 1, 636; 5 481; 7 491.** — § 1573 in d. Übergangszeit **2 1, 636.** — Beweislast über Zeitablauf **1 2, 74.** — Verjährigung und eventuelle Beweiserhebung über Zeitablauf von Amts wegen? **1 2, 74, 75; 2 1, 635.** — Rechtzeitigkeit d. vom Widersäger nachträglich (§ 1572) geltend gemachten Scheidungsgründe **1 2, 76; 3 1, 487; 4 390.** — steht im Falle des § 1572 die Ladung zum Sühnetermine der Klagerhebung gleich? **1 2, 76.** — Wahrung d. Anfechtungsfrist durch fristgemäße Erhebung d. Scheidungsklage **2 1, 636 (s. Eheanfechtung).**

Schuldausspruch. — Übergangsrecht, Anwendung des § 1574, wenn bei Klage u. Widerklage die Ehe nur auf die eine nach altem Recht, auf die andere nach NGB. geschieden wird **1 2, 78.** — Ausspruch über die Schuldfrage nach Lösung der Ehe **4 387.** — Schuldausschließung durch geistige Störung **3 1, 485.** — Schuldausspruch in der Urteilsformel? **2 1, 636; 6 476.** — Urteilsergänzung bei versehenlich unterbliebenem Schuldausspruch **1 2, 77.** — neuer Prozeß zur Nachholung d. Schuldausspruchs? **1 2, 77.** — Entscheidung über Schuld von Amts wegen? **1 2, 77; 3 1, 487.** — Verträge über Regelung d. Schuldfrage **1 2, 77.** — Anfechtung e. Urteils nur wegen des Schuldanpruchs **1 2, 77, 78; 2 1, 637; 3 2, 529; 4 719.** — Berufung zwecks Schuldigerklärung auch des Gegners **1 2, 78; 3 1, 487; 3 2, 525, 529.** — Absehen von e. Schuldigerklärung, weil die Verstöße in gerechter Erbitterung begangen wurden? **4 390.** — ist die Beschränkung des § 617 Abs. 2 ZPO. auch bei Schuldfrage maßgebend? Zuschreibung e. Eides über einen Ehebruch zwecks Schuldig-

erklärung? **12, 78; 21, 637; 4 719; 5 836.** — Anwendung des § 1574 Abs. 3, wenn e. erhobene Widerklage wegen Verzeihung oder Zeitablauf abgewiesen wird **12, 78; 21, 637; 31, 487; 4 391; 5 481; 6 476.** — Anwendung des § 1574 Abs. 3, wenn die Scheidungsflagge sich auf eine fortgesetzte Handlung oder auf mehrere Scheidungsgründe stützt **12, 77.** — Antragsrecht des Beklagten nach § 1574 Abs. 3, wenn die Verfehlung des Klägers zeitlich später liegt als die des Beklagten **12, 77 (2).** — obervormundschaftl. Genehmigung zur Stellung des Antrags nach § 1574 Abs. 3 durch den Vertreter e. Geschäftsunfähigen nötig? **12, 77.** — Anwendung des § 1574 Abs. 3 bei Abweisung des Klägers mit der Scheidungsflagge? **21, 637; 6 476.** — Anwendung des § 1574 Abs. 3, wenn der Beklagte die erhobene Widerklage fallen ließ **21, 637; 4 391; 5 481.** — Anwendung des § 1574 Abs. 3, wenn ein Ehegatte den gestellten Scheidungsantrag nicht aufrechterhält, sondern nur die Schuldigerklärung des anderen verlangt **31, 487.** — Fassung d. Berufungsurteils, wenn bei einem beide Teile für schuldig erklärenden Vorderurteil in d. Berufungsinanz Klage oder Widerklage abgewiesen wird **31, 487.** — Geltendmachung verjährter Tatsachen zur Begründung des Schuldantrags nach § 1574 Abs. 3 **4 391.** — enthält der Widerklageantrag allein schon den selbständigen Mißschuldantrag nach § 1574 Abs. 3 **5 481.** — Antragsrecht d. Klägers auf Schuldigerklärung d. Beklagten, wenn die Scheidung nur auf die Widerklage hin erfolgt **21, 637; 6 476.** — Nachprüfung d. Schuldauspruchs im Unterhaltsprozeß? **7 492.**

Scheidungssklage nach urteilsmäßiger Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft (§ 1576). — Zulässigkeit d. Scheidungsflagge trotz Wiederherstellung der häuslichen Gemeinschaft nach dem die Aufhebung d. ehel. Gemeinschaft erkennenden Urteil **12, 79.** — Verzicht auf das Umwandlungsrecht d. § 1576 **12, 79.** — nach Aufhebung d. ehel. Gemeinschaft gewährte Verzeihung **12, 79.** — ist das Scheidungsverfahren e. Ergänzung des früheren Verfahrens? **12, 79; 5 481; 6 477.** — Sühnetermin nötig? **12, 79; 5 481.** — zuständiges Gericht **12, 79.** — Prozeßkosten **12, 79; 6 477.** — Wiederherstellung d. ehelichen Gemeinschaft; rechtl. Natur; Willensfähigkeit d. Parteien **12, 79, 80.** — nachträgliche, im Aufhebungsurteil nicht enthaltene Schuldigerklärung des früheren Klägers **12, 79.** — Umwandlungsflagge auf Grund e. altrechtl. Urteils auf Trennung von Tisch u. Bett **6 477.** — Umwandlungs-

klage auf Grund eines ausländischen Urteils auf Trennung von Tisch u. Bett **12, 79.** — Anwendung der §§ 606 ff. BPD. auf d. Umwandlungsflagge nach § 1576 **6 477.** — Scheidungsflagge des geschäftsunfähigen Beklagten auf Aufhebung d. ehelichen Gemeinschaft **7 491.** — Widerklage auf Scheidung gegenüber d. Klage auf Aufhebung d. ehelichen Gemeinschaft als Antrag nach § 1571 Abs. 1 Satz 2 **7 491.**

Wirkungen. — vertragl. Regelung **12, 82.** — Rückforderung d. gewechselten Briefe **6 478.**

Namensführung der geschiedenen Frau f. auch Ehefrau, ehel. Gemeinschaft. — Anwendung des § 1577 Abs. 1 bei vor 1900 geschiedener Ehe **12, 80.** — Verbotungsrecht d. Mannes nach § 1577 Abs. 3 bei vor 1900 geschiedener Ehe? **12, 80, 81.** — zuständige Behörde f. die Erklärung d. Mannes nach § 1577 Abs. 3 **31, 523.** — Verzicht d. Mannes auf das Verbotungsrecht (§ 1577 Abs. 3) **12, 80; 7 492.** — Frist f. Ausübung d. Verbotungsrechtes? **12, 81.** — Verhältnis des § 1577 Abs. 3 zu § 12 BGB.; Klage des Mannes gegen die Frau auf Unterlassung der Führung seines Namens **7 491, 492.** — Verzicht der Frau auf Wiederannahme ihres Familiennamens **12, 80.** — Frist für die „Wiederannahme“-Erklärung? **12, 81.** — „Entgegennahme“ u. „öffentliche Beglaubigung“ der Namensklärung; rechtl. Bedeutung u. Zuständigkeit **12, 80, 81.** — Anwendung des § 1577 Abs. 2 u. 3 auf Reichsangehörige, die nicht zugleich Angehörige e. Bundesstaats sind **31, 523.** — Widerruf e. gegenüber der zuständig. Behörde abgegebenen Namensklärung **12, 80, 81.** — Namensklärung gegenüber e. unzuständigen Behörde **12, 80.** — Statutenkollision im Falle des § 1577 **12, 80.** — Recht der mehrmals verheiratet gewesenen Frau, den Namen aus e. früheren Ehe zu wählen **12, 78 (3).** — kann der Mann kraft des Verbotungsrechtes nach § 1577 Abs. 3 der Frau die Beifügung „geschiedene N.“ unterfagen? **6 477.** — bei Scheidung wegen Geisteskrankheit eines der Gatten **12, 84.** — Einfluß der Namensänderung der Frau auf den Namen d. Kinder? **12, 81.** — Geltendmachung des Namensrechtes durch Klage **12, 81, 82.** — Rechtskraftwirkung d. Scheidungsurteils, wenn ein gleichnamiger Verwandter des ersten Mannes, dessen Namen die Frau wieder führt, auf Abstellung d. Namensführungsmißbrauchs klagt **12, 81.** — Bezeichnung der ihren Mädchennamen wieder annehmenden Frau in der Heiratsurkunde bei späterer Wiederverheiratung; Vermerk: „geschiedene N. N.“? **12, 81.** — Recht d. Frau, trotz des Verbotungsrechtes

(Ehescheidung)

nach § 1577 Abs. 3 den Namen des Mannes als Firmennamen weiter zu führen? **6 477 (2)**. — Anwendung der §§ 1422, 1424 im Falle der Scheidung? **2 1, 623**. Unterhaltspflicht der geschiedenen Gatten. Unterhaltspflicht. **Widerruf von Ehenkungen**. — subsidiäre Anwendung der §§ 530, 532 ff.? **1 2, 84**. — Verzicht auf d. Widerrufsrecht **1 2, 84**; **6 478**. — Ausübung d. Widerrufs durch d. gesetzlichen Vertreter? **1 2, 84**. — Widerruf, wenn beide Gatten für schuldig erklärt sind? **7 493**. — aktive u. passive Vererblichkeit des durch den Widerruf begründeten Herausgabeanpruchs **1 2, 84**. — Kondition der vom Schuldigen weiterverkauften Geschenke gegenüber d. Dritten **1 2, 84**. — Widerruf von durch Sitte oder Unterhalt gebotenen Ehenkungen **3 1, 488**. Unterhalt d. ehelichen Kinder s. a. eheliche Kinder.

Sorge f. d. Person d. Kinder bei Scheidung s. elterl. Gewalt.

Eheschließung s. Standesbeamte, Doppel-ehe, Wiederverheiratung, Ehehindernis, Eheanfechtung.

Internationales Recht. — Ehe von Ausländern **1 2, 6, 11**. — in Salvador geschlossene Ehe eines Deutschen u. in Deutschland geschlossene Ehe eines Salvadoreners **1 2, 343—345**. — Befugnis der deutschen Konsuln zur Eheschließung in Serbien u. Transvaal **1 2, 345**. — gegenseitige Befugnis der Konsuln zur Eheschließung nach den Staatsverträgen zwischen Deutschland einerseits, Italien, Japan u. Paraguay andererseits **1 2, 345, 346**. — Trauerlaubnisse ohne in Verkehr mit Italien, Belgien u. der Schweiz; Einschränkung des § 1315 Abs. 2 BGB. **1 2, 346**. — Ehevertrag mit Hawaii **1 2, 347**. — Einfluß des Bestehens oder der Auflösung einer Ehe auf Ausweisung u. Übernahme einer Person; Verhältnis des Gothaers Vertrags zu den Vorschriften des BGB. **1 2, 352**. — Anwendung des Art. 11 BGB. auf die Form der Eheschließung **1 2, 358, 362**. — Form der Ehen von Deutschen im Ausland **1 2, 362**. — von Ausländern im Auslande abgeschlossene Ehen **1 2, 359, 360** (Nichtigkeit), **362**. — Wirkung einer von einem Fürsten in der Türkei abgeschlossenen polygamischen Ehe **1 2, 385**. — im Deutschen Reich vor fremden diplomatischen Vertretern abgeschlossene Ehe **1 2, 360, 361**. — Umfang des Anwendungsgebietes des Art. 13 BGB. **1 2, 360** (Dispens, Wirkung der Ehehindernisse, allgemeine Mängel der Willenserklärung, Dauer der Anfechtungsfrist, materiellrechtliche Erfordernisse der Eheschließung); **1 2, 362** (Aufgebot). — Ehe zwischen

zwei Parteien, von denen eine geschieden ist u. österreichische Staatsangehörigkeit besitzt, wenn ein Gatte z. B. der Scheidung katholisch war oder ist **4 530**; **5 607** (s. **5 478**; **5 610**; **6 830**). — Ehe einer russischen Israelitin mit einem deutschen Katholiken **5 608**. — in Deutschland geschlossene Ehe eines deutschen Juden mit einer russischen Katholikin **1 2, 383, 385**. — nach jüdischem Ritus in New York geschlossene Ehe **2 1, 758**. — standesamtl. Verehelichung einer Deutschen mit e. Russen in Deutschland ohne kirchliche Trauung; Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit ohne Erwerb der russischen als Folge für die Frau **7 847**. — Abschluß einer Ehe von Deutschen im Ausland nach heidnischen oder islamitischen Formen **1 2, 362**. — von Russen im Auslande abgeschlossene Ehe **1 2, 362**. — Voraussetzung für eine Eheschließung in Rußland **5 608**. — Verhältnis des Art. 30 zu Art. 13 BGB. (Nichtanwendung des gegen die guten Sitten oder den Zweck des deutschen Gesetzes verstoßenden ausländischen Rechts) **1 2, 363** (Ehe völlig unreifer Personen, Ehe zwischen den Ehebrechern, Ehe unter Verletzung der Wartezeit, Mangel elterlicher Einwilligung, Ehe unter Blutsverwandten, Ehe vor Nichtigkeitserklärung der früheren); **1 2, 383**; **2 1, 758** (in London zwischen Ehebrechern geschlossene Ehe); **3 1, 668**; von e. unter vorläufiger Vormundschaft Stehenden ohne Einwilligung des gesetzlichen Vertreters im Auslande geschlossene Ehe **3 1, 32, 33**. — Anwendung des Art. 43 § 1 PrAG. BGB. bei Eheschließung von Ausländern, wenn das ausländische Recht auf das inländische verweist **1 2, 11**. — Folgen eines unbeachteten Ehehindernisses; maßgebendes Recht **3 1, 668**. — kann bei einem im Auslande erfolgten Aufgebot das Aufgebot in Deutschland bei Eheschließung in Deutschland wegfallen? **3 1, 668**. — Wirkung einer ohne die elterliche Genehmigung geschlossenen Ehe, wenn zwar das Personalstatut der Eltern, nicht aber das Ehestatut die Genehmigung verlangt **5 607**. — in England geschlossene Ehe einer minderjährigen, i. Deutschland wohnenden Engländerin mit einem Deutschen; Zustimmung des Vormunds **5 608**; **6 582, 583**. — kann ein Ausländer eine ihm im Auslande versagte Ehe im Inlande gültig abschließen u. umgekehrt? **1 2, 379**. — dem Nationalgesetz der Eheleute, aber nicht dem nach Art. 27 BGB. anzuwendenden deutschen Recht entsprechende Ehe **1 2, 380**. — Anwendung des § 64 österr. BGB., der die Ehe zwischen Christen und Nichtchristen verbietet? **7 578**. — E. von Bahern im Auslande u. Ausländern in Bahern **6 582**. —

Übergangsrecht. — vor 1900 geschlossene Ehen; für die Frage der Gültigkeit maßgebendes Recht 2 1, 799; 6 597, 598. — Klage auf Eingehung der Ehe nach 1. I. 00? 1 2, 416, 419, 420. — vor 1900 eingegangene, wegen formeller Mängel sowohl nach BGB. wie nach dem Personenstands-gesetz nichtige, aber in das Heiratsregister eingetragene Ehe 1 2, 431; 6 597. — Einwilligung der unehelichen Mutter bei einer vor 1900 erfolgten Legitimation des Kindes per rescriptum principis 2 1, 806.

Allgemeines vgl. Personenstands-gesetz. — obligatorische, fakultative u. Notzivilhehe 1 2, 11. — Einfluß der Ehe auf die Staatsangehörigkeit der Frau 5 460. — Eheabluß durch Prozeßvergleich 1 2, 12. — Rechtsanspruch des einen Gatten gegen den anderen auf kirchliche Trauung; Bedeutung des § 1588 1 2, 86, 87; 2 1, 639; 3 1, 489 (s. Ehescheidung unter relative Scheidungsgründe). — Beweis d. Eheschließung anders als durch das Heiratsregister 2 2, 335. — Verträge auf Beförderung d. Eheschließung 5 46.

Ehemündigkeit. — Nichtvorhandensein z. B. der Anordnung des Aufgebots 1 2, 7. — Ehe eines Mädchens vor dem 16. Lebensjahr 1 2, 7. — Zuständigkeit f. Dispenserteilung nach § 1303 Abs. 1 2, bei mehrfach. Staatsangehörigkeit 1 2, 12. — Übersicht der für den Dispens zuständigen Stellen 3 1, 468.

Einwilligung des gesetzlichen Vertreters s. Eheanfechtung. — Widerruf der Einwilligung 1 2, 7, 8; 7 472. — Verzicht auf d. Einwilligungserteilung 6 441. — Wechsel des Vertreters 1 2, 7, 8, 14; 6 441 (2); 7 472. — Tod des Vaters n. Erteilung d. Einwilligung 1 2, 14; 6 441 (2). — neue Einwilligung bei Wiederholung des Aufgebots 1 2, 7. — Einwilligung des Vormundschaftsgerichts neben der des gesetzlichen Vertreters? 1 2, 7; 2 1, 611. — Entscheidung des Gerichts bei Meinungsverschiedenheit mehrerer Vormünder 1 2, 7. — Erhebung der Einwilligung durch das Gericht, wenn Vater oder Mutter Vormund ist 1 2, 7; 3 1, 563; 5 459. — Zeitpunkt der Wirksamkeit der die Einwilligung d. Vertreters ersetzenden gerichtlichen Verfügung (§ 53 FGG.) s. freiwillige Gerichtsbarkeit unter Verfügung. — Abänderung der Entscheidung des Gerichts 1 2, 7. — bedingte, beschränkte Einwilligung 1 2, 7; 7 472. — Beibringung in beglaubigter Form vor Aufgebotsanordnung 1 2, 8. — Beschwerde des gesetzlichen Vertreters gegen die Entscheidung des Gerichts 2 1, 611; 7 472. — Bezeichnung des anderen Verlobten in der Einwilligungserklärung 5 457. — im Auslande ohne Einwilligung des Vormunds geschlossene Ehe des unter

vorläufiger Vormundschaft stehenden Deutschen 3 1, 467. — Einwilligung z. Protokoll d. Standesbeamten gebührenfrei 3 2, 173 (s. Personenstands-gesetz).

Elterliche Einwilligung. — Verhältnis zur Einwilligung des gesetzlichen Vertreters 1 2, 7, 8. — persönliches Recht; Vertretung in der Erklärung des Willens 1 2, 8, 9; 6 441. — Verzicht auf die Einwilligungserteilung 6 441. — vorübergehende Geschäftsunfähigkeit 1 2, 8. — objektive Unmöglichkeit der Einholung der Einwilligung 1 2, 8. — Einwilligung der geschiedenen oder nicht mehr in ehelicher Gemeinschaft lebenden Eltern 2 1, 611; 3 1, 467 (des für schuldig erklärten Vaters). — Verwirkung oder Ruhen der elterlichen Gewalt 2 1, 611; 5 457. — Wechsel in d. Person d. elterlichen Gewalthabers 7 472. — Einwilligung der Mutter 1 2, 7, 8; 6 441. — Mutter eines per rescriptum principis Legitimierten 1 2, 8. — leibliche Mutter des von ihrem Gatten angenommenen Kindes nach Aufhebung der Adoption 1 2, 8. — Wiederaufleben des Einwilligungsrechtes bei Wegfall des Hinderungsgrundes oder Befanntwerden des Aufenthalts 5 454. — Annahme an Kindesstatt; Annahme des unehelichen Kindes der Ehefrau 1 2, 8. — Aufhebung des Adoptionsverhältnisses 1 2, 8. — beschränkte Geschäftsfähigkeit der Adoptiv-eltern 1 2, 8.

Verfügung der Einwilligung. — i. J. 1900 anhängige Klagen auf Einwilligung 1 2, 9. — wenn d. einwilligungs-berechtigte Elternteil zugleich gesetzlicher Vertreter ist 1 2, 9. — für volljährig erklärte Kinder 1 2, 9. — Verfügung der Einwilligung, wenn die Ehe den Interessen der Eltern zuwiderläuft (Unfähigkeit des verheirateten Kindes, die Eltern zu unterstützen) 5 457.

Aufgebotsverfahren s. Personenstands-gesetz. — Erforschung der Ehehindernisse aus § 1309 Abs. 2, § 1310 Abs. 2, 3, §§ 1311, 1349 BGB. bei Anmeldung des Aufgebots von Amts wegen? 1 2, 9. — Prüfung bezüglich des Auseinanderjegungszeugnisses nach § 1314 BGB. 1 2, 11. — Prüfung des Konsenses für Beamte 1 2, 11. — Prüfungspflicht des Standesbeamten bzgl. des Vorliegens von Ehehindernissen gegenüber dem bairischen distriktpolizeilichen Verehelichungszeugnis oder gegenüber dem nach Landesrecht für Ausländer erforderlichen Zeugnis über Nichtbestehen von Ehehindernissen 3 1, 467. — Beginn der Frist für Unwirksamwerden des Aufgebots; insbes. bei Ausstellung einer ausländischen Bescheinigung (§ 47 Abs. 2 FGG.) 1 2, 11. — Unwirksamwerden des Aufgebots durch Zurücknahme des Antrags,

(Eheschließung)

durch Wegfall der Zuständigkeit des Standesbeamten 12, 11. — Unwirksamwerden der Befreiung vom Aufgebot durch Fristablauf 12, 11. — Rechtsanspruch auf Nachlaß des Aufgebots? 12, 11. — territoriale Wirksamkeit des Aufgebotsnachlasses 12, 12. — Übersicht der für den Aufgebotsdispens zuständigen Stellen 3 1, 468. — Aufgebotsfrist (§ 47 RStG.) bei Bekanntmachung d. Aufgebots in einem öffentlichen Blatt 7 473.

Standesamtlicher Akt s. Personenstandsgefetz. — zuständiger Beamter bei Dispens vom Aufgebot 12, 11. — Verbindung der Zivil- mit der kirchlichen Trauung durch Miterstehen des Pfarrers vor dem Standesamt? 12, 12. — Folgen der Nichtbeachtung der §§ 1317, 1318 BGB. 7 473. — rechtsbegründender Charakter des Ausspruches des Standesbeamten? 12, 12. — Einfluß e. Verletzung d. § 1318 BGB. auf die Beweisraft d. Beurkundung 7 473. — Eintrag ins Heiratsregister bei Eheabschluß vor unzuständigem Standesbeamten oder vor Nichtstandesbeamten (§ 1319) 12, 12. — Kennntnis eines Verlobten von dem Mangel der amtlichen Befugnis des Pseudostandesbeamten 12, 12. — Irrtum des Nichtstandesbeamten über seine Amtsbefugnis 12, 12. — Zuständigkeit bei Wohnsitzverlegung zwischen Aufgebot u. Eheschließung 12, 12. — Bestimmung des zuständigen Beamten bei Zugehörigkeit der Verlobten zu verschiedenen Staaten 12, 12. — Voraussetzung für Ermächtigung eines anderen Standesbeamten 12, 12. — Stellung des ermächtigten Standesbeamten; Prüfung d. Voraussetzungen d. Eheschließung? 7 473. — Recht des Standesbeamten auf Ablehnung der Eheschließung wegen Zweifels an der Ernstlichkeit des Eheschließungswillens 12, 14. — Recht des Standesbeamten, d. Motive der Eheschließung in der Richtung der §§ 1333—35 zu prüfen? 12, 14. — rechtlicher Charakter der Ehezeugen 5 458. — Prüfung v. Ehehindernissen seitens d. Standesbeamten 6 1057. — Prüfung e. Wechsels der gesetzlichen Vertreter oder d. elterlichen Gewalthaber 7 471, 472.

Wiederholung der Eheschließung s. auch Wiederverheiratung. — vor Ablauf der Wartezeit 12, 9; 7 472. — Verbringung neuer Einwilligungserklärungen der Eltern oder Vertreter 12, 9; 7 472. — Wirkung der Wiederholung ex tunc 12, 13; 6 441; 7 473. — Glaubhaftmachung der Zweifel an der Gültigkeit der ersten Ehe als Voraussetzung f. d. Wiederholung 6 441. — Ehehindernis d. Doppelhehe 7 472.

Ehevermittlung s. Heiratsvermittlung.

Eheverbrechen s. Verlöbniß.

Ehevertrag s. auch eheliches Güterrecht, Erbvertrag, Testament.

Internationales Recht. — Anwendung des Art. 11 Abs. 2 GGWB. 12, 358. — von Ausländern im Auslande; Anwendung des Art. 15 Abs. 2 Halbsatz 2? 12, 367 (2). — von im Inlande wohnenden Ausländern 12, 367; 3 1, 670. — Einfluß der Veränderung der Staatsangehörigkeit oder des Wohnsitzes auf einen wirksam abgeschlossenen Ehevertrag 12, 367. — Anwendung des § 1435 auf Deutsche im Auslande? 12, 367. — bei späterer Verlegung des Wohnsitzes ins Ausland 6 583. — Eheverträge Deutscher im Auslande oder Ausländer in Deutschland in anderer Form als der des § 1434 12, 358, 368. — im Ausland abgeschlossener Ehevertrag eines im Inlande wohnenden Deutschen 3 1, 670. — Form bei Einföhrung ausländischen Güterrechts 12, 358; 3 1, 670. — Wirkung des d. lex rei sitae nicht entsprechenden E. 12, 358. — Anwendung des Art. 15 Abs. 2 Satz 2 auf den vorerhelichen Ehevertrag bei ersterhelichem Wohnsitz der ausländischen Gatten in Deutschland 6 583. — Begriff des Ehevertrags im Sinne des GGWB. 6 583. — räumlich. Geltungsbereich d. Rechtsätze über Eheverträge 6 465. — von Ausländern mit inländischem Wohnsitz im Inlande geschlossener, nach ihrem Heimatsrecht unzulässiger E. 7 576.

Übergangsrecht. — vor 1900 geschlossener E. bei späterer Verlegung des Wohnsitzes 6 598. — Anwendung des Art. 200 GGWB. auf vor 1900 zwischen Verlobten geschlossene E. 4 549. — Vereinbarung des Übergangs eines zum Gesamtgut gehörenden Grundstücks in das Sonderigentum eines Gatten 4 547 (f. 2 1, 801). — das Nießbrauchsrecht des Mannes abändernde Verträge 4 551. — Anwendung der §§ 1433, 1435 BGB. auf Ehen des alten Rechts? 5 631; 7 588. — Verhältnis des BGB. zum preuß. Gesetz v. 12. III. 54 betr. die Ehen von Ausländern 2 1, 763. — Stellung des überlebenden Gatten bei vor 1900 errichtetem Erbvertrag, Erbe od. Vermächtnisnehmer? 4 555. — Aufhebung e. vor 1900 geschlossenen Ehevertrags bei Scheidung der Ehe nach 1900 durch ein Testament des schuldigen Teils 12, 455. — Wahlrecht des Ehegatten zwischen der Zuwendung nach artt. 1094, 1098 code civil u. dem vollen gesetzlichen Erbteil nach § 1931 BGB.? 12, 455 f. — vor 1900 geschlossener badischer Ehe- u. Erbvertrag; Anspruch d. Ehegatten auf Nutznießung neben dem gesetzlichen Erbteil des BGB.? 2 1, 811 (f. gesetzl. Erbrecht). — vor 1900 an den schuldlosen Teil im E. gemachte Zu-

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

wendung bei Auflösung der Ehe nach 1900; Anwendung des § 2077 BGB. ? 2 1, 812. — Eröffnung der vor 1900 errichteten, freigebige Verfügungen zwischen d. Gatten enthaltenden Eheverträge 3 1, 710; 4 556. — Einfluß des Getrenntlebens der Gatten auf e. Ehe- u. Erbvertrag 5 636.

E l t e n d e s R e c h t. — Begriff d. „Ehevertrags“ u. d. „güterrechtlichen Verhältnisse“ (§ 1432) 4 383; 5 470. — E., in dem alles, auch das vom Manne während d. Ehe Erworbene, als Vorbehaltsgut der Frau erklärt wird 1 2, 52; 2 1, 623; 3 1, 478. — Vertrag, wonach die Frau die Kosten des gemeinsamen Haushalts allein trägt, der Mann aber seine Arbeitskraft ausschließlich in den Dienst der Frau stellt 2 1, 615 f.; 3 1, 471. — E. mit Erklärung des künftigen Vermögens (Erwerbs) eines Gatten z. ausschließl. Eigentum des anderen nichtig 1 1, 215; 3 1, 151, 152. — Schranken d. Vertragsfreiheit 2 1, 623, 624; 4 383; 5 470. — Anwendung der §§ 134 bis 138, 310—312 5 470. — Zulässigkeit gemischter Güterstände 2 1, 623. — Verweisung auf ausländisches Recht 5 471. — mit einer gesetzlich zwingenden Vorschrift oder dem Wesen des erweiterten Güterstandes unvereinbare Bestimmungen 3 1, 481; 4 383; 5 470. — E., der „Ehetrennung mit Errungenschaftsgemeinschaft“ einführt 4 383. — Modifikation e. ausländischen Güterstands 5 471. — Ehevertrag nur in bezug auf bestimmte Gegenstände 3 1, 478. — unfittlicher E. 4 45. — Vertrag über Unterhaltspflicht im Scheidungsfall kein E. 3 1, 478. — Nießbrauchbestellung f. d. Mann an den verbrauchbaren Sachen d. Eingetragten kein E. 5 470. — Vereinbarung über Auseinandersetzung bei Umwandlung d. Güterstands kein E. 3 1, 478; 5 470. — Ehevertrag mit Verzicht auf Verwaltung u. Nutznießung 6 467. — bei Vereinbarung d. gesetzl. Güterrechtsbestimmung nötig, ob Verwaltungsgemeinschaft oder Ehetrennung 3 1, 478. — Vereinbarung einer Fortsetzung d. Gütergemeinschaft bei Zahnrisgemeinschaft 3 1, 482. — getrennte Einräumung von Nutznießung oder Verwaltung? 5 464. — Abschluß durch Spezialbevollmächtigte 1 2, 52. — Abschluß durch Prozeßvergleich 1 2, 52. — formlose Vorverträge 6 467. — Widerruf im Falle der Scheidung? 4 392. — Anfechtung wegen Benachteiligung von Gläubigern 3 1, 478; 3 2, 262; 4 383; 5 470, 471; 6 465 ff., 986; 7 482 (f. Gläubigeranfechtung, Anfechtung im Konkurs). — Einfluß der Eintragungsunfähigkeit eines E. 5 471. — Verbindung e. die fortgesetzte Gütergemeinschaft einführenden E. mit e. Testament 6 565. — Bestimmungen über Rechtsverhältnisse nach der Ehe

als Gegenstand d. E. 7 482. — Gültigkeit eines E., in dem gleichzeitig bewirkt ein nichtiges Rechtsgeschäft vereinbart wird 7 482. — bloße Veränderung der spezifischen Grundlagen des gesetzl. Güterrechts als Inhalt eines E. 7 482. — Zustimmung d. Weistandes zu einem vom Vater für die gewaltunterworfenen Töchter abgeschlossenen E. auf Einführung allgemeiner Gütergemeinschaft 7 482.

Ehre f. Beleidigung, unerlaubte Handlung (§§ 823, 824).

Eid f. bedingtes Urteil, Läuterungsurteil, richterlicher Eid. — Parteieid, subsidiäres Beweismittel 1 3, 173. — Parteieid tritt hinter dem richterlichen Eid zurück 1 3, 173, 184. — Bedeutung eines Parteieides, wenn der Schwörende später die Eigenschaft als Partei verliert 5 812. — Eideszuschiebung über Tatsachen, bezüglich deren ein angebotener Zeugenbeweis abgelehnt wurde, weil das Gericht, auch wenn Zeuge die Behauptungen bestätigen sollte, angesichts der Gegenbeweisgründe seiner Aussage nicht glauben könnte 6 842. — Geltendmachung anderer Beweismittel gegenüber e. durch Beweisbeschluß auferlegten Eid 6 843. — Annahme des Berufungsgerichts, daß die gegenüber der Eideszuschiebung angebotenen anderen Beweismittel erfolglos sein werden 6 843. — Anfechtung von Erklärungen über e. zugeschobenen Eid; Anfechtung nach Urteilsverlaß oder nach Eidesleistung 6 843. — Antrag des Schwurpflichtigen, ihn den Eid, statt ganz in Wahrheitsform, teils in Überzeugungs-, teils in Wahrheitsform schwören zu lassen 6 843 (vgl. 5 821). — subsidiäre neben der Eideszuschiebung angebotene Beweismittel 7 824.

Gegenstand des Eides vgl. Eideszuschiebung.

Zulässiger. — Gegenstand: „genügend bestimmte Tatsachen“ 3 2, 486, 487; 7 824. — gemeinverständliche Rechtsbegriffe 3 2, 485. — Kauf, Darlehen 1 3, 171. — Zahlungseinstellung 1 3, 171. — „zum Schein abgeschlossen“ 1 3, 171. — innere Tatsachen (Wissen, Wollen) 3 2, 485; 6 841; 7 823. — Urteil über die freitragende Gesamtbefchaffenheit einer Warensendung 3 2, 488. — daß eine Sache einer Person „gehört“ 4 708. — über konkurrierendes Verschulden 7 384. — hypothetische Tatsachen: wie würde man in einem nicht eingetretenen Falle gehandelt haben? 1 3, 172; 5 817; 6 841; 7 824. — Genehmigung e. Rechtsgeschäftes 6 842; 7 823 (Schuldübernahme). — Verwendung d. Eides z. Auslegung e. Willenserklärung 2 1, 64; 4 42. — Einrede der mehreren Zuhalter: Eideszuschiebung ohne Benennung des Dritten 1 3, 172; 3 1, 524, 564; 3 2, 486 (2); 5 818, 819 (f. unehel. Kinder); 6 842

(Eid)

(Bezeichnung des Dritten anders als mit Namen); 7 824. — Ehebruch: Eideszuschreibung, Bezeichnung des Dritten 1 3, 171, 172; 5 818; 6 842; 7 824. — Unbescholtenheit eines wegen Verlöbnißbruchs klagenden Mädchens 3 2, 487; 3 1, 467 (allgemein ohne Benennung eines Konkubenten zugeschobener Eid); 6 842; 7 824. — Eideszuschreibung über e. „Zusicherung“ b. Kauf 3 1, 216; 7 823. — Urzeugungseid e. Kaufmanns über die Zahlungsfähigkeit e. anderen 7 823. — über das Wissen einer in Ansehung des Schwörenden fremd. Tatsache; vorherige Feststellung der Tatsache? 1 3, 172; 5 817; 6 841; 7 823. — daß der entlassene Angestellte während der nach der Entlassung laufenden ursprünglichen Vertragszeit den Klagebetrag verdient habe 3 2, 485. — Eideszuschreibung über Verwirklung der unter den früheren Enregistrentzugesetzten errichteten Kreditverträge 6 843. — Eideszuschreibung an d. Vorstand e. Genossenschaft über e. Tatsache, bezüglich deren er zur Verschwiegenheit verpflichtet ist 7 822, 1093. — gleichgültig, ob der Zuschreibende tatsächliche Anhaltspunkte für seine Behauptung hat 3 2, 487. — über die innere Tatsache, daß jemand Schmerzen empfinde, Krankheitserscheinungen an sich wahrnehme 7 823. — daß jemand über den Sinn e. Erklärung nicht im Zweifel gewesen sei 7 823 (2). — daß dem Erwerber e. Grundstückes das nicht eingetragene Recht e. Dritten beim Erwerb bekannt gewesen sei 7 823. — Kenntnis von Vorhandensein d. Hauschwamms; Einfluß d. Umstands, daß zur Feststellung Sachkunde gehört 7 823. — über Kenntnis von d. Unrichtigkeit e. Zusicherung, wenn die Unrichtigkeit des Zugewicherten selbst noch nicht feststeht? 7 823. — Eideszuschreibung darüber, daß etwas wörtlich oder dem Sinne nach gesagt worden sei 7 824.

Unzulässiger Gegenstand. — Rechtsbegriffe u. Urteile 1 3, 171; 3 2, 485; 6 841, 842; 7 823. — Begriff der Drohung 1 3, 171. — „Übergabe“ 1 3, 171. — die bei Vertragsabschluß obwaltende Absicht beider Parteien 1 3, 171. — Eintritt in ein Bürgschaftsverhältnis 3 2, 485. — weil dem Schwurpflichtigen mangels Grundlagen für seine Überzeugung der Eid nicht zugemutet werden könne 5 818. — Ausforschungseid; Eideszuschreibung über leere Vermutungen 5 818; 6 842 (3): 7 824. — Eideszuschreibung darüber, daß jemand zu e. bestimmten Zeit an e. bestimmten Krankheit gelitten habe (Schlaganfall, Zuckerkrankheit) 6 841, 842. — Eideszuschreibung darüber, daß ein Unfall durch Trunkenheit verursacht sei 6 842. —

Eideszuschreibung an den Wechselatzepanten, daß er sein Akzept in einem Zustand völliger Trunkenheit gegeben habe 6 842. — Eideszuschreibung, daß in einem Wechsel ein bestimmtes Wort erst später eingefügt worden sei ohne Angabe, wer diese Einfügung vorgenommen haben soll 6 842. — „Verzeihung“ im Ehecheidungsakkt 7 823. — „Schuldübernahme“ u. „Ermächtigung“ als Rechtsbegriff 7 823. — „Genehmigung“ als Rechtsbegriff 7 823 (2). — „Eigentum“ als Rechtsbegriff 7 823. — „Notlage“ 7 823. — Eid über Vorgänge in der Seele anderer Personen 7 823.

Handlungen der Rechtsvorgänger s. Eidespflichtige. — Rechtsnachfolger in Rechten u. Verbindlichkeiten 3 2, 485, 486. — wenn die Rechtsnachfolge für die Erheblichkeit der unter Eid gestellten Behauptung nicht von Einfluß ist 5 818. — Unredlichkeit des Wechsellastellers; Eid des späteren Erwerbers 1 3, 171. — Rechtsnachfolge zwischen Indossatar u. seinem Vormann 1 3, 172, 173; 3 2, 486; 4 990. — Rechtsnachfolge bei Neuschaffung eines bisher nicht bestehenden Rechtes 3 2, 485. — Rechtsnachfolge kraft Gesetzes oder kraft Rechtsgeschäftes 3 2, 485. — Eid des Nacherben über Handlungen des Vorerben 4 703. — Eideszuschreibung an den mittelbar Geschädigten über eigenes Verschulden d. Getöteten in den Fällen des § 846 BGB. 7 822 (s. unerlaubte Handlung). — Indossant nach Art. 17 W.D. als Rechtsvorgänger d. Indossatars? 4 990. — Konkursverwalter 2 2, 482; 3 2, 485 (2). — Ehefrau als Mißbraucher des eingebrachten Gutes 3 2, 485. — Anfechtiger eines Grundstückes 3 2, 485. — Pfändungspfandgläubiger 3 2, 485. — Rechtsvorgänger gerade nur in dem streitigen Verhältnis? 3 2, 485.

Handlungen des Vertreters. — Vertreter des Rechtsvorgängers 1 3, 173. — Schiffspersonal als Vertreter des Schiffers 1 3, 173. — Konkursverwalter nicht Vertreter des Gemeinschuldners 1 3, 173. — Eideszuschreibung über Handlungen „der beklagten Firma“ an die Gesellschafter einer offenen Handelsgesellschaft 1 3, 173. — Eid des Nachlaßpflegers über Handlungen des Rechtsvorgängers unbekannter oder ungewisser Erben 3 2, 485. — Eideszuschreibung an d. Geschäftsherrn über Handlungen u. Wahrnehmungen des Agenten? 7 822.

Eidesabnahme s. Eidesleistung. — Anordnung der Abnahme vor einem anderen als dem Prozeßgericht; Beschwerde? 1 3, 185. — Anordnung ohne vorherige mündliche Verhandlung 3 2, 489. — nicht richtige Vertändigung des Gegners vom Eidestermin; Wiederholung der Eidesleistung? 4 709; 5 811. — Widerspruch d.

Gegners gegen die Eidesabnahme wegen Geisteskrankheit e. Schwurpflichtigen 6 844. — Ladung zur Abnahme des Urteilsedes von Amts wegen? 3 2, 487; 5 819. — Belehrung d. Schwurpflichtigen: Verschiedenh. d. Ansicht d. belehr. Richters von den Urteilsgründen des höheren Gerichts 1 3, 185. — Innehaltung der Ladungsfrist bei Ladung d. Schwurpflichtigen 1 3, 84; 6 789, 844. — Ablehnung d. Abnahme, weil das Urteil noch nicht rechtskräftig 1 3, 89, 174 (Beschwerde) (s. 1 3, 205).

Richterscheinen im Schwurtermin. — Reform zu § 468 ZPO. 7 826. — Übergangszeit 1 3, 179. — Richterscheinen des Schwurpflichtigen im Termin, weil sein Anwalt ihn wegen unbekanntem Aufenthalts nicht verständigen konnte 1 3, 159. — Erscheinen des Schwurpflichtigen ohne Vertreter 1 3, 180. — muß das Richterscheinen auf einem Verschulden beruhen, damit nach § 465 ZPO. Verfahren werden kann? 1 3, 159, 179. — wenn der Schwurtermin im Ausland ansteht 1 3, 178/179, 181. — Bedenken de lege ferenda bei unverschuldeter Versäumnis des Schwurtermins 1 3, 179. — wenn im 1. Schwurtermin kein Präklusionsantrag gestellt, sondern vertagt oder Termin zur Eidesleistung ange setzt wird 1 3, 179/180. — Richterscheinen im Schwurtermin eines durch Beweisbeschluß aufgelegten Eides 1 3, 180. — andere Sachlage bei Urteils eid 1 3, 180. — Stellung des Antrags, den Eid als verweigert anzusehen, nach dem Schwurtermine 1 3, 180; aber nicht vor beauftragtem od. ersuchtem Richter 1 3, 180. — besonderer Beschluß, daß der Eid als verweigert anzusehen sei? 1 3, 180; 3 2, 487. — Beschwerde gegen den Beschluß? 3 2, 487. — Zwischenurteil über den Antrag 1 3, 180. — Antrag d. Schwurpflichtigen, den Eid nicht vor dem Prozeß, sondern vor dem Vormundschaftsgericht ableisten zu dürfen 1 3, 181. — Verfahren, wenn der an Stelle des Schwurpflichtigen erschienene Prozeßbevollmächtigte die Verweigerung des Eides erklärt 1 3, 181, 182. — Möglichkeit für den im Eidetermin über einen Beschlusseid ausgebliebenen Schwurpflichtigen, den Beweisbeschluß durch Geltendmachung e. neuen Beweismittels über das Eidessthema zu Fall zu bringen 7 826. — Antrag auf nachträgliche Eidesabnahme: Einfluß auf das frühere Versäumnisverfahren 3 2, 487/88. — Geltendmachen anderer Beweismittel im Fall des § 468 ZPO. 6 843. — Prüfung der Wahrung der Frist des § 466 ZPO. v. Amts wegen 1 3, 180. — Beginn der Frist des § 466 ZPO. (mit Schwurtermin oder erst nach Antrag, den Eid als ver-

weigert anzusehen?) 1 3, 179, 180, 181; 3 2, 487; 6 844; insbesondere bei Schwurtermin vor beauftragtem oder ersuchtem Richter 1 3, 181. — Erscheinen des Schwurpflichtigen auch in dem 2. Eidetermin erst nach Erklärung des Eides als verweigert 6 844.

E i d e s a b n a h m e. — wo ist der Antrag nach §§ 466 u. 468 zu stellen? (Prozeßgericht, ersuchte Richter 1 3, 180, 181 (3). — kein Anwaltszwang für den Antrag auf nachträgliche Eidesabnahme 1 3, 180. — Zwischenurteil über den Antrag auf nachträgliche Eidesabnahme 1 3, 180. — Wiedereinsetzungsantrag bei Versäumung der Nachfrist des § 466 ZPO.: Stellung des Antrags in 2. Instanz 1 3, 180. — keine Zuständigkeit des ersuchten oder beauftragten Richters 1 3, 180, 181. — Berücksichtigung des Resultats einer nach dem Antrag betätigten Beweisaufnahme 1 3, 181. — Termin zur Eidesleistung, wenn im Verkündungstermin neuer Verhandlungstermin anberaumt wird 3 2, 488. — eines unzulässigen Eides 3 2, 486. — Erklärung, den Eid in der Überzeugungsform annehmen, andernfalls aber zurück schieben zu wollen 4 708. — Anfechtung von Erklärungen über Eidesannahme 6 843.

Eidesauflage. — Bezeichnung des Schwurpflichtigen mit Namen; „Inhaber der klagenden Firma“ ungenügend 1 3, 174. — Durch Beweisbeschluß 6 843. — trotz mangelndem Einverständnis; Verlust des Rückrechts 1 3, 131, 174; 6 813, 843; 7 825 (s. prozessuale Mängel). — durch Beweisbeschluß statt durch Urteil im Fall des § 461 Abs. 2 3 2, 487; Verfahren i. 2. Instanz, wenn der Eid in 1. Instanz geleistet wurde 1 3, 194; 4 711; 6 844. — stillschweigendes Einverständnis 6 843. — Prüfung der Beweislast bei Einigkeit über Norm u. Erheblichkeit e. Eides unnötig? 6 843; 7 825. — prozessuale Wirkung eines Einverständnisses der Parteien über Norm und Erheblichkeit des Eides 5 819. — Auflage des über den Abschluß e. Vertrages, aus dem der Beklagte e. zur Aufrechnung gestellte Gegenforderung ableitet, aufgehobenen Eides durch Beweisbeschluß 6 843. — Wirkung e. Eidesleistung, wenn die Auflage bei Einigkeit der Parteien über Norm und Erheblichkeit unter Verkennung d. Beweisl. erfolgt 1 3, 194; 6 843, 844, 845 (nochmalige Leistung, wenn das Berufungsgericht der gleichen Partei den aufgehobenen Eid oder den richterlichen Eid durch bedingtes Urteil aufserlegt?). — Aufhebung des Beweisbefchlusses durch Geltendmachung neuer Beweismittel für das Eidessthema 7 826. — Begriff der selbständigen Verteidigungsmittel 4 708; 7 825 (s. dieses). — Geltendmachung rech-

(Eidesauflage)

zeitiger Mängelanzeige als selbständiges Verteidigungsmittel 5 819.

Durch bedingtes Endurteil f. dieses.

Eidesleistung f. Eidesabnahme. — schafft vollen Beweis; Ausschluß der freien Beweiswürdigung 1 3, 178; 6 844. — voller Beweis auch für das Nachverfahren im Wechselprozeß 3 2, 487. — Leistung eines beschränkten Eides f. Eidesnorm-Abänderung. — voller Beweis a. d. Überzeugungseid 4 709. — Eidesleistung im Haus d. Schwurpflichtigen; Recht e. Gegners a. Anwesenheit 5 811. — Wiederholung der Eidesleistung, wenn das Gericht anstatt des unzulässigerweise durch Beweisbeschluß auferlegten u. geleisteten Eides der gleichen Partei den zugeschobenen oder den richterlichen Eid durch bedingtes Urteil auferlegt? 6 844, 845. — Geständnis e. Tatsache, deren Gegenteil bereits durch Parteieid beschworen oder durch Eidesverweigerung festgestellt ist 7 797 (2). — Wiederholung der Eidesleistung bei nicht richtiger Verurteilung des Gegners vom Termin? 4 709. — Eidesleistung durch einen Eidesunfähigen 4 709; geistig nicht Normaler 5 820. — Mennoniten in Elsaß-Lothringen 4 709. — Widerruf e. geleisteten Eides, Widerruf e. vor dem eruchten Richter geleisteten Eides 7 825.

Eidesnorm. — Aufnahme der entgegengesetzten Behauptung des Schwurpflichtigen neben dem bloßen Leugnen 1 3, 173; 4 708. — Widerspruch zwischen dem sprachlichen u. dem urteilsmäßigen Substrat 1 3, 173. — Abweichung in der Fassung des Urteiles eides vom Wortlaut der Eideszuschreibung 1 3, 175. — Summeneid: „oder wieviel weniger“ 1 3, 175. — eidliche Erhärtung, die Überzeugung von der Wahrheit der klägerischen Behauptung nicht erlangt zu haben, verbunden mit dem Eid, positiv in Überzeugung von der Richtigkeit der eigenen Darstellung zu haben 4 708. — Eid darüber, daß etwas nicht geschehen sei, in Überzeugungs- oder in Wahrheitsform aufzuerlegen? 1 3, 174; 7 824. — Eidessthema, das der Rechtsvorgänger als Tatsache zu beschwören gehabt hätte, vom Nachfolger in Überzeugungsform zu beschwören; Angaben über die Quellen seiner Überzeugung? 7 825. — Rüge der Unstatthaftigkeit einzelner Teile des Beschlusses eides (f. Eidesauflage, prozessuale Mängel) 7 825.

Abänderung der Eidesnorm 6 845. — Umstände, die die Folgen der Eidesleistung berühren, unerhebliche Umstände nach § 469 ZPO.? 1 3, 182 (2). — Prüfung d. Erblichk. d. z. berichtigten Umstände; Vernehmung d. Richter hierüber 1 3, 182. — Vereinzeln von anderen,

bisher nicht vorgebrachten Tatsachen 5 821. — Ersetzung des Wahrheits- durch einen Überzeugungseid? 5 821; 6 843. — Ersetzung des Wahrheits eides über die eigene Handlung durch Überzeugungseid über Handlungen des Rechtsvorgängers 5 821. — Ersetzung des Wortes „Gewinn“ durch „Anteil am Erlösz“ 5 821. — günstigere Stellung des Gegners infolge der Änderung 1 3, 182; 5 820. — Beschränkung des Eides auf einen kleineren Kreis von Tatsachen 5 821. — Berichtigung nach Rechtskraft des bedingten Endurteils 1 3, 182. — Einlegung e. Rechtsmittels an Stelle d. Berechtigungsantrags oder des Erbietens zu e. beschränkteren Eid 1 3, 182. — Entscheidung über die Abänderung; Zwischenurteil oder Beschluß? 1 3, 136, 182. — Beschwerde gegen den Berichtigungsbeschluß 1 3, 182. — dem Berichtigungsbeschluß vorausgehendes Verfahren; andere Besetzung des Gerichts 4 709. — Antrag e. Abänderung als Eidesverweigerung f. diese. — Änderung in 2. Instanz, wenn das Untergericht den Eid irrtümlich als verweigert erklärt hat 6 845. — günstigere Stellung des Schwurpflichtigen durch d. Änderung 7 826. — Einfügung der Klausel: „oder um diese Zeit“ 7 826.

Eidespflichtiger f. oben Eid. — Zuschreibung des Eides an einen außerhalb des Prozesses stehenden 1 3, 173. — Eidespflicht, betreffs eines früher zugeschobenen Eides im Fall des § 334 ZPO. 1 2, 204.

Mehrheit v. Eidespflichtigen.

— Eidesleistung e. Streitgenossen zugleich für den anderen; Zuschreibung des Eides an einen weiteren Streitgenossen in der Berufungsinstantz 1 3, 173, 184. — Erlaß des dem einen Streitgenossen zugeschobenen Überzeugungseides durch das Gericht, wenn der andere den gleichen Eid schon geleistet hat 1 3, 184. — Erben eines Bürgen als Streitgenossen 1 3, 184. — verschiedene Erklärungen der Streitgenossen über den Eid bei einem nur einheitlich festzustellenden Rechtsverhältnis 3 2, 488. — Hauptpartei u. streitgenösslich. Nebenintervenient als Schwurpflichtige 3 2, 488. — Ausprechen der Folgen einer Eidesverweigerung seitens eines Pflichtigen im bedingten Endurteil? 4 709. — bei offener Handelsgesellschaft 2 2, 90 (f. diese). — b. Gesellschaften n. BGB. f. Gesellschaft. — Anwendung des § 472 ZPO. nicht nur in den Fällen des § 62 ZPO., sondern überall, wo der Parteieid eine für alle Streitgenossen relevante Tatsache betrifft 7 826.

Gesetzlicher Vertreter. — Wechsel nach Zuschreibung 1 3, 184. — irrtümliche Auflage an einen nicht mehr Berechtigten 5 821. — Prokurist einer Handelsgesellschaft? 2 2, 140. — Wechsel nach Urteils-

erlaß 7 826. — Schwurpflichtiger gesetzlicher Vertreter e. preuß. Eisenbahndirektion 7 826. Mehrere gesetzliche Vertreter.

— mit Kollektivvertretungsmacht 1 3, 184. — Verschiedenheit der Beteiligung an dem unter Eid gestellten Akte 1 3, 184. — Vorstände einer Aktiengesellschaft 2 2, 140 (f. u. G.). — bei offener Handelsgesellschaft 2 2, 90 (f. off. H.-G.).

Tod, Eidesunfähig werden, Ende der Vertretungsmacht des E. — Einlegen von Rechtsmitteln oder Zwischenstreit über Änderung der Eidesauflage 1 3, 183; 3 2, 488. — wenn das bedingte E.-Urteil Berufungsurteil ist 1 3, 183. — Prüfung der Eidesfähigkeit seitens des Gerichts; Ablehnung von Parteienanträgen 5 821. — irtümliche Eidesauflage an einen nicht Vertretungsberechtigten oder nicht Eidesfähigen 1 3, 183; 3 2, 488; 5 821. — Ende der Liquidation einer offenen Handelsgesellschaft vor Eidesleistung 1 3, 183; 5 821. — Großjährigwerden des Mündels 1 3, 183. — Aufnahme des Rechtsstreites durch die Erben 1 3, 183. — Anwenbung des § 471 ZPO. auf rechtskräftige bedingte Urteile 6 845. — zuständiges Gericht, wenn nach Zurückweisung der Berufung gegen ein bedingtes Urteil der Schwurpflichtige stirbt 6 845. — inwieweit ist das bedingte Urteil aufzuheben (nur in Ansehung des betreffenden Beweisführung)? 1 3, 183; 3 2, 488; 5 821. — Tod eines von mehreren Schwurpflichtigen, wenn von den übrigen einer den Eid verweigert, die anderen ihn geleistet haben 7 826. — Berufungseinlegung an Stelle der im § 471 statuierten Rechte 5 821. — können bei Tod d. Schwurpflichtigen während des Verfahrens über die von der Gegenpartei eingelegte Berufung seine Erben darlegen, daß für die unter Eid gestellten Tatsachen bereits voller Beweis erbracht sei? 7 826.

Eidespflichtverletzung. — Unterschied des Verfahrens nach § 463 Ziff. 2 ZPO. von der Restitutionsklage 1 3, 175/176. — Geltendmachung nach rechtskräftigem Endurteil, vor Erlaß eines Urteils, nach Erlaß, aber vor Rechtskraft des Urteils 1 3, 176. — nach bedingtem Endurteil 1 3, 183. — muß das vorliegende Urteil auf die Leistung des Eides begründet sein? 1 3, 176. — Gegenbeweis gegen die durch die Eidesleistung bekräftigten Tatsachen, wenn die Beurteilung nicht gerade wegen der eidlichen Versicherung dieser Tatsachen erfolgte 7 825. — Bestrafung wegen Verletzung zum Meineid 1 3, 183. — Aussehen des Zivilprozesses bis zum Nachweis der Eidespflichtverletzung 1 3, 176. — Ablehnung der Anklage seitens des Staatsanwalts

oder Freisprechung 1 3, 176. — rechtskräftiges Strafurteil: keine bindende Kraft für den Zivilrichter 1 3, 176. — Beweispflicht des Gegners 1 3, 176. — richterlicher Eid über Vorsatz oder Fahrlässigkeit bei der Eidesverletzung 1 3, 176, 177. — Behauptung der Eidesverletzung in der Revisionssinstanz 1 3, 178.

Einfluß auf das bisherige Verfahren. — wenn der Eid durch bedingtes Endurteil auferlegt war u. d. Läuterungsurteil entweder noch nicht erlassen, oder erlassen, aber nicht rechtskräftig oder endlich rechtskräftig ist 1 3, 175, 177, 182, 183. — bei Auflage des Eides durch bedingtes Zwischenurteil 1 3, 177. — bei Auflage durch Beweisbeschluß und Erlaß oder Rochausstehen des Urteils 1 3, 177.

Einfluß auf das weitere Verfahren. — neuerliche Eidesleistung nach Aufhebung des Läuterungsurteils 1 3, 177. — Geltendmachung neuer Tatsachen u. Beweismittel 1 3, 178.

Eidesstattliche Versicherung vgl. Glaubhaftmachung. — urkundliche Abgabe? 1 3, 130; 6 813; 7 797. — Abschneiden der Möglichkeit einer e. B. bei Entscheidung ohne mündliche Verhandlung 1 3, 130. — Abgabe zu Protokoll des Gerichtsschreibers 3 2, 455. — Beweiswert der e. B. einer Partei 6 813. — e. noch nicht 16 Jahre alten; Abgabe durch den Vertreter 1 1, 60, 6 845; — in Erbseinverfahren s. dieses.

Eidesverweigerung. — Widerruf der Eideszuschreibung nach Verweigerung 1 3, 178. — Eidesverweigerung infolge Irrtums 1 3, 178. — stillschweigende E. bei Ausbleiben im Eidetermin 1 3, 180; 6 844. — Erklärung der Eidesverweigerung im Schwurtermin durch den an Stelle des Schwurpflichtigen erschienenen Prozeßbevollmächtigten 1 3, 181/182. — Annahme der Verweigerung des Eides bei Nichterscheinen f. Eidesabnahme. — Ansehung e. Erklärung über Eidesverweigerung 6 843; 7 826. — Erklärung „diesen Eid kann ich nicht leisten“ als E.? 6 844. — Erklärung durch d. Prozeßbevollmächtigten, den Eid mit einer Veränderung, die aber dem Gericht nicht unterbreitet wird, leisten zu wollen 6 844. — Erklärung der Verweigerung d. Leistung durch Eingabe beim ersuchten Gerichte 6 844. — Erklärung der E. durch von einem Vorstand u. einem Prokuristen einer A.-G. unterschriebene Eingabe, wenn der Eid von beiden Vorständen geleistet werden soll 6 844. — nachträgliche Erbieten des im Schwurtermin Ausgebliebenen 6 844. — mit der Eidesnorm nicht zu vereinbarende Erklärungen als E. 7 825 (2), 826. — Erklärung, den Eid in dieser Fassung nicht leisten zu wollen, als E. 7 825.

Eideszuschreibung s. Eid. — de lege ferenda **7 822**. — Widerruf **1 3, 178**. — Widerruf in der Berufungsinanz trotz bedingten Endurteils **1 3, 173** (unter ohne Anerbieten anderer Beweismittel); **1 3, 182/183**; **5 820** (Form des Widerrufs); **7 824**. — Widerruf eines durch Beweisbeschluß aufgelegten Eides **5 820**. — Widerruf n. Eidesverweigerung **1 3, 178**. — Unterschied zwischen Erlaß und Zurückziehen eines Eides **1 3, 178**. — Anfechtung von Erklärungen über den zugeschobenen Eid; Anfechtung nach Rechtskraft des Urteils oder nach Eidesleistung **6 843**. — Ausübung des Fragerechts zur Beseitigung einer zu unbestimmten Fassung **5 818**. — über leere Vermutungen (Ausforschungseid) **5 818**; **6 842**. — E. über die Kenntnis e. Tatsache, wenn die Tatsache selbst nicht feststeht? **1 3, 172**; **5 817**; **6 841** (vgl. Eid); **7 823**. — über welche Tatsachen ist Eideszuschreibung zulässig vgl. Eid. — Eideszuschreibung darüber, daß e. Partei sich fortwährend Vertragsverletzungen habe zuschulden kommen lassen, ohne Bezeichnung von Zeit, Ort u. Umständen **6 842**. — E. über Genehmigung e. Rechtsgeschäfts ohne Bezeichnung der konkreten Tatsache **6 842** (s. Eid). — E. über Tatsachen, bzgl. deren ein Zeugenbeweis bereits abgelehnt wurde, weil das Gericht, auch wenn Zeuge die Behauptung bestätigte, angesichts der Sachlage seine Aussage doch nicht glauben könnte **6 842**. — E. an den beklagten Präklus darüber, daß Kläger die für sein Haus für gewisse Jahre zu entrichtenden Mietstempelbeträge bezahlt hat, zu unbestimmt **6 842**. — Verhältnis zur Geltendmachung anderer Beweismittel; Annahme d. Berufungsgerichts, daß die in 2. Instanz geltend gemachten Beweismittel erfolglos sein würden; Einfluß auf die erstinstanzliche E. **6 843**. — Nicht-erwähnen e. unzulässigen Eideszuschreibung in den Urteilsgründen **7 823**. — E. eine nicht beweispflichtige Partei **7 823**. — subsidiäre neben der Eideszuschreibung angebotenen Beweise **7 824**.

Eideszurückschreibung. — eines angenommenen Eides **1 3, 173**. — Widerruf bei Bestrafung des Gegners wegen unternommener Meineidsverleitung **1 3, 173**. — Annahme eines früher zurückgeschobenen Eides nach inzwischen vorgenommener anderweiter Beweisaufnahme **6 843**. — Widerruf d. Eideszurückschreibung, wenn die tatsächlichen Behauptungen, über die der Eid zugeschoben wurde, sich geändert haben **6 843**. — Widerruf der Zurückschreibung durch spätere Annahme **7 824**.

Eigenbesitz s. Besitz.

Eigenhändig vgl. Handzeichen, Unterschrift.
Eigenmacht verbotene s. Besitz unter Besitzentziehung oder -störung.

Eigenchaften s. Irrtum, Anfechtung, Kauf. — wesentliche E. im Sinne des § 119; Begriff **1 1, 68**; **2 1, 52 ff.**, **56**; **3 1, 36, 37**; **4 30, 31**; **5 33, 34**; **6 45, 47**. — Unterschied der wesentlichen E. nach § 119 von den gebrauchserheblichen nach § 459 **6 45**. — rechtliche Mängel keine wesentliche E. nach § 119 **6 47**. — Ursprung, Herkommen von einer Berühmtheit als „wesentliche“ E. **6 47**. — Güte einer Forderung als wesentliche E. **6 49**. — Zahlungsfähigkeit als wesentliche E. nach § 119? **1 1, 70, 227, 228**; **6 46, 48, 49** (s. Irrtum). — zugesicherte Eigenschaften; Unterschied zwischen Zuficherung u. Anpreisung **6 244**. — Geschäftsgewinn E. im Sinne des § 119 BGB.? **4 30**. — Rentabilität als zugesicherte E. **5 192**; **6 244**. — Zuficherung von E. bei Grundstücksveräußerung unter dem Formzwang des § 313 **1 1, 216**; **3 1, 155**; **4 119**. — Heilung bzgl. der neben dem formellen Vertrag formlos erteilten Zuficherung von E. eines Grundstücks **1 1, 222**; **2 1, 213**; **3 1, 156**; **5 130**. — § 363 auf den Fall der Nichtgewährung zugesicherter E. anwendbar **5 150**. — Unmöglichkeit d. Gewährung einer ausbedingten E. **3 1, 151**; **4 117**. — Betriebskosten als E. e. Maschine **5 33**. — Marktpreis als E. im Sinne des § 119 BGB. **5 33**. — Ehrlichkeit als E. nach § 119 BGB. **4 31**. — Ertragsfähigkeit als E. nach § 119 BGB. **3 1, 37**; **4 30, 31, 32**. — Ertragsfähigkeit als E. nach § 459 BGB. **1 1, 346**; **5 192**. — Fehlen e. zugesicherten, wenn auch unbedeutenden E. beim Werkvertrag **6 691**. — wesentliche E. e. Hauses (§ 119 BGB.) **3 1, 37**; **4 31, 32**. — Baureise e. Grundstücks als E. nach § 459 Abs. 2 BGB. **1 1, 346**. — Bescholtenheit: Vertragsanfechtung wegen Irrtums über die Bescholtenheit einer Person **2 1, 56**; **4 31**; **5 33**. — Haftung des Verkäufers bei Nichtvorhandensein e. zwar nicht vertraglich zugesicherten, aber arglistig vorgespiegelten Eigenschaft **7 102**. — Haftung s. Zuficherung von Eigenschaften e. Hypothek **7 130**. — Zuficherung d. Zulassung d. verkauften Aktien zur Börse **7 629**.

Eigentum.

A. Allgemeines.

1. Gegenstand des E. **3 1, 407** (elektrische Energie?) **4 324 f.** (der Luftraum oder die Luftsäule über dem eigenen Grundstück?); **6 371** (Brieftasche u. andere Gegenstände von Urheber- oder Persönlichkeitsrechten — Rechtsstellung gegenüber dem Inhaber dieser Rechte).
2. Arten. — auflösend bedingtes u. befristetes Grundeigentum **7 409**. — wideruslich. (auflösl. bedingt.) Eigentum des früheren Rechtes **1 2, 426**. — fiduziarisches E. s. Sicherungsübertragung. — sog. öffentliches **5 396**.

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

3. Grenze des E. an Grundstücken nach oben u. unten **4 324 f.; 6 372; 7 403** („Luftrecht“). — Ausschließung des Verbotungsrechtes gegenüber Einwirkungen wegen mangelnden Interesses; Art des Interesses **1 1, 550; 3 1, 407** (Anbringung von Telegraphendrähten) **4 325; 5 396**. — Einwirkung durch Luftschiffe **7 402 f.** — Beweislast **1 1, 550; 4 325**.

B. Inhalt des E. f. auch Übergang, Überfall, Überbau.

1. *Im allg. Begriff* **2 1, 544; 3 1, 76, 407, 408; 4 324; 5 396** (sog. öffentliches Eigentum); **7 402**. — Eigentum u. Vermögen **3 1, 76**. — zulässig eine nicht über die Grenzen des eigenen Grundstückes hinauswirkende Benutzung trotz Beeinträchtigung des Wertes der Nachbargrundstücke **1 1, 550**. — keine Verpflichtung, das über das eigene Grundstück mild ablaufende Wasser am Eindringen in das Nachbargrundstück zu hindern **4 324**. — Entziehung des Sonnenlichts, einer schönen Aussicht **6 371, 374; 7 405, 406**. — Entziehung der Luft **7 405, 406**. — Anspruch auf Entschädigung bei Eingriffen des Staates im Interesse des Gemeinwohles **4 536**. — Beziehungen zwischen dem E. einer öffentlichen Straße u. den Straßenanliegern **2 1, 533; 6 398, 399; 7 422**. — Beschränkung des E. durch Vorschriften des öffentlichen Rechtes; Geltendmachung von Baubeschränkungen durch den Nachbar **7 403**. — die Beschränkung privatrechtlicher oder öffentlich-rechtlicher Natur? **7 947**. — Beschränkungen, in der Verpflichtung zu einem Dulden oder zu einer Tätigkeit bestehend **4 537** (s. Nachbarrecht).

2. *Gegenüber Anlagen mit unzulässiger Einwirkung f. Anlagen*. — „Anlage“; Begriff **1 1, 553; 2 1, 547; 3 1, 410; 6 374; 7 406**. — Beispiele **1 1, 594 f.** (Erhöhung einer öffentlich städtischen Straße? Einführung einer Straße in den Weg eines anderen, Errichtung eines Reichenhauses usw.); **2 1, 547** (Aufstellen von Bienenstöcken, Straßenerhöhung, Anlegung einer Kiesgrube, die den Brunnen auf dem Nachbargrundstück versiegen macht, Wassergruben); **3 1, 409 f.** (Bienenstöcke, baupolizeilich genehmigte Anlagen, Anlagen aus der Zeit des Rechtsvorküngerers); **4 326** (Ausschüttung von Schlamm- u. Sandmassen, Änderung des natürlichen Wasserlaufs); **5 398 f.** (Straße, Bretterwand, Kohrenek einer städtischen Gasaufstalt, Fenster?); **7 406** (Stauwerk in einem öffentlichen Fluß); **3 1, 684** (konzeSSIONierte Bahn). — schädliche Einwirkung der Anlage infolge Änderung des eigenen Grundstückes **2 1, 547**. — Negativanspruch gegen die Baupolizeibehörde im Falle der Verurteilung zur Beseitigung einer von ihr genehmigten

Anlage? **4 326**. — Baum- oder Strauchpflanzung **1 1, 554**.

3. *Gegenüber Einwirkungen*. — Schutz d. Eigentums selbst in seiner Rechtsausübung u. Schutz des Eigentumsgegenstandes **1 1, 551**. — Schutz gegen menschliche Handlungen im § 903 BGB. u. Schutz gegen die von Sachen drohenden Gefahren im § 908 BGB. **5 396**. — § 906 anwendbar auf das Eindringen von Bienen? **7 403**. — Maßstab für die Erträglichkeit der Einw. **5 398**. — Wesentlichkeit der Beeinträchtigung **7 405**. — Einwirkungen v. anderen als benachbarten Grundstücken **1 1, 552**. — wesentliche, aber nur vorübergehende Beeinträchtigung **1 1, 552**. — gegenüber nicht sinnlich wahrnehmbaren, nicht körperlichen E. **1 1, 550; 3 1, 408** (Immission v. „Imponderabilien“); **7 405**. — Beispiele der körperlichen Einwirkungen u. der nicht unter § 906 BGB. fallenden sog. „idealen Immissionen“ **5 396 f.; 6 371, 374**. — Einwirkungen eines Betriebes aus einem zu dessen Ausübung veräußerten Grundstückteil auf den Restbesitz **2 1, 546; 3 1, 407; 6 95, 373 f.; 7 404 f.** — gegenüber E. zur Abwendung einer gegenwärtigen Gefahr **1 1, 550; 4 324; 7 402** (wer zum Schadenersatz verpflichtet?) **2 1, 545** (Schadenersatzpflicht, Gegenstand des Einwirkungsrechtes, Notrecht des § 904 BGB. u. strafrechtlicher Notstand); **3 1, 407** (Ersatzpflicht, Anwendung des § 904 zugunsten von Bergwerken); **5 396**. — Beeinträchtigung der Benutzungsart des beeinträchtigten Grundstücks a) im Prozeß, b) im Zwangsvollstreckungsverfahren **1 1, 552; 5 398**. — „gewöhnliche“ Benutzung **2 1, 546 (2); 3 1, 408; 7 403 f.** — Ortsüblichkeit der Einwirkungen **1 1, 552; 3 1, 408; 4 326, 342; 5 398; 6 373, 374; 7 403 f., 405**. — gegenüber den durch eine neue Fabrikationsmethode veranlaßten Immissionen keine Berufung auf eine bestehende Ortsübung **1 1, 551**. — E., die erst mit der veränderten Benutzung des eigenen Grundstückes schädlich geworden sind **1 1, 551; 6 372**. — Berücksichtigung des Zuorkommens bei widerstreitender Benutzungsart zweier Grundstücke? **1 1, 551, 552; 3 1, 408; 4 326; 5 398; 6 372**. — gegenüber der Verbreitung schädlicher Stoffe über Wiesen, die den Eigentümer in dem Gemeinbrauch eines öffentlichen Flusses zum Tränken des für die ordnungsmäßige Benutzung dieses Grundstückes unentbehrlichen Viehviehs behindert **1 1, 550**. — Geräusche **1 1, 551; 2 1, 546** (Steigerung eines bisher das zulässige Maß nicht übersteigenden Geräusches); **2 1, 546** (Wirkung des Geräusches, lärmender Vorstellbetrieb, Klavierpiel, Nachtarbeit); **3 1, 408 f.** (Kinderspielplatz, Auf-

(Eigentum)

bewahrungshalle für die Wagen einer elektrischen Straßenbahn, Schmiede); **6 374** (Hundegebell), **394** (Geräusch eines Scheibenfanthes); **7 405** (Lärm und Erschütterungen infolge Fabrikbetriebes; Berücksichtigung der Einwirkungen der Maschinen in ihrer Gesamtheit; Polizeiarrestlokal; Eisenbahnfahrkarten-Druckerei). — üble Gerüche **1 1, 550; 3 1, 409** (Küche, Schmiede). — Anspruch auf Beseitigung einer öffentlichen, auf dem Eigentum einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft stehenden Bedürfnisanstalt **1 1, 550**. — Betrieb gewerbmäßiger Anzucht, Borellbetrieb, auf einem Nachbargrundstück **1 1, 553; 3 1, 409; 4 326; 5 397; 7 404**. — Beeinträchtigung durch einen Schießstand **1 1, 553**. — durch Sprengung **5 412**. — Verunreinigung eines Baches, dessen Wasser zu einer Fabrik benutzt wird, durch eine städtische Kanalisation **1 1, 553**. — Verunreinigung von Gewässern im Gebiete des rheinischen Wasserrechtes **2 1, 547**. — des Wassers von Privatflüssen durch Fabrikabwässer **5 398**. — Zuführung verunreinigten Wassers **3 1, 408; 5 397; 2 1, 566; 7 403, 405**. — Zuführung von Abgasen aus Fabrikrösten **1 1, 553**. — der aus einer Küche kommenden Dünste **3 1, 409**. — Betrieb einer Schmiede (Rauch, Lärm, Geruch) **3 1, 409**. — Zuführung von Funken **1 1, 553; 3 1, 409; 4 326** (Betrieb einer Kleinbahn; Schadensersatzpflicht ohne Verschulden). — Verschlechterung des auf dem Nachbargrundstücke sich sammelnden Wassers durch eine auf dem eigenen Grundstück angelegte Leitung **1 1, 553**. — Versiegen eines Brunnens infolge Entziehung des Grundwassers durch den Nachbar **5 396; 2 1, 547; 6 372**. — Erlaubniserteilung an d. Nachbar, seine Abwässer in einen Graben fließen zu lassen, der vom Grundstücke des Erlaubenden auf das eines anderen weiterfließt **2 1, 566**. — im Falle der Zuführung durch eine besondere Leitung **1 1, 552** (Art der Leitungsbefestigung einer Grunddienstbarkeit für die Leitung); **5 397** (Begriff der Leitung); **7 405**. — störend. Fabrikbetrieb vor 1900, § 906 BGB. anwendbar? **1 1, 553**. — Anwendung der §§ 906, 1004 BGB. auf Einwirkungen vor 1900? **1 2, 419, 425, 426**. — desgl. der §§ 1006, 1007, wenn der Kläger vor 1900 Besitz erworben hat **2 1, 791; 3 1, 696**. — vertragmäßige Einschränkung oder Ausschließung des gesetzlichen Beseitigungsanspruchs **5 397**. — Verjährung des Beseitigungsanspruchs **5 397**. — Tabularerfüllung gegenüber dem Beseitigungsanspruch **5 397**. — f. auch unter Ansprüche aus dem Eigentum, II. Klage wegen Beeinträchtigung des E.

4. Gegenüber Vertiefungen des Nachbargrundstückes. — Dauer der Vertiefung **1 1, 555; 2 1, 547; 7 406**. — Art u. Wirkung der Vertiefung **5 399**. — Art u. Inhalt des Anspruchs aus der Vertiefung **1 1, 555; 2 1, 547** (was für Sicherungsmaßregeln?); **4 327** (Beseitigung der Vertiefung, Vorkehrungen zur Beseitigung der Gefahr, Verschulden, Beweislast); **5 399; 6 374; 7 406**. — Anspruchsgegner (der Vertiefende oder der Eigentümer des vertieften Grundstückes?) **1 1, 555; 5 399; 7 406**. — Berechtigung des Vertiefenden, das gefährdete Nachbargrundstück zur Vornahme der Beseitigungsarbeit zu betreten? **3 1, 410**. — § 909 BGB. Schutzgesetz i. Sinne des § 823 BGB.? **1 1, 474; 2 1, 547; 3 1, 410** (f. unerlaubte Handlung).

5. Gegenüber der Gefahr des Einstützens v. benachbarten Gebäuden **4 327**. — „Wert“ im Sinne des § 908 **6 374**.

C. Ansprüche aus dem E.

I. Übergangsrecht. — vor 1900 begründete dingliche u. persönliche Ansprüche **1 2, 428**. — vor 1900 auf Grund des im Grundbuch eingetragenen E. erhobener Anspruch **1 2, 426**. — vor 1900 verübte Störungen **1 1, 553; 1 2, 419, 425, 426; 2 1, 791**. — Anwendung der §§ 1006, 1007 BGB., wenn der Kläger vor 1900 Besitz erworben **2 1, 791** (f. **3 1, 696**). — vor 1900 erhobene Klage; Erlaß des Urteils erster Instanz vor 1900 **2 1, 792**.

II. Ansprüche auf Herausgabe. — Voraussetzung des Anspruchs **1 1, 623; 2 1, 563**. — kein Anspruch des Eigentümers als solcher auf Entschädigungsgelder, die ein Dritter aus Grund einer nur für sich abgeschlossenen Versicherung ausbezahlt erhalten hat **7 418**. — dingliche oder persönliche Natur des Anspruchs **4 339**. — Verhältnis zu dem Anspruche wegen Besitzentziehung **1 1, 623; 6 392**. — Verhältnis zu den obligatorischen Ansprüchen auf Rückgabe, Wiederverschaffung, Geldersatz aus Vertrag oder unerlaubten Handlungen **2 1, 563 f.; 6 392, 393**. — die Herausgabepflicht **5 411**. — Rechtsnachfolge in den Anspruch, Rechtswirksamkeit eines Urteiles f. d. Rechtsnachfolger **1 1, 623**. — Wirkung der Rechtskraft des Urteils im vindikationsprozeß **4 339**. — Anspr. des grundbuchmäßigen Eigentümers bezügl. des Grundstücks; Verjährung des Anspruchs **1 1, 549**. — Passivlegitimation des mittelbaren Besitzers **1 1, 622; 6 392**. — bei gleichzeitiger Verlangung des mittelbaren u. unmittelbaren Besitzers **1 1, 623**. — Passivlegitimation des fictus possessor, desjenigen, qui desuit possidere **1 1, 623**. — Passivlegit. des Inhabers u. Besitzdieners **1 1, 623**. — Passivo-

legit. nur des unrechtmäßigen u. des bloß zurückbehaltungsberechtigten Besitzers ? 2 1, 563 f.; 6 392. — Passivlegit. des Empfängers unbestellt übersandter Waren 1 1, 509 f. — Bezeichnung der einzelnen herauszugebenden Sachen, nicht e. Inbegr. 1 1, 624; 4 339 (f. Anspr. gegen den Besitzer auf ein Verzeichnis u. Leistung des Offenbarungseides). — Klagebegehren des Fahrnispfand Eigentümers gegen den Verpfänder 5 411. — Klageantrag auf „Herausgabe oder Erstattung des Wertes“? 3 1, 113; 7 418.

1. Einrede der Berechtigung zum Besitz. — Einwendungen aus obligatorischen Verpflichtungen des Klägers — exceptio rei venditae et traditae — Stellung des Besitzmittlers u. des mittelbaren Besitzers 1 1, 624 f.; 7 418. — Voraussetzungen und Arten des Rechtes zum Besitz 2 1, 564; 3 1, 425; 6 392 f.; 4 340. — Berufung auf das Pfandrecht gegenüber der Pfandherausgabeklage des Eigentümers 5 411. — Einreden aus dem Recht zum Besitz gegenüber dem Konkursverwalter 5 411; 7 418. — Einwendungen des Besitzers im Falle der Übereignung durch Abtretung d. Herausgabeanspruches 1 1, 625; 2 2, 564. — Rechtsstellung des besitzenden Käufers gegenüber dem dritten Erwerber des Grundstücks 6 391 f. — Erteilung der Betriebsgenehmigung gegenüber dem Anspruch auf Herausgabe eines widerrechtlich zum Bau einer Privatbahn verwendeten Grundstücks 3 1, 425.

2. Beweislast. — Eigentumsvermutung zugunsten des Besitzers: Widerlegung 1 1, 624. — Beweislast für das eingewendete Recht zum Besitz 6 392. — bezügl. des Umfangs u. Wertes der gezogenen Nützungen u. bei Ansprüchen wegen Vernachlässigung der Sache oder der Nützungen 4 339. — Beweislast für die Behauptung, daß Zubehörstücke des Grundstücks dem Kläger nicht gehören 1 1, 623.

3. Die Ansprüche nach §§ 987—993. — Nebenforderungen z. Eigentumsanspruch 7 418.

4. Herausgabe der Nützungen 6 391. — Beweislast, über deren Wert u. Umfang u. ihre Vernachlässigung 4 339. — Erstattung des durch Bewohnen des herauszugebenden Hauses ersparten Betrages 1 1, 625. — Übergangsrecht 1 1, 625.

5. Schadensersatz für Verschlechterung. — Haftung des Pfandgläubigers 1 1, 625; 2 2, 565. — Konkurrenz der Ansprüche des Pfandgläubigers u. Pfandeigentümers 5 411. — Redlicher — unrechtlicher Besitzer 6 393. — Schadensersatzpflicht auf Grund der bloßen Aufforderung zur Freigabe? 1 1, 625. — Bösgläubigkeit infolge der Klageaufstellung? 4 340. — Verzug gegenüber dem ding-

lichen Herausgabeanspruch 2 1, 564. — Haftung bei eigenmächtiger oder strafbarer Besitzerlangung 1 1, 625; 4 340; 5 411. — bei Besitzerlangung ohne eigenen Willen 2 1, 564. — Haftung des unrechtl. Besitzers auch außerhalb eines Prozesses 7 418. — Anwendbarkeit des § 823 4 340; 6 393. — Erfaßansprüche des Vertragsgläubigers 4 340; 6 393. — Übergangsrecht 1 1 625.

6. Ansprüche d. Besitzers wegen Verwendungen. — notwend. Verwendungen, gewöhnliche Erhaltungskosten; Begriff 1 1, 625 f.; 3 1, 108; 6 392, 393. — Ansprüche des rechtmäßigen u. des unrechtmäßigen Besitzers 2 1, 565. — des unselfständigen Besitzers 4 341. — des Vertragspfandgläubigers 5 411. — bleibende Werterhöhung infolge der Verwendung nicht Voraussetzung des Erfaßanspruches 6 394. — wegen § 1001 nur eine natürliche Verbindlichkeit gegeben? 7 418. — analoge Anwendung des § 994 Abs. 1 Satz 2; Erfaß für andere als notwendige Verwendungen; Verzinsung der Aufwendungen 1 1, 626. — Übergangsrecht 1 1, 625; 1 2, 419, 424; 4 341. — Wegnahme (Abtrennungs-)Recht des Besitzers 1 1, 626 (Fall der Verbindung einer fremden Sache durch den Besitzer mit einer anderen fremden Sache u. des nach § 947 Abs. 1 BGB. entstandenen Miteigentums); 4 341 (Rechtsfolgen der Aneignung; Schadensersatz bei unzulässiger Wegnahme); 5 394 (Möglichkeit, zu wesentlichen Bestandteilen eines Grundstücks gewordene Sachen loszulösen u. zum Gegenstande besonderer Rechte zu machen). — Inhalt u. Voraussetzungen der Ansprüche wegen Verwendungen 4 341. — Verwendungen eines Vorbesitzers; Anspruch auf deren Erfaß; Verhältnis des Besitzers u. des Vorbesitzers 1 1, 626; 2 1, 565. — Zurückbehaltungsrecht des Besitzers 4 341 (Verhältnis zum Erstattungsanspruch); 5 412 (kein Anspruch auf Wertersatz aus dem Versteigerungserlös an Stelle des durch den Zuschlag erloschenen Zurückbehaltungsrechtes). — Geltendmachung des Erfaßanspruches des Besitzers; Folgen der Rückgabe durch den Eigentümer 1 1, 627; 2 1, 565; 4 341; 5 928. — Geltendmachung in der Zwangsversteigerung u. im Konkurs; Verbindung der den Verwendungsanspruch verfolgenden Feststellungsklage mit anderen Klagen 7 921, 922. — Befriedigung des Besitzers aus der Sache 1 1, 627 (Zustufung zweckmäßig nicht ohne Anbieten der Sache); 2 2, 565; 5 412 (rechtl. Natur des Befriedigungsrechtes); 4 341 (kein Anspruch auf Sicherungshypothek; vollstredbarer Titel erforderlich?).

(Eigentum)

III. Klage wegen Beeinträchtigung des E. — sofortiger Widerspruch des Eigentümers gegen die Einwirkung zur Wahrung seiner Rechte erforderlich? **6 373.** — Klageveranlassung **1 1, 627 ff.; 2 1, 565; 4 342; 5 412.** — Unterlassungsklage veranlaßt, wenn infolge einstweiliger Verfügung die Beeinträchtigung seit Monaten unterblieben ist? **1 1, 551.** — veranlaßt, trotz dem Versprechen des Besf. die Beeinträchtigung zu unterlassen? **1 1, 629.** — Besorgnis der Wiederholung **1 1, 551, 629; 5 412; 7 405;** bei einer vor 1900 erbobenen Klage **1 2, 425.** — Recht auf Urteil trotz Beseitigung auf Immission während des Prozesses? **1 1, 552, 628; 7 405.** — Verschulden des Störenden nicht vorausgesetzt **1 1, 628; 3 1, 426; 5 412;** desgl. nicht die Entstehung eines materiellen Schadens **3 1, 426.** — Anspruch auf Beseitigung der Einwirkungen begründet in § 903 BGB., durch § 906 nicht begründet, sondern teilweise ausgeschlossen **5 397.** — Verzicht des Eigentümers auf die Ansprüche aus §§ 906, 1004 BGB. zugunsten noch unbekannter Nachbarn **6 148.**

1. Aktive Legitimation **3 1, 426.** — des Mieters? **4 326.** — unabhängig vom Besitz **1 1, 627.** — Übergang des Beseitigungsanspruchs auf den Rechtsnachfolger im Eigentum **1 1, 627.**

2. Passive Legitimation **1 1, 628; 3 1, 426; 5 412.** — im Falle der Beeinträchtigung durch den Mieter **1 1, 551, 628; 2 1, 296, 565; 3 1, 409, 426.** — im Falle des Zusammenwirkens mehrerer Immissionsquellen verschiedener Eigentümer **6 372 f.** — bei Störung im Auftrag eines anderen **1 1, 627.** — unabhängig vom Besitz **1 1, 627.** — bei Störung durch die Benutzung einer von einer Gemeinde geschaffenen Kanalisation oder sonstigen Anlage **1 1, 629.**

3. Klageanspruch **3 1, 426; 6 372.** — nicht Unterfügung des störenden Betriebes, sondern Anordnung von Vorkehrungen, die den Betrieb ohne Störung ermöglichenden **1 1, 627; 5 397; 6 372; 7 405.** — Unterfügung des Haltens der schädlichen Anlage oder Beseitigung ihres mangelhaften Zustandes? **1 1, 554, 555; 7 403.** — Recht auf Vorrichtungen gegen künftige Störung **1 1, 628.** — Beseitigung der Beeinträchtigung auf Kosten des Beeinträchtigenden **1 1, 627;** auch bei unverhältnismäßig hohen Kosten **1 1, 629; 2 1, 566.** — Beseitigung der Pfandmarken nach Aufhebung der Pfändung **1, 1 627.** — Wiederherstellung des früheren oder eines gleichwertigen Zustandes **1 1, 629; 3 1, 426.** — Wiederherstellung des früheren Zustandes nach § 1004 nicht Schadens-

erfaß **1 1, 160; 2 1, 136.** — § 251 Abs. 2 BGB. nicht anwendbar **1 1, 160.** — Anspruch auf Schadenersatz (auch ohne Verschulden?) **1 1, 628; 2 1, 546, 565; 3 1, 406 f., 409; 4 324; 5 398; 6 372, 373, 394; 7 404, 419.** — Schadenersatzklage aus § 26 GewD. **1 1, 628; 4 924; 6 372, 374.** — Anspruch bei unzulässiger Ausdehnung der Ausübung einer Dienstbarkeit **7 418.** — Klage auf Feststellung des Nichtrechts des Besf. **1 1, 627.** — Klageänderung, Klagenverbindung **1 1, 627; 2 1 565; 5 412.**

4. Einrede der Unvereinbarkeit des Klageanspruches mit dem Betriebe des Gewerbes **1 1, 628; 7 405.** — der Verpflichtung zur Duldung der Störung **1 1, 629; 2 1, 566; 7 419.** — daß der Kläger sich selbst zu schützen verpflichtet sei, daß der Beklagte die bestmöglichen Vorkehrungen getroffen habe **7 405.** — exceptio doli gegen den Kläger, der beim Teilverkauf seines Grundstückes zu einem bestimmten Betriebe die Störung voraussetzte **6 95** (s. auch E. unter Inhalt des E. gegenüber Einwirkungen).

5. Beweislast für die Behauptung, daß e. Einwirkung zulässig sei **1 1, 551; 2 1, 547; 3 1, 409; 4 325; 5 398; 7 405 f.** — daß der Eigentümer kein Interesse an der Ausschließung der Einwirkung habe **1 1, 550.** — des klagenden Eigentümers, daß sein Recht keinen Schranken unterworfen ist **3 1, 407.** — für die Störung, nicht aber für das Nichtrecht des Beklagten **1 1, 627.** — selbständige Würdigung der Beeinträchtigung durch das an polizeiliche Anordnungen nicht gebundene Gericht **4 326.**

6. Urteilsformel **7 403.** — Bezeichnung der zur Abwendung der Störungen geeigneten Vorkehrungen im Klageantrag oder in der Urteilsformel? **1 1, 551, 628 f.; 2 1, 547, 566; 5 398.** — Verurteilung zur Herrichtung von Schutzvorrichtungen trotz Einstellung des schädigenden Fabrikbetriebes **5 399.**

7. Zwangsvollstreckung s. diese. — aus einem Urteil auf Unterlassung der unzulässigen Einwirkung **5 397.** — Bezeichnung der zwangsweise durchzuführen den Abwehrmaßregeln **5 412.**

IV. Aufschung u. Wegschaffung von Sachen aus fremden Grundstücken **5 412.**

V. Eigentumsfeststellungsklage **1 1, 624.**

VI. Klage auf Unterlassung der Entziehung **5 411.**

D. Erwerb u. Verlust des E.

I. Allgemeines. — Erwerb für noch nicht existierende Personen? **3 1, 398.** — für eine gegründete, aber noch nicht eingetragene Aktiengesellschaft, Vertretung bei der Auflassung **4 330.** — an Schuld-

schienen u. anderen Rechtsurkunden s. Schuldschein. — Erwerbsbeschränkungen für Knappschäftsvereine **3 1, 415; 6 378 f.** — rheinische Landgemeinden **3 1, 415.** — für Kirchengemeinden **4 331.** — für unter der Verwaltung u. Aufsicht katholisch-kirchlicher Organe stehende Wohltätigkeitsanstalten **5 403.** — für außerdeutsche Versicherungsgesellschaften in Preußen **6 379.** — in Württemberg die „katholischen Kirchenpflegen“ fähig, Eigentum an Grundstücken zu erwerben? **5 404.** — landesrechtliche Veräußerungsbeschränkungen für Grundstücke **2 1, 773; 6 591.**

II. Erwerb u. Verlust des E. an beweglichen Sachen.

1. Übertragung. — Traditions-system — Vertragssystem **1 1, 580.** — keine anderen Erwerbarten als die im Gesetze vorgesehenen **2 1, 551.** — die zivilrechtlichen Grundsätze maßgebend für das Strafrecht **4 332.** — Verhältnis des dinglichen zum obligatorischen Vertrag **1 1, 581 f.; 3 1, 416; 4 333** (Unfittlichkeit der Zwecksetzung, Dissens über die causa, Kenntnis des Erwerbers von der Ermangelung der causa, Nichtverwirklichung des Zwecks der Übereignung, Bedingungen des kausalen Verpflichtungsgeschäftes, dispositive Natur des abstrakten Prinzips bei der Fährnisübereignung, zwingende Natur bei der Grundstücksübereignung).

a) Die Einigung. — rechtliche Natur, Erfordernisse, Befügung einer Bedingung **1 1, 582 f.; 2 1, 551; 3 1, 416.** — Zustandekommen der Einigung beim Warenkauf **4 332; 5 404 f.** — Einigung u. Übergabe, Verhältnis zueinander, Einfluß von Willensmängeln **1 1, 582, 584; 2 1, 551; 4 332.** — Eigentumsübergang durch einen Realvertrag auch im Falle des constitutum possessorium u. der Abtretung des Herausgabeanspruches **3 1, 417.**

b) Mitwirkung von Vertretern bei der Einigung u. der Übergabe. — Offenheitsprinzip; Eigentumsübergang auf den Vertreter oder auf den Vertretenen? **1 1, 102, 584 ff.; 2 1, 82, 83, 551; 4 332.** — Mangel der Erkennbarkeit des Vertretungswillens **1 1, 105.** — Übereignung von Geld durch Postanweisung **3 1, 416 u. 5 404** (s. auch constitutum possessorium).

c) Übergabe. — ihre Erfordernisse **4 311; 5 376, 405; 3 1, 416 f.; 7 413 f.** — Einzelfälle **1 1, 588; 6 383; 7 413** (beim Gattungskauf). — Übergabe in dem Zurückhalten einer Summe auf Grund der eheberlichen Rechte **5 406.** — Einräumung des Mitbesitzes genügend? **1 1, 587.** — Einräumung des Eigenbesitzes; ü. bei bedingter oder betagter Eigentumsübertragung; Ausnahme von dem Erfordernisse der Ü. **1 1, 583; 3 1, 416.** —

besonderer Übergabeakt erforderlich bei Übereignung zwischen Ehegatten? **5 405; 2 1, 552.** — *traditio brevi manu* **3 1, 416; 4 332** (unmittelbarer Besitz des Erwerbers erforderlich); **5 404; 7 413** (s. auch constitutum possessorium). — Eigentums-erwerb durch Einverleibung in ein Inventar **3 1, 240.** — bedingte Tradition, Eigentumsübertragung in die Zukunft **1 1, 583 f.** — Übergabe der Sache an den Mandatar zur Übertragung auf den Mandanten **4 54.**

d) Ersetzung der Übergabe durch Abtretung des Herausgabeanspruches. — Kritik des Gesetzes **1 1, 593.** — rechtliche Natur des Anspruchs auf Herausgabe u. der Abtretung des Anspruchs **1 1, 593, 594; 4 334; 6 384.** — Anspruchsabtretung nach § 931 u. Übereignung mittels handelsrechtlicher Dispositionspapiere **4 334.** — Übergang des Eigentums mit den der Eigentumsflage des Veräußerers entgegenstehenden Einreden **1 1, 593.** — Ersetzung der Übergabe durch Abtretung des Herausgabeanspruches, Eigentumsübergang ohne Verwirklichung des Herausgabeanspruches **1 1, 593 f.** — Übergang des E. mit der Überweisung des Herausgabeanspruches des Schuldners an Zahlungskonten auf den Gläubiger, wenn der Schuldner zur Übereignung einer im Besitz eines Dritten befindlichen beweglichen Sache verpflichtet ist **4 334.** — § 931 anwendbar nur auf individuell bestimmte Sachen **1 1, 593;** nicht anwendbar auf beschlagnahmte Einziehungsktüde **2 1, 553;** auf verlorene Sachen **3 1, 417.** — anwendbar, wenn d. Dritte nur Besitzdiener? **1 1, 594.** — wenn die Sache in niemandes Besitz **1 1, 593.** — Übergabe eines von Mietern bewohnten Gebäudes nicht zu ersetzen durch Abtretung des Anspruchs gegen die Mieter auf Rückgabe der Wohnung **6 384.** — Anweisung des Eigentümers an d. unmittelbaren Besitzer, fortan zugunsten eines Dritten zu besitzen **1 1, 594.** — Übereignung von Expeditionsgut durch Abtretung des Herausgabeanspruches nach § 931 oder nur Anweisung an den Expeditur nach § 783 BGB. ? **1 1, 594.** — Zusendung einer Faktura mit dem Vermerk „Lagern zu Ihren Verfügung bei H.“ **6 678.** — Ersetzung der Übergabe durch Abtretung des Herausgabeanspruches, Erklärung des Abtretungswillens in jeder schlüssigen Weise **6 384; 7 414.** — Ausfertigung eines Anteilscheines durch den legitimierten Empfänger eines Konnossements **4 334.** — Abtretung d. Anspruchs auf Herausgabe des Hypothekenbriefes durch Abtretung der hypothekarisch gesicherten Forderung? **2 1, 553.** — Vollziehung der Abtretung nach §§ 398 ff. BGB.,

(Eigentum)

ausgewonnen § 400 4 334. — Mittheilung der Abtretung an den unmittelbaren Besizer geboten? Wirkung der Herausgabe an den Veräußerer **1 1, 594.** — § 931 BGB. nicht anwendbar, wenn der Anspruch auf Vorlegung des Hypothekenbriefes zur Abzweigung des dem Gläubiger nicht zustehenden Hypothekenteiles abgetreten wird **7 414.**

e) **Besondere Fälle.** — Übereignung von stehenden Früchten s. Früchte. — Übergang des E. an den vom Gastgeber dem Gaste gebotenen Speisen **4 332.** — a. Briefen (Briefbogen usw.) auf d. Empfang. **6 383.** — an einem Wanddepot **6 383; 3 1, 416.** — an Waren, die statt des verstorbenen Firmeninhabers dessen Handlungsbevollmächtigter in Empfang nimmt **6 383.** — an gepfändeten Sachen im Falle des § 825 ZPO. **4 332; 5 405.** — Übereignung beweglicher Sachen bei Übergang eines ganzen Vermögens **1 1, 587.**

f) **Erwerb vom Nichteigentümer.** — Vergleich mit dem früheren Recht **1 1, 594.** — derivativer u. originärer Erwerb **1 1, 596.** — Gründe für die unterscheidende Behandlung der anvertrauten u. der abhanden gekommenen Sachen (Publizitätsgedanken und Gewährschaftsgedanken) **4 334 f.** — Vergleich mit den Erfordernissen des gewöhnlichen Eigentums-erwerbes **1 1, 594 f.** — Übergabe u. Besitz-erlangung oder Abtretung eines Herausgabeanspruches §§ 933, 934 BGB., Kritik des Gesetzes, Beweislast für den Eigenbesitz **1 1, 601.** — verlangt § 934 die Erlangung unmittelbaren Besitzes? **7 415.** — Ausschcheidung des veräußerten Anteiles aus einer Sachgesamtheit **2 1, 553.**

g) **Guter Glaube.** — sein Wesen **1 1, 595; 3 1, 417; 4 335.** — Entschuldbarkeit des Rechtsirrtums **1 1, 596; 6 385; 7 414.** — grobe Fahrlässigkeit **1 1, 597** (Begriff; Gegensatz zu §§ 259 ff. StBG.; Erfundigungspflicht, Beweislast;); **3 1, 418** (Begriff); **2 2, 205; 6 385** (Annahme von Wertpapieren ohne Kupons und Talons).

h) **Wirkung des guten Glaubens.** — er erseht nur das Eigentum des Veräußerers, heißt nicht andere Mängel des Rechtsgeschäftes, erseht nicht den Erwerbgrund **1 1, 594.** — Wirkung a. beim Erwerb vom „nichtberechtigten“ Eigentümer aa. bei mangelnder Verfügungsbefugnis infolge gesetzlicher oder behördlicher (gerichtlicher) Veräußerungsverbote BGB. §§ 135, 136, Konturseröffnung, Einsetzung eines Nacherben, Bestellung eines Testamentsvollstreckers, Anordnung einer Nachlassverwaltung, auch gegenüber eherechtlichen Verfügungs-

beschränkungen? ββ. bei Revokabilität des Eigentums infolge von Bedingungen u. Zeitbestimmungen. γγ. im Fall des § 325 ZPO. δδ. im Fall des § 142 Abs. 2 BGB. **1 1, 597; 5 406.** β. beim Erwerb vom Nichteigentümer. αα. Erwerb vom Nichteigentümer im Glauben an dessen Eigentum, Erwerb im Glauben an die Richtigkeit eines Erbscheins, einer Todeserklärung. ββ. Erwerb vom Nichteigentümer im Glauben an dessen Verfügungsgewalt, analoge Anwendung der §§ 932, 936? **1 1, 599f; 2 1, 553; 5 406.** — Erwerb eines Nachlassgegenstandes von einem Miterben **5 406.** — Erwerb von einem Vertreter; Glaube an das Eigentum des Vertreters oder des Vertretenen? **1 1, 596; 5 406; 3 1, 417.** — § 932 nicht anwendbar bei Erwerb ipso iure, bei gesetzlichem Pfandrecht, Verfügungen im Wege der Zwangsvollstreckung oder Arrestvollziehung **1 1, 600 f.** — guter Glaube des Aufsteigerers bei Verfeigerung nicht dem Schuldner gehöriger Sachen **1 3, 273.** — anwendbar beim Erwerb nach § 825 ZPO.? **6 385.** — analoge Anwendung d. § 932 bei Beurteilung zur Abgabe einer Willenserklärung (Eigentumsverschaffung) **1 1, 601; 1 3, 306, 307.** — § 932 anwendbar beim Erwerb unmittelbar oder mittelbar vom Gemeinschuldner? **1 1, 598, 601;** bei Verfügungen der Frau über das Eigentum des Mannes **6 385;** beim Erwerb von dem Bevollmächtigten des Nichteigentümers, bei gesetzlicher Vertretung u. Verfügungen in eigenem Namen über fremdes Gut? **3 1, 417 f.;** b. Erwerb durch eine gegen § 334 StPO. verstoßende Veräußerung? **1 1, 601.** — guter Glaube an das Auswahlungsrecht des Veräußerers bei der Veräußerung des Anteiles an einer Sachgesamtheit **2 1, 553; 2 2, 205.** — dolus malus superveniens **2 2, 205.** — Bedeutung der §§ 932 ff., 1007 BGB. für die Anwendung des § 263 RStGB. **2 1, 553.**

i) **Rechtsverlust Dritter infolge der Veräußerung.**

a. **Allgemeines.** — Fortbestehen eines beschränkten Rechts an einer nicht dem Eigentümer, sondern dem Inhaber dieses Rechtes abhanden gekommenen Sache; dingliche Rechte des Vertreters beim Vertretenserwerbe **1 1, 605.** — Pfandrecht des Vermieters u. Verpächters **1 1, 605; 3 1, 418; 6 385.** — Belastung mit dem Wegnahmerecht eines Dritten; Anwendung zum Erwerbe keine Verwendung auf die Sache **4 335.** — Ersahforderung gegen die Konkursmasse bei Verlust des Pfändungspfandrechtes dadurch, daß der Schuldner die Pfandsache vor dem Konkurs verkauft hat **2 1, 554.** — Wahrung der Rechte des unmittelbaren Besitzers, auch

wenn der unmittelbare Besitzer Eigentümer ist **4 335**.

β. **Beigestohlenen, verlorenen oder sonst abhanden gekommenen Sachen.** — „abhanden gekommen“ **1 1, 601 ff.; 3 1, 418; 4 335; 5 709.** — Geschäftsfähigkeit des den Besitz Verlierenden von Bedeutung? **1 1, 602 f.; 2 1, 553.** — Abhandenkommen in den Fällen des mittelbaren Besitzes u. der Besitzdienerschaft **1 1, 603 f.; 2 1, 553; 5 709; 7 415.** — „verlorene Sachen“ **2 1, 553 f.** — gestohlen, eine unter Benutzung gestohlener Abfälle hergestellte Sache? **5 406.** — Geld, Metall-, oder Papiergeld, auf den Namen ungeschriebene Inhaberpapiere **1 1, 604.** — Inhaberpapiere, die ohne Willen des Ausstellers in Verkehr gelangen, oder wegen fehlender staatlicher Genehmigung nichtig sind; Inhabermarken **5 406.** — Erwerb gestohlener Inhaberpapiere von dem gutgläubigen ersten Erwerber verschafft schlechthin Eigentum auch dem bösgläubigen **1 1, 604.** — Eigentumserwerb an Sparfassenbüchern **1 1, 605.** — § 935 BGB. u. Art. 74 WD. **6 385.** — an gepfändeten, vom Schuldner nach Entfernung der Pfandmarken an einen gutgläubigen Dritten verkauften Sachen **5 856.** — Erfasanspruch gegen den gutgläubigen Erwerber gestohlener Sachen, wenn er sie weiterveräußert hat? **4 335.** — Anspruch der öffentlichen Leihanstalten auf Erstattung der Verpfändungssumme? **4 335.** — Recht der Übergangszeit gegenüber § 935 BGB. **1 1, 605; 1 2, 425, 426; 2 1, 792.**

2. **Erklichung** s. dort.

3. **Verbindung, Vermischung, Verarbeitung.** — Verbindung, Vermischung u. Verarbeitung wirksam als bloße Tatsache ohne Rücksicht auf die Geschäftsfähigkeit dessen, der sie vornimmt **2 1, 554 f.; 6 386.** — ohne Rücksicht auf die Kenntnis des Erwerbenden **1 1, 607.** — die von ihnen bewirkte Rechtsänderung definitiv **2 1, 554.** — Verbindung; Begriff **2 1, 554** (Zusammenhang mit §§ 93, 94 BGB.); **1 1, 607** (Verbindung von Bauwerken). — Verwendung von Sachen auf Sachen ohne Verbindung **3 1, 418.** — Zusammentreffen von Verbindung u. Verarbeitung **2 1, 554.** — Wirkung der Verbindung **2 1, 555.** — Eigentum an der Grenzmauer **6 385 f.** — Hauptsache; Begriff **2 1, 555;** bei Geldstücken **6 386.** — Fortbestehen des Besitzes **2 1, 555.** — Wirksamkeit abweichender Vereinbarungen **2 1, 555; 6 386.** — Vermischung; Unterschlagung durch Vermischung, Unterschlagung der gemeinschaftlich gewordenen Sache durch den Miteigentümer **1 1, 607.** — Vermengung von Geldstücken zweier Eigentümer **6 386.** — Vermengung von ge-

pfändeten u. nicht gepfändeten Sachen desselben Eigentümers **7 415.** — Verarbeitung, Kritik des Gesetzes **2 1, 555.** — Verarbeitung oder Umbildung? **7 415.** — rechtl. Natur der Verarbeitung; Geschäftsfähigkeit des Verarbeitenden erforderlich? **1 1, 607 f.; 2 1, 555; 6 386.** — Stellvertretung b. d. Verarbeitung **1 1, 102, 607, 608; 6 386.** — Spezifikant im Sinne des § 950 der Arbeitsherr, derjenige, für dessen Rechnung die Verarbeitung erfolgt **4 336; 6 386; 1 1, 608.** — unmittelbarer Eigentumserwerb durch diesen **4 53.** — unmittelbarer Eigentumserwerb durch den Besteller bei Verarbeitung auf Grund eines Werkvertrages **1 1, 396; 2 1, 373, 377, 382, 383.** — Eigentumserwerb u. Fehllerei an Sachen, die durch Verarbeitung gestohlenen Materials hergestellt sind **1 1, 603.** — Bedingungen u. Termine, abweichende Vereinbarungen ausgeschlossen **6 386.** — Verarbeitung fremden Stoffes auf Grund eines Vertrages **3 1, 418.** — unter Umständen Miteigentum an dem verarbeiteten Stoff? **1 1, 608.** — Verbaden fremden, unter Eigentumsvorbehalt gekauften Mehles **1 1, 608.** — Beschreiben u. Bedrucken fremden Papiers **1 1, 608; 6 386.** — Verarbeitung des Stoffes durch dessen Eigentümer **1 1, 608.** — Erwerb des Verfügungsrechtes an Energien, die unter Verwendung fremder Hilfsmaterialien neu hergestellt sind **7 415.** — Ausgleichung des Rechtsverlustes; Rechtsverlust infolge der Vorschriften der §§ 964 ff. **2 1, 556.** — kein Rechtsverlust bei Erlangung von Miteigentum an dem Gemenge oder Erzeugnis **4 336.** — Wiederherstellung des früheren Zustandes? **2 1, 556.** — Untergang des Eigentums an der verkauften Sache trotz § 455 **1 1, 344.** — Wegnahmerecht **4 336, 337; 5 406; 3 1, 418; 6 387; 7 415 f.** — Wegnahme, wenn die Verbindung nicht von dem Besitzer der Hauptsache bewirkt worden ist **2 1, 556.** — Geldanspruch **2 1, 556.** — Anspruch auf öffentlich beglaubigte Abschrift der Schuldscheinigung neben dem Vergütungsanspruch? **6 386.** — Besondere obligatorische Ansprüche neben dem dinglichen Ansprüche **2 1, 556.** — Bereicherungsanspruch beim Grenzmauerüberbau **6 387.** — Bereicherung des Grundstückseigentümers durch die Aussaat fremden Saatgutes **2 1, 556.** — Mator als wesentlicher Bestandteil eines Gebäudes; Herausgabe, Wegnahme, Vergütungsanspruch? **2 1, 556; 5 907; 6 942.** — Erfasanspruch des Lieferanten einer mit Eigentumsvorbehalt gelieferten, mit dem Anwesen zwangsweise versteigerten Sache gegen den aus dem Erlöse befriedigten Hypothetgläubiger oder den

(Eigentum)

Ersther 5 406; 6 946. — Rücktritt oder Schadensersatz wegen Verzugs in der Spezifikation 3 1, 162.

4. Erwerb von Erzeugnissen u. sonstigen Bestandteilen einer Sache. — Grundgedanke der Vorschriften des BGB. 1 1, 610, 614. — die Trennung wirksam als Naturtatsache, nicht als Handlung 2 1, 557. — die Besitzergreifung: Art u. Weise der Besitzergreifung; Rechtshandlung, nicht Rechtsgeschäft 2 1, 557; 6 388. — Erwerb des gutgläubigen Eigenbesizers: Anspruch auf Ausgleichung? 1 1, 610; — Kritik des Gesetzes 2 1, 557. — Eigentumserwerb des Nießbrauches an den Zins-, Renten- oder Gewinnanteilscheinen 1 1, 610. — Eigentum an der Perle in der Auster, Anfechtbarkeit der Veräußerung der Auster 4 336; 5 407. — Fruchterwerb auf Grund obligatorischen Anspruches 1 1, 610; 7 416. — Fruchterwerb des Pächters 1 1, 611 f., 614, 615; 2 1, 558. — Gestattung der Aneignung („Gestattungsgeschäft“) 6 388. — Widerspruch der Gestattung 1 1, 610, 612, 615. — Verpflichtung zur Gestattung trotz Eintragung ins Grundbuch nicht bindend für den Grundstückserberber 4 337. — Pfändung stehender Früchte 1 1, 610 f. — Kauf von stehenden Früchten, insbesondere von Holz auf dem Stamme 1 1, 611 f.; 5 407; 4 337; 2 557. — § 956 BGB. anwendbar auf Eintäumung nur des Besitzes an ungetrennten Früchten u. Bestandteilen? 4 337. — Erwerb von Erzeugnissen u. Bestandteilen auf Grund guten Glaubens auch vom bösgläubigen Eigen-, Nutzungs- oder Nießbesitzer? 1 1, 612 ff.; 6 388. — Besitz der Mutterfische oder der Erzeugnisse oder Bestandteile als Voraussetzung des Erwerbes, ausnahmsweiser Fruchterwerb des nicht besitzenden Eigentümers 1 1, 614; 2 1, 557. — Untergang des an der Frucht bestehenden Pfandrechtes des Verpächters bei gutgläubigem Fruchterwerbe 1 1, 615. — Eigentumserwerb an Erzeugnissen u. Bestandteilen einer gepfändeten Sache 2 1, 558. — Fruchterwerb des obligatorischen Nutzungsberechtigten nach einer Beschlagnahme 7 416.

5. Aneignung. — rechtliche Natur; Geschäftsfähigkeit erforderlich? 1 1, 615; 2 1, 558; 3 1, 419; 4 337; 6 389. — Anwendung der Vorschriften über Bedingungen auf Okkupation u. Dereliktion 3 1, 419. — Besitzergreifung für einen anderen, Erwerb des Eigentums durch diesen 1 1, 615. — Aneignungsverbote auf dem Gebiete der Jagd, der Fischerei, des Vogelfangs; Schonvorschriften 1 1, 615, 616; 4 337; 6 389. — Eigentumserwerb an dem durch einen Unberechtigten er-

legten oder eingefangenen Wild 1 1, 616; 6 389. — Vollend. d. Aneignung 3 1, 419. — Eigentumserwerb des Fiskus im Falle des § 156 VerZollG. 2 1, 558. — Anwendbarkeit des § 325 ZPD. gegenüber dem Okkupanten 1 1, 616. — Herrenlosigkeit; Begriff 1 1, 617. — Herrenlosigkeit infolge Aufgabe des Mitbesizes, Aneignung durch den Mitbesitzer 1 1, 616. — Eigenbesitz an dem in einem eingezogenen Walde gehaltenen Wilde 6 388. — Dereliktion; rechtliche Natur 6 389; 2 1, 558; 3 1, 419. — Absicht, das Eigentum schlechthin, nicht nur zugunsten einer bestimmten Person aufzugeben 3 1, 419. — Art u. Weise der Aufhebung des Besitzes 2 1, 558. — Dereliktion solo animo? durch d. Erklärung, den Besitz nicht mehr haben zu wollen? 1 1, 616 f.; 3 1, 419. — einseitiger Verzicht auf das Eigentum 2 1, 559. — Eigentumsverlust trotz Fortdauer des Besitzes, Verlust des Eigentums trotz mangelnder Absicht, darauf zu verzichten 4 337. — Nicht herrenlos: der am Grabe niedergelegte Kranz 4 337. — die Hülsen der von Truppenteilen verschossenen, im Gelände liegen gebliebenen Patronen 5 407. — Tiere, wilde, gezähmte, s. Tiere. Wiensschwärm s. dort.

6. Fund s. dort. — Schatz s. dort; s. auch Aussonderung.

III. Erwerb des E. an Grundstücken s. Auflassung, Einigung. — Verpflichtung zur Übertragung, Formbedürftigkeit. § 313 anwendbar bei Auseinandersetzung einer off. H.-G. 2 2, 101. — Verpflichtung, gemeinsam ein Grundstück in der Zwangsversteigerung einzusteigern 7 917. — Vertrag über Festsetzung der Grundstücksgrenze formpflichtig (§ 313) 5 129. — vor Anlegung des Grundbuchs geschlossener Vertrag der Form des § 313 BGB. bedürftig? 1 2, 428; 3 1, 699; 4 547; 5 630 (s. Form). — Geltung des Art. 14 BayNotG. bis zur Anlegung des Grundbuchs 5 629, 630. — vor der Verwaltungsbehörde zustande gekommene Vereinbarung über G. (Bay.) 5 630. — Beurkundung des obligatorischen Vertrags durch einen nicht heftischen Notar vor Anlegung des Grundbuchs 6 596. — Abtretung des Meistgebots u. Zuschlag heilen den Mangel der Form des § 313 BGB. 7 917. — Erwerb des E. an Grundstücken nach preuß. Agrarrecht (Grundstückszusammenlegung) 3 1, 388.

IV. Aufgabe des E. an Grundstücken s. auch Grundstück berelinquiertes 1 1, 580 (Bedingung oder Befristung bei der Verzichtserklärung zulässig? Eintritt der Unwiderruflichkeit des Verzichtes; in Preußen Eintragung des Fiskus zum Erwerb erforderlich?); 5 404 (Bestellung eines Pflegers bis zur Eintragung des

neuen Eigentümers); 6 382 (Fortbestehen des Eigentums trotz Mangel eines Berechtigten?); 7 410 ff., 898. — formelle Behandlung des Verzichts im Grundbuch 7 977. — Verlust des E. an e. im Grundbuch eingetragenen Grundstück durch dauernde Überschwemmung? 7 588.

Eigentümer als Betroffener vor der Verfügung über die E.-Hypothek einzutragen? f. Betroffener.

Eigentümergebietbarkeit. — rechtl. Natur in der Zwangsvollstreckung; Neubegründung von Rechten am eigenen Grundstück 1 1, 116, 641; 2 1, 91, 569; 2 2, 462; 3 1, 428; 5 414; 6 366; 398, 1024, 1050; 7 390 f.

Eigentümergebäudehypothek f. Eigentümerhypothek. — Wesen 4 354 f.; 5 431; 7 449 ff., 462. — Wesen der künftigen E. 7 450. — Bestellung, Eintragungsbewilligung 1 1, 709; 3 1, 457. — Umschreibung der Zwangshypothek in eine E. im Falle des § 868 P.D. 1 3, 299. — Befriedigung bei Aufgabe des Eigentums nach § 928 B.G.B. 7 463. — Befriedigung durch Zwangsversteigerung oder Verwaltung im Falle des Konkurses 6 436. — Liquidierung von Zinsen im Zwangsversteigerungsverfahren auch bei Verpfändung ausgegeschlossen 4 366. — Antrag des Eigentümers auf Löschung widerrufen 6 356. — Abtretung zur Sicherung einer bestimmten Forderung 1 1, 709. — Pfändung einer Eigentümerbriefgebäudehypothek 3 1, 449; 6 424 (f. Zwangsvollstreckung). — einstweil. Verfügung auf Eintragung eines Widerspruchs nach Pfändung und Überweisung des Berichtigungsanspruchs 3 2, 581. — Umwandlung in eine Eigentümerhypothek u. umgekehrt 1 1, 709; 3 1, 458. — Anwendbarkeit des § 1180 B.G.B. 7 456.

Eigentümergebäudehypothek f. Eigentümergrundschuld, Gesamthypothek, Höchstbetragshypothek. — rechtl. Natur 1 1, 668; 2 1, 593; 3 1, 447, 433; 4 354 f.; 5 428, 431; 7 449 ff. — Unterschied zwischen E. u. Eigentümergrundschuld 4 360. — Anwendung der Vorschriften über die E. auf Höchstbetragshypotheken für Kosten u. andere Nebenleistungen 5 436. — Verfügungen des Eigentümers über eine Briefhyp. bis zur Briefübergabe 2 1, 596; 3 1, 448; 6 424; 7 437.

Entstehung der E. — welchem Eigentümer steht sie zu? 1 1, 698; 2 1, 594 ff.; 3 1, 446 f.; 4 357; 5 432; 6 420 ff. — im Falle des Miteigentums am Grundstücke 6 421 f. — durch Bezahlung des Gläubigers mit Versicherungsgeldern 1 1, 698. — im Falle der Konkursöffnung oder Beschlagnahme 4 355; 5 432; 6 425. — Entstehung der E. nach Erlöschung durch den Zuschlag ausgegeschlossen 2 2, 382. —

Einfluß der Valutierung 2 2, 382; 3 1, 448; 4 355 f. (bei der Hyp., insbes. Baugelderhypothek), 358 (bei der Grundschuld); 6 422, 965. — Zeit u. Art der Valutierung, B. nach Abtretung der Hyp. 7 451. — Entstehung der E. wegen Eintritts der Unmöglichkeit der Bedingung bei Hyp. für aufschiebend bedingte Forderungen 7 452. — Fall des Erlöschens der Forderung 6 423, desgl. bei einer Zwangshypothek 7 452. — Einfluß der Wichtigkeit der Forderung (Vordellhypothek) 5 432 f.; 6 422 f. — keine E. infolge Verzichts eines Gläubigers auf die Vormerkung des Rechtes auf Sicherungshypothek in der Zwangsversteigerung 6 948 f. — Entstehung bei Amortisationskapitalien 2 1, 583, 595; 3 1, 439; 3 2, 300; 4 356; 5 433; 6 424 f., 950, 957; 7 452, 909, 924. — Entstehung aus einer auf Grund ungültiger Einigung eingetragenen Hyp.? 1 1, 697; 2 1, 596; 3 1, 448; 5 432, 933; 6 422; 7 451 f. — aus einer unter Verletzung gesetzlicher Bestimmungen eingetragenen Zwangshypothek? 4 357; 5 432. — aus nach sachl. Recht eingetragenen Sicherungshypotheken für Kosten? 4 780; 5 916; 7 435. — Entstehung aus einer preussisch-rechtl. Anteilskaution 3 2, 312. — aus Vorzugs- u. Unterpfandrechten für Beitreibungskosten (badißes Landrecht)? 6 429; 5 916. — aus einer Zinsen- u. Kostenkaution des bayer. Rechtes? 4 361, 780 f. — aus einer Höchstbetragshypothek für Nebenleistungen infolge Verzichts des Gläubigers hinsichtlich künftiger Leistungen 5 437. — Entstehung der Hypothek allein für Nebenforderungen? 2 1, 596. — Erlöschen der Hypothek u. der persönlichen Forderung hinsichtlich der Rückstände an Zinsen u. anderen Nebenleistungen sowie Kosten 6 429. — Anspruch auf Zinsen auf Grund Pfandrechtes an einer E.? 4 793. — Verfügungsberechtigung im Falle des Bestehens von Rechten Dritter 6 429. — Umwandlung der nach einer Auflassungsvormerkung eingetragenen Hypotheken in E., wenn der Borgemerkte Eigentümer wird? 3 1, 395 f. — Umwandlung vorgemerkter Hypotheken in E. 1 1, 698; 2 1, 594; 3 1, 396; 4 319; 5 432.

Pfändung (f. Zwangsvollstreckung) 1 1, 698; 2 1, 585; 3 1, 449; 3 2, 311; 4 355, 357, 792; 5 434, 929, 930; 6 424. — Anwendung der Vorschriften über die Pfändung einer Hyp. 7 452. — Grundbuchamt. Vollzug der Pfändung bei Unrichtigkeit des Grundbuchs, Pfändung d. Berichtigungsanspruchs des Eigentümers auf Umwandlung der Sicherungshyp. in eine E. 7 452. — Erfaß der Pfändung der nicht ins geringste Gebot fallenden E. durch Erlöschpändung nach Einleitung der Zwangsversteigerung 4 791; 5 930; Verbindung dieser bei-

(Eigentümerhypothek)

den Pfändungen **6 961**. — Pfändung der künftigen **1 1, 698; 2 2, 446; 3 1, 449; 4 357 f.; 5 434**; diese Pfändung eintragungsfähig? Berücksichtigung bei Beantragung der Löschung **6 1035; 4 357 f.; 5 434**.

Rang nach der Resthypothek des Gläubigers f. **Rang**. — Rangverhältnis von Amts wegen ins Grundbuch einzutragen **2 2, 456; 2 1, 599**.

Umschreibung auf den Eigentümer geboten vor dessen Verfügung über die **H.?** **2 2, 445 f., 450; 1 1, 700 f.; 6 428 f.; 7 966**. — Grundlage für die Umschreibung **1 1, 698; 2 1, 596; 3 1, 449; 5 440; 6 1036**. — Umschreibung auf den **E.-Hypothekar** ohne Zustimmung seines Nachfolgers im Eigentum **1 1, 700**.

Verfügungen des Eigentümers vor dem Erlöschen der Forderung über die latente Eigentümergrundschuld **2 2, 446; 3 1, 448; 1 1, 698; 4 355; 5 431, 434; 6 421**.

Verwandlung der Hypothek in eine Grundschuld, wenn die **Hyp.** von vornherein der Eigentümer, nicht der Gläubiger erwirbt **1 1, 700**. — Erwerb der Forderung u. der Nebenrechte bei Befriedigung des Gläubigers durch den nicht persönl. haftenden Eigentümer **5 166**.

— Erwerb d. **H.** durch den dem persönl. Schuldner z. Befreiung von d. Schuld verpflichteten Eigentümer **4 150**. — §§ 873, 877 **BGB.** nicht anwendbar **1 1, 700**. — Eintragung der Verwandlung ins Grundbuch **1 1, 700 f.; 6 428 f.** — Nachweis der Verwandlung erforderlich? Vermutung dafür, daß der zahlende Eigentümer persönl. Schuldner sei? **1 1, 701; 5 436 f.; 7 454**. — Übernahme in Anrechnung auf den Kaufpreis keine genügende Grundlage für die Behandlung des Eigentümers als persönl. Schuldner **4 360**. — Verwandlung infolge der Aufrechnung des Erstehers als Schuldner des Kaufgeldes mit seiner Hypothekenforderung **1 1, 701**. — infolge Zeitübertragung auf den Eigentümer (Miteigentümer)? Zeilhypotheken- oder -grundschuldbrief zu bilden? **4 360 f.** — infolge einseitiger Erklärerklärung des Gläubigers? **5 436**. — keine Konfusion in der Person eines Mitverben vor Teilung des Nachlasses **1 1, 701**. — Rückumwandlung der Grundschuld in eine **Hyp.** **2 1, 599; 2 2, 466**. — Anwendbarkeit des § 1180 **BGB.?** **7 456**. — Abtretung als **Hyp.** oder als Grundschuld? **1 1, 698; 6 417, 428 f.**

Verpflichtung zur Löschung für den Fall ihrer Entstehung. — Vormerkung des Anspruchs auf Löschung. — Grund für die gesetzl. Zu-

lassung der Löschungs Vormerkung **2 1, 600**. — Verpflichtung gegenüber dem Gläubiger der betreffenden Hypothek **1 1, 701; 2 1, 600; 6 429**. — desgl. gegenüber einem am Grundstücke noch nicht dinglich Berechtigten **5 438, 915**. — Übertragbarkeit des Anspruchs auf Löschung **1 1, 301**. — Wirksamkeit der Löschungs vormerkung in allen Fällen der Vereinnigung von Hypothek u. Eigentum **2 1, 600; 6 430**. — Sicherung des Geldgebers bei Abstoßung alter **Hyp.** durch eine neue durch Löschungs vormerkung **7 456**. — Vereinbarung nach § 1179 **BGB.** bei Amortisationshyp. **5 437**. — Beschränkung der Verpflichtung auf den Fall ganzen oder teilweisen Ausfalls einer Nachhypothek **6 430**. — Wortlaut der Bewilligung der Löschungs vormerkung **3 1, 453; 6 429**. — Anwendbarkeit der Vorschriften über Vormerkungen **7 456**. — Eintragung der Löschungs vormerkung **2 1, 600**. — Passivbeteiligter **2 2, 420**. — Löschungs vormerkung zugunsten des Gläubigers einer Hypothek, Löschung oder Umschreibung der Vormerkung gleichzeitig mit der **Hyp.** des aus ihr berechtigten Gläubigers? (subjektiv-dinglicher Charakter der **B.**) **3 1, 453; 5 437 f.; 6 430**. — Vorlegung des Hypothekenbriefes zum Vermerk der Vormerkung **1 1, 702; 2 1, 600; 4 361; 5 437; 7 456**. — Wirkung der Vormerkung, Verfügungen über die **E.**, Umschreibung der **Hyp.** auf den Eigentümer, trotz der Vormerkung **6 366, 430 f.; 7 455 f.** — Beteiligung des Eigentümergrundschuldners am Verteilungsverfahren trotz Löschungs vormerkung? **4 780, 794; 7 927 f., 929 f.** — Wirksamkeit der Vormerkung gegenüber dem Rechtsnachfolger im Eigentum oder in der Hypothek **2 1, 600; 6 430**. — Geltendmachung des Anspruchs aus der Vormerkung in der Zwangsversteigerung **3 1, 453; 4 779 f.; 5 438; 6 431**. — Vormerkung zur Sicherung des Anspruchs auf Löschung der Hypotheken vormerkung **2 1, 600**. — Verpflichtung des Eigentümers zur Löschung für den Fall des Erwerbes der **Hyp.** nach Veräußerung des Grundstücks **1 1, 702; 2 1, 597**. — Abfindung des Vormerkungsberechtigten durch Vortrangseinräumung statt Löschung **6 949**. — Verpflichtung, eine gleich- oder vorstehende, dem Eigentümer oder einem Dritten zufallende **Hyp.** zur Löschung zu bringen **1 1, 702; 2 1, 600; 4 361**. — Vormerkung sonstiger Verpflichtungen des Eigentümers für den Fall der Entstehung einer **E.** **3 1, 453; 4 361**. — Übergangsrecht (bayer. Rang-einträumungsverzicht) **6 431**.

Verzicht auf die **E.** **5 166, 393, 914, 931**. — Verzicht auf die Verfügungs befugnis des Eigentümers über die **E.**

eintragungsfähig? **11**, 669. — Verzicht auf Geltendmachung eines Rechtes aus einer nicht voll valutierte **E. 21**, 534, 596 f.; **5** 914 f.; **7** 926. — Lösungsformel für den Fall der Nichtvaluierung einer Hyp. **7** 455. — Verzicht durch Anweisung des Ranges unmittelbar hinter dem nicht valutierte Teil einer Hyp. **7** 453.

Umwandlung in eine gewöhnliche Hypothek durch Aufgabe des Eigentums **7** 412.

Reichsrecht oder Landesrecht bei der Kur- u. Neumärkischen Ritterchaftlichen Darlehnskasse **11**, 434.

Übergangsrecht **11**, 697, 701; **21**, 596, 597; **1** 2, 426 (die preuß. **E.**); **5** 631 (Annuitätzahlungen vor 1900).

Vorgänger der **E.** in Bayern (Rangearbeitungsrecht u. -verzicht) **5** 434.

Eigentumsvermutung. — zu wessen Gunsten bei Pfändung beweglicher Sachen? im Verhältnis zwischen mittelbarem u. unmittelbarem Besitzer? **21**, 566. — zugunsten des ein Pfandrecht beanspruchenden Besitzers? anwendbar auf Schuldscheine? **3** 1, 426; **7** 419. — im Verhältnisse des Pfandgläubigers zum Eigentümer? **4** 342. — zwischen Ehegatten **21**, 566; **5** 413. — zugunsten eines Dritten, der das Eigentum des Besitzers dartun will? **5** 413. — bezüglich des auf den Namen eines Verstorbenen lautenden Sparkastenbuchs **6** 394. — im Verhältnis zwischen dem jetzigen u. dem früheren Besitzer **7** 419. — Entkräftung der Verm. **11**, 629 f.; **21**, 566; **5** 413; **6** 394; **7** 419. — unfreiwilliger Besitzverlust **11**, 630; **4** 342. — praktische Bedeutung der Vermutung für jeden auf das Eigentum einer beweglichen Sache gestützten Anspruch, Erstreckung der Vermutung auf bewegliche Zubehörfstücke, nicht aber auf Bestandteile von Grundstücken, Vermutung zugunsten des Mitbesizers **11**, 630 f. — Gefährdung des Eigentums durch die **E.** **11**, 631; **5** 413. — Übergangsrecht **21**, 566, 791; **3** 1, 696.

Bezüglich der ehelichen Mobilien (§ 1362 BGB.). — Übergangsrecht, Anwendung des Art. 199 GG/BGB. **12**, 432 (vor oder nach 1900 in den Besitz der Gatten gefommene Mobilien); **21**, 799; **6** 458. — Anwendung des Art. 199 GG/BGB. in am 1. I. 00 anhängigen Prozessen? **12**, 432. — Vertrag auf Außerkraftsetzen des § 1362 **12**, 38; **6** 458. — mittelbarer oder unmittelbarer Besitz eines Ehegatten **12**, 38; **6** 458. — Anwendung des § 1362 bei einem Prozeß eines Gläubigers des Ehemanns mit einem Dritten über das Eigentum einer im Besitz eines Ehegatten befindlichen Sache **12**, 38. — Anwendung des § 1362, wenn die tatsächlichen Verhältnisse, auf, denen die

Vermutung beruht, zur Zeit der mündl. Verhandlung, auf die das Urteil ergeht, nicht mehr vorhanden sind **6** 458. — Anwendung des § 1362 Abs. 2 nur bei Sachen, die nach den Verhältnissen des konkreten Falles objektiv u. subjektiv für den persönlichen Gebrauch der Frau bestimmt sind **12**, 38. — Verhältnis des § 1362 zu § 1006 BGB. **12**, 38, 39; **6** 458. — Wirkung der Vermutung des § 1362 Abs. 1 für voreheliche Gläubiger des Mannes **12**, 39. — keine Anwendung des § 1362 Abs. 1 zugunsten des Mannes im Verhältnis zu seiner Frau oder deren Gläubiger **12**, 39. — keine analoge Anwendung des § 1362 Abs. 1 zugunsten solcher, die, ohne Gläubiger zu sein, ein Interesse haben, das Eigentum des Mannes geltend zu machen **12**, 39. — Anwendung des § 1362 Abs. 2 auf nicht im Besitze der Frau befindliche Sachen? **12**, 39. — Widerlegung der **E.** **12**, 39. — Anwendung des § 1362, wenn die Frau allein die Ehemohnung gemietet hat **12**, 39, 40. — Wegfall der Vermutung bei berechtigtem Vorkenntleben der Frau **12**, 40. — Anwendung d. § 1362 Abs. 1 bei vereinbarter u. im Güterrechtsregister eingetragener Gütertrennung **6** 458. — Anwendung des § 1362 Abs. 1, wenn die Ehefrau Eigentümerin des von den Eheleuten bewohnten Hauses ist **6** 458. — fällt eine Nähmaschine unter § 1362 Abs. 2? **12**, 40. — Kostenpflicht des im Widerspruchprozeß gegenüber der Frau unterliegenden Gläubigers des Mannes **12**, 40. — Anwendung des § 1362, wenn der Gläubiger, um sich Gegenstände d. Zwangsvollstreckung gegen d. Mann erst zu verschaffen, aus dessen Recht gegen die Frau vorgeht **6** 458 (2). — Widerlegung der Vermutung durch das Güterrechtsregister? **5** 477. — Verhältnis des § 1362 Abs. 1 zu § 45 R.D. **21**, 617; **22**, 498; **32**, 266. — Bedeutung des § 1362 Abs. 1 für den Strafrichter **21**, 617. — Anwendung des § 1362 Abs. 2 auf die einem selbständigen Erwerbsgeschäft dienende Sache? **6** 458.

Eigentumsvorbehalt f. Kauf, Möbelleihe, Abzahlungsgechäft. — an Bestandteilen oder Zubehör eines Grundstücks; Eintragung ins Grundbuch **22**, 403; **4** 830; **6** 33. — an einem gelieferten Werk **5** 24 (elekt. Lichtanlage); **11**, 344. — an Maschinen **5** 20, 21, 23, 24 (f. Maschinen, Bestandteile). — Sicherung des Maschinenlieferanten durch Abschluß eines Mietvertrags an Stelle des Kaufs unter **E.** **6** 206. — mittelbarer Besitz des Veräußerers an der unter **E.** veräußerten Sache? **11**, 522; **4** 313; **5** 379. — geschehener Eigentumsverwerb nicht rückwärts aufzuheben durch bloße Vereinbarung eines

(Eigentumsvorbehalt)

Eigentumsvorbehalt **11**, 590, 592; **21**, 551. — Erfüllungspflicht des Verkäufers bei Verkauf unter **E.** **6** 142. — Pfändung der unter **E.** verkauften Möbel beim Käufer; **3** 2, 578, 579; **4** 750; **5** 878; **6** 888, 891 (s. Zwangsvollstreckung). — Pfändung der unter **E.** verkauften Sache durch den Verkäufer u. Eigentümer? **21**, 559; Wirkung einer solchen Pfändung insbesondere gegenüber dem Pfandrecht d. Vermieters **6** 298. — Verkauf unter **E.** in Kenntnis des Käufers **5** 946; **6** 983, 985. — Verkauf unter **E.** f. auch Kauf. — Geltendmachung eines vor 1900 begründeten **E.** bei Untergang des Eigentums nach **BGB.** **3** 1, 696. — **E.** bis zur Zahlung d. Kaufpreises bei nach 1900, aber vor Anlegung des Grundbuchs geschlossenen Immobilienverträgen **3** 1, 699. — kein Wiederaufleben eines schon nach dem alten Recht infolge Verbindung erloschenen **E.** wegen der abweichenden Bestimmungen des neuen Rechts **5** 627.

Gilbrief. — rechtzeitige Annahme e. durch **E.** gemachten Vertragsangebotes **3** 1, 51 (f. Vertrag).

Gilfsachen. — Pflicht zur schnellen Erledigung von Gilfsachen in Bureaus **3** 1, 133. — Verzögerung d. Ausführung e. Eilauftrags durch d. Gerichtsvollzieher **5** 115.

Ginahrt, gemeinschaftliche, in der württ. Grundbuchpraxis **6** 1021.

Einsfügen i. **E.** des § 94 **BGB.** **21**, 32; **3** 1, 28; **4** 25; **5** 23, 24 (f. Bestandteil).

Einfuhrverbot. — Einfluß eines Einfuhrverbots f. ausländisches Fleisch auf einen im Ausland zu erfüllenden Kaufvertrag über Fleisch, das zur Einfuhr bestimmt ist **21**, 762; **3** 1, 677.

Eingangszeit. — der Anträge in Grundbuchsachen — Beurkundung in Preußen durch den Grundbuchbeamten **3** 2, 152.

Eingemeindung. — Anwendung des § 419 **BGB.**? **7** 188.

Eingriffsrechte. — Wesen **21**, 71.

Einheitshypothek. — Vereinigung mehrerer Hyp. (Eigentumsgrundschulden) zu einer einheitlichen zulässig? **6** 357; **5** 384, 983; **7** 391 f. (Erteilung eines Briefes über die mehreren Hypoth. desselben Gläubigers auf demselben Grundstück).

Einigung f. Differenz, Eigentum. — Erfordernis d. **E.** für das Zustandekommen e. Vertrags **11**, 92, 93 f. — sachenrechtl. **E.** ein Rechtsgeschäft? **4** 27. — § 138 **BGB.** auf die sachenrechtl. **E.** nicht anwendbar **11**, 86. — Anwendung d. § 185 **BGB.** **11**, 120; **21**, 93; **3** 1, 61. — Einreichung e. Privatvertrags schafft keine bindende **E.** i. **E.** d. § 873 **BGB.** **11**, 217. — vorläufige Eintragung e. dinglichen Last in Erwartung späterer **E.** **11**, 116. — beiderseitiger Irrtum bei der **E.**

11, 80. — Rechtzeitigkeit d. Anfechtung **3** 1, 37. — Wirkung d. Anfechtung des Kaufgeschäftes wg. Willensmangels auf d. **E.** **3** 1, 36. — keine Schadenshaftung ans § 122 **BGB.** bei e. nichtigen oder anfechtbaren sachenrechtlichen **E.** **11**, 72.

Einigung nach § 873 BGB. f. auch Eigentum, Erwerb u. Verlust. — rechtl. Natur, inwieweit insbesondere den Bestimmungen über Verträge unterworfen? **11**, 527 f.; **21**, 530 f., 532; **3** 1, 387; **4** 315; **5** 381, 382 (§ 133 **BGB.** für die Auslegung anwendbar im Verhältnis der Vertragsschließenden unter sich, für die Wirkung der Eintragung gegen Dritte §§ 892, 893 **BGB.**); **6** 354 f. — Anwendung der Grundstücke über Verträge zugunsten Dritter? **7** 390. — keine teilweise Nichtigkeit der **E.** **4** 315. — Nichtigkeit wegen beiderseitigen Irrtums **11**, 80. — kein Irrtum über Eigenschaften der Person oder Sache bei der **E.**, wohl aber über die Person u. den Vertragsgegenstand **4** 315. — begründet die **E.** als dingl. Vertrag den Anspruch auf Erfüllung, d. h. auf Erklärung der notwendigen Eintragungs- oder Löschungsbeurteilung? **11**, 527 f.; **21**, 531, 532 f.; **3** 1, 387; **4** 315; **5** 381; **7** 391. — Verhältnis des dingl. Vertrages zur Eintragung, Eintragungsbewilligung u. zum Eintragungsantrag; Eintragung auf Grund des dingl. Vertrages ohne Erklärung der Eintragungsbewilligung? **11**, 529; **21**, 530 f., 532 f.; **4** 315; **5** 381, 382. — Wirksamkeit der **E.** ohne die Eintragung? **21**, 533 f.; **3** 1, 387 f.; **4** 315; **6** 355. — Erwerb kollidierender Rechte zwischen **E.** (Auflassung) u. Eintragung, Sicherung hiergegen **21**, 533 f. — **E.** nach der Eintragung **11**, 530; **2** 2, 422; **4** 835. — Verfügungen über Grundstücksrechte vor Eintragung des Verfügenden (wirksam infolge Einwilligung des Berechtigten oder nachträglicher Eintragung?) **21**, 534; **5** 382. — Inhalt der **E.**; Gebrauch bestimmter Worte nicht erforderlich **11**, 529. — Darlegung des zugrunde liegenden Geschäftes nicht nötig **11**, 529. — Verhältnis zum obligatorischen Grundgeschäft, Berücksichtigung von Mängeln des letzteren bei der Prüfung des dingl. Geschäftes? **11**, 530; **21**, 530; **3** 1, 387 f.; **4** 315, 333; **5** 382 (Unstimmigkeit u. dadurch begründete Nichtigkeit des dingl. Geschäftes?); **6** 355. — Anwendung der für den dingl. Vertrag gegebenen Formvorschriften auf das obligator. Grundgeschäft? **21**, 531; **3** 1, 388; **6** 355 f. — Protokollierung der vor dem Grundbuchamt abgegebenen **E.**-Erklärung zu deren Wirksamkeit erforderlich? **11**, 529; **3** 1, 388. — Beglaubigung der dem Grundbuchamt eingereichten **E.**-Erklärung zu deren Wirksamkeit erforderlich? **11**, 529; **3** 1, 388. — Widerruflich-

keit der E. u. Unwiderrücklichkeit des obligator. Grundgeschäftes 2 1, 532. — Gebundenheit an die E. 2 1, 533 (Wirkungen); 3 1, 388; 4 315 ff. (Unmöglichkeit einer Eintragung trotz bindender E.; Formfreiheit einer im Einverständnis der Beteiligten vorgenommenen, den veränderten Verhältnissen angepaßten Ausführung des Vertrages); 5 383 (die formlose E. nichtig, aber heilbar; Zweck u. Wesen der Ausständigung der Eintragungsbewilligung; Bindung eines Vollmachtgebers durch den Generalbevollmächtigten); 7 391. — Nachweis der E. gegenüber dem Grundbuchamt im Falle der Auflassung u. bei der Bestellung oder Übertragung eines Erbbaurechtes, gesetzgeberischer Grund für die Forderung dieses Nachweises 2 2, 421. — besondere Eintragungsbewilligung neben der E. erforderlich? 2 2, 422; 3 2, 155; 4 835. — Prüfung der Wirksamkeit der E. 2 2, 422. — Ablehnung der Eintragung trotz Entgegennahme der Auflassung 2 2, 422.

Einkaufsvollmacht u. Kauf auf Borg 4 54.

Einfindschaft. — Übergangsrecht; Anwendung d. Artt. 209, 214 EGBGB. 1 2, 448; 2 1, 806; 4 554. — vor 1900 geschlossener Einfindsvertrag bei Eheschließung nach 1900 4 554. — teilweise Erzielung ihrer Wirkungen durch Erbvertrag 2 1, 734. — Einfluß der E. nach fränkischem Landrecht auf die erbrechtliche Stellung der eingefindschafteten gegenüber den Stiefgeschwistern 6 522. — teilweise Erreichung d. Wirkungen d. E. durch Adoption der Stiefkinder 2 1, 668. — Erbrecht 4 432.

Einkommensteuer s. Aktiengesellschaften, Steuern. — Recht des Vormunds zu e. Abzug nach § 9 I. 3 PrEinfStG. bei freiwilliger Selbstverpfllegung d. Mündels 4 438. — Bedeutung d. Diensthilfe e. Kindes nach § 1617 BGB. für die Steuererschätzung des Vaters 2 1, 643; 4 397; 5 487 (s. eheliche Kinder). — Abzug von gewährten Ausstatten u. Ausstattungen (s. diese) 4 401. — Haftung d. Vaters f. d. E. d. Kindes; Berücksichtigung des freien Kindesvermögens 1 2, 120 (s. Kindesvermögen). — Anrechnung des vom Kinde im fremden Gewerbebetrieb erworbenen, dem Vater als Vergütung f. Kost u. Wohnung gegebenen Verdienstes auf die E. des Vaters 3 1, 512. — Auslobungspreise als Erträge „gewinnbringender Beschäftigung“ 3 1, 281. — Abzug der an Vorstand oder Geschäftsführer gewährten Lantienem vom steuerpflichtigen Einkommen e. Aktiengesellschaft oder GmbH. 6 656. — aus dem Erlös e. verkauften Aktienbezugsrechts 7 653. — Gemeinde-E.; Frage des Wohnsitzes 4 2; 5 3.

Einfassungsfrist. — Säumnis des ohne Einhaltung der E. geladenen Beklagten;

neuerliche Ladung 1 3, 84. — Einfluß der Gerichtsferien 3 2, 430, 442.

Einrede s. exceptio . . . , prozeßhindernde Einrede. — Begriff 1 1, 128 ff.; 2 1, 99, 100, 3 1 64, 80; 4 60; 5 62. — Bedeutung 2 1, 100. — Unterscheidung von E. im Sinne des BGB. u. E. im Sinne der ZPO. 4 60. — rechtsverfolgende, rechtsverteidigende, anspruchsverneinende 3 1, 65, 80, 81. — rechtsverneinende Einreden 3 1, 80, 81. — rechtsverneinende Einreden 2 1, 100; 3 1, 64; 4 60. — rechtshemmende E. 5 62. — peremptorische E. 1 1, 88, 129; 2 1, 100. — aufschiebende 1 1, 128. — „Ausnahmeeinreden“ 2 1, 169. — Einreden aus fremden Rechtsverb., Zulässigkeit u. Fälle 2 1, 115; 3 1, 64, 79, 80. — E. u. Anfechtungsrecht 2 1, 100; 5 62. — Anfechtung durch E. 2 1, 73. E. u. Widerrechtlichkeit 5 62. — E. u. Fälligkeit 2 1, 167. — Regredienten-E. 3 1, 65. — E. d. Schuldners aus entgegenstehendem eigenen Interesse 2 1, 200 f. — E. der Notwehr 1 1, 140. — Stundungs-E? 2 1 100; 3 1, 64; 4 60. — Geldförmmachung 2 1, 100; 4 60. — einseitiger Verzicht auf e. E. 2 1, 102. — Aufrechnung gegen einredebehaftete Forderungen 1 1, 278, 290; 3 1, 179; 5 156. — Aufrechnung mit einredebehafteten Forderungen 1 1, 290; 2 1, 242; 3 1, 182; 4 139; 156 (s. Aufrechnung).

Einrichtung im Sinne des § 258 BGB. 1 1, 107; 3 1, 109; 4 91 (vgl. Wegnahmerecht).

Einschreibebrief. — „Zugehen“ nach § 130 BGB. 3 1, 44 (s. Zugehen). — Kündigung durch gewöhnlichen statt durch E. 5 214.

Einsicht des Grundbuchs s. Grundbucheinsicht.

Einstellung der Zwangsversteigerung, Zwangsvollstreckung s. Zwangsversteigerung, Zwangsvollstreckung.

Einstweilige Verfügung vgl. Arrest. — Anwendung der ZPO. auf das Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit? 5 894. — einstweilige Einstellung e. einstweiligen Verfügung nach §§ 707, 719 ZPO. 1 3, 239, 315; 5 848, 853; 6 875, 927; 7 854, 885, 887. — Verhältnis der e. W. zu Anordnungen auf einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung 1 3, 233, 255, 318; 5 895 (vgl. Zwangsvollstreckung im allgemeinen D.). — Einfluß der Kostenentscheidung in d. Hauptsache auf die Kosten der e. W. 6 1160. — Kostentcheid im Beschluß über e. W. 1 3, 318, 319; 5 895 (Natur des Kostentseides, wenn es zu einem Hauptprozeß nicht kommt); 7 886. — Entscheidung über die Kosten der e. W. im Hauptprozeß? 7 886. — Schadenersatzpflicht bei Aufhebung e. e. W. (§ 945 ZPO.) s. Arrest, prozessuales Verschulden. — e. W. bei Gefährdung d. Anspruches nicht durch den Schuldner, sondern durch einen Dritten? 6 929. —

(Einstweilige Verfügung)

Widerspruch gegen e. nur für die Dauer des Hauptprozesses erlassene e. B., wenn während des Widerspruchsverfahrens der Hauptprozeß rechtskräftig erledigt wird 6 927. — e. B. Vollstreckungshandlung im Sinne des § 208 Ziff. 5 BGG. 2 1, 101. — schlechte Vermögenslage Voraussetzung für e. e. B. zur Sicherung von Individualleistungen? 7 886. — Einrede der rechtskräftig entschiedenen Sache bei Wiederholung eines zurückgewiesenen Antrags 7 886. — wiederholtes Einbringen d. Antrags in 1. Instanz, während der Streit über das den Antrag zurückweisende Urteil in der Berufungsinanz schwebt 7 886. — Erlaß e. in Osterreich zu vollziehenden e. B. 7 886. — kein Hinausgehen über die Parteianträge 7 888. — Voraussetzung für Abstanbnahme von mündlicher Verhandlung 3 2, 602; 7 887. — Beschwerde gegen die Anordnung der mündlichen Verhandlung? 1 3, 313; 3 2, 602; 4 764. — Würdigung eines nach § 935 gestellten Antrags unter dem Gesichtspunkt des § 940 4 763. — Glaubhaftmachungspflicht bei Stellung des Antrags auf e. B. nach einer mündlichen Verhandlung 4 764. — Erlassen e. e. B. ohne mündliche Verhandlung in einem nicht dringenden Fall; Beschwerde 4 764. — Ablehnung des Antrages, die e. B. ohne mündliche Verhandlung zu erlassen; Beschwerde 5 895. — Voraussetzungen für Erlaß einer e. B. zum Schutze eines Anspruches auf reines Unterlassen 5 894. — Berücksichtigung der Interessen des Schuldners bei e. B. nach § 940 5 895.

V o l l z u g. — für den Vollzug zuständiges Gericht 7 887 (s. unten). — Zustellung als Vollzug 7 885, 887. — Eintragung einer Sicherungshypothek 1 3, 319; 7 889, 890. — Anordnung e. Zwangsverwaltung im Sinne des ZVG. zum Vollzug einer e. B. 7 888. — Vollzug einer die Sequestation eines Grundstückes anordnenden e. B. 1 3, 319; 3 2, 603 (Zuständigkeit zur Ernennung des Verwalters u. zur Bestimmung seiner Befugnisse); 4 764; 6 930. — Vollzug einer e. B. auf Zahlung von Unterhaltsrenten 3 2, 602; 4 763 (Anwendung des § 929 Absf. 2?); 7 885 (2). — „freies Ermessen“ hinsichtlich der Zwangsmittel für Verwirklichung der e. B.? 1 3, 319; 3 2, 602. — keine Strafandrohungen über den im § 890 ZPD. gesteckten Rahmen 3 2, 602, 639; 4 764; 6 923. — Aussprechen einer Strafe, wenn eine bewußte Zuwiderhandlung nicht festzustellen ist? 4 764. — können durch die e. B. einem anderen als dem Antragsgegner Pflichten auferlegt werden? 4 764; 6 929. — Regelung der Besitzverhältnisse an ausländischen

Sachen 1 3, 319. — Eintrag einer Vormerkung oder eines Veräußerungsverbotens bei e. B. zur Sicherung eines Anspruchsanspruches gegenüber einem Grundstücke? 5 895. — Eintragung ins Grundbuch; Prüfungspflicht des Grundbuchrichters 1 3, 321; Beschwerde des Prozeßgerichts bei Ablehnung 1 3, 321. Beschwerde-recht der Partei 1 3, 321. — Grenzen des „freien Ermessens“ des Gerichts hinsichtlich der Vollzugsanordnungen 6 929. — kein Gebundensein des Gerichts an den Antrag hinsichtlich der Anordnungen 6 930. — Erinnerungen gegen die Art u. Weise des Vollzuges einer der Forderungspfändung entsprechenden e. B. 5 895 (zuständiges Gericht). — Vollzug e. einstweiligen Verfügung auf Vorlage e. Hypothekenbriefes beim Grundbuchamt 4 756; 5 884. — Zeitpunkt d. Vollzuges e. ein Gebot oder Verbot enthaltenden e. B. 7 885. — Zeitpunkt des Inkrafttretens einer e. B. 3 2, 601, 602 (insbesondere bei e. B. auf Vormerkung zur Sicherung eines Eintragungsanspruches). — Erlaß e. Zurück-schaffungsgebots seitens d. Berufungs-gerichts an Stelle des vom Erstrichter erlassenen Wegschaffungsverbots 7 888. — Offenbarungseid auf Grund einer e. B. (s. diesen) 7 866. — analoge Anwendung des § 929 Absf. 2 1 3, 316; 3 2, 601, 602 (2); 4 763; 6 928; 7 885. — Anwendung des § 930 Absf. 1 Satz 3 bei Forderungspfändung? 1 3, 316, 317; 3 2, 602; 5 894. — vorläufige Einstellung des Vollzuges (vgl. Arrest, Zwangsvollstreckung in allg. D) 6 927; 7 887. — Vollzug des e. Forderung betreffenden Veräußerungsverbotens; Zustellung an den Drittschuldner? 7 887. — Vollzug einer das Betretungsrecht e. offenen Handelsgesellschaft übertragenen e. B. 7 885. — Anwendung des § 930 Absf. 1 bei einer e. B. auf Versteigerung von Gegenständen 7 885. — Voraussetzung f. d. Antrag auf Löschung e. Vormerkung wegen Nichtinhaltens der Frist des § 929 7 885. — Anwendbarkeit des § 932 Absf. 3 auf den Fall der Eintragung e. Vormerkung auf Grund e. e. B. 7 886, 889, 890. — Vollzug in Osterreich? 7 886.

Aufhebung einer e. B. — Aufhebung e. e. B. auf Unterlassung bei Wegfall der Befürchtung fernerer Behauptung 6 927. — Aufhebung einer einstweiligen B. durch eine andere e. B.? 1 3, 319; 5 895. — Erziehung durch eine andere e. B. nach Widerspruch 4 764. — Aufhebung durch Beschluß? 1 3, 320. — Aufhebung gegen Sicherheitsleistung wegen „erheblichen Interesses“ des Schuldners? 3 2, 603. — Aufhebung gegen Sicherheitsleistung bei Vormerkungen nach § 648 und § 885 BGG. 3 2, 603. — Grund der nur ausnahmsweise zulässigen Auf-

hebung gegen Sicherheitsleistung 4 764. — Aufhebung oder Abweisung des Antrags wegen „wesentlicher Nachteile“ des Antraggegners im Fall des Erlasses 4 764. — Zustellung des eine e. V. aufhebenden Urteils 1 3, 248. — Aufhebung e. zeitlich begrenzten e. V., wenn zur Zeit des Schlusses der mündlichen Verhandlung der Zeitraum abgelaufen oder die Voraussetzung nicht mehr gegeben waren 6 927.

Vom Amtsgericht erlassene e. V. — Beschluß des Amtsgerichts auf Aufhebung, Beschwerde hiergegen 1 3, 322. — Pflicht des AG. auf Erlass der e. V. im Falle des § 942 Abs. 2? 3 2, 604. — Anwendung des § 942 nur, wenn es sich um eine unbewegliche oder bewegliche, individuell bestimmte Sache handelt 5 896. — Bestimmung der Frist des § 942 ZPO. durch das AG. auch in den Fällen des § 942 Abs. 2 6 931. — kein Widerspruch gegen die nach § 942 erlassene e. V. 5 897. — kann der Antragsteller, wenn das AG. mündliche Verhandlung anordnet, ohne weiteres zur mündlichen Verhandlung zur Hauptsache laden? 5 897. — kein Recht des AG. zur Fristbestimmung für Erhebung der Klage 6 931.

Verfahren über die Rechtmäßigkeit der vom Amtsgericht erlassenen e. V. — Antrag auf Wiederherstellung des früheren Zustandes 1 3, 322. — Gebühren 1 3, 322. — Ladung seitens des Antragstellers nach Ablauf der Frist, aber vor Antrag auf Aufhebung 1 3, 322; 3 2, 604; 5 897. — Erledigung des Verfahrens durch Verriedigung des Klägers? 3 2, 604. — über Einhaltung der Frist entscheidet auch bei Bemängelung im Prozeß über die Hauptsache das AG. 4 766. — wann wird das Verfahren über die Rechtmäßigkeit der e. V. rechtshängig? 5 896. — zuständiges Gericht für den Entscheid über die Rechtmäßigkeit der e. V.; für die Zuständigkeit maßgebender Zeitpunkt; Einfluß einer nachträglichen Änderung in der Zuständigkeit des Gerichts der Hauptsache; nachträgliche Bestimmung e. Gerichts nach § 36 ZPO. 5 897; 6 931. — Folgen der Bestätigung der e. V. durch das Gericht der Hauptsache 5 897. — maßgebender Zeitpunkt für die Frage der Zuständigkeit für das Verfahren über die Rechtmäßigkeit 6 931.

Zuständiges Gericht. — „Gericht die Hauptsache“ bei Verfolgung eines Unterjagungsrechtes, wenn wegen Zuwiderhandlung geg. das Unterjagungsrecht Schadensersatz verlangt werden kann 4 765. — Gericht der Hauptsache nach § 3 UntjagG. 4 765. — „Hauptsache“; Begriff 5 895. — zuständiges Gericht für den Entscheid über

die Rechtmäßigkeit einer einstweiligen Verfügung 5 897; 6 931 (vgl. oben). — Berufung gegen ein vom Landgericht erlassenes Urteil auf Wiederaufhebung einer von ihm selbst erlassenen e. V. in einer am Landgericht in der Berufungsinstanz anhängigen Sache 5 897. — zuständiges Gericht bei Stellung des Antrags zwischen Urteilszustellung und Einlegung der Rechtsmittel 3 2, 491; 6 929. — Zuständigkeit zum Erlaß der für den Zuwiderhandlungsfall zu verhängenden Strafen 5 897. — hat das Gericht, bei dem der Hauptprozeß schwebt, seine Zuständigkeit für die e. V. zu prüfen 6 929; 7 887. — Zuständigkeit, wenn die Hauptsache noch nicht anhängig ist 6 929. — für die Zuständigkeit maßgebender Zeitpunkt (Tag der Anbringung des Gesuches oder die Ladung des Gegners bei Anordnung mündlicher Verhandlung?) 6 929. — für den Vollzug zuständiges Gericht 7 887. — Zuständigkeit e. inländischen Gerichts bei einem im Ausland anhängigen Hauptprozeß 7 887.

Rechtsmittel s. oben zuständiges Gericht. — nach Erledigung der Hauptsache und dadurch bedingter Gegenstandslosigkeit der e. V. 3 2, 490. — Revision gegen ein vom OVG. auf Beschwerde gegen den abweisenden Beschluß des AG. nach mündlicher Verhandlung erlassenes Urteil 3 2, 502. — gegen die in der e. V. enthaltene Strafandrohung 7 888.

Einzelfälle. — wegen Beeinträchtigung e. bedingten Rechtes 1 1, 99. — Sicherung des Anspruchsanspruchs nach AnfG. 1 3, 318; 3 2, 603; 4 761; 5 891; 7 884, 886, 887. — Sicherung des Anspruchsanspruchs, der vom Grundstückserberwerber Duldung der Befriedigung aus dem Grundstück verlangt 1 3, 318 (3); 5 895 (Vormerkung oder Veräußerungsverbot?). — Sicherung des Anspruchsrechts des Konkursverwalters 7 886. — Fassung der e. V. zur Sicherung d. Anspruchsanspruchs auf Rückgewähr eines Grundstücks 6 928; 7 886. — e. V. auf Leistung des Offenbarungseides 3 2, 601. — Eintrag eines Widerspruchs nach Pfändung des Grundbuchberichtigungsanspruches 3 2, 581. — Sicherung des Anspruches auf Übertragung des Eigentums an einem Grundstück 3 2, 601. — Sicherung des Käufers gegen Dispositionen des Verkäufers im Widerspruch mit den Kaufvertragspflichten 1 3, 318. — Aussetzung der Erteilung des Rechtskraftzeugnisses 3 2, 536. — Anspruch des Hypothekgläubigers auf die Mieten des belasteten Grundstücks 3 2, 601 (Konkursöffnung). — e. V. auf Vorlegung einer Urkunde 1 3, 319. — zwecks Eintragung einer Gesellschaft mbH. 1 3, 319. —

(Einfweilige Verfügung)

e. B. auf Aussetzung der Eidesleistung bis zur Entscheidung über die Restitutionsklage **3 2, 601**. — Möglichkeit des Eintritts eines der Höhe nach ganz unbestimmten Nachteils **1 3, 320**. — Sicherung des Schadenersatzanspruches wegen Vollstreckung eines Wechselvorbehaltsurteils **5 891, 895**. — der definitiven Entscheidung über das zu sichernde Hauptrecht präjudizierende e. B. **1 3, 320 (2); 6 929, 930** (Entscheidung, ob Rente oder Naturalverpfllegung). — bei obligatorischen Verhältnissen von dauerndem Charakter **1 3, 320; 3 2, 603**. — Zahlung von Kurkosten **1 3, 320**. — Zahlung einer Unterhaltsrente **3 2, 602; 7 888**. — Aufhören der Ererungenschaftsgemeinschaft; Eintrag im Güterrechtsregister? **1 3, 320 (2)**. — vorläufige Aufhebung der Fahrgemeinschaft **6 930**. — Entziehung der Nutznießung u. Verwaltung des Ehemannes **7 888**. — Befreiung eines Schauspielers von der Pflicht, bestimmte Rollen zu spielen **1 3, 320**. — Löschung einer Vormerkung im Wege der e. B. **3 2, 601**. — Löschung einer Kautionshypothek **1 3, 320**. — Löschung einer Hypothek gegen Sicherheit? **3 2, 601**. — Ermächtigung des Käufers zum öffentlichen Verkauf der beanstandeten Ware? **1 3, 320; 5 396; 6 929** (bei Wandelungsklage); **6 930** (bei Auspreisklage). — Verlangen auf Austritt des Gegners aus einem Konkurrenzgeschäft **1 3, 321**. — Verbot der Beschäftigung bei einer Konkurrenzfirma während der Dauer des Dienstvertrages **5 894**. — Gebrauchsmusterfachen (Verbot der Nachbildung oder des Verkaufs) **1 3, 321; 3 2, 639, 644; 5 1066; 7 1113**. — in Patentfachen **3 2, 603** („wesentlicher Nachteil“ nach § 940); **3 2, 604** (bei erhabener Nichtigkeitsklage); **6 39; 6 930; 7 888, 1113; 5 1066**. — e. B. zum Schutz des freien Gewerbebetriebes gegen die Patentberühmung eines anderen. Glaubhaftmachungspflicht des Antragstellers; Einfluß einer vom Patentträger in umgekehrter Richtung nachgesuchten e. B. **4 761, 762** (s. **3 2, 646**); **7 888**. — e. B. gegenüber der Bezichtigung der Patentverletzung **7 1113**. — e. B. zum Schutz einer ausgelegten Patentanmeldung; Verfassung des Patents während d. Revisionsinstanz **7 1123**. — e. B. auf Zwangsverwaltung zur Sicherung eines Hypothekgläubigers bei Konkursöffnung **1 3, 321**. — Antrag des Widerspruchsbeklagten auf Versteigerung der gepfändeten Gegenstände **1 3, 321**. — e. B. gegen Vollstreckung aus einem rechtskräftigen Urteil auf Leistung aus einem nichtigen Rechtsgeschäfte **5 894**. — in Ehefachen s. Ehefachen; Verhältnis zu § 627 **1 3, 321; 3 2,**

604; 5 896 (Vorliegen der Erfordernisse des § 940, aber nicht des § 627). — Regelung des Verkehres zwischen Eltern u. Kindern **1 3, 321**. — Herausgabe der für den Haushalt nötigen Gegenstände an die Frau **1 3, 321**. — Herausgabe des Mobiliarsbringens der Frau **1 3, 321**. — Prozeßkostenvorschuß **1 3, 321; 5 839** (vgl. Ehemann). — auf Unterhalt **4 765**. — bei Klagen auf Herstellung des ehelichen Lebens **4 765** (Fürsorge für die Kinder?) — Erlaß e. teilweisen Veräußerungsverbots zur Sicherung der künftigen Zwangsvollstreckung durch Eintrag e. Zwangshypothek **7 879**. — e. B. auf Unterlassung einer Eintragung im Grundbuch? **3 2, 601**. — Vormerkung einer Sicherungshypothek nach §§ 648, 885 BGB.: Hauptklage nach Vormerkung d. Hypothek **1 1, 398; 3 2, 603; 5 252**. — e. B. auf Einstellung einer Zwangsversteigerung zwecks Aufhebung einer Gemeinschaft **3 2, 603**. — Prozeßkostenvorschußpflicht des Mannes **3 2, 603; 4 765; 5 896** (bei Mittellosigkeit des Mannes); **6 930; 7 889** (vgl. Ehemann). — e. B. trotz Vorliegens einer bedingten vollstreckbaren Entscheidung über den gleichen Anspruch **3 2, 604**. — e. B. bei längerem unbeanspruchten Bestehen des zu beseitigenden Anspruches **3 2, 604**. — keine e. B. zur Sicherung e. Geldforderung **4 764, 766**. — Vormerkung zur Sicherung des Anspruches auf Abtretung einer noch nicht veräußerten Eigentümerhypothek **4 765** (vgl. **4 751**). — e. B. auf Herausgabe von widerrechtlich gemachten Aufzeichnungen seitens eines entlassenen Angestellten **4 765**. — Unterlassung der Verbreitung wahrheitswidriger, nachteiliger Behauptungen **4 765**. — e. B. wegen des nach Beendigung der ehelichen Gütergemeinschaft eintretenden Rechtsverhältnisses (§§ 1471 ff. BGB.) **4 765**. — e. B. auf Gestattung der Hinterlegung des Mietzinses seitens des Mieters bei Streit über dessen Höhe nach § 537 BGB. **4 765**. — e. B. auf Vormerkung aus § 883 BGB. **4 766**. — Auflösung einer offenen Handelsgesellschaft **5 662**. — Ernennung oder Abberufung von Liquidatoren einer Handelsgesellschaft im Wege der e. B. **5 663, 894; 6 1110, 1111; 7 1087, 1023**. — Übertragung der alleinigen Vertretung auf einen offenen Handelsgesellschafter; Anmeldung Wahrung der Frist d. § 929 Abs. 2 ZPO. **7 614**. — Abberufung eines Liquidators einer GmbH.? **6 929; 7 887**. — Verbot des Auftretens an einen vertragsbrüchigen Schauspieler (insbes., wenn das Interesse des Antragstellers durch Konventionalstrafe des zahlungsfähigen Schauspielers gesichert ist) **2 1, 334; 5 896; 6 931**. — e. B. zur Verhinderung der

Vollstreckung eines vorläufig vollstreckbaren Urteils? 5 896. — e. B. auf Leistung von Diensten aus einem Dienstvertrag 3 2, 591. — auf Löschung einer Firma? 7 595, 596. — e. B. gegen eine unbestimmt. Gegner? 5 895. — einstweilige Anordnungen für Person oder Vermögen des zu Entmündigten durch den Entmündigungsrichter? 1 3, 228. — Verbot der Eintragung e. Kapitalerhöhungsbeschlusses einer GmbH. 7 1085. — Voraussetzung für Erlass einer e. B. zum Schutz e. Anspruchs auf ein reines Unterlassen 5 894. — Sicherung des Aufhebungsrechtes bzgl. der Schenkung eines Grundstücks seitens des Schuldners an einen Dritten 6 928. — Aussetzung aus dem Besitze eines Grundstücks; Einfluß eines Zurückbehaltungsrechtes des Gegners wegen Verwendungen 6 928, 929. — vorläufige Entziehung des ehemännlichen Vermögens- u. Nutznießungsrechtes am Frauenvermögen 6 929. — Anspruch auf e. B. bei Gefährdung des Anspruchs nicht durch den Schuldner, sondern durch Dritte? 6 929. — Versteigerung der dem Verderb ausgesetzten Ware bei Kaufpreisklage 6 930 (vgl. oben). — Bestellung eines Sequesters für ein aufgegebenes Grundstück neben dem nach § 787 ZPO. bestellten Vertreter 6 930. — Zwang gegen den Fideikommißbesitzer zur Gestattung der Besichtigung der Fideikommißgüter durch den beauftragten Kurator 6 931. — e. B. zugunsten des Schadensersatzanspruchs nach § 600 Abs. 2 ZPO. 6 100. — Erhöhung der durch Parteivereinbarung festgesetzten Anfallquote 4 878. — auf Erteilung oder Rückgabe e. Erbscheins 7 571. — Sicherung des Anspruchs auf Auflassung; Anweisung des Verkäufers zur Zurücknahme e. Eintragungsantrags auf Eigentumsverzicht 7 886. — Sicherung des Anspruchs auf Auflassung; Anweisung des Verkäufers zur Zurücknahme e. Eintragungsantrags auf Eigentumsverzicht 7 886. — Sicherung des Pfandrechts d. Vertragens nach § 623 GVB. 7 886. — Rückforderungsanspruch der im Wechselprozeß rechtskräftig verurteilten Partei 7 886, 887. — Verbot d. Anmeldung e. angeblich unzulässigen Beschlusses zum Handelsregister 7 889, 1085. — zugunsten d. dem Frachtführer wegen seiner Forderung zustehenden Pfandrechts am Frachtgut; Voraussetzung für deren Erlass 7 676. — zur Sicherung des Kostenerstattungsanspruchs vor Erlass des Urteils 7 748.

Eintragungen ins Grundbuch s. auch Mehrheit von Berechtigten, Mitbelastung.

Beherrschende Prinzipien. — Legalitäts-, Konsens- u. Antragsprinzip 2 2, 401. — Verhältnis zur Einigung, E. be-

willigung zum E. santrag; Einigung nach der E. 1 1, 529 f.; 3 1, 387 f.; 2 2, 422; 4 835. — keine formale Rechtskraft der E. 1 1, 531.

Arten 2 2, 401 (endgültige u. vorläufige; rechtsbegründende u. nur befundende).

Ungenau, undeutliche E., Schreib- u. sonstige ähnliche Versehen. — deren Berichtigung 3 2, 156; 6 1032 f., 1049; 7 971 (Unklarheit über öffentl. oder privatrechtliche Natur eines Rechts). — E. eines Hypothekenübergangs kraft Gesetzes unter Führung der neurechtl. Bestimmung statt der altrechtlichen 7 971.

Überflüssige Eintragungen. — kein Widerspruch, keine Beschwerde dagegen 7 947. — Beispiele unnötiger Einträge s. E. i. G. unter E. fähigkeit. — Wiederholte E. desselben Inhalts 7 947. **Eintragungsfähigkeit** 2 2, 402, 462; 4 844 f.; 7 397, 970. — E. eines vor 1900 vorgemerkten, im GVB. nicht anerkannten dingl. Rechts nach 1900 1 2, 417. — sächs. Erbanwartschaften als Verfügungsbeschränkungen 5 965. — desgl. französisch-rechtliche Erbanteilspfändungen 5 965. — Verfügung über einen Erbteil nach Reichsrecht? 6 1024; 2 1, 533. — ein nach früherem Rechte begründetes dingliches Wiederkaufsrecht 6 1023. — die rechtskräftige Verurteilung zur Bewilligung der Eintragung einer schon auf Grund einstweiliger Verfügung eingetragenen Vormerkung? 2 1, 539. — die Abtretung, Verpfändung oder Pfändung des durch Vormerkung gesicherten Anspruchs? 2 1, 539. — Pfandrecht einer Gemeinde an einer Eigentümergegrundschuld zur Sicherung der Verpflichtungen, die der Eigentümer durch Vertrag für die Erlaubnis übernimmt, an einer noch nicht für den öffentl. Verkehr fertiggestellten Straße zu bauen 6 1024. — Sicherungshypothek für eine auf ausländisches Geld gehende Forderung 2 2, 433. — Zugehörigkeit eines Rechts zum Gesamtgut im Gegenfaz zur Zugehörigkeit zu anderen Gütermassen 4 838. — Vollstreckungshypothek als Gesamthypothek 7 971. — E. von Strandparzellen auf den Namen einer Gemeinde 2 2, 462. — Rechtsabhängigkeit? 1 1, 546; 7 397. — das Recht der Gemeinde auf Entziehung von Grundflächen nach § 11 PrFluchtlG. 2 2, 402. — Die Kosten der E. einer Zwangshypothek 2 2, 402; 5 965; 7 437, 948 (s. Zwangshypothek). — Die Kosten der Kündigung u. der die Befriedigung aus dem Grundstück bezweckenden Rechtsverfolgung 2 2, 402. — nicht überflüssig die E. der Haftung für Kosten eines Anwalts oder Notars 7 437. — Die Be-

(Eintragungen ins Grundbuch)

stellung eines Zustellungsbevollmächtigten 2 2, 402. — die Bestimmung des Vorrangs der Resthypothek des Gläubigers vor den an den Eigentümer oder an Dritte gefallenen oder abgetretenen Teilen der Hypothek? 1 2, 413; 2 2, 402; 4 831. — Pflicht des Schuldners, über den getilgten Betrag vor Abtragung der ganzen Schuld nicht zu verfügen 1 2, 413. — im öffentl. Interesse begründete Verfügungsbeschränkungen 7 397. — Vermerk über die Notwendigkeit der Genehmigung des Aufsichtsamts für Privatversicherung 3 1, 45. — Beschränkungen kraft Güterrechts u. deren Aufhebung 2 2, 402. — Überweisung einer Hypothek zur Einziehung 2 2, 402; 6 1024. — die Bestimmung, daß die Löschung eines Wohnungsrechtes ohne Einwilligung der Rechtsnachfolger erfolgen darf 2 2, 402. — Zusatzvermerke, die nur den klaren Inhalt einer bisherigen E. wiederholen 3 2, 149. — Verpflichtung des Gläubigers, nach Erlöschen der Forderung die Löschung der Hypothek zu bewilligen 4 830. — Bestimmung, daß das Recht auch dem Rechtsnachfolger des Berechtigten zustehen soll 4 830. — Nießbrauchsrecht bis zur vollständigen Schuldentilgung ohne Rücksicht auf die Lebensdauer des Berechtigten (Antichrese) 2 2, 403. — Wohnungsrecht, für das die Regeln von der Miete gelten sollen 2 2, 403; 6 1023. — ausschließliche, vererbliche u. veräußerliche Befugnis, das Grundstück zur Gewinnung nicht verleibbarer Mineralien zu benutzen 2 2, 403. — Nutzungsberechtigung u. Unterhaltspflicht bezüglich eines Kirchhofs 2 2, 403. — Verpflichtung, Chausseeegrabenüberwege zu unterhalten 3 2, 149 (preuß. R.). — Eigentumsvorbehalt an wesentlichen Bestandteilen oder Zubehör 2 2, 403; 4 830. — Recht einer Stadtgemeinde zur Beseitigung in die Straße ragender Gebäude 2 2, 403. — die im § 4 PfandengutzG. v. 27. VI. 90 vorausgesetzten Vereinbarungen 2 2, 403. — Vorausbestimmung d. Preises beim Vorkaufsrecht 2 2, 404; 3 2, 149; 4 830. — eine von § 416 Abs. 1 Satz 2 abweichende Bestimmung 6 1024. — die in einem Gutsüberlassungsvertrag ausbedungenen Lieferungen v. Gebrauchsgegenständen? 2 1, 224. — das Mietrecht 2 1, 293; 2 2, 403; 6 1023; 7 399 (f. Miete). — Pachtrecht; Erbpacht auf 99 Jahre 7 947. — Wiederkaufsrecht 2 2, 403; 6 1023. — Verzicht a. e. gesetzl. Vorkaufsrecht 2 2, 403, 404. — Verzicht auf den einen bestimmten Betrag übersteigenden Teil einer Entschädigung nach §§ 13, 14 PrZfluchtG. 2 2, 404. — Verzicht auf Ersatz des Schadens, der dem Eigentümer aus der Anpassung seines Gebäudes an die neu festzusetzende fluchtlinienplanmäßige

Höhenlage des Bürgersteiges erwächst 3 2, 149. — Verzicht des Eigentümers auf Ersatz des möglicher Weise aus einem benachbarten Eisenbahnbetrieb entstehenden Schadens 2 2, 404. — Verzicht auf künftige Bergschadenvergütung, Verpflichtung, im Interesse des Bergbaues für zeitweise Räumung des Grundstücks zu sorgen 2 2, 404. — Verzicht des Eigentümers eines freizugberechtigten Grundstücks auf die Ansprüche aus dem Grundzug 2 2, 404. — Verzicht auf Schadensersatz wegen der auf einem Grundstücke vorgenommenen Kanalisierungsarbeiten 2 2, 404. — Beschränkungen eines Grundstückseigentümers in der Ausübung seines Rechtes auf Benutzung eines benachbarten Chausseegrabens 2 2, 404. — Verpflichtung, nur Bier aus einer bestimmten Brauerei auszuschenken 2 2, 404. — Verpflichtung des Eigentümers, an Stelle der Vormerkung keine endgültige Hypothek zu bewilligen oder der Umwandlung einer Sicherungshypothek in eine endgültige nicht zuzustimmen 2 2, 404. — rechtsgeschäftliche Verfügungsbeschränkungen f. Verfügungsbeschränkungen. — Verpflichtung des Schuldners, das belastete Grundstück nicht ohne Zustimmung des Gläub. zu verpachten 1 2, 412. — Anspruch auf Ausbau einer Straße, Kanalisation u. Herstellung der Wasserleitung 3 2, 149. — Hypothekemübernahme 1 1, 327. — Vereinbarung, daß eine Schuldübernahme nach § 416 für alle Fälle als vom Gläubiger nicht genehmigt gelten soll 7 946 f. — Unübertragbarkeit einer Forderung (Bezugnahme auf die E.bewilligung!) 5 164. — die Verpflichtungen des Gläubigers erweiternde Vereinbarungen 1 1, 691. — Verpflichtung des Gläubigers zur Abtretung der Hypothek an einen vom Eigentümer zu benennenden Dritten gegen Zahlung 1 1, 691; 2 1, 592; 3 1, 445. — Recht auf Verwaltung einer Hypothek 2 1, 580. — forst- oder baupolizeiliche Beschränkungen 2 2, 404. — öffentlich-rechtliche Lasten 2 2, 404; 4 831 (preuß. R.); 6 1024 (Kirchentrachten in Bayern); 7 947. — Öffentlichkeit eines zu einem Grundstücke gehörigen Weges 4 845. — Reallasten, die dem preuß. G. v. 2. III. 50 widersprechen 2 1, 578. — Ablösbare Lasten §§ 6, 91 Abs. 2 preuß. G. v. 2. III. 50 5 965. — Grundsteuerentschädigungsgrenze 4 158. — Grunddienstbarkeit, wonach der Eigentümer die Jagd ruhen lassen muß 6 1024. — Grunddienstbarkeit am eigenen Grundstück 1 1, 641; 6 1024 (f. auch Grunddienstbarkeit). — Verpfändung des Gesamtguteanteils in Ansehung eines Grundstücks 7 947. — Recht auf einen Schatz 1 1, 622. — Verfügungen über das Zinsgenußrecht an einer Hypothekforderung getrennt von

dieser 5 431; 6 1024. — Nießbrauch für in Gütergemeinschaft lebende Eheleute 7 971. — Goldklausel? 1 1, 663; 2 1, 581; 2 2, 433. — selbständige Nebenleistungen, die nicht Bestandteil der Hypothekforderung sind (Feuerversicherung) 4 830. — E. auf die Firma eines Einzelaufmannes? 1 1, 663; 2 1, 582. — E. auf den Namen eines nicht rechtsfähigen Vereins 2 2, 405; 7 947. — E. auf den Namen Verstorbener 2 2, 405; 5 970. — zulässig unter Umständen E. für einen noch nicht existierenden Berechtigten 4 831; 3 1, 398. — eintragungsfähig die nicht organisierten Interessensverbände des preuß. G. v. 2. IV. 87? 6 1025. — rechtsgeschäftliche Verfügungsbeschränkungen 2 2, 405; 4 830 (Abhilfe unter Umständen durch eine Vormerkung); 5 965; 6 1023 (eintragungsfähig die Ausschließung der Abtretungsbefugnis des Gläubigers); 4 830; 7 397. — Beschränkung der Geschäftsfähigkeit 2 2, 405. — Stellung unter vorläufige Vormundschaft 3 2, 149. — Beschlagnahme nach § 332 StP.D. 4 830. — Eigenschaft eines Rechts als Vorbehaltsgut 3 2, 149; 4 838 (gesetzl. Güterrecht). — Vormerkung eines durch Ehevertrag begründeten Vermächtnisanspruches vor E. des verpflichteten Erben 3 2, 149. — Pfändung der zukünftigen Eigentümerhypothek 6 1035 (s. auch Eigentümerhypothek). — Sicherungshypothek auf Grund Arrestbefehles für eine 300 M. nicht übersteigende Forderung 4 845. — Zwangshypothek als Gesamthypothek 7 971.

Datum der E. u. Unterschrift. — Bedeutung für die Vollendung der E. 2 2, 454 f.; 3 2, 163 f.; 4 843. — Zwischenverfügung nach Einschreibung, aber vor Unterzeichnung der vom Richter verfügten E. 5 980. — welcher Tag anzugeben? 2 2, 454 f.; 7 969. — nachträgliche Verbesserungen der E. 2 2, 454. — E. einer unbefugten Person, E. ohne Anordnung des Richters 2 2, 454; 3 2, 164. — Verfahren zur Prüfung der E. in Preußen 3 2, 164.

Reihenfolge mehrerer E. u. Rangvermerk. — bei welchen E. ein Rangvermerk geboten? 2 2, 455. — bei E. mehrerer außerhalb des Grundbuchs entstandener Pfändungspfandrechte? 6 1046. — E. eines Widerspruchs nach § 54 G.B.D. bei einem Verstoße gegen § 46 G.B.D.? 2 2, 455; 3 2, 164. — Rang nach d. Resthypothek des Gläubigers von Amts wegen einzutragen bei Umschreibung des Eigentümerhypothek gewordenen Teiles auf den Eigentümer 2 2, 456. — Durchführung der Vorschrift des § 46 G.B.D. im Grundbuch 6 1046. — s. auch unter E. i. G., E.santrag.

Nachholung von E. 5 981.

Eintragungsantrag. — Rechtl.

Natur 2 2, 408; 4 832 (Unterschied von der E.sbewilligung); 1 1, 529 (Verhältnis zur E., E.sbewilligung u. Einigung); 7 950 (prozessuale Natur — materiell-rechtl. Wirkungen). — Anwendbarkeit des § 181 BGB. 1 1, 115; 2 1, 91; 2 2, 431; 4 56; 5 58. — Antragsprinzip; Offizielleintragungen 2 2, 408; 5 985. — Stellung des Antrags erst durch den Notar in der Beschwerdebefrist 5 966. — Abweichung des Antrages von der E.sbewilligung 6 1027. — Entgegennahme von Anträgen und Beurkundung der Eingangszeit; ausschließliche Zuständigkeit des Grundbuchbeamten in Preußen 3 2, 152. — „Erledigung“ eines Antrages 5 967. — Form des Antrags 2 2, 407; 3 2, 151; 6 1027 f. (Antrag, enthalten in der E.sbewilligung). — Mangel des Datums 6 1027; 7 950; 6 1039; 7 962 (Antrag auf Zwangshypothek mit Verteilung der einzutragenden Forderung). — E.santrag, wenn mehrere E. gemollt sind 7 950. — Form der Vollmacht zur Stellung des E.santrags 3 2, 151; 7 962 (s. auch Vollmacht). — Antragstellung durch den Bevollmächtigten; ausdrückliche Erklärung über das Handeln namens des Vertretenen erforderlich? 7 950. — Antragsberechtigung 2 2, 408; 3 2, 151; 4 832; 6 1028; — des Fiskus im Falle der Aufgabe eines Grundstücks nach § 928 BGB. 7 950; — des Prokuristen der Zweigniederlassung einer Aktiengesellschaft 5 973. — der Konkursverwalter berechtigt, die Böschung des Konkursvermerkes zu beantragen 6 1028. — erweitertes Antragsrecht zur Grundbuchberichtigung s. Grundbuchberichtigung. — Antragsrecht des Notars s. Notar. — Entgegennahme des Antrages durch welches von mehreren beteiligten Grundbuchämtern? 6 1028.

Reihenfolge der Erledigung mehrerer Anträge. — Maßgebend die Zeitfolge des Einganges; Berücksichtigung des Datums der den Anträgen zugrunde liegenden Urkunden? 2 2, 414; 3 2, 153. — keine Berücksichtigung vollstreckbarer Schuldtitel oder von Verfügungsbeschränkungen (Anordnung d. Zwangsversteigerung) vor den früher eingelaufenen sonstigen Anträgen 6 1029; 7 899. — Einlauf einer die E. von Vormerkungen zu einer Hypothek anordnenden einstweil. Verfügung nach der auf Abtretung der Hyp. lautenden E.sbewilligung 7 952. — Böschung einer Buchhypothek auf Antrag des Eigentümers, trotzdem diesem vor Stellung des Antrages der Beschluß über Pfändung der Hypothek zugestellt worden ist 2 2, 415. — Einlauf des Antrags auf Hypothek eintragung vor dem Einlauf des Antrages, den Hypothekbesteller als Eigentümer einzutragen

(Eintragungen ins Grundbuch)

6 1029. — Anträge, die nicht dasselbe Recht betreffen 2 2, 415. — Anträge, d. keine E. bezwecken, u. sonstiger Einlauf 5 968. — „Erledigung“ eines Antrages 4 833; 5 967. — keine materiell-rechtliche Bedeutung der §§ 17, 18 GBD. 2 2, 415.

Verfahren bei Eintragungshindernissen. — Zurückweisung des Antrages oder Fristsetzung? 2 2, 415 (keine Beeinträchtigung fertiger Rechtsgeschäfte durch unfertige, zulässiger Vollstreckungshandlungen durch unzulässige); 4 833; 5 968; 6 1029, 1031; 7 952. — Zurückweisung eines auf eine schon erfolgte E. geleisteten Antrages 6 1029. — E., durch die „dasselbe Recht betroffen wird“ 5 968. — Zurückweisung eines Antrages auf Hypothekeneintragung wegen mangelnder Berechtigung des Grundbuchs auf den die Hypothek bestellenden Ersterher des Grundstücks? 5 968. — Voraussetzungen einer Fristsetzung 2 2, 415; 4 833; 6 1031. — Fristsetzung auch gegenüber Behörden 6 1030. — stillschweigende Gewährung einer vom Antragsteller selbst bezeichneten Frist zur Behebung von ihm selbst angegebener Hindernisse 3 2, 153. — Zwischenverfügung ohne Fristsetzung 6 1030. — Unterlassung der Fristsetzung oder der Auflage der Beiseitigung, Erlassung weiterer Zwischenverfügungen 7 953. — wann Vormerkung, wann Widerspruch einzutragen? 2 2, 416. — unrichtige Bezeichnung der E. i. G. (Vormerkung statt Widerspruch) 2 2, 416. — nach der Auflassung der E.santrag des Antragstellers nach § 18 Abs. 2 GBD. zu sichern, trotz Mangel eines formgültigen obl. Vertrags 3 1, 155. — Wirkung einer Zuwiderhandlung gegen § 18 Abs. 2 GBD., nachträgliche E. einer Vormerkung oder eines Widerspruchs? 2 2, 416 f. — Umwandlung der vorläufigen E. in die beantragte endgültige 2 2, 416; 6 1030 f. — Berücksichtigung der Vormerkung oder des Widerspruchs bei Würdigung des zweiten E.santrages 3 2, 152. — Prüfung der Rechtmäßigkeit des zuerst beantragten Eintrages u. Unterlassung der Einschreibung einer Vormerkung oder eines Widerspruchs unter Berücksichtigung des zweiten E.santrages? 3 2, 152. — Zurückweisung des Antrages nicht der Rechtskraft fähig 2 2, 408; 6 1030. — Erneuerung eines abgewiesenen Antrages (unter Verwendung der zu dem früheren Antrag erteilten E.sbewilligung?) 5 966; unter Bezugnahme auf den früheren Antrag u. dessen Beilagen 7 959. — teilweise Zurückweisung wegen teilweiser Unstatthaftigkeit, im übrigen Vollzug? 2 2, 413; 6 1029. — Wirkung der Zurückweisung u. der den Zurückweisungsbeschluß aufhebenden Ent-

scheidung; Verhältnis gegenüber späteren E.santrägen 6 1030; 7 953. — Abänderung einer zurückweisenden Verfügung ohne Beschwerde? 5 985. — Beschwerde wegen Zurückweisung statt Fristsetzung 2 2, 416. — Fristsetzung durch das Beschwerdegericht 3 2, 153. — Abänderung der Fristsetzung 2 2, 416. — Setzung einer Nachfrist 4 833. — Anfechtung der die Frist setzenden Verfügung trotz Fristablauf 2 2, 416. — Anfechtung der die Frist setzenden Verfügung (Zwischenverfügung) vor Fristablauf u. Ablehnung des Antrages 2 2, 416. — Kosten der Zurückweisung des Antrages erst nach der Zurückweisung, nicht mit Ablauf der gesetzten Frist zu erheben 4 833 f. — der Grundbuchbeamte an die Zwischenverfügung nicht gebunden 2 2, 416.

Zurücknahme des Antrages 2 2, 408. — Zurücknahme durch einen von mehreren Antragstellern, Zurücknahme im Fall einer bindenden Einigung 6, 1039; deren Form 2 2, 437; 4 837. — Verfahren bei formloser Zurücknahme 2 2, 437. — Zurücknahme durch den Notar u. Berechtigung hierzu 2 2, 413. — Form der Zurücknahme 4 837; 5 975.

Eintragungsantrag mit Vorbehalt. — Inhalt eines unzulässigen Vorbehaltes 2 2, 413 f.; 4 833. — Antrag des Ersterheres eines Grundstücks auf Hypothekeneintragung für den Fall, daß u. sobald auf Ersuchen des Vollstreckungsgerichts sein Eigentum eingetragen sein wird 3 2, 152; 5 968. — Abhängigmachung der Aushändigung des Hypothekenbriefes von der Löschung der vorgehenden Hypotheken 2 2, 413. — an Rechtsbedingungen geknüpfte Anträge (Antrag auf Löschung unter dem Vorbehalte des Einlaufes der Löschungsabewilligung des Gläubigers) 4 833; 5 967. — Vorbehalt der Erledigung nach einer Frist 6 1029. — Vorbeh. gleichzeitiger Erledigung, Beteiligung mehrerer Grundbuchämter 2 2, 414. — Folgerung des Vorbehaltes gleichzeitiger Erledigung aus den Umständen 2 2, 414; 4 833; 5 967; 6 1028 f.; 7 951. — Ablehnung des Hypothekeneintrags, weil die Unterwerfung unter die sofortige Zwangsvollstreckung oder der Verzicht aus § 1160 BGB. nicht gleichzeitig eintragbar 5 967. — E. des Eigentumsübergangs ohne E. d. Kaufpreishypothek 4 833; 5 967; des für den Veräußerer bestellten Nießbrauchs 6 1029. — Aufnahme dieses Vorbehaltes in die E.sbewilligung, insbes. in die Auflassung 2 2, 414.

Nachweise der Voraussetzungen der E. — keine Beweishebungspflicht des Grundbuchamtes 2 2, 406; 5 965 f. — Schaffung der erforderlichen Unterlagen für eine E. durch Vernehmung der Be-

teiligt 7 949. — Beweishebung über die Berechtigung eingetragener Berechtigter zur Führung des Adelstitels 3 2, 150. — Nachweis ausländischen Rechtes 2 2, 407. — Nachweis der Abwesenheit besonderer rechtshindernder oder -aufhebender Tatsachen 2 2, 406. — Nachweis der Geschäftsfähigkeit 7 949, 959. — desgl., daß keine Schenkung vorliegt 7 948. — Vermutungen keine Grundlage für E. 2 2, 406. — Auslegung der Urkunden, unklare oder unbestimmte Erklärungen, Abtretung einer Hypothek ohne Angabe, ob u. seit wann die Zinsen abgetreten sind 2 2, 407; 4 42. — Erklärungen (Willenserklärungen) u. andere Voraussetzungen, Anwendungsgebiet des § 29 Satz 1 u. 2 5 972. — Nachweis der Identität der Beteiligten 5 972 f. — der Bevollmächtigung f. Vollmacht, f. auch E. i. G. unter Prüfungspflicht des Grundbuchbeamten. — der vorbehaltenen Genehmigung eines Vertragsschließenden bei der Hypothekbestellung 3 2, 150. — der mit einzutragenden Kosten einer früheren fruchtlosen Zwangsvollstreckung bei Beantragung einer Zwangshypothek 4 836. — der Nichtbestellung eines Verstandes 4 837. — der Fusion zweier Aktiengesellschaften 5 973. — der Befriedigung der zu einem Enteignungsverfahren nicht zugezogenen Hypothekgläubiger 6 1037. — Nachweis der Voraussetzungen der E. trotz der dem Rechtsnachfolger des Gläubigers erteilten Vollstreckungsklausel 6 1037. — einer vom Gesetz abweichenden Regelung des Rangverhältnisses 2 2, 456.

Nachweis der vor mundschaftsgerichtl. Genehmigung 2 2, 434; 4 837; 5 974. — Vorlegung in Ausfertigung; Hinweis auf die Offenkundigkeit nicht genügend; Nachweis der Mitteilung an die andere Vertragspartei 6 1026.

Nachweis der Befugnis zur Vertretung von Handelsgesellschaften. — Verhältnis des § 33 zu § 29 GBD. 5 975. — Beweiskraft der Handelsregisterauszüge beschränkt auf den Zeitpunkt der Erteilung? 2 2, 437; 3 2, 158. — Inhalt des vom Registergericht auszustellenden Zeugnisses 2 2, 438. — Vorlegung des Zeugnisses in Urschrift oder begl. Abschrift? 2 2, 438. — Forderung u. Berücksichtigung der Registerakten oder sonstiger weiterer Beweismittel außer dem Zeugnis 2 2, 439; 6 1039. — Zeichnung von Vertretern mit der Firma ohne den bürgerlichen Namen 2 2, 438. — Vertretung eingetragener Genossenschaften 2 2, 439; 3 2, 158. — Nachweis durch eine vom deutschen Konsul beglaubigte Bescheinigung eines Baseler Notars über E. in das Handelsregister von Basel 5 975. — Befugnis zur Verfügung über Vermögens-

stände einer offenen Handelsgesellschaft 5 975. — Ersatz des Zeugnisses durch Bezugnahme auf das Register 2 2, 439. **Nachweis der Erbfolge.** — Übergangsrecht 2 2, 439; 5 976; 6 1040. — Nachw. der Erbfolge beim Güterstande des märkischen Provinzialrechtes, wenn der überlebende Ehegatte die Rücknahme des eigenen Vermögens gewählt hat 7 408. — Nachweis der Erbfolge für eine Umschreibung im bayer. Hypothekenbuch 3 2, 159. — Nachw. der gesetzlichen Erbfolge 2 2, 439. — Prüfung der Erbfolge, der Nachlassakten u. des Erbscheins durch den Grundbuchbeamten 2 2, 439, 440; 3 1, 159; 4 838; 5 975; 6 1040. — öffentl. Testament u. Eröffnungsprotokoll keine Grundlage für den Antrag auf Berechtigung der auf Grund Erbscheins vorgenommenen Umschreibung 7 963. — Berücksichtigung eines privatschriftl. Testaments gegenüber einem vorgelegten öffentlichen Testament? 7 963. — Ersatz des Nachweises durch Offenkundigkeit? 2 2, 439; 4 838; 5 976. — durch Feststellungen in einer notariellen Urkunde? 5 975 f. — Vorlegung des Erbscheines in Ausfertigung oder in begl. Abschrift? 2 2, 440; 7 964. — Nachweis der Bekanntmachung des Erbscheines an die Erben 4 838. — Erbrecht des Fiskus 1 1, 35. — Nachweis einer letztwilligen Verfügung u. ihres Inhaltes durch Bezugnahme auf die Nachlassakten? auf ein Urteil? 2 2, 440; 5 976; 7 964. — zum Nachweise der Erbfolge geeignete öffentliche Urkunden 2 2, 440; 5 976. — Forderung eines Erbscheines oder Zeugnisses über die Ernennung zum Testamentvollstrecker trotz Urkundenvorlegung 2 2, 441; 3 2, 159; 4 838; 6 1040. — Beschwerde hiergegen 2 2, 441. — Nachweis der Erbfolge nicht zu ersetzen durch Erklärungen des Testamentvollstreckers 2 2, 441. — Nachweis eines Erbgangs vor 1900, Berücksichtigung v. Nachzetteln 7 963. — Berufung auf eine nach § 105 Abs. 2 ABGB. (Erl.-Vothr.) erfolgte E. 7 964.

Nachweis der Fortsetzung der Gütergemeinschaft. — Nachweis, daß andere als gemeinschaftliche Abkömmlinge nicht vorhanden sind 6 1040.

Nachweis d. Legitimation d. Testamentvollstreckers, Annahme des Testamentvollstreckeramtes 3 2, 159; 4 836, 838; 5 976; 6 1040; 7 964.

Nachw. der Umschreibungsbevollmächtigung für Hypotheken einer ausenandergesetzten Güter- oder Erbgemeinschaft durch Zeugnis des Nachlassgerichts. — rechtl. Bedeutung u. Inhalt des Zeugnisses 2 2, 441 f.; 4 838. — Voraussetzungen für die Ausstellung des B. 2 2, 442; 6 1041. — bei Auseinandersetzung einer ehelichen Güter-

(Eintragungen ins Grundbuch)

gemeinschaft 2 2, 442 f. — Beschwerde gegen das Zeugnis, Einziehung u. Kraftloserklärung 2 2, 442. — Beantragung der Umschreibung 2 2, 442; 5 976. — Zeugnis, nicht Mitteilung der Teilungsakten 2 2, 442. — Nachfolgezeugnis nach Art. 38 Württ. G. B. 5 976. — Bedeutung des Art. 10 Pr. G. B. 5 976. — Zeugnisse ausländ. Gerichte 3 2, 160. — eld. -lothr. Nachlassgerichte; Anwendbarkeit des § 37 7 964. — Zeugnis des Nachlassgerichtes zur Umschreibung von Nachlass- oder Gesamtgutsgrundstücken auf einen der Beteiligten 2 2, 477; 3 2, 171; 4 849. Nachweis der Fideikommissanwärtereigenschaft 4 831. Nachweis des ehelichen Güterrechts. — Nachweis in der Übergangszeit 2 2, 439; 3 2, 158. — Verpflichtung der Beteiligten zur Auskunfterteilung 2 2, 439; 3 2, 158. — Nachweis nicht erforderlich, wenn der erwerbende Ehemann die E. als Gesamtgut bewilligt 3 2, 158. — Nachweis auf anderem Weg als durch das Zeugnis des Registergerichts 2 2, 439; 4 837 f.; 6 1040; 7 962 f. — Beweiskraft dieses Zeugnisses 7 962 f. — das Zeugnis des Registergerichts als Grundlage für die E. des Güterstandes i. G. 2 2, 439. — Erlaß des Zeugnisses durch Bezugnahme auf das Register 2 2, 439.

Erläuterung zu Protokoll des Grundbuchamtes. — Form der Erkl., Anwendung der Formvorschriften des F. G. B. ? 2 2, 433; 5 972, 974. — Unterszeichnung mit Tintenstift 7 960.

Öffentliche Urkunde. — Zuständigkeit zu ihrer Errichtung; nicht gegeben beim Strafrichter, zu dessen Protokoll der Untersuchungsgefangene als Sicherheit zur Abwendung der Untersuchungshaft die E. einer Hypothek bewilligt 2 2, 433. — Erläuterungen zu Protokoll des Nachlassgerichtes 3 2, 157; 4 837; 5 974. — Zustellungsnachweis durch Empfangsbescheinigung des Anwalts 3 2, 157. — Erklärung öffentlicher Behörden in eigenen Angelegenheiten 2 2, 434; 6 1037. — des Vorstands der hessischen Landesversicherungsanstalt 7 962. — Vertretung von Kirchenstiftungen in der Pfalz 4 837; Kirchengemeinden in Württemberg 5 974; der evangel. Kirchengemeinden in Preußen 6 1037. — von Spar- u. anderen Kassen 3 2, 157; 4 837; 6 1038; 2 2, 444; 7 961. — von privatrechtl. Vereinen u. Stiftungen 5 975. — Vollmachterteilung durch einen bayer. Bürgermeister 4 837. — Landgemeinden in Preußen 2 2, 444; 7 961. — rheinische Landbürgermeistereien 3 2, 157; 7 961. — Vertretung einer rheinischen Stadt, Lösungsberwilligungen e. Stadtgemeinde der sechs östlichen Provinzen

6 1038; 7 961. — Auflassungen u. E. sbewilligungen in einer im Verfallnisverfahren errichteten u. rechtskräftig bestätigten Auseinandersetzung 6 1037. — Siegelrecht des hohen Adels 5 975. — eigenhändiges Testament (ausländisches Recht) 2 2, 436. — Vorlegung in beglaubigter Abschrift genügend? Feststellung der Vorlegung in Urchrift 2 2, 434 f.

Öffentlich beglaubigte Urkunde f. Beglaubigung. — Fortdauer des auf die Beglaubigung gerichteten Willens des Unterzeichnenden bis zur Beglaubigung als Voraussetzung für deren Zulässigkeit u. rechtliche Wirksamkeit 2 2, 435 f., 437; 4 836. — nachträgliche Einschaltungen oder Änderungen ohne besondere öffentliche Beurkundung 2 2, 435; 3 2, 157; 4 836. — Beglaubigung der Unterschrift unter einer Blankozeile 2 2, 435. — Erstreckung der beglaubigten Unterschrift auf Anlagen der Urkunde 2 2, 435. — bei Verlust Ersetzung durch eine bei den Akten des Notars befindliche beglaubigte Abschrift? 2 2, 436. — Unterschriftsbeglaubigung durch einen deutschen Konsul 3 2, 250. — Prüfung ausländischer Urkunden u. Beglaubigungen 3 1, 667. — gerichtlich beglaubigte Urkunden im Verkehr zwischen dem Deutschen Reiche u. der Schweiz, gerichtliche, nicht diplomatische Beglaubigung notarieller Urkunden 6 1037. — Unterzeichnung einer Ehefrau mit dem Mädchennamen 5 973. — Zeichnung des Genossenschaftsvorstands ohne Voranstellung der Firma 6 1038.

Öffentliche Tatsachen 2 2, 436; 3 2, 158.

Altenkundigkeit 5 975.

E. auf Ersuchen von Behörden. — welche Voraussetzungen der E. erstet das Ersuchen? 1 1, 443; 4 839; 5 976; 6 1041. — Prüfung durch das Grundbuchamt, Zuständigkeit 2 2, 443; 3 2, 160. — E. sfähigkeit 2 2, 443; 3 2, 160; 5 977. — Erfüllung der formellen Erfordernisse 2 2, 443. — Erfüllung der in der G. B. vorgeordneten allgemeinen Voraussetzungen 2 2, 443; 3 2, 160; 6 1041. — bestimmte Bezeichnung der E. 5 977. — keine Prüfung der materiell-rechtl. Voraussetzungen des Ersuchens 2 2, 443; 3 2, 160. — keine Zurückweisung des keine Zinszahlungsstermine enthaltenden Ersuchens um E. einer Grundschulde 2 2, 443. — Prüfung einer vormundschaftsgerichtlich genehmigten Auseinandersetzung 2 1, 90, 676; 2 2, 443; 3 1, 61, 540; 3 2, 150. — eines Ersuchens der Enteignungsbehörde 2 2, 443; 3 2, 160; 7 965. — Ersuchen des Vollstreckungsgerichtes 2 2, 444; 4 839; 5 977; 6 1041 f.; 7 964. — des Konkursgerichtes 7 964. — des Prozeßgerichtes;

Prüfung des Inhaltes 2 2, 445; 5 976 f.; 6 1041. — Begriff „Behörde“ 6 1041. — Ersuchen einer preuß. Generalkommission 2 2, 444, 448; 4 838; 6 1042 (Ersuchen des Spezialkommissars); 7 965. — eines preuß. Oberbergamtes um Buchblattanlegung für ein Bergwerkseigentum 5 977. — des preuß. Heroldsamtes 2 2, 445; 3 2, 160. — Ersuchen der preuß. Schulaufsichtsbehörden nach §§ 26, 27 u. 29 Abs. 3 PrVolksschulunterhaltungsG. v. 28. VII. 06 5 977. — Ersuchen von Auseinandersetzungsbehörden vom Grundbuchberichtigung nach Art. 14 PrAGGB. 2 2, 445; 3 2, 160; im agrarrechtlichen Auseinandersetzungs- u. Rentengutbildungsverfahren 6 1042. — Ersuchen des Nachlassgerichts 6 1042. — keine Anordnung der Unterlassung einer an sich gebotenen G. oder sonstigen Amtshandlung durch einstweilige Verfügung des Prozeßgerichts 2 2, 445; 5 977.

Prüfungspflicht des Grundbuchbeamten. — ihr Umfang, Verpflichtung zu Ermittlungen? 6 1025; 4 831; 7 948 f., 953. — gegenüber den Ersuchen von Behörden f. oben unter G. auf Ersuchen von Behörden. — Prüfungspflicht allen Beteiligten, nicht nur dem Antragsteller gegenüber 6 1026. — Berücksichtigung von Tatsachen, die sich nicht aus dem Grundbuch, den vorliegenden Urkunden oder den Grundakten ergeben, Bedeutung der grundbuchmäßigen Berechtigung 2 2, 405 f.; 3 2, 149 f.; 6 1025; 4 321; 7 953. — Berücksichtigung von Tatsachen, die dem Richter erst nach Entgegennahme der Auflassung bekannt geworden sind, aber vor dieser liegen 2 2, 406. — Verlassung der G. auf Grund der Grundakten trotz buchmäßiger Berechtigung u. Entgegennahme der Auflassung 3 1, 403; 4 321. — Prüfung der Verfügungsbefugnis 2 2, 405. — der Erteilung der erforderlichen Genehmigung einer Person oder Behörde 7 946. — der Genehmigung der Anlegung von Mündelgeld bei Hypothekbestellung für den Mündel? 2 1, 680. — Nachweis des Empfangs der Genehmigung Dritter zu Verträgen 1 1, 119. — Vertretungsbesugnis des auf Grund der Vollmacht eines Verstorbenen Handelnden 3 2, 156; 4 836; 5 973. — Forderung des Nachweises, daß keine eigenmächtige unentgeltl. Verfügung vorliegt 2 2, 406; 3 2, 150; 4 831; 6 1025, 1026; 7 948, 949. — beim Antrag auf Zwangshypothek 2 2, 433 f.; 3 2, 156 (Wollstreckung gegen eine als Gewerbefrau bezeichnete Ehefrau) 157; 4 836; 5 974. — keine Nachprüfung der Rechtswirksamkeit des Schuldanerkenntnisses, wenn auf Grund vollstreckbarer Ausfertigung der Schulurkunde G. einer Zwangshypothek be-

gehrt wird 5 969. — Forderung des Nachweises, daß die elterliche Gewalt der Mutter nicht durch Bestellung eines Bestandes beschränkt ist 2 2, 406; 5 965; 4 837. — Prüfung der Identität der Beteiligten 2 2, 405, 434; 4 836; 5 972; 7 959. — der Identität des von dem Antrag betroffenen Rechtes 3 2, 150. — Annahme des Vorliegens der inneren Erfordernisse 7 948. — Prüfung der Geschäftsfähigkeit der Beteiligten 2 2, 405; 5 972; 7 949, 959. — der Existenz des Einzutragenden 1 1, 663; 5 422. — der Legitimation der Beteiligten 2 2, 405; 3 2, 151 (Durchsicht des Reichsanzeigers); 6 1037 f. (gegenüber öffentl. Urkunden, bei Erklärungen zu Protokoll des Grundbuchamtes, Prüfung der Vollmacht). — Vollmachtprüfung 1 1, 112. — die bloße Möglichkeit der Kraftlosklärung einer Vollmachtsurkunde nicht in Betracht zu ziehen 2 2, 405; 6 1037. — Berücksichtigung von Tatsachen, die trotz Vorlegung der Vollmachtsurkunde Zweifel an der Vertretungsmacht rechtfertigen 5 965. — keine Berücksichtigung möglicherweise entstandener, aber nicht bekannt gewordener Rechte; Lösung einer Hypothek mit Zustimmung des z. Bt. des Einganges der Lösungsbewilligung eingetragenen Eigentümers? 3 2, 150. — Forderung einer Auskunft darüber, ob der Erwerber eines Rechtes in Gütergemeinschaft lebt; G. des Erwerbers als Berechtigter, wenn der Erwerb ins Gesamtgut fällt? 2 2, 407; 3 1, 389; 6 1039 f. — keine Nachprüfung, ob die Einzutragenden, wie behauptet, in fortg. Gütergemeinschaft leben 2 1, 584. — Annahme eines anderen als des gesetzlichen Güterstandes 6 1026. — Fähigkeit eines Ehegatten zum Erwerbe für eigene Rechnung 7 948. — Forderung des Nachweises, daß ein Grundstück von dem Gesamtgut ausgeschlossen ist, wenn die in Zahrgemeinschaft lebenden Eigentümer beantragen, sie als Eigentümer je zur Hälfte einzutragen 5 966; wenn der in Ertragsgemeinschaft lebende erwerbende Ehemann ihn als Miteigentümer einzutragen beantragt 6 1039. — Nachweis nach § 34 GBB. oder Nachweis eines besonderen Ehevertrags bei Bestellung einer verzinslichen Darlehenshypothek durch den Mann für die Frau 6 1026. — Nachforschung nach der Existenz des einzutragenden Berechtigten, nach der Rechtsfähigkeit einer juristischen Person 2 2, 407; 6 1032. — Nachweis der selbständigen Verwaltung einer städtischen Sparkasse 3 2, 157. — Umfang der Prüfungspflicht gegenüber Rechtsgesellschaften eingetragener Genossenschaften 3 2, 158. — desgl. im Falle der Grundbuchberichtigung nach Befriedigung des Gläu-

(Eintragungen ins Grundbuch)

biger durch den Eigentümer **1 1, 691**. — Beanstandung einer **E.**, weil die Beteiligten die Tragweite ihrer Erklärungen nicht vorausgesehen haben **2 2, 407**. — Prüfung der Rechtswirksamkeit des Kaufgeschäftes **2 2, 405**. — desgl. der Berechtigung einer Kreditanstalt, sich für eine Hypothekforderung im voraus Zinsezinsen verpflichten zu lassen **1 1, 155**. — Verweigerung der **E.** wegen Nichtigkeit des Abtretungsvertrages, z. B. wegen Verletzung des § 181 BGB. **3 2, 150**. — Nachprüfung nicht der Nichtigkeit, aber der Tragweite einer einstweiligen Verfügung **3 2, 150**. — keine selbständige Prüfung der Fideikommissantwärtereigenschaft gegenüber der Bescheinigung der Fideikommissbehörde **4 831**. — Grundbuchbeamte u. Vormundschaftsgerichtl. Genehmigung **1 1, 119**. — Nachprüfung der Vertretung Minderjähriger bei einer Vormundschaftsgerichtl. genehmigten Teilung **2 1, 90, 676; 2 2, 443; 3 1, 61, 540; 3 2, 150**. — s. auch oben **E.** auf Ersuchen von Behörden.

Bekanntmachung der E. — des Eigentumswechsels an die Hypothekgläubiger u. sonstigen dinglich Berechtigten **2 2, 463; 3 2, 166**. — desgl. der **E.** des Nacherben? **7 971**. — des Fiskus von der **E.** des Verzichts des Eigentümers **7 971**. — d. Hypotheklöschung a. d. Nachhypothekar **4 845; 5 982**. — der Hypothekeneintragung an die Nacherben **2 2, 463**. — desgl. bei Erteilung eines Hypotheken-, Grundschuldb- oder Rentenbriefes an den nach § 60 Abs. 1 BGB. berechtigten Empfänger **2 2, 463**. — desgl. bei einer zum Prämienterzefonds gehörigen Hyp. an das Aufsichtsammt für Privatversicherung **6 1050**. — des Verkaufspreises an Hypothekenbanken **4 845; 5 982**. — Novelle vom 14. VII. 05 **4 845**. — Nachforschungen nach dem Aufenthalt des zu Benachrichtigten **3 2, 166**. — B. an einen Bevollmächtigten **6 1050**. — Verzicht auf die Bekanntmachung **3 2, 167**.

Inhalt der E. — **E.** Neugeborener **4 849**. — Angabe des Vornamens des Berechtigten **2 2, 475**. — desgl. des Standes **3 2, 171**. — Bezeichnung der mit dem Manne zusammen berechtigten Ehefrau **4 849**. — Kenntlichmachung eines Grundstückes als Lokalkirchhof **2 2, 475**. — das Bestandsverzeichnis **2 2, 476**. — Angabe des Zuschlagsbeschlusses u. des Tages seiner Erlassung bei **E.** des Erstehers **2 2, 476**. — s. auch **E.**sbewilligung, Bezugnahme auf sie.

Numerierung der E. — mehrere Hypotheken unter einer Nummer **5 987**.

Eintragungsantrag s. Eintragungen ins Grundbuch.

Eintragungsbewilligung grundbuchrechtliche s. Hypothekbestellung, Einigung.

Rechtliche Natur. — formaler Rechtsakt oder möglicherweise Bestandteil des materiellen Rechtsaktes der Einigung? **2 2, 417 ff.; 3 2, 154; 4 834; 5 968; 6 1031**. — Verhältnis zu der Eintragung, der Einigung u. zum Eintragungsantrag überflüssig, wenn der dingliche Vertrag nachgewiesen? **1 1, 529; 5 382 f.** — Verhältnis von Eintragungsbewilligung u. Zustimmung **4 834**. — Verhältnis zur Einigung u. zum Kaufgeschäft **5 969**. **Formelles Konsensprinzip** **2 2, 417; 3 2, 154; 5 969**. — seine Bedeutung für die Grundbuchberichtigung **7 955**. — die Bewilligung des Passivbeteiligten nicht das einzige Eintragungserfordernis **6 1032**.

Inhalt der E. — ausdrückliche deutliche Erklärung; Ermittlung des Inhalts durch Auslegung **2 2, 419; 6 1031**. — ausdrückliche Bewilligung des in Fahnrisgemeinschaft lebenden Grundstückserwerbers erforderlich zur Eintragung des Grundstücks als Gesamtgut **3 2, 155**. — Bezeichnung des einzutragenden Rechts durch Bezugnahme auf ein schon eingetragenes gleichartiges Recht **7 953**. — Gebrauch bestimmter Worte? **2 2, 419; 6 1031**. — stilistische Fehler **6 1031**. — Abweichung im Namen des eingetragenen Berechtigten u. des die Eintragung Bewilligenden **3 2, 155**. — Bezeichnung des Berechtigten; Zweifel an der Rechtsgültigkeit des Rechtsverhältnisses **7 954**. — bestimmte Bezeichnung des einzutragenden Berechtigten **2 2, 421**. — Tod des nach der Eintragungsbewilligung einzutragenden Berechtigten vor der Eintragung **7 953**. — Bezeichnung des Grundstücks s. Grundstück.

Ersatz der E. durch rechtskräftiges Urteil u. Prozeßvergleich. — Wortlaut des Tenors; vollstreckbare Ausfertigung, Zustimmung erforderlich? Erklärung der Auflassung im Prozeßvergleich? **2 2, 419 f.; 3 2, 154** (Urteil auf Grund d. Anfechtungsgesetzes gegen den Erwerber einer Hypothek, Verurteilung zur Hypothekbestellung). — Ersatz der **E.** durch Pfändungsbeschluss **2 2, 420** (Nachweis der Entstehung der gepfändeten Eigentümerhypothek); **3 2, 154** (Pfändung u. Überweisung einer Hypothek an Zahlungsstatt, zur Einziehung). **Behandlung bedingter Eintragungsbewilligungen** **2 2, 417, 419; 3 2, 154**. — Hypothekbewilligung für ein erst zugesagtes Darlehen, Unterwerfung unter die sofortige Zwangsvollstreckung nur für ein wirklich gegebenes Darlehen **3 2, 155**. — Hypothekbewilligung an erster Rangstelle im Falle der Befastung des Grundstücks **3 2, 155**.

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite.

Der betroffene (Passivbeteiligte) im allgemeinen 4 834; 7 953. — bei Hypothekabtretung 2 2, 420. — Vormerkung zur Sicherung des Rechts auf Rückübertragung einer Hypothek 3 2, 154. — bei Verzicht auf eine Hypothek 2 2, 420. — bei Erneuerung u. bei Aufhebung einer Hypothek 7 954. — Unterwerfung unter die sofortige Zwangsvollstreckung (s. Zwangsvollstreckung) 2 2, 420; 3 2, 154. — Vormerkung zur Sicherung der Löschung der Eigentumshypothek 2 2, 420. — Hypothekeneintragung 3 2, 154; 5 969. — Eintrag. e. Hypothek a. Buchhypothek 2 2, 420. — bei Umwandlung einer Buch- in eine Briefhypothek 2 2, 420; 4 839. — Änderung von Zins- u. Zahlungsbestimmungen gelegentlich der Hypothekabtretung 4 834. — Änderungen der Hypothekeneintragung zugunsten des Gläubigers 3 2, 154. — Übertrag der Hypothek auf eine andere Forderung 2 2, 420. — gleichz. Bestell. e. Hypothek u. eines Nießbrauchs daran 5 969. — Rangänderung 2 2, 420; 7 954. — bei Löschung einer Hypothek 2 2, 420 (Fall der Tilgung durch den Vorbesitzer; eine Lösungsverpflichtung als Lösungsbewilligung aufzufassen?); 7 958. — Löschung gepfändeter u. zur Einziehung überwiesener Hypotheken 2 2, 420; 6 1035. — Löschung einer vom Eigentümer durch Zahlung getilgt. Hypothek 6 1035; 7 958. — der Besteller einer bedingt eingetragenen oder einer Sicherungshypothek als Betroffener neben dem Eigentümer 7 954. — der Nachrbe 7 954. — im Falle der Konkursöffnung 2 2, 421. — bei Widerspruch zwischen buchmäßiger u. wirklicher Berechtigung 2 2, 421, 445; 7 953. — der eingetragene, aber vom Eigentümer schon befriedigte Gläubiger einer Hypothek 7 954. — Zustimmung des anderen Ehegatten 2 2, 421. — Zustimmung der Frau entbehrlich bei Belastung eines gleichzeitig für das Gesamtgut erworbenen Grundstücks mit der Kaufpreishypothek 7 954. — Zustimmung des Nachrben 2 2, 421. — bei Verfügung über Grundbesitz einer aufgelösten offenen Handelsgesellschaft 7 953 f. — vormundschaftsgerichtliche Genehmigung 2 2, 421. — Vertretung des Betroffenen: § 181 BGB. auf die Eintragungsbewilligung nicht anwendbar 6 1031. — Hypothekbewilligung auf dem Grundstücke des Vertretenden für eine Schuld des Vertreters 5 969. — Ermächtigung zur Eintragungsbewilligung enthalten i. der Ermächtigung, Anträge aller Art gegenüber dem Grundbuchamte zu stellen 6 1031. — Vertretung auf Grund der Vollmacht eines Vertorbenen 5 969.

Wirkung der E. — Die Rechte aus

bei Jahrg. 1—3 = Band und Seite.

der E. nicht abtretbar, Eintragung nur für den in der E. genannten Berechtigten 2 2, 421.

Bezugnahme auf die E. bei der Eintragung 2 1, 535; 4 316. — unzulässig beim Eigentum 1 1, 530. — zulässig bei Rechten an Grundstücksrechten 1 1, 530; 5 333. — Bezugnahme auf andere Urkunden 3 1, 389. — auf den dinglichen Vertrag, wenn dieser mit d. Eintragungsbewilligung nicht zusammenfällt? 1 1, 530. — auf die Urkunde über das grundlegende Rechtsgeschäft? 2 1, 535. — bei Bedingungen u. Befristungen 2 1, 535. — bei Annuitätendarlehen 2 1, 535. — bei Eintragung der Unterwerfung unter die sofortige Zwangsvollstreckung 3 1, 389. — bei Vormerkungen 1 1, 541. — bei einer Wegegerechtigkeit Bezugnahme auf eine Karte 2 2, 399. — ungenügend die Bezugnahme auf nicht mehr geltende Vorschriften des früheren Rechtes (z. B. über Scheidemaern) 3 1, 389. — unzulässige Hinausgabe der Eintragungsbewilligung, Widerspruch zwischen dieser und dem Grundbuch 6 1048. — s. Grundakten. — Bezugnahme auf die E. f. auch Hypothekeneintragung.

Zurücknahme. — keine B. der im Anlegungsverfahren erklärten E. 4 834. Eintragungsfähigkeit f. Eintragungen ins Grundbuch.

Eintragungshindernisse f. Eintragungen ins Grundbuch.

Eintragungsprinzip. — durchbrochen durch § 1118 BGB. 1 1, 669.

Eintritt in das Geschäft eines Einzelkaufmanns (§ 28 HGB.) 5 643. — vor 1900 erfolgter Eintritt 2 2, 34. — Verbindung zweier Kaufleute zum Betrieb eines neuen Geschäftes an Stelle der beiden alten 2 2, 34. — Eintritt des früheren Geschäftsinhabers als Kommanditist in das vom Übernehmer weiter betriebene Geschäft, Anwendung des § 26 auf seine Haftung für die Schulden 2 2, 34. — Erteilung vollstred. Ausfertigung aus Urteilen für und gegen den bisherigen Einzelkaufmann, für und gegen die neue Gesellschaft 2 2, 34. — Eintritt e. ein zweites selbständiges Handelsgeschäft betreibenden als offener Handelsgesellschafter in das Geschäft eines Einzelkaufmanns 6 611. — Zeitraum für Eintragung e. Vereinbarung über Schuldenhaftung d. Eintretenden; irrümliche Zurückweisung des Eintragungsantrags 7 595.

Einwilligung f. a. Ermächtigung, gesetzlicher Vertreter, Minderjährige, vorläufige Vormundschaft, Zustimmung. — Kritik der Terminologie d. Gesetzes, Anwendung d. Ausdrücke Einwilligung Genehmigung auf andere Rechtsgebiete

(Einwilligung)

6 77/78. — kausale Verknüpfung mit d. unterliegenden Rechtsverhältnis 1 1, 118. — E. als sog. Willensgeschäft ohne Adressaten 6 78. — Einwilligungswidrigkeit u. deren Widerruflichkeit 6 78. — nachträglich eintretende Geschäftsunfähigkeit d. Einwilligenden 2 1, 92. — E. im Sinne d. § 183 BGB. bei Erteilung der Zustimmung zw. Abgabe u. Zugang d. Erklärung 2 1, 43, 92. — E. zu einseitigen empfangsbedürftigen Rechtsgeschäften 2 1, 43. — stillschweigende E. zu Verfügungen Nichtberechtigter 3 1, 61. — E. im Sinne des § 185 Abs. 1 BGB. u. Vollmacht, Unterschied 2 1, 83. — E. ersetzt nicht Vollmacht d. § 47 GmbHG. 3 1, 61. — § 17 GmbHG. u. §§ 182 ff. BGB. 6 78. — „Erlaubnis“ d. § 549 a. E. i. Sinne d. § 183? 1 1, 367. — E. d. Verletzten 2 1, 128, 142; 5 80 (f. Schadensersatz). — des Chemanns zu e. einseitigen Rechtsgeschäften der Frau 2 1, 535 (f. gesetzl. Güterrecht).

Einzelfaustmann. — Eintritt in das Geschäft e. E. f. Eintritt; Firma s. diese.

Einziehung s. Inkasso, Überweisung.

Eisenbahn f. Haftpflicht, Post, Beamte, unerlaubte Handlung, Funkenflug. — landesrechtliche Bestimmungen über Haftung eines Eisenbahnunternehmers für unverschuldeten Schaden 1 2, 401; 3 1, 684; 5 619. — Geltung des Art. 22 franzöf. Ges. v. 15. VII. 45 sur la police des chemins de fer 1 2, 401. — Unzulässigkeit landesrechtlicher Vorschrift über Erweiterung der Haftung für Personenschaden 3 1, 684. — erweiterte Haftung des Unternehmers nach Art. 105 GG BGB. nach den Grundrissen d. actio negatoria? 3 1, 684. — Eigentumsbeschränkung d. Angrenzer 3 1, 684. — Schutz der Anlieger der Kleinbahnen in Preußen 3 1, 685, 686; 4 536 (Funkenflug) f. unerlaubte Handlung § 823 u. Eigentum. — § 567 BGB. auf Wagenbenutzungsvertrag nach § 6 preuß. Kleinbahngesetz unanwendbar 1 1, 374. — Lokomotivführer kein Angestellter nach § 622 BGB. 2 1, 357; 4 200 (f. Betriebsbeamte). — Haftung des Fiskus f. den Bahnmeister, für Verschulden des Bahnhofspostiers 2 1, 26; 3 1, 139; 4 112. — Haftung der Privatbahngesellschaft für ihre Bahnpolizeibeamten 4 22. — Haftung f. Funkenflug 3 1, 343; 4 71, 269 (f. Eigentum). — Streupflicht des Fiskus bei Glätte am Bahnhof 2 1, 26; 4 30. — Haftung des Fiskus für die Abortanlagen; Übertragung d. Obsorge an e. Wartefrau 6 29. — Anwendung d. Gewerbeordnung auf die Reparaturwerkstätten, Kraftstationen der E. 4 918. — Anwendung der Gewerbeordnung auf das

Arbeitspersonal der E. 4 918. — Anwendung des § 33 GewD. (Konzeption) auf Bahnhofswirtschaften? 4 918 (f. Konzeption). — in Bahnhöfen aufgestellte Automaten; Sonntagsruhe, Anwendung der GewD. 4 918. — verfassungsmäßig berufene Vertreter 2 1, 26; 4 20; 5 16 (Eisenbahnassistenten?); 6 311. — Bahnwärter kein Vertreter 1 1, 50. — Haftung der Eisenbahn nach § 823 BGB. f. unerlaubte Handlung. — übermäßige Einwirkung auf benachbarte Grundstücke, Verschulden als Voraussetzung der Haftung? 7 582. — de lege ferenda über Haftpflicht für Sachschäden 7 582. — Begründung einer Eisenbahngesellschaft als GmbH. 7 680. — Haftung der Bahn für bei Eisenbahnunfällen an Posteigentum entstehenden Sachschäden 7 706. — Pflicht der Bahn zur Beförderung d. Postwagen u. des Begleitpersonals 7 706. — Anspruch der bei Eisenbahnunfällen getöteten oder verletzten Postbeamten bzw. ihrer Hinterbliebenen, Regreß der Bahn gegen die Post 7 706.

A. Frachtgeschäft der Eisenbahn.

I. Allgemeines. — Zeitpunkt des Vertragsabschlusses u. der Annahme zur Beförderung 4 639; 5 713; 6 697, 713. — Vertrag zugunsten Dritter 2 2, 238. — Werkvertrag 1 1, 393. — Rechtsgültigkeit der Eisenbahn-Verkehrsordnung 2 2, 244; 3 2, 105, 110, 111. — Erfüllungsort 4 669; 2 2, 233; 3 2, 102. — Haftung wegen Mangels von Beförderungsmitteln 2 2, 244; 5 717. — Revisibilität des Berner Fracht-Übereinkommens 3 2, 105. — rechtliche Verhältnisse beim Übergang der Wagen einer Bahn zur anderen (Wagenmiete) 2 2, 244, 245. — Kritik des internationalen Übereinkommens vom 14. X. 1890 7 683. — unterliegen die Forderungen für Wagenmiete u. Wagenausbesserung im internationalen Verkehr den in Art. 23 Abs. 4 Znt. Üb. vorgesehenen Beschränkungen hinsichtlich des Arrestes und der Pfändung 2 2, 245. — Transportpflicht der Bahn; Einfluß einer mangelhaften Disposition über die Wagen auf diese Pflicht; Wegnahme von Wagen von einer Versandstelle zur Verwendung an e. anderen bei starkem Verkehr keine mangelhafte Disposition 7 677, 678. — Anordnung, daß an einzelnen Tagen nur e. bestimmter Prozentsatz der bestellten Wagen gestellt werden darf (sog. Teilddeckung) kein Verstoß gegen die Transportpflicht 7 678. — Verweigerung des Frachtabschlusses bei Unmöglichkeit sofortiger Beförderung; Unmöglichkeit der Beförderung bis zur Zielstation; noch nicht eingetretene, aber mit Sicherheit vorauszusetzende Verkehrsstörung 7 678. —

Beförderungspflicht der Bahn; grundloses Nichtzuführen von Wagen 5 717. — der Beförderung entgegenstehende Beschlagnahme 5 717. — Einfluß eines Streites auf die Beförderungspflicht 5 718; 7 678. — Recht der Bahn zum Ausschluß bestimmter Güter von der Beförderung bei Verkehrsstörung 7 678. — Einfluß einer Vertragsverletzung des Absenders und Empfängers auf die Transportpflicht der Bahn 7 165, 678. — Frachtberechnung bei Aufgabe von Gütern mit direktem Frachtbrief im Verkehrsverkehr 3 2, 103. — fallen Frachtverträge mit anderen als den in Art. 6 Berner Fracht-Üb. vorgeschriebenen durchgehenden Frachtbriefen unter den Berner Vertrag? 5 714. — wann entsteht im internationalen Verkehr das Verfügungsrecht des Empfängers? 3 2, 103. — Besitzverhältnisse u. Eigentumsübergang an dem Frachtgut 4 642 (Übergabe des Frachtbriefduplikates); 5 380, 381, 715. — maßgebendes Recht für den Schadensanspruch wegen Transportverweigerung 3 2, 105. — Auslegung unklarer Tarifbestimmungen im Zweifel gegen die Bahn 3 2, 111. — kein Verwahrungsvertrag der E. durch Zuverfügungstellung von Wagen zur Warenverladung 5 272; 6 702, 703. — Tarifumgehung als Verstoß gegen § 138 BGB. 4 46. — Anwendung des Berner Fracht-Üb. bei Gütersendungen aus einem Vertragsstaat in einen anderen mit internationalem Frachtbrief 6 702. — Annahme v. Gütern zur einstweiligen Verwahrung bei Unmöglichkeit sofortiger Beförderung; Annahme der Güter zur Beförderung, obwohl diese nicht sofort erfolgen kann 6 702. — Döscheredlagerung oder zur Verwahrung 6 702. — Anwendung d. § 649 BGB. auf den Eisenfrachtvertrag 7 271. — Anwendung des BGB. in einer durch HGB. u. EWB. geregelten Frage? 7 681. — Anwendung des § 254 BGB. bei internationalem Frachtverkehr 7 684. — Klage auf Schadensersatz wegen Beraubung e. Reisefoffers auf das Berner Fracht-Üb. gestützt? 7 684. — Recht des Empfängers z. Verfügung über die auf dem Transport befindliche Ware, wenn der Absender auf sein Recht nach Art. 15 Berner Fracht-Üb. verzichtet 7 686. — Verfügungsrecht des Absenders nach dem Berner Fracht-Üb. Art. 15; „unzulässig“ im Sinne des Art. 15 Absf. 1 Satz 3; Annahme e. solchen unzulässigen Verfügung seitens der Bahn; Verfügungen des Absenders ohne die formelle Legitimation durch Vorweis d. Frachtbriefduplikats; Verlust des Frachtbriefduplikats; Form der Verfügung 7 686, 687. — Gründe für Verweigerung

der Ausführung der Anweisungen des Absenders (Art. 15 Berner Fracht-Üb.) 7 686. — Schadensanspruch des Empfängers gegen die Bahn aus der unberechtigten Befolgung wichtiger Verfügungen des Absenders (Art. 15 Berner Fracht-Üb.) 7 686. — Recht des Empfängers auf Zurückstattung der bezahlten Frachtnachnahme, wenn ihm trotz vorheriger Feststellung des Verlustes d. Gutes dessen Eingang abisiert wird u. er daraufhin zahlte 7 687. — Stellung des Empfängers, wenn er Mandatar oder Repräsentant d. Absenders, letzterer aber i. Besitz d. Frachtbriefduplikats geblieben ist 7 687. — Pflicht des Adressaten zur Zahlung e. Nachnahme trotz d. Verlustes eines Teiles des Gutes 7 688. — Regreß der Bahnen gegeneinander im internationalen Verkehr 7 688.

II. Frachtbrief. — rechtliche Natur 2 2, 233. — Frachtbrief mit Adresse „für A. an B.“? 2 2, 233. — Vorschreiben oder Gestatten der Aufnahme anderer als der in der EisenbVerfO. bezeichneten Erklärungen des Absenders in den Frachtbrief 3 2, 102. — Einfluß der Nichtabstempelung des Frachtbriefs 4 639; 5 713. — Zulässigkeit des Beweises, daß trotz Abstempelung des Frachtbriefes das Gut nur zur vorläufigen Verwahrung übernommen sei 4 639; 5 713; 6 702. — mit dem Tarife nicht übereinstimmende Bezeichnung des Gutes 4 640. — Bedeutung der in der Spalte „anzunehmende Tarife“ enthaltenen Angaben über den Inhalt der Sendung für die Tarifierung 4 640. — Nachweis des Empfängers, daß das Gut einen anderen als den im Frachtbrief angegebenen Inhalt hatte, ohne Einfluß auf die Tarifierung 4 640. — Pflicht des Absenders zur Angabe des anzuwendenden Tarifes 4 640. — Abänderung des Frachtbriefes nach Abschluß d. Vertrags auf Grund einer Anweisung des Absenders 5 713. — Zurückweisung eines Frachtbriefes wegen unzulässigen Inhaltes 5 713, 714. — unrichtige Deklaration bei falscher Bezeichnung im Frachtbrief trotz genauer Bezeichnung in den Zollbegleitpapieren 5 714. (s. Frachtzuschläge). — Urkundeneigenschaft d. Frachtbriefs, auch des von der Versandstation noch nicht angenommenen 6 699. — Anspruch des Absenders auf Anwendung des Ausnahmetarifs, wenn er das Gut nicht mit der im Ausnahmetarif vorgeschriebenen Benennung versehen hat? 6 699. — inwieweit kann die Eisenbahn vor dem Verschachten von Holzwaren ausländischer Provenienz die genaue Bezeichnung der Holzart verlangen? 6 699. — nicht dem Wortlaut nach verlangte Anwendung von Ausnahmetarifen (§ 51

(Eisenbahn)

Abf. 1e) 7 681. — unrichtige Deklaration f. unter Frachtzuschläge. — inwieweit sind im internationalen Verkehr Angaben im Frachtbrief über das Gewicht der vom Absender selbst verladene Waren gegenüber der Endbahn beweiskräftig? 7 685. — Übergabe des Frachtbriefduplicates als Ausdruck der Abtretung d. Anspruchs auf Herausgabe 7 685.

III. Pflichten der Eisenbahn.

1. Ablieferung und rechtzeitige Lieferung. — Ablieferung (s. diese u. Handelskauf) 7 678, 682. — Beförderungshindernis: Beschädigung des Rücktrittsrechts des Absenders bei Möglichkeit der Fortsetzung des Transports auf einem anderen Wege s. § 65 EBD. 2, 2, 235. — Umfang der Haftung bei Beschädigung des Gutes infolge Lieferzeitverhältnisses 2, 2, 252; 7 679. — ist ein Gegenbeweis der Eisenbahn zulässig, daß dem Absender durch Versäumung der Lieferfrist kein Schaden oder nur ein geringerer Schaden als die ohne Schadensnachweis zu ersetzenden Frachtkosten entstanden sei? 2, 2, 252, 253; 5 721. — Veenbigung der Lieferfrist durch außerhalb der Dienststunden erfolgte Abisierung 3 2, 103. — Mitverschulden des Absenders bei Nichtdeklaration des Lieferungsinteresses 3 2, 109; 6 699, 700. — Versäumen der Lieferfrist infolge Warmlaufens des Wagens 3 2, 109. — Lieferfristüberschreitung infolge außergewöhnlicher Verkehrsverhältnisse (strenge Kälte) 3 2, 109; 6 706. — Nachweis des Kausalzusammenhangs beim Exculpationsbeweis der Bahn 3 2, 109. — Berechnung der Lieferfrist (Übergabe des Frachtbriefes oder Abisierung des Empfängers von der Ankunft des Gutes?) 4 641. — Haftung, wenn bei Abgang eines zur Beförderung von Personen u. Sachen bestellten Sonderzuges ein Wagen nicht mit dem Sonderzug abgeht 4 641. — Lieferfristüberschreitung infolge Streiks der Bahnanlagenstellen 4 645; 5 718; 6 703, 704; 7 678, 680. — grobe Fahrlässigkeit, wenn ein mit deutlicher Adresse versehenes Koffer infolge älterer, aber als solche sofort erkennbarer Beschriftungen verschleppt wird 4 645. — Einhalten der Lieferfrist im ganzen trotz schuldhafter Verzögerungen an einzelnen Stationen 5 715, 716, 721; 6 706 (2). — de lege ferenda gegen die Haftung der Bahn bis zur höheren Gewalt bei Lieferfristüberschreitung 5 721. — Verlängerung der Fristen bei Streik (Anwendung auf die bereits unterwegs befindlichen Waren?) 5 718. — Anwendung des § 254 EWB. auf § 453 Abs. 3 EWB. 5 98. — keine Erweiterung der Lieferfrist durch die Bestimmung des § 68 Abs. 2 EBD. über das

Ruhen der Benachrichtigungspflicht 7 681. — kann die Bahn, wenn sie der Benachrichtigungspflicht des § 68 EBD. nicht nachkommt, sich auf die gesetzl. Lieferfrist berufen? 7 681. — Haftung der Eisenbahn bei Gläubigerberzug des Gegners 7 681, 682. — Ablieferungshindernisse; Anwendung des § 70 EBD., wenn der Empfänger schlechthin in den Vertrag eintrat u. die Verweigerung der Annahme nach § 90 EBD. unmöglich ist 7 682. — kommen im internationalen Verkehr die bei Anwendung von Spezialtarifen zu reduzierten Preisen zur Geltung gelangenden Zuschlagsfristen (Art. 14 Berner Fracht-Üb.) allen beteiligten Bahnen zugute? 7 685. — „Betriebsstörung“ im Sinne des § 6 b. Ausführungsbestimmungen zu Art. 14 Berner Fracht-Üb.; Überfüllung e. Bahnhofes 7 685, 686. — durch Mangel der Begleitpapiere oder der Zollbehandlung herbeigeführte Überschreitung d. Lieferfrist 7 687. — Umfang des Schadenersatzes für versäumte Lieferfrist bei Deklaration d. Interesses an die Lieferung: Art. 40 letzter Absatz d. Berner Fracht-Üb. 7 687, 688.

2. Unbeschädigte Lieferung (§§ 456—460). — Eisen vieler Käfer auf den mit Mehl gefüllten Säcken als Beschädigung 5 717. — Zeitpunkt der Annahme zur Beförderung; Beschädigung des Gutes bei Verbringen des Gutes vom Wagen des Spediteurs in die Halle, zum Eisenbahnwagen unter Mitwirkung von Eisenbahnangestellten 6 697, 703 (s. 5 719). — Beweispflicht der Bahn bei Gewichtsdifferenzen; Nachweis, daß eine Minderung überhaupt nicht vorliegt, sondern nur ein Wiegefehler 6 703; 3 2, 106. — Handgepäck in den Aufbewahrungsstellen (s. unten Personentransport). — höhere Gewalt: Begriff 2 2, 245; 4 464; 5 718 (vgl. Haftpflicht, höhere Gewalt). — Fallen die Gründe des § 459 unter den Begriff der höheren Gewalt? 2 2, 245. — Selbstentzündung e. explosiven Frachtgutes höhere Gewalt 2 2, 246. — Streik der Bahnanlagenstellen höhere Gewalt 4 645, 646; 5 718; 6 703, 704 (passive Resistenz); 7 678. — Diebstahl höhere Gewalt? 5 718. — Infrizieren e. Sendung durch ein vorher in dem gleichen Wagen verladenes Gut u. dadurch notwendige polizeiliche Vernichtung der Sendung höhere Gewalt? 6 703. — Verhältnis d. Haftungs-ausschließungsgrundes nach § 456 zu dem nach § 459 (insbesondere nach Ziff. 4) 6 703. — Haftung für „Kunstgegenstände“; mangelnde Deklaration, andere Bezeichnung als „Kunstgegenstände“; Kenntnis der Bahn von der Beschaffenheit des Gutes 2 2, 253. — Haftung für das Entweichen

eines im Hunderteil untergebrachten Hundes 7 680. — Ausschluß der Haftung d. Bahn bei Unterlassung der Deklaration von nur bedingungsweise zum Transport zugelassenen Gütern 7 681. — Haftung d. Bahn für Nichtbeachtung des § 56 Abs. 4 E. B. über Reihenfolge der Güter bei Transport u. Ablieferung; innerhalb der Lieferzeit liegende, aber gegen § 56 Abs. 4 verstoßende Ablieferung 7 681. — Haftung der Bahn nach Ablieferung des nicht zugerollten Gutes als Verwahrerin des Gutes; Pflicht zur Bereitstellung u. Vereithaltung des Gutes 7 682. — Recht d. Entschädigungsberechtigten bei Wiederauffinden des Gutes; „kostenfrei“ im Sinne des § 82 Abs. 2 E. B. 7 683. — Haftung der Bahn nach Überantwortung des Gutes an die Zollbehörde im Zollschuppen der Bahn 7 707. — inwieweit sind im internat. Verkehr Angaben im Frachtbrief über das Gewicht der vom Absender selbst verladene Waren gegenüber der Endbahn beweiskräftig? 7 685. — Verwechslung von 2 dieselbe Warengattung enthaltenden Waggons 7, 688.

§ 111 des § 459 H. G. B. — Brand eines hinter der Lokomotive eingestellten Wagens mit feuergefährlichen Gütern 3 2, 108. — Brand d. in offenen Wagen verladene Güter infolge Feuergefährlichkeit der Emballage 2 2, 249. — Beförderung in offenen Wagen auf Grund der Verkehrsordnung, nicht des Tarifs 2 2, 250. — Nichtaufnahme der Vereinbarung über Beförderung in offenen Wagen in dem Frachtbrief 3 2, 108; 5 719. — Glasballons mit Flüssigkeit sind nicht Verpackung, sondern Bestandteil des Gutes (§ 459 Ziff. 4) 2 2, 249; 3 2, 108. — Verlust ganzer Stüde im Sinne des § 77 Ziff. 1 E. B. 5 719, 720 (s. unten). — Bruch transportiert. Glascheiben 6 705. — unbeanstandete Annahme des mit Vermerk „unverpackt oder mangelhaft verpackt“ versehenen Gepäckscheines seitens des Reisenden 2 2, 249. — Eiertransport; Frost- u. Bruchgefahr 6 705. — unverpackt versandte Eisengußwaren (§ 77 Abs. 1 Ziff. 2 E. B.) 2 2, 250. — Beweislast, ob der Frachtbrief das Anerkenntnis der fehlenden oder mangelhaften Verpackung enthielt 5 720. — Haftung der Bahn für e. durch schuldhaftes Transportierung oder Verzögerung d. Auslieferung herbeigeführte Beschädigung leicht verderblicher Güter (§ 459 Ziff. 4 H. G. B.), wenn die Lieferzeit gewahrt ist? durch ein anderes Versehen e. Eisenbahnbediensteten herbeigeführte Beschädigung solcher Güter; Umfang der Haftung bei Überschreitung d. Lieferfrist 7 679, 682, 683. — nicht sofort in die Augen fallende oder nicht sofort klar verständliche Anweisungen auf dem Fracht-

gut 7 679. — freiwillige Verwendung von mit Plandecten versehenen Wagen trotz Vereinbarung d. Transports in offen gebauten Wagen 7 679. — Beschädigung der Tiere bei ungewöhnlich starken Rangierbewegungen 2 2, 249. — Zufallkommen d. Tieres durch die Erschütterung des Wagens 7 679. — Losreißen eines ordnungsgemäß im Waggon angebundenen Tieres 3 2, 108. — Lösen des Türverschlusses eines Viehwagens 3 2, 108. — Schädigung der Tiere durch langsame Beförderung 3 2, 109, 110; 5 721. — Verschulden des Begleiters bei Tiertransporten 3 2, 109. — Brand eines Viehwagens infolge Herabfallens der nach Tarifvorschrift im Wagen aufgehängten Laterne 3 2, 109. — Verschulden des Absenders (Verladen von Geflügel in zu engen Körben) 5 717. — mangelnde Fürsorge der Bahn für nicht begleitete Tiertransporte 7 679. — keine Pflicht der Bahn zur Kontrolle der Art u. Weise der Verladung bei Selbstverladen 6 705. — Haftung der Bahn bei dem in loser Schüttung versandten Getreide 6 705. — Haftung der Bahn für mangelhafte Verladungseinrichtungen bei Selbstverladung 3 2, 108; 4 646 (beim Aufladen benutzte Ketten). — Erfordernisse einer Vereinbarung über Selbstverladung 3 2, 108. — Pflicht des Absenders, die Beschaffenheit des ihm zur Selbstverladung gestellten Wagens zu prüfen 3 2, 106; 4 666; 6 703. — Nachweis eines kausalen Verschuldens der Bahn in den Fällen des § 459 2 2, 249; 6 704. — konkurrierendes Verschulden der Bahn im Fall des § 459 2 2, 250; 5 720. — konkurrierendes Verschulden des Absenders in den Fällen des § 459 5 720. — Möglichkeit, daß i. konkreten Fall der Verlust oder die Beschädigung wirklich aus einer der bezeichneten besonderen Gefahren entstehen konnte, als Voraussetzung der Vermutung des § 459 Abs. 2? 7 679. — Berufung der Bahn auf § 459 Abs. 2 H. G. B. bei einem aus dem äußerlich erkennbaren Mangel d. Verpackung entstandenen Schaden, wenn der Aufgeber den Mangel d. Verpackung auf dem Frachtbrief nicht anerkannt hat 7 682. — Umfang der Haftung bei Verschleppung leicht verderblicher Güter 7 683 (vgl. 679, 682). — Haftung der Bahn, wenn sie in den Fällen des § 459 Ziff. 3 H. G. B. oder Art. 31 Ziff. 3 Berner Fracht-Üb. für die zum Ein- u. Ausladen erforderlichen Operationen nicht e. Sicherheit bietendes Material zur Verfügung stellt 7 687. — genügt außergewöhnlicher Umfang des Schadens zur Widerlegung der Vermutung des § 459 Abs. 2? 6 704; 705. — Voraussetzung für Anwendung der Ver-

(Eisenbahn)

mutung des § 459 Abs. 2; Arten des Gegenbeweises gegen die Vermutung 6 704, 705, 706; 7 682. — Umfang der Haftung der Bahn in den Fällen des § 459 7 679 (2). — verspätete Anlieferung d. später am Bestimmungsort ankommen- den verderblichen Ware 7 679.

Einem Gewichtsverlust unter- liegende Güter (§ 460). — schuld- hafte falsche Feststellung des Gewichts seitens der Bahn 2 2, 250; 3 2, 106. — wann kann die Bahn die Haftbefreiung für eine über den Normalmaß hinausgehende Gewichtsdivergenz verlangen? 2 2, 250 (Nachweis, daß die höhere Differenz nicht auf Abgang von der Substanz zurück- zuführen ist; Fälle des § 459 Ziff. 4). — Ladef. unten. — Nachweis, d. d. Gewichts- verlust kein natürlicher sei 3 2, 109. — Abzug für Kalo bei teilweise beraubten Sendungen 4 646. — Abzug für Kalo bei einem den Normalmaß übersteigenden Manko (wenn eine von der Bahn zu ver- tretende Ursache mitgewirkt, das ganze Manko aber nicht hierauf zurückgeführt werden kann) 4 646; 5 720.

Außerlich nicht erkennbare Mängel der Verpackung. — Lockerung der Reifen u. Dauben neuer Fässer während des Transportes 2 2, 246. — Pflicht der Bahn zur Prüfung der Verpackung (Umfang der Pflicht) 2 2, 246. — Entstehung des Schadens nicht un- mittelbar durch die mangelhafte Ver- packung, sondern durch das Hinzutreten eines bei richtiger Verpackung einfluß- losen Umstandes 2 2, 246. — äußerlich nicht erkennbare Mängel im Sinne des § 90 Abs. 2 Ziff. 4 EWB. 7 683. — Nicht- beachten e. wenig hervortretenden Auf- schrift beim Umladen als Verschulden der Bahn 6 706. — konkurrierendes Ver- schulden der Bahn 2 2, 246, 250; 3 2, 106; 5 720. — Haftung des Absenders für Verschulden der als Begleiter mitgegebenen Personen 3 2, 106. — Begriff des „Ver- lustes des Frachtgutes“ 2 2, 246 (Aus- händigung an einen nicht legitimierten Empfänger) 2 2, 250; 3 2, 106 (bloß Differenz insolge falsch. Wiegens); 4 644, 641; 5 719, 720; 6 703. — Begriff der Ladef.; Verhältnis z. Totalverlust; äußere gewaltfame Beschädigung der Package 3 2, 106, 107. — Verzögerung der Auslieferung dem gänzlichen Verlust gleich zu achten 7 687. — verschiedene Bemessung der Höhe der Entschädigung im Fall der Beschädigung der Güter nach deutschem u. nach internationalem Recht (maß- gebender Gesichtspunkt) 2 2, 247. — Ort und Zeit des Empfangs maßgebend nach internationalem Recht für die Höhe der Entschädigung bei Beschädigung des

Gutes 2 2, 247. — Formel für Berechnung der Entschädigung bei Beschädigung des Gutes 3 2, 107. — Umfang des Schadens- erfases bei Beschädigung des Gutes 5 719. — vertragsmäßiger Ausfluß jeder Haftung und Entschädigung im inter- nationalen Verkehr? 5 720. — kann, wenn der Absender die Anwendung eines Spezialtarifs erlangt hat, (§ 461 EWB., § 81 EWB.), die Beweislast über den Schaden durch Vertrag umgekehrt werden? 5 720, 721. — Berechnung des Schadenserfases bei Verlust e. Muster- kollektion 6 704. — Dauer der Haftung der Bahn; wann erlischt die Haftung der Bahn 2 2, 238; 5 719 (bei Ablieferung des Guts auf der Empfangsstation). — Begriff d. Ablieferung (s. diese und Handels- tauf); — Ausfolgung des Gutes mit still- schweigender Zustimmung d. Empfängers an die Zollbehörde 7 678, 682. — Schädi- gung bei Anrollen 5 719; 6 697, 703. — Beschädigung bei Abrollen 5 719. — Einfluß einer Annahmeverzögerung des Adressaten oder einer verzögerten An- weisung des Absenders auf die Dauer der Haftung 5 719. — Haftung der Bahn für Verlust u. Beschädigung von Gütern, die (§ 58 EWB.) laut Bescheinigung des Absenders nicht oder mangelhaft verpackt sind 5 724. — Ausschluß der Vermutung für die Haftbarkeit der Bahn (§ 456 EWB., Art. 30 Berner Übereinkommen), wenn das Gut z. B. der Übernahme durch die Bahn gut verpackt war u. der Zustand der- selben deshalb nicht geprüft werden konnte 4 644. — Gegenbeweis gegen die Richtigkeit des bahnsseitig festgestellten Gewichtes 4 644. — Gegenbeweis der Bahn gegen die Richtigkeit der Gewichts- angabe im Frachtbrief bei plombierten Sendungen 4 644. — Haftung für den durch Ausfolgung eines unverzollten Gutes entstandenen Schaden 4 644. — Zurückverweisung der ganzen Sendung seitens des Empfängers wegen teilweisen Verlustes 4 644. — Anspruch der Bahn auf Zahlung der Fracht bei unterwegs eintretendem Untergang des Gutes s. unter V 1 (2 2, 247, 248). — Verhältnis der Haftung der Bahn zur Haftung Dritter, z. B. der Kollführunternehmer 2 2, 249. — Beschädigung des Gutes insolge Liefer- striftverhältnis s. oben III 1 (2 2, 252).

3. Haftung über die Ange- stell ten 5 1038. — Aufbewahrung von Handgepäck 2 2, 248, 250. — Gepächträger (Beförderung außerhalb der Station; Unterschied zwischen bestellen u. nur zugelassenen Gepächträgern?) 2 2, 248, 249; 3 2, 107, 108. — unrichtige Auskunft eines Beamten 2 2, 249; 4 645 (über die Fracht); 4 649 (über Betriebsstörungen); 5 267, 357; 7 678. — irrtümlich aus-

gestelltes Frachtbriefduplikat 4 642 (Einschub, daß das Duplikat nicht den Erfordernissen des § 455 HGB. entspricht habe). — vor Abschluß oder nach Beendigung des Transportvertrags liegende Handlungen der Angestellten 4 645. — Rollfuhrunternehmer (Bahnspediteur) als nachfolgender Frachtführer nach § 432 HGB. 6 700, 701. — Rollfuhrunternehmer selbständige Haftung derselben? 2 2, 249; 5 716, 719; 723 (vertragsmäßige Haftungsbeschränkung der Bahn); 6 700, 701. — haben die Rollfuhrunternehmer aus Haus oder ins Haus zu liefern? 5 724. — Haftung der Bahn, wenn der Rollfuhrunternehmer an einen unberechtigten Dritten abliedert 6 701. — Haftung für Streik der Angestellten (s. oben rechtzeitige u. unbeschädigte Lieferung) 7 678, 680.

4. Haftung mehrerer an der Beförderung beteiligter Bahnen. — Klage des Empfängers gegen die Annahmehahn; Befolgung einer Anweisung des nicht i. Besitz des Frachtbriefduplikats befindlichen Absenders seitens einer Bahn 3 2, 110; 4 642. — Geltendmachung von Frachtrückerstattungsansprüchen gegen die Bestimmungsges. u. gegen die Annahmehahn möglich 3 2, 110; 6 707 (s. unten Rechte).

5. Befolgung der erhaltenen Anweisungen. — Anweisungen des nicht mehr in Besitz des Frachtbriefduplikats befindlichen Absenders im internationalen Verkehr 3 2, 103. — Form der Anweisungen bei Ablieferungshindernissen im internationalen Verkehr 3 2, 103. — von wann an ist der Empfänger verfügungsberechtigt? 3 2, 103. — Abweichung von dem vorgeschriebenen Transportweg, wenn der Absender im internationalen Frachtbrief die Zollabfertigungsstelle nicht angegeben hat 4 640. — Haftung bei Nichtmitteilen der Abweichung von dem vorgeschriebenen Transportweg 4 640. — Haftung wegen verspäteter Ankunft bei Nichtbeförderung des Gutes in Schnellzügen (internat. Verkehr) 4 640. — Pflicht des Absenders zur Angabe des anzuwendenden Tarifes? 4 640 (s. auch Frachtbrief); 6 699.

6. Bei Ablieferungshindernissen. — Haftung der Bahn für Beschädigung der wegen Abnahmeverweigerung des Adressaten auf Lager genommener Waren, Frostschaden 3 2, 104; 5 717. — Aufbewahrung des Gutes Lagervertrag oder Verwahrungsvertrag nach § 688 BGB.? 5 716, 709, 710. — Verjährung der Ansprüche aus der Aufbewahrung der unanbringlichen Waren gegen die Bahn 5 716, 717, 709, 710. — Pfand- oder Zurückbehaltungsrecht der

Bahn an den in Verwahrung genommenen unanbringlichen Gütern 5 716, 709, 710. — keine Haftung der Bahn, wenn die von ihr zur Post gegebene Verständigung d. Absenders v. dem Ablieferungshindernis infolge Verschuldens der Post nicht zugestellt wird 6 701. — Ablieferung 7 678, 682 (vgl. diese und Handelskauf). — Umfang der Anwendung des § 70 E.O. 7 682.

7. Andere Pflichten. — Haftung für Ersatz der durch die vergeblich versuchte Abholung des avisierten Gutes dem Empfänger erwachsenen Kosten 4 643; 6 708 (Legitimation des vom Adressaten mit der Abholung Beauftragten zur Geltendmachung). — Haftung der Bahn bei Nichtmitteilung des Resultates der nach § 71 E.O., Art. 25 Berner Übereinkomm. vorgenommenen Untersuchung 4 643; 5 725 (wann ist die Mitteilung zu machen?). — Kreis der nach § 72 E.O. zur Veranlassung einer Untersuchung des Gutes Berechtigten 4 643. — Haftung der Bahn bei Wahl einer erheblich teureren Route, die e. kürzere Lieferfrist hat 3 2, 102 (s. 4 647). — hat die Bahn die Pflicht, vor Auslösung des Frachtbriefes das Gut zur Besichtigung u. Untersuchung vorzuzeigen? 2 2, 239; 7 676. — haftet die Bahn für die richtige Zustellung des Avisos über ein angekommenes Gut durch die Post? 2 1, 192; 2 2, 246, 254; 6 701. — Haftung der Bahn bei schuldhaft falscher Gewichtsfeststellung 2 2, 250; 3 2, 106; 4 714 (der Absender erleidet Schaden durch Benutzung des falschen Gewichts bei Zoll- und Steuer-Deklarationen oder späteren Verträgen). — bei Aufgabe von der Beförderung ausgeschlossener oder nur bedingt zugelassener Güter; Kenntnis der Bahn von der Natur des Gutes 5 721. — Verhältnis der Haftung der Bahn zur Haftung Dritter (z. B. des Rollfuhrunternehmers) für Beschädigung der Güter 2 2, 249; 5 716. — Haftung gegenüber den Einstellern von Privatgüterwagen 5 719. — haftet die Bahn für die Weiterbeförderung (§ 68 Abs. 4 E.O.) als Spediteur? 5 725. — Haftung der Bahn für das in den amtlichen Aufbewahrungsstellen hinterlegte Gepäck (Beschränkung oder Ausschluß der Haftung zulässig?) 2 2, 248, 250, 251. — Haftung, wenn wegen der Nichtausfolgung des Nachnahmescheins an den Berechtigten die Nachnahme von einem Dritten erhoben wird 3 2, 102. — Pflicht der Bahn bei Wahl des Transportweges; Rücksicht auf die Art des Frachtgutes, Tiertransport; Unterlassung der Deklaration des Interesses an der Lieferung seitens d. Absenders 6 699, 700. — Haftung der Bahn, die bei Wahl der Route mangels e. Wegeborschrift

(Eisenbahn)

d. Absenders die Möglichkeit außer acht läßt, daß bei Beförderung auf e. bestimmten Weg eine Resaffte gewährt wird 6 700. — Haftung der Bahn bei verspäteter Benachrichtigung des Absenders über das wegen Mangelhaftigkeit der Zolldokumente entstandenen Transporthinderniß 6 700. — Haftung der Bahn bei Nichtbenachrichtigung d. Absenders von einem dem Gut zugestoßenen Unglück 6 706. — Pflicht d. Bahn, dem Empfänger auf Verlangen vor Einlösung des Frachtbriefes das Frachtgut zur Befichtigung vorzuzeigen 7 676. — Zollbehandlung im internationalen Verkehr; Recht d. Empfängers, die Zollbehandlung selbst zu besorgen? 7 685.

8. Erlöschchen der Haftung nach Annahme des Gutes und Zahlung § 438 HGB., § 90 EBD. — „Verteilte“ im Sinne des § 72 EBD. (d. h. zur Veranlassung einer Unersuchung des Gutes Berechtigte) 4 643. — Auslieferung eines falschen Gutes 5 717. — Pflicht z. Bereitstellung einer Tadebrücke u. Herstellung von Rampen 3 1,139. — Haftung für verkehrssichere Beschaffenheit der dem Publikum z. Benutzung übergebenen Einrichtungen 4 107; 5 113. — Anwendung des § 438 Abs. 1 HGB., § 90 Abs. 1 EBD. und Art. 44 Abs. 1 Berner Fracht-Üb. auf Frankosendungen 2 2, 240; 5 717; 6 701, 702. — Bahnverwaltung als Zahlungsbevollmächtigte des Absenders 2 1, 82. — Anwendung der in Art. 44 Abs. 1 Berner Fracht-Üb. (§ 90 Abs. 2 EisenVerf.) vorgesehenen Reklamationsfrist vor 14 Tagen bei Arglist oder grober Fahrlässigkeit der Bahn? 6 702. — Erlöschchen d. Anspruchs bei frankierten Sendungen 7 683. — Berufung der Bahn auf e. vorbehaltlose Annahme des Gutes, wenn der ausliefernde Beamte von der Beschädigung vor Auslieferung Kenntnis erhielt, aber ein Tatbestandsprotokoll nicht aufnahm 7 683. — Hemmung der Verjährung nach § 470 Abs. 2 HGB. (Frachtrückerstattung) nur für Anspruch gegen die Bahn, nicht für Anspruch der Bahn 2 2, 241. — Berechnung der Verjährungsfrist bei Frachtrückerstattungsansprüchen (Tag der Einreichung der Reklamation, Tag der Zustellung des abschlägigen Bescheides) 2 2, 241. — bei welcher Bahn muß die die Hemmung der Verjährung herbeiführende Reklamation erfolgen? 2 2, 241. — wann ist eine in einem eingeschriebenen Paket enthaltene Reklamation bei der Eisenbahn angebracht? 7 683. — Frist für Geltendmachung von Schadensansprüchen wegen Veräumung der Lieferfrist bei Arglist oder grober Fahrlässigkeit der Bahn 7 683. — Begriff der

„äußerlich nicht erkennbaren Mängel“ im Sinne des § 90 Abs. 2 Ziff. 4 EBD. 7 683.

IV. Rechte der Bahn.

1. Vergütung (s. oben Frachtbrief). — Lagergeld für Einlagerung der Frachtgüter bei Ablieferungshindernissen 4 638. — Lagergeld für vorläufige Einlagerung vor Transportbeginn 4 638. — Lagergeld für die innerhalb der lagerzinsfreien Zeit nicht abgeholtten Güter 4 638. — Lagergeld des § 56 EBD. (bei Sukzessivauflieferungen) 4 638. — Aufrechnung verjährter Ansprüche des Absenders oder Empfängers gegen die Forderung der Bahn 4 643. — Einrede, daß d. Tarif, auf Grund dessen Nachzahlung verlangt wird, nicht gehörig bekannt gemacht sei; Einfluß einer auf die Nachforderung geleisteten Teilzahlung 4 647, 648. — Vereinbarung eines höheren als des Tarifpreises 3 2, 111. — geheimer Verzicht des Versachters auf einen Teil einer Frachtvergünstigung 4 648. — Anspruch des Absenders auf eine Tarifiermäßigung, wenn bei Inhaltsangabe die in der Tarifiermäßigung gebrauchte Bezeichnung nicht gewählt ist 5 714. — Nachforderung der irrigerweise zu gering berechneten Fracht, wenn der Empfänger das Gut unter Berücksichtigung d. ursprünglichen Frachtpfesen schon veräußert hat 5 721. — Anspruch eines Frachtbeteiligten auf Rückerstattung der insolge unrichtiger Verweisung durch die Bahn gezahlten Mehrfracht 5 721. — Verjährung des Rückerstattungsanspruchs einer vor 1900 zuviel erhobenen Fracht 4 542, 647. — Anwendung des § 470 auf vor 1900 entstandene Ansprüche 4 647. — Anspruch auf Rückerstattung zuviel gezahlter Fracht; Rechtsnatur der Klage Vertragsklage oder *condictio*? Passivlegitimation bei Beteiligung mehrerer Bahnen 3 2, 110; 6 707. — insolge Behinderung des Absenders an der vollen Beladung des Wagens zuviel erhobene Fracht; Natur des Anspruchs auf Rückerlag 6 707. — Verzinsung der von der Bahn zuviel erhobenen Fracht 3 2, 110. — Anspruch auf nachträgliche Bornahme e. billigeren als der ursprünglich angewendeten Abfertigungsweise, wenn bei ursprünglicher Abfertigung der Tarif richtig angewendet wurde 4 647; 6 707. — Charakter der Verjährungsfrist des Art. 12 Abs. 4 Berner Fracht-Üb. 6 707. — Anspruch der Bahn auf Nachzahlung bei wesentlich zu niedriger Berechnung des Frachtfahes 7 680, 687. — Aufrechnung des Empfängers mit Schadensersatzansprüchen wegen schuldhafter falscher Frachtberechnung gegenüber d. Anspruch der Eisenbahn auf Nachzahlung irrigerweise zu wenig erhobener Fracht 6 707. —

Anspruch auf Frachtlohn bei unverschuldetem Untergang d. Frachtguts auf dem Transport? 7 157. — Anspruch der Bahn auf Entrichtung der Fracht bei unterwegs eintretendem Untergang des Gutes nach deutschem u. nach internationalem Recht (Untergang infolge höherer Gewalt, einer der Transportgefahren des § 459, infolge fehlender oder mangelhafter Verpackung, infolge natürlicher Beschaffenheit der Ware, einer besonderen Anweisung des Absenders, Verschuldens des Absenders, Verschuldens der Bahn) 2 2, 247, 248; 7 678. — Anspruch auf Frachtnachzahlung wegen absichtlich falscher Deklaration des Gutes; Verjährung 4 647. — Verjährung, wenn bei richtiger Anwendung e. gültigen Tarifes infolge späteren Verlangens der Anwendung e. dem Absender günstigeren Tarifes ein Frachterstattungsanspruch entsteht 4 647. — Frachtnachzahlung bei Versehen in der Routenwahl; Verjährung 4 647 (s. § 2, 102). — Hemmung der Verjährung nach § 470 Abs. 2 BGB. (Frachtrückerstattungsanspruch) nur für Anspruch gegen die Bahn 2 2, 241. — Berechnung der Verjährungsfrist bei Anspruch auf Frachtrückerstattung; Tag der Einreichung der Reklamation oder der Zustellung des abschlägigen Bescheides? 2 2, 241. — bei welcher Bahn muß die die Hemmung der Verjährung des Anspruchs auf Frachtrückerstattung herbeiführende Reklamation erfolgen? 2 2, 241. — Anwendung d. Ausnahmetarife trotz nicht ausdrücklichen Verlangens im Frachtbrief (§ 51 Abs. 1e) 7 681. — müssen die in Art. 11 Berner Fracht-Üb. erwähnten Auslagen der Bahn im Frachtbrief zahlenmäßig verzeichnet werden? 7 685. — Pflicht des Adresspeditours z. Nachzahlung der zu wenig gezahlten, aus dem Frachtbrief ersichtlichen Beträge (Art. 12 Berner Üb.) 7 685. — Verjährung des in Art. 12 Abs. 4 Berner Üb. gegebenen Nachzahlungsanspruchs 7 685. — Anwendung d. Verjährungsfrist des Art. 12 Abs. 4 Berner Fracht-Üb. auf Rückforderung der irrtümlicherweise von der Bahn an die Partei zurückerstatteten Fracht 7 685. — Anspruch der Bahn auf die volle Fracht, wenn infolge Weisung d. Absenders das Gut auf d. Versand- oder e. Zwischenstation zurückgegeben wird? 7 687. — Pflicht d. Empfängers im international. Verkehr z. Zahlung auch der i. Frachtbrief nicht notierten Frachtbeträge, zur Nachzahlung e. zu niedrig berechneten Fracht 6 687. — Recht des Empfängers auf Zurückerstattung der bezahlten Fracht u. Rücknahme, wenn ihm trotz vorheriger Feststellung d. Verlustes d. Gutes dessen Eingang avisiert wird u. er daraufhin zahlte 7 687.

2. F r a c h t z u s c h l ä g e. — rechtliche

Natur der im § 53 EOB. vorgesehenen Zuschläge (Konventionalstrafe) 1 1, 256; 2 2, 233; 3 2, 102; 4 641; 5 715, 722; 6 700; 7 168, 681. — wie lange bleibt der Absender für sie haftbar? 2 2, 233; 3 2, 102. — Haftung des Empfängers für die Frachtzuschläge 2 2, 233; 5 715, 722 (Dauer). — Verjährung des Anspruchs der Eisenbahn 2 1, 102; 2 2, 233, 234, 241; 5 65, 715, 721, 722; 6 89, 700. — Berechnung des Frachtzuschlags bei gleichzeitigem Vorliegen einer unrichtigen Inhalts- u. einer zu niedrigen Gewichtsangabe 2 2, 234. — Berechnung des Zuschlags für unrichtige Inhaltsangabe nach dem Gewicht der ganzen Sendung oder nach dem des unrichtig deklarierten Teiles 2 2, 234; 5 715. — setzt die Verhängung des Frachtzuschlags Verschulden voraus? 2 2, 234; 5 715. — Beweis des Absenders, daß ihn kein Verschulden treffe 4 641; 5 715; 7 685. — Frachtzuschlag keine vom Anspruch auf die Fracht abhängige Nebenleistung nach § 224 BGB. 2 1, 102; 5 65. — entstandener Schaden keine Voraussetzung 7 681. — Absicht der Frachtfürzung auf Seite des Auftragebers als Voraussetzung? 7 681. — „unrichtige Deklaration“ im Sinne des Art. 7 Abs. 4 Berner Fracht-Üb. 7 684. — Anwendung des Art. 7 Abs. 4 Berner Fracht-Üb. auf unverpackte Güter 7 684. — Haftung d. Versandbahn im internationalen Verkehr, wenn eine spätere Bahn einen ungerechtfertigten Frachtzuschlag erhebt 7 684. — Legitimation der Aufgabebahn zur Geltendmachung des Zuschlags auch bei Entdeckung der unrichtigen Deklaration durch eine andere Bahn 2 2, 234. — über die Höhe d. Zuschläge de lege ferenda 3 2, 102, 103. — Verhängung eines Frachtzuschlags bei bloß ungenauer Inhaltsangabe 3 2, 102. — Frachtzuschlag wegen unrichtiger Gewichtsangabe bei bahnamtlicher, auf Antrag des Absenders erfolgter Gewichtsfeststellung 3 2, 102. — Berechnung des Zuschlags bei ungleich tarifierten, aber im Frachtbrief nach dem Gewicht nicht ausgeschiedenen Gütern 3 2, 103; 5 714, 715. — Kenntnis der Bahn von der Natur des Gutes bei Annahme 4 641, 647; 5 715. — Verjährung des Anspruchs auf Rückzahlung des unrichtig erhobenen Frachtzuschlags 4 641, 647. — unrichtige Deklaration bei falscher Angabe im Frachtbrieft trotz richtiger Bezeichnung in den Zollbegleitpapieren 5 714. — guter Glaube des Absenders; Bezeichnung des Gutes in Frachtbrief im Übereinstimmung mit den Konnossementen 5 714, 715. — Haftung des Absenders für Handlungen seiner Leute 5 715. — Verschulden der unrichtigen Deklaration durch

(Eisenbahn)

die Bahnbeamten 5 715. — Schreibfehler bei Gewichtsangabe 5 715. — Verwirkung des Frachtzuschlags vor Beginn des Transports oder bei nur teilweise ausgeführtem Transport 5 715. — Verlust des Anspruchs auf Frachtzuschlag mangels Vorbehalts bei Annahme des verladenen Wagens 5 148. — kein Anspruch des Abfenders auf Ersatz des der Eisenbahn nachgezählten Betrags gegen den Empfänger bei Tarifumgehung 4 46. — Pflicht des Empfängers zur Zahlung, auch wenn der Zuschlag im Frachtbrief nicht ziffernmäßig verzeichnet ist 6 700.

3. P a n d r e c h t u. R e t e n t i o n s r e c h t. — das im § 440 Abs. 3 dem Frachtführer eingeräumte 3tägige Folgerecht gilt für den internationalen Frachtvertrag nicht 2 2, 242. — Träger des Pfandrechts die einzelne Bahn oder die Gemeinschaft der befördernden Bahnen 2 2, 242. — Umfang des Pfandrechts nach dem internationalen Übereinkommen (aus dem Frachtbrief nicht ersichtliche Forderungen) 2 2, 243.

4. A n d e r e R e c h t e. — Haftung d. Abfenders bei Unrichtigkeit d. Begleitpapiere auch ohne Verschulden; Nichtprüfung der Papiere seitens der Bahn als Verschulden der Bahn 2 2, 234. — Aufrechnungsbefugnis der Bahn gegen Forderungen des Abfenders oder Empfängers 4 643. — Aufrechnung der Bahn mit verjährter Forderung 4 139.

B. P e r s o n e n t r a n s p o r t f. Fahrkarte, Haftpflicht. — Wertvertrag 1 1, 393; 2 1, 373; 4 204, 648; 5 243, 723. — durch die Post 2 2, 243 (f. P o s t). — subsidiäre Anwendung der Vorschriften über Wertvertrag 2 2, 253; 5 723. — rechtliche Natur der Fahrkarte (Legitimationszeichen oder Inhaberp.?) 2 2, 253; 3 1, 176; 3 2, 111; 4 648 (Übertragbarkeit); 1 1, 447; 2 1, 475. — Kilometerhefte 4 648. — Abbonnementskarten 3 1, 322. — fahrlässiger Versuch der reglementwidrigen Benutzung einer Abbonnementskarte; Konfiskation der Karte u. Ablehnung eines neuen Abbonnements 2 2, 253. — Einfluß der vor Ablauf einer Rinderrückfahrkarte erfolgten Zurücklegung des 10. Lebensjahres oder der vor Ablauf der Arbeiterfahrkarte erfolgten Arbeitsaufgabe 5 723. — rechtliche Natur der Abbonnementskarten 3 1, 322. — Anspruch auf Rückzahlung des Fahrpreises bei Überfüllung 1 1, 393; 2 1, 373; 2 2, 253. — unverschuldeter Nichtbesitz einer gültigen Fahrkarte 3 2, 111, 112. — Verlust der Fahrkarte während der Fahrt 2 2, 254; 3 2, 111, 112; 3 1, 169 (Zahl. als Wertgastraf?) — Begriff des „Plagnehmens“ nach § 21 Abs. 4 E.B.D. 2 2, 254. — Fahrpreis-

berechnung für Kinder 5 707, 708. — Benutzung der Fahrkarte eines fremden Mitreisenden zur Befreiung von der Gepäckfracht 3 2, 111. — Verweigern d. Vorzeigung der Fahrkarte 3 1, 85. — Übertragung der Fahrkarte zwecks Fortsetzung der von einem anderen angetretenen Reise 4 648/649. — Haftung bei Indienststellen alter Wagen mit steilen Trittbrettern 7 135. — Anspruch des Reisenden auf Heizung der Wagen außerhalb der Zeit vom 15. IX.—15. V. 5 723. — Haftung für verkehrssichere Beschaffenheit der dem Publikum zur Benutzung übergebenen Räume 4 107; 5 113. — haftet die Bahn auf Grund des Wertrages für Beförderung ohne Unfall? 2 2, 254; 5 1038 723; 6 345. — Haftung für Auskünfte über Betriebsstörungen 4 649. — Haftung d. Fiskus f. Abortanlagen; Übertragung der Obf. an e. Wartestau 6 29. — Haftung für gefahrlosen Zu- u. Ausgang d. Reisenden aus dem Bahnhofe 2 1, 26; 194, 512; 2 2, 236; 3 2, 107, 111 (Verlegung des Reisenden durch einen Bediensteten); 3 1, 135; 4 20; 7 135; 7 262, 347, 680. — Haftung wegen Nichtschaffung besonderer Zugänge für die Postgüter zu den Bahnsteigen 7 347. — rechtliche Pflicht der Bahn zur Weiterbeförderung der Reisenden, wenn Naturereignisse die Fahrt auf einer Strecke verhindern? (§ 26 Abs. 5 E.B.D.) 2 2, 254. — Pflicht zur Bekanntmachung von Betriebsstörungen 4 649. — Verjährung von Ansprüchen wegen Körperverletzung 5 625. — Haftung bei Anhalten d. Zuges außerhalb d. erhöhten Bahnsteiges 7 680. — Haftung f. d. Entweichen e. im Hundebteil untergebrachten Hundes 7 680. — Schlaf- u. Speisemagen f. diese. — Haftung d. Eisenbahnfiskus bei Außerachtlassen d. Streupflicht seitens d. Angestellten 2 1, 194; 3 1, 135; 7 140. — Haftung d. Fiskus f. Verlegung d. Erstehers e. Bahnsteigkarte durch e. Postbeamten 7 140. — Haftung für Raubanfalle auf d. Passagiere 7 262. — Anspruch auf Erstattung d. Reisekosten, Zehrgelder, Sachschadens, Schadens f. Körperverletzung bei Eisenbahnunfällen 7 267.

R e i s e g e p ä c k. — unbeanstandete Annahme des mit dem Vermerk: „unverpakt oder mangelhaft verpakt“ versehenen Gepäckstücks seitens des Reisenden 2 2, 249. — Ausfluß der Haftung der Bahn bei Vorhandensein älterer Beförderungszeichen auf den Gepäckstücken 2 2, 254; 5 724 (Ungültigkeit des § 31 E.B.D.). — Haftung der Bahn für die Gepäckträger 2 2, 248, 249; 3 2, 107, 108; 1 1, 486, 487 (f. unerlaubte Handlung § 831). — Klage des Reisenden gegen den Gepäckträger 1 1, 487. — Natur des Lagergeldes für

Aufbewahrung des Reisegepäcks 4 638. — Natur des Gepäcksheins 4 649; 6 294 (s. diesen), 708. — Verwahrungspflicht an den von Reisenden im Wagen zurückgelassenen Gegenständen 4 649 (Herausgabe an falsche Personen seitens des Schaffners; Umfang der Haftung). — Haftung der Bahn für das während der Fahrt aus dem Wagenabteil gestohlene Handgepäck? 5 721. — wann gilt ein im Eisenbahnwagen zurückgelassener Gegenstand als verloren? 5 724. — Aushändigung des Gepäcks an den Inhaber des Gegenstandes trotz Kenntnis der Bahn von seiner Nichtberechtigung 6 708. — Haftung der Bahn für das von Beamten im Zuge aufgefundenen, dem Stationsbeamten übergebene Gepäck 7 681.

Eisenbahngesetz, preuß. v. 3. XI. 38 f. unerlaubte Handlung. — § 278 BGB. bei § 25 BGG. anwendbar 5 118. — Übertragbarkeit der Brandentzündungsansprüche aus § 25 BGG. an die Feuerlozietät schon im voraus 1 1, 299. — Schäden durch Funkenflug einer Kleinbahn; Verschulden nicht Voraussetzung der Haftung 3 1, 343; 4 269; 5 329; 6 304. — Anwendung der allgemeinen Vorschriften des BGB. auf den Begriff u. Umfang des eigenen Verschuldens des Unternehmers nach § 25 5 615. — Anwendung des § 254 BGB. auf § 25 GG.? 5 615, 619, 1034 (s. konkurrierendes Verschulden); 7 107. — Anwendung des § 25 auf Straßenbahnen? 2 2, 326, 327. — Geltung nur noch für Sachbeschädigung 3 2, 145, 684; 5 619 (s. Haftpflicht). — Voraussetzungen der Haftung für Sachschaden nach § 25 5 619.

Eisenbahn-Unfälle s. Haftpflicht, konkurrr. Verschulden, Eisenbahn unter Personentransport.

Elbzoll vgl. Rheinschiffahrts-Gerichte. — Prorogation auf ein anderes Gericht an Stelle des Elbzollgerichts 6 750.

Elektrizität vgl. Kabel. — elektr. Beleuchtungsanlage als wesentl. Bestandteil oder Zubehör 1 1, 55; 3 1, 28; 4 24; 5 22. — Akkumulatorenbatterie als Zubehör einer elektrischen Anlage 2 1, 33. — Eigentumsverbehalt d. Lieferanten an e. elektrischen Beleuchtungsanlage 1 1, 344. — Elektrizität als Sache? 1 1, 53; 2 1, 28; 3 1, 26; 5 20; 7 21. — Elektrizität als Gegenstand e. Mietvertrags 1 1, 362; 3 1, 230. — Elektrizitätslieferungvertrag rechtl. Natur 1 1, 339, 362, 381, 394, 400, 509; 3 1, 210, 230, 266; 7 193, 215 (s. Kauf, Miete). — Besitz u. Besitzerwerb 1 1, 509.

Elfaß-Lothringen. — Fortbestand der in E.-L. geltenden Vorschriften über Ersatz des durch öffentl. Arbeiten angerichteten Schadens bei Mangel eines Verschuldens 4 533. — oberster Verwaltungsgerichtshof im Sinne des § 11 GGGBG. 3 2, 320.

— Straßenverbände mit beschränkter Haftung 5 15. — Haftung des Staates s. Notar u. Gerichtsvollzieher 3 1, 25; 4 22. — Zwangsziehung s. diese.

Eelterliche Gewalt s. auch eheliche Kinder, elterliches Nutznießungsrecht, Kindesvermögen; Aufsicht des Vormundschaftsgerichts s. dieses.

Internationales Recht. — Wiederaufleben der erloschenen e. G. bei Wechsel der Staatsangehörigkeit? 1 2, 372. — Anwendung d. §§ 1666 ff. auf Ausländer 1 2, 372; 3 1, 671 (nicht reichsangehöriger Vater gegenüber den im Inlande geborenen u. wohnenden Kindern). — Einschreiten des inländischen Richters gegen den ausländischen Vater auf Grund des maßgebenden ausländischen Rechts bei Gefährdung des Kindes 1 2, 372. — Anwendung des § 1680 auf Ausländer? 1 2, 372; 5 610. — Endigung der e. G. durch Heirat 1 2, 372, vgl. 5 608 (Vormundschaft). **Übergangsrecht.** — elterl. G. der Mutter über die Kinder 1. Ehe bei Eingehung der 2. Ehe vor 1900; Wiederauflösung der 2. Ehe vor 1900 1 2, 441, 445; 2 1, 803; 3 1, 705; 4 552; 6 599. — nach BGB. tauglicher Vater bei Verwirkung nach altem Recht 1 2, 442. — vor 1900 von der Mutter als Vormünderin ohne die erforderliche gerichtliche Genehmigung vorgenommene Rechtsgeschäft, wenn BGB. die obervormundschaftliche Mitwirkung nicht verlangt 1 2, 443. — vor 1900 durch Heirat aus der e. G. ausgeschiedene minderjährige Tochter 2 1, 803. — „obligatorische Beschränkungen der Eltern“ im Sinne des Art. 204 GGGBG. 1 2, 444; 7 589. — vor 1900 erfolgte freiwillige Niederlegung der gesetzl. Vormundschaft seitens der Mutter 1 2, 444. — vor 1900 bestellte Datio-Vormundschaft als Anordnung nach Art. 204 GGGBG. 1 2, 444. — Fortwirken einer vor 1900 mit Übergang der Mutter erfolgten Vormund- oder Gegenvormundbestellung? 1 2, 444. — Stellung des Vaters zu den den Kindern zur besonderen Sicherheit verschriebenen Kapitalien 1 2, 442. — vor 1900 von dem sich wieder verheiratenden Vater geleistete Sicherheit 1 2, 129, 443. — Rautionspflicht des wieder heiratenden Vaters in Nassau 1 2, 129. — Fortbestand der vor 1900 eingetragenen gesetzlichen Hypothek der Kinder (bayer. Recht) 1 2, 443 (2). — Lösung der vor 1900 am Grundvermögen des Vaters zur Sicherung der Kinder bestellten Hypothek; Aufstellung eines Pflegers 1 2, 443. — vor 1900 entstandener Anspruch auf Sicherung, Auseinandersetzung, Rechnungslegung 2 1, 803. — vor 1900 durch die Obrigkeit erfolgte Beschränkung der Eltern in der Verwaltung des Kindesvermögens 2 1,

(Elterliche Gewalt)

803, 804. — vor 1900 durch den Vater angeordnete Beschränkung oder Ausschließung der Mutter von der Verwaltung **1 2, 445.** — Ausschluß des väterl. Nutznießungsrechts bei einer vor 1900 erfolgten Annahme an Kindesstatt **1 2, 448, 449.** — vor 1900 erfolgte Vinkulierung e. Sparfassenbuchs gegenüber dem Gewalthaber **1 2, 115; 3 1, 511.** — Einfluß e. vor 1900 eröffneten Konkurses auf d. Verwaltungsrecht des Vaters **1 2, 118.** — vor 1900 durch Heirat aus der e. G. geschiedene Tochter **1 2, 122.** — vor 1900 erklärter Verzicht auf d. Vermögensverwaltung **1 2, 122.** — Verlust der e. G. vor 1900 aus e. im BGB. nicht anerkannten Grunde **1 2, 132.** — Verlust vor 1900 insolge Strafe **1 2, 133, 444.** — vor 1900 nach §§ 90, 91, 266 ff. II. 2 WR. erfolgte Einschränkung **1 2, 444.** — Aufhebung der vor 1900 durch die Obrigkeit erfolgten Einschränkungen; Zuständigkeit, Gründe, Zeitpunkt der Wirkung, Form der Aufhebung **1 2, 444; 2 1, 804.** — vor 1900 durch den Vater erfolgte Ausschließung oder Beschränkung der Mutter; Umwandlung e. Vormund- in eine Beistandschaft; Neuverpflichtung des Beistandes? Wiederverheiratung der Mutter vor 1900 **1 2, 444, 445.** — Verwaltungsrecht d. Vaters am Vermögen einer vor 1900 verheirateten Tochter? **1 2, 106.** — Inventarpflicht nach § 1640 **1 2, 111, 112.** — Inventarpflicht nach § 1640 bei Leibzucht nach nassauisch. Recht **1 2, 112; 2 1, 652.** — vor 1900 getroffene Bestellungen von d. Inventarpflicht **1 2, 114; 2 1, 654.** — Inventarpflicht bei statutarischer Nutznießung nach württemb. Recht **4 414; 5 507.**

Stellung der Kinder aus den vor 1900 geschiedenen oder sonst aufgelösten Ehen. — maßgebendes Recht für den Begriff u. Inhalt der elterlichen Sorge **1 2, 445, 446; 2 1, 804; 4 552.** — Übertragung der Erziehung auf den schuldigen Gatten? **1 2, 445.** — vom Prozeßrichter im Scheidungsprozeß getroffene Anordnung **1 2, 445.** — Anwendung der §§ 1635, 1636 BGB. bei Vorliegen eines rechtskräftigen Urteils oder e. Vertrags aus der Zeit vor 1900 **1 2, 110, 445, 446 (2).** — Herausgabe der gemeinschaftlichen Kinder an Dritte **1 2, 445.** — bisher zulässiger Rechtsweg wegen Entziehung der Sorge **1 2, 445, 446.** — Zuständigkeit f. d. Regelung **1 2, 446; 2 1, 804.** — Zuständigkeit des Prozeß- oder Vormundschaftsrichters bei Streit zwischen den Eltern über den Umfang des persönlichen Verkehrs mit dem Kinde **1 2, 445, 446.** — Unterhaltspflicht f. diese. — wenn am 1. I. 00 nach altem

Recht noch keine Entscheidung getroffen ist **2 1, 804.** — Anwendung des Art. 206 GGWB. bei Wegfall eines der geschiedenen Gatten durch d. Tod? **4 552 (3); 5 633.** — Herausgabeanpruch, Anwendung des § 1632 BGB.? **4 552.** — für den Fall der Scheidung zwischen den Ehegatten geschlossene Verträge nach altem Recht **4 412, 533.** — Stellung der Kinder aus nichtigen, vor 1900 geschlossenen Ehen f. Kinder aus nichtiger Ehe. — e. G. u. Erziehungsrecht bei Adoptierten **4 553.**
 Allgemein e. — Begriff d. „elterlichen“ Gewalt **1 2, 101; 5 494** (Verhältnis der beiden Eltern zueinander). — Grundsatz der Selbständigkeit des Gewalthabers? **5 494.** — keine ständige Beaufsichtigung durch das Gericht **2 1, 661.** — Pflegschaft z. Überwachung des Gewalthabers? **2 1, 646.** — Bestimmung des Aufwands f. d. Unterhalt e. Kindes betrifft nicht nur Person, sondern auch d. Vermögen des Kindes **3 1, 501; 5 494; 6 485.** — Recht auf persönlichen Verkehr mit dem Kinde **5 503** (f. unten für den Fall der Scheidung), **504 f.** (Stellung des Vaters gegenüber e. mit d. Personensorge betrauten Pfleger), **505** (Verzicht auf das Recht); **6 489.** — Haftung d. Vaters f. die Verteidigungskosten d. Kindes **1 2, 120** (f. elterl. Nutznießung). — Haftung d. Vaters f. Prozeßkosten d. Kindes f. elterliche Nutznießung. — Verzicht auf die e. G.? **1 2, 122.** — Beschränkter Recht in den die e. G. betr. Angelegenheiten f. Beschwerde.

Verhältnis d. Gewalthabers zu e. Pfleger (§§ 1628, 1629) f. Pflegschaft u. unten Vertretung. — Kompetenzstreit zwischen beiden **1 2, 101.** — Vertretung des Kindes bei Verhandlungen mit d. Steuerbehörde **2 1, 647.** — Anwendung d. § 1629 bei Streit zw. Vormund u. wiederverheirateter Mutter über Personensorge oder Vermögensverwaltung **1 2, 102; 3 1, 500; 2 1, 664.** — Aufstellung e. selbständigen Meinung seitens d. Vormundschaftsgerichts bei Streit zw. Pfleger u. Gewalthaber **4 404** (vgl. Vormund unter Stellung mehrerer Vormünder). — zu Unrecht bestellte Pflegschaft **5 494.** — Meinungsverschiedenheit zw. Gewalthaber u. Pfleger bei einer beide Verwaltungskreise berührenden Maßregel, Erziehungsaufwand **3 1, 501; 5 494; 6 485; 7 500.** — Zuständigkeit d. Gerichts zur Bestimmung d. Höhe des Erziehungsaufwands bei Streit **6 485** (f. **6 492 u. 2 1, 664.**) — Anspruch d. Vaters, dem die Sorge f. d. Person des Kindes zusteht, auf Aufklärung über den Vermögensstand d. Kindes gegenüber e. mit der Vermögensverwaltung betrauten Pfleger **7 504.** — dem Vater schon vor Herausgabe oder Eintritt d. Nachbfolge entzogene Ver-

mögensverwaltung; kein Recht d. Vaters zu Sicherungsmaßnahmen 7 504 (s. unten). Vertretung d. Kindes § 1630 f. auch Pflegschaft § 1909, Vormundschaft unter Ausschluß. — Übertragbarkeit des Rechts? 1 2, 102. — Ausübung des Rechts durch e. Generalbevollmächtigten? 1 2, 102. — Prozeßführung im Namen d. Kindes 1 2, 102. — Strafantragsrecht (selbständiges oder nur im Namen des Kindes?) f. Strafantrag 1 2, 102; 2 1, 647; 3 1, 501, 502 (insbes. der Mutter); 4 404; 5 494; 7 511. — Strafantragsrecht d. geschäftsbefchränkten Vaters (§ 1676 Abs. 2) 3 1, 502. — Strafantrag für eine verheiratete minderjährige Tochter 4 408. — Stellung d. Entmündigungsantrags gegen das Kind 1 2, 102. — Schenkung des Vaters an das durch ihn selbst vertretene Kind? 1 2, 103; 3 1, 502; 7 501 (Sparkasteneinlage). — Vertrag über Aufschieden e. Kindes oder Fortbestand d. zwischen Gewalthaber u. Kindern bestehenden offenen Handelsgesellschaft: Pfleger nötig 1 2, 102. — Erbaueinanderfegung bei Beteiligung d. Gewalthabers 1 2, 102. — Antrag des Vaters auf gerichtl. Erbteilung, wenn Vater zugleich Nießbraucher des Erbteils ist 1 2, 103. — Begründung e. vom Sohn eingelegten Revision in Straffachen durch den Vater? 2 1, 647. — Privatklage des Vaters als Vertreter d. Kindes 2 1, 647 (s. Privatklage); 3 1, 501, 502; 4 404; 5 494; 7 579. — kann der Vater den ihm an e. Erbschaft d. Kindes vermachten Nießbrauch sich selbst bestellen? 2 1, 647. — Gesamtkte des Gewalthabers u. Kindes als Rechtsgeschäft zwischen beiden; Ausschluß d. Vertretung 5 495. — Pflichtteilsanspruch des Kindes gegen die die elterl. Gewalt besitzende Mutter 6 486. — Unterhaltsklage gegen den Vater seitens der mit d. Personensorge betrauten geschiedenen Mutter ohne Pflegerbestellung? 1 2, 109. — Vertretung mehrerer Kinder durch den Vater bei Erbteilung 2 1, 675 (s. Pflegschaft und Vormund). — vom Vater einem Dritten z. Vertretung d. Kindes erteilte Vollmacht; Wirkung nach Großjährigkeit des Kindes 7 501. — vom Vater abgeschlossene, das Kind über die Minderjährigkeit hinaus verpflichtende Rechtsgeschäfte 7 501. — Einfluß e. Zwangserziehung des Kindes auf das Vertretungsrecht 7 510, 511. — Ausschl. d. Vaters v. der Erbteilung der Zustimmung namens der Kinder als Macherben zu dem von der Mutter als Vorerbin mit Dritten geschlossenen Vertrage 3 1, 539; 4 438. — kann der Vater bei fortgesetzter Gütergemeinschaft die Erklärung der Einwilligung der von ihm vertretenen Kinder nach § 1445 an sich selbst richten? 3 1, 539. — Abgabe der

Erklärung nach Art. 4 Abs. 2 bayr. Nachlassgesetzes „sich nicht auseinandersetzen zu wollen“ von dem elterl. Gewalthaber, der zugleich Miterbe ist, namens d. Kinder 3 1, 539. — kann der Vater das als Hypothek eingetragene Muttergut, das er selbst schuldet, dem dritten Grundstücks Eigentümer kündigen? Zahlungsannahme, Duitungsleistung 1 2, 102; 2 1, 647, 676 (2); 3 1, 540, 541 (s. 5 495). — Pflegerbestellung zwecks Führung e. Prozesses gegen den Vater, Beschwerderecht des Vaters 5 532. — kein Ausschluß d. Vertretungsmacht bei Interessenkollision ipso iure, sondern nur Möglichkeit der gerichtl. Entziehung 4 439. — Entziehung d. Vertretungsrechts in toto? 1 2, 103. — Entziehung bei bloßer Wahrscheinlichkeit einer Interessengefährdung 1 2, 103. — Vorliegen d. Voraussetzungen des § 1666 zur Entziehung nicht nötig 1 2, 103. — Entziehung der Vertretung auch gegen den Willen des Vaters 1 2, 103. — Bestellung d. Pflegers erst nach Entziehungsverfügung möglich 1 2, 103. — Entziehung zwecks Stellung e. Strafantrags gegen d. Vater 1 2, 103. — keine Vertretungsmacht der Mutter; keine Haftung d. Kindes f. Verschulden der Mutter nach §§ 254, 278; 5 499 (s. unten e. G. d. Mutter).

Sorge f. d. Person d. Kindes vgl. Vormund, Vormundschaftsgericht. — öffentl.-rechtl. Staatsbürgerpflicht 1 2, 101. — rechtl. Natur d. Sorgerechts 1 2, 103. — Durchführung der aus dem Sorgerecht entspringenden Befugnisse, Zuständigkeit des Prozeß- oder des Vormundschaftsgerichts 1 2, 103; 3 1, 505; 4 408; 5 498. — persönlicher Verkehr d. Eltern mit d. Kind, insbes. bei Verwirkung der e. G. 3 1, 521. — Verhältnis d. Erziehungsrechts zu Polizeiverordnungen über Jugendliche 5 496. — Pflicht des Vaters, dem unter Zwangserziehung stehenden Kinde die Aufnahme im Elternhause zu verweigern 7 501. — Anspruch auf Herausgabe des Kindes, rechtl. Natur 1 2, 104, 105. — Retentionsrecht gegenüber dem Anspruch auf Herausgabe e. Kindes 3 1, 124. — Prozeßweg f. den Anspruch auf Herausgabe des Kindes 1 2, 103, 104; 2 1, 649; 3 1, 505; 4 408; 5 498. — Feststellungs-klage auf Nichtberechtigung d. Dritten z. Vorenthaltung d. Kindes 1 2, 105. — einstw. Verfügung auf Herausgabe des Kindes 1 2, 103. — Klage auf Unterlassung künftiger Eingriffe 2 1, 649; 5 499. — vollstreckbarer Beschluß des Vormundschaftsgerichts auf Herausgabe des Kindes an einen Elternteil? 1 2, 103, 104. — Beschwerde gegen den vom örtlich unzuständigen Vormundschaftsgericht erlassenen Beschluß auf Entzieh. d. Fürsorgerechts 7 984. — Anrufen des Vormundschafts-

(Elterliche Gewalt)

gerichtlich zum Vollzug e. nach § 627 BPD. getroffenen Herausgabebeschlusses? **12**, 104. — Pflegerbestellung f. d. Kind bei Herausgabeklagen? **21**, 649; **31**, 514. — Aktivlegitimation z. Klage auf Herausgabe **12**, 105 (3); **5** 498. — Legitimation z. Klage bei beschränkter Geschäftsfähigkeit **5** 498. — Klage eines Elternteils gegen den anderen auf Herausgabe des Kindes **12**, 105 (Klage des getrennt lebenden Vaters; Klage der Mutter bei Gefährdung der Kindesinteressen; Klage des z. tatsächlichen Sorge berechtigten Elternteils gegen den nur zur Vertretung befugten); **21**, 649, 650 (2); **31**, 505; **4** 408 (prozeßgerichtl. Zuständigkeit); **5** 498; **6** 487; **7** 502, 503. — Klage auf Herausgabe gegenüber einer gegenteiligen einst. Verfügung nach § 627 B 487. — Widerklage auf Erstattung d. Verpflegungskosten gegenüber d. Klage d. Eltern auf Herausgabe? **7** 734, 735. — Selbsthilfe u. Notwehr d. Elternteils nach vollendeter Entziehung des Kindes **5** 499. — Beweislast über die Widerrechtlichkeit d. Vorenthaltung bei Klage auf Herausgabe d. Kindes **12**, 105. — wann liegt „Vorenthalten“ d. Kindes vor **12**, 105; **21**, 649. — Klage auf Herausgabe d. Kindes, wenn das Kind selbst der Rückkehr widerstrebt **12**, 105; **21**, 649. — Vollstreckung d. Herausgabeburts **21**, 650; **31**, 506; **4** 408. — Zuführungspflicht d. Beklagten? **4** 408. — Einwand ernstl. Gefährdung d. Kindes gegenüber d. Herausgabeklage? **12**, 105 (2); **7** 502. — Einwand d. zu erwartenden Regelung durch das Vormundschaftsgericht? **4** 407; **5** 498. — Einwand d. vertragsmäßigen Überlassung gegenüber d. Herausgabeklage? **12**, 105; **21**, 647, 650 (zwischen d. Eltern); **31**, 504; **4** 406, 407, 408; **5** 498. — Einwand d. Mißbrauchs gegenüber d. Herausgabeklage **4** 407; **7** 502. — kein Zurückbehaltungsgr. gegenüber d. Herausgabeklage wegen d. Auslagen f. d. Unterhalt **12**, 105; **21**, 649; **31**, 505. — Bedeutung vormundschaftsgerichtl. Anordnungen (insb. § 1666) gegenüber d. Herausgabeklage **21**, 649. — Personenföge bei tatsächl. Getrenntleben der Eltern **12**, 101, 106; **21**, 652; **4** 411. — Übertragung des Sorgerechts auf einen Dritten? **12**, 101; **5** 496. — Verzicht auf d. Erziehungsrecht **12**, 105; **21**, 647, 650; **31**, 504. — Aufsichtsrecht neben dem Erziehungsrecht **31**, 504; **4** 406; **5** 497. — Anhalten d. Kindes zu standesgemäßer Arbeit **12**, 101. — Verwendung d. Arbeitsverdienstes d. Kindes **12**, 101. — Sorge für das franke Kind; Pflicht, zur Heilung beizutragen **21**, 646. — Zulassung operativer Eingriffe **21**, 646. — Vornamengebung als Fürsorgepflicht **21**, 647;

31, 502. — Anhalten d. Kindes zu einem an sich gefährlichen Beruf **21**, 648. — religiöse Erziehung (s. diese); Einfluß landesgesetzl. Vorschriften **12**, 165; **31**, 504, 513; **4** 406; **5** 496; **6** 486, 487; **7** 501, 502. — Verträge zwischen den Eltern oder mit Dritten über das Erziehungsrecht; Ansetzung **12**, 103, 104; **21**, 648. — Züchtigungsrecht (s. dieses) **31**, 503; **4** 405; **6** 486; **7** 501 (Umfang, Irrtum über den Umfang als Schuldausschließungsgrund). — Übertragung des Züchtigungsrechtes **12**, 103; **21**, 648; **31**, 503 (auf Lehrer, Werkmeister); **4** 405; **7** 513. — Züchtigungsrecht d. Vaters gegenüber e. verheirateten Tochter **6** 486. — Sorge f. den Schulbesuch **12**, 104; **21**, 648; **31**, 504. — Aufsicht über minderjährige Lehrlinge (Teilung d. Aufsicht zw. Eltern u. Lehrhern) **21**, 648 (s. unerlaubte Handlungen **12**, 104. — Vater als Lehrherr, Lehrvertrag **21**, 647, 648; **31**, 504; **4** 406; **5** 496. — Bestimmung d. Aufenthalts d. Kindes **12**, 104; **21**, 649 (öffentl.-rechtl. Schranken); **31**, 504, 505; **4** 407. — im Widerspruch mit der väterlichen Anordnung durch die Mutter erfolgte Aufenthaltbestimmung **21**, 650. — Anspruch des Kindes auf Aufnahme in die elterliche Wohnung? **31**, 504, 505. — „angemessene Zuchtmittel“ im Sinne des § 1631 **12**, 104; **21**, 649; **5** 497. — „geeignete“, vom Gericht nach § 1631 Abs. 2 anzuwendende Zuchtmittel, Vollstreckung **12**, 104; **31**, 505; **4** 407. — Anordnung der Unterbringung in e. Anstalt als gerichtl. Zuchtmittel **12**, 104; **5** 497. — muß das Gericht einem Antrag des Vaters auf Anwendung v. Zuchtmitteln entsprechen? **12**, 104; **21**, 649; **5** 497, 498; **7** 502. — Aufhebung der gerichtl. Zuchtmittelregeln **12**, 104. — Zurückhaltung e. vom Vater freiwillig in eine Anstalt verbrachten Kindes in der Anstalt gegen den Willen des Vaters? **12**, 104. — polizeiliche Zurückführung e. entlaufenen Kindes **12**, 104; **21**, 649; **31**, 505; **5** 497. — Unterhaltsbeschränkung als Erziehungsmaßnahme **4** 406. — Bestimmung e. Bewährungsfrist als Zuchtmittel **4** 407. — Notwehr u. Gehorsamsverweigerung d. Kindes bei Überschreitung des Zuchtrechts **5** 497. — Befchränkung d. Vaters wegen Verwendung d. Arbeitsverdienstes des Kindes für sich? **12**, 101. — Eindringerecht d. Vaters in Geheimnisse d. Kindes **31**, 504. — Erziehungsbedürftigkeit u. ihre Dauer **31**, 504; **4** 406. — Anspruch d. Kindes auf Taschengeld **12**, 119 (s. Kindesvermögen). — Sorge f. verheiratete Töchter bei Verhinderung oder Geschäftsunfähigkeit des Ehemannes? **12**, 106. — Sorgerecht d. Vaters u. Mitföge der Mutter f. verheiratete minder-

jährige Tochter im Falle d. Auflösung d. Ehe **3 1, 506; 4 408; 5 499; 6 487.** — Meinungsverschiedenheiten der Eltern **1 2, 106; 4 409.** — Streit zw. Mutter u. Vormund über Erziehungsauflwand **2 1, 664** (s. Beschwerde). — Beschwerdeberecht der Mutter u. des Stiefvaters gegen den einen vom Vormund gemährten Erziehungsbeitrag für zu hoch erklärenden Gerichtsbeschuß **7 1008.** — vereinbarte Teilung des Sorgerechts zwischen den Eltern **1 2, 106.** — Teilnahme d. Stiefmutter an der Erziehung **1 2, 106.** — Sorgerecht der Mutter bei Ruhen d. väterl. Gewalt vor u. nach Auflösung der Ehe? **3 1, 523; 6 498.** — Sorgerecht der Mutter bei Verweigerung der Herstellung des ehelichen Lebens **2 1, 650; 3 1, 506; 4 409, 411; 5 499.** — Verlegung d. Rechts der Mutter auf Teilnahme an d. Personensorge durch den Vater; Klage auf Abhilfe oder Einschreiten d. Vormundschaftsgerichts? **1 2, 106; 3 1, 506; 4 408, 409; 5 499, 500; 6 487.** — Stellung der Mutter gegenüber d. Pfleger, wenn d. Vater nach § 1666 die Personensorge entzogen wird **3 1, 506; 4 409.** — Regelung, wenn die von dem Ehegatten e. für tot Erklärten geschlossene neue Ehe für nichtig erklärt oder angefochten wird; Rückkehr des für tot Erklärten **1 2, 110.** — Anwendung des § 1637 beschränkt auf den Fall, daß sich das Leben des für tot Erklärten herausstellt? **2 1, 652; 3 1, 509.** — Geldentnahme f. d. Abtretung d. Erziehungsrechts durch d. Vater **3 1, 47.**

Sorge f. die Person d. Kindes bei geschiedener Ehe. — Verträge des alten Rechts über das Erziehungsrecht f. d. Scheidungsfall **4 47.** — Anwendung des § 1635 bei Scheidung wegen Geisteskrankheit? **1 2, 106; 3 1, 507.** — Anwendung des § 1635 bei Aufhebung d. ehelichen Gemeinschaft? **1 2, 86, 109; 2 1, 651; 4 410; 6 479.** — Anwendung des § 1635 bei getrennt lebenden nicht geschiedenen Gatten **4 411.** — Einfluß e. nach Scheidung dem Gegner des für schuldig erklärten Ehegatten nachgewiesenen Ehebruchs **7 503.** — Vereinbarung e. anderen Altersgrenze als der von 6 Jahren **1 2, 106.** — Folgen, wenn der Ehegatte, dem die Personensorge zusteht, geschäftsunfähig ist **3 1, 507.** — Verträge der Eltern über die Erziehung der Kinder; Einfluß auf Anordnungen d. Vormundschaftsgerichts nach § 1635 Satz 2 **1 2, 107, 108; 2 1, 650, 651; 3 1, 507; 4 410; 5 501.** — Nachweis der Schuldigerklärung des e. Gatten **6 488.** — Zuständigkeit des Prozeßgerichts bei Streit über die Anwendung des § 1635 **1 2, 106; 2 1, 650; 3 1, 507, 508; 4 409; 7 502, 503, 990.** — unzulässigerweise vom Vormundschafts-

statt vom Prozeßgericht erlassene Anordnung auf Herausgabe e. Kindes **3 1, 508; 4 409.** — Aussetzung des Erziehungsstreites bis zur Regelung durch das Vormundschaftsgericht? **1 2, 106.** — Zwangsvollstreckung und einstw. Verfügung zur Durchführung der gesetzl. Regel des § 1635 Abs. 1 Satz 1 **7 503.** — Begründung der Herausgabeklage **1 2, 106.** — Anwendung des § 1629 bei Meinungsverschiedenheit zwischen der unschuldbigen, mit der Personensorge betrauten Mutter u. dem Vater über eine über die Personensorge hinausgehende Handlung **1 2, 107; 3 1, 508.** — von einem ergangenen Urteil abweichende Regelung seitens des Vormundschaftsgerichts **2 1, 650; 3 1, 507, 508.** — Bestellung e. Pflegers für das Kind in dem Verfahren zwecks abweichender Regelung der Personensorge (§ 1635 Satz 2) **1 2, 107; 2 1, 651, 697; 3 1, 507; 4 410; 5 501.** — Anordnungen d. Vormundschaftsgerichts nach § 1635 Satz 2 auf Zeit **7 503.** — vorläufige Anordnungen im Verfahren nach § 1635 Satz 2; Pflegerbestellung **1 2, 108; 2 1, 651; 6 489.** — Einschreiten d. Vormundschaftsgerichts nach § 1635 Satz 2 von Amts wegen **5 501.** — beiden Eltern nach § 1635 Satz 2 die Personensorge zu entziehen, ist unzulässig **1 2, 108.** — vormundschaftsgerichtl. Regelung nach § 1635 Satz 2 während eines Erziehungsstreites d. Eltern? **1 2, 108; 5 502; 6 489.** — Klage auf Vollzug e. vom Vormundschaftsgericht nach § 1635 Satz 2 getroffenen Anordnung **7 503.** — Zwang d. Vormundschaftsgerichts gegen den Gatten, dem es nach § 1635 Satz 2 die Personensorge abgesprochen hat oder Klage? **1 2, 108, 109; 3 1, 508; 3 2, 190; 5 502; 6 488; 7 503.** — Grund für eine abweichende Regelung durch das Vormundschaftsgericht nach § 1635 Satz 2 **2 1, 651; 3 1, 508; 4 411; 5 502; 6 488.** — Wiederaufhebung der vom Vormundschaftsgericht getroffenen Anordnungen **1 2, 108.** — auflösend bedingte Anordnung nach § 1635 Satz 2 **5 502.** — Anordnung des Vormundschaftsgerichts nach § 1635 für das Prozeßgericht bindend **7 502.** — Pflegerbestellung zwecks Unterhaltsklage gegen den Vater, wenn die Mutter die Personensorge hat **1 2, 109; 2 1, 651.** — Folgen d. Vermirkung d. e. G. **6 488.** — Anwendung des § 1635, wenn die Ehefrau der schuldige Teil ist und die Gewalt des Vaters nach §§ 1665, 1676 u. 1680 wegfällt? **1 2, 109; 6 488.** — Stellung des anderen Gatten, wenn dem einen das Recht zur Personensorge nach § 1666 ohne gleichzeitige Regelung nach § 1635 Satz 2 entzogen wird? **4 409; 5 500, 501; 6 487, 488.** — Beschwerde gegen eine Anordnung nach § 1635 Satz 2; hinausgehen d. Beschwerdeggerichts über den Be-

(Elterliche Gewalt)

schwerbeantrag? 5 501 (s. 5 504, 505). — Beschwerderecht des nach früherem (talmudischem) Recht geschiedenen Mannes, wenn die Erziehung der Kinder durch Vertrag d. Mutter übertragen wurde 7 1007. — Sorge f. d. Person des Kindes bei Ruhen der e. G. 1 2, 131; 2 1, 662 (Beschwerderecht). — Beschwerde gegen die Pflegerbestellung im Erziehungsstreit d. Eltern 3 2, 194 (s. Beschwerde). — Rechtsfolge d. Entziehung d. Sorgerechts der Mutter (nach § 1666), der nach § 1635 Satz 1 die Sorge für die Person zustand; Stellung beim Tode des Vaters 7 503. — Vertretung d. Kindes im Falle der Wiederverheiratung d. geschiedenen Mutter, der nach § 1635 Satz 1 die Sorge f. d. Person des Kindes zustand; Ausstellung eines Pflegers 7 503.

Per sönlicher Verkehr des von der Sorge f. d. Person des Kindes ausgeschlossenen geschiedenen Ehegatten mit dem Kinde. — Verträge über die Regelung d. persönl. Verkehrs 1 2, 109; 3 1, 509 (2); 4 412. — Verzicht auf jeden persönl. Verkehr? 1 2, 109; 2 1, 652; 5 505; 6 489. — vollständige Unterjagung d. Verkehrs durch das Gericht 1 2, 109; 4 411; 6 489. — Maßstab f. die Regelung 1 2, 109; 3 1, 508; 4 411, 412; 5 503, 504; 6 489, 490. — kein Anspruch auf Gestattung regelmäßigen Verkehrs 4 411. — mehrtägiger Besuch des Kindes 1 2, 109; 3 1, 508. — Verlangen d. Mutter, ihr Geschenke an das Kind zu gestatten 6 490; — Gestattung d. persönlichen Verkehrs nur in Gegenwart Dritter 2 1, 652; 5 504. — Zuführung d. Kindes 4 412. — Anweisung an den Vater, der Mutter über Ergehen d. Kindes Nachricht zu geben 6 490. — Anwendung des § 1636 auf den Verkehr der leiblichen Eltern mit e. adoptierten Kinde 5 503, 525 f.; 7 504. — Anwendung des § 1636 bei nur tatsächlichem Getrenntleben? 2 1, 652; 3 1, 509; 4 411; 5 503; 7 503, 504. — analoge Anwendung des § 1636 in ähnlichen Fällen (Geisteskrankheit, Verwirkung der Gewalt?) 1 2, 110; 5 503. — analoge Anwendung des § 1636 während des Bestehens der Ehe 1 2, 110. — Verhältnis des §§ 1636 zu §§ 627, 940 3 3 D. 1 2, 110; 2 1, 652; 4 411; 5 503; 6 491; 7 504. — Klage der Frau auf Ersatz der Kosten d. Ferienaufenthalts d. Kindes bei ihr 3 1, 509; 6 490. — Pflegerbestellung z. Regelung des Verkehrs 1 2, 110; 4 412 (Beschwerde); 5 504; 6 490. — ausschließliche Zuständigkeit des Vormundschaftsgerichts zur Verkehrsregelung 1 2, 109; 4 411; 5 504; 7 713. — zwangsweise Durchführung der vormundschaftsger. Anordnung? 1 2, 110; 4 412; 7 504 (Ordnungsstrafen). — d. Prozeßrichter bindende Kraft der vormundschaftl. Regelung 3 1, 509; 7 990. — Klage auf Gestattung des Verkehrs nach Maßgabe der vormundschaftsgerichl. Anordnung 1 2, 109, 110; 5 504; 6 490. — Feststellungsklage, daß der eine Gatte dem anderen den Verkehr nach § 1636 Satz 1 zu gestatten hat 4 411; 5 503. — § 1636 mit Bezug auf den Fall im sächs. Königshaus 4 413. — Unterlassungsklage bei Behinderung d. Verkehrs 6 504. — Anhören d. Verwandten vor Regelung? 6 490. — Vernehmung von Sachverständigen über d. Regelung d. Verkehrs 6 490.

Gefährdung der Person des Kindes § 1666 s. auch Vormundschaftsgericht, Zwangserziehung. — Haftung d. Vaters f. Vernachlässigung d. Personensorge 1 2, 122. — Verletzung der elterl. Fürsorgepflicht; Ergreifen falscher Maßregeln bei erkennbarem Willen der Fürsorge 2 1, 646. — § 1627 Schutzgesetz im Sinne des § 823? 2 1, 646; 6 315 (s. unerlaubte Handlungen). — erfordern die 3 Tatbestände des § 1666 Verschulden d. Gewalthabers? 1 2, 123; 2 1, 657, 658; 3 1, 514; 4 420; 5 513, 515; 6 493; 7 507 (3). — Weigerung der unehelichen Mutter, den Namen des Vaters zu nennen 2, 1 689; 3 1, 564 (s. 4 462; 5 543). — Vernachlässigung der Heilungspflicht des kranken Kindes 2 1, 646. — Verweigerung e. Operation d. Kindes 2 1, 646. — Weigerung des Vaters zur Unterbringung d. schwachsinnigen Kindes in e. Anstalt 7 507. — Überlassung des Kindes an den Arzt zu wissenschaftlichen Experimenten 2 1, 646. — Zwingen des Kindes zum Zusammenleben mit der tuberkulösen Mutter trotz Möglichkeit anderweiter Unterbringung 7 507. — Dulden unzüchtlichen Verkehrs des Kindes 3 1, 506. — Nichtgewähren v. Taschengeld 1 2, 119, 123. — Entziehg. der religiösen Erziehung wegen Religionsverschiedenheit? 1 2, 165 (s. oben Personensorge); 3 1, 513. — Einwirken des anders gläubigen Vaters in religiöser Beziehung auf das religionsmündige Kind 2 1, 657; 3 1, 514; 4 419; 5 513. — Anwendung des § 1666, wenn der Vater das der Mutter zustehende Recht d. Personensorge zu Unrecht beschränkt? 1 2, 106; 3 1, 506; 4 408, 409; 5 499, 500; 6 487. — Schluß auf „Gefährdung“ aus einem in naher Vergangenheit liegenden Verhalten 7 508. — „Mißbrauch“ im Sinne des § 1666 1 2, 123; 4 419; 5 513; 6 493. — einmaliger Mißbrauch als Anlaß zu gerichtl. Einsdreiten 1 2, 123. — verlangt § 1666 „schweren Mißbrauch“? 1 2, 123. — unbegründetes Verlangen d. Verlassens e. Dienstes 5 513. — Mißbrauch d. Züchtigungsrechts 1 2, 123; 2 1, 657. — Geltend-

machung d. gesetzl. Rechts auf Herausgabe des Kindes als Mißbrauch **2 1, 657.** — Ausnutzung d. Arbeitskraft als Mißbrauch **4 419.** — „Vernachlässigung“ im Sinne d. § 1666 **1 2, 123; 2 1, 657; 5 513** (Rücksicht auf die konkreten Zustände). — Vernachlässigung d. Erziehung insolge Strafhaft d. Gewalthabers **1 2, 123.** — Vernachlässigung bei herumziehenden Eltern, Zigeunern **5 513.** — nur notdürftige Gewährung e. Unterhalts u. Unterrichts als Vernachlässigung **1 2, 123; 7 507, 508.** — Nichtunterbringen d. Kindes in e. offenstehende Anstalt trotz ungeordneter Verhältnisse des Vaters **7 507.** — Vernachlässigung, wenn der Vater durch seinen Lebenswandel schlechtes Beispiel gibt **1 2, 123; 7 508.** — Zulassung von Mißhandlungen seitens der Stiefmutter als Vernachlässigung **2 1, 658.** — Zurückweisung e. Gelegenheit, dem nicht vollsinnigen Kind die erforderliche Erziehung zuteil werden zu lassen **2 1, 658; 4 419 (2); 6 494.** — grobe Verletzung d. Unterhaltspflicht **3 1, 514.** — Versagung der Einwilligung zur Großjährigkeitserklärung der schwächeren Tochter zwecks Heirat **3 1, 514.** — Uneinigkeit d. getrennt lebenden Eltern über die Unterbringung des Kindes **3 1, 514.** — ehrloses, unfittliches Verhalten **1 2, 123; 2 1, 658.** — bloßer Verdacht unfittlichen Verhaltens **4 419.** — Aufnahme e. Konkubine in d. Haushalt **1 2, 123; 4 419.** — Trunksucht d. Gewalthabers **2 1, 658.** — Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte **1 2, 123.** — das Wohl des Kindes nicht benachteiligendes ehrloses Verhalten **1 2, 123.** — in bestimmten Standesauffassungen begründetes ehrloses Verhalten **1 2, 123.** — vor Ausübung der e. G. liegendes ehrloses Verhalten **1 2, 124.** — früheres unfittliches Verhalten **4 419; 6 493.** — in naher Vergangenheit liegendes unfittliches Verhalten **2 1, 658.** — Möglichkeit e. späteren Gefährdung d. Kindes **1 2, 124, 125; 2 1, 658; 3 1, 514.** — vor 1900 betätigtes ehrloses Verhalten **1 2, 125.** — Einwirkung d. Vaters auf das Kind in politischer Hinsicht **2 1, 657; 3 1, 514; 5 513; 6 494.** — Verhalten d. Mutter als Anlaß zum Einschreiten gegen den Vater **2 1, 658; 5 514.** — Aufreizung d. Kinder gegen die Schulautorität **6 494.** — einstweilige Verfügung des Prozeßgerichts, wenn die Sorge f. das Kind bereits nach § 1666 BGB. geregelt ist **1 2, 125 (s. 2 1, 659; 3 1, 515; 4 421).** — örtlich zuständiges Gericht **1 2, 125; 2 1, 661; 3 1, 515.** — Entziehung d. Personensorge durch d. Vormundschaftsgericht während e. Scheidungsprozesses **1 2, 125; 2 1, 659; 3 1, 515; 6 495.** — Anordnung d. Vormundschaftsgerichts, wonach es sich die Regelung d. persönlichen Verkehrs d.

Vaters mit dem Kinde vorbehält **7 508.** — den nichtschuldigen Elternteil mittreffende Maßregel des Gerichts **3 1, 514.** — Zwang d. Vormundschaftsgerichts gegen den Gewalthaber, dem nach § 1666 die Personensorge entzogen ist, auf Herausgabe des Kindes **1 2, 108, 124.** — vorläufige Anordnungen d. Vormundschaftsgerichts **4 420; 5 514.** — Pflegerbestellung vor Erlaß e. Anordnung nach § 1666? **1 2, 125; 2 1, 658, 659; 3 1, 515 (Beschwerde?); 4 420; 5 514; 6 495.** — im Fall d. § 1666 Abs. 1 nur Maßregeln auf d. Gebiet d. Personensorge? **1 2, 126.** — Einschreiten d. Gerichts von Amts wegen **5 514.** — Kostenpflicht bei Zwangsziehung **1 2, 124; 2 1, 660 (Armenverbände); 3 1, 516, 517.** — Einfluß d. Anordnung d. Fürsorgeerziehung auf die e. G. **1 2, 124.** — Voraussetzung f. Unterbringung in e. Anstalt **1 2, 125; 3 1, 514** (wenn nur e i n Elternteil schuldig ist); **4 421.** — Auswahl der Anstalt oder Familie durch das Gericht? **1 2, 125, 126; 2 1, 659.** — Zwang d. Vormundschaftsgerichts gegen Dritte zwecks Unterbringung d. Kindes in e. Anstalt **1 2, 126.** — Vertrag über Dauer bei freiwilliger Unterbringung in e. Anstalt; vorzeitige Herausnahme **1 2, 126.** — Verhältnis des § 1666 zur Fürsorgeerziehung **2 1, 659 (s. Zwangsziehung); 3 1, 515; 4 422; 5 514.** — Stellung d. Armenverbände gegenüber den gerichtl. Beschlüssen nach § 1666 Abs. 1 (auf Unterbringung in e. Anstalt) **2 1, 660; 3 1, 516, 517; 4 423, 859; 5 514; 7 509, 510.** — Wirkung e. antzgerichtlichen, durch das LG. auf Beschwerde aufgehobenen Beschlusses nach § 1666 BGB., wenn das OBG. unter Aufhebung des landgerichtlichen Beschlusses die Sache zur Entscheidung an das LG. zurückweist **7 990.** — Entziehen der ganzen e. G. bei Zusammen treffen des § 1666 Abs. 1 mit § 1667 oder im Falle des § 1666 Abs. 2 **1 2, 126; 2 1, 661.** — teilweise Entziehung der Nutznießung **1 2, 126.** — Entziehung d. Nutznießung allein? **5 515.** — Pflegerbestellung bei Entziehung d. Nutznießung? **1 2, 126.** — Verletzung der Unterhaltspflicht des Kindes **1 2, 126; 3 1, 514; 6 494, 495; 7 508.** — Verhältnis des § 1666 Abs. 2 zu Abs. 1 **5 515; 6 494.** — Voraussetzungen des § 1666 Abs. 2 **5 515.** — Entziehung d. statutarischen Nutznießung nach württemb. Recht **5 515.** — Einfluß d. Entziehung d. Vertretung auf vorher vorgenommene Rechtsgeschäfte **6 495.** — Entziehen d. Verwaltung u. Nutznießung, wenn das Kind mit anderen Geschwistern in e. Gemeinschaftsverhältnis steht **6 495.** — Entziehen der der Mutter zustehenden Personensorge **1 2, 106, 124; 5 515.** — Verfahren s. auch Vormund-

(Esterliche Gewalt)

schaftsgericht. — zeugenschaftl. Vernehmung d. Kinder **4** 853; **5** 997. — Form der Anhörung des Vaters; Äußerung des Vaters in der Beschwerde **7** 512. — Anhören d. Eltern vor Erlass d. Maßregeln nach § 1666 **6** 495. — Anhören d. Verwandten; Form; analoge Anwendung der ZPO. über Zeugenvernehmung? **6** 834. — Kreis der zu hörenden Verwandten **7** 512. — Ausbleiben der anzuhörenden Verwandten; Mitteilung der Sachlage bei Ladung **7** 512. — Kosten d. Verfahrens nach § 1666 **3** 1, 518; **4** 423 (bei Ablehnung e. Antrags); **5** 515. — vorläufige Anordnung d. Vormundschaftsgerichts nach § 1666 BGB.; Anhören der Eltern **7** 512. — Verkehr des Vaters mit dem Kind nach Entziehung d. gesamten Personenpflege **3** 1, 518; **7** 508. — Beschwerde nur, wenn bei Befolgung e. außer acht gelassenen Verfahrensvorschrift e. f. d. Beschwerdeführer günstigere Entscheidung zu erwarten war **7** 512. — Beschwerde des Gemeinbewahrentats **6** 495; **7** 1008. — Beschwerderecht d. Vaters? **6** 495; **7** 508. — weitere Beschwerde des Vaters, wenn das Beschwerdegericht die Fürsorgeanordnung aufhob, die Sorge f. d. Person aber dem Vater entzog **2** 1, 661; **7** 1007. — Beschwerde d. Kreis- schulspektors bei Ablehnung seines Antrags auf Unterbringung e. blinden oder nicht vollsinnigen Kindes **4** 419. — Beschwerde des Großvaters als eventuellen Unterhaltspflichtigen gegen d. Unterbringung d. Enkels in e. Anstalt **2** 1, 659. — Beschwerde d. kostenpflichtigen Armenpfl. gegen die Unterbringung in e. Anstalt **1** 2, 126; **2** 1, 659; **3** 1, 517; **4** 423; **5** 514. — weitere Beschwerde; Gründe **7** 508, 1001 (zu geringe Ausbehnung der gerichtlichen Ermittlungen). — weitere Beschwerde wegen Nichtanhörens d. Vaters oder d. Verwandten **7** 1001 (2). — Widerspruch d. Mutter gegen e. gegen den Vater getroffene Maßregel **1** 2, 106. — nochmaliges Anhören d. Vaters in d. Beschwerdeinstanz? **7** 508.

Sorge f. das Vermögen des Kindes f. Vormundschaftsgericht unter Aufsicht u. obervormundschaftl. Genehmigung, Kindesvermögen, esterliches Nutzungsgrecht. — Verzicht des Vaters auf das Verwaltungsrecht **1** 2, 122; **5** 505. — Vater als unmittelbarer Besitzer des Kindesvermögens **1** 2, 101; **4** 405. — Recht d. Vaters zur unbeschränkten Veräußerung e. Kindesvermögens auf Grund letztwilliger Verfügung? **1** 2, 101, 117; **2** 1, 646; **3** 1, 500; **6** 492. — Übertragung des Verwaltungsrechts auf einen Dritten? **1** 2, 101, 102; **2** 1, 646. — Recht d. Vaters, über das Kindesvermögen im eigenen

Namen zu verfügen **7** 500. — Stellung d. Vaters gegenüber dem einem Güterpfleger nach § 334 StPD. unterstellten Vermögen d. Kindes **1** 2, 101. — Bestellung von Vertretern u. Gehilfen seitens d. Vaters zur Verwaltung des Kindesgutes **1** 2, 102 (Generalbevollmächtigter); **2** 1, 646. — Klage auf Herausgabe d. Vermögens gegen Dritte im eigenen Namen **4** 405. — Einziehung einer Forderung kraft eigenen Rechts durch den Gewalthaber **4** 405. — Stellung d. Gewalthabers bei Ansprüchen d. Kindes gegen ihn selbst vor Pflegerbestellung **2** 1, 652. — Stellung des Gewalthabers, der zugleich Nießbraucher kraft ehelichen Güterrechts ist **1** 2, 117 (f. ehel. Güterrecht); **2** 1, 655. — Grundstücksveräußerungen d. Vaters (f. Vormundschaftsgericht); Annahme d. Kaufpreises seitens d. Vaters trotz mangelnder gerichtl. Genehmigung d. Vertrags **5** 509. — kein Verwaltungsrecht an dem zum selbständigen Betrieb überlassenen Geschäftsvermögen **4** 416. — Verwaltungsrecht d. Vaters bezüglich des freien Kindesvermögens (f. dieses) **2** 1, 656. — Verwaltungsrecht an dem nach §§ 112, 113 BGB. gemachten Erwerb des Kindes **2** 1, 656. — Prozeßlegitimation d. Vaters z. Einflagung von Arbeitslohn d. Kindes, insb. im Fall des § 113 **4** 416. — durch sittliche Pflicht oder den Anstand gebotene Schenkungen **1** 2, 114 (Hochzeitsgeschenke); f. Schenkung. — im § 1641 erlaubte Schenkungen aus dem freien u. dem unfreien Kindesvermögen möglich **1** 2, 114. — Kontrahieren d. Vaters mit sich selbst; Genehmigung d. Vormundschaftsgerichts ohne Aufstellung e. Pflegers? (f. Pflegschaft, Selbstkontrahieren) **7** 505. — Hypothekbestellung des Vaters für d. Kaufpreis bei Erwerb e. Grundstücks für das Kind; gerichtl. Genehmigung? **7** 505 (f. Vormundschaftsgericht). — Kauf e. Grundstücks für das Kind unter Übernahme d. Hypotheken; gerichtl. Genehmigung **7** 505. — Anlegung von Geldern auf den Namen des Kindes zu bewirken **1** 2, 115. — Mitwirkung des Gerichts bei Anlegung u. Erhebung v. Geldern? **1** 2, 115. — „Ausgaben“ i. Sinne des § 1642 **1** 2, 115. — Anlage von Bargeldern in Grundstücken **1** 2, 115. — Folgen e. Verletzung des § 1642 (Anlage von Bargeldern) **1** 2, 115. — Anlage von gemeinschaftl. in säch. z. Erbengemeinschaft gehörigen Geldern **1** 2, 115; **5** 509. — Nachweis der erforderlichen obervormundschaftl. Genehmigung gegenüber dem Grundbuchamt seitens d. Gewalthabers **1** 2, 116. — Umfang d. vom Vater mit gerichtl. Genehmigung erteilten Procura **1** 2, 116. — Stellung d. Vaters gegenüber e. durch e. Pfleger begründeten Darlehnsforderung des Kin-

des gegen den Vater 4 416. — Verfügung über Hypotheken 1 2, 137. — Verfügung über nicht verbrauchbare Sachen; Einziehung von Forderungen, insbesondere zur Bezahlung eigener Schulden; Stellung d. befriedigten Gläubiger d. Vaters 7 506. — Beendigung d. Verwaltungsrechts bei einem vor 1900 eröffneten Konkurs 1 2, 118. — während des väterlichen Konkurses anfallendes Kindesvermögen 1 2, 118. — Übergang d. Verwaltungsrechts auf die Mutter oder Pflegerbestellung bei Konkurs des Vaters? 1 2, 118. — Umfang d. Vorrechts nach § 61 Ziff. 5 R.D. 4 416. — Vorrecht d. Kindes nach § 61 Ziff. 5 R.D. für auf Vertrag beruhende Forderungen gegen d. Gewalthaber 2 1, 656. — Vorrecht d. Kindes im Konkurs (§ 61 Ziff. 5 R.D.) d. Vaters bei durch letztwillige Verfügung übertragener Vermögensverwaltung 1 2, 118. — Anspruch d. Vaters auf Wiederübertragung d. Verwaltung nach Aufhebung des Konkurses? 2 1, 656. — Erwerb der e. G. erst nach Beendigung d. Konkurses 1 2, 118; 2 1, 656. — Nichteröffnung d. Konkurses über d. Vater wegen Mangels einer Masse 1 2, 126. — Haftung d. Vaters bei Vernachlässigung d. Vermögensverwaltung; Beweislast; Nichtbeachtung e. Ordnungsvorschrift als Haftgrund? 1 2, 122. — Auseinandersetzung bei Wiederverheiratung s. diese.

Ausschluß und Beschränkung des Vermögensverwaltungsrechts nach §§ 1638 f. — Stellung der Mutter, wenn nur dem Vater die Vermögensverwaltung entzogen wird 1 2, 110. — Recht der Mutter, den Vater letztwillig von d. Verwaltung d. Mutterguts auszuschließen 1 2, 111. — Entziehung d. Verwaltungsrechts unter gleichzeitiger Bestellung des Vaters selbst zum Pfleger 1 2, 111. — Beschwerde des letztwillig von d. Vermögensverwaltung ausgeschlossenen Vaters gegen die Auswahl des Pflegers 7 1008. — Mitteilung d. Verwaltungsentziehung seitens d. Nachlass- an das Vormundschaftsgericht; Pflicht des Vaters zur Mitteilung 1 2, 111. — vor oder nach der Zuwendung angeordnete Verwaltungsentziehung 1 2, 111; 4 413; 5 505; 7 504 (sein Recht des Vaters zu Sicherungsmaßregeln bei Entzieh. d. Verwaltungsrechts vor Herausgabe d. Vermächtnisses oder Eintritt d. Nacherbsfolge). — Form der Ausschließung 5 505. — „unentgeltliche“ Zuwendung 1 2, 111 (Zuwendung sub modo); 5 505 (Ausstattung). — Umfang d. Surrogation nach § 1638 Absf. 2 1 2, 111; 4 413. — Ausschluß der Surrogation durch Anordnung des Zuwendenden 1 2, 111. — Ausdehnung e. Beschränkung nach § 1639 auf d. Surrogate 1 2, 111; 3 1, 509; 4 413. — Entziehung

d. Nutznießung als Maßregel des § 1639? 1 2, 111; 3 1, 509. — Durchführung der vom Dritten nach § 1639 angeordneten Beschränkung, wenn die Nichtbefolgung keine Gefährdung des Vermögens besorgen läßt 1 2, 111. — Bestellung e. Pflegers im Falle des § 1639 1 2, 111. — Ordnungsstrafe gegen den Gewalthaber im Falle des § 1693 1 2, 111. — Stellung des trotz Verwaltungsentziehung nutznießungsberechtigten Vaters; Beschwerde gegen obervormundschaftl. Verwaltungsakte? 4 413. — Ausdehnung der Änderungsbezugnis d. Gerichts nach § 1639 auf den Fall des § 1638? 1 2, 111.

Inventarpflicht s. auch Vormund unter Inventarpflicht. — was ist aufzunehmen? 1 2, 112; 5 506. — Anwendung des § 12 Z.O.G.? 3 2, 184. — Aufnahme d. Gesamtguts d. fortgesetzten Gütergemeinschaft? 1 2, 112; 2 1, 652; 3 1, 510; 4 413; 5 505, 506, 507; 7 505. — im Falle der Leibzucht nach nassauischem Recht 1 2, 112; 2 1, 652. — J.-Pflicht bei statutarischer Nutznießung nach württemb. Recht 4 414; 5 507. — Umfang d. J.-Pflicht bei Ervingenschaftsgemeinschaft 1 2, 113; 5 506. — Aufnahme des zu einem vom Kinde selbständig betriebenen Geschäft gehörigen Vermögens in das Inventar 1 2, 113. — „später zustellendes“ Vermögen 3 1, 509; 5 505; 6 491. — J.-Pflicht der Witwe, der letztwillig lebenslänglicher Nießbrauch am Vermögen zugewendet ist 1 2, 113. — J.-Pflicht des zum Vorerben eingesetzten Gewalthabers? 1 2, 113; 2 1, 653; 3 1, 510; 5 506; 6 491. — Inhalt d. Inventars, wenn dem Kind ein Quotenvermächtnis- oder Pflichtteilsanspruch gegen den Vater zusteht 2 1, 653; 5 506, 507. — eingetragenes Gut der Tochter, das deren Ehemann verwaltet, zu inventarisieren? 5 506. — Nachlaß, dessen Erbe das Kind, dessen kautionsfreier Nießbraucher oder Testamentsvollstrecker der Vater ist, in das Inventar aufzunehmen 5 506. — vom Kind ererbtes Vermögen, solange die Erbengemeinschaft besteht 5 507. — Angabe der Verbindlichkeiten im Inventar 2 1, 653; 5 507. — Inventar, wenn zum Kindesvermögen ein Anteil an e. Gesellschaft oder Gemeinschaft zur gesamten Hand gehört 2 1, 653. — amtl. Schätzung der Grundstücke? 4 414. — Wertangabe 5 508. — Ordnungsstrafe zur Erzwingung des Inventars 1 2, 114; 5 508. — Offenbarungspflicht des Gewalthabers? 1 2, 114. — Mitteilung an das Gericht über Zu- u. Abgänge 1 2, 113. — Aufnahme d. e. Beamten bei Verweigerung d. Einreichung seitens d. Gewalthabers 1 2, 114; 3 1, 510. — „Haus- haltungsgegenstände“, Begriff 5 508. — Erklärung d. Inventars zu gerichtl. Proto-

(Elterliche Gewalt)

folll 7 505, 985. — amtliche Aufnahme trotz Ausschusses nach § 1640 Abs. 2 im Fall des § 1667 1 2, 114. — Ermittlungen nach § 12 FGG. im Fall d. Ausschusses d. F.-Pflicht 1 2, 114. — Befreiung d. Vaters durch Bestimmung d. Testators, der dem Kind eine Zuwendung macht? 1 2, 114; 2 1, 654. — Befreiung von d. F.-Pflicht durch Dispositionsakt d. Elterntheils 2 1, 654. — Anordnung amtlicher Aufnahme bei Zuziehung d. Beistands seitens d. Mutter? 5 508. — Zuziehung d. Beistands b. Aufnahme des Inventars durch die Mutter 5 508. — Entziehung d. Verwaltung u. Nutznießung wegen Verletzung d. Inventarpflicht 2 1, 654; 4 414; 5 508. — Einsicht in das Inventar 5 508. — Kosten 1 2, 114; 2 1, 654; 5 508. — Prüfung des eingereichten Inventars durch das Vormundschaftsgericht 1 2, 113; 2 1, 654; 5 508. — analoge Anwendung d. § 1640 bei Geisteskrankheit d. Mutter oder bei Trennung der Ehe 1 2, 114. — § 1640 ius cogens 3 1, 510. — Anwendung d. § 1640 auf d. hessischen Standesherrn? 3 1, 510. — zuständigen Gericht f. d. Einreichung e. Nachtragsverzeichnis, wenn nach Einreichung d. Inventars der Vater seinen Wohnsitz wechselt 3 2, 215 (f. Vormundschaftsgericht).

Gefährdung des Vermögens. — Verschulden als Voraussetzung d. Pflichtverletzung nach §§ 1667 f. 1 2, 126, 130; 3 1, 518; 4 423; 2 1, 661, 662. — Verwendung freien Kindesvermögens d. d. Vater f. j. selbst 1 2, 127; 5 513. — einmaliges nachlässiges Verhalten 1 2, 126. — gegenwärtige Beforgnis e. Gefährdung Voraussetzung für Einschreiten nach § 1667 2 1, 661; 3 1, 518; 4 423; 6 495. — schon längere Zeit bestehender Vermögensverfall des Vaters 6 495. — Richteröffnung des Konkurses über den Vater wegen Mangels einer Masse 1 2, 126. — Verhängung schwererer Maßregeln seitens d. Beschwerdegerichts, insb. wenn die Beschwerde vom Vater ausging 3 1, 519. — Rechtshilfe u. Ersuchen um Vernehmung e. Mündelschuldners, ob er nicht statt an den Vater an das Gericht zahlen wolle 2 1, 661. — Rechtshilfe: Bestrafen des Vaters, ob er freiwillig das Vermögen d. Kindes herausgeben wolle 3 1, 519. — Nichtzahlen von dem Kind geschuldeter Zinsen seitens des Vaters, dem e. Nutznießungsrecht nicht zusteht 5 515. — Entziehung d. Verwaltung wegen e. schwebenden Entmündigungsverfahrens? 7 512. — nach § 1667 zulässige Maßregeln 6 496. — Entziehung d. Verwaltung u. Nutznießung wegen Verletzung d. Inventarpflicht nach § 1640 2 1, 654. — Entziehung d. Verwaltung wegen Nichtanlage der

Gelder 1 2, 115; 3 1, 511. — Voraussetzung f. Entziehung d. Vermögensverwaltung 2 1, 661; 5 516. — Pflegerbestellung zwecks Empfangnahme u. mündelicher Anlage d. Vermögens 6 495. — mündliche Anordnung e. Maßregel nach § 1667 4 424. — Rechnungslegungspflicht; Anwendung des § 259 1 2, 126. — Offenbarungszeit des Vaters bei Anordnung d. Rechnungslegung 1 2, 126. — Anordnung der Anlegung des Vermögens bei e. Sparcasse u. Sperrung des Buches 6 495, 496. — Pflegerbestellung 1 2, 127 (Bestellung erst nach Entziehung der Sorge); 6 495; 496 (f. Pflegschaft). — Bestellung e. Pflegers neben dem Vater mit d. Aufgabe seiner ständigen Überwachung in der Verwaltung d. Kindesvermögens? 7 511. — Bestellung e. Pflegers z. Entscheidung d. Frage, ob eine Erbauseinanderetzung zw. Vater und Kind stattfinden soll? 7 511, 512. — völlige Entziehung der e. G. zulässig? 1 2, 127. — Anordnung, daß der Vater zu seiner Vernehmung oor Gericht zu erscheinen hat 5 516. — Verfahren f. oben Gefährdung d. Person. — Erzwingung der gerichtlichen Anordnungen 1 2, 127. — Ordnungsstrafen gegen den Gewalthaber zur Durchführung der gerichtl. Maßregeln 1 2, 127; 2 1, 661; 3 1, 518; 5 515. — keine Maßregel nach § 1667 gegen Dritte 2 1, 661. — Auffordern d. Mündelschuldners, an das Gericht statt an den Vater zu zahlen 2 1, 661. — Kostbarkeiten im Sinne des § 1667 1 2, 127. — Anordnung nach §§ 1667 ff. in Ansehung des der Leibzucht des Vaters nach nassauischem Recht unterliegenden Vermögens 5 515. — Geltendmachung weiterer Maßregeln seitens des nach §§ 1667, 1670 bestellten Pflegers 6 496. — Anordnung e. Sicherheitsleistung d. Vaters; Voraussetzungen; Bemessung d. Sicherheit; Sicherungshypothek eintrag auf Antrag des Vormundschaftsgerichts 1 2, 128; 6 496. — Klage u. Arrest z. Durchführung der angeordneten Sicherheitsleistung 6 496; 5 517. — Aufhebung der vom Gericht getroffenen Maßregeln 4 424. — Aufhebung der Entziehung d. Vermögensverwaltung bei Nachholung der veräumten Pflicht? 3 1, 520. — Entziehen d. Vermögensverwaltung ohne vorherige Anordnung e. Sicherheitsleistung, wenn das Unvermögen zur Sicherheitsleistung feststeht 5 517.

Aufwendungen des Gewalthabers. — Anwendung d. § 1648 auf die Mutter 1 2, 119. — kein Entgelt für die dem Gewerbe oder dem Beruf des Vaters angehörenden Dienste 1 2, 119; 2 1, 656. — Kosten d. Verteidigung d. Kindes in e. Strafverfahren 1 2, 119, 120.

Fette Zahlen = Satzq.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

— entgangener Verdienst keine Anwendung **3 1, 512**. — Ersatz für den dem Kinde im Haushalt d. Vaters gewährten Unterhalt **6 492**.

R u h e n d. e. G. — nicht entmündigter, aber tatsächlich geistesgestörter Gewalthaber **1 2, 131**. — Beginn des Ruhens im Falle des § 1910 **1 2, 131**. — kein Strafantragsrecht d. Vaters f. d. Kind bei Ruhe nach § 1676 Abs. 2 **1 2, 131**. — tatsächliche Verhinderung d. Vaters; Begriff **5 513, 517**. — längere Freiheitsstrafe **1 2, 131**. — keine Feststellung d. Verhinderung bei Verhinderung nur in einzelnen Angelegenheiten **1 2, 131**. — Bedeutung d. Feststellung d. Verhinderung des Vaters für die Mutter **1 2, 131**. — Feststellung d. Verhinderung nach § 1677 oder Verhängung besonderer Maßregeln nach §§ 1666 f. **1 2, 132**. — Endigung des Ruhens **1 2, 132**. — guter Glaube eines Dritten an das Fortbestehen der durch die Feststellung des Gerichts nach § 1677 Abs. 2 wieder aufgehobenen Vertretungsmacht der Mutter **1 2, 132**. — Ruhe der e. G. der ehelichen oder unehelichen Mutter **2 1, 662**. — Tod d. Vaters während d. Ruhens der e. G. **5 517**. — Vormund- oder Pflegschaftsbestellung bei Ruhe der e. G.? **6 497**. — Ausschluß bei Interessenkollision **2 1, 676**.

E n d i g u n g. — Verzicht **1 2, 122; 7 507**. — Wiedererlangung der e. G. seitens d. fälschlich f. tot Erklärten **2 1, 662; 4 425**. — Anwendung des § 1679 auf die uneheliche Mutter **2 1, 662**. — Entziehung der einzelnen Bestandteile der e. G. Beendigung? **4 424**. — „an einem Kind begangene“ Straftaten d. Vaters; Vermögensdelikte **1 2, 132; 2 1, 662; 3 1, 520 f.; 6 497; 5 518**. — Einwilligung d. Kindes in die vom Vater an ihm begangene Straftat **1 2, 132; 3 1, 521**. — bei Gesamtschuld e. Einzelstrafe von 6 Monaten nötig? **1 2, 132; 5 518**. — Verwirkung der e. G. gegenüber allen Kindern bei Begehen e. Straftat an einem Kinde **1 2, 132**. — Aufhebung d. Urteils im Wiederaufnahmeverfahren **1 2, 132; 4 425**. — Verlust d. bürgerl. Ehrenrechte **1 2, 133**. — Umfang d. Verwirkung im Falle des § 1680; Ausdehnung auf die außerhalb der e. G. bestehenden Elternrechte **1 2, 133; 3 1, 521** (persönlicher Verkehr mit dem Kinde); **5 518**. — Rechtsnatur d. Verwirkung nach § 1680 **1 2, 133**. — Verurteilung im Ausland **5 518**.

F o l g e n des Ruhens oder der Endigung. — Überwachung d. Rechnungsablage durch den Vormundschaftsrichter? **1 2, 133**. — Erzwingung d. Rechnungsablage u. Vermögensherausgabe durch Ordnungsstrafen? **1 2, 133**. — Pflicht z. Leistung d. Offenbarungseids; Er-

zwingung nach § 1667 oder Pflegerbestellung? **1 2, 133**. — Pflicht der Mutter, bei Beendigung d. e. G. auch für die Zeit d. vormundschaftl. Amtsführung Rechenschaft abzulegen? **1 2, 133**. — Anspruch der Mutter auf Rechnungsablage gegenüber dem der e. G. verlustigen Gatten **1 2, 133**. — Klage auf Herausgabe einzelner Gegenstände **2 1, 662**. — Fortführung d. Geschäfte seitens d. Vaters nach erreichter Großjährigkeit d. Kindes **1 2, 133**. — Haftung bei Fortführung d. Geschäfts (§ 1682) **1 2, 133**. — „Nennen müssen“ nach § 1682 **1 2, 133**. — Beweislast nach § 1682 **1 2, 133**. — böser Glaube des Dritten, mit dem der gutgläubige Vater nach Beendigung kontrahiert **1 2, 133**. — elterl. Ruhmiesung trotz Beendigung der e. G. bei gutem Glauben d. Vaters? **3 1, 521**.

E l t e r l i c h e Gewalt der Mutter f. Beistand. — Rechtsnatur **4 425; 5 518**. — wenn der für tot erklärte Vater noch lebt **1 2, 134**. — Gewalt bei Todeserklärung d. Vaters **5 518** (Handlungen d. Pflegers aus d. Zwischenzeit). — bei Auflösung der ehelichen Gemeinschaft **1 2, 134; 2 1, 663; 5 518**. — Zeitpunkt des Eintritts der e. G. d. Mutter im Falle d. Ehescheidung **1 2, 134; 3 1, 521**. — e. G. d. Mutter über ein für ehelich geltendes Kind bei Ansetzung d. Ehelichkeit **1 2, 134 (2)**. — e. G. d. Mutter, wenn dem Vater die Ausübung der e. G. entzogen wird (§ 1684 Ziff. 2) **5 518**. — Begriff d. „tatsächlichen Verhinderung“ d. Vaters **1 2, 135; 4 425** (Abwesenheit im Ausland unter Bestellung e. Bevollmächtigten); **5 518; 7 513**. — tatsächliche Verhinderung d. Vaters an d. Besorgung einzelner Angelegenheiten **1 2, 135; 7 513**. — Feststellung d. tatsächlichen Verhinderung d. Vaters **3 1, 521**. — Stellung d. Mutter im Falle des § 1685; Mutter als Stellvertreterin des Vaters? **1 2, 135; 2 1, 663; 3 1, 521**. — e. G. d. Mutter bei ruhender Gewalt des Vaters nur während der Dauer der Ehe **4 426**. — Vertretung d. Kindes durch die Mutter im Prozesse gegen den Vater? **1 2, 135; 2 1, 676**. — Voraussetzung für Anwendung des § 1685 Abs. 2 **5 519**. — e. G. d. Mutter nach § 1685 Abs. 2 im Fall ihrer Wiederverheiratung **1 2, 135; 5 519**. — keine e. G. d. Mutter, wenn dem Vater nach erfolgter Ehescheidung d. Vermögensverwaltung entzogen wird **1 2, 135**. — Klagezustellung an Mutter oder Vater bei tatsächl. Verhinderung des letzteren? **1 2, 135; 3 1, 521**. — Erteilung e. Bestallung an die Mutter? **1 2, 135**. — gleichzeitiges Handeln der Mutter u. des vermeintlich verhinderten Vaters **1 2, 135; 4 426**. — Umfang d. e. G. im Falle des § 1685 **2 1, 663**. — irrige Annahme e. Verhinderung

(Elderliche Gewalt)

d. Vaters 4 426. — im Widerspruch mit Wünschen des tatsächlich verhinderten Vaters stehende Verfügungen der Mutter 4 426. — e. G. der geschäftsbefchränkten Mutter, wenn nach dem Scheidungsurteil die Sorge f. d. Person des Kindes auf sie übergeht 1 2, 138. — Stellung der minderjährigen Mutter beim Ruhen der e. G. des Vaters 1 2, 138; 3 1, 522. — vor 1900 wegen Vormundschaft erfolgte Vintulierung e. Sparfassenbuchs; Aufhebung d. Sperrvermerks bei Wegfall d. Vormundschaft infolge Eintritts der e. G. der Mutter; zuständiges Gericht bei Wohnsitzwechsel d. Mutter 3 2, 215 (f. Vormundschaftsgericht). — Umfang d. e. G. der Mutter; Recht z. Vertretung d. Kinder, insbes. bei Bestehen widerstreitender Interessen 7 513. — Übertragung d. Züchtigungsrechts seitens der Mutter auf den Stiefvater 7 513. — Zustimmung d. Mutter zu e. Ehevertrag, durch den das Kind mit seinem Gatten allgemeine Gütergemeinschaft einführt oder aufhebt 7 513. — Endigung mit dem Wegfall d. Ruhens der väterl. Gewalt 1 2, 135. — Fortführung trotz Endigung bis zur Kenntnis des Aufhörens der Behinderung d. Vaters 1 2, 135. — Eingehen e. 2. wichtigen oder ansehbaren Ehe seitens d. Mutter 1 2, 138; 6 498. — Wiederaufleben d. e. G. nach Trennung der 2. Ehe? 1 2, 138; 2 1, 664; 3 1, 523; 4 427. — vor 1900 geschlossene u. wieder aufgelöste 2. Ehe d. Mutter 1 2, 138; 2 1, 664; 3 1, 522; 4 427. — Anwendung d. § 1697, wenn die geschiedene Frau zu Lebzeiten des 1. Mannes wieder heiratet u. letzterer vor 1900 starb 4 427. — Einfluß der wiederverheirateten Mutter auf die religiöse Erziehung des Kindes (Fessen) 1 2, 138; 3 1, 523. — Vormundschaftseinleitung bei Wiederverheiratung der Mutter; zuständiges Gericht 1 2, 138. — Anfechtung d. Vormundschaftsbestellung durch d. Mutter wegen Unzuständigkeit d. Gerichts? 6 498. — Abschwächen d. Verlustes der e. G. durch Testament 2 1, 664. — Streit zw. der wiederverheirateten Mutter u. dem Vormund über den Erziehungsaufwand 2 1, 664. — Beschwerde oder Klage, wenn der wiederberechtigten Mutter die Einkünfte des Kindesvermögens verweigert wurden? 3 2, 196. — Beschränkung oder Ausschließung der e. G. der Mutter in einer letztwilligen Verfügung 7 513.

Elderliches Nutznießungsrecht f. Kindesvermögen, elderliche Gewalt, Zwangsvollstreckung im allgemeinen A. h. — Nutznießung des Vaters am unbeweglichen ausländischen Vermögen seiner Kinder, wenn das ausländische Recht solche N. nicht kennt 1 2, 381.

Übergangsrecht. — Einwirkung des BGB. auf e. N. 1 2, 441. — nicht elternrechtlich, sondern auf anderen Gründen (Vertrag, Testament, Gesetz) beruhendes N. der Eltern; Beisitzrechte 1 2, 442. — Wiederaufleben des N. am Vermögen vor 1900 emancipierter, nach BGB. wieder unt. elderliche Gewalt gefommener Kinder? 1 2, 443. — Nießbrauch als praemium emancipationis gegenüber großjährigen Kindern 1 2, 443. — e. N. als Bestandteil der väterlichen Konkursmasse bei Fortdauer des Konkurses am 1. I. 00? 1 2, 443. — vor 1900 durch die Obrigkeit erfolgte Entziehung oder Beschränkung; Fortwirkung, Aufhebung, Verfahren bei Aufhebung 2 1, 803, 804. — vor 1900 durch den Vater angeordnete Ausschließung oder Beschränkung der Mutter in der Verwaltung des Kindesvermögens 1 2, 45. — bei einer vor 1900 erfolgten Annahme a. Kindesstatt 1 2, 448, 449. — Rechtsnatur des dem Vater nach braunschw. Recht am Nachlaß der Mutter zustehenden Nutznießungsrechts 2 1, 809. — vor 1900 lektwillig erfolgter Ausschluß der e. N. 1 2, 120. — vor 1900 erfolgte Übertragung der Nutznießung 1 2, 121. — vor 1900 durch Heirat auß. der elderlichen Gewalt geschiedene Tochter 1 2, 122.

Rechtsverhältnisse nach BGB.

— Ausschluß der e. N. u. freies Kindesvermögen f. Kindesvermögen. — prozessuale Stellung der Eltern 1 3, 30. — Nutznießung gegenüber der Güterpflege nach § 334 StB.D. 1 2, 119. — Einsetzung Minderjähriger als Erben unter Vermachung des Nießbrauchs an d. Gewalthaber; Auslegung, ob der Erblasser bloße Bestellung gesetzlicher Nutznießung oder besondere Bestellung e. förmlichen Nießbrauchs wollte; Folgen 7 505. — N. an nicht übertragbar. Rechten 1 2, 119; 2 1, 656. — Recht zur Umgestaltung von Sachen? 1 2, 119; 2 1, 656. — N. an e. ohne obervormundschaftl. Genehmigung begonnenen neuen Erwerbsgeschäft des Kindes 1 2, 118; 5 511. — Sicherheitsleistung des Vaters nach § 1039? 1 2, 120. — Pflicht d. Vaters, bei Nutznießung an e. Grundstück mit Inventar für den Abgang an Inventar Ersatz zu beschaffen 1 2, 120. — Stellung des Nutznießers gegenüber der Zwangsvollstreckung gegen den ein selbständiges Erwerbsgeschäft mit Genehmigung betreibenden Minderjährigen 1 2, 120. — gerichtliche Genehmigung, Abhängigmachen der Genehmigung von Sicherheitsleistung 1 2, 120; 3 1, 513; 4 417. — Verfügung d. Vaters über nicht verbrauchbare Sachen, Einziehung von Forderungen; Stellung des mit dem Geld befriedigten Gläubigers d. Vaters 7 506. — Ersatz des Wertes ver-

brauchter fungibler Sachen 12, 120. — Haftung des Vaters s. die Einkommensteuer d. Kindes; Berücksichtigung des freien Kindesvermögens 12, 120. — Versicherungspflicht des Vaters; Prämienzahlung 12, 120. — Verteilungskosten des Kindes 12, 119, 120 (Nachweis der Schuld des freigeprochenen Kindes u. umgekehrt); 31, 513. — Kostenvoranschusspflicht des Vaters in einem vom Kind gegen ihn geführten Prozeß 21, 656. — Umfang der Pflicht des Vaters z. Tragung der Prozeßkosten s. d. Kind; Nichtvorhandensein e. Kindesvermögens 21, 657; 31, 513 (Kosten des Entmündigungsverfahrens); 4418 (Prozeß über Haftpflichtanspruch d. Kindes); 5511; 6493, 1176; 7506 (2). — Folge der väterlichen Haftung für das Armenrecht 4418; 7506. — vom Vater zu tragende öffentliche Lasten des Kindesvermögens; Stellung des Vaters bei Nichterfüllung 5466, 512 (s. gesetzliche Güterrecht unter Stellung des Mannes); 7506. — Pflicht des Vaters zur Beseitigung polizeiwidriger Zustände 5512. — Haftung des Vaters s. d. Verpflichtungen d. Kindes aus d. sozialpolitischen Versicherungsgesetzen 5512. — außerordentliche, nicht auf den Stammwert gelegte Lasten; Straßenspasterung, Kanalan schlüsse 5512. — wer trägt die Erbschaftsteuer? 5512. — Recht des Vaters, Waten, die zum Geschäftsvermögen d. Kinder gehören, zu übernehmen u. d. Geschäft unt. eigenem Namen zu treiben? 12, 121; 5512. — keine Pflicht des Vaters z. Herauszahlung e. aus dem Erwerbsgeschäft des Kindes einmal bezogenen Gewinns 12, 121. — tatsächliche Verhinderung des Vaters an der Ausübung der e. N. 12, 121. — Erwerb der Nutzungen bei Ausschluß d. Vermögensverwaltung des Vaters 12, 121. — Stellung des von der Vermögensverwaltung ausgeschlossenen Vaters gegenüber dem Verwalter d. Kindesvermögens, Anspruch auf Rechnungslegung 12, 121; 5512. — Klage des von der Verwaltung ausgeschlossenen Vaters gegen das Kind auf Herausgabe der Nutzungen; Rechenschaftspflicht des Kindes 12, 121; 5512. — Vornahme der Unterhaltskosten d. Kindes nach § 1656 Abs. 2 12, 121. — Anwendung des § 1657 auf d. Verhältnis zw. Stiefmutter u. Stiefkind? 6493. — Übertragung der Verwaltung u. der Ausübung d. Nießbrauchs an e. Dritten m. Gestattung, d. gewonnenen Früchte z. behalten? 12, 121. — Zugriff d. Gläubiger d. Kind. in die getrennten Früchte? 12, 121. — kein Recht der Kindesgläubiger, während Bestehens der elterlichen Gewalt gegen den Vater den Anspruch auf Herausgabe des Kindesvermögens zu pfänden 7507

(s. Zwangsvollstreckung). — Zwangsvollstreckung der Gläubiger d. Kindes in das Kindesvermögen; Vater als Dritter nach § 809? Urteil gegen das Kind allein 12, 121. — Klage des Kindesgläubigers gegen d. Vater auf Herausgabe d. Kindesvermögens zwecks Zwangsvollstreckung? 7507. — Erbschaftspflicht des Vaters bei übermäßiger Fruchtziehung; Haftung gegenüber d. Gläubigern d. Kindes 12, 121. — Erbschaftspflicht des Vaters gegenüber dem Gläubiger d. Kindes bei Verbrauch fungibler Sachen 12, 121. — Nutznießung gegenüber dem Aussteueranspruch d. Tochter 5512. — Nutznießung d. Mutter bei Übertragung der Vermögensverwaltung auf e. Weiland 12, 137; 21, 663. — Verweigerung der Einkünfte an die wieder verheiratete Mutter; Beschwerde oder Klage? 32, 196.

E n d i g u n g. — Entziehung nach § 1639 12, 111; 31, 509. — Entziehung nach § 1666 s. elterliche Gewalt unter Gefährdung der Person. — Heirat des Kindes, Identität des Einwilligenden und des Nutzungsberechtigten nötig (§ 1661)? 12, 121. — nachträgliche Heiratsgenehmigung 12, 122; 5512; 6493. — Wiederaufleben bei Auflösung der Ehe während bestehender elterlicher Gewalt? 12, 122; 21, 657. — keine Endigung bei nichtiger Ehe 21, 657. — Verzicht auf die e. N. an einem Teil des Vermögens 12, 122, 21, 657; 4417, 418; 5512; 6493. — Eintritt der Nutznießung der Mutter bei Verzicht d. Vaters? 12, 122; 5513; 6493. — Rechtsnatur d. Verzichts; einseitiges Rechtsgeschäft 21, 657. — Erklärung des Verzichts z. Protokoll des Gerichtsschreibers? 4419. — Erklärung d. Verzichts in einem Rechtsstreit 4419. — Erklärung des Verzichts gegenüber einem Pfleger 4418. — Anwendung d. § 1663 Abs. 1, wenn dem Vater die e. N. nach § 1666 entzogen wird 5513. — Einfluß d. Beendigung auf ein bestehendes Miet- oder Pachtverhältnis; Anwendung des § 1663 bei Übergang der e. N. vom Vater a. d. Mutter? 12, 122. — Fortbestehen der e. N. trotz Beendigung der elterlichen Gewalt bei gutem Glauben des Gewalthabers an deren Fortbestand? 31, 521.

Eltern- und Kindesverhältnis s. Statusklagen, Ehrlichkeit, Vaterschaft.

Emanzipation s. auch Volljährigkeitserklärung. — vor 1900 erfolgte oder beantragte E. 21, 781. — Wiederaufleben des elterlichen Nutznießungsrechts bei Beseitigung einer vor 1900 erfolgten E. durch das BGB.? 12, 443. — praemium emancipationis s. elterl. Nutznießungsrecht.

Emballage s. Verpackung.

Emission von Wertpapieren s. Börse, Wertpapiere, Bankier. — Konsortien als Gesell-

(Emission von Wertpapieren)

schaften nach §§ 705 ff. BGB. § 1, 296 (f. Gesellschaft); 4 229; 5 275; 6 265. — Bonifikation 4 615. — Haftung für den Anschaffungsstempel 6 265. — Miteigentum n. Quoten od. Miteigentum a. d. Papieren 5 265. — Bank a. Zeichnungsfähige Mäkler? 7 275, 281. — Unterfortialvertrag; Haftung 7 282, 290. — Prospekthaftung des Emissionshauses 7 628. — Rechtsstellung d. emittierenden Bankiers 7 627. — Recht d. Emittenten, über Verteilung unter die Zeichner zu bestimmen 7 1173. — Anspruch des Zeichners darauf, daß der ganze Betrag in Umlauf gelangt 7 1173. — noch nicht zur Börse zugelassene Papiere ohne Garantie der demnächstigen Börsennotierung 7 1174. — Beseitigung des Sperrjahres (§ 39 BörG.) 7 1174. — Prospekthaftung 1 1, 159; Wegfall d. Schadensanspruchs bei Weiterveräußerung der Papiere 7 1174; Recht d. Besitzers d. Papiere, als Schadensersatz auch Erstattung der Wertminderung zu verlangen 7 1174; keine Pflicht des Besitzers, durch Verkauf der Vergrößerung d. Schadens vorzubeugen 7 1174; Recht d. Besitzers, gegen Rückgabe der Papiere die Herauszahlung des vollen Kaufpreises samt Zinsen zu verlangen 7 1174; Pflicht des Besitzers, nach erlangter Kenntnis von der Unrichtigkeit des Prospektes dem Emittenten seine Ansprüche mitzuteilen 7 1174; Kaufal-zusammenhang, Stützen des Schadensanspruchs neb. § 45 BörG. auf d. BGB. 7 1174; Haftung der Emissionsfirma, die nur den Antrag auf Zulassung d. Papiere stellt, den Prospekt aber nicht unterzeichnete 7 1174.

Empfangsbedürftigkeit f. Willenserklärung, Zugehen.

Empfangstheorie f. Zugehen.

Empfehlung f. Rat. — Arbeitsnachweis als bloße E. nach § 676 § 1, 274 f. — entgeltliche Empfehlung e. in Kauf gestellten Gütes 2 1, 68.

Enteignung. — Beurteilung unter Vorbehalt des Rechts des Beklagten aus Artt. 109, 52, 53 GGWB. u. § 1128 BGB.? 1 2, 390. — Vormerkungsberechtigter, widerspruchsberechtigt im Sinne des Artt. 53 GGWB. 1 2, 390. — Anwendung d. Artt. 53 Abs. 2 GGWB. bei vorgemerkten Hypotheken 1 2, 390. — Anwendung der Artt. 52, 53 GGWB. bei in das neue Recht übergeleiteten Hypotheken 5 615; 4 533 (Enteignung im Bergrecht); 7 579. — Aufrechterhaltung des Vorkaufrechts nach § 57 Abs. 2, 3 PrEnteignG. v. 11. VI. 74; Eintragung im Grundbuch? 2 1, 772. — Enteignungsschädigung als Frucht des enteigneten Grundstücks? 1 1, 57. — selbständiger Entschädigungs-

anspruch des Mieters 1 1, 365. — Verzicht auf das gesetzliche Vorkaufrecht (§ 57 Abs. 3 PrEnteignG.) d. Grundeigentümers 1 1, 297. — Einigung über d. Grundabtretung z. Betriebe des Bergbaues (§ 142 PrBergG.), Form des § 313 BGB. § 1, 154. — Anwendung d. § 287 BPD. bei Festsetzung d. Entschädigung? 7 796. — inwieweit gelten die Vorschriften der Grundbuchordnung 4 536. — Eintragung der Einleitung der E. u. der geschehenen E. ins Grundbuch 5 987. — die Vormerkung über die Einwilligung der E. keine Eintragung im Sinne des § 71 Abs. 2 GGWB. 7 972 (f. auch Enteignungsvormerkung). — Einigung über d. Grundabtretung z. Betriebe d. Bergbaues (§ 142 PrBergG.), Form des § 313 § 1, 154. — Ersuchen der Enteignungsbehörde an das Grundbuchamt 2 2, 443. — Vormerkung im Grundbuch über die Einleitung des Verfahrens; Herbeiführung der Löschung durch Beschwerde 5 982. — Eintragung auf dem ganzen Grundstück trotz Beschränkung des Verfahrens auf einen noch nicht vermessenen Teil 7 945.

Enterbung.

Übergangsrecht. — Enterbung i. guter Absicht in einem vor 1900 errichteten T. § 1, 707. — Entkräftung der in e. vor 1900 errichteten T. enthaltenen Enterbung durch formlose Verzeigung § 1, 707. — Enterbung in einem altrechtl. Testament bei Erbfall nach 1900 § 1, 709.

Enterbung in guter Absicht. — ist keine Pflichtteilsentziehung 2 1, 746. — Pflichtteilsrecht der Abkömmlinge des Enterbten? 1 2, 294; 2 1, 746. — Verbindung der beiden im § 2338 dem Erblasser zur Wahl gestellten Maßregeln; Einfluß d. Fortfalls der Nacherbschaft auf die weiter angeordnete lebenslängliche Verwaltung 2 1, 746. — Übertragung der Verwaltung auf einen Testamentvollstrecker ohne Beschränkung des Abkömmlings in der Verfügung von Todes wegen 1 2, 301. — Enterbung eines bereits als Verschwender Entmündigten 1 2, 300; 2 1, 746. — Abstellung des Eintritts der Nacherbschaft auf einen anderen Zeitpunkt als den des Todes des Enterbten? 2 1, 746. — Vererblichkeit des Rechts des Nacherben, der zwar nach dem Erblasser, aber vor dem Enterbten stirbt? 2 1, 746. — kann der Erblasser andere, als die gesetzlichen Erben des Enterbten als Nacherben bestimmen u. kann er die Erbteile abweichend von den gesetzlichen festsetzen? 1 2, 301; 2 1, 746. — Fiskus als Nacherbe des Enterbten? 2 1, 746. — Ausschluß eines gesetzl. Erben seitens des Enterbten wegen einer den Pflichtteilsentzug rechtfertigenden Verletzung 2 1, 746. — Stellung der gegen-

setzte Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

über dem Enterbten nicht pflichtteilsberechtigten Nacherben; Anwendung des § 2294 21, 746. — Ausdehnung der Beschränkung auf die geforderte Pflichtteilergänzung bei Einsetzung des Abkömmlings auf weniger als den Pflichtteil 12, 301. — Stellung des für verschwenderisch oder überschuldet erklärten Abkömmlings; Annahme des über den Pflichtteil hinausgehenden Erbteils unter ganzer oder teilweiser Zurückverweisung der darauf ruhenden Beschränkungen? 6 572.

Entlastung f. Auftrag, Rechnungslegung, Vormundschaft.

Entmündigung vgl. Geistesranke, Geisteschwäche, Trunksucht, Verschwendung, Vormundschaft vorläufige.

Statutenkollision. — Wirkung der im Ausland erfolgten Entmündigung eines Ausländers 12, 354, 355. — im Ausland erfolgte Entmündigung eines im Inland wohnenden Ausländers 4 530. — im Ausland erfolgte Entmündigung der Angehörigen eines dritten Staates 5 605. — im Ausland erfolgte Entmündigung eines im Ausland wohnenden Deutschen 12, 355; 4 530; 5 605. — Wirkung des Erwerbs der amerikanischen Staatsangehörigkeit eines früher in Deutschland Entmündigten 4 530. — Entmündigung eines im Inland wohnenden Ausländers; Begriff des Ausländers nach Art. 8 GGWB.; mehrfacher Wohnsitz 5 605. — Unterlassung der Entmündigung eines im Inland wohnenden Ausländers wegen einer bereits erlassenen gleichartig wirkenden E. im Ausland 5 605. — Wirkung einer als rechtswirksam anzuerkennenden E.; Bekanntmachung als Voraussetzung? 5 605. — gegen Art. 30 GGWB. verstoßende ausländische E. 5 606. — für die Entmündigungswirkungen maßgebendes Recht 5 606. — für die Wiederaufhebung einer E. maßgebendes Recht 5 606 (Aufhebung der im Ausland erfolgten E. eines Ausländers in Deutschland). — E. in Deutschland lebender Engländer 5 613.

Übergangsvorschriften. — Nachlassgericht eines vor 1900 Entmündigten, nach 1900 Gestorbenen 6 591. — vor 1900 wegen geistiger Gebrechlichkeit oder Wüßsinn nach PrLR. erfolgte E.; Begriff der „Geisteskrankheit“ in Art. 155 Halsb. 1 GGWB. 21, 781. — anzuwendendes Recht bei nach Einführung des WB. geltend gemachter Aufsehung einer vor 1900 erfolgten Entmündigung 12, 411, 412. — Überleitung der E. wegen Geisteskrankheit in solche wegen Geisteschwäche 12, 411. — vor 1900 bestellter Bestand eines wegen Verschwendung Entmündigten 21, 781.

Recht des WB. — Wesen u. Voraussetzungen im allgemeinen 11, 2. —

bei Fahrg. 1—3 = Band und Seite.

Wirkung 11, 61. — Delikttsfähigkeit Entmündigter 21, 507. — E. „infolge“ in Ziff. 1 u. 3 d. § 6 31, 1. — „Wegfall“ (§ 6 BGB.) des E.sgrundes 74. — Annahme einer Unzurechnungsfähigkeit durch den Prozeßrichter trotz Aufhebung der Entmündigung 74. — Neuentmündigung unter Aufhebung d. alten bei Ablösung von Tatbeständen d. § 6 untereinander 31, 1 (s. 21, 3). — E. Minderjähriger u. Entmündigter aus jedem bzw. jedem weiteren Grunde d. § 6 statth. 31, 1, 571; 4 467. — Entmündigung gemeingefährlicher Minderjähriger und Nichtzurechnungsfähiger de lege ferenda 21, 693; 31, 570, 571. — E. nur bei Unfähigkeit z. Besorgung aller Angelegenheiten 11, 4; 21, 2, 3; 4 2. — Unfähigkeit zur Besorgung der Angelegenheiten im allgemeinen trotz Fähigkeit zur Besorgung einzelner (z. B. Haushalt) Angelegenheiten 6 2. — Art der Feststellung der Unfähigkeit 6 2. — Begriff der „Geisteskrankheit“ und „Geisteschwäche“, Beurteilung geistiger Anomalien 11, 3, 4; 21, 2, 3; 31, 1; 4 2; 5 2. — Querulantenwahnsinn 13, 230. — geistige Minderwertigkeit an sich kein E.sgrund 5 2. — Gemeingefährlichkeit kein E.sgrund 11, 4. — E. e. wegen Geisteskrankheit Entmündigten auch noch wegen Geisteschwäche 21, 3 (s. 31, 1). — E. nach § 104 Geschäftsunfähiger wegen Geisteschwäche 21, 39. — E. wegen Geisteschwäche nur Hilfsform? 21, 3. — E. wegen Geisteschwäche zweckmäßig nach Aufhebung d. E. wegen Geisteskrankheit 4 2. — Annahme völliger Geschäftsunfähigkeit bei einem wegen Geisteschwäche E. seitens d. Prozeßrichters 6 40. — Entmündigung wegen Geisteschwäche, Eintritt der beschränkten Geschäftsfähigkeit erst mit der Wirksamkeit der E. 21, 46. — E. wegen Geisteschwäche, Aufrechterhaltung e. E. alten Rechts beim Vorliegen von G. als E. wegen G. ohne neues Verfahren 21, 4. — E. wegen Geisteskrankheit, Wegfall des Grundes bei bloß noch vorhandener Geisteschwäche 21, 4. — E. wegen Homosexualität 31, 2. — Geschäftsunfähigkeit infolge d. wegen Geisteskrankheit 4 27. — Folgen der Nichtigkeitsklärung der Ehe wegen Geisteskrankheit auf die auf Antrag des anderen Gatten ausgesprochene E. 7 473. — E. wegen Trunksucht, Erfordernisse 21, 4. — Begriff der Trunksucht 21, 4, 41; 4 2. — Begriff „gefährden“ 4 2. — Wahl des Aufenthaltsortes durch den wegen Trunksucht Entmündigten 31, 33. — Morphinismus Trunksucht 11, 5. — E. wegen Verschwendung, Begriff der Verschwendung 11, 5; 21, 3; 31, 1; 4 2; 5 2. — Handlungen e. wegen

(Entmündigung)

Geisteschwäche, Verschwendung, Trunksucht Entmündigten; Abschluß e. Versicherungsvertrages 7 30. — Wirkung d. Aufhebung d. E. abeschlusses auf bis dahin vorgenommene Rechtsgeschäfte 11, 64. — Folgen der Aufhebung, Verhältnis des § 115 BGB. zu § 32 FGG. 6 41. — Anwendung d. § 114 Abs. 2 BGB. im Fall vorheriger Aufhebung d. vorläufigen Vormundschaft 7 32.

Entmündigungsverfahren s. Vormundschaft, vorläufige.

I. **Allgemeines.** — Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit? 13, 225; 13, 15. — Einfluß der Gerichtsferien 13, 225. — Grundzüge der Öffentlichkeit u. Mündlichkeit 13, 225 (s. unten bei Vernehmung des zu Entmündigten). — einstweilige Verfügungen des Entmündigungsrichters für Person u. Vermögen des zu Entmündigten? 13, 228. — Verbindung des Antrags auf Entmündigung wegen Geisteskrankheit mit dem wegen Verschwendung? 4 722; 5 2, 841. — Beschwerderecht d. wegen Geisteskrankheit Entmündigten gegen die Bestellung d. Vormunds 7 1009. — Beschwerderecht des Anwalts d. Entmündigten gegen die Bestellung des Vormunds 7 1008 (s. Beschwerde in der freien Gerichtsbarkeit). — Entmündigungsverfahren im Ausland und von Ausländern 13, 228; 5 840, 841. — Entmündigung von Russen 5 841. — Zustellungen im Ausland 5 841. — Zustellungsbevollmächtigte 5 841. — Beweisaufnahme im Ausland 5 841. — Sicherheitsleistung ausländischer Antragsteller 5 776, 841. — Antragsberechtigte 5 841 (prozeßunfähige Ausländer § 55 ZPO.); s. im übrigen unten bei den einzelnen §§. — analoge Anwendung d. § 664 ZPO. auf die Anfechtung e. Pflegerbestellung? 7 1009. — Wiederaufnahme des Verfahrens 13, 229. — Übergangsfragen 13, 225. — Vollstreckbarkeit von Kostentscheidungen zuungunsten ausländischer Antragsteller 5 809.

II. **Bei Geisteskranken.**A. **Amtsgerichtliches Verfahren.**

a) **Zuständiges Gericht.** — Wohn- u. in deutschen Schutzgebieten 5 841. — Überweisung an ein anderes Gericht nur ausnahmsweise 13, 226. — Einfluß der Tatsache des Aufenthalts allein auf die Zulässigkeit der Überweisung an ein anderes Gericht 13, 226, 227; 4 722; 5 841. — von einem unzuständigen Gericht ausgehende Überweisung 13, 227. — Überweisung, wenn die persönliche Vernehmung des zu Entmündigten von ausschlaggebender Bedeutung ist 13, 226, 227; 3 2, 530; 4 722. — Überweisung,

wenn an der Geisteskrankheit auch ohne die Vernehmung des Kranken kein Zweifel sein kann 13, 227; 5 841, 842; 7 850. — Überweisung, wenn die Vernehmung des Kranken unterbleibt 13, 227; 3 2, 531. — Überweisung, wenn die Vernehmung durch das überweisende Gericht tunlich oder nötig ist 3 2, 530/531; 5 841, 842. — Überweisung nach der Vernehmung des zu Entmündigten, wenn sie nicht durch den für die Übernahme zuständigen Richter erfolgte 13, 227. — Entscheidung des höheren Gerichts über die Überweisung; Anfechtung? 13, 227.

b) **Antragsberechtigte u. Form des Antrags.** — Antrag gegen eine unverheiratete Frau, die während des Verfahrens heiratet 13, 226. — wenn nach Stellung des E. antrages gegen eine eheberlassene Frau der Ehemann die eheliche Gemeinschaft wieder herstellt 13, 226. — Eheschließung nach ausgesprochener E. der Frau 13, 226. — welches Recht entscheidet über die Frage der Antragsberechtigung bei Statutenkollision? 5 841. nach inländischem, aber nicht nach ausländischem Recht prozeßfähiger Antragsteller 5 841. — Pfleger nach §§ 1909, 1910 1 2, 198, 199 (s. Pflegschaft); 2 1, 698; 5 553. — vorläufiger Vormund 6 515. — mit dem Vater in fortgesetzter Gütergemeinschaft lebende Tochter 6 516, 869. — Verschwägerter? 6 869. — Wegfall der Antragsbefugnis z. Bt. d. Entscheidung d. Beschwerdebereichs 7 850. — Folgen der Nichtigkeitsklärung d. Ehe wegen Geisteskrankheit auf die auf Antrag des anderen Gatten ausgesprochene Entmündigung 7 473, 850. — Tod des Antragstellers 13, 228. — Verlust des Antragsr. 13, 228. — deren Stellung im Verfahren: Beschwerde gegen einzelne Verfügungen des Gerichts 3 2, 531. — Stellung des Antrags bei e. anderen als dem zuständigen Gericht 13, 226. — Verbindung des Eventualantrags auf E. wegen Verschwendung mit dem Antrag auf E. wegen Geisteschwäche 4 722; 5 2, 841. — Zurücknahme des Antrags 3 2, 531. — Folgen der Zurücknahme des Antrags 13, 228. — Kostenpflicht bei Zurücknahme des Antrags 4 722; 5 842.

c) **Verfahren im einzelnen.** — förmlicher Einteilungsbeschluß? 5 841. — allgemeiner Verzicht des Staatsanwalts auf alle Terminbenachrichtigungen? 5 841. — Stellung des zu Entmündigten 13, 228. — zwangsweise körperliche Untersuchung 13, 228; 4 705, 722. — Tod des zu Entmündigten 13, 228. — Wegzug des zu entmündigenden Ausländers in das Ausland 13, 228. — rechtzeitige Belehrung des zu Entmündigten über sein Recht, Beweise anzubieten 3 2, 531. — Vor-

führung des zu Entmündigenden zur persönlichen Vernehmung **1 3, 228.** — Nichtausschluß der Öffentlichkeit während der Vernehmung des zu Entmündigenden **1 3, 12; 3 2, 331, 506; 4 723;** Verzicht auf Beobachtung dieser Vorschrift **3 2, 506.** — über § 654 Satz 2 hinausgehende Zwangsmittel zur Vernehmung des zu Entmündigenden; Anwendung seitens des ersuchten ausländischen Gerichts **5 841.** — Vernehmung des zu Entmündigenden durch e. ersuchten Richter **5 841, 842.** — Zuziehung des Gerichtsarztes zur Vernehmung des Geisteskranken **3 2, 531.** — Gutachtenabgabe durch die bei der Vernehmung des Kranken zugezogenen Sachverständigen oder durch andere? **3 2, 531 (2).** — Zeugnisverweigerungsrecht der Verwandten, Streit über Zeugnisverweigerungsrecht, Anfechtung des hierüber ergehenden Beschlusses **1 3, 228.** — Zuziehung d. Antragsteller zu den Beweissterminen? **7 850.** — Widerruf der Zustimmung des Antragstellers zur Unterbringung des Kranken in e. Anstalt **1 3, 228.** — Beschwerde wegen Nichtanordnung oder Aufhebung der Anordnung auf Unterbringung d. Kranken in e. Anstalt **1 3, 228.** — Zwang gegen den zu Entmündigenden behufs Unterbringung in e. Anstalt **4 722.** — kein Gebundensein des Prozeßrichters an den Antrag; Entmündigung wegen Geisteschwäche statt wegen Geisteskrankheit, wie beantragt; Beschwerde hiergegen **1 3, 228, 229.** — Einstellung des Verfahrens bei Tod des Antragstellers, Verlust seines Antragsrechts, Zurücknahme des Antrags, Tod des zu Entmündigenden, Wegzug des zu entmündigenden Ausländers in das Ausland, wegen Mangels der Verfahrensvoraussetzungen **1 3, 228.** — Kostenpflicht des Staates bei Einstellung des Verfahrens wegen Todes des zu Entmündigenden; Beschwerde nach § 99 Abs. 3 ZPO. gegen den Beschluß **6 870.** — Prüfungsrecht des Vormundschaftsrichters über die Rechtmäßigkeit des Verfahrens? **1 3, 228.** — keine Befugnis des Entmündigungsgerichts auf einstweilige Verfügungen für Person u. Vermögen des Kranken **1 3, 228.** — Zurücknahme des Antrags s. oben A b. — Kostenpflicht bei Zurücknahme des Antrags **4 722; 5 842.** — Anspruch d. Antragstellers auf Erfaß seiner Kosten bei Ablehnung der Entmündigung **7 850.** — Anwaltskosten des zu Entmündigenden bei Ablehnung der Entmündigung **5 842; 6 870.** — materielle Rechtskraft der Entmündigung? **1 3, 228.** — Wirksamkeit e. ablehnenden Beschlusses **1 3, 229.** — Beginn der Wirksamkeit des E.sbeschlusses mit Vormundbestellung **4 466.** — Beginn der Wirksamkeit des Beschlusses bei Bestellung e. nach

nach § 1780 BGB. Unfähigen zum Vormund **1 2, 158 (f. Vormund).**
 d) Beschwerde gegen den Beschluß (§ 663). — weil noch weitere Ermittlungen angezeigt gewesen wären **3 2, 531.** — wenn nicht wegen Geisteskrankheit, sondern wegen Geisteschwäche entmündigt wurde **1 3, 228/229.** — Beschwerde gegen den Beschluß als vom unzuständigen Gericht erlassen? **4 466.** — Aktib legitimierung für Beschwerde **1 3, 229.** — wenn im Beschwerdeverfahren statt Geisteskrankheit Geisteschwäche angenommen wird **3 2, 531, 532.**

B. Anfechtungsklage. — persönliche Natur des Anfechtungsrechtes **1 3, 229 (f. 3 2, 532).** — wegen eingetretener Besserung? **1 3, 229; 3 2, 533.** — Beginn der Frist zur Erhebung der Anfechtungsklage **7 850.** — Konkurrenz von Anfechtungsrechten bei Mehrheit von Anfechtungsgründen **1 3, 229.** — Antragsteller als Beklagter **1 3, 229.** — antragstellender Ehegatte als Beklagter auch nach Scheidung der Ehe **5 842.** — notwendige Streitgenossenschaft mehrerer Kläger **5 842.** — Antragsteller als Streitgenosse **1 3, 229.** — Einschreiten des Vormundschaftsgerichts, wenn der Vormund den zur Erhebung der Klage durch den Entmündigten nötigen Kostenvorschuß verweigert **3 1, 562.** — Wieberaufnahme des Verfahrens nach Ablauf der Frist des § 664 ZPO. **1 3, 229.** — Prozeßfähigkeit des Entmündigten **3 2, 532 (2).** — Rechtsanwalt des Entmündigten dessen gesetzlicher Vertreter? **3 2, 532;** nach § 668 ZPO beigeordneter Anwalt **7 743.** — Aufnahme der Klage durch die Erben des Entmündigten nur wegen der Kosten **1 3, 229; 3 2, 532.** — Zuziehung des Ehemanns, der seiner Frau zur Antragstellung gegen einen ihrer Verwandten ermächtigt hat? **3 2, 532.** — Vernehmung des zu Entmündigenden; Nichtausschluß d. Öffentlichkeit, Verzicht auf Beobachtung dieser Vorschrift **1 3, 12; 3 2, 331, 506; 4 723.** — Vernehmung des Entmündigten durch beauftragten oder ersuchten Richter **3 2, 531; 5 841, 842.** — Vernehmung des Entmündigten noch in der Berufungsinstanz nötig, Zuziehung von Sachverständigen **1 3, 229 (2); 3 2, 532; 4 722, 723; 6 869; 7 850.** — Geltung der Vorschriften der §§ 667 ff. ZPO. auch für die Berufungsinstanz **3 2, 532.** — Verwertung der im amtserg. Verfahren vernommenen Zeugenaussagen, wenn diese Zeugen im Anfechtungsprozesse Streitgenossen sind **3 2, 532.** — Berücksichtigung nach dem E.sbeschl. eingetretener Veränderungen **1 3, 229.** — Änderungen des materiellen Rechtes nach Erlaß des E.sbeschlusses **1 3, 229.** — Zustellung der Berufung an den Staatsanwalt am LG. oder am OLG.? **1 3, 81,**

(Entmündigungsverfahren)

229. — Verurteilung zu den Kosten der U.-A. auch die Kosten des amtsgerichtlichen Verfahrens umfassend 3 2, 533 (2). — Beiordnung e. Anwalts unter gleichzeitiger Verjagung des Armenrechts; Stempelposten der Vollmacht 6 870. — Nichtbernehmung d. Entmündigten im Anfechtungsverfahren 1. Instanz; Anlaß z. Zurückverweisung nach § 539 ZPO. 6 853. — Einlegung der Revision in Bayern nur durch den Staatsanwalt am Obersten Landesgericht 6 855.

C. **Amtsgerichtliche Wiederaufhebung der Entmündigung.** — Gerichtsstand nach § 676 Abs. 2 ZPO., wenn der Entmündigte nach der Entmündigung die deutsche Staatsangehörigkeit verloren hat u. im Ausland wohnt 6 870. — Gerichtsstand bei Wiederaufhebung der Entmündigung eines nachträglich in Deutschland naturalisierten Ausländers 5 842. — Stellung des Entmündigten: inwieweit kann er im Verfahren Anträge stellen 3 2, 532, 533. — Verlangen der Beibringung eines ärztlichen Zeugnisses 1 3, 230. — Beschluß, wenn statt Geisteskrankheit, wie ursprünglich, Geisteschwäche angenommen wird 3 2, 531, 532; 1 3, 229.

D. **Wiederaufhebungsflagge.** — Gerichtsstand 1 3, 230. — Nachsuchen um Armenrecht: Form eines abweisenden Beschlusses 3 2, 532. — erst zulässig nach Ablehnung des Antrags auf Wiederaufhebung durch das Amtsgericht 1 3, 229. — bei seinerzeit zu Unrecht ergangener Entmündigung 1 3, 229. — Stellung des Entmündigten: inwieweit kann er im Prozeß Anträge stellen? 3 2, 533. — Anwaltszwang für das Gesuch des Entmündigten um Beigabe eines Anwalts? 3 2, 366. — Wiederaufhebungsflagge oder Beschwerde, wenn die Wiederaufhebung erst in der Beschwerdeinstanz vom Landgericht abgelehnt wurde? 7 850. — rechtl. Natur des nach §§ 679, 686 ZPO. bestellten Vertreters 7 473.

III. **Bei Verschwendern und Trunksüchtigen.** — Sachsen-Meininger Landrat antragsberechtigt? 6 870. — öffentlich-rechtliche Korporationen außerhalb ihres Einzelsaates antragsberechtigt? 5 842. — vorläufiger Vormund als antragsberechtigt 6 515. — Bürgermeister in Oldenburg antragsberechtigt 7 850. — Verbindung des Eventualantrags auf E. wegen Verschwendung mit dem Antrag auf E. wegen Geisteschwäche 5 2. — Vernehmung des zu Entmündigten im amtsgerichtlichen Verfahren 1 3, 230. — rechtliches Gehör des zu Entmündigten, sein Recht auf Beibringung von Beweismitteln 1 3, 230. —

Anfechtungsflagge wegen nach Entmündigung eingetretener Tatsachen 6 870. — Anfechtungsflagge wegen eingetretener Besserung? 1 3, 229; 3 2, 533; 6 870. — der antragstellende Ehegatte als Beklagter im Anfechtungsprozeß auch nach Scheidung der Ehe 5 842; 6 870 (2); 7 851. — Gemeindevorstand, Magistrat, der den Entmündigungsantrag stellt, als Anfechtungsbeklagter; Einwand des Mangels der Parteifähigkeit 6 870; 7 851. — Prüfung im Anfechtungsprozeß, ob der Vermögensverfall nicht etwa auf geistige oder körperliche Gebrechlichkeit zurückzuführen ist 4 723. — Verurteilung zu den Kosten d. Anfechtungsprozesses auch die Kosten des amtsgerichtlichen Verfahrens umfassend 3 2, 523 (2). — Art des Nachweises der Besserung bei Wiederaufhebungsantrag; Zeugenbenennung 4 723. — Gerichtsstand für die Wiederaufhebungsflagge 1 3, 230. — Beiordnung e. Anwalts z. Wiederaufhebungsflagge, vorherige Prüfung der Aussichten der Klage; Antrag auf Beiordnung nach Fristablauf 7 851. — Wiederaufhebung zulässig nicht bloß wegen Änderung der dem Entmündigungsbeschluß zugrunde liegenden Tatsachen, sondern auch, wenn der Entmündigungsrichter die damaligen Tatsachen falsch mündigte 7 851.

Entpfändung 6 1046.

Erbbaurecht f. auch Kellereigentum. — Borläufer d. modernen E. 4 342; 6 394. — wirtschaftl. Nutzen 7 420 f. — Kellerbauten (Dienstbarkeit oder E.?) 3 1, 428. — Kellerrechte in Baden 6 396. — Wesen des E. 2 1, 793; 5 413; 6 396. — rechtlicher Charakter 6 394 f. — gesetzliche Ausgestaltung des E. 6 396. — Erstreckung des E. auf eine nichtbebaute Fläche, Eintragung der Erstreckung ins Grundbuch; Schutz des Berechtigten im Besitze der Fläche 1 1, 637. — Beschränkung des E. auf einen Teil eines Gebäudes (Bauwerkes?) 1 1, 637; 4 343, 546; 5 413. — Bestellung des E. 1 1, 637. — Anwendbarkeit des § 313 BGB. 1 1, 638 f. — Genehmigung der Aufsichtsbehörde zur Bestellung an einem städtischen Grundstück in Preußen? 1 1, 639. — Änderung des Inhalts 1 1, 638; 6 396. — Fortdauer des E. trotz Untergang des Bauwerkes; entgegengesetzte Vereinbarung; Eigentum an den Materialien; Neuaufführung des Bauwerkes 1 1, 638. — eigenes Buchblatt f. das E.? 1 1, 638. — Lösung des E. auf welchem Buchblatt? 1 1, 640. — Grundbuchblatt für das Grundstück u. für das Recht; was hier, was dort einzutragen? 2 2, 398; 6 1021. — Bedeutung der beiden Blätter für den Erwerb des

Rechts 7 945 f. — Anlegung eines besonderen Buchblattes für das Recht: Antragsberechtigung 6 1021. — Grundbuchblatt für das Recht anzulegen bei Anordnung der Zwangsversteigerung 4 775, 829. — Veräußerlichkeit u. Vererblichkeit 6 395. — Zulässigkeit resolutiver Bedingungen u. Termine bei der Bestellung des E. (Endigung im Falle der Veräußerung oder mit dem Tode des Berechtigten) 1 1, 635; 5 413; 6 395 ff.; 3 1, 427; 7 420. — nachteiliger Einfluß solcher Bedingungen auf die Belastungsmöglichkeit 7 420 f. — Bedingung u. Befristung bei der Übertragung des E. 1 1, 638; 3 1, 427; 6 397. — Eintragung der Bedingung oder Befristung ins Grundbuch 1 1, 635. — Sicherung des Anspruchs auf Rückgewähr des E. durch Vormerkung? 7 395, 420. — Miterbbaurecht 1 1, 636; 6 396. — Aufhebung des Mit-E. nur mit Zustimmung aller Berechtigten; Zwangsversteigerung zur Aufhebung der Gemeinschaft 1 1, 640. — mehrere E. an demselben Grundstück 6 395. — Belastung eines Grundstücks mit einem E. ohne Abschreibung unzulässig 5 963. — kein E. an einem ideellen Bruchteil oder realen Grundstücksanteil 1 1, 636; 6 396. — Beschränkung des E. auf eines von mehreren auf demselben Grundstücke stehenden Gebäuden 1 1, 637. — Bauwerk 1 1, 635; 3 1, 427; 4 343; 6 395. — Recht zum Kohlenabbau als E.? 4 343. — Begräbnisstätten 2 1, 568. — Eigentum an dem Bauwerke 1 1, 636; 3 1, 427, 428; 6 395; 2 1, 568. — Verpfändung des Bauwerkes 3 1, 428; 6 395. — Erbbauhypothek; Sicherung der Gläubiger für den Fall des Erlöschens des E. 7 420 f. — Belastung des E. u. des mit ihm belasteten Grundstücks 6 395. — Die Gebäude nicht bewegliche Sachen, sondern Bestandteile des E. 3 1, 427 f.; 6 396. — Schafsfund im Bauwerk 1 1, 636; 6 395. — Unterhaltung des Bauwerkes 1 1, 636; 6 395. — Verhältnis zu Nachbargrundstücken 6 395. — Tragung der auf dem Grundstücke ruhenden Abgaben u. Lasten 1 1, 636; 6 395. — Belastung des E. mit einem Entgelt (Bodenzins, Erbbauzins); Vereinbarung der Vermirkung des E. bei Säumnis der Zahlung 3 1, 427; 5 413; 6 395; 7 420, 921. — Vormerkung zur Sicherung des Anspruchs auf Aufhebung oder Zurückübertragung des E., Vorkaufsrecht 6 395, 396. — Übertragung u. Teilung, Untergang, Schutz des E. 6 395 f. — § 313 BGB. anwendbar auf das E.? 1 1, 219, 638 f.; 2 1, 211; 3 1, 152 (f. Form d. Immobilienvertrags). — Möglichkeit der Wucherförmigkeit 1 1, 638. — Anwendung der §§ 94 Abs. 1, 95 BGB.? aller auf Sachen im Gegensatz zu Rechten bezüglichen Bestimmungen? nur der Bestimmungen des

BGB. u. GGWB. oder auch anderer reichs- u. landesrechtl. Bestimmungen? der §§ 927, 928 BGB.? 1 1, 639; 6 397; des § 890 Abs. 1 u. 2 BGB.? 1 1, 636. — Aufgabe des E. in der Form des § 928 BGB.? 7 412. — Beleihung von E. mit Mündelgeldern 2 1, 568; 6 395, 397. — Das E. in der Zwangsvollstreckung 1 1, 636; 2 1, 568; 6 396. — Schutz gegen die in der Veräußerlichkeit des E. für den Grundeigentümer liegenden Gefahren 4 342 f. — Übergangsrecht 1 1, 637; 2 1, 793; 6 396; 7 587. — Eintragung einer gemeinrechtl. superficies ins Grundbuch als Erbbaurecht 7 420.

Erbbegräbnis. — Erlangung eines dinglichen Rechtes daran 2 1, 533.

Erbbegräbnisrecht 1 1, 637; 2 1, 568.

Erbe f. Erbeinsetzung, Erbsache, Alleinerbe, nasciturus, Erbfähigkeit. — Begriff: Unterschied von Vermächtnisnehmer 1 2, 240. — Erbenqualität des infolge der Kollationspflicht nichts mehr Erhaltenden 3 1, 609 (f. Ausgleichspflicht); 4 498. — „unbekannter“ Erbe f. Nachlasspflegschaft. — vorläufiger Erbe; Stellung des Erben vor Annahme d. Erbschaft f. Erbenhaftung. — nach dem Tod des Erblassers für tot Erklärte bei Festsetzung des Todestags auf e. vor dem Erbfall liegenden Tag 6 521. — Fortsetzung d. vermögensrechtl. Persönlichkeit d. Erblassers 7 528. — Eintragung ins Grundbuch f. Betroffener.

Erbeinsetzung f. Testament unter Auslegung, Erbvertrag, Nacherbsfolge, Erbsache.

Übergangsrecht. — der Abkömmlinge als Noterben i. einem vor 1900 errichteten Testament 3 1, 708. — Einsetzung e. Noterben unter Beschränkung auf den Pflichtteil E.? 4 555. — auf eine Summe 1 2, 240; 4 502; 6 547. — Bedenken mit einer Quote des Nachlassfreinertrages 1 2, 240; 3 1, 619. — Zuwendung einzelner Stücke 1 2, 240; 2 1, 713; 3 1, 618 (Vorauvermächtnis oder Teilungsanordnung?), 619; 4 502; 5 572; 6 547 (Eigentumsübergang); 7 544, 545. — Aufteilung des ganzen Nachlasses durch Zuwenden einzelner Stücke 4 502; 6 547 (2); 7 544. — stillschweigende Einsetzung der gesetzlichen Erben bei einer nur Vermächtnisse enthaltenden letztwilligen Verfügung 1 2, 240. — Zuwendung des Pflichtteils (f. diesen) 1 2, 240; 3 1, 619; 5 572 (Zuwendung an die Kinder unter gegenseitiger Alleinsetzung der Eltern als Unberaberben). — Verteilung nach Kopfteilen bei Einsetzung mehrerer ohne Erbteilangabe 1 2, 241; 3 1, 619 (vorbehaltene, aber nicht angeordnete Bestimmung d. Erbteils). — gruppenweise Zusammenfassung der Erben nach Stämmen bei gleich naher Verwandt-

(Erbeinsetzung)
 schaft **7 545**. — Geltendmachung des gesetzlichen Erbrechts neben dem testamentarischen (§ 2088) **12, 241; 31, 619**. — Anwendung der Auslegungsregel des § 2087 auf alte Testamente **21, 713** (i. Testament). — Zuwendung einer dem Erblasser angefallenen, in seiner Erbschaft enthaltenen Erbschaft eines Dritten **31, 619**. — Eintritt des Fiskus, wenn bei Einsetzung von Erben nur für einen Teil des Nachlasses gesetzliche Erben für den Rest nicht existieren (§ 2088) **31, 583, 619**. — Anwendung des § 2088 bei Einsetzung der Ehefrau als alleiniger Erbin, „soweit als es das Gesetz erlaubt“ **4 502; 5 572**. — Zuwendung an die „Abkömmlinge“ § 2069; Eintreten der Abkömmlinge der Eingesezten **21, 712; 31, 612, 613; 6 544, 552, 564** (Bedenken der Abkömmlinge eines der beiden Gatten in einem gemeinschaftlichen Testament, vgl. **31, 612**); s. Erbvertrag. — Bezeichnung aller Kinder als „Erben“ unt. Zuweisung d. ganzen Vermögens an einen „Haupterben“, der den anderen nun bestimmte Beträge oder Gegenstände zuzuwenden hat **6 546**. — Einsetzung einer „öffentlichen Sammlung“ **6 546**. — zur Umgehung des Art. 86 GGWB, Art. 6 PrAWBWB. **4 11**. — Einsetzung der „gesetzlichen Erben“ oder „nächsten Verwandten“ **12, 239; 4 477**. — Einsetzung „der Erben“: gesetzliche oder Leibeserben? **6 544**. — resolutiv bedingte E., Erlöschen bei Pfändung des Vermachten seitens Gläubiger der Erben **21, 713**. — E. unter einem z. B. des Erbfalls noch nicht eingetretenen Anfangstermin **21, 715**. — Stellung des unter einer auflösenden Bedingung eingesetzten Erben bei Tod des Erblassers ohne Hinterlassung v. Verwandten od. Ehegatten **21, 715**. — Einsetzung mit gleichzeitigem einstweiligen Verbot der Aushändigung des Erbteils **5 576** (s. Auflage). — Einsetzung eines Erben „wenn er will“ **31, 583**. — Einsetzung mit Auflage, die Erbschaft zu kirchlichen Zwecken zu verwenden **7 549, 550**. — Anwendung des § 2089 bei summenmäßigen Bedenken der Eingesezten **6 547**. — Erbeinsetzung auf bestimmte Summen oder Sachen unter Vorschrift der Teilung des Restes nach Bruchteilen **7 544**. — Anwendung des § 2075 nur auf natürliche Personen **7 543**. — gegenseitige E. der Ehegatten gegen Verpflichtung des Überlebenden zur Ausweisung des Vater- oder Muttergutes; Kinder als Erben oder Gatte Alleinerbe?; Natur der Anordnung als bloße Teilungsanordnung? **12, 304; 21, 713, 734; 31, 607, 618, 626, 646, 647; 4 278, 525, 493, 494, 498; 5 572** (s. Nachlassauseinanderetzung, Erbvertrag). — Einsetzung d. Ehemanns als „Universalerben“,

der Kinder auf den Pflichtteil **7 544**. — Einsetzung sämtlicher Kinder als Erben unter Bestimmung näherer Vorschriften über Teilung des Nachlasses unter die Söhne, während die Töchter im Hinblick auf frühere Zuwendungen nur Geldsummen zur Ergänzung ihres Erbteils erhalten sollen **7 544**. — Anordnung, daß ein Erbe e. Nachlaßgrundstück z. bestimmtem Preis übernehmen soll; Vorausvermächtnis oder Teilungsanordnung? **7 539**. — E. des überlebenden Gatten mit der Pflicht, bei Wiederverheiratung sich mit den Kindern auseinanderzusetzen; Kinder als Nacherben **12, 314; s. 4 503, 517, 525** (s. Erbvertrag). — Einsetzung auf den Nießbrauch (Nacherbsfolge) **5 592; 6 546, 547; 4 503** (s. Vermächtnis); **7 549**. — Verfügung von Todes wegen, daß für eine Ehe mit gesetzlichem Güterrecht fortgesetzte Gütergemeinschaft gelten soll, ist keine E. **31, 617**. — Einsetzung des Gatten u. der Kinder unter Anordnung der Fortdauer der Erbengemeinschaft u. Übertragung des unbeschränkten Verwaltungs- u. Veräußerungsrechts auf den Gatten **6 542** (s. Nachlassauseinanderetzung); **7 542**. — aus Irrtum unterlassene E.; deshalb erfolgte Testamentsanfechtung **4 501; 5 570; 6 544, 545**. — Bestimmung, daß der Nachlaß nach dem Tod des überlebenden Gatten den Kindern zufallen, bis dahin aber ungeteilt bleiben soll **4 503**. — Einsetzung des Ehegatten auf den Nießbrauch am Gesamtnachlaß u. auf das Mobilienvermögen unter Zuwendung der Immobilien an die gesetzlichen Erben **5 572**. — Einsetzung der Ehefrau in Ehe- u. Erbvertrag nach bairischem Recht auf das hiernach zulässige Maß; Verlangen des gesetzlichen Erbteils nach § 1931 bei Ausschlagung als Vertragserbe **21, 703, 704**. — Einsetzung eines Erben u. Bestimmung, daß im Falle des Ablebens des Erben vor dem Erblasser an dessen Stelle seine von ihm (dem Erben) bestimmte Rechtsnachfolger treten sollen, gegen § 2065 Abs. 2 verstoßend? **7 542**.

Erbengemeinschaft s. Miterben, Nachlassauseinanderetzung.

Erbenhaftung s. Nachlaßverwaltung, Nachlasskontur, Miterben, Nachlassgläubiger, Inventar, Nachlaßpflegschaft. — Grundlaß der beschränkten oder der unbeschränkten, aber beschränkbarcn Haftung? **12, 214, 215, 227; 21, 706; 31, 590** s., **610; 5 559**. — teils beschränkte, teils unbeschränkte Haftung des sukzessive mehrere Erbteile erwerbenden Erben **6 534**. — Beweislaß des Gläubigers bei Verlangen vorbehaltloser Beurteilung des Erben **12, 228**. — Beurteilung des Erben im Verschmämmisverfahren; Vorbehalt der Geltendmachung der Beschränkung **12, 215**. — Kostenpflicht

Seite Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

des Klägers bei Erhebung einer Klage auf Tilgung einer Nachlassverbindlichkeit ohne Beschränkung der E. im Klageantrag? **5 559; 2 1, 706** (s. Prozeßkosten § 93). — begründet die Übernahme einer persönlichen Verbindlichkeit seitens des Erben während einer Nachlassverwaltung seine unbeschränkte Haftung für die Nachlassverbindlichkeiten im allgemeinen? **5 561**. — Verzicht des Erben auf die Haftungsbeschränkung **1 2, 227, 286; 6 533** (bei mehreren nacheinander anfallenden Erbteilen). — Haftung bei Übernahme eines Handelsgeschäfts des Erblassers (s. Geschäftszübergang) **1 2, 219, 225; 6 527** (Haftung bei Fortführung des Handelsgeschäfts in bloßer Verwaltungsabsicht). — Ausrechnung gegenüber dem beschränkt haftenden Erben **2 1, 290; 3 1, 182**. — Prüfung der Frage, ob der verklagte Erbe die Erbschaft angenommen hat, v. Amts wegen? **1 2, 212; 2 1, 704; 3 1, 587; 4 481** (s. unten: Stellung des einstweiligen Erben). — unbeschränkte Haftung bei Verschmämmis einer nach Beendigung von Nachlassverwaltung oder Konkurs gesetzten Inventarfrist **1 2, 225**. — Verlust der beschränkten Haftung vor Konkursöffnung; Einfluß des Konkurses **1 2, 225**. — Vorbehalt der Beschränkung (§ 780 ZPO, s. Zwangsvollstreckung im allg.) bei Nachlassschulden, die nicht Schulden des Erblassers sind **1 2, 216**. — Verlust des Einwands der beschränkten Haftung bei Mangel eines Vorbehalts im Urteil; keine Geltendmachung nach § 767 ZPO? **4 485, 734**. — Zwangsvollstreckung der Nachlassgläubiger in Eigenvermögen des Erben trotz Vorbehalts im Urteil **3 1, 591**.

Einrede der § 1990—92 3 1, 595. — Ablehnung eines Konkursantrags nicht Voraussetzung **6 531**. — freiwillige Herausgabe des Nachlasses nach § 1990 Abs. 1 Satz 2 **2 1, 706, 707; 4 488**. — „auf Befriedigung aus den vorhandenen Nachlassgegenständen“ von vornherein beschränkte Klage; Pflicht des Klägers zur genauen Angabe der Nachlassgegenstände **4 488**. — Berufung des Erben auf § 1990 bei Ausreichen des Nachlasses für die Forderung des gerade klagenden Gläubigers **1 2, 223**. — Geltendmachung der Einrede im Hauptprozeß oder im Zwangsvollstreckungsstadium **1 2, 224; 2 1, 706; 6 531** (Folgen der Geltendmachung im Prozeß); **7 534** (mit Antrag auf Klageabweisung). — Geltendmachung der Einrede nach Teilung des Nachlasses **1 2, 223, 238; 3 1, 595; 6 531**. — Urteilsformel **5 562** („Leistung aus dem Nachlass“; Berechtigung der Erben, gegen Nachlassherausgabe die Zahlung zu verweigern) **1 2, 223 (2); 4 488**. — Klageabweisung bei völliger Erschöpfung des Nachlasses oder bei Zurückweisung der

angebotenen Herausgabe seitens des Gläubigers **1 2, 223, 224; 6 531, 532, 890; 7 862**. — Vollstreckung des Urteils **5 562** (Pfändung der Nachlasssachen); **6 531**. — Berufung der Erben auf § 1990 bei Zwangsvollstreckung des Gläubigers in das eigene Vermögen der Erben §§ 785, 767 ZPO. **1 2, 223; 2 1, 707; 5 563; 6 531**. — Pfändung des eigenen Vermögens der Erben bis zur beschafften Nachlassherausgabe? **5 562** (s. **1 2, 223**). — Geltendmachung der Einrede von Herausgabe des Nachlasses abhängig; Prüfung von Amts wegen, ob der Erbe herausgegeben hat; Beweislast des Erben **6 531**. — Beweislast über das Nichtzureichen des Nachlasses **1 2, 224**. — Nichtzureichen des Nachlasses infolge Verwendung verfügbarer Massebestände zur Bezahlung von Nachlassschulden **3 1, 595; 4 488**. — sachlich unbegründete Ablehnung des Konkursantrags **4 488**. — Anspruch des vollstreckenden Nachlassgläubigers auf Vorlage und Beeidigung eines Nachlassverzeichnis nach § 807 ZPO. **5 563; 6 531**. — analoge Anwendung des § 1980 auf den Fall des § 1990 **4 488**. — Anwendung des § 1977 (Unwirksamkeit v. Aufrechnungen) im Falle der §§ 1990 f.? **1 2, 218**. — „Herausgabe im Wege der Zwangsvollstreckung“, §§ 828 ff. ZPO. **4 488**. — Anwendung des § 1979 **1 2, 224**. — Pflicht der Erben, ausgeschlossene oder ihnen gleichstehende Gläubiger nur nach Maßgabe der §§ 1973, 1974 zu befriedigen **3 1, 595**. — Pflicht d. Erben zur Beobachtung einer gewissen Reihenfolge bei Befriedigung der Gläubiger? **3 1, 595 (2); 4 488; 1 2, 223; 6 531; 7 535**. — Berufung d. Erbschaftsverkäufers auf §§ 1990 f. **1 2, 220**. — Berücksichtigung der durch Konfusion erloschenen Rechte bei Feststellung des Mangels einer genügenden Masse **1 2, 223**. — Herausgabe des Nachlasses an Pflichtteilberechtigte, Vermächtnisnehmer oder AufLAGenberechtigte? **1 2, 224**. — Beweislast der Unzulässigkeit von Nachlassverwaltung oder Konkurs bei Nichtstellung eines dahingehenden Antrags **1 2, 223, 224; 6 531**; bei gerichtl. Ablehnung des Antrags **4 488 (2); 5 562**. — Recht des Erben, der sich einem Nachlassgläubiger gegenüber durch Preisgabe des Nachlasses befreit hat, bei späteren Klagen anderer Nachlassgläubiger seine Passivlegitimation zu bestreiten? **1 2, 224**. — zu § 1992: Ausrechnung mit Vermächtnissen **3 1, 595**; Ausdehnung des § 1992 auf Pflichtteilansprüche? **1 2, 224; 2 1, 706**; Geltung des § 1992 für den Nachlassverwalter **1 2, 224**. — Anwendung des § 811 Ziff. 3 u. 4 ZPO. neben § 1990 BGB.? **7 534, 867**. — Verhältnis d. Nachlassgläubiger zu Vermächtnisnehmern, die vor ihnen durch

(Erbhaftung)

die Erben Befriedigung erhalten haben 7 535.

Ausschiebende Einreden der §§ 2014 ff. — prozessuale oder materiellrechtliche Natur 4 489, 490; 1 2, 228; 6 535; 7 535. — Fristbeginn nach § 2014 bei Fehlen einer Annahmeerklärung der Erben 5 563. — Unterschied des Rechts, die „Berichtigung“ der Schuld zu verweigern, von dem Recht der Leistungsverweigerung 1 2, 228, 229; 4 490. — Geltendmachung der Einrede seitens des bezüglich eines Erbteils unbefristet haftenden Erben bei Erwerb eines weiteren Erbteils 6 534. — Zulässigkeit von Klage, Urteil u. Vollstreckung während der Frist d. §§ 2014, 2015; 1 2, 228; 5 564; 6 535. — Möglichkeit e. Schuldnerverzugs im Falle des § 2014 7 537. — Wirkung der Erhebung der Einrede nach § 2014 6 534, 535. — Vorbehalt der beschränkten Haftung des Erben im Urteil 5 564. — Kostenpflicht des Klägers bei Anerkennung des Anspruchs seitens des Erben? 5 564 (2) (f. 1 3, 138); 3 2, 338 (vgl. Prozeßkosten § 93); 4 490; 7 755. — Verzug des Erben während der Frist? 5 564 (2); 4 489; 1 2, 228, 229; 6 535. — Recht d. Gläubigers, nach § 283 BGB. vorzugehen 4 490. — Verjährungshemmung 1 2, 228. — Ausschluß einer Aufrechnung 1 2, 229. — Fälligkeit des Anspruchs 6 535. — Kosten bei Klagen gegen den Erben während der Frist des § 2014, § 93 ZPO. 7 755. — Lauf der Frist; Erbschaftsannahme 5 563; 6 535. — Lauf der Frist nach § 2014, wenn das von einem anderen errichtete Inventar dem Erben zugute kommt 1 2, 229. — Geltendmachung der Einrede nach § 2014 durch Nachlasspfleger, -verwalter, Testamentvollstrecker, Verwalter im Konkurs über das Gesamtvermögen des Erben 1 2, 229. — Anwendung des § 2015 Abs. 2 bei Erscheinen des Erben im Aufgebotsstermin ohne Antragstellung, bei Stellung des Antrags nach § 952 Abs. 2 ZPO. 1 2, 229.

Stellung des einstweiligen Erben vor Erbschaftsannahme (§§ 1958, 1959). — Ist die Frage der Erbschaftsannahme bei Klage gegen den Erben von Amts wegen zu prüfen? 2 1, 704; 4 481; 3 1, 587; 1 2, 212 (bei Anträgen auf vollstreckbare Ausfertigung gegen den Erben). — Beweislast über erfolgte Ausschlagung 4 480. — Verzug des Erben vor Annahme 4 481. — Anwendung des Surrogationsprinzips des § 2019 auf Verwaltungshandlungen des Erben vor Annahme? 4 481. — Eintritt des endgültigen Erben in den von dem vorläufigen Erben im eigenen Namen oder auf Rechnung des Nachlasses mit Dritten abgeschlossenen Vertrag? 3 1, 587. — Recht des vorläufigen

Erben gegen den endgültigen auf Befreiung bezügl. eines von ihm zur Verwaltung des Nachlasses geschlossenen Vertrages 3 1, 587. — Anwendung des § 1959 Abs. 3 auf zweiseitige Verträge? 1 2, 213. — Pflicht des einstweiligen Erben, dem definitiven Erben Mitteilung von den ihm gegenüber nach § 1959 Abs. 3 vorgenommenen Rechtsgeschäften zu machen 1 2, 213. — vor Ausschlagung gegenüber dem Konkursverwalter v. Ausschlagenden vorgenommenes Rechtsgeschäft 1 2, 213.

Erbfähigkeit f. nasciturus, Erbrecht, juristische Personen. — noch nicht bestehende juristische Personen, Stiftung 1 2, 208; 3 1, 582. — Fiskus f. diesen. — nicht rechtsfähige Vereine 4 477; 1 1, 38; 3 1, 18. — Gesellschaften nach BGB. 2 1, 438; 4 477. — offene Handelsgesellschaft 4 477; 5 661. — Mitglieder religiöser Orden 2 1, 770. — erloschene oder in Liquidation befindliche juristische Personen 4 477. — nach dem Tode des Erblassers für tot Erklärte bei Festsetzung der Todeszeit auf einen Tag vor dem Erbfall 6 521. — öffentliche Sammlung 6 546. — öffentliche Anstalten als gesetzliche Erben 2 1, 780; 3 1, 583 (Privilegien nach altem Recht); 3 1, 690; 5 555, 623. — Erbrecht der Stadt Berlin an erledigten Verlassenschaften 1 2, 409. — juristische Personen 4 8. — von Ausländern 1 2, 375, 377 (f. Erbrecht, internationales). — nach deutschem Recht, nicht aber nach dem Recht des Heimatstaates des Erblassers erbberechtigte Ausländer eines im Inland gestorbenen Ausländers 5 612. — maßgebendes Recht für die vor 1900 Adoptierten 1 2, 419. — Erwerb von vor 1900 gemachten Zuwendungen durch jur. Personen bei Erbfalleintritt nach 1900 1 2, 453 (f. jurist. Personen).

Erbfall. — Erbfall vor 1900, Anwendung des BGB.? 1 1, 451. — nach 1900 erlassenes Urteil auf Todeserklärung mit Festsetzung eines vor 1. I. 00 fallenden Todestages 1 1, 451.

Erbfolge. — Nachweis im Grundbuchverehr f. Eintragungen ins Grundbuch unter Nachweis der Voraussetzungen der E. **Erblasser** f. Erbfall, Erbrecht. — Begriff im Sinne des Art. 213 GGWB. 1 2, 453. — Verfügungen des E. über Vermögensstücke eines Miterben; Wirksamwerden durch Erbfall? 2 1, 93.

Erbpacht. — Übergangsrecht 2 1, 798. — landesrechtl. Vorschriften über Verzicht; Anwendung der §§ 875, 876 BGB. 7 580. — Erlöschen durch Konfiskation 7 580. — Grundbuchrecht der E.-Grundstücke 6 396; 7 947. — Die E. nach ALR. 6 396. — Verzicht auf ein E.-Recht 6 397. — Befreiung eines Teiles einer E.-Hufe von dem E.-Recht; grundbuchamtl. Vollzug

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

7 420. — rechtl. Natur d. E.-Verhältnisses nach medlenb. NR., Erwerb des E.-Rechtes 5 927. — § 875 BGB. nicht anwendbar 7 391. — E. auf 99 Jahre; Eintragung ins Grundbuch 7 947. — E.-Kanon keine öffentl. Last i. S. des § 436 1 1, 341. — Verträge über Einräumung oder Übertragung e. E. (Büdner-, Häuslerrechts) d. Form d. § 313 bedürftig 3 1, 152.

Erbrecht i. Erbfall.

Übergangsrecht. — nach 1900 Verstorbener 1 2, 451; 2 1, 807. — vor 1900 adoptierte Legitimierte 1 2, 419, 449; 4 555. — Pflicht des überlebenden Gatten zur eidlichen Bestätigung des Nachlassverzeichnis 1 2, 420. — erbrechtliche Wirkungen des Güterstandes, E. der Ehegatten i. eheliches Güterrecht. — Begriff der „erbrechtlichen Verhältnisse“ Art. 213 GBGB. 1 2, 451. — nach 1900 erlassenes, einen vor 1. I. 00 fallenden Termin als Tobestag festsetzendes Ausschlußurteil 1 2, 451. — Verhältnis des Art. 213 zu Art. 170 GBGB. 1 2, 452. — Begriff des „Erblassers“ im Sinne des Art. 213 GBGB. 1 2, 453 (s. diesen). — gesetzl. E. eines unehelichen Kindes gegen den nach 1900 gestorbenen Vater? 1 2, 453. — minderjähriger Benefizialerbe; Geltung des § 50 PrVormD. 3 1, 706, 707. — des überlebenden Ehegatten; Wahlrecht nach § 496 II. 1 NR. bei Erbfall nach 1900? 5 634. — Wahlrecht des überlebenden Gatten zwischen gesetzl. Erbteil nach BGB. u. den Zuwendungen nach artt. 1094, 1098 code civil? 1 2, 455; 2 1, 810. — erbrechtl. Verhältnisse im Sinne des Art. 213 GBGB. 1 1, 451, 452 (Rückfall); Ausgleichspflicht, Auseinandersehung).

Transmission 1 2, 212. — Transmission des E. eines eventuell Berufenen auf seine Erben 2 1, 704. — Transmission bei Nacherbsfolge 2 1, 212. — Abtretung eines E. vor Erbfall; Konvaleszenz 2 1, 209. — Abtretung des Erbanspruchs; Übergang des Auskunfts- u. Rechnungslegungsrechts des Erben 6 521. — Vertrag zwischen Erben u. Dritten über Ausschlagung des Erben 1 2, 211; 5 556. — Verträge unter gesetzl. Erben über den künftigen gesetzl. Erbteil oder Pflichtteil 2 1, 209 f.; 3 1, 152; 4 118; 5 127. — Beweis durch andere Mittel als Erbschein (s. diesen) 7 793.

Erbrecht internationales i. Nachlassgericht. — Erbfall bei Todeserklärung 1 2, 377. — maßgebendes Recht für die Frage, ob u. welche Nachlassverbindlichkeiten vorhanden sind 1 2, 377. — Erbfähigkeit eines Verschollenen 1 2, 378. — maßgebendes Recht für Vorfragen erbrechtlicher Verhältnisse, Ehelichkeit, Adoption eines Kindes 1 2, 378. — Erbschafts Kauf 2 1, 759. — An-

wendung des Art. 10 Haager Abkommens auf die nach Art. 4 der Konvention zwischen Deutschland u. Rußland über die Regelung von Hinterlassenschaften gestellten Anträge der Konsularbehörden 7 579. — Verhältnis des Art. 30 zu Art. 24 GBGB. 1 2, 378 (Pflichtteilsrecht, Erbunwürdigkeit); 2 1, 759. — Erbfall bei bürgerlichem Tod 1 2, 378. — Testierfähigkeit eines im Inlande wohnenden Ausländers bei strafweisem Verlust der Fähigkeit in seinem Heimatsstaat 1 2, 378. — E. der im Auslande nach 1900 legitimierten Kinder bei einer vor 1900 in der Rheinprovinz eröffneten Erbschaft 7 577. — Tragweite des Art. 26; Widerspruch anderer Interessenten als der Erben u. Vermächtnisnehmer 1 2, 378. — Erblasser mit gleichzeitig deutscher u. fremder Staatsangehörigkeit 3 1, 674. — Erbfolge in Stammgütern, Fideikommissen 1 2, 381. — Verhältnis des Art. 27 zu Artt. 25 f. GBGB. 1 2, 378. — Einfluß des Art. 28 1 2, 381. — geltendes Recht, wenn die mehreren in Betracht kommenden ausländischen Gesetzgebungen verschiedene Kollisionsnormen haben 1 2, 375. — im Ausland aufgenommene Testamente; Form 1 2, 358, 359 (Amerika); 1 2, 375; 3 1, 674 (Schweiz). — analoge Anwendung der in Artt. 7 ff. an die Staatsangehörigkeit anknüpfenden Kollisionsnormen 2 1, 757. — deutsche Vorschriften über Erbunwürdigkeit 5 612 f. 2 1, 738 (s. diese); 1 2, 378; 2 1, 759. — kein Einfluß der Staatsangehörigkeit auf die statutarische Ausnützung des überlebenden Gatten nach württemberg. Recht 4 531. — Kreis der nach Art. 24 GBGB. zu beurteilenden erbrechtlichen Verhältnisse (Intestaterbrecht, Erbfähigkeit, Erbverzicht, Verträge über den Nachlass Lebender, Inhalt von Testamenten, Pflichtteile, Noterbrecht) 1 2, 376, 377, 378 (Anfall u. Erwerb der Erbschaft). — keine Anwendung des Art. 24 f. auf Auseinandersehung der durch die Ehe vereinigten Vermögensmassen 1 2, 376 (s. eheliches Güterrecht).

Im Ausland wohnende deutsche Erblasser. — deutsche Erblasser in Rußland, Serbien, Italien, Griechenland, Japan, südafrikanische Republik 1 2, 342, 343; 5 612. — deutsche Erblasser in Nordamerika 5 612. — badenische Erblasser in der Schweiz 5 612. — deutsche Erblasser in der Schweiz 2 1, 673 (Testament; Vormundschaft bei Wegzug d. Familie des Erblassers nach Deutschland).

Ausländische Erblasser mit deutschem Sterbewohnsitz. — nach deutschem Recht, nicht aber nach dem Recht des Heimatsstaates des Erblassers erbberechtigte Ausländer 5 612 (s. Erbfähigkeit); 6 585. — Ausstellung eines

(Erbrecht internationales)

Erbcheins **5** 612; **4** 259, 531 (s. Erbchein); **2** 1, 760; **7** 578 (2). — nach deutschem Recht, nicht aber nach dem Recht des Heimatstaates des Erblassers erbberechtigte Deutsche **5** 612; **6** 585 (Folgen des Stützens d. Erbanspruchs auf das deutsche Recht). — Folgen der Abweisung der nach Art. 25 Satz 2 auf das BGB. gestützten Klage eines Deutschen **6** 585. — E. des ausländischen Fiskus **1** 2, 377. — Pflicht des deutschen Nachlassgerichts z. Auseinanderlegung solcher Nachlässe, Stellung des Nachlassgerichts u. Umfang seiner Tätigkeit **2** 1, 759, 760; **3** 1, 675; **6** 585. — in Deutschland verstorbener nordamerikanischer Staatsbürger; Stellung des Nachlassgerichts, Pflegschaft für minderjährige Erben **3** 1, 675. — nach 1900 in Deutschland verstorbener Amerikaner; Pflichtenansprüche e. Deutschen gegen den Nachlass **7** 577, 578. — in Deutschland versterbende Niederländer **2** 1, 761. — in Deutschland versterbende Schweizer **2** 1, 761. — in Deutschland versterbender Däne; dänische Grundstücke **1** 2, 381. — in Deutschland versterbender Engländer; englische Grundstücke **1** 2, 381; **7** 577, 578. — Erbfolge in den in Frankreich befindlichen Mobilien- u. den in Deutschland befindlichen Immobilienachlass e. in Deutschland wohnhaft gewesenen u. verstorbenen Franzosen **7** 578. — analoge Anwendung des Art. 25 Satz 2 BGB. bei bloßem Aufenthalt des ausländischen Erblassers in Deutschland? **6** 585.

Wechsel oder Verlust d. Staatsangehörigkeit in d. Person eines ausländischen Erblassers. — Umfang der Anwendung des Art. 24 Abs. 3 BGB. — Testierfähigkeit, Testamentsform; materielle Erfordernisse der Errichtung u. Aufhebung **1** 2, 375. — behält ein nach dem Ausland testierfähiger, nach deutschem Recht nicht testierfähiger Ausländer bei Erwerb d. Reichsangehörigkeit die Testierfähigkeit, wenn er bisher e. Testament noch nicht errichtet hat? **1** 2, 375, 377. — Einfluß des Wechsels der Staatsangehörigkeit auf ein errichtetes Testament **1** 2, 377. — maßgebendes Recht s. Interpretation eines Testaments **1** 2, 377.

Ausländische Erblasser ohne inländischen Sterbewohnsitz. — Deutsche Immobilien eines im Ausland wohnhaft gewesenen u. gestorbenen Franzosen **2** 1, 759; **5** 613.

Erbchaft s. Nachlass. — sind die Nachlassschulden darunter zu begreifen **1** 2, 207 (s. **2** 1, 702; **3** 1, 5 82; **5** 555; **4** 476). — nur aus Passiven bestehende Erbchaft **3** 1, 582. — sachenrechtl. Einheit **2** 1, 713. — „stillschweigende juristische Person“ im

Falle d. Nachlassverwaltung? **3** 1, 10. — obligatorischer Vertrag über Pflichtteil oder gesetzl. Erbteil zwischen zukünftigen gesetzl. Erben e. noch Lebenden **6** 135; **7** 148 (s. Erbrecht). — Vertrag über die E. e. Dritten (s. Nichtigkeit, Erbvertrag) **7** 148.

Erbchaftsanfall. — der staatlichen Genehmigung bedürftender Anfall an juristische Personen **5** 554, 618 (s. jur. Personen).

Erbchaftsannahme ogl. Erbchaftsaus-schlagung. — Stellung der Erben vor Annahme f. Erbenhaftung. — rechtl. Natur; Willenserklärung **1** 2, 210; **2** 1, 703; **4** 479 (Erklärung gegenüber e. Geschäftsunfähigen oder Geschäftsbeschränkten). — Recht des Abwesenheitspflegers nach württembergischem Recht z. E. **2** 1, 806.

Form. — pro herede gestio **1** 2, 210; **6** 522 (Wille des Erben). — Ergreifung des Besitzes, Beerbidigung des Erblassers, Auflösung des Hausstandes seitens des zum Testamentvollstrecker ernannt. Erben pro herede gestio? **5** 555. — Verzichtserklärung gegen e. bestimmte Abfindungssumme oder zugunsten bestimmter Personen als Annahme **5** 556. — einseitige Anerkennung eines nichtigen Testaments seitens der im Testament bedachten gesetzlichen Erben **5** 556. — Antrag auf Anordnung der Nachlassverwaltung als Annahme? **5** 557, 1010. — Verfügung über Nachlassgegenstände als Annahme **2** 1, 703; **7** 529. — Verkauf von Nachlasssachen u. Verwendung des Erlöses zu dem ihm nach § 1969 zutommenden Unterhalt **3** 1, 584. — Antrag auf Nachlasskonkurs als Annahme **2** 2, 517. — aus Pietät gegen den Erblasser vorgenommene Handlungen; Schuldenzahlung **7** 529, 530. — bedingte Annahme für den Fall der Berufung? **1** 2, 211. — Erklärung gegenüber dem Nachlassgericht **1** 2, 210; **4** 479 (schriftliche Eingabe); **3** 1, 584 (Nichtzugehen der Erklärung). — Nachlassannahme gegenüber dem Notar **4** 479. — ist bei Klage gegen den Erben die Frage der erfolgten Erbchaftsannahme von Amts wegen zu prüfen **1** 2, 212; **2** 1, 704; **3** 1, 587; **4** 481 (s. Erbenhaftung s. 1859). — Beweislast bzgl. der Annahme **1** 2, 210. — teilweise Annahme bei Erhöhung u. Anwachsung des Erbteils **2** 1, 704; **3** 1, 586 (vgl. Erbchaftsaus-schlagung). — Bestimmung des Erblassers, daß der Erbe nur innerhalb einer kürzeren als der gesetzlichen Frist annehmen könne **3** 1, 584. — Abgabe der Annahmeerklärung, wenn die Berufung von dem Wegfall eines Vorberufenen abhängig ist **3** 1, 585. — Annahme der Nacherben vor Eintritt der Nacherfolge **3** 1, 585 (s. Nach-erbsfolge). — Erklärung der Annahme vor Erbsfall, vor Beginn d. Ausschlagungsfrist

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

12, 211. — Begriff des Berufungsgrundes 12, 211. — Erbeinsetzung in 2 verschiedenen Erbverträgen 12, 211. — mehrfache Berufung i. verschiedenen Erbklaffen 12, 211, 226; 3 1, 586, 599; 6 524. — Annahmeerklärung gegenüber e. unzuständigen Gericht 7 984. (s. freiwillige Gerichtsbarkeit).

Anfechtung 6 524. — Anfechtung der in der irrthümlichen Anerkennung eines nichtigen Testaments liegenden Erbschaftsannahme 5 556 (vgl. 4 479; 6 578). — Form der Anfechtung; Beifügung einer besondern Ausschlagungserklärung? 3 1, 587. — Mittheilung der Anfechtung seitens des Gerichts an die Nächsterufenen 3 1, 586, 587 (s. 4 800). — Irrtum über die Größe des Nachlasses 12, 212.

Erbchaftsanspruch.

Übergangsrecht. — Offenbarungseid des Erben bei Erbfall vor 1900 3 1, 692, 708. — Aufwendungen des Erbschaftsbesizers 6 600. — Haftung des gutgläubigen Erbschaftsbesizers 6 599, 600. — Offenbarungseid nach bayer. Übergangsrecht 3 1, 111.

Allgemeines. — rechtliche Natur 2 1, 708. — Verjährung des E. bei Abhängigkeit seiner Entstehung von der Ausübung eines dem Erben zustehenden Anfechtungsrechtes 12, 230. — Erbschaftsflagge des irrthümlich für tot Erklärten 12, 231. — Geltendmachung des E. durch den Testamentvollstrecker (s. diesen) 12, 262; 2 1, 723. — Beweis, daß Beklagter etwas aus dem Nachlaß erlangt habe 12, 230. — Abtretung des E.; Übergang des Auskunfts- u. Rechnungslegungsanspruchs des Erben 6 521 (s. 2 1, 710; 3 1, 602; 4 492).

Beklagter. — Unterschied zwischen Erbschaftsbesizer und pro herede possessor 12, 229, 230. — Besizdiener, Vertreter fremden Besizes 12, 229. — Testamentvollstrecker 12, 229, 230; 4 490 (s. diesen). — wer die Herausgabe einer schon dem Erblasser geschuldeten Sache oder die Zahlung einer Schuld unter dem Vorgeben, er s. selbst Erbe, verweigert 12, 229. — Vorerbe nach Eintritt der Nacherfolge 12, 230. — Nachlaßpfleger 12, 230. — possessor pro possessore 12, 230. — dritte Erwerber von Erbschaftsachen 12, 231; 4 490 (gutgläubige Erwerber von Mobilien). — Miterben 12, 229; 2 1, 708; 3 1, 600; 5 564; 6 536; 7 536. — der sich nur die Verfügung über unförperliche Dinge Anmaßende 3 1, 600. — die das Gesamtgut hinter sich habende gütergemeinschaftliche Ehefrau des Erblassers 3 1, 601. — Nachlaßverwalter 4 490. — Besizer von nur tatsächlich, nicht rechtlich zum Nachlaß gehörigen Sachen 5 564 (s. 12, 231). — Besizer auf Grund einer angeblichen Schenkung auf den Todesfall 5 564.

Umfang der Herausgabepflicht. — Surrogationsprinzip im Fall des Konkurses des Beklagten 12, 230. — Umfang der Surrogation 12, 230; 4 490 („Mittel der Erbschaft“); 6 536. — Haftung bei verbotener Eigenmacht des Beklagten 12, 230. — Beweis des Verlustes des aus der Erbschaft Erlangten 12, 230; 4 490. — Verwendungen des Erbschaftsbesizers; Erbschaftsanspruch des dritten Erwerbers von Erbschaftsachen 12, 231. „obligatorische“ Verpflichtung des Erbschaftsbesizers zur Herausgabe aller Nutzungen 3 1, 708. — Retentionsrecht des Erbschaftsbesizers wegen Unterhaltsgewährung an den Erblasser 4 101. — Mehrung u. Änderung der Nachlaßwerte 2 1, 708. — Zurückbehaltungsrecht d. Erbschaftsbesizers 4 491. — Zurückbehaltungsrecht des Miterben wegen von ihm für den Nachlaß gemachter Auslagen 3 1, 600 (s. Miterbe, Nachlaßauseinandersehung). — Herausgabe der „zivilen Früchte“ 4 490. — nur tatsächlich, nicht rechtlich zum Nachlaß gehörige Gegenstände 5 564. — kein Abtrennungsrecht d. beklagten Miterben wegen gemachter nicht notwendiger Auswendungen, wenn die Miterben ihm den Wert des Abzutrennenden ersetzen 7 536. — Berufung d. Beklagten auf d. 3 jährige Verjährung n. § 852 Abs. 1 bei Schadensersatzverlangen 3 1, 601. — Herausgabepflicht des Erbschaftsbesizers bzgl. der surrogierten Gegenstände, auch wenn die zum Erwerb verwandten Nachlaßmittel von dem Erbschaftsbesizer dem Erben erstattet werden 4 490, 491.

Auskunftsspflicht. — Offenbarungseid, Nachlaß, Auskunftsspflicht. — Offenbarungseid nach bayer. Übergangsrecht 3 1, 111. — vermögensrechtliche Natur des Anspruchs auf Auskunft 12, 230. — des in der häuslichen Gemeinschaft des Erblassers lebenden Miterben 12, 230; 2 1, 708 (2). — des im Besiz des Nachlassers befindlichen Miterben 2 1, 155; 3 1, 110; 7 536 (2). — des Erbschaftsbesizers 3 1, 110. — Vererblichkeit der Auskunftsspflicht 12, 230. — Vererblichkeit d. Auskunftsanspruchs 12, 230. — Verfahren bei Eidesweigerung 3 1, 602. — für die Eidesabnahme nach § 2028 Abs. 2 zuständiges Gericht 12, 231. — A. nach § 2027 Abs. 2 bei Inbesiznahme von Nachlassachen vor Ableben d. Erblassers oder in Unkenntnis des Ablebens? 4 491. — A. des Pfändungspfandgläubigers 2 1, 708. — Auskunft über den ganzen Nachlaß b. Wegnahme einzelner Sachen 6 536. — Umfang der Auskunftsspflicht (unkörperliche Gegenstände; der Herausgabepflicht nicht unterliegende) 2 1, 708; 3 1, 601 (bestrittene Forderungen); 5 564

(Erbchaftsanspruch)

(Vorausvermächtnisse); 6 534 (eingezogene Forderungen). — U. des Vorerben 2 1, 708. — „häusliche Gemeinschaft“ 2 1, 708; 6 536. — U. der gütergemeinschaftlichen Ehefrau 3 1, 601. — Verweigerung der Auskunft seitens des den ganzen Nachlaß auf Grund einer angeblichen Schenkung d. anderen Erben besitzenden Miterben 3 1, 601. — U. des als negotiorum gestor der anderen Erben die Nachsache in Besitz nehmenden Miterben oder Dritten 3 1, 601. — Besitzer der Schlüssel zur Wohnung des Erblassers 3 1, 601; 4 491. — Pflicht des Auskunft Verlangenden zur Bezeichnung der in Betracht kommenden Gegenstände 3 1, 601; 4 491. — Verhältnis der Klage auf Auskunft gegenüber der Erbchaftsfrage 3 1, 601. — Beschwerde des zur Eidesleistung nach § 79 ZGB. Geladenen? 3 1, 112, 602. — Gegenbeweis gegen den nach § 2027 geleisteten Offenbarungseid 5 564. — Voraussetzungen der Eidesleistungspflicht (Angelegenheiten von geringer Bedeutung), bloßes, durch Tatsache nicht unterstütztes Mißtrauen bzgl. der Vollständigkeit d. Auskunft 5 565. — Vertretung der Eidespflichtigen vor dem Amtsgericht durch den Anwalt; Ersatz der Kosten durch Antragsteller 5 565. — Anspruch auf Ergänzung der Auskunft 6 536. — Offenbarungseid bei Erbchaftsanspruch vor 1900 3 1, 692.

Erbrechtliche Einzelklagen des Erben § 2029. — Anwendung des § 2029 auf Besitzklagen des Erben 1 2, 231. — Verhältnis zum Erbchaftsanspruch; Klagenkonkurrenz? 6 536.

Erbchaftsausfchlagung. — über die Stellung des Erben vor Annahme oder Ausfchlagung s. Erbenhaftung. — U. Recht des Fiskus als Testamentserben 1 2, 209. — Vertrag zwischen Erben u. Dritten über E. des Erben 5 556 1 2, 211. — Nachprüfung e. formell richtigen u. rechtzeitigen E. durch d. Nachlaßgericht 3 2, 229. — Ausfchlagung zugunsten eines Dritten 1 2, 211; 5 556; 7 530. — Anwendung des § 1948 Abs. 1, wenn dem ausfchlagenden Testamentserben ein Ersatzerbe eingesetzt ist? 6 524. — Ausfchlagung in der irrümlichen Annahme, die Erbchaft nicht annehmen zu können 6 523. — Ausfchlagung d. Testamentserben unter gleichzeitiger Erklärung der Annahme als gesetzlicher Erbe; bedingte U., wenn er als gesetzlicher Erbe nicht erbt? 6 523, 524. — Erklärung des Ehegatten, daß er die Erbchaft nach BGB. ausfchlagen u. auf Grund des bisherigen Rechts den Nachlaß in Anspruch nehme 4 478, 550 (s. 3 1, 585, 649; 6 523). — teilweise Ausfchlagung bei Erhöhung des Erbteils u. Anwachsung 2 1, 704; 3 1, 586; s. 6 533 (vgl. Inventar).

— Ausfchlagung einer dem Erblasser des Vorerben angefallenen Erbchaft durch den Vorerben 2 1, 704. — stillschweigende Ausfchlagung durch Annahme des für den Fall der Ausfchlagung als Vermächtnis zugewandten Pflichtteils 3 1, 584. — Anerkennung eines ungültigen Testaments als Ausfchlagung 4 479, 5 556; 6 578. — Ausfchlagung eines in verschiedenen Ordnungen berufenen Erben 3 1, 586; 1 2, 211; 6 524 (mehrfache verwandtschaftliche Ehe) (vgl. 1 2, 226; 3 1, 599; 5 503; 6 533). — Begriff des Berufungsgrundes 1 2, 211. — Erbeinsetzung in zwei verschiedenen Erbverträgen 1 2, 211. — Kreis der von der Ausfchlagung zu berücksichtigenden Personen 3 1, 586 (bei Erhöhung oder Anwachsung insolge Ausfchlagung); 4 480. — Beschwerde d. Nachlaßpfleger gegen d. Entscheidung d. Nachlaßgerichts über Gültigkeit e. E. 7 996 (s. Beschwerde in der freiw. Gerichtsbarkeit). — Übergang des Ausfchlagungsrechts eines eventuell Berufenen auf seine Erben 1 2, 212; 2 1, 704. — Ausfchlagung seitens eines oder mehrerer Erbeserben des zur Ausfchlagung Berechtigten 2 1, 704; 3 1, 586; 1 1, 212. — Beweislast über erfolgte Ausfchlagung 4 480. — Zeugnis über erfolgte U. (Preußen) 7 530.

Erklärung der Ausfchlagung. — stets einseitiges Rechtsgeschäft 2 1, 39. — Form der Ausfchlagung, internationales Recht 7 530. — wegen mangelhafter Bezeichnung d. Person des Erben nicht genügende Urkunde 7 1030. — vor Gericht 3 3, 585. — gegenüber dem ersuchten Gericht 6 523. — gegenüber einem örtlich unzuständigen Gericht 4 479; 6 523. — zu Protokoll des Gerichtsschreibers? 3 1, 585; 6 523. — öffentlich beglaubigte Form der U.-E. 4 479; 6 523 (in Hessen). — Nichtbeanstanden einer mangelhaften Erklärung seitens des Nachlaßgerichts 4 479. — Zurückweisung der Erklärung als ungültig oder überflüssig seitens d. Nachlaßgerichts 7 530. — Befreiung e. Formmangels 4 480. — Erklärung der Ausfchlagung vor Erbanfall? 1 2, 211. — U. seitens des Kirchenvorstandes einer Kirchengemeinde in Preußen 5 556 (s. jur. Personen). — des Vormunds für den Mündel 2 1, 43. — nach Abgabe der Ausfchlagungserklärung vor dem Nachlaßgericht erteilte obervormundschaftliche Genehmigung; vorher erteilte, aber erst nachher eingereichte Genehmigung 3 1, 585; 1 1, 119; 1 2, 210. — nach Ausstellung u. Beglaubigung der Ausfchlagungsurkunde erklärte obervormundschaftliche Genehmigung 4 479. — Ausfchlagung vor Wegfall eines Vorberufenen 3 1, 585.

U s f c h l a g u n g s f r i s t. — Ausfchlußfrist 4 480. — Veräumung der Frist

Rechtsgeschäft? 1 2, 210; 3 1, 584; 4 480. — Einfluß eines Irrtums über Anfall oder Berufungsgrund 1 2, 210; 3 1, 584. — amtliche Mitteilung vom Erbanfall 1 2, 210, 212; 4 479. — Lauf der Frist bei nicht statigehaber Verkündung der letztwilligen Verfügung 1 2, 210; 4 479. — Nichtwissen der erfolgten Testamentsverkündung 1 2, 210. — unbestimmte Kenntnis bzgl. Anfall u. Berufungsgrund 1 2, 210. — Fristenlauf für den gesetzlichen Erben bei Vorliegen e. rechtsunwirksamen letztwilligen Verfügung 7 530. — begründeter Zweifel des Erben über das Vorliegen eines Testaments 2 1, 703; 4 479. — Ungewißheit über den Bruchteil der Erbchaft 4 479. — Kenntnis des gesetzlichen Vertreters, Gebrechlichkeitspflegers u. Bevollmächtigten der Erben 2 1, 703; 3 1, 584; 4 479; 1 2, 210 (2). — Kenntnis des Nachlasspflegers 1 2, 210. — Wirkung des testamentarischen Ausschlusses eines Erben auf den Berufungsgrund der anderen 2 1, 703. — Frist bei Tod d. Erblassers in den deutschen Schutzgebieten 7 979. — Aufenthalt im Ausland 2 1, 703. — Aufenthalt des gesetzlichen Vertreters oder Bevollmächtigten des Erben im Ausland 4 479, 3 1, 584; 1 2, 210. — Lauf der Überlegungsfrist für den Transmissar 1 2, 212. — Lauf der A.sfrist für den entfernteren gesetzlichen Erben, wenn die zugleich als Testamentserben berufenen näheren gesetzlichen Erben nur in letzterer Eigenschaft ausschlugen 4 479. — Lauf der A.sfrist für die entfernteren Erben bei Kenntnis von der Ausschlagung der näheren vor amtlicher Mitteilung 1 2, 210, 212. — Weiterlaufen der begonnenen A.sfrist, wenn der später unbeschränkt geschäftsfähig gewordene Erbe oder der neue gesetzliche Vertreter die Kenntnis von Anfall u. Berufungsgrund nicht erlangt? 3 1, 584. — Tod des Erben vor Ablauf der Frist 3 1, 584. — unverschuldete Verhinderung des Vormunds an der Abgabe der Ausschlagungserklärung (verspätete Genehmigung des Gerichts) 3 1, 585; 1 2, 210. — Fristbeginn für beschwerte Pflichtteilsberechtigte 1 2, 293; 3 1, 585. — irrische Annahme des Erben, daß ihm ein näherer Erbe vorgeht 3 1, 585. — Beginn der Ausschlagungsfrist des Nacherben f. Nacherbfolge. — Anwendung der §§ 203, 206 auf die 6 monatige Frist des § 1944 Abs. 3 1 2, 210. — Unkenntnis des Erben von seiner Berufung infolge Rechtsirrtums; Beweislast 6 523. — U. des nasciturus 6 523. — Anwendung des § 17 Abs. 2 FGG. ? 7 990. — Beweislast über Vorliegen eines Irrtums 1 2, 210. — Beweislast über Ablauf der Frist 3 1, 585. — Abänderung der Ausschlagungsfrist durch den Erblasser? 3 1, 584.

Anfechtung 6 524. — Anfechtung e. vor Konkurseröffnung erklärten Ausschlagung 2 1, 747. — Anfechtung durch einen Gläubiger des Erben 2 1, 703. — Voraussetzung für Anfechtung der Versäumung der Ausschlagungsfrist 2 1, 704; 3 1, 586, 587; 4 480 (2). — A. der Versäumung d. Ausschlagungsfr. w. Irrtums im Beweggrunde 5 557; 6 524. — Unkenntnis von der Notwendigkeit einer Ausschlagungserklärung als Anfechtungsgrund f. Versäumung d. Ausschlagungsfrist? 4 480. — Irrtum der Erben über den Berufungsgrund; Ausschlagung auch ohne Anfechtung unwirksam? 1 2, 212; 3 1, 586. — Irrtum des Erben über den Inhalt der Ausschlagungserklärung; Annahme, der Anteil gehe auf die Miterben über 3 1, 586 (f. Erbverzicht zugunsten eines bestimmten Dritten). — Haftung der Anfechtenden auf das negative Interesse? 3 1, 586 (2); 1 2, 212. — Irrtum über Größe des Nachlasses 1 2, 212. — Anfechtung der Versäumung d. Ausschlagungsfrist wegen irriger Annahme des Gewalthabers, daß die Ausschlagung nicht genehmigungsbedürftig sei 2 1, 654. — irrtümliche Annahme, d. ausgeschlagene Erbteil werde einem Miterben des Ausschlagenden zufallen 7 530. — Anwendung des § 17 Abs. 2 FGG. auf die Berechnung der Anfechtungsfrist 7 990.

Wirkung der Ausschlagung. — rückw. Wiederaufhebung einer Vereinbarung vom Nachl. u. Erbenvermögen 4 480. — Zeitpunkt des Erbchaftsanfalls an den an die Stelle des Ausschlagenden Tretenden; Beginn der Steuerpflicht des Zweiterben 6 524. — Anspruch des durch arglistige Ausschlagung Geschädigten nach § 826 BGB. 6 322. — Pflicht des Gerichts zur Ermittlung der weiter berufenen Erben 3 2, 184.

Erbchaftsbesitz vgl. Erbchaftsanspruch. — Unterschied von der römischen pro herede possessio 1 2, 229. — Besitzlagen des Erben; Anwendung des § 2029? 1 2, 230. — Besitzerwerb des Nacherben 1 2, 243 (f. Nacherbfolge). — Zurückbehaltungsrecht des Erbchaftsbesizers gegenüber d. hereditatis petitio 4 491. — Auskunftspflicht des Erbchaftsbesizers 3 1, 110 (f. Erbchaftsanspruch, Auskunftspflicht).

Erbchaftskauf f. auch Miterben. — Übergangsrecht 4 555.

Allgemeines. — vor 1900 abgeschlossener Erbchaftskauf 1 2, 316. — Erbchaftskauf bei Tod des Erblassers vor 1900 2 1, 754; 1 2, 454. — maßgebendes örtliches Recht bei ausländischem Nachl. 2 1, 759 (f. Erbrecht internationales). — Rechtsnatur: Gesamtnachfolge? Verkauf des Anteils eines Miterben 1 2, 316 (f. unten). — Stempelpflicht für Grundstücke 1 2,

(Erbſchaftskauf)

316. — Veräußerung durch einen Scheinerben: Genehmigung des wahren Erben **3 1, 664**. — Verſprechen, jemandem für ſeine Bemühung um die Erbſchaft $\frac{1}{3}$ deſſelben als Honorar zu geben **4 529**. — d. Veräußerung d. Erbſchaft bezwedender Prozeßvergleich; Form **4 529**; **5 602** (ſ. Vergleich). — Form des **E. 6 578**. — Vollzug im Grundbuch **7 956**. — Anerkennung eines ungültigen Teſtaments durch Vergleich als Erbſchaftsveräußerung **6 578**. — Verkauf der Erbſchaft ſeitens des Teſtamentserben nach rechtskräftiger Nichtigkeitsklärung des Teſtaments **6 578**. — Gültigwerden eines der Form des § 2371 ermangelnden **E.** in analoger Anwendung des § 313? **6 539**. — Vorkaufrecht des Miterben ſ. Miterben.

Gegenſtand. — Verkauf einer noch nicht angefallenen Erbſchaft **1 2, 316**; **3 1, 665**. — Bruchteil der Erbſchaft des Alleinerben **1 2, 316**; **3 1, 664**. — Erbanteil eines Miterben (dingliche Wirkung) **1 2, 232, 233**; **2 1, 708, 753**; **3 1, 603**; **4 492**; **5 565, 602**; **6 537, 538** (ſ. Miterben). — Verkauf der Erbſchaft des Alleinerben: Wirkung **1 2, 232, 316**; **2 1, 748, 753, 754**. — Nacherbſchaft vor Eintritt des Nacherbfalls **3 1, 623, 665**; **5 565, 573**; **6 538, 551** (ſ. Nacherbſolge). — das Erbrecht als ſolches oder die einzelnen Nachlaſſtücke? **1 2, 316**. — Surrogationsprinzip, jeder mit Bezug auf die Erbſchaft, ſei es mit Mitteln der Erbſchaft oder mit anderen Mitteln gemachter rechtsgeſchäftlicher Erwerb **3 1, 664**.

Wirkung. — Übertragung des Erbrechts? **1 2, 316**. — gefamtschuldneriſche Haftung von Käufer u. Verkäufer gegenüber d. Nachlaſſgläubigern **1 2, 317**. — Haftung für die Nachlaſſſchulden bei Veräußerung von Erbteilen **2 1, 754**. — Veräußerung der ganzen Erbſchaft durch den Allein- oder ſämtliche Miterben; obligatoriſche Wirkung; Aufaffung **1 2, 232, 316**; **2 1, 753, 754, 748**; **5 565**; **6 537, 538**. — Wirkung bei Veräußerung eines von Erbanteilen eines Alleinerben **1 2, 316**; **3 1, 664, 665**. — Veräußerung des Erbanteils eines Miterben (ſ. Miterben); dingliche Wirkung; keine Aufaffung **1 2, 232, 316**; **2 1, 753, 754**; **5 565**; **6 537** f.; anders bei Veräußerung erſt nach der Teilung **3 1, 664** (ſ. oben unter Gegenſtand); Ausſchluß der dinglichen Wirkung bzgl. Nachlaſſforder. u. Schulden **6 538**. — Verkauf während der Nachlaſſverwaltung; Pflichten des Verkäufers; bloße Abtretung des Rechts auf den Überſchuß **3 1, 665**. — Wiederherſtellung der durch Konfuſion erloſchenen Rechtsverhältniſſe; Wirkung auf Dritte, befreite Bürgen u. Pfänder **1 2, 218**; **4 529**.

Stellung des Verkäufers. — argliſtiges Verſchweigen des Käufers **2 1, 754**. — Anzeige des Verkäufers an das Nachlaſſgericht bei Beurkundung des Verkaufes durch dieſes Gericht **3 1, 665**. — Antrag auf Nachlaſſverwaltung oder Konfuſ **1 2, 220** (ſ. dieſe). — Berufung auf §§ 1990 f. **1 2, 220**. — bei Verkauf während der Nachlaſſverwaltung **3 1, 665**.

Stellung des Käufers. — Beſchränkung der Haftung des Käufers, wenn der Verkäufer dieſes Recht verloren hat **1 2, 317**. — Stellung des Käufers bei Konfuſ- oder Einzelanfechtung; Käufer als Erbe im Sinne des § 40 Abſ. 1 R.D., § 11 Anſ.?
1 2, 316. — Erſaß der vom Verkäufer auf die Erbſchaft gemachten Aufwendungen; Anwendung der §§ 994, 998; **4 529**. — Haftung des Käufers nach § 2382, wenn der Verwalter im Nachlaſſkonfuſ die die Maſſe bildende Erbſchaft verkauft? **5 602**. — Antrag auf Nachlaſſverwaltung u. Konfuſ (ſ. dieſe) **1 2, 219, 220**. — Berufung des Käufers auf §§ 1990 f. **1 2, 220**. — Antrag auf Erbſcheinerteilung **1 2, 302, 303, 306**; **2 1, 748**. — Stellung des Erwerbers eines Miterbenanteils ſ. Miterben.

Erbſchaftsklage ſ. Erbſchaftsanspruch.

Erbſchaftſteuer. — für gemeinſchaftliches Teſtament (preuß. Recht) **3 1, 611, 647** (§ 28 ErbſchStG. im Verhältnis zu § 2269). — Beginn der Steuerpflicht des Zweiterben bei Ausſchlagung des erſten Erben **6 524**. — Berüchſichtigung e. Mitgift u. Ausſteuer **5 402** (ſ. Ausſteuer). — Haftung des Vaters ſ. d. Erbſchaftſteuer d. Kindes auf Grund ſeines elterlichen Nutznießungsrechts? **5 512**. — Wirkung e. Erbvergleichs auf die **E. 7 313**.

Erbſchein. — Zeugnis des Teſtamentsvollſtreckers ſ. dieſen.

Übergangsrecht. — Erteilung v. Erbſcheinen ſ. vor 1900 eingetretene Erbſälle; Anwendung der §§ 2353 f. B.G.B.?
1 2, 275, 453, 454; **2 1, 478, 808, 809**; **3 2, 251**. — Stellung des Grundbuchrichters gegenüber einem nach neuem Recht ausgeſtellten Erbſchein bei Erbfall vor 1900 **1 2, 454**. — Aufnahme von Beſtimmungen über Nacherbſolge in Erbſcheinen über vor 1900 eröffnete Nachlaſſe **2 1, 809**. — Einziehen unrichtiger **E.** alten Rechts **1 2, 455**; **2 1, 809**. — Ergänzungsbeſcheinigungen nach früherem preuß. Recht; Berechtigte; Prüfungsrecht d. Nachlaſſgerichts **7 568**. — Koſten e. nur zur Verfügung über im Grundbuch eingetragene Rechte benötigten Erbſcheins (§ 81 Abſ. 5 Pr.G.R.G.); Anwendung auf Erbſchein des alten Rechts? **7 589**. — Erbſchein nach altem Recht (preuß. G. v. 12. III. 69); Angabe der Erbquoten **7 589**.

Allgemeines. — Rechtsnatur **1 2, Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,**

304. — Nachweis des Erbrechts durch andere Mittel 7 793. — Verlangen eines Erbſcheins ſeitens des Grundbuchamts bei Zweifel an der Anſprechbarkeit eines Teſtaments 4 501. — Pflicht zur Vorlage eines Erbſcheins 1 1, 313; 3 1, 200. — Erbſchein für im Inland geſtorbene Ausländer 2 1, 760 (ſ. Erbrecht internationales); 4 259, 531; 5 612, 1010, 7 568, 578 (2), 1011 (2) (zuſtändiges Gericht). — Erbſchein auf Grund eines nicht eröffneten (verlorenen) Teſtaments? 1 2, 304; 6 576. — Erteilung einer d. Inhalt des Teſtaments nur ergänzenden Beſcheinigung 1 2, 305. — Kann das Vormundſchaftsgericht zwecks Prüfung, v. ſämtliche Erben bei der Teilung mitgewirkt haben, Vorlage eines Erbſcheins verlangen? 4 852. — Notwendigkeit für Umſchreibungen in den Staatſchuldbüchern 1 2, 305. — keine Zuſtändigkeit der Spezialkommiſſionen in Preußen ſ. Erbſcheinsverhandlungen 3 1, 685. — Gebühren in Preußen 1 2, 304; 7 589. — Führung des Nachweiſes d. Erbfolge auf andere Weiſe als durch Erbſchein 6 808; 7 573, 793. — Anſpruch des Schuldners auf Vorlegung ſ. unten Wirkung. — zuſtändiges Gericht ſ. Nachlaßgericht. — bei Todesfall in den deutſchen Schutzgebieten 7 979.

Unterricht 7 568. — Käufer der ganzen Erbſchaft 2 1, 748; 1 2, 302, 303, 306; 7 568. — Nießbraucher eines zur Erbſchaft gehörenden Vermögens? 1 2, 303. — Käufer eines Erbanteils 2 1, 748; 1 2, 303; 3 1, 603; 7 568. — Erbe in Ausfluß des Güterrechts 4 524. — bei fortgeſetzter Gütergemeinschaft 2 1, 748; 4 524, 525. — Ehegattin der Erbin (Erbſchaft als eingebrachtes, Vorbehalts- oder Geſamtgut) 1 2, 303; 5 468, 599; 7 568. — Teſtamentsvollſtrecker 2 1, 748; 1 2, 260, 303 (3); 7 568. — Nacherbe vor Eintritt der Nacherbfolge? 6 574; 7 568. — Erbe des Erben 1 2, 302; 3 1, 658; 7 568. — Vorerbe 1 2, 313. — bei Streit über das Erbrecht 2 1, 748. — Anerbe 6 574. — Teſtamentserbe 1 2, 306; 2 1, 748, 751; 3 1, 658. — Erbnunwürdige 4 524. — Vermächtnisnehmer 2 1, 749. — Inhaber der elterlichen Gewalt 1 2, 303 (2). — Dritte: Ausfertigung eines erteilten Erbſcheins an Dritte 1 2, 302. — die nach §§ 792, 896 ZPO. das Recht der Erben Ausübenden u. deren Prozeßbevollmächtigte 1 2, 302, 303, 308; 7 568. — der Pfändungsgläubiger des Anſpruchs auf Nachlaßteilung 1 2, 303, 306. — Nachlaßverwalter 1 2, 303 (2); 7 568. — Nachlaßverwalter u. Nachlaßpfändungsverwalter? 1 2, 303 (2), 311; 3 1, 658; 7 568. — Nachlaßgläubiger 5 598; behuß Erteilung einer Vollſtreckungsklausel gegen die Erben ſeines Schuldners? 1 3, 259; bei Klage gegen

die Erben 1 3, 259; Antrag vor Annahme der Erbſchaft 1 3, 260 (ſ. 5 598). — bei Zwangsverſteigerung zum Zweck der Aufhebung eines Gemeinſchaft; Antragrecht des Gläubigers 3 2, 558. — im Erbvertrag unter Verpflchtung der Auszeigung der Hälfte des Vermögens an d. Kinder als Alleineigentümer eingefehter Ehegatte 2 1, 734; 1 2, 281, 304; 4 278, 525 (ſ. Erbeinſetzung, Muttergutsvertrag).

Sonſtige Vorausſetzungen für die Erteilung 1 2, 306. — Pflicht des Antragſtellers zur Vorbringung des vom Gericht für nötig erachteten Materials 3 1, 660. — Nachweis des Erbſchaftsantritts 1 2, 309; 1 3, 260; 5 598. — Nachweis fremden, dem Gericht nicht bekannten Rechtes 3 1, 659, 660. — Nachweis eines Interesses an der Erteilung? 1 2, 304; 2 1, 748. — Erteilung während eines Nachlaßkonkurſes oder Verwaltung 1 2, 311; 3 1, 661. — Erklärung des hinterbliebenen männlichen Gatten, ob er ſtatutarische Portion oder Rücknahme des eigenen Vermögens wählt 2 1, 749. — Erbſchein vor Eröffnung des Teſtaments? 1 2, 304. — Erbſchein bei Schwangerschaft der Witwe 1 2, 304; 7 570. — urkundlicher Nachweis des Nichtbeſtehens einer Schwangerschaft der Witwe? 1 2, 307; 3 1, 659. — Ablehnung der eidesſtätlichen Verſicherung ſeitens des Gerichts wegen Möglichkeit einer anderen Sachlage? 1 2, 307. — eidesſtätliche Verſicherung nur bei Nichtgenügen der angebotenen Beweiſe 1 2, 307. — Aufnahme der vom Antragſteller abzugebenden Verſicherung an Eidesſtatt in eine Protokollanlage oder in das Protokoll ſelbſt? 2 1, 750 (ſ. 1 2, 309; 3 1, 660; 3 2, 246). — eidesſtätliche Verſicherung der Erbſchaftsannahme 1 2, 307. — eidesſtätliche Verſicherung eines über 7 Jahre alten Minderjährigen 7 569. — eidesſtätliche Verſicherung eines in der Geſchäftsfähigkeit beſchränkten über 16 Jahre alten Erben 4 526; 7 569. — Abgabe der dem Antragſteller obliegenden eidesſtätlichen Verſicherung durch Bevollmächtigte oder geſetzliche Vertreter 2 1, 750, 751; 1 2, 161, 308 (4); 3 2, 186; 4 853; 4 526 (geſetzlicher Vertreter eines Geſchäftsunfähigen); 6 575 (ſ. auch Vormund); 7 569. — Abgabe der eidesſtätl. Verſicherung durch den Prozeßbevollmächtigten nach §§ 792, 896 ZPO. 1 2, 308. — eidesſtätliche Verſicherung des Nachlaßgläubigers 4 526 (2). — Erlaſſen der eidesſtätlichen Verſicherung; Vorausſetzungen, Erlaß v. Amts wegen? 1 2, 308. — Erlaſſen der eidesſtätlichen Verſicherung; Bekanntgabe dieſer Verfügung 3 2, 190. — Erlaſſen der eidesſtätlichen Verſicherung bei Verlangen des

(Erbfchein)

Erbfcheins von einer öffentlichen Behörde **1 2, 308.** — fahrlässig falsche eidesstattliche Versicherung; Haftung nach § 823 Abs. 2 **4 526; 5 600.** — Versicherung an Eidesstatt vor einem heffischen Notar **1 2, 308.** — Geltung des Landesrechts für die Beurkundung der eidesstattlichen Versicherung **1 2, 308, 309; 7 569** (landesrechtliche Vorschrift, die dem Notar oder Gericht die Zuständigkeit für Entgegennahme d. eidesstattlichen Versicherung entzieht), **583.** — offensündige Tatsachen (Rechtsnachfolge der Mutter bei Tod eines 2 jährigen, unehelichen Kindes); **6 575; 7 570.** — kann das Nachlassgericht vom Vorerben die Weibringung einer eidesstattlichen Versicherung des Nacherben verlangen? **6 576.** — Pflicht des Nachlassgläubigers zur Belegung der im § 2354 erwähnten Angaben durch öffentliche Urkunden **4 526** (Bezugnahme auf die Sterbefallanzeige?). — Pflicht des Antragstellers zu Angaben über Güterstandsangelegenheiten **4 525; 5 599.** — Tod des Antragstellers **1 2, 304.** — Mangel eines Nachlasses **1 2, 304.** — Erteilung bei Anfechtbar. d. letztwilligen Verfügung o. b. Anfechtbar. d. Erbschaftserwerbs wegen Erbunwürdigkeit **1 2, 312.** — Erteilung vor Feststehen der Quote des Miterben **1 2, 305.** — Rückforderung der vom Antragsteller eingereichten Urkunde? **1 2, 307; 2 1, 750.** — nur unverhältnismäßig schwer zu beschaffende Urkunden; Auschlussurteil? **6 575.** — Heiratsurkunde einer Tochter des Erblassers **1 2, 306, 307; 5 600.** — Heiratsurkunde bei Beerbung des Ehegatten **1 2, 307; 6 574** (Ersatz durch andere Urkunden?); **7 569.** — Heiratsurkunde der Eltern bei Erbfchein hinter Geschwistern? **6 574.** — Heiratsurkunde der Eltern bei Verlangen eines Erbfcheins nach Mutter oder Vater **3 1, 659; 5 600; 4 526 (2); 6 574, 575** (durch Ehe legitimierte Kinder); **7 569.** — Ersatz nötiger Urkunden durch andere Mittel **1 2, 306, 307 (2); 3 1, 660** (standesamtliche „Bescheinigungen“ an Stelle der Registerauszüge?); **5 600** (Bescheinigung des Notars über den Inhalt der Standesregister oder über eigenes Wissen eines Geburts- oder Todesfalls). — Angabe der nicht mehr vorhandenen Personen, die den Erbteil des Antragstellers mindern würden **1 2, 306, 307** (urkundl. Nachweis, daß solche Personen gelebt haben?); **3 1, 658, 659** (vor oder nach dem Erblasser gestorbene Personen); **4 526** (nach Erbanfall Gestorbene). — Angabe des Antragstellers, daß „seines Wissens“ nähere Erben nicht vorhanden seien **4 525** (f. **1 2, 309**). — zum Nachweise des Todes eines Verschollenen geeignete Urkunden (Auschlussurteil!) **6 575; 7 569.** — Bezeich-

nung eines etwaigen Testaments **1 2, 306.** — Unmöglichkeit, das Testament vorzulegen; verlorenes, durch d. Erblasser vernichtetes Testament **1 2, 304; 6 576; 7 569.** — Angabe u. Vorlage widerrufener letztwilliger Verfügungen **1 2, 306 (2).** — Angabe des Erben, daß weder Testament noch „letztwillige Verfügung“ vorhanden, ungenügend wegen der Möglichkeit eines Erbvertrags **5 599; 7 568.** — Vorlage e. beglaubigten Abschrift statt Urschrift des Testaments **7 569.**

Antrag bei mehreren Erben (§ 2357). — Angabe über die Größe der Erbteile, ziffernmäßige Angabe? Berücksichtigung der Abfindung eines Erben **1 2, 309; 5 600** (Angabe der Größe bei Nichtangabe derselben im Testament); **6 575** (bloße Behauptung, die Erbteile seien die „geseklichen“); **7 570** (Angabe d. Teile, a. die sich die Erben durch Vergleich geeinigt haben?). — Berücksichtigung einer zwischen den Erben getroffenen Vereinbarung über die Teilung bei Angabe der Erbteile? **1 2, 309.** — Angabe der Erbteile in dem Begleit Antrag des beurkundenden Notars? **1 2, 309.** — Angabe der Erbteile in privatschriftlicher Form **1 2, 309; 6 576.** — eidesstattliche Versicherung über die Größe der Erbteile **1 2, 309.** — unrichtige Angabe der Größe der Erbteile, Beharren des Antragstellers a. seinen Angaben **1 2, 309** (f. **3 1, 661**). — Nachweis, daß die übrigen Erben die Erbschaft angenommen haben **1 2, 309, 310** (Belegung durch Urkunden, eidesstattliche Versicherung); **1 3, 260; 3 1, 660 (2); 5 598, 599, 600 (2), 601; 4 527** (ob Annahme als Testamentis- oder als gesetzliche Erben); **6 576** (Offenkundigkeit der Annahme seitens aller Erben?). — Erklärung des Antragstellers, daß seines Wissens niemand ausgeschlagen habe **1 2, 309; 5 600 (2)** (vgl. **4 525**). — Veragung eines Erbfcheins an mehrere zweifellose Erben, weil wegen noch nicht feststehender Erbschaftsannahme eines weiteren Erben eine Erhöhung ihrer Erbteile möglich ist **5 599.** — bei Verschollenheit eines Miterben, Nachweis, daß er den Anfall nicht erlebt hat **5 600.** — Anwendung des § 2357 Abs. 4 im Verhältnis zwischen Vorerben u. Nacherben? **6 576.**

Stellung des Gerichts f. freim. Gerichtsbarkeit. — welche Gerichte sind zuständig? Spezialkommissionen in Preußen **3 1, 660.** — Offizialtätigkeit des Gerichts; Umfang **1 2, 310, 311, 313; 2 1, 751; 3 1, 660.** — Ermittlungspflicht über die Zeit der Erteilung des Scheines hinaus **2 1, 751.** — Pflicht zur Ermittlung der Erben **4 527.** — Pflicht des Gerichts zur Ausfindigmachung neuer Beweismittel? **1 2, 310.** — Pflicht des Gerichts zur

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

Prüfung der Gültigkeit e. Erbſchaftsausſchlagung 4 852. — Vorladung des Antragſtellers 1 2, 310. — Zeugnißzwang bei Vernehmungen des Gerichts 1 2, 310. — Beeidigung der Miterben 7 570. — Beeidigung des Antragſtellers 1 2, 310; 7 570 (Gläubiger der Erben als Antragſteller). — Rechtshilfeerſuchen um Erteilungen 7 570. — Beſchwerde gegen die Anordnung einer Beweiſerhebung 1 2, 310 (ſ. Beſchwerde in der freiw. Gerichtsbarkeit). — Beſchwerde gegen die Ablehnung der Erteilung d. E. 3 2, 194 (ſ. Beſchwerde in der freiw. G.). — Ablehnung der Erteilung wegen Nichtnachweiſung des Inhalts des maßgebenden fremden Rechts; analoge Anwendung des § 293 ZPO. 3 1, 659, 660, 661. — „öffentliche Aufforderung“ nach § 2358 Abf. 2 od. Verlangen e. Todeserklärungs-Urteils bei Ungewißheit, ob ein beſſer berechtigter Verwandter, deſſen Perſon feſtſteht, den Erbfall erlebt hat? 7 570. — Ablehnung der Erteilung, wenn der Erbſchein nicht nach Antrag erteilt werden kann, oder Erteilung eines Erbſcheins anderen Inhalts? 3 1, 661 (vgl. 1 2, 309); 6 574 (Erbſchein beſchränkteren Inhalts als beantragt). — Anſören des Erben bei Erteilung eines Erbſcheins auf Antrag eines Gläubigers 5 598. — keine Erteilung des Erbſcheins, wenn ſich die Anfechtbarkeit des Teſtaments oder die Erbnunwürdigkeit herausſtellt 7 571. — iſt das Gericht bei Auslegung eines Teſtaments an die übereinkommende Anſicht der Beteiligten gebunden? Wirkung der nach § 2360 Abf. 2 vom Gegner des Antragſtellers abgegebenen Erklärung über die Gültigkeit des Teſtaments 6 576. — Prüfung der Gültigkeit des Teſtaments 1 2, 303, 304, 310; 6 576 (Einfluß eines die Nichtigkeit des Teſtaments anerkennenden Vergleichs der Erben); 6 577; 7 570 (Prüfung der Begründetheit e. erfolgten Teſtamentsanfechtung; Einfluß der Anerkennung der Ungültigkeit e. Teſtamentes). — Abnahme e. eidesſtattlichen Verſicherung ohne vorherige Erhebung der angebotenen Beweiſe 1 2, 310. — Erlaß d. öffentlichen Aufforderung nach § 2358 bei einem nicht den Erforderniſſen der §§ 2354 ff. entſprechenden Antrag 2 1, 751. — Charakter des Verfahrens nach § 2358 Abf. 2; Erlaß e. Ausſchlußurteils? 1 2, 311; 4 527. — Ablehnung der Erteilung wegen zweifelhafter Auslegung des Teſtaments 2 1, 751 (2); 1 2, 304, 310, 311; 3 1, 660, 661; 5 599-600; 7 571. — Ausſcheidung zweifelhafter Ansprüche aus dem Schein? 1 2, 311. — Ablehnung der Erteilung wegen Streits über das Erbrecht? 2 1, 748, 751, 752; 1 2, 304, 312; 3 1, 661; 6 576, 577. — Ausſetzen der Erteilung bis zur Entſcheidung des Prozeßgerichts? 2 1, 752;

1 2, 304, 312; 3 1, 661; 7 571 (2), 987. — Beachtung d. b. Gericht offenkundigen Tatſachen (bei Gericht erklärte Erbſchaftsausſchlagung) 2 1, 752. — Prüfung einer Anfechtung der Erbſchaftsausſchlagung 3 1, 658. — Nachweis des Fehlens weiterer Abkömmlinge z. B. des Antrags als Beweis der gleichen Sachlage z. B. des Erbfalls 1 2, 306. — muß das Nachlaßgericht dem im Prozeß obliegenden einen Erbſchein erteilen? 4 527. — kann der Antragſteller dem Gericht die Wahl überlaſſen, ob der Schein auf Grund Teſtaments oder geſehl. Erbfolge erteilt werden ſoll? 4 524. — einſtweilige Verſügung des Prozeßgerichts über Erteilung e. Erbſcheins 7 571; — Erteilung im Wege der Rechtshilfe? 1 2, 304. — Bindung des Nachlaßgerichts an ein Urteil über das Erbrecht 1 2, 311, 312; 4 527; 5 600, 601; 7 571, 572. — bindet d. im Erbſchein zugute tretende Auslegung d. Teſtaments den Prozeßrichter? 1 2, 311; 5 601; 6 577.

Inhalt des Erbſcheins 1 2, 304; 6 574. — bei Güterſtand nach mairiſchem Provinzialrecht 2 1, 751. — Angabe des Grundes der Berufung? 1 2, 304, 305 (2); 4 525 (Bezeichnung eines von mehreren Teſtamenten). — negatives Zeugniß, daß dem i. Teſtament neben dem Beſchwerdeführer auf den Pflichtteil Eingegesetzten ein Pflichtteil nicht zuſtehe 2 1, 749. — Bezeichnung des Nacherben u. Erſahnacherben im Scheine des Vorberben 1 2, 313; 4 528; 5 601; 6 577. — Verzicht des Nacherben auf die geſchliche Beſchränkung des Vorberben u. auf die Erwähnung der Nacherbſchaft im Erbſchein 4 528; 5 601; 7 572. — Inhalt des dem beſtreiten Vorberben zu erteilenden Erbſcheins 1 2, 249; 6 577; 7 572. — Angabe des Zeitpunktes u. der Vorausſetzungen der Nacherbſchaft im Fall des § 2106; 3 1, 654; 4 528. — Beſtätigung, daß der Bedachte Erbe und nur mit einem Vermächtnis bedacht ſei 2 1, 749; 1 2, 305. — Todeszeit des Erblassers 1 2, 305. — Vermerk bei notariſcher Erbnunwürdigkeit 4 524. — Erbſchein über einzelne Nachlaßgegenſtände 2 1, 749; 1 2, 305, 315; 3 1, 658, 664. — Erbſchein über die von einem Erben im Wege der Auseinanderſetzung oder als Vorausvermächtnis erlangten Gegenſtände 1 2, 305. — Aufnahme von Verſügungsbeſchränkung des Erben 2 1, 753; 6 574 (Teſtamentbeſtimmung, daß der Erbe das Kapital erſt ſpäter auszubezahlt erhalten ſoll). — Erwähnung bloßer Beſchwerungen, Vermächtniſſe, Auflagen, Teilungsanordnungen im Erbſchein 2 1, 753; 1 2, 305, 313; 5 601. — Größe des Erbteils eines Miterben 1 2, 305. — Nutznießung u. Verwaltungsrecht des überlebenden Eltern-

(Erbfchein)

teils am Kindesvermögen 12, 305. — Wiedergabe des Wortlautes der letztwilligen Verfügung 12, 306, 307, 310. — überflüssiger Inhalt 4 525. — Angabe der das Gericht zu seiner Entscheidung veranlassenden Gründe 12, 305, 307; 4 525. — Angabe von ausschlagenden Erben 12, 310. — nur Angabe des ursprünglichen Erben, nicht seines Singular- oder Universalnachfolgers, Erbserbe, Erbschaftskäufer, Erwerber eines Miterbenanteils 12, 310; 2 1, 709, 749; 3 1, 603, 658; 5 599, 600; 4 526, 527 (2); 6 574. — vom Erblasser zeitweilig zur Untersehung von gleichnamigen Personen gebrauchte Bezeichnung 4 525; 5 599; 6 574. — Erbschein über Ausländernachlaß, Beschränkung auf einzelne inländische Gegenstände 12, 315; 3 1, 664; 7 568, 573 (2), 574; zuständiges Gericht 7 574. — Hinweis auf das dem überlebenden Gatten als Folge des Güterstandes zustehende Recht 6 574. — Inhalt des dem überlebenden Gatten auszustellenden Erbscheins bei Einsetzung eines Erben im gemeinschaftlichen Testament für den Todesfall des Überlebenden 12, 282. — Pflicht des eingetragten Gatten, sich bei Wiederverheiratung mit den Kindern auseinanderzusetzen 12, 314. — Angabe des Testamentsvollstreckers 12, 314 (vor Annahme seines Amtes); 6 577 (bei Ablehnung des Amtes). — Beschränkungen d. Testamentsvollstreckers 12, 314. — bedingte Erbscheine 12, 311.

Wirkung. — mehrere widersprechende Erbscheine 12, 314. — Bestreiten des im Erbschein Bezeichneten, daß er Erbe sei 2 1, 748. — Umschreibung im Grundbuch auf den Fiskus auf Grund e. E. 1 1, 35. — Verlangen eines Erbscheins vom Grundbuchrichter trotz Vorlage eines Testaments 3 1, 663, 664 (s. Eintragung im Grundbuch). — Nachprüfung durch den Grundbuchrichter 2 1, 750; 5 601. — Nachprüfung durch den Prozeßrichter 12, 311; 5 601; 6 577. — öffentlicher Glaube des Erbscheins bezüglich der nicht die Größe des Erbteils oder die Beschränkung des Erben betreffenden Angaben 12, 305; 5 601; 4 528. — Vermutung für die Rechtswirkksamkeit der angegebenen Erbenbeschränkungen? 12, 314. — Berufung auf einen Erbschein, v. dessen Wesen u. Inhalt der sich jetzt darauf Berufende bei Geschäftsabschluß keine Kenntnis hatte 6 577. — kann der Schuldner dem Erben des Gläubigers die Zahlung bis z. Vorlage eines Erbscheins verweigern? Vorlage eines Testaments statt Erbscheins 1 1, 151; 2 1, 573; 3 1, 177, 200, 662, 663, 664; 3 1, 618 (Prozeßkosten bei Nichtvorlage); 7 573 (2). — Beweis der Erbfolge

durch andere Mittel als Erbschein 12, 305; s. 3 1, 618, 662, 663, 664; 7 573 (2). — verlangt das bayer. Hypothek-Ges. zur Lieferung d. Nachweises d. Erbrechtes einen Erbschein? 3 1, 658. — Notwendigkeit für Umschreibungen in den Staatsschuldbüchern 12, 305. — gegenüber gutgläubigen Dritten (§ 2366) 3 1, 662. — Beweis des bösen Glaubens 12, 314. — Widerspruch des Erbscheins mit dem Grundbuch 12, 314. — Anwendung des § 2366 auf den, zu dessen Gunsten eine Vormerkung auf einem Erbschaftsgegenstand eingetragen wird 12, 314. — Erbschaftsgegenstand im Sinne des § 2366 auch unförperliche Gegenstände 3 1, 662. — Anwendung des § 2366 auf den, der von dem legitimierten Scheinerben durch Rechtsgehalt Befreiung von einem zur Erbschaft gehörenden Rechte erlangt 3 1, 662. — Wirkung einer nach Ausstellung des Scheins erfolgten Erbteilsveräußerung gegenüber dem gutgläubigen Dritten 4 528. — öffentlicher Glaube des vom unzuständigen Gericht erteilten Erbscheins 5 601.

Beschwerde, Anfechtung und Einziehung s. Beschwerde in der freiw. Gerichtsbarkeit. — Beschwerde wegen Verfassung 3 1, 661 (2). — Beschwerdeberechtigte 12, 302. — weitere Beschwerde gegen den, den amtsgerichtlichen auf Verweigerung des Erbscheins lautenden Beschluß aufhebenden u. die Erteilung anordnenden Beschluß 3 1, 661; 7 572 (Einlegung nach Erteilung des Scheines). — weitere Beschwerde gegen den Einziehungsbeschluß nach Vollzug der Einziehung 7 572. — Beschwerde gegen die Anordnung der Erteilung eines Erbscheins 12, 311, 312 (2); 3 1, 661 (Anordnung des Landgerichts); 4 527 (petitum); 7 572 (Einlegung der Beschwerde nach Erteilung des Scheins); 5 1000 f.; 7 991, 992. — Beschwerde gegen die Erteilung wegen Nichtfeststellung der Erbschaftsannahme bei Erteilung eines Erbscheins an einen Gläubiger; nachträglicher Ablauf der Ausschlagungsfrist 5 599. — Beschwerde wegen Aufnahme überflüssigen Inhalts 4 525 (2). — Beschwerde u. weitere Beschwerde der im Erbschein zu Unrecht nicht erwähnten Nacherben 4 528; 5 601. — bei Erteilung e. unrichtig. Erbscheins keine Beschwerde auf Ablehnung der Erteilung, sondern nur auf Einziehung 3 2, 227. — Beifügung e. Berichtigungsbeschlusses auf der Ausfertigung des Erbscheins 5 1012. — Beschwerde gegen den auf Beschwerde ergangenen, die Erteilung d. Erbscheins anordnenden Beschluß d. Landgerichts 4 862. — Beschwerde gegen Erteilung, Verfassung, Einziehung 5 1000; 7 1013

(vgl. Beschwerde in freier Gerichtsbarkeit). — Entscheidung des Beschwerdegerichts, daß die Erteilung ungerechtfertigt gewesen sei? **2** 1, 749, 752 (2); **1** 2, 312, 313; **3** 2, 227; **7** 572. — Aufhebung des eigenen Beschlusses auf Erteilung seitens des Nachlaßgerichts **1** 2, 313. — Einziehung durch das Beschwerdegericht wegen Mangels des Antragsrechts **5** 1001; **7** 572. — Änderung des Inhalts im Beschwerdeweg **2** 1, 749, 752 (2); **3** 2, 227; **4** 527; **7** 572, 997. — Berichtigung an Stelle der Einziehung **3** 2, 227; **5** 601; **7** 571, 997. — unrichtige Bezeichnung eines Beteiligten als „Nacherbe“ **6** 577. — Einzug eines unrichtigen Erbscheins nach altem Recht **1** 2, 313; nach preuß. Gesetz 12. III. 69 **2** 1, 749. — Aussetzen der Einziehung bis zur Entscheidung d. Prozeßgerichts **2** 1, 752. — „Unrichtigkeit“ im Sinne des § 2361; Unrichtigkeiten, aus denen durch den öffentlichen Glauben ein Schaden nicht erwachsen kann **7** 571. — Rückgabe des Erbscheins bei Einleitung des Nachlaßkonfiskur- oder Verwaltung **1** 2, 311. — Anfechtbarkeit der letztwilligen Verfügung oder Anfechtbarkeit des Erbschaftserwerbs wegen Erbunwürdigkeit **1** 2, 312. — zur Stellung des Einziehungsantrags Berechtigte **4** 527, 528; **6** 577 (einzelne Miterben). — Antrag auf Einzug des dem Vorerben erteilten Erbscheins **1** 2, 312, 313 (2); **5** 601 (mit Antrag auf Erteilung eines neuen); **4** 528. — Antrag d. i. Erbschein z. Unrecht nicht erwähnten Ersagnacherben auf Einzug **5** 601. — unrichtige Ausfertigung eines Erbscheins **1** 2, 312; **7** 572. — Einzug bei Pfändung eines Erbanteils **3** 1, 661. — Einzug wegen Zweifel an der Richtigkeit **1** 2, 312. — Einzug wegen tatsächlicher Unrichtigkeiten **1** 2, 313; **5** 601 (bloße Schreibversehen). — Einzug wegen Unrichtigkeit aus Rechtsgründen **1** 2, 313. — Veräußerung eines Erbteils macht den Erbschein nicht unrichtig **4** 527 (s. oben Inhalt). — Beschwerde gegen die Kraftloserklärung **1** 2, 313; **7** 1013. — Beschwerde gegen den Einziehungsbeschluß **1** 2, 313; **3** 2, 227; **5** 1000; **7** 572 (trotz erfolgten Einzugs), 1013. — Beschwerde gegen den die Einziehung ablehnenden Beschluß; Aktiblegitimation **4** 528. — Klage auf Herausgabe des Scheins an das Nachlaßgericht **1** 2, 313; **7** 372 (Wirkung d. Herausgabe); **7** 573 (Klagerecht des Nacherben vor Eintritt der Nacherbsfolge). — Beachtung aller, nicht nur der i. Erbschein als maßgebend bezeichneten letztwilligen Verfügungen bei Prüfung der Richtigkeit eines Erbscheins **6** 577; **7** 573. — unrichtige Begründung eines objektiv richtig. Erbscheins **6** 577. — Erbunwürdigkeit des Erben **4** 524. — Ermittlungs-

pflicht des Gerichts vor Einziehung **7** 570. — einstweilige Verfügung des Prozeßgerichts über Rückgabe e. Erbscheins **7** 571. — Einziehung des d. Vorerben erteilten Erbscheins wegen Eintritts der Nacherbsfolge? **7** 571, 572. — mit der wirklichen Rechtslage übereinstimmender Erbschein, bei dessen Erteilung die formellen Voraussetzungen nicht vorlagen **7** 572. — Einzug bei Erteilung weiterer Ausfertigungen **7** 572. — Annahme e. Unrichtigkeit des Scheins, wenn das Gericht bei neuer Prüfung das im Schein bezeugte Erbrecht nicht mehr für nachgewiesen hält **7** 572. — Berücksichtigung im Erbschein nicht erwähnter Verfügungen bei Prüfung der Richtigkeit der E. **7** 573. — weitere Beschwerde gegen die in der Beschwerdeinstanz angeordnete Einziehung mit dem Antrag auf Erteilung eines neuen gleichlautenden Erbscheins an Stelle des bereits eingezogenen **7** 1001, 1013, 997. — Beschwerde des Pflegers e. unbekanntem Erben gegen die Erteilung d. Erbscheins für einen anderen Erben **7** 996. — in der Beschwerdeinstanz Antrag auf Änderung oder Erteilung e. neuen Erbscheins zulässig? **7** 997.

Erbeil s. auch Miterbe. — Begriff **5** 572. — doppelte Bedeutung des Begriffs **1** 2, 207. — Nießbrauch, Pfandrecht an einem Erbeil **1** 2, 232; **2** 1, 709, 754 (s. Miterbe); **6** 533; **7** 536. — Zwangsvollstreckung in einen Erbeil **1** 2, 232; **2** 1, 709 (Eintrag der Pfändung im Grundbuch); **2** 1, 754 (s. Zwangsvollstreckung); **7** 536. — Erhöhung des gesetzlichen Erbteils durch Wegfall eines Erben; Anwendung des § 1935, wenn der ursprüngliche oder der zumachsende Erbeil mit einer Ausgleichungspflicht belastet ist **1** 2, 209. — Abtretung vor Erbfall; Konvaleszenz **2** 1, 209. — Verpfändung (franz. R.) **5** 635. — Anwendung des § 859 Abs. 2 ZPO. bei Erbfällen vor 1900? **5** 636. — Unterschied zwischen „Erbeil“ u. „Anteil e. Erben am Nachlaß“ **7** 538. — Übertragung oder Verpfändung des E.; Verlautbarung im Grundbuch? **4** 318, 323 (Vormerkung? Widerspruch); **5** 395, 965; **6** 368, 369, 1024; **4** 835 (Grundbuchberichtigung — Eintragung der Pfändung o. Verpfändung a. Verfügungsbeschränkt.); **7** 956 s. a. Vormerkung. — b. Übertrag. d. E. Auflassung d. Nachlaßgrundstücke erforderlich? **2** 2, 426 f. — vorherige Eintragung der Pfändung im Fall einer Verfügung d. Erben **2** 2, 422. — Form d. Verpfändung des E. **6** 438. — Einfluß e. Pfändung des E. auf die Verfügung über einzelne Nachlaßgegenstände **5** 453 (s. Zwangsvollstreckung).

Erteilung f. Nachlaßauseinanderetzung. **Erbunwürdigkeit**. — zwingender Charakter der Vorschriften über E.-u. für das internatio-

(Erbunwürdigkeit)
 nale Privatrecht **2 1**, 738 (Art. 30 *GG*-*WGB.*); **5 612** (f. *Erbrecht* internationales).
 Fälle **1 2**, 301, 299. — Tötung des Erblassers im Zweikampf **1 2**, 301. — Handlungen aus Notwehr **1 2**, 299, 301. — Anstifter und Gehilfen einer arglistigen Täuschung des Erblassers **5 597**. — Verhindern des Erblassers im Testieren; später gleichwohl erfolgte Testamentserrichtung **2 1**, 747. — Hindern des Erblassers an der Vernichtung des Testaments bei Möglichkeit einer anderen Aufhebung **4 524**. — arglistige Vorpiegelung der Gültigkeit eines fehlerhaften Testaments **7 566**. — fälschliche Anfertigung eines angeblich vom Erblasser herrührenden Testaments **1 2**, 301.
 G e l t e n d m a c h u n g. — Feststellung der *E.* nur im Wege der Klage **5 598**. — Anerkenntnis der *E.* seitens des Beklagten **6 573**. — Kosten des Prozesses über die *E.* bei sofortigem Anerkenntnis des Beklagten **5 598**. — Verhältnis von § 2339 *Ziff.* 3 und *Abf.* 2 zu § 2078; Anfechtungsklage nach § 2342, wenn bereits alle Verfügungen nach § 2078 *Abf.* 2 angefochten sind, oder wenn nur eine Verfügung angefochten, die anderen aber nach § 2085 von dieser abhängig sind **5 598**. — Rechtsnatur des auf die Anfechtungsklage nach § 2342 ergehenden Urteils **5 598**. — Einfluß des Urteils auf den Bestand der letztwilligen Verfügung **5 598**. — Anfechtungsberechtigte **1 2**, 240; **2 1**, 747. — Fristwahrung **6 573**. — wiederholte Anfechtung **6 573**. — Umfang der Rechtskraft des die *E.* aussprechenden Urteils **6 573**. — Wiederholung e. zurückerommenen oder ohne Sachentscheid abgewiesenen Klage nach § 2340 *WGB.* **7 567**. — Erhebung der Anfechtungsklage nach dem Tod d. Erbunwürdigen **7 567**.
 W i r k u n g **3 1**, 614, 615. — Erteilung e. Erbscheins an den notorisch Unwürdigen vor Anfechtung des Erwerbs **4 524**. — Erbunwürdigkeit des zur Anfechtung des Testaments nach § 2080 Berechtigten **2 1**, 747. — Erbunwürdigkeit dessen, dem der Wegfall des mit einer Auflage Beschwerten zustatten kommt **2 1**, 747. — Transmission des Erbrechts des an Stelle des Erbunwürdigen Treten den an dessen Erben bei Tod nach Erbansfall, aber vor Erbunwürdigkeitserklärung **1 2**, 301. — Erbunwürdiger als Rechtsvorgänger des siegreichen Anfechtungsklägers; Wirkung der vom u. gegen den *E.* geführten Prozesse für u. gegen die Anfechtungsklage **6 573**. — Stellung des Erbschaftschuldners, der an den Erbunwürdigen zahlt **6 573**. — analoge Anwendung des § 2345 im Fall des § 1301 u. bei gesetzlichen Unterhaltsansprüchen *mortis causa* **1 2**, 301.

Erbvertrag f. auch Ehevertrag, lehtm. Verfügung, gemeinschaftl. Testament, Erbrecht internationales, Erbseinfegung.
 Ü b e r g a n g s r e c h t. — Universalideformität in einem vor 1900 errichteten *E.* bei Erbfall nach 1900 **4 554**. — Anfechtung e. vor 1900 geschlossenen *E.* insbesondere wegen Verletzung eines Pflichtteilsrechts **2 1**, 811, 812 (f. **1 2**, 455). — Auslegung der vor 1900 geschlossenen *E.* **2 1**, 812 (f. unter Testament); **3 1**, 706, 709. — „Bindung“ im Sinne des Art. 214 *GGWGB.* **2 1**, 812; **6 600**; **7 590**. — Aufhebung e. altrechtl. Erbvertrags **2 1**, 812, 813; **6 600** (Form); **7 590**. — Eröffnung **3 1**, 710. — Ausschluß des gesetzlichen Erbrechts des Ehegatten nach *WGB.* durch einen vor 1900 errichteten Erbvertrag **3 1**, 710. — Hinderung a. weiterer lehtm. Verfügung durch einen vor 1900 geschlossenen Erbvertrag **5 636**. — Einfluß des Getrenntlebens d. Gatten **5 636**. — Fortbestand landesrechtl. Verfahrensvorschriften für Erbverträge **2 1**, 765.
 A l l g e m e i n e s. — zugunsten Dritter **1 2**, 209; **6 566**. — entgeltliche Erbverträge **1 2**, 209. — gegenseitige Erbverträge **4 517**. — Einsicht in Erbverträge, Anwendung des § 2264? **2 1**, 731. — Konversion **1 1**, 87. — Aufrechterhalten als Testament **1 2**, 209, 289; **5 591**; **3 1**, 50, 649; **4 516**; **5 48**. — Auslegung e. vor 1900 geschlossenen *E.* **3 1**, 649. — Feststellungsurteil darüber, ob eine Verfügung des *E.* bindend oder einseitig widerruflich ist **1 2**, 289. — Auslegung eines vor 1900 geschlossenen *E.* zwischen Ehegatten, der bestimmt, daß der Rücklaß des Überlebenden je zur Hälfte auf die nach der gesetzlichen Erbfolge berufenen nächsten Blutsverwandten des Mannes u. der Frau fallen soll **5 569**.
 F o r m. — Modifikationen der §§ 2233 bis 2245 **1 2**, 285. — Anwendung der §§ 167 ff. *GGW.*? **5 1020**. — gleiche Form für beide Teile; Unmöglichkeit des einen Teils, sich der Form des anderen Teils zu bedienen **1 2**, 285; **4 516**. — Abschluß durch Übergabe einer Schrift **1 2**, 285. — getrennte Übergabe je einer Urkunde durch jede Partei? **4 516**. — Erboertrag Sprachfremder **1 2**, 273; **3 1**, 640, 641. — Erbvertrag vor dem Gemeindevorsteher? **1 2**, 275. — Verbindung von Ehe- u. Erbvertrag: Ehevertrag u. Erbvertrag mit Dritten **1 2**, 286; wenn der Erbvertrag einseitige Verfügungen nach § 2299 enthält **1 2**, 286; muß der Erbvertrag nur für den Fall des Zustandekommens der Ehe abgeschlossen sein? **1 2**, 286. — Abschluß eines Ehe- u. Erbvertrags in einer Urkunde durch Vertreter? **3 1**, 649; **4 516**.

Persönliche Erfordernisse. — nachträgliche Zustimmung des gesetzlichen Vertreters **1 2, 285; 2 1, 734.** — wegen Geisteschwäche, Verschwendung oder Trunksucht entmündigte unter 16 Jahre alte Ehegatten oder Verlobte **1 2, 264, 285; 2 1, 734.** — nachträgliche mündliche Genehmigung des von beschränkt geschäftsfähigen Gatten geschlossenen Erbvertrags durch den Gatten selbst **1 1, 118; 1 2, 285.** — Nichtigkeit der Erbverträge beschränkt Geschäftsfähiger **2 1, 734.** — Geschäftsbeschränkung des den Vertrag Annehmenden; Zustimmung des gesetzlichen Vertreters **4 516.**

Verwahrung. — Rückgabe des verwahrten **E. an einen Teil 1 2, 286.** — Rückgabe der vom Richter oder Notar aufgenommenen u. in besonderen amtlichen Verwahr gebrachten Urkunde **4 516.** — Ausschluß der Verwahrung bei Übergabe einer verschlossenen Schrift **1 2, 286.** — nachträglich vereinbarter Ausschluß der Verwahrung **1 2, 286.** — nachträgliches Verlangen der Verwahrung **1 2, 286.** — Verwahrung eines die vertragsmäßige Aufhebung eines früheren Erbvertrags enthaltenden **E. 1 2, 286.**

Verhält. — Errichtung einer Stiftung in einem **E. 4 18.** — Unterscheidung zwischen vertragsmäßigen u. einseitigen Verfügungen **1 2, 286.** — Verzicht auf Erb- u. Pflichtteilsrecht **1 2, 301.** — Vereinigung von Ehe-, Erb- u. Erbverzichtsvertrag **5 591.** — Einsetzung eines Dritten als Erben der beiden Vertragsseite **1 2, 209; 6 566.** — Verzicht des Vertragserben auf das Entfugungsrecht, auf das Recht der beschränkten Haftung **1 2, 286** (f. Erbenhaftung). — Ernennung eines Testamentvollstreckers **4 517.** — Ausschluß eines Erben von der gesetzlichen Erbfolge **4 517** (f. **3 1, 582**). — Erbteilungsvertrag des Erblassers mit seinem künftigen Erben **4 517.** — Ausschluß des gesetzlichen Erbrechts eines Gatten **3 1, 382; 7 529** (f. gesetzl. Erbrecht). — Erbvertrag behufs Erzielung der Wirkung eines Einkindschaftsvertrages **2 1, 734.** — in Verbindung mit einem obligatorischen Vertrag (z. B. Unterhaltsvertrag) geschlossener Erbvertrag **4 517** (f. **5 591**). — vertragsmäßig eingegangene Pflicht, nicht oder nur in bestimmtem Sinne zu testieren; rückwirkende Kraft des Verbotes des § 2302; Kondition der vom Gegner für die Erbeinsetzung gemachten Gegenleistung; Versprechen, die gesetzlichen Erben einzusetzen **3 1, 650; 5 592.** — Bestimmung, daß der überlebende Gatte die eine Vermögenshälfte den Kindern als Vater- oder Muttergut auszuweisen u. dagegen Alleineigentümer des ganzen Nachlasses werden soll **1 2, 304; 2 1, 713, 734; 3 1, 618, 626, 646, 647;**

4 278, 493, 494, 498, 525; 5 572 (f. Erbeinsetzung, Nachlassauseinandersezung). — Erbeinsetzung des überlebenden Gatten mit der Pflicht, bei Wiederverheiratung sich mit den Kindern auseinanderzusetzen; Kinder als Nacherven **1 2, 314; 4 503, 525, 517** (welche Kinder sind als bedacht anzusehen). — gegenseitige Alleineinsetzung der Eltern **3 1, 650.** — Einsetzung eines Gatten auf einen Bruchteil der Erbschaft oder Aussetzung eines Vermächtnisses an einen Gatten in einem nach code civil zu beurteilenden **E. als Ausschluß des gesetzlichen Erbrechts oder Verzicht auf dasselbe 3 1, 585, 649.** — analoge Anwendung des § 2069 (Ersatzberufung des Abkömmlings) bei Wegfall eines nur vom vorverstorbenen Gatten abstammenden Kindes nach Vertragserrichtung **3 1, 612, 613** (f. **6 564**). — Vorbehalt des Erblassers bzgl. der Verfügung über die den Gatten nicht zugewendete Nachlasshälfte **6 565.** — einseitige Verfügungen, Bedenken eines Dritten in einem gegenseitigen Erbvertrag **1 2, 289.**

Wirkung. — Vermögensverfügungen des Erblassers unter Lebenden; fraudulose Veräußerungen **1 2, 287; 5 591.** — verschleierte Schenkungen des Erblassers; Verpflegungsvertrag **1 2, 287.** — Schenkungsverprechen des Erblassers; Erfüllungszweigerung des Erben nach Ablauf der dreijährigen Frist des § 2287 **1 2, 287.** — analoge Anwendung des § 2280 auf Erbvertrag zwischen Geschwistern **4 517.** — analoge Anwendung des § 2287 auf korrelative Testamente **6 566.** — Erbvertrag zwischen Ehegatten, in dem das Erbrecht des Überlebenden abweichend vom Gesetz geregelt ist, als Erbverzicht? **4 524.** — Schutz des Vermächtnisnehmers gegen den Erblasser (§ 2288): Wert im Sinne des § 2288 **1 2, 287.** — Wirkung des **E. auf letztwillige Verfügungen; Vorbehalt testamentarischer Beschränkung des Vertragserben im **E. 1 2, 287; nach Abschluß des **E. errichtete letztwillige Verfügung 1 2, 287; 5 591.******

Ansetzung f. Testament. — vor 1900 geschlossener Vertrag **2 1, 735; 3 1, 616.** — Wirkung der Ansetzung des Geschäfts, mit Rücksicht auf das der Erbvertrag geschlossen wurde **1 2, 286.** — Wirkung der Ansetzung, § 142 BGB. **2 1, 735.** — Voraussetzungen und Form **1 2, 287.** — Ansetzung durch den dem Erblasser ledigl. a. annehmend gegenüberstehenden **2 1, 734.** — Empfänger der Ansetzung **1 2, 287.** — Anwendung des § 17 Abs. 2 FGG. auf d. Berechnung der Ansetzungsfrist **7 990.** — irrite Unterschreibung **2 1, 50.** — irrthümliche Übergabung eines den Erbfall nicht erlebenden Pflichtteilsberechtigten **1 2, 287.** — Übergabung der pflichtteils-

(Erbvertrag)

berechtigten, zweiten Ehefrau **12**, 287; **31**, 616. — nachträglicher Wegfall des Grundbes der Pflichttheilsentziehung **21**, 735. — Form der Bestätigung eines ansehbaren **E. 12**, 287; **21**, 735.

Nachträglich eintretende Unwirksamkeit. — bei Getrenntleben der Gatten **5591**. — bei Tod des Bedachten vor dem Erblasser **21**, 735. — bei Nichtigkeit der Verfügung des einen Theils in einem gegenseitigen Erbvertrage **4518**.

Aufhebung. — Rücktritt, Anwendung des § 130 BGB. **653**. — Widerruf durch Zurücknahme des amtlich verwahrten Erbvertrags? **31**, 643. — Zustimmung dritter im Vertrag Bedachter **12**, 288. — Einfluß des Getrenntlebens der Ehegatten **5591**. — Aufhebung eines gegenseitigen **E.**; muß der Überlebende im Fall des § 2298 Abs. 2 auch das durch einseitige Verfügung von Todes wegen Zugewendete ausschlagen **21**, 735; **4517**. — zwingende Natur des § 2298 Abs. 2 Satz 3 **4517**. — Bedeutung des § 2298 Abs. 3 als Auslegungsregel **4517**. — Aufhebung der in einem Erbvertrag getroffenen einseitigen Verfügungen in e. Ehe- und Erbvertrag **21**, 735.

Aufhebung durch Vertrag **12**, 288. — amtliche Verwahrung des Aufhebungsvertrags **12**, 288. — Form bei Verbindung der Aufhebung mit einem Ehevertrag **12**, 288; **21**, 735. — geschäftsunfähig gewordene Erblasser **12**, 288.

Aufhebung durch Testament. — nachträgliche od. vorherige Zustimmung des Gegners **12**, 287, 288. — Zustimmung des allein mit dem aufzuhebenden Vermächtnis Belasteten **12**, 288.

Aufhebung durch gemeinschaftliches Testament. — Aufhebung eines vor Eheabschluß errichteten Erbvertrags **21**, 735; **6566**. — beschränkt geschäftsfähiger Ehegatte; Mitwirkung des gesetzlichen Vertreters? **12**, 288. — Genehmigung des wechselseitigen Testaments durch den Gatten nach erlangter Geschäftsfähigkeit **12**, 288. — Aufhebung einer einzelnen Verfügung des Erbvertrags **12**, 288.

Rücktritt. — Rücktritt von dem Geschäft, mit Rücksicht auf das der Erbvertrag geschlossen wurde **12**, 289. — Feststellungsfreit über Rücktrittsberechtigung vor Erbfall **21**, 735. — Rücktrittsrecht des Vertragsgegners **12**, 289 (s. **21**, 734). — Rücktritt wegen Wegfalls der vertragsmäßigen Unterhaltspflicht des Gegners, wenn der Unterhaltsvertrag nicht im Erbvertrag, sondern in besonderer Urkunde verlaubar ist **5591** s. **4517**.

Ablieferung u. Eröffnung s. Testament. — vor 1900 errichtete Eheverträge mit letztw. Verfügungen **4513**. — nicht in amtliche Verwahrung gebrachte oder offene Erbverträge; Ablieferungspflicht der Notare **12**, 286, 290; **21**, 736; **4518**. — Nichtverfübung der in einem Erbvertrag zwischen Ehegatten von dem überlebenden über seinen der-einstigen Nachlaß mit einem Dritten getroffenen Vertragsbestimmungen **5591**; **4518**. — mit einem anderen Vertrag verbundener **E. 21**, 736. — wenn sich die Parteien den Vertrag zurückgeben ließen, so daß bloß das Protokoll vorliegt **21**, 736. — gültig wieder aufgehobene **E. 21**, 736. — Rückgabe des Erbvertrags nach Eröffnung **21**, 736, 781 (an Notar); **31**, 650 (an die Vertragschließenden); **31**, 643 (vom Notar ausgenommene, nicht in besondere amtliche Verwahrung gebrachte Erbverträge, Rückgabe an den Notar?). — Eröffnung u. Wiederverwahrung der zweiseitigen, bei einem anderen als dem Nachlaßgericht verwahrten Erbverträge **31**, 644. — Eröffnung eines mit den Akten eines verstorbenen Notars in die Verwahrung des Amtsgerichts übergegangenener Erbvertrags **5588**.

Erbverzicht.

Übergangsrecht **21**, 812. — Erbentfügungsvertrag des § 649 I. 12 ABG; Anwendung des Art. 217 GGWB. **21**, 813. — Verhältnis von Art. 213 zu Art. 217 GGWB. **21**, 813. — Aufhebung eines altrechtlichen Erbverzichtsvertrags nach 1900 **21**, 813. — Einfluß eines altrechtl. Erb-V. auf die Berechnung des Pflichttheils **21**, 813. — Anwendung des Art. 217 GGWB. auf den vom Erben mit einem Miterben geschlossenen Verzichtsvertrag? **5636**. — Vorvertrag über Abschluß eines Erbverzichts; Form **12**, 302. — **E. u. Vertrag** nach § 312 Abs. 2 **5217**. — mündliche Genehmigung eines vom beschränkt Geschäftsfähigen in vorgeschriebener Form geschlossenen Erbverzichtsvertrags nach erlangter Geschäftsfähigkeit **12**, 301. — **E.** bei nicht gleichzeitigem Erscheinen vom Erblasser u. Erben vor dem Notar **6573**; **7567**, 1029. — gegenseitige Bedingtheit des Erbverzichts u. des Abfindungsvertrags **4524**. — obervormundschaftliche Genehmigung der im Erbverzicht vom Erblasser gewährten Abfindung **12**, 301. — Erbvertrag zwischen Ehegatten, in dem das Erbrecht des Überlebenden vom Gesetz abweichend geregelt ist, als Erbverzicht **4524** (2). — Wirkung eines Verzichts auf die Abstammlinge des Verzichtenden im Fall des § 2352? **6573**. — Ablieferung u. Publikation von Erbverzichtsverträgen **12**, 301. — Prozeß-

vergleich über Erbverzicht **12**, 302. — Konversion beim **E. 11**, 87. — Anfechtung des Verzichts auf eine künftige Erbschaft durch die Gläubiger **21**, 747. — Verzicht auf das gesetzliche Erbrecht mit Vorbehalt des Pflichtteilsrechtes **21**, 747; **12**, 301. — Erstreckung des Verzichts auf die durch den Wegfall eines Miterben eintretende Erweiterung des Erbteils **21**, 747. — Verzicht auf das gesetzliche Erb- u. das Pflichtteilsrecht durch Abschluß eines Erbvertrags **12**, 301. — Verzicht zugunsten bestimmter Personen oder gegen Abfindung als Erbschaftsannahme? **5** 556 (f. **12**, 211; **31**, 586). — Unwirksamkeit des **E.**, der nur zugunsten einer bestimmten Person wirken soll, bei Nichterreichen dieses Zieles **6** 573. — Erbverzicht des Fiskus **31**, 584. — Wiederaufhebungsvertrag eines Erbverzichts auf eine testamentarische oder ervertragsmäßige Zuwendung **12**, 302. — Anordnung des Erblassers, daß von einem noch nicht beseitigten Erbverzicht abgesehen werden soll **21**, 747. — Einfluß des **E.** auf eine ervertragsmäßige Verfügung **12**, 302.

Erbzinsherr. — Löschung eines ihm vertragsmäßig vorbehaltenen Vorkaufsrechtes mit Baubefchränkung (pr. Recht) **22**, 426.

Erfinderehre i. Etablissementserfindungen. — Schutz der **E. 6** 1084.

Erfindung f. Patent. — Anspruch d. Dienstherrn auf **E. d. Angestellten** f. Etablissementserfindung.

Erfüllung f. Anrechnung, Ablösungsrecht, Erfüllungsübernahme, Leistung, Nichterfüllung, Unmöglichkeit, Unvermögen, Zahlung Zug um Zug. — Leistung an **E. statt** f. Hingabe an **E. statt**. — Einrede d. nicht erfüllten Vertrags f. *exceptio non (rite) impleti contractus*. — nach dem **1. I. 00** erfolgende **E.** eines vorher geschlossenen Schuldverhältnisses **12**, 416; **21**, 786 (für Form u. Wirkung maßgebendes Recht); **31**, 692; **5** 625; **6** 593, 594. — Anwendung d. § 366 bei Leistungen auf vor 1900 entstandene Schuldverhältnisse **12**, 417; **31**, 693. — rechtl. Natur **11**, 264; **5** 74, 150. — **E.** von der Leistung getrenntes Rechtsgeschäft **5** 150; **6** 153, 154. — Vertragsnatur **6** 153. — **E. d. Leistensollens** nicht **E. d. Schuld** **5** 78. — **E. u. Zweckerreichung** **7** 171. — Natur der **E.** durch Herstellung bei Schadensersatzobligationen **31**, 174. — Natur d. *causa solvendi* **21**, 230. — **E. swillen** **6** 154. — **E. negativer** Obligationen **5** 150. — freiwillige u. Zwangs-**E.** **5** 149. — Recht z. **E.** durch Leistung an einen Dritten (§ 362 II) **5** 150. — Haftung f. **E.** nach § 276 **11**, 187; **21**, 186; **31**, 129; **4** 106; **5** 111. — Begriff d. Annahme als **E.** (§ 363) **11**, 207, 266; **31**, 174; **4** 129. — Wirkung der An-

nahme als **E.**; Verzicht auf ein Recht? **6** 154. — kein Erlöschen der Nebenansprüche durch vorbehaltlose Annahme d. **E.** d. Hauptanpr. **21**, 230. — mangelhafte **E.** „unvollständige“ **E. i. S. d. §** 363 **31**, 174; **5** 150; **6** 154. — § 462 als Anwendungsfall d. § 336 **31**, 174. — Anwendung des § 363 im Mietrecht **31**, 174. — Abnahme als **E. 11**, 266. — § 363 auf d. Fall mangelhafter **E.** wegen Fehlens zugesicherter Eigensch. anwendbar **5** 150. — Annahme der durch die Post oder e. Boten überbrachten Gelder als **E. annahme**? **6** 155. — Ausschluß der Einrede des nicht erfüllten Vertrags durch Annahme e. Leistung als **E. 6** 155. — Rückweisung e. Zahlung oder Gutschrift im Giroverkehr **6** 154. — Bedeutung d. Annahme „unter Vorbehalt“ **11**, 267. — **E.** unter Vorbehalt **11**, 265 f.; **21**, 230; **4** 131. — Übernahme e. Hypothek auf den Kaufpreis an **E. statt** oder erfüllungs halber? **7** 172. — Beweislast **11**, 266. — Beweislast (§ 363) **31**, 174; **4** 132; **6** 154; **155**. — Beweislast bei nicht richtiger **E. 31**, 71. — Annahme e. mangelhaften Ware als **E.**, Beweislast **7** 171. — Beweislast bei Behauptung d. Käufers, daß die Ware vertragswidrig an einen Dritten ausgeliefert worden sei **7** 171. — **E.** durch Dritte: Untergang d. Obligation **6** 130. — *condictio indebiti* des dritten Erfüllenden gegen den Gläubiger oder gegen den Schuldner? **7** 118. — **E. e. formlosen** Schenkung durch Dritte **7** 118. — **E. seitens** e. Dritten (§ 267) durch Hinterlegung **6** 110. — Bankier als erfüllender Dritter beim Vintulationsgeschäft **6** 110. — seitens des Dritten d. h. Aufrechnung **6** 110. — Identität der Leistung Voraussetzung für **E. seitens** des Dritten **6** 110. — durch einen von mehreren Mitschuldnern als **E.** durch einen Dritten nach § 269 Abs. 3 BGB. ? **7** 119. — Rückgriffsrecht d. e. fremde Verbindlichkeit Erfüllenden; Unterschied der §§ 774, 1143, 1125, 268, 1249 **7** 118.

Solutio in causa adjectus **11**, 246, 266.

Erfüllungsgeschäft f. Leistungsgeschäft. — ausschließliches **E. i. S. d. §** 181 BGB. **21**, 88 (f. Selbstkontrahieren).

Erfüllungshilfe f. Hilfsperson.

Erfüllungsinteresse **11**, 114.

Erfüllungsort f. a. Gerichtsstand, Stillschweigen, Handelsklauseln.

Allgemeines. — internationales Privatrecht **7** 579. — § 270 BGB. ergänzender Rechtsakt, keine Anwendung bei Vorliegen besonderer Partei- oder Gesetzesbestimmung **7** 121. — Übergangsrecht **21**, 784. — Inkongruenz zwischen § 269 BGB. u. § 29 BFD. **11**, 175. — Maßgeblichkeit d. am **E.** geltenden Rechts für e. Schuld-

(Erfüllungsort)

verhältnis **2 1, 165.** — Ablieferungsort u. **§ 3 1, 115; 6 111.** — E. u. Wollzugsort **6 110.** — Vereinbarung e. E. als Vereinbarung e. ausschließlichen Gerichtsstandes **2 1, 165.** — Vereinbarung, daß ein Ort für beide Teile E. sein soll, als Vereinbarung der Schaffung e. Gerichtsstandes für alle aus dem Vertrag entstehenden Streitigkeiten **7 732.** — Vereinbarung, daß Schuldner am Wohnsitz des Gläubigers zahlen soll, als Vereinbarung e. E. **7 6 113.** — Vereinbarung e. Zahlungsortes oder Vereinbarung e. E. **7 732.** — Vereinbarung **4 98** (s. unten). — Bestimmung durch d. Umstände trotz Vertragsabreden **1 1, 175.** — Vordruck auf Briefformularen (s. Stillschweigen) **7 661.** — Beweislast für die Vereinbarung e. E. **3 1, 115.** — Geldübermittlungspflicht u. E. **7 121.** — näherer E. innerhalb e. Ortes **2 1, 165.** — „Ort des Wohnsitzes“ im Sinne des **§ 269 7 119.** — Verlegung d. ursprünglich vereinbarten E. (beim Dienstvertrag) **2 1, 333.** — E. bei räumlicher Trennung e. gewerblichen Niederlassung u. Wohnung **1 1, 176.** — vereinbarter E. u. Ort d. Übergabe u. Abnahme der Waren **1 1, 175.** — dauernde Geschäftsstelle ohne Begründung e. gewerblichen Niederlassung **7 120.**

E i n z e l f ä l l e. — bei Übernahme d. Übersendungspflicht **7 121.** — bei Gesamtschuldverhältnissen **7 121.** — E. für Unterlassung **1 3, 25; 2 1, 165; 4 98; 5 104; 7 119.** — E. f. Schadensersatzlagen **6 111; 7 120** (Schadensanspruch d. Käufers). — Schulübernahme **6 113.** — Vertragsstrafe aus einem Konkurrenzverbot **7 733.** — E. bei Zug-um-Zug-Leistung **4 122.** — verschiedene E. für die Leistungen aus gegenseitigen Verträgen **6 139; 7 575.** — Einrede des nicht erfüllten Vertrags **7 121.** — Konkurrenzverbot mit Strafversprechen **7 119, 120.** — Aufrechnung bei Forderungen mit verschiedenen E. (Anwendung d. **§ 254** Abs. 2 **BGB.** auf d. Fälle d. **§ 391** Abs. 1 **BGB.**) **2 1, 242; 3 1, 182.** — E. für Ansprüche d. Reffionars gegen den Bedenten aus **§§ 433, 437 BGB.** **1 1, 176.** — E. für Quittungsleistung **2 1, 165; 3 1, 174, 177.** — E. bei Bürgschaftsvertrag **1 1, 432, 434; 3 1, 117; 5 105** (s. Bürgschaft); **7 120, 733.** — E. für die Abfindungsleistungen aus e. bauerlichen Gutsüberlassungsvertrag **2 1, 225.** — Einfluß d. Übernahme d. Versendungskosten durch d. Verkäufer **7 199.** — beiderseitiger Handelskauf **3 1, 118; 3 2, 74.** — Zahlungsverpflichtung d. Käufers **6 113.** — Abnahmepflicht d. Käufers **1 1, 175, 176, 340; 6 111.** — Übergabepflicht des Verkäufers **1 1, 340; 3 1, 213.** — Rücklieferung d. Probe beim Kauf nach

Probe **7 120.** — beim Verkauf in das Haus **2 1, 166; 3 1, 117.** — Anzahlung bei Auflassung **6 113.** — E. für die aus d. Wandelung sich ergebenden Verpflichtungen bei Kauf **1 1, 175, 348; 1 2, 23; 2 1, 166; 3 1, 115, 117, 220; 3 2, 347, 348; 7 120, 732, 733.** — E. für die Rückgewähr d. sine causa gezahlten Kaufpreises **1 1, 177.** — Klage auf Minderung **3 2, 348; 6 112** (internationales Recht). — vereinbarte E. für die in den Bereich d. Schlüsselgewalt d. Frau fallenden Rechtsverhältnisse **7 731.** — Vergütungspflicht d. Werkbestellers **2 1, 381.** — Werkvertrag **4 98.** — Bezahlung v. Ausbesserungsarbeiten **7 120.** — Vertrag über ärztliche Behandlung **2 1, 166.** — für die Lagergeldschuld beim Lagergeschäft **1 1, 176; 7 675.** — Transport von Umzugsut **7 120.** — Rückzahlung e. Darlehens **6 112.** — E. für Zahlung d. Mietzinses **4 98, 176; 5 105, 207; 7 119.** — E. für die Verpflichtung aus **§ 589** Abs. 3 **BGB.** **4 185.** — E. für die Zinszahlungspflicht d. Hypothekenschuldners **5 105.** — E. für die Verpflichtungen aus d. Verwahrungsvertrag **1 1, 414.** — E. bei Deliktobligationen **1 1, 176.** — E. für die Wechselobligationen **3 1, 116; 5 105.** — vereinbarter E. im Giroverkehr **2 1, 167; 3 1, 118.** — E. bei Anweisung zur Zahlung per Kasse oder per Bank **3 1, 118.** — Saldoforderung **1 1, 175.** — Verpflichtung nach **§ 2** **PreStempStG.** **7 121.** — Hypothekbestellung **7 120.** — Duldungspflicht d. Ehemanns (**§ 739** **BPD.**) **7 733** (s. Zwangsvollstreckung). — E. bei Insektionsvertrag mit Zeitung **2 1, 166.** — Pflicht zur Versendung von Verlags-exemplaren **6 113.** — E. bei abstraktem Schuldanerkenntnis **6 288.** — E. für die Verpflichtung e. Reisenden **5 105; 6 112.** — E. für die Verpflichtung d. Kommittent. gegenüber dem Kommissionar **1 1, 175; 7 120.** — E. für die Ansprüche d. Schiffsgläubiger **1 1, 176.** — E. bei Verlagsvertrag mit einem Ausländer **2 1, 166.** — unfrankierte Versendung des Leistungsgegenstandes vom E. aus **1 1, 177.** — Gefahrtragung bei Frankolieferung nach e. anderen Orte mangels e. vereinbarten oder gesetzlichen E. **1 1, 177.** — Verkauf schwimmender Waren **6 112.** — bei Anfechtung eines Kaufvertrags **1 3, 23.** — Gattungskauf: Abnahme bei Distanzkauf **1 3, 24.** — Schadensersatz wegen Nichterfüllung **1 3, 23; 3 2, 348; 7 120.** — Schadensersatz wegen nicht gehöriger Erfüllung **1 3, 24.** — Rückgabe einer Sicherheit wegen Nichtigkeit des Vertrages **1 3, 24.** — Zahlung mittels Wechsels ändert den Zahlungsort nicht **4 618.** — Einfluß des **§ 274** **BGB.** (Retentionsrecht) **7 126.** — Regreppflicht der Aufsichtsratsmitglieder **3 2,**

349. — Eisenbahntransportvertrag 4 669. — des Einlagerers beim Lagergeschäft 2 2, 228. — bei Klausel „bahnfrei“ oder „netto Kasse Zug um Zug“ 7 732 (s. Handelsklausel). — für Verfasser u. Verleger aus dem Verlagsvertrag 3 2, 679. — für Emissions- u. Einführungsgehäfte von Wertpapieren 5 700. — Vertragsverlegung in bezug auf d. E. 5 108.

Stillschweigende Vereinbarung 3 1, 117; 5 104 (s. Stillschweigen, Rechnung, Bestätigungsschreiben, Kommissionsnoten, Preislisten). — durch einseitigen Fakturenvermerk 2 2, 198, 199 (bei sortgesetzten Bestellungen); 3 2, 349; 4 669; 5 752; 3 2, 78; 7 732. — Vermerk in Kommissionskopien 2 2, 199; 3 2, 78, 79. — Vermerk in Katalogen 2 2, 199; 3 2, 79. — Vertragsabschluß nach vorheriger Zusendung der Geschäftsbedingungen 2 2, 199, 200 (Zusendung bei früheren Gelegenheiten); 3 2, 79 (Zusendung abgeänderter Geschäftsbedingungen während der Geschäftsverbindung); 2 1, 165; 3 1, 116; 5 104; 6 111. — bei Verträgen mit einer Versicherung, Transport- u. dgl. Anstalt, die ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen veröffentlicht hat 2 2, 199; 3 2, 79. — Vermerk auf Kostenanschlägen 2 2, 199; 3 2, 349; 4 669; 5 752. — Vermerk in Fakturen, Bestätigungsschreiben u. Schlußnoten 2 2, 198 (nach vorherigem telegraphischen Vertragsabschluß); 5 104, 752; 4 669; 3 2, 77, 78; 1 1, 165, 176 f.; 2 1, 165; 3 1, 116; 6 113; 7 119, 731, 732. — durch gedruckte Lieferungsbedingung vorgeschlagene u. vom Gegenpartei angenommenen Änderung des geschäftl. E. im Zweifel nur auf d. E. des Verkäufers zu beziehen 6 687. — Vereinbarung d. Eintreffens d. Maschine an e. bestimmten Tag am Wohnsitz des Bestellers als Vereinbarung e. E.? 7 119. — Vereinbarung d. Zahlung d. Miete in d. Wohnung d. Vermieters als Vereinbarung e. E.? 7 119.

Erfüllungsübernahme s. Vertrag zugunsten Dritter. — E. u. Schuldübernahme 1 1, 314, 317 ff.; 2 1, 260; 3 1, 203; 4 151; 5 172, 174. — E. als abstraktes Schuldbversprechen (§ 780) 1 1, 252; 2 1, 224; 3 1, 166. — E. u. Recht zur Erfüllung an einen Dritten nach § 362 Abs. 2 5 150. — Übernahme der Verpflichtung zur Alimentierung eines unehelichen Kindes durch dessen Mutter 3 1, 202. — Leistungsort des Erfüllungsübernehmers 6 149. — unmittelbares Recht des Gläubigers gegen den Übernehmer 6 148, 149; 7 166 (bei E. „um die Sache ohne Nachteil für den Gläubiger zu regeln“).

Erfüllungsverzug s. Schuldnerverzug.

Erfüllungszeit s. Leistungszeit.

Ergänzungsnormen. — Beweislast 5 70, 71.

bei Jahrg. 1—3 = Band und Seite.

Erlaß s. pactum de non petendo. — Übergangstragen 1 1, 296; 3 1, 186. — Begriff und Wesen 2 1, 248; 3 1, 184 f. — E. u. Verzicht 2 1, 248; 3 1, 184. — E. u. Vergleich 3 1, 184. — E. u. Quittung 3 1, 184; 5 157; 6 163. — z. Zweck der Schenkung 1 1, 359; 2 1, 249. — Erfordernisse des Zustandekommens eines E.-Vertrags 2 1, 248; 3 1, 185, 187. — Bestehenbleiben einer Naturalobligation nach E. 4 140. — *condictio sine causa* bei grundlosem E. 2 1, 249; 3 1, 185; 6 163 (Beweislast). — E.-Vertrag des volljährig gewordenen Mündels mit dem Vormund betr. Rechnungslegung 1 1, 296. — Entlassung eines Bürgen nur durch Vertrag des Bürgen mit dem Gläubiger 1 1, 296. — E. im passiven Gesamtschuldverhältnis (§ 423) 1 1, 332 f.; 4 153; 5 182. — Vermerk: „ab laut Faktura . . M.“ in einem Konto-Auszug 7 176. — Vereinbarung, jemanden aus seiner Wechselunterschrift nicht materiell in Anspruch zu nehmen (s. Wechsel) 7 176.

Erlöbigung. — eines Streitiges vor Klagezustellung; Beitreiben der Kosten 1 3, 112 (s. Prozeßkosten). — teilweise E. der Klage zw. Einreichung u. Zustellung; Einfluß auf die Zuständigkeit 1 3, 18, 113; (vgl. Zuständigkeit).

Erlös s. Zwangsversteigerung.

Ermächtigung s. Einwilligung, Vollmacht. — E. u. Vollmacht, Unterschied 2 1, 83. — E. im Sinne der §§ 112, 113 BGB. 1 1, 63, 64; 2 1, 44 (s. Minderjährige).

Errungenschaftsgemeinschaft 5 475. — Begriff s. „Errungenschaft“ u. d. „Einkommens“ 5 475. — vor 1900 eingegangene E. in Preußen; Abtretung eines Sondergrundstückes an die E. 2 1, 801 (s. 4 547). — Ehevertrag auf Einführung d. E. mit Rückwirkung 4 386; 5 477; 6 465. — vertragl. Bestimmung d. Zeitpunkt, von dem ab die E. beginnen soll 6 465. — E. mit Gütertrennung? 4 386. — vertragliche Konstituierung einzelner Gegenstände (Grundstücke) des eingebrachten Gutes zum Gesamtgut 2 1, 629; 6 468. — Errungenschaft, wenn mehrere Tatsachen chronologisch den Erwerb bestimmen (Verkauf, Auflassung, Fälligkeit d. Preises) 5 475. — suspensiv bedingter Erwerb 6 470. — Eintragung e. vom Mann allein erworbenen Grundstücks auf seinen Namen allein? 1 2, 53; 2 1, 629 (s. 7 484). — Erwerbsgeschäft u. Erwerb daraus 6 470. — Erwerb der Frau als Handelsgesellschafterin; Abhebung d. Jahresgewinns durch den Mann? 1 2, 59. — Forderungen der Frau aus einem Fuhrgeschäft 3 1, 482. — Hochzeitsgeschenke 2 1, 629 (s. diese). — Gehalt u. Pension e. Gatten 1 2, 59. — Erwerb e. Grundstücks seitens e. in E. lebenden Miterben bei der z. Zwecke der Auseinandersetzung erfolgten Versteige-

(Erfungenschaftsgemeinschaft)

Erung 1 2, 59. — vor Eintritt der E. an die Frau unter Bestimmung als Vorbehalt gemachte Zumenbung 1 2, 59. — fortlaufende Bezüge; Teilung pro rata temporis? 5 475. — Renten 5 476. — Erwerb durch Schenkungen 2 1, 629; 6 470. — Lebensversicherung d. Eheleute 5 476; 6 470. — Schenkungen e. Gatten an das Gesamtgut 1 2, 59; 2 1, 629. — Aussteuer 2 1, 629. — Erwerb des Mannes aus Gewerbebetrieb mit Vorbehaltsgut der Frau Gesamtgut 2 1, 629. — von der Ehefrau durch ansehbare Geschäft Erlangtes 5 476. — Anwendung der Vermutung des § 1527, wenn ein Grundstück auf den Namen eines Gatten eingetragen ist? 1 2, 59. — Vermutung des § 1527 bei übergeleiteter Ehe 6 470. — Surrogationsprinzip des § 1524 bezügl. des eingetragten Gutes 4 386; 5 475, 476. — Surrogation bei Erwerbsgeschäft 5 476. — Ausnahmen von der Gesamtvererbungsregel; Sondererwerb 5 475. — Verfügung der Ehegatten über einen Nachlassanteil 4 492. — Schenkungen aus dem Gesamtgut 1 2, 59. — Hypotheken e. Gatten an e. Gesamtgutzgrundstück 6 470. — Prozeßkostenverschußpflicht des Mannes 1 2, 59; 3 1, 481 (f. Chemann). — Zusammenstellung der das Gesamt- bzw. eingebrachte oder Vorbehaltsgut treffenden Verbindlichkeiten 3 1, 482. — Bestandsaufnahme der Massen; Klage auf Anerkennung des vom Kläger selbst aufgestellten Verzeichnisses 1 2, 59. — Haftung d. Gesamtguts für Verbindlichkeiten der Frau, die bezügl. des eingebrachten Gutes nach §§ 1406, 1407, 1525 Abs. 2 entstanden sind? 1 2, 59. — Klage der Frau auf Wiederherstellung der E. während d. Konturtes d. Mannes 2 1, 629. — Abänderung der E. in Gütertrennung als entgeltlicher Vertrag 4 386. — Recht auf Aufhebung der E. nach § 1542 4 381. — Rechtsverhältnisse nach dem Tode eines Gatten bis zur Auseinandersetzung; Erbengemeinschaft an dem Anteilsrecht d. Erblassers am Gesamtgut, Umschreibung e. Grundstücks auf die Erben 4 386; 5 476.

Erfarberbe. — Rechtsnatur der Erfarberberbung; Unterschied von der Nacherbsfolge 3 1, 619. — Verhältnis zu Transmissaren des Instituten 2 1, 714. — Eintritt bei Ausschlagung seitens der Erben des Instituten 2 1, 714. — Tod des E. nach Erbfall, aber vor Wegfall des Vorberufenen 3 1, 620. — E. f. gesetzliche Erben 3 1, 620. — Geltung des Sazes substitutus substituto est substitutus instituto 3 1, 620. — Umfang des Erbschaftserwerbs des E.; Lasten, Vermächtnisse, Auflagen 3 1, 620. — Ausdehnung einer der Erbscheinung zugefügten Bedingung auf den E.? 3 1, 620. — Teilung bei Einsetzung von Erben

und Fremden als E. 3 1, 620. — Verhältnis zum Anwartschaftsrecht bei Einsetzung eines E. für mehrere Erben 3 1, 620. — E. eines E. 6 547. — E. e. Nacherben; Wegfall des Nacherben und Eintritt d. Nacherbsfolge 7 545.

Erfscheinen, persönliches, der Partei. — Anordnung durch beauftragten oder ersuchten Richter 1 3, 73.

Erfschöpfungsrede d. Erben f. Erbenschaftung.

Erfsikung. — keine E. d. Namens 3 1, 4. A. E. des Eigentums an beweglichen Sachen.

Erfsordernisse. — Eigenbesitz; Begründung durch const. possessorium? 1 1, 605. — Geschäftsfähigkeit des Erfsikenden erforderlich? 1 1, 606; 4 335 f. — Vertretung bei der E.? 1 1, 606. — E. trotz Veräußerungsverbot? trotz Vermögensbeschlagnahme nach § 332 StP.D.? 1 1, 606. — guter Glaube 1 1, 606. — guter Glaube beim Erfsbesitz des besitzenden Erbschaftsbesizers 1 1, 607. — Eigentumserwerb durch E. nicht gehindert durch die irrtige Annahme, die Sache sei mit Rechten Dritter belastet 1 1, 606. — E. des Eigentums an einem Sparkassenbuch? 1 1, 606. **Erfsikungszzeit.** — Beginn und Hemmung 1 1, 606. — Unterbrechung: Fortsetzung durch mittelbaren Besitz; Besitzaufgabe infolge Irrtums über den Gegenstand oder Zwanges; Wiedererlangung durch verbotene Eigenmacht 1 1, 606. — Unterbrechung durch Pfändung? durch Widerspruchsklage nach § 771 StP.D. gegen den Pfändungspfandgläubiger? 2 1, 554. — Besitzaufgabe kraft einer ansehbaren u. angefochtenen Übertragungserklärung durch Veräußerung unt. auslösender Bedingung 3 1, 418. — Beseitigung der Wirkung der Unterbrechung, Anwendung der Vorschriften über die Verjährung 6 385. — Anrechnung der E.zeit eines Dritten; nicht Rechtsnachfolge in dessen E.klage 1 1, 607. — Anrechnung der Zeit bis zum Eintritt einer auflösenden Bedingung zugunsten des Rückverbers? 3 1, 418. — E.besitz des Erbschaftsbesizers, guter Glaube, Bollenbung der E.zeit beim Erbschaftsbesitzer 1 1, 607.

Folgen der E. — bei Mitbesizern Eigentumserwerb entsprechend den Besitzquoten 1 1, 606. — kein Anspruch auf Ausgleichung der durch E. erfolgten Vermögensveränderung 1 1, 606.

B. E. des Eigentums an Grundstücken durch den nicht eingetragenen Eigenbesitzer 1 1, 579 (Voraussetzungen des Aufgebotsverfahrens; welche Tatsachen vom Antragsteller glaubhaft zu machen? keine Nachprüfung des Ausschlußurteils durch das Grundbuchamt; rechtl. Natur u. Sicherung des durch Ausschluß-

urteil begründeten Rechtes; Recht der Übergangszeit); 4 331 (Aufgebotsverfahren gegen einen von mehreren eingetragenen Eigentümern); 5 404; 6 382 (Eintragung als Eigentümer auf Grund des Ausschlußurtheiles nicht ohne Einwilligung des Dritten, dessen Recht im Urteil vorbehalten ist). — E. an nicht eintragungspflichtigen Grundstücken, Übergangsrecht 2 1, 795.

C. E. von Rechten an Grundstücke n. — E. Sberechtigung des Mißbrauchs u. Wohnungsberechtigten 1 1, 549. — E. gegenüber dem Anspruch des Eigentümers auf Befreiung von Einwirkungen 5 397.

Ersther f. Zwangsversteigerung. — der bisherige Eigentümer als E. des zwangsversteigerten Grundstücks, Eintragung ins Grundbuch 6 1042. — Aufrechnungsrecht d. E. bezügl. d. Erlöses? f. Aufrechnung.

Ersther Richter f. Beweisaufnahme, die einzelnen Beweismittel, Rechtshilfe.

Ertrag f. Frucht. — Begriff 1 1, 57.

Ertragsfähigkeit als Eigenschaft nach § 119 BGB. 3 1, 37; 4 30, 31, 32 (f. Eigenschaft). — als Eigenschaft e. Grundstücks nach § 459 Abs. 2 BGB. 1 1, 346; 5 192 (f. Kauf).

Erwerb. — derivativer E., Begriff 1 1, 515. — der E. auf Grund des öffentl. Glaubens des Grundbuches ursprünglicher, nicht abgeleiteter E. 3 1, 401.

Erwerbansicht. — Haftung nach § 823 BGB. f. Schädigung e. E. 1 1, 465; 3 1, 344; 6 304, 305 (vgl. unerlaubte Handlungen §§ 823—826).

Erwbsgeschäft f. die einzelnen Güterstände, Handelsfrau. — eines ehelichen Kindes (§ 1641) f. Vormundschaftsgericht unter Aufsicht über die Eltern. — von e. Kinde selbständig ohne Ermächtigung d. Vaters oder Gerichts betrieben E. f. Kindesvermögen. — e. Minderjährigen (§ 112 BGB.) f. Minderjährige.

Erwbsverbot. — öffentlich-rechtl. 1 1, 185.

Erzeugnisse f. Hypothek unter Gegenstand d. Hyp., Früchte. — Eigentümsverw hieran f. Eigentum, Erwerb u. Verlust des E. an beweglichen Sachen.

Erziehungsrecht f. elterliche Gewalt. — Verträge alten Rechtes über d. E. für den Scheidungsfall 4 47. — Geldannahme f. d. Abtretung d. E. durch den Vater 3 1, 47.

Erzwingbarkeit f. Rechtszwang.

Etablissemterfindungen 7 234 ff., 1104 ff. (f. Angestellte u. Patentrecht). — Anspruch d. Dienstherrn auf Übertragung 2 1, 332; 3 1, 250 f.; 4 193; 5 226; 6 228; 7 244. — E.-E. in Staatsbetrieben 6 1084. — Weigerung d. Übertragung u. Erfindung auf den Prinzipal als Entlassungsgrund 4 968. — Anmeldung d. E.-E. auf den Namen d. Frau d. Erfinders zur Benachteiligung d. Prinzipals 7 55. — Ver-

sprechen, künftige Erfindungen zu übertragen, gegen § 138 BGB. verstößend? 7 51. — Reformvorschlüge 7 244, 245. — Träger d. Urheberrechtes 7 244. — dem Angestellten für E.-E. zugesicherte Vergütung unter § 61 Ziff. 1 R.D. fallend? 7 244. — Verrat von E.-E. seitens d. Erfinders unter § 8 UrnB.G. fallend 7 1062.

Eventualantrag (f. Klageantrag, Verbindung) 4 94. — Entscheidung über Prinzipal- u. Eventualantrag in getrennten Urteilen? 1 3, 133. — ausdrückliche Verbescheidung des E. in der Urteilsformel 1 3, 133. — Abweisung des Prinzipalantrags wegen Unzuständigkeit des Gerichts; Prüfung des für den Fall der Nichterweisbarkeit des prinzipialen Antrags gestellten E. 3 2, 344. — Unterschied zw. Alternativ- u. E.-A. 6 780. — eventuelle Klagenhäufung (Stützen des gleichen Begehrens auf verschiedene rechtliche u. tatsächliche Gründe); prozesshindernde Einrede nur gegen einen der Klagegründe? 6 800. — Verbindung der Vertragsklage auf Herausgabe mit dem E. auf Wertersatz 6 131. — E. auf Geldersatz nach §§ 280, 325 BGB. 3 1, 141. — Kostenpflicht (§ 96 ZP.D.), wenn bei eventuell verbundenen Anträgen nur nach dem geringeren E. erkannt wird 7 756. — Teilurteil bei eventuell verbundenen Anträgen über d. Prinzipalantrag 7 799. — im Urteil ausdrückliche Abweisung d. Prinzipalantrags bei Zuerkennen des E. nötig? 7 799. — Umfang d. Zulässigkeit von E.-A.; auf ein aliud oder minus gehender, oder durch e. anderen Tatbestand begründeter E. 7 781. — Antrag auf Beurteilung eines anderen Beflagten, falls die Klage gegen den ersten Beflagten abgewiesen wird? 7 781.

Eventualaufrechnung f. Aufrechnung.

Eventualmaxime 1 3, 84.

Ewiggelber. — Zurückweisung verwaister E. in München an eine örtl. Stiftung 5 964.

exceptio doli (f. Auslegung, Treu u. Glauben) 1 1, 73; 6 93 ff. — Verhältnis zu § 826 3 1, 362; 4 288; 6 318. — unter den Voraussetzungen des § 226 BGB. anerkannt 1 1, 134; 3 1, 69. — Umfang ihrer Zulässigkeit 7 358. — zum Schutz gegen die Privatautonomie 2 1, 122. — Zulässigkeit aus § 242 1 1, 96, 150; 2 1, 122; 3 1, 54, 84; 4 68; 5 52. — bei Verhinderung d. Zugangs einer Willenserklärung 3 1, 84; 4 69; 6 94. — gegenüber dem Verlangen der Gegenleistung 5 132. — Gewährleistungseinrede als exc. d. 2 1, 285. — exc. d. gegen die Geltendmachung der Nichtigkeit mündlicher Vertragsänderungen 4 35. 7 358. — gegenüber der Klage des Vorbestkäufer auf Löschung d. Kaufpreishypothek 4 44 (f. Vorbest, ungerechtf. Bereicherung). — § 338 als Folge der exc. d. 1 1, 254. —

(exceptio doli)

einzelne Anwendungsfälle 1 1, 151; 2 1, 123; 3 1, 85; 4 70; 5 84. — gegenüber der Immissionsklage des sein Grundstück zum Teil an einen bestimmten Betrieb Veräußernden 6 95. — Geldendmachung e. Anfechtungsrechtes im Prozesse als exc. d. 1 1, 114. — gegen die Klage aus einem wegen Irrtums anfechtbaren, aber nicht unvorzüglich angefochtenen Geschäft 1 1, 71, 72. — des vollstreckenden Gläubigers bei Intervention eines solidarisch mit dem Ehegandus haftenden Mitschuldners 3 1, 207. — der Drittschuldner gegen den die überwiesene Forderung trotz Untergang der eigenen Forderung gegen den Schuldner einlagenden Gläubiger 2 1, 254. — des debitor cessus gegen den nur zur Einziehung der Forderung ermächtigten Fessionar im Fall des Widerrufs der Legitimation durch den Redenten 2 1, 123, 252, 255; 3 1, 191 f. — Begründung des Anspruchs auf Genehmigung e. Vollmachtsüberschreitung mit d. exc. d. 6 94. — gegenüber dem sich auf e. Formmangel Berufenden, der ihn selbst verschuldet hat 6 52; 7 98, 99. — gegenüber der Klausel in e. schriftlichen Vertrag, daß alle Abänderungen schriftlich sein müßten, wenn Kläger selbst am Unterlassen der schriftl. Abfassung schuld ist 7 358. — gegenüber d. Verjährungseinrede (s. Verjährung) 7 99, 358, 359 (2). — gegenüber dem Einwand der Wechselverjährung 7 358.

exceptio ex iure tertii. — Fälle der Zulässigkeit 2 1, 115; 3 1, 64, 79, 80. — Einwand d. beklagten Tierhalters, daß der Heilungsaufwand bereits durch den unterhaltspflichtigen Vater d. Verletzten geleistet sei 6 110. — exc. non numeratae pecuniae als Einrede aus dem Rechte e. Dritten 2 115. — Einrede des Beklagten, daß die begehrte Verurteilung in das Recht e. Dritten eingreifen wird 7 808.

exceptio non impleti contractus s. Erfüllung. — Wesen 1 1, 225; 2 1, 119. —

Verhältnis zu den Rechten aus § 326 BGB. 6 140. — in Konkurrenz mit den abzüglichten Ansprüchen 2 1, 275; 3 1, 219; 4 159. — Fälligkeit der Gegenforderung 2 1, 168. — Art d. Wirkung d. Geldendmachung d. Einrede 1 1, 231; 2 1, 216. — auch bei Bewirkung d. Gegenleistung in nicht gehöriger Art 1 1, 224; 2 1, 214. — nur bezüglich e. „Gegenleistung“ 1 1, 225, 226; 2 1, 215; 4 123. — bei Ablehnung der Gegenleistung 3 1, 158; 5 135. — bei Unmöglichkeit d. Erfüllung der ausstehenden Leistung ausgeschlossen 1 1, 225; 6 140; 7 155. — auch nach Verjährung des Leistungsanspruchs erhebbar 1 1, 225. — Unzulässigkeit d. Einrede bei Mangelentdeckung nach Annahme der Ware 6 140. — bei Abtretung d. Gegenleistungsanspruchs 4 123. — beim Zufessiblieferungsvortrag 1 1, 226; 5 134; 7 156. — des Dienstberechtigten (Arbeitgebers) 3 1, 158; 5 134. — beim Werkvertrag 2 1, 376; 3 1, 269; 5 134, 246; 6 140; 7 155. — Replik der Arglist gegenüber der Einrede beim Werkvertrag, wenn der Besteller im Laufe des Prozesses das Reparaturanerbieten zurückwies 6 140. — beim Mäckervertrag 5 134. — beim Miet- u. Pachtvertrag 5 134. — beim Gesellschaftsvertrag 1 1, 225. — Beweislast 3 1, 15 f. — exc. non rite impleti contractus 1 1, 224; 3 1, 71. — des Bestellers aus einem Werkvertrag 2 1, 376; 3 1, 269; 5 246. — keine definitive Klageabweisung wegen nicht gehöriger Erfüllung des Vertrags 5 135.

Expeditionskorps in Ostasien s. Militärpersonen.

expromissio. — Vertrag des § 414 als e. 1 1, 314.

Exterritorialität. — freiwillige Unterwerfung eines Landesherrn unter die Gerichtsbarkeit eines anderen Bundesstaates (durch Klagerhebung, Eintritt in den Militärdienst) 1 3, 1. — Unterwerfung Exterritorier unter Gemeinderichte 1 3, 6 und 20.

F.

Fabrik s. Arbeitsordnung. — Begriff 4 557 (s. unlauterer Wettbewerb); 5 21. — Begriffsmerkmale: Arbeitsteilung, Beteiligung d. Unternehmers an der Arbeit, Zahl der Arbeiter, Größe der Arbeitsräume, Verwendung von Maschinen, Umfang der Warenerzeugung, schablonenhafte Massenproduktion, Arbeiten auf Vorrat, Aufsicht über die Arbeiter durch besondere Betriebsleiter; gemeinsame Arbeitsstätte 4 969, 970. — Druckerei als Fabrik 4 970. — Kommunalverband als Fabrikant 4 972. — Anfertigen fertiger

Konfektion bei Zuschneiden in d. Betriebsräumen, Nähen durch Heimarbeiter 4 970. — Baugewerbe als Fabrikbetrieb 4 557, 970. — Verhältnis von Fabrik u. Handwerk 4 953 (vgl. Handwerk). — Lohnbücher und Arbeitszettel in Fabriken (§ 114 a GewD.) 4 958. — Wohnbeibehaltung nach § 119 a GewD. in Fabriken 4 959. — Arbeiterschutz; Anwendung des § 134 a—h auf landwirtschaftliche Nebengewerbe, auf Fabriken mit weniger als 20 Arbeitern 4 971. — Begriff i. Sinne d. § 135 GewD., Falzen e. Zeitung; Etiketten-

Seite Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

annähren Fabrikbetrieb? 4 973. — Haftung f. Fabrikunfälle nach § 823 BGB. 4 296 (vgl. unerlaubte Handlung). — Unfall spielender Kinder auf Fabrikgleisen 7 136. — Bureaueinrichtung als Zubehör 3 1, 29; 5 26. — Dampffessel, Reservessel als Zubehör 1 1, 56 (f. Zubehör). — Vereinbarung d. Warenlieferung aus e. bestimmten Fabrik; Bestimmung des Schuldners bei Abbrennen 5 110.

Fabrikarbeiter f. gewerbl. Arbeiter; Arbeitsordnung. — Begriff 4 971. — Lehrlinge als F. 4 969. — Lageristinnen 4 969. — Beschäftigung „im Fabrikgebäude“ nötig? 4 971. — nur während eines Teiles des Tages beschäftigte Arbeiter 4 971, 972. — mit persönlichen Dienstleistungen beschäftigte Hilfspersonen 4 971. — in der Fabrik beschäftigte Strafgefangene 4 971, 972. — Lohnverwirkung bei F.; Verhältnis des § 394 BGB. zu § 134 Abs. 2 GewD. 4 970. — Lohnverwirkung; Begriff des rückständigen Lohnes nach § 134 Abs. 2 GewD. 4 970. — Arbeiterschutz; Anwendung des § 134 a—h nur für Fabriken m. mindestens 20 Arbeitern 4 971. — Lohn, Arbeitszeit, Austritt u. Entlassung f. Arbeitsordnung. — Pflicht des Gewerbetreibenden z. Vergewisserung über d. Alter e. Arbeiters 4 973. — ihren Eltern bei der Lohnarbeit behilfliche Kinder unter § 135 GewD. fallend 4 973. — Begriff der Fabrik i. Sinne des § 135; Falzen der Zeitung als Fabrikbetrieb; Annähren von Etiketten kein Fabrikbetrieb 4 973. — Verlegen d. Arbeitspausen für jugendliche F. 4 973. — Beschäftigung von Arbeiterinnen am Sonnabend nach 5½ Uhr mit Arbeiten, die zu Hause vorgenommen werden können? 4 973, 974.

Fabrikaffen. — Fabrikpensionskasse 7 234 (f. Arbeitsvertrag, Dienstvertrag). — im Eigentum d. Fabrik stehende Wohnfahrtskaffe; rechtliche Natur 7 289.

Fachverein. — als sozialpolitischer Verein 1 1, 43.

facultas alternativa. — Wesen 2 1, 158 f.; 4 93; 5 101 ff. — aktive u. passive f. a. 2 1, 158 f. — f. a. u. Alternativobligation 1 1, 169. — f. a. u. indirekte Verpflichtung 3 1, 79. — f. a. des Schuldners e. sog. Verpflichtung mit beschränkter Haftung 5 76. — Klagenantrag mit Einräumung d. f. a. 4 94, 95; 5 102. — des Gläubigers (Sufzessivschuld) u. f. a. des Schuldners 5 101. — Annahmeverzug bei d. f. a. 2 1, 203. — Aufrechnung auf Grund e. f. a. zulässig 2 1, 240. — f. a. des Gläubigers bei vom Schuldner zu vertretender teilweiser Unmöglichkeit 1 1, 198. — f. a. des § 249 Satz 2 2 1, 136. — Kauf mit Umtauschklausel als Kauf m. f. a. 5 201. — f. a. im § 251 Abs. 2 2 1, 137; 3 1, 90. — § 340 ein Fall d. f. a.? 5 148.

— Ausübung d. f. a., Erfüllung nicht datio in solutum 1 1, 268. — Befugnisse d. Gläubigers aus § 325 als f. a. 1 1, 234; 2 1, 218. — Recht des Gläubigers z. Rücktritt oder auf Schadensersatz wegen Nichterfüllung (im § 325 u. a.) als f. a. 5 134. — Vereinbarung, daß „von dem Rechnungsbetrage 1/5 in Hypotheken in Zahlung genommen werde nach Auswahl des Klägers?“ 5 131. — Wahlrecht aus § 281 e. f. a.? 1 1, 199; 2 1, 195; 3 1, 142. — Beweislast für das Vorliegen e. f. a. 3 1, 112. — Beispiele u. Fälle: 1 1, 169, 199, 234, 268; 2 1, 136, 137, 159, 195, 218; 3 1, 90, 142; 5 103, 131, 134, 148, 201.

Fahrtgut f. Eisenbahn, Straßenbahn, Automobil, Tierhalter. — Unfall des aus Gefälligkeit mitgenommenen F. 5 97, 341; 6 302; 7 144, 349, 350. — Verweigerung der Vorzeigung des Billets; Recht der Bahn 3 1, 85. — Mitnahme aus Gefälligkeit Wertvertrags? 7 259, 277.

Fahrtarte f. Eisenbahn, Straßenbahn. — rechtlicher Charakter 3 1, 176. — Straßenbahnfahrtarte 2 2, 253; 3 1, 322. — Eisenbahnfahrtarte f. Eisenbahn. — Abonnementfahrtarten 3 1, 322. — Zahlung bei Verlust der Fahrtarte als Vertragsstrafe 3 1, 169.

Fahrlässigkeit f. culpa, Verschulden, Sorgfalt, Kausalzusammenhang, konf. Verschulden, Haftpflicht unter eigenes Verschulden, unerlaubte Handlung. — Begriff 1 1, 186, 461; 2 1, 185; 3 1, 126, 339; 4 103, 105, 264; 5 110, 111. — Voraussehbarkeit des Erfolges 1 1, 474; 2 1, 491; 3 1, 337, 339, 376, 377; 4 268; 5 325, 328. — Grenze von Vorfall und Fahrlässigkeit 2 1, 181; 3 1, 126. — grobe Fahrlässigkeit 3 1, 134; 4 104; 7 128. — bewußte u. unbewußte F. 2 1, 183; 3 1, 126. — diligens quam suis 4 108. — diligens paterfamilias 2 1, 183; 3 1, 129; 4 104. — Fahrlässigkeit u. Kennenmüssen 4 33. — Diligenzpflicht u. Verkehrssitte 1 1, 187; 2 1, 186; 3 1, 128; 4 103. — Art u. Maß der erforderlichen Sorgfalt; Prinzipien, Begriff, Auslegung 1 1, 186; 2 1, 183 ff., 186; 3 1, 127 ff.; 4 104, 105 f.; 5 111, 112. — Unterscheidung zw. öffentlichem u. privatem Verkehr f. das Maß der Diligenzpflicht 1 1, 186; 2 1, 185. — „im Verkehr übliche“ oder „vom Verkehr erforderliche“ Sorgfalt? 1 1, 461; 3 1, 367; 5 325; 7 128. — keine Berücksichtigung eingereifener Unfiten 2 1, 186; 3 1, 128; 3 2, 139; 5 1031, 1032; eines Schlenndrians 4 103, 105; 6 122; eines Mißbrauchs 3 1, 128, 129; eines Aberglaubens 2 1, 190. — Bestehenlassen einer zwar bei nicht ordnungsgemäßer, nicht aber bei ordnungsmäßiger Behandlung gefährdenden Einrichtung 3 2, 140. — Art u. Maß der bei einer Berufstätigkeit auf-

(Fahrlässigkeit)

zuwendenden Sorgfalt **3 1, 128.** — entschuldbarer Irrtum schließt *F.* aus **1 1, 461; 5 111, 326.** — Nichtüberdenken einer entfernten Möglichkeit **5 325; 7, 128, 352.** — Ausschluß der Haftung für grobe Fahrlässigkeit im voraus **1 1, 187; 7 132.** — Ausschließbarkeit u. Modifikation der Haftung wegen *F.* **3 1, 127, 134; 4 105, 106.** — objektiver Maßstab; Berücksichtigung der einzelnen Individualitäten? **7 128.** — Beurteilung nach Art des zu sichernden Verkehrs **7 129.** — von mehreren gemeinsam vorgenommene Verrichtung **7 129.** — erhöhte Betriebsvorsicht (Automobil, Motorräder) **7 129.** — Schußwaffen **4 265; 7 130.** — Schiffahrtsbetrieb **7 130.** — Ausschluß d. Haftung für grobe Fahrlässigkeit unsittlich? **7 132.** — unrichtige Wahl zwischen zwei möglich scheinenden Auswegen **3 1, 339.** — Fahrlässigkeit Jugendlichen **4 264.** — Nichttaunmusterung e. bössartigen Pferdes aus e. Gestüt **1 1, 187.** — Mofetunter-suchung des Vermieters **1 1, 188.** — fahr-lässige Körperverletzung eines Dritten durch Herabellen über eine Hausstreppe **5 325.** — Diligenzpflicht des Arztes **2 1, 189.** — Übersteigen einer Bauneis mit geladenem Gewehr **6 301.** — Lieferung mangelhafter Sachen **1 1, 187.** — Vertrauen auf einen zuverlässigen Angestellten **1 1, 467.** — Fahrlässigkeit bei Überschreiten der Notwehr **6 302** (s. Notwehr). — Intervention u. *F.* **5 115.** — Wesensgleichheit der Fahrlässigkeit nach § 823 mit der des § 276 **1 1, 186; 2 1, 185, 186; 3 1, 127; 5 111.** — keine allgemeine Schadensersatzpflicht (außerhalb Vertrags) auf Grund fahrlässigen Handelns **3 1, 131; 5 330.**

Fahrnisgemeinschaft. — Abmachung, daß das ganze gegenwärtige u. zukünftige Vermögen der Frau Vorbehaltsgut sein solle **1 2, 59.** — Abtretung e. z. Gesamtgut gehörenden, s. beide Gatten ein-tragenden Hypothek; Legitimationsnachweis gegenüber dem Grundbuchamt **1 2, 60.** — Umfang der Haftung des Mannes für eine der Frau obliegende gesetzliche Unterhaltspflicht **1 2, 60.** — in Mobilien oder Geld umgesetzte Anteile e. Gatten als Miterbe an den zur Erbschaft gehörenden Immobilien eingebrachtes Gut? **1 2, 60; 2 1, 630.** — vom Ehemann, der einen Anteil eines Grundstücks vor der Ehe besaß, nach Eintritt der *F.* hinzugekaufter anderer Anteil Gesamtgut oder eingebrachtes Gut? **1 2, 60.** — Vor-schußpflicht des Mannes in Prozessen der Frau **2 1, 629** (s. Ehemann). — Erwerb e. Grundstücks in der Weise, daß das Eigentum allein in das Gesamtgut fällt, der Nießbrauch jedem Gatten persönlich zusteht **6 470.** —

Erwerb e. Grundstücks f. d. Gesamtgut; ausdrückliche Erklärung nötig? **3 1, 483; 3 2, 155.** — Auflassung des Ehegatten mit Antrag auf Eintragung zur ideellen Hälfte **5 476.** — eingebrachtes Gut bei fortgesetzter *F.*? **4 386.** — furrogation **4 386; 6 470.** — Geltendmachung eines Pflichtenanspruchs der Frau durch den Ehemann **1 2, 291.** — samtverbindliche Haftung des Mannes persönlich u. mit dem Gesamtgut für einen gegen die Frau als Erbin gerichteten Pflichtenanspruch **1 2, 291.** — Verfügung der Ehegatten über einen Nachlassanteil **4 492** (wenn Grundstücke zum Nachlaß gehören). — Aufhebung der *F.* durch einstweilige Verfügung **6 470.** — Ablehnung der vereinbarten fortgesetzten *F.* seitens d. Über-treibenden **6 471; 7 484.**

Fahrstuhlfälle (s. unerlaubte Handlung) **7 103.** — Haftung d. Vermieters s. e. Fahrstuhlfall **5 207.** — *F.*-Unfall im Ballhaus **3 1, 140.**

Fakturen s. Rechnung. — Vermerk auf österreichischen Fakturen: „zahlbar u. klag-bar in N.“ als Vereinbarung e. Erfüllungsortes **6 750.** — Übersendung der Faktura kein Angebot der Ware **1 1, 209.** — Fak-turenankauf **1 1, 176; 2 1, 165; 3 1, 116; 5 104.**

Fälligkeit s. Anspruch, Kapital, Leistungszeit, Mahnung, Wechsel. — Begriff **1 1, 178; 2 1, 167.** — *F.* im Sinne des § 273 **1 1, 179; 2 1, 170; 5 107.** — *F.* durch § 193 nicht berührt **5 59.** — *F.* u. „Ausnahme-eintreden“ **2 1, 169.** — Vertragskauf des Eintritts d. *F.* e. Forderung bei nicht pünktlicher Zinszahlung **1 1, 189; 256** (s. Zinsen). — *F.* d. Leistungen aus e. gegenseitigen Vertrag **2 1, 168.** — *F.* d. Kaufpreises bei Distanzgeschäft **1 1, 178.** — Fälligkeit e. Schadenersatzforderung aus e. Unfall **1 1, 127.** — *F.* der Abfindung aus e. bäuerl. Gutzüberlassungsvertrag **2 1, 224.** — Klagestellung vor Fälligkeit; Eintritt der Fälligkeit zur Zeit des Urteils (s. Darlehen) **7 232.** — Eintritt im Lauf des Prozesses, in Berufungs- oder Revisionsinstanz; Kostenentscheidung **1 3, 90; 3 2, 379, 507; 5 766, 791** (vgl. Prozeßkosten § 92). — *F.* e. Hypothek, Grundschuld oder Rentenschuld.; Wirksamkeit gegenüber dem Ersther **2 2, 373; 3 2, 301.**

falsa demonstratio. — Begriff **7 42** (s. Auslegung). — non nocet **5 40.** — bei Beurkundung v. Grundstücksveräußerungen **3 1, 153; 4 120, 121; 5 130; 6 135; 7 148** (s. Form des Immobiliervertrags).

falsus procurator s. a. Vertretungsmacht, Vollmacht, Geschäftsführung ohne Auf-trag, Prozeßbevollmächtigter. — § 140 BGB. bei einem unter Vollmachtsüber-schreitung abgeschlossenen Rechtsgeschäft **7 61.**

Bei Verträgen. — Rechtsgrund d. Haftung des f. pr. nach § 179 **1 1**, 103. — Umfang der Haftung des f. pr. **2 1**, 86. — Schadenserfaß des § 179 Abs. 1 **2 1**, 87; **3 1**, 59, 89; **4 55**. — Wahl des Gegners zw. Anspr. auf Erfüllung u. auf Schadenserfaß **3 1**, 112. — Haftung d. f. pr. für die Kosten des vom Gegenkontrahenten gegen den Vertretenen geführten Prozesses **7 85**, 738. — Verurteilung d. f. pr. in die Kosten e. von ihm geführten Prozesses **3 2**, 372; **5 760**; **7 748**. — von e. Ehepartner für sich u. zugleich für seine Frau ohne Vollmacht der letzteren eingegangene Verpflichtung **7 85**. — Berechnung des Vertrauensinteresses d. § 179 Abs. 2 **2 1**, 87; **3 1**, 60; **6 75/76**. — Beweislast nach § 179 **1 1**, 113; **2 1**, 87; **5 57**. — Anwendung d. § 179 auf den dinglichen Einigungsvertrag **6 75**. — Genehmigung der Vertretenen zu Verträgen des f. pr. muß unbedingt sein **3 1**, 59. — Wirkung der Genehmigung des Aktibbeteiligten ex tunc, des Passivbeteiligten ex nunc **6 75**. — Widerruf nach § 178 trotz Kenntnis des Dritten vom Mangel der Vertretungsmacht bei formloser Immobilienvereinigung **6 75**. — Anwendung des § 166 BGB., nachträgliche Genehmigung der Handlung eines f. p. **7 78**. — Unterschied der Genehmigung des Vertretenen von e. Vollmachtserteilung **7 85**. — Verweigerung der Genehmigung einer Vollmachtsüberschreitung trotz Bereitschaft des Dritten, das Geschäft nach Maßgabe der Vollmacht zu erfüllen, unzulässig? **6 75**. — Vorschlag einer neuen Vertragsbedingung als Widerruf nach § 178? **6 75**. — Widerwortsrecht des anderen Teils nach § 185 Abs. 2 **6 78**. — Stellung bei sachenthl. Einigung; Verhältnis von §§ 873 u. 185 Abs. 2 **6 78**. — Konvaleszenz nach § 185 Abs. 2 im Fall der Beerbung, wenn der Erbe zwar nicht unbeschränkt haftet, der Nachlaß aber auch nicht überschuldet ist **6 78**. — Anwendung des § 185 Abs. 2 bei Kündigung durch f. pr. **6 79**.

Bei einseitigen Rechtsgeschäften. — einseitige Rechtsgeschäfte durch d. f. pr. **2 1**, 87; **3 1**, 60. — Abgabe e. verpflichtenden Erklärung durch den f. pr. **4 55**. — „Verfügung“ im Sinne des § 185 BGB. **7 88**.

Familienfideikommiß. — Fortdauer der Vorschriften d. Alt. **2 1**, 766. — Bestellung einer Pflegschaft; Zuständigkeit in Preußen **1 2**, 392; **2 1**, 766. — Anwendung des § 32 BGB. auf Pflegschaft f. F. **1 2**, 392. — Nachfolgerecht vor 1900 erzeugter Brautkinder in Sachsen **2 1**, 765. — keine Anwendung d. § 1804 BGB. auf preussische F. **2 1**, 766. — partikulärrechtl. Gerichtskosten f. Beaufsichtigung **3 1**, 679. — was kann Gegenstand e. F. sein? (nicht dauernd

fruchttragende Sachen) **5 616**. — Auseinanderlegung zwischen Fideikommißfolger u. Allobialerben über die Nutzung u. Lasten; Anwendung des BGB. **6 588**. — Fortdauer der §§ 26, 27 BGB. Erbitt; Genehmigung z. Aufnahme eines Fideikommißkapitals **6 588**. — für Revenuenhypotheken anzuwendendes Recht **6 588**. — Begründung von Revenuenhypotheken nach 1900 **2 1**, 796. — Erzwingung d. Errichtung durch d. Staat bei Einverständnis sämtlicher Erben über die Nichterrichtung? **3 1**, 629.

Familienname s. Name.

Familienrat. — bei unehelichen Kindern möglich? **1 2**, 189. — einseitlicher F. über mehrere Geschwister **3 1**, 566. — provisorische Maßregeln vor Einsetzung **1 2**, 190. — vor 1900 in Rheinprovinz u. Preußen bestellter F. **1 2**, 451.

Einsetzung. — Antrag bei Vorhandensein mehrerer Vormünder **1 2**, 189; **3 1**, 566. — Antragsrecht d. Mündels oder seines Ehegatten? **3 1**, 566. — Antragsrecht des Pflegers nach § 1909? **3 1**, 566; **4 463**. — Antrag e. beschränkt Geschäftsfähigen **2 1**, 691; **4 463**. — keine Einsetzung v. Amts wegen **1 2**, 189; **3 1**, 566. — trotz Mangels e. Antrags erfolgte Einsetzung **1 2**, 189; **3 1**, 566. — Beschwerde des Vormunds gegen die Einsetzung **3 2**, 199 (s. Beschwerde). — wann ist Anlaß zur Einsetzung eines F. gegeben; für die Bestellung maßgebendes Interesse des Mündels; Begriff **2 1**, 691; **5 456**. — Bestellung zwecks Bemessung der Unterstützungen an arme Verwandte **2 1**, 691. — Einsetzung nur für eine Ergänzungspflegschaft (§ 1909)? **3 1**, 566; **4 463 (2)**; **5 546**. — Form der Bestellung **1 2**, 190. — Verpflichtung der Erbschaftsglieder **1 2**, 190. — Beginn der Wirksamkeit d. Einsetzung **3 1**, 566. — Beschwerde bei Ablehnung des Einsetzungsantrags **3 1**, 566; **7 525** (Beschwerderecht d. Gegenvormunds).

Zusammensetzung. — Überschreitung der Höchstzahl **3 1**, 566; **4 463**; **5 546**. — Auswahlrecht des Richters bei Benennung von mehr als 6 Personen seitens des Vaters? **1 2**, 189; **3 1**, 566; **4 464**. — Übergehung eines Berufenen wegen Vorliegens des Tatbestandes der §§ 1783, 1784? **4 464**. — analoge Anwendung der §§ 1780—1784? **4 464**. — Bestimmung einer Höchst- oder Mindestzahl durch die Eltern? **3 1**, 566. — Adoptionsrecht des F. **3 1**, 566. — Auswahl e. nicht Benannten durch das Gericht oder d. F. **7 525**. — Dauer des Amtes e. Erbschaftsgliedes **1 2**, 189 (s. **5 546**). — keine Bestimmung der Reihenfolge d. Erbschaftsglieder im Falle des § 1863 Abs. 3 **1 2**, 190. — Bestellung von mehr als 2 Erbschaftsgliedern **4 464**; **5 546**. — Bestellung von

(Familienrat)

Ersatzmitgliedern bei Vorhandensein von mehr als 2 ordentlichen Mitgliedern 4 464. — Neuwahl eines ordentlichen Mitgliedes trotz Vorhandenseins eines Ersatzmitgliedes? 1 2, 189; 5 546. — keine Befugnis des Vorsitzenden nach § 1864 bei dauern dem Wegfall e. Mitgliedes 1 2, 190. — Bestellung e. zeitweiligen Mitgliedes nach § 1864 trotz Fehlens der Voraussetzungen; Beschwerde 3 1, 566. — Amtsdauer der zeitweiligen Mitglieder nach § 1864; Entlassung nötig? 3 1, 566; 4 464. — Frauen als Mitglieder; eheherrliche Zustimmung? 1 2, 190.

Rechtl. Stellung und Tätigkeit. — Umfang seiner Kompetenz 3 1, 567. — Erstreckung d. Zuständigkeit auf die Ergänzungspflegschaft nach § 1909 3 1, 566; 4 463. — Zuständigkeit d. nur f. eine Pflegschaft eingesezten F. 5 546. — Mitwirken von mehr als 6 Mitgliedern bei einem Beschlusse 3 1, 566; 4 463 (f. 5 546). — Bestellung des Vormunds Sache des Vorsitzenden? 1 2, 190; 5 546. — irrthümliche Bestellung des Vormunds durch das Gericht 5 546. — Androhung u. Verhängung v. Ordnungsstrafen; Zuständigkeit des Vorsitzenden? 1 2, 190. — Volljährigkeitserklärung 3 1, 567. — Erziehung d. Zustimmungserklärung e. bevormundeten Frau? 3 1, 567. — Anwesenheit d. Vormunds bei Beschlusfassungen des F. 1 2, 190. — Mitwirkung eines unfähigen oder ungültig bestellten Mitgliedes bei einem Beschlusse 1 2, 190; 3 1, 567. — Ablehnung d. Vollzugs gesetzwidriger Beschlusse seitens d. Vormunds? 1 2, 190. — schriftlich gefasste Beschlusse 2 1, 691; 3 1, 567; 4 464. — trotz fehlender Beschlusfähigkeit gefasste Beschlusse 3 1, 567. — Verweigerung d. Abstimmung wegen nicht rechtzeitiger Mittheilung der Tagesordnung 1 2, 190. — Pflicht zur Abstimmung nach Ablehnung des von dem Mitglied gestellten Vertragssantrags 1 2, 190. — Ordnungsstrafen nach § 1875; rechtl. Natur 1 2, 190. — vorherige Androhung d. Ordnungsstrafe nach § 1875 nötig? 1 2, 190; 4 464. — Verurtheilen e. säumigen Mitgliedes in die durch die Unterlassung verursachten Kosten 2 1, 691. — Zuständigkeit d. Vorsitzenden zur Entscheidung, ob ein säumiges Mitglied genügend entschuldigt ist 3 1, 567. — Verlangen der durch die Unterlassung verursachten Kosten oder des Schadens von dem säumigen Mitglied seitens des Mündels, wenn eine Verurteilung des Säumigen nach § 1875 nicht erfolgte 3 1, 567; 4 464. — Aufsicht d. Gemeindevorstandes? 2 1, 690. — Nicht-angehen des Vormundschaftsgerichts auf e. Anregung des F. 1 2, 182/183.

Endigung. — Aufhebung des nach § 1859

eingesezten F. wegen Fortfalls des Interesses d. Mündels an seinem Bestehen 2 1, 691. — Austritt eines Mitgliedes wegen der ihm „unangenehmen“ Person eines anderen Mitgliedes? 1 2, 190/191; 4 464. — Entlassung e. Mitgliedes wider seinen Willen 1 2, 191.

Familienstiftung. — Begriff; sukzessive u. gemischte F. 1 1, 47. — Verfassungsänderung; Verweigerung d. Zustimmung seitens einzelner Familienmitglieder 5 65. — Aufsicht über F., Vorstandbestellung, Streitigkeiten über die Vorstandschafft 2 1, 24; 3 1, 23; 4 19. — F. zur Sicherstellung des überlebenden Gatten 4 17. — Ausfertigung eines gerichtl. Legitimationszeugnisses für den Kurator einer der Aufsicht d. Gerichts nicht unterstehenden F. 1 2, 315.

Feiertage f. Fristen. — F. im Sinne des § 222 ZPO. 7 774. — F. nach § 222 ZPO. in der Pfalz 6 789. — Königs Geburtstag in Bayern 6 788. — Abzug vom Wochenlohn für die F. 2 1, 217; 5 136. — Klagerhebung an e. F. 5 59. — z. Auslegung des § 193 BGB. 7 88. — F. als letzter Tag f. d. Anzeigefrist d. Versicherungsnehmers gegenüber dem Versicherer 7 88. — Fronleichnam als Feiertag nach § 222 ZPO. in d. Pfalz, in der Rheinprovinz? 7 774. — Johannistag in München 7 774.

Feilbieten. — Begriff nach § 55 GewD. 4 947. — Begriff nach § 59 Ziff. 1 GewD. 4 950. — F. im Umhertragen (§ 69 GewD.) 4 951.

Feldschaden. — durch Übertritt von Tieren; Verlust des Ersatzanspruchs bei eigenem Verschulden der Beschädigten 2 1, 150 (f. Tierhalter, Wildschaden). — Teilung d. Ersatzgeldes bei Schädigung mehrerer 2 1, 263. — alternatives Recht d. Verletzten auf Ersatzgeld oder Schadenersatz 2 1, 162.

Fensterputzen. — Unfall 3 1, 102, 259; 4 199 (f. Diensthote, Miete).

Ferienfache vgl. Gerichtsferien. — Erklärung einer Sache als F. ohne Antrag? 1 3, 13. — Schadensprozesse bei Gefahr der Schadenserhöhung während des Rechtsstreites 1 3, 13. — Wirkung der ohne Erklärung als F. in den Ferien vorgenommenen Handlungen 3 2, 335. — Erklärung einer einzelnen Prozeßhandlung als F. 3 2, 335. — stillschweigender Antrag auf Erklärung als F. 3 2, 335. — Feuerforderung des Schiffsmannes 3 2, 335. — in ordentlichem Verfahren geltend gemachte Wechselansprüche 4 662; 5 746; 6 737. — Armenrechtsgesuch de lege ferenda 6 737. — die Zwangsvollstreckung vorbereitende Beschlusse: Beschluß über Erteilung e. vollstreckbaren Ausfertigung 6 737. — Verkündung v. Urteilen in Nicht-F. 4 662.

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

— Klage nach §§ 767, 771 ZPO. Z.?
6 854. — der Beschluß muß nicht durch die Ferienkammer erfolgen **3 2, 335.** — Gebundensein der Ferienkammer an dem Beschluß einer anderen Kammer **3 2, 335.** — Wirksamkeit des Beschlusses auf Erklärung als Z. für die höhere Instanz? **4 662** (insbesondere bei Inzidentstreiten). — Verstoß gegen §202 ZPO.; Rechtsmittel? **5 745/746.** — Zuständigkeit des Präsidiums zur Bildung der Ferienkammern **3 2, 335.** — Überlassung d. Auswahl e. nach Präsidialbeschluß nicht namentlich bezeichneten Hilfsrichters an den Präsidenten **6 737.**

Ferndrucker s. Willenserklärung, Zugehen. — als Übermittler von Willenserklärungen **3 1, 52.** — Anwendbarkeit des § 130 bei Erklärungen mittels Z. **4 40.**

Feststellungsanspruch. — rechtl. Natur **2 1, 94; 3 1, 63.** — nicht abtretbar **3 1, 195.**

Feststellungsklage.

Allgemeines. — rechtliche Natur **1 3, 94, 101; 3 2, 437.** — Gegenstand d. Feststellungsanspruches **3 2, 438.** — Subsidiarität? **1 3, 103/104.** — Zulässigkeit trotz möglicher Leistungsklage (s. auch unter Einzelfälle) **3 2, 437, 438; 4 689; 5 789** (bei Schadensersatzansprüchen, wenn ein Teil des einheitlichen Schadens schon jezt beziffert werden könnte); **5 789** (Feststellung d. Bestehens eines Mietverhältnisses trotz Möglichkeit, eine Mietrate einzufragen); **5 789** (Feststellungsklage des Miterben, der auf Zahlung an alle Erben klagen könnte); **6 798.** — Einfluß e. Veräußerung d. Streitfache während d. Prozesses **7 784, 788.** — Prüfung der Voraussetzungen von Amts wegen **3 2, 439; 4 689; 5 788.** — Verhältnis z. Klage auf künftige Leistung (s. diese) **2 1, 110.** — aktive und passive Sachlegitimation **5 788** (wenn das festzustellende Rechtsverhältnis nur Rechtskraft für ein anderes schafft); **6 796** (bei dinglichen Rechten; Feststellung, daß einem Dritten ein Recht zustehe). — Übergang in die Leistungsklage **1 3, 105.** — Rechtskraftwirkung e. Urteils, durch das ein Widerspruch gegen e. Nachlaß-Auseinandersetzungsurkunde zurückgewiesen od. die Auseinandersetzung „bestätigt“, „ihre Rechtmäßigkeit feststellt“ oder der Widersprechende zur „Anerkennung“ verurteilt wird **6 796.** — Gerichtsstand **3 1, 115, 117** (bei Z. aus Kauf); **5 105, 789.** — vorläufige Vollstreckbarkeit? **5 789; 6 799.** — Urteil bei Unzulässigkeit d. Z.; keine Abweisung als unzulässig und unbegründet **7 785, 786.** — Berechnung d. Streitwertes **3 2, 439** (s. Streitgegenstand).

Rechtsverhältnis. — Begriff **1 3, 101; 6 796.** — der Vergangenheit angehörende Rechtsverhältnisse **4 689; 6 795, 796.** — künftige Rechtsverhältnisse **3 2,**

439. — bedingte, befristete Rechtsverhältnisse **1 3, 101; 3 2, 439; 5 788, 789; 6 796.** — durch Einreden entkräftbare Rechtsverhältnisse **1 3, 101.** — dingliche Rechte **1 3, 102; 6 796.** — Individualrechte **3 2, 437.** — Verwandtschaft **3 2, 438.** — Echtheit einer Urkunde **3 2, 438.** — das auf einem Schiedsvertrag beruhende Verhältnis **3 2, 438.** — Klagen auf Unterlassung **3 2, 439; 5 67, 789, 790** (s. diese); **6 796.** — reine Rechtsfragen? **3 2, 439; 5 788; 6 796.** — Ansetzungsrechte **1 3, 103; 6 797.** — Fragen der Kündigung, des Widerrufs, des Verzichtes **1 3, 103; 6 796.** — nur einzelne Rechtsbeziehungen e. Rechtsverhältnisses **6 796.**

Rechtliches Interesse. — Begriff **6 797.** — Rechtsbeziehungen dritter Personen **1 3, 103; 6 796.** — Vorhandensein z. B. des Urteils **1 3, 103;** oder z. B. der Klagestellung **3 2, 438; 5 788.** — Antrag auf Klageabweisung u. gleichzeitig Widerklage auf Feststellung des Nichtbestehens des Anspruchs **1 3, 102** (s. **4 693**). — Erhebung eines Teilanspruchs u. Z. bezügl. des ganzen Schuldverhältnisses **1 3, 102.** — Klage gegen den Forderungsprätendenten **1 3, 102; 4 689.** — Vereinfachung eines künftigen, die Feststellung der z. B. noch nicht zu ermittelnden Höhe der klagerten Forderung bezweckenden Prozesses **1 3, 105.** — Möglichkeit d. Leistungsklage **1 3, 105** (bei Erbschaftsklagen); **3 2, 437, 438; 4 689; 7 784, 785.** — Verdunkelung des Rechtsverhältnisses durch Zeitablauf **1 3, 105; 7 783.** — drohende Verjährung **4 689; 7 724, 783.** — rein ökonomisches Interesse **3 2, 438; 6 797.** — Interesse, zu wissen, woran man in Anschauung eines Rechtsverhältnisses ist **4 689; 5 788** (2). — Nichtbeantwortung eines Briefes als Unlaß für negative Z. **4 689.** — Feststellung, daß einem Dritten ein Recht zustehe **6 796.** — Vorbehaltung eines höheren als des Klagenanspruchs in vorbereiteten Schriftstücken; Widerklage auf Feststellen des Nichtbestehens? **5 789.** — Möglichkeit, Prozesse abzuschneiden, Prozeßführung zu vereinfachen, Kosten zu ersparen **3 2, 438.** — Möglichkeit, e. Mehrheit von Rechtsstreitigkeiten oder einer wiederholten Entscheidung über dasselbe Rechtsverhältnis vorzubeugen **6 795.** — Rechtsberühmung oder Rechtsbestreitung Voraussetzung? **1 3, 103; 3 2, 438; 5 788** (2), **789; 6 796** (Berühmen e. dinglichen Rechts), **797.** — Nachholung der unterlassenen Prüfung des Interesses in der Revisionsinstanz **4 689.** — Wegfall des rechtl. Interesses während des Prozesses **3 2, 438; 5 788; 1 3, 103; 6 795, 797; 7 783, 784.** — Wegfall d. rechtl. Interesses durch die im Laufe des Prozesses eintretende Möglichkeit, die Leistungsklage zu erheben? **7 783, 784.** — Wegfall d. rechtl. Interesses

(Feststellungsklage)

durch Abtretung d. Streitgegenstandes während des Prozesses? 7 784. — Überflüssigwerden der Feststellungsklage durch die erhobene Widerklage 6 795. — Wegfall d. Interesses, wenn der Kläger den Anspruch, dessen Nichtbestehen er festgestellt wissen will, im Laufe des Prozesses selbst anerkennt 7 784. — Wegfall d. Interesses durch privatchriftl. Anerkennung des Beklagten im Laufe des Prozesses? 6 797, 798. — bloß abstraktes Interesse 6 797. — begründete Befürchtung der Bereitung ernstlicher Hindernisse seitens des Beklagten 6 797. — Wahl der *§.* nur zur Begründung e. anderen Gerichtsstandes als des für die Leistungsklage gegebenen 6 798. — strafrechtliches Interesse 7 782. — Erschwerung des Beweises bei längerem Hinausschieben d. Klage 7 783. — Möglichkeit anderer Rechtsbehelfe (Widerspruch gegen e. einstweilige Verfügung, Antrag auf Setzung der Frist für die Hauptklage); 7 785. — Möglichkeit e. Klage auf künftige Leistung nach § 257 ZPO? 7 785. — bei Inzident-*§.* rechtl. Interesse an der alsbaldigen Feststellung nötig? 7 791.

Negative Feststellungsklage. — Beweislast 1 3, 106; 7 785. — Klage auf Feststellung, daß ein Anspruch nicht dem Beklagten, sondern dem Kläger zustehe, ist positive *§.* 1 3, 106. — kann an die Stelle des unbegründeten allgemeinen Ausspruchs ein nicht geforderter engerer Ausspruch gesetzt werden 1 3, 106. — negative *§.* nach Zession 4 690. — Rechtshängigkeitswirkung 4 691. — Rechtskraftwirkung bei Abweisung der Klage 5 789 (s. Rechtskraft); 6 799. — Nichtbeantwortung eines Briefes als Anlaß für neg. *§.* 4 869. — negatives Chefeststellungs-urteil 6 796. — Zuerkennen eines minus bei neg. *§.* 1 3, 139; 5 804. — Klage auf Feststellung, daß man dem Gegner nichts schulde, wegen Unbestimmtheit unzulässig 7 785. — neg. *§.* dessen, der für einen anderen Geschäfte geführt u. Rechnung gelegt hat 7 785. — Feststellung d. Nichtbestehens e. Schadensanspruchs, wenn ein Teil der behaupteten Schadensansprüche sich als begründet erweist 7 785.

Einzelfälle s. oben Allgemeines. — Aussteuerforderung der Tochter vor Verheiratung 1 3, 104. — Testamentvollstrecker bei widerstreitenden erbrechtlichen Ansprüchen 1 3, 105. — Absonderungsgläubiger im Konkurse 1 3, 105; 3 2, 438. — Erbschaftsauseinanderziehung, *§.* trotz möglicher Leistungsklage 1 3, 105; 3 2, 437/438; 5 789. — Verübung eines Dritten, daß ihm insolge unrechter Handlungsweise des Beklagten gegenüber dem Kläger ein Entschädigungsanspruch zustehe 1 3, 105. — Weigerung, sich über

eine eventuell eintretende Schadensersatzpflicht zu äußern 1 3, 105. — Feststellung der Unwirksamkeit eines Schiedspruches 3 2, 438. — Feststellung, ob das Verlangen des Ehemanns ein Mißbrauch seines Rechts ist 3 2, 439. — Umfang einer künftigen Zwangsvollstreckung 3 2, 439; 4 690. — Unfallvertragsansprüche 3 2, 439. — Unwirksamkeit einer Erbschaftsentfugung des Beklagten 5 788. — Klage auf Feststellung der Richtigkeit eines Rechtsgeschäftes ohne Interessennachweis, wenn Kläger die Anfechtung, deren Begründetheit er festgestellt wissen will, erst in der Klage erklärt? 4 689. — Feststellung d. Richtigkeit e. Vertragsauslegung 7 782. — Klagepetitum auf Feststellung, daß ein Vertrag geschlossen worden sei, statt auf Feststellung des Rechtsverhältnisses 4 689. — *§.* bei mehrjährigem Vertrag mit wiederkehrenden Leistungen 4 689. — eines Beamten gegen die Behörde auf Feststellung des Beamtenverhältnisses 4 690. — *§.* auf Ungültigkeit eines Unterhaltsvertrages, wenn der Beklagte als Besitzer eines Nachlasses sein Recht hieran nicht nur auf den Vertrag, sondern auch auf ein Testament stützt 4 690. — Feststellung des Annahmeverzugs 1 3, 249. — Schadensfeststellungsklage trotz Möglichkeit, den Schaden teilweise zu beziffern 5 789 (2). — *§.* des gegen Haftpflicht Versicherten gegen die Versicherungsgesellschaft vor Feststellung d. Anspruchs des verletzten Dritten 5 789. — *§.* in Mietverhältnissen 5 207. — bei Möglichkeit der Räumungsklage 5 790. — Unwirksamkeit e. Kündigung d. Mietvertrages 6 796. — Klage auf Feststellung, daß die Zwangsvollstreckung nur bis zu einem bestimmten Betrag zulässig sei bei Zuvollstreckung 4 732. — Berechtigung zum Rücktritt von einem Erbvertrage 2 1, 735. — Unrechtmäßigkeit einer erteilten Kreditauskunft 6 323. — Feststellung einer Patentverletzung 6 795, 796 (vgl. 798). — Feststellung, daß dem Beklagten eine andere Art der Bekanntmachung e. gegen den Kläger erwirkten Urteils als die im Urteilsknoten selbst bestimmte nicht zustehe 6 796. — Feststellung, daß in einem künftigen Zwangsversteigerungsverfahren über das Grundstück des Schuldners der Anspruch auf die Nutzungen nicht dem Beklagten, sondern dem Ersteren zustehe 6 796. — Unwirksamkeit d. Ausschließung e. ausgetretenen Mitglieds aus einem Verein 6 796 (s. Verein); 7 782. — *§.* e. Vereinsmitglieds auf Unwirksamkeit e. Vereinsbeschlusses 1 1, 31. — Feststellung, daß der in einem gerichtlichen Teilungsverfahren erhobene Einwand, der Teilungsanspruch sei verjährt oder die Teilung bereits erfolgt, unrichtig ist 6 796,

797. — \mathfrak{F} . auf Unwirksamkeit e. bei Zahlung einer Rate aus einem ratenweise zu erfüllenden Vertrag gemachten Vorbehalts, wenn über einzelne fällige Raten bereits ein Prozeß schwebt **6 797**. — Feststellung d. Ungültigkeit e. von dem Schuldner e. vollstreckbaren Forderung vorgenommenen Veräußerung **6 797** (vgl. **1 3, 103**). — negative \mathfrak{F} . des Fiskus als Erben gegen einen Erbschaftspräsidenten **6 797**. — Urheberrecht an einem Sammelwerke **6 797**. — Klage auf Feststellung des Eigentums bei bloßer Behauptung eines Notwegerechts oder eines hindurch führenden öffentlichen Weges seitens des Beklagten **6 797**. — Feststellung, daß dem Beklagten (aus e. Gebrauchsmusterverletzung) kein Schadensanspruch gegen d. Kläger zustehet? **6 797**. — Klage auf Feststellung der Nichtigkeit e. Prozeßvergleichs an Stelle e. Neuladung im alten Rechtsstreit **6 798** (s. Vergleich). — Feststellung d. Bestehens e. Realschankgerechtigkeit gegen den preuß. Staat **6 798**. — \mathfrak{F} ., wenn die Leistungsklage für einen Teil der auf Grund e. einheitlichen Vertrags geschuldeten Leistungen zulässig ist **5 789** (Feststellung des Bestehens e. Mietvertrags bei Fälligkeit einzelner Mietraten); **6 798**. — Feststellung d. Nichtigkeit e. Kaufes trotz Möglichkeit der Leistungsklage **6 798**. — schuldhaftes Körperverletzung; Möglichkeit des künftigen Eintritts eines Schadens **1 3, 105/106; 4 666; 5 788 u. 789**. — Klage eines verletzten Beamten auf Feststellung der Schadenserjähspflicht mit Rücksicht auf künftige Pensionierung **4 690**. — Klage d. Konkursverwalters auf Feststellung, daß eine angemeldete Forderung nicht bestehe **3 2, 438; 4 818**. — Schadensfeststellungsklage trotz Möglichkeit der Beweisicherung **3 2, 438**. — Feststellung d. Schadenserjähspflicht **5 528; 6 798, 799**. — Schadenserjähklagen **3 2, 439, 458; 4 698** (ohne Summenangabe); **5 528, 787; 6 798** (\mathfrak{F} ., wenn ein geringer Teil des Schadens bereits ermittelt ist); **799; 7 783, 784, 785**. — Schadens- \mathfrak{F} . bei Schwierigkeit d. Ermittlung des Schadens **6 798 (3)**. — Verbindung d. Klage auf Ersatz bereits entstandenen Schadens mit Klage auf Feststellung d. Ersatzpflicht bezüglich des künftigen Schadens **7 784**. — \mathfrak{F} ., weil z. B. der Klagerhebung noch nicht der ganze Schaden zu übersehen ist **7 784**. — Klage auf Feststellung einer Unterlassungspflicht, wenn der Klage auf Ersatz des durch die Zuwiderhandlung entstandenen Schadens Schwierigkeiten entgegenstehen **7 784**. — \mathfrak{F} . statt Leistungsklage b. e. Rentenanspruch n. § 843 BGB. bei unmöglicher Vorausanschlagung der noch entstehenden Folgen **6 798** (s. unerlaubte Handl.). — \mathfrak{F} . statt Leistungs-

klage bei momentaner Unmöglichkeit der Berechnung e. aus einer Patentverletzung entstehenden Schadens **6 798**. — \mathfrak{F} . wegen e. noch nicht bezifferten Schadens, weil andernfalls Verjährung oder Erschwerung d. Beweises droht **4 689; 7 724, 783**. — Antrag auf Feststellung e. Rechtsverhältnisses und gleichzeitiger Antrag auf Erlaß e. gerichtl. Verbots kein \mathfrak{F} . **6 798**. — Antrag, den Beklagten zur Anerkennung seiner Schadenserjähspflicht zu verurteilen, \mathfrak{F} . **6 799**. — \mathfrak{F} . bei lediglich akzessorischen Schadensansprüchen **6 799**. — Antrag, den Beklagten zum Ersatz des nach einer bestimmten Richtung entstandenen u. noch entstehenden Schadens zu verurteilen, Leistungsantrag **6 799**. — Klage auf Verurteilung zum Ersatz des „künftigen“ Schadens im Gegensatz zu dem bereits gestifteten, aber noch unentwickelten Schaden **6 184**. — Klage auf Ersatz e. in Zukunft entstehenden Schadens bei Nichtvorliegen d. Voraussetzungen d. §§ 257 ff. ZPO. **6 799**. — \mathfrak{F} . oder Leistungsklage, wenn d. Vorstand einer A.-G. sich durch Verweigerung der Entlastung benachteiligt glaubt? **6 799**. — Klage d. Schuldners e. zum eingebrachten Vermögen einer Frau gehörigen Forderung auf Feststellung der Ungültigkeit einer vom Manne allein erklärten Kündigung **3 1, 475**. — Klage der Kinder bei Tötung der Mutter auf Feststellung ihres Rentenanspruchs im Falle d. Ablebens des Vaters; Verhältnis der \mathfrak{F} . zur Klage auf künftige Leistung **6 799**. — Klage auf Auslegung e. zweifelhaften Urteilsinhaltes **3 2, 552; 6 872; 7 858**. — Klage auf Nichtmehrbestehen e. Urteilsanspruchs **3 2, 553; 5 853; 6 885**. — Frage, ob ein zwischen den Parteien ergangenes Urteil zu Recht besteht **7 783**. — Feststellung d. Bestehens e. Anfechtungsrechts nach dem AnfG. vor Erwirkung e. vollstreckbaren Titels? **2 2, 529; 3 2, 285, 286** (s. Gläubigeranfechtung). — auf Bestehen e. Schiedsvertrags **1 3, 332**. — bei Haftpflichtunfällen vgl. Haftpflicht. — wegen Patentverletzung **7 1127**. — gegen die wegen angeblichen Verstoßes gegen das Postmonopol mit Strafanzeige drohende Postverwaltung, daß eine Verletzung des Monopols nicht vorliege **7 704**. — zwecks Unterbrechung der Verjährung **7 724, 783; 4 689**. — auf Unwirksamkeit e. Prozeßvergleichs **7 724**. — Anspruch des Besitzers gegen den Eigentümer auf Erstattung von Verwendungen **7 782**. — natürliche Verbindlichkeiten **7 782**. — Klage des Testamentserben auf Feststellung d. Rechtswirksamkeit e. Testaments **7 783**. — Klage auf Feststellung d. Bestehens oder Nichtbestehens e. Rechtsverhältnisses des Beklagten mit einem Dritten **7 783**. — Klage

(Feststellungsfrage)

des Erben auf Ungültigkeit des von ihm abgeschlossenen Erbschaftsverkaufs gegen den Rechtsnachfolger d. Käufers, auch wenn der Erbe die Erbschaft bereits an einen anderen verkauft hat 7 783. — Klage des Eigentümers gegen den Miethbraucher auf Ungültigkeit eines von letzterem mit Dritten geschlossenen Vertrages 7 783. — Klage auf Anerkennung e. Abrechnung ist Feststellungsfrage 7 784. — Geltendmachung auch des anderen Klagegrundes im Feststellungsprozeß, wenn die F. nur für einen Klagegrund zulässig ist 7 784. — Klage auf Feststellung d. Anspruchs gegen e. Versicherungs-gesellschaft trotz Möglichkeit der Klage auf Bestellung der Schieds-gutachter 7 784, 785. — e. Verlegers auf Unzulässigkeit e. vom Verfasser wegen rechtswidrigen Nachdrucks beantragten Strafverfahrens 7 1166. — vor Angehen d. Schiedsrichters keine Klage auf Feststellung, daß der Beklagte zur Zahlung der Entschädigung in der durch den Schiedsrichter noch zu bestimmenden Höhe verpflichtet sei 7 790. — ist, wenn Beklagter in einem Prozeß aufrechnungsweise eine Gegenforderung in prozessual unzulässiger Weise geltend macht, Inzident-F. auf deren Nichtbestehen zulässig 7 787, 792. — Inzident-F. auf Ungültigkeit d. Ehe d. Beklagten, auch wenn die Ehe durch den Tod d. anderen Gatten bereits gelöst ist 7 792. — auf Nichtbestehen e. Urteils wegen Nichtverkündung 7 805. — neben der Klage aus § 771 ZPO. 7 861. — des die Zwangsversteigerung betreibenden Gläubigers über die Zugehörigkeit von Maschinen usw. zum Grundstück 3 2, 294; 5 907. — des Hypothekgläubigers gegen den Mietzinszessionar auf die Feststellung, daß der künftige Ersterher vom Zuschlag an die Mietzinsen erwirbt 6 952.

Feuerbestattungsverein. — politischer Verein? 1 1, 43, 44; 3 1, 20. — Entziehung d. Rechtsfähigkeit 1 1, 34.

Feuerlöschwesen s. Feuerwehr. — kommunale Angelegenheit 1 1, 51.

Feuerlozietät s. Eisenbahngesetz.

Feuerversicherung s. Immobilial-V., Versicherungsvertrag. — leihweise hergegebene Gasrohre u. Spiegel- bzw. Fenster Scheiben von der Immobilial-F. des Grundeigners nicht gedeckt 4 25. — Bedeutung des Ausdrucks „Immobilial-Feuerversicherungswesen“ in bezug auf d. Reservatrecht Bayerns 3 1, 26 (vgl. 3 1, 680; 5 1142, 1143). — F.sprämie als Last im Sinne des § 446 BGB. 3 1, 214. — Anspruch d. F.sgesellschaft auf Abtretung der Ansprüche gegen den Brandstifter 1 1, 167. — Erdbebenklausel in F.sverträgen 6 70. — Zwangsbeiträge zu den Kosten d. Feuerlöschwesens 5 1142. — Freimerben d. Ver-

sicherers, wenn d. versicherten Gegenstände durch Verschulden des im Konkurs befindlichen Versicherten untergehen? 6 976. — Wegfall d. Versicherung bei schuldhafter Brandverursachung durch Vertreter d. Versicherten 6 129. — Sachen 2 1, 768. — Preußen; Einfluß e. Änderung d. Eigentümers 1 2, 393. — V. der Gegenstände der Frau durch den Mann als Vertrag zugunsten der Frau? 7 165. — V. der vom Besteller übergebenen Rohmaterialien seitens d. Werkunternehmers Vertrag zugunsten Dritter? 7 165, 166.

Feuerwehr s. Feuerlöschwesen. — Haftung der Gemeinde s. Eingriffe der F. in Privat-eigentum 4 21.

Feuerwerk. — Haftung nach § 823 f. Ab-brennen 5 341.

Fideikommiß s. Familienfideikommiß. — Zwangsvollstreckung in ein F.; Klage nach § 771 ZPO. 6 944.

Fideikommißanwartschaft. — Nachweis im Grundbuchverlehr 4 831; 5 987.

fideicommissa a debitoro relicta (§ 331 BGB.) 1 1, 250; 4 129.

Fideikommissarischer Substitut s. Nach-erbsfolge. — Beschwerde gegen Erteilung der Teilungszwangsversteigerung 3 2, 297.

fiducia 1 1, 102.

Fiduziarische Rechtsgeschäfte (s. Schein-geschäfte), constitut. possess., Sicherung. — Intassozession 1 1, 67; 2 1, 49; 3 1, 35; 4 29; 5 30. — wissenschaftl. Rechtfertigung 7 413. — gegen § 826 BGB. verstoßende 7 365. — fiduziarische Abtretung insbesond. 1 1, 301; 2 1, 251 f.; 3 1, 35; 190 ff.; 4 142 ff.; 5 160 ff. (s. Abtretung); 6 44; 7 279. — Sicherungskauf 3 1, 35; 4 29; 5 31. — Sicherungsübereignung 2 1, 49; 3 1, 35, 68, 90; 4 29; 352, 367; 5 30—31, 160 f., 405. — Sicherungsübereignung e. Warenlagers mit Verbleib d. Besitzes beim bisherigen Eigentümer 2 1, 91. — Wider-spruchsrecht d. Fiduziars bei Pfändung gegen den Fiduzianten 7 178. — Schadens-ersatzanspruch im Fall gemeinschaftlicher Vertragsverletzung durch mehrere fiduziarische Zessionare 7 179. — s. R. u. Scheingeschäft 1 1, 67. — Stellung des Fiduziars im Prozesse 1 1, 67. — Fiduziar im Konkurs d. Bedenten oder debitor cessus; fiduziarische Fession im Konkurs des Schuldners 6 993 (vgl. Absonderung). — Aussonderungsrecht d. Fiduzianten im Konkurs des Fiduziars 7 178. — Rechts-lage bei Konkurs des Fiduziars 3 1, 191; 4 144; 5 160 (vgl. Aussonderung, Ab-sonderung); 7 35. — Anfechtung 3 1, 191; 4 144 (s. Anfechtung im Konkurs, Gläu-bigeranfechtung). — fiduziarische Über-tragung von Vermögensstücken durch den Schuldner auf den Gläubiger zu Befriedigungszwecken; Recht des Schuldners bei Klage auf direkte Zahlung 5 107. —

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

zwecks Schädigung der Gläubiger geschlossen f. R. **3 2**, 265; **4 46**, 823. — Befriedigung des Fiduziars aus den übereigneten Sachen **6 44**. — Bewertung fid. Eigentums **5 451**. — kein Kaufgeschäft erforderlich **6 383**. — das Recht des bedingt Erwerbenden während des Schwehens der Bedingung pfändbar **7 413**.

Fiduziarische Stiftung **1 1**, 46, 103; **3 1**, 22.

Filialleiter. — Natur des Anstellungsvertrags; Haftung für Fehlbeträge **7 246**, 247.

Findelkinder. — Name; Zuständigkeit d. Vormunds zur Namensgebung? **2 1**, 7, 8, 671; **2 2**, 335; **3 1**, 529; **4 869** (f. Name); **6 1057**. — Staatsangehörigkeit **5 527**.

Firma f. die einzelnen Handelsgesellschaften, Handelsregister, Geschäftsübergang, Zweigniederlassung.

Allgemeines. — de lege ferenda Reichsfirmenregister **2 2**, 36. — vor 1900 unzulässige, jetzt zulässige Firmen **2 2**, 267, 268. — vor 1900 erworbene, aber nicht eingetragene Firma mit dem abgekürzten Vornamen des früheren Inhabers; unveränderter Weitergebrauch oder Weitergebrauch unter Ausschreiben des Vornamens ohne Zustimmung des früheren Inhabers? **2 2**, 268 (f. **2 2**, 23; **3 2**, 10, 117). — Firma einer Gesellschaft des bürgerlichen Rechts **4 559**. — Vorgehen von Angehörigen der Verbandsstaaten nach § 8 der Pariser Union gegen eine schon vor dem 1. V. 03 bestehende unberechtigte Firmenführung **4 559**, 560. — Firmenschutz unsittlichen Geschäftsbetriebs, eines auf Wettverträge gerichteten Geschäftsbetriebs **2 1**, 447. — Beschwerderecht f. Beschwerde. — Ersetzung des Rechtes, eine dem Gesetz nicht entsprechende Firma zu führen? **2 2**, 23. — Eintragung bisher nicht eingetragener, den Vorschriften des neuen **HGB.** nicht entsprechender Firmen bei Führung dieser Firmen vor 1900 **2 2**, 23, 268; **3 2**, 10, 117; **4 654**. — polizeitwidrige Firma **2 2**, 20; **4 921** (unbefugter Gebrauch e. Titels, der aber als Firmenbestandteil eingetragen ist). — Gebrauch mehrerer Firmen **2 2**, 20; **3 2**, 8; **4 580** (bei verschiedenen Handelsgesellschaften); **6 605**, 606; **7 593**. — Ausschluß doppelter Firmenführung bei den korporativen Handelsgesellschaften (A.-G.; GmbH.) **6 606** (2). — polizeiliches Verbot des Führens e. eingetragenen Firma **3 2**, 13. — Klage Dritter wegen Schädigung durch die Wahl der Firma **2 2**, 19. — Verletzung des Namensrechts durch unbefugten Gebrauch e. Namens als Firma **3 1**, 4. — Betreibung 2 selbständiger Geschäfte unter verschiedenen Firmen **7 593**. — rechtliche Natur: Persönlichkeits- oder absolutes Recht **2 2**, 19;

3 2, 8; **7 593**. — Veräußerlichkeit **2 2**, 26 (f. unten Übergang). — Einfluß eines Wechsels der im Geschäft geführten Waren? **3 2**, 7, 8. — Verhältnis zum Wertzeichen eines Dritten **3 2**, 9. — Eintragung zum Erwerb der Firma nicht nötig **2 2**, 19. — Folgen des Gebrauchs einer Firma (Haftung als Kaufmann) **2 2**, 20; f. **2 2**, 18; **2 2**, 93 (ev. als Gesamtschuldner). — Vertrag, daß jemand in seinem Geschäft gewisse Artikel unter einer ihm nicht zustehenden Firma verkaufen soll **2 2**, 25. — Vertrag, durch den sich jemand verpflichtet, seinen Namen als Firma für das Geschäft des anderen herzugeben **2 2**, 23; **3 2**, 9. — im Grundbuchverkehr: Eintragung der Firma eines Einzelkaufmanns als Grundstückseigentümer, als Hypothekgläubiger **1 1**, 663; **2 1**, 582; **2 2**, 18, 20; **3 1**, 437; **3 2**, 8; **4 347**. — offene H.-G. als Grundstückseigentümerin; Auflösung d. G. durch Tod e. Gesellschafters **2 2**, 20. — Firma einer Zweigniederlassung im Grundbuchverkehr **3 2**, 8, 43, 44; **2 2**, 121; **4 589**; **5 639**, 640. — F. in fremder Sprache **2 2**, 20. — stenographische Zeichen **2 2**, 20. — nicht lesbare Zeichen **2 2**, 34. — Firma von Neben- u. Nissetablissemments **6 611**.

Firma des Einzelkaufmanns (§ 18). — Übersetzung des Familiennamens in fremde Sprache **2 2**, 22. — Beifügung des Mädchennamens bei Frauen **2 2**, 22, 23. — von der im gewöhnlichen Verkehr üblichen abweichende Form des Familiennamens **3 2**, 9; **4 559** (St. statt „L. genannt St.“). — Verwendung e. Pseudonyms **7 593**. — Führung e. den Familiennamen des Mannes enthaltenden Firma seitens der geschiedenen, allein für schuldig erklärten Frau; vor Eintrag der Firma erfolgtes Verbot des Mannes nach § 1577 **HGB.**? **6 607** (f. Handelsfrau). — Vor- u. Familienname nur in Klammern? **7 593**. — Hypothoteintragung f. e. Einzelkaufmann unter dessen Firma **1 1**, 663; **2 1**, 582; **3 1**, 437; **4 347** (f. oben Allgemeines). — Verkleinerung, Modernisierung, Übersetzung von Vornamen **2 2**, 22. — Wahl zwischen mehreren Vornamen **2 2**, 22; **3 2**, 9. — Eintrag einer bisher nicht eingetragenen Firma mit einem abgekürzten Vornamen bei Führung dieser Firma vor 1900 **2 2**, 23 (f. 23), 268; **3 2**, 10, 117; **4 654**. — Abweichung der Schreibweise des Vornamens vom Eintrag in das Standesamtsregister **2 2**, 22. — solidarische Haftung der Firma u. ihres Einzelinhabers **7 593**.

Firmen des Reiches eines Bundesstaats oder eines Kommunalverbandes (§ 36 **HGB.**). — Eintragungspflicht bei Auf-

(Firma)

stellen eines Prokuristen? 22, 38. — Pflicht zur Eintragung von Zweigniederlassungen, wenn das Hauptunternehmen eingetragen ist 22, 38. — Recht auf jederzeitige Löschung? 22, 37/38. — gemeinsames Unternehmen mehrerer Gemeinden 6 612.

Z u s ä t z e. — gegen das Wahrheitsprinzip verstoßende 22, 23. — nicht nach dem Wortlaut, wohl aber nach den örtlichen Verhältnissen zu täuschend geeignete Zusätze 32, 9. — Reklamebezeichnungen 22, 23, 36. — objektiv zu Täuschung geeignete Zusätze 6 607. — unverständliche Zusätze 22, 24 (Jagddepotium). — Phantasierte 22, 24 („Pöbönig“ bei Eis und Petroleum). — Gleichheit der Zusätze 2 in verschiedenen Gemeinden selbständiger Firmen 22, 40. — Anwendung des § 18 Abs. 2 auf offene Handelsgesellschaften 32, 5, 9; 7 593. — „zur Unterscheidung der Person oder des Geschäftes dienende Zusätze“ (§ 18 Abs. 2 Satz 2) nicht deshalb unzulässig, weil eine andere sich deutlich unterscheidende Firma am gleichen Ort denselben Zusatz führt 22, 23, 24. — kein Recht, den Zusatz bald zu gebrauchen, bald wegzulassen 6 607. — selbständige Übertragbarkeit der Zusätze? 6 608, 609. — Änderung der Zusätze 22, 24. — für die Frage der Zulässigkeit maßgebender Zeitpunkt 22, 25. — „Rabattsystem Hansa“ 22, 24. — Zusatz „Apotheker“ bei Drogeristen 22, 24. — „Pilsener Brauhaus Berlin“ 22, 24. — Jagddepotium 22, 24. — „vormals“ 22, 24; 4 560 (bei Übernahme des Geschäftes ohne die Firma). — „vormals Hoflieferant N. N.“ 22, 26. — „Verbandhaus“ 22, 25. — „Engroslager“ 22, 24. — „Fabrik“ bei ganz kleinem Betrieb 7 593. — „Fahrrad- u. Nähmaschinenhaus“ 22, 24. — „Fahrrad-Börse“ bei unbedeutendem Betrieb 4 560. — „Fahrrad-Manufaktur“ bei bloßer Reparaturwerkstätte 22, 24. — „Stadt . . .“ 22, 24. — „Konsumgeschäft“ 6 608. — „Bankkommandite“ bei Zweigniederlassung eines Einzelbankiers 22, 25. — „Bank“ 6 607; 7 593. — „Bankier“ bei einem Grundstückshypothekennämker 22, 25. — „N. N. Sohn oder Söhne“, wenn kein Nachfolgerverhältnis vorliegt 32, 9; 4 560; 6 608. — Beifügung einer als Bezeichnung der Niederlassung aufzufassenden, aber als solcher unrichtigen Ortsangabe 22, 24, 25; 4 560. — Absicht der Täuschung nicht nötig 4 560. — Ausnahme eines Strohmannes 4 562, 563. — „Eisenindustrie“ 5 640. — „westdeutsche Eisenindustrie“ bei geringem Umfang 5 640. — Täuschung durch den Zusatz über Verwandtschaftsbeziehungen; „Gebrüder“ 6

608. — „Café Bauer“ als Ortsbezeichnung statt als Fortführung e. Firma 6 608; 7 593. — Gebrauch nicht ins Register eingetragener Zusätze 6 612.

Grundsatz der Firmenverschiedenheit. — „derselbe Ort“ § 30 HGB. politische Gemeinde? 22, 35. — Folgen einer Eingemeindung 22, 36. — „benachbarte Orte“ § 30 HGB. Begriff 22, 35.

„Deutlicher Unterschied“ (§ 30 HGB.). — de lege ferenda 32, 13. — bei slüchtigem Lesen mögliche Verwechslung 22, 35. — bei willkürlicher Abkürzung der Firmen sich ergebende Ähnlichkeit 22, 35. — deutlicher durch Namenszusätze herbeigeführter Unterschied 22, 35. — „Restaurant à la Mchinger“ und „Bierquelle à la Mchinger“ 22, 35. — „Ernst u. von Spofelsen“ gegenüber „Ernst von Spofelsen“ 22, 35. — Zusatz: „N.-G.“ bzw. „GmbH.“ bei sonst gleicher Firma 22, 36. — bloßer Zusatz „N.-G.“ oder „in Liq.“ gegenüber einer gleichen Firma ohne Zusatz 22, 36. — bei Zweigniederlassungen 22, 36; 6 612. — „Johann Herm. N.“ gegenüber „Hermann N.“ 4 562. — abweichende Vornamen bei gleichem seltenen u. ungewöhnlichen Nachnamen 5 644. — Notwendigkeit eines Zusatzes im Fall des § 30 Abs. 2 trotz dem § 20 HGB. u. § 4 GmbHG. entsprechender gesetzlicher Firmenbezeichnung 5 644. — Zusatz „u. Cie.“ 6 612. — Aus e. Vor- u. Familiennamen mit dem Zusatz GmbH. bestehende Firma einer GmbH. gegenüber der gleichen Vor- u. Familiennamen aufweisenden Firma e. Einzelkaufmanns 6 612; 7 1021. — Verschiedenheit d. Ortsnamens als ausreichende Unterscheidung? 7 593. — Beschwerderecht e. Privaten wegen Verletzung der Vorschrift d. § 30 HGB. 6 612. — Verhältnis des § 30 HGB. zu § 8 UrtWGB. 6 612; 7 1060 f. — neue Firma, „Krupp in Essen“ 7 1061. — Bedeutung d. in der Firma enthaltenen Schlagwortes bei Prüfung d. Verwechslungsgefahr 7 1060.

Z e i c h n u n g. — Beifügung des bürgerlichen Namens bei Zeichnung der Firma durch einen Gesellschafter? 22, 12, 21. — auch im Grundbuchverkehr ist die Beifügung des bürgerlichen Namens bei Firmenzeichnung nicht nötig 22, 20, 86. — Akzept einer offenen Handelsgesellschaft 22, 86. — Weglassung von Reklamezeichnungen 22, 23. — Schreiben nur des wesentlichen Teils d. Firma u. Stempeldruck d. anderen Teile 22, 23. — wiederholte Zeichnung zum Handelsregister seitens des das Geschäft übernehmenden Gesellschafters bei Übereinstimmung mit der früher abgegebenen Zeichnung 22, 20,

97. — Zeichnung im Sinne des § 29 HGB. Handzeichen Schreibunkundiger 2 2, 34. — nicht aus lesbaren Schriftzügen bestehende Zeichnung 2 2, 34 f.; 2 2, 20. — Zeichnung einer offenen Handelsgesellschaft durch den Vertreter: „A. in Firma B.“ 2 2, 86. — Pflicht zum unveränderten Gebrauch der Firma 3 2, 8. — Zeichnung der Firma ohne Zusatz durch den gesetzlichen Vertreter d. Minderjährigen 1 1, 103.

Eintrag ins Handelsregister (s. auch Handelsregister. — Wirkung d. Eintrags einer nicht regelmäßig zustande gekommenen Firma; guter Glaube des Erwerbers 2 2, 38. — Auskunfts- u. Anmeldepflicht der Erben des Inhabers, insbesondere während der Fristen des § 1944 BGB., § 27 Abs. 2 HGB. 4 562. — Anmeldepflicht des Pächters 3 2, 13. — Anmeldung u. Zeichnung der Firma eines Nachlassgeschäftes durch den Testamentsvollstrecker 5 644. — Eintrag zum Erwerb der Firma nicht nötig 2 2, 19. — wiederholte Zeichnung zum Handelsregister seitens des geschäftsübernehmenden Gesellschafters bei Übereinstimmung mit der früher abgegebenen Zeichnung 2 2, 20, 97. — Zeichnung im Sinne des § 29 HGB.; Handzeichen Schreibunkundiger; nicht aus lesbaren Schriftzügen bestehende Zeichnung 2 2, 34. — Verweigerung der Eintragung einer GmbH. wegen nicht bestimmter Bezeichnung des Gegenstands des Unternehmers 6 613.

Underung. — der irrtümlich eingetragenen Firma (Meyer-Stores) in d. tatsächlich geführte (Gebrüder Meyer) Anmeldeform 2 2, 14. — Widerspruchrecht Dritter bei Änderungen 2 2, 23. — kann der Ehefrau der geschiedenen, alleinschuldigen Frau die Weiterführung seines Namens als Firma verboten? 2 2, 26. — der wirklichen Rechtslage entsprechende Änderungen des „Nachfolgerzuzufasses“ ohne Änderung der Firma selbst 2 2, 28. — Änderung einer übernommenen Firma 3 2, 10. — Pflicht zur Änderung bei totaler oder teilweiser Geschäftsverlegung 2 2, 37; bei Verlegung eines Nebengeschäftes? 2 2, 37.

Übergang des Firmenrechts (s. Geschäftsübergang) 5 642 (rechtliche Natur). — Annahme e. stillschweigenden Konkurrenzverbots bei Verkauf e. Geschäftes mit Firma seitens eines 70 jährigen 7 594. — zungsweise Übertragung? 2 2, 26. — Pflicht des Veräußerers zur Vermeidung einer ähnlichen Firma 7 595. — Übertragung seitens des Konkursverwalters ohne Zustimmung des Gemeinschuldners? 2 2, 26; 7 594. — Übergang e. nicht eingetragenen Firma 6 608; 7 594, 609. — bedingte, befristete oder sonst beschränkte Übertragung 2 2, 26. — Übertragung

einer Firma, die der Veräußerer hätte führen dürfen, aber nicht geführt hat 3 2, 10. — Übertragung einer angemeldeten, aber nicht eingetragenen Firma, wenn bisher das Geschäft unter anderer Firma geführt wurde 6 608. — bloß zum Zweck der alsbaldigen Abtretung eingetragene Firma 6 608. — wann liegt „ausdrückliche Einwilligung“ zur Firmenfortführung vor? 5 641. — Übergang der Zusätze allein 6 608, 609. — kein Übergang von Hofprädikaten 2 2, 26. — Mitübergang der Telegammadresse 2 2, 27; 6 609. — wer hat im Fall einer Testamentsvollstreckung die Einwilligung zur Fortführung der Firma zu erteilen? 5 641. — Einwilligung eines selbst nicht zur Firmenführung Befugten 5 641. — Änderung e. übernommenen Firma 3 2, 10; 6 607, 613; 7 594. — Aufnahme eines persönlich haftenden Gesellschafters in das Geschäft eines Einzelkaufmanns u. Fortführung der offenen Handelsgesellschaft unter der alten Firma ist Firmenübertragung 5 642. — bei Erwerb eines bisher nicht als Handelsgeschäft geltenden, eine Firma im Rechtsinn nicht bestehenden Betriebes 2 2, 27. — bei einer nur die Fortführung der Hauptzweige ermöglichenden Geschäftsübertragung 2 2, 27; 7 594. — Einfluß einer Umwandlung des Betriebs und der Branche des erworbenen Geschäftes 2 2, 27; 3 2, 10. — bei Veräußerung einer Zweigniederlassung 2 2, 27 (s. diese); 6 610; 7 594. — liegt in der Ermächtigung z. Fortführung der Firma auch das Recht, eine miterworbene Zweigniederlassung mit der abgeleiteten Firma als selbstständiges Geschäft weiterzuveräußern? 7 594, 595. — Veräußerung eines von mehreren Geschäften mit der Firma; Weiterführung der Firma auch für das nicht veräußerte Geschäft 2 2, 29 (s. 3 2, 10). — Befügung eines „Nachfolgerzuzufasses“ und dessen jeweilige der wirklichen Rechtslage entsprechende Änderung ohne Veräußerung der Firma selbst 2 2, 28. — weitere Übertragung seitens des Erwerbers 2 2, 26; 6 607, 613. — Unterlegen der Firmeneinführung aus öffentlichen Gründen trotz richtiger Übertragung 2 2, 27. — Befügung des Zusatzes „A.-G.“ bei Fortführung d. Firma 7 594. — Übergang auf eine Aktiengesellschaft (Weiterführung der erworbenen Firma neben der eigenen; selbständige Fortführung des erworbenen Geschäftes?) 2 2, 28, 29; 4 580; 6 609. — Auflösung einer Gesellschaft unter Übertragung des Hauptteiles des Geschäftes mit Firma an einen u. Überweisung eines einzelnen Geschäftszweiges ohne Firma an einen anderen Gesellschafter 4 560. — Einwilligung des Ausscheidenden zur Fortführung e. Firma

(Firma)
 „Gebrüder“ G. (§ 24 Abs. 2) 7 594. —
 Löschungsbevollmächtigung des Veräußerers
 bzgl. der übertragenen Firma vor Um-
 schreibung 6 608. — Verwandlung einer
 e. abgeleitete Firma führenden Zweig-
 niederlassung in ein selbständiges Geschäft
 unter Mitübertragung der Firma 6 609
 (f. 2 2, 27). — Bervielfältigung der Firma
 durch Schaffung von später zu Haupt-
 geschäften umgewandelten Zweignieder-
 lassungen; Veräußerung von mehreren
 Geschäften je mit Firma 6 609. — Be-
 nützung der Firma bei Geschäften, mit
 denen sich die aufgelöste Gesellschaft nicht
 befaßte 2 2, 29. — Übergang der Firma
 e. Einzelkaufmanns auf e. offene H.-G.;
 Firmenzusatz 6 609. — Übergang der
 Firma einer GmbH. auf e. off. H.-G.,
 neuer Firmenzusatz 6 609. — Veräußerung
 der Firma seitens e. in Liquidation be-
 findlichen GmbH. 6 609. — gleich-
 zeitige Weiterführung der übertragenen
 Firma seitens des Übertragenden 2 2, 29;
 3 2, 237. — Übergang von Todes
 wegen: auf mehrere Erben, Bildung
 einer offenen Handelsgesellschaft? 2 2,
 28 (2); 4 580 (f. diese). — auf die Witwe
 als Vorerbin 2 2, 28. — Umfang der
 Prüfungspflicht des Registerrichters 2 2,
 28. — liegt in der Überlassung des zum
 Nachlaß gehörigen Geschäftes an einen
 Miterben die Genehmigung zur Fort-
 führung der Firma? 4 560 (f. 4 494). —
 Führung der früheren Firma seitens eines
 Pächters oder Nießbrauchers 2 2, 29. —
 Vereinbarung der Unzulässigkeit e. Firmen-
 übertragung im Fall des Übergangs des
 Geschäftes an Nichtbesitzenden d. Ge-
 sellschafter 6 609.
 Firmenzusatz f. Warenzeichen, uner-
 laubte Handlung, unlauterer Wettbewerb.
 — Recht auf Firmenschutz als Vermögens-
 recht 2 2, 40. — Einschreiten der Polizei
 gegen unbefugten Firmengebrauch 2 2, 38.
 — Klage der alten Firma gegen eine neue,
 sich nicht deutlich unterscheidende 2 2, 36.
 — Beschwerde der alten Firma nach
 § 19 FGG. bei Eintrag einer sich nicht
 deutlich unterscheidenden Firma? 2 2, 36.
 — kann der Registerrichter den Gebrauch
 einzelner Worte der Firma verbieten?
 2 2, 38; 5 644. — kann der Registerrichter
 nach § 140 FGG. Änderung oder Löschung
 aufgeben? 2 2, 38; 5 644. — guter
 Glaube des eine unzulässige Firma
 Erwerbenden 2 2, 38. — Schutz einzelner
 Bestandteile einer zusammengesetzten
 Firma? 5 644, 645 („Kutthaus“). — Ge-
 brauch der Firma“ im Sinne des § 37 FGG.
 3 2, 39; in Zeitungsinsertaten, Ge-
 schäftsanzeigen 2 2, 38/39; Versehen
 von Flaschen mit der Firma eines anderen
 u. Inverkehrbringen? 2 2, 39 (2). —

Bezeichnung von Waren mit einem
 Namen 4 563. — Gebrauch einzelner
 nicht für sich, sondern nur in Verbindung
 mit der Firma geschützter Worte 3 2, 14;
 5 644. — Folgen, wenn keine der strei-
 tenden Firmen zur Führung berechtigt ist
 3 2, 14. — „unbefugter“ Gebrauch: die
 Vertragspflicht verletzender Gebrauch?
 2 2, 39. — wenn nur einzelne Teile der
 Firma unbefugt gebraucht werden 2 2,
 39. — Zusatz tatsächlich richtiger Angaben
 2 2, 39; 3 2, 14. — Gebrauch des fremden
 Namens u. Kellame- oder Täuschungs-
 absicht 2 2, 39. — Eintrag einer Firma
 als Warenzeichen 2 2, 39; 3 1, 3 f. —
 Eintrag des Wortes Sala-Spiel als
 Warenzeichen; Verletzung der Firma Sala
 2 2, 40. — Versehen eigener Waren mit
 fremder Firma unter § 37 Abs. 2 fallend
 5 597. — Angaben über die Herkunft der
 Waren kein unbefugter Gebrauch der
 Firma 7 594. — analoge Anwendung des
 § 13 WarenFG. auf das Firmen-
 recht 7 594. — unbefugter Gebrauch nicht
 in der Firma selbst, sondern als Beisatz in
 Ankündigungen 3 2, 14. — Verwendung
 e. fremden Firma zu einer Aufschrift am
 Geschäftsort des Inhabers, daß Klein-
 verkauf dieser Firma stattfindet 6 613.
 — Anspruch auf Schutzmaßregeln gegen den
 Verkäufer, der sich verpflichtete, für
 Hintanhalten jeder Störung zu sorgen
 2 2, 39. — Gebrauch nicht ins Register
 eingetragener Zusätze 6 612. — unbefugtes
 Einfügen einer ausländischen Firma in eine
 deutsche Firma 3 2, 14. — Lösungsklage
 2 2, 40 (4). — Gebrauch eines an sich
 mit Recht geführten Namens zur Herbei-
 führung von Verwechslungen 3 2, 14. —
 Firmengebrauch e. Handwerkers 6 612;
 7 596 (2). — Unterschied zwischen Abs. 1 u.
 2 des § 37 FGG.; Einschreiten d. Register-
 richters in Fällen des Abs. 2? 7 596 (2). —
 Aktiolegitimation nach § 37 Abs. 2 5 644;
 6 613 (Austländer). — § 37 Abs. 2 ver-
 langt Verletzung eines bestimmten
 „Rechtes“; Interesse an der Unterlassung
 genügt nicht 2 2, 40. — Klage eines Klein-
 gewerbetreibenden geg. e. Wollkaufmann
 nach § 37 Abs. 2? 3 2, 14, 15. — Ver-
 hältnis der Klage nach § 37 Abs. 2 zur Be-
 fugnis, polizeiliche Maßnahmen zu ver-
 anlassen 3 2, 15. — Verletzung des Namens-
 rechts durch den Gebrauch einer Firma
 4 562; 7 6 (Casé Bauer). — Aufnahme
 eines Strohhannes 4 562; 7 597. —
 Schutz des von einem Mindertaufmann
 übertragen erhaltenen Geschäftsnamens
 5 644. — Anbringung der abgekürzten
 Firma auf Waren oder Verpackung als
 Firmengebrauch 5 644. — Beschwerde-
 recht e. Privaten bei Verletzung des § 30
 (Firmenunterschied) 6 612. — Anregung
 der Tätigkeit d. Registerrichters durch die

Handelskammer 6 612. — Antragsrecht d. Handelskammer in den Fällen des § 140 FGG. 7 1021. — Ausdehnung des § 37 Abs. 2 auf bloß Firmenaufsätze 6 613. — Voraussetzung u. Ziel der Unterlassungsflagge nach § 37 Abs. 2 6 613. — Schutz des Wortes „Kurhaus“ 6 613. — Aufnahme der von e. älteren Firma gleichfalls geführten Worte „Cacao-Compagnie“ in eine Firma 6 613. — polizeiliches Verbot e. unbefugt geführten Titels (Hosbuchdruckerei), wenn derselbe Bestandteil der eingetragenen Firma ist 4 921. — analoge Anwendung des § 12 BGB.; Verhältnis des § 12 BGB. zu § 37 Abs. 2 BGB. 1 1, 14; 3 1, 2; 4 5. — Firmenschutz in §§ 823 ff., 826 BGB. 1 1, 465 (2); 4 285 (Weilegung e. erloschenen Firma). — kein Ordnungsstrafverfahren für den Fall des § 37 Abs. 2 BGB. 7 1021. — kein Ordnungsstrafverfahren bei einem unter Mitwirkung d. Registerrichters verwirklichten, gegen § 37 Abs. 1 verstoßenden Tatbestand 7 1021.

Firma im Prozesse s. auch die einzelnen Handelsgesellschaften, Klageschrift. — Bezeichnung in der Klage; Angabe des gesetzlichen Vertreters 2 2, 21 (2), insbes. bei offener Handelsgesellschaft 2 2, 22; 5 640. — ausländische Firma 2 2, 22. — Klage für und gegen Firmen aus Ansprüchen, die nicht aus dem Betrieb des Geschäftes herrühren 2 2, 22. — Beifügung der Namen der Inhaber in Klammern neben der Firma 7 781. — spätere Aufnahme des Inhabers in das Rubrum Klageänderung? 2 2, 22. — Prüfung seitens des Gerichts, ob es die Firma e. Einzelkaufmanns oder einer H.-G. vor sich hat 6 753. — Klage eines Einzelkaufmanns unter seiner Firma 4 559. — Angabe des Inhabers bei Klagen für u. gegen e. Firma nötig? 6 606 (2), 607. — falsche Bezeichnung d. Inhabers; Zulässigkeit der Änderung 2 2, 22; 4 559; 6 606, 794. — faun der Vorliegende bei bloßer Angabe der Firma ohne Klarstellung, ob ihr Träger Einzelkaufmann oder e. Gesellschaft sei, Klarstellung verlangen? 2 2, 21; 6 606 (2), 607, 793, 794. — Wechseln des Inhabers der Klagen Firma 2 2, 21. — Wechseln des Inhabers der beklagten Firma 2 2, 21; 6 607. — als verurteilt gilt bei Wechsel der Inhaber z. Zt. der Klagehebung 2 2, 21. — Tod eines Inhabers der o. H.-G. während des Prozesses 6 753. — irrige Bezeichnung der Beklagten als Firma oder o. H.-G. 7 781. — Versäumnisurteil für eine Firma ohne Bezeichnung d. Inhabers 2 2, 21. — Klage gegen e. Einzelkaufmann unter seiner Firma; Urteil gegen die Gesellschaft bei Eintritt e. Dritten in das Geschäft während des Prozesses 6 853. — Judikatsklage gegen den alleinigen Inhaber aus

einem gegen die Firma erlassenen Urteil 2 2, 22. — Zwangsvollstreckung aus einem Urteil gegen die Firma: wenn der Inhaber nicht Vollkaufmann oder der Anspruch nicht im Geschäftsbetrieb entstanden ist 2 2, 21, 22. — Wechsel des Inhabers der beklagten Firma 2 2, 21. — Berufung des Gläubigers auf § 15 bei Zwangsvollstreckung gegen den neuen Inhaber? 2 2, 21. — Zwangsvollstreckung bei Wechsel des Gläubigers 2 2, 21. — Strafantrag gegen eine Firma 6 606.

Löschungen und Erlöschungen s. auch Handelsregister. — Löschungen der Firmen von Personen des öffentlichen Rechtes (§ 36 BGB.); ist jederzeit zulässig? 2 2, 37/38; 4 562. — Löschungen bei Fortdauer einzelner Rechtsverhältnisse aus dem erloschenen Betrieb 2 2, 37; 4 562; 6 612. — Löschungen wegen Betriebseinstellung 4 562. — keine Eintragung des Erlöschens d. Firma e. A.-G. bei Einstellung des Geschäftsbetriebs durch den Konkursverwalter; Ordnungsstrafen nach § 14 BGB. gegen den Vorstand? 7 648. — Erlöschens b. Verlegung d. Geschäftssitzes? 2 2, 26 (s. 2 2, 37). — Löschung bei Herunterfallen z. Kleingewerbe 2 2, 9; 3 2, 117. — Erlöschens insolge Nichtgebrauches? 2 2, 37; 3 2, 13 (Nichtgebrauch seitens des Nachfolgers); 5 640. — versehentliche Löschung einer tatsächlich erloschenen Firma 3 2, 14. — versehentliche Löschung einer tatsächlich noch bestehenden Firma 3 2, 14. — Löschung einer vor 1900 eingetragenen Firma bei dauerndem Herabfallen des Betriebs auf den Umfang des Kleingewerbes 3 2, 117. — Löschungen einer zu Unrecht eingetragenen Firma 3 2, 644 (Kleingewerblicher Betrieb); 6 602. — Anordnung der Löschung durch einstweilige Verfügung? 7 595, 596. — auf § 8 UnlWG. gestützter Anspruch auf Löschung e. zulässigertweise eingetragenen Firma 7 1061. — kann das Registergericht den Gebrauch einzelner Worte in der Firma untersagen oder die Änderung in einer bestimmten Richtung verlangen? 2 2, 38; 5 644. — unbes. Weilegung e. erloschenen Firma 4 285 (s. unerlaubte Handlungen). — Haftung des Kommanditisten s. die Kosten bei Löschung von Amts wegen nach § 141 FGG. 3 2, 238. — Ordnungsstrafverfahren (s. Handelsregister) zwecks Herbeiführung d. Löschung e. Firma durch die Erben? 4 863, 864. — Anordnung d. Löschung der Firma unter Aussetzung d. Vollzugs vor Ablauf der Widerspruchsfrist oder vor Rechtskraft der den Widerspruch zurückweisenden Verfügung (§ 141 FGG.) 5 1016. — Beschwerde d. Dritten bei Ablehnung seines Löschantrags 3 2, 329. — We-

(Firma)

Schwerde der Polizei gegen d. Ablehnung e. Lösung 7 1022.

Firma auf dem Ladenschild (§ 15a GewD.). — Verhältnis des § 15a zu Landesgesetzen über den Mißbrauch amtlicher Titel 4 920. — Begriff des „offenen Ladens“ 2 2, 266, 267; 4 920 (f. Laden). — Name welcher Person ist anzugeben? 4 920. — Übersetzung e. Vornamens? 4 921. — vom Geburtsregister abweichende Schreibart des Vornamens 4 921. — unberechtigte Bezeichnung als „Hofbuchdruckerei“, wenn das Wort zur eingetragenen Firma gehört 4 921. — bei geschlossenem Geschäft nicht lesbarer Name 4 921. — Dauer der Anbringung 4 921.

Fischereirecht. — dingliches Recht 3 1, 680. — herrenlose Sachen 2 1, 763. — Inhalt d. Fischereirechtes an einem Privatflusse (Eigentum am Fischwasser, an dem sich bildenden Eise?) 2 1, 767. — Eintragung des F. im Grundbuch 3 1, 680. — Erwerb durch unordentliche Verjährung 6 588. — Fortbestehen landesrechtlicher Vorschriften über den Rechtsbesitz u. seinen Schutz 6 588. —acht e. F. Gegenstand 4 185. — Fischereipachtvertrag der Form des § 566 BGB. bedürftig? 2 1, 308. — Anwendung der Gewerbeordnung auf das Fischereigewerbe 4 918. — rechtl. Natur des F. in Elsaß-Lothringen 7 420. — Eintragung e. F. ins Grundbuch (pr. R.) 6 1021 f.

Fiskus f. Haftpflicht, Eisenbahn, jur. Person d. öffentl. Rechts, Post, Staat, unerlaubte Handlung (§ 831), Beamter, Reich, obrigkeitl. Akte, öffentl. Arbeit, öffentl. Gewalt. — Klagen gegen den Fiskus als Eisenbahn- oder Gewerbeunternehmer fallen nicht unter § 70 Abs. 2 u. 3 BGB. 1 3, 10 (vgl. Zuständigkeit). — über die Frage, durch welche Behörde der Fiskus vertreten wird, vgl. Gerichtsstand § 18 ZPO. — ausländischer Fiskus, Klagen gegen ihn im Inlande 1 3, 8. — Vertretung des Militärfiskus 3 2, 356. — Haftung des Postfiskus für den durch ungültige Zustellung entstandenen Schaden? 3 2, 427; 5 781 (f. Zustellung, Post). — Entschädigungspflicht des Fiskus bei Eingriffen in das Privatvermögen 3 1, 346. — Schadenzufügung durch öffentliche Arbeiten 4 265. — Grundstückserwerb des F. in Preußen 1 2, 394 (f. jurist. Personen). — Zwangshypothek-Vormerkung f. den Fiskus; Anwendung des § 866 Abs. 3 ZPO. in Preußen 2 1, 771. — Vormerkung e. Hypothek f. d. Fiskus während eines Konkurses 3 1, 683. — Haftung d. Reichsfiskus nach den Regeln des Landesfiskus 2 1, 25. — Bedeutung der Teilung in verschiedene Verwaltungsstellen 4 9. — abweichende Entscheidung

gegen 2 verschiedene Verwaltungsstellen d. gleichen Fiskus 7 18. — Haftung für Gefängnisunfälle 6 125. — Haftung bei Beschlagnahme für Aufbewahrung 6 129. — Vertreter im Sinne der §§ 89, 31 BGB. 1 1, 48, 49; 2 1, 26; 3 1, 23, 24; 4 19, 20; 5 16. — „Oberförster“ als Vertreter 3 1, 24. — Landgerichtspräsident u. I. Staatsanwalt als Vertreter d. Justizfiskus 2 1, 26; 4 20. — Pflicht z. Zahlung von Vergütungszinsen gegenüber e. von der Wegepolizei in Anspruch genommenen u. zum Ersatz dieser Leistung Berechtigten 6 133. — privatrechtliche Sonderstellung des Fiskus gegenüber anderen öffentlichen jur. Personen nach BGB. 6 25. — Umschreibung im Grundbuch auf den F. 1 1, 25. — Haftung des Militärfiskus für Überfahren durch Radfahrer 1 1, 51. — Haftung des Militärfiskus f. Schädigung durch ein durchgegangenes Dienstpferd 1 1, 52. — Vertreter d. Eisenbahnfiskus f. Eisenbahn. — Aneignung herrenloser Grundstücke 7 410 ff. — Vertretung im Prozesse 6 753 (f. Gerichtsstand). — Fristsetzung nach § 56 Abs. 2 ZPO. an den nicht richtig vertretenen klagenden Fiskus? 6 754. — Vertretung d. preuß. Fiskus in e. Prozeß, worin Schadensersatz für e. direkte Steuer verlangt wird 6 753. — Haftung des Justizfiskus f. Unfälle in Justizgebäuden 3 1, 24; 4 20. — Haftung d. Justizfiskus f. Verlust von Urkunden 2 1, 26 (vgl. Hinterlegung). — Fiskus als Prozeßpartei, wenn irrtümlich an seiner Stelle eine Behörde als Klägerin oder Beklagte bezeichnet ist 7 737. — Klage gegen den Fiskus unter Bezeichnung e. falschen Behörde als Vertreterin 7 738 (?). — Vertretung d. Reichsmilitärfiskus 7 737.

Gesetzl. Erbrecht 4 477, 478. — Nachfolger in Urheberrechte 1 2, 209; 2 1, 702, 703 (Fiskus als Vorerbe). — Fiskus Miterbe neben gewillkürten Erben 3 1, 583; 6 522. — Übergang von Immaterialgüterrechten 2 1, 703. — Erbrecht des Fiskus, wenn ein Ehegatte oder Verwandter des Erblassers durch Verfassung der staatl. Genehmigung nach Art. 87 Abs. 2 GG BGB. (Ordensangehörige) weggefallen ist 3 1, 683. — Eintritt des Fiskus, wenn bei Einsetzung von Erben nur für einen Teil des Nachlasses gesetzliche Erben für den Rest nicht vorhanden sind (§ 2088) 3 1, 583, 619. — Verzicht des Fiskus auf sein gesetzliches Erbrecht durch Vertrag mit dem Erblasser 3 1, 584. — Ausschluß des Fiskus von der gesetzlichen Erbfolge durch Testament 3 1, 584. — Annahmepflicht des Fiskus als gesetzl. Erbe trotz vorheriger Ausschlagung der Erbschaft als Testamentserbe 4 584. — bei im Schutzgebiet naturalisierten Reichsangehörigen 3 1, 674. — erbrecht-

Fette Zahlen = Sagra.; gemönl. Zahlen = Seite,

tigter Fiskus bei Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit ohne Erwerb einer anderen **3 1, 674.** — mehrfache Staatsangehörigkeit **3 1, 583, 590; 4 483.** — Erbrecht des ausländischen Fiskus gegenüber seinen in Deutschland gestorbenen Staatsangehörigen **1 2, 375** (vgl. Erbrecht internationales). — Geltung d. §§ 781, 783 BPD. für den Fiskus **3 1, 600.** — Schadenserzählpflicht des Fiskus wegen Auskunftsverweigerung über den Nachlaß **3 1, 600; 1 2, 226** (Offenbarungseid bei Auskunftsverweigerung). — Vorbehalt des Art. 138 GGWB. **6 522.** — Erbfolge in das Vermögen einer erloschenen Stiftung **4 1 9.**

Testamentserbe. — Ausschlagungsrecht **1 2, 209; 3 1, 584;** Sehen einer Inventarfrist **1 2, 227.**

Feststellung des Erbrechts des Fiskus. — Ermittlung von Erbberechtigten ohne Nachweis, daß die Verwandten der vorhergehenden Klasse weggefallen sind **4 483; 5 557.** — Ermittlung von Erbberechtigten bei Unmöglichkeit der Feststellung, ob sie die einzigen Erbberechtigten sind **4 483; 5 557.** — Nachweis eines dem Fiskus jedenfalls vorhergehenden Erbrechts **4 483.** — mangelhafte Vornahme der amtlichen Ermittlungen **4 483.** — Umfang der amtlichen Ermittlungspflicht **4 483** (Staatsangehörigkeit); **3 1, 589** (Verlust der Staatsangehörigkeit). — Pflicht des Nachlassgerichts, Ermittlungen über das Bestehen e. von 3. Seite beanspruchten Erbrechts anzustellen? **5 996; 7 531.** — Erlaß der öffentlichen Aufforderung bei Vorhandensein eines Pflegers; Antrag nicht nötig **3 1, 590.** — Inhalt der öffentlichen Aufforderung **3 1, 590.** — Unterlassung der Aufforderung wegen die Kosten nicht deckender Masse **3 1, 590.** — Inhalt des Beschlusses; Begründung **3 1, 590.** — genaue Bezeichnung des erbberechtigten Fiskus **3 1, 583, 590; 4 483.** — Feststellung des Erbrechts eines ausländischen Fiskus **2 1, 760.** — Anwendung des § 1965 Abs. 2 Satz 1 auf ein nach dem Ablauf der Anmeldepflicht angemeldetetes Erbrecht **4 483.** — Anwendung des § 1965 Abs. 2 Satz 2, wenn Erbrechte angemeldet sind **7 531.** — Frist, wenn weder eine öffentliche Aufforderung zur Anmeldung von Erbrediten noch eine solche Anmeldung stattfand **2 1, 705; 3 1, 590; 7 531.** — Kürzung der Frist des Abs. 2 § 1965? **3 1, 590.** — Feststellung bei Einleitung einer Nachlasspflegschaft **4 483.** — Wirkung der Feststellung; Erlaß des Erbscheins? **3 1, 590.** — Unterlassung der Erbenermittlung u. Feststellung des Erbrechts des Fiskus wegen mangelnden Bedürfnisses, z. B. Übersuldung **3 1, 590.**

— Beschwerde des Fiskus gegen die Feststellung seines Erbrechts **3 1, 590; 3 2, 200.** — Beschwerde gegen Ablehnung der Feststellung des fiskalischen Erbrechts **3 2, 200** (s. Beschwerde). — Feststellung unter Vorbehalt d. Rechte des Erbbewerbers? **3 1, 590.** — Vollzug des Feststellungsbeschlusses **3 1, 590.** — Erbschaftsklage des Fiskus vor Feststellung? **3 1, 589.** — Feststellungsklage des Fiskus gegen einen Erbprätendenten vor Feststellung des fiskalischen Erbrechts **3 1, 589.** — Feststellungs- u. Erbschaftsklage eines Erbbewerbers gegen den Fiskus **3 1, 589; 1 2, 214** (bei Nichtbestreiten des Erbrechts des Klägers). — Einfluß einer anhängigen Feststellungsklage auf die Tätigkeit des Nachlassgerichts **3 1, 589.** — Fiskus als Vorerbe **1 2, 214.** — Umfang der Haftung des Fiskus; Mittel zur Haftungssbeschränkung **1 2, 227.**

Fixgeschäfte. — Begriff **1 1, 264; 2 1, 229; 6 153.** — die pünktliche Einhaltung der Frist als wesentlicher Bestandteil der Leistung **2 2, 210; 3 2, 91; 4 625.** — Leistungszeit als Eigenschaft der Leistung **2 1, 118.** — Gebrauch der Worte: „fix“, „genau“, „präzise“; Befügung der Verfalls Klausel **4 626.** — Vertrag über „Saisongwaren“ **4 626.** — Ausnahme der Streik Klausel **4 626.** — bloße Verabredung einer Lieferszeit **4 626.** — An- u. Verkauf v. Wertpapieren nach den Regeln der Londoner Börse **5 702.** — Erwartungsklausel **5 191.** — „eintreffend Mitte September“ **6 689.** — Rücktritt d. Käufers e. Loospapieres, wenn der Verkäufer beim Kauf den Mantel ausgehändigt, dagegen den Kuponbogen entgegen seinem Versprechen bis zum Tage vor d. Nummernziehung nicht geliefert hat **6 689.** — „Lieferung umgehend; Nachfrist 8—10 Tage“ **6 152.** — objektive Unmöglichkeit d. Erfüllung **1 1, 264.** — Recht des Gläubigers bei zufälliger Leistungsunmöglichkeit des Schuldners **2 1, 217.** — Beweislast **1 1, 264; 3 1, 173.** — Geschäft mit Bestimmung e. Abladezeit **7 657, 670.**

Fixleistung. — Verjährung d. Anspruchs auf e. F. **5 62.**

Flachsbrechhauer. — vor 1900 entstandene **3 1, 691.**

Flaggenrecht s. Kauffahrteischiffe.

Flaschenbierhandel s. Bierhandel. — Verhältnis z. Schankwirtschaft; Verhindern des Konsums an Ort u. Stelle **4 927.**

Fleischbeschauer. — Zurücknahme der Bestimmung wegen Unzuverlässigkeit **4 946.**

Flößerei s. Binnen-schiffahrt.

Flurvereinigung. — Einfluß auf die Haftung nach § 419 BGB. **5 178.**

Fluß. — Eigentum an den durch Uferanschüttung gewonnenen Flächen **7 944.**

(Fluß)

— desgl. am Flußlauf bei Privatflüssen, Eintragung ins Grundbuch 7 944 f. — Eintragung von Eigentum an öffentl. Flüssen ins Grundbuch? 7 970 f. — Eigentum an öffentlichen Flüssen in Preußen 3 1, 679. — Bauten über öffentliche Flüsse Zubehör? 3 1, 27. — Unfall bei Benutzung e. öffentlichen Flusses als Pferdeschwemme 4 21.

Fob (f. Handelsklauseln) 4 612, 613; 6 677; 7 121. — Untersuchung e. „fob Hamburg“ gelieferten Ware an Bord des Seedampfers oder im überseeischen Bestimmungsort? 5 703; 6 689, 696.

Forderung f. Anspruch. — Begriff 1 1, 122. — F. im Schuldverhältnis 3 1, 176. — Forderungsrecht u. Anspruch 2 1, 118. — F.srecht als Vermögensrecht 5 74.

Forderungsrechte. — Haftung nach § 823 BGB. f. Verletzung von F. f. unerlaubte Handlung § 823.

Formales Recht. — arglistige Ausbeutung e. f. R. als Schifane 3 1, 68 (f. Schifane).

Formalgeschäft. — Auslegung 4 42; 5 39, 50.

Form der Rechtsgeschäfte f. Beurkundung, Schriftform, Unterschrift, Urkunde, Vertrag. — Begriff der „Formvorschrift“ in Art. 11 GGWB. 1 2, 357. — Prüfung der Formgültigkeit von ausländischen Beglaubigungen u. Beurkundungen (f. diese) 3 1, 667. — Absicht, durch Errichtung im Ausland d. schwereren Formvorschriften des Inlandes zu entgehen 1 2, 357. — gegen die guten Sitten verstoßende (Art. 30 GGWB.) Anerkennung ausländischer Formvorschriften 1 2, 357 (privatschriftliche Verpfändung des Geschäftsanteils einer GmbH. f. 2 2, 283); 1 2, 358 (Privatcheverträge im Ausland; Anfechtung d. Ehelichkeit eines Kindes). — im Ausland ausgestelltes Konnoissement f. das Inland 4 530. — Anwendung des Art. 11 GGWB. auf Vaterschaftsanerkenntnisse? 1 2, 359. — Anwendung des Art. 11 Abs. 1 auf Eheverträge 1 2, 358. — Anwendung d. Art. 11 Abs. 1 auf Anfechtung d. Ehelichkeit eines Kindes 1 2, 358. — Anwendung d. Art. 11 Abs. 1 auf Testamente? 1 2, 359. — Anwendung des Art. 11 Abs. 2 GGWB. bei Bemessung der Folgen der Ungültigkeit 1 2, 357. — Kreis der unter Art. 11 Abs. 2 GGWB. fallenden Rechtsgeschäfte 1 2, 358 (Eheverträge). — Verträge unter Abwesenden; Anwendung des Art. 11 Abs. 1 Satz 2 5 606. — Verträge über ausländische Grundstücke; keine Anwendung des § 313 BGB. 5 607. — Form einer Zession 5 607. — im Ausland abgeschlossene Rückbürgschaft 5 607. — Verhältnis des Art. 11 zu Art. 27 GGWB. 1 2, 358. — F. f. Abänderung oder Auflösung eines vor 1900 begründeten Schuldverhältnisses 1 2, 416. — Kondition aus

e. nach § 125 BGB. nichtigen Vertrag, insbesondere nach beiderseitiger Erfüllung 7 328. — wegen F.-Mangels nictiger, aber durch Erfüllung heilbarer Vertrag des alten Rechts bei Erfüllung unter dem neuen Recht 2 1, 783; 6, 593. — Abänderung eines vor 1900 gegebenen Verkaufsversprechens nach § 313 BGB.? 2 1, 785. — Grundsatz milder Auslegung von F.-Vorschriften 7 43. — verschiedene Bedeutung d. F.-Vorschriften 2 1, 58. — beliebige Parteivereinbarung über d. F. e. Vertrags 2 1, 59; 4 35; 5 37. — Wille im Moment d. F.-Erfüllung entscheidend 2 1, 59; 3 1, 39. — Plage auf Erfüllung (Nachholung) d. F. 1 1, 74, 217; 2 1, 59; 3 1, 41. — keine Berufung auf Treu u. Glauben gegenüber F.-Vorschriften 1 1, 75. — formlose Zustimmung zu formbedürftigen Verträgen 1 1, 118 (f. 7 43, 44). — d. vertragl. Inhaltsänderung e. Schuldverhältnisses 1 1, 214; 5 125. — Beilegung e. auf Rechtsgeschäft beruhenden F.-Mangels durch contrarius consensus, Annahme d. Leistung 7 43. — Verzicht d. Parteien im Prozeß auf die F.-Nichtigkeit des der Plage zugrunde liegenden Geschäftes 7 43. — im Prozeß abgegebene, außerhalb d. Prozesses einer anderen F. bedürfende Erklärungen; Erklärungen am Prozeß nicht beteiligter Dritter 7 44 (f. Vergleich). — Unkenntnis prozessualer F.-Vorschriften keine Fahrlässigkeit (e. Laienpartei) 5 115. — Einrede der Arglist gegenüber dem sich auf den F.-Mangel Berufenden, wenn er ihn selbst verschuldet hat 6 52. — § 139 anwendbar auf d. Nichtigkeit wegen Mangels d. gefehl. F. 2 1, 70. — F. d. Vorvertrags 1 1, 74; 2 1, 59 (f. diesen). — Bedeutung bloßer Puntktionen trotz Vereinbarung gerichtl. oder notarieller Beurkundung 1 1, 74. — Vor schreiben d. schriftlichen F. f. die Verpflchtung e. Gemeinde in der Landgemeinde-Ordnung 7 43. — Formlosigkeit d. schenkungsweise Abtretung e. Ford. 4 142. — Formlosigkeit d. Abtretung 5 159. — F. d. Geschäftsveräußerung 5 127. — F. d. Grundstücksveräußerung f. Form d. Immobiliarvertrags. — Streitfragen bezügl. d. F. d. Verträge nach § 311 5 127. — F. d. Generalversammlungsprotokolle e. A.-G. 3 1, 40. — F. d. Übernahme e. Stammanteils auf d. erhöhte Stammkapital e. GmbH. 2 1, 59. — F. e. Rechtsgesch., bei dem zugleich d. Voraussetzungen d. §§ 313, 873 u. die des § 518 vorliegen 5 204. — F. d. Lehrvertrags 2 1, 59. — F. d. Quittung 1 1, 270; 2 1, 232.

Formabrede hinsichtl. d. Prozeßvergleichs 1 1, 73. — F. zum Zwecke der Femeisicherung 1 1, 74, 76. — F.-Abrede f. Mietverträge 3 1, 53. — F.-Abrede,

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

Bedeutung d. F. (§ 154 II) **2 1**, 79, 80; **4 50**; **5 50**. — Beweislast für d. F. **3 1**, 53. — Behandlung formnichtiger Verpflichtungsgeschäfte **7 43**. — F. des Eintragungsantrages im Grundbuchverlehr f. Eintragungen ins Grundbuch.

Form des Immobilienvertrages. — Zweckmäßigkeit d. Formvorschrift d. § 313? **1 1**, 216; **2 1**, 210; **3 1**, 152; **5 127**. — Übergangsrecht, Anwendung des § 313 auf Vertr. über Grundst., für die d. Grundbuch noch nicht angelegt ist **1 1**, 216 (Bayern); **4 119**; **5 128**, 131 (Hessen); **5 128**; **7 152**, 153. — nach 1900, aber vor Anlegung d. Grundbuchs abgeschlossener Vertrag **1 2**, 428; **7 585**. — Zuständigkeit f. Beurkundung des obligat. Grundstücksveräußerungsvertrags (preuß. Notar für hessische Grundstücke vor Anlegung des Grundbuchs; medlenburg. Domanalämter) **6 138**. — Umgehung d. Form d. § 313 **2 1**, 210; **3 1**, 154; **4 129**. — Wirkungen d. Nichtbeachtung d. Form d. § 313 **3 1**, 155. — Beweislast, daß trotz Nichtbeurkundung e. Vertragsbestimmung nicht der ganze Vertrag nichtig ist **6 135**. — Privatvertrag z. Glaubhaftmachung d. Auflassungsanpr. zwecks Eintragung e. Vormerkung nicht ausreichend **1 1**, 217. — Sicherung d. Eintragungsanspruchs d. Antragstellers gemäß § 18 II G.W. nach erfolgter Auflassung trotz Nichtbestehens e. formgültigen Grundstücksveräußerungsvertrags **3 1**, 155. — Rücktritt d. Käufers von einem formnichtigen Vertrag; Pflicht z. Schadloshaltung d. Verkäufers **2 1**, 212. — Ausgleich bezügl. d. Kosten e. formnichtigen Vertrags **2 1**, 189, 211. — Zeit d. Beurkundung f. d. Kenntnis von Mängeln maßgebend **2 1**, 211. — falsche Bezeichnung d. Grundstücks in d. Vertragsurkunde **3 1**, 153; **4 120**, 121; **5 130**; **6 135**; **7 148**. — Verzicht auf Geltendmachung d. Formnichtigkeit **4 121**, 122; **5 130**. — Nichtigkeit e. wesentl. Bestandteils **2 1**, 70. — bloße Bescheinigung des nach Art. 142 G.W.G.W. zuständigen Gemeindebeamten, daß die Unterschriften von den Parteien eigenhändig vollzogen seien **6 138**. — Anwendung d. §§ 128, 152 G.W.G. **7 152**. — *condictio indebiti* auf Rückzahlung d. auf e. formnichtigen F.-B. Gezahlten **2 1**, 212; **7 149** (Kondition d. Auflassung). — Auflassung u. Eintragung heilen nur d. Mangel d. Form d. § 313 **1 1**, 222; **3 1**, 155; **4 121**. — Heilung von mündl. Nebenabreden **1 1**, 222; **2 1**, 213; **3 1**, 156; **4 119**, 122; **5 130**, 131; **7 148**. — Notwendigkeit d. Identität d. Objekts d. Auflassung mit dem d. Vertrags (Satz 2) **1 1**, 222. — Heilung d. F.-Mangels bei mehreren Verträgen über dasselbe Grundstück **1 1**, 222; **3 1**, 155. — Heilung durch

Auflassung an e. weiteren Abkäufer des Käufers **7 153** (2). — Heilung d. F.-Mangels bei Verkauf mehrerer Grundstücke **1 1**, 222; **2 1**, 213; **3 1**, 155. — Einfluß d. Heilung auf die mit Zwischenpersonen getroffenen Vereinbarungen **7 152**. — Heilung d. formlosen Grundstückskaufes schon mit Auflassung u. Eintragung des einen der Kontrahenten? **1 1**, 223; **2 1**, 213; **3 1**, 156; **4 121**; **5 130**. — keine Heilung bei teilweiser Auflassung u. Eintragung **1 1**, 222; **2 1**, 212; **3 1**, 156; **4 121**; **6 138**. — keine Formheilung durch Auflassung o d e r Eintragung **1 1**, 222; **4 121**. — Formheilung bei Fortdauer des auf Aufrechthaltung e. mündlichen Nebenabrede gerichteten Parteiwillens z. B. der Auflassung, aber nicht mehr z. B. der Eintragung **6 138**. — keine Heilung wegen falscher Bezeichnung d. Grundstücks bei d. Eintragung **4 121**. — z. B. d. Auflassung, aber nicht mehr z. B. d. Eintragung bestehende Willensübereinstimmung d. Parteien **7 152**. — keine Heilung d. Formmangels durch Einreichung e. Privatvertrags beim Grundbuchamt **1 1**, 217. — Heilung d. Formmangels beim Tausch **1 1**, 223; **2 1**, 213; **3 1**, 156; **4 121**; **5 130**; **7 211**. — Auflassung an e. vom Käufer bestimmten Dritten u. dessen Eintragung z. Formheilung genügend **3 1**, 156; **6 138**; **7 153**. — Heilung einer formlosen zwischen dem Käufer u. einem der mehreren Verkäufer ohne Wissen der anderen getroffenen Nebenabrede durch die Auflassung **6 136**. — Einfluß d. Heilung auf die dem Käufer obliegende Pflicht zur Rückübertragung e. Teiles d. Grundstücks **7 153**. — Unzulässigkeit analoger Anwendung d. § 313 Satz 2 auf ähnl. Verträge **3 1**, 155. — Stempelspflichtigkeit d. geheilten formlosen F.-B. **4 122**. — Formheilung in Gebieten, wo das Grundbuch noch nicht angelegt ist? **1 1**, 221 (Bayern); **3 1**, 155; **5 131** (Hofst.); **3 1**, 156; **7 153**. — rückwirkende Kraft d. Formheilung? **1 1**, 223; **3 1**, 155; **7 153** (Leistungsverzug wegen d. vor der Heilung liegenden Nichterfüllung?). — von e. Kaufstüftigen dem Grundstückseigentümer für das längere feste Andiehandgeben d. Grundstücks gezahlte Vergütung; Rückgewähr bei Nichtabschluß d. Vertrags? **6 137**.

Einzelfälle. — Vertr. über ausländ. Grundst. im Inland **5 129**; **7 152**. — Grundstücksveräußerung im Inland unter Inländern auch bei Vereinbarung der Geltung ausländ. Rechts **4 121**. — Formzwang für sämtl. Vertragsvereinbarungen **1 1**, 216, 220; **2 1**, 212; **3 1**, 153, 154; **4 118**, 119, 121; **5 129**; **6 135** (2); **7 148**, 149. — arglistige, falsche, in dem notariellen Vertrag nicht aufgenommene Zusicherungen **6 136**. — Form d. Hauptvertrags, wenn

(Form des Immobilienvertrages)
 d. Vorvertrag in der Form des § 313 BGB. geschlossen ist **7 149**. — Verpfl. z. Eigentumsübertragung durch einseitige Rechtsgesch. **2 1, 211**. — Verpfl. z. Grundstücksbelastung od. z. Verfügung über Grundstückslasten **2 1, 211, 212; 3 1, 152**. — Pflicht z. Weiterveräußerung e. erst zu erwerben u. zu bebauenden Grundstücks **7 152**. — Verpflichtung z. Aufgabe d. Eigentums an e. Grundstück **1 1, 217; 2 1, 211; 3 1, 152**. — Übernahme d. Verpflichtung aus d. obligat. Vertrag **1 1, 218**. — Abtretung d. Rechte aus e. Immobilienvertrag **1 1, 217, 300; 2 1, 210, 211, 253; 3 1, 151, 152; 5 129, 162**. — Verpflichtung z. Ankauf? **1 1, 216; 5 128**. — Zusicherung v. Eigenschaften **1 1, 216; 3 1, 155; 4 119**. — zeitliches Hinausschieben d. Gewährleistungspflicht d. Verkäufers **6 137**. — Verpflichtung z. Erwerb ohne Verpflichtung zur Veräußerung **7 152**. — Mäklervertrag über Grundstück **7 275**. — Vertragsbestimmungen über die Belegung d. Kaufpreises **3 1, 153; 6 135; 7 149 (3)**. — falsche Bezeichnung d. Kaufpreises **7 148, 149, 150**. — Zusicherung e. Grundstücks zu Ausstattungszwecken **6 137**. — Bezeichnung e. Kaufaufgabe **7 149, 150, 211**. — unrichtige Angabe über e. zwecks Anbahnung d. Vertrags an d. Gegner gemachte Zuwendung **7 150**. — Verpflichtung e. Dritten z. Kaufpreiszahlung **7 152**. — Vorverträge, Vorverhandlungen **1 1, 217; 2 1, 210, 211; 4 118, 120; 5 128**. — pactum de emendo **4 120; 7 149**. — zwischen Offertenabgabe u. annahme getroffene privatschriftliche Abänderung d. Offerte **6 136**. — Vertr. über künftige käufl. Überlassung e. Grundst. **5 128; 6 136**. — Übernahme d. Pflicht z. Weiterveräußerung eines zu erwerbenen Grundstücks **6 137**. — Offerte, das „Andiehandgeben“ e. Grundst. **1 1, 217, 211**. — Einräumung e. Wiederkaufrischts **1 1, 219; 2 1, 210; 7 152**. — Verträge, durch die d. Pflicht z. Verfügung über ein Recht an e. Grundstück (mit Ausnahme des Eigentums) eingegangen wird **2 1, 795**. — Verpfl. z. Einräumung od. Übertragung e. Vorkaufsrechts **1 1, 218, 356; 2 1, 210; 3 1, 154; 4 120; 5 128; 6 136; 7 150 f.** — Erbbaurecht **1 1, 219; 2 1, 211; 3 1, 152**. — Erbpacht-, Büdner- u. Häuslerrecht, nicht bergrechtliches, Mineralgewinnungsrecht **3 1, 152; 7 152**. — Vertragsänderung **1 1, 216; 2 1, 212; 3 1, 153, 154; 5 129; 6 135; 7 150 (4)**. — Ergänzungen des Vertrags **6 135; 7 150 (4)**. — vertragl. Abänderung d. Erfüllungstermins unter gleichzeitiger Preisstundung **5 129; 6 137; 7 150**. — Verzicht d. Käufers auf Geltendmachung der ihm aus arglistiger Täuschung zustehenden Rechte gegen Preisnachlaß

5 129. — Aufhebung d. durch Auflassung erfüllten F.-B. **1 1, 221**. — Vertr. auf Aufhebung e. formellen Grundstücksveräußerungsvertrags **1 1, 121; 4 119, 121; 5 129**. — Vertrag über Aufhebung d. Verpflichtung zur Übertragung d. Eigentums an e. Grundstück **6 136**. — Wandelung **1 1, 221; 3 1, 153**. — Rücktritt **1 1, 221; 4 121**. — nachträglicher Verzicht auf Rücktritt **6 136; 7 150**. — Vergleich mit Übernahme d. Verpflichtung z. Grundstücksübertragung **1 1, 220 (s. Vergleich)**. — Verpflichtung des Bürgen zur event. Grundstücksübertragung auf d. Gläubiger **1 1, 220**. — Abrede, daß ein durch Fristablauf erloschenes Recht aus e. der Form des § 313 bedürftenden Verträge noch weiter ausgeübt werden dürfe **6 135**. — Barzellierungsaufträge u. -verträge formpflichtig **1 1, 217; 2 1, 210; 4 120; 7 151 (Vereinbarung, Dritten gehörige Grundstücke zu zertrümmern)**. — Annahmeerklärung d. mit e. Grundstück Beschenkten **1 1, 219**. — Leibgebänge, Altenteilsverträge **1 1, 219**. — Mietvertrag mit Einräumung d. Ankaufsrechts **4 120**. — Erbauseinanderungsverträge **2 1, 211**. — Veräußerung e. Handelsgeschäfts **1 1, 220; 3 1, 154; 7 151**. — Verpflichtung, e. Grundstück nicht zu verkaufen, formfrei **4 120**. — Inflationsversprechen eines Gesellschafters **1 1, 219; 6 137; 7 151, 289**. — Überweisung e. Grundstücks an e. Mitgesellschafter od. Miterben bei der Auseinanderlegung? **1 1, 219; 3 1, 153, 154; 5 129; 6 136**. — Gesellschaftsvertrag zwecks Grundstückspekulation **3 1, 154; 6 136, 137; 7 290 (2)**. — Vertrag auf Erwerb u. Barzellierung e. Grundstücks durch einen Gesellschafter u. Verteilung d. Überschusses an die anderen Gesellschafter **7 290**. — Ausnahmevertrag bei Eintritt e. Gesellschaft in e. Gesellschaft mit Immobilienvermögen **1 1, 219**. — Anspruch eines Gesellschafters auf Herausgabe von für die Gesellschaft gekauften Grundstücken **6 136**. — Vertrag unter Bietern in Zwangsversteigerung zur Aufhebung e. Gemeinschaft, durch den sich ein Mit-eigentümer verpflichtet, nicht weiterzubieten **6 137**. — Vertr. unter Bietern in Versteigerungen über die demnächstige Übertragung d. Grundstücks **3 1, 154**. — Vereinigung v. Bietern zur Abgabe e. gemeinschaftl. Gebots **5 129**. — Vertrag über e. auf fremdem Grund u. Boden errichteten Eiskeller **5 129**. — Abgabe d. abstrakten Versprechens od. Anerkenntnisses d. Verpfl. z. Grundstücksübertragung **1 1, 220**. — Prozeßvergleich erstet Form d. § 313 **1 1, 220; 2 1, 210; 3 1, 152; 6 137 (s. Vergleich)**. — Ersetzung d. Form des § 313 durch Anerkenntnis oder Vergleich im Prozesse **6 137**. — Anerkenntnisurteil

6 138. — Vollmacht z. Abschluß e. F.-V. 1 1, 216; 218; 2 1, 210, 211, 212; 3 1, 152; 5 129; 7 149, 150. — Auftrag, gerichtet auf Grundstücksverwerb bzw. -veräußerung 2 1, 211; 3 1, 153, 154; 4 120; 5 129; 6 138; 7 149, 150, 280. — Zustimmung z. e. Grundstücksveräußerungsvertrag 3 1, 152. — Vertrag über Festsetzung d. Grundstücksgrenze 5 129. — Vertrag zugunsten e. Dritten 1 1, 216; 2 1, 212; 3 1, 152. — mahlweises Versprechen von Geldzahlung oder Grundstücksübertragung 3 1, 154. — Einigung über d. Grundabtragung z. Betriebe des Bergbaus 3 1, 154.

Forstpolizeiliche Beschränkungen. — keine Eintragung ins Grundbuch 2 2, 404.

Fortrechtsänderungen. — i. Bayern 6 399.

Fortbildungsschulen. — nur vorübergehend am Ort beschäftigte Personen 4 959. — durch Ortsstatut begründete Pflicht Auswärtiger oder im Gemeindebezirk Wohnender zum Besuch der F. 4 960. — nach § 120 Abs. 3 GewO. zuständige Gemeinde? 4 960. — Schulverhältnis bei nicht publiziertem Stundenplan 4 960. — Entschuldigen e. Schulverhältnis mit e. Verbot des Meisters 4 960. — Zurückhalten durch den Arbeitgeber 4 965.

Fortgesetzte Handlung. — Beginn der Anspruchsverjährung bei der f. S. 4 60.

Fossilien. — als Früchte 1 1, 57. — als Grundstückerwerbungen 2 1, 36.

Frachtgeschäft f. Eisenbahn, Post; Frachtbeförderung zur See f. Seerecht, Binnenschifffahrt. — Statutenkollision 5 614.

I. A l l g e m e i n e s. — Werkvertrag 1 1, 393; 4 639. — Unterschied vom Schleppvertrag 2 2, 232, 272; 3 2, 101 (s. diesen). — Frachtvertrag, wenn das Gut in dem Schiff zeitweilig bis zur Bestimmung des Ablieferungsortes liegen bleiben soll 2 2, 232. — Anwendung der §§ 320—327 BGB. 7 676. — Vertrag zugunsten Dritter? 2 1, 224; 6 702. — Begriff d. „Versenders“ u. des „Abfenders“ 7 676. — Frachtgeschäft der Posten 2 2, 243 (s. Post). — Abschluß des Vertrags zwischen Absender u. Frachtführer kein Vertrag zugunsten des Empfängers 2 2, 237 (s. 6 702). — Begriff des Frachtführers 2 2, 232 (Unterschied von dem zum Zweck der Transportes Dienste Leistenden); Posthalter? 2 2, 232, 243; Kollisionsunternehmer s. unten; Eisenbahngepäckträger 2 2, 232, 248, 249; Müllabfuhrgeschäft 3 2, 2. — einheftl. Expeditions- u. Frachtvertrag bei Verpflichtung e. Expeditionsfirma, ab Seedampferbord bis frei Rheinschiff Mainz z. befördern 6 699. — Verhältnis des § 823 BGB. zur Vertragshaftung 4 641 (Verletzung des Besitzes des Absenders durch Ablieferung des Gutes an einen Dritten, s. 2 2, 236). — Anwendung d. § 641 BGB., Ablieferung nur Zug um Zug gegen

Frachtzahlung 7 269. — Zug-um-Zug-Leistung bei längerer Dauer der Ablieferung 5 716. — Erfüllungsort 2 2, 233; 3 1, 118; 3 2, 102; 4 639 (Erfüllungsort des Frachtführers): 4 669. — wann erlöschen die Rechte des Absenders an dem Frachtgute u. wie lange haftet er dem Frachtführer? 2 2, 237. — Anwendung des § 645 BGB. 7 269, 270. — von welchem Zeitpunkt an kann der Empfänger über das Frachtgut verfügen u. von wann ab haftet er dem Frachtführer? (s. unten V 2) 2 2, 237. — einseitiges Rücktrittsrecht des Empfängers; zeitliche Dauer 2 2, 237. — Zurückbehaltungsrecht d. empfangsbevollmächtigten Empfängers d. Frachtguts gegen den Empfänger wegen nicht konnexer Gegenforderungen 7 665. — Stellung des Verfolgungsrechts nach § 44 RD.; Übergang der Dispositionsbesugnis auf den Empfänger nach § 433 BGB. 2 2, 238. — Folgen der vom Absender dem Empfänger erteilten Erlaubnis zur Abholung des Gutes ohne Verzicht gegenüber der Bahn 2 2, 238. — Besitzverhältnisse u. Eigentumsübergang an dem Frachtgut 1 1, 523; 4 642; 5 380.

Rechtsverhältnisse nach Ankunft des Gutes am Bestimmungsort (§ 435) 2 2, 237. — Begriff der Ankunft 2 2, 238. — Pflicht des Empfängers zur Erfüllung aller aus dem Frachtvertrag sich ergebenden, nicht bloß der aus dem Frachtbrief ersichtlichen Pflichten 2 2, 238. — Klage auf Abnahme gegen den Empfänger? 2 2, 239. — Aushängung des Gutes an dem nach dem Abgang einer Unbestellbarkeitsanzeige an den Absender sich meldenden Adressaten 2 2, 239, 240. — nachträgliche Annahmehereitschaft der Empfänger (§ 333 BGB.) 4 129. — Ort der Ablieferung bei Beförderung innerhalb desselben Ortes 6 701. — tritt der Empfänger, der dem Absender den Wert des Gutes ersetzt, ohne Abtretung in den Anspruch des Absenders gegen den Frachtführer ein? 6 701.

Rechtsverhältnisse nach Annahme des Gutes und des Frachtbriefes (§ 436) 2 2, 237. — Begriff der „Annahme“ 2 2, 239 (Abfuhr der Ware durch den vom Adressaten allgemein beauftragten Speditur). — Zahlung eines Frachtvorschusses und Anweisung eines Abladeplaces seitens des Empfängers keine Annahme 2 2, 239. — ist Annahme des Ladescheins Annahme des Gutes im Sinne des § 436? 2 2, 243. — Haftung für die nach Annahme des Gutes u. Zahlung der Fracht entdeckten Schäden; Beweislast 4 643. — Einfluß der trotz Verlustes einzelner Stücke erfolgten Annahme des Restes u. Frachtzahlung auf die Erfassungsprüche 4 643. — Übergabe des Gutes ohne Fracht-

(Frachtgeschäft)

brief **5 716**. — Pflicht des Empfängers nach Annahme des Gutes zur Nachzahlung bei zu niedriger Frachtberechnung **6 701**. — Aufrechnung des Empfängers mit Schadensersatzansprüchen gegenüber der Frachtnachzahlungsforderung der Bahn **6 701**. — Anwendung des § 438 Abs. 1 auch auf Frankosendungen **6 701, 702**.

II. A c h n a h m e s e n d u n g e n. — Wirkung der Erhebung der Nachnahme durch den Frachtführer als Zahlung; verspätete Ablieferung an den Absender **2 2, 242**. — Nachnahme als Anweisung verbunden mit Infrassoauftrag **6 290**.

II. F r a c h t b r i e f f. unter Eisenbahn. — Beweisurkunde, Gegenbeweis **2 2, 233; 6 699**.

III. L a d e s c h e i n. — Rechtsnatur **2 2, 243** (Unterschied vom Frachtbrief). — Ladesechein mit dem Vermerk „an die Adresse des N. N.“ als Orderpapiere? **2 2, 243**. — Wirkung einer ungenügenden Orderlaufel als Fesslon? **2 2, 243**. — Schadensersatzpflicht des Spediteurs bei Unterlassung der Angabe des Merkzeichens **2 2, 243**. — Bedeutung der Aushängung des Ladeseheins (Unterschied von der Aushängung des Frachtbriefes) **2 2, 243**. — Annahme des Ladeseheins keine Annahme der Ware im Sinne des § 436 **2 2, 243**. — Pflicht des Ladeseheinsbesitzers zur Zahlung der Frachtkosten? **2 2, 243**. — Rechte aus dem Ladesechein bei unterlassener Verladung **3 2, 105**. — Zurückbehaltungsrecht am Ladesechein bei einem Manko des Gutes **3 2, 105**. — Gestattung der Abfuhr des Gutes ohne Aushängung des Ladeseheins **3 2, 105**. — Verhältnis des § 446 Abs. 1 HGB. zu § 334 HGB. **6 702**. — zugunsten des Empfängers getroffene, im Ladesechein nicht enthaltene Stipulationen **6 702**.

IV. P f l i c h t e n d e s F r a c h t f ü h r e r s.

1. R e c h t z e i t i g e L i e f e r u n g. — zeitweilige vom Frachtführer verschuldete Hindernisse **2 2, 235**. — dauernde Beförderungshindernisse (Anspruch auf Fracht) **2 2, 234**. — Verhältnis des § 65 HGB. zu § 428 HGB. **2 2, 235**. — Umfang des Schadensersatzes bei verzögerter Ablieferung **2 2, 236**. — Einwand des Frachtführers, daß Absender zu dem dem Adressaten geleisteten Schadensersatz nicht verpflichtet gewesen sei, weil mit Übergabe des Gutes an den Frachtführer die Gefahr auf den Adressaten übergegangen sei **4 641**.

2. U n b e s c h ä d i g t e L i e f e r u n g. — Ablieferung (s. dieje u. Handelskauf), Begriff **2 2, 235** (Vermeidung der Ladung seitens des Empfängers, Anweisung eines

Löschplatzes?); **2 2, 237** (Übergabe an den vom Adressaten bezeichneten Speditur). — Ablehnung der Annahme seitens des Adressaten **2 2, 235**. — Einschränkung der Haftung durch Vereinbarung **2 2, 235**. — Haftung für Beschädigung der Umhüllung **2 2, 235**. — Prüfung der Verpackung (s. dieje) seitens des Frachtführers bei Übernahme des Gutes **2 2, 235**. — Haftung bei Nichtaufklärung der Schadensursache **2 2, 235; 6 700**. — Unterlassen der Angabe des Wertes bei Kostbarkeiten; nachträgliche Angabe: anderweite Kenntnis des Frachtführers **2 2, 235**. — Haftung des Frachtführers für absichtliche Beschädigung von ihm nicht als solche bezeichneter Kostbarkeiten i. R. **2 2, 235**. — Begriff der „Kunstgegenstände“ nach § 429 Abs. 2 **2 2, 235, 236** („Denkmal-Ghypsstudie“). — Haftung des Frachtführers bei unaufgeklärter Schadensursache **6 700**. — Umfang des Schadensersatzes bei deliktischer (nicht vertraglicher) Haftung des Frachtführers **2 2, 236** (s. **4 641**). — für die Bestimmung des Verkaufswertes maßgebender Zeitpunkt **2 2, 236** (s. **247**). — hat der Frachtführer das Gut dem Adressaten zur Besichtigung u. Untersuchung vorzuzeigen? **2 2, 239; 4 642**. — Begriff des „Verlustes des Gutes“; Aushängung an einen nicht legitimierten Empfänger **2 2, 246**. — Umfang des Schadensersatzes, wenn die Sendung nicht an Gebrauchsvert, wohl aber an Handelsvert eingebüßt hat **2 2, 247**. — teilweiser Verlust mehrerer auf einen Frachtbrief besörderter Güter; Einfluß d. Annahme des Restes auf die Ersatzansprüche **4 643**.

3. H a f t u n g f ü r G e h i l f e n. — umfaßt die Verletzung alle Vertragspflichten **2 2, 236**. — Haftung nur gegenüber dem Gegenkontrahenten **2 2, 236**. — Haftung der Gehilfen selbst **2 2, 236**. — außerhalb der Dienstzeit verübte Handlungen der Gehilfen **5 716**.

4. H a f t u n g f ü r U n t e r f r a c h t f ü h r e r. — Rückgriff, wenn mehrere Frachtführer als Schuldige verurteilt sind **2 2, 236**. — Zahlungsunfähigkeit des schuldigen Frachtführers **2 2, 236**. — § 432 nur für das Binnenfrachtgeschäft **2 2, 237; 3 2, 103**. — Stellung des vom Adressaten mit der Abholung des Gutes betrauten Spediturs **2 2, 237**. — Verjährung des Regreßanspruchs gegen die Unterfrachtführer **3 2, 103**. — Haftung der Rollfuhrunternehmer **5 716; 6 700, 701** (s. Eisenbahn).

5. B e f o l g u n g d e r e r h a l t e n e n A n w e i s u n g e n. — kann der Absender nach § 433 Rücktransport an den Absenderort, Beförderung über den Bestimmungs-ort hinaus oder nach einer Seitenlinie verlangen **2 2, 238**. — kann der Absender auch noch andere als die im § 433 angegebenen

Verfügungsrechte haben? 2 2, 238. — Form der Anweisungen des § 433, insbesondere bei den Eisenbahnen 2 2, 238. — wann tritt an Stelle der Dispositionsbefugnis des Absenders die des Empfängers 2 2, 237, 238. — Wiederaufleben des Dispositionsrechts des Absenders, wenn der Empfänger von seinem Recht keinen Gebrauch macht 2 2, 238. — Voraussetzung für die Zulässigkeit der Anweisungen b. Erteilung eines Frachtbriefduplikats oder Aufnahmehesines 2 2, 240.

6. Pflichten bei Ablieferungshindernissen. — Schadensersatz bei Unterlassung der Benachrichtigung 2 2, 240. — Benachrichtigung, wenn der Adressat trotz Auslösung des Frachtbriefes das Gut nicht in Empfang nimmt 2 2, 240. — nachträglich Abnahmewilligkeit des anfangs die Annahme verweigernden Destinatar 2 2, 240; 3 2, 104; 4 642, 643. — Rücksendung eines unanbringlichen Gutes 5 716. — Aufbewahrung des Gutes Lagervertrag oder Vertrag nach § 688 BGB.? 5 716. — Pflicht zum Verkauf verderblicher Güter ohne Benachrichtigung des Absenders 6 701.

7. Erlöschen der Haftung nach Annahme des Gutes u. Zahlung (§ 438); Verjährung (§ 439). — Frankosendungen 2 2, 240; 5 717; 6 701, 702. — vorherige private Feststellung des Schadens durch „amtlich bestellten“ Sachverständigen 2 2, 241 (Begriff des amtlich bestellten Sachverständigen). — Erlöschen der Haftung bei Verwechselung des Gutes 3 2, 104; 5 717. — Annahme unter Vorbehalt, aber ohne amtliche Untersuchung 3 2, 104. — Anwendung des § 438 im Fall der Frachtstundung? 5 717.

V. Rechte des Frachtführers.

1. Gegen den Absender. — Haftung des Absenders bei Unrichtigkeit der Begleitpapiere auch ohne Verschulden 2 2, 234 (konkurrierendes Verschulden); 3 2, 102 (de lege ferenda). — Haftung für Zahlung der Fracht trotz Eintritts des Empfängers nach § 436 2 2, 239, f. 237 (Solidarhaftung beider). — Verjährung der Fracht bzw. der an deren Stelle tretenden Ersatzforderung 4 59; 5 61. — Anspruch auf Frachtlohn bei unverschuldetem Untergang des Frachtguts auf dem Transport? 7 157.

2. Gegen den Empfänger. — Zahlungspflicht bei Auslieferung des Gutes am Bestimmungsorte 3 1, 272. — von wann an haftet der Empfänger dem Frachtführer? 2 2, 237. — Haftung des Empfängers auch für die aus dem Frachtbrief nicht ersichtlichen Verpflichtungen bei Geltendmachung des Rechts nach § 435

BGB. 2 2, 238. — Klage gegen den Empfänger auf Annahme des Gutes 2 2, 239. — Umfang der Zahlungspflicht des Empfängers nach § 436 2 2, 239; 6 701 (Nachzahlungen). — Pflicht des Adressaten zur Zahlung der Fracht nach Annahme des Gutes auf Grund Frachtbriefes trotz eines im Frachtbrief nicht ersichtlichen Ersuchens des Absenders, die Fracht nicht zu zahlen 2 2, 239. — „Gut“ im Sinne des § 436 3 2, 104. — Zug-um-Zug-Leistung vor Auslieferung des Gutes u. Frachtzahlung 5 716; 7 676. — Handelsbrauch, daß der Empfänger unfrankierter Waren die Fracht vorauslagt 5 700.

3. Hinterlegung u. Selbsthilfeverkauf (s. diesen). — Selbsthilfeverkauf bewirkt Eigentumsübertragung 2 2, 240. — Selbsthilfeverkauf von einem Dritten gehörigen Sachen 2 2, 240. — öffentlicher, durch die Bahnverwaltung selbst bewirkter Verkauf 2 2, 208, 240. — nachträgliche Annahmehereitschaft d. Empfänger (§ 333 BGB.) 4 129. — Verhältnis der §§ 677 ff. BGB. zu § 437 BGB. 4 222.

4. Pfandrecht u. Retentionsrecht 7 676. — Berechnung der im § 440 Abs. 3 gesetzten 3 tägigen Frist (Eingehen des Antrags bei Gericht während der Frist) 2 2, 241, 242. — „gerichtliche Geltendmachung“ nach § 440 Abs. 3 umfaßt auch die einstweilige Verfügung 2 2, 241; 3 2, 104; 7 676 (Voraussetzungen für Erlass der einstweiligen Verfügung). — Zeitpunkt der Entstehung 2 2, 242. — nachträgliche Kenntnis des Frachtführers, daß Absender nicht Eigentümer ist 2 2, 242. — Pfandrecht an dem Absender nicht gehörenden Frachtküden, wenn der Absender nicht Kaufmann ist 2 2, 242. — Träger des Pfandrechts; Stellung des letzten Frachtführers 2 2, 242. — geht das Pfandrecht durch Übergang des Gutes in den Besitz eines nachfolgenden Frachtführers oder Spediteurs unter? 2 2, 242. — Übergang der Rechte des von einem Nachmann befriedigten Vormanns auf den Nachmann; Umfang der Rechte des letzteren 2 2, 242. — Ausdehnung des Pfandrechts auch auf die aus dem Frachtbrief nicht ersichtlichen Forderungen 2 2, 243. — Verhältnis des gesetzlichen zu anderen Pfandrechten 2 2, 243. — Verhältnis des Retentionsrechts nach § 369 BGB. und § 273 BGB. zum Pfandrecht 2 2, 242, 243. — Konkurrenz mehrerer Retentionsrechte 2 2, 243.

Frachtzuschläge f. Eisenbahn.

Fragerecht richterliches. — Begriff: Abgrenzung gegen d. Inquisitionsmaxime 1 3, 16; 5 778. — Hinweisung der Parteien auf die Möglichkeit einer anderen rechtlichen Auffassung 1 3, 72, 73; 3 2, 422;

(Fragerecht richterliches)

6 782; 7 768. — Pflicht z. Belehrung, welche Anträge sachgemäß zu stellen seien? 1 3, 73; 3 2, 422; 5 778. — Veranlassen zur Klageänderung? 5 778. — maßgebend für Ausübung das in der Verhandlung Vorgebrachte nicht der Inhalt der Schriftsätze 3 2, 422. — Suppeditierung v. Prozeßstoff 5 796. — unrichtig gestellter Klageantrag 1 3, 72; 3 2, 422. — Aufordern zur Stellung eines beschränkteren Antrags 1 3, 73. — zwecks Anbietens von Beweismitteln 1 3, 72/73; 3 2, 423; 7 767. — nicht gerügte Vornahme des Selbsthilfeverkaufs am falschen Orte 1 3, 72. — Veranlassung zur Eidesaufschreibung an Stelle anderer Beweismittel 3 2, 423; 7 767. — bei zweifelhafter Vertragsauslegung 1 3, 73. — bei Nichtausstellen erheblicher Behauptungen 3 2, 422; 5 778. — bei Schadenersatzklagen 1 3, 73. — nicht vorhersehbare Verwendung von Schutzbehauptungen gegen den Behauptenden 3 2, 422. — wenn die Partei etwas vorbringt, was der Anwalt nicht wiederholt 1 3, 73. — zur Herbeiführung einer genaueren Eidesfassung 5 818; 6 782 (2). — Veranlassung zur Erhebung neuer Einwendungen 1 3, 73; 3 2, 422; 7 768. — Veranlassung zur Vorlage von Urkunden? 4 708. — Nichtwiederholung einer in den Schriftsätzen enthaltenen Einrede in der mündlichen Verhandlung 1 3, 73; 3 2, 422. — Verwendung von Tatsachen gegen eine Partei, die in der mündlichen Verhandlung nicht vorgebracht wurden 3 2, 423. — in Ehefachen 1 3, 73. — wenn der Richter einen Schluß ziehen will, den die Partei, für die er günstig ist, selbst nicht zog 1 3, 72. — wenn der Richter statt Scheingeschäft ein Fiduziarverhältnis annehmen will 3 2, 422. — Aufklärung, ob Leistungs- od. Feststellungsfrage erhoben werden will 3 2, 422. — Antrag auf Schadenersatz salva liquidatione 6 782. — bei Zweifel, ob mit dem Widerklageantrag Abweisung der Klage beantragt sein soll 3 2, 422. — keine Wiederholung in 2. Instanz, wenn ausweislich des Urteils der Erstrichter über einen Punkt erfolglos gefragt hat 4 684, 685; 7 767. — wenn sich die Partei auf die besonderen Bestimmungen des in einem anderen Staat geltenden Rechts nicht beruft 4 685. — Nichtwiederholung in 1. Instanz angebotener Beweise in 2. Instanz 3 2, 422; 5 778, 828. — keine Fragepflicht, wenn sie voraussichtlich nur zur Aufstellung willkürlicher Behauptungen führen würde 7 767. — Ausdehnung der Fragepflicht durch Parteidisposition; Bitte der Partei, zutreffendensfalls durch richterliche Fragen auf Ergänzung des Vorbringens hinzuwirken 6 781. — Anregung der Umwandlung e. Leistungs- in einen

Feststellungsantrag, wenn mangels der Voraussehbarkeit der künftigen Gestaltung der Erwerbsverhältnisse die ziffernmäßige Festsetzung e. Verstümmelungsrente zu schwierig ist 6 781, 782. — Anregung zur näheren Darlegung, wenn bei Klage nach § 843 BGB. Erfaß wegen Vermehrung der Bedürfnisse verlangt wird 6 782. — Unterlassen e. Fragestellung, wenn die Partei schon durch das erstinstanzielle Urteil, ein Revisionsurteil oder durch die Schriftsätze der Gegenpartei auf die Unzulänglichkeit ihrer Beweise hingewiesen war 6 782. — Fragepflicht, wenn die Partei bei Vorbringen e. Behauptung sich die Beweise dafür vorbehielt 6 782. — nicht genügender substantiierter Beweisantritt 6 782. — Hinweisung einer Partei auf von ihr nicht aufgestellte Rechtsbehelfe 6 782. — Abweisung e. Klage wegen mangelnder Substantiierung ohne Ausübung d. F. 7 767. — kann der Beklagte sich darüber beschweren, daß infolge Nichtausübung des Fragerechtes dem Anspruch des Klägers nicht in vollem Umfang entsprochen wurde 6 782. — Nichtausübung des Fragerechts Revisionsgrund 1 3, 71, 72; 3 2, 506. — Nichtausübung als wesentlicher Mangel des Verfahrens n. § 539 ZPO. 6 783, 853. — Anwendung d. § 139 ZPO. im Verfahren nach Artt. 46—50 BayGebG.? 6 782. — Ausübung, wenn die beweispflichtige Partei nur im allgemeinen auf den Inhalt von adhibierten Akten sich bezieht, ohne die einzelnen Urkunden namentlich zu bezeichnen 6 840. — Vertagung zur Beantwortung richterlicher Fragen 7 768 (2). — Pflicht zur Wiederaufnahme d. Verhandlung zwecks Ausübung d. F. 7 769.

Frankfurter Recht. — Statutarerbrecht nach Einführung des BGB. 5 634; 6 598.

Französisches Recht [s. rheinisches Recht, Baden. — Gütergemeinschaft i. d. Übergangszeit 3 1, 696, 697; 4 545. — in e. Ehevertrag für den Todesfall der Frau geschenktes Grundstück; Erwerb 2 1, 801. — Stellung der Vereine d. f. R. nach dem BGB. 5 10. — Staatshaftung für Beamte (s. diese) 2 1, 25; 4 22; 7 581 (3). — Familienname der nach f. R. vor 1900 anerkannten unehelichen Kinder 5 4. — Verpflichtung des Miterben zur Hypothekbestellung an e. Nachlaßgrundstück als Unvermögen im Sinne des § 275 Abs. 2 BGB. 5 110. — Verpflichtung d. Miterben zur Hypothekbestellung an e. Nachlaßgrundstück 5 110, 126. — Befreiung des art. 1166 code civil durch BGB. 1 2, 417; 2 1, 786. — art. 217 code civil bei Gütertrennung nach rheinischem Recht 2 1, 801. — Fortgeltung des art. 1499 code civil für vor 1900 erfolgten Erwerb 5 632. — Kommand-Erklärungen 4 786 f.

Freihändige Veräußerung eines beschlag-
nahmen Grundstückes. — Verteilung des
Erlöses 6 966.

Freiheitsberaubung. — des Notstands-
berechtigten u. Notwehr 1 1, 141. — bei
Ausübung d. Selbsthilferechtes 5 214;
7 93. — Haftung nach § 823 BGB. 1 1,
464; 2 1, 494; 522; 4 268; 5 329 (Ein-
willigung des Verletzten).

Freiwillige Gerichtsbarkeit f. Vormund-
schaftsgericht, Handelsregister, Beurkun-
dung, Beschwerde in der f. G., Nachlaß-
gericht, Rechtshilfe, Ordnungsstrafen.

Allgemeines. — rechtl. Natur 3 2,
177; 4 852 (Streitverfahren), 854. —
Abgrenzung gegen die freiwillige 3 2, 320;
5 989. — Streitverfahren im Gebiete der
f. G. 3 2, 176, 177; 4 852. — Einfluß
e. Änderung d. Gerichtsbezirke auf e.
einmal begründete Zuständigkeit 5 1010.
— Entscheidung über inzidenter auf-
tretende privatrechtliche Streitpunkte 2 1,
695, 696; 3 2, 177; 5 996. — Bindung des
Richters der f. G. durch Entscheidung d.
Prozeßrichters 3 2, 208. — Nachprüfung
der Rechtswirksamkeit von Verfügungen
der f. G. durch den Prozeßrichter 1 2,
119, 155; 2 1, 90, 671; 3 1, 61, 530, 534
(Ablehnungsrecht e. Vormunds); 3 2, 208
(wegen Mangels der sachlichen Zuständig-
keit unwirksame Verfügung); 5 1008 (Kün-
digungsermächtigung des Mannes nach
§ 1358 BGB.); 5 1015; 7 980, 990. —
Nachprüfung der Bestellung u. Bekannt-
machung e. in der f. G. erlassenen Ver-
fügung durch den Prozeßrichter 3 1, 572;
4 468, 854. — Nachprüfung e. obervor-
mundschaftlichen Genehmigung durch den
Prozeßrichter 3 2, 218 (f. Vormundschafts-
gericht). — Nachprüfung vor Verfügung über
Inventarfrist durch d. Prozeßrichter 5 1011.
— Bedeutung des Vergleichs im Streitver-
fahren der f. G.; Vergleich als Grundlage
für Zwangsvollzug u. Kostenfestsetzung?
3 2, 177. — Antragsrecht Geschäftsbeschränk-
ter, Geschäftsunfähiger im Verfahren der
f. G.? 1 1, 106; 3 2, 220, 221; 5 1010; 7 1008.
— landesrechtliche Vorbehalte § 189
FGG. 3 2, 521. — Schutzgebiete als
Inland oder Ausland 7 979. — An-
wendungsgebiet 3 2, 178; 4 850. — An-
wendung auf das Verfahren d. Dorf- u.
Ortsgerichte in Preußen 3 2, 251. —
Anwendung der Vorschriften des 1. Ab-
schnitts auf Grundbuchsachen 3 2, 178, 184.
— Anwendung auf Notare nach § 194
FGG. 3 2, 251. — Beurkundung von
Rechtsgeschäften Angelegenheit im Sinne
des § 1 FGG.? 4 850; 5 989, 990, 991;
6 980. — Streit über Rechtmäßigkeit e.
Gebühr in Sachen der f. G. 3 2, 178. —
Ablehnung und Ausschließung von Gerichts-
personen f. diese. — Rechtshilfe in f. G.
f. Rechtshilfe. — Ordnungsstrafen f. diese.

— Begriff der sachlichen u. örtlichen Zu-
ständigkeit 3 2, 182. — Dienstaufsichts-
beschwerde 3 2, 194 (f. Rechtsverweigerung).
— Kompetenz d. Landesgesetzgebung zu
Ergänzungs- u. Ausführungsbestimmun-
gen zum FGG.; Vorschriften über Ord-
nungsstrafen 3 2, 252. — privatrechl.
Nichtigkeitsebegriff im Gebiete der f. G.
1 1, 74 f. — eigenhändige Unterschrift
der Beteiligten bei Anträgen u. Er-
klärungen 1 1, 76. — Erklärungen gegen-
über dem Gerichte? Abgabe zu Protokoll
des Gerichtsschreibers? 1 1, 77. —
Schriftform für gegenüber dem Gericht
abzugebende Erklärungen 4 35. — be-
schränkt geschäftsfähige Vertreter in An-
gelegenheiten der f. G. 1 1, 106 f. —
Schadensersatz für Vollstreckung e. ansecht-
baren u. demnächst aufgehobenen Ver-
fügung 2 1, 136 (f. prozessuales Ver-
schulden). — Unterbrechung des Streit-
verfahrens nach § 240 ZPO. 4 802
(f. unten). — Haftung der Beamten der
f. G. bei bewußter Abweichung von
ständiger oberichterlicher Rechtspredung
für eine in Unkenntnis dieser Judikatur
vertretene falsche Ansicht 7 980 (f.
Beamte). — Einfluß e. Schiedsvertrags
auf d. Zuständigkeit der Gerichte der f. G.?
7 985. — sofortige Zurüdweisung offen-
barer unbegründeter Ansprüche 7 985. —
von welchem Zeitpunkt ab ist ein Gericht
mit e. Sache befaßt? 3 2, 214, 215; 7 1004.
— Geschäftsfähigkeit in der f. G. 5 1010;
7 1008.

Zuständigkeitsstreit. — wann liegt
ein Präventionsfall nach § 4 vor? gleich-
zeitiges Tätigwerden zweier Vormund-
schaftsgerichte, des einen in bezug auf Ge-
nehmigung e. Vertrags eines Sohnes
mit seinem Vater, des anderen in bezug
auf die Volljährigkeit dieses Sohnes?
Sicherung des Nachlasses u. Nachlaß-
auseinanderziehung als „gleiche Sache“?
Sicherungsmaßregel verschiedener Ge-
richte bezüglich verschiedener Teile des
Nachlasses 5 992. — Prävention seitens
e. örtlich unzuständigen Gerichts 5 992;
7 983, 984. — Aufklärung der für die Fest-
stellung der Zuständigkeit maßgebenden
sachlichen Verhältnisse seitens des zu-
nächst mit der Sache befaßten Unter-
gerichts als Voraussetzung f. d. Be-
stimmung des zuständigen Gerichts nach
§ 5 3 2, 182. — Tätigwerden des oberen
Gerichts bei Kompetenzkonflikten ex officio
3 2, 182; 5 992. — wem steht das Recht
zu, die Entscheidung eines Kompetenz-
konfliktes bei dem Obergericht anzuregen?
3 2, 182, 183; 5 992. — negativer Kom-
petenzkonflikt, wenn 2 Gerichte ihre Zu-
ständigkeit zwar verneint, aber in Er-
örterungen über die Zuständigkeitsfrage
miteinander nicht getreten sind? 3 2, 182.

(Freiwillige Gerichtsbarkeit)

— Anwendung des § 5 bei Streit über die Zuständigkeit zur Erteilung e. vollstreckbar. Ausfertigung e. von mehreren Gerichten aufgenommenen Urkunde 3 2, 183; 6 734, 735 (f. Vollstreckungsklausel). — Streit nicht über örtliche, sondern über sachl. Zuständigkeit 7 984. — „Ungevißheit“ im Sinne des § 5 3 2, 183. — keine Anwendung des § 5 bei Ablehnung d. Antrags auf Übernahme e. anhängigen Vormundschaft 3 2, 183. — Streit über Zuständigk. z. Verwahrung e. eröffneten Testaments 3 2, 183; 7 984. — Einfluß von Zweckmäßigkeitsgründen bei Bestimmung des zuständigen Gerichts im Falle eines Kompetenzstreites? 5 992. — Beschwerde gegen die Entscheidung des gemeinsamen oberen Gerichts 3 2, 194. — Zuständigkeit des BayObV. 4 868. — Übernahme der von e. örtlich unzuständigen Gericht versehentlich eingeleiteten Vormundschaft seitens des zuständigen Gerichts 7 983 (f. Vormundschaft). — Streit über örtliche Zuständigkeit bei Mangel d. sachlichen Zuständigkeit 7 983, 984. — Feststellung der Unzuständigkeit der unteren Gerichte im gesamten Instanzenzug Voraussetzung der Bestimmung durch das obere Gericht? 7 984. — bestimmte Bezeichnung der in Frage stehenden Tätigkeit als Voraussetzung für die Bestimmung durch das obere Gericht 7 984.

Handlungen des unzuständigen oder ausgeschlossenen Richters. — vgl. auch Ausschließung, Vormundschaftsgericht. — gegenüber e. unzuständigen Gericht abgegebene Parteierklärung 4 851. — Aufhebung mit Beschwerde 4 851; 5 993. — Aufhebung nicht e. einzelnen Handlung, sondern des gesamten Verfahrens e. unzuständigen Gerichts 4 851, 852; 5 993, 994 (vorläufige Vormundschaft). — Verfügungen des sachlich unzuständigen Gerichts 5 993. — Aufhebung der vom unzuständigen Gericht getroffenen Verfügung durch das Beschwerdegericht 5 993. — Beschwerde, wenn kein Recht d. Beschwerdeführers beeinträchtigt ist 5 993. — Eintragungen eines örtlich unzuständigen Musterregistergerichts 5 993. — Handlungen e. unzuständigen Registergerichts 5 993, 994. — Handlungen e. unzuständigen Nachlassgerichts 4 433. — Urkundenaufnahme durch einen nach §§ 170 ff. FGG. ausgeschlossenen Beamten 5 1020 (f. Urkunden). — Urkundenaufnahme außerhalb des Amtsbezirks 3 2, 242, 249, 253; 5 1020 (f. Urkunden). — Verstöße gegen reichs- u. landesgesetzliche Vorschriften über die sachliche Zuständigkeit d. Gerichts u. Notars zu Beurkundungen 3 2, 253. — Befangenheit e. Richters 7 984. — bzgl. eines

Notars f. Notar, Urkunden notarielle. — Mitwirken der Mitglieder e. Handelskammer, die das Einschreiten d. Registerrichters veranlaßt haben, als Beisitzer der Kammer f. Handelsachen bei Beschwerde gegen d. Ordnungstrafverfahren 7 984. — Eintragung e. Vereins durch das örtlich unzuständige Gericht 7 984. — gegen ü b e r e. unzuständig. Gericht vorgenommenene gerichtliche Handlungen (Erbchaftsauschlagnung) 7 984. — Beschwerde gegen d. von einem örtlich unzuständigen Vormundschaftsgericht erlassenen Beschluß auf Entziehung der elterlichen Gewalt 7 984.

Offizialbetrieb. — Umfang d. Ermittlungspflicht 7 985. — Anwendung des § 12 FGG. auf Grundbuchsachen? 3 2, 178, 184. — keine Bindung des Gerichts an Beweisanträge 3 2, 184; 4 852; 5 995; 7 985. — Zurückweisung sachdienlich erscheinender Beweisanträge 4 852. — Umfang des Anhörens der Beteiligten 3 2, 184; 4 852; 5 995 (Zuziehung zu Beweisternen). — Ermittlung ausländischen Rechts; Inanspruchnahme der Hilfe des Antragstellers 3 2, 184 (f. ausländisches Recht). — Ermittlung der weiter berufenen Erben bei Ausschlagung des zunächst berufenen 3 2, 184. — Mittel für Durchsetzung e. dem Richter nötig erscheinenden Urkundenvorlage 4 852. — Prüfung der Wirksamkeit e. Erbschaftsauschlagnung bei Erteilung e. Erbscheins (f. diesen) 4 852. — kann das Vormundschaftsgericht zwecks Prüfung, ob sämtliche Erben bei der Teilung mitgewirkt haben, einen Erbschein verlangen? 4 852. — Ort der Beweisaufnahme; Kreis der nach § 12 zulässigen Ermittlungen; Erforschung des Sachverhalts durch Private auf Veranlassung des Gerichts? 5 994, 995. — Fälle, in denen e. Ermittlung von Amts wegen nicht stattfindet (reines Antragsverfahren) 5 996. — Kollision zw. Ermittlungspflicht und Amtsverschwiegenheit 7 985.

Verbeistandung u. Vertretung. — Berücksichtigung des Mangels der Vollmacht von Amts wegen? 3 2, 185; 7 987, 988. — Art des Nachweises der Vollmacht, wenn einer der Beteiligten Nachweis d. öffentlich beglaubigte Vollmacht erlangt 3 2, 185. — Auftreten e. Bevollmächtigten in Fällen, in denen Bevollmächtigung unzulässig 3 2, 185; 4 853. — Vollmachtsnachweis des Notars 3 2, 185 (3). — vermutete Vollmacht des Notars nach §§ 71, 100, 124, 129, 147, 159, 161 FGG. 5 997. — Vollmacht bei Beschwerden f. Beschwerde in der f. G. — Vertretung des sich nicht nennenden unehehlichen Vaters bei der Unterhaltsabfindung 3 2, 185. — Abgabe der eidesstattlichen

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

Versicherung im Erbscheinsverfahren durch e. Bevollmächtigten (s. Erbschein) **3 2, 186.** — Form der Vollmachtserteilung **5 997; 7 987** (analoge Anwendung d. Vorschriften über Prozeßbevollmächtigte). — Bevollmächtigung e. Minderjährigen; Zustimmung seines gesetzlichen Vertreters **5 997** (s. **1 1, 106.**) — Verlangen e. öffentlich beglaubigten Vollmacht seitens des Gerichts **7 988.** — Zulassung auftragloser Geschäftsführer **7 988.**

U r m e n r e c h t. — bei Erbauseinandersetzungen nach altem Recht **3 2, 186.** — Beiordnung e. Rechtsanwalts; Beschwerde wegen Verweigerung **3 2, 186.** — Nachweis des Unvermögens **3 2, 186, 187.** — Beschluß über Erteilung oder Verjagung; Zustellung und Verkündung des Beschlusses **3 2, 187.** — im Grundbuchverfahren, insbes. im Grundbuchbeschwerdeverfahren **5 997.** — Beschwerde u. weitere Verjagung wegen Verjagung **3 2, 186; 7 988, 1002** (Zuständigkeit des Kammergerichts).

G a n g d e s V e r f a h r e n s s. auch oben Offizialbetrieb. — Form der Parteianträge u. -erklärungen; Erklärungen rechtsgeschäftlichen Inhalts; Zuständigkeit der Gerichtsschreiberei; Unterschrift bei schriftlich eingereichten Erklärungen **4 851.** — mit falschen Namen unterzeichnete Anträge **7 985.** — Ablehnung e. Antrags wegen mangelnder Legitimation d. Antragstellers trotz Pflicht des Gerichts, von Amts wegen vorzugehen **7 986.** — Form eines Beschwerdeeinpruchs der Widerspruchsschrift, d. Ablehnung der Vormundschaft, e. Auseinandersetzungsantrags, Annahme oder Kündigung des Testamentsvollstreckeramts, Ansetzung e. Erbsinsetzung **4 851.** — Form e. Vaterschaftsamerkenntnisses **3 2, 184** (s. dieses u. uneheliche Kinder). — Erzwingung des Erscheinens durch Ordnungsstrafen? **3 2, 211** (s. Ordnungsstrafen). — Ordnungsstrafen wegen Ungebühr **3 2, 183; 4 662** (vgl. Vormundschaftsgericht); **5 994.** — Nichterwähnung des die Ordnungsstrafe festsetzenden Beschlusses im Sitzungsprotokoll **5 994** (s. Ordnungsstrafen). — Zuziehung e. Dolmetschers; Begriff der „Beteiligten“ im Sinne des § **9 3 2, 184.** — allgemeine Beeidigung e. Dolmetschers **3 2, 184.** — Einfluß der Gerichtsferien **3 1, 530; 3 2, 184; 5 994; 6 737; 7 985** (Registrierfache). — Beschwerde wegen Nichtbearbeitung e. Sache während der Gerichtsferien **3 2, 184.** — Einfluß der Gerichtsferien auf das Verfahren zwecks Anordnung einer vorläufigen Vormundschaft **3 2, 184** (s. Gerichtsferien). — Zustellungswesen; Anwendung des § **176 3 2, 1 3, 81; 3 2, 189; 5 998.** — Wiedereinsetzung in den vorigen Stand; An-

wendung des § **233 3 2, 432.** — Unterbrechung des Verfahrens nach § **240 3 2, 4 802.** — Aussetzung des Verfahrens **7 986, 987** (bei Nachlassfachen, Aussetzen d. Erbscheinerteilung b. z. Entscheidung e. Rechtsstreites), **993.** — Aussetzung d. Entscheidung **4 852; 5 994.** — Pflicht z. persönlichen Vernehmung d. Beteiligten? **7 987.** — Anordnung des persönlichen Erscheinens e. Beteiligten (des unehelichen Vaters) **3 2, 186; 4 853.** — Begriff der Offenbarkeit; einer anderen Abteilung des gleichen Amtsgerichts bekannte Tatsache? **4 858.** — Ordnungsstrafen bei Nichterscheinen e. vorgeladenen Beteiligten **4 853; 5 995.** — Ungebührstrafe gegen e. Beteiligten, der wahrheitswidrig erklärt, nicht deutsch zu können **7 985** (s. Sitzungspolizei). — Einfluß von Tod oder Konkurs e. Beteiligten **5 994.** — Abhängigmachen e. Beweisaufnahme vor Zahlung e. Auslagenvorschußes **3 2, 187.** — Art der Beweisaufnahme **5 994, 995; 7 989** (Zeugenbeweis). — Benachrichtigung der Parteien von Beweiserhebungssterminen **3 2, 187; 5 997; 7 988.** — Eideszuschreibung **5 994, 998.** — richterlicher Eid **5 994, 998.** — Zeugnispflicht bloßer Ausfunftspersonen **5 997.** — eidliche Zeugenvernehmungen **3 2, 187; 7 989** (Anwendung d. § **393** Abs. 1 **3 2, 187.**) — Beeidigung von Ausfunftspersonen **3 2, 187.** — Vernehmung der unehelichen Mutter über den Erzeuger; Zeugnisverweigerungsrecht **7 989** (s. uneheliche Kinder). — eidesstattliche Versicherung e. Minderjährigen (s. auch Erbschein) **7 989.** — Verweigerung des Zeugnisses **3 2, 187, 195.** — Stellung von Fragen an die Zeugen durch die Parteien **3 2, 187, 476; 5 997; 7 989.** — Aufforderung zur Angabe von Beweismitteln unter Androhung d. Verwerfung d. Antrags **7 986, 987.** — Vernehmung der Kinder als Zeugen im Verfahren gegen den Vater auf Entziehung der Sorge für Person u. Vermögen der Kinder **4 853.** — Abstand von einem durch d. Beschwerdeführer selbst erschwerten Beweis **7 985.** — Ablehnung von Sachverständigen wegen Befangenheit **4 707, 851; 5 998.** — Recht d. Sachverständigen z. Gutachtenverweigerung; Beschwerde **7 989.** — Urkundenbeweis **4 853; 5 998.** — verweigerte Urkundenedition **4 852; 5 998.** — Beweis kraft öffentlicher Urkunden; Anwendung des § **438 3 2, 1 3, 171.** — Abhibierung der bei e. anderen Abteilung des gleichen Gerichts verwahrten Akten, Urkunden **4 858.** — Beweislastregelung? **5 998.** — einstweilige Verfügungen **4 852; 5 894.** — Rechtsmittel **4 853.** — Kosten der Vertretung e. Partei bei auswärtiger Beweisaufnahme durch e. Anwalt **7 989.** — Berechnung der Fristen der §§ **1342,**

(Freiwillige Gerichtsbarkeit)

1597, 1944, 1954, 2081, 2082, 2281 Abj. 2 BGB.; Anwendung des § 17 Abj. 2 FGG? 7 990, 991. — analoge Anwendung d. § 22 Abj. 2 FGG. bei Fristverräumnis? 7 1000. — Antrag, die Kosten ganz oder teilweise einem Beteiligten aufzulegen, nach Erledigung der Hauptsache 7 1039.

Gerichtliche Verfügungen; ihre Bekanntmachung, Wirksamkeit u. Abänderung (§§ 16, 18, 32; f. auch Beschwerde) 4 854. — Begründung der erstinstanzlichen Verfügungen 7 1001. — Bekanntmachung im allgemeinen 3 2, 188 (Zustellung, Eröffnung zu Protokoll), 189; 5 998. — Bekanntmachung e. einen Antrag zurückweisenden Verfügung 3 2, 188; 5 998. — Bekanntmachung e. eine Beschwerde zurückweisenden Entscheidung 3 2, 188. — Bindung des Prozessrichters durch die Verfügung in der f. G. f. oben Allgemeines. — Eintritt der Wirksamkeit für die Beteiligten, für Dritte; Ermittlung der Tagesstunde 3 2, 188, 189; 4 853 (Möglichkeit e. Wirksamkeit nur gegen einzelne der Beteiligten). — Vollzug; Zuständigkeit des erstinstanzlichen Gerichts 3 2, 188. — Aufhebung, Wirkung ex tunc? 3 2, 188, 191, 208 (Aufhebung e. Verfügung, durch die jemand e. Vertretungsmacht erlangt hat oder durch die ihm dieselbe entzogen wird. — Anwendung der §§ 130, 132 BGB. auf die Frage, wann die Bekanntmachung als erfolgt zu gelten hat 3 2, 188. — Rechtshilfesuchen um Bekanntmachung e. gerichtlichen Verfügung (f. Rechtshilfe) 7 981. — Bekanntmachung zu Protokoll, wenn mit der Bekanntmachung eine Frist beginnt 3 2, 189. — Protokoll über mündliche Androhung einer Ordnungsstrafe: Anwendung der §§ 176 ff. FGG? Genehmigung durch den Bedrohten? 7 990. — ohne Willen des Richters bekannt gewordener Aktenvermerk keine Bekanntmachung 3 2, 189. — formlose Bekanntmachung ohne Protokoll? 3 2, 189. — Form der nach PrAMf. v. 10. XII. 1899 zugelassenen einfachen Behändigung 7 990. — Zustellung an den Beteiligten selbst, statt an dessen Bevollmächtigten 3 2, 189; 1 3, 81; 5 998; 7 990. — Bekanntgabe der obervormundschaflichen Genehmigung f. diese unter Vormundschaftsgericht. — Nachprüfung der obervormundschaflichen Genehmigung zur Veräußerung e. Handelsgeschäftes durch den Registerrichter 5 998. — Nachprüfung der Wirksamkeit durch das Prozessgericht (f. oben Allgemeines) 4 854. — Anwendung des § 17 auf Eintragungen in öffentl. Bücher? 3 2, 190. — Rechtskraft der Verfügungen 7 999. — Unsechtbarkeit u. Nichtigkeit 3 2, 190. — Grenzen der Rückwirkung abändernder Verfügun-

gen 7 1003. — formelle u. materielle Rechtskraft; wiederholte Anträge auf Aberkennung eines zuerkannten oder Zuerkennung e. aberkannten Rechtes 3 2, 190, 191; 5 999. — Wirkung e. amtsgerichtl., vom LG. auf Beschwerde aufgehobenen Beschlusses, wenn das LG. unter Aufhebung des landgerichtl. Beschlusses die Sache an das LG. zur anderweiten Entscheidung zurückverweist 7 990. — Abänderungsanspruch der Parteien in den Fällen d. Antragsverfahrens. 7 991 — Aufhebung wegen nach Bekanntmachung eingetretener neuer Umstände trotz Rechtskraft 3 2, 191; 5 998, 999 (3). — Änderung e. mit Beschwerde angefochtenen Entscheidung 4 854. — Abänderung nach Vorlage der Beschwerde an das Beschwerdegericht? 3 2, 191 (2). — nachträgliche Abänderung der auf weitere Beschwerde hin ergangenen Entscheidung 3 2, 191; 5 999. — Berichtigung offener Unrichtigkeiten bei den der sofortigen Beschwerde unterliegenden Entscheidungen 3 2, 191. — Unzulässigkeit e. Änderung, wenn die Beschwerde aus einem Grunde, der jede Art der Änderung trifft, ausgeschlossen ist 5 999. — kann d. Vormundschaftsgericht (§ 46 FGG.) seinen Übernahmebeschluss von Amts wegen wieder aufheben? 7 991. — landesrechtl. Vorschriften über richterl. Änderungsbesugniss 5 999. — Zulässigkeit d. Abgabe seitens d. örtlich unzuständigen an das zuständige Gericht trotz Einlegung sofortiger Beschwerde 7 991. — Rechtsmittel in der f. G. 4 854. — Antrag auf Abänderung e. in 3. Instanz erlassenen Beschlusses auf Grund e. nach Erlassung, aber vor Zustellung eingereichten Beschwerdebegründung? 3 2, 205. — Ablehnung der Erteilung e. Rechtskraftzeugnisses seitens d. Gerichtsschreibers als nicht nötig? 4 857. — Auskunftserteilung des Gerichtsschreibers d. Beschwerdeinstanz an den Gerichtsschreiber 1. Instanz über Einlegung e. Beschwerde innerhalb der Notfrist 4 857. — Wirksamkeit der auf Grund unrichtiger Voraussetzungen ergangenen Verfügungen 3 2, 208. — Aufhebung e. Verfügung, durch die jemand e. Vertretungsmacht erlangt hat 3 2, 208. — Aufhebung e. Verfügung, durch die jemandem e. Vertretungsmacht entzogen wurde; Wiederaufleben der früheren Vertretungsmacht 3 2, 208. — wegen Mangels der sachlichen Zuständigkeit unwirksame Verfügungen 3 2, 208. — Anwendung d. § 32 bei Löschung e. ohne die vorgeschriebene Mitteilung der Anmeldung an die Verwaltungsbehörde oder vor Ablauf der 6 wöchigen Frist gemachten Eintragung in das Vereinsregister 5 1007. — Zeitpunkt der Wirksamkeit einer Verfügung d. Vormundschaftsgerichts nach § 52 FGG.

(f. Ehefrau, gesehl. Güterrecht); Ermächtigung des Mannes zur Kündigung e. Vertrags der Frau nach § 1358 BGB. 1 2, 31, 33; 5 1008. — Erfaß der Genehmigung d. Gegenvormunds nach § 1812 Abs. 2 1 2, 169; 4 444, 858; 6 508 (f. Gegenvormund); — Verfügung des Gerichts bei Meinungsverschiedenheit mehrerer Vormünder oder Pfleger 3 2, 217. — Änderung e. obervormundschaftlichen Genehmigung f. Vormundschaftsgericht. — Beschränkung des Abänderungsrechts nach Mitteilung der Verweigerung der obervormundschaftlichen Genehmigung an den Gegner 3 1, 554, 555, 556; 3 2, 218; 4 453 (f. Vormundschaftsgericht); 4 859. — Anwendung des § 55 auf die Fälle, wo das Gesetz von einer Ermächtigung durch das Vormundschaftsgericht spricht? 3 2, 218. — Zwangsstrafe zur Herbeiführung d. Besorgung e. Verfügung f. Ordnungsstrafen. — Zwangsvollzug gerichtl. Beschlüsse 7 980, 981, 989, 990. — Einteilung der Beschlüsse in solche, die lediglich ein Recht festhalten, dessen Durchführung im Prozeßweg erfolgt, u. solche, deren Durchführung durch das anordnende Gericht selbst erfolgt 7 989, 990. — Einwendungen an das Gericht gegen das vom Gerichtsschreiber unrichtig erteilte Rechtskraftzeugnis; Beschwerde gegen die Entscheidung d. Gerichts 7 1003.

Akteneinsicht. — Einsicht d. Nachlaßakten seitens d. Steuerbehörden 7 1003. — Interesse an der Kenntnis d. Akteneinhalts 3 2, 211. — Abweisung d. Gesuchs trotz glaubhaftesten berechtigten Interesses bei Schikane oder unlauterem Zweck 3 2, 211. — Verweigerung wegen gegenteiliger Interessen anderer 5 1007. — Mäßigkeit e. Mißbrauchs 3 2, 211. — Einsicht der bei Gericht verwahrten Personenstandsakten 5 1007. — Einsicht des Kaufvertrags d. belasteten Grundstücks seitens d. Hypothekgläubigers 7 1003. — Umfang d. Akteneinsicht 3 2, 211. — Ablehnung der Gewährung der Einsicht außerhalb der Gerichtsstelle 3 2, 211; 4 858. — Anspruch d. voraussetzlichen Erben auf Einsicht d. Akten über das Vermögen des entmündigten Erblassers? 3 2, 211. — Anspruch des von der Erbfolge durch Testament ausgeschlossenen gesetzlichen Erben auf Einsicht der Akten 4 858. — Beschwerde, Dienstaufsichtsbeschwerde; Nachprüfung d. richtigen Anwendung des freien richterlichen Ermessens 3 2, 211, 212; 5 1007. — Anspruch d. Teilungsnotars auf Einsicht d. Erbscheinsakten 5 1007.

Erteilung von Abschriften. — Beschwerde wegen Verweigerung? 3 2, 211, 212; 5 1007. — Dienstaufsichtsbeschwerde 3 2, 212. — Erteilung e. Abschrift durch das Gericht aus den Personenstandsakten (Nebenregister, Sammelakten)

5 1007. — Erteilung der Abschrift e. Urkunde, auf die der Notar e. Unterschrift beglaubigt hat, an e. Nichtbeteiligten 5 1007. — Erteilung e. Abschrift aus fremden Akten 7 1003. — Protokoll über Zeugenvernehmungen bei Echtheitsklärung 7 1003. — Erteilung e. vollständigen Testamentsabschrift an den nur an einem Teil des Testaments Interessierten 7 1003.

Fremde Sachen. — Verkauf 2 1, 268; 5 90 (durch den unredlichen Besitzer). — Verkauf e. f. S. als Fall des § 308 Abs. 1 BGB. 2 1, 209. — Pfandrecht an fremden zwecks Sicherheitsleistung hinterlegten Sachen 1 1, 143.

Fristen f. Ausschlußfristen, Einlassungs-, Ladungsfrist, Feiertag. — §§ 186 ff. BGB. Auslegungsvorschriften 1 1, 121. — Berechnung von Fristen für ältere Rechtsverhältnisse 1 1, 122. — Anwendbarkeit der §§ 186 ff. auf die f. des Personenstandsgesetzes 3 1, 62. — Arten von Parteifristen 1 1, 238. — Berücksichtigung der am Wohnort d. Zahlenden anerkannten Feiertage bei Prüfung der Frage, ob die Patentgebühren rechtzeitig bezahlt seien 7 1117 (2). — Berechnung der f. des § 234 ZPO. nach § 187 Abs. 1 BGB. 2 1, 93. — Vereinbarung d. Laufs e. Frist nicht von Zugang, sondern von der Erklärung der Partei an 7 45. — Fristsetzung als Rechtsgeschäft 2 1, 39. — Verlängerung der Frist f. Annahme einer Offerte 3 1, 53. — Verlängerung zugunsten des Absenders e. beschrifteten Willenserklärung bei schuldhafter Vereitelung des rechtzeitigen Zugehens durch den Adressaten 3 1, 43. — unverschuldete Veräumnis einer f.; Einwand daraus gegen Treu u. Glauben 5 52. — § 193 BGB. auch auf d. öffentliche Recht anwendbar? 5 59. — Anwendung des § 193 auf Ausschluß-, Verjährungs-, Kündigungsfristen, Gewähr-f. beim Viehkauf, Mängelungsfristen, Anzeigefrist des § 485 BGB., auf richterliche Fristen 6 79, 80. — § 193 BGB. u. die Zinspflicht 5 58. — § 193 BGB. als Auslegungsregel 4 56. — § 193 auch auf Verjährungsfristen anwendbar 5 59, 200. — Anwendung des § 193 bei Pflicht z. Abgabe e. Willenserklärung oder zu e. Leistung innerhalb einer Frist 6 79. — Frist für Aufgebote und § 193 6 79. — Vorschriften der ZPO. und des ZOG. im Verhältnis zu § 193 6 79. — Anwendung des § 17 Abs. 2 ZOG. auf die Fristen der §§ 1342, 1597, 1944, 1954, 2081, 2082, 2281 Abs. 2 BGB.? 7 990, 991. — Anwendung des § 193 auf die Verjährungsfrist des § 1300 BGB. 6 80. — § 798 ZPO. enthält keine Stundenfrist 3 2, 430. — Einfluß d. Gerichtstermin auf materiellrechtliche Verjährungsfristen, auf d. Ver-

(Fristen)

jährung nach § 28 StempG. v. 31. VII. 95? 7 774. — Fristbestimmung n. § 255 ZPO., Antrag auf Fristsetzung in der Berufungsinstanz, im Läuterungsverfahren; Angabe der verlangten Frist im Antrag; Antrag auf Fristbestimmung als Sachantrag nach §§ 297, 335 Ziff. 3 ZPO. zu beurteilen? Abänderung der vom Gericht gesetzten Frist; Anwendung des § 255 ZPO. in den Fällen der §§ 250, 527, 1003, 1133, 354 BGB.; Vollstreckungsklausel, wenn der Schuldner nach Fristablauf verurteilt wurde, für beide Leistungen 7 782.

Fristsetzung. — bei Eintragungshindernissen im Grundbuchverkehr s. Eintragungen ins Grundbuch.

Früchte s. auch Erzeugnisse, Nütungen. Fruchtwert f. Eigentum. — Begriff 1 1, 57; 3 1, 30. — Arten 1 1, 57. — „Erträge“ 3 1, 30. — „sonstige Ausbeute“ 3 1, 30. — Raubfrüchte Begriff 1 1, 57. — Erlöse keine Früchte 1 1, 57. — „Bestimmungsgemäßheit“ § 99 3 1, 30. — F. auf dem Felde, Begriff i. Sinne d. § 308 StGB. 4 27. — F. auf dem Salme als wesentlicher Bestandteil des Bodens 1 1, 55. — Fossilien als Früchte 1 1, 57; 2 1, 36. — Kauf stehender F. 2 1, 31. — Ausbeute e. Sache (§ 99 I) von der Pfandhaftung ausgeschlossen 1 1, 57. — Recht d. Hypothetgläubigers gegenüber der Pfändung von Früchten 1 3, 288 (vgl. Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen, Hypothek). — Rentenablösungssumme keine Frucht des Rentenschuldrechts 1 1, 57. — Enteignungsentfchädigung keine Frucht des enteigneten Grundstücks 1 1, 57. — Verteilung (§ 101) zwischen Vor- und Nachheren 7 29. — Veräußerung stehender F.; Eigentumserwerb; Interventionsklage gegen Pfändungen 1 1, 587; 2 1, 551.

Fuhrwerksbesitzer s. Droschkenkutscher, Kutscher, Tierhalter, unerlaubte Handlung (§§ 823, 831). — Haftung nach § 823 BGB. 4 277, 278 (Zusammenhängen zweier Wagen); 5 341 (Beschränkung des Straßensplasters). — unentgeltliche Aufnahme e. Fahrgastes 5 97, 341; 6 302 (f. Fahrgast). — Vergeschlitten 5 341.

Fund f. a. verlorene Sachen. — verloren; Begriff 5 377 (vergessene Sachen); 1 1, 619 f.; 2 559 ff; 3 1, 420 f. (Abhandenommen in umfriedeten Privaträumen u. -gebieten, eigenen oder fremden; Beziehungen zwischen Verlust- u. Besitzbegriff); 6 390 (Abhandenommen in jedermann zugänglichen Restaurants, Konzertsälen, Kirchen); 5 407, 409. — die Perle in d. Muster 4 338. — verloren; Derelinqvent 2 1, 563. — verborgene Sachen 2 1, 562; 3 1, 421. — Anzeigepflicht, Pflicht zur Auskunftserteilung an

einen ohne Ausweis über seine Empfangsberechtigung sich meldenden Dritten 1 1, 620. — Verletzung der Anzeigepflicht 1 1, 621 (Verpflichteten); 2 1, 563 (Schadensersatzpflicht); 5 408 (Anzeige an einen von mehreren Empfangsberechtigten); 7 417 (Verletzung der Pflicht durch Geschäftsunfähige). — „Finden“ eines zugelaufenen Tieres 1 1, 620. — Rechtsverhältnisse bei polizeilicher Verwahrung nicht verlorener Sachen 2 1, 562. — Finden; rechtliche Natur 6 390; 4 338. — an sich nehmen; rechtl. Natur 2 1, 563; 7 416. — Empfangsberechtigung für die verlorene Sache 3 1, 421; 4 338; 5 408. — Herausgabe an den Verlierer 2 1, 563; 4 417. — Berechtigung des Finders zur Veräußerung oder Verzehrung schnell verderblicher geringwertiger Sachen 7 417. — Verpflichtungen u. Haftung der Polizeibehörde 4 337; 5 408 f. — der Finder als Geschäftsführer ohne Auftrag 3 1, 288; 4 338. — Verpflichtung zur Verwahrung 5 408. — Zurückbehaltungsrecht des Finders 5 409. — ausländisches F.-Recht 3 1, 421 f. — F. auf einem deutschen Schiff 4 532. — Finderlohn; Rechtsverhältnisse, wenn der Finder Geschäftsunfähiger, e. Minderjähriger, eine Ehefrau ist, wenn er von Vor- u. Nachheren beerbt wird, wenn er in Konkurs gerät; Verzicht auf Finderlohn 6 390; 7 417. — Auslobung von Finderlohn durch den neg. gestor 2 1, 421. — Höhe des F.-Lohnes 1 1, 621 (Berechnung, beim Fund eines Sparkassenbuchs). — Finderlohnanspruch des Kellners? 2 1, 431. — Empfangsberechtigung 3 1, 421. — Verpflichtung d. Eigentümers, sich über den Anspruch des Finders zu erklären 3 1, 422. — Eigentumserwerb; Voraussetzungen 5 409; 7 417. — kein Eigentumserwerb an einem gefundenen Sparkassenbuch 1 1, 621. — Erwerb des Eigentums ex nunc 7 417. — Verheimlichung des F. 1 1, 621. — Bekanntwerden eines von mehreren Empfangsberechtigten 1 1, 621. — Bereicherungsanspruch gegen den Erwerber des Eigentums, Anführung des § 974 im Text des § 977 BGB. ein Redaktionsversehen? 1 1, 621. — F. in öffentlichen Geschäftsräumen und Beförderungsmitteln 1 1, 621 f.; 3 1, 422; 4 338 f.; 5 409 f.; 6 390 f.; 7 417. — Verwahrungspflicht der Eisenbahn an der von den Reisenden im Wagen zurückgelassenen Gegenständen; Umfang der zu prästierenden Sorgfalt; Herausgabe durch einen Schaffner an einen Nichtberechtigten; Beginn der Verwahrungspflicht 4 649. — Verwahrungspflicht als Ausfluß eines Transportvertrags 4 226. — F. in einem Gasthaus; Finderlohnanspruch 2 1, 431. — Verfahren mit zu Gerichtshanden ge-

kommenen gestohlenen Sachen eines nicht ermittelten Eigentümers 2 1, 563. — Besitz an verlorenen u. durch Dritte gefundenen Sachen 1 1, 522, 620 f.; 5 408; 7 417. — Verfeinerung der Fundsache ohne vorherige Bekanntmachung; Eigentums-erwerb in diesem Falle 7 418.

Funkenflug. — Haftung der Bahn f. F. (f. Eisenbahn) 3 1, 343; 4 71, 269. — Mitschuld des Grundeigentümers 3 1, 105.
Fürforgereziehung f. Zwangsreziehung.
Fütterungskosten. — kein Anspruch auf ihren Ersatz bei Verzögerung der Ablieferung des verkauften Tieres 6 393.

G.

Garantiefondszeichnung. — rechtl. Natur 5 289.

Garantiefrist f. Kauf. — u. Verjährungsfrist 2 1, 284, 379; 6 692. — Bedeutung der Vereinbarung e. G. (wenn das Garantieversprechen nach Handelsbrauch nur z. Ersatz der infolge schlechter Konstruktion oder Arbeit unbrauchbaren Teile verpflichtet) 2 2, 200, 201.

Garantieversprechen f. Werkvertrag, Unmöglichkeit. — Wesen 6 275, 276; 5 76. — Verhältnis z. Bürgschaft 4 241; 5 288, 289 (f. Bürgschaft); 6 275; 7 302, 303, 306. — Form 5 288, 289; 7 306. — G. bei Ratserteilung 6 276. — Vereinbarung e. Vertragsstrafe kein Garantieversprechen 6 150. — Minderung einer Dividendengarantie f. e. Eisenbahn bei Unmöglichkeit d. Ausführung aller dem Garanten versprochenen Anschlüsse 6 95. — Übergang des Garantieversprechens nach § 438 bei Zession 5 165. — Garantievertrag und § 459 2 1, 278; 5 191 (f. auch Kauf, Gewährleistung). — G. und § 276 2 1, 192; 3 1, 134. — Einwand d. Garanten, daß d. Gläubiger bei Einziehung der Forderung nicht die nötige Vorsicht betätigt habe 7 302. — Auslegung e. G.; Garantie nur für die finanzielle Seite oder auch für den rechtlichen Bestand der Forderung? 7 303. — Garantie für Bonität e. Hypothek 7 303 (f. Kauf). — Diligenzpflicht d. Gläubiger gegenüber dem Garanten 7 312.

Gärtner. — Anwendung der GewD., Gärtner Gewerbetreibende 4 955. — Gärtnergehilfe landwirtschaftlicher oder gewerblicher Arbeiter? 4 955. — Kunst- u. Handelsgärtner, Handwerker 4 953, 955.

Gärtnerci. — Frühbeetfenster wesentlich. Bestandteil d. G.-Grundstücks 5 24. — Pflanzen u. Baumschulbestände keine Bestandteile 3 1, 29; 5 25. — Blumen im Topf nicht Zubehör. 4 27.

Gas vgl. Nechtgas. — als Sache 3 1, 26.

Gaslieferungsvertrag. — rechtl. Natur, Kauf, Miete, Werkvertrag 7 193, 215, 259. — Kosten der Gasmessermiete 1 1, 343; 7 199. — Gefahrübergang 2 1, 272; 7 199.

Gast f. Jahrgast, Hotelgast. — Zahlung der vom Gast bestellten Speisen u. Getränke durch den Kellner am Büfett als Geschäftsführung ohne Auftrag 7 284.

Gasthaus f. Hotel.

Gastwirt f. a. Restaurateur, Restauration, Stallwirt, Wirtschaftskongession, unerlaubte Handlung, Hotel. — Natur d. Gastaufnahmevertrags 1 1, 414; 2 1, 427, 428. — entgeltliche und unentgeltliche Verwahrung 2 1, 429. — Natur der Haftung ex recepto 4 227. — Vertrag mit Gastw. als Miete 6 205 (f. Miete). — Teilnahme an einer Hochzeitsfeier als Beherbergung 7 288. — Einstellen des Koffers unter Vorbehalt über Wahl der Herberge 7 288. — Aufnahme zur Beherbergung, Begriff „Beherbergungsgewerbe“ 1 1, 414, 416; 4 227; 5 273; 7 288. — „Gastwirte“ im Sinne des § 701: Herbergen d. Innungen u. Handwerkersammern 1 1, 415; Restaurateure? 2 1, 427; 4 227; Stallwirte? 1 1, 416; 2 1, 429; 3 1, 294; 4 227; 5 273; 6 264; Badeanstaltsbesitzer? 2 1, 431; Pensionatsbesitzer? 1 1, 416; 4 227. — Schlafwagengesellschaft? 1 1, 415. — Norddeutscher Lloyd? 4 227. — Haftung ex recepto nur „intra negotium“ 2 1, 427. — Garderobenbetrieb z. Gastwirtschaftssphäre gehörig 2 1, 425; 4 31, 5 272. — vertragl. Ausfluß d. Haftung ex recepto 2 1, 428. — § 701 ius cogens 6 264. — „Leute“ d. § 701 identisch mit d. Hilfspersonen d. § 278 4 228. — Hilfspersonen des Gastwirts (f. diebe) 7 139. — „Verlust“ von Sachen, Begriff 2 1, 429. — Fälle des Verlustes 2 1, 431. — Begriff d. „Schadens“ im § 701 5 273. — Schadensforderung d. Reisenden bei Abhandenkommen der dem Chef gehörigen Musterkoffer 6 264. — „höhere Gewalt“ im Sinne des § 701 1 1, 414 f.: 2 1, 428, 430. — Begriff „Einbringung“ u. „eingebraachte Sachen“ 1 1, 414; 2 1, 427, 428; 3 1, 294; 5 272; 6 264. — keine Haftung für vergessene oder kraft d. gesetzl. Pfandrechts retinierte Sachen 1 1, 414; 2 1, 429. — Einbringung „fremder“ Sachen 1 1, 415. — Einbringung durch Geschäftsunfähige 6 264. — Haftung des geschäftsunfähigen Wirtes 6 264. — Verbot des Gastwirts, bestimmte Sachen einzubringen 1 1, 414. — „Mitwirkung“ d. Gastes beim Entstehen d. Schadens u. „Verurfachung“ d. Schadens durch den Gast 1 1, 415; 2 1, 428, 430; 5 273. — Beispiele für „Verschulden“ des Gastes 1 1, 415; 2 1, 430. — Ausnahmehaftung f.

(Gastwirt)

Wertsachen 11, 416; 21, 428. — Haftung nach d. Depotgesetz 11, 416. — indirekte Verpflichtung z. Aufbewahrung v. Wertsachen 31, 295. — Anzeigepflicht des Gastes nach § 702 21, 428, 431. — Beweispflicht d. Wirtes bzgl. d. unterlassenen Anzeige 21, 431. — Haftung aus § 701 bei Betrieb d. Wirtschaft durch d. Konkursverwalter 31, 294. — gesetzliches Pfandrecht des Gastwirts 11, 416. — vertragliche Haftung f. Unfälle ihrer Gäste 4110. — Abortunfälle der Gäste 21, 193; 31, 140, 258; 4106, 107. — keine vertragl. Haftung (nach § 278) für sicheren Zugang 31, 135, 136. — Haftung wegen ungenügender Beleuchtung 21, 190; 4106; 7132. — für die Beschaffenheit der Räume u. Einrichtungen 4107 (s. unerlaubte Handlung). — Verwahrung von Kelleröffnungen 7129. — Treppenunfall 7132 (3). — Unfall in Vorgärten 7132. — Haftung f. Schädigung des Gastes durch d. Kellner 4111 (beim Geldwechseln); 21, 152. — Haftung für seinen Hausknecht nach § 278 21, 193. — d. G. (bzgl. der Garderobe) aufgetragene Verwahrung als entgeltlicher V.vertrag 21, 425, 431; 5272. — keine Kontahierungspflicht d. G. 11, 414; 21, 427. — Bierbezugsvertrag zw. d. Brauerei u. einem e. Darlehen aufnehmenden bzw. schulbenden Wirt 543, 44. — Vertrag über Abgabe e. Teiles der Trinkgelber an den G. 544. — Haftung des Gastes bei Erkrankung im Hotel 6127. — Bezeichnung e. Gastwirtschaft als Kafetannahmestelle, Haftung d. Wirtes f. Verluft e. abgegebenen Kafets 31, 285. — gegen die guten Sitten verstoßende Verträge im Gastwirtschaftswesen 543. — Haftung für Verletzung e. Dritten durch ein vom G. geduldetes Scheibenschießen 7105, 132.

Gastwirtschaften.

Gewerbepolizeiliches f. Bierlieferungsvortrag, Konzession, Schankwirtschaften. — Begriff der Gastwirtschaft 4927, 928. — Vermieten von Zimmern, wenn der Mieter nicht mehr a. Gast anzusehen ist 4928. — Beherbergen nicht zwecks Unterkunfts-gewährung, sondern zwecks Heilung, Unterrichtung, Erziehung 4928. — Unterschied von Kost- u. Quartiergeben 4928. — Begriff des „selbständigen Unternehmers“ 4928, 929. — Konzession bei Realberechtigung 4929 (2). — persönliche Natur der Konzession 4929. — Ausübung d. Konzession durch den Zwangsverwalter 4929. — Verzicht auf die Konzession während der Zwangsverwaltung 4929. — Konzession an die bestimmten Räume gebunden 4929. — Einschränkungen, Bedingungen der Konzession 4929, 938.

— Einschränkung der Schankkonzession auf die nächstliegenden Personen 4929. — in der Person des Nachsuchenden liegende Gründe für Verlagung d. Konzession; Bestrafung wegen Nahrungsmittelfälschung; Förderung der Böllerei; Befürchtung der Getränkeabgabe an Schüler; Veranstaltung von verbotenen Tanzmusiken; Förderung der Unfittlichkeit; Anweisen der Kellnerinnen bloß auf die Trinkgelber 4929, 930. — in der Person des Ehegatten des Nachsuchenden liegende Gründe für Verlagung der Konzession 4929. — Verlagung der Konzession wegen e. die polizeiliche Kontrolle erschwerenden Beschaffenheit des Lokals 4930. — Regelung der an das Betriebslokal zu stellenden Anforderungen im Wege der Polizeiverordnung 4930. — für Beurteilung der Bedürfnisfrage maßgebende Gesichtspunkte; Berücksichtigung von Wirtschaften in Nachbargemeinden; öffentliches Bedürfnis; objektiver Maßstab 4930, 931. — Konzession von Bahnhofswirtschaften 4918, 927, 928. — Personalkonzession bei unerheblicher Erweiterung der Räume einer realen Gastwirtschaft? 4920 (s. Realgerechtigkeiten). — Handel des Inhabers mit Ansichtskarten 4920. — polizeiliche Einstellung d. Schankbetriebs bei irtümlicher Aushändigung d. Konzessionsurkunde vor Rechtskraft 4920. — Einschreiten gegen den unbefugten Schankbetrieb e. Vereines; Einfordern der Mitgliederliste? 4920. — Wirtschaftsschild vgl. Firma. — neuerliche Konzession bei Verlegung des Schanklokals; wiederholte Prüfung d. Bedürfnisfrage 4931. — neuerliche Konzession bei wesentlicher Veränderung der Räume, Ausdehnung des Betriebs 4931. — Untergang der Konzession durch Verkauf des Hauses, Verpachtung der Räume, durch Erteilung e. Konzession an den Pächter oder Käufer? 4931. — Aufhebung e. erteilten Konzession durch die Aufsichtsbehörde 4931, 938. — Erteilung der Konzession an e. nicht rechtsfähigen Verein 4931. — Konzession an Vereine nötig bei Nichtanstreben e. Gewinnes, bei Beschränkung auf die Mitglieder 4931, 932. — Konzession nach § 32 neben der nach § 33 a GewD. 4932. — Verbot u. Beschränkung der Beschäftigung von Kellnerinnen 4938. — Verkauf von außerhalb des Lokals zu verzehrenden Waren u. Sonntagsruhe 4939. — Entziehung der Konzession nach § 53 GewD.; wiederholte Polizeistundenübertretungen, Spirituosenabgabe an Gewohnheitsstrinker; Förderung der Böllerei bei den eigenen Angestellten; Zulassen unzüchtigen Treibens d. Publikums, seiner eigenen Angehörigen u. Angestellten 4946. — Küchen- u. Hauspersonal, Dienstboten oder

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

gewerbl. Arbeiter? 4 955. — Sonntagsruhe in e. bloß einem Hotelbetrieb dienenden Waschanstalt 4 957. — Sonntagsruhe f. Automaten mit Ansichtskarten, Parfüms 4 957. — Sonntagsruhe für Zigarrenbüfets 4 957. — Zigarrenbüfets als offene Verkaufsstellen nach § 139 e GewD.; Verkaufszeit 4 974. — Gastwirtschaften keine offene Verkaufsstelle nach § 139 c GewD. 4 974. — Verkaufsverbot für gewisse Tages- u. Nachtstunden 4 945. — Landesgesetzl. Pflicht zur Beherbergung d. Fremden 4 976 (f. Kontrahierungszwang). — Verbot d. Verhängens von Fenstern u. Türen in bestimmten Schänken 4 976.

Gattungskauf f. Gattungsschuld. — mit einem Sachmangel behaftete Gattungsware mittlerer Art u. Güte 6 189, 199. — Erfüllungsort für die Abnahmepflicht d. Käufers 1 1, 175. — nachträgliche Auflösung d. G. in e. Spezieskauf durch Einigung der Parteien 1 1, 154. — Gefahrtragung, Gefahrübergang, Anwendbarkeit d. ädilizischen Rechtsmittel 1 1, 153, 154. — Anspruch des Käufers auf Lieferung e. mangelfreien Sache 1 1, 352; 2 1, 285; 4 166; 5 197 f. — Recht des Käufers auf e. neue Sache bei Mängeln im Recht 1 1, 153. — treuwidrige Ablehnung e. Nachbesserung 3 1, 274. — Lieferung (schuldhafte) e. mangelhaften Sache 3 2, 88; 4 166. — Haftung nach §§ 276, 823 bei Lieferung mangelhafter Ware 1 1, 188 (f. 6 199). — Leistungsverzug d. Verkäufers bei Lieferung mangelhafter Ware 3 1, 146, 149. — Verlust des Wahlrechts d. Käufers aus § 480 BGB. 3 1, 222; 4 166. — Haftung des Verkäufers für zufälliges Unvermögen trotz Abnahmeverzugs des Käufers 3 1, 213. — Anspruch d. Käufers auf Schadensersatz wegen Fehlens e. zugesicherten Eigenschaft oder wegen Arglist 1 1, 352; 2 1, 285; 6 199 (3). — Beweisl. b. Schadensanspruch d. Käufers wegen mangelhafter Lieferung 6 184, 199. — Nichterfüllung u. Verzug des Verkäufers durch Nichtlieferung von Ersatzware nach Lieferung mangelhafter Ware 4 125. — Leistung e. nur zum Teil mangelhaften Ware 6 199. — keine Beseitigung d. Leistungsverzugs d. Verkäufers durch Angebot e. vertragswidrigen Leistung 3 1, 222. — Klage auf Abnahme nur bei Abnahmebereitschaft 4 158. — „genau wie gehabt“ verkaufte Ware 3 1, 222 (f. Handelskaufel). — Vertrag über Lieferung der Milch d. Kühe e. bestimmten Gutes als G. 1 1, 352. — Nichterfüllung d. Vertrags 4 166. — Konzentration d. Leistung beim Gattungsdistanzkauf 1 1, 153; 3 1, 87. — Einfluß e. Mangelhaftigkeit d. Ware auf den Gefahrübergang 6 189. — Eigentumsübergang b. d. a. Grund e. G. überfanbten Ware 4 809. — Beweislast

f. d. Mangelhaftigkeit der Ware 7 193. — Wandelung u. Minderung bei Mangelhaftigkeit 7 193.

Gattungsschuld f. auch Gattungskauf, Gattungsübermächtnis, Schenkungsverprechen (generisches). — Wesen, Begriff 1 1, 153. — G. und Wahlschuld 1 1, 152, 153; 2 1, 161; 3 1, 86; 4 93. — Verpflichtung, e. Sorte aus e. bestimmten Gattung zu leisten 4 71. — Vermutung f. Gattungsschuld bei Verkauf marktgängiger Ware (Weizenmehl 00) 7 140. — Spezifikationskauf keine G. 1 1, 170. — Beweislast bei d. G. 3 1, 87. — Bedeutung der Konzentration d. Schuldverh. 4 70. — vertragliche Konzentration in e. Speziesschuld 7 101. — Voraussetzungen der Konzentration; 7 101. — Konkretisierung z. Nachteil d. Schuldners 2 1, 124. — treuwidrige Geltendmachung d. Konkretisierung 2 1, 124; 3 1, 87; 4 71; 7 101. — Konzentrationfrage bei Mehrleistung 5 86. — Konkretisierung zur Speziesschuld 1 1, 152, 153. — Konzentration und Gefahrtragung b. G. 6 96, 97, 98. — einfaches Ausschneiden nach § 243 Abs. 2 genügend? (Hol- u. Bringschuld) 6 96. — Anzeige üb. die erfolgte Ausschneidung als Voraussetzung der Konzentration bei Handelsdistanzkauf 6 97. — Bestellung der zu liefernden Ware seitens des Verkäufers bei einem Dritten noch keine Konzentration 6 97. — Einfluß d. Annahmeverz. des Gläubigers auf die erfolgte Konzentration 6 97. — Konzentration bei Annahmehereitschaft des Gläubigers ohne Anbieten der verlangten Gegenleistung 6 96. — Gefahrtragung bei G., Anwendung des §§ 300, 324? 6 96, 97, 98. — Gefahrübergang nach § 447 erst nach Ausschneidung der geschuldeten Sache 2 1, 272; 6 97. — Recht des Schuldners z. Ergänzung oder Erhebung der schon ausgeschiedenen Sache bis z. tatsächlichen Abnahme 1 1, 154; 2 1, 124; 5 86; 6 96. — Wiederaufleben d. G. durch Rücknahme d. ausgeschiedenen Sache 4 71. — Dauer der Haftung bei G. 1 1, 196. — Gegenstand d. Selbsthilfeverkaufs bei d. G. 2 1, 124. — prakt. Bedeutung u. d. § 279 1 1, 197. — Haftung für Leistungsvermögen (§ 279) 1 1, 152. — § 279 strikt zu interpretieren 1 1, 196. — Unmöglichkeit im Sinne des § 279 1 1, 196; 2 1, 194; 3 1, 141; 7 140 (Möglichkeit d. Beschaffung für angemessenes Geld; Geldmangel des Schuldners). — „genus perire non censetur“ und § 279 1 1, 197. — Zahlungs- u. Leistungsvermögen aus subjekt. Gründen ohne besfreiende Wirkung bei G. 1 1, 197. — Befreiung des Schuldners bei Lieferungsvertrag über e. begrenzte Gattung 1 1, 196. — Annahmeverzug bei G. 3 1, 87. — Wirkung des Annahme-

(Gattungsschuld)

bzw. Abnahmeverzugs hinsichtlich d. aus-
geschiedenen Sache **3 1, 87.**

Gattungsverhältnis s. Vermächtnis **1 1, 154.**

Gebäude s. Hypothek unter Gegenstand der **H.**
— **G.** als wesentlicher Grundstücksbestandteil
2 1, 31, 32, 33; 4 25. — Verbindung e. **G.**
mit e. fremden Grundstück **1 1, 55.** — **G.**
im Sinne des § 94 **BGB. 1 1, 54.** — Er-
richtung **z**u vorübergehendem Zweck (§ 95
BGB. 2 1, 32; 4 25, 26. — Nutzungsrecht
an einzelnen Teilen e. **G. 2 1, 30.** — Ver-
langen d. Verpächters auf Beseitigung
e. vom Pächter vertragswidrig errichteten
G. keine Schifane **1 1, 137.** — Verlust
seiner Eigenschaft als Heilanstalt **3 1, 28.**

Gebäudebesitzer. — **S a f t u n g** für die Er-
richtung eines Gebäudes (§§ 836—838) s. un-
erlaubte Handlung. — Rechtsgrund der **S a f t u n g** **2 1, 518, 519; 3 1, 376** (Verschulden);
4 303 (Schuldvermutung); **5 367; 6 338.**
— Haftpflichtiger bei Gebäuden eines
Kindes **2 1, 518.** — Verunglücken des
Bauunternehmers während des Neubaus
5 328. — Passivlegitimation: nicht der
Errichter, sondern der Besitzer zur Zeit
des Unfalls **3 1, 376.** — Haftung des Vor-
standes eines rechtsfähigen Vereines gegen-
über dem Verletzten u. gegenüber dem
Vereine **2 1, 518.** — Passivlegitimation
im Falle des § 837 **5 368.** — Anwendung
des § 837 auf den Mieter eines Hauses?
3 1, 377; 4 304 (andere obligatorisch
Berechtigte). — Regreß des Haftpflichtigen
gegen den aus unerlaubter Handlung haft-
baren Dritten (§ 840 **Abf. 3**) **2 1, 520.** —
Haftung bei unaufgeklärter Ursache
6 338. — Beweislast des Klägers **6 338 (2);**
7 376. — Beweisl. des Beklagten; mangelnde,
eigenes Verschulden, mangelndes Ver-
schulden des Vorbesitzers **3 1, 376; 4 305;**
5 367; 6 338; 7 376. — Aufstellen eines
befähigten Sachverständigen zur Unter-
haltung des Gebäudes genügend? Not-
wendigkeit der Überwachung des Sach-
verst. **5 367; 6 338 (2).** — Pflicht des Be-
sitzers zur Untersuchung in angemessenen
Zwischenräumen **3 1, 376.** — Haftung für
Unterlassung; mangelnde Unterhaltung
4 303. — Herabreißen ordnungsmäßig
befestigter Teile durch den Sturm **5 367.**
— Pflicht des Erwerbers eines fest aus-
geführten Hauses zur sofortigen Unter-
suchung? **6 338.** — durch den Wind vom
Dach heruntergeschleudertes, bereits ab-
getrenntes Steuer e. Windmotortades
7 376. — Herabfallen e. Teiles infolge
Herunterkletterns e. Kindes an dem Bau-
werk **7 376.** — fehlerhafte Errichtung,
Begriff; Verwendung schadhaften
Materials **3 1, 376; 7 376, 377.** — Los-
lösen infolge Einwirkung der Naturkräfte
oder durch menschliche Tätigkeit; Er-

schütterung durch den Verkehr **4 303, 304;**
6 338. — Anfahren gegen den schadhafsten
Torpfiler **1 1, 496.** — Teile eines Ge-
bäudes **1 1, 495** (Fußboden, Decke, Stein-
fliesen des Bodens). — Firmenschild
6 338. — Herunterfallen eines Gegen-
standes von einem Neubau **3 1, 376.** —
herabfallende Fensterläden **4 304.** —
herabfallende Fensterscheibe **7 377.** —
„mit dem Grundstück verbundenes Werk“,
feste Verbindung nötig? **7 377.** — Durch-
brechen durch den morsch gewordenen
Fußboden **1 1, 495; 3 1, 377.** — infolge
Bruchs des Drehpfosten umfallender
Torflügel **4 303.** — Leitungen von
Elektrizitätswerken **7 377.** — Zerplittern
einer Lurglasscheibe **1 1, 496.** — Ablösung
einer nicht ausreichend verbleibten Scheibe
3 1, 377. — Restaurationszelt als Bau-
werk **7 377.** — Bahndamm mit Schienen-
geleise als mit dem Erdboden verbundenen
Bauwerk **7 377.** — Umsfallen einer
Telegraphenstange **1 1, 496** (s. 488); **3 1,**
377. — umfallende Fahnenstange **4 304;**
5 368. — ein aus mehreren Stufen
bestehendes, bewegliches, mit einer Kette
an dem Neubau befestigtes Treppchen
6 339; 7 377. — Rohrbruch einer Wasser-
leitung **2 1, 518.** — beim Kanalbau aus-
gehobene Erdmassen als Grundstücksteil
3 1, 377. — zur Herstellung einer Stroh-
banke über die Balkenlage eines Scheunen-
bodens gelegte Stange **6 339.** — Herab-
fallendes Fenstergesims **3 1, 377.** —
Sandkippen als Werk **4 304.** — Schleuse
als Werk **5 368.** — Querdraht einer
Straßenbahnleitung als Werk **5 368.** —
Lichtschacht Gebäudeteil? **3 1, 377.** —
Verletzung durch das infolge Reißens der
Kette zuschlagende Klappfenster **6 338.** —
beim Umbau dem Nachbargrundstück zu-
gefügter Schaden **1 1, 496.** — Pflicht des
Vermieters zur Revision der vermieteten
Räume **1 1, 496.** — Pflicht des Haus-
besitzers, die von e. zuverlässigen Hand-
werker gemachte Reparatur nachzu-
kontrollieren? **7 377.** — unmittelbare Ein-
wirkung der einströmenden Teile auf den
Verletzten nicht nötig **1 1, 495; 3 1, 377;**
4 304; 5 367; 6 338; 7 376. — Erfaß
nicht vermögensrechtlichen Schadens **3 1,**
377, 382.

Gebäudeunfälle **7 115.** — s. unerlaubte
Handlung, Gastwirt, Gebäudebesitzer,
konkur. Verschulden.

Gebot s. Zwangsverfeigerung unter Bieten
u. unter Zurückweisung unwirksamer Ge-
bote.

Gebrauchsmuster s. Urheberrecht inter-
nationales.

Allgemeines. — Natur des Rechtes
7 1158. — kann der gleiche Gegenstand
dem Gebrauchs- u. d. Geschmacksmuster-
schutz unterstehen? **3 2, 664, 666; 5 1079.**

Fette Basen = Jahrg.; gewöhnl. Basen = Seite,

— „*DM.*“ auf Gebrauchsmustern **3 2, 645; 5 1066.** — Zuständigkeit der Kammer f. Handelsfachen **1 3, 10.** — Aussetzen des Rechtsstreites über ein Gebrauchsmuster wegen Erhebung der Nichtigkeitsklage gegen ein den gleichen Gegenstand schützendes Patent **4 685.** — Heranziehung des Patentgesetzes z. Auslegung d. Gebrauchsmustergesetzes **7 1129.** — Verzeichnis der ausländischen Gesetzgebung u. d. Staatsverträge **5 1077; 7 1152 f., 1168 f.** — Schutz im österr.-ungarischen Ausgleich **7 1152.**

G e g e n s t a n d des Rechtes **7 1129** (Gegenstand u. Inhalt der Erfindung). — Modellfähigkeit **7 1129.** — komplizierte Maschinen **3 2, 645; 7 1129 (2).** — einzelne Maschinenteile mit selbständiger Funktion **3 2, 645.** — Verbilligung oder Vereinfachung eines Arbeitsvorganges durch Zusammenstellen bekannter Elemente **3 2, 645.** — eine nur in Verbindung mit dem Gegenstandsgegenstand dessen Brauchbarkeit erhöhende Vorrichtung **3 2, 645.** — Angabe des Maßes bei Festsetzen der Neuheit in einer Größenänderung **3 2, 645.** — nur als Anweisung zu geistiger Tätigkeit sich darstellendes Flächenerzeugnis **3 2, 645.** — Kriegsschiffmodelle zur Vorführung v. Marineschäup. **3 2, 645.** — Erzeugnisse der Schriftgießerei **3 2, 666; 5 1079.** — Zusammenstellung von Elementen ohne Kombinationswirkung **5 1066** (vgl. **5 1054, 1055; 7 1129, 1133**). — Gratulationskarten **5 1066.** — Ersatz e. Schellack- durch einen Lacküberzug als Fortschritt **5 1066.** — den Gebrauchszweck förderndes Muster, das unmittelbar nur den Anschein eines anderen Gegenstandes hervorrufen soll (Knabenschürzen im Militäruniformschnitt) **5 1066.** — Verfahren **5 1067; 7 1130, 1131.** — Erfindungen, deren Gegenstand nur räumlich und zeitlich definiert werden kann **7 1129, 1130/31.** — wesentliche Teile einer wegen ihrer Kompliziertheit dem Patentgesetz unterstehenden Maschine **7 1129 (2), 1131.** — Kinderspielwaren **7 1130.** — Anordnung e. Drehbuches **7 1130.** — Friseurjacke mit Knopflaschen **7 1130.** — Aufdruck geschäftl. Anzeigen auf Briefumschlägen **7 1130.** — bloße Zusammenlegbarkeit e. Gegenstandes **7 1130.** — Hintergründe aus gewebten Stoffen für photographische Aufnahmen **7 1131.** — Nachahmung eines Gegenstandsgegenstandes **7 1131.** — Anwendung e. bekannten Anordnung zu einem neuen Zweck **7 1131.** — noch nicht bekannte, eine neue Wirkung erzielende Kombination **7 1130, 1131.** — rein mechanische, einen technischen Fortschritt nicht darstellende Verwendungsart **7 1131.** — keine Erfindertätigkeit in sich schließender Gegenstand; bloße Zusammen-

stellung bekannter Einrichtungen ohne jeden besonderen Erfolg **7 1129, 1133.** — Fortentwicklung u. Weiterbildung e. bekannten Idee **7 1130.** — Anpassung e. Gebrauchsmusters an e. neuen Verwendungszweck **7 1130 (2).** — Einfluß d. Herstellungsweise auf die Schutzfähigkeit **7 1130 (2).**

N e u h e i t. — Begriff **3 2, 645** (s. a. Patentrecht). — Kollision zwischen e. Patent u. einem zwischen Anmeldung u. Erteilung d. Patents angemeldeten Gebrauchsmuster **7 1104.** — Vorzeigung einer Maschine an einen Sachverständigen in der Absicht, sie bekannt zu machen **5 1066.** — Druckschrift im Sinne des § 1 Abs. 2: Abbildungen ohne Text **7 1131.** — Veröffentlichung e. zwecks Patentierung erfolgten Anmeldung nach § 23 PatG. **7 1131.** — Mitteilung d. Erfindung a. einen geschlossenen Kreis **7 1131.** — einmalige Anfertigung d. geschütz. Gegenstands u. Anknüpfung von Verkaufsverhandlungen als offenkundige Benutzung **7 1131.**

A n m e l d u n g u. E i n t r a g u n g. — Vereinigung mehrerer Ausführungsformen in einer Anmeldung **3 2, 645, 646.** — rechtliche Natur u. Anfechtbarkeit der vom Präsidenten auf Vorstellungen gegen Verfügungen der Anmeldestelle getroffenen Erlasse **3 2, 646.** — Aufnahme von in der Anmeldung nicht zum Ausdruck gekommenen, aber aus dem Modell ersichtlichen Merkmalen in den Schutzanspruch **5 1067.** — Mehrheit von Abbildungen als Mehrheit von Modellen **5 1067.** — müssen alle Eigenschaften d. Gerätes, die dazu beitragen, seinem Gesamtbild den Charakter d. Neuheit zu verleihen, in der Anmelde-schrift enthalten sein, oder genügt es, wenn sie aus dem nach Anmeldung u. Modell gefertigten Gegenstand hervorgehen? **7 1129, 1130** (s. unten Inhalt). — Anwendung der Vorschriften d. PatG. (§ 19) auf das Eintragungsverfahren **7 1132.**

S c h u t z b e r e c h t i g t e. — Aktivelegitimation des nicht eingetragenen Erwerbers eines Gebrauchsmusters zur Verleumdungsklage? **3 2, 647; 7 1132, 1134.** — Einfluß der Pariser Union auf § 13 **3 2, 647.** — Erfindungen der Angestellten f. Etablissementerfindungen, Patentrecht. — nicht eingetragene Erwerber d. Gebrauchsmusters **7 1132.**

I n h a l t u. U m f a n g d e s R e c h t e s. — Vorbenutzungsrecht gegenüber dem Gebrauchsmuster **3 2, 646; 5 1067.** — Berücksichtigung von Modell, Anmeldung u. allenfallsiger, vor Eintragung eingelaufener Berichtigung bei Auslegung des Schutzanspruches **3 2, 646.** — Schadensersatzpflicht des Inhabers eines nicht schutzfähigen Gebrauchsmusters bei Unter-

(Gebrauchsmuster)

sagung der Benutzung gegenüber einem Dritten **3 2, 646**. — einstufige Verfügung gegen einen Patentinhaber auf Unterlassung der Behauptung, daß das Gebrauchsmuster des Antragstellers das Patent verletze **3 2, 646** (Beweislast). — Verletzung des Gebrauchsmusters auf einen Baukörper bei Herstellung desselben im ganzen mit einem Gebäude **5 1067**. — Schadenserzählpflicht bei Benutzung während des Unterlassungsprozesses **5 1067** (vgl. **5 1065**). — dolus eventualis des Verletzenden **5 1067**. — Verkauf e. Gebrauchsmusters, dessen Entstehung unmöglich ist **7 146** (f. Unmöglichkeit). — Schutz mehrerer selbständiger Gebrauchsmuster, obwohl dem Wortlaut nach nur ein einziges eingetragen ist **7 1130**. — Schutz der einzelnen Elemente bei Schutz e. Kombination? **7 1130**. — Berechtigung u. Bedeutung mehrerer Schutzansprüche bei **G.** **7 1131**. — Formulierung e. besonderen Schutzanspruchs nicht nötig; Heranziehung d. übrigen Teils der Anmeldung zu seiner Auslegung **7 1131, 1132 (2)** (f. **7 1129, 1130**). — Heranziehung des Modells bei Feststellung des Schutzanspruchs **7 1131, 1132 (3)**. — Bedeutung d. Zeichnung für Auslegung **7 1132**. — Mitteilungen an das Patentamt nach Eintragung zwecks Einschränkung des Schutzes? **7 1132**. — aus dem Inhalt der Anmeldung nicht hervorgehend, aber objektiv vorhandene neue Gestaltung oder Anordnung, dem Schutz unterstehend **7 1138**. — Übertragung e. Gebrauchsmusters, Eintragung nötig? Legitimation des nicht eingetragenen Erwerbers; fortdauernde Legitimation des eingetragenen-früheren Inhabers **5 1067, 7 1132, 1134**. — Unterlassungsflagge **7 1133, 1134**. — Vorbenutzungsrecht **3 2, 646; 5 1067; 7 1132, 1133**. — Geltendmachung des Vorbenutzungsrechts gegenüber dem Gebrauchsmuster, wenn Gebrauchsmuster- und Patentschutz für dieselbe Erfindung erwirkt sind **7 1133**. — Zwangsvollstreckung in **G.**-Rechte **7 1134, 1135** (Zustellung d. Pfändungsbeschlusses an d. Inlandsvertreter?). — Einrede des Mangels der Neuheit gegenüber der Klage auf Zahlung des f. d. Übertragung d. **G.** vereinbarten Entgelts für die Zeit der Ausnutzung **7 1134 (2)**. — Nichtigkeit e. Veräußerungsvertrags wegen Mangels der Neuheit **7 1134 (2)**. — Verkauf e. Gebrauchsmusters, dessen Entstehung objektiv unmöglich ist **7 1134**. — Verlängerung d. Gebrauchsmusterschutzes durch erneute Anmeldung d. Modells **7 1134**. — Unterlassungsflagge wegen Verührung mit e. nicht mehr existierendem Gebrauchsmusterschutz **7 1134**. — subjektive Voraussetzung für d. Vergehen nach

§ 10 **G.**; bedingter Vorfall **7 1134**. — Voraussetzung f. Annahme e. fahrlässigen Nachbildung e. geschützten Modells **7 1135**. Dauer u. Erlöschen. — Klageantrag bei Lösungsklagen **5 1067; 7 1133, 1134**. — Teillösung **7 1133 (4)**. — Teillösung bei Kombinationen **5 1067; 7 1133**. — Verzicht auf Lösung **5 1067**. — Ablauf der Schutzfrist; Anwendung des § 193 **BGB.** **5 1067**. — Nebenintervention bei der Lösungsklage **1 3, 38**. — Inhaber e. Gebrauchsmusters bei der Lösungsklage notwendiger Streitgenosse? **7 1132**. — Beweislast des mit Klage oder Widerklage die Lösung Verlangenden **7 1133**.

Gebrauchswert vgl. Wert. — Begriff **3 1, 76**.

Gebrechliche, Pflugschaft f. **G.** f. Pflugschaft. **Gebührengesetz bayer.** — Bewertung bei Verkauf e. Realrechts samt Rundschaft **7 27**.

Gebührenordnung f. Taxe.

Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher.

— Anwendungsgebiet **6 1188, 1189, 1191**. — landesrechtliche Ausdehnung d. Anwendungsgebietes **6 1191**. — Anwendung auf die beim Reichsgericht mit der Zustellung beauftragten Beamten **6 1188**. — regelt die **G.** auch das Verfahren bei Streit der **G.** mit dem Auftraggeber (eo. Staat) über das Bezugsrecht, dessen Höhe u. Fälligkeit? **6 1189**. — Zusammenziehen oder gegenseitiges Abfordern von Gebühren f. verschiedene Geschäfte in derselben Rechtsangelegenheit? **6 1189, 1190 (2)**. — Zustellungsgebühr, wenn die Wohnung des Schuldners von dem Gerichtsvollzieher nicht aufgefunden werden konnte? **6 1189**. — ermäßigte Zustellungsgebühr, wenn bei Zustellung im Auftrag e. Anwalts an e. Anwalt wegen Nichtantretens des Anwalts Ersatzzustellung nötig wurde? **6 1189**. — Vorsetzung f. Ansaß der ermäßigten Zustellungsgebühr **6 1189**. — Anwendung des § 13 **GRG.** und § 4 **ZPO.** bei Berechnung der „beizutreibenden Forderung“ im § 4 **GebD.** u. Einrechnung der Kosten der Schuldtitelzustellung? **6 1189**. — gleichzeitige Pfändung nach § 4 für eine oder mehrere Gläubiger aus mehreren Schuldtiteln bei dem gleichen Schuldner **6 1190**. — Anwendung des § 6 bei Wegnahme von Urkunden über eine dem Gläubiger überwiesene Forderung (§ 836 **ZPO.**) **6 1190**. — § 7 setzt die Gebühr für die gesamte Tätigkeit des Gerichtsvollziehers anlässlich d. Versteigerung einschließlich der Vorbereitung fest **6 1190**. — keine Anwendung des § 9 auf den Vollzug von Haft- oder Vorführungsbefehlen in Straf Sachen **6 1190**. — gleichzeitig von mehreren Gläubigern beantragte Verhaftung einer Person **6 1190**. — Pflicht der Berufs-

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

genossenschaften in Bayern zur Zahlung der Gebühr nach § 9? 6 1190. — Berechnung des gezahlten Betrags im Sinne des § 11; Einrechnung der Gebühren u. Kosten des Gerichtsvollziehers? 6 1190. — „Vollstreckungshandlungen“ im Sinne d. § 12 Ziff. 2 6 1190. — Endpunkt der Reise nach § 17 6 1190. — „Geschäft“ im Sinne des § 17 Abs. 2 6 1190 (2). — Berechnung der Wegegebel nach der amtlichen Entfernungstabelle 6 1190. — Vergütung weiterer zur Wahrung der Frist bei eiligen Geschäften gemachten Aufwendungen, z. B. Droschfengelder (§ 17) 6 1190. — Anwendung des § 17 Abs. 2 nur, wenn auf derselben Reise an gleichem Ort u. aus einer u. derselben Rechtsangelegenheit gegen mehrere Schuldner Geschäfte vorgenommen werden 6 1190. — Haftung des Rechtsanwalts für die Kosten des beauftragten Gerichtsvollziehers 6 1191 (s. Rechtsanwalt). — Fortführung d. Zwangsvollstreckung wegen der Gebühren des Gerichtsvollziehers trotz Zahlung der Hauptschuld 6 1191 (s. Zwangsvollstreckung). — Einfluß einer wiederholten längeren, dem Schuldner vom Gläubiger gewährten Stundung auf die Fälligkeit der Gerichtsvollziehergebühren 6 1191. — Zeitpunkt der Fälligkeit d. Gebühren u. Auslagen des Gerichtsvollziehers gegenüber d. Gläubiger 6 883. — Fälligkeit der Gerichtsvollziehergebühren bei gerichtseitherer Unterbrechung des Auftrags, Tod, Krankheit des Gerichtsvollziehers, Zurücknahme des Auftrags 6 1191. — Erledigung d. Auftrags im Sinne d. § 20 6 1191. — Beschwerde des Gerichtsvollziehers gegen gerichtliche Festsetzung der Gebühren 6 1191. — weitere Beschw. bei Zustellungs- oder Zwangsvollstreckungskosten unter 50 M.? 6 1191. — weitere Beschwerde gegen landgerichtliche Beschlüsse 6 1191. — Niederlegung von Gerichtsvollziehergebühren durch die Gerichte in analoger Anwendung des § 6 GKG? 6 1191, 1149. — Bestimmung d. Vergütung bei Fehlen e. gebührenrechtl. Vorschriften § 131.

Gebührenordnung für Rechtsanwälte.

Allgemeines. — Verhältnis zu anderen Reichsgesetzen 6 1192. — Anwendungsgebiet 6 1192. — landesgesetzl. Gebührenvorschriften 6 1192. — Gebühren e. als Zeugen vernommenen Rechtsanwalts 6 1181, 1186. — Anwendung des § 612 BGG. auf die Höhe der Vergütung? 6 1193. — Vergütung für Tätigkeit von Vertretern (noch nicht 2 Jahre im Vorbereitungsdienst tätige Vertreter) 6 764, 765, 1193, 1203 (Vertretung bei Beweisaufnahme), 1221. — Vergütung für die den Beginn oder die Festsetzung e. Verfahrens betreffende beratende Tätig-

keit; Begriff der Ratserteilung 6 1193 (2), 1194 (s. unten Konferenzgebühr). — Ratserteilung gegen das Verbot des § 31 RVO. 1 1, 1. — Vergütung für Zahlungsaufforderungen, Ründigungen, Mahnungen; Erhaltungsfähigkeit 6 1193, 1194, 1200; 1 1, 203; 2 1, 152, 202; 3 1, 146; 4 115. — Zusammenhang e. Ratserteilung (§ 1) mit einer weiteren, landesgesetzlich zusammenhängenden Tätigkeit 6 1193. — beratende, zur Einleitung e. Rechtsstreits nicht führende Tätigkeit, von vornherein bestehende Absicht des um Rat Fragenden, es nicht zum Rechtsstreit kommen zu lassen 6 1194. — Gebühren für e. einer schriftlichen Ratserteilung beigefügte juristische Begründung; Anwendung des § 88? 6 1223. — Gebühren des als Vorsitzenden einer Gläubigerkommission fungierenden Anwalts 6 1194. — Vertretung mehrerer Streitgenossen; Verschiedenheit der Haftung der Streitgenossen, je nachdem Identität des Streitgegenstandes vorliegt oder nicht 6 1194. — Kostenerstattungspflicht u. Anspruch mehrerer Streitgenossen gegenüber dem Prozeßgegner 6 1194. — Gesamthaftung mehrerer Mandanten 1 1, 331, 2 1, 264; 4 153, 155. — Anwendung des § 7 auf die Tätigkeit d. Anwalts als gesetzlicher Vertreter, Inhaber der elterlichen Gewalt, Vormund u. Pfleger, Konkurs-, Zwangs-, Nachlassverwalter, Testamentvollstrecker 6 1195. — Gebühren des Rechtsanwalts, der als Konkursverwalter Partei im landgerichtlichen Prozeß, aber beim Landgericht nicht zugelassen ist, für Wahrnehmung von Beweistermeninen am Amtsgericht 6 1195. — Liquidieren für eine dem Auftrage nicht entsprechende Tätigkeit 6 1197. — Anwendung des § 78 auf Notare in Preußen 6 1221. — Anwendung d. § 78 auf einen als Konkursverwalter tätigen Rechtsanwalt? 6 1221. — Zurückforderung e. bezahlten Ertrahonorars, wenn es bloß mündlich versprochen war? 6 1223. — kommt die vertragsmäßige Ermäßigung d. Gebühren dem Gegner zugute? 6 1223. — Gebühren e. nur mit Vergleichsversuchen, nicht auch mit Prozeßvertretung beauftragten Anwalts 6 1213. — Beginn d. Verjährung für Gebühren u. Auslagen 1 1, 126, 127.

I. Gebühren in bürgerlichen Rechtstheorien. — Streitgegenstand s. diesen und GKG. — Anspruch des nicht von der Partei, sondern von deren Anwalt mit der Prozeßführung betrauten Rechtsanwalts gegen die Partei? 6 1200. — Haftung des Konkursverwalters, wenn der Rechtsanwalt zuerst den Gemeinschuldner, dann nach Aufnahme des Prozeßes den Konkursverwalter vertrat 6 1200.

1. Befürworte nach § 12. — B. des

(Gebührenordnung für Rechtsanwälte)

Rechtsanwalts (§ 12) gegen eine die Festsetzung des Streitgegenstandes überhaupt ablehnende gerichtliche Entscheidung § 6 1196, 1197. — B. des Rechtsanwalts 1. Instanz nach § 12 auf Erhöhung des Streitwerts der 2. Instanz, wenn dort ein anderer Rechtsanwalt ausgetreten war § 6 1196. — Beschwerde des Rechtsanwalts gegen die gerichtliche Wertfestsetzung, wenn der Wert des Gegenstands für die Bemessung der Rechtsanwaltsgebühren nach anderen Grundsätzen zu berechnen ist als für die Berechnung der Gerichtsgebühren § 6 1197 (2). — B. des Rechtsanwalts im eigenen Namen (§ 12) gegen den unter den Parteien ergangenen Kostenfestsetzungsbeschluss § 6 1197. — Zweifel, ob die B. nach § 12 vom Rechtsanwalt im eigenen Namen oder namens der Partei eingelegt ist § 6 1197. — Unterzeichnung der nach § 12 eingelegten Beschwerde, wenn der im eigenen Namen Beschwerde führende Rechtsanwalt beim Beschwerdegericht nicht zugelassen ist § 6 1197. — Streitwert bei der auf Erhöhung des Streitwerts der Hauptsache eingelegten B. des Rechtsanwalts (§ 12) § 6 1197. — Interesse des Rechtsanwalts an der Erhöhung des Streitwerts als Voraussetzung des B.-Rechts nach § 12 § 6 1197.

2. P r o z e ß g e b ü h r (§§ 13, 14). — Prozeßgebühr, wenn bei Einklagung eines Teilbetrags nach erhobener Widerklage der Prozeß wegen der ganzen Forderung an das Landgericht verwiesen wird § 6 1200. — Abgeltung von vorausgegangenen Mahnbrieffen, Kündigungen usw. durch die Prozeßgebühr? § 6 1193, 1194, 1200. — Prozeßgebühr, wenn in der mündlichen Verhandlung nur Unzuständigkeit geltend gemacht wird § 6 1200. — Verlangen der vollen Prozeßgebühr seitens des Gegners, wenn der Kläger erklärte, er beschränke die Beschwerdesumme in der Berufungsinstanz auf einen bestimmten Betrag § 6 1201. — Prozeßgebühr für das nach Erledigung d. Rechtsstreits durch Vergleich durch einen nach demselben aufgestellten Anwalt eingereichte Kostenfestsetzungsgeſuch? § 6 1201. — Prozeßgebühr, wenn nach Verbindung mehrerer Klagen Widerklage erhoben wird § 6 1201. — Erledigung des Auftrags ohne „mündliche Verhandlung“ im Sinne des § 14; Verhandlung nur über die Kosten; Verhandlung, i. der nur die Anberaumung e. neuen Verhandlungstermins beantragt u. beschlossen wird § 6 1204. — Zurücknahme der Berufung als aussichtslos ohne Rücksprache mit dem Mandanten § 6 1204. — Berechnung der Prozeßgebühr bei Herabsetzung d. Streitgegenstands nach Einlegung der Berufung § 6 1204. — Pflicht

des Rechtsanwalts, dessen Tätigkeit in mündlicher Verhandlung sich auf den Fall des § 20 beschränkte, nachzuweisen, daß er sich über den ganzen Prozeßstoff informieren mußte § 6 1206. — Prozeßgebühr des Anwalts, der erst im Laufe e. Beweisaufnahme zum Prozeßbevollmächtigten bestellt wird § 6 1216. — f. Beweissicherung; Einreichung des Antrags; Erledigung vor Einreichung § 6 1207. — Einlegung mehrerer selbständiger, aber zusammen verhandelter Berufungen gegen mehrere Teilmurteile § 6 1209. — für das Nachverfahren im Urkundenprozeß; ermäßigter Streitgegenstand für das Nachverfahren § 6 1210. — Prozeßgebühr des erst nach dem Schlußverhandlungstermin bevollmächtigten Anwalts, d. lediglich das Urteil zustellt § 6 1210. — Berechnung der Prozeßgebühren f. d. Vertreter d. Beklagten, wenn trotz Zahlung d. Hauptsache Kläger den Klageantrag nicht abändert § 6 763.

3. V e r h a n d l u n g s g e b ü h r (§§ 13, 16, 17). — Verhandlungsgebühr (§ 13), wenn die Verhandlung lediglich in dem Stellen widersprechender Anträge besteht § 6 1198, 1201. — Berechnung der Verhandlungsgebühr nach § 13 bei d. nach § 147 ZPO. verbundenen Prozessen § 6 1201. — Verhandlungsgebühr nach § 13, wenn der Beklagte im Urkundenprozeß nur Vorbehalt der Ausführung seiner Rechte verlangt § 6 1201, 1206. — Verhandlungsgebühr nach § 13 bei Verhandeln über prozeßuale Vorfragen, Verlangen der Vollmachtsvorlage des Gegners § 6 1201. — Verhandlungsgebühr nach § 13, wenn der Kläger nach Verlesung der Klageanträge, aber vor Eintritt in die Verhandlung zur Hauptsache Abstand vom Urkundenprozeß u. Übergang in das ordentliche Verfahren erklärt § 6 1201. — keine Gebühr für das vorbereitende Verfahren neben der Verhandlungsgebühr § 6 1204. — Voraussetzung für die Nachverhandlungsgebühr des § 17 § 6 1204, 1205. — Nachverhandlungsgebühr (§ 17) bei eiblicher Verstärkung d. Nachlaßverzeichnis seitens des hierzu verurteilten Testamentsvollstreckers § 6 1203. — Berechnung der Nachverhandlungsgebühr bei Minderung des Streitgegenstandes § 6 1204. — Berechnung der Nachverhandlungsgebühr (§ 17), wenn die Beweisaufnahme nur einen Teil des Streitgegenstands umfaßt § 6 1204, 1205. — Nachverhandlungsgebühr (§ 17) bei Anordnung e. weiteren Beweisaufnahme § 6 1205. — Nachverhandlungsgebühr nur, wenn die Beweisaufnahme wirklich erfolgte? § 6 1205. — Nachverhandlungsgebühr, wenn in der Schlußverhandlung nur die früheren Anträge aufrechterhalten werden § 6 1205. — Deuktion aus dem Beweismaterial Voraussetz. f. d. Nachverhandlungs-

gebühr? § 17 6 1205. — Verhandlungsgebühr des Rechtsanwalts, der die Partei nur in dem Termin nach der Beweisaufnahme vertritt 6 1205. — Gebühr aus § 17, wenn während der Beweisaufnahme die Abhörung weiterer Zeugen verlangt u. hierüber ohne förmliche Ladung verhandelt wurde 6 1205. — Einfluß e. nach Erlaß e. Zwischenurteils über den Grund des Anspruchs erfolgten Erhöhung d. Klageanspruchs auf die Nachverhandlungsgebühr 6 1205. — abgeforderte Verhandlung über prozeßhindernde Einreden 6 1210. — Verhandlung über die Zuständigkeit der Kammer für Handelsachen 5 741; 6 1210. — Gebühr f. Verhandlung über Läuterung e. bedingten Endurteils 6 1205. — Verschämmisurteil auf Verwerfung e. Einspruchs 6 1206. — Verhandlungsgebühr für Vertagung 1 3, 84; 6 1207 (2), 1208. — Gebühr, wenn nach kontradiktorischer Verhandlung über e. Vertagung die Hauptsache erledigt u. zum Schluß nur über die Kosten noch einmal verhandelt wird 6 1207. — keine besondere Gebühr für e. Vertagungsantrag neben der im Verschämmisverfahren entstehenden Verhandlungsgebühr 6 1208. — W., wenn in der ersten Verhandlung wegen Erledigung der Hauptsache nicht über diese u. in der zweiten Verhandlung über die Kosten, aber nicht kontradiktorisch verhandelt wurde 6 1209. — Verwerfung e. Einspruchs wegen Ausbleibens im Einspruchsstermin; W. des Gegners 6 1210. — W. d. Einspruchsflägers im Fall der Zulassung des Einspruchs für die auf den Einspruch folgende mündliche Verhandlung 6 1210.

4. **V e r g l e i c h s g e b ü h r** (§§ 13, 18). — Vergleichsgebühr, wenn die Parteien in dem Prozeßvergleich noch andere Gegenstände hineinziehen; Anwendung des § 13 GebD. oder der Landesgesetze auf die Bemessung der Gebühr für den den eigentlichen Prozeßgegenstand überschreitenden Wert; Festsetzung dieser Gebühr 6 1195, 1196, 1199, 1202. — Berechnung d. Vergleichsgebühr (§ 13) bei bloß teilweiser Erledigung d. Rechtsstreits durch Vergleich 6 1199. — Abmachung, daß der Schuldner den Klageanspruch in Raten zu bezahlen u. die Kosten zu tragen habe, als Veraleich 6 1199. — Vergleichsgebühr (§ 13) des zum Gericht 2. Instanz nicht zugelassenen Anwalts erster Instanz für den durch ihn in der Berufungsinstanz abgeschlossenen Vergleich 6 1201, 1202. — Vergleichsgebühr (§ 13) bei Mitwirken zum Vergleich durch außergerichtliche Verhandlung, Rat schläge 6 1202. — Vergleichsgebühr (§ 13), wenn der durch die Anwälte fertig abgeschlossene Vergleich vom Gericht nur protokolliert ist 6 1202 (2). — Einfluß

eines späteren hinfällig werdenden Vergleichs, insbesondere bei Vorbehalt des Widerrufs, oder Vorbehalt der Zustimmung eines Dritten (§ 13) 6 1202. — Vergleichsgebühr (§ 13), wenn der Anwalt beim Abschlusse des Vergleichs nicht zugegen war 6 1202. — Verhältnis der Vergleichsgebühr nach § 13 zu der nach § 18 6 1202. — „bei Gericht abgeschlossener Vergleich“ im Sinne des § 18; bei Gericht nur protokolliert? 6 1205, 1206. — Gebühr für Vergleich vor Erhebung der Klage 6 1206. — Vergleichsgebühr (§ 18), wenn Streitgegenstand für die Verhandlung u. für die Vergleichsgebühr verschieden ist 6 1206.

5. **B e w e i s g e b ü h r**. — wann besteht der Anspruch auf Beweisgebühr? 6 1203. — Beweisgebühr bei Beweisaufnahme nur über einen Teil des Streitgegenstandes 6 1200. — W., wenn bei e. unter Zuziehung e. Sachverständigen abgehaltenen Sühnetermen ein Vergleich abgeschlossen wird? 6 1202. — W., wenn die Beweis anordnung nicht in der Form des § 359 ZPO. erfolgte 6 1202. — W., wenn die angeordnete Beweisaufnahme unterbleibt 6 1202, 1203 (3). — keine W. für bloßen Vortrag des Ergebnisses e. vom Anwalt nicht wahrgenommenen Eidesleistungsstermins 6 1203. — keine W. für Entgegennahme des Beweisbeschlusses u. Mitteilung desselben an die Partei unter Aufforderung z. Einzahlung des Kostenvorschusses 6 1203 (2). — W. bei Aktenadhizierung 6 833, 1203. — Urkundenvorlegung 6 1204. — W. für Einholung e. angeordneten amtlichen Auskunfts 6 1203. — W. für die vom Gericht angeordnete Vorlage der Geschäftsbücher der Partei 6 1203. — Vertretung des Anwalts in Beweisaufnahmetermen durch einen Referendar 6 1203. — W. bei eudlicher Bestätigung des Nachlassverzeichnisses seitens des hierzu verurteilten Testamentsvollstreckers 6 1203. — Beweisaufnahme im Arretverfahren 6 1204. — Beweisaufnahme zur Sicherung des Beweises 6 1204. — zur Vorbereitung der Beweisaufnahme dienender Akt des Gerichts 6 1204. — vor der Beweisaufnahme liegende Tätigkeit des Rechtsanwalts 6 1204. — Anordnung der Weibringung e. Handelsregistrauszugs, wenn das Gericht ihn erholt 6 1204. — Berechnung der Gebühr bei Herabsetzung des Streitgegenstandes 6 1204. — Beweissicherungsantrag; Vertretung in e. Beweisaufnahme über das Vorliegen der Voraussetzungen des § 1033 ZPO. 6 1207. — Beweisgebühr f. d. Hauptprozeß durch Vortrag d. Ergebnisses e. Beweissicherung in der Schlußhandlung d. Hauptprozesses? 6 1211.

(Gebührenordnung für Rechtsanwälte)

6. **Zwangsvollstreckung.** — Erwirkung des Rechtskraft- oder Notkräftzeugnisses **6 1207, 1212 (2).** — Erwirkung der Vollstreckungsklausel **6 1207, 1209.** — Antrag auf weitere vollstreckbare Ausfertigung **6 1207, 1209.** — Einwendungen nach § 766 **ZPO. 4 732.** — Zustellung d. vollstreckbaren Ausfertigung **6 1207.** — Hinterlegung, Rückforderung der Sicherheit u. Zustellung der Quittung **6 1198, 1199, 1200, 1207, 1209; 1 3, 236; 3 2, 537, 538; 4 727; 5 841.** — Löschung e. zufolge einstweiliger Verfügung eingetragenen u. durch deren Aufhebung erledigten Vormerkung **6 1208.** — keine besondere Gebühr für Zustellung einer erwirkten einstweiligen Verfügung; gleichzeitige Bewirkung der Vollstreckung mit der Zustellung **6 1208.** — mehrere Widersprüche gegen dieselbe einstweilige Verfügung? **6 1208.** — Gebühr aus § 23 *Ziff. 1 u. 2*, wenn mit dem Antrag auf Arrest gleichzeitig Forderungspfändung verlangt wird **6 1208 (2).** — private Vorpfändungserklärung **6 1208; 1 3, 278; 3 2, 573; 4 746.** — Erwirkung der Eintragung e. Zwangshypothek **6 1208, 1212.** — Antrag auf Verhaftung des im Offenbarungstermin nicht erschienenen Schuldners **6 1208, 1212.** — auf Grund Urteils beim Patentamt gestellter Antrag auf Löschung **6 1208.** — besondere Gebühr für das spätere, durch den Antrag d. Gegners auf Aufhebung e. einstweiligen Verfügung veranlaßte Verfahren, auch nach vorausgegangenem Verfahren über die Rechtmäßigkeit **6 1209.** — Anträge auf vorläufige Einstellung der *Z.* zur Instanz gehörig? **6 1211.** — wann ist ein Arrestverfahren von dem Verfahren über die Hauptsache getrennt (§ 30)? **6 1211 (2).** — keine besondere Gebühr f. den Einstellungsantrag nach § 769 **ZPO.** bei gleichzeitiger Erhebung der Widerspruchsklage nach § 771 **6 1212.** — Trennung des Arrestverfahrens von der Hauptsache durch Einreichung des Arrestantrags beim *OG.*, der Klage beim Landgericht, obwohl auch der Arrestantrag ohne Zeitverlust beim *OG.* hätte gestellt werden können **6 1211 (2).** — Einziehungstätigkeit bei Einziehung e. gepfändeten Forderung zur Instanz gehörig? **6 1212.** — neuer Zwangsvollstreckungsauftrag nach Aufhebung e. Pfändung **6 1212.** — Pfändungsauftrag an den Gerichtsvollzieher **6 1212.** — Einreichung der Ladung zum Offenbarungseid **6 1212.** — Berechnung der Gebühr, wenn bei Ladung zum Offenbarungseid der Antrag nur wegen e. Teiles der Forderung gestellt wird **6 1212.** — Auftrag an den Gerichtsvollzieher zur Verhaftung d. Manifestationsschuldners **6 1212.** — mehrfache Anträge auf Straffestsetzungen nach

§ 890 **ZPO.**; Verbindung der Verhandlung über die Anträge **6 923, 1212.** — Beauftragung des Gerichtsvollziehers z. Einziehung d. Geldstrafe oder Verhaftung d. Schuldners nach § 888 **ZPO. 6 1212.** — Anwendung des § 34 im Fall des § 889 *Abf. 2 ZPO. 6 1212, 1213.* — Aufhebung e. Vollstreckungsmaßregel durch den in der Hauptsache oder Zwangsvollstreckung schon tätig gewesen Anwalt **6 1213.** — anderweites, im Fall des Widerspruch angeordnetes Verteilungsverfahren (§§ 880, 882 **ZPO. 6 1213.**) — für die Berechnung der Gebühr im Verteilungsverfahren maßgebender Streitgegenstand **6 1214.**

7. **Andere Gebührenfälle.** — Besondere Gebühren neben denen der §§ 13 bis 18 für etwaige Nebentätigkeit während des Prozesses? **6 1197.** — Honorierung für besondere, nicht im Verkehr mit der Partei oder dem Prozeßgericht bestehende vorbereitende Mühemaltungen **6 1200 (f. oben Allgemeines).** — besondere Gebühr für Herstellung des Entwurfes einer eidesstattlichen Versicherung zur Durchführung des Antrags auf einstweilige Verfügung **6 768, 1201.** — Gebühr, wenn der Nebenintervenient nachträglich den Anwalt der Hauptpartei bevollmächtigt oder umgekehrt; Anwendung des § 51 **6 1218.** — Gebühren für Klage auf Duldung der Zwangsvollstreckung **6 1206.** — Berechnung des Streitwerts im Ausgleichsverfahren nach § 106 **ZPO. 6 1, 207, 1208.** — Gebühren des nicht zum Prozeßbevollmächtigten bestellen, sondern nur mit einzelnen Prozeßhandlungen, mit der Vertretung in der mündlichen Verhandlung betrauten Rechtsanwalts **6 1198, 1214.** — Gebühren für e. Tätigkeit nach § 20 *GebD.* im Urkundenprozeß **6 1206.** — Zurücknahme der Berufung im 1. Verhandlungstermin ohne Stellung widersprechender Anträge **6 1206.** — keine Anwendung des § 20 bei Verbindung der Klage auf Aufhebung eines Schiedspruchs mit einer Feststellungsklage **6 1206, 1207.** — wann ist die Gebühr f. Beweisicherungsantrag verdient? **6 1211.** — mehrere denselben Gegenstand betreffende Beweisicherungsanträge **6 1207.** — Gebühren für Armenrechtsbewilligung **6 1208.** — Gebühr des erst im Einspruchsverfahren bestellten Anwalts, Bestellung nach Zurücknahme des Einspruchs **6 1210.** — Kostenfestsetzungsgebühr im Ausgleichsverfahren nach § 106 **ZPO. 3 2, 386, 387; 6 1207, 1208 (2).** — Kostenfestsetzungsgebühr, wenn statt Nachsuchens d. Festsetzung im Urteil nach § 103 **ZPO.** besonderer Festsetzungsantrag gestellt wurde **6 1210 (f. Prozeßkosten); 4 680.** — Gebühr für Beschwerde darüber, daß statt d. Ver-

kündungs- ein Verhandlungstermin angesetzt wurde **6 1210**. — besondere mündliche Verhandlung als Voraussetzung f. die Gebühren des § 48? **6 1211**. — „Mitwirkung“ bei e. Sühnetermin (§ 37); bloßes Terminsgefuhr, Ladung, Nichterscheinen des Geklagten **6 866**, **1213**. — Gebühr nach § 38 Ziff. 1 u. 3 bei bloßer Stellung des Antrags ohne Erlassung des Zahlungs- oder Vollstreckungsbefehls **6 1213**. — Einreichung der Revisionschrift nach § 8 GGZP.D. **4 663**. — Inzassogebühr **3 2**, **382**; **6 891**. — Gebühr f. Aufforderung d. Beklagten zur Veröffentlichung des Urteils **6 768**. — Gebühr für Antrag auf Rückgabe d. Sicherheit (715 ZP.D.) **1 3**, **236**; **3 1**, **262**, **538**; **4 727**; **5 845**; **6 873**, **874**. — Verlust des Gebührenanspruchs, wenn der Rechtsanwalt im Laufe der Instanz wegen strafbarer Handlung flüchtig wird **6 1217**. — Verlust des Gebührenanspruchs bei durch den Rechtsanwalt verschuldeter Aufhebung des Mandats, insbesondere bei grundloser Kündigung seitens des Rechtsanwalts **6 1217 (2)**; **1 1**, **392**; **3 1**, **262**; **5 236**. — Verlust des Gebührenanspruchs bei e. ohne Rückfrage beim Mandanten erfolgten Zurücknahme e. ausfichtlosen Klage oder Berufung? **6 1217**. — Gebühr des Rechtsanwalts, der nach Maßerteilung (§ 47) in dem Prozeß nur einen Schriftsatz fertigt (§ 46) **6 1217**. — Berechnung der dem obliegenden Streitgenossen zu erstattenden Gebühren bei Vertretung des obliegenden u. des unterlegenen Streitgenossen durch einen Anwalt **6 1206**. — doppelte Berechnung der Gebühren, wenn bei Klage gegen 2 Schuldner zunächst nur Urteil gegen einen erwirkt, gegen den anderen, dem die Klage nicht zugestellt werden konnte, erst später verhandelt wird **6 1209**. — Begriff der Instanz „zur Instanz oder zur Zwangsvollstreckung gehörig“ f. auch oben Zwangsvollstreckung. — Urteil unter Vorbehalt der Entscheidung über e. Aufrechnung nicht instanzbeendend **6 1209**. — gegen mehrere Teilmurteile eingelegte selbständige Berufungen **6 1029 (2)**. — Zwischenurteil über die Hauptsache; getrennte Berufungen gegen beide **6 1209**. — Verweisung e. Sache ohne oder nach kontrastiftorischer Verhandlung über die Voraussetzungen der §§ 466 ff. ZP.D. durch das Amtsgericht an das Landgericht **6 1209 (3)**.

8. Gebühren, wenn neben dem Prozeßbevollmächtigten ein weiterer Anwalt gemäß §§ 42, 43 oder 45 tätig wird. — Gebühren des 2. Anwalts, der außer der im § 45 bezeichneten noch eine weitere Tätigkeit entwickelt (Verhältnis des § 44

z. § 45) **6 1215 (3)**, **1216 (2)**. — Erhöhg. der dem 2. Anwalt im § 45 gewährten Gebühr bei mehrfacher, auf getrennten Anträgen beruhender Wahrnehmung von Beweissterminen? **6 1215**, **1216 (2)**. — kein Anspruch d. 2. Anwalts auf die Gebühr des § 45, wenn er (z. B. wegen Aufhebens d. Beweisstermins) den Termin nicht wahrnimmt **6 1215**, **1216**. — Erstattungsfähigkeit der Gebühr des § 45 **6 1215**, **1216 (2)**. — Gebühr nach § 45 immer erstattungsfähig, soweit sie die Reisekosten u. Tagelöhner des Prozeßbevollmächtigten nicht übersteigt **6 1216**. — für Berechnung der Gebühr des zweiten Anwalts (§ 45) maßgebender Streitwert **6 1215**. — Gebühr (§ 45) des erstinstanzlichen Anwalts, der in der Berufungsinstanz einen Beweisstermin abwartet **6 1216**. — Gebühr für die Information (§ 45), die der Prozeßbevollmächtigte dem Terminsbevollmächtigten zugehen läßt oder für die Tätigkeit des letzteren, um sich Information aus den übersandten Handakten zu verschaffen? **6 1216**. — vom Prozeßbevollmächtigten ohne Verlangen der Partei zur Vertretung in der mündlichen Verhandlung beigezogener Anwalt (§§ 42, 43) **6 1214**. — Anwendung des § 43, wenn ohne Aufstellung e. Prozeßbevollmächtigten einem Anwalt nur die Vertretung in der mündlichen Verhandlung übertragen ist **6 1214**.

9. Beteiligung e. Korrespondenzanwalts vgl. Prozeßkosten. — nicht d. Prozeßführung betreffender Verkehr (bloße Überendung d. Vorstufes und der Gebührenabrechnung) nicht unter § 44 fallend **6 1214**. — Gebühr des § 44, wenn das Amtsgericht unter Unzuständigkeitsklärung den Prozeß an das Landgericht verweist u. der beim AG. als Prozeßbevollmächtigter aufgestellte Rechtsanwalt nur den Verkehr mit dem Prozeßbevollmächtigten am LG. vermittelt? **6 1214 (2)** (f. **6 1209**). — Korrespondenzgebühr (§ 44) für die Korrespondenz mit dem Prozeßbevollmächtigten in eigener Sache **6 1215 (2)**. — Gebühren des Korrespondenzmandatars, der darüber hinaus auf Verlangen der Partei e. besondere Tätigkeit entfaltet **6 1215**. — Gebühr des Korrespondenzanwalts, der außerdem in e. Sühne- oder Beweisaufnahme tätig wird **6 1215 (2)**, **1216**. — Korrespondenzgebühr e. Rechtsanwalts als Kontursverwalter **6 1215**. — kann für dieselbe Instanz u. das gleiche Objekt die Prozeß- und die Korrespondenzgebühr verlangt werden? **6 1215**. — setzt § 44 Abs. 2 besonderen Auftrag voraus? **6 1214**. — Erstattungsfähigkeit der Gebühr des § 44, insbesondere wenn es sich lediglich um eine einfache Unzuständigkeitsinrede handelte **6 1214**,

(Gebührenordnung für Rechtsanwälte)

1215. — Bestellung e. Korrespondenzanwalts gerechtfertigt, wenn ein anderes als das am Amtssitze des Prozeßbevollmächtigten geltende Recht zur Anwendung gelangt? **6 1214, 1215.** — Korrespondenzgebühr eines ausländischen Anwalts **6 1215.** — Gebühr d. Korrespondenzmandatars f. Anfertigung e. eidesstattlichen Versicherung **6 1215, 1223.** — hat der Rechtsanwalt, der neben der Tätigkeit d. Verkehrsanwalts infolge späterer Übertragung des Mandats auch die des Prozeßbevollmächtigten wahrgenommen hat, Anspruch auf Prozeßgebühr neben der Korrespondenzgebühr? **6 1217.**

10. Konferenzgebühr des § 47 f. oben unter Allgemeines. — keine Gebühr, wenn der Anwalt nur die Mitteilung d. Partei entgegennimmt, ohne seine Ansicht zu äußern **6 1217.** — Berechnung der Gebühr, wenn in e. Konferenz hinsichtlich mehrerer Rechtsangelegenheiten Rat erteilt wird **6 1217.** — Wegfall der Gebühr des § 47 bei späterer Bestellung des Rechtsanwalts zum Prozeßbevollmächtigten oder bei Übertragung e. gebührenpflichtigen Tätigkeit **6 1217.** — Verlangen der Gebühr des § 47 neben der des § 46? **6 1217.** — Erstattungsfähigkeit? **6 1217.** — nur bei Ratserteilung in vor die ordentlichen Gerichte gehörigen Sachen **6 1217.**

11. Gebühren der Anwälte am Reichsgericht. — Anwendung des § 52 auf die Rechtsanwälte am bayer. Obersten Gerichtshofe? **6 1218.** — Gebühren in Beschwerde- u. Berufungssachen am Reichsgericht **6 1218.** — Erhöhung nach § 52 bei Erhebung e. Revisions- oder Nichtigkeitsklage vor dem Reichsgericht? **6 1218.** — Gebühren des Rechtsanwalts am Reichsgericht, der eine Revision begutachtet u. dann wegen Unsichtlosigkeit zurücknimmt **6 855.**

II. Gebühren in Konkursfachen.
 11. Erhöhung der Vertretungsgebühr des § 55, falls e. der im § 56 angeführten Tätigkeiten innerhalb der Vertretung entwickelt wird **6 1218.** — Gebühr des § 56 Ziff. 3 für Vertretung bei Ausführung von Zwangsvergleichen **6 1218.** — besondere Gebühr für den Antrag auf Wiederaufnahme e. Konkursverfahrens? **6 1218.** — Berechnung des Streitwertes für den Vertreter e. Konkursgläubigers; Berücksichtigung, ob der Gegenstand d. Sicherungsmaßregel zur Befriedigung aller Gläubiger ausreicht? Berechnung nach dem Wert des Gegenstandes d. Sicherungsmaßregel, od. nach dem Betrag, den der Gläubiger bei anteiliger Befriedigung aus dem Gegenstand der Sicherungsmaßregel zu erwarten hat? **6 1218.** — Anwendung des

§ 78 auf e. als Konkursverwalter tätigen Rechtsanwalt **6 1221.** — Liquidation sämtlicher Gebühren u. Auslagen als Masse Schuld, wenn der Rechtsanwalt vor Konkursöffnung den Gemeinschuldner u. nachher den Konkursverwalter vertreten hat **6 1222.**

III. Gebühren in Strafsachen. — Kritik des Gesetzes **6 1219.** — Grundprinzip des Gesetzes **6 1218.** — Gebühr für informativische Tätigkeit, wenn weder die Gebühr des § 63 noch die des § 67 fällig wird **6 1219 (2).** — Gebühr bei bloßer Wahrnehmung einzelner Termine **6 1219.** — Gebühr für bloße Ratserteilung **6 1219.** — Gebühr für den Verkehr des Rechtsanwalts mit der Staatsanwaltschaft **6 1219.** — Gebühr für Hauptverhandlung (§ 63), wenn die Unzuständigkeit des Gerichts ausgesprochen oder unter Aufhebung des Urteils der unteren Instanz die Sache zurückverwiesen wird **6 1219.** — wiederholte Hauptverhandlungsgebühr bei neuerlicher Verhandlung der zurückverwiesenen Sache **6 1219.** — Anspruch des in e. Schwurgerichtssache mit Zustellung der Anklageschrift zum Verteidiger bestellten Rechtsanwalts auf die Gebühren der §§ 63 u. 67 **6 1219.** — Haftung d. Staatskasse für die dem nach § 140 StP.O. bestellt. Verteidiger i. Fall d. Revisionseinleg. und -rechtfertigung zustehende Gebühr **6 1219.** — Begriff des Vorverfahrens (§ 67) **6 1219.** — Gebühr für die Vertretung im Vorverfahren e. Privatklage **6 1220.** — Vergütung nach § 67 bei Tätigwerden des Rechtsanwalts auf Grund des § 199 StP.O. **6 1220.** — Gebühr nach § 67 bei den Verfahrensarten ohne Eröffnungsbeschuß, Strafbefehl dem Eröffnungsbeschuß gleichzusetzen? **6 1220.** — Gebühr nach § 67, wenn der von Amts wegen bestellte Verteidiger nach Aktenansicht u. Rücksprache mit dem Angeklagten erklärt, daß er Anträge nicht zu stellen habe **6 1220.** — Gebühr für Anfertigung einer an die Staatsanwaltschaft gerichteten Strafanzeige **6 1220.** — Gebühr nach § 69 für Antrag auf Zuerkennung e. Buße **6 1220.** — Gebühr nach § 69 für Entgegnung auf e. Revisionsbegründung **6 1220.** — mehrfache Liquidation d. Gebühr des § 69 in e. Verfahren **6 1220.** — Auschuß der Gebühr des § 69 durch die Gebühren der §§ 63 bis 67 **6 1220.** — Gebühr für bloße Einlegung e. Rechtsmittels nach § 69, wenn dem Rechtsanw. d. Gebühr d. § 68 f. Rechtfertigung oder Begründung des Rechtsmittels zusteht? **6 1220.** — analoge Anwendung des § 72, wenn in Privatklagesachen eine Widerklage erhoben wird? **6 1220.** — Erhöhung der Gebühr des § 74 im Fall der Vertretung mehrerer

Verlester **6 1220**. — Kostenfestsetzung in Strafsachen **6 1221**. — Kostenfestsetzung auf Grund e. in Privatklageverfahren geschlossenen Vergleichs? **6 1221**.

IV. **Auslagen** vgl. **Prozesskosten**. — Schreibgebühren für Reinschriften (Ur- u. Abschriften) **6 1221 (3)**. — Schreibgebühr f. e. vom Anwalt eigenhändig hergestellte Abschrift **6 1221**. — Schreibgebühr für 3 Abschriften, wenn das Konzept der Klage stenographisch entworfen wurde **6 1221**. — Schreibgebühr für e. als Urschrift verwandte Abschrift, die nur bestimmt ist, in die Hand des Anwalts mit d. Terminsbestimmung zurückzugelangen **6 1221**. — Wahrnehmung auswärtiger Termine, wenn dessen Wahrnehmung durch e. Substituten (§ 45) möglich u. billiger war **6 1216**. — Wahrnehmung e. auswärtigen Beweistermins, wenn es sich um e. bloß technische Frage handelt **6 1221**. — Reisevergütung e. nicht vom Ministerium zum Vertreter e. Rechtsanwalts bestellten Referendars **6 1221**. — Erstattung der Kosten e. weiteren Weges, wenn bei Benutzung des näheren Weges unverhältnismäßig hoch. Zeitaufwand verursacht worden wäre **6 1221**. — Schreibgebühren **1 3, 46; 3 2, 384** (Abschriften von Urteilen u. Schriftsätzen z. Information e. Partei); **4 684** (überlange Schriftsätze); **5 765** (f. die als Urschrift benutzte Reinschrift d. Konzeptes). — Reisekosten f. Reisen nach Orten, wo der Rechtsanwalt ein Zweigbureau hat oder regelmäßig Sprechstunden abhält **6 1221, 1222**. — Bureauaufwand, Telephongebühren **2 1, 402; 3 2, 383; 6 1147**. — Entschädigung für e. Gang z. Partei innerh. desb. Ortes oder für e. Gang zu e. Sachverständigen behufs Übergabe von Material **5 763**.

V. **Erhebungsgebühren** des § 87. — rechtl. Natur **6 1222**. — Zeitpunkt ihrer Fälligkeit **6 1222**. — E. bei Teilzahlungen **6 1222**. — Berechnung der E. neben jeder anderen Gebühr **6 1222**. — Voraussetzung der E., daß die Tätigkeit in das Mandat des Rechtsanwalts fällt **6 1222**. — Beschränkung der Anwendung des § 87 auf den Fall, daß der Rechtsanwalt Gelber oder Wertpapiere, die seinem Auftraggeber geschuldet werden, für diesen erhebt u. an ihn abliefert? **6 1222, 1223**. — Erhebungsgebühren v. allen durchlaufenden Geldern **6 1222**. — E. für die vom Rechtsanwalt zur Herbeiführung der vorläufigen Vollstreckbarkeit e. Urteils hinterlegte Sicherheit **6 1223 (3)**. — Reichskassenscheine u. Reichsbanknoten als „Geld“ im Sinne des § 84 **6 1223**. — Erstattungsfähigkeit d. Erhebungsgebühren in und außerhalb e. Prozesses **6 1222 (2), 1223 (2)**. — Weitreibung vom Gegner (Klage, soweit sie nicht zu den Prozeß-

kosten gehört; Festsetzung im Prozeß; Einziehung durch den Gerichtsvollzieher ohne vorherige Festsetzung bei Fälligkeit nach d. Kostenfestsetzung) **6 1222, 1223 (2)**.

Gebühren f. Zeugen u. Sachverständige. **Allgemeines**. — de lege ferenda **5 815, 816**. — Anwendungsgebiet der GebD. bei Festsetzung der dem Gegner nach § 91 **3 3 2**. — zu erstattenden Kosten **6 1179**. — in der freiwilligen Gerichtsbarkeit **6 1179, 1188**. — im Fürsorgeerziehungsverfahren **6 1179**. — im Verfahren vor Sondergerichten u. Verwaltungsbehörden **6 1179, 1180**. — bei Vernehmungen von Zeugen u. Sachverständigen durch Staatsanwälte oder Polizei **6 1179**. — im Konsulargerichtsverfahren **6 1179**. — vor die Gerichte gehörige, aber nicht nach den Reichsprozeßgesetzen zu behandelnde Sachen **6 1180**. — in Notariatsachen in Württemberg **6 1179**. — weiterer Anspruch auf Vergütung neben den Sätzen der GebD.? **6 1179**. — Einfluß des erlegten Vorzusses auf die Höhe der Vergütung **6 1180**. — Zeitpunkt des Entstehens des Anspruchs **6 1180**. — Anspruch auf Vergütung bei nicht erfolgter Vernehmung **6 1180**. — Vergütung von Auslagen, Auslagen für Eingaben u. Beschwern, zur Entschuldigungsvermeidung seines Ausbleibens gemachten Kosten **3 2, 470, 477; 6 1180 (2), 1181, 1182** (Krankheitszeugnis); **7 816**. — verkehrtlich geladene Zeugen **6 1180; 1 3, 168**. — Ersatz d. Reisekosten e. Zeugen oder Sachverständigen, der es veräumt, dem Gericht mitzuteilen, daß er sich in entfernter Gegend auf Reisen befindet **6 1188**. — Benutzung von Kraftfahrzeugen **6 1184**. — Benutzung von eigenen Fahrrädern, eigenem Fuhrwerk **6 1184**. — Benutzung e. gemeinsamen Transportmittels seitens mehrerer Zeugen oder Sachverständiger **6 1184**. — Vergütung für das Transportmittel, wenn der Zeuge eine Partei zum Beweistermin mitnahm **6 1184**. — Anwendung des § 7 auf Zahnärzte? **6 1184**. — Umfang der Aufwandsentschädigung; voller Ersatz der außerhalb des Wohnorts aufgewendeten Kosten? **6 1184**. — ist der Zeuge verpflichtet, einen früh 6 Uhr abgehenden Zug zu benutzen? **6 1184**. — öffentl. Beamte als Zeugen oder Sachverständige; Diäten oder Gebühren nach GebD.? **Zuziehung** „aus Veranlassung des Amtes“ **6 1185, 1186**. — über Fragen d. Grundsteuerkatasters als Sachverständiger benommener Katasterbeamter; Liquidation als Staatsbeamter nach § 14? **6 1185**. — „öffentl. Beamte“ im Sinne des § 14; mittelbare Staatsbeamte, Rechtsanwälte, Mitglieder der preuß. Schloßbaukommission; Lehrer u. Direktoren an Volksschulen in Preußen **6 1186**. — Vergütung der bayerr. Bezirksbaumeister bei Dienstreisen außer-

(Gebühren für Zeugen u. Sachverständige) halb ihres Bezirks **6 1186**. — Vernehmung v. Beamten über amtliche Wahrnehmungen in einem anderen Bundesstaat **6 1186**. — Anwendung des preuß. ZMG. vom 26. II. 03 (zu § 14), wenn durch Ortsstatut Tagegelde festgesetzt sind? **6 1186**. — auch Vergütung der Ausgaben nur auf Verlangen **6 1186**. — zuständige Stelle für Verlangen der Gebühren; Beauftragten der Gebühren gegenüber dem als Protokollführer fungierenden **6 1186**. — Verzögerung **1 1, 127; 5 62**. — Beginn der Präklusivfrist des § 16 **6 1186**. — Unterbrechung der Präklusivfrist des § 16 durch die Gerichtsserien **6 1186**. — entschuldbare Fristverjährung (§ 16), wenn der Sachverständige irrig annahm, er werde nach Abgabe seines schriftlichen Gutachtens nochmals zum Vortrage des Gutachtens geladen werden? **6 1186**. — ist neben der Festsetzung u. Beschwerde des § 17 Klage auf Vergütung zulässig? **6 1186, 1187**. — richterliche Festsetzung im Sinne des § 17; Unterschied von der Zahlungsanweisung des Vorsitzenden; gegen letzteren keine Beschwerde, sondern Erinnerung **4 707; 6 1187 (vgl. 5 831)**. — Berichtigung, der festgesetzten Gebühren von Amts wegen? **6 1187**. — Gebührenfestsetzung durch einen beauftragten Richter, Beschwerde, Zuständigkeit **1 3, 168; 5 831; 6 1187 (2)**. — Beschwerde in Zivil- u. Strafsachen; gegen die Festsetzung eines LW. oder eines beauftragten Richters eines LW. **6 1187, 1188**. — weitere Beschwerde, insbesondere gegen Beschwerdeentscheidungen des LW. **6 1187**. — Beschwerdeberechtigte: zahlungspflichtige Partei, Staatsanwaltschaft? **6 1188**. — Beschwerde in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, Zuständigkeit des Kammergerichts? **6 1188**. — Säumnis in der Hinterlegung d. Vorjchusses (§ 379 ZPO.), Wiederholung d. Beweisantrags **3 2, 470**. — Liquidation der durch die Partei selbst gewährten Entschädigung im Kostenfestsetzungsverfahren **1 3, 168**.

Z e u g e n. — allgemeiner Maßstab f. Berechnung d. Zeitverhältnisses **6 1181; 1 3, 45**. — Gebühren der als Zeugen vernommenen Rechtsanwälte **6 1181, 1186**. — Gebühren e. als Zeugen vernommenen Notars **6 1181**. — Zeitverhältnissgebühr für in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnisse stehende Personen, Handlungsgehilfen, § 616 Satz 1 BGB. **6 1181 (3); 1 1, 387; 2 1, 346 f.** — Zeitverhältniss eines Fabrikanten, Bankiers **6 1181**. — Vergütung f. Zeitverhältniss e. Gerichtsvollziehers **6 1181**. — Vergütung für die Kosten eines Vertreters, wenn der Zeuge nach seinem Dienstvertrag zur Bestellung e. Vertreters verpflichtet war **6 1181**. —

vom Zeugen ohne Auftrag zu seiner Information unternommene Reise **6 1182**. — Zeitverhältniss für den Weg zum und vom Termin, Umkleiden, Mahlzeit vor Rückreise **6 1184**. — Anspruch des einer Begleitung bedürftigen Zeugen auf Zeitverhältniss? **6 1184**. — Entschädigung eines notwendigen Begleiters **6 1184**. — Kosten der Begleitung e. als Zeuge geladenen Fürsorgezöglings **6 1184**. — Reisekosten e. nach auswärts geladenen Strafgefangenen **6 1185**. — Gebühren des vor der Ladung säumten Zeugen **3 2, 477**.

S a c h v e r s t ä n d i g e. — allgemeines Prinzip **1 3, 45; 6 1182, 1183**. — Vergütung der Leistung als eine zum Zweck des Erwerbs gemachte **6 1181**. — sachverständige Zeugen **6 1182**. — ist die Bezeichnung im Beweisbeschlusse dafür entscheidend, ob Sachverständigen- oder Zeugeengebühren zu gewähren sind? **1 3, 168; 6 1182**. — einseitiger Protest des S. gegen die Anwendung der GebD. **6 1182, 1183**. — Verlangen der vorherigen Zusicherung besonderer Gebührensätze **6 1182, 1183**. — Feststellung d. Vergütung nach Anhören der Beteiligten ohne eine ins einzelne gehende Berechnung **6 1181**. — Gebühren d. Sachverständigen mit einem Einkommen unter 6000 M. **6 1183**. — Kosten der Vorbereitung des Gutachtens, Altenstudium **6 1180, 1182**. — Vorbesichtigung e. Grundstücks **4 206**. — Kosten von Hilfsarbeiten **6 1182**. — Vergütung v. Schreibegebühren **6 1182**. — Vergütung von Zeichnungskopien **6 1182**. — Zeitverhältnissgebühr für Stellung d. Antrags auf Zufindung der Akten **6 1182**. — Ausdehnung des schriftlichen Gutachtens auf nicht gestellte Fragen **6 1183**. — Vergütung bei schwierigen Untersuchungen; Ermittlung d. üblichen Preises durch das Gericht; Beweislast d. Sachverständigen über die Unfähigkeit der verlangten Vergütung **6 1183**. — Durchsicht von Marktberichten u. Facturen als schwierige Untersuchung? **6 1183**. — Terminsäumniss, Altenstudium bei schwierigen Untersuchungen **6 1183**. — Begriff der „schwierigen“ Untersuchung; objektive oder subjektive Schwierigkeit? **6 1183**. — Untersuchung e. Hauses auf Schwamm schwierige Untersuchung? **6 1183**. — Hamburger Normen als Vergütungsmaßstab der üblichen Preise für Architekten **6 1183 (f. 1185)**. — Zeitverhältniss für den Weg zum u. vom Termin, für Umkleiden, Mahlzeit vor Rückreise **6 1184**. — Begriff der besonderen Tarvorschriften d. § 13 **6 1185**. — besondere landesrechtliche Tarvorschriften in Preußen, Bayern, Sachsen **6 1185**. — Einfluß landesrechtl. Tarvorschriften auf die Frage, wer die Gebühren festzusetzen hat? **6 1185**. — Gebühren der Sachverständigenkam-

mern für Werke der Literatur und Tonkunst **6 1185**. — Fehlen einer ausdrücklichen Position in der maßgebenden landesrechtlichen Taxvorschrift **6 1185**. — preuß. Feldmessereglement v. 1871 als befondere Taxvorschrift? **6 1185**. — Hamburger Normen als Taxvorschrift nach § 13? **6 1185**. — Dolmetscherdienst des protokollierenden Gerichtsschreibers **6 1185**. — über Fragen d. Grundsteuerkatasters als Sachverständiger vernommener Katasterbeamter: Liquidation als Staatsbeamter nach § 14? **6 1185**. — Festsetzung d. Vergütung eines z. Sachverständigen bestellten Kreisarztes **6 1188**.

Geburt. — Vollendung d. G. **1 1, 1**.

Geburtsurkunde s. Personenstandsgesetz.

Gefahr. — Begriff **2 1, 106**. — gemeinsame nach § 20 BGB. **1 1, 18**.

Gefährdung der Sicherheit e. Hypothek s. Hypothek.

Gefährtragung s. Kauf, Vattungsschuld.

Gezälligkeitsverträge **7 144** (Gestaltung d. Mitfahrens, Auftrag, Leihe), **277**. — Unterschied von der Leihe **7 229**. — Mitnehmen eines Fahrgastes **7 259, 277** (s. Fahrgast).

Gefangene. — Unfall d. an e. Maschine beschäftigten Gefangenen; Haftung d. Unternehmers aus § 618 BGB. **5 233**. — Rückgabe der dem G. bei Verhaftung abgenommenen Sachen **4 225**.

Gegenseitige Verträge s. a. exceptio non adimpleti (non rite impleti) contractus, positive Vertragsverletzung, Vorleistung, Zug um Zug, Sukzessivlieferung, clausula rebus sic stantibus.

A l l g e m e i n e s. — §§ 320, 321. — Wesen **2 1, 214; 6 140**. — verschiedene Erfüllungsarten f. d. beiderseitigen Leistungen **6 139**. — Ablösung e. Vertragspartei durch e. Dritten **7 176**. — für die beiderseitigen Verpflichtungen maßgebendes Recht **2 1, 760, 761** (Verzug); **7 575**. — Annahme 2 verschiedener Erfüllungsorte (s. diesen) **7 575**. — Verh. d. §§ 459 ff. zu d. §§ 320 ff. **1 1, 344, 345; 2 1, 274, 275; 3 1, 215, 219; 4 159; 6 140**. — mit alternativ bestimmten Leistungen **2 1, 157**. — Erlöschen durch Zweckerreichung **7 171**. — Kauf, Tausch, Miete, Dienst- u. Werkvertrag **1 1, 225**. — Leihe **3 1, 241**. — verzinsl. Darlehen **4 125, 186**. — Verpfändungsvertrag **3 1, 267**. — Darlehen gegen Hypothekbestellung **6 148**. — Verkaufsvertrag, entgeltl. Bürgschaftsvertrag, Vergleich, Spiel, Wette **3 1, 157**. — entgeltl. Verwahrungsvertrag **1 1, 225; 3 1, 157**. — Gesellschaftsvertrag? **1 1, 225; 2 1, 214; 3 1, 157**. — Mäckervertrag? **1 1, 226**. — Bierabnahmevertrag? **1 1, 226**. — Bürgschaftsübernahme **6 140**. — Vertrag auf Girierung v. Akzepten **6 140**. —

Übertragbarkeit v. Rechten aus g. B. **1 1, 297, 298, 314; 2 1, 253; 3 1, 195, 214; 4 145**. — Schadensersatzanspr. u. Rücktrittsrecht d. Zessionars **2 1, 222; 3 1, 166**. — Fälligkeit d. Leistungen **2 1, 168**. — Fälligkeit d. Gegenleistung d. Empfängers einer Sendung **6 139**. — Leistung durch Dritte **1 1, 173**. — Ausgleichung d. beiderseitigen Ansprüche nach Aufhebung d. W. wg. Täuschung **2 1, 73; 3 1, 108**. — Umfang d. Zurückhaltungsrechts bei teilweiser Leistung d. Wegners **6 140**. — Retentionsrecht bei g. B. durch § 320 geregelt **5 106, 134**; anders bei e. vor d. 1. I. 00 geschlossenen g. B. **5 135**. — Ausübung durch Einrede **1 1, 226; 2 1, 214**. — Verweigerung der eigenen Leistung nach §§ 273, 320 BGB. unter gleichzeitiger Ablehnung der Annahme d. Gegenleistung **7 155**. — treuwidrige Verweigerung d. Gegenleistung nach teilweiser Leistung (§ 320 Abs. 1): insbes. „teilweise Leistung“ **2 1, 215; 3 1, 158; 4 123; 6 140**; Beispiele **1 1, 226; 3 1, 158**. — Beweislast i. F. d. § 320 **1 1, 226; 3 1, 157**. — Bedeutung d. § 271 II f. Gelbbleistungen aus e. g. B. **1 1, 178**. — exceptio doli generalis gegenüber d. Verlangen d. Gegenleistung **5 132**. — Gläubigerverzug i. F. d. § 321 **2 1, 204; 3 1, 150**. — Widerruf eines revolving credit **6 140** (s. Kredit).

Erfüllung Zug um Zug (§ 322). — Art u. Wirkung d. Geltendmachung d. Rechts aus § 322 **1 1, 231; 2 1, 216**. — Erfüllungsort bei Zug-um-Zug-Leistungen **4 122**. — keine endgültige Klagenabweisung wg. nicht gehöriger Erfüllung **5 135**. — bestimmte Bezeichnung d. Gegenleistung als Voraussetzung f. d. Verurteilung Zug um Zug **6 141**. — Klageantrag u. Urteilsstenor b. g. B. **6 141; 7 156**. — Prozesskosten, wenn gegenüber d. unbeschränkten Klageantrag Urteil auf Zug-um-Zug-Leistung ergeht **6 141**. — Verurteilung zur Leistung nach Empfang d. Gegenleistung im § 322 II, Unterschied von d. W. z. Erfüllung Zug um Zug im § 322 I **1 1, 230; 7 156**. — Einrede aus § 322 I auch gegenüber d. Zessionar gegeben **1 1, 230**. — einseitige Vollstreckung auf Grund e. Urteils d. § 322 nur bei Annahmeverzug nach d. Urteil **1 1, 224; 6 141**. — Erteilung d. Vollstreckungsklausel aus e. Urteil auf Leistung nach Empfang d. Gegenleistung **6 141**. — Verurteilung d. Beklagten Zug um Zug gegen Einwilligung d. Klägers in d. Lösung e. auf d. Grundstücke d. Bekl. eingetragenen Vormerkung **3 1, 123**. — § 322 bei Annahmeverzug d. Beklagten **1 1, 230; 3 1, 158**. — § 322 beim Sukzessivlieferungsgeschäft **3 1, 159**. — § 322 auf d. Kaufmänn. Retentionsrecht nicht anwendbar **4 123**. — Beweislast i. F. d. § 322 **2 1, 216**.

(Gegenseitige Verträge)

Nachträgliche Unmöglichkeit im allgemeinen s. Unmöglichkeit. — Wirkungen d. nachträglichen Unmöglichkeit **1 1, 231; 232, 234; 2 1, 217; 3 1, 159.** — Gefahrtragung s. d. Unmöglichkeit d. Leistung **5 135, 136.** — keine Anwendung d. §§ 323 ff. auf ursprüngliche Unmöglichkeit **6 142.** — Anwendbarkeit d. §§ 323 ff. neben d. Gewährleistungsansprüchen **1 1, 231; 3 1, 159.** — durch beide Teile verschuldete Unmöglichkeit d. einen Leistung, Anwendbarkeit d. § 254 **1 1, 164.** — Unmöglichkeit d. Erfüllung b. Verkauf unter Eigentumsvorbehalt **6 142.** — zeitweilige u. dauernde Unmöglichkeit **3 1, 159; 4 123.** — §§ 324 u. 325 als Ausnahmen von § 323 **3 1, 159.**

Nachträgliche, unverschuldete Unmöglichkeit (§ 323). — „teilweise Unmöglichkeit“ i. S. d. § 323 I **4 123; 5 109.** — Unmöglichkeit d. Leistung insolge selbst veranlaßter obrigkeitl. Anordnungen **5 136.** — insolge Feuersbrunst **1 1, 232; 2 1, 218.** — Klage auf Gegenleistung bei unverschuldeter teilweiser Unmöglichkeit d. Leistung **1 1, 224.** — Minderung bei teilweiser Unmöglichkeit u. beim Verlangen e. Surrogats **1 1, 231, 232.** — Beweislast b. Minderung insolge teilweiser Unmöglichkeit **2 1, 217.** — Unmögl. Rechtsfälle zu § 323 **1 1, 232; 2 1, 218; 3 1, 159; 4 123; 5 136.** — unverschuldete Unmöglichkeit bei Verkauf von Sachen, die noch nicht Eigentum des Verkäufers waren u. vor Übergabe an ihn von Gläubigern des Eigentümers gepfändet wurden **6 142.** — Anspruch auf d. Fracht bei unverschuldetem Untergang d. Frachtgüter auf d. Transport? **7 157.**

Nachträglich vom Gläubiger verschuldete Unmöglichkeit (§ 324) **1 1, 232; 2 1, 218; 3 1, 160; 5 136; 6 142.** — Beweislast i. F. d. § 324 **1 1, 232; 2 1, 218.** — Rechtsfall des § 324 **1 1, 233; 6 142.** — Vorteilsanrechnung nach § 324; Natur; Berücksichtigung ex officio **6 142.** — Erkrankung d. Dienstverpflichteten nach Annahmeverzug des Gegners **6 142.** — Vollenlassen v. Bauarbeiten seitens d. Bestellers durch e. anderen Unternehmer **7 157 (2).**

Nachträglich vom Schuldner verschuldete Unmöglichkeit (§ 325). — Verhältnis d. drei Rechte d. Gläubigers aus § 325 **1 1, 234; 2 1, 218.** — Widerruflichkeit d. einmal abgegebenen Wahlserklärung? **2 1, 218, 219.** — Stellung d. Gläubigers, der im Fall d. § 325 weder zurütritt noch Schadenersatz wegen Nichterfüllung fordert **7 157.** — § 325 u. § 280 BGB. **7 157.** — Wesen u. Art d. Schadenersatzes wegen Nichterfüllung (§§ 325—326) **1 1, 233, 234, 235, 243; 2 1, 220, 223; 3 1, 165; 5 132, 141, 143.** — Berechnung

u. Nachweis d. Schadens wegen Nichterfüllung **1 1, 245; 2 1, 223; 3 1, 164; 4 126; 5 143; 6 146** (Verdungskauf, abstrakter Schaden, Anfaß des Preises, zu dem ein Weiterverkauf möglich gewesen wäre). — Verlangen d. Löschung e. Kaufgeldhypothek als Schadenersatz **6 146.** — Berechnung d. abstrakten Schadens bei Einkaufsmöglichkeit zu einem billigeren Preise als dem vereinbarten oder dem Marktpreise **6 146.** — Berücksichtigung d. Marktpreises e. benachbarten Ortes bei abstrakter Schadensberechnung **6 146.** — Übergang von der konkreten zur abstrakten Schadensberechnung **6 146.** — Rücktritt u. Schadenersatz wg. Nichterfüllung oder Ersatz des negativen Vertragsinteresses schließen sich aus **5 133; 6 146.** — Klage auf Schadenersatz wegen Nichterfüllung u. Erfüllungsklage unvereinbar **2 1, 220; 3 1, 164; 5 144.** — Wirkung d. Wahl d. Rücktritts nach § 325, **326 5 141, 144; 6 139** (Begründung e. neuen Schuldverhältnisses). — Haftung des nach §§ 325, 326 rüdtretenden Gläubigers gleich e. unredl. Besizer **1 1, 261.** — befristete u. bedingte Rücktrittserklärung im § 325 **3 1, 160.** — teilweise Nichterfüllung i. S. d. § 325 **1 1, 233, 234, 236; 3 1, 162; 4 124.** — Teilerüdtritt aus § 325 **5 142; 7 157.** — Wirksamkeit d. Rücktritts nicht vom Angebot d. Rückgabe d. Empfangenen abhängig **1 1, 246.** — Fristbestimmung s. d. Ausübung d. Rücktrittsrechts **2 1, 223.** — Rechtsfälle d. § 325 **2 1, 219, 220; 3 1, 160; 5 141.** — Anwendung d. §§ 325, 326 auf Unterlassungspflichten **3 1, 162; 5 137, 139.** — Übernahme d. Haftung s. die Handlung eines Dritten (Garantievertrag) **6 142.** — Garantieübernahme e. Agenten s. Nichteinbrechen anderer Lieferanten in sein Absatzgebiet **6 142.**

Verzug (§ 326) s. auch oben bei § 325 u. Schuldnerverzug. — rückwirkende Kraft d. § 326 **5 144.** — § 326 im Übergangsrecht **1 1, 245; 6 147.** — nachsichtiges Verhalten als Verzicht auf die aus dem Verzug entspringenden Rechte **6 147.** — Verzug b. Kauf auf Abruf s. Abruf. — Verzug i. S. d. § 326 **1 1, 202, 242; 2 1, 221; 3 1, 143, 161; 4 115/125; 5 142; 7 142, 175 f.** — Verzug, wenn der Verkäufer nur baldmöglichst Lieferung versprochen hat **7 159.** — kein Leistungsverzug bei Unterlassung d. Lieferung wegen Zeugens d. Vertragserstiens seitens des Gegners **6 146/147.** — kein Verzug bei Nichtleistung der vom Gegner unter Nichtberücksichtigung e. Vertragsänderung begehrten Leistung **6 147.** — Verzug bei Vorleistungspflicht nach vorausgehender Mitteilungsspflicht **4 115.** — Fristsetzung d. § 326 **1 1, 224.** — verfrühte Fristsetzung **6 145.** — Fristsetzung ohne Vollmacht u. nachträgliche Genehmi-

gung **6 145**. — Fristsetzung bei Auflassung **6 145**; **7 162**. — Nachfristsetzung nach Ablauf d. Verlaufsfrist **6 145**. — vor Fälligkeit oder Verzug erfolgte Fristsetzung; Fortführung d. Prozesses **7 163**. — am Tage der Fälligkeit, aber vor deren Eintritt erfolgte Fristsetzung **7 162**, **163**. — Einfluß e. Einigung über teilweise Vertragsauflösung auf die gesetzte Frist **7 162**. — Angemessenheit der Frist **7 161**, **162**. — Rücksicht auf persönliche Verhältnisse d. Schuldners bei Fristsetzung **7 162**. — Freilassen e. vollen Erfüllungsfrist bei Segung d. Nachfrist **7 162**. — Kenntnis d. Bestimmenden, daß die Leistung innerhalb der von ihm gesetzten Frist nicht erfolgen kann **7 162**. — unangemessene Fristsetzung infolge unrichtiger Angabe des Erfüllungsortes **7 162**. — Bemessung d. Nachfrist bei Festsetzung d. Lieferfrist „ca. Ende Juni“ **7 159**. — Fristsetzung zugleich als Zahlungsverlangen **7 159**. — grundsätzl. Verpflichtung z. Fristsetzung im § **326 1 1**, **243**; **2 1**, **219**, **222**; **3 1**, **163**. — ausdrückl. Segung, nicht bloß tatsächl. Gewährung der Frist im § **326** erfordert **1 1**, **238**, **243**; **3 1**, **164**. — Segung e. Nachfrist mit anderen als den vertraglichen Bedingungen **6 146**. — Verbindung von Mahnung, Fristsetzung u. Wahl (§ **326**) **1 1**, **238**, **243**; **2 1**, **220**; **3 1**, **164**; **6 145**. — Fristsetzung bezügl. Teillieferung bei Sukzessivlieferungen unter Androhung des Abgehens vom ganzen Vertrag **6 145**. — Segung e. zu kurzen Frist im § **326 1 1**, **236**, **239**, **243**; **2 1**, **219**, **222**; **3 1**, **163**, **164**, **4 126**; **5 143**; **6 144**, **145**. — Segung e. unbestimmten Frist im § **326 1 1**, **237**, **238**; **6 145**. — richterl. Bestimmung d. Frist d. § **326 1 1**, **238**. — Nachholung d. Fristsetzung im Prozeß **3 1**, **161**. — Wirkung der vom Verkäufer ausgehenden Fristsetzung beim Lieferungsgeschäft **7 159**. — Nachfristsetzung d. Käufers bei Überbenspflicht d. Verkäufers **7 195**. — Fristsetzung überflüssig bei vertragswidriger Nachlieferung **3 1**, **164**. — Fristsetzung d. § **326** überflüssig bei vorgängiger Erklärung d. Leistungsverweigerung? **1 1**, **238**, **239** ff., **243**; **2 1**, **219**, **222**; **3 1**, **163**; **4 126**; **5 143**; **6 145**; **7 159**, **163**. — Bestimmtheit d. Leistungsverweigerung; Erklärung, nicht zahlen zu können **6 145**. — Wegfall d. Fristsetzung bei Erfüllungswigerung trotz vertraglicher Vereinbarung e. Nachfrist **6 146**. — Fristsetzung, wenn d. Schuldner d. Bestehen seiner Leistungspflicht bestreitet **7 163**. — unberechtigter oder bedingter Rücktritt als Erfüllungswigerung? **7 163**. — widerrufenene Erfüllungswigerung **6 146**; **7 160**, **163**. — Fristsetzung aus § **326** unwiderruflich **2 1**, **222**. — Fristsetzung seitens des selbst in Schuldnerverzug geratenen Vertragsteiles

6 147. — Schadenserfahrenspruch u. Rücktrittsrecht dessen, der selbst vertragswidrig handelte **7 160 (2)**. — Fristsetzung bei Verzug d. vorleistungspflichtigen Vertragsteils (§ **326**) **5 142**. — Verlangen sofortiger Erfüllung als Fristsetzung i. S. d. § **326 5 137**; **6 145**. — Beweislast bezügl. d. Fristsetzung im § **326 3 1**, **164**. — Ausschluß d. Fristsetzung durch Kommissionskopien **7 163**. — Rechtslage bei Nichtleistung d. Schuldners innerhalb d. ihm nach § **326** gesetzten Frist **1 1**, **237**; **6 146** (Ausschluß d. Erfüllungrechtes d. Schuldners); **7 165**. — Leistungsanerbieten d. Schuldners innerhalb angemessener Frist bei Segung e. zu kurzen Nachfrist **7 162**. — Rücktritt u. Schadenserfordernis des Käufers bei e. durch sein eigenes Drängen herbeigeführten Mangel d. Lieferung **7 160**. — Wirkung d. vom Verkäufer dem abnahmefähigen Käufer gesetzten Nachfrist auf die anderen Rechte d. Verkäufers (wenn der Käufer nach dem Vertrag noch weiteres zu leisten hat) **7 195**. — Einfluß d. Rücktritts vom Prozeßvergleich auf die erloschene Rechtshängigkeit **7 165**. — rechtl. Tragweite d. Wahl d. Schadenserfordernis wg. Nichterfüllung nach § **326 I 1 1**, **242**; **2 1**, **223**; **3 1**, **165**; **4 124**, **127**; **5 142**, **144**; **6 146**; **7 164**. — Berechnung des abstrakten Schadens (s. Schaden) **7 164 (2)**. — Berechnung d. konkreten Schadens (s. Schaden, Deduktionskauf) **7 164**. — Berechnung d. abstrakten Schadens trotz Eindeckung **7 164**. — Übergang v. d. Anspruch auf Zahlung d. Kaufpreises auf Schadensanspruch bei Nachfristsetzung nach Klagerhebung Klageränderung? (s. diese) **7 164**. — Liquidation d. negativen Vertragsinteresses anstatt d. Schadens wegen Nichterfüllung **7 164**. — Teiltritt im § **326 4 127**; **7 165**. — „Leistung“ i. S. d. § **326 2 1**, **221**; **6 140** (Nebenverbindlichkeit). — Abruf u. Abnahmepflicht als Hauptleistung **6 144**. — Verpflichtung aus §§ **434**, **435** BGB. als „Leistung“ i. S. des § **326 7 159**. — Entgegennahme d. Auflassung als „Leistung“ i. S. d. § **326 7 159**, **160**. — „Abruf“ als Leistung nach § **326 7 160**. — Anwendung d. § **326** beim Wertvertrag (Nichterfüllung d. Pflicht d. Bestellers, das zu reparierende Werk zum Unternehmer zu bringen) **7 165**. — Ausstellung e. Schlussscheines als „Leistung“ nach § **326 7 160**. — Unzulässigkeit d. Fristbestimmung d. § **326** z. Erfüllung von Gläubigerpflichten **1 1**, **238**. — Ablehnungserklärung d. § **326 4 127**; **5 144**; **6 145**, **147**; **7 165**. — Anwendbarkeit d. § **326** während d. ganzen Dauer d. Verzugs **3 1**, **161**. — Wahlrecht im § **326 1 1**, **239**; **2 1**, **222**; **3 1**, **165**; **4 127**; **5 144**; **6 146**. — Wahlrecht trotz Androhung d. Selbsthilfeverkaufs bei Annahmeverzug d. Käufers **7 164**. — Rechtslage bei man-

(Gegenseitige Verträge)

gelndem Erfüllungsinteresse (§ 326 II) **1 1**, 233, 244; **2 1**, 223; **4 127**; **5 144**; **6 147**; **7 165**. — „kein Interesse an der Vertragsverfüllung“ § 326 Abs. 2, Begriff des Interesses **6 147**. — Wegfall des Interesses b. Verzug d. Milchlieferungen an eine Meierei **6 147**. — Anzeigen d. Ablehnung seitens d. Nichtsäumigen im Fall des § 326 Abs. 2 **7 165**. — § 326 ius dispositivum **1 1**, 241; **2 1**, 221; **4 127**. — § 320 I i. F. d. § 326 nicht anwendbar **1 1**, 226. — Rechtsfälle zu § 326 **1 1**, 241, 244; **2 1**, 222; **3 1**, 161, 166; **4 124**; **5 140**, 142, 144. — Rechtsfälle zu § 326 Abs. 2 **1 1**, 244; **2 1**, 223; **4 127**; **5 144**. — Haftung d. ausgeschiedenen Gesellschafters f. die Erfüllungswigerung d. offenen Handelsgesellschaft, Fristsetzung ihm gegenüber **6 147**.

Gegenvormund f. Vormund, Vormundschaft, befreite Vormundschaft, Vormundschaft über Volljährige. — Anlaß zur Bestellung e. G., Begriff d. Vermögensverwaltung nach § 1792 **1 2**, 160; **3 1**, 536. — „erhebliche“ Vermögensverwaltung § 1792 **1 2**, 160. — liegt in der Benennung e. Person als Vormund die eventuelle Benennung als G.? **1 2**, 160. — Bestellung mehrerer Vormünder **1 2**, 160. — Gesellschaft d. Vormunds als G.? **1 2**, 160. — Entlassung des trotz gegenseitiger Anordnung des Vaters (§ 1852) bestellten G.? **1 2**, 160. — Bestellung e. G. neben mehreren Vormündern **2 1**, 673. — Bestellung mehrerer G. **2 1**, 673; **5 529**. — Unterlassung d. Bestellung trotz lechtwilliger Benennung e. G. **5 529**. — Beschwerde gegen die Ablehnung d. Bestellung eines G.? **2 1**, 673; **3 1**, 536; **3 2**, 219; **5 529** (f. Beschwerde). — Beschwerde gegen d. Aufstellung e. G. **5 530**. — vor 1900 bestellter G., wenn nach BGB. seine Bestellung nur zugelassen, nicht aber geboten ist **1 2**, 451. — Bestellen e. G. neben einem Beistand **1 2**, 137 (f. diesen). — Umfang seiner Haftung **7 523**. — Haftung d. G., der sich bei Rechnungslegung d. Vermögensbestand nicht nachweisen läßt **7 523**. — Umfang seines Beschwerdebereichs **7 1006** (f. Beschwerde in der freiw. Gerichtsbarkeit). — rechtl. Natur der G.-schaft; Mitvormund? **4 439**; **5 533** (Stellung zum Gericht). — Bestellung e. Pflegers bei Behinderung d. G. **1 2**, 193 (f. Pflegschaft). — Sonorat u. Auslagenersatz f. Vormund. — Weiterführung v. Geschäften durch d. G. trotz Beendigung seines Amtes **5 549**. — trotz Vorhandenseins der Voraussetzungen unterlassene Bestellung e. G. **1 2**, 184; **5 544** (Haftung des Richters). — Pflicht des G. zur Auskunftserteilung (§ 1891) u. Mitwirkung bei Rechnungsablage **1 2**, 193 (f. Vormundschaft bei Folgen der Be-

endigung). — Anwendung des § 1795 (Ausschluß der Vertretungsmacht) auf den G.? **1 2**, 162; **5 532**. — lechtwillig von der Vormundschaft Ausgeschlossen als G.? **5 529**. — Mitvormund bei ungeteilter Führung als G. des anderen? **4 440**. — Überwachung d. Vormunds, der ein dem Mündel gehöriges Erwerbsgeschäft gepachtet hat **4 440**. — Vertretung des Mündels bei Verhinderung d. Vormunds? **3 1**, 542; **4 440**. — Antrag auf Entsetzung d. Vormunds; Beschwerde bei Verzögerung der Entscheidung durch das Gericht **3 1**, 542. — Umfang seiner Tätigkeit **5 533**. — § 111 Satz 3 BGB. auf d. Genehmigung d. G. anwendbar **1 1**, 63. — Auskunfts-pflicht nach § 1799 **5 533**. — „Papiere“ im Sinne des § 1799 Abs. 2 **5 533**. — Zurückziehung z. Inventarerrichtung nach § 1802 **5 534** (verhinderter G.; Vermögensmangel). — zu Unrecht bestellter **5 534**. — rechtl. Natur der Genehmigungs-klärung d. G. §§ 1810, 1812 **3 1**, 546; **5 541**; **6 511**. — Mitwirkung b. Vermögensanlage; Eingreifen d. Gerichts bei Verhinderung d. G. **1 2**, 168; **2 1**, 680 (nachträgliche Genehmigung); **3 1**, 545 (allgemein im voraus erteilte Genehmigung). — Genehmigung e. Vermögensanlage seitens d. G. trotz Kenntnis der Nichtgenehmigung seitens d. Gerichts **3 1**, 545 (f. **3 1**, 559). — Anhören d. G. vor Erteilung e. obervormundschaftl. Genehmigung f. Vormundschaftsgericht.

Mitwirkung nach §§ 1812, 1813. — bei Kündigung einer Forderung oder einer Schuld des Mündels **1 2**, 168; **3 1**, 545; **4 444**; Kündigung e. Forderung unter 300 M. **3 1**, 545. — bei Annahme e. dem Mündel geschuldeten Leistung **1 2**, 168; **2 1**, 680; **4 442**. — bei Einflagung e. Mündelforderung? **1 2**, 168; **2 1**, 680. — bei Aufrechnung mit e. Mündelforderung **1 2**, 169. — Mitwirkung d. G. bei Mehrheit von Vormündern **5 536**. — Verfügung über den Mündeln als Nachverden gehörige Wertpapiere **5 536**. — Umschreibung von mit Genehmigung des G. eingezogenen Hypotheken **5 535**. — Herabsetzung des Zinsfußes oder Beschränkung d. Rückbarkeit e. Mündelhypothek **6 507**. — Quittierung e. Mündelforderung **4 442**; **5 535**. — Löschungsbewilligung? **4 443**; **6 507**. — Löschung von Hypotheken auf den Mündelgrundstücken **5 535**. — Mitwirken bei d. Zwangsvollstreckung für e. Mündelforderung? **2 1**, 680. — Mitwirken bei Vergleich, Anerkennung **2 1**, 680, 681. — Übertragung des Besitzes an Wertpapieren **3 1**, 545. — Verlegung d. Zinstermins **3 1**, 545. — Verfügungen über Gemeinschafts- u. Gesellschaftsrechte **3 1**, 545; **4 444** (Antrag auf Aufhebung d. Gemeinschaft). — Bindungszeffion **3 1**, 545;

4 444. — Papiergeld u. Banfnoten Wertpapiere nach § 1812? 1 2, 169. — Mitwirkung d. G. bei Verfügung über e. dem Mündel gemeinsam mit anderen zustehende Hypothek 1 2, 169. — Annahme von Leistungen, die nicht in d. Übertragung e. Rechts bestehen, unter § 1813 Ziff. 1 fallend? 3 1, 545. — Löschung v. Mündelhypotheken unter 300 M. auf Grund Quittung des Vormunds, daß der Mündel „b e f r i e d i g t“ sei 1 2, 169. — Quittung u. Lösungsabewilligung von Forderungen unter 300 M., die nicht an den Vormund, sondern schon an den Erblasser d. Mündels bezahlt wurden 1 2, 169; 2 1, 681. — Annahme d. Kaufpreises f. veräußerte Erntevorräte 1 2, 169. — Berechnung der 300 M. im § 1813 Ziff. 2 1 2, 169. — Teilleistungen unter 300 M. nicht unter § 1813 Ziff. 2 fallend 2 1, 681. — Erfüllung e. Bürgschaftsschuld keine Gelddarlehensanlage nach § 1813 Ziff. 3 2 1, 681. — Wahl bei Wahlschulden unter 300 M. 3 1, 545. — Vertragsstrafe als Nebenleistung nach § 1813 Ziff. 5 1 2, 170; 3 1, 546. — Schadensersatz wegen Nichterfüllung, nicht rechtzeitiger Erfüllung Nebenleistung nach § 1813 Ziff. 5? 3 1, 546. — unter Bedingung des Abzugs des Zwischenzinses angebotene Zahlungen 3 1, 546. — Erhebung der der Sparfasseinlage zugeschriebenen Zinsen 4 444. — Annahme d. Rückzahlung von Geldern (§ 1813 Ziff. 3), bei denen die Rückzahlung irrtümlich nicht von der Genehmigung des G. abhängig gemacht wird 4 444. — Genehmigung z. Einziehung von Forderungen durch den Vormund 7 521. — Ersehen der nach § 1812 nötigen Genehmigung des G. durch das Gericht; Mitteilung, Zeit u. Wirksamkeit 1 2, 169; 4 444, 858; 6 508. — zu Unrecht erfolgtes Übergehen des G. durch das Gericht 1 2, 169. — Anwendung des § 53 FGG. auf die Erbsagenehmigung d. Gerichts im Falle d. §§ 1810, 1812 7 1005. — Anwendung des § 55 FGG. auf die Erbsagenehmigung des Gerichts 4 444. — Form der Genehmigung des G. 1 2, 169; 4 442 (stillschweigend). — Erzwingen d. Mitwirkung durch Ordnungsstrafen 1 2, 169; 5 541. — Beschwerde gegen die Erbsagenehmigung d. Gerichts 4 444; 6 508. — Genehmigung e. Geschäftes durch den G. trotz Mitteilung d. Gerichts an den Dritten, daß es den Abschluß des Geschäftes verbiete 3 1, 559 (s. 3 1, 545). — bedingte Genehmigung d. G. 5 541. — Verweigerung d. Genehmigung 5 541. — pflichtwidrige Verweigerung oder Erteilung 5 541. — Ansetzung e. Genehmigung 5 541; 6 511. — Recht d. Gerichts, dem G. bestimmte Anweisungen f. d. Ausübung seines Genehmigungsrechts zu geben? 5 541. — obervormundschafft. Genehmigung e. Geschäftes, nachdem der

Vormund die Genehmigungsverweigerung des G. dem Gegner mitgeteilt hat? 5 541. — Erteilung der Genehmigung durch das Gericht, auch wenn d. G. selbst zur Erteilung bereit u. imstande ist; keine Verschwerde 7 521.

Geheimer Vorbehalt s. auch Willensmängel. — Begriff 3 1, 34. — Grund der Bindung bei Mentalreservation 6 40. — G. u. Scherz 1 1, 67; 5 31. — Abgabe einer Willenserklärung mit g. V. zur Beruhigung einer Partei 2 1, 49. — Täuschungsabsicht wesentlich 1 1, 66. — mit g. V. geschlossener Vertrag vom Erklärungsempfänger auch bei späterer Kenntnis des Vorbehalts nicht anfechtbar 1 1, 66. — zwischen dem Agenten u. dem Käufer verabredete, dem Verkäufer gegenüber aber geheim gehaltene Vertragsbedingung 6 43. — Annahme einer einen Schreibfehler enthaltenden Offerte in Kenntnis des Schreibfehlers unter g. V. 6 43.

Geheimhaltungsvertrag 3 1, 46; 4 45. **Geheimmittel** vgl. Gift. — Begriff 4 948. — genaue Bezeichnung bei Nachsuchen e. Wandergewerbescheines 4 948. — Eigenschaft als G. als E. nach § 119 BGB. 2 1, 56. **Geheimnis** als Gegenstand eines Kaufs 4 158.

Geheimphäre s. unerlaubte Handlung (§ 826). — des Privaten, Rechtsschutz 3 1, 5; 5 5. — Verzicht d. Berechtigten auf Unverletzlichkeit seiner G. 3 1, 46.

Gehilfen s. Hilfspersonen.

Geisteskranke s. Entmündigung, Pflegschaft, Vormundschaft über Volljährige, Vormundschaft vorläufige, Geschäftsfähigkeit. — Vorschläge de lege ferenda über Behandlung gemeingefährlicher Geisteskranker oder vermindert zurechnungsfähiger Verbrecher 2 1, 693; 3 1, 570, 571. — Begriff der Geisteskrankheit; Unterschied v. Geisteschwäche 1 1, 2, 3, 199; 2 1, 699. — Verhältnis der Geisteskrankheit zum Zustand nach § 104 Abs. 2 BGB. 1 1, 61; 2 1, 39; 3 1, 32. — Voraussetzungen der Geschäftsunfähigkeit wegen Geisteskrankheit 1 1, 61; 2 1, 39, 40, 41; 3 1, 32; 4 27; 5 28. — lucida intervalla 5 27, 28. — vorübergehende Geistesgeführligkeit (§ 105); Empfang v. Willenserklärungen in V. G. 1 1, 61; 2 1, 40, 41 (s. auch Bewußtlosigkeit). — Schutz gegen heimliche Geisteskranke aus dem Prinzip des § 122 BGB. 5 34. — Wohnsitz 1 1, 7; nach Unterbringung in e. Anstalt 2 1, 5, 4 2. — Aufgabe d. bisherigen Wohnsitzes eines entmündigten G. 4 2. — Unterbringung in e. Anstalt durch den Vormund 1 2, 195; 2 1, 694. — Anordnungen eines geistig Gesunden über seine Person und sein Vermögen, die im Fall seiner geistigen Erkrankung i. Wirksamkeit treten sollen 4 500.

Geisteschwäche f. Entmündigung, Geistesfranke. — Begriff: Unterschied v. Geistesfrankheit **1 1, 2, 3, 199; 2 1, 699; 3 2, 530.** — Entmündigung nach § 104 Ziff. 2 Geschäftsunfähiger wegen **G. 2 1, 39.** — Vertragsschluß mit Ausnutzung der **G.** des Gegners **5 46.** — Homosexualität **3 1, 2.** — Rechtshandlungen e. nicht entmündigten **G.;** Abschluß e. Versicherung als Versicherungsnehmer **7 30.**

Geistliche Gesellschaft f. Religionsgesellschaft, religiös.

Selbstschuld. — **G.** Gattungsschuld? **1 1, 153.** — Begriff „ausdrücklich“ im § 244 **BGB. 1 1, 155 f.** — Verschulden oder Verzug des Schuldners bei Wechsel des Wohnorts des Gläubigers **4 115.** — Leistungszeit bei **G.** aus e. gegenseitigen Vertrag **1 1, 178.** — Aufhören der Zinspflicht i. Fall d. Gläubigerverzugs nur bei verzinslicher **G.,** nicht bei sonstigen Zinsenschulden **1 1, 212.** — Einfluß e. Kursänderung auf die in ausländischer Währung festgestellte Schuld **6 98.** — Zahlung e. Darlehens in vollwichtigen Reichs- u. Speziestalern **7 101.** — Geldübermittlungspflicht u. Erfüllungsort f. Erfüllungsort. — Bedeutung e. der Post gegenüber ausgestellten „Abholungs-erklärung“ (vgl. Zugang) **7 122.** — Vereinbarung d. Rückzahlung u. Verzinsung von „vollwichtigen, unverbottenen Reichs- u. Speziestalern“ **7 231** (f. Darlehen).

Geldsendung. — Beweislastverteilung bei Verlust e. **G. 1 1, 177.**

Geldwechseln vgl. Kellner, Drohschenkutscher. — stillschweigendes pactum de non compensando beim **G. 4 136; 7 174, 175.**

Gelegenheitsgesellschaft handelsrechtliche nach **BGB.** zu beurteilen **2 2, 75.**

Gella f. ungerechtf. Bereicherung, unsittliche Verträge, unlauterer Wettbewerb.

Gemeinde f. Kirchen-, Schulgemeinde, Staat, Zweckverband, Beamte, unerlaubte Handlung (§§ 823, 831); öffentliche Gewalt, jur. Person d. öffentlichen Rechts. — Begriff, rechtlicher Charakter **3 1, 23.** — Verschmelzung mehrerer **G.** zu einer Gesamtgemeinde, Vereinigung d. Immobilienvermögens ohne formellen Vertrag (§ 313) u. Auflassung **4 121.** — Vertrag e. **G.** in Fürsorge für die **G.**-Mitglieder (§ 328) **1 1, 248.** — Haftung für ihre Beamten **1 1, 52 f.;** **2 1, 25.** — Verhältnis d. §§ 31, 89 zu d. §§ 278, 831 **BGB. 4 20.** — Haftung der Stadtgemeinde für e. vom Bürgermeister abgegebene Erklärung **1 1, 51.** — rheinische Landbürgermeisterei vermögensfähig **4 9.** — „verfassungsmäßig berufene Vertreter“ (§§ 21, 89 **BGB. 1 1, 51; 2 1, 26; 3 1, 23; 4 20; 5 16, 17; 7 19 ff.** — Straßenkontrollleur, Straßenmeister, Vertreter **1 1,**

51; 2 1, 26; 5 17. — Straßenwärter Vertreter? **4 20; 5 17.** — Gemeindebeaurat „Vertreter“ d. **G.** im Sinne d. §§ 30, 31 **BGB. 3 1, 23; 5 16.** — Stadtingenieur **7 19.** — Magistrat in Bayern als „Vertreter“ d. Stadtgemeinde im Sinne d. §§ 31, 89 **BGB. 5 16.** — Fronmeister kein „Vertreter“ der Gemeinde im Sinne d. §§ 89, 31 **BGB. 5 16.** — Direktor der städtischen Gas- u. Wasserwerke **7 19.** — Sakristan u. Gemeinbeschreiber in Elsaß-Lothringen Gemeindebeamter? **7 242.** — Haftung für „verfassungsmäßig berufene Vertreter“ (§§ 89, 31 **BGB. 1, 24; 4 20.** — Haftung für ihre Polizeior-gane nach § 278 **BGB. 5 120.** — Haftung der **G.** als Inhaberin e. Krankenhauses f. schuldhaft mißlungene Operation **5 120.** — vertragsmäßige Bezahlung aller in e. Krankenhaus entstehenden Verpflegungskosten **5 173, 269.** — Haftung für Brunnenreinigung **4 20.** — Haftung für Schädigung durch die Stromleitung d. elektrischen Straßenbeleuchtung **5 17.** — vertragliche Haftung d. **G.** als Veranstalterin e. Feuerwerks **5 120.** — privatrechtliche Verträge zwischen Stadtgemeinde u. Straßenanliegern, desgl. zw. Stadtgemeinde u. Schankkonzessionsinhaberin **2 1, 69, 207.** — Haftung f. Patentverletzungen ihrer Beamten **4 21.** — Betrieb e. Gasanstalt keine Ausübung öffentlicher Gewalt (Art. 77 **GG/BGB. 2 1, 25; 4 276.** — Haftung für die Verkehrssicherheit **1 1, 51; 3 1, 24; 4 20, 21; 5 17 f., 120** (f. unerlaubte Handlung, § 823); **7 19** (Übertragung der Aufsicht oder der Arbeitsausführung an e. Dritten). — Haftung wegen mangelhafter Beleuchtung **4 20.** — Haftung bei Straßenfanalifikation **7 135.** — Haftung f. d. gesundheitsgefährlichen Zustand e. Beamtenwohnung **5 232.** — Haftung f. Unfall e. Lehrerin durch d. herabfallende Wandtafel **3 1, 258.** — Haftung für Schulunfälle; Unfall beim Turnen **1 1, 188; 3 1, 140, 258; 4 21** (f. diese); **7 20.** — Haftung f. Eingriff d. Feuerwehr in Privateigentum **4 21.** — Haftung der Stadtgemeinde für ordnungswidrigen Zustand e. städtischen Anstalt (Badeanstalt, Feuerlöschanstalten) **1 1, 51.** — Haftung d. **G.** für rechtswidrige polizeiliche Handlung der Gemeindebeamten in der Rhein-provinz **1 1, 53.** — Rechte der städtischen Behörden hinsichtlich d. Stadtwappens **4 6.** — Recht auf Lichtlieferung gegenüber e. **G.** unpfändbar **1 1, 303.** — Haftung f. Verfehen d. Ratschreibers in Württemberg **2 1, 26.** — Haftung für die von e. Gemeinde als Vertreterin e. Stiftung unterhaltene Kinderarbeitschule **7 19.** — falsche Auskunft e. Sparkastenbeamten über das Guthaben e. Mitgliedes **7 20.** — schriftl. Vertrag m. e. **G.** ohne Vor-

behalt der Genehmigung der Stadtverordneten-Versammlung; Perfektion 7 47. — Pflicht zur Überwachung d. Bediensteten 7 135. — Anspruch des dienstunfähig gewordenen Bürgermeisters auf Ruhegehalt 7 241. — Haftung s. d. durch öffentlichen Auslauf entstandenen Schaden 7 348. — Haftung für Unfälle bei Abbrennen eines Feuerwerks 7 353. — Umfang der Haftung e. ehrenamtlichen Landgemeindevorstehers 7 379. — Haftung d. Gemeindevorstands aus fahrlässiger Unterschrittsbeglaubigung 7 379. — Vertretung im Grundbuchverkehr 3 2, 157; 4 837; 5 1038.

Gemeindesteuern. — Frage des Wohnsitzes bei Gemeinde-Einkommensteuer 4 2; 5 3. — Haftung d. Erwerbers u. Veräußerers s. d. G. beim Umfaze von Grundstücken 3 1, 208. — Umsatzsteuer nicht vom Käufer zu tragen 1 1, 343; 3 1, 215; 5 189; 6 188 (s. Besitzveränderungsgebühr). — „milde Stiftung“ im Sinne des § 24 PrKommAbgG. 7 17.

Gemeindeggerichte. — Kompetenz, insbes. bei Klagen, für die nach § 70 GVG die Landgerichte ausschließlich zuständig sind 1 3, 6. — nicht zuständig gegen Exterritoriale, wohl aber gegen Militärpersonen eines im Ausland garnisonierenden Truppenteils 1 3, 6 u. 20/21. — Zuständigkeit für Widerspruchsklagen nach § 771 ZPO. 3 2, 326. — sind Staatsgerichte 1 3, 8.

Gemeindesteuern s. Steuern.

Gemeindefafel. — öffentliche Zustellung an der Gemeindefafel; Pflicht der Gemeinden in Bayern 5 782.

Gemeindevaifenrat. — de lege ferenda 2 1, 690. — Stellung 1 2, 186; 2 1, 690 (Hilfsorgan des Vormundschaftsgerichts?); 3 1, 565; 4 463; 5 544. — Organisation 2 1, 690. — Waifenrat Beamter? 1 2, 187; 2 1, 690. — privatrechtliche Verantwortlichkeit d. G. gegenüber dem Mündel? 1 2, 187; 2 1, 690 (§§ 823, 839 BGB.); 4 463; 5 545. — Dienstaufsicht d. Gerichts? 2 1, 690; 3 1, 565; 4 463; 5 544. — Zwangsvollzug gegen den G.? 1 2, 187; 4 463. — Anhören des G. über die Auswahl des Vormunds f. Vormund unter Auswahl. — Zuständigkeit; vorübergehend in seinem Bezirk sich aufhaltende Mündel 1 2, 187 (2); 5 545. — Vorschlagspflicht für außerhalb d. Bezirks wohnende Mündel 1 2, 187. — Vorschlag von außert. d. Bezirk wohnenden Vormündern 1 2, 187. — Vorschlag von Pflegern, Gegenvormündern, Beiständen 2 1, 690. — Zuständigkeit bei Vorschlag e. Vormunds für mehrere in verschiedenen Bezirken wohnende Mündel 1 2, 187. — Aufsicht über den Gegenvormund 2 1, 690; 5 545. — Art der Ausübung der Auf-

sichtstätigkeit 1 2, 187. — Aufsicht bei Pflichtverletzungen des Vormundes in anderen Bezirken 1 2, 187. — Aufsichtsrecht über den Fürsorger im Fürsorge-Erziehungsverfahren? 1 1, 188; 2 1, 690 (s. 5 545). — Überwachung des Familienrats? 2 1, 690. — Stellung gegenüber dem Vormund; Recht z. Erteilung von Weisungen? 1 2, 187; 2 1, 690; 3 1, 565. — Auskunftserteilungspflicht nur gegenüber dem Vormundschaftsgericht 2 1, 690. — Pflicht z. Auskunftserteilung über den Mündel; Anstellen von Nachforschungen 1 2, 187. — Aufsicht über die in städtischer oder staatlicher Waifenanstalt Untergebrachten 5 545. — Kontrolle der Wohnungen der Mündel, d. unter elterliche Gewalt stehend. Kinder? 1 2, 187. — Tätigkeit bei Verwaltung des Mündelvermögens 2 1, 690. — Bestellung eines Waifenrats als Vormund 1 2, 187; 2 1, 690. — Beschwerde bzgl. Ablehnung der Bestellung e. von ihm vorgeschlagenen Vormunds 7 518, 1007 (s. Beschwerde in der freiw. Gerichtsbarkeit). — Beschwerderecht gegen Anordnungen des Vormundschaftsgerichts? 2 1, 690; 3 1, 565; 4 463, 856; 5 545; 6 513; 7 1008 (Ablehnung e. Anordnung nach § 1666 BGB.). — Beschwerde bei Ablehnung des Antrags, der Mutter die Erziehung zu nehmen 3 2, 219. — Frau als Waifenrat 2 1, 690; 3 1, 565. — Mitteilung der Bestellung eines Beistands an den G. 2 1, 690; 3 1, 565. — Mitteilung von der gesetzlichen Vormundschaft d. Anstaltsvormunds an den G. 2 1, 690. — nach § 1851 z. Mitteilung verpflichtetes Gericht 2 1, 690. — Überwachung des Aufenthaltswechsels 5 545. — Pflicht d. G. dem Gericht von der Nichtanlage v. Mündelgeldern Mitteilung zu machen 1 2, 115. — Aufsicht über den elterlichen Verwaltunghaber 1 2, 131; 2 1, 662. — Beschwerderecht d. G. in den die Person e. Kindes betreffenden Angelegenheiten 1 2, 131. — Anzeigepflicht d. G. nach § 1675 1 2, 130. — Anzeigepflicht eines G. nach § 1675 in bezug auf seine eigene Person, wenn ihm die elterliche Gewalt über seine minderjährigen Kinder zusteht 1 2, 131.

Gemeingebrauch s. res publicae.

Gemeinschaften s. Realgemeinden, gesamte Hand, Mehrheit von Berechtigten.

Übergangsrecht. — G. des französischen Rechts 1 2, 423; 2 1, 789. — Verhältnis des Art. 213 GVBG. zu Art. 173 1 2, 423. — G. zur gesamten Hand des alten Rechts 2 1, 789. — auf Gesellschaftsvertrag beruhende G. des alten Rechts 2 1, 789. — nach altem Recht ungültige Vereinbarung über Ausschluß der Aufhebung der G. 2 1, 789. — nach früherem Recht ungültige Vereinbarungen über Verwaltung u. Benutzung 2 1, 789. —

(Gemeinschaften)

rückwirkende Kraft des § 749 Abs. 3 BGB. 2 1, 789. — Form u. Wirkungen e. Auseinanderlegung 2 1, 789. — Anwendung der Artt. 173, 181 GGWB. auf das Mit-eigentum nach badischem LR. 4 545. — keine Anwendung der Artt. 173, 181 GGWB. auf die französische aufgelöste Gütergemeinschaft 4 545.

U l g e m e i n e s. — Notwendigkeit der Streitgenossenschaft bei Gemeinschaftsverhältnissen 5 280, 281. — Verhältnis der G. zur gef. Hand zur G. nach Bruchteilen; rechtliche Natur 2 1, 567; 3 1, 427. — aktive u. passive Gesamtschuldverhältnisse als G. 1 1, 425. — Gemeinschaftsverhältnis; Eintragung ins Grundbuch f. Mehrheit von Berechtigten, Eintragung. — Erteilung d. Zuschlags u. Eintragung des Erbschafters ins Grundbuch ohne Feststellung d. G.sverhältnisses 7 918. — Mitbesitz als G.; Klage eines Mitbesizers gegen den anderen nach § 745 Abs. 2 1 1, 425. — Ladungsempfänger als Interessengemeinschaft gegenüber dem Pfandrecht d. Schiffers für ein Überliegeged 7 297. — G. an Immaterialgütern 1 1, 425. — Mark- u. Feldgenossenschaften in Holstein 6 270. — „agrarische Gemeinschaften“ in Preußen 2 1, 443, 567; 3 1, 247. — Ehegatten als Miturheber 2 1, 443. — Gemeinschaften mit Zwangsenteilung 2 1, 442. — Miterbengemeinschaft e. Landgutes, das nicht Schriftgut ist (Baunschwieg) 7 297. — Grundstückszusammenlegung in Preußen 2 1, 444. — Gemeinschaft nach Bruchteilen 5 279; 7 297. — Serienlos-gesellschaften 5 279 (f. Gesellschaften). — Gemeinschaftsverhältnis der Mitglieder eines nicht rechtsfähigen französischen Vereines 5 270. — keine Gemeinschaft bei Gegenständen, die ipso iure real in Sonder-eigentum der Teilhaber geteilt sind (Geldforderungen, Eigentümergrundschulden) 6 270. — Einbringung von Grundstücken in e. G. zur gesamten Hand d. Form d. § 313 BGB. bedürftig 1 1, 219. — Erbengemeinsch. als Inhab. e. Einzelsirma oder offene Handelsgesellschaft? (f. diese), Eintragung e. Vereinbarung über Repräsentation in d. Handelsregister 7 297.

S t e l l u n g d e r T e i l h a b e r. — Größe der Anteile: Widerlegung der Vermutung des § 742 1 1, 425. — Vermutung für Gleichheit der Anteile gegenüber Dritten? 1 1, 425. — Geltung der Vermutung des § 742 für den Grundbuchrichter? 3 1, 301; 6 270. — Verfügungsrecht des einzelnen Teilhabers über seinen Anteil 1 1, 426. — Verfügung des einzelnen Teilhabers bei Nichteintragung seines Bruchteils 2 1, 443 (Übergangsrecht). — Erwerb eines Rechtes an der gemeinschaftlichen Sache durch einen Mit-

eigentümer 2 1, 444. — Pfändung des Anteils eines Teilhabers 2 1, 444; 4 234; 5 279. — Geltendmachung des Rechts zum anteiligen Fruchtgenuß seitens des Teilhabers 5 279. — kann der Miteigentümer eines Hauses unmittelbar den auf ihn treffenden Teil der Mieten fordern? 5 279. — Zwangsvollstreckung v. Immobilien auf Grund der Vermutung, daß den Teilhabern gleiche Anteile zustehen, wenn das Grundbuch hierüber nichts enthält? 6 270. — Geltendmachung d. Entschädigungsanspruchs wegen Expropriation seitens einzelner Teilhaber 6 270. — Pfändung v. Anteilsrechten u. § 811 B.D. 6 271. **B e r w a l t u n g u. B e n u t z u n g.** — Erhaltung des wirtschaftlichen Wertes 1 1, 425. — Geltung des § 743 BGB. für das Verhältnis nach außen? 7 297. — Verhältnis von § 743 zu § 745 1 1, 425. — Unterlassungsklage gegen den den Mitgebrauch der anderen beeinträchtigenden Teilhaber 5 279. — Ansprüche eines Gemeinshafers aus der Vornahme anderer als der zur Erhaltung des Gegenstandes notwendigen Handlungen 1 1, 426. — auftraglose Geschäftsführung bei vertragsmäßiger Regelung der Verwaltung 1 1, 426; 2 1, 443. — Ausführung eines Mehrheitsbeschlusses über die Verwaltung ohne vorherige Klage gegen die Minderheit 4 233, 234; 5 280; f. 6 270 (§ 744). — Mehrheitsbesluß über die Verwaltung ohne Gehör der Minderheit 4 234; 5 280. — Klage eines Teilhabers auf angemessene Verwaltung und Benutzung; Fassung des Klageantrags 1 1, 426; 3 1, 301; 4 234; Beklagte 1 1, 426; nachträgliche Änderung der gewünschten Maßregeln als Klageänderung? 1 1, 426. — Klage auf Einwilligung zum Wiederaufbau einer abgebrannten Scheune 3 1, 301. — Wirkung eines rechtskräftigen Urteils über die Verwaltung gegen die Sonder-nachfolger 1 1, 426. — Klage des Miteigentümers gegen die Genossen auf Bestellung eines Verwalters auf gemeinschaftliche Kosten 5 280. — Ausübung des Rücktritts-, Wiederauf-, Vorkaufrechtes, eines Widerrufs, einer Ansetzung, Kündigung 1 1, 426. — Klage eines einzelnen Teilhabers zugunsten der Gesellschaft (Bindifikation, actio negatoria, confessoria) 2 1, 443. — Beschaffung der Löschungsbewilligung eines Gläubigers durch einen Teilhaber 4 233. — Sach-legitimation eines einzelnen Teilhabers (insbesondere bei Arresten u. einstweiligen Verfügungen) 5 280. — schriftlicher, auf Mehrheitsbesluß beruhender Pachtvertrag über den gemeinschaftlichen Gegenstand; Unterzeichnung aller Teilhaber nötig 6 270; 7 297. — unverhältnismäßig kostspielige Anlagen unter § 745 Abs. 3

fallend 7 297. — Erbschaftsprüche eines Teilhabers für nicht zur Erhaltung notwendige Maßnahmen 7 297.

A u f l ö s u n g. — rechtliche Natur der Auflösungsklage nach § 749 Abs. 1 1 1, 426. — vor Fälligkeit erhobene Auflösungsklage; Eintritt der Fälligkeit während des Prozesses 1 1, 426. — Klage auf Zulassung der Teilung u. Anordnung der Zwangsversteigerung 2 1, 444. — Notwendigkeit der Teilnahme sämtlicher Gemeinshaftler am Teilungsprozeß? 5 280. — dispositive Natur der §§ 752, 753 1 1, 426; 4 234; 5 281. — Anwendung des § 753 auf Grundstücke vor Anlegung des Grundbuches 2 1, 444. — Einwendung gegen die von einem Teilhaber beantragte Zwangsversteigerung des gemeinsamen Grundstückes, Widerspruchsklage nach § 771 ZPO.? — Einstellung der Versteigerung 2 1, 444. — Verbleiben der übrigen Teilhaber in Gemeinschaft nach Ausscheiden eines Teilhabers 4 234; 5 281. — kann ein Miterbe die Teilung jedes einzelnen Nachlassgegenstandes gesondert u. unabhängig vom Schicksal des sonstigen Nachlasses verlangen? 5 281. — Ausschluß der Aufhebung der Gemeinschaft an einem Grundstück; Form, Eintrag im Grundbuch 5 280. — Teilung in Natur; wann ist sie möglich? Teilung von Forderungen 5 280, 281. — Versteigerung eines Zeitungsunternehmens 2 1, 444. — Bestimmung des Erblassers, daß ein Nachlassgrundstück dem Meistbietenden unter den Erben zugeschlagen werden soll 2 1, 445. — Umwandlung des gemeinschaftlichen in Miteigentum; Auflassung 5 281. — Auflösung ohne Berichtigung einer Gemeinschaftsschuld 6 269. — Forderungen eines Teilhabers gegen den anderen, die durch Vereinbarung der Teilhaber zum Zweck der Auseinandersetzung hervorgerufen sind; Berücksichtigung bei der Auflösung nach § 756? 1 1, 426; 4 234. — „gemeinschaftliche Einziehung“ einer Forderung nach § 754; exc. plurium litis consortium 5 281. — gelegentlich der Auseinandersetzung der sonstigen Masse vereinbarte Auflassung von Gegenständen als Beschränkung d. Aufhebung nach § 749 6 270. — Vereinbarung, daß ein Teilhaber die Auflösung durch Zwangsversteigerung nur bei Erreichen eines bestimmten Höchstgebotes verlangen könne; Eintrag im Grundbuch 6 271. — „gleichartige Teilung“ nach § 752, wenn der eine Miterbe u. zugleich Schuldner seinen Anteil durch Anrechnung auf den Erbteil empfängt, die anderen aber wegen Zahlungsunfähigkeit des Schuldners nichts erhalten 6 271. — Lösung der Gemeinschaft durch Verkauf; Streit der Teilhaber über die Zulässigkeit 6 271. —

Form der Überweisung e. Grundstücks bei Auflösung an einen oder mehrere Teilhaber (§ 313) 1 1, 219; 3 1, 153, 154; 5 129. — Recht des Ehemannes, ohne Zustimmung der Frau ein während der Ehe gemeinschaftlich erworbenes Grundstück z. Zweck der Aufhebung der Gemeinschaft zur Versteigerung zu bringen 7 297. — Anwendung des § 752 BGB. auf Liquidation aller Gesellschaften 7 297. — Zwangsversteigerung z. Zweck d. Aufhebung der Gemeinschaft an e. Grundstück 7 297 (s. Zwangsversteigerung).

Gemeinschuldner. — mittelbarer Befizier? 1 1, 522; 2 1, 529. — Bedeutung des guten oder bösen Glaubens d. G. für die z. Masse gehörigen Rechte 2 2, 478. — Tod des in Güter- oder Fahrnisgemeinschaft lebenden Gemeinschuldners 2 2, 480. — Wirkung der Konkursöffnung auf d. Prozeß- u. Geschäftsfähigkeit des G. 2 2, 481; 6 976. — Passivlegitimation d. G. bei nur gegen ihn gerichteten Ansprüchen 2 2, 481. — Leistungsklage e. Konkursgläubigers gegen d. G. 2 2, 485; 6 976, 981 (s. R.-Gläubiger); 5 875. — Haftung d. G. nach Konkursbeendigung aus 5 281 vom Verwalter geschlossenen Geschäften 2 2, 482. — G. als Rechtsnachfolger bei Aufhebung d. Konkurses 2 2, 482. — aktives u. passives polit. Wahlrecht d. G. 2 2, 483. — Anspruch d. G. a. Aufhebung d. Personalhaft nach R.-Eröffnung 2 2, 483. — Verlust d. Kaufmannseigenschaft 2 2, 483. — kann d. aus e. Wechsel verpflichtete G. nach § 603 Abs. 2 ZPO. zusammen mit den anderen Wechselverpflichteten verklagt werden? 3 2, 257. — vom G. vor R.-Eröffnung bewilligte u. beantragte Eintragung e. Hypothek oder Hypothekabtretung bei Eintrag nach R.-Eröffnung 2 2, 486; 3 2, 528; 6 977, 978, 982. — Beantragung u. Bewilligung von Grundbucheinträgen nach Konkursöffnung? 3 2, 257; 5 944; 2 2, 483 (s. auch Konkurs); 6 977, 978. — Lösung e. f. d. Gemeinschuldner eingetragenen Briefhypothek auf Grund e. von ihm vor Konkursöffnung erteilten Abtretungserklärung, sowie Quittung u. Lösungsbewilligung d. neuen Gläubigers ohne Mitwirken des R.-Verwalters? 4 802. — registrierterliches Ordnungsstrafverfahren 3 2, 257. — Passivlegitimation d. G. f. die Klage auf Duldung d. Zwangsvollstreckung nach § 739 ZPO. 3 2, 257. — über Weiterführung oder Unterbrechung d. z. Zt. der Konkursöffnung anhängigen, auf d. Masse bezüglichen Aktiv- u. Passivprozesse s. Konkursmasse. — Fähigkeit z. Führung e. Prozesses über d. Firmenrecht 2 2, 26 (s. R.-Masse). — Weiterführung e. z. Zt. der Konkursöffnung gegen d. G. anhängigen Prozesses wegen

(Gemeinschuldner)

unbefugter Titelführung 4 801. — Befugnis zu solchen Handlungen, die erst nach Aufhebung d. Konkurses Wirksamkeit äußern sollen; Verpfändung v. Sachen f. e. Dritten, der für Zahlung d. Summe d. Zwangsvergleichs d. Bürgschaft übernimmt 3 2, 257; 4 802. — Verfügungszrecht über d. der Zwangsvollstreckung entzogenen Gegenstände; Klage gegen den Konkursverwalter oder Erinnerung nach § 766 ZPO? 5 942, 943 (f. Zwangsvollstreckung im allgemeinen). — Erhebung des Wechselprotestes gegen den in Konkurs geratenen Akzeptanten oder gegen den Konkursverwalter? 5 943 (f. Wechselprotest). — relative Unwirksamkeit der vom G.-Schuldner nach R.-Eröffnung vorgenommenen Rechtshandlung 2 2, 483, 484, 505; 6 977, 978. — bei Abtretung e. Forderung nach R.-Eröffnung kann sich d. Schuldner gegenüber dem Bestitator nicht auf die Unwirksamkeit berufen 2 2, 505. — vom Gemeinschuldner während eines nachmals aufgehobenen Konkurses verkaufte Massenbestandteile; Anfechtung des Verkaufs in einem zweiten, nachträglich eröffneten Konkurs 3 2, 257. — Wirkung e. Vertragsstrafe seitens d. G.-Schuldners nach Konkursöffnung; Geltendmachung als R.-Forderung? 3 2, 254, 255; 4 802. — vom Angewiesenen in Unkenntnis d. über d. Vermögen d. Anweisenden eröffneten Konkurses an d. Anweisungsempfänger geleistete Zahlung 3 2, 257. — Ausschlagung e. Erbschaft 2 2, 484 (vgl. 3 2, 257). — bei Verdingung d. Konkurses abhängige, vom Verwalter geführte Prozesse; Aufnahme durch d. G. 2 2, 485. — Wirkung d. gegenüber dem Konkursverwalter ergangenen Urteils über die Aktiv- oder Passivmasse für oder gegen den Gemeinschuldner 2 2, 484, 485. — keine Pfandklage gegen den G. nach Eröffnung des Konkurses 2 2, 485. — Recht des Konkursgläubigers, seinen Anspruch gleichzeitig im Konkurs bzgl. der Masse u. außerhalb des Konkurses gegen d. Gemeinschuldner z. verfolgen 2 2, 485. — Zwangsvollstreckung gegen den G. während des Konkurses f. Konkurs. — G. als Eigentümer der während des Konkurses vom Verwalter erworbenen Sachen 2 2, 486. — kann der G., wenn in einem zur Zeit der Konkursöffnung gegen ihn anhängigen Prozeß gegen ihn nach Konkursöffnung ohne Aufnahme des Rechtsstreits durch den Verwalter Urteil ergeht, dieses Urteil selbst anfechten? 6 981. — Rechte des G. bei Streit über Zugehörigkeit e. Gegenstandes z. Masse 6 975, 976. — Hauptintervention des G. in einem vom Verwalter geführten Rechtsstreit? 6 976. — Grenzberichtigungs-

klage zw. Gemeinschuldner u. Verwalter 6 976. — Erwerb e. R.-Forderung seit. d. G. während des Konkurses; Konfusion 6 976. — Beschwerderecht d. G. gegen Handlungen des Konkursverwalters 6 996. — Verweigerung der Auskunft nach § 100 RD.; Zwangsmittel 2 2, 505. — Pflicht, sich nicht von seinem Wohnort zu entfernen u. § 134 BGB. 7 47. — Vollstreckung der nach § 101 RD. gegen d. G. angeordneten Haft 2 2, 505. — Zwangsmittel (nach § 101 RD.) gegen den Erben d. G. 2 2, 505. — Haft nach § 101 RD. unter Art. 31 Abs. 3 MVerf. fallend 2 2, 505. — Haft nach § 101 RD. u. Art. 17 HaagAbf. 2 2, 505. — kann von dem Gemeinschuldner die Vorlage e. Gläubiger- u. Schuldnerverzeichnisses (nach § 104 RD.) erzwungen werden? 4 816, 817. — Offenbarungseid, Leistung nach § 125 RD. (f. Offenbarungseid), Ladung seitens e. Konkursgläubigers, dessen Forderung nicht festgestellt ist 2 2, 506; 3 2, 273. — Leistung d. Eides ohne Vorliegen d. Inventars 2 2, 506. — Norm des Eides 3 2, 272. — Leistung durch den gesetzlichen Vertreter d. prozeßunfähigen G. 3 2, 273; 6 1000. — Verlangen d. Eidesleistung seitens nichtberechtigter Konkursgläubiger nach Zwangsvergleich 5 953; 6 1000. — Unterstützung der Familie, der Erben d. verstorbenen G. aus der Masse? 2 2, 507. — Grundbuchsperrre gegen Rückzahlung e. Grundstücks gegen d. Kredit 7 49.

Genehmigung f. Ausländer, Minderjährige, Vertreter, Vollmacht, Zustimmung. — Terminologie 1 1, 118; 6 77 f. — ratio legis d. Absf. 2 § 184 4 56. — nach 1. I. 00 begehrte G. einer vor 1900 erfolgten Handlung 1 2, 415 (f. 2 1, 784). — keine Anwendung der §§ 182 f. auf obervormundschaftliche G. 6 78. — ersetzt nicht Vollmacht d. § 47 GmbHG. 3 1, 61. — §§ 182 ff. BGB. u. § 17 Absf. 1 GmbHG. 6 78. — G. als sog. Willensgeschäft, das keinen Adressaten hat 6 78. — Stillschweigen als G. 3 1, 51. — e. früheren, durch Verjagung der obervormundschaftl. G. unwirksam gewordenen Auflassung als Neubornahme 7 47. — Schweigen als G. vertragswidrigen Verhaltens 3 1, 45. — stillschweigende G. der Ware 1 1, 95. — bei rechtswidrigen Handlungen 5 58. — notarielle Beurkundung der G.serklärung 1 1, 119. — G. Dritter zu Verträgen im Grundbuchsverkehr 1 1, 119. — v. durch „unberufene“ Vertreter abgeschl. Verträgen 1 1, 113. — G. e. Kündigung, Anwendung d. § 185 Absf. 2 6 79. — G. des durch ein Mitglied d. Kirchenvorstands für e. Kirchengemeinde geschlossenen Vertrags 7 87. — Aufstellung e. Wechsels durch die Frau f. d. Mann; G. 7 76. — teilweise G. e. vollmachtslos geschlossenen Geschäfts 2 1, 86.

— G. einer von e. Vertreter ohne Vollmacht schriftlich geschlossenen Bürgschaft formlos 7 87. — G. macht einseitige Rechtsgesch. von Vertretern ohne Vertretungsvollmacht gültig 3 1, 60. — Verweigerung d. G. keine rechtsgesch. Willenserkl. 2 1, 87. — Rückwirkung auf d. Beginn d. Verjährungsfrist 6 78. — G. einer Auslassung; bloße Erklärung gegenüber dem Gericht? 6 78, 378; 7 87. — Verweigerung u. ihre Widerursichtigkeit 6 78. — Bedingungsfeindlichkeit d. vom Vertreter ohne Vertretungsmacht geschlossenen Verträge durch d. Vertretenen 3 1, 59. — G. durch e. Vorstandsmitglied e. Genossenschaft 4 55. — G. d. Annahmeerklärung e. nichtbevollmächtigten Vereinsmitglieds durch d. Verein 4 55. — G. i. S. d. §§ 108, 177 2 1, 42. — G. von Stiftungen 1 1, 46 ff. — staatliche, zum Grundstückszerwerb von mehr als 5000 M. Wert durch jurist. Pers. in Preußen 3 1, 14; 4 10 (s. juristische Personen). — „Verfügungen“ im Sinne des § 184 BGB. 7 87, 88. — Eintragung e. Widerspruchs gegen die Richtigkeit d. Grundbuchs als „Verfügung“ i. S. des § 184? 7 88. — stillschweigende G. bei Nichtkenntnis des ganzen Vertragsinhalts 7 87, 88. — der von einem Vertreter ohne Vertretungsmacht erklärten Auslassung nicht dem Gericht gegenüber zu erklären, sondern gegenüber dem Vertreter oder dem anderen Teil; Nachweis dieser Tatsache gemäß § 29 GBD. 6 378. — eines Vertragsschließenden bei der Hypothekbestellung; Nachweis im Grundbuchsverkehr 3 2, 150. — G. eines unwirksam gebliebenen Teilungsvertrags der verstorbenen Eltern durch ihre Kinder als gesetzl. Erben 7 955. Polizeiliche G. von Gewerbebetrieben §§ 16 ff., 29 ff. GewD. vgl. Gewerbebetrieb, Konzession. — v. G. von gelegentlichen Musikaufführungen 4 932. — Widerruf 4 938. — G. unter Bedingungen, Beschränkungen 4 938. — Zurücknahme e. G. (§ 53 GewD.) vgl. Gewerbebetrieb unter Umfang. — Übertretung nach § 147 Ziff. 1 GewD., Gewerbebetrieb ohne die nötige polizeiliche G. s. Konzession.

Generalagent s. Versicherungsagent, Alleinvertretung. — Zustellung e. Klage gegen e. ausländische Versicherungsgesellschaft an den inländischen G. 6 787. — rechtl. Stellung d. G. e. Versicherungsgesellschaft 1 1, 402; 3 1, 58.

Generalkommission preussisch. — Zuständigkeit zu Ersuchen an das Grundbuchamt 2 2, 444; 4 838 f. — Eintragung des Betroffenen geboten? 2 2, 448.

Generalvormundschaft s. Anstaltsvormundschaft.

Genossenschaften mit Arbeits Gelegenheit; Anwendung d. § 30 GewD. 4 925.

Genossenschaftsgesetz.

Allgemeines. — Kritik 4 908. — dispositives u. zwingendes Recht 7 1092, 1096 (§§ 73, 74). — Rechtsfähigkeit ausländischer G. 2 2, 297. — keine Eintragungspflicht der im § 1 beschriebenen Vereine 2 2, 297. — Recht e. zur Erfüllung der Eintrittsbedingungen bereiten Dritten auf Aufnahme? 2 2, 297 (2). — Wesen der Genossenschaft 4 9; 6 1112; 7 1090. — Genossenschaft mbH. juristische Person? 7 1092. — Vereinsrecht des BGB. subsidiär anwendbar? 1 1, 20, 27; 3 1, 15. — Anwendung d. §§ 29, 31, 32 BGB? 7 11, 12. — Firma in fremder Sprache 2 2, 297. — Firmenschild, Anwendung des § 15 a GewD.? 4 909. — Fassung der Firma bei Betrieb mehrerer Geschäftszweige 4 909. — Bezeichnung des Gegenstandes des Unternehmens in der Firma 6 1113. — Firma: „Maschinengenossenschaft“ 6 1113. — Zusatz des Wortes „Bank“ zur Firma bei Betreiben v. Bankgeschäften 6 1113. — Einfluß d. Berliner Gerichtsorganisation auf den Sitz (s. Gerichtsstand, GmbH.) 7 1090. — Sitz der G., von dem Ort der Verwaltungsführung verschiedener Ort 2 2, 298. — Sitzverlegung 2 2, 300. — Gerichtsstand 2 2, 298. — Anwendung d. § 22 ZPO. auf Klagen d. Genossenschaft gegen einen Genossen aus mit ihm geschlossenen Kaufverträgen? 7 1090. — Einfluß d. Genossenliste durch d. Polizeibehörde 2 2, 301. — Recht d. Polizei auf Auskunft seitens d. Genossenschaft über Statut und Mitgliederbestand? 2 2, 301. — Umwandlung e. GmbH. in eine solche mbH., Statutenänderung 2 2, 315. — Genossenschaft als Mitglied einer GmbH. 6 1116. — Vereinigung mehrerer Genossenschaften zu e. Zentralgenossenschaft 2 2, 302. — Widerspruchsklage der Genossenschaft gegen die bei ihr auf Grund e. Titels gegen einen Genossen (als Inhaber der Firma einer o. H.-G.) vorgenommene Pfändung; Einwand der materiellen Identität von Genossenschaft u. o. H.-G. 7 1092. — Abänderung d. Bestimmungen über Reservefonds? 6 1118. — Beschwerde gegen Entscheidung über Anträge auf Eintragung oder Vormerkung in das Genossenschaftsregister 3 2, 251; 7 998 (Beschwerde d. Prozeßgegners e. Genossenschaft). — Bekanntgabe des für die Veröffentlichung des Genossenschaftsregisters bestimmten Blattes 2 2, 301. — öffentl. Bekanntgabe des Namens des mit d. Führung d. Registers betrauten Richters 2 2, 301. — Einsicht des Gen.-Registers durch die Polizeibehörde 2 2, 301. — Veröffentlichung d. Bekanntmachungen in fremdsprachigen Zeitungen, in fremder Sprache 2 2, 298. — Beschwerde gegen die

(Genossenschaftsgesetz)

vom Registergericht getroffene Auswahl der z. Veröffentlichung des Gen.-Registers bestimmten Blätter? 4 915, 6 1128, 1129. — hat das Registergericht von Amts wegen zu prüfen, ob eine „kleinere“ Gen. (§ 156) vorliegt? 2 2, 315, 316. — Steuerpflicht von Spar- u. Darlehnskassenvereinen 2 2, 316. — Gebührenfreiheit der Gen., Erstattung der baren Auslagen d. Staatskasse auch seitens „kleinerer“ Vereine 2 2, 316. — Ordnungsstrafen gegen Vorstand zur Herbeiführung d. Übereinstimmung des vom Vorstand geführten Verzeichnisses mit der gerichtl. Genossenliste; Anordnung der Vorlage an das Gericht 2 2, 305. — Aufheben der im Laufe d. Geschäftsjahres verstorbenen u. durch Kündigung ausscheidenden Genossen in dem zu veröffentlichten Schlußbestand der Genossen 2 2 305, 306; 4 911; 6 1120. — Beschwerde gegen Entscheidung über Anträge auf Eintragung oder Vormerkung 3 2, 251. — Art. 86 GGWB. gilt auch für G. 4 10. — Ungültigkeit der Bestimmung des Statuts, daß im Falle einer durch ein Mitglied verübten Mißthätigung der Schaden vom Vorstand oder der Generalversammlung unter Ausschluß des Rechtswegs festgesetzt werde 7 1093.

E i n t r a g u n g s s ä h i g k e i t. — Rabattparvereine 2 2, 297. — gemeinnützige Zwecke (Heilzwecke der Genossen) verfolgende G. 2 2, 297. — Bau-G. für kirchliche Bauten bei Sammlung des Geldes durch freiwillige Beiträge 2 2, 297. — Konsumvereine 2 2, 297, 298 (bei Verkauf selbst hergestellter Waren); 7 1093 (Ansammlung eines Fonds für Sterbefälle). — Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit? 6 1113; 5 1018 (versehentliche Eintragung). — Gründung e. Zeitung in Genossenschaftsform 7 1090. — Religionsgesellschaften (s. diese) 7 1090.

E r r i c h t u n g, B e i t r i t t, E i n t r a g u n g. — Stellung vor Eintragung 2 2, 301; 4 13. — Rücktritt e. Genossen vor Eintragung 2 2, 301. — Rechtsgeschäfte für die Genossenschaft im Gründungsstadium 6 1115. — obervormundschaftliche Genehmigung bei Beitritt Minderjähriger 4 910; 6 1115. — Beitritt e. Landgemeinde; Genehmigung des Kreis-ausschusses (pr. R.) 6 1115; 7 1091. — unterzeichnete Beitrittserklärung einer Person, die deutsch weder lesen noch schreiben kann 2 2, 301, 316, 317. — Zustimmung d. Mannes z. Beitrittserklärung der Frau? 4 909. — eigenhändige Unterschrift d. Beitrittserklärung nötig? 2 2, 302; 6 1115. — Beitritt durch e. vom Bevollmächtigten unterzeichnete Erklärung 2 2, 302; 6 1115. — Beitrittserklärung durch e. mündlichen Bevollmächtigten? 4 909. — Beanstandung

d. Beitrittserklärung durch den Registerrichter wegen Bezeichnung des Gesetzes nach seinem alten Datum? 2 2, 302. — fremdsprachige, doppelssprachige Beitrittserklärungen 7 1091. — Verlangen d. Registerrichters auf Mitteilung d. Geburtsdatums eines Beitretenden 2 2, 300, 302. — vor Konkurseröffnung eingereichte, aber erst nachher eingetragene Beitrittserklärung 2 2, 299, 302. — aus der Beitrittserklärung nicht ersichtliche Vorbehalte 7 1092. — Prüfung d. Beitrittserklärung durch das Gericht 2 2, 302; 6 1115, 1116. — Prüfung, ob die Beitrittserklärung mit dem richtigen Namen unterzeichnet ist 5 996; 6 1116. — Prüfung der Annahme der Beitrittserklärung 6 1116. — Errichtung e. Zentralgenossenschaft durch andere Genossenschaften; Prüfung der Vollmacht der den Zusammenschluß erklärenden Organe durch den Richter? 2 2, 302 (2), 304. — Beitritt einer Gesellschaft mbH. zu einer G., Prüfung der Legitimation der den Beitritt erklärenden Vertreter der GmbH? 4 910. — Willensmangel d. Beitrittserklärung 7 1092. — Anfechtung e. Beitrittserklärung seitens d. Genossen wegen Irrtums, wegen Täuschung seitens e. Vertreters d. Genossenschaft? 2 2, 302; 3 1, 39; 4 910; 6 50; 7 37, 41 (s. Anfechtung, A.-G.), 1092. — Abhängig machen des Beitritts von Zahlung e. Beitrittsgeldes 6 1115. — Eintragung e. Genossen auf Grund seiner Beitrittserklärung, wenn der Beitretende die vom Statut f. d. Aufnahme geforderten Eigenschaften nicht besitzt 4 910. — rechtl. Bedeutung d. Eintragung in die Genossenliste 6 1115; 7 1091 (Beweislast b. Anfechtung des Beitritts). — Eintragung von Einzel-firmen in die Genossenliste 6 1115. — Prüfung des Registerrichters vor Eintragung der Genossenschaft 6 1114. — konstitutive Wirkung d. Eintragung 6 1115; 2 2, 302. — Stellung d. G. vor Eintragung 2 2, 301. — Eintragung trotz Fehlens der gesetzl. Erfordernisse e. Genossenschaft 2 2, 297. — Verfahren bei Verlegung des Sitzes 2 2, 300. — Eintragung e. Satzungsänderung vom Nachweis abhängig, daß der Staat den neuen Gegenstand des Unternehmens genehmigt habe 2 2, 300. — wiederholte Einreichung e. Genossenliste, wenn das vom Registerrichter beanstandete u. entsprechend geänderte Statut wieder vorgelegt wird? 2 2, 300. — Folgen e. Eintragung trotz Fehlens wesentl. Voraussetzungen 2 2, 298. — Anwendung des Art. 115 PrGGWB. auf die bei Anmeldungen nötige Beglaubigung? 6 1129. — Anmeldung zum Register, wenn einige Vorstandsstellen unbesetzt sind 6 1129; 7 1099. — Form der nach § 8 d. Bundesratsbekanntmachung v. 1. VII. 99, betr.

die Führung des Genossenschaftsregisters, von den Gemeindevorstehern bewirkten Unterschriftsbeglaubigung 7 1038. — Beitritt e. Gesellschaft zu einer Genossenschaft; formlose Genehmigung der von zum Teil nicht legitimierten Personen abgegebenen Erklärung seitens d. Gesellschaft 7 1091. — nicht rechtsfähiger Verein als Mitglied e. Genossenschaft? 7 1091. — Beschwerderecht d. Prozeßgegners d. Genossenschaft z. Nichtigstellung d. Registers 7 1099 (f. Beschwerde in der freiw. Gerichtsbarkeit). Statut, Inhalt u. Änderung

§. unten Generalversammlung. — Strafvorschriften f. Zuwiderhandlungen der Genossen gegen genossenschaftliche Pflichten 2 2, 298. — namentliche Anführung der zur Veröffentlichung bestimmten Blätter; Vorsorge für den Fall des Eingehens eines Blattes 4 909. — Bestimmung fremdsprachiger Zeitungen zu den Veröffentlichungen 2 2, 298. — statutarische Beschränkung d. Vererblichkeit, Veräußerlichkeit u. Pfändbarkeit d. e. Genossen gegen die Genossenschaft zustehenden Anspruchs 4 909, 910. — Vorbehalt e. die genossenschaftl. Verpflichtungen der Mitglieder bestimmenden Geschäftsordnung im Statut 2 2, 298. — den Begriff d. Bilanz verletzende Bestimmung; Zwang zur Streichung nach §§ 142, 147 HGB. 2 2, 299. — Vorschriften über die Beurkundung von Generalversammlungsbeschlüssen (f. unten) 7 1090, 1091. — Auflösung als Statutenänderung? 7 1092. — Prüfungspflicht d. Registerrichters vor Eintragung e. Beschlusses auf Statutenänderung; Einfluß d. Ablaufs d. Anfechtungsfrist 6 1116; 7 1092, 1094. — statutarische Ermächtigung d. Vorstandes zur Ausschahlung von Abschlagsdividenden im Laufe des Jahres 7 1095. — Änderung des Gegenstandes d. Unternehmens e. auf Ein- u. Verkauf von Lebensbedürfnissen gerichteten G., d. beschließt, den Gewinn nicht auszuzahlen, sondern zu e. Sterbekassensfonds zu vereinen? 6 1113; 7 1093. — Änderung d. Gegenstandes d. Unternehmens; Eintrag vom Nachweis der staatlichen Genehmigung abhängig 2 2, 300. — Umfang d. Veröffentlichung e. Statutenänderung; analoge Anwendung des § 10 HGB.? 2 2, 303. — Satzungsänderung durch andere Organe als die Generalversammlung 4 910. — unter Verletzung d. Majoritätsanfordernisse gefaßter Änderungsbeschluß d. Generalversammlung 4 910. — rechtsbegründende Wirkung e. Eintragung nach § 16 6 1116. — Prüfung des ordnungsmäßigen Zustandes des Unternehmens e. Statutenänderung 6 1116. — Einrede der Simulation d. Statuts 6 1117. — Statutenänderung bezügl. d. Reservefonds 6 1118. — Ord-

nungsstrafe z. Beseitigung wesentlicher Mängel d. Statuts oder Lösung d. Gen. von Amts wegen? 2 2, 316. — Statutenänderung e. Konsumvereins auf Anweisung e. Unterstiftungsfonds für Sterbefälle 7 1093. — Statutenänderung auf Ausschluß d. Vermögensteilung bei Auflösung der G. 7 1098.

Bilanz f. diese. — Form 2 2, 305. — den Begriff der Bilanz verletzende Statutenbestimmung 2 2, 299. — Abänderung der Vorschriften des HGB. über Bilanz durch das Statut 6 1114. — Einstellungswert der selbst hergestellten, zum Verkauf bestimmten Waren 4 1114. — bloße Gegenüberstellung des Werts d. Aktienvermögens u. des Betrags der Passiva in je einer Summe? 2 2, 305. — geforderte Aufführung der Geschäftsguthaben der Genossen und der Geschäftsschuldner 2 2, 305. — Beachtung der §§ 39, 40 HGB. 2 2, 306. — „Bafat“-Angabe hinsichtlich gewöhnlich vorhandener Werte 2 2, 306. — Pflicht zur Aufstellung e. Eröffnungsbilanz 6 1119, 1120; 7 1094. — Bilanz bei Auflösung der Genossenschaft 4 911. — gerichtliche Prüfung d. Bilanz 6 1119. — Beaufsichtigung d. Veröffentlichung durch das Gericht 2 2, 305, 306. — Ordnungsstrafen zur Erzwingung e. richtig. Bilanz 2 2, 305, 306.

Vorstand, Vertretung u. Geschäftsführung. — die Vertretungsmacht des Vorstandes gegenüber Dritten beschränkende Beschlüsse 2 2, 303 (2). — vorausgehende oder nachfolgende Genehmigung oder stillschweigende Zulassung e. statutenwidrigen oder strafbaren Verhaltens d. Vorstandes durch die Generalversammlung oder Aufsichtsrat, Einfluß auf die Haftung des Vorstandes 2 2, 303, 304, 306, 307; 4 911, 912; 6 1118, 1120 (2); 7 1093. — nachträgliche Zustimmung e. Vorstandesmitgliedes zur Erklärung d. anderen Vorstandes 4 910, 911; 6 1119. — Erklärungsabgabe nach außen nur durch ein Vorstandesmitglied, wenn die Zustimmung des anderen Internum bleibt 4 910. — Anspruch des Vorstandes auf Entlastung 6 1118. — Entlastung bei Unvollständigkeit d. Vorlagen; Ausdehnung auf nicht erkennbare Pflichtverletzungen 2 2, 308; 7 1094. — fünfgliederiger Vorstand, von dem je 3 kollektivvertretungsberechtigt sind; keine Ergänzungswahl bei Wegfall zweier Mitglieder 6 1118. — Verhältnis des Vorstandes z. Aufsichtsrat 6 1118. — Vollmachtsteilung an ein kollektivberechtigtes Mitglied 1 1, 117; 2 2, 304, 307; 6 1119. — von A. und B. unterzeichnete Vollmachtsteilung an A. bei Vorhandensein von 3 Vorstandesmitgliedern, von denen je 2 kollektivvertretungsberechtigt sind 2 2, 304, 307. — Übertragung d. Vornahme einzelner Rechtshandlungen seitens des

(Genossenschaftsgesetz)

Vorstands auf einen Angestellten 7 1093. — Beanstandung e. sonst legalen Willenserklärung d. Vorstandes wegen Fehlens der vorgeschriebenen Zeichnung der Genossenschaftsfirmas (§ 25 Abs. 2) 2 2, 304; 6 1118; 7 1093. — Erfaß der im § 25 Abs. 2 verlangten Namensunterchrift durch auf lithographischem Wege hergestellte Nachbildung? 4 911. — Recht des von den anderen Vorstandsmitglied. bevollmächtigten Kollektivvertreterz, auf Grund d. Vollmacht namens der Genossenschaft mit einem der die Vollmacht Erteilenden zu kontrahieren 6 1119 (s. 6 1121). — Protokollierung e. Vollmachtsübertragung an einen der Kollektivvertreter durch den als Vorstandsmitglied oder Genosse beteiligten Notar 2 2, 307. — Legitimationsnachweis der Vorstände u. seine Prüfung durch Grundbuchrichter u. Notar 2 2, 304; 6 1119. — Böschungsbewilligung d. Vorstandes 2 2, 304; 7 1093. — ist bei Anmeldung eines neugewählten Vorstandsmitgliedes unter dessen Mitwirkung Einreichung e. besonderen Unterschriftsbeiglaubigung nötig? 6 1119. — Prüfungsrecht d. Registerrichters (s. auch oben Errichtung) bei Anmeldung neuer Vorstandsmitglieder 6 1119. — vom Vorstand unter Verletzung der seiner Vertretungsmacht durch die Statuten gesetzten Schranken geschlossene Rechtsgeschäfte; Einwand der Ungültigkeit seitens des Dritten 2 2, 303 (2), 305. — Zurückweisung d. Vorstandes durch den Prozeß- oder Grundbuchrichter wegen Beschränkung seiner Vertretungsmacht 2 2, 302 (2), 305; 4 911. — Widerruflichkeit der Bestellung der Vorstandsmitglieder 6 1118. — vorzeitige Amtsniederlegung 6 1118. — Tantiemen d. Vorstandes 6 1118. — Einfluß des Registerrichters auf das Vorhandensein der statistischen Zahl der Vorstandsmitglieder 6 1118. — Strafbarkeit wegen mangelhafter Buchführung 6 1120. — Ordnungsstrafen gegen Vorstand z. Herbeiführung d. Übereinstimmung des vom Vorstand geführten Verzeichnisses mit der gerichtlichen Genossensliste, Anordnung der Vorlage an das Gericht zwecks Prüfung 2 2, 305. — Anzeigen der Wiederwahl? 2 2, 305. — Form der vom Vorstand zur Aufbewahrung bei Gericht einzureichenden Zeichnung seiner Unterschrift; Abweichungen von der im Geschäftsverkehr gebrauchten Zeichnung 2 2, 305. — Zeitpunkt der Wirksamkeit e. Eintragung nach § 29 6 1119. — Haftung d. Genossenschaft für schuldhaftes Handeln des Vorstandes; betrügerische Verleitung eines Genossen zum Beitritt; Nichtanmelden d. Ausscheidens e. Genossen 7 11, 1094. — gegenseitige Kontrollpflicht der Vorstandsmitglieder 2 2, 306. — Haftung bei sacht-

läßigem Nichtwissen von Pflichtverletzungen e. anderen Vorstandsmitgliedes 2 2, 306; 4 911. — gesamtschuldnerische Haftung der nach § 34 schadenersatzpflichtigen Vorstandsmitglieder 2 2, 306. — Haftung f. Verwendung d. Stempelmarke auf Wechseln der Genossenschaft 2 2, 306. — Verjährung der Haftung d. Vorstandes (§ 34); Übergangsrecht 2 2, 306. — Beginn der Haftungsverjährung bei pflichtwidrigem Unterlassen der Einziehung e. Forderung 2 2, 306. — Haftung d. Vorstandes für e. auf Grund Generalversammlungsbeschlusses vorgenommene pflichtwidrige Handlung 2 2, 306, 307; 4 911, 912 (vgl. 2 2, 303, 304; 6 1118, 1120, 1121). — Bewilligung e. Ruhegehalts an den ausscheidenden Vorstand 6 1121. — Haftung d. Genossenschaft f. schuldhaftes Handeln d. Vorstandes; schuldhaftes Nichtanmelden d. Austrittes e. Genossen 7 11 ff. — Gehaltsanspruch grundlos entlassener Vorstandsmitglieder 7 250. — Fideszuschreibung an den Vorstand über Tatsachen, bezüglich deren er zur Verschwiegenheit verpflichtet ist 7 1093. — stillschweigerender Abschluß e. Kaufvertrags seitens d. Genossenschaft infolge Stillschweigens auf e. vom Verkäufer gesandten Bestätigungs-schreiben, wenn der vorangegangene Kaufvertrag nicht von den Vertretungsberechtigten betätigt war 7 1093. — Kreditgewährung an kreditunwürdige Genossen 7 1094. — Pflicht des Vorstandes, eine ihm bekannte Kreditunwürdigkeit e. Genossen den anderen Vorstandsmitgliedern mitzuteilen 7 1094. — kein Vertragsverhältnis d. Vorstandes zu den einzelnen Genossen 4 911. — Nachweis d. Besugniss z. Vertretung im Grundbuchverkehr f. Eintragungen ins Grundbuch.

A u f s i c h t s r a t. — Anspruch auf Entlastung 6 1118 (s. 2 2, 308). — Haftung f. Vernachlässigung d. Aufsichts- u. Kontrollpflichten gegenüber Dritten oder einzelnen Genossen 2 2, 307. — Aufsichtsrat „von mindestens 6 Mitgliedern“ 6 1121. — Bewilligung e. Ruhegehalts an ausgedienten Vorstandsmitgliedern? 6 1121. — statutarische Ermächtigung des Aufsichtsrats zur endgültigen Entlastung e. Vorstandes? 2 2, 307.

G e n e r a l v e r s a m m l u n g s. oben Statut. — Präferenzliste 7 1091. — statutarische Festschließung e. Mindestzahl von Erschienenen 2 2, 299. — Losentscheid bei Stimmgleichheit, insbes. bei Wahlen 2 2, 299; 6 1114. — Bestimmung einer $\frac{3}{4}$ -Majorität durch das Statut auch für andere als die gesetzlich bezeichneten Beschlüsse (z. B. Absetzung des Vorstandes u. Aufsichtsrats) 4 909. — Feststellung d. statutenmäßigen Voraussetzungen e. Generalversammlungsbeschl.

durch das Protokoll; Unzulässigkeit des Nachweises durch Zeugenvernehmung **4 911**. — Generalversammlungsbeschlüsse, an denen Nichtstimmberedigte teilnahmen **4 911, 912**. — zukünftige statutenwidrige Handlungen d. Vorstands im voraus genehmigende Generalversammlungsbeschlüsse **4 912** (s. oben Vorstand). — Befanntmachung der Generalversammlung **6 1121** (Anschlag an die Kirchentüren). — Form der Befanntgabe der Tagesordnung **2 2, 308** („Wahl e. Direktors“, wenn es sich um Enthebung des alten handelt); **4 912** („Ausschluß e. Genossen“, wenn dieser Aufsichtsrat ist); **6 1121** („Abänderung der §§“ des Statuts); **7 1094, 1095** (bei Ausschluß e. Genossen). — statutarische Vorschriften über die Beurkundung von Generalversammlungsbeschlüssen; Unterschrift des Protokolls; Weigerung, Verhinderung der Unterschrift **7 1091**. — Eintragen der Beschlüsse in das Protokollbuch **7 1091, 1094**. — Ernennung e. Protokollführers durch den Vorsitzenden **7 1091**. — Festsetzung der Höchstkreditgrenze (§ 49); fallen Lombardkredit, Lombarddarlehen in die Höchstgrenze? **6 1122**. — Beschlüsse einer zahlungsunfähigen Genossenschaft **2 2, 312**. — Lösung e. nicht rite zustande gekommenen Generalversammlungsbeschlusses ex officio? **3 2, 240**. — Pflicht d. Registerrichters z. Nachprüfung der Ordnungsmäßigkeit der zur Eintragung angemeldeten Beschlüsse **6 1116; 7 1092, 1094** (Bedeutungslosigkeit des Freitablaufs des § 51). — Beschlüsse über Erhöhung d. Geschäftsanteils u. Abschreibung von Verlusten von den Geschäftsguthaben der Genossen als Eingriff in deren Sonderrechte? Beschluß durch Stimmenmehrheit **7 1094**. — Festsetzung des Gewinnanteils **7 1095**. — Prüfung d. Urkunden über Generalversammlungsbeschlüsse durch d. Registerrichter **7 1023**. — Erzwingung des Rechts auf Einsicht der Protokollbücher **6 1121**. — Einsicht der Protokollbücher durch einen Vertreter **6 1121**. — Stempelfreiheit von notariellen Beurkundungen der Generalversammlungsbeschlüsse? **2 2, 316**.

Anfechtung von Generalversammlungsbeschlüssen. — nur durch Klage oder Widerklage **7 1095**. — Anfechtung e. unter Verletzung d. Majoritätsanfordernisses gefaßten Beschlusses auf Erhöhung d. Geschäftsanteils **4 910, 912**. — Anfechtung e. nicht auf der Tagesordnung stehenden Beschlusses **2 2, 308**. — Anfechtung der Festsetzung d. zu verteilenden Gewinnes **7 1095**. — Anfechtung e. Beschlusses wegen nicht ordnungsmäßiger Berufung der Generalversammlung **2 2, 308; 7 1095**. — Anfechtung e. außerhalb des Verfügungskreises der Genossenschaft

liegenden Beschlusses **2 2, 308**. — gegen das öffentliche Recht oder gegen Sonderrecht der Genossen verstoßende Beschlüsse **2 2, 308 (2); 6 1122, 1123; 7 1094**. — Anfechtung e. eine Einzahlung über den Geschäftsanteil hinaus vorschreibenden Beschlusses **2 2, 308** (s. Geschäftsanteil). — Anfechtung der Ausschließung e. Genossen **2 2, 309 (3); 4 912** (bei Unterlassung e. Widerspruchs); **6 1122; 7 1095**. — Anfechtung e. gegen § 148 Ziff. 2 verstoßenden Beschlusses **6 1122**. — Anfechtungsklage nach § 51 bei Verfolgung e. vermögensrechtlichen Anspruchs seitens d. Genossen zu eigenem Vorteil? **6 1122**. — Anfechtung e. Beschlusses, der 50% der Guthaben der Genossen d. Reservefonds überweist **6 1122**. — Anfechtung des trotz Vorliegens der Voraussetzung des § 121 von e. Genuß. gefaßten Beschlusses auf Nichtauflösung **2 2, 314**. — muß die Anfechtung eines gesetzlichen Beschlusses in den Formen des § 51 erfolgen? **6 1122 (2)** (vgl. **2 2, 308**). — Berechnung d. Anfechtungsfrist d. § 51 Abs. 1 **2 2, 309; 6 1123** (für den nicht anwesenden Genossen). — Einlegung des Widerspruchs schon vor Beschlüßfassung **2 2, 309**. — Nichtprotokollierung des erhobenen Widerspruchs **2 2, 309**. — Einlegung d. Widerspruchs erst nach Erschöpfung der Tagesordnung von einem erst nach d. Beschlüßfassung Erschienenen **4 912**. — Fortdauer des Anfechtungsrechtes nach dem Ausschleiden des anfechtenden Genossen **6 1123**. — Zustellung der Klage an Vorstand und Aufsichtsrat **6 1123**. — Einfluß d. Nonkurfes auf eine Anfechtungsklage **6 1124**.

Rechtsverhältnisse der Genossen. — nicht physische Personen als Mitglieder **4 909; 7 1091** (nicht rechtsfähiger Verein als Mitglied). — Recht eines zur Erfüllung d. Eintrittsbedingungen bereiten Dritten auf Aufnahme? **2 2, 297 (2)**. — Beitritt s. oben unter Errichtung. — Mitglied e. G. als Geschworener, wenn die Genossenschaft verletzt ist **2 2, 303**. — Zusicherung günstiger Aufnahmebedingungen an einzelne Genossen **2 2, 303**. — statutarische Beschränkung der Veräußerlichkeit u. Vererblichkeit eines durch das Statut begründeten Anspruchs **4 909, 910**. — Verträge mit einzelnen Genossen **6 1117**. — Beschwerdeberechtigt des Genossen in Angelegenheit d. Genossenschaft? **6 1118**. Abtretung der dem Genossen e. Sparvereins zustehenden Spareinlagen **4 914**. — Unvererblichkeit (s. Mitgliedschaft) **6 1126**. — Haftung d. Genossenschaft für schuldhaftes Handeln des Vorstandes **7 1094**. — statutarische Ermächtigung d. Vorstandes zur Zahlung v. Abschlagsdividenden? **7 1095**. — Gewinnanteil; Anfechtung d. Generalversammlungsbeschlusses **7 1095**.

(Genossenschaftsgesetz)

Geschäftsanteil. — Nachschußpflicht? 7 290, 1091. — „Geschäftsanteil“, „Einlage“, „Geschäftsguthaben“; Begriff, Eigentum an Einlage u. Guthaben; rechtl. Natur u. Abtretbarkeit des Guthabens 6 1113, 1114. — gleiche Höhe für alle Genossen; Folgen e. Verstoßes 2 2, 299; 6 1127. — Bestimmung der Zeit für Leistung der Einzahlung auf den Geschäftsanteil im Statut 2 2, 299. — Einfluß der Konkursöffnung auf die Pflicht zur Leistung der Einzahlungen auf den Geschäftsanteil 2 2, 299; 6 1117. — Entstehung d. „Geschäftsguthabens“ im ersten Jahre möglich? 6 1117, 1118. — Ungültigkeit e. statutarischen Bestimmung, die eine Einzahlung über den Geschäftsanteil hinaus vorschreibt 2 2, 303 (2), 311 (Ausnahmen der §§ 73, 105); 6 1114, 1116, 1117. — Beschluß, zur Deckung von Verlusten Abschreibungen auf die vollbezahlten Geschäftsanteile vorzunehmen u. in gleicher Höhe die Geschäftsanteile wieder aufzufüllen, nichtig 6 1117; 2 2, 303 (2), 308; 7 290, 1091. — Stellung d. Genossen, der der Genossenschaft einen den Geschäftsanteil übersteigenden Betrag beläßt 6 1114. — Begleichung d. Geschäftsanteils durch Sacheinlage? 6 1114. — Einfluß d. Austritts auf die Pflicht z. Leistung der Einlage 6 1117. — Aufrechnung des ausgeschiedenen Genossen gegen Forderungen auf rückständige Einzahlungen mit seinem Auseinanderseßungsguthaben 2 2, 303 (s. 6 1117; 4 914). — Pflicht d. Genossen z. Erwerb von weiteren Geschäftsanteilen bei GmbH.? 2 2, 314; 6 1128. — gleichzeitige Übernahme mehrerer o. mehrerer weiterer Geschäftsant. bei GmbH. 2 2, 314. — Klausel des Statuts, das ganz allgemein bestimmt, daß die Geschäftsordnung die Pflicht zur Übernahme mehrerer Geschäftsanteile festsetzen könne 2 2, 314. — Recht d. Genossen auf Wiederherstellung e. früher einmal bestandenen Beteiligungsverhältnisses bei GmbH. 2 2, 314. — Prüfung d. Einzahlung d. erhöhten Geschäftsanteils durch d. Registerrichter bei GmbH. 2 2, 314. — Erwerb d. Geschäftsguthabens e. auscheidenden, auf mehrere Geschäftsanteile beteiligten Genossen 4 914. — Anspruch d. G. auf Nachschuß gegenüber e. gütergemeinschaftl. Manne nach Auflösung d. Ehe 7 483. — Zwang zum Erwerb eines erhöhten Geschäftsanteils 7 1092. — kann gegenüber der Klage auf Zahlung des erhöhten Anteils der Einwand der Unzulässigkeit d. Generalversammlungsbeschlusses gebracht werden? 7 1095. — Umgehung d. Pflicht z. Konkursanmeldung durch Anteilserhöhung 7 1098. — Übertragung eines von mehreren Anteilen 7 1099.

Revision. — Pflicht des Revisionsverbandsvorstandes zur alljährlichen Einreichung e. Verzeichnisses der dem Verband angehörenden Genossenschaften an d. zuständigen Registergerichte; Beschränkung des für jedes dieser Gerichte bestimmten Verzeichnisses auf die in seinem Bezirk ihren Sitz habenden Genossenschaften 2 2, 309. — Verlangen e. Legitimation d. Revisionsverbandsvorstandes seitens d. Registerrichters? 2 2, 309 (2). — Recht des Revisionsverbandsvorstandes zur Beschwerdebeantragung namens der dem Verband angehörenden Genossenschaften? 2 2, 309. — Haftpflicht der Revisionsverbände f. Verschulden der von ihnen bestellten Revisoren? 7 1095.

Ausscheiden einzelner Genossen. — Herbeiführung der Eintragung e. vom Gläubiger e. Genossen ausgeübten Kündigung 4 910. — Einfluß des Austritts auf die Pflicht zur Leistung der Einlage 2 2, 303; 6 1117, 1124, 1125. — Ausführen der im Laufe des Geschäftsjahres verstorbenen oder durch Kündigung, Ausschließung auscheidenden Genossen in dem zu veröffentlichenden Schlußbestand d. Mitglieder? 2 2, 305, 306; 4 911; 6 1120. — Vertrag über Kündigungsfrist 7 1095. — Zurücknahme e. durch den Genossen erfolgten Kündigung 2 2, 310. — Zurücknahme der Kündigung trotz Pfändung des Geschäftsguthabens 6 1125. — Berechnung der Kündigungsfrist 6 1124. — Kündigung des Genossen ohne Angabe d. Zeitpunktes 2 2, 310. — Kündigung durch e. Bevollmächtigten; Form der Vollmacht 2 2, 310. — das Ausscheiden von Zahlung e. Austrittsgeldes abhängig machender oder sonst erschwerender Beschluß 2 2, 310. — Unzulässigkeit verschiedener Kündigungsfristen je nach dem Grund des Austritts 7 1096. — Natur des Kündigungsrechtes 6 1124. — Ausscheiden insolge Wohnsitzaufgabe; „Wohnsitz“ im Sinne des § 67 7 1096. — Haftung der Genossenschaft für die vom Vorstand unterlassene Anmeldung des Ausscheidens 7 1094. — Beschwerde e. Mitglieds gegen d. falsche Eintragung des Tages seines Ausscheidens; Entscheidung des RG. ohne vorheriges Gehör der Genossenschaft 4 864. — Verlangen des Registerrichters auf Vorlage von Ausweisen über die Gültigkeit der Austrittserklärung e. Frau 4 912. — Lösung e. Eintragung über das Ausscheiden e. Genossen 2 2, 310; 3 2, 240; 7 1022. — Erhebung von Forderungen seitens der Genossenschaft gegen d. Ausscheidenden 4 912. — wer hat bei Kündigung durch den Gläubiger e. Genossen die im § 65 Abs. 2 erwähnten Abschriften beizubringen? 4 912, 913. —

Ausschließung durch d. Gläubiger e. Genossen ohne Beifügung der Urkunden des § 65 Abs. 2 4 912. — Generalversammlungsbefehl auf Nichtausschluß e. Mitgliedes trotz Vorliegens e. bestimmten Tatbestandes; einseitiger Rücktritt von diesem Befehl 2 2, 310, 311. — Entscheidung über Ausschluß durch Schiedsgericht 2 2, 311. — Teilung d. Ausschlußkompetenz zw. Schiedsgericht u. anderen Organen je nach d. Ausschließungsgrund 2 2, 311. — Schiedsgerichtsklausel „für d. Fall von Streitigkeiten zwischen Genossen e. Genossenschaft“ auf den Ausschluß zu beziehen? 2 2, 309. — Klage gegen den Ausschließungsbefehl 2 2, 309 (3); 4 192; 6 1122, 1124; 7 1095. — statutarischer Ausschluß d. Rechtswegs gegen die Ausschließung 4 912, 913; 6 1124; 7 1096. — Zurücknahme e. Ausschließung nach Eintragung 4 913. — können durch Statut an d. Ausschließung weitere Rechtsfolgen als die des § 68 Abs. 4 (z. B. Ausschluß vom gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb) geknüpft werden? 6 1124. — Prüfung d. Ausschließungsbefchlusses durch das Registergericht 2 2, 311. — Vormerkung des Ausschließens; rückwirkende Kraft 7 1096. — Haftung des Vorstands für nicht rechtzeitig eingereichte Ausschließung des Genossen bei dem Registergericht 4 913 (2). — Bedeutung der unterlassenen Eintragung des Ausschließens 7 1096. — Beitragspflicht e. Genossen bei versehentlichem Nichteinreichung seiner Ausschließung zur Genossenschaft? 4 913; 6 1125; 7 1096, 1099. — die nach § 69 Abs. 1 vom Vorstand dem Registergericht abzugebende Versicherung d. Rechtmäßigkeit der Ausschließung empfangsbedürftige Willenserklärung (§ 130 Abs. 3 BGB.)? Einreichung beim Beschwerdegericht 6 1125. — trotz Mangels der Beglaubigung (§ 71 Abs. 2) erfolgte Eintragung des Ausschließens auf Grund Anerkennung des Vorstandes 6 1125; 7 1096. — §§ 73, 74 GenG. ius cogens 7 1096. — Sonderbilanz zwecks Auseinanderziehung mit e. ausgeschiedenen Genossen? 2 2, 311. — Beanstandung der in der Generalversammlung genehmigten Bilanz seitens des ausschließenden Genossen? 2 2, 311. — Rückzahlung des dem Ausschließenden auf Grund unrichtiger Bilanz ausgezahlten Geschäftsguthabens? 4 913, 914; 6 1126. — Anspruch gegen den Ausschließenden auf Zahlung seines Anteils an e. nachträglich festgestellten Fehlbetrag 4 913. — Haftung des ausgeschiedenen Genossen gegenüber der später als 10 Monate nach seinem Ausschließen in Konkurs geratenen Genossenschaft, wenn er bei der Auseinanderziehung insolge falscher Bilanz zuviel erhielt? 4 913. — Aufrechnung der

Genossenschaft gegen den Auszahlungsanspruch des Ausschließenden in dessen Konkurs 7 1097. — Aufrechnung des Ausschließenden mit seinem Auseinanderziehungsguthaben gegen Forderungen d. Genossenschaft aus rückständiger Einlage 2 2, 303; 4 914; 6 1117. — Ausschließen durch Übertragung des Geschäftsguthabens (§ 76); schriftliche Erklärung des Ubergabers u. des Übernehmers 2 2, 311. — Pfändung des nach § 76 übertragenen Geschäftsguthabens seitens e. Gläubigers des Zedenten vor Erteilung der statutarisch nötigen Genehmigung? 6 1126. — Veräußerung des Geschäftsguthabens e. Verstorbenen durch seine Erben 6 1126. — Unvererblichkeit d. Mitgliedschaft; Abänderung des § 77 durch Statut unzulässig 6 1126. — Bestätigung d. Rechtmäßigkeit d. Ausschließung seitens d. Vorstandes keine empfangsbedürftige Erklärung 5 39. — Konkurs e. Genossen 6 999, 1000 (vgl. unten Konkurs). — unrichtige Auseinanderziehungsbilanz; nachträgliche Berichtigung 6 1126; 7 1097. **A u s s c h l e ß u n g u. N i c h t i g k e i t.** — Zurückverweisung der aufgelösten Genossenschaft u. das Vorbereitungsstadium 7 1098. — Anflösung als Statutenänderung? 7 1092. — Anwendung des § 33 Abs. 2 bei Auflösung 4 911; 6 1126. — Lösung e. tatsächlich aufgelösten G. durch den Registerrichter? 2 2, 312. — Pflicht der Liquidatoren zur Veröffentlichung der Bilanz u. der Mitgliederbewegung des letzten Jahres 4 914. — vorläufige Enthebung der Liquidatoren durch den Aufsichtsrat 4 914. — analoge Anwendung des § 29 BGB. 6 1126. — Offiziellösung des irrigen Eintrags, daß die Vertretungsmacht der Liquidatoren erloschen sei 6 1126. — Vergütung der Liquidatoren 2 2, 312. — Bilanzanstellung in „jedem Jahr“ der Liquidation 2 2, 312. — Bemessung der für nicht getilgte Schulden zurückzuhaltenden Deckung 2 2, 312. — Haftung der Liquidatoren und d. Aufsichtsrats gegenüber den Gläubigern bei Vermögensverteilung vor Deckung oder Tilgung der Schulden 2 2, 312. — Parteifähigkeit der Genossenschaft nach Vermögensverteilung 4 914; 6 1127. — Nichtigkeit bei ungleicher Festsetzung d. Geschäftsanteile; Anwendung des § 94 auf alte Gesellschaften 6 1127 (vgl. 2 2, 299). — Einschränkung der Nichtigkeitsklage gegenüber e. liquidierenden u. im Konkurs befindlichen Genossenschaft 6 1127. — Anfechtung des trotz Vorliegens d. Voraussetzungen des § 121 von einer Gm. gefaßten Beschlusses auf Nichtauflösung 2 2, 314. — Aufrechnungsverbot des § 22 Abs. 3 für das Liquidationsstadium gültig 7 1098. — Lösung e. G. von Amts

(Genossenschaftsgesetz)

wegen wegen wesentlichen Mangels des Statuts 2 2, 316. — Anwendung des § 752 BGB. auf die Liquidation 7 297. — Wesen der Genossenschaft in Liquidation; Identitäts-, Sukzessions- u. Fiktions-theorie 7 294, 295. — Naturalteilung 7 1098. — Ausschluß d. Vermögenserteilung (§ 91 Abs. 3) durch nachträgliche Statutenänderung 7 1098.

Konkurs. — Umgehung der Pflicht z. Konkursanmeldung durch Anteilserhöhung 7 1098. — Einfluß der Konkursöffnung auf die Pflicht z. Leistung der Einzahlung auf den Geschäftsanteil 2 2, 299; 6 1117. — vor Eröffnung des Konkurses beim Registerrichter schriftlich eingereichte, aber erst nach Konkursöffnung in die Genossenliste eingetragene Beitrittserklärung 2 2, 299, 302. — Einfluß auf die zur Anfechtung eines Generalversammlungsbeschlusses erhobene Klage 6 1124. — Zulässigkeit des Konkurses, wenn nur ein Gläubiger vorhanden ist 6 998, 1127. — Kosten der vom Vorstand gegen K. Eröffnung erfolglos eingelegten Beschwerde 6 999, 1127. — Beschlüsse e. zahlungsunfähigen Genossenschaft 2 2, 312 (2). — Grundstückskauf durch den Konkursverwalter 6 977, 1127. — Befugnis des Konkursverwalters zur Entlassung von Vorstand u. Aufsichtsrat 2 2, 313 (vgl. 2 2, 488). — Tod e. Genossen vor Einleitung d. Vorfußberechnungsverfahrens; Klage der Erben nach § 767 ZPO. bei vorläufiger Vollstreckbarkeitsklärung des Berechnungsbeschlusses 2 2, 313. — Bezeichnung der voraussichtlich unermögenden Genossen u. Verteilung dieser Ausfälle in der Vorfußberechnung 6 1127. — Vollstreckbarkeitsklärung der Vorfußberechnung nur bezüglich einzelner Genossen bei Ablehnung der Vollstreckbarkeit im übrigen? 2 2, 313. — Abtretung des von e. Genossen zu zahlenden Vorfußbeitrages seitens des Konkursverwalters an einen Dritten? 2 2, 4 914. — Einsetzung der klagend ihren rechtzeitigen Austritt aus der Genossenschaft geltend machenden Genossen in die Vorfußberechnung 4 914. — Anfechtungsklage gegen die Vorfußberechnung unter Beistreichung der Mitgliedschaft 2 2, 313. — Anfechtung der vollstreckbaren Berechnung (§ 111 GenG.) durch Feststellungsklage bzgl. der Mitgliedschaft 7 1099. — Anfechtung der Vorfußberechnung, soweit sie nicht den Anfechtenden, sondern einen anderen Genossen betrifft? 2 2, 313. — Anfechtung der Vorfußberechnung durch die erst nach Konkursöffnung als Genossien eingetragenen 2 2, 313 (vgl. 299, 302). — Lauf der Frist für die Anfechtungsklage gegen d. Vorfußberechnung bei

Veräumung d. Erklärungssterms infolge unrichtiger Angaben e. Organs d. Genossenschaft 7 1099. — Zuständigkeit f. spätere Anfechtungsklage (§ 112), wenn ein Anfechtungsprozeß bereits am Landgericht anhängig ist 7 1099. — aus Rechtsunkenntnis unterlassene Geltendmachung der Anfechtung der Vorfußberechnung im Termin des § 107 2 2, 313. — Haftpflicht der ausgeschiedenen Genossen 2 2, 314. — notwendige Streitgenossenschaft bei Anfechtungsklage gegen die Vorfußberechnung 6 1128. — Haftung des Konkursverwalters f. gleichmäßige Heranziehung d. Genossen bei e. Vorfußberechnung (§ 106 Abs. 2) 6 997. — Pflicht der Genossenschaft, dem Verwalter nach Eröffnung des Konkurses über das Vermögen e. Genossen vom Geschäftsguthaben dieses Genossen Mitteilung zu machen 6 999. — hat die Genossenschaft nach Beendigung des Konkurses über das Vermögen e. Genossen das Recht, die Auszahlung e. vom Verwalter nicht eingezogenen Guthabens d. Genossen zu verweigern? 6 1000. — Fortsetzung der Genossenschaft nach Konkursbeendigung 7 1098. — Anfechtung von Änderungen d. ehelichen Güterstandes, insbesondere der Gütertrennung u. Haftung der Ehefrau wegen Verbindlichkeiten ihres Ehemannes als Mitglied e. Genossenschaft bei deren Konkurs 7 1098. — Nachschußpflicht des verhehentlich nicht gelöschten Genossen 4 913; 6 1125; 7 1096, 1099. — Ladung zum Erklärungssterm (§ 107 GenG.); analoge Anwendung des § 76 Ziff 3 RD.? öffentliche Bekanntmachung keine genügende Zustellung 7 1099.

Ertrafbestimmungen. — Ausschluß des § 146, wenn der Anspruch gegen den Vorstand aus Ertraf des zu Unrecht von ihm selbst verbrauchten Geldes den wirtschaftlichen Nachteil ausgleicht 6 1128. — § 146 verlangt kein Handeln d. Angeklagten als Organ der Genossenschaft 2 2, 315. — Provisoren e. Provision an e. Mitglied vor seiner Ernennung zum Vorstand; Genehmigung des Vertrags, bei dem der Kaufpreis um den Betrag der Provision erhöht ist, nach Ernennung zum Vorstand 4 915. — dolus des § 146 2 2, 315; 6 1128. — Ideal Konkurrenz von § 146 mit Untreue oder Unterschlagung 2 2, 315. — dolus des § 147 6 1128. — wissenschaftliche Bilanz als Voraussetzung des § 147 2 2, 315. — „Verflechtung“ nach § 147 4 915. — „Kassenbestand“ im Sinne des § 147 2 2, 315. — Nichtstellen des Antrags auf Konkursöffnung seitens d. Vorstandes, wenn die Überschuldung sich erst nach Auflösung der G. aus der Liquidationsbilanz ergibt 2 2, 315. — wann ist bei

Konsumvereinen der Tatbestand des § 149 gegeben? 2 2, 315.

Gepäckchein vgl. Eisenbahn. — rechtl. Natur: Inhaberpapier? 4 649; 6 294.

Gepäckträger s. Eisenbahn.

Gerichtsbarkheit vgl. Sondergerichte, Kompetenz, Privogation. — landesrechtliche Kompetenzverchiebungen zwischen Gerichten u. Verwaltungsbehörden 1 3, 5. — inwiefern darf das Landesrecht Sondergerichte einführen 1 3, 5.

Gerichtsbezirk s. Gerichtsstand.

Gerichtsschreiber s. Ablehnung, Ausschließung, Protokoll, Zustellung. — Beziehung e. Gerichtsschreibers des AG. bei landgerichtlichen Lokalterminen im Bezirk auswärtiger AG. 6 785.

Gerichtsferien vgl. Feriensachen. — über ihre Änderung de lege ferenda 4 662; 5 745; 6 736; 7 774. — Einfluß der Gerichtsferien auf die freiwillige Gerichtsbarkeit; Beschwerde wegen Nichtbehandlung einer Sache während der Gerichtsferien 3 2, 184; 5 994; 6 737; 7 985 (s. freiwillige Gerichtsbarkeit). — Einfluß der Gerichtsferien auf Vereinsregister-sachen 6 737. — Einfluß auf materielle Rechtsrinsten, Verjährungsfristen, Frist nach § 28 PrStempG. v. 31. VII. 95 7 774.

Gerichtskostengesetz s. auch Prozeßkosten.

Allgemeines. — Anwendung der Kostennovelle auf vorher anhängig gewordene Prozesse 6 1147, 1151 (§ 9a). — irrig vor die ordentlichen Gerichte getragene Sache 6 1147. — Gebühren bei Angehen des Reichsgerichts mit e. Beschwerde, für die ein solcher Instanzenzug nicht gegeben ist 6 1147. — Stempelgebühr für Prozeßvollmacht 6 1147, 1148. — Rechtsweg s. d. Anspruch auf Rückzahlung v. Kosten-vorschüssen 6 1148. — Nachprüfung der vom eruchten Gericht angefertigten Rechtshilfesten 6 1148. — Nachforderung weg. irrigen Anfaßes 6 1149.

Erinnerungen nach § 4. — rechtl. Natur der Erinnerung 6 1148. — Anwendungsgebiet des § 4; Verletzungen der Vorschriften des 6. u. 7. Abschnitts GRG. 6 1148. — Anwendung des § 4 bei Kostenanfaß auf Grund d. Landeskosten-gesetze 6 1148. — § 4 bei jeder Verletzung des GRG. durch Kostenanfaß anwendbar 6 1148, 1149. — Erinnerung gegen die Festsetzung d. Streitwertes 6 1148. — Erinnerung d. Zahlungspflichtigen gegen Anfaß e. Zeugengebühr 6 1148. — Erinnerungsberechtigte; preuß. Staats-kasse, badische Steuerdirektion, Rechnungs-revisor der hamburgischen Justizver-waltung 6 1148. — zu Unrecht s. d. Kosten in Anspruch Genommener aktiv legitimiert 6 1149. — irrtümliche Bezeichnung als „Beschwerde“ 6 1148. — Zuständigkeit für weitere Beschwerde gegen Kostenanfaß,

wenn innerhalb e. Prozesses von einem Landgericht ein Akt der freiwilligen Gerichtsbarkeit vorgenommen wird 6 1148. — Erinnerung zwecks Niederschlagung u. Rückzahlung von Zustellungskosten, die vom Armenanwalt versehenlich erhoben wurde 6 1149. — Einwand der Überschuldung d. Gesamtguts seitens des Ehe-manns 6 1149.

Niederschlagung (§6). — Aufhebung des Urteils bei Unterschritt desselben durch einen nicht mitwirkenden Richter 6 1149. — Abwesenheit schuldvollen Verhaltens d. Beteiligten als Voraussetzung 6 1149. — fortwirkendes Verschulden der Partei bei Berufungseinlegung gegen ein von einem nicht mitwirkenden Richter unterschriebenes Urteil 6 1149. — Aufhebung e. die Eidesverweigerung mit Unrecht annehmenden Beschlusses 6 1149. — Zurückweisung e. Gesuchs im Zahlungsbefehl wegen örtlicher Unzuständigkeit 6 1149. — Klagabweisung wegen unrichtiger Bezeichnung des Reichsfiskus 6 1149. — keine Niederschlagung von Auslagen 6 1149. — Niederschlagung von Gerichtsvollziehergebühren? 6 1149, 1191. — Niederschlagung der durch unrichtige Behandlung seitens des Gerichts in Straf-sachen erwachsenen Auslagen 6 1164.

Streitwert in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten s. Streitwert, Revision. — Anwendung des § 9a auf vor 1. I. 00 erwachsene Gerichts- u. Anwaltsgebühren, in vor 1900 anhängig gewordenen Prozessen 6 1151. — Eventualanträge 6 1149, 1151. — negative Feststellungsfrage 6 1149. — Streitwert bei e. vom Nebenintervenienten allein eingelegten Revision 6 1150. — Bürgschaftsübernahme für eine der geschiedenen Frau gegen den Mann zustehende Unterhaltsrente 6 1150. — Feststellung der unehe-lichen Vaterschaft 6 1150, 1152. — Klage auf Feststellung der unehe-lichen Vaterschaft u. Zahlung von Alimenter 6 1150, 1151, 1152, 1153. — Klage auf rückständige Alimenter 6 1150, 1151. — Rückstände d. Unfallentschädigung 6 1151. — Klage auf Rente von wechselnder Höhe 6 1151. — Ansprüche auf Entrichtung e. Geldrente wegen Schadenserfaßes in anderen Fällen als den §§ 843, 844 BGB. oder des Haftpflichtgesetzes? 6 1151, 1152. — Bedeutung des § 9a für den für die sachliche Zuständigkeit oder Zulässigkeit d. Revision maßgebenden Wert 6 1151. — Anwendung des § 9a auf Anspruch des Ortsarmenverbandes nach § 62 UWG. 6 1151. — „Gesamtbetrag der gesorderten Leistung geringer als der 5 fache Jahresbetrag“, wenn im Antrag kein bestimmter Endpunkt angegeben, Wegfall vor 5 Jahren aber sicher ist 6 1151. — Streit, ob ein

(Gerichtskostengesetz)

Gegenstand mitvermietet ist **6 1151**. — Anwendung des § 9 a bei Klage des Eigentümers auf Räumung des Hauses wegen Unfittlichkeit des Mietvertrags **6 1151**. — Anwendung des § 9 a bei durch Vergleich oder Anerkenntnis festgelegten gesetzlichen Alimenter **6 1151**. — Anwendung des § 9 a, wenn der Anspruch aus § 843 BGB. auf Verletzung e. vertragsmäßigen Sorgfaltspflicht gestützt wird **6 1152**. — Anwendung des § 9 bei Ansprüchen aus § 833 BGB. **6 1152**. — Verhältnis des § 9 a GRG. zu § 8 ZPO. **6 1152**. — Anwendung des § 9 a Abs. 2 bei nicht auf die Dauer des Scheidungsprozesses eingeschränkten Unterhaltsansprüchen **6 1152**. — Widerklage a. Bestehen d. Mietverhältnisses trotz Rücktritts des Klägers **6 1152**. — „vermögensrechtlicher Anspruch“ Begriff (§ 10) **6 1152 (2)**. — Klage auf Anerkennung d. Mitgliedschaft zu e. idealen Verein **6 1152**. — Berücksichtigung d. Vermögensverhältnisse bei Ehefachen **6 1152**. — Benutzung e. Grabstätte; Entfernung e. Leiche **6 1152, 1153**. — Aufhebung d. Errungenschaftsgemeinschaft **6 1153**. — wann betreffen Klage u. Widerklage denselben Streitgegenstand? **6 1153**. — Klage auf Herstellung d. häuslichen Gemeinschaft u. Widerklage auf Trennung **6 1153 (2)**. — Klage auf Feststellung des Bestehens e. Pfandrechts an e. Hypothekenbrief u. Widerklage auf Herausgabe des Briefes **6 1153**. — Klage auf Schadensersatz nach § 823 BGB. u. Widerklage auf Rückgabe des zur Arrestabwendung Hinterlegten **6 1153**. — Ergänzungsurteil über eine übergangene Widerklage **6 1153**. — Erhebung e. Widerklage nach Verbindung mehrerer Klagen **6 1153**. — Maximalgrenze bei verschiedenen hohen Gebührenansätzen für mehrere Teilakte (§ 12 Abs. 2) **6 1153**. — Frage der Fälligkeit als Teil d. Streitgegenstands nach § 12? **6 1153**. — Berechnung der Gebühren bei gemeinschaftlicher Verhandlung und Entscheidung über mehrere getrennt eingelegte Berufungen gegen Teilurteile **6 1153**. — Streitwert bei Beweisaufnahme **6 833**. — nur noch um die Kosten sich drehender Streit; den Streitwert der Hauptsache übersteigender Kostenbetrag **6 1154**. — Streitwert, wenn Kläger nur Verurteilung in die Kosten, Beklagter Klageabweisung verlangt **6 1154**. — „Hauptanspruch“ im Sinne des § 13 **6 1154**. — Streitwert bei Zwangsvollstreckungsakten; Mitberechnung der Kosten? **6 1154**. — vor Klagerhebung aufgewandte Kosten, wenn der Streit sich nur noch um die Kosten dreht **6 1154**. — kein Anwaltszwang s. Antrag auf Festsetzung d. Streitwerts **6 1154** (s. Streit-

wert), **1155**. — Bindung d. unteren Gerichts an die Streitwertfestsetzung der oberen Instanz **6 1154**. — Änderung der Streitwertfestsetzung des Untergerichts durch das mit e. Kostenbeschwerde besetzte Obergericht **6 1154**. — Erhöhung des Streitwerts durch das Obergericht gelegentlich der Beschwerde auf Ermäßigung d. Streitwerts u. umgekehrt **6 1154, 1155**. — Bedeutung der Wertfestsetzung des O. O. für die Zulässigkeit der Revision **6 1154**. — wann kann in einer Instanz d. Wertfestsetzung verlangt werden? **6 1154**. — Wertfestsetzung, wenn sich die für die Kostenberechnung erhebliche Tätigkeit d. Gerichts u. d. Anwalts auf verschiedene Gegenstände bezieht **6 1154**. — Rechtsanwältin im eigenen Namen z. Wertfestsetzung antragsberechtigt? **6 1154**. — keine Bindung des Gerichts an die übereinstimmende Wertangabe der Parteien **6 1155**. — wie lange ist eine Änderung der Wertfestsetzung vom Amte wegen zulässig? **6 1155**. — Änderung auf Antrag nach Urteilsfällung **6 1155**. — Beschwerde-recht der Partei auf Herabsetzung oder Erhöhung der Wertfestsetzung **6 1155 (2)**, **1196, 1197**; **3 2, 415**. — Beschwerde des Anwalts im eigenen Namen wegen zu hoher oder zu niedriger Wertfestsetzung **1 3 57**; **6 1155 (2)**, **1196, 1197**. — Beschwerde ohne Anwaltszwang **6 1155**. — Beschwerde der Staatskasse, der insolge Unmöglichkeit e. Nachforderung nach § 5 das Zutreffe an der Erhöhung fehlt **6 1149**. — Beschwerde gegen den die Wertfestsetzung ablehnenden Beschluß **6 1155**. — Entscheidung über die durch Abschätzung des Streitwerts entstandenen Kosten; Anfechtung **6 1155**. — andere Festsetzung des Streitwerts bei Zurückverweisung e. Sache zur anderweiten Verhandlung? **6 1159**. — Streitwert bei Kostenfestsetzung im Ausgleichsverfahren **6 1160**. — Streitwert bei Anordnung d. Rückgabe e. prozessualen Sicherheit **6 1160**. **Gebühren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten** vgl. die gleichen Rubriken bei GebD. f. RA.
Verhandlungsgebühr. — bloße Stellung der Anträge kontradiktorische Verhandlung? **6 1155, 1156**. — bloßer Antrag auf Vorbehalt d. Rechte im Urkundenprozeß **6 1156**. — unwiderrücklicher Vertragsantrag **6 1156**. — Anwendung des § 21, wenn in der Berufungsinstanz nach § 49 Abs. 2 GRG. keine Beweisgebühr erhoben wird **6 1156**. — Vergleich neben gebührenpflichtigem Akt über e. Teil d. Streitgegenst. **6 1156**. — Ausdehnung d. Vergleichs auf nicht rechts-hängige Ansprüche **6 1156, 1157 (2)**. **Beweisgebühr**. — Begriff d. Beweisaufnahmen **6 1157**. — vorsorglich

(für den Fall des Mißlingens e. Sühne) angeordnete Beweisaufnahme **6 1156**. — Ladung e. Sachverständigen zur Information bei e. Vergleich **6 1156**. — Anordnung d. Leistung d. Offenbarungseides **6 1156**. — Altnadhibierung **6 883, 1156**. — Vergleichstermin, event. Zeugenvernehmung **6 1156**. — Befichtigung durch den Sachverständigen noch keine „begonnene“ Beweisaufnahme **6 1157**. — Zwischenurteil zwischen Beweisordnung u. dem vor Beweisaufnahme erfolgten Vergleich **6 1157**. — bedingtes Endurteil als Beweisordnung **6 1157, 1158**.

Entscheidungsgebühren. — Klageabweisung auf Grund prozeßhindernder Einrede **6 1158**. — Abweisung der Klage wegen Unzuständigkeit **6 1156**. — Anerkenntnis unter Vorbehalt der Rechte **6 1157**. — Vergleich im Sinne des § 23; Mitwirkung des Gerichts? dem Gericht nur mitgeteilter Vergleichsabschluß **6 1157 (2)**. — Berechnung des Wertobjektes bei Vergleichen; Einbeziehung nicht rechtshängiger Ansprüche **6 1156, 1157 (3)**. — Vergleichsgebühr, wenn vor Vergleichsabschluß eine volle Entscheidungsgebühr entstanden ist **6 1157**. — bedingtes Endurteil; „Erledigung“ im Sinne des § 24 **GRG. 6 1157, 1158**. — Verjährensurteil auf Verwerfung e. Berufung gegen das eine Klage wegen mangelnder Aktibegitimation abweisende Urteil **6 1158**. — mehrere Vergleiche mit den als Gesamtschuldner haftenden Beklagten **6 1158**.

Zwangsvollstreckung. — nicht nur gegen die Vollstreckung, sondern gegen das Urteil selbst auf Feststellung gerichtete Klage **6 1158**. — vor Beginn der Z. erhobene Klage nach § 767 **ZPD. 6 1158**. — Zwangsvollstreckungseinstellung bei gleichzeitiger Widerspruchsklage **6 1159, 1160**. — Beschluß auf Abhängigmachen der Anordnung des Arrestes von Sicherheitsleistung **6 1159**. — einheitlicher Arrest u. Pfändungsbeschluß zwecks Arrestvollzug **6 1159**. — Antrag auf Entscheidung des Vollstreckungsgerichts § 771 Abs. 3 **ZPD. u. demnächstige Bestätigung durch das Prozeßgericht 6 1159**. — Anordnung der Rückgabe e. prozessualen Sicherheit **6 1160**. — Erteilung e. vollstreckbaren Ausfertigung eines preuß. Notariatsurkunde durch das **AG. 6 1160**. — Kosten der amtsgerichtlichen vorläufigen Einstellung der Z. als Kosten des folgenden landgerichtlichen Prozesses **6 1160**. — einstweilige Verfügung **6 1160**. — Anordnung der mündlichen Verhandlung über e. Arrestantrag seitens des Beschwerdegerichts **6 1161**.

Andere Gebührenfälle. — Ermäßigung nach § 26 beim Nachverfahren

im Urkundenprozeß **6 1158**. — Absorption e. Teilgebühren durch die volle Gebühr aus demselben Gegenstand **6 1158**. — Anfall e. Gebühr f. die prozeßhindernde Einrede u. dann (bei Verwerfung d. Einrede) für die Hauptsache; Kostenpflicht des zuletzt Unterliegenden **6 1158**. — „Instanz“ im Sinne des **GRG. 6 1158**. — mehrere selbständige, getrennt erledigte Berufungen **6 1158**. — Sicherung d. Beweises **6 1158, 1160 (2)**. — Zurückweisung eines Antrags auf Urteilsergänzung **6 1158**. — Verwerfung der Berufung gegen ein Urteil im Urkundenprozeß u. Zurückverweisung wegen des Vorbehalts der Rechte **6 1159**. — zweites Berufungsurteil auf Kompensation der Kosten gegen das nach Zurückverweisung der Sache ergangene zweite erstinstanzielle Urteil **6 1159**. — Berechnung der Gebühren des § 35 aus der vollen Gebühr **6 1159**. — Folgen der Gebührenfreiheit des Fiskus, wenn im Mahnverfahren der Schuldner nach Erlaß des Zahlungsbefehls zahlt **6 1159**. — Einflage e. geringeren Summe als der im Mahnverfahren verlangten **6 1159 (2)**. — Anrechnung der Kosten des Mahnverfahrens bei einem vor die **OG.** gehörigen Widerspruchsprozeß **6 1159**. — Sühnetermin in Ehesachen oder andere Sühnetermine als die des § 510 **ZPD. 6 1160**. — „stattgehabte“ Sühnetermine; Ausbleiben beider Parteien **6 1160**. — Anwendung des § 45 bei Beschwerden nach §§ 72, 73 **R.D., §§ 169, 179, 180 GRG. 6 1160**. — Gebühren, wenn die Entscheidung des Beschwerdegerichts noch einen anderen gebührenpflichtigen Akt enthält **6 1160, 1161**. — Beschwerdegebühren (§ 45), wenn ein eigentlicher Gegner nicht vorhanden ist **6 1161**. — Beschwerde wegen Höhe des Streitwerts; die andere Prozeßpartei Gegnerin? **6 1161**. — Beschwerde zwischen anderen als den Prozeßparteien; Nebeninterventient **6 1161**. — der Beschwerdeentscheidung „vorausgehendes Verfahren“ (§ 45); Aussetzung des Vollzugs; einstweilige Verfügung **6 1161**. — Verwerfung e. Beschwerde gegen einen Beschluß e. **OG.** als unzulässig in der freim. Gerichtsbarkeit **6 1161**. — Beschlüsse des Beschwerdegerichts nach § 574 Abs. 2 **ZPD. 6 1161**. — bloßer Antrag des Klägers auf Verurteilung in die Kosten **6 1161**. — Gebührenfreiheit bei Ablehnung der im § 47 **GRG.** erwähnten Anträge **6 1161, 1162**. — Verwerfung e. gegen e. sachleitende Verfügung d. Untergerichts erhobenen Beschwerde **6 1162**. — sachleitende Verfügungen des Beschwerdegerichts **6 1162**. — Erhebung e. Gebühr nach § 46 Abs. 2 **GRG.** bei Mutwillen des Parteivertreters **6 1162**. — Benach-

(Gerichtskostengesetz)

nichtigung d. Parteien von Beweisaufnahme vor dem ersuchten Richter **6 1162**. — „mündliche Verhandlung“ nach § 48 **GRG. 6 1162**. — Erhebung d. Gebühr des § 48 von Verschulden abhängig? Erhebung vom Vertreter der Partei? Beschwerde **6 1162 (2)**. — Erhebung der Gebühr des § 48, wenn bei Verhandlungsbereitschaft beider Anwälte das Gericht wegen ungenügender Vorbereitung verurteilt **6 1162**. — Erhöhung der Gebühr nach § 49 bei Erhebung d. Nichtigkeitsklage in der Revisionsinstanz **6 1162**. — Beweisaufnahme in der Berufungsinstanz; Nachholen der Gebührenreihung **6 1162**. — Gebühr für den Beschluß nach § 506 **ZPO**. auf Verweisung einer Sache vom Amtsgericht an das Landgericht **6 847**.

Konkursverfahren. — Anwendung des § 45 **GRG**. bei Beschwerden nach §§ 72, 73 **R.D. 6 1160**. — Wertberechnung im Fall des § 54 durch den Gerichtsschreiber **6 1163**. — Kostenvorschuß s. unten. — Zeitpunkt der Fälligkeit u. Erhebung der Gebühr für e. besonderen Prüfungstermin **6 1176**.

Strafsachen. — nachträgliche Festsetzung e. Gefängnisstrafe **6 1163**. — wechselseitige Körperverletzung **6 1163**. — Verurteilung mehrerer Angeklagter als Gesamtschuldner zu e. Geldstrafe **6 1163**. — gleichzeitig vom Nebenkläger u. Staatsanwalt eingelegte Rechtsmittel (§ 74 **GRG.**) **6 1163, 1167**. — Wiederaufnahme in Privatklagesachen; Kosten e. im früheren Verfahren eingelegten Revision bei Freisprechung im Wiederaufnahmeverfahren **6 1163**.

Auslagen. — Fernsprechgebühren **6 1147**. — Auslagen bei begründeter Beschwerde, wenn ein Gegner nicht vorhanden ist **6 1161**. — Transportkosten von Fürsorgezöglingen **6 1163**. — zur Vorbereitung d. Gutachtens e. Sachverständigen von der Staatskasse vorauslagte oder dem Sachverständigen wiedererstattete Kosten (Reise- u. Transportkosten der zu untersuchenden Personen, Sachen) **6 1163, 1164**. — Schreibgebühr für die Benachrichtigung d. Parteien vom Beweistermin vor dem beauftragten Richter **6 1162, 1165**. — Einfluß d. Armenrechts auf Befreiung von Vorauszahlung der Haftkosten im Offenbarungsseidverfahren **6 1164** (s. Armenrecht). — im Strafverfahren durch unrichtige Behandlung der Sache seitens des Gerichts entstandene Auslagen **6 1164**. — Berechnung der Schreibgebühren; Grundprinzip; Silben zählen? Berechnung nicht fortlaufender Zeilen, Datum, Adresse, betreffs Freilassung e. Raumes zwischen Anrede u. Text **6 1164**. — Schreibgebühren f. Unterschriftsbeglaubigung **6 1165**.

— Verlegung e. Beweistermins nach geschehener Ladung **6 1165**. — Schuldner der Schreibgebühren für vom Fiskus als Partei verlangte Ausfertigungen u. Abschriften bei Unterliegen d. Gegners des Fiskus **6 1171**. — Schuldner d. Schreibgebühren für vom Verteidiger verlangte Abschriften **6 1171**.

Kostenvorschuß u. Kostenzahlung. — Zuständigkeit d. ersuchten Gerichts zur Anordnung e. Kostenvorschusses **6 1148**. — Verwendung d. Vorschusses (§ 81) z. Deckung anderer nicht bestimmungsgemäßer Auslagen u. Gebühren, für Auslagen u. Gebühren e. anderen Rechtsstreits **6 1165**. — Vorschuß (§ 81), wenn Klage u. Widerklage oder wechselseitige Rechtsmittel den gleichen Gegenstand betreffen **6 1165**. — Vorschuß (§ 81), wenn Klage u. Widerklage verschiedene Gegenstände betreffen **6 1165**. — „Antragsteller“ im Sinne des § 81 **GRG. 6 1165** (vgl. 1173). — Haftung d. Streitgenossen für Vorschüsse (§ 81) **6 1166 (3), 1167** (mehrere Berufungskläger), 1175. — Haftung v. Gesamtschuldnern f. Vorschüsse **6 1166, 1167, 1175**. — Einfluß e. Klagemäßigung auf die Höhe des Vorschusses (§ 81) **6 1166**. — Vorschußpflicht nach gänzlicher Entledigung d. Rechtsstreites **6 1166, 1167, 1174 (3)** (Überbürdung oder Übernahme d. Kosten seitens d. Gegners); Einfluß d. Armenrechts d. Gegners **6 1175**. — Erweiterung e. Klage durch Einreichung e. neuen Klage **6 1166**. — Vorschuß (§ 81) in d. Rechtsmittelinstanz; Beschränkung der Anträge nach Einforderung des Vorschusses **6 1166**. — Rechtsweg f. d. Anspruch auf Rückzahlung e. Vorschusses **6 1148**. — mehrere Vorschüsse bei mehreren Berufungen gegen Teilmurteile **6 1153, 1154, 1167**. — neuer Vorschuß bei Zurückverweisung e. Sache zur anderweiten Verhandlung? **6 1159**. — Anrechnung d. Kosten d. Mahnverfahrens auf den Vorschuß? **6 1159, 1166, 1176, 1177**. — Anrechnung der Gebühr für einen Sühnetermin nach § 510 **ZPO**. auf den Vorschuß? **6 1160, 1176, 1177**. — Anrechnung d. Gebühr f. Arrest bei nachträglicher Ladung zur mündlichen Verhandlung **6 1177**. — Kostenvorschußpflicht (§ 81) des im eigenen Namen die Kostenfestsetzung betreibenden Armenanwalts **6 1166**. — Grundgedanke des § 81 Abs. 2 **6 1166**. — Vorschußpflicht (§ 81) des e. Widerklage oder Berufung erhebenden Beklagten trotz Befreiung des zum Armenrecht zugelassenen Klägers von der Vorschußpflicht **6 1167, 1171**. — Vorschußpflichtiger im Widerspruchverfahren nach e. Arrest **6 1167**. — Rückzahlung e. nicht verbrauchten Vorschusses bei Zurücknahme der Berufung **6 1167**. — Vorschuß im

Konkursverfahren; Vorschußpflicht des Gemeinschuldners als Antragsteller; Anwendung der §§ 81, 89 GKG. ? 6 1167. — Verichtigung d. Kosten im Konkursverfahren 6 1167. — Armenrecht u. Vorschußpflicht in Privatklagen 6 1167. — Vorschußpflicht des Nebenklägers, gleichzeitige Einlegung e. Rechtsmittels seitens des Gl. 6 1163, 1167. — Vorschuß für Vornahme eines Augenscheins 6 834, 835, 1167. — Vorschußpflicht der beweispflichtigen Partei bei e. von Amts wegen angeordneten Beweisaufnahme? 6 835, 1167, 1168. — Berechnung und Einforderung d. Vorschusses nach § 84 6 1168. — Einforderung e. Vorschusses (§ 84) seitens des ersuchten Richters? 6 1168. — gesamtschuldnerische Haftung beider Parteien f. den Auslagenvorschuß der von beiden beantragten Beweisaufnahme? Verrechnung des von der einen Partei gezahlten Vorschusses auf andere Kosten? 6 835, 1168 (2). — Beschwerde gegen die Absforderung e. Auslagenvorschusses f. Beweisaufnahme? 6 835. — Befreiung Angehöriger der Vertragsstaaten des Haager Abkommens von Zahlung d. 3fachen Gebührenvorschusses (§§ 81, 85), nicht aber d. Auslagenvorschusses (§ 84), auch nicht des einfachen Gebührenvorschusses nach § 81 6 1166, 1167, 1168, 1169. — Beweislast für Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Ziff. 1 6 1168. — Verzeichnis der die Gegenseitigkeit gewährleistenden Staaten 6 1168, 1169, 1170. — Behandlung d. Reichsangehörigen in den deutschen Schutzgebieten und der Eingeborenen letzterer im Deutschen Reich 6 1169 (2). — Vorschuß, wenn Deutsche u. nicht befreite Ausländer als Streitgenossen klagen 6 1169. — verlangt § 85 materielle oder formelle Reziprozität? 6 1169. — Veräumnisurteil gegen den klagenden Ausländer, der wegen Nichterlegen d. Vorschusses nicht verhandeln darf 6 1169 (2). — Begriff des „nicht zu erfassenden Nachteile“ nach § 85 Abs. 5 GKG., prozessuale Nachteile? 6 1169. — ausländische Aktiengesellschaft als Inländerin bei Festsetzen e. inländischen Zweigniederlassung oder bei Aufstellen e. inländischen Vertreters? 6 1169. — Einfluß e. nachträglichen Übereinkunft d. Parteien auf die durch gerichtl. Entscheidung geschaffene Kostenpflicht; Verichtigung der Staatskasse, von der Übereinkunft Gebrauch zu machen 6 1170, 1171 (2), 1172 (2), 1173. — Anwaltszwang f. Erklärung freiwilliger Kostenübernahme? 6 1171. — Bitte des Anwalts, die Kosten von ihm einzuziehen, als Kostenübernahme? 6 1171. — rechtskräftige Entscheidung Voraussetzung des § 86 6 1171. — Haftung für die Gerichtskosten bei vergleichsweiser Erledigung e. Pro-

zesses 6 1171. — Schuldner d. Kosten e. später aufgehobenen Veräumnisurteils 6 1171. — Zurückzahlung gezahlter Vorschüsse bei späterer Armenrechtsbewilligung? 6 1171. — Zurückzahlung gezahlter Vorschüsse, wenn e. Pflicht d. Vorschußleistenden nicht bestand; Vorschuß für eine später nicht bewirkte Beweisaufnahme 6 1171, 1172. — Zurückzahlung e. vom Kläger geleisteten Vorschusses bei Verurteilung der armen Partei? 6 1174. — Anrechnung e. überhöhenen Betrags auf Kosten d. Gegners oder e. Streitgenossen 6 1171. — Haftung der Gegenpartei im Fall des § 88 Abs. 2, wenn die Zwangsvollstreckung gegen den Pflchtigen als ausichtslos oder schwierig, oder wegen Ausenhalts des Pflchtigen im Ausland unterlassen wurde 6 1172 (2). — von dem Kläger bei Klage gegen den Fiskus gezahlter Vorschuß, wenn der Fiskus im Vergleich alle Kosten übernimmt oder im Prozeß unterliegt 6 1172 (2). — Übernahme sämtl. Kosten im Vergleich durch die arme Klagepartei 6 1172. — Wirkung e. auf Kostenkompensation lautenden Vergleichs auf die Haftung gegenüber dem Staat 7 757. — keine Anwendung des § 88 Abs. 2, wenn die zahlungspflichtige Partei das Armenrecht hat 6 1173. — Verhältnis des § 89 zu § 86 6 1173. — „Zweitschuldner“ insbesondere bei Gesamtschuldnern 6 1173. — „Antragsteller“ im Sinne des § 89; Widerkläger Antragsteller? Widerkläger als Schuldner d. Gebühren d. Widerklage in d. Jahresrechnung (§ 94) einzustellen? 6 1173, 1174 (2), 1177. — Kostenschuldner bei der auf Verlangen d. Minderheit d. Aktionäre durch besondere Vertreter der A.-G. erhobenen Klage 6 1174. — „Antragsteller“ im Sinne des § 89, wenn d. Verfahren d. Instanz durch beide Parteien (beiderseitige Rechtsmittel) beantragt ist 6 1174, 1177 (§ 94 GKG.). — Bevollmächtigter der Partei als „Antragsteller“ nach § 89 6 1174. — hat der Armenanwalt, der im eigenen Namen die Kostenfestsetzung gegen den Gegner betreibt, die Kosten der Festsetzung zu tragen? 5 777; 6 779; 7 766. — Einforderung d. Kosten von dem zum Armenrecht Zugelassenen bei Hebung d. Bedürftigkeit 6 1174. — Haftung des Klägers für die durch Anträge der armen Partei verursachten Gerichtsauslagen 6 1174. — „Amtsverwalter“ als Zweitschuldner bei Konkursöffnung über den Beklagten während des Prozesses 6 1174. — solidarische Verurteilung mehrerer Beklagter in die Kosten 6 1175. — Kostenhaftung der aus mehreren Personen bestehenden Partei 6 1175. — Legitimation zur Geltendmachung der Haftung aus § 92 GKG. 6 1175. — Schuldner für die Kosten von Zwangsvoll-

(Gerichtskosten-gesetz)

streckungsakten; Haftung der anderen Partei, wenn der Antragsteller das Armenrecht hat; Geltendmachung der Kosten seitens der Gerichtskasse im Verteilungsverfahren **6 1175**. — Haftung d. Waters für d. Kosten e. gegen e. Minderjährigen durchgeführten Alimentenprozesses **6 1176** (f. Kindesvermögen, elterliche Nutznießung). — Verhältnis des § 92 GKG. zu § 100 Abf. 4 ZPD. **6 1176**. — keine Anwendung des § 92 GKG. auf den Anspruch e. Partei gegen e. Dritten auf Erbsch. d. Kosten auf Grund e. Auftragsverhältnisses **6 1176**. — Erstreckung der Frist des § 94 Ziff. 1 nach Fristablauf? **6 1177**. — „Partei“ im Sinne des § 94 Ziff. 3 **6 1177**. — Verrechnung der von der Partei nach § 94 als Jahreskosten geforderten Beträge **6 1177**. — Einfluß e. Verurteilung d. Beklagten auf die Kostenpflicht des Klägers nach § 94 **6 1177**. — keine Befreiung des Fiskus von den baren Auslagen des § 79 **6 1177**. — Gebührenpflicht des fürstlich Waldeckischen Domänenvermögens? **6 1177**. — Klage des Fiskus auf Rückerz. e. vom Gegner geleisteten, diesem im Vergleich vom Fiskus zurückerstatteten Gebührenvorschußes? **6 1177**. — keine Rechtshilfe nach § 99 GKG. in d. nicht zur ordentlichen Gerichtsbarkeit gehörigen Angelegenheiten **6 1177**. — Anwendung des § 101 auf außergerichtl. Vergleiche in öffentlichen Urkunden? **6 1178**. — Anwendung des § 101, wenn der Vergleich sich auf nicht rechtshängigen Anspruch erstreckt **6 1178**. — Zuständigkeit für Beschwerden nach § 101 **6 1178**. — Anwendung des § 101 auf § 794 Abf. 2 ZPD. im Falle e. Anerkenntnisurteils? **6 1178**. — erfordert § 101 einen in vollstreckbarer Form abgeschlossenen außergerichtl. Vergleich? **6 1178**.

Gerichtssprache. — völlige Nichtberücksichtigung fremdsprachlicher Eingaben **3 2, 334**. — unvollständige Beherrschung der deutschen Sprache **3 2, 334**. — Berechtigung fremder (der polnischen) Sprache **5 745**.

Gerichtsstand vgl. Zuständigkeit, Erfüllungs-ort.

A l l g e m e i n e s. — replicatio doli gegenüber der Unzuständigkeitseinrede **1 3, 20**. — Beweis der Kompetenztatsachen **1 3, 20; 4 668/69 (2)** (wenn fie mit den Tatbestandsmerkmalen des Anspruches zusammenfallen). — nach Klagezustellung eintretende Tatumstände; nachträgliche Wohnsitzveränderung **1 3, 20, 113; 3 2, 404, 432, 443; 5 790; 6 800; 6 801; 4 688, 690, 696**. — nachträgliche Begründung der Zuständigkeit, wenn der Kläger, der gegenüber e. vollstreckbaren Urkunde eine den Anspruch selbst betreffende Einwen-

dung geltend macht, erst nach Klagezustellung seinen Wohnsitz im Bezirk des angegangenen Gerichts nimmt **6 801**. — Prüfung der örtlichen Zuständigkeit bei Häufung der Klagegründe **4 667**. — ist bei Prüfung der örtlichen Zuständigkeit auch zu untersuchen, ob die zur Begründung der Zuständigkeit behaupteten Tatsachen wahr sind? **5 793; 7 790**. — Klage auf Löschung einer im Zwangsvollstreckungsverfahren eingetragenen Sicherungshypothek **1 3, 251/252**. — Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte, wenn zwar für den Ort der Handelsniederlassung des Arbeitgebers, nicht aber für den Ort des Gewerbebetriebs ein Gewerbegericht besteht **6 745**. — Einfluß e. Änderung d. Gerichtsbezirks auf die einmal begründete Zuständigkeit **3 2, 270; 5 1010; 6 789**. — Einfluß der Berliner Gerichtsorganisation **6 635, 744, 1089; 7 728, 729, 735, 736, 1066, 1090**. — Gerichtsstand von der rückwirkenden Kraft d. Aufrechnung (§ 389) nicht berührt **3 1, 182**.

Gerichtsstand des Wohnsitzes f. Wohnsitz. — Wohnsitzverlegung nach Klagezustellung **1 3, 20, 113** (f. oben Allgemeines). — nachträgliche Verlegung des Wohnsitzes an den Klageort **1 3, 20, 113; 3 2, 432, 443; 4 688, 690, 696; 5 790; 6 800, 801**. — Wohnsitz in Berlin **5 750; 7 729** (f. oben). — Zerfallen der politischen Wohnsitzgemeinde in mehrere Gerichtsbezirke **5 750; 6 744; 7 728, 729, 730**. — Wohnsitz der in einer Heilanstalt dauernd Untergebrachten **6 744**. — Garnisonsort einer abkommandierten Militärperson **2 1, 6**. — G. des Wohnortes für die Verpflichtung, die Benutzung e. Patents durch einen anderen zu dulden u. für die Klage auf Befreiung von dieser Verpflichtung **7 1116**. — Begründung des Wohnsitzes durch bloße Wohnungsmiete? **7 729**. — zweiter Wohnsitz des Baderarztes, der sich außerhalb d. Saison anderswo aufhält **7 729**. — während des Urlaubs als Aufenthalt benutztes Landgut **7 729**. — Klage e. in Deutschland keinen Wohnsitz habenden Ausländers gegen seine in Deutschland sich aufhaltende Frau **7 729**.

Gerichtsstand d. Aufenthaltes. — Beweis d. Wohnsitzlosigkeit? **1 3, 20; 6 744**.

G. juristischer Personen. — Vermögensmassen: Konkursmasse, Vermögen eines aufgelösten Vereines, Erbschaft während Nachlassverwaltung oder Pflegschaft und Testamentsvollstreckung, Eigentum nach §§ 923, 1052 BGB., § 337 ErbPD. §§ 146 ff. ZGB. **1 3, 20/21**. — Gesellschaften m. bloßer Parteilähigkeit nach § 50 Abf. 2 ZPD. **4 668**. — inländische Zweigniederlassung einer im

Ausland domicilierenden offenen Handelsgesellschaft 5 750. — zusammengesetzte Schulpfrenkel (bayer. R.) 4 668. — statutarisch ausschließlicher ausländischer Gerichtsstand einer Versicherungsgesellschaft 4 668. — „offene Handelsgesellschaft“ kann hier „ein anderes erhellen“? 3 2, 344. — ebenso bei Aktiengesellschaften 4 668 (im Statut bestimmter Sitz und davon abweichender Verwaltungsort); 5 750 (2); 6 744; 7 729. — ist der Gerichtsstand der Abs. 2 u. 3 ein subsidiärer? 3 2, 344.

F i s k u s s. **Fiskus**. — Vertretung des Reichsfiskus in Elsaß-Lothringen 1 3, 21. — Vertretung des Reichspost- u. Telegraphenfiskus (Reichspostamt, Oberpostdirektionen) 3 2, 344. — Vertretung des Militärfiskus in Bayern u. im Reich 3 2, 356. — örtliche Zuständigkeit bei bayerischen Verkehrsprozessen 6 744. — bei Ansprüchen gegen den Staat wegen Verschuldung von Staatsbeamten 5 18. — Vertretung des Fiskus in Entschädigungsprozessen e. im Wiedererwerbverfahren Freigesprochenen 7 729 (Preußen). — ausländischer Fiskus s. **Ausland**. — wie verteilt sich die Vertretung des Fiskus unter die Lokal-, Provinzial- und Zentralbehörden? 3 2, 344.

G e r i c h t s s t a n d d e s § 20 B P D. — Einziehung zur 14 tägigen Referverübung 1 3, 21. — mehrere Stunden täglich dauernder Aufenthalt an einem Orte ohne Wohnung u. ohne d. Möglichkeit, dort seine Habe unterzubringen 7 729. — Endigung schon mit Ende des ihn veranlassenden Verhältnisses, nicht erst mit Aufgabe des Aufenthalts 3 2, 344.

G e r i c h t s s t a n d d e r **N i e d e r l a s s u n g** s. **Handelsniederlassung**, **Niederlassung** (§ 21 B P D.). — Begriff der Niederlassung 4 668; 6 611, 744. — selbständige Geschäftsstelle muß es sein 1 3, 21. — bloße Hilfsrichtungen 1 3, 21; 6 611. — Bedeutung der Eintragung als Zweigniederlassung im Firmenregister 1 3, 21. — nicht schon gegeben mit dem Beginn des Niederlassungsgebäudes, der Errichtung eines Baubureaus 3 2, 344, 345. — Betriebsinspektion der preuß. Eisenbahn 1 3, 21. — gemieteter Markthallenstand keine Niederlassung 1 1, 177. — Nebenabteilstellen 6 744. — „Geschäftsbetrieb“ der Niederlassung 6 745. — auswärtige Annahmestelle einer Wäscherei 7 729. — nur für auf den Betrieb der Filiale sich beziehende Geschäfte 7 729, 730.

G e r i c h t s s t a n d d e r **V e r w a l t u n g** s. **oben** G. der juristischen Personen. — tatsächliche Führung der Verwaltung an einem anderen Ort als dem Sitz des Statuts 1 3, 21. — stille Gesellschaft 1 3, 21. — Rechtsnachfolger 1 3, 21; 3 2, 345; 6 745. — ausgeschiedene Mitglieder 1 3,

21; 6 745. — Bestreiten des Beitritts zum Vereine 1 3, 21. — Anwendung des § 22 auf Gewerkschaften 6 745. — keine Anwendung auf Klagen d. Genossenschaften gegen e. Genossen aus mit ihm geschlossenen Kaufverträgen 7 730, 1090.

G e r i c h t s s t a n d d e s **V e r m ö g e n s** (§ 23). — Handelsbücher 1 3, 21; 2 2, 40. — Forderungen gegen einen im Ausland wohnenden Schuldner 6 745. — Forderungen 1 3, 21 — abgetretene Forderungen 3 2, 345. — einzelne Kontokorrentforderung 3 2, 346. — Einfluß der nach Klagezustellung erfolgten Aufrechnung 3 2, 346. — nicht pfändbares Vermögen 3 2, 345; 6 745. — Vermögen ohne erheblichen Wert 6 745. — Besitz des Beklagten nicht nötig 1 3, 22. — erst durch Aufhebung der Klage entstehende Ansprüche (Herausgabe von Handbänden, Erstattung von Prozeßkosten)? 4 668 (s. 3 2, 345). — Anspruch auf Rückgewähr e. zur Abwendung d. Zwangsvollstreckung gezahlten Summe 7 730. — Klage bei der Kammer s. **Handelsfachen** am Landgericht, wenn sich das Vermögen im Bezirk der bei einem Amtsgericht errichteten Kammer für Handelsfachen befindet 6 745. — der einem Rechtsanwalt gezahlte Vorfuß 4 668. — Einwand, daß die Forderung materiell nicht dem Beklagten gehöre 1 3, 22. — Begründung d. Gerichtsstandes d. Vermögens bei e. auf Abrechnung u. Auszahlung des Überschusses gerichteten Klage durch Herausgreifen e. in die Abrechnung fallenden Gegenforderung d. Beklagten 7 730. — Klagen der Schiffsgläubiger 2 2, 263. — Anwendung des § 23 bei Wohnsitz in den Schutzgebieten 6 745. — Versicherungsgesellschaft G. am Wohnsitz eines Prämienschuldners 1 3, 22. — wenn der Drittschuldner eine Aktiengesellschaft ist 4 668. — vom Kläger dem Beklagten als Verkäufer zur Verfügung gestellte u. von letzterem zur Umarbeitung zurückgenommene Ware 6 745. — Streit über hinterlegten Betrag 1 3, 21. — vinkulierte Namensaktien 3 2, 346. — Dividendenscheine 3 2, 346. — bei Inhaberpapieren 3 2, 346, 347. — eventuelle Prozeßkostenforderung des Beklagten 3 2, 345, 346; 4 668. — Berufung des Klägers auf e. von ihm selbst früher bestrittene Gegenforderung des Beklagten 7 730. — Forderungen gegen den Fiskus 3 2, 347. — G. für die Wandelungsklage da, wo die Kaufgeldforderung des Beklagten und dessen evtl. Anspruch auf Rückgabe begründet ist? 3 2, 345.

D i n g l i c h e r **G e r i c h t s s t a n d** (§§ 24, 25, 26). — de lege ferenda 5 750. — Klage wegen Verschädigung 1 3, 22. — wegen gezog. und zu ziehender Früchte 1 3, 22.

(Gerichtsstand)

— wegen Veräußerung 1 3, 22. — aus persönlichen Eigentumsansprüchen 1 3, 22. — Besitzklagen, insbesondere nach §§ 861 ff. BGB. 1 3, 22. — Vorenthaltung u. Beeinträchtigung des Besitzes 3 2, 347. — Rückübertragung des Eigentums 1 3, 22. — Duldung der Zwangsvollstreckung gegen den Ehemann 1 3, 22. — positive u. negative Feststellungsklagen über das Eigentum 1 3, 22. — Löschung e. Hypothek 6 745, 746. — Löschung einer Hypothek, wenn der Beklagte im Grundbuch nicht eingetragen ist 1 3, 22; wenn d. Kläger nicht mehr als Eigentümer im Hypothekbuch steht 3 2, 347. — Pfandrecht an einer Hypothek 1 3, 22. — Klage auf Beseitigung einer dinglichen Last auf Grund eines persönlichen Anspruchs gegen den dinglich berechtigten Gläubiger 5 750. — Geltendmachung des Fischereirechtes an einem öffentlichen Flusse 3 2, 347. — Klage auf Erfüllung einer Verpflichtung zur Erwerbung eines Grundstücks oder zur Löschung einer Hypothek 3 2, 347. — Anfechtung einer Hypothek seitens des Konkursverwalters 4 668. — Klage auf Umschreibung einer Hypothek? 5 750; 6 745. — Löschung einer Sicherungshypothek 1 3, 251/252. — Klage auf Löschung e. Hypothek, weil das Urteil, auf Grund dessen d. Hypothekeneintrag erfolgt, nicht hätte vollstreckt werden dürfen 6 745. — Klage des Nießbrauchers e. Grundstücks gegen den Eigentümer auf Gestattung notwendiger Telefonanschlußarbeiten 6 746. — Klage aus § 114 BGB. 6 746. — Anspruch auf Herausgabe e. zum Zuhörer e. Grundstücks gewordenen Maschine 6 746. — Anspruch e. Handwerkers auf Werklohn wegen Reparaturen an e. Gutshaus? 7 730. — Einflagung e. Gesamthypothek, die auf mehreren in verschiedenen Gerichtsbezirken liegenden Grundstücken lastet 1 1, 685.

Der Erbschaft (§§ 27, 28). — Erbschaftsbesitzer = Erbrechtspräsident 1 3, 22. — subsidiäre Gerichtsstände des Erblassers 1 3, 22. — Klage gegen den, der sich als Singularerbsbesitzer auf eine letztwillige Verfügung des Erblassers beruft (z. B. Schenkung von Todes wegen) 5 751. — Erbschaftsstreitigkeiten in der Schweiz u. in den Vereinigten Staaten 5 751. — Klage mehrerer Erben auf Herausgabe der von anderen Erben ihnen vorenthaltenen Erbschaftsgegenstände 6 746. — Klage eines Miterben gegen einen anderen auf Feststellung, daß eine bestimmte Forderung zum Nachlaß gehöre 6 746. — Erhebung negativer Feststellungsklagen wegen anderer „Nachlaßverbindlichkeiten“ im Gerichtsstand d. Erbschaft?

6 746. — „Nachlaßverbindlichkeiten“ im Sinne des § 28 BFD.; den Erben als solchen treffende Verbindlichkeiten, Erbschaftsschulden nach §§ 1967, 1969 BGB.; Verbindlichkeiten aus erbchaftlichen Geschäften dessen, der sich zu Unrecht für den Erben hält 7 730.

Des Erfüllungsortes (s. diesen) 6 746. — Vereinbarung e. Erfüllungsortes, an dem keine der beiden Parteien wohnt 6 746. — was hat der Kläger zur Begründung zu beweisen 1 3, 24, 25; 5 751. — zu mehreren Gerichtsprengeln gehörige Ortschaft 7 730 (s. oben § 13). — „streitige Verpflichtung“ 1 3, 23. — streitige Verpflichtung bei e. durch Vergleich abgeänderten Vertrage 7 730, 732. — Feststellung des Nichtbestehens e. Vertragspflicht 1 3, 23; 3 1, 117 (Kauf); 3 2, 348; 5 105, 751 (3); 7 731. — Feststellung e. Entschädigungspflicht wegen Nicht- oder nicht gehöriger Erfüllung 7 731. — Feststellung des Erlöschens e. Vertragspflicht durch Aufrechnung 1 3, 23, 24. — bei e. Mehrheit von Leistungen 3 2, 347. — bei mehreren im Verhältnis von Haupt- u. Nebenleistung zueinander stehenden Leistungen 4 669; 5 751. — Vereinbarung e. dem Vertragsinhalt widersprechenden Erfüllungsortes 6 746. — Anfechtung eines Kaufvertrags wegen Irrtums oder Betrugs 1 3, 24. — für die Kaufklage 5 104. — Klagen gegen Erben aus Verträgen des Erblassers 1 3, 23. — Erfüllungsort für die Zahlung d. Kaufpreises, wenn der Käufer Weiter e. Unternehmens an einem dritten Ort ist u. dorthin geliefert wird 6 747. — Gattungskauf: Klage auf Abnahme 1 3, 24; insbesondere bei Distanzkauf 1 3, 24; trotz bereits geschehener Übersendung 5 751. — Klage auf Zahlung des Kaufpreises Zug um Zug gegen Abnahme 4 669. — Rückgabe einer Sicherheit wegen Wegfalls des Vertrages 1 3, 24. — Unterlassungsklage 1 3, 25. — Wandelungsklage 1 3, 23; 3 2, 347/348; 7 731 (Rückgewähr wegen Wandelung); 7 732 (Wandelung, verbunden mit Anspruch auf Rücknahme der Kaufsache, Rückzahlung des Preises, Schadensersatz wegen d. mangelhaften Lieferung, Feststellung, daß nichts mehr geschuldet werde). — Minderungsklage 3 2, 348. — bei Zahlung durch Überweisung auf ein Girokonto 3 2, 348. — Kontokorrent 3 2, 347 (wenn für einzelne der darin enthaltenen Ansprüche der Gerichtsstand des § 29 gegeben ist). — Einfluß e. Wechsels des Wohnortes des Schuldners auf den ursprünglichen gesetzlichen Leistungsort 6 747. — Verlegung des Kontors u. Lagers e. offenen Handelsgesellschaft 6 747. — Aufhebung eines Vertrages 3 2, 347; 5 751, 752. — Auf-

hebung eines Vertrages über Aus-
 nützung eines Patents 5 752. — Rück-
 zahlung einer Mäflerprovision wegen
 nicht gewissenhafter Ausführung des Auf-
 trages 4 669. — Rückforderung einer
 Leistung wegen Nichtigkeit des Vertrages
 5 751. — Rückzahlung des Kaufpreises
 u. Erfaß des Gewinnentgangs wegen
 Mängel der gelieferten Ware 5 752. —
 Schadensersatz wegen Nichterfüllung 1 3,
 23; 3 2, 348 (einheitlicher Gerichtsstand);
 3 2, 348 („streitige Verpflichtung“?);
 5 752. — Schadensersatzlage nach § 326
 BGB. 2 1, 167; 3 1, 115; 4 98. —
 Schadensersatz wegen nicht gehöriger Er-
 füllung 1 3, 24; 7 731 (2). — Klage des
 Bestellers gegen den Unternehmer auf
 Beseitigung d. Werkes u. Schadensersatz
 wegen nicht gehöriger Erfüllung 6 746. —
 Angabe des Erfüllungsortes in der Schluß-
 note, in einer Faktura 4 669; in einer
 Preisliste, Bestätigungsschreiben 4 669;
 6 747 (Stillschweigen). — Wechsel mit
 Zahlungsort „Berlin“ unter Angabe von
 Straße u. Hausnummer 6 744. —
 Klausel „loco“ ohne Einfluß auf den Er-
 füllungsort 6 746, 747 (s. Handelsklauseln).
 — Eisenbahntransportvertrag 4 669. —
 Klage des Bürgen gegen den Hauptschul-
 dner auf Befreiung 5 752. — Rückzahlung
 e. Darlehens 6 747. — Regreßklagen gegen
 Aufsichtsratsmitglieder 2 1, 166; 3 2, 349.
 — Rückforderung e. dem Reisenden im
 voraus zubiel gezahlten Provision 6 747.
 — ungerechtfertigte Bereicherung 5 751;
 6 747. — auftraglose Geschäftsführung
 5 751. — Quasikontrakte 5 751. — Aus-
 sonderungsklage im Konkurs (gestützt auf
 Eigentumsvorbehalt bei Kauf) 5 751;
 6 747. — Anspruch des Berufsgenossen-
 schaftsbeamten gegen die Berufsgenossen-
 schaft 7 731. — für die Gebühren der
 Notare 2 1, 166; 3 1, 116; 3 2, 348. —
 Verpflichtung aus § 12 GemVlBGB.
 4 669; 5 751. — Bestreiten der Erfüllung-
 spflicht seitens des Beklagten; Einfluß auf
 d. Zuständigkeit 5 751. — Pflicht d.
 Kommittenten gegenüber dem Kom-
 missionär auf Erfassung von Auslagen 7
 731. — Anspruch des Grundstücksäufers
 auf Eintragung d. Kaufgeldhypothek 7 731.
 — Vereinbarung, daß ein Ort für beide
 Teile Erfüllungsort sein soll, als Ver-
 einbarung e. Gerichtsstands für alle aus
 dem Vertrag entstehenden Streitigkeiten?
 7 732. — Klage auf Vertragsstrafe bei
 Übertretung e. Konkurrenzverbots 7 732,
 733. — Duldungspflicht des Ehemannes
 7 733. — Erfüllungsort des Bürgen (s.
 diesen) 7 733.

M e ß - u n d M a r k t o r t (§ 30). —
 Marktcharakter der Leipziger Vormesse
 6 747.

D. V e r m ö g e n s v e r w a l t u n g (§ 31).

bei Jahrg. 1—3 = Band und Seite.

— identisch mit Wohnsitz des Verwalters
 1 3, 25. — selbständige Nachlassverwaltung
 6 747; 7 733. — Begriff d. Vermögens-
 verwaltung nach § 31 ZPO. 6 747. —
 Verwaltung d. Vorerben, d. Testaments-
 vollstreckers 7 733.

D. u n e r l a u b t e n H a n d l u n g (§ 32).
 — Konkurrenz mehrerer Deliktorte 1 3,
 25; 3 2, 349; 4 669. — für alle Ansprüche
 aus §§ 823—853 BGB. 1 3, 25; 5 752;
 7 733. — wenn der Beklagte die Handlung
 nicht selbst begangen, aber für sie zivil-
 rechtlich verantwortlich ist 3 2, 349. —
 einfache Vertragsverletzung 3 2, 349;
 7 733, 734. — Schadensersatz wegen Ver-
 öffentlichung einer Druckschrift 4 669. —
 forum delicti commissi bei Versendung
 von Druckschriften; Einrede d. Arglist,
 wenn der Kläger d. Beklagten zur Ver-
 sendung veranlaßt, um die Zuständigkeit
 des Gerichts d. Versendungsortes zu ge-
 winnen 6 747. — Schadensersatz nach
 § 945 BGB. 3 2, 349. — Klagen nach
 § 1 GastpflG. 1 3, 25; 4 669. —
 Klage nach § 31 Ziff. 1 u. 2, §§ 30, 32 RD.?
 7 734. — Anfechtungsgesetz 3 2, 349. —
 Klagen nach § 3 Ziff. 2 AnfG. 1 3, 25.
 — bloß objektive Rechtsverletzung 6 748.
 — Patentgesetz, Unterlassungs-, Schadens-
 ersatzklage 1 3, 25; 3 2, 349; 5 752 (Ver-
 bindung beider Klagen); 6 748; 7 733 (2),
 1126. — Klage auf Unterlassung d. Ein-
 griffs in ein Immaterialgüterrecht 7 733,
 734. — Klage nach § 6 UmlWG. 3 2, 349.
 — Klage gegen den, der sich vom Kläger
 Gegenstände aus e. Nachlaß in Kenntnis
 des Mangels e. Verfügungsrechts d. Klä-
 gers schenken ließ 7 733. — die Verwirk-
 lichung d. Anfechtungsfolgen nach §§ 123,
 124, 143 BGB. bezweckende Klage 7 733,
 734. — Klagen nach § 717 Abs. 2 ZPO.
 3 2, 349; 5 760; 7 733. — Einrede der
 Arglist gegenüber der im Gerichtsstand der
 unerlaubten Handlung erhobenen Klage
 7 733.

G. d. W i d e r k l a g e (§ 33) s. Wider-
 klage. — Gebrauch des Wortes „Wider-
 klage“ nicht nötig 1 3, 25. — Verteilungs-
 streitigkeit; der Antrag, es beim Teilungs-
 plan zu belassen, ist Widerklage 1 3, 25. —
 Mangel der Voraussetzungen des § 33
 Abs. 1 bei vereinbartem G. 1 3, 26; 7 734.
 — Beachtung der Unzulässigkeit von Amts
 wegen? 5 752; 6 748. — Unabänderlich-
 keit der Zuständigkeit für die Widerklage
 bei unabänderlicher, für die Vorlage begründeter
 Rechtsähngigkeit 6 748. —
 Zusammenhang: (s. Vorbehaltsurteil nach
 § 306) Begriff 3 2, 350. — mit Aufrech-
 nungseinrede zusammenhängende Wider-
 klage 3 2, 350. — Widerklage auf Wieder-
 einsetzung in das Miteigentum gegenüber
 der Räumungsklage 3 2, 350. — rechtl.
 Zusammenhang bei Klage aus §§ 1, 6 Uml.

(Gerichtsstand)

W. 6 748. — Unzulässigkeit von Widerklagen, deren Gegenstand z. Zuständigkeit e. Sondergerichts gehört 7 734. — Widerklage vor Sondergerichten 6 748 (f. Kaufmannsgericht). — Einfluß d. Abweisung d. Klage wegen Unzuständigkeit d. Gerichts 6 748. — § 33 nicht nur Gerichtsstands-, sondern auch Zulässigkeitsvorschrift; Erhebung e. konnexen Widerklage, wenn das Gericht der Klage für sie sonst nicht zuständig wäre? 6 748; 7 734 (2).

Des Zusammenhangs (§ 34). — nur gegen die Partei, nicht gegen Dritte, die die Vergütung von Verpächtern 1 3, 26; aM. § 2, 350. — Korrespondenzmandatar 3 2, 350. — Gerichtsvollzieher 3 2, 350. — kein G. d. Sachzusammenhangs 7 728.

Bestimmung durch das höhere Gericht (§§ 36, 37). — Änderung des § 36 de lege ferenda 6 749. — Begriff des „an sich zuständigen Gerichts“ im Sinne des § 36 Ziff. 1; nach § 38 getroffene Vereinbarung auf ein Gericht? 7 735. — Anwendung d. § 36 Ziff. 2 bei der Berliner Gerichtsorganisation 7 735. — § 36 Ziff. 3 im Zwangsvollstreckungsverfahren? 3 2, 274; 5 869 (Pfändung einer mehreren Schuldnern gemeinsam zustehenden Forderung); 6 748. — Ladung zum Sühneveruch kein Verlagen nach Ziff. 3 5 752. — bloße Behauptung des Vorliegens einer Streitgenossenschaft 4 669. — Prüfung des Vorliegens einer Streitgenossenschaft 4 669. — wenn der Antragsteller erklärte, zunächst auf negative Feststellung, außerdem aber auf Schadensersatz klagen zu wollen 1 3, 26. — „Personen“ (§ 36 Ziff. 3) umfaßt auch juristische Personen, auch offene Handelsgesellschaften 3 2, 350, 351. — Negreßklagen gegen Aufsichtsratsmitglieder in verschiedenen Bezirken 3 2, 351. — Klage gegen mehrere in verschiedenen Bezirken wohnende Schuldner auf Feststellung des Nichtbestehens ihrer gemeinschaftl. Vertragsforderung unter § 36 Ziff. 3 fallend? 7 735. — Klage gegen mehrere Erbschaftsbesitzer auf Herausgabe d. Nachlasses unter § 36 Ziff. 3 fallend? 6 748. — Gesamthypothek 1 1, 685; 1 3, 26. — Aufgebotsverfahren bezügl. der Hypothekenbriefe einer Gesamthypothek 1 3, 26, 324. — Änderung des § 36 Ziff. 4 de lege ferenda 5 752. — negativer oder positiver Kompetenzkonflikt zwischen Gewerbe- u. ordentlichen Gerichten 1 3, 26. — Kompetenzkonflikt im Vollstreckungsverfahren 3 2, 351 (f. Kompetenzkonflikte); 7 735. — Unzuständigkeitsserklärung zweier Landgerichte? 5 752. — Anwendung des § 36 Ziff. 6 auf das Aufgebotsverfahren 7 735. — Bestimmung nach Klagerhebung 4 669; 6 748. — Aufsehung d. Beschlusses wegen Rechtsirrtums bei Anwendung des § 36

Ziff. 3? 4 669. — Zuständigkeit des Bay. ObLG. bei allgemeinem G. aller Beteiligten in Bayern 6 748. — Nachprüfung d. Vorhandenseins d. Voraussetzungen des § 36 seitens des bestimmten Gerichts? 6 749. — Wohnsitzwechsel des Schuldners nach Bestimmung 6 749.

Vereinbarter Gerichtsstand f. Prorogation, Erfüllungsort. — de lege ferenda 6 749. — Prorogation auf Rheinschiffahrts-, Elbzoll-, Agrargerichte 1 3, 26; 6 750. — Prorogation v. Sonder- an ordentliche Gerichte 1 3, 26; 3 2, 326; 5 737; 7 735 (vor Inkrafttreten des Kaufmannsgerichtsgesetzes getroffene Vereinbarung). — Prorogation zwischen Generobergerichten 1 3, 26. — Prorogation auf ausländisches Gericht 3 2, 351; 4 704. — Prorogation auf Verwaltungsgericht 5 737. — Zulässigkeit der Vereinbarung e. ausschließl. G. 6 749 (2); 7 735. — zieht die Vereinbarung e. G. dessen Ausschließlichkeit nach sich? 3 2, 351; 4 670; 5 753; 6 749; 7 735. — wann ist Vereinbarung eines ausschließlichen G. anzunehmen 5 753. — Policeklausel, wonach die ausländische Versicherungsgesellschaft sich dem Gericht des Wohnortes ihres inländischen Generalvertreters unterwirft; ausschließlicher G.? 5 1139. — Prorogation bei der Klage auf Feststellung der unehelichen Vaterchaft 5 753. — Vereinbarung der Prorogation in einem Wechsel 5 753; 6 749; 7 735. — Vereinbarung durch die Frau im Rahmen d. Schlüsselgewalt (f. Ehefrau) 7 476, 731. — Klausel „Hamburger Konditionen“ als Vereinbarung des Hamburger G.? 4 614; 6 750. — Prorogation für den „ganz zukünftigen Geschäftsverkehr“ 3 2, 352. — bloßer Antrag auf Aktienbeziehung als stillschweigende Prorogation? 6 750. — Vereinbarung d. Zuständigkeit für alle aus e. Versicherungsvertrag erwachsenden Streitigkeiten; Zuständigkeit d. Gerichts für den Streit darüber, ob eine Leistung aus dem Vertrag geschuldet war oder als ungerechtfertigte Bereicherung zurückverlangt werden kann? 7 735. — stillschweigende Prorogation durch Einlassung auf eine Widerklage 1 3, 27; 6 830 (Prorogation auf ausländische Gerichte). — stillschweigende Prorogation durch Verlesung d. Antrags auf Klageabweisung? 3 2, 352. — kann trotz § 39 ZPO. die Einrede der Unzuständigkeit nach § 274 Abs. 2 ZPO. noch nachträglich vorgebracht werden? 3 2, 352. — vertragsmäßiger Ausschluß des durch § 48 VerwG. zugunsten d. Versicherten geschaffenen Agentengerichtsstandes? 7 735. — Befugnis d. Besionars, in dem zwischen Bedenten u. Schuldner vereinbarten G. zu klagen 6 749; 7 181, 735. — Bindung d. Besionars durch die Vereinbarung zwischen Bedent u. Schuldner 7

735. — Vereinbarung e. unmöglichen Erfüllungsortes als Prorogation? 6 749. — Erstreckung d. Vereinbarung auch auf die nachher durch schuldhaftes Verhalten d. Beklagten aus dem Rechtsverhältnis entstandenen Ansprüche 7 736. — Vereinbarung e. örtlich unzuständigen Gerichts unsittlich? 7 59. — Beweislast d. Klägers 1 3, 27. — Vereinbarung d. Zuständigkeit e. inzwischenden weggefallenen Sondergerichts 7 736. — Anfechtung d. Prorogationsvertrags wegen Irrtums 6 749. — rechtl. Natur des Prorogationsvertrags 6 749. — keine Prorogation gegenüber den Zuständigkeitsvorschriften des sächs. Gesetzes über d. Verwaltungspflege 6 749. — als Umgehung d. Verbots der Vereinbarung auf das Gericht zweiter Instanz sich darstellende Abmachung der Parteien 6 749, 750. — Vermerk a. österreichischen Fakturen „zahlbar und klagbar in R.“ 6 750, 830 (f. Stillschweigen, Faktura). — „ausschließlicher G.“ im Sinne des § 40 Abs. 2 nur örtliche Zuständigkeit 6 750. — Prorogation auf ein anderes Gericht an Stelle des Obzollgerichts 6 750. — zwar erfolgte, aber im Prozesse nicht vorgebrachte Prorogation vom Gericht zu beachten? 6 750. — Zwischenurteil über die Prorogation 1 3, 27. — Einfluß d. Kontrahes auf vereinbarte G. 6 984. — Vereinbarung d. Zuständigkeit d. „Berliner Gerichte“ 7 736.

Gerichtsvollzieher f. Beamter, unerlaubte Handlung, unter Zwangsvollstreckung, Gebühren f. G., Zustellung, Zwangsvollstredg. — rechtliche Stellung zu d. Parteien; Dienstmiene, Auftrag, Doppelstellung als Beamter u. Beauftragter 1 1, 107, 409; 1 3, 2 48; 2 1, 83; 3 1, 58, 137; 3 2, 550, 551; 4 221, 731; 5 39; 6 230, 231, 339, 883; 7 241, 281, 716. — Anwendung des § 663 BGB. auf den G. 1 1, 406. — schadet Kenntnis d. G. dem Gläubiger gemäß §§ 164, 166 BGB. 1 1, 107; 2 1, 83; 3 1, 58; 3 2, 550, 551; 4 731. — G. nicht Bevollmächtigter des Erklärenden bei Zustellung nach § 132 BGB. 5 39. — Zustellung einseitiger Erklärungen v. Vertretern 1 1, 114. — Übertragung e. Versteigerung durch e. Beauftragten (§ 664) 5 263. — Miete e. Raumes für gepfändete Sachen; Mietzins als Aufwendung nach § 670 5 264. — Ersatzpflicht aus § 678 4 222. — kein Recht zum Abzug seiner Gebühren von dem vom Gegner der armen Partei beigetriebenen Forderungsteil 1 1, 269. — kein Retentionsrecht an d. zuzustellenden Schriftstücken wegen nicht gezahlter Gebühren 2 1, 179. — Kenntnis d. G. von d. Zahlungseinstellung; Einfluß auf die Anfechtung 3 2, 551 6 883. — Zuständigkeit f. Klagen gegen den G. (§ 70 BGB.)? 4 731. — Haftung des G. nach § 839 BGB.,

Kreis der regreßberechtigten Personen 7 857. — Verstoß gegen die Dienstanzweisung als Fahrlässigkeit 7 857. — keine Befugnis des G. zur Empfangnahme von Zahlungen, wenn er die vollstreckte Ausfertigung nicht mehr besitzt 5 852. — Haftung d. G. in Bayern 3 1, 137. — Haftung d. Staates f. Unterschlagungen des G. 2 1, 399; 3 1, 25; 4 22, 285. — Haftung d. Staates für Versehen d. G. 3 1, 25; 3 2, 551; 4 22; 4 731 (württemb. R.); 5 581; 7 379, 581 (Baden), 582 (franz. Recht). — Haftung d. G. für Verzögerung eines Auftrages 3 2, 551; 5 115; wegen fehlerhafter Vollstreckung 3 2, 552; 7 134. — Verzicht d. Gläubigers auf die Haftung des G. beseitigt auch die eventuell begründete Haftung des Staates für seine Beamten 5 851. — Haftung bei Zuschlag unter dem Tarwert 5 869; 6 126, 230. — Klage auf Übernahme der Ausführung des Auftrags? 3 2, 552. — Dienstaufsichtbeschwerde 3 2, 552. — Versäumung der Ausführung e. Pfändungsauftrags; Mitschuld d. Gläubigers 5 99. — gegen § 809 ZPO. verstoßende Pfändung 7 379. — Haftung d. G. für Nichterledigung e. Auftrags insolge Nichtausführung d. Akten an seinen Vertreter 6 129; 7 246. — Recht des Zwangsvollstreckungsgläubigers, den G. in das Besitztum des Schuldners zu begleiten 3 2, 551. — Widerstand des Schuldners gegen die Anwesenheit des Gläubigers 3 2, 551. — übermäßige Versteigerung; Mitschuld des geschädigten Schuldners 1 1, 165. — Erteilung falscher Auskunft 7 379. — darf der G. den Einwand, der zu Pfänden sei nicht der richtige Schuldner, berücksichtigen? 4 740. — verspätete Zustellung wegen nicht rechtzeitiger Zahlung d. verlangten Vorstufes 6 126. — Haftung f. Verschulden bei Zustellungen 1 1, 189. — Haftung bei Zustellung einer Berufungsschrift ohne Terminsnote 1 1, 164 (Mitschuld der Partei); 2 1, 520. — Haftung wegen Unterschlagung 2 1, 399; 4 285. — Unterlassen der Ablieferung von gepfändetem Geld an den Gläubiger 3 2, 569. — Schadenersatzpflicht bei Verstoß gegen § 817 ZPO. 3 2, 869. — Haftung d. Rechtsanwalts f. Zustellungsversehen des G. 6 129. — Haftung des G. für Verschulden seines Vertreters 6 129. — Abstehen des G. von der Pfändung bei Erbieten des dritten Eigentümers der Pfandsache, den Schuldbetrag zu hinterlegen 3 2, 564. — Aushändigung des Vollstreckungstitels bei Zahlung direkt an den Gläubiger statt an den G. 1 3, 249. — G. als unmittelbarer Besitzer oder als Besitzdiener an den durch Wegnahme oder Signierung gepfändeten Sachen 3 2, 564, 565; 4 740; 5 866. — Kraft der durch die Landesjustizverwaltung erlassenen Ge-

(Gerichtsvollzieher)

schäftsanweisungen 1 3, 10/11. — Amtshandlung eines ausgeschlossenen G. in der freiwilligen Gerichtsbarkeit 4 660 (f. Wechselprotet). — Durchsuchungsrecht des G. bei Zwangsversteigerung; Überschreitung des Rechtes; Beschwerde eines dritten hierbei Verletzten 1 3, 249. — Beschwerde der G. nach § 766 P.D. bei Verletzung seiner Interessen durch den Entscheider des Vollstreckungsgerichts 1 3, 250. — Haftung des den Auftrag zur Zwangsversteigerung erteilenden Anwalts für die Kosten gegenüber dem G. 1 1, 407; 1 3, 248. — Haftung d. G., der Pfandsachen ohne Zustimmung des Gläubigers zu e. Schleuderpreis zuschlägt 6 883. — Fahrlässigkeit des G., der es unterläßt, den ihm einen Auftrag zur Protetsterhebung erteilenden Wechselinhaber auf die Notwendigkeit d. Durchstreichung e. Indossaments hinzuweisen? 4 1015. — Zahlung d. Schuldners an den nicht mehr im Besitz der Ausfertigung befindlichen G. 5 852. — Stellung des G., wenn der Schuldner gegen die Anwesenheit d. Gläubigers bei d. Pfändung Widerstand leistet 6 883. — Kenntnis d. G. von der Zahlungseinstellung der Kenntnis des Gläubigers gleich? 6 883 (vgl. Zahlungseinstellung). — Besugnis zur Erteilung e. löschungsfähigen Quittung 7 857. — Haftung des G. für die infolge seines Versehens bei Vornahme e. Erstpfändung ungültige Anschlusspfändung eines anderen G. 7 104. — Haftung d. G. bei Nichtaushandlung d. Handakten an seinen Urlaubsvertreter 7 134. — Haftung d. G. bei Pfändung von Sachen im Gemahrsam Dritter 7 134.

Geringstes Gebot. — Anmeldung u. Glaubhaftmachung als Voraussetzung der Berücksichtigung im g. G. für nicht eingetragene Vorrangseinräumungen preuß. Rechtes 2 2, 370. — nicht erforderlich für die durch Tilgung entstandene Eigentumshypothek 7 908. — Berücksichtigung der durch Amortisation entstandenen Eigentumshypotheken 4 779. — Behandlung bayerischer Nebensachekauttionen 5 914, 916. — Umwandlung von Belastungen in Geldleistungen 2 2, 370. — Berücksichtigung von Vormerkungen, insbes. der V. des Anspruchs auf Lösung und auf Auflassung, von Widersprüchen u. Veräußerungsverboten 2 2, 370 f.; 4 779 f.; 5 914 f.; 6 948 f. — bei der Zwangsversteigerung zugunsten rückständiger Hypothekenzinsen, die dem betreibenden Gläubiger im Range nach dem Kapital u. den laufenden Zinsen abgetreten worden sind 5 905. — im Falle der Vollstreckung für eine dinglich gesicherte Forderung auf Grund eines sich nicht auf das dingliche Recht erstreckenden Titels 2 2, 365; 3 2, 298; 4 773 f.;

7 898, 907. — im Falle der Zwangsversteigerung auf Betreiben des Konkursverwalters 3 2, 298. — Berücksichtigung der Eigentümerhypothek des Gemeinschuldners 6 948. — im Falle der Zwangsversteigerung auf Betreiben des Bürgen wegen von ihm bezahlter Hypothekenzinsen 4 779. — bei Rangänderungen 3 2, 298; 5 913. — bei Rangverschiebenheit zwischen Zinsen und Kapital 6 947 f. — im Falle der gesonderten Zwangsversteigerung eines Hälfteanteils 5 914. — nach wirksamer Anfechtung einer dem betreibenden Gläubiger vorgehenden Hypothek 6 948. — Berechnung, wenn von zwei Gleichranghypotheken eine hinter eine Nachhypothek zurücktritt u. einer der drei Gläubiger die Zwangsversteigerung betreibt 5 385. — Berücksichtigung vorgemerktter Rechte 1 1, 540. — Vorgebot; Bezeichnung der bestehen bleibenden Rechte 2 2, 370; 3 2, 298; 4 778. — „Übernahme“ von Hypotheken 3 2, 300. — bei mehreren betreibenden Gläubigern 5 913. — Zweck des § 44 Abs. 2 P.D. 2 2, 369. — Abweichung von § 44 Abs. 2 P.D. 5 913. — Vorkauf- u. Bierlieferungsrecht eines dem betreibenden nachgehenden Gläubigers 2 2, 369. — Rangvorbehalt u. Zwischenrechte im g. G. 2 2, 370. — Behandlung des Leibgedinges 2 2, 373; 3 2, 299. — desgl. eines Erbpachtanons 3 2, 300. — eines dinglichen Jagdrechtes 7 900. — desgl. eines dem betreibenden Gläubiger vorgehenden besitzlichen Besatzrechtes eines Elternteils 5 913. — Sicherungshypotheken im g. G. 2 2, 372; 3 2, 299. — Kostenkauttionen u. Eigentümerhypotheken im g. G. 2 2, 372; 3 2, 299; 6 948. — desgl. Eigentümerdienstbarkeit u. Nießbrauch 6 945. — Anfechtung 2 2, 370, 373. — Irrtum des Bietenden über die im g. G. berücksichtigten Rechte 2 2, 370; 3 2, 298. — Folgen unrichtiger Festsetzung des g. G. 3 2, 298 f.; 4 778 f., 782. — Verbesserung der Fehler im Verteilungsverfahren? 3 2, 311. — Verzicht auf Berücksichtigung im g. G. 3 2, 299; 4 780; 6 949. — Wegfall von im g. G. berücksichtigten Rechten 3 2, 300 (f. auch Ersatzzahlungspflicht des Erststehers in der Zwangsversteigerung; f. auch Gesamthypothek).

Gesamtgläubiger, Gesamthaftung f. Mehrheit von Schuldnern u. Gläubigern.

Gesamthandverhältnisse f. Gemeinschaft. — Wesen 5 179; 6 267. — analoge Anwendung des § 2033? 3 1, 604. — analoge Anwendung des § 2039 (Einziehung von Nachlassforderungen) 4 495. — § 432 BGB. unanwendbar 5 185. — Einbringung von Grundstücken § 313 BGB. 1 1, 219. — Überweisung v. Grundstücken an e. Teilhaber z. Auseinandersetzung

Seite Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

(§ 313 BGB.) 11, 219; 31, 153, 154; 5 129. — Verhältnis zur Gemeinschaft nach Bruchteilen 21, 567; 31, 427. — Belastung e. gemeinschaftl. Gegenstandes zugunsten eines der Gesamthänder 21, 568. — Eintragung ins Grundbuch f. Mehrheit v. Berechtigten.

Gesamthypothek. — Wesen der G. 4 352 f.; 7 440. — unzulässig eine Belastung mehrerer Grundstücke mit einer Hypothek mit der Abmachung, daß das eine Grundstück nur für den Ausfall bei dem anderen hafte 7 440. — Belastung inländischen u. ausländischen Grundbesitzes mit derselben Forderung 21, 590. — Belastung mehrerer Miteigentümeranteile eines Grundstückes mit derselben Hyp. 11, 684; 32, 291; 4 353; 5 907, 920. — Gleichartigkeit der Belastung (Hypothekform) 11, 685; 4 352 f., 792; 7 440. — Zwangshypothek für eine als Verkehrshypothek eingetragene Forderung 6 415 (f. Zwangshypothek). — verschiedener Betrag und Zinsfuß der Hypothek auf den einzelnen Grundstücken 11, 684; 7 440. — Erhöhung oder Ermäßigung des Zinsfußes nur auf einem Teil der haftenden Grundstücke ohne Einwilligung der nicht betroffenen Eigentümer 11, 685. — Übertragung oder Pfändung einer Gesamthypothek wirksam durch Eintragung auf einem Grundstück? 11, 684; 5 427, 435. — Übertragung u. Belastung einer G. nur einheitlich hinsichtlich aller belasteten Grundstücke 11, 685; 6 415. — Milderung d. Wahlrechtes des Gläubigers durch § 122 BGB. 11, 685. — dinglicher Gerichtsstand für die Einklage einer G., die auf mehreren gelegenen Grundstücken haftet 11, 685; 1 3, 26. — Eintragung der Verteilung der Hypothek ins Grundbuch; Löschung der auf die anderen Grundstücke entfallenden Beträge? Zustimmung des Eigentümers hierzu erforderlich? 11, 685; 31, 443. — Verteilung in der Zwangsversteigerung 2 2, 374 f., 385; 3 2, 291, 304, 310; 5 920 f., 907; 4 784; 6 966. — Ausübung des Verteilungsrechtes noch im Verteilungsverfahren? berechtigt nicht nur der die Vollstreckung betreibende Gläubiger 21, 590; 2 2, 374. — Anspruch auf Schätzung der Grundstücke 3 2, 304. — Verteilung einer nach § 1173 BGB. entstandenen Gesamteigentümerhypothek 5 920. — Vormerkung der Verpflichtung des Gläubigers zu einer bestimmten Verteilung 31, 443. — Verteilung einer auf dem ganzen Grundstücke lastenden Hypothek bei Einzelversteigerung eines Grundstücksanteiles? 5 920. — geringstes Gebot bei G. 4 784 f.; 6 953, 962. — ein Gesamthöchstgebot als „Übergebot“ gegenüber

den Einzelhöchstgeboten 7 916. — Vorausestufung des § 64 Abf. 2 BGB. 5 920 f. — Art der Gemeinschaft der mehreren an der G. anteilsberechtigten Eigentümer 11, 699; 6 427. — Verteilung der G. nach § 1172 Abf. 2 BGB.; Vormerkung des Anspruchs auf Verteilung 31, 451. — maßgebender Zeitpunkt für die Wertberechnung 11, 699; 6 427. — abziehende Belastungen 31, 451. — Verteilung in den Fällen des § 1174 21, 599. — Ausschlußurteil bezüglich eines der belasteten Grundstücke 6 428. — Befriedigung des Gl. durch den persönl. Schuldner, Vereinbarung von Forderung u. Schuld 21, 598 f. — Befriedigung des Gläubigers durch einen der mehreren nach Bruchteilen berechtigten Eigentümer d. belasteten Grundstücks 31, 452. — Ausschluß des Gl. mit seinem Hypothekrecht infolge Schuldübernahme 31, 452 f.; 5 435. — Befriedigung i. F. der §§ 426 Abf. 2, 774, 268, 1150 BGB., 225 R.D. 6 428. — Mitwirkung mehrerer Eigentümer zur Befriedigung; Ausgleichung 6 428. — Erlaßvertrag mit einem Eigentümer, negativer Anerkenntnisvertrag, Eintritt einer auflösenden Bedingung oder eines Endtermins, Vollzug der Wandelung 6 427. — Vereinigung von Forderung u. Schuld in der Person des Gläubigers 31, 452; 6 427. — Notwendigkeit der Streitgenossenschaft i. F. des § 1173 6 427. — Nachweis des Erfahrenspruchs gegen den Eigentümer eines mitbelasteten Grundstücks 31, 452. — Löschung auf den Grundstücken der Eigentümer, die den Gl. nicht befriedigt haben 31, 452. — Zustimmung des Eigentümers zur Löschung infolge Zerlegung einer G.? 11, 699. — die Hypothek des befriedigten Eigentümers Hyp. oder Grundschuld? 31, 452. — die der Rückgriffshypothek zugrunde liegende Forderung 31, 452; 4 358 f.; 6 428. — Briefbildung im Falle des § 1173 Abf. 2 31, 452. — f. auch Hypothek unter Befriedigung d. Zwangsvollstreckung. — Löschung der G. auf den Grundstücken Dritter wegen Tilgung durch einen der Grundstückeigentümer 2 2, 426.

Geschäft f. Erwerbsgeschäft, Handelsgeschäft, Geschäftsz. — G. als Gegenstand e. Pachtvertrags 11, 378. — Verträge über Veräußerung e. G. formpflichtig? 5 127. — Zulassung e. bestimmten Jahresumfasses beim Verkauf e. G. 11, 346; 2 1, 278; 5 192. — Mitübergang e. Warenzeichens als Zubehör b. Verkauf e. G. 11, 223. — Eigentumsvorbehalt an e. verkauften G. 2 1, 273; 31, 215. — Kundschaft e. G. als Gegenstand d. Verkaufs 4 150, 153, 161; 5 187 f. — § 363 BGB. auf den Kauf e. G. mit Kundschaft anzuwenden 5 150. — Verkauf e. G. mit Inventar u. Kundschaft (§§ 433 ff.), insbes.

(Geschäft)

§§ 459 ff. BGB. anwendbar? 4 161; 7 201 (f. Kauf). — Verkauf e. G. samt Kundschaft, Verpflichtung d. Verkäufers z. Unterlassung d. Konkurrenz nach Treu u. Glauben. 4 70.

Geschäftsaufgabe. — Einfluß auf e. vorher abgeschlossenen Bezugsvertrag 6 95.

Geschäftsbedingungen. — stillschweigende Unterwerfung unter die zugesandten oder allgemein veröffentlichten G. i. Stillschweigen, Erfüllungsort. — stillschweigende Unterwerfung unter die von e. Transportgesellschaft aufgestellten G.; ungenügende Bekanntmachung 6 677, 720. — Abschluß ohne Erwähnung der dem Käufer nicht zugesandten allgemeinen Geschäftsbedingungen d. Verkäufers, wenn Käufer wußte, daß Verkäufer in der Regel nur unter diesen Bedingungen abschließt 6 680, 720. — erst nachträglich mitgeteilte 7 69. — früher übersandte allgemeine G. als selbstverständlicher Bestandteil späterer Verträge 7 66, 661.

Geschäftsbesorgung f. Auftrag, Dienstvertrag, Werkvertrag. — Begriff; „Geschäft“, „Geschäftsführung“ u. „G.“ 1 1, 405 f., 407 ff., 414; 2 1, 403 ff., 409 f.; 3 1, 284; 4 207; 5 267, 269; 6 260. — Begriff, Bedeutung der Unternehmung im § 675 1 1, 407; 2 1, 323; 4 216 f. — Haftung d. Geschäftsbesorgers i. S. d. § 675 für Substituten 4 221. — Übernahme d. Prozeßvertretung durch d. Anwalt als Vertrag i. S. d. §§ 611, 675 2 1, 405; 3 1, 284; 7 280. — Vertrag mit Patentanwalt (f. diesen) 7 281. — Postanweisungvertrag; Rechtsnatur 7 281. — Güterverwaltung 7 281. — Verhältnis zwischen Gerichtsvollzieher u. Partei nach § 675 zu beurteilen? 1 1, 409; 4 221; 7 281 (f. Gerichtsvollzieher). — Vertrag zwischen Kunststübureau u. Antragenden als Werkvertrag i. S. des § 675 3 1, 285; 5 267. — G. i. S. des § 675: Tätigkeit des Aufsichtsrats einer A.-G. 2 1, 404. — Einkassierung u. Beitreibung von Forderungen 5 264. — fristlose Kündigung von Dienstverträgen d. § 675 5 265. — Auftrag zum Erwerb eines Grundstücks behufs Übertragung auf den Auftraggeber 6 261. — ärztliche Tätigkeit? 6 260 (f. Arzt). — auf den Erwerb von Grundeigentum gerichteter Auftrag zur Geschäftsbesorgung der Form des § 313 BGB. bedürftig? 7 280.

Geschäftsfähigkeit vgl. Handlungsfähigkeit, Minderjährige, Vormundschaft vorläufige, Zurechnungsfähigkeit. — Einfluß d. Staatsangehörigkeit 1 2, 353, 354. — analoge Anwendung des Art. 7 Abs. 3 BGB. auf im Ausland geschlossene Geschäfte? 1 2, 354. — Einfluß eines Wechsels

der Staatsangehörigkeit auf die einmal erworbene Volljährigkeit; analoge Anwendung des Art. 7 Abs. 2 BGB. 1 2, 354. — Geschäftsfähigkeit einer ausländischen Ehefrau oder einer ausländischen, im Inland ein Geschäft treibenden Ehefrau 1 2, 354. — maßgebendes Recht für die als Folge des ehelichen Güterrechts eintretenden Verfügungsbeschränkungen 1 2, 354. — Anwendung des Art. 7 Abs. 3 BGB., wenn das Rechtsverhältnis nicht nach deutschem Recht zu beurteilen ist 1 2, 354. — Begriff 1 1, 60. — G. bei Fähigkeit zu wirtschaftlicher Besorgung im Haushalt trotz festgestellter krankhafter Störung? 7 30. — Voraussetzungen d. freien Willensbestimmung (§ 104 BGB.) 7 30. — G. u. Prozeßfähigkeit 2 1, 39. — Verhältnis z. Wechselfähigkeit 2 1, 39. — Beweislast bezügl. d. G. 2 1, 39, 40; 3 1, 32. — G. umfaßt nicht die Fähigkeit zur Entgegennahme von Willenserklärungen 2 1, 39. — G. der juristischen Personen 1 1, 20, 25, 28; 2 1, 39; 3 1, 16. — Wechsel in der G. im Verlauf e. rechtsgeschäftl. Vorgangs 2 1, 63. — Zeitpunkt d. Absendung e. Willenserklärung entscheidend bezügl. d. G. des Handelnden 2 1, 62. — vom Mündel am Tage vor seiner Volljährigkeit abgesandte, erst nach Eintritt d. Volljährigkeit zugegangene empfangsbedürftige Willenserklärung 2 1, 691. — unbefchränkte G. als Eigenschaft im Sinne d. § 119 BGB. 2 1, 53. — Aushändigung v. Telegrammen u. Postsendungen an Geschäftsunfähige oder Geschäftsbeschränkte; Ersatzempfänger 6 40, 41. — Hinterlegung d. Schuldeners wegen zweifelhafter G. 3 1, 178. — Prüfung durch den Grundbuchbeamten 2 2, 405; 5 972.

B e s c h r ä n k t e G. — Wesen 1 1, 161. — Eintritt erst mit Wirksamkeit d. Entmündigung; Geschäftsbeschränkter als Vertreter in Angelegenheiten d. freiwilligen Gerichtsbarkeit 1 1, 106. — Geschäftsbeschränkter als mittelbarer Vertreter 1 1, 107. — Wohnsitz Geschäftsbeschränkter 2 1, 6. — Mahnung durch Geschäftsbeschränkte konsensbedürftig 2 1, 199. — Bewilligung d. Hypothekeneintragung d. Geschäftsbeschränkten 3 1, 33. — Aufnahme e. notariellen Urkunde mit e. Geschäftsbeschränkten 3 2, 241 (vgl. Urkunde öffentl.). — Idioten 2 1, 40. — Homosexuelle 3 1, 2, 32. — Eintragung von Beschränkungen ins Grundbuch 2 2, 405. **G e s c h ä f t s u n f ä h i g k e i t.** — Idioten 2 1, 40. — Homosexuelle? 3 1, 2, 32. — Wohnsitz Geschäftsunfähiger 2 1, 6. — Abgabe e. Willenserklärung gegenüber Geschäftsunfähigen 1 1, 79; 2 1, 63. — rechtzeitiger Zugang an den Geschäftsunfähigen, aber verspäteter an den gesetzl. Vertreter 3 1, 44. — Geschäftsunfähige

als Adressaten e. privatadressierungsbedürftigen Erklärung 4 41. — an Geschäftsunfähige adressierte empfangsbedürftige Erklärung gilt zugleich an den gesetzl. Vertreter adressiert 4 41. — negotiorum gestio durch Geschäftsunfähige 2 1, 414, 416; 4 224. — negotiorum gestio für Geschäftsunfähige, insbes. ohne gesetzliche Vertreter 2 1, 418; 4 224. — Unterschied zwischen Geschäftsunfähigkeit u. Verfügungsbeschränkung 2 1, 39. — infolge Entmündigung wegen Geisteskrankheit 4 27; 5 28. — Zustand des § 104 Ziff. 2 BGB. 1 1, 61; 2 1, 39, 40, 41; 3 1, 32; 4 27; 5 28. — lucida intervalla bei Geisteskranken i. S. d. § 104 Ziff. 2 u. 3 BGB. 5 27, 28. — Wegfall des Grundes d. § 104 Ziff. 2 BGB. 5 28. — Beweislast bezügl. d. Einrede der Geschäftsunfähigkeit 2 1, 39, 40. — Bewußtlosigkeit i. S. d. § 105 BGB. 1 1, 61; 2 1, 41. — keine Hemmung d. gesetzlichen Annahmefrist infolge nachträglich eintretender Geschäftsunfähigkeit d. Differenzen 2 1, 77, 78. — nachträglich eintretende Geschäftsunfähigkeit der Einwilligenden 2 1, 92. — Geschäftsunfähigkeit d. Machtgebers berührt nicht d. Bestand d. abstrakt erteilten Vollmacht 2 1, 84. — Ruhen d. Vollmacht bei eintretender Geschäftsunfähigkeit d. Bevollmächtigten 2 1, 85. — Einfluß d. Geschäftsunfähigkeit eines von mehreren Kontrahenten auf die Vertragsgültigkeit 4 48, 153 (Gesamt-schuldverhältnis). — Einfluß auf die Einigung zwecks Besitzübertragung 1 1, 510. — Aufgabe des Besitzes durch die Erklärung des Geschäftsunfähigen, den Besitz nicht mehr haben zu wollen 1 1, 512. — Besitzverlust solo animo? 2 1, 527. — Fähigkeit zum Besitz 1 1, 508; 6 348. — zum Eigenbesitz 2 1, 529; 4 314; 6 348. — der Geschäftsunfähige ausgeschlossen von der Anerkennung u. Erziehung 4 314.

Geschäftsführung ohne Auftrag.

Begriff. Allgemeines. — Zulassung auftragsloser Geschäftsführung in der freiwilligen Gerichtsbarkeit (s. diese) 7 988. — Wesen 1 1, 59; 2 1, 410, 414; 3 1, 288; 4 222; 6 262 (Rechtsgeschäft?). — „Geschäft“, „Geschäftsbevorzugung“, „Geschäftsführung“ s. unter Geschäftsbevorzugung, „für einen anderen“, subj. u. obj. fremde Geschäfte 1 1, 410; 2 1, 410 f., 423; 3 1, 287, 292; 4 288. — Blankettwille 1 1, 105, 411; 2 1, 411. — Anwendung der §§ 116 ff.? 6 262. — „wirklicher oder mutmaßlicher Wille des Geschäftsherrn“ 1 1, 411; 2 1, 417 f.; 4 223; 5 268; 6 263. — „Interesse“ 2 1, 417; 4 222, 223; 5 267; 6 263. — Beweislast bzgl. des Interesses u. Willensriteriums 2 1, 418. — „ohne Auftrag u. sonstige Berechtigung“ 2 1, 412 (Beweislast bzgl. dieser Negative); 2 1, 413. — Bornahme d. Geschäftes wegen mit-

bestehenden eigenen Interesses 7 283. — als Schenkung 2 1, 289. — nützliche G. o. N. als Grund des Ausschlusses d. Rechtswidrigkeit 5 81. — Frage des Obligationsinteresses im Gebiet d. neg. gest. 2 1 117. — vertragmäßige Bezahlung aller in e. Krankenhaus entstehenden Verpflegungskosten durch d. Stadtgemeinde 5 269. — Ausbau einer Straße durch einen Anlieger als G. für die anderen Anlieger? 6 262. — Miterbe bei Verwaltung d. Nachlasses als G. o. N. 7 283. — Materialienbestellung seitens des Mannes für e. Frau seiner in Gütertrennung lebenden Frau 7 283. — Wahlagation als G. o. N., Ersatz der vom Kandidaten ausgelegten Kosten durch d. Wahlverein? 7 283, 284. — Unterhaltsgewährung an d. von ihrem Mann getrennt lebende Tochter seitens des Vaters; Ersatzanspruch gegen den Chemann? 7 283. — Kellner, der am Büfett d. vom Gast bestellten Speisen u. Getränke bezahlt als G. o. N. des Gastes 7 284. — ärztliche G. o. N. 1 1, 411; 2 1, 420; 3 1, 287, 289 ff.; 4 223, 224 f.; 5 80 f., 269, 271; 6 263 (operative Eingriffe gegen den Willen des Patienten); 7 284. — Behandlung e. Kassenranken durch e. Nichtkassenarzt 5 271. — Konkurrenz d. Anspr. aus Dienstvertrag u. G. o. N. im Falle der ärztlichen Behandlung der Ehefrau 5 269, 461 (s. Arzt, Ehefrau). — Erstattungsanspruch d. Ortsarmenverbands gegen den nachträglich zu Vermögen gekommenen Armen 7 285 (s. Armenverband). — Verhältnis der §§ 677 ff. zu § 437 BGB. 4 222. — Geschäftsführung o. N. des Finders 3 1, 288. — Hilfeleistung bei Brandunfällen 6 262; 7 282, 283. — G. o. N. des Entleiher's bei Verwendungen auf die Sache 6 262. — Aufwendungen zwecks Löschung e. Brandes, insbesondere im Fall irriger Annahme e. hierzu gegenüber dem Staat bestehenden Pflicht 7 282, 283. — Mahnung durch neg. gestor 2 1, 87. — Verkauf e. Grundstücks für eine noch zu gründende Gesellschaft 6 262. — Zurück-tigung eines fremden Kindes 3 1, 289; 4 223; 5 81; 6 262. — Ausschluß der Rechtswidrigkeit, Handlungen d. neg. gestor bei deren zu erwartenden Genehmigung durch d. Geschäftsherrn 5 82. — keine Verpflichtung d. neg. gestor zur Beendigung e. begonnenen Geschäfts 5 268. — Überschreitungen des Etatsfonds 4 222. — Geschäftsunfähige oder beschränkte als gestores 2 1, 414, 416; 4 224; 6 262. — Anwendung der §§ 107, 111 bei beschränkt geschäftsfähigen Geschäftsführern 6 262. — Tilgung fremder Schulden 5 270. — Intervention 5 271. — Auslobung von Finderlohn durch d. gestor 2 1, 421. — Verwandlung e. Ur-

(Geschäftsführung ohne Auftrag)
kundenfälschung durch Genehmigung in
e. G. o. A.? 21, 291.

Gegen den Willen des Ge-
schäftsherrn verstoßende G.
— Allgem. 21, 414 f.; 5 268. — Bei-
spiele von im öffentlichen Interesse auf-
erlegten Pflichten 11, 410; 21, 415;
31, 289. — insbesondere öffentl. rechtl.
G. o. A.; Unterstützungen auf Grund d.
UWohnG., UWG., KranzG. 21, 415; 31,
289; 4 223, 224; 5 269; 6 262 (s. Armen-
verband). — Selbstmörderhinderung 21,
415; 31, 288; 5 81, 268. — prozessuale
Bedeutung d. § 679 21, 415. — Erbsch-
anspruch des Arztes gegen den Orts-
armenverband (s. 679) 7 283. — Handeln
auf eigene Gefahr bei Übernahme un-
gewöhnlicher Geschäfte (§ 678) 31, 288. —
Verletzung des Affektionsinteresses als
Schaden i. S. d. § 678 21, 414.

Zwecks Abwendung einer Ge-
fahr. — Haftung d. gestor bei Ab-
wendung drohender Gefahr 21, 416; 31,
289; 4 223. — § 680 auch auf d. Über-
nahme d. gestio anzuwenden 4 223. —
keine Verrechnung des durch d. G. o. A.
geretteten Sache auf den Ersatz des
durch culpa lata verursachten Schadens
31, 289.

Anzeige pflicht d. gestor 31, 291;
5 269. — Anzeigepflicht d. für d. Schuldner
d. Prämien zahlenden Pfandgläubigers
e. Lebensversicherung? 7 283.

Ansprüche des Geschäftsführ-
ers. — dem § 681 zuwider gemachte
Aufwendungen des gestor 21, 416. —
Begründung d. Erbsch. anpr. d. neg. gestor
wegen Aufwendungen 4 219. — „Über-
nahme“ und „Ausführung“ im Sinne des
§ 683 21, 416; 4 224. — „Interesse“,
„wirklicher“, „mutmaßlicher“ Wille nach
§ 683 6 263. — Ersatz der Aufwendungen,
wenn das Vermögen des Geschäftsherrn
nicht um deren vollen Betrag vermehrt ist
7 283. — Ersatz der Aufwendungen bei
d. Wandelung 7 284. — für geschäfts-
unfähige Personen, insbesondere ohne
gesetzlichen Vertreter 21, 418; 4 224. —
Bedeutung e. Verbots f. d. G. o. A. 21,
418. — Haftung des Geschäftsherrn f.
zufällige Verluste? 21, 419; 4 219 f. —
Vergütung für berufliche Tätigkeit 11,
407; 21, 399 f.; 31, 284; 4 220; 5 270.
— Verjährung der Ansprüche aus d. G. o.
A. 11, 411; 21, 95. — Einzelfälle aus d.
Rspr. zu § 683 31, 291; 5 271. — Kritik
d. § 684 11, 411; 21, 422. — Wille,
fremde Geschäfte zu führen, als Voraus-
setzung d. Bereicherungsanspruchs nach
§ 684 7 284. — Genehmigung der G.
11, 411; 21, 422.

Geschäftsführung u. Schen-
kungsabsicht. — Beweislast 11,

412; 21, 423; 6 263. — Bestehen-
bleiben d. Schadenersch. ansprüche? 11,
412; 21, 422. — beschränkter animus
donandi 21, 423; 5 271. — Erbsch. anpr.
gegen dritte Unterhaltspflichtige durch
§ 685 II nicht berührt 4 225. — § 685 II
auch bei Vorhandensein unterhalts-
pflichtiger Zwischenglieder 5 271. —
Unterhaltsgewährung d. Schwiegerohnes
an d. Schwiegermutter ersatzfähig 5 271.
— Erbsch. anpr. der Mutter einer Ge-
schwängerten gegen d. Schwängerer durch
§ 685 Abs. 2 nicht berührt 6 263. — vom
Kinde für die Eltern gezahlte Steuern
u. Zinsen 7 284. — Geschäftsführung e.
Kindes für seine Geschwister 7 284. —
Unterhaltsgewährung an Kinder 7 284.

Irrtum d. gestor über die
Person des Geschäftsherrn
b. fremder Geschäften 21, 411,
423. — bei neutralen Geschäften 11, 412,
423.

Führung eines fremden Ge-
schäftes als eigenes. — „unechte“
G. o. A.? 11, 412; 21, 423. — Wissen-
müssen d. Wissen im § 687 II nicht gleich-
gestellt 31, 292. — nicht betroffen von
§ 687 II: Beforgung e. fremden Geschäfts
im Auftrag e. Dritten 21, 411, 414, 424.
— Vertragschluß im fremden Namen f.
eigene Rechnung 31, 292. — Benutzung e.
Warenzeichen durch e. Unberechtigten
31, 293. — bösgläubiger Verkauf e.
gepfändeten Sache durch d. Gläubiger
als Fall d. § 687 II 21, 424. — Unter-
stützung durch einen Armenverband insolge
irrtümlicher Annahme einer bestehenden
Pflicht 6 263.

Geschäftsgebräuche f. Handelsgebrauch.

Geschäftskundschaft f. oben Geschäft, Kunds-
schaft, unerlaubte Handlung (§ 826). —
G. als Gegenstand e. Kaufes 4 150, 158,
161; 5 187 f. — Abpöntigmachen d.
Kundschaft seitens d. Verkäufers d.
Geschäftes 7 131.

Geschäftsübergang (§ 25 HGB.) f. Firma
unter Übergang des Firmenrechts, Ge-
schäft, Eintritt.

Übergang unter Lebenden. —
von § 25 HGB. abweichendes ausländisches
Recht 4 531. — Geschäft im Sinne des
§ 25 HGB.; Übergang d. Warenlagers
u. Inventars nötig? 7 594, 617. — Ver-
äußerung nur eines Geschäftszweiges u.
Weiterführung des alten Geschäftes 3 2,
10; 5 642; 7 594. — teilweise nur die Fort-
führung d. Hauptzweige ermöglichende
Geschäftsveräußerung 2 2, 27; 3 2, 10;
6 610. — Forthaftung des Veräußerers
bei Nichteintragung im Register 2 2, 37. —
Vorbehalt e. untergeordneten Geschäftsz-
weigs seitens des Veräußerers 5 642. —
Veräußerung einer Zweigniederlassung
(f. diese) 2 2, 27; 6 610; 7 594.

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite;

— Veräußerung des Geschäftes eines Minderkaufmanns 2 2, 30; 4 561 (mit Etablissemensnamen); 5 643. — Wiederüberlassung des Fabrikantewesens seitens des Konkursverwalters an den Gemeinschuldner 2 2, 30. — Anwendung des § 25 bei Übernahme des Geschäftes einer aus Minderkaufleuten bestehenden Gesellschaft 3 2, 11, 14. — Umwandlung einer offenen Handelsgesellschaft oder Kommanditgesellschaft in das Geschäft eines Einzelkaufmanns fällt unter § 25 HGB. 2 2, 30. — Geschäftsübergang durch Pacht, Nießbrauch, Anwendung d. § 25 HGB. 2 2, 31; 5 641. — Nießbrauch an einem Geschäfte (des Eheannes) 4 561; 5 642. — N. an einem Handelsgeschäft: Vertragsform, rechtliche Natur, Übergang der Firma; Eintrag des Nießbrauchers als Inhaber im Handelsregister; Eigentumserwerb des Nießbrauchers; Umschreibung der Firma nach Erlöschen des Nießbrauches 5 641, 642, 643. — analoge Anwendung des § 25 HGB. bei Zurücknahme des verpachteten Geschäftes seitens des Verpächters oder bei Zurücknahme nach Enden des Nießbrauchs 5 642. — Übergang der gewerblichen Auszeichnungen auf den Erwerber 5 643. — Übertragung e. Handelsgeschäftes kein Fall des § 419 BGB. 1 1, 330. — Mitübergang d. Handelsbücher 6 609. — Übertragung des Geschäftes seitens einer liquidierenden Gesellschaft 6 609. — Einfluß des § 25 HGB. auf nicht abtretbare Forderungen 6 170. — vertragliche Übernahme d. Vermögens e. N.-G. im ganzen seitens e. Dritten (§ 303 HGB.); Haftung d. Übernehmers trotz Nichtfortführung der Firma 7 649. — Mitübergang des Warenzeichens 7 618, 1139. — Übertragung auf e. N.-G.; Firma 2 2, 28, 29. — in Zweifel Übergang d. Passiva anzunehmen 5 641. — Verkauf e. Geschäftes mit Firma ohne Aktiva u. Passiva 3 2, 9, 10 (2). — Erwerb e. Geschäftes aus der Hand des Konkursverwalters 3 2, 11, 12, 255, 274; 4 561. — Pflicht des Verkäufers, auch ohne Vereinbarung jeden die Übertragung der Rundschaft verhindernden Geschäftsbetrieb zu unterlassen 5 641 (f. Geschäft). — Geltung des § 313 BGB. bei Übergang e. Geschäftes mit Immobilien 1 1, 220; 3 1, 154 (f. Form des Immobilienvertrags). — „Fortführen der Firma“ bei Benutzung noch vorhandener Akverts ohne Absicht dauernden Firmengebrauchs 6 610. — Fortführung der Firma m. geringfügigen Veränderungen oder Zusätzen 6 610. — bloßes Weibehalten des Ladenschildes als Firmenfortführung? 2 2, 30. — Nichtgebrauchmachen des Übernehmers von dem Recht z. Firmenfortführung 2 2, 30. — Vereinbarung des Ausschlusses e.

den Geschäftsgläubigern gegenüber wirklichen Täuschungsanfechtung des Erwerbers 6 610. — § 419 BGB. u. § 25 HGB., wenn das übergebene Geschäft das ganze Vermögen des Veräußerers darstellt 7 594. — Fortführung e. fallierten Geschäftes 7 617.

Schuldenhaftung b. Geschäftsübernahme mit Firma unter Lebenden (§ 25 HGB.). — analoge Anwendung des § 130 HGB.? 2 2, 93. — im internen Verhältnis zwischen Erwerber u. Veräußerer 2 2, 30. — bei Erwerb eines von mehreren Geschäften desselben Verkäufers 2 2, 30. — Fortführung zweier erworbenener Geschäfte unter Verbindung der beiden Firmen zu einer neuen 2 2, 31. — Einwand der Ungültigkeit des Übernahmevertrags seitens des Erwerbers 2 2, 31. — Begriff der „Geschäftsverbindlichkeiten“ 3 2, 11. — bedingte, betagte Verbindlichkeiten 7 594. — Haftung des Erwerbers für die vom Vorgänger mit seinem bürgerlichen Namen gezeichneten Schuldscheine 4 561. — Anfechtung der Geschäftsübernahme gegenüber dem Gläubiger 4 561; 6 610. — Übernahme der Pflicht, die Firma zu ändern, als Geschäftsverbindlichkeit 4 561. — Haftung des Erwerbers für Schulden, die der mehrere getrennte Geschäfte betreibende Veräußerer durch Vereinbarung mit dem Gläubiger als Schuld des nachher veräußerten Geschäftes erklärt hatte, obwohl sie nicht in diesem Betrieb entstanden waren 5 643. — dem Erwerber nicht bekannt gewesene Verbindlichkeiten 6 610. — Anwendung des § 25 bei Übergang eines in der Hand des Veräußerers nicht selbständig gewesenen Geschäftes 6 610. — Haftung des Erwerbers für die vom bisherigen Geschäftsinhaber als nicht bestehend bezeichneten Schulden 7 595. — Haftung des Veräußerers für die von ihm bestellten, dem Nachfolger gelieferten Waren 2 2, 31; 3 2, 11. — Verjährung der Haftung des Veräußerers; Lauf der Verjährungsfrist bei Unkenntnis des Gläubigers 2 2, 32. — Verjährung von rechtskräftig festgestellten Forderungen 2 2, 32. — Lauf der Verjährungsfrist bei Veräußerung einer Zweigniederlassung 2 2, 32.

Übergang der Forderungen bei Übernahme von Geschäft und Firma unter Lebenden (§ 25 HGB.). — Anzeige an die Geschäftsschuldner nötig? 2 2, 30. — Recht des Schuldners auf Vorlage einer Abtretungsurkunde (§ 410 BGB.)? 2 2, 30. — über die Frage, wann „Fortführung der Firma“ vorliegt, f. oben Schuldenhaftung. — gelten Hypotheken als stillschweigend mitveräußert? 3 2, 10, 11. — Übergang von

(Geschäftsübergang)

Rechten des Übergabers aus e. Konkurrenzverbot 6 610 (s. Konk.-Verbot). — Forderungen aus gegenseitigen, noch nicht erfüllten Verträgen 6 610 (s. diese). — betagte, bedingte Forderungen 6 610. — Anspruch auf Akfordsumme aus e. noch nicht ausgeführten Bauverträge 6 610.

Abweichende Vereinbarung über Schulden- u. Aktiven-Übergang (§ 25 Abs. 2). — Vereinbarung bezüglich einzelner Posten 2 2, 31. — Verzögerung des Eintrags im Handelsregister 2 2, 31, 32; 3 2, 12. — Folgen unwahrer Eintragungen im Register 2 2, 31. — Deutlichkeit des Registereintrags 2 2, 31. — Kenntnis des Dritten vom Haftungsausschluß, die weder auf Registereintrag noch auf einer Mitteilung seitens des Erwerbers oder Veräußerers beruht 3 2, 12; 5 643. — Mitteilung a. d. Inkassomandat 3 2, 12. — i. Zweifel Übergang d. Passiva anzunehm. 5 641. — Verkauf e. Geschäftes mit Firma ohne Aktiva u. Passiva 3 2, 9, 10. — „Bekanntmachung“ durch Inserat in Fachblättern 6 610. — Wirkung der gegenüber dem Bedenten erfolgten Mitteilung gegen den Fessionar 6 611. — Eintrag e. abweichenden Vereinbarung bzgl. der Forderung aus dem Geschäftsverkehr mit e. Zweigniederlassung im Handelsregister der Zweigniederlassung 6 611. — Prüfungsrecht d. Registerrichters bei Anmeldung 6 611. — Recht des Erwerbers im Fall des § 25 Abs. 2, sich gegenüber e. Dritten, auf den die Forderung ohne sein Wissen durch rechtsgeschäftliche oder gesetzliche Fession, (§ 774 BGB.) übergegangen war, auf die dem bisherigen Gläubiger gemachte Mitteilung über Haftungsausschluß zu berufen 7 594, 595. — Notwendigkeit u. verzügl. e. Mitteilung nach § 25 Abs. 2 im Fall Nichteintragung in das Register 7 595.

Ohne Übergang der Firma (§ 25 Abs. 3). — Vereinbarung der Grenze, bis zu der der Erwerber für die Schulden haften soll 2 2, 31. — „Übernahme aller Schulden“ im Vertrag ist kein „besonderer Verpflichtungsgrund“ nach Abs. 3 2 2, 32. — Begriff der „Geschäftsverbindlichkeiten“ 3 2, 11. — Anwendung d. §§ 419, 1085, 1086 BGB. (Haftung des Übernehmers mit den übernommenen Gegenständen) bei Nichthaftung nach § 25 Abs. 3? 5 643. — keine Anwendung des § 25 Abs. 3 auf Minderkaufleute 5 643. — Pflicht d. Erwerbers, e. von ihm eingegang. Konkurrenzverbot auch f. Nachfolger aufzuerlegen 7 595 (s. Konkurrenzverbot).

Übergang von Todes wegen. — Übergang e. im Handelsregister nicht

eingetragenen Geschäftes auf mehrere Erben; Haftung 2 2, 18. — Übergang auf mehrere Erben; Bildung e. off. S.-G.? 2 2, 28 (2), 33; 3 2, 12; 4 580 (s. off. S.-G., Miterben). — Übergang auf einen Vorerben 2 2, 28. — Erwerb durch Vermächtnis; Anwendung des § 25 HGB.? 2 2, 30, 31 (2) (Anordnung des Übergangs d. Passiva); 5 643. — Eintragung der durch Vollmachtserteilung d. Erben begründeten Vertretungsbefugnis einzelner Erben 7 595.

Schuldhaftung der Erben (§ 27 HGB.; vgl. Erbenhaftung) 1 2, 225. — Anwendung des § 27 bei Geschäften von Minderkaufleuten? 2 2, 32 (s. 3 2, 11). — Gesamtschuldverhältnis zwischen d. Schuld d. Erben u. d. d. Erblassers 2 2, 32. — „Geschäftsverbindlichkeiten“ des Erblassers; Anwendung des § 344 Abs. 1 u. 2 HGB.? 2 2, 32. — kann der das Geschäft über die Frist des § 27, 2 weiterführende Erbe die aufhebende Einrede des § 2014 BGB. erheben? 2 2, 33. — Haftung d. Erben für die von ihm selbst geschlossenen Geschäfte 1 2, 219.

Beschränkung der Erbenhaftung nach Abs. 2 (§ 27). — besteht während der Frist des § 27 Abs. 2 eine aufschiebend bedingte Haftung des Erben? 2 2, 32. — Abwendung der Haftung seitens des Erben durch Eintrag in das Handelsregister gemäß § 25 Abs. 2? 2 2, 32/33 (2); 3 2, 12, 13. — bei Weiterveräußerung des Geschäftes durch den Erben 2 2, 33; 3 2, 13. — keine Haftungsbeschränkung bei Fortführung des Geschäftes unter anderer Firma 2 2, 33; 3 2, 13. — Einfluß der Anordnung einer Nachlasspflegschaft 2 2, 33. — Wirksamkeit der vom Erben während der Schwebzeit vorgenommenen Rechtsgeschäfte (aufschiebbare Geschäfte) 2 2, 33. — Fortführung des Geschäftes ohne die bisherige Firma 3 2, 13. — Einstellung des Geschäftsbetriebes bei mehreren Erben 3 2, 13.

Geschäftsveräußerung s. Geschäftsübergang. — Zusicherung d. Verkäufers, den Käufer mit Rat und Tat zu unterstützen 5 694. — als Handelsgeschäft nach § 344 Abs. 1 HGB. 2 2, 205; 6 676; 7 656, 662, 663. — Pflicht d. Verkäufers z. Herstellung e. Inventars? 7 656.

Geschäftsverbindung s. Stillschweigen. — Bedeutung der bei dem ersten Geschäft getroffenen Vereinbarung für die späteren Abschlüsse 4 617; 7 661. — Abbrechen gegen Treu und Glauben 5 52.

Geschäftsverteilung bei den Gerichten s. Ferienfachen. — Verletzung des Planes, Revision? 3 2, 327. — Verletzung des § 63 BGB. 3 2, 327. — Hilfsrichter bei im Laufe des Jahres neugebildeten Senaten 3 2, 328; 4 660. — Abänderung im

Laufe des Jahres: der Wechsel einzelner Mitglieder einer Kammer berechtigt zur Änderung der Besetzung auch bezüglich der verbleibenden 4 659. — Anzuständigkeit des O.G.-Präsidenten zur Befreiung eines Richters wegen Geschäftsüberlastung 5 741. — von der Justizverwaltung zugewiesener Vertreter; ihre Zuteilung 4 659. — Einrede, daß ein Prozeß nach der O. vor eine andere Kammer gehöre 5 793 (f. prozeßhindernde Einrede). — mangelnde Bestimmung über Vertretung in der Ferienordnung 3 2, 327. — Präsident u. Direktoren als zeitweilige Vertreter eines verhinderten ständigen Kammermitgliedes 3 2, 327. — Art der Bestimmung der regelmäßigen Stellvertreter 6 733. — Zuständigkeit d. Präsidenten zur Anordnung nach § 64 O.G. bei Änderung der O. während des Jahres 6 733.

Geschlechtskrankheit. — Haftung f. Inhaftierung m. e. O. 2 1, 126, 493 (vgl. unerf. Handlung); 3 1, 342. — eigenes Verschulden bei O. 3 1, 104, 342. — O. als Fall unverschuldeter Arbeitsverhinderung (§ 616) 4 197. — O. als wichtiger „Grund“ f. d. sofortige Kündigung aus § 626 2 1, 361 (f. Dienstvertrag, Handlungsgehilfe).

Geschmacksmuster f. Urheberrecht an Mustern u. Modellen.

Geselle f. Arbeitsvertrag, gewerbl. Arbeiter. — Begriff 4 953. — Heimarbeiter u. Hausgewerbetreibender als Gesellen (§§ 100 f. GewD.) 4 953. — Anwendung d. § 122 GewD. auf Stücklohnarbeiter 4 961. — Kündigungsausschluß durch einen Auszug in d. Fabrik 4 961. — stillschweigende Kündigungsvereinbarung; insb. bei Befehlen e. Kollektivarbeitsvertrags 4 961. — Vereinbarung „täglicher Kündigung“ 4 961. — Vereinbarung „stündlicher Kündigung“ 4 961 (2).

Gesellschaft.

Übergangsrecht. — Rechte u. Pflichten bei vor 1900 gegründeter O. 6 266. — zu Art. 2 Abs. 1 bay. G. v. 9. VI. 99 betr. die Übergangsvorschriften zum BGB. 6 266. — Anwendung des § 723 auf vor 1900 begründete O. 1 2, 418; 2 1, 787; 4 544. — Anwendung des Art. 170 BGB/O.G. auf O. des alten Rechts 2 1, 786. — vor 1900 geschlossen, wegen Formmangels ungültige, nach BGB. nicht mehr formbedürftige O. 2 1, 786. — Anwendung des § 717 auf O. des alten Rechts 4 543. — vor 1900 begründete, aber erst nach 1900 in Wirksamkeit tretende O. 4 544. — gerichtl. Ernennung von Liquidatoren bei O. des alten Rechts 5 626. — Vertretungsmacht der Mitglieder bei O. alten Rechts 6 594. — solidarische oder Anteilhaftung der Mitglieder bei vor 1900 errichteter O. 6 594. — Ausschluß oder Beschränkung d. Kündigungsrechtes bei O. des alten Rechts

1 1, 423; 4 232; 6 268. — anzuwendendes Recht für die Frage der Abtreubarkeit von Ansprüchen aus einem altrechtl. O.-svertrag 7 585 (f. Zwangsvollstreckung gegen O.).

Allgemeines. — Wesen 6 265. — Unterschied zwischen Verein u. O. 1 1, 37; 3 1, 10, 18; 4 13, 228; 5 274; 7 289. — Vereinsgründung nicht Abschluß e. O.-svertrages 2 1, 16. — § 29 BGB. unanwendbar 3 1, 15. — Anwendung der für die nicht rechtsfähigen Vereine gegebenen Vorschriften (§ 54 BGB., §§ 50, 735 P.B.D., § 213 R.D.) 1 1, 417. — Verhältnis zum Dienst-, Arbeits-, Pachtvertrag 2 1, 316, 432; 3 1, 296, 325; 5 223, 276, 277; 6 265. — Abgrenzung vom Mäklervertrag 7 288. — Abgrenzung v. d. Handelsgesellschaft; eingetragene Gesellschaft Kleingewerbetreibender 7 288. — Anwendung der Gewährleistungsansprüche nach §§ 493 f. auf den O.-svertrag 3 1, 226. — O. oder Kauf bei e. auf längere Zeit abgeschlossenen, den Vertrieb der Ware des einen Teils bezweckenden Vertrag 6 183. — Verleitung e. anderen zum Abschluß e. O. unter der Vorpiegelung, die den Vertragsgegenstand bildenden Waren zu einem höheren als deren tatsächlich ausgegebenem Preis erworben zu haben 7 68. — Gebührenbewertung e. Vertrags, durch den sich jemand z. Einlage e. Grundstücks in die O., d. Gegner z. Erwerb d. Grundstücks verpflichtet 7 296. — Verhältnis zur Gemeinschaft 1 1, 417; 2 1, 432 (2). — Gesellschaft oder Kauf? 6 265. — Verhältnis zum Mäklervertrag 1 1, 402; 4 211, 229; 7 288. — Auftrag oder O.? 4 218; 5 275. — O.- oder Werkvertrag 5 241, 275. — O. als Schulverhältnis 2 1, 432. — O.-svermögen als notwendige Voraussetzung 1 1, 417; 2 1, 432; 4 228; 5 274. — Prinzip der gesamten Hand 1 1, 417; 2 1, 432; 3 1, 296; 6 267 (f. Gesamthand). — gegenseitiger Vertrag? analoge Anwendung der §§ 320 ff.; Einrede des nicht erfüllten Vertrages 1 1, 225, 417; 2 1, 214, 432 f.; 3 1, 157, 297 (Rücktrittsrecht!). — Rücktritt nach § 326 3 1, 166, 300. — Anwendung der §§ 705 ff. auf Innengesellschaften 1 1, 417. — Konkurs über das O.-svermögen 1 1, 418; 2 1, 433 (f. unten). — besonderer Name, Firma einer O. 1 1, 418; 4 559; 5 274. — bedingte O. 5 275. — Vorverträge 1 1, 418. — Form des O.-svertrags bei Einbringung von Grundstücken oder in den Fällen des § 311 BGB. 1 1, 219, 418; 3 1, 297, 299; 4 229, 230; 7 289, 290 (f. Form d. Immob.-V.). — Notwendigkeit eines gemeinsamen Zwecks 1 1, 418; 2 1, 432; 4 229; 5 274. — unfittlicher oder unzulässiger Zweck 1 1, 418; 3 1, 297. — O. zur Hebung der bei Submissionen üblich gewordenen niedrigen Preise unfittlich?

(Gesellschaft)

7 289. — Nichtigkeit e. G.-svertrags wegen mangelnder Bestimmtheit d. Destinatare, e. Vertragsstrafe bei Kartellen? 7 289 (f. Vertragsstrafe). — G. mit Einbringung von durch e. Gesellschaft erst zu erwerbenden Grundstücken 7 289, 290 (f. unten). — G. zwecks gemeinschaftlichen Erwerbs von Grundstücken 7 290 (2). — G.-svertrag auf Erwerb u. Parzellierung e. Grundstücks durch e. Gesellschafter u. Verteilung d. Überschusses an die Gesellschafter 7 290. — Verzicht auf Gewinn u. Zurückverlangen d. Einlage; Anfechtung e. G.-svertrags wegen Irrtums u. Täuschung 7 290 (f. Anfechtung). — jur. Personen als Mitglieder 7 290. — bloß tatsächliche Fortführung d. auf nichtigem G.-svertrage beruhenden Betriebs keine Bestätigung (§ 141) 2 1, 70. — Recht d. Gläubigers, der den Anspruch auf Auszahlung der Auseinanderrechnungsquote g. e. Gesellschafter gepfändet hat, auf Vorlage des G.-svertrags? 6 294. — Gesellschafter als Geschworene bei Aburteilung eines gegen die G. gerichteten Betruges 5 278. — Festsetzung von Geldstrafen für die Mitglieder 1 1, 418; 2 1, 441; 4 230 (Strafen zur Erfüllung der Vertragspflichten; Anrufen des Richters gegen die Strafe). — Erb- u. Vermächtnisfähigkeit einer G. 4 230. — Verletzung d. Bergvertrags Eigentums an einem G.-sgrundstück an einen der mehreren Gesellschafter bei Teilungsab- lehnung der anderen 6 266.

§ ä l l e. — societates leonina 1 1, 418; 2 1, 433; 5 274. — Vertrag e. Arztes mit e. Vereinigung von Ärzten, keine neuen Verträge mit Kassen abzuschließen 7 288. — partiarische Rechtsgeschäfte (f. diese) 1 1, 418; 3 1, 296; 5 274, 275; 6 265. — Unterkonfornialvertrag bei Emission (f. diese) von Wertpapieren; Haftung 7 290. — Unterbeteiligung an einer GmBH. 4 230; 6 266. — Einbringen einer Färgerechtigkeit seitens des einen, der Geräte durch den anderen Gesellschafter 6 266. — Vereinbarung mehrerer Gläubiger zum gemeinsamen Erwerb eines Vermögenswertes des Schuldners; im Widerspruch hiermit vorgenommene Pfändung eines einzelnen 6 266. — im Eigentum e. Fabrik stehende Wollspinnkassette 7 289. — Arbeiterkolonnen 7 291 (f. Kolonnenarbeiter). — Vereinigung zweier Personen zu e. Vermittlungsgeschäft als Gelegenheits-G. 3 1, 277. — Vertrag, durch den ein Jagdpächter einem anderen die Mitbenutzung seiner Jagd gegen Entgelt gestattet 4 229; 5 219. — Anwesenenserwerb zur Weiterveräußerung auf gemeinsame Rechnung 1 1, 418; 3 1, 154 (Form); 4 229, 230. — Vereinigung zur Verwertung von Grundstücken ohne Einbringen derselben in die

G. 4 229, 230. — Verlagsvertrag bei prozentualer Beteiligung der Vertrags- teile 1 1, 418. — von Eheleuten gemeinschaftlich betriebenes Geschäft 4 230 (f. Ehegatten). — Zeichner zu dem Garantiefonds einer Ausstellung 1 1, 418. — Verbindung zweier Spediture als G. 4 230. — Verbindung von Rechtsanwälten 1 1, 418, 419; 5 275; 6 265; 7 290. — Vereinbarung, daß ein Darlehen bei Eintritt einer Verbindung als Gesellschaftseinlage gelten soll 5 222, 275. — Böhrgesellschaften 2 1, 433. — Sammlungen zu wohlthätigen oder gemeinnützigen Zwecken 2 1, 433; 3 1, 299; 4 231; 6 267. — Kartellverträge 2 1, 440; 4 229, 231 (Konkurrenzverbot); 5 274, 275; 5 278 (Kündigung); 7 289. — auf gemeinschaftliches Risiko unter Leitung e. Vorgesetzten arbeitende Musiker 3 1, 296. — Konjortien zur Begebung von Wertpapieren 3 1, 296, 297; 4 229; 5 275; 6 265 (f. Emission). — G. zum Zwecke gemeinsamen Vietens 3 1, 297; 4 218; 5 275. — G. zum gemeinschaftlichen Lotteriespiel; Kündigung vor Beendigung sämtlicher Klassen? 3 1, 297; 4 230 (Beginn der G.); 5 275; 6 267; 7 289, 291; Serienlos-G. 5 275, 279 (Tod eines Mitspielers). — Verbindung von Ärzten (mit oder ohne gleichzeitigen Betrieb e. Heilanstalt) 3 1, 298. — zusammengelegter Schulsprengel nach bayher. Recht 4 229.

Gesellschaft im Prozesse. — Klage u. Urteil gegen die G. oder die Gesellschafter? Leistung von Parteil. u. richterlichen Eiden 2 1, 436. — Klage des Vorstands im eigenen Namen, aber für Rechnung d. G.? 3 1, 299. — Recht d. Geschäftsführers z. Prozeßführung 7 292. — notwendige Streitgenossenschaft der Gesellschafter 1 1, 423; 2 1, 433, 435; 5 276, 755.

Rechte der Gesellschafter. — Vornahme der zur Erhaltung eines gemeinschaftlichen Gegenstandes nötigen Maßregeln durch einen von der Geschäftsführung Ausgeschlossenen 1 1, 420. — kein selbständiges Klagerecht des einzelnen G. gegen d. Gesellschaftsschuldner auch nicht pro rata u. bei Einverständnis der Mitgesellschafter 6 268. — Recht auf Gehör vor Fassung eines Majoritätsbeschlusses 1 1, 420. — Widerspruchsrecht, genereller Widerspruch 1 1, 420. — Verzicht auf das Widerspruchsrecht 1 1, 420. — Rechte eines Gesellschafters aus Vergleichung einer Gesellschaftsschuld oder einer im Interesse der Gesellschaft vorgenommenen Handlung während bestehender Gesellschaft 1 1, 421, 422; 2 1, 437. — Anspruch auf Rechnungslegung 1 1, 421; 3 1, 110. — Unübertragbarkeit des Anspruchs auf Rechnungslegung 1 1,

422; 2 1, 437, 438; 7 292 (bei Pfändung der Ansprüche d. Gesellschafters). — Zeitpunkt der Rechnungslegung 2 1, 439. — Kontrollrecht; Ausübung durch Stellvertreter, Zuziehung von Sachverständigen 1 1, 421, 422; 2 1, 437. — Klagerrecht e. Gesellschafters auf Leistung an alle 7 293. — Vorrang e. Pfandrechts a. Gesellschaftersanteil vor dem späteren Pfandrechte am Anspruch d. Gesellschafters auf Herausgabe der ihm nach e. Auseinandersetzungsbeschlusse zustehenden Sachen oder Rechte 7 292. — Stimmrecht bei Beschlüssen über Zuziehung von Sondervorteilen 7 291. — Unveräußerlichkeit von Ansprüchen e. Kommanditisten auf Entnahmen aus der Gesellschaftskasse ohne Deckung aus dem Gewinn 7 292. — Anspruch auf Gewinn- und Vermögensanteil, Abtretbarkeit; Abänderung des Anspruchs durch die Gesellschaft ohne Zustimmung des Besizers 1 1, 422. — Zeitpunkt der Gewinnverteilung 2 1, 439; 7 293 (bei Gelegenheitsgesellschaften). — Berechnung d. Gewinnanteils bei nur teilweiser Beitragsleistung 2 1, 439. — Abtretung u. Verpfändung der im § 717 Satz 2 erwähnten Ansprüche; welche Ansprüche gehören hierher? 4 231; 7 292. — Beweislast über die Größe des Anteils am Gewinn u. Verlust 4 232. — Passivlegitimation f. d. Anspruch auf Gewinnverteilung 7 293. — Zurückbehaltungsrecht des ausscheidenden Gesellschafters wegen der Abfindungssumme 1 1, 182; 2 1, 179. — Zurückbehaltungsrecht des Gesellschafters gegenüber d. Klage auf Erstattung des von ihm widerrechtlich aus den Mitteln der Gesellschaft Entnommenen? 2 1, 179. — kann der wegen einer Privatschuld beflagte Gesellschafter eine Forderung der Gesellschaft mit Zustimmung der Gesellschafter aufrechnen? 1 1, 423; 2 1, 439; 4 231. — Abschluß einer Untergesellschaft 1 1, 422 (s. auch Emission). — was ist bei Beteiligung e. Mündels als Erben oder Miterben an e. G. in das Vermögensverzeichnis (§ 1802) aufzunehmen? 7 293.

Pflichten der Gesellschafter.
Beitragspflicht. — keine Rechtsvermutung für die Beitragspflicht 5 274. — Aktivlegitimation zur Klage auf Beitragsleistung 1 1, 419; 5 278. — Einrede des nichterfüllten Vertrages gegenüber der Klage auf Beitragsleistung 1 1, 419. — Einbringen als entgeltliche Veräußerung 1 1, 419. — Auslassung auch bei Begründung einer Gesellschaft unter den bisherigen Miteigentümern nötig? 1 1, 419 (s. § 1, 297, 299); 4 232. — Eigentums-erwerb der Gesellschaft von einem Nicht-eigentümer bei bösem Glauben eines Gesellschafters 1 1, 419. — Arbeitskraft als Einlage 5 276. — rechtliche Natur der

Einbringung quoad usum 1 1, 419; 2 1, 436. — Haftung für Verschlechterung oder Verlust der Einlagen quoad usum 1 1, 423; 2 1, 436. — was kann Einlage sein? 5 276, 277. — Bestimmung des Gesellschaftsvertrages, daß die Anteile der mit Zahlung einer Zubeße säumigen Mitglieder unt. Aufrechterhaltung ihrer Pflicht zur Nachzahlung der Zubeße verfallen, nicht unsittlich (s. gute Sitten) 6 266. — Einklagung rückständiger Beiträge, Aktivlegitimation 1 1, 420. — Anwendung des § 432 auf die Klage gegen die mit ihren Beiträgen säumigen Gesellschafter 1 1, 420. — Recht eines Gesellschafters zur Erhöhung seiner Einlage? 1 1, 420; 2 1, 436. — Pflicht zu Nachschüssen 2 1, 436, 437; 7 290. — Stempelpflicht für die Leistungen der Gesellschafter 4 230. — Schweigenspflicht über Interna 1 1, 420. — Konkursverbot 1 1, 420; 4 231 (bei Kartellen); 5 276; 7 292 (Übergang der Kartellpflicht auf die Singularjuristen). — Pflicht zur Vornahme der durch den Gesellschaftszweck erfordernden Handlungen u. Unterlassungen 3 1, 299; 5 276 (Vornahme eines Geschäfts gegen den Widerspruch des Geschäftsführers); 5 277 (Schadensersatzpflicht bei Nichterfüllung dieser Pflicht).

Haftung der Gesellschafter
 f. unten Geschäftsführung. — Umfang der Haftung für Gesellschaftsschulden und gesellschaftsähnliche Verbindlichkeiten 2 1, 434 ff. — Haftung eines neu Eintretenden für Gesellschaftsschulden 6 270. — Haftung des Kommanditisten bei Nichtigkeit des Gesellschaftsvertrags 1 1, 111. — Haftung des Gesellschafters aus den nicht im Namen der Gesellschaft geschlossenen Verträgen, wenn das aus dem Vertrag Erworbene in d. Gesellschaftsvermögen floß 1 1, 421, 422. — persönliche Haftung d. Gesellschafter, die sich in einen Vertrag gemeinschaftlich zu einer teilbaren Leistung verpflichtet haben 1 1, 424; 2 1, 435; 3 1, 300. — Beweislast des von der Gesellschaft in Anspruch genommenen Gesellschafters nach § 708 6 266.

Geschäftsführung. — Umfang der Geschäftsführung: Abänderung des Gesellschaftsvertrages 1 1, 420. — Vornahme von dem Gesellschaftszweck fremden Geschäften 1 1, 420. — Einklagung rückständiger Beiträge 1 1, 420. — Ausschließung e. Mitgliedes als Akt der Geschäftsführung? 7 290. — Entgegennahme der Kündigung e. Mitgliedes als Akt d. Geschäftsführung 7 290, 293. — Mißbrauch der Vertretungsmacht durch einen Sozius zu eigenem Vorteil u. Schaden der anderen 3 1, 93. — juristische Personen als Geschäftsführer 7 290. — Be-

(Gesellschaft)

schlüsse über „Kampfmäßregeln“ 7 290. — Mehrheitsbeschlüsse bei Zuwendung von Sonderanteilen an mitstimmende Gesellschafter 7 291. — Übergang des Geschäftsführungsrechts auf die Erben? 2 1, 440. — Ausschluß sämtlicher Gesellschafter von der Geschäftsführung 1 1, 420. — Verzicht der Gesellschaft auf das Recht zur Kündigung oder Entziehung der Geschäftsführungsmacht 1 1, 420. — Kündigung seitens des nach § 709 zur Geschäftsführung Berufenen 1 1, 420. — Anspruch des Geschäftsführenden auf Ersatz des durch die Geschäftsführung erlittenen Schadens 1 1, 420 (s. 2 1, 437). — Anspruch des Geschäftsführers auf Vergütung bei Mangel einer Abrede 1 1, 421. — Erfaß d. Auslagen d. Geschäftsführers; Inanspruchnahme des Privatvermögens der Gesellschafter 1 1, 421. — Anspruch d. Geschäftsführers aus seiner Geschäftsführung nach Auflösung der G., direkte Inanspruchnahme der einzelnen Gesellschafter? 6 267. — Pfändbarkeit der Honorarforderung e. Gesellschafters; Umfang, Form d. Pfändung 6 267. — Pflicht des Geschäftsführers zur Rechnungslegung 1 1, 421; 3 1, 299. — Pflicht des Geschäftsführers zur Buchführung 2 1, 437; 3 1, 299. — Pflicht des Geschäftsführers z. Herausgabe eines für die Gesellschaft erworbenen, aber auf seinen Namen eingetragenen Grundstücks 6 266; 7 291. — Treupflicht des Geschäftsführers 7 291. — Vorstufspflicht des Geschäftsführers e. Lozgesellschaft? 7 291 (s. Lotterie). — Ist d. Geschäftsführer gesetzlicher Vertreter? 1 1, 421. — Prozeßvollmacht des Geschäftsführers 1 1, 421. — Vorlegung des Gesellschaftsvertrages statt Vollmachtsurkunde 1 1, 111. — Beschränkung der Vertretungsmacht dahin, daß die übrigen Gesellschafter nur mit Rücksicht auf das Gesellschaftsvermögen verpflichtet werden; Wirkung gegen gutgläubige Dritte 1 1, 421; 2 1, 434. — Kündigung der Vertretungsmacht seitens des Geschäftsführers 1 1, 421. — Abschluß von Geschäften seitens des Geschäftsführers nach Entziehung der Vollmacht 5 277. — Haftung der Gesellschafter für Delikte der Geschäftsführer 5 277. — Prozeßführungsmacht d. Geschäftsführer 7 292. — keine Mitwirkung e. Gesellschafters bei ihn besonders begünstigenden Beschlüssen 6 266; 7 291. — Haftung der bei Abschluß von Verträgen die zeitliche Beschränkung ihrer Vertretungsmacht nicht erwähnenden Direktoren 7 291, 292. — Begründung von Schadensansprüchen gegen den Geschäftsführer 6 266. — Beschlüsse e. sachungswidrig berufenen Generalversammlung 7 291.

Gesellschaftsvermögen u. Gesellschaftsschulden. — Surrogation 4 231; 7 293. — Gesellschaft ohne Vermögen 1 1, 417; 2 1, 432; 4 228. — Ansprüche auf Leistung der Beiträge 1 1, 422; 2 1, 438; 4 231. — Erbschaftsprüfung der Gesellschaft gegen die Gesellschafter 4 231. — Erwerb aus einem von einem Nichtbevollmächtigten im Namen der Gesellschaft geschlossenen Vertrag 1 1, 422. — Begriff der Gesellschaftsschulden 2 1, 434, 435, 438. — Gesellschaftsschulden, Klage gegen einen einzelnen Gesellschafter 1 1, 422. — Abgrenzung gegen d. Vermögen e. Gesellschafters 7 292. — Zwangsvollstreckung in das Gesellschaftsvermögen s. diese. — wann wird ein Grundstück Gesellschaftsvermögen 3 1, 299; 7 293. — interne Einigung d. Gesellschaft zur Entstehung von G.-svermögen genügend 7 293. — Eintragung einer Hypothek auf den Anteil eines Gesellschafters 1 1, 422, 661, 662. — Eigentumserwerb d. Gesellschaft von einem Nicht-eigentümer bei bösem Glauben eines Gesellschafters 1 1, 419. — Haftung des Gesellschaftsvermögens für Verschlechterung oder Verlust der quoad usum gemachten Einlagen 1 1, 423. — Auflassung bei Einbringen eines bis dahin im Miteigentum der Gesellschafter stehenden Grundstücks in die Gesellschaft 3 1, 299 (s. 1 2, 418; 3 1, 297); 4 232. — Stempelpflicht bei Einbringen eines Grundstücks in die Gesellschaft 3 1, 299, 300. — Pfändung des Anteils eines Gesellschafters (durch Privatgläubiger); Anwendung des § 268 BGB. 1 1, 174, 423 (s. auch oben Rechte). — gegen einen einzelnen Gesellschafter erfolgte rechtskräftige Feststellung einer Gesellschaftsschuld 1 1, 424. — Klage e. Gesellschafters auf Freigabe e. der Gesellschaft zuzurechnenden angeblich gepfändeten Forderung, da Tilgung der Forderung d. Pfandgläubigers gegen den eigentlichen Schuldner, einen Mitgesellschafter, erfolgt sei 7 292. — Aufrechnung mit Gesellschaftsforderungen u. Gesellschaftsschulden 2 1, 438, 439; 4 231. — Haftung des Gesellschaftsvermögens gegenüber Gläubigern, die zwar nicht Gesellschaftsgläubiger sind, aber an alle Gesellschafter ohne Rücksicht auf ihr Gesellschaftsverhältnis e. Forderung haben 3 1, 300. — v. Geschäftsführer materiell für die Gesellschaft, formell aber im eigenen Namen gemachter Erwerb 2 1, 438; 4 232. — muß der Erwerb ausdrücklich im Namen der Gesellschaft gemacht sein, um Gesellschaftsvermögen zu werden? 4 231, 232. — leßtwillige Zuwendungen an Gesellschaften 2 1, 438. — Gewinn aus einem Loz als G.-svermögen 6 267. — Klage eines Gesellschafters auf Leistung an alle

7 293. — Kosten der Rechnungsstellung, die ein Gesellschafter an Stelle des seine Pflicht nicht erfüllenden Gesellschafters durch einen Dritten vornehmen läßt 2 1, 437. — wem gehört das Gesellschaftsvermögen? 5 277; 6 267. — Anwendung des § 432 auf die G.? 7 293.

Kündigung s. diese. — Erklärung d. Kündigung gegenüber dem Geschäftsführer 7 290, 293. — vorzeitige Kündigung 1 1, 423. — unzeitige Kündigung 1 1, 423; 2 1, 439. — Konversion e. verspäteten K. 7 293, 294. — an wen hat die Kündigung zu erfolgen? 1 1, 423. — wichtiger Kündigungsgrund 1 1, 423; 4 232; 5 278. — Kündigung von Gesellschaften des alten Rechtes 1 1, 423; 4 232. — Schadensklage u. Klage auf Rechnungslegung im Fall unzeitiger Kündigung 2 1, 439. — Kündigung wegen Nichterfüllung der Vertragspflichten 3 1, 300. — Vereinbarung eines Austrittsgeldes bei einer nicht auf bestimmte Zeit eingegangenen Gesellschaft 3 1, 300; 4 232. — Beweislast bei Behauptung von von § 723 abweichenden Kündigungsbestimmungen 4 232. — enthalten Abf. 1 u. Abf. 3 § 723 zwingendes Recht? 4 232; 5 278. — Kündigung e. Kartells mit unbestimmter Dauer 5 278 (Ausschluß der Kündigung). — Kündigung seitens eines Privatgläubigers eines Gesellschafters 1 1, 424; 2 1, 440; 6 268. — gesellschaftsvertragliche Beschränkungen der Kündigung gegenüber dem Kündigungsrechte eines Gläubigers 6 268, 269. — ius offerendi (§ 268 BGB.) der Gesellschafter gegenüber der Kündigung e. Gläubigers nach § 725 6 268. — Pfändung des Kündigungsrechts des Gläubigers 6 268. — Stellung des kündigenden Gläubigers (Kontrollrecht; Beschluß der Gesellschafter auf frühere Auflösung) 6 269. — Anspruch des Pfändungsgläubigers auf Einfiß d. Vertrags u. d. Bücher 6 640. — analoge Anwendung des § 723 BGB. auf e. Generalvertretungsvertrag? 6 268. — Widerspruchsklage gegen d. Zwangsversteigerung e. Gesellschaftsgrundstücks wegen Unzulässigkeit der erfolgten Kündigung 7 294.

Auflösung. — Unmöglichwerden des Zwecks 1 1, 423. — Dauer der Gesellschaft bei Kartellverträgen 2 1, 440; 5 278; 7 292. — Tod eines Mitspielers bei Spielen in einer Klassenlotterie 5 279. — aus den Umständen sich ergebende Eingehung auf bestimmte Zeit (§ 723) 6 268. — Wirkung der Auflösung auf die Einlagepflicht vor Auflösung fällig gewordener Beiträge 6 269. — in welcher Währung sind die Einlagen zurückzuzahlen? 6 269. — Konkurs e. Gesellschaft nach BGB.? 1 1, 418; 2 1, 433; 2 2, 517; 6 1006; 7 294. — Vermögensveräußerung unter

Erwerb von Gegenwerten keine A. der G. 7 293. — Wesen der Gesellschaft in Liquidation; Begriff u. Wesen d. Liquidation; Identitäts-, Sukzessions-, Fiktions- theorie 7 294, 295.

Auseinanderziehung nach Auflösung. — notarielle Form bei Vorhandensein von Grundstücken 1 1, 423. — Übertragung eines Gesellschaftsgrundstücks auf die einzelnen Gesellschafter; Auflassung, Stempelpflicht 3 1, 300. — endet das Verhältnis der gesamten Hand ipso iure mit Auflösung der Gesellschaft? 1 1, 423. — Anspruch der Gesellschafter gegeneinander auf Berichtigung von Gesellschaftsschulden, für die die Gesellschafter gemeinsam haften, ohne daß sie Gesellschaftsschulden sind 1 1, 423; 2 1, 440; 6 269. — Klage auf Auseinanderziehung; Klagepetitum, Vollstreckung 6 269. — Anwendung des § 756 neben § 733 bei Forderungen eines Gesellschafters gegen den anderen aus dem Gesellschaftsvertrage 1 1, 423. — Hypothekbestellung durch den Liquidator 7 295. — Haftung der Gesellschafter für die bei Auseinanderziehung nicht berücksichtigten gemeinschaftlichen Schulden 1 1, 424; 6 269 (Stellung des Gläubigers, Regreß der Gesellschafter untereinander). — Versteuerung des Vertrags, durch den d. G.-eigentum in Bruchteileigentum umgewandelt wird 7 296. — Erfordernis obervormundschaftlicher Genehmigung e. Auseinanderziehungsvertrags bei Beteiligung e. Minderjährigen 7 295. — Erbschaftspruch e. Gesellschafters wegen Mehraufwendung 7 296. — Ansprüche der Gesellschafter gegeneinander nach Beendigung d. Gesellschaft (Bereicherungsanspruch oder Anspruch nach Gesellschaftsrecht) 4 233; 6 269. — Zurückbehaltungsrecht eines Gesellschafters gegen den anderen für Ansprüche aus der Gesellschaft 5 279. — Fortbestehen der Gesellschaft nach Auflösung bis zur Beendigung der Auseinanderziehung; Zwangsvollstreckung in das Gesellschaftsvermögen 2 1, 440; 4 232, 233. — Klagen der Gesellschaften gegen Dritte nach Beendigung der Gesellschaft 4 232. — Pfändung des Auseinanderziehungsanteils 2 1, 437 (s. auch Zwangsvollstreckung). — Auflösung e. auf Verwertung e. Erfindung gerichteten G.; Versteigerung der Patente? 7 69, 295, 296.

Ausscheiden eines Gesellschafters. — Vereinbarung des Fortbestehens der Gesellschaft nach Austritt des einen Mitgliedes 1 1, 424. — Anwendung des § 736 bei Kündigung durch den Privatgläubiger eines Gesellschafters 1 1, 424. — den § 737 ausdehnende Vertragsbestimmungen 1 1, 424; 2 1, 440. —

(Gesellschaft)

dispositive Natur des § 738 **11**, 424. — Einfluß des Ausscheidens auf anhängige Prozesse **11**, 425. — Austritt eines Gesellschafters unter gleichzeitigem Eintritt eines anderen **11**, 425; **21**, 442; **6** 269; **7** 296. — Anwendung des § 738 bei Auflösung einer aus 2 Personen bestehenden Gesellschaft **11**, 425; **4** 233. — Pflicht der verbleibenden Gesellschafter zur Sicherheitsl. f. bedingte o. freit. Schulden **11**, 424; **21**, 441, 442; **4** 233. — Anwartschaft des den Ausscheidenden gehörigen Geschäftsanteils (Anteil an Immobilien) zum Gesellschaftsvermögen **11**, 424; **21**, 441; **5** 277 (Auflösung); **7** 296. — Geltung des § 740 (Abwickelungsgeschäfte) im Verhältnis zu Dritten? **11**, 425. — obervormundschaftliche Genehmigung bei freiwilligem Ausscheiden e. Minderjährigen **7** 295. — Genehmigung des Nachlassgerichts, wenn ein Gesellschafter statutengemäß mit dem Tod ausscheidet? **7** 295. — Zurückbehaltungsrecht des ausscheidenden, noch nicht abgefundenen Gesellschafters gegenüber einer Klage auf die rückständige Einlage **21**, 441. — Übernahme e. Gesellschaft durch e. Gesellschafter gegen Zahlung e. Abfindungssumme an den Ausscheidenden; Anspruch des Ausscheidenden auf Schuldbefreiung **7** 295. — Übernahme der Aktiven u. Passiven durch den in der G. verbleibenden Sozjus Schuldbüchse? **4** 151. — müssen die verbleibenden Gesellschafter die gemeinschaftlichen Schulden begleichen? **21**, 441.

Ausschluß eines Gesellschafters. — Entscheidung über die Rechtmäßigkeit, Ausschluß des Rechtsweges, Übertragung des Ausschlußrechtes an einen Ausschluß **21**, 440, 441 (vgl. Vereine, Rechtsweg). — Ausschluß eines ausgeschiedenen Gesellschafters **4** 233. — Ausschluß wegen Verschleus gegen die guten Sitten **6** 268. — Ausschlußgründe, insbesondere bei Vereinbarung zum Betrieb von Prokurengeschäften (Unterlassung e. Beitragszahlung, Offenbarungseidleistung, Ausschluß von der Börse) **6** 268.

Eintritt eines neuen Mitgliedes. — Zulässigkeit? **21**, 442. — vertragsmäßig vorgesehener Eintritt **11**, 424; **21**, 442. — im voraus übernommene Verpflichtung der Gesellschafter, mit jedem beliebigen Dritten einen Gesellschaftsvertrag abzuschließen **11**, 424. — Form des Eintrittsvertrages **11**, 425. — Ansetzung des Eintritts durch die Gesellschaftsgläubiger **11**, 425. — Anteil des Eintretenden am Gesellschaftsvermögen, Übertragungsakt **11**, 424; **21**, 442; **31**, 300. — Haftung des Eintretenden **21**, 442; **6** 270. — analoge Anwendung

des § 738 bei Eintritt eines neuen Mitgliedes? **6** 269; **7** 296.

Gesellschaften mit beschränkter Haftung.

I. Allgemeines. — Anwendung des BGB. (Vorchriften über Vereine, nicht aber über Gesellschaften) **11**, 20, 27; **21**, 18; **22**, 267, 274, 287 (Anwendung des § 31 BGB.); **31**, 16; **4** 896, 902 (§ 31 BGB. bei Kollektivgeschäftsführern); **5** 8, **6** 1087, 1094 (Haftung der GmbH. für durch Verschulden ihres Vorstands herbeigeführte Betriebsunfälle?); **6** 1110 (Bestellung von Liquidatoren durch das Gericht); **7** 11 (Anwendung der §§ 29, 31 BGB.). — Anwendung des BGB. **22**, 275. — Verwaltungsmaßnahmen gegen die GmbH. **6** 1094. — Haftung bei Stempelhinterziehung **6** 1094. — Behandlung einer wegen Formmangels nicht zur Entstehung gelangten GmbH. als offene Handelsgesellschaft? **4** 580. — Umwandlung einer offenen Handelsgesellschaft in eine GmbH. (s. diese) **21**, 80; **4** 577. — Zusammenschluß mehrerer Handelsgesellschaften zu einer GmbH. **4** 896. — Gegenstand d. Unternehmens **4** 896. — juristische Persönlichkeit der GmbH. **22**, 274, 281, 282; **4** 896, 898; **6** 1093, 1094 (3); **7** 1069. — Folgen der Nichtausübung eines Handelsgewerbes seitens der GmbH. **22**, 282. — juristische Personen als Mitglieder **22**, 275; **4** 897. — Handelsgesellschaften als Mitglieder **4** 896, 897. — GmbH. als Konkursverwalter (s. diesen) **31**, 13; **7** 1069. — verdeckte geistliche Gesellschaft als GmbH. (Preußen) **22**, 896 (s. Religiösen); **4** 10, 535, 654, 896; **5** 41, 618, 659; **6** 1087; **7** 1047, 1064. — keine Beschränkung der GmbH. hinsichtlich des Gegenstandes des Unternehmens **22**, 896. — Errichtung e. Eisenbahngesellschaft in Form einer GmbH. **7** 1069. — Achtungszwang für die von der GmbH. im Geschäftsverkehr mit ihren Gesellschaftern verwendete Waage **4** 899. — Umfang des dispositiven Rechtes im GmbHG. **7** 1066, 1074 (§§ 21 ff.), 1088. — Beitrittserklärung der GmbH. zu einer Genossenschaft; Prüfungsrecht des Registerrichters **4** 902. — Zuständigkeit d. Innungsschiedsgerichts bei Innungsmitgliedschaft d. Geschäftsführers? **7** 1069. — Jahresliste, wer hat sie zu unterzeichnen? **4** 902, 903. — Einfluß der Berliner Gerichtsorganisation auf den Sitz **6** 1089; **7** 1066 (s. unten Inhalt des Vertrags). — Anwendbarkeit d. § 321 BGB. auf die GmbH., Vertragsanfechtung wegen Firtums über ihre Kreditwürdigkeit **7** 1070. — Zahl u. Arten der von der GmbH. zu führenden Geschäftsbücher **7** 1082. — Umsatzsteuer, wenn ein Gesellschaftler Grundstücke der GmbH. in der Zwangsversteigerung

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

erwirbt **4 899; 7 1089.** — Gemeinde-einkommensteuer der Gmbh. **7 1089.** — Berechnung der gemeindebesteuerpflichtigen Gewinnanteile der Gesellschafter einer Gmbh. in Preußen **7 1089.** — Selbständigkeit der Gmbh. hinsichtlich d. Besteuerung **6 1094.**

II. **Firma** s. diese. — Sachfirma **22, 277; 4 897** (muß die Firma den Gegenstand des Unternehmens in seinem vollen Umfange angeben?); **6 1090.** — „Haus Nazareth“ bei Rekonvaleszentenanstalt **22, 277.** — als Fortführung einer fremden Firma sich darstellender, gegen §§ 22 23 HGB. verstoßender Zusatz **22, 277; 4 898.** — Zusatz „vormals Hoflieferant“ bei Einbringung des Geschäftes eines Hoflieferanten in die Gmbh. **22, 277.** — täuschende Zusätze **22, 277; 7 1067.** — reklamehafte Zusätze **22, 277.** — Sehen des Zusatzes „mbh.“ in Klammern **22, 277.** — „Gmbh.“ allein ist kein deutliches Unterscheidungsmerkmal? **22, 277; 6 612.** — Aufnahme einer sinnbildlichen Bezeichnung in die Firma **22, 277.** — Namen von Nichtgesellschaftern in der Firma (Berlitz School Gmbh.? „Wasserreinigung System D“) **7 1067.** — muß die Bezeichnung „mbh.“ am Schluß stehen? **22, 277, 278.** — Firmenaufschrift auf dem Ladenschild (§ 15 a GewD.) **4 897.** — Änderung der Firma bei Änderung des Unternehmens **4 898.** — Fortführung der den Namen e. ausgeschiedenen Gesellschafters enthaltenden Firma **7 1067.** — Anwendung der §§ 30, 37 HGB. **7 1067 (2).** — Einleitung d. Lösungsverfahrens seitens des Registerrichters, weil die Personenfirma erschlichen ist oder gegen das Wettbewerbsgesetz verstößt? **6 1090.** — „Entlehnung“ nach § 4 GmbhG.; Möglichkeit einer gewissen, wenn auch nicht völligen Aufklärung d. Publikums durch die gewählte Firma **6 1090.** — bei Nichtaufnahme der Namen aller Mitglieder in die Firma auf das Vorhandensein weiterer Gesellschafter deutender Zusatz nötig; falsch: „A. u. D. Gmbh.“ bei Vorhandensein von 4 Gesellschaftern **6 608, 1090.** — ungenaue Angabe des Gegenstandes d. Unternehmens **6 613.** — Abfözung des Zusatzes „mbh.“ als Verstoß gegen § 37 HGB.? **7 597, 1067.** — Anwendung des § 140 HGB. **7 1067.** — Föhrung d. Gesellschafts-firma ohne den Zusatz Gmbh. auf Waren zwecks Verwechslung nach § 14 WarenZG. strafbar? **7 1067.**

III. **Zweigniederlassung** s. diese. — wer hat die dem Registergericht der Zweigniederlassung vorzulegende Abschrift des Gesellschaftsvertrages zu beglaubigen? **22, 281; 4 898.** — hat der Registerrichter die Beobachtung des § 5 Abs. 4 zu prüfen?

22, 281. — Geböhren für mehrere preussische Zweigniederlassungen einer in Deutschland, aber außerhalb Preußens ihren Sitz habenden Gmbh. **22, 281.** — ausländische Zweigniederlassung einer inländischen Gmbh. **22, 281.** — Prokurist für die Zweigniederlassung **22, 290** (s. Prokura).

IV. **Errichtung.** — Gründungskosten; Deckung derselben aus den Stammeinlagen? **22, 280.** — Beschaffung des Stammkapitals durch eine Anleihe **22, 289.** — Stützessüßgründung zulässig? **6 1088.** — Gründungsvorvertrag; Form u. Inhalt **4 899; 6 1088; 7 1064, 1065.** — Anfechtung e. Gründungsvortrags **4 897.** — Begriff u. rechtl. Natur des Gründungsvertrags **4 897; 6 1088.** — Haftung s. d. Geböhren d. Gesellschaftsvertrags; Beschwerde **22, 280.** — Sachübernahmeverträge mit Dritten (ohne Verrechnung auf Stammeinlagen); Abschluß außerhalb d. Gesellschaftsvertrags; Form **6 1090, 1091.** — Haftung der Gründer aus der Gründung gegenüber Dritten? **6 1092.** — Gründerprovision an Nichtgesellschaftler bei späterem Erwerb e. Geschäftsanteils **6 1102.** — Rechtsnatur d. Beitrittserklärung **7 1065.** — Gesamthaltung bei Ungültigkeit d. Beitritts e. Gesellschafters **7 1075.** **Stellung der Gmbh. vor Eintragung** **22, 280, 281; 4 898; 6 1092.** — Auflassung an eine noch nicht eingetragene Gmbh. **22, 114, 280, 281.** — persönliche Haftung des vor Eintragung im Namen der Gmbh. Handelnden; Kenntnis der Nichtexistenz seitens des Dritten, Ausschluß der Haftung durch Vertrag **21, 87; 22, 119, 281; 4 898; 6 1093; 7 1069.** — vor Eintragung gefaßte Beschlüsse (über Art u. Weise der Vertretung bis zur Eintragung) **4 898 (2).** — können vor Eintragung Beschlüsse über den künftigen Geschäftsbetrieb gefaßt werden? **4 898.** — Vertretung e. Gmbh. bei Abtretung e. Geschäftsanteils vor Eintragung in das Handelsregister **4 900.** — Tod eines Gründers nach Vertragsabschluß, aber vor Eintragung **6 1092.** — Wirksamkeit der vor Eintragung abgeschlossenen, auf die Entstehung der Gmbh. abzuleitenden Geschäfte für die Gmbh. **6 1092, 1093.** — stillschweigende Anerkennung der Wirksamkeit e. vor Eintragung abgeschlossenen Geschäftes **6 1092, 1093.** — „Handelnder“ im Sinne des § 5 Abs. 2 nicht der, der später fremdes, der Vergangenheit angehöriges Tun gebilligt hat **6 1093.** — Vertragsschließung durch Gesellschafter e. noch nicht eingetragenen Gmbh. **11, 113.** — Untreue e. Geschäftsföhrers vor Eintragung d. Gesellschaft **7 1069.** — Gesellschaftsvermögen vor Eintragung? **7 1069.** — Festsetzung e.

(Gesellschaften mit beschränkter Haftung) vor Abschluß d. Gesellschaftsvertrages liegenden Termins als Beginn d. Gesellschaft 7 1069. — Abtretung e. Geschäftsanteils vor Eintragung d. Gesellschaft 7 1071.

Form des Gesellschaftsvertrages. — Ungültigkeit des formlosen Verprechens, sich an einer zu gründenden Gesellschaft zu beteiligen 2 2, 275 (2), 294; 4 897. — Vorvertrag zu einem Vertrag über Errichtung einer GmbH. 4 899; 6 1088; 7 1064 f. — Beteiligungserklärung unter Bedingung 2 2, 275; 7 1065. — Beurkundung einer GmbH. mit Sitz in Deutschland vor e. österreichischen Notar? 6 1089. — unwirksame Beitrittserklärung 7 1065. — Anfechtung einer Beteiligungserklärung 2 2, 275; 3 1, 39; 4 897; 6 1089; 7 41, 1065. — Vertragsabschluß des einen Gründers mit sich selbst als Vertreter des anderen Gründers? 6 1089. — mündliche Nebenabreden z. Gesellschaftsvertrag 4 898; 6 1088, 1089. — Form der Ergänzungen d. Gesellschaftsvertrags 2 2, 276. — nachträgliche Genehmigung d. von e. Vertreter abgegebenen Beitrittserklärung 2 2, 275. — Zusammenschluß juristischer Personen zu einer GmbH. 2 2, 275. — Teilung e. Formmangels durch die Eintragung 2 2, 275, 276.

Vollmacht von Vertretern. — bedarf der Vertreter einer öffentlichen Korporation zum Vertragsabschluß einer beglaubigten Vollmacht? 2 2, 275. — Beglaubigung d. Vollmacht durch den Gerichtsschreiber? 2 2, 276. — ermächtigt die auf Unterzeichnung der Vertrags lautende Vollmacht auch zur Bestimmung der Höhe der Stammeinlage 2 2, 276. — Folgen des Auftretens eines falsus procurator 2 2, 276. — Abschluß durch den Testamentvollstrecker 6 555, 1088. — Vertragsabschluß e. Gesellschafters bei Gründung mit sich selbst als Vertreter e. anderen 7 85, 1065. — von e. Bevollmächtigten trotz Widerrufs d. Vollmacht abgeschlossener Gründungsvertrag bei Kenntnis nur einzelner Gesellschafter von dem Widerruf 7 81, 1066. — teilweise ungültiger Inhalt der Vollmacht 7 1066.

Inhalt des Gesellschaftsvertrags s. unten Vermögen. — Bestimmung eines Ortes, an dem die Verwaltung nicht geführt wird, als Sitz 2 2, 276. — Verlegung des Sitzes 2 2, 276. — zuständiges Gericht, wenn Berlin ohne nähere Bezeichnung als Sitz bestimmt ist 6 1089; 7 1066. — Bezeichnung des Gegenstandes des Unternehmens als „Betrieb von Handelsgeschäften“ 2 2, 897 (s. 896). — Individualisierung d. Gegenstandes d. Unternehmens 6 613, 1089 (s. 1111). — persönliche Haftung der Gründer für die

im Gesellschaftsvertrag nicht aufgenommenen Verbindlichkeiten 4 898. — Prüfung, ob besondere Verpflichtungen nach § 2 Abs. 2 den Gesellschafter als solchen oder unabhängig davon treffen 2 2, 277.

Anmeldung und Eintragung (s. Handelsregister). Einlage. — Begriff der Einzahlung nach § 7 Abs. 2 (s. u. VI Stammeinlage) 2 2, 279; 4 898. — Einzahlung durch gezogene Wechsel mit späterem Verfalltag? 2 2, 279. — Einzahlung von $\frac{1}{4}$ des Stammkapitals, aber nicht $\frac{1}{4}$ jeder Stammeinlage 2 2, 279. — wie muß die Sacheinlage gemacht sein? 7 1068. — Anrechnung einer Sacheinlage auf die Einzahlung der Stammeinlage 2 2, 279, 280; 4 898; 6 1091, 1092; 7 1068 (2). — Zahlungen, die ein Gesellschafter vor Eintragung der GmbH. an den späteren Geschäftsführer gemacht hatte u. nachträglich als zur Tilgung seiner Einlage geleistet geltend machte, als Zahlung auf die Einlage nach § 7 Abs. 2 6 1092. — kann der Prokurist bei Anmeldung zum Register einen Kollektivvertreter ersetzen? 6 1111. — Mitwirken sämtlicher Geschäftsführer? 4 908. — Lösung nach § 144 FGG. wegen Mängel des Gründungsvertrags: Vertretung e. Gesellschafters durch e. Nichtbevollmächtigten? 3 2, 239 (s. Handelsregister). — Lösung v. Amts wegen, wenn eue den Gegenstand d. Unternehmens betr. Eintragung nicht mit dem Gesellschaftsvertrag übereinstimmt 3 2, 239. — konstitutive Wirkung d. Eintragung 6 1092. — keine Eintragung der Personen der Gesellschafter, der Art ihrer Beteiligung, der Sacheinlagen 2 2, 280. — müssen die Geschäftsführer auch die erfolgte Bewirkung der Sacheinlagen versichern? 2 2, 280; 6 1092; 7 1068, 1069. — Prüfungspflicht des Registergerichtes 2 2, 280; 6 1091; 7 1068. — hat der Registerrichter die Genehmigungspflichtigkeit des Unternehmens zu prüfen? 4 898. — hat der Registerrichter neben der Prüfung des Vorhandenseins des Stammkapitals auch die Rechtsgültigkeit u. den Wert der Sacheinlage zu prüfen? 5 995, 996. — einstweilige Verfügung zur Verhinderung der Eintragung e. GmbH. 2 2, 280.

V. Änderungen des Statuts. — spätere Bestellung von Geschäftsführern ist keine Statutenänderung 2 2, 279. — Statutenänderung dahin, daß ein Beschluß über Amortisation durch die Mehrheit gefaßt werden kann 2 2, 286. — Änderung der den Gesellschaftern nach dem Statut für Leistungen zustehenden Vergütungen 2 2, 293; 4 904. — eine nicht alle Mitglieder gleichmäßig treffende Schmälerung der Mitgliedschaftsrechte durch Statutenänderung 2 2, 293. — Festsetzung e. Mindest-

quantums der den Gesellschaften obliegenden Leistungen 2 2, 293. — Festsetzung von Vertragsstrafen 2 2, 293. — Verlängerung der auf bestimmte Zeit geschlossenen Gesellschaft 2 2, 293; 4 904; 6 1108, 1109; 7 1086 (Beschlussfassung nach Ablauf der Zeit). — Statutenänderung während der Liquidation 2 2, 295; 6 1107; 4 907; 7 1087. — Notwendigkeit u. Wirkung der Eintragung 4 904; 6 1107. — Statutenänderung ohne Generalversammlung u. ohne Versammlungsbeschluss bei Zustimmung aller Mitglieder 2 2, 293. — Änderung nach Vereinigung sämtlicher Geschäftsanteile in einer Hand 6 1090, 1094, 1107. — Beseitigung des Aufsichtsrates 6 1107; 7 1084 f. — Beschluss auf bedingte Auflösung der GmbH. 6 1107. — Ermächtigung d. Aufsichtsrates zu Änderungen 6 1107. — Herabsetzung des Nennbetrags der Stammeinlage zur Tilgung einer Unterbilanz 6 1107. — Beschwerde der Gesellschafter gegen Eintragung 6 1107 (j. 5 1004; 6 1105). — Aufhebung d. Minoritätsrechts des § 50 Abs. 1 durch Statutenänderung 7 1085. — Grenzen d. Zulässigkeit einfacher Statutenänderungen gegenüber Sonderrechten 7 1085. — statutarisches Verbot e. Statutenänderung 7 1085. — Auflösungsbeschluss vor Ablauf der statutarischen Zeit 7 1085.

VI. Vermögen s. auch unter IX. — Auslösung der Grundstücke bei Umwandlung einer offenen Handelsgesellschaft in eine GmbH. 4 898. — kein Miteigentum der Gesellschafter 6 1094.

Stammkapital. — Beschaffung des Stammkapitals durch eine Anleihe 2 2, 289. — Rücklagen aus dem Reingewinn sind keine Kapitalserhöhung 4 905. — durch Betriebsverlust am Nachschußkapitalkonto entstehender Verlust 7 1076. — gleichzeitiger Beschluss auf Herabsetzung u. weitere Erhöhung 4 905. — rechtl. Bedeutung des § 5, Folgen e. Verletzung dieses §. 6 1091. — Vereinigung sämtlicher Geschäftsanteile in einer Hand 2 2, 294; 4 905; 6 1093, 1094. — Sicherstellung befristeter Forderungen (§ 58 Riff. 2) bei Herabsetzung d. Stammkapitals 6 1108; 7 1086.

Erhöhung des Kapitals s. auch unter IX. — Zeitpunkt des Erwerbs d. erhöhten Anteils 6 1095. — Eintragung des Beschlusses bezüglich eines Teilbetrags der Erhöhung? 4 905. — kein doppelter Eintrag des Erhöhungsbeschlusses und der vollzogenen Erhöhung 4 905. — formelle oder materielle Mängel des gleichwohl eingetragenen Beschlusses 6 1095. — notarielle oder gerichtliche Form des Beschlusses 2 2, 292; 4 904, 905. — Löschung des trotz Formmangels eingetragenen Erhöhungsbeschlusses auf Antrag eines

mit dem Beschluss einverständenen Gesellschafters 2 2, 292, 293. — Erhöhung durch $\frac{3}{4}$ Majorität 2 2, 293. — Anfechtung der Eintragung des Erhöhungsbeschlusses wegen Unrichtigkeit der von den Geschäftsführern bei der Anmeldung abgegebenen Versicherung 2 2, 293, 294. — Erhöhung durch Sacheinlage 4 905; 6 1108. — Form der Vollmacht auf Übernahme einer Stammeinlage auf das erhöhte Kapital 4 905 (Prüfungsrecht des Registerrichters?); 6 1108. — Form des Vertrages u. des Vorwertages auf Übernahme eines Stammteiles 2 1, 59; 2 2, 294; 4 904, 905; 6 1095. — Warenbestellung einer GmbH. unter der Bedingung einer Beteiligung am erhöhten Stammkapital bei Nichtbeachtung der für die Übernahme der Stammeinlage nötigen Form 2 2, 294. — Kondition einer Stammeinlage wegen Formmangels der Übernahmeerklärung 2 2, 294. — Stempelpflicht der Übernahmeerklärung eines bisher nicht der GmbH. Angehörigen 2 2, 294. — besonderer Beschluss auf redaktionelle Änderung des Statuts neben dem Beschluss auf Kapitalserhöhung? 6 1108. — Aufrechnung gegenüber der Forderung auf Einzahlung der erhöhten Stammeinlage? 6 1108 (2). — Erhöhung d. Stammkapitals durch Erhöhung der vorhandenen Anteile anstatt Schaffung neuer Anteile? 7 1085. — Verbot der Eintragung d. Erhöhungsbeschlusses durch einstweilige Verfügung? 7 1085.

Stammeinlage s. unten Geschäftsanteil, Einzahlung, s. oben IV Anmeldung. — Aufnahme eines Darlehens seitens der GmbH. zur Deckung der von den Gesellschaftern zu leistenden Einlagen? 2 2, 276, 289. — Einbringung von Konkursforderungen zum Nennbetrage 7 1068. — Zulässigkeit einer Über- oder Unterpantenausgabe der Stammeinlage? 2 2, 276. — Übernahme eines Stammanteils durch mehrere oder durch eine nicht rechtsfähige Personenvereinigung? 2 2, 278 (s. 6 1089, 1090). — Übernahme von mehreren Stammanteilen durch eine offene Handelsgesellschaft u. durch deren Mitglieder 2 2, 278. — Zahlung der Stammeinlage durch die Gesellschaft für den Gesellschafter 2 2, 278. — Unzulässigkeit einer Vertragsbestimmung, daß auf alle Stammeinlagen Wertpapiere zum Geldkurs in Zahlung gegeben werden können 2 2, 278. — Zahlung der Stammeinlage durch einen Dritten 2 2, 282. — Aufrechnungsverbot 7 1073. — Leistung der Stammeinlage durch Aufrechnungsvertrag? 2 2, 285; 3 1, 181; 4 138, 901 (2); 6 1100; durch Wechsel 2 2, 285; durch Scheck 2 2, 285; durch andere jederzeit in Bargeld umzusetzende Leistungsmittel 2 2, 285;

(Gesellschaften mit beschränkter Haftung) durch Aufrechnung mit der einem Dritten gegen die GmbH. zustehenden Forderung bei Einverständnis des Dritten u. der Gesellschaft 4 901; durch Einstellung in ein Kontokorrent 6 1100; 7 1073; durch Befriedigung eines Gesellschaftergläubigers 6 1100; 7 1073. — vertragsmäßige Aufrechnung mit dem Vergütungsanspruch für der Gesellschaft überlassene Vermögensgegenstände 7 1073. — Zeitpunkt der Fälligkeit der Einzahlung 6 1100. — Stundung der Einlage 6 1100; 7 1073. — Aufforderung an einen Gesellschafter zur Einzahlung, die nicht die Mitteilung enthält, daß auch die anderen aufgefordert seien 6 1100. — Zahlung der Einlage nur Zug um Zug gegen Aushändigung der Anteilsscheine? 6 1100. — Herausgeben d. Nennwertes zur Tilgung e. Unterbilanz 6 1107. — Form des Vertrags u. Vorvertrags auf Übernahme einer Stammeinlage 2 2, 294; 4 904, 905; 6 1095. — Verzugszinsen 6 1100; 7 1074 (Nebenforderung nach § 4 ZPO.). — Folgen verzögerter Einzahlung s. unter IX. — Verbot der Einlagerückzahlung 7 1076 (s. unter IX).

Nicht in Geld zu leistende Einlagen (§ 5 Abs. 4) vgl. auch oben IV Anmeldung. — den objektiven Wert überschreitende Schätzung 2 2, 278. — Einbringen von durch die Gesellschafter erst zu erwerbenden Gegenständen 2 2, 278. — von einem Dritten zu bewirkende Einlage 2 2, 278. — Stempelpflicht einer Sacheinlage, wenn ein einheitliches Ganze teils eingelegt, teils gegen Entgelt der GmbH. überlassen wird 2 2, 278. — Einbringen eines Geschäftes mit Aktiven u. Passiven mit der Vereinbarung, daß der Überschuß als Stammeinlage gelten solle; Rechtslage, wenn sich der Schuldenstand später als höher herausstellt 2 2, 284, 285 (ebenso bei Belastung eines einzuliegenden Grundstücks mit einer Zwangshypothek vor Auflassung). — Nachprüfung des Wertes seitens des Gerichts 4 905. — Übernahme anderer Verpflichtungen als der Zahlung der Stammeinlage nur neben d. Verpflichtung zur Zahlung, nicht statt ihrer zulässig 6 1090. — gemischte Einlage; Einlage e. den übernommenen Betrag des Stammkapitals übersteigenden Gegenstandes; Angabe des übersteigenden Wertes? 6 1090. — Umgehung des § 5 Abs. 4 durch Vorziehen e. die Sacheinlage an die GmbH. verkaufenden Zwischenperson 6 1091. — Raduzierung (§ 21) bei Verzug mit Sacheinlage? 6 1101. — Umwandlung d. Sach- in eine Geldeinlagepflicht bei Nichterfüllung der ersteren 7 1068. — Dienstleistungen als Einlage 7 1068. — Ver-

stempelung von vor Eintragung d. Gesellschaft geschlossenen Nachtragsabkommen über Sacheinlagen 7 1068. — Anspruch d. Gesellschaft gegen einen Gesellschafter auf Herauszahlung des Betrags, den dieser als Anzahlung auf den die Sache übersteigenden Wert seines Einbringens erhalten hat 7 1077.

VII. Bilanz s. diese. — für Aufstellung der Eröffnungsbilanz maßgebender Zeitpunkt 2 2, 288. — Klage des Geschäftsführers auf Anerkennung seiner Bilanz 2 2, 288. — Klage auf Nichtigstellung der Bilanz 2 2, 288, 289. — Sprache der Bilanz 2 2, 288. — Bilanz einer GmbH., die selber verzinslich annimmt u. ausleiht (Bankgeschäft) 2 2, 289. — bloße Ausführung der Schlusssummen der Aktiva und Passiva 2 2, 289. — von den Schulden getrennte Ausführung des Stammkapitals 2 2, 289. — Recht der Gesellschafter auf Bilanzabschrift? 2 2, 289; 6 1105. — Kosten e. Bilanzabschrift 6 1102. — Frist für Feststellung der Bilanz durch die Gesellschaft 2 2, 289. — Organisations- und Verwaltungskosten 4 903. — Reservefondsnatur des Gewinnvortrages 4 903. — Behandlung d. Nachschüsse 6 1102 (s. unten). — Publikationspflicht; Umgehen durch künstliche Differenzen mit der GmbH. 6 1104. — Schadensersatz wegen Nichtveröffentlichung? 6 1104, 1105. — Publikationspflicht, wenn trotz Angabe von Bankgeschäften als Gegenstand des Unternehmens im Verträge Bankgeschäfte nicht abgeschlossen wurden? 6 1105. — Einstellung eigener, erworbenener Geschäftsanteile 6 1105. — Eröffnungsbilanz; Inhalt; unterlassener Vortrag der Einlagen bei Möglichkeit, sie aus dem Einzahlungsfonto zu ziehen 7 1082. — Einfluß e. nachgewiesenen Unrichtigkeit auf die Tantieme d. Geschäftsführers u. des Aufsichtsrats 7 1082. — Pflicht zur Aufstellung einer Gewinn- u. Verlustrechnung? 2 2, 289. — Prüfungsrecht des Registerrichters? 2 2, 289 (Verlangen einer anderen Bilanz, wenn in der Publikation die Höhe der Abschreibungen fest? Prüfung der Wertangaben). — Unterschied zwischen den Ziffern des Einlagekapitalkontos u. den Ziffern des satzungsgemäßen Einlagevermögens 7 1082.

VIII. Organisation.

Gesellschaftsführer. — Geschäftsführer Handlungshelfer der GmbH.? 6 618, 1102, 1103; 7 1077. — Mandat oder Dienstvertrag 2 2, 287; 4 897. — gesetzlicher Vertreter der GmbH. 2 2, 286. — Bestellung im Gesellschaftsvertrag 2 2, 279; 7 1081. — Einfluß der Aufhebung des die Bestellung enthaltenden Gesellschaftsparagraphen 2 2, 279; 6 1103, 1104. — spätere Bestellung ist keine Statuten-

änderung 2 2, 279. — Übernahme der Geschäftsführung als Gegenstand e. der im § 3 Abs. 2 bezeichneten gesellschaftlichen Verpflichtungen 4 897; 7 1081. — Bestellung des „jeweiligen Pfarrers“ 2 2, 279. — Wohnung des Geschäftsführers 6 1103. — kann ein Gesellschafter sich selbst als Geschäftsführer wählen? 2 2, 279, 291. — hat der im Gesellschaftsvertrag z. Geschäftsführer ernannte Gesellschafter Anspruch auf dieses Amt, solange er Gesellschafter ist? Kündigung ohne Abänderung des Gesellschaftsvertrags? 6 1103. — G. als Zeugen in Prozessen der GmbH.? 2 2, 286, 287. — Auskunftspflicht nach § 840 P.B.D. bei Pfändung von Gesellschaftsgut 2 2, 287. — Leistung des Offenbarungszeides 2 2, 287. — Vertretung der Gesellschaft bei einem Vertrag mit sich selbst 1 1, 117; 2 1, 91; 2 2, 287 (2) (Vertrag des Geschäftsführers n. seinem Gläubiger, daß dieser die Gesellschaft statt seiner als Schuldner annehme); 4 56, 903 (Kontrahieren mit einem Stellvertreter); 6 1104; 7 1078. — Folgen einer gegen § 35 Abs. 3 verstoßenden Firmenzeichnung 2 2, 287. — durch Betrug d. Gesellschafter oder d. Gesellschaftsorgane zur Übernahme d. Amtes veranlaßter Geschäftsführer 7 1071. — Kündigung gegenüber einem Geschäftsführer 2 2, 287. — statutarische Bestimmung, daß für die Empfangnahme von Willenserklärungen die Einzelvertretungsbesugnis nicht gelten solle 2 2, 287. — Haftung der GmbH. nach § 31 BGB. f. ihre Organe 7 11 (s. oben I). — Haftung der GmbH. nach § 31 BGB. für Handlungen eines der mehreren Kollektivvertreter 4 902; 7 12. — Form der Kollektivvertretung 2 2, 287. — nachträgliche Genehmigung der unter Verstoß gegen den Kollektivvertretungszwang vorgenommenen Rechtsakte 2 2, 287. — Rücktritt eines von 2 Kollektivgeschäftsführern 6 1104. — statutarische Bestimmung, daß die Gesellschaft bei Bestellung der Geschäftsführer bestimmen solle, ob Einzel- oder Kollektivvertretung zu gelten habe 2 2, 287; 7 1079. — Bestimmung, daß ein Prokurist zu den Handlungen des Geschäftsführers seine Zustimmung geben müsse 4 902. — Kenntnis des Dritten von der Beschränkung des Geschäftsführers 2 2, 288. — Beschwerderecht e. einzelnen Kollektivgeschäftsführers gegen Kontrahierungsbeschuß 6 1104. — Aufstellung eines Geschäftsführers nur für die Zweigniederlassung 2 2, 288. — Recht zur Bestellung von Agenten u. Handlungsgehilfen, aber nicht von Handlungsbevollmächtigten 2 2, 290; 4 903. — kann einer der mehreren Kollektivvertreter den anderen allgemein zu „Abschlüssen von geringer Bedeutung“ bevollmächtigen 4

902. — Klage gegen d. Geschäftsführer nach § 46 Ziff. 8; Vertretung der GmbH. 6 1106. — Pflicht zur Beachtung d. Versammlungsbeschlüsse; ungesetzliche Beschlüsse 6 1104. — Haftung der Geschäftsführer bei Beschaffung des Stammkapitals durch Anleihe 2 2, 289. — kann das Maß der vom Geschäftsführer zu prästierenden Sorgfalt durch Vertrag beschränkt werden? 4 903. — Klage des Geschäftsführers auf Dechargeerteilung 2 2, 288. — Schadensersatzklage der GmbH. wegen Sorgfaltsverletzung; Einrede des Einverständnisses der Gesellschafter 4 903. — Abberufung der Geschäftsführer, auch der im Gesellschaftsvertrag bestellten, durch Majoritätsbeschluß 2 2, 288, 293; 6 1103. — Klage des Geschäftsführers auf Aufhebung einer zu Unrecht erfolgten Abberufung 2 2, 288; 7 1082. — Vereinbarung einer Konventionalktrafe für d. Fall e. Abberufung d. Geschäftsführers ohne wichtigen Grund 7 1081. — Anspruch auf Fortzahlung des Gehalts bei vorzeitiger Kündigung 2 2, 288. — Absetzung eines Geschäftsführers, der zugleich Gesellschafter ist, gegen seinen Willen, wenn nach den Statuten alle Beschlüsse einstimmig erfolgen müssen; Stimmrecht d. Geschäftsführers 7 1081. — wichtige Gründe für Abberufung; Anwendung des § 70 SGB.? 4 902, 903. — vor der Anstellung liegende Tatsachen als Entlassungsgrund 7 1080. — Erhebung des Spieleinwands seitens des aus Differenzgeschäften verklagten Geschäftsführers als Entlassungsgrund 2 2, 288; 7 1183. — Uneinigkeit zwischen den Geschäftsführern als Grund z. Entlassung des einen 7 1081. — Weigerung des Geschäftsführers, sich vom Vertrauensarzt der Gesellschaft untersuchen zu lassen, als Entlassungsgrund 7 1081. — kann ein einzelner Gesellschafter den Geschäftsführer zur Niederlegung seines Amtes nötigen 2 2, 290. — Ausföhrung d. Entlassungsbeschlusses; Abstandnahme 7 1081, 1082. — Ansetzung der Aufstellung wegen nachträglicher Kenntnis starker Verschuldung des Geschäftsführers 4 902. — bedingte Kündigung seitens d. Geschäftsführers 7 1081. — Verweigerung der vertragsmäßig zugestandenen Übertragung d. technischen Leitung als wichtiger Kündigungsgrund für d. G. 6 1103. — Kündigung wegen nachträglicher Beschränkung d. Geschäftsföhrungsbesugnisse 6 1103; 7 256, 1081. — Beendigung des Dienstverhältnisses durch Konkurs der GmbH. 6 1103. — Unterzeichnung der Jahresliste durch die Geschäftsföhrer 4 902, 903; 6 1104. — Prüfungsrecht des Registerrichters bei Anmeldungen seitens der Geschäftsföhrer 4 902. — ist wegen der §§ 29, 30 die Auszahlung von Vorschüssen an die Geschäftsfö-

(Gesellschaften mit beschränkter Haftung) führer unzulässig? 4 902. — Anmeldung eines dem Geschäftsführer beigelegten Titels zum Register? 2 2, 288. — Prüfung der auf die Geschäftsführer bezüglichen Anmeldungen seitens des Registrars 2 2, 288 (Anstellung von Ermittlungen). — Konkurrenzklause (s. diese) 7 1077. — Konkurrenzklause bei Aufgabe des fraglichen Geschäftszweiges durch die GmbH. 6 1103. — Versicherung des Einkommens des Geschäftsführers 4 900. — Schadensanspruch der GmbH. bei unberechtigter Kündigung 6 1103. — muß der Geschäftsführer e. aufgelösten GmbH. in die Dienste des Nachfolgers treten? 6 1103 (2). — Zurückweisung des Zeugnisses, das das außerdienstliche Verhalten d. G. kritisiert 6 655 (über Zeugnisse vgl. Handlungsgehilfe). — Rechenschaftspflicht d. G. 3 1, 110. — Verträge der GmbH. mit dem G. 3 1, 248; 4 193. — Vergütungsanspruch; Einrede d. Arglift, wenn d. Geschäftsführer den von seinem Mitgeschäftsführer bestrittenen Gehaltsanspruch durch Wechselakzepten zu realisieren sucht 7 1077. — Pflicht z. Auskunftserteilung an den, der Geschäftsanteil oder Gewinnanspruch e. Gesellschafters gepfändet hat 7 1077. — Einfluß d. Amtsdauer auf e. vom Geschäftsführer ausgestellte Generalvollmacht 7 1078 (s. Vollmacht). — Plage des einzigen Geschäftsführers gegen die GmbH. 7 1079. — Plage eines der Kollektivgeschäftsführer gegen die GmbH. 7 1079. — Genehmigung des nur von einem d. Kollektivvertreter abgeschlossenen Geschäftes; Form u. Voraussetzungen d. Genehmigung; Genehmigung durch e. erst nach Geschäftsabluß aufgestellten Geschäftsführer 7 1079. — Verjährung der Strafantragsfrist bei Kenntnis nur eines der mehreren Geschäftsführer 7 1079. — Zahlung e. dem Geschäftsführer wegen Patentverletzung auferlegten Geldstrafe durch die GmbH. 7 1079. — strafrechtliche Verantwortlichkeit; baupolizeiliche Übertretung 7 1079. — Abzugsfähigkeit d. Gehalts oder der Provision für zu Geschäftsführern bestellte Gesellschafter 7 1079. — Prokuristen 7 1079, 1080. — Haftung der GmbH. für unerlaubte Handlungen d. Geschäftsführer 7 1080. — Genehmigung z. Veräußerung von Teilen e. Geschäftsanteils 7 1080 (s. unten). — unzulässige Beschränkung d. Vertretungsmacht; „Unter gewissen Umständen“ (§ 37 Abs. 2 GmbHG.) 7 1080. — Entziehung der Leitung des Betriebs der Werke u. der Fabrikation als Widerruf d. Bestellung oder als Beschränkung d. Tätigkeit? 7 1080, 1081. — Anwendung des § 622 BGB. bei Lebensstellungen 7 1081 (vgl. Dienstvertrag). —

Aufhebung e. den Widerruf d. Bestellung zum Geschäftsführer im Sinne des § 38 Abs. 2 einschränkenden Bestimmung des Statuts; Zustimmung d. geschäftsführenden Gesellschafters 7 1082. — lebenslängliche Bestellung ohne Widerrufsrecht 7 1082. — Pflicht z. Führung d. Geschäftsbücher; Zahl u. Art d. Geschäftsbücher 7 1082. — Kürzung d. Tantieme bei nachträglicher Entdeckung e. Unrichtigkeit der genehmigten Bilanz? 7 1082. — Umfang d. Sorgfaltspflicht d. Geschäftsführers; ungenügende Beaufsichtigung des mit der Lohnauszahlung betrauten Angestellten 7 1083. — Festsetzung d. Zahl d. Geschäftsführer; Fehlen e. Bestimmung im Statut; Änderung der im Statut enthaltenen Bestimmung 7 1083. — Regreß der GmbH. gegen den mit der Überwachung d. Geschäftsführers betrauten Gesellschafter wegen mangelnder Sorgfalt bei d. Überwachung; erst nach Übertragung d. Aussicht auf einen anderen Gesellschafter begangene Unrelichkeit des Geschäftsführers 7 1083. — Stimmrecht d. Geschäftsführers bei Festsetzung seiner Bezüge 7 1084. — Vereinbarung d. Gesellschafter, ihre Tätigkeit als Geschäftsführer bis zur Entscheidung über die Gültigkeit ihrer Abberufung auszusetzen; Aussetzung d. Eintragung d. Abberufung im Handelsregister 7 1084.

Generalversammlung. — Ausschaltung d. Kompetenz d. G.-R. 7 1084. — Ansetzung von Beschlüssen der Generalversammlung s. auch unten IX. — Generalversammlung als Schiedsrichter für Streitigkeiten zwischen Gesellschaftern u. Gesellschaftern 2 2, 290; 4 903 (s. Schiedsrichterliches Verfahren). — Stichentscheid bei Stimmgleichheit durch einen Nichtgesellschafter 2 2, 290. — kann im Statut das Ruhen d. Stimmrechts für bestimmte Fälle festgesetzt werden? 7 1075. — Ausübung des Stimmrechts mehrerer Miterben 3 1, 605. — Stimmrechtsverkauf 2 1, 69. — Vertretung durch Bevollmächtigte; Spezialvollmacht für die bestimmte Sitzung; Dauer der Vollmacht 2 2, 291. — Beschränkung der Vertretung auf Vertretung durch Gesellschafter 2 2, 291. — Abänderung des § 47 Abs. 4 (Stimmrecht beteiligter Gesellschafter) zulässig? 4 903. — Anwendungsgebiet des § 47 Abs. 4 7 1084. — Mitstimmen eines Gesellschafters bei seiner Wahl zum Geschäftsführer 2 2, 279, 291; 6 1106. — Mitstimmen des Geschäftsführers, der zugleich Gesellschafter ist, über die Feststellung der von ihm aufgestellten Bilanz 2 2, 291; bei Festsetzung seiner Bezüge 7 1084. — Frist für Feststellung der Bilanz 2 2, 289. — wann ist ein Gesellschafter nach § 47 Abs. 4 von der Abstimmung aus-

geschlossen? **6 1106.** — Teilnahme e. off. H.-G., deren e. Teilhaber durch d. Beschluß entlastet werden soll, an der Abstimmung; Abstimmung durch den zu Entlastenden als Vertreter **6 1106.** — deutliche Befamntgabe des Verhandlungsgegenstandes bei Berufung einer G.-W. nach § 50 („Beschlufsfassung über die Wahl eines neuen Direktors“ ungenügend) **2 2, 291, 292; 4 904.** — § 51 Abs. 3 setzt stets eine Einladung voraus **2 2, 292.** — wann gilt die Einladung nach § 51 Abs. 1 als bewirkt? **4 904.** — Ankündigung nur zur Verhandlung, aber nicht zur Beschlußfassung bestimmter Punkte nach § 50 **4 904.** — Vollmacht d. § 47 durch Einwilligung oder Genehmigung nicht ersetzt **3 1, 61.** — Vereinbarung d. Gesellschafter, in einem bestimmten Sinne zu stimmen **7 1083.** — Arglist e. zur Mitverwaltung berechtigten Gesellschafter bei d. Abstimmung in der Absicht, einen Mitgesellschafter zu schädigen **7 1084.** — flageweise Anfechtung e. Gen.-Versammlungsbeschlusses; Natur des Rechtes, der Klage; konstitutive Natur des Urteils; **6 1105;** Verbindung einer Feststellungsflage auf Nichtigkeit des Beschlusses mit der Anfechtungsflage **6 1105;** Beklagter **2 2, 289; 6 1105;** Klagezustellung **2 2, 290;** Anfechtung wegen Entzugs d. Stimmrechts **2 2, 290;** Anfechtung nach Ausscheiden **6 1105;** Anfechtung e. vor Eintritt des Anfechtenden gefaßten Beschlusses **6 1105;** Anfechtungsfrist **6 1105.** — Widerspruch gegen die Eintragung des anzufechtenden Beschlusses in das Handelsregister **5 1004; 6 1105, 1107.** — Gesellschaftsbeschluß auf Verwendung des ganzen Gewinnes zu Abschreibungen gegenüber dem Gewinnanspruch e. Gesellschafter **7 1075.** — Gesellschaftsbeschluß auf Zahlung d. Gemeindesteuern der Gesellschafter durch die GmbH. **7 1075.** — Heilung e. nicht form- u. fristgerechten Ladung durch Erscheinen d. Geladenen; Rüge d. Mangels durch einen anderen Gesellschafter **7 1084.** — Aufhebung d. Minoritätsrechts des § 50 Abs. 1 durch Statutenänderung **7 1085.**

A u f f i c h t s r a t. — Privatvertrag zwisch. 2 Gesellschaftern, daß die Mitgliedschaft im Aufsichtsrate zwischen ihnen wechseln solle **2 2, 292** (s. **3 2, 54; 4 904**). — Recht der einzelnen Aufsichtsratsmitglieder auf Überwachung der Geschäftsführung u. Büchereinsicht **2 2, 292.** — Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder als dauernde Vertreter der Geschäftsführer **2 2, 292.** — Aufsichtsratsmitglied als Geschäftsführer oder Prokurist **6 1106.** — Einzelabstimmen über die Entlastung der Aufsichtsratsmitglieder u. Mitstimmen der anderen Aufsichtsratsmitglieder **2 2, 292.** — Zuziehung eines Notars zu den vom Aufsichtsrat

berufenen Versammlungen **4 904.** — Niederlegen des Amtes als Aufsichtsratsmitglied **4 904.** — Natur des Bestellungsvertrags **4 904.** — Vertrag, die Stelle eines Aufsichtsrats nicht anzunehmen oder niederzulegen **4 904.** — Aufsichtsrat als Schiedsrichter zw. Gesellschaft u. Gesellschafter **6 1106** (s. schiedsrichterliches Verfahren). — Voraussetzungen für Abschaffung d. Aufsichtsrates **6 1106, 1107; 7 1084 f.** — Aufsichtsrat nach innen u. nach außen **6 1107.** — Kollektivaufreten bei Handeln nach außen **6 1107.** — Klage gegen die e. Beschluß nicht zustimmende Minorität auf Mitwirkung bei Ausführung d. Beschlusses **6 1107.** — Amtsdauer des 2. u. jedes folgenden A.-R. **6 1106.** — Ermächtigung zur Statutenänderung **6 1107.** — Verträge der GmbH. mit d. Aufsichtsrat **3 1, 248; 4 193.** — Befugnisse d. Aufsichtsrats; Kündigung des Geschäftsführers; Abänderung des § 52 GmbHG. durch Statut **7 1084.**

IX. Gesellschaften und ihre Rechtsverhältnisse. — juristische Personen als Mitglieder **2 2, 275; 4 897; 6 1088.** — Handelsgesellschaften als Mitglieder **4 896, 897; 6 1088.** — ausländische Handelsgesellschaft als Mitglied **6 634.** — Gesellschafter als Zeugen in Prozessen der GmbH. (Anwendung des § 393 Ziff. 4 ZPO?) **2 2, 282.** — Vereinigung sämtl. Geschäftsanteile in einer Hand **2 2, 294; 4 905; 6 1093—1094.** — Änderung der den Gesellschaftern nach dem Gesellschaftsvertrag für Leistungen zustehenden Vergütung **2 2, 293.** — Änderung der Rechte u. Pflichten der Gesellschafter s. oben III Statutenänderung. — Anspruch d. Gesellschafter auf Bilanzabschrift; Kosten **2 2, 289; 6 1102, 1105.** — Recht auf Büchereinsicht **2 2, 290 (2).** — Stimmrecht s. auch oben Generalversammlung. — Gesellschafter ohne Stimmrecht **2 2, 290.** — Vertrag, durch den sich ein Gesellschafter verpflichtet, in gewissem Sinne zu stimmen **2 2, 290; 6 1106.** — Wegfall eines Konkurrenzverbots mit Abtretung d. Geschäftsanteiles **2 2, 282.** — Antrags- u. Beschwerderecht d. Gesellschafter in Registerangelegenheiten **6 1104.** — flageweise Anfechtung der Gesellschaftsbeschlüsse durch die Gesellschafter s. oben. — Beschwerde des Gesellschafter, der gegen einen Beschluß Widerspruch erhoben hat, gegen die Eintragung dieses Beschlusses? **5 1004; 6 1105, 1107.** — Grenzen d. Zulässigkeit einfacher Statutenänderung gegenüber Sonderrechten **7 1085.** — Vorrechte einzelner Gesellschafter **6 1090.** — Schiedsgerichtsklausel im Gesellschaftsvertrage im Zweifel auch auf Rechtsstreitigkeiten ausgeschiedener Gesellschafter bezüglich **6 1093.** — Heranziehung der Gesellschafter

(Gesellschaften mit beschränkter Haftung) in Angelegenheiten der GmbH. seitens der Verwaltungsbehörden mit Zwangsmaßnahmen oder mit Kosten? 6 1094. — Steuerpflicht d. Gesellschaft? 6 1094. — Umlageverfahren, wenn die von dem einen Gesellschafter zu bewirkenden Sacheinlagen ausbleiben oder entwerten? 7 1074. — rechtl. Natur der Gesamthaftung der Gesellschafter nach § 24 6 1101. — Gesamthaftung nach § 24 bei Ungültigkeit des Beitritts eines Gesellschafters 6 1101; 7 1074, 1075. — Gesamthaftung der Gesellschafter für die Ausfälle bei Kapitalserhöhung 6 1101, 1102. — Haftung des einen Anteil bei d. Kapitalserhöhung nicht übernehmenden Gesellschafters für Ausfälle bei Einziehung der Einlagen auf das erhöhte Kapital 6 1102. — Aufrechnung gegen die Forderung aus § 24 (Haftung für den Fehlbetrag der Einlage eines anderen Gesellschafters) 6 1102. — erfolglos versuchte Zwangsvollstreckung Voransetzung der Haftung der übrigen Gesellschafter auf den Fehlbetrag nach § 24? 6 1102. — Verpflichtung e. Gesellschafters, ein Amt nicht anzunehmen 3 1, 49. — Anfechtung d. Beitrittserklärung wegen Irrtums, Täuschung 2 2, 275; 3 1, 39; 4 897; 6 50, 1089; 7 41, 1065, 1076 (s. Anfechtung). — Anfechtung e. mit einer GmbH. über einen (volleingezahlten) Geschäftsanteil abgeschlossenen Kaufs seitens d. Käufers 7 41, 1076. — Bedeutungslosigkeit des Maßes der inneren Beteiligung für den Umfang d. Haftung in Fällen persönlicher Haftung der Gesellschafter 7 1070. — durch gemeinsamen Betrug d. Gesellschafter, der Geschäftsführer u. der Aufsichtsratsmitglieder veranlaßter Erwerb eines Geschäftsanteils u. Übernahme d. Stellung als Geschäftsführer 7 1071. — Verbot d. Einlagerückzahlung; Versprechen d. Rückzahlung e. Einlage bei gutem Glauben d. Versprechensempfängers; Umgehung des Verbots; Verkauf e. Geschäftsanteils seitens e. Teilnehmers an die anderen mit der Abrede, daß der Kaufpreis zunächst aus Mitteln der Gesellschaft bezahlt u. erst nach einer Frist von den Erwerbern an die Gesellschaft erstattet werden soll 7 1076.

Geschäftsanteile. — zwingende Natur der Vorschriften über Eintritt u. Austritt d. Gesellschafter (§§ 15, 17) 7 1066. — Wesen des Geschäftsanteils; Nennwert oder Quotenbeteiligung 2 2, 291; 4 899; 6 1094 f. — Kritik des § 14 7 1070. — Pfändbarkeit 2 2, 282; 4 900. — Pfändung d. Forderung auf Auszahlung d. GeschäftsEinlage u. des Gewinnanteils 6 1095. — Erwerb u. Verlust von Geschäftsanteilen 6 1095. — Unterschied zwischen Beitritt mit Einschuf

neuen Kapitals u. käuflicher Übernahme eines alten Geschäftsanteiles 2 2, 282. — Ausgabe von Anteilscheinen 2 2, 283. — Natur der Anteilscheine 6 1095. — Vereinbarung eines Verkaufsrechtes der anderen Gesellschafter 2 2, 284; 7 1070. — Anwendung des § 179 Absf. 2 u. 3 BGB. bei Erwerb eigener Geschäftsanteile durch die GmbH. 2 2, 286. — Arrestantrag seitens des Gläubigers eines sämtliche Anteile in seiner Hand vereinigenden Gesellschafters in das Vermögen der GmbH. wegen einer persönlichen Forderung gegen den Gesellschafter 4 900. — Anmeldepflicht (nach § 16) bei Vererbung e. Geschäftsanteils? 6 1098. — Wirkung einer nach Abtretung, aber vor deren Anmeldung von der GmbH. gegenüber dem Veräußerer über den Geschäftsanteil vorgenommenen Handlung 4 900. — Bestellung e. Nießbrauchs an e. Geschäftsanteil; Folgen 6 1095. — Miete u. Leihe am Geschäftsanteil, Verpachtung 6 1095. **Abtretung des Geschäftsanteils.** — Verhältnis des § 15 Absf. 3 zum BGB. 2 1, 762. — Abtretung von Teilen eines Geschäftsanteiles 2 2, 283 (s. unten). — Abtretung in unterschriftlich beglaubigter Form 2 2, 282. — vor Errichtung des Gesellschaftsvertrags vereinbarte Abtretung 2 2, 283. — Abtretung vor Eintragung d. Gründung oder d. Kapitalserhöhung 7 1071. — Verpfändung von Anteilsrechten 2 2, 283: 4 900; 6 1095 (2). — pactum de cedendo 2 2, 283, 284; 4 899 (eine nur den Gegner, nicht aber den Gesellschafter bindende Vereinbarung); 4 900; 6 1096, 1098. — Rückzahlung des Kaufpreises nach § 812 BGB. bei Ungültigkeit der Übertragung wegen Formmangels; Einrede des Verkäufers, wenn der Käufer trotz Kenntnis die Rückgängigmachung hinauschiebt 2 2, 282; 6 1096, 1097. — Form, wenn Verpfändung oder Abtretung im Auslande erfolgt 2 2, 357; 2 2, 283. — bedarf nur der abstrakte Vertrag d. Form oder auch das Kaufgeschäft? 7 1071. — Veräußerung und Zwangsvollstreckung, wenn nach Vertrag die Veräußerung an d. Zustimmung der GmbH. gebunden ist 6 1095, 1099, 1100. — Folgen des Formmangels für den Vertragsgegner des Gesellschafters 2 2, 283, 284. — Ansprüche bei Formmängeln; arglistige Verzögerung d. Geltendmachung 7 1071, 1072. — Formfreiheit des Auftrags zum Erwerb eines Geschäftsanteils 2 2, 284. — Formfreiheit des Auftrags an einen anderen, im eigenen Namen, aber für Rechnung des Auftraggebers einen Anteil zu zeichnen 2 2, 284; — Verkauf von Geschäftsanteilen durch einen Nichtgesellschaftler 4 899; 6 1096. — pactum de pignorando 4 899; 6 1095, 1096.

— Abtretung durch Veräußerung des Erbanteils eines Miterben **6 538**. — Abänderung d. den Gesellschaften zustehenden Rechts auf Veräußerung des Geschäftsanteils durch Gesellschaftsbeschluß **5 165; 6 1095, 1096, 1098**. — Abtretung an C. trotz Abschlusses e. pactum de cedendo mit B. **6 1096**. — Anstellungsvertrag mit e. Direktor, der verpflichtet wird, für den Fall seines Ausscheidens seinen Geschäftsanteil an die Gmbh. zurückzuübertragen **7 1072**. — § 15 Abs. 1 ius dispositivum **6 1096; 7 1066**. — § 15 Abs. 2 ius cogens **6 1096**. — Abtretung oder bloße Umformung des Rechtssubjektes (Umwandlung e. off. H.-G. in e. R.-G. u. ä.) **6 1096**. — Annahmeerklärung des Abtretungsgegners formbedürftig **6 1096**. — Umgehung d. Verbots d. Veräußerung d. Geschäftsanteils durch äußerliche Belassung d. Verkäufers als Gesellschafter **7 57** (s. gute Sitten). — Garantieübernahme für den abgetretenen Geschäftsanteil formbedürftig **6 1097**. — formlose Abtretung einzelner Ansprüche auf Gewinn- oder Auseinanderlegungs-guthaben? **6 1097 (2); 7 1071**. — Unterbeteiligung (§ 15) als Gesellschaft nach § 705 BGB. **6 266**. — Unterbeteiligungsvertrag; Beteiligung an Gewinn- u. Verlust ohne zeitliche Grenze **6 1097**. — entgeltliche Abtretung e. Geschäftsanteils d. obervormundschaftl. Genehmigung bedürftig? **7 1070**. — Übertragung der gesamten Ansprüche e. Gesellschafters gegen die Gmbh. als Abtretung des Geschäftsanteils formbedürftig **6 1097**. — Abtretung vinfullierter Anteile; Vereinbarung, daß der Verkäufer für den Fall der Nichtgenehmigung der Übertragung zwar der Gesellschaft gegenüber Teilnehmer bleiben, die Gesellschafterrechte aber für den Erwerber ausüben solle **7 1072**. — Verkauf e. Geschäftsanteils seitens e. Teilnehmers an die anderen mit der Abrede, daß der Kaufpreis zunächst aus Mitteln d. Gesellschaft bezahlt werden solle u. erst nach einer Frist von den Erwerbern an die Gesellschaft zu erlangen ist **7 1076**. — Vertrag, durch den die Gmbh. selbst die Verschaffung e. Geschäftsanteils übernimmt **6 1097**. — Abtretung e. Geschäftsanteils durch die Gmbh. selbst **6 1097**. — Konvaleszenz des formlosen, obligatorischen Vertrags auf Abtretung (auch bezüglich d. Gegenleistung) durch eine gültig abgeschlossene Abtretung **6 1097, 1098; 7 1071**. — Anmeldung d. Übergangs (§ 16) auch bei Genehmigung d. Abtretung durch die Gmbh. nötig; kein Ersatz der Anmeldung durch anderweit erlangte Kenntnis der Gmbh. **6 1098**. — Anwendung d. §§ 434, 437 BGB. bei Veräußerung noch nicht voll einbezahlter Anteile **7 196,**

1072. — Folgen der Veräußerung eines ganzen Geschäftsanteils **2 2, 284; 6 1095**. — fiduziarische Übertragung eines Geschäftsanteils **4 901**. — Wirkung der vor Anmeldung d. Veräußerung vom Veräußerer gegenüber der Gmbh. oder umgekehrt vorgenommenen Rechtshandlung; Kenntnis der Gmbh. von der Veräußerung **4 900**. — Zwangsvollstreckung in Geschäftsanteile (Drittschuldner, Überweisung zur Einziehung?) **4 900** (s. Zwangsvollstreckung in Forderungen); **4 901** (Teilpfändung); **6 1095, 1099, 1100; 7 1077** (Auskunftspflicht des Geschäftsführers gegenüber dem Pfandgläubiger). — Zwangsvollstreckung in nur m. Genehmigung der Gmbh. veräußerliche Geschäftsanteile **7 1072**.

Teilung eines Geschäftsanteiles (§ 17). — Erteilung der Genehmigung vor Abschluß des Veräußerungsvertrages **2 2, 284; 6 1098, 1099**. — Erteilung der Genehmigung zur Veräußerung an eine unbestimmte Person **2 2, 284**. — Vereinbarung, die Abtretung der Gesellschaft nicht anzuzeigen **2 2, 284**. — Vertretung der Gmbh. vor Eintragung in das Handelsregister **4 900**. — Form u. Zeit der von der Gmbh. zu erteilenden Genehmigung **4 900; 6 1098, 1099; 7 1073, 1080**. — Teilung durch Sicherungsübereignung oder Sicherungszeßion **4 901**. — Pfändung von Teilen eines Geschäftsanteils **4 901**. — Haftung der mehreren Mitberechtigten eines Geschäftsanteils gegenüber der Gmbh. **4 230**. — Pflicht mehrerer Miterben eines Geschäftsanteils, zur Ausübung des Stimmrechts mitzuwirken **3 1, 605**. — Teilung unter Miterben oder den an einem Gesamtgut Beteiligten **6 1099**. — Teilung unter Miterben durch den Testamentsvollstrecker **6 553, 1099**. — Form der Verpflichtung zur Abtretung eines Teiles e. Geschäftsanteils; Anwendung des § 15 Abs. 4 **6 1096**. — Unterschied zw. Teilung u. Gemeinschaftlichmachung e. Geschäftsanteils **6 1098**. — Teilung von Anteilen ohne Veräußerung oder Vererbung; Zulässigkeit von Anteilscheinen **7 1073**. — rechtl. Natur der Genehmigungserklärung der Gmbh. **6 1098 (2), 1099**. — Mehrheitsbeschluß der Gesellschafter Voraussetzung der Genehmigung? Erteilung durch den Geschäftsführer allein **6 1098 (3), 1099; 7 1073**. — rückwirkende Kraft der Genehmigung **6 1098**. — Erteilung der Genehmigung nach Eröffnung d. Konkurses über den Abtretenden **6 1098**. — Verletzung der Vertragspflicht, wenn d. Zedent bei Abstimmung der Gmbh. über Erteilung der Genehmigung gegen die Abtretung stimmt oder sich d. Abstimmung enthält **6 1099; 7 1084**. — Ersetzen d.

(Gesellschaften mit beschränkter Haftung)

Genehmigung durch Ausschändigung der für den Zeßionar gefertigten Anteilscheine **6 1099**. — Angabe des abgetretenen u. des verbleibenden Teils in der Genehmigungs-urkunde **6 1099 (2)**. — Fälle, in denen nach § 17 Abs. 3 von der Genehmigung abgesehen werden kann **6 1099**. — Abtretung des nach mehreren Teilabtretungen übrig gebliebenen Restes unter § 17 Abs. 1 fallend **7 1072**. — begründet eine von § 17 Abs. 1 abweichende statutarische Vorschrift Nichtigkeit d. GmbH. ? **7 1088**. — Unzulässigkeit gleichzeitiger Übertragung mehrerer Teile von Geschäftsanteilen an einen Erwerber **7 1073**. — gleichzeitige Übertragung e. ganzen Geschäftsanteils in Verbindung mit einem anderen Anteilsanteil **7 1073**.

Amortisation. — verlangt ein Beschluß auf Amortisation Zustimmung aller Gesellschaftler? **2 2, 286**.

Folgen verzögerter Einzahlung der Geschäftsanteile, Reduzierung (§§ 21 f.). — zwingende Natur der §§ 21—24 **7 1066**. — Beginn der Nachfrist nach § 21 Abs. 1 **4 901; 6 1101; 7 1074**. — Erfüllungsanspruch gegen den Säumigen an Stelle der Reduzierung? **2 2, 285**. — Verzicht auf das Recht der Ausschließung? **2 2, 285**. — steht nach fruchtlosem Ablauf d. Verfallsandrohungsfrist die Reduzierung noch im Ermessen des Geschäftsführers **2 2, 285**. — Leistung des Gesellschafters nach Ablauf der Nachfrist, aber vor Erklärung des Ausschlusses **2 2, 285**. — irrtümliche Reduzierung trotz nicht verzögerter Einzahlung **2 2, 286**. — Reduzierung eines auf das erhöhte Stammkapital erworbenen Geschäftsanteils vor Eintragung des Erhöhungsbeschlusses **2 2, 286, 294**. — Zeitpunkt der Wirksamkeit der Ausschlußerklärung **4 901**. — Reduzierung vor Eintrag der GmbH. **4 901**. — Reduzierung bei verzögert. Sacheinlage? **6 1101, 7 1074, 1075**. — Anwendung d. § 21 bei Konkurs des Gesellschafters **6 1101**. — „wirkliches Zugehen“ der „erneuten Aufforderung“ nötig; Verweigerung der Annahme; unbestellbare Briefe **6 1101**. — Reduzierungsbeschuß auf Grund Postenlieferungscheines bezüglich der erneuten Aufforderung u. Fristablauf **6 1101**. — Zeitpunkt der Wirksamkeit der Ausschlußerklärung **6 1101**. — Zahlung d. Rückstands vor Absendung der Ausschlußerklärung **6 1101**. — Haftung des Vormanns des Ausschusses; Nachweis der Zahlungsunfähigkeit des Ausgeschlossenen? **6 1101**. — Recht des Säumigen auf Auskunftserteilung über die auch an andere Säumige ergangene Aufforderung; Einfluß d. Ankenntnisverweigerung auf den Beginn d.

Nachfrist **7 1074**. — statutarisches Reduzierungsverfahren für den Fall d. Nichterfüllung anderer Verpflichtungen, als der Leistung von Kapitaleinlagen? **7 1074**. — Verzugszinsen nach § 20 **6 1100; 7 1074** (Nebenforderung nach § 4 ZPO.).

Nachschußpflicht **7 1075**. — Stempelspflicht der Nachschußbeschlüsse in Preußen **2 2, 286**. — ist der gesetzliche Maßstab für Einzahlung der Nachschüsse (§ 26 Abs. 2) zwingendes Recht? **4 901**. — Nachschüsse als Passivposten in die Bilanz einzustellen **6 1102**. — Rückzahlbarkeit der Nachschüsse **6 1102**. — Verwendung geleisteter Nachschüsse zu Abschreibungen u. Verlustdeckungen **6 1102**. — Aufforderung und Preisgabenerklärung nach § 27 **6 1102**. — Beginn der Frist des § 27 Abs. 2 **6 1102**.

Anteil am Reingewinn. — kann mit der Forderung wegen Geschäftsgewinnes gegen eine Forderung der Gesellschaft auf Zuzahlung zu der zu hoch zu bewertenden Sacheinlage aufgerechnet werden? **2 2, 285**. — Besteuerung der Gewinnanteile **2 2, 286**. — in welchem Zeitpunkt beginnt das Recht auf Dividendenbezug? **2 2, 286**. — Auszahlung von Vorshüssen? **4 902**. — kann im Gesellschaftsvertrag das Ruhen des Gewinnanspruchs für bestimmte Fälle wirksam vorgesehen werden? **7 1075**. — Gesellschaftsbeschuß auf Verwendung des ganzen Gewinnes zu Abschreibungen gegenüber d. Gewinnanspruch e. Gesellschafters **7 1075**. — Stempelpflicht **7 1075, 1076**.

Auflösung. — Anmeldung d. Erlöschens d. Firma trotz Nichtsammlung d. Beendigung d. Vertragsbefugnis d. Liquidatoren **7 596**. — Bereinigung sämtlicher Geschäftsanteile in einer Hand? **2 2, 294; 3 2, 281; 4 905; 6 1093, 1094**. — Einstellung des Gewerbebetriebs (Einkleidung des Ordnungsstrafverfahrens zur Anmeldung der Liquidation?) **2 2, 295**. — Eröffnung d. Lösungsverfahrens durch d. Registerrichter, weil die Personenfirma erschlitten ist oder gegen das Wettbewerbsgesetz verstößt? **6 1090**. — Zurückverwandlung der aufgelösten Gesellschaft in das Werbestadium? **7 1086**. — bedingte Auflösung **6 1107**. — Beschluß auf Verlängerung der auf bestimmte Zeit geschlossenen GmbH. nach Ablauf der Gültigkeitsdauer **6 1108, 1109; 7 1086**. — Kosten d. Auflösungsbeschlusses **6 1109**. — Verlegung in das Ausland **6 1109; 7 1086**. — Auflösungsbeschuß vor Ablauf der statutarisch bestimmten Zeit **7 1085**.

Auflösungsflagge. — wichtige Gründe **2 2, 295; 6 1109; 7 1086**. — konstitutiver Charakter des Urteils **2 2, 295**. — wert d. Streitgegenstandes **2 2, 295**. — Revision **2 2, 295**. — wann liegt Unmöglichkeit der Erreichung des Gesellschaftszweckes vor?

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

4 906 (mangelnde Rentabilität, Unzulänglichkeit des Stammkapitals, des Kredits); 6 1109. — Ausschluß bestimmter Tatbestände als Grund der Auflösungs-klage im Vertrag 6 1109. — Klagerecht des Einzelgesellschafters 6 1109. — Auf-
 lösungs-klage, wenn der eine von 2 Gesell-
 schaftern, die nur zusammen die GmbH.
 vertreten können, sein Amt nieder-
 legt u. einem Vorschlag auf Ernennung e.
 Geschäftsführers nicht zustimmt 6 1109. —
 gehört der Anspruch auf Auflösung 3.
 Konkursmasse d. Gesellschafters 7 1086.
Konkurs. — Haftung des konkurs-
 anmeldenden Geschäftsführers für Ge-
 bühren u. Auslagen 7 1087. — Eintreib.
 d. rückständigen Stammeinlagen durch d.
 Konkursverwalter 2 2, 295. — Kosten der
 Registrierung eines Geschäftsführers 4 905.
 — Konkurs über das Vermögen einer für
 nichtig erklärten GmbH. 3 2, 281;
 4 820, 906, 908; 6 1109. — Zeitpunkt für
 den Konkursantrag der Geschäftsführer
 4 906. — bloße Zahlungsstörung 4 906. —
 Nichtzahlung v. Wechselschulden trotz Pro-
 longation Konkursgrund? 6 1110. —
 Bestrafung der Liquidatoren wegen Nicht-
 anmeldung; Einfluß der von dritter Seite
 bewirkten Anmeldung 4 908; 6 1109. —
 Überschuldung u. Unterbilanz 6 1109. —
 Bilanz im Sinne des § 64 6 1110; 7 1087.
 — Konkurs e. in Liquidation befindlichen
 GmbH. 6 1109. — GmbH. als
 Gemeinschuldnerin 6 1109. — Endigung
 d. Dienstvertrags d. Geschäftsführers
 6 985. — die Gesellschaftsorgane während
 des K. 6 1109. — Gesellschafter als
 Konkursgläubiger wegen der Dividenden-
 ansprüche 6 1109. — Konkursmasse;
 rückständige, uneinbringliche Einzahlungen
 6 1110. — Nichtigkeitsklage über ein
 Patent z. K.-Masse gehörig? 6 1110. —
 Zwangsvergleich 6 1110. — analoge An-
 wendung d. §§ 175, 197, 186, 187 R.D.
 6 1110. — Vorhandensein von Vermögen
 nach K.-Beendigung 6 1110. — Fort-
 setzung der GmbH. nach Beendigung
 des K. 6 1110. — Wirkung d. K.-Eröffnung;
 Untergang der GmbH.? 6 1110. —
 Stellung d. Verwalters nach beendeten
 K. 6 1110. — Weiterführung der z. Zt.
 d. Konkursbeendigung noch anhängigen
 Prozesse durch d. K.-Verwalter 6 1003. —
 Beschwerde gegen K.-Eröffnung 6 1104. —
 §§ 64, 84 Schutzgesetze im Sinne des § 823,
 Abs. 2 BGB. 6 1110. — Schadens-
 anspruch d. Gläubiger bei Verletzung
 d. Konkursanmeldungs-pflicht 6 1110.
Liquidation (§§ 66–74). — Wesen der
 Gesellschaft in Liquidation; Identitäts-,
 Sukzessions-, Fiktions-Theorie 7 294 f. —
 gerichtliche Bestellung von Liquidatoren,
 2 2, 275, 295; 6 1110; 7 1087. — An-
 meldung der ersten Liquidatoren, auch

wenn eine Verteilung bereits statt-
 gefunden hat oder alle Anteile in einer
 Hand vereinigt sind 2 2, 295; 4 906
 (gegen wen kann zur Erzwingung der An-
 meldung mit Ordnungsstrafen vorgegangen
 werden?) — Abänderungen des Statuts
 während der Liquidation 2 2, 295; 4 967;
 6 1107, 1111 (neue Firma); 7 1087. —
 Verkauf d. Geschäftes mit Firma während
 der L. 6 1111. — Prüfungsrecht d.
 Registerrichters bzgl. der angemeldeten
 Liquidatoren gegenüber Dritten 2 2, 295, 296
 (Wirksamkeit größerer Beschränkungen der
 Liquidatoren gegenüber Dritten?). —
 kann der Liquidator das Gesellschaftsgut
 in eine neuzugründende GmbH. ein-
 bringen? 2 2, 295, 296. — Klage eines
 Kollektivliquidators gegen den anderen auf
 Zahlung einer Gesellschaftsschuld? 2 2,
 296. — Einziehung der rückständigen Ein-
 lagen 2 2, 296; 4 907 (Zustimmung der
 Generalversammlung?) — Zeitpunkt für
 Errichtung der späteren Liquidations-
 bilanzen 2 2, 296. — auch während der
 Liquidation bleibt die GmbH. Rechts-
 person 4 898, 908; 6 1111. —
 Pflicht des Geschäftsführers zur Über-
 nahme des Liquidatorpostens 4 906. —
 Entschädigungsansprüche eines nicht zum
 Liquidator bestellten Geschäftsführers 4
 906. — Erklärungen gegenüber einem
 von mehreren Liquidatoren 4 907; 6 1111.
 — Klage eines Gesellschafters gegen die
 GmbH. in Liq. wegen seines Anteils
 4 907. — Geltendmachung von Erbsch-
 ansprüchen aus der Gründung oder
 Geschäftsführung; Klage des Liquidators
 ohne Zustimmung der Generalversam-
 lung 4 907. — Anspruch der Gesellschafter
 auf den Gewinn des letzten Geschäftsjahres
 4 907. — Klage wegen Verteilung
 des Vermögens 4 907. — Kosten der
 Verwahrung der Bücher nach Liquidation
 4 907. — Unentziehbarkeit d. Anspruchs
 d. Gesellschafter auf d. Liquidationsquote
 2 2, 184; 7 648, 649. — Beschluß auf
 Herausgabe der Bücher nach Liquidation
 an einen Dritten (den Geschäftsüber-
 nehmer) 4 967. — Voraussetzung für
 Eintrag der Firmenlöschung 4 908. —
 Rücktritt eines von 2 Kollektivliquidatoren
 6 1104. — Abberufung u. Ernennung e.
 Liquidators durch einstweilige Verfügung?
 6 1110, 1111; 7 1087. — Wirkung d. Ein-
 tragung d. Beendigung d. Liquidation
 6 1111. — Vorhandensein von Vermögen
 bei Beendigung der Liquidation 6 1111;
 7 1087. — Anwendung des § 752 BGB.
 auf die Liquidation 7 297. — ist nach
 Beendigung der Liquidation außer d.
 Löschung d. Firma auch die Beendigung
 d. Vertretungsbefugnis d. Liquidatoren

(Gesellschaften mit beschränkter Haftung) anzumelden? 7 1087, 1088. — keine Zuständigkeit d. Kaufmannsgerichts f. Klage d. Liquidatoren auf Honorar 7 1088. — Voraussetzung f. Wiedereröffnung d. Liquidation 7 1088.

Nichtigkeit (§§ 75—77). — keine Anwendung d. § 139 BGB. 7 60, 1088. — Nichtigkeit, wenn beim Vertragsabschluss ein Vertreter ohne Vertretungsmacht mitwirkte? 2 2, 276; 3 2, 239. — Heilung des Formmangels des Gesellschaftsvertrags durch Eintrag in d. Handelsregister? 2 2, 275, 276. — Nichtigkeitsklage gegen eine unter der Firma „Haus Nazareth“ eingetragene Rekonvaleszenten-Anstalt 2 2, 277. — Ausschließlichkeit der in § 75 angegebenen Lösungsgründe 2 2, 296. — Nichtigkeit wegen ungenügender Bezeichnung des Gegenstands d. Unternehmens im Vertrag? 6 1111 (s. oben). — notwendige Streitgenossenschaft mehrerer Nichtigkeitskläger 2 2, 296. — Nebenintervention in Nichtigkeitsklagen 2 2, 296. — Wirkung der Nichtigkeit auf die von der GmbH. abgeschlossenen Rechtsgeschäfte 4 908. — Verlangen teilweiser Einzahlung trotz Nichtigkeit 4 908. — Verhältnis zu den Nichtigkeitsvorschriften des BGB. (§§ 125, 139) 7 60, 1088. — keine Nichtigkeit wegen der Bestimmung d. Statuts, daß Teile eines Geschäftsanteils ohne Genehmigung der Gesellschaft an Dritte veräußert werden dürfen 7 1088. — Beteiligte bei der Offiziälschöpfung 7 1088. — Offiziälschöpfung nach § 144 FGG. e. in die Form einer GmbH. eingeleiteten Religionsgesellschaft? 7 1064. — Lösungs nach § 144 FGG. wegen Mangels d. Gründungsvertrags; Vertretung e. Gesellschafters durch e. Nichtbevollmächtigten 3 2, 239 (s. Handelsregister). — Anwendung der §§ 142 oder 144 FGG. bei Lösungs von Amts wegen wegen Nichtigkeit? 2 2, 296 (s. Handelsregister).

XI. Umwandlung einer A.-G. in eine GmbH. — Bilanzaufstellung; Beachtung des § 261 FGG.; Bewertung der Vermögensgegenstände durch Sachverständige? ist sie Liquidationsbilanz? 2 2, 297; 7 1088. — für die Bilanz maßgebender Zeitpunkt 2 2, 297. — Auslassung des Grundstücks 4 898. — Versteigerung 6 1111. — ist nach § 80 Abs. 3 eine Wertberechnung des Anteils am Vermögen der A.-G. nötig? 7 1088.

XII. Strafe in m u n g e n. — Aufhebung d. „Mitglieder“ im § 82 Ziff. 1 als redaktionelles Versehen 6 1111; 7 1089. — „Einzahlungen“ nach § 82 Ziff. 1 auch Sacheinlagen umfassend 6 1111. — Ermittlung d. Inhalts der falschen Veräusserung (§ 82 Ziff. 1); Auslegung d. Anmeldeerklärung 7 1089. — Strafhaftung

e. ausgeschiedenen Gesellschafters nach § 83 6 1112. — Strafbarkeit d. Liquidatoren nach § 244 R.D. 7 1089.

Gesetz f. Rechtsquellen. — im Sinne des Art. 2 GGVB. 7 575.

Gesetzesänderung. — zwischen Schluß der Verhandlung u. Urteilspublication 1 2, 436; 1 3, 139 (s. zeitliches Anwendungsgebiet). — Prozeßkosten bei Abweisung einer Klage wegen inzwischen eingetretener G. 1 2, 439.

Gesetzesauslegung f. Auslegung.

Gesetzeskonfurrenz. — §§ 407 n. 2140 in G.-R. 1 1, 308.

Gesetzesumgebung. — Begriff 5 41. — Nichtigkeit e. Rechtsgeschäftes wegen G. 4 11, 42.

Gesetzliches Erbrecht f. Fiskus.

Allgemeines. — Beweislast des besseren Erbrechts 1 2, 208. — de lege ferenda für Beschränkung des Intestaterbrechts 6 521. — Erbrecht öffentlicher Anstalten 5 555. — Privilegien öff. Anstalten nach altem Recht 3 1, 583. — ist das mit der Bestimmung der Anrechnung auf den Pflichtteil Gegebene b. Eintritt der regelmäßigen gesetzlichen Erbfolge auf den gesetzlichen Erbteil anzurechnen? 2 1, 740.

Der Abkömmlinge. — Ausschluß der Abkömmlinge 2. Grades durch einen zur Zeit des Erbfalls lebenden, von der Erbfolge ausgeschlossenen Abkömmling 1. Grades (Erbunwürdigkeit, Ausschlagung, Ausschluß durch den Erblasser, Verzicht)? 1 2, 208; 3 1, 582; 4 477. — vorverstorbene erbnunwürdige oder durch den Erblasser ausgeschlossene Abkömmlinge 1 2, 208. — doppeltes Erbrecht eines von den Großeltern als Kind adoptierten Enkels 2 1, 702. — Erbrecht der Enkel bei Einsetzung der Kinder auf den Pflichtteil und Wegfall der sonst ernannten Erben 3 1, 582. — vor 1900 Adoptierte 1 2, 419, 449; 4 555.

Abszendenten u. deren Abkömmlinge. — Erbrecht der Abszendenten-Abkömmlinge bei Tod beider Eltern oder Großeltern 2 1, 208. — mit dem Erblasser nicht verwandte Abkömmlinge von Abszendenten; d. für ehelich erklärte Kind des Vaters? 3 1, 582.

Des Ehegatten. — „andere Erben“ im Sinne des Art. 51 § 6 Abs. 2 PrRGVB. 7 529. — Erbrecht beim Güterstand d. märkischen Provinzialrechts 7 529. — gegenüber Großeltern (Quote eines kinderlos vorverstorbenen Abkömmlings der Großeltern bei Überleben eines Großelternteils) 1 2, 208. — Ehegatte aus Putativehe 2 1, 702; 3 1, 582 (gutgläubiger Gatte). — Ausschluß des zum Eühnetermin nach § 608 ZPD. geladenen Ehegatten 2 1, 702. — kein Erbrecht des die Ehe nach § 1333 aufhebenden Klägers;

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

Eintritt der Rechtskraft des Urteils nach dem Tode des Mannes 4 477. — Ausschluß des Erbrechts bei Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft durch Urteil 2 1, 702; 4 392; 6 479. — Wegfall eines neben dem Gatten zur gesetzlichen Erbfolge berufenen Verwandten; Einfluß auf den Erbteil des Gatten? 3 1, 582. — Anspruch d. Ehegatten auf den gesetzlichen Erbteil nach BGB. neben dem durch Ehe- u. Erbvertrag eingeräumten Nießbrauch am Nachlasse, Übergangsrecht 2 1, 811. — Wahlrecht d. Ehegatten zwischen dem gesetzlichen Erbteil u. d. Zuwendung nach artt. 1094, 1098 code civil? 1 2, 455 f.; 2 1, 810. — Wahlrecht des überlebenden Gatten nach § 496 II. 1 ABG. bei Erbfall nach 1900 5 634, 637. — Einfluß eines vor 1900 errichteten Schenkungsvertrags der Gatten auf das gesetzliche Erbrecht 5 636. — Ausschluß des Erbrechts durch Erbvertrag 3 1, 710; 4 477; 7 529 (Übergangsrecht). — Übergangsrecht: Einfluß des altrechtlichen Güterstands 5 635. — Einfluß e. Erbvertrags nach früherem Recht 3 1, 582, 583; 4 477. — Auslegung eines altrechtlich-badischen Ehevertrags; „Aushändigung des Nachlasses bei kinderloser Ehe an die Erben“; Ehegatte als Erbe 4 477.

V o r a u s. — Rechtsnatur: Vermächtnis? Anwendung der Vorschriften über Vermächtnis? 1 2, 208. — Verhältnis zu Vermächtnissen 1 2, 209. — Berücksichtigung bei Berechnung von Pflichtteilen 1 2, 209. — Hochzeitsgeschenke 6 522. — Haftung des Vorausnehmers gegenüber den Nachlassgläubigern 1 2, 209. — Voraus bei überschuldetem Nachlass 1 2, 209. — Ausnahmepflicht über den Voraus 3 1, 583. **E r h ö h u n g** des Erbteils durch Wegfall eines Erben (§ 1935). — Anwendung des § 1935, wenn der ursprüngliche oder der zunehmende Erbteil mit einer Ausgleichungspflicht belastet ist 1 2, 209.

Gesetzliches Güterrecht. — Recht der bis 1900 nach Dotalrecht, seitdem in g. G. lebenden Frau auf Lage b. einer ihr nach 1900 zugefallenen Erbschaft; Zustimmung des Mannes nötig? 5 632. — g. G. f. ehelicher Aufwand.

I. A l l g e m e i n e s. — kein Eintritt des gesetzlichen Güterrechtes bei Bestätigung oder Genehmigung der ansehbaren Ehe 1 2, 40. — Pflicht des Richters, die Verfügungsfähigkeit e. Frau zu prüfen 3 1, 475. — Vermutung f. Existenz d. gesetzlichen Güterstandes? 2 1, 623; 3 1, 475. — getrennte Einräumung von Nießnießung oder Verwaltung? 5 464. — Güterrecht bei nichtiger Ehe; Stellung vor u. nach Nichtigkeitserklärung 6 458, 459. — anteilmäßige Verteilung e. Verminderung,

wenn dem Manne Vorbehalts- u. eingebrachtes Gut zur Verwaltung überlassen wird 6 461. — Handelsgesellschaften unter Ehegatten f. Ehegatten. — Eintragungen über den Umfang d. Verfügungszusts der Frau im Grundbuch 2 1, 621; 4 381.

II. E i n g e b r a c h t e s G u t. — nicht übertragbare Rechte 1 2, 40. — selbständig betriebenes Erwerbsgeschäft 1 2, 41; 2 1, 617; 3 1, 474; 4 379; 5 464; 7 479. — Schadenersatzanspruch der Ehefrau wegen Körperverletzung 2 1, 617, 618. — Entschädigungsanspruch der Frau für unschuldig erlittene Straf- u. Untersuchungshaft 3 1, 473. — Anspruch e. Minderjährigen auf Erstattung der Hälfte der Jvaldenversicherungsbeiträge bei Verheiratung 4 378. — Erwerb in der Hausarbeit 4 378. — Hochzeitsgeschenke 6 459 (s. diese). — Besitz der Frau an dem e. G. 1 2, 42 (s. unten). — Surrogation 4 380. — Erwerb teils mit Mitteln des Eingebachten, teils mit Mitteln des Mannes 1 2, 44; 2 1, 619; 4 380. — Erwerb durch Belastung des Eingebachten mit einer Schuld 1 2, 44. — Erwerb, wenn die Verfügung des Mannes der Frau gegenüber nicht wirksam war 1 2, 45. — Erwerb durch cessio legis 1 2, 45. — Neu- (nicht Erbs-) Anschaffungen u. von Hausgerät 1 2, 45. — Mehrwert der Erbschaftsgegenstände 1 2, 45. — Verhältnis des § 1382 zu § 45 AB. 1 2, 45; 4 380. — Einziehung von Forderungen als Erwerb nach § 1381 4 380. — Erwerb mit „Mitteln des Eingebachten“ 4 380; 6 462. — Kaufpreis für verkaufte eingebrachte Mobilien 6 462. — Regressforderung gegen den Schuldner, dessen Gläubiger der Mann als Bürge mit Mitteln des Eingebachten befriedigte 6 462. — Beweislast für die Surrogation 4 380. — Verpflichtung d. Mannes zu Erbschaftsgegenständen nach § 1382? 4 380; 1 2, 45. — Bestandsaufnahme; Mitwirkung der Frau 5 465.

III. V o r b e h a l t s g u t f. H a n d e l s f r a u. — ist der Schutz des § 1435 von der Eintragung in das Güterrechtsregister oder Kenntnis des Dritten von der Vorbehaltsseignenschaft abhängig? 1 2, 40. — wann ist Kenntnis des Dritten von der Vorbehaltsseignenschaft anzunehmen 1 2, 41. — Arbeits-erwerb 4 378; 7 475. — selbständig betriebenes Erwerbsgeschäft u. seine Betriebskapitalien? 1 2, 41; 2 1, 617; 3 1, 474; 4 379; 5 464, 465; 7 479 (2). — Erklärung d. gegenwärtigen Frauenvermögens unter Ausschluß des zukünftigen als B. 1 2, 41; 5 465. — Erklärung des zukünftigen Frauenvermögens allein als B. 1 2, 41, 42; 5 465. — vor der Ehe erworbene Zuwendungen Dritter 1 2, 42; 2 1, 617; 3 1, 475; 4 379; 6 461; 7 479. —

(Gesetzliches Güterrecht)

Zuwendungen Dritter bei Eingehung einer zweiten Ehe **3 1, 475; 6 461**. — können die in §§ 1366, 1367, 1369 bezeichneten Vermögensstücke durch Vertrag zu eingebrachtem Gut gemacht werden? **1 2, 42**. — Findexlohn **6 459**. — Entgelt für Arbeiten der Frau im Geschäfte des Mannes **2 1, 617**. — Invalidenrente **6 459**. — Schadensersatzanspruch der Ehefrau bei Körperverletzung **2 1, 617, 618**. — Erwerb im Sinne des § 1367 (wenn die Ehefrau Gesellschafterin einer offenen Handelsgesellschaft ist) **1 2, 41; 6 459**; zum persönlichen Gebrauch der Frau bestimmte Sachen **3 1, 473** (Geld, Immobilien); **4 378** (vorübergehender Gebrauch seitens Dritter); **5 464** (Handelsgeschäft?; Einfluß e. Ehevertrags). — Vermutung der Eigentumsübertragungsabsicht, wenn der Mann der Frau zu ihrem persönlichen Gebrauch bestimmte Sachen überläßt **3 1, 474**. — Retentionsrecht des Mannes am Vorbehaltsgut? **2 1, 179**. — Erwerb von Gegenständen des § 1366 durch den Mann mit Mitteln des eingebrachten **3 1, 474**. — Bestimmung e. erwarteten Erbschaft zum **W. 5 465**. — Bestimmung einer Quote des gegenwärtigen Vermögens zum **W. 3 1, 475; 5 465**. — Erwerb der Frau auf Personalkredit **W. 3 1, 475**. — Anwendung der §§ 310, 311, 419, 1085 bei Veräußerung des Vorbehaltsguts **3 1, 473**. — „Rechtsgeschäfte, die sich auf das **W.** beziehen“ (§ 1370) **3 1, 475; 4 379**. — Bestimmung von Gegenständen als **W.** bei Gütertrennung? **2 1, 617**. — Wandelungsfrage des Mannes bzgl. einer als **W.** angeschafften Sache **1 2, 42**. — Eintragung d. Vorbehaltsgutsqualität e. Hypothek im Grundbuch **4 381** (s. **2 1, 261**). — auf letztwilliger Verfügung beruhendes Vorbehaltsgut; Eintragung in das Güterrechtsregister **1 2, 61**. — Umfang der Beitragspflicht des **W.** zum ehelichen Aufwand **3 1, 475**.

IV. Stellung des Mannes. — rechtl. Natur der Nutznießung u. d. Verwaltung; Unterschied der Nutznießung vom Nießbrauch **1 2, 42, 45; 2 1, 618; 5 464; 4 379** (Verwaltung im eigenen Namen). — getrennte Einräumung von Nutznießung oder Verwaltung? **5 464**. — Anwendung des § 1038 auf das Nutznießungsrecht des Mannes? **1 2, 45**. — Anwendung der §§ 1041, 1042–44 auf das Nutznießungsrecht des Mannes **6 462**. — Übertragbarkeit u. Pfändbarkeit des Nutznießungsrechts **1 2, 49**. — Pflicht des Mannes zur Tragung d. ehelichen Aufwands trotz Verdienstes der Frau aus e. selbständigen Erwerbsgeschäft **5 465**. — Besitz des Mannes am eingebrachten Gut

1 2, 42; 2 1, 618. — eigenmächtige Inbesitznahme d. eingebrachten durch den Mann **1 2, 42**. — Klage des Mannes gegen Dritte auf Besitzüberlassung **2 1, 618; 6 461** (Sparfassenbücher, Depots; Zustimmung der Frau nötig?). — Anspruch gegen die Frau auf Besitzüberlassung bei Getrenntleben **6 461**. — Einreden der Frau aus § 1361 Abs. 1 Satz 2 gegenüber der Klage des Mannes auf Herausgabe der Hausstandsmobilien? **7 480**. — obligatorisches Rechtsgeschäft des Mannes; Zustimmung der Frau? **4 379**. — Anspruch des Mannes auf Herausgabe e. von der Frau eingezogenen Sparkassenguthabens **7 480**. — Nutznießung des Mannes an e. Handelsgeschäft der Frau **4 561** (s. Handelsgeschäft); **7 479** (Eintragung auf seinen Namen? Schließen des Geschäftes; Klage gegen die Frau auf Unterfügung des Betriebes). — Zurückbehaltungsrecht d. Ehemannes nach Eheauflösung wegen Verwendungen **6 461**. — Kündigung eingebrachter Forderungen durch den Mann **1 2, 43; 3 1, 475** (Feststellungsfrage des Schuldners auf Ungültigkeit der Kündigung). — Klage des Mannes auf Zahlung eingebrachter Forderungen **1 2, 43**. — rein tatsächliche Maßnahmen des Mannes am eingebrachten Gute (Substanzveränderungen) Verfügungen nach § 1375? **1 2, 42, 43; 4 379** (Abholzen e. Waldes, Umwandeln e. Gebäudes). — Nutznießung des Mannes an einem Miteigentumsrecht d. Frau **1 2, 45**. — Einziehung der Renten der Ehefrau aus e. mit ihrem früheren Mann nach § 1578 geschlossenen Abfindungsvertrage **2 1, 619**. — Schadensersatzansprüche des Mannes gegen Dritte bei schuldhafter Verletzung und dadurch herbeigeführter Erwerbsbeschränkung der Frau **4 378; 5 465** (Klagerecht der Frau); **7 475 (2), 476** (s. unerlaubte Handlung, §§ 844 ff.). — rechtliche Natur der Zustimmung der Frau nach § 1379; Verfügung des Mannes „im Namen der Frau“? **7 480**. — Verpachten e. Grundstücks d. eingebrachten Gutes; Vertragsabschluß im Namen der Frau? Klage des Pächters gegen die Frau? **6 462**. — Verwendung des aus e. Geschäft über Frauengut erwachsenden Kaufpreises **4 379**. — Generalvollmacht für den Mann z. Betrieb d. Handelsgeschäftes der Frau **5 465**. — Erfüllungssannahme des Mannes als „Verfügung“? **2 1, 618**. — unberechtigte Verfügung des Mannes **1 1, 121**. — Folgen, wenn der zur gerichtlichen Urkunde zwecks Erteilung f. Zustimmung zugezogene Mann trotz vorher erklärter Zustimmung seine Unterschrift verweigert; Unwirksamkeit der Urkunde? **7 1028, 1032**. — Bestellung einer Hypothek

für das Eingebraachte auf dem Grundbesitz des Mannes; Eintrag von Zinsen für die Frau? 1 2, 45. — Pflicht des Mannes zur Tragung d. Kosten f. Erhaltung d. zum Eingebraachten gehörigen Gegenstände 6 462. — Anschaffung v. Erbsstücken f. abgängig gewordene Stücke 1 2, 45; 4 380. — Bewilligung der Eintragung e. Hypothek auf Grundstücken der Frau 5 467. — Zahlung der Zinsen aus Hypothekschulden der Frau 1 2, 45. — außergewöhnliche Ausbesserungen u. Verbesserungen des Mannes am Eingebraachten 6 462. — Schenkungsverpflichtungen 1 2, 45. — Prozeßkostenvorschußpflicht, insbesondere bei Bewilligung des Armenrechts an die Frau oder den Mann (s. Ehemann) 1 2, 45, 46; 2 1, 619; 3 1, 475, 476; 4 380; 5 460, 467; 6 462; 7 480 f. — einstweilige Verfügung wegen d. Prozeßkostenvorschußpflicht; zuständiges Gericht 1 2, 46; 2 1, 619. — Erlöschen d. Kostenvorschußpflicht bei Beurteilung der Frau z. Tragung d. Kosten 2 1, 619; 7 480. — Erlöschen d. Kostenvorschußpflicht nach Nichtigkeitserklärung der Ehe, nach Eintritt der Gütertrennung 4 380. — Geltendmachung der Prozeßkostenvorschußpflicht des Mannes in besonderer Klage 5 467. — Tragung öffentlicher Lasten durch den Ehemann (s. elterliche Nutznießung). — Aufzählung der den Mann treffenden Kosten 5 466; 6 462; 7 480. — Haftung des Mannes für Prämien e. Lebensversicherung der Frau? 5 466. — Aufwendung für Dritte als ehelicher Aufwand (s. diesen) 1 2, 46. — das Maß des Notwendigen überschreitende Pflegekosten für die erkrankte Frau als ehelicher Aufwand 5 467. — Recht des Mannes, ohne Zustimmung der Frau ein während der Ehe gemeinschaftlich erworbenes Grundstück zum Zweck der Aufhebung d. Gemeinschaft zur Zwangsversteigerung zu bringen 7 297. — Sicherung des Eingebraachten; Voraussetzung für Verlangen der Sicherung 2 1, 619, 620; 3 1, 476; 4 380, 381; 6 463. — Arrest zwecks Sicherung d. Eingebraachten 2 1, 620; 1 3, 311. — Erlöschen des Anspruchs auf Sicherung (§ 1391), wenn die Frau nach Eintritt der Rückgewährungspflicht dem Manne Darlehen gibt? 3 1, 476. — Aufhebung d. §§ 1391—93 durch Ehevertrag 6 463. — Einleitung e. Sequestration durch einstweilige Verfügung, wenn Sicherheitsleistung für das Eingebraachte wegen Mittellosigkeit d. Mannes illusorisch ist 6 463. — Entstehen der Sicherheitsleistungspflicht d. Mannes erst mit Auforderung der Frau 6 463. — Hypothekbestellung zwecks Sicherung des Eingebraachten 6 463. — Erbsanspruch des Mannes, wenn die Frau unter Ver-

wendung der Nutzungen des Eingebraachten Grundstücke erwirbt 4 381. — einseitige Rechtsgeschäfte im Sinne des § 1403 1 2, 48. — Genehmigung des Ehemannes zu einseitigen Rechtsgeschäften der Frau; Form, Zeit der Erteilung 1 2, 47; 2 1, 525 (s. unten Stellung der Frau). — Antrag auf Erbseinerteilung bzgl. e. Erbteils der Frau 5 468 (s. Erbschein). — Umwandlung e. Vorbehaltsschuld seitens des Mannes in e. Vollschuld u. Zahlung derselben aus dem Eingebraachten; Aufrechnung als Genehmigung der Vorbehaltsschuld als Vollschuld 3 1, 477. — kann der Mann im Konkurs d. Frau widersprechen, wenn der R.-Verwalter zuerst das eingebraachte Gut verwertet, das Vorbehaltsgut aber unangetastet läßt 3 2, 254 (s. Konkurs). — Retentionsrecht d. Mannes am Vorbehaltsgut der Frau s. Erbsforderungen wegen Beschädigung seines Nutznießungsrechts 2 1, 179. — Anspruch des Mannes gegen die Frau auf Rechnungslegung, wenn die Frau das eingebraachte Gut zur Verwaltung e. Dritten überließ? 7 481.

V. Stellung der Frau s. Ehefrau, Handelsfrau. — rechtl. Natur ihrer Verfügungsbeschränkung 1 2, 46. — Besitz am gebrauchten Gute 1 2, 42; 2 1, 618; 5 465 (Übertragung). — Recht auf Auskunft während des Bestehens des Verwaltungsrchts 1 2, 42; 2 1, 618; 4 379; 6 461. — Antrag der Frau auf Aufhebung einer Gemeinschaft für ihr eingebraachtes Gut (Teilungsubhaftation) 1 2, 46. — Hypothekbestellung auf eingebraachten Grundstücken zugunsten des Mannes 1 2, 47. — Pfandentlassungserklärung der Frau; nachträgliche Zustimmung des Mannes 2 1, 620. — Pfandentlassung eines der Frau verpfändeten Grundstückes zugunsten des Mannes 1 2, 47. — stillschweigende Zustimmung des Mannes 3 1, 476. — besondere Einwilligung des Mannes, der sich mit der Frau als Gesamtschuldner verpflichtet? 1 2, 47. — wem gegenüber ist die Einwilligung des Mannes (§ 1395) zu erklären? 2 1, 620; 3 1, 476. — nachträgliche Genehmigung des Mannes zu einem einseitigen Rechtsgeschäfte der Frau 1 2, 47; 2 1, 525. — Anwendung des § 111 Satz 2 u. 3 BGB. auf die Zustimmung des Mannes zu einseitigen Rechtsgeschäften der Frau 1 2, 47. — kann die Frau als Pfleger des Ehemannes sich selbst die Zustimmung nach § 1395 erteilen? 1 2, 49; 3 1, 476. — allgemeine Ermächtigung der Frau seitens des Mannes zur Verfügung über ihr Eingebraachtes 3 1, 476. — kann die Frau auf Grund e. Vollmacht des Mannes dessen nach § 1395 erforderliche Einwilligung erklären? 2 1, 620; 3 1, 476; 5 467;

(Gesetzliches Güterrecht)

1 382. — Verfügungen der Frau über das eingebrachte Gut im Betrieb eines unentfentierten Erwerbsgeschäftes **1 2, 47** (s. Handelsfrau). — Mitunterfchrift des Mannes als Einwilligung im Sinne des § 1395? **7 481.** — fegt § 1401 (Wegfall der Zustimmung des Mannes) einen zur ordnungsmäßigen Verwaltung des Eingebachten erforderlichen Rechtsakt voraus? **1 2, 48.** — Nachlaßinventar über eine Erbfchaft der Frau **1 381, 382.** — Bereicherungsanspruch der Frau gegen den vom Manne mit Mitteln d. Frau befriedigten Gläubiger des Mannes? **1 379.** — Zustimmung der Frau nach § 1379 BGB.; rechtliche Natur; stillfchweigende Zustimmung **7 480.** — Unterlaßungsklage der Frau bei fortgefekten unberechtigten Maßregeln des Mannes **5 465.** — Anträge der Frau oder gegen die Frau nach §§ 145, 146 BGB., § 1246 BGB.? **5 466.** — Klage der Frau auf Ausgleichung nach § 1417 während bestehender Nufnießung **1 2, 51.** — Hafung der Frau aus Verwaltungshandlungen des Mannes **1 2, 42.** — Eigentumsklage der Frau gegen den fein gefesliches Pfandrecht geltend machenden Vermieter **5 468.** — Verpfichtung der Frau durch obligatorische Rechtsgeschäfte des Mannes bei Zustimmung der Frau oder Erfaß der Zustimmung durch das Gericht **1 2, 42.** — Ausfouderungsanspruch der Frau im Konkurs des Mannes; Verhältnis von § 45 R.D. zu §§ 1381, 1382 BGB. **2 2, 498.** — Verfügung der Frau über einen ihr zugefallenen Erbteil **3 1, 476; 1 382, 492.** — Geschäftsverkehr der Ehefrauen mit Bankiers; wann ist Zustimmung d. Mannes nötig? **2 1, 620.** — Vermietung u. Verpachtung Verfügung nach § 1395? **2 1, 620; 3 1, 476.** — Löfchungsbewilligung; nachträgliche Zustimmung des Mannes **2 1, 620.** — obliigatorische Verpfichtung der Frau zur Belaftung e. Grundstücks **6 463.** — Beitritt der Frau zu e. Genoffenfchaft **3 1, 476.** — Kauf e. Grundstücks seitens der Frau **6 464.** — Bewilligung d. Kaufgeldhypothek seitens der Frau bei Erwerb e. Grundstücks **3 1, 476.** — Pfandrecht d. Vermieters an d. von der Frau ohne Einwilligung des Mannes in die Wohnung gebrachten Gegenständen d. eingebrachten Guts **3 1, 476.** — Pfandrecht d. Spediteurs an den v. der Frau ohne Zustimmung des Mannes hinterstellten Sachen **6 463.** — Konwalezenz e. ohne die nötige Zustimmung des Mannes vorgenommenen Rechtsgeschäfts bei Endigung der Verwaltung vor Verweigerung d. Zustimmung **1 381.** — Anspruch des Arztes aus Behandlung der Frau (s.

Ehefrau) **1 381.** — Bewilligung der Enttragung e. Hypothek **5 467.** — Erteilung e. Generalvollmacht an den Mann **5 467.** — Auflassung; Einwilligung des Mannes **5 467.** — Genehmigung der von der Frau einem Dritten erteilten Vollmacht **5 467.** — Kritik des § 1397 **6 463.** — Zustellung der Veranlagung e. Erbschaftsteuer an Mann oder Frau? **6 463.** — Mitunterfchreiben e. Mietvertrags durch die Frau; Kündigungsrecht der Frau **6 463** (s. Miete).

VI. Kompetenz des Vormundfchaftsgerichts. — Ausfchluß oder Befchränkung durch Ehevertrag **1 2, 43; 6 464.** — Nachprüfung d. Entscheidungen des Vormundfchaftsgerichts durch das Prozeßgericht? **6 462.**

1. Erfaß der Zustimmung der Frau (§ 1379) f. auch Gütergemeinfchaft. — Zustimmung zu tatsächlichen Maßnahmen des Mannes? **1 2, 43.** — rechtl. Natur des Zustimmungserfaßes **7 480.** — Beweispflicht des Mannes für das Vorhandensein der Vorausfetzungen des § 1379 **1 2, 43.** — Grund zur gerichtl. Erfaßung d. Zustimmung **1 2, 53; 1 379.** — Zustimmung zu einem zur ordnungsmäßigen Verwaltung nicht nötigen, aber einen pekuniären Vorteil bildenden Rechtsgeschäfte **1 2, 43.** — Erfaß der Zustimmung, wenn ein Dritter auf Abfchluß des Geschäftes ein Recht hat **1 2, 43.** — Erfaß der Zustimmung der abwesenden Frau, wenn ein gefeslicher Vertreter vorhanden ist oder bestellt werden kann **1 2, 43.** — Ergänzung der Zustimmung der Frau zur gerichtlichen Geltendmachung eines Rechtes? **1 2, 44.** — klagbarer Anspruch des Mannes auf Erfaßung der Zustimmung? **1 2, 43.** — Erteilung der Zustimmung vor oder nach dem Rechtsgeschäfte **1 2, 43.** — Aufforderung des Gegenkontrahenten an den Mann, die Zustimmung beizubringen; Anwendung des § 177 Abf. 2 BGB. **1 2, 43.** — Erfaß der Zustimmung bei unvollständigen Geschäften **1 2, 55; 2 1, 618, 625.** — gerichtl. Erteilung einer Generalvollmacht an den Mann zum Betrieb e. Handelsgeschäftes der Frau **5 465.** — nach Antrag des Mannes bei Gericht von der Frau schriftlich erklärte Einwilligung; Verbefcheidung des Antrags, Kosten **7 986.** — Ergänzung der Zustimmung der Frau zur gerichtl. Geltendmachung eines zum eingebrachten Gut gehörigen Rechtes **1 2, 44.** — Ergänzung d. Zustimmung des Mannes z. Prozeßführung d. Frau? **1 2, 48.** — Zeitpunkt der Wirksamkeit der gerichtl. Verfügung f. freiwillige Gerichtsbarkeit unter Verfügung.

2. Erfaß der Zustimmung des Mannes (§ 1402) 1 2, 48. — Befchluß des Gerichts nach § 1402 zur Erwirkung eines Prozeßkostenvorfchusses aus den

Illaten 12, 46. — Rechtsgeschäfte über die Substanz des Gutes 12, 48. — Beschaffung des Unterhalts 12, 48. — „persönliche Angelegenheit“ im Sinne des § 1402 12, 48. — vertragsmäßiger Ausschluß des Rechts der Frau auf Ersetzung d. Zustimmung 6 464. — Zustimmung des Gerichts in den Fällen des § 1401 überflüssig 7 481.

VII. Prozesse in Ansehung des Frauengutes 12, 44. — Prozeßkosten s. auch unten Schuldenhaftung. — Klagen des Mannes im Namen der Frau? 12, 44 (vgl. 7 480). — actio confessoria des Mannes aus seinem dinglichen Nutzungsrechte 12, 44. — Fortsetzung eines Prozesses nach Beendigung des Verwaltungsverrechtes; Aktiolegitimation der Frau? 12, 44; 21, 619. — Anwendungsgebiet des § 1400 Abs. 1 12, 47. — Prozesse der Frau gegen den Mann 12, 47; 7 481 (Klagantrag). — Prozesse der Frau im Beistand des Mannes 12, 47; 4 381, 672; 5 468. — Eheleute als Streitgenossen 6 462; 12, 47. — Passivlegitimation der Frau allein bei Klagen gegen das eingebrachte Gut 12, 47; 13, 33, 245. — Aktiolegitimation zu Klagen der Frau über das Eingebachte; Beachtung der fehlenden Zustimmung des Mannes von Amts wegen? 12, 47; 21, 621; 31, 476; 4 672; nachträgliche Genehmigung des Mannes zu einer von der Frau erhobenen Klage 12, 47. — Leistungsklage gegen die Frau bei Fehlen der Zustimmung des Mannes zu dem Rechtsgeschäfte, Eideszuschreibung über Erteilung der Zustimmung 5 467. — ermächtigt die Zustimmung des Mannes zur Prozeßführung die Frau zu Vergleich, Verzichten, Anerkenntnissen? 12, 47. — beschränkte Zustimmung des Mannes zur Prozeßführung der Frau 12, 48. — Ersetzung der Zustimmung des Mannes zur Prozeßführung durch das Gericht? 12, 48. — vindiktionsklage eines Dritten gegen die Frau vor Eintritt des gesetzl. Güterstandes; Wirkung der Inbesitznahme der streitigen Sache durch den Ehemann 21, 618. — Zustimmung der Frau zu prozeßualen Handlungen d. Mannes, soweit sie Verfügungen enthalten 21, 618. — Klagantrag des Mannes bei Geldforderungen 21, 619; 7 480 (Antrag auf Zahlung an beide Gatten?). — Einflagung einer fälligen Forderung durch den Mann gegen den Widerspruch der Frau 21, 619. — Einflagung e. vereinbarten Zuschusses des Schwiegervaters durch den Mann allein; Getrenntleben d. Gatten 31, 473, 475. — Erklärung d. Mannes in e. Prozesse, den er als Verwalter des Eingebachten führte, im Namen oder in Vertretung d. Frau klagen zu wollen, Klagänderung 4 379. — Scha-

denersatzanspruch aus Verletzung der Ehefrau; Aktiolegitimation 4 378; 5 465 (i. oben Stellung des Mannes). — Klage des Mannes im eigenen Namen über ein Recht, über das er nur mit Zustimmung der Frau verfügen darf, wenn die Frau der Prozeßführung zustimmt 6 462 (f. 12, 44; 21, 619). — Zahlung der Anwaltskosten u. Informationserteilung an d. Anwalt als Zustimmung des Mannes nach § 1400? 31, 476. — Ehemann als Zeuge in den von der Frau m. seiner Zustimmung oder in seinem Beistand geführten Prozessen 4 381; 7 481. — von der Frau während der Ehe, aber vor Beginn der Verwaltung und Nutznießung angeordnete Prozesse unter § 1407 Ziff. 1 fallend 12, 49. — Kostenpflicht bezügl. der im § 1416 Abs. 2 erwähnten Prozesse 12, 51. — Kosten e. Strafprozesses gegen die Frau 31, 477. — Vollstreckungsklausel für die Frau (§ 627 ZPD.) aus einem objiegenden Urteil des Mannes? 12, 44. — exc. rei indicatae gegenüber der Frau aus einem die Klage des Mannes abweisenden Urteil 12, 44. — Vollstreckung in das eingebrachte Gut wegen der Kosten aus einem die Klage des Mannes abweisenden Urteil 12, 44. — Wirkung des auf eine Klage des Mannes ergangenen Urteils für und gegen die Frau bei Rechten, über die der Mann kein Verfügungsrecht hat, wenn die Frau ihre Zustimmung erteilt hat? 12, 44; 21, 619; 6 462. — Haftung s. Prozeßkosten s. unten Schuldenhaftung. — Prozeßkostenvorwurfspflicht i. oben Stellung d. Mannes. — Wirkung e. Urteils in einem von oder gegen die Frau ohne Zustimmung des Mannes geführten Prozeß über das Eingebachte 21, 621; 7 481. — Wirkung e. Urteils in einem von der Frau mit Zustimmung d. Mannes geführten Rechtsstreit, Vollstreckung in das Eingebachte o. Verurteilung d. Mannes nach § 739 ZPD.? 7 481 (f. Zwangsvollstreckung). — Schadensersatzklage des Mannes gegen Dritte wegen Veräußerung des Eingebachten durch die Frau; Aufrechnung d. Bereicherung der Frau 5 465. — Anwendung der §§ 1380, 1400 auf freiwillige Gerichtsbarkeit? 5 466. — Klage gegen den Mann auf Duldung der Zwangsvollstreckung s. Zwang.

VIII. Verhältnis zu Dritten.

1. Unkenntnis des Dritten von der Eigenschaft der Frau als Ehefrau (§ 1404). — Erwerb eines auf den Mädchennamen der Frau eingetragenen Grundstücks seitens des gutgläubigen Dritten 12, 48. — Verhältnis des § 1404 BGB. zu § 366 BGB. 12, 48; 21, 621; 7 482. — Verhältnis des § 1404 zu § 892 BGB. 12, 48.
2. Verfügung des Dritten auf das der

(Gesetzliches Güterrecht)

Frau kraft der Schlüsselgewalt zustehende Verfügungsrecht, wenn ihm das Getrenntleben der Gatten unbekannt ist **4 381** (s. Ehefrau). — Anspruch des Dritten bei zustimmungsbedürftigen, aber zustimmungslosen Verfügungen des Mannes; negatives Vertragsinteresse **6 461**. — Übereignung von Sachen der Frau durch den Ehemann an einen Dritten **6 461**. — kann die Verbindlichkeit des Mannes zur Tragung e. Schuld nach § 1384 von der Frau dem Dritten entgegengesetzt werden? **4 380**; **5 466**. — Übereignung von Pfänden seitens der Frau; Eigentümserwerb d. Dritten **2 1**, 620. — Pfandrecht d. Vermieters an den von der Frau ohne Zustimmung d. Mannes in die Wohnung gebrachten Gegenständen d. eingebrachten Gutes? **3 1**, 476; **7 481** (s. Miete).

3. Schuldhaftung gegenüber Dritte n. — Anwendung der §§ 421—425 BGB. auf die Haftung des Mannes nach § 1388 **1 2**, 46. — Anwendung des § 1388 auf öffentlich-rechtliche Verbindlichkeiten der Frau? **5 466**; **6 462**; **7 480**. — Haftung f. Prozeßkosten **5 467** (s. oben VII). — Haftung d. Ehemanns f. Prozeßkosten gegenüber dem Prozeßbevollmächtigten der Frau **5 467**; **1 2**, 46. — Prozeßkosten des Ehemanns, der im Prozeß gegen die Frau gesiegt hat **1 2**, 51. — Haftung d. Ehemanns f. Gerichtskosten gegenüber der Gerichtskasse **5 467**; **7 480** (bei Eintragung e. zum eingebrachten Vermögen gehörigen Grundstücks auf den Namen der Frau). — Aufrechnung e. Vertrags des Mannes als Angestellter mit seinem Prinzipal, wonach der Mann ein unpfändbares Gehalt, die Frau aber als Entgelt für die Leistungen des Mannes ein jährliches Fixum erhält? **7 480** (s. unpfändbare Forderungen). — Beschlagnahme fälliger Mieten e. eingebrachten Grundstücks durch die Gläubiger der Frau **1 2**, 50. — Kosten e. Strafprozesses gegen die Frau **3 1**, 477. — Kosten, die aus Anträgen der Frau im Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit entstehen **5 469**. — Anwendung des § 1411 auf den Fall der vertragsmäßigen Hingabe des eingebrachten Gutes **6 464**. — Umwandlung von Vorbehaltsschulden in Vollschulden durch den Mann und Zahlung derselben aus dem Eingebrachten **3 1**, 477. — Umwandlung von Vorbehaltsgut in eingebrachtes u. umgekehrt nach Entstehung der Schuld **1 2**, 51 (Erbchaft); **6 464**. — bei Umwandlung d. allgemeinen Gütergemeinschaft in g. G. **1 2**, 50. — Vollstreckung e. Kostenfestsetzungsbeschlusses in e. Prozesse, den die allein austretende Frau verlor, gegen d. Mann **1 2**, 51. — Haftung f. Verbindlichkeiten a. unerlaubten Hand-

lungen der Frau; vertragliche Abänderung d. § 1415 Ziff. 1 **1 2**, 51. — Konkurs über das Vermögen d. Frau; Konkurrenz zwischen Vollgläubigern, denen eingebrachtes u. Vorbehaltsgut haftet, u. Vorbehaltsgutgläubigern; Kollision mit dem Recht des Mannes **1 2**, 50; **2 1**, 622.

IX. B e e n d i g u n g d. V e r w a l t u n g u. N u t z n i e ß u n g. — einstw. Verfügung **1 2**, 51. — Eintrag einer durch einstweilige Verfügung ausgesprochenen Aufhebung in das Güterrechtsregister **1 2**, 61; **2 1**, 630; **4 387**; **6 471**. — Wirkung e. einstw. Verfügung auf Aufhebung der V. u. N. **2 1**, 622; **3 1**, 477; **6 464**. — objektive Gefährdung zur Anwendung des § 1418 genügend **5 469**. — Aufhebung durch Vertrag **5 469**. — Notwendigkeit d. Vorliegens d. Voraussetzungen z. B. des Urteils **7 482**. — Todeserklärung **4 382**. — Anwendung des § 1418 Ziff. 4 bei Pflegerbestellung nach § 1910 Abs. 2? **1 2**, 51. — Verbindung der Klage auf Aufhebung der Verwaltung mit dem Anspruch auf Herausgabe des Eingebrachten nach Rechtskraft **4 382**. — Voraussetzungen des § 1418 Ziff. 1 **2 1**, 622. — Verschulden bei Erfüllung d. Unterhaltspflicht im Falle d. § 1418 Ziff. 2 nötig? **7 482**. — in der Zeit zwischen Eröffnung u. Rechtskraft d. Konkurs-eröffnungsbeschlusses erworbene pfändbare Früchte **2 1**, 623. — von Rechtshängigkeit d. Aufhebungsfrage an gezogene Früchte **2 1**, 623. — Anwendung d. § 1422 auf Scheidung oder Aufhebung d. ehelichen Gemeinschaft **2 1**, 623. — Anwendung des § 1424 im Fall der Scheidung **2 1**, 623. — vertraglicher Ausschluß d. Rechts d. Ehemanns auf Fortführung d. Verwaltung (§ 1424) **1 2**, 51. — Ausschluß d. Aufhebungsanspruchs d. Frau nach § 1418 Ziff. 1 u. 2 durch Vertrag? **1 2**, 51. — Beweislast der e. Erklärungsanspruch geltend machenden Frau im Konkurs des Mannes **7 482**.

Gesindevermieter s. Stellenvermittler. — Wiederaufnahme e. vor 1900 nach § 34 GewD. unterjagten Gewerbebetriebes **4 934**. — polizeiliche Regelung der Taxen (Einschreibgebühr) durch die Zentralbehörde **4 937**. — polizeilicher Ausschluß d. Zurückbehaltungsrechts an Zeugnissen, Dienstbüchern **4 938** (vgl. Zurückbehaltungsrecht, Arbeitsbuch). — Gründe für Zurücknahme der KonzeSSION wegen Unzuverlässigkeit **4 946**. — § 363 BGB. nicht anwendbar **2 1**, 398.

Gesindewesen s. Arbeitsvertrag, Dienstvertrag. — de lege ferenda **5 619**. — Nachsuchen der polizeilichen Vermittlung vor Klage der Inskute gegen die Gutsherrschaft in Preußen **2 1**, 771; **3 1**, 679. — kann das Landesrecht neben dem BGB. bestehendes Reichsrecht über das Gesinde-

wesen abändern? 1 2, 400. — bestimmt sich der Begriff des Gefindes nach Landes- oder Reichsrecht? 1 2, 400; 2 1, 771. — Begriff des Gefindes: Wirtschaftserinnen, Privatförster 1 2, 397. — Hausoffizianten, Erzieher 1 2, 397. — häusliche Gemeinschaft Voraussetzung? 2 1, 771 (preuß. R.). — Unterschied vom gewerblichen Arbeiter 4 955 (vgl. Arbeitsvertrag). — Küchen- u. Hauspersonal e. Wirtschaftsbetriebs Gewerbegehilfen, nicht Dienstboten 4 955. — „Gefinde“ im Sinne des § 1 PrGefindeD. 7 251. — Saisonarbeiter 7 251. — Gefinde einer juristischen Person? 1 2, 397, 398. — Annahme von Dienstboten, insbesondere landwirtschaftlichen, durch d. Ehefrau 1 2, 398 (vgl. Schlüsselgewalt unter Ehefrau). — landesrechtliche Vorschriften über Dienstverträge Minderjähriger 1 2, 400. — Minderjährige Dienstboten; Klagen von ihnen und gegen sie; Unfähigkeit nach § 113 BGB. 1 2, 398 (f. Minderjährige). — Form des Vertrags nach preuß. Recht 1 2, 398, 400; 3 1, 683; 7 582. — Form des Gefindevertrags 3 1, 247, 683. — Hingabe des Mietgeldes als Vertragsform 2 1, 225; 3 1, 169. — fort-dauernde Geltung d. §§ 22, 23 PrGefindeD. v. 8. XI. 1810 7 582. — Anwendung des § 616 BGB.; Lohnfortbezug bei kurzer Verhinderung des Dienstboten; Zeugenladung 1 2, 398 (preuß. R.) (f. GebD. f. Zeugen). — Aufrechnung gegen die Lohnforderung 1 1, 292; 1 2, 398 (Preußen); 2 1, 245, 771; 4 139; 5 341 (bei unerlaubten Handlungen d. Dienstboten); 6 162, 590. — Behandlung des Gefindes „mit ausschweifender Härte“ nach § 137 PrGefindeD. v. 8. XI. 1810 2 1, 771. — Geltung des § 617 f. d. Gefindevertrag 1 1, 388; 1 2, 401 (Preußen); 2 1, 350; 3 1, 258. — keine Geltung d. § 626 BGB. 1 2, 401; 4 200. — kann das Landesrecht einen wegen Verstoßes des Dienstherrn gegen § 618 BGB. den Dienst verlassenden Dienstboten als kontraktbrüchig behandeln? 1 2, 400. — Pflichten der Herrschaft gegenüber dem erkrankten Gefinde; Verhältnis des BGB. zur PrGefindeD. 1 2, 400. — § 630 BGB. (Dienstzeugnis) 2 1, 372; 3 1, 264; 4 204. — Klage des Gefindes auf Ausstellung eines wahrheitsgemäßen Zeugnisses 1 2, 401 (preuß. R.). — Zurückbehaltungsrecht der Dienstherrschaft, Umfang; Zeugnisse, Dienstbücher, Krankentassenbücher 1 2, 398, 399; 2 1, 178, 245; 4 101, 139; 6 162. — Züchtigungsrecht der Dienstherrschaft 1 2, 399, 400, 401; 2 1, 362. — Fortgeltung des § 77 Pr. GefindeD. (Strafbestellung der den Dienstboten züchtigenden Herrschaft)? 1 2, 399, 400, 401; 2 1, 763. — leichte Züchtigung Grund zur Aufhebung des Vertrags ohne Kündigung? 3 1, 684. — Geltung des

MinRefr. v. 17. IV. 1812 und d. KabD. v. 1837 über die Instrukte 1 2, 200 (pr. R.). — Geltung des Art. 73 altpreuß. GefindeD. 1 2, 400; 2 1, 771. — Aufhebung d. §§ 80, 81 I. 13 ABN. 1 2, 400. — Wohnsitz des Gefindes 1 1, 6; 2 1, 5. — Haftung des Mieters f. seine Dienstboten 4 110 (f. Miete). — Unfall beim Fensterputzen 3 1, 102, 259. — Abtretbarkeit d. Anspruchs auf die Dienstleistung 3 1, 252. — Ehefrau als Vertreterin des Mannes bzgl. der Verpflichtungen dem Dienstmädchen gegenüber (§ 278 BGB.) 5 119. — Weihnachtsgeschenke unwiderruflich 1 1, 361. — Selbsthilfe der Dienstherrschaft durch Durchsuchung der Behältnisse d. diebstahlsverdächtigen Gefindes 1 1, 141. — Haftung der Herrschaft f. unbefugte Entnahme von Waren auf Kredit durch d. G. 1 1, 194; 4 158. — Kündigungsfristen u. Termine 2 1, 356. — Angreifen des Dienstboten als Kündigungsgrund 3 1, 259. — Recht des katholischen Gefindes auf Fastenpeise (§ 618 BGB.) 1 1, 389. — Geltung des § 321 BGB., §§ 323—325 BGB. im Besondere 1 1, 229, 232.

Gefändnis f. Anerkenntnis. — rechtl. Natur des prozessualen G. 1 3, 128, 129; 4 694; 6 811. — Geständnis oder Anerkenntnis 7 796. — Geständnis ohne vorausgehende Behauptung des Querzers; Widerruf 1 3, 129; 4 694, 695; 5 798; 6 812. — bloßes Nichtbestreiten 1 3, 129; 6 812 (Nichtbestreiten des Klagenanspruchs unter gleichzeitiger Aufrechnung mit e. Gegenforderung); 7 796. — Erklärung, etwas nicht bestreiten zu wollen 1 3, 129; 3 2, 452, 496; 5 798; 6 812. — Erklärung, das ist unstreitig? 1 3, 129. — Beschränkung des Nichtbestreitenswollens auf eine Instanz 3 2, 452, 496. — Annahme e. bestrittenen Behauptung als zugestanden, wenn sie dem behauptenden Teil selbst ungünstig ist 6 781, 812. — Annahme e. Nichtbestreitenswollens, wenn der Kläger gegenüber dem nach § 831 BGB. angetretenen Entlastungsbeweis des Beklagten erklärt, „der Beklagte sei den fraglichen Beweis zu führen stets in der Lage“ 6 781. — Geständnis e. Tatsache, deren Gegenteil schon durch Parteieid beschworen und durch Eidesverweigerung festgestellt ist 7 797. — Wertung des in einem anderen Prozeß abgegebenen Geständnisses 6 810. — Behauptungen der Klageschrift als Geständnis? 6 811. — kein Recht d. Gerichts z. Nachprüfung der zugestandenen Tatsache (f. Beweismäßigkeit) 7 796, 797 (2). — Wirkung e. vor Gericht abgegebenen Geständnisses, wenn d. Urteil bei anderer Befehung d. Gerichts ergeht 6 811; 7 796. — nicht zu Protokoll festgestelltes Geständnis 6 811, 7 796. —

(Geständnis)

Nachweis e. Geständnisses durch den Urteilstatbestand 5 805. — Zugeständnis der Behauptung, daß ein städtischer Baumeister versassungsmäßiger Vertreter der Stadtgemeinde sei? 7 767. — Erklärung d. Beklagten, er erkenne den Anspruch an mit der Maßgabe, daß er nur mit dem Nachlaß hafte 7 796. — Iediglich Entgegenstellen e. Gegenforderung als Anerkenntnis der Ungemessenheit des vom Kläger geforderten Betrags 7 796 (f. oben). — Verwendung der von einem Beklagten zu seiner Verteidigung aufgestellten Behauptung seitens des Klägers gegenüber dem anderen Beklagten als Anerkenntnis der Richtigkeit dieser Behauptung? 7 796. — stillschweigendes Geständnis in dem prozessualen Gesamtverhalten 5 798. — Feststellen von Rechtsverhältnissen u. Rechtsbegriffen durch Geständnis 1 3, 129; 6 812; 7 797. — Zugeständnis des Eigentums 6 812; 7 797. — Zugeständnis der Öffentlichkeit e. Weges 6 812. — Zugeständnis über Tatsachenurteile (Nützlichkeit e. Provision) 6 812. — Erklärung im Berichtigungsverfahren über einen prozessualen Vorgang 3 2, 452. — Annahme eines Geständnisses, wenn das Bestreiten für die Partei nachteilig wäre 3 2, 452. — Geständnis eines notwendigen Streitgenossen 3 2, 452. — Zugestehen einer gerichtskundig unwahren Tatsache 4 695. — Zugestehen e. unmöglich richtigen Tatsache 6 811. — modifiziertes Klageleugnen oder qualifiziertes Geständnis? 1 3, 129 (Einfluß auf Beweis-u. Behauptungslast); 3 2, 452 ff. (Beweislast); 4 63, 695. — im Urkundenprozeß zugestandene Tatsache 4 695. — Widerruf: rechtliche Natur 1 3, 129; 4 695. — Widerruf in 2. Instanz 1 3, 130; 6 811 (in der Revisionsinstanz?). — Widerruf des vom Prozeßbevollmächtigten ohne Information abgegebenen Geständnisses 5 798. — Widerruf wegen Unkenntnis der einschlägigen Verhältnisse 5 798. — Widerruf wegen Irrtums muß durch äußere scheinbare Tatsachen entstanden sein 1 3, 130. — Beweis des Irrtums, freie Beweiswürdigung 5 798. — Anfechtung wegen Irrtums; Irrtum des Vertreters 6 811, 812.

Gestohlene Sachen s. auch Eigentum unter Erwerb u. Verlust des E. an beweglichen Sachen. I. Übertragung. — Verpflichtung des Verkäufers von g. S. zur Offenbarung des Sachverhalts? 2 1, 123.

Getreidehandel s. Handelsgebrauch. — Berechnung der Nachfrist des § 326 BGB. 5 700. — Vorleistungspflicht des Verkäufers; Einfluß der Klausel: „Schlußscheine gegen Kasse bei Empfang jeder Teilleistung“? 5 701. — Anspruch auf

Sadmiete; Rechtsnatur, Verjährung 6 676; 7 657 (f. Säde, Verpackung). — Schadensersatzanspruch d. Verkäufers, wenn infolge Erfüllungsweigerung des Käufers die Säde ungenutzt liegen 6 676. — Abzugszeit 7 657 (2). — Haftung f. Mindergewicht b. Verkauf frei Bahn Berlin 7 657. **Gewährleistung** s. Kauf, Gattungskauf, Schenkung.

Gewahrsam. — Begriff im Gegensatz zum Besitz 4 310 ff.

Gewaltanwendung. — zulässig bei Ausübung einer Berechtigung zur Besitzstörung oder =entziehung? 1 1, 514.

Gewerbeaufsicht s. Arbeitsschutz. — Weigerung des Betriebsunternehmers, dem Aufsichtsbeamten den Zutritt auf dem gewöhnlichen Wege zu gestatten 4 974. — Verschwiegenheitspflicht der Aufsichtsbeamten 4 974. — über „Werkstätten“ im Sinne des 154 Abs. 3 GewO.; Begriff d. „Werkstätte“ 4 981.

Gewerbebetrieb s. Gewerbebetrieb im Umherziehen; Gewerbetreibende, Kaufmann. — Beeinträchtigung des Eigentums durch Gewerbebetrieb s. Eigentum unter Inhalt des E. u. Ansprüche aus dem E. — Begriff der Gewerbsmäßigkeit e. Betriebs 4 915. — Gewinnabsicht als Begriffsmerkmal 4 916. — Haftung f. Schädigung e. G. (f. unerlaubte Handlung, §§ 823, 826 BGB.). — Erzielung e. Gewinns für e. andere Persönlichkeit 4 916. — Verwendung des Gewinns für religiöse, ethische, wohlthätige Zwecke 4 916. — Erheben von Gebühren f. Gräberpflege seitens e. Kirchengemeinde Gewerbebetrieb? 4 916. — Anzeige nach § 35 Abs. 6 GewO. neben der nach § 14 nötig? 4 937. — Verhältnis des § 38 Abs. 4 GewO. zu weitergehenden landesgesetzlichen Vorschriften 4 938. — Betrieb e. stehenden Gewerbes nach § 44 GewO. 4 940. — Ausübung durch e. ungeeigneten Stellvertreter 4 942. — Zentralbehörde im Sinne des § 38 GewO. 4 938. — statutarische, d. vorherige Anhören d. Beteiligten nicht erkennen lassende Bestimmung von Gemeinden (§ 142 GewO.) 4 975. — Übertretung nach § 147 Ziff. 1 GewO.: Gewerbebetrieb ohne die nötige Konzession, Approbation, Bestallung (f. Konzession) 4 976. — Gewerbebetrieb im Sinne des § 147 Ziff. 1 GewO. 4 976. — Gewerbebetrieb im Sinne des § 196 Ziff. 1 BGB. f. Verjährung. — kann die Landesgesetzgebung trotz §§ 20, 21 GewO. b. Verfassung d. Gewerbebetriebs d. Rechtsweg zulassen 7 713. — polizeil. Verbot oder Beschränkung von Gewerbebetrieben aus Sicherheits- oder Wohlfahrtsgründen 4 916, 917 (f. Gewerbefreiheit). — das zulässige Maß überschreitende Störungen der Allgemeinheit durch e. Gewerbebetrieb 4 916, 917.

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

Gewerbebetrieb im Sinne d. GewD. — Urproduktion, Verkauf selbstgewonnener Erzeugnisse; landwirtschaftl. Großbetriebe, Gartenbau 4 916. — Fischerei 4 918. — rechtsanwaltschaftl. Beruf 4 918. — Bahnhofswirtschaften 4 918 (2). — Bahnhofsautomaten 4 918. — Reparaturwerkstätten, Kraftstationen d. Eisenbahn 4 918. — Masseure 4 918. — „Anfangen e. Gewerbebetriebes“ im S. des § 14 GewD.; Einlagerung u. Kellerbehandlung des zu verkaufenden Mostes 4 920. — Handel mit Ansichtskarten Gewerbebetrieb nach § 14 Abs. 2 GewD.; Handel seitens des Inhabers e. Vergnügungslokales 4 920.

Polizeiliches Einschreiten gegen unerlaubten G. (vgl. Gastwirtschaft) 4 920.

Firma bei offenem Laden usw. (§ 15 a GewD.) f. Firma, Laden

Genehmigungsbedürftige Anlagen nach §§ 16 ff. GewD. — beim Inkrafttreten der GewD. schon bestehende Anlagen 4 921. — polizeilicher Zwang z. Einreichung des Genehmigungs-gesuches? 4 921. — wer hat die Genehmigung einzuholen? 4 921. — Begriff der „Anlage“ 4 921. — kleine Pressluft-hammer 4 921. — Anlage, in der eiserne Träger durch Abhauen auf Maß gebracht wurden 4 921. — nur einen Teil e. Grundstücks einnehmende Anlage 4 921. — Königl. Munitionswerkstätten 4 922. — Kupferschmieden im Kleinbetrieb 4 922. — Stauanlagen 4 924. — Verweigerung d. Genehmigung weg. naher Möglichkeit e. Gefahr 4 922. — Vorbehalte bei der Genehmigung 4 922. — polizeiliches Einschreiten trotz erteilter Genehmigung 4 922. — Inhalt der zur öffentlichen Auslegung bestimmten Zeichnungen u. Beschreibungen des § 17 GewD. 4 922. — Einwendung nach § 17 GewD. gegen e. bereits ausgeführte Anlage? 4 922. — Kreis d. im Genehmigungsverfahren zulässigen Einwendungen 4 922. — Einwendungen aus dem Nachbarrechte, aus landesgesetzlichen Bestimmungen über Rechtsverhältnisse d. Uferanlieger 4 922. — Beweislast im Genehmigungsverfahren 4 922. — Schriftlichkeit des erstinstanzlichen Bescheides 4 922. — landesrechtl. Rechtsmittel gegen den Rekursbescheid 4 922. — aufschiebende Wirkung des Rekurses 4 922. — notwendiger Inhalt der Rekurschrift 4 922. — Begriff der „wesentlichen Veränderung“ einer Anlage nach § 25 GewD. 4 923, 924. — actio negatoria und Schadensklage gegenüber der genehmigten Anlage; Klage auf Betriebseinstellung; wer hat die herzustellen den Einrichtungen anzugeben? Urteilsfassung 4 924. — muß der Betriebsunternehmer gestatten, daß d. Nach-

bar sein Grundstück betritt o. Änderungen vornimmt? 4 924. — Anwendung des § 27 GewD. nach polizeilich erteilter Baue-laubnis 4 924. — Übertretung nach § 147 Ziff. 2 GewD.; Verjährung; wiederholte Bestrafung, Nichteinhalten von Bedingungen, unter denen nachträg-lich e. Änderung genehmigt wurde 4 976, 977.

Unterjagung nach § 35 GewD. f. Auktionator, Bierhandel, Mäcker, Rechts-konsulent. — Begriff der Unzuverlässigkeit der Gewerbebetreibenden 4 934, 935, 945. — Vorstrafen 4 934, 936. — Unzuver-lässigkeit in e. anderen Gewerbe 4 934. — Beschäftigung unzuverlässiger Angestellter 4 934, 945. — Heilung d. Unzuverlässigkeit durch längere Bewahrung 4 934. — Übertretung der Kontrollvorschriften des § 38 GewD. als Unzuverlässigkeit 4 934. — Unterjagung e. bereits eingestellten Ge-werbebetriebs 4 934. — Wirkung, insbes. örtliche Wirkung d. Unterjagung 4 934. — Rechtsmittel gegen Verjagung d. Er-laubnis z. Wiederaufnahme des G. 4 934. — vgl. auch unten unter Konzeptions-entziehung (§ 53 GewD.). — Übertretung nach § 148 Ziff. 4 GewD.; Kollektivdelikt 4 979.

Umsang, Ausübung u. Verlust der Gewerbebefugnisse (§§ 41 bis 54 GewD.) f. Sonntagsruhe, Ladenschluß, gewerb. Niederlassung. — Verbot weiblicher Bedienung 4 938. — polizeil. Einschränkung der Zahl der Kellnerinnen 4 938. — polizeil. Verbot der Beschäftigung gewisser Arten von Kellnerinnen 4 938. — Anbieten der vom Betrieb im Umherziehen ausgeschlossenen Gegenstände in „anderen öffentlichen Orten“ (§ 42 a GewD.) 4 940. — „öffentlicher Ort“ nach § 42 a GewD. 4 940. — Anordnungen nach § 42 b GewD. durch die Ortspolizei-behörde? 4 940. — zu einem völligen Verbot gesteigerte Beschränkungen nach § 42 b 4 940. — Betrieb e. stehenden Gewerbes nach § 44 4 940. — Mitführen von Mustern u. Proben zwecks Auffuchen von Bestellungen; Diebstahl e. Druckschrist als Muster nach § 44 GewD.? 4 940. — Produzenten im Sinne des § 44 Abs. 3; Viehmastanstalten; Reinigen u. Sortieren von Pilzen u. Beeren 4 940, 941. — Auf-suchen von Bestellungen nach § 44 4 941 (f. Bestellungen). — Bildwerke nach § 44 Abs. 3 GewD. (f. diese) 4 941. — Legitimationskarte z. Auffuchen von Be-stellungen f. diese. — Ausübung durch Stellvertreter 4 942. — Ausübung des Gewerbes nach dem Tod des Gewerbe-treibenden für dessen Witwe (auch die Richterbin) oder andere Erben durch e. Stellvertreter (§ 46); rechtl. Konstruktion; Nachprüfung des Erbrechts durch die

(Gewerbebetrieb)

Polizeibehörden; Recht der Vor- und Nachgerben, des Erbschaftskäufers; Ausschließung des Rechtes des § 46 durch den Erblasser; Übernahme des Geschäftes durch einen der Erben; Recht der Witve zur Fortsetzung des Gewerbebetriebs für eigene Rechnung in eigener Person 4 942. — Verluft f. Konzession. — Unterfagung konzessionierter u. nicht genehmigungspflichtiger Anlagen nach § 51 GewD.; Kreis der unter § 51 fallenden Anlagen 4 943, 944. — Anwendung des § 51 GewD. bei Unterfagung e. bloßen Betriebszweiges e. Anlage 4 943. — Entschädigungsanspruch bei Unterfagung e. G. aus Gesundheitspolizeilichen Rücksichten 4 943. — Anwendung des § 51 GewD. bei Unterfagung e. Gewerbebetriebs durch e. unzuständige Behörde 4 944. — Anwendung des § 51 GewD. bei nachträglicher Unterfagung e. z. Unrecht gestatteten Betriebs? 4 944. — Zurücknahme e. formell nicht gültig erteilten Genehmigung zum G. unter § 53 fallend? 4 944. — Gefährdung der Existenz d. Gewerbetreibenden durch Unterfagung des Betriebs 4 944. — Nachprüfung seitens der Polizei im Verfahren auf Zurücknahme e. Approbation, ob die Aberkennung der Ehrenrechte berechtigt war (§ 53 Abs. 1) 4 944. — Konzessionsentziehung wegen „Unrichtigkeit der Nachweise“ (§ 53); lächerhafte Strafliste 4 944. — Nachprüfung der Feststellungen d. Strafrichters durch d. Verwaltungsrichter im Konzessionsentziehungsverfahren 4 944. — Konzessionsentzug wegen Zweifel an der künftigen Zuverlässigkeit d. Gewerbetreibenden 4 944. — erfordert § 53 Abs. 2 zum Konzessionsentzug mehrere Handlungen des Inhabers? 4 944. — Konzessionsentzug wegen Meineids 4 944. — Mißbrauch der Konzession Voraussetzung für Entziehung nach § 53 Abs. 2? 4 944. — Konzessionsentziehung wegen Behaltens e. unzuverlässigen Vertreters, wegen e. zu erwartenden nachteiligen Einflusses der unzuverlässigen Ehefrau auf den Geschäftsbetrieb, bei Vosehändlern, Gesindevermietern, Stellenvermittlern, wegen Mangels der bei Genehmigung vorausgesetzten Eigenschaften des Betriebslokales, wegen bei Erteilung der Konzession bereits bekannter Vorstrafen, wegen vor Erteilung d. Prüfungszeugnisses von der Hebamme begangener Handlungen 4 944, 945 (vgl. 4 934, 935). — teilweise Zurücknahme e. Konzession nach § 53? 4 945. — Zurücknahme trotz bereits erfolgter Einstellung d. Gewerbebetriebs 4 945 (2). — Zurücknahme d. Konzession gegenüber e. nicht selbständigen Gewerbetreibenden 4 945. — Zurücknahme des Prüfungszeugnisses

e. Hebamme wegen Unzuverlässigkeit; Gründe 4 945. — Grund f. Zurücknahme e. Schankkonzession (f. Gastwirtschaft) 4 946. — Unzuverlässigkeit e. Landmessers, e. Fleischaufsehers, e. Gesindevermieters 4 946. **Gewerbebetrieb im Umherziehen** f. Wandergewerbe, Wanderlager. — Begriff; Empfangen von Kunden außerhalb d. Wohnorts in e. Gasthof nach vorheriger Annoncierung 4 946 (vgl. 4 941). — Wohnort im Sinne d. § 55 GewD. 4 946, 947. — „ohne vorgängige Bestellung“ i. S. d. § 55 GewD. 4 947. — „Feilbieten“ Begriff (f. diesen) 4 947. — Aufsuchen von Bestellungen f. Bestellungen. — Aufsuchen v. Bestellungen auf die im § 56 Abs. 2 GewD. bezeichneten Waren 4 948. — Handel mit Pfandscheinen unter § 56 Ziff. 5 GewD. fallend? 4 948. — Waffenhandel, Stoßwaffe i. S. des § 56 Ziff. 8 GewD. 4 948. — „Geheimmittel“ nach § 56 Ziff. 9 GewD. 4 948. — „Schmuckfachen“ nach § 56 Ziff. 11 GewD.; Gebrauchsgegenstände aus unedlem Metall 4 948. — Handel mit Druckschriften f. diese. — Begriff der „Ausübung e. Gewerbes“ nach § 56 a GewD. 4 949. — Ausübung der Heilkunde im Umherziehen f. Heilgewerbe. — Umfang der f. Beschränkung d. Hausierhandels zulässigen Polizeiverordnungen 4 949. — den Viehhandel im Umherziehen beschränkende Polizeiverordnungen 4 949 (f. Viehhandel). — Versteigerung von Waren im Umherziehen, Begriff d. Versteigerung n. § 56 c GewD.; allmähliches Abbieben des Verkäufers selbst 4 949. — Anwendung des § 62 Abs. 1 u. 2 GewD. auf die eigenen Kinder des Nachsuchenden 4 951. **Gewerbefreiheit** 4 916 (vgl. Gewerbebetrieb, Konzession, Konkurrenzverbot). — auf sicherheits- u. wohlfahrtspolizeilichen Gründen beruhende einschränkende Polizeivorschriften 4 916, 917, 921 (gegenüber den nicht unter § 16 GewD. fallenden Anlagen). — polizeiliches Verbot, Waren durch schulpflichtige Kinder austragen zu lassen 4 916. — das zulässige Maß überschreitende Störungen der Allgemeinheit durch e. Gewerbebetrieb 4 916, 917. — lokale Rechtsnormen, die gewisse Gewerbebetriebe aus einzelnen Ortsteilen verbannen 4 917. — Fortdauer der meldepolizeilichen Vorschriften 4 917. — G. u. Theaterzensur 4 917. — vertragliche Einschränkung der G. 4 917 (vgl. Konkurrenzverbot). — Unzulässigkeit aller für den Betrieb eines Gewerbes zu entrichtenden Abgaben; nicht für die Zulassung, sondern für die Ausübung des Gewerbebetriebs zu entrichtende Abgaben; Unterschied von echter Gewerbesteuer 4 919. — Umfang d. Zulässigkeit polizeilicher Verbote 4 921.

Gewerbegehilfen f. gewerbliche Arbeiter, Handlungsgehilfen.

Gewerbegericht f. Kaufmannsgericht. — Reform 7 715. — Bestehen e. G. für den Ort der Handelsniederlassung des Arbeitgebers, nicht aber für den Ort des Gewerbebetriebes 6 745. — Kompetenzkonflikt mit dem ordentl. Gericht 2 3, 26. — Prorogation an das G.; Prorogation von einem G. an ein anderes G. 1 3, 26. — landesgehehl. Änderung ihrer Zuständigkeit 1 3, 6. — Zuständigkeit f. Klagen d. Lehrlings auf Ausstellung e. Zeugnisses, Schadensersatz wegen Vorenthaltung d. Zeugnisses oder Arbeitsbuches, Gelegenheit z. Anfertigung d. Gesellenstückes? 4 952. — Streitigkeiten zwischen einem Zunftmeister u. seinen Heimarbeitern vor das G. gehörend 4 952. — Angehen des G. an Stelle des Zunftschiedsgerichts (§ 91 GewD.) 4 952. — Streitigkeiten e. GmbH. aus dem gewerbli. Arbeits- oder Lehrverhältnis; Zunftungsbehörde oder G. zuständig? 7 714. — Zuständigkeit f. Klage gegen d. Konkursverwalter d. Arbeitgebers 2 2, 483. — Zuständigkeit f. Feststellungs-klage nach § 146 R.D. 6 1002. — Zuständigkeit bei privater Schuldübernahme 7 184, 714. — Zuständigkeit f. Klagen gegen d. Würgen 7 304, 714. — Streitigkeit der Rechtsnachfolger der ursprünglichen Parteien 7 714. — Klage e. rechtl. selbständiger, nur für einen Arbeitgeber beschäftigten Hausgewerbetreibenden 7 714. — Gerichtsstand d. gewerblichen Niederlassung bei einer vom Prinzipal erst nach Auflösung des Dienstvertrags begründeten Niederlassung 7 715. — Klage gegen den Werkmeister auf Rückzahlung e. nicht abverdieneten Vorkaufes 7 714. — Anspruch d. Arbeiters oder Arbeitgebers auf Rückgabe von Arbeitsgerätschaften; Schadensanspruch 7 714. — Berufung, wenn der Beschwerdegegenstand geringer als 100 M. ist 7 715. — Anwendung des § 157 Abs. 3 Z.B.D. auf Beschlüsse des G. nach § 31 Gew. G.G. 7 715, 770.

Gewerbeinspektoren f. Gewerbeaufsicht.

Gewerbeordnung f. Gewerbe.....
— Verhältnis d. BGB. zur GewD. 1 2, 387 (Anwendung des § 616 auf gewerbliche Dienstverträge); 2 1, 764. — § 51 GewD. u. Art. 52 BGB.B.; Widerspruch e. Vormerksberechtigten 1 2, 390.

Gewerbepolizeiliche Übertretungen vgl. Gewerbebetrieb, Konzeffion, Krzte, Koalitionsfreiheit. — Androhung von Exekutivgeldstrafen an d. Unternehmer f. Übertretungen seiner Angestellten 4 979. — Übertretung e. nicht regelmäßig mit d. Leitung oder Beaufsichtigung e. Betriebes betrauten Person 4 979. — Haftung d. Werkmeisters f. d. Beschäftigungsbauer Jugendlichler (i. Arbeitszeit) 4 979. — Bestrafung des

Unternehmers bei Übertretung seiner Angestellten; Nachweis der Möglichkeit eigener Aufsicht 4 979.

Gewerberecht f. Realgewerberecht. — Fortbestehen d. realen u. radizierten G. in Bayern 3 1, 680. — in Preußen vor 1810 entstandene Realschanf-G. 6 588.

Gewerbesteuer. — Unterschied von den nach § 7 GewD. unzulässigen, für den Betrieb e. Gewerbes zu entrichtenden Abgaben 4 919 (vgl. Gewerbefreiheit). — heff. Urkundenstempelgesetz als Steuer-gesetz nach § 148 Abs. 2 GewD.? 4 979. — Begriff d. „Beherbergungsgewerbes“ 1 1, 416.

Gewerbetreibende f. Gewerbebetrieb, Kaufmann. — Begriff des selbständigen G. 4 915, 954, 976 (§ 147 Ziff. 1 GewD.). — Pächter als selbständiger G.? 4 915, 916. — Ziegelmeister als selbständiger G.? 4 954. — Heimarbeiter selbständiger G.? 4 954, 959. — Konsumvereine 2 2, 6; 4 916; 6 601. — Firma bei offenem Laden vgl. Firma, Laden. — Tod des G.; Ausübung d. Gewerbes f. d. Witwe oder andere Erben durch e. Stellvertreter (§ 46 GewD.) f. Gewerbebetrieb unter „Umfang u. Ausübung“. — Gärtner G. 4 955.

Gewerbliche Arbeiter f. Arbeitsvertrag, Handlungsgehilfe, Fabrikarbeiter. — Begriff nach §§ 105 ff. GewD. 4 955. — Künstler e. Theaterunternehmens 4 955. — Küchen- u. Hauspersonal e. Wirtschaftsbetriebs Dienstboten oder Gewerbegehilfen? 4 955, 959. — Büfetnamfell 4 955. — Gärtnergehilfen? 4 955. — Putzarbeiterinnen 4 956. — Musikschüler 4 959. — Besuch von Fortbildungsschulen f. diese.

Jugendliche u. Frauen f. auch Arbeitsordnung. — Verbot der Beschäftigung nach §§ 102a ff. GewD. 4 960. — Verbot der Beschäftigung v. Kellnerinnen f. Gastwirtschaft. — jugendliche Fabrikarbeiter f. Fabrikarbeiter.

Gewerbliche Niederlassung f. Handelsniederlassung. — durch Aufstellung eines Automaten 4 939. — Begriffserfordernisse 4 939, 940. — Einfluß d. Erfüllung d. gefehl. Begründungsformlichkeit auf den Charakter der Niederlassung 4 940. — Ort der g. N. als Erfüllungsort 1 1, 176. Gewerbmäßig im Sinne der §§ 33a, 43 GewD. 4 932, 933 (f. Schaustellungen) 4 940. — „g. verteilen“ nach § 43 GewD. 4 940.

Gewerken, Gewerkschaft f. Bergrecht, Krze, Zubaßen.

Gewinn f. compensatio lucri cum damno, Schadensersatz. — entgangener G.; Begriff 1 1, 114. — Ersatz des entgangenen G. 1 1, 157. — Ersatz e. entgangenen wahrscheinlichen G. 7 106. — durch Weiterverkauf wegen Preissteigerung er-

(Gewinn)

zielbarer **G.** 11, 161. — entgangener **G.** beim Kauf e. wichtigen Patentes **11**, 160. — entgangener **G.** bei Verleitung z. Kaufvertrag durch arglistige Täuschung **11**, 160. — kein Erfolg für entgangenen **G.** insolge Konkurrenz e. vertragswidrig aus dem Dienst geschiedenen Angestellten **21**, 135.

Gewohnheitsrecht s. Auslegung, Verkehrs-sitte. — Entstehung **12**, 319; **7** 95. — Gültigkeit allgemeinen u. partikularen **G.-R.** neben oder gegen das **BGB.** **12**, 319, 320; **31**, 665; **5** 50, 602; **7** 95. — Verhältnis zu Geschäftsgebrauch u. Verkehrs-sitte **12**, 320; **31**, 666 (s. Handels-gerächte); **5** 602; **7** 95, 98. — bloßer Gerichtsgebrauch **12**, 321. — Einfluß eines Rechtsirrtums **12**, 321. — vermeintliche Anwendung des geschriebenen Rechts **31**, 666. — auslegende Rechts-sage als **G.-R.** **11**, 96. — als Rechtsquelle in Vereinsangelegenheiten **1**, 31.

Beweis seines Bestehens im Prozesse (§ 293 **ZP.D.**). — Rechte und Pflichten d. Gerichts nach § 293 **ZP.D.** **7** 797. — Heranziehung von Auskunftspersonen, Form ihrer Vernehmung, Parteiverhandlung über das Ergebnis **13**, 130; **7** 797. — Erhebungen hierüber nach Schlußverhandlung **4** 693, 695. — Beweis örtlichen Gewohnheitsrechtes **32**, 455; **7** 797. — § 293 gilt nicht für die freiwillige Gerichtsbarkeit **13**, 130. — Revision wegen Verstoßes gegen § 293 **ZP.D.** **32**, 505.

Gift vgl. Geheimmittel. — Handel mit Gift; Voraussetzung für polizeiliche Genehmigung **4** 934. — Verwendung von Gift zu gewerblichen Zwecken kein Handel mit Gift (§ 34 **Abf. 3** **Gem.D.**) **4** 934.

Girovertrag s. Inkassogiro, Scheck. — rechtl. Natur **21**, 396; **6** 231, 260. — Girozahlung **21**, 224 (Perfektion § 329); **6** 260; **7** 320. — Giroguthaben **6** 260, 682 (Kontoforrent? depositum irregulare?). — Gutschreiben, Umschreibung, Akkordzettel **4** 40; **6** 260. — Erfüllungsort **21**, 167; **31**, 118. — Haftung des Girofunden für seinen Buchhalter **31**, 138. — Rechtsstellung der Girobank **4** 40. — Pflicht, den Kunden auf das Unratfame einer zugemuteten Zahlungsvermittlung aufmerksam zu machen **6** 259. — Entgegennahme von Überweisungen für den Kunden durch die Bank zwecks Aufrechnung **31**, 180. — Aufrechnung der Bank **6** 161. — Ver-ringerung des Guthabens schon durch Honorieren des Abschreibzettels, nicht erst durch nachträgliche Auszahlung oder Aufrechnung des Erlösanspruches **6** 293. — Einfluß der Haftungsvereinbarung in den Giroverträgen der Bank auf ihre Haftung nach § 254 **BGB.**, § 347 **SGB.** **6** 680, 681. — Zurückweisung e. durch d. Giroverkehr

erfolgenden Tilgung e. Geldforderung? **6** 154. — Reichsbank als Vertreterin d. Girofunden **4** 40. — Zahlungseinstellung der Girofunden **31**, 124, 132, 283. — zwischen Abschreibung u. Zuschreibung eintretender Konkurs d. Girozahlers **6** 979. — Aufrechnung d. Bank bei Konkurs d. Kunden **6** 994. — Konkurs d. Bank; Recht d. Verwalters auf Fortsetzung d. Vertrags mit dem Kunden **6** 983, 984, 985. — von der Bank in Kenntnis d. Zahlungseinstellung d. Kunden vermittelte Auszahlung **6** 987. — rechtliche Bedeutung des Stillschweigens des Kontoinhabers **22**, 198 (verpflichtendes Anerkenntnis?). — Haftung der Girobank bei irrthümlichen Umschreibungen **22**, 201 (s. **21**, 473). — wann gilt bei Einzahlung an die Reichsbankhauptstelle zur Gutschrift auf das Konto eines Girofunden der Reichsbank-nebenstelle die Zahlung an den Girofunden als erfolgt? **32**, 82, 83 (Widerruf der Überweisung seitens des Einzahlenden bis zur Buchung bei der Nebenstelle). — ist zur Überweisung Mitteilung der Bank an den Kunden nötig? **32**, 83. — kann die Girobank die durch Buchung vollzogene Überweisung einseitig wieder rückgängig machen? **32**, 83.

Glatteis s. Streupflicht; unerlaubte Handlung (§ 823 **BGB.**). — Mißschuld d. Verletzten **4** 85.

Glaubhaftmachung s. eidesstattliche Versicherung.

Gläubiger. — Bezeichnung des **Gl.** s. Hypothekeneintragung.

Gläubigeranfechtung vgl. Anfecht. i. Konkurs. Allgemeines. — rechtl. Natur d. Anfechtungsrechts; unerlaubte Handlung? **22**, 521 (2), 525 (§ 3 **Ziff. 2**), 526 (Gesichtspunkt d. ungerechtfertigten Bereicherung bei § 3 **Ziff. 3**). — Konkurrenz von Anfechtungsrechten, wenn derselbe Gläubiger wegen derselben Forderung durch eine unter mehreren Bestimmungen d. Anfechtungs-Ges. fallende Handlung verletzt wird? **22**, 521. — außergerichtl. Geltendmachung d. **Al.-**rechtes? Wahrung d. Frist durch Zustellung e. Schriftsatzes **22**, 521. — Anfechtungseinrede gegenüber d. Klage auf Freigabe von Pfändern **32**, 288. — Aufrechterhaltung d. Vollstreckungspfändung u. des Absonderungsrechts durch Anfechtungseinrede oder Replik **6** 1017. — Zeitpunkt d. Entstehung d. **Al.-**spruchs **5** 962. — Stellung d. **Al.-**besklagen bei Gegenüberstehen mehrerer **Al.-**skläger **5** 962; **6** 1019. — Streitwert (s. diesen) **22**, 522. — Passivlegitimation d. Schuldners s. d. **Ans.-**klage? **6** 1019. — sachlicher u. örtlicher Gerichtsstand **22**, 523. — Gerichtsstand d. unerlaubten Handlung bei Anfechtung nach § 3 **Ziff. 2** **22**, 525. — maßgebendes Recht bei Statutenkollision

Fette Zahlen = Fahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

§ 2, 523; 4 823. — Ausschluß d. Rückgewährklage, wenn d. entfremdete Gegenstand dem Schuldner bereits zurückgewährt ist 4 826. — Fassung d. Klageantrags 2 2, 529 (ziffermäßige Angabe der verlangten Rückgewähr); 3 2, 288; 6 1010, 1020 (bei Anfechtung e. Erbauseinandersetzung). — Anklage in Form e. Feststellungsklage? 2 2, 529; 6 1020. — Feststellungsklage bei Mangel e. vollstreckbaren Titels? 3 2, 285, 286, 287. — Begründung d. Streitbefangenheit nach § 265 ZPO. durch Erhebung d. Anklage 5 962. — einstweilige Verfügung vor Erlangung d. vollstreckbaren Titels 3 2, 285, 287, 288. — einstweilige Verfügung, Arrest zur Sicherung des Anf.-sanpruchs 6 1019, 1020. — Vormerkung z. Sicherung d. Rückgewähranspruches s. unten „Folgen“. — Anwendung des BGB? 5 961. — Verbindung e. Schadenersatzklage nach § 826 BGB. mit der Anfechtungsklage 2 2, 523; 6 1010. — § 3 Ziff. 1 als Schutzgesetz im Sinne des § 823 BGB. 2 2, 523. — sind die unter das Anfecht.-gesetz fallenden Rechtshandlg. nach §§ 134, 138 BGB. nichtig? 2 2, 523; 3 2, 286 (2); 6 1015. — berechtigt d. Anf.-sanpruch z. Erhebung d. Widerspruchsklage im Verteilungsverfahren? 6 1019. — Anfechtung gegen Rechtsnachfolger; Anwendung d. Frist des § 3 Ziff. 2 auf die Fälle des § 11 Ziff. 2? 2 2, 529. — Erhebung d. Anf.-s.-klage gegen e. gütergemeinschaftl. Frau; Vollstreckung d. Urteils, wenn d. Mann nicht mitverklagt wurde 3 2, 290. — Anfechtung gegen Rechtsnachfolger (§ 11), Begriff d. Rechtsnachfolgers 3 2, 290; 4 827. — Einfluß d. Eröffnung d. Konkurses über das Vermögen d. Schuldners auf Anfechtungsprozesse; Ladung seitens d. Anfechtenden zur Ausnahme des Rechtsstreites? Wirkung d. Aushebung d. Eröffnungsbeschlusses; rechtskräftige Abweisung des Konkursverwalters mit seiner Anf.-s.-klage; Genehmigung d. anfechtbaren Rechtshandlung d. Gemeinschuldners durch den R.-Verwalter auf d. Ansprüche e. Absonderungsberechtigten 2 2, 260; 3 2, 290. — Einfluß e. im Ausland über den Schuldner eröffneten Konkurses auf inländische Anf.-sprozesse 2 2, 530. — Einfluß d. Eröffnung des Konkurses über das Vermögen d. Schuldners auf die Einrede d. Gläubigeranfechtungsrechtes 4 827. — Sicherung des Anfechtungsberechtigten im liegenschaftsrechtl. Verkehr durch Vormerkung oder durch Arrestsicherungs-hypothek oder Eintragung einer Verfügungsbeschränkung auf Grund einstweiliger Verfügung? 2 1, 527, 542; oder Eintragung einer Protestation? 2 1, 544; 3 1, 396 (Widerspruch); 4 318; 5 388; 6 363; 7 394. — Beteiligung des Klägers

in der Zwangsversteigerung 6 438. — Voraussetzungen für die Einleitung der Zw.-V. nach erfolgreicher Anfechtung einer Grundstücksabtretung 2 2, 365; 3 2, 294; 4 774. — Berücksichtigung von Anwendungen des Anfechtungsgegners; Aufrechnungs- u. Zurückbehaltungsrecht hierwegen 1 1, 626. — Eintragung ins Grundbuch auf Grund e. An.-surteils 7 947. Voraussetzungen der Anfechtung; Einwendungen d. Beklagten. — vollstreckbarer Titel: Feststellungsklage oder einstweilige Verfügung bei Fehlen d. vollstreckbaren Titels 3 2, 285, 287. — während des Prozesses erlangter vollstreckbarer Titel 2 2, 522; 4 823. — Titel, dessen Vollstreckbarkeit von Sicherheitsleistung abhängt 4 823; 5 962. — die Unterhaltspflicht d. Ehegatten während d. Scheidungsprozesses regelnde einstweilige Verfügung als vollstreckbarer Titel nach § 2 6 1015. — Schuldtitel gegen den Mann bei Anfechtung e. von gütergemeinschaftl. Eheleuten errichteten Hypothek genügend 6 1015. — Benachteiligung d. Gläubiger (vgl. auch unter Kreis d. anfechtbaren Geschäftes) 5 960; auf Unmögliches gerichtete und deshalb nichtige Rechtshandlung 3 2, 286 (s. unten). — Abtretung e. wertlosen Hypothek 3 2, 286; Veräußerung unpfändbarer Sachen 2 2, 523; 3 2, 286; 6 1010; Vereitelung künftiger Befriedigungsmöglichkeit 6 1011; Möglichkeit e. künftigen, aber z. Bt. d. Anfechtung oder d. Urteils noch nicht gegebenen Benachteiligung 4 824. — Benachteiligungsabsicht i. S. des § 3 Ziff. 1 2 2, 523, 524; 3 2, 287 (bei Mangel von Gläubigern); 4 825 (Bewußtsein d. Gläubigers). — Absicht d. Benachteiligung gerade des später anfechtenden Gläubigers? 3 2, 287; 4 824. — Benachteiligungsabsicht bei Befriedigung e. dringenden Gläubigers möglich 5 961. — Annahme d. Benachteiligungsabsicht, wenn d. Benachteiligung die notwendige Folge der dem Gläubiger eingeräumten Deckung u. vom Schuldner als solche erkannt war 5 961. — Benachteiligungsabsicht bei Fehlen von Gläubigern z. Bt. der Vornahme der angefochtenen Rechtshandlung (s. unten) 6 1016 (vgl. 3 2, 287). — Kenntnis des An.-beklagten von der Benachteiligungsabsicht des Schuldners (§ 3 Ziff. 1); Abschluß d. Geschäftes mit einem Minderjährigen 2 2, 524. — Benachteiligungsabsicht bloß des beurkundenden Notars 6 1016. — Gibeszuschreibung über Benachteiligungsabsicht d. Schuldners und Kenntnis d. An.-beklagten von dieser Absicht 2 2, 525. — Vermutung d. Benachteiligungsabsicht im Fall des § 3 Ziff. 2, wenn nur ein Teilhaber e. offenen Handelsgesellschaft in dem fraglichen Verwand-

(Gläubigeraufsechtung)

schäftsverhältnis steht 2 2, 525; 7 614. — Benachteiligungsabsicht (§ 3 Ziff. 2), wenn d. Schuldner bei Veräußerung zur Befriedigung des Gläubigers ausreichendes Vermögen zurückbehält 2 2, 523, 526. — Widerlegung d. Vermutung des § 3 Ziff. 2 durch d. Nachweis d. Vorliegens eines Erfüllungsgeschäftes? 5 961, 962. — Benachteiligungsabsicht bei § 3 Ziff. 3 nicht verlangt 2 2, 526. — unmittelbare Benachteiligung durch den Vertragsabschluß nicht durch spätere Umstände (Preissteigerung), Voraussetzung des § 3 Ziff. 2 2 2, 523, 524; 4 824. — bei Aufsechtung von Scheingeschäften (s. unten „Kreis“) 6 1010. — Einwand d. Arglist gegenüber d. N.-Klage: Behauptung, der Vollstreckungstitel sei im Einverständnis mit dem Schuldner erwirkt 2 2, 522. — Nachweis d. Ans.-gegners, d. d. Schuldner trotz fruchtlos verurtheilter Zwangsvollstreckung pfändbare Vertobjekte besitze 2 2, 522; 6 1015. — Benachteiligungsabsicht, wenn d. Aufsechtende erst nach Abschluß des angefochtenen Vertrags Gläubiger wurde 2 2, 522 (2); 3 2, 287; 4 826; 6 1015 (2), 1016. — nachträglich i. Laufe des Prozesses eintretende Möglichkeit d. Befriedigung d. N.-Klägers aus dem Vermögen d. Schuldners 4 823. — Schenkungsanfechtung seitens e. erst nach Vorahme d. Geschäftes Gläubiger Verbenden 6 1015. — Behauptung e. bestimmten Rechtsbehauptung mit genauer Zeitangabe nicht: Voraussetzung für Klagen nach § 3 Ziff. 1 6 1015. — Prüfung d. Vorhandenseins d. Voraussetzung bei gemeinschaftlicher Klage mehrerer 6 1015.

Kreis der anfechtbaren Rechtsgeschäfte. — Begriff d. „Rechtshandlungen“ 3 2, 286; 6 1010. — Verzicht, Anerkenntnisse, prozeßuale Geständnisse, Ergebenlassen von Verhältnissurteilen als Rechtshandlungen 3 2, 286; 6 1017. — Vertrag über künftige Leistungen, Voraussetzungen über Vergütungen 4 825. — Aufsechtung d. wirtschaftlicher Identität des vom Schuldner aufgegebenen Gegenstands mit einem Vermögensbestandteil d. Aufsechtungsbesagten, auch wenn sich nur die Überleitung aus einem Vermögen in das andere eine Rechtshandlung nicht nachweisen läßt 6 1018. — nächste Rechtsgeschäfte 2 2, 491, 520, 521; 3 2, 286. — Scheingeschäfte 2 2, 520, 521 (summierte Aufsechtung); 3 2, 282; 6 1010. — sponnische Geschäfte 3 1, 191; 3 2, 282, 287; 4 144, 806, 823, 825. — Eheverträge 3 2, 288; 4 825 j.; 6 1010, 1011 ff., 1016; 7 482. — Änderung d. bestehenden Güterstandes 6 1011 j. — Einführung d. Gütertrennung an Stelle des ursprünglichen gesetzl. Güterstandes 3 2, 285; 6 1012,

1013 (2). — Einführung d. Gütertrennung an Stelle der ursprünglichen Güter- oder Fahrnisgemeinschaft 3 2, 285, 288; 6 1012, 1013 (2), 1014; 7 482. — Einführung d. Gütertrennung sofort bei Eheabschluß 6 1011. — prozeßuale Benachteiligung d. bereits im Besitze e. Vollstreckungstitels befindlichen Gläubigers, der sich infolge der Änderung d. Güterstandes noch einen weiteren vollstreckbaren Titel verschaffen muß 6 1012. — Umwandlung d. Gütertrennung in gesetzlichen Güterstand 6 1012. — Umwandlung d. Gütertrennung in Gütergemeinschaft 4 826; 6 1012. — Umwandlung d. gesetzlichen Güterstandes in Gütergemeinschaft, Errungenchafts- oder Fahrnisgemeinschaft 6 1013. — Benachteiligung künftiger Gläubiger durch den Ehevertrag 2 2, 522. — Eheverträge als unentgeltliche Verfügungen nach § 3 Ziff. 4? 4 825; 6 1016. — Vereinbarung des gesetzl. Güterstandes anstatt d. Gütertrennung bei Eheabschluß 4 826. — Aufsechtung e. Ehevertrags durch künftige Gläubiger 4 826. — nach § 1468 BGB. ergebendes Urteil 3 2, 288; 4 825. — Aufhebung e. gesetzlichen Unterhaltspflicht durch Ehevertrag 4 826. — Rückgewähr des ehewerblichen Einbringens während bestehender Vermögensgemeinschaft (§ 3 Ziff. 2) 3 2, 287, 288 (Übergangsrecht). — Sicherstellung d. Eingebachten d. Frau: Benachteiligungsabsicht 3 2, 287, 288; 4 824, 825; 6 1016. — Änderung e. Dienstvertrags, indem der Schuldner unter Verzicht auf Geldlohn nur gegen Naturalverpflegung arbeitet 3 2, 285. — Verzicht auf den Pflichtteil 2 2, 526. — Unterlassung e. Erwerbs 3 2, 285, 286; 6 1011. — Rechtshandlungen d. Schuldners, d. die er unter Aufwendung eig. Vermögens das Ergutz dafür unmittelbar in d. Vermögen e. Dritten fließen läßt 4 827; 5 962. — Aufgabe e. selten Rechts auf den Erwerb e. Gegenstandes 2 2, 526. — durch d. Schuldner, der e. Anspruch auf Abtretung hatte, veranlagte unmittelbare Abtretung dieser Forderung an e. Dritten: Aufsechtungsgegner 2 2, 529 (vgl. 5 962). — Ausdrückung e. Erbtheil 2 2, 526. — Abtretung e. bedingten Erbtheilsvermögens 7 542. — Dienstleistung seitens d. Schuldners an e. Dritten ohne entgeltliches Entgelt 2 2, 526; 3 2, 286; 6 1011. — die Gläubiger nicht benachteiligende Rechtshandlungen i. oben unter Voraussetzungen. — Abtretungen künftiger Mietzinsforderungen 6 1011. — Abtretung d. Mietzins an e. Hypothekare 3 2, 286, 287, 288. — Abtretung e. nur als möglich vorausgesetzten künftigen Forderung 6 1011. — Indossament von Wechselaktiven: Beweislast bzgl. d. Benachteiligung 3 2, 263, 286, 287. —

Übertragung des Vermögens an e. Treuhänder im Falle e. außergerichtlichen Stundungsvertrages 4 824; 5 961. — Vermögensentäußerung d. Bürgen 5 960. — Rückgabe gekaufter, noch nicht bezahlter Sachen an die Verkäufer (§ 3 Ziff. 1) 3 2, 287. — Anfechtung e. Erbteilung 6 1010. — Zahlung e. Hypothek aus dem Kaufpreis bei Verkauf des Grundstückes 6 1014. — Verkauf e. Grundstücks zu seinem wahren Werte, wenn z. Bt., als der Gläubiger seine Befriedigung suchte, der Kaufpreis im Vermögen des Schuldners nicht mehr vorhanden ist 6 1014. — Veräußerung e. über seinen Wert belasteten Grundstückes 6 1014, 1015. — Beweislast bei Anfechtung d. Veräußerung e. Grundstücks 6 1014. — Bestellung e. Nießbrauchs an e. Hausgrundstück 6 1014; 3 2, 287, 288. — Abtretung e. Forderung an den, durch dessen Intercession dem Schuldner der Erwerb dieser Forderung erst möglich wurde 3 2, 287. — Anfechtung des Erbenantrags auf Nachlassverwaltung 6 1014. — Benutzung des Erlöses von Nachlasssachen zur Deckung d. Beerdigungskosten 6 1014. — Übertragung oder Veräußerung e. Geschäftes; der Rundschaft e. Geschäftes 2 2, 522, 523. — Veräußerung e. Firma 2 2, 523. — Veräußerung unpfändbarer Sachen 2 2, 523; 3 2, 286; 6 1010. — Veräußerung d. Herausgabe e. Zeitschrift nebst Titel 2 2, 523. — der Schuldner hat e. Grundstück, zu dessen Ankauf er berechtigt war, nicht für sich gekauft, sondern seine Frau den Kauf abschließen lassen 2 2, 523. — die Gläubiger nur mittelbar benachteiligende Rechts-handlung nach § 3 Ziff. 1, nicht aber nach Ziff. 2 genügend 2 2, 523. — Benachteiligung, wenn z. Bt. d. Vertragschlusses noch andere pfändbare Vermögensstücke vorhanden waren? 2 2, 523, 526. — Anfechtung von Erfüllungsg. u. Deckungsgeschäften; Bewußtsein d. Benachteiligung anderer Gläubiger genügend? Beweislast 2 2, 524 (3); 3 2, 287; 5 960, 961 (3); 6 1015, 1016 (2). — Geschäfte, die dazu dienen sollten, dem Schuldner die Mittel zur Befriedigung d. ansehenden Gläubigers zu verschaffen 2 2, 524. — Vollstreckungspfändungen; Kollision d. Schuldners 2 2, 524; 6 1017, 1018. — Benachteiligungsabsicht nach § 3 Ziff. 1 2 2, 524 (vgl. oben „Voraussetzung“). — Anfechtung e. Erbauseinandersetzung 6 1020. — Verträge des Schuldners mit seinem Ehegatten bei nichtiger, anfechtbarer Ehe (§ 3 Ziff. 2) 2 2, 525. — Anfechtung von Verträgen nach § 3 Ziff. 2, wenn z. Bt. d. Vertragschlusses die Ehe des Schuldners oder des Verwandten nicht mehr bestand 2 2, 525; 5 615, 961; 6 1016. — Erhebung d. Anfechtungsklage nach § 3 Ziff. 2 gegen

die gütergemeinschaftliche Ehefrau des Schuldners 2 2, 525. — wann fallen Rechts-handlungen e. offenen Handelsgesellschaft unter § 3 Ziff. 2? 2 2, 525; 3 2, 287 (Sicherstellung d. Eingetragten d. Frau e. offenen Gesellschafters). — Anfechtung e. gegen gleichwertiges Entgelt erfolgenden Veräußerung nach § 3 Ziff. 2; schwererer Zugriff d. Gläubiger in die Gegenleistung; geringere Sicherheit bietende Gegenleistung 2 2, 525 (3); 3 2, 287. — Widerlegung d. Vermutung des § 3 Ziff. 2 durch den Nachweis des Vorhandenseins e. Deckungs- oder Erfüllungsgeschäftes? 5 961 (2), 962; 6 1016. — Anfechtung e. erzwingbaren Erfüllungsgeschäftes nach § 3 Ziff. 2 6 1016. — Abtretung von Wertgegenständen an Zahlungsort (§ 3 Ziff. 2) 2 2, 526. — Erfüllung e. lange Jahre vor Anfechtung entstandenen Verbindlichkeit während d. letzten Jahres unter § 3 Ziff. 2 fallend? 2 2, 526. — Auslassung auf Grund e. nicht in die Zeit des § 3 Ziff. 2 fallenden Kaufvertrags 2 2, 526; 4 824. — maßgebender Tag bei Anfechtung e. Hypothekbestellung; Tag der Eintragung oder der obligatorischen Hypothekenzufage? 2 2, 526. — negotia mixta cum donatione als unentgeltl. Verfügungen nach § 3 Ziff. 3, 4 2 2, 526; 3 2, 288, 290. — Schulübernahme u. Hypothekbestellung f. fremde Schuld nicht immer unentgeltliche Verfügung nach § 3 Ziff. 3 4 825 (2). — fiduciarische Zession als unentgeltliche Verfügung? 4 825. — gebräuchliche Gelegenheits-geschenke d. Ehegatten unter § 3 Ziff. 4 fallend 2 2, 527. — Bestehen der Ehe z. Bt. d. Vornahme der angefochtenen Verfügung Voraussetzung des § 3 Ziff. 4 2 2, 526, 527. — Eheverträge als unentgeltl. Verfügungen nach § 3 Ziff. 4 (vgl. oben) 4 825; 6 1016, 1017. — Überweisung e. Teils d. Kaufpreises an die Frau beim Weiterverkauf e. mit Mitteln der Frau erworbenen Grundstücks 6 1017. — Schenkung des Anteils des e. Ehegatten aus gemeinschaftl. Vermögensstücken an den anderen Gatten nach Aufhebung d. Gütergemeinschaft 6 1017. — Vertrag d. Ehe-manns als Angestellter mit seinem Prinzipal, daß der Mann ein unpfändbares Gehalt, die Frau aber außerdem als Entgelt für die Leistung d. Mannes ein jährliches Fixum erhalten solle 7 480. Folgen der Anfechtung. — Richtigkeit als Folge d. N.? 2 2, 489, 490, 521. — Begriff der „Unwirksamkeit“ 6 1014. — Zurückbehaltungsrecht d. Anfechtungs-beklagten wegen Aufwendungen? 3 2, 264, 265, 289; 4 808; 5 961, 962; 6 991. — Berufung d. Anfechtungsbeklagten oder eines Dritten auf die Unwirksamkeit d. angefochtenen Rechts-handlung 6 1014. —

(Gläubigeranfechtung)

die Gläubiger benachteiligende Hypothekbestellung bei teilweiser Valutazahlung teilweise gültig? **4 824**. — rechtl. Natur d. Rückgewähranspruchs (beschränkte Haftung) **6 1018**. — Umfang d. Rückgewährspflicht; Vollzug d. Rückgewähr **2 2, 527, 528; 4 826, 827; 6 1018** (Rückgewähr in das Vermögen d. Schuldners?). — Rückgewähr bei mehreren A.-sklägern **5 962; 6 1019**. — Rückgewähr an e. anderen A.-sberechtigten als den klagenden **6 1018, 1019**. — Herausgabe e. Grundschuldbriefes u. Rückerstattung e. Grundschuld als Folge d. Rückgewährspflicht? **2 2, 527**. — Rückgewähr, wenn das Veräußern oder Weggeben in der Belastung e. sonst für den Zugriff d. Gläubigers freistehenden Objektes bestand; bereits erfolgte Versteigerung d. belasteten Objektes **2 2, 527**. — Rückgewähr bei Veräußerung e. Grundstücks **2 2, 528; 3 2, 289 (2); 6 1018** (Rückgewähr zwecks Pfändung d. Mietzinsen?). — Rückgewähr, wenn das zurückzugewährende Grundstück vom Beklagten mit e. Hypothek belastet wurde **2 2, 527, 528; 3 2, 289** (vom Schuldner bei Veräußerung ausbedungene Hypothek oder Ausgebing). — Rückgewähr bei Weiterverkauf der anfechtbar erworbenen Sachen; Abtretung der aus dem Weiterverkauf erwachsenen Forderung? **3 2, 289**. — Rückgewähr durch Einräumung e. Sicherungshypothek (§ 848 ZPO.), wenn der Schuldner seinen Anspruch auf Übertragung d. Eigentums an e. Grundstück in anfechtbarer Weise aufgegeben hatte **2 2, 528**. — Rückgewähr bei Veräußerung d. Miteigentumsanteils an e. Grundstück; Herstellung d. Miteigentumsanteils durch Rückauflassung? **3 2, 289** (vgl. Anfechtung im Konkurs). — Rückgewähr durch Einräumung e. Vorrangs f. d. Zwangshypothek der A.-sgläubigers **2 2, 528**. — Rückgewähr bei Anfechtung e. Hypothekbestellung **3 2, 289**. — Folgen d. Anfechtung e. betrügerischen Hypothekbestellung, wenn hinter der angefochtenen Hypothek noch eine Hypothek folgt **2 2, 528**. — Rückgewähr, wenn d. Schuldner Werte, die noch gar nicht zu seinem Vermögen gehörten, in das d. Anfecht.-sgegners hinüberspielte **4 827; 5 962**. — Rückgewähr durch Wertserfaß, wenn d. A.-sgegner die ihm bestellte Hypothek oder übertragene Forderung weiter abgetreten hat **2 2, 528, 529**. — Rückgewähr b. Anfechtung e. Forderungsabtretung; Anf.-skläger als Rechtsnachfolger d. Anf.-sbelegten? **2 2, 529**. — Rückgewähr durch unmittelbare Zahlung an d. Anf.-sberechtigten **6 1018**. — Rückgewähr bei Versteigerungsanfechtung (s. Anfechtung im Konkurs) **2 2, 529; 3 2, 264; 5 145; 6 990**.

— Rückgewähr bei Anfechtung e. Erbauseinanderlegung **6 1020**. — Umfang d. Rückgewähr bei gemächter Schenkung **3 2, 290**. — „gutgläubiger Empfänger“ im Sinne des § 7 Abs. 2 **2 2, 529**. — Umfang d. Haftung des nicht gutgläubigen Anfechtungsgegners **2 2, 529**. — Umfang d. Erfasspflicht; mutmaßlicher Pfänderlös oder wirklicher Wert d. Sache? **3 2, 289**. — kann das Gericht statt des vom Kläger irrigerweise gestellten Antrags auf Rückgabe des veräußerten Gegenstandes an d. Schuldner zur Duldung d. Zwangsvollstreckung verurteilen? **3 2, 288**. — Eintragung e. Vormerkung (§ 883 BGB.) e. Veräußerungsverbotes auf dem veräußerten oder belasteten Grundstück zwecks Sicherung d. Rückgewähranspruchs? **2 2, 528; 4 827; 6 1019, 1020**. — kann der Drittschuldner e. Forderung, deren Veräußerung angefochten u. die dem Anf.-skläger zur Einziehung überwiesen ist, mit einer Gegenforderung aufrechnen, die er gegen den Anf.-sbelegten nicht geltend machen konnte? **6 1018**. — Aufhebung des Schuldtitels d. Anf.-sklägers nach rechtskräftiger Verurteilung d. Anf.-sbelegten zur Rückgewähr; Erfaß der dem Anf.-sbelegten erwachsenen Prozeßkosten **2 2, 529**.

Erlöschen d. Anf.-srechtes; Anfechtungsfrist. — Fristwahrung durch Zustellung e. Schriftsatzes **2 2, 521**. — Verdrückung e. in einem früheren Prozeß fristgemäß erklärten Anfechtung bei Prüfung der Frage d. Rechtzeitigkeit d. Anfechtung? **5 961; 6 1016**. — Zustellung e. Schriftsatzes nach § 4 zur Fristwahrung; nicht formgerechte Zustellung, Rückverzicht **2 2, 527**. — Zustellung d. Schriftsatzes nach § 4 auch an den Mann bei Anfechtung gegenüber e. Ehefrau? **2 2, 527**. — Zahlungsunfähigkeit im Sinne des § 4 **2 2, 527**. — Wahrung d. Frist des § 4 durch Zustellung e. einseitigen Verfügens **3 2, 288**. — Bezeichnung der d. Anfechtung zugrunde liegenden Forderung in dem Schriftsatz nach § 4 **4 826**. — Unwirksamwerden d. Anfechtungsankündigung (§ 4) bei Nichterlangen e. vollstreckbaren Titels binnen der 2 Jahre **6 1017**. — Einrede der Anfechtung (§ 5), wenn die Frist zwar z. Zt. d. mündlichen Verhandlung, nicht aber z. Zt. d. Klagerhebung abgelaufen war **3 2, 288**. — Wahrung d. Frist des § 12 durch den verklagten Anfechtungsberechtigten **4 827**. — Erlöschen d. Anf.-sanspruchs durch Befriedigung d. Gläubigers **6 1019**. — am 1. I. 00 laufende Anfechtungsfrist; Anwendung des Art. 169 GGWB. **2 1, 783**.

Gläubigeranspruch (im Konkurs). — Vertretung der Gläubiger; Umfang **5 952**;
 Setze Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

4 816. — Beschwerderecht nach § 73 R.D.? 2 2, 503; 5 952; 6 996. — Beschwerde gegen den Beschluß auf Ablehnung d. Entlassung d. Verwalters 5 953; 6 997. — Beschwerde gegen die Festsetzung d. Vergütung d. Konkursverwalters 6 997. — Wahl e. anderen Ausschusses durch die Gläubigerversammlung; veto d. Gerichts? 2 2, 504, 505. — Unterlassung d. Bestellung e. Ausschusses bei kleinen Konkursen; Stellung d. Gerichts gegenüber einem die Aufstellung e. Ausschusses verlangenden Beschlusse d. Gläubigerversammlung 3 2, 270. — juristische Person als Mitglied 3 2, 270; 4 816; 7 9 (i. jur. Person). — Haftung bei mangelnder Überwachung des Verwalters 5 953 (2); 6 998. — Zeitpunkt für Kassenevision 5 953. — gegen die Anhörung d. Gläubigerversammlung bei Festsetzung d. Vergütung d. Ausschusses de lege ferenda 2 2, 504. — Vergütung eines Rechtsanwalts als Mitglied d. Gl.-V. 2 2, 504. — Umfang d. Vergütung 2 2, 504. — Auskunftspflicht d. Verwalters gegenüber dem Ausschuss 4 818; 6 997. — kann d. Verwalter in den Fällen des § 134 R.D. statt des bestehenden Gl.-V. die Gläubigerversammlung um Genehmigung angehen? 6 1000. — jedzeitige Niederlegung d. Amtes; Niederlegung zur unpassenden Zeit 2 2, 504. — Zustimmung d. Gl.-V. bei hinterlegten Geldern; Haftung d. Hinterlegungsstelle; „Hinterlegungsstelle“ im Sinne des § 137 2 2, 507; 3 2, 274.

Gläubigerbegünstigung s. Konkursstrafrecht, Begünstigung.

Gläubigerversammlung (im Konkurs). — rechtl. Natur 4 816. — Berufung d. Gl.-V. der Besitzer von Schuldverschreibungen nach R.G. v. 4. XII. 99 2 2, 504. — Anspruch aller Gläubiger auf Ladung 4 816. — Stimmrecht 2 2, 504; 4 816. — Stimmrecht in eigener Sache 3 2, 270. — Stimmrecht Absonderungsberechtigter in der 1. Versammlung 2 2, 504. — Stimmrecht bei Aufstellung e. Vertreters s. d. vom Gemeinschuldner ausgegebene Schuldverschreibung (G. v. 4. XII. 99) 2 2, 480, 498, 502, 504; 5 953. — Stimmrecht d. Pfandbriefgläubiger im Konkurs d. Hypothekenbank 2 2, 504. — nachträgliche Festsetzung d. Stimmrechts e. freitrag gebliebenen Konkursforderung 3 2, 270. — Rechtsnatur ihrer Beschlüsse; Einheits- oder Mehrheitsbeschlüsse? 4 816. — Leitungsbefugnis d. Gerichts 4 816. — Wirkung ungesetzlicher Beschlüsse 2 2, 504. — Beschwerde gegen die Beschlüsse der Gl.-V. 2 2, 504. — Einschreiten d. Gerichts gegen die Wahl e. anderen Gläubiger-ausschusses 2 2, 504, 505. — Bekanntmachung d. Versammlung d. Schuldverschreibungsgläubiger nach § 18 R.G.

v. 4. XII. 99 2 2, 503. — Stimmrecht des Pflegerz, dem im Konkurs e. Lebensversicherungsgesellschaft das Konkursgericht den Versicherten z. Wahrung ihrer Rechte an d. Prämienreserve bestellt; Gläubiger selbst darüber stimmberechtigt 5 953. — Auskunftspflicht d. Verwalters gegenüber der Gl.-V. 4 818; 6 997.

Gläubigerverzug s. Abnahme-V., Annahme-V., Schuldner-V. u. Verzug.

Allgemeines. — Kritik des Gesetzes 6 133. — Übergangsrecht 2 1, 204. — Gl.-V. bei Schuldverhältnissen d. alten Rechts 2 1, 784; 3 1, 692. — Gl.-V. u. Schuldnerverzug als zwei selbständige Rechtsfiguren 2 1, 203. — Unmöglichkeit der Annahme bzw. Leistung u. Gl.-V. 1 1, 210; 2 1, 203, 3 1, 147, 150; 5 124. — Gl.-V. auch bei nachträglicher objektiver Leistungsummöglichkeit 5 124, 136. — Abnahmeverzug als schuldhafter Annahmeverzug 3 1, 149.

Voraussetzungen. — Unterlassung d. Mitwirkung zur Leistungsbewirkung als allgemeine Voraussetzung d. Gl.-V. 1 1, 207. — Annahme im § 293 als Erfüllungsannahme 1 1, 207. — Prinzip d. Einteilung in Real- u. Verbaloblation 1 1, 208. — Verbaloblation d. § 295 e. Rechtsgeschäft? 2 1, 204. — Verbaloblation e. Dritten unzulässig 2 1, 204. — bei Annahmeverweigerung nur d. nachfolgende Verbalangebot genügend 1 1, 209. — Angebot bei unbekannter Abwesenheit des Gläubigers 1 1, 209. — Notwendigkeit d. Angebots d. Leistung trotz Erklärung d. Käufers, nicht erfüllen zu wollen 1 1, 209. — keine Inverzugsetzung durch unvollständige oder mangelhafte Lieferung 3 1, 149; 5 124. — keine Inverzugsetzung durch ein mit d. Vorbehalt späterer Zurückforderung belastetes Angebot 2 1, 204. — Fakturailieferung kein Angebot d. Ware 1 1, 209. — kein Verbalangebot nach vergeblicher Aufforderung zum Abruf an den Käufer 6 134. — z. Leistungsbewirkung erforderl. Handlungen d. Gläubigers (§ 295 BGB.) 4 116. — Verhältnis d. § 295 zu § 615 BGB. (Pflicht d. grund- u. kündigungslos Entlassenen zur Anbietung s. Dienste?) 1 1, 209, 384; 2 1, 340. — Entbehrlichkeit d. Angebots i. F. d. § 296 1 1, 210. — Angebot als bloße Erklärung d. Leistungsbereitschaft 1 1, 209. — Leistungsbereitschaft; Begriffs 1 1, 211; Umfang 1 1, 210; Dauer 1 1, 211. — Leistungsangebot gegenüber mehreren Gläubigern 1 1, 207, 209. — Leistungsangebot bei Holschulden 1 1, 208, 209. — Angebot durch Dritte 1 1, 172, 173, 209. — Beweislast bei streitiger Leistungsbereitschaft 1 1, 211; 4 117. — Anwendungsgebiet d. § 298 1 1, 211. — vorübergehende Verhinde-

(Gläubigerverzug)
 rung d. Gläubigers 2 1, 204. — Waren-
 ablieferung u. Gl.-B. (§ 299 BGB.) 1 1,
 211.
Wir k u n g e n 1 1, 211 ff. — geminderte
 Schuldnerhaftung u. Gefahrübergang 1 1,
 211 f.; 2 1, 204. — Aufhören d. Zinspflicht
 1 1, 212; 2 1, 204. — beichränkte Haftung
 wegen Nutzungen (gezogene Zinsen) 2 1, 212.
 — Preisgebungsrecht in Fällen d. Gl.-B.
 4 70, 102. — Preisgabe d. Grundstücks 1 1,
 213. — Mehraufwendungen d. Schuldners
 1 1, 213. — Schadensrechnungsspflicht f.
 d. in Verzug befindlichen Gläubiger in
 Ermächtigungsverhältnissen 3 1, 107. —
 Umfang d. Haftung d. Gläubigers, der
 trotz rechtzeitiger Leistung d. Schuldners
 das seinerseits z. Befreiung d. Schuldners
 zu leistende nicht tut 6 313.
E n d i g u n g. — Endigung d. Gl.-B. 1 1,
 210. — Heilung d. Verzugs 4 116.
E i n z e l f ä l l e. — Gl.-B. bei Sattungs-
 schulden 3 1, 87; 6 134. — Gl.-B. bei Sut-
 zeisförlieferungsvertrag 2 1, 204; 3 1, 114,
 143, 150; 5 186. — Gl.-B. bei der Wahl-
 schuld 2 1, 158, 204. — Gl.-B. bei der facultas
 alternativa 2 1, 203. — kein Gl.-B. bei
 „verhaltenen Ansprüchen“ 2 1, 203. —
 Gl.-B. u. Quittungsleistung 4 117. —
 Gl.-B. im passiven Gesamtschuldverhältnis
 nachträgl. Erklärung d. Annahmehberei-
 tigkeit 1 1, 333. — Gl.-B. infolge unter-
 lassenen Angebots d. Zahlung resp. d.
 Sicherheitsleistung i. S. d. § 321 2 1, 204;
 3 1, 150. — Gl.-B. trotz Zufendung e.
 größeren als der bestellten Menge 1 1, 208.
 — Abnahmepflicht d. Gläubigers als in-
 direkte Verpflichtung 3 1, 147. — Ab-
 nahme- u. Abnahmeverzug d. Käufers als
 Gl.-B. 2 1, 221; 3 1, 148 f.; 6 132, 134. —
 Gl.-B. durch Nichtannahme der Wandelung
 5 124. — Verzug d. Käufers e. Handels-
 geschäfts bei Inventarlieferung 6 133. —
 Zahlungsweigerung d. Käufers wegen
 Unmöglichkeit e. vorherigen Untersuchung
 d. Ware 6 133, 134. — Gl.-B. infolge
 verweigerter Annahme e. Wechselzahlung
 durch den mit Protesterhebung beauf-
 tragten Gerichtsvollzieher 2 1, 203. —
 Gl.-B. bei Spezifikationskauf auch schon
 vor Spezifikation möglich 1 1, 209. —
 Verurteilung z. Leistung Zug um Zug
 aus § 322 BGB. bei Annahmeverzug des
 Beflagten 1 1, 230, 3 1, 158. — Gl.-B.
 infolge Verhaltens eines empfangsbevoll-
 mächtigten Dritten 2 1, 207; 3 1, 147.
 — Ablehnung von Teilleistungen 1 1, 172.
Goldkaufel 1 1, 663 f.; 2 1, 581; 3 1, 438;
 7 391, 908.
Gothaer Vertrag. — Umfang seiner Gültig-
 keit; Verhältnis zu den Vorschriften des
 BGB. 1 2, 352.
Gottesdienst. — dem öffentl. G. gewidmete
 Sachen f. res publicae.

Gratifikation f. Neujahrsprämie, Weihnachtz-
 geschenk, Handlungsgehilfe.

Grenze eines Grundstücks f. Abmarkung.

Grenzbaum u. Grenzstrauch. — Standort
 auf, nicht neben der Grenze; Eigentum
 vor u. nach der Trennung vom Boden;
 Teilung der Früchte; Ausschluß des Be-
 seitigungsanspruchs — Beweislast; keine
 eigenmächtige Beseitigung; Verzicht auf
 das Recht am Baum im Falle der Be-
 seitigung; Recht eines Dritten auf die
 Früchte; landesrechtliche Bestimmungen
 über Obstbäume u. Waldgrundstücke:
 Eigentum an anderen auf der Grenze be-
 findlichen Sachen (Gebäuden, Felsblöcken
 usw.) u. deren Bestandteilen; Bestimmung
 über die Trennung u. Verfügung über die
 Trennstücke eines Baumes beim Bestehen
 eines Nießbrauches 1 1, 574 f., 633.

Grenzeinrichtung gemeinschaftliche f. Grenz-
 mauer. — rechtl. Natur d. Rechtes der beiden
 Grundstückseigentümer an der Einrichtung
 1 1, 571. — Einrichtungen nur zum Vorteil
 eines Grundstückes; Grenzscheidungsmit-
 tel: Einrichtungen neben der Grenze; Hin-
 derung der gemeinschaftl. Benutzung durch
 die Realgläubiger? 1 1, 571 f.; 3 1, 411. —
 gemeinsame Treppen, Brunnen: Teilbar-
 keit, Untrennbarkeit vom Hausgrundstück
 1 1, 411. — gemeinsame Einfahrten 1 1,
 411; 6 376. — Mitbenutzung, Miteigentum,
 Alleineigentum 1 1, 572; 3 1, 411; 6 376.
 — G., an denen am 1. 1. 00 Miteigen-
 tum nach Bruchteilen bestand 1 1, 574;
 2 1, 549; 6 376. — Benutzungsrecht:
 Inhalt u. Umfang 1 1, 571. — Benutzung
 der ganzen Einrichtung, nicht nur der auf
 dem eigenen Grundstücke stehenden Hälfte
 (Anbringung von Nischen); Rechtsun-
 gültigkeit des Art. 23 PrALBGB.:
 Unterhaltungs-, Verwaltungs-, Be-
 nutzungskosten; Eintragung des Rechtes
 auf Mitbenutzung einer Grenzmauer ins
 Grundbuch; Aufhebung des Rechtes im
 Falle der Belastung eines der beteiligten
 Grundstücke mit dem Recht eines Dritten
 nicht ohne dessen (formlose) Zustimmung;
 Anwendbarkeit der Vorschriften über die
 Gemeinschaft; abweichende Regelung d.
 Benutzungsrechtes durch Vertrag und
 Art. 68 Abs. 1 BayALBGB. 1 1, 573 f. —
 Verlängerung einer gemeinschaftlichen
 Mauer in die Tiefe 2 1, 549; 3 1, 411. —
 Leitung von Wasser in einen gemeinschaftl.
 Grenzgraben 2 1, 549. — Aufbauen auf
 eine Grenzmauer; auf die Sockelmauer
 eines Grenzgitters 6 376 f.

Grenzmauer (f. Grenzeinrichtung, Nachbar-
 recht) 1 1, 572 ff.; 2 1, 791, 794; 4 536 (2),
 545. — Miteigentum nach Bruchteilen? 2 1,
 443, 792. — französisches Recht; vor 1900
 begründete G., art. 653 code civil 3 1,
 698 (Art. 23 PrALBGB.); 4 545;
 5 620; 6 595; 7 586, 587. — Ursprungsrecht

des Erbauers wegen Mitbenutzung als Bestandteil des Grundstücks; Übertragung; Geltendmachung gegen den gutgläubigen Erwerber d. Nachbargrundstücks von Eintragung abhängig? 6 36, 595 (s. Bestandteile). — Sockelmauer zur Anbringung eines Grenzgitters 6 595. — Anbringen von Nischen (franz. R.) 1 2, 426. — Erfaßanspruch des Erbauers bei Benutzung nach 1900 2 1, 794; 3 1, 698. — nach 1900 erfolgte Erhöhung u. Verstärkung einer vor 1900 errichteten G.; Erfaßanspruch des Erbauers? Recht des Angrenzenden 5 628. — Veränderungen (Unterfangen) an der G. gegen den Willen e. Nachbarn 2 1, 443. — Miteigentum an der vor 1900 bestehenden G. 2 1, 443. — ungerechtfertigte Bereicherung d. Anbauenden 6 297. — vertragsmäßige Regelung der G.-Verhältnisse 1 1, 572; 2 1, 549; 4 329 (Regelung mit dingl. Wirkung). — Ansprüche des Erbauers der G. gegen den anbauenden Nachbar 1 1, 572 f.; 3 1, 410 f.; 5 400; 6 386, 387; Eintragung der Ansprüche ins Grundbuch 1 1, 573. — Eigentum an der G. 1 1, 573; 6 375, 376, 385 f. — G. im Gebiete des bisherigen rheinischen Rechtes; Art. 23 PrRGWB. anwendbar? 6 377.

Grenzverwirrung. — Anspruch auf Bestimmung der Grenze. — rechtl. Natur des Anspruchs u. der Klage auf Grenzbestimmung; deklaratorische oder konstitutive Wirkung des Urteils; Aktiv- u. Passivlegitimation 1 1, 570 f.; 2 1, 548. — Angabe eines bestimmten Grenzzuges in der Klage 1 1, 570. — Voraussetzungen des Anspruches 1 1, 570; 4 329 (Verschiebung der Grenzzeichen infolge einer durch Bergbau bewirkten Änderung der Bodengestaltung). — Berücksichtigung des früheren, statt des bisherigen fehlerhaften Besitzstandes; Änderung des Grenzzuges wegen Unzweckmäßigkeit des bisherigen dem Richter erlaubt? Herausgabe von Nutzungen, Schadensersatz; Wirkung d. Urteils für u. wider die sonst an den Grundstücken Berechtigten; erneute Geltendmachung des Grenzscheidungsanspruchs durch die Eigentumsklage; Vollstreckung des Urteiles 1 1, 571. — Einrede der rechtskräftig entschiedenen Sache wegen Unterliegens in einem Eigentumsprozeß? maßgebende Gesichtspunkte für die Grenzziehung 6 376. — Formlosigkeit eines Vertrages über die Festsetzung einer ungewiß gewordenen Grenze 5 400. — besondere Art der Grenzbestimmung im preuß. Grundstückszusammenlegungsverfahren 2 1, 548.

Großjährigkeit. — Wiederaufleben der infolge G. erloschenen elterlichen Gewalt bei Wechsel der Staatsangehörigkeit? 1 2, 372. — G. des hohen Adels 2 1, 765. — Verlust einer unter dem früheren Recht erworbenen G. durch BGB.? 1 2, 411.

Grundakten. — Vervollständigung eines Auszuges aus einer notariellen Urkunde 3 2, 147. — Verweisung auf die bei einem Notariate des Amtssitzes verwahrte Urkunde (de lege ferenda) 5 963. — Aufbewahrung einer Karte, auf die bei der Eintragung einer Wegegerechtigkeit Bezug genommen ist 2 2, 399. — s. auch Eintragungsbewilligung.

Grundbuch s. Eintragungen. — Übergangsrecht s. auch dingliche Rechte, Grundstücke. — vor 1900 erfolgte Eintragungen; Verhältnis der Artt. 179, 184 BGB. 2 1, 790. — nach früherem Recht bestehende Eintragungspflicht bei Eintragungsfähigkeit nach BGB. 1 2, 427. — Erklärung eines bisher geführten Buches als G., Folgen 5 628. — nach 1900, aber vor Anlegung des G. entstandene dingliche Rechte; maßgebendes Recht für deren Inhalt 1 2, 428. — Anwendung des § 268 BGB. vor Anlegung des G. 2 1, 795; 3 1, 699. — Art. 14 BayNotG. bis zur Anlegung des G. 5 629, 630. — Rückwirkung der §§ 892, 1138 BGB.? 1 2, 429; 3 1, 700. — Verfahren zur Erhaltung d. Übereinstimmung m. d. Steuerbuch 5 988. — Verfahren b. e. Wechsel in der Zuständigkeit zur Führung des G. 6 1055. — Führung mehrerer Bücher nach § 87 BGB.; Folgen der Nichtbeachtung des § 88 BGB. 7 977. — für Bezirke eingerichtet, in Preußen kein G. der Ritter- und Freigüter 2 2, 396. — öffentlicher Glaube des G. s. dort. — Eintragung ins G. s. dort. — Eintragungsfähigkeit s. Eintragung ins G.

Grundbuchamt. — Beweiserhebungspflicht, Prüfungspflicht des G. s. Eintragungen ins Grundbuch. — Verpflichtung zur Ausfunsterteilung s. Grundbucheinsicht. — Bestimmung des zuständigen G. 5 963. — Erklärungen zu Protokoll des G. s. Eintragungen ins G. unter Nachweis der Voraussetzungen der G. — s. auch Grundakten.

Grundbuchanlegung. — keine Wiederaufnahme des Anlegungsverfahrens durch Beschwerde gegen die in diesem Verfahren erfolgte Abweisung eines Eintragungsantrags, nachdem das Grundbuch für angelegt erklärt ist 6 1021. — das Stockbuch als Grundlage des Grundbuchs in Hefsen-Nassau 4 828. — Anlegung in Gf.-Bothr. 7 977. — Ordnungsstrafen zur Herbeiführung d. Antrags a. Anlegung 7 977.

Grundbuchbeamter s. Beamter. — in Preußen ausschließlich zuständig zur Entgegennahme von Eintragungsanträgen u. Beurkundung der Eingangszeit 3 2, 152. — Prüfungspflicht, Beweiserhebungspflicht, s. Eintragungen ins Grundbuch.

Haftung für Pflichtverletzungen d. Grundbuchbeamten. — rechtl. Konstruktion der Haftung des Staates 2 2, 400. — Erhebung der dem

(Grundbuchbeamter)

Beamten zustehenden Einreden durch den Staat 2 2, 400. — „Beteiligte“ i. S. des § 12 GBD. 2 2, 400. — beteiligt nicht soviel wie beschwerdeberechtigt 6 1022. — „G.-Beamter“ i. S. des § 12 GBD. die Mitglieder d. Beschwerdegerichte? die Aufsichtsbehörden? 2 2, 400; 4 829; 5 964; der Grundbuchführer, insbes. bei Entgegennahme der Urkunden 5 964. — Amtstätigkeit des G., verwaltende u. urteilende Tätigkeit? auf letztere BGB. § 839 Abf. 2 anzuwenden? 2 2, 400. — § 839 Abf. 2 BGB. nur auf die streitige Gerichtsbarkeit anwendbar 3 2, 148 f.; 5 964. — Haftung für Amtshandlungen des Grundbuchrichters, die nicht notwendig zum Geschäftsbereiche des Grundbuchamtes gehören; für Pflichtverletzungen bei der Kostenherhebung? 3 2, 148. — Haftung für die Kosten der Beseitigung eines zu Unrecht von Amts wegen eingetragenen Widerspruchs 6 957. — Haftung für die pflichtwidrige Unterlassung einer vom Eigentümer dem nachstehenden Hypothekgläubiger versprochenen u. übertragenen Hypotheklöschung, wenn der Eigentümer die Hypothek später an einen gutgläubigen Dritten abtritt? 2 2, 400 f. — Haftung für Schädigung durch pflichtwidrige Bestimmung der Reihenfolge u. des Ranges der Eintragungen 3 2, 148; 4 829 f. — für Schädigung infolge einer unrichtigen Ansicht über eine Rechtsfrage, Nichtberücksichtigung oberstrichterlicher Entscheidungen 4 830; 5 114, 964 f.; 6 1023. — Haftung bei Verletzung von Vorschriften für den inneren Dienst 6 1023. — wenn die vollständige Erledigung eines Eintragungsantrages unterblieben ist, weil der Grundbuchführer der Weisung des G. zuwider ihm die Sache nicht wieder vorgelegt hat 6 1022. — Haftung bei Verzögerung einer Eintragung 7 946. — Haftung wegen Unterlassung der Vergleichung von Grundbuch u. Tabelle 4 849. — „grobe Fahrlässigkeit“ 5 114; 7 946. — die meisten Verstöße der G. als grobe zu erachten (?) 3 2, 148. — keine Verpflichtung des G., die Gesetzmäßigkeit der Ernennung seines Vertreters zu prüfen 7 946.

Grundbuchberichtigung.

Verschiedene Arten der Unrichtigkeit und der Berichtigung 2 2, 424; 4 847. — Beseitigung von Schreibfehlern, ungenauen oder undeutlichen Einträgen u. ähnlichen Versehen 3 2, 156; 6 1032 f. — Eintragung der berechtigten juristischen Person an Stelle ihrer statt ihrer eingetragenen Verwaltungsstelle 6 1032. — G. wegen Eintragung eines falschen Namens; Nachweis der Unrichtigkeit 3 2, 156; 6 1033; 7 956. — veranlaßt, wenn Verfügungsbeschrän-

fungen nicht oder zu Unrecht eingetragen oder zu Unrecht gelöscht sind? 1 1, 547; 3 1, 404; 6 370 f. — wenn eine Rangänderung bewilligt u. ihre Eintragung beantragt, aber nicht vollzogen worden ist? 5 395, 970. — bei Verstößen gegen §§ 17, 46 Abf. 1 GBD.? 2 2, 425. — im Falle der Wandelung eines Grundstückskaufes? 6 371. — nur zugunsten einer wirklichen, nicht einer bloß buchmäßigen Berichtigung 3 1, 404; 7 400. — keine Berichtigung auf einen verstorbenen Berechtigten 5 970. — nur bei Verletzung eines dinglichen Rechtes; keine G. zugunsten des durch eine Vormerkung Geschützten 2 2, 424, 426. — nur gegenüber unrichtigen Eintragungen über die Rechte, nicht gegenüber Unrichtigkeiten tatsächlicher Art 6 370. — gegenüber den Angaben des Grundstücks-(Bestands-)verzeichnisses? 2 2, 425, 427. — im Falle unrichtiger tatsächlicher Angaben über Größe des Grundstücks, bei Doppelbuchung u. Parzellenverwechslung 2 1, 542; 5 394. — im Falle der Auflassung u. Umschreibung eines nach dem übereinstimmenden Willen beider Vertragsparteien nicht mit veräußerten Grundstücksanteilen 6 369. — im Falle der Eintragung einer der Eintragungsbewilligung, aber nicht dem wahren Parteivillen entsprechenden Grunddienstbarkeit? 6 369. — gegenüber Vormerkungen? 3 1, 393 f.; 4 320. — gegenüber einem Widerspruch? 2 2, 424. — gegenüber Eigentumsstörungen (§ 1004 BGB.) 3 1, 405. — Anspruch auf G. durch Löschung bei unklarer Bezeichnung des vormerkungsweise eingetragenen Rechtes? 2 1, 542. — im Falle der Veräußerung oder Verpfändung eines Erbteiles 6 368, 369, 1024; 5 395, 965. — beim Fehlen der Angabe über Miteigentung nach gleichen Anteilen (§ 48 GBD.) 2 1, 542 f. — Fehlen der Angabe über Beendigung der Gütergemeinschaft durch Ehecheidung 3 1, 405. — wenn von zwei Miteigentümern nur der eingetragen ist, auf dessen Namen das Grundstück für die Gemeinschaft zunächst erworben werden sollte 3 1, 405. — Berichtigung durch Eintragung der Bruchteile der Miteigentümer, Pfändung des Berichtigungsanspruchs 6 369. — wegen unrichtiger Auslegung einer Urkunde bei einer früheren Eintragung? 2 1, 543; 2 2, 425. — wenn das Grundbuch nicht von vornherein unrichtig war, sondern durch späteren Wegfall eines unanfechtbar eingetragenen Rechtes unrichtig geworden ist 2 1, 543; 2 2, 547. — nach Befriedigung eines Hypothekgläubigers, insbes. bei einer Gesamthypothek 2 2, 426; 7 401 (Befriedigung durch den Bürgen). — nach Pfändung einer Briefhypothek 6 1033. — nach dem Tode eines Hypothekgläubigers

2 2, 426. — nach Löschung der als berechtigt eingetragenen Aktiengesellschaft im Handelsregister 5 970. — nach Fusion einer Aktiengesellschaft, der bisherigen Berechtigten, mit einer anderen 7 409. — wegen Übertragung einer Dienstbarkeit bei Abschreibung eines infolge der Teilung freigemordenen Grundstücksteiles 2 2, 426. — wegen ungerechtfertigter Hypotheklöschung, Berücksichtigung entgegenstehender gutgläubig erworbener Rechte 6 1033. — nach ungerechtfertigter Löschung eines zeitlich beschränkten Rechtes 6 1034. — im Falle des kraft Gesetzes, z. B. nach dem preuß. Ablösungsgesetz, eingetretenen Erlöschens von Rechten 2 2, 426. — wegen unvollständiger Eintragung einer Real- schankgewerberechtigung aus der Zeit vor 1810 (preuß. R.) 6 1034. — wegen Auflassung u. Umschreibung des Anteiles eines Miterben an einem zu einem ungeteilten Nachlasse gehörigen Grundstück 2 2, 426. — wegen Ausfalls der einem eingetragenen Recht beigefügten aufschiebenden Bedingung 2 2, 426. — im Falle der Nacherbfolge 2 1, 543; 2 2, 425. — im Falle der Abtretung einer Gesamthypothek auf einem Grundstück, das infolge Befriedigung des Gläubigers aus einem anderen Grundstück frei geworden ist 6 369. — Wiedereintragung einer zu Unrecht gelöschten Vormerkung oder eines un begründet gelöschten Widerspruches? 1 1, 546; 3 1, 404. — Wiedereintrag einer zu Unrecht gelöschten Hypothek; Berücksichtigung von inzwischen erworbenen Rechten 6 1033; 2 2, 444. — Anspruch des bemerkerten Grundstücksveräußerers auf Berichtigung 5 48. — hinsichtlich des Eigentümers nur durch Rückauflassung des Bucheigentümers an den wahren Eigentümer? 1 1, 547. — Auflassung als Mittel zur G. 6 1032. — Eintragung eines Eigentümers ohne Nachweis seines Eigentums auf Grund Bewilligung des Buchberechtigten 7 955. — Zession des Berichtigungsanspruches des wahren Eigentümers, Eintragung des Zessionars als Eigentümer ohne Auflassung des Bedenten an ihn? 2 1, 543; 4 322. — Berichtigung, wenn nach der Auflassung das Grundstück verhehentlich auf einen anderen als den Auflassungsnehmer umgeschrieben worden ist 2 2, 428; 3 2, 156. Der Anspruch auf Berichtigung. — Charakter des Anspruches 1 1, 547; 3 1, 403 f.; 4 322; 7 400. — persönlicher Berichtigungsanspruch 6 371. — Begründung des Anspruches durch abstraktes Schuldanerkenntnis oder Schuldverprechen 6 288. — Verzicht auf den Berichtigungsanspruch 6 369. — Abtretbarkeit u. Pfändbarkeit, Eintragung der Pfändung 2 1, 253, 542; 3 1, 195, 404 f., 406; 4 322, 323; 6 369, 370; 7 401. —

Befolgung des Anspruches durch einen Nichtberechtigten auf Grund der Ermäßigung des Berechtigten 2 1, 93. — der Anspruch ausgeschlossen durch einen Rechtservwerb im guten Glauben? 2 2, 425; 6 1033. — Beschwerde wegen Ablehnung eines Antrages auf Berichtigung 2 2, 469; 4 847; 6 1053 f.

Zustimmung zur Berichtigung. — rechtl. Natur, Adressat, bindende Wirkung der Zustimmungserklärung 2 1, 543; 5 390. — Geltung des formellen Konsensprinzips für die G. 7 955. — Mitwirkung zur G., gegebenenfalls durch wiederholte Ausfertigung einer zu einer Löschung erforderlichen verloren gegangenen Urkunde 2 1, 543.

Klage auf Zustimmung zur G. — eine eigenartig gestaltete Eigentumsfreiheitsklage 1 1, 627. — nicht stets negatorischer Natur 7 400. — Gerichtsstand 1 1, 547; 3 1, 404. — Erhebung der Klage nach § 894 BGB. oder Beantragung der Berichtigung auf Grund Nachweises der Unrichtigkeit gemäß § 22 BGB.? 6 369; 7 401. — Notwendigkeit einer genauen Abgrenzung des Grundstücks bei der Klage auf Anerkennung des Eigentums u. Berichtigung des Grundbuchs 7 401. — Einwendungen des Beklagten 6 370 (Anspruch auf Ersatz vonwendungen); 7 400 f. (Einwendung eines Rechtes auf den gegenwärtigen Buchstand).

Aktivlegitimation für die Berichtigungsklage 1 1, 546; 2 1, 543; 4 322; 5 394. — wenn der Verkäufer eines Grundstücks sich vorbehalten hat, eine Hypothek löschen zu lassen 3 1, 405. — kein Anspruch auf G. auf Grund eines nur persönl. Rechtes 2 1, 543; 3 1, 405. — Klage des Grundstückseigentümers gegen einen angebl. Hypothekgläubiger auf Feststellung, daß die Hyp. diesem Gläubiger nicht zustehe 5 395. — Zulässigkeit des Einwandes der nur buchmäßigen Berichtigung des Klägers 1 1, 547. — Zulässigkeit des Einwandes der obligator. Verpflichtung des Klägers zur Herbeiführung der dem Buchstand entsprechenden Rechtsstellung 2 1, 542. — kein Anspruch des Eigentümers gegen den Buchgläubiger auf G. durch Löschung einer vom wahren Gläubiger zur Löschung versprochenen Hypothek ohne Überweisung des Berichtigungsanspruches des wahren Gläubigers gegen den Buchgläubiger 4 323.

Passivlegitimation. — bei unrichtiger Grundkreditbelastung die Klage gegen den Eigentümer mit zu richten 1 1, 547. — des Hypothekgläubigers trotz Pfändung u. Überweisung der Hyp., wenn diese infolge Nichthingabe des Darlehens vom Eigentümer erworben 2 1, 535. — im Falle des Konkurses des Verpflichteten (Aussonderungsanspruch) 3 1, 404. — für

(Grundbuchberichtigung)

den Anspruch auf Vorlegung des Hypotheken-, Grund- oder Rentenschuldbriefes **3 1, 405.**

Nachweis der Unrichtigkeit statt Bewilligung des Passivbeteiligten. — dieser Nachweis erforderlich auch bei Zustimmung des Passivbeteiligten? **2 2, 423 f.; 3 2, 155; 5 969; 7 955.** — Führung des Nachweises durch öffentliche oder öffentlich beglaubigte Urkunden **2 2, 424.** — Nachweis des Übergangs einer Briefhypothek **7 957.** — Nachweis des Anteilsverhältnisses durch den längere Zeit vor der Auflassung geschlossenen Kaufvertrag? **5 970.** — Beweiswürdigung; weitere Beschwerde **2 2, 424 f.** — Nachweis durch Vergleich, Anerkennnis- oder Veräumnisurteil? **3 1, 405.** — Nachweis der „Antufung der weiblichen Freiheiten“ (württ. R.) **6 1033 f.** — Prüfung der Zulässigkeit der G. durch das Grundbuchamt unabhängig vom Prozeßgericht **1 1, 547; 2 2, 424.**

Zustimmung des einzutragenden wahren Eigentümers. — Zustimmung des buchmäßigen Eigentümers erforderlich? **2 2, 427; 7 957.** — Zustimmung sämtlicher einzutragenden Eigentümer **2 2, 428.** — Zustimmung der Erben bei dem Umschreibungsantrag des Testamentvollstreckers **2 2, 428.** — Zustimmung der Ehefrau zu ihrer Eintragung als Miteigentümerin eines zum Gesamtgut gehörenden, auf den Namen des Mannes stehenden Grundstücks **2 2, 428; 5 970.** — Berichtigung des Alleineigentums in Miteigentum **7 957.** — Form u. Inhalt der Zustimmungserklärung oder des sie enthaltenden Berichtigungsantrages **2 2, 427 f.; 6 1034; 7 956 f.** (Eintragung des Erteigners).

Berichtigung auf Antrag eines Vollstreckungsgläubigers. — Gegenstand des vollstreckbaren Titels **2 2, 408 f.; 5 967.** — vollstreckbare Forderungen, die 300 M. nicht übersteigen **2 2, 409; 3 2, 294.** — § 848 B.P.D. als Hilfsmittel, wenn der Schuldner keinen Anspruch auf G., sondern nur auf Übertragung eines Rechtes hat **2 2, 409.** — Umschreibung auf den überlebenden Ehegatten u. den beteiligten Abkömmling im Fall eines Urteiles nach § 745 Abs. 2 B.P.D. **2 2, 409.** — Umschreibung nur des einen zu belastenden Anteiles von mehreren **2 2, 409.** — Eintragung des Erstehers auf Antrag eines Gläubigers, der auf Grund vollstreckbarer Erhebungsanweisung das Recht auf Sicherungshypothek hat **5 967.** — kein Klagerecht des Gläubigers gegen seinen Schuldner oder gegen den die Berichtigung zu bewilligen verpflichteten buchmäßigen Berechtigten, den Eintra-

gungsantrag selber zu stellen **2 2, 409 f.** — Pfändung des Berichtigungsanspruchs erforderlich? **3 2, 151.** — kein Anspruch auf Berichtigung wegen unrichtiger Auslegung der einem Eintrag zugrunde liegenden Urkunde **2 2, 410.** — Beschaffung der zum Nachweise der Unrichtigkeit erforderlichen Urkunden **2 2, 410; 3 2, 151.**

Auf Antrag e. Auseinandersetzungsbehörde nach Art. 14 Br. V. G. B. D. **2 2, 445; 3 2, 160.** **Kosten der Berichtigung (Eintragung der Vorerben)** **1 1, 548.** **Übergangsrecht** **6 371, 1034 (Erf. Lothr.).**

Grundbuchbezirk. — versehentliche Eintragung eines Grundstücks ins Grundbuch eines fremden Bezirks **7 943.** — Beschreibung eines neu erworbenen Grundstücks als Bestandteil zu dem im Bezirk eines anderen Grundbuchamts gelegenen Grundbesitz des Erwerbers **7 977.**

Grundbuchblatt f. Buchungszwang. — Fortlaufende Numerierung der Blätter durch alle Bände (preuß. R.) **3 2, 146.** — Folgen der Eintragung in eine unrichtige Abteilung **2 2, 396; 6 1021; 7 944.** — Abschrift eines Blattes; nachträgliche Ergänzung **7 946.** — selbständiges Buchblatt für die in einem Separationsrezeß (preuß. R.) für die Interessenten ungeteilt ausgemessenen Grundstücke **4 828.** — selbständiges Blatt für ideelle Grundstücksanteile? **5 963.** — für Fischereigerechtigkeiten? **6 1021 f.** (preuß. R.). — für ein ausgelassenes Grundstück **7 944.** — Blatt anzulegen bei Veräußerung von bisher nicht buchungspflichtigen Grundstücken **7 965.** — Selbständigkeit der einzelnen auf einem Blatt stehenden Grundstücke **6 1021; 7 944.** — Umschreibung (Umlegung) eines unüberfichtlichen G. **5 987; 6 1056; 7 977.**

Grundbucheinfiht. — Bezeichnung der einzusehenden Stellen, nicht Durchfiht des ganzen Grundbuchs **3 2, 148; 4 829.** — Gestattung der Einfiht durch den Gerichtsschreiber oder nur durch den Richter? **3 2, 148.** — Ausübung des Rechtes auf Einfiht durch einen Vertreter; Gründe, diesen zurückzuweisen **2 2, 399; 5 964.** — „berechtigtes“ Interesse; persönliche Ansprüche **2 2, 399; 6 1022.** — ein gegenwärtiges, auf rechtliche, wirtschaftliche, verwandtschaftl. oder ähnliche Beziehungen gegründetes Interesse **4 829.** — ein „verständiges, durch die Sachlage gerechtfertigtes“ Interesse **5 964.** — wissenschaftliches oder künstlerisches Interesse **2 2, 399; 6 1022.** — Recht der Ehefrau, des Schwiegersohnes auf Einfiht des Grundbuchs über den Grundbesitz des Ehemanns, Schwiegervaters **6 1022.** — G. durch den Staatsanwalt **6 1022.** —

durch die bayer. Rentämter 4 829. — durch ein Mitglied einer evangel. Kirchengemeindevertretung? 5 964. — durch Notare 2 2, 399 (in Preußen: Nachweis des berechtigten Interesses, nicht aber der Auftragserteilung); 4 829 (Einsicht auf Grund eigenen Interesses zu einer notariellen Beurkundung); 5 964 (Esf.-Lothr.). — „Darlegung“ des berechtigten Interesses; Glaubhaftmachung erforderlich? 2 2, 399. — Einsicht ohne Darlegung des Interesses (Esf.-Lothr.) 5 964. — Erteilung von Auskünften oder Zeugnissen über den Inhalt des Grundbuchs oder der Grundakten: a) das Grundbuchamt hierzu verpflichtet? 2 2, 399; 5 964, 984. — b) Verpflichtung des Grundbuchamts hierzu gegenüber öffentlichen Behörden? Geldentmachung dieser Verpflichtung (preuß. Recht) 2 2, 399. — Ausfüllung der Legitimationstabellen des Ablösungskommissars 3 2, 148. — keine Vererbung der Grundbücher, Vererbung der Grundakten 3 2, 148. — Verpflichtung des Notars zur Einsicht? 3 2, 148. — Unterlassung der Einsicht; Mitschuld des dadurch geschädigten Hypothekenzessionars 3 1, 103.

Grundbuchrichter f. Grundbuchbeamter.

Grundbuchfachen f. Grundbuch . . . Eintragung. — Anwendung der Vorschriften des 1. Abschnitts FGG. auf Grundbuchfachen 3 2, 178, 184 (§ 12 FGG.). — Anwendung des § 17 FGG. auf Eintragungen in das Grundbuch? 3 2, 190. — Anwendung des § 20 Abs. 2 FGG. in G.? 3 2, 195. — Armenrecht, Beschwerde wegen Entziehung des Armenrechtes usw. 2 2, 468; 5 997 (f. freiw. Gerichtsbarkeit). — prozessuale Ansprüche außer den Eintragungsansprüchen; Anwendbarkeit des § 18 GBD. u. der Bestimmungen über Beschwerde; kein Antragsrecht auf Feststellung 7 950. — Entscheidenden prozessleitender oder prozessbestimmender Natur 7 952. — Terminbestimmung zur Entgegennahme von Erklärungen nicht wegen Unzulässigkeit der im Termin zu bewilligenden Eintragungen abzulehnen 7 952. — Anwendung des Konvaleszenzprinzips 1 1, 120; 2 1, 92; 5 58.

B e s c h w e r d e f. freiwillige Gerichtsbarkeit. — Die B. als Angelegenheit der freiwilligen Gerichtsbarkeit; Anwendbarkeit des FGG. 2 2, 467; 4 846; 5 983. — B. u. Dienstaufsichtsbeschwerde 5 893, 1053.

B e s c h w e r d e b e r e c h t i g u n g. — Allgemeines 2 2, 467, 468 f.; 3 2, 168; 5 983; 6 1052 f.; 7 973. — Beschwerderecht der Aufsichtsinstanzen? 2 2, 469. — der Behörden im allgemeinen 7 974. — des Hypothekgläubigers wegen Vereinigung mehrerer Grundstücke zu einem? 4 846. — desgl. des Gläubigers einer Gesamt-

hypothek bei Ablehnung der vom Eigentümer beantragten Zuschreibung als Bestandteil 4 846. — des Heroldsamtes 2 2, 469. — des Katasteramtes 4 846. — des Landrates 5 983; 6 1053. — des Vollstreckungsgerichts 2 2, 469; 3 2, 168; 7 974 (s. auch Zwangsversteigerung unter Beschwerde). — des Amtsgerichts 4 846 f. — des Vormundschaftsgerichts 2 1, 688. — des Notars 2 2, 412; 4 832; 5 967, 983 f.; 6 1028; 7 973, 976. — des Minderjährigen im eigenen oder fremden Namen 7 973. — des Vertreters wegen Beanstandung seiner Vertretungsmacht nur im Namen des Vertretenen 7 973 f. — Wiederholung des abgewiesenen Antrages statt Beschwerdeeinlegung 2 2, 471. — Verzicht auf die B. 7 974.

Die angefochtene Entscheidung. — Begriff „Entscheidung“ 2 2, 469; 3 2, 168; 4 847; 5 984; 6 1053. — Abänderung der Entscheidung durch das Grundbuchamt 3 2, 168. — B. wegen der Kosten 2 2, 469; 3 2, 168; 5 984. — wegen Verweigerung der Benachrichtigung 3 2, 168. — wegen Verweigerung der Einsicht, Erteilung von Abschriften u. Auszügen, Auskunftserteilung 5 984. — wegen der zum Vollzug einer Entscheidung des Beschwerdegerichtes getroffenen Verfügung 4 847. — gegen Eintragungsanordnungen 5 985. — B. wegen Zurückweisung statt Fristsetzung 2 2, 416; 5 984. — Aufsehung der die Frist setzenden Verfügung trotz Fristablaufs 2 2, 416. — Aufsehung von Zwischenverfügungen 2 2, 416; 5 984. — desgl. einer Zwischenverfügung ohne Fristsetzung 5 984. — B. gegen die Sachentscheidung trotz Unterlassung der Aufsehung der Zwischenverfügung 2 2, 469; in diesem Falle beide Verfügungen anzufechten 5 984. — B. gegen den einer Eintragung entsprechenden Vermerk im Hypothekenbrief 2 2, 452. — wegen Abweisung des Antrags auf Eintragung einer Zwangshypothek 2 2, 468. — wegen Abweisung des Antrages auf Ausbändigung des Hypothekenbriefes 2 2, 468. — wegen Ablehnung eines Antrages auf Grundbuchberichtigung 2 2, 469; 4 847; 6 1053 f.; 7 972 (f. Grundbuchberichtigung).

B e s c h w e r d e g e g e n e i n e E i n t r a g u n g 5 1000. — Grund für die gesetzliche Verfassung der B. gegen Eintr. 7 973. — gegen welche „Eintragungen“ Beschwerde zulässig? 2 2, 470; 5 984 f. — B. nach vorhergegangener „Remonstration“ 4 847. — B. wegen Anlegung eines gemeinschaftlichen Buchblattes (statt der beantragten Zuschreibung als Bestandteil) 2 1, 470. — wegen Vereinigung mehrerer Grundstücke zu einem 4 847. — wegen unvollständiger Eintragung 2 2, 470; 7 973. — wegen der Fassung der G.

(Grundbuchfachen)

2 2, 470; 7 973. — wegen der Fassung der E. 4 847; 7 972 (andere Fassung ohne sachliche Änderung). — mit der Begründung, daß die Eintr. nach Maßgabe d. zugrunde liegenden Urkunden unrichtig sei 2 2, 471. — B. mit dem Antrag auf Änderung einer dem Antrage nicht entsprechenden Entscheidung 4 847. — wegen Eintragung eines Widerspruchs 2 2, 470; 6 1054. — wegen Eintragung d. Vermerks, daß Erbengemeinschaft besteht 7 973. — wegen Eintrags einer Vormerkung 2 2, 470; 5 985; 6 1054. — der Vormerkung über Einleitung der Enteignung 7 972. — wegen Löschung einer Vormerkung 3 2, 169. — wegen einer auf Ersuchen des nicht zuständigen Vollstreckungsgerichtes bewirkten Löschung 6 1054. — wegen Berichtigung des Grundbuches auf Grund des Flurbuchanhanges hinsichtlich der Größenangabe 3 2, 168 f. — wegen Bezeichnung eines Gutes als Rittergut 5 985. — wegen Eintragung einer Aktiengesellschaft unter ihrer Firma statt unter derjenigen ihrer Zweigniederlassung 5 985. — wegen Ablehnung des Antrages, eine unrichtige Eintragung von Amts wegen zu löschen 3 2, 169; 6 1053. — gegen einen dem Inhalte nach unzulässigen Eintrag 3 2, 169. — wegen angeblich unzulässiger Eintragung einer Zwangshypothek 3 2, 169. — Antrag auf Wiederherstellung d. früheren Zustandes 2 2, 471; 4 847. — in der Beschwerde der Antrag auf Eintragung eines Widerspruchs erhalten? 5 985. — Anordnung der Widerspruchseintragung nur bei Unrichtigkeit des Grundbuches 6 1054. — B. gegen die Eintragungsanordnung trotz erfolgter Eintragung 5 985.

Einlegung der Beschwerde. — zu Protokoll des Richters, Unterzeichnung der Beschwerdeschrift; zu Protokoll eines anderen als des nach § 73 Abs. 2 BGB. zuständigen Gerichts 2 2, 471.

Abhilfe durch das Grundbuchamt 7 974 f.

Wirkung der Beschwerde. — macht die Wirkungen einer Eintragung nicht rückgängig 6 1049. — keine Sperre des Grundbuchs; Sicherung des Vorranges für den ersten Antrag nur durch Vormerkung oder Widerspruch 2 2, 471.

Entscheidung des Beschwerdegerichts. — Fristsetzung durch das B. 2 2, 416. — Entscheidung auf Grund des Standes des Grundbuches 2 2, 471. — Bedeutung des Antrages u. der Begründung des Beschwerdeführers 4 847. — bindende Wirkung der Entscheidung für das Grundbuchamt? 2 2, 469 f. — Berücksichtigung neuer Tatsachen u. Beweise 3 2, 169. — Berücksichtigung neuer

Ansprüche 5 985; 7 974, 975. — Mittheilung in der Beschwerdeinstanz neu auftauchender Bedenken an den Beschwerdeführer 3 2, 169. — Berücksichtigung von Bedenken, die das Grundbuchamt nicht gewürdigt hat 7 975. — einstweilige Anordnungen 2 2, 471. — Zwischenverfügung (Auslage der Bringung weiterer Eintragungunterlagen) 7 975. — Aufrechterhaltung einer angefochtenen Entscheidung trotz Mißbilligung ihrer Begründung 3 2, 169. — Prüfung des gesamten Sach- u. Rechtsverhältnisses ohne Beschränkung auf den Ablehnungsgrund des Grundbuchamtes 4 848. — Aufhebung eines einen Eintragungsantrag zurückweisenden Beschlusses; Wirkung der Aufhebung gegenüber den während des Verfahrens eingetragenen Rechten 2 2, 427, 471; 6 1030, 1053. — Anweisung an das Grundbuchamt 5 985. — Zurückverweisung 6 1052; 3 2, 170; 7 975. — Eröffnungen an den Betroffenen 6 1052.

Weitere Beschwerde. — Zulässigkeit 2 2, 469 f., 471 f.; 3 2, 169 f.; 4 848; 6 1054. — maßgebender Zeitpunkt für die Zulässigkeit 7 976. — w. B. gegen eine inzwischen durch Eintragung grundbuchamtlich vollzogene Entscheidung des Beschwerdegerichts 2 2, 472; 6 1054; 7 972, 975 f. — Bezeichnung der angeblich verletzten Gesetzesvorschriften 2 2, 472. — Berechtigung zur w. B. 5 986. — aufschiebende Wirkung? 6 1052. — Abhilfe durch das Beschwerdegericht? 7 976. — Umfang der Prüfung der landgerichtlichen Entscheidung 2 2, 472; 6 1054. — Berücksichtigung neuer Tatsachen? 3 2, 169; 7 965. — Hinweisung auf bisher nicht erörterte Bedenken 6 1055. — Nachbringung des Nachweises der Bevollmächtigung in der Instanz der weiteren Beschwerde 5 986. — Zuständigkeit; Handlungen eines ausgeschlossenen oder abgelehnten Richters 5 986. — Zuständigkeit des Reichsgerichts; Voraussetzungen 2 2, 472; 5 986; 6 1055; 7 976. — Berechtigung des Reichsgerichtes zur Ablehnung der Entscheidung? 2 2, 473. — Form der Einlegung der w. B.; Berechtigung des Notars 2 2, 473; 3 2, 170; 4 848; 5 986; 6 1055. — berechnete Behörden 2 2, 473; 4 848; 5 986. — Unterzeichnung 2 2, 473. — Einlegung zu Protokoll eines unzuständigen Grundbuchamtes 6 1055. — Zurückweisung aus der 3. Instanz an das Beschwerdegericht? 7 976. — Abänderung der Entscheidung der 3. Instanz, Zwischenverfügungen in der 3. Instanz? Anordnung der Sicherungsmittel des §§ 18, 76 BGB. 7 976.

Grunddienfbarkeit f. Rechte dingliche.

Übergangrecht. — Erlöschen nicht fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

eingetragener G. des alten Rechts durch wissenschaftliches Geschehenlassen der Herstellung von die Ausübung unmöglich machenden Anstalten § 620 (pr. R.). — maßgebendes Recht für die Frage, ob eine G. im Sinne des Art. 184 GGWB. vorliegt § 596. — vor 1900 durch ordentliche Verjährung erworbene G., Art. 1 Bay. WGB. 4 546. — vor 1900 erfassene Wegerechtigkeit f. die Angehörigen einer Gemeinde 2 1, 794. — v. 1900 entstandene nicht eingetragene G.; Stellung d. gutgläubigen Erwerbers; des belasteten Grundstücks oder eines Hypothekgläubigers 2 1, 793; 3 1, 697 (Elsaß-Lothringen); 5 629 (bayer. Recht), 5 629 (Preußen), 630 (Fortsetzung d. § 43 I. 21 ABR.). — Eröffnung vor 1900; §§ 1026—1028 WGB. im Verhältnis zu § 30 I. 20 ABR. 1 2, 427. — Eintragung einer vor 1900 begründeten G.; Widerspruch der Verpflichteten 1 2, 427. — Eintragung der mit einem Wegerecht verbundenen Unterhaltspflicht nötig? 1 2, 427. — Voraussetzungen f. Eintragung 3 1, 698; 5 629 (Sachen). — Besitzschuß u. Rechtsschuß f. d. Übergangszeit 3 1, 699 (f. Besitz). — Anwendung der §§ 1020—1022 auf Dienstbarkeiten aus der Zeit vor 1900 1 1, 644.

Wesen 7 421.

Berechtigter. — eine Gemeindegemarkung als solche? 1 1, 640. — der Eigentümer eines Bruchteiles? 1 1, 640. — der Eigentümer oder Miteigentümer des belasteten Grundstücks? 1 1, 641; 2 1, 569; 2 2, 462; 3 1, 428; 5 414; 6 398, 1024, 1050. — Mangel eines bestimmten herrschenden Grundstücks 2 1, 569. — Einfluß einer Bergförderung des herrschenden Grundstücks 1 1, 643. — eine Baupolizeibehörde (Gemeinde) als Beteiligte? 2 1, 568; 4 344; 5 414, 417; 6 398.

Gegenstand der Dienstbarkeit. — ein idealer Bruchteil? 1 1, 640. — ein größerer Grundkomplex Gegenstand einer nur auf einen Teil auszuübenden Dienstbarkeit 1 1, 640; 2 1, 569; 6 397, 399; 2 2, 397. — keine Übertragung der D. auf das nach § 1026 freigeordnete abgeschriebene Trennstück 2 1, 569; 2 2, 426. — G. an öffentlichen Grundstücken 1 1, 640. — ein im Eigentum oder Miteigentum des Verpflichteten stehendes Grundstück? 1 1, 116, 641; 2 1, 91, 569; 2 2, 462; 3 1, 428; 5 414; 6 398, 1024, 1050; 7 390 f.

Inhalt der G. — allgemeines 7 421 f. — Kellerbauten (Dienstbarkeit oder Erbbaurecht?) 3 1, 428. — Rohrleitung durch ein fremdes Grundstück 4 343. — Grenzmauererrichtung u. Benutzung, Verknüpfung der Benutzung mit

einer Gegenleistungspflicht 4 343 f.; 6 399. — Vereinbarungen hinsichtlich der Bauung 5 414. — Beziehungen zwischen dem Eigentümer einer öffentlichen Straße u. den angrenzenden Anwesenseigentümern 2 1, 533; 6 398, 399; 7 422. — Benutzung eines Teiles des Grundstücks als öffentliche Straße 3 1, 428. — Recht der Stadtgemeinde auf unentgeltliche Duldung der Anpassung von Baulichkeiten an eine Fluchtlinie 3 1, 428. — baupolizeiliche Grunddienstbarkeiten 6 398; 7 422 f. — Grunddienstbarkeiten u. forstpolizeiliche Strafvorschriften 7 423. — Verbindlichkeiten der Eisenbahn bei Gewährung eines Anschlußgeleises 3 1, 428. — Recht einer Eisenbahngesellschaft, auf fremdem Grundstück ein Geleise zu halten 6 399. — persönliche Verpflichtung des Bestellers der Dienstbarkeit neben der dinglichen Belastung 6 399. — Verknüpfung der Pflicht zu einer Gegenleistung mit der Dienstbarkeit 5 414; 4 343 f.; 1 1, 643. — die vertragmäßige Beschränkung einer G. zugunsten des belasteten Grundstücks? 1 1, 641. — Handlungen im Sinne des § 1018 1 1, 641, 642; 5 414; 6 397. — Unterlassung aller eine Anlage des herrschenden Grundstücks auf dem belasteten Grundstück gefährdenden Handlungen 4 343. — gesetzlich verbotene Handlungen 1 1, 641. — Befreiung von nachbarrechtl. Beschränkungen 7 422. — Verbot eines bestimmten Geschäftsbetriebes (Konkurrenzbetriebes) 1 1, 642; 2 1, 569; 3 1, 429; 5 414; 6 397; 7 422. — ein auf dem ganzen belasteten Grundstück auszuübendes Wegerecht 6 398. — Verzicht auf künftige, obligatorische Schadensersatzansprüche 1 1, 641; 2 1, 569; 3 1, 428. — Verpflichtung, sich mit einer gewissen Entschädigung zu begnügen 2 1, 569. — Verpflichtung, ein übertragendes Geßnis auf eigene Kosten zu beseitigen 1 1, 641. — Verpflichtung, ein Werk herzustellen 4 343; ein Grundstück einzufriedigen 5 414. — Aufhebung eines subjektiv-dinglichen Rechtes 1 1, 641. — Verzicht auf ein gesetzliches Vorkaufrecht 2 1, 570. — Einräumung des ausschließlichen vererblichen und veräußerlichen Rechtes, ein Grundstück zur Gewinnung nicht verleiherbarer Materialien zu benutzen 1 1, 641. — das Recht auf Nutzung der auf fremdem Grundstück stehenden Weidenbäume 2 1, 570. — vollständige Ausbeutung in bezug auf Bodenbestandteile 1 1, 643; 4 343. — Verpflichtung, die Jagd ruhen zu lassen 6 398.

Vorteil des herrschenden Grundstücks 4 343; 6 397. — Art des Vorteiles 1 1, 642. — Begründung des Vorteiles in der dauernden Beschaffenheit des dienenden Grundstücks? 1 1, 642 f.

(Grunddienstbarkeit)

Nachtbarkeit der Grundstücke 1 1, 643.

Bestellung der G. — fuzessive Erklärung der Einigung bei Beteiligung mehrerer Miteigentümer 1 1, 640. — Bestellung durch einen Prokuristen beim Erwerb eines Grundstücks? 4 331. — Zeichnung der unterlagten Handlungen, genaue Angabe des Bezugs bei einem Wegerecht 6 398. — Bezeichnung des berechtigten Grundstücks 5 977; 6 1036. — Form der B. nach altem bayr. Liegenschaftsrecht 3 2, 155. — Bezeichnung des ganzen Grundstücks als belastet trotz Beschränkung der Ausübung auf einen Teil 1 1, 640; 2 1, 569; 2 2, 397; 6 397, 399. — Fortrechtsänderungen in Bayern 6 399. — Umwandlung eines zwischen zwei Grundstücken desselben Eigentümers bestehenden tatsächlichen Dienstbarkeitsverhältnisses in e. Grundgerechtigkeit 2 1, 569; 3 1, 428. — stillschweigende Bestellung einer Dienstbarkeit 6 399; 7 421. — Bestellung durch Widmung (destinatio patris familias) 7 421.

Ausübung. — Begriff der Ausübung 2 1, 796. — Ausübungsberechtigte: bei einem Wegerecht 1 1, 643. — Art u. Weise der Ausübung: Duldung kleiner Erschwerungen 1 1, 643; 3 1, 429. — Schonung der Interessen des Eigentümers u. nachgehender dinglicher Berechtigter 1 1, 643 f.; 7 423. — Verhältnis z. Mitbenutzungsrecht des Eigentümers 5 415. — Anbringung eines Lozes an einer Einfahrt 6 399; 7 423, 425. — Unterhaltung von Anlagen durch den Dienstbarkeitsberechtigten; Art der Anlage, Eigentum daran, Anwendung der Vorschriften über die Reallast, Eintragung der Unterhaltungspflicht ins Grundbuch 1 1, 644. — rechtl. Natur der Unterhaltungspflicht, Eintragung im Buchblatt des herrschenden Grundstücks; Lösung daselbst, Geltendmachung und Behandlung in der Zwangsversteigerung als dingliche Last, Rang gegenüber anderen Lasten 7 423 ff., 907. — Unterhaltung von Anlagen durch den Dienstbarkeitsverpflichteten: Eintragung ins Grundbuch erforderlich? 1 1, 644. — Unterhaltung bei Mitbenutzung der Anlage durch den Eigentümer und beim Halten einer baulichen Anlage auf einer baulichen Anlage des belasteten Grundstücks; Verteilung der Unterhaltungspflicht, Fälligkeit der Leistungen zur Reparatur, Befreiung des Eigentümers u. des Dienstbarkeitsberechtigten vor der Unterhaltungspflicht, keine Anwendung der Vorschriften über Ablösung von Reallasten 1 1, 644 f.; Eintragung ins Grundbuch 1 1, 645; 2 1, 570; Zwangsvollstreckung gegen den Unterhaltungspflichtigen 2 1, 570. —

Verpflichtung zur Unterhaltung einer Grenzmauer 4 344. — Verteilung u. Festlegung der Ausübungsstelle 1 1, 532, 645 f.; 2 1, 570; 3 1, 429; 6 399. — Regelung der Ausübung kollidierender Dienstbarkeiten 1 1, 532, 646; 6 399. — Umfang der Benutzung, Änderung des Umfangs infolge Veränderung der Benutzung des herrschenden Grundstücks 1 1, 642 f.; 5 414 f.; 6 397, 399; 7 423. — Änderung des Umfangs infolge Vergrößerung des herrschenden Grundstücks? 1 1, 643; desgl. infolge Verbindung des herrschenden Grundstücks mit anderen nichtberechtigten zu einem einheitlichen Gewerbebetrieb? 7 418.

Erlösch en. — bei sog. agrarischen Teilungen u. der Grundstückszusammenlegung (Preußen) 3 1, 428. — infolge Verjährung des Anspruchs auf Beseitigung einer die Dienstbarkeit beeinträchtigenden Anlage 1 1, 648.

Geltendmachung der Dienstbarkeit. — Aktivlegitimation zur Klage nach § 1027 1 1, 647. — Passivlegitimation 2 1, 570; 5 415. — Verbindung mit der Feststellungsklage 1 1, 647. — Besitzschutz 2 1, 570; 4 344. — Beeinträchtigung eines Wegerechtes durch Anbringung eines Lozes 7 423. — Beweislast für die Behauptung, daß die Dienstbarkeit sich auf den landwirtschaftlichen Betrieb des Grundstücks beschränke 7 423. — Teilung des herrschenden Grundstücks 1 1, 646 f.; 3 1, 429. — Verbindung des herrschenden Grundstücks mit einem anderen 4 344. — Teilung des belasteten Grundstücks 1 1, 647; 2 1, 569; 5 415. — Übertragung der Dienstbarkeit auf das abgetriebene freigewordene Trennstück bei Teilung des belasteten Grundstücks 2 2, 426; 2 1, 569.

Grundzug. — Verzicht des Eigentümers eines freizugberechtigten Grundstücks auf die Ansprüche aus dem Grundzug; Eintragung ins Grundbuch? 2 2, 404.

Grundschuld. — Begriff u. juristische Konstruktion 1 1, 172, 708; 3 1, 457; 7 462. — Inhabergrundschulden 1 1, 709; 4 366; 6 436. — Unterschied zwischen G. u. Hypothek 1 1, 661; 4 345 f. — Aufrechterhaltung einer mangels rechtswirksamer Einigung nicht rechtsbeständigen Grundschuld als Eigentümer-G. 1 1, 709. — die nicht valutierte G., Rechte des Eigentümers; entsprechende Anwendung der §§ 1143, 1163, 1176, 1177 BGB? 3 1, 457; 4 358, 366, 781; 5 444 ff., 915 f.; 6 435 f.; 7 461 f. — G. für eine persönliche Forderung, für eine Spielschuld 3 1, 457. — Streit über den Bestand der Forderung 4 365 f. — Übernahme der persönlichen Haftung für die G. 4 365. — G.-Brief u. Schuldburkunde; Verhältnis zwischen Eigentümer u. persönlichem Schuldner bei Verpfändung des

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite.

Gläubigers **1 1**, 708. — Abtretung **6 435**. — Blankabtretung **1 1**, 708. — Aufrechnung **5 155**. — Klage aus der G.; Einwand, der Kläger sei infolge Abtretung z. Bt. der Klagerhebung nicht Besitzer des G.-Briefes gemein **3 1**, 403. — Anwendbarkeit des § 1153 BGB. **1 1 695**. — Anwendbarkeit des § 1182 BGB. **1 1**, 703. — Umwandlung in eine Hypothek **1 1**, 532; **4 366**; **5 447**. — Umwandlung eines Teiles einer brieflosen Höchstbetragshypothek in eine G. **4 366**. — Umwandlung in eine Rentenschuld **1 1**, 532. — Übertragung oder Belastung der G.-Eintragung ins Grundbuch **2 2**, 429 f. — Bewilligung eines Damnos **3 1**, 243. — Grundschulden des alten Rechts unter dem BGB., Form u. Wirkung ihrer Abtretung **2 1**, 798. — f. auch Inhabergrundschulden.

Grundschuldbrief. — Verbindung mit der Schuldburde? **2 2**, 467. — Zinscheine f. G. u. Rentenschuldbriefe **4 846**; **7 971** f. — Zurückbehaltungsrecht f. dort u. Hypothekenbrief. — f. auch Hypothekenbrief. **Grundstück** vgl. Auflassung, Baureife, Bestandteil, Ertragsfähigkeit, Haus, Landgut, Zubehör, Eigentum. — Eintragung ins Grundbuch nach dessen Anlegung. — Zur Anlegung der Rgl. preuß. Bd. v. 13. XI. 99 Art. 11 **2 2**, 474 f.; **4 849**; **5 987**; **6 1055**; Art. 12 **3 2**, 170; Art. 15 **4 849**; **5 987**; Art. 17 **2 2**, 474; Art. 18 **6 1055**; Art. 20 **2 2**, 474 f.; **3 2**, 171; **4 849**; **5 987**; Art. 24 **2 2**, 475; **6 1055**.

Bezeichnung eines G. im Grundbuch. — Widerspruch des Katasters mit dem wahren Rechtszustand insbes. während eines Zusammenlegungsverfahrens in der Zeit zwischen der Ausführung des Auseinanderlegungsplans u. der Grundbuchberichtigung; Verfügung über die Abfindungs-G. (preuß. Recht) **3 2**, 146. — Bezeichnung in Übereinstimmung mit den Steuerbüchern in allen Abteilungen des Grundbuchs **7 943**. — versehentliche Eintragung im Grundbuch eines fremden Bezirks, Abweisung der Bezeichnung von der im Verzeichnis **7 943** f. — Folgen einer Verletzung des § 89 BGB. **7 977**.

Bezeichnung des G. in der Eintragungsbewilligung. — § 28 BGB. Ordnungsschrift **2 2**, 432; **6 1036**. — Bezeichnung des herrschenden G. **7 959**. — Bezeichnung im Eintragungsantrage genügend? **2 2**, 432. — Bewilligung einer Eintragung „auf dem Grundvermögen“ des Bewilligenden **2 2**, 432; „auf sämtlichen auf einem Grundbuchblatt eingetragenen Grundstücken“ **5 971**; „auf den im Grundbuche von N. Bd. I Bl. Nr. 79 unter den laufenden Nummern verzeichneten Grundstücken“ **6 1036**. — Bezeichnung „übereinstimmend mit dem Grundbuch“; Blattnummer

u. laufende Nummer, Bebauungsart, Lage, Flächeninhalt zur Bezeichnung erforderlich? **2 2**, 432; **4 835**. — irrige Bezeichnung der Blattnummer **7 959**. — Bezeichnung bei der Auflassung im Grundstückszusammenlegungsverfahren **3 2**, 156. — in den die Eintragungsbewilligung ersekendenden Urkunden, wie Urteil, Quittung **5 971**; **6 1036**. — in Ersuchen von Behörden **5 971**. — Anführung nur eines Buchblattes bei Abtretung einer Gesamthypothek **5 971**. — Bezeichnung noch nicht ins Grundbuch eingetragener G. **5 971**. — des berechtigten G. bei Eintragung einer Dienstbarkeit **6 1036**. — Vereinigung mehrerer G. auf einem Buchblatt f. Vereinigung. — herrenloses G. f. unten; Übergangsrecht, Begriff Erziehung **2 1**, 795. — Übereignung ungedachter G. **2 1**, 773; **2 2**, 474; **3 1**, 686; **3 2**, 170; **4 547**; **7 965**, 977. — Eigenschaften der G. i. E. des § 119 BGB. **2 1**, 56; **5 33**. — Recht d. Käufers e. G. bei uneth. Größendifferenz **2 1**, 123. — Diligenzpflicht d. Käufers e. G. bezügl. d. (baupoliz.) Zustandes des Hauses **3 1**, 132; **5 113**. — Irrtum in der Willenserklärung bei Rechtsgeschäften über G. vor Anlegung des Grundbuchs **4 547**. — G. im Sinne des Art. 14 BayAGBGB. **4 771**. — gemeinnützige Anlagen auf fremden G. **2 1**, 32. — vereinbartes Versteigerungsrecht des Verkäufers für den Fall der Nichtzahlung des Kaufpreises **2 1**, 229. — Vereinbarung des Verkaufs nur an Käufer deutscher Nationalität **3 1**, 48. — Veräußerung zu Bordellzwecken **5 44**. — Verpflichtung z. G.-belastung oder z. Verfügung über e. Recht an e. G. nicht d. Form d. § 313 bedürftig **2 1**, 211, 212; **3 1**, 152.

Grundstückverelinquiertes f. auch Eigentum unter Aufgabe des G. an Grundstücken. — nach § 928 BGB. derelinquiertes; Gerichtsstand **1 3**, 20. — Stellung des Vertreters **1 3**, 30 u. 35; **7 739**, 743. — Aneignungsrecht des Fiskus **2 1**, 773. — Voraussetzung für Bestellung e. Pflegers nach § 1913 **4 554**. — Zwangsversteigerung bei Nichtaneignung seitens des Fiskus **4 554**. — Beitreibung von Steuern, Hypothekenzinsen **4 554**. — Ausbesserungen **4 554**. — Haftung für Schäden durch d. G. **4 554**. — Aneignung e. herrenlosen G. **7 410** ff.

Grundstückskauf (=verkauf) f. Grundstück, Hypothekenubernahme, Form d. Immobilienveräußerungsvertrags.

Grundstückstaxe. — Bestimmung d. Zinsfußes f. d. Ertragskapitalisierung nach örtl. Verh. **2 1**, 124.

Grundstücksteil f. Vormerkung. — Eintragung eines Rechts zu Lasten des ganzen Grundstücks trotz Beschränkung der Ausübung auf einen Teil **2 2**, 397;

(Grundstücksteil)

7 945. — desgl. der Enteignungsvor-
merkung trotz Beschränkung des Verfahrens
auf einen noch nicht oermessenen Teil
7 945. — Vorkaufsrecht an einem G. 1 1,
655; 2 2, 397. — Anspruch auf Grund-
buchberichtigung wegen Übertragung einer
Dienstbarkeit bei Abschreibung eines insolge
der Teilung freigewordenen G. 2 2, 426. —
Erwerb des Eigentums an einem bisher
ungebuchten G. 7 977. — geboderte Be-
lastung durch Neubelastung oder Entpfän-
dung, Eintragung eines auf ein Teilstück
beschränkten Lösungsvermerkes 2 2, 397,
398; 3 2, 147. — Einräumung eines Vor-
ranges unter Beschränkung auf einen G.
5 963. — Unterlassung der Abschreibung,
deren Folgen, Nachholung von Amts wegen
2 2, 397; 4 828 (Unterlassung d. Ab-
schreibung). — wann oon der Belastung
auf dem bisherigen Buchblatt keine Ver-
wirrung zu besorgen? 2 2, 397; 3 2, 147. —
Abschreibung geboten bei Veräußerung
eines G. 2 2, 397. — Ab- u. Zuschreibung
eines nicht gebuchten G. 5 987. — Be-
zeichnung des abzuschreibenden Teiles
5 988. — Einholung eines amtlich be-
glaubigten Kartenblattes 3 2, 171. —
Verfahren bei einem Wechsel in der Zu-
ständigkeit zur Führung des Grundbuches
für den abgeschriebenen Teil 6 1055. —
Abschreibung geboten bei Einschreibung
einer Vormerkung, die sich nur auf einen
reellen oder ideellen G. erstreckt? 3 2, 147;
4 828.

Grundstücksveräußerung f. Eigentum unter
Erwerb des E. an Grundstücken. — Form
f. Form d. Immobilienvertrags.

Grundstücksverzeichnis (Bestandsverzeich-
nis). — im Titel des Grundbuchblattes;
Abschreibung eines verzeichnet dort auf-
genommenen Grundstücks ohne Auflassung?
2 2, 396. — Grundstückseinheit oder -mehr-
heit? 2 2, 476. — Größen- u. Steuer-
angabe 3 2, 171; 6 1056. — G. amt-
liches, Widerspruch mit der wahren Sach-
lage 3 2, 146.

Grundstückszusammenlegung (GGWB.
Art. 113). — Einfluß auf Vormerkungen,
Reallasten, beschr. persönl. Dienstbarkeiten,
dingliche Vorkaufsrechte 3 1, 398. — Ge-
samtplan u. Abfindungsquote 2 1, 27. —
Grundsatz des öffentlichen Glaubens durch-
brochen 3 1, 402. — Anteile der Grund-
stückseigentümer an den neuen Wegen u.
sonstigen gemeinschaftlichen Anlagen;
Recht auf Abfindungskapitalien u. Ab-
findungsrenten; Rechte im Sinne des
§ 8 GGWB.? 3 2, 147. — Kündigungsrecht
d. Pächters f. d. F. e. Umlegung d. Pacht-
grundstücke 3 1, 241. — die Abfindung
als Ersatzstück i. S. d. § 281 3 1, 142. —
Besitzüberweisung durch die Verwaltungs-
behörde an Stelle d. Besitzübergabe 1 2,

401. — Zusammenlegung in Preußen 2 1,
27, 35, 288, 444, 772; 3 1, 685. — Zu-
sammenlegung in Nassau 5 619.

Grundwasser. — Haftung f. Entziehung d. G.
4 276.

Gut f. Landgut, Gutsüberlassungsvertrag. —
Begriff 3 1, 75.

Gütergemeinschaft allgemeine.

Ü b e r g a n g s r e c h t. — französische G.;
Übergangsrecht 3 1, 696, 697 (Mit-
eigentum nach Bruchteilen); 4 545. —
Ausschluß bei alten Ehen, wenn ein Gatte
Vollkaufmann wird oder Grundstücke er-
wirbt 4 551. — vor 1900 geschlossener Ver-
trag auf Ausschluß der G.; Eintrag ins
Handels- oder Güterrechtsregister? 5 632.
— Anwendung des Art. 213 GGWB. bei
Tod eines Gatten vor 1900 1 2, 452.

A l l g e m e i n e s. — Rechtsnatur der Ge-
meinschaft zur gesamten Hand 5 472. —
Konsequenzen des Gesamtbegriffes
vor Anlegung des Grundbuchs 1 2, 53. —
Stellung des Grundbuchrichters, wenn ein
Gatte allein ein Grundstück erwirbt u. auf
seinen Namen eintragen lassen will 1 2,
53; 2 1, 629; 3 1, 479; 5 472; 6 468. —
Prüfungsrecht des Grundbuchrichters bei
Verkauf e. Grundstücks, Verfüzung d.
Mannes über Hypotheken 1 2, 54; 2 1,
624; 7 483. — Ablehnung e. Auflassung
an e. gütergemeinschaftliche Frau seitens
des Grundbuchamts, wenn das Kauf-
geschäft ohne Zustimmung des Mannes
geschlossen? 4 383 (f. 5 472). — Vertrag,
durch den immobilis Vorbehaltsgut,
Sondergut zu Gesamtgut erklärt wird;
Auflassung 6 468. — offene Handelsgesell-
schaft zwischen gg. Eheleuten 2 1, 625
(Vertragsform, Beginn; Eintritt insolge
Erbgangs; Verhältnis d. Gesamtgutes
zum Gesellschaftsvermögen; Einbringen
des zukünftigen Gesamtgutes, Einbringen
nur des Vorbehaltsgutes; Widerruf des
Ehemannes); 2 2, 78, 79, 84 (f. Ehegatten);
5 473 (f. 6 467). — Vertrag auf Einführung
d. G. m. rückwirkender Kraft? 6 465. —
Berliner Testament bei gg. Eheleuten
4 385. — Zustimmung des Beistandes zu
einem vom Vater für die gewaltunter-
worfenen Tochter geschlossenen Ehevertrag
7 482.

V e r m ö g e n s m a s s e n. — Anseh-
tungsanspruch Gesamtgut? 3 1, 479. —
Anteil an e. fortgesetzten Gütergemein-
schaft, in der die gütergemeinschaftliche
Frau als Abkömmling steht, Gesamtgut?
2 1, 627; 3 1, 479; 6 467. — Eigentum
e. in G. lebenden Miterben an den Nach-
lassgegenständen Gesamtgut? 4 383, 492.
— Erwerb beider Ehegatten in offener
Handelsgesellschaft Gesamtgut? 6 467
(f. oben unter Allgemeines). — Erwerb der
Frau aus einem zum Vorbehaltsgut
gehörenden, gestatteten selbständigen Er-

werbsgeschäft Gesamtgut? 6 468. — Erwerbsgeschäft der Frau Gesamtgut? 1 2, 56. — Erbteil e. Gatten an einem fremden Nachlaß als Gesamtgut, Verfügungsmacht des miterbenden Gatten 3 1, 602; 4 476, 492. — Anwendung der §§ 1381, 1382 (Surrogation) bei Sondergut nach § 1439? 4 383. — Bestimmung von Gesamtgut z. Vorbehaltsgut 4 383; 5 472; 6 468. — Schenkungen e. Gatten an den anderen aus dem Gesamtgut 4 383. — Schenkungen aus dem Vorbehaltsgut an den anderen Gatten 4 383. — Aktivlegitimation z. Klage bei Beschädigung von Vorbehaltsgut der Frau durch die unerlaubte Handlung eines Dritten 1 2, 53.

Stellung der Gatten zum Gesamtgute im allgemeinen. — Mitwirkung z. Berichtigung d. Grundbuchs von Seiten des dort als Berechtigten eingetragenen Gatten bei Hypotheken; Mitwirkung bei Eintragung d. G. im Güterrechtsregister überflüssig 1 2, 52, 53. — Erwerb e. Grundstücks für die Gemeinschaft; Auflassung nur an einen Gatten; Entgegennahme der Auflassung für das Gesamtgut seitens eines Gatten 1 2, 53 (s. oben Allgemeines). — Antrag auf Eintragung e. von einem Gatten auf seinen Namen allein erworbenen Grundstücks als Gesamtgut 2 1, 624. — Abtretung e. Hypothek an gütergemeinschaftliche Eheleute nach Bruchteilen? 4 383. — Auflassung an den einen d. Kauf abschließenden Ehegatten 2 1, 629; 3 1, 479; 5 472; 6 468 (s. 4 383). — Belastung einer zum Gesamtgut gehörigen Sache zugunsten eines Gatten? 6 467. — obligatorische Verträge e. Gatten über seinen Anteil am Gesamtgut 3 1, 479 (s. auch 2 1, 627). — Eintrag e. Nießbrauchs für Eheleute in G. 7 483. — Klage des Nachlassgläubigers gegen die Eheleute als Gesamtschuldner, wenn die Ehefrau Erbin ist 1 2, 54. — Eintrag e. Zwangshypothek auf gütergemeinschaftliche Grundstücke zuerst auf den Anteil des Mannes, dann auf den der Frau? 7 482, 483. — Eintrag e. Vormerkung auf Auflassung e. Dritten abhängig von vorheriger Eintragung der Ehefrau als Miteigentümerin? 3 1, 480. — Herausgabe e. Bereicherung d. Gesamtguts durch ein ohne die erforderliche Zustimmung des anderen Gatten v. dem e. Gatten vorgenommenes Rechtsgeschäft 1 2, 56; 3 1, 480. — Interventionsklage gegen die für gütergemeinschaftliche Eheleute eingetragene Hypothek; Beklagte 7 483. — keine Beschränkung der Gatten im rechtsgeschäftl. Erwerb; Eintragung eines Rechtserwerbs durch einen der Gatten ins Grundbuch ohne Erwähnung der G. u. des anderen Gatten 3 1, 389. — Aktiv-

legitimation zur Klage bei Beschädigung von Vorbehaltsgut der Frau durch die unerlaubte Handlung e. Dritten 1 2, 53. Stellung des Mannes. — Eintragung e. Grundstücks, das der Ehemann allein erwirbt, auf seinen Namen allein? 2 1, 629; 3 1, 479 (s. oben). — Hypothekbestellung auf gütergemeinschaftl. Grundstücken, wenn der Mann allein im Grundbuch eingetragen ist 1 2, 53. — Bestellung e. Kaufgeldhypothek auf dem für die G. erworbenen Grundstück 6 1025; 7 483. — Prozeßlegitimation des Mannes; Vergleich, Verzicht, Anerkenntnis in den Fällen der §§ 1444—1446 1 2, 54; 2 1, 624; 5 472, 473. — Prozeßlegitimation des Mannes f. Schadensanprüche geg. Dritte, wenn der Schaden durch seine eigene Kollision mit dem Dritten entstanden 4 384. — Eintritt des Ehemannes in einen mit seiner Zustimmung von der Frau im eigenen Namen für das Gesamtgut geführten Prozeß 1 2, 54. — kann der Mann, wenn die Frau in einem ohne seine Genehmigung geführten Prozeß rechtskräftig zum Schadensersatz wegen unerlaubter Handlung verurteilt ist, gegenüber der nach § 1459 gegen ihn erhobenen Klage einwenden, daß ein Anspruch aus e. unerlaubten Handlung nicht gegeben sei? 7 722. — Prüfungspflicht des Grundbuchrichters bei Verkauf von Grundstücken; Verfügung des Mannes über Hypotheken 1 2, 54; 2 1, 624; 7 483 (s. oben Allgemeines). — Verfügung des Mannes über Gesamtguthypothek; Nachprüfung der Notwendigkeit d. Genehmigung d. Frau seitens des Grundbuchrichters 1 2, 54; 2 1, 624; 3 1, 480 (Lösung). — Abtretung e. auf e. gütergemeinschaftlichen Grundstück lastenden Eigentümerhypothek 1 2, 55; 5 473. — Verpfändung e. Gesamtguthypothek 7 483 (2). — grundbuchmäßige Zuschreibung e. Grundstücks zu einem anderen 1 2, 55. — Vorrechtseinräumung im Grundbuch 1 2, 55. — Übernahme e. Bürgschaft mit dem Gesamtgut 2 1, 625. — Verfügung d. Mannes über e. ihm zugefallenen Erbteil; Auflassung e. Grundstücks an die Miterben 3 1, 479; 4 384. — Löschlassen e. das gütergemeinschaftliche Grundstück belastenden Hypothek 3 1, 479; 4 384. — Zustimmung des Grundeigentümers z. Lösung e. Hypothek, Verfügung im Sinne des § 1445 BGB.? 7 483. — Erfüllung e. vom Mann ohne Zustimmung der Frau gegebenen, nicht auf Gesamtgut bezüglich, Schenkungsversprechens mit nicht zum Gesamtgut gehörenden Mitteln 4 384. — Kündigung e. Hypothek gegen den Mann allein 5 473. — Eintragung e. Zwangshypothek auf gütergemeinschaftlichen Grundstücken auf Grund

(Gütergemeinschaft allgemeine)

e. vollstreckbaren Schuldanerkenntnisses des Mannes 5 473. — vom Ehemann abgeschlossener Vergleich als Grundlage f. d. Zwangsvollstreckung in das Gesamtgut 5 473 (s. oben). — Bewilligung der Eintragung e. Hypothek auf d. Gesamtgut 5 473. — Verfügung des Mannes über das Recht auf Auflassung; Löschung des vorgemerkten Auflassungsanspruchs 5 473. — Haftung des Mannes bei Schenkung ohne die nötige Zustimmung der Frau 6 468. — einer sittlichen Pflicht entsprechende Schenkungen 5 473. — Unterwerfung des Mannes unter e. Konventionalstrafe für den Fall der Nichtzustimmung der Frau zu dem Grundstücksverkauf 6 468. — Übergabe des gütergemeinschaftlichen Anwesens an den Sohn zwecks Bewahrung e. Ausstattung 1 2, 55. — Vollstreckung eines gegen den Mann gerichteten Urteils auf Herbeiführung d. gerichtlichen Ersetzung d. Zustimmung der Frau 1 2, 55 (s. 2 1, 625). — Ansprüche des Erwerbers gegen den Mann bei Verweigerung der Genehmigung seitens der Frau 2 1, 625. — Kostenvorschusspflicht des Mannes aus dem Gesamtgut 1 2, 55, 56; 4 384 (Zeitpunkt des Wegfalls) (vgl. Ehemann). — Kostenvorschusspflicht des Mannes, wenn die Frau im Armenrecht klagt 4 384. — Klage des Mannes gegen die kein Vorbehaltsgut besitzende Frau auf Zahlung des von ihr sortgenommenen Geldes oder auf Rückzahlung der Kostenvorschüsse nach Aufhebung der G. 2 1, 626; 5 473; 6 468. — Zuzicherung über die Größe e. Gesamtgutgrundstücks ohne Einwilligung der Frau (§ 468 BGB.) 2 1, 283. — kann sich d. Ehemann auf d. Unwirksamkeit e. von ihm getroffenen Verfügung über ein Grundstück (§ 1445 BGB.) selbst berufen? 7 483. — Schenkungen des Mannes; Behandlung im Grundbuchverkehr 2 2, 406; 4 381; 6 1025.

Stellung der Frau. — Kaufe. Grundstücks ohne Zustimmung des Mannes 4 383 (s. oben Allgemeines). — Mitwirkungspflicht zu den Maßregeln des § 1472 BGB. 3 1, 124. — kein allgemeines Widerpruchsrecht d. Frau gegen Verwaltungshandlungen d. Mannes 1 2, 53. — Unterlassungsklage d. Frau bei fortgesetzten Verfügungen des Mannes über das Gesamtgut ohne die notwendige Zustimmung der Frau 5 473. — während der G. erwirkter Arrest oder einstweilige Verfügung zur Sicherung des der Frau nach Auflösung der G. gemäß §§ 1456, 1467 zustehenden Erbschaftsanspruchs 1 2, 53. — Nebenintervention der Frau in Prozessen des Mannes 1 2, 54. — Vollstreckung gegen die besitzende Frau aus einem Titel gegen den Ehemann 4 384 (s. Zwangsvollstreckung). — Füh-

rung e. Prozesses für das Gesamtgut seitens d. Frau im eigenen Namen bei Zustimmung des Ehemannes 1 2, 54; 3 1, 480; 4 384; 6 468; oder bei Verhinderung des Ehemannes 1 2, 55. — Frau als Zeugin in Prozessen des Mannes 7 483, 484. — Klage gegen die persönlich nicht haftende Frau 1 2, 53, 54; 5 472; 6 468. — Rechtskraftwirkung eines für oder gegen den Mann erlassenen Urteils für oder gegen die Frau 1 2, 54; 5 472, 473. — Rechtskraft e. Passivprozesses der Frau gegen den Mann? 3 1, 480. — Anwendung des § 1404 auf die Verfügungsbeschränkung der gütergemeinschaftlichen Ehefrau 1 2, 54; 3 1, 479. — rechtl. Natur der Zustimmung; Frau Mitkontrahentin? 6 468. — eigene Auflassungserklärung der Frau oder nur Einwilligung zu d. Erklärung des Mannes? 1 2, 55; 3 1, 480. — Streitwert bei Klage gegen die Frau auf Zustimmung zur Auflassung 3 1, 480. — Zustimmung der Frau zur Eintragung der im Kaufvertrag vom Manne bewilligt. Kaufpreishypothek? 1 2, 54; 2 1, 624; 6 468. — Zustimmung der Frau z. Unterwerfung unter die Zwangsvollstreckung wegen einer eingetragenen Hypothek 5 473. — Zustimmung der Frau z. Eintragung e. vom Verkäufer an dem verkauften Grundstück vorbehaltenen Nießbrauchs 1 2, 54; 2 1, 624. — Zustimmung der Ehefrau bei Zuzicherung e. Eigenschaft (Größe) beim Grundstücksverkauf seitens des Mannes 2 1, 624, 625; 4 384. — Zustimmung oder gerichtliche Ersetzung der Zustimmung zu formell ungültigen oder unvollständigen Geschäften 1 2, 55; 2 1, 618, 625. — Gründe für Verweigerung der Zustimmung 1 2, 55. — Gründe für Ersetzung d. Zustimmung durch das Gericht 3 1, 480. — Anhörung der Beteiligten vor gerichtl. Ersetzung der Zustimmung 4 384. — Ermittlungen des Gerichts vor Ersetzung der Zustimmung 4 384. — im voraus erteilte Zustimmung des Gerichts zu einem festbestimmten Rechtsgeschäfte 7 483. — gerichtl. Zustimmung in den Fällen des § 1450 unnötig 7 481. — Begriff der „Verhinderung“ des Ehemannes § 1450 1 2, 55; 2 1, 625. — Pflicht der Frau, sich bei Verhinderung des Mannes als Vertreterin der G. auf einen Prozeß einzulassen 1 2, 55. — gerichtl. Genehmigung zu Prozessen der Frau im Fall des § 1451 1 2, 56. — Verfügungsmacht der Erwerbsfrau, insbesondere Auflassung u. Belastung von gütergemeinschaftlichen Grundstücken des Erwerbsgeschäftes 1 2, 56 (s. Handelsfrau); 6 468. — Klage der Frau auf Vorlegung e. Nachlaßverzeichnisses gegen die den Nachlaß besitzenden Miterben; ehe-

männliche Zustimmung nicht nötig **1 2, 56**. — analoge Anwendung des § 1456 auf die Frau? **1 2, 56**. — Anspruch der Frau gegen Mann u. Dritten bei fraudulosen Machenschaften des Mannes **6 468**. — Übergang d. der Frau nach § 1449 zustehenden Rechts auf Geltendmachung der Unwirksamkeit e. gesetzwidrigen Rechtsgeschäfts auf ihre Abkömmlinge? **3 1, 481**. — gerichtl. Erzekung d. Zustimmung der Frau f. auch gesetzliches Güterrecht. **Schuldenhaftung gegenüber den Gläubigern**. — Haftung der Frau mit dem Vorbehaltsgut bei Bestehen einer offenen Handelsgesellschaft zwischen den Eheleuten **6 467**. — Haftung des Gesamtguts f. Geschäftsschulden der Frau, wenn das Erwerbsgeschäft Vorbehaltsgut ist **5 473**. — Herausgabe einer Bereicherung d. Gesamtguts durch ein von dem einen Gatten ohne die erforderliche Zustimmung des anderen vorgenommenes Rechtsgeschäft **1 2, 56; 3 1, 480**. — persönliche Haftung des Mannes gegenüber den Geschäftsgläubigern der Frau bei konsentiertem Betrieb **1 2, 56**. — Zwangsvollstreckung gegen die besitzende Frau auf Grund eines Urteils gegen den Mann (§ 740 ZPO.) **4 384** (s. oben u. Zwangsvollstreckung); **1 2, 56; 2 1, 626; 3 1, 480**. — Zwangsvollstreckung in das Gesamtgut auf Grund e. Urteils gegen die Frau bei konsentiertem Erwerbsgeschäft **1 2, 56; 2 1, 626**. — Zwangsvollstreckung in das Gesamtgut nach Beendigung der G., aber vor erfolgter Auseinanderziehung **1 2, 57; 2 1, 627; 5 474**; s. **4 385** (Zwangsvollstreckung nach Auseinanderziehung). — Anwendung des § 850 Abs. 4 ZPO., falls eine Vollstreckung gegen den Ehemann aus e. Alimentationsverbindlichkeit der Frau erfolgt **2 1, 626**. — Schuldenhaftung b. Umwandlung d. allgemeinen G. in gesetzliches Güterrecht **1 2, 50**. — rechtskräftige Verurteilung d. Ehemanns z. Auflassung **3 1, 480**. — Anwendung des § 1459 auf d. Pflicht zur Herausgabe eines individuell bestimmten Gegenstands **3 1, 480**. — Haftung des Gesamtguts für Erbschaftsschulden der Frau trotz Vereinbarung des Vorbehaltsguts der Erbschaft, wenn diese vor Eintritt der G. erworben **1 2, 57**. — Haftung für erst nach Aufhebung der G. fällig werdende Schulden **5 473**. — Haftung nach Teilung bei Beendigung f. unten Beendigung. — Haftung des Gesamtguts f. Prämien e. Lebensversicherung **5 474**. — kann der gütergemeinschaftliche Gatte, dem bei Auseinanderziehung nichts zufiel, Abweisung der Klage verlangen oder muß er sich Verurteilung mit Vorbehalt d. beschränkten Haftung gefallen lassen? **6 890**.

Schuldenhaftung im Verhältnis der Eheleute zueinander. — Ausstattung eines erstehelichen Kindes aus dem Gesamtgut, wenn das Kind Anspruch aus seinem Muttergut hatte **2 1, 626**. — Erbschaftsanspruch gegen das Gesamtgut bei Gewährung e. Ausstattung aus dem Vorbehaltsgut **1 2, 57**. — wann liegt Übermaß d. Ausstattung vor (§ 1465)? **6 468**.

Beendigung. — obervormundschaftl. Genehmigung zur Aufhebung durch Vertrag nötig bei Vorliegen der Gründe des § 1468 **1 2, 52**. — Rechtslage, wenn nach Beendigung d. G., aber vor Auseinanderziehung Konkurs über das Vermögen eines Gatten eröffnet wird **1 2, 57**. — Kostenpflicht der Frau, wenn sie vor Klage auf Aufhebung dem Manne eine vertragsmäßige Regelung nicht anbietet? **2 1, 626**. — Konkurs unter § 1468 Ziff. 5 fallend? **3 1, 480**. — Einfluß e. Ehescheidung auf die Klage auf Aufhebung der G. **6 468**. — Klage des Mannes auf Aufhebung d. G. wegen Gefährdung seines späteren Erwerbs infolge Überschuldung des Gesamtgutes durch die Geschäftsschulden der Frau **1 2, 57**. — Form d. Auseinanderziehung **1 2, 57**. — notarielle o. gerichtl. Form d. Auseinanderziehung bei Vorhandensein von Grundstücken **1 2, 57**. — Anspruch aus § 260 BGB. bei Aufhebung **2 1, 157**. — Anspruch des unschuldigen Gatten auf Inventarisierung bei Auseinanderziehung **2 1, 157, 627**. — Zwangsvollstreckung nach Beendigung, aber vor Auseinanderziehung; Widerspruch der Frau **1 2, 57; 2 1, 627; 5 474**. — Kosten einer nach Beendigung, aber vor Auseinanderziehung erfolgten Zwangsvollstreckung in d. Gesamtgut **2 1, 627**. — Verfügung e. Gatten über seinen Anteil vor Auseinanderziehung **4 384; 5 474**. — Rechtslage nach Beendigung bis zur Auseinanderziehung; Gemeinschaft zur gesamten Hand; Miete u. Wohnung seitens der Frau; Pfandrecht d. Vermieters an den Füllaten? **3 1, 480; 4 384; 5 474** (Mitbesitz der Frau). — nach Beendigung, aber vor Auseinanderziehung anfallende Erträge des Gesamtguts **3 1, 480; 4 384, 385**. — einstweilige Verfügung nach Beendigung, aber vor Auseinanderziehung auf Zuweisung d. Hälfte der nach Beendigung anfallenden Erträge des Gesamtguts an einen Gatten **4 384, 385**. — Vereinbarung einer Fortdauer des Gesamthandverhältnisses an einzelnen Gegenständen nach Beendigung **5 474**. — notwendige Streitgenossenschaft der Ehegatten nach Beendigung bis zur Auseinanderziehung **5 474**. — Auflassung bei Übernahme e. Grundstücks seitens eines Gatten in der Teilung, keine Anwendung des § 1477 Abs. 2 **1 2, 57; 2 1,**

(Gütergemeinschaft allgemeine)

627. — Ausübung des Wahlrechts nach § 1478 bis zur Beendigung der Teilung zulässig 2 1, 627. — Unabänderlichkeit der Erklärung über das Wahlrecht nach § 1478 5 475. — Anspruch des Ehegatten auf Erlass von Verwendungen, die er aus seinem Vorbehaltsgut vor Zuteilung auf e. Gesamtgutsgegenstand macht, den ein Gläubiger nach der Teilung im Wege der Zwangsvollstreckung herausverlangt 1 2, 57. — Anfechtung der Aufhebung der G. seitens der Gläubiger 2 1, 627; 6 469; 7 482 (s. Gläubigeranfechtung). — bedingte, betagte Verbindlichkeiten unter § 1480 BGB. fallend 7 483. — Ansprüche einer Genossenschaft auf Nachschüsse gegen den Ehemann nach Aufhebung der G. 7 483. — Erlöschen e. Alimentationsanspruchs der Mutter d. Ehefrau gegen den Ehemann mit Eintrag der Aufhebung in das Güterrechtsregister 2 1, 627. — Zwangsvollstreckung nach Auseinandersetzung gegen die Frau auf Grund e. Titels gegen den Mann? 3 2, 548; 4 385; 5 851; 6 469 (2) (vgl. oben Schuldenhaftung). — Klage e. Gesamtgutgläubigers gegen einen Gatten, der bei der Auseinandersetzung nichts erhalten hat 6 468, 469. — Erbschöpfung des Gesamtguts durch Befriedigung d. Gläubiger einschließlich der Erbschaftsprüde der Gatten 6 469. — Einwand der Unpfändbarkeit des e. Gatten zugeheilten Gegenstände gegenüber der Klage nach § 1480 6 469. — Beendigung durch den Tod eines Gatten ohne Hinterlassung gemeinschaftlicher Abkömmlinge; Anspruch d. Erben auf Mitbeß, Einsicht von Urkunden 1 2, 57; 3 1, 481 (Gemeinschaftsverhältnis). — Stellung d. überlebenden Gatten im Fall des § 1482 bis zur Auseinandersetzung 3 1, 481. — Klage e. Gesamtgutgläubigers aus e. gegen den Mann ergangenen Urteil auf Erteilung der Vollstreckungsklausel gegen die Erben der Frau (§ 1482) 1 3, 241, 247; 4 385. — Lebensversicherungssumme bei nicht fortgesetzter G.; keine Pflicht des die Summe erhaltenden Gatten auf Erstattung der aus dem Gesamtgut gezahlten Prämien 5 474. — Beweislast d. Ehegatten, der bestimmte Summen oder Sachen verlangt 7 483. — Erhebung d. Auseinandersetzungsklage trotz § 99 FGG. 7 1018. — Beurkundung u. Durchführung e. gerichtl. Auseinandersetzung 7 1018.

Gütergemeinschaft fortgesetzte allgemeine.

Übergangsrecht s. auch eheliches Güterrecht, die einzelnen Staaten. — Zeugnis nach § 1507 BGB. bei G. des älteren Rechts 2 1, 800. — Verkauf u. Belastung eines vor 1900 erworbenen Grundstücks; vorherige Umschreibung auf

die Erben? 2 1, 801. — Ausschluß in einem vor 1900 errichteten ein- oder wechselseitigen Testament 3 1, 703. — Eintritt nach 1900 bei einer vor 1900 geschlossenen Ehe 4 551. — Werbung bei fortgesetzter G. westfälischen Rechts 4 551.

U l l g e m e i n e s. — Zeugnis bei Eisenbleiben i. ungeteilten Gütern; Inhalt, Verbindung mit Erbschein nach dem Verstorbenen bzgl. des Vorbehaltsguts 1 2, 58; 2 1, 627, 767; 6 469; 7 484 (Voraussetzung f. Erteilung). — Einziehung d. Zeugnisses nach Beendigung d. G. 1 2, 58. — Ablehnung der Ausstellung e. Zeugnisses nach Beendigung der f. G. 1 2, 58. — Anwendung des § 2370 (Zeugnis bei irriger Todeserklärung) 3 1, 481. — Gebühr f. das Zeugnis 5 474. — Anspruch der Abkömmlinge a. d. Zeugnis? 6 469. — leibwillige Verfügung über den Anteil einseitiger Abkömmlinge am Gesamtgut 4 385 (s. unten). — Erbnwürdigkeit des parens superstes 1 2, 58. — Berliner Testament 4 385.

Rechtsverhältnisse während bestehender f. G. — juristische Struktur d. Rechte d. Teilhaber 6 469. — Verfügung e. Gütergenossen über seinen Anteil; obligatorische Vorträge 1 2, 58; 2 1, 627; 3 1, 479. — Pflicht des überlebenden Gatten zur Inventarisierung? 2 1, 627; 3 1, 111. — Klage des einzelnen Gütergenossen auf Leistung an die Gemeinschaft 4 385. — Fortsetzung e. z. G. gehörenden Handelsgeschäftes durch den überlebenden Gatten 6 469. — Übergang des der Frau nach § 1449 erworbenen Rechts auf Geltendmachung d. Unwirksamkeit e. gegenwärtigen Rechtsgeschäftes auf ihre Abkömmlinge? 3 1, 481. — Berechtigung der Witwe zur Veräußerung u. Auflassungserklärung namens d. minderjährigen Kinder; keine Pflegerbestellung 1 2, 57; 3 1, 481; 4 385. — Hypothekenabtretung seitens der Witwe 1 2, 57. — Auflassung der noch auf beide Eheleute eingetragenen Grundstücke an Dritte 3 1, 481. — Anteil e. Abkömmlings in dessen Ehe 3 1, 479, 481; 2 1, 627 (Zustimmung des Ehegatten). — Zwangsvollstreckung in Grundstücke, die auf den Namen der beiden Gatten stehen 2 1, 627. — Mündelforderungen im Konkurs über das Gesamtgut der f. G. nach dem verstorbenen Vormund vorrechtsberechtigt 4 385. — zugunsten des überlebenden Gatten abgeschlossene Lebensversicherung 5 474. — Ersetzung der nicht zu erlangenden Zustimmung der anteilsberechtigten Abkömmlinge durch das Gericht 1 2, 57. — Verfügung des die G. fortsetzenden Ehegatten über einen dem Gesamtgut zugehörenden Nachlassanteil 4 492. — Pfändung des zukünftigen An-

teils e. Abkömmlings bei späterem Verzicht nach § 1491 6 469. — Anfechtung der v. e. Abkömmling erklärten Einwilligung zur Grundstücksveräußerung durch Gläubiger 6 469. — Vorbehaltsbestimmung im Urteil im Falle beschränkter Haftung nach § 1489 Abs. 2 4 385; 5 474; 6 469. — von parens superstes über das Gesamtgut errichtetes Testament 2 1, 629. — kann der Vater die Erklärung der Einwilligung der von ihm vertretenen Kinder nach § 1445 an sich selbst richten? 3 1, 60, 539 (s. elterliche Gewalt, Pflegschaft). — Klage des Ehemanns e. Abkömmlings gegen e. Dritten auf Rückleistung e. Geschenkes; Stellung der Frau 7 484. — kein Recht des einzelnen Abkömmlings nach Beendigung bis zur Auseinandersetzung die Ungültigkeit e. Verfügung d. überlebenden Gatten gegen den Dritten geltend zu machen 7 484. — Vollmächzerteilung an den überlebenden Gatten z. Veräußerung e. Grundstücks 7 484. — Nachweis gegenüber dem Grundbuchamt, daß keine anderen als gemeinschaftliche Abkömmlinge vorhanden sind 6 1040.

Verzicht eines Abkömmlings. — Wirkung auf e. vorher erfolgte Pfändung des zukünftigen Anteils 6 469. — rückwirkende Kraft des Verzichts nach § 1491? 1 2, 58. — Wirkung eines Verzichts auf d. Abkömmling des verzichtenden Abkömmlings 6 469. — Übergang e. Grundstücks ohne Auflassung an den überlebenden Gatten bei Verzicht der Abkömmlinge 4 385; 5 474; 6 469; vgl. 7 484 (2). — Abgeben des Anteils gegen Abfindung als Verzicht nach § 1491 5 474. — dingliche Wirkung des Verzichts 5 474. — obervormundschafftliche Genehmigung e. Verzichts auf die Quote 7 484.

Beendigung. — Aufhebung durch Verzicht aller Abkömmlinge 4 385 (s. § 474; 6 469). — Entmündigung des parens, Abwesenheitspflegschaft, Verschollenheit kein Aufhebungsgrund 2 1, 627. — Aufhebung bei Verminderung des Gesamtguts durch großes Verschulden? 2 1, 627. — Aufhebung bei Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte oder Zuchthausstrafe des parens? 2 1, 627. — „erhebliche Gefährdung“ im Sinne des § 1495 Ziff. 1 4 386. — Übernahme des Gesamtguts durch e. Abkömmling; Übertragungsakt 6 469. — Wirkung der Veräußerung d. Anteils nach Beendigung der f. G.; Notwendigkeit der Auflassung 7 484. — Auflassung bei Übernahme des Gesamtguts durch d. überlebenden Gatten nach § 1502 BGB.? 7 484. — rechtl. Natur der Erklärung d. überlebenden Gatten auf Übernahme des Gesamtgutes (§ 1502); Annahmepflicht? 7 484.

Abelendung, Ausschluß u. An-

derung der f. G. — Vereinbarung sofortiger Auseinandersetzung im Ehevertrag 2 1, 627. — Anfechtung der Annahme e. f. G.; obervormundschafftliche Genehmigung 1 2, 57. — Folgen der Ablehnung oder des vertragsmäßigen Ausschlusses 4 491. — Schranken für willkürliche Änderungen 1 2, 58; 2 1, 628; 3 1, 481. — kann dem überlebenden Gatten d. Nießbrauch an d. Erbteilen der Abkömmlinge f. d. Zeit nach Wiederverheiratung zugewandt werden? 1 2, 58. — im wechselseitigen Testament über die Teilung nach dem Tod des Letztversterbenden getroffene Anordnungen 1 2, 58; 7 484. — Ausschluß der f. G. in wechselseitigem Testament 1 2, 58. — Ausschluß sämtlicher Abkömmlinge durch wechselseitiges Testament 1 2, 58 (2); 2 1, 628; 3 1, 481; 4 386. — Anspruch des Dritten, dem nach § 1514 der dem ausgeschlossenen Abkömmling entzogene Betrag zugewandt wird 2 1, 628. — Wirkung der Ausschließung gegen d. Beszendenten d. Ausschlossenen 2 1, 629; 3 1, 481; 6 470. — Wirkung e. Ablehnung der f. G. seitens d. parens superstes auf die Ausschließung e. Abkömmlings 2 1, 629. — Vereinbarung im Ehevertrag, daß der parens superstes die Immobilien zu e. bestimmten Anschlagspreis übernehmen dürfe 5 474. — Erbsetzung der Ehefrau neben f. G. 6 470. — Kürzung d. Anteils e. Abkömmlings über die Hälfte 6 470.

Guter Glaube s. Eigentumserwerb. — Nichtkennen eines Urteils, durch das der Autor sein Recht verlor 4 703. — des Ansetzerers in der Zwangsvollstreckung s. diese. — bei Erwerb eines Pfandrechts im Handelsrecht s. Pfandrecht, Expedition, Lagergeschäft, Kommissionsgeschäft, Frachtgeschäft. — bei Erwerb einer nach § 844 BPD. öffentlich versteigerten Forderung, wenn die Anordnung durch ein unzuständiges Gericht erfolgte 5 872 (s. Zwangsvollstreckung). — Schutz des g. Gl. im Falle des § 161 BGB. 1 1, 29. — Schutz des g. Gl. als Zweck d. Schadenshaftung nach § 122 BGB. 1 1, 72. — kein Schutz des g. Gl. bei Rechtsgeschäften mit dem Vereinsvorstand 1 1, 26, 45. — Kennenmüssen, Begriff 4 33. — Schutz des gutgläubigen Gegners bei den gegen ein Veräußerungsverbot (§ 135 BGB.) verstoßenden Geschäften 7 48.

Güterrechtsregister s. gesetzl. Güterrecht, Vorbehaltsgut. — Anwendung des § 1435 auf die Verhältnisse Deutscher im Auslande? 1 2, 367. — Eintragung des Widerrufs oder Einspruchs des Mannes einer im Auslande lebenden Frau bei Gewerbebetrieb im Inland 1 2, 367. — Verlegung des Wohnsitzes ins Ausland u. § 1435 u. Art. 16 GG/BG.

(Güterrechtsregister)

6 583. — Eintragung eines vor 1900 geschlossenen Vertrags auf Ausfluß der Gütergemeinschaft? **5 632.** — Eintragung e. Ehevertrags in das G. vor Schließung der Ehe? **1 2, 52, 60; 2 1, 630.** — Vorlegung des Ehevertrags bei gemeinsamem Eintragungsantrag beider Ehegatten nötig? **1 2, 60.** — Nachweis d. Güterstandes durch Konstatierung des Notars oder durch Vorlegung d. Ehevertrags oder durch Konstatierung des Notars im Kaufvertrag, daß er den Ehevertrag eingesehen habe **7 485.** — Vollmacht d. Notars z. Stellung d. Eintragungsantrags **1 2, 60; 2 1, 630; 6 471; 7 484, 1023.** — Form des notariellen Eintragungsantrags **1 2, 60; 3 2, 241** (§ 1560 Abs. 2 BGB.; Vollmachtsvorlage); **4 867; 5 1018, 1019.** — Eintrag des gesetzlichen Vorbehaltsguts **1 2, 40.** — Eintragung e. durch das Vormundschaftsgericht erlassenen Verfügung auf Aufhebung d. Beschränkung der Schlüsselgewalt **1 2, 60.** — Einspruch, Widerruf d. Einwilligung und Zurücknahme d. Widerrufs des Mannes gegen d. Betrieb e. Erwerbsgeschäftes d. Frau **1 2, 60; 4 383.** — Eintragung, daß die Frau ein Erwerbsgeschäft betreibt? **4 383.** — auf leztwilliger Verfügung beruhendes Vorbehaltsgut **1 2, 61.** — Eintragung der zum persönlichen Gebrauch der Frau bestimmten Gegenstände **4 383.** — durch einstw. Verfügung ausgesprochene Änderung d. Güterverhältnisses (Aufhebung d. Verwaltung u. Nutzung) **1 2, 61; 2 1, 630; 4 387; 6 471.** — kann der Grundbuchrichter als Legitimationsnachweis Eintragungen in das G. verlangen oder muß ihm Vorlegung d. Ehevertrags genügen? **4 386** (s. Eintragung). — Eintragung in das G. die einzige zulässige Legitimation für die Verfügungsfähigkeit? **3 1, 483; 4 387; 6 471** (s. **3 1, 479**). — Prüfungsrecht des Richters; Ablehnung e. Antrags wegen überflüssiger Vertragsbestimmungen? **4 386.** — Fassung der Einträge **3 2, 241.** — Eintrag bei e. unzuständigen Gericht **1 2, 52; 5 477.** — Anwendung des § 7 FGG. auf das G. **5 477.** — Widerlegung d. praesumptio Muciana durch das G. **1 2, 52; 4 383; 5 477, 1018.** — Ehevertragsklausel, daß die vereinbarte Ertragsgemeinschaft mit Rückwirkung vom Tage d. Eheschließung gelten soll **4 386; 5 477.** — Eintrag d. bei Wiederherstellung d. aufgehobenen ehelich. Gemeinschaft eintretenden Gütertrennung **1 2, 86.** — Eintrag e. Ehevertrags, durch den an Stelle d. Gütergemeinschaft der gesetzl. Güterstand eingeführt wird **1 2, 52.** — Eintragung des wegen Aufhebung d. häuslichen Gemeinschaft eintretenden Wegfalls der Schlüsselgewalt; Beschwerde der Frau? **5 1018.** — Eintragungsfähigkeit

im allgemeinen **1 2, 52.** — Eintragungsfähigkeit d. gesetzl. Güterstandes, wenn er als Abänderung des eingetragenen Güterstandes eintritt **1 2, 52.** — ist bei Vereinbarung des gesetzl. Güterstandes Angabe nötig, ob Verwaltungsgemeinschaft oder Gütertrennung? **3 1, 478.** — Ausfluß der fortgesetzten Gütergemeinschaft **3 1, 479; 5 472.** — Eheverträge über fortgesetzte Gütergemeinschaft eintragungsfähig? **5 472.** — Wirkungen des § 1435 **1 2, 40; 3 1, 479; 4 383; 5 472; 6 467** (Anwendung bei gesetzl. Erwerb, Erwerb durch Zwangsvollstreckung). — Einfluß d. Eintrags auf d. Beweislast **3 1, 479.** — Haftung für absichtliche Herbeiführung falscher Einträge **5 472.**

Gütertrennung. — Beseitigung der bei Wiederherstellung der aufgehobenen ehelichen Gemeinschaft eintretenden G. (§ 1587) durch Ehevertrag **1 2, 86.** — Vereinbarung, daß alles Vermögen, das die Frau hat oder erwirbt, ihr Vorbehaltsgut sein soll, als G. **1 2, 52; 2 1, 623.** — Unterlagen e. Gewerbebetriebs der Frau **1 2, 51** (s. Handelsfrau). — Prozeßkostenvorschußpflicht des Mannes? **1 2, 51; 2 1, 623; 7 482** (s. Ehemann). — § 1428 (ius cognos) **1 2, 51.** — Verwaltungseinräumung an den Mann; Eigentumsverwerb an d. Einkünften **3 1, 477.** — kann der Mann bei Verwaltungseinräumung die bei Beendigung der Verwaltung von ihm gezogenen, noch vorhandenen Einkünfte behalten? **1 2, 52; 2 1, 623.** — Verzicht der Frau auf die Befugnis, im Falle des § 1430 das freie Verwendungsrecht des Mannes jederzeit einseitig zu beschränken oder auszuschließen **3 1, 478.** — Beitragspflicht der Frau zum ehelichen Aufwand bei getrenntem Leben **3 1, 477; 6 464; 7 482.** — Ausschluß d. Beitragspflicht d. Frau zum ehelichen Aufwand durch Vertrag **2 1, 623** (s. ehelicher Aufwand). — Beweislast über das Unvermögen der Frau zur Beitragsleistung (§ 1427) **4 383.** — rückständige Beitragsraten der Frau (§ 1427) **5 469.** — Widerruf der dem Mann übertragenen Leitung d. Erwerbsgeschäftes der Frau **5 469.** — Anwendung des § 1430 auf offene Handelsgesellschaft unter Ehegatten (s. diese) **6 464.** — Eintrag d. G. in das Grundbuch **1 2, 48.** — Erlöschen des dem Mann eingeräumten Verwaltungsrechts bei Konkurs d. Mannes **3 2, 254, 260.**

Gute Sitten vgl. unerlaubte Handlungen (§ 826), Wucher, Konkurrenzverbot, Treu u. Glauben, nichtige Geschäfte.
I l b e r g a n g s r e c h t. — rückwirkende Kraft des § 138; Rückforderung einer nach altem Recht zur Erfüllung einer rechtswirksamen Verbindlichkeit gemachten Leistung **1 2, 416; 7 59.**

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

Allgemeines. — ausländisches, gegen die g. S. verstoßendes Recht (Art. 30 EGBGB.) s. ausländisches Recht. — Begriff, Maßstab 11, 85, 478; 21, 67, 68; 31, 46, 47; 4 45; 5 43; 6 58 (g. S. u. Sittlichkeitsgebote); 7 50, 51 (bloße Verletzungen der Moral, der Sittlichkeit?). — Verletzung von öffentlichen oder nur von privaten Interessen unter § 138 BGB. fallend? 7 51. — g. S. u. „richtiges Recht“ 5 83. — Verstoß gegen d. g. S. aus d. Gesamtcharakter d. Rechtsgeschäfts, aus obj. u. subj. Momenten zu entnehmen 21, 67, 68; 31, 47; 5 43. — Einfluß des Erfolges auf die Frage des Verstoßes gegen die g. S.? 6 58. — Verhältnis d. Verstoßes gegen d. g. S. zum Verstoß gegen e. Verbotsgesetz 5 40; 7 47, 52. — Verhältnis d. Abs. 2 zu Abs. 1 d. § 138 5 48; 6 64 (hohe, aber nicht wucherische Provisionen). — Verhältnis d. § 138 zu § 817 BGB.; Nichtigkeit des Leistungsgeschäftes wegen Unfittlichkeit der causa? Konditions- oder Binditionsanspruch bei Unfittlichkeit der causa? 11, 85; 21, 66; 4 44, 45, 46; 5 42, 43; 6 58; 7 51 (s. ungerechtfertigte Bereicherung). — Verhältnis d. § 226 zu § 826 BGB. 31, 69, 357; 5 65 (s. Schikane). — § 309 auf Verstoß gegen d. g. S. nicht anwendbar 21, 209. — Bestätigung e. unfittlichen Rechtsgeschäfts 31, 50; 5 48. — Berufung eines Dritten auf die Unfittlichkeit e. Geschäftes 6 58. — Begründung von Unterlassungspflichten mit Verstoß gegen d. g. S. 5 42. — Unterlassungsanspruch bei e. gegen d. g. S. verstoßenden Drohung 11, 159. — Ausbeutung d. formalen Rechtslage 31, 85. — Einfluß d. Nichtigkeit d. obligatorischen Geschäftes auf das dingliche Erfüllungsgeschäft 7 51 (s. Nichtigkeit). Einzelfälle. — Verzicht auf Rechtsverfolgung? 5 41. — Selbsthilfevertrag? 5 42. — Ausschluß d. Haftung für grobe Fahrlässigkeit? 7 132. — unanfechtbare Feststellung e. unfittlichen Forderung durch d. rechtskräftige Urteil 31, 49. — Ermittlung u. Ausbeutung e. Urteils 5 46 (s. unerlaubte Handlungen, § 826). — Vereinbarung d. Zuständigkeit e. örtlich unzuständigen Gerichtes? 7 59. — Vergleich über eine fingierte Forderung bei Kenntnis nur des Berechtigten von dem Nichtbestehen 7 59. — vertragmäßige Ausschließung der Revision im voraus 21, 68 (s. Rechtsmittel). — keine Unanfechtbarkeit eines schiedsgerichtlichen Urteils wegen Verstoßes gegen d. g. S. 4 47. — Vereinbarung, daß die eine Partei Schiedsrichter bei Vertragsstreitigkeiten sein soll? 6 58. — größeres Recht einer Partei bei Zusammenfassung e. Schiedsgerichts 6 64. — Schiedsvertrag zwischen Arbeitgeber u. „nehmer mit Er-

ennung des Werkführers des Arbeitgebers zum Schiedsrichter verstößt nicht gegen d. g. S. 11, 85. — Annahme e. erzwungenen Willenserkl. als Verstoß gegen d. g. S. 11, 72. — Forderungsbretung geg. d. g. S. 11, 86 (Abtretung zwecks Abschneidung schuldnerischer Einwendungen); 5 31. — Fesseln, um Zeuge zu sein 4 47; 5 46; 7 59 (s. Abtretung). — Abtretung aller zukünftigen Geschäftsforderungen 6 64. — Abtretung zwecks Anmeldung im Subhastationsverfahren 6 64. — Abtretung v. Mietzinsen, um sie dem Zugriff d. Hypothekgläubiger zu entziehen 7 59. — vertragl. Aufrechnung e. Forderung aus e. unfittlichen Geschäft 5 155. — gegen d. g. S. verstoßendes Abzahlungsgeschäft 5 43, 614. — Beschluß e. Gastwirtsvereins, der den Mitgliedern d. Ausschänken von $\frac{2}{10}$ untersagt 6 58. — Boykottieren e. Gastwirtschaft 6 58 (s. Boykott). — gegen d. g. S. verstoßender Bierlieferungsvertrag? 31, 46, 47; 4 46; 5 43; 6 58; 7 52 (Abwälzung der durch Ringbildung d. Brauereien versuchten Preiserhöhung auf die Wirte). — langjährige Bindung des Wirtes an e. Bierlieferungsvertrag 7 52. — Zustimmung d. Hypothekgläubigers e. in Konkurs geratenen Wirtes z. Übertragung der Konzeption auf ein von der Ehefrau d. Schuldners gepachtetes Grundstück nur gegen Sicherheitsleistung der Frau 7 52. — Darlehnsvertrag mit Bierbezugspflicht 7 52. — Vertrag, daß das von e. Brauerei gegebene Darlehen vom Wirt durch Zahlen e. Überpreises auf das Bier beglichen und der Wirt solange zum Bierbezug von der Darlehnsgeberin verpflichtet sei 4 919 (vgl. ähnliche Fälle unter Bierlieferungsvertrag). — Geheimhaltungsvertrag? 31, 46; 4 45. — „Bezugsverträge“, durch die der Einzelverkäufer sich verpflichtet, allen Bedarf von einer bestimmten Fabrik ausschließlich zu beziehen 6 57. — Vereinbarung d. Geheimhaltung der erteilten Auskunft 7 51. — unbefugte Benutzung e. Namens zu Reklamezwecken 4 5. — Kartellverträge? 11, 83, 85; 21, 66; 31, 45 (s. Kartell, unerlaubte Handlungen). — Mißbrauch e. Monopolstellung 5 45. — wucherische Ausbeutung e. Monopols durch Kartelle 21, 67. — Konkurrenzverbote in d. Kartellverträgen 31, 46. — Konkurrenzverbot in angemessenen Grenzen 21, 69; 4 46; 5 45; 7 54. — Konkurrenzverbot unter Ehrenwort 7 54. — Konkurrenzverbot unter Ausschluß gerichtl. Entscheidung 7 54. — s. d. Frage der Unfittlichkeit e. Konkurrenzverbotes maßgebender Zeitpunkt 7 54. — Konkurrenzklausel zwischen den amerikanischen Zahnärzten 7 54. — Behalten eines Angestellten b. nachträglicher Kennt-

(Gute Sitten)

nis e. Konkurrenzverbotes 7 54. — Boykott (f. diesen) 7 55; 6 58. — den Geschäftsbetrieb d. Betroffenen nur erschwerende, nicht unmöglich machende Maßregeln 7 55. — Vergleich der eigenen besseren Ware mit der e. Konkurrenten in Reklamen 7 55. — Verwertung eines durch Zufall erfahrenen Betriebsgeheimnisses 7 55. — Ausschluß d. Haftung f. die durch die Angefallenen d. Kaiser-Wilhelm-Kanals verursachte Schiffsbeschädigung (f. Kaiser-Wilhelm-Kanal) 7 18, 19, 55. — Androhen von Ausnahmetarifen an die Abnehmer zwecks Beseitigung der Konkurrenz 2 2, 200. — Tarifvertragsbestimmung, daß bei Akkordarbeit mindestens d. übliche Stundenlohn zu zahlen sei? 3 1, 48. — Aufnahme e. ärztlichen Stelle in d. Kaveteliste (f. schwarze Liste) 7 55. — Abmieten von Angestellten, Dienstboten 6 60 (f. unerlaubte Handlungen). — schwarze Listen 6 60 (f. unerlaubte Handlungen). — Warnung „Zugzug fernhalten“ im Lohnkampf 6 61. — Anmeldung e. Etablissementserfindung auf den Namen der Frau des Erfinders 7 55. — Eintretenlassen und Gebrauch eines bereits von einem anderen benutzten, ungeschützten Warenzeichens 5 43; 6 64, 101; 7 92, 93. — gegen d. g. S. verstoßende Vereinbarungen eines Dienstvertrages 2 1, 69; 3 1, 251; 4 46; 5 44. — Vorbehalt einer Änderung der Vergütung f. d. Fall der Kündigung d. Dienstvertrages 6 59, 62. — Dienstvertrag mit vereinbarter teilweiser Zahlung des Gehaltes an d. Ehefrau d. Angestellten zur Verhinderung e. Gehaltspfändung 6 63; 7 53 (f. Lohnbeschlagnahme). — Versprechen besonderer Vergütung der dem Angestellten nach dem Dienstvertrag ohnehin schon obliegenden Leistungen 7 53. — dem Handlungsgehilfen ohne Sondervergütung übertragene Nebenbeschäftigung unter gleichzeitiger Vereinbarung d. Haftung d. Gehilfen 7 54. — Übertragung e. bisher selbständig betriebenen Geschäftes an die Ehefrau unter Eintritt des Mannes als Angestellter 7 53. — Abzug e. Preisminderung an d. Provision d. Reisenden 4 46. — Vorenthaltung d. Provisionen eines Bezirksagenten f. d. ohne f. Mitwirkung geschlossenen Geschäfte 5 44. — Gehaltsminderung wegen Nichterzielung e. bestimmten Penjuns von Abschlüssen durch d. Versicherungsreisenden 5 44; 6 62. — Statuierung d. Besugniss d. Dienstherrn zur Gehaltsverweigerung bei Nachlässigkeit 2 1, 69. — Vereinbarung d. Haftung d. Filialleiterin f. jedes Manko bei nur geringem Gehalt 5 44. — allzu niedriges Gehalt f. e. Handlungsgehilfen 4 46; 5 44. — Abzug d. f. die Urlaubszeit gemährten

Gehalts im Falle des Austritts d. Handlungsgehilfen 6 59. — Vereinbarung d. Bezahlung d. Ausstellers für den gesetzlichen Ausgangstag durch d. Kellner 7 54. — Verweisung d. Arbeiters wegen d. Lohnes durch d. Arbeitgeber an e. Dritten 4 46, 194. — Vereinbarung des Verlusts aller Einzahlungen in eine Fabrikpensionkasse f. d. Fall des Austritts 6 59; 7 53, 54. — Ausbedingung eines Kündigungsrechts nur f. d. einen Vertragssteil 2 1, 68. — Vereinbarung ungleichartiger Kündigungsfristen b. Dienstvertrag 3 1, 259. — zu scharfe Kündigungsbedingungen für den Arbeitnehmer 6 59. — Bindung eines Arbeiters f. mindestens 1 Jahr 6 59. — vertragsmäßiger Verzicht auf d. Koalitionsrecht 2 1, 67; 5 42. — vertragsmäßige Beschränkung d. Koalitionsfreiheit d. Arbeiter (f. diese) 4 980. — Koalitionsverbot? 2 1, 64, 67; 3 1, 48. — Vertragsstrafe eines Arbeiters im Fall d. Eintritts bei einem Konkurrenten 6 60. — Statuierung e. Ersatzpflicht d. Arbeiters bezügl. der durch sein Verschulden verwirkten Geldstrafen d. Arbeitgebers in d. Arbeitsordnung 2 1, 69. — Wähnenengagementsvertrag mit Verpflichtung zur Anschaffung unverhältnismäßig teurer Garderobe 2 1, 67. — Verkauf e. ärztl. zahnärztl. Praxis? 1 1, 86, 87; 2 1, 68; 5 42; 6 61; 7 56. — Verkauf eines Patentbureaus 6 61. — entgeltliche Aufnahme e. Arztes oder Zahnarztes zur gemeinsamen Praxisausübung 7 57. — Versprechen, künftige Erfindungen zu übertragen 7 51 (f. Etablissementserfindungen). — Verletzung d. Antwortpflicht d. Kaufleute b. Widerstreit sittl. Pflichten 3 1, 86. — Eingehen neuer Verpflichtungen seitens e. Kaufmanns trotz Kenntnis seiner Zahlungsunfähigkeit 6 62. — beschönigende Verschleierung der Geschäftslage 5 694. — feine Aktilegitimation eines Vereins zur Förderung gemerblicher Interessen zur Klage aus § 826 BGB. 3 1, 13. — Haftung d. Vereins f. e. vom Vorsitzenden veröffentlichten, gegen § 826 verstoßenden Artikel 3 1, 16. — Bordellbauvertrag 5 44; 7 53 (f. Bordell). — Gesellschaftsvertrag z. An- u. Verkauf e. Grundstücks z. Bordellzwecken 7 53 (2). — Mietvertrag über ein Bordellgrundstück 3 1, 47; 7 51; über Bordellmobiliar 5 44; 7 51. — Hausverkauf z. Bordellbetrieb 1 1, 86; 3 1, 47; 4 44; 5 44; 6 59; 7 51. — Veräußerung von Bordellen? 6 57; 7 52. — Klagbarkeit u. Vollstreckung e. Bordellhypothek 6 57; 7 51, 53. — Auflassung eines Bordelles 6 59. — Darlehen zur Einrichtung e. Bordells 5 43; 7 51. — Darlehen z. Zahlung d. Kaufpreises für e. Bordell 5 44; 7 51. — Wettverträge 3 1, 302 (f. Wette). — Auftraq

zum unerlaubten Spiel verstößt gegen d. g. S. 11, 85; desgl. Vermittelung von Rennwetten 11, 85. — Darlehen zu unfittlichem Zwecke 4 43, 220. — Darlehen zu Spielzwecken 5 44, 45; 6 65 (s. Spiel, Darlehen); 7 56, 57. — Kaufvertrag über einen Spielautomaten 7 57. — Versprechen einer abnorm hohen Vertragsstrafe 3 1, 47; 4 47; 5 45; 6 55 (2). — Vereinbarung e. sich täglich verdoppelnden Vertragsstrafe 5 126. — Vereinbarung e. Strafe f. jeden Tag der verspäteten Fertigstellung e. Hauses 6 58. — Verzicht d. Berechtigten auf die Unverleßlichkeit f. Geheimsphäre 3 1, 46. — Verpflichtung z. widerrechtl. Indiscretion 3 1, 46. — Tarifumgehung zwecks billigeren Transports 4 46. — Ausnutzung d. Furcht e. anderen zur Erlangung e. Vorteils 11, 86. — Vertrag über Rückgängigmachung e. Strafanzeige geg. Entschädigung 11, 87; 21, 69. — Versprechen gegen Entgelt, keinen Strafantrag zu stellen 6 64; 7 58. — Versprechen d. Unterlassung d. Strafanzeige bei Aushändigung e. schriftl. Geständnisses 4 47. — Unterlassung d. Strafanzeige gegen Erfaß d. Unterschlagungen d. Angestellten 7 54. — Schweigegehalt 11, 87; 3 1, 48; 5 42, 46. — Versprechen e. Geldentschädigung wegen e. Sittlichkeitsdelikts 21, 69. — Vertrag mit Schädigung d. Bauhandwerkerforderungen 3 1, 48. — Vorspiegelung d. Auszahlung d. „Baufapital“ 3 1, 46. — Abschluß e. für d. Bauherrn ungünstigen, für d. Unternehmer günstigen Vertrages auf Lieferung von Baumaterialien seitens d. Architekten 5 47. — Verschweigen d. Unedtheit d. Akzept d. Bezogenen d. W.-Gläubiger gegenüber 5 46. — Akzepttausch unter d. Form e. gegenseitiger W.-Bürgschaft 5 46. — Ausnutzung e. Wirtschaftskonzession als scheinbarer Vertreter d. Berechtigten 5 43. — Kaufvertrag über Gegenstände d. § 40 Ziff. 1 PatG. 5 47. — Abschluß eines Kaufvertrags unter Nichtaufklärung d. Käufers über e. Irrtum bezügl. d. Wertes der Kaufsache 7 57, 58. — Kauf- oder Lieferungsvertrag mit gemeinsamer Absicht des Käufers u. Verkäufers, das Publikum zu täuschen 5 47; 6 63. — Kaufvertrag mit e. d. Erwerbsfreiheit d. Käufers einmengenenden Klausel 5 47; 6 63 (Pflicht an die verkaufende Gemeinde, zu einem Vorzugspreis zu liefern) (s. 7 55). — Verschweigen, daß die Kaufsache schon von einem anderen Käufer als mangelhaft zurückgegeben wurde 2 2, 200. — Versprechen d. Mieters, das Haus gegen Kauflustige nicht schlecht zu machen 7 59. — Vertragschluß mit Ausnutzung der Geisteschwäche d. Gegners 5 46; 7 58. — Vertragsabschluß mit e. Trinker 3 1, 47. — nur zwecks Schädigung d. Gläubiger ge-

schlossenes fiduziarisches Geschäft 4 46. — pactum de non licitando? 11, 470; 3 1, 47; 48, 297; 5 42 (s. diese); 6 62; 7 56. — Verträge über scheinbares Mitbieten bei Submissionen 6 63; 7 56. — Vereinbarung zum Zwecke der Hebung der Preise bei Submissionen 7 56, 289. — Vereinbarung zwischen mehreren Submittenten über Zahlung e. Entschädigung seitens des siegreichen 6 63; 7 56 (2). — Gesellschaften zum Zweck gemeinsamen Bietens 11, 470; 3 1, 297; 4 47. — Gesellschaft z. Hebung d. bei Submissionen üblich gewordenen niederen Preise 7 289. — Bedingung des Versicherungsvertrags, daß die Versicherungssumme bis zur Auszahlung nicht zu verzinsen sei, bei Erhebung unbegründeter Einwendungen seitens d. Gesellschaft 7 57. — Versicherungsbedingung, daß die Entschädigung erst nach Monatsfrist auszu zahlen sei? 6 61. — gegen d. g. S. verstoßende Satzung einer Versicherungsgesellschaft 6 61, 62. — Vereinbarung d. einseitigen Ruhens der Pflichten d. Versicherers bis zum Eintritt des Erwerbers der versicherten Sachen in den Vertrag 7 51. — Nichtabschluß d. Haftung für e. Fahrgast seitens d. versicherten Tierhalters 7 59. — wichtiger Grundstücksverkauf; Ausdehnung der Nichtigkeit auf Nachtragsabkommen 6 63. — Eintragenlassen eines bereits von einem anderen benutzten ungeschützten Warenzeichens 6 64, 100. — Vereinbarung d. Verkaufs eines Grundstücks nur an Käufer deutscher Nationalität 3 1, 48. — Vereinbarung d. Nichtverkaufs eines Geschäftes an e. polnischen deutschen Staatsangehörigen 6 63. — Aufgabe e. Rechts trotz Kenntnis von d. Absicht d. Rechtsnachfolgers, d. Recht zur Schädigung Dritter zu benutzen 3 1, 48. — Bestimmung e. Gesellschaftsvertrags, daß die Anteile der mit Zahlung e. Zubeße säumigen Mitglieder unter Aufrechterhaltung ihrer Nachzahlungspflicht verfallen 6 62, 266. — unfittliche Bedingungen eines Darlehensvermittlers 7 59. — z. Umgehung d. Verbots d. Veräußerung e. Geschäftsanteils an einer G. mbH. geschlossener, äußerlich dem Verkäufer die Stellung als Gesellschafter belassender Vertrag 7 57. — abichtlich zum Nachteil der Aktiengesellschaft gefaßter Beschluß d. Generalversammlung auf Entlassung des Vorstandes oder Aufsichtsrats 7 57. — gegen die g. S. verstoßender Generalversammlungsbeschluß einer A.-G.; Begehung von Aktien an Anhänger der Mehrheit 7 57. — Aktienverkauf entgegen d. §§ 56, 56 a Ziff. 2 GewD. 3 1, 47. — entgeltliche Empfehlung e. in Kauf gestellten Gutes 2 1, 68. — Anstellung e. Anwalts gegen ein Figum 6 62. — Übernahme d. Schuld e. Dirne 2 1, 68. — Schweigevertrag mit

(Gute Sitten)

d. unehel. Mutter 4 47. — Vertragsklausel: „Lieferung der Kohlen nach Belgien aus- geschlossen, bei Zuwiderhandeln Preis- erhöhung“ 4 46. — Vertrag über „Modell- stehen“ 4 45. — Versprechen e. Entschädi- gung für die Verführte u. ihr Kind 6 62. — gegen § 31 Ziff. 1 R.D., § 3 Ziff. 1 AnsG. verstoßende Verträge 7 47, 52 (s. An- sehung im Konkurs, Gläubigeranfechtung). — Begünstigung einzelner Gläubiger beim Privatakkord 3 2, 278, 279; 4 46, 189, 820; 5 47; 6 62. — gegen § 241 R.D. verstoßender Vertrag 3 2, 285. — Einwilligung e. Hypothek für eine gegen die Frau d. Be- stellers begründete Forderung in gleich- zeitiger Absicht d. Benachteiligung anderer Gläubiger 7 59. — Begünstigungsabreden zwischen Gläubiger u. Schuldner 3 1, 46. — allgemeiner Kündigungsverzicht des Jagd- verpächters (b. Verletzung d. Schonzeit) 6 64. — Zinnschluß auf Verhängung geschäftlicher Sperre 3 1, 48. — Ver- wendung z. Streifarbeit 5 42, 45. — Mätkervertrag zwischen e. Angestellten u. e. Konkurrenzfirma s. Prinzipals 2 1, 69. — Vertrag über Abgabe e. Anteils an d. Trinkgeldereinnahmen an den Gastwirt 5 44. — Betreibung d. Rechtsangelegen- heit e. anderen auf eigene Kosten u. Gefahr gegen Abtretung e. Teils d. Anspruchs 5 46. — Vertrag zwischen Schankwirt u. Bürgermeister über Beschränkungen im Schankbetriebe mit Festsetzung e. Vertrags- strafe 2 1, 69. — Rücktritt vom Vertrag ohne vorherige Androhung 6 64. — Frei- bier bei Wahlen 2 1, 68. — Stimmrechts- verlauf e. Gesellschafters e. GmbH. 2 1, 69. — Verpflichtung, in e. Gesellschaft e. Amt nicht anzunehmen 3 1, 49. — Annahme e. übermäßig hohen Belohnung 2 1, 68. — Geschenkannahme mit Kenntnis des verbrecherischen Ursprungs 1 1, 86. — Versprechen e. Provision seitens des Liefe- ranten an e. Fabrikdirektor für Bestellungen 1 1, 86. — Ausnutzung eines Rechen- fehlers des Gegners bei Preisstellung 2 2, 200. — Abhängigmachen der Ge- nehmigung eines Baues an einer noch nicht fertigen Straße seitens der Gemeinde von Eintragung einer Straßenbaukostenlast u. Grundabtretung 6 62, 36. — gegen § 3 Nr. 1 AnsG. verstoßender Vertrag 6 64 (s. Gläubigeranfechtung); 7 47. — gegen d. g. S. verstoßender Mätkervertrag 1 1, 403. — gegen d. g. S. verstoßende Übernahme d. ärztl. Behandlung 1 1, 383. — Beschränkung e. Arztes in d. Freiheit seiner Niederlassung durch Vertrag mit e. Ärzteverein 7 55. — Vertrag auf Be- förderung d. Ehechließung 5 46. — Ver- träge über Einschränkung der Kinderzahl 7 58. — Vertrag über entgeltliche Abstan- nahme von d. Ehecheidungsklage 5 46;

7 51. — Zugeständnis e. Ehebruchs gegen Entgelt 6 64. — Verträge von Eheleuten über Scheidungsgründe nicht schlechthin unsittlich 1 1, 87. — Benutzung eines Defektins z. Ermittlung e. Scheidungs- grundes 6 64. — die Förderung der Scheidung bezielender Vertrag 7 58. — Vereinbarung über d. Strafantragsrecht wegen Ehebruchs 2 1, 69. — entgeltliches Versprechen, einer Scheidungsklage sich nicht zu widersetzen 7 58 (2). — Vertrag über Unterhaltspflicht u. Unterlassung einer Straf- anzeige zwischen geschiedenen Gatten 7 58. — Verträge über Bestatung des Getrennt- lebens von Ehegatten? 2 1, 68; 4 47; 5 42; 6 57. — Vorbehalt e. besonderen Wohn- sitzes f. die geschäftstreibende oder künst- lerisch tätige Frau 6 57. — Vertrag zwisch. Eheleuten, statt des Unterhalts eine Geld- rente zu gewähren 6 58. — Ehevertrag, der gegen die Grundprinzipien d. ehelichen Güterrechts verstößt 4 45. — Vereinbarung e. Entgelts für die Einwilligung z. Ver- ehelichung d. Tochter 6 62. — Verträge über d. Erziehungserwerb? 3 1, 47; 4 47; 7 58. — Versprechen d. Mannes, unter einer Vertragsstrafe f. die Genehmigung e. Grundstücksverkaufs durch die Frau einzustehen 6 60. — Konkubinat 5 46. — Vermächtnis an Konkubine 4 45. — Schen- kung unter d. Bedingung d. Unterlassung d. Geschlechtsverkehrs mit e. anderen als dem Schenker 2 1, 69. — Mitgiftver- sprechen 3 1, 48; 4 45; 5 46. — Ver- sprechen e. Provision an den Vormund f. den Fall d. Zustandekommens e. Ver- trags 1 2, 164; 2 1, 675. — Versprechen e. Schwiegegebendes an d. Vormund für Nichtverfolgung e. gegen d. Mündel ge- richteten Deliktes 1 2, 164. — § 138 an- wendbar auf lehtwillige Verfügungen 4 47; insbes. Vermächtnisse 4 45, 47. — Zuwiderhandlung d. Erben gegen e. ihm vom Erblasser auferlegte Verfügungsbe- schränkung 4 47. — Vertrag zwischen Erben u. Dritten über Ausschlagung d. Erbschaft 5 556. — Erbverzicht 6 62. — Ausschluß der Haftung des Reeders f. Fehler des Lotens 6 63.

Gutsüberlassungsvertrag (s. Altenteil) 3 1, 431. — Rechtsverhältnisse beim bäuer- lichen G. (Eintragungsfähigkeit, Fälligkeit, Vererblichkeit d. Abfindungen, Leistungs- ort) 2 1, 225. — Vorbehalt d. Verfügungs- rechts über die Substanz ohne dingl. Wirkung 4 44. — Löschung e. aus e. G. für einen Dritten eingetragenen miter- rusenen Zueindung 5 145. — Ver- erblichkeit d. Rechtes auf Abfindung 2 1, 255. — Abfindung bei bäuerlichen G. 2 1, 22 f. — als Vertrag über das gegen- wärtige Vermögen (§ 311 BGB.) 7 147.

Gutsverwaltung. — rechtl. Natur d. Ver- trags 7 281.

H.

Saager Abkommen f. Gerichtskostengesetz, Armenrecht, Sicherheitsleistung. — Anwendung des Art. 12 auf Kosten der Widerklage **3** 2, 350, 372. — Zustellungen im Auslande **5** 781. — Art. 17 (Personalfaft) **2** 2, 505. — Pflicht d. Ausländer zur Verschußleistung, Sicherstellung; Zulassung d. Ausländer zum Armenrecht **6** 1168, 1169. — Anwendung des Art. 10 auf die nach Art. 4 der Konvention zwischen Deutschland u. Rußland v. 12. XI. 74 über die Regelung von Hinterlassenschaften gestellten Anträge der Konsularbehörden **7** 579. — Rechtshilfeersuchen um Zeugen- oder Sachverständigenvernehmungen; Gründe f. Zeugnisverweigerung oder Ablehnung der S.-B.; Streit über Zeugnisverweigerung; Grund für Gutachtenverweigerung **7** 818 (2), 819 (2), 821 (3).

Haft f. Strafe.

Haftentschädigung. — Art d. Schadenserfaßes f. unschuldig erlittene U.-schaft **3** 1, 90. — Bezug bezüglich der Entschädigung erst nach rechtskräftiger Entscheidung über den Anspruch möglich **3** 1, 143. — Unterhaltspflicht des Staates gegenüber Verwandten e. unschuldig Verurteilten **3** 1, 492, 493. — Anspruch e. Ausländers wegen unschuldig erlittener Unteruchungshaft; Anwendung des Art. 31 GGWB. **3** 1, 677. — Verjährung d. endgültig festgestellten Ansprüche auf Entschädigung **4** 59, 61.

Haftpflichtgesetz f. unerlaubte Handlungen (§§ 823, 831, 840 ff. BGB.), Eisenbahn, Kaufaufzusammenhang, konkurrierendes Verschulden, Post.

Allgemeines. — Verhältnis des Haftpflichtgesetzes zu weitergehenden reichs- und landesgesetzlichen Vorschriften über die Haftung wegen Personenbeschädigung b. Eisenbahnbetrieb **2** 2, 333; **3** 1, 684; **3** 2, 145. — schließt § 5 HaftpfliG. die Gründung e. Eisenbahngesellschaft als GmbH. aus? **7** 1047. — Geltung des § 25 PrEisenbG. v. 3. XI. 38 nur noch für Sachbeschädigung **2** 2, 326, 327 (Anwendung des § 25 auf Straßenbahnen?); **3** 2, 145; **5** 1034 (Anwendung des § 254 BGB. für das preuß. Gesetz) (f. konf. Verschulden u. Eisenbahngesetz). — Verhältnis des Haftpflichtgesetzes zu den Unfallversicherungsgesetzen **2** 2, 317. — Bedeutung der von den Spruchbehörden der Unfallversicherung ergangenen Entscheidungen für die Gerichte bei Geltendmachung von Ansprüchen aus dem Haftpflichtgesetz **2** 2, 318. — Wahl des Verletzten zwischen Inanspruchnahme der Berufsgenossenschaft oder der Eisenbahn? **2** 2, 320. — Anwendung des

BGB. bei Auslegung des Haftpflichtgesetzes? **2** 1, 148, 149; **2** 2, 317 (f. unter Inhalt des Schadensanspruchs u. unerlaubte Handlungen). — Verhältnis d. § 276 BGB. zu § 1 HaftpfliG. **2** 1, 189. — analoge Anwendung auf andere, gleichartige Betriebe (Motorfahrzeuge)? **2** 2, 317. — Unterschied zwischen Haftpflicht nach § 1 u. § 2? **4** 875. — landesrechtliche Erweiterung der Haftung f. Personenschaden unzulässig **3** 1, 684. — Gerichtsstand (forum delicti commissi?) **2** 2, 318; **4** 875; **5** 1034 (Klage gegen einen auswärtigen, auf deutschem Gebiet eine Bahn betreibenden Staat). — muß der Verletzte einen ihm neben dem S.-Anspruch zustehenden Anspruch nach § 823 BGB. gegen Dritte dem Betriebsunternehmer abtreten? **1** 2, 390.

Betriebe des § 2. — Begriff der Gräberei **5** 1034. — Herstellung einer Baugrube **5** 1034. — städtisches Wasserwerk als Fabrik nach § 2 **5** 1035. — Fabrik z. Herstellung von Fässern umfaßt auch die Herstellung der Fassreifen **6** 1067. — Elektrizitätswerke **7** 1045.

Eisenbahn. — Begriff **2** 2, 321 (öffentlicher Fahrplan als Kriterium?); gleichviel ob mit Dampf, Elektrizität oder Pferden betrieben **3** 2, 137; **4** 872. — Straßenbahnen **3** 2, 135. — unterirdische Bergwerksbahnen **2** 2, 321; **5** 1030. — privaten, gewerblichen Zwecken dienende Bahnen? **2** 2, 321; **5** 1030; **6** 1062, 1063. — Feldbahn **2** 2, 321. — an einen Straßenbahnbetrieb angegliederter Omnibusbetrieb? **6** 1063. — Notwendigkeit des Geleises **4** 872. — Industriegeleise **5** 1030. — Arbeitsbahnen **5** 1030. — im Bau begriff. Bahnanlagen **5** 1030 (f. **2** 2, 321). — analoge Anwendung auf andere gleichartige Betriebe (Motorfahrzeuge)? **2** 2, 317; **4** 872, 873.

Betriebsunfälle. — Einzelfälle f. a. konfurr. Verschulden. — Begriff des Betriebes **2** 2, 319; **5** 1028 (Beförderungsgeschäft samt seiner unmittelbaren Vorbereitung und Abwicklung). — Unfall auf dem Bahnsteig **1** 1, 165; **3** 2, 135 (eventuelle Haftung aus dem Transportvertrag); **2** 2, 318; **4** 646 (Ausgleiten auf dem trotz Glatteis nicht bestreuten Bahnsteig; konkurrierendes Verschulden bei Betreten eines abgeperrten Steiges); **5** 1029. — Unfall beim Überschreiten eines Bahngleises **2** 2, 318; **3** 2, 135; **4** 84, 871. — Herabstürzen eines Gefirnisstückes von einem Bahnhofsgelände **3** 2, 135. — durch das Betriebsmaterial mittelbar oder unmittelbar herbeigeführte Un-

(Haftpflichtgesetz)

Explosion des Dampfessels einer Reservemaschine oder Explosion nach Beendigung des Dienstes 3 2, 135. — Unfälle auf Bahnhofsvorplätzen u. Zugängen 2 1, 26; 4 20 (s. Eisenbahn); 7 1039, 1040. — Versuch, in den fahrenden Zug zu springen 1 1, 165. — irrtümliches Aussteigen eines Reisenden bei Anhalten eines Zuges vor dem Einfahrtsignal 3 2, 136; 4 84. — Ausgleiten auf Trittbrettern; Nichtanhalten a. d. Seitengriffen 2 2, 318; 5 95, 1029; 6 1061; 7 1044. — Stromschuß durch einen auf die elektrischen Schienen herabgefallenen Telegraphendraht 4 871; 5 1029 (Mithaftung des Postfiskus). — auf die Schienen einer Bahnfällender Telegraphendraht 6 311; 7 1040. — Unfall durch einen herabgefallenen Leitungsdraht einer elektrischen Bahn während der zwecks Reparaturen erfolgten Betriebseinstellung 3 2, 135. — durch Schwingung des Drahtes veranlaßtes Herabfallen der Befrönung eines Leitungsmaßes bei einer elektrischen Bahn 3 2, 136. — Verletzung eines Passagiers durch von anderen hinausgehaltene oder geworfene Gegenstände 3 2, 136. — Verletzung eines Streckenarbeiters durch einen aus dem vorbeifahrenden Zug herausgeworfenen Gegenstand 4 871. — Herabstoßen des auf einen in Bewegung befindlichen Straßenbahnwagen aufspringenden Wollenden durch den Schaffner 3 2, 136 (s. 5 1032). — Betreten der Pfadform 4 84. — Einklemmen von Fingern in die Tür 5 95; 6 1065. — durch Schreden erfolgter Tod oder Gefährdung eines bloßen Zuschauers (Bahnwärters) an einem Eisenbahnunglück 2 1, 135, 495; 3 2, 136; 7 1040. — Verletzung durch ein aus dem Gepäck herabgefallenes Gepäckstück 6 1061; 7 1040. — Umschlagen einer Weiche 2 2, 318. — erhöhte Schwierigkeit des Ausweichens 2 2, 318. — Eile beim Aussteigen 2 2, 318 (2); 4 871; 5 1029; 7 1039. — Unfall während der bestimmungsgemäßen Beförderung 2 2, 318. — Verletzung durch ein vor einem vorbeifahrenden Zug scheinendes Pferd 2 2, 318 (Haftung des Tierhalters); 4 870, 871; 5 95, 1030, 1031, 1034 (s. auch unten Verhältnis zu § 254 BGB.); 6 1061. — Scheuwerden eines Pferdes infolge der ungewohnten Gestalt des stillstehenden Zuges 6 1062. — Stürzen über einen auf dem Bahnsteig stehenden Gepäckkarrn 2 2, 318. — Unfälle nach dem Aussteigen, beim Umsteigen 6 1061, 1062; 7 1039. — Halten d. Zuges außerhalb d. erhöhten Bahnsteiges 7 680, 1044. — beim Anhalten auf den Zwischenstationen sich ereignender Unfall 2 2, 319. — Zusammenstoß mit einem bereits stillstehenden Straßenbahnwagen

4 871; 5 1029. — Unfälle beim Stillstehen des Zuges; Aussteigen 5 1029; 7 114 (2), 1039. — Aussteigen aus einem Straßenbahnwagen 5 1029. — Unfall auf Anschlußgleisen 6 1063. — Unfall beim Transport von einem Anschlußgleise auf die Hauptbahn 2 2, 320 (s. 5 1030). — Unfall auf der Drehschleibe eines Industriegeleises 5 1029. — Unfall vor Eröffnung der Bahn 2 2, 321; 5 1030. — Unfall infolge Unterlassens der Aufstellung einer Wegschranke, die nach den Vorschriften der Aufsichtsbehörde nicht geboten war 2 2, 324 (s. 6 1065, 1066). — Mord in e. Eisenbahnabteil 7 1040. — Überfall während der Fahrt 5 1028. — Unfall des Arbeiters einer Firma, der mit Zustimmung der Bahnangestellten einen Wagen vom Verladegeleise zum Zuggeleise verschieben hilft 5 1029. — Unfall beim Entladen stillstehender Wagen 6 1061. — Verletzung eines unbeteiligten Dritten bei einer Schlägerei im Eisenbahnabteil 6 1061. — Anstoßen eines stillstehenden Wagens durch einen anderen 6 1061. — Unfall beim Hineilen zu einem Straßenbahnwagen 6 1061. — Begriff des Unfalls 6 1060. — „Unfall“ Gesundheitschädigung durch eine lange Zeit dauernde schädliche Einwirkung auf den Körper eines Menschen? 2 2, 320. — Unfall durch den Verkehr der Postwagen auf d. Bahnsteigen 2 2, 318; 7 20, 1040. — Verletzung beim Aussteigen, wenn wegen d. Länge des Zuges der Fahrgast nicht unmittelbar auf den Bahnsteig aussteigen kann 7 1044. — Sortieren der Steine auf dem Ladeplatz der Eisenbahn oder in den Waggon hinein als Unfall beim Steinbruchbetrieb 4 875. — Außenarbeiten bei einer Fabrik (Transport des Materials, Arbeit an den Ladekränen) 4 875; 5 1035 (Anschluß eines Hauses an eine Wasserleitung); 7 1045. — nicht Zudeckenlassen eines offen gefundenen Schachtes als Versehen des Fabrikleiters? 4 875. — Haftpflicht des Kohlenbergwerksbesitzers bei Scheuen des Pferdes vor einem Auspuffrohr 6 105. — Aufspringen e. geübten Rangierers auf d. fahrenden Zug 7 114. — unvorsichtiges Kreuzen der Geleise 7 114. — Durchfahren nach Niederlassen einer der beiden Schranken 7 114. — Erhöhung d. Betriebsgefahr bei den nur durch d. Wagenführer, nicht auch durch e. Schaffner bedienten Straßenbahnwagen 7 1044. — Unfall an d. Verbrauchsstelle der Stromabnehmer e. Elektrizitätswerkes 7 1045.

Betriebsunternehmer 7 1040 (2). — nicht der Eigentümer, sondern der, für dessen Rechnung u. Gefahr der Betrieb ausgeübt wird 2 2, 320; 5 1030; 7 1040. — Konzessionsberechtigter bei vertragsmäßiger Abtretung seiner Rechte an einen Dritten 2 2, 321. — Bahnbauunternehmer

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

2 2, 321. — preussischer Staat als Betriebsunternehmer der hessischen Bahnen 2 2, 321. — gemeinschaftliche Haftung der Internationalen Schlafwagengesellschaft 2 2, 321. — Betriebsunternehmer auf den Anschlußgeleisen 5 1030; 6 1063 (s. 2 2, 320). — Betriebsleiter nach § 2; Herrschaft über andere Arbeiter? 5 1035. — Motorführer einer elektrischen Straßenbahn Betriebsleiter? 5 1035. — Verhältnis der Betriebsunternehmer zueinander und zu anderen Haftpflichtigen 4 874; 5 1031 (Zusammenstoß zweier verschiedenen Unternehmern gehöriger Straßenbahnwagen u. Verletzung beider Führer; Einfluß der Zugehörigkeit der beiden Unternehmen zur gleichen Berufsgenossenschaft) s. auch unten Erstgeborene. — Gesamthaftung mehrerer Unternehmer; Ausgleichung 2 1, 263; 4 155; 5 181, 183.

Körperverletzung. — nur auf psychische Erregung zurückzuführende Schädigung der Gesundheit (Nervenerschütterung) 3 2, 137; 4 873 (Nähmungen). — Störungen des menschlichen Wohlbefindens, die anders als durch Zerstörung eines Teiles des menschlichen Körpers in die Erscheinung treten 2 2, 320.

Kausalsammenhang s. diesen. — Begriff 2 1, 133 f.; 4 871, 872; 5 1028. — durch Schrecken erfolgter Tod oder Krankheit eines bloßen Zuschauers an einem Eisenbahnunglück 2 1, 135, 495; 3 2, 136; 7 1040. — äußerer und innerer ursächlicher Zusammenhang 6 1062. — R. bei Schadenserfaß in Form von Rentenzahlungen; später eintretende Umstände, die den gleichen Schaden ganz oder teilweise ebenfalls verursacht hätten 7 1047. — Freiheit des richterlichen Ermessens hinsichtlich der Frage des R. 3 2, 136. — Unfall des Klägers, dessen über der Schulter getragene Sense vom Straßenbahnwagen gepackt wurde, so daß er zu Boden fiel und sich beim Aufstehen an der Sense verletzte 5 1030. — Schaden als die wirkliche, wenn auch erst durch Zutritt neuerer Umstände vermittelte Folge der Handlung 2 2, 319 (2); 3 2, 137; 5 1030. — Dazwischentreten der freien Handlung eines Dritten als Unterbrechung des R.? 2 2, 319. — hoher Grad von Wahrscheinlichkeit für den Zusammenhang zwischen Ursache u. Schaden 2 2, 319; 4 872. — Verjährung e. durch den Unfall hervorgerufenen Nervenleidens durch d. Prozeßaufregungen 7 1040. — krankhafte Disposition des Verletzten 2 2, 319, 320; 6 1068. — direkte körperliche Einwirkung des Betriebsereignisses nicht nötig 2 2, 320. — Tod insolge Marotose bei der notwendigen Operation 7 1040. — Unmöglichkeit d. Unfallsaufklärung 2 2, 322; 4 872. — Nachweis d. R. bei Überfahren durch die Bahn 7 1040.

— muß feststehen, daß der Unfall nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge ohne die schuldhafte Handlung nicht eingetreten wäre 4 871. — Zusammenhang zwischen dem Unfall u. einer im Krankenhaus eintretenden, weiteren Gesundheitsschädigung 4 872; 6 1062 (Kunstfehler des Arztes). — Verletzung beim Ausweichen oder Fliehen u. Fallen vor einem Bahnwagen 5 1030. — wird durch den Nachweis eines Verstoßes des Verletzten gegen die übliche Sorgfalt der Betriebsunternehmer erfulpiert? 5 1031, 1032. — Einfluß eines bei Entstehung des Schadensmitwirkenden Zufalls 5 1034. — R. bei Zurollen von Wagen auf Anschlußgeleisen durch Arbeiter e. Fabrik 6 1062. — Unfähigkeit des Verletzten z. Ausübung seines Berufs wegen der krankhaften, auf Entschädigung gerichteten Gedankenrichtung 6 1062.

Höhere Gewalt s. diese, Frachtgeschäft, Eisenbahn. — Begriff 2 2, 322; 5 1031. — mit einer gewissen Häufigkeit wiederkehrende u. bei der Natur des Betriebs unvermeidliche Ereignisse keine höhere Gewalt 7 1041. — Überfahren von Kindern unter 7 Jahren 3 2, 137, 140; 2 2, 322, 323; 4 873; 5 1033. — Verletzung Geisteskranker 2 2, 322; 3 2, 140 (s. unten eigenes Verschulden). — Stoßen eines Kindes seitens eines anderen unter den fahrenden Zug 3 2, 137. — Nachweis der Bahn, daß auch durch äußerste Vorsicht innerhalb der Grenzen wirtschaftlicher Existenzmöglichkeit der Unfall nicht vermieden werden konnte 3 2, 137, 138. — Unfall insolge der nicht vereinzelt vorkommenden Überfüllung d. Abteils 7 1041. — nicht bloße Elementarereignisse 2 2, 322. — Ausschluß des Einwandes der höheren Gewalt bei Mängeln im Funktionieren des Betriebs 2 2, 322. — Maßstab für Beurteilung der Unvermeidbarkeit des schädigenden Ereignisses 2 2, 322. — Unterlassen des Langsamfahrens nach einem Wolkenbruch an einer unterspülten Stelle 2 2, 322. — Umwerfen des Zugs einer Kleinbahn durch Sturm 4 873. — Absturz eines Fahrgastes insolge Ohnmachtsanfalls 6 1063. — Herbeiführen des Unfalls durch den insolge Bestürzung eingreifenden Dritten 6 1063. — Unfall wegen Schlaftrunkenheit 6 1064. — Zusammenstoß eines Straßenbahnwagens m. führerlosem, scheinbar ordentlichem Geßpann 6 1064. — Zusammenstoß mit Fuhrwerken im Straßenbahnverkehr 6 1064; 7 1041. — plötzliches Auftauchen e. Betrunknen vor dem fahrenden Straßenbahnwagen 7 1041. — Eintreten der schädlichen Folgen nicht durch das als höhere Gewalt sich darstellende Ereignis, sondern erst durch Zutreten der dem Bahnbetrieb eigentümlichen Gefahr 3 2, 137. — verbrecherische Handlungen eines

(Haftpflichtgesetz)

Dritten (Geleisenschädigungen, Bombenwerfen) **3 2, 137; 2 2, 322** (Zölung u. Umlegung e. verschloss. Weiche); **6 1062** (Zubewegung setzen v. stehenden Wagen durch unberufene Dritte). — Zusammenwirken eines Naturereignisses und einer Betriebsgefahr **3 2, 138.** — Verhalten des Verletzten selbst als höhere Gewalt **2 2, 322.** — Zusammenstoß der Straßenbahn **2 2, 323** (mit einem Radfahrer, mit einem rückwärts aus einem Hause herausgestoßenen Wagen). — unvorsichtiges, aber nicht schuldhaftes, durch die Handlung e. dritten, außerhalb d. Betriebs stehenden veranlaßtes Verhalten d. Verletzten **7 1041.**

Eigene Verschulden s. Fahrlässigkeit, konkurrierendes Verschulden. — Begriff **7 1041.** — Beweislast **4 873, 874; 7 1043 (2).** — Beweislast bei verschiedener Möglichkeit der Schadensverursachung **6 1064.** — irrtümliches Aussteigen eines Reisenden bei Anhalten des Zuges vor dem Einfahrtssignal **2 2, 325; 3 2, 136.** — Benutzung eines mit dem Plakat „dieser Platz bleibt frei“ versehenen Platzes **3 2, 138.** — wenn der ein Geleise überschreitende sich auf das Gehen der sonst üblichen Glodenzichen verläßt **3 2, 138; 7 1043.** — Betreten einer abgesperrten Bahnanlage **4 646.** — Überschreiten der Geleise direkt vor oder hinter einem Motowagen, einem fahrenden Eisenbahnzug **3 2, 138, 139; 7 1043, 1044.** — Tierhalterhaftung gegenüber d. Eisenbahnhaftung **7 1041.** — Trunkenheit **3 2, 140.** — eigenes Verschulden von Kindern unter 7 Jahren und Geisteskranken? **3 2, 140** (s. auch oben höhere Gewalt); **2 2, 326; 5 1033; 7 1043.** — eigenes Verschulden setzt Zurechnungsfähigkeit voraus **2 2, 323.** — Verschulden von Personen zwischen 7 und 18 Jahren **2 2, 323; 4 873; 5 1034; 7 1045.** — zur Erkenntnis der Verantwortlichkeit erforderliche Einsicht **2 2, 323.** — Eingreifen zur Abwehr einer dem Nächsten drohenden Gefahr **2 2, 323; 3 2, 138; 6 1064.** — Eingreifen zur Abwehr einer Gefahr von Sachen oder Tieren **2 2, 323, 324.** — Bestürzung und Ratlosigkeit **2 2, 324.** — Nichtkenntnis oder falsche Auslegung bahnpolizeilicher Vorschriften **2 2, 324; 3 1, 101; 3 2, 139.** — Zuwiderhandeln des Verletzten gegen bahnpolizeiliche Vorschriften (Fahren auf der falschen Straßenseite) **2 2, 324.** — Benutzung eines Fahrzeuges bei feuchtem trübem Wetter **2 2, 324.** — vorzeitiges Öffnen der Wagentüren **2 2, 325.** — Fahren neben den Schienen der Straßenbahn **2 2, 325; 7 1043** (mit leicht scheuenden Pferden). — Stehen zwischen den Geleisen einer Straßenbahn an den Haltestellen **2 2, 325.** — eigenes Verschulden dessen, der auf einem Landem

hinter dem die Lenkstange Führenden sitzt **2 2, 325.** — bei Möglichkeit der Wahl zwischen zwei Wagen **2 2, 325, 326.** — Herausstürzen aus dem während der Fahrt bestiegenen u. wahrscheinlich nicht fest verschlossenen Abteil **5 95, 1032.** — ungeeignetes Abspringen von einem brennenden Wagen **3 2, 138; 2 2, 324** (Abspringen bei Zusammenstoßgefahr). — Betreten der Plattform **4 84.** — Mitfahren bei Orkan **4 873.** — Ausenthalt eines Betrunknen auf der Plattform trotz Warnung des Zugpersonals **4 873.** — Verschulden des Vaters eines Kindes unter 7 Jahren **2 2, 326; 4 873.** — Nichtanhalten an den Seitengriffen beim Aufsteigen **5 1032; 6 1064.** — e. B. bei Einquettichen von Fingern **5 95; 6 1065.** — Überschreiten der Geleise ohne Seitwärtssehen **3 2, 141; 2 2, 324** (größeres Verschulden des Bahnpersonals durch Unterlassen des Läutens oder Pfeifens); **2 2, 325** (bei Schwerhörigkeit); **5 1031, 1034; 6 1066.** — Widen auf dem Bahndamm nach einem entfallenen Gegenstand **3 2, 139.** — Verletzung des zu früh Aufstehenden infolge scharfen Bremsens **5 1032.** — Aufsteigen während der Fahrt **1 1, 165; 5 1032; 6 1065; 7 1042 (4).** — „objektiver Maßstab“ für die Sorgfalt (das durch den Verkehr bedingte Verhalten der Allgemeinheit); Rücksicht auf die geistige Beschaffenheit oder Charakteranlage eines einzelnen? **3 2, 139; 4 873; 2 2, 323, 324** (Verschiedenheit der Sorgfalt nach der Größe der Bahnanlage); **5 1031** (Rücksicht auf bestehende Übung). — Abstumpfung gegen die Gefahr infolge der Gewöhnung **6 1064.** — entscheidend für das Maß der Sorgfalt ist nicht, wie sich die Sachlage bei früher Überlegung, sondern wie sie sich zur Zeit des Unfalls darstellt **3 2, 139.** — Beweislast, wenn der vom Verletzten bezogene Sorgfaltsverstoß auf eine das Verschulden des Verletzten ausschließende Ursache zurückgeführt werden soll **5 1031, 1032.** — bisher geübt, sich als Mißbrauch darstellender Brauch des Publikums **3 2, 139; 5 1031, 1032** (Aufsteigen im Fahren). — Einfluß des Verschuldens von Angestellten des Beschädigten **4 874.** — Außerachtlassen der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt liegt nicht in dem Bestehenlassen einer Einrichtung, die zwar bei nicht ordnungsgemäßer, nicht aber bei ordnungsmäßiger Behandlung eine Gefahr für das Publikum begründet **3 2, 140.** — Einfluß des eigenen Verschuldens des Getöteten auf den Anspruch der Hinterbliebenen **2 2, 325.** — Rückwärtsabsteigen aus einem fast schon stillstehenden Wagen **5 1033.** — Betreten des Trittbrettes vor Anhalten **5 1033.** — Verschulden der aufsichtspflichtigen Eltern bei Verletzung eines Kindes

unter 7 Jahren **2 2**, **326**; **4 873**; **5 1033** (Verschulden der mit dem Kinde die Bahn benutzenden Mutter gegenüber der Klage des Vaters); **5 1033** (Klage des Vaters im eigenen Namen); **7 1043**. — Verschmähen der Hilfe der Bahnbekleideten beim Aussteigen außerhalb des erhöhten Bahnsteiges **6 1065**. — Überqueren der Geleise bei fehlender Schranke **6 1065**, **1066** (s. **2 2**, **324**). — Verwendung leicht scheinender Pferde **5 1034**; **6 1065**; **7 1041**, **1043**. — Nichtabsteigen d. Fuhrmanns beim Herannahen d. Zuges **6 1065**. — unvorsichtiges Eingreifen zur Rettung e. Dritten **7 1042**. — zu spätes Aussteigen e. Reisenden **7 4042** (2). — Abpringen Jugendlicher von e. fahrenden Straßenbahnwagen **7 1042**. — Aussteigen aus e. Straßenbahnwagen nach dem Glockenhaltezeichen des Schaffners **7 1042**. — Benutzen d. von d. Straßenbahn durchfahrenen Straßen seitens d. Benkers e. leicht scheinenden Gepäcks bei Möglichkeit d. Wahl eines anderen Weges **7 1043**. — alleiniges Verschulden d. mit Dürftlichkeit u. Einrichtungen genau Vertrauten **7 1045**.

Verhältnis des § 254 B. G. B. zum §. (s. konf. Verschulden) **5 93**; **6 1066**; **7 111**, **112**, **1044** (2). — alleiniges Verschulden des Verletzten bei einem Betriebsunfall begrifflich ausgeschlossen? **3 2**, **140**; **6 103**, **1066**. — mitwirkendes Verschulden des Beschädigten möglich **2 1**, **148**; **2 2**, **326**; **3 1**, **98**; **3 2**, **140**, **141**; **4 80**; aM. **2 2**, **326**; **3 2**, **142**. — konkurrierendes Verschulden Jugendlicher (§ 828 Abs. 2 B. G. B.) **2 2**, **326**; **7 1045**. — völliger Ausschluß der Schadenspflicht des Unternehmers bei überwiegend mitwirkendem Verschulden des Beschädigten **3 2**, **140**, **141**. — Nichtanwendung der von der Wissenschaft zur Besserung oder Heilung der Krankheit dargebotenen Mittel als mitwirkendes Verschulden **3 2**, **141**, **142**; **4 874**; **5 1034** (Operationspflicht); **6 1066**, **1067** (Pflicht zu Kuren und Operationen); **7 1043**. — Überschreiten der Straßenbahngleise ohne Seitwärtssehen als mitwirkendes Verschulden **3 2**, **141** (nicht sofortiges Bremsen seitens des Wagenführers); s. oben eigenes Verschulden. — Verschulden der Eltern des verletzten Kindes bezüglich der Anwendung oder Minderung des bereits verursachten Schadens (Operationsverweigerung) **5 1033**. — Nichtkennen d. Polizeivorschriften **2 2**, **324**; **3 1**, **101**; **3 2**, **139**. — Nachprüfung der Anwendbarkeit des § 254 in der Revisionsinstanz **5 1034**; **6 1066**. — Abwägung zw. dem Verschulden des Beschädigten u. des Werkmeisters des schädigenden Betriebes **6 1067**. — Einwand d. eigenen Verschuldens d. Verletzten seitens d. von e. Berufsgenossenschaft

in Anspruch genommenen haftpflichtigen Dritten **7 1045**. — Anwendung des § 254 in den Fällen des § 2 **5 1035**; **6 1067**. — keine Anwendung des § 254 auf § 25 BrEisenbG. **4 81**; **5 91**; **6 101**, **1066** (s. dieses).

Inhalt u. Umfang des Schadensersatzanspruches vgl. Zwischenurteil nach § 304 ZPO., unerlaubte Handlungen (§§ 843 ff. B. G. B.). — die Haftung ist Haftung aus unerlaubter Handlung nach B. G. B. **2 2**, **318**, **330**; **3 2**, **136**, **142**. — Anwendung des § 840 B. G. B. (Haftung mehrerer) **3 1**, **336**, **332**; **3 2**, **136**, **142**; **4 306**; **5 372**. — Anwendung der §§ 840 bis 842 ff. auf Haftpflichtfälle? **1 1**, **504**; **3 1**, **336**, **678** (s. unerlaubte Handlung). — keine Anwendung des § 845 B. G. B. **2 1**, **522**; **2 2**, **326**; **3 1**, **678**; **3 2**, **142**; **5 1037** (s. unerlaubte Handlung). — Umfang der Schadenspflicht bei vor 1900 eingetretenen Unfällen (Einfluß des B. G. B.) **2 2**, **330**. — gleichzeitige Haftung des Eisenbahnunternehmers nach HaftpflichtG. mit Dritten, die nach §§ 823 f. B. G. B. verantwortlich sind; Verhältnis der beiden zueinander **2 2**, **318**; **3 2**, **142**, **143**; **6 1068**. — Verhältnis der Betriebsunternehmer zueinander u. zu anderen Haftpflichtigen **4 874** (s. oben unter Betriebsunternehmer). — spätere Verminderung des Schadens **3 2**, **142**. — spätere Verheiratung des verletzten Frauenzimmers **3 2**, **142**. — Anspruch des Verletzten, der bisher von seiner Arbeitskraft keinen oder nur geringen Gebrauch machte; Nachweis beabsichtigter größerer Verwertung f. d. Zukunft; Einwand, daß Jäger auch ohne den Unfall nichts oder weniger verdient hätte **7 1046** (2). — Wegfall der Entschädigungspflicht, wenn der seiner Erwerbsfähigkeit Beraubte zeitweise unter diesem Verluste nicht zu leiden hat? (freiwillige Unterstützung seitens Dritter) **3 2**, **143** (s. **6 1068**). — Feststellungsklage bei Möglichkeit eines künftig eintretenden Schadens **5 1036** (s. Feststellungsklage). — Anspruch eines zur Zeit des Unfalles erst neun Jahre alten Kindes **3 2**, **143**; **4 876**; **6 1070**. — Klage auf Feststellung der Pflicht zum Ersatz eines in Zukunft eintretenden Schadens **2 2**, **332**. — Feststellungsklage des zur Zeit des Unfalles noch nicht Erwerbsfähigen auf Bestehen der Entschädigungspflicht für die Zukunft **3 2**, **143**; **4 876**; **5 1035**; **6 1070**. — Zuspredung einer Rente an einen noch nicht Erwerbsfähigen in einem Zwischenurteil **4 876**. — Klage der noch erwerbsfähigen Eltern eines verletzten, noch nicht erwerbsfähigen Kindes auf spätere Entschädigung für den entgangenen Unterhaltsanspruch **3 2**, **143**; **2 2**, **329**; **6 1069**, **1070**. — Klage auf

(Haftpflichtgesetz)

künftige Alimentation, wenn der getötete Alimentationspflichtige z. Bt. des Unfalls zur Unterhaltsgewährung noch nicht fähig war 2 2, 329. — Urteil, solange nicht feststeht, daß d. volljährige Kind d. Getöteten außerstande ist, sich selbst zu unterhalten 7 1046. — Ausschluß d. Erbschaftsanspruchs e. verletzten Kindes durch d. gesetzliche Unterhaltspflicht d. Vaters? vom Vater ausgelegte Kurkosten 7 1043. — kann gegenüber der Klage des Vaters eines 7jährigen Kindes auf Erbsch der Kurkosten eingewandt werden, daß der Vater wegen Unterlassung seiner Aufsichtspflicht dem Betriebsunternehmer hafte? 2 2, 326; 4 873; 5 1033 (Einrede des Verschuldens der Mutter gegenüber der Klage des Vaters); 7 1043. — keine Anwendung des § 252 BGB. 2 2, 326. — Entschädigung für Verhinderung d. Verletzten an häuslichen Arbeiten 7 1046, 1047 (insbesondere der Frau). — Anspruch der in der Gastwirtschaft des Vaters nur gegen Unterhaltsgewährung tätigen, verletzten Tochter 6 1069. — Anspruch auf entgangenen Gewinn? 2 2, 326. — Vermögensseinbuße durch die Notwendigkeit, insolge der Verletzung eine Pachtung aufzugeben 6 1068. — Mehraufwand für Privatunterricht d. verletzten Kindes 6 1068. — Unterhaltskosten d. Tochter, die insolge d. Verletzung d. Mutter ihre ihr vollen Unterhalt gewährende Stellung aufgeben u. zu den Eltern zurückkehren muß 7 1047. — Ansprüche wegen nicht vermögensrechtlichen Schadens, Schmerzensgeld? (s. dieses; § 847 BGB.) 2 2, 326; 4 876; 5 375, 1036; 6 311. — Kosten des Transports des Verletzten 4 875; 5 1035. — Schadensersatz für Sachbeschädigung? 2 2, 326. — Heilungskosten: Bade- u. Luftkuren 6 1067. — Abnutzung der Garderobe durch die Badereise 6 1068. — Anschaffen u. Reparatur von künstlichen Gliedern 6 1068. — Erbsch der Ausgaben für objektiv ungeeignete Mittel (tierischer Magnetismus) 2 2, 327. — Kosten mehrerer Heilversuche 2 2, 327. — Anrechnung der während der Badereise im Haushalt gemachten Ersparnisse (Beweisspflicht) 2 2, 327. — Bestreitung der Heilungskosten durch einen gesetzlich zum Unterhalt Verpflichteten 2 2, 327. — die vor dem Wegfall des Dienstentkommens eines Beamten entstandenen Heilungskosten 2 2, 327. — Übertragbarkeit des Anspruches auf Erbsch der Heilungskosten 2 2, 327 (s. auch unter „erbschberechtigte Personen“). — Vorschießen der Heilungskosten 2 2, 328; 6 1067 (Nachweis der bisher tatsächlich gemachten Aufwendungen). — jährliche Erholungskur 6 1068. — Kosten besonderer Wartung und Pflege 6 1068. —

Kosten eines besondern ständigen Pflegers 6 1068. — Umfang bei krankhafter Disposition 6 1068 (s. oben Kaufaufzusammenhang). — Beerdigungskosten (s. Beerdigung) 2 2, 327, 328. — Vorschießen der Beerdigungskosten 2 2, 328. — Feuerbestattungskosten 4 875. — Kosten für Grabmal, Todesanzeigen, Blumen 4 875; 5 1035. — Entschädigung für den durch Vermehrung der Bedürfnisse entstandenen Vermögensnachteil; Geltendmachung neben dem Erbsch für Erwerbsbeschränktheit 2 2, 327. — Kosten des Transports für einen außerhalb des Wohnorts Verstorbenen 5 1035. — Feststellungsklage der Berufsgenossenschaft vor Leistung einer Entschädigung an den Verletzten 4 879. — Feststellungsklage eines noch im Amt befindlichen Beamten für den Fall seiner Pensionierung 4 879. — Naturalrente? 2 2, 331. — Vorauszahlung der Rente auf drei Monate; Tod des Berechtigten während dieses Zeitraumes 2 2, 331. — Erhöhung der Rente bei nachträglich Erhöhung der Gehälter der Beamtenklasse des Verletzten 6 1071. — zeitliche Begrenzung d. Rente 7 1046 (s. Änderungsklage, Zwischenurteil). — Zubilligung der Rente auf Lebenszeit bei Unmöglichkeit d. Beurteilung der künftigen Gestaltung 7 1046 (2). — Abfindungskapital s. unerlaubte Handlung (§§ 844 ff.), Unterhaltspflicht des geschiedenen Gatten; wann kann Kapitalabfindung verlangt werden? 2 2, 331; 6 1070. — Kapitalabfindung gegen den Willen des Berechtigten? 2 2, 331. — Parteivereinbarung über Kapitalabfindung 2 2, 331. — Berechnung des Kapitals 2 2, 331. — für die Frage der Sicherheitsleistung maßgebende Gesichtspunkte; Revisibilität? 6 1071. — Sicherheitsleistung bei bloßer Feststellung der Verschuldung zur Zahlung einer Rente u. bei Verurteilung zur Leistung für den Fall des Eintritts eines ungewissen Ereignisses? 4 878. — nachträgliches Verlangen einer Sicherheitsleistung 2 2, 331, 332; 5 1038. — kann die Person, durch deren Verschulden ein Entschädigungsanspruch verloren geht (Rechtsanwalt), für den Fall, daß als Schadensersatz gegen ihn Zuerkennung eine Rente erfolgt, zur Sicherheitsleistung angehalten werden? 4 878. — einstweilige Verfügung auf Erhöhung einer durch Privatvereinbarung festgesetzten Rente 4 878. — Anwendung des § 7 auf Vergleiche? 2 2, 332. — Anwendung der §§ 232 bis 240 BGB. auf die Art der Sicherheitsleistung 5 1037. — Übertragbarkeit u. Pfändbarkeit der Ansprüche 2 2, 332; 5 1038 (2). — vorläufige Vollstreckbarkeit des Urteils auf Rentenzahlung 2 2, 332. — Abweisung der Schadensklage wegen mangelhafter Begründung (Ein-

rede der Rechtskraft oder der Verjährung gegenüber einer neuen Klage) 2 2, 332. — Verpflichtung des Verletzten zur Wahl e. anderen Berufs 2 2, 328; 7 1046. — Berufswahl einer im Kindesalter verletzten Person 2 2, 328. — einheitliche Summe als Rente für Mutter u. Kinder 2 2, 330. — Haftung für die durch den Entschädigungsprozess selbst hervorgerufene Gesundheitschädigung 5 1035; 7 1040. — Anspruch wegen Dienstkleidungszulage 5 1035. — kann im Zwischenurteil nach § 304 ZPO. der Beklagte zur Zahlung von $\frac{3}{4}$ des entstandenen Schadens verurteilt werden? 6 1071. — ob Kapital oder Rente, ist im Zwischenurteil über den Grund zu entscheiden 5 1036; 6 1071. — Anrechnung von Lebens- u. Unfallversicherungssummen oder privaten Pensionen 2 2, 331; 4 876; 5 1036; 6 1068; 7 1046. — Anrechnung der gesetzlichen Pensionen 2 2, 331; 5 1036; 6 1068 (Witwen- u. Waisengeld); 7 1045. — Ausschluß des Schadensanspruches, wenn an Stelle des Getöteten ein anderer den Unterhalt zu leisten hat? 2 2, 330, 331. — Anrechnung der von Dritten freiwillig oder wegen Mitverschuldens gemachten Zuwendungen 6 1068 (f. 2 2, 318; 3 2, 143). — compensatio lucrum damno 2 2, 331; 5 1036. — Anrechnung einer dem Erbschaftberechtigten infolge des Todes angefallenen Erbschaft 5 1036; 6 1069 (der Nutzungen aus dem Vermögen des Verstorbenen). — Berücksichtigung des infolge des Todes des Verletzten eintretenden Anfalls der Einkünfte aus der Gütergemeinschaft 5 1036; 7 1045, 1046. — Wegfall der Pflicht der Frau aus § 1356 BGB. 6 1069. — Einwand der mangelnden Bedürftigkeit der Witwe? 7 1046. — Anspruch auf Witwenrente gegen einen Knappschaftsverein neben dem Anspruch aus dem HaftpflichtG. 7 1047. — kann der Betriebsunternehmer von dem subsidiär zum Unterhalt Verpflichteten im Regreßweg Erfsah der Auslagen fordern? 2 2 330 (f. oben Haftpflicht 'mehrerer'); 4 874.

Erfsah berechtigte Personen. — haben die Angehörigen des Verletzten (nicht des Getöteten) an sich Anspruch auf Entschädigung? 4 876. — nach dem Unfall geschlossene Ehe 2 2, 329; 3 2, 143. — Klage der Eltern wegen Tötung der Tochter (Nachweis der Vermögenslosigkeit oder Erwerbsunfähigkeit der Kläger) 5 1037. — erwerbsfähige Eltern eines nicht erwerbsfähigen verletzten Kindes 3 2, 143; 6 1069, 1070 (f. 2 2, 330). — Klage des Verletzten auf Zubilligung einer Entschädigung an seine Frau für den Fall deren Überlebens 4 876. — noch nicht erwerbsfähige verletzte Kinder 3 2, 143. — auf Grund Vertrags oder Freigebigkeit des Getöteten

Unterhaltsberechtigte 2 2, 330. — selbständiges Klagerecht eines dritten die Heilungs- oder Beerdigungskosten Bezahrenden 2 2, 327, 328. — Übertragbarkeit des Anspruchs auf Erfsah der Heilungskosten 2 2, 327. — Klage der Erben des Verletzten auf Erfsah der von dem letzteren ausgegebenen Heilungskosten 2 2, 327. — Versicherungsgesellschaft; selbständiger Anspruch gegen den Betriebsunternehmer? Klage aus den vom Verletzten abgetretenen Ansprüchen? gesetzlicher Übergang der Ansprüche des Verletzten auf den Versicherer? in den Versicherungsbedingungen vereinbarte Abtretung; etwaiger Schadensansprüche 2 2, 328, 329; 4 876. — Rückgriff der Krankenkasse (§ 57 Abs. 4 KrankV.G.) gegen den Eisenbahnunternehmer; Berechnung der zu vergütenden Beträge 4 877. — gesetzlicher Übergang von Haftpflichtansprüchen an die Berufsgenossenschaft, Feststellung der Entschädigungsspflicht der Berufsgenossenschaft erst während des Prozesses 4 877. — welche Aufwendungen kann die Berufsgenossenschaft von dem Unternehmer ersetzt verlangen? 4 877. — nasciturus 2 2, 329. — kann die Mutter kraft eigenen Rechts eine Rente für die Kinder einlagen? 2 2, 330; 6 1070. — Zeit der Verletzung und nicht des Todes als maßgebender Zeitpunkt der Unterhaltspflichtigkeit 2 2, 329 (f. auch oben „Inhalt des Schadensanspruches“). — Verunglückten zweier gemeinsam ein Geschäft betreibender Eheleute 2 2, 329, 330. — erst nach der Verletzung späterhin hilfsbedürftig werdende Alimentationsberechtigte 2 2, 330; 3 2, 143; 6 1069. — Anspruch des Postfiskus gegen eine Privatbahn für die dem beim Eisenbahnbetrieb verletzten Postbeamten gewährte Entschädigung (Abzug der Pension?) 5 1031. — Anspruch des Ehemanns auf Erfsah der ihm durch Tod oder Verletzung der Frau entgangenen Dienste (§ 845 BGB.) 2 2, 329; 3 1, 336, 332; 6 1069 (Verhältnis zum Erfsahanspruch der Frau). — uneheliche Kinder nach Tötung des Vaters 2 2, 521. — die verletzten Kinder oder der Vater klageberechtigt f. Vermehrung d. persönlichen Bedürfnisse 6 1069. — Anspruch der verletzten Ehefrau 4 876, 877; 5 1036, 1037 (nur im Haushalt tätige Frau); 6 454; 1069 (Umfang ihrer Ansprüche, Einklagung der vom Mann verauslagten Kurkosten; Anspruch wegen verminderter Erwerbsfähigkeit). — Anspruch der Ehefrau bei Verletzung des Mannes 6 1070 (f. 2 2, 330).

Dauer u. Erlöschen des Anspruchs f. Änderungsklage, unerlaubte Handlung (§§ 843 f.), Zwischenurteil. — entscheidend die mutmaßliche Lebensdauer des Getöteten 2 2, 330. — Verwertung des § 35

(Haftpflichtgesetz)

d. sächsl. BGB. über Berechnung der mutmaßlichen Lebensdauer **3 2, 143.** — Vermutung, daß die Erwerbsfähigkeit bis zum Tode fortbestanden haben würde **6 1070.** — muß der Wegfall der einer Witwe zugesprochenen Rente für den Fall ihrer Wiederverheiratung schon im Urteil ausgesprochen oder darf er der Abänderungsflagge vorbehalten werden? **3 2, 143, 144; 2 2, 330, 331.** — Berücksichtigung künftiger Gestaltung der Erwerbsverhältnisse im Urteil **2 2, 330; 3 2, 144; 4 877, 878; 5 372, 373, 1037.** — Beschränkung der Unterhaltsansprüche von Kindern auf die Zeit bis zum zurückgelegten vierzehnten Lebensjahr **3 2, 144.** — Wiederverheiratung der Witwe **2 2, 330, 331.** — Aufhebung der Ansprüche aus dem Haftpflichtgesetz durch Beurteilung des Haftpflichtigen oder eines Dritten zu einer Buße? **2 2, 331.** — die zeitliche Begrenzung der Rente gehört zum Verfahren über den Betrag **6 1071.** — Zusprechen der Rente „bis zur Wiedererlangung der vollständigen Erwerbsfähigkeit“ **6 1071.** — Einfluß der Einflage eines Teiles auf die Verjährung **3 2, 145; 7 1047.** — Repit der Arglist gegen die Einrede der Verjährung **3 2, 145.** — Anfechtung eines nach Verjährung abgeschlossenen Vergleiches wegen der zu geringen Höhe der Entschädigung **3 2, 145.** — Beginn der Verjährung bei Nichtkenntnis des Schadens seitens des Verletzten **4 878.** — Verjährung gegenüber Minderjährigen **2 2, 332.** — Einfluß der Feststellungsflagge auf die Verjährung **2 2, 332; 4 878.** — Schadenserzagsflagge salva liquidatione **4 878.** — wann ist das rechtliche Interesse zur Feststellungsflagge gegeben? **4 878, 879** (s. Feststellungsflagge). — Vorauszahlung der Rente auf 3 Monate; Tod des Berechtigten während dieses Zeitraums **2 2, 331.** — Erlöschen des Anspruchs der Witwe mit dem Zeitpunkt des mutmaßlichen Todes des Ehemanns; keine Berücksichtigung der nach diesem Zeitpunkt sonst anfallenden Witwenpension **5 1037.** — Verjährung des Anspruchs auf nachträgliche Abänderung des Urteils (Erhöhung der Rente) **6 1071, 1072.** — Verjährung e. durch Zwischenurteil dem Grund nach für gerechtfertigt erklärten Anspruchs **7 1047.**

Haftpflichtversicherung. — Unpfändbarkeit d. Anspruchs d. Versicherten gegen d. Versicherer **7 874.**

Haftung s. beschränkte Haftung, Schadenserzags, Verschulden, Hüfspersonen, Unmöglichkeit. — verschiedener Sinn d. Ausdruck **5 75, 78.** — objektive u. subjektive Voraussetzungen **5 78.** — des sog. mittelbar beteiligten Dritten **3 1, 81.** — Haftungsprinzipien im Schadenserzagsrecht

2 1, 124 ff.; 4 74; 5 86. — Unterschied von Schuldverhältnis u. Haftungsverhältnis **3 1, 77.** — private Übernahme; §§ 414, 415 BGB. analog anwendbar **3 1, 201.**

Hamburg. — vor 1900 erfolgte Erbteilung **3 1, 703.** — Recht der unehelichen Mutter, die ohne ihre Zustimmung erfolgte Adoption anzufechten **2 1, 805.** — Dauer der Unterhaltspflicht gegenüber unehelichen Kindern **4 553.**

Handelsbücher s. Bilanz. — Urkundennatur der Einträge **5 645.** — „zur Führung Verpflichtete“ Vater u. Vormund des Minderjährigen **2 2, 40; 5 645.** — Pfleger **2 2, 40.** — strafrechtliche Verfolgung eines gesetzlichen Vertreters wegen unterlassener Buchführung **2 2, 40.** — Haftung mehrerer Vormünder s. Erfüllung der Buchführungspflicht **1 2, 164.** — Führung mehrerer selbständiger Geschäfte **7 598.** — hebräische Sprache und Schrift **2 2, 42.** — Stenographie **2 2, 42.** — Übergang der H. bei Geschäftsveräußerung **6 609.** — Dauerkontenbücher **6 614.**

V o r l a g e. — Klage auf Vorlage gegenüber der Konkursmasse **1 3, 87.** — Bücher eines Minderkaufmanns? **2 2, 42; 3 2, 15.** — Vorlagepflicht in Richthandelsfachen **2 2, 42; 3 2, 15, 16; 6 616; 7 600.** — Recht des Agenten **3 2, 15, 28.** — Recht der geschiedenen Frau auf Büchervorlage zwecks Feststellung der Errungenschaft **2 2, 42.** — Vorlage zwecks Verschaffung von Unterlagen für neue Behauptungen? **3 2, 15, 28; 4 563; 5 645.** — Vorlageanspruch des Bürgen zwecks Beweises der vom Hauptschuldner geleisteten Zahlung **3 2, 15.** — Folgen der Nichtvorlegung (Editionsverfahren oder freie Beweiswürdigung?) **3 2, 16.** — kann die Vorlage nach §§ 45 u. 47 HGB. im Wege der Klage erzwungen werden? **3 2, 16.** — Vorlage durch den Vormund in Vollzug d. Rechnungslegungspflicht **1 2, 184.** — Vorlageanspruch e. Kaufmanns, dem der Alleinverkauf e. Artikels für e. bestimmten Bezirk übertragen ist? **6 616.** — Verweigerung der nach § 45 HGB. angeordneten Vorlage; Folgen nach § 286 oder § 427 P.D. zu beurteilen? **7 822.**

Handelsfrau vgl. Zwangsvollstreckung im allg. A. g. — Geschäftsfähigkeit ausländischer **H. 1 2, 354** (s. Geschäftsfähigkeit); **3 1, 678.** — Begriff des selbständigen Betriebs eines Erwerbsgeschäftes **1 2, 41; 2 2, 2; 3 1, 474; 4 379; 5 464; 6 459, 643** (Kommanditistin). — Betrieb des eingebrachten Erwerbsgeschäftes durch den Mann im Namen der Frau **1 2, 41.** — Teilnahme einer Ehefrau als Gesellschafterin an einer offenen Handelsgesellschaft als selbständiger Gewerbebetrieb **1 2, 41; 3 1, 474.** — wird das von

der Frau selbständig betriebene Erwerbsgeschäft u. seine Betriebskapitalien eingetragenes oder Vorbehaltsgut? **1 2, 41; 2 1, 617; 3 1, 474; 4 379; 5 464; 6 459; 7 479 (2)** (s. geschlechtes Güterrecht). — Verwaltungsgeschäft des Mannes bei selbständigem Betrieb eines Erwerbsgeschäftes durch die Frau **1 2, 41**. — Verfügungen der Frau über das eingebrachte Gut im Betrieb eines unforsentierten Erwerbsgeschäftes **1 2, 47**. — Begriff des „Erwerbes“ **6 459**. — Recht des Mannes zur eigenmächtigen Schließung des unforsentierten Geschäftes **1 2, 48; 7 479; 4 561**. — Ordnungsstrafverfahren nach §§ 14, 37 HGB., §§ 132 ff. FGG. nur gegen die Frau zu richten **6 614, 615**. — Anwendung des § 1405 BGB. bei Wohnsitz der Ehegatten im Ausland **3 1, 678**. — Anwendung der §§ 1412, 1459, 1490, 1530, 1532 auf ausländische Güterstände **3 1, 678**. — Stellung des Mannes im Konkurs d. Frau (s. Konkurs) **6 975**. — Fortführung d. den Namen des Mannes enthaltenden Firma seitens d. geschiedenen Frau trotz Verbotungsbereichs des Mannes nach § 1577 Abs. 3 **6 477, 607** (vor Eintrag der Firma erfolgtes Verbot). — Übernahme des Fortbetriebs des selbständigen konsentierten Erwerbsgeschäftes durch den Ehemann? **3 1, 474; 6 460** (Mann als Rechtsnachfolger; §§ 22 ff. HGB.). — Klage auf Löschung e. für das konsentierte Geschäft eingetragenen Warenzeichens gegen beide Eheleute? **3 1, 475; 6 614, 615**. — Pflicht d. Mannes z. Tragung d. ehelichen Aufwands bei Betrieb e. selbständigen Erwerbsgeschäftes seitens d. Frau **5 465**. — Erbschaftspflicht d. Frau f. Überlassung d. Gegenstände des eingebrachten Guts gegenüber dem Manne **6 460**. — Verfügungsmacht, Prozeßführung d. F. **6 460**. — Haftung d. eingebrachten bzw. Gesamtguts bei konsentiertem Erwerbsgeschäft **6 460**. — Haftung des Eingebrachten f. d. Forderung d. Angefallten bei einem mit Vorbehaltsgut selbständig betriebenen Geschäft **1 2, 51**. — Zwangsvollstreckung d. Geschäftsgläubiger **6 460** (s. Zw.-V.). — Pflicht der Frau z. Tragung der auf dem eingebrachten Geschäftsvermögen ruhenden Lasten **6 460**. — ehemännliche Genehmigung z. Handelsbetrieb bei vor 1900 geschlossenen Ehen **1 2, 434; 2 1, 799**. — rechtl. Natur des Widerrufs- u. Einspruchsrechts d. Mannes **7 482**. — Zustimmung d. Mannes **2 2, 1**. — Widerruf der Einwilligung **1 2, 48**. — Eintrag des Widerrufs oder Einspruchs d. Mannes einer im Auslande lebenden Frau bei Gewerbebetrieb im Inland in das Güterrechtsregister **1 2, 367**. — Verzicht d. Mannes auf Widerruf **1 2, 48; 2 2, 2; 5 468; 6 460; 7 482**. — Eintrag d. Ver-

zichts auf Widerruf im Güterrechtsregister **5 468**. — Unterlagen d. Gewerbebetriebs durch den Mann **1 2, 26** (s. eheliche Gemeinschaft); **6 460** (§ 1354; Ausübung d. Unterfangungsrechts durch Vormund?). — Klage des Mannes auf Unterlassung d. Gewerbebetriebs **1 2, 26, 28, 48; 4 561; 7 479**. — Ablehnung der von der Frau beantragten Firmeneintragung wegen Widerspruchs d. Mannes? **1 2, 28**. — Begriff der Rechtsgeschäfte, „die der Geschäftsbetrieb gewöhnlich mit sich bringt“ (§ 1405); Anwendung des § 367 HGB. **7 482**. — Unabhängigkeit der mit Genehmigung d. Mannes ein Geschäft betreibenden Frau in den das Geschäft betreffenden Angelegenheiten **2 1, 615**. — Nießbrauch u. Verwaltungsgeschäft des Ehemanns an dem Geschäft **3 1, 474, 475; 4 561; 5 464, 642; 7 479** (Eintragung auf den Namen des Mannes?), **482**. — kann die mit Genehmigung d. Mannes ein Geschäft betreibende Frau dem Mann das Betreten des Geschäftstraumes untersagen? **1 2, 26**. — Einspruch des Mannes gegen den Betrieb e. Erwerbsgeschäftes der Frau bei Gütertrennung; Eintrag in das Güterrechtsregister? **1 2, 60**. — Verfügungsmacht der Frau bei konsentiertem Betrieb **6 464**. — Berechtigung der konsentierten F. zum Verkauf des Geschäftes? **5 468**. — Verfügungsmacht der gütergemeinschaftlichen F.; Auslassung u. Belastung von gütergemeinschaftlichen Grundstücken d. Erwerbsgeschäftes **1 2, 56** (s. Gütergemeinschaft). — Ehefrau als stille Gesellschafterin; Ausübung d. Kontrollrechte des § 338 Abs. 2 HGB. durch d. Mann **5 994**. — Ehefrau als Kommanditistin **6 459, 643**. — Anwendung der §§ 343 f. HGB. auf die Frage, welche Geschäfte die Frau bei konsentiertem Betrieb schließen darf? **1 2, 48; 6 464**. — Zwangsvollstreckung bei konsentiertem Geschäftsbetrieb? § 741 ZPO. f. Zw.-V.

Als offene Handelsgesellschafterin. — Genehmigung des Mannes zum Vertragsabluß? **2 2, 77**. — Genehmigung des Mannes zu Vertragsänderungen? **1 2, 41, 48; 2 2, 77**; zur Veräußerung des Gesellschaftsvermögens? **2 2, 77; 1 2, 41**; zur Umwandlung in eine GmbH. oder Aktiengesellschaft? **1 2, 41; 2 2, 77**. — Wirkung des ehelichen Konjenses **2 2, 77, 78**. — Hypothekbestellung seitens der Frau ohne Konjens **2 2, 79**. — Ehefrau als Erbin eines offenen Handelsgesellschafters **1 2, 41; 2 2, 77**; Ausscheiden bei Nichtgewähren der Kommanditistenstellung **2 2, 96**. — ist der Gewinn Vorbehalts- oder eingebrachtes Gut? **1 2, 41; 2 2, 84**. — Verfassung des ehelichen Konjenses als Kündigungsgrund für die anderen Gesell-

(Handelsfrau)
 schafter? 1 2, 41; 2 2, 95. — Stimmrecht im Zwangsvergleichsverfahren 2 2, 98. — Abhebung d. Gewinnes durch d. Mann bei Ertragsgemeinschaft? 1 2, 59. — Erwerb im Sinne des § 1367, wenn die Ehefrau offene Handelsgesellschafterin ist 1 2, 41. — Kontrollrecht des Mannes nach § 118 HGB., wenn die Frau von der Geschäftsführung ausgeschlossen ist 3 1, 474. — Anträge der Frau über gegen die Frau nach §§ 145, 146 HGB. 5 466. — Abänderung u. Auflösung e. Gesellschaftsvertrags seitens der Frau ohne Zustimmung des Mannes 1 2, 48. — Verpflichtung der Frau als Gesellschafterin zu persönlichen Dienstleistungen (§ 1358); Kündigung des Mannes 1 2, 32; 6 456. — gemeinschaftlicher Handelsbetrieb zweier in Gütergemeinschaft lebender Gatten als offene Handelsgesellschaft f. Ehegatten.

Handelsgebräuche f. Auslegung, Handelsklauseln, Gewohnheitsrecht, Handelskauf unter Mängelanzeige, Verkehrsätze. — sind sie objektives Recht? 2 2, 197; 6 676. — der Partei nicht bekannte H. 2 2, 197; 3 2, 74; 4 611; 6 71, 95, 676. — Anwendung, wenn der vorhandene Ausschlusswille nicht zum Ausdruck gekommen ist 2 2, 197; 3 2, 74; 4 611. — Übligkeit gewisser Ausführungsmodalitäten, die gleichwohl nicht verpflichtende Vertragsbedingungen sind 4 611. — Entstehung von gegen das HGB. verstößenden H. 3 1, 666. — Wirkung e. f. Vollkaufleute geltenden H. für Minderkaufleute? 6 676. — Bildung von H. im interlokalen Handel 5 695. — Bedeutung d. am Erfüllungsort d. Verkäufers herrschenden, dem internationalen Verkehr nicht gerecht werden den H. 7 656. — Ablehnung eines behaupteten unverfänglichen H. als unmöglich durch das Gericht 5 695. — Wirkung eines H. (über Auslegung des Garantieverprechens) gegenüber einem Nichtkaufmann? 2 2, 200, 201. — in e. ausländischen Handelsplatz unter deutschen Kaufleuten übliche H. 7 68, 656.

Einzelfälle. — Auszahlung von „Glücksgeld“ bei Pferdekaufen 2 2, 200. — Zeit für Rücksendung von Auswahlsendungen 4 611 (insbes. im Pelzhandel). — Bedeutung von „cobbles“ im Kohlenhandel 4 611. — „firsts and seconds“ im Holzhandel 4 611, 612. — Lieferungsfrist im Handel mit künstlichem Dünger 4 612. — Fußgeschäft; Zahlungszeit; Saison 4 612. — Untersuchungszeit im Handel mit Rohwaren in Federn und Daunen 4 612. — Inhalt der Mängelanzeige im Samenhandel 4 612. — Abnahmepflicht des Exporteurs im chinesischen Exporthandel 4 612. — Zahlungs-

ziel in der Drogenbranche 5 698. — Zahlungsziel im Butterhandel 5 698. — Zahlungsziel im Handel mit Glas, Porzellan u. Steingut 5 698. — Zahlungsziel im Handel mit photographischen Artikeln 5 698. — Zahlungsziel im Alteisenhandel 5 699. — Zahlungsziel im Lederhandel 5 699. — Verrechnung der Händler im Alteisenhandel; „Süttenaufgabe maßgebend“ 5 700. — Verauslagung der Fracht für unfrankierte Sendungen seitens des Empfängers 5 700. — Verpackung f. diese. — Getreidehandel f. diesen. — Vertragsperfektion erst nach Austausch von Bestätigungsscheiben 3 1, 53 (f. diese). — Sachmiete im Getreidehandel 6 676; 7 657. — Sachmiete im Kleihandel 6 676. — die während der Viehmärkte i. Mannheim regelmäßig angeschlagenen „Handelsgebräuche“ 6 677. — Handelsgebräuche im Expeditionsgeschäft 6 677. — von einer Transportgesellschaft aufgestellte Bedingungen; Ausnahme stillschweigender Unterwerfung seitens d. Kunden nur bei ungenügender Bekanntmachung 6 677 (f. Geschäftsbedingungen). — Frostklausel im Kartoffelhandel 6 677. — H. im Juwelenhandel 6 677. — Aufbewahrungspflicht bei unbestellten Waren (f. diese) 6 680. — Abweichung von dem vertraglich bedungenen Zahlungsziel auf Grund eines H.? 6 680. — Roggen- u. Weizenmehl auf Abruf (f. Abruf) 7 657. — briefliche Zurücknahme e. „freibleibend“ gemachten, telegraphisch angenommenen Offerte 7 657. — Versuch bombierter Dosen im Konservenhandel 7 658. — Entscheidung von Streitigkeiten aus Mehlgeschäften durch das Böhrenschiedsgericht 7 658. — Provision f. Vermittlung d. Verkaufs von Partienwaren im Damenkonfektionsgeschäft 7 658. — Provisionsanspruch d. Reisenden in der Blumenbranche bei Vereinbarung „vierteljähr. Abrechnung lt. Kladder“ 7 658. — unentgeltliche Mitlieferung e. statischen Berechnung bei Lieferung eiserner Treppen 7 658. — Prämieinzahlung u. Schadensregulierung durch den Vermittler von Versicherungsgeschäften, dem direkter Verkehr zugesichert wurde 7 658. — Fälligkeit der Provision im Abzahlungsgeschäft 7 659. — Fälligkeit d. Provision für Inspektionsaufträge 7 659. — Verfügungsrecht d. Bankiers über die vom Kunden übergebenen u. vereinbarungsgemäß auf Stillskonto gutgeschriebenen Wertpapiere 7 659. — Provision des Treuhänders im Baugewerbe 7 659. — Mängelrüge im Eierstickenhandel 7 659. — Verzinsung des Kaufpreises im Holzhandel 7 659. — Mängelrüge bei Warenlieferungen für Truppen nach überseeischen Ländern 7 659.

Handelsgeschäft. — Übergang, Nießbrauch, Pacht vgl. Geschäftsübergang. — Un-

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

wendung der Vermutung des § 344 Abs. 1 HGB. auf solche Geschäfte, die für sich betrachtet nicht in den Gewerbebetrieb d. Kaufmanns fallen würden 6 676 (2). — Widerlegung d. Vermutung des § 344 Abs. 1 HGB. 6 676 (2). — Vermutung f. H.-Qualität: Widerlegung 2 2, 197. — Widerlegung der Vermutung des § 344 Abs. 2 über Schuldscheine 3 2, 73. — Beispiele: Vorbereitungsgeschäfte 7 655. — zwecks Liquidation abgeschlossene Geschäfte 2 2, 197. — Schenkungen 2 2, 197. — Spekulationsgeschäfte 3 2, 73. — Verträge über Lieferung der für die Geschäftseröffnung nötigen Waren 2 2, 201 (Bierlieferungsvertrag für ein zu errichtendes Hotel f. 7 655). — Differenzgeschäfte 3 2, 73. — Lotteriespiel 3 2, 73. — Veräußerung des Geschäftes? 2 2, 205; 6 676; 7 655, 656, 662, 663. — Heiratsvermittlung 3 1, 279. — Verträge über Immobilien 6 676. — Erwerb e. Geschäfts 7 655, 656. — Abschluß e. Bierlieferungsvertragszwecks Zinbetriebsetzung e. Hotels 7 655. — „Schuldschein“ nach § 344 umfaßt alle Urkunden mit Verpflichtungsbekenntnis 2 2, 197. — Unterschreiben des Schuldscheins mit dem bürgerlichen Namen an Stelle der Firma 3 2, 73. — Bürgschaftskunden fallen unter die Schuldscheine des § 344 Abs. 2 HGB. 5 694.

Handelsgesellschaften. — Gelegenheitsgesellschaft f. diese. — von Minderkaufleuten f. diese. — von Religionen f. diese. — ausländische H.-G., Rechtsfähigkeit 1 2, 352; 2 1, 758; 2 2, 76; 3 1, 667; 3 2, 30, 31; 4 530, 577; 6 634 7 680; (englische). — Wechsel der Unternehmungsform 2 2, 76, 96, 100; 4 577; 5 659; 7 608. — Parteifähigkeit einer partnership nach New Yorker Recht 3 2, 33 (f. offene H.-G.). — Umwandlung einer Aktiengesellschaft in eine Kommanditgesellschaft auf Aktien u. umgekehrt 5 691, 692. — Einfluß d. Berliner Gerichtsorganisation auf die nach dem Sinne sich bestimmende Zuständigkeit 6 635 (f. Gerichtsstand). — zwischen Ehegatten f. Ehegatten. — Beteiligung ausländischer M.-G., R.-M.-G. u. GmbH. a. inländischer GmbH.? 6 634. — auf ausländischem Gebiet ihren Verwaltungsmittelpunkt besitzende H.-G., d. Statut bestimmt, daß ein deutscher Ort Sitz d. H.-G. sein soll 6 778. — Nachweis d. Vertretungsbefugnis im Grundbuchverkehr f. Eintragungen ins Grundbuch.

Handelsgewerbe f. Gewerbe. . . . Kaufmann, Handelsgeschäfte. — Verein zwecks Betriebs einer H.-G. 4 9. — Betrieb durch einen nicht rechtsfähigen Verein 4 13.

Handelskauf f. Spezifikationskauf, Selbsthilfeverkauf, Kauf nach Probe, Verpackung, Notverkauf, Hinterlegung, Gattungskauf, Dedungskauf, Zufestlieferung, Kauf, Handelsgebräuche.

Allgemeines. — Anwendung des § 373 HGB. auf Verkäufe des Konkursverwalters? 3 2, 89. — Schiedsvertrag über Qualität d. Ware 7 671. — beiderseitiger Erfüllungsort 3 1, 118. — Beginn d. Verzinsung d. Kaufpreises 7 662. — Anwendung des § 464 HGB. auf H. 5 193. — Vorleistungspflicht d. Verkäufers bei Verwendungskaufen; Zahlung des Preises erst nach Untersuchung am Bestimmungsort 6 689. — Zusendung d. Faktura mit dem Vermerk: Lagern zu Ihrer Verfügung bei Nr.“ als Eigentumsübertragung 6 678 (f. 6 698). — kann der Käufer bei Lieferung der Ware durch einseitige Modifikationen die gesetzlichen oder kontraktlichen Rechte des Käufers ändern (Ausdruck d. Erfüllungsortes auf Fakturen) 6 692. — Pflicht d. Käufers bei irrthümlicher Zusendung e. falschen Ware, den Verkäufer zu verständigen 2 2, 217. — Schadenserzappflicht b. Verkauf e. Ware als zu einer bestimmten Gattung gehörig ohne vorherige Prüfung 2 2, 201. — Aufbewahrungspflicht des Verkäufers bezüglich der verkauften Sache bei vertragswidrigem Verhalten des Käufers 3 2, 88, 89. — hat der Verkäufer, der die Ware vom Schiff in den Eisenbahnwagen zu entladen hat, die Pflicht zur ordnungsmäßigen Beladung der Waggons? 4 623. Rückpflicht des Käufers. — Zweck 3 2, 91; 4 626. — Statutenkollision 2 2, 210 (Anwendung des § 377, wenn der Erfüllungsort des Käufers im Inland liegt); 4 532; 5 695. — Verhältnis des § 377 HGB. zu § 464 HGB. 5 193. — Prüfung des Vorhandenseins der Voraussetzungen des § 377 HGB. von Amts wegen 2 2, 211. — Berücksichtigung der Verjährung der Rückfrist von Amts wegen? 4 633. — Rückpflicht bei Zufestlieferung 6 691. — Anwendung des § 377 auf einseitige Handelsgeschäfte? 2 2, 210; 3 2, 91; 4 626; 6 689. — Anwendung des § 377, wenn ein Kontrahent Handwerker oder Minderkaufmann ist 2 2, 210; 3 2, 91. — Verwendungskauf 6 689 (f. diesen). — Anwendung des § 377 auf einen Möbelleihevertrag 2 2, 110. — Anwendung des § 377 bei Viehmängeln 5 703. — Recht zur Untersuchung bei Kassakäufen 6 689 (2). — Kauf netto Kassa u. Verprechen d. Zahlung d. Preises bei Ausantwortung 6 689. — Kauf unter Anwesenden 2 2, 213; 3 2, 88. — Wegfall der Rückpflicht bei vor Ablieferung erklärter Annahmeweigerung 3 2, 91; 4 626. — Ware im Sinne des § 377 HGB.; auf Abbruch gekaufte maschinelle Einrichtung 5 703. — Untersuchung u. Mängelanzeige im Handel mit englischer Kohle (Beschränkung auf die Zeit der Verladung ins Schiff) 4 627. — Einfluß e. befristeten Garantie bezüglich bestimmter Eigenschaften

(Handelsstau)

auf Untersuchungs- u. Rügepflicht **6 689, 690.** — Rügepflicht bei Teilsendungen **3 2, 92; 4 632.** — Einlassen des Verkäufers auf Vergleichsverhandlungen nach erfolgter Rüge **4 632.** — Schweigen des Käufers auf Zusendung der die Mängel erschein lassenen Faktura bei richtiger Bemängelung nach Ablieferung **2 2, 214; 3 2, 93.** — Kosten der Untersuchung; Geltendmachung mit der Minderungsflagge? **3 2, 93.** — Mängelrüge u. §§ 242, 157 BGB. **1 1, 95; 4 70.** — Mängelrüge bei vor 1900 gekauften, aber erst nachher gelieferten Waren **3 1, 694; 5 626.**

A b l i e f e r u n g. — Begriff **1 1, 351; 2 1, 283, 284; 2 2, 211; 4 165; 5 196, 705** (i. Frachtvertrag). — bloße Ankunft am Bestimmungsorte **5 705.** — Gestattung der Untersuchung der Ware am Speicher des Verkäufers keine **U. 7 670.** — Anlieferung der Schiffszettel an den Spediteur d. Käufers keine **U. 7 670.** — Übersendung des Lieferscheines **2 2, 211.** — Übergabe des Frachtbriefes **2 2, 211.** — Aushändigung der Postpaketadresse **2 2, 211.** — Übersendung eines Ausfallmusters **2 2, 211.** — Gestattung der Entnahme einer Probe **3 2, 91.** — bei Maschinen Montierung u. Aufstellung nötig **2 2, 211; 7 670, 671** (ebenso Bekanntgabe d. Vollendung d. Montage an d. Käufer). — nur eine die ordnungsmäßige Befichtigung ermöglichende Ablieferung **2 2, 211.** — Unterschied zwischen Ablieferung u. Annahme **2 2, 211.** — Unterschied zwischen Ablieferung u. Übergabe **4 627.** — Gewährung, der Möglichkeit, d. Ware an sich zu nehmen? **3 2, 91.** — Mitteilung des Spediteurs an den Käufer **3 2, 91.** — Ausschluß der §§ 377, 378 BGB. bei Nichtablieferung infolge Annahmeweigerung **3 2, 91; 4 626.** — Pflicht zur Vornahme der Untersuchung vor Ablieferung an Stückproben, Ausfallmustern? **3 2, 93, 94; 4 628, 629; 5 704.** — Eingang der Faktura **2 2, 214; 3 2, 93.** — briefliche Zurverfügungstellung der Ware seitens des Verkäufers **4 627.** — Aushändigung des Konnossements **4 627; 5 705.** — Verschaffung unmittelbaren Besitzes **4 627.** — Eingang der Bahnanzeige vom Eintreffen der Ware am Bestimmungsorte beim Käufer **4 627.** — bei Weiterverendung an den neuen Bestimmungsort seitens des Käufers **4 629.** — Rüge vor Ablieferung **5 704.** — durch den Käufer absichtlich verhinderte Ablieferung **5 705.** — Ort der Ablieferung bei schwimmender Ware **7 671.** — Ausfolgung des Wutes an die Zollbehörde **7 678.**

U n t e r s u c h u n g. — Umfang der Untersuchung **3 2, 92; 4 628; 5 704.** — Einfluß der am Erfüllungsort des Käufers be-

stehenden Handelsgebräuche **4 628; 5 704.** — Zuziehung von Sachverständigen **2 2, 211; 3 2, 92; 4 628; 5 703; 6 689.** — Stichproben **2 2, 211, 212** (wer trägt die Gefahr eines nicht entdeckten Mangels?); **3 2, 93; 4 628; 5 904** (bei Graupenfutter). — Genehmigung der Ausfallmuster als Genehmigung der Ware? **2 2, 211; 4 628, 629.** — Untersuchungsfrist bei Sufzejtblieferungen, deren erste gerügt wurde **7 671.** — Pflicht z. Vornahme d. Untersuchung vor Ablieferung an Ausfallmustern, Proben **3 2, 93, 94; 4 628, 629; 5 704; 6 589; 7 671.** — sofortige Durchführung einer einmal begonnenen Untersuchung auch bei Verlängerung der Frist **2 2, 212.** — Schwierigkeit d. Untersuchung: Seltenheit des in Betracht kommenden Mangels **7 671.** — für den Käufer unbedequate, mit Kosten verbundene Untersuchung **3 2, 92.** — Öffnen von Behältnissen, in die die Waren zum Weiterverkauf kommen **3 2, 92** (Konserven). — mit e. Entwertung d. Ware verbundene Entfernung d. Umhüllung **7 671.** — Handelsbrauch e. Geschäftsparte, eine Untersuchung nicht vorzunehmen **3 2, 93.** — U.-spflicht bei zur sofortigen Weiterverendung bestimmten Waren; Kenntnis d. Verkäufers **6 689; 4 629, 630.** — Untersuchung von Wein auf Zuckergehalt **3 2, 92** (Säckenweine). — U.-spflicht im Leinölhandel **6 689.** — im Kaffeehandel Untersuchung der vom Verkäufer entnommenen Nachstichprobe **2 2, 213.** — Untersuchung von Drucksachen auf textliche Unrichtigkeiten? **2 2, 213.** — Nachmessen der Größen im Teppichhandel? **2 2, 213.** — Untersuchungsfrist d. Unternehmers, der für einen Wegebau Kleinschlag kaufte; Überlassung d. Prüfung an die leitende Baubehörde **7 671.** — Schuhwarenhandel; Sonderung u. Abnahme der guten Schuhe **2 2, 213.** — Einwand d. Beklagten, daß er auch bei ordnungsmäßiger Untersuchung den Fehler doch nicht entdeckt haben würde **6 689.** — Pflicht zur Anwendung von Beschleunigungsmitteln **2 2, 213.** — subjektive Unmöglichkeit des Käufers, die Untersuchung selbst vorzunehmen **5 703.** — mit Verbrauch, Verarbeitung eines Teils der Ware verbundene Untersuchung **6 689; 7 671.** — Unterlassen der einen beträchtlichen Teil der Ware konsumierenden Untersuchung **2 2, 213; 3 2, 92; 7 671.** — eine beträchtliche Entwertung herbeiführende **U. 3 2, 92.** — die Möglichkeit der Weiterveräußerung beeinträchtigende **U. 3 2, 92.**

Z e i t d e r U n t e r s u c h u n g **4 628.** — Ausdehnung der Untersuchungsfrist **2 2, 211; 4 626; 5 705.** — Klausel: „Reklamationen nur innerhalb x Tage“ **2 2, 212; 4 629; 5 704.** — Verzögerung infolge chemischer **U.,** bei ohne sie erkennbaren

Mängeln **3 2, 93.** — U. im Großhandel erst nach Aufnahme in die Speicher **3 2, 93.** — bei dem Verkäufer bekannter Weiterveräußerung in Originalverpackung **3 2, 93; 4 630.** — im Handel mit englischer Kohle (Beschränkung auf die Zeit der Verladung in das Schiff) **4 627.** — im Handel mit Rohwaren in Federn und Daunern **4 628.** — „unverzüglich“ im Sinne der §377 **GB. 4 629; 5703.** — Verzögerung infolge Zuziehung von Sachverständigen **4 629.** — Gewohnheiten überseeischer Plätze **4 629.** — unmittelbare Weiterveräußerung seitens des Käufers **4 629.** — bei in nicht beabsichtigten Teilsendungen ankommender Bahnsendung **4 632.** — in der Heizungsbranche **5 703.** — Notwendigkeit vorherigen Auspackens, Montierens **5 703.** — Einfluß der bei dem einzelnen Abnehmer bestehenden Geschäftsübung? **7 672.** — Zuwarten mit d. Untersuchung bis zum Eintreffen der letzten, in kurzen Zwischenräumen abgegangenen Wagenladung **7 672.** — an Bord von Schiffen zu liefernder Proviant **7 672.** — im Weinhandel **7 672.**

Ort der Untersuchung. — stillschweigende Vereinbarung der Untersuchung an einem anderen Ort (Bestimmungsort) statt am Ablieferungsort **2 2, 212; 4 626; 5 705.** — Verwendung einer zum Weiterverkauf bestimmten Ware in mit eisernen Reifen eingeschlossenen Ballen **2 2, 212; 6 691.** — Klausel „als Ort der Ablieferung gilt der überseeische Bestimmungsort“ und „der Verkäufer haftet bis nach Eintreffen der Berichte“ **2 2, 212; 3 2, 75.** — Lieferung seemäßig verpackter Waren an einen Hafenort **2 2, 212, 213; 4 630.** — unmittelbare Lieferung über See bestimmter Waren an den Seedampfer **4 630.** — Anzeigepflicht, wenn der Käufer am Ablieferungsort statt, wie vereinbart, erst am Bestimmungsort die Waren prüft **2 2, 213.** — bei Weiterveräußerung in Originalverpackung **3 2, 93; 4 630; 7 671.** — unmittelbare Sendung der Ware nach dem Wohnort des dritten Abnehmers **4 627.** — unmittelbare Weiterveräußerung seitens des Käufers **4 629, 630; 6 689, 690.** — Fehlen einer Geschäftsniederlassung des Käufers am Ablieferungsort **4 630.** — Abschluß des Kaufes nach auswärtigen Konditionen **4 629, 630.** — Einfluß der Verschiffung auf einem vom Verkäufer oder vom Käufer gecharterten Dampfer **4 630.** — Kenntnis des Verkäufers von der beabsichtigten Weiterveräußerung **4 630; 7 671.** — Sendung der Ware an einen Spediteur, der im Auftrag des Käufers die Umladung zwecks Weitertransportes besorgt **5 703; 7 671, 672.** — Untersuchung einer sob Hamburg gelieferten Ware an Bord des See-

schiffes oder a. überseeischen Bestimmungsort? **5 703; 6 689, 690.** — U.-sort, wenn der Seehafen Ablieferungsort d. Ware u. Geschäftsjahr des Käufers ist, die Ware aber nach dem Inlande weiter verschifft u. dort eingelagert werden soll **6 690.**

Mängelanzeige. — ist einseitiges Rechtsgeschäft **2 2, 214.** — Art der Zusendung der M. **2 2, 213** (fehlerhafte Zusendungsart). — Gefahr der Nichtankunft der M. **2 2, 213, 214.** — M. ohne vorherige Untersuchung **2 2, 214; 3 2, 93; 5 704; 7 673.** — Anzeige eines Vertreters ohne Vertretungsmacht **2 2, 214.** — Form **2 2, 214** (telegraphisch); **3 2, 93; 4 632** (mündlich durch Boten); **5 705** (telephonisch); **6 690.** — Anzeige gegenüber einem nicht legitimierten Vertreter des Verkäufers **4 632, 633; 6 690** (an den vom Verkäufer geschickten Monteur). — Anzeige an den Handlungsreisenden **5 647.** — Anzeige an Agenten **2 2, 69.** — Beweislast für richtige M. **4 633.** — Widerspruch des Verkäufers gegen die M. **5 705.** — Art der M. im Getreidehandel **3 2, 74; 5 701.** — Anerbieten d. Verkäufers, dem Käufer zur speziellen Auseinandersetzung der Mängel e. von ihm im allgemeinen gerügten Maschine einen Monteur zu senden; Pflicht d. Käufers, gleichwohl die allein entdeckten Mängel sofort zu rügen **6 690.** — M. bei Annahme e. mangelhaften Sache mit Kenntnis der Mängel als Vorbehalt d. Gewährleistungsanspruchs der §§ 462 ff. **GB. 6 691.** — im Eierhandel **7 659.**

Zeit der Anzeige s. oben bei Untersuchung. — ausdrückliche oder stillschweigende Verlängerung der Frist **2 2, 211; 4 626; 5 705.** — Verkürzung u. Verlängerung durch Klausel „Reklamationen nur innerhalb x Tage nach Empfang“? **2 2, 212; 4 629; 5 705.** — Beweis der rechtzeitigen Mängelanzeige durch Vorlage der Kopierbücher? **6 692.** — Anzeige erst nötig, wenn ausreichender Grund zur Annahme des Kaufzusammenhangs zwischen Schäden der Anlage u. Mängel der Ware gegeben ist **2 2, 212.** — Einwand gegenüber d. verspäteten Anzeige, daß bei rechtzeitiger Anzeige der Verkäufer nicht früher Kenntnis bekommen hätte **7 672.** — bloße Vermutung, aber noch nicht erfolgte Feststellung der Mängel **2 2, 214; 4 631; 5 704.** — Anzeigerstattung innerhalb der für ordnungsmäßige Untersuchung nötigen Frist, wenn der Käufer wegen bloßflüchtiger Untersuchung zu einer früheren Anzeige imstande war **2 2, 214; 5 704; 7 672.** — Feststellung der Rechtzeitigkeit im Urteil **6 690.** — „unverzüglich“ **2 2, 214.** — Telegramm **2 2, 214.** — bei Maschinenkauf **3 2, 94; 4 632** (Kauf von Maschinenteilen). — bei Kauf einer gebrauchten Maschine

(Handelskauf)

(seitens eines Nicht-Maschinenhändlers) 3 2, 94; 5 704. — bei Kauf von Stoffen zur Herstellung von Mischungen, Esenzen 3 2, 94. — Festsetzung einer die gesetzliche Verjährungsfrist übersteigenden Garantiefrist 3 2, 94, 95; 4 632. — im Handel mit englischer Kohle (Zeit der Verladung in das Schiff) 4 627. — unmittelbare Sendung der Waren nach dem Wohnort des dritten Abnehmers 4 627 (nicht mit Namen benannter Abnehmer). — Verlängerung der Anzeigefrist bei Verlegung der Untersuchung an e. anderen als dem Ablieferungsort 6 690. — Gewohnheiten überseeischer Bestimmungsorte 4 629. — im Handel mit Saatgut (erst nach Einlauf mehrerer Rügen seitens des dritten Abnehmers) 4 631. — Benutzung d. regelmäßigen Postdampfers seitens des überseeischen Käufers 4 632. — Unterlassung der Anzeige eines entdeckten Mangels wegen beabsichtigter, aber nicht sofort ausföhrbarer weiterer Untersuchung der auch in anderer Beziehung verdächtigen Ware 5 703. — liegt in der Vornahme von Verbesserungen ein Verzicht auf das Recht, die Verpätung der Anzeige zu rügen? 3 2, 97; 6 692. — Zeit bei Notwendigkeit d. Zuziehung von Sachverständigen zur Untersuchung 6 690. — Verzicht auf die an Versäumnung rechtzeitiger Mängelrüge geknüpften Folgen 6 692. — Geltendmachung der Verpätung in 2. Instanz 2 2, 216. — Verpätung infolge Abwesenheit oder geschäftlicher Abhaltung? 5 704. — Verpätung infolge verspäteter Mitteilung seitens des dritten Abnehmers 6 691.

Inhalt der Mängelanzeige 2 2, 214; 4 626; 7 672. — auch Mängel zugesicherter Eigenschaften sind anzuzeigen 2 2, 210; 7 672. — die Rückpflicht erstreckt sich auch auf die Verpackung 2 2, 211; 4 628; 7 673. — telegraphische Anzeige e. Mangels bei Rügen weiterer Fehler in einem gleichzeitig abgesandten Telegramm 6 690 (s. 3 2, 95). — Erklärung der Nichtgenehmigung der Ware? 2 2, 214; 3 2, 94; 7 672. — Mitteilung „nicht nach Probe“ 3 2, 93, 94; 4 631; 5 705; 7 672. — „wesentlicher Abfall gegen das Muster“ 3 2, 94; 4 631; 5 705. — Mitteilung des ersten Käufers, daß sein Abnehmer die Ware beanstandet 2 2, 214. — „wir haben cobbles, keinen Moll gekauft“ (Kohlenhandel) 4 631. — genügende Substantiierung der Mängel 2 2, 214, 215; 3 2, 94; 4 626, 631; 5 705; 6 691. — allgemeine Bemängelung als „minderwertig, miserabel, nicht probemäßig“ 2 2, 215. — „total zusammengefißte Ware“ 4 631. — mündliche Erläuterung einer allgemeinen Bemängelung 2 2, 215. — eine, Art u. Umfang der Mängel nicht unmittel-

bar ersehen lassende, aber durch Bezugnahme auf andere Mitteilungen deutliche Anzeige 4 631; 7 672. — unrichtige Zeichnung d. Mangels 2 2, 215. — Mängelnachschreibung 6 691, 692. — ziffernmäßige Angabe der bemängelten Waren im Schuhwarenhandel 2 2, 215. — Bemerkung, die Bretter seien nur als Brennholz zu verwerten 7 672. — Zusatz, daß unter Umständen auf den Mangel kein Gewicht gelegt werde 2 2, 215.

Genehmigung. — nur bei einer dem Käufer nicht zumutenden Untersuchungsort entdeckbare Mängel 2 2, 215. — Veräußerung der bemängelten Ware 2 2, 215. — Verschweigen der Weiterveräußerung 2 2, 215. — Benutzung der bemängelten Ware 2 2, 215; 4 632 (unentbehrlicher Maschinenteile). — Verarbeitung der bemängelten Ware 2 2, 215, 216. — Umfüllenlassen des Weines 3 2, 95. — Eintritt in Vergleichsverhandlungen 2 2, 216 (s. 2 2, 200). — Leistung einer Anzahlung 3 2, 95. — Empfangnahme der Ware gegenüber der Post? 3 2, 95. — telegraphische Anzeige des einen, briefliche eines zweiten Mangels 3 2, 95 (2). — bei Kauf nach Besichtigung 3 2, 95. — Gestattung der Abladung der Ware u. Übergabe an einen Speditour zur Lagerung seitens des Käufers bei schon vor Lieferung erklärter Ablehnung 4 632. — Führer des vom Käufer gecharterten Dampfers Vertreter d. Käufers? Wirkung des von ihm ausgestellten Konnossements 4 632. — kann der Käufer gegenüber der aus Unterlassung d. Mängelanzeige folgenden Genehmigung den Gegenbeweis führen, daß er nicht genehmigen wollte? 6 692. — Anfechtung der Genehmigung wegen Irrtums über die Beschaffenheit der Ware 4 632. — Genehmigung beseitigt auch den Schadensanspruch, ausgenommen bei Betrug 2 2, 216.

Arglistiges Verschweigen von Mängeln f. Kauf. — muß das arglistige Verschweigen für das Unterlassen der Anzeige kaufal gewesen sein? 2 2, 216; 5 196; 6 693. — bei ordnungsmäßiger Besichtigung entdeckbare Mängel 2 2, 216; 5 706. — nicht zur Täuschung führender dolus 2 2, 216. — besondere Veranstaltungen nicht nötig 3 2, 95. — der Verkäufer muß auf das Nichtentdecken gerechnet haben 3 2, 95; 4 633; 5 706, 196 (dolus eventualis). — Vermerk über die Abweichung vor d. Bestellung in der vom Verkäufer über sandten Rechnung (Ia statt Ia) 4 633. — bloßes Verschweigen e. bekannten Mangels ohne Täuschungsabsicht 6 693. — Gestattung d. Verkäufers für die von seinem Lieferanten ohne sein Wissen bewirkte trügerische Verpackung der fehlerhaften Ware 6 693 (s. 7 693). —

nach Übersendung e. aus der vertragsmäßigen Ware gezogenen Musters bewirkte Vermischung der Ware mit minderwertiger 6 693. — arglistiges Verhalten des Lieferanten d. Verkäufers 7 673.

Qualitätsmängel. — Begriff des Mangels 4 628. — Sommer- statt Winterweizen 2 2, 217. — Rententitel bei Einlegung der Opposition 2 2, 217. — Mängel der Verpackung 2 2, 211; 4 628; 7 673. — Rässe bei Metallspänen 5 704. — Fehlen der Reimsfähigkeit bei Verkauf von Saattartoffeln 6 678. — vertragswidrige Vinifikation der Ware als Qualitätsmangel? 6 692. — Fehlen zugesicherter Eigenschaften 2 2, 210; 7 672. — zu geringe Leistungsfähigkeit e. Maschine 7 673. — durch feuchte Abladung entstandener Mangel 7 673. — Holzmaterialien s. Kammarbeiten, Verladung von Spundwänden verschiedener Stärke auf einen Waggon u. Unterlassung der Verpackung der nötigen Eck- u. Rundpfähle; hierdurch bewirkte Verhinderung des Käufers an ruhigem Fortarbeiten 7 673.

Quantitätsmängel u. Lieferung einer anderen Ware (§ 378 HGB.) 5 703. — Lieferung eines geringen Mehraquantums 2 2, 217; 5 706. — Folgen der Veräumung der Mängelrüge bei Quantitätsmängeln 6 693. — kann der Käufer bei Nichtrügen des Mantos Preiserminderung begehren? 2 2, 217; 4 633; 5 706; 6 691, 692, 693. — auch hier Ablieferung Voraussetzung 3 2, 95 (2); 5 706. — Pflicht des Käufers zur Aussonderung der bestellten von der nicht bestellten Ware? 3 2, 95. — „erhebliche Abweichung“ 3 2, 96. — zugleich einen Qualitätsmangel bildender Gewichtsmangel 6 693. — Anwendung des § 378 beim Spezialekauf 4 633. — Rüge von Quantitätsmängeln beim Getreidekauf? 3 2, 74; 5 701. — Rässe als Quantitätsmangel 5 704. — „bedungene Menge“, wenn sachweise gehandelt ist 5 706. — Pflicht zur Annahme d. Teilleistung bei Geringfügigkeit des rückständigen Teiles 4 615; 5 706. — Verhältnis des § 378 HGB. zur Leistungsbereitschaft (§ 243. HGB.) 6 693. — Lieferung e. anderen Ware 3 2, 95. — Sommer- statt Winterweizen 2 2, 217. — werden Rententitel durch Einlegung der Opposition Sachen anderer Gattung? 2 2, 217. — wann liegt bei Gattungswaren eine andere Ware vor? (Verschiedenheit der Form, der Sorte) 5 706; 7 673. — vertragswidrig vinkulierte Ware als andere Ware? 6 692.

Einzelnerechte u. Pflichten des Käufers.

1. **Aufbewahrungspflicht der bemängelten Ware beim Disparatkauf** (§ 379). — Verhindern

einer Versteigerung durch die Bahnverwaltung 2 2, 217. — Aufbewahrungspflicht, wenn Zeit oder Ort der Lieferung beanstandet wird? 3 2, 96. — bei Mehrlieferung 3 2, 96. — bei Verschulden, Arglist des Verkäufers 3 2, 96. — Aufbewahrungspflicht nicht bloß in den Fällen der §§ 377, 378? 3 2, 96; 4 634 (bei einseitigen Handelsgeschäften); 6 693. — bei unbestellten Zusendungen? 3 2, 96; 6 680, 693. — Anwendung des § 379, wenn kein Übersendungssatz vorliegt 3 2, 96. — wenn die Veranstandungen des Käufers begründet sind 3 2, 96. — Pflicht, d. Ware dem Transporteur abzunehmen 3 2, 96. — Dauer der Aufbewahrung 3 2, 96, 97 (2). — Ablieferung Voraussetzung? 3 2, 96. — Beseitigung der Pflicht durch Erklärung, die Ware nicht anzunehmen, falls sie nicht empfangbar sei? 3 2, 96. — Dauer der Aufbewahrungspflicht; Verlängerung 4 633, 634; 5 706.

2. **Notverkauf** (§ 379 Abs. 2). — Käufer beim Notverkauf als gesetzl. Bevollmächtigter des anderen Vertragsteils 6 694. — einstweilige Verjüngung auf Verkaufsermächtigung des Käufers auch ohne die Voraussetzungen des § 379 Abs. 2 2 2, 217; 3 2, 97. — Pflicht zum Notverkauf? 3 2, 97; 6 693. — analoge Anwendung des § 379 Abs. 2 6 693. — Zeit des Notverkaufs; absichtliche oder grobfahrlässige Verzögerung 6 693. — Vornahme des Notverkaufs erst nach Wegfall der gesetzlichen Voraussetzungen 6 693. — Ansteigerung d. Ware durch den Notverkäufer 6 694 (nochmaliger zweiter Notverkauf?). — Aufbewahrung und Notverkauf vinkulierter Waren 6 694.

3. **Zahlungspflicht.** — Zeit der Zahlung bei Übersendungskauf 3 2, 74. — hat der Käufer eine Rücksendungspflicht bei bemängelten, dem Verderb ausgesetzten Waren? 3 2, 97.

Handelsklauseln s. auch Kauf, Seerecht unter Konnossement, Schiedsvertrag, Handelsgebräuche, Handelskauf unter Mängelanzeige, Vertragsklauseln. — tel quel 2 2, 204; 4 612; 6 190. — „gute Beschaffenheit“ 2 2, 204. — „beste“ „feinste“ „prima Qualität“ 2 2, 204. — „Reklamationen nur innerhalb x Tage“ 2 2, 212 (s. Mängelanzeige unter Handelskauf). — „wie gehabt“ 3 1, 222; 4 612; 5 700. — „auf Beschit“, „nach Beschit“, „Beschit erklärt“ 6 678. — „wie besehen“ 2 2, 216; 4 612; 5 705; 6 190; 678. — „genau nach Muster“ 4 612. — „Breslauer Arbitrage“ oder „freundschaftliche Arbitrage“, „Hamburger Konditionen“ 3 2, 74; 4 612, 614 ff.; 6 750 (als Vereinbarung über den Erfüllungsort vgl. Gerichtsstand vereinbarter); 7 205 f. (Auschluss der

(Handelsklauseln)

Wandelung durch die Klausel, „abweichende Qualität nach Hamburger Arbitrage zu ordnen“). — „Arbitrageklausel als Vereinbarung eines Schiedsgerichts?“ 5 705; 6 677; 7 660, 661. — Arbitrageklausel im Getreidehandel; Ausschluß der Wandelung 6 139. — Frachtparität 4 612; 5 699. — „cif“ 3 2, 75; 4 159, 612; 6 112; 7 121, 660. — cif Rotterdam, Verladung in Kalifornien 6 678. — fob 4 612, 613; 6 677 (fob Hamburg im englischen Verkehr); 7 121. — „s. e. e. o.“ 3 2, 75. — „jederzeitiger Umtausch gestattet“ 3 2, 75. — Auslegung der Klausel, daß die Originalmuster zu retournieren seien, bei Satzjubilierung 3 2, 75. — „als Erfüllungsort und Ablieferungsort im Sinne d. § 377 HGB. gilt der überseeische Bestimmungsort“ 2 2, 212; 3 2, 75. — „Zahlung Kassa“ 1 1, 178. — Zahlung bei Lieferung netto Kasse 7 660. — „netto Kasse“ 3 2, 75; 4 612; 5 699 (Zurückbehaltungsrecht). — netto Kasse gegen Konnoissement 1 1, 346; 3 1, 161; 4 158, 612, 614; 5 699; 6 144 (Rücktritt bei mangelhafter Teillieferung). — zahlbar netto Kasse gegen Faktura 6 678; 7 155, 195, 660. — netto Kasse ohne Portoabzug 7 156. — „netto Kassa Zug um Zug“ als Vereinbarung e. Erfüllungsortes? 7 121, 732. — Kasse 30 Tage dato, Lieferung hier, mit 2% Skonto 3 2, 75; 6 678, 679. — 30 Tage 2% Skonto 3 Monate netto 7 659. — sofortige Kasse mit 4 % nach Empfang der Faktura 5 699. — nach Empfang der Faktura Wechselakzept 5 699. — 30 Tage Kasse 2 % Skonto oder Dreimonatsakzept 4 990. — „30 Tage 1 und 2%, o. 90 Tage 10% Skonto“ im Korsetthandel 7 658. — per Kasse mit 2% Skonto; 5 699. — Regulierung Kassa 2% Skonto; Abnahme auf meinem Plaze 6 132. — „andienen“ 3 2, 75. — „Zahlungsort H.“ 7 121. — „ausgeliefertes Gewicht garantiert“ 4 612. — sofort nach Eröffnung der Schifffahrt 4 612. — auf Lieferung September 4 612. — „Lieferung baldmöglichst“ 6 678. — „prompt“, „unverzüglich“ 4 612. — „Baluta per März“ 4 612; 5 699, 700. — $\frac{1}{3}$ Monatsakzept $\frac{2}{3}$ Monat 6 pCt. 4 612; 5 699. — „netto Kasse laut Konnoissement“ 4 612, 613. — „brutto für netto“ 4 612. — „frei ab“ 4 612. — frei ab Schiffsbord 6 721. — franko Haus 4 612. — frei Bord, frei Bahnhof 6 112; 7 121. — waggonfrei Hamburg 6 113, 185; 7 121, 732. — franko Bestimmungsort 4 612. — franko gegen franko 4 612. — frei Ufer 4 612. — „Lieferung franko Waggon“, franko Rheinschiff 6 678, 679 (2). — rebus sic stantibus 4 613 (i. clausula rebus sic stantibus). — „in gegenwärtiger Beschaffenheit“ 4 613. — Konnoissementsklausel „unver-

antwortlich für Gewicht“ 4 613. — „auf freies versichertes Lager“ 4 613. — „hold“ im Kohlenhandel 4 611, 633. — leere Fastaqe innerhalb x Tage zurückgenommen; Eingang n. Ablauf der x Tage 6 678. — „ich stelle zur Disposition“ 4 615. — Bestellung u. Lieferung d. „Jahresbedarfs“ 6 679. — Ausfallmuster f. Handelskauf unt. Mängelanzeige. — „Saisonware“ 4 615. — „aufschließen“ 4 615. — Kauf unter der Klausel „Juli/September Erwartung“ 6 679. — Streikklausel 4 613. — Erwartungsklausel 5 191. — Auslegung der Klausel nach dem am Wohnsit der Vertragsteile ihr beigelegten Sinn 4 613. — Frostkauf im Kartoffelhandel 6 677. — Überbung der Faktura mit dem Vermerk „lagern zu Ihrer Verfügung bei X“ als Eigentumsübergang 6 678. — gleichbedeutender Gebrauch von „Abruf“ und „Abnahme“ 7 670. — „Auftrag“ im Sinne von Offerte 3 2, 75; 4 615. — auf „Abruf“ 3 2, 76; 4 612, 613 (Abruf nach Bedarf). — auf Abruf 1905 5 700; 7 100. — „ich stelle fest an“ 4 612. — „freiübend“ 4 612. — „heutige Drahtantwort“ 4 612. — „bis zur Lieferzeit“ 4 612. — „zur Auswahl“ 4 612. — „limit“ 4 612. — „Aufgabe vorbehalten“ 4 612. — „Empfang erklärt“ 4 612. — „vu et agrée“ 4 612. — „zitfa“ 4 612. — „bahnamtliches Gewicht“ 4 612. — Ausgabe des Käufers vorbehalten 1 1, 251; 6 183. — Klausel „loco“ ohne Einfluß auf d. Erfüllungsort 6 746, 747. — Rückgebung d. Säcke binnen bestimmter Frist, eventuell Berechnung“ (vgl. Verpackung) 7 229. — frei Berlin in Ladung 7 659. — Abnahme nach Ihrer (des Käufers) Wahl, wenn möglich in gleichen Monatsmengen 7 660. — Besserungsklausel, Pflicht des Schuldners zu Teilzahlungen 7 660. — „Lieferungszeit November transito frei Seeschifferte Hamburg“ 7 661. — Irrtum über Bedeutung e. H. (i. Verkehrsfitte) 7 98.

Handelsmäkler f. Kurzmäkler. — Begriff 5 658. — Kaufmann 2 2, 72. — Firmeneintragspflicht d. „amtlich bestellten“ oder „öffentlich ermächtigten“ Mäkler 2 2, 72. — Kurzmäkler 2 2, 72, 73. — rechtl. Natur des Mäklervertrags 2 2, 73; 5 658. — bloß auf Nachweis, nicht auf Vermittelung gerichteter Mäklervertrag 2 2, 73. — Dienstverhältnis zu beiden Parteien 2 2, 73. — Mäklervertrag auf Vermittelung eines Gesellschaftsvertrags 2 2, 73. — auf die Dauer angelegtes Vertretungsverhältnis 4 576. — inwiefern verpflichten Zusicherungen des Mäklers die Partei 5 659. — ist der Mäkler Stellvertreter? 5 659. — Bindung einer Partei gegenüber dem unbekanntem Gegenkontrahenten a. ohne

Ausstellung einer Schlußnote 2 2, 73/74.
 — Recht des mit Vermittelung eines Frachtvertrags beauftragten Schiffsmälers zur Einklarierung des Schiffes? 2 2, 73. — Anspruch des Mälers auf Ausfunftserteilung nach §§ 88, 91 HGB.? 4 576. — Mälerlohn: Fälligkeit bei aufschiebend bedingten Verträgen 2 2, 74; 3 2, 30. — Geltung des § 652 BGB. 1 1, 402. — Delfrederehaftung des Mälers bei Wechseln 2 2, 74. — Schadenshaftung des nur für eine Partei tätigen Mälers nach § 98 4 576; 6 633, 634.

Schlußnote. — Verzicht einer Partei auf ihre Erteilung 2 2, 73; 3 2, 29. — Vermerk „zu gehabten Konditionen“ 2 2, 73; 3 2, 29. — Wirkung einer vorbehaltlosen Annahme 2 2, 73; 4 576 (einer nicht unterschriebenen Schlußnote). — Schadenshaftung bei Verzögerung der Zustellung 4 576. — Annahme der Schlußnote mit Vorbehalt der Bezeichnung d. anderen Partei 4 576 (Lauf der Frist für Benennung des Dritten, Mahnung, wann kommt der Vertrag mit dem Dritten zustande?). — nicht unterzeichnete Schlußnoten 4 616. — Anfechtung der Schlußnote gegenüber dem Mäler 5 659. — Ausbändigung, Annahme oder Unterschrift der Schlußnote bei nicht sofort zu erfüllendem Geschäft (§ 94 Abs. 2 HGB.) Voraussetzung für Gültigkeit des Geschäftes? 6 633.

Beendigung des Vertrags. — Tod des Mälers 2 2, 73. — Tod oder Geschäftsunfähigkeit einer Partei 2 2, 73. — Kündigung 5 658, 659.

Handelsniederlassung f. Gerichtsstand, Niederlassung. — Begriff; Neben- u. Hilfs-Etablissements 1 3, 21; 4 668; 6 611. — Markthalenstand keine S. 1 1, 177.

Handelsrecht. — Anwendung des BGB. für das S. 2 2, 266. — Anwendung der §§ 169, 170, 171 GGWB. 2 2, 266, 267.

Handelsregister vgl. Rechtshilfe, freiwillige Gerichtsbarkeit, Firma, Beschwerde, die einzelnen Handelsgesellschaften, Vereinsregister. — kann in d. Fällen des § 145 HGB. statt der zulässigen Tätigkeit d. Registergerichts auch der Prozeßweg gewählt werden? 3 2, 190.

Öffentlichkeit des Registers, Abschriften. — Recht der Berufsgenossenschaften auf Einsicht 3 2, 5. — Einsicht der Polizeibehörde 2 2, 301. — Gerichtsnotorietät d. Eintragungen 6 812. — Abschriften von Verfügungen in den S.-Akten 2 2, 13. — Abschriften von zu Protokoll des Gerichtsschreibers abgegebenen Erklärungen 2 2, 13. — Kostenpflicht bei Verlangen von Abschriften 3 2, 558 (Handelskammern). — Bescheinigungen; über den Rahmen eines Zeugnisses hinausgehende, Beurteilung

u. Schlußfolgerung enthaltende B. 2 2, 13 — Beweiskraft älterer Bescheinigungen 2 2, 13; 3 2, 5.

Amtsblatt. — Bekanntgabe des gewählten Blattes (im Reichsanzeiger) 2 2, 13, 14, 300, 301; 7 592. — Eingehen des Blattes im Laufe des Jahres 2 2, 14. — Verstoß gegen § 11 HGB. 2 2, 14. — Recht der Justizverwaltung, über die Art d. Bekanntgabe des gewählten Blattes zu entscheiden 3 2, 5; 4 558. — Dienst-anweisungen für Wahl des Blattes? 5 639. — Anfechtung der getroffenen Wahl? 5 639, 1003 (f. Beschwerde). — Umfang der Veröffentlichung in den Amtsblättern 2 2, 301. — Bestimmung eines Publikationsblattes neben dem Reichsanzeiger 7 592.

Kreis der eintragbaren Rechtsverhältnisse 5 1015. — Vormerknungen? 2 2, 12. — Eintrag nicht eintragungsfähiger Tatsachen 2 2, 12. — nach altem, nicht aber nach neuem Recht eintragungsfähige Tatsachen 2 2, 12. — keine „einzutragende Tatsache“ (§ 15 I), wenn der Eintrag wegen Nichteintrags einer anderen Tatsache unmöglich ist 2 2, 18. — kann der Widerruf einer nicht eingetragenen Procura eingetragen werden? 2 2, 18. — Eintrag der Ermächtigung eines Prokuristen zur Belastung und Veräußerung von Grundstücken 2 2, 43, 143. — Beschränkung der Vertretungsmacht eines Vertreters einer offenen Handelsgesellschaft auf eine von mehreren Niederlassungen 2 2, 92. — Eintrag der Auflösung einer offenen Handelsgesellschaft trotz Nichteintragens der Errichtung 2 2, 18, 98. — Eintrag des Auflösungsgrundes bei Löschung einer offenen Handelsgesellschaft? 2 2, 100. — Eintrag der Verleihung des Titels: „Generaldirektor“ an einen Vorstand einer Aktiengesellschaft 2 2, 143; 4 596, 597 (bloße Änderung der Personalien). — Vertreter des Vorstands einer A.-G. 2 2, 151, 159. — andere Handelsvollmachten als Procura? 4 564. — Veränderung von Namen u. Wohnort eines offenen Handelsgesellschafters 4 581. — Vermerk über ehegüterrechtliche Verhältnisse der Kaufleute? 5 729. — Einträge bei Bestellung u. Erlöschen eines Nießbrauchs an einem Handelsgeschäft 5 641, 642 (f. Geschäftsübergang). — Anmeldung des Austritts eines Gesellschafters trotz Konsens nötig 5 644. — Löschung u. eventueller Neueintrag d. Procura bei Eintreten eines persönlich haftenden Gesellschafters in das Geschäft eines Einzelkaufmannes 4 563; 5 645. — Fortführung eines Handelsgeschäftes in fortgesetzter Güter- oder in Erbengemeinschaft 5 645. — Eintrag e. vor 1900 geschlossenen Vertrags auf Ausschluß d. Gütergemeinschaft 5 632. — Ein-

(Handelsregister)

tragung des von den Eltern im Namen des Kindes betriebenen Geschäftes ohne Genehmigung des Vormundschaftsgerichts **2 1, 655; 2 2, 2.** — Eintrag der Miterben **3 2, 236.** — Eintrag e. Zweigniederlassung s. diese. — ist bei Beendigung d. Liquidation e. Gesellschaft außer d. Löschung d. Firma auch die Beendigung d. Vertretungsmacht d. Liquidatoren anzumelden **7 1087, 1088.** — Zuständigkeit d. A.-G. zur Führung d. S. für Standesherrn **3 2, 251.** — Bedeutung der Eintragung d. Beteiligung e. Kommanditisten **1 1, 111.** — gleichzeitige Eintragung eines Vereins im Vereins-u. im S.-R. **4 10.** — Eintrag v. Religionsgesellschaften als Handelsgesellschaft? **3 1, 13; 4 10; 5 41** (s. Religionen).

Beweiskraft des Registers 2 2, 17; 3 1, 22; 3 2, 6 u. 7; 6 604; 7 592. — kann einer eingetragenen Gm.b.H. der Einwand entgegengef. werden, daß sie wegen Nichtigkeit des Vertrags keine Parteifähigkeit besitze **4 672.** — Gegenbeweis gegen die Entstehung einer Gesellschaft trotz Eintrags der Firma **4 581.** — Bedeutung des Firmeneintrags für den Erwerb der Kaufmannseigenschaft s. Kaufmann. — Eintrag einer Zweigniederlassung trotz Nichtbestehens **2 2, 12.** — hinsichtlich Umfang u. Art des Betriebes? **2 2, 12.** — hinsichtlich der Berechtigung z. Gewerbebetrieb (KonzeSSION)? **2 2, 12.** — Beweiskraft hinsichtlich eintragungsfähiger, aber nicht eintragungsspflichtiger Tatsachen **5 639.** — Vermutung der Nichtigkeit des Registers **2 2, 13; 3 2, 6.** — Recht, des Dritten, entsprechend der Wirklichkeit die eingetragene, aber nicht eingetragene Tatsache so zu behandeln, wie wenn sie eingetragen wäre **2 2, 17.** — Anwendung des § 15 auf den Fall des § 25 (Geschäftsübernahme)? **2 2, 17; 6 605.** — Anwendbarkeit des § 15 auf den Fall, daß die Kenntnis des Dritten von der einzutragenden Tatsache für sein Verhalten bedeutungslos ist **2 2, 17.** — mit der Anmeldung nicht übereinstimmender Eintrag **2 2, 17.** — Eintrag unwahrer Tatsachen **2 2, 18.** — nicht eingetragene Auflösung einer nicht eingetragenen Handelsgesellschaft **2 2, 18.** — eingetragene, aber noch nicht publizierte Auflösung einer o. S.-G.; Wirkung gegenüber dem nicht wissenden Dritten? **3 2, 37.** — vor 1900 unzulässigerweise als offene S.-G. eingetragene Genehmigung zweier Bauunternehmer **2 2, 18.** — darf der Dritte den früheren Zustand als fortdauernd betrachten, solange eine Rechtsänderung nicht eingetragen ist? **3 2, 6, 7.** — eingetragene, aber nicht bekannt gemachte konstitutive Tatsachen **3 2, 7; 6 604.** — muß der Eintragungsinteressent die publizierte Tatsache gegen sich gelten

lassen, weil er sie angemeldet hat? **3 2, 7.** — guter Glaube bei Erwerb einer zu Unrecht eingetragenen Firma **2 2, 38.** — Recht des Dritten gegenüber der Eintragung unrichtiger Tatsachen **3 2, 7; 6 605.** — Wirkung der Eintragung einer Kommanditgesellschaft gegenüber d. nicht wissenden Dritten **3 2, 38.** — Nichtkenntnis eines Dritten von der Eintragung einer Aktiengesellschaft **3 2, 43.** — Kenntnis eines Dritten von der Nichtigkeit einer Aktiengesellschaft vor Eintragung der Nichtigkeit **3 2, 71.** — Divergenz zw. Eintrag u. Publikation **6 604.** — Beweiskraft e. Eintragung vor Publikation **6 604.** — Anwendung d. Publizitätsprinzips des § 15 bei Einträgen mit konstitutiver oder mit heilender Wirkung **6 604, 605.** — Anwendung des § 15 für die rechtl. Beziehungen der eingetragenen Firma zu Dritten, nicht auf die Rechtsbeziehung eines Dritten zu einem anderen Dritten **6 605.** — Wirkung der Nichteintragung d. Aufgabe eines Handelsgeschäftes **6 605.** — Nachprüfung e. S.-Auszugs (über Legitimation e. Gesellschafters zur Vertretung) seitens d. Grundbuchamts **6 605** (s. Eintragungen ins Grundbuch).

Führung des Registers.

Allgemeines. — Gebührenpflicht bei Umwandlung einer offenen in eine Kommanditgesellschaft **2 2, 96.** — Pflicht des Pächters zur Firmenanmeldung **3 2, 13.** — Kosten eines vom Registerrichter von Amts wegen eingeholten Gutachtens **4 559.** — Erlaß des Verbots d. Firmenführung nach § 8 UnlWG. durch den Registerrichter? **7 1060.** — Löschung e. unberechtigten Adelsprädikates auf Antrag des Heroldsamtes **5 4** (s. auch Name, Adel). — selbständige Ermittlungspflicht d. Gerichts, wenn e. Organ d. Handelsstandes beantragt, einen Gewerbetreibenden zur Anmeldung seiner Firma anzuhalten **3 2, 237.** — Handlungen e. örtlich unzuständigen Gerichts **5 993, 994, 1016.** — Einfluß d. Gerichtsferien (s. diese u. freiwillige Gerichtsbarkeit) **7 985.** — kann der Registerrichter zur Verwirklichung e. Beweiserhebung den Beteiligten zur Plage aus § 810 BGB. verweisen? **4 852.** — Anwendung des § 17 FGG. auf Eintragungen in das S.-? **3 2, 190.** — Zuständigkeit des Gerichts der freien Gerichtsbarkeit zur Entscheidung von Streitigkeiten, wenn nach dem Gesellschaftsvertrag ein Schiedsgericht entscheiden soll **7 1018.** — Beschwerde in S.-Sachen s. Beschwerde in der freiwilligen Gerichtsbarkeit. — einstw. Anordnung (§ 24 Abs. 3 FGG.) des Beschwerdegerichts auf Eintrag e. Widerspruches gegen die Nichtigkeit e. Eintrags **5 1005.** — gibt es in Registerjahren „Parteien“? **3 2, 235.** — Nachprüfung der

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

Zulässigkeit e. Eintragung durch d. Prozeßrichter 5 1015 (s. freiwillige Gerichtsbarkeit). — Umfang d. Beschwerderechts d. Organe des Handelsstandes 3 2, 236; 6 612; 7 998, 1018 (s. unten Beschwerde). — Zwangsinnung als Organ des Handelsstandes nach § 126 FGG.? 3 2, 236. — Antragsrecht d. Handels- u. Gewerbeämtern i. Sachen 3 2, 236. — Verbände zur Förderung gewerblicher Interessen unter § 126 FGG. fallend? 5 1015; 6 612. — Landgericht, das die Löschung einer unzulässigen Eintragung nach § 143 FGG. anordnet, als Registergericht (§ 126 FGG.) 4 863. — Antragsrecht des Notars 3 2, 236; 7 1019. — landesrechtliche Vorschriften, wonach das Gericht bei Ablehnung e. Eintragung die Gründe mitzuteilen hat 3 2, 252.

Prüfungspflicht des Richters (s. die einzelnen Handelsgesellschaften) 5 996; 7 987. — Pflicht z. Offizialmitteilungen 7 987. — teilweise Eintragung eines zum Teil wegen Verstoßes gegen das Gesetz unzulässigen Generalversammlungsbeschlusses 2 2, 13, 179, 191. — bei Eintrag eines Geschäftsüberganges von Todes wegen 2 2, 28. — Prüfung, ob für eine Aktiengesellschaft Anlaß war, bei Firmenbildung von der Regel des § 20 abzuweichen 2 2, 25. — Nachprüfung, ob das vom Vater für das Kind neu angemeldete Erwerbsgeschäft obervormundschaftlich genehmigt wird? 1 2, 117; 2 1, 655. — Prüfung der Gültigkeit eines Gesellschaftsvertrags 2 2, 81, 102. — Prüfung bei Eintrag des Erlöschens einer offenen Handelsgesellschaft 2 2, 100. — Prüfung bei Anmeldung einer Kommanditgesellschaft 2 2, 102. — bei Eintrag eines Prokuristen für eine A.-G., wenn der bestellende Vorstand die Statuten des Statuts nicht beachtet hat 2 2, 149. — Prüfung, ob die Einwilligung des Aufsichtsrats vorliegt, bei Eintrag eines Prokuristen für eine Aktiengesellschaft 2 2, 149. — muß der Richter prüfen, ob ein zum Aufsichtsrat gewählter Beamter die dienstliche Einwilligung erhalten hat? 2 2, 153. — Ordnungsmäßigkeit der Wahl des Aufsichtsrats 2 2, 156. — Bilanzen e. A.-G. 2 2, 173, 174 (s. auch Aktiengesellschaft G I). — bei Bestellung von Prozeßvertretern zur Erhebung von Regreßklagen auf Verlangen der Minderheit der Aktionäre 2 2, 176. — Prüfung der erfolgten Einzahlung bei Kapitalserhöhung 2 2, 181; 3 2, 239. — erhebliche Bedenken an d. Richtigkeit d. Anmeldung oder bloße Vermutungen 4 558; 5 996. — Prüfung seitens des Richters der Zweigniederlassung trotz Eintrags b. Gericht d. Hauptniederlassung 4 558 (s. Zweigniederlassung); 4 607; 5 639 (Kapitalserhöhung, Procura-

erteilung für die Zweigniederlassung). — Antrag einer Ehefrau auf Firmeneintragung; mangelnder Konsens des Mannes zum Geschäftsbetrieb 1 2, 28. — Aussetzung der Eintragung eines angebotenen Beschlusses einer A.-G. 2 2, 179. — Prüfung bei Eintrag einer GmbH. 5 995, 996 (s. diese). — Ermittlungen vor Eintrag der e. Genossenschaft beitretenden Personen, ob ihre Namensunterschriften unter den Beitrittserklärungen nach Schreibweise mit ihrem gesetzlichen Namen übereinstimmen 6 996. — Nachprüfung der Befanntmachung der obervormundschaftlichen Genehmigung zur Vertäuherung e. Handelsgeschäftes 5 998. — Verlangen der im § 13 Abs. 1 FGG. benannten Urkunden von den ausländischen Gesellschaften mit in Deutschland begründeten Filialen 7 592. — Nachprüfung e. einstweiligen Verfügung auf Anordnung d. Liquidation u. Bestellung e. Liquidators 7 655. — Pflicht z. Ermittlung d. Erbeneigenschaft d. für anmeldspflichtig Erachteten 7 987. — Prüfung der Urkunden über Generalversammlungsbeschlüsse d. Genossenschaften 7 1023. — Prüfung, ob die Liquidatoren in d. gesetzlichen Reihenfolge berufen sind 7 1087. — Pflicht des Richters, seine Zuständigkeit von Amts wegen zu prüfen 3 2, 235.

Form der Anmeldungen. — blinde Personen 2 2, 14. — betagte oder bedingte A. 2 2, 14. — Anmeldung vor d. Gerichtsschreiber d. nicht zuständigen Gerichts 3 2, 236. — Anmeldungen vor einem ersuchten Gerichte 2 2, 14, 37. — zwecks Berichtigung einer unrichtig eingetragenen Firma 2 2, 14 (Meher-frères-Gebrüder Meher); 2 2, 35. — Beglaubigung der Unterschrift und der Firmenzeichnung bei Anmeldung einer Firma 2 2, 34; 3 2, 5, 250. — Angabe von Straße, Hausnummer, Geschäftsbranche einer Firma? 2 2, 34. — persönliche Anmeldung einer Kapitalserhöhung durch Vorstand u. Aufsichtsrat einer A.-G. 4 558, 606. — wann ist bei Anmeldung zum S. Vertretung zulässig? 4 606. — Anmeldung auf Grund einer rechtskräftigen Entscheidung des Prozeßgerichts; bloße Vorlage des Urteilstenors; Nachweis d. Zustellung nach § 750 ZPO. 5 639. — Urteil nach § 16 FGG. erübrigt nicht die Anmeldung des Obliegenden 6 605. — Eintragungsersuchen des Prozeßgerichts bzgl. eines Prozeßvergleichs 7 1019. — Erhebung der Form des § 12 FGG. durch einen Prozeßvergleich 6 602. — Anmeldung aus e. Urteil nach § 127 FGG. 6 605. — fällt ein Prozeßvergleich unter § 16 FGG.? 5 605. — Verwendung e. Stempelabdrucks bei Einreichung der Firmenzeichnung 4 564. — Einreichung der

(Handelsregister)

„Unterschriftszeichnung“ gelegentlich Anmeldung der Firma in unbeglaubigter Form **2 2, 14.** — Anmeldung durch Bevollmächtigte **3 2, 186; 4 606; 7 987.** — Spezialvollmacht in den Fällen der §§ 108, 125, 142, 148 HGB. **2 2, 14.** — Rechtshilfe für Anmeldung i. R. Rechtshilfe. — Antragsrecht des Notars **3 2, 236; 7 1019.** — Anmeldepflicht des gesetzlichen Vertreters f. d. Minderjährigen **1 1, 103.**

Aussetzung der Eintragung. — rechtliche oder tatsächliche Schwierigkeit der Entscheidung eines streitigen Rechtsverhältnisses **3 2, 236; 5 1015.** — Folgen, wenn nach Aussetzung gemäß § 127 FGG. eine Entscheidung des Prozeßrichters nicht erfolgt **3 2, 236.** — Aussetzung bei Ansetzung des zur Eintragung angemeldeten Generalversammlungsbeschlusses einer Aktiengesellschaft **3 2, 236.** — Ungültigkeit der Aussetzung, wenn sofortige Entscheidung nötig; Anmeldung d. Erfases d. alleinigen Vorstehers einer A.-G. durch eine andere Person **3 2, 236; 5 1015.** — Aussetzung auf Grund des unbeschleunigten Protestes e. Beteiligten **5 1015.** — Aussetzung seitens des Landgerichts **4 863.** — nur aus sachlichen Gründen nach pflichtgemäßem Ermessen **4 863; 7 1019.** — Beschwerde wegen Ablehnung oder Anordnung e. Aussetzung **3 2, 196.** — Aussetzungsbeschluß mit Gründen zu versehen **7 1019.** — Aussetzung bis zur Erledigung e. anderen anhängigen Verfahrens der freiw. G. **7 1019.**

Lösungen. — §§ 141 ff. FGG. — Lösung einer Firma f. diese. — Prüfung von Lösungsanträgen **3 2, 238.** — Einleitung d. Lösungsverfahrens nur bei Verstößen gegen klares Recht **3 2, 238.** — L. e. eingetragenen Kleingewerbebetriebs; z. Bt. d. L. mit der Eintragung im Einlage stehende tatsächliche Verhältnisse **5 1017.** — L., wenn die obervormundschaftliche Genehmigung wesentlich vom Vormund nicht bekannt gemacht wurde **5 1017.** — L. e. offenen H.-G. wegen Nichternstlichkeit d. Betriebs e. Handelsgeschäfts **3 2, 238.** — L. e. eingetragenen Kapitalserhöhung wegen Nichtigkeit der Zeugnisheine von Amts wegen **2 2, 181; 3 2, 239.** — L. v. Amts wegen, wenn eine den Gegenstand des Unternehmens einer GmbH. betreffende Eintragung mit dem Inhalt d. Gesellschaftsvertrags nicht übereinstimmt **3 2, 239.** — Beobachtung des Verfahrens nach § 142 FGG. auch bei L.-anträgen eines Dritten **4 864; 5 1017.** — Einfluß e. Behebung d. Eintragungsmangels **4 864; 5 1017.** — Behandlung e. Beschwerde wegen e. unzulässigen Eintrags als Antrag nach § 143 FGG. **4 864 (f. 7 997).**

— Lösungsanordnung des Landgerichts; Unterlassen e. vorherigen Benachrichtigung u. Fristsetzung **4 864 (2); 5 1017.** — Beschwerde gegen d. Beschluß d. Beschwerdegerichts auf Ablehnung e. Lösung **5 1017.** — Befugnis des nach § 143 Absf. 2 FGG. mit der weiteren Beschwerde besetzten Reichsgerichts z. Anstellung von tatsächlichen Ermittlungen **5 1017.** — ohne Antrag erfolglose Lösung e. tatsächlich erloschenen o. H.-G. **4 864.** — „Beteiligte“ im Sinne des § 142 FGG.; die Gesellschafter einer GmbH. bei Lösung der GmbH.? **5 1016, 1017.** — Beschwerde eines Dritten gegen d. Ablehnung seines Lösungsantrags **3 2, 239 (2); 4 864 (2); 5 1017; 7 1022.** — Beschwerde des mit seinem Antrag auf Lösung der Kapitalserhöhung abgewiesenen Aktionärs **4 864.** — weitere Beschwerde gegen d. vom Beschwerdegericht angeordnete Eintragung mit dem Antrag auf Lösung dieser Eintragung **5 1017.** — Voraussetzungen f. L. e. Handelsgesellsch. (§ 144 FGG.) **3 2, 239.** — L. e. Handelsgesellschaft, A.-G., A.-R.-G., GmbH. wegen Mängel des Gründungsverfahrens, Vertretung eines Gesellschafters e. GmbH. bei Vertragsabluß durch einen Nichtbevollmächtigten **3 2, 239; 7 1022.** — L. einer A.-G., wenn im Vertrag der Beifas, „A.-G.“ nicht enthalten **3 2, 239.** — L. einer trotz Mangels der Beglaubigung erfolgten Eintragung d. Ausscheidens eines Genossen aus d. Genossenschaft? **7 1022.** — L. eingetragener Generalversammlungsbeschlüsse e. A.-G. oder GmbH. **4 864; 7 1022 (2).** — Offiziallösung e. Handelsgesellsch. v. Religiösen **7 608, 1022, 1064.** — Verhältnis des § 144 Absf. 2 zu § 142 FGG. **7 645.** — L. eines eingetragenen Fusionsbeschlusses, weil bei Fassung d. Beschlusses d. Majorität d. Aktionäre fehlte **7 645.** — Beschwerde gegen Lösung; Beschwerderecht des Erwerbers e. Geschäftes mit Firma, d. Gläubiger, Angestellten, des Vermieters gegen L. der Firma **7 997, 998.** — Beschwerderecht des Teilhabers einer GmbH. **7 998 (2).** — Beschwerde Dritter (Gläubiger e. eingetragenen Firma) gegen Offiziallösung **7 1022.** — Beschwerde der Polizei gegen die Ablehnung einer Firmenlösung (f. Firma) **7 1022.** — Beschwerde des Aktionärs gegen die Ablehnung der Lösung eines Generalversammlungsbeschlusses **7 1022.** — Anwendung d. §§ 141 ff. FGG. auf eingetragene Vereine **7 1021, 1022 (2).** — Verhältnis des Offiziallösungsverfahrens zum Beschwerderecht **7 997, 1021, 1022.** — Anordnung d. Lösung u. Bestimmung d. Widerspruchsfrist durch das Gericht der weiteren Beschwerde? **7 1022.** — Anordnung e. L. ohne jedes vorhergehende

Verfahren 7 1022. — Offiziallöschungsverfahren gegen eine GmbH. wegen erschlöner oder gegen das UmlG. verstoßender Firma 7 1022. — Begriff d. wesentlichen Voraussetzung d. § 142 FGG. 7 1022. — L. e. unter Verstoß gegen § 60 Abf. 1 HGB. von e. Angestellten eröffneten Konkurrentenfirma? 7 1022.

Beschwerde vgl. Beschwerde in der freiw. G. — B.-Recht der Organe des Handelsstands 3 2, 326 (s. oben unter Allgemeines); 7 998. — B. d. Handelskammer, bei Ablehnung ihres Antrags gegen einen nicht eingetragenen Kaufmann oder gegen e. Nichtkaufmann wegen Firmenmißbrauchs einzuschreiten 5 1015; 7 1021. — Beschwerde d. Verbänden zur Förderung gewerblicher Interessen geg. Eintragungen 5 1015. — B. der Handelskammer, die auf Anfrage des Registerrichters antwortete, sie halte e. angemeldete Firma für unzulässig, gegen die Eintragung 5 1015. — B.-Recht des Notars 7 1019. — B.-Recht des Notars; Vollmachtsvorlage 3 2, 236. — B. gegen Ablehnung v. Löschanträgen s. oben Lösung. — weitere B. gegen die vom B.-Gericht angeordnete Eintragung mit dem Antrag auf Lösung dieser Eintragung 5 1017. — B. wegen Eintragung e. Firma 7 992 (2). — B. des Prozeßgegners zur Nichtigstellung d. Registers 7 998. — B. gegen Eintragungen, Eintragungsanordnungen 7 997. — Wahlrecht d. durch d. Eintrag Beeinträchtigten zwischen B. u. Anregung d. Offiziallösungsverfahrens 7 997, 1021. — B.-Recht d. Polizei 7 997, 998. — bloß wirtschaftlich Interessierte nach §§ 142, 144 FGG. beschwerdeberechtigt 7 998.

Ordnungsstrafverfahren (s. Ordnungsstrafen) 3 2, 237. — rechtl. Natur 7 1019. — Recht des Gerichts, die Anmeldung statt durch D. auf anderem Wege herbeizuführen? 2 2, 17; 3 2, 237. — Form d. Androhung (§ 132 FGG.) 3 2, 237; 5 1016. — Ordnungsstrafverfahren wegen fälschlicher Standesbezeichnung e. Kaufmanns? 3 2, 6, 237. — Anhalten des sein Geschäft mit Firma Verkaufenden zur Eintragung d. Übergangs; Einwand, daß der Käufer mit Fortführung derselben Firma durch den Verkäufer einverstanden sei 3 2, 237. — Anstellung von Ermittlungen von Amts wegen, ob Einschreiten veranlaßt 2 2, 189; 3 2, 237 (2); 7 1020. — Ermittlung der Erbeigenschaft d. Anmeldepflichtigen, Auskunftsspflicht der angeblichen oder wirklichen Rechtsnachfolger? 7 1020. — zur Erzwingung d. Anmeldung e. ohne obervormundschaftliche Genehmigung betriebenen Erwerbsgeschäftes durch den Vater 2 1, 655. — gleichzeitiges Verfahren nach §§ 132 u. 140 FGG. gegen den, der e. unzulässige Firma gebraucht, ohne daß

sie zur Eintragung gebracht ist; Höhe der Strafen in beiden Verfahren; Folgen, wenn der Anmeldepflichtige nach Erlaß der Androhung die Firma anmeldet u. ihre Eintragung abgelehnt wird 4 863. — endgültige Entscheidung über die Registerpflicht nicht Voraussetzung der Strafandrohung 4 863. — Einleitung des D. trotz Einwands, daß die zur Aufstellung d. Bilanz nötigen Mittel nicht in der Liquidationsmasse vorhanden seien 4 863. — z. Erzwingung d. Aufstellung u. Veröffentlichung e. Bilanz 2 2, 168, 169, 173, 174. — D. gegen die das Geschäft treibende Ehefrau oder gegen den Mann? 5 1015. — zur Erzwingung nicht präventiver Pflichten 5 1015. — Einfluß des Konkurses auf das D. 3 2, 257. — kein Ordnungsstrafverfahren bei e. unter Mitwirkung d. Registerrichters vermittelten, gegen § 37 Abf. 1 HGB. verstoßenden Tatbestand 7 1021 (s. Firma). — kein Ordnungsstrafverfahren für den Fall des § 37 Abf. 2 HGB. 7 1021 (s. Firma). — Zuständigkeit des LG. zum Erlaß einer Strafandrohung nach § 132 FGG.? 5 1015. — Verfügung e. örtlich unzulässigen Gerichts 5 1016. — Antragsrecht d. Handelskammern in d. Fällen des § 140 FGG.? 7 1021. — Androhung e. ziffernmäßig bestimmter Strafe nötig 5 1016. — D. während der Fristen des § 194 BGB., § 27 Abf. 2 HGB.; nach Ablauf der Fristen? 4 863, 864. — Unterlassung der Straffestsetzung, wenn der Beteiligte nach Ablauf der Frist (§ 133 FGG.) sich zur Erfüllung bereit erklärt 7 1020. — irrtümliche Bezeichnung d. Einspruchs gegen d. Strafandrohung als Beschwerde 3 2, 237; 5 1016; 7 1020 (bloßes Bestreiten der Verpflichtung). — Einspruchsberechtigte; nur die physischen Personen, gegen die die Strafandrohung gerichtet war 5 1016 (2). — Unterzeichnung des Einspruchs mit der Firma e. o. H.-G. 5 1016. — irrtümliche Unterlassung d. Straffestsetzung bei Verwerfung d. Einspruchs 3 2, 237. — kann das LG. auf Beschwerde den Einspruch verwerfen u. die Strafe selbst festsetzen? 3 2, 238; 5 1016. — Entscheidung des Beschwerdegerichts über Wiedereinsetzung in den vorigen Stand? 4 863. — darf der Registerrichter im Fall des § 140 FGG. Änderung oder Lösung der Firma aufgeben? 3 2, 238. — materielle Würdigung e. verspäteten Einspruchs gegen e. Strafandrohung wegen unbefugt. Firmengebrauchs 3 2, 238. — Vertretung des Beteiligten durch e. Bevollmächtigten; Anordnung u. Erzwingung des persönlichen Erscheinens? 3 2, 186. — D. gegen e. Handelsgesellschaft als solche? 2 2, 17; 3 2, 209, 241; 5 644 (s. 5 1016; 7 1020). — Androhung muß sich gegen sämtliche Mitglieder d. Vorstands e. jurist. Person

(Handelsregister)

richten 2 2, 17; 5 644. — Gebührenfreiheit der Handelskammern bei Anträgen aus § 140 FGG. ? 7 1018. — Einspruch gegen die Unterfügung u. Strafandrohung oder Beschwerde gegen die Verhängung d. Ordnungsstrafe bei Verfügungen d. Richter nach § 140 FGG. ? 7 1021. — Verhältnis d. Ordnungsstrafverfahrens zu § 8 UntWG. 7 1021.

Beschwerde im Ordnungsstrafverfahren s. Beschwerde in der freim. G. — B. eines von mehreren Bestrafen; Wirkung auf die übrigen 2 2, 17. — Verwerfung d. B., wenn nur die formellen Voraussetzungen d. Strafanpruchs nach § 133 FGG. gegeben sind 2 2, 14; 3 2, 238. — Nachprüfung der Höhe der Strafe 7 1020. — Grund der Unzulässigkeit e. B. gegen die Androhung d. Ordnungsstrafe nach § 132 FGG. 3 2, 237. — fälschliche Bezeichnung als „Einspruch“ 3 2, 237. — weitere B. gegen den die Strafandrohung nach § 132 FGG. selbst erlassenden Beschluß des Landgerichts 5 1015. — B. wegen örtlicher Unzuständigkeit des Gerichts 5 1016. — B. der Aktiengesellschaft gegen den eine Strafe gegen den Vertreter verhängenden Beschluß? 5 1016; 7 1020 (f. 7 1023). — B. gegen die Festsetzung d. Strafe, weil ein Fall der Verjährung nicht vorgelegen habe 3 2, 237. — Ausschluß der Mitglieder der Handelskammer, die die Anregung zum Einschreiten des Registergerichts gaben, als Beisitzer der über die B. entscheidenden Kammer für Handelsfachen 7 984. — B. gegen die Verfügung, durch die ohne Einleitung d. formellen D. zur Erfüllung e. Anmeldepflicht aufgefördert wird 7 1020. — weitere B. gegen den Beschluß des LG., der dem AG. die Einleitung des D. aufgibt 7 1020. — B. gegen die Straffestsetzung wegen zu kurzer Bemessung der Frist 3 2, 238. — B. bei Vorstreifen e. zu langen Frist an d. Gegner im Fall des § 140 FGG. 3 2, 196. — weitere B. bei Festsetzung der Strafe durch das B.-Gericht 5 1016. — weitere B., wenn das LG. unter Aufhebung des amtsgerichtlichen Beschlusses auf Zurücknahme der gemachten Auflage dem Registergericht aufgegeben hat, die Eintragung herbeizuführen 3 2, 238. — einfache Beschwerde bei gesetzlicher Unzulässigkeit des D. 3 2, 238. — Gebührenfreiheit der Handelskammern? 7 1018, 1019. — mündliche Verhandlung in der B.-Instanz? 5 1016. — Straferhöhung in der B.-Instanz? 5 1016. — Verzicht auf d. B.-Recht 5 1016. — Anfechtung e. Beschlusses auf Verwerfung d. Einspruchs unter gleichzeitiger Straffestsetzung u. Wiederholung d. früheren Verfügung unter Androhung neuerlicher

Strafe 7 1020. — Kanu die B. gegen eine ohne vorherigen Einspruch festgesetzte Strafe darauf gestützt werden, daß die Verfügung ohne Verschulden d. Beteiligten durch Umstände, die bei der Strafandrohung noch nicht eingetreten waren, unausgeführt blieb? 7 1020, 1021. — B.-Recht d. Handelskammer in den Fällen d. § 140 FGG. ? 5 1015; 7 1021. — B. d. Vereins gegen die einem Vorstandsmitglied angedrohte Ordnungsstrafe? 7 1023.

Handelsrichter. — Stellung u. Verantwortlichkeit 5 741.

Handgeschäfte 3 1, 210.

Handlungsagenten vgl. Agent, Agenturvertrag, Alleinverkauf.

Allgemeines. — Begriff 3 2, 26; 5 655. — Kaufmann 2 2, 67. — Unterschied v. Handlungsgehilfen? 2 2, 67; 3 2, 27; 4 565; 5 655. — Unterschied vom Handelsmäkler 2 2, 67; 5 655. — vor 1900 geschlossener Agenturvertrag 1 2, 416. — Agenturvertrag; Dienst- oder Werkvertrag? 2 2, 67, 68; 3 2, 26; 4 193, 572, 574; 6 231, 627, 628, 632; 7 242, 607 (2), 608. — Anwendung des § 67 auf Agenten 3 2, 21. — Anwendung des § 625 BGB. 7 608. — Generalagent, Oberagent, Unteragent 6 627. — Agenten der Versicherungsunternehmen 2 2, 68 (2); 4 572, 574 (Abschlußvollmacht?); 6 619, 627 (d. Versch.-Verein auf Gegenseitigkeit), 629. — Agent gleichzeitig Handlungsbevollmächtigter zum gesamten Geschäftsbetriebe? 2 2, 68. — auf eigene Rechnung kaufender u. verkaufender „Generalvertreter“ Agent? 2 2, 68, 69; 6 627 (2). — Gelegenheitsagent? 3 2, 26; 4 572; 6 627. — Vermittlung von Geschäften über Immobilien 3 2, 26, 27. — buchhändlerische Kommissionäre s. Agenten 6 627. — Recht d. Alleinverkaufs mit oder ohne Garantie e. Mindestabsatzes als Agenturvertrag 6 627 (2). — Gerichtsstand für Klagen zwischen (inländischem) Geschäftsherrn u. (ausländischem) Agenten 2 2, 69. — Einfluß von Willensmängeln, Kennen oder Kennenmüssen des Agenten 6 628, 629 (insbes. bei Versicherungsverträgen; vgl. auch Versicherungsvertrag). — Garantieübernahme f. Nichteinbrechen anderer Lieferanten in das von dem h. bereifte Gebiet 6 142. — „direkte Geschäfte“ Begriff 2 2, 71. — Zuzicherung von Provision für „direkte u. indirekte Orders“ 3 2, 28. — Haftung des Geschäftsherrn für den Agenten nach § 831 BGB. ? 3 2, 27. — Anwendung des § 811 Ziff. 5 B.D. auf Agenten 6 628. — Agent als Handlungsbevollmächtigter, soweit er in concreto auf Grund besonderer Vollmacht seiner Firma für diese mit einem Dritten abschließt 2 2, 44. — analoge Anwendung des § 92 BGB. auf ähnliche Rechtsverhältnisse;

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

Generalvertretung **6 633**. — *S.* als Reiseder mit Abschlußvollmacht **2 2, 69**. — Unterschied zwischen reisenden und Platzagenten **4 574**.

V e z i r k s a g e n t. — rückwirkende Kraft des **§ 89 2 2, 71**. — Bedeutung der Worte „in dem Bezirk“; Abschluß eines einzelnen Geschäftes an einem Orte außerhalb des Bezirks **2 2, 71; 6 631**. — Provision der Bezirksagenten *s. unten*. — Verlust der Provision aus den vom Prinzipal geschlossenen Geschäften bei Nachlässigkeit des Agenten **4 575 (s. unten)**. — ausdrückliche Bestellung für *e.* bestimmten Bezirk nötig **6 631**. — analoge Anwendung des **§ 89** bei einer (wenn auch nicht ausdrücklichen) Zuweisung eines Bezirks als alleiniges Arbeitsfeld **5 658**. — Wichtigkeit des zwischen Geschäftsherrn u. Dritten zur Aufrechterhaltung der Bezirksagenten geschlossenen Vertrags über fortdauernde Geschäftsverbindung **5 658**. — Einwand der Untätigkeit gegenüber dem die Provision aus direkten Geschäften fordernden Bezirksagenten **2 2, 71; 3 2, 28; 6 631**. — Schadensanspruch bei Aufgabe des ganzen Bezirks seitens *d.* Geschäftsherrn **6 631 (s. unten)**.

V e r m i t t e l u n g s - u n d A b s c h l u ß a g e n t. — Haftung des Prinzipals für die vom Vermittlungsagenten gemachten Zusicherungen bei Nichtkenntnis **4 573; 5 656 (s. 2 2, 69)**. — Weglassen einer vom Agenten eingegangenen Klausel im Bestätigungsschreiben des Prinzipals **4 573**. — sofortige Ablehnungspflicht des Prinzipals bei den vom Agenten unter Vorbehalt der Genehmigung des Prinzipals abgeschlossenen Geschäften **4 573**. — keine analoge Anwendung des **§ 85** bei bloßer Entgegennahme einer bindenden Offerte des Dritten seitens des Agenten **2 2, 69; 4 573**. — Recht zur selbständigen Stellung u. Annahme von Offerten **2 2, 69**. — Recht zur Ablehnung von Offerten **2 2, 69**. — „Unverzüglichkeit“ *d.* Ablehnung *d.* Geschäftsherrn **2 2, 69** (vorherige Nachforschung). — ist ein Agent im Zweifel Vermittlungs- oder Abschlußagent? Bezeichnung des Agenten als Vertreter **2 2, 68, 69; 3 2, 27; 4 574**. — Recht *d.* Abschlußagenten zur Vertretung des Prinzipals bei Abwidlung bereits abgeschlossener Geschäfte **6 628**. — fallen Geschäfte, „zu denen ein Abschlußagent gesetzlich nicht ermächtigt wäre,“ unter **§ 85 HGB.?** **6 628**. — kein Recht *d.* Vermittlungsagenten zur Annahme von Zahlungen, zur Bewilligung von Zahlungsfristen, zum Erlaß einer Forderung **6 628**. — Recht des Agenten zur Entgegennahme, nicht aber auch zur Guthabung von Mängelanzeigen u. Zurverfügungstellungen **2 2, 69; 6 628**. — Anwendung des

§ 85 auf die vom Abschlußagenten „unter Vorbehalt der Genehmigung“ abgeschlossenen Geschäfte? **6 629**. — Entgegennahme *e.* Anfechtungserklärung seitens *d.* Vermittlungsagenten **6 629**.

R e c h t e. — Anspruch auf Tätigkeit **2 2, 69**. — Klage auf Ermöglichung der Ausübung seiner Tätigkeit? **2 2, 70; 6 632; 7 242**. — kann der Prinzipal auf Leistung der Dienste unter Zahlung der Vergütung verzichten? **2 2, 67**. — kann der *S.-A.* ohne Abschlußvollmacht Ausföhrung seiner Aufträge vom Geschäftsherrn verlangen? **2 2, 69**. — Begriff der „anderen Erklärungen solcher Art“ nach **§ 86 Abs. 2 HGB. 6 629**. — Anspruch auf Widerruf *e.* seine Entlassung mitteilenden Zirkulars? **7 242**. — Entgegennahme von Mängelrügen **2 2, 69; 6 628**. — stillschweigende Erteilung einer Inkassovollmacht, insbes. *d.* Versicherungsagenten; begreift Inkassovollmacht auch Recht zu Nachlässen (Sconti), Stundung in sich? **6 629**. — Begriff des „ortsanwesenden“ reisenden *S.* (§§ 87, 55) **6 629 (s. Handlungsreisender)**. — Annahme von Zahlungen seitens des reisenden *S.* **2 2, 69; 4 574**. — Rabatt für die dem *A.* käuflich überlassenen Muster **7 607**. — Umfang *d.* Vertretungsmacht des Generalagenten *e.* Versicherungsgesellschaft **4 572, 574**. — kaufmännisches Zurückbehaltungsrecht **2 2, 205; 4 622; 7 664**. — Zurückbehaltungsrecht an Mustern am Kommissionslager **6 631**. — Abschluß von Geschäften für eigene Rechnung **5 656**. — Geschäftsabchluß seitens des Agenten ohne Benennung des Gegenkontrahenten: Anwendung des **§ 95 HGB. 2 2, 69**. — Aufschlußpflicht des Geschäftsherrn bei Zurückweisung von Aufträgen **2 2, 70 (s. 6 630—631)**.

V e r g ü t u n g. — festes Gehalt **2 2, 70**. — Provisionsansprüche aus den von durch den Agenten neu zugeführten Kunden ohne Vermittlung des *A.* abgeschlossenen Geschäften (Nachorders) **2 2, 70; 6 630**. — Provision des Bezirksagenten (*s. oben*) aus den insolge seiner Untätigkeit ohne seine Mitwirkung geschlossenen Geschäften **2 2, 71; 3 2, 28; 4 575; 6 631**. — Höhe der Provision, wenn der Prinzipal minderwertige Aktien zum Nennwert in Zahlung nehmen muß **3 2, 27, 28**. — Provision *d.* Bezirksagenten aus den von ihm nur „entrierten“, aber erst später abgeschlossenen Geschäften **7 607**. — Zeitpunkt der Entstehung des Provisionsanspruchs **2 2, 70; 3 2, 27; 4 574, 575; 5 657**. — Zeitpunkt der Fälligkeit des Prov.-Anspruchs **2 2, 70; 3 2, 28; 6 630** (Stundung *d.* Kaufpreises seitens *d.* Prinzipals). — Provisionsvorbehalt im Weinhandel **5 657**. — Vereinbarung, Provision zahlbar nach Verfall? **5 657**. — Auslieferungsprovision **5 657**. — Anwendbarkeit der §§ 315 ff. HGB. auf

(Handlungsagenten)

die Prohibition 1 1, 223, 224. — Vorzugsrecht im Konkurse d. Geschäftsherrn 2 1, 501; 2 2, 66, 70; 3 2, 27, 268; 4 574, 813; 5 657, 951, 952; 6 632. — keine Prohibition, wenn der vermittelte Vertrag, sei es auch aus persönlichen Gründen d. Prinzipals, nicht zustande kam 6 629, 630. — Provisionsanspruch, wenn der H. den Geschäftsherrn oder Kunden auf die Gelegenheit des Geschäfts hingewiesen u. der Abschluß infolge dieses Hinweises, wenn auch erst durch die Tätigkeit des Geschäftsherrn oder Kunden, zustande kommt 6 630. — Prohibition aus den nach Lösung des Agenturverhältnisses erteilten Nachbestellungen der v. Agenten zugewiesenen Kunden 6 630. — Provisionsanspruch bei arglistiger Umgehung d. Agenten beim Geschäftsabschluß durch den Prinzipal 6 630. — Prohibition, wenn ein Teil d. Kaufpreises infolge Zahlungsunfähigkeit des Kunden verloren geht 6 630. — Prohibition bei teilweisem Nachlaß des Kaufpreises 2 2, 70. — Prohibition für eigene Bezüge des Agenten 6 631. — Verjährung d. Provisionsansprüche 6 631. — Erlaß der im Verkehr der Kundenschaft aufgewendeten Spesen des Verkaufsagenten 5 657. — Portoauslagen u. Telegrammgebühren 2 2, 71; 6 631. — Kosten für Reklame 6 631. — Prohibition f. d. ohne seine Mitwirkung geschlossenen Geschäfte 5 45. — Kündigung e. für längere Zeit abgeschlossenen Lieferungsvertrags seitens d. Prinzipals auf Grund vorbehaltenen Kündigungsrechts 7 607. — Provisionsanspruch bei Vereinbarung „ $\frac{1}{4}$ jährlicher Abrechnung lt. Kladder“; Zahlung aus dem Bruttobetrag ohne Rücksicht auf den Eingang d. Zahlungen? 7 658. — Fälligkeit d. Prohibition d. Abzahlungs geschäften 7 659. — Fälligkeit d. Prohibition für Inseratenaufträge 7 659. — Pfändung fünfzig fällig werdender Provisionen 7 870.

Prohibition aus nicht ausgeführten Geschäften. — Beweislast über das Nichtvorliegen eines wichtigen Grundes 2 2, 70; 3 2, 28; 4 574; 6 631. — Unvermögen des Geschäftsherrn, eine ausbedungene Eigenschaft der Ware zu leisten 2 2, 70. — infolge Zufalls in der Person des Geschäftsherrn nicht ausgeführte Geschäfte 2 2, 71; 3 2, 28. — abhällliche Hinderung der Erfüllung 2 2, 71. — Prohibition aus den infolge Nichtzustandekommen der Preislisten nicht zustande gekommenen Geschäften 3 2, 27. — Begriff des „Verhaltens“ nach § 88 Abs. 2 HGB. 3 2, 28; 5 657; 6 630. — Wiederaufheben des perfekten Geschäftes wegen Streits über die Bedingungen 4 754. — Vereinbarung „von Posten, die in Verlust geraten oder zurückgehen sollten, vergüte ich nichts“ 4 575. — Pflicht des Prinzipals, über den

Grund der Nichtausführung Aufschluß zu geben 6 630. — jezt „Verhalten“ nach § 88 Abs. 2 Verschulden voraus? 5 657, 658; 6 630. — Nichtausführung infolge Konkurses des Geschäftsherrn 5 657, 658. — Nichtausführung wegen Nichtlieferung d. Ware seitens der Fabrikanten des Prinzipals 6 630. — Haftung d. Prinzipals f. Verschulden seines Erfüllungsgehilfen? 6 630. — Nichtausführung wegen Schikanierens seitens d. Kunden oder wegen Preiserschleuderns des Kunden 6 630. — Nichtausführung wegen Verzugs des Kunden 6 630.

Schadensersatzanspruch e wegen unberechtigter Entlassung 2 2, 70, 72; 6 632. — wegen Verluste infolge Mißwirtschaft des Prinzipals? 2 2, 70. — bei Lösung des Vertrags wegen Änderung der Geschäftsverhältnisse des Prinzipals (das Geschäft lohnt nicht mehr) 2 2, 71; 3 2, 29 (Geschäftsaufgabe); 6 632 (2). — im Falle des Konkurses d. Prinzipals 2 2, 72; 6 632. — des für mehrere Jahre angestellten H. bei Konkurs d. Prinzipals 6 628. — Schadensanspruch d. Bezirksagenten im Fall d. Aufgabe des ganzen Bezirks durch den Prinzipal 6 631 (s. 6 632).

Buchauszug. — Erteilung trotz früher erteilter Einzelauszüge? 2 2, 71. — Vortrag der noch schwebenden Geschäfte 2 2, 71. — eibliche Bestätigung durch den Prinzipal? 3 2, 28; 4 92, 575; 6 631. — Verbindung der Klage auf Auszugserteilung mit der Klage auf Leistung 3 2, 28. — Klage bei Unvollständigkeit des Auszugs; Einrede des Prinzipals, er habe keine Bücher geführt 4 575; 6 631. — Begehren d. Rechnungslegung enthält das Begehren eines Buchauszugs 2 1, 156. — Forderung des Buchauszugs neben der Provisionsabrechnung 6 631. — Klage auf Buchauszug u. Abrechnung gegen den Konkursverwalter? 6 632, 633. — Anspruch auf Abschrift d. Rechnungen über die einzelnen Geschäfte? 6 607.

Einsicht in die Handelsbücher? 2 2, 71; 3 2, 15, 28; 4 575; 6 631. — Anspruch des tantiemeberechtigten Agenten auf Einsicht der Bücher u. Belege 6 632.

Pflichten. — Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns; Begriff 4 573. — Prüfung der Kreditwürdigkeit der Kunden 2 2, 68; 4 573 (Mitteilung von Bedenken); 6 628. — Ausübung der Vertretung in Person 6 632 (s. aber auch 6 628). — Verkaufen der Waren unter Preis 2 2, 68, 69. — Benachrichtigung des Geschäftsherrn von den Abschüssen 2 2, 68. — Mitteilung der Übernahme einer anderweiten Vertretung 2 2, 68. — darf der Agent die Vertretung einer Konkurrentenfirma übernehmen? 3 2, 29; 6 628. — Agent zweier in einem Poolverhältnisse stehender Schiffs-

gesellschaften (Förderung der Sonderinteressen einer Gesellschaft) 2 2, 68. — Herausgabe der als Vermögensvorteil aus der Geschäftsbeforgung sich darstellenden Zuwendungen der Gegenpartei 3 2, 28. — Verrechnung von Extraprovisionen 3 2, 28. — Haftung des gutgläubigen Agenten, der den Prinzipal durch Versicherung der genauen Kenntnis der Vermögensverhältnisse des Kunden zum Abschluß veranlaßt 4 573. — Übernahme der persönlichen Haftung für Prämienbeträge seitens eines Versicherungsagenten 5 656. — Rückgabe u. eventueller Erlöse der Muster 5 656 (f. 4 575); 6 628, 631 (Zurückbehaltungsrecht); Kosten der Rücksendung 6 631; 7 607. — Pflicht d. Agenten zu persönlicher Dienstleistung? 6 628, 630. — Haftung d. Agenten für Verschulden seiner Hilfspersonen 6 628. — Schadenersatzpflicht bei Überschreibung fingierter Ordres 6 628. — Übernahme der Verpflichtung e. bestimmten Mindestabsatzes unter Vertragsstrafe 6 628. — Pflicht d. Agenten z. Übermittlung jeder ihm gemachten Offerte an den Geschäftsherrn? 6 628. — Rückgabe der überlassenen Muster; Überbringungskosten 7 607.

Endigung des Agenturverhältnisses. — rückwirkende Kraft des § 92 2 2, 72. — vorzeitige Lösung wegen Änderung der Geschäftsverhältnisse des Prinzipals (das Geschäft lohnt nicht mehr) 2 2, 71; 3 2, 29. — unzeitige Kündigung (§§ 675, 671 BGB.) bei Vereinbarung jederzeitiger Kündigung? 2 2, 72. — Anwendung des § 193 BGB. auf § 92 Abs. 1 BGB.? 6 632. — keine Anwendung des § 624 BGB. auf für Lebenszeit oder für länger als 5 Jahre geschlossene Verträge 6 632. — Wiederfortsetzung e. für unbestimmte Zeit geschlossenen Vertrags nach vorzeitiger Kündigung 6 632. — Kündigung nicht per sofort, sondern für spätere Zeit bei Vorliegen e. wichtigen Grundes nach § 92 Abs. 2 6 632. — stillschweigende Verlängerung (§ 625 BGB.) 7 608. — „wichtiger Grund“ nach § 92 Abs. 2; analoge Anwendung der §§ 71, 72 BGB.? 3 2, 29; 7 608 (Schwinden des Vertrauens). — Verhalten nach der Kündigung als wichtiger Grund 6 632. — Entlassung wegen unziemlichen Benehmens 2 2, 72; 6 633. — Konkurs des Geschäftsherrn 2 2, 72; 3 2, 260, 261; 5 945; 6 632. — bei Konkurs des Prinzipals nach § 672 BGB. vorgenommene Geschäfte d. Agenten 6 632. — Entlassung wegen Übernahme der Vertretung einer Konkurrenzfirma? 2 2, 68; 3 2, 29. — Verletzung d. Vertrauensverhältnisses als wichtiger Grund 6 633. — sofortiger Rücktritt des Agenten wegen nicht sorgfältiger Buchauszüge des Prinzipals 3 2, 29. — Beleidigung des Prinzipals

(seiner Familie) seitens des Agenten 3 2, 29; 7 608 (2). — dauernd mangelhafte Lieferung seitens d. Geschäftsherrn als wichtiger Kündigungsgrund f. d. Agenten 6 633. — sofortige Kündigung bei längerer Verhinderung des Agenten durch Krankheit, Reisen, militärische Übungen u. ä.; Stellung e. Ersatzmannes 6 632. — Anschluß d. Geschäftsherrn an Syndikate oder Nichtlohn e. Fortbetriebs d. Geschäfts als wichtiger Kündigungsgrund d. Prinzipals? 6 632. — Tod des Agenten, bei Abschluß d. Vertrags mit der Firma e. Einzelfaufmanns als Agenten 6 632. — sofortige Kündigung seitens d. Geschäftsherrn wegen Streits über Auslegung d. Vertrags; Umfang d. Vollmacht d. Agenten? 6 633. — Übertragung d. Geschäfts als Kündigungsgrund f. d. Prinzipal? 6 632. — Übertragung der Vertretung seitens d. Agenten auf einen Dritten 6 632. — Konkurs des Agenten 6 632.

Handlungsbevollmächtigter f. Handlungsvollmacht.

Handlungsfähigkeit f. Geschäftsfähigkeit. — *H.* von Personenverbänden 2 1, 16. — *H.* der juristischen Person 1 1, 20, 25, 28; 3 1, 10; 4 9. — *H.* d. Vereins istiert bei Fehlen e. Vorstandes 1 1, 27. — *H.* vorübergehend Geistestgestörter 2 1, 40.

Handlungsgehilfe f. commis interessé, Dienstbetrag, Handlungsreisender, Konkurrenzverbot.

I. Allgemeines. — subsidiäre Anwendung d. §§ 611 ff. BGB. 1 1, 383. — Bedeutung örtlicher Verkehrsitten 3 2, 17. — nach ausländischem Recht zu beurteilender Dienstvertrag, wenn das ausländische Recht die Gleichstellung des Gehilfen mit dem Prinzipal verneint 6 586. — rechtl. Natur des Anstellungsvertrags (Dienstvertrag) 2 2, 47. — rückwirkende Kraft d. neuen BGB. auf die vor 1898 begründeten Dienstverhältnisse 2 2, 266. — Handlungsgehilfen von Winderausfleuten 4 565. — Übergangsrecht; Anwendung der Artt. 170, 171 GGWB. 1 2, 416, 423; 2 1, 787; 2 2, 266. — Aufstellung seitens eines sich nur als Kaufmann betriebl. 3 2, 17, 18. — Verbleiben des *H.* bei Wechsel des Prinzipals 3 2, 18. — Wohnsitz des *H.* 2 1, 5. — Haftung des Prinzipals für Verfehlungen d. Angestellten auf dem Gebiete des gewerblichen Rechtsschutzes 6 331 (f. unerlaubte Handlung). — Begriff des *H.*: Leistung kaufmännischer Dienste Voraussetzung 2 2, 47. — Leistung rein mechanischer Dienste (Stenographieren nach Diktat, Maschinenschreiben) 2 2, 48; 5 648. — gleichzeitiges Leisten von kaufmännischen und gewerblichen oder technischen Diensten 2 2, 48; 6 618. — Leistung kaufmännischer Dienste in einem Nichthandelsgewerbe

(Handlungsgehilfe)

5 647. — Unterschied von Agenten 4 565; 5 648. — gleichzeitige Tätigkeit für mehrere Handlungshäuser 4 565. — Laden u. Warenlager im Sinne des § 56 HGB. 7 601. — Büffetier (der einzelne Speisen für eigene Rechnung verkauft) 2 2, 47; 4 565; 7 601. — Geschäftsführer eines Schankwirtes 2 2, 48. — Aufsichtsführender über Restaurantpersonal 2 2, 48. — Waterklerk 2 2, 48. — Vorsteher einer Filiale 2 2, 48; 4 565. — Directrice eines Fußgeschäftes 2 2, 48. — Leiter e. Schuhfabrik 5 648. — Schaufensterdecorateur 2 2, 48; 4 565; 5 648; 6 618. — Platzanweiser auf dem Stätteplatz eines Steinhändlers 2 2, 48. — nur kaufmännische Dienste leistende Angestellte einer Apotheke 2 2, 48; 3 2, 18. — Versicherungsinспекtor (mit festem Mindestgehalt) 3 2, 18; 6 618, 619. — Stundenbuchhalter 3 2, 18; 6 618, 619; 7 601. — Filialleiter bei Lieferung der Waren „zum kommissionsweisen Verkauf“ 4 565. — mit Führung der Lohnlisten u. Berechnung der Krankentafeln- u. Invaliditätsbeiträge beauftragter Angestellter 4 565; 5 648; 6 619. — Geschäftsführer eines Hotels oder Cafés 4 566. — in Tonnenpacht stehender Kellner 4 566 (f. 5 648). — Ladenmädchen 4 566. — Wechsellagererin in einem Automatenrestaurant 5 648. — Zeitungsabonnentensammler 7 601. — die zur Patentkontrolle Angestellten 7 602. — technische Leiterin eines Damenleidergeschäftes? 2 2, 48. — Straßenbahn-, Omnibuschaffner? 2 2, 48; 3 2, 18. — Angestellte einer Auskunftei? 2 2, 48. — Pharmazeuten? 2 2, 48; 3 2, 18. — Bolontär? 3 2, 18. — Expedient e. Zeitungsauschnittsbureaus 7 601. — Kellner? 4 566; 5 648. — Verkäuferin einer Trinkhalle? 4 566; 6 618. — Buchhalter eines Nichtkaufmanns (Decorationsmalers)? 5 647. — Adressenschreiber? 5 648. — Bücherrevisor? 5 648. — Stenographen? 2 2, 48; 5 648; 7 601. — Milchhausfahrer? 5 648. — mit Inkassovollmacht versehener Ausfahrer e. Mineralwasserfabrik 6 618. — Sonntagstaxierer im Abzahlungsgeschäft? 5 648. — Eintaxierer e. Rabattpar-Vereins 7 601. — Registrator 7 601. — in einem Fabrikbetrieb mit Sortieren, Zusammenstellen u. Verpacken verkaufter fertiger Fächer beschäftigte Arbeiter 6 618. — Verwalter e. mit Milch aus fremdem Viehbestand betriebenen Molkerei 6 618. — Angestellte e. Konsumvereins 6 618. — Platzmeister e. Unternehmens f. Eisenbahnbau 6 618. — Geschäftsführer einer Gmbh. 6 618, 1102, 1103. — Anprobierdame? 6 618; 7 601. — „Eintreiber“ in d. Konfektionsbranche, die die

Heimarbeiter z. schleuniger Arbeit anhalten 6 618. — Lagerist 6 618. — Vertreter e. Firma auf einer Ausstellung ohne Kaufabschlußbefugnis 6 619; 7 601. — von einem Oberreisenden angestellte Unterreisende 7 601. — Angestellte e. Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit 6 619. — Anstellung e. ein eigenes Handelsgeschäft betreibenden u. fortführenden Kaufmanns als H. für eine andere Firma 6 620. — ausschließliche Beschäftigung e. zu kaufmännischem Dienste Angestellten mit gewerblichen Arbeiten 7 601.

II. R e c h t e. — Anspruch auf die Ergebnisse seiner Erfindertätigkeit? 2 2, 49; 3 2, 18 (f. Etablissemmentsfindungen). — Recht auf Beschäftigung 2 2, 57 (f. auch Handlungsreisender); 6 619. — Retentionsrecht wegen d. Forderung gegen den Prinzipal 3 1, 123; 5 107.

1. F ü r s o r g e p f l i c h t d e s P r i n z i p a l s. — rückwirkende Kraft des § 62 2 2, 50. — „Geschäftsräume“ Begriff 2 2, 50. — Gewährung einer Sitzgelegenheit 2 2, 50. — Schutzmaßregeln für Brandunfälle 2 2, 50. — religiöse Rücksichten gegenüber einem Religionsmündigen 2 2, 50, 51. — Einwand der Aufstellung eines tüchtigen Betriebsleiters 4 566. — Zuständigkeit der Kaufmannsgerichte für Ansprüche wegen Verletzung der Fürsorgepflicht? (f. Kaufmannsgerichte); 5 649, 650 (unzulässige Arbeitsüberbürdung); 7 602. — Schadensansprüche für Verletzungen zwischen 1898 u. 1900; Anwendung des BGB. 1 2, 318. — Schadensansprüche wegen Überanstrengung, wegen nicht ordnungsmäßiger Verpflegung 6 620. — Beissen e. Angestellten durch den am Abend im Hof losgelassenen Geschäftshund 6 620. — Pflicht des Prinzipals z. Schutz d. Angestellten gegen Garderobediebstähle 5 116. — Zuständigkeit d. Kaufmannsgerichts für Schadensanspruch der Gehilfen aus § 62 HGB.? 7 602.

2. U n v e r j ü d e t e s U n g l ü c k (§ 63 HGB.). — § 63 HGB. als Ausnahme von § 323 BGB. 1 1, 232. — geschlechtliche Krankheit? 2 2, 51; 3 2, 20, 21; 5 650. — Berührungsläden bei Tanz, Radfahren 2 1, 51. — Lauf der 6wöchigen Frist von Dienstunfähigkeit an 2 2, 51; 5 650. — Vereinbarung 4wöchiger Kündigung 2 2, 51. — Anwendung des § 63, wenn der Prinzipal von dem Rechte der Kündigung nach § 72 Ziff. 3 keinen Gebrauch gemacht hat 2 2, 51. — Vereinbarung von Gehaltsabzügen im Krankheitsfalle gültig? 2 2, 51; 3 2, 21; 4 567; 5 650; 6 620. — „Gehalt“ (Provision, Lantieme) 2 2, 51; 6 620. — hat der gegen freie Station Angestellte bei Verpflegung im Krankenhaus auf Kosten der Krankenkasse gegen den Prinzipal Anspruch auf Entschädigung? 4 567. — Abzug

der Krankenunterstützung, wenn der Prinzipal statt des gesetzlichen Drittels die ganzen Beiträge zahlte 5 650; 7 602. — Vereinbarung der Gehaltszahlung nur für den Tag wirklicher Dienstleistung 6 620.

3. **Gehaltsanspruch.** — Entundung des fälligen Gehalts 2 2, 51. — Aufrechnung des Prinzipals gegen eine 1500 M. jährlich nicht übersteigende, gestundete Gehaltsforderung 2 2, 51. — Weihnachtsgratifikationen 2 2, 51, 52; 3 2, 18; 4 566 (Verlangen pro rata bei früherer Entlassung?); 5 650; 6 620. — für die Zeit einer militärischen Übung 3 2, 21. — Überstunden 4 566. — im Geschäft des Vaters gegen Verpflegung, ohne Gehalt angestellter Sohn im Fall d. Konkurses des Vaters 5 649. — Vereinbarung, daß ein Versicherungsinspektor das Gehalt für einen bestimmten Monat nur bekommen soll, wenn er die unbrauchbaren Abschlüsse des vorhergehenden Monats verbessere 5 649. — Anspruch auf Ersatz der Unkosten für persönliche Vorleistung 5 649. — Anspruch auf Abschlußgratifikationen bei Austritt vor Zahlungsstermin 5 650; 6 620; 7 602. — Vereinbarung einer Gehaltskürzung während der Kündigungszeit? 5 651. — allzu niedriges Gehalt, Nichtigkeit des Vertrags nach § 138 BGB. 4 46; 5 44. — Anwendbarkeit des § 616 BGB. 1 2, 387; 4 197. — Umzugskosten 6 620. — Herabsetzung von Gratifikationen 6 620. — Urlaubsgewährung unter d. Bedingung d. Gehaltsabzugs f. die Urlaubszeit bei Austritt vor Ende des Jahres 6 621; 7 603. — Berechnung e. Monatssteilgehalts 7 602.

4. **Provisionsanspruch.** — Aufschlußerteilung seitens des Prinzipals über den Grund der Zurückweisung eines Anspruchs 2 2, 52. — Recht auf alleinige Vertretung des Prinzipals in einem bestimmten Bezirk? 2 2, 52 (f. Alleinvertretung). — Provision für „angebante und abgeschlossene Geschäfte“ 5 650. — Provision aus den vor Eintritt des Angestellten abgeschlossenen Geschäften bei Provisionsberechnung nach dem Jahresumsatz? 5 650. — Anspruch auf Provision bei Austritt vor Zahlungsstermin 5 650; 6 620; 7 602. — Anspruch aus den nach Austritt d. Gehilfen gemachten Teillieferungen e. vom Gehilfen abgeschlossenen Subeffizienleistungsgeschäftes 6 620. — Rückzahlung zuviel empfangener, durch die Provisionsanspruch nicht abfordierter Vorschüsse 1 1, 453. — Erfüllungsort für die mit dem H. vorzunehmende Abrechnung über seinen Umsatz u. die bereits erhaltenen Bezüge zwecks Feststellung seines Gehalts 6 620. — Einwand d. Prinzipals, daß d. H. in ein Konkurrenzgeschäft mit Verstoß gegen die Konkurrenzklausel eingetreten sei 2 1, 215.

— Provision f. d. von dem Gehilfen vermittelten Geschäfte bei Fälligkeit nach Austritt 7 602. — dem kaufmännischen Leiter e. Geschäftes gemachte Zusicherung von Provisionen aus seinen Geschäftsabschlüssen; nicht auf den Leiter allein zurückzuführende Abschlüsse 7 602. — Kürzung des für frühere Geschäftsjahre dem H. gutgeschriebenen Gewinnanteils bei späteren, nach endgültiger Aufnahme d. Bilanz festgestellten Ausfällen von Außenständen? 7 602.

5. **Zeugnis** f. Dienstvertrag, Handlungsehlung. — der Anspruch ist ein vermögensrechtlicher 2 2, 59; 5 654. — Zeit der Ausstellung von Kündigung an oder erst bei Beendigung 2 2, 59; 3 2, 23, 24; 6 625 (vom Zeitpunkt der rechtlichen Beendigung an). — Verlangen des B. nach Beendigung des Dienstverhältnisses 2 2, 59; 4 202. — Haftung des alten Prinzipals gegenüber dem neuen aus unrichtigem B. 2 2, 60; 6 625. — Ausstellung durch den Prokuristen 2 2, 60; 3 2, 24. — objektiv oder subjektiv richtiges B. 5 653; 6 625. — Beweislast über die Richtigkeit des Inhalts 2 2, 60; 3 2, 24 (2); 5 654. — Inhalt des B. 3 2, 24; 6 625. — Verlangen des B. bloß über Führung oder bloß über Leistung 2 2, 59; 3 2, 24. — kann der Prinzipal dem H. wider seinen Willen ein auf Führung u. n. d. Leistung ausgedehntes B. aufdrängen? 2 2, 59. — Zusatz über die von einem Reisenden erzielten Erfolge 2 2, 60. — muß der neue Prinzipal über die Dienstzeit unter seinem Vorgänger B. erteilen? 3 2, 23. — B. über Angestelltererfindungen 6 625. — Inhalt nach § 630 BGB. 6 625. — Angabe des Grundes des Austrittes 6 625. — Verlangen eines B. mit einem bestimmten Inhalt 3 2, 24; 6 625. — „Austritt auf eigenen Wunsch“ 5 653. — Angabe, daß der H. „als erster Verkäufer“ tätig war 5 654. — Berichtigung des B. bei unrichtigen, aber nicht wider besseres Wissen gemachten Urteilen 2 2, 60; 4 202; 5 653. — Berichtigung durch bloße Durchstreichung? 2 2, 60; oder durch Ausstellung eines neuen B.? 2 2, 60. — Anspruch auf Abänderung, weil der Gehilfe mit dem B. keine Stellung finden könne 6 625. — auf einen bestimmten Text des B. gerichteter Plagatrag u. Urteilsstörer 3 2, 24; 6 625. — Recht des H. auf richtiges B., auch wenn es für ihn ungünstiger ist 3 2, 24. — darf der Prinzipal bei Rückgabe des B. wegen Unvollständigkeit materielle Änderungen vornehmen? 3 2, 24. — Einfluß der Meinung der Mitangestellten 4 570. — erst nach Jahren erhobener Anspruch auf Ausdehnung d. B. auf die Führung 6 625. — Schadensersatzpflicht wegen unrichtigen B. 4 203, 204

(Handlungsgehilfe)

(i. unerlaubte Handlung, §§ 823, 826). — Begünstigen mit einem nur auf Art u. Dauer der Beschäftigung sich erstreckenden β . als Verzicht auf weitergehendes β . 4 570. — Verjährung des Anspruchs auf ein β . 4 201, 202. — § 73 ius cogens 6 624. — Befreiung d. Anspruchs auf d. β . durch Vertrag 6 624, 625. — Geldentmachtung d. Zurückbehaltungsrechts gegenüber dem Anspruch auf d. β .? 6 625. — Nachprüfung d. β . durch das Gericht 6 625.

III. Pflichten d. β . im allgemeinen i. auch unter Entlassungsgründe. — gegen die guten Sitten verstoßende Bedingungen d. Anstellungsvertrags i. gute Sitten. — Leistung von Diensten außerhalb des Geschäftsortes? 2 2, 47; wenn der Prinzipal Maschinen unter Bedienung durch das eigene Personal verleiht 2 2, 49. — Fortschaffen größerer Pakete durch eine Verkäuferin 5 648. — Verkauf anderer Artikel, als für die der Reisende engagiert ist 5 648. — Dienstleistungen beim Erwerber nach Veräußerung des Geschäftes 5 648, 649. — Pflicht z. Unterlassung jeden den Dienstpflichten zuwiderlaufenden Verhaltens; Unterlassung von Dienstleistungen für Dritte 6 619 (i. 7 601 f.). — Pflicht e. Färbermeisters zur Auskunftserteilung a. d. Prinzipal über die von ihm verwendeten Färberrezepte? 6 619. — Haftung für Mantozahlungen 6 619, 620. — Haftung des als Lagerhalter Angestellten für den übergebenen Warenbestand 5 648. — Haftung e. Filialleiters für Fehlbetrag 7 246, 247.

1. Gesetzliches Konkurrenzverbot (§ 60 HGB.) während des Dienstverhältnisses. — Ausdehnung des § 60 durch Parteivereinbarung 2 2, 50. — Vorbereitungshandlungen eines abgehenden β . für sein künftiges Geschäft 2 2, 50. — „Geschäftemachen“ Begriff; Nichtzustandekommen des Geschäftes 2 2, 50. — Anstellung e. ein selbständiges Geschäft betreibenden Kaufmanns als β . für ein anderes Geschäft mit Zurückbehaltung seines eigenen Betriebes 6 620. — einseitiger Protest des Prinzipals gegen den Weiterbetrieb bei Anstellung des β . 2 2, 50. — kann der Gegenontahent des β . das unter das Verbot fallende Geschäft als unsittlich ansprechen? 3 2, 20. — Anwendung des § 60 auf Volontäre? 3 2, 20. — Begriff des „Betreibens“ 3 2, 20; 4 566 (auf den Namen der Frau lautender Betrieb). — Stellung d. eintretenden Prinzipals gegenüber dem Gegner des β . 3 2, 20. — „Handelszweig“, d. i. der, für den der Gehilfe engagiert wurde 3 2, 20. — Verjährung des Anspruchs auf Unterlassung der Konkurrenzfähigkeit 5 649. — Folgen

der Ausübung des Wahlrechts seitens des Prinzipals 2 2, 50; 3 1, 112; 3 2, 20. — Herausgabe der mit Rücksicht auf zukünftige Abschlüsse erhaltenen Umsatzprovision an den Prinzipal 2 2, 50. — Erfüllungsort für das β . 4 566 (2). — zuständiges Gericht für die Klage auf Eintrittsrecht des Prinzipals 4 566; 5 649. — ist der Prinzipal an die nach § 61 getroffene Wahl (Schadenserlös oder Eintrittsrecht) gebunden? 4 566. — Zuwiderhandeln gegen die Vertragspflicht, auf den Reisen nur Waren seiner Firma zu verkaufen, durch Verkaufenlassen anderer Waren durch Dritte 6 620.

2. Konkurrenzklausel für den Fall der Beendigung des Dienstverhältnisses i. Konkurrenzklausel. — Wichtigkeit des ganzen Dienstvertrags bei Wichtigkeit der β .? 7 605 f. — rückwirkende Kraft der §§ 74, 75 HGB.? 2 2, 60. — teilweises Wirksamwerden einer nach altem Recht wegen übermäßiger Beschränkung ungültigen Klausel? 2 2, 60. — nach Dienstfeintritt vereinbarte β .; Vereinbarung bei Dienstaustritt? 7 605. — analoge Anwendung der §§ 74, 75 auf selbständige Kaufleute, technische Angestellte, auf Gewerbegehilfen? 2 2, 62, 64; 5 654; 6 625; 7 606. — Übergang d. β .- β . auf den Erwerber d. Geschäftes 6 626; 7 605. — von einem Minderjährigen mit Zustimmung seines Vertreters eingegangene β . 2 2, 63; 5 654, 655; Fortsetzung des Vertrags nach Großjährigkeit 2 2, 63; 5 654. — persönliche Verpflichtung d. gesetzlichen Vertreters des Minderjährigen, dafür zu sorgen, daß der Minderjährige die Vereinbarung halten werde 5 655 (2). — Befreiung der Minderjährigkeit der β . eines Minderjährigen durch Dienstfortsetzung 7 606. — kein synallagmatisches Verhältnis zw. d. Verpflichtung z. Nichteintritt in e. Konkurrenzgeschäft u. Verpflichtung d. Prinzipals zur Rechnungslegung u. Provisionszahlung (§ 320 HGB.) 2 1, 215. — Wichtigkeit des ganzen Dienstvertrags bei Wichtigkeit der β . des Minderjährigen? 2 2, 63; 3 2, 25; 4 571; 7 605, 606. — Wichtigkeit des übrigen Inhalts bei Aufnahme von den §§ 74, 75 widersprechenden Vereinbarungen in die Klausel? 2 2, 62; 4 571; 6 626; 7 605.

Analoge Anwendung des § 75, wenn die Konkurrenzbeschränkung jemandem zugleich als Gesellschafter u. als Geschäftsführer einer GmbH. auferlegt ist 6 626. — Wiederaufleben der erloschenen Konkurrenzklausel bei nachträglichen, die sofortige Entlassung rechtfertigenden Handlungen des Gehilfen? 6 62. — Klage auf Erfüllung der Konkurrenzklausel bei Nichtausbedingen einer Konventionalstrafe 2 2,

61. — Verleitung zur Übertretung der Konkurrenzklausef durch den neuen Prinzipal 1 1, 471 (s. unerlaubte Handlung).
 a) **Auslegung der Konkurrenzklausef** 7 604, 605. — „strenge“ Auslegung nötig? 2 2, 61; 3 2, 24 (2). — Berücksichtigung der Grenzen nach Ort, Zeit und Gegenstand 2 2, 60. — Möglichkeit des Fortkommens in einer anderen Branche 2 2, 61. — Vereinbarung der Wahrung aller Geschäftsgeheimnisse auch nach Austritt 4 571; 7 605. — gleichzeitige Aufertlegung eines Konkurrenzverbotes und einer Konventionalstrafe 2 2, 61. — Anwendung des § 138 BGB. 5 45, 655 (s. 2 2, 62; 4 571). — Verbot des Eintritts in e. Konkurrenzgeschäft umfaßt auch die eigene Gründung eines solchen 6 626. — die für den Fall der Annahme eines Reisepostens ausbedungene Konventionalstrafe verwirkt durch Gründung eines eigenen Geschäftes u. Reisen für dasselbe? 2 2, 61. — Recht des Prinzipals, einseitig zu entscheiden, ob ein Konkurrenzunternehmen vorliegt? 2 2, 61. — Abschluß einzelner Geschäfte 2 2, 61; 5 654. — Geschäftsbetrieb dritter von dem S. hierzu veranlaßter oder unterstützter Personen (Angehörige) 2 2, 61; 3 2, 25; 4 571; 7 605. — Vargeschäft u. Abzahlungsgechäft derselben Branche als Konkurrenzgeschäfte? 6 626. — Verwirkung der für Eröffnung eines Konkurrenzgeschäfts vereinbarten Konventionalstrafe schon durch Abschluß von Lieferungsverträgen, die erst nach Ablauf des Konkurrenzverbots ausgeführt werden sollen 2 2, 61. — Fehlen jeder örtlichen Beschränkung 4 571; 6 626 (bei Beschränkung nach Zeit u. Gegenstand); 7 606. — Vereinbarung, die ihm bekannt gewordenen Geschäftsgeheimnisse nicht zu verraten oder zu verwerten 2 2, 62 (wenn sie eine wesentliche Erschwerung für Erlangung einer anderen Stelle begründet). — zeitlich u. örtlich unbeschränktes Verbot der vom Gehilfen erlernten ganzen Branche 4 571. — zeitlich u. örtlich unbeschränktes, aber nur die Herstellung weniger bestimmter Spezialitäten betreffendes Verbot 2 2, 62; 3 2, 25 (2). — räumlich unbeschränktes Verbot 5 654. — ein nur nach 2 der angegebenen Beziehungen (zeitlich, örtlich u. gegenständlich) unbeschränktes Verbot 2 2, 62. — Annahme e. Erschwerung d. Fortkommens, wenn d. Gehilfe ohne Bestehen der Klausel ebenso gehandelt hätte? 7 605. — Eintritt in ein Geschäft anderer Art, das nebenbei die gleichen Artikel führt wie d. alte Geschäft 7 605. — Ausbedingung d. Verbots, „ein Garderobe- u. Maßgeschäft, selbständig zu treiben“, auf den Betrieb e. einfachen Schneidergeschäfts? 7 605. — Annahme d. Agentur f. ein Konkurrenzgeschäft bei Verbot d. An-

nahme e. Stellung in einem Konkurrenzgeschäft 7 605. — Geschäfte von einem außerhalb des Bannbezirks gelegenen Orte nach Orten innerhalb des Bezirks 2 2, 62. — nach Beendigung des Dienstverhältnisses erfolgte Verlängerung des Verbots auf mehr als 3 Jahre 2 2, 63. — Auslegung des einem Reisenden auferlegten Verbots, die Kunden seines bisherigen Hauses geschäftlich zu besuchen (Geschäftsabchluß ohne Besuch) 3 2, 24. — Verkaufsverbot schon durch Kaufangebot verletzt 3 2, 25. — Verbot der „Mitbeteiligung“ an einem gleichartigen Geschäft (Unterstützen des Sohnes bei Einrichtung eines solchen Betriebes) 3 2, 25; 4 571 (s. oben). — „Beteiligung an einem Geschäft“ unentgeltliche Beteiligung; keine fortgesetzte, sondern nur einzelne Fälle umfassende Tätigkeit 6 625, 626; 7 605. — Gewährung von Geld u. Kredit als Beteiligung an e. Geschäft 6 626, 680. — „Beteiligung an einem anderen Geschäft“: Mitwirken in dem Geschäft des Dritten als Angestellter, Direktor 5 654. — Verpflichtung der Münchner Warenhausangestellten, während eines Jahres in kein Berliner Warenhaus einzutreten 5 654.
 b) **Ermächtigung des Richters** gegenüber Konkurrenzklauseln 3 2, 25; 5 654; 6 626. — auch bei widerrißchen oder gegen die guten Sitten verstößenden Verbotsen (nicht Richtigkeit) 2 2, 62; 4 571 f.; 5 45, 655. — Unmöglichkeit der Zurückführung auf ein billiges Maß 2 2, 62.
 c) **Wegfall der Konkurrenzklausef**. — wenn der Berechtigte kein Konkurrenzgeschäft betreibt? 2 2, 61. — Nichtbeeinträchtigung des Prinzipals wegen der verschiedenen Größe der beiden Unternehmen 2 2, 61. — wenn zwar ein vertragswidriges Verhalten des Prinzipals vorliegt, der Gehilfe aber aus einem anderen Grunde ordnungsmäßig kündigt? 2 2, 63 (2); 3 2, 25, 26; 7 606. — Austritt wegen vertragswidrigen Verhaltens des Prinzipals unter stillschweigender Vereinbarung des Aufrechthaltens der Konkurrenzklausef 2 2, 63; 4 572. — kein Wegfall bei vereinbartem sofortigen Austritt 3 2, 26; 7 606. — Fehlen eines Interesses des Prinzipals an der Einhaltung 4 571. — vertragswidriges Verhalten im Sinne des § 75 Abf. 1 setzt Verschulden voraus 4 571. — Notwendigkeit einer alsbaldigen Erklärung des wegen vertragswidrigen Verhaltens des Prinzipals austretenden Gehilfen, daß er die Konkurrenzklausef für erloschen betrachtet 4 572. — Bleiben des Angestellten trotz vertragswidrigen Verhaltens des Prinzipals 4 572; 5 655. — kein Wegfall, wenn zwar der S. einen Grund zum sofortigen Austritt hat, diesen

(Handlungsgelhilfe)

aber nicht geltend macht, vielmehr der Prinzipal ihn entläßt **6 626**.

d) Kündigung aus erheblichem Anlaß. — Änderungen in der Person des Geschäftsinhabers, die die Beforgung der bisher vom H. wahrgenommenen Geschäfte durch den Prinzipal selbst veranlassen **2 2, 63**. — bei Ausbruch des Konkurses **2 2, 63**. — Begriff des „erheblichen Anlasses“ (der H. eignet sich nicht für den Posten) **3 2, 26**; **4 572** (Kaufalität des Anlasses für die R.); **5 655** (falscher Bericht über die Reisetätigkeit); **6 626** (Aufgabe fingierter Aufträge). — R. des von vornherein auf bestimmte Zeit abgeschlossenen Dienstverhältnisses durch den Prinzipal nach Ablauf der vereinbarten Zeit **5 655**.

e) Fortzahlung des Gehalts z. Aufrechterhaltung der Klausel. — wann muß die Fortzahlung erklärt werden? **2 2, 63, 64**; **3 2, 26**; **4 571, 572**. — Dauer der Fortzahlung **2 2, 64**. — F. bei einem nur auf Proviante oder Provision Angestellten? **2 2, 64**.

f) Konventionalstrafe. — ist sie Kneuelb? **3 2, 26**. — Verwirklichung bei jeder begründeten, nicht verschuldeten Auflösung seitens des Prinzipals **2 2, 64**. — Herabsetzung **2 2, 64**. — Maßstab für die Herabsetzung **2 2, 64**. — Höhe der Verzugszinsen **2 2, 64**. — wiederholte R. für jede Zuwiderhandlung? **2 2, 64**. — Herabsetzung der nach 1898, aber vor 1900 verwirkten Strafe **1 2, 318**. — Vereinbarung, daß die R. zu zahlen sei, gleichviel ob Angestellter oder Prinzipal kündigt **5 655**. — Herabsetzung d. Strafe oder Nichtigkeitsklärung d. ganzen Verbots **7 605**. — Absehen von e. Herabsetzung d. Strafe trotz gerichtlicher Beschränkung des vertraglichen Verbots **7 605**. — Geltendmachung in dem f. d. Hauptverpflichtung gegebenen Gerichtsstand **7 606**.

IV. Endigung des Dienstverhältnisses. — Verzicht auf die ferneren Dienste des H. **2 2, 56**. — kann der Prinzipal verlangen, daß der H. zur Kontrolle sich täglich bei ihm einfinde **2 2, 49**. — Einfluß eines nach der Entlassung verübten ehrverletzenden Verhaltens auf die Fortzahlung des Gehalts **2 2, 58**. — Veräußerung des Geschäftes **5 648, 649**. — Kündigung e. auf Lebenszeit abgeschlossenen Vertrags **7 602, 603 (2)**. — Vereinbarung, der Gehilfe soll bleiben, bis er eine neue Stelle gefunden **4 567, 568**. — stillschweigende Annahme einer verspäteten Kündigung des Prinzipals **5 650**. — Festsetzung e. bestimmten Dauer des Dienstverhältnisses **4 567**. — Beweislast, daß das D. für unbestimmte Zeit eingegangen worden sei **4 567**; **6 620, 621**.

1. Kündigung. — Nichtigkeit des ganzen Vertrags bei Verstoß gegen § 67? **2 2, 53**; **4 568**; **6 621**. — Wegfall der Nichtigkeit, wenn der Verstoß gegen § 67 dem H. zum Vorteil gereicht **2 2, 53**; **6 621 (2)**. — rückwirkende Kraft der §§ 66, 67 HGB. **2 2, 52**; **3 2, 21**. — R. außerhalb der Geschäftszeit **2 2, 52**. — vorzeitige R. **2 2, 52**. — „R. beiderseits mit 3 monatiger Frist“ **3 2, 21**. — verspätete R. als R. für den nächsten Termin **2 2, 52**. — bei Beginn des Vertragsverhältnisses erklärte R. **2 2, 53**. — Fallen des letzten Tages der R.-frist auf einen Sonntag **2 2, 53**; **5 649**. — R. bei einer mündlich als „Lebensstellung“ bezeichneten Stelle **2 2, 53**; **7 602, 603 (2)**. — längere R.-frist des Prinzipals als des H. **2 2, 53**; **6 621 (2)**; **7 603**. — Vereinbarung einer kürzeren als der einmonatigen R.-frist **2 2, 53**. — R. bei einem ohne Vereinbarung einer R.-frist erfolgten Aushilfseingagement **2 2, 53, 54** (insbesondere bei Fortsetzung des Verhältnisses über 3 Monate); **6 622 (2)**. — Anstellung „zur Probe“ **2 2, 54**; **3 2, 21**; **4 567**; **5 651**; **6 622**; **7 603**. — Engagement eines Reisenden für eine Reise **3 2, 21**. — Quartalsstermin gegenüber den monatlichen Terminen **4 568**. — Gehalt im Sinne des § 68 **3 2, 22**. — Vereinbarung einer Gehaltskürzung während der R.-zeit **5 651** (s. oben Gehalt). — erstmalig zulässiger R.-stermin bei Abschluß des Vertrags auf einen längeren bestimmten Zeitraum (mit vierteljährlicher R.) **6 621, 622**. — Engagement auf einen Monat mit 1 tägiger R. **6 622**. — Fortgeltung der R.-sabrede, wenn ein technischer Angestellter in den kaufmännischen Betrieb übernommen wird **6 621**. — Gewährung e. Urlaubs unter Vereinbarung d. Abzugs d. Gehalts für die Urlaubszeit bei Austritt vor Ende des Jahres **6 621**; **7 603**. — Berücksichtigung ausländischen, gegen § 67 HGB. verstoßenden Rechtes? **6 621**. — Unterlassen e. Widerspruchs u. Fortsetzen der Dienstleistung als stillschweigendes Einverständnis mit e. verspäteter R.? **6 621, 622**. — Bezeichnung e. Anstellung als vorübergehende Aushilfe (§ 69) trotz Nichtvorliegens des objektiven Tatbestandes e. Aushilfeverhältnisses nur zur Umgehung des § 67 **6 622**. — in die Gehaltskürze gesteckte, nicht nachweislich dem H. zur Kenntnis gekommene R. **7 603**. — Anwendung des § 67 HGB., wenn der eine Teil auf bestimmte Zeit überhaupt nicht, der andere während dieser Frist halbjährlich kündigen kann **7 603**. — rückwirkende Kraft des § 69 HGB. **7 603**.

2. Sofortige Kündigung. — Klausel in einem mehrjährigen Vertrag: „Verkauf des Geschäftes oder Tod des

Prinzipals hebt den Vertrag auf" 2 2, 52. — sofort. R. aus wichtigem Grund trotz Unterwerfung unter eine Vertragsstrafe für den Fall vorzeitiger R.? 2 2, 56. — Verhältnis zur Aufhebung des Vertrags wegen Irrtums über eine wesentliche Eigenschaft des Angestellten 4 568; 6 622. — Verzicht auf eine sofort. R. für fehlerhaftes Verhalten des H. in der späteren Ausstellung e. guten Zeugnisses zu finden 6 623.

a) **Wichtiger Grund für sofortige Kündigung.** — Begriff 2 2, 54; 3 2, 22. — ist Tatfrage 5 651. — setzt er Verschulden voraus? 2 2, 54; 3 2, 22; 4 569. — nicht in der Person des Wegners liegende Gründe 2 2, 54. — dem Anstellungsvertrag vorausgehende Tatsachen 2 2, 55, 56, 57; 4 568(3); 6 622. — nach d. Entlassung sich ereignende Tatsachen 2 2, 56, 58, 632. — mehrere nur in ihrem Zusammenhalt, nicht aber für sich allein einen w. G. bildende Tatsachen 4 568. — außerberufliche Vorgänge 4 568. — zur Zeit der R. schon vorhandene, dem Kündigenden aber nicht bekannte Tatsachen 7 603(2). — Heranziehung älterer Vorkommnisse bei Eintritt neuer Verfehlungen 7 603.

b) **Fixierung wichtiger Gründe durch Vertrag** 2 2, 56. — Entlassung „bei der geringsten, ferner vorkommenden Unregelmäßigkeit" 2 2, 55. — Vereinbarung, daß der Eintritt oder Nicht-eintritt eines bestimmten Ereignisses den Vertrag auflösen soll 2 2, 55. — Verkauf des Geschäftes 2 2, 52. — Tod des Prinzipals 2 2, 52. — ungenügende Resultate des Reisenden 2 2, 53.

c) **Wichtige, den Prinzipal zu sofortiger Kündigung berechtigende Gründe.** — glaubhafte, öffentliche Beschuldigung des Angestellten, Unterschlagen zu haben 2 2, 54. — durch Verschulden oder ohne Verschulden des H. entstandener Verdacht 6 622. — bloßer Verdacht der Untreue 2 2, 58; 4 570; 6 622. — zu Untersuchungshaft führender Verdacht 6 622. — Vorschläge des H. zu unuellem Geschäftsgebar 2 2, 54. — Aufgeben fingierter Ordres seitens eines Reisenden 2 2, 55, 57; 4 569. — ungenügender Erfolg der Reisetätigkeit? 2 2, 53, 55. — Außerschließung der für die Reise gegebenen Weisungen d. Prinzipals 2 2, 55. — längere Zeit zurückliegende, dem Prinzipal nicht bekannt gewesene Strafen 2 2, 55; 4 568. — unwahre Angaben bei Vertragsabschluß 2 2, 55. — falsche Namensangabe bei Eintritt 3 2, 22. — zerrüttete Vermögensverhältnisse? 2 2, 55. — Pfändung des Gehalts eines Kassierers 6 623. — Abweiden des Reisenden von den vorgezeichneten Verkaufspreisen 5 652. — Konkubinat des H. 2 2,

55; 3 2, 22; 5 652. — grobe Antworten 4 570. — taktloses, unehrerbietiges Benehmen gegenüber dem Prinzipal 2 2, 55, 58 (so daß weiteres Zusammenarbeiten unmöglich erscheint); 5 653. — wenn dem Leiter eines gesamten Wirtschaftsbetriebs ein Teil der Leitung abgenommen wird 2 2, 55. — Vereinbarung aller Angestellten, gewisse Forderungen geschlossen bei dem Prinzipal zu vertreten 2 2, 57; 5 652. — vor Verlängerung des Vertrags erfolgt, erst nachher bekannt gewordener Vertrauensbruch 2 2, 57. — Wegbleiben vom Geschäft nach Urlaubsverweigerung, aber aus berechtigtem Anlaß 2 2, 58; 6 624 (Spitzenzeit des Gehilfen). — Veräußerung eines ganzen Werktages 2 2, 57. — eigenmächtiges Fortbleiben wegen Krankheit 7 603, 604. — fortgesetztes Zuspätkommen; Entlassung trotz kurzer Weiterbeschäftigung 4 570. — Weigerung des H. gegen eine einseitige Abänderung der Arbeitszeit durch den Prinzipal 5 652. — Wegbleiben wegen schwerer Erkrankung e. Angehörigen 6 624. — mehrstündiges Fernbleiben vom Sonntagsdienst 6 624. — Zuspätkommen gleich am ersten Tag 6 624. — Wegbleiben e. Reisenden vom Geschäft 7 604. — einmalige Dienstveräußerung 3 2, 23. — Untreue, Begriff 2 2, 57; 4 569 (Preisgabe von Geschäftsverhältnissen); 7 604 (Versuch, bei den Lieferanten Prozente für sich zu erlangen). — unbefugtes Betreiben von Geschäften für eigene Rechnung 2 2, 58 (nicht zu Erwerbzzwecken, sondern z. Kapitalsanlage). — geringfügige Entwendungen (Inhaltskarten, Zigarren) 2 2, 58. — Weigerung einer Kontoristin, persönlich Geld auf die Bank zu tragen 3 2, 23. — Dienstverweigerung; Unterlassen der Ausführung aus Saumlial oder Unachtsamkeit? 2 2, 58. — eigenmächtiges, grundloses Unterbrechen der Reisetour 2 2, 58. — Weigerung e. Filialleiterin, im Fabrikbetrieb als Verkäuferin Dienst zu tun 6 622. — Weigerung eines Reisenden, während der Nichtreisezeit Kontorarbeiten zu verrichten 2 2, 58; 4 570 (s. Handlungstreisender); 6 624 (Inventur). — Behüßlichsein zum Kontaktabbruch eines Mitangestellten 5 652. — Weigerung des kranken H., sich durch einen vom Prinzipal ausgewählten Arzt behandeln zu lassen? 2 2, 58; 3 2, 23; 5 653; 6 623 (wiederholte Untersuchung); 6 624. — Krankheit unter 6 Wochen 2 2, 58. — Denunziation des Prinzipals wegen Nichteinhaltens der Ladenschlußfrist 2 2, 58. — außerehelicher Geschlechtsverkehr e. verheirateten H. 6 622. — außerehelicher Geschlechtsverkehr des H. mit einer Angestellten außerhalb des Geschäftes 3 2, 22. — außereheliche Schwan-

(Handlungsgehilfe)
 gerichtsamt § 2, 23; 7 604. — Beherbergen einer Prostituierten in der vom Prinzipal überlassenen, an die Geschäftsräume anstoßenden Wohnung § 2, 22. — Schädigung des Prinzipals durch eine an sich erlaubte Vertretung fremder Firmen § 2, 22. — Sammlung von Notizen über die Geschäftsverhältnisse § 2, 22, 23. — Weigerung des H., zum Nachweis seiner Krankheit ein Attest beizubringen § 2, 23. — ansteckende Krankheit § 2, 23; 4 568. — Geschlechtskrankheit § 622. — „anhaltende Krankheit“ nach § 72 Ziff. 3 bei zwar langer Dauer, aber bald nach R. ein tretendem Ende § 2, 23; 4 570. — Krankheit, deren Ende sich nach subjektiv begründeter Annahme nicht absehen läßt 4 570. — Liebesverhältnis mit einem Familienangehörigen des Prinzipals 4 568. — gerechtfertigte Befürchtung der Interessengefährdung 4 568. — Antrag des Gehilfen auf Konkurseröffnung gegen den Prinzipal 4 569. — Beeinflussung von Kunden zugunsten von Konkurrenzgeschäften 4 569. — Annahme v. Schmiergeldern 4 570; 5 652. — falsche Berechnung von Vertrauenspesen 4 570. — Weigerung eines bisher selbständigen Korrespondenten zur Verrichtung untergeordneter Arbeiten? 4 570. — Mißhandlung eines Gehilfen durch den Entlassenen 4 570. — Vorwurf leichtfertiger Eidesleistung 4 570. — Verleitung eines Mitangestellten zum Austritt zwecks Gründung eines Konkurrenzgeschäftes 5 651, 652. — unsittliche Belästigung weiblicher Mitangestellter 5 651. — Aushaltenlassen einer Angestellten durch einen Fremden? 5 652. — Tätigsein des Angestellten für ein ausgeschiedenes Vorstandsmitglied 5 651. — Weigerung der Übernahme ordnlicher Arbeiten 5 652, 653; 6 624. — Übernahme von Arbeiten für Dritte während der Geschäftsstunden 5 652. — Weigerung des H., sich in einer der vertraglichen Stellung gleichwertigen verwenden zu lassen 5 653. — Geltendmachung des Differenzinwandens in e. Prozeß seitens des H. § 1, 260 (s. Differenzgeschäfte). — Weigerung des H., sich über einen gegen ihn entstandenen Verdacht zu erklären § 622. — vor Anstellung erfolgte Bestrafung § 622. — Aufhebung der Verlobung mit der Schwägerin des Prinzipals § 622. — antisemitische Äußerungen, wenn der Prinzipal Jude ist § 622. — Liquidation einer A.-G. u. Aufgabe der Filiale als Entlassungsgrund für den Filialleiter? § 623; 7 648. — Unterschlagung außerhalb d. geschäftlichen Tätigkeit oder vor Anstellung § 623. — grober Vertrauensbruch durch Beiseitebringen von zu Wettbewerbszwecken gemachten Notizen,

Konstruktionszeichnungen § 623. — Interessengefährdung d. Prinzipals durch Äußerungen über dessen Geschäft gegenüber Dritten § 624. — Ablegen der Zugehörigkeit zu einem Verband? § 624. — Verhalten nach erfolgter R. § 2, 58; § 624. — Weigerung kleinerer Handlungen § 624. — Gehorsamsweigerung gegen den Gemeinschuldner? § 624. — Äußerung des Gehilfen, er habe kein Interesse am Geschäft und bleibe nur, weil er durch die Konkursverpflichtung gebunden sei § 624. — Weigerung, nach Schluß der Geschäftszeit einen wichtigen Brief zu schreiben § 624. — erhebliche, aber durch vorheriges Verhalten d. Prinzipals veranlaßte Ehrverletzung § 624. — unvollständige Angabe über den Grund des Wegbleibens vom Geschäft 7 604. — Trunkenheit im Dienst 7 603. — Weigerung des auf Reisen erfolglosen Handlungsreisenden, sich im Kontor verwenden zu lassen 7 604 (s. Handlungsreisender). — Weigerung e. Filialleiters, die Schlüssel herauszugeben 7 604. — Nichtbeachtung ärztlicher Anordnungen u. sonstiges die Gesundheit untergrabendes Verhalten d. Gehilfen 7 604. — Weigerung der Sonntagsarbeit während der Inventur 7 604.
 d) Wichtige Gründe zur sofortigen Kündigung auf Seite des H. — Nichtbeschäftigung des Angestellten § 2, 57; 4 569. — Vorwurf des Diebstahls § 2, 57; 7 603. — Rückständigkeit e. geringen Gehaltsanteils 7 604. — Nichtauszahlen eines unbeträchtlichen Provisionsbetrages wegen Streit über die Zahlungspflicht? § 2, 58. — grobe, durch Nachlässigkeit des Gehilfen veranlaßte Beleidigung § 2, 22; § 623. — Anzeige gegen den Gehilfen? 4 569; § 623. — Nichtauszahlen einer Provision für eine nach dem Willen d. Prinzipals unterlassene Reise 4 569. — Verletzung der Fürsorgepflicht des § 62 seitens des Prinzipals 5 650 (Stellung schadhafter Leitern für den Schaufensterdekorateur). — ungerechtfertigter Vorwurf unehrenhaften Handelns 5 651. — Vorwurf schlechter Leistungen 5 651. — erhebliche Ehrverletzung § 623. — Nichtbeschäftigung des gekündigten H. während der R.-frist u. Auserlegung e. täglichen Meldepflicht § 624. — Umwandlung der Vertrauenspesen in feste Spesen 7 603. — Eintritt der Aktiengesellschaft in Liquidation 7 604. — begründeter Vorwurf der Unterschlagung 7 604. — Vorwurf des Betrugs bei Nichtbesuchen d. Rundschaff seitens d. Reisenden 7 604.
 e) Zeitpunkt d. Geltendmachung des wichtigen Grundes. — Nachbringen eines bei Kündigung nicht erwähnten Grundes im Prozesse § 2, 56. —

Nichtangabe eines Grundes bei der Entlassung 2 2, 56. — Verlängerung d. Dienstverhältnisses seitens einer offenen Handelsgesellschaft, obwohl einem Gesellschafter der Grund bekannt war 2 2, 56, 91. — kurzzeitige Weiterbeschäftigung nach Eintritt des Entlassungsgrundes 4 570. — Kündigung aus nicht. Grund für einen späteren Termin statt sofortiger Entlassung? 2 2, 56; 5 651. — Fortsetzung des Dienstverhältnisses unter Vorbehalt der Entlassung 3 2, 23.

2. Folgen der Kündigung. — muß der ungerechtfertigt entlassene H. seine Dienste zur Verfügung stellen, um das Gehalt zu erlangen 2 2, 56, 57; 3 2, 22; 4 569, 595 (Vorstand e. A.-G.); 6 623. — endet eine ungerechtfertigte R. das Dienstverhältnis 2 2, 56. — Wegfall des Konkurrenzverbots bei ungerechtfertigter Entlassung 2 2, 56. — Verzug des Prinzipals bei ungerechtfertigter Entlassung 2 2, 56. — Schadenserzahnanspruch des ohne Grund entlassenen H. (pfändbar, übertragbar, passiv aufrechnungsfähig?) 2 2, 57. — Pflicht des Gehilfen z. Annahme e. ihm vorgeschlagenen gleichartigen u. gleich dotierten Stelle 6 623. — Einfluß e. nach Entlassung verübten ehrverletzenden Verhaltens auf die Fortzahlung des Gehalts 2 2, 58. — Eideszuschreibung, daß der Entlassene den Betrag des eingeklagten Gehalts anderweit verdient hat 3 2, 485. — Ersatz des Entgangs an Kost und Wohnung 5 90, 652. — Unterlassen e. Widerspruchs seitens des vorzeitig entlassenen Gehilfen 6 621. — Schadenserzahnanspruch des infolge unbegründeter Strafanzeige des Prinzipals sofort kündigenden H. 6 623. — Gehaltsanspruch f. d. Zeit nach Eröffnung d. Konkurses über das Vermögen d. Prinzipals bei Kündigung 4 804. — Klage des Prinzipals gegen den vertragsbrüchigen H. u. den neuen Prinzipal auf Unterlassung d. Leistung von Diensten an den Dritten 7 601, 602. — Anspruch f. d. Zeit nach Aufgabe der Stellung bis zum Ablauf d. Vertragszeit Vertrags- oder Schadenserzahnanspruch? 7 604.

Handlungslehrlinge. — Begriff 2 2, 64; 6 627 (Lehrling in einem Optikergeschäft). — rechtl. Natur des Vertrags 2 2, 64. — — Zwang auf Erfüllung der Dienste? 2 2, 65. — zwangsweises Zurückführen in die Lehre? 2 2, 65. — Lehrvertrag mit einem nicht im Besitz der Ehrenrechte befindlichen Prinzipal nichtig? 2 2, 66. — Abschluß d. Lehrvertrags durch Briefwechsel 6 627. — Form des Handelslehrvertrags im Gegensatz zum gewerblichen Lehrvertrag; Mitwirkung d. Lehrlings? Schriftlichkeit 6 626, 627 (f. 2 2, 66). — Ausbildungspflicht des Lehrherrn 2 2,

65. — Erlernen des rohen, äußeren Dienstes (Laufbursche usw.) 2 2, 65. — Verwendung von Lehrlingen mit höherer Schulbildung zu niederen Diensten 2 2, 65. — Unpfindbarkeit d. Vergütung 2 2, 64, 65. — Bestehenbleiben e. Konkurrenzklause, wenn der Lehrherr aus einem wichtigen Grund kündigte 6 626. — Zeugnis nur auf Antrag auszustellen? 2 2, 66 (f. Handlungsgehilfen). — Aufnahme von Bemerkungen über das Verhalten d. Lehrlings in das Zeugnis 2 2, 66. — Angaben über den Gesundheitszustand im Zeugnis? 6 627. — Ausschluß d. Erziehungsraths d. Lehrherrn 7 606, 607. — Ende des Vertrags. — Vereinbarung kürzerer als 1monat. Kündigungsfrist 6 627. — Verbleiben im Dienst nach Ablauf der Lehrzeit 2 2, 65. — Tod eines von mehreren Prinzipalen 2 2, 65. — anteiliges Verlangen von Lehrgeld u. Vergütung bei Kündigung infolge Todes des Prinzipals 2 2, 65. — Eintritt in eine andere Branche 2 2, 65. — Übertritt vom Krämer zum Kaufmann, vom Kaufmann zur Fabrik, auf eine Handelshochschule 2 2, 65. — wissenschaftlich unwahre Erklärung, zu einem anderen Beruf übergehen zu wollen 2 2, 65. — *Schadenserzahnpflicht* nach § 78 Abf. 2 auch, wenn die Erklärung seinerzeit bona fide erfolgte 2 2, 65. — Befreiung des dem Prinzipal bei Entlassung des Lehrlings aus einem wichtigen Grund zustehend. Schadenserzahnanspruch durch nachträgliche Erklärung des Lehrlings, in einen anderen Beruf überzutreten? 2 2, 65, 66. — kein Anspruch gegen den neuen Prinzipal seitens des alten, wenn der Lehrvertrag nicht schriftlich geschlossen wurde 2 2, 66. — Ansprüche gegen Vater u. Vormund des Lehrlings auch aus einem nicht schriftlichen Vertrag 2 2, 66.

Handlungsreisender f. Handlungsgehilfe. — Anstellung u. Bezahlung von Unterreisenden auf eigene Rechnung 4 565; 7 601. — Unterschied von Agenten 4 565. — Erfüllungsort f. d. Pflichten der H. 5 105; 6 112. — Begriff d. Stadtreisenden; Geschäftsabschlüsse in Vororten seines Wohnortes 7 601. — Engagement für eine Reise 3 2, 21. — Vereinbarung sofortiger Entlassung, wenn seine Resultate nicht befriedigen 2 2, 53, 55. — Wirkung der von ihm abgeschlossenen Geschäfte bei falscher Übermittlung an d. Prinzipal 2 2, 45, 46; wenn der Reisende nicht mitteilt, daß er im eigenen Namen kaufen wolle 2 2, 46.

Rechte des R. — Anspruch auf Verwendung zu Reisen 2 2, 45, 49, 55 (trotz ungenügender Resultate); 3 2, 19, 20; 6 619; 7 604. — Anspruch des Saisonreisenden auf Reisetätigkeit 6 619. — Einziehung des Kaufpreises; Rechnungs-

(Handlungsreisender)

vermerk: „Zahlung direkt an uns“ 2 2, 46; 5 647. — Recht auf Alleinvertretung für einen bestimmten Bezirk 2 2, 52. — vergleichsweiser Erlaß einer Reiseschuld 5 647. — Rabattgewährung 5 647. — Entzug der Inkassovollmacht durch Aufbruch auf die Faktura 5 647. — Entgegennahme von Mängelrügen 5 647. — Begriff d. „Ortsanwesenheit“ nach § 45 HGB.; können die Erklärungen nach § 55 Abs. 3 dem Reisenden gegenüber nur mündlich oder auch durch Telephon abgegeben werden? 6 629.

Vergütung. — Abzug einer Preiserminderung an der Provision 4 46. — Reisepesen, willkürlicher Entzug durch Nichtreisenden 2 2, 45, 50; 4 569. — Anspruch auf Spesenerfaß bei grundloser Entlassung 2 2, 45; 3 2, 19 (Umfang des Erfassungsanspruchs). — Spesen für eine nach dem Willen des Prinzipals unterlassene Reise 4 569. — Bewilligung von Vertrauenspesen; Einwand ihrer unangemessenen Höhe oder des tatsächlich geringeren Verbrauchs seitens des Prinzipals 2 2, 45; 3 2, 19; 5 647. — Abzug einer vom Prinzipal gewährten Kaufpreisminderung an der Provision? 4 567. — feste Spesen: Vergütung eines außergewöhnlichen Mehrbetrags seitens des Prinzipals neben festen Spesen 3 2, 19. — Zahlung von Plakspesen von Nachweis einer Tätigkeit abhängig? 5 647. — Spesen für die Probetour 3 2, 19. — Spesen für die Reise vom Wohnsitz des Reisenden zum Sitz des Geschäfts (Antrittsreise) 3 2, 19. — Einrechnung des Anfangs- u. Endtages in die Reise 3 2, 19. — Spesen für Sonn- u. Feiertage 3 2, 19. — Zeit der Zahlung der Spesen 3 2, 19; 5 649. — Vorfußpflicht d. Prinzipals 3 1, 252. — Anspruch des grundlos Entlassenen 3 1, 254. — Anspruch auf Spesen in den Fällen der §§ 63 HGB., 616 BGB. 3 2, 19. — Höhe der Spesen bei mangelnder Vereinbarung 5 647. — Zurückbehaltungsrecht 1 1, 183; 2 1, 179; 2 2, 45 (an Mustern). **P f l i c h t e n.** — Verwendung zu Diensten, die nicht die Reisen betreffen 2 2, 49, 50 (Kontorarbeiten während der Ferienzeit; f. 2 2, 58); 3 2, 19; 4 570.

Handlungsvollmacht f. Vaden. — stillschweigende Erteilung 2 2, 44; 4 564; 6 617; 7 600 (Umfang der Vollmacht). — stillschweigende Erteilung der Inkassovollmacht 2 2, 44; 7 600. — liegt in der Telephonanlage stillschweigende Ermächtigung aller Angestellten 2 2, 44; 3 2, 17. — Bestellung zum Vormund als Erteilung der **H.** 3 2, 16. — Eintrag ins Handelsregister? 4 564. — Dulden des Gebrauchs von Stempeln u. Firmenaufdrucken seitens des Prinzipals als stillschweigende Erteilung

der Vollmacht 4 564. — Ermächtigung zur Vornahme e. einzelnen Handelsgeschäftes 6 617. — Einzelvollmacht zum Abschluß eines Vergleichs 6 617. — von e. Handlungsbevollmächtigten für das hinter dem Rücken des Prinzipals eröffnete eigene Geschäft durch Vorkäufung e. Strohmans aus dem Geschäft d. Prinzipals entnommene Waren 7 78.

U m f a n g 4 564; 6 617. — Ausschluß von Geschäften mit besonderer, finanzieller Tragweite 2 2, 45. — Aufnahme von Darlehen 3 2, 17; 7 600. — Abschluß eines Vertrags auf Lieferung einer Seilbahn für ein Bergwerksunternehmen 3 2, 17. — Anerkennung einer Schadenersatzpflicht gegenüber einem Kunden 4 564. — Strafanträge 4 564. — dem Prinzipal selbst verbotene Handlungen 4 564. — Abschluß von Versicherungen, Kollektiv-Unfallversicherungen 5 646. — Zustimmung zu verspäteten oder verfrühten Wechselprotesten 4 1017. — U. bei stillschweigend erteilter Vollmacht 6 617. — Abschluß von Vergleichs 6 617. — Recht des Versicherungsagenten auf Unterschrift u. Auswändigung der Police 2 2, 44. — Haftung d. Kaufmanns f. unrichtige Auskunft seines Filialleiters (f. Auskunft) 7 600.

Handwerker f. Kaufmann, Minderkaufleute. — Begriff; Verhältnis z. Fabrik 4 59, 556, 953; ~~5 61~~. — Handwerk nicht vorliegend, wenn der Geschäftsinhaber auf die obere Leitung u. Disposition beschränkt ist 4 953. — Tuchhändler, der Herrenkleider nach Maß anfertigen läßt, **H.** 4 953. — Photographen u. graphische Gewerbe 4 953. — Orgelbauer 4 953. — Mechaniker, Optiker 4 953. — Köche? 4 953. — Zahnkünstler? 4 953. — Gärtner? 4 953, 955. — Wauschloßerei im großen? 4 953. — Verjährung ihrer Forderungen 4 59; 5 61. — **H.** als Vollkaufmann 5 959. — Firmengebrauch; Einschreiten d. Registerrichters 6 612; 7 596.

Handwerkskammer f. Arbeitsnachweis. — Zuständigkeit f. Streitigkeiten zwischen Handwerkern u. Gemeinden? 4 953. — **H.** Sekretäre als Staatsbeamte 4 953. — Umlegung d. Kosten auf die Betriebe im Verwaltungsjahreverhältnissen? 4 954. — Verjährung d. **H.**-Beiträge 2 1, 97.

Handzeichen. — Eigenständigkeit auch für **H.** im § 126 BGB. erfordert? 1 1, 75; 2 1, 59.

Hauptintervention.

Hauptintervention nach § 64 ZPO. — begründet sie notwendige Streitgenossenschaft? 5 756; 6 757. — Nebenintervenient als Hauptintervenient 1 3, 37. — „Znanpruchnahme“ des litigösen Rechtes 4 673. — materielle Begründetheit der Znanpruchnahme 4 673; 6 756. — Voraussetzungen 5 756. — Heilung eines

Seite Basfen = Jahrg.; gewöhnl. Basfen = Seite,

Mangels der Voraussetzungen **6 756**. — rechtl. Natur (Verbindung zweier selbständiger Klagen) **6 755, 756**. — \S . des Bedenten in d. vom Zessionar gegen d. Schuldner erhobenen Klage **7 740**. — Gerichtsstand d. \S .; Ausschließlichkeit; Anwendung des \S 5 ZPO.; Protogation **6 756**. — prozeßhindernde Einrede **6 756**. — besonderes Verfahren über die Zulässigkeit d. \S .? **6 756**. — Einfluß e. Zurücknahme oder prozeßualen Abweisung der Erstklage auf die vorher erhobene \S . **6 756**. — \S . d. Gemeinschuldners in e. Prozeß d. Konkursverwalters **6 976**. — Ausweisung nach Erlaß eines Versäumnisurteils **3 2, 362**. — Abweisung d. \S . als unzulässig **6 756, 757**. — Trennung der Prozesse oder Abweisung d. \S .? **6 757**. — Rechtskraftwirkung d. Urteils **6 757**. — Möglichkeit getrennten Urteils **6 757**.

Hauptintervention nach \S 75 ZPO. **6 758; 7 742**. — Entlassung des bisherigen Beklagten; Charakter des Urteils **1 3, 39; 5 759; 6 759**. — Einrede der Rechtskraft des Urteils seitens des Entlassenen **1 3, 39; 7 742**. — Streitgegenstand für den zwischen Kläger u. Hauptintervenienden fortgesetzten Prozeß **1 3, 39**. — Wirkung der Hinterlegung **6 759; 7 742**. — Einrede der Hinterlegungsstelle gegenüber dem Sieger, daß der Unterlegene der wirkliche Gläubiger gewesen sei **4 674**. — Anfechtung d. Entlassungsurteils **6 759**. — Beschwerde des Entlassenen wegen der Kosten nach \S 99 Abs. 3 ZPO. **5 759**. — Folgen der Anfechtbarkeit d. Entlassungsurteils auf den Fortgang des Verfahrens **6 759**. — förmlicher Antrag des eintretenden Mitsdenunziaten, ihm den Betrag zuzusprechen? **5 758**. — bloße Erklärung des Mitsdenunziaten, dem Streit beizutreten **5 759**. — Unterschied von \S 378 BGB. **7 742**. — Rechtsnatur der Entscheidung zwischen Kläger und Hauptinterveniend **1 3, 39; 6 759 (Urteilstenor); 7 742**. — Beweislast im Verfahren zw. Kläger u. Hauptintervenienden **6 759**. — Identität nach \S 75 bei Streit mehrerer Prätdenten über die Aktivlegitimation zur Forderung **5 759**. — muß e. Ungewißheit über die Person d. Gläubigers bestehen? **7 742**. — Eintritt in d. Revisionsinstanz **6 758**. — Eintritt d. Dritten ohne e. vorausgegangene Streitverfändigung an ihn **6 758**. — Verhältnis des \S 75 zu \S 64 ZPO. **6 759**. — Entlassung d. Beklagten, wenn von den mehreren, denen er d. Streit verkündete, nur einzelne eintreten **7 742**.

Hauptfache s. Prozeßkosten bei \S 99.

Hausbesitzer. — Haftung wegen ungenügender Beleuchtung u. ä. vgl. unerlaubte Handlung (\S 823).

Hausfriedensbruch. — in Notstand **1 1, 140**.

— des räumungspflichtigen Mieters durch Verbleiben in der Mietwohnung trotz Aufforderung zum Räumen **2 1, 298**. — kein Hausrecht d. Diensthofen aus \S 618 Abs. 2 BGB. **2 1, 351**.

Hausierhandel vgl. Gewerbebetrieb im Umherziehen.

Hausnecht. — Anspruch auf Vergütung f. Kleiderreinigen **4 195; 6 232** (vgl. Trintgeld).

Häuslerrecht in Mecklenburg **2 1, 798**. — Lösung eines mecklenburgischen \S . **6 588**.

Hauswirt. — Haftung f. Unfälle f. unerlaubte Handlung, Gastwirt, Gebäudebesitzer. — Beleuchtung d. Zugänge mit Rücksicht auf d. nächtliche Wägereibetrieb e. Mieters **7 133**. — Fahrlässigkeit d. Vermieters **7 133**.

Haverei s. Seerecht, Binnenschifffahrt.

Hebamme. — Prüfungszeugnis **4 926**. — Unzuverlässigkeit wegen Vorbestrafung (\S 35 GewD.) **4 934**. — die Annahme e. Unzuverlässigkeit u. damit die Entziehung der Approbation rechtfertigende Gründe **4 945**. — Dienstvertrag mit \S . **1 1, 383**.

Heilgewerbe vgl. Ärzte, Kurfürscher, Apotheker, Zahnarzt, Hebamme. — Unmeldepflicht; Anwendung des \S 14 GewD. **4 920**. — Klage gegen e. Behörde auf Gestattung der Führung des ärztl. usw. Titels **4 925**. — „Ausübung“ des Gewerbes nach \S 56 a GewD.; Behandlung der Patienten nötig? **4 949**. — Verkauf von Bruchbändern ohne ärztl. Anordnung als Ausübung d. Heilkunde **4 949**. — Begriff der Zahnheilkunde **4 949**.

Heilung prozeßualer Mängel s. Mängel u. Rückpflicht.

Heimarbeiter. — als Mitglieder v. Zwangsinnungen **4 953**. — als Gesellen im Sinne des \S 100 GewD. **4 953**. — Zuständigkeit d. Gewerbegerichts f. Streitigkeiten zwischen Innungsmeistern u. ihren \S . **4 952**. — selbständiger Gewerbetreibender? **4 954**. — Unterschied von selbständigen Hausgewerbetreibenden **4 959**.

Heiratsvermittlung. — Kritik des \S 656 **1 1, 403**. — sittenwidrige Natur? **6 258**. — kein Handelsgeschäft **3 1, 279** (s. dieses, Kaufmann). — Übergangsrecht **1 1, 404; 1 2, 418; 2 1, 786; 3 1, 279; 5 263; 6 258**. — „Heiratsvermittler“ im Sinne des \S 656 **5 262**. — Heiratsinferrate **1 1, 403, 404; 2 1, 393**. — Wechsel z. Erfüllung des Versprechens d. Ehemäherlohes **1 1, 404; 2 1, 393; 3 1, 297; 5 262; 7 276**. — Vermittlungsgebühr **1 1, 87**. — Auslagenersatz **4 214; 5 262**. — Vergleich über einen nach \S 656 klaglosen Vertrag **5 262**. — Verbindung von Pachtguts- u. Heirats-V. **2 1, 393**. — Provisionsverprechen nichtig oder klaglos? **7 276**. — Hypothekbestellung f. d. Provision **7 276**. — Verbindung e. \S . mit Grundstücksverkauf; Eheiraten **7 276**.

Herausgabeanspruch auf Grund früheren Besizes. — Verhältnis des Anspruchs zu der Eigentumsfrage des § 985 u. der Besitzfrage des § 861 11, 631. — Anspruch u. Eintreden im Verhältnis von Pfand-eigentümer, Verpfänder, Pfandgläubiger u. Schuldner 5 413. — Geltendmachung der Einrede bösgläubigen Erwerbes durch den Beklagten, der selbst bösgläubig erworben hat, 11, 632. — Replik des Eigentums gegenüber der Einrede früheren unfreiwilligen Besitzverlustes 11, 631. — aktiv legitimiert nur der frühere Besitzer, der nicht Eigentümer ist 6 394. — Replik eines Rechtes auf Besitz gegen die Einrede des gutgläubigen Besitzers, er sei Eigentümer 11, 632. — Replik des bösgläubigen Erwerbes gegen die Einrede früheren unfreiwilligen Besitzverlustes 11, 632. — Verlust des Anspruches bei freiwilliger Besitzübergabe durch den Besitzvermittler auch gegenüber dem unredlichen Beklagten? 11, 632; 5 413. — Geltendmachung d. Anspruches durch den Mitbesitzer gegen Dritte u. gegen die anderen Besitzer 11, 632. — Rechtsstrafwirkung des Urteils aus § 1007 BGB. 11, 632 f. — Gefährdung des rechtlichen Erwerbes durch den Anspruch aus § 1007 11, 633.

Herausgabeanspruch des Eigentümers f. Eigentum.

hereditas iacens. — bei Einsetzung eines conceptus nondum natus 12, 208. — bei Einsetzung einer noch der staatl. Genehmigung bedürftigen Stiftung 12, 208; 3 1, 582.

hereditatis petitio f. Erbschaftsanspruch.

Heroldsamt preussisches f. Abel, Handelsregister. — Ersuchen an das Grundbuchamt 22, 445; 3 1, 5; 3 2, 160.

Herrenlose Sachen. — im Gebiet des Jagd-, Fischerei-, Berg- (Bernstein-) Rechts 2 1, 763. — herrenlose Grundstücke f. diese.

Heffen. — vor 1900 entstandenes lebenslängl. Nießbrauchsrecht d. Vaters am mütterlichen Erbteil f. Kinder 12, 112; 2 1, 652; 3 1, 703; 4 552. — Pflicht des überlebenden Gatten z. Aufstellung e. Vermögensverzeichnis bei Auflösung der Ehe nach 1900 12, 442. — übergeleitete Güterstände n. Rahemnbogen. Landrecht; Nießbrauch des überlebenden Gatten 12, 436, 442. — Nassauer Recht (Erbrecht der zweiten Frau) 2 1, 801. — Solmscher Landordnung (Entzug der statutarischen Portion) 2 1, 801. — althess. Ritterschaft als öffentl.-rechtl. Korporation 4 19. — Beurkundung e. Veräußerungsvertrags über e. Grundstück, für das das Grundbuch noch nicht angelegt ist, durch e. nichtheffischen Notar 5 128 (vgl. Urkunden).

Hilfspersonen. — Haftung für H. (gesepl. Vertreter, Substituten, Angestellte) f. auch unerlaubte Handlung (§ 831). — Wesen d.

Haftung aus § 278 11, 190, 191. — zivilistische Konstruktion 11, 189. — Anwendungsgebiet d. § 278 (weite oder enge Interpretation) 11, 189 ff.; 2 1, 191; 3 1, 134; 4 110; 5 118; 6 128; 7 139. — „Verbindlichkeit“ im Sinne des § 278 11, 191. — § 278 setzt bestehendes Schuldverhältnis voraus 11, 191, 194; 6 128; 7 137. — erlaubte Benutzung e. H. als Voraussetzung d. § 278 11, 191; 2 1, 191. — Grad der Haftung nach § 278 11, 190, 192, 193; 2 1, 190; 6 128. — Umfang der Haftung aus § 278 11, 190, 193. — vertragliche Übernahme d. Haftung f. alle Verbindungen von H. (§ 278 Satz 2) 5 118. — Erfüllungshandlungen 11, 190, 193, 194; 3 1, 138, 139; 4 110; 7 137, 139. — Handlung z. Vorbereitung d. Erfüllung 6 128; 7 137. — Haftung auch f. d. Handlungen d. H. „bei Gelegenheit“ d. Erfüllung? 11, 190, 191, 192, 193, 194; 4 109, 111; 7 137. — Schuldnerhaftung f. d. Zuwiderhandeln d. H. gegen Unterlassungspflichten nach § 278 21, 191; 5 117; 7 138. — Verb. d. § 278 zu § 254 II 2 11, 163; 2 1, 146; 3 1, 97; 4 78; 5 92. — Verhältnis d. § 278 zu § 549 BGB. 7 138. — Verhältnis d. § 278 z. § 831 11, 192, 193, 195; 2 1, 191; 4 109; 6 128; 7 137. — Staatshaftung f. Beamte aus § 278 nicht ableitbar 2 1, 193. — Verpflichtung d. Schuldners z. Verwendung e. ihren Fertigkeiten u. Eigenschaften nach generell bestimmten Person 11, 190. — Gläubigerhaftung f. Verschulden f. H. bei Entgegennahme d. Leistung (als Korrelat d. § 278) 11, 194; 7 139. — „Personen“ im Sinne d. § 278 11, 191, 192; 2 1, 193; 4 109; 6 128. — „gesepl. Vertreter“ im Sinne d. § 278 11, 192, 194; 3 1, 137; 4 109. — Bevollmächtigter als H. d. § 278 2 1, 193. — Postbeamte als H. der Eisenbahn 2 1, 192. — Nachlasspfleger f. d. Erben? 11, 194; 2 1, 191. — Testamentvollstrecker, Nachlassverwalter als H. d. Erben 2 1, 191; 3 1, 135. — Kontursverwalter als gesepl. Vertreter d. Kreditors 2 1, 191; 3 1, 135. — Zwangsverwalter als gesepl. Vertreter d. Eigentümers 2 1, 191; 3 1, 135. — vertragliche Haftung der Wirte (f. Wirt), Unternehmer usw. f. Unfälle ihrer Gäste 3 1, 135, 136; 4 110. — Haftung d. Gastwirts f. Verschulden seiner Gehilfen 7 139. — Kellner als H. d. Gastwirts 4 111. — Hausknecht als H. des Hotelwirts 2 1, 193; 6 128. — Schauspieler (Artisten) als H. des Theaterunternehmers 3 1, 140; 4 110; 5 118. — Bauunternehmer als H. des Bauherrn 5 119. — ausländischer Absender einer im Inland verkauften Ware f. des inländischen Verkäufers? 6 128. — Haftung d. Verkäufers f. arglistiges Verschweigen seiner H.? 6 128. — § 278 beim Kauf-

vertrag: Erfüllung der Wandelungspflicht 5 119. — Nichtbefolgung des Verbots d. Warenverkaufs unter e. bestimmten Preise durch Angestellte 5 119. — Haftung d. Labeninhabers aus d. Kaufvertrag 5 120. — Lieferant des Verkäufers als dessen Erfüllungsgeshilfe 7 139. — Verletzung eines Kindes durch den Kollisionsher d. Verkäufers bei Ablieferung der Ware 7 139. — Unfall im Kaufgeschäfte während d. Ausfahrens der Ware 6 130. — § 278 beim Frachtvertrag 3 1, 139. — beim Schlepptschiffahrtsvertrag 3 1, 139; 4 111; 5 119; 6 129. — bei Transportverträgen 2 1, 193; 3 1, 39; 5 113. — § 278 beim Dienstvertrag 5 119. — § 278 beim Gefindedienstvertrag (Chefrau als Vertreterin des Mannes) 5 119. — § 278 beim ärztlichen Dienstvertrag (Unfall auf der Fahrt z. Patienten) 5 119. — ärztlicher Vertreter u. S. 1 1, 195; 2 1, 191; 3 1, 136. — Haftung d. Krankenhausbesizers 6 130. — Unterbeamter d. Inhabers e. tierärztl. Schule 7 140. — § 278 beim Versicherungsverhältnis 3 1, 139; 4 111; 5 118; 6 129. — Erfüllung der Anzeigepflicht des Versicherungsnehmers durch e. S. 7 138, 139. — Wegfall der Versicherung bei schuldhafter Brandverursachung durch S. d. Versicherten 6 129. — Haftung des Mieters f. d. Möbeltransporteure 5 119; 6 128. — Beschädigung von Familienangehörigen des Mieters durch S. des Vermieters 1 1, 194; 2 1, 193. — Vertragshaftung d. Vermieters f. Treppenbeleuchtung 3 1, 136, 138. — Mieterhaftung f. Angehörige u. Dienstboten 4 110. — Dienstbote (Warenentnahme auf Kredit) 1 1, 194. — Haftung aus Werkvertrag für Nebenarbeiten d. Gehilfen 3 1, 138. — Haftung d. Werkmeisters f. d. Arbeitergehilfen 1 1, 196. — Haftung e. Fabrik f. Arbeiterunfälle infolge Versehens des Monteurs bei Aufstellung e. Maschine 6 130. — Haftung für Verschulden d. Spediteurs u. seiner Leute bei Beladung e. Eisenbahnwagens 7 140. — Haftung aus dem Pensionsvertrag nach § 278 4 111. — Haftung d. Hochbau- u. Tiefbauunternehmers f. fremdes Verschulden 1 1, 196. — Haftung d. Girokunden f. f. Buchhalter 3 1, 138. — Haftung der Gemeinde bei Schulunfall aus § 278 3 1, 140. — Haftung der Stadtgemeinde bei Veranstaltung e. Feuerwerks gegen Eintrittsgebühr f. Verschulden d. Feuerwerker 6 129. — Fahrstuhlbeförderung im Ballhause als Teil der Vertragspflicht 3 1, 140. — Haftung des Unternehmers einer Ausstellung für verkehrssichere Wege 3 1, 140; 4 112. — Haftung d. Rechtsanwalts f. Generalsubstituten, Sozjus, Bureauvorsteher, Schreiber 1 1, 195; 2 1, 191; 4 111; 5 118. — Haftung d. Rechts-

anwalts f. Zustellungsversetzen d. Gerichtsvollziehers 6 129. — Haftung der Notare f. Substituten u. S. 1 1, 195; 2 1, 191; 3 1, 136; 4 111; 6 129. — Haftung d. Gerichtsvollziehers für seinen Vertreter? 6 129. — Haftung des Theaterunternehmers 6 130 (f. Theater). — Mutter als Erfüllungsgeshilfin nach § 278 BGB.? 5 499. — Haftung d. Karussellbesizers für e. wider seinen Willen aufgestiegenen Fahrgast 7 140. — Haftung des nicht eingetragenen Vereins f. d. Vorstand nach § 278 4 110. — Ausschluß der Haftung f. Organe e. eingetragenen Vereins 7 139. — Haftung des Staates infolge Beschlagnahme 6 129. — § 278 auf öffentl.-rechtl. Leistungen nicht anwendbar 4 112 (Unterbringung e. nach d. ZmbWG. Versicherten in e. Krankenanstalt). — Haftung d. Eisenbahnfiskus f. Verletzung d. Ersehers e. Bahnsteigkarte auf d. Bahnsteig durch e. Postbeamten 7 140. — Haftung d. Bahnfiskus f. d. Stationsarbeiter wegen Außerachtlassung d. Streupflicht 2 1, 194; 3 1, 135; 7 140. — Haftung d. Bahnfiskus f. d. Bahnhofsportier 3 1, 139; 4 112. — Haftung der Partei für Verschulden von Prozeßbevollmächtigten 3 1, 138. — Haftung d. Reeders aus d. Überfahrtsvertrag nach § 278 2 1, 193. — Besajung e. gemieteten Schlepptampfers S. d. Mieters oder des Vermieters? 7 140. — Einzelfälle zu § 278 1 1, 194 ff.; 2 1, 193; 3 1, 137 ff.; 4 110; 5 118.

Hilfsrichter f. Geschäftsverteilung.

Hingabe an Erfüllungstatt. — rechtl. Charakter 3 1, 175; 6 155 (Gleichstellung mit Verkauf). — § 364 Abs. 2 BGB. als Fall einer Novation 1 1, 268; 2 1, 230; 3 1, 175. — S. an E. läßt den Charakter des zu erfüllenden Geschäftes unberührt 1 1, 267. — Unterschied der S. an E. von der S. erfüllungshalber 4 132. — Ausübung der facultas alternativa als Erfüllung, nicht als datio in solutum 1 1, 268. — Abtretung e. Forderung an Erfüllungstatt mit Garantie d. Zahlungsfähigkeit des Drittschuldners 1 1, 268; 2 1, 231, 270; 6 155. — bei Hingabe u. Annahme von Wechselfn 1 1, 267; 6 155. — Warenübernahme zahlungshalber mit d. Pflicht ihres bestmöglichen Verkaufs 1 1, 214; 3 1, 175. — Gewährleistungspflicht bei S. an E. 2 1, 231; 3 1, 175; 6 155 (für abgetretene Forderungen). — Wandelung bei S. an E. durch Dritte 4 133. — Fälle gesetzwidriger S. an E. 2 1, 230. — im voraus vereinbarte Anrechnung e. Leistung 6 155. — Übernahme v. Hypotheken auf d. Kaufpreis erfüllungshalber oder an Erfüllungstatt? 7 172. — Recht des Gläubigers auf Zahlung aus dem ursprünglichen Schuldverhältnis gegen

(Hingabe an Erfüllungstitel)

Rückabtretung d. erfüllungshalber übertragenen Forderung **7 172.**

Hinterlegung f. Veräußerung, Wertpapiere. — **§.** zwecks Sicherungsleistung f. Sicherungsleistung. — Stellung d. Landesrechtes **2 1, 780.** — Verzinsung der in d. Eigentum d. Fiskus übergegangenen, hinterlegten Gelder? **3 1, 690.** — Klage gegen die Hinterlegungsstelle auf Auszahlung; Rechtsweg **3 1, 690; 6 591.** — bayerisches **§.**swesen **4 541.** — nach Inkrafttreten des **BGB.** erfolgte **§.** für ein Schuldverhältnis des alten Rechts **2 1, 786; 3 1, 693.** — mittelbarer Besitz des Dritten, zu dessen Gunsten hinterlegt ist **5 380.**

Allgemeines. — **§.** als Erfüllungsmodus **1 1, 272, 276.** — privat- oder öffentlich-rechtliche Natur? **6 157.** — Verwahrungsvertrag **6 158.** — prozessuale, subsidiäre Anwendbarkeit d. §§ 372 ff. **5 151.** — **§.** bei Annahmevertrag d. Käufers; Anwendung d. § 373 **§WB.** auf Verkäufe des Konkursverwalters **3 2, 89.** — Prüfungspflicht d. hinterlegenden Schuldners **1 1, 273; 2 1, 234; 3 1, 177; 4 135; 5 151; 6 158.** — Pflicht zur Angabe d. möglichen Gläubiger **4 135.** — **§.**-pflicht d. Schuldners? **1 1, 272, 273; 2 1, 234.** — bei nur gegen Gegenleistung bestehender Leistungspflicht **1 1, 273 f.** — **§.** mit Bedingungen u. Beschränkungen **1 1, 273.** — § 266 anwendbar **1 1, 172.** — Verurteilung z. **§.** bei Einwendung mehrfacher Pfändung **4 135.** — **§.**-berechtigter **1 1, 271, 272.** — **§.** durch Dritte **1 1, 172; 6 110.** — Klage auf Einwilligung in die Zurückzahlung d. zuviel Hinterlegten **2 1, 234.** — Klage gegen die **§.**-stelle auf Annahme? **6 157.** — Anzeigepflicht d. Schuldners **2 1, 234.** — Natur der Hinterlegungsgebühr **6 157.** — Hinterlegungschein als Schuldschein d. § 371 **1 1, 270.** — keine Pflicht z. Übersendung d. Hinterlegungscheines neben Benachrichtigung von d. **§.** **2 1, 234.** — Haftung des Staates **1 1, 414; 2 1, 424.**

Gegenstand. — **§.**-fähigkeit von Akten? **1 1, 273; 2 1, 234.** — „Geld“ im Sinne des § 372 **1 1, 271.** — „Kostbarkeiten“ (auch Schlüssel) **1 1, 271; 6 158.** — Urkunden **6 158.**

Grund. — Prüfungsrecht d. **§.**-stelle? **6 158.** — Ungewißheit über die Person d. Gläubigers **1 1, 271, 273; 2 1, 234.** — **§.** e. Wechselsumme wegen Ungewißheit d. Gläubigers **2 1, 234.** — Ungewißheit über die Person des Gläubigers infolge Zweifels über die Auslegung d. objektiven Rechts **7 173.** — längere Abwesenheit d. Gläubigers ohne Zurücklassung e. Vertreters **1 1, 271.** — Ungewißheit e. Sparkasse über die Identität d. Sparassenbuch-

gläubigers infolge Zulassung einer abweichenden Schreibweise d. Namens **7 173.** — zweifelhafte Geschäftsfähigkeit des Gläubigers **3 1, 178.** — Zweifel an der Echtheit einer Fession **6 158.** — Arrestierung der Forderung **1 1, 271.** — § 372 Satz 2 als Fall d. Verschuldens gegen sich selbst **4 135.** — bei Anfechtung e. vom Gemeinschuldner vorgenommenen Veräußerung **7 173.**

Wirkung der Hinterlegung. — Wirkung einer ohne die Voraussetzungen d. § 372 erfolgten **§.** **6 158.** — Rechtsverhältnis zw. Schuldner (Hinterleger) u. **§.**-stelle **1 1, 271, 274; 2 1, 234; 3 1, 178 293.** — Rechtsverhältnis zw. Gläubiger u. **§.**-stelle **1 1, 271, 272; 2 1, 235; zw. Schuldner u. Gläubiger 1 1, 272, 274.** — Vertr. zw. Schuldner u. **§.**-stelle als Vertr. zugunsten d. Gläubigers **1 1, 271, 272; 6 158.** — Besitz- u. Eigentumsverhältnisse bei der **§.** **1 1, 272, 274, 276; 5 380.** — Unterschied zw. **§.** mit u. ohne Rücknahmeverzicht **5 151.** — Rechtslage bei ausgetretener Rücknahme **1 1, 276; 2 1, 235; 6 158** (wenn d. Verpfändung, auf Grund deren hinterlegt wurde, nicht in Ordnung war); **6 159.** — Rücknahmeverzicht **1 1, 274, im Konkurs 275.** — Kondizierung d. Verzichts **6 159.** — Rechtslage bei nicht ausgetretener Rücknahme **1 1, 276; 4 135.** — Rücknahmerecht **1 1, 274; 6 158.** — Unpfändbarkeit des Rücknahmerechts, keine Ausübung im Konkurs **1 1, 275 f.** — Wirkung d. Urteilsvorlegung (§ 376) **1 1, 274.** — Wirkung d. Annahmeerklärung (§ 376) d. Gläubigers **1 1, 274; 7 173** (ursprüngliche Forderung). — Verweisung auf die hinterlegte Sache als Einrede gegen d. Anspr. auf Zahlung **4 135.** — Erlöschen d. Rechts d. Gläubigers auf d. hinterlegten Betrag durch Zeitablauf, Heimfall an den Schuldner **1 1, 276 f.** — Beginn der Präklusivfrist d. § 382 **1 1, 277.** — Berücksichtigung des Gläubigerinteresses im § 380 **3 1, 178; 5 151.** — Kosten **5 152; 7 173** (der **§.**-sanzeige).

Verhältnis z. Selbsthilfeverkauf. — Verhältnis von **§.** u. Selbsthilfeverkauf **1 1, 277; 2 1, 235.** — Folgen der Unterlassung d. Verkaufsandrohung (§ 384) **6 159.** — **§.** des Erlöses d. Selbsthilfeverkaufs **1 1, 277; 2 1, 235.** — Aufrechnung d. Erlöses aus d. Selbsthilfeverkauf anstatt d. **§.**? **1 1, 277, 278; 2 1, 235; 6 159.**

Föchfibetragshypothek f. Kautionshypothek. — Form u. Inhalt der Eintragung und der Eintragungsbewilligung **1 1 706; 3 1, 456; 6 432 f.; 7 459, 460.** — verzinsungseintrag **1 1 707; 5 443 f.; 6 433.** — Unterwerfung unter die Zwangsvollstreckung **1 1, 707; 3 1, 457; 6 433; 7 459.**

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

Die Forderung der Höchst-
beitragshypothek. — Einrechnung
der Zinsen 5 443; der gesetzlichen Zinsen
7 459. — nicht gesichert die Kosten des
Prozesses gegen den persönl. Schuldner
7 459. — H. für künftige Forderungen, für
Natural- u. Geldleistungen 6 432. — für
eine nach Grund u. Betrag schon fest-
stehende F. 6 433; 7 459. — für die über
§ 1118 BGB. hinausgehenden Kosten
6 435. — für Zinseszinsen 1 1, 155. —
Bestellung ohne Beschränkung auf gewisse
Arten von Forderungen 7 57 f. — eine
H. zur Sicherung der Forderungen mehrerer
Gläubiger 1 1, 707; 4 363. — Eintritt
eines Dritten in das Kreditverhältnis;
Wechsel der persönl. Forderung 4 364;
5 442 f.; 6 433 f.; 7 458. — Erhöhung
der Forderung nach der Beschlagnahme
1 1, 708; 2 2, 367; 7 458; desgl. nach
der Konkursöffnung 7 458.

Behandlung in der Zwangs-
versteigerung 1 1, 707; 2 1, 601 f.;
2 2, 372; 3 1, 455; 3 2, 299 f.; 7 897, 909,
930.

Entstehung der Eigentümer-
hypothek 1 1, 708; 2 1, 601 f.; 2 2,
372; 3 1, 456; 4 363, 781; 5 442 f.;
6 434 f.; 7 458, 461. — Haftung des
Grundstücks, wenn die Forderung den Be-
trag der Hypothek übersteigt 7 458. — Zu-
gehörigkeit zur Konkursmasse 5 442. —
Abtretung der E. nach der Beschlagnahme
1 1, 708. — Pfändung der event. E., Ein-
tragung ins Grundbuch 1 1, 707 f.; 2 1,
602; 3 1, 456; 4 365; 5 444; 7 461. —
Pfändung einer vermeintlich bestehenden,
aber erst nachträglich entstehenden E. 6 434.
— Wirkung von Zahlungen 1 1, 708;
3 1, 456; 4 363; 5 443; 7 458. — Fest-
stellung der entstandenen Forderung 7 452 f.

Übertragung, Verpfändung,
oder Pfändung 1 1, 299, 707;
3 1, 455, 457; 4 364; 6 433 f.; 7 459, 460
(Übertragung vor Feststellung der For-
derung u. in welcher Höhe?). — Um-
wandlung in eine gewöhnliche Hypothek,
Eintragung von Zinsen bei der Um-
wandlung 2 1, 602; 4 364; 6 433. — Um-
wandlung der Nebensachefautionen des
alten bayer. R. 7 461. — Bestellung einer
Konkurrenzhypothek für Ansprüche aus einem
Kontokorrentverhältnis 4 364; 6 433. —
Vorrangseinräumung mit einer H. 6 435.

Übergangsrecht 1 1, 707; 4 365.

Hochzeitsgeschenke. — Eigentum an H.
6 459, 522. — bei Ervingenschaftsgemein-
schaft 2 1, 629. — Beschenker 6 203.

Höfegüter geschlossene 2 1, 791.

Hofmarken. — analoge Anwendung d. § 12
BGB. 1 1, 11.

Höhere Gewalt f. Eisenbahn, Haftpflicht,
Frachtgeschäft. — Begriff im Sinne des
§ 203 BGB. 1 1, 130; 2 1, 101; 4 61. —
bei Jahrg. 1—3 = Band und Seite.

im Sinne des § 701 BGB. 1 1, 414 f.;
2 1, 428, 430 (f. Gastwirt).

Holschuld f. Gläubigerverzug. — Wert-
papierförmige Holschuld 1 1, 176.

Holz f. Waldgrundstück. — auf dem Stamme
als Gegenstand besonderen dingl. Rechts?
4 24; 7 22. — Vorbehalt d. Abhiebs d.
stehenden Holzes bei Verkauf d. Grund-
stückes 7 22.

Homosexualität. — als Geisteschwäche 3 1,
2. — Einfluß auf d. Geschäftsfähigkeit
3 1, 2, 32.

Hotel f. Gastwirt, Gastwirtschaft, Restaurant.
— Wohnsitz im Hotel 4 2. — Fremden-
zimmer als Zubehör 3 1, 29. — elektrische
Beleuchtungsanlage als wesentl. Bestand-
teil 3 1, 28; 5 29 (f. Bestandteil). —
Preisausschlag bei Hotelzimmern i. Fall
d. auswärtigen Einnahme d. Mahlzeiten
4 175. — Haftung d. Gastes f. Schäden
infolge seiner Erkrankung oder seines Todes
2 1, 123, 295; 5 210; 6 127. — Trint-
geldanspruch d. Hausknechts 4 195; 6 232.
— Klage aus § 12 BGB. auf Nicht-
benutzung e. Familiennamens für e. H.
4 5.

Hydra f. ungerechtf. Bereicherung, unlauterer
Wettbewerb, unsittl. Verträge.

Hypothek f. Bordell-H., Brief-H., Buch-H.,
Damm-H., Darlehns-H., Nachlaß-H., Vor-
merkung, Vorrang, Zins, H.-Zinsen,
H.-Bestellung, H.-Eintragung.

Übergangsrecht f. auch unten die
Einzelabschnitte. — Erlöschen e. H. des
alten Rechts nach § 1165 BGB. 2 1,
785, 786. — wann wird bei H. des alten
Rechts bei Veräußerung d. belasteten
Grundstücks der Schuldner durch Über-
nahme der H. durch den Erwerber frei?
6 594. — vor 1900 auf Grund eines
gesetzlichen H.-Titels des bayer. Rechts ein-
getragene H. 1 2, 427. — Anwendung d.
§§ 1123—1125 BGB. auf H. des bis-
herigen Rechts? 4 546. — H. zur Sicherung
von Leibgedingsansprüchen fallen nicht
unter Art. 189 GGVBG. 2 1, 795. —
Fortgeltung des § 65 d. weimariischen
Hypoth. v. 6. V. 39 bis zur Anlegung des
Grundbuchs? 3 1, 698. — H.-Übernahme
(f. diese) in der Zwischenzeit bis zur An-
legung des Grundbuchs 3 1, 699; 5 630;
6 594. — Anwendung des § 268 Abs. 3
BGB. 2 1, 795; 3 1, 699. — Verzicht auf
H. vor Einführung d. Grundbuchs 3 1,
699. — Zubehör f. dieses? — Geltung d.
Artt. 127—134, 136 BahNBGB. 6 596.
— nicht valutierte H.; Umwandlung in
Eigentümer-H.? 1 2, 428, 430 (2); 2 1, 797;
3 1, 700; 4 547, 548 (bayer. R.). —
Kautions-H., insbesondere für schon wieder
erloschene Forderungen; Umwandlung
in Eigentümer-H.? 1 2, 428; 2 1, 796, 797
(2); 3 1, 700 (2); 5 630. — Schleusen-
baukaufans-H. (Sachsen) 2 1, 796.

(Hypothek)

Kostenpfandrechte des bairischen Rechts **4 547**. — Kostenkautions-*H.* in Sachsen **2 1, 796**. — Abtretungserklärung vor e. nicht bayerischen Notar (bayer. Recht) **2 1, 795**. — landesrechtliche Begründung v. Revenuen-*H.* nach 1900 **2 1, 796** (s. auch Kautions-*H.*). — die preußischen Eigentümer-*H.* in der Übergangszeit **1 2, 429**. — Anwendung des Art. 192 *EGWB.* auf *H.* u. Arrest-Vormerkungen **1 2, 429; 2 1, 796; 3 1, 700; 4 548**. — Vormerkungen nach §§ 6, 7 preuß. *G. v. 13. VII. 83* bei der Zwangsvollstreckung **2 1, 797**. — Anlegung des Grundbuchs für die Anwendung der Artt. 192—195 *EGWB.*, Voraussetzung **1 2, 429**. — Schutz des gutgläubigen Berechtigten **1 2, 429 (2)**. — maßgebendes Recht f. das d. *H.* zugrunde liegende persönliche Schuldverhältnis **1 2, 429**. — Anwendung d. § 1163 *WGB.* auf *H.* des alten Rechts **3 1, 700**. — Umwandlung e. Kautions- in eine gewöhnliche *H.* auf Grund e. rechtskräftigen, zur Bezahlung d. durch d. Kautions-*H.* gesicherten Forderung verurteilenden Erkenntnisses? **1 2, 430**. — Widerspruch d. *H.*-Gläubigers gegen ein vor 1900 erworbenes Pfändungspfandrecht **1 2, 430**. — Haftung d. wegen Bergschadens an den Eigentümer zu zahlenden Entschädigung für die *H.* **1 2, 430**. — vor 1900 bezahlte, aber nicht gelöschte *H.* (sächs. Recht) **2 1, 798**. — vor 1900 erfolgte, nichtige oder angefochtene *H.*-Einträge **2 1, 796, 797**. — vor 1900 ohne Bildung eines *H.*-Briefes eingetragene *H.* **2 1, 797**. — vor 1900 unter Bildung e. Hypothekenbriefes eingetragene *H.* **5 631**. — Unterpfandrechte des bad. Rechts **3 1, 698; 700; 6 597**. — württembergische *H.* unter Mitverpfändung beweglicher Sachen **4 547**. — Zinsen- u. Kostenkautions-*H.* des bayer. Rechts **4 548; 5 631** (s. 7 461). — Inhalt der *H.* des alten Rechts: Art. 184 im Verhältnis zu Art. 192 *EGWB.* **4 548**. — Anwendung d. §§ 1163, 1177 auf den durch die Annullitäten vor 1900 getilgten Betrag **5 631**. — Umwandlung einer Rente des Hamburger Rechts in e. *H.* **6 597**. — Bedeutung d. *H.*-Briefe des älteren Rechts bei den nach *WGB.* zu Buch-*H.* gewordenen alten *H.*; Vorlage bei Abtretung, Teilösungen **1 2, 430**. — Umschreibung einer ohne Brief eingetragenen alten *H.*; Bildung eines *H.*-Briefes nicht nötig **1 2, 430**.

Wesen der *H.* **1 1, 660; 2 1, 579; 3 1, 433 f.; 4 345 f.; 5 420, 428; 6 404 f.** — affessorische Natur? **1 1, 660; 4 345**. — *H.* ohne zu sichernde Forderung nicht einzutragen **4 346**. — Verhältnis der Haftung des persönlichen Schuldners zu der des Grundstückseigentümers **5 420**. —

Unterschied zwischen *H.* und Grundschuld **1 1, 661; 4 345 f.**

Rechtswirksamkeit der *H.* — Vorbell-*H.* (s. diese) **5 432 f.; 6 405, 422 f., 944; 7 429 f., 442**. — *H.* zur Sicherung einer nichtigen Darlehnsforderung **6 405**. — Einfluß des nichtigen Kaufgeschäftes **7 430**. — *H.*, die nach dem Zuschlag, aber vor Eintragung des Erstehers, der der bisherige Eigentümer war, auf Grund seiner Bewilligung eingetragen worden sind **6 405**.

Damnohypothek. — Zessionsdamno **3 1, 434** (s. diese).

Die Hypothekforderung. — deren Gegenstand **1 1, 661; 2 1, 579 f.** — *H.* auf Grund Bewilligung des Erblassers zur Sicherung eines seiner gesetzlichen Erben wegen des gesetzlichen Erbteiles **5 420**. — Forderung aus einem abstrakten Schuldversprechen **1 1, 661; 6 405**. — *H.* für öffentliche Lasten? **7 429**. — für Straßen- u. Schleusenbaukosten **7 457**. — Aufnahme von *H.*-Darlehen als Ersatz für Bodenzinsablösungssummen **7 430**. — *H.* für eine künftige oder bedingte Forderung **1 1, 661; 2 1, 580; 4 346; 5 421; 7 431**; als Sicherungs-*H.* einzutragen? **6 405 f.** — rechtl. Stellung d. Eigentümers während der Schwerezeit bei bedingter *H.* **3 1, 434 f.** — rechtliche Stellung des Gläubigers einer Kredit-*H.* bis zur Zahlung der Valuta **5 421**. — Konvaleszenz einer wegen Nichtzahlung der Valuta unwirksamen *H.* durch Unterlegung einer anderen Forderung **2 1, 58**. — Zeit u. Art der Valutierung, Valutierung nach Abtretung **7 451**. — *H.* für eine beschränkte Forderung **2 1, 580**. — *H.* für die künftige Forderung der Frau auf Herausgabe des eingebrachten Gutes **6 405**. — bedingte *H.* im Gegensatz zu der *H.* für eine bedingte Forderung **3 1, 448; 4 346**. — zwei selbständige *H.* für dieselbe Forderung **2 1, 580; 5 421; 7 430, 431**. — Zwangs-*H.* für die ganze Forderung an dem Anteil eines jeden der als Gesamtschuldner haftenden Miteigentümer **6 406** (s. Zwangshypothek). — Forderung wird durch Zwangsversteigerung nicht fällig **7 925**. — die Kapitalabfindungen im preuß.-agrarischen Auseinandersetzungsverfahren **2 1, 579**. — selbständige Nebenverpflichtungen (Feuerversicherung), Eintragung ins Grundbuch **4 830**. — kein Ausschluß des Rechtes des Schuldners zur Veräußerung oder Belastung des Grundstücks **7 441**.

Wechsel der persönlichen Forderung. — Voraussetzungen für die Eintragung des Wechsels **1 1, 702; 4 361; 5 442 f.** — Fortbestand d. alten Forderung außerhalb des Grundbuchs **4 362**. — keine Erhöhung der Forderung **4 361 f.** — § 877

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

BGB. nicht anwendbar **1 1**, 532. — Forderungswechsel bei Abtretung einer vom Eigentümer bezahlten **5** 440. — neue Forderung für eine nicht valutierte **5**. (Eigentümergegründung) **2 1**, 600. — nachträgliche Valutierung einer eingetragenen **5**. **4 362**. — Verbindung des Wechsels mit der Umwandlung einer Grundschuld in eine **5**. Umwandlung aller Belastungen der dritten Abteilung in eine einheitliche **5**. **1 1**, 702. — Einheits-**5**. **5 439 f.** — Erhöhung einer Darlehnsforderung auf den ursprünglichen Bestand durch Wiederaufnahme des abgezahlten Betrags **5 439**. — Ausdehnung u. Änderung des Sicherungszweckes einer **5**. **1 1**, 702; **4 361**, 363; **5 442 f.**; **7 456**, 928. — Bestimmung einer bayerisch-rechtl. Nebensachekautio für eine andere Forderung **6 949**. — Erhebung einer löschungsfähigen **5**. durch eine andere **5 439**. — § 1180 BGB. auf die Vormerkung nicht übertragbar **3 1**, 453. — Passivbeteiligter **2 2**, 420.

Einreden gegen die Hypothekforderung u. Hypothek. — **5**. nach § 770 BGB. **1 1**, 687. — Bedeutung der rechtskräftigen Feststellung des Bestehens der Forderung gegenüber dem persönlichen Schuldner **5 427 f.** — Einfluß des öffentlichen Glaubens des Grundbuchs, Schutz der **5**. durch Vormerkung oder Widerspruch **1 1**, 687 f., 696; **3 1**, 446. — § 1138 nicht anwendbar auf die Höchstbetrags-**5**. **5 428**. — **5**. aus dem Kaufgeschäfte gegenüber der dingl. Klage **6 415**. — Unrichtigkeit des angegebenen Schuldgrundes **1 1**, 688; **3 1**, 444; **5 428**. — Nichtvalutierung einer Verkehrs-**5**. **6 415**. — Widerspruch wegen Nichthingabe des Darlehens **1 1**, 689; **2 1**, 591. — Beweislast für die Zahlung der Valuta **1 1**, 689; **2 1**, 591; **3 1**, 444; **5 428**. — Eintragung der Zahlung ins Grundbuch **1 1**, 689. — Unabtretbarkeit der Forderung **4 353**. — guter Glaube des Zessionars **5 428**. — keine Vermutung für die Tilgung der durch eine gelöschte **5**. gebildet gewordenen Forderung **2 1**, 591. — Extinction **3 1**, 446; **5 431**. — Aufrechnung **6 420**. — Verpflichtung zur Pfandentlastung **6 420**. — Anspruch auf Grundbuchberichtigung **1 1**, 696. — Verfügung über Zinsen u. andere Nebenleistungen **1 1**, 696; **5 431**. — Rückstände von Zinsen und anderen Nebenleistungen **3 1**, 446; **5 431**; **6 420**. — Übergangsrecht **1 1**, 689.

Befriedigung des Gläubigers durch den Eigentümer. — Verpflichtung hierzu, **5**-Klage, deren Kosten **1 1**, 690, 691; **2 1**, 591. — Verurteilung d. Eigentümers zur Befriedigung nur gegen Aushändigung des **5**-Briefes? **6 417**. — Rechte des Eigentümers b. teil-

weiser Befriedigung **1 1 691**; **7 443**, 444. — Recht des Eigentümers, den **5**. zu befriedigen, Annahmeverzug, Hinterlegung **1 3**, 690; **3 1**, 445. — Ermächtigung des Notars, das Geld für den **5**. in Empfang zu nehmen **6 417**. — Aufrechnung zwischen **5**. u. **5**. **5 420**. — Bezahlung mit Versicherungsgeldern **1 1**, 698. — Erlöschen der Forderung bei Befriedigung aus dem Grundstück? **1 1**, 690. — Fälle des Erlöschens der Forderung bei Befriedigung durch den Eigentümer **3 1**, 445. — Ausgleich zwischen **5**. u. persönlichem Schuldner **1 1**, 691; **5 428**; **6 416**; bei **5**. für Wechselforderungen **5 183**; desgl. zwischen **5**. u. Bürgschaft **6 416**. — Übergang der Forderung auf den befriedigenden Eigentümer hinsichtlich der Kosten **4 353**. — Übergang der zugunsten der übergehenden Forderung bestehenden Sicherungen **6 416**. — die Hypothek des Eigentümers (§ 1143) **5 428**; **6 418**. — Verpflichtung des Gläubigers zur Aushändigung aller zur Löschung erforderlichen Urkunden, insbesondere einer beglaubigten Einwilligung des Nachheren **7 443**. — Befreiung d. Gläubigers über den Forderungsübergang; bei einer **5**-Forderung aus Wechselverbindlichkeiten keine Verpflichtung des **5**., seine Rechte gegen andere Wechselverpflichtete zu übertragen **5 428**. — Verpflichtung des **5**. zur Abtretung an einen Dritten **1 1**, 691; **2 1**, 592; **3 1**, 445; **6 417**. — die Quittung des **5**.; Bezeichnung dessen, dem sie erteilt wird; Grundlage für Löschung u. Grundbuchberichtigung, nicht für Weiterverfügung **2 1**, 591 f. — Quittung oder Löschungsbewilligung? **3 1**, 449; **4 353**.

Befriedigung des Gläubigers durch einen Ablösungsberechtigten f. Ablösungsrecht. — Voraussetzungen der Ablösung, Konkurrenz mehrerer Ablösungsberechtigten **1 1**, 694. — Ablösung einer Gesamt-**5**. **6 418**. — Anwendungsgebiet des § 1150 BGB. **7 444**. — **5**. durch den Bürgen, Erwerb der **5**. durch diesen **7 444**.

Befriedigung durch Zwangsvollstreckung. — andere Befriedigungsarten (Privatverkauf usw.) **1 1**, 692, 694; **2 1**, 592. — „Befriedigung“ **7 929**. — **5**. „aus dem Grundstück“ **1 1**, 702; **3 1**, 445, 454. — Verwirklichung des Rechts auf Befriedigung aus den mithaftenden Gegenständen **3 1**, 454; **4 354**; **5 429**; **6 418**. — Kosten der dinglichen Klage, Ersatz für sie im Zwangsversteigerungsverfahren **1 1**, 690, 692 f.; **2 1**, 591; **2 2**, 392. — Erlassung eines Kostenfestsetzungsbeschlusses gegen den dinglich verurteilten Besc. mit dem im Urteil nicht enthaltenen Befehl, daß die Kosten nur aus dem Grundstück zu zahlen sind **7 899** (f. Prozeßkosten).

(Hypothek)

— Klagegrund für die dingliche Klage **6 418**. — Passivlegitimation für die *H.*-Klage im Konkursfall **1 1, 694; 2 1, 592**. — für die Rechtsverfolgung des vorgemerkten *H.*-Gläubigers **3 1, 445**. — Vollstreckungstitel **2 1, 592; 5 428 f.** — Verpflichtung des Eigentümers zur Beschaffung eines Vollstreckungstitels **1 1, 692 f.; 2 1, 591; 3 1, 445; 6 418**. — Erlöschen und Löschung der Gesamt-*H.* auf den nicht versteigerten Grundstücken **1 1, 703; 5 440; 6 431, 966**. — Übertragung einer durch Befriedigung aus einem der Grundstücke erloschenen Gesamt-*H.* **6 431**. — Bestehenbleiben einer *H.* auf Grund Vereinbarung zwischen Gläubiger u. Ersther **1 1, 702; 2 1, 600 f.** — „Befriedigung“ des unter dem Wert einsteigernden, teilweise ausfallenden Gläubigers, der später mit Vorteil das Grundstück veräußert? **4 878; 5 440, 924**. — Übergang der persönlichen Forderung auf den Grundstückeigentümer **6 431**. — Rang der Erbsch-*H.* des ershabberechtigten Eigentümers auf den mitbelasteten Grundstücken **1 1, 703**. — Erbsch-*H.* im Falle der Zwangsversteigerung in einen mitbelasteten Miteigentümeranteil **2 1, 601**. — Erbsch-*H.* auf einem eigenen, von einem Erbschpflichtigen erworbenen Grundstücke **3 1, 454**. — die mit der Erbsch-*H.* verbundene Forderung **3 1, 454**. — Kosten der Rechtsverfolgung aus einer *H.* **1 1, 690; 2 1, 591; 5 904** (s. auch *H.* unter Haftung des Grundstücks).

Rechtsstellung des persönlichen Schuldners. — Übergang der *H.* auf ihn **1 1, 698; 2 1, 597; 3 1, 449; 5 434; 6 964**. — Verbindung der *H.* mit dem Erbschanspruch des persönl. Schuldners **7 452 f.** — Nichtbenachrichtigung d. persönl. Schuldners vom Zwangsversteigerungstermin seitens d. Gläubigers **3 2, 449**. — Erlöschen der *H.* hinsichtlich rückständiger Zinsen usw. **6 429**. — „Befriedigung“ durch den persönl. Schuldner **5 924 f.** — Übergang bei Gesamtschuldverhältnissen, Bürgschaften, Übergang des Rechtes aus der Unterwerfung unter die sofortige Zwangsvollstreckung? **6 425; 7 453; Rangverhältnis; Übergang im Fall eines dingl. Erbsch- oder negativen Anerkennungsvertrags usw. 6 425 f., 964**. — kein *H.*-Übergang bei sog. unechten Gesamtschuldverhältnissen **7 444**. — Löschungsverpflichtung des pers. Schuldners, keine Vormerkung hierfür **6 430**. — Rang seiner *H.* s. Rang u. Rangänderung. — Verpflichtung zur Löschung der *H.* für den Fall des Erwerbes nach § 1164; Eintragung ins Grundbuch **2 1, 597**. — Befreiung infolge Verzichtes des Gläubigers auf die *H.* usw. **1 1, 698 f.; 2 1, 597;**

3 1, 449 f. — Forderung wird durch Zw.-Verf. nicht fällig **7 925**. — Einfluß der vorteilhaften Weiterveräußerung des von dem Gläubiger i. der Zw.-Verf. erstandenen Grundstücks auf die Haftung des Schuldners **4 788; 5 440, 924**. — bezgl. der Einsteigerung unter dem wahren Werte **5 924 f.** — Verweigerung der Befriedigung des Gl. wegen Unterlassung der Benachrichtigung von der Zwangsversteigerung **2 1, 597 f.; 3 1, 450; 3 2, 449; 4 358; 5 435, 924; 6 947**. — keine Benachrichtigungspflicht der Gläubiger bezgl. der drohenden Zwangsversteigerung gegenüber dem Bürgen **6 426; 7 906** (s. Bürgen). — keine entsprechende Anwendung des § 1166 bei Garantie für die Bonität der *H.* **7 453**. — Übergangsrecht **2 1, 597**.

Änderung des Ranges von Teilhypotheken **5 429; 6 418**.
Gefährdung der Sicherheit. — Gefährdung **2 1, 590; 3 1, 443**. — Berücksichtigung des Verhältnisses des Grundstückswertes zu dem Betrage der Forderung **5 427**. — Verschlechterung **1 1, 685; 6 415**. — kein Recht des Gläubigers auf Verbesserung seiner Sicherheit durch Abzahlung von unter Eigentumsvorbehalt angekauften Gegenständen **7 437**. — vorbereitende Handlungen; turbatio verbi; Art der Veränderung im Grundstücksbestand; Verminderung des Inventars eines Landgutes **1 1, 686**. — Zubehörverschleuderung **4 775**. — Entfernung v. Zubehör nach den Regeln einer ordnungsmäßigen Wirtschaft **7 441**. — Wegschaffung eines wesentl. Bestandteiles **5 427; Schadensersatz hierwegen 5 907 f.** — „Sehung“ eines Gebäudes, Gebäudeabbruch **5 427**. — Nichterneuerung von Versicherungsverträgen **1 1, 686; 2 1, 590; 7 441**. — Rechte des Gläubigers **1 1, 685 f.; 7 440**. — sofortige Befriedigung; Abstellung des schädigenden Verhaltens **3 1, 444; 5 427; 7 440 f.** — Vollstreckungstitel für das Recht auf Befriedigung aus dem Grundstücke wegen Gefährdung **6 415**. — Schutz durch einstweil. Verfügung (Sequester), Anordnung der Zwangsverwaltung durch einstw. Verf. **1 1, 686; 2 1, 591; 3 1, 444; 7 440**. — Anspruch auf Schadensersatz? **7 441**. — Aktvilegitimation des vormerkungsberechtigten Gläubigers **1 1, 686**. — Ansprüche des Erstheren wegen Zubehörverschleppung vor der Beschlagnahme **4 788; 7 441**. — Rechte des mit einem persönlichen Anspruch auf *H.*-Befriedigung ausgestatteten Gläubigers bezüglich der Versicherungssumme im Falle des Abtrennens der Gebäude **4 352**. — Wert einer unverzinslichen, noch nicht fälligen Forderung **1 1, 686**. — Genußmi-

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

gung der Einwirkung durch den Gläubiger **3 1, 443; 6 942.** — Übergangsrecht **1 1, 686.** — Gefährdung der Sicherheit einer Rentengutsrente **3 1, 444.**

Gegenstand der H. 1 1, 661. — Änderung des Gegenstands bei der Grundstückszusammenlegung (Preußen) **3 1, 453.** — Gegenstand der bei der Zwangsversteigerung erloschenen H. u. des an dieser bestehenden Pfandrechts **3 1, 434.** — H. an einem öffentlichen Weg **4 787.** — H. an einem Bruchteil: ziffernmäßige Bestimmtheit erforderlich **1 1, 425, 661.** — Grundbuchmäßige Bestimmtheit der Anteile entbehrlich bei Eintragung einer Vormerkung auf Grund einseitiger Verfügung? **3 1, 436; 4 346.** — keine H. an dem Anteil eines Gesamthänders **1 1, 661; 7 431, 927.** — Konvaleszenz einer unzulässigerweise an dem Anteil eines Grundhänders bestellten H. **1 1, 662.** — Verpfändung von Anteilen an der Gesamthand **5 421.** — H. an dem Anteil eines in Errungenschaftsgemeinschaft nach württ. R. lebenden Ehegatten **4 346; 5 421.** — Vormerkung zur Sicherung des Anspruchs auf Einräumung einer H. an dem Bruchteil eines Nachlassgrundstückes **1 1, 662; 3 1, 435 f.** — keine Vollstreckungs-H. für die Gläubiger eines Mitverben bei ungeteiltem Nachlass **2 1, 581.** — keine H.-Bestellung an einem von mehreren Anteilen desselben Eigentümers, auch nicht an neu erworbenen? **1 1, 662; 2 1, 580; 3 1, 436; 4 346; 6 406.** — Ausdehnung der auf einem Anteile lastenden H. auf das ganze Grundstück durch den Alleineigentümer gewordenen früheren Miteigentümer **2 1, 580; 3 1, 435; 5 422; 7 431.** — Zwangs-H. für die ganze Forderung an dem Anteil eines jeden der als Gesamtschuldner haftenden Miteigentümer **6 406.** — Form der Eintragung einer Anteils-H. **3 1, 436.** — Übergangsrecht **1 1, 662.** — keine Neben-H. **1 1, 661.**

Das Grundstück mit seinen ungetrennten Bestandteilen als Gegenstand der Haftung. — Haftung abgeschriebener Flächenanteile, Bestimmung des räumlichen Umfangs des Grundstücks, natürliche An- u. Zuwüchse, Gebäude, Abhilfe gegen Mobiliarextortion, Überbau **1 1, 671 f.** — keine Berücksichtigung des vor der Verbindung mit dem Grundstücke bestehenden fremden Eigentums **6 412.** — ein nicht teilbares, auf verschieden belasteten Grundstücken errichtetes Gebäude **1 1, 672; 3 1, 440.** — Eigentumsvorbehalt an einer als wesentl. Bestandteil in ein Gebäude eingefügten Sache **3 1, 441; 5 406.** — Maschinen als wesentliche Bestandteile d. Fabrikgebäudes; Wahrung der Rechte des Lieferanten **5 907;**

6 942 (s. Bestandteile). — Klage auf Rückgewähr der Maschine auch gegen die Hypothekgläubiger zu richten **7 437.** — Anteilsrecht an den gemeinsamen landwirtschaftl. Zweiggrundstücken **3 1, 442.** — subjektiv-dingliche Rechte des Grundstückseigentümers **4 775; 7 899.** — Rechte auf wiederkehrende Leistungen **1 1, 680.** — Erfasanspruch des H.-Gläubigers für die Neubeschaffung von aus dem Grundstück entfernten Dten **7 899.** — Art u. Weise der Wahrung der Rechte des H.-Gläubigers an Zubehör oder Bestandteilen gegen die Pfändung eines Dritten **7 913** (s. Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen).

Getrennte Bestandteile als Gegenstand der Hypothek. — Einfluß des Aneignungsrechtes anderer als des Eigentümers oder Eigenbesizers, Art des Aneignungsrechtes **1 1, 673; 4 350.** — Einfluß eines nach der H. entstandenen Aneignungsrechtes **1 1, 673 f.; 3 1, 441; 4 350; 6 412.** — Haftung getrennter Erzeugnisse als Zubehör **4 350.** — Haftung der vor Begründung der H. getrennten Erzeugnisse? **1 1, 674; 3 1, 442.** — Verarbeitung, Verbindung, Vermischung, Vermengung von Bestandteilen **1 1, 674; 6 412, 413** (Ziegel aus dem auf dem Grundstücke gewonnenen Lehm). — auf Grund dinglichen Rechtes erworbene Steine, dem Grundstück entnommener u. noch dort lagernder Kies **6 412.** — Haftung von unter Eigentumsvorbehalt gelieferten u. eingefügten, nachträglich weggenommenen Türen u. Fenstern **6 412.**

Ungetrennte Erzeugnisse als Gegenstand der Hypothek. — Rechtsverhältnis gegenüber dem Nießbraucher, gegenüber einer Pfändung, gegenüber persönlichen Rechten auf den Fruchtgenuß **1 1, 673.**

Getrennte Erzeugnisse als H.-sgegenstand. — „Trennung“ **1 1, 673.** — grundsätzliche Haftung der Früchte auch nach ihrer Trennung vom Boden, beschränkt durch die Verfügungsfreiheit des Schuldners **3 1, 441; 4 776.**

Besreibung der Erzeugnisse u. Bestandteile von d. Haftung durch Veräußerung u. Entfernung. — „Veräußerung“ **1 1, 675; 6 413.** — „Entfernung“ **1 1, 675, 676 f.** — wirksam als bloße Naturtatsache **2 1, 587.** — Entfernung durch Verpfändung oder Pfändung? **1 1, 677.** — guter Glaube des Erwerbers **1 1, 675 f.** — Beschlagnahme zugunsten des Gläubigers **1 1, 675; 2 1, 587.** — Erwerb veräußerten, aber nicht entfernten Viehs durch den Ersterher des Grundstücks ohne Rücksicht auf Kenntnis von der Veräußerung **4 350.** — Zwangsvollstreckung der persönlichen Gläubiger

(Hypothek)

in die der *H.* haftenden Gegenstände, Einbeziehung in die Konkursmasse **1 1, 676**. — Pfändung getrennter Früchte **6 413**. — keine Befreiung der zu wesentlichen Bestandteilen eines Gebäudes gewordenen Maschinen durch bloße Aushebung der körperlichen Verbindung **6 413**. — Trennung von Erzeugnissen oder Bestandteilen innerhalb der Grenzen einer ordnungsmäßigen Wirtschaft, Entfernung vor der Beschlagnahme; Beweislast **1 1, 676 f.**; **6 413**.

Zubehör als *H.*-sgegenstand. — Haftung des vor und nach Begründung der *H.* angeschafften Zubehörs, des vom Eigentümer dem Pächter veräußerten Inventars, Eigentumsvorbehalt an Zubehörfürden, keine Haftung des einem der Miteigentümer gehörigen Zubehörs für *H.* auf dem Anteil eines anderen **1 1, 674 f.**; **7 900**. — desgl. des einer offenen *H.-G.* gehörigen *Z.* für *H.* auf dem Grundstück eines Gesellschafters **5 425**. — guter Glaube des Gläubigers an das Eigentum des Hypothekbestellers **1 1, 674 f.**; **5 425**. — keine Berufung des Erwerbers von *Z.* auf seinen guten Glauben **3 1, 441**. — Berücksichtigung fremden Eigentums **5 910**; **7 437**. — Wahrung des Eigentums am Zubehör eines beschlagnahmten Grundstücks **3 2, 302**. — Ausdehnung der Haftung auf neue Zubehörfürden infolge von Rechtsgeschäften d. Konkursverwalters; Beweislast bezüglich des Eigentums am *Z.* **2 1, 587**. — keine vertragmäßige Änderung der gesetzlichen Begrenzung der Zubehörfürden **5 425**. — *Z.*, das vor Begründung der *H.* veräußert, aber auf dem Grundstück verblieben ist **6 412**. — Aufhebung der Zubehöreigenschaft, Befreiung von der Haftung **1 1, 677**; **2 2, 588**; **3 1, 442**; **6 413**; **7 900**. — Forthaltung des nicht mitversteigerten Zubehörs trotz Zuschlags **2 1, 601**; **2 2, 366**; **3 1, 454**; **3 2, 301 f.**, **304 f.**; **4 362**, **776**, **782**; **5 409**; **921**, **925 f.**; **6 418**; **7 927**. — Beschränkung d. Eigentümers über d. *Z.* d. *H.*-Vormerkung? **3 1, 442**. — keine Einbeziehung beweglichen Zubehörs eines Grundstücks in die Konkursmasse **1 1, 676**; **7 437 f.**; einseitige Anordnung hiergegen **7 441**. — Rechtsbehelfe des Gläubigers gegen Pfändung des Zubehörs **1 1, 675**; **2 2, 366**. — Einwirkung der Beschlagnahme **6 942**. — Schiffe als Zubehör für Hypotheken haftend; Verhältnis zu den Schiffspfandrechten **5 425**. — gewillkürtes Zubehör **2 2, 366**; **4 775**; **5 910**. — Entfernung nach den Regeln einer ordnungsmäßigen Wirtschaft **7 441**. — Zubehörfürdenübertragung **4 775**; **6 942 f.** — rückwirkende Kraft der §§ 1120 ff. *BGB.* **1 1, 675**. — Übergangsrecht **2 2, 366**; **7 900**. — *f.* auch

Zwangsversteigerung unter „Gegenstand der Versteigerung“, sowie unter „Einstellung der Zwangsversteigerung“, Zubehör, Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen.

Miet- u. Pachtzinsforderung als Hypothekgegenstand. — Haftung an Stelle der dem Mieter belassenen Nutzung u. der dem Pächter zukommenden Früchte **1 1, 677**. — Haftung ohne Rücksicht auf die Person des Vermieters oder Verpächters **1 1, 678**; **3 1, 442**; **7 438** (Vermietung durch einen nachgehenden Nießbraucher). — Beginn der Haftung **1 1, 678**; **3 1, 442**. — *H.*-Vormerkung bedeutungslos **3 1, 442**. — Geltendmachung der Haftung (Beschlagnahme) **1 1, 678**; **2 1, 588**; **3 1, 442**; **4 350**; **6 412, 414**; **7 438 f.**, **933 f.** — Verhältnis gegenüber Verfügungen des Eigentümers u. Vollstreckungshandlungen von Personalgläubigern **1 1, 679 f.**; **2 1, 588**; **2 2, 367**; **3 1, 442 f.**; **3 2, 295**; **4 351**; **5 425 f.**; **6 413 f.**, **968 f.**; **7 439, 933 f.** — gegenüber Verfügungen zugunsten von *H.*-Gläubigern **7 438**. — Geltendmachung der akzessorischen Rechte des Vermieters oder Verpächters (gesetzl. Pfandrecht) durch den *H.*-Gläubiger **1 1, 678**. — Erlöschen der Haftung **1 1, 678**. — Aufrechnung u. Ausübung eines Zurückbehaltungsrechtes des Mieters gegenüber dem *H.*-Gläubiger **1 1, 680**. — Bedeutung der Haftung im Fall des Konkurses **1 1, 679**; **2 1, 588**; **5 426**. — Verkauf eines Hauses, um den Kurrentgläubigern im Interesse der Hypothekgläubiger den Zutritt auf die Mietzinsen zu entziehen **6 968**. — *f.* auch Zwangsverwaltung unter Beschlagnahme zur *Zw.*-Verw. — Übergangsrecht **4 351**.

Die Forderung gegen den Versicherten als Hypothekgegenstand. — keine Verpflichtung zur Versicherung **1 1, 681**. — Versicherung für Rechnung des Eigentümers oder Eigenbesitzers **1 1, 681**. — Gegenstand der Versicherung **1 1, 681**; **7 439**. — Verf. der *H.* haftender Forderungen **3 1, 443**; **4 351**. — Versicherung gegen Gefahren jeder Art **1 1, 681**. — Beginn der Haftung **1 1, 681, 683**; **7 439**. — Haftung im Falle bloßer Vormerkung? **1 1, 683**; **3 1, 442**. — Umfang der Haftung **4 351**. — Ausschluß der Haftung durch Parteibereinbarung? **1 1, 681**; **4 351**. — Erlöschen der Haftung **1 1, 681**; **2 1, 590**. — Rechte des *H.*-Gläubigers bei unvollständigem Erfah **1 1, 681**; **4 351**. — Haftung jeder Schadenserfordernis gleich der Versicherungsforderung? **1 1, 681**; **2 1, 589** (Erfahsprüche für Vergaufschäden); **6 943**. — Empfangsberechtigung für die Versicherungssumme, Streit über deren Verwendung (bei Bestehen eines Nießbrauchs) **1 1, 681 f.**,

683; 2 1, 589; 3 1, 443. — Zahlungsempfänger im Falle des § 1130 BGB. bei Beschlagnahme der Verf.-Forderung zugunsten des H.-Gläubigers 1 1, 684; 2 1, 589 f.; 4 352; 6 943. — Auszahlung unter Nichtbeachtung des § 1128 BGB. 4 352; 5 426, 907. — Wirkung einer Befriedigung des Gläubigers aus der Verficherungs-forderung 1 1, 683. — bei Versicherung eines Gebäudes 1 1, 682; 2 1, 568; 7 440. — Glas- u. Spiegelscheibenversicherung 4 352. — Versicherung von Maschinen 4 352; 5 426 f., 907; 7 439. — Auf der Widerspruchsfrist nach § 1128 BGB. 1 1, 682. — Rechtslage bis zur Widerspruchs-erhebung 4 351; bei Versäumung der Widerspruchsfrist 5 427. — Wirksamkeit des Widerspruchs eines der Gläubiger zugunsten der anderen 1 1, 682 f.; 4 352. — Pfandrecht des H.-Gläubigers an der Forderung des versicherten Eigentümers 3 1, 464. — Rangverhältnis des Pfandrechts der H.-Gläubiger an der Verficherungs-forderung 1 1, 683. — Verfügungen über die Verficherungs-forderung; Wirksamkeit im Falle der Zwangsversteigerung 5 427; 6 414 f.; 7 439. — Wirksamkeit von Pfändungen 1 1, 683. — Einwendungen gegen die Verficherungs-forderung bei Geltendmachung durch den H.-Gläubiger 6 414 f. — Geltendmachung des Anspruchs der Baugläubiger auf die Verficherungs-summe nach § 648 BGB. 2 1, 589. — Brandschadensfestsetzung ohne Zustimmung der H.-Gläubiger 4 352; Anfechtung bei offener Unbilligkeit 5 427. — Übergangsrecht 2 1, 589.

Die wegen Enteignung oder Beschädigung durch Bergbau gewährte Entschädigungssumme als Hyp.-Gegenstand. — Teilungsverfahren 1 1, 682; 7 439. Ein zugeschrriebenes Grundstück als Hypothekgegenstand. — § 1131 BGB. zwingendes Recht 1 1, 684. — Haftung des zugeschrriebenen Grundstückes nur für H., Grund- u. Rentenschulden des anderen, nicht für andere Rechte 4 352. — Haftung der nach § 890 Abs. 1 BGB. vereinigten Grundstücke 1 1, 684. — Entstehung von Gesamt-H. durch die Zuschreibung nach § 890 Abs. 2 BGB.? 1 1, 684; durch die Abtrennung eines Teilstückes von dem mit einer H. belasteten Grundstück 3 1, 443. — Zwangsvollstreckung in eines der vor der Zuschreibung selbständigen Grundstücke 1 1, 684. — § 1131 nicht anwendbar auf die Vormerkung 3 1, 443.

Haftung des Hypothekgegenstandes — wofür? — für gesetzliche Zinsen 1 1, 669; 2 1, 586; 6 411; 7 437. — gesetzl. Zinsen nach § 1146 BGB. 7 443. — Sicherung von Rückständen

vertragsmäßiger Zinsen 2 1, 586. — für Kosten der Rechtsverfolgung 1 1, 669; 4 349; 5 424 f.; 6 411. — Entscheidung über die Prozeßkosten, wenn der Beklagte den lediglich geltend gemachten dingl. Anspruch sofort anerkennt 5 424 (f. Prozeßkosten). — persönliche Haftung für den Kostenersatzanspruch? 3 1, 440. — Sicherung anderer als der im § 1118 BGB. bezeichneten Kosten durch selbständige Höchstbetrags-hypothek oder als Nebenleistungen 4 350; 5 425. — Kosten der Kündigung 1 1, 669; 4 348 f.; 5 425; 7 437 (Kündigung durch Anwalt oder Notar). — Eintragung der in §§ 1118 BGB., 867 Abs. 1 Satz 2 B.D. bezeichneten Zinsen u. Kosten? 1 1, 670. — Nebenkauttionen für Zinsen u. Kosten 4 349. — Anmeldung der Kosten u. Prüfung der Anmeldung im Versteigerungsverfahren 1 1, 670.

Aufhebung durch Rechtsgesellschaft. — Zustimmung des Eigentümers 1 1, 703 f.; 3 1, 454. — Wirkung der Zustimmung d. Eigentümers (Ausschluß der Eigentumshypothek) 5 440.

Verzicht auf die H. — rechtl. Natur, Unterschied zwischen Verzicht u. Aufhebung d. H. 2 1, 598. — Löschungsbevollmächtigung u. Verzicht auf die H. 5 435. — Verzicht des Gläubigers auf Befriedigung aus dem Erlöse der versteigerten Grundstücks 2 1, 598; 3 1, 450 f. — Rechte des Eigentümers im Falle des Verzichts 1 1, 699. — Sicherung dieser Rechte durch Vormerkung? 3 1, 451. — Verzicht auf einen Teil der H. 2 1, 598. — Verzicht des Gläubigers einer Gesamt-H. auf die H. an einem der Grundstücke oder an einem Grundstücksteil 5 435 f. — Anspruch auf Verzicht auf Grund einer Einrede 1 1, 699; 2 1, 598; 3 1, 449, 451. — formlose Verpflichtung zum Verzicht auf die H. 3 1, 451.

Übertragung der H. f. H.-Übertragung.

Ausschluß des Gläubigers im Aufgebotsverfahren f. dieses. — Ausschluß nur mit dem dingl. Recht 1 1, 699. — U. jedes unbekanntem eingetragenen oder nicht eingetragenen Gläubigers, auch Pfandgläubigers 6 426. — Ablauf der zehnjährigen Frist bei Stellung des Aufgebotsantrags 1 1, 699. — „Anerkenntnis“ des Rechts des Gläubigers 2 1, 598. — „Unbekanntheit“ des Gläubigers 3 1, 451; 6 426. — Vorbehalt der Rechte bestimmter Personen im Ausschlußurteil: Erwerb der H. durch den Eigentümer 1 1, 699; Löschung des vorbehaltenen Rechts 4 358; 5 435. — Bedeutung eines Ausschlußurteils unter Vorbehalt der Rechte 6 427; 7 454. — Voraussetzungen der auf Grund eines solchen Urteils beantragten Um-

(Hypothek)

Schreibung; Auslegung des Urteils durch den Grundbuchrichter 7 454.

Umwandlung in eine Grundschuld 1 1, 532; 4 366; 5 447. — Eintragung einer Grundschuld auf Grund einer H.-Vormerkung 4 363. — die U. nach den Bestimmungen über die Änderung des Inhalts dinglicher Rechte zu behandeln? 1 1, 532.

Vereinigung mehrerer H. zu einer Einheits-H. 5 384; 6 357. — s. auch Teil-H.

Zins- und Zahlungsbestimmungen. — Änderung gelegentlich einer H.-Abtretung Passivbeteiligter 4 834. — § 41 GBD. anwendbar? 7 968. — Änderung des Zinsjahres eintragungsbefähigt? 6 407; 7 432 f. — nachträgliche Festsetzung von Nebenleistungen: Art der Eintragung, Rang, Geldbetrag 5 425. — Änderung von Zahlungszeit u. -ort: Zustimmung des an der H. Berechtigten 1 1, 671. — s. auch H.-Zinsen.

Hypothekabtretung s. Hypothekübertragung.

Hypothekbestellung. — Bedeutung u. Inhalt der Eintragungsbewilligung 2 1, 581; 6 409. — Angabe der Zinszahlungstermine nicht erforderlich 2 1, 584. — Angabe des Zinsbeginnes 6 407. — Anführung der rechtsbegründenden Tatsachen 3 1, 438. — Bestellung für ein noch nicht gegebenes Darlehen 7 430, 442 f. — Verbindung der H.-Best. mit vereines Nießbrauchs 5 631. — keine analoge Anwendung des § 439 2 1, 271. — Bewilligung der Eintragung e. H. als einseitiges Rechtsgeschäft (§ 111) 3 1, 32. — Eintragung e. H. für eigene Schuld am Grundstück des Machtgebers durch d. Bevollmächtigten 5 58. — Antrag auf Eintragung e. H. fällt nicht unter § 181 1 1, 115 (s. Selbstkontrahieren). — Verpflichtung eines Miterben nach französischem Recht zur H. an e. Nachlaßgrundstück als Unvermögen im Sinne d. § 275 II 5 110, 126. — Versprechen e. H. mit bestimmtem Range, Leistungsunvermögen 3 1, 125. — Verpflichtung zur Bestellung an erster Stelle 3 1, 245. — Verfügungsbefugnis des Bestellers; Zustimmung der Ehefrau zur H. für den Kaufpreis bei dem Erwerb eines Grundstücks für das Gesamtgut 6 1025. — Einfluß der Konkursöffnung 6 1027. — „Vorbehalt“ einer Kaufpreishypothek; rechtl. Natur 6 1032. — Wiedereintragung einer zu Unrecht gelöschten Hypothek 2 2, 444. — Bestellung vor Eintragung des Bestellers als Eigentümer 3 2, 152; 5 968. — H. allein für laufende Zinsen 3 1, 439; 7 433. — für rückständige Zinsen 5 423.

Hypothekseintragung s. Eintragung.

Bezeichnung des Gläubigers

7 434. — Anführung des Vornamens 1 1, 662; 4 347. — Bezeichnung ohne Anführung des Namens 3 1, 436; 6 406. — bei H. für Forderungen aus Inhaberpapieren 1 1, 662 f. — Bezeichnung einer preuß. Komunalsparkasse 3 1, 437. — Eintragung für eine in Bayern von mehreren Gemeinden gegründete Sparkasse 5 422. — für sächsische Gemeindeparkassen 5 422. — Eintragung für eine Konkursmasse 1 1, 663; 6 407. — für e. nicht rechtsfähigen Verein 5 1107. — für eine Nachlaßmasse, für die Nachkommenchaft, die unbefannten Erben, für die „Schlichen Erben“, die etwaigen künftigen Abkömmlinge einer Person (s. nondum natus) 1 1, 663; 3 1, 436, 437; 5 422; 6 406 ff.; 7 431. — für eine durch Sammlung für einen vorübergehenden Zweck aufgebrachte Vermögensmasse nach Bestellung eines Pflegers 3 1, 437. — Eintragung eines Zustellungsbevollmächtigten des Gl. 1 1, 663. — des Rechtes auf Verwaltung einer Hypothek 3 1, 440. — für einen Einzelkaufmann unter dessen Firma 1 1, 663; 2 1, 582; 3 1, 437; 4 347. — für eine Gesellschaft unter der Firma der Zweigniederlassung 2 2, 16; 3 1, 437; 4 348; 5 422; 6 407; 7 430. — zusätzliche Anführung der Firma der Zweigniederlassung 3 1, 437. — Eintragung einer Sicherungshypothek als „Streitmasse zwischen A. u. B.“ 3 437. — bei H. für Teilschuldverschreibungen auf den Inhaber, bei indossablen Papieren 2 2, 459.

Bezeichnung des Schuldners 7 434.

Bezeichnung des Schuldgrundbes. — Angabe des sachl. Rechtsgrundes; Hypothekbestellung für eine abstrakte Verbindlichkeit 6 405, 408; 1 1, 663; 3 1, 437 f.; 7 434. — unrichtige Angabe des Schuldgrundes 5 420.

Bezeichnung des Gegenstandes der Forderung. — Goldklausel s. dort. — Rückzahlung in Pfandbriefen 1 1, 665; 2 1, 581; 3 1, 438; 7 434. — Bezeichnung als Amortisationsdarlehen, Angabe des Zinszuschlages 1 1, 664; 2 1, 583, 599.

Wirkung der Nichteintragung des Gläubigers oder des Gelbbetrages der Forderung 1 1, 662. — Folgen eines Verstoßes gegen die Spezialität 2 1, 583.

Bezeichnung des Zinsjahres. — Bedeutung der Eintragung 7 432. — Art der Bezeichnung des Zinsjahres 3 1, 438 f.; 5 422 f.; 6 407; 7 432. — Angabe eines Mindest- u. Höchstzinsjahres 2 1, 584 f.; 3 1, 439; 7 432, 928. — Verfahren bei fehlender Angabe des Z. in der Eintragungsbewilligung 2 1, 581; 3 1, 439. — desgl. bei man-

gelder Angabe des Zinsbeginnes 6 407. — Zinsfußerhöhung bei unpünktlicher Zahlung 1 1, 155, 662, 664; 2 1, 584; 3 1, 439; 7 431—433. — Abänderung des Eintragungsbetrag? 6 407; 7 432 f. — keine Hypothekbestellung allein für laufende Zinsen als solche 3 1, 439, 7 433. — Hypothekbestellung für rückständige Zinsen 5 423. — Verzugszinsen 6 407. — Eintragung der Zinsen u. sonstigen Nebenleistungen in einem Gesamtbetrag 7 433. **Nebenleistungen.** — Begriff 2 1, 582; 5 423. — Amortisationsbeiträge 1 1, 664; 2 1, 582, 583 f.; 3 1, 439. — Vertragsstrafen, Entschädigung für verfrühte Rückzahlung des Kapitals, Verzugszinsen, Kosten, Auslagen 5 423. — eine bei unpünktlicher Zinszahlung eintretende Zinsfußerhöhung 7 433. — Bestimmtheit der Höhe der N. 3 1, 439. — nicht eintragungsfähige N. 2 1, 582. — Sicherungshypothek für N. 6 408. — Zinsen u. Kostenkautionen des bayer. Rechtes 4 361. — Eintragung der N. durch Bezugnahme auf die Eintragungsbewilligung? 2 1, 584. — Zuschußdarlehn einer Landschaft oder des Kur- u. Neumärkischen Ritterchaftl. Kreditinstituts zur Ausgleichung eines Kursverlustes 1 1, 665; 6 407. — Jahreszahlungen zur Tilgung eines nicht eingetragenen Zuschußdarlehns 6 407. — nachträglich vereinbarte N., Art der Eintragung, Rang, Gelbbetrag 5 425; 6 408. — selbständige Nebenverpflichtungen (Feuerversicherung usw.) ihre Eintragungen 4 830. — Fassung d. Eintragungsvermerks: Gebrauch des Wortes Hypothek, sonstiger notwendiger Inhalt 6 408. — eintragungsfähig, aber nicht -bedürftig: Zinslosigkeit, Anfangstermin der Verzinsung, Bedingungen der Rückzahlung, die für gewisse Fälle bedungene Zinsfußerhöhung, Unterwerfungsklausel nach § 794 Ziff. 5 ZPD. 1 1, 662; 7 431. — eintragungsbetrag: Bedingungen u. Zeitbestimmungen 1 1, 662. **Eintragung durch Bezugnahme auf die Eintragungsbewilligung.** — Verhältnis des § 874 zu § 1115 HGB. 7 391. — Grund der Forderung 1 1, 664; 7 434. — Zinsbeginn 1 1, 662, 664; 2 2, 475; 5 423. — Zinstermine 5 423. — Zahlungsbedingungen 1 1, 662, 664. — Goldklausel 1 1, 664; 3 1, 438. — Rückzahlung in Pfandbriefen 7 434. — nicht genügend für die Unterwerfung unter die Zwangsvollstreckung nach § 800 ZPD. 1 1, 662, 664. — Form der Bezugnahme; Gebrauch d. Wortes Eintragungsbewilligung notwendig? 1 1, 664; 6 409. — Eintragung durch Bezugnahme trotz Antrags auf Aufnahme einer Bestimmung in d. Eintragungsvermerk 1 1, 665; 5 423. — Form der Bezugnahme (Übergangsrecht Bayern) 7 435.

Bezugnahme auf die Bank-satzung. — Voraussetzungen ihrer Zulässigkeit 1 1, 665; 2 1, 584. — B. auf die Eintragungsbewilligung statt Bezugnahme auf die Satzung 2 1, 584. — die preussischen Landschaftsstatuten 2 1, 584. — Mangel der Veröffentlichung der Satzung 2 1, 584.

Hypothekenbanken. — rechtl. Natur der Staatsaufsicht 3 2, 127. — Rechtsmittel gegen die Anordnung der Staatsaufsicht (Preußen) 3 2, 127. — Beleihung von Warenhäusern 3 2, 128. — Begriff: „dauernder Ertrag“ u. „Ertrag, den ein Grundstück nachhaltig gewähren kann“ (§ 12 HypBankG.) 3 2, 128. — wann liegt Ausgabe von Pfandbriefen im Sinne der §§ 25, 26 HypBankG. vor? 3 2, 129 (Wiederverkauf zurückgekaufter Pfandbriefe). — rechtliche Natur des Treuhänders (Ausgaberhältnis, Vertreter der Aufsichtsbehörde, der Bank oder der Pfandbriefbesitzer?) 3 2, 130. — hat der Treuhänder das Deckungsverhältnis zwischen Pfandbriefen u. Hypotheken, das Verhältnis des Pfandbriefsumlaufs zum Aktienkapital zu wahren? 3 2, 130. — darf der Treuhänder nachträglich weitere Deckung verlangen, wenn er über die vorchriftsmäßige Deckung der Pfandbriefe durch die gebuchten Hypotheken Zweifel bekommt? 3 2, 130. — Bindikation von herausgegebenen Dokumenten seitens des Treuhänders 3 2, 130. — begründet die Verwahrung durch den Treuhänder ein Pfandrecht der Pfandbriefgläubiger? 3 2, 130. Bestellung e. Vertreters im Sinne des Briefgemeinschaftsgesetzes neben d. Treuhänder 7 709. — darf der Treuhänder solche Hypotheken herausgeben, bezüglich deren ihm der Nachweis erbracht wird, daß für sie keine Valuta gezahlt ist? 3 2, 130. — freihändige Bewertung notleidender Hypotheken durch den Treuhänder 3 2, 130. — ist der Rechtsweg gegen den Treuhänder zulässig, wenn er die Herausgabe von Hypotheken verweigert? 3 2, 130.

Bilanz vgl. diese. — Verbuchung d. b. Auszahlung der ersten Darlehnsrate ganz in Abzug gebrachten Provision 3 2, 129. — Übertragung u. Vermengung von Konten 7 709. — Anwendung der §§ 24, 27, 28 HGB. auf Kommunalobligationen, Kleinbahnobligationen u. Rentenbriefe (Aufsührung des Gesamtbetrags rückständiger Kommunaldarlehnszinsen in der Jahresbilanz, Angabe des Gesamtbetrags der in Umlauf befindlichen Kommunalobligationen nach ihrem Kennwert) 3 2, 131. — „rückständige Hypothekenzinsen“ im Sinne der §§ 24 Ziff. 2, 28 Ziff. 5; als uneinbringlich oder zweifelhaft abgeschriebene Zinsrückstände 7 709. — Behandlung des Disagioertrags u. -verlustes in der Bilanz (muß

(Hypothekenbanken)

das Disagio als Aktivum eingeseht werden?) **3 2**, 131, 132 bis 134. — darf der Disagiogewinn, den die Banken durch Rücklauf eigener Pfandbriefe erzielen, ausgeschüttet werden? **3 2**, 132. — Verbuchung der zurückgekauften eigenen Pfandbriefe auf Effektkonto oder Abschreibung dieser Pfandbriefe auf Pfandbriefkonto? **3 2**, 132, 133. — von der Bank lombardierte eigene Pfandbriefe **3 2**, 133. — im Kommissionslager befindliche Pfandbriefe **3 2**, 133. — Behandlung eigener, vom Treuhänder bereits mit der Bescheinigung über das Vorhandensein vorschriftsmäßiger Deckung u. über die Eintragung in das Hypothekenregister versehenen, aber noch nicht begebener Pfandbriefe **3 2**, 133.

Rechtliche Natur des Vorrechts der Schuldverschreibungsgläubiger im Konkurs der Bank (Absonderungsrecht?, Rangverhältnis zu den Massegläubigern und den Absonderungsberechtigten) **2 2**, 480, 489, 501, 502; **3 2**, 131; **4 813**; **7 709**. — Anspruch der Pfandbriefgläubiger auf vorzugsweise Befriedigung nach § 805 B.D. bei Pfändung der Pfandbriefdeckung **3 2**, 131. — Teilnahme d. Pfandbriefgläubiger nach § 35 HypBankG. am Zwangsvergleich **2 2**, 513, 514, 515. — Umfang d. Stimmrechts d. Pfandbriefgläubiger im Konkurs d. Bank **2 2**, 504. — Stellung d. Pfandbriefgläubiger, die auf vorzugsw. Befriedigung verzichtet haben, im Konkurs d. Bank **2 2**, 511. — Zahlung d. Konkursverwalters auf festgestellte Forderungen d. Pfandbriefgläubiger (§ 35 HypBankG.) **2 2**, 513. — nach den Emissionsbedingungen noch nicht fällige Forderung der Pfandbriefgläubiger im Konkurs der Bank **2 2**, 502; **3 2**, 269.

Hypothekenbrief f. Briefhypothek, Grundschuldbrief, Hypothek unter Übergangsrecht. ¹ rechtl. Natur **1 1**, 665; **2 1**, 585; **3 1**, 440. — Unterzeichnung durch Richter und Gerichtsschreiber (Preußen) **4 845**. — Datum des Briefes, Hebung wesentlicher Formmängel **6 1050**; **2 2**, 463. — der Adler am Kopfe des Briefes **2 2**, 477. — Ausweis der vorgehenden oder gleichstehenden Rechte **2 2**, 463, 472; **3 2**, 107. — Vermerk über den Vorrang der Hypothek vor einer anderen Post aufzunehmen? **7 971**. — Anspruch auf Ergänzung des im Brief enthaltenen Auszugs aus dem Grundbuch **6 1051**. — Verbindung der Schulburlunde mit dem Briefe; Behandlung von Abtretungs- u. Verpfändungserklärungen; Nachweis, daß keine Schulburlunde ausgestellt ist **2 2**, 464; **4 846**; **5 982**; **6 1051**; **7 971**. — gemeinschaftlicher Hypothekenbrief für mehrere Hypotheken **2 2**, 467; **5 983**; **6 1052**. —

Einigung über d. Erteilung eines Briefes **3 1**, 480. — Ausschließung der Erteilung ohne Mitwirkung des Gläubigers **1 1**, 666. — Mitwirkung des Gläubigers zur nachträglichen Ausschließung **1 1**, 666. — verfehentliche Erteilung zu einer Buchhypothek **1 1**, 666. — verfehentliche Eintragung einer Hyp. als H. ohne Brief **1 1**, 666. — Bedeutung des Briefes für den öffentl. Glauben des Grundbuchs **1 1**, 689; **6 416**. — Aushändigung durch das Grundbuchamt an den Gläubiger; beantragt unter dem Vorbehalt der Löschung der Vorhypotheken **2 2**, 413. — nur ein Brief für die Forderung von Gesamtgläubigern **1 1**, 667. — Verwahrung des Briefes bei Zweifeln über die Empfangsberechtigung **6 1051**. — das Recht des Grundstückseigentümers an dem dem Gläubiger noch nicht übergebenen Briefe **2 2**, 464; **6 1051**; **7 436**. — Antrag des Gläubigers auf Aushändigung des Briefes **4 846**. — Antrag des Dritten, der im Auftrage des Berechtigten den Brief eingereicht hat, auf Rückgabe an sich selbst **6 1051**. — Anspruch des Gläubigers auf Aushändigung des Briefes **1 1**, 668 (bei Konkursöffnung); **2 1**, 585; **2 2**, 464 (bei Vorenthaltung des Briefes, Rechtsstellung gegenüber Verfügungen des Eigentümers über die Hyp.); **6 409** (abhängig von dem zugrunde liegenden Schuldverhältnis; Fall der Unterschlagung der Hypothekvaluta durch den Notar). — kein Anspruch des Eigentümers auf Aushändigung bei nur teilweiser Befriedigung des Gläubigers **6 409**. — Vereinbarung der Aushändigung an den Gläubiger durch das Grundbuchamt **1 1**, 667; **2 2**, 464; **5 424**; **6 410 f.**; **7 436**; Anwendung der §§ 328 ff. auf eine solche Vereinbarung **6 148**. — tatsächliche Aushändigung des Briefes zur Wirksamkeit der Vereinbarung erforderlich? **2 2**, 464; **6 410 f.**; **7 436**. — Wirkung der Vereinbarung im Falle der Konkursöffnung **1 1**, 668; **6 963**. — rechtl. Natur des Anspruchs gegen das Grundbuchamt auf Herausgabe des Briefes; Geltendmachung des Anspruchs **7 791**. — Beschwerde wegen Verweigerung der Aushändigung des Briefes durch das Grundbuchamt **2 2**, 468. — Beurteilung zur Bewilligung der Aushändigung an den Gläubiger, ohne solche Beurteilung Aushändigung an den Eigentümer **1 1**, 668. — Zurücknahme des Antrags auf Aushändigung an den Gläubiger **1 1**, 667; **4 846**; **5 982**. — Widerruf der Aushändigung seitens des Gläubigers **3 1**, 440. — Anweisung des Hyp.-Bestellers an das GBA., den Brief dem Gläubiger auszuhandigen **2 1**, 586; **2 2**, 464. — Übergabe des Hyp.-Briefes durch constitutum possessorium **1 1**, 667. — rechtl. Natur

der Übergabe 2 1, 585. — Übergabe bei Beteiligung einer Mehrheit von Hypothekbestellern 2 1, 586; Abtretung u. Pfändung des Anspruchs auf Herausgabe des Briefes; Überweisung zur Einziehung oder an Zahlungsstatt?; Vorgehen des Pfändungspfandgläubigers gegen das Grundbuchamt im Falle des § 1117 Abs. 2 BGB. 4 347 f.; 7 436. — Abtretung des Anspruchs auf Aushändigung des Briefes durch das Grundbuchamt im Falle der Hypothekübertragung als Voraussetzungen des Erwerbes der Hypothek 6 411; Zeitpunkt des Erwerbes in diesem Falle 7 436; Abtretung des Herausgabeanpruchs in diesem Falle zu vermuten? 2 1, 254. — Führung des Nachweises, daß der als Gläubiger Eingetragene die Hyp. mangels Übergabe des Briefes nicht erworben habe 1 1, 668. — keine Vermutung hinsichtlich der Zeit der Übergabe 4 347. — Verpfändung 3 1, 440; 3 2, 266 (s. auch Pfandrecht an bewegl. Sachen). — der Brief für sich allein nicht Gegenstand eines Faustpfandrechts 1 1, 609; 6 387 f.; 7 436. — Zurückbehaltungsrecht an einem H.-Brief 1 1, 183, 609; 3 1, 121; 6 387 f., 409; 7 435. — Erlangung eines persönl. Zurückbehaltungsrechts u. des Anspruchs a. Auszahlung d. Erlösanteils durch eine ungünstige Hyp.-Briefverpfändung 7 926. — kein Brief zu bilden bei Eintragung einer Zinsfußerhöhung über 5 v. H. 3 1, 671. — Briefbildung im Falle des § 1173 Abs. 2 BGB. 3 1, 452. — desgl. bei ganzer oder teilweiser Abtretung an eine ostpreussische Landtschaft 2 2, 465. — Bedeutung der Ausstellung e. neuen Briefes an Stelle eines für kraftlos erklärten für das Gläubigerrecht 1 1, 697. — Abhandentommen oder Vernichtung eines Teiles eines H.-Briefes 1 1, 697. — Vorlegung u. Unbrauchbarmachung v. Briefen, Beisehung eines Löschungsvermerkes nach Durchführung der Zw.-Verf. 2 2, 385; 5 934; 935, 983; 6 966. — Mißbrauch mit nicht vernichteten Briefen über erloschene Hyp. 7 931.

Vorlegung des Briefes bei Eintragungen. — Eintragung ohne Vorlegung 2 2, 452; 3 2, 163; 5 979. — desgl. ohne Vorlegung zum Zwecke der Eintragung 6 1051. — Herbeiführung nachträglicher W. zur Berichtigung 6 1045. — Vorlegung bei Ersuchen von Behörden 3 2, 163. — W. eines vom Grundbuchamt an die Gerichtsstufe hinausgegebenen, von dieser aber bis zur Bezahlung der Gerichtskosten verwahrten Briefes 2 2, 453. — Vorlegung bei Eintragung einer Vormerkung, auch bei einem Ersuchen des Prozeßgerichts (einstweilige Verfügung) 2 2, 453; 3 2, 163. — bei Abtretung

eines Hypothekenteiles 7 436. — Verfügung über einen im Gewahrsam des Grundbuchamtes befindlichen Brief 2 2, 453. — Eintragung „bei“ einer Hypothek 2 2, 453; 4 842; 7 968. — der Anspruch auf Vorlegung zur Abzweigung eines Teilbriefes kein Herausgabeanpruch i. S. des § 931 BGB. 7 436. — Vorl. bei Abschreibung von Grundstücken oder Grundstücksteilen? 2 2, 453; 4 842; 6 1045; 7 969. — b. Vorrangseintäumungen 2 2, 453. — nicht veranlaßt bei Einschreibungen rein tatsächlichen Inhalts, bei Ausfüllung eines vorbehaltenen Ranges 7 968 f. — bei Eintragung der Konkursperre oder einer Verfügungsbeschränkung auf Grund einstweiliger Verfügung 2 2, 453; 4 842; 6 1045. — bei einem Widerspruch des Eigentümers wegen Befriedigung des Grundschuldgläubigers 5 979. — bei Eintr. eines Widerspruchs nach § 18 G.B.D. 2 2, 453. — im Falle des Widerspruchs wegen Anfechtung der Hyp. 4 842. — im Enteignungsverfahren 3 2, 163. — Anhaltung des Besitzers zur Vorlegung des Briefes 2 2, 466; 4 843. — Rückgabe des Briefes 2 2, 466; 5 983. — Herausgabe zur Berichtigung des Grundbuchs; wer hierzu verpflichtet? 1 1, 547 f. — Zwangsvollstreckung wegen der Herausgabe des H.-Briefes 1 1, 548; 7 436.

Erneuerung des Briefes. — Anspruch hierauf 2 2, 467. — Prüfungspflicht des Grundbuchamtes mit Rücksicht auf etwaige Kraftlosigkeit des alten Briefes 6 1052. — Inhalt des neuen Briefes, Verfahren mit unleserlichen Vermerken auf dem alten, Ausstellung auf den Namen des nicht im Grundbuch eingetragenen Antragstellers? 4 846; 6 1052.

Vermerk von Einträgen auf dem Brief. — B. einer Löschungsvermerkung nach § 1179 BGB. 2 2, 466. — der Löschung der Hypothek (nicht nur Unbrauchbarmachung) 6 1051. — eines nach Ansicht des Besitzers des Briefes ungerechtfertigten Widerspruchs 2 2, 466. — der Zuschreibung eines Grundstücks zu einem anderen 2 2, 466. — nach Durchführung eines Zusammenlegungsverfahrens? (Preußen) 3 2, 168. — nach Durchführung des Zwangsversteigerungsverfahrens 2 2, 385; 5 934, 935, 983; 6 966. — Vermerk auf einem nicht zum Zwecke der Eintragung vorgelegten Brief 6 1051. Verfahren bei der Ummwandlung der Hyp. in eine Grundschuld 6 1051.

Desgl. bei Ersetzung der ganzen Forderung oder eines Teiles durch eine andere 2 2, 466.

Eigentümer des Briefes der jeweilige Gläubiger 2 1, 556.

Hypothekgläubiger f. auch Hypothekenträger unter Bezeichnung des Gläubigers, Treuhänder. — „die künftigen gesetzlichen Erben“, bestimmte Personen als künftige gesetzliche Erben **1** 1, 580. — Ablösungsrecht (ius offerendi, § 268) **2** 1, 164 (f. dieses). — Schadensersatzklage wegen Ausfalls in der Zw.-Verf. **4** 75. — Einwand der Dedung für den Ausfall durch den Wert des ihm zugeschlagenen Grundstücks **2** 1, 145. — Erlangung des Zuschlags um einen unter dem Werte bleibenden Preis **2** 2, 379; **3** 2, 308; **4** 788; **5** 924 f.; **6** 956; **7** 915, 918. — Pflicht der Benachrichtigung von der bevorstehenden Zw.-Verf. gegenüber dem Bürgen? **2** 1, 123, 454; **6** 426; **7** 906 (f. Bürgen); gegenüber dem Garanten für die Güte einer Hyp.? **7** 453; gegenüber dem persönl. Schuldner **2** 1, 579 f.; **3** 1, 450; **4** 358; **5** 435, 924; **6** 947.

Hypothekklage f. Hypothek unter Befriedigung durch Zwangsvollstreckung.

Hypothekündigung **1** 1, 690; **3** 1, 444; **6** 416. — Wirksamkeit gegenüber dem Ersteher **2** 2, 373; **3** 2, 301. — keine Kündigung im voraus f. d. Fall unpünktlicher Zinszahlung **2** 1, 201. — das für den Fall unpünktlicher Zinszahlung vereinbarte Recht sofortiger Rückforderung des Kapitals ist binnen eines angemessenen Zeitraums auszuüben **7** 433 (f. Zinsen). — Vereinbarung der Unkündbarkeit für die Dauer der Eigentums des Darlehensempfängers **2** 1, 313. — Kosten der Kündigung **1** 1, 669; **4** 348 f.; **5** 425; **7** 437. — f. auch Briefhypothek, Kündigung.

Hypotheklöschung f. Eigentümerhypothek. — Wesen der L.-Bewilligung **6** 1035. — L.-Bewilligung keine Grundlage für die Umschreibung der Hypothek auf den Eigentümer **6** 1036. — Empfangsbedürftigkeit der L.-Bewilligungen u. Zustimmungserklärungen, Fortdauer der Bevollmächtigung bis zum Empfang **6** 1035. — L.-Berpflichtung als L.-Bewilligung aufzufassen? **2** 2, 420. — eine oder mehrere Bewilligungen zur L. der auf mehreren Blättern deselben Grundbuchamts eingetragenen Hypothek? **6** 1036. — S. b. Gesamthypotheken: L. einer aus dem versteigerten Grundstück zur Hebung gelangten Gesamthypothek auf den Blättern der mithaftenden Grundstücke **2** 2, 444. — der Betroffene (Passivbeteiligte) im Falle der Pfändung u. Überweisung **2** 1, 535, 601; **2** 2, 420; **6** 1035. — Betroffener bei Tilgung durch den Vorbesitzer **2** 2, 420. — L. auf Grund Bewilligung des Hypothekschuldners als Testamentsvollstreckers des Gläubigers **1** 1, 115; **2** 2, 431. — desgl. auf Grund Quittung u. Bewilligung desjenigen, der Testamentsvollstrecker des

Gläubigers u. des Eigentümers ist **2** 1, 91. — § 181 anwendbar auf L.-Bewilligungen eines Bevollmächtigten? **4** 56. — nach Einziehung einer gepfändeten u. zur Einziehung überwiegenen Hypothek durch den Pfändungspsandgläubiger **3** 1, 390. — L. d. Gesamthypothek auf den nicht mitversteigerten Grundstücken **1** 1, 703; **5** 440; **6** 431. — Form u. Inhalt der für die L. bestimmten Quittung **2** 2, 431. — Quittung überflüssig? **3** 2, 156. — Bezeichnung desjenigen, der gezahlt hat **7** 958. — Anspruch des Schuldners auf Bewilligung der L. einer Zwangshypothek bei Voreingabe des Vollstreckungstitels u. der Quittung des Gerichtsvollziehers **7** 958. — auf Ersuchen einer preuß. Generalkommission **2** 2, 444. — Antragsrecht des Vollstreckungsgerichts: beschränkt auf die vor dem Zuschlag eingetragenen Hypotheken **6** 1041. — Wiedereintragung einer Hypothek auf Ersuchen des Vollstreckungsgerichts nach vorher zu Unrecht von ihm veranlaßter L. **2** 2, 444. — L. eines Zinsprozentes, Eintragung einer Zinsfußermäßigung **1** 1, 671; **3** 1, 454 f.; **4** 362; **5** 441. — Aufhebung der Hypothekensicherheit für Hypothekenzinsen **7** 457. — Anspruch des Erstehers auf L. einer stehen gebliebenen Vorhypothek, Voraussetzungen des Anspruchs **6** 950. — Verpflichtung des Verkäufers zur L., erfüllt durch die Übergabe lösungsfähiger Quittungen vor der Auflaffung **1** 1, 340. — kein Retentionsrecht wegen Rechts auf L. bei Vorlage e. lösungsfähigen Quittung **1** 1, 183. — Zustimmung d. Eigentümers, auch wenn keine Eigentümerhypothek entsteht? in allen Fällen erforderlich? **2** 2, 430; **5** 971, 435; **6** 1036. — notwendig beim Bestehen einer L.-Bormerkung **7** 958. — bei hypothekfreier Abschreibung eines Trennstücks? **6** 1046 f. — bei teilweiser L. einer Sicherungshypothek **2** 2, 431. — bei L. von Zinsprozentsen **2** 2, 430. — L. eines Pfandbriefdarlehens der Pommerschen Landschaft, des Kur- u. Neumärkischen Ritterschaftlichen Kreditinstituts **2** 2, 431. — der Schlesienschen Landschaft **6** 1036. — L., wenn der Eigentümer nicht zugleich persönlicher Schuldner ist **2** 2, 431. — L. der Bormerkung einer Hypothek **2** 2, 431. — Zustimmung aller Miteigentümer **2** 2, 430. — Zustimmung des wirklichen, nicht des nur buchmäßigen Eigentümers **6** 1036. — L. einer Hypothek an einem zum ehelichen Gesamtgute gehörigen Grundstück ohne Zustimmung der Ehefrau **2** 2, 431; **3** 2, 156; **5** 966. — ohne Zustimmung der unter der elterlichen Gewalt ihrer Mutter stehenden u. mit dieser eingetragenen Kinder **2** 2, 431; **3** 2, 156. — auf Grund der Bewilligung der zur freien Verfügung über den Nachlaß berufenen Witwe ohne

Zustimmung der als Miterben berufenen Kinder **2 2, 431; 3 2, 156.** — Zustimmung des Nacherben bei L. auf Nachlaßgrundstücken **5 971; 7 958** (s. Nacherbenschaft). — L. mit Zustimmung des z. St. des Einganges der L.-Zweilligung einetragenen Eigentümers **3 2, 150.** — des neuen Eigentümers, auch wenn die L. vor dessen Eintragung zu bewirken gewesen wäre **2 2, 431.** — L. auf Ersuchen e. Behörde **2 2, 431.** — Zustimmung erforderlich nur zur L., nicht zur Einschreibung des Hypothekverzeichnisses des Gläubigers **2 2, 430.** — Wortlaut der Zustimmungserklärung **6 1036.** — Erklärung der Zustimmung im voraus **7 958.** — Form des die Zustimmung erziehenden L.-santrages **2 2, 436.** — keine Vormerkung dahin, daß der Schuldner eine Hypothek auch dann löschen lasse, wenn sie nach Veräußerung des belasteten Grundstücks auf ihn übergeht **2 2, 447.** — enthält keine Verfügung über das Grundstück **7 457.** — bei Befriedigung des Gläubigers einer Gesamthypothek durch den Eigentümer eines der belasteten Grundstücke **3 1, 452.** — vormundschafisgerichtliche Genehmigung **7 958.** — bei Verzicht des Gläubigers einer Gesamthypothek auf die Hypothek an einem der Grundstücke, bei pfandfreier Abschreibung von Teennstücken **5 435 f.** — bei Erlöschen der Hypothek kraft Gesetzes **1 1, 703.** — bei Löschung der Eigentümergrundschuld **6 431.** — Legitimation zur Erteilung der Zustimmung **1 1, 703.** — Zustimmung des Erben des einetragenen Eigentümers **7 457.** — Zustimmung sämtlicher Miteigentümer **1 1, 704.** — Zustimmung des Gemeinshuldners vor Konkursöffnung **1 1, 704.**

Hypothektitel. — vertragsmäßiger; unwirksam gegenüber dritten Erwerbem des zu belastenden Grundstücks **6 367.** — Aufrechthaltung gesetzlicher H. für d. BGB. unterliegende Rechtsverhältnisse durch das Landesrecht? **1 2, 428.**

Hypothekübernahme s. Kauf unter Gewährleistung wegen Rechtsmängel, Schuldübernahme. — Begriff, Konstruktion; Kritik des § 416 **1 1, 322; 2 1, 261.** — Übergangsrecht **1 1, 327; 3 1, 205; 5 177; 6 177** (s. unten); **7 187, 585.** — Anwendungsgebiet des § 416 **1 1, 326; 4 151.** — Übernahme in Anrechnung auf den Kaufpreis **1 1, 316, 323, 334; 2 1, 260; 5 177; 7 172, 185** (s. Hypothek). — bei Tausch von Grundstücken; Rückgängigmachen des Tausches **7 186.** — Genehmigung des Gläubigers (§ 416): Einwilligung schon vor Eintragung des Übernehmers **1 1, 325.** — Eingetragensein des Übernehmers als Voraussetzung der Genehmigungsmöglichkeit? **1 1, 324; 2 1, 262; 3 1, 205.** — Einschränkung der Empfangsberechtigung **1 1, 324;**

2 1, 262. — Verweigerung d. Genehmigung d. Gläubigers u. deren Widerruf **1 1, 324; 2 1, 262.** — Bedeutung des Schweigens als Genehmigung d. Gläubigers **1 1, 324, 325.** — Rückwirkung u. Genehmigung d. Gläubigers **1 1, 325.** — Beweisfrage bzgl. der Genehmigung des Gläubigers **1 1, 326.** — Wirksamkeit einer ohne vorherige schriftliche Mitteilung erfolgten Genehmigung d. Gläubigers **6 176.** — Mitteilung des Veräußerers von d. H. (§ 416): Erfordernisse, insbesondere Form **2 1, 261 f.; 3 1, 204; 4 151; 5 176;** durch den Notar **1 1, 323;** durch den Gemann, Miteigentümer, neg. gestor **1 1, 324;** vorzeitige Mitteilung **1 1, 324; 2 1, 261.** — Mitteilung d. Veräußerers nach Weiterveräußerung d. Grundstücks seitens d. Erwerbers **7 186.** — Mitteilung d. Veräußerers u. Genehmigung nach Ausfall d. Hypothek in der Zwangsversteigerung **7 186.** — Weitergabe der Mitteilung d. Veräußerers seitens d. früheren Gläubigers an seinen Zessionar **7 186.** — Eintragungsfähigkeit der H. **1 1, 327.** — Übernahme vor Eintragung des Käufers **3 1, 203.** — Übernahme einer zugleich auf e. anderen Grundstück d. Verkäufers einetragenen Hypothek, Anrechnung auf d. Kaufpreis **7 185.** — Eintritt in die persönliche Schuld des Veräußerers nur in den durch die Eintragung gezogenen Grenzen **1 1, 327.** — Übernahme durch d. Ersteher **1 1, 316; 3 1, 204; 4 151; 5 176; 6 177.** — Einfluß der Nichtigkeit oder Anfechtbarkeit des Grundstückserwerbs? **1 1, 326.** — Recht d. Verkäufers, vom Käufer Zahlung an den Gläubiger, auch an den Gläubiger nach § 1173 BGB. zu verlangen **7 185.** — Verhältnis des § 416 zu §§ 414 u. 415 **1 1, 325; 2 1, 261, 262; 3 1, 203, 204, 205; 5 176; 6 177** (Annahme einer Schuldübernahme nach §§ 414, 415 bei Fehlen der Voraussetzungen des § 416); **7 186** (Anwendung d. § 415 Abs. 3). — Verhältnis zu § 407 BGB.; Anzeige des Veräußerers an den früheren Gläubiger bei Nichtkenntnis e. Zession **7 187.** — Vereinbarung, daß die Genehmigung e. H. im voraus für alle Fälle verweigert werde, nicht eintragungsfähig **6 177; 7 187.** — Übergangsfragen **1 1, 327; 5 177.** — § 416 vor Anlegung des Grundbuchs **3 1, 205; 6 177; 7 187.** — Übergangsrecht: Freierwerb des bisherigen Schuldners **3 1, 699; 5 630; 6 594.** — Formulare für § 416 **3 1, 204.** — Pflicht des Verkäufers, dem Übernehmer die erfolgte Kündigung e. Hypothek mitzuteilen **7 198.** — Vereinbarung der H. zwischen Gläubiger, Schuldner u. Schuldübernehmer bei Zwangsversteigerung; Verhältnis zu § 416 **6 177.** — H. des Käufers zwecks Ausweisung des Kauf-

(Hypothekübernahme)
preis; Änderung d. Übereinkommens
6 288. — Notar zur Mitteilung der
H. an den Gläubiger legitimiert
1 1, 323. — H. „als Selbstschuldner“
7 166, 185.

Hypothekübertragung f. Abtretung, Höchst-
betragshypothek. — Teilübertragung,
Teilhypothekenbrief 1 1, 694 f.; 3 1, 445,
455; 4 354; 6 419; 7 436, 445. — Ab-
tretung des Zinsgenusses losgelöst von der
Forderung 5 430, 431; 7 445, 447 f. —
einzelne, künftig fällige Zinsraten 7 447.
— U. vorgemerkter H., U. zwischen An-
stalten u. Vermögensmassen derselben
Gemeinde 1 1, 695. — Verbot der
Trennung von Hypothek u. Forderung
7 444 f. — U. zu Sicherungszwecken 3 1,
446; 6 419. — pactum de cedendo 2 1, 593;
7 445. — keine Blancoabtretung 5 430. —
U. u. Pfändung der Eigentümerhypothek
oder -grundschuld 1 1, 695; 3 1, 446 (f.
auch Eigentümerhypothek). — U. einer nicht
valutierten Verkehrshypothek 7 445. —
Verpflichtung des Gläubigers zur Ab-
tretung der Hypothek an einen Dritten;
Eintragung der Verpflichtung 1 1, 691,
698; 2 1, 592; 3 1, 445; 5 437; 6 417. —
Abtretung der Hypothek an den Grund-
stückseigentümer 5 431. — bestimmte Be-
zeichnung der abzutretenden oder zu
pfändenden Hypothek oder Hypothekteile
1 1, 695; 3 1, 446. — gerichtliche Ver-
steigerungsanordnung u. Versteigerungs-
protokoll keine Grundlage für die Um-
schreibung der versteigerten Hypothek
1 1, 695. — Zusammenfassen von Ab-
tretung u. Verfügungsbefchränkung 1 1,
695; 4 354. — Form der Abtretung 7 445.
— Abtretungsurkunde: Erklärung über Mit-
abtretung des Anspruchs auf Herausgabe
des Hypothekenbriefes 2 1, 593; über
den Zeitpunkt des Zinsübergangs 4 354.
— „Erteilung“ der Abtretungsurkunde,
Erlaß durch den Zuschlag der versteigerten
Hypothek 5 429. — Übergabe des Hypo-
thekenbriefes 5 430; 6 419; 7 436, 444. —
Nachweis des Erwerbs bei der Brief-
hypothek 1 1, 695; 2 1, 593; 4 354; 3 1,
446; 7 446. — Nachweis des Erwerbs
hinsichtlich der Zinsen 7 449. — Eintra-
gung ins Grundbuch 5 430. — U. des An-
spruchs auf den Erlös aus der Versteigerung
des Grundstücks 6 419. — desgl. einer
durch Zahlung zur Grundschuld gewor-
denen Hypothek als Hypothek 6 419. —
desgl. einer Buchhypothek, für die keine
Forderung besteht, einer Sicherungs-
hypothek, für die die Forderung nur zu
einem Teilbetrage besteht 7 958. — Ver-
hältnis zwischen dem neuen Gläubiger u.
dem Eigentümer hinsichtlich der Zinsen
3 1, 196; 7 446 f. — U. ohne Erwähnung
der Hypothekzinjen, Übergang der Zins-

ansprüche; U. „unter Vorbehalt des
Zinsenbezugsrechts“ unter Herabsetzung
des Zinsfußes 7 448. — rückständige
Zinsen i. Sinne d. § 1159 BGB.; Ein-
tragung ihrer Übertragung ins Grund-
buch 7 449. — Abtretung von Hypotheken
durch d. Gläubiger an e. von ihm ver-
tretene A.-G. (§ 181) 3 1, 60 (f. Selbst-
kontrahieren). — Abtretung e. Hypothek
„mit allen Rechten usw. unter Haftung
f. Bestand u. Einbringlichkeit“ 2 1, 253.
— Irrtum über d. Sicherheit e. H. erheb-
lich? 4 31. — Garantie f. d. Güte e. H. 5 51.
— arglistige Täuschung über die Güte c. ab-
getretenen H. 5 90. — H. als Wucher-
geschäft 3 1, 434. — wann die Zessions-
valuta zu zahlen? 7 445. — Zessions-
damno 3 1, 434. — Unmöglichkeit d. U.
e. abgetretenen Hypothek (Fall d. § 323 III)
5 136. — Fragen d. Übergangsrechts 1 1,
303.

Hypothekzinjen. — Hypothekbestellung
allein für laufende Zinsen? 3 1, 439;
7 433. — Hypothekbestellung (f. diese)
für rückständige Zinsen 5 423. —
Rückstände an Zinsen u. anderen Neben-
leistungen: Abtretung, Verjährung 3 1,
446; hypothekarische Sicherung nach
Löschung des Kapitals 5 431; 6 420. —
Verzugszinsen 6 407. — Eintragung der
Zinsen bei Höchstbetragshypotheken 1 1,
707; 5 443 f.; 6 433. — bei deren Um-
wandlung in eine gewöhnliche Hypothek
1 1, 705; 2 1, 602; 4 364; 5 441; 6 433. —
Bezeichnung des Zinsfußes f. Hypothek-
eintragung. — Zinsfußerhöhung; Mit-
wirkung des Gläubigers, der etwaigen
Drittberechtigten, des persönlichen Schuld-
ners erforderlich? 1 1, 670; 4 350; 7 433.
— Einigung u. Eintragung notwendig für
eine schon bei der Hypothekbestellung
vorbehaltene Erhöhung 7 392. — Zinsfuß-
erhöhung über 5% hinaus: Zustimmung
des Nachhypothekars entbehrlich bei gleich-
bleibender Belastung insoweit Wegfalls an-
derer Nebenleistungen; desgl. die Zustim-
mung des Eigentümers bei Eintragung der
Erhöhung des Zinsfußes einer Gesamt-
hypothek nur auf den Grundstücken an-
derer Eigentümer; Art u. Weise der Ein-
tragung; Bildung e. Hypothekenbriefes?
Rang der Zinsfußerhöhung 1 1, 671; 2 1,
476, 586 f.; 3 1, 440; 6 411. — Herab-
setzung des Zinsfußes, Löschung der Zins-
differenz, Zustimmung des Eigentümers;
Abtretung der Hypothek mit einem
geringeren als dem bisherigen Zinsfuß;
Rechte bez. der Differenz 1 1, 671;
3 1, 454 f.; 4 362; 5 441; 7 432. —
Abtretung des Zinsgenusses losgelöst
von der Hypothek 4 354; 5 430, 431;
6 1024. — Anwendbarkeit der §§ 1143,
1163, 1164 7 455. — Form u. Wirkung d.
Verzichts auf die Hypothekficherheit 7 455.

— Aufhebung der Hypothekensicherheit 7 457. — Berücksichtigung in der Zwangsversteigerung 2 2, 364; 4 773. — Eintragung von Zinsezinsen 1 1, 155. — Erfüllungsort für den Schuldner 5 105. —

f. auch Hypothekeneintragung, Hypotheklöschung, Hypothekbestellung.
Hypothek. — Zustand vorübergehender Störung d. Geistestätigkeit nach § 105 Abs. 2 BGB. 1 1, 61. — Zurechnungsfähigkeit 2 1, 31.

I.

Jagdpaachtvertrag. — rechtl. Natur 5 218, 617. — mündlicher J. in Preußen 2 1, 763 (vgl. auch Wildschaden). — Eintritt als Jagdpächter in d. von e. Dritten gepachteten Jagden als J.; Kündigung durch den Erben bei unbestimmter Pachtzeit 3 1, 241. — § 566 BGB. nicht anwendbar 1 1, 378. — § 571 BGB. nicht anwendbar 5 218 f.; 7 229. — Pfsterverpachtung durch Abschluß e. Gesellschaftsvertrags 5 219. — Form in Hessen-Raffau 7 580.

Jagdreht f. auch Wild, Wildschaden. — herrenlose Sachen im J. 2 1, 763. — gewildertes Wild herrenloses Gut; Jagdberechtigter allein aneignungsberechtigt 3 1, 680. — Schadensanspruch des Jagdberechtigten bei Verbringung von Wilderzeug aus seinem Jagdbezirk 3 1, 680. — Fortbestehen landesrechtlicher Vorschriften über Rechtsbesitz u. seinen Schutz 6 588. — landesherrliches J. an einem Lehensschulzengut in Mecklenburg; Eintrag ins Grundbuch? 5 617. — Recht d. Jagdberechtigten zur Tötung fremder Hunde 2 1, 105; 7 352 (2). — Recht d. Jagdberechtigten, Jagdauffseher, dem unberechtigt Jagenden das Gewehr abzunehmen 2 1, 108; 1 1, 140.

Jagdrevol 3 1, 354; 5 342.

Jagdunfall (f. unerlaubte Handlung, § 823) 3 1, 128; 5 342; 7 135, 136, 352 (Anschießen e. Treibers).

Identität. — Feststellung d. J. e. Person in öffentlichen Urkunden f. Urkunden, Testament. — Nachprüfung der J.-feststellung e. gerichtlichen Urkunde durch das Grundbuchamt 7 1031. — Prüfung durch den Grundbuchbeamten f. Eintragungen ins Grundbuch.

Idioten. — geschäftsunfähig nach § 104 Ziff. 2 BGB. 2 1, 40.

Immaterialgüterrecht. — J. als „Gegenstand“ im Sinne des § 292 BGB. 5 124. — Schutz durch Unterlassungsklage 5 67.

Inmission f. Eigentum, Inhalt des Eigentums gegenüber Einwirkungen u. Ansprüche aus dem G.; Klage wegen Weinträchtigung des Eigentums.

Immobilienfeuerversicherung f. Feuerversicherung.

Immobilienversicherung. — Umfang d. bayerischen Reservatrechts 3 1, 26, 680; 5 1142, 1143.

Immobilienvertrag f. Form d. J.-V.

Impresariovertrag. — rechtl. Natur 1 1, 393.

bei Jagd. 1—3 = Band und Seite.

Inbegriff f. Sachgesamtheit, Sondervermögen, Vermögensübernahme. — J. von Gegenständen im Sinne des § 260 BGB. 1 1, 169; 2 1, 155, 156; 4 92; 5 100. — Herausgabe e. J. von Gegenständen 1 1, 168. — dingliche Rechte an J. 1 1, 53. — J. als Gegenstand d. Vermieterpfandrechts ausgeschlossen 5 212.

Individualrechte f. Persönlichkeitsrechte.

Inoffizielles Papier f. Orderpapiere. — Vorlegung zur Berichtigung des Grundbuchs 1 1, 548.

Inhabergrundschulden f. auch Inhaberpapiere, Inhaberteilhypotheken u. -grundschulden, Schuldverschreibungen auf den Inhaber 1 1, 709; 4 366; 6 436. — staatliche Genehmigung zur Ausgabe der J.-Briefe, Prüfungspflicht des Grundbuchamts 4 254. — Anwendbarkeit der Vorschriften über Inhaberschuldverschreibungen 5 314. — Zinsscheine für auf den Inhaber lautende Grundschul- u. Rentenschuldbriefe 4 846; 7 971 f.

Inhaberpapiere vgl. Schuldverschreibungen auf den Inhaber, Aktien, Wertpapiere, Legitimationspapiere. — Schadensersatzpflicht bei rechtswidriger Ausgabe von J. mit Prämien 1 1, 446 (f. 5 315). — Inhabergrundschuldbriefe; staatliche Genehmigung 4 254; 5 314. — J. als körperliche Sachen 2 1, 28. — Anleihen auf J. 2 1, 312. — Kündigungsstermin bei Anleihen auf J. mit Tilgungsplan 2 1, 312. — Darlehen in J., Unmöglichkeit d. Rückzahlung in gleichartigen J. 2 1, 311. — Überlassung von als Anlehenobligationen bezeichneten J. durch den Darlehensempfänger zu e. bestimmten Emissionspreise an d. Zeichner (Kauf oder Darlehen?) 3 1, 244. — Zulässigkeit von Inhaber-Lagerscheinen 4 621 (f. Lagergeschäft). — Pfandrecht an J., die dem Verpfänder nicht gehören, bei gutem Glauben des Pfandnehmers; Fehlen des guten Glaubens, obwohl die Mitteilung nach § 8 BankDepG. nicht erfolgte 7 708. — Hypothek f. Forderungen aus J. 1 1, 705 f. — Vorlegung des J., Berichtigung des Grundbuchs 1 1, 548. — Bestellung eines Vertreters für die Gläubiger, dessen rechtl. Stellung 1 1, 706; 2 1, 601; 4 363; 5 442. — Pfandrecht an J. 1 1, 728; 2 1, 608; 3 1, 465. — Hypothek für Forderungen aus J.; Vorlegung des Papiers bei Eintragungen 2 2, 454. — Verwandlung der Hypothek in

(Zahberpapiere) eine gewöhnliche Sicherungshypothek durch Umwandlung des Papiers in ein Namenpapier 6 1046.

Zahberteilhypotheken und -grundschulden 2 2, 459. — Wahrung der Interessen im Konkurs u. in der Zwangsversteigerung 7 936 f.

Zahfajsbureau. — Natur d. Vertrags mit Z. 5 228, 264. — Beitreibung hoher Forderungen als "Dienste höherer Art" im Sinne d. § 627 BGB. 5 236. — Rechnungslegungspflicht 5 264. — keine Haftung d. Auftragsgebers f. Verjährung d. Forderung 5 163.

Zahfajsgiro. — verdecktes; Zulässigkeit aller Einwendungen aus d. Person d. Zahfajssantens (s. Wechsel) 4 53. f. 301

Zahfajsmandat f. Abtretung. — Z. in Form e. Zession 1 1, 301; 2 1, 252 f.; 3 1, 59, 191 f.; 4 142; 5 161. — Einrede d. Wechselschuldners bei einer Zahfajsszession 6 165 ff. — Widerruf vor erfolgter Zahlung 4 55; 7 81. — Z. oder Schuldübernahme? (vertragliche Verpflichtung d. Stadtgemeinde z. monatlichen Bezahlung aller in e. best. Krankenhaus entstehenden Verpflegungskosten an d. Krankenhausverwaltung) 5 173. — Einziehung d. Forderung e. anderen auf eigene Kosten u. Gefahr gegen Abtretung e. Forderungsteils 5 46.

Zahfajsszession (s. Zahfajss. . . . , Abtretung) 7 178. — Scheingeschäft nach § 117 BGB. (vgl. Abtretung) 6 44; 7 179. — einseitiger Widerruf d. Zedenten 7 81, 178. — z. Zweck d. Vernehmung d. Zedenten als Zeugen 7 178, 179. — Stellung d. Zedenten u. d. Zessionars nach innen u. außen 7 178. — Einwand d. mangelnden Legitimation d. Zessionars 7 178. — Zurückweisung d. Zahfajsszession nach § 157 ZPD. ? 7 770. — Unterschied von der bloßen Ermächtigung zur Prozeßführung 7 736.

Zahfajssignito. — Z.-Namen reisender Souveräne durch § 12 BGB. geschützt 1 1, 11.

Zahfajssisches Recht. — Befragung der Parteien oder Dritter über dessen Geltung 1 3, 130.

Zahfajssungen f. Zwangsinnungen, Arbeitsnachweis. — offene Handelsgesellschaft als Z.-Mitglied 4 952. — Beitritt e. Z. zu e. Kampfberein gegenüber d. Arbeiterorganisationen 4 952. — Angehen des Amts- oder des Gewerbe- ansfah des Z.-schießsgerihtes in den Fällen des § 91 GewD. 4 952. — Übergang e. Z.-strankenfasse auf d. Zwangsinnung (§ 100 l GewD.) 4 953. — Eintrag eines e. Arbeiter ausgestellten Zeugnisses in das Z.-sverbandsbuch 4 958. — Verjährung d. Z.-sbeiträge 2 1, 97. — Klagen von Z., Handwerks-

kammern, Krankenkassen, Berufsgenossenschaften gegen ihre Vorsteher; Anwendung d. § 204 BGB. 1 1, 130. — Beschluß auf geschäftliche Sperre 3 1, 48. — Z.-strankenfasse parteifähig? 6 752.

Zahfajssat f. Druckfehler, Zeitung. — Fälligkeit der Provision für Zahfajssatenauftrag 7 659 (s. Handlungsgesamt).

Zahfajssationsvertrag. — Erfüllungsort 2 1, 166.

Zahfajssanz. — Zeitpunkt der Beendigung der Z.; zuständiges Gericht für Prozeßhandlungen in der Zeit zwischen Zustellung des Urteils u. Einlegung des Rechtsmittels 3 2, 491/492; 7 777 (s. Unterbrechung).

Zahfajssante f. Gefindewesen. — Nachsuchen der polizeilichen Vermittlung vor Klage gegen die Gutsherrschaft 3 1, 679. — Anwendung des § 626 BGB. auf das Dienstverhältnis d. Z. 4 200; 5 235 (s. Scharwerkertum).

Zahfajssantesse f. Schadensersatz. — Klage auf das Z. nach § 893 ZPD. vgl. Zwangsvollstreckung zur Herausgabe von Sachen; Klage auf das Zahfajssantesse ohne vorherige Durchführung der Zwangsvollstreckung 3 2, 592; Zuständigkeit 6 923.

Zahfajssantessverbände. — nicht organisierte des preuß. G. v. 2. IV. 87; Eintragung ins Grundbuch 6 1025.

Zahfajssantess Eisenbahn-Übereinkommen v. 14. X. 90 f. Eisenbahn. — im Ausland begangene Verletzung des Art. 5; anzuwendendes Recht 3 1, 667, 668.

Zahfajssantess Privatrecht f. ausländ. d. i. f. e. s. R. e. h. t., Rückverweisung, Staatsangehörigkeit, Vergeltungsrecht. — Begriff u. Aufgaben 1 2, 323, 324; 5 603. — Stellung im System 5 604; 6 579. — Bedeutung d. Völkerrechts f. d. i. P. 5 603. — analoge Anwendung der Grundsätze des i. P. auch bei Anwendung von Landesgesetzen über vorbehaltene Materien in anderen Bundesstaaten 5 605, 611; 7 577. — innerstaatliche, den Anwendungsbereich verschiedener Rechtssysteme innerhalb des selben Staates regelnde Normen 1 2, 323, 326 (öffentliches oder privates Recht?); internationales Landesprivatrecht; Umfang seiner Fortgeltung 1 2, 391; 2 1, 765. — Verhältnis zu internationalen Vertragsträgern 1 2, 324, 341 ff. — gewohnheitsrechtliche, völkerrechtliche Kollisionsnormen 1 2, 325. — Anknüpfungsmomente für das i. P., statuta personalia (lex domicilii; lex originis) statuta realia, statuta mixta 1 2, 327. — vollkommene, einseitige, unvollständig zweiseitige Kollisionsnormen 1 2, 328; 6 579. — Lüdenausfüllung im i. P. 1 2, 329—338; 5 603, 604; 6 579, 580; 5 605. — Heranziehung d. intertemporalen Rechts z. Lüdenausfüllung 5 604; 6 579. — Fortbestehen d. örtlichen Anwendungsnormen d. früheren Landes-

rechte z. Ausfüllung d. Lücken? 6 580. — gleichzeitige örtliche u. zeitliche Kollision 1 2, 411; 3 1, 690. — das i. P. der Übergangszeit; rückwirkende Kraft der Artt. 7—30 GGWB., Verhältnis der Artt. 7—30 zu Abschnitt IV des GGWB. 1 2, 339, 340; 5 604; 6 579, 580. — räumliches Geltungsgebiet der Artt. 7—31 GGWB.; Geltung f. Konsuln u. Konsulargerichte 6 580. — Verhältnis d. Artt. 7 ff. GGWB. zu landesgesetzlichen Kollisionsnormen 1 2, 340, 341; 6 580 (2). — Anwendung der Grundsätze d. i. P. im Verhältnis d. Bundesstaaten zueinander in den den Landesgesetzen vorbehaltenen Materien 7 577. — Handhabung des i. P. im Prozeß 6 580 (f. ausländisches Recht). — das Prozeßgericht hat nach seinem Recht zu entscheiden, welches Recht anzuwenden ist 6 581. — inwiefern können die Parteien die Anwendung eines bestimmten Rechts vereinbaren 6 580. — erbrechtliche Verhältnisse von deutschen Erblassern in Rußland, Griechenland, Serbien, südafrikanische Republik, Japan u. umgekehrt 1 2, 342, 343 (f. Erbrecht). — Eheschließung f. Eherecht internationales. — Aufnahme von rechtsgeschäftlichen Urkunden durch Konsuln 1 2, 347—351 (f. Konsuln). — Stellung ausländischer Handelsgesellschaften in Deutschland u. deutscher im Ausland 1 2, 351, 352 (f. Handelsgesellschaft, Aktiengesellschaft). — Berücksichtigung des Territorialitätsprinzips durch Art. 28 GGWB.; Bedeutung des Ausdrucks „besondere Vorschriften“ 1 2, 380. — Bedeutung der Einbeziehung des Art. 27 in den Art. 28 1 2, 381. — ausdehnende Auslegung des Art. 28 1 2, 381. — Bedeutung der Staatsangehörigkeit u. ihres Mangels für das i. P. (f. diese). — mehrfache Staatsangehörigkeit u. mehrfacher Wohnsitz 1 2, 382. — anzuwendendes Recht bei vor deutschen Gerichten anhängigen Rechtsstreiten von Eingeborenen der deutschen Schutzgebiete 2 1, 761. — anzuwendendes Recht für einen Ausländer, der unter Aufgabe seines deutschen Wohnsitzes ohne Begründung eines neuen im Ausland stirbt 6 586. — örtliche Kollision bei Streit über obligatorische Verpflichtungen 3 1, 677; 6 586. — Unterwerfung unter deutsches Gericht als Unterwerfung unter deutsches Recht 5 613, 614 (Bergung in Seenot). — Vereinbarung der Anwendung eines bestimmten Rechts erstreckt sich nicht auf die Anwendung des i. P. dieses Rechts 3 1, 676.

Interventionsklage in der Zwangsvollstreckung f. Widerspruchsklage.

Inventar. — der Eltern nach § 1640 über d. Kindesvermögen f. elterliche Gewalt. — bei Annahme an Kindesstatt f. diese. —

bei Jahrg. 1—3 = Band und Seite.

des Vormunds f. Vormund. — Nachlaßinventar f. dieses. — Eigentumserwerb durch Einverleibung in e. Z. 3 1, 240. — eines Landgutes, dessen Pfandhaftung, Verminderung des Z. 1 1, 68d.

Inzidentfeststellungsklage. — rechtliches Interesse 3 2, 449; 7 791. — Antrag unzulässig nach rechtskräftigem Zwischenurteil über das streitige Rechtsverhältnis 1 3, 125. — „Abhängigkeit der Entscheidung“ von der Feststellung des Rechtsverhältnisses 1 3, 125. — Erhebung in der Berufungsinstanz 4 693. — Z.-swiderklage gegen Teilklage 6 807. — über Ungültigkeit einer durch den Tod e. Gatten bereits aufgelösten Ehe 7 792. — auf Nichtbestehen e. vom Beklagten in prozessual unzulässiger Weise aufrechennd geltend gemachten Gegenforderung 7 787, 792.

Irrenanstalt f. Privat-Irren-, Privat-Kranken-Anstalt, Geistesranke. — Wohnsitzbegründung durch Unterbringung in e. Z. 1 1, 7.

Irrtum f. a. Ansetzung (aus § 119), *condictio indebiti*, *Dissens*, Willensmängel, Eigenschaften. — Verhältnis d. Z. zur Auslegung 2 1, 50; 5 32. — Unterchied zw. Z. u. verstedtem *Dissens* 5 32; 6 48. — Z. u. Scheinerklärung 2 1, 57. — Verh. d. § 459 II zu § 119 II 1 1, 347; 2 1, 276; 4 31, 162; 5 31, 33, 193; 6 45. — Nichtanwendbarkeit d. §§ 348, 350/354 auf d. Z. des § 119 1 1, 261. — Verh. d. Z. i. S. d. § 119 z. Vergleichs-Z. d. § 779 2 1, 51. — *Rechtsirrtum* 1 1, 71; 2 1, 49, 55, 128; 3 1, 37; 5 32. — Z. über Rechtsfolgen 1 1, 71; 2 1, 49, 50; 4 31, 5 32. — Z. im *Motive* 1 1, 69, 70; 2 1, 54, 55, 56; 3 1, 36, 37; 4 31; 5 33; 6 48 f. — Z. über d. Inhalt e. Willenserklärung 1 1, 69; 3 1, 37; 4 31; 5 32. — über die Erklärungs-handlung 1 1, 70. — Beachtlichkeit d. Z. über e. Verkehrsstütze 1 1, 68; 2 1, 51 (f. diese). — Erkennbarkeit d. Z. gleichgültig 2 1, 51. — „Sache“ u. „Person“ im Sinne d. § 119 II 2 1, 53; 6 47. — über Eigenschaften der Person im allgemeinen 2 1, 56; 4 31; 5 33, 34; 6 47. — über Eigenschaften der Sache im allgemeinen 2 1, 55; 3 1, 37; 4 30, 31; 5 33, 34. — Z. über Eigenschaften der *Gattung* 2 1, 53. — Z. über wesentliche Eigenschaften; Konkurrenz d. Tatbestandes d. § 119 II u. d. §§ 434 ff. 2 1, 268. — „wesentliche Eigenschaften“ 1 1, 68 ff.; 2 1, 52, 53, 54, 56; 3 1, 36, 37; 4 30; 5 34; 6 47. — Z. über Kreditwürdigkeit, Zahlungsfähigkeit (f. diese) 1 170 f., 227, 228, 381; 2 1, 53, 56, 313; 3 1, 36; 4 31; 6 46, 48, 49. — Z. über Wesentlichkeit e. Person 2 1, 56; 4 31; 5 33. — Z. über die Geschäftsfähigkeit 2 1, 53. — Z. über d. Identität e. Sache 1 1, 70; 2 1, 53. — Z. bei der Preisberechnung 1 1, 71; 2 1,

(Irrtum)

55; 5 33; 6 48, 49. — **J.** über die Zollhöhe e. Ware 5 33. — über Marktpreis 5 33. — über die Chancen e. Geschäftes 6 49. — **J.** des Verkäufers über sein Eigentum an d. Kaufsache 1 1, 69. — **J.** über die Sicherheit e. Hypothek 4 31. — **J.** über d. Betriebskosten e. Maschine 5 33. — **J.** d. Konkursverwalters über Sutzestwillerungs-geschäfte 5 32. — **J.** des Bieters im Zwangsversteigerungsverfahen 2 1, 51. — **J.** beim Abschluß e. Versicherungsvertrags 3 1, 35, 36; 5 33. — **J.** beim Vergleich 2 1, 55; 3 1, 35; 4 35. — **J.** beim Viehkauf 2 1, 54; 3 1, 36, 37; 4 30. — **J.** des negotiorum gestor über d. Person d. Geschäftsherrn 2 1, 411, 412, 423. — **J.** des Preisrichters (§ 661) 4 216. — Auslobung irtümlich für verloren gehaltener Sachen 2 1, 394, 421. — **J.** über d. Rechtswidrigkeit 2 1, 128. — Änderung v. Rechten an Grundstücken vor Anlegung des Grundbuchs 4 547. — Anfechtung e. Invalidenversicherungsvertrags wegen **J.** 5 33.

Juden. — jüdische Religionsgemeinden in Elsaß-Lothringen 6 27. — rituelle Scheidung als Vertragsgegenstand (vgl. Ehescheidung) 3 1, 151.

Jugendliche. — gewerbliche Arbeiter s. gewerbliche Arbeiter.

Juristische Personen s. Vereine, Persönlichkeit, Staat, Gemeinde, Fiskus, Beamte, Stiftung, Korporation, Religionsgesellschaft.

Ausländische s. auch Ausländer. — Rechtsstellung ausländischer: für die Frage der Rechtsfähigkeit maßgebendes Recht 2 1, 758; 3 1, 667; 7 9, 575. — Nachprüfung der Rechtsfähigkeit der j. **P.** im Ausland seitens des inländischen Richters bei Anerkennung durch den Bundesrat 1 2, 356; 6 581. — „Heimatsstaat“ der ausländischen j. **P.** 6 582. — Zurücknahme der Anerkennung seitens des Bundesrates 1 2, 356. — Einfluß des Sitzes u. der Staatsangehörigkeit der Mitglieder auf die Staatsangehörigkeit des Vereins 1 2, 356, 357. — ausländische nicht rechtsfähige Vereine 1 2, 356. — letztwillige Zuwendungen von im Auslande wohnenden Deutschen an ausländische j. **P.** 1 2, 357. — Grunderwerb außerdeutscher idealer u. wirtsch. Vereine (Artt. 86, 88 GGWB.) 6 590. — Grundstücks-erwerb einer im Inland eine Zweigniederlassung besitzenden ausländischen Aktiengesellschaft in Preußen 1 2, 394 (s. Akt.-Gesellsch.). — Grunderwerb außerdeutscher Versicherungsgesellschaften 2 1, 771; 6 589, 590 (Preußen). — Grunderwerb von schweizerischen Vereinen im Inland 6 590.

Übergangsrecht. — nicht im Vereinsregister eingetragene erlaubte Privat-

gesellschaft des **WR.** 1 2, 412; 2 1, 781. — keine Anwendung des Art. 163 GGWB. auf vor 1900 vom Landesrecht nicht als j. **P.** anerkannte Vereine 1 2, 412. — vor 1900 zwar parteifähiger, aber keine jurist. Persönlichkeit besitzender Verein 2 1, 782. — Organisationen u. Erlöschen der vor 1900 begründeten Verbände d. Artt. 164, 165 GGWB. 6 591. — Erlöschen der vor 1900 begründeten rechtsfähigen Vereine 6 591, 592. — Erbfähigkeit bei vor 1900 gemachten Zuwendungen 1 2, 453 (s. unten Erwerbsbeschränkungen). — vor 1900 begründete, nach GGWB. nicht mehr rechtsfähige j. **P.** 6 9.

Recht des GGWB. — Begriff, Wesen, Theorien 1 1, 18 f.; 3 1, 9, 10; 4 8; 5 8; 6 6; 7 1 ff., 8 f. — stillschweigende j. **P.** 3 1, 10. — für bestimmte Zwecke dauernd festgelegtes Staatsvermögen j. **P.** 4 9. — Sammelvermögen 6 8 (s. öffentliche Sammlung). — öffentliche Gymnasien 6 9. — pfälzische Bergwerks-gesellschaften 6 9. — niederländische Gemeinden 6 9. — die verschiedenen Verwaltungsstellen des Fiskus keine j. **P.** 4 9. — kommunale Sparkassen in Preußen keine j. **P.** 3 1, 10 (s. Sparkassen). — Umfang ihrer Rechtsfähigkeit 1 1, 19 f.; 2 1, 16; 3 1, 10; 4 8 f.; 6 7. — kann sie Gesinde halten? 1 2, 397, 398. — Geschäftsfähigkeit 1 1, 25, 60; 2 1, 39; 3 1, 16; 7 9. — Handlungsfähigkeit 1 1, 20, 25, 28; 2 1, 16; 3 1, 10; 4 9; 5 8. — Delikt-fähigkeit 1 1, 28; 2 1, 18; 3 1, 15 f.; 4 11 f.; 5 8. — Notwehrfähigkeit 1 1, 139. — Straffähigkeit 3 1, 16. — Prozeßfähigkeit 7 9, 737 (ausländische j. **P.**). — Staatsangehörigkeit 6 7/8. — Wahlrecht 6 8. — j. **P.** als Aufsichtsratsmitglieder 7 9. — j. **P.** als Konkursverwalter 6 7; 7 9, 635. — j. **P.** als Träger der Stempelpflicht 6 7. — j. **P.** als Mitglieder e. Gläubigeraus-schusses 7 9. — j. **P.** als Gewerbetreibende 6 7; 7 9. — j. **P.** als Testamentvollstrecker 7 9. — Sitz 2 1, 17; 6 8. — mehrfacher Sitz? 5 7. — Anwendung d. § 29 GGWB. auf andere j. **P.** als Vereine 7 11. — wann gilt eine j. **P.** als eine ausländische? 6 8. — auf ausländischem Gebiet ihren Verwaltungsmittelpunkt besitzende j. **P.** bei Festsetzung des Statuts, daß ein deutscher Ort Sitz sein soll 6 778. — Namenschutz, Erwerb, Verlust und Änderung des Namens 1 1, 11, 40. — Verschulden 2 1, 18. — Haftung 2 1, 19; 5 8. — Organe als Vertreter? 1 1, 25 f., 101; 2 1, 17 f.; 3 1, 15. — Wagenführer e. Straßenabhanggesellschaft kein Vertreter i. S. d. § 31 GGWB. 2 1, 19. — Wagenausseher als Vertreter i. S. d. §§ 31 (89) GGWB. 1 1, 50. — Haftung für Angestellte wegen culpa in eligendo 1 1, 29. — Haftung für außerkontraffische Handlungen ihrer Willensorgane 4 293

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

(f. unerlaubte Handlung, § 831). — keine Haftung f. Schadenszufügung durch Beamte privatrechtlicher j. P. in Ausübung öffentlicher Gewalt **4 12**. — Erteilung von Generalvollmacht durch den Vorstand **5 55**. — § 530 BGB. auf j. P. unanwendbar **4 172**. — Umwandlung **3 1, 11**. — Betrieb kaufmännischer Unternehmen, Verwendung des Gewinnes zu altruistischen Zwecken **6 601**. — Zweckverband ohne Rechtsfähigkeit, rechtliche Stellung **5 11**. — Bestellung e. Pflegers für e. j. P.? **7 11, 628**. — nicht rechtsfähiger Verein als Mitglied e. j. P. **7 14**. — gesetzl. Veräußerungsverbot gegenüber j. P.; die kanonischen Veräußerungsverbote u. Art. 55 GGWB. **7 49**.

Erwerbsbeschränkungen **1 1, 185; 1 2, 394; 3 1, 14; 4 10; 6 589**. — Aufhebung des preuß. G. v. 23. II. 70 betr. die Schenkungen an Korporationen **2 1, 763**. — Grundstückswerb des Fiskus in Preußen; Nachweis der ministeriellen Genehmigung vor dem Grundbuchamt **1 2 394**. — Genehmigung d. Grundstückswerbs von Religionsgesellschaften **4 10**. — Gewerkschaften des neuen preußischen Rechts **1 2, 394**. — Knappschaftsvereine (preuß.) **3 1, 683**. — Schulgemeinden in Holstein **1 2, 394**. — Grundstückswerb kath. Kirchengemeinden in Preußen; Aufhebung des § 50 preuß. G. v. 20. VI. 75 **1 2, 394; 2 1, 770; 4 535** (v. Todes wegen). — Zusammenrechnung des Werts bei Kauf mehrerer Grundstücke (preuß. R.) **1 2, 394**. — Grunderwerb prot. Kirchengemeinden i. Preußen **2 1, 770; 3 1, 683; 4 535** (v. Todes wegen). — rheinische Landgemeinden **3 1, 683**. — unter katholisch-fürstlicher Aufsicht stehende Wohltätigkeitsanstalten **5 618**. — G. f. Zweckverbände (§§ 128 ff. Landgem.D.) in Preußen **3 1, 14**. — Beschränkungen deutscher j. P. in einem anderen Bundesstaat **6 589, 590**. — Grundstückswerb über 5000 M. seitens e. Knappschaftsverbands in Preußen **3 1, 14**. — Maßstab f. d. Wertberechnung **6 589**. — Rückwirkung der staatl. Genehmigung? **6 589**.

Er b r e c h t f. Erbfähigkeit. — öffentliche Anstalten als gesetzliche Erben **5 555**. — Privilegien der öffentlichen Anstalten als gesetzliche Erben nach altem Recht **3 1, 583**. — durch Verweigerung der staatl. Genehmigung auflösend bedingter Erbansfall **5 555**. — Erbschaftsausschlagung des Vorstands einer Kirchengemeinde in Preußen **5 556**. — erloschene oder in Liquidation befindliche j. P. erbfähig? **4 477**. — Erbschaftsansfall an j. P., Wirkung d. Verjagung d. Genehmigung **5 554, 618(2)**. — Erbfähigkeit bei Zuwendungen vor 1900 **1 2, 453**.

J u r. P e r s o n e n d e s ö f f e n t l i c h e n R e c h t s f. Beamte, Fiskus, Gemeinde,

Staat, unerlaubte Handlg. — Wesen, Begriff **1 1, 49; 2 1, 24; 3 1, 23; 4 19**. — maßgebendes Recht für die Frage, was j. P. d. ö. R. ist **7 17, 18**. — Arten **1 1, 49; 4 19; 5 15; 6 25**. — sächs. städt. Schützenkorps? **4 15**. — Fiskus **6 25; 7 18** (abweichende Entscheidungen gegen 2 verschiedene Verwaltungen desselben Fiskus). — Kirche u. Kirchengemeinde **6 26**. — jüdische Gemeinde **6 27**. — Bistümer **7 18**. — Sparkassen (f. diese) in Preußen **3 1, 10; 6 27; 7 18**. — öffentlich-rechtliche Stiftungen: Abgrenzung gegen das allgemeine Staatsvermögen **7 18**. — Volksschulen in Preußen **6 27**. — Gymnasien im Rheinland **7 18**. — Organisation, Einfluß des Landrechts **6 27**. — Anwendung des 2. Titels BGB. **6 27**. — Haftung aus §§ 31, 89 BGB. **1 1, 30, 48 ff.** — Ausschluß d. Haftung aus §§ 31, 89 durch Vertrag oder Verwaltungsanordnung **7 18**. — Ausschluß d. Haftung f. Organe durch § 1 Absf. 2 Betriebs-D. d. Kaiser-Wilhelms-Kanals (f. diesen) **7 18, 19**. — Haftung aus § 89 BGB. nur bei privatrechtlichen Beziehungen zu den Beteiligten **6 27**. — Gegensatz d. Haftung aus §§ 89, 31 BGB. und aus Art. 77 GGWB. **1 1, 52; 2 1, 25; 3 1, 25; 4 21; 5 16, 18**. — Verhältnis d. §§ 89, 31 BGB. zu den §§ 278, 831 BGB. **4 20** (f. Hilfspersonen). — Fälle der Haftung aus § 89 **1 1, 49 ff.; 6 29 ff.** — keine Anwendung der §§ 31, 89 für das Wasserrecht in Preußen **7 19, 20**. — Haftung des Staats u. d. Gemeinde in Rheinpreußen artt. 1381, 1384 e. c., Art. 89 PrWBGB.: Verkehrssicherheit der öffentlichen Straße **6 30**. — Vertreter i. S. d. §§ 31 (89) BGB. **1 1, 49, 50; 6 28; 7 19** (nicht bloß Willensorgane). — Unterschied zwischen dem verfassungsmäßig berufenen Vertreter u. dem sonst zu einer Verrichtung Bestellten; Verschiedenheit der Haftung **6 27, 28**. — Bahnbeamte **6 28**. — Baudeputation **6 28**. — Postbeamte **6 28**. — Lehrer, Schulvorsteher **6 28**. — Postbeamte **6 28** (Zwangslotse). — Haftung f. Beamte, denen die Aufrechterhaltung d. Verkehrssicherheit der Kaiserstraßen e. Hafens obliegt **7 19**. — Regimentskommandeur, Garnisonskommandant **7 19**. — Stadtgenieur **7 19**. — Direktoren d. städt. Gas- u. Wasserwerke **7 19**. — Direktor e. Gymnasiums im Rheinland **7 19**. — § 181 BGB. anwendbar **2 1, 90** (f. Selbstkontrahieren). — Nachweis des schuldigen Vertreters zur Klagebegründung nötig? **6 27; 7 19**. — Haftung der Stadtgemeinde f. e. unter ihrer Oberleitung durch e. Firma auf Grund Vertrags ausgeführte Kanalarbeitsarbeit **7 19**. — Haftung d. Gemeinde f. Verkehrssicherheit der Straßen trotz Übertragung d. nötig. Maßnahmen

(Juristische Personen)

auf e. bestimmte Person 7 19. — Haftung f. d. von e. Gemeinde als Vertreterin c. Stiftung unterhaltene Kinderarbeitschule 7 19. — Haftung e. Gemeinde bei Duldung d. Benutzung e. Steges 7 19. — Unfall durch d. Verkehr d. Posthandwagen auf den Bahnsteigen 7 20. — Haftung d. Deutschen Reichs f. Unfälle auf den von ihm unterhaltenen öffentlichen Wasserstraßen 7 20. — Haftung d. Gemeinde für Turnunfälle in Volksschulen 7 20. — Haf-

tung d. bayerischen Staats f. Verschulden der Staatsbaubeamten 7 20. — Anwendung des Art. 77 GGWB. bei falscher Auskunft e. Sparassenbeamten über das Guthaben e. Mitgliedes 7 20 (f. Beamte). — kirchenrechtl. Veräußerungsbeschränkung 7 580 (f. religiösi); Fortdauer d. Bestimmungen des Landesrechts, die eine besondere Form für Willenserklärungen vorschreiben? 7 579.

ius offerendi f. Ablösungsrecht.
ius tollendi f. Wegnahmerecht.

A.

Abarett. — polizeiliche Genehmigung (§ 33 a GewD.) 4 933.

Abel. — auf fremden Grundstücken 2 1, 32. — R. einer elektrischen Leitung als Hausbestandteil 4 24 (f. Bestandteil).

Kaffeewirtschaften f. Gastwirtschaft. — als Schankwirtschaften nach § 33 GewD.? Konzeption? 4 928.

Aähne. — Vermieten v. Aähnen; gewerbe-polizeiliche Erlaubnis nötig? 4 937.

Kaiser-Wilhelms-Kanal. — Mißbrauch der Monopolstellung des Kanalamtes 1 1, 52; 5 45. — Ausschluß der Haftung f. d. Organe (§§ 31, 89 BGB.) durch § 1 Abs. 2 d. Betriebsordnung? 7 18, 19, 55, 342 (Ungültigkeit der Betriebsordnung), 701. — Rechtsnatur des Vertrags über Durchschleppung e. Schiffes durch d. Kanal 7 702. — steht dem Zwangsloisen oder dem Kapitän die Entscheidung darüber zu, ob im R. mit oder ohne Schlepper gefahren werden soll? 7 695.

Kammer für Handelsfachen f. Zuständigkeit.

Kammergericht. — Zuständigkeit f. d. weitere Beschwerde gegen Zurückweisung d. Vereinsanmeldung durch d. Registergericht 2 1, 22; 3 1, 19, 20 (vgl. Beschwerde, Zuständigkeit).

Kapital f. Kaufkapital, Zins. — Begriff 3 1, 76. — Kündigung e. infolge unpünktlicher Zinszahlung kündbar gewordenen R. 2 1, 81, 201; 3 1, 145.

Karikatur. — Schutz gegen R. (vgl. Bild) 7 7, 1157. — R. als Warenzeichen 7 7.

Kartelle (vgl. unerlaubte Handlungen, §§ 823, 826, Syndikat, Monopol, gute Sitten) 1 1, 472, 483; 2 1, 400; 3 1, 352, 359, 360; 4 229, 284; 6 317; 7 289. — Kündigung eines R.-Vertrages 2 1, 440. — Kartellorganisationen als wirtschaftliche Vereine 3 1, 12. — R. und § 138 BGB. 11, 85; 21, 67; 3 1, 45. — Pflicht des beteiligten Industriellen, bei Veräußerung seines Betriebes seinen Nachfolger zu binden? 6 72. — Konkurrenzverbot im Kartell 3 1, 46; 7 67 (bei Übertragung d. Geschäftes auf den Sohn d. Verpflichteten).

— Bindung d. Geschäftsnachfolger durch d. R.-Vertrag 7 100. — R.-Vertrag mit Strafbede ohne Bestimmung d. Bezugsberechtigten 7 145. — mangelnde Bestimmtheit d. Destinatar's e. Vertragsstrafe (f. diese) 7 289. — Übergang d. R.-Pflichten auf die Singularerben 7 292.

Karussell. — Haftung d. Karussellbesizers für e. gegen seinen Willen Aufgestiegenen 7 140. — Haftung f. Unfälle; Einwand d. polizeilichen Genehmigung 7 348. — Sorgfalt b. Auswahl d. Angestellten 7 370.

Kassageschäfte f. Differenzgeschäfte, Spiel, Börsentermingeschäft. — R. als Spiel (Ausschluß der Effektivlieferung u. Verabredung, daß d. Käufer es durch Gegengeschäft mit dem Verkäufer an einem späteren Tage zum Tageskurse abwickeln dürfe; Einfluß d. Stundung d. Kaufpreises; Vereinbarung einer Provision für die Kreditgewährung durch Prolongation) 4 238, 239 (f. 2 1, 449); 7 1181. — Differenzspiel trotz Form des Kassageschäftes 2 1, 449; 3 1, 304; 5 285; 7 1181, 1182 (2). — R.-Kontogeschäft 3 1, 304; 4 239; 7 1175, 1177. — Groß-R. in Montanpapieren 3 1, 304; 4 239; 7 1181. — widerspricht d. Stundung der Abnahme u. der Zahlung bis ultimo u. dann fortlaufend bis zur Erteilung des Verkaufsauftrages dem Charakter des R.? 5 284. — Stempel-pflicht bei Hinauschiebung d. Erfüllung per ultimo 7 1178.

Kassatorische Klausel. — vorbehaltlose Annahme verspäteten Mietzinses als Verzicht auf die f. Rl. 1 1, 263. — im Versicherungswesen 3 1, 173. — Beweislast bez. d. Vorbehalts der Rechtsverwirkung 3 1, 173.

Kassenarzt. — Behandlung e. Kassenkranken durch Nicht-R. keine negotiorum gestio 5 271. — § 627 BGB. auf die Dienste des R. unanwendbar 3 1, 262.

Kassenscheine f. Banknoten. — als bares Geld 2 1, 124. — Pflicht z. Annahme 1 1, 15.

Seite Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

Raffenschrant f. Schrantfach.

Kataloge. — Schweigen auf Übersendung 2 2, 199 (f. Stillschweigen).

Kataster f. Grundstück, Bezeichnung im Grundbuch.

Kauf f. Abruf, Abzahlung, Abnahmepflicht, Abnahmeerzug, Ankauf, Barkauf, clausula rebus sic stantibus, Deckungsauf, Gattungsauf, Handelskauf, Preis, Selbsthilfeverkauf, Sicherungsauf, Spezifikationskauf, Sutzesslieferungsgeſchäft, Verſendungskauf, Viehkauf, Handelskaufeln.

Allgemeines. — Grenzbestimmung zw. K. u. Werkvertrag 2 1, 268; 3 1, 266.

— Lieferung von Gegenständen mit Verpflichtung z. Montage 2 1, 268, 374.

— Lieferung von Herden gewöhnlicher Art, wenn auch mit besonders festgesetzten Eigenschaften, Werkvertrag oder K.? 6 183.

— K. e. Automobils inkl. Fahrenlernen 5 188.

— Übernahme der Pflicht zur Erbauung einer „Villa“ auf dem gekauften Grundstück, Anslegung 6 56.

— K. oder Werklieferungvertrag? 1 1, 399; 2 1, 385 ff; 4 209. — K. oder Pacht? 3 1, 240.

— Verb. d. Arbeitsvertrags zum K. 2 1, 316, 320 ff. — auf längere Zeit geschlossener, den Vertrieb der Ware des einen Teils bezweckender Vertrag K. oder Gesellschaft? 6 183.

— Diskontierung e. Wechsels als Kauf 6 183, 186. — Klausel „netto Kaſſe gegen Konnoſſement“ 4 158 (f. Handelskaufel).

— K. mit der Klausel „Aufgabe des Käufers vorbehalten“ (§ 331) 1 1, 251.

— Verkauf v. Kohlen „ohne bahnamtliche Verwiegung“ 2 1, 268.

— K. mit Umtauschklausel 1 1, 356; 5 102, 149, 201; 6 202. — K. mit Vorbehalt d. Wahl zw. verschiedenen Sorten als Wahlschuldverb. 3 1, 112.

— K. mit Einräumung d. Wahlrechts bez. d. Zahlungsart 5 103.

— Verkauf von Waren auf Vorg u. z. Wiederverkauf 4 158.

— Zufendung unbestellter Waren (f. diese) zur Ansicht als Vertragsantrag 1 1, 90 f.

— Vertretung der Kontrahenten durch dieselbe Person 1 1, 117 (f. Selbstkontrahieren).

— Verkäufer: der für Rechnung, aber nicht im Namen e. Dritten Verkaufende 6 183 (2).

— wirtschaftlich bloßer Vermittler e. Güterumsatzes als Verkäufer 6 183.

— Nichtigkeit e. K. wegen Unmöglichkeit d. Vertragsleistung 3 1, 151; 4 118, 158; 5 126.

— Zahlungsweigerung wegen falscher Lieferung des Spediteurs, Schadenersatzanspruch d. Verkäufers 5 89.

— Begründung v. Unterlassungspflichten im K.-Vertrag 5 187.

— Gerichtsstand für d. K.-Klagen 5 105, (f. d. K.-Feststellungsfrage 3 1, 117 (f. Gerichtsstand)).

— Verschiedenheit des Erfüllungsortes f. d. Übergabepflicht des Verkäufers u. f. d. Abnahmepflicht d. Käufers beim Verſendungskauf 1 1, 340; 3 1, 213; 7 194.

— Bedeutung

d. örtlichen Rechts d. Verkäufers für seine Pflichten 7 196.

— Erfüllungsort d. Zahlungsverpflichtung 6 185.

— anzuwendendes Recht bei K.-Vertrag mit einem im Ausland wohnenden Verkäufer 3 1, 676, 677.

— Mangelhaftigkeit d. Ware begründet teilweise Unmöglichkeit 3 1, 125.

— Nichtzustandekommen d. Vertrags wegen vorbehaltener Einigung über d. Zahlungsweise 7 195.

— Leistungsverzug durch Lieferung e. fehlerhaften Sache 3 1, 219.

— K. unter d. Resolutivbedingung des Rücktritts 2 1, 81.

— Rücktritt d. Verkäufers aus § 454 1 1, 344.

— Rücktritt des Verkäufers nach teilweiser Erfüllung (Übergabe des Grundstücks ohne Auflassung) 6 188.

— Rücktritt des Verkäufers nach teilweiser Erfüllung im Fall des § 454 7 199.

— analoge Anwendung d. §§ 433, 444 bei Zession der Rechte aus e. gegenseitigen Vertrage gegen Übernahme d. aus d. Vertrag sich ergebenden Pflichten 3 1, 214.

— keine analoge Anwendung d. § 439 auf d. Bestellung e. Darlehenshypothek 2 1, 271.

— Unanwendbarkeit d. §§ 433 u. 451 auf den Verkauf e. Forderung samt dem dafür bestehenden Pfändungspfandrecht 2 1, 266, 273.

— § 433 auf d. Verkauf e. Forderung samt d. dafür bestehenden Pfändungspfandrecht nicht anwendbar 1 1, 266.

— Anwendung d. § 254 auf das Verh. zw. Käufer u. Verkäufer 5 98; insbesondere Pflicht z. Deckungsauf? 4 86.

— Haftung des Ladeninhabers aus d. K.-Vertrag (§ 278) 5 120.

— analoge Anwendung des § 932 BGB. bei K. eines Rechtes 6 183.

— Erstattungsanspruch des noch nicht Eigentümer gewordenen Käufers gegen den die Kaufsache auf dem Transport schuldhaft beschädigenden Dritten 3 1, 342.

— Verkauf an den Vertreter eines noch zu benennenden Dritten e. für den Fall der Nichtgenehmigung an den Vertreter selbst 6 183 (f. 1 1, 251).

— Beweislast bez. d. vertragsmäßigen Beschaffenheit der Ware 2 1, 267; 7 193 (f. unten Gewährleistung).

— Beweislast bez. auf Zahlung flugenden Verkäufers e. individuell bestimmten Sache für das Vorhandensein e. zugesicherten Eigenschaft 6 184.

— Beweislast bez. nach § 463 Schadenersatz verlangenden Käufers für d. Mangelhaftigkeit der gelieferten Sache 6 184 (2).

— „Abnahme“ 1 1, 340; 2 1, 267; 3 1, 212; 4 156 f., 158.

— Abnahme u. Ablieferung (f. diese und Frachtvertrag) 3 1, 211; 4 157.

— Abnahme u. Übergabe 3 1, 212.

— Abnahme u. Annahme 4 158.

— Retentionsrecht d. Käufers bez. d. auf Grund e. nichtigen Vertrages übergebenen Grundstücks wegen der Anzahlung 1 1, 183.

— Retentionsrecht bei K. 7 196.

— Nachbesserungsrecht d. Verkäufers 1 1, 345,

(Kauf)

347, 348; 2 1, 275; 3 1, 86, 218; 4 70, 162, 163; 6 191. — Nachbesserungsanspruch d. Käufers 1 1, 345, 347; 2 1, 275; 4 70, 162, 163; 5 191, 192. — Begriff d. arglistigen Verschweigens d. §§ 476 ff. 2 1, 283; 3 1, 221; 4 165; 5 196, 197. Gegenstand. — Verkauf e. fremden Sache; Rücktritt bei Untergang der Sache; Ausschluß der Haftung wegen mangelnden Rechtes 2 1, 268; 5 90; 6 181. — Verkauf e. fremden Sache als Fall des § 308 Abs. 1 BGB. 2 1, 209. — Verkauf d. e. Bank von e. Kunden zur Sicherstellung übergebenen Waren durch d. Kunden auf Rechnung der Bank; Haftung der Bank als Verkäuferin? 6 189. — Verkauf f. fremde Rechnung, bei dem der Verkäufer nur e. Provision verdienen will 6 183. — R. stehender Früchte 2 1, 31. — ausländische Ware; deren Einfuhr verboten ist 2 1, 762; 3 1, 677. — elektrische Energie 1 1, 339; 3 1, 210, 230; 7 193 (s. Elektrizität). — Zeitungsabonnent als R. 1 1, 339; 3 1, 213; 5 187 (s. Zeitung). — Subskript. auf Lieferungsverträge als R. 5 187. — Geschäftsstundenschaft 4 158, 161; 5 187 f.; 6 183, 189. — Geschäftsgeheimnis 4 158. — R. ganzer Handelsgesellschaft 6 196, 197. — Zimmervermietungsgehalt 6 182, 189. — Werlieferungvertrag (s. diesen) als R. 3 1, 210. — Gaslieferungsvertrag (s. diesen) als R. 1 1, 343; 2 1, 272; 6 182; 7 193. — Verkauf e. Zeitschrift 7 194. — unbeschränkte Übertragung e. Patentrechts, Übertragung der Nutzung 6 183, 189 (s. 4 160). — Versprechen, dem anderen gegen Zahlung e. bestimmten Summe ein Patent zu übertragen bei Nichtübernahme e. Verpflichtung z. Zahlung seitens d. Gegners 6 183, 288. — Bestimmbarkeit der Menge der verkauften Ware durch den Bedarf des Käufers 6 183. — Gebrauchsmuster; Mangel der Neuheit; Gebrauchsmuster, dessen Entstehung objektiv unmöglich 7 1134. — Emballage als Gegenstand des R.-Vertrags 6 184 (s. Verpackung). Preis s. diesen. — R. zu angemessenen Preis 1 1, 234; 2 1, 214; 4 122. — Beweislast bei Klage auf d. angemessenen R.-Preis 1 1, 340; 2 1, 214, 266; 3 1, 211. — vereinbarter R.-Preis nicht notwendig, der auf e. Summe bestimmte R. 1 1, 339. — Preisabrede u. stillschweigende Vereinbarung e. R. 3 1, 211. — Bestimmung d. Preises durch Ansaß e. Einkaufspreises zuzüglich e. Provision 4 635 (s. 4 158). — Nichtzustandekommen d. Vertrags wegen vorbehaltener Einigung über die Zahlungsweise 7 195. — Stundung des Preises 1 1, 344; 2 1, 273. — Stundung d. Preises seitens des hierzu nicht bevollmächtigten Vertreters d. Verkäufers 6 182. — Vereinbarung d. Zahlung durch Akzept als

Stundung, Folgen der Nichtausstellung d. Akzeptes (s. Wechsel, Stundung) 5 188; 7 668. — Beweispflicht d. Käufers bez. e. behaupteten Preisstundung 1 1, 98; 2 1, 273; 5 188; 7 194 (s. Beweislast). — Vereinbarung d. „Leistung d. Anzahlung bei Auflassung“ 7 195. — Teil des Kaufpreises oder Zuwendung, um den Verkäufer für die Kaufunterhandlung günstig zu stimmen (s. Form d. Immobilienvertrags) 7 196. — Irrtum über Berechnung d. Preises (s. Irrtum) 2 1, 55. — Vereinbarung d. Verrechnung e. Teils d. R.-Preises auf e. anderen Kauf bei Nichtzustandekommen dieses letzteren Kaufes 7 194. — Bestimmung d. Zahlung d. Kaufpreises an e. Dritten (§ 328) 4 128. — Behauptung d. auf Zahlung verklagten Käufers, daß d. Verkäufer d. Ware vereinbarungswidrig dem Dritten ohne Zahlung ausgehändigt habe 7 793. — Fälligkeit d. Preises bei Distanzgeschäft 1 1, 178. — Klage auf Rückgabe einer dem Käufer als Kaution f. Erfüllung gewisser Garantien gestundeten R.-Preisrate 7 786. — kein Recht z. Verweigerung d. Zahlung wegen e. im Grundbuch stehenden geringfügigen Domänenrente 3 1, 158. — Zurückhaltung des Preises bei vertragswidrigem u. schädigendem Verhalten des Verkäufers 4 101. — Erfüllungsort f. d. Rückgewähr d. sine causa gezahlten R.-Preises 1 1, 177. — vertragl. Versteigerungsrecht d. Verkäufers e. Grundstücks f. d. F. der Nichtzahlung des Preises 2 1, 229. — Beweislast bei behaupteter Warenübernahme zahlungshalber 3 1, 175. — Zuschlag z. Selbstanschaffungspreis als R.-Preis bei e. Lieferungsgehalt auf eigene Rechnung 4 158. — Ermittlung d. Preises bei nachmals eingestellter Börsennotierung 6 71/72, 95. — Leistungen in partiarischer Form neben dem R.-Preis 6 183. — Verzinsung d. R.-Preises 1 1, 343; 2 1, 273; 3 1, 215. — Beweislast bez. d. Beginns der Verzinsung des R.-Preises 3 1, 215. — Beginn der Verzinsung 7 662. — Vereinbarung der Zahlung d. Kaufpreises auch bei Mängeln der Ware unter Vorbehalt späterer schiedsgerichtlicher Entscheidung; Einrede der Arglist gegenüber der Kaufpreisklage? 6 185. Pflichten des Verkäufers. — Pflicht d. Verkäufers z. Übergabe 1 1, 339; 6 182. — Übergabe u. Ablieferung 3 1, 211. — Erfüllungsort f. d. Übergabepflicht 1 1, 340; 6 182; 7 196. — Ablieferung u. Ankunft der Ware 3 1, 213; 6 182. — Pflicht des Verkäufers z. Verschaffung d. unmittelbaren tatsächlichen Gewalt 1 1, 339. — Pflicht z. Rechtsverschaffung 2 1, 266, 269. — Eigentumsverschaffung 2 1, 265, 269; 5 186, 187; 6 184. — Klage auf Übertragung des Eigentums; Klage

antrag, Zwangsvollstreckung **1 3, 306, 307; 3 2, 435; 5 786.** — Untheilbarkeit d. Pflicht z. Besitz u. Eigentumsverschaffung **2 1, 266.** — Aufbewahrungspflicht d. Verkäufers bez. d. R.-Sache **3 1, 212.** — keine Vorleistungspflicht d. Verkäufers bei e. Pflanzgeschäft durch nachträgliche Vereinbarung d. Wareneigentums **1 1, 226.** — vertragl. Haftung des Verkäufers f. verkehrssichere Beschaffenheit d. Verkaufsräume **5 188.** — Haftung aus §§ 276, 278 bei vertragswidriger Lieferung **5 188** (s. Hilfspersonen). — Pflicht des einen Kur Verkaufenden, die Umschreibung im Gewerkebuch zu beantragen? **6 182.** — Auskunftsspflicht d. Verkäufers; erfolgter Abschluß d. R. im § 444 vorausgesetzt **2 1, 271;** „rechtl. Verhältnisse“ **1 1, 342;** Erstreckung auf Mietverträge u. Pachten **5 189.** — Recht d. Käufers auf Urkundeneinsicht **1 1, 342.** — Pflicht d. Verkäufers, bei Kassakäufen dem Käufer vor Abnahme u. Zahlung e. Untersuchung zu gestatten; Einfluß von schon vor Orderteilung erfolgten Probeziehung **6 184.**

Pflichten des Käufers. — Abnahmepflicht: Erfüllungsort **1 1, 175, 176, 340; 3 1, 213; 5 105.** — Fälligkeit der Abnahmepflicht **4 157.** — Abnahmepflicht selbst Verpfl. des Käufers (§ 326)? **1 1, 242; 2 1, 220; 3 1, 117** (s. unten). — Abnahmepflicht d. Käufers: selbständig lagbar **1 1, 340; 2 1, 267; 3 1, 211, 212.** — Abnahmepflicht mit der Lieferungsspflicht nicht in synallagmat. Zusammenhang **2 1, 220, 267.** — Abnahmepflicht nach Treu u. Glauben auszulegen **1 1, 340; 3 1, 212.** — Abnahmepflicht auch bei Immobilien? **3 1, 212; 5 187.** — Einfluß d. Klauseln, „franko Schiff oder Waggon X“ auf die Abnahmepflicht d. Käufers? **6 185.** — Abnahmepflicht für die Festlegung d. Streitobjektes als Nebenverpflichtung **3 1, 213.** — Wahl des Verkäufers zwischen Hinterlegung, Selbsthilfeverkauf u. Vollstreckung d. Urteils auf Abnahme nach § 887 ZPO. **1 3, 301.** — Zahlungsverzug u. Abnahmeverweigerung **1 1, 203; 2 1, 202, 202.** — Abnahmeverzug **1 1, 203; 2 1, 202; 3 1, 147 ff., 157; 5 187, 340.** — Abnahme-Schuldnerverzug u. Abnahme-Gläubigerverzug **2 1, 211; 3 1, 211 f.; 4 157.** — Abnahmeverzug, Anwendbarkeit des § 326 **1 1, 242; 2 1, 220, 267 f.; 3 1, 117, 161, 211, 212; 4 125; 5 142.** — Abnahmeverweigerung wegen Mangelhaftigkeit der Sache **4 157.** — Verpflichtung d. Käufers z. Entgegennahme d. Auflassung **2 1, 268.** — Annahmepflicht bei Mehrsendung **1 1, 152.** — Erstattung der Fracht seitens d. Käufers an den Verkäufer beim cif-R. wegen Untergang des Schiffes **5 188.** — Pflicht z. Verkündigung d. Verkäufers bei Zufendung e. falschen Ware **2 2, 217.**

Gewährleistung wegen Män-

gel im Rechte. — Konkurrenz d. Tatbestandes d. § 119 II u. d. §§ 434 ff. **2 1, 268.** — Pflicht des Verkäufers e. Grundstücks, das Grundstück frei von privatrechtlichen Lasten zu übergeben **6 71.** — Verkauf e. Hauses, auf dem ein Stockwerkseigentum lastet **7 196.** — zugunsten e. Dritten zur Erhaltung d. Rechts auf Auflassung eingetragene Vormerkung gegenüber e. schon früher eingetragenen, gleichen Vormerkung für den Käufer; Pflicht des Verkäufers zur Löschung der ersten Vormerkung **6 185; 7 196.** — keine Pflicht z. Befreiung d. gesetzlichen Eigentumsbeschränkungen **5 188; 6 185; 7 196.** — Übergang des Anspruchs auf Befreiung nicht übernommener Lasten in e. Schadensersatzforderung **5 188.** — Haftung d. Verkäufers bei Verkauf e. Grundstücks „mit allen Rechten u. Lasten“ für e. nicht übernommene Grunddienstbarkeit **6 185.** — Befugnis der Baupolizei, Befreiung e. baulichen Anlage zu verlangen, „kein Recht“ im Sinne d. § 434 **3 1, 213.** — der Polizei im Interesse des Gemeinwohls zustehende Befugnisse als Recht Dritter nach § 434? **6 185** (s. unten Sachmängel). — privatrechtliche Baubeschränkung **7 196.** — Haftung f. Existenz e. Forderung beim R. e. Patents mit Übertragung e. Forderung **3 1, 213.** — Verkauf e. mit e. Last behafteten Handelsvermögens **3 1, 213.** — Haftung d. Verkäufers aus § 434 bei Verkauf e. mit e. Zubußerückstand belasteten Kuxes **2 1, 269.** — Verkauf e. an eine Aktiengesellschaft verkauften, aber noch nicht aufgelassenen Grundstücks seitens d. Konkursverwalters der A.-G.; vom noch eingetragenen 1. Verkäufer eingeräumte Dienstbarkeit **7 196.** — Belastung d. verkauften Grundstücks seitens d. Verkäufers in der Zwischenzeit zw. Kaufabschluß e. Eintragung mit e. Dienstbarkeit, Möglichkeit oder Unmöglichkeit d. Befreiung d. Belastung; Belastung als teilweise Unmöglichkeit **7 198, 199.** — Übergabe löschungsfähiger Quittung über d. nach §§ 434, 435 z. löschenden Hypotheken bei der Auflassung genügend **1 1, 340.** — Befreiung e. für d. Käufer selbst eingetragenen Rechts **3 1, 213; 4 158.** — Befugnis der Polizeibehörde, Befreiung e. baulichen Anlage zu verlangen **3 1, 213** (s. **6 185, 189**). — „öffentliche Lasten“ i. S. d. § 436 Deichkastenbeiträge **1 1, 341; Wege- u. Brückenlasten 1 1, 341; Anliegerbeiträge 5 189; 6 186; Patronatslasten 1 1, 341; 6 186; Baubeschränkungen 1 1, 341; 2 1, 269; 5 188; 7 196 (2), 197 (B.-B. bei Lage im Uberschwemmungsgebiet).** — nicht „öffentliche Lasten“ i. Sinne des § 436; Domänenzins **7 196; Erbpachtkanon 1 1, 341; Rentenbankrenten 1 1, 341; 7 195;**

(Kauf)

Grundsteuerentschädigungsrente **3 1, 213, 4 158**; Kanalisationsbeiträge **7 197**. — Rückstände von öffentlichen Lasten **7 196**. — Befreiung d. Verkäufers von d. Haftung f. d. Vorhandensein öffentl. Lasten **2 1, 269**. — Übernahme von Rentenbankrenten durch d. Käufer **7 195**. — Tragung d. Wertzuwachssteuer durch d. Käufer **7 195**. — Haftung gegenüber d. Theater- (Konzert- usw.) Billetthinhaber bei Veränderung oder Ausfall d. Vorstellung **3 1, 213**. — Haftung des Forderungsverkäufers f. nomen verum: Verschaffungsspflicht im § 437? **2 1, 269**. — maßgebender Zeitpunkt f. d. Haftung aus § 437 **3 1, 214**. — Gerichtsstand f. d. Gewährleistungsfrage aus § 437 **1 1, 341**. — „rechtl. Bestand“ im § 437 **2 1, 269**. — Nichtigkeit d. Verkaufs e. nicht existierenden Forderung wegen Unmöglichkeit? **1 1, 341; 2 1, 169; 6 186 (2)**. — Kompensabilität d. Forderung als Rechtsmangel **1 1, 341**. — Erstredung d. Haftung aus § 437 auf Nebenrechte d. Forderung **3 1, 214**. — Verschiedenheit d. Haftung bei Abtretung e. Forderung „erfüllungshalber“ oder „an Erfüllungstatt“ **6 186**. — Haftung bei Wechseldiskontierung **6 186**. — Bürgerschaftscharakter d. Haftung a. § 437 BGB.? bloß subsidiäre Haftung? **7 197, 198**. — nachträgl. Abtretung des die abgetretene Forderung betreffenden Gewährleistungsanspruchs **4 146, 158**. — Haftung bei Übergabe von „Rundenwechseln“ nach § 437 **5 189**. — Abtretung des die abgetretene Forderung betr. Gewährleistungsanspruchs ohne die Forderung selbst **7 197**. — Haftung des Forderungsverkäufers für nomen bonum: Übernahme d. Haftung f. d. Erfüllung d. Schuld seitens d. Zedenten d. Zessionar gegenüber **1 1, 341**. — Abtretung e. Forderung an Erfüllungstatt mit Garantie d. Zahlungsfähigkeit d. Drittschuldners **2 1, 231, 270**. — Zusicherung d. Güte e. abgetretenen Hypothek **2 1, 270; 6 186**. — Übergang d. Gewährleistungsanspruchs i. F. e. weiteren Zession **2 1, 270; 5 165; 7 197**. — analoge Anwendung d. für Zusicherung von Eigenschaften bei körperlichen Sachen gegebenen Vorschrift bei Haftung für nomen bonum **6 186**. — Voraussetzungen für Annahme einer Haftung für nomen bonum **6 186**. — Anwendung der §§ 434, 437 bei Veräußerung noch nicht voll einbezahlter Geschäftsteile e. GmbH. **7 196**. — Anwendung d. § 437 bei Verkauf nichtiger Forderungen (Spielschulden als solche; Anspruch aus ungültigem Börsentermingeschäft) **7 197, 198**. — für die Haftung d. Verkäufers e. Forderung nach § 437 maßgebender Zeitpunkt **7 197**. — Anwendung des § 437 bei Einziehung der Forderung

durch den Verkäufer der Forderung selbst **7 197**. — Anwendung d. § 437 BGB. bei Kenntnis nur eines v. mehreren Rechtsmängeln der Forderung **7 197, 198**. — Anwendung d. § 437 bei Verkauf e. bestehenden, aber nicht übertragbaren Forderung **7 198**. — keine Haftung für e. aus Fahrlässigkeit verschwiegenen Rechtsmangel bei Verkauf e. Rechtes „ohne Gewähr“ **7 198**. — Übernahme d. Haftung f. e. zederte Hypothek nur bis zu einem bestimmten Tag **7 198**. — Übernahme d. Haftung für Güte u. Einbringlichkeit e. erst nach Jahren fälligen Forderung **7 198**. — Pflicht d. Verkäufers e. Hypothek, Käufer die schon erfolgte Kündigung d. Hypothek mitzuteilen **7 198**. — Pflicht d. Verkäufers z. Streitverkündung an den für eine Entwehrung einstehenden Verkäufer **7 198**. — maßgebender Zeitpunkt f. d. Kenntnis von Rechtsmängeln **1 1, 341; 2 1, 270; 7 197**. — Irrtum über die rechtl. Tragweite d. Rechtsmangels **1 1, 342; 6 187** (Glaube an die Unbegründetheit der vom Dritten erhobenen Eigentumsansprüche). — Rechtsmängel: Kenntnis d. Käufers: von e. Dienstbarkeit **3 1, 214**; von einem obligatorischen Verkaufrecht **1 1, 341**; Art der Kenntniserlangung gleichgültig **1 1, 341**. — Auslegung des § 439 II **2 1, 270**. — Vertretbarkeit d. Hypotheken auch b. Verkauf e. bewegl. Grundstückszubehörs **3 1, 214; 4 158**. — Pflicht z. Veseitigung rückständiger Real-lasten **1 1, 342**. — Mangel d. Eigentums als Rechtsmangel d. § 439 **2 1, 270; 4 159; 6 187**. — Begriff d. „Belastung“ nach § 439 **6 187**. — Coition der verkauften Sache **1 1, 342; 3 1, 214; 5 189**. — Pflicht d. Verkäufers z. Ersatz d. Kosten des Entwehrungsprozesses an den unterlegenen Käufer **6 185; 7 198**. — Nichterfüllung d. Gewährleistungspflicht wegen Rechtsmangel; Anwendbarkeit d. §§ 325, 326 **2 1, 271; 3 1, 214; 6 187**. — einseitiges Rücktrittsrecht d. Käufers **4 127**. — Ersatzansprüche d. Verkäufers bez. der durch ihn amortisierten Hypothekenbeträge **5 188**. — Beweislast bez. e. Rechtsmangels **1 1, 342; 4 159**.

Übergab e. — „Übergabe“ i. Sinne d. § 446 **1 1, 342; 2 1, 271**. — G. bei bedingtem R. **1 1, 343; 2 1, 272**. — bei e. Gaslieferungsvertrag **2 1, 272; 7 199**. — beim Weinverkauf **2 1, 272**. — Lasten i. Sinne d. § 446 **3 1, 214** (Feuerversicherungsprämie); **6 187** (Nießbrauch, Grunddienstbarkeiten, Verkaufszrecht). — Tragung der Zinsen v. bloß vorgemerkten Hypotheken durch den vor Übergabe eingetragenen Käufer **1 1, 343**. — Doppelverkauf derselben Sache **1 1, 342; 2 1, 272; 5 189**. — G. beim Verfeudungskauf **1 1, 343; 5 189**. — Anwendung d. § 447 auf

Gattungsschulden **6 188, 189.** — Einfluß d. Mangelhaftigkeit d. Ware auf d. **6 189.** — Ausschcheidung d. geschuldeten Gattungssache als Voraussetzung d. **6** nach § 447 **2 1, 272.** — § 447 beim Transport innerhalb desselben Ortes **1 1, 343; 2 1, 273; 7 199.** — § 447 bei vorzeitiger Auslieferung d. verkauft. Sache **5 189.** — Anwendung d. § 447 Abs. 1 bei Transport durch e. Angestellten des Verkäufers? **6 187, 188.** — Ordnungsmaßigkeit d. Verpackung **7 199.** — **6** bei Frankolieferung nach e. anderen Orte mangels e. gesetzl. oder vereinbarten Erfüllungsortes **1 1, 177.** — Abweichung von der Anweisung d. § 447 II **1 1, 343.** — Beweislast i. **7.** d. § 447 **1 1, 433; 3 1, 214.**

Verkauf mit Eigentumsvorbehalt s. diesen. — § 455 nur auf bewegliche Sachen anwendbar **7 200.** — keine Anwendung des § 455 BGB. bei Übertragung e. Geschäftes als Ganzes **7 200.** — Verabredung e. Eigentumsvorbehalts im voraus in Form e. allg. Geschäftsbedingung **5 190.** — **E.**-Vorbehalt an verbrauchbaren Sachen **6 188; 7 201.** — Leihmübelvertrag (s. diesen u. Zwangsvollstredung) **7 199, 200.** — **E.**-Vorbehalt d. Lieferanten e. elektrischen Lichtanlage **1 1, 344.** — d. Verkäufers mehrerer Gegenstände zu e. Gesamtpreise **5 190.** — **E.**-Vorbehalt d. Verkäufers e. „Geschäfts“ **2 1, 273; 3 1, 215; 7 200;** e. Lotterieloses **1 1, 344;** e. Pferdes **5 189.** — **E.** bei Stoffsüßlieferungen in der Weise, daß das Eigentum an Stücken der 1. Lieferung auch bis z. Bezahlung späterer Lieferungen vorbehalten wird **7 200.** — nachträglich vereinbarter **E.**-Vorbehalt **4 159.** — kein Verlust d. Eigentumsvorbehalts durch Verfolgung d. Anspruchs auf Preiszahlung **4 159.** — Anmeldung d. Kaufpreises im Kontos d. Käufers als Verzicht auf d. **E.**-Vorbehalt? **6 188.** — Wahl d. Kontosverwalters nach § 17 **R.D.,** wenn d. Gemeinschuldner d. unter **E.**-Vorbehalt erlangten Sachen noch nicht bezahlt hat **7 200.** — Gefahrübergang beim **6 1 1, 344; 2 1, 273; 3 1, 215; 4 159; 5 189; 6 188; 7 200.** — Beneidlast bez. d. **6 3 1, 215.** — Eigentumsverschaffungspflicht b. Verkauf mit **E.** **5 190.** — Untergang d. Eigentums trotz § 455 bei Verarbeitung d. verkauften Sache **1 1, 344.** — Wirkung d. **E.** bez. d. Eigentumsübergangs **5 190.** — Pfändung von unter **E.** verkauften Sachen für den Verkäufer **1 1, 344; 5 190; 6 188** (s. Zwangsvollstredung); **7 200.** — Zession der dem Verkäufer bei Verkauf mit **E.** zustehenden Rechte an einen Dritten mit Wirkung d. Eigentumsübergangs auf den Dritten? **6 182.**

Erfüllungskosten u. Verwendungen des Verkäufers. — § 448 ius dispositivum **1 1, 343; 3 1, 214;**

7 199. — Kosten d. Gasmessermiete **1 1, 343; 7 199.** — Kosten der Verpackung bei Frankolieferung **6 188.** — Stellung von Säcken als Kosten d. Abnahme u. Versendung nach § 448 (vgl. Sachmiete) **6 676.** — Umsatzsteuer nicht v. Käufer zu tragen **1 1, 343; 3 1, 215; 5 189; 6 188.** — Frachtturkundenstempel trägt der Käufer **6 188; 7 199.** — § 449 für Vormerkungsgläubiger unanwendbar **2 1, 273.** — Frachtturkundenstempel bei Lieferung „franko Waggon Versandstation“ vom Käufer zu tragen **7 199.** — Kostenausgleich b. formnichtigen **R.** **2 1, 189, 211.** — Verwendungen d. Verkäufers auf die **R.**-Sache **2 1, 273; 4 159;** ius tollendi aus § 450 **4 159.** — Aufwendungen des Verkäufers auf d. **R.**-Sache nach d. Gefahrübergang **2 1, 273; 4 159.**

Gewährleistung wegen Sachmängel. — Verhältnis d. **G.**-ansprüche zu d. §§ 320 ff. **1 1, 231, 344, 345; 2 1, 274, 275; 3 1, 159, 215; 216, 219; 4 159; 6 187.** — zu d. §§ 823 ff. **2 1, 274, 498; 3 1, 159, 215; 5 351; 6 303** (vgl. unerlaubte Handlung). — § 325 anwendbar auf Übergabe d. Sache in verschlechtertem Zustande **4 124.** — Anwendung d. § 326 wegen Nichterfüllung e. Nebenverbindlichkeit **6 187.** — Gewährleistung als Zusicherung e. jetzt schon bestehenden Zustands oder nur Versprechen der Herstellung e. augenblicklich noch nicht bestehenden, aber herstellbaren Zustands **7 201.** — Verh. d. § 459 II zu § 119 II **1 1, 347; 2 1, 276; 4 30, 31, 162; 5 31, 33, 193; 6 45** (s. Anfechtung), **191.** — Verhältnis d. §§ 459 ff. zu § 243 Abs. 1 **6 189, 199.** — § 459 unanwendbar auf d. Kauf von Rechten (Patentrecht-Patent) **4 160; 6 189; 7 201;** auf d. Kauf e. Geschäftes **7 201.** — Anwendung d. § 459 bei Haftung f. Zusicherung von Eigenschaften e. Hypothek? **7 130, 204.** — §§ 459 ff. analog anwendbar auf den **R.** e. Handelsgeschäftes mit Kundenschaft? **6 189; 7 201.** — §§ 459 ff. analog anwendbar auf den **R.** e. Hotel garni, e. Pension **6 189.** — §§ 459 ff., **463** anwendbar auf **R.** nicht körperlicher Sachen **6 192; 7 201.** — Verh. d. § 463 zu § 123 **2 1, 280.** — kein Abnahmeverweigerungsrecht auf Grund d. Gewährleistungsvorschriften **2 1, 275.** — Zeitpunkt der Entstehung d. **G.**-ansprüche (Vertragschluß, Gefahrübergang des § 477) **6 188; 189.** — Abtretung d. **G.**-ansprüche **4 146, 162; 5 165.** — Zusicherung d. Zuruücknahme jeder nicht befriedigenden Sendung auf Preislisten **7 201, 202.** — Verzicht des Käufers auf die **G.** **2 1, 277; 6 196** (durch arglistiges Verschweigen des Verkäufers veranlaßter Verzicht). — Mängelanzeige bei Annahme e. mangelhaften Sache mit Kenntnis d. Mängel als Vorbehalt d. **G.**-ansprüche **6 691.**

(Kauf)

vertragl. Auschluss d. G.-spflicht wegen Sachmängel **4 160.** — vertraglicher Auschluss der Gewährleistungspflicht; Klausel: „ohne Gewähr f. Flächeninhalt u. Beschaffenheit d. Gebäude“ **4 165** (s. auch **6 187**). — „tel quel, wie besichtigt“ **6 190.** — G.-sauschluss befreit Anfechtungsrecht aus § 119 II **4 165.** — teilweise Nichtigkeit des vertragsmäßigen G.-sauschlusses **5 48, 195.** — Beweislast (s. diese) b. Gewährschaftsklagen **1 1, 346; 2 1, 275; 3 1, 216; 4 161; 7 202** (bei Unmöglichkeit d. Nachweises der vertragsmäßigen Beschaffenheit infolge Verarbeitung durch d. Käufer). — Beweislast für Mangelhaftigkeit e. zur Verfügung gestellten Ware f. d. Zeit d. Entstehung d. Mangels; Unterschied von Spezies- u. Gattungsf. **7 193.** — Klausel „Kasse gegen Verladungsdokumente“, Beweislast **1 1, 346** (s. Handelsklausel). — Haftung des vertretenen Verkäufers f. arglistige Handlung (s. Vertreter) **4 445.** — Schadens- oder Minderungsanspruch bei Verlangen der teilweisen Rückzahlung d. R.-Preises wegen d. nach R.-Abschluss erfolgten Belastung d. Grundstücks mit e. Dienstbarkeit? **7 102.** — Verweigerung d. R.-Preiszahlung auch vor Übergabe der Ware wegen Sachmängel **7 205.** — Haftung d. Bankiers, der vom Käufer überseeischer Ware gegen Vorlage von Konnossementen Akzente einholt f. d. Echtheit d. Konnossemente? **7 195, 196.** — Wirkung der vom Verkäufer dem abnahmefäumigen Käufer gesetzten Frist auf d. anderen Rechte d. Verkäufers, wenn der Käufer nach dem Vertrag noch weiteres zu tun hat **7 195.** — Haftung des Verkäufers bei Lieferung schadenbringender Ware **7 137.** — Beweislast (s. diese) b. Einwand auftragswidriger Auslieferung d. R.-Sache gegenüber d. R.-Preisfrage **7 194.** — Einwand d. Verschlechterung gegenüber d. R.-Preisfrage bei möglicher Beseitigung d. Verschlechterung **7 195.** — Haftung d. Verkäufers bei nicht rechtmäßigem Pfandverkauf für Sachmängel **7 205.** — Gewährleistungsansprüche gegen den Vinfulanten f. Vinkulationsgeschäft. — Einfluss d. Wahlrechts d. Käufers zwischen Wandelung u. Minderung auf den Bürgen, Schuldübernehmer **7 205.** — Begriff d. Fehlers e. Sache i. S. d. § 459 **1 1, 345; 2 1, 275; 7 202.** — Unerheblichkeit e. Sachmangels (§ 459 I 2) **1 1, 345; 4 161; 6 190** (Einfluss d. Höhe d. Kosten e. Ausbesserung). — völlige Wertlosigkeit d. Sache infolge e. Fehlers (§ 459) **2 1, 277.** — Schwammverdächtigkeit e. Hauses **3 1, 221; 6 189; 7 202.** — Lage e. Grundstücks an e. öffentlichen Wege als Eigenschaft **6 190.** — Zudeckfuß im Wein **2 1, 277.** — beschränkte Benutzbarkeit e. Raumes **2 1, 277;**

5 191. — teilweise Unbebaubarkeit e. Baufläche **4 161.** — Unmöglichkeit d. Zeichnung e. Ware mit dem ihr vom Fabrikanten gegebenen Namen **2 1, 277.** — von der Polizei im Interesse des Gemeinwohls (Seuchengefahr) erlassene Beschränkungen **6 185 (2).** — Unbewohnbarkeit wegen baupolizeiwidriger Beschaffenheit **6 189.** — Fehlen e. zugesicherten Zugangs zu dem Hause **6 190.** — Fensterlosigkeit u. Polizeiwidrigkeit der Rükhen e. Hauses **7 202.** — Militärverbot f. d. verkaufte Wirtschaft **7 202.** — R. e. Grundstücks unter d. Bedingung, daß Käufer d. Wirtschaftskonzession erhalte **7 69, 202.** — „praktische Unbrauchbarkeit des verkauften Patentes“ **7 202.** — Sachmängel e. Sonderlassenbootes **7 202.** — Mangel d. Umlaufsfähigkeit ausländischer Rentenscheine **1 1, 345.** — Fehler i. Sinne d. § 459 bei Verkauf e. Aktienrechts **1 1, 345; 4 161.** — Zusicherung d. Zulassung d. Aktie z. Börse **7 203.** — Lieferung von mit geheimen Zeichen markierten Waren (Büchern z. Ermittlung etwaiger Preisfleuderei) **5 191.** — unbichtes Faß bei Verkauf von Flüssigkeiten **6 190.** — Lieferung von Winter- statt Sommerroggen als Lieferung e. aliud **2 1, 277.** — Verkauf schon gebrauchter Möbel **6 189, 190.** — Gewährleistung b. Lieferung e. billigen Massenartikels **1 1, 345.** — Gewährleistung b. Verkauf v. Wertpapieren **1 1, 345; 2 1, 277; 4 160 f.; 7 203.** — „Zusicherung“ **1 1, 345; 2 1, 275 f., 277; 3 1, 215; 4 162; 5 191; 7 202.** — Unerheblichkeit der fehlenden zugesicherten Eigenschaft **6 190.** — Angaben in der Offerte, in e. Bestätigungsschreiben als Zusicherungen **7 203.** — Zusicherung in öffentlichen Anzeigen **6 190; 7 201, 202.** — Zusicherung von Eigenschaften u. Garantievertrag **2 1, 278; 5 191.** — Eideszuschreibung über e. „Zusicherung“ b. R. **3 1, 216.** — Zusicherung „hochfeiner“ „brillanter“ Ware **7 202.** — Zusicherung e. bestimmten Quantität bei Verkauf e. nicht mehr nachlieferbaren Spezies **7 203.** — Versprechen d. Erzielung e. Erfolges als Zusicherung e. Eigenschaft **7 203.** — ausdrückliche Zusicherung e. Eigenschaft, für die Verkäufer auch ohnehin haftet **7 203.** — „Zusicherung“ von Eigenschaften in besonderen Fällen: Abruf auf Bedarf (s. Abruf) **5 191; Erwartungsklausel 5 191; Angabe der Feuerversicherungssumme 2 1, 278.** — Zusicherung e. bestimmten Ertragsfähigkeit **1 1, 346; 2 1, 278, 498; 3 1, 216; 5 192; 6 190; 7 202, 203.** — vorübergehendes Nichterzielen der angegebenen Mietpreise **7 203.** — E i g e n s c h a f t e n i m S i n n e d e s § 459 II (s. auch oben). — Geschäftsumsatz **1 1, 346, 364; 2 1, 278, 498; 3 1, 192.** — Baureise **1 1, 346; 7 201.**

— Merkmal e. Ware mit Rücksicht auf d. Eingangszoll **2 1**, 278. — Zusicherung e. Umfasses bei e. Ausflugscaféhof **7 203**. — vereinbarte Abladung d. Ware in e. bestimmten Monat als zugesicherte **E.?** **7 203**. — nachträgliche Beifügung d. Wortes „prima“ auf das vertraglich allein maßgebende amerikanische Zertifikat als Fehler e. zugesicherten **E.** **7 195**, 203. — Keimfähigkeit d. Samens **3 1**, 217. — Verhältnis d. Quantitäten bei aus Mengen verschiedener Qualität zusammengesetzten Waren **3 1**, 216. — Ursprung d. Ware **1 1**, 346. — Zusicherung d. Lage d. Grundstücks an e. öffentlichen Wege **6 190**. — Zinsfuß der zu übernehmenden Hypotheken bei **R. e.** Grundstücks **6 190**. — Nebenrechte als Eigenschaft **3 1**, 216. — tatsächliche den Wert d. Aktien bedingende Verhältnisse d. Unternehmens **4 162**. — Zusicherung üb. d. Größe e. Gesamtquanzgrundstücks ohne Einwilligung der Ehefrau (§ 468) **2 1**, 283. — Anfechtung wegen Irrtums beim Mangel der beim Grundstückskauf angegebenen Größe? **7 207**. — keine Vermutung zugunsten d. Annahme e. Zusicherung im § 468 **3 1**, 220; **4 165**. — Kenntnis d. Mängel in ihrer rechtl. Bedeutung im § 460 erfordert **4 162**; **5 192**. — bloße Vermutung als Kenntnis d. Mangels nach § 464? **7 207**. — Auschluss d. Haftung f. zugesicherte **E.** bei Kenntnis des Käufers; Zusicherung e. erst herzustellenen **E.** **7 205**. — Zeit der Erklärung des Vorbehalts nach § 464 bei **R. e.** Grundstücks **7 207**. — maßgebender Zeitpunkt für d. Kenntnis von Sachmängeln **2 1**, 270. — Zeit d. gerichtlichen od. not. Abschlusses d. Grundstücksveräußerungsvertrags f. d. Kenntnis von Mängeln maßgebend **2 1**, 211. — Anwendbarkeit d. § 460 auch bei Zusicherung von Eigenschaften **1 1**, 346. — Kennenmüssen e. Kauf bez. d. Nichtlieferbarkeit e. Aktie **2 1**, 278. — unterlassene Besichtigung als grobe Fahrlässigkeit im Sinne d. § 460 **1 1**, 346; **7 204** (bei Kauf e. gebrauchten Autos). — „Annahme“ im Sinne d. § 464 **2 1**, 280; **3 1**, 219; **5 193**. — Anwendbarkeit d. § 464 auch gegenüber d. Klage aus § 826 **4 163**. — Vorbehalt d. Käufers nach § 464 bei e. Realkauf **2 1**, 280. — vorbehaltlose Übernahme d. noch nicht aufgelassenen Grundstücke bzw. vorbehaltlos entgegengenommene Auflassung d. noch nicht übergebenen Grundstücke als Verzicht auf d. Gewährleistungsansprüche **3 1**, 214. — Anwendbarkeit d. § 464 auf d. **F.** d. Kennniserlangung zw. Vertragschluss u. Übergabe d. Sache **1 1**, 348. — Wahlrecht d. Käufers unter den ihm zustehenden Rechtsbehelfen **1 1**, 347. — Schadensersatzanspruch neben Gewährleistung **1 1**, 187; **2 1**, 187; **3 1**, 129, 130; **4 106**; **5 113**;

6 124; **7 131**. — Wandelung u. Minderung nicht Inhalt e. Wahlschuld **5 101**. — durch Weiterverkauf wegen Preissteigerung erzielbarer entgangener Gewinn zu setzen **1 1**, 161. — **R. e.** wichtigen Patents, Erlass des *lucrum cessans* **1 1**, 160. — Gewährleistung bei Gattungssachen **1 1**, 352; **2 1**, 285; **3 1**, 222; **4 166**; **5 197 f.** — analoge Anwendung d. Gewährleistungsgrundsätze auf den Gesellschaftsvertrag **3 1**, 226; auf den Vergleich als Veräußerungsgeschäft **2 1**, 287. — § 462 als Anwendungsfall d. § 363 **3 1**, 174. — Anspruch auf Preiserminderung od. Entschädigung bei Bestimmung d. Preises durch das sachverständige Ermessen e. Dritten **7 202**.

Wandelung. — rechtliche Natur und Inhalt des Wandelungsanspruchs **1 1**, 347; **2 1**, 71, 278 f., 280; **3 1**, 217, 220; **4 163**; **6 192**, 194. — **W.** als „veralteter Anspruch“ **2 1**, 280; **5 101**, 192. — **W.**-klage gestützt auf das erklärte Einverständnis des Gegners ohne Behauptung d. Mangelhaftigkeit der gelieferten Ware **6 193**, 194. — Erfüllungsort für die aus d. **W.** sich ergebenden Verpflichtungen **1 1**, 175, 348; **2 1**, 166, 282; **3 1**, 115, 117, 220. — **W.** u. Irrtumsanfechtung **1 1**, 89; **4 30**, 31; **5 31**; **7 207** (mangelnde Größe d. Grundstücks). — Gerichtsstand **3 2**, 347, 348. — Einfluss e. vereinbarten Erfüllungsortes auf d. **W.**-klage **7 207**. — keine dingliche Wirkung d. **W.** **5 194**. — Haftung des Käufers bei Rückgewähr d. Kaufsache nach **W.** **5 194**. — Einfluss d. Gebrauchs oder Verbrauchs d. Ware auf das **W.**-recht **6 692**. — Weiterveräußerung als Verzicht auf **W.** **7 207**. — Weiterveräußerung nach Erhebung d. **W.**-klage **7 207**. — Auschluss d. **W.** u. d. Rücktritts durch d. Klausel „abweichende Qualität ist durch Hamburger Arbitrage zu ordnen“ **7 205**, 206. — **W.**-anspruch gegen alle Verkäufer bei Arglist eines Verkäufers **7 205**. — **W.** bei Verschlechterung d. Kaufsache; Beweislast des Käufers **7 207**. — Rückgang e. Gewerbes als Verschlechterung d. verkauften Grundstücks **7 207**. — neue Klage des infolge **W.** abgewiesenen Verkäufers auf Rückgabe **7 205**. — Klage d. Käufers auf Rückzahlung seiner Anzahlung nach Abweisung der Klage auf e. Teil d. Kaufpreises infolge der **W.**-seinrede **7 205**. — Kosten des vom 2. Käufer gegen seinen Verkäufer siegreich geführten **W.**-prozesses vom ersten Verkäufer zu tragen? **7 206**. — **W.** trotz Unmöglichkeit d. Rückgewähr e. Teiles d. Kaufsache **4 163**. — kein Anspruch auf **W.** bei schon z. **Zt.** d. **W.**-abgrenzens feststehender Unmöglichkeit d. Herausgabe d. empfangenen Gegenstandes **1 1**, 262. — unverschuldet nachträgliche Unmöglichkeit d. Rückgabe d. **R.**-Sache vor d. **W.** **2 1**,

(Kauf)

282. — W.-recht des Käufers trotz verschuldeten Untergangs d. Kaufsache bei Rücknahmeverzug des Verkäufers **6 152** (f. 195). — W. nach Zwangsverfeigerung d. K.-Sache **1 1, 349; 2 1, 229, 282; 3 1, 172, 220; 4 130, 164; 6 195.** — Zwangsverfeigerung d. Sache durch den Verkäufer selbst trotz begründeter W.-klage des Käufers **6 195.** — Einfluß e. Verfügung d. Käufers über d. K.-Sache auf d. W.-recht **1 1, 349; 2 1, 281; 2 2, 215, 216.** — W. d. Käufers von Wertpapieren nach Einziehung von Kupons **1 1, 349.** — Einfluß von Änderungen d. K.-Sache auf d. Recht auf bzw. aus d. W. **1 1, 349; 2 2, 215, 216.** — W. nach Verschlechterung d. K.-Sache, analoge Anwendung d. § 351? **2 1, 282; 3 1, 220; 4 130, 164; 5 149; 6 195 (2).** — ungünstigere Auffassung d. beteiligten Kreise über den Wert der Sache als Verschlechterung? **6 195.** — fittschweigernder Verzicht auf d. W. **2 1, 282; 3 1, 218; 4 162.** — Verlust d. W.-rechts durch Verwendung d. K.-Sache? **1 1, 262, 349; 2 1, 280, 282; 3 1, 218; 4 162; 5 149; 6 191.** — Verlust d. W.-rechts durch Genehmigung d. K.-Sache **1 1, 349; 2 1, 282; 3 1, 219** (durch konkludentes Verhalten); **5 193** (ausdrücklich). — Begriff d. „Nebensache“ i. S. d. § 470 **2 1, 283; 6 195** (Zubehör?). — Ruhen d. W.-anspruchs während d. Garantietzeit **5 193.** — W. nur nach Übergabe **4 163.** — einredeweise Geltendmachung n. W.-anspruchs **3 1, 218.** — W.-anspruch gegenüber mehreren Verkäufern **3 1, 219; 7 205.** — mehrere Verkäufer als notwendige Streitgenossen bez. d. W.-klage **5 194.** — Umtauschabrede u. W. **4 162.** — W. bez. der ganzen Lieferung bei Mangelhaftigkeit e. Teiles **5 194.** — W. wegen Zuviellieferung oder Pflicht des Käufers zum Ausschneiden d. Zuviel? **6 191.** — W. bei Verkauf mehrerer Sachen zu e. Gesamtpreis **1 1, 350.** — wann liegen mehrere als „zusammengehörend verkaufte“ Sachen vor? **6 195.** — W. mit fämtlichen Sachen bei Kauf e. Einrichtung für d. Haushalt oder einzelner Räume trotz Festsetzung d. Preises für die einzelnen Stücke **6 195.** — „Vollzug“ der Wandelung **1 1, 349; 2 1, 280 f.; 3 1, 220; 4 163; 5 193 f.; 6 192–195.** — Wirkung d. d. Wandelung aussprechenden Urteils **6 195.** — Unterscheidung zw. Vollziehung u. Durchführung d. W. **2 1, 280.** — Bedeutung d. Setzung e. W.-frist **2 1, 281.** — Fristbestimmung für die Wandelung bei Vorhandensein mehrerer Käufer bzw. Verkäufer **2 1, 281.** — Erfaß der Verwendungen, Kosten u. Auslagen **4 130; 5 149.** — Erfaß f. Fracht u. Zoll bei W. **5 194; 6 195.** — keine Vergütung f. Grundstücksverwaltung bei W. **5 194.** — Mätkergebühren als Vertrags-

kosten im Sinne d. § 467 **3 1, 220; 4 164.** — Anrechnung von z. Preiszahlung verwendeten Wertpapieren i. F. d. W. zum Kurswerte **4 165.** — Forderung auf Rückzahlung d. K.-Preises vor Rückgabe der K.-Sache in Kompensabel **5 155.** — Form d. Antrags d. W.-klage **1 1, 348; 2 1, 279; 3 1, 217, 219; 4 163; 5 194.** — keine Aufrechnung d. Forderung auf Rückzahlung d. K.-Preises (wg. W.) vor Rückgabe d. K.-Sache **5 155.** — Grundsatz der Zug-um-Zugleistung im § 467 **1 1, 349.** — W. beim Mengelauf wg. Mangelhaftigkeit einzelner Stücke **1 1, 350; 2 1, 219, 220; 5 195** (Pflanzen); **4 165** (Bretter). — W. b. Zeitungsabonnement? **2 1, 220.** — nachträgliche W. wegen e. weiteren Mangels **2 1, 283.** — Übergang von der W.-s- zur Minderungs-klage? **6 191.** — Berechnung bei nachträglicher W. nach vorgängiger Minderung **1 1, 380.** — Erfaßanspruch neben W. gemäß § 276 **1 1, 187, 349; 2 1, 187; 3 1, 130; 4 106; 5 103; 6 124, 191; 7 131, 208.** — § 254 auf d. W. anwendbar **3 1, 95, 104; 5 98.** — W. der Prozeßbevollmächtigten **1 1, 102.** — W.-s-recht des als Gesamtschuldner d. K.-Preisschuld beitretenden Dritten **7 207.** — keine Geltung d. § 313 bei der W. e. Grundstückskaufs **1 1, 221; 3 1, 153.** — W. bei Hingabe an Erfüllungsort durch Dritte **4 133.** — vertragsmäßige Ausdehnung der Vorschriften über W. auf den Fall, daß eine beim Übergang der Gefahr vorhandene Eigenschaft später wegfällt **6 191.** — W. bei Sutzessivlieferungskauf **6 191.** — Übergang d. W.-anspruchs in e. Geldforderung im Konkurs; Aufnahme des Prozesses durch d. Verwalter **6 996** (vgl. Konkursgläubiger). — W.-klage des Bürgen f. d. K.-Preis **6 196** (f. Bürgschaft); **7 208.** — Perpetuierung d. W.-s-einrede f. unten Verjährung.

M i n d e r u n g. — M. trotz Gebrauchs oder Verbrauchs der Ware **6 692.** — Wesen der Minderung **1 1, 347; 2 1, 280; 3 1, 218.** — M. als „verhaltener Anspruch“ **2 1, 280; 5 101, 192.** — Gerichtsstand **3 2, 348.** — Erfüllungsort; internationales Recht **6 112, 196.** — Klageantrag bei M. **6 191.** — Einfluß e. Weiterveräußerung, Verarbeitung, Benutzung **2 2, 215, 216.** — M.-recht d. Käufers bei Leistungsunmöglichkeit oder Verzug bez. d. K.-Sache nach vollzogener Wandelung? **2 1, 281; 5 194.** — Einrede d. M. gegenüber den Vinfulanten? **7 205.** — Anwendung der Grundsätze über Schadensersatz bei M. d. K.-Preises? **7 207.** — Vollziehung der Minderung des zum Teil gefundeten K.-Preises **4 73, 165; 5 195; 6 196.** — Berechnung des Minderwerts bei der M.-klage **1 1, 350; 4 165** (wg. falscher Angabe des Mietertrages). — Berechnung d. Minderwertes bei nicht

eingehaltener Zusicherung d. Trockenheit e. Hauses **6 191**. — Vereinbarung über die Höhe d. Preisherabsetzung f. d. M.-vertrag nicht erfordert **2 1, 283**. — Herabsetzung der neben der Gelbleistung bedungenen Leistung vertretbarer Sachen **1 1, 350**. — nachträgl. M. wegen e. weiteren Mangels **2 1, 283**. — Berechnungsart bei wiederholter M. **1 1, 350**. — M.-sverlangen d. für den K.-Preis Bürgenden **6 196** (f. Bürgschaft); **7 208**. — Erhaltung d. M.-seimrede f. unten Verjährung.

Schadensersatz wegen arglistiger Täuschung, arglistiges Verschweigen e. Mangels f. gegenseitiger Vertrag, Arglist. — Recht des durch falsche Vorpiegelungen z. K.-Abschluß veranlaßten Käufers auf Sch. (§ 463) **6 99, 192; 7 196**. — maßgebendes Recht f. d. Zahlungszeit bei Klage auf Sch. wegen Nichterfüllung **6 187**. — Schadensanspruch wegen arglistigen Verschweigens; rechtl. Natur **6 199**. — Unterschied zw. Sch. wegen Verwahrlosung der Ware, wegen Verletzung der Anzeigepflicht nach § 463 u. wegen Verletzung d. Anzeigepflicht in der Zeit nach Vertragschluß **6 191, 192**. — „arglistiges Verschweigen“ e. Mangels i. S. d. § 460 **1 1, 346**. — arglistiges Verschweigen i. S. d. § 463 **2 1, 279; 6 192**. — dolus eventualis zu arglistigem Verschweigen genügend? **6 187**. — arglistiges Verschweigen im Sinne des § 463 nur Verschweigen eines Gewährleistungsmangels nach § 459 Abs. 1 **7 207**. — arglistiges Verschweigen im Sinne des § 463 BGB.; Verhältnis zu Betrug u. zu § 826 BGB. **7 206, 207**. — analoge Anwendung des § 463 bei betrügerlicher Vorpiegelung, aber nicht vertragsmäßiger Zusicherung einer werktreuernden, nicht unter § 459 Abs. 1 BGB. fallenden Eigenschaft? Umfang des Schadensanspruchs **7 102, 206**. — „arglistiges Verschweigen“ i. S. d. §§ 476 ff. **2 1, 283; 3 1, 221; 4 165; 5 196, 197**. — Verschweigen, daß die Sache schon einmal verkauft u. zur Verfügung gestellt wurde **6 196**. — arglistiges Verschweigen des früher im Hause gewesenen Schwammes **7 204**. — arglistiges Verschweigen e. Schwammverdachts **7 204**. — arglistiges Verschweigen der teilweisen Vernichtung der Ernte durch Hagel bei Gutstausf **7 204**. — Verschweigen der Nichterteilung e. Schanffonzession **7 204**. — arglistiges Verschweigen des polizeilichen Verbots d. Benutzung gewisser Räume **7 204**. — arglistiges Verschweigen von Umständen, die für die Mietertagnisse von Belang sind **7 204**. — Lieferung e. auf Grund e. Erfindung d. Verkäufers, aber nicht von ihm selbst hergestellten Sache arglistig? **7 204**. — arglistiges Verschweigen seitens e. Erfüllungsgehilfen d. Verkäufers

6 184. — Zeitpunkt des arglistigen Verschweigens **4 163**. — bei Vorberhandlungen gemachte Angaben über die Rentabilität e. Hauses als Fundament für e. auf arglistige Täuschung gestützte Klage, wenn bei Vertragsschluß Ungültigkeit aller die Rentabilität betr. Aufstellungen vereinbart wurde **6 190**. — Verleitung z. K. durch arglistige Täuschung, Erlaß d. lucrum cessans **1 1, 160**. — Ausbeutung der Unerfahrenheit **4 47**. — Art u. Höhe d. Sch. bei e. wg. Betrugs nichtigen, noch nicht erfüllten K. **3 1, 89; 4 72; 5 87**; desgl. bei Täuschung durch Dritte **4 73; 5 87**. — Rechte des Käufers bei e. die Höhe d. Preises beeinflussenden Täuschung durch d. Verkäufer **4 160**. — Ansprüche d. Käufers aus betrügerischem Verhalten d. Verkäufers aufrechenbar trotz ausgeschlossener Aufrechnung **4 46**. — Berechnung d. Sch.-Anspruchs bei arglistiger Täuschung d. Käufers **4 165; 5 195**. — Beweislast bez. d. arglistigen Täuschung; Einfluß unzulänglicher Buchführung bei Zusicherung e. bestimmten Reingewinns **6 191**. — Rechtslage d. K.-Vertrags nach Anfechtung wegen Betrugs **2 1, 73**. — Aufrechnung d. verjährten Sch. f. unten Verjährung. — Sch.-anspruch wegen verspäteter Lieferung **4 117**. — Schadensanspruch gegen den rechtskräftig zur Wandelung Verurteilten, der trotz Fristsetzung nach § 283 BGB. seiner Pflicht aus dem Urteil nicht nachkommt **6 130**. — Sch. neben Wandelung **1 1, 187, 347; 2 1, 187; 3 1, 129, 130; 4 106; 5 113; 6 124, 191; 7 131, 207**.

Schadensersatz wegen e. Nichterfüllung — beim K. e. bestimmten Partie von Waren **5 193**. — auf Deckungskäufe gegründete Erfasforderung **5 193**. — Klage auf Sch., wenn sich erst nach Klagerhebung herausstellt, daß die Ware vom Verkäufer in der versprochenen Beschaffenheit nicht mehr geliefert werden kann **6 184**. — Abwehr d. Sch.-Anspruchs durch Nachlieferung d. Eigenschaft (§ 463) **1 1, 348**. — Beweislast i. F. d. § 463 **1 1, 348; 2 1, 180, 279**. — Zurückweisung d. K.-Sache u. Liquidierung des Zinsereffes an d. vertragsmäßigen Erfüllung aus § 463 **1 1, 348**. — Anwendung d. §§ 459 Abs. 1, 460 Satz 2 für e. auf §§ 459 Abs. 2, 823, 826 gestützten Schadensanspruch? **6 190**.

Verjährung d. Gewährleistungsansprüche. — Verjährungsfrist d. § 477 u. Verabredung einer Garantiefrist **2 1, 284; 3 1, 222; 5 196; 6 189, 197 (2), 692**. — Anwendung d. § 477 auf Veräußerung e. ganzen Handelsgeschäftes **6 196, 197**. — B. trotz Wahrung der Frist für d. Mängelanzeige **6 197**. — B. der Ansprüche aus d. vollzogenen Wandelung

(Kauf)

oder Minderung **11**, 350; **6** 197. — Beginn d. *B.* d. *G.* **5** 197 (beim *K.* e. Zimmer-einrichtung); **6** 197 (bei Grundstücken). — *B.* d. Schadensanspruch nach § 463 (Fehlen zugesicherter Eigenschaft oder arglistiges Verschweigen) **3** 1, 221; **5** 196; **6** 192, 196. — *B.* d. Schadenserfaßanspruches d. Käufers wegen schuldhaft mangelhafter Lieferung **11**, 350; **3** 1, 221; **4** 165 (bei Samenlieferung); **5** 196; **6** 196. — Anwendung d. § 477 (Verjährung) auf Gewährleistung wegen Rechtsmangel? **7** 208. — Anwendung d. § 477 (Verjährung) auf Schadensanspruch wegen falscher Ratserteilung beim Ankauf von Wertpapieren? **7** 208. — Verlängerung d. Verjährungsfrist: nur mit Hilfe von Sachverständigen zu ermittelnder Zeitraum **7** 208. — Anwendung d. § 477 Abs. 3 auf Schadensanspruch d. Käufers nach § 276 *BGB.* **7** 208. — Verlängerung d. *B.-*frist, wenn die Untersuchung d. Ware an einem anderen als dem Ablieferungsort erfolgen soll? **6** 197, 690. — Unterbrechung d. *B.* bei Einverständnis beider Teile über die Wandelung **6** 193. — Unterbrechung d. *B.* d. Wandelungsanspr.: bez. e. weiteren als des schon durch Klage gerügten Mangels **5** 197. — Unterbrechung durch den abgelehnten Antrag auf gerichtl. Beweisaufnahme bei Klagerhebung binnen 6 Monaten nach Ablehnung **11**, 351. — Unterbrechung d. *B.* durch e. vom Antragsteller nicht weiter betriebenen, vom Gericht zugelassenen Beweisicherungsantrag **6** 197. — Unterbrechung der *B.* durch Beweisicherungsantrag unter gleichzeitiger Bitte, vorläufig nicht auf ihn zu verfügen **6** 197. — Unterbrechung d. *B.* durch Beweisicherungsantrag bei unzuständigem Gericht **6** 197. — vertragl. Verlängerung d. gesetzl. *B.-*frist d. § 477: stillschweigende Verlängerung **5** 197, Verlängerung ohne Zeitbestimmung **4** 166, Beweislast **3** 1, 221. — stillschweigende Verlängerung bei Untersuchung d. Ware nach Handelsgebrauch erst am Bestimmungsort? **6** 197. — Ablieferung i. *S.* d. § 477 (f. Ablieferung, Handelskauf) **11**, 351; **2** 1, 283; **4** 165; **5** 196; **7** 208 (identisch mit Übergabe?). — Ablieferung bei Montierung d. Maschine durch den Verkäufer **7** 208. — kurze *B.* d. § 477: bei Lieferung e. anderen als d. bestellten Ware (Sorte) **2** 1, 284; **4** 165; **6** 197; bei Erstahlieferung **3** 1, 221. — Natur u. Wirkung der Einrede aus § 478 gegenüber der *R.-*Preisfrage **11**, 351; **5** 197; **6** 197, 198. — Vollzug d. Wandelung mit Abweisung d. *R.-*Preisfrage infolge d. Einrede d. § 478? **11**, 351; **3** 1, 222; **6** 198. — prozessuale Geltendmachung d. Wandelungseinrede als partielle An-

setzung **3** 1, 222. — Geltendmachung d. Einrede nach § 478 durch Bürgen, Schulübernehmer, Verpfänder u. gegenüber d. Zessionar d. Verkäufers **6** 198, 199. — muß der die Wandelungseinrede geltend Machende die *R.-*Sache zurückgeben oder anbieten? **6** 198. — wie gelangt d. infolge d. Wandelungseinrede mit d. *R.-*Preisfrage abgewiesene Verkäufer in den Besitz der schon gelieferten *R.-*Sache? **6** 198. — Widerklage auf Rückzahlung des bereits gezahlten gegenüber d. Klage auf Zahlung d. Restkaufpreises, wenn d. Wandelungsanspruch verjährt, die Mängel einrede d. Käufers aber begründet ist **6** 198, 199. — Einrede aus § 478 als *exceptio doli generalis* **2** 1, 285. — kritischer Zeitpunkt f. d. arglistige Verschweigen im § 478 II **11**, 352. — „Anzeige“ i. Sinne d. § 478 **2** 1, 284; **4** 166. — Zurücknahme der Anzeige § 478 **2** 1, 284; **4** 166. — Anzeige durch Boten; unrichtige Übermittlung **6** 199. — Zurückforderung d. vor d. Anzeige nach § 478 Gezahlten nach § 813 *BGB.*? **6** 199. — Aufrechnung d. verjährten Schadensersatzanspruches aus § 471 **11**, 290; **3** 1, 222; **5** 197. — gegenfeitiges Verh. d. §§ 479 u. 390 Satz 2 **11**, 352; **4** 166.

Kauf auf Probe. — rechtl. Natur, Erfordernisse u. Besonderheiten **11**, 356; **3** 1, 227; **4** 167, 168; **5** 202; **7** 209, 210 (3). — *R.* mit Umtauschkaufel **11**, 356; **5** 102, 149, 201; **6** 202 (Gefahrtragung). — Unanwendbarkeit des § 455 **5** 190. — Beweislast **3** 1, 227; **4** 167 f. — „Billigung“ d. Ware durch d. Käufer **11**, 356; **6** 201 (Erfüllung einer fuspensiv freien Willensbedingung). — „angemessene Frist“ **11**, 356. — Gebrauchsfrist b. *R.* e. Maschine auf Probe **4** 168. — „Billigung“ durch Verkauf oder sonstige Verfügung **6** 202. — Pflicht d. Verkäufers, die probeweise aufgestellte Maschine auf seine Kosten wieder zu entfernen? **7** 209. — Kosten d. Rücksendung? **7** 209. — Anfechtung der Billigungserklärung **7** 210. — Billigung d. Käufers von seinem Belieben, nicht von sachlicher Prüfung abhängig **7** 210. — Kauf e. Maschine „auf 8 Wochen zur Probe“ **7** 210.

Kauffahrtschiffe. — Flaggenrecht d. *R.* *G.* v. 22. VI. 97. — Wagger als ein zum Erwerb durch die Seefahrt bestimmtes Schiff nach § 1 *G.* v. 22. VI. 97 **7** 700. — Vermessung, Registrierung der Seeschiffe, Schiffszertifikat, Unterzeichnungssignal, Freibordvorschriften **7** 700.

Kaufpreishypothek f. Hypothek. — Vorbehalt einer solchen nicht bloße Erwerbsmodalität, sondern wirkliche Belastung des Grundstücks **6** 1032.

Kaufmann f. Gewerbebetrieb, Gewerbetreibende, Minderkaufleute.
Allgemeines. — Verjährung seiner Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

Forderungen 4 59; 5 61. — Beurteilung d. R.-seigenschaft im Sinne des § 196 Ziff. 1 HGB. im Übergangsrecht 4 59. — Erfindungspflicht vor Akzeptierung 5 116 (f. Bankier). — Antwortpflicht 3 1, 86.

Begriff. — Notwendigkeit des Aufstretens als Geschäftsmann nach außen? 2 2, 1. — Betrieb eines Handelsgeschäftes im eigenen Namen, aber für fremde Rechnung 2 2, 1; 3 2, 1. — Gewinnabsicht, wenn auch nicht aus Gewinnfucht 2 2, 1, 4, 6; 5 637. — wirtschaftlich unselbständige Personen (Gebundenheit bezüglich der Bezugsquellen; Pflicht zur Ablieferung der Reineinnahmen an den früheren Inhaber) 2 2, 2. — persönliche Tätigkeit im Geschäft? 3 2, 1. — Vereinigung von Beamten oder Arbeitern zum Betrieb von Wohlfahrts-Einrichtungen 3 2, 1. — auf eine fortlaufende Reihe von Geschäften gerichteter Betrieb 5 637. — Verwendung des Gewinns zu gemeinnützigen Zwecken 6 601. — Begriff d. Vollkaufmanns (f. Minderkaufleute) 7 591.

„**Kaufmännischer Geschäftsbetrieb**“ (§ 2 HGB.). — Begriff: Einfluß der Art des Gewerbes, der inneren Einrichtung 2 2, 4, 5; 3 2, 2; 7 591. — alternative Feststellung, daß entweder Art oder Umfang den Betrieb zu einem kaufmännischen machen 2 2, 4. — Einfluß der Gewerbesteuerklasse, des Anlage- u. Betriebskapitals, der Maschinenzahl 2 2, 4. — andere für Feststellung des Umfangs maßgebende Gesichtspunkte 2 2, 5; 3 2, 2; 6 602.

Gerieren als R. — Einwand, nicht R. oder nur Minder-R. zu sein, trotz früheren G. als R. 2 2, 12. — Haftung bei G. als R. oder als offene Handelsgesellschaft 2 2, 93. — G. als Teilhaber einer Gesellschaft (Zulassen des Weitergebrauchs der auf die Mitinhaberschaft deutenden Firma) 3 2, 7.

Bedeutung des Firmeneintrags für den Erwerb der R.-seigenschaft trotz Nichtbetreiben eines Handelsgewerbes (§ 5 HGB.). — Bedeutung für den Strafrichter 2 2, 10; 5 638. — ist der Eingetragene R. oder gilt er nur als R.? 2 2, 11. — Einfluß des § 15 HGB. auf die Frage, ob das Gewerbe des Eingetragenen als Handelsgewerbe zu beurteilen ist? 2 2, 11. — Eintragung einer Aktiengesellschaft oder Kommanditgesellschaft auf Aktien trotz Fehlens wesentlicher Essentialien 2 2, 11. — Geschäftsaufgabe ohne Löschen der Firma 2 2, 12. — Berufen Dritter, auch der Gesellschafter untereinander auf die Bestimmung des § 5 2 2, 12. — Anwendung des § 5 auf Eintragungen vor 1900 2 2, 12.

Verlust der Kaufmannseigenschaft. — Geschäftsaufgabe ohne Firmenlöschung 2 2, 12. — Abstreifen d. R.-se-

eigenschaft seitens d. Mann-R. (§ 3 HGB.) ohne Aufgabe des Nebengewerbes 7 592.

Beispiele. — Ärzte als Inhaber von Krankenheilanstalten 2 2, 7; 3 2, 2, 31 (offene Handelsgesellschaft unter Ärzten). — Agentur 7 591, 592. — Apotheker 2 2, 3. — Auktionator 2 2, 7. — Musikanten 2 2, 7. — Bäcker 2 2, 4, 6; 3 2, 4. — Baugeschäft 2 2, 3; 4 557. — Bauunternehmer 2 2, 6. — Bergwerksbesitzer 3 2, 2. — Bierbrauereien 2 2, 3, 8. — Dreschmaschinenbetrieb; Vermieten mit Bedienungsmannschaft 2 1, 293, 331, 374; 3 1, 249; 4 176, 556; 5 207. — Dreschmaschinenverleiher 2 2, 3, 8. — Ehefrau f. Handelshaus. — Faktor für Webwaren 2 2, 3. — Färberei chemische 6 601. — Fiskus 2 2, 1; 6 601. — Flaschenbierhändler 3 2, 4. — Fleischer 2 2, 5. — Gastwirte 2 2, 2; 3 2, 4; 5 638. — Gemeinden 2 2, 1; Betrieb einer Kleinbahn durch eine Gemeinde 3 2, 2. — gemeinnütziges Unternehmen 2 2, 1. — Generalagent (einer Versicherungsgesellschaft) 2 2, 4, 6. — Grundstückshandel; Terraingesellschaften 3 2, 3. — Handelsgesellschaften 2 2, 2. — Handwerker 2 2, 4, 5; 3 2, 3 (f. Minderkaufleute). — Heilanstalten 3 2, 2, 3. — Hoteliers, bei denen das Zimmervermieten die Hauptsache ist 5 638. — Kinder: Betreiben eines Geschäftes seitens der Eltern im Namen des Kindes; Eintrag ins Handelsregister ohne Genehmigung des Vormundschaftsgerichts 2 2, 2. — Kommanditist 2 2, 1; 5 637; 6 601 (mit Geschäftsführungsbefugnis); 7 591. — Konsumvereine 2 2, 6; 4 916; 6 601. — Kurmähler 3 2, 2; 7 1171, 1172. — Lagerhalter, Summenlagerhalter 5 711. — Landwirtschaftskammern 2 2, 2. — landwirtschaftliche Nebengewerbe: Begriff 2 2, 7, 8. — Vereinigung eines Landwirts mit anderen zu einer Gesellschaft für den Betrieb eines landwirtschaftl. Nebengewerbes 2 2, 7, 8. — Lehrer, der eine Schullerpenion hält 2 2, 3. — Lohndruch 2 2, 8 (f. oben Dreschmaschinen). — Lotteriefollekteur 2 2, 4; 5 637, 638. — Maurermeister 2 2, 6; 4 556. — Molkerei 6 601. — Molkereigenossenschaft 2 2, 8. — Müllabfuhrgeschäft 3 2, 2. — Nießbraucher eines Geschäftes? 2 2, 2. — Offizierskafino 2 2, 1. — Pächter eines Geschäftes 2 2, 2. — Patentverwertungsbureau 5 638. — Pensionsunternehmen 2 2, 2; 7 591. — Pfandleiher 1 2, 397; 2 2, 5; 3 1, 683; 3 2, 2. — Photograph 4 556. — religiöse Vereine bei Betrieb eines Speise- oder Gasthauses 3 2, 2. — Reeder (Korrespondent- und Mitreeder) 2 2, 4. — Reparaturwerkstätte an Schuhwerk 6 601. — Sparfassen 2 2, 1, 5; 5 638. — Staat 2 2, 1; 3 2, 2; 6 601. — Stiftungen milde 2 2, 1; 6 601. — Theater 3 2, 3. — Theateragentur 7 591, 592. —

(Kaufmann)

Töpfer 2 2, 3. — Trödler 4 557. — rechtsfähige u. nicht rechtsfähige Vereine als R. 4 9, 13; 6 601 (altruistisch. Zweck d. Vereins). — Verlagsgeschäft 2 2, 4. — Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit (?) 2 2, 3; 3 2, 1; 6 601. — Waschanstalt 6 601. — Ziegelei 2 2, 3, 8 (2); 3 2, 3; 6 601. — Zimmermeister 2 2, 6.

Kaufmännischer Geschäftsbetrieb s. Kaufmann.

Kaufmannsgerichte s. **Gewerbegerichte**. — Gründe für und wider ihre Einrichtung 1 3, 7. — Reform 7 715. — Zuständigkeit für Ansprüche wegen Verletzung der Fürsorgepflicht nach § 62 HGB. 5 649, 650; 7 602 (f. Handlungsgehilfe). — Zuständigkeit für Rückforderung eines Gehaltsvorschusses 5 650; 7 714. — Zuständigkeit für Klagen des Pfändungsgläubigers, dem eine Forderung des Handlungsgehilfen gegen seinen Prinzipal zur Einziehung überwiesen wurde 5 872. — Zuständigkeit f. Feststellungsfrage nach § 146 R.D. 6 1002. — Zuständigkeit bei privater Schulübernahme 7 184, 714. — Zuständigkeit für Klagen gegen d. Bürgen 7 304, 714. — Anspruch d. Handlungsgehilfen f. d. Zeit nach Aufgabe seiner Stellung bis zum Ablauf d. Vertragszeit 7 604. — Berufung gegen e. Urteil, in dessen Gründen festgestellt ist, daß d. Streitwert sich auf einen nicht berufungsfähigen Betrag beläuft 7 833. — Zuständigkeit f. Klage d. Liquidatoren auf Zahlung d. Honorars? 7 1088. — Zuständigkeit, wenn nicht genau festzustellen ist, ob der Handlungsgehilfe über 5000 M. verdient 7 714. — Streitigkeiten zwischen Versicherungsvereinen u. ihren Angestellten 7 714. — Streitigkeiten d. Rechtsnachfolger der ursprünglichen Vertragsparteien 7 714. — Klage d. Angestellten gegen d. Konkursverwalter d. Prinzipals 7 714. — keine Zuständigkeit für auf § 62 HGB. gestützte Schadensklage d. Angestellten 7 714. — Unwirksamkeit e. Prorogation in R.-Sachen; Erhebung e. vor das RG. gehörenden Widerklage im ordentl. Verfahren 7 714. — Prorogation an die ordentlichen Gerichte; vor Inkrafttreten des RG. getroffene Vereinbarung 7 735. — Aufrechnung mit e. zur Zuständigkeit des RG. gehörigen Anspruch in dem Streit vor den ordentl. Gerichten 7 715. — Erhebung d. Klage aus e. im Ausland geschlossenen Vertrag beim Gericht d. inländischen Wohnsitzes 7 715. — Gerichtsstand d. gewerbl. Niederlassung, wenn der Prinzipal die Niederlassung erst nach Aufhebung des Dienstvertrags begründete 7 715.

Kauf nach Probe. — Probemäßigkeit von Massenartikeln 2 2, 204. — „Typenmuster bei Futur u. Getreide“ 2 2, 217. — Erfor-

dernisse u. Besonderheiten 1 1, 356; 2 1, 287; 3 1, 227; 5 201. — Beweislast 3 1, 226. — Lieferung e. zwar der Qualität, aber nicht der Namensbezeichnung der Probe entsprechenden Ware 6 687. — Vorliegen e. Probe bei Kaufabschluß zur Annahme e. R. a. P. genügend? 7 209. — geringfügige Abweichung d. Lieferung von der Probe 7 209. — Rücklieferung d. Probe, Erfüllungsort 7 209.

Kaufgeschäft f. **causa**, **Rechtsgeschäft**. — Wirkung d. Anfechtung e. R. auf d. dingliche Rechtsgeschäft 3 1, 36 (f. ungerechtfert. Bereicherung). — Prüfung seiner Rechtswirksamkeit im Grundbuchverkehr 2 2, 405.

Kaufszusammenhang f. **Verbinden**, **unverlaubte Handlung**, **konkurrierendes Verschulden**, **Sorgfalt**, **Haftpflicht**, **Beweiswürdigung**, **Tierhalter**. — Begriff 1 1, 156, 460; 2 1, 490, 491 (2); 3 1, 90; 6 300 **Verschuldens- u. Gefährdungshaftung**; 7 103, 332 f. — Theorie des HGB. 2 1, 133, 141. — Übereinstimmung des zivil- u. strafrechtlichen Begriffes 2 1, 128. — R. als projizierter Wunschzusammenhang 4 74. — adäquate Verursachung u. adäquate Verbindung 1 1, 156, 160, 162, 166; 2 1, 141; 3 1, 90; 4 73, 74, 297; 5 324. — Begriff des Zufalls 3 1, 90. — Begriff der Ursache 4 74; 5 325 (Möglichkeit des Schadenseintritts auch ohne die verursachende Unterlassung). — Theorie der nächsten Bedingung 2 1, 133; 3 1, 90. — nicht nötig Urheberchaft bzgl. sämtlicher mitwirkenden Ursachen 5 88, 325. — Bestehen hoher Wahrscheinlichkeit für ursächlichen Zusammenhang zwischen Krankheit u. Unfall 7 333, 795. — Vorhandensein mehrerer gleichwertigen Ursachen, von denen nur eine auf ein subjektives Verschulden zurückzuführen ist 1 1, 461. — Beweislast des R. 1 1, 463; 3 1, 92. — R. der freien richterlichen Entscheidung nach § 287 ZPD. unterliegend 1 1, 463; 4 263; 5 88, 797. — Schaden als die regelmäßige, nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge mit Wahrscheinlichkeit zu erwartende Folge 3 2, 451; 4 693; 5 325, 361; 6 301; 7 103 f. — die nach d. Regeln d. Lebens u. den Erfahrungen d. Wissenschaft von vornherein z. Herbeiführung d. Erfolges, wenn auch erst durch Zutritt anderer Umstände geeignete Tatsachen 4 263 (2); 7 333 (2). — bei zwei zusammenwirkenden Ursachen 7 333. — Vermutung des R. eines Schadens mit einem nachgewiesenen Verschulden 1 1, 461; 3 1, 88, 338; 4 71, 263, 693; 5 86; 6 301. — Vermutung des S. bei Verletzung eines Schutzgesetzes 1 1, 474; 2 1, 501. — Voraussetzungen aller Kaufabschlüsse durch den Täter 3 1, 91. — nicht voraussehbarer Schaden 1 1, 461; 5 325. — Haftung für mittelbaren Schaden 1 1, 460; 7 103. — Unterbrechung der Kausalität 4 74; 5 88. —

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

konkurrierendes Verschulden des Verletzten **1 1, 163; 4 264** (s. dieses). — Konkurrirendes Verschulden eines Dritten **2 1, 134; 3 1, 325, 338; 6 301** (Kunstfehler des behandelnden Arztes); **7 105**. — Eintritt unvorhergesehener Ereignisse **3 1, 338**. — Unterbrechen des R. bei Tierchaden durch die Handlung eines Menschen **1 1, 491**. — Unterbrechung des R. durch ein neues Ereignis, wenn d. Schaden auch durch einen späteren Zufall entstanden wäre **7 104, 333**. — Frankhafte Anlage des Verletzten **2 1, 134; 2 2, 319, 320; 3 1, 338; 4 263; 5 89, 329; 6 301, 1018; 7 103, 104**. — Fälle von fehlenden R. **4 264**. — Einzelfälle aus der Praxis **2 1, 134; 3 1, 91; 5 88**. — R. im Haftpflichtrecht (s. dieses) u. in der Unfallversicherung **2 1, 133 f.; 2 1, 491** (Tod eines Bahnwärters aus Schreck über einen Zusammenstoß; Negres des Fiskus gegen den am Zusammenstoß Schuldigen). — bei Schadenzufügung durch Unterlassung (Polizeiübertretung, mangelnde Treppenbeleuchtung) **5 88**. — R. bei Unterlassung **7 334**. — R. bei fahrlässigen Körperverletzungen **5 88**. — R. zwischen Erkrankung und Wohnungsfeuchtigkeit **5 89**. — Haftung für den beim Rettungsversuch aus einer Gefahr entstandenen Schaden **2 1, 133**. — R. zwischen Verleumdung der Ehefrau u. Selbstmord des Ehemanns **3 1, 91**. — R. zwischen Verrichtung u. Schadenzufügung im Fall des § 31 **1 1, 29**. — R. zwischen Geistesstörung u. Willenserklärung als Voraussetzung der Nichtigkeit im § 105 **2 1, 41**. — R. zwischen arglistigem Verschweigen u. Vertragschluß **4 34**. — Verwenden ungeübter Arbeiter an Maschinen **6 306**. — R. zwischen Unfall u. der darauf auftretenden Renten- u. Prozeßhypothek **6 99; 7 103, 104, 333**. — durch eigene freie Handlung d. Verletzten vermittelte Folgen **7 103**. — Folgen e. Handlung d. Verletzten, zu der er durch die vorausgegangene Handlung oder Unterlassung d. Haftpflichtigen genötigt war **7 103, 333**. — R. bei Schadenserfaß in Form von Rentenzahlung; Eintreten neuer Umstände, die denselben Schaden ganz oder teilweise gleichfalls verursacht haben würden **7 103**. — Fahrstuhlunfall bei unsachgemäßer Herstellung d. Anlage durch den Beklagten u. Ingebrauchnahme desselben durch d. Kläger gegen polizeiliches Verbot **7 103**. — Zubodenstürzen e. nervenschwachen Dame infolge d. Wellens e. harmlosen Hundes **7 104**. — R. bei Einwirkung e. Tieres auf ein anderes **7 104**. — weiterer Unfall infolge e. durch die erste Verletzung zurückgebliebenen Anlage zu weiterer Verunglückung? **7 104, 333**. — Unterbrechung d. R., w. d. entstandene Schaden auch durch einen späteren Zufall entstanden

wäre? **7 104**. — infolge der Zwangslage d. Verletzten, wegen d. Unfalls einen Prozeß zu führen, herbeigeführte Verschlimmerung seines Zustandes **7 104 (2)**. — Abschluß e. Kaufvertrags u. Kenntnis e. bei Abschluß d. Vorvertrags noch nicht erkannten unwahren Körperpiegelung **7 104**. — Anspruch auf Schadenserfaß, wenn Kläger infolge e. nach Vertragsschluß erhaltenen falschen Auskunft den Vertrag erfüllte **7 105**. — Herabstürzen e. vom Lenker wegen Eisglätte d. Straße auf d. Straßenböschung gelenkten Wagens **7 333**. — Haftung d. Fabrikanten, wenn die Verletzung e. Dritten wegen mangelhafter Schutzvorrichtung d. Maschine erst im Betrieb d. Käufers erfolgt **7 333**. — Tod in Markose bei notwendiger Operation **7 1040**.

Kautionshypothek s. auch Hypothek, Höchstbetragshypothek, Eigentümerhypothek. — Schleusenbau-R. (Sachsen) **2 1, 796**. — Kosten-R. (Sachsen) **2 1, 796; 7 435**. — Zinsen- u. Kosten-R. d. bayer. Rechts unter dem BGB. **4 349, 548, 780 f.; 5 631, 914, 916**. — nach älterem Recht den nachfolgenden Hyp.-Gläubigern bei Böschungserose der R. zustehendes Aufstufungsrecht **4 548**. — Umwandlung nach BGB. insbesondere bei R. für wieder erloschene Forderungen **1 2, 428; 2 1, 796, 797 (2); 3 1, 700 (2); 5 630**. — Verpfändung; Pfandrecht an den nach Lösung des alten u. Eingehung eines neuen Kreditverhältnisses entstandenen, durch die Hyp. gesicherten Forderungen? **5 932**. — Erhöhung der Forderung nach der Beschlagnahme des Grundstücks **1 1, 708; 2 2, 367**. — Bestimmung e. nach altem bayer. Recht begründeten Nebensachen-Hyp. f. e. andere Forderung **7 588**.

Kellerbauten. — Dienstbarkeit oder Erbbaurecht? **3 1, 428**. — Kellereigentum u. Kellerrecht vor 1900 begründetes **1 2, 426; 2 1, 794** (Zubehörirenerschaft; rechtl. Natur); **3 1, 698; 5 628; 6 595** (rechtl. Natur); s. auch Erbbaurecht.

Kellner. — Haftung des Gastwirtes für den R. **2 1, 152; 4 111** (s. Hilfsperson). — kein Finderlohn für die vom Gast im Gasthof verlorenen Sachen **2 1, 431**. — Vereinbarung zw. minderjährigen R. über Teilung d. Trintgelbes **4 28**. — Wohnsitz **2 1, 5**. — Zahlung d. Gehalts eines R. durch d. Ober-R.; Haftung d. Gastwirtes **7 247**. — Zahlung d. vom Gast bestellten Speisen u. Getränke durch den R. am Büfett als Geschäftsführung ohne Auftrag **7 284**.

Kellnerin. — Trintgelbes als Bestandteil d. Lohnes **2 1, 139**. — Arbeitsverhältnis als R. u. als Dienstmädchen nicht gleichwertig (§ 113 BGB.) **5 29**.

Kinder. — können K. Besitzer sein? 1 1, 508; 2 1, 525 f. — fähig zum Eigenbesitz? 2 1, 529 (s. Besitz).

Kinder aus geschiedener Ehe s. elterliche Gewalt.

Kinder aus nichtiger Ehe.

Übergangsrecht. — Umfang der elterlich. Gewalt 1 2, 466; 2 1, 805; 4 553; 5 633; 6 599. — vor oder nach 1900 geborene K. aus vor 1900 geschlossener ungültiger Ehe 1 2, 446; 5 633. — Weiterbestehen der Ehe nach 1900 1 2, 446; 2 1, 804 (Heilbarkeit der Nichtigkeit); 5 633. — Auflösung der nichtigen Ehe vor 1900 2 1, 804. — Wohnsitzbestimmung durch die Mutter bei Bösgläubigkeit des Vaters (preuß. R.)? 4 553.

Recht des V O B. 5 548; 6 498. — K. aus e. formungültigen, aber im Heiratsregister eingetragen Ehe, wenn die Voraussetzungen des § 1324 Abs. 2 vorliegen 1 2, 139. — „eingetragen“ im Sinne des § 1699 Abs. 2 1 2, 139. — Staatsangehörigkeit 1 2, 139. — Name u. Wohnsitz d. K., wenn beide Eltern bei Eheschließung die Nichtigkeit kannten 1 2, 139; 5 521. — Feststellungsklage Dritter über das Bestehen der elterl. Gewalt 4 427. — Feststellung d. Schlichtgläubigkeit d. Vaters 2 1, 664; 4 427; 6 499. — Geburt e. K. während einer zweiten, wegen Nichtbestehens der ersten Ehe nichtigen, aber beim guten Glauben des Mannes als Putativehe anzusehenden Ehe 4 427; 6 498. — vom bösgläubigen Vater aus dem Kindesvermögen gezogene Nutzungen 6 500. — Anspruch des bösgläubigen Vaters auf Dienst des K.? 6 500. — Zutrittsrecht des bösgläubigen Vaters zu dem K. 5 520; 6 500. — elterl. Gewalt d. Mutter bei Bösgläubigkeit d. Vaters 2 1, 664; 6 500. — Einrede des bösgläubigen Vaters, daß die Mutter nach § 1606 Abs. 2 vor ihm für den Unterhalt hafte? 5 520. — vom bösgläubigen Vater für das K. vorgenommene Rechtsgeschäfte 6 500. — Zurückfallen der elterl. Gewalt an den bösgläubigen Vater bei Bewandigung der mütterlichen Gewalt? 5 520. — Rechte des K. bei Bösgläubigkeit d. Vaters (Name, Verwandtschaft, Erbrecht, § 204 V O B.) 6 499, 500. — Stellung der bösgläubigen Mutter beim Ruhen der Gewalt d. Vaters aus anderen Gründen als denen des § 1702 Abs. 3; Pflegschaft? 5 520; 6 500. — Bestellung der bösgläubigen Mutter als Vormünderin im Falle des § 1702 Abs. 2? 5 520; 6 500. — Unterhaltsanspruch d. K. bei Bösgläubigkeit beider Eltern 1 2, 139; 5 521; 6 500. — Beitragspflicht d. Frau z. Unterhalt d. K. 6 478. — Bösgläubigkeit e. Elternteils bei mangelnder Willensfreiheit? 5 521. — böser Glaube = Kenntnis der Nichtigkeit, nicht der Nichtigkeits-

gründe 6 498. — Tod eines Vatten 6 499. — Ehescheidung unter Erklärung eines Vatten für den schuldigen 6 499. — Kenntnis beider Vatten von d. Nichtigkeit der Ehe, wenn der eine um die Kenntnis des anderen nicht mußte 5 459.

Kinderraub. — „Pfleger“ im Sinne des § 235 StGB. 7 579.

Kindesvermögen s. elterliche Gewalt, elterl. Nutznießungsrecht. — Inventarisierung s. elterliche Gewalt. — Sparfasseneinlagen d. Eltern aus eigenen Mitteln auf den Namen d. Kindes 3 1, 510. — vom Vater neu begonnenes Erwerbsgeschäft e. Kindes (s. Vormundschaftsgericht unter Aufsicht über d. Eltern) 1 2, 119. — mit Mitteln d. Kindes u. d. des Gewalthabers erworbene Sachen 1 2, 118. — mit „Mitteln des Kindes“ erworbene Sachen 1 2, 118; 3 1, 512 (unfreie Mittel); 5 511. — Beweislast, daß der Vater bei Erwerb mit Mitteln d. Kindes nicht für das Kind erwerben wollte 1 2, 118; 2 1, 655; 4 416. — Beweislast im Falle des § 1646 über Probenzeit d. Mittel 1 2, 118; 4 416. — Leistung des Schuldners einer für das Kind mit dessen Mitteln erworbenen Forderung an d. Vater 1 2, 118. — § 1646 bei Erwerbungen vor 1900? 4 415. — Anwendung des § 1646 bei Erwerb mit Mitteln d. Kindes trotz verjagter obervormundschaftlicher Genehmigung? 4 415. — Verhältnis d. § 1381 zu § 1646 5 511. — Klage des Kindesgläubigers gegen den Vater auf Herausgabe des Vermögens z. Zwecke der Zwangsvollstreckung (s. diese) 7 507. — Aufstellung e. Pflegers zum Schutz d. R. 1 2, 101 (s. Pflegschaft). — Verfügung d. Vaters über das K. im eigenen Namen 7 500.

Freies Vermögen. — zum ausschließlich persönlichen Gebrauch d. Kindes bestimmtes Grundstück 1 2, 119. — von den Eltern selbst für d. persönlichen Gebrauch d. Kindes gegebene Gegenstände 1 2, 119. — Patengeschenke 1 2, 119; 2 1, 656; 3 1, 512. — Arbeitsverdienst im elterlichen Hause (§ 1617) 1 2, 119; 2 1, 643; 6 483 (s. eheliche Kinder). — Arbeitsverdienst aus Diensten bei Dritten 1 2, 101, 119; 2 1, 643, 656; 3 1, 512; 4 416; 6 483. — vor 1900 erzielte Lohnersparnisse 1 2, 119. — Erbschaftsansprüche wegen entgangenen Arbeitsverdienstes 1 2, 119. — Vermögen, auf dessen Nutznießung der Vater verzichtet oder an dem ihm die Nutznießung entzogen ist 1 2, 122; 4 417; 5 512. — renumerative Schenkungen 1 2, 119. — Gewinn aus e. vom Kinde selbständig ohne Ermächtigung betriebenen Erwerbsgeschäft 1 2, 119. — Anspruch des Kindes auf Taschengeld? 1 2, 119. — Anspruch auf Ertrag e. im Dienst erlittenen

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

Schadens 12, 119; 5 511. — Ansprüche d. Kindes aus dem Haftpflichtgesetz 4 418. — vor 1900 getroffene Anordnungen über Ausschluß d. elterlichen Nutznießungsrechts 12, 120. — wann liegt Ausschluß des elterl. Nutznießungsrechts (§ 1651²) vor? 12, 120. — Surrogationsprinzip beim freien R. 4 417. — keine Verwendung d. freien R. durch den Vater 12, 120. — Haftung des Vaters f. d. Einkommensteuer? 12, 120. — Beweislast 12, 120. — Verwaltungsrecht d. Vaters am freien R. 2 1, 656.

Überlassung von Vermögenswerten d. Kinder an d. Eltern nach §§ 1618, 1619. — Erbanspruch des Kindes bei Verwendung seitens d. Eltern zu e. anderen Zweck im Falle des § 1618 12, 96. — Anwendung der §§ 1618, 1619 auf uneheliche Kinder 12, 96. — Anwendung des § 1618 auf freiwillig geleistete Dienste 12, 96. — freies Ermessen der Eltern nach § 1619 12, 96. — Rechnungslegungspflicht der Eltern im Falle des § 1619? 12, 96; 3 1, 496. — Recht der Eltern, das nicht Verwendete für sich zu behalten (§ 1619)? 12, 96; 3 1, 496. — Arbeitsverträge als Vermögenseinkünfte nach § 1619? 12, 96. — Haftung d. Vaters f. ordnungsmäßige Verwaltung des überlassenen Vermögens; Anwendung d. § 1664? 12, 96. — Anwendung des § 1619 bei Fortdauer der Verwaltung nach dem Ausschneiden d. Kindes aus d. Hausangehörigkeit? 12, 96. — Aktilegitimation d. Vaters f. Prozeßführung über die Einkünfte des überlassenen Vermögens? 12, 96. — bei Beendigung der Verwaltung noch vorhandene Einkünfte 3 1, 496.

Kinematograph. — polizeil. Genehmigung nach § 33 a. GewD? 4 933.

Kirche. — jur. Persönlichkeit nach § 89 BGB? 1 1, 49. — jur. Persönlichkeit der kath. K. in Bayern 6 26. — Sammlung f. R.-Bau f. öffentl. Sammlung. — Austritt aus d. K.; Ablehnung d. Beurkundung bei Zweifel des Urundsbeamten über die bisherige Zugehörigkeit 7 1027.

Kirchenbuch. — unrichtige Namens- eintragung 3 1, 4. — Feststellung d. richtigen Vornamens durch das R. 2 1, 9; 3 1, 5.

Kirchengemeinde — als Beteiligte bei e. irrtümlich gegen d. Kirchenvorstand gerichteten Klage 7 737. — als Körperschaft des öffentl. Rechts; Rechtsbeziehungen 6 26. — pfälzisches Recht 6 26. — Haftung f. Unfall des Gläubners durch Herabfallen e. Klöppels 3 1, 258. — Haftung f. mangelhafte Beschaffenheit d. Kirchentür 5 18. — Genehmigung d. von einem Mitglied d. Kirchenvorstands geschlossenen Vertrags 7 87. — Vertretung im Grundbuchverfahr 4 837; 5 974; 6 1037 (f. Eintragung).

Kirchenstühle. — Befugnis z. Benutzung 6 31 (f. res sacrae).

Kirchhöfe f. Begräbnisplätze, res publicae, res sacrae. — Hypotheken auf R. in Preußen 12, 402. — Ausrechthaltung der §§ 183—190 II. 11 RM. über Anlegung, Eigentum an R., Benutzung 2 1, 773. — Anspruch des Erbvergräbnisberechtigten auf unentgeltl. Zuweisung eines Begräbnisplatzes bei Verlegung des Friedhofes (Preußen) 2 1, 773. — dingliches Recht einer Kirchengemeinde an dem R. einer anderen 4 537. — Erhebung e. Gebühr f. Gräberpflege seitens d. Kirchengemeinde als Gewerbebetrieb (vgl. diesen) 4 916. — Eigentumsverwerb; dingliche Rechte an e. R. 2 1, 533.

Kirchliche Trauung. — Rechtsanspruch d. Gatten gegeneinander auf E. T.? Bedeutung des § 1588 12, 86, 87; 2 1, 639; 3 1, 489 (f. Eheschließung). — Verweigerung d. E. T. als Scheidungsgrund f. Ehescheidung unt. relative Scheidungsgründe.

Klage vgl. Klageschrift, Klagenanspruch, Klagerrecht, Teilklage. — bedingte 1 3, 100. — Erhebung beim unzuständigen Gericht; kann durch Veränderung des Wohnsitzes nach Klagezustellung das Gericht nachträglich zuständig werden? 3 2, 432. — Erhebung d. R. gegen einen Verstorbenen 1 2, 81, 100; 4 672; 6 794. — Aufrechnung, Anfechtung, Kündigung durch R. 1 3, 94, 95 (vgl. Prozeßbevollmächtigter). — R.-Arten 2 1, 109, 110. — Wirkungs-R. 2 1, 109. — rechtl. Natur d. R. auf Abgabe e. Willenserklärung (vgl. Zwangsvollstreckung auf Abgabe e. Willenserklärung) 1 3, 305, 306; 3 2, 592; 4 758. — Wirkung e. ohne Vollmacht erhobenen R. 7 738. — Verhandlung und Urteil auf Grund e. mit e. wesentlichen Mangel behafteten R. 7 780. — Fristbestimmung nach § 255 ZPO.; Antrag auf Fristsetzung in d. Berufungsinstanz, im Läuterungsverfahren; Angabe der verlangten Frist im Antrag; Antrag auf Fristbestimmung als Sachantrag nach §§ 297, 335 ZPO. zu beurteilen; Abänderung der vom Gericht gesetzten Frist; Anwendung des § 255 ZPO. in den Fällen der §§ 250, 527, 1003, 1033, 354 BGB.; Vollstreckungsklausel, wenn d. Schuldner nach Ablauf d. Frist verurteilt wird, für beide Leistungen 7 782.

Klageränderung vgl. Berufung. — maßgebend die Klage, nicht der Urteilsstatbestand 5 790. — Unterschied zw. R. u. Erhebung neuer Ansprüche 3 2, 443; 5 786; 6 799. — Wirkung e. d. R. bejahenden Entscheides 3 2, 495. — R. u. Verjährungsunterbrechung 2 1, 101. — R.-s. hzm. Klageabweisungstheorie bez. d. Eventualaufrechnung (f. diese) 1 1, 283 ff.; 2 1, 238; 3 1, 180; 4 136 f.; 5 153 f.

(Klagänderung)

Fälle von Klagänderung. — Klage aus einem Anerkenntnis, später gestützt auf das dem Anerkenntnis zugrunde liegende Schuldverhältnis 1 3, 113. — Klage aus § 1004 BGB. mit nachträglicher Schadenserzagsklage 1 3, 113, 114 (s. auch 5 791). — Übergang von der Wechselklage in die Klage aus dem ursprünglichen Schuldverhältnis 1 3, 114. — Kondiktion statt Vertragsklage 4 691. — ungerechtfertigte Bereicherung statt Gewährleistung 4 691. — ungerechtfertigte Bereicherung statt Schadensanspruch wegen arglistiger Täuschung 4 691 (vgl. 7 789). — Klage auf Aufhebung e. Schiedspruches: Änderung d. Aufhebungsgrundes 1 3, 114. — Minderung statt Vertragsaufhebung 3 2, 446. — Klage aus einem Pfändungsbeschuß; Zurückgreifen auf die einzelnen dem Beschuß zugrunde liegenden Forderungen 5 792. — neue Vertragsverletzungen bei Klage auf Konventionalstrafe 1 3, 121. — Übergang vor d. Klage auf Zahlung d. Kaufpreises zum Verlangen d. Herausgabe d. Bereicherung wegen Nichtigkeit d. Kaufes 7 789. — Übergang von der auf Erbrecht gestützten Klage auf Anspruch kraft eigenen Rechtes 4 691. — Übergang von § 2028 BGB. auf § 260 1 3, 121. — Erstredung der gegen die Mutter mitgerichtet gewesenen Klage auf das inzwischen geborene Kind 3 2, 495. — Übergang von der Klage auf Grund elterlichen Nießbrauchs auf Klage wegen eines durch das Kind verursachten Schadens 1 3, 121. — ursprüngliche Klage aus e. zugunsten des Klägers als Dritten abgeschlossenen Vertrage; spätere Behauptung d. Abtretung d. Anspruchs an d. Kläger 7 789. — Klage auf Herausgabe an Kläger u. seine Frau statt Herausgabe an Kläger allein 3 2, 446. — Rückzession des vor Klagerhebung abgetretenen Klaganspruchs nach Klagerhebung 3 2, 446. — Schadenserzags wegen Nichterfüllung und durch Selbsthilfeverkauf bewirkte Vertragserfüllung 5 792. — Anfechtungsklagen 1 3, 120, 122; 2 2, 494; 3 2, 443 (Übergang von § 30 zu § 31 R.D.) 6 804, 989 (vgl. unten). — Übergang von der Anfechtung wegen Irrtums oder Täuschung auf die Wandlungs- oder Minderungsklage 3 2, 495. — bei Klage auf Nichtigkeitsklärung eines Patentes 3 2, 446. — Übergang von der Patentabhängigkeits- zur Unterlassungsklage 5 791. — Übergang von der Unterlassung auf die Schadensklage bei Patentprozessen 3 2, 495. — Übergang von der Anfechtung nach §§ 119 ff. BGB. auf die Nichtigkeitsbehauptung 7 789. — Verletzung einer Grunddienbarkeit statt Eigentumsverletzung 3 2, 443. — Antrag, den ursprünglichen nur als Kon-

kursverwalter Beklagten auch persönlich zu beurteilen 7 789. — wirkliche Parteiänderung im Gegenjah zur Vertretigung der Parteibezeichnung 1 3, 100; 3 2, 445; 6 794; 7 789 (s. Klagechrift). — Eintritt eines zweiten Klägers in den Prozeß nach Klageaufstellung 4 688. — Verlagen e. Gesellschafters an Stelle d. Gesellschaft 7 789. — ursprüngliche Erhebung der Klage aus eigenem Rechte, späteres Stützen auf ein abgetretenes Recht 6 801. — späteres Stützen einer nur auf § 6 Abs. 2 und BGB. gegründeten Klage auch auf § 6 Abs. 1? 6 802. — Ablehnung d. Erfüllung e. mit Eigentumsvorbehalt geschlossenen Kaufvertrags seitens des Konkursverwalters; Umwandlung der Kaufpreisklage d. Verkäufers in die Schadenserzagsklage 6 803, 804. — Übergang von der Klage aus § 812 Abs. 2 BGB. in die nach § 3 Ziff. 1-4 AnfG. 6 804; 7 789. — Übergang von dem Anspruch auf Leistung des Interesses wegen Nichterfüllung zur Feststellung der Nichtigkeit des Vertrags u. eventuell zum Anspruch auf Preisminderung 6 804. — Vertrags- statt Delikt- (§ 823 BGB.) Klage 6 804. — Anspruch aus Bürgschaft gegenüber einem Anspruch nach § 823 BGB. 6 804. — Übergang von d. Klage auf Zahlung des Salbos e. Kontokorrents auf Zahlung einer einzelnen in die laufende Rechnung aufgenommenen Forderung 6 804; 7 789. — Übergang von der Klage auf Anerkennung u. Zahlung eines Salbos in Klage auf Übernahme einer Stammeinlage einer GmbH. 6 804. — Entschädigungsrente statt Wegreißen e. Überbaus u. umgekehrt 6 804. — dinglicher Anspruch auf Zustimmung zur Auflassung statt des persönlichen Anspruches auf Erteilung der Auflassung 6 804. — erst im Laufe des Prozesses erwirkter Pfändungsbeschuß bei Klage auf Grund d. angeblichen Pfändung 6 804. — Erklärung d. Mannes, der kraft seines gesetzlichen Verwaltungsrechtes den Prozeß anstrengt, den Prozeß im eigenen Namen oder als Vertreter der Frau zu führen 4 379. — nachträgl. Geldendmachung d. Wandelung bzw. Minderung wegen e. weiteren Mangels 2 1, 283 (s. Kauf). — Wiedereintreten d. ursprünglichen Klägers nach zugelassenem Eintritt e. neuen Klägers 7 789.

Keine Klagänderung. — Klage auf Wandelung wegen Fehlens e. zugehörigen Eigenschaften unter gleichzeitiger Behauptung, Kläger sei durch arglistige Täuschung zum Vertrag bestimmt worden; späteres Petitum auf Ersatz des positiven, durch die arglistige Täuschung erlittenen Schadens unter Aufrechterhaltung d. Vertrags 6 802. — nachträgliches Stützen einer Vollstreckungsgegenklage „auch“ auf

§ 768 B.P.D. 6 802. — Klage e. parteiunfähigen Gesellschaft umgewandelt in Klage der Gesellschafter 6 802, 803 (s. unten). — Klage auf Hinterlegung für die Erben ausgedehnt in Klage auf Hinterlegung für die Erben u. den Nießbraucher 6 803. — Übergang von der Klage auf Wiederherstellung e. Zustands und Unterlassung auf den Schadenserlassanspruch 6 803. — Übergang von der Klage auf Vorlage eines anderweiten vollständigen Nachlassverzeichnis in den Antrag auf Vervollständigung des vorgelegten 6 803. — Umwandlung des in der Berufungsinstanz dem Grunde nach für berechtigt erklärten Wandelungsanspruchs nach Konkurs des Beklagten in eine Geldforderung 6 803. — Übergang von d. Behauptung d. Anfechtbarkeit nach § 29 R.D. zur Behauptung, daß ein Scheingeschäft vorliege 2 2, 491. — Verchtigung d. Parteibezeichnung 1 3, 121; 2 2, 87; 3 2, 435, 445 (Firma statt Einzelkaufmann; Nachbringung d. Namen d. klagenden Mitglieder e. Gesellschaft); 5 791; 6 802, 803; 7 788 (Klage gegen den preuß. Fiskus statt Reichsfiskus, gegen Gemeinde statt Sparkasse, gegen Einzelkaufmann u. seine Firma). — Übergang von e. Besitzklage zur anderen? 1 1, 516. — Schadenserlass statt ungerechtfertigter Bereicherung 5 787. — Übergang von abstrakter in konkrete Schadensberechnung 1 3, 114; 6 802. — Feststellungs- u. Leistungsklage 1 3, 122; 3 2, 445, 495; 6 803. — wenn an Stelle der Firma der Name des Alleinhabers gesetzt wird 1 3, 121; 2 2, 87; 5 791 (s. oben). — Umwandlung der Klage gegen die Mitglieder in Klage gegen den Verein 4 671. — Behauptung, daß die Lohnforderung in ein Darlehen umgewandelt worden sei 1 3, 121. — statt Klage des Konkursverwalters auf Löschung der den K.-Gläubigern gegenüber unwirksamen Hypothek Klage auf Einwilligung, daß der Erlös den Konkursgläubigern zugeteilt werde 3 2, 445. — Übergang von der Unterlagungs- zur Patentabhängigkeitsklage 5 791. — Änderung der Konkurs- in Massforderung 3 2, 445. — Hüßlohn statt Schlepplohn 1 3, 121. — wenn statt Genehmigung durch den Vater später Genehmigung des Vaters des großjährig gewordenen Beklagten behauptet wird 3 2, 445.

Verchtigung der rechtlichen und faktischen Ausführungen (§ 268 Ziff. 1 B.P.D.). — Heranziehung neuer Patentchriften bei Wichtigkeitsklage 5 791. — während des Prozesses eintretende, zur Klagebegründung gehörende Tatsachen (Verzug) 5 791; wenn sie bereits vorher behauptet waren 5 791. — Bezeichnung des Inhabers der

klagenden Firma 5 791 (s. Klageschrift und oben). — Übergang vom abstrakten Schuldanerkenntnis auf die einzelnen Verbindlichkeiten 5 791. — veränderte juristische Würdigung der unveränderten Tatsachen 6 802; 7 788; — Übergang von der Klage aus kumulativer Schuldübernahme zur Klage aus Bürgschaft ohne Änderung der Tatsachen 7 788. — nachträgliches Stützen d. verlangten Vertragsaufhebung auf § 123 statt § 823 B.G.B. 7 789. — Klage auf Rückgabe e. für ein Darlehen gegebenen Sicherheit gestützt ursprünglich auf Verrechnung, später auf einseitige Aufrechnung d. Darlehens 7 789. — auf Anerkenntnis d. Beklagten gestützte Klage; nachträgliche andere Darstellung der die Grundlage d. Anerkenntnisses bildenden Tatsachen 7 789. — Übergang vom Schadens- zum Bereicherungsanspruch 7 789 (vgl. 4 691). Erweiterung oder Beschränkung des Klagantrags (§ 268 Ziff. 2). — wenn statt einer Geldleistung Befreiung von einer Verbindlichkeit verlangt wird 1 3, 122. — Ansetzungsklage: wenn statt der unmittelbaren Überlassung des ansechtbar veräußerten Vermögensstückes die Zurückgewährung desselben als noch zum Vermögen des Schuldners gehörig verlangt wird 1 3, 122 (vgl. 120); Umänderung des Antrags auf Duldung der Vollstreckung in eine bestimmte Forderung in Antrag auf Zahlung 5 792. — qualitative Ermäßigung des Klagantrags (Anerkennen eines Wahlrechtes des Beklagten) 4 691. — teilweise und gänzliche Patentansetzung 5 791/792. — Erweiterung d. Klage auf Bezahlung des Restes bei vorheriger Einklagung e. während des Prozesses bezahlten Teilbetrags e. Forderung 1 3, 121 (vgl. Teilbetrags). — Unterschied e. quantitativen Einschränkung d. Anspruchs von e. Klagezurücknahme 6 803 (vgl. 3 2, 377; 5 792). — Erweiterung d. Klagantrags nach Erlaß e. Zwischenurteils nach § 304 B.P.D. 6 803. — Klage auf Unterlagung weiterer Verletzung d. Warenzeichenrechts gegenüber der ursprünglichen Schadenserlassklage wegen solcher Verletzungen 7 789. — Schadenserlassklage anstatt der ursprünglichen Klage auf Wiederherstellung 7 789. — Ausbehnung der Schadenserlassklage wegen Körperverletzung auf Schmerzensgeld 7 789.

Fälle des § 268 Ziff. 3 B.P.D. — Verlangen der Rückgabe des vom Kläger Gekleisteten bei Unmöglichwerden der Leistung des Beklagten 3 2, 445. — bei Klagen auf Rechnungslegung und Herausgabe nach § 254 B.P.D. 4 691 (s. auch Rechnungslegung). — Eigentumsbeeinträchtigung: Übergang von Unterlassung auf Schadenserlass bei Zuwider-

(Klagänderung)

handlung **1 3, 113/114; 5 791; 6 803.** — Übergang vom Erfüllungszum Interessenanspruch wegen der vom Konkursverwalter nach § 17 R.D. abgelehnten Vertragserfüllung **6 984.** — Übergang von dem Anspruch auf Kaufpreis auf d. Schadensanspruch nach § 326 BGB. bei Nachfristsetzung nach Klagerhebung **7 164.** — analoge Anwendung des § 268 Ziff. 3 bei Erledigung d. Hauptsache **7 789.** — Anführung in d. Berufungsinstanz, daß die vom Kläger anfangs im Arrestwege gepfändete Forderung ihm nun zur Einziehung überwiesen sei **7 789, 790.**

Zulassen der Klagänderung durch das Gericht (§ 264). — Anwendung des § 264 für die 2. Instanz? **5 790.** — pflichtmäßiges Ermeßen entscheidet **1 3, 113.** — Entscheiden über den Anspruch trotz Annahme einer unzulässigen **R. 1 3, 113; 3 2, 443; 5 791 (2).** — Pflicht zur Zulassung bei Verneinen einer Erschwerung **5 792.** — Zulassung der **R.**, wenn sie erst erfolgt, nachdem auf Grund des bisherigen Sachverhalts feststeht, daß die ursprüngliche Klage abzulehnen ist **6 801.** — Sachentscheidung des Gerichts ohne Entscheidung über das Vorliegen e. **R. 1 3, 122; 3 2, 443, 446; 7 787.** — Unterlassen e. Entscheidung über das Vorliegen e. **R.** unter gleichzeitiger Abweisung der neuen Klage aus sachlichen Gründen **1 3, 122.** — keine wesentliche Erschwerung, wenn die geänderte Klage sich auf die eigene Sachdarstellung des Beklagten stützt **6 801.** — Anfechtung der Entscheidung des Gerichts (§ 270), Entscheidung des Berufungsgerichts **1 3, 122.** — keine Anfechtung des die Zulassung ausprechenden Entscheides **6 804.** — Nachprüfung der eine **R.** verneinenden Entscheidung durch das Obergericht **3 2, 446** (wegen d. Verjährungsunterbrechung). — Anwendung d. § 270 ZPO. bei Eintritt eines Dritten infolge d. **R. 7 790.** — Widerspruch d. Beklagten gegen die Zulassung der **R.** nach Eintritt in die Verhandlung **1 3, 122.** — widerspruchslöse Einlassung des Beklagten in der Berufungsinstanz **1 3, 122.** — Einlassung d. Beklagten bei Vertagung nach Verhandlung zwecks weiterer Vorbereitung **6 804.** — Einlassung des Beklagten auf die geänderte Klage aus Unkenntnis **3 2, 446.** — kein Widerspruchrecht d. Beklagten, wenn die **R.** einem vorher zwischen den Parteien getroffenen Abkommen entspricht **6 801.**

Klaganspruch u. Klagerrecht vgl. Klagantrag, Klagegrund, Klageschrift, Klagerrecht. — materielle u. prozessuale Voraussetzungen **1 3, 91 ff., 98.** — Abweisung zur Zeit **1 3, 91.** — Verzicht auf Klagerrecht **1 3, 91; 5 737; 6 804** (Unterschied von Klagerücknahme). —

Aufrechnung, Anfechtung, Kündigung durch Klage **1 3, 94/95** (s. Prozeßbevollmächtigt.). — einfache und alternative Anspruchskonkurrenz (kann ein Tatbestand mehrere Ansprüche erzeugen? Geldendmachung in einer Klage, Teilurteil, einmalige Tilgung) **1 3, 110/111.** — Klage auf Herbeiführung eines Rechtserfolges **3 2, 435; 5 786.** — unbestimmter Klaganspruch **6 794.** — Bezeichnung in der Klageschrift: Bezugnahme auf vorausgegangenen Zahlungsbefehl **5 786; 6 794.** — Unmöglichkeit genauer Angabe d. Klagantrags infolge Geheimhaltung des Einzelverkaufs seitens des Beklagten **5 786.** — Verbindung mehrerer Ansprüche in einer Klage s. Verbindung. — Wiederholung der Klage trotz Urteils (Interesse des Gläubigers an nochmaliger Verurteilung) **1 3, 91, 144; 3 2, 466.** — Klage trotz Besitzes vollstreckbarer Urkunde nach § 794 ZPO. **1 3, 261; 6 792;** — Klage trotz rechtskräftigen Vollstreckungsbefehls zur Erlangung einer Sicherheitshypothek **1 3, 144.** — wiederholte Klage bei Verlust des Vollstreckungsbefehls s. Mahnverfahren, Rechtskraft, Vollstreckungsmittel, Urteil.

Klagantrag s. Eventualantrag, Klaganspruch, mündl. Verhandlung, Urteil unter Urteilsenor. — Entscheidung über Prinzipal- u. Eventualantrag in einem Urteil **1 3, 133.** — Nichtverlesen des **R.**, Heilung des Mangels **3 2, 455.** — Nichtstellen eines Antrags bei sonstigem Verhandeln zur Sache **1 3, 132.** — wiederholte Verlesung bei Fortsetzung der mündlichen Verhandlung **1 3, 132.** — Erhebung akzessorischer Schadensersatzansprüche ohne Bezifferung e. Vertrags, auch wenn die Voraussetzungen der Feststellungsklage nicht gegeben sind **7 781** (s. Feststellungsklage). — Erweiterung nach Erlaß eines Zwischenurteils nach § 304 ZPO. **6 803.** — Erweiterung u. Beschränkung s. Klagänderung. — alternativer **R.**, eventueller **R.** u. **R.** mit Einräumung s. facultas alternativa **4 94; 5 102.** — Unterschied zwischen Alternativ- u. Eventualantrag **6 780.** — alternativer Klagantrag b. d. Eigentumsklage **3 1, 113.** — Eventualanträge (s. diese). — Nichtigkeit oder Wandelung evtl. Schadensersatz **5 787.** — Eventualantrag auf Geldersatz nach §§ 280, 325 BGB. **3 1, 141.** — Fassung des **R.:** bei Klage gegen einen dem Erbauseinanderbesetzungsplan Widersprechenden **3 2, 436.** — **R.** auf Herbeiführung eines Rechtserfolges (Verhaftung eines Rechtes, Befreiung einer Last) **3 2, 435; 5 786.** — **R.** aus einem Vorvertrag **3 2, 435; 5 786** (aus dem pactum de mutuo dando). — Leistungsklage auf „Erlaß allen Schadens aus einem Unfall“ **4 688** (s. Feststellungsklage). — Klage auf Übertragung des Eigentums an

der Kaufsache 5 786. — Antrag auf Zusage der Rente, deren Höhe vom Gericht festzusetzen sei? 6 794, 795. — Verlangen d. von d. Sachverständigen für angemessen erachteten Betrags neben einem bestimmt bezifferten Mindestbetrage 7 781. — R. b. Vorabentscheidung über d. Grund d. Anspruchs 6 795. — Antrag, d. Beklagten z. Abnahme d. gefausten Schweine gegen Zahlung von 60 Pf. pro Pfund Lebendgewicht zu verurteilen 6 795. — ursprünglicher Berufungsantrag, die Sache für erledigt zu erklären; nachträglich erhobener Sachantrag 7 781. — Umfang d. Zulässigkeit von Eventualanträgen; auf ein minus oder aliud gehende oder durch e. anderen Tatbestand begründete Eventualanträge 7 781 (2). — Antrag auf Verurteilung e. anderen Beklagten, falls die Klage gegen den ersten Beklagten abgewiesen wird? 7 781. — Antrag bei Klagen auf Herausgabe von Sachen; Herausgabe der Sachen binnen bestimmter Frist oder Zahlung des Wertes 7 786. — Notwendigkeit d. Änderung bei e. Hypothekenvorrangsklage im Falle der Änderung der Sachlage infolge Zwangsversteigerung 5 932.

Klage auf künftige Leistung.

Allgemeines. — rechtliche Natur 1 3, 107/108; 2 1, 110; 3 2, 436. — Anwendung auf vor 1. I. 00 entstandene Rechtsverhältnisse 1 3, 90, 106. — Unterschied d. Urteils von dem Feststellungsurteil 1 3, 106; 3 2, 436, 437 (Leistungsgebot des Urteils); 3 2, 441. — ist nicht auf das ordentliche Verfahren beschränkt 1 3, 106, (Mahnverfahren?) 107; 3 2, 441; Wechselprozess? 1 3, 107; 3 2, 441, 513. — Bestreiten d. Beklagten od. sonstiges besonderes Interesse nicht nötig 1 3, 106; aM. 108. — Kündigung in der Klageschrift 1 3, 106; 3 2, 513. — Gegenstand der Klage: bestehende Rechtsbeziehungen, nicht bloß Hoffnungen 3 2, 439; Unterlassungsklagen 3 2, 440. — Rechtsschutzinteresse als Voraussetzung 3 2, 440. — Klage auf künftige Entrichtung der Arbeitsvergütung 2 1, 168. — Aufrechnung des Beklagten mit noch nicht fälligen Gegenforderungen 3 2, 440. — Zurückbehaltungsrecht des Beklagten auf Grund betagter oder bedingter Ansprüche 3 2, 440. — Abweisung d. R. bei Ausübung des Retentionsrechts 1 1, 180; 3 1, 124. — Urteil; Leistungszeit 1 3, 106. — Kostenpflicht des Klägers, wenn Beklagter zur Klage keinen Anlaß gab 1 3, 108; im Fall des § 259 ZPO. 1 3, 109; 6 799.

Bei einer Gegenleistung nicht abhängige Geldforderungen, Kündigungs-Klage (§ 257 ZPO.). — gegenseitige Verträge 1 3, 106; 5 790. — nicht bloß Darlehen 1 3, 106. — gegen den

Akzeptanten der nicht domizilierten Latte 1 3, 107. — gegen den Aussteller eines nicht domizilierten Eigenwechsels 1 3, 107. — Leistungs-R. aus Tagewechsel 1 3, 107. — Ansprüche aus Wechsln, bei denen Präsentation nötig 3 2, 440. — R. gegen den Mann auf künftige Duldung der Zwangsvollstreckung in das Vermögen der Frau? 3 2, 546. — wenn die Gegenleistung bereits vollzogen ist 1 3, 107. — „Kalendertag“ 3 Monate nach Empfang 1 3, 107. — Veränderung der Bezeichnung des Kalendertages ist keine Klageränderung 3 2, 440. — Kündigungs-Klagen im Urkundenprozess, im Mahnverfahren 3 2, 441.

Klage auf wiederkehrende Leistungen (§ 258). — Weiterlauf oder Entstehung der Teilforderungen hängt von ungewissen Ereignissen ab 1 3, 108. — von Gegenleistungen abhängige Leistungen 1 3, 108; 4 690; 5 790; 6 799. — Fälligkeit mindestens einer Rate? 1 3, 108; 3 2, 441; 4 690; 5 790; 6 799. — Mietzinsen 1 3, 108; 4 690; 5 790 (2). — wiederkehrende L., die in ihrer künftigen Entstehung nicht bloß vom Zeitablauf, sondern noch anderweitig abhängig sind 4 690; z. B. durch künftige Gestaltung der Erwerbsverhältnisse 5 790. — R. der Kinder bei Tötung d. Mutter auf künft. Rente (s. den Fall des Ablebens des Vaters): Verhältnis zur Feststellungs-R. 6 799.

Besorgnis der nicht rechtzeitigen Leistung (§ 259). — rechtl. Natur 3 2, 441. — bedingte, betagte (Anfangstermin) Ansprüche 1 3, 108, 109; 3 2, 441; 5 790. — erst künftig entstehende Ansprüche? 4 690. — Nichtbestreiten der Verpflichtung 1 3, 108. — die Besorgnis muß auf dem Verhalten des Schuldners beruhen 1 3, 109. — „sich entziehen“ Begriff 1 3, 110; 7 786. — bei Unterlassungsansprüchen 1 3, 109; 5 790; 6 799. — Unterlassungs-R. gegen den Mieter bei Besorgnis rechtswidrigen Gebrauchs der Mietsache 1 3, 109; 3 2, 440. — im Urkundenprozess 1 3, 110; 3 2, 441. — nicht rein einseitige Ansprüche 5 790. — wenn der Mieter die eingebrachte Sache fort schafft 3 2, 441. — können hier die Kosten den Kläger treffen? 1 3, 109; 6 799 (sofortige Anerkennung des Beklagten?). — Bestreiten der Forderung vor Fälligkeit 1 3, 110. — ungünstige Vermögensverhältnisse des Schuldners 1 3, 110. — Böswilligkeit des Schuldners 1 3, 110. — bloße Verbindung des Schuldners an der r. L. durch ihm nicht zuzurechnende Umstände 1 3, 110. — R. des Mieters gegen den Vermieter auf Unterlassung künft. Störungen 6 799. — Antrag b. Klagen aus Abzahlungsgeschäften „den Beklagten zur Zahlung von x M. oder im Nichtbeitreibungsfall zur Herausgabe des Gegenstandes zu verurteilen

(Klage auf künftige Leistung)

7 786. — Klage auf künftige Zahlung bei Mittellosigkeit oder Nichtzahlen können des Schuldners 7 786. — bei K. auf Herausgabe von Sachen Antrag auf Herausgabe binnen bestimmter Frist oder Zahlung des Wertes 7 786. — Klage auf künftige Leistung e. Schadenersatzes nach § 283 BGB.; Möglichkeit, daß die ursprüngliche Leistung durch eine vom Schuldner nicht zu vertretenden Umstand unmöglich wird 7 786. — Klage gegen e. Theaterunternehmer auf Genehmigung des Zutritts zu einer Vorstellung 7 786. — K. auf Rückgabe e. dem Käufer als Kaution f. die Erfüllung gewisser Garantien d. Verkäufers gestundeten Kaufpreiskate 7 786.

Klagegrund f. Klagenanspruch, Klageänderung. — Individualisierungstheorie 7 781. — nicht das Rechtsverhältnis Berufungsgrund 13, 120. — bei Pfandrechten 13, 120. — bei persönlichen Klagen 21, 118. — Anfechtungsklagen 13, 120. — Rechtsschutzvoraussetzung als Teil des K. 7 711. — K. bei absoluten Rechten 7 711. — Bezugnahme auf vorausgegangenen Zahlungsbefehl 5 786, 842. — Substantiierung bei Erhebung der dinglichen Hypothekensklage 6 795. — Begründung d. Widerspruchsklage nach § 771 ZPO. 6 795. — mehrfacher K., von denen einer zum Wortlaut d. Klageantrags nicht paßt 7 806. — Häufung von K. 7 781. — Heilung e. Mangels in d. Substantiierung d. K. 6 795. — Entscheidung über jeden einzelnen K. in der Urteilsformel? 6 800. — Behauptung d. Warenübernahme zahlungshalber als Leugnen des K. 31, 175. — Behauptung des Nichtbesizes der nach § 371 BGB. herauszugebenden Wertpapiere als Leugnen d. K. 11, 270. — Unterstellung e. anderen als des geltend gemachten K. im Urteil 4 699.

Klagenhäufung objektive f. Verbindung.

Klagenkonkurrenz f. Anspruchskonkurrenz. — Verhältnis des § 618 zu §§ 823 ff. BGB. 21, 351; 5 232.

Klagerrecht f. Klagenanspruch. — Verzicht auf K. 13, 91; 5 737; 6 804. — Klage auf Herbeiführung eines Rechtserfolges (Übertragung des Eigentums an einer Kaufsache) Antrag auf Auszahlung eines Darlehens 5 786 (f. 32, 435). — K. u. Anspruch 21, 109. — Übertragung des formalen K. ohne das materielle Gläubigerrecht 31, 198; 7 719. — Voraussetzung 7 719. — Interesse an d. Erlangung e. weiteren Vollstreckungstitels, trotzdem bereits ein solcher vorliegt 7 719 (f. Rechtskraft, Vollstreckungstitel).

Klagerhebung f. a. Einklagung, Klagezustellung. — K. keine Willenserklärung i. S. d. § 193 S 59. — Wirksamkeit e. durch K. abgegebenen Willenserklärung trotz Abweisung oder Zurücknahme d. Klage 21, 48. — K. als Kündigung 21, 201. — K. auch bei unrichtiger Rechtsgrundangabe als Mahnung 5 123. — K. Minderjähriger, unverzögl. Rüge d. Mangels des schriftlichen Nachweises d. Einwilligung des Verteters in d. K. 21, 44. — Unterbrechung der Verjährung durch K. bez. e. bloßen Forderungsteils 11, 131. — K. nach Abweisung e. Antrags auf gerichtl. Beweisaufnahme mit d. Wirkung des § 212 II 1, 132.

Klageschrift vgl. Klage, Ladung, vorbereitende Schriftsätze. — ungenaue Abschrift bei Möglichkeit, den wesentlichen Inhalt der Urschrift festzustellen 4 686. — unrichtige Bezeichnung d. Verhandlungstermins 6 795. — Abweichen der auf der Abschrift befindlichen Terminnote vom Original f. Ladung. — inwieweit hat das Gericht die Klage vor der Verhandlung auf ihre Ordnungsmäßigkeit zu prüfen? 32, 435. — Verzeigerung d. Terminbestimmung bei Partei- oder Prozeßunfähigkeit d. Klägers oder bei Mangel d. Vertretungsbegrüßnis des Vertreters 7 787. — Heilung von Mängeln der K. 13, 100. — mündliche Klagerhebung 13, 100. — Verzicht auf schriftliche Klagerhebung 13, 131. — K. nach vorausgegangener, mit Widerspruch belegtem Zahlungsbefehl 5 842. — Verhandlung u. Urteil auf Grund e. mit einem wesentl. Mangel behafteten Klage 7 780. — Wirkung e. ohne Vollmacht erhobenen Klage 7 738.

1. Bezeichnung der Parteien vgl. Urteil, Firma, Klageänderung. — Klageabweisung bei unrichtiger Bezeichnung 13, 98. — Unmöglichkeit der Erlassung eines Urteils, weil die richtige Partei nicht festzustellen ist 13, 99. — Unterschied zwischen falsa demonstratio u. Irrtum in der Person 13, 99; 6 792, 793. — Berichtigung 13, 121; 6 794; 7 780. — Änderung der Prozeßbüchse in der mündlichen Verhandlung 13, 100; 6 794. — Klage von u. gegen eine städtische Sparkasse 6 794; 7 737, 780. — irrtümliche Bezeichnung e. Behörde anstatt des Fiskus als Beklagten oder Kläger 7 737. — Klage eines Einzelkaufmanns u. seiner Firma 7 780, 781. — Verzicht auf die Rüge 13, 131. — Beifügung d. Namens d. Inhabers in Klammern zur Firma 7 781. — Mitaußführung des Ehemanns im Rubrum 32, 358; 7 781 („im Beistand des Mannes“). — wissenschaftlich falsche Bezeichnung des Beklagten 5 786. — B. des gesetzlichen Verteters mit Namen, Stand

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

u. Wohnort **3 2, 359; 5 787; 6 794.** — Nennung der richtigen Firma bei Irrtum in der Bezeichnung der Gesellschaftsform **3 2, 435; 6 793.** — Prozeßfieren des Klägers unter falschem Namen **5 786.** — Richtung der Klage gegen einen Kaufmann statt gegen die gleichnamige Firma **3 2, 435.** — bloße Angabe der Firma ohne Klarstellung, ob ihr Inhaber ein Einzelkaufmann oder eine Gesellschaft sei **6 793.** — Richtige Klage, wenn eine Firma unter falscher Benennung des Inhabers klagt **4 559; 6 606, 794.** — Erhebung der Klage von e. sich fälschlich als Partei ausgebenden Person **7 780.** — bloße falsche Namensangabe **7 780.** — Firmen **2 2, 89, 90; 3 2, 460; 5 791; 6 637, 793** (s. diese). — irrige Benennung als Kommanditist statt als offene Handelsgesellschaft **2 2, 90.** — irrige Mitaußführung einer Person als Beklagter im Rubrum, wenn aus dem Klageninhalt sich ergibt, daß sie nicht mit verklagt werden sollte **4 688.** — Angabe der Mitglieder der Gesellschaft, wenn die einzelnen verklagt werden sollen **3 2, 435.** — irrige B. d. Beklagten als Firma, off. H.-G. **7 781.**

2. **Angabe d. Gegenstandes u. Grundes des Anspruchs** vgl. Klagenanspruch, Klagegrund.

3. **Klagantrag** s. diesen.

Klageverbindung s. Verbindung.

Klagezurücknahme s. prozeßhindernde Einreden. — Versprechen der **R. 1 3, 122; 4 691.** — Motiv im Falle des § 212 BGB. gleichgültig **3 1, 67.** — Zurücknahme insolge außergerichtlichen Vergleichs **3 2, 396, 446/447; 4 691/692; 7 757.** — einer nicht anhängig gewordenen Klage (prozeßunfähiger Beklagter) **1 3, 123.** — Falllassen des Hauptanspruchs **1 3, 122; 3 2, 446** (bei Weiterverfolgung des Kostenanspruchs). — quantitative Beschränkung des Klagantrags wegen gänzlichen oder teilweisen Erlöschens des Klaganspruchs (Zahlung) ist keine **R. 3 2, 377; 5 792; 6 803; 7 790** (2). — Unterschied zwischen **R.** nach § 271 ZPO. u. Verzicht auf den Klaganspruch **6 804** (s. Klaganspruch). — Zurücknahme insolge eines nicht als Vergleich aufzufassenden Abkommens **5 792.** — nicht als Falllassen des Anspruchs aufzufassende Erklärung: die Widerklage sei erledigt **6 805.** — Zurücknahme einer Ehrenlichkeitsklage in 2. Instanz **4 692.** — Einfluß auf eine erhobene oder noch nicht erhobene Widerklage **5 795.** — vom klägerischen Anwalt an das Gericht adressierter, die **R.** erklärender, dem gegnerischen Anwalt zugedander Schriftsatz, der von letzterem nach Unterzeichnung dem Gericht eingereicht wird, fällt nicht unter § 271 Abs. 2 ZPO. **6 805.** — Beilegung der Verjährungsunterbrechung

3 2, 446 (wenn gleichzeitig die Entscheidung durch ein Schiedsgericht vereinbart wird). — wann ist die **R.** als zurückgenommen anzusehen bei notwendiger Einwilligung des Beklagten **4 692; 6 805.** — nach Erlaß eines Veräumnisurteils **1 3, 123.** — **R.** in 2. Instanz zulässig? **6 805.** — **R.** in 2. Instanz, Veräumnisurt. gegen den Kläger, der bei Weigerung d. Beklagten in d. Zurücknahme zu willigen nicht weiter verhandelt? **4 712.** — Verzicht d. Beklagten auf die Form des § 271 Abs. 2? **6 805.** — **R.** in 2. Instanz u. Berufungszurücknahme des Gegners **7 790.** — Kostenpflicht bei **R.** insolge außergerichtlichen Vergleichs **3 2, 396, 446/447.** — Kosten der Nebenintervention **3 2, 446; 4 692; 5 793.** — Kostenurteil bei Stundung, Erlaß od. bereits erfolgter Zahlung d. Kosten? **5 792** (2) (Prüfung der Richtigkeit der gezahlten Gebühren); **6 805; 7 790.** — teilweise Kostenpflicht d. Beklagten, der trotz **R.** und Anbieten der entstandenen Kosten auf Urteil besteht **4 676, 692; 5 792.** — Kostenurteil nach § 271 Abs. 3 bei Ausbleiben d. Klägers Veräumnisurteil? **6 805.** — Kostenurteil nach § 271 Abs. 3 als Anerkenntnisurteil? **5 793.** — hat das Gericht bei Erlaß des Kostenurteils die Begründetheit des Klaganspruchs nachzuprüfen? **5 792.** — Anwendung d. § 271 Abs. 3 ZPO. bei **R.** nicht im Sinne d. Verzichts auf Entscheidung unter Vorbehalt der Wiedererhebung, sondern insolge Befriedigung? **6 804.** — Kostenurteil nach **R.** in 2. Instanz, wenn der Beklagte auch sein Rechtsmittel zurückgenommen hat? **6 805.** — wie lange kann Beklagter von seinem Recht auf Kostenurteil Gebrauch machen? **6 805.** — Anfechtung d. **R.** wegen Irrtums; neuerliche Ladung **6 805.** — Wiederaufnahme e. ohne Zustimmung d. Gegners unzulässigerw. zurückgenommenen Klage **7 790.** — analoge Anwendung des Abs. 3 § 271 **5 792** (Zurücknahme von Vollstreckungsanträgen); **6 805.**

Klagezustellung s. Klagerhebung. — Tod des Klägers vor **R.** **1 3, 81, 100; 4 672; 6 794** (s. Zustellung). — Zustellung d. Klage an eine falsche Person; Heilung durch Auftreten des richtigen Beklagten? nachträgliche Zustellung an den richtigen Beklagten oder an d. richtigen Vertreter **7 780.**

Klauseln s. Handelsklauseln.

Kleinbahnen s. Eisenbahn.

Kleinbahnobligationen vgl. Hypothekendarlehen.

Kleingewerbe s. Mindertausfleute.

Kloster . . . s. religiösi.

Klosternamen. — Schutz nach § 12 BGB. **1 1, 11.**

Klosterpersonen s. religiösi. — Geltung der §§ 310, 312 für **R.** **1 1, 215.**

Knappschäftsverband. — Genehmigung d. Aufsichtsbehörde beim Grundstücks-erwerb von mehr als 5000 M. in Preußen 3 1, 14.

Koalitionsfreiheit (§§ 152, 153 GewD.) f. Streik, Streikposten, Aussperrn, Boykott, Kartell, Monopol, Ring, unerlaubte Handlung, § 826. — polizeiliches Verbot d. Streikpostenstehens 4 979, 980. — vertragsmäßige Verbote u. Strafbestimmungen bez. d. R. nach §§ 134, 138 BGB. nichtig 2 1, 67 (§ 138 Abs. 2 BGB.); 4 980. — Verabredungen u. Verbände, die eine Änderung d. wirtschaftlichen oder sozialen Lage der Arbeiter oder Unternehmer im allgemeinen zum Gegenstand haben, nicht unter § 152 GewD. fallend 4 980. — nicht allen Beteiligten zugute kommende, angestrebt günstige Lohn- u. Arbeitsbedingungen 4 980. — „günstige Arbeitsbedingungen“; keinen Vorteil gewährende Bedingungen 4 980, 981. — Einführung e. Schiedsgerichts als „günstige Arbeitsbedingung“ 4 980. — Vereinigung von Unternehmern z. Herbeiführung u. Erhaltung angemessener Preise; rechtl. Natur, Vertragsrücktritt 4 980 (f. Kartelle, Syndikate). — Anwendung des § 153 GewD. auf Arbeitgeberverbände 4 980. — Vereinigungen nach § 152 GewD. unter die „Verabredungen“ des § 153 fallend 4 980. — Zwang gegen e. Arbeitgeber zum Beitritt zu e. Kollektivarbeitsvertrag 4 980, 981. — „andere“ im Sinne des § 153 GewD.; nicht mehr bei dem betr. Arbeitgeber im Dienst stehende 4 981. — Täter nach § 153 GewD. 4 981. — Zwang, Drohung, Ehrverletzung, Verruf keine verschiedenen rechtl. Gesichtspunkte nach § 264 StB.D. 4 981. — „Drohung“ im Sinne des § 153 GewD.; Inaussichtstellen e. von einem anderen ausgehenden Tätlichkeit 4 981. — Begriff der „Verrufs-erklärung“ 4 981. — Verwarnung e. Vertragsstrafe f. den Fall des Beitritts zu e. Arbeiterorganisation 1 1, 258; 2 1, 64, 228. — Beschränkung 2 1, 64, 67; 3 1, 48. — vertragsmäßiger Verzicht auf R. 2 1, 67; 5 42. — Versprechen des Nichteintritts in hzw. Austritts aus Arbeiterorganisationen als Verstoß gegen d. R. 2 1, 64.

Kolonnenarbeiter. — Rechtsverhältnisse der K. im Berliner Baugewerbe 2 1, 262. — Führer e. Kolonne als geschäftsführender Gesellschafter 7 291.

Koportagehandel f. Druckschriften.

Kommanditgesellschaft.

Allgemeines. — nicht rechtsfähiger Verein als R. 4 580. — Wirkung der Eintragung gegenüber dem nicht wissenden Dritten 3 2, 38. — kann der Mündel Kommanditist sein, der Vormund gleichzeitig Komplementar? 2 2, 101. — Umwandlung in eine GmbH. 4 577. — Umwand-

lung in eine off. H.-G. 2 2, 96. — Umwandlung einer off. H.-G. in eine R. 3 2, 37. — R. als Teilhaber einer off. H.-G. 4 579. — Firma (f. diese); Notwendigkeit eines die Gesellschaft andeutenden Zusatzes trotz Aufnahme der Namen aller Komplementare 2 2, 25. — Führung v. 2 Firmen 4 580. — der R. ähnliche Vereinigung 2 2, 102. — Mitwirkung d. Kommanditisten bei Anmeldung einer Zweigniederlassung 2 2, 102.

I. Rechtsverhältnisse nach innen.

1. Komplementar. — Schadensersatzpflicht bei unbegründeter Niederlegung der Geschäftsführung; gerichtliche Aufstellung eines Liquidators 2 2, 102. — Gehorsamspflicht des Personals gegen den R. 2 2, 103. — off. H.-G. oder Kommanditgesellschaft als R.? 2 2, 102. — A.-G., eingetragene Genossenschaft, andere juristische Personen als R. 2 2, 102. — Vertretungsrecht des R., Vertretungsmacht bei mehreren R. 6 643. — interne Beschränkung d. Geschäftsführung 7 623. — Prozeß d. Gesellschaft mit ihrem einzigen gesetzl. Vertreter; Vertretung d. Gesellschaft durch den Prokuristen 7 737, 738.

2. Kommanditist. — Kaufmann? 2 2, 1, 102; 5 637, 644; 6 643; 7 591, 622, 623. — A.-G. als R. 5 644. — Mitwirkung bei Einrichtung u. Anmeldung einer Zweigniederlassung; Widerspruchrecht? 2 2, 102 (2). — Bestellung eines R. zum Geschäftsführer, zum Handlungsbevollmächtigten 2 2, 103; 6 642, 643. — R. als Zeuge im Prozesse der Gesellschaft? 4 586. — Besteuerung des R. in Hamburg 5 664, 665. — Kontrollrecht des R. 6 642, 643. — Anhalten des Komplementars auf Gewährung der Bücher Einsicht u. (§ 166) durch gerichtl. Ordnungsstrafen 2 2, 103. — Klage des R. gegen den Komplementar auf Büchereinsicht und Bilanzmitteilung 2 2, 103; 3 2, 190. — Verzicht des R. auf Bilanz- u. Bücherprüfung 2 2, 103. — Ausübung der Kontrollrechte durch eine von den R. gemeinschaftlich aufzustellende Person 5 665. — Befugnis d. Registergerichts, die Mitteilung e. Jahresbilanz u. Vorlage d. Bücher an den R. anzuordnen 4 865. — Einfluß d. R. auf d. Geschäftsführung, Widerspruch, Kontroll- u. Informationsrecht 6 642, 643. — Ehefrau als R.; selbständiger Geschäftsbetrieb im Sinne des § 1387 BGB.? 6 459, 643. — Klage des R. gegen die Kommanditgesellschaft oder gegen den Komplementar? 6 643. — dürfen die von Gewinn u. Verlust unabhängigen u. im Einzelfall durch Gewinn nicht gedeckten Ansprüche des R. auf bestimmte Entnahmen aus d. Gesellschaftskasse abgetreten werden? 7 623. — kaufmännisches Zurückbehaltungsrecht d. R.? 7 664.

3. Gewinn- und Verlustbeteiligung 7 623. — Einfluß der Nichtvoll-einzahlung der Einlage auf den Gewinnanspruch des Kommanditisten 2 2, 103. — Wiederbeteiligung des Kommanditisten am Gewinn nach Verbrauch der Einlage 2 2, 103, 104. — Pflicht des Kommanditisten zur Rückgabe von bezogenem Gewinn 2 2, 104. — Unveräußerlichkeit d. Ansprüche des Kommanditisten auf Entnahmen aus d. Gesellschaftskasse ohne Deckung aus dem Gewinn; Abtretung fester Einlagezinsen 7 292, 623.
4. Einlage. — Begriff (Arbeitskraft, Eröffnung eines Warenkredits, Überlassung einer Kundschaft, Geschäftsheimnisse) 2 2, 104; 4 586. — Herabsetzung der E.; wann wird sie gegen Dritte, insbesondere gegen Dritte, die mit einer Zweigniederlassung verkehren, wirksam? 2 2, 105. — Leistung der E. durch Aufrechnung 3 2, 37; 4 586; 5 644. — ist Bar-E. nötig? 4 586; 6 643. — Bestellung einer Hypothek für die E. auf den Grundstücken der K. 5 665. — Leistung durch Deckung von Geschäftsschulden 6 643. — Leistung durch Abtretung e. Regreßanspruchs, den der Kommanditist wegen Einlösung von Akzepten der Gesellschaft, für die er sich verbürgt hatte, nach Konkursöffnung zur Aufrechnung gegen die Forderung der Gesellschaft auf Leistung d. E. verwendet 6 643. — Beweislast über Leistung der E. 6 643.
- II. Rechtsverhältnisse nach außen.
- Haftung des früheren Geschäftsinhabers, der als Kommanditist in das veräußerte Geschäft eintritt 2 2, 34. — Aufnahme neuer Gesellschafter 2 2, 103; 3 2, 37; 4 579, 585; 5 664. — Aufstellung des Personals 2 2, 103. — Bestellung eines Kommanditisten zum Geschäftsführer 2 2, 103. — Umfang der Vertretungsmacht des Komplementärs (gegen den Wunsch des Kommanditisten u. zum Nachteil der K.-G. abgeschlossener Vertrag) 4 586. — Ausschluß des einzigen Komplementärs von der Geschäftsführung 4 586 (Wirkung von gleichwohl abgeschlossener Rechtsgeschäften). — Leistung von Eiden i. Prozessen durch d. Kommanditisten? 2 2, 102.
5. Haftung des Kommanditisten.
- Rechtsnatur 2 2, 104. — Klage gegen den K. auf Zahlung; Prozeßkostenpflicht des Klägers, wenn der K. seine Einlage zur Verfügung stellt 2 2, 104. — Begriff der Einlage s. oben II. — inwieweit wird durch Tilgung von Gesellschaftsschulden seine Haftung vermindert (nach dem Umfang des gegebenen Beitrags oder nach Umfang der dadurch erledigten Schulden)? 2 2, 104. — Haftung des K. bei Geschäftsbeginn vor Eintragung, insbesondere für

- die aus Übernahme eines Geschäftes herrührenden Schulden 2 2, 105 (2). — kein Ausschluß der Haftung d. K. durch Berufung auf die Nichtigkeit des Gesellschaftsvertrages 1 1, 111. — Haftung des K. gegenüber dem Gläubiger der Kommanditgesellschaft u. Liquidatoren b. Rückzahlung seiner Einlage 7 624.
- III. Auflösung. — Wesen u. Begriff d. Liquidation; Identitäts-, Zutzeffions- u. Fiktions-theorie 7 294, 295. — Konkurs: Klage des Konkursverwalters auf Einzahlung der rückständigen Einlage; Gerichtsstand 2 2, 104, 517. — Klage des Konkursverwalters auf teilweise Einzahlung 2 2, 104/105, 517. — Anwendung der Nichtigkeit des Vertrags gegenüber der Einzahlungs-klage 2 2, 105, 517. — Einrede gegenüber d. Klage d. Konkursverwalters auf Zahlung der rückständigen Einlage, daß sie zur Vertretung v. Gesellschaftsschulden nicht nötig sei 2 2, 508, 517. — Konkurs d. K. im Verhältnis zum Konkurs des persönlich haftenden Gesellschafters 6 644. — Zahlungsunfähigkeit: Zahlungsseinstellung d. persönlich haftenden Gesellschafters 6 1006. — Prüfung der Frage, ob die noch rückständige Einlage d. Kommanditisten zur Deckung der Gesellschaftsschulden bei Konkurs noch nötig ist 2 2, 508. — Leistung d. Einlage d. Kommanditisten durch Aufrechnung bei Konkurs d. Gesellschaft 4 812. — Anwendung d. § 752 BGB. 7 297. — Konkurrenzverbot zugunsten d. Kommanditisten nach Auflösung d. K. 7 623. — Wechsel des Kommanditisten als A.-Grund? 3 2, 37. — Einfluß der A. auf anhängige Prozesse 5 664; 6 638. — Anfechtung d. Auseinandersetzungsvertrages wegen Irrtums über die Höhe d. Guthabens d. Ausscheidenden 7 624.
- Kommanditgesellschaft auf Aktien.** — rechtliche Natur (juristische Person, keine Gemeinschaft zur gesamten Hand) 2 2, 190; 6 674. — Anwendung des BGB. auf die K.-A.-G. 2 2, 190. — Komplementär als Geschworener bei Betrug gegen die K.-A.-G. 5 691. — Heranziehung des Komplementärs zur Gemeindebesteuerung 5 691. — Umwandlung in eine A.-G.; Bilanzgenehmigung 2 2, 191; 5 691, 692. — Firma s. Aktiengesellschaft, Firma. — Führung zweier Firmen 4 580. — Eintragung der K.-A.-G. ins Handelsregister trotz Fehlens wesentlicher Essentialien 2 2, 11. — Zustimmung der Komplementäre zu Statutenänderungen; generell im voraus erteilte Zustimmung 2 2, 191. — Kommanditist als Zeuge im Gesellschaftsprozess 2 2, 190. — Kündigungsrecht d. Kommanditisten bei Besugnisüberschreitung seitens d. Komplementäre 2 2, 191. — Entziehung d. Vertretungsmacht d.

(Kommanditgesellschaft auf Aktien)

Komplementars bei Überschreitung ihrer Befugnisse 2 2, 190. — Feststellungslage gegen die Komplementare, daß sie an die Schranken des Statuts gebunden seien 2 2, 190. — Anwendung d. § 237 HGB. (Anteil am Jahresgewinn) auf die Komplementare? 2 2, 191. — Stimmrecht bei Statutenänderungen 2 2, 191. — Form der Zustimmung zu Generalversammlungsbeschlüssen 2 2 191. — Anfechtung d. Beschlüsse d. Generalversammlung durch d. Komplementare 2 2, 191. — Vergütung d. Aufsichtsrates; Anwendung d. § 245 HGB. 2 2, 191. — Recht d. Aufsichtsrates z. Erteilung von Anweisungen 2 2, 191. — teilweise Eintragung, teilweise Ablehnung v. Umwandlungsbeschlüssen 2 2, 179, 191. — Gesamtvertretung durch Komplementare im Aufsichtsrat bei Anfechtungslagen nach § 272 HGB. 6 674. — Vertretung der R.-A.-G. im Prozesse, wenn der einzige Komplementar als Kläger gegen sie auftritt; Aenderung der gegen die R.-A.-G. erhobenen Klage in eine Klage gegen die Kommanditistengemeinschaft, vertreten durch den Aufsichtsrat, zulässig? 6 674; 7 654. — Kapitalsherabsetzung 7 654.

Kommissionsgeschäft.

Allgemeines. — Dienst- oder Werkvertrag? 2 2, 219; 3 2, 97, 98; 4 201, 634; 7 256. — Kommissionär Stellvertreter? 1 1, 71. — Kündigung d. Vertrags 3 2, 98; 4 201; 7 256, 673 (bei einem ständig mit Abschluß d. Geschäfte betrauten Kommissionär). — Anwendung d. § 627 BGB. (jederzeitige Kündigung), wenn dem Kommissionär ein bestimmtes Mindesteinkommen garantiert ist? 7 673. — Lotterie-einnehmer 2 2, 4, 219. — R. im Pfälzer Weinhandel 3 2, 98. — Übernahme einer Anleihe durch ein Bankensortium; Stellung d. für Rechnung d. Konsortiums Zeichnungen entgegennehmenden Bank 3 2, 99. — Kauf oder Einkaufskommission, wenn jemand einem anderen auf Bestellung Waren liefert gegen Erfaß des Einkaufspreises, der Unkosten u. Zahlung einer Provision? 4 634, 635. — Export- oder Verkaufskommission, wenn Waren ohne besondere Vereinbarung „konsigniert“ werden u. das Exporthaus am überseeischen Plage kein eigenes Geschäft besitzt? 4 635. — analoge Anwendung d. Vorschriften über d. R. auf den Trödelvertrag 5 707. — Erfüllungsort f. d. Kommittenten 1 1, 175; 5 707. — Schadensanspruch d. Kommittenten gegen den Dritten wegen Vertragsbruchs, wenn der Schaden in der Person d. Auftragnebers entstand? 7 279. — Verpflichtung d. Einkaufskommittenten zur Untersuchung d. Ware u. Mängelanzeige 7 674. — Effektenkommission

6 696. — Kommission zu Spiel u. Wetten 2 2, 219. — Kompensation von Kommissionsaufträgen 2 2, 221. — erwirbt der Einkaufskommissionär unmittelbar Eigentum für d. Kommittenten? (Erklärung des Dritten, nur dem Kommissionär Eigentum übertragen zu wollen; Verhältnis bei Inkassokommission) 2 2, 218. — Selbsteintritt des bereits im Besitze der Kommissionswaren befindlichen Verkaufskommissionärs bewirkt Eigentumsübergang auf ihn 2 2, 222. — Vertrag, durch den sich d. Kommissionär verpflichtet, die nach gewisser Zeit noch auf Lager befindlichen Waren zu Eigentum zu erwerben, während d. Kommittent sich freie Hand vorbehält 4 809. — Vereinbarung, der Käufer soll die von ihm bestandene Ware auf Lager behalten, verkaufen u. den Mehrerlös über den Vertragspreis für sich behalten, R. oder Eigentumsübertragung? 4 809, 810. — Aussonderungsrecht d. Kommittenten im Konkurs d. Kommissionärs an den von letzterem für den Kommittenten angeschafften Waren oder erworbenen Wechseln, Inhaberpapieren 4 810 (s. Aussonderung). — kann der Kommissionist im Konkurs d. Kommissionärs, der nach dem Vertrag nach Ablauf e. bestimmten Zeit verpflichtet sein sollte, die Kommissionsware auf feste Rechnung zu übernehmen, seine Kaufpreisforderung trotz Nichtablaufs d. Zeit anmelden, wenn d. Konkursverwalter die Erfüllung d. Kommissionsvertrags ablehnt? 5 945. — kann bei e. Verkaufskommission in Wertpapieren der Zentralbankier im Konkurs des Lokalbankiers gegen d. Kaufpreisforderung d. Kommittenten seine Forderung gegen den Lokalbankier aufrechnen? 4 812. — Miteigentum d. Kommittenten, wenn ein Kommissionär die auf Grund selbständiger Aufträge verschiedener Auftraggeber eingekauften, gleichartigen Wertpapiere ungesondert in einen mit dem Namen der mehreren Kommittenten versehenen Umschlag legt 7 674. — Recht des Kommittenten bei Pfändung d. Kaufpreisforderung durch Gläubiger des Kommissionärs, wenn der Dritte nicht wußte, daß das Geschäft für Rechnung d. Kommittenten gehe 2 2, 220. — Anfechtung d. Geschäftes seitens des Dritten, weil sich der Kommissionär als Eigenhändler ausgab? 2 2, 219.

Pflichten des Kommissionärs.

— Kollision der Interessen des Kommittenten und d. R. 2 2, 219. — Haftung beim conto finto 2 2, 219. — darf d. Kommissionär d. Kommissionsgut seinerseits wieder in Kommission geben? 3 2, 99. — Verschleiß d. Kommissionsgutes durch Agenten d. R. 3 2, 99. — wird für den Kommittenten die seiner Weisung zu-

widerlaufende Ausführung verbindlich, wenn er auf die Ausführungsanzeige schweigt 3 2, 99. — geringfügige Abweichungen von den Weisungen des Kommittenten 4 635. — bei Beauftragung zum Ankauf von Shares, die statutenmäßig nur von Engländern erworben werden können, für einen Deutschen 5 707. — Pflicht der Verkaufs-K., dem gleichzeitig das Alleinverkaufsrecht für e. bestimmten Bezirk zugesichert ist, einer Weisung d. Kommittenten zur Anknüpfung e. bestimmten Geschäftsverbindung Folge zu leisten? 6 695. — Haftung d. Bankiers bei Katzerteilung wegen Ankaufs von Wertpapieren 6 695 (s. Bankier). — Unterlassung der Mitteilung nach § 384 HGB. an d. Kommittenten, Einfluß auf die Beweislast 7 674. — Anerkennung des Kontokorrentsalbos des K. durch den Kommittenten als Verzicht auf weitere Rechnungsablage 6 695. — Einfluß des Kontofurses des K. auf seine Rechenschaftspflicht 1 1, 168; 2 2, 219. — Berechnung d. Zinnesforderung d. Kommittenten bei Pflichtverletzung des K. nach dem Fakturenpreis 2 2, 219. — Kann der Kommittent das kommitierte Geschäft zurückweisen, wenn der K. ursprünglich eine auftragswidrige Ausführung versucht, dann aber auftragsgemäß abgeschlossen hatte? 7 673, 674. — bei Garantieübernahme haftet der K. für Erfüllung; Abtretung seiner Rechte gegen den Dritten genügt nicht 2 2, 219. — rechtl. Natur der Selbsthaftung bei Nichtnamhaftmachung des Dritten 2 2, 220. — Unterschied d. Selbsthaftung vom Selbsteintritt 4 635. — Folgen, wenn der K. über d. eingekaufte Ware anderweit verfügt 2 2, 220. — Pflicht d. Einkaufs-K., auf Verlangen des Kommittenten die von letzterem beanstandete Ware zurückzuweisen u. hierüber Prozeß zu führen 2 2, 219. — Gegenbeweis des K., daß Verlust u. Schaden in jedem Fall (auch ohne sein Verschulden) eingetreten wäre 4 635. — Rücksendung des unverkauflichen Gutes bei Verkaufskommission; Pflicht d. Kommittenten zur sofortigen Verständigung des K. bei beschädigtem Eintreffen des Gutes 5 707, 708. — Pflicht d. K. z. Untersuchung d. Gutes (§ 388) auch bei Empfangnahme e. Gutes vom Lagerhalter, Verkäufer usw. 6 695. — Unvermögen d. K., die Ursache e. Sachschadens aufzuklären 6 695. — Schadensanspruch des Kommittenten gegen d. K. wegen schuldhafter Unterlassung d. Mängelrüge seitens des letzteren gegen die Lieferanten; Ausschluß des Schadensanspruches durch Unterlassen der Rüge seitens des Kommittenten 6 695, 696. — Aufrechnung d. K. mit der aus dem aufgetragenen Geschäft entstandenen For-

derung gegen eine Forderung, die dem Schuldner gegen d. Kommissionär persönlich zusteht; Stellung d. Kommittenten, wenn der Dritte bei der Aufrechnung von der Kommission Kenntnis hatte 6 696 (s. 5 153). — kann der Kommittent bei Konturseröffnung über das Vermögen des K. die dem K. aus dem aufgetragenen Geschäft gegen d. Dritten zustehende Forderung ohne Abtretung geltend machen? 6 696. — Recht d. Gegenkontrahenten d. K., an den K. zu zahlen oder gegen ihn aufzurechnen 6 696. — Klage gegen den Deltreber-Leistenden auf Unterlassung von Vertragswidrigkeiten? 4 635. — Haftung des Deltreber-Leistenden im Zweifel nur für Zahlung, nicht überhaupt für Vertragstreue des Hauptschuldners 4 635. — Leistungsort des Deltreber-K. 6 696. — Haftung bei garantierter Konfignation, wenn die Ware unverkauflich ist 3 2, 99. — muß d. K. bei garantierter Konfignation den garantierten Preis sofort an den Kommittenten zahlen? 3 2, 99. — was hat d. K. bei Eingabe von Waren in Konfignation ohne Limit an den Konfignierenden abzuführen? 5 708. — Verjährung d. Ansprüche des Kommittenten 5 60.

Rechte des Kommissionärs. — Bestreiten d. Auslagen seitens des Kommittenten nach Bezahlung und Annahme der Waren 2 2, 220. — Verlust des Rechtes auf Erstattung, wenn er begründeten Anlaß zur Kündigung des Vertrages gibt? 3 2, 98. — Art der Befreiung d. K. von der für Rechnung d. Kommittenten eingegangenen Verbindlichkeit 1 1, 167. — Einfluß einer die Erfüllung unmöglich machenden Verfügung des K. über die eingekaufte Ware auf die Provison 2 2, 220. — Provisionsanspruch gegen den Verkäufer seitens des K. des Käufers 3 2, 98. — Emissionsbonifikation; wem gebührt sie? 4 636. — Anspruch des Einkaufs-K. auf Provison bei Nichtausführung des Geschäftes nach § 396 Abs. 1 Satz 2 HGB. (russisches Recht) 6 696. — Emissionsbonifikation des Einkaufskommittenten; Haftung des Bankiers als K. 6 695. — Pfandrecht vgl. Pfandrecht, Expedition, Lagergeschäft. — keine Abwendung d. Pfandrechts durch Sicherheitsleistung 2 2, 220. — Mitbesitz genügt zum Pfandrecht 2 2, 220. — laufende Rechnung im Sinne des § 397 HGB. 3 2, 99; 4 636. — Pfandrecht wegen der rückständigen Kaufsumme bei Selbsteintritt 2 2, 222. — Vorzugrecht an d. Kaufpreisforderung bei Verkauf des Kommissionsgutes 2 2, 220. — Selbsthilfeverkauf auch bei unverschuldeter Säumnis des Kommittenten 2 2, 220. — Selbsthilfeverkauf, wenn der Kommittent Eigentümer des Gutes ist 2 2, 220. — neben dem

(Kommissionsgeschäft)

Selbsthilfeverkauf dem K. zustehende Rechte, wenn der Kommittent es unterläßt, über die Ware zu verfügen 7 674. — Schadensersatzrecht gegen den Dritten bei Bruch des mit ihm abgeschlossenen Vertrags 3 2, 98 (kann der K. auch den dem Kommittenten erwachsenen Schaden ersetzt verlangen?). — Anspruch gegen den Kommittenten, der dem Verkaufsk. Fehler der Waren verschwiegen hat, wenn der deshalb unt. Garantie d. Fehlerfreiheit verkaufende K. vom Dritten in Anspruch genommen wird 3 2, 99. — kann der K. statt auf Befreiung von der für Rechnung des Kommittenten eingegangenen Verpflichtung auf Zahlung klagen? 2 2, 220. — kein Recht des K. auf Rechnungsablegung des Kommittenten 4 635.

Selbsteintrittsrecht des Kommissionärs. — bei Börsengeschäften; Kritik 7 674. — ist § 400 zwingendes Recht? 3 2, 100. — einseitiges Rechtsgeschäft 2 2, 220. — Unterschied von Selbsthaftung 4 635. — Pflicht zum Selbsteintritt 2 2, 221. — ist garantierte Konsignation Proprefauf? 3 2, 99. — amtliche Feststellung eines Börsenpreises Voraussetzung 3 2, 100. — Börsen-u. Marktpreis f. diesen. — an welchem Orte muß für die Ware ein Börsenpreis bestehen? 2 2, 221. — zu welcher Zeit muß der Börsenpreis bestehen? 2 2, 221. — Selbsteintritt bei limitierten Geschäften, bei Differenzgeschäften 2 2, 221. — Ausschluß des Selbsteintritts bei Übernahme des Veltredere? 2 2, 221. — Selbsteintritt beim Kundeneffektgeschäft 6 696. — „ausdrückliche“ Mitteilung des Selbsteintritts (§ 405) 5 708. — Eintritt durch konkludentes Handeln? 2 2, 221, 222; 5 708. — Anmeldung einer Gegenforderung des Kommissionärs im Konkurs des Kommittenten als Selbsteintritt? 2 2, 222. — bis zu welchem Zeitpunkt ist der Eintritt zulässig? 2 2, 221. — Zeitpunkt der Perfektion des Eintritts 2 2, 221, 222. — Einfluß des Selbsteintritts auf die Kommissionspflichten 2 2, 222; 5 708. — Anwendung der Vorschriften über Kauf bei Selbsteintritt? 5 708. — Abschlüsse des Kommissionärs an auswärtigen Börsen im Fall des Selbsteintritts; welcher Preis ist dem Kommittenten zu berechnen? 4 636. — Übermittlung d. Selbsteintritts; Anzeige durch einen Agenten 2 2, 222. — Selbsteintritt des im Besitz der Kommissionsware befindlichen Verkaufsk. bewirkt Eigentumsübergang auf ihn 2 2, 222. — Kompensation von Kommissionsaufträgen 2 2, 221. — Pfandrecht des selbsteintretenden K. wegen der rückständigen Kaufsumme 2 2, 222.

Kommissionsnoten f. Stillschweigen. — Gleichstellung mit Schlußnoten oder Bestätigungsschreiben 3 2, 78, 79. — Bedeutung des auf früheren Kommissionskopien enthaltenen Vermerks über den Erfüllungsort 3 2, 79. — Gegenbeweis gegen eine vom Käufer unterschriebene K. (Widerspruch vor der Unterschrift; Nichtkennen des Inhalts) 4 615, 616.

Kommorienten. — Begriff der gemeinsamen Gefahr; § 20 BGB. lex specialis gegenüber § 18; Ausdehnung der Todesvermutung des § 20 auf die verschollenen, nicht als tot ermittelten Beteiligten 1 1, 18.

Kommunalverband f. Gemeinde, Land-, Stadt-Gemeinde. Bildung deutscher K. in den Konsulargerichtsbezirken 4 10.

Kommunmauer f. Grenzmauer.

Kompetenz vgl. Zuständigkeit, Gerichtsbarkeit. — landesrechtl. Kompetenzverschiebungen zwischen Gerichten und Verwaltungsbehörden 1 3, 5.

Kompetenzkonflikt vgl. Gerichtsstand (§§ 36 ff. ZPO.), Rechtsweg. — zwischen Gericht u. Verwaltungsbehörde 1 3, 8. — kann der preuß. Gerichtshof für K. ein vom Reichsgericht erlassenes Urteil aufheben? 1 3, 8 u. 9 (vgl. preuß. G. v. 22. V. 02); 3 2, 320; 5 737. — zw. Gewerbe- u. ordentlichen Gerichten 1 3, 26. — Zuständigkeit eines K.-Gerichtsofes für Konflikte von Gerichten u. Verwaltungsbehörden eines anderen Staates 3 2, 320. — Nachprüfung d. Gründe eines Verwaltungsentscheides durch das Revisionsgericht 3 2, 503; 5 737. — hat das RG. gegenüber einer Entscheidung des preuß. K.-Gerichtes auf Zulässigkeit des Rechtsweges die Frage von neuem zu prüfen? 5 737. — zw. Gericht u. Verwaltungsbehörden in Unfallversicherungssachen (§§ 25, 26 GewlB.G.) 5 737. — Ersuchen e. Privatperson um staatliche Hilfe behufs Vorgehens gegen eine fremde Regierung 5 740. — in der freiwilligen Gerichtsbarkeit f. diese.

Konfusion f. Konsolidation.

Konkludente Erklärung 1 1, 65, 66, 155 (vgl. Willenserklärung). — § 116 BGB. anwendbar 1 1, 66. — § 118 BGB. anwendbar 1 1, 67. — § 119 BGB. anwendbar 1 1, 69.

Konkludente Handlungen. — Vertragsbestätigung durch t. G. 2 1, 71; 5 48.

Kontubinat. — und § 138 BGB. 5 46 (f. gute Sitten).

Kontubine. — Vermächtnis an K. 4 4.

Konkurrenz f. Anspruchskonkurrenz, Klagenkonkurrenz. — mehrere auf demselben Tatbestand beruhende Ansprüche (einfache, alternative u. Gesetzeskonkurrenz) 1 3, 110/111 (f. unerlaubte Handlung, ungerechtfertigte Bereicherung).

— *R.* zwischen Delikt- u. Vertragsverletzung **1 1**, 460, 462; **2 1**, 188, 498; **3 1**, 132, 340; **4 109**, 112, 113, 121, 178, 265 (s. unerlaubte Handlung). — Verhältnis des § 618 BGB. zu §§ 823 ff. **2 1**, 350; **5 232**. — *R.* der Ansprüche aus dem Dienstvertrag u. negotiorum gestio infolge der ärztlichen Behandlung d. Ehefrau **5 269**, 461 (s. Ehefrau).

Konkurrenzverbot s. gute Sitten, Handlungsgehilfe, Gewerbefreiheit, Vertragsstrafe. — bei altrechtlichen Dienstverhältnissen **7 586**. — *R.* als eine Unterlassungspflicht **5 83**. — Grundlag der einschränkenden Auslegung d. *R.*? **7 67**. — Erfüllungsort für die Unterlassungspflicht **4 98**. — vertragsmäßiges *R.* **2 1**, 65, 69. — Geltendmachung d. *R.* u. § 226 BGB. **1 1**, 137. — Übertragbarkeit d. Rechte aus e. *R.* **1 1**, 302; **7 67**. — vertragliche Bindung zugunsten d. Nachfolger d. Geschäftserwerbers **7 168**, 661, 662. — Begriff d. Beteiligung an e. Konkurrenzgeschäft **5 147**. — Pflicht z. Bindung d. Geschäftsnachfolgers **7 100 (2)**, 595. — *R.* in Kartellverträgen **3 1**, 46; **7 67** (Haftung des sich dem *R.* Unterwerfenden für seinen Rechtsnachfolger), 100 (vgl. Kartell). — unfittliches *R.* für Arbeiter **4 46**; **5 45**. — *R.* bei d. Veräußerung von Gesellschaften **5 45**. — stillschweigendes *R.* beim Verkauf e. Gastwirtschaft, e. Geschäftes **4 51**; **5 147**, 641; **6 60**. — stillschweigende *R.* bei Aufgabe des Geschäftes seitens des 70 jährigen Verkäufers aus Gesundheitsrücksichten **7 66**, 594. — zeitlich unbeschränktes *R.* **6 60**. — Beispiele von ungültigen *R.* **6 60**. — *R.* für Ärzte, Rechtsanwälte, Zahnärzte **6 59**. — Einforderung d. Vertragsstrafe auch bei vom Unternehmer verschuldeter Auflösung d. Dienstverhältnisses? **3 1**, 170. — keine Umgehung bei Verkauf im Hannbezirk von e. anderen Ort aus **1 1**, 256. — Zuwiderhandlung durch Herbeiführung bzw. Unterstützung von Veranstellungen Dritter z. Zwecke d. Konkurrenz **1 1**, 256. — Freiwerden vom *R.* durch die das volle Interesse zu ersehen bestimmte Strafleistung **1 1**, 256. — Fortdauer d. Geltung e. *R.* trotz Verkaufs des berechtigten Grundstücks bei Nichtauszahlung d. Kaufpreises **7 66**. — Auslegung e. *R.* über Nichtbetreiben e. Ladengeschäftes; Einfluß auf Detailverkäufe außerhalb e. Ladens **7 66**. — bei Geschäftsveräußerung, wenn der Käufer die zu schickende Erwerbstätigkeit nicht fortsetzt **2 2**, 29; **6 1103**. — gegenüber Angestellten eines Gewerbeunternehmers; rückwirkende Kraft des § 133 GewD.? **2 2**, 267. — Anwendung der §§ 74, 75 HGB. auf die von selbständigen Kaufleuten oder von Gewerbegehilfen eingegangenen Kon-

kurrenzverträge? **2 2**, 62, 64; **5 654**; **6 625**, 626. — nur in einer der drei Richtungen (Gegenstand, Zeit, Ort) begrenztes *R.* zw. Erwerber u. Veräußerer e. Geschäftes **6 625**. — von einem Lehrer übernommene Verpflichtung, innerhalb bestimmter Zeit nicht in e. Konkurrenzlehranstalt einzutreten; Auslegung **6 626**. — analoge Anwendung d. § 75 HGB. auf den Fall, daß die Konkurrenzbeschränkung jemanden zugleich als Gesellschafter u. als gesetzlicher Vertreter e. GmbH. auferlegt ist **6 626**. — Gewährung von Geld u. Kredit an e. Konkurrenzfirma unter das Konkurrenzverbot fallend **6 680**. — Auslegung **3 1**, 45. — bei Bühnengagementsverträgen **5 225**. — Ermäßigung von nicht unter Vertragsstrafe gestellten Konkurrenzkaufeln **6 151**. — Geltung bei Kündigung d. Dienstverhältnisses durch d. Prinzipal? **4 969**. — Wegfall bei Kündigung d. Dienstvertrags durch d. Konkurrenzverwalter d. Prinzipals **5 946**; **6 984**. — Verbot f. e. Spinnmeister, in Deutschland u. den Nachbarstaaten in e. Asbestspinnerei zu arbeiten **4 969**. — zeitlich u. räumlich unbeschränktes *R.* bei qualitativer Beschränkung **4 917 (2)**. — zeitlich u. örtlich beschränktes Verbot f. e. ausgeschiedenen Gesellschafter **4 917**. — die zu einem Vorbereitungsgeschäft des Gewerbebetriebs versprochene Vertragsstrafe fällt unter § 348 HGB. **3 2**, 82. — von einem Kaufmann bei Geschäftsübergabe versprochene Vertragsstrafe, wenn z. Bt. der Übergabe keine Geschäfte mehr betrieben wurden **5 696**. — die Erwerbsfreiheit d. Verpflichteten im ganzen oder in einzelnen Richtungen vernichtendes Verbot zwischen 2 selbständigen Kaufleuten **4 917**. — Haftung des neuen Prinzipals, der den Untergestellten zur Übertretung veranlaßt **1 1**, 471. — Erlöschen des *R.* durch Weiterveräußern d. Geschäftes seitens d. Berechtigten? **7 67**. — Auslegung d. Vertrags, „kein Geschäft gleicher Branche zu treiben“; Feilbieten von aus einem Geschäft der genannten Branche entnommenen Waren in e. anderen Unternehmen **7 168**. — Verwirkung d. Vertragsstrafe bei Abschluß einzelner, unbedeutender Geschäfte **7 167**. — Zuwiderhandeln gegen ein *R.* durch Verzicht auf ein dem Verpflichteten zustehendes *R.* **7 167**, 168, 661. — Anspruch auf Auskunft gegen d. Verlezer e. *R.* **7 279**. — unter Verletzung e. *R.* abgeschlossene Geschäfte als Geschäfte des aus dem *R.* Berechtigten? **7 284**, 285. — Übergang auf die Singularerben d. Verpflichteten **7 292**, 662 (s. Kartell). — *R.* zugunsten d. Kommanditisten nach Auflösung d. Kommanditgesellschaft **7 623**. — Haftung d. off. H.-G. für das von e. Gesellschafter vor seinem Eintritt gegenüber

(Konkurrenzverbot)

einem Dritten eingegangene R. 7 612. — Verzicht d. R.-Pflichtigen auf ein ihm selbst gegenüber dem früheren Verkäufer des von ihm weiter verkauften Geschäftes zu zustehenden R. als Tätigwerden für ein Konkurrenzgeschäft 7 661. — keine Herabsetzung d. Vertragsstrafe bei einem zw. Kaufleuten bei Geschäftsveräußerung vereinbarten R. 7 662. — Wichtigkeit des ganzen R. bei übermäßiger Vertragsstrafe oder bei Verpfändung des Ehrenwortes 7 1077. — Eintritt als Gesellschafter oder Geschäftsführer einer UmhG. als Verstoß gegen das R. 7 1077.

Konkurrierendes Verschulden f. eigenes Verschulden, Beamte, Haftpflicht, unerlaubte Handlung, Verschulden. — Übergangsrecht 4 90; 6 593. — Tragweite u. Anwendungsgebiet des § 254 1 1, 161, 162 f.; 2 1, 140, 153; 3 1, 95, 106; 4 76, 77; 5 90; 7 106, 107. — Verschuldung u. Verursachung im § 254 1 1, 162; 2 1, 140, 141, 143 f.; 3 1, 95; 4 76; 5 91; 7 109. — überwiegendes „Verschulden“ nicht „Verursachen“ entscheidend 4 77. — Unterscheiden zw. mittelbarer u. unmittelbarer Verursachung? 6 101. — Grad d. beiderseitigen V. von Bedeutung 1 1, 161, 163; 2 1, 143; 4 77. — Eideszuschiebung über f. V. 7 384. — Abwägung des beiderseitigen V. wichtiger als die der Kausalität 4 76. — Nichterheben e. Beweises über das V. d. Beklagten bei festgestelltem, einen Erfordernisanspruch ausschließendem, schuldhaftem Verhalten des Verletzten 6 101. — Theorie der „Hauptschuld“ 2 1, 142. — Verteilungsmaßstab f. Schadenstragung 1 1, 162 f. — Einwand d. f. V. seitens des arglistig Handelnden 7 359, 363. — „Beschädigter“ u. „Verletzter“ 2 1, 42; 3 1, 96; 5 92; 6 102. — „Mitwirken“ 1 1, 162; 2 1, 140, 141. — Einwilligung d. Verletzten als Mitschuld 2 1, 142 (f. Widerrechlichkeit). — Erhebung d. Einrede des f. V. durch konfluente Handlungen 7 108. — Feststellung im Prozeß 3 1, 98; 4 80; 5 93; 7 111. — Berücksichtigung der erwiesenen Mitschuld von Amts wegen? 2 1, 144; 5 91; 7 109, 111. — Feststellung d. f. V. im Zwischenurteil über den Grund d. Anspruchs 7 111 (f. Zwischenurteil). — Haftungsminderung b. bloßer Verursachung d. Übers Schadens d. d. Beschädigten 1 1, 162. — fahrlässig nicht erkannte Schadensdrohung 5 91. — entsprechende Anwendung des § 278 auf § 254? 1 1, 163 f.; 2 1, 146 ff.; 3 1, 97; 4 78; 5 91, 92; 6 102; 7 110, 111. — analoge Anwendung des § 829 auf § 254? 1 1, 485; 2 1, 143, 508; 3 1, 364; 4 77 (f. unerlaubte Handlung). — analoge Anwendung des § 831 auf § 254? 3 1, 95. — Anwendung d. § 831 bei f. V. des Angestellten d. Beschädigten 7 367. —

f. V. bei der Haftung des Tierhalters 1 1, 163; 2 1, 149, 150, 516, 517; 3 1, 99, 370; 4 81; 5 94; 7 107, 108, 112 (f. Tierhalter). — Mitfahren auf einem von einem Knaben gelenkten Fuhrwerk 5 326. — Abspringen vom Wagen bei Durchgehen des Pferdes 6 107. — Anwendung d. § 254 in Vertragsverhältnissen 2 1, 152; 3 1, 103; 4 86; 5 98. — Verhältnis zu § 618 1 1, 389; 2 1, 151; 6 106 (beim Fensterputzen verunglücktes Dienstmädchen); 6 236. — Einwand des f. V. des Getöteten gegenüber der Schadensklage der Hinterbliebenen 2 1, 143, 521, 522. — eigenes V. der Erhabberechtigten in den Fällen der §§ 844 f. 2 1, 143, 521, 522; 5 98 (Sektionsweigerung). — f. V. bei Geltendmachen eines Nichtvermögensschadens 2 1, 523. — § 254 auf Vereinsthaftung nach § 31 anwendbar? 1 1, 30. — Mitverschulden des Vaters, der den Aufenthalt seines Kindes in einer Mühle erlaubt 5 326. — f. V. eines Überfahrenen 4 265. — Verhältnis d. §§ 1 u. 2 RHaftpflG. z. § 254 2 1, 148; 3 1, 98; 3 2, 140; 4 80; 5 93 (f. Haftpflicht und unten Eisenbahnunfälle); 6 103 (alleiniges V. des Verletzten) 7 111 ff. — Verhältnis zum internationalen Übereinkommen über den Eisenbahnverkehr v. 14. X. 90 7 112. — keine Mitschuld durch Abwendung der vom Beklagten schuldhaft herbeigeführten Gefahr seitens d. Beschädigten 1 1, 164. — Trunkenheit 1 1, 165; 4 89. — Benutzung eines Motorrades 6 104; 7 115. — Durchgehen des vom Reiter nicht genügend beaufsichtigten Pferdes 6 105. — Unfälle in Gebäuden 6 105 (Fällen auf der Treppe) wegen mangelnder Beleuchtung; Nichtstreuen; fehlerhafte Treppenanlage) f. unerlaubte Handlung unter Hausbesitzer. — keine Mitschuld durch Eingreifen in Erfüllung rechtlicher oder sittlicher Pflichten 1 1, 164; 4 89. — f. V. des zwecks Rettung anderer sich in Lebensgefahr Begebenden 1 1, 164; 4 89; 6 107, 301; 7 116, 1042. — Entgegenstellen gegen ein schon gewordenes Tier 3 2, 138. — Straßenunfall 1 1, 165. — Mitschuld bei Sturz infolge Glätteis 4 85. — Straßenunfall eines Lokalfundigen 3 1, 347; 6 105. — Anrennen gegen einen dem Verletzten bekannten Pfahl wegen mangelnder Beleuchtung 2 1, 492. — Zusammenstoß von Radlern ohne Laterne mit unbeleuchtetem Wagen 6 105. — Tötung des bei einem Ehebruch Ertrappten 1 1, 505. — Vernachlässigung d. Pflicht z. Schadensabwendung (§ 242) 5 85 (f. unten). — f. V. bei Wildschaden 1 1, 163; 2 1, 149, 150, 518, 768; 3 1, 680; 4 81, 303 (f. Feldschaden). — unterlassene Zuziehung eines Arztes 2 1, 151; 3 1, 104; 6 102. — Weigerung einer Operation (f. diese) 1 1, 165; 2 1, 145 f.; 4 78; 5 93;

6 102, 103, 1067. — Pflicht d. Verletzten, z. Seilung mitzuwirken 4 694; 6 102, 103, 107, 1066, 1067; 7 111. — f. B. eines Minderjährigen 2 1, 149, 151; 3 1, 101, 102; 4 77, 83. — Verhältnis des § 828 (jugendliches Alter) zu § 254 2 1, 508; 4 289; 5 354; 7 109, 110. — Mitschuld Geschäftsunfähiger, Inzurechnungsfähiger, beschränkt Geschäftsfähiger 1 1, 162, 163; 2 1, 143; 3 1, 96, 372 (Kinder unter 7 Jahren); 4 77; 5 91; 6 102; 7 109, 110. — Mitschuld bei Schadenserklärungsansprüchen nach der Prozeßnovelle 1 1, 162; 7 116; bei Arresterwirkung 1 3, 322 (f. prozessuales Verschulden). — Anwendung des § 254 in d. Zwangsvollstreckung 2 1, 152; 3 1, 105; 4 87, 88, 277; 5 99; 7 116. — Nichtglaubhaftmachen des Eigentums seitens des Widerspruchsklägers nach § 771 ZPO. 5 330. — Mitschuld des geschädigten Schuldners bei übermäßiger Versteigerung durch d. Gerichtsvollzieher 1 1, 165 (f. unten). — Nichtstellen e. Antrags auf Einstellung der Zwangsvollstreckung bei Widerspruchsklage 6 106. — Mitschuld durch Unterlassung d. Eintragung einer Vormerkung 4 90. — unterlassene Grundbucheinrichtung 3 1, 103. — verspätete Klageaufstellung seitens d. Gerichtsvollziehers, wenn der Kläger den größten Teil der Zuschußfrist unbenuzt verstreichen ließ 6 107. — Mitschuld d. Beschenkten 6 204. — Nichteinlegen e. Rechtsmittels 1 1, 188. — gegen polizeiliches Verbot verstoßende Ingebrauchnahme eines unsachgemäß hergestellten Fahrstuhles 7 103. — Halten e. bei der Entstehung des Schadens mitwirkenden Tieres als f. B. 7 107, 108. — f. B. und § 323 ZPO. (Verhinderung e. Besserung d. Verhältnisse durch Trunksucht d. Geschädigten) 7 107 (f. Anberufungsklage). — Anwendung d. § 254 BGB. bei e. nicht durch ein subjektives B. bedingten, aber sonst im Gesetz objektiv begründeten Verantwortlichkeit d. Geschädigten für eine bei d. Schadensentstehung mitwirkenden Tatsache 7 107, 108. — Berücksichtigung d. Umstandes, daß der eine Teil die gefährliche Situation geschaffen hat, bei Abwägung des beiderseitigen B. 7 109. — im Moment der Gefahr beobachtetes sachwidriges Verhalten 7 109. — f. B. des Bestellers beim Werkvertrag 7 109. — Einwand d. eigenen B. d. Verletzten seitens des vom Unfallversicherung in Anspruch genommenen Dritten 7 109. — Einwand d. eigenen B. des Verletzten seitens des vom Verletzten über die Leistung d. Berufsgenossenschaft hinaus in Anspruch genommenen Dritten 7 109. — Beweislast 7 109 (2), 112 (im Fall des § 833 BGB.). — Beweislast bez. der Einsicht bei Behauptung f. B. eines nicht unbefränkt Geschäftsfähigen 7 109, 110. — Beweis des f. B.; Er-

bringung d. Beweises für hohe Wahrscheinlichkeit e. f. B. 7 109. — Mitschuld e. 20 jährigen Mündbels durch Unterfertigung d. Antrags auf obervormundschaftliche Genehmigung e. Handlung des Vormunds 7 110. — Mitschuld d. Bauherrn am Auftreten d. Schwamms infolge Drängens des Baumeisters 7 115. — Verletzung durch e. herabfallende Last 7 115. — Mitschuld e. Kunden bei Ratserteilung e. Bankiers 7 115. — Einrede d. Mitschuld d. Vorgesetzten seitens des wegen Geldverlusts haftenden Kassenbeamten 7 116. — Unterlassen der Beseitigung e. Gebäudebeschädigung im Interesse d. Beweiszicherung keine Mitschuld 7 116. — f. B. des durch behördliche Anzeige von dem Nichtbestehen eines mitverkauften Realrechts veräußerten Käufers 7 115. — des Käufers durch ungenügende Prüfung der Ware 7 115. — f. B. gegenüber dem Schadensanspruch nach § 717 Abs. 2 ZPO. durch Nichtabwendung d. Zwangsvollstreckung 7 116 (f. oben). — im internationalen Eisenbahnverkehr 7 684. — Mitschuld durch eigene Arglist 4 77; 6 101; 7 108. — Verleitung d. Klägers z. Eingabe e. Darlehens zu Spielzwecken unter arglistiger Vorpiegelung der Großjährigkeit 7 108. — Mitschuld d. Geschädigten bei arglistigen Handlungen des Schädigers 2 1, 141; 6 101; 7 108 (Einwand d. zu großen Vertrauensseligkeit des Geschädigten). — Verlehen des über d. Rang e. Hypothek arglistig getäußerten Gläubigers bei Nachprüfung des Hypothekenbriefes 7 108. — Pflicht z. Schadensbeseitigung nach Treu u. Glauben 4 88; 5 85; 6 101; 7 106. — veräußerte Schadensabwendung oder -minderung 1 1, 163; 2 1, 144; 3 1, 97. — Mitschuld d. Grundeigentümers durch unterlassene Abwendung von Schädigung durch Eisenbahnen 3 1, 105. — § 254 bei Unterlassungen 2 1, 143. — Unterlassung e. Versicherung 4 89. — Anwendung d. § 254 auf d. Verhältnis zw. Arzt u. Patient 2 1, 152; 5 98. — Anwendung d. § 254 auf d. Verhältnis zw. Gast u. Wirt 2 1, 152. — Anwendung d. § 254 auf d. Verhältnis zw. Mieter u. Vermieter 4 86; zwischen Käufer und Verkäufer 5 98; insbesondere Pflicht z. Dedungskauf 1 1, 164; 3 1, 104; 4 86, 618; 5 106. — Mitschuld e. durch Lieferung mangelhafter Ware Geschädigten 3 1, 103. — kein Verschulden e. Kaufmanns durch Verkauf unter d. Einkaufspreis 4 90; 5 98. — Anwendung d. § 254 beim Anwaltsvertrag 4 87; 6 106. — beim Lagereivertrag 6 106 (mangelhafte Verpackung des übergebenen Gutes). — gegenüber der Haftung des Gerichtsvollziehers 6 106 (f. oben). — Mitschuld d. Arbeiters an d. Nichtverwendung d. Versicherungsmarken durch d. Arbeitgeber 5 99; 6 107. —

(Konkurrierendes Verschulden)

Anwendbarkeit d. § 254 auf d. Schadenshaftung aus § 122 2 1, 58; 3 1, 38. — Anwendbarkeit auf d. Duell 1 1, 165. — Anwendung des § 254 auf § 307 1 1, 215; 2 1, 209. — Anwendung d. § 254 auf d. Eisenbahnfrachtvertrag (§ 453 III SGB.) 5 98 (f. 7 634). — Anwendung des § 254 auf d. Hufschmiedevertrag 5 98; 7 107. — keine Anwendung d. § 254 auf § 136 GewlWG. 3 1, 106; 5 91; 7 107. — Unanwendbarkeit d. § 254 auf d. Fall d. § 912 1 1, 164. — Mitschuld d. Telegraphierenden an falscher Übermittlung einer Depesche wg. Telegraphierens in Ziffern 3 1, 105. — Mitschuld durch Reizung z. schädigenden Tat 5 91; 6 101. — Reizung e. Tieres 6 107. — Mitschuld bei Einlösung gefälschter Schecks 4 90. — Mitschuld bei vertragswidriger Benutzung von Wechseln 4 87; 6 106. — Mitschuld d. Mandanten e. Notars an d. Nichtbeachtung e. Hypothek bei der Vertragsbeurkundung 5 99. — Mitschuld durch Nichteingehen auf e. Wandelungsbegehren 5 98. — Übersehen des Sachsefers des Pflanzers seitens d. Buchbinders 5 99. — Verschulden durch Übernahme e. Arbeit, der man nicht gewachsen ist 1 1, 161. — Mitschuld d. Betriebsunternehmers durch Verschämung der Pflicht z. Anzeige von Betriebsunfällen 5 99. — Mitschuld d. Theaterdirektors b. Unfall e. Artisten 5 98. — Nichtausübung d. Rechts aus § 46 RD. 4 90. — keine Anwendung d. § 254 auf Anspruch aus § 25 EisenbG. v. 3. XI. 38 4 81; 5 91, 615, 1034; 6 101, 1066; 7 107 (f. Haftpflicht, Eisenbahngesetz). — keine Anwendung auf Haftung der Bahn für Sachschaden nach Art. 58 BayWVGWB. 6 1066. — Eisenbahnunfälle: Grundfälliges 2 1, 148; 3 1, 98; 4 80; Einzelfälle 1 1, 165; 3 1, 101; 4 84; 5 95; 6 104, 105 (ungenügendes Abperrten d. Bahngeländes) (f. Eisenbahn, Haftpflicht). — Straßenbahnunfälle: Grundfälliges 2 1, 148; 3 1, 98; Einzelfälle 2 1, 149; 3 1, 99; 4 82; 5 94; 6 103; 7 113 (f. Straßenbahn); schuldhafte Aussteigen des Passagiers aus dem ohne Schaffner fahrenden Straßenbahnwagen 7 112. — Automobilunfälle 3 1, 102; 4 85; 5 94, 96; 6 104; 7 114 (f. Automobil). — Straßenunfälle (f. diese) 7 114. — Gebäudemfälle (f. diese) 7 115. — Eurn-Spielunfälle (f. diese) 7 115. — Bekreten unverwahrter gefährlicher Stellen 1 1, 165. — keine Anwendung d. § 254 auf die große Haverei 5 91. — Mitschuld d. Schiffsbesatzung bei Schiffschäden 4 75, 89. — Mitschuld d. Schiffsbesatzung d. geschädigten Reeders i. F. e. Schiffskollision 1 1, 164; 2 1, 143, 153; 3 1, 105; 5 100. — Fürsorgepflicht d. Beschädigten zugunsten

d. Schädigers im § 254 Abs. 2 1 1, 163; 2 1, 144. — Verschulden im Sinne d. § 254 Abs. 2 6 101. — Umfang d. Abwendungspflicht des Beschädigten (§ 254 Abs. 2) 7 107. — Anzeigepflicht d. § 254 II 2 1, 144; 7 107. — Unterlassen der Geltendmachung e. Versicherungsanspruchs gegen e. Berufsgenossenschaft als Verschulden nach § 254 Abs. 2 7 115. — Unterlassung d. Hinweises auf d. Gefahr e. ungewöhnlich hohen Schadens 5 98, 99. — „ungewöhnlich hoher Schaden“ 6 101, 107. — Aufkündigung d. Papierlieferungsvertrags seitens e. Zeitung infolge Lieferungsverzugs des von seinem Verkäufer nicht rechtzeitig bedienten Lieferanten 6 106. — unterlassener Hinweis auf d. eventuelle Forderung eines ungewöhnlich hohen Schadensersatzes 3 1, 104. — Anwendbarkeit d. § 254 II auf die F. d. § 391 I 2 1, 242; 3 1, 182.

Konkurs u. Konkursverfahren vgl. Absonderungsrecht, Anfechtung im R., Aufrechnung im R., Aussonderungsrecht, Gemeinschuldner, Konkurs, Massegläubiger, Zahlungseinstellung, Gläubigerausstoß, Gläubigerversammlung. — §§ 10/11 RD. (anhängige Prozesse) f. Konkursmasse. — § 14 RD. f. unten. — §§ 17—28 RD. (Erfüllung d. Rechtsgeschäfte) f. unten Konkurs. — §§ 71—77 RD. f. Konkursverfahren. — §§ 138 bis 148 f. Konkursgläubiger. — §§ 149—172 f. Konkurs-Beteiligungsverfahren, Konkursbeendigung. — §§ 202—206 f. Konkursbeendigung. — § 237, 238 f. unten. — zur Zeit der R.-Eröffnung anhängige Prozesse f. R.-Masse. — Einfluß d. R. auf einen vereinbarten Gerichtsstand? 6 984. — kann während d. Schwebens e. R. ein zweiter R. bez. des Neuerwerbs des Rridars eröffnet werden? 5 944. — nach R.-Eröffnung vom Gemeinschuldner vorgenommene Rechtshandlungen oder an ihn gemachte Leistungen (§§ 7, 8 RD.) f. Gemeinschuldner, R.-Eröffnung. — zuständiges Gericht bei Änderung der Gerichtsbezirke 3 2, 270. — zuständiges Gericht für d. R. e. GmbH; Amtsgericht d. Zweigniederlassung? 6 996. — Anwendung d. §§ 41 ff. ZPD. über Ablehnung u. Ausschließung von Gerichtspersonen 3 2, 270. — analoge Anwendung des § 157 Abs. 2 ZPD. (Zurückweisung von Winkeladvokaten) 3 2, 270; 4 815. — Anwendung des § 99 ZPD. 6 996. — analoge Anwendung des § 239 ZPD. 2 2, 502. — können neben dem Vertreter nach § 14 Abs. 4 RG. v. 4. XII. 99 betr. die Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen die Schuldverschreibungsgläubiger im Konkurs auftreten? 2 2, 480, 502. — Sicherungsmaßregeln des Gerichts 2 2, 503.

Stellung des Konkursgerichts.
 — Zuständigkeit bei Änderung der Gerichtszuständigkeit 3 2, 270. — Gericht d. Zweig-niederlassung einer Gm.bh. zuständig? 6 996. — Überwachung d. K.-Verwalters; Sicherungsmaßregeln d. Gerichts 2 2, 503 (2); 4 815 (f. diesen). — Suspension d. Verwalters 2 2, 503. — Einforderung e. Gerichts vom Verwalter; Antrag eines K.-Gläubigers 4 818; 6 997. — Betw gegen die von d. Gläubigerversammlung beschlossene Wahl eines anderen Gläubiger-ausschusses 2 2, 504, 505. — Leitung d. Gläubigerversammlung 4 816. — Verfahren bei Auskunftsverweigerung des Gemeinschuldners (§ 100) 2 2, 505. — öffentl. Bekanntmachungen d. Gerichts in Preußen 2 2, 503. — Bekanntmachung d. Berufung d. Versammlung d. Schulver-schreibungsgläubiger nach § 18 R.G. v. 4. XII. 99 2 2, 503. — Anordnung d. Sequestrierung einzelner Vermögens-stücke 2 2, 505. — Genehmigung z. Ab-hebung hinterlegter Gelber? 3 2, 274. — Haftung d. Staates f. d. K.-Richter (Art. 77 EGVGG.) 2 1, 25 (vgl. Beamte). — Haf-tung d. K.-Richters (f. Beamte) 5 114.
 Beschwerde in Konkursver-fahren. — B. gegen Entscheidungen d. K.-Gerichts nach § 18 R.G. v. 4. XII. 99 betr. die Rechte der Besitzer von Schuldver-schreibungen 2 2, 502, 503. — B. vor Zu-stellung 6 996, 997. — B.-Recht d. Gläu-bigeraus-schusses 2 2, 503; 5 952; 6 996. — B. d. Gemeinschuldners gegen die Fest-setzung d. Vergütung d. Verwalters 5 952 (f. K.-Verwalter). — B. gegen die nach Auf-hebung des K. beantragte Erteilung e. vollstreckbaren Ausfertigung aus d. Ta-belle? 6 996 (f. K.-Tabelle). — Aktivelegiti-mation zur B.; Massegläubiger 6 996. — B.-Recht d. Gemeinschuldners gegen Hand-lungen d. K.-Verwalters 6 996. — B. des Gläubigeraus-schusses gegen den die Ent-laffung d. Verwalters ablehnenden Be-schluss 5 952, 953; 6 997. — B. gegen Be-schlüsse der Gläubigerversammlung 2 2, 504. — B. gegen die K.-Eröffnung f. diese.
 Ausländischer Konkurs und Wirkung des inländischen Konkurses auf ausländisches Vermögen (§§ 237, 238 R.D.); interna-tionales Recht. — Staatsver-trag zwischen Baden u. der Schweiz 2 2, 518. — Staatsvertrag zwischen Preußen u. Österreich 2 2, 518. — Zwangsvoll-streckung d. K.-Gläubiger in ausl. Vermögen d. Gemeinschuldners 2 2, 485, 486, 518. — Einlagen e. im ausl. K. angemeldeten Forderung im Inland 6 1007. — Unterbrechung inländischer Prozesse durch aus-ländischen K.? 2 2, 518. — Führung e. Prozesses in Holland durch d. deutschen K.-Verwalter? 3 2, 283. — Untergang

d. Forderung des inländischen Gläubigers über die Aktordrate hinaus durch aus-ländischen Zwangsvergleich? 2 2, 515, 518. — in einem schweizer K. ausgestelltter Verluftschein; Zwangsvollstreckung in Deutschland? 2 2, 518, 519. — Folgen e. K.-Eröffnung in Rußland, in Rumänien auf die Prozesse u. Verfügungsfähigkeit d. Kreditars 2 2, 519. — Folgen e. nicht russi-schen K. auf die Handlungsfähigkeit des Kreditars in Rußland 2 2, 519. — Wirkung einer von einem ausl. Gericht verfügten K.-Eröffnung in Frankreich 2 2, 519. — Wirkung e. in Rußland geschlossenen Zwangs-vergleichs in Frankreich 3 2, 283. — Be-rücksichtigung der in e. Vertragsstaat er-folgten K.-Eröffnung in dem anderen bez. der Fortdauer d. Personalhaft (Art. 17 IntAbf. v. 14. XI. 96)? 2 2, 519. — Wirkung des von e. deutschen Konsular-oder Schutzgerichtsgericht erlassenen Er-öffnungsbeschlusses 3 2, 823. — Stützen e. Anfechtung im Inland auf ausl. K. 3 2, 261, 283; 4 806.

Einfluß des Konkurses eines Gatten auf die Rechtsver-hältnisse des anderen i. Kon-kursmasse. — Früchte des Frauengutes im K. d. Frau z. Masse gehörig; Erschöpf-pflicht d. Mannes bez. der von ihm veräußerten verbrauchbaren Sachen des Eingebrachten 3 2, 254. — kann der Mann bei gefehl. Güterstand widersprechen, wenn d. K.-Verwalter zunächst das Eingebrachte ver-wertet und das Vorbehaltsgut nicht an-tastet? 3 2, 254. — Endigung der dem Manne bei Gütertrennung durch die Frau eingeräumten Vermögensverwaltung durch d. K. d. Mannes 3 2, 260. — Pflicht des in Gütertrennung lebenden Mannes, dem die Frau ihr Vermögen zur Verwaltung überließ, im K. der Frau dem Verwalter die Früchte herauszugeben? Ersatzanspruch des Mannes 3 2, 254, 261. — Anspruch d. Mannes im K. der in Gütertrennung lebenden Frau auf e. Beitrag zum ehelichen Aufwand? 3 2, 255, 268. — Besitz-recht d. Mannes gegenüber dem K.-Ver-walter bei gefehltem Güterstand? 3 2, 256; 6 975. — Klage auf Duldung d. Zwangsvollstreckung in das Eingebrachte gegen d. Gemeinschuldner zu stellen 3 2, 257. — statutarisches Nutznießungsrecht i. Württemberg z. Masse gehörig? 4 800, 801. — in e. Ehe- u. Erbvertrag auf Lebenszeit eingeräumtes Nutznießungsrecht Massebestandteil 4 800. — Inbesitznahme d. Eingebrachten durch d. Verwalter; Freigabe, wenn feststeht, daß nur Vor-behaltsgläubiger vorhanden sind 3 2, 372. — K. der mit Einwilligung des Mannes ein Erwerbsgeschäft treibenden Frau (f. Handelsfrau) 6 975. — Anfechtung v. Eheverträgen (f. Anfechtung im K. u.

(Konkurs und Konkursverfahren)
 Gläubigeranfechtung) **3 2, 262; 6 986.** — Anspruch d. Mannes auf Herausgabe d. Eingebachten im R. d. verwaltungsgemeinschaftlichen Frau? **3 2, 265.** — Aussonderungsanspruch d. Frau s. Aussonderung. — § 1361 BGB. im R. **2 2, 498; 3 2, 266.** — Offenbarungseid d. Ehefrau im R. d. Mannes **2 2, 498.** — Streit im R. der verwaltungsgemeinschaftlichen Frau, ob ein Gläubiger Befriedigung aus dem Eingebachten verlangen kann; Klage gegen den Mann **3 2, 276.** — getrenntes Verzeichnis der Vorbehalt- u. d. unbeschränkten Gläubiger im R. d. verwaltungsgemeinschaftlichen Ehefrau; Titel gegen den Mann für den d. Befriedigung aus d. Eingebachten suchenden Gläubiger nötig **3 2, 277.** — Streit im R. e. verwaltungsgemeinschaftlichen Frau zwischen Verwalter u. Gläubiger über Zugehörigkeit e. Gegenstandes zum Eingebachten oder z. Vorbehaltsgut **3 2, 277.** — R. über das Vermögen der Frau; Konkursen zw. Vollgläubigern, denen Eingebachtes u. Vorbehaltsgut haftet, u. Vorbehaltsgutgläubigern; Kollision mit dem Nießungswort d. Mannes (vgl. Geschl. Güterrecht) **1 2, 50; 2 1, 622.** — keine Zeichnungspflicht d. Ehefrau aus § 260 BGB. im R. d. Mannes bez. der in ihrem Besitz befindlichen Sachen **2 1, 157.**
 Zwangsvollstreckung und Vormerkungen während des Konkurses (§ 14 R.D.) vgl. unten „Einfluß des Konkurses auf Erfüllung von Rechtsgeschäften, § 24 R.D.“ — zugunsten einzelner R.-Gläubiger in das nicht zur Masse gehörige Vermögen **2 2, 485.** — in das Vermögen d. Erben des während d. R. gestorbenen Gemeinschuldners **2 2, 485.** — z. eines R.-Gläubigers in das ausländische Vermögen d. Gemeinschuldners **2 2, 485, 486, 518.** — vor R.-Eröffnung erlassene, aber erst nachher eingetragene Vormerkung **2 2, 486.** — Klage auf Duldung der Z. (§ 739 Z.P.D.) gegen den gemeinschuldnerischen Ehemann **3 2, 257, 258.** — Bestätigung e. vor R.-Eröffnung erlassenen Urteiles nach R.-Eröffnung **3 2, 258.** — Pfändung von Mietzinsen während d. R. für e. Hypothekgläubiger **5 943; 6 982 (2).** — auf Grund Vertrags vor R.-Eröffnung eingetragene Vormerkung **2 2, 488.** — vor R.-Eröffnung erlassene, nachher eingetragene einstweilige Verfügung auf Eigentumsvormerk f. d. Käufer; Anspruch auf Auflassung? **2 2, 488, 489.** — Verzicht des Borgemerkten auf das Recht; Eintragung **4 804.**
 Erwerb von Rechten an den zur Konkursmasse gehörigen Gegenständen während des Konkurses nach § 15 R.D. vgl. Ge-

meinschuldner, Konkursöffnung. — vor Zahlungseinstellung beantragte, nachher erfolgte Eintragung e. Hypothek; Anfechtung **2 2, 486 (s. Anfechtung); 3 2, 258; 6 977, 978, 982.** — Begründung eines kaufmännischen Zurückbehaltungsrechts nach R.-Eröffnung? **3 2, 258.** — vor R.-Eröffnung vom Gemeinschuldner unterschriebenes u. dem Pfandgläubiger ausgehändigtes Verpfändungsformular bei vereinbarungsgemäßer Auslösung nach R.-Eröffnung **3 2, 257; 4 804.** — vom Gemeinschuldner vor R.-Eröffnung bewilligte Eintragung in das Grundbuch bei Stellung des Eintragungsantrags nach R.-Eröffnung **2 2, 481, 482, 483; 3 2, 257; 5 944; 6 977, 978 (vgl. R.-Eröffnung).** — Einlösung e. Schecks nach Eröffnung d. Aussteller-R. **3 2, 257, 260; 6 979, 982, 984.**

Einfluß des Konkurses auf die Erfüllung von Rechtsgeschäften (§§ 17—28 R.D.). — Anwendung des § 321 BGB. gegenüber dem in den gegenseitigen Vertrag eintretenden R.-Verwalter **1 1, 229.** — kein Recht d. Gemeinschuldners, den Wegner am Vertrag festzuhalten, bei Erklärung des R.-Verwalters, daß er Erfüllung nicht verlange **2 2, 486.** — Geltendmachung der nach §§ 17 ff. R.D. abgeänderten Schuldverhältnisse nach Beendigung des R. **2 2, 486; 5 945; 6 982, 983 (s. Zwangsvergleich, R.-Beendigung).** — kann der R.-Verwalter, der die weitere Vertragserfüllung ablehnt, Bezahlung der vor R.-Eröffnung gemachten Teillieferung verlangen? **2 2, 486; 3 2, 258, 259.** — kann d. Verwalter bei Ablehnung d. Erfüllung das vorher vom Gemeinschuldner geleistete zurückfordern? **4 804.** — kann der R.-Verwalter eine teilweise Erfüllung verlangen? Verlangen d. noch ansiehenden Teilleistungen unter Weigerung der Bezahlung der vorher gemachten Leistungen **3 2, 258.** — Pflicht d. R.-Verwalters, über die vom Arbitr als Kommissionär abgeschlossenen Käufe und Verkäufe Rechnung zu stellen **2 2, 487.** — gegenseitiger Vertrag auf Kreditgewährung **3 2, 259, 260.** — kann d. Verwalter seine über Erfüllung (§ 17 R.D.) abgegebene Erklärung anfechten? **3 2, 259; 5 944.** — Einfluß des R. auf ein Gesellschaftsverhältnis **2 2, 487.** — Einfluß des R. d. Versicherers auf den Versicherungsvertrag **2 2, 487; 3 2, 260 (Höhe des Schadenersatzes des Versicherten).** — Eintritt des R.-Verwalters in e. Lebensversicherungsvertrag des Arbitr **2 2, 487.** — Einfluß des Konkurses auf e. Seeversicherung **2 2, 487, 489, 499; 4 804 (vgl. Aufrechnung im R.).** — Recht des R.-Verwalters, den zugunsten eines Dritten abgeschlossenen Versicherungsvertrag zu widerrufen **2 2, 487.** — E. auf Rückver-

sicherung § 1, 168. — vom Rückversicherer zur Masse zu leistender Betrag bei R. d. Versicherers 2 2, 487; § 2, 259. — ist die von der in R. geratenen Versicherungsaktiengesellschaft angebotene Fortsetzung d. Versicherungsvertrages durch e. Gegenseitigkeitsgesellschaft Angebot d. Vertragserfüllung? § 2, 259. — Verlangen d. Erfüllung e. vor R.-Eröffnung zum Teil erfüllten Lieferungsvertrages seitens d. Verwalters § 2, 259; § 944 (Kaufpreise für die vor R.-Eröffnung dem Kreditar gelieferten Raten Masse-schulden) 945, 946. — Aufrechnung d. Käufers im R. d. Verkäufers mit seinem Schaden wegen teilweiser Nichterfüllung des Vertrages (§ 17 R.D.) gegen den Preis für den gelieferten Teil § 944, 951. — Einfluß des Konkurses des Prinzipals auf den Agenturvertrag; Schadensanspruch des Agenten § 945 (s. unten). — kann der Kommittent, wenn der Kommissionär nach dem Vertrag nach Ablauf einer bestimmten Zeit verpflichtet war, die Waren auf feste Rechnung zu übernehmen, in dem vorher ausgebrochenen R. des Kommissionärs seine Kaufpreisforderung anmelden, wenn der R.-Verwalter die Erfüllung des Vertrages ablehnt? § 945. — Geltendmachung des Vertragsverhältnisses nach R.-Beendigung in d. ursprünglichen Gestalt trotz Zwangsvergleichs, wenn von keiner Seite eine Erklärung oder Aufforderung nach § 17 R.D. erfolgte § 945; § 982, 983. — Anwendung des § 17 R.D. auf ausländische Rechtsverhältnisse § 946. — Eintritt des R.-Verwalters in einen unter Eigentumsvorbehalt bis zur Bezahlung d. Kaufpreises abgeschlossenen Kaufvertrag; Kaufpreis als Masse-schuld § 946; § 983, 985; § 200 (Wahlrecht des R.-Verwalters nach § 17 R.D.). — Pfändung d. Forderung e. später in R. Fallenden, wenn die Bezahlung der Forderung erst infolge Erfüllung des Vertrags durch den Verwalter (Fortsetzung d. angefangenen Neubaus) geschieht § 946; § 983. — Folgen d. Erfüllungswigerung d. R.-Verwalters s. d. Rechtsbestand d. Vertrages; Umfang d. Schadensforderung des Gegners (§ 17 R.D.) § 982, 983. — Wiederkauf u. Wiederverkauf im R. § 983, 976. — Eintritt d. Verwalters in e. Werkvertrag, dessen Vergütung durch Forderungen des Bestellers beglichen werden soll § 983. — Recht des R.-Verwalters, bei Konkurs d. Bank das Giroverhältnis mit dem Kunden fortzusetzen § 983, 984 (s. unten). — keine Klagenänderung, wenn der Kläger wegen Ablehnung der Erfüllung seitens d. Verwalters vom Erfüllungszum Interessensanspruch übergeht § 984. — Einfluß d. R. auf e. nach § 69 B.G.B. verbindliches Differenzgeschäft 2 2, 487. — Eintritt der Folgen des § 18 R.D.

(Umwandlung d. Lieferungs- in ein Differenzgeschäft) bei nachträglicher Aufhebung d. R.-Eröffnungsbeschlusses § 984. — Anwendung des § 18 R.D. bei Geschäften mit bestimmter Abladezeit § 984. — bei Kündigung e. vom Kreditar als Mieter geschlossenen Mietvertrages (nach § 19 R.D.) Mietzins bis 3. Tage d. R.-Eröffnung R.-Forderung, von da ab Masse-schuld 2 2, 488. — Berechnung der Höhe des dem Vermieter nach § 19 Abs. 2 R.D. wegen Kündigung des Mietvertrages seitens d. R.-Verwalters zustehenden Schadensanspruchs; Ertrag der vom Vermieter für Herichtung des Mietraumes gemachten Aufwendungen 2 2, 488; § 2, 260. — vertraglicher Ausschluß des dem R.-Verwalter nach § 19 R.D. zustehenden Rechts auf Kündigung e. Mietvertrages; Vereinbarung kürzerer Fristen; Verzicht d. Vertragsgegners auf d. Kündigungsrecht; Kündigung für einen späteren als den nächsten möglichen Termin § 2, 259. — Anwendung des § 19 R.D. auf Miete von Räumen mit Dampftrakt § 2, 259. — Anwendung des § 19 R.D., wenn bei Lieferung e. elektrischen Anlage, die wesentlicher Bestandteil des Grundstücks wurde, der Vertrag von d. Parteien nicht als Kauf- oder Werkvertrag, sondern als Miete behandelt wird § 984 (s. Maschinen). — Rücktrittsrecht d. Verpächters bei Pachtabstand, wenn der Abtandnehmer vor Überlassung d. Pachtung fällt wurde § 2, 259. — Kündigung e. Dienstvertrages bei R. d. Dienstherrn zu einem späteren als dem ersten möglichen Termin 2 2, 488 (val. § 2, 259). — wann gilt d. R.-Verwalter als Arbeitgeber n. § 1 Gew.G.? 2 2, 483, 486, 488; § 2, 256. — Kündigung e. vom Verwalter nicht gelüdigten Dienstvertrages nach Tod des Gemeinschuldners 2 2, 488. — Einfluß d. R. e. Genossenschaft, e. U.-G., e. GmbH. auf deren Vorstands- u. Aufsichtsratsmitglieder 2 2, 488; § 2, 260; § 985. — Annahme d. Dienste seitens d. Verwalters in der ersten Zeit nach R.-Eröffnung als stillschweigender Eintritt in den Dienstvertrag § 2, 259. — Einfluß d. R. d. Lehrherrn auf e. Lehrvertrag 4 804. — Entschädigungsforderung des Dienstverpflichteten bei Kündigung d. Dienstvertrages seitens d. R.-Verwalters; Finden e. anderen Beschäftigung; Provisionsanspruch e. Handlungsgehilfen s. d. Zeit nach R.-Eröffnung; Gehalts- und Provisionsforderung vor d. R.-Eröffnung als Masse-schuld 4 804. — Wegfall e. Konkurrenzkaufes, wenn der R.-Verwalter den vom Kreditar mit dem Angestellten geschlossenen Dienstvertrag kündigt § 946; § 984. — Einfluß d. R. auf e. vom Kreditar erteilten Auftrag, auf e. Vollmacht 1 1, 110; 2 2, 488. — Endigung des dem Manne bei Güter-

(Konkurs und Konkursverfahren)
 trennung eingeräumten Rechts zur Verwaltung des Frauenvermögens durch K. des Mannes **3 2**, 254, 260. — Erlöschen e. Agenturvertrags durch K. des Prinzipals; Erledigung dringender Geschäfte; Schadensanspruch; Agent als Massegläubiger bei Vornahme unaufschiebbarer Geschäfte nach K.-Eröffnung (s. Agenturvertrag, Handelsagent) **3 2**, 260 (2), 261; **5 945**. — Einfluß d. K. d. Anweisenden auf Anweisung u. Schenk; vom Angewiesenen nach Eröffnung d. K. gemachte Zahlung an d. Anweisungsempfänger **3 2**, 257; 260 (2); **6 978**, 979, 982, 984. — Einfluß d. K. d. Bank auf e. Girovertrag **6 979**, 983, 984, 985. — Erlöschen e. vom Kridar erteilten Prozeßvollmacht **6 985**. — auf Grund Vertrags vor K.-Eröffnung eingetragene Vormerkung **2 2**, 488. — vor K.-Eröffnung erlassene einstweilige Verfügung für den Käufer e. Grundstücks bei Eintragung nach K.-Eröffnung; Anspruch auf Auflassung? **2 2**, 488, 489. — Verzicht d. Borgemerkten; Eintrag **4 804**. — Bindung d. K.-Verwalters an den vertragsmäßigen Verzicht des Kridars auf Geltendmachung e. Eigentümerhypothek, e. Rangvorbehalt bei Mangel e. Vormerkung **6 977**, 982, 985. — Aufrechnung mit der Schadenersatzforderung wegen Nichterfüllung eines zweiseitigen Vertrages **2 2**, 489. — Recht des Gegners, bei Ablehnung d. Vertragserfüllung seitens d. Verwalters die Ware versteigern zu lassen u. den Mindererlös einzuklagen **3 2**, 260. — statuiert § 26 K.D. für jeden Fall der Nichterfüllung e. Vertrages einen Schadensanspruch? **5 946**; **6 985**. — Haftung d. Konkursmasse für d. Nichterfüllung e. infolge d. Erfüllungsweigerung des K.-Verwalters einem Dritten übertragenen Werkvertrages **7 105**.

Konkursbeendigung vgl. K.-Verteilungsverfahren, Zwangsvergleich. — Zeitpunkt d. Wirksamkeit des Aufhebungsbeschlusses **2 2**, 511, 516. — Vorgehen der nicht befriedigten K.-Gläubiger nach K. gegen den Gemeinschaftsdner **2 2**, 512; auf Grund e. vor K.-Eröffnung gegen den Kridar erwirkten Urteils **3 2**, 277. — Umstellung d. Vollstreckungsklausel e. vom K.-Verwalter erwirkten Urteils z. Zwangsvollstreckung für u. gegen d. Gemeinschaftsdner nach K.? **2 2**, 512 (2), 515. — wirkt die Zurückweisung e. K.-Gläubigers nach K. für den Gemeinschaftsdner? **2 2**, 512. — Wirkung der Zulassung e. K.-Gläubigers z. Beteiligung an d. Masse gegen den Gemeinschaftsdner nach K. **2 2**, 512; **3 2**, 277 (Feststellung der pfandgedeckten K.-Forderung im Prüfungstermin); **6 1003**. — von dem nach dem Prüfungstermin verstorbenen Gemeinschaftsdner bestrittene

Forderung nach K. **2 2**, 512. — von einem der mehreren Erben d. Kridars bestrittene Forderung nach K. **2 2**, 508, 512. — steht die Zuweisung e. bestimmten Quotes auf den im Konkurs geltend gemachten Geldebetrag e. Forderung d. nachträglichen Geltendmachung d. Anspruchs auf die ursprüngliche Naturalleistung entgegen? **6 1003** (vgl. unten). — Erteilung e. vollstreckbaren Ausfertigung aus d. Tabelle bei Beendigung durch Zwangsvergleich an e. Gläubiger, der auf Befriedigung aus der K.-Masse verzichtet hat **6 1003**. — Haftung d. Gemeinschaftsdners aus den vom Verwalter geschlossenen Rechtsgeschäften? **2 2**, 482. — während des Konkurses entstandener Anspruch des Gemeinschaftsdners gegen die Masse nach Beendigung **2 2**, 482. — Einfluß der K. auf eine vom K.-Verwalter erfüllte Vollmacht **4 802**. — vom Gemeinschaftsdner während des Konkurses vorgenommene Rechtshandlung über Massenbestandteile bei K., wenn vorher e. Anfechtung durch d. K.-Verwalter nicht erfolgte **3 2**, 257. — Wirkung d. gegenüber dem K.-Verwalter ergangenen Urteile über Aktiv- u. Passivmasse für u. gegen d. Gemeinschaftsdner **2 2**, 484, 485. — Form der Geltendmachung der nach §§ 17 ff. K.D. durch den Konkurs abgeänderten Schuldverhältnisse nach K. **2 2**, 486, 512; **6 982**, 983, 1003. — Geltendmachung eines unter § 17 fallenden Schuldverhältnisses nach K. trotz Zwangsvergleichs in der ursprünglichen Gestalt, wenn von keiner Seite eine Erklärung oder Aufforderung nach § 17 erfolgte? **5 945** (vgl. **6 982**, 983). — b. K. noch schwebende Anfechtungsprozesse **2 2**, 512, 515; **3 2**, 261, 277, 280. — Fortdauer d. vom K.-Verwalter erteilten Prozeßvollmacht **7 777**. — z. Zt. d. K. anhängige Prozesse: Unterbrechung, Aufnahme? **2 2**, 485, 511, 512 (3), 515 (3); **3 2**, 433; **5 784**, 785; **7 777**. — z. Zt. der K. anhängige Streitigkeiten, die erst mit oder nach K.-Eröffnung in der Person des Verwalters selbst entstanden sind; Fortführung durch d. Verwalter **2 2**, 511, 512. — Aktivlegitimation d. Verwalters zur Fortführung von z. Zt. der K. noch anhängigen Masseprozessen? **2 2**, 512 (3). — Aktivlegitimation des Verwalters z. Fortführung d. z. Zt. d. K. über eine Umsch. noch anhängigen Prozesse **6 1003**. — Wirkung d. K. auf bei der Schlußverteilung nicht berücksichtigte Massegegenstände **6 1003**. — Aufhebung des K. n. Rechtskraft d. Zwangsvergleichs § 190 K.D. (vgl. Zwangsvergleich); Aussetzung anhängiger Prozesse? **2 2**, 515. — Zeitpunkt der Aufhebung bei aufschiebend bedingtem Zwangsvergleich **3 2**, 279. — Wirkung der K. **6 1005**, 1006. — Lösung d. K.-Vermerks im Grundbuch nach Durch-

führung d. Zwangsversteigerung auf Ersuchen d. Vollstreckungsgerichts 7 930.

Einsetzung des Verfahrens (§§ 202—206 R.D.). — Antrag eines der mehreren Erben? 2 2, 516. — Einfluß auf schwebende Aufsetzungsprozesse 2 2, 516 (vgl. oben). — Zeitpunkt d. Wirksamkeit d. Einsetzungsbeschlusses 2 2, 516. — Wirkung der Einsetzung 2 2, 516; 6 1005. — Fortsetzung e. nach § 204 R.D. eingestellten Verfahrens 6 1005.

Konkursöffnung f. Zahlungseinstellung, Konkursmasse. — wann gilt der Beschluß als erlassen? 2 2, 481. — R.-Beschluß als vollstreckbarer Titel nach § 794 Ziff. 3 Z.P.D. 3 2, 272; 5 953. — Folgen f. d. Prozeß u. Geschäftsfähigkeit des Gemeinschuldners (f. diesen) 2 2, 481. — Einfluß auf e. Prozeß gegen d. Gemeinschuldner wegen unberechtigter Titelführung 4 801. — Zeitpunkt der Wirksamkeit e. vom Beschwerdegericht erlassenen Eröffnungsbeschlusses 2 2, 503. — wie lange ist die Zurücknahme d. Antrags auf R. möglich? 2 2, 505. — Zurücknahme des Antrags auf R. seitens d. Gläubigers bei weiterer Beschwerde des Gemeinschuldners gegen die vom Beschwerdegericht verfügte R. 2 2, 503, 505. — Aktivlegitimation z. Beschwerden gegen die R. (ein einzelner Kollektivgeschäftsführer e. Gm.G.) 6 996. — Inbesitznahme d. Masse bei Weigerung d. Gemeinschuldners; vollstreckbare Ausfertigung d. Eröffnungsbeschlusses 2 2, 503; 3 2, 272; 4 817; 5 953; 6 999 (f. Konkursmasse). — Zahlungsunfähigkeit; Bedeutung u. Ansicht d. Gläubiger 4 816. — Eröffnung des R. bei Vorhandensein e. einzigen Gläubigers 6 998. — Antrag d. Aufsichtsamts auf R. über e. privates Versicherungsunternehmen 3 2, 270. — Weigerung des den Antrag auf R. stellenden Schuldners, das Gläubiger- u. Schuldnerverzeichnis (§ 105 R.D.) vorzulegen; Zwangsmittel 4 816, 817. — kann von dem Gemeinschuldner bei Stellung des Antrags auf R. durch einen Gläubiger die Vorlage eines Gläubiger- u. Schuldnerverzeichnisses erzwungen werden? 4 816, 817. — R. über eine in gesetzlichem Güterstand lebende Frau, die nur Vorbehaltsgutgläubiger hat 3 2, 271 (f. Konkurs). — Gehör des Gemeinschuldners erst vor dem Beschwerdegericht 3 2, 271. — bedingter, befristeter Antrag 6 998. — Pflicht des Gerichts, von Amts wegen Aufklärungen über d. Zahlungsunfähigkeit d. Schuldners zu schaffen? 6 998. — rechtliche Natur d. Kostenvorschlusses nach § 107 R.D.; Zwang zur Einzahlung? Zahlung an die Gerichtskasse oder an den Verwalter? Verlangen d. Vorschlusses nach Eröffnung d. R. 3 2, 271; 6 998. — Einreden d. Vorstufleistenden (§ 107) in die Rangstelle des von ihm

gedeckten Gläubigers 6 998. — Eintragung d. R.-Vermerkes bei Pfandhypotheken; Vorlage des Briefes? 2 2, 505; 6 999. — Freigabe von Massegrundstücken oder unbeweglichen zur Masse gehörigen Rechten durch den Verwalter (§ 114 R.D.) 2 2, 505; 3 2, 272; 6 999 (f. Konkursverwalter). — Beschwerdeberechtigte bei Aufhebung des Eröffnungsbeschlusses u. Zurückverweisung der Sache zu neuer Prüfung 3 2, 271. — Kosten e. erfolglosen Beschwerde der Vorstandsmitglieder e. eingetragenen Genossenschaft gegen die R. 6 999. — irrtümlich für Eintragung d. Konkursvermerkes in das Grundbuch bezahlte Gebühren 6 999. — Rechtsmittel d. Gemeinschuldners bei R. auf seinen Antrag 3 2, 272. — Anordnung der Sequestrierung einzelner Vermögensstücke 2 2, 505. — Wirkung d. Aufhebung d. R.-Beschlusses (§ 116 R.D.) 6 999. — Aufhebung d. Eröffnungsbeschlusses u. Verjährungsunterbrechung 1 1, 132. — rechtl. Natur d. Beschlagnahmes; Unterschied vom Pfandrecht 2 2, 481. — Pflicht e. Genossenschaft im R. über d. Vermögen e. Genossen, dem Verwalter von dessen Geschäftsguthaben Anzeige zu machen? 6 999. — Anwendung d. § 118 R.D. im R. des Scheckausstellers? 6 1000. — Nichtanzeige über d. Besitz e. zur Masse gehörigen Gegenstandes; Unkenntnis von der R. 2 2, 506. — Briefbeschlagnahme gegen den Erben d. Gemeinschuldners 2 2, 506. — nach R. über das Vermögen d. Anweisenden vom Angewiesenen bewirkte Leistung an d. Anweisungsempfänger, insbesondere bei Schecks 3 2, 257, 260; 6 978, 979, 982, 984. — in der Zeit zwischen Abschreibung u. Zuschreibung ausstehender Konkurs d. Girozahlers 6 979, 983, 984, 985. — nach R. vom Gemeinschuldner getroffene Verfügung f. Gemeinschuldner.

Wirkung auf die Befugnis des Gemeinschuldners, Eintragungen ins Grundbuch zu bewilligen (f. oben Konkurs) 1 1, 533 f., 546; 4 316; 5 384 (Eintragungsbewilligung des Gemeinschuldners wirksam nach Aufhebung des R., während des R.? Lösungsbewilligungen des Gläubigers nur mit Bewilligung d. R.-Verwalters zu vollziehen 5 394; 6 357 f., 1027; 7 392. — vor R. vollzogene Grundschuldabtretung; Eintrag nach R. 2 2, 481. — vor R. vom Gemeinschuldner erklärte Lösungsbewilligung; Vollzug, wenn der Antrag des Eigentümers erst nach R. gestellt wird 2 2, 482 (f. Konkurs § 15; Gemeinschuldner).

Konkursforderungen f. Konkursgläubiger.

Konkursgläubiger f. Gläubigerauschuß, Gläubigerverammlung.

Welche Ansprüche sind Konkursforderungen? — Kosten e.

(Konkursgläubiger)

Strafverfahrens 2 2, 480. — Anspruch auf Unterlassung e. unberechtigten Firmenführung 2 2, 480. — nach R.-Eröffnung fällig werdende Anspruch auf Versicherungsprämien 2 2, 480. — Anspruch des Sohnes gegen den Vater auf Kosten d. einjährig-freiwilligen Dienstes 2 2, 480. — vor R.-Eröffnung vereinbarte, aber erst nach R.-Eröffnung bewirkte Vertragsstrafe 3 2, 254, 255; 4 802. — Anspruch d. Nachlassgläubigers e. erst nach R.-Eröffnung angefallenen Erbschaft 3 2, 255. — Schadensersatz-N. 5 943. — Regreßforderungen d. Bürgen 2 2, 502; 3 2, 269; 6 995; 6 995, 996. — Strafkosten e. vor R.-Eröffnung begonnenen, erst nachher beendeten Strafverfahrens 6 975. — Kosten e. nach R.-Eröffnung erhobenen Wechselprotestes 6 975. — Regreß-N. d. Angewiesenen, d. nach R.-Eröffnung über das Vermögen des Anweisungenden u. in Unkenntnis derselben an d. Anweisungsempfänger leistet 3 2, 260 (s. Anweisung, Konkurs §§ 17 ff.). — Erbschaftsanspruch des in Gütertrennung lebenden Mannes, d. wegen Konkurses der Frau das ihm zur Verwaltung überlassene Frauenvermögen herausgeben mußte 3 2, 261. — Anspruch auf Bewilligung d. Lösung e. bezahlten Grundschuld u. Herausgabe des Grundschuldbriefs ist Aussonderungs-N. 4 810. — Provisions-N. e. Handlungsgehilfens 4 804, 813; 5 951 (2) (vgl. Massegläubiger und unten „bevorrechtigte R.-F.“). — Pfandbriefgläubiger nach § 35 HypBankG. R. oder Absonderungsberechtigte? 2 2, 480, 498, 501, 502; 3 2, 269; 4 813 (s. Absonderungsrecht). — Pfandbriefgläubiger e. Hypothekbank bei Verzicht auf vorzugsweise Befriedigung aus den registrierten Hypotheken 2 2, 502. — Pfandbriefgläubiger d. Hypothekbank wegen der seit R.-Eröffnung laufenden Zinsen 2 2, 501. — kann der Mann im Konkurs der Frau bei Gütertrennung einen Beitrag zum ehelichen Aufwand aus der Masse verlangen? 3 2, 255, 268 (s. Massegläubiger u. Konkurs). — ausländische Gläubiger; ausländischer Gläubiger, der im Ausland gegen den Gemeinschuldner die Personalhaft vollziehen ließ 2 2, 481. — ausländischer Gläubiger; Verhältnis des § 5 Absf. 2 R.D. zu Art. 31 GGWB. 2 2, 481. — Vertragsstrafen fallen nicht unter § 63 Ziff. 3 R.D. 2 2, 502. — Verprechen d. Vaters, die Kosten d. Einjährig-Freiwilligen-Jahres zu tragen 2 2, 502. — Forderung der Stiftung gegen d. Stifter auf Überweisung des Stiftungsvermögens unter § 63 Ziff. 4 R.D. fallend? 4 815. — dem unterhaltsberechtigten Gatten nach Scheidung versprochene Rente (§ 63 Ziff. 4) 6 995. — Absonderungsberechtigte als R. (§ 64 R.D.) i. Absonderungsrecht.

— Recht d. Versicherten an d. Prämienreserve im Konkurs d. Lebensversicherungsgesellsch. (vgl. Versicherungsunternehmen). Bevorrechtigte Konkursforderungen (§ 61 R.D.) — Beitragsrückstände der Invalidenversicherung nach § 61 Ziff. 1 bevorrechtigt 2 2, 501. — Provisionsforderung d. Handlungsagenten (s. diese) 2 2, 501; 3 2, 268; 4 813; 5 951, 952. — Vergütung des mit dem Inordnungbringen von Handelsbüchern betrauten Bücherrevisors 2 2, 501; 3 2, 269; 6 995. — vom Handlungsgehilfen gestellte Kaution im Konkurs des Prinzipals 6 995. — Vertrag des Intreprefario e. Singpieltruppe als Dienstvertrag nach § 61 Ziff. 1 R.D.? 2 2, 501; 4 814. — nur der Lohn für die im letzten Jahre geleisteten Dienste; Zeitpunkt d. Fälligkeit belanglos 6 995. — Gebührenforderungen d. Rechtsanwälters 3 2, 269. — dem Angestellten f. Etablisementverfindung zugesicherte Vergütung? 7 244. — Lohnforderung von Heimarbeitern 4 814; 6 995. — „sich zu Diensten verbinden“ im Sinne d. § 61 Ziff. 1 4 814; 5 951, 952 (2); 6 995 (Aufgabe der Selbständigkeit). — Gerichtskosten u. Gebühren d. freiwilligen Gerichtsbarkeit öffentliche Abgaben nach § 61 Ziff. 2 R.D.? 2 2, 501. — öffentliche Abgaben“ im Sinne d. § 61 Ziff. 2 4 814. — ortstatutarische Kanalbaubeiträge öffentl. Abgaben nach § 61 Ziff. 2? 6 995. — Mitgliedsbeiträge d. Berufsgenossenschaften 4 814. — Übergang d. Vorrechts nach § 61 Ziff. 2? 1 1, 302. — in der Schweiz approbierter Arzt 2 2, 501. — Zahnärzte, Zahntechniker 2 2, 501. — unt. § 61 Ziff. 5 R.D. fallende Forderungen 1 2, 118; 2 1, 656; 4 416. — Vorrecht der Kinder d. Gemeinschuldners wegen ihres ererbten Vermögens, wenn e. Teilung d. Nachlasses nicht stattfand 2 2, 501. — vom Gemeinschuldner, der später Pfleger d. Erben wurde, als Testamentsvollstrecker veruntreute Nachlassgegenstände 2 2, 501. — Kaufpreisforderung für d. v. d. Mutter gekauften Erbteil d. Kindes am Nachlaß des Vaters im Konkurs der Mutter 2 2, 501. — unter § 61 Ziff. 5 fallende Mündelforderung im Konkurs über d. Vermögen d. fortgesetzten Gütergemeinschaft 3 2, 269; 4 815. — Anwendung d. § 255 BGB. bei Ansprüchen, die jemand wegen seines gesetzlich d. Verwaltung seines früheren Vormunds unterliegenden Vermögens an die R.-Masse d. Nachlasses d. Vormundes hat? 3 2, 269. — Umfang der unter § 61 Ziff. 5 fallenden Forderungen; nicht bloß durch die Verwaltung d. Gemeinschuldners entstandene Ansprüche 4 814. — Hypotheken der unmündigen Kinder, die für vom Vater aufgenommene Darlehen verpfändet wurden 4 814. — durch Wechsel

oder sonstige abstrakte Versprechen gedeckte bevorrechtigte Forderungen; Übergang d. Vorrechts auf den lediglich die abstrakte Forderung Erfüllenden? 6 995. — Verzicht auf e. Vorzugsrecht; Form 2 2, 502. — Forderung des Münzels im Konkurs über das Gesamtgut der fortgesetzten Gütergemeinschaft nach dem verstorbene Vormund 4 385. — Übergang des dem Fiskus nach § 61 Abs. 2 R.D. zustehenden Vorrechts auf den d. Fiskus wegen d. Zollforderung Befriedigenden 7 707.

Anmeldung, Prüfung u. Feststellung der Konkursforderungen vgl. Konkursabelle. — A.; Rechtsnatur, rechtsgeschäftliche Willenserklärung? 2 1, 101; 2 2, 507. — Begründung e. d. Rechtshängigkeit ähnlichen Verhältnisses durch die A.? 2 2, 507. — A. dinglicher Ansprüche; Verjährungsunterbrechung? 2 2, 507. — telegraphische A. 2 2, 508. — A. e. Forderung durch d. Zessionar ohne Beifügung der Abtretungsurkunde 1 1, 313; 2 2, 508; 6 1001. — A. durch den nach § 14 G. v. 4. XII. 99 bestellten gemeinsamen Vertreter der Schuldbeschreibungsgläubiger; A. durch d. Gläubiger selbst trotz Bestellung e. Vertreters 2 2, 508. — A. bei Abwehr e. Absonderungsrechtes 6 992, 1001. — Ablehnung unvorschriftsmäßiger A.; Beschwerte 2 2, 508 (2). — A. der Kaufpreisforderung als Verzicht auf den Eigentumsvorbehalt? 6 992, 1001 (vgl. 5 955). — einstweiliges Unterlassen d. A. 5 954. — Nicht-A. als Verzicht? 3 2, 275. — bei Unterlassung d. A. Recht d. Gläubigers zur Aufrechnung gegenüber e. Klage des Vertreters; Recht zur Widerklage, Sonderklage? 2 2, 508; 6 981. — Erklärung d. Erben d. Gemeinschaftschuldners über die angemeldete Forderung 2 2, 508. — Bestreiten e. angemeldeten Forderung seitens e. oder mehrerer Erben d. Gemeinschaftschuldners 2 2, 508, 512. — Kosten e. besonderen Prüfungstermins 3 2, 275. — Verjährungsunterbrechung als Folge der Feststellung 2 2, 508 (2). — Wirkung d. Feststellung 2 2, 509 (außerhalb d. Konkurses); 3 2, 255, 266, 276 (2). — Haftung d. Gerichtsschreibers, d. Staates für unrichtige Eintragung 3 2, 274, 275. — Konkurrierendes Verschulden des im Prüfungstermin ausbleibenden R.-Gl. bei unrichtiger Eintragung in die Tabelle? 3 2, 274, 275. — Anmeldung einer u. derselben Forderung durch 2 Gläubiger; Folgen der Feststellung zugunsten des einen Gläubigers; alternative F. zulässig? 3 2, 275 (2), 276; 6 1001. — Geltendmachung e. festgestellten Forderung als Aussonderungsanspruch 5 955. — Geltendmachung e. festgestellten Forderung als Massforderung 3 2, 276; 6 994, 1001. — Feststellung e. als Massschuld u. nur eventuell als R.-

Forderung angemeldet. Anspruchs 4 818. — Restitutionsklage gegen die geschehene Feststellung; Zuständigkeit 3 2, 276 (2), 512. — Aufrechnung gegen e. festgestellte R.-forderung 6 1001. — Zurücknahme des vom Verwalter erhobenen Widerspruchs; neuer Prüfungstermin? Berichtigung d. Tabelle 2 2, 510; 3 2, 277; 5 955.

Feststellung streitig gebliener Forderungen im Klageweg (§ 146 R.D.) — rechtl. Natur d. F.-klage 2 2, 509. — Erhebung der Klage im Urkundenprozeß 2 2, 509. — Klage d. Verwalters auf negative Feststellung bez. e. angemeldeten Ford. 4 818. — Erhebung d. Klage seitens des neuen Gläubigers, wenn Schuldner gegen den vom alten Gläubiger erwirkten Zahlungsbefehl Widerspruch erhoben hatte 3 2, 276. — Vereinbarung d. Zuständigkeit d. Amtsgerichts für Klagen über 300 M. 2 2, 509. — Zuständigkeit d. Kaufmanns- u. d. Gewerbegerichts f. d. Klagen nach § 146 R.D. 6 1002. — Voraussetzung d. Klage: Anmeldung d. Ford. im R., Erörterung im Prüfungstermin, Bestreiten der Forderung; Prüfung d. Voraussetzungen von Amts wegen 6 1001. — Streit im Konkurs d. verwaltungsgemeinschaftlichen Frau, ob ein Gläubiger Befriedigung aus dem Einzelrecht verlangen kann; Klage gegen den Mann 3 2, 276 (s. oben Konkurs). — Rechtsstreit über e. angemeldete Ford. vor Abhaltung d. Prüfungstermins zulässig? Widerklage auf Feststellung gegen eine Klage des Verwalters vor diesem Zeitpunkte? 2 2, 508, 509. — Bestreiten e. Forderung durch mehrere; notwendige Streitgenossenschaft? 2 2, 509; 4 819; 5 955. — Anwendung d. § 69 Z.P.D. bei Nebenintervention e. Widersprechenden im Prozesse d. anderen 4 819. — prozeßhindernde Einrede d. Schiedsvertrags gegenüber d. Feststellungsklage? 2 2, 509. — Aufrechnung d. R.-Verwalters gegenüber der Klage 3 2, 276. — Geltendmachung d. Ansprüche auf Ausgleichung, die dem Gemeinschaftschuldner gegen seine Frau zustehen, im Feststellungsverfahren? 3 2, 276. — Feststellung e. als „Darlehen“ angemeld. Forderung, wenn d. Anmeldung d. weitere Erklärung enthielt, daß die Forderung auf rückständigen Lohn zurückgehe 2 2, 510. — Feststellungsgrund (§ 146 Abs. 4), wenn ein „Anspruch aus einem Arrestbefehl“ angemeldet ist 2 2, 510. — Feststellung einer als Gehalt angemeldeten Forderung als Entschädigung? 4 818. — Identität zw. dem angemeldeten Wandelungsanspruch u. der nach § 69 R.D. geltend gemachten Ersatzford. 6 1002. — Identität zw. d. ursprünglich eingeklagten Ford. u. dem nach § 268 Ziff. 3 Z.P.D. verlangten Interesse? 5 955; 6 1001, 1002. — Prüfung d. Identität d. angemeldeten

(Konkursgläubiger)

u. d. eingeklagten Ford. v. Amts wegen **5 955**. — Rechtsweg über e. als Konkurs-F. angemeldete direkte Steuer **2 2, 510** (vgl. **5 955**). — Verfahren bei Widerspruch gegen angemeldete Fernsprechgebühren **2 2, 510**. — Zuständigkeit bei Aufnahme e. z. Zt. d. Konkursöffnung anhängigen Rechtsstreits **2 2, 510** (s. Konkursmasse). — Aufnahme e. z. Zt. der R.-Eröffnung über d. bestrittene Forderung anhängigen Prozesses gegen d. Gemeinschuldner; Klageantrag, Tod d. Gemeinschuldners **2 2, 508**. — Aufnahme d. Prozesses nach § 146 Abs. 3 R.D., wenn statt d. ursprünglich eingeklagten Forderung nur das Interesse (§ 268 Ziff. 3 Z.P.D.) verlangt wird? **5 955; 6 1001, 1002**. — Aufnahme e. durch die nach Erlaß des Berufungsurteils erfolgte R.-Eröffnung unterbrochenen Rechtsstreites **2 2, 510**. — Aufnahme e. anhängigen Rechtsstreits durch den Verwalter zulässig? **3 2, 277**. — Aufnahme des d. Ernennung von Schiedsrichtern betr. Verfahrens nach § 146 Abs. 3 gegen d. Verwalter **4 818**. — Widerspruch gegen Ford., d. durch Verwaltungszwangsvorfahren beigetrieben werden können, Anwendung d. § 146 Abs. 6 **5 955** (vgl. **2 2, 510**). — Widerspruch d. R.-Verwalters gegen e. durch Wechsel-Vorbehaltsurteil festgestellte Ford. **2 2, 509**. — Widerspruch gegen e. Ford. mit vollstreckbarem Titel (§ 146 Abs. 6 R.D.); dem Widersprechenden zustehende Einwendungen **4 818, 819**. — Bestreiten e. Ford., für d. e. vollstreckbarer Titel vorliegt; Zulässigkeit d. Aufnahme d. Prozesses seitens d. Gläubigers **2 2, 509, 510**. — Verzicht auf die Rüge d. Ungültigkeit e. während d. Unterbrechung d. Verfahrens vorgenommenen Prozeßhandlung **2 2, 509**. — ferneres Verfahren, wenn schon d. spätere Gemeinschuldner gegen das Veräumnisurteil Widerspruch erhoben hatte **2 2, 510**. — Rechtskraft des d. Feststellungslage abweisenden Urteils **2 2, 511**. — Streitwert **3 2, 277; 5 955, 956**. — Streitwert: Einfluß d. Einwerfsg. v. Vermögensstücken Dritter zur Ermöglichung e. Zwangsvergleichs **2 2, 511**. — Kosten d. Rechtsstreites **5 951; 6 1002**. — Prozeßkosten e. nach § 146 R.D. aufgenommener Rechtsstreits als Masseschulden, auch soweit sie vor R.-Eröffnung entstanden sind? späteres Anerkenntnis d. Verwalters (vgl. Konkursmasse, „anhängige Prozesse“) **4 812, 813; 5 955; 6 994, 1002**. — Berichtigung d. Tabelle nach Feststellung der F. (§ 146 Abs. 7 R.D.); Klage auf Berichtigung nach § 767 Z.P.D. **2 2, 510**. — Zurücknahme e. Widerspruch; maßgebender Zeitpunkt; Berichtigung d. Tabelle **2 2, 510; 3 2, 277; 5 955**.

Sonstige Rechtsverhältnisse d.

Konkursgläubiger. — R.-Gemeinschaft als jur. Person? **3 2, 253**. — Vertretung d. R. durch den nach § 1189 B.G.B. aufgestellten Pfandhalter oder den nach §§ 14—16 G. v. 4. XII. 99 betr. die Rechte der Gläubiger vor Schuldverschreibungen aufgestellten Vertreter **2 2, 480**. — R. als „Dritter“ nach § 25 Abs. 2 H.G.B.? **3 2, 255, 274**. — Bevorzugung e. nicht bevorrechtigten R. durch d. Verwalter **3 2, 255, 256**. — Recht d. R., gleichzeitig seinen Anspruch im Konkurs bez. der Masse u. außerhalb d. Konkurses gegen d. Gemeinschuldner zu verfolgen? **2 2, 485; 6 976, 981**. — Zwangsvollstreckung gegen d. Gemeinschuldner während d. Konkurses s. Konkurs. — Recht zur Aufrechnung gegenüber e. Klage des R.-Verwalters seitens des seine Forderung nicht anmeldenden Gläubigers, sein Recht zur Widerklage **2 2, 508**. — Sonderklage e. R. gegen den Gemeinschuldner bei Verzicht auf Anmeldung (s. Forderung im Konkurs) **6 981**. — Geltendmachung e. gegenüber dem ursprünglichen Schuldner bestehenden Vorzugsrechtes im Konkurs d. Schuldübernehmers? **2 2, 501**. — Forderungen der Pfandbriefgläubiger e. Hypothekbank, wenn die Fälligkeit nach den Emissionsbedingungen noch nicht eingetreten ist; notwendige Auslösung **2 2, 502; 3 2, 269**. — gleichzeitige Geltendmachung e. R.-Forderung in mehreren Konkursen; Einfluß von Teilzahlungen **2 2, 502; 3 2, 269; 4 815; 5 952**. — Geltendmachung e. Forderung gegen mehrere Gesamtschuldner im Konkurs d. einen als Absonderungs-, in dem des anderen als R.-Forderung **2 2, 502**. — Geltendmachung der dem R. von einem anderen zur Sicherung zehnten R.-Forderung neben der gesicherten Forderung **4 815**. — widerspruchslose Annahme von Abschlagsverteilungen als Verzicht auf das Recht des § 68 R.D.? **6 996**. — Einrede d. R.-Verwalters, daß noch andere Gläubiger das Recht des § 68 R.D. haben, ohne es zu gebrauchen **6 996**. — nach § 69 auf e. Geldwert abgeschätzte R.-Forderungen nach Beendigung d. Konkurses mit ihrem alten Inhalt wieder aufliegend? Einfluß e. Teilzahlung **6 996**. — in Geldforderung übergegangener Wandelungsanspruch im Konkurs des Verkäufers **6 996**. — Schadensanspruch gegen den Verwalter wegen Nichtaufnahme in das Schlußverzeichnis bei Unterlassung e. Einwendung gegen dasselbe **2 2, 503**. — Auskunftsspflicht des Verwalters gegenüber d. R. **4 818**. — Verlangen e. Berichtes vom Verwalter **6 997**. — Einsicht d. Akten d. R.-Verwalters **6 998**. — Ladung d. Gemeinschuldners z. Leistung d. Offenbarungseides (vgl. Gemeinschuldner) **2 2, 506; 3 2, 273**; Ladung seitens nicht bevorrechtigter

Gläubiger nach Zwangsvergleich 5 953; 6 1000. — Einfluß e. Zwangsvergleichs auf die nicht angemeldeten Forderungen 3 2, 275. — Stellung d. R. bei Verteilung d. Masse (§§ 149—172) s. R.-Verteilungsverfahren. — Recht des Gläubigers, bei Konkurs über das Vermögen e. selbstschuldnerischen Bürgen oder e. nicht persönlich haftenden Pfandschuldners 3 1, 208. — z. Bt. der R.-Eröffnung rechtshängige Forderungen; Veräußerung oder Abtretung nach R.-Eröffnung; Anwendung d. § 265 B.D.; wer hat anzumelden, die Feststellung zu betreiben u. die Forderungen einzuziehen? Einwendungen aus der Person d. Rechtsnachfolgers 7 787. — Berechtigung, die Zwangsverwertung eines belasteten Massegegenstandes zu betreiben 3 2, 294; 6 941.

Konkursmasse.

Was gehört zur Masse? — rechtl. Natur; Sondervermögen 2 2, 478; 6 973, 976 (G.-Schuldner als Eigentümer). — R. für am 1. I. 00 noch anhängige Konkursurteile 2 2, 520. — während des Konkurses erworbene Vermögensgegenstände; Eigentümer 2 2, 478. — kann die R. im Grundbuch eingetragen werden? 6 973. — nach R.-Eröffnung anfallende Früchte der Massegegenstände 2 2, 478. — Vermögenserwerb d. Gemeinschaftschuldners nach R.-Eröffnung auf Grund eines vorher entstandenen Anspruches 2 2, 478. — nach R.-Eröffnung entstandene Eigentümergrundschuld 2 2, 479; 6 974, 975 (s. unten). — nach R.-Eröffnung fällig werdende Renten aus vorher entstandenen Versicherungsansprüchen 3 2, 253. — im Ausland befindl. Vermögen; Staatsvertrag zw. Preußen u. Österreich 2 2, 478, 479 (vgl. Konkurs). — Recht z. Zurücknahme e. hinterlegten Sache zur Masse gehörig? 2 2, 479, 481. — Handakten d. Rechtsanwalts 2 2, 479, 498, 499. — Nießbrauchsrecht 6 975. — Anspruch d. Vaters auf Herausgabe der Nutzungen d. Kindesvermögens (§ 1656 BGB.) und Übergangsrecht 1 2, 443; 2 2, 479, 520. — Anspruch auf Erteilung e. Patentes 2 2, 479. — Prämienreservefonds von Lebensversicherungen 5 1128. — Reservefonds einer Aktiengesellschaft 2 2, 479. — Verbindlichkeiten d. Erben des nach d. R.-Eröffnung verstorbenen Gemeinschaftschuldners gegenüber dem Gemeinschaftschuldner 2 2, 479. — Ansprüche aus e. Lebensversicherungsvertrage (vgl. Anfechtung im Konkurs) 2 2, 479, 487 (s. Lebensversicherung); 3 1, 167; 3 2, 254; 4 801; 5 942; 6 974 (Widerruf durch d. Verwalter?). — Unfallversicherungsansprüche; Zahlung d. Prämie seitens d. Gemeinschaftschuldners nach R.-Eröffnung; nach R.-Eröffnung erlittener Unfall d. Gemeinschaftschuldners 2 2, 479. — Gewerbe-

rechte 3 2, 253. — Anweisung z. Masse gehörig? 3 2, 253. — Aussteuer- u. Militärversicherungen s. d. Kinder d. Gemeinschaftschuldners 6 989. — patenfähige, aber noch nicht angemeldete Erfindungen 7 1107. — Eigentümerhypothek 6 974, 975, 1000. — Eigentümergrundschuld, wenn sich der Gemeinschaftschuldner gegenüber einem d. E.-G. nachstehenden Hypothekgläubiger verpflichtet hatte, aus ihr keine Rechte geltend zu machen 3 2, 254. — Urheberrecht 7 1154, 1156. — Firmenrecht 2 2, 26. — photographisches Urheberrecht 3 2, 663. — Apothekerkonzession 3 2, 254. — Ansprüche aus unerlaubten, vor R.-Eröffnung gegen d. Gemeinschaftschuldner begangenen Handlungen 3 2, 256. — Forderung auf Gewährung e. versprochenen Darlehens 4 801; 5 942. — gegen d. Gemeinschaftschuldner anhängiger Prozeß wegen unbefugter Titelführung 4 801. — kaufmännisches Zurückbehaltungsrecht 4 802. — Regreßanspruch e. Aktiengesellschaft gegen ihre Organe zur Masse gehörig 5 942; 6 974 (s. A.-G.). — von e. Dritten vor R.-Eröffnung gegenüber dem Kreditär übernommenen Verpflichtung z. Entwicklung einer bestimmten Tätigkeit (Überwachung d. Eingangs von Geldern) 5 943. — einem Dritten vor R.-Eröffnung bedingt angefallene Rechte bei Eintritt der Bedingung nach R.-Eröffnung nicht zur R. gehörig 2 2, 483. — nach R.-Eröffnung anfallende Erbschaft 3 2, 257. — Anspruch auf Rückerstattung des auf Grund e. vorläufig vollstreckbaren, am Tage d. R.-Eröffnung noch nicht rechtskräftigen Urteils gegen den Gemeinschaftschuldner Reigetriebenen 3 2, 257, 258; 4 802, 803 (s. 6 980). — vom R.-Verwalter während d. R. erworbene Sachen (Grundstückszubehör) 2 2, 486. — Kundenlisten 6 973. — eingetragenes Warenzeichen 6 973. — „Rezepte“ f. Fabrikation 6 973, 974. — die vom R.-Verwalter geführte Geschäftskorrespondenz u. d. Belege zur Schlussrechnung; Retentionsrecht d. Verwalters wegen seiner Vergütung? 6 974. — Wiederkaufs- u. Wiederverkaufsrechte 6 974. — Untergang feuerversicherter Sachen d. Masse durch Verschulden d. Gemeinschaftschuldners; Freiwerden d. Versicherers 6 976. — Tod des in Güter- oder Fahrnisgemeinschaft lebenden Gemeinschaftschuldners; Gesamtgut als M. 2 2, 480 (s. oben Konkurs und ebel. Güterrecht). — Gesamtgut als M. bei Konkurs e. Ehefrau; Tod d. Gemeinschaftschuldnerin nach R.-Eröffnung 2 2, 480. — Früchte des Frauengutes im Konkurs der Frau; vom Mann veräußerte verbrauchbare Sachen des Eingebachten 3 2, 254. — statistische Nutznießung des früheren würtemb. Rechts 4 800, 801, 823. — nach 1900 durch Ehe u. Erbvertrag be-

(Konkursmasse)

gründetes Recht auf lebenslängliche Nutzung 4 800. — eingebrachtes Gut der Frau z. R. der Frau gehörig 6 975; Freigabe, wenn feststeht, daß nur Vorbehaltsgläubiger vorhanden 3 2, 272. — Anspruch d. Gesellschafters e. GmbH. auf Auflösung der Gesellschaft zur R. d. Gesellschafters gehörig? 7 1086.

3. Zt. d. Konkursöffnung anhängige, die Masse betreffende Aktiv- und Passivprozesse; Unterbrechung, Ausnahme (§§ 10, 11 R.D.) f. Konkursgläubiger, Unterbrechung. — gegen d. Gemeinschuldner wegen Anpreisung e. zur M. gehörigen Patents anhängige Klage nach § 1 UNW. 2 2, 484. — gegen d. Gemeinschuldner anhängige Eigentumsfreiheitsklage 2 2, 484, 485. — gegen d. Gemeinschuldner anhängige *condictio ob iniustam causam* auf Verrichtung e. widerrechtlich erlangten photographischen Aufnahme 2 2, 484. — Prozeß über die Frage, ob e. GmbH. ihre Firma zu Ankündigungen in Zeitungen gebrauchen darf, zur M. gehörig? 2 2, 484. — keine Unterbrechung bei Nichtbeteiligung d. Gläubigers am Konkurs? 2 2, 484 (s. 4 803). — Begriff des „für den Gemeinschuldner anhängigen Prozesses“ (§ 10 R.D.) 3 2, 257, 258; 4 802, 803; 5 944; 6 980. — z. Zt. d. R.-Eröffnung noch nicht rechtskräftiges, vorläufig vollstreckbares, u. schon gegen d. Gemeinschuldner vollstretktes Urteil 3 2, 257, 258; 4 802, 803; 6 980. — kann d. R.-Verwalter des in Konkurs geratenen Beklagten, der vor R.-Eröffnung ein Versäumnisurteil auf Klageabweisung erwirkt hatte, das Verfahren aufnehmen zwecks Inlaufsens d. Einspruchsfrist u. Herbeiführen d. Rechtskraft? 4 803. — Geltendmachung der nach § 11 Abs. 2 vom Verwalter wegen sofortigen Anerkenntnisses nicht zu tragenden Kosten als R.-Forderung 4 803; 6 981. — Kosten e. gegen d. R.-Verwalter aufgenommenen Prozesses, wenn d. Gemeinschuldner zur Klage keinen Anlaß gab, bei sofortigem Anerkenntnis d. Verwalters 4 803; 5 944; 6 980, 981 (vgl. 4 812, 813; 6 994). — Unterbrechung d. Mahnverfahrens durch d. R.-Eröffnung 2 2, 485. — Einfluß d. Todes d. Gemeinschuldners auf e. vom Verwalter aufgenommenen Aktivprozeß 2 2, 484. — Verzicht d. Verwalters auf Einlegung d. Einspruchs gegen ein während d. Unterbrechung erlassenes u. zugestelltes Versäumnisurteil 2 2, 485. — Form d. Ablehnung d. Aufnahme 3 2, 258. — Aufnahme seitens d. R.-Verwalters, der den rechtshängigen Anspruch freigegeben hatte? 2 2, 484. — Streit über Aufnahme; Urteil; Zwischenurteil, daß das Recht des Gemeinschuldners z. U. d. Rechtsstreits während

d. Konkurses verneint 2 2, 484; 6 980. — Zwischenurteil, daß den Antrag d. Verwalters, die seitens des den Rechtsstreit aufnehmenden Gegners erfolgte Ladung für unzulässig zu erklären, zurückweist; Anfechtung 2 2, 484. — Wirkung des gegenüber dem R.-Verwalter ergangenen Urteils über Aktiv- u. Passivmasse für u. gegen d. Gemeinschuldner? 2 2, 484, 485. — Aufnahme e. Rechtsstreits durch d. R.-Verwalter wegen d. Nebenanspruchs auf Erstattung der Kosten, der dem Gemeinschuldner aus d. Abweisung e. gegen ihn gerichteten Klage erwachsen ist? 6 980. — Aufnahme d. Rechtsstreits durch den Verwalter bezüglich eines nach Rechtshängigkeit, aber vor R.-Eröffnung vom Gemeinschuldner abgetretenen Anspruchs 6 980. — Ladung des den Prozeß nicht aufnehmenden Verwalters durch den nicht berufungsberechtigten Beklagten, wenn vor Eintritt d. Rechtskraft des klageabweisenden Urteils der Konkurs über den Kläger eröffnet wurde 6 980. — Versäumnisurteil, wenn Kläger nach Einlegung d. Berufung in Konkurs gerät u. der Verwalter nicht aufnimmt? 6 980. — während der Unterbrechung e. Aktivprozesses vom Gegner eingelegte Rechtsmittel 6 980. — nach R.-Eröffnung gegen den Gemeinschuldner irrtümlich erlassenes Urteil: Anfechtung durch den G.-Schuldner? 6 981. — Unterbrechung des von e. R.-Gläubiger gegen d. Gemeinschuldner geführten Prozesses, wenn der Gläubiger seine Forderung im Konkurs nicht anmeldet, aber e. Verzicht auf abgesonderte Befriedigung aus dem vom nachmaligen Gemeinschuldner zur Anwendung e. Arrestes hinterlegten Geldebtrag ablehnt 6 981. — Aufnahme des Prozesses über den infolge Konkurses des Verkäufers in e. Geldforderung übergegangenen Wandlungsanspruch des Käufers 6 996. — Aufnahme eines z. Zt. der R.-Eröffnung über eine vom Verwalter bestrittene Forderung anhängigen Prozesses gegen d. Gemeinschuldner (§ 144 R.D.); Klagepetitum 2 2, 508. — Einfluß d. Konkurses über d. Vermögen d. Beklagten auf eine wegen Patentverletzung anhängige Unterlassungsklage 7 1110. — Unterlassungsanspruch aus gewerberechtlichen Schutzrechten 7 1154, 1156, 1161.

Sonstige Rechtsverhältnisse der Masse s. Konkursverwalter. — Klage d. Gemeinschuldners gegen d. R.-Verwalter, der unpfändbare Sachen zur Masse zieht 2 2, 480; 3 2, 254 f.; 6 975, 976. — Freigabe nicht z. M. gehöriger Sachen; Form 3 2, 254. — Einkommensteuerverpflicht d. M. in Sachen? 4 801. — Überlassung von nicht verwertbaren M.-

Gegenständen an d. Gemeinschuldner 4 801, 802. — Zuständigkeit f. Prozesse über Zugehörigkeit e. Gegenstandes z. M. 2 2, 479. — Anträge d. Gemeinschuldners gegen d. Verwalter nach § 766 ZPO. wegen Nichtzugehörigkeit e. vom Verwalter mit Hilfe d. Gerichtsvollziehers in Besitz genommenen Gegenstandes zur M. 2 2, 480; 4 817; 6 999; 7 858. — Streit zw. R.- u. Zwangsverwalter über Zugehörigkeit e. Gegenstandes zur R.- oder zur Liegenschafts-M.; Klage oder Beschwerde? 6 973, 977. — Klage auf Freigabe e. M.-Grundstücks bei gleichzeitiger R.-Eröffnung u. Anordnung e. Zwangsverwaltung gegen d. R.- oder Zwangsverwalter zu richten? 3 2, 273 (vgl. 3 2, 257). — Offenbarungseid d. Ehefrau d. Kreditars 2 2, 498, 506. — keine Anwendung d. § 766 ZPO. gegenüber einem Akt, durch den d. Verwalter einen Gegenstand zur M. zieht 7 858 (vgl. oben). — R.-Verwalter als Besitzer d. M.; Besitz d. Gemeinschuldners 2 2, 505; 4 817; 5 953 (f. auch Konkursverwalter). — Inbesitznahme d. M. bei Weigerung d. Gemeinschuldners; vollstreckbare Ausfertigung d. Eröffnungsbeschlusses? 2 2, 505; 3 2, 272; 4 817; 5 953; 6 999. — Antrag d. Gemeinschuldners nach § 766 ZPO. wegen Inbesitznahme d. Verwalters 2 2, 480; 4 817; 6 999 (f. oben). — Briefbeschlagnahme gegen den Erben des Gemeinschuldners 2 2, 506. — Ausständigung von unter Dedabresse an d. Gemeinschuldner gerichteten Briefen an den Verwalter 2 2, 506. — Anweisungen d. Verwalters an den Siegelungsbeamten 2 2, 506. — Pflicht d. Genossenschaft, dem R.-Verwalter im Konkurs e. Genossen dessen Guthaben mitzuteilen 6 999. — Anwendung des § 118 RD. im Konkurs d. Scheidungsausstellers 6 1000. — Haftung des die Besichtigung (§ 120 RD.) nicht gestattenden Absonderungsberechtigten (f. diese) 2 2, 506. — Pflicht d. Siegelungsbeamten, den Weisungen d. Verwalters zu folgen 2 2, 506. — Herstellung d. Verzeichnisses nach § 123 RD. 2 2, 506. — gesonderte Verzeichnung von Vorbehaltsgut u. Eingebrahtem 2 2, 506. — Offenbarungseid d. Gemeinschuldners nach § 125 RD. f. Gemeinschuldner. — Leistung d. Offenbarungseides durch d. Ehefrau d. Kreditars 2 2, 498, 506 (vgl. 2 1, 157). — Abhebung hinterlegter Gelder durch d. Verwalter (§ 137 RD.); Begriff u. Haftung d. Hinterlegungsstelle 2 2, 507; 3 2, 274.

Konkursstrafrecht. — Begehen d. R.-Delikte durch den Erben d. Gemeinschuldners 2 2, 519; durch Nachlassvertreter 2 2, 519; durch Vorstände nicht rechtsfähiger Vereine 3 2, 285; durch Mitglieder der Stubenvorstandes 4 822. — Begehen

d. R.-Delikte durch d. ohne Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes ein Erwerbsgeschäft betreibenden Minderjährigen 2 2, 519; 3 2, 283. — Zusammenreffen von Bankrottvergehen mit Zuwiderhandlungen gegen § 11 G. v. 5. VII. 96 2 2, 519. — Kreis der R.-Delikte, wegen deren England ausliefert 3 2, 283, 284, 285. — Anwendung der Vermutung des § 2 HGB. für das Strafrecht? 5 960.

Betrügerlicher Bankrott. — Absicht im Sinne des § 239 RD. 3 2, 283; 6 1007 (Absicht, nur einen Gläubiger zu benachteiligen).

Einfacher Bankrott (§ 240 RD.). — früherer Geschäftsführer einer Gmbh. als Täter 6 1007. — Zusammenhang zwischen Zahlungseinstellung oder R.-Eröffnung u. den Bankrottthatlungen (§ 240 Ziff. 3 u. 4) 6 1007, 1008. — Verluste aus Börsengeschäften als Grundlage f. einf. B. 2 2, 519. — übermäßiger geschäftlicher Aufwand unter § 240 Ziff. 1 RD. fallend? 6 1008. — verlangt § 240 Ziff. 1 vorläufigen übermäßigen Aufwand? 6 1008. — Absicht, die R.-Eröffnung hinauszuschieben (§ 240 Ziff. 2) 4 821, 822. — Gemeinschuldner, der sich wegen e. Spielschuld verurteilen läßt, nicht nach § 240 Ziff. 2 strafbar 3 2, 284. — Führung sog. „Dauerfontenbücher“ gegen § 240 Ziff. 3 verstoßend 6 1008. — äußerlich korrekte, materiell falsche Buchführung 3 2, 284. — unordentliche Buchführung 6 1008 (2). — Unterlassung der Buchführung 6 1008. — Verüchtligung d. Inhalts e. Geheimbuches bei Delikten nach § 241 Ziff. 3 6 1008. — Vorhandensein d. Tatbestandsmerkmale z. Zt. d. R.-Eröffnung bzw. Zahlungseinstellung nötig 6 1008. — Verjährung d. Deliktes nach § 240 Ziff. 3 6 1008. — Art der Feststellung der unordentlichen Buchführung im Urteil 3 2, 284. — Unübersichtlichkeit der Buchführung 3 2, 284. — früher unordentliche, z. Zt. der R.-Eröffnung ordentliche Buchführung 3 2, 284; 5 960 (vgl. 6 1008). — befreit d. Vereinbarung, daß ein Gesellschafter die Bücher führen soll, die anderen Gesellschafter von der Verantwortlichkeit nach § 240 Ziff. 3? 4 822. — Schworenenspruch, der sowohl die Unterlassung als auch die unordentliche Führung der Handelsbücher bejaht 4 821. — Unterlassung d. Bilanzziehung, wenn in späteren Jahren die Buchführung u. Bilanzziehung ordentlich erfolgte 6 1008 (vgl. 3 2, 284). — Nachweis d. Vorhandenseins d. Tatbestandsmerkmale d. Ziff. 4 z. Zt. d. R.-Eröffnung oder Zahlungseinstellung 6 1008. — Unterlassung d. Eröffnungsbilanz bei e. eingetragenen Genossenschaft 6 1008. — Fahrlässigkeit im Sinne des § 240 Ziff. 4 6 1008. — Verjährung bei Vergehen nach

(Konkursstrafrecht)

§ 240 Ziff. 4 § 1008. — falsche Bilanzziehung möglicherweise unter § 240 Ziff. 3 fallend 4 822; 5 959, 960. — Zusammenhang zwischen Unterlassung d. Bilanzziehung u. Konkurs 4 822. — wann genügt eine Bilanz den gesetzlichen Erfordernissen? 4 822.

Gläubigerbegünstigung (§ 241 R.D.). — Eintragenlassen e. Briefhypothek ohne Aushändigung des Briefes 2 2, 519; 5 960. — „Gläubiger“ im Sinne des § 241 R.D.; Begünstigung von Massegläubigern 6 1008, 1009. — Begünstigung der Ehefrau 6 1009. — „inkongruente Deckung“ 6 1009. — Anstiftung seitens des Gläubigers 6 1009. — mehrfache Begünstigung von Gläubigern als Einheitsbeliät 3 2, 284. — Ideal Konkurrenz von § 241 R.D. mit § 288 St.G.B. 3 2, 285. — Nichtigkeit der gegen § 241 R.D. verstoßenden Verträge? 3 2, 285. — legt § 241 R.D. Zahlungseinstellung bzw. R.-Eröffnung z. Zt. der Tat voraus? 5 960. — Erfolg f. d. begünstigten u. Schädigung der anderen Gläubiger keine Voraussetzung 4 822.

Konkursstabelle vgl. Konkursgläubiger. — Wirkung d. Feststellung 2 2, 509 (außerhalb des Konkurses, im Verfahren über abgeforderte Befriedigung); 3 2, 255, 266, 276. — Bestreitung e. festgestellten Forderung im Verfahren über abgeforderte Befriedigung? 2 2, 509; 3 2, 266. — Erteilung e. vollstreckbaren Ausfertigung im Falle d. Zwangsvergleichs an e. Gläubiger, der auf Befriedigung aus der Konkursmasse verzichtet hat 6 1003. — Rechtsmittel gegen die Ablehnung d. Antrags auf Erteilung e. vollstreckbaren Ausfertigung aus der Tabelle 6 996. — Hafung d. Gerichtsschreibers, des Staates für unrichtige Eintragungen in d. Tabelle; mitwirkendes Verschulden des am Prüfungstermin ausbleibenden Gläubigers? 3 2, 274, 275 (vgl. Beamte). — Vollstreckungsgegenlage nach § 767 Z.P.D. gegen die Feststellung z. Tabelle 6 885 (vgl. 2 2, 510). — Einwendungen gegen die Feststellung 7 859. — Berichtigung d. Tabelle bei Abtretung, Pfändung e. angemeldeten Forderung 2 2, 507; 3 2, 274, 275; 6 1001. — Berichtigung d. Tabelle b. Zurücknahme d. gegen e. Forderung erhobenen Widerspruch 2 2, 507. — Berichtigung von Schreibfehlern nach § 319 Z.P.D.? 2 2, 509 (2). — nachträgliche Eintragung, daß der Kreditur eine Forderung im Prüfungstermin bestritten habe? 2 2, 509. — Berichtigung der Tabelle nach § 320 Z.P.D. 2 2, 509. — Berichtigung d. Tabelle nach urteilsmäßiger Feststellung e. bestrittenen Forderung; Klage nach § 767 Z.P.D.? 2 2, 510. — Berichtigung d. Tabelle nach Zurücknahme d. Widerspruch seitens d. Ver-

walters 2 2, 510; 3 2, 277. — Feststellung d. Forderung e. Absonderungsberechtigten „nur für den Ausfall“; Vollstreckbarkeit 4 819. — Wirkung e. alten Vollstreckungstitels neben d. tabellarischen Feststellung? 5 956.

Konkursverteilungsverfahren vgl. Konkursbefriedigung, Zwangsvergleich. — Weigerung d. R.-Verwalters, einem Gläubiger, dessen Forderung festgestellt ist, die auf ihn treffende Dividende zu zahlen 2 2, 511. — Erhebung d. Dividende durch die Schuldverschreibungsgläubiger selbst trotz Aufstellung e. gemeinsamen Vertreters nach § 14 G. v. 4. XII. 99 2 2, 511 (2). — Stellung d. Pfandbriefgläubiger e. Hypothekenbank, die auf vorzugsweise Befriedigung verzichtet haben 2 2, 511. — zu Einwendungen gegen d. Verzeichnis Berechtigte (§ 158) 2 2, 511. — getrennte Verzeichnung der Vorbehalts- u. der unbeschränkten Gläubiger im R. d. Verwaltungsgemeinschaftlichen Ehefrau 3 2, 277 (f. Konkurs). — für die im R. der Frau aus dem Eingebachten Befriedigung suchenden Gläubiger Titel gegen d. Mann nötig 3 2, 277. — Streit im R. d. Verwaltungsgemeinschaftlichen Frau zw. Gläubiger u. Verwalter über Zugehörigkeit e. Gegenstandes z. Eingebachten oder z. Vorbehaltsgut 3 2, 277. — verhehlte Nichtberücksichtigung e. festgestellten Forderung in der Schlussverteilung; Bereicherungsfrage gegen die anderen Gläubiger 4 819. — Schadensersatzpflicht d. R.-Verwalters bei Nichtaufnahme e. Gläubigers in das Schlussverzeichnis 2 2, 503. — R.-Verwalter Eigentümer der mit d. Schlussrechnung eingereichten Belege? 6 998. — Berechnung der im Konkurs d. stillen Gesellschafters zu verteilenden Quote, wenn der Kreditur die versprochene Einlage nicht eingezahlt hat u. überdies dem Geschäftsinhaber aus e. anderen Grunde Geld schuldet 6 1003. — Quote d. R.-Gläubigers, dem für seine Forderung noch ein von einem Dritten bestelltes Pfand haftet 6 1003. — Nichtaufnahme oder nur bedingte Aufnahme e. Ausfallforderung in das Schlussverzeichnis wegen Mangels des Nachweises nach § 153 R.D. 6 1003 (vgl. 6 1004). — Anwendung d. § 168 Ziff. 3 R.D. auf die Schlussverteilung; Zurückbehaltung für solche Gläubiger, die den Nachweis d. Ausfalls nicht gebracht haben? 6 1004. — Aufstellung e. besondern Verwalters f. e. Nachverteilung 2 2, 512. — Zurückbehaltung (§ 168 R.D.) der Anteile der Gläubiger, deren Recht auf Befriedigung aus dem Eingebachten noch nicht feststeht, im Konkurs d. Verwaltungsgemeinschaftlichen Frau 3 2, 278 (f. Konkurs). — Zahlung auf festgestellte Forderung e. Pfandbriefgläubigers nach § 35 HypothekG. v. 13. VII. 99 2 2, 513.

Konkursverwalter. — rechtl. Stellung **1 3**, 117, 173; **2 2**, 481, 482; **3 2**, 256, 433; **4 802**; **6 972**, 973, 976; **7 736**. — **R.** als gesetzlicher Vertreter d. **Kreditors** u. Hilfsperson nach § 278 **BGB.** **2 1**, 191; **3 1**, 135. — **Verwalter** als Kaufmann? **4 802**. — **R.** Beamter nach § 359 **StGB.**? **2 2**, 482. — **Unfähigkeit** zum **Verwalteramt** bei Verlust der **Ehrenrechte** **2 2**, 482. — **jur. Person** als **Verwalter**? **6 7**, 997; **7 9**, 635, 1069 (**GmbH.**). — **Aufstellung** e. besonderen **Verwalters** f. e. **Nachverteilung** (§ 166 **R.D.**) **2 2**, 512. — **guter** und **böser Glaube** d. **Gemeinschuldners**; **Bedeutung** f. d. **R.** **2 2**, 478. — **Handklage** nach § 1147 **BGB.** gegen den **R.**; **Kosten** **2 2**, 480, 481. — **R.** als **Arbeitsgeber** im Sinne des § 1 **GewG.**; **Zuständigkeit** d. **Gewerbegerichts** für **Klagen** gegen d. **R.** **2 2**, 483, 486, 488; **3 2**, 256. — **R.** als **Verletzter** nach § 170 **StPD.** bei e. vor **R.**-Eröffnung gegen d. **Gemeinschuldner** verübten **Betrug**? **3 2**, 256. — **Bindung** d. **Verwalters** an **Abmachungen** d. **Gemeinschuldners** **6 977**, 982 (bez. e. **Rangvorbehalts**), 985 (**Eigentümerhypothek**). — **Streit** zwischen **R.**- u. **Zwangsverwalter** über **Zugehörigkeit** von **Sachen** zur **R.**-**Masse** oder zu der dem **Absonderungsberechtigten** dienenden **Immobilienmasse**; **Klage**? **6 973**, 977 (f. **Konkursmasse**). — **Einwendungen** des **Vertragsgegners** d. **Gemeinschuldners** gegenüber dem **R.** **6 976**. — **R.**-**Verwalter** **Eigentümer** bei mit der **Schlusrechnung** eingereichten **Belege**? **6 998**. — **Natur** d. dem **Verwalter** erteilten **Bestallungsurkunde** **3 2**, 272. — **Ausfunftspflicht** d. **Verwalters** gegenüber den **R.**-**Gläubigern**, dem **Gläubigerauschuß**, der **Gläubigerversammlung**, dem **R.**-**Gericht** **4 818**; **6 997**. — **kann** d. **Verwalter** bei **Befehlen** e. **Gläubigerauschußes** in den **Fällen** d. § 134 **R.D.** statt des **Auschußes** die **Gläubigerversammlung** um **Genehmigung** angehen? **6 1000**.

U m f a n g s e i n e r B e f u n g n i s s e . — **Abluß** von **Geschäften** mit d. **Gemeinschuldner** **2 2**, 481. — **Freigabe** von **Massegrundstücken** oder **Rechten** an **Grundstücken** (§ 114 **R.D.**); **Zugehen** d. **Erklärung** an den **Gemeinschuldner** **2 2**, 505; **3 2**, 272; **6 999**. — **Passivlegitimation** d. **Verwalters** f. **Hypothekenklage** trotz **Freigabe** des **Grundstücks** aus d. **Masse**? **3 2**, 272 (2). — **Verzicht** auf das **Recht** zur **Zurücknahme** e. vom **Gemeinschuldner** hinterlegten **Sache** **2 2**, 479, 481. — **Untervermietung** e. vom **Gemeinschuldner** gemieteten **Sache** **2 2**, 482. — **Ausschreiben** von **Nachschüssen** bei e. **Versicherungsgesellschaft** auf **Gegenseitigkeit** **2 2**, 482. — **Veräußerung** d. **Forderung** auf **Zahlung** von **Nachschüssen** im **Genossenschaftskonkurs**? **3 2**, 256; **4 802**. — **Leistung** d. **Offenbarungseides**

f. d. **Masse** **3 2**, 255, 266, 268. — **Eidesaufschreibung** an den **R.**; **R.** als **Rechtsnachfolger** des **Gemeinschuldners** **2 2**, 482 (f. **Eid**). — **Widerpruch** des **R.** im **Zwangsversteigerungsverfahren** **2 2**, 482, 483. — **kann** beim **Wechsel** des **R.** der **Nachfolger** dem **Vorgänger** **Zugehörnisse** bzgl. **seiner** **Auslagen** u. **Vergütung** machen, oder ihm ein **Zurückbehaltungsrecht** einräumen? **2 2**, 483, 486. — **Anerkennung** e. **Absonderungsrechts**; **Prozesskosten** bei **sofortigem** **Anerkenntnis** **2 2**, 480, 481, 483; **4 801**, 803; **5 944**. — **Beurkundung** von **Vertragsanträgen** seitens des **R.**, der **Notar** ist **2 2**, 483 (f. **Beurkundung**). — **gewerberechtliche** **Stellvertretung** d. **Gemeinschuldners** durch den **R.** **3 2**, 256, 257, 274. — **Fortführung** e. **Apothek** **3 2**, 254, 257. — **Entbindung** e. **Notars** u. **Anwalts** von d. **Verfälschungspflicht** durch den **R.** **3 2**, 255, 256, 476; **4 706**; **5 813** (f. **Zeuge**). — **Bekanntgabe** d. **Veranlagung** zu den **dinglichen** **Straßenbaukosten** an d. **R.** **3 2**, 255. — **Erklärung** u. **Entgegennahme** der **Aufrechnung** **3 2**, 256. — **Verlangen** d. **Offenbarungseides** von der **Frau** des **Kreditors** **2 2**, 498, 506. — **Bevorzugung** e. **Gläubigers** **3 2**, 255, 256. — **Passivlegitimation** f. d. **Eigentumsklage** auf **Freigabe** von **Zubehörstücken** e. **Massegrundstücks** **3 2**, 257, 272 (wenn gleichzeitig mit der **Konkursöffnung** auch e. **Zwangsverwaltung** angeordnet wird). — **Freigabe** einzelner **Massegrundstücke** **6 977**. — **Überlassung** von **unwertbaren** **Gegenständen** an d. **Gemeinschuldner**; **Widerruf** **4 801**, 802. — **vergleichsweise** **Überlassung** d. **Erlöses** e. **Massegegenstandes** an einen **Klagenden** **Gläubiger** **4 802**. — vom **Verwalter** erteilte **Vollmacht**; **Einfluß** der **Beendigung** des **Konkurses** **4 802**. — **Mitwirken** des **R.** bei **Löschung** e. für d. **Gemeinschuldner** eingetragenen **Briefhypothek** auf **Grund** e. vom **G.**-**Sch.** vor **R.**-**Eröffnung** erteilten **Abtretungserklärung** sowie **Quittung** u. **Löschungsbewilligung** **4 802**. — **Erhebung** d. **Wechselprotestes** gegen d. **R.** bei **Konkurs** d. **Akzeptanten**? (f. **Wechselprotest**) **5 943**. — **Altlegitimation** d. **R.** zu **Klagen** gegen jemand, der sich vor **R.**-**Eröffnung** gegenüber dem **Gemeinschuldner** zu e. bestimmten **Tätigkeit** verpflichtet hat **5 943**. — **Klage** des **Gemeinschuldners** gegen d. **R.**, der nicht zur **Masse** gehörige **Sachen** in **Besitz** nahm, oder **Einwendungen** nach § 766 **ZPD.**? **5 942**, 943; **6 975**, 976. — **Neuerwerb** von **Sachen** durch d. **Verwalter**; **Gemeinschuldner** als **Eigentümer** **2 2**, 486. — **Aufnahme** v. z. **Zt.** d. **R.**-**Eröffnung** abhängigen **Aktio**- u. **Passivprozessen** über d. **Masse** f. **R.**-**Masse**. — **Stellung** d. **R.** bezüglich d. **Erfüllung** der in §§ 17—28 **R.D.** bezeichneten **Rechtsgeschäfte** f. unter **Konkurs**. — **Erwerb** von **Grundstücken** f. d.

(Konkursverwalter)

im Konkurs befindliche Genossenschaft **6 977**. — Abtretung v. Briefhypotheken **1 1, 112**. — Grundstückserwerb für die R.-Masse **6 941; 7 917**. — Berücksichtigung der Verpflichtung des Gemeinschuldners, von der Eigentümergeb. keinen Gebrauch zu machen **7 926, 928**. — Überwachung des Verwalters durch das Gericht **2 2, 503; 4 815**. — Bericht d. R. an das Gericht, an die R.-Gläubiger? **6 997** (f. **4 818**). — Gestattung d. Einsicht seiner Akten durch einzelne Gläubiger **6 998**. — Besitzverhältnisse bzgl. d. Masse f. R.-Masse. — Verfügung über z. Masse gehörige Forderungen; vorherige Überweisung an d. Verwalter nicht nötig **3 2, 272, 273**. — Inbesitznahme des Eingebachten **3 2, 272**. — Recht z. Empfangnahme von unter Deckadresse an d. Gemeinschuldner gerichteten Briefen, Ausbändigungsspflicht der Post **2 2, 506**. — Befugnisse d. Verwalters bei Feststellung d. Teilungsmasse (§§ 117—137) f. auch Konkursmasse. — freihändige u. vollstreckungsmäßige Veräußerung des R.-Vermögens **5 954**. — Versteigerungen von Gegenständen e. Absonderungsrechts im Konkurs; freihändige R.; R. durch d. Gerichtsvollzieher **2 2, 506, 507; 3 2, 273; 4 817** (vorgängige Pfändung nötig?); **5 954 (2)** (vgl. Absonderungsrecht). — Erwirkung d. Einstellung d. von e. Absonderungsberechtigten betriebenen Zwangsvollstreckung; Nichtweiterbetreiben der Zwangsvollstreckung seitens d. Verwalters **2 2, 507**. — Anwendung des § 1246 BGB. bei Verkäufen d. Verwalters nach § 127 R.D. **3 2, 273, 274**. — Lage des Verwalters gegen d. zur Herausgabe nicht bereiten Pfandgläubiger im Falle des § 127 R.D. **3 2, 273**. — Lage des Pfandgläubigers, dessen Absonderungsrecht vom Verwalter nicht anerkannt wird, im Falle d. Verkaufs des Gegenstands d. Absonderungsrechts (§ 127 R.D.); Anwendung des § 805 R.D.? **3 2, 273, 274**. — gegen § 128 R.D. verstößende Veräußerung von zur Nachbarschaft gehörigen Gegenständen seitens d. Verwalters **2 2, 507**. — Fortsetzung oder Schließung e. Gewerbebetriebs d. Gemeinschuldners **3 2, 274** (f. oben). — Verfügung über hinterlegte Gelder u. Werte; Haftung d. Hinterlegungsstelle bei Verstoß gegen § 137 R.D.; „Hinterlegungsstelle“ im Sinne des § 137 **2 2, 507; 3 2, 274**. — Recht auf Einsicht u. Vorlage von Büchern u. Urkunden (§§ 809 f. BGB.) **2 1, 476; 7 322**.

S a f t u n g. — S. d. Staates (§ 839 BGB.) für schuldhafte Pflichtverletzungen des Verwalters? **2 2, 503**. — Schadensanspruch e. R.-Gläubigers wegen Nichtausnahme in das Schlußverzeichnis bei Unterlassung e. Einwendung gegen dasselbe **2 2, 503**. —

persönliche S. d. Verw. für den von ihm hinterlegten Erlös aus Sachen, an denen ein Absonderungsrecht besteht **2 2, 503, 507**. — S. d. R. für gleichmäßige Heranziehung aller Genossen bei d. Vorfußberechnung nach § 106 Abs. 2 GenG. **6 997**. — Verweigerung d. Auskunft, wann e. angemeldete Forderung zur Auszahlung kommt **6 997**. — S. des R. aus §§ 701 ff. BGB. bei Betrieb e. Wirtschaft **3 1, 294**. **V e r g ü t u n g.** — rechtl. Natur; Massenkosten **2 2, 500, 503; 6 997**. — R. unter § 79 Ziff. 6 GRG. fallend? **2 2, 503**. — kann beim Wechsel des R. der Nachfolger dem Vorgänger Zugetändnisse bzgl. seiner Auslagen u. R. machen? **2 2, 483**. — Zurückbehaltungsrecht des Verwalters wegen d. R. **2 1, 179; 2 2, 504; 6 974**. — Beschwerde d. Gemeinschuldners gegen ihre Festsetzung **4 815; 5 952, 953**. — Zeitpunkt d. Entstehung d. Anspruchs **2 2, 503, 504**. — R. eines als R. aufgestellten Rechtsanwalts **2 2, 504 (2); 4 816; 6 997, 1215, 1221**. — R. aus d. Zwangsversteigerungs- oder Zwangsverwaltungsmasse bei Vertreiben einer Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung? **3 2, 270**. — Vollstreckbarerklärung des das Honorar festsetzenden Beschlusses **4 736, 816**. — Maßstab f. Berechnung d. R. **5 953**. — für Bezahlung d. R. nicht ausreichende Masse; Haftung d. Staates? **6 997**. — R. d. Verwalters, der zugleich Gläubiger ist **6 997**. — Einfluß e. bestehenden Tarifs **6 997**. — Einlegung d. Beschwerde gegen d. Festsetzung vor Zustellung d. Beschlusses **6 996, 997**. — Auseinanderhalten d. Auslagen u. der R. bei Festsetzung **6 997**. — Beschwerde d. Gläubigerausschusses gegen d. Festsetzung **6 997** (f. Gläubigerausschuß). — Vereinbarung über die Höhe? **6 997**.

Beendigung seines Amtes **4 952**. — einseitige Niederlegung **2 2, 503; 4 952**. — Anwendung des § 671 Abs. 2 BGB. **2 2, 503** (Niederlegung zu unpassender Zeit). — Suspension durch das Gericht **2 2, 503**. — Beschwerde des Gläubigerausschusses gegen den d. Entlassung ablehnenden Gerichtsbeschuß **5 952, 953; 6 997**.

Konnoffement f. Seerecht. — Annahmeverzug u. Selbsthilfeverkauf bei R. **5 702**. — Pflicht z. sofortig. Rücksendung bei Verweigerung d. Annahme d. Waren **5 705**. — Kauf mit der Klausel „netto Kasse gegen R.“ **1 1, 346; 3 1, 161; 4 158** (f. Handelskaufnen). — nicht unterschriebener Quittungsvermerk **2 1, 231**. — Form der im Ausland ausgestellten, für das Inland bestimmten R. **4 530**. — maßgebendes Recht f. d. Umfang d. Verbindlichkeiten des Reeders gegenüber dem Inhaber **2 1, 761**. — Übereignung auf dem Wege der

Ausstellung eines Anteilscheines durch den legitimierten Empfänger eines R. 4 334.

Konfensprinzip im Grundbuchverkehr f. Eintragungen ins Grundbuch und Eintragungsbewilligung.

Konfolidation (Konfufion). — dingl. Rechte 1 1, 82.

Konfinitutive Urteile f. Urteile. — rechtliche Natur u. Einzelfälle 1 3, 92/93. — Wirkung erst mit Rechtskraft 1 3, 92.

Konfuln. — Zuständigkeit der deutschen R. zur Aufnahme von rechtsgefchäftlichen Urkunden Bundesangehöriger 1 2, 348 ff. — gegenfeitige Zuständigkeit der R. nach den Staatsverträgen m. Amerika, Spanien, Italien, Rußland, Griechenland, Hawaii, Serbien, Japan u. d. fudafrikanifchen Republik 1 2, 347—350. — Zuständigkeit d. Konfulargerichte f. Angehörige des oftafiatifchen Expeditionskorps 1 1, 7. — Bildung deutscher Kommunalverbände in den Konfulargerichtsbezirken 4 10.

Konfumsvereine f. Genoffenfchaft.

Kontorbande f. Zollwesen.

Kontogefchäfte f. Börfertermingefchäfte. — Wefen 4 99; 7 1175, 1177 (2). — Stempelpflicht bei Hinausfchiebung d. Erfüllung per ultimo 7 1178.

Kontokorrent vgl. Abrechnung. — R. im Banfgewerbe 3 2, 82. — Wefen des R.; die beiderfeitigen Leistungen u. Anfprüche büßen ihre Selbftändigkeit ein 2 2, 202; 3 2, 83; 4 619, 620. — Unterfchied von laufender Rechnung 7 662, 663 (2). — R.-Verhältnis als Fall des Kompensationsvertrages 1 1, 279; 2 1, 237; 4 137, 138; 7 174. — Verhältnis z. Schuldentilgung nach § 366 BGB. 7 172, 662 f. — R. unter Nichtkaufleuten 3 2, 83. — Bedeutung d. bei den Großbankten üblichen R.-Bedingungen 5 286, 696. — Unterfchied vom uneigentlichen R. 2 2, 203; 3 2, 82, 84; 6 681. — müffen die einzelnen Poften an fich verzinslich fein? 2 2, 203. — Verfchiedenheit der Zinsfüße für die einzelnen Poften u. die Seiten des R. 2 2, 203. — R., wenn in einer einzelnen Rechnungsperiode der eine Teil nur zu fordern, der andere nur zu leisten hat? 2 2, 203. — Bedeutung der Überfendung des R.-Auszuges 3 2, 84. — Klausel: „s e. e. o.“ 3 2, 75. — Schiedsvertragsklausel in den allgemeinen Bedingungen für den R.-Verkehr 4 240. — Einftellung von Wechfeln u. kaufmännifchen Verpflichtungsfcheinen in den R. 3 2, 83, 84. — Wirkung der Einftellung in d. R. auf Verjährung, Verzug 3 2, 83; 4 620. — à conto-Zahlungen während der Rechnungsperiode 4 620. — Zahlung e. R.-Pofrens durch einen Bürgen oder einen Gefamtschuldner 3 2, 85. — Unübertragbarkeit der einzelnen R.-Forderungen 3 2, 83; 4 620. — Weiterbegebung eines im R. eingestellten

Wechfels 3 2, 84. — bare Einfchüffe gelten nicht als Zahlung eines bestimmten Debetpostens, fondern als Leistungen zur Begründung eines Aktipostens 3 2, 83. — Aufnahme von Ultimogeldern in den R. 2 2, 202. — Wirkung der Aufnahme von durch Pfand ufm. geficherten Forderungen auf die Forderung felbst 2 2, 203. — Sicherung einzelner Pofren durch Pfand, Bürgfchaft 4 621. — Bürgfchaft für d. R.-Schuld als folche u. Bürgfchaft für die einzelnen Pofren 6 682; 7 663. — vor Eintritt der verficherten Forderung in den R.-Verband begründete Sicherung nach § 356 BGB. 4 621. — mehrfache Saldoftellung vor Znanfpruchnahme d. Sicherheit oder der Mißfath nach § 356 BGB. 6 682. — Anwendung d. §§ 366 Abf. 2, 396 BGB. bei Znanfpruchnahme d. Sicherheit oder Mißfath f. e. durch Pfand ufm. geficherte Forderung 6 682. — bei mehreren Teilzahlungen Schuldentilgung uno actu; Unterfchied von § 366 BGB. 7 662. — Einfluß der Konturs-eröffnung; Umfahprovision des felbstschuldnerifchen Bürgen 4 621; 7 663. — Kündigung des R. 3 2, 84. — Saldoftellung 4 620; 7 663. — kann jederzeit Saldoftellung verlangt werden? 2 2, 202. — Saldoanerkennung beim uneigntl. R. 6 681; 7 663. — Irrtumsanfechtung des Salbos 5 33. — Erfüllungsort f. d. Salbo 1 1, 175. — Schriftform f. Anerkennung bei Nichtkaufleuten 7 1179. — Anerkennung des Paffivfalbos eines fo wohl gültige wie ungültige Börfengefchäfte umfaffenden R. 4 239, 621. — Saldoftellung als Novation 2 2, 203 (anders beim uneigntlichen R.); 4 620 (2); 6 681; 7 663. — Tilgung v. Differenzschulden durch d. mit Saldoanerkennung vollzogene Kompensation 2 2, 203 (anders beim uneigntlichen R.). — Wirkung d. Saldoanerkenniffes auf nichtige R.-Pofren 3 2, 83, 84. — Wirkung d. Saldoanerkenniffes auf Forderungen aus Börfertermingefchäften 3 2, 84 (f. diefe u. Differenzgefchäfte). — ftillfchweigende Anerkennung des Salbos durch Fortfegung des Gefchäftsverkehrs nach Annahme und Nichtbemängelung eines Salbos 2 2, 198. — vertragsmäßige Aufrechnung gegen oder mit Forderungen aus unwirfamen Börfertermingefchäften 6 681. — verhältnismäßige Aufrechnung bei ungültigen Börfertermingefchäften 4 239, 621 (f. diefe u. Differenzgefchäfte). — Pfand, Bürgfchaft f. e. Einforderung nach Saldoanerkenniffis, nach mehreren Salboziehungen 7 663 (2). — Geldendmachung des Nichtbestehens einer im Salbo enthaltenen Verbindlichkeit trotz Saldoanerkennung (Vereicherungsflage) 5 696. — nachträgliche Geldendmachung von im R. nicht aufgenommenen Be-

(Kontokorrent)

trügen trotz Saldoanerkennung 2 2, 203; 6 681. — rechtliche Natur des Saldos 6 681, 682. — Umwandlung des Saldos in einen gewöhnlichen K.-Posten bei Fortsetzung des K.-Verkehrs 2 2, 203. — keine Hinsfälligkeit der Saldoanerkennung durch Vortrag des Saldos auf neue Rechnung 2 2, 203. — Pfändung des Saldos 4 621; Anwendung des § 357 HGB. auf K. zwischen Nichtkaufleuten? 3 2, 85; Kündigungsrecht des Pfändungsgläubigers 3 2, 85; Fortsetzung d. K. trotz Pfändung 3 2, 85. — Schließung eines K. u. Ziehen des Saldos nach Empfang e. als Gegenwert für noch zu liefernde Papiere erfolgten Zahlung ohne Lieferung d. Papiere 6 681. — Giroguthaben als Abart d. K. 6 682. — vom Konkursverwalter anerkannter Saldo, wenn der Kreditur mit dem Miteigentümer im K. stand; Anspruch des Miteigentümers auf abgeforderte Befriedigung 6 682.

Kontrahierungszwang s. Auftrag. — beim Werkvertrag 1 1, 394 ff. — kein K. des Gastwirts 1 1, 414; 2 1, 427; 4 976 (s. diese). — K. des § 663 2 1, 398. — bei Theaterunternehmen 7 260.

Kontraktbruch. — Verleitung z. K. s. unerlaubte Handlung (§§ 823, 826). — Verhältnis des preuß. G. v. 24. IV. 54 zum BGB.; Strafbarkeit des K. bei mündlichem Vertrag 2 1, 763.

Konvaleszenz s. Verfügung Nichtberechtigter. — im Grundbuch- u. Sachenrecht 1 1, 120; 2 1, 92; 5 58, bez. der Einigung 1 1, 120; 2 1, 93; 3 1, 61, bez. des Pfandrechts an dem Schuldner oder Verpfänder nicht gehörigen Sachen 4 56. — der Abtretung e. Erbteils vor dem Erbfall 2 1, 209. — Beerbung des Eigentümers durch d. Nichtberechtigten (§ 185 BGB.) 5 58. — keine K. der Verfügung des Erblassers über Vermögensgrundstück des Miterben durch den Erbfall 2 1, 93. — K. der gegen ein Veräußerungsverbot (§ 135 BGB.) verstoßenden Rechtsgeschäfte? 7 48. — „Verfügung“ im Sinne des § 185 BGB. 7 88.

Konversion. — Heilung e. nichtigen Erklärung durch K. 1 1, 87. — Rückwirkung einer geheilten Erklärung 1 1, 87. — e. verbotswidrigen Geschäftes 4 48. — bei ungültiger Kündigung 2 1, 70. — Aufrechterhaltung e. ungültigen Erbovertrags als Testament 3 1, 50; 4 48; 5 48. — Aufrechterhaltung e. nicht vom Ehegatten errichteten gemeinschaftlichen Testaments 6 65. — Aufrechterhaltung d. unter Übergabe d. Hypothekenbriefes erfolgenden, wegen Formmangels unwirksamen Verpfändung e. Hypothek als Zurückbehaltungsrecht an d. Brief 6 65. — Aufrechterhalten e. angefochtenen Bürgschaft als Schul-

beitritt 7 61. — K. eines von e. Nichtberechtigten unter Überschreitung f. Vollmacht vorgenommenen Rechtsgeschäftes 7 61.

KonzeSSION vgl. Gewerbebetrieb. — über K. von Gast-, Schankwirtschaften s. Gastwirtschaft. — K. für Veranstaltungen nach § 33 a-b GewD. s. Schaustellungen. — Unterlagung e. Gewerbebetriebs nach § 35 GewD. s. Gewerbebetrieb. — Bahnhofswirtschaften 4 918, 927, 928. — bei Realberechtigtheiten 4 942, 943. — Personal-K. nötig bei unerheblicher Erweiterung der Räume e. realen Gastwirtschaft? 4 920. — K. unter Bedingung, Beschränkungen; Widerruf 4 938. — Ausübung durch e. ungeeigneten Stellvertreter 4 942. — Ausübung durch e. Stellvertreter s. d. Witwe u. anderen Erben nach dem Tode des Gewerbetreibenden (s. „Gewerbebetrieb“ unter Umfang) 4 942. — Ausübung als scheinbarer Vertreter 5 43. — Verzicht auf K. 4 943. — Erlöschen e. K. durch Verkauf der Schankstätte? 4 943. — Erlöschen e. K. durch zeitweise Behinderung d. Berechtigten in der Verfügung über die Räume 4 943. — Erlöschen e. K. bei Ausübenlassen während 3 Jahre durch e. Vertreter? 4 943. — Entziehung der K. hebt Zuhörereigenschaft e. Gebäudes nicht auf 2 1, 34. — Anwendung des § 45 Abs. 5 GewD. auf die Fristen des § 45 Abs. 1 u. 2? 4 943. — Unterlagung konzeSSIONierter Gewerbebetriebe nach § 51 GewD. 4 943 (s. Gewerbebetrieb unter Umfang usw.). — Zurücknahme e. K. (§ 51 GewD.) s. Gewerbebetrieb unter Umfang. — Abhängig machen d. Zufertigung d. K.-Urkunde nach erteilter K. vom Nachweis gewisser Einrichtungen 4 945. — Übertretung nach § 147 Ziff. 1 GewD. (Gewerbeausübung ohne K.); dolus u. subjektive Voraussetzungen des § 147 Ziff. 1; Gewerbebetrieb, selbständige Gewerbetreibende nach § 147 Ziff. 1; Idealkonkurrenz v. § 147 Ziff. 1 u. § 148 4 976. — vom Erhalten der Wirtschaftsk.-abhängig gemachter Kauf e. Grundstücks 7 69. — Kauf e. Grundstücks unter Bedingung des Erhaltens der K. 7 71.

Körper. — K. u. K.-Teil als Objekte von Rechten u. Rechtsgeschäften 1 1, 53.

Körperschaft s. Korporation.

Körperverletzung s. unerlaubte Handlung. — Kaufalzusammenhang bei fahrlässiger K. 5 88. — negotiorum gestio in Züchtigung e. fremden Kindes 3 1, 289; 4 223; 5 81 (s. Züchtigung). — K. des Notstandsberechtigten in Notwehr 1 1, 141.

Korporation s. jur. Person, Verein. — Begriff 3 1, 10. — K. oder Stiftung 1 1, 49; 4 19. — unmittelbare Berechtigung u. Verpflichtung e. K. durch den im eigenen

Seite Zahlen = Zahlrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

Namen handelnden Gründer 4 53. — Verleihung der R.-Rechte z. Erwerb v. Grundstücken u. Kapitalien § 13 II. 6 RR. 21, 17.

Kosten s. Auslagen, Prozeßkosten, Gerichtskosteneseh, Zwangsvollstreckung, Zwangsversteigerung. — R.-Ausgleich bzgl. d. R. e. formnichtigen Kaufvertrags 21, 189, 211.

Kostenanmeldung im Versteigerungsverfahren 11, 670 (s. diese).

Kostenanschläge. — Vergütung 21, 375; 22, 200; 31, 268. — Vermerk über den Erfüllungsort 22, 199 (s. Stillschweigen). — Überschreitung 11, 398; 21, 385; 31, 267.

Kostenfestsetzungsbeschlüsse s. Prozeßkosten. — Verzicht auf die Zustellungsfrist des § 798 ZPO. 5 860. — ist die Frist des § 798 ZPO. eine Stundensfrist? 32, 430.

Kostentation des sächs. Rechts. — Anhängel der Haupthypothek 7 435 (s. auch Eigentümerhypothek, Höchstbetragshypothek, Kautionshypothek).

Kostenvoransch. — Pflicht d. Ehemanns s. Ehemann.

Krankenhaus s. Stadtgemeinde, Privatkrankenanstalt. — Haftung der Stadtgemeinde als R.-Inhaberin für fehlerhafte Operationen 5 120. — Unterbringung eines nach dem ZwBG. Versicherten in e. R.; § 278 unanwendbar 4 111. — vertragsmäßige monatliche Bezahlung der Beaufslegungskosten 5 173, 269. — Haftung d. R.-Besizers für Hilfspersonen (s. diese) 6 130. — Haftung der R.-Verwaltung 7 136. — Aufnahme in eine staatl. Klinik als Vertrag? 7 145.

Krankenkasse s. Armenverband, Innung, Kassenarzt. — Aufrechnungsbefugnis der R. mit Ordnungsstrafen 11, 293; 21, 247. — Rechtsstellung der für den Betrieb einer N.-G. errichteten R. 7 628.

Krankentassenbuch. — Retentionsrecht am R. 21, 177, 178 (s. Arbeitsvertrag).

Krankenpfleger 7 246 (vgl. Dienstvertrag).

Krankenversicherung. — hausangehöriger im väterlichen Gewerbe beschäftigter Kinder 5 487; 6 483. — versicherungspflichtige Beschäftigung 5 226. — Übergang d. Forderung d. Unterstüzten gegen d. Krankenkasse auf den Armenverband (§ 57 Abs. 2 KrankVG.) 21, 256.

Kredit s. Zahlungsfähigkeit, clausula rebus sic stantibus, pactum de mutuo dando, Darlehen. — Rückbarkeit, Widerruf des revolving credit bei veränderter Vermögenslage des R.-Nehmers 5 135; 6 71, 140, 223, 679. — Kündigung e. R. vor der Zeit; Gründe 7 69. — Buchforderungen als R.-Unterlage 5 163. — Anwendung d. § 610 auf den Widerruf benämmtiger R.-Zusage insbes. bei R. gegen Sicherheit 6 224. — Haftung s. R.-Schädigung 31, 345. — Anwendbarkeit d. § 321 BGB. auf die

GmbH.; Vertragsanfechtung wegen Irrtums über ihre R.-Würdigkeit 7 1070.

Kreditanstalten land- u. ritterschaftliche s. landchaftliche Kreditanstalten. — Eintragungsfähigkeit der s. Hypothekdarlehen erlassenden Bestimmungen der Posener Landschaft, der hannoverschen Landes-R., der Ostpreussischen Landschaft 12, 412, 413. — Immobilien-Zwangsvollstreckungsrecht; §§ 129—133 AGD. u. preuß. G. v. 7. VII. 83 21, 782. — rechtl. Natur des sinkenden Fonds bei dem mecklenburgischen Domialkapitalfonds u. dem ritterschaftl. Kreditvereine 31, 691; 32, 300. — Eintragungsfähigkeit der Amortisationsbeiträge in das Grundbuch 31, 691. — Bedeutung des Art. 167 GGWB. 31, 691. — Anwendung des BGB. auf die den Mitgliedern gegebenen Darlehen 7 584. — Anspruch auf Ausführung ihrer Satzungen mit Datum u. Paragrafen bei Eintragung einer Darlehnshypothek 22, 408.

Kreditauftrag s. Bürgschaft. — Verhältnis zur Bürgschaft 11, 443; 21, 465; 31, 312 ff.; 7 312. — Rechtsnatur: Vertrag (Auftrag) oder einseitige empfangsbedürftige Ermächtigung? 11, 438; 4 247 (Garantievertrag?); 21, 462, 463; 31, 313; 7 312 (2). — R., der die Kreditgewährung in das Belieben des Beauftragten stellt 11, 438; 31, 314, 315; 4 247, 248. — Form 11, 433, 438 (2), 439; 21, 462, 464, 465; 31, 314, 315; 4 248. — Widerruf des Auftraggebers 11, 438 (2); 21, 462; 31, 313, 315. — Annahme des Beauftragten zur Perfektion nötig 5 301. — Kündigungsrecht des Beauftragten? 11, 438; 21, 464; 31, 313, 315. — Annahmepflicht des Beauftragten? 21, 464. — Ablehnungspflicht des Beauftragten nach § 663 BGB. 21, 464. — nach Kreditgewährung erteilter Auftrag 11, 438. — Überreden zu Weiterlieferung als R. 7 312. — Forderungsübergang nach § 774, wenn der Auftraggeber den zum Gläubiger gewordenen Beauftragten befriedigt 11, 438; 21, 462. — Klage auf Ersatz der aufgewendeten Auslagen, wenn die bezweckte Schuld des Dritten, z. B. wegen seiner Geschäftsunfähigkeit, nicht zustande kam 11, 438. — Benachrichtigungspflicht d. Adressaten bei Kreditbriefen 7 312. — Dilligenzpflicht des Beauftragten 11, 438; 21, 464, 465; 31, 314. — gleichzeitige Klage gegen Hauptschuldner u. R.-Geber 4 248. — absolute Subsidiarität der Haftung des Gläubigers 21, 462. — Konkurs des Auftraggebers 31, 313, 314. — klagbarer Anspruch des Auftraggebers gegen seinen Mitkontrahenten auf Kreditgewährung an den Dritten 4 247; 6 284. — Rechnungslegungspflicht des Beauftragten 21, 462. — Vorshufspflicht des Auftrag-

(Kreditauftrag)

gebers? **2 1**, 462, 464. — Anwendung d. §§ 664, 667, 670, 673 BGB. auf **R. 2 1**, 464. — Anwendung des § 778 auf Kreditbriefe? **5 301**. — Auftrag des Hypothekgläubigers an die Bauhandwerker, dem Bauunternehmer Kredit zu gewähren **2 1**, 465; **5 290**.

Kreditbrief 2 1, 463; **5 301**. — Widerruf der Akkreditierung bei Kurzurückgang der Deckung? **5 695**. — Widerruf bei Konkurs über das Vermögen des Kunden **5 695**. — rechtl. Natur als Anweisung; Widerruf **5 312**; **6 291**. — Vertragsperfektion **6 291**. — Form des Vertrags, durch den sich jemand verpflichtet, dem anderen einen Kredit durch Ausstellung e. R. zu verschaffen **6 284**. — Ausstellung e. R. durch den Bankier zu Lasten seines Geschäftsfreundes auf den Namen eines Dritten (§ 328) **5 145**.

Kredithypothek s. Kautionshypothek, Höchstbetragshypothek.

Kreditkauf s. Zahlungsfähigkeit. — Haftung des Dienstherrn aus unrechtmäßigem R. seines Angestellten **4 158**.

Kreditreform. — Verein „R.-R.“ als eintragungsfähiger Verein? **1 1**, 23; **3 1**, 12.

Kreditverein ritterschaftlicher (Mecklenburg) vgl. Kreditanstalten. — rechtl. Natur des findenden Fonds bei ihm u. bei dem Großh. mecklenburg. Domanialkapitalfonds **3 1**, 691; **3 2**, 300.

Kreditwürdigkeit s. Kredit, Zahlungsfähigkeit.
Kriegsleistungen. — G. v. 13. VI. 1873. — Vormerkungsberechtigte, Widerspruchsrechte nach Artt. 109, 52, 53 GGWB. **1 2**, 390.

Kundenpapiere. — analoge Anwendung des § 243 BGB. **5 85**. — Haftung d. Hingebenden bei R. für den rechtl. Bestand der Forderung **5 189**.

Kündigung s. clausula rebus sic stantibus. Darlehen, Dienstvertrag, Gesindedienstvertrag, Handlungsgehilfe, Hypothek-R., Hypothek, Kapital, Miete, Pacht, Werkvertrag. — Begriff **1 1**, 373. — rechtl. Natur **1 1**, 380; **3 1**, 145. — Rechtsnatur d. R. wegen Gefährdung oder Vereitelung d. Vertragszwecks **3 1**, 162; **5 137**. — duldet keine Bedingung **1 1**, 97. — befristete R., § 159 unanwendbar **2 1**, 81. — Konversion bei ungültiger **R. 2 1**, 70; **7 293**, 294. — Nichtausübung d. R.-rechts binnen angemessener Frist als Verzicht drauf **1 1**, 96 — R. u. Rücktritt **1 1**, 259: **2 1**, 228, 229 — R. im Prozeß **7 720** (s. Prozeßvollmächtigter, Prozeßhandlung). — Klage als **R. 2 1**, 201 — R. in der Klageschrift **1 3**, 106, **3 2**, 513. — vertragsmäßige R. von Forderungen **3 1**, 144. — Erfüllungsverweigerung als **R. 5 123**. — R. seitens Minberj. **1 1**, 62. — Vereinbarung schriftlicher R. der Beweiskraft

halber **1 1**, 73. — Kollektiv-R. durch e. in einer Arbeiterversammlung gewählten Bevollmächtigten **3 1**, 57. — unberechtigte R. als Vertragsantrag i. S. d. § 150 I BGB. **4 49**. — Ausbedingung e. R. nur f. d. einen Vertragsteil **2 1**, 68. — Konvaleszenz e. ohne Vollmacht seitens e. Anwalts erfolgten R. durch dessen spätere Prozeßführung **1 1**, 121. — Genehmigung einer von einem Vertreter ohne Vertretungsmacht erklärten R.; Anwendung d. § 185 Abs. 2 BGB. **6 79**. — Verjährung auf R. gestellter Anspr. **2 1**, 98, 99; **3 1**, 63. — Anwendung des § 193 BGB. bei Berechnung der R.-fristen **6 79** (2). — R. einer Hypothek, Grund- oder Rentenschuld; Wirksamkeit gegenüber dem Ersterer **2 2**, 373; **3 2**, 301.

Kundenschaft s. Geschäftskundenschaft, Konkurrenzverbot, unerlaubte Handlung unter § 826.

— Verkauf e. Realrechts mit R.; Gebührensabwertung (Bavern) **7 27**. — Abspenstigmachen d. R. seitens d. Verkäufers d. Geschäftes **7 131**.

Künftige Descendenz s. nasciturus.

Künftige Forderung. — Übertragung, Pfändung (s. Abtretbarkeit) **1 1**, 298; **2 1**, 250; **3 1**, 188 ff.; **4 142**, 176; **5 160**, 207. — Umwandlung in Darlehensschulden **5 221**.

Künftige Leistung s. Klage auf f. L.

Kunstgegenstände. — Veräußerung gegen das Verbot der §§ 16, 30 ZustG. **3 1**, 45.

Künstler vgl. Artst. — Bühnennamen **1 1**, 15 (s. Name). — Vertrag mit seinem Modell **4 45** (s. gute Sitten).

Kunstschutzes s. Urheberrecht.

Kupon s. Wertpapiere, Zinscheine.

Kur- u. Neumärkische Ritterschaftl. Darlehnskasse. — Wesen ihres Amortisationsfonds, anspruchsberechtigte Personen **3 2**, 200 (s. Kreditanstalten).

Kurpfuscher. — Anmeldepflicht nach § 14 GewD. **4 920**. — Haftung nach § 823 BGB. **2 1**, 500.

Kurs s. Geldschuld, Börsenpreis.

Kursmäkler. — Kaufleute; Eintragung d. Firma in das Handelsregister **7 1171**, 1172. — Wirkungsbereich d. Mäklertammer **7 1172**. — Erwerb an der Börse noch nicht eingeführter Wertpapiere seitens d. R. für eigene Rechnung? **7 1172**. — R. als Wertsteigerer **7 1172** (s. auch Selbsthilfeverkauf). — Vermittlung von Käufen über z. Börse nicht zugelassene Werte **7 657**.

Kurscher s. unerlaubte Handlung, Drohkensultischer, Fahrgast, Fuhrwerksbesitzer. — konkurrierendes Verschulden d. R. d. Beschädigten **1 1**, 164. — polizeiliches Verbot weiblicher **R. 4 937**. — Überfahren e. Person an e. Straßenbahnhaltestelle **5 341**.

Kuz s. Bergrecht. — keine vertretbare Sache **2 1**, 28; **3 1**, 27. — Verleihung zwecks Verpfändung **3 1**, 241. — Zurverfügungstellung der verkauften R. für d. Gewerke-

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

schaft bei Säumigkeit des Käufers 4 102. — Zurverfügungstellung von R. (§ 130 PrARergG.) befreit auch den früheren Eigentümer von der ihm nach § 107 zit. Gef. der Gewerkschaft gegenüber etwa verbliebenen Verbindlichkeit 1 1, 332. —

Gewährleistungsanspruch d. Käufers e. R. wegen Verletzung d. R. mit e. Zubehörfeststand 2 1, 269. — Irrtum über Eigenschaften d. R. 2 1, 55. — Zulassung zum Börsehandel (s. Börse, Börsetermingeschäft) 7 1173. — als Wertpapiere 7 669

L.

Laden s. Verkaufsstellen. — L. im Sinne d. § 56 HGB.; Staud auf e. Ausstellung 7 601. — nur Detailverkaufsstelle oder alle offenen Geschäftsstellen? (Bureau der Banken, Sparkassen, Werkstätten der Handwerker, Kontore d. Großkaufleute, Vermietungsbureau, Zeitungs Expeditionen) 2 2, 46, 267. — Begriff des offenen L. nach § 15 a RWGD. 2 2, 267; 4 920. — Vollmacht des im L. Angestellten (Handlungslehrling) 2 2, 46. — L.-Einrichtung als Zubehör 2 1, 35; 4 27; 5 26. — L.-Schild f. Firma. **Ladengeschäft.** — als Distanzgeschäft (§ 270 HGB.) 3 1, 118.

Ladeninhaber. — Haftung aus dem Kaufvertrag 5 120. — Haftung f. Unfall durch herabfallendes Firmenschild 5 116. — Haftung f. Unfälle im L. 6 130, 308 (mangelhafter Eingang; Entlastung durch Weisung an seine Angestellten).

Ladenschluß vgl. Sonntagruhe, Verkaufsstellen offene. — Bedienen der bei L. noch im Laden anwesenden Kunden 4 939.

Ladung vgl. Termin. — genügt bloße Mitteilung des Termins im Kontext 1 3, 80, 84 (f. 3 2, 493). — falsche Terminsangebe: Heilung des Mangels? 3 2, 425, 429, 430, 435, 493; 5 822; 6 795. — nachträgliche Zustellung eines die richtige Angabe enthaltenden Schriftsatzes 3 2, 435. — L. ohne Aufforderung z. Anwaltsbestellung; Verzicht auf Rüge 7 774. — neuerliche L. nach Einlegung u. Zurücknahme e. Rechtsmittels zwecks Anfechtung d. Zurücknahmerklärung 7 774. — L. zu dem nach Beweisaufnahme von Amts wegen angeetzten u. den Parteienwälden bekannt gegebenen Termin nicht Voraussetzung f. Erwirkung e. Verläumnisurteils in diesem Termine 6 789. — L. zu einem in einer anderen Prozesssache anstehenden Termine unter Zustellung einer Abschrift der Klage 5 787. — L. zu einem bei Zustellung bereits verfloffenen Termine 1 3, 100; 5 787; 6 789. — L. v. Amts wegen nur im Falle des § 389 RPd. 4 687. — L. zur Eidesleistung s. diese.

Ladungsfrist vgl. Einlassungsfrist. — bei L. zu Beweisaufnahmeterminen 1 3, 84. — Schwurtermin 1 3, 84; 6 789. — ist dem Gegner bei Stattgabe e. Antrags auf Abfüzung d. L. auf Verlangen Abschrift des Antrages mitzuteilen? 6 813.

Lagergeschäft.

Allgemeines. — Kaufmannseigenschaft des Lagerhalters, insbesondere des Summenlagerhalters 5 711. — rechtliche Natur des Lagervertrages 5 709. — Verhältnis zum Verwahrungsvertrag u. zur Kommission, Expedition 2 2, 227, 228. — Vorverträge über Lagervertrag 2 2, 228. — Perfektion des Vertrages; Übergabe u. Empfangnahme des Gutes nötig? 2 2, 228. — Übernahme der Lagerung oder d. Aufbewahrung allein 2 2, 228; 5 709. — Begriff von „Lagerung“ u. „Aufbewahrung“ 2 2, 228. — „Gewerbsmäßigkeit“ 5 709. — Besitzverhältnisse (Lagerhalter unmittelbarer, Einleger mittelbarer (?) Besitzer) 2 2, 228; 5 709 (Besitzschutz des Einlagerers gegenüber dem Lagerhalter). — Zufendung e. Gutes ohne nähere Weisung oder mit der Klausel „zur Verfügung des X“ als Antrag zu e. Lagervertrag; Widerruflichkeit der Weisung „zur Verfügung des X“ 6 698. — Erfüllungsort für Bezahlung des Lagergelbes 1 1, 176; 7 675. — Erfüllungsort für den Einlagerer 2 2, 228. — § 420 HGB. Abs. 2 bezieht sich nicht auf den Erfüllungsort 2 2, 229. — vorläufige Einlagerung des Frachtgutes vor Transportbeginn seitens der Bahn als Lagergeschäft 4 638. — Aufbewahrung des Handgepäcks bei der Bahn 4 638 (s. Eisenbahn). — Aufbewahrung des Bahnfrachtgutes bei Ablieferungshindernissen 4 638; 5 709, 710, 716/717 (s. Eisenbahn). — „Güter“ im Sinne des § 416 HGB. 5 709. — irrtümlich an einen Fremden zurückgegebene Güter als abhanden gekommen im Sinne des § 935 BGB. 5 709. — Rang verschiedener Pfandrechte 2 2, 230. — Bestellung eines Pfandrechtes an dem Lagergut bei Ausstellung eines Lagercheines 2 2, 229 (s. unten Lagerchein). — Einlagerungsvertretbarer Sachen: Schadensersatz bei unerlaubter Vermischung 2 2, 229; ausdrückliche Gestattung der Vermischung 5 710, 711; Miteigentum mehrerer Einlagerer bei Vermischung 2 2, 229; 5 711; Einfluß von Gewichtsmehrung u. -minderung oder von Beschädigung 2 2, 229; 5 711; Recht, nicht Pflicht des Lagerhalters zur Teilung in Natur ohne Genehmigung? 2 2, 229; 5 711; Einfluß

(Lagergeschäft)

der Vermischung auf den Fortbestand von Rechten Dritter 2 2, 229; nachträgliche Gestattung der Vermischung 5 711; Form der Vereinbarung, daß das Eigentum auf den Lagerhalter übergehen soll (§ 419 Abs. 3 HGB.) 5 711. — Einlagerung von dem Einlagerer nicht gehörigen Sachen 5 708. — Einlagerung von dem Lagerhalter selbst gehörigen, ihm von Dritten übergebenen Sachen 5 709.

Rechte des Lagerhalters s. auch Expeditions- und Kommissionsgeschäft. — Schadenersatzanspruch gegen den Einlagerer 2 2, 228. — Selbsthilfeverkauf 2 2, 228 (nicht dem Einlagerer gehörige Sachen). — Notverkauf? 2 2, 228. — Recht zur Geltendmachung des dem Einlagerer entstandenen Schadens gegenüber Dritten 2 2, 228, 229. — Leistungsort für die Lagergeldschuld 1 1, 176; 7 675. — Berechnung d. Lagergeldes bei vorzeitiger Zurücknahme des Gutes, bei ganzlichem Unterbleiben der Einlagerung 2 2, 230; 5 711. — Höhe des Lagergeldes bei Mangel einer Vereinbarung u. einer ortszüblichen Lage 2 2, 229. — Bedeutung der Tariffätze der Bahn als ortszübliche Lage 2 2, 229. — Verjährung d. Anspruchs auf Lagergeld 7 675. — Verkaufsandrohung auf Grund Pfandrechts (an wen erfolgt sie, insbesondere bei Ausstellung eines Lager Scheines?) 2 2, 230 (s. unten Lager Schein). — Pfandrecht (s. auch Pfandrecht gesetzliches) nur wegen d. Lagerkosten 2 2, 230. — Pfandrecht an nicht dem Einlagerer gehörigen Sachen 2 2, 205, 230. — Pfandrecht an g e s a m t e n Gut, nicht bloß an den zur Sicherung nötigen Sachen 2 2, 230. — bei Einlagerung mehrerer Güter kein Pfandrecht an d. einen wegen der Lagerkosten des anderen 5 711. — Veräußerung des Pfandes 2 2, 230. — Zurückbehaltungsrecht des L.; Verhältnis zum Verfolgungsrecht des unbezahlten Absenders 2 2, 230. — vertragsmäßiges Pfandrecht 2 2, 230. — Verlust des Lagergeldes bei unachgemäßer Aufbewahrung 5 710. — kein Recht zur Ingebrauchnahme der eingelagerten Sachen 5 710.

Pflichten des Lagerhalters s. auch Expeditions- und Kommissionsgeschäft. — unverzügliche Antwort auf Antrag (§ 362 HGB.) 2 2, 228; 5 709. — Umfang der zu prästierenden Sorgfalt 4 638; 5 710. — Haftung für Beschädigung der Güter 2 2, 228. — Beweislast bei Ansprüchen wegen Beschädigung der Güter 5 710. — Pflicht, bei Auslieferung eines Teiles der Ware das Gewicht durch Wiegeschein mitzuteilen? 2 2, 228; 3 2, 100, 101. — Nachweis d. Verlustes, wenn der Lagerchein nur die Verhältnisse, nicht aber deren Inhalt angibt

7 675. — Gestattung der Warenbesichtigung durch Beauftragte des Einlagerers 2 2, 229; 5 710. — Pflicht zur Vornahme der zur Erhaltung des Gutes nötigen Arbeiten 2 2, 229; 5 710 (bei Sammel-lagerungen). — Gestatten der Vornahme von Arbeiten an den Waren 2 2, 229; 5 710 (Vornahme anderer als der gewöhnlichen Erhaltungsmaßregeln). — zu welcher Zeit hat der Lagerhalter Besichtigung u. Arbeit an dem Gute zu gestatten? 5 710. — Haftung für völlig unachgemäße Einlagerung trotz Ablaufs der nach der Lagerhausordnung für Ansprüche des Einlagerers bestimmten Frist 6 698. — Haftung für Diebstahl eines zum Lager zugelassenen Gelegenheitsarbeiters 4 619. — Haftung der Quabewahrung als Lagerhalter 3 2, 101. — Verjährung bei vorsätzlicher Herbeiführung des Schadens 5 712. — Verjährung gegen den L. bei teilweisem Verlust des Gutes 2 2, 231. — Verjährung bei Unterlassen der Verlustanzeige 2 2, 231. — Inhalt der Verlustanzeige 3 2, 101; 4 638. — Pflichten bei Einlagerung vertretbarer Sachen s. oben Allgemeines.

Lager Schein. — de lege ferenda über Warrantverkehr 7 675. — rechtliche Natur (Wertpapier) 2 2, 229 (Rekta-, Inhaber- oder Orderpapier), 231 (Legitimationspapier). — Gültigkeit von Inhaberalager Scheinen 3 1, 321; 3 2, 101; 4 254, 621, 638; 5 712. — Bestellung eines Pfandrechts an dem Lagergut bei Ausstellung eines L. 2 2, 229; 5 712. — Verkaufsandrohung und Realisierung des Pfandrechts bei Ausstellung eines L. an Order gegenüber dem durch Indossament legitimierten Erwerber, wenn der L. über die Lagerkosten nichts enthält 2 2, 230. — mittelbarer Besitzerwerb durch Übergabe des Lager Scheines 2 2, 231. — Wirkung der Übergabe des L. auf den Eigentumsübergang an der Sache 4 638, 639. — Einwendungen gegenüber dem legitimierten Besitzer eines Inhaber-L. 5 712. — Erwerb dinglicher Rechte an Gut bei Ausstellung eines Inhaber-L. 5 697. — Geltung der Lagerhausordnung gegen d. Einlagerer bei Verweisung auf dieselbe im L. 6 698. — L. auf den Inhaber mit Vorbehalt d. Rechts zur Prüfung der Legitimation d. Präsentanten; Einwand des Lagerhalters, daß das Gut ohne Rückgabe des Scheins schon ausgehändigt wurde 7 321, 675.

Auflösung des Vertrags. — Berechnung des Lagergeldes bei ganzlichem Unterbleiben der Einlage oder vorzeitiger Zurücknahme des Gutes 2 2, 230; 5 711. — wichtiger Grund zur A. für den Lagerhalter 2 2, 230 (Gefährlichkeit des Gutes für andere Waren, unverschuldete

Unmöglichkeit des Lagerhalters zur weiteren sicheren Aufbewahrung, eine dem Lagerhalter keine Sicherheit für seinen Anspruch gebende Entwertung des Gutes); 5 711 (Haufälligkeit des Lagerhauses, Umbauten, vertragswidriges Verhalten des Einlagerers, Aufgabe des Lagergewerbes).

Landesherr und landesherrliche Familien f. Sondergerichte, Exterritorialität. — Anwendung d. Artt. 7—31 ÖGBGB. (internationales Privatrecht) gegenüber den Hausverfassungen? 1 2, 392. — Hausverfassung nach Art. 57 ÖGBGB. umfaßt auch die z. Ergänzung bestimmten Normen des gemeinen Privatrechtsrechts 2 1, 765. — Grenzen zw. Privatrechts und gemeinem Recht 4 553; 5 616. — Unterzeichnung mit Vornamen 2 1, 60.

Landeskulturrenten sächsisch f. Kreditanstalten. — Behandlung in der Zwangsversteigerung 5 916.

Landesrecht f. Reichsrecht, Bürgerliches Gesetzbuch. — Tragweite des Art. 3 ÖGBGB. 2 1, 757; 3 1, 666. — Verweisung auf bisherige aufgehobene Vorschriften 2 1, 757. — Anwendung der Begriffsbestimmungen des BGB. auf das L. 4 529. — Verhältnis des internationalen Landesprivatrechts zum Ö. BGB. 1 2, 391; 2 1, 765 (f. internationales Privatrecht). — Prinzip bez. des Verhältnisses v. L. zu BGB. 1 2, 390 f.; 3 1, 678 (Umfang der Vorbehalte). — Fortbestand landesrechtlicher Vorschriften über den Gemeingebrauch an öffentlichen Wegen und Plätzen 2 1, 765. — Fortbestand landesrechtlicher Vorschriften über Testamente und Erbverträge 2 1, 765. — Fortbestand der in Elsaß-Lothringen geltenden Vorschriften über Erlass des durch öffentliche Arbeiten angerichteten Schadens auch bei Mangel eines Verschuldens 4 533. — Umfang d. Zuständigkeit d. Landesgesetzgebung nach Art. 218 ÖGBGB. 2 1, 813. — Regelung des Güterstandes der vor 1900 geschlossenen Ehen 2 1, 813 (f. eheliches Güterrecht). — Bedeutung des L. für Auslegung von Privilegien 4 42. — landesrechtliche Ausführungsbestimmungen zur ÖBD., Erlaß durch die Ministerien 2 2, 473 f. — die preuß. Allg. Verf. v. 20. XI. 99; Rechtscharakter 2 2, 475. — „Anordnung“ im Sinne des § 94 ÖBD. 6 1056.

Landfriedensbruch. — im Notstand 1 1, 140.
Landgemeinden f. Gemeinde. — Grundstückserwerb nur mit Zustimmung des Gemeinderats (Rheinprovinz) 7 961.

Landgut. — Begriff 3 1, 30; 3 2, 295; 4 27. — als wirtschaftliche und rechtliche Einheit 5 26. — „Wirtschaftsbetrieb“ (§ 98

BGB.) 2 1, 36. — Vieh als Zubehör 2 1, 35. — Maschinen als Zubehör 3 1, 29; 4 26 (f. Maschinen). — Vieh, Feld- u. Wirtschaftsinventar als Zubehör einer oldenburgischen Landstelle 3 1, 29. — Zubehör 3 2, 295; 4 776; 5 908 (f. Zubehör).

Landmesser. — Zurücknahme der Bestellung (§ 53 GemD.); Unzuverlässigkeit 4 945, 946.

Landwirtschaftliche Kreditanstalten f. Kreditanstalten. — Geltung ihrer Satzungen für ihre Hypothekdarlehen 7 435. — Rechte des Gutseigentümers an dem Tilgungsfonds; Einfluß der Zwangsversteigerung e. Eigentümerhypothek 7 909. — Haftung f. Schädigung bei einer von ihnen betriebenen Zwangsverwaltung 7 935. — Wesen ihres Amortisationsfonds, anspruchsberechtigte Personen 3 2, 300. — Behandlung der Amortisationsbeiträge in der Zwangsversteigerung 7 924.

Landwehrverein dem AR. unterworfen 2 1, 22.

Landwirtschaftliche Erzeugnisse im Sinne des § 196 Ziff. 2 BGB. 2 1, 96; 5 61 (f. Verjährung).

Landwirtschaftlicher Betrieb kein Gewerbebetrieb im Sinne des § 196 Ziff. 1 BGB. 1 1, 126; 2 1, 96; 4 59 (f. Verjährung).

Landwirtschaftlicher Genossenschaftsverband eintragungsfähiger Verein 1 1, 23.

Landwirtschaftliche Zwegrundstücke. — Eintragung ins Grundbuch 3 2, 170.

Lasten öffentliche f. Zwangsversteigerung unter: die aus dem Grundstück zu befriedigenden Rechte; Kauf.

Väterungsurteil. — Reform 7 825. — als Veräumnisurteil? 3 2, 468 487; 4 704; 5 819; 7 813, 825. — trotz Bezahlung der Hauptsache u. Kosten 1 3, 175. — materiellrechtliche, nach Rechtskraft des bedingten Urteils entstandene Eimeden; Berücksichtigung im L. 1 3, 175 (f. bedingtes Eimedenurteil); 5 819, 820. — neue Eimeden bei Berufung gegen das L.? 5 819. — Umstellung des gegen die offene Handelsgesellschaft erlassenen bedingten Urteils im L. gegen die Gesellschafter wegen Aufhebung der Gesellschaft? 1 3, 175. — wenn vor oder nach Erlaß des L. das Vorliegen einer Eidespflichtverletzung nachgewiesen wird 1 3, 175/177 (f. Eidespflichtverletzung). — Geltendmachung der Ausöhnung d. Gatten nach dem im Eheanfechtungsprozeß erlassenen bedingten Urteil 3 1, 470. — Antrag auf L. seitens d. den Eid verweigenden Partei 5 819, 837 (in Ehesachen). — mündliche Verhandlung vor Erlaß des L. (Umfang) 5 820. — Erlaß e. L. auf Eidesverweigerung trotz Auseraumung eines anderen Schwurtermins seitens des Vorstehenden 5 820. — Berufung gegen das L. wegen

(Läuterungsurteil)

irrtümlicher Annahme e. Eidesverweigerung **6 845.** — mit der Eidesnorm nicht zu vereinbarende Parteierklärung als Eidesverweigerung (s. diese) **7 825.** — Anfechtung d. L. mit Revision; Revisionsgründe **7 825.**

Lebensalter. — Berechnung **2 1, 93; 4 56.**

Lebensvermutung. — bei e. z. St. d. Beginns der Verschollenheit die deutsche Staatsangehörigkeit Besitzenden (Art. 9 EGBGB.) **6 581.** — des § 19 BGB. **2 1, 14.**

Lebensversicherung s. Versicherungsunternehmen. — rechtl. Natur der Police **2 1, 474; 3 1, 323.** — Übergabe d. Police zur Übertragung der Rechte genügen? **2 1, 474.** — Aufgebotsverfahren **3 1, 322, 323.** — L. der Gatten bei Errungenschaftsgemeinschaft Gesamt- oder eingebrachtes Gut? **5 476; 6 470.** — Pfändung d. Versicherungsanspruchs oder der Police **1 3, 284; 2 2, 479, 487; 3 2, 254; 4 801; 5 942; 6 914, 974** (s. Zwangsvollstreckung). — Police als Gegenstand d. datio in solutum **1 1, 268.** — Ansprüche der Ehefrau an d. L.-summe des Mannes im Todesfall oder bei Nachlaßkonkurs **6 149, 1007** (s. Konkursmasse). — zugunsten d. Gatten geschlossene L. bei allgemeiner Gütergemeinschaft **5 474.** — wer hat bei gesetzl. Güterrecht die Prämie auf d. L. der Frau zu zahlen? **5 466.** — L. zugunsten „d. Rechtsnachfolger“ **6 149.** — L. zugunsten Dritter, insbesondere „der Erben“, „der Hinterbliebenen“ **1 1, 248 ff., 254; 3 1, 167 ff.; 4 128 f.; 5 145; 7 166, 167.** — Vermutung e. Abschlusses zugunsten der Erben bei Nichtbezeichnung anderer Bezugsberechtigter, bei Nichtbenennung eines Dritten überhaupt **6 149, 150.** — Verfügungsrecht d. Versicherungsnehmers über den Anspruch gegen die Versicherungsgesellschaft; Dauer **6 150; 7 167.** — Bedingung, daß die L.-summe in den Nachlaß fallen solle **6 149.** — fiduziarische Fession von Rechten aus e. L. **3 1, 193; 5 160.** — Konkurs d. Versicherungsnehmers **3 1, 167; 7 166** (s. Konkurs, Konkursmasse). — Tod des Versicherungsnehmers vor Vertragsperfektion **2 1, 78.** — Schicksal d. L.-summe im Nachlaßkonkurs **3 1, 167.** — Zugehörigkeit d. Anspruchs aus e. L. zur Konkursmasse **2 2, 479, 487; 3 2, 254; 4 801; 5 942; 6 974; 7 166, 533** (Nachlaßkonkurs). — Anfechtung e. L. gegenüber dem Begünstigten im Konkurs d. Versicherten **2 2, 491 (2).** — Vereinbarung d. Auszahlung „an die Familie“; Widerruf durch den Konkursverwalter d. Versicherungsnehmer **7 167.** — Anzeigepflicht d. die Prämien fortzahlenden Pfändungsgläubiger gegenüber d. Versicherten? **7 283.**

Legalitätsprinzip im Grundbuchverkehr

s. Eintragungen ins Grundbuch.

Legitimation. — Prüfung durch d. Grundbuchbeamten s. Eintragungen ins Grundbuch.

Legitimation durch nachfolgende Ehe s. auch Ehelichkeitserklärung, Annahme an Kindesstatt.

Statutenkollision. — Einfluß der Staatsangehörigkeit des Vaters **1 2, 374; 2 1, 757.**

Übergangsrecht. — Anwendung des Art. 203 EGBGB. auf vor 1900 geborene uneheliche, aber legitimierte Kinder **1 2, 443.** — leg. per subsequens matrimonium, Nachholung der bei der Heirat vor 1900 nicht erfolgten Anerkennung nach 1900; Heirat nach 1900 **1 2, 148, 449.** — Erbrecht der L. in der Familie d. Legitimierenden **1 2, 449.** — maßgebendes Recht für Voraussetzung, Form, Wirkung einer vor 1900 erfolgten leg. per subs. matr. **2 1, 806.** — Wiederholung d. Eheschließung nach 1900 zwecks L. **1 2, 449; 2 1, 806.**

Recht des BGB. — L., wenn schon eine andere eheliche oder uneheliche Vaterschaft festgestellt ist **4 431.** — L. trotz vorheriger Ehelichkeitserklärung oder Annahme an Kindesstatt **1 2, 148; 2 1, 667.** — Name des legitimierten Kindes **1 2, 148.** — analoge Anwendung d. § 1592 Abs. 2? **1 2, 89.** — Umfang d. Rechtsvermutung des § 1720 Abs. 2 **1 2, 148.** — Randvermerk im Geburtsregister **4 431.** — unrichtige Erklärung des Ehemanns über seine Vaterschaft **1 2, 148.** — Gegenbeweis gegen § 1720 Abs. 1 **5 523.** — Nichtigkeit der Ehe **1 2, 148.** — L. zulässig trotz früherer Heirat d. Mutter mit einem Dritten, der dem Kinde seinen Namen gab **2 1, 667.** — Zuständigkeit z. Aufnahme d. Vaterschaftsanerkennnisses nach § 1720 Abs. 2 **3 2, 242.** — besondere Willenserklärung der Eltern oder des Kindes nicht nötig **1 2, 668.** — Anwendung des § 1592 Abs. 2? **6 503 (2).** — Anerkennung d. Vaterschaft in letztwilliger Verfügung **2 1, 668** (s. Vaterschaft). — bedingte, befristete Anerkennung **6 503.** — Anerkennung durch Stellvertreter **6 503.** — Feststellung der L. im Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit? **5 523.** — Eidesaufschiebung an die Mutter bez. der Vaterschaft **5 524.**

Legitimationskarte. — zwecks Ausschens von Bestellungen nach § 44 a GewD. vgl. Bestellungen.

Legitimationspapiere s. Schuldverschreibung auf den Inhaber, Namenspapiere, Inhaberpapiere. — Leistung an Geschäftsunfähige **4 253.** — Recht des Ausstellers, die Einlösungsberechtigung des Inhabers zu prüfen **4 253.** — Zinscheine von L. **5 314.** — Haftung aus dem Aussteller wider Willen abhanden gekommenen L. **5 316.** — Einschränkung des § 808 BGB. durch Vertrag **6 294.**

Sette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

Lehensrecht. — obervormundschaftliche Genehmigung zu Verfügungen des Vormunds über Lehensgrundstück 4 448.

Lehrer f. unerlaubte Handlung (§ 832), Unterricht, Schule. — Haftung f. Unfälle beim Turnen 1 1, 188 (f. Turnen). — Züchtigungsrecht (f. dieses) 3 1, 343; 5 329; 6 304 (2). — fahrlässige Verletzung e. Schülers bei Züchtigung e. anderen 7 135, 380. — Haftung bei Verletzung e. Schülers durch einen Mitschüler? 7 135. — Anspruch e. Privat-L. auf Erteilenbüßen d. Unterrichts während seiner Anstellungszeit? 7 242, 243. — Unfall d. L. infolge schadhafter Schulbänke (§ 618 BGB.) 7 253. — Einkünfte in Mecklenburg; Küster-Voraus 7 241. — Verletzung e. Schülers durch den abspringenden Bleistift des Schülers, auf den der L. schlug? 7 338. — Beamter nach § 839 BGB. 7 380.

Lehrling f. Lehrvertrag. — Klage gegen d. Meister auf Gelegenheit z. Anfertigung seines Gesellenstückes 4 952. — zwingende Zurückführung 4 964. — Besuch der Volks- u. Fortbildungsschule 4 965 (f. Fortbildungsschule). — Handeln vor L. seitens e. Fabrikarbeiters 4 965. — als Fabrikarbeiter 4 969. — Haftung d. Lehrherrn nach § 832 BGB. f. unerlaubte Handlung. — Überlassen e. L. an e. anderen Betriebsunternehmer zur Aushilfe 7 234, 248, 249.

Lehrvertrag vgl. Lehrling. — rechtl. Natur 7 239, 240. — Form 2 1, 59. — Mitunterzeichnung seitens d. Minderjährigen, Folgen d. Fehlens d. Unterschrift 2 1, 683; 4 964. — Lehrverhältnis Arbeitsverhältnis nach § 113 BGB.? 4 28. — Anwendung der §§ 323—325 BGB. bei Entziehung d. Befugnis zum Halten von Lehrlingen 3 1, 159. — Retentionsrecht d. Lehrherrn an d. dem Lehrling gehörigen Kleider, Werkzeug usw.? 4 101. — Herabsetzung e. als eventuelle Vertragsstrafe vereinbarten Lehrgelbes nach § 343 BGB.? 1 1, 259. — L. zw. Vater u. Sohn; Anwendung der §§ 126b, 150 Ziff. 4a GemD.? 4 964. — Abschluß durch den mit d. Fürsorgeerziehung betrauten Kommunalverband 4 964, 965 (f. Fürsorgeerziehung). — Lehrlingsverhältnis ohne schriftlichen Vertrag 4 965. — Aufsichtspflicht des Arbeitgebers in gewerblicher u. anderer Beziehung 4 965 (vgl. unerlaubte Handlung, § 831). — Betrauen e. Lehrlings mit d. selbständig technischen Leitung e. Filiale als Verstoß gegen die Ausbildungs-pflicht 4 965. — Haftung d. Lehrherrn für e. vom Lehrling angerichteten Schaden 4 965. — Verlassen d. Lehre wegen Verstoßes d. Lehrherrn gegen seine Ausbildungs-pflicht 4 965. — körperliche Züchtigung d. Lehrlings 4 965 (f. Züchtigung). — Übertragung d. Züchtigungsrechts auf Ver-

treter des Lehrherrn 4 965. — Entschädigungspflicht im Fall berechtigten Verlassens der Lehre, Berufswechsel 4 965, 966. — Entschädigung bei Austritt d. Lehrlings wegen Krankheit 4 966. — Frist f. Entschädigungs-Klage bei vorzeitiger Vertragslösung; Beginn, rechtl. Natur der Frist der §§ 127 f. GemD. 4 966. — zur Annahme von Lehrlingen berechnete Personen; Übergangsrecht für § 129 GemD. 4 966. — Ausstellung d. Zeugnisses für ein Gewerbe, für das der Lehrherr nicht den Anforderungen des § 129 GemD. entspricht 4 966. — Einfluß des Konkurses d. Lehrherrn 4 804. — Haftung d. Lehrherrn für vollständige Ausbildung d. Lehrlings 7 239, 240.

Leibesfrucht f. nasciturus, Pflückschaft.

Leibgebingsvertrag (f. Anteile, Gütsüberlassung, Leibrente) 2 1, 445; 4 235. — inwiefern darf d. Landesrecht eingreifen? 1 2, 401. — Verdinglichung 1 2, 401. — Widerruf einer Schenkung 2 1, 772. — vor 1900 aus dem Leibgebend entstandene Schulverhältnisse 4 535. — württemberg. Recht 4 535. — Übertragbarkeit d. Rechts 4 536. — Verfügung des Ehemanns über den Anteil der Frau 4 536. — Einrede des nicht erfüllten Vertrags gegenüber der Klage des Anteilnehmers? 4 536; 5 619. — Zurückhaltung gegen Anteilansprüche 4 536. — Aufrechnung gegen Anteilansprüche 4 536. — Eintrag als Reallasten 2 1, 772. — Geltung des § 313 BGB. 1 1, 219. — Krankenverpflichtungsrecht; Eintrag ins Grundbuch 7 582. — Hypotheken z. Sicherung v. Leibgebingsansprüchen; Übergangsrecht (bayer. R.) 2 1, 795. — Wohnungsrecht als Bestandteil eines L. 7 427. — Recht auf unregelmäßig wiederkehrende Leistungen an andere Personen als den Übergeber 7 428.

Leibrente. — rechtliche Natur des L.-Vertrags 4 235; 5 281. — Dienstvertrag mit Pensionsabrede 1 1, 427; 4 235. — L.-Schenkungen 2 1, 445; 4 235. — besondere Regelung einer gegenseitigen Unterhaltspflicht durch L.-Vertrag 2 1, 445. — Unterschied zwischen Alimentations- u. L.-Vertrag 4 234. — Leibgebingsvertrag (f. diesen) 4 235; 2 1, 445. — in einem Vertrag zugunsten eines Dritten versprochene L. kein Teil des Nachlasses 5 145. — Form des L.-Vertrags 4 235. — nachträgliche schriftliche Erklärung des L.-Vertrags zu einem sonst formlos gültigen Vertrag 1 1, 427. — Form für das Versprechen eines Anteils 2 1, 445; 4 235. — zum Zweck d. Ausstattung abgegebenes Rentenversprechen 5 281 (f. unten). — „Erteilung“ des Versprechens im Sinne des § 761 5 281. — mer muß beweisen, daß die Person, auf deren Leben die Rente gestellt ist, noch

(Leibrente)

lebt? **4** 235. — Abstellung der L. auf mehrere Leben **4** 235. — Verzug des Schuldners; Rücktrittsrecht des Gläubigers? Schadenersatz wegen Nichterfüllung auch bezüglich der noch nicht fälligen Quoten **4** 235. — L. im Konkurs **1** 1, 427; **4** 235. — Stempelpflicht **5** 281. — Begriffserfordernisse; Abstellung auf Lebensdauer **7** 298, 498. — was kann Gegenstand der L. sein? **1** 1, 427; **4** 234 (Dienst, Gewährung von Rechten? Dienste als Nebenleistungen). — Abhängigkeit der einzelnen Leistung von einer Gegenleistung? **1** 1, 427. — Fälligkeit u. Klagbarkeit der einzelnen periodischen Leistung; Behandlungen im Konkurs **1** 1, 427 (s. oben). — Natur der Einzelleistungen **7** 298. — Dauer der auf das Leben eines anderen als des Gläubigers abgestellten Rente **1** 1, 427. — schuldhafte Herbeiführung des Todes des Leihers, auf dessen Leben die Rente steht, durch den Rentenschuldner **1** 1, 427; **4** 271. — Ausstattungsverprechen in Form eines Jahreszuschusses für die Dauer der Ehe als der Geschäftlichkeit bedürftiges L.-Verprechen? **5** 281; **6** 271 (s. Ausstattung); **7** 298, 498. — Erfüllung d. Verprechens auf Gewährung e. L. **7** 298. — Verhältnis des § 760 zu § 843; Recht des Richters, andere Zahlungsarten im Urteil anzuordnen? **7** 298. — Unterteilsvertrag als L.-Vertrag **7** 299. — L.-Verprechen als Bestandteil e. anderen Vertrags (z. B. im Rahmen e. Dienstvertrags); Form **7** 299.

Leiche f. Augenschein. — Leichnam als Sache? **1** 1, 27, 28; **3** 1, 26; **4** 23. — Pflicht des Arztes z. Herausgabe **3** 1, 284. — Eigentum an d. L. **7** 4. — unbefugtes Porträtieren e. Toten **7** 4 (vgl. Bild). — Erhumierung; zur Vornahme Berechtigte; Weigerung d. Kirchengemeinde **7** 532.

Leichtfuss f. Wucher.

Leihe. — rechtl. Natur **2** 1, 309; **3** 1, 241. — L. oder Darlehen **3** 1, 241. — Unterschied von Gefälligkeitsverträgen (s. diese) **7** 229. — Abzahlungsgeschäft in Form d. L. **3** 1, 242. — pactum de commodando **3** 1, 241. — entgeltl. L. von Aktien **3** 1, 241. — L. vertretbarer Sachen **3** 1, 241. — L. von Rechten **3** 1, 241. — Musterfendung keine L. **7** 230. — von e. Verschönerungsvereine aufgestellte Bänke **7** 229. — Sach-L. oder Sachverkauf? **7** 229. — L. zw. Hauseigentümer u. Unternehmer e. elektr. Anlage bez. d. Daches **3** 1, 242; **4** 187. — Besonderheiten d. Bitt-L. (Pretarium) **1** 1, 379; **3** 1, 241. — L.-Betrieb d. öffentl. Bibliotheken **4** 186. — „Gebrauch“ i. S. d. § 598 auch Benutzung z. Verpfändung **3** 1, 241. — „gestatten“ im § 598 **2** 1, 310. — Benachrichtigungspflicht d. Entleihers bei Notwendigkeit außergewöhnlicher Anwendungen f. d.

Sache **7** 230. — Erfüllungsort f. d. Rückgabepflicht (insbes. bei Musterfendungen) **7** 230. — Arglist d. Entleihers **2** 1, 310. — Rückgabe d. Sache in beschädigtem Zustande **1** 1, 379. — Haftung d. Entleihers bei vertragswidrigem Sachgebrauch für casus **2** 1, 310. — Verwendungen d. Entleihers **2** 1, 297; **6** 219 (Zurückbehaltungsrecht bzgl. Immobilien). — Rückgaberecht d. Entleihers vor Ablauf d. Zeit **2** 1, 310. — Rückforderungsrecht d. Verleihers (gegenüber d. Entleiher) **2** 1, 310; (gegenüber Dritten) **1** 1, 379; **2** 1. 297. — Leistungsunmöglichkeit **1** 1, 183. — Verjährungsfrist des § 606 anwendbar für die auf unerlaubte Handlung gestützten Ansprüche **6** 219. — analoge Anwendung d. § 599 auf ähnliche Fälle unentgeltlicher, ohne eigenes Interesse übernommener Verbindlichkeiten **6** 219.

Leihmöbel f. Möbelleihvertrag.

Leistung f. Rechtswang, Teilbarkeit, Teilleistung, Erfüllung und die dort Zitierten, Fälligkeit, Mahnung. — Begriff **5** 59; **6** 92, 153. — Gegenstand **1** 1, 147 f. — Unterschied v. d. Erfüllung **6** 153. — Voraussetzungen f. L.-Identität **7** 89. — Unterlassung als L. **2** 1, 118, 119; **7** 97 (s. Unterlassung). — L. u. Vorbereitungshandlung zur L.; Recht d. Gläubigers auf die Vorbereitungshandlung; Recht d. Schuldners auf Vergütung d. Vorbereitung bei späterer Nicht-L. **7** 97. — indirekte Verpflichtung z. L. **3** 1, 78. — L. durch Dritte bei gegenseitigen Verträgen **1** 1, 173. — L. durch einen Dritten bei Schuldverhältnissen des alten Rechts **2** 1, 785. — L.-zeit als Eigenschaft d. L. **2** 1, 118. — Erfordernis der Bestimmtheit **5** 83. — Vertragsstrafe ohne Bestimmung d. Bezugsberechtigten **7** 145. — Bestimmtheit bei Vorverträgen **7** 145. — „Abnahme v. Waren gehabter Qualität bis zu x Mark“ genügend bestimmt **7** 145. — Unbestimmtheit d. L.: Bestimmung d. L. durch d. Partei nach reinem Ermessen (freiem Belieben) **1** 1, 223; **2** 1, 213, 214; **6** 139; arbitrium e. Dritten **1** 1, 224; **2** 1, 214; **3** 1, 157; **5** 132; „offenbare Unbilligkeit“ des arbitrium **1** 1, 224; **2** 1, 214; **3** 1, 157; **5** 132; **6** 139. — Bestimmung d. Preises f. die von den Aktionären zu liefernden Rüben durch den Aufsichtsrat **6** 139. — Suzeffektivlieferungsvertrag, bei dem die Preise sich nach den Börsennotierungen richten sollen **6** 139. — Natur d. Klage auf Bestimmung d. L. (§ 315) **1** 1, 223. — Unwiderruflichkeit d. Bestimmung d. L. durch d. Partei **1** 1, 223. — Verzögerung d. Bestimmung d. L. durch d. Partei **1** 1, 223; **2** 1, 213. — Anwendung d. § 319, wenn die Bestimmung d. Dritten „nach sachverständigem Ermessen“ erfolgen soll **7** 154. — Vertrag mit Vereinbarung e. „ange-

meßenen" **§ 1 1, 224; 2 1, 214; 3 1, 157; 4 122; 7 154.** — „offenbare Unbilligkeit“ der Bestimmung des Dritten (§ 319) **7 154, 155.** — Beweislast in d. §§ 315 ff. **1 1, 224; 2 1, 214; 3 1, 157; 4 122; 5 132.** — Anwendung d. § 316 BGB., wenn die Preisbestimmung sich aus d. Vertragsnatur, aus Handelsgebrauch ergibt? **7 154.** — dispositive Natur d. § 319 **7 154.** — unentgeltl. u. entgeltl. Übernahme der Leistungsbereitschaft **2 1, 115.** — Verpflichtung aus Vorvertrag als Verpfl. **3. L.-sbereitschaft 2 1, 114.** — Leistungsgeschäfte **5 27, 28.** — Nichtigkeit d. L. wegen Unfittlichkeit d. causa? **2 1, 66; 4 44, 45, 46; 5 42, 43** (f. ungerechtfertigte Bereicherung).

Leistungsklage. — Begriff **2 1, 209.** — L.-Klage bei vorliegender, aber noch nicht festgestellter Unmöglichkeit **7 140.** — Unterlassungsklage als vorbeugende L.-Klage **5 68.**

Leistungsort f. Erfüllungsort.
Leistungspflicht. — gegenständl. u. zeitl. L. bei unbestimmt eingegangenen Schuldverh. **2 1, 116.**

Leistungsverzug f. Schuldnerverzug.

Leistungszeit f. Fälligkeit, Stundung, Lieferfrist, Preis. — Übergangsrecht **2 1, 784.** — L.-zeit als Eigenschaft d. Leistung **2 1, 118.** — Bestimmung e. Abladefrist bei Handelsgeschäften **7 657, 670.** — L.-zeit mangels e. Abrede **5 105.** — Erklärung, sich an feste L.-zeit nicht binden zu wollen **6 113.** — Recht d. Gläubigers auf sofortige L.; Berücksichtigung nötiger Vorbereitungsmaßnahmen d. Schuldners **7 122.** — verschiedene Bestimmung der L.-zeit f. einzelne Teile e. Leistung oder f. mehrere Leistungen **5 106.** — plus petitio temporis **1 1, 177.** — vorzeitiges u. nachträgliches Angebot **1 1, 177 f.** — L.-zeit bei „Lieferung bis zirka Ende e. bestimmten Monats“, bei Lieferfrist von ca. 6 Wochen **7 142 (2).** — Anwendbarkeit d. § 315 auch bzgl. d. L.-zeit **4 122; 5 131; 6 139.** — § 242 („so bewirken“) anwendbar **2 1, 123.** — Vereinbarung „der Leistung d. Anzahlung bei Auflassung“ **7 195.** — Bestimmung d. L.-zeit durch d. Schuldner nach billigem Ermessen **4 122; 5 131.** — L.-zeit b. Werkvertrag, mehrere Bestellungen verschiedener Kunden **1 1, 178.** — beim verzinsl. Darlehen **1 1, 178.** — Klausel „Zahlung Kassa“ **1 1, 178** (f. Handelsklauseln). — L.-zeit bei vereinbarter Lieferungsfrist **1 1, 178.** — L.-zeit bei binnen e. Frist geschuldeten Leistungen (Konkretisierung d. Zeitraums auf e. Zeitpunkt) **5 106.** — „geschuldete Leistung“ u. „Leistung, die verlangt werden kann“ **3 1, 118.** — L.-zeit b. Arbeitsvertrag **2 1,**

168. — L.-zeit f. d. Unterlassung **5 106.** — L.-zeit f. Geldleistungen aus e. gegenseitigen Vertrag **1 1, 178.** — L.-zeit f. d. Auskunftsplcht d. Erben d. Pflichtteilsberechtigten gegenüber **1 1, 178.** — „prompt“, „unverzüglich“, „Lieferung baldmöglichst“ **4 612; 6 678** (f. Handelsklauseln). — Beweislast **3 1, 118.**

Lehwillige Verfügung f. Testament, Ehevertrag, Erbvertrag. — vor 1900 an den schullosen Teil in einem Ehevertrag gemachte Zuwendungen bei Lösung der Ehe nach 1900; Anwendung des § 2077? **2 1, 812.** — Wirkung der auf Grund einer vor 1900 errichteten l. W. unter der Herrschaft des BGB. zur Wirksamkeit gelangenden Erbinsetzungen, Anwendung des § 2069 **3 1, 710** (f. Testament unter Auslegung). — Auslegung **1 1, 81; 3 1, 44; 4 42; 5 29.** — Anwendbarkeit des § 138 BGB. **4 47.** — Anfechtung f. Testament. — Verträge über Verfügungen v. Todes wegen (§ 2302); Übergangsrecht **3 1, 709.** — bedingte u. befristete Zuwendungen (unmögliche, unerlaubte Bedingung) **1 2, 239; 3 1, 613.** — ausschließend bedingte Zuwendungen **3 1, 613.** — reine Wollensbedingung bei l. W. unzulässig **3 1, 55.** — Abhängigmachen der Gültigkeit einer l. W. von dem reinen Wollen (Gegensatz: Handeln) eines anderen **3 1, 611.** — mehrere kopulative oder alternative Bedingungen e. Zuwendung **3 1, 613.** — beliebig wiederholbare Handlungen des Bedachten als Bedingung einer l. W. **3 1, 613.** — unsittliche, unverständliche Bedingungen **3 1, 613.** — faktatorische Klausel **3 1, 613.** — faktatorische Verfügungen **3 1, 613.** — nur Vermächtnisse enthaltende l. W.; wer ist Erbe? **1 2, 240.** — einseitige Anerkennung einer nchtigen oder anfechtbaren l. W. **5 556, 557** (f. **4 479**); **6 578.** — Anordnung d. Auszahlung eines Vermächtnisses, „wenn es mit Rücksicht auf den Nachlaßbestand u. den sonstigen Anordnungen des Erblassers tunlich sein sollte“ **6 544.** — Anordnung der Entscheidung aller Erbstreitigkeiten durch ein Schiedsgericht **1 2, 209, 258; 6 544.** — Verfügungsbeschränkungen d. Erben in e. vor 1900 errichteten l. W. **3 1, 691; 5 624, 625.** — Veräußerung u. Belastungsverbot bez. eines Nachlaßgrundstücks in einem Testament vor 1900 **5 624.** — l. W. über Unverletzlichkeit von Geheimnissen d. Erblassers **3 1, 46.** — Übergabe von Wertpapieren zur Verwaltung bei Lebzeiten d. Übergebers mit dem Auftrag, sie nach dem Tode des Übergebers dem von ihm bestimmten Zweck zuzuführen, ist l. W. **3 1, 583.** — testamentarische Anordnung der Leichenverbrennung **4 478, 506** (f. Beerbigung). — durch Vertrag eingegangene Pflicht, nicht oder in einem be-

(Lehwillige Verfügung)

stimmten Sinn zu testieren f. Erbvertrag. — Beauftragung eines Dritten mit der Ermittlung der im Testament genau bezeichneten Persönlichkeit des Bedachten; Anfechtung der Entscheidung des Dritten 4 500.

Leuchtgas. — Unfall durch Ausströmen von L. 4 106.

Leugnungstheorie. — bez. der Beweislast bei bedingten u. befristeten Verträgen (f. Beweislast) 1 1, 98; 2 1, 111; 3 1, 71; 4 63; 5 71.

lex commissoria. — Unterschied von Vertragsstrafe (f. diese) 7 167.

Licht f. Beleuchtung, elektrische Beleuchtung, Gas.

Lieferfrist f. Leistungszeit. — auf Abruf, f. Handelsklauseln. — sofortige Rüge der verspäteten Lieferung nötig? 5 704. — Leistungszeit bei vereinbarter L. 1 1, 178. — Beweislast f. Vereinbarung e. L. 4 99. — Unmöglichkeit der Einhaltung 1 1, 186. — Klausel, daß Betriebsstörung, Streik von Einhaltung der L. befreit (f. Streik) 7 68.

Liste schwarze 1 1, 479—484; 2 1, 67; 3 1, 359 (vgl. unerlaubte Handlungen, §§ 823, 826, Boykott). — Aufnahme e. ärztlichen Stelle in d. Kavete-L. 7 55 (vgl. gute Sitten).

Lizenz f. Patent. — an Namen 4 4. — verleihbar? 3 1, 241. — Übertragbarkeit? 1 1, 302. — Verzicht auf die L. 1 1, 296. — Rücktritt vom L.-Vertrag 1 1, 261. — L.-Vertrag über die Patentdauer hinaus 1 1, 87. — Pflicht d. Bestellers e. Werkes z. Zahlung von L.-Gebühren, wenn d. Unternehmer des Werkes ohne Wissen d. Bestellers eine einem Dritten patentierte Erfindung mit Zustimmung d. Erfinders verwendet 7 76. — L.-Vertrag über eine praktisch nicht ausführbare Erfindung 7 147.

locatio conductio irregularis. — in der Hausindustrie 2 1, 388.

locus regit actum f. „Rechtsgeschäfte“ unter Form.

Lohn f. Arbeitsvertrag, Belohnung, Preis, Truckverbot, Vergütung, Beschlagnahme. — Zuständigkeit f. L.-Streitigkeiten aus d. gewerblichen Arbeitsverhältnis 1 1, 384. — Stück- u. Akkord-L. 2 1, 337; 3 1, 252. — rüchständiger L. als Kaution 3 1, 252. — L.-Einbehaltung 1 1, 180, 182, 291 ff.; 2 1, 171, 244 ff.; 3 1, 119, 122, 183; 4 100, 140; 5 107, 157. — Abrede e. L.-Minderung 3 1, 183. — Abrede d. L.-Verwirkung 1 1, 292 f.; 2 1, 226, 244. — rechtl. Charakter d. L.-Vorschusses 1 1, 292, 384; 2 1, 245, 247, 311; 3 1, 183, 242; 5 157. — Rückerstattung d. L.-Vorschusses bei Beendigung d. Dienstverhältnisses 2 1, 364, 366. — L.-Zahlung, unrichtige (§ 138) Vereinbarungen bez. d. L. 4 46; 5 44. —

Verweigerung der L.-Zahlung mittels *exceptio non impleti contractus* 3 1, 158; 5 134. — Abzug vom Wochen-L. für gesetzliche Feiertage 2 1, 217; 5 136. — Ermächtigung des Minderjährigen zur Empfangnahme d. L. (§ 113 BGB.) 2 1, 44. — Verweisung bez. d. Lohnempfangs durch d. Arbeitgeber an e. Dritten (Zwischenmeister) 4 46, 194.

Bestimmungen der Gewerbeordnung. — Begriff des gewerblichen L. 4 959. — Zahlung durch Leistung an Zahlungsfahrig? 4 958. — Truckverbot; Verhältnis v. § 115 GewD. zu § 394 BGB. 1 1, 291, 292; 2 1, 244. — Naturallohnung nach GewD. unzulässig? 4 958. — Aufrechnung gegen d. L.-Forderung mit Gegenforderung aus Warenkreditierung nach GewD. unzulässig 4 958. — Aufrechnung gegen L.-Forderungen nach GewD. 4 958, 959. — Aufrechnung mit Schadensansprüchen d. Arbeitgebers 4 959. — Verhältnis des § 115 GewD. zu dem Aufrechnungsverbot des § 394 BGB. 4 959. — Anrechnung verabsfolgter Waren (§ 151 Abs. 2 GewD.) 4 958, 959. — Auszahlung d. L. zum Teil in Kantinenmarken? 4 959. — Anwendung des § 115 GewD. auf Gewerbetreibende, die e. Konzession nach § 33 GewD. besitzen 4 959. — Vereinbarung d. L.-Auszahlung erst, wenn d. Arbeiter ein Jahr im Dienst bleibt 4 959. — L.-Einbehaltung z. Sicherung gegen widerrechtlichen Austritt der Arbeiter (§ 119a) in Fabriken 4 959. — L.-Zahlung bei rechtmäßiger Entlassung im Laufe der Woche 4 962. — L.-Vergütung bei unrechtmäßiger Entlassung; Ausschluß durch Vertrag? 4 963, 964. — L.-Anspruch d. Betriebsbeamten, Techniker f. Arbeitsvertrag gewerblicher. — L.-Verwirkung d. Fabrikarbeiters; Begriff des „rüchständigen L.“ nach § 134 Abs. 2 GewD.; Verhältnis dieses f. zu § 394 BGB. 4 970. — L.-Verwirkung aus Ordnungstrafe nach § 134 b Ziff. 4 u. Abs. 2 GewD.? 4 973. — Vorschriften d. Fabrik-Arbeitsordnung f. Arbeitsordnung. — Feststellung des L. erst nach Fertigstellung d. Arbeit 4 972.

Lohnbücher f. Arbeitsvertrag. — Führung nach § 114a GewD. in Fabriken 4 958. — Herausgabe des L. bei Austritt 4 971. — Lohnzahlungsbücher d. § 134 Abs. 3 GewD. als L. nach § 150 Ziff. 2a aad.? 4 979. — Eigentum an L. 7 172, 243.

Loftomotivführer. — Angestellter im Sinne des § 622 BGB.? 2 1, 357; 4 200. — Trunkenheit als Entlassungsgrund 4 200. — Betriebsbeamter oder Werkmeister im Sinne der GewD.? 4 967.

Lösung f. auch Hypotheklösung, Eintragung. — L. eines Rechtes einer im Handelsregister gelöschten Aktiengesellschaft 5 624, 970. — L. eines L.-Vermerkes auf

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

Anweisung des Beschwerdegerichtes **3 2**, 166. — **L.** unzulässiger Einträge f. Eintragungen ins Grundbuch unter Eintragungsfähigkeit. — eines nach § 54 **GBD.** eingetragenen Widerspruches **6 1050**. — unbegründete **L.** einer Vormerkung oder eines Widerspruches im Wege der Grundbuchberichtigung durch Wiedereintragung zu beseitigen? **1 1**, 546. — unrechtmäßige **L.**, ihre Wirkung **1 1**, 531; **2 1**, 535 (gegenüber Nachhypotheken); **7 399** (gegenüber einer Vormerkung nach § 648 **BOB.**). — **L.** auf Grund einer Bewilligung, die der Notar auftragswidrig dem Schuldner vor der Zahlung behündigt hat **7 391**. — nach früherem Recht vorgemerkt, seit 1 **L. 00** nicht mehr eintragungsfähiger Rechte **2 1**, 538.

Lösung zeitlich beschränkter Rechte ohne Zustimmung des Berechtigten. — Widerspruch gegen die **L.**; Form des Widerspruches, Legitimation des Widerspruchenden **2 2**, 429. — keine Berechtigung zum Widerspruch, wenn keine Leistungen rückständig sind **5 971**. — **L.** des eingetragenen Widerspruches **2 2**, 429. — Rechte, bei denen Rückstände ausgeschlossen sind **2 2**, 429. — Recht auf ein standesgemäßes Begräbnis **7 957**. — bei solchen Rechten kein Eintrag nach § 23 **Abf. 2 GBD.** **6 1034**. — vormundschaftsgerichtliche Genehmigung der **L.**-bewilligung des Vormunds **3 2**, 156. — Bewilligung einer Eintragung nach § 23 **Abf. 2 GBD.** **4 835**. — **L.** einer zeitlich beschränkten Hypothek **6 1034**. — Grundbuchberichtigung nach ungerechtfertigter **L.** eines zeitlich beschränkten Rechtes **2 2**, 429.

Lösungsbewilligung. — einseitiger Widerruf **4 316**.

Lösungsverfahren elsäß-lothringisches. — Berechtigung des Hypothetengläubigers, während des Verfahrens die Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung zu betreiben **6 980**. — entsprechende Anwendung des § 64 **BOB.** **6 953**.

Lösungsvormerkung f. Eigentümershypothek unter: Verpflichtung zur Lösung.

Lose f. Lotterie, Spiel. — Handel mit **L.**; Untersagung wegen Unzuverlässigkeit des Händlers (§ 35 **GewD.**) **4 934**, **935**, **945** (vgl. Gewerbebetrieb). — Bedeutung d. Stillschweigens beim Loshandel **5 49**.

Lotse vgl. Seerecht. — Stellung zum

Schiffer u. zum Staat **6 709**. — Verschulden e. Zwangs-**L.** **2 2**, 261; **4 652**. — Haftung von Staat oder Kommune für Verschulden des Zwangs-**L.**? **5 17**; **6 715**.

Lotterie f. Lose, Spiel. — landesrechtliche Verbote des Spielens in auswärtigen **L.** gegenüber den in anderen Bundesstaaten genehmigten **L.** **1 1**, 430; **2 1**, 448; **4 238**. — Einwand des staatlichen Spielverbotes gegenüber der Klage auf Gewinnauszahlung **1 1**, 430. — Totalisator **L.**? **1 1**, 85, 430 (f. diesen). — Verkauf e. Loses unter Eigentumsvorbehalt **1 1**, 344. — Gesellschaft zwecks gemeinschaftlichen **L.**-Spielens **3 1**, 297; **4 230** (f. Gesellschaft); **7 289** (gegen die guten Sitten verstoßend?). — Statutier als Mitspielvertrag nach § 763 **3 1**, 304. — **L.**-Einnehmer Kommissiönär **2 2**, 4. — Vorfußleistung d. Auftraggebers bei Bestellung von Losen f. gemeinsames Spiel **7 280**, 291. — Serienlosengesellschaften f. Gesellschaften.

Lübed. — Vornamenänderung **5 4**. — Todteilung **2 1**, 800 (2). — unbeerbte Ehe; Übergangsrecht **1 2**, 436. — Erwerb von Grundstücken für die Gemeinschaft durch die Frau; obervormundschafliche Genehmigung **2 1**, 800.

lucida intervalla. — bei Geisteskranken i. **S.** des § 104 **Biff. 2, 3 BOB.** **5 28**, 29 (f. Geistesranke).

Lüden im Rechte f. auch internationales Privatrecht. — echte, unechte **L.**; Ausfüllung **2 1**, 755. — Ausfüllung im internationalen Privatrecht **1 2**, 329—338; **5 603**; **6 579**, 580. — Heranziehung des intertemporalen Rechts zur **L.**-Ausfüllung **5 604**; **6 579**. — Fortgeltung der örtlichen Anwendungsnormen d. früheren Landesrechts z. Ausfüllung d. **L.** des internationalen Privatrechts des **BOB.**? **6 580**. — Ausfüllung durch den Richter **2 1**, 121; **3 1**, 75, 79; **4 66**; **5 73**.

Luft. — als Gegenstand von Rechten **4 23**; **6 30**.

Luftrecht f. Eigentum u. Grenze des **E.**
Luftschiffer. — Haftung für herabgeworfene Sachen **7 338**. — Eigentumsverletzung durch zu niedriges Fliegen **7 339**. — Eigentumsverletzung bei Landung, unfreiwillige Landung **7 339**.

Lüge. — im Prozeß **7 721** (f. Prozeß).
Luftbarkeiten. — nach § 33 **b GewD.** f. Schaustellungen.

M.

Mädchenname. — Unterschrift mit dem **M.** **5 37** (f. Name, Ehefrau).

Magistrat f. Gemeinde.

Mahnung f. Verzug, Fälligkeit, Leistung. — Begriff und rechtlicher Charakter **1 1**, 201,

202; **2 39**, **198**, **199**; **3 1**, **143**; **5 123**; **6 131**; **7 142**. — Ort u. Zeit **1 1**, **202**; **2 198**. — Form **1 1**, **201**; **2 1**, **198**, **199**; **3 1**, **144**. — **M.** duldet keine Bedingung **1 1**, **97**. — Inhalt d. **M.** **2 1**, **198**. — ahud, plus u.

(Mahnung)

minus petitio bei d. M. **1 1**, 201, 202; **2 1**, 199; **3 1**, 144; **7 142**. — M. gegenüber vorübergehend Geistesgestörten **2 1**, 40. — gegenüber u. durch Minderjährige **2 1**, 42, 64. — bei Vereinbarung e. Lieferzeit von ca. 6 Wochen vor Ablauf dieser Frist **7 142**. — M. durch Bevollmächtigte **2 1**, 85. — Leistung an d. Gläubiger bei M. durch e. Vertreter (s. Verzug) **7 142**. — Rechnungszustellung u. M. **3 1**, 142; **4 114**; **7 142**. — Vorbringen in d. mündlichen Verhandlung ohne Geltendmachung als Prozeßanspruch **6 132**. — M. zur Auflassung **6 132**. — durch Zustellung e. die Erhebung e. neuen Anspruches ankündigenden Schriftsatzes **6 132**, 807. — Verbindung v. M. u. Aufforderung nach § 326 I **1 4 114** (s. gegenseitiger Vertrag). — M. mit Bestimmung e. Nachfrist **2 1**, 199. — M. ohne Angebot d. Gegenleistung gegenüber d. Zug um Zug zu leisten verpflichteten Schuldner **1 1**, 202. — Unzulässigkeit d. Verlegung d. „Zälligkeit“ hinter d. Rechtskraft d. auf Leistung gehenden Urteils **2 1**, 200. — Klagerhebung auch bei falscher Angabe d. Rechtsgrundes als M. **5 123**. — M. durch Postauftrag **4 114**. — Geltendmachung d. Retentionsrechts keine M. **3 1**, 143; **5 123**. — dies interpellat pro homine **2 1**, 199, 200; **4 114**; **5 123**; **6 132**. — M. bei Bestimmung d. Leistungszeit nach dem Kalender („Zahlung am 20. dez auf die Lieferung folgenden Monats“, „mit Semesterschluß“, nach dem Examen“, „Abruf per 1906“) **7 142**. — M. überflüssig: bei Erklärung d. Schuldners, nicht erfüllen zu wollen **1 1**, 203; bei Herausgabeanpruch aus Delikt **3 1**, 144. — Schuldnerverzug ohne M. bei erheblicher Abweichung von der kalendermäßig nicht bestimmten Leistungszeit **6 132**. — kein Verzug ohne M. b. Warenbestellung „per bald“ **3 1**, 145. — Erfordernisse d. M. bei Unterhaltsansprüchen **3 1**, 144. — M. bei Lieferungsgeäften auf Abruf **3 1**, 144; **4 144**; **5 123**; **7 142** (s. Abruf). — Abruf unter gleichzeitigem Bestreiten d. Kaufabschlusses **7 143** (2). — Einzelfälle, Auslegung von Erklärungen **3 1**, 144; **4 113**; **5 123**. — Kosten d. M., insbesondere bei M. durch ein Inkassobureau (vgl. Prozeßkosten) **7 142**, 143.

Mahnverfahren. — zur Zivilprozeßreform **7 851**. — Nebenintervention **3 2**, 363. — Überleitung in den Urkundenprozeß **3 2**, 534 (s. **1 3**, 231). — Übergang in d. ordentliche Verfahren **6 871**. — Abtreten des Anspruchs nach Rechtshängigkeit; Eintritt des Zessionars? **3 2**, 534, 444; **5 843**. — Klagerhebung nach Erlaß eines Zahlungsbefehls, ohne daß Widerspruch eingelegt war **3 2**, 534. — Zulässigkeit

für künftige Forderungen **1 3**, 231. — Zulässigkeit für gerichtlich überwiesene Forderungen **3 2**, 533. — M. bei abgetretenen Forderungen wegen Herausgabe der Zessionsurkunde **3 2**, 533. — über die im M. verfolgbaren Ansprüche vgl. auch Urkunden- u. Wechselprozeß. — Vereinbarung e. ausschließlichen Gerichtsstandes **4 724**. — Eingabe um Zahlungsbefehl an ein unzuständiges Gericht **4 723**, 724; **5 843**. — Verlegung des Wohnsitzes seitens des Beklagten vor Zustellung des Zahlungsbefehls **5 843**. — unvollständiges Gesuch um Zahlungsbefehl **4 723**. — Zustellung der das Gesuch um Erlassung e. Zahlungsbefehls zurückweisenden Entscheidung nach § 329 ZPO. an den Gläubiger? **6 871**. — Berichtigung e. Zahlungsbefehls nach § 319 ZPO.; unrichtige Bezeichnung des Schuldners im Antrag u. im Zahlungsbefehl **6 825** (s. Urteil).

Widerpruch. — Unterschrift des schriftlich eingelegten W. **3 2**, 534. — Zurücknahme des W. unwirksam? **1 3**, 231; **5 842**; **6 871**. — W. gegen den persönlichen Anspruch bei Zahlungsbefehl aus einer Hypothek; Wirkung bez. des dinglichen Anspruches **1 3**, 231. — Zurücknahme des Zahlungsbefehls nach W.; Kostenurteil gegen den Kläger **3 2**, 533/534; bei amtsgerichtlicher Zuständigkeit analoge Anwendung des § 271 ZPO. **4 723**; bei landgerichtlicher Zuständigkeit: besondere Klage des Schuldners auf Kostenersatz oder Ladung vor das O. oder LG. wegen der Kosten? **4 723**. — teilweise Einklagung der Mahnsomme nach W. **5 842**. — Wiederholung von Klagegrund und Anspruch in der Klage oder Bezugnahme auf den Zahlungsbefehl? **5 786**, 842; **6 794**. — Erhebung der Klage bei einem anderen Gericht als dem des Zahlungsbefehls wegen vereinbarten ausschließlichen Gerichtsstandes **4 724**. — Klage bei dem O. nach Erhebung des W., wenn die Hauptsache bezahlt wurde; Kostenurteil **7 851**. — Unterbrechung durch Konkursausbruch zwischen Zustellung des Zahlungsbefehls u. Erhebung der Klage **4 724**. — Erlöschen d. prozeßualen u. materiellen Folgen d. Rechtshängigkeit bei Unterlassung rechtzeitiger Klagestellung beim O. nach W. **1 3**, 231. — Erlöschen d. Rechtshängigkeit vor Ablauf der 6 Monate des § 697 ZPO., wenn die nach materiellem Recht geltende Verjährung kürzer ist **7 851**. — gelegentlich der W.-seinlegung vom Widersprechenden dem Gericht gegenüber abgegebene u. von diesem der Gegenpartei übermittelte empfangsbedürftige Willenserklärung (Zahlungsverprechen) **6 871**.

W o l l s t r e d u n g s b e f e h l. — können

im Zahlungsbefehl übersehene Kosten im B. geltend gemacht werden? **3 2, 534.** — gegen mehrere Schuldner nach Kopftheilen **5 180.** — erneute Prüfung der Zuständigkeit **4 724.** — Erlassung des B. nach Zurücknahme d. Widerspruchs **6 871.** — Ladung des Gläubigers durch den Mahnschuldner innerhalb der 6 monatigen Frist vor das UG. mit dem Antrag auf Abweisung des Mahnanpruches, nachdem vorher das UG. den Einspruch gegen den 300 M. übersteigenden Zahlungsbefehl für zulässig erklärt hatte **5 842.** — Fortsetzung d. Mahnverfahrens seitens des Zessionars **5 843 (s. 3 2, 444).** — kann das UG. bei Einspruch gegen einen auf mehr als 300 M. lautenden B. den B. aufheben oder hat es sich auf den Auspruch zu beschränken, daß der Einspruch frist- u. formgerecht eingelegt sei? **6 871.** — Pfändung auf Grund des B.; ihre Wirksamkeit bei zulässig erklärtem Einspruch **4 724.** — Klage trotz rechtskräftigen B. **1 3, 145 (vgl. Rechtskraft, Urteil, Vollstreckungstitel); 1 3, 294 (behufs Erlangung einer Sicherungshypothek); 3 2, 585.** — Verlust des B.: Erteilung einer zweiten Ausfertigung? Festsstellungsfrage, daß er existiert habe? neue Klage aus dem ursprünglichen Schulverhältnis **1 3, 231; 4 724.** — Einrede der Rechtskraft bei Klage gegen den Rechtsnachfolger des durch B. Verurteilten **5 843.** — Verzicht auf die materielle Rechtswirkung des B. **4 724, 736; 5 859.** — Anfechtung eines im Einverständnis der Parteien wegen einer nicht existierenden Forderung erwirkten B. **1 3, 261 (s. Scheinprozeß); 5 859.**

Kosten des Mahnverfahrens. — bei Austragung des Rechtsstreites in einem außerordentlichen Verfahren (Urkunden- u. Wechselprozeß) **1 3, 231 (s. 3 2, 534); 4 724.** — R. eines nicht zustellbar gewesenen Zahlungsbefehles **1 3, 231.** — bei Zurücknahme des Zahlungsbefehles **3 2, 533, 534.** — wenn nach Widerspruch nicht zur mündlichen Verhandlung geladen, sondern neue Klage angestrengt wird **3 2, 534 (2).** — Anrechnung auf den nach § 81 G.R.G. zu zahlenden Gebührenvorschuß oder nur auf den Gesamtbetrag der Gerichtskosten? **3 2, 534.** — bei Zahlungsbefehl übersehene R.: Geltendmachung im Vollstreckungsbefehl? **3 2, 534.** — Anwendung des § 123 Z.P.O.; bei Verurteilung des Gegners der armen Partei zu den Kosten Übergang des Anspruchs auf die Gerichtskasse **6 871.** — vom gebührenfreien Landesfiskus erwirkter Zahlungsbefehl; Verlangen d. Gebühr f. d. Zahlungsbefehl, wenn der Schuldner vor Erlaß des Vollstreckungsbefehls zahlt **6 871.**

Maiensperrung (s. Ausperrung, unerlaubte Handlungen, § 826) 7 234, 250. — Beendigung oder Unterbrechung d. Dienstverhältnisses durch die M. **7 253.** — Haftung d. Schiffsmälers, der die Besingung eines Schiffes übernommen hat, für Verzögerung durch Beteiligung an d. Ausperrung der Schauerleute **7 689.**

Mäkler s. Kurzmäkler. — Kreis der unter § 35 Gew.D. fallenden Vermittlungsagenten f. Immobilienverträge **4 936.** — Darlehnsvermittler im Sinne des § 35 Gew.D.: entgeltliche Abgabe von gedruckten Katalogen mit Adressen von Darlehnsgebern **4 936.**

Mäklervertrag s. Mäkler, Handelsmäler; Ehemäkler s. Heiratsvermittlung.

Begriff und Einzelfälle. — Mäklerlohn e. dänischen Mälers bei e. von e. deutschen Firma mit einer amerikanischen vereinbarten Vertrag; anzuwendendes Recht **7 576.** — Rechtsnatur **1 1, 389; 4 209, 210.** — gegenseitiger Vertrag **6 254; 7 272.** — vor 1900 formlos (trotz Formvorschrift) geschlossener u. erfüllter Vertrag bei Eintritt des Erfolges nach 1900 **3 1, 694.** — Wert- oder M.-Vertrag? **5 241, 260.** — M. oder Gesellschaftsvertrag? **4 211; 7 273 (Gewinnbeteiligung).** — M. u. Dienst- bzw. Arbeitsvertrag **2 1, 323; 5 223; 6 257.** — unsittlicher M. (§ 138) **1 1, 403.** — Zurücknahme von Beschränkungen e. Mälerauftrages **6 254.** — widerspruchslöse Annahme der Dienste als stillschweigende Erteilung d. Auftrages **7 273.** — Arbeitsnachweis als bloße Empfehlung nach § 676 **3 1, 274 f.** — Rechtsverhältnisse der Stellenvermittler, Arbeitsämter **3 1, 275.** — Gesindevermieter **6 253.** — Tätigkeit bei Enteiung **6 257.** — Vereinigung zweier Personen zu e. Vermittlungsgeschäft als Gelegenheitsgesellschaft **3 1, 277.** — Anwendung des § 652 auf nicht gewerbmäßige Mäkler **6 254.** — §§ 652 ff. auf d. Arbeitsnachweis d. Innungen (Handwerkskammern s. diese) anwendbar **1 1, 400.** — §§ 652 ff. auf d. Vermittlung e. Kaufmann. Gesellschaftsvertrages anwendbar **1 1, 402.** — M. zw. e. Handelsangestellten u. e. Konfirrenzfirma s. Prinzipals **2 1, 69.** — Theateragent **6 253.** — Abtretung von Anteilen einer G.m.b.H.; Vermittlung des dinglichen oder bloß des obligatorischen Vertrags **6 257.** — Bau als Zeichnungsstelle Mäler? — Haftung **7 275 (s. Emission).** — Zusage e. Provision für den Fall, daß der Mäkler dem Gegner seine „Hilfe u. Unterstützung“ beim Vertragsabschluß ange-deihen läßt. M.? **7 275.** — Namhaftmachung e. verkäuflichen Grundstücks seitens eines Mälers an einen anderen gegen Versprechen der halben Provision **7 275.** — Vertrag, durch den e. Belohnung für e.

(Mäklervertrag)

Unterlassung versprochen wird, M.?
11, 400. — Versprechen e. Provision für bereits geleistete Bemühungen z. Geschäftsabchlüsse kein M. 11, 401; 31, 275 (s. 6 254); 7 211. — keine Vermutung für die Bevollmächtigteigenschaft e. Agenten 11, 401, 402; 4 210; 6 253. — Geltung d. § 652 auch f. Handelsmäkler 11, 402. — Formvorschrift d. § 313 bei fester Übertragung e. Grundstücksverkaufs 7 275.

Provisionsanspruch. — landesgesetzl. Vorschriften über die Höhe der Mäklergebühren 7 580 (s. 7 276). — Kaufaufzusammenhang zw. Mäkler-tätigkeit u. Vertragschluß 7 274. — Zusicherung d. Provision „für den Nachweis bzw. die Vermittelung“ 7 275. — Pflicht z. Zahlung d. Provision auch bei Nichtzustandekommen d. Vertrags im Falle e. Verzichts auf Widerruf d. Auftrags? 7 275. — Berechnung d. Provision nach dem Nominalwert der an Zahlungsstatt genommenen Papiere 7 276. — P. des Darlehensvermittlers 11, 402; 21, 389; 31, 278; 4 213; 5 259; 6 256; 7 275. — Versprechen e. Entschädigung des erfolglos tätig gewesenem Mäklers Schenkung? 31, 278; 4 211; 6 254; 7 211, 273 (s. Schenkung). — nachträgliche Versprechen e. Mäklerlohnes 6 254; 7 211 (s. oben). — P. b. Auftrag z. Grundstücksverkauf „fest u. unwiderstlich f. e. bestimmte Zeit“ i. F. d. Verkaufs durch d. Eigentümer selbst 11, 186. — formlose Provisionszusage für e. Grundstücksverkauf 6 254. — Vereinbarung d. Zahlung e. Provision bei formungünstigen Geschäften 7 273. — formlose Vereinbarung d. Mäklerlohnzahlung seitens des vom Grundstückskaufvertrag zurücktretenden Teils 31, 278. — Einrede des nicht erfüllten Vertrags gegenüber d. Klage auf Zahlung gestützt auf sachliche Verletzung d. Vertragspflichten 7 272. — Vereinbarung e. Pauschalsumme f. Dienstleistung u. Unkosten 5 255. — Abhängigmachen d. P. von der Auflassung 7 275. — Fälligkeit der aus der Anzahlung für das verkaufte Grundstück zu zahlenden Provision 7 275. — Fälligkeit bei Verkauf e. Hypothek 7 275. — Bestehenbleiben d. P. bei Wiederaufhebung d. vermittelten Vertrags 11, 402; 21, 390, 4 210; 6 254. — P. bei resolutiv bedingtem Vertragsabchluß? 11, 400; 21, 389; 31, 275; 4 210, 211; 5 255; 6 254. — P. nur bei Kenntnis d. Auftraggebers von d. Mäkler-tätigkeit vor Geschäftsabchluß 21, 390; 31, 276; 4 210, 212; 5 256; 6 255, 257; 7 274. — P. bei Zustandekommen e. Geschäfts mit abweichendem Inhalt 21, 391; 31, 276; 4 212; 5 259; 7 274. — kein P. bei Ungültigkeit d. Geschäfts wegen Formmangels 11, 402; wegen ver-

weiterter Genehmigung (d. Vorm.-Gerichts oder e. Dritten) 11, 402; insolge Anfechtung? 21, 389; 4 210; 6 254; 7 274. — P. bei nach § 125 BGB. nichtigen, aber von den Parteien ausgehaltenen Vertragsabchluß mit Vorbehalt freien Rücktritts für eine d. Parteien 11, 401. — Provision bei aufschiebend bedingten Verträgen 7 273. — keine Provision bei Nichterreicherung des bedungenen Preises 31, 278. — Vorenthaltung d. Provision seitens d. in Kenntnis des Doppeldienstes des Mäklers den Vertrag fest abschließenden Teiles 7 276. — Provisionsberechnung beim Tausche 5 260, 261; 6 257. — Vorbehalt d. Vereinbarung e. Provision 4 211, 213. — Bestimmung d. Provision nach §§ 315, 316 11, 223; 31, 278; 5 131, 261. — „angemessene“ Provision 4 213; 5 261. — „ortsübliche“ Provision 5 261. — Provision bei Schiffskäufen in Hamburg 5 261. — Berechnung der Mäklergebühr bei einer Kommanditgesellschaft 6 258. — füll-schweigende Vereinbarung e. Provision 11, 403; 21, 334 f.; 31, 275, 278; 4 213. — Beweislastverteilung bzgl. d. Lohnes; vereinbart oder üblich? 21, 392; 31, 275; 32, 449; 5 261. — landesrechtliche Höchst- u. Mindesttagen 7 276. — Begriff „Mittlern“ bei Grundbuchgeschäften (Position IV Nr. 15 d. Hamb. Mäklergebühren-taxe) 31, 278. — „Aufwendungen“ d. Mäklers 5 260. — kein Erlösanspruch d. Mäklers wegen f. Aufwendungen im Falle d. Widerrufs d. Auftraggebers 11, 403; bei erfolgloser Tätigkeit 6 257. — Herabsetzung d. „unverhältnismäßig hohen“ Provision 21, 392. — Herabsetzung allgemein üblicher oder polizeilich genehmigter Provisionsätze 6 258. — Herabsetzung bei bereits erfolgter Ratengahlung 6 258; 7 276. — Verh. d. § 655 zu § 138 II 4 214. — keine einredeweise Geltendmachung des Rechts aus § 655 11, 403. — Mäklergebühren als Vertragskosten i. S. d. § 407 31, 220; 4 164. — Übernahme d. Befriedigung d. Mäklers durch d. Käufer 5 260. — Abtretung des P.; Anfechtung der Abtretung 7 275. — Verhältnis der nach § 38 GewD. erlassenen preuß. MinD. v. 10. VIII. 01 (Rückzahlung d. Provision des Stellenvermittlers) zu § 652 BGB. 7 274.

Stellung und Tätigkeit des Mäklers. — Vereinbarung e. Verpflichtung d. Mäklers zu einer gewissen Tätigkeit 11, 401; 21, 389; 31, 274; 4 209, 211; 5 255; 6 253. — indirekte Verpflichtung d. Mäklers zur Tätigkeit 5 255. — Begriff d. Zuführens (eines Käufers) 21, 391. — Begriff d. „Unterhandlens“ 21, 392. — Begriff der „Vermittelung“ 31, 276 f.; 4 212;

5 259; 6 256. — Vermittlung eines Grundstückskaufs unter der Suspensivbedingung d. Auflassung 5 259; 7 275. — bloßes Annoncieren des Mäflers 6 257. — Benennung einer dem Auftraggeber bereits als verkaufs- oder kaufslustig bekannten Person 6 256. — Benennung eines Kauflustigen unter Zurückhaltung der Adresse 6 256. — Benennung einer dem Darlehnsucher bereits bekannten Landesbank 6 256. — Haftung d. Mäflers gegenüber d. Auftraggeber für Verschulden 4 210. — absichtliche Zuführung e. Zahlungsunfähigen 3 1, 351 (s. unten). — objektive Stellung des Mäflers zwischen den Parteien 1 1, 400; 4 211. — Vertragstreue des Mäflers, insbesondere vertragswidrige (?) Tätigkeit für beide Teile 2 1, 392; 3 1, 277, 278; 4 210, 213 f.; 5 256; 6 258. — Betrug d. Mäflers 3 1, 277; 4 214; 5 256. — Hintertreibung d. Vertragsabschlusses durch den M. 1 1, 403; 2 1, 392; 5 256. — Unanwendbarkeit d. § 654 bei Vermittlung eines Kaufsches 2 1, 392; 5 262. — Vertragstreue des Mäflers; Veranlassen des Gegenfötrahenten zu falschen Angaben; Nichtaufklären des Auftraggebers über die Person des Gegenfötrahenten 6 254, 255. — Haftung des Hausmäflers, der die Beschaffung von festen Geldern für zu bebauende Grundstücke übernimmt 6 255. — Zusicherung e. Teils d. Provision an den Gegner d. Auftraggebers zwecks Einwirkung auf den Auftraggeber 7 276. — Auftrag seitens d. Gegners d. Auftraggebers nicht Voraussetzung des § 654 7 276. — Erfundigungspflicht d. Mäflers bezgl. d. Solvenz d. Gegenfötrahenten? 1 1, 400, 402; 4 210. — Verwirrung d. Provisionsanspruchs bei bewußter Zuführung e. insolventen Käufers 1 1, 402; 2 1, 390; 3 1, 275 f., 351; 4 211. — kein Vertragsverhältnis d. Mäflers zum Gegenfötrahenten durch Anknüpfung von Unterhandlungen 1 1, 401; 4 210. — kein Recht d. Mäflers auf Auskunftserteilung seitens d. Auftraggebers 1 1, 401. — Überlassung eines Grundstücks zum Verkauf; Eigentumsübertragung an den Mäfler? 6 256, 257. — Kaufzusammenhang; Wiederaufnahme alter Verhandlungen; endgültiger Abbruch der Verhandlungen 6 255 (s. unten).

Stellung des Auftraggebers. — Bindung bis zu e. Termine 1 1, 401; 2 1, 391; 4 212; 5 258; 7 275. — Freiheit der Entscheidung für den M.; Widerrufsrecht 2 1, 391; 3 1, 276; 4 210; 5 257; 6 256 (Anwendung des § 324?). — Annahmepflicht d. M. nach Treu u. Glauben 5 258. — Genehmigung d. Tätigkeit d. Mäflers durch Geschäftsabschluß 1 1, 403. — Kaufzusammenhang zwischen Mäfler-

tätigkeit u. Vertragschluß 1 1, 402; 2 1, 390; 3 1, 276; 4 210, 212; 5 256 f.; 6 255. — absichtl. Ausschaltung d. Mäflers 4 212; 5 257; 6 255; 7 274. — Selbstverkauf durch d. M. 1 1, 233; 7 274. — *exceptio non impleti contractus* d. M. gegen d. Mäfler wegen betrügerischer Bestimmung zum Vertragsabschluß 5 134 (s. 7 272). — Klage gegen den Mäfler auf Vornahme der Mäflertätigkeit oder auf Schadensersatz wegen der Nichtvornahme 6 254.

mandatum ad agendum (s. Abtretung) 7 179.

mandatum post mortem 5 264.

Mängelanzeige und -rüge nach § 377 BGB. s. Handelskauf.

Mängel, Heilung prozessualer Mängel s. Rüge und prozessuale Mängel.

Mängelrüge prozessuale s. Rüge, prozessuale Mängel. — Klage Winderjähriger; unbenutzliche Rüge d. Mangels d. schriftl. Einwilligung des Vertreters 2 1, 44.

Manifestantenverzeichnis s. Offenbarungseid. **Manuskript.** — redaktionelle Behandlung; Hinweis auf Nichtvorhandensein einer Kopie durch den Autor nicht nötig 5 100. — Vertrag auf Fertigstellung e. angefangenen M. durch e. anderen Werkvertrag oder Gesellschaft? 7 259.

Märkische Ehegatten vgl. eheliches Güterrecht, Pflichtteil. — Erbrecht 1 2, 435; 2 1, 799; 3 1, 702 (Erb- u. Pflichtteilsrecht d. Witwe).

Marktpreis. — keine Eigenschaft im Sinne d. § 119 BGB. 5 33 (s. Eigenschaft).

Marktverkehr s. Wochenmarktverkehr. — Anwendung des § 56c GewD. (Versteigerung, Ausspielung von Waren) auf den M. 4 949. — Recht d. Polizei z. Regelung des marktähnlichen Verkehrs auf öffentlichen Straßen 4 951. — polizeiliches Verbot e. marktähnlichen Verkehrs außerhalb d. Marktplazes (Bayern) 4 951. — Anweisung fester Plätze an einzelne Besucher, während andere nur wechselnde Plätze bekommen 4 951. — Begriff d. M. 4 951. — Bestrafung von Übertretungen der Marktordnung als unbefugte Ausübung d. Gewerbebetriebs im Umherziehen? 4 951. — Marktstandgeld für das bloße Passieren des Marktes mit Stadtwaren? 4 951. — Pflicht d. Fiskus, bei Erhebung e. Marktstandgeldes für Instandhaltung des Platzes zu sorgen? 4 951. — Verbot des Ankaufs vor Beginn der Marktzeit 4 951. — Gebot der Verwendung amtlicher Wiegescheine 4 951. — Feilbieten im Umhertragen nach § 69 GewD. 4 951. — „Markt“ nach § 70 GewD. 4 952. — polizeiliche Anordnungen für Spezialmärkte (Gewährung von Vorrechten, Beschränkungen d. Gewerbebetriebs, Marktzwang) 4 952. — Übertretung nach § 149 Ziff. 6 GewD.; Vorschriften zur Verhinderung d. unbefugten

(Marktverkehr)

Errichtung e. Privatmarktes **4 979**. — Mindereinnahme e. Marktbesizers infolge Anweisung e. anderen Standes; Haftung **2 1, 499**.

Maschine. — als vertretbare Sache **1 1, 54; 4 23**. — wesentlicher Bestandteil e. Fabrikgebäudes **1 1, 55; 2 1, 30; 3 1, 27, 28; 4 24; 5 20, 21, 22, 24** (s. Bestandteil). — als Zubehör **2 1, 30, 34; 3 1, 28, 29; 4 24, 27; 5 21, 26** (s. Zubehör). — Eigentumsvorbehalt **5 20, 21, 23, 24** (s. diesen). — Irrtum über Betriebskosten **5 33**. — M.-Unfälle (s. unerlaubte Handlungen, § 823) **1 1, 463; 2 1, 151; 3 1, 102, 133, 347; 4 108, 271; 5 100, 233; 6 130, 306; 7 137**. — Vereinbarung d. Parteien, daß der Kauf- oder Werkvertrag über M., die wesentliche Bestandteile werden, als Mietvertrag zu behandeln sei; Rechtslage bei Konkurs d. Mieters **6 984, 992** (s. Aussonderung). — Montage e. zu liefernden M. als Nebenleistung d. Werklieferungsvertrages (s. diesen, Werkvertrag) **2 1, 268, 374; 7 272, 670**. — Haftung d. M.-Fabrikanten, wenn die Verlegung e. Dritten wegen mangelhafter Schutzvorrichtung erst im Betriebe d. Käufers stattfindet **7 333**. — keine Ablieferung d. M. vor Montage **7 670** (s. Ablieferung). — Klage auf Rückgewähr d. unter Eigentumsvorbehalt verkauften M. gegen d. Hypothekschuldner zu richten **7 437** (s. Hypothek).

Massegläubiger. — Wirkung d. rechtskräftigen Feststellung d. Anpruchs e. M. gegen d. Gemeinschuldner **2 2, 500**. — z. Zt. der Konkursbeendigung anhängige Prozesse **2 2, 500**. — z. Zt. der Konkursöffnung gegen d. Gemeinschuldner anhängiger, einen als Masse Schuld zu erachtenden Anspruch betreffender Prozeß; Aufnahme f. Konkursmasse. — Beerdigungskosten d. nach Konkursöffnung verstorbenen Gemeinschuldners **3 2, 268**. — kann im Konkurs der in getrennten Gütern lebenden Frau der Mann einen Beitrag zu den ehelichen Lasten verlangen? (s. Konkurs) **3 2, 255, 268**. — Anspruch d. M. auf Leistung d. Offenbarungseides durch d. R.-Verwalter **3 2, 255, 268**. — Geltendmachung e. Masseanspruchs neben der Feststellung als Konkursforderung zur Tabelle **3 2, 276; 6 994, 1001**. — Klage d. M. gegen den Konkursverwalter vor und nach Festsetzen d. Inzureichens der Masse für die M.; „Sichherausstellen“ im Sinne des § 60 R.D. **4 813**. — Klage des Verwalters gegen M. auf Freigabe oder Herausgabe bei Insuffizienz der Masse **4 813**. — Klage der einzelnen M. untereinander bei Insuffizienz d. Masse (s. § 60) **6 994**.

Massekosten. — Kosten d. Verwertung d. registrierten Hypotheken u. Wert-

papiere im Konkurs e. Hypothekenbank M.? **2 2, 500; 3 2, 268**. — Kosten d. Verhaftung d. Gemeinschuldners **2 2, 500**. — Vergütung d. Konkursverwalters **2 2, 500**. — Kosten d. Registrierung e. Geschäftsführers einer im Konkurs befindlichen G.m.b.H. **4 812**. — Kosten d. Rechtsstreits bei e. angemeldeten, vom Verwalter bestrittenen Forderung **5 951; 6 994**; vgl. **4 812, 813** (s. auch Konkurs unter Aufnahme anhängiger Prozesse).

Massekulten. — bei Verlangen d. Verwalters auf Erfüllung e. vor Konkursöffnung teilweise erfüllten Aufzessionslieferungsvertrages sind die Kaufpreise für die an den Kredit gemachten Lieferungen M. **5 944; 6 944**. — bei Eintritt des Konkursverwalters in e. vom Kredit als Käufer abgeschlossenen Kaufvertrag mit Eigentumsvorbehalt bis zur Bezahlung d. Kaufpreises ist d. Kaufpreis M. **5 946**. — bei Kündigung e. vom Kredit als Mieter abgeschlossenen Mietvertrages (nach § 19 R.D.) Mietzins vom Tage der Konkursöffnung ab M. **2 2, 488**. — bei Kündigung e. vom Kredit als Dienstherrn geschlossenen Dienstvertrages (§ 22 R.D.) Lohn u. Provisionsanspruch d. Angestellten von der Zeit der Konkursöffnung an M. **4 804**. — in Gütertrennung lebender Mann, der wegen Konkurses d. Frau das ihm zur Verwaltung überlassene Frauengut herausgeben muß **3 2, 261, 268** (s. Konkurs). — Prozeßkosten e. nach § 146 WbI. 3 R.D. aufgenommenen Prozesses **1 3, 46; 4 812, 813; 5 951; 6 994; 7 748**. — Kosten d. bei Beendigung d. Konkurses anhängigen Prozesse **2 2, 500**. — Provisionsanspruch d. Handlungsgehilfen **4 804, 813; 5 951 (2)**. — Provisionsforderung e. Handlungsagenten aus vor Konkursöffnung vermittelten, aber erst nachher vom Verwalter abgeschlossenen Geschäften **3 2, 268**. — Handlungsagent, der nach Eröffnung des Konkurses über d. Prinzipal seine Tätigkeit für unaufschiebbare Geschäfte fortsetzt **3 2, 261**. — vom Konkursverwalter nach § 22 R.D. zu zahlende Löhne **3 2, 268**. — Verpflichtung d. Verkäufers e. Grundstücks zur Befreiung e. Hypothek **3 2, 268**. — Bereicherung d. Masse nach § 59 Ziff. 3 bei dinglicher Übereignung der gekauften Sache vor Konkursöffnung? **6 994**. — rechtlose Bereicherung d. Masse durch e. Darlehenssumme? **3 2, 268**. — rechtlose Bereicherung d. Masse durch den Überlös aus der Pfandverwertung **3 2, 268**. — bei Ausübung e. Wiederkaufs- und Wiederverkaufsrechts **6 994**. — Anspruch e. Nachhypothekars, dem gegenüber sich der Gemeinschuldner vor Konkursöffnung verpflichtet hat, eine Hypothek nicht zu seinem Nachteil auszunutzen

6 994. — Fortbenutzung e. vom Gemein-
schuldner zu Unrecht benutzten Patentes
durch den Konkursverwalter 6 994. —
Kosten eines durch Konkurs unter-
brochenen, vom Konkursverwalter auf-
genommenen Rechtsstreits, soweit sie vor
Konkursöffnung entstanden sind 7 748.

Waffenartikel. — nach Muster: Probe-
mäßigkeit 2 2, 204.

Waffeur. — Anwendung d. GewD. auf M.;
polizeiliche Beschränkung d. Titelführung
„geprüfter Waffeur“ 4 918.

Warenmeister. — Vertrag mit M. 4 194;
5 227.

Maximalhypothek s. Höchstbetragshypothek.
Maximalgeschäftshypotheken 2 2, 372.

Meerensart s. Kreditanitalien. — Zuständig-
keit d. Domanalämter z. Beurkundung von
Grundstücksveräußerungsverträgen 6 138.

Meer. — Eigentum des Staates am Meeres-
strand; Natur dieses Rechtes 1 2, 393.

Mehrheit von belasteten Grundstücken s.
Mittelbelastung.

**Mehrheit von Berechtigten, Eintragung ins
Grundbuch.** — Grundlage für die Ein-
tragung 2 2, 456 f.; 4 843. — Eintr. auf
Antrag des Vollstreckungsgerichts bei Be-
schlagnahme eines Anteils? 5 977. —
nachträgliche Eintragung 2 2, 457; 4 843;
5 980. — Änderung des eingetragenen
Anteilsverhältnisses bei Übergang eines
Bruchteiles von einem Miteigentümer
auf einen anderen 5 981. — Eintr. aus der
Zeit des alten Rechtes 2 2, 459; 3 2, 165;
5 981; 7 969. — Anspruch des Hypothek-
gläubigers auf Berichtigung der unzu-
reichenden Bezeichnung des Gemein-
schaftsverhältnisses der Eigentümer 2 2,
456. — Ein- und Austritt von Gesell-
schaftern, Eintragung ins Grundbuch
7 969. — Angabe des Anteils- oder
Gemeinschaftsverhältnisses bei Eser-
suchen von Behörden 2 2, 457. —
Eintr. „zu gleichen Rechten“ 5 981. —
Eintr. „zu gleichen Rechten und Anteilen“
3 2, 164. — Eintr. in Gütergemeinschaft
lebender Ehegatten „je zur Hälfte“ 4 843.
— mehrere Rechte unter einer Nummer
für einen oder mehrere Berechtigte 4 843;
5 980; 6 1047. — einseitliche Hypothek
unter einer Nummer für Gläubiger, die
jeder eine bestimmte Summe als Darlehen
gegeben haben 2 2, 458 f.; 4 843. — Be-
zeichnung des Anteilsverhältnisses durch
Angabe der Forderungsteilbeträge statt
der Bruchteile 7 969. — keine Rechts-
gemeinschaft bei mehreren Inbhabern
eines Wechsels oder zweier Gesamtbürgen;
Hypothekbestellung für sie, Gesamt-
gläubigerverhältnis nach § 428 BGB.
2 2, 458; 3 2, 164; 4 843; 5 981; 6 1047.
— gleichzeitige Bestellung von Nießbrauchs-
oder Wohnungsrechten für mehrere Per-
sonen an demselben Grundstück 5 980.

— Eintr. der jeweils einen Schuldsprengel
bildenden politischen Gemeinden (bayer.
R.) 4 843.

**Gemeinschaft zur gesamten
Hand.** — Begründung nur in den vom
BGB. vorgesehenen Fällen 2 2, 458. —
Gemeinschaft besonderer Art bei Grund-
besitzerwerb unter Verpflichtung der meh-
reren Erwerber zur Zahlung des ganzen
Preises 5 980. — Bezeichnung des für d.
G. z. g. H. maßgebenden Rechtsverhält-
nisses 2 2, 458; 5 980. — Eintr. aller Mit-
erben bei Umschreibung des Anteiles des
einen auf einen der anderen 2 2, 458. —
Ehegatten einzutragen „als Gesellschafter“
bei Grundbesitzerwerb zu gemeinschaft-
lichem Geschäftsbetrieb 5 980.

**Gemeinschaft nach Bruchtei-
len.** — Eintr. des Anteilsverhältnisses
erforderlich vor Übertragung oder Be-
lastung eines Bruchteiles oder Mehrbe-
lastung infolge Löschung des Rechtes auf
den anderen Bruchteilen 2 2, 457 f.;
6 1047; vor Eintragung einer Vor-
merkung 4 843; nicht erforderlich vor
Löschung auf dem ganzen Grundstück 2 2,
457; vor Übertragung des Anteiles
eines Miteigentümers an den anderen
2 2, 458; vor Eintragung von Rechten
für einzelne z. Bt. unbekannte Berechtigte,
deren Anteile noch nicht angegeben werden
können 2 2, 459; vor Verfügung von der Ge-
samtheit der Berechtigten 6 1047. — Rechts-
verhältnisse nach Auflösung der Gütergemein-
schaft 7 969. — gleiche Anteile der gemein-
sam erwerbenden Ehegatten od. Verlobten?
3 2, 165; 5 980. — Belastung von Bruch-
teilen durch d. Alleineigentümer gewordenen
früheren Miteigentümer 2 2, 457 f.

Mehrheit von Schuldnern u. Gläubigern
s. auch Schuldübernahme, Gesamthandver-
hältnisse.

Allgemeines. — Möglichkeiten d.
aktiven oder passiven Beteiligung meh-
rerer an e. Rechtsverhältnis 5 179. —
Leistungsidentität 7 188. — Rechts-
verhältnis z. „gesamten Hand“ 5 179. —
keine Unterscheidung zw. Korreal- u.
Solidarobligation im BGB. 1 1, 331;
5 181. — Korreal-, Solidar-, unechte
Solidarobligation 7 188. — Anwendung
d. §§ 420 ff. auf d. Unterlassungspflichten
2 1, 262; 5 179, 180, 185. — §§ 420 ff.
unanwendbar bei Verklagung des einen
auf Leistung, des anderen auf Duldung
2 1, 263. — Auslegung e. Klagenantrags
gegen mehrere auf e. teilbare Leistung;
Gesamt-Sch. oder Sch. nach Bruchteilen?
7 189. — §§ 420 ff. auf d. Rechtsverhältnis
d. „Kolonnenarbeiter“ unanwendbar 2 1,
262. — Rücktritt bei Vorhandensein einer
M. v. Sch. u. Gl. 1 1, 262. — Vor-
handensein mehrerer Ansetzungsberech-
tigten 3 1, 173. — Fortexistenz der nicht

(Wahrheit von Schuldnern und Gläubigern) mit abgetretenen Ansprüche bei e. Gesamtschuldverhältnis 4 146, 153. — Anwaltszuzug 7 190. — Anwendung d. § 432 BGB. auf die Gesellschaft? 7 191. — unechtes Gesamtschuldverhältnis, wenn neben dem Kaufpreis-Schuldner ein zweiter abstrakt die Zahlung der gleichen Summe verspricht 7 317. — Wirkung e. Novation 7 188. — vor 1900 entstandene Schuldverhältnisse 2 1, 786; 3 1, 694.

Geteiltheit der Schuld und Forderung. — „im Zweifel“ anteilweise Verpflichtung u. Berechtigung 5 180. — anteilweise Verpflichtung bzw. Berechtigung: Geld- \mathfrak{z} . d. Altelttern 1 1, 331; Ersatzgeldanspruch bei Feldschaden mehrerer Eigentümer 2 1, 263; Verkauf e. Grundstücks durch Miteigentümer zu gleichen Anteilen 5 180; Vollstreckungsbefehl gegen nicht als Gesamt-Sch. bezeichnete Sch. 5 180. — Beweislast bez. anteilweiser Verpflichtung u. Berechtigung (§ 420) 1 1, 331.

Passives Gesamtschuldverhältnis. — Verhältnis d. § 421 zur kumulativen Schuldübernahme 2 1, 257; 4 149, 150; 5 170, 172; 6 174, 179. — unechte Solidarität 1 1, 331; 5 181; 7 188. — Leistungsort bei Übernahme e. Schuld als Gesamt-Sch. neben dem bisherigen Sch. 6 178. — Gesamtschuldner: mehrere Auftraggeber bez. d. Rechtsanwalts- (Notariats-) gebühren? 1 1, 331; 2 1, 264; 3 1, 207; 4 153; 5 181. — mehrere Sch., von denen einer unbedingt, die anderen bedingt haften 2 1, 263. — mehrere Schadenserfahpflichtige (Baumeister) trotz selbständigen Verschuldens 5 180. — mehrere zur Zahlung e. Geldsumme Verurteilte 1 1, 331; 7 189. — Aussteller e. Prozeßvollmacht u. Anwalt bez. d. Stempelpflicht 3 1, 207. — Eisenbahn- (Straßenbahn-) Unternehmer (Unfall im Betriebe verschiedener Unternehmungen) 2 1, 263; 5 181. — Bürge u. Haupt-Sch. 5 181. — Eheleute als Mieter 3 1, 209, 235; 4 152, 155, 175 (f. Mierte). — Gesamthaltung mehrerer bei Streif 2 1, 366; 7 243 (f. Streif). — Schadenszufügung seitens eines d. mehreren Solidar-Sch. 7 191. — Grundstücksverkäufer u. -erwerber, vertreten vom nämlichen Bevollmächtigten als Gesamtschuldner bez. d. Gerichtskosten 4 153. — Haftung d. Erwerbers u. d. Veräußerers f. Gemeinde-Umsatzsteuer 3 1, 208. — solidarische Haftung d. Mitglieder e. nicht rechtsfähigen Vereins für Geschäfte ihrer Vertreter 5 12, 185; 6 180. — Haftung d. Mitglieder einer Kommunbrauerei 6 180. — nicht Gesamtschuldner: der persönlich u. der dinglich verpflichtete Sch. 5 182; als Streitgenossen belangte Eheleute 2 1, 263; assoziierte Anwälte? 1 1, 331;

5 183; Wechsel-Sch. u. nicht persönl. haftender Eigentümer 5 183. — Haftung d. Wechselausstellers f. die gegen d. Akzeptanten entstandenen Kosten? 6 719. — keine Gesamthaltung bei bloß objektiver Schadenszufügung ohne Verschulden 5 180. — Deliktshaftung von Vorstand u. Verein als Gesamt-Sch. 2 1, 19. — Haftung mehrerer aus e. gemeinschaftlichen Vertrag (§ 427) 3 1, 209. — Verhältnis der Gesamt-Sch. d. § 427 zueinander, Fragen d. Ausgleichung 1 1, 336. — Vertragsparteien bez. d. Vertragskosten 2 1, 264. — unechte Gesamtschuld; abstraktes Schuldversprechen e. Dritten \mathfrak{z} . Zahlung einer dem von einem anderen geschuldeten Kaufpreis gleichen Summe 7 189, 190. — § 427 auf e. gesetzliche Haftung nicht anwendbar 5 185. — Einfluß der festgestellten Geschäftsunfähigkeit eines d. Kontrahenten beim Gesamtschuldverhältnis 4 153. — Fassung der Urteilsformel bez. d. Sicherheidsnachlasses für verurteilte Gesamt-Sch. 3 1, 206. — exceptio doli d. G. bei Intervention eines solidarisch mit dem Frequentus haftenden Mit-Sch. 3 1, 207. — kein Erlöschen der übrigen Gesamtsforderungen e. Gesamtschuld bei Abtretung nur einer von ihnen 4 146, 153. — Verzicht auf die von einem Gesamt-Sch. bestellten Sicherheiten; Einrede der Arglist 6 178. — gehören die den Schadensersatzanspruch des § 326 Abs. 1 begründenden Voraussetzungen zu den im § 425 aufgezählten Tatsachen? 6 179. — Nichtanwendbarkeit d. § 422 auf d. Bürgschaftsverhältnis 2 1, 263; auf das Verhältnis zw. Schädiger u. Versicherungsgesellsch. gegenüber d. Beschädigten 4 153. — Mitbürgschaft; Veränderungen der Hauptschuld, Wirkung der für eine Mitbürgenverbindlichkeit eintretenden Tatsachen, insbesondere Befriedigung 1 1, 331 f., 335. — Wirkung d. confusio 7 189. — Wirkung d. Erfüllungshandlungen eines Gesamt-Sch. 1 1, 331. — Eintritt d. Wirkung d. § 422 I nur i. \mathfrak{z} . definitiver Erfüllungshandlung 5 182. — Unwendbarkeit d. § 422 auf d. Gesamtschuldverhältnis d. Wechselverpflichteten 1 1, 332. — in der Person eines Gesamt-Sch. eintretende Tatsachen: Unmöglichkeit der Leistung 1 1, 334; 4 153; Verjährung 2 1, 263; 3 1, 207; Verzug 2 1, 264; Rechtskraft u. Rechtshängigkeit 1 1, 334; Kündigung (d. Mietvertrags lediglich durch bzw. an d. Gemann) 3 1, 209, 235; 4 155; Kündigung e. Hypothek nur gegenüber einem der Gesamt-Sch. 1 1, 334. — Erlaß u. Vergleich im passiven Gesamtschuldverhältnis (§ 423) 1 1, 332 f., 334; 6 179 (2); 7 190. — Erlaß zugunsten eines Wechselregresspflichtigen 4 153. — Hinterlegung seitens eines Sch. 7 188.

— Gläubigerverzug, nachträgliche Erklärung d. Annahmefähigkeit **1 1, 333.** — Absicht, „das ganze Schulverhältnis aufzuheben“ (§ 423) **6 179.** — Minderung seitens eines Gesamt-Sch. (§ 474 BGB.) **7 190.** — Recht des befriedigenden Gesamt-Sch. auf Erteilung d. Vollstreckungsklausel aus Urteilen des Gläubigers gegen Mit-Sch. **6 179, 180** (s. **5 184**). — Befriedigung d. G. durch d. Sch. in Auftrag u. mit Mitteln des Bürgen; Nichtnennung des Bürgen; Anwendung des § 164 Abs. 2? **6 180.** — Pfändung d. Forderung gegen den Mann während eines gegen die Eheleute als Gesamt-Sch. geführten Prozesses **7 189, 190.** — Haftung der Eheleute aus e. vom Mann abgeschlossenen Vertrag (Wierlieferungsvertrag) **7 190.** — gesamtschuldnerische Haftung bei dem Bereicherungsanspruch **7 189, 191.** — Umwandlung der solidarischen in eine anteilige Verpflichtung bei Umwandlung d. unteilbaren Anspruchs auf Naturalrestitution in eine Geldforderung **7 191.**
Ausgleichungsanspruch. — Ausgleichung: einheitl. oder doppelter Regreß? **1 1, 335; 2 1, 264.** — *cessio legis* d. § 426 II **1 1, 335 f.; 2 1, 264.** — Umfang des Ausgleichungsanspruchs **1 1, 336; 3 1, 208.** — Anwendung des § 426 bei Zusammentreffen mehrerer Sicherungspflichtiger **3 1, 207.** — A. bei e. nur zugunsten eines Sch. wirkenden Erlaßvertrag **6 179.** — „soweit nicht ein anderes bestimmt ist“ im § 426 **3 1, 208; 4 155.** — Ausschluß d. A.-rechts aus Billigkeit? **5 183.** — Verjährung d. A.-spflicht **4 155; 6 179, 180.** — Wirkung d. Erlasses gegenüber e. A.-verpflichteten **5 182.** — Ausgleichung unter Mitbürgen **1 1, 335; 4 154; 5 182, 299; 6 179** (bei Zahlung des Haupt-Sch. für einen Mitbürgen). — Ausgleichung unt. Wechselverpflichteten **4 154; 5 182.** — Regreß bei e. durch Schuldbeitritt entstandenen Gesamtschuldverhältnis **7 190.** — gegenseitiger Regreß mehrerer für e. Gesellschaftsschuld bürgender Gesellschafter einer GmbH. **7 190.** — Ausgleichung unter mehreren bei e. Unfall beteiligten Eisenbahnunternehmern **4 155; 5 183.** — Ausgleichung unter mehreren bei e. Schiffsfollision beteiligten Reedern (§ 426 unanwendbar) **4 155.** — A.-spflicht zw. d. Schädiger u. Mitschuldigen **5 183.** — A.-spflicht zw. mehreren Mandanten e. Anwalts (Notars) **2 1, 264; 3 1, 207; 4 155; 5 181, 183.** — keine A.-spflicht d. Vormänner d. persönlichen Sch. insolge Verbiegung d. Hypothekgläubigers durch den nicht persönlich haftenden Eigentümer **5 183.** — Auskunftspflicht d. Gläubigers aus § 426 II **5 184.** — Fall d. § 426 II als Rechtsnachfolger i. S. d. § 727 B. d. **5 184; 6 179.** — § 426 im Übergangsrecht **1 1, 336.**

Aktives Gesamtschuldverhältnis. — Stellung der einzelnen Mit-eigentümer gegenüber dem Erlös einer verkauften, bisher in Miteigentum stehenden Sache **7 191.** — Arten d. Gesamtgläubigerhaftung **1 1, 336 f.; Mitbesitz 2 1, 264, 265; Gemeinschaftsdepot 4 155.** — Teilhaber e. offenen Handelsgesellschaft (bez. ihrer Rechte aus einem Kaufvertrag) **3 1, 207.** — Eintritt v. Tatsachen in der Person eines Gesamtgläubigers: Leistungsunmöglichkeit gegenüber einem Gesamt-G. **1 1, 337; Konfusion 1 1, 337; 7 189; Rechtskraft 1 1, 337.** — keine Aufrechnung mit der Forderung e. anderen Gesamt-G. **3 1, 209.** — Hinterlegung zugunsten eines Gesamt-G. **7 188.** — Kündigung gegenüber einem einzelnen G. **2 1, 264.** — Kostenvorshußpflicht i. F. d. § 369 II **5 151.** — Verhältnis d. Gesamt-G. zueinander **3 1, 209.** — Haftung mehrerer Fidejuziare f. vertragswidrige Handlungen **7 190.**

Mehrheit von Schuldner u. Gläubigern bei unteilbarer Leistung. — Begriff d. Anteilbarkeit **1 1, 337.** — Geldleistung mehrerer Mit-eigentümer aus ihrem Grundstück als u. d. **1 1, 338.** — Fall e. bei e. Werkvertrag auf d. Unternehmenseite bestehenden Gesamtschuldverhältnisses **2 1, 264.** — Haftung mehrerer vom Kranken zugezogener Ärzte als Gesamt-Sch. (§ 431) **3 1, 209.** — Verschuldung d. Unmöglichkeit (§ 431) einer u. d. **1 1, 338.** — Ausgleichung unter Gesamt-Sch. einer u. d. **1 1, 338.** — Fortfall d. Anteilbarkeit d. Leistung (§ 432) **1 1, 338.** — Ausgleichungspflicht unter d. mehreren G. **1 1, 338.** — Anwendung d. § 432 BGB. auf die Gesellschaft **7 293.** — Herausgabe der Sache an d. Verwahrer, keine Erzwingung durch das nach § 165 F. G. zu dessen Bestellung zuständige Gericht **1 1, 338.** — Eintritt von Tatsachen in der Person eines einzelnen G. **1 1, 338** (Rechtskraft). — Hinterlegung und *datio in solutum* i. F. d. § 432 **1 1, 338.** — Gemeinschaftlichkeit d. § 432 keine solche zur gesamten Hand **5 185.** — uneingeschränktes Pfandrecht jedes G. bei Nichtvorhandensein e. Empfängers d. G. **5 185.** — Kündigung v. Mit Eheleuten abgeschlossenen Mietverträgen **3 1, 209, 235; 4 155.** — Klage zweier Eheleute auf Rückgabe an die Ehefrau **4 156.** — Kündigung eines einzelnen G. wirkungslos **2 1, 265; 5 185.**

Meineid. — Herbeiführung d. Beurteilung e. anderen durch e. M.; Haftung **1 1, 471** (s. unerlaubte Handlung).

Meistertitel. — Führung des Titels „Meister“ oder „Zunngemeister“ allein **4 966.** — „Baugewerkmeister“ unter § 133 Gew. d. fallend? **4 966.** — im Ausland verbrachte

(Meistertitel)

Behr-, Gesellen- u. Meisterzeit **4** 966. — ausländische Gesellenprüfung **4** 966. — Übergangsrecht; Art. 8 G. v. 26. VII. 97 **4** 966.

Meistgebot s. Zwangsversteigerung unter Bieten.

Mennoniten. — Eidesleistung in Elsaß-Lothringen **4** 709.

Menschlicher Körper s. Leiche. — keine Sache **2** 1, 27. — Rechte an amputierten Teilen **1** 1, 53; **4** 23. — künstliche Körperteile keine wesentl. Bestandteile **2** 1, 30.

Mentalreservation s. geheimer Vorbehalt.

Meßger vgl. Schlachthaus.

Miete vgl. Ertragsfähigkeit, Untermiete, wiederkehrende Leistung. — Landesrechtl. Räumungsfristen bei Immobiliarräumen **6** 590.

Übergangsrecht **1** 2, 420. — Beschränkung des Art. 171 GGWB. auf „gesetzliche Kündigungsfristen“? **1** 2, 420, 421, 422. — vereinbarte ungleichartige Kündigungsfristen **1** 2, 420, 421, 422; **4** 545. — Unmöglichkeit einer Kündigung **1** 2, 420; **3** 1, 695 (2). — Unmöglichkeit d. Kündigung für eine Partei **2** 1, 787; **4** 545; **5** 627. — nur subsidiäre Anwendbarkeit des BGB., falls keine Vertragsbestimmungen vorhanden sind **1** 2, 420, 421; **2** 1, 787, 788. — stillschweigende Fortsetzung des Vertrags **2** 1, 787, 788 (2). — keine Anwendung d. Art. 171 GGWB., wenn kein Kündigungs-, sondern nur ein Rücktrittsrecht besteht **2** 1, 787. — Anwendung der §§ 540, 541, 544 auf M.-Verträge des alten Rechts? **1** 2, 422. — Anwendung des § 570 auf Verträge des alten Rechts **2** 1, 788. — rückwirkende Kraft des § 567 BGB. (Kündigung bei M.-Verträgen über 30 Jahre)? **1** 2, 422; **6** 592, 593, 595. — „erster Termin“ im Sinne des Art. 171 GGWB. **1** 2, 421. — Anwendung des Art. 171 auf das außerordentliche Kündigungsrecht? **1** 2, 421. — Anwendung des § 138 Abs. 2 BGB. auf am 1. I. 00 bereits bestehende M. **1** 2, 422. — Abänderung eines vor 1900 geschlossenen Vertrages **1** 2, 423 (s. zeitliches Anwendungsgebiet). — französisches Recht **1** 2, 421. — Anwendung des § 559 auf vor 1900 geschlossene Verträge **1** 2, 423 (2). — Vermieterpfandrecht **1** 2, 420, 422; **4** 545. — Entstehen d. R.-Pfandrechts **2** 1, 789. — Erlöschen u. Dauer eines Vermieterpfandrechts des alten Rechts **1** 2, 422; **2** 1, 789; **5** 628. — Fortdauer des nach altem Recht bestehenden Vermieterpfandrechts **1** 2, 422; **2** 1, 788. — nach alt. Recht gegebenes Zurückbehaltungsrecht des Vermieters **1** 2, 422. — Vermieterpfandrecht bezüglich der erst nach dem für Anwendung des BGB. maßgebenden Zeitpunkt in die Wohnung eingebrachten Sachen eines

Dritten **5** 627. — durch Eintragung dinglich gemordene M.-Verträge **2** 1, 789, 790, 795. — Verjährung von Ansprüchen aus alten M.-Verträgen **4** 545. — maßgebendes Recht s. die aus der Vertragsauflösung sich ergebenden Ansprüche **2** 1, 787, 788; **3** 1, 695. — Beurteilung d. Rechte der einen Partei nach altem, der anderen nach neuem Rechte? **2** 1, 788. — keine Anwendung des Art. 171 GGWB. auf die Form d. Vertrages **3** 1, 695. — vor 1900 geschlossene, aber erst nachher anzutretende M. **3** 1, 695. — nach 1900 getroffene Vereinbarung, daß es bei den alten Vertragsbestimmungen verbleibe, als Untervermietung unter das alte Recht? **3** 1, 696. — Auslegung e. vor 1900 geschlossenen M.-Vertrages **4** 544; **5** 627. — Einfluß einer vor 1900 erfolgten Veräußerung der M.-Sache **1** 2, 423. — Einfluß einer nach 1900 erfolgten Veräußerung d. M.-Sache auf M.-Verträge des alten Rechts **2** 1, 789. — nach d. 1. I. 00 vorgenommene Vorausverfügungen des Vermieters über den M.-Zins **1** 2, 423. — Art. 172 GGWB. auf Zwangsversteigerung nicht anwendbar **1** 2, 423 (2); **2** 1, 789; **3** 1, 696. — Art. 172 GGWB. auf Veräußerungen, die einem den Landesgesetz vorbehaltenen Gebiet angehören, nicht anwendbar **2** 1, 789. — vor 1900 dinglich geschlossene M.-Verträge **1** 2, 422; **2** 1, 795 (Bezug der Wohnung nach 1900). — nach 1900, aber vor Anlegung d. Grundbuchs geschlossene dingliche M.-Verträge **2** 1, 795 (s. oben).

Allgemeines. — Begriff der M. **6** 206. — ein dingliches Recht? (mit Hinsicht auf § 571) **1** 1, 374 f.; **2** 1, 305, 530; **4** 176; **7** 216 (s. oben Übergangsrecht). — Eintragung d. M.-Verhältnisses im Grundbuche, de lege ferenda-Vorschlag mit Hinsicht auf § 571 **4** 183. — M.-Recht nicht eintragungsfähig **2** 1, 293; **2** 2, 403; **6** 1023; **7** 216, 399. — M.-Recht als „sonstiges Recht“ im Sinne des § 823 **1** 1, 365 (s. unerlaubte Handlung). — § 823 anwendbar auf Verletzung d. Besitzrechts des Mieters **4** 176. — M. als „Recht“ im Sinne des § 95 **1** 1, 55. — Vor-M. **1** 1, 378; **7** 217. — Besitzverhältnisse an d. M.-Sache **7** 216. — M. im Konturs (s. diesen) **7** 216. — Gattungsm. **5** 79. — M. über e. d. Mieter gehörige Sache **4** 176; **5** 126. — Hausvermietung durch Nichtigentümer **3** 1, 125. — Grundstücksvermietung durch d. Scheineigentümer **4** 183. — doppelte Vermietung **5** 110. — Abrede d. Eintritts e. neuen Mieters unter Fortdauer d. Vertragspflicht d. bisherigen Mieters **5** 206. — Verhältnis d. Arbeitsvertrags zur M. **2** 1, 320 s. — M. oder Pacht? **1** 1, 379; **3** 1, 240. — Überlassung von Räumen für einen Gewerbebetrieb, e. Restaurants,

Theaters, e. Fabrik, Mühle usw. M. oder Pacht? 5 207, 219; 6 207; 7 215. — M. einer Wohnung mit Garten als Kombination von M. u. Pacht 1 1, 362. — Pensionsvertrag als Abart d. gemischten M. 4 174. — Vertrag zwischen dem Personem z. Verherbergung aufnehmenden Gastwirt u. dem Gast 6 205. — Vertrag mit Schank- u. Speisewirt 6 206 (2), 207, 208. — M. möblierter Zimmer mit Befestigung 4 174. — Jagdpacht 5 218; 6 217, 218. — Bankfassevertrag (s. Schranfasse) als M.-Vertrag? 1 1, 362, 378; 2 1, 292; 3 1, 240; 4 173 f.; 5 206; 6 205, 218; 7 215 (Vermieterpfandrecht), 216. — Abonnementstelefon als Sach.-M. 3 1, 230; 7 215. — Postfach.-M. 7 215. — Elektrizität, Gas als Gegenstand e. M.? 1 1, 362; 3 1, 230; 7 215 (2) (s. Gaslieferung). — Pächtervertrag Sach- oder Dienst.-M.? 2 1, 293; 4 194. — Schlafwagenbillet 7 215. — entgeltl. Überlassung d. Ausübung e. Wohnungszrechts d. § 1093 als M. 1 1, 362; 7 215. — Benutzung e. Rahnes 5 207. — Sicherung des Maschinenlieferanten durch Abschluß eines „M.-Vertrags“ an Stelle des Kaufes 6 206 (s. Maschinen, Bestandteile). — Beschälvertrag keine M. 5 207. — Überlassung v. Feldern e. Theatervorhanges, d. Innenflächen v. Wagen zur Reklame 2 1, 293; 7 217. — M. des Inseratenteils einer Zeitung 6 219. — Übernahme e. Hotelinventars gegen Tare u. feinerzeitige Rückübernahme 7 100. — Erwerb e. Fels für e. Bergtour keine M. 5 207. — M. eines Fuhrwerks mit Kutscher 7 217. — Überlassung e. Schiffes einschließl. d. Mannschaft 7 217. — M.-Vertrag über e. Bordellgrundstück 3 1, 47; über Bordellmobilien 5 44. — Auslegung e. M.-Vertrages über ein Wohnhaus mit darin befindlichem Geschäft 5 85. — M. mit Vereinbarung der Lieferung von Dampfstaft oder Elektrizität als einheitliches Ganzes 1 1, 362; 3 2, 259. — Vermietung einer Drehmaschine mit Bedienungsmannschaft 2 1, 293, 374 (s. Drehmaschine). — Vermietung e. Wohnung mit Zentralheizung 2 1, 374. — M. mit Vorkaufsrecht 4 168. — Wiederaufleben e. lebenslänglichen M.-Vertrages falls der zwischen Mieter u. Vermieter geschlossene Kauf über das M.-Grundstück infolge e. Wiederkaufsrechts d. Vermieters wegfällt 7 69. — Wirkung e. vom Haushaltungsvorstand abgeschlossenen M.-Vertrages s. d. Familienangehörigen 7 165. — mietweise Überlassung d. verkauften Sache an den Käufer unter Rückgängigmachen d. Kaufes 7 222. — Feststellungsfrage im M.-Verhältnis 5 207. — Zwangsvollstreckung in das Recht des Mieters auf Gewährung d. Gebrauchs der M.-Sache 4 174. — keine Wirkung d. Urteils über d. Mietforderung gegen den Mieterillaten psän-

denden Gläubiger 5 207. — Berücksichtigung der Ortsitte b. M. 2 1, 296. — Hausordnung als Vertragsbestandteil, Auslegung 7 216. — Anwendung des § 420 BGB. bei mehreren Vermietern? 7 217 (s. Mehrheit von Gläubigern). — Preisanschlag bei Zimmern in e. Hotel i. F. d. anderwärtigen Einnahme d. Mahlzeiten 4 175. — M.-Vertrag mit Bestimmung e. gegen e. baupolizeil. Vorschrist verstoßenden Benutzung d. Räume 5 207. — Nichtigkeit von d. M.-Zweck widersprechenden Klauseln 4 176. — den Mieter insolge weiterer Vermietung seitens des Vermieters treffende Mehrausgabe an Versicherungsprämie 6 206. — kann der Mieter eine durch sein Verhalten herbeigeführte Minderung der Versicherungsprämie des Vermieters diesem anrechnen? 6 206 (s. unten Pflichten des Mieters). — § 580 auf M. von Räumen in beweglichen Sachen anwendbar? 1 1, 378; 2 1, 308; 4 185; 5 218; 6 218; 7 215. — Begriff der anderen Räume im § 580 6 218. — Schluß des ersten Jahres im Sinne des § 566 7 226. — Anwendung des § 320 beim M.-Vertrag 5 134. — Einrede d. Arglist gegenüber d. Berufung auf d. Klausel der Schriftlichkeit aller Änderungen 7 217, 227. — Ansetzungsrecht des Vermieters wegen Irrtums über Eigenschaften der M.-Sache, wegen Irrtums des Mieters über Mängel im Recht des Vermieters 6 206; über Solvenz des Mieters 6 210. — Zuständigkeit s. Mietstreitigkeiten s. Zuständigkeit.

Form. — Abrede d. Beurkundung d. Vertrags (§ 154 II) 3 1, 53. — Vereinbarung d. Schriftlichkeit späterer Änderungen 7 217, 227. — Wirkung mangelnder Schriftform des § 566 bez. d. Vertragsperfektion (§ 139 BGB.) 3 1, 236; 4 182; 6 214 (Gültigkeit des Vertrags für ein Jahr, wenn das der Absicht der Parteien widerspricht?); 7 226, 227. — teilweise Nichtigkeit eines einheitliche Miete u. Kauf umfassenden Vertrags wegen Mangels der F. des § 566 6 214. — erzeugt Verprechen d. schriftlichen Vertragsabschließung Klage? 1 1, 373; 7 226 (2). — mündliche Abreden neben e. d. Schrift.-F. erfordernden M.-Vertrag (§ 566) 1 1, 373; 3 1, 236, 237; 4 181, 182; 5 215; 6 214. — Vorvertrag über mehrjährige Grundstücks.-M. 2 1, 304; 5 215; 7 226. — nicht unterschriebene Merkmale eines schriftlichen Vertrags 6 214. — § 566 Satz 2 ius cogens oder bloße Auslegungsvorschrift? 3 1, 237; 4 182; 5 214 f.; 6 214; 7 226. — Anwendung des § 566 bei stillschweigender Übernahme eines laufenden M.-Vertrags? 6 214. — Aufhebung (auch d. nach § 566 schriftl. geschloss. M.) formfrei 3 1, 236. — mündliche Ab-

(Miete)

änderung des schriftlichen *M.* **3 1**, 236; **4 181**, 183. — gleichzeitige Unterzeichnung beider Eheleute nicht erforderlich **4 36**, 152, 175 (f. unten Endigung); **7 216**. — Eingehung durch d. Mann mit Wirkung f. die Frau **7 215**. — *M.*-Vertrag mit Einräumung d. Ankaufsrechts d. Mieters; Form d. § **313 4 120**. — Hingabe von Gottesgeld als Zeichen d. Vertragschlusses **1 1**, 255, 363. — Zusicherung über die *M.* beim Hausverkauf unter d. Formzwang d. § **313 3 1**, 155.

Pflichten u. Haftung des Vermieters (§§ 535—541, 546, 547). — f. „unerlaubte Handlung“ unter „Hausbesitzer“. — Duldung der Anbringung von Geschäftszschildern **1 1**, 362; **4 176**; **5 207**; **6 207**. — Verpflichtung d. *B.* z. Gestattung d. Telephonanschlusses **1 1**, 363; **3 1**, 230; **7 217 f.**; Gestattung d. Herstellung e. privaten Telephonanlage **5 208**. — Pflicht des *B.* z. Abgabe der von der Pflst über die Herstellung eines Telephonanschlusses verlangten Erklärung **6 208**. — Schädigung von Familienangehörigen d. Mieter durch Hilfspersonen d. *B.* (§ 278) **1 1**, 194; **2 1**, 193, 294 (f. Hilfspersonen). — Haftung des *B.* f. Beschädigungen durch ausbessernde Handwerker **3 1**, 138. — Haftung nach § 278 f. Mieter Schaden infolge Bruchs e. Wasserrohres **3 1**, 138, 231. — Haftpflicht d. *B.* gegenüber d. Mieter u. Dritten bez. der d. Verkehr eröffneten Durchgänge **3 1**, 82 (f. auch unerlaubte Handlung). — Haftung für schadhafte Treppen **6 207**. — Vertragshaftung für Treppenbeleuchtung? **2 1**, 293; **3 1**, 136, 138; **5 206**, 208; **6 207 (2)**; **7 218** (f. unerlaubte Handlung). — Haftung f. Unfälle im Hause **2 1**, 292; **3 1**, 230; **5 207**, 208; **6 208**. — früherer Unzuchtbetrieb in den jetzt als Fremdenpension vermieteten Räumen als Fehler d. *M.*-Sache **7 218**, 219. — Pflicht d. *B.* e. Restaurants zur Herstellung e. polizeilich anbefohlenen baulichen Anlage **2 1**, 294; z. Unterlassung e. eigenen Restaurantsbetriebs im gleichen Hause **1 1**, 363; **4 917**. — Haftung d. *B.* von zum Betrieb einer konfessionspflichtigen Wirtschaft bestimmten Räumen für die Konfessionserteilung? **5 41**; **6 208**. — Pflicht zur unentgeltlichen Wasserlieferung bei Mangel einer vertraglichen Vereinbarung **6 207**. — Mängelanspruch d. Mieters bei unberechtigtem Eingriff e. Dritten und bei Vorhandensein e. außerhalb d. Sache liegenden Mangels aus § 536 **1 1**, 363, 365; **5 208**. — Einfluß der Veränderung polizeilicher Bestimmungen auf die Gewährungspflicht des *B.* **6 208**. — Berechnung d. *M.*-Preiserminderung nach § 537 bei Nichtabweichen des vertraglichen *M.*-Zinses von dem wahren Mietwert der

Räume im mangelfreien Zustand **7 219**. — Anspruch des Mieters auf Wiederherstellung e. durch Zufall untergegangenen Sache? **2 1**, 293. — Verhältnis d. §§ 537 ff. zu den Vorschriften über die Unmöglichkeit d. Leistung **1 1**, 363, 364. — Fehler i. *S.* d. § 537 1: regelmäßige Unzucht in e. Hause **1 1**, 363; belästigender Lärm anderer Mieter **6 208**; polizeiliche Beschränkungen der Benutzung d. *M.*-Sache **6 208**; **7 219**; Höhe der Fensterbrüstungen **6 208**. — Wahl des Mieters zwischen den beiden Rechten d. §§ 537, 538 *BGB.*; Änderung der getroffenen Wahl; Ausübung der Rechte aus §§ 537 u. 538 nebeneinander? **7 218 (2)**. — Umfang e. Restaurants **1 1**, 364. — Verhältnis des § 537 zu § 119 **6 208**. — *M.* in e. Neubau, mäßige Feuchtigkeit **4 176**. — Schadenersatz wegen Nichtbefeitigung e. durch d. *B.* zu vertretenden Mangels **3 1**, 231. — *M.*-Zinsbefreiung bzw. Minderung (§ 537) tritt ipso iure ein **1 1**, 363. — Unteilbarkeit d. Anspruches auf *M.*-Zinsminderung nach § 537 **1 1**, 364. — *M.*-Zinsminderung nach § 537 bei verhältnismäßiger Leistung von Jungbibern neben der Geldleistung **1 1**, 363. — Beweislast i. *F.* des § 537 **1 1**, 363; **3 1**, 231; **7 218**. — vertraglicher Ausschluß d. Gewähr- u. Schadenersatzpflicht d. *B.* **4 176**. — Geltendmachung von Entschädigungsforderungen seitens d. Mieters bei ausgeschlossener Aufrechnung **5 208**. — Verh. d. Rechte d. Mieters aus §§ 538 u. 537 **1 1**, 364; **2 1**, 294; **5 208**. — Schadenersatz wegen Nichterfüllung im § 538, Wesen, Art u. Umfang **1 1**, 364. — Schadenersatzanspruch des Mieters nach § 538 wegen e. bei Vertragschluß schon vorhandenen Mangels auch ohne Verschulden d. *B.* **1 1**, 364; **2 1**, 294. — Selbsthilfeverbot d. Mieters aus § 538 *Abf.* **2 1 1**, 364. — Freiheitsberaubung bei Ausübung d. Selbsthilfeverbotes seitens des *B.* (§ 561) **5 214**. — Haftung des Pferde-*B.* f. Fehler d. Reitbahn? **4 176**. — Verlust d. Rechte d. § 537 durch vorbehaltslose Annahme d. mangelfastesten Sache in Kenntnis d. Mangels **1 1**, 364; **2 1**, 294. — Verschreiben d. Abstellung der d. Mieter bei Vertragschluß bekannten Mängel durch d. *B.* **5 208**. — stillschweigende Erneuerung der Miete mit Kenntnis etwaiger Fehler **2 1**, 294; **4 176**. — selbständiger Entschädigungsanspruch d. Mieters gegen d. Exproprianten i. *F.* d. Enteignung **1 1**, 365. — Anspruch d. Mieters bei Enteignung **6 207**; **7 219**. — *M.* e. Schanklokals in Kenntnis e. entgegenstehenden Unterfangungsrechts **1 1**, 365. — Gebrauchsentziehung (§ 541) durch Ablösung d. verpachteten Fischereirechts **7 219**. — Gebrauchsentziehung aus Unlaß d. Rechts e. Dritten **4 177**. — Klage des Mieters gegen den *B.* auf

Unterlassung künftiger Störungen des M.-Besizes 6 208. — Anwendung des § 541 auf nach Ueberlassung der M.-Sache entstehende Rechtsmängel 6 208. — Haftung des V. gegenüber dem Mieter für Maßnahmen auf nicht mitvermieteten Grundstücken 7 139. — Ausschreiben von Wohnungen in der Zeitung: Haftung des V. für die im Inserat angegebenen Eigenschaften 7 216. — Pflicht d. V. z. Vornahme von Reparaturen ohne vorherige Mitteilung d. Mieters 7 218. — Pflichtverletzung d. V. e. herrschaftlichen Wohnung durch Vermieten der darunter gelegenen Räume als Restaurant; Ansprüche des Mieters 7 218. — Verwendungen des Mieters 2 1, 295; 4 177. — schikanöse Wegnahme e. Einrichtung seitens des Mieters 4 177; Übertragung d. ius tollendi durch d. alten auf den neuen Mieter 4 177. — Wegnahme von vom Vermieter angebrachten, in das Eigentum d. Mieters übergegangenen Einrichtungen durch den Mieter (§ 547 Abs. 2 Satz 2) 7 219, 220. — unberechtigte Sperrung d. Wohnung durch polizeiliche Verfügung 5 133.

Pflichten des Mieters (§§ 545, 548, 550, 552). — zur Einschränkung der Mieterrechte bestimmte Abreden nicht ausdehnend auszulegen 4 176. — Verpflichtung des Mieters z. Benutzung d. M.-Sache u. Einbringung der Sachen? 5 206; 6 128, 206. — Anzeigepflicht des Mieters nach § 545 BGB. 7 219. — M.-Vertrag über e. Wohnung in e. Neubau; keine Rüge mäßiger Feuchtigkeit 4 176. — Pflicht zur Anzeige übermäßiger Feuchtigkeit 5 210; 7 219. — Anzeigepflicht bei auch für den Vermieter erkennbaren Mängeln (Treppe) 6 209. — Obhutspflicht d. (verreisenden) Wohnungsmieters 5 208, 210. — Anzeigepflicht d. Mieters 1 1, 367; 4 177; insbesondere bei Feuchtigkeit d. Wohnung 5 210; 7 219; bei Erforderlichwerden e. Neuherstellung 1 1, 367. — Pflicht des Mieters z. Hinweis auf Missetände u. deren Gefahren (§ 254) 4 86. — Pflicht des Mieters z. Heizung u. Lüftung bei aufretender Feuchtigkeit 7 217. — Haftung des Mieters f. Beschädigung d. M.-Sache 5 211; insbes. durch Familienangehörige u. Dienstboten 4 110, 178; Verschulden im § 548 nicht erfordert 4 178. — Haftung d. Hotelgastes für Schäden infolge seiner Erkrankung oder seines Todes? 2 1, 123, 295; 5 210. — Haftung d. Mieters f. d. Möbeltransporteure 5 119, 211; 6 128, 206, 331. — Beweislast i. F. d. § 548 4 178; 7 220. — Klage des Vermieters auf Beseitigung von eigenmächtigen Änderungen d. M.-Sache 3 1, 232. — Pflicht d. Wegnahme e. Einrichtung seitens des Mieters 4 177. — Verlangen des Vermieters auf Wiederauf-

bau e. vom Mieter errichteten u. später abgebrochenen Halle schikanös 1 1, 137. — Pflicht d. Mieters z. Rein- u. Instandhaltung der Treppen, Flure, Höfe usw. 2 1, 293; 3 1, 138, 230. — zur Beseitigung e. Mähte 2 1, 294; 5 208. — Begriff d. Vertragswidrigkeit im § 550 4 178. — Natur der Klage aus § 550 4 178. — Unterlassungsklage d. Vermieters 5 210. — unbeschränkte Haftung d. Mieters b. vertragswidrigem Gebrauch d. Sache 2 1, 296. — Pflicht d. Mieters zur Gestattung d. Besichtigung d. M.-Sache 1 1, 369; 6 207; 7 217; insbes. bei Verkaufsabsicht d. Vermieters 4 179. — Einquartierung feindlicher Soldaten 7 219. — Verletzung d. Nachbarrechts durch d. Mieter 1 1, 368. — Vertragslaufel über d. Berechtigung des Vermieters zur jederzeitigen Vornahme von baulichen Veränderungen ohne Entschädigung des Mieters 3 1, 230. — Pflicht z. Fortzahlung d. M.-Zinses während einer ohne Erlaubnis des Mieters vorgenommenen Reparatur d. Wohnung 6 208. — Pflicht z. Zahlung einer durch den feuergefährlichen Betrieb des Mieters veranlaßten Erhöhung der Versicherungsprämie des Vermieters 6 209 (s. oben Allgemeines). — Passivlegitimation d. Mieters und d. Vermieters für e. Klage aus §§ 906, 1004 bei Verursachung d. Zimmis durch d. Mieter allein 2 1, 296. — Schadenersatz wegen Nichterfüllung i. F. d. § 550 1 1, 368. — Erfüllungsort f. Zahlung d. M.-Zinses 1 1, 177; 4 98, 176; 5 105, 207. — M.-Zins, wenn der auf den letzten Tag der Vertragsdauer folgende Tag, an dem Mieter ausziehen sollte, ein Feiertag u. deshalb Auszug unmöglich ist 7 221. — Annahme des M.-Zinses als Erfüllung (§ 363) im M.-Recht 3 1, 174. — vertragl. Ausschluß d. Aufrechnung gegenüber d. M.-Zins 1 1, 287. — Zahlung auf den M.-Zinsrückstand kein Fall d. § 366, sondern Teilleistung 1 1, 296. — vorbehaltlose Zahlung d. M.-Zinses trotz Kenntnis von e. aufrechenbaren Gegenforderung 1 1, 290. — vorbehaltlose Annahme verpäteten M.-Zinses als Verzicht auf d. kassatorische Klausel 1 1, 263. — Retentionsrecht d. Mieters bez. des im voraus zu zahlenden M.-Zinses 5 211. — Wirkung e. Steigerung oder Herabsetzung d. Mietzinses auf e. Pfändung d. M.-Zinses 7 228. — Beweislastverteilung bez. d. angemessenen M.-Zinses 3 1, 211. — Nichtausübung des M.-Gebrauchs durch d. Mieter, Anrechnung von Ersparnissen usw. des Vermieters 1 1, 368; 5 211 (Theater-M., Einnahmeausfälle infolge Landestruer); 5 211; keine Verpflichtung d. Vermieters z. Weitermieten aus § 552 4 179. — Verfügungrecht d. Vermieters über e. nach

(Miete)

§ 552 leerstehende M.-Wohnung unter d. Voraussetzung jeberzeitiger Erfüllungsbereitschaft **2 1, 296; 3 1, 232.** — Wegfall des Anspruchs auf M.-Zins bei Weitervermietens seitens des Vermieters infolge der Erklärung des Mieters, nicht einzuziehen **6 210.** — Haftung des Mieters e. Schule; Exculpationsbeweis **6 207.**

U n t e r m i e t e (§ 549). — rechtl. Natur der U. **7 220.** — Übertragung d. M.-Rechts **1 1, 302, 367.** — rechtl. Natur d. Erlaubnis d. Vermieters **7 220 (2).** — „Erlaubnis“ d. § 549 e. Einwilligung im Sinne d. § 183? **1 1, 367.** — Erteilung d. Erlaubnis auch dem Untermieter gegenüber? **1 1, 367; Erlaubniserteilung als Vertrag 1 1, 367; 2 1, 296.** — Beschränkbarkeit der Erlaubnis **2 1, 295.** — Form der Erlaubnis des Vermieters; Aufhebung e. früheren Verbots **6 210; 7 220.** — ordnungsmäßige Nachsuchung der Erlaubnis **1 1, 367.** — Vorschrift des § 549 Abs. 1 Satz ohne Einfluß auf die Gültigkeit d. Vertrages zw. Mieter u. dem Dritten **2 1, 296; 6 209.** — § 549 Abs. 1 Satz 2 ius dispositivum **1 1, 367; 5 210; 6 210.** — „wichtiger Grund“ i. Sinne d. § 549 5 210; (schlechte Vermögenslage?) **1 1, 367.** — Pflicht d. Vermieters, dem Mieter den Weigerungsgrund mitzuteilen? **7 220.** — Kündigungsrecht d. Mieters bei Ablehnung jeder Erklärung über die Gestattung der U. seitens d. Vermieters? **7 220.** — ohne Erlaubnis des Vermieters vollzogene Untervermietung; Recht des Vermieters gegen Mieter u. Untermieter **7 220.** — Verzicht auf das im § 549 Abs. 1 Satz 2 gewährte Kündigungsrecht **2 1, 295.** — „Überlassen“ i. S. d. § 549 4 178; Familienangehörige, Diensthboten, Logiergäste nur Mitgebraucher u. Besizdiener **4 178.** — Beweislast i. F. d. § 549 **1 1, 367.** — formlose Aufhebung von schriftl. Abmachungen betr. § 549 4 178. — Ausverkauf der Konkursmasse d. Mieters im M.-Votale durch d. Masseverwalter und § 549 4 178. — Stellung e. bestimmten Untermieters bei genereller Verjagung d. U. zur Erlangung des Kündigungsrechts aus § 549 unnötig **5 210.** — kein Kündigungsrecht aus § 549 bei verweigerter Zustimmung z. „M.-Abstand“ **3 1, 232.** — M.-Vertrag mit dem Inhaber e. Firma u. § 549 **1 1, 367.** — Recht des Mieters zur Anbringung von M.-Zetteln am Hause bei gestatteter U. **2 1, 296.** — Haftung d. Mieters f. Verschulden d. Untermieters **1 1, 193; 2 1, 191.** — Kündigungsrecht d. Vermieters aus § 553 bei unbefugter U. **1 1, 368.** — Haftung des Untervermieters gegenüber dem Untermieter **6 127** (bei Versteigerung d. Hauses), **208.** — Ersatzanspruch des Untermieters bei Gebrauchsentziehung infolge vorzeitiger Räumungs-

pflicht d. Hauptmieters? **1 1, 365.** — Rückforderung d. M.-Sache durch den Vermieter vom Untermieter nach Beendigung d. M. **1 1, 369; 2 1, 297.** — rechtl. Konstruktion d. Rechts d. Vermieters auf Rückgabe der Sache gegen den Untermieter (§ 556 Abs. 3), vorherige Aufforderung nötig? **7 221 ff.** — Rückgabeanspruch des Vermieters gegen den Untermieter nach § 1004 BGB.? **7 221.** — Haftung des Untermieters gegenüber dem Vermieter aus d. Rückgabepflicht des § 556 Abs. 3 **7 222.** — Vollstreckbarkeit d. gegen den Mieter ergehenden Räumungsurteils gegen den Untermieter **2 1, 298.** — Retentionsrecht d. Untermieters wegen Verwendungen **7 222.** — Verwendungen d. Mieters auf die untervermietete Sache **7 222.**

K ü n d i g u n g s r e c h t des Mieters (§§ 542—544). — Verh. d. § 542 zu §§ 323 ff. **2 1, 218, 294 f.; 3 1, 230; 4 177; 5 136; 6 209.** — Leistungsummöglichkeit **1 1, 185, 214; 5 126.** — R. des § 542 unerbärblich **1 1, 365.** — R. des § 542 auch bei zeitweiser teilweiser Erfüllungsummöglichkeit auf seiten d. Vermieters **1 1, 365.** — Verzicht auf d. R. d. § 542 **1 1, 365.** — Fristsetzung im F. d. § 542: zu kurz bemessene Frist **1 1, 365; 4 177; 5 208.** — Kündigung ohne Fristsetzung: Voraussetzungen **6 209; bei Unmöglichkeit der Mängelbeseitigung 1 1, 365; beim Fehlen einer zugesicherten Gasthofgerechtigkeit 6 209; bei fortgesetzter Beleidigung des Mieters durch den Vermieter 6 209; bei Räumungsaufforderung an den Mieter seitens der Polizei 6 209; bei allzu langer Dauer der Reparatur 6 209.** — R. des § 542 nicht im Falle e. bloßen Besorgnis künftiger Gebrauchsentziehung **1 1, 366.** — kein R. aus § 542 bei Annahmeverzug **1 1, 365.** — Schadenersatzanspruch d. Mieters neben Aufhebung d. Vertrags aus § 542? **1 1, 365; 2 1, 295; 3 1, 231; 4 177; 5 133, 209; 6 209; 7 219.** — Rücknahme der Kündigung aus § 542 durch Wohnenbleiben **1 1, 366.** — Bedingbarkeit d. Kündigung aus § 542? **1 1, 365.** — Bereithaltung der M.-Sache als Vorleistung des Vermieters **2 1, 295.** — Nichtlieferung einiger Inventarstücke kein Mangel der §§ 537 ff., sondern teilweise Nichtgewährung d. M.-Sache i. S. d. § 542 **5 209.** — analoge Anwendung d. § 541 auf das R. d. § 542 **1 1, 366.** — einzelne Gründe der Kündigung aus § 542: Eindringen von Lärm in die Wohnung **5 209; Aufenthalt von Prostituierten in der Wohnung 4 177; Einrichtung e. Krankenanstalt im Miethause 4 177.** — ungefundene Wohnung: „Erheblichkeit“ d. Gesundheitsgefährdung **1 1, 366, 367; 2 1, 295; 4 177.** — infolge der Nachbarschaft ungesunde Wohnung

6 209. — Gesundheitsgefährlichkeit e. Wohnung: durch Geräusch v. Maschinen in anderen Räumen desselben Hauses 5 210; durch Gase, Gerüche usw. in der Nachbarschaft 5 210. — Einfluß der in den übrigen Teilen des Hauses herrschenden Verhältnisse auf die vertragsmäßige Tauglichkeit d. Wohnung; Geräusche 7 219. — starker, fauliger, unaufgeklärter Geruch 7 219. — rohes Benehmen des Vermieters, des Pförtners Kündigungsgrund 7 219. — R. des Mieters in einem Badeort, wenn Mieter des betr. Hauses von Benutzung der Badeeinrichtungen ausgeschlossen sind? 7 216, 217. — sofortige Kündigung e. herrschaftlichen Wohnung bei Vermietung der darunter gelegenen Räume als Restaurant 7 218. — Ausschluß des R. aus § 544 wegen schuldhafter Herbeiführung des gefährdenden Zustands d. Mietobjektes durch den Mieter selbst 1 1, 165, 366; 7 219. — kein R. aus § 544 bei unterlassener Anzeige seitens des Mieters? 1 1, 366; 3 1, 231. — Anspr. d. Mieters auf Ersatz der Kosten d. Wohnungsforschung i. F. des § 544? 3 1, 231; 4 177. — Ansprüche wegen Unbenutzbarkeit der Räume, Beweislast 3 2, 455. — Verzicht auf den dem Mieter aus § 544 zustehenden Schadenserlassanspruch 1 1, 366. — Fristbestimmung zur Abhilfe i. F. des § 544 erforderlich? 1 1, 366; 5 209. — Beweislast i. F. des § 544 3 1, 231. — § 544 im Übergangsrecht 1 1, 366; 7 216.

Kündigungsrecht des Vermieters. — R. des Vermieters bei Abtretung der M.-Zinsforderung 7 221. — Schadenserlassanspruch d. aus § 553 kündigenden Vermieters wegen Verletzung der Vertragspflichten 2 1, 296. — Haftung des Mieters f. d. Schaden des Leerstehens d. Wohnung während der vereinbarten M.-Zeit bei vorzeitiger berechtigter Ermiffion d. Mieters nach §§ 553, 554 7 221 (2). — rechtl. Bedeutung d. Abmahnung im § 553 1 1, 368; Unwirksamkeit e. allgemeinen Abmahnung 5 211; „Abmahnung“ an d. Dritten oder d. Mieter zu richten? 1 1, 368. — Kündigungsgrund aus § 553: unbefugtes Untervermieten 1 1, 368; außerehelicher Geschlechtsverkehr in der Mietwohnung? 1 1, 368. — R. aus § 554 nach Treu u. Glauben auszuüben 1 1, 96, 368. — vertragliche „Kündigungsfrist“ i. F. d. § 554 1 1, 368. — Anwendung des § 554, wenn der Vermieter bei Vertragsabschluss die Insolvenz des Mieters kennt oder Zweifel hatte 6 210. — § 554 I 2 auch auf das vertragliche Räumungsrecht anwendbar 5 211. — § 554 I 2 u. II ius dispositivum 2 1, 297. — Wegfall des vertraglichen R. d. Vermieters bei Ausbleiben einer M.-Zinsrate

i. F. regelmäßiger Abholung d. Zinses durch d. B. 5 149, 211. — kein Räumungsanspruch aus § 554 wegen ungenügend frankierter Sendung d. Mietzinses 4 179. — kein Verlust d. Räumungsanspruches aus § 554 bei Annahme d. Mietzinses nach der Kündigung oder e. Teiles d. Mietzinses vor dieser 2 1, 297. — Ausübung des R. aus § 554 ausgeschlossen bei Annahmeverzug des Vermieters 1 1, 368. — Kündigung d. Vermieters (§ 554) unter Zurückweisung der angebotenen Zahlung? 7 221. — Anwendung d. § 554 Satz 2 bei vertraglich dem Vermieter beim Ausbleiben einer Zinsrate zustehenden Kündigungsrechts 7 221. — Verzicht d. Vermieters auf d. R. aus § 554 durch vorbehaltlose Annahme d. Mietzinses vor Anstellung d. Räumungsflagge? 2 1, 297; 3 1, 232. — Verzicht im voraus auf d. R. aus § 554 unwirksam 1 1, 368. — kein Übergang d. nach § 554 begründeten R. d. B. auf d. Grundstücks Käufer 2 1, 297. — Anwendbarkeit d. § 554 II auch auf d. F. des vertraglichen R. 1 1, 369. — Ermiffionsklausel u. Aufrechnungsrecht d. Mieters (§ 554 II) 1 1, 289, 369; 2 1, 241. — fristlose Kündigung auf Grund d. Ermiffionsklausel 1 1, 263; 2 1, 229. — Unterschied zwischen der Räumungsflagge auf Grund des M.-Vertrags u. der auf Grund des Eigentums 1 1, 369. — nicht unverzüglich erklärte Aufrechnung in § 554 II 3 1, 232. — Zurückstattung d. im voraus erhaltenen Mietzinses nach Vertragsauflösung infolge außerordentlicher Kündigung 3 1, 232. — Räumung wegen nicht pünktlicher Zahlung bei Pfändung des Anspruchs auf d. Mietzins 7 217.

Dauer und Endigung (§§ 556, 557, 564–570). — Ende d. M.-Zeit erst der dem letzten Tag d. Vertragsdauer folgende Tag; letzter Tag ein Feiertag 7 221. — Ent-eignung d. vermieteten Grundstücks als höhere Gewalt 7 219. — Rücktritt des Mieters schon vor Beginn d. M.-Zeit 1 1, 365; 5 207, 209. — kein Ersatzanspruch d. Vermieters bei Rücktritt d. Mieters 1 1, 208. — Beweislast über die M.-Dauer 2 1, 293; 3 2, 449. — Anwendung d. § 193 auf Berechnung der Kündigungs- u. Räumungsfristen 6 79 (2). — „Rückgabe“ (§ 556) e. Wohnung 1 1, 369; 7 222. — Rückgabe an den zum Empfang bestellten Vertreter des Vermieters 6 210. — analoge Anwendung des § 556 Abs. 2 6 211. — billige Frist für den Auszug 6 211. — Beweislast über richtige Zurückgabe d. M.-Sache 7 222. — Rückforderungsrecht d. Vermieters gegenüber dem die M.-Sache besitzenden Dritten 1 1, 369; 2 1, 297; 6 210. — Retentionsrecht d. Mieters bzw.

(Miete)

Dritten wegen Verwendungen auf die M.-Sache **1 1, 369; 2 1, 297 f.** — Einrede des Mieters aus besserem Besitz **2 1, 298.** — Hausfriedensbruch des Mieters durch Verbleiben in d. Mietwohnung über d. M.-Dauer hinaus trotz Aufforderung zum Räumen? **2 1, 298.** — nicht kalendermäßig bestimmte Zeit d. M.-Dauer **5 214.** — vom 1. I. bis 1. I. geschlossener M.-Vertrag **6 214.** — Kündigung: Begriff **1 1, 373; Erfordernisse 1 1, 373; 5 214; verspätete R. 1 1, 373; 5 214; 6 214 (Gültigkeit für den nächsten Termin?).** — abredewidrige Kündigung durch gewöhnlichen (statt eingeschriebenen) Brief **5 214.** — „R. am dritten Werktag“ **1 1, 373.** — Form der Kündigung; stillschweigende Kündigung; Kündigung unter e. Bedingung; Angabe des Grundes **7 225.** — Angabe e. falschen Grundes bei der Kündigung **7 225.** — verfrühte Kündigung **7 225.** — verfrühte Klage als Kündigung **7 225.** — Kündigung an e. Feiertag **7 225.** — Kündigung ohne Angabe eines zeitlichen Endpunktes **7 225.** — Verschiedenheit d. Kündigungsbedingungen für beide Parteien **7 225.** — Bedeutung „monatlicher“ Kündigung; M.- oder Kalendermonat?; „ $\frac{1}{4}$ jährliche Kündigung“ **3 236; 7 225, 226.** — Kündigung d. Vertrags trotz vorliegender M.-Zinspfändung **7 228.** — Kündigung e. Mietvertrags vor seinem Inkrafttreten auf d. Zeitpunkt d. beabsichtigten Inkrafttretens **4 181; 7 225.** — kürzere gesetzliche d. längeren vertraglichen Kündigungsfrist vor **4 182.** — „gesetzliche Kündigungsfrist“ im Sinne des § 565 Abs. 4 **7 225.** — Nichtausübung des Kündigungsrechts binnen angemessener Frist als Verzicht darauf **1 1, 96.** — treuwidrige Ausübung d. vertraglichen Kündigungsrechtes **5 149.** — Auflösung u. Neuabschluss d. M.-Vertrags; Wirkung auf die Pfändung d. Mietzinses **7 228.** — Verantwortlichkeit d. Vermieters nach Treu u. Glauben f. rechtzeitigen Zugang d. Kündigung d. Mieters **4 181.** — Kündigung: Bedeutung der Formabrede bez. d. Kündigung **1 1, 73.** — Mitunterzeichnung des M.-Vertrags durch d. Ehefrau d. Mieters; Kündigungsrecht der Frau **4 36, 152, 175; 6 463; Rechtsfolgen bei Kündigung lediglich durch bzw. an den Ehemann 3 1, 209, 235; 4 155, 181.** — Kündigung durch bzw. an mehrere Vermieter **2 1, 265.** — Beweislast bzgl. vereinbarter Abweichungen von den gesetzlichen Kündigungsbestimmungen **3 1, 236, 241; 4 52; 5 214.** — Vereinbarung vierteljährlicher Kündigung i. Z. d. „berufspflichtigen Verzugs“ (e. Privatdozenten) **5 214.** — Zeit, nach der d. Mietzins bemessen ist, nicht Zahlungsfrist f. d. Kündigung maßgebend **2 1, 303;**

6 214; 7 225. — Anwendung des § 565 Abs. 1 Satz 1 auf vertragsmäßige Kündigungsfrist? **6 214.** — spätere Vereinbarung monatlicher (statt der ursprünglichen $\frac{1}{4}$ jährlichen Vorauszahlung d. Mietzinses **7 226.** — Vereinbarung „Verkauf d. Hauses bricht d. M.-Vertrag bei halbjährlicher Kündigung“ **1 1, 373.** — Kündigung bei „monatlicher“ M. e. beweglichen Sache **2 1, 304.** — Kündigung e. dem § 566 zuwider formlosen M.-Vertrags? **4 182** (s. oben Form). — M.-Vertrag über mehr als 30 Jahre: § 567 ius cogens **1 1, 374; 6 214; rückwirkende Kraft d. § 567 1 1, 374; 5 215; 6 214; § 567 auf Wegebenutzungs- u. Zustimmungsverträge (§ 6 BrKleinG. unanwendbar 1 1, 374; Anwendung des § 567 auf vor 1900 geschlossenen Vertrag **7 586.** — stillschweigende Verlängerung e. durch Vereinbarung aufgehobenen M.-Vertrags **2 1, 304.** — Beweislast i. Z. d. § 568 **3 1, 237.** — § 568 im Übergangsrecht **2 1, 304.** — Anfechtung der stillschweigenden Verlängerung wegen Irrtums? **6 214.** — Kündigung nur für den ersten Termin, „für den sie zulässig ist“ in d. §§ 569—71 **3 1, 237.** — § 569 als ius dispositivum **1 1, 374; 2 1, 304; 3 1, 237; 4 182.** — Einzelheiten z. Kündigungsrecht d. Erben **1 1, 374.** — Tod eines von mehreren Mietern **1 1, 374; 6 215.** — Kündigungsrecht d. Testamentsvollstreckers nach § 569? **7 227.** — Kündigungsrecht d. Erben nach § 569 BGB. im Fall der Nichtkündigung für den ersten zulässigen Termin **7 226** (s. **1 1, 374).** — Ausschluß d. Kündigungsrechts d. Erben (§ 569) durch Klausel, daß „die Kontrahenten den M.-Vertrag für sich u. ihre Rechtsnachfolger anerkennen“ **7 227.** — M.-Zinsvergütung d. Fiskus gegenüber d. versetzten Beamten **2 1, 305; 3 1, 237.** — § 570 im Übergangsrecht **2 1, 305.** — Klausel, daß der Mieter bei Räumungsbegehren d. Vermieters für den M.-Zins auf die ganze Vertragszeit haftet; Ausbieten der Wohnung seitens d. Vermieters zu einem höheren Preis **6 207.** — „Beamte“ i. S. d. § 570 **4 182 f.; 6 215; Notar als Beamter 6 216; Mangel d. Beamteneigenschaft bei Vertragsabluß 2 1, 304; 4 183; 5 215; 6 215; 7 227.** — § 570 u. d. Beamtenehefrau als Mitmieterin **2 1, 304; 5 216; 6 215; 7 227.** — „Militärpersonen i. S. d. § 570 **6 215.** — „Verfegung“ i. S. d. § 570 **2 1, 304, 305; 3 1, 237; 4 183; 6 216; Übergang aus e. Staats- in e. Kommunalamt 3 1, 238; 6 216; Verfegung auf Wunsch 2 1, 305; 5 216; Pensionierung 2 1, 304; 6 216; Straffentlassung 6 216; Übertritt in Privatdienst 6 216.** — Verfegung: Wechsel des Amtes ohne Wechsel des Wohnsitzes **6 216; vorübergehende Abberufung zur****

Aushilfe **6 216**; Wechsel innerhalb der gleichen Gemeinde **6 216**; Erhalten einer Dienstwohnung am gleichen Ort in Folge Verletzung in ein anderes Amt **6 216**. — Berufung e. Univerſitätsprofessors ins Ausland als Verletzung **7 227**. — Übertragung e. jederzeit widerſüßlichen Kommiſſions als Verletzung **7 227**. — § 570 als ius dispositivum **2 1, 304**; **3 1, 237**; **5 215 f.**; **6 216**. — Verzicht auf die Befugnis aus § 570 **2 1, 305**. — Anwendung des § 570 im Übergangsrecht **6 216**. — Kündigungspflicht d. Beamten erst nach amtlicher Mitteilung seiner Verletzung **2 1, 305**; **4 182**; **6 216**. — Kündigung einer von Beamten außerhalb seines Wohnorts gemieteten Sommerwohnung bei Verletzung **6 216**. — Aufhebung e. noch nicht begonnenen M.-Verhältnisses nach § 570? **3 1, 237**; **6 216 (2)**. — tatsächlicher Aufenthaltsort, nicht Amtssitz f. § 570 maßgebend **4 183**; **6 216**.

P f a n d r e c h t des Vermieters vgl. Pfandrecht, Zwangsvollstreckung, Zwangsversteigerung. — rechtl. Natur; Einfluß eines Irrtums oder Dissenses der Parteien **6 211**. — Beweislast des Vermieters (Eigentum des Mieters? Pfändbarkeit?) **6 211**; **7 224**. — Übergangsrecht **1 1, 370, 371**; **2 1, 299**. — Vermieterpfandrecht u. vertragsmäßiges Retentions- bzw. Sperrrecht (insbes. an unpfändbaren Sachen) **1 1, 370 f.**; **2 1, 300 f.**; **3 1, 121, 233 f.**; **4 179**. — Begründung e. Retentionsrechts zugunsten d. M.-Zinsforderung des Vermieters an d. eingebrachten Sachen des Mieters **3 1, 121**. — Mieter als „Verfäuder“ **5 211**. — Gegenstand des Vermieterpfandrechts: „eingebrachte Sachen des Mieters“ **1 1, 369 f.**; **2 1, 299**; **3 1, 233**; **4 179**. — § 1207 auf den Vermieter unanwendbar **1 1, 369**; **4 179**. — Begriff der „Einbringung“ **7 222**. — Einbringung durch einen geschäftsunfähigen Mieter **7 222**. — in das Grundstück, aber noch nicht in die Mi-Räume eingebrachte Sachen **7 223**. — Sachbegriff als Gegenstand des Vermieterpfandrechts ausgeschlossen **5 212**. — Wertpapiere als Gegenstand des Pfandrechts? **6 211**. — dem Mieter nur unter Resolutivbedingung (Nichterlangen der Wirtschaftskongession) zum Eigentum überlassene Sachen **6 211**. — Pfandrecht an in aufstehend bedingtem Eigentum d. Mieters stehenden Sachen; Stellung des Verkäufers; Ablösung f. Eigentums durch Zahlung der Restschuld seitens des Vermieters **7 222, 223 (3), 224 (2)**. — Leihmöbel als Gegenstand des Pfandrechts **6 212, 325**. — geringwertige Gegenstände **6 212**. — einem Veräußerungsverbot unterliegende Sachen des Mieters als Gegenstand des Pfandrechts **7 223**. — Versicherungsgelder f. eingebrachte verbrannte Sachen als

Gegenstand des Pfandrechts? **7 222**. — eingebrachte, nicht dem Mieter gehörige Sachen; guter Glaube des Vermieters **7 222**. — der Frau des Mieters gehörige Sachen; von der Frau ohne Zustimmung des Mannes geschlossener M.-Vertrag **3 1, 476**; **7 224, 481**. — unter § 812 **3 B.D.** fallende eingebrachte Sachen **7 222, 223**. — kritischer Zeitpunkt f. d. Frage d. Unentbehrlichkeit d. i. Unpfändbarkeit e. Sache **3 1, 234**. — Umfang d. Vermieterpfandrechts **2 1, 299**; **5 212**; bei M. auf unbestimmte Zeit **1 1, 370**. — „künftige“ Entschädigungsforderungen als Gegenstand des Pfandrechts **2 1, 300**; **7 223 (2)**. — Berechnung der Früsten des § 559 vom Zeitpunkt d. Geltendmachung d. Pfandrechts an **2 1, 300**; **4 179**; **5 212**; **6 212**; **7 223**. — Rangverhältnis zweier Vermieterpfandrechte **7 223**. — §§ 560 561 i. F. d. Pfandpfändung durch d. Vermieter nicht anwendbar **4 180**; **6 214**. — Ausschluß des Pfandrechts durch Vereinbarung **7 223**. — Erlöschen des Vermieterpfandrechts: bei vorübergehender Entfernung d. Pfanden **1 1, 371**; bei Entfernung ohne Widerspruch d. Vermieters **2 1, 302**; bei Entfernung kraft öffentlicher Rechtsmacht (Pferde zur Mobilmachung) **6 212**. — kein Erlöschen des Pfandrechts: bei Entfernung der Sachen durch Pfändung des Gerichtsvollziehers? **1 1, 371**; **2 1, 301 f.**; **4 180**; **5 212, 213**; **6 212**; **7 223, 224**; durch Grundstücksveräußerung **1 1, 371**; **3 1, 234**; durch Schuldübernahme **1 1, 371**; durch Abtretung der M.-Forderung **1 1, 371**; durch Verjährung d. Monatsfrist d. § 561 II **2 1 1, 372**; **2 1 303**; **5 213**. — rechtliche Natur d. Sperrrechts nach § 561 **7 223**. — vertragliche Ausdehnung d. Sperrrechts (§ 561) **7 223**. — Anwendung des § 561 bei Entfernung von Sachen d. Schuldners durch den Konkursverwalter? **6 213**. — Saison- oder Totalausverkauf unter § 560 Satz 2 fallend? **7 223**. — Verhältnis des § 560 Satz 2 zu § 1231 **6 212**. — Verhältnis des § 561 zu §§ 229 ff. **1 1, 371**; **2 1, 302**; **4 181**; **5 214**. — Konkurrenz des Anspruchs aus § 561 Abs. 2 mit Vertragsverletzung u. Anspruch aus § 823 **7 223**. — Recht des Vermieters z. Freiheitsbeschränkung in Ausübung d. Selbsthilferechts d. § 561? **5 214**. — „gerichtl. Geltendmachung“ i. S. d. § 561 II **2 1 1, 372**; **2 1, 303**; **3 1, 235**. — Einhaltung der Frist d. § 561 II 2 bei Geltendmachung d. Absonderungsrechts im Konkurse d. Mieters nicht erforderlich **1 1, 372**. — Klage nach § 561 Abs. 2 Satz 2 gegen schlechtgläubige Dritte? **6 213**. — Passivlegitimation f. den Anspruch nach § 561 Abs. 2 **7 223**. — dingliche Natur der Klage nach § 561 Abs. 2 Satz 2;

(Miete)

petitum **6 213**. — Recht des Vermieters, im Fall des § 561 Abs. 2 Satz 2 die Vorlegung eines Verzeichnisses der verschleppten Sachen zu verlangen (§ 260) **6 213**. — Vollstreckung des Urteils auf Herausgabe der weggebrachten Sachen **6 213**. — Stellung des Pfandrechts zu einem Retentionsrecht des Mieters **6 212**. — Stellung d. Vermieters bez. f. Pfandrechts anderen Pfand-, insbes. Pfändungspfandgläubigern gegenüber (§ 805 ZPO.) **1 1, 370, 372, 373; 2 1, 302, 303; 3 1, 234; 4 180, 181; 5 212, 213; 6 211, 212 (3)** (Anwendung des § 560 Satz 1 u. § 561 Abs. 2 Satz 2 bei Pfändung von Pfänden durch d. Gerichtsvollzieher); **7 224, 865** (vgl. Zwangsvollstreckung). — Kollision des Vermieterpfandrechts mit Pfändungspfandrecht; Berechnung des laufenden M.-Zinses (§ 563); Bereicherungsanspruch des Vermieters gegen den Pfändungsgläubiger nach Auskehrung d. Erlöses? **7 223, 224, 225**. — Erlöschen des Pfandrechts durch Unterlassen d. Widerspruch nach § 805 ZPO.? **7 224**. — Ausschlussfrist des § 561 Abs. 2 gegenüber e. Pfändung **7 223**. — Anwendung der Frist des § 561 Abs. 2 Satz 2 BGB. auf den Anspruch auf vorzugsweise Befriedigung nach § 805 ZPO.? **7 224**. — Kollision d. Vermieter- mit e. Pfändungspfandrecht; Berechnung der im § 653 BGB. bestimmten Zeit **7 225**. — Ausschluss der Ausübung des Vermieterpfandrechts gegenüber einem Pfändungsgläubiger, wenn die nicht gepfändeten Sachen zur Sicherung des Vermieters reichen **6 213**. — Beweislast i. F. d. § 561 I u. II **1 1, 371, 372**. — Übergang des Vermieterpfandrechts bei Pfändung d. M.-Zinsen **7 869**. — Einfluß einer Abwendung d. Geltendmachung des Pfandrechts auf dessen Fortbestand **7 223**. — Sicherheitsleistung des Mieters zur Abwendung d. Geltendmachung des Vermieterpfandrechts: Ergänzung oder Ersetzung e. unzureichend gewordenen Sicherheit **1 1, 373**; vertragl. Ausschluss d. Rechts zur Sicherheitsleistung zwecks Verhütung d. Mißbrauchs desselben **1 1, 373**. — kein Erlöschen des Vermieterpfandrechts infolge Verjährung des Anspruchs aus § 558 **3 1, 232**. — § 559 auf d. Pächtervertrag nicht anwendbar **5 212**. — strafrechtlicher Schutz des Vermieterpfandrechts **5 211**. — Vermieterpfandrecht aus dem ursprünglichen Vertrag sichert auch d. neuen Forderungen aus d. Verlängerung d. Vertrags **1 1, 374**.

Veräußerung u. Belastung des Grundstücks nach Überlassung. — §§ 571 ff. im Übergangsrecht **2 1, 306; 4 184**. — Anwendung des § 571 auf andere Sachen u. Rechte (Zagdpacht) als Grundstücke, Wohn- u. andere Räume? **6 217**.

— „Überlassung“ im § 571 **2 1, 306; 3 1, 238; 6 216; 7 227**; Überlassung als Voraussetzung des Mieterchubes im § 571 **1 1, 375**. — „Veräußern“ i. S. d. § 571 **7 227**. — notwendiger Verzicht zugunsten des Fiskus als Veräußerung **7 227**. — Wirkung d. Veräußerung d. M.-Sache auf d. Verhältnis zw. Mieter u. Vermieter **1 1, 374, 375; 5 216; 7 227**. — Eintritt d. Erwerbers d. M.-Sache in d. „Rechte u. Verpflichtungen aus dem M.-Verhältnis“ **1 1, 376; 2 1, 306; 3 1, 238; 4 183, 184; 5 216 f.; 6 217; 7 227 f.** — Wirkung des § 571 BGB. auf e. Pfandrecht d. Veräußerers für frühere Forderungen; Verhältnis zu e. Pfandrecht d. Erwerbers **7 227**. — außerordentliche Beendigungsarten fallen nicht unter § 571 II **2 1 1, 376**. — „Mitteilung“ des Vermieters im § 571 d. „Mitteilung“ d. § 416 entsprechend **1 1, 376**. — Unterlassung d. Kündigung des Mieters nach § 571 II als Ersatz der Genehmigung **1 1, 376**. — Haftung des Vermieters gegenüber dem Mieter für den ihm aus d. vorzeitigen Kündigung des Erstehers erwachsenden Schaden **5 141, 209, 217**. — Erwerber d. M.-Sache als Rechtsnachfolger d. Vermieters? **1 1, 376; 7 227, 228**. — Veräußerung der M.-Sache ohne Einfluß auf den über e. fällige Mietrate anhängigen Prozeß **2 1, 306**. — Haftung des Erwerbers e. M.-Grundstücks aus § 571 ohne Rücksicht auf seine Kenntnis d. M.-Verhältnisses **2 1, 306**. — Umfang der Haftung d. Erwerbers e. M.-Sache aus § 571 **1 1, 375**; Zeitpunkt d. Eintritts d. Haftung d. Erwerbers **1 1, 375, 376**; Dauer der Haftung **1 1, 376**. — kein Eintritt in das M.-Verhältnis bei Erwerb vermieteten Grundstückszubehörs seitens des Erstehers durch besonderen Vertrag **4 184**. — Abänderung des § 571 durch Parteivereinbarung **7 228**. — § 571 u. § 57 ZPO. **3 1, 238; 4 184; 6 217; 7 228** (Zubehör). — Rechte u. Verpflichtungen aus der M.-Kaution nach Veräußerung des M.-Grundstücks **2 1, 306 f.; 3 1, 238; 4 184**; insbes. Klagerrecht des Mieters auf Abgabe der Kaution an den Erwerber? **1 1, 376; 2 1, 307**. — Wirkung von Verfügungen über d. M.-Zins nach d. §§ 573, 574 i. F. d. Grundstücksvertrags durch den Mieter **4 184; 5 218; 6 217**. — Verfügungen im Wege der Zwangsvollstreckung als „Verfügungen“ i. S. d. § 573? **1 1, 377; 2 1, 307 f.; 3 1, 238 f.; 4 184; 5 217; 6 217** (Pfändung nicht fälliger M.-Zinsen); **7 228**. — Schutz des Mietsbrauchers gegen Verfügungen des Vermieters nach § 573 **5 218**. — Voraussetzung von Mietraten seitens des Vermieters (§ 573) **1 1, 376**. — Rechts-

geschäfte zw. Mieter u. Vermieter über den *M.-Zins* (§ 574) **1 1, 377**. — Pflicht des Mieters z. *M.-Zinszahlung* an e. ihm vom Vermieter irrtümlich bezeichneten neuen Erwerber? **1 1, 377**. — Belastung des vermieteten Grundstücks nach d. Überlassung an den Mieter **1 1, 377**; Anwendung des § 573 in diesem Falle **3 1, 239**. — Haftungsverhältnisse bei wiederholter Veräußerung der *M.-Sache* **1 1, 378**; **4 185**; **5 216**. — Forthaftung des Vermieters, der d. Mieter betrüglich zum Vertragsabschluß verleitete, für den Schaden auch nach *B.* **6 217**.

Veräußerung der Mietsache vor der Überlassung an den Mieter. — Art der Haftung des Erwerbers bei Erfüllungsübernahme **1 1, 378**; **2 1, 308**.

Verjährung. — kurze *B.* des § 558: der Verwendungsansprüche **3 1, 232**; **4 179**; **5 211**; d. Wegnahmerechts **4 179**; d. Anspruchs wegen Veräußerung oder Verschlechterung der *M.-Sache* **3 1, 232, 233**; insbesondere Verletzung der Sache, Verh. d. § 558 zu § 852 **4 179**; **5 211**; **6 211**. — § 558 (kurze *B.*) auf Ansprüche wegen verschuldeten Unterganges der *M.-Sache* unanwendbar **2 1, 298**; **3 1, 233**. — § 558 auf alle, nicht bloß auf die aus dem *M.-Vertrag* entstandenen Erfassungsansprüche anwendbar **6 211**. — Veränderungen im Rechte an d. Sache fallen nicht unter § 558 **6 211**. — „Beendigung des *M.-Verhältnisses*“ i. S. des § 558 **6 211**. — Anwendung des § 852 auf die Frist des § 558? **7 222**.

Mietgerechtigkeiten. — Konstituierung nach bayer. Recht **3 1, 680**.

Miethaus. — arglistige Täuschung beim Verkauf e. *M.* **2 1, 58** (f. *Ertragsfähigkeit*).

Militärdienst. — kein Gewerbe im Sinne des § 196 *Ziff.* 1 *BGB.* **1 1, 126**.

Militärstrafus f. unerlaubte Handlung (§§ 823, 831), *Fiskus*. — keine Haftung f. Überfahren durch e. *Militär*radfahrer **1 1, 51**. — keine Haftung f. Schädigung durch ein durchgegangenes Dienstpferd **1 1 52**. — ungenügende Abspernung bei Schießübungen **2 1, 498**; **6 310**. — infolge militärischer Übung durchgehende Pferde **1 1, 52**; **6 105**.

Militärhoheit. — Anlegung e. Truppen-schießplatzes als Akt d. *M.* **1 1, 52**.

Militärpersonen f. Gerichtsstand. — Sitzungs-polizei des Zivilrichters gegen *M.* **1 3, 12**. — Unterwerfung unter Gemeindegerrichte **1 3, 6 u. 21**. — Wohnsitz der Angehörigen d. ostasiatischen Expeditionskorps **1 1, 7**. — Garnisonsort einer abkommandierten *M.* **2 1, 6**.

Minderjährige f. Geschäftsfähigkeit. — Todeserklärung **2 1, 12**. — Entmündigung **3 1, 1**. — als Bevollmächtigte (f. diese) **5 55**.

— als Vereinsmitglieder, oder Vereinsgründer **2 1, 16**; **4 9, 6 41**. — aktive und passive *Wohnungsfähigkeit* **2 1, 42**. — Unfälle *M.* (§ 276) **2 1, 189**; **3 1, 132, 133**; **4 108**; **5 114**. — Fälle mitwirkenden Verschuldens *M.* **2 1, 149, 151**; **3 1, 101, 102**; **4 77, 83** (f. *Konfurr. Verschulden*). — Anwendungsgebiet des § 107 **2 1, 42**. — Verlobniserklärung *M.* zustimmungsbedürftig **2 1, 607**; **3 1, 42**; **4 28** (f. *Verlobnis*); **6 41**. — Vertragsantrag u. Annahme *M.* **2 1, 44**. — Auflassungsannahmeerklärung genehmigungsbedürftig **2 1, 42**; **7 31**. — eigene Vertragsgenehmigung (§ 108 *Abf.* 3) **2 1, 42**. — Anstellung d. Klage nach § 1300 *BGB.* als *Genehmigung* des *M.* nach § 108 *Abf.* 3 **6 41**. — tatsächliche Behauptung der Vertragsgenehmigung **4 28**. — Auseinandersetzung unter mehreren *M.* **1 1, 116**. — Zustimmung bei empfangsbedürftigen Geschäften **2 1, 43**; **3 1, 32**. — Widerruf der Einwilligung des gesetzl. Vertreters **1 1, 61**. — lediglich einen Vorteil verschaffende Willenserklärungen: Antrag vor Gericht oder Notar auf Beurkundung oder Unterschriftsglaubigung, desgl. Schenkung eines Grundstücks genehmigungsbedürftig **1 1, 62**. — Folgen der Nichtigenehmigung von Vertretenen **1 1, 62**. — einseitige Rechtsgeschäfte: Beweislast im Falle des § 111 *Satz* 2 **3 1, 33**; Zeitpunkt der „Vornahme“ **2 1, 43**; **4 28**; Zahlungsaufforderung, Leistungsangebot, Kündigung **1 1, 62 ff.** — Hypothekeneinwilligung **3 1, 32**. — Ausübung des Beschwerverichts gegen einen Beschluß d. Vormundschaftsgerichts nicht ohne Mitwirken des gesetzlichen Vertreters **2 1, 42**. — Erbschaftsausschlagung d. gesetzlichen Vertreters **2 1, 43**; **4 28**. — Firmenzeichnung, Handelsregisteranmeldung durch den gesetzl. Vertreter **1 1, 103**. — unverzügliche Rüge d. Mangels der schriftlichen Einwilligung zur Lagerhebung **2 1, 44**. — Unterschied der Genehmigung oder Einwilligung des gesetzl. Vertreters von d. obervormundschaftlichen **6 41**. — Anfechtung der Unterlassung der Genehmigung (f. *Vormundschaftsgericht*) (§ 108 *Abf.* 2) wegen Irrtums oder sonstigen Willensmangels **6 41**. — Aufnahme e. notariellen oder gerichtl. Urkunde mit e. *M.* **3 2, 242**. — freie Verfügungsmacht bzgl. d. Surrogate des seiner freien Verfügung Überlassenen **2 1, 42**. — vom elterlichen Gewalthaber zum selbständigen Betrieb e. Geschäftes ermächtigte *M.* **1 2, 118**. — Widerruf d. Vertragsgegners nach erfolgter, aber ihm noch nicht zugegangener Genehmigung des gesetzlichen Vertreters; Widerrufsrecht d. Vertragsgegners bis zur Mitteilung der obervormundschaftl. Genehmigung? **7 31 (2)**. — Zahlung d. Jahresprämie f. einen

(Minderjährige)

ohne Genehmigung des gesetzlichen Vertreters abgeschlossenen Versicherungsvertrag durch den M. 7 31. — § 110 BGB. als Fall e. naturalis obligatio? 7 31. — Genehmigung e. vom M. in Verbindung mit e. Dienstvertrag erteilten Vollmacht 7 31.

Erweiterung ihrer Geschäftsfähigkeit nach §§ 112, 113. — Umfang 1 1, 63, 64; 2 1, 44. — „Erwerbsgeschäft“ 2 1, 44. — Einschränkung d. Vertretungsmacht d. Vormunds im Fall des § 112 3 1, 538 (s. Vormund). — Ermächtigung im Sinne der §§ 112, 113 1 1, 63, 64; 2 1, 44. — Beschränkung der Ermächtigung seitens des gesetzlichen Vertreters nach § 113 2 1, 45. — Abweisung des Gefuchs um Ermächtigung nach § 112 wegen mangelnder Geschäftskennntnis 3 1, 33. — Geschäfts- u. Prozeßfähigkeit des M. im Umfang des § 112 u. das elterliche Verwaltungsrecht 2 1, 44. — Stellung der minderjährigen Ehefrau nach § 112 gegenüber dem z. Geschäftsführung nicht einwilligenden Mann 6 41. — Legitimation d. Vaters z. Einflagung der Forderung d. Kindes nach § 113 BGB. 4 416 (s. Kindesvermögen). — keine Vertretungsmacht des gesetzl. Vertreters bzgl. des Arbeitsverhältnisses vor Zurücknahme der Ermächtigung d. § 113 2 1, 45. — Schauspielertätigkeit als Dienstverhältnis 2 1, 44, 45. — Arbeitsverhältnis als Dienstmädchen u. Kellnerin nicht gleichwertig 5 29. — Dienstvertrag mit dem Vater 2 1, 45; 4 28. — Eingehung oder Vollzug eines Werkvertrags 2 1, 45. — Lehrverhältnis kein Arbeitsverhältnis 4 28. — Ermächtigung z. Empfangnahme der Vergütung aus dem Arbeitsverhältnis 2 1, 44. — Vereinbarung zwischen 2 m. Kellnern über die Trinkgelder 4 28. — Abrede einer Vertragsstrafe (§ 113) 2 1, 45, 46. — Eingehung eines Dienstverhältnisses im Ausland 2 1, 46. — Zustimmung des gesetzl. Vertreters z. Ausstellung e. Arbeitsbuchs als allgemeine Ermächtigung nach § 113 Abs. 4 2 1, 45. — öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse kein Gegenstand der Ermächtigung 2 1, 45. — Abschluß gewerbl. Arbeitsverträge durch M.: Ermächtigung seitens der Gemeindebehörde 1 1, 64. — Einfluß d. Erlöschens d. Vertretungsmacht des Vormunds auf die von ihm nach § 113 erteilte Ermächtigung 3 1, 537 (s. Vormund). — § 113 Abs. 1 Satz 2 betrifft nur Ermächtigung durch e. Vormund 2 1, 45. — Recht des M. zur Wahrnehmung seiner Rechte u. Erfüllung seiner Pflichten gegen eine Krankenkasse 6 41. — Recht des zum Dienst eintritt ermächtigten M., sich im Spital einer Operation zu unterziehen 6 41. — Beschverhältnisse an den in den

Fällen der §§ 112, 113 vom Vormund dem M. überlassenen Sachen 3 1, 538. — kein Recht d. Vormunds z. Zurücknahme oder Einschränkung der vom Vormundschafsgericht erteilten Ermächtigung 1 1, 64. — Einfluß einer nachträgl. Änderung oder Aufhebung d. Ermächtigung zum selbst. Gewerbebetrieb auf die inzwischen vorgenommenen Rechtsgeschäfte 1 1, 63. — Einfluß e. dem Vormund vom Vormundschafsgericht nach § 1825 im voraus erteilten allgemeinen Ermächtigung im Falle des § 112 Abs. 1 Satz 2 1 2, 176; 2 1, 552; 4 450. — Zeitpunkt d. Wirksamkeit e. gerichtl. Verfügung, wodurch der M. zum selbständigen Abschluß von Dienstverträgen nach § 113 Abs. 3 ermächtigt wird s. freiwillige Gerichtsbarkeit unter Verfügung. — Abschluß von Feuer-, Transport-, Hagel-, Vieh-, Unfall-, Haftversicherungen durch den zum selbständigen Betrieb e. Gewerbes Ermächtigten 7 31, 32. — Abschluß e. Mietvertrages durch den nach § 113 BGB. ermächtigten M. 7 32, 215. — Beitritt e. nach § 113 BGB. Ermächtigten zu e. Hilfskassentafel 7 32. — Beweislast des gegen den M. auf Erfüllung e. Dienstvertrags Klagen über die Voraussetzungen des § 113 BGB.; Beweislast bei ausdrücklicher Zusicherung der Ermächtigung seitens des M. 7 32. — Beweislast des gesetzl. Vertreters gegen die gerichtliche Erziehung seiner Einwilligung 7 32.

Minderkaufleute s. Kaufmann. — Kleingewerbe: Begriff 2 2, 8, 9; 3 2, 3, 4; 4 556, 557. — Schluß auf Vorliegen eines Kleingewerbes aus dem Fehlen kaufmännischer Bücher 2 2, 9. — Einfluß des Geschäftsumsatzes, Betriebskapitals, Ertrags, der Steuer, Räume, Organisation 5 638; 6 602 (Arbeitszeilung); 7 591, 592. — Zuständigkeit der Landesregierungen zur Abgrenzung des Begriffs: Kleingewerbe (PrGewStG. v. 24. VI. 91) 2 2, 10; Fehlen landesgesetzlicher Vorschriften 2 2, 10. — Handwerl: Begriff 3 2, 4; 4 59, 556; 5 61. — Handwerker: mit beträchtlichem Umfang des Betriebes 2 2, 8; 3 2, 4. — Begriff d. kaufmännischen Geschäftsbetriebs (s. Kaufmann): — Höfer, Tröbler 2 2, 9; 4 557. — Anwendung des III. Buchs HGB. auf Handwerker 6 602. — maßgebender Zeitpunkt s. die Feststellung d. Eigenschaft als Voll- oder Minderkaufmann (bei Versprechen e. Konventionalstrafe) 7 592. — Führung von Handelsbüchern 2 2, 9. — Procuraerteilung s. Procura. — keine Verpflichtung z. Buchführung für ein Kleingewerbe, wenn daneben noch ein kaufmännischer selbständiger Betrieb existiert 6 602. — Einschreiten des Registerrichters bei Gebrauch e. Firma 6 612; 7 596 (2). —

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

irtümlische Eintragung im Handelsregister 4 557; 7 288 (e. Handelsgesellschaft zw. M.). — Andeutung eines Gesellschaftsverhältnisses in der Firma 2 2, 9. — Benutzung eines fremden Namens ohne Eintragung schafft keine Firma; keine Schuldenhaftung bei Geschäftsübernahme u. Weiterbenutzung des bisherigen Namens 2 2, 9 (f. 10); 3 2, 11; 7 592. — Eintragung der Firma bei Möglichkeit der Geschäftserweiterung 2 2, 9, 10. — Löschung d. Firma bei Herunterfallen des Geschäftes zum Kleingewerbe 2 2, 9. — Veräußerung d. Geschäftsbetriebs mit dem Namen? 7 592. — Löschung der irtümlisch eingetragenen Firma e. Kleinkaufmanns von Amts wegen 6 602 (f. 3 2, 644). — Führen e. Firma seitens e. Minderkaufmannes fällt unter § 37 HGB. 6 602, 612; 7 596 (Einschreiten d. Registerrichters). — Verieren als Vollkaufmann 2 2, 12; 4 557; 5 638 (strafrechtliche Bedeutung?). — gemeinsamer Geschäftsbetrieb von Eheleuten 4 557. — Gesellschaften von M. sind nach BGB. zu beurteilen 2 2, 75. — Klage gegen eine aus M. bestehende Gesellschaft 4 699. — Haftung der den Anschein einer off. H.-G. erweckenden M. 2 2, 18; 3 2, 4, 32; 5 660. — Anwendung des § 25 HGB. bei Übernahme des Geschäftes einer aus M. bestehenden Gesellschaft samt Firma 3 2, 11.

Mindestangebot f. geringstes Gebot.

Mineralgewinnungsrecht f. Bergrecht. — Belastung e. Grundstücks mit e. nicht bergrechtl. M.; § 313 BGB. anwendbar 3 1, 152.

Mineralien. — Nutzungen e. Grundstückes 2 1, 36.

Mitbelastung. — Eintragung ins Grundbuch. — bei einer Zwangshypothek für eine durch Vertragshypothek schon gesicherte Forderung; bei Nießbrauch an mehreren Grundstücken? 2 2, 459; 3 2, 165. — Form der Eint. 6 1047. — Erlöschen der M. 3 2, 165.

Mitbesitz, mittelbarer Besitz f. Besitz.

Mitbesitzer f. Besitzer.

Mitbieten f. Submission, pacta de non licitando.

Miteigentum vgl. Gemeinschaft, Gesamthand, Miterben. — französisches Recht; ir-division forcée 1 2, 425. — vor 1900 entstandenes M.; Umwandlung e. M. nach Bruchteilen 3 1, 697. — von einem Miteigentümer herrührende Belastung der gemeinschaftl. Sache (franz. Recht) 1 2, 426. — rechtl. Natur des Anteilsrechts 7 419. — Eigentum am Grenzbaum 1 1, 633. — der Geschäftsanteil an einer GmbH. 3 1, 426 f. (f. diese). — Anwendung der Vorschriften über die Gemeinschaft 1 1, 633. — gesetzliches Vorkaufsrecht der Miteigentümer 1 1, 633. — Befriedigung des Hyp.-Gläubigers durch einen der Mit-

eigentümer; Einfluß auf die Hypothek 4 361; 5 436. — Anwendung der Bestimmungen über das Eigentum auf M.-quoten 1 1, 633; 7 419. — Belastung von Bruchteilen durch den Miteigentümer gewordenen früheren Miteigentümer 2 2, 458. — Belastung von Miteigentümerquoten, insbes. zugunsten eines anderen Miteigentümers 1 1, 425, 634 f.; 2 1, 568. — Belastung zugunsten eines Miteigentümers bei Gemeinschaft zur gesamten Hand 2 1, 568. — Übergabe des Hypothekenbriefes durch alle Miteigentümer bei Bestellung einer Briefhypothek am ganzen Grundstück 2 1, 568. — Regelung der Verwaltung u. Benutzung; rechtl. Natur der durch ihre Eintragung ins Grundbuch entstehenden „Belastung“ u. Form der Eintragung 1 1, 634; 2 1, 568; Grenzen dieser Regelung, Wirksamkeit gegenüber Gläubigern 4 342; bei reichsritterchaftlichen Familienfondomnaten 7 419. — Geltendmachung der Ansprüche aus dem Eigentum durch einen der Miteigentümer 1 1, 634. — kann der Miteigentümer eines Hauses unmittelbar den auf ihn treffenden Teil der Mieten fordern? 5 279 (f. Gemeinschaft). — Bruchteilsgemeinschaft u. Gesamthandsgemeinschaft, rechtl. Natur, Gemeinschaftsverhältnisse im preuß. Agrarrecht 2 1, 567. — unteilbares deutschrechtliches M. an gemeinsamen landwirtschaftlichen Zwegrundstücken 3 1, 427. — Bruchteilsgemeinschaft bei Übertragung eines gemeinschaftlichen Grundstücks an zwei Miterben in der Erbteilung 2 1, 567. — keine vertragmäßige Begründung oder Wiedereinführung der Erbengemeinschaft 2 1, 567. — keine Belastung des Miterbenanteils an den Grundstücken eines ungeteilten Nachlasses 1 1, 634. — gleiche Anteile bei Ehegatten 2 1, 567. — Eintragung des Anteilsverhältnisses im Grundbuch f. Mehrheit von Berechtigten. — M. des bairischen Landrechts; Übergangsrecht 4 545.

Miteigentümeranteile. — Belastung mit derselben Hypothek 1 1, 684; 4 353. — Wirkung der Zahlung durch einen der Miteigentümer 4 361. — Belastung mit Hypotheken f. Hypothek unter Gegenstand der Hypothek. — Pfändung des Anteils möglich? 2 1, 444 (f. Zwangsvollstreckung); 7 939 (f. auch Zwangshypothek).

Miterben f. Nachlassauseinanderlegung, Auflassung, Ausgleichungspflicht, Nachlassverwaltung, Erbteil.

Allgemeines. — Wesen der Erbengemeinschaft (Gesamthand) 1 2, 231, 234; 6 536. — Fortführung eines Handelsgeschäftes; offene Handelsgesellschaft? (f. diese) 1 2, 231, 235; 7 297 (Eintrag. in das Handelsregister). — Eintritt der Erben-

(Miterben)

gemeinschaft bei Ablehnung einer Fortsetzung der Gütergemeinschaft 4 491 (2). — Umschreibung von Nachlaßgrundstücken auf die Erbengemeinschaft 5 565. — M., Gemeinschaft eines Landgutes, das nicht Schriftlassengut ist (Traunschweig) 7 297. — Recht e. Nachlaßgläubigers, der zugleich Miterbe ist, auf Befriedigung vor Teilung des Nachlasses? 7 532. — Besitz der M. 2 1, 527. — Anwendung der §§ 2018 ff. (Erbchaftsanspruch) auf M.; Erbchaftsanspruch gegen M. 1 2, 229; 2 1, 708; 3 1, 600; 5 564; 6 536 (f. Erbchaftsanspruch). — gegenseitige Auskunfts- und Rechenschaftspflicht (§ 2027) 7 536 (vgl. Erbchaftsanspruch). — Eintragung der durch Vollmachterteilung d. Erben begründeten Vertretungsbefugnis e. einzelnen Erben in das Handelsregister? 7 595. — ordnungswidriges Inventar eines M. 1 2, 238. — Erbengemeinschaft des französischen Rechts; Übergangsrecht 5 628, 635. — Anwendung des § 859 Abs. 2 B.P.D. bei Erbfällen vor 1900? 5 636. — keine vertragmäßige Begründung oder Wiedereinführung der Erbengemeinschaft 2 1, 567.

Verfügungsrecht des einzelnen Miterben über seinen Anteil während der Erbengemeinschaft 7 536 f. — rechtliche Natur des Rechtes: Universal- oder Singularzufession 6 537; — analoge Anwendung der Vorschriften über Kauf 7 538. — Gegenstand der Verfügung 4 49. — Unterschied zwischen Verfügung über das M.-Recht und bloßer Abtretung d. Anspruchs auf das dem M. bei der Teilung Zufallende 3 1, 602; 6 537. — Miteigentum des Erben an den einzelnen Nachlasssachen? 4 494 (3); 5 567; 6 539. — dingliche Wirkung d. Verfügung d. M. über seinen Erbteil; Auflassung unnötig 1 2, 232, 233; 2 1, 708 (Auflassung); 3 1, 603; 4 492 (2); 5 565; 6 537; Ausschluß der dinglichen Wirkung bei Erbchaftsforderungen u. Erbchaftsschulden 6 538 (vgl. Erbchaftskauf). — Anwendung des § 2033 Abs. 1 Satz 2 auf eine nach 1. I. 00 erfolgte Verfügung über einen vor 1900 angefallenen Erbteil? 5 627. — Übergangsrecht; Fortgeltung von Satz 829, 833, 856 badiſchen M. 2 1, 791. — Pfändung e. Erbteils (französiſches Recht) 5 635. — Wirkung e. nach § 398 BGB. zu beurteilenden Abtretung des Auseinanderſetzungsguthabens gegenüber der ſpäter nach § 2033 Abs. 1 bewirkten Verfügung 7 537. — § 2033 Abs. 2 Veräußerungsverbot im Sinne des § 136 BGB. 7 537. — Form des obligatorischen u. d. dinglichen Vertrages; Einfluß der Wichtigkeit des obligatorischen auf den dinglichen

Vertrag; analoge Anwendung des § 313 Satz 2 BGB.? 7 537. — Eintragungsfähigkeit e. Verfügung des M. über seinen Anteil an d. Erbengemeinschaft 2 1, 533. — Auflassung u. Umschreibung d. Anteils e. M. an e. Nachlaßgrundstück 2 2, 426. — Bestellung e. Nießbrauchs, eines Pfandrechts am Erbteil; Haftung des Nießbrauchers u. Pfandrechtsgläubigers 1 2, 232; 2 1, 709, 754; 4 492; 5 565, 566 (Eintrag im Grundbuch?); 6 538 (Anzeige d. Verpfändung an d. M.); 7 536 f. — Abtretung des Auseinanderſetzungsanspruchs? 3 1, 602; 4 492, 493 (f. § 621). — Verfügung ohne wirksamen Rechtsgrund 1 2, 232. — Verhältnis des Übertragungsvertrages zu dem zugrunde liegenden Veräußerungsgeschäft 1 2, 232. — Möglichkeit der dinglichen und der obligatorischen Verfügung 6 537. — Haftung des veräußernden M. für die Nachlaßschulden 1 2, 232; 3 1, 603; 4 492. — Verfügung über einen Bruchteil seines Anteils 1 2, 233; 7 537. — Kündigung des Anteils an einer Nachlaßforderung 5 567. — Hypothekbestellung auf den Anteil eines noch unverteilteten Nachlaßgrundstückes 1 2, 233; 3 1, 604 (Hypothekvormerkung?). — Form des Vertrages, wenn in dem ganz übertragenen Erbteil Geschäftsanteile einer Gm.b.H. enthalten 6 538. — obligatorische Verfügungen des Erben über seinen Anteil über einzelne Nachlaßgegenstände 6 539; 7 537. — Abtretung eines Hypothekenanteils vor Teilung an einen M. 1 2, 233. — Klage des M. auf Zahlung einer ihm gegen den Nachlaß zustehenden Forderung vor Nachlaßauseinanderſetzung? 1 1, 234, 238; 3 1, 610; 4 497, 498. — Abtretung einer dem M. zustehenden Erbchaftsforderung 3 1, 604. — Besitzübertragung 3 1, 604. — Verfügung eines Mitnacherben vor Anfall der Nacherbschaft 5 565; 6 538 (f. Nacherbsfolge, Erbchaftskauf). — Pfändung des Erbteils (f. Zwangsvollstreckung) 1 2, 232; 1 3, 286; 2 1, 709, 754; 3 1, 603; 7 538 (Einfluß auf d. Veräußerung e. Nachlaßgrundstückes). — Pfändung d. Erbanteils e. M. an einem Nachlaßgrundstück 1 2, 233; 1 3, 286; 5 566 (Eintragung d. Pfändung ins Grundbuch); 2 1, 709; 3 1, 603; 5 565. — Pfändung des Erbteils d. Vorerben trotz Anordnung e. Nacherbsfolge 2 1, 709 (f. diese). — Verfügungen d. M. trotz Pfändung seines Erbteils 5 566. — Pfändung d. M.-Anteils am Erlöse einer zu versteigernden Nachlaßsache 5 566. — Genehmigung d. Vormundſchaftsgerichts 3 1, 602. — Erstreckung d. Verfügung über den Erbteil auf ein Ausgleichsrecht 3 1, 603. — Abtretung eines mit einer Ausgleichspflicht belasteten Erbteils 3 1, 603. — Stellung des Erwerbers; Ge-

bundenheit an Vereinbarung u. Maßnahmen des Erben **3 1, 603**; Antrag auf Ausstellung e. Erbscheins auf seinen Namen? **3 1, 603** (s. Erbschein unter Inhalt); Zahlung einer Vererbsteuer für das ihm zufallende Grundstück? **3 1, 603**; Auflassung? **3 1, 603**; Schuldenhaftung **4 492**. — bedingte Verfügung über die dem M. bei der Teilung zufallen werden den Nachlassfachen, insbesondere Grundstücke **5 566**. — Veräußerung einer Nachlassmoblie an gutgläubigen Dritten **5 566**. — Einfluß der Verfügung auf den Erbschein s. diesen. — Vertrag, durch den die Kinder gegen Auszeigung des Muttergutes dem Vater ihren Anteil am Nachlaß der Mutter übertragen **4 493** (s. auch Muttergutsvertrag). — Verfügungsrecht der Ehegatten nach den verschiedenen Güterständen; Zustimmung d. Mannes **4 492, 494** (Genehmigung der Frau); **5 566**. — Verfügungsrecht des d. Gütergemeinschaft fortsetzenden Ehegatten über den zum Gesamtgut gehörigen Nachlassanteil **4 492**. — Verhältnis des Verbots d. § 2033 Abs. 2 zu einer freiwilligen partiellen Teilung d. M. **4 494**. — Bewertung von Verträgen auf Abtretung eines Erbteiles; Fälligkeit der Besitzveränderungsgebühr **1 2, 231**; **2 1, 709**; **3 1, 603 (2)** (s. Besitzveränderungsgebühr). — analoge Anwendung des § 2033 auf andere Fälle der gesamten Hand? **3 1, 604**. — rechtliche Natur der Verfügungsschranken des § 2033 (Veräußerungsverbot im Sinne des § 135) **3 1, 604**.

Vorkaufrecht. — rechtliche Natur, Retraktrecht **6 403, 539**. — V.-berechtigter **6 539**. — V. eines in die Erbengemeinschaft eingetretenen extraneus? **3 1, 604**; **6 539**. — V.-gegner **6 539** (Nachfolger des Miterben). — Vorkauf seitens des Rechtsnachfolgers eines Miterben **3 1, 604**; **6 539**. — Übertragbarkeit des V.? **3 1, 605**. — V. bei Übertragung des Nachlassanteils zur Sicherheit **5 567**. — V. bei Vorliegen e. ungültigen Kaufvertrages (Formmangel, Fehlen des Kaufpreises) **6 539**. — Ausübung des V. bei Kauf oder Schenkung? **6 539**. — bei Veräußerung an einen M. **6 539**. — Anwendung der §§ 504 ff. **6 539, 540**. — Form der Ausübung **6 539, 540**. — Mehrheit von Vorkaufsberechtigten **6 540**. — Größe des Anteils der mehreren V.-berechtigten an dem durch Ausübung des V. erlangten Erbteil **6 540**. — Wirkung d. Ausübung **2 1, 709**; **3 1, 604**; **6 540** (keine dingliche Wirkung). — Haftungsbefreiung des dritten Käufers, der das Recht zur Beschränkung seiner Haftung verloren hatte **3 1, 605**; **7 537, 538** (Besitzenbleiben d. Haftung aus der Mitverwaltung nach §§ 1978 ff.; Anwendung der §§ 1990, 1991). — Pflicht des Vertrags-

gegners zur Anteilsübertragung Zug um Zug gegen Zahlung **6 540**. — Charakter der Klage des Verkäufers auf Übertragung des gekauften Anteils **6 540**. — Gewährleistungsanspruch des vorkaufenden M. **6 540**. — Belastungen oder Weiterübertragung des Anteils durch den Inhaber zwischen Ausübung des V. und Übertragung **6 540**. — Stellung des vorkaufenden M. im Konkurse des V.-verpflichteten **6 541**. — analoge Anwendung des § 2007 **6 541**. — Wiederaufleben d. erloschenen V., wenn der Käufer den Erbteil weiterverkauft? **7 538**.

Nachlassverwaltungsrecht **7 538**. — Stellung des mit der Auseinanderetzung besetzten Nachlassgerichts **2 1, 710**; **3 1, 605** (s. Nachlassgericht). — Berücksichtigung des Konserenden bei Teilung des Reinertrages **1 2, 234**. — Miterbe als neg. gestor des anderen M. **5 268**. — z. Zweck d. Verwaltung v. einem Miterben eingegangene Verbindlichkeit **4 494** (s. Nachlassverbindlichkeiten); **5 558**; **6 527** (vgl. **3 1, 591**). — Vorlagepflicht bei Schuldscheinen und Urkunden gegenüber dem M. **1 2, 234**. — Verfügungsmacht d. einzelnen M. bei Nachlassforderungen **5 567**. — Kündigung von Nachlassforderungen durch einen Erben? **1 2, 234 (2)**; **2 1, 710**; **6 541**. — Anfechtung von Rechtsgeschäften des Erblassers seitens eines M. **1 2, 234**. — Rechtsstellung des nach § 2039 Satz 2 aufzustellenden Verwalters **6 541**. — Einziehung der von einem M. geschuldeten Nachlassforderung **1 1, 138**; **1 2, 231**; **2 1, 710** (Aufrechnung des Erben mit seinem Erbschaftsanspruch); **4 495 (4)**, **496**; **6 541**. — Wirkung des Annahmeverzuges eines M. **1 2, 234**. — Annahme einer Leistung zum Nachlaß seitens eines M. **2 1, 710**. — Klage des M., der zugleich Nachlassgläubiger, gegen die anderen Erben vor Teilung (Leistungs- und Feststellungsklage?) **1 2, 234, 238**; **3 1, 610**; **4 497, 498**. — Regreß des eine Nachlassschuld zahlenden M. **1 2, 235**. — Regreß eines M. wegen der ihm durch seine Verklagung wegen einer Nachlassschuld erwachsenen Kosten **1 2, 235**. — dingliche Verfügung der Erbengemeinschaft über einzelne Nachlassgegenstände **6 542** (mangelnde Gleichzeitigkeit); **7 537**. — gemeinschaftliche Verfügung sämtlicher Erben über den Nachlaß als Ganzes? **2 1, 710**; **6 542**. — Ausübung des Stimmrechts für den Geschäftsanteil einer Gmbh. **3 1, 605**. — Stellung des gutgläubigen Dritten bei Veräußerung einer Nachlassmoblie seitens eines M. **5 566**. — Klage eines M. auf Anerkennung befristeter Rechte **3 1, 605**. — Surrogationsprinzip **3 1, 605**. — Antrag eines einzelnen M. auf Wiederversteigerung wegen Nicht-

(Miterben)

zahlung des Vorgebotes **4 495**. — Ungültigkeit des von einem Teil der Erben einem Dritten erteilten Auftrags zur Nachlassregulierung **6 542**. — Klage des von den übrigen Erben zum Zahlungsempfang ermächtigten Erben gegen den Nachlassschuldner auf Zahlung an sich selbst **7 538**. — Stimmrecht eines M., der zugleich Nachlassschuldner ist, bei Interessenkollision **4 495**. — partielle Teilung des Nachlasses **4 494**; **5 567** (Nachlassgrundstücke) (s. oben). — analoge Anwendung des § 2039 auf andere Rechtsverhältnisse **4 495** (s. diese). — notwendige Streitgenossenschaft der M.? **5 567 (2)** (s. unten Verhältnis zu den Nachlassgläubigern); **7 538** (bei Klagen auf Hinterlegung an alle Erben).

Verhältnis zu den Nachlassgläubigern s. Nachlassauseinanderlegung, Erbenhaftung. — Einfluß der Haftungsbeschränkung auf die gesamtschuldnerische Haftung **2 1, 710**. — nicht allen M. gemeinschaftliche Nachlassverbindlichkeiten **3 1, 609**. — Behandlung gemeinschaftlicher, von einem Erben verauslagter Kosten bei der Erbteilung **3 1, 609**. — Stellung eines M., der zugleich Nachlassgl. ist **1 2, 234, 238**; **3 1, 610** (s. oben unter Nachlassverwaltungsrecht). — Haftung, wenn bei nur 2 M. der eine infolge der Ausgleichspflicht nichts mehr erhält **3 1, 610**; **7 541**. — Einfluß der Ausgleichspflicht auf das Maß der Haftung der einzelnen Erben bei unbeschränkter oder beschränkter u. anteiliger Haftung **3 1, 611**. — Notwendigkeit der Streitgenossenschaft bei Klagen gegen d. Erben wegen Nachlassschulden **4 499**; **5 568, 569** (Klagen gegen einzelne Erben auf Abgabe von Willenserklärungen); **6 543** (getrennte Klage gegen die mehreren als Gesamtschuldner haftenden Erben). — muß die Feststellung des Pflichtteilsrechts gegen alle Erben einheitlich in einer Klage betrieben werden? **7 540**.

Verhältnis zu den Nachlassgläubigern bei ungeteiltem Nachlass (§ 2059). — Begriff der Teilung; unvollständige Teilung **3 1, 610 (1)**; **7 541** (s. Nachlassauseinanderlegung). — Zeitpunkt der Teilung des Nachlasses **1 2, 237**. — Beweislast bez. der Teilung **3 1, 610**; **4 499**. — Umfang der Haftung **1 2, 237**. — Klage gegen einen einzelnen M. **1 2, 235, 237**. — Geltendmachung der Beschränkung der Haftung **1 2, 237**; **2 1, 711**. — Vorbehalt im Urteil nach § 780 ZPO. als Voraussetzung f. d. Recht d. M., den Gläubiger auf seinen Anteil am Nachlass zu verweisen **7 541**. — Geltendmachung der Teilung der Haftung im Prozeß und in

der Zwangsvollstreckung §§ 767, 781, 785 ZPO. **1 2, 237 (2)**; **3 1, 610**. — Antrag bei Klage gegen alle M. **3 1, 610, 611**. — Klagantrag und Tenor des Urteils gegen einen M. **1 2, 237**; **3 1, 610**. — Vollstreckung des gegen einen M. ergangenen Urteils **1 2, 237**. — Einrede der Rechtshängigkeit gegenüber der gegen alle Erben erhobenen Klage bei Unhängigkeit eines Prozesses gegen einzelne M. **3 1, 610**. — Vollstreckung eines gegen alle M. ergangenen Urteils **1 2, 237**. — Vollstreckung eines auf Befriedigung aus dem ungeteilten Nachlasse gehenden Urteils; Zwangsvollstreckung in das Privatvermögen der Erben, insbesondere wenn der Vorbehalt nach § 780 ZPO. fehlt? Vollstreckung in die einzelnen Anteile der M. **4 499 (2)**. — Verhältnis des Rechts nach § 2059 Abs. 1 zur Haftungsbeschränkung **4 499**. — Haftung des Erben, der das Recht der Haftungsbeschränkung verloren hat, vor Teilung des Nachlasses **4 499**.

Verhältnis zu den Nachlassgläubigern bei geteiltem Nachlass. — Umfang der Haftung im allgemeinen **1 2, 237**. — Beweislast der anteilmäßigen Haftung **1 2, 237**. — Teilung der Haftung in den Fällen des § 2060 trotz unbeschränkter Haftung d. M. **1 2, 237**. — Teilung der Haftung in den Fällen des § 2060 Ziff. 1 u. 2, wenn den M. die Forderungen noch vor der Nachlastteilung bekannt wurden **1 2, 238**. — Geltung des § 2060 Ziff. 2 u. 3 bei Eintreten ihrer Voraussetzungen erst nach der Nachlastteilung? **1 2, 238**. — Wirkung einer Forderungsammlung des Gläubigers nach § 2061 im Falle des § 2060 Ziff. 2 **1 2, 238**. — Haftung, wenn der Nachlasskonkurs keinen Überschuß für die M. ergibt **1 2, 238**. — Anwendung des § 2060 Ziff. 3 bei Zwangsvergleich **3 1, 611**. — Privataufforderung der Gläubiger (§ 2061) seitens des unbeschränkt haftenden M. **1 2, 238**. — Aufgebot der Nachlassgläubiger nach Teilung **1 2, 238**. — Einrede aus §§ 1990 ff. nach Teilung **1 2, 223, 238**; **3 1, 595**; **6 531**. — gesamtschuldnerische Haftung für unteilbare Nachlassverbindlichkeiten **2 1, 711**. — Haftung des Erben, der infolge seiner Ausgleichspflicht nichts erhielt; Einfluß auf die Haftung der anderen Erben, denen die Ausgleichung zugute kommt **7 541**.

Mitgift s. Ausstattung. — Versprechen an den Schwiegerjohn: lästiger Vertrag oder Schenkung? Klagbarkeit e. formlosen M.-Vertrages **2 1, 643**; **3 1, 497, 498**; **4 401, 402**. — Rückforderung wegen Nichterfüllung der durch die Ehe be-

gründeten Pflichten? 2 1, 643. — Versprechen des Vaters, nach seiner Wahl ein Grundstück oder eine Geldsumme als Wittgift zu geben 3 1, 498. — Hinfälligkeit e. M.-Versprechens bei Aufhebung der Verlobung; kein Wiederaufleben bei späterer Heirat 4 402. — M.-Versprechen Schenkung 3 1, 228; 5 203 (s. Ausstattung, Schenkung); 7 497 f. — M.-Versprechen z. Beförderung der Eheschließung 5 46. — M.-Versprechen für den Fall der Eheschließung mit einer Desflorierten 3 1, 48. — M.-Versprechen als Entgelt für die Übernahme der Unterhaltungspflicht 4 45. — Anfechtung e. M.-Versprechens nach § 32 Ziff. 1 R.D. 7 498.

Mittelungspflicht s. Anzeigepflicht.

Mittelbarer Besitz s. Besitz.

Mitvormünder s. Vormund.

Möbelleihvertrag. — Anwendung des § 377 HGB. 2 2, 210. — Pfändung der Möbel (s. Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen) 3 1, 114. — Zwangsvollstreckung in die Möbel; Widerspruchsfälle 3 2, 571, 578; 4 750; 5 878; 6 888, 891 (vgl. Widerspruchsfälle); 7 199, 200, 875. — kann der Schuldner aus der Pfändung der ihm unter Eigentumsvorbehalt verkauften Sachen eine Einwendung gegen die Klage auf Zahlung fälliger Raten herleiten? 6 899. — liegt in der Pfändung der Möbel seitens des Eigentümers ein Verzicht auf das Eigentumsrecht? 5 865; 6 899. — Pfandrecht d. Vermieters an den Leihmöbeln 7 224.

Möbliert s. Zimmer.

Möbelleihen 4 45 (s. Künstler, gute Sitten).

Monopol s. Syndikat, unerlaubte Handlungen (§ 826), gute Sitten. — Mißbrauch 5 113. — Mißbrauch d. M.-Stellung des Kanalamtes des Kaiser-Wilhelm-Kanals (s. dieben) 1 1, 52; 5 45, 113. — wucherische Ausbeutung 2 1, 67.

Montage. — Lieferung von Gegenständen mit Verpflichtung zur M. 2 1, 268, 374 (s. Werkvertrag); 7 272.

Moratorium vgl. Stundung. — Rücktritt v. einem M. wegen veränderter Umstände 5 51.

Morphinismus. — Trunksucht? 1 1, 5.

Motorrad s. Automobil, konkur. Verschulden. — Unfälle 7 114, 115, 350 (zu große Geschwindigkeit). — Mitnahme e. Fahrgastes auf einem Dreirad (s. Fahrgast) 7 137, 350. — Unfall infolge Erschreckens der Passanten durch das Huppen 7 350. — Haftung bei Anfschieben auf schlüpfriger Straße 7 350.

Mündel s. Vormund, Vormundschaft.

Mündelvermögen s. Vormund unter Sorge für das Vermögen.

Mündliche Nebenabreden s. Vorverhandlungen, Schriftform, Auslegung. — m. U.

als Auslegungsmittel 1 1, 80; 6 71. — m. U. als Teile eines schriftlichen Vertrages 2 1, 79. — Vermutung der Vollständigkeit eines schriftlichen Vertrages 6 71. — m. U. einer Bedingung neben einer schriftlichen Vorrechtseinräumung 6 56. — m. U. vor, bei oder nach Abschluß eines schriftlichen Vertrages 1 1, 74; 6 70, 71. — exceptio doli gegenüber der Klausel, daß alle Abänderungen e. schriftlichen Vertrages schriftlich erfolgen müßten, wenn der Kläger selbst an dem Verstoße gegen die Klausel schuld ist 7 358. — Nichtaufnahme in den notariellen Vertrag (§ 139) 5 48. — m. U. beim Grundstücksveräußerungsvertrag 1 1, 216, 220; 2 1, 212; 3 1, 153, 154, 155; 4 119, 121; 5 129 (s. Form des Immobilienvertrages). — Heilung des Formmangels des § 313 bewirkt Gültigkeit auch der m. U. neben dem Grundstücksveräußerungsvertrage 1 1, 222; 2 1, 213; 3 1, 156; 4 119, 122; 5 130, 131. — mündliche in einem Bestellschein nicht enthaltene U. 7 192. — m. U. neben einem schriftlichen (Miet-) Vertrag 1 1, 373; 3 1, 236, 237; 4 181, 182; 5 215; 7 46. — Ungültigkeit formloser U. bei Formersforderniß des Hauptvertrages 3 1, 39.

Mündliche Verhandlung vgl. Wiedereröffnung, Verhandlungsmaxime. — de lege ferenda 6 781. — Reform 7 167. — was muß vorgetragen werden? 1 3, 70, 71. — über einen Beweis Antrag 1 3, 70. — Vereinbarung, daß etwas als vorgetragen gelten soll 1 3, 70, 192. — wenn die Darlegung des Prozeßstandes nicht durch die Parteien, sondern durch den Berichterstatter 3 2, 421, 494. — Rücknahme einer vom Anwalt vorgetragenen Behauptung durch die Partei 1 3, 73 (vgl. Prozeßbevollmächtigter). — den Erklärungen des Anwalts widersprechende Parteiangaben im Anwaltsprozeß 7 746. — kann ohne m. U. an Stelle des im Beweisbeschluß aufgestellten Sachverständigen ein anderer bestellt werden? 4 684. — Begriff der mündlichen Verhandlung s. auch GKG.; liegt m. U. schon vor bei Vorlesen des Antrags auf Klageabweisung? 3 2, 352. — Berücksichtigung nachträglich vorgelegter Urkunden? 3 2, 421. — nicht vorgetragene Akten 3 2, 421. — Zurücknahme der im Prozeß abgegebenen Aufrechnungserklärung 6 807. — Vortrag des Beweisergebnisses 1 3, 125. — nochmaliges Gehör der Parteien nach Beweisaufnahme 3 2, 449; 4 693. — Bezugnahme auf das in einem früheren Termin Vorgetragene 3 2, 421. — kann der Vortrag durch Vorlegung ersetzt werden? 3 2, 422. — Bezugnahme auf den Tatbestand des Urteils der Instanz 7 766. — richter-

(Mündliche Verhandlung)

liche Ermittlungen über das Bestehen eines Lokalfrechtes nicht Gegenstand der m. B. 4 693. — Verlesen der Anträge (s. Anträge); Beweisraft des Protokolls 7 798. — nochmalige m. B. nach der Beweisaufnahme 4 693 (s. Beweisaufnahme). — der erschienenen Partei wird das Wort nicht gestattet: Heilung dieses Mangels 3 2, 422. — Verzicht auf den Grundsatz der m. B. ? 3 2, 421. — Nichtverstattung der Partei zum Wort; Rüge in der Revisionsinstanz; nicht zur Sache gehörige Ausführungen der Partei 6 780.

Musikaufführungen vgl. Schauffellungen. — polizeiliche Erlaubnis für gelegentliche M. 4 932. — landesrechtliche Vorschriften

über M. in Wirtschaftshäusern 4 932. — Tingeltangel 4 932.

Musikschüler. — bei Mitwirkung in Konzerten als gewerbliche Arbeiter? 4 959.

Muster s. auch Ausfallmuster, Probefendung. — Begriff nach § 44 Gew.D.; Lieferung e. Druckschrift Muster? 4 940.

Musterschutz s. Urheberrecht.

Muttergutsvertrag. — Abtretung des den Kindern zustehenden Anteils am mütterlichen Nachlaß gegen Ausbändigung des M. 4 493. — Ehe- und Erbvertrag, daß der Vater gegen Auszeichnung des M. Alleineigentümer des Nachlasses werden soll 4 494 (s. Erbeneinfügung, Erbvertrag).

mutuus consensus. — einseitiges Rechtsgeschäft oder Vertrag? 2 1, 38.

N.

Nachbarrecht. s. Eigentumsbeschränkung Grenz . . . Immission, Baulverbote. — Schutz der Windmühlen gegen hohe Baumplanzungen des Nachbarn 1 2, 402 (preuß. N.). — Fortdauer d. gemeinrechtlichen Bestimmung, bei Neubauten 2 Fuß von der Grenze zu bleiben, in Hannover 1 2, 402. — Beseitigung des ganzen Überhangs bei Ausbauchung der Mauer über ½ Fuß 1 2, 402. — landesrechtliche Vorschriften über Fensterrecht 1 2, 402. — Anwendung des Art. 124 GGWB. auf Miteigentum 1 2, 402. — Anwenderecht in Bayern 2 1, 773; 4 537 (Unmöglichmachen durch Änderung d. Kulturart). — Grenz- oder Scheidemauern; Erhöhung, Benutzung seitens des Nachbarn zum Aufbau 4 536 (2); 5 620 (franz. Recht). — Frankfurter Wäch 6 591; 7 583. — fortdauernde Geltung d. Baustatuts d. Stadt Frankfurt a. M. v. 11. VI. 09 7 583. — wie erlöschen die aufrechterhaltenen Nachbarrechte des NR? Verzicht, Fiktion des Verzichts? 6 373, 591. — Verletzung d. N. durch d. Mieter 1 1, 368; 2 1, 296. — Entschädigungslage des Grundeigentümers als Erlaß der Kl. auf Einstellung des nachbarlichen Gewerbebetriebs 3 1, 89.

Nachbesserung s. Gattungskauf, Kauf. — N.-recht des Verkäufers 1 1, 345, 347, 348; 2 1, 275; 3 1, 86, 218, 274; 4 70; 162, 163, 618. — N.-anspruch des Käufers 1 1, 345, 347; 2 1, 275; 5 191, 192.

Nachbildung s. Abbildung, Bild, Bildwerk.
Nachdruck vgl. Urheberrecht, unerlaubte Handlung, § 826. — Art des Schadensersatzes 1 1, 160.

Nachbfolge. — Pflegschaft für unbekannte Nachbarn s. Pflegschaft.

I. **Übergangsrecht** 5 635. — Eintragung d. Nachbarnrechts ins Grundbuch bei Besitztitelberechtigung auf den Vorerben 1 2,

453. — in einem vor 1900 errichteten Testament angeordnete fideikommissarische Substitution als Nachbfolge 2 1, 808; 3 1, 708 (2). — Behandlung des in einem Nachtestament bestellten Dispositionsnießbrauchs als Vorerbfolge 2 1, 811; 3 1, 708. — Verlangen der Zustimmung des Nachbarn zur Verfügung des befreiten altrechtlichen Vorerben durch den Grundbuchrichter 3 1, 708. — Pflicht des Rechtsnachfolgers des weggefallenen Vorerben zur Vorlage eines Vermögensverzeichnisses 5 635.

II. **Allgemeines.** — rechtl. Natur d. N. 2 1, 714; 3 1, 620 (Unterschied von der römischen fideikommissarischen Substitution); 7 545. — bei Ausländernachlässen 2 1, 760. — Grundbucheintragung e. noch nicht genehmigten Stiftung als N. 4 18. — konstruktive N. 1 2, 242 (2); 3 1, 621. — N. oder Vermächtnis e. Nießbrauchs s. Vermächtnis.

III. **Einfügung.** — N. eines noch nicht Erzeugten; irrümliche Annahme des Erblassers, der Eingesetzte könne unmittelbar Erbe werden 1 2, 242; 2 1, 714, 715. — **ausdrückliche** Einfügung eines noch nicht Erzeugten als **Nacherbe** 1 2, 243, 3 1, 622. — Nichtbezeichnung der Vor- oder Nachbarn bei beschränkter oder bedingter Einfügung eines von mehreren Erben 1 2, 242, 243. — **ausschiebend** bedingte Ersaberberufung des Nachbarn 1 2, 243 (s. 2 1, 714). — bezieht sich eine der Nachberneinfügung beigefügte Bedingung auch auf die Ersaberberufung des Nachbarn? 3 1, 621. — Einfügung als Nacherbe für den Fall, daß der Vorerbe nicht letztwillig anderweit bestimmt 5 569; 7 545. — E. eines Nachbarn für einen als Vorerben eingesetzten Abkömmling (§ 2107); Tod des Vorerben vor oder nach dem Erbfall mit

Hinterlassung von Nachkommen **1 2, 243; § 1, 622**; vor dem Tod des Vorerben wieder verstorbene Nachkommen des Vorerben **1 2, 243**; Anwendung des § 2107 bei Abstellung der Nacherbfolge auf einen anderen Zeitpunkt als den des Todes des Vorerben **1 2, 243**; Transmiffion der Nacherbfolge auf die Erben des Nacherben bei kinderlosem Absterben des Vorerben **1 2, 243; § 1, 622**; Tod des Vorerben mit Hinterlassung eines erst erzeugten Abkömmlings **§ 1, 622**; Tod des Vorerben mit Hinterlassung angenommener Kinder **§ 1, 622**; — Verhältnis, wenn von mehreren Erben die einen unter einer aufschiebenden oder auflösenden Bedingung oder befristet, die anderen unbedingt eingesetzt sind **2 1, 715; § 1, 621**. — Quasipupillar-substitution in der Form der Nacherbfolge **§ 572**. — Anwendung des § 2103 auf vor 1900 errichtete Testamente **§ 1, 621**. — Einsetzung eines Erben unter einem z. Bt. des Erbfalls noch nicht eingetretenen Anfallstermin **2 1, 715**. — Stellung des unter einer auflösenden Bedingung eingesetzten Erben bei Tod des Erblassers ohne Hinterlassung von Verwandten oder Ehegatten **2 1, 715**. — E. eines Erben auf den Nießbrauch als Anordnung einer N. **§ 592; § 546, 547 (s. 4503)**. — Bestimmung, daß der Nachlaß nach dem Tod des überlebenden Gatten den Kindern zufallen, bis dahin aber ungeteilt bleiben soll **4 503**. — gegenseitige Einsetzung der Ehegatten mit Anfall des Überrestes an die Kinder des Längstlebenden (Berliner Testament) als N.? **1 2, 249**. — E. des überlebenden Gatten zum Alleinerben mit der Bestimmung, daß bei seiner Wiederverheiratung die gesetzliche Erbfolge eintreten soll **1 2, 314; 4 503, 517, 525**. — Nacherbeinsetzung der Kinder des Erben in der Bestimmung, daß der Anteil des Erben sicher anzulegen und die Zinsen in seinem und seiner Kinder Interesse zu verwenden seien **6 548**. — Bestimmung eines gemeinschaftlichen Testaments, daß eine Quote des in der Hand des überlebenden Gatten vereinigten Vermögens an die Verwandten des erst verstorbenen Gatten fallen solle **6 548 (s. 6 552)**. — Anwendung des § 2104 auf die Erbeinsetzung des Sohnes nach dem Tod der Witwe des Erblassers **6 548**. — E. von z. Bt. des Eintritts d. N. noch nicht Erzeugten oder noch nicht Geborenen **7 523, 529, 546**.

IV. Anfall der Nacherbschaft. —

Eintritt des erzeugten oder geborenen Nacherben als Ersaherben bei Tod des Vorerben vor dem Erbfall, Ausschlagung oder Erbnunwürdigkeit des Vorerben **1 2, 242, 243; § 1, 621**. — Wirkung des auf einen anderen Zeitpunkt als den Tod des Vorerben abgestellten Eintritts der N. bei Tod

des Vorerben nach Erbanfall, aber vor Eintritt des bezeichneten Zeitpunktes **1 2, 243; § 1, 621**. — Tod des Nacherben vor dem Erblasser **6 549**. — Übertragbarkeit des Nacherbentrechts vor Eintritt der N. s. unten Stellung d. Nacherben. — Tod des befristet eingesetzten Nacherben nach dem Erbfall, aber vor Eintritt des Termins **1 2, 243**. — Transmiffion des Nacherbentrechts **2 1, 714, 715**. — Transmiffion des Erbentrechts, wenn eine noch nicht erzeugte Person mit einem späteren Zeitpunkt als dem ihrer Geburt Nacherbe werden sollte und vor dieser Zeit wieder verstorbt **1 2, 244**. — Zeit des Anfalls, wenn eine noch nicht existierende Person von vornherein als Nacherbe ausdrücklich eingesetzt ist **1 2, 243; 2 1, 715; § 1, 622**. — Anfallszeit, wenn eine noch nicht erzeugte Person nach der Vermutung des § 2101 als Nacherbe zu gelten hat **2 1, 715**. — später als 30 Jahre nach dem Erbanfall eintretende N., zwingender Charakter des § 2109 Abs. 1 **1 2, 244**. — ausdehnende Auslegung des § 2109 Ziff. 1 **1 2, 244; 2 1, 716**. — Anwendung des § 2019 Ziff. 1, wenn der, in dessen Person das Ereignis eintreten soll, noch nicht lebt, aber erzeugt ist **1 2, 244; 2 1, 716**. — N. der nach-erzeugten Geschwister des Vor- oder Nacherben (§ 2109 Ziff. 2), die nicht schon mit deren Geburt, sondern erst mit einem späteren Zeitpunkt eintreten soll **§ 1, 623**. — unmittelbarer Erwerb der Erbschaft durch den Nacherben ohne Zutun des Vorerben bei Beendigung der Vorerbschaft **1 2, 241, 242** (dispositive Natur dieser Vorschrift); **1 2, 243** (Auslassung?); **§ 1, 620, 625; 6 548**. — rechtliche Natur der vor Eintritt des Nacherbfolgesalles dem Nacherben zustehenden Anwartschaft: Zeitpunkt dieses „Vorankfalls“; Vererblichkeit, Übertragung, Pfändung der Anwartschaft **§ 1, 622, 623**. — Aussonderungsanspruch des Nacherben bei Auspruch des Konkurses über den Vorerben vor Eintritt der Nacherbfolge **§ 1, 623**. — Vereinbarung zwischen Vor- und Nacherben über Herausgabe der Erbschaft vor Eintritt der N. **1 2, 250**. — Unterbrechung der zwischen Vorerben und Dritten anhängigen Prozesse durch Eintritt der N.; Anwendung des § 246 Abs. 1 Z. 3. — Erbnunwürdigkeit des Nacherben **1 2, 251**. — Annahme und Ausschlagung s. unten „Stellung des Nacherben“.

V. Umfang der Nacherbschaft. — durch Anwachsung oder Ersahberufung dem Vorerben zugefallener Erbteil **1 2, 244**. — mit Mitteln der Erbschaft, aber nicht ausdrücklich für sie gemachte Erwerbungen des Vorerben **1 2, 244**. — Wegnahmerecht oder Vergütungsanspruch des Vorerben

(Nacherbfolge)

für den Nachlassgrundstücken einverleibtes Inventar? **1 2, 244.** — Beweis der Kenntniss eines Nachlassschuldners von der Zugehörigkeit seiner Schuld zum Nachlass **1 2, 244.** — vom Vorerben mit Mitteln der Erbschaft erworbene Hypothek **3 1, 623.** — Wiederaufhebung einer eingetretenen Konfusion oder Konsolidation; Einfluß auf Hypotheken **1 2, 251.** — Konfusion und Konsolidation bei befristeter oder bedingter **N. 4 505.** — Anwendung des § 101 auf die Herausgabe von Nützungen **6 549; 7 29.**

VI. Rechtliche Stellung des Vorerben bis zum Eintritt der Nacherbfolge. — Vorerbe Nießbraucher oder wirklicher Erbe? **3 1, 623.** — Stellung des Verwalters in dem über das Vermögen des Vorerben eröffneten Konkurs **1 2, 245, 246.** — Fortführen eines Handelsgeschäftes unter der alten Firma **1 2, 244.** — Vermischung der Erbschaft mit dem übrigen Vermögen des Vorerben **3 1, 623.** — Nachlassauseinandersetzung der wahren Vorerben **6 537.** — freie Verfügung über nicht hypothekarische Forderungen **1 2, 244.** — Prozeßführungsrecht des Vorerben **3 1, 624.** — Erbschein **1 2, 313.** — Haftung für einzelne schadenbringende Verwaltungshandlungen bei einem den Schaden ausgleichenden Schlussergebnis? **1 2, 249; 2 1, 716.** — schuldhaftige Veränderungen der Nachlasssachen; Beweislast **1 2, 249.** — Unterlassen eines Erwerbes **1 2, 245.** — Früchte der Erbschaft **1 2, 248, 249 (2)** (übermäßig gezogene Früchte). — Ausschlagung einer dem Erblasser des Vorerben angefallenen Erbschaft **2 1, 704.** — Testamentvollstrecker als Vorerbe **7 547.** — Verfügungen des Vorerben über Legitimationspapiere, Sparkassenbücher **1 2, 247.** — Hinterlegung von Wertpapieren: Wirkung; gutgläubiger dritter Erwerber **1 2, 246, 247; Anspruch des Nacherben gegen den Testamentvollstrecker auf Hinterlegung nach § 2116? 2 1, 717.** — § 2116 als Veräußerungsverbot nach § 135 BGB. **7 547.** — Anlegung von Erbschaftszugeln: Genehmigung d. Nacherben zur Erhebung **1 2, 247; Haftung des Vorerben bei Nichtanlegung 1 2, 249.**

1. Verfügungen des Vorerben über Grundstücke und Rechte an Grundstücken (§ 2113) (s. unten Stellung des Nacherben). — Wirkung der Verfügungen des Vorerben über Grundstücke bis zum Eintritt der Nacherbfolge **3 1, 624; 4 503; 6 549.** — für die Frage einer Beeinträchtigung des Nacherben maßgebender Zeitpunkt **1 2, 244.** — Begriff der Beeinträchtigung: Veräußerung als Beeinträchtigung **1 2, 244.** — Natur des Verbots

des § 2113 **7 546.** — Form der Geltendmachung der Unwirksamkeit durch den Nacherben **1 2, 244, 245.** — absolute Unwirksamkeit e. gegen § 2113 verstoßenden Verfügung **7 546.** — teilweise oder gänzliche Unwirksamkeit der vom Nacherben angefochtenen Verfügung **1 2, 245.** — Genehmigung des Nacherben **1 2, 245; 3 1, 624.** — Nichteintritt der Nacherbfolge **1 2, 244; 3 1, 624.** — guter Glaube des Dritten **1 2, 245.** — Berufung Dritter auf die Unwirksamkeit **1 2, 245.** — Schutz der Rechtsnachfolger des Nacherben **7 546.** — zwingender Charakter des § 2113 Abs. 1 **1 2, 245.** — Sicherung des Vorerben durch Erlaß einer einseitigen Verfügung, Eintrag eines Widerspruchs vor Eintritt der **N. 1 2, 245.** — Zahlung eines Hypothekschuldners an den Vorerben allein; Möglichkeit für den Nacherben, das Geld vom Vorerben wieder zu erhalten **1 2, 245 (2).** — Verlangen einer schriftlichen Einwilligung des Nacherben seitens des seine Schuld an den Vorerben zurückzahlenden Hypothekschuldners **1 2, 246.** — freiwillige Rückzahlung des Hypothekschuldners **1 2, 246.** — Übertragung einer Nachlasshypothek **2 1, 716; 4 503** (wenn das Recht d. Nacherben ins Grundbuch eingetragen ist). — Vermieten von Grundstücken **1 2, 249** (Zustimmung des Nacherben). — z. Bt. des Eintritts der **N.** noch laufende Miet- oder Pachtverträge **2 1 717.** — Notwendigkeit des Eintrags des Nacherbenrechts ins Grundbuch? **2 1, 716; 4 504; 5 572, 573, 574** (s. auch unt. Nacherbe); **6 549** (bei Ermächtigung des Vorerben seitens des Erblassers zu unentgeltlichen Verfügungen); **7 546.** — Eintrag d. Nacherbenrechts bei einer vor 1900 angefallenen Erbschaft **1 2, 413.** — Hypotheklöschungen des Vorerben **2 1, 717; 4 503, 504; 6 549, 550** (Löschung vom Vorerben bezahlter Hypotheken); **6 551; 7 546, 547.** — Löschungsbewilligung des Vorerben bez. e. Eigentümerhypothek **5 573; 6 550.** — rechtl. Natur der nach § 2113 notwendigen Zustimmung des Nacherben (§ 182 BGB.); Abgabe der Zustimmung durch die als Vorerbin eingesezte Mutter für ihren Sohn, den Nacherben, nach § 181; obervormundschaftliche Genehmigung **6 549.** — Zugeständnis der Entgeltlichkeit der Verfügung seitens des Nacherben **6 549, 550.** — Entbehrlichkeit der Zustimmung des Nacherben bei Offenfundigkeit des entgeltlichen Charakters des vom Vorerben abgeschlossenen Geschäfts **6 550.** — Verfügung zugunsten einzelner Mitnacherben **7 546.** — Wegfall der Einwilligung des Nacherben, wenn das Nichtvorhandensein der Voraussetzungen des § 2113 Abs. 2 BGB. offenkundig ist; über die Zahlungspflicht geführter kontrabif-

- torischer Prozeß 7 547. — Vertretung des Vor- und Nacherben durch einen vom Erblasser bestellten Bevollmächtigten 7 547.
2. Unentgeltliche Verfügungen des Vorerben (§ 2113 Abs. 2). — ist Abs. 2 gesetzliches Verfügungsverbot? 1 2, 245. — guter Glaube des Dritten 1 2, 245. — unentgeltliche Zuwendungen des Vorerben an einen Nacherben unter Einwilligung der anderen oder unter der Auflage der Anrechnung der Zuwendung auf den Erbteil 5 573. — Ausstattung eines als Mitnacherben eingetragenen Abkömmlings des Vorerben 5 573. — Ermächtigung des Vorerben zu unentgeltlichen Verfügungen durch den Erblasser 6 549.
3. Zwangsvollstreckungen, Arreste, Verfügungen des Konkursverwalters (§ 2115) 2 1, 709. — Zwangsvollstreckungsakte im Sinne des Buches 8 Abschn. 3 ZPO. 1 2, 246; 2 1, 716. — freiwillige Verfügungen des Konkursverwalters 1 2, 246. — Zwangsvollstreckung in Mobilien, die dem Gläubiger nur verschaffen, was ihm der Vorerbe freiwillig geben mußte und konnte 1 2, 246. — absolute Unwirksamkeit des gegen § 2115 verstoßenden Rechtsakts? 7 547. — Widerspruch- und Eigentumsklage des Nacherben 1 2, 246 (bei Veräußerung des Konkursverwalters?); 5 573, 574. — Einwendungen des Nacherben gegen die Zwangsvollstreckung? 1 2, 246; 5 573, 574. — Schutz des Nacherben durch einstweilige Verfügung 1 2, 246. — gutgläubige Erwerber der veräußerten Sachen 1 2, 246. — Eintragung einer Zwangshypothek wegen einer persönlichen Forderung gegen den Vorerben 2 1, 716, 717; 3 1, 624; 3 2, 557. — Anwendung des § 2115 auf alte Erbfälle? 5 574. — Widerspruchsklage des Nacherben gegen die zwecks Dedung von Geschäftsschulden stattfindende Versteigerung von Waren des vom Vorerben fortgeführten Handelsgeschäftes 6 550.
4. Inventurpflicht des Vorerben. — der Witwe als Vorerbin 1 2, 247. — Erzwingung der Inventur seitens des Nacherben durch Klage; Unzuständigkeit des Nachlassgerichtes; Vollstreckung des Urteils nach § 888 ZPO. 3 1, 625. — eidliche Bestätigung des Inventars? 2 1, 717. — Inhalt des Inventars 2 1, 717. — Gebundensein des Notars an die Weisungen des Vorerben 2 1, 717. — Feststellung des Zustandes der Erbschaft: Ernennung, Beidigung und Vernehmung der Sachverständigen 1 2, 247.
5. Kosten und Lasten der Erbschaft 1 2, 248. — Aufwendungen auf
- Sachen, die der Vorerbe nicht mehr herausgeben kann 1 2, 248. — Aufwendungen, deren Wert bei Herausgabe der Erbschaft nicht mehr vorhanden ist 1 2, 247. — Herausgabeanpruch wegen ungerechtfertigter Bereicherung des Nacherben 1 2, 248. — Aufstellung eines Pflegers für die unbefannten Nacherben im Falle des § 2124 Abs 2 Satz 1 7 547.
6. Auskunftsspflicht u. Sicherheitsleistung des Vorerben 2 1, 708 (s. Erbschaftsanspruch). — schuldhaftes Verhalten des Vorerben Voraussetzung? 1 2, 248. — Möglichkeit für den Nacherben, bei Auseinandersetzung Er satz zu verlangen 1 2, 248. — einredeweises Geltendmachen des dem Vorerben zustehenden Rechts auf Sicherheitsleistung 3 1, 625. — Auskunftsspflicht über den Verbleib bei Nachlassfachen? 2 1, 717. — Offenbarungszeit des Vorerben 2 1, 717. — „begründete Beforgnis einer erheblichen Verletzung der Rechte des Nacherben“ 2 1, 717.
7. Anordnung einer Sequestration. — wegen Nichtleistung der Sicherheit 3 1, 625. — Beschränkungen des aufgestellten Verwalters 1 2, 248. — Beweislast über Kenntnis des Dritten 1 2, 248. — Schutz des gutgläubigen, von der Verwaltung nichts wissenden Dritten 1 2, 248. — Schutz des Fiskus als einer Forderung 1 2, 248. — Gründe der Aufhebung der Verwaltung (nachträgliche Leistung der Sicherheit, Wegfall der Befürchtung einer Gefährdung des Nacherben) 1 2, 248.
8. Pflicht des Vorerben zur Herausgabe des Nachlasses. — dingliche Natur des Anspruches 1 2, 248. — Zurückbehaltungsrecht des Vorerben wegen Verwendungen 1 2, 244, 248 (im Fall des Nachlasskonkurses). — Zurücklassung der zur Bewirtschaftung eines Grundstückes nötigen Erzeugnisse 1 2, 248. — Bestellungskosten der nicht getrennten Früchte 1 2, 249. — Rechenschaftslegung 1 2, 249. — Wirkung der Vermutung des § 2005 im Verhältnis zwischen Vor- und Nacherben? 3 1, 600. — Er satz des Wertes beim Eintritt der N. nicht mehr vorhandener Sachen 1 2, 249; für die Wertberechnung maßgebender Zeitpunkt 1 2, 249; Anspruch des Nacherben auf Wertersatz trotz Möglichkeit, wegen Ungültigkeit der Verfügung den Dritten auf Herausgabe zu belangen 1 2, 249.
- VIII. Recht l. Stellung des Vorerben nach Eintritt der Nacherbfolge. — Vereinbarung zwischen Vor- u. Nacherben über frühere Herausgabe d. Nachlasses 1 2, 250. — §§ 2140 u. 407 1 1, 308. — „Verfügung“ i. S. d. § 2140

(Nacherbfolge)

4 504. — Verfügungen d. Vorerben bei Nichtkenntnis des Eintritts der N.; Beweis d. Kenntnis **1 2, 250.** — Stellung des gutgläubigen Dritten bei Verfügungen des Vorerben nach Eintritt der N. **1 2, 250;** **3 1, 626** (Verfügungen des Vorerben über Forderungen); **4 504.** — Vollstreckungsgegenklage des Vorerben wegen Erlöschens seiner Haftung **1 2, 252.** — Weiterhaftung des Vorerben, wenn der Vorerbe unbeschränkt, der Nacherbe nur beschränkt haftet **1 2, 252.** — Weiterhaftung des Vorerben für Zinsen, Steuern u. andere Lasten aus der Zeit der Vorerbschaft **1 2, 252.** — Erbschöpfungsseinrede des nach Eintritt der N. weiter haftenden Vorerben **1 2, 252.** — Antrag des Vorerben auf Nachlassverwaltung oder Konkurs nach Eintritt der N. **1 2, 252.** — Haftung des unbeschränkt haftenden Vorerben für die vom Nacherben als Nachlassgläubiger geltend gemachten Ansprüche **1 2, 252.** — Wegnahmerecht oder Vergütungsanspruch des Vorerben für den Nachlassgrundstücken einverleibtes Inventar? **1 2, 244, 248.** — Zurückbehaltungsrecht des Vorerben gegenüber dem Nacherben **3 1, 623.** — Anspruch des Vorerben gegen den Nacherben auf Befreiung von einer in Unkenntnis der N. eingegangenen Verpflichtung? **4 504.** — Pflicht des Vorerben, den Eintritt der N. dem Nachlassgericht mitzuteilen; Einsicht der Mitteilung durch den Pfändungsgläubiger des Nacherben **1 2, 252;** **3 1, 626** (Mitteilungspflicht der Erben des Vorerben, insb. wenn sie zugleich Nacherben sind). — Auskunftsspflicht des V. **2 1, 708** (s. Erbschaftsanspruch).

VIII. R e c h t l. S t e l l u n g d e s N a c h e r b e n. — rechtl. Natur d. Rechts d. N. **7 545** (s. oben Anfall). — Übergang d. Erbschaft auf den N. ipso iure **1 2, 241, 242;** **3 1, 620, 625;** **6 548.** — Besitzerwerb d. N. **1 2, 243.** — Ausschlagungsfrist d. N., Beginn (s. auch Pflichtteil) **1 2, 293;** **2 1, 718, 738, 739;** **3 1, 585, 652;** **4 518.** — Annahme vor Eintritt des Falls d. Nacherbfolge? **2 1, 718;** **3 1, 585 4 504;** **5 575** (s. Erbschaftsannahme). — Ausschlagung des N. trotz vorheriger Verfügung des N. über d. Nacherbschaft **5 565.** — Pfändung d. Rechts d. Nacherben vor Eintritt d. Nacherbfolge **7 545.** — Vertrag des N. über sein Erbrecht vor Anfall d. Nacherbfolge **6 135.** — Rechtsnachfolger des Erblassers oder des Vorerben? **2 1, 714, 715;** **3 1, 620, 625, 626;** **4 502.** — Rechtskraftwirkung des Vorerbenurteils auf den Nacherben **1 2, 241, 250;** **1 3, 154;** **3 1, 624.** — Eintrag des N. bei Erwerb e. Hypothek mit Mitteln der Erbschaft seitens des Vorerben **3 1, 623.** — Einwilligungss-

pflicht zu Verfügungen des Vorerben; Klage des Vorerben auf Zustimmung **1 2, 247.** — Zustimmungspflicht zu Verfügungen, die der Vorerbe auch ohne Zustimmung des N. vornehmen darf **1 2, 247, 249** (Verpachtung v. Nachlassgrundstücken). — Zustimmung zur Verpfändung e. Nachlassgrundstücks zwecks Anschaffung des nötigen Inventars **1 2, 247.** — Verzicht des N. auf Eintrag seines Rechtes ins Grundbuch; Zulässigkeit u. Wirkung **3 1, 624.** — Pfleger für die als Nacherben des überlebenden Gatten eingesehten Kinder **1 2, 250.** — als Passivbeteiligter i. S. d. § 19 GSB. **2 2, 421** (s. Betroffener). — Ersatzpflicht für Aufwendungen des Vorerben auf zufällig untergegangene Nachlasssachen **1 2, 250.** — Lauf der Verjährung gegen den Nacherben (§ 221 BGB.) **4 502.** — kann der N. vom Vorerben gemachte Verwendungen von dem Dritten ersetzt verlangen? **4 502.** — Unterhaltsanspruch der Mutter des noch nicht geborenen N. **1 2, 251.** — Pfändung des Anspruchs des Erben vor Eintritt d. Nacherbfolge **3 1, 623;** **7 545.** — Verfügung des N. über sein Recht vor Eintritt der Nacherbfolge (s. oben Transmission) **5 565, 573;** **3 1, 623;** (Verkauf der Nacherbschaft); **6 538, 551** (s. Miterbe, Erbschaftsverkauf). — Erbuwürdigkeit des N. **1 2, 251.** — Haftung des Nacherben bei nicht ordnungsmäßigem Inventar des Vorerben **1 2, 251.** — Inhalt eines Inventars des Nacherben **1 2, 225** (s. Inventar). — kann dem Nacherben eine Frist zur Ergänzung des unvollständigen Inventars des Vorerben gestellt werden? **1 2, 251.** — Berufung des N. auf das beim Aufgebote des Nachlassgläubigers ergangene Ausschlußurteil **1 2, 251.** — Berufung des N. auf e. abgeschlossene Nachlassverwaltung od. Nachlasskonkurs **1 2, 251.** — beschränkte Haftung des N. gegenüber den Ansprüchen des Vorerben trotz sonst unbeschränkter Haftung **1 2, 251.** — Beschwerde wegen Anordnung einer Nachlasspflegschaft **3 1, 588.** — Zuziehung der Nacherben bei Nachlassauseinandersetzung der mehreren Vorerben **6 537.** — Zustimmung d. Nacherben zur Verfügung d. Vorerben über Grundstücke u. a. f. oben. — Antrag auf Erteilung e. Erbscheins vor Eintritt d. Nacherbfolge **6 574.** — Nacherbe als Nebenintervenient in Prozessen d. Vorerben **3 2, 364.** — Delictenpflicht bei Eingehung von nondum concepti als Nacherben; Beschwerde durch die Vorerben gegen die Pflegerbestellung **1 2, 202, 203** (s. Pflegschaft). — Aussondungsrecht d. Nacherben in Konkurs d. Vorerben **2 2, 498.** — Vertrag d. Nacherben über d. Erbschaft nach Erbfall, aber vor Eintritt d. Nacherbfolge **7 147, 148, 546** (Eintragung d. Rechtsnachfolgers ins Grund-

buch). — Vertretung d. Nacherben in d. Zeit vor und nach Eintritt d. Nacherbfolge durch e. vom Erblasser bestellten Bevollmächtigten 7 547. — Zustimmung d. Mutter als gesetzl. Vertreterin ihrer als Nacherben berufenen Kinder zu einer von ihr als Vorerbin erteilten Vöschungsbewilligung 5 966.

Eintragung des Rechtes des N. ins Grundbuch s. Betroffener u. oben Stellung d. Vorerben. — Bedeutung der Eintr. 2 2, 460. — Verfügung d. Testamentsvollstreckers mit Wirksamkeit gegen den N. 3 2, 165. — Form der Eintragung 2 2, 460. — Eintragung des N. gleichzeitig mit der Eintragung eines neuen Erwerbers? 5 981. — Eintragung e. Stiftung als Nacherbin vor ihrer Genehmigung 3 2, 165. — Eintragung bei bedingter Nacherbfolge 6 1048. — Befreiung des Vorerben nicht im Widerspruch mit dem Erscheinen anzunehmen 2 2, 460. — Eintr. d. Ersaherben e. Nacherben, Eintragung e. mehrfachen Nacherbfolge 7 969. — Übertragung des Rechts d. Nacherben auf e. Dritten vor Eintragung d. Nacherben; Verlautbarung im Grundbuch; Sicherung d. Erwerbers 7 970. — Eintr. d. Nacherbentrechts bei Erbschaftsgegenständen 2 2, 460. — bei einem auf Grunderbteilung einem der Miterben übereigneten Grundstück? 4 503, 844; 6 1048. — Vöschung d. Rechte d. N. 2 2, 460; 3 2, 165; 4 844. — Verzicht auf d. Eintragung 3 2, 165; 4 844; 6 1049. — Übergangsrecht 2 2, 460; 3 2, 165; 6 1048. — Notwendigkeit der Eintragung d. Nacherbentrechts ins Grundbuch 2 1, 716; 4 504; 5 572 ff.; 6 549. — Eintragung d. Nacherbentrechts, wenn bei d. Auseinandersetzung zwischen Miterben dem einen Erben, auf dessen Erbteil ein Nacherbe eingesetzt ist, ein Nachlaßgrundstück übereignet wird? 4 503. — Eintragung des Nacherbentrechts, wenn d. Erblasser unter Einsetzung e. befreiten Vorerben u. e. Nacherbfolge einem Erben gegen Zahlung einer bestimmten Summe das Recht auf Übernahme e. bestimmten Grundstücks eingeräumt hat 5 575.

IX. Befreiung des Vorerben; Einsetzung des Nacherben auf den Überrest. — Kritik des Gesetzes 7 548. — Eintrag ins Grundbuch 1 2, 249. — Inhalt des dem befreiten Vorerben zu erteilenden Erbscheines 1 2, 249. — ausdrückliche Anordnung der Befreiung nötig? 7 548. — Zugriff der Gläubiger des Vorerben in die Nachlasssachen? 1 2, 249. — Inventarpflicht 1 2, 250. — Erlösanspruch des Vorerben wegen Verwendungen auf zufällig untergegangene Nachlasssachen 1 2, 250. — Anwendung des Surrogationsprinzips bei der Herausgabepflicht des Vorerben 1 2,

250. — bei Einsetzung des Nacherben auf den Überrest vom Vorerben in Anrechnung auf den Erbteil gemachte vorzeitige Zuwendung 7 548. — Widerspruchsklage (§ 773 B.P.D.) des befreiten Vorerben? 1 2, 250. — Widerspruchsklage (nach § 773 B.P.D.) des Nacherben 1 2, 250. — Einziehung einer Hypothek ohne Einwilligung des Nacherben 7 548. — Schenkungen des befreiten Vorerben; kann der Erblasser den Vorerben vom Verbot der Schenkungen befreien? 3 1, 624; 2 1, 716; 6 549. — Verfügungen des Vorerben beim Grundbuchamt ohne Zustimmung des Nacherben oder dessen vorherige Eintragung; Nachweis der Entgeltlichkeit der Verfügung 3 1, 624. — Vöschungsbewilligung einer Hypothek wegen Zahlung 2 1, 717; 4 503, 504; 6 550, 551. — Vöschung einer Eigentümerhypothek 5 573; 6 550. — Notwendigkeit der Eintragung des Nacherben bei befreiter Vorerbschaft 5 574. — Auflassung seitens d. befreiten Vorerben ohne Zustimmung oder vorherige Eintragung d. Nacherben? 2 1, 716. — vom Vorerben geschlossene, z. Bt. der N. noch laufende Miet- und Pachtverträge 2 1, 717. — schließt Übertragung der Verwaltung des Nachlasses das Recht zur freien Verfügung in sich? 2 1, 717. — B. d. V. unter gleichzeitiger Bestellung zum Testamentsvollstrecker mit dem Recht zum uneingeschränkten Selbstkontrahieren 4 504; 5 573, 574, 575. — gegenseitige Alleinerbeinsetzung kinderloser Ehegatten mit Vorbehalt des feinerzeitigen Vermögensrückfalls an die beiderseitigen Verwandten 6 551.

X. Die Gläubiger des Vorerben und Nacherben. — Haftung des Vorerben bzw. Nacherben bei Ansetzung in und außer dem Konkurse 1 2, 241. — Zugriff der Gläubiger des befreiten Vorerben in die Nachlasssachen? 1 2, 249. — Einfluß einer zwischen Vorerben und Nacherben getroffenen Vereinbarung über Herausgabe der Erbschaft an den Nacherben vor Eintritt der N. 1 2, 250.

Nachlaß s. Abtretung, unpfindbare Forderungen, Erbschaft, Erbrecht. — als sachrechtliche Einheit 2 1, 713 (s. 6521). — nur aus Passiven bestehender Nachlaß 3 1, 582. — Gnadenbezüge 3 1, 582; 4 477. — Sterbekassengelder 3 1, 582. — Patente 3 1, 582; 2 1, 703. — Urheber- und Verlagsrechte 1 2, 209; 2 1, 702, 703; 3 1, 582. — Anteil am Vermögen einer Gesellschaft oder Genossenschaft 3 1, 582. — in einem Vertrag zugunsten eines Dritten versprochene Leibrente nicht Teil des Nachlasses 5 145. — Entschädigung für Straf- und Unteruchungshaft 3 1, 582. — in einem Vertrag zugunsten eines Dritten

(Nachlaß)

versprochene Leibrente nicht Teil des N. 5 145. — Lebensversicherungsvertrag zugunsten Dritter 3 1, 167; 6 571. — Versicherungssumme 1 1, 248 f., 251; 3 1, 167 f., 582; 4 128 f., 801; 5 145, 942; 6 974; 7 166, 167, 533 (f. Nachlasskonturs). — Auskunftspflicht über den Nachlaß f. Auskunftspflicht, Pflichtteil, Nacherbfolge. — Zwangsvollstreckung in den Nachlaß f. Zwangsvollstreckung im allgemeinen A. i. — Verträge über den N. eines noch lebenden Dritten 3 1, 152; 4 118; 5 127. — Vertrag unter gesetzlichen Erben nach § 312 Abs. 2 2 1, 209; 3 1, 152; 4 118; 5 127.

Nachlassauseinandersetzung 7 538 (f. Erbteil, Nachlaßgericht, Miterben, Ausgleichungspflicht, Erbschaftsanspruch; Beschwerte f. diese).

Übergangsrecht 1 2, 452, 453 (Regulierung des Nachlasses eines vor 1900 Gestorbenen, Armenrecht nach FGG.); 2 1, 807, 809, 810; 3 1, 709. — vom bisherigen Landesrecht abweichende Vorschriften d. GBD. bei vor 1900 eingetretenen Erbfällen 1 2, 453; 2 1, 807, 810. — Teilungsverbot d. Erblassers 2 1, 807. — Verzicht d. Erben auf Teilung 2 1, 807. — keine Anwendung des FGG. und des darin geregelten Nachlaßverfahrens auf altrechtliche Erbfälle 2 1, 807, 808; 3 2, 227. — Tod des einen Elternteiles vor, des anderen nach 1900 2 1, 809. — Anwendung des § 181 auf die nach 1900 vorgenommenen Auseinandersetzungen altrechtlicher Erbschaften 4 555. — Versteigerung des Nachlaßgrundstücks durch sämtliche Erben (stangösisches Recht) 5 635. — Verbindung e. N.-verfahrens nach § 86 FGG. mit einem solchen nach §§ 9 I, 46 PrWG. 5 1013. — Begriff des Erbschaftsliquidationsverfahrens in Art. 213 GGWB. 7 589.

Allgemeines. — Ausschließung oder Befangenheit des Notars (f. diese und freiw. Gerichtsbarkeit) 7 984. — Übertragung an einen Notar 3 2, 251. — vor 1900 vom Erblasser gemachte Teilungsanordnung 2 1, 783. — Form des schriftlich eingereichten Antrags auf N. 4 851. — Übertragung seitens des Erblassers an einen nicht zum Testamentsvollstrecker ernannten Notar 2 1, 722; 3 2, 251. — Unterschied zwischen Teilungsanordnung des Erblassers und Vorausvermächtnis 3 1, 618; 4 498; 7 539 (Anordnung, daß ein Erbe Grundstücke zu bestimmtem Preis übernehme). — dingliche Wirkung der Teilungsanordnungen des Erblassers? 1 2, 234, 254; 3 1, 602, 607, 632; Bestimmung des Erblassers, daß ein Nachlaßgrundstück dem meistbietenden Erben zu fallen solle 2 1, 445. — Stellung des gut-

gläubigen Dritten bei Veräußerung von Nachlassmobilen seitens eines Miterben 5 566. — Bestimmung des Übergangs des Vermögens auf den überlebenden Gatten gegen Auszeigung des Vaters oder Muttergutes an die Kinder als Teilungsanordnung 3 1, 607 (f. Erbauseinandersetzung); 4 498 (vgl. 1 2, 304; 2 1, 713, 734; 3 1, 618, 626, 646 f.; 4 278, 493, 494, 525; 5 572). — Anwendung der Auslegungsregel des § 2049 bei überschuldetem Landgute? 3 1, 607. — von einem Teil der Erben einem Dritten erteilter Auftrag z. N. 6 542. — stillschweigende Aufhebung d. Erbengemeinschaft 5 567. — N. durch bloße Vereinbarung, daß die Erbengemeinschaft aufgehört solle 5 567. — Vertrag zwischen den Miterben und dem Vermächtnisnehmer über Leistung des vermachenden Gegenstandes als N.? 4 497. — tot curatores, quot minores (f. Pfliegenschaft) 2 1, 675; 7 86, 87. — partielle Auseinandersetzung 3 1, 606, 610; 4 494, 496, 497; 5 567 (2) (Nachlaßgrundstücke); 5 568; 6 537. — kann ein Miterbe die Teilung eines Grundstücks unabhängig vom Schicksal des übrigen Nachlasses verlangen? 5 281. — N.-anspruch eines Miterben abtretbar, pfändbar? 2 1, 710; 3 1, 602; 4 492; 6 251. — N., wenn von den 2 vorhandenen Erben der eine seinen Erbteil an den anderen verkauft? 6 537 (vgl. 3 1, 610). — § 181 bei N. zwischen mehreren minderjährigen Geschwistern 1 1, 116; 2 1, 89, 90, 675; 3 1, 60; 7 86, 87 (f. Pfliegenschaft). — Stellung des Nachlaßgerichts 2 1, 710; 3 1, 605 (f. unten). — keine N. zwischen Vor- u. Nacherben 6 542. — N. mehrerer Vorerben 6 537. — N.-svertrag Formzwang des § 313 2 1, 211. — Rechtskraftwirkung u. Vollstreckung e. Urteils, durch das ein Widerspruch gegen die N.-surkunde abgewiesen oder die Auseinandersetzung „bestätigt“, „für rechtswirksam erklärt“ oder der Widersprechende zur „Anerkennung“ verurteilt wird 6 796. — Zuständigkeit z. Erteilung d. vollstreckbaren Ausfertigung der Auseinandersetzung, wenn der Beitritt zur Auseinandersetzung auf Rechtshilfesuchen vor verschiedenen Gerichten erklärt wurde 3 2, 180 (f. vollstreckbare Ausfertigung). — von einem Erben unter Übernahme des Nachlaßgutes übernommene Forderung eines Miterben mit der Vereinbarung, daß die Forderung durch Verkauf des Nachlaßgutes getilgt werden soll 7 71. — antizipierte N. zugunsten Dritter 7 148. — Auseinandersetzung i. S. des § 2032 Abs. 2 7 536. — Wirkung e. nach § 398 GGW. zu beurteilenden Abtretung d. Auseinandersetzungsguthabens gegenüber der späteren nach § 2033 Abs. 1 bewirkten Verfügung

7 537. — Veräußerung einzelner Gegenstände (s. Miterben) 7 537. — Natur des Erbauseinandersetzungsvertrags; Veräußerungsvertrag oder Vergleich? analoge Anwendung d. Vorschriften über Kauf 7 538.

Zeitpunkt der Nachlassauseinandersetzung. — vor Annahme der Erbschaft 1 2, 234; 3 1, 606. — Aufschub der Auseinandersetzung, weil ein Erbe die Erbschaft noch nicht angenommen hat? 7 539. — bei Bestehen einer Nachlassverwaltung 1 2, 234; 3 2, 229. — Aufschub der N. nach Art. 4 Abs. 2 Bay. NachlassG., Stellung des Vormundschaftsrichters 3 1, 539. — Bestimmung, daß der Nachlass nach dem Tod des überlebenden Gatten den Kindern zufallen, bis dahin aber ungeteilt bleiben soll 4 503 (s. oben Allgemeines). — Anordnung der Fortsetzung der Erbengemeinschaft (Gatte u. Kinder) unter Übertragung der unbeschränkten Verwaltung und Veräußerungsbefugnis auf einen Miterben (Gatten) 6 542 (s. Erbeinsetzung). — Lage auf Beseitigung eines vom Erblasser angeordneten Teilungsverbotes 5 568. — Beseitigung eines Teilungsverbotes des Erblassers durch das Nachlassgericht 5 568, 1012. — Beseitigung eines Teilungsverbotes des Erblassers bei Einigkeit der Erben? 1 2, 235; 2 1, 710; 3 1, 606, 607; 5 1012. — Aufschubverlangen des die Zwangsversteigerung eines Nachlassgrundstücks nach § 175 ZPO. betreibenden Miterben 3 1, 607. — N. trotz der zu erwartenden Geburt eines Miterben 4 497. — Rechtsstellung d. Erben bez. der von der Auseinandersetzung ausgenommenen Gegenstände (§ 2044) 7 539.

Außergerichtliches Verfahren. — Auflassung eines Nachlassgrundstückes an einen Miterben 1 2, 232; 3 1, 606. — Wegfall der Auflassung, wenn sämtliche Miterben ihren Anteil an Nachlass auf den einen übertragen 1 2, 234; 2 1, 709; 3 1, 603, 604, 606; 3 2, 230; 7 537. — Auflassung zwecks Umwandlung des Gesamt- in Miteigentum der Erben 3 1, 301, 606; 4 494; 5 281 (s. Auflassung, Gemeinschaft). — Auflassung bei Teilung eines Grundstücks unter die Erben; Teilungsanordnung des Erblassers 1 2, 234 (s. oben Teilungsanordnung). — Auseinandersetzung durch Übereignung sämtlicher Erbteile auf einen Miterben 7 537. — Genehmigung des Vormundschaftsgerichts 3 1, 602. — Beschwerde des als Grundstücksübernehmer in Aussicht genommenen Miterben wegen Verweigerung der obervormundschaftlichen Genehmigung 3 1, 606 (s. Beschwerde). — Berücksichtigung des Konjeren bei Teilung des Reinertrags 1 2,

234. — Behandlung gemeinschaftlicher, von einem Erben verauslagter Kosten 3 1, 609. — Zurückbehaltungsrecht d. Miterben wegen von ihm auf den Nachlass gemachter Auslagen 3 1, 600. — nur einen Miterben betreffende Nachlassschuld; Berichtigung vor Auseinandersetzung 1 2, 235. — auf dem Grundstück eines Miterben lastende Nachlasshypothek; teilweise Löschung wegen Konsolidation? 3 1, 602. — obervormundschaftliches statt nachlassgerichtliches Zeugnis über den Übergang e. Hypothek 2 1, 675 (s. Eintragung). — Verteilung gleicher Teile durch das Los; zur Losziehung Berechtigter; Feststellung des Losziehungrechts durch Klage; Losziehung durch den Richter, Gerichtsschreiber? 3 1, 605. — Auseinandersetzung über Forderungen auf teilbare Leistungen 4 496; 6 542. — Teilung eines nur aus Geldforderungen bestehenden Nachlasses 4 496. — Verkauf beweglicher Nachlasssachen, der in §§ 1293, 1295 genannten Wertpapiere; Streit über die Verkaufsbefugnis 3 1, 605. — Teilung einer Forderung durch Einziehung u. Teilung des Betrags (§ 754 BGB.) oder durch Teilung in Natur (§ 752 BGB.)? 7 539. — Verkauf einer gemeinschaftlichen Forderung 3 1, 605. — unverteilt gebliebene Gegenstände, insbesondere Grundstücke 3 1, 606 (3); 4 496; 6 537. — teilbare, aber nicht geteilte Forderungen 3 1, 606. — Auseinandersetzung hinsichtlich der Grundstücke; Naturalteilung; Ver Silberung durch Teilungsversteigerung, Antragsberechtigung 7 938, 939. — Beantragung der Teilungsversteigerung auf Grund Pfändung u. Überweisung 7 938 ff. — wiederholte Auseinandersetzung bei unverteilt gebliebenen Gegenständen, Grundstücken? 3 1, 606, 610; 3 2, 230, 231; 4 496, 497 (Ansetzung der ersten N. wegen Unvollständigkeit); 6 537. — Auseinandersetzung, wenn von den 2 Erben der eine wegen der Ausgleichungspflicht nichts mehr erhält 3 1, 610 (vgl. 6 537). — Abtretung des den Kindern zustehenden Anteils am mütterlichen Nachlass gegen Auszeigung des Muttergutes 4 493, 494 (s. auch Muttergut, Erbeinsetzung). — Fortführung der Firma eines zum Nachlass gehörigen Handelsgeschäftes seitens eines Erben 4 494 (s. auch Geschäftsübergang). — Umwandlung der Erbengemeinschaft in Gemeinschaft nach Bruchteilen 4 494 (s. oben Auflassung). — Auseinandersetzung, wenn eine Ehefrau Miterbin ist; Stellung des Mannes 5 1012. — Zuziehung der gütergemeinschaftlichen Frau eines Miterben bei Verfügung über Nachlassgrundstücke 5 566 (vgl. Miterben unter Verfügung des einzelnen über seinen Anteil). — Auseinandersetzung mit dem selbst zum Nachlasse schuldbenden Miterben 4 496 (s.

(Nachlassauseinanderetzung)

auch Miterben); 7 539 (Verweigerung der Zahlung d. Nachlassforderung wegen seines Auseinanderetzungsguthabens). — Berücksichtigung nichtklagbarer, moralischer Verpflichtungen 4 497. — Klage eines Miterben auf Zahlung einer ihm gegen den Nachlass zustehenden Forderung vor R.? 1 1, 234, 238; 3 1, 610; 4 497, 498. — Zuziehung des Nacherben bei Grundstücken 6 537. — Teilung von Geschäftsanteilen einer Gmbs. 6 538. — Anfechtung e. N. wegen Irrtums 6 542 (irrtümliche Annahme der Unanfechtbarkeit des Testaments; Behandlung von Gegenständen d. eingebrachten Guts durch d. Erblasser als Gesamtgut). — Wirkung einer Nichtberücksichtigung der Ausgleichungspflicht 6 543.

Verfahren vor dem Nachlassgericht (§§ 86 ff. FGG., vgl. Nachlassgericht) 2 1, 710; 3 1, 605. — Zuständigkeit f. Nachlassgericht. — Übertragung an e. Notar 7 1016 (s. oben). — Anwendung der allgemeinen Vorschriften des FGG. auf den mit der N. betrauten Notar 3 2, 251. — Vollmacht f. das Auseinanderetzungsverfahren 3 2, 228. — Begriff der Vermittelung der N. (§ 86 FGG.): Unterschied von Beurkundung 3 2, 228, 230. — Berücksichtigung e. ausländischen Urteils durch das Gericht im Auseinanderetzungsverfahren? 3 2, 228. — darf das Nachlassgericht ausländisches Recht berücksichtigen? 3 2, 228. — Einleitung oder Fortsetzung e. N. durch das Gericht bei Widerspruch e. Beteiligten? nicht im Verhandlungstermin erklärter Widerspruch 3 2, 228, 229, 232; 5 1012; 1013; 7 1013, 1014 (2). — kann das Gericht bei Erhebung e. Widerspruches gegen die Eröffnung des Verfahrens verlangen, daß der Antragsteller eine Entscheidung d. Prozeßgerichts über die Befreiung d. Widerspruches bebringe? 7 1014. — Nachprüfung e. formell richtigen u. rechtzeitigen Erbschaftsausschlagens seitens des Nachlassgerichts unter Berücksichtigung von unter Beweis gestellten Tatsachen? 3 2, 229. — gerichtl. N. bei Konkurs über das Vermögen des Antragstellers, bei Nachlasskonkurs, bei Nachlassverwaltung 3 2, 229 (s. 1 2, 234). — N. bei Überschuldung des Nachlasses? 3 2, 233. — Antrag des überlebenden, eine neue Ehe beabsichtigenden Ehegatten auf Auseinanderetzung mit den minderjährigen Kindern als Antrag nach § 86 FGG.? 3 2, 229. — Auseinanderetzungsantrag e. Pfändungsgläubigers, wenn der schuldenrische Erbe form- u. fristgerecht ausgeschlagen hat, der Antragsteller aber Unwirksamkeit der Ausschlagung behauptet 3 2, 229. — Auseinanderetzung der Miterben ohne Berücksichtigung d. Pfändungsgläubigers, der einen Erben-

anteil gepfändet hatte? 3 2, 230; 4 863; 7 1015. — „Beteiligte“ i. S. d. § 86 FGG. 3 2, 230. — Vermächtnisnehmer als Beteiligter nach § 86 FGG.? 3 2, 230. — Erbe, der seinen Erbteil veräußert hat, als „Beteiligter“? fiduziarische Veräußerung 7 1015. — Nachweis der Antragsberechtigung 7 1013, 1016. — Antragsberechtigte 3 2, 230; 7 1013 (Pflichtteilsberechtigte, die das Testament angefochten haben?). — Antragsrecht des Testamentsvollstreckers 4 862. — Antrag d. gesetzlichen Erben, der das Testament angefochten hat 4 862. — Antragsrecht des Miterben, wenn auf Antrag eines anderen Erben bereits das Verfahren eingeleitet ist 7 1015, 1016. — Antrag trotz Auseinanderetzungsverbots d. Erblassers; Verfahren 5 1012 (s. oben). — Antragsrecht d. Pfändungsgläubigers; Antrag vor Eintritt der Verkaufsberechtigung 5 1012; 7 1015 (2). — Stellung des Mannes u. der Frau bei Auseinanderetzung e. in gesetzlichem Güterstand oder Gütergemeinschaft lebenden Frau mit ihren Miterben 5 1012. — Ablehnung des Antrags wegen Mangels e. Nachlasses? 7 1014. — Ablehnung des Antrags wegen Widerlegung d. Todeserklärung 7 1014. — Ablehnung des Antrags wegen Rechtsstreits über das Erbrecht 7 1014, 1015. — Pflicht des Gerichts zu amtswegigen Ermittlungen über das Antragsrecht? 7 1016 (2). — ist, wenn das Erbrecht u. damit d. Berechtigung des Antragstellers bestritten wird, der Antrag auf N. ohne weiteres, also ohne Ansetzung u. Abhaltung e. Termins abzuweisen? 3 2, 233; 5 1012; 7 1014, 1016. — Beschwerde gegen den das Auseinanderetzungsverfahren einleitenden Eröffnungsbeschluß; Beschwerdeerhebung nach Beginn des Verhandlungstermines? 4 862; 7 1013, 1014 (Beschwerdeberechtigte) (vgl. Beschwerde in der freiw. Gerichtsbarkeit). — Ablehnung e. Auseinanderetzungsantrags wegen e. auch durch Einigkeit der Beteiligten nicht zu beseitigenden Hindernisses 5 1013. — Frist für Angehen des Nachlassgerichts um Vermittelung der Auseinanderetzung? 4 862. — N. wegen der bei d. freiwilligen Auseinanderetzung ausgelassenen Gegenstände 7 1015. — Einleitung e. neuen Verfahrens wegen unverteilt gebliebener Sache nach Abschluß des Teilungsverfahrens? 3 2, 230, 231; 5 1012, 1013; 7 1015. — Wirkung e. materiell unvollständigen N. 7 1016. — N. im Wege mehrerer (unvollständiger) Teilungsvereinbarungen 7 1017. — Beschwerde gegen Anberaumung e. Termins trotz unvollständigen Antrags? 3 2, 231. — Pflegschaft über e. abwesenden Beteiligten (nach § 88 FGG.); Pflegschaft über Ausländer; Beendigung

der Pflęgschaft; Recht des Pflęgers zur Empfangnahme des Erbteils? **3 2, 231.** — Befugnis des Notariats in Baden zur Pflęgerbestellung nach **§ 88 ZOG. 3 2, 231.** — Stellung des Nachlassgerichts zu der nach **§ 88 ZOG.** eingeleiteten Pflęgschaft, Prüfung des Teilungsplanes im Interesse des Pflęglings **4 862.** — Übergang der nach **§ 88 ZOG.** eingeleiteten Pflęgschaft in eine richtige Abwesenheitspflęgschaft **2 1, 700; 3 2, 231.** — Abhalten e. Vortermins, zu dem abweichend von **§§ 89 f. ZOG.** ohne Formlichkeit u. ohne Versäumnisfolgen geladen wird **3 2, 232.** — Ersuchen e. anderen Gerichts um Abhalten des Verhandlungstermins **3 2, 232.** — Ladung e. im Ausland wohnenden, die Annahme verweigernden Beteiligten nach **§ 203 Abs. 2 ZPO.?** **5 1013.** — Beschwerde wegen Nichteinhaltens der Ladefrist des **§ 90 ZOG. 3 2, 231, 232.** — Bedeutung der Formvorschrift des **§ 91 ZOG. 7 1016.** — von einem Beteiligten vorgeschlagene, nach **§ 91 Abs. 3 ZOG.** als von den übrigen Erben genehmigt geltende Übereignung sämtlicher Erbteile an einen Miterben **7 1016.** — außerhalb des Verhandlungstermins mündlich oder schriftlich dem Gericht kundgegebener Widerspruch e. Beteiligten **3 2, 232 (2); 5 1013, 1014.** — fortdauernde Wirkung e. einmal in einem Verhandlungstermin erhobenen Widerspruchs **3 2, 232; 5 1013.** — Zustellung nach **§ 91 Abs. 3 ZOG.;** notwendiger Inhalt **7 1017.** — Zustellung nach **§ 91 Abs. 3 ZOG.** an den Bevollmächtigten **7 1017.** — Versäumnisverfahren bei vor dem Termin gegen das Verfahren erhobenen Einspruch **3 2, 232; 5 1013.** — Entfernung e. erschienenen Beteiligten vor Beginn des Termins **3 2, 232; 5 1014.** — Beschwerde des Erben gegen die ihm bei Ausbleiben zum Antrag auf Anberaumung eines neuen Termins gesetzte Frist (**§ 91 Abs. 3 ZOG.**) wegen irriger Annahme e. Ausbleibens oder wegen zu kurzer Bemessung der Frist **3 2, 232.** — Wegfall der Bindung der an e. vorgängigen Vereinbarung (**§ 91 ZOG.**) vorläufig Gebundenen, sobald das Zustandekommen der Auseinanderetzung durch rechtswirksame Ablehnung seitens e. anderen Beteiligten scheitert **5 1014.** — Geisteschwäche als Wiedereinsetzungsgrund im Fall des **§ 92 ZOG. 3 2, 233.** — Beschwerde gegen den die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ablehnenden Beschluß **3 2, 233.** — Umfang der Tätigkeit des Gerichts; Verwaltung des Nachlasses? Einzug von Forderungen? Befriedigung v. Nachlassgläubigern? **3 2, 230.** — Befugnis des Gerichts, die zur Durchführung des Verfahrens nötigen Unterlagen auf Antrag e. Beteiligten wider Willen der übrigen zwangsweise zu beschaffen?

3 2, 231. — Ermittlungspflicht des Gerichts nach **§ 12 ZOG. 3 2, 231; 7 1016.** — Einfluß e. bereits durch Urteil rechtskräftig zurückgewiesenen Widerspruchs e. Beteiligten gegen d. Auseinanderetzung **3 2, 233.** — im Laufe des Verfahrens unter den Interessenten entstehender Streit über Umfang oder Art u. Weise der Teilung **3 2, 233.** — Beurkundung der Auseinanderetzung durch das Gericht bei Einverständnis sämtlicher Erben mit dem Auseinanderetzungsplan trotz Widerspruch eines im Termin erschienenen Pfändungs-pfandgläubigers **4 863 (vgl. 3 2, 230).** — Absehen des Gerichts von e. Auseinanderetzung bei schriftlich erhobenen Widersprüchen **5 1014.** — rechtl. Natur des in **§ 91 ZOG.** enthaltenen Versäumnisgrundsatzes **5 1013; 7 1016, 1017.** — Versäumnisfolgen nur eintretend, wenn das Verhalten d. Ausbleibenden als Zustimmung gedeutet werden kann **5 1013.** — Erstredung der Versäumnisfolgen für e. Nichter erschienenen auf die Eigentumsübertragung, wenn die erschienenen Beteiligten e. Eigentumsübertragungsvertrag in bezug auf e. Nachlassgrundstück vereinbart haben **3 2, 230; 7 1016.** — kann die fehlende Auflassungserklärung e. Nichter erschienenen durch die rechtskräftige Bestätigung der Auseinanderetzung seitens des Gerichts ersetzt werden? **4 862, 863; 5 1013; 7 1016, 1017.** — Erstredung der Versäumnisfolgen auf d. Erteilung e. Vollmacht zur Auflassung e. einem Miterben überwiesenen Grundstücks **4 862, 863; 7 1017.** — Beschwerde gegen den Bestätigungsbeschluß wegen Nichteinhaltens des **§ 90** bei Ladung e. Erben **3 2, 231, 232.** — Beschwerde e. zu Unrecht nicht zugezogenen Beteiligten gegen den Bestätigungsbeschluß **3 2, 233.** — Anfechtung d. Bestätigungsbeschlusses wegen Fehlens der obervormundschaftlichen Genehmigung **3 2, 233; 7 1017.** — Natur u. Wirkung d. Bestätigungsbeschlusses **3 2, 234; 7 1017.** — Unterlassung eines Bestätigungsbeschlusses **7 1017.** — Änderung e. gerichtlich bestätigten N. durch Vereinbarung d. Parteien **3 2, 234.** — Voraussetzung für vormundschaftsgerichtliche Bestätigung e. N. **3 2, 234.** — Anwendung des **§ 97 Abs. 2 ZOG.** auf außergerichtliche Teilungsverträge **3 2, 234.** — Zuständigkeit des Nachlassgerichts z. Erteilung obervormundschaftlicher Genehmigung nach **§ 97 Abs. 2 ZOG. 3 2, 234; 7 1018.** — Klage auf Feststellung d. Rechtmäßigkeit e. Auseinanderetzung **5 1014.** — Einfluß des Bestätigungsbeschlusses bei vertragsmäßiger N. **3 2, 233.** — Einfluß v. Willensmängeln d. Vormundschaftsrichters bei Erteilung der Genehmigung f. Vormundschaftsgericht unter obervormundschaftliche Genehmigung. —

(Nachlassauseinandersetzung)

Wirkung der Aufhebung des Bestätigungsbeschlusses 7 1017. — Nachprüfung des Bestätigungsbeschlusses durch das Grundbuchamt 7 1018. — Beurkundung d. notwendigen Auflassungen durch das Nachlassgericht 3 2, 324; 7 1015. — Ausfertigung der Teilungsverhandlungen des Bestätigungsbeschlusses 3 2, 324. — Zwangsvollstreckung aus einer nur vorbereitende Maßregeln enthaltenden Vereinbarung (§ 91 FGG.) 3 2, 232. — Zuständigkeit des Nachlassgerichts in Preußen zur Auflassung e. zur Teilungsmasse gehörigen Grundstücks an einen der Mitbeteiligten 3 2, 324.

Erteilungsklage. — notwendige Streitgenossenschaft sämtlicher Erben beim Teilungsprozeß? 5 280. — Antrag auf richterliche Festsetzung der Erbteile 1 2, 234. — Klagantrag 3 1, 606; 3 2, 436; 4 495, 496 (Antrag auf Zahlung eines seiner Erbquote entsprechenden Betrags in Geld?). — Klage gegen einzelne Miterben 3 1, 606; 4 495; 5 280, 567. — Widerklage aus den zwischen den Miterben bestehenden Schuldverhältnissen 4 495. — Klage auf Teilungsausscheidung 4 495, 496 (s. 3 1, 606, 610; 4 494); 5 567. — kann ein Miterbe zur Berichtigung seines Erbanspruchs ganz oder teilweise Abtretung von Nachlassforderungen verlangen? 4 496. — Beschreiten des Weges nach §§ 86 ff. FGG. vor Klagerhebung? 4 496. — Abtretung des Erbanspruchs 6 521.

Nachlassgericht s. Nachlasspflegschaft, Nachlassverwaltung, Nachlassauseinandersetzung, Rechtshilfe, freiwillige Gerichtsbarkeit. — Stellung bei Erbfällen vor 1900 2 1, 807, 808 (s. Nachlassauseinandersetzung); 3 2, 224. — Anordnung einer Beschlussnahme zur Sicherung des Nachlasses 2 1, 704. — Ausnahme eines Nachlassverzeichnis zur Sicherung des Nachlasses; Stellung des Notars, Zwangsmittel 2 1, 704. — Kreis der Obliegenheiten 7 1011. — Haftung des Nachlassrichters bei Unterlassung der notwendigen Sicherungsmaßregel 6 524 (s. Beamte). — Enthebung des Nachlassrichters von der Pflicht zur Sicherung des Nachlasses bei Eröffnung des Nachlasskonkurses? 6 524. — Stellung bei Vorhandensein eines Testamentvollstreckers 1 2, 213, 259, 264; 2 1, 722. — Entscheidung von Streitigkeiten zwischen mehreren Testamentvollstreckern (s. diese); Streit zwischen Erben u. Testamentvollstrecker 6 556; 7 520. — Befugnis zur Beschränkung der Verwaltungsmacht des Testamentvollstreckers? 6 556. — amtliches Einschreiten in Baden bei Beteiligung Geschäftsunfähiger oder beschränkter, Abwesender

7 531. — Stellung des mit der Nachlassauseinandersetzung zwischen Miterben befaßten Gerichts 2 1, 710; 3 1, 605. — Pflicht des Gerichts zur Ermittlung der weiter berufenen Erben im Falle der Ausschlagung des zunächst Berufenen 3 2, 184. — Ermittlungspflicht bei der Erbauseinandersetzung 7 987. — Stellung im Falle des Bestehens einer Nachlasspflegschaft s. diese. — Entgegennahme von Ausschlagungserklärungen s. Erbschaftsausschlagung. — gegenüber e. unzuständigen Gericht vorgenommene gerichtliche Handlungen (Erbschaftsannahme, ausschlagung) 7 984. — Stellung bei Erteilung von Erbscheinen s. Erbschein. — Stellung bei Nachlässen ausländischer Erblasser 2 1, 759, 760 (s. Erbrecht internationales). — Anordnung der Anfertigung e. Nachlassverzeichnis nach Art. 140 GGWB.; Stellung des Notars 2 1, 780. — Beschwerde gegen Entscheidung des Nachlassgerichts s. Beschwerde in der freiwilligen Gerichtsbarkeit. — Zuständigkeit zur Festsetzung der Vergütung des Testamentvollstreckers? 3 1, 561, 625; 3 2, 224 (s. diesen); 4 508. — Vermittlung d. Auseinandersetzung zwischen minderjährigen Kindern u. dem wieder heiratenden Vater Sache des Vormundschafts- oder des Nachlassgerichts? 1 2, 130; 3 1, 520 3 2, 226 (s. Wiederverheiratung). — Nachprüfung e. formell richtigen u. rechtzeitigen Erbschaftsausschlagung unter Berücksichtigung von unter Beweis gestellten Tatsachen? 3 2, 229. — Aufhebung des Verfahrens bis zur Erledigung e. Rechtsstreites (s. Erbschein) 7 987. — Antrags- u. Beschwerderecht gegenüber dem Grundbuchamt 6 1042. — Zeugnis z. Nachweis d. Umschreibebewilligung s. Hypotheken, Eintragung ins Grundbuch.

Örtliche Zuständigkeit s. Erbrecht internationales. — Ablehnung des Einschreitens wegen Zweifel des Gerichts an seiner Zuständigkeit? 3 2, 224. — Unmöglichkeit der Ermittlung e. bestimmten Wohnsitzes d. Erblassers im Inland 3 2, 224. — Zuständigkeit für den Nachlass e. verschollener, für tot erklärten Deutschen, von dem ein inländischer Wohnsitz nicht zu ermitteln ist, bei Vorhandensein von Vermögen in Deutschland 3 2, 224; 5 1010. — Zuständigkeit für den Nachlass e. für tot erklärten Deutschen, der bei Beginn der Verschollenheit Deutscher war 5 1010. — im Inland verstorbener Ausländer; Umfang der Tätigkeit des deutschen Gerichts 3 2, 224, 225; 4 861; 5 1010. — Verfahren zwecks Feststellung der Staatsangehörigkeit e. Erblassers; Annahme des Verlustes d. Reichsangehörigkeit bei vor 10 Jahren

ausgewanderten Erblässern § 2, 224, 225. — zuständiges Gericht für Einleitung e. Nachlaßpflegschaft § 2, 226. — Erteilung e. Erbscheins e. für tot erklärten, nach Amerika Ausgewanderten § 2, 225. — Erteilung e. Erbscheins f. einen im Inland verstorbenen Ausländer § 1010 (f. Erbschein); 7 1011. — Einfluß e. Änderung d. Gerichtsbezirke nach dem Tode des Erblässers § 1010. — der in der letztwilligen Verfügung angegebene Wohnsitz als letzter bekannter Wohnsitz § 1010. — Handlungen e. örlich unzuständigen Gerichts 4 433 (f. freiwillige Gerichtsbarkeit). — Zuständigkeit bei e. vor 1900 entmündigten, nach 1900 gestorbenen Erblässer § 591. — für Nachlaßsicherung zuständiges Gericht; Wohnsitz e. Mündel-Miterben im Gerichtsbezirk von Einfluß auf die Zuständigkeit (§ 74 FGG.) § 2, 226. — kann das mit einer Sicherungsmaßregel besetzte Gericht die Ausführung weiterer Sicherung dem Nachlaßgericht übertragen? § 2, 226. — Zuständigkeit für Aufhebung einer durch das Gericht des § 74 FGG. angeordneten Siegelung des Nachlasses § 2, 226. — Abgabe einer durch das Gericht des § 74 FGG. eingeleiteten Nachlaßpflegschaft an das Nachlaßgericht § 2, 226. — „Ausenthalt“ im Sinne des § 73 FGG.; nicht gewollter Aufenthalt 7 1011.

Nachlaßgläubiger vgl. Miterben, Nachlaßverbindlichkeiten.

Aufgebot der Nachlaßgläubiger f. Aufgebotsverfahren. — Wirkung e. trotz unbeschränkter Haftung des Erben erlassenen Aufgebots 1 2, 228. — bei ausländischen Nachlässen 2 1, 760 (f. Erbrecht internationalen). — Zulassung nach Teilung d. Miterben 1 2, 238. — Kosten des Aufgebots Nachlaßverbindlichkeit? § 1, 591.

Preis der beteiligten Gläubiger. — Aufgebot an die bekannten N. § 1, 592. — bedingte, nicht fällige Ansprüche § 1, 592. — erst nach Beendigung d. Aufgebotsverfahrens entstandene Verbindlichkeiten § 1, 592. — Rechtsgefchäft d. Nachlaßpflegers, -verwalters, Testamentvollstreckers § 1, 592. — Verbindlichkeiten, für die d. Erbe oder alle Miterben schon unbeschränkt haften § 1, 592. — Forderung d. Erben gegen den Nachlaß 1 2, 217; § 1, 593. — Nachlaßgläubiger, die vor dem Erbfall ein Pfändungspfandrecht erlangt haben § 535. — Antragsrecht d. Nachlaßverwalters 1 2, 216. — Einreichung d. Anmeldungen beim Nachlaßgericht oder beim Erben? § 528.

Wirkung der Ausschließung § 528; 7 532, 533. — Umwandlung d. Befriedigungs- in einen Herausgabeanspruch? § 1, 593. — Klage des ausgeschlossenen Gläubigers auf Beurteilung

d. Erben zur Zahlung unter Vermeidung d. Zwangsvollstreckung in den Nachlaßzeit; spezielle Bezeichnung der etwaigen Vollstreckungsgegenstände 4 484. — Klage d. ausgeschlossenen Gläubigers auf Beurteilung d. Erben schlechthin 4 484 (2); 5 559; § 1, 593 (f. § 528). — Vorbringen d. Einrede d. § 1973 seitens d. Erben im Prozeß oder erst in der Zwangsvollstreckung? § 1, 593; 4 484 (2); 5 559; § 528 (Vorbehalt im Urteil); 7 533. — Pflicht d. ausgeschlossenen Gläubigers, bei freiwilliger Zahlung des Erben andere Nachlaßwerte als Geld anzunehmen? 4 484. — Beweislast für Erschöpfung des Nachlasses durch Befriedigung d. nicht ausgeschlossenen Gläubiger 1 2, 217; 4 484. — „Herausgabe“ i. S. d. § 1973 Abs. 2 4 484; § 528; 7 533. — Zurückbehaltungsrecht d. Erben wegen Aufwendung aus seinem Eigenvermögen § 1, 593 (2). — Feststellung e. „Überschusses“: Berücksichtigung d. Aufhebung e. allenfalls eingetretenen Vereinigung von Rechten und Pflichten § 1, 593. — Pflicht d. Erben, die nicht angemeldeten Gläubiger hinter den anmeldenden zurückzusetzen? 1 2, 217. — den Erben bekannte, aber nicht angemeldete Forderungen 1 2, 217. — Wirkung d. Ausschlußes für alle, auch die das Aufgebot nicht beantragenden Miterben 1 2, 217. — Befriedigung d. ausgeschlossenen Gläubiger von Vermächtnissen bei außergerichtlicher Geltendmachung d. Forderung 1 2, 217. — Aufrechnung mit ausgeschlossenen Nachlaßforderungen 1 2, 217. — „Beurteilung d. Erben zur Befriedigung e. ausgeschlossenen Gläubigers“ (§ 1973 Abs. 2 Satz 2) bei Feststellungsurteil 1 2, 217. — „Geltendmachung“ i. S. d. § 1974 Abs. 1 1 2, 218. — Natur d. Auslösungsrechts d. Erben nach § 1973 Abs. 2 § 528. — Stellung des bezüglich des ursprünglichen Erbteils unbeschränkt haftenden Erben bez. e. neu anfallenden Erbquote § 528. — Antrag d. ausgeschlossenen Gläubigers auf N.-Konkurs 1 2, 217.

Privataufforderung d. Gläubigers (§ 2061) seitens d. unbeschränkt haftenden Miterben 1 2, 238.

Nachlaßgrundstück. — Verpflichtung z. Hypothekbestellung an einem N. durch einen Miterben (franz. Recht) 5 110, 126 (f. Miterben).

Nachlaßinventar. — rechtl. Natur 2 1, 707. — bei Ausländernachlässen 2 1, 760. — rechtl. Charakter d. Mitwirkung d. Notars 2 1, 707. — Bindung d. Notars an das tatsächliche Vorbringen der Parteien? 2 1, 707. — Abhängigmachen der Inventaraufnahme seitens des Beamten oder des Gerichts vor Zahlung eines Vorusses § 1, 597 (2). — Notwendigkeit d. Inventars bei unter Vormundschaft stehenden

(Nachlassinventar)

Erben **1 2, 224**. — Einreichung des Inventars als Willenserklärung? **2 1, 707**. — dem Nachlassgläubiger zur Bewollständigung d. Inventars zustehende Mittel **6 534**. — Zwang zur Inventarerrichtung; Ordnungsstrafen, Klage? **3 1, 596; 6 333** (vgl. **1 2, 226; 4 489**). — Einwendungen d. Erben gegen seine Inventarpflicht **3 1, 596**. — keine Ausdehnung d. § 2009 auf ein vollständig mangelhaftes Inventar **1 2, 227**. — Wirkung d. Vermutung d. § 2009 im Verhältnis zw. Erben u. Erbschaftsbesitzer, Vor- u. Nacherben, zw. Miterben, zw. Erben u. seinem persönlichen Gläubiger? **3 1, 600**; zwischen Erben u. Konkurs- od. Nachlassverwalter **1 2, 227**. — Antragsrecht im Aufgebotsverfahren ausgeschlossener Gläubiger **1 2, 217, 224; 3 1, 596 (2)**. — Antragsrecht von Miterben, d. zugleich Nachlassgläubiger sind **1 2, 224**. — Antragsrecht d. Pfändungsgläubigers eines Vermächtnisses **6 532**. — Glaubhaftmachung d. Erbeneigenschaft des Gegners seitens d. Antragstellers? **5 563**. — Inventarrecht bei Erwerb eines weiteren Erbanteils durch Ausübung d. Vorkaufsrechts (§ 2034) **6 541**. — Inventarrecht des mehrfach berufenen Erben **1 2, 226**; Bedeutung beim Nichtvorliegen geteilter Haftung **1 3, 599; 5 563; 6 533 f.** (Verwandtschaft, Erhöhung, Anwachsung; vgl. **1 2, 211; 2 1, 704; 3 1, 586; 6 524, 533**). — Verlust der Haftungbeschränkung wegen Nichterrichtung des Inventars bei mehreren Erbteilen **6 532, 533, 534**. — Tod d. Erben vor Fristbestimmung; Fristsetzung gegen den Erbeserber vor Annahme d. Erbchafts seines Erblassers **3 1, 597**. — Besugnis d. Nachlassgerichts, die Frage d. Erbchaftsannahme u. ausschlagung vor Fristsetzung zu prüfen **2 1, 703; 3 1, 596 (2)**. — Kosten der Inventarerrichtung Nachlassverbindlichkeit **3 1, 591**. — Wirkung des bei einem anderen als dem Nachlassgericht eingereichten Inventars **1 2, 224**. — Auskunftspflicht d. Erben gegenüber dem Inventarbeamten, dem Nachlassverwalter; Folgen d. Auskunftsverweigerung **1 2, 225, 226**. — Stellung d. im Besitz d. Nachlasses befindlichen Miterben bei Inventarisierungsantrag e. anderen Miterben **1 2, 225**. — Verletzung d. dem Nachlasspfleger od. Verwalter nach § 2012 obliegenden Auskunftspflicht **1 2, 227**. — Fristsetzung bei Testamentsvollstreckung **1 2, 227**.

Inventarfrist. — Fristsetzung durch unzuständiges Gericht **1 2, 225**. — Aussetzung der Fristbestimmung bis zur rechtskräftigen Entscheidung über d. Erbeneigenschaft? **2 1, 707; 3 1, 596**. — Bindung d. Prozeßgerichts an die vom Nachlassgericht getroffene Entscheidung **5 563**. — sind die

Befugungen d. Nachlassgerichts über Setzung, Verlängerung od. wiederholte Setzung e. Inventarfrist für d. Prozeßrichter bindend? **5 1011**. — verschiedene Fristen für Miterben **2 1, 707**. — öffentl. Zustellung des e. Inventarfrist setzenden Beschlusses unzulässig; Pflegerbestellung für den abwesenden Erben nötig **3 2, 226**. — Wahrung d. Inventarfrist f. d. anderen Miterben durch Antrag eines Erben auf Inventarerrichtung **4 489**. — neue Fristsetzung nach Wegfall d. Nachlassverwaltung od. des N.-Konkurses **1 2, 225**. — Anwendung des § 2000 Satz 3, wenn d. Erbe vor Konkursöffnung die beschränkte Haftung schon verloren hatte **1 2, 225**. — Wegfall d. gesetzlichen Vertreters d. Erben nach Fristverlängerung **1 2, 225**. — Nichteinhalten der Frist „infolge höherer Gewalt“ **2 1, 707; 3 1, 597** (Stillstand der Rechtspflege). — Abänderung d. die Fristsetzung enthaltenden Beschlusses durch das Nachlassgericht **3 2, 226**. — Verfahren für Fristsetzung bei Identität von Vormundschafts- und Nachlassgericht **3 1, 597**. — Einreichen d. Inventars im Fall d. § 2003 nach Ablauf d. Frist **3 1, 597**. — Beschwerde d. Erben gegen d. Fristleistung **3 1, 596 (2)**. — Beschwerde wegen Verweigerung d. Fristverlängerung **3 1, 597**. — Beschwerde wegen Verweigerung einer neuen Fristsetzung (§ 1996) **3 1, 597**. — Beschwerdefrist, wenn nach Setzung e. Inventarfrist auf Antrag e. zweiten Gläubigers eine neue Inventarfrist bestimmt wird **7 1012**. — Fristbestimmung bei Vorliegen e. von einem Miterben oder dem Ehegatten gefertigten Inventars **6 532**.

Form u. Inhalt f. unten Unrichtigkeit. — Aufzählung der in Preußen zuständigen Behörden **3 1, 597**. — Aufnahmen durch d. Gerichtsvollzieher in Preußen **5 563; 6 533**. — Stellung d. Notars; Bindung an das Vorbringen d. Partei? **2 1, 707 (2)**. — Zuziehung e. anderen als des Nachlassgerichts zur Inventarerrichtung nach § 2002 **6 533**. — Einreichung e. nach § 2002 aufgenommenen Inventars durch den Erben selbst u. unmittelbar an d. Nachlassgericht? **6 532**. — schriftliche Erklärung, d. Erblasser habe nur wertlose Kleider hinterlassen **4 489**. — Antragsrecht e. einzelnen Miterben auf Errichtung des Inventars in der Form d. § 2003 **6 533**. — Zusammenbringen d. Materials u. Niederschrift durch d. Erben selbst unter Kontrolle d. Beamten **2 1, 707**. — bloße Erklärung d. Beamten, daß das von Erben geschriebene Inventar der rechtlichen Überzeugung d. Beamten entspricht **2 1, 707**. — ohne Gegenwart d. Beamten aufgenommenes Inventar **3 1, 597**. — Aufzählen der vom Erben veräußerten Gegenstände **3 1, 598**. — Aufnahme von Ver-

mächtnissen, Pflichtteilsansprüchen, Auf-
lagen, Ausgleichungsansprüchen, eigenen
Forderungen der Erben **1 2, 225**. — Inhalt
d. Inventars d. Nachrben **1 2, 225**. —
Angabe einer etwaigen Zugehörigkeit zu
einem Gesamtgut **2 1, 707**. — ordnungs-
widriges Inventar eines Miterben **1 2, 238**.
— Bedeutung d. Wertsangabe d. Aktiva
2 1, 708; 4 489. — Beweiskraft bez. der
Nachlassschulden? **2 1, 708**.

Unrichtigkeit des Inventars.

— Abwendung d. unbeschränkten Haftung
durch Berichtigung innerhalb d. Inventar-
frist **1 2, 225**. — unbeschränkte Haftung
wegen falscher Wertsangabe od. Unvoll-
ständigkeit der Passiva? **4 489**. — Eintritt
der unbeschränkten Haftung bei mehreren
nicht gleichzeitig anfallenden Erbteilen
6 533. — vollständige Unterlassung d. Auf-
zählung d. Aktiva **3 1, 598**. — Recht des
Erben auf Berichtigung u. Vervollständigung
des Inventars **3 1, 598**. — von Amts
wegen angeordnete Berichtigung d. insolge
Versehens des Beamten falschen Inven-
tars **3 1, 598**. — Ergänzungsfrist auf
Antrag der Erben? **3 1, 598**. — Antrag
e. anderen als des die Inventarfrist erwr-
fenden Gläubigers auf Setzen einer Er-
gänzungsfrist **3 1, 598**. — Ergänzungsfrist
von weniger als einem Monat **3 1, 598**. —
Beschwerde d. Erben gegen d. Ergänzungs-
frist **3 1, 598**. — Beschwerde d. Antragstellers
bei Ablehnung des Ergänzungsantrags
3 1, 598. — Auslassen e. Gegenstandes in
e. formlosen, dem § 2002 nicht genügenden
Verzeichnis **3 1, 598**. — Zeitpunkt d. Ver-
lustes d. beschränkten Haftung bei Ein-
reichung e. unrichtigen Inventars **2 1, 707**.
— Verlust d. beschränkten Haftung während
der Dauer der Nachlassverwaltung oder
des Konkurses **1 2, 225**.

Verufung auf ein bereits vor-
handenes Inventar. — in den
Vormundschaftsaktien enthaltenes Inventar
3 1, 598. — Abgabe d. Erklärung nach
§ 2004 vor Setzung e. Inventarfrist **3 1, 598**.
— nach Ablauf d. Frist eingehende
Erklärung **3 1, 598**. — Verufung auf ein von
d. Erben selbst errichtetes Inventar? **6 533**.

Diffenbarungszeit d. § 2006. —
wiederholtes Ausbleiben d. Erben im Eides-
termin; kann d. Prozeßgericht die unbe-
schränkte Haftung d. ausbleibenden Erben
nach § 2006 Abs. 3 annehmen, wenn d.
Nachlassgericht e. neuen (dritten) Eides-
termin angeht hat? **1 2, 226; 2 1, 707**
(Folgen e. im dritten Termin erfolgten
Eidesabnahme seitens d. Nachlassgerichtes);
5 563, 1011. — Erzwingung d. Eides im Pro-
zeßweg **1 2, 226; 3 2, 227; 4 489** (vgl. **3 1, 596; 6 533**). — Antragsrecht e. im Auf-
gebotsverfahren ausgeschlossenen Nachlass-
gläubigers? **1 2, 228** (Folgen d. Eidesver-
weigerung); **3 1, 596**. — Nachweis d. man-

gelnden Sorgfalt bei d. Errichtung Voraus-
setzung? **3 1, 598**. — Vorlage e. voll-
streckbaren Titels nicht nötig **3 1, 598**. —
Verlangen d. Eidesleistung während d.
Nachlassverwaltung oder Nachlasskonkurses
1 2, 225; 3 1, 599 (2); 3 2, 227; 4 861. —
Verweigern e. nochmaligen Leistung wegen
Leistung d. Eides vor dem Prozeßgericht
(§ 889 3 P.D.) oder vor dem im § 261 P.G.D.
bezeichneten Gericht od. bei Leistung im
Konkursverfahren **3 1, 599**. — zu kurze
Ladungsfrist **3 1, 599**. — Eid d. Frau als
Erbin **1 2, 226; 3 1, 599**. — Eid d. Ehe-
mannes, der für d. Frau d. Inventar er-
richtete **1 2, 226**. — Eidesleistung im Fall
d. § 2004 **3 1, 599**. — Eidespflicht d. aus-
schlagenden Erben? **1 2, 226**. — Eides-
pflicht d. Fiskus **1 2, 226**. — Gegenstand d.
Eidesleistung **1 2, 226**. — Folgen d. Eides-
verweigerung bei mehreren nacheinander an-
fallenden Erbteilen **6 533**. — wiederholte
Eidesleistung bei späterem Anfall e.
zweiten Erbteils **6 533**. — ist d. Verfügung
d. Nachlassgerichts, durch d. ein dritter
Termin zur eidlichen Bestätigung d. In-
ventars anberaumt wird, für d. Prozeß-
richter bindend? **1 2, 226; 2 1, 707; 3 2, 227; 5 563; 1011**. — Befugnis
d. Nachlassgerichts, trotz Ausbleibens
d. Erben in zwei Terminen auch beim
Widerspruch des Gläubigers auf Antrag
d. Erben einen dritten Termin anzu-
setzen **3 2, 227**. — Vorliegen e. N. als
Voraussetzung f. das Recht d. Gläu-
bigers, die Leistung d. Eides zu verlangen
4 861.

Inventarrecht der Frau **4 381, 382**. —
Einfluß e. vom Manne hergestellten
Inventars **1 2, 227** (abzüglich unvollstän-
diges Inventar); **3 1, 600; 4 381, 489**. —
nach Setzung d. Frist erfolgende Änderung
d. Güterrechtsverhältnisses **3 1, 599, 600**. —
verschiedene Frist f. Mann und Frau **3 1, 600**. —
Fristzustellung an den Mann; Ersatz-
zustellung an d. Frau **3 1, 600**. —
Zustellung an den Mann, wenn d. Erbschaft
erst nach Zustellung d. Fristbestimmung an
die Frau den im § 2008 erlangten Charakter
erhält **3 1, 600**. — Heirat der Frau erst
nach Bestimmung d. Inventarfrist für sie
3 1, 600. — Ehescheidung nach Frist-
setzung **3 1, 600**. — Tod d. Mannes nach
Fristsetzung **3 1, 600**. — gemeinschaftliches
Inventar der Ehegatten **1 2, 226, 227**. —
Pflicht der Ehegatten zur eidlichen Bestätig-
ung s. oben. — Fristsetzung gegen den
Mann bei Vorliegen eines Inventars der
Frau **6 532, 534**. — Recht d. Nachlass- od.
d. Prozeßgerichts zur Prüfung der Rech-
zeitigkeit d. Inventarerrichtung **6 534**. —
Beschwerde d. Mannes gegen d. der Frau
gesetzte Inventarfrist od. gegen den den
Antrag d. Frau auf Verlängerung d.
Frist ablehnenden Beschluß **5 1011**.

Nachlasskonkurs vgl. Nachlassverwaltung. — Tod des Gemeinschuldners während des Konkurses 2 2, 517. — Eröffnung des N., wenn über das Vermögen des Erben mit Einschluß d. Nachlasses Konkurs eröffnet ist? 3 2, 282; 4 820; 5 958. — Einleitung e. Nachlasspflegschaft f. unbekanntes Erben trotz N. 2 2, 517; 6 1006. — Bestellung e. Nachlasspflegers f. d. unbekanntes Erben Voraussetzung für Eröffnung des N.? 6 1006. — Antragsrecht des Erbschaftskäufers 5 959. — Antragsrecht des unehelichen Kindes, dem gegenüber der Erbe des Vaters v. dem Abfindungsrecht des § 1712 BGB. Gebrauch machte 6 1007. — Folgen der Konkursöffnung für einen schon vorher unbefristet haftenden Erben 1 2, 225. — Antrag eines im Aufgebotsverfahren ausgeschlossenen Nachlassgläubigers 1 2, 217; 3 2, 282 (2). — Antragsrecht des unbefristet haftenden Erben 1 2, 228; des für einen Erbteil unbefristet haftenden Erben bei Anfall eines weiteren Erbteils 6 534. — Antrag auf N. als Erbschaftsannahme (s. diese) 2 2, 517. — Anmeldepflicht des Erben im Falle einer Nachlassverwaltung 1 2, 219. — Anmeldepflicht des Nachlasspflegers oder Verwalters, des Testamentvollstreckers, des Verwalters im Konkurs über das Gesamtvermögen des Erben; Haftung für Pflichtverletzung 1 2, 219, 221 (bei unbefristeter Erbenhaftung); 4 487; 5 562. — Anmeldepflicht des Erbschaftskäufers und Verkäufers 1 2, 219, 220. — Erlassung d. Anmeldepflicht durch d. Gläubiger 4 487. — N.-N. nach Teilung des Nachlasses 1 2, 235, 238. — gerichtliche Nachlassauseinandersetzung bei N. unmöglich 3 2, 229, 282. — Leistung des Offenbarungseides (§ 125 R.D.) 3 2, 273. — Pflicht d. Erben zur Leistung des Offenbarungseides; Anwendung des § 2006? Zwangsmittel der R.D. unanwendbar 1 2, 219; 5 958. — Schadensanspruch gegen den Erben wegen unterlassener Anmeldung; Geltendmachung durch einzelne Nachlassgläubiger 1 2, 219; Anspruchsberichtigung der im Aufgebotsverfahren ausgeschlossenen oder der Gläubiger nach § 1974? 1 2, 219 (2). — Berücksichtigung von Pflichtteilsansprüchen bei der Frage der Überschuldung? 1 2, 219. — Wirkung eines N. nach Eintritt unbefristeter Haftung des Erben 1 2, 228. — vom Erben nach Eröffnung des N. vorgenommene Verfügungen (Verkäufe von Nachlasssachen; Kaufpreisforderung Bestandteil der Masse?) 6 529. — Ersatz von Aufwendungen als Masseschuld; Eingehung von Verbindlichkeiten als Aufwendung 6 529. — sind bei Tod des Gemeinschuldners nach Konkursöffnung die im § 224 R.D. erwähnten Forderungen

Konkursforderungen oder Masseschulden? 2 2, 518. — Beerdigungskosten des nach Konkursöffnung gestorbenen Gemeinschuldners 2 2, 518. — entsprechende Anwendung des § 225 Abs. 1 R.D. bei Tod des Gemeinschuldners nach Konkursöffnung 2 2, 518. — analoge Anwendung des § 230 Abs. 1, § 232 Abs. 1, § 234 R.D. bei Tod des Gemeinschuldners nach Konkursöffnung 2 2, 518. — Lebensversicherung als Massebestandteil (vgl. Nachlass) 4 801; 5 942; 6 974; 7 533. — vom Erblasser erteilter Auftrag; Anwendung des § 23 R.D. 4 804. — Anhöhen der Erben d. Gemeinschuldners über d. angemeldeten Forderungen 2 2, 508. — Bestreiten einer angemeldeten Forderung seitens eines der mehreren Erben 2 2, 508. — Recht d. Nachlasskonkursverwalters auf Kündigung e. vom Erblasser als Mieter abgeschlossenen Mietvertrags (§ 569 BGB.); Recht d. Erben zur Kündigung 2 2, 487, 488. — Wirkung der Eröffnung auf Vollstreckungshandlungen von Konkursgläubigern 7 937. — Stellung des Nachlasskonkursverwalters gegenüber e. vor Eröffnung des N. seitens e. Dritten erfolgten Geldpfändung 3 2, 282. — Stellung der Forderungen des § 224 Ziff. 2—5 R.D., wenn über das Vermögen des Erben mit Einschluß des Nachlasses Konkurs eröffnet ist 3 2, 282. — Stellung des e. Nachlassgläubiger befriedigenden Erben; Übergang hypothekarischer Rechte des Befriedigten auf den Erben 2 2, 518; 3 2, 282; 4 821. — Stellung d. Ansprüche aus Pflichtteilsrechten, Vermächtnissen u. Aufträgen im Konkurs über das Vermögen e. Erben mit Einschluß des Nachlasses 3 2, 282. — Aussonderung des Nachlasses aus der Konkursmasse nach eröffnetem Gesamtvermögenskonkurs? 4 820; 5 958. — Stellung der Nachlass-, der Erben- u. d. Massegläubiger bei Konkurs über das Vermögen des Erben einschließlich des Nachlasses 4 820, 821. — Stellung der im Aufgebotsverfahren ausgeschlossenen Nachlassgläubiger im Konkurs über das Vermögen des Erben einschließlich des Nachlasses 4 821. — unterscheidet § 221 R.D. zwischen Nachlass- und Erbengläubigern? 4 821. — Absonderungsrecht d. Gläubigers, der die Vorpfändung vor d. Pfändungsbefehl selbst, aber erst nach dem Erbfall zustellen ließ? 6 1007. — vom Testamentvollstrecker für eine anerkannte Nachlassforderung ausgestellte Wechsel Masseschulden? 4 821. — Prozeßkosten des Testamentvollstreckers Masseschulden? 4 821. — Stellung der Legatäre, denen der Erblasser wegen gewährter Verpflegung ein Vermächtnis aussetzte 4 821. — Nachlasspfleger als Gemeinschuldner? 2 2, 517. — Erbe als Ge-

meinſchuldner im Nachlaßkonkurs 5 958. — keine Anwendung der auf einer den Gemeinſchuldner treffenden Ehrenminderung oder auf Bedenken gegen ſeine Zuverlässigkeit beruhenden Vorſchriften der R.D. gegen den Erben als Gemeinſchuldner im Nachlaßkonkurs 2 2, 517; 5 958. — Brieffperre gegen den Erben im Nachlaßkonkurs? 5 958. — Anwendung der Vorſchriften über Unterſtützung d. Gemeinſchuldners auf den Erben? 5 958. — Anerkennen e. vom Erbllaſſer beſtrittenen Schuld ſeitens der Erben ſchafft eine Nachlaßverbindlichkeit 5 958. — Anſpruch der Ehefrau an d. Lebensverſicherungssumme des Mannes im R. 6 1007 (ſ. oben). — Haftung des Erben bei Einſtellung des Konkurses mit Zuſtimmung d. Gläubiger oder bei Endigung aus anderen Gründen als denen des § 1989; Anwendung des § 1990? 1 2, 222. — Seken u. Verſäumen einer Inventarſchrift nach Beendigung des R. 1 2, 225. — Antrag des R.-Verwalters auf Erteilung eines Erbſcheins? 1 2, 303, 311; 3 1, 658. — Schickſal der Verſicherungssumme bei Lebensverſicherung zugunſten eines Dritten 3 1, 167 (ſ. Nachlaß).

Zwangsvergleich (ſ. dieſen) 5 959. — Z. bei Tod des Gemeinſchuldners nach Konkurseröffnung 2 2, 518. — Wirkung für die nach § 230 Abſ. 2 R.D. nicht teilnehmenden Gläubiger 1 2, 222. — Haftung des Erben gegenüber den vom Z. betroffenen Gläubigern mit Nachlaß oder auch mit ſonſtigem Vermögen? 1 2, 222. — Haftung d. Erben für nicht angemeldete, nicht bevorrechtigte Forderungen 1 2, 222. — Haftung des Erben für angemeldete, aber unbefriedigt gebliebene Forderungen 1 2, 222. — Abſchluß durch Nachlaßpfleger, Teſtamentsvolltreuer 5 958, 959.

Nachlaßpflegschaft ſ. Nachlaßverwaltung. — Beschwerde in Nachlaßpflegschaftsſachen ſ. Beschwerde. — über den Nachlaß eines Ausländers 1 2, 374; 2 1, 760 (ſ. unten). **Übergangsrecht**. — R. nach BGB. für Erbfälle vor 1900? 1 2, 450, 454; 2 1, 807 (auf Antrag d. Gläubigers). — gerichtliche Überwachung der am 1. I. 00 beſtehenden R. 1 2, 450. — Anwendung des Art. 213 BGB. 2 1, 807. — R. für Erbfälle vor 1900; Vorausſetzung, Zuſtändigkeit; Fortgeltung des § 694 B.P.D. (a.F.), art. 812 code civil u. § 89 preuß. B.D. 3 1, 706. — für Erbfälle vor 1900; Pflegschaft nach § 90 preuß. B.D. v. 5. VII. 75? 1 2, 214; 4 482.

Recht nach BGB. — Rechtsnatur 1 2, 213; 6 525. — über Ausländernachläſſe 2 1, 760 (ſ. Erbrecht internationalen, Nachlaßgericht). — zuſtändiges Gericht 3 2, 226. — für einzelne Miterben

1 2, 213; 5 557 (noch nicht feſtſtellbare Erbquote). — Einleitung trotz Nachlaßkonkurses 2 2, 517; 6 1006. — R. trotz Beſtellung e. Verwalters ſeitens des Prozeßgerichts 7 530. — teilweise Aufhebung der R. bei Wegfall der Vorausſetzungen bez. einiger Miterben 5 557. — Anordnung trotz Mangels d. Vorausſetzungen; Nachprüfung der Gültigkeit ſeitens des Prozeßrichters 1 2, 155. — Beschwerde wegen Ablehnung des Antrags, die R. über Miterben des Antragſtellers aufzuheben 5 557. — Beschwerde d. Macherben oder eines Vermächtnisnehmers wegen Anordnung der Pflegschaft 3 1, 588. — Pflicht des Gerichts zur Ermittlung d. Vorausſetzungen des § 1961 BGB. 7 987. — R. auf Antrag eines Gläubigers; Glaubhaftmachung ſeiner Forderung, Nachweis der noch nicht erfolgten Erbſchaftsannahme 1 214; 5 557. — Vorausſetzungen im Falle des § 1961? 1 2, 214 (Nachweis d. Bedürfnisses); 6 525, 526 (Nachweis eines Anſpruchs). — rechtl. Natur der R. im Fall des § 1961 6 525. — Stellung des Pflegers nach § 1961 1 2, 214. — „Unbekanntſein des Erben“, Begriff 2 1, 705 (Nichtvorliegen eines Erbſcheins; hoher Grad von Wahrſcheinlichkeit für ein Erbrecht; Unmöglichkeit für d. Gläubiger, ſein Recht direkt gegen den Erben zu verfolgen); 4 481 (Unmöglichkeit des Gläubigers, gegen d. Erben im Urkundenprozeß vorzugehen); 5 557; 6 524 (Annahme d. Erbſchaft ſeitens d. Teſtamentserben u. Beſtreitung ſeines Erbrechts durch einen Dritten). — Nachlaßpfleger für einen unbekanntem Erben trotz Nachlaßkonkurses 2 1, 705; 6 525. — Nachlaßpfleger für einen Abweſenden, von dem ungewiß iſt, ob er den Anfall erlebte 4 482. — Nachlaßpfleger Vermögens- oder Perſonenpfleger? 4 481; 6 524. — Verfügung des Pflegers über Hypotheken; Genehmigung des Gerichts 1 2, 213. — Weiterführung eines zur Sicherung des Nachlaßes erhobenen Prozeſſes durch den Nachlaßpfleger 6 525. — Pflichten des Nachlaßpflegers 3 1, 588 (Teilung des Nachlaßes unter Erben oder Gläubigern? Nachlaßverzeichnis, Schuldenermittlung); 4 482. — Pflichten eines Rechtsanwalts als Nachlaßpfleger 2 1, 705. — Anfechtung von Schenkungen aus dem Nachlaß; Schenkungen an die vom Nachlaßpfleger vertretenen Erben 6 525. — kann der Pfleger die Anfechtung des Teſtaments durch die bekannten Erben als Streitgenoffe unterſtützen? 3 1, 589. — Pfleger nach § 1913 neben dem Nachlaßpfleger 6 525. — Wirksamkeit der Rechts-handlungen des Nachlaßpflegers 6 525, 7 531. — Aufhebung eines wegen Verſorgnis, die Erben

(Nachlasspflegschaft)

würden sich um den Nachlaß nicht kümmern, erlassenen Arrestes nach Bestellung eines Nachlasspflegers 4 482. — Arrest trotz Anordnung der Nachlasspflegschaft 1 2, 213. — Eintragung einer Hypothek für den Nachlasspfleger 7 530. — Haftung des Pflegers gegenüber den Nachlassgläubigern 3 1, 588. — Wirkung der für u. gegen den Nachlasspfleger ergangenen Urteile auf den Erben 1 3, 154. — Haftung des Erben für Verschulden des Nachlasspflegers 3 1, 588; für Handlungen des Pflegers 1 1, 191, 194; Nachlasspfleger Hilfsperson nach § 278? 2 1, 191; 3 1, 135. — Verletzung der dem Pfleger nach § 2012 obliegenden Auskunftsspflicht 1 2, 227. — Beschwerde d. Pflegers gegen den Beschluß des Nachlassgerichts über Gültigkeit e. Erbschaftsaus-schlagung 7 996 (s. Beschwerde in der freiw. Gerichtsbarkeit). — Fortdauer der N.-Pfl. nach Erbschaftsannahme? 1 2, 213; 6 526. — Geltendmachung der Einrede des § 2014 durch den Nachlasspfleger 1 2, 229. — Verhängung von Ordnungsstrafen gegen den Pfleger nach Beendigung der N. zur Erzwingung der Schlußrechnung 5 557; 6 514, 526; zur Erzwingung der Herausgabe des Nachlasses an d. Erben 1 2, 213. — Einschreiten des Nachlassgerichts in Zweckmäßigkeitfragen 1 2, 214. — Recht des Nachlassgerichts zu Verfügungen über Nachlasssachen? 6 524. — Bemessung der Höhe des Honorars f. d. Nachlasspfleger (s. Vormund) 5 541; 6 511. — Festsetzung der Vergütung durch das Nachlassgericht 6 525. — Klage auf Vergütung ohne vorherige Festsetzung 6 525. — Wegfall der Vergütung bei geringem Nachlaß 1 2, 214; bei zu Unrecht eingeleiteter Pflegschaft? 6 525. — der Vergütung des Konkursverwalters analoge Vergütung? 3 1, 588. — Beschwerde wegen Gewährung e. Vergütung 5 1001 (s. Beschwerde). — Vergütung e. als Pfleger aufgestellten Rechtsanwalts 2 1, 687; 3 1, 588 (s. Vormund unter Vergütung). — Vergütung für e. nebenbei im Auftrag d. bekannten Erben entwickelte Tätigkeit 7 524. — Vergütung des Nachlasspflegers: Beschwerde des Erben gegen die Festsetzung, Einwand der in der Dechargeerteilung des Erben liegenden Genehmigung 4 483. — Beschwerde des Nachlassgläubigers, des Konkursverwalters gegen die Höhe der Vergütung des Pflegers 6 525; 7 994, 996. — Anspruch des Pflegers auf Erstattung seiner Auslagen neben d. Vergütung; Einlagen der Auslagen ohne vorherige Festsetzung; Kaufsumme für Vergütung und Auslagen 6 525. — Wirkung der Anerkennung der Auslagen des Pflegers 6 525. — Zeitpunkt der Endigung der Pflegschaft 3 1, 588, 589. — nach § 74 FGG. eingeleitete

Nachlasspflegschaft 3 1, 589. — Kosten der N.? Nachlassverbindlichkeit? (s. diese) 1 2, 214; 7 530. — gesamtschuldnerische Haftung d. Erben für die Kosten einer N., insbesondere bei ungerechtfertigtem Antrag eines Erben? 2 1, 705. — Haftung des antragstellenden Gläubigers für die Kosten? 1 2, 214; 6 526. — Wegfall der N. bei Konkursöffnung? 6 525, 1006. — Wegfall der N. bei Erteilung eines Erbscheines 6 526. — Antrag des Nachlasspflegers auf Erteilung eines Erbscheines 1 2, 303. — Weiterbetreiben eines Ehescheidungsprozesses durch den Nachlasspfleger 5 785. — materielle u. formelle Bedeutung der Schlußrechnung 6 514 f. — kann vom Gericht die Rechnungsablage vor einem mit der Auseinandersetzung beauftragten Notar verlangt werden? 6 515. — Abgabe d. zwecks Sicherung des Nachlasses vor dem Gericht des § 74 FGG. eingeleiteten N. an das Nachlassgericht 3 2, 226. — Beschwerde d. Gläubigers, der den Anspruch d. Erben gegen d. Pfleger auf Herausgabe des Nachlasses pfändet, gegen die Ablehnung der Aufhebung d. N. 7 997 (s. Beschwerde in der freiw. Gerichtsbarkeit).

Nachlassschulden s. Nachlassverbindlichkeiten.
Nachlasssicherung s. Nachlassgericht, Nachlasspflegschaft.

Nachlassverbindlichkeiten s. Beerdigung, Erbenhaftung, Unterhaltsanspruch. — Begriff u. Klassifikation 2 1, 705. — Erbschaftsteuer 1 2, 215. — gesetzliche Vermächtnisse 1 2, 215. — Anspruch der Schwangeren nach § 1963 1 2, 215. — Ausgleichsansprüche der Abstammlinge? 1 2, 215. — Verbindlichkeiten der Erben aus den Rechtsgeschäften des Nachlasspflegers oder Testamentsvollstreckers 1 2, 215; 5 558. — Ansprüche des Nachlasspflegers, Testamentsvollstreckers oder eines ausschlagenden Erben aus der Geschäftsführung für die Erbschaft 1 2, 215. — Kosten des Erbscheines 1 2, 216. — Schadenszufügung durch Nachlasssachen 1 2, 216. — Verbindlichkeiten, die den Erben als solchen treffen" 5 558. — Kosten der gerichtlichen Sicherung des Nachlasses 3 1, 591; 5 558. — Kosten einer Nachlasspflegschaft oder Verwaltung 2 1, 705 (Kosten einer ungerechtfertigten Nachlasspflegschaft); 3 1, 591; 5 558; 7 530. — Verbindlichkeiten der §§ 1968, 1969 5 558. — erst durch einen nach dem Erbfall sich vollziehenden Tatbestand hervorgebrachte Verbindlichkeiten 1 2, 216 (Verzug u. Verschulden eines Erben bez. einer N.; Prozeßkosten). — von einem Erben zwecks Verwaltung des Nachlasses eingegangene Verbindlichkeiten 3 1, 591; 4 494; 5 558; 6 527; 7 531, 532. — Versprechen einer Zuwendung an hilfs-

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

bedürftige Verwandte seitens der als Erben eingetragenen juristischen Person 2 1, 705. — Kosten der Testamentserrichtung 3 1, 591. — Kosten d. Inventarerrichtung 3 1, 591. — Kosten des Aufgebots der Nachlassgläubiger 3 1, 591 (2). — Kosten eines im Interesse des Nachlasses geführten Prozesses 3 1, 591. — Pflichtteilsanspruch? 3 1, 591. — Kosten für die letzte Krankheit des Erblassers 3 1, 591. — Kosten des Aufgebotsverfahrens zwecks Todeserklärung d. Erblassers 3 1, 591. — Recht e. Nachlassgläubigers, der zugleich Miterbe ist, auf Befriedigung vor Teilung? 7 532.

Nachlassverwaltung. — Beschwerde s. diese. — Rechtsnatur 1 2, 218; 2 1, 706; 5 562. — über Ausländernachlässe 2 1, 760 (s. Erbrecht internationales).

Anordnung. — Antragsrecht des für einen Erbteil bereits unbeschränkt haftenden Erben bei Anfall eines weiteren Erbteils 6 534. — Antragsrecht des Erben trotz Bestellung eines Testamentsvollstreckers 1 2, 220. — Antragsrecht des e i n z i g e n Nachlassgläubigers 2 1, 706; 5 560. — Antragsrecht des Erbschaftsverkäufers u. Erbschaftskäufers 1 2, 220. — Antragsrecht eines Miterben 5 560. — Antrag eines im Aufgebotsverfahren ausgeschlossenen Nachlassgläubigers 1 2, 217. — Antragsrecht des Testamentsvollstreckers, des Verwalters im Konkurs über das Gesamtvermögen des Erben 1 2, 220. — Antragsrecht des Ehemanns bei einer Erbschaft der Frau 1 2, 220. — „Gefährdung des Nachlassgläubigers durch die Vermögenslage des Erben“ 5 560 (Vermögenslosigkeit des Erben oder eines Miterben); 6 530. — Pflicht des antragstellenden Gläubigers auf Glaubhaftmachung seiner Forderung u. deren Gefährdung 5 559, 560. — Antrag auf N. als Erbschaftsannahme? 5 1010, 1011. — Uneinigkeit der Erben über Verwaltung u. Teilung des Nachlasses u. dadurch veranlaßte Nichtbezahlung fälliger Nachlassschulden als Grund zur Anordnung 4 486. — Pflicht des Richters, bei Zweifel über das Vorliegen der Voraussetzungen für e. N. von Amts wegen Ermittlungen anzustellen 3 2, 226; 5 1011. — Anordnung bei Vermischung des Nachlasses u. Erbenerbmögens 6 529; bei Nichteinreichen eines Inventars 6 529; bei Nichtbeantragen des Gläubigeraufgebotes 6 529; bei Überschuldung 6 530. — Lauf der Frist des § 1981 Abs. 2 bei Erbschaftsannahme der mehreren Erben zu verschiedenen Zeiten 1 2, 220. — Form der Anordnung 6 530. — Eruchen d. Nachlassrichters an den Waisenrat um Vorschlag e. Nachlasspflegers als Anordnung 7 534. — Veröffentlichung der Anordnung: Inhalt, Name des Verwalters, Anmeldungs-

aufforderung an die Gläubiger 3 1, 594. — Art der Veröffentlichung in Preußen 1 2, 220. — Unterlassung der Veröffentlichung oder der Zustellung an die Erben 6 530. — Eintrag der Verwaltung in das Grundbuch 1 2, 220; 2 1, 706 (Name des Verwalters). — Ablehnung wegen „einer d. Kosten nicht entsprechenden Masse“ 3 1, 594 (Vorschufleistung des Antragstellers); 4 486. — Anordnung bei unbeschränkter Haftung der Erben 1 2, 228 (Wirkung); 6 529. — Abwendung d. N. durch Sicherheitsleistung des Erben; Fristsetzen z. Sicherheitsleistung 5 560, 561. — Anfechtung der Anordnung durch persönliche Gläubiger des Erben 6 529. — Beschwerde e. Miterben bei Ablehnung des von mehreren Erben gestellten Antrags auf N. 2 1, 711; 3 2, 226. — Beschwerde d. Gläubigers gegen den die N. ablehnenden Beschluß 2 1, 711 (s. Beschwerde). — Beschwerde gegen die Anordnung; Beschwerderecht des Testamentsvollstreckers 6 530; 7 1012. — Beginn der Wirksamkeit der Anordnung 1 2, 220; 3 1, 593, 594; 4 486; 6 530 (s. freiw. Gerichtsbarkeit). — Beweislast des Erben bez. der Anordnung 1 2, 218. — Anfechtung der Anordnung außerhalb des Verfahrens der freiw. Gerichtsbarkeit; Einrede der Unzulässigkeit d. N. im Prozeß? 6 529, 530; 7 1011. — Stellung des Beschwerdegerichts, wenn in der Zeit zwischen Anordnung d. N. und Beschluß des Beschwerdegerichts d. Voraussetzungen für Anordnung wegfielen 7 1011, 1012. — Beschwerde e. Nachlassgläubigers gegen d. Anordnung 7 1012. — Beschwerde des Vermögensnehmers gegen die Anordnung? 7 1012.

Wirkung. — hat N. die Bedeutung einer Beschlagnahme? 2 1, 706. — Erbschaft als stillschweigend juristische Person bei N.? 3 1, 10. — §§ 1984, 1985 ius cogens 4 486; 5 561. — mangelnde Passivlegitimation d. Erben für Nachlassprozesse 5 561 (2); 1 2, 220 (unbeschränkt haftender Erbe). — Kosten einer trotz N. gegen den Erben erhobenen Klage 5 561; (sofortiges Anerkenntnis des Verwalters) 1 2, 221. — Erlöschen eines vom Erben einem Dritten erteilten Auftrags zur Verwaltung des Nachlasses 4 486. — Ungültigkeit von Verfügungen des Erben während der Dauer der N. 5 561; 6 529. — Genehmigung einer Verfügung des Erben durch den Verwalter 5 561. — Klagen des Verwalters zur Beseitigung des durch eine ungültige Verfügung des Erben geschaffenen Zustandes 5 561. — Einfluß der Aufhebung d. N. auf die während d. N. vom Erben getroffenen ungültigen Verfügungen, insbesondere auf Verfügungen über Immobilien 5 561. — Wirkung d. Anordnung auf schwebende Prozesse 7 777,

(Nachlassverwaltung)

778. — Folgen der Übernahme einer persönlichen Verbindlichkeit seitens des Erben während der N. 5 561. — Stellung des mit dem Nachlassverwalter Kontahieren- den; persönlicher Gläubiger des Erben? 5 562. — Wiederherstellung der durch Vereinbarung erloschenen Rechtsverhältnisse, dingliche W., Wiederaufleben der Pfand- u. Bürgenhaftung 1 2, 218; 4 485. — vom persönlichen Gläubiger des Erben vor N. vorgenommene Zwangsvollstreckung, Pfändung von Mietzinsen des Nachlassgrundstücks 6 529 (Zurückbehaltungsrecht des Gläubigers); 6 530. — Vorbehalt der Haftungsbeschränkung im Urteil gegen den Nachlassverwalter? 2 1, 705. — Stellung des N. gegenüber einer Zwangsverwaltung über ein Nachlassgrundstück 6 529. — Gewährung des Armenrechts an die Erben 5 559 (s. Armenrecht). — Haftung der Erben aus der bisherigen Verwaltung 1 2, 218; unbeschränkte Haftung bei Verstoß gegen § 1978? 1 2, 218 (für verwendete Kapitalien); 4 485; 7 533 (Einwand d. Erben gegen d. Klage auf Zahlung e. fälligen Vermächtnisses). — Zurückbehaltungsrecht d. Erben aus seiner bisherigen Verwaltung 1 2, 218 (gegenüber dem Verwalter); 3 1, 594. — Stellung des gutgläubigen Dritten, der nach Anordnung der N. vom Erben Nachlassmobilen erwirbt 3 1, 594. — Surrogation bez. der vom Erben vor Anordnung der N. mit Erbschaftsmitteln erworbenen Gegenstände 4 485; 6 529. — vom Erben bis zur Anordnung d. N. gezogene Nutzungen 6 529. — Recht des Erben auf Wegnahme einer vor Anordnung der N. nach § 1978 gemachten Einrichtung 4 485. — Besitzschutz des Erben gegenüber dem Verwalter? 1 2, 218. — Anwendung des § 23 R.D. 4 485. — Anspruch des Erben auf Ersatz der Aufwendungen; Eingehen von Verbindlichkeiten als Aufwendung 6 529. — Pfändung des den Nachlassgläubigern nach § 1978 Abs. 2 zustehenden Erlösanspruchs seitens eines Nachlassgläubigers 4 485; 5 559. — nach Einleitung der N. eintretender Erwerb eines weiteren Erbteils 6 534. — Geltendmachung der Einrede des § 2014 durch den Nachlassverwalter 1 2, 229. — Klage gegen den Nachlassverwalter vor Erbschaftsannahme 1 2, 212. — Klage d. Nachlassgläubiger gegen den unbeschränkt haftenden Erben während der N. 7 534. — Klage von Nachlassgläubigern gegen den Erben nach Beendigung der N.; beschränkte oder unbeschränkte Haftung des Erben; Beweispflicht des Klägers, daß der Erbe noch Nachlasteile hinter sich hat 1 2, 218, 221, 222 (Kosten bei Bereitwilligkeit der Erben z. Herausgabe des Nach-

lasses); 4 487; Einwand des die Haftung für die Nachlassschuld ablehnenden Erben, daß die gepfändeten Nachlassfachen ihm unentbehrlich (§ 811 ZPO.) seien? 1 2, 223. — vom Erben selbst oder vom Nachlassgläubiger mit Zustimmung des Erben erklärte Aufrechnungen 1 2, 218. — Anwendung des § 1977 (Unwirksamkeit v. Aufrechnungen) im Fall der §§ 1990 f.? 1 2, 218. — Aufrechnung eines Nachlassgläubigers gegen eine persönliche Forderung d. Erben oder eines Nicht-Nachlassgläubigers gegen eine Nachlassforderung vor Anordnung d. N. 1 2, 218; 3 1, 593. — Aufrechnung nach Anordnung der N. 3 1, 594. — Aufrechnung vor Erbschaftsannahme 1 2, 218. — Geltung des § 1992 im Fall der Nachlassverwaltung 1 2, 224. — Einfluß e. rechtsunwirksamen Erbschaftsausgleichung auf die auf Antrag des jetzt Ausschlagenden bestellten N.; Recht des Ausschlagenden u. d. nach ihm Berufenen, die Wiederaufhebung der N. zu beantragen; Beschwerderecht beider gegen Ablehnung der Aufhebung 5 1010, 1011. — Einfluß e. N. auf die Möglichkeit einer gerichtlichen Nachlassauseinanderlegung nach §§ 86 f. ZGB. 3 2, 229. — Wirkung im Grundbuchverkehr 5 394.

Stellung des Verwalters s. Nachlasspflegschaft. — Auswahl des B. bei Vorhandensein eines Testamentsvollstreckers 6 530. — curator rei oder Pfleger des Erben? 1 2, 221; 4 485, 486; (Analogie mit dem Konkurs-B.) 5 561; 6 530. — gesetzlicher Vertreter des Erben u. Hilfsperson nach § 278? 2 1, 191; 3 1, 135. — prozessuale Stellung 1 3, 30; 118. — besonderer B. für eine einzelne Angelegenheit bei Behinderung des Nachlass-B. 3 1, 593. — Umfang seiner Befugnisse 2 1, 706; 3 1, 594; 4 486. — Nachlassbesitzergreifung 1 2, 221 (2). — Inventarerrichtung 1 2, 221. — Berichtigung der Nachlassverbindlichkeiten bei unzureichendem Nachlass? 1 2, 221. — analoge Anwendung des Vormundschafts- oder des Konkursrechts auf seine Verwaltungspflichtigen 1 2, 221 (s. 4 485, 486). — Verfügung über Hypothekforderungen 2 1, 706. — Weiterführung eines Handelsgeschäftes; Darlehnsaufnahme zu diesem Zweck 5 562. — Gewährung des Armenrechts 6 530. — Antrag auf Erteilung eines Erbscheins 1 2, 303, 311; 3 1, 658. — keine Pflicht zur Verteilung des Nachlasses unter die Erben 7 534. — Verlegung der im § 2012 statuierten Auskunfts-pflicht 1 2, 227. — Haftung des Verwalters gegenüber den Nachlassgläubigern 1 2, 221. — Haftung wegen Nichtaufnahme eines ihm bekannten Nachlassgläubigers in das dem Aufgebotsantrag beizufügende Verzeichnis 4 487. — Haftung gegenüber den

Erben **3** 1, 594. — Vollstreckungsgegenlage nach § 784 ZPO. vgl. diese. — Aufsichtrecht d. Nachlaßgerichts; analoge Anwendung des § 1837 **7** 534. — Genehmigung des Nachlaßgerichts zu Geschäften der in §§ 1821, 1822 BGB. bezeichneten Art; Verfügung der Genehmigung, weil Konkurs hätte beantragt werden sollen **4** 448. — Vollstreckung eines vor Anordnung der N. rechtskräftig gewordenen Urteils gegen d. Verwalter **5** 562 (s. Vollstreckungsklausel). — Genehmigung des Nachlaßgerichts zu Verfügungen des Verwalters **2** 1, 706; **4** 486, 487. — Berücksichtigung der Interessen des Erben **5** 562. — Pflicht z. Anmeldung des Konkurses bei Kenntnis der Überschuldung **5** 562; **4** 487 (Erlaß der Anmeldungspflicht durch die Gläubiger; Prüfung durch das Nachlaßgericht); **1** 2, 219, 221 (bei unbeschränkter Erbenhaftung). — Zurückbehaltungsrecht des Verwalters wegen von ihm gemachter Aufwendungen **5** 562. — Recht des B. gegenüber der Klage eines Nachlaßgläubigers, die Befriedigung bis zur möglichen Aufstellung eines ordnungsmäßigen Teilungsplanes zu verweigern **4** 486. — Höhe der Vergütung eines Nachlaßverwalters, der Rechtsanwalt ist **4** 487. — Beschwerde des Erben gegen die Höhe der Vergütung wegen Pflichtwidrigkeiten des Verwalters? **3** 1, 595; **5** 1001 (s. Beschwerde). — Vergütung des Nachlaßpflegers, der später Nachlaßverwalter wurde **5** 562. — Beschwerde des Erben gegen die festgesetzte Vergütung; Einwand der in der Verteilungserteilung des Erben liegenden Genehmigung **4** 483.

V e n d i g u n g **3** 1, 595. — Zeitpunkt d. Aufhebung; Aufhebung vor Berichtigung oder Sicherung bekannter Nachlaßverbindlichkeiten? Aufhebung wegen Befalls e. Gefährdung des Nachlaßgläubigers? **7** 533, 534. — Ausschlagung des Erben **5** 559. — Einfluß der Aufhebung auf die während der N. getroffenen Verfügungen des Erben **5** 561. — Sehen u. Verkümmen einer Inventarfrist nach B. der N. **1** 2, 225. — Aufhebung ohne Durchführung **2** 1, 706; **3** 1, 595. — Endigung ipso iure oder Notwendigkeit eines Aufhebungsbeschlusses? **1** 2, 221. — Zeitpunkt der Wirksamkeit des Aufhebungsbeschlusses **2** 1, 706; **3** 1, 595. — Aufhebung wegen Zurücknahme des Antrags? **3** 1, 595. — Mitteilung des Aufhebungsbeschlusses **3** 1, 595. — Antrag e. Nachlaßgläubigers auf Aufhebung der vom Erben beantragten N., weil eine d. Kosten entsprechende Masse nicht vorhanden sei? **7** 534. — Beschwerde gegen die Aufhebung **3** 1, 595. — nach Aufhebung, in Unkenntnis derselben vom Verwalter vorgenommene Verfügungen **1** 2, 221. —

bei Jaßrg. 1—3 = Band und Seite.

Antrag auf Aufhebung wegen veränderter Umstände **6** 530.

W e i V o r h a n d e n s e i n m e h r e r e r E r b e n. — Antrag der Nachlaßgläubiger nach der Nachlaßteilung **1** 2, 238. — N. über einen einzelnen Erbeil **1** 2, 238. — Beschwerde gegen den die N. ablehnenden Beschluß **2** 1, 711; **3** 2, 226 (s. Beschwerde). — Beschwerde des Erbschaftsvermächtigten gegen die auf Antrag d. Erben angeordnete N. **7** 541.

Nachlaßverzeichnis s. Inventar.

Nachnahme s. Frachtgeschäft. — N. als Anweisung verbunden mit Inzassoauftrag **6** 290. — Wirkung der Erhebung der N. durch den Frachtführer als Zahlung; verspätete Ablieferung an den Abhender **2** 2, 242. — Einlösung der N. als Zahlung **2** 1, 82. — Verzug des Käufers durch Zahlungsweigerung bei N.=Sendungen **6** 147. — Sendung der Ware unter N. bei Klausel: „Zahlung nach Erhalt“ oder „bei Empfang der Ware“ **7** 195.

Nachpfändung s. Zwangsvollstreckung.

Nachverfahren s. Vorbehaltsurteil, Urkunden- u. Wechselprozeß.

Name s. Adel, eheliche Kinder, Firma, Pseudonym, Findelkinder, Ehefrau, Wappen, Persönlichkeitsrechte, unlauterer Wettbewerb (§ 8), uneheliche Kinder, Personenstandsgesetz, Persönlichkeitsrecht. — Statutenkollision **2** 1, 757. — maßgebendes Recht s. d. N.-führung bei Ehescheidung **1** 2, 369 (s. Ehescheidung). — Begriff **1** 1, 8. — Adelsprädikat als Teil des Familien-N. **1** 1, 9 f.; **1** 2, 95, 153; **3** 1, 494; **6** 1082. — keine Erbschaft **1** 2, 94; **3** 1, 4, 494; **6** 1082. — für Entstehung maßgebendes Recht **6** 1082. — Erwerb des N. durch guten Glauben, unvordenkliche Verjährung **1** 2, 94; **3** 1, 494; **6** 1082. — Führung des im Ausland von dem dort naturalisierten früheren Deutschen erworbenen N. im Inland **3** 1, 495. — Bezeichnung e. Nichtpreußen im preussischen Ständesamtsregister **7** 6. — Humor-N. u. Personen-N., Roman-N. **4** 3. — unrichtige Eintragung des N. im Kirchenbuch oder Ständesamtsregister **3** 1, 4, 493, 494. — Verwendung des N. u. Titels des Kaisers, des Landesherren, der landesherrlichen Familie z. Bezeichnung von Geschäften u. Waren **6** 2. — gegen die guten Sitten verstößender Gebrauch eines N. zu Reklamezwecken **4** 5. — Beifügung e. neuen zu dem bisherigen Familien-N. **3** 1, 494, 495; **4** 397. — Gebrauch des Familien-N. e. anderen als Vornamen **3** 1, 495; **4** 397.

F a m i l i e n n a m e. — Änderung **2** 1, 9; **3** 1, 2 f., 4, 494; **4** 4, 5, 397 (2). — Beifügung: geborene N. **5** 486. — unterscheidende Zusätze keine Änderung? **6** 1082; **4** 397. — Abkürzung **6** 1082. — für

(Name)

Namensänderung maßgebendes Recht **3 1**, 495. — abweichende Schreibart trotz Gleichklangs als Änderung **3 1**, 495. — Ausdehnung e. N.-änderung des Vaters auf die Kinder **3 1**, 495; **4 396**; **5 486**. — Adelsverleihung Namensänderung? **5 486**. — „von“ als Bestandteil bürgerlicher N. **1 2**, 95; **3 1**, 4, 494; **4 486**; **5 4**, 486; **6 3**. — Zusatz „genannt St.“ als Bestandteil des F. **3 1**, 4; **4 397**. — durch Bindestrich verbundene Namen **4 4**. — Abweichung des weiblichen F. von den männlichen (Zalar — Zalarowa, Millerin) **2 2**, 334; **3 1**, 495. — maßgebendes Recht für die Frage, ob eine Frau dem N. des Mannes ihren Mädchen-N. beifügen darf **3 1**, 495. — der geschiedenen Frau f. Ehescheidung. — Verzicht auf den F.? **1 2**, 94. — Adoption zum Zweck der Änderung des F. **1 2**, 151; **2 1**, 668; **3 1**, 528; **4 432**; **5 31**, 525; **6 2**, 45, 604. — Beifügung des N. der Frau nach Gewohnheitsrecht **6 1082**, **4 397**. — der nach franzöf. Recht vor 1900 anerkannten unehelichen Kinder **5 4**. — d. Findelkinder u. anderer Namenlosen **2 1**, 7 f.; **6 1082** (s. diese). — Zuständigkeit des Vormunds oder der Ortspolizei zur N.-nggebung bei Findelkindern? **1 2**, 94; **2 1**, 642, 671; **3 1**, 529. — nachträgliches Bekanntwerden des richtigen N. e. Findelkinds **3 1**, 494. — Wahl eines N. seitens volljähriger Namenloser **2 1**, 8. — behördliche Feststellung in Sachsen **4 3**. — Stellungnahme d. Vormundschaftsgerichts zu e. N.-sänderung des Mündels **3 1**, 562. — Doppel-N. in Sachsen **5 3**. — preuß. AbD. v. 15. IV. 1822 betr. Änderung von F. abgeändert durch BGB. **2 1**, 763 (s. **4 397**).

V o r n a m e. — Schreibweise, verschiedene Stellung der V. **3 1**, 3. — N.-nggebung als Ausfluß der elterlichen Gewalt, Streit der Eltern über die Wahl **1 2**, 94; **2 1**, 642; **3 1**, 495; **4 396**; **5 486**; **2 2**, 334 (i. Personenstand). — Feststellung d. richtigen V. aus dem Kirchenbuch **2 1**, 9; **3 1**, 5. — Findelkinder, Prüfungspflicht des Standesbeamten, bez. der V. **1 2**, 94. — wann vollzieht sich die V.-nggebung **1 2**, 94; **5 486**. — lateinische, polnische V. **3 1**, 495; **4 396**. — selbsterkundene V. **3 1**, 496. — anstößige V. **3 1**, 496. — V. d. nach deutscher Sprachsitte keiner ist **3 1**, 496. — Erteilung, Berichtigung, Änderung **1 1**, 9; **4 396**, 397; **5 486**. — Unterschrift mit dem V. **2 1**, 60. — Berichtigung e. bei der Geburtsanzeige nicht richtig angegebenen V. **5 4**. — nachträgliche Änderung oder Vervollständigung d. Eintrags des V. **3 2**, 173 (s. Personenstandsgesetz). — Änderung in Sachsen **4 4**; in Baden **4 4**; in Lübeck **5 4**.

S c h u ß d e s **N a m e n s r e c h t e s** **1 1**,

465; **4 286**. — juristische Konstruktion des N.-rechts **1 1**, **10**; **6 1082**; Inhalt **1 1**, **10**f. — Verträge über das N.-recht **1 1**, **11**, **148**; **7 6**. — Übertragung e. Vor- oder Familien-N. durch Zwangsvollstreckung, Konkurs? **6 1082**. — Voraussetzungen des Rechtsschutzes **2 1**, **7**; **4 3**; **6 4**. — keine Klage aus § 12, wenn der Beklagte ohne sein Zutun im Verkehr mit einem Fremden N. bezeichnet wird **6 4**. — Umfang d. Schutzes d. § 12 **2 1**, **7**; **3 1**, **2**; **4 4**, **5**; **6 3**. — analoge Anwendung des § 12 zum Schutz eines eingerichteten Gewerbetriebes **6 4** (vgl. unerlaubte Handlung). — Erstreckung des N.-rechts auf Wappen, Marken usw., auf Kloster-N., Intognio-N. **1 1**, **12**; **6 1082**; auf Ordensmitgliedschaft **6 2**. — Schutz des § 12 gegen Staat, Behörden, insbes. Polizeibehörden **2 1**, **8**; **4 5**, **659**. — Pseudonym (Erwerb, Übertragung, Lizenz; Voraussetzungen des Schutzes) **6 1082**. — Schutz des Kloster-N. **1 1**, **11**. — Unterlassungsklage aus § 12 **1 1**, **14**; **5 3**; N.-Bestreitungs-, N.-Anerkennungsklage **1 1**, **12**; N.-Anmaßungsklage **1 1**, **12** f.; namenrechtliche Schadenersatz- u. Feststellungsklagen **1 1**, **14**. — Klage aus § 12 auf Nichtbenutzung eines F. für e. Hotel **4 5**; **6 3** (Café Bauer). — Löschungsklage bei Benutzung des N. als Warenzeichen, Firma **6 1082**; **7 5**, **6 (3)**. — N.-sennung als unbefugter Gebrauch des N. **4 5**. — Benutzung eines N. zur Bezeichnung e. typischen Figur **5 3**. — Erteilung des N. an das uneheliche Kind **5 58**. — Polonieren deutscher N. **1 1**, **9**. — Verhältnis des N.-rechts z. Recht am eigenen Bild **4 6**; z. Warenzeichenrecht **2 1**, **8**, **9**; **3 1**, **3** f.; **4 4**; **5 4** f.; **6 2**. — Weitervertrieb v. zeichenrechtlich geschützten Waren verstößt nicht gegen § 12 **2 1**, **9**. — Gebrauch e. N. zur Bezeichnung einer Warenart **2 1**, **9**; **6 3**. — Angabe, eine Ware sei nach dem System einer anderen Person hergestellt **6 3**. — Verletzung des Rechts d. Frau durch Führung d. N. des Mannes seitens der Konkubine **1 1**, **13**. — unbefugte Benutzung zu Neklamezwecken **4 5**. — unbefugter Gebrauch eines N. als Firma **3 1**, **4**; **4 5**. — unbefugter Gebrauch eines N. z. Bezeichnung e. Geschäftes **6 2**. — Verhältnis des § 12 zum § 37 II BGB. **1 1**, **14**. — analoge Anwendung des § 12 BGB. auf Hofmarken **1 1**, **11**. — N. des eingetragenen Vereins u. Schutz des § 12 **1 1**, **12**, **40**; **2 1**, **22**; **4 15**; **6 3** (der juristischen Person). — N.-recht eines nicht rechtsfähigen Vereines **6 4**. — Lizenz **4 4**; **6 1082**. — Verzicht auf N.-schutz nach § 12 bei langjähriger Duldung des N.-Gebrauchs durch ein uneheliches Kind **6 4**. — Beweis des N.-rechts **1 1**, **14** f. — Anfechtbarkeit von Verfügungen d. Heroldsamts betr. d. N.-recht **1 1**, **12**. — Rechts-

weg bei Streitigkeiten mit dem Heroldsamt über das Bestehen eines Adelsrechts 6 3.

Namenspapiere s. Inhaber-Legitimationspapiere, Schulverschreibungen. — N. mit Inhaberklausel; Anwendung des Art. 75 GGWB. auf Nebenpapiere solcher Wertpapiere des alten Rechts 1 2, 424.

nasciturus (s. Pflegschaft) 6 518; 7 528. — Parteionfähigkeit 3 2, 354 (vgl. 1 3, 30). — Klage gegen einen nasciturus 2 1, 1. — Rechtsfähigkeit 1 1, 1; 3 1, 10; 6 1; 7 4. — Verträge zugunsten e. nasciturus 4 129. — hereditas iacens bei Einsetzung eines nasciturus 1 2, 208. — Eintragung der Erbfolge ins Grundbuch 1 2, 208. — Grundstückserwerb seitens des Vaters für seine noch nachgeboren werdenben Kinder 3 1, 578. — Vertretung durch den Vater; Beschwerde des Vaters namens der nascituri 3 1, 578. — Lauf der Ausschlagungsfrist 6 523. — Erlangen der Erbengenschaft mit der Geburt 6 521.

Anspruch der Schwangeren nach § 1963. — N. des § 1963 Nachlassverbindlichkeit 1 2, 215; 2 1, 705. — Anwendung der Vorschriften über Unterhaltspflicht u. Vermächtnis d. Unterhalts auf den N. d. Sch. 2 1, 705. — Geltendmachung gegen die Erbengemeinschaft 2 1, 705; 3 1, 589. — kein N. der schwangeren Mutter eines Pflichtteilsberechtigten oder eines Vermächtnisnehmers 3 1, 589. — N. d. § 1963 gegenüber dem überschuldeten Nachlass 3 1, 589. — Rang des N. nach § 1963 hinter Pflichtteils-N., Vermächtnissen u. Auflagen? 1 2, 214; 3 1, 589. — Geltendmachung des N. gegen Testamentsvollstrecker, Nachlasspfleger 3 1, 589. — Beweis der Bedürftigkeit 1 2, 214. — ungerechtfertigte Bereicherung bei irrtümlich vermuteter Schwangerschaft 1 2, 214. — Vorpiegelung einer Schwangerschaft 1 2, 214. — Todgeburt 1 2, 214. — Geburt eines nicht Erbberechtigten 1 2, 214 (unehelich). — Entbindungskosten 1 2, 214. — § 1963 ius cogens 1 2, 214. — Form der Unterhaltsgewährung 1 2, 214. — Pfändung d. Unterhalts-N. durch Gläubiger der Mutter 7 4.

Raffaisches Güterrecht. — Haftung des Leibpächters für Schulden des verstorbenen Ehegatten 7 902.

naturalia negotii. — nicht beweisbedürftig 2 1, 111; 3 1, 71.

Naturalleistungen für die bewaffnete Macht. — Widerspruchsrecht von Vormerkungsberechtigten nach Artt. 109, 52, 53 GGWB. 1 2, 390.

Naturalobligationen. — im BGB. anerkannt? 2 1, 118; 3 1, 179. — Wesen 5 75, 76; 6 88, 89. — N. u. indirekte Verpflchtung 3 1, 78. — zessibel? 2 1, 253. — Umwandlung von N. in Darlehensschulden (§ 607 II) 4 187; 5 221. — als Gegenstand

d. Retentionsrechts 2 1, 172; 4 99. — als Gegenstand e. Feststellungsklage 7 782. — Aufrechnung gegen Spielschulden usw. 2 1, 240; 3 1, 179. — Bestehenbleiben e. N. nach Erlaß 4 140. — die durch Zwangsvergleich betroffenen Forderungen als N. 3 1, 79.

Nebenabreden s. mündliche Abrede, Vertragsklausel. — mündliche neben einem schriftlichen Bürgschaftsvertrag 1 1, 433 (s. Bürgschaft).

Nebenanpruch. — Begriff 1 1, 122.

Nebenforderungen s. Streitwert, Nebenleistung. — Futterkosten 2 1, 285; 3 1, 222; 5 199. — Transport- u. Tierarztkosten 3 1, 222.

Nebenintervention.

Wer kann intervenieren? — Begriff d. „rechtlichen Interesses“ 7 740(2). — der andere Gesellschafter bei Anfechtung eines Gesellschaftsbeschlusses durch einen Gesellschafter 1 3, 36. — Gemein-schuldner N. des Beklagten in Anfechtungsprozessen 2 2, 492. — Teilhaber einer im Konkurs befindlichen Gesellschaft im Prozeß des Konkursverwalters 1 3, 37. — Bürge 1 3, 37. — Litisdenunziat 1 3, 38; 3 2, 363; Beitritt zur Gegenpartei 4 673, 674. — bei Klagen auf Löschung eines Gebrauchsmusters 1 3, 38. — bei Wichtigkeitsklagen nach § 75 UmbStG. 2 2, 296. — Behauptung eines Negativrechtes 3 2, 363. — Gefahr der Erschwerung der Rechtsverfolgung 3 2, 363. — Schiffer des geschleppten Schiffes im Prozeß gegen den Eigner e. Schleppers auf Schadensersatz 7 740. — Patentnichtigkeits- u. Zurück-nahmeverfahren Intervention zugunsten des Klägers 3 2, 363, 364. — Streitgenosse als Nebenintervenient 7 740. — Zessionar e. nach § 850 3 PD. nicht pfändbaren Forderung 7 740. — Rachebe in Prozessen des Vorerben 3 2, 364. — Pfändungspfandgläubiger im Prozeß zwischen Gläubiger u. Schuldner 3 2, 364. — Gesellschafter in Prozessen der bürgerlichen Gesellschaft 3 2, 364. — N. in Eheprozessen 6 757. — Ehefrau in Prozessen des Mannes 5 757. — N. des durch rechtskräftiges Teilwischenurteil dem Grund nach verurteilten Mitbeklagten zugunsten des Klägers 5 757. — der Aktionäre bei Anfechtung eines Generalversammlungsbeschlusses 4 605. — der Aktionäre bei Klage des Aufsichtsrats auf Entlastung 4 602. — kann der N. der einen Partei gleichzeitig bezüglich einiger Punkte dem Gegner als N. beitreten? 6 758. — kann d. Nebenintervenient e. Partei unter Aufgabe dieser Stellung der anderen Partei als Nebenintervenient beitreten? 4 674; 5 757; 6 757. — N. in dem durch die Reichsversicherungsgeetze geschaffenen Verwaltungsverfahren 6 757.

(Nebenintervention)

Form. — Nichtangabe des Interesses **1 3, 38; 6 758.** — Verzicht auf d. Zurückweisung **1 3, 39.** — muß sich der Nebeninterveniient als solcher bezeichnen? oder kann ein als Partei Auftretender als Nebeninterveniient aufgefaßt werden u. umgekehrt? **3 2, 363.** — was ist zur Begründung des rechtlichen Interesses nötig? **3 2, 363.** — unmittelbare Rechtswirkung des im Rechtsstreit der Hauptparteien ergehenden Urteils für oder gegen den N. zur Begründung des Interesses nicht nötig **4 673.** — keine Berücksichtigung des Mangels eines Interesses von Amts wegen **1 3, 39; 4 674.** — Tatsache der Streitverkündung als Beweis für das rechtl. Interesse? **6 758 (2).** — Zustellung der Beitrittsklärung an beide Parteien **5 758.** — Verzicht auf Zustellung der Beitrittsklärung **5 758.**

Verfahren über die Zulassung. — bei ungünstiger Zustellung der Beitrittsklärung Zurückweisung durch Beschluß oder durch Zwischenurteil? **7 742.** — Antrag, die namens des Nebeninterveniienten eingelegte Berufung als unzulässig zu verwerfen **3 2, 365.** — kann der eine Nebeninterveniient den Antrag auf Zurückweisung eines anderen Nebeninterveniienten stellen? **3 2, 365.** — hindert ein Verstoß gegen die Vorschrift, daß der N. bis zur Rechtskraft d. Ausspruchs der Unzulässigkeit zugelassen sei, den Erlaß des Urteils? **7 742.** — Verbindung der Entscheidung über die N. mit der über die Hauptsache **4 674; 5 758.** — Zeit der Stellung des Antrags auf Zurückweisung **5 758;** Stellung des Zurückweisungsantrags erst in der Berufungsinstanz **4 674.** — stillschweigender Verzicht auf Zurückweisungsantrag **5 758.** — sofortige Beschwerde bei Zurückweisung **3 2, 365.** — Widerspruch gegen d. Zulassung trotz früheren Verzichts **5 758.** — Aufsehung des Urteils, daß über die Zulassung u. d. über das Rechtsmittel des N. entscheidet **5 758 (vgl. 6 758).**

Zeit der Intervention. — im Wiederaufnahmeverfahren **1 3, 37.** — im Mahnverfahren **3 2, 363.** — Beitritt zu einer Zeit, wo ein wirksames Eingreifen in den Rechtsstreit nicht mehr möglich **5 758.** — in 2. Instanz **6 757.**

Prozessuale Stellung. — nicht Vertreter der Hauptpartei, sondern Gehilfe eigenen Rechts **5 756.** — er muß stets im Namen der Partei handeln **3 2, 363.** — Einlegen von Rechtsmitteln im eigenen Namen? **1 3, 38; 3 2, 363, 364; 5 756, 757.** — Leistung der Hauptpartei nach Einlegung eines Rechtsmittels **1 3, 38.** — Tod der Partei **1 3, 38.** — Klagerweiterung durch den Nebeninterveniienten?

1 3, 38. — Streitgenössischer Nebeninterveniient **1 3, 38;** Stellung des güttergemeinschaftlichen Ehemanns, wenn das Gesamtgut für die Kosten des Prozesses der Frau haftet **1 3, 38.** — Zuziehung in höherer Instanz bei einem durch die Hauptpartei eingelegten Rechtsmittel **1 3, 39.** — Abwendung eines Versäumnisurteils gegen die Hauptpartei **5 757; 6 757.** — Zurücknahme der Klage seitens der Hauptpartei **4 674; 6 757, 758.** — Einlegung eines Rechtsmittels nach Rechtskraft des Urteils gegenüber der Hauptpartei (bei Beurteilung des Nebeninterveniienten in die Kosten) **4 674.** — Beitritt nach Abschluß der ersten Instanz; Durchführung der Berufung durch den Nebeninterveniienten allein **6 757.** — Inlauffehen der Rechtsmittelfrist durch Zustellung des Urteils an den Nebeninterveniienten **1 3, 39; 6 757.** — Einlegung der Berufung seitens d. Nebeninterveniienten bei Zurücknahme der Klage? **6 757, 758 (vgl. 4 674).** — Zustellung d. Rechtsmittelschrift an den Nebeninterveniienten **1 3, 39; 6 758 (Einlegung der Revision nur gegenüber dem Nebeninterveniienten, wenn dieser den Streit in der 2. Instanz allein geführt hat?).** — Umfang der Wirkung des Urteils gegen den Nebeninterveniienten in seinem Verhältnis zur Hauptpartei; inwieweit ist das Urteil auch bezüglich der präjudizialen Rechtsverhältnisse und der beurteilten Tatfragen von Einfluß? **5 758; 6 758; 7 741, 742.** — Zurückweisung e. vom Nebeninterveniienten allein eingelegten Rechtsmittels vor Rechtskraft des die Unzulässigkeit der Nebenintervention aussprechenden Zwischenurteils? **6 758 (vgl. 5 758).** — Antrag des Nebeninterveniienten auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bei Säumnis der Hauptpartei **3 2, 431.** — Revision bei einem in der Berufungsinstanz vom Nebeninterveniienten allein geführten Prozeß gegen die Hauptpartei zu richten **7 741.** — Zulässigkeit e. nur vom Nebeninterveniienten, nicht von der Hauptpartei eingelegten Anschlußberufung **7 741 (2).** — vom Fessionar als Nebeninterveniient eingelegte Berufung, wenn der Kläger die Forderung während d. Prozesses abtrat u. auf Berufung gegen das klagabweisende Urteil verzichtet **7 741.** — Wirkung der im Urteil getroffenen tatsächlichen u. rechtlichen Feststellungen gegen d. Nebeninterveniienten **7 741 (3), 742 (f. oben).** — kann der dem Geschäftsherrn bei Klage nach § 831 BGB. als Nebeninterveniient beigegetrene Arbeiter später gegenüber d. Regreßklage des Geschäftsherrn einwenden, daß im Vorprozeß zu Unrecht Kaufszusammenhang zwischen seiner Tätigkeit u. dem Schaden oder daß zu Unrecht ein ihn treffendes Verschulden angenommen

wurde? 7 741. — Vergleichsrede des Nebenintervenienten im Regreßprozeß, wenn im Vorprozeß die Hauptpartei ihn durch Zeugnissen an deren Geltendmachung hinderte? 7 742. — Einlegung der Berufung durch einen erst jetzt als solchen auftretenden Nebenintervenienten; Zustellung der Berufungsschrift u. Ladung der unterstützten Hauptpartei? 4 674; keine Zustellung und Ladung der Hauptpartei 5 757 (2); Ladung der Hauptpartei nach Ablauf der Frist 5 757. — Einlegung e. Rechtsmittels stillschweigend im Namen der Hauptpartei 7 741. — Urteilszustellung seitens des Nebenintervenienten 5 757; 6 757; 7 741. — mit der Rechtsverfolgung der Hauptpartei unvereinbare Handlungen des Nebenintervenienten 5 756; Antrag des als Nebenintervenient auftretenden Zessionars auf Zahlung an ihn gegenüber dem Antrag des Klägers (Zedenten) auf Zahlung an seine eigene Person 5 757. — Widerklage des Nebenintervenienten 5 757. — Kosten des vom Nebenintervenienten eingelegten Rechtsmittels 3 2, 364; 4 674. — Kosten der Nebenintervention bei Vergleich der Hauptparteien 3 2, 364 (vgl. Prozeßkosten, § 101). — Berufung im eigenen Namen nur wegen der Kosten 5 757. — vor dem Beitritt erfolgte Rechts-handlungen des Nebenintervenienten 5 778. — Zurücknahme der Nebenintervention, Form 3 2, 365, 466; 4 691; 5 757.

Streitgenössische N. — Begriff 3 2, 364; 7 742 (Kosten). — § 67 B.D. findet keine Anwendung, wohl aber § 68 3 2, 364. — analoge Ausdehnung des § 69 B.D.? 3 2, 364. — Befugnisse des Nebenintervenienten zur Klageränderung, Klagerweiterung, Widerklage, zur Aufrechnung mit Forderungen der Hauptpartei? 3 2, 364. — Geltendmachung prozeßhindernder Einreden 3 2, 447. — Erlassung eines Verschämmisurteils bei Beteiligung eines streitgenössischen Nebenintervenienten 3 2, 468. — Editionsanträge 3 2, 481. — Rechtsmittelinlegung 3 2, 492 (Fristenlauf, Verzicht der Hauptpartei); im eigenen Namen 3 2, 493. — Fälle: der Gesellschaften im Prozeß der off. H.-G. 3 2, 364; nicht der Gesellschafter einer Gesellschaft nach B.G.B. 3 2, 365; nicht der Pfändungspfandgläubiger 3 2, 365; nicht Macherbe im Prozeß des Vorerben 3 2, 365; Nießbraucher? 4 674.

Nebenkaution f. Kautionshypothek, Eigentümershypothek. — N. des bayer. Hyp.-Rechts; Überleitung in das neue Recht 4 780 f.; 5 914, 916. — Wechsel der persönlichen Forderung § 1180 B.G.B. (bayer. N.) 6 949.

Nebenleistung (§ 224 B.G.B.) vgl. Nebenforderung, Hypothekeneintragung. —

bei Jahrg. 1—3 = Band und Seite.

Zinsseszinsen als N. 1 1, 156. — Frachtzuschläge keine vom Anspruch auf d. Fracht abhängende N. 2 1, 102; 5 65. — analoge Anwendung des § 224 B.G.B. bei Bezahlung d. Hauptleistung? 7 92.

ne bis in idem f. Klagenanspruch, Rechtskraft, Vollstreckungstitel.

ne eat iudex ultra petita partium f. Urteil. — Verurteilung mehrerer Beklagten als Gesamtschuldner ohne Antrag 6 822; 7 805. — bei Klage auf Rückgabe e. Vollmachturkunde, Verurteilung d. Beklagten, der Vorlage der Urkunde an eine Behörde behauptet, z. Rückgabe oder Abgabe der Erklärung des Erlöschens der Vollmacht gegenüber der Behörde auch ohne Antrag 7 805. — unbedingtes Zusprechen e. bedingt erhobenen Widerklage 1 3, 131 (vgl. prozessuale Mängel).

Negative. — Beweislast bei der N. 1 1, 71; 2 1, 109; 5 69 (f. Beweislast).

Negativer Feststellungsvertrag 4 140.

Negatives Vertragsinteresse f. Unmöglichkeit. — im Fall des § 177 B.G.B. 1 1, 104; 2 1, 87; 3 1, 60. — Berechnung, Verhältnis zu entgangenem Gewinn 6 99. — Haftung im Fall des § 307 1 1, 215; 4 118. — Recht des auf Grund der *condictio indebiti* Herausgabepflichtigen auf Ertrag des n. B. 6 299. — Ertrag des n. B. bei Hinfälligkeit einer Offerte wegen Tod oder Geschäftsunfähigkeit des Offferenten 2 1, 78. — Anspruch des Erklärungsempfängers auf das n. B. in allen Fällen der Nichtigkeit einer Erklärung 4 33; 5 34. — n. B. eines Dritten bei zustimmungsbedürftiger, aber zustimmungsloser Verfügung des Eheannes über eingebrachtes Gut der Frau 6 461.

Negatorisch f. *actio negatoria*.

negotiorum gestio f. Geschäftsführung ohne Auftrag.

negotium mixtum f. Schenkung.

Neidbau 2 1, 103; 3 1, 69.

Neubau. — Dachgebälk als wesentlicher Bestandteil 4 25; 5 23. — Inhalt des Versprechens d. Nichterrichtung e. N. seitens des Grundstücksverkäufers 5 106. — Mietvertrag über Wohnungen in e. N.; keine Rüge mäßiger Feuchtigkeit; Pflicht zur Anzeige übermäßiger Feuchtigkeit 4 176; 5 210 (f. Miete).

Neuer Anspruch (§ 529 B.D.) f. Berufung. — unbedingte Erhebung einer in 1. Instanz bedingt erhobenen Widerklage in 2. Instanz 1 3, 122.

Neujahrspremien f. Handlungsgehilfe, Weihnachtsgratifikationen. — Anspruch auf N. 4 193.

Nichtberechtigter f. Verfügung Nichtberechtigter.

Nichterfüllung f. *exc. non impleti contractus*, Schadensersatz wegen N. — N. vom Kläger zu beweisen 3 1, 125.

Nichtige Ehe f. Ehenichtigkeit, Kinder aus nichtiger Ehe.

Nichtigkeit f. Bestätigung, gute Sitten, Konversion, Scheingeschäft, Scherz, Unmöglichkeit, verbotswidriges Geschäft, Wucher, Verbotsgefez.

Allgemeines. — Begriff der N. im Gebiete d. freiw. Gerichtsbarkeit **1 1, 74 f.** — N. u. Unfechtbarkeit, Begriff **2 1, 72.** — N. u. Unwirksamkeit **2 1, 71.** — Anwendung des § 139 BGB. bei den gesetzlich kraft e. Fiktion für „sehlwirtsam“ erklärten Geschäften? **7 60.** — nichtige Willenserklärung ist überhaupt keine Willenserklärung **2 1, 47.** — Beweislast für d. Zulässigkeit d. Geschäftsinhalts **3 1, 45.**

Einzelne. — N. e. Rechtsgeschäfts wegen Gesetzesumgehung **4 11, 42; 6 56** (Umgehung der Gewerbeordnung). — N. eines Rechtsgeschäfts bei gesetzlicher Unzulässigkeit nur einer d. beiden Willenserklärungen? **2 1, 65; 4 43; 5 41.** — N. des Leistungsgeschäfts bei N. d. Kaufgeschäfts? **2 1, 66; 4 44, 45, 46; 5 42, 43** (f. ungerechtfertigte Bereicherung); **7 51.** — pactum de non licitando **1 1, 82; 4 42, 43; 5 40** (f. diese). — N. e. auf eine subjektiv unmögliche Leistung gerichteten Vertrags? **1 1, 184.** — Verträge über e. gesetzlichen Unterhaltsanspruch **4 43.** — gegen § 241 R.D. verstößende Verträge **3 2, 285.** — N. d. unter das Anfechtungsgesetz fallenden Veräußerungsgeschäfte? (vgl. Gläubigeranfechtung, Verbotsgefez) **3 2, 286; 7 52.** — N. e. Anstellungs- u. Mietvertrags mit e. Büfettier z. Betriebe des verbotenen Schankgewerbes (§ 134 BGB.) **4 43; 6 56.** — Vertrag über pachtweise Überlassung e. Gast- oder Schankwirtschaft ohne behördliche Erlaubnis (§ 134 BGB.) **5 41.** — Bordellverkauf (§ 134 BGB.) **4 42** (f. Bordell). — Verkauf von als selbständige Sachen nicht verkäufbaren Gegenständen **7 60.** — Verkauf überstreckten Weines **5 41.** — bei Wucher N. d. ganzen Geschäftes, nicht nur des dem wucherischen Vorteil entsprechenden Betrags; keine Rückforderung des tatsächlich Beliehenen (f. Wucher) **7 60, 61.**

— N. der Übertragung von Pfandforderungen der öffentlichen Pfandleiher (§ 134) **3 1, 45.** — im Ausland abgeschlossener Kauf über e. Einfuhrverbot unterliegende Waren? **2 2, 200.** — Veräußerung von Sachen von wissenschaftlichem oder Kunstwert (§ 134) **3 1, 45.** — Versprechen d. Nichtertritts in, bzw. Austritts aus Arbeiterorganisationen **2 1, 64.** — Vereinbarung des Warenbetriebs unter e. falschen Firma (§ 134 BGB.) **2 1, 65.** — Vereinbarung des Erwerbs von Schiffsparten an e. deutschen Schiff durch Ausländer als Mitreeder u. d. Eintragung d. Parten auf den Namen e. Inländers (§ 134 BGB.) **4 43.** — Abtretung von Hypotheken

durch den Gläubiger an e. von ihm vertretene N.-G. (§ 181) (f. Selbstfontahieren) **3 1, 60.** — Verabredung d. Geschäftsführers e. GmbH. mit seinem Gläubiger, daß dieser d. Gesellschaft statt seiner als Schuldnerin annehme (§ 181) **2 1, 91.** — Umgehung des § 181 BGB. durch Übertragung d. Rechts d. Vertretenen erst auf e. Dritten u. dann von diesem auf d. Vertreter **3 1, 61** (vgl. **7 87**). — Verträge e. Vereins mit seinen Mitgliedern betr. der Verpflichtung zur Übertragung künftig zufallenden Vermögens an den Verein oder Dritte **2 1, 20.** — Erbseinsetzung zur Umgehung der Artt. 86 BGBB., 6 PrUBGB. **4 11.** — vom Erben auf Grund e. nichtigen Testaments tätige Abtretung e. Forderung an den Vermächtnisnehmer **1 2, 254.** — Ehevertrag mit Erklärung d. künftigen Vermögens (Erwerbs) d. einen Ehegatten z. ausschließlichen Eigentum des anderen Ehegatten (§ 310) **1 1, 215; 3 1, 151, 152.** — Verfügung e. gesetzlichen Erben über den ihm testamentarisch zugewendeten Pflichtteil aus d. Nachlaß e. noch lebenden Dritten (§ 308 II) **4 118** (f. Erbschaft). — Vertrag d. Nacherben über d. Erbschaft nach Erbfall, aber vor Eintritt d. Nacherbsfolge **7 147, 148.** — vertraglicher Aus-schluß der richterlichen Ermäßigung e. Vertragsstrafe **2 1, 227.** — keine N. der Vereinbarung, daß über einen Rechtsstreit ein bestimmtes Gericht endgültig entscheiden solle **3 1, 45.** — Unfallversicherungsanspruch der trotz Verbots in e. Fabrik beschäftigten Kinder unter 13 Jahren **6 56.** — des mit e. verbotenen Versicherungsgesellschaft geschlossenen Vertrags? **2 1, 65.** — Vereinbarung bei Abzahlungs-geschäften, daß bei Verzug mit 2 Raten der ganze Kaufpreisrest fällig werde **6 56.** — keine N. aus § 134 BGB. bei Verkauf e. Wondenholzung z. Schlagen **4 43.** — keine N. der vom Gemeinschuldner mit Begünstigung e. Gläubigers vorgenommenen Rechtsgeschäfte (§ 134 BGB.) **2 1, 65, 67; 3 1, 45.** — des unter Verletzung der §§ 105 a—i, 135—137 Gew.D. geschlossenen Arbeitsvertrags? **2 1, 65.** — e. in der Absicht der Vereitelung der Gläubigerbefriedigung erfolgten Zession? **3 1, 45; 7 52.** — keine N. e. angemessen begrenzten vertraglichen Konkurrenzverbots für selbständige Kaufleute **2 1, 65, 69.** — keine absolute Nichtigkeit des Glücksspielvertrags **5 41.** — im Betrieb e. verbotenen Wettunternehmens geschlossener Wettvertrag **6 57.**

Sonstige Einzelheiten. — Kosten nichtiger Verträge **2 1, 189.** — N. eines von mehreren geschlossenen Vertrages hinsichtlich einzelner **1 1, 87.** — Erfüllung e. wegen Formmangels nichtigen Vertrags keine sittliche Pflicht **2 1, 212.** — Anspruch d. beschädigten Erklärungsempfängers auf

d. Vertrauensinteresse in allen Fällen der N. e. Erklärung **4 33; 5 34.** — Aufrechnung gegen nichtige Forderungen **4 1, 137, 138; 5 155.** — Verzicht auf Geltendmachung d. N. eines Grundstücksverkaufs wegen Formmangels **4 121, 122.** — Verzicht auf d. beneficium des § 394 **4 140.** — kein Retentionsrecht aus § 829 BGB. gegenüber der Rückforderung der Leistung aus c. wichtigen Rechtsgeschäft **1 1, 183.** — Retentionsrecht des Käufers hinsichtlich des auf Grund eines wichtigen Vertrags übergebenen Grundstücks wegen der Anzahlung **1 1, 183.**

Teilweise Nichtigkeit. — im Zweifel alle Bestimmungen e. Vertrags als zusammengehöriges Ganzes zu betrachten **3 1, 50.** — Beweislast **6 65.** — teilweise N. bei dem dinglichen Vertrag nicht denkbar **4 315.** — Teilbarkeit d. Leistungen für § 139 nicht erfordert **4 48.** — als einheitlich gewollter, aber in zwei Urkunden verbrieft Kauf über 2 Grundstücke **6 65.** — rechtliche Unmöglichkeit d. Inhalts einer Willenserklärung **3 1, 50.** — Voraussetzung, daß der von der N. nicht betroffene Teil für sich allein gewollt ist **6 65.** — N. e. von mehreren Leistungen e. Vertrags mangels genügender Bestimmtheit **4 48.** — N. e. Teils, wenn der vermeintlich wichtige Teil überhaupt keinen rechtsgeschäftlichen Charakter hat **7 60.** — Einfluß der Geschäftsunfähigkeit eines der Ehegatten auf den Kaufvertrag d. Eheleute **4 48.** — § 139 anwendbar bei Beteiligung mehrerer a. d. Rechtsgeschäfte **1 1, 87; 4 48.** — § 139 anwendbar bei Aufsehbarkeit e. Vertrags wegen Täuschung nur dem einen von zwei Kontrahenten gegenüber **5 48.** — § 139 anwendbar auf d. N. wegen Mangels d. gesetzlichen Form **2 1, 70.** — teilweise N. e. d. Vollmacht überschreitenden Geschäfts **2 1, 87.** — Vollmacht als Teil e. formnichtigen Vertrags **1 1, 87.** — § 139 nicht anwendbar auf § 476 **5 48, 195, 247.** — N. des ganzen Vertrags wegen Nichtaufnahme mündlicher Abreden in d. notariellen Vertrag (s. mündliche Abreden) **3 48.** — Anhängung e. wichtigen Vertrags an e. aufschiebend bedingten Vertrag für den Fall der Bedingung **4 48.** — Verabredung e. Gemeinschaftsverhältnisses hinsichtlich des einem von ihnen in demselben Vertrag formlos u. deshalb ungültig übertragenen Geschäftsanteils einer GmbH. **6 65.**

Nichtigkeitsklage s. Wiederaufnahme des Verfahrens.

Wiederlassung s. Zweigniederlassung, Gerichtsstand, gewerbliche Niederlassung, Handelsniederlassung, Wohnsitz. — Begriff der ständigen N. **1 1, 6.** — Verleihung der Rechtsfähigkeit an e. deutsche N. in einem Konsulargerichtsbezirk **4 10.**

Nießbrauch. — rechtliche Natur des N. **5 415.** — nicht als vererbliches oder veräußerliches Recht zu bestellen **1 1, 648; 4 344.** — Pfändbarkeit des Anspruchs auf Bestellung eines vermachten N. **1 1, 652.** — Rechtsstellung nach außen bei einem nur wegen einer Forderung von bestimmter Höhe eingeräumten N. **3 1, 429; 6 400.** — N. zur Schuldbentilgung, Antidrese **2 1, 571; 2 2, 403; 6 400; 7 425.** — Anwendung der Bestimmungen des BGB. über N. auf das kirchliche Pfündrecht **1 1, 571.** — Gegenstand des N.: die nach der Bestellung vom Eigentümer erworbene Flußinsel? **1 1, 649; das nachträglich zugeschriebene Grundstück 1 1, 649; 2 1, 571; N. an mehreren Grundstücken 1 1, 648; an einem Inbegriff von Sachen 2 1, 572; an einem Wald 1 1, 649; 2 1, 572.** — N. an dem Anteil eines Miteigentümers, Entstehung des N. an den an die Stelle des Anteiles tretenden Gegenständen **2 1, 574.** — uneigentlicher N. an verbrauchbaren u. nicht verbrauchbaren Sachen **1 1, 652.**

Bestellung des N. — keine Bestellung für eine eheliche Gütergemeinschaft **7 425.** — Übertragung des Mitbesitzes zur Bestellung genügend? **1 1, 649.** — „Vorbehalt“ des N. in einem Kaufvertrage für den Verkäufer **2 1, 571; 6 1032.** — Vorbehalt des N. für den bisherigen Gläubiger bei der Abtretung einer Forderung **4 344.** — Bestellung, wenn der Erwerber schon im Besitze der Sache ist **2 1, 571.** — Übertragung des Eigentums an den einen, Einräumung eines N. an einen anderen im gleichen Vertrage **3 1, 430.** — Verkauf e. Grundstückes zum lebenslänglichen N. für die Eltern u. zum Eigentum an minderjährige Kinder, Formbedürftigkeit **7 425.** — Erbsetzung auf den N. **6 546, 547.** — Feststellung des Zustandes der Sache, Anwendung der im WR. zugunsten des Eigentümers aufgestellten Vermutungen **2 1, 571.** — Ausnahme eines Verzeichnisses bei einem Inbegriff von Sachen **2 1, 571 ff.**

Rechte u. Pflichten des Nießbrauchers. — Vorrang gegenüber dem jüngeren Hypothekrecht bez. der Mieterträge **6 400.** — Schutz d. Nießbrauchers gegen schädigende, vor d. Eigentumsübergang erfolgte Verfügungen über d. Mietzins **5 218.** — Pfändung der Mietzinsen eines mit einem N. eines Dritten belasteten Grundstücks **7 425, 933.** — Erlöschen des N. von Aktiengesellschaften usw. **1 1, 652; 2 1, 574; eines nach altem Recht entstandenen N. 2 1, 574.** — Aufhebung des N. an verbrauchbaren Sachen **2 1, 574.** — Geltendmachung des N., Anwendung der Vermutung

(Nießbrauch)

des § 1006 BGB. **1 1**, 652. — Passivlegitimation zu der Klage auf Aufhebung der Gemeinschaft im Fall eines N. an einem Miteigentümeranteil **5 415**. — vor 1900 begründetes Pfandrecht an einem N. **2 1**, 796. — Kautionsleistung des Nießbrauchers bei vor 1900 begründetem N. **1 2**, 427. — Behandlung des Bestellers als Eigentümer zugunsten des Nießbrauchers: Modifikation des § 892? Passivlegitimation für Ansprüche des Nießbrauchers wegen Verwendungen, Wirksamkeit der Entscheidung in Prozessen des Bestellers gegen den Nießbraucher für den Eigentümer **1 1**, 652; **2 1**, 573 f. — Überlassung der Ausübung des N. **1 1**, 532, 652. — Zusammentreffen eines N. mit einem N. des Eigentümers **6 400**. — Abweichung von den gesetzlichen Bestimmungen in der den N. anordnenden letztwilligen Verfügung **2 1**, 571. — Verjährung der Ansprüche des Nießbrauchers **7 425**. — Verjährung vor 1900 entstandener Ansprüche **7 584**. — Recht auf unmittelbaren Besitz **2 1**, 572. — Rechte des Nießbrauchers an einem Patentrechte **1 1**, 649, 651, 653. — Beteiligung an einer Grundstückszusammenlegung (Preußen) **3 1**, 429 f. — Sicherheitsleistung für den Erlaß von Früchten bei einem N. aus der Zeit vor dem 1. I. 00 **1 1**, 649. — Schadensersatzpflicht des Eigentümers für Beeinträchtigung des N. durch Ausbesserungen u. Erneuerungen **2 1**, 572. — Versicherung der Sache, Inhalt der Versicherungspflicht, Gegenstand der Versicherung usw.; Erstreckung des N. auf die Forderung gegen den Versicherer **1 1**, 649 ff. — Versicherung gegen Hagelschäden, Erlaß der Versicherung durch Testament **2 1**, 572. — Tragung der Lasten: Amortisationszuschläge, nachträgliche Zinsfußerhöhung, Zinsen einer Maximal-, einer Eigentümerhypothek, Verzinsung der durch das Schiffspfandrecht gesicherten Forderung, Zinsen von Gesamthypotheken, von vorgemerkten Forderungen, Verzugszinsen, Strafenpflasterungskosten **1 1**, 651; **2 1**, 572 f.; Haftung nur gegenüber dem Eigentümer, nicht dem Gläubiger gegenüber **6 400**. — Verfügung über das Inventar eines Grundstückes **2 1**, 573; **3 1**, 430. — Erlassanspruch für Verwendungen **2 1**, 573; Wegnahmerecht **1 1**, 651. — Sicherheitsleistung wegen zu besorgender Verletzung der Rechte des Eigentümers **1 1**, 651; **2 1**, 573. — Verwaltung statt Sicherheitsleistung: Zuständigkeit zur Anordnung **1 1**, 532; **2 1**, 573. — Verwaltung wegen Verletzung der Rechte des Eigentümers **1 1**, 532, 652; **3 1**, 430. — Rückgabe der Sache: § 1055 Abs. 2 nachgiebiges Recht

1 1, 652; persönlicher oder dinglicher Rückgabeanpruch? **6 400**.

Nießbrauch an Rechten. — rechtliche Natur **1 1**, 652 f.; **5 415** f. — Tragung der Lasten beim N. a. N. **2 1**, 574. — Aufhebung des dem N. unterliegenden Rechtes **1 1**, 653; **7 426**. — N. an einer Aktie **1 1**, 652 f.; **654**; **2 1**, 575; **5 416**. — kein N. an einem Vorfaufszrecht **2 1**, 574. — N. an den Nutzungen eines unübertragbaren Rechtes **1 1**, 653; **2 1**, 574. — an dem Anspruch des Eigentümers auf Herausgabe der Sache **2 1**, 574. — an einem Patentrechte **1 1**, 649, 651, 653. — N. an Annuitätenkapitalien **2 1**, 574. — Bestellung des N. an einem Sparkassenkapital **1 1**, 653. — N. an einem Erbbaurecht **2 1**, 574. — Erwerb eines nicht mehr bestehenden, aber nicht gelöschten N. an einer Hypothek **2 1**, 574. — Übertragung des Eigentums an den einen, Einräumung eines N. an einen anderen im gleichen Vertrag **3 1**, 430.

Nießbrauch an Forderungen **1 1**, 652. — Aufrechnung einer F. gegen den Besteller des N. **2 1**, 574; **3 1**, 430; mit einer F. gegen den Nießbraucher **1 1**, 653; **2 1**, 575; **3 1**, 430. — Berechtigung des Nießbrauchers zum Erlaß der Forderung, zur Annahme an Zahlungsstatt, zur Abtretung gegen Ablösung, z. Aufrechnung, zur Ausübung des Wahlrechtes bei Wahlschulden **2 1**, 575; **3 1**, 430. — Leistung des Schuldners an den Nießbraucher: Entstehung des N. an der geleisteten Sache ohne Eintragung? **1 1**, 653; **2 1**, 575. — N. an einer auf Zinsen ausstehenden F. **1 1**, 653; **2 1**, 575; **5 416** f.; keine Übertragung des Zinsgenusses für sich allein **5 417**. — an Inhaberpapieren **1 1**, 653; **2 1**, 575; **5 417**; Erlaß des Einlösungswertes oerloster Papiere zum Stammgut eines Fideikommisses **6 401**. — § 1081 nicht zwingendes Recht **7 426**. — an einer Hypothek **5 631**. — verschafft nicht Eigentum am Schuldschein **2 1**, 557.

Nießbrauch an einem Vermögen. — verschieden vom N. an allen einzelnen B.-sgegenständen u. von dem N. an dem einzigen realisierbaren B.-sgegenstände des Bestellers **1 1**, 654; **2 1**, 575; **3 1**, 430. — Verbindung des N. mit einem beschränkten Verfügungsrecht über das ihm unterworfenen B. **7 425**. — Bedürfnis u. Art der Eintragung ins Grundbuch **1 1**, 654; **2 1**, 575. — Stellung des Nießbrauchers zu den auf dem B. lastenden Schulden **1 1**, 654; **2 1**, 575; Erfüllung durch den Nießbraucher **2 1**, 575 f. — Rechte der Gläubiger gegen den Nießbraucher **2 1**, 576.

Nießbrauch an einem Handelsgeschäft (vgl. Geschäftsübergang) **2 1**, 575; **5 417**. — N. des Mannes an dem

Handelsgeschäfte der Frau **3** 1, 474; **4** 561; **5** 642 (s. Handelsfrau).

Nießbrauch an einem Erbteil **1** 2, 232; **2** 1, 576, 709, 754; **6** 538.

nondum conceptus f. Pflegschaft für unbekannte Beteiligte. — Vertretungsmacht des Vaters für nondum concepti? **1** 2, 203. — Hypotheken für n. c. **4** 474; **5** 554; **7** 528. — Möglichkeit eines Rechtserwerbs für n. c.; Umfang **4** 474. — Rechtsfähigkeit **7** 167, 528. — Einsetzung zum Erben, Nach-erben, Vermächtnisnehmer **7** 528, 529, 546. — Anmeldung im Verteilungsverfahren u. Widerspruchsprozess für u. gegen eine noch nicht erzeugte Nachkommen-
schaft **4** 793.

Nordamerica. — Zeugenvernehmungen in N. **4** 705 (s. Rechtshilfe).

Norddeutscher Lloyd. — kein Gastwirt nach § 701 BGB. **4** 227.

Normenadressat **5** 1.

Notar f. Dienstvertrag, Beglaubigung, Beurkundung, Urkunden notarielle, Vollmachtsurkunde, Zwangsversteigerung unter Übertragung von Amtshandlungen. — Haftung f. Beamte, unerlaubte Handlung (§§ 823, 831). — rechtl. Natur des Vertrags mit N. **2** 1, 331; **3** 1, 248; **5** 227; **6** 230, 243; **7** 245, 280, 582. — Pflicht zur Einsicht der öffentlichen Bücher u. Register **6** 230; **7** 134, 245 (s. Grundbucheinsicht). — Vergütung der hamburgischen N. für beratende Tätigkeit und Anfertigung von Vertragsentwürfen **6** 233. — unter Überschreitung des Amtsbezirks aufgenommene Urkunden **3** 2, 242; **5** 1020; **6** 138; **7** 1026. — Zuständigkeit der bayerischen Notare **3** 1, 44. — Haftung für Substituten, Gehilfen **1** 1, 195; **2** 1, 191; **3** 1, 136; **4** 111; **6** 129; **7** 278. — Bureauvorsteher als negotiorum gestor des N. **4** 111. — Haftung für Ratserteilung **2** 1, 409; **7** 379 (2). — Haftung bei Nichtbeachtung des § 2242 BGB. **7** 134. — Haftung bei fehlerhafter Wechselprotokollaufnahme **5** 115; **6** 1145; **7** 245, 379. — Haftung wegen Nichtbeachtung einer Hypothek bei Vertragsbeurkundung, Mitschuld des Mandanten **5** 99. — Haftung für unrichtige Auskunft über die Vertragskosten **7** 134, 245, 280, 379. — Haftung des Staates für N.? **4** 21, 22. — keine Haftung des Steuerfiskus für Versehen der N. bei Stempelverwendung **1** 1, 52. — Zuwiderhandlung gegen Art. 85 PrFG. kein Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot **1** 1, 81. — Verjährung der vom N. bezahlten Stempelformen u. Verkehrssteuern **4** 60; **5** 62. — Mitwirkung beim Vermögensverzeichnis nach § 260 BGB. **2** 1, 156. — Auftrag zwischen N. u. Partei betr. Vermögensanlage **3** 1, 282. —

zur Mitteilung d. Hypothekübernahme an den Gläubiger legitimiert **1** 1, 323. — Haftung bei Entwürfen von Privat-urkunden **7** 379. — Haftung nach bayer. Recht **2** 1, 768; **3** 1, 136. — Haftung nach preuß., nach rheinischem Recht **7** 280, 379. — Entbindung von der Amtsverschwiegenheit f. Zeuge. — mangelhafte Feststellung d. Schreibunfähigkeit des Erblassers **7** 379. — Gründe für Ausschließung des N. von d. Beurkundung (s. Urkunden notarielle, Ausschließung, freiwillige Gerichtsbarkeit) **3** 2, 183; **4** 851. — Unfähigkeit oder Ausschließung e. N. von e. Nachlassauseinandersetzung **7** 984. — Vollmachtsnachweis bei Antragstellungen **3** 2, 185. — Umfang der vermuteten Vollmacht nach §§ 71, 100, 124, 129, 147, 159, 161 FG. **5** 997 (vgl. unten). — Zuständigkeit der preuß. N. f. Verträge über heilige Grundstücke vor Anlegung des Grundbuchs **6** 138. — Erteilung e. Abschrift von e. Urkunde, auf der der N. eine Unterschrift beglaubigt hat, an einen Nichtbeteiligten **5** 1007. — Rücksicht auf das Geschäftsgeheimnis anderer N. bei Frage der Haftung eines N.? **7** 130. — N. als Quittungsüberbringer (§ 370 BGB.) bei einer ihm übergebenen Lösungsabwilligung **7** 173. — Anwendung des § 612 BGB. auf d. Vergütung der sog. freien N.; Ausschluß der Klage auf Vergütung durch landesgesetzliches Kostenfestsetzungsverfahren? **7** 248. — Beschwerde des N. gegen den Beschluß des VG., der seine Weigerung, eine Ausfertigung e. Urkunde zu erteilen, für unbegründet erklärt **7** 999. — Zuständigkeit z. Beurkundung d. An-
lage e. Zeitung in Preußen? **7** 1025.

Antragsrecht im Grundbuchverkehr. — in wessen Namen darf der N. Anträge stellen? **2** 2, 410 f. — Antragstellung für juristische Personen **2** 2, 411; für Vertreter nur während der Dauer der Vertretungsbefugnis **2** 2, 413. — welcher von mehreren Antragsberechtigten, gilt als Antragsteller? Bezeichnung erforderlich? **2** 2, 410 f.; **4** 832. — Antragsrecht des N. neben dem Antragsberechtigten, Wiederholung der Parteianträge im Vorlageschreiben des N. **2** 2, 411; **3** 2, 152; **5** 967; **6** 1028; **7** 950 f. — Zurücknahme oder Änderung der Anträge des N. durch den Antragsberechtigten **2** 2, 412. — Beurkundung des obligatorischen Rechtsgeschäftes gewährt kein Antragsrecht **2** 2, 411. — Antrags- u. Beschwerderecht des N., der den Kaufvertrag beurkundet hat **6** 1028. — Beteiligung mehrerer N. **2** 2, 412. — Antragsrecht vermutet nur für Anträge auf Eintragung, für andere Anträge Ermächtigung nachzuweisen **4** 832 f. — Umfang des Antragsrechtes; kein eigenes Antrags- u. Beschwerderecht; keine Verschli-

(Notar)

gung zu abweichenden, ergänzenden oder einschränkenden Anträgen 2 2, 411; 3 2, 151 f.; 4 832; 6 1028; 7 951. — keine Nachholung der gebotenen, in der Eintragungsbewilligung unterbliebenen Grundstücksbezeichnung durch den Antrag d. N. 2 2, 411; desgl. der Bezeichnung des Anteilsverhältnisses mehrerer Berechtigter 2 2, 152. — Bestimmung der Rangordnung der Einträge durch den N.? 2 2, 411. — Antrag des N., nur einen Teil der in der vorgelegten Urkunde bewilligten Eintragungen zu vollziehen; Berechtigung des N. hierzu, Berechtigung des Grundbuchamts, alle zu vollziehen? 2 2, 412; 3 2, 152; 7 962. — Beantragung der pfandfreien Abschreibung durch den N., der die Pfandfreigabe beurkundet hat? 2 2, 412. — Antrag, eine als verzinslich bewilligte Hypothek wegen Unwirksamkeit des Zinsverprechens unverzinslich einzutragen 2 2, 412. — Antrag, eine Hypothek ohne die Nebenabrede einzutragen, wegen deren Nicht-eintragbarkeit der Eintrag abgewiesen worden ist 4 832. — Berichtigung des Antrages entsprechend einer Zwischenverfügung 5 967. — Berechtigung des N., die Beseitigung von Eintragungshindernissen zu beantragen 2 2, 412. — Antrag auf Berichtigung eines nicht ordnungsgemäß gebildeten Hypothekenbriefes 2 2, 412. — Beschwerderecht 2 2, 412; 4 832; 5 967, 983 f., 986; 6 1028; 7 951. — Benachrichtigung des N. von dem Erfolg seines Antrags 2 2, 412; 6 1028; 7 950 f. (Benachrichtigung auch bei bloßer Übermittlung des Antrags). — Rückgabe der Urkunden an den N.? 2 2, 413. — Rückgabe der Anlagen einer Urkunde 3 2, 152. — Zurücknahme eines Antrags 2 2, 413; 3 2, 152; 6 1028. — Ausschreiben aus dem Amt, Antragstellung durch den Nachfolger 2 2, 413.

Notariatsgebühren. — Verjährung 4 60; 5 62. — Gesamthaftung mehrerer Mandanten 3 1, 207; 5 181. — Gerichtsstand für Klagen auf N. 2 1, 166; 3 1, 116. — Vollstreckung von Notariatskosten, Festsetzung Zuständigkeit des BayObL. (f. Beschwerde) 4 868. — Anwendung des § 78 RWGebO. (Reiseentschädigung) in Preußen 6 1221. — Behandlung der Notariatskosten in der Zwangsversteigerung 3 2, 310.

Notariatsgesetz bayern. — Geltung des Art. 14 bis zur Anlegung des Grundbuchs; Verhältnis zu § 313 BGB. 5 629, 630.

Notariell f. Beglaubigung, Beurkundung, Urkunde.

Notarieller Vertrag f. Urkunden notarielle. — Wichtigkeit des ganzen Vertrags wegen Nichtaufnahme mündlicher Abreden 5 48 (f. mündliche Abreden).

Nothilfe. — § 228 BGB. gibt generelles Recht zur N. 2 1, 105. — Zulässigkeit 1 1, 139. — bei verschuldetem Notstand 2 1, 107. — Haftung des Unterstützten u. des Angreifers für die Kosten der N.? 2 1, 104; 3 1, 69.

Notigung. — des Notstandsberechtigten in Notwehr 1 1, 141.

Notorietät f. Ofsenkundigkeit.

Notrecht f. a. Notstand, Notwehr. — Proportionalität von Gefahr u. Schaden 2 1, 105, 106. — gefahrdrohende u. gefahrvermittelnde Sache 2 1, 105. — N. auch bei verschuldeter Gefahr 2 1, 105. — Umfang des Sachbeschädigungsrechts 2 1, 105. — Notstandshandlungen gegen Menschen kein N. 2 1, 106. — N. d. § 228 BGB. gegenüber Unzurechnungsfähigen? 2 1, 106. — N. gegen Sachen 2 1, 105. — Verhältnis des § 228 zu § 904 2 1, 106.

Notstand f. Notrecht, Verschulden, unerlaubte Handlung. — Begriff 1 1, 5; 2 1, 492; 5 326; Notstand u. StGB. 2 1, 107; 3 1, 69; 4 62; N. im Zivil- u. Strafrecht 2 1, 128. — Gefahrbegriff 2 1, 106. — verschuldeter N. 2 1, 107. — Angriffsobjekte 2 1, 107. — Verhältnis des § 227 zu § 228 1 1, 141; 2 1, 107. — § 228 auf wechselseitigen Tierangriff unanwendbar 2 1, 106. — Prinzip der Erhaltung des wertvolleren der kollidierenden Rechtsgüter 1 1, 141. — keine Notwehr gegen Notstandsrecht 1 1, 141. — Eingriffe in fremdes Vermögensrecht in N. stets rechtmäßig 1 1, 140. — Verletzung fremder Persönlichkeitsrechte in N. stets widerrechtlich 1 1, 140. — Gefährdung durch ohne Willen tätig werdende Personen; § 228 BGB. anwendbar? 1 1, 141. — N.-handlungen gegen Menschen 2 1, 106. — Polizeiübertretungen in N. 3 1, 69. — Beweislast 5 328; 6 91. — Strafflosigkeit von N.-handlungen 1 1, 140; 2 1, 107; 3 1, 69. — Schadensersatzpflicht für N.-handlungen 1 1, 140; 3 1, 69. — Schadensersatzpflicht bei Verschiedenheit der Personen des Handelnden u. des Gefährdeten, bei Verbot des Eingriffs durch den Sacheigentümer 1 1, 141. — Tötung e. wildernden Hundes 6 90. — N. eines Tieres f. Tierhalter.

Notverkauf. — des Lagerhalters, Spediteurs f. Lagergeschäft, Speditionsgeschäft. — einstweilige Verfügung auf Ermächtigung zum Verkauf der beanstandeten Waren, wenn die Voraussetzungen des § 379 Abs. 2 StGB. fehlen 2 2, 217 (vgl. Handelstaxif).

Notweg. — rechtliche Natur des N.-Rechtes 2 1, 548; 4 327; 5 414. — Fehlen der zur ordnungsmäßigen Benutzung notwendigen Verbindung 1 1, 566; 2 1, 548; 3 1, 410; 4 327 f. — N.-Recht des Pächters, des Jagdberechtigten? 6 375. —

Fette Zahlen = Satzr.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

unter Umständen zwei Wege erforderlich 4 328. — „ordnungsmäßige“ Benutzung 1 1, 566; 2 1, 548; 4 327 f.; 5 400. — „öffentlicher Weg“ 1 1, 567; 4 327. — Recht nur auf einen Weg, nicht auf eine andere Verbindung, z. B. Hochleitung 3 1, 410; 5 400. — unterirdische Herstellung der Verbindung 4 327. — Inhalt des Rechtes; Bestimmung der Richtung u. des Umfangs der Benutzung, Änderung dieser Bestimmung wegen veränderter Verhältnisse 3 1, 410; 4 327; 5 400; 7 407. — N. über mehrere Grundstücke; Maß der Benutzung; Mitbenutzung durch den Eigentümer 2 1, 548. — kein Recht auf N. über Festungs- u. Eisenbahnanlagen 4 328. — Entstehung der dem Recht auf N. entsprechenden Eigentumsbeschränkung kraft Gesetzes; Geltendmachung durch Einrede gegen die Negatorienklage; deklaratorische oder konstitutive Kraft des über die Verpflichtung zur Duldung des N. ergehenden Urteiles? 1 1, 566 f.; 2 1, 548; 4 328; 5 400; 6 375. — Eintragung ins Grundbuch 1 1, 566; 5 400; 7 406. — Klage auf Duldung des N.; Aktiv- u. Passivlegitimation; Entscheidung, wenn derjenige nicht mitverklagt ist, über dessen Grundstück der N. gelegt werden muß 1 1, 567. — Widerklage auf Vornahme der zum Schutze des Grundstückes nötigen Maßnahmen, Aktivlegitimation 2 1, 548. — Angaben über Richtung des Weges u. Maß der Benutzung in der Klage erforderlich? Legitimation des Nießbrauchers 4 328. — possessorischer Schutz des N.-Rechtes? 1 1, 567; 4 328. — Auswahl unter mehreren Nachbarn 4 328. — Einwand, daß ein anderer Nachbar weniger belastet würde 1 1, 567. — willkürliche Aufhebung der bisherigen Verbindung durch den Eigentümer: Wirkung gegen den späteren Eigentümer; Beweislast; Beseitigung der Verbindung durch ein anderes Verschulden des Eigentümers 1 1, 568. — „willkürliche“ Handlung; pflichtwidriges Unterlassen 4 328. — Beschränkung der Verpflichtung, den N. zu dulden im Falle der Aufhebung der Verbindung durch Grundstücksäußerung: Geltendmachung der Beschränkung durch Dritte 1 1, 568; Entschädigungspflicht 2 1, 548; 4 328. — Recht der Übergangszeit 1 1, 568; 4 327, 546. — Verzicht auf das N.-Recht 2 1, 548; 4 327. — Wegfall des Rechts auf den N., Verjährung 1 1, 575 f.; 2 1, 548. — Recht auf Rente, keine Kapitalsabfindung 1 1, 568; Bemessung u. nachträgliche Änderung der einer objektiv-dinglichen Reallast gleichstehenden Rente 2 1, 548.

Notwehr f. Notrecht, Verschulden, unerlaubte Handlung. — Kritik des § 227 BGB 2 1, 105. — Begriff 4 62. — zivil- u. strafrechtliche

bei Jahrg. 1—3 = Band und Seite.

N., Unterschied 2 1, 104. — Voraussetzungen 1 1, 138 ff. — N. und Notstand, Verhältnis d. §§ 227 u. 228 1 1, 141; 2 107. — keine N. gegen Notstandsrecht 1 1, 141. — „Angriff“ 2 1, 104; 4 62. — „gegenwärtiger Angriff“ 3 1, 69; 5 66. — Angriffsobjekte 4 62; 5 65, 66. — Einrede der N. 1 1, 140. — Rechtmäßigkeit 1 1, 139. — gegen Unzurechnungsfähige 5 80. — gegen Tiere? 1 1, 139; 2 1, 106; 3 1, 69; 4 62. — Ehrennotwehr 1 1, 140. — Subsidiarität der N., Proportionalität der gegeneinander stehenden Güter? 1 1, 138, 139, 140. — Interventionsrecht 1 1, 138. — Widerstandsbesetzung zum Schutze absoluter Rechte ist N., zum Schutze obligatorischer Unterlassungsansprüche Selbsthilfe 2 1, 108. — gegenüber positiven Vertragsverletzungen 4 62. — zum Schutze von Duldungsansprüchen? 5 65. — zum Schutze von Unterlassungsansprüchen 5 66. — Überschreitung der N. 1 1, 140, 461; 2 1, 104; 3 1, 69, 339; 6 302 (sahrlässige Überschreitung). — putative 2 1, 103; 3 1, 339; 5 66; 7 334. — Ausschluß der N. gegen d. N. 1 1, 139. — Gewehrabnahme durch den Jagdberechtigten als Akt d. N. 2 1, 108. — N. Recht des Jagdaufsehers gegenüber dem unter den Umständen des § 368¹⁰ StGB. in Jagdausrüstung Betroffenen 1 1, 140. — Beweislast bez. der Erforderlichkeit der N.-Handlung 6 302. — Beweislast 2 1, 105; 3 1, 69; 4 62; 5 66, 326, 328; 6 91, 302, 303. — aktive u. passive N. d. juristischen Personen 1 1, 139. — der Unzurechnungsfähigen 1 1, 139. — Umfang der Erlasspflicht des Angreifers 2 1, 104. — N. der Eltern gegen Entziehung des Kindes 5 499. — Zubeißen in den vom Angreifer in den Mund des Gegners gebrachten Finger 6 90. — Dauer der N.-Lage bei tätlichem Streit 6 90. — Begriff des „erforderlich“; subjektiver Maßstab? 6 90. — N. eines Tieres f. Tierhalter.

Novation f. Hingabe an Erfüllungstat. — Zulässigkeit nach BGB 6 155. — § 364 Abs. 2 BGB. als Fall e. N. 1 1, 268; 2 1, 230; 3 1, 175. — § 414 BGB. als Fall e. Passiv-N. 1 1, 314; 2 1, 258. — § 607 Abs. 2 BGB. als N. 2 1, 311 f.; 3 1, 242, 243; 5 221; 7 232, 316. — abstraktes Schuldversprechen solvendi causa als N. 5 150. — durch Vermischung e. Wechselschuld mit anderen Wechseln 7 172. — Umwandlung e. Schuld in ein depositum irregulare 7 172.

Nußpfand (f. Antichrese) 1 1, 711 f., 714; 5 449.

Nutzungen f. Eigentum unter Ansprüche aus dem Eigentum; — Mineralien, Fossilien als N. eines Grundstücks 2 1, 36. — Ende der Nutzungsperiode f. d. Bezugsrecht maßgebend 1 1, 57. — Herausgabe von

(Nutzungen)

N. durch den Patentverleher **5 124.** — Verteilung zwischen Vor- und Nach-erben nach § 101 BGB. **7 29** (f. Nach-erbenschaft).

Oberbergamt preussisches. — Ersuchen an das Grundbuchamt **5 977.**

Oberbesitz = mittelbarer Besitz **1 1, 521** (f. Besitz).

Oberlandesgerichte. — Hilfsrichter **4 660.** — de lege ferenda für Befehung d. Senate mit 3 Mitgliedern **6 733.**

Oberstes Landesgericht in Bayern. — Anwaltsvertretung d. Parteien **6 737.**

Obervormundschaftl. Genehmigung f. Vormundschaftsgericht.

Obligation vgl. Natural-D., Real-D., Schuldverhältnis.

Obligatorische Rechte. — Wesensgleichheit der obligatorischen, dinglichen und sonstigen Wertansprüche **2 1, 116.** — Selbsthilfe zum Schutz obligatorischer Unterlassungsansprüche **2 1, 108.** — Ausübung o. R. in § 226 BGB. **2 1, 102.** — Verletzung durch e. Dritten; Haftung nach § 823 BGB. (f. unerlaubte Handlg.) **1 1, 199; 2 1, 82, 83, 125; 3 1, 142; 4 113.**

Obrigkeittliche Akte f. öffentl. Gewalt, Fiskus, Beamte, Gemeinde, Staat. — Haftung f. Schädigung privaten Guttes durch rechtmäßige o. A. **3 1, 88.**

Obrigkeittliche Anordnungen. — Erfüllungsunmöglichkeit wegen o. A. **5 136** (vgl. Unmöglichkeit).

Oberbanz f. Wohnheitsrecht. — als Rechtsquelle in Vereinsangelegenheiten **1 1, 31.** — gerichtl. Ermittlung nach § 293 ZPO. **7 797.**

Offenbarungseid f. Auskunftspflicht. — d. Erbschaftsbesitzers, des Hausgenossen d. Erblassers (§ 2028) f. Erbschaftsanspruch. — der Ausgleichungspflichtigen f. Ausgleichungspflicht. — des Erben im Fall d. §§ 1990 ff. f. Erbenhaftung. — eibliche Verstärkung des Nachlassinventars f. Inventar. — im Nachlasskonkurs f. diesen. — des Erben: Übergangsrecht **3 1, 692, 708.** — bayer. Übergangsrecht bez. d. D. des Erben **3 1, 111.** — Leistung vor dem Verzicht der freiwilligen Gerichtsbarkeit nach § 163 ZGO.; Ablehnung der Eidesabnahme, weil eine Verpflichtung d. Leistungsbereiten nicht gegeben sei? Beschwerde d. Beladenen, weil dem Antragsteller kein Recht auf Eidesleistung zustehe **5 1019.** — Unzulässigkeit d. Beschwerde d. Hausgenossen d. Erblassers gegen d. Ladung zur Leistung d. D. **3 1, 112.** — Voraussetzung f. d. Klage auf Leistung d. D. nach

Nutzungsentgelt. — Begriff **1 1, 57.**

Nutzungsentgelt. — an Begräbnisplätzen **2 1, 576** (f. auch Begräbnisplätze). — an einem Garten **5 418.** — bäuerliche nach früherem Recht **2 1, 798 (2).**

G.

§ 259 Abs. 2 BGB. **2 1, 156.** — Zuständigkeit f. d. Leistung d. D. **1 1, 169; 3 1, 111.** — Feststellung u. Aenderung d. Norm durch d. Prozeßgericht **1 1, 169.** — D. bei Glaubhaftmachung mangelnder Sorgfalt i. d. Rechnungslegung **1 1, 167.** — „geringe Bedeutung“ e. Angelegenheit; Entscheidung nach den konkreten Umständen **1 1, 167.** — Vertretung d. minderjährigen od. bevormundeten Pflinglings durch d. gesetzl. Vertreter **1 1, 60, 168** (f. unten D. und Haft). — Verzicht auf Leistung **5 864, 865.** — Aufnahme v. Angaben über d. Bestand in die Formel **7 117.** — z. Erzwingung d. Ablieferung e. Testaments (§ 883 ZGO.) f. Testament. — Unterschied d. freiwilligen von dem streitigen D. (Zuständigkeit, Einleitung, Nichterscheinen d. Schwurpflichtigen, Einwände d. erscheinenden Pflichtigen, Beschwerde, Akteneinsicht) **7 1024.**

Offenbarungseid und Haft. — D. im Verwaltungsverfahren **4 760; 5 889.** — im voraus erklärter Verzicht auf Eidesleistung **5 864, 865** (vgl. **5 888**). — Haftung d. Richters nach § 839 BGB. bei Eidesabnahme auf Grund e. unvollständigen Vermögensverzeichnisses **5 864** (vgl. Beamte). — Verzicht auf Leistung **5 864, 865.** — wann kann d. Konkursverwalter von d. Frau d. Gemeinschaftschuldners den Eid verlangen? **2 2, 498.** — D. d. Gemeinschaftschuldners (§ 125 RD., vgl. Gemeinschaftschuldner); Ladung z. Eidesleistung seitens nicht bevorrechtigter Konkursgläubiger nach Zwangsvergleich **5 953; 6 1000;** Ladung seitens e. Konkursgläubigers, dessen Forderung noch nicht festgestellt ist **2 2, 506; 3 2, 273;** Norm d. Eides **3 2, 272;** Leistung durch d. gesetzlichen Vertreter d. prozeßunfähigen Gemeinschaftschuldners **3 2, 273; 6 1000;** Leistung durch d. Vorstand e. nicht rechtsfähigen Vereins **7 15.**

Pflicht z. Leistung des Eides f. auch Inventar, Nachlasskonkurs. — Eidesleistung über einen Teilbetrag f. unten Verfahren. — Pflicht zur Eidesleistung im Arrestverfahren **1 3, 264, 308, 318; 3 2, 563; 4 740; 5 864; 6 897, 898; 7 866.** — Pflicht z. Eidesleistung über den Verbleib d. Schuldurkunde b. Überweisung nach § 836 Abs. 3 ZPO. **1 3, 301.** — Pflicht des unter Vorbehalt beurteilten Erben oder des d. Gütergemeinschaft fortsetzenden Ehegatten auf Leistung des Eides über das g a n z e

Vermögen bei Nichtgeltendmachung d. Vorbehalts? **3 2, 558; 4 734, 735, 740.** — Vorerbe **2 1, 717.** — bei erfolgreicher Reklamation der Pfandsachen seitens Dritter **1 3, 264.** — Eid über Befiz des Briefes d. gepfändeten Hypothek **5 871.** — bei bereits geleistetem Eid nach § 125 R.D. **1 3, 265.** — Eidespflicht d. wegen Verschwendung Entmündigten **4 759.** — bei offener Handelsgesellschaft: Pflicht sämtlicher Gesellschafter, auch des von der Vertretung ausgeschlossenen, und der Liquidatoren **3 2, 563.** — Pflicht d. im Urteil nicht genannten gesetzlichen Vertreters zur Eidesleistung **4 759.** — Pflicht d. tatsächlich bestellten, aber nicht im Handelsregister eingetragenen Vertreters einer Aktiengesellschaft zur Leistung d. D. **3 2, 563.** — Pflicht d. Erben zur Eidesleistung nach Abtöthnung d. Nachlasskonkurses wegen Mangels der Masse **5 864.** — Eidespflicht d. Ehemannes, der d. Zwangsvollstreckung ins Eingebachte zu dulden hat? **4 739; 5 864.** — Leistung durch d. Vorstand e. nicht rechtsfähigen Vereins **7 737.** — Pflicht d. gesetzlichen Vertreters zur Eidesleistung in Überzeugungsform an Stelle d. verurteilten nichtprozessfähigen Schuldners? **1 2, 200; 1 3, 304; 2 1, 699; 3 2, 273, 563 (Mehrheit von Vertretern); 4 437; 5 531; 889; 6 897, 1000.** — Pflicht d. Ehefrau z. Eidesleistung über d. Eingebachte, wenn mangels eines Urteils nach § 739 R.P.D. die Zwangsvollstreckung nur in das Vorbehaltsgut versucht wurde **1 3, 265; 3 2, 563.** — Leistung durch d. Konkursverwalter **3 2, 255, 266, 268.**

V o r a u s s e t z u n g e n. — Glaubhaftmachung der nicht vollständigen Befriedigungsmöglichkeit durch Pfändung; Begriff der Pfändung: nur körperliche Sachen? **1 3, 265; 3 2, 563.** — Nachweis erfolgloser Pfändung in körperliche Sachen bei Vorhandensein von pfändbarem bekannten Einkommen **1 3, 265.** — Nachweis der Uneinbringlichkeit von gepfändeten Forderungen u. anderen Vermögensrechten **3 2, 563; 5 864.** — Nachweis, daß die gepfändete Forderung schon anderweit gepfändet sei **5 864.** — Pflicht z. Leistung, wenn d. Schuldner offensichtlich seine Wohnung zu verheimlichen und sich d. Zwangsvollstreckung zu entziehen sucht **7 866.** — Beseitigung d. Gerichtsvollziehers, daß keine interventionsfreien Gegenstände vorhanden? **1 3, 265.** — Tatsache der Konkursöffnung genügend? **7 866.** — Vorlage d. Pfändungsprotokolls nötig, oder genügt Vorlage d. vom Gerichtsvollzieher gemachten Mitteilung über den Pfändungsausfall? **4 739.** — Nachweis d. Gläubigers, daß er d. gepfändeten Sachen wegen glaubhafter Intervention freigegeben habe **5 863.** — keine Berufung d.

Schuldners auf eine noch bestehende Pfändung, wenn er selbst eine Widerspruchsfrage als begründet anerkennt **5 863.** — Pflicht d. Ehefrau, die in einem d. Güterstände d. § 739 R.P.D. lebt, zur Leistung d. D. bez. des gesamten Gutes von e. Verurteilung d. Mannes zur Duldung nicht abhängig **6 897.** — Pflicht zur Leistung, wenn die Pfändung in das bewegliche Vermögen zu e. Befriedigung nicht führt, d. Schuldner aber außenstehende, dem Gläubiger bekannte Forderungen besitzt? Rechtslage, wenn die Forderungen noch nicht fällig sind. Beweislast für Uneinbringlichkeit o. Unberwertbarkeit d. Forderungen **6 896, 897.**

V e r m ö g e n s v e r z e i c h n i s s. — fehlende Angabe über Grund und Beweis der Forderungen **1 3, 265; 3 2, 564, 5 864.** — Angabe nicht pfändbarer Forderungen? **6 898.** — Pflicht d. Eidespflichtigen zur Anstellung v. Nachforschungen über seinen Vermögensstand **3 2, 563.** — Nichtvorlage e. Vermögensverzeichnisses; Pflicht d. Gerichts, das Vermögensverzeichnis zu Protokoll aufzunehmen? **1 3, 310.** — Pflicht d. unehehligen Mutter zur Namensangabe des ihr Geld schuldenben außerehelichen Vaters **3 2, 564.** — Offenlegung v. Verhältnissen, aus denen in Zukunft möglicherweise eine Forderung entstehen kann? **5 864.** — Eidesleistung über d. Nachlaß od. das ganze eigene Vermögen d. Urteil z. Befriedigung d. Gläubigers aus dem Nachlaß **7 866.** — muß der im gesetzlichen Güterstand lebende Ehemann sein Verwaltungsvermögen d. Ehefrau angeben? **4 739.** — Recht dritter Personen auf Einsicht und Abschrift d. beschworenen Vermögensverzeichnisses **3 2, 564; 4 760 (dritte vollstreckungsberechtigte Gläubiger); 5 891, 898; 6 926; 7 798, 866.** — Pflicht d. Richters, im Eidestermin d. Verzeichnis mit dem Schuldner durchzugehen **4 740.**

V e r f a h r e n. — Streitwert **6 924** (s. diesen u. G.R.G.). — ist das Verfahren öffentlich? **5 888; 6 923.** — Aussetzung nach § 148 R.P.D.? **1 3, 308.** — Anwendung d. § 217 R.P.D. i. unten Ladung. — Legitimation d. Prozeßbevollmächtigten des Gläubigers durch Vollmachtsvorlage **3 2, 594.** — zuständiges Gericht bei Verbüßung einer Freiheitsstrafe seitens des Schuldners **1 3, 308.** — Zuständigkeit bei Leistung d. Eides durch den gesetzlichen Vertreter e. prozeßunfähigen Schuldners **3 2, 594.** — Zuständigkeit für Ergänzung e. vom verhafteten Schuldner geleisteten Eides **3 2, 594.** — Angabe der die Zuständigkeit des angegangenen Gerichts begründenden Tatsachen in dem Schriftsatz **6 924.** — Ladung d. Schuldners zur Eidesleistung über einen Teilbetrag **1 3, 308; 3 2, 594.** — Zu-

(Offenbarungseid und Haft)
 stellung d. Ladung an den Prozeßbevollmächtigten oder gesetzlichen Vertreter d. Schuldners **3 2, 594; 6 788.** — Zustellung der Ladung an den Vertreter des wegen Verschwendung Entmündigten **4 759.** — Zustellung d. Ladung an d. Prozeßbevollmächtigten **1. Instanz 7 881.** — Zustellung d. Ladung an sämtliche Prozeßbevollmächtigte, wenn Eidesleistung f. mehrere, von verschiedenen Bevollmächtigten geführte Prozesse verlangt wird **7 881.** — Ladungsfrist **1 3, 308.** — Zurückweisung e. wiederholten Vertagungsantrags d. Antragstellers **7 881.** — Ablehnung d. Terminbestimmung wegen früherer Eidesleistung **1 3, 308.** — Prüfung d. Voraussetzungen d. Eidesleistungspflicht bei Ansetzung des Termins (Urteilszustellung, erfolglose Pfändung)? **1 3, 308; 5 888; 6 923, 924.** — Prüfung nur d. formalen Gültigkeit d. Schuldtitels seitens d. Gerichts **6 924.** — Krankheit als Entschuldigungsgrund für den ausgebliebenen Schuldner **6 924; 7 882.** — schriftlicher Widerspruch des seine Eidespflicht bestreitenden Schuldners **1 3, 309; 3 2, 594; 5 888; 7 882.** — Bestreiten d. Eidespflicht wegen Verzichts d. Gläubigers auf Eidesleistung **5 864, 865.** — Widerspruch, weil der Gläubiger Vertagung d. Eidesleistung auf bestimmte Frist bewilligt hat **5 888.** — Widerspruch wegen Gefährdung d. Gesundheit d. Schuldners durch d. Eidesleistung **5 888.** — Bereitwilligkeit des Schuldners, den Eid mit dem Zusatz „Irtum vorbehalten“ zu leisten **4 759.** — Einwand d. Schuldners, daß er mit dem Gläubiger in Vergleichsunterhandlungen stehe **6 924.** — Widerspruch gegen d. Eidespflicht nach Rechtskraft d. Haftbefehls **3 2, 595.** — Entscheidung über den Widerspruch auch ohne Antrag des Gläubigers **5 888.** — Anführung von schon vorher vorbringbaren Tatsachen zur Begründung des Widerspruchs nach Beschluß über den Widerspruch **5 889.** — neuer Widerspruch nach rechtskräftiger Verwerfung des ersten **1 3, 309; 3 2, 594; 5 889.** — Anordnung der Eidesleistung vor Rechtskraft eines zweiten Beschlusses über e. Widerspruch, wenn der erste Widerspruch gegenüber einem anderen Gläubiger erfolgte? **1 3, 309; 3 2, 595; 4 759.** — Verkündung d. außerhalb d. Verhandlung ergehenden Beschlusses über den Widerspruch **4 759.** — Lauf d. Beschwerdefrist gegen den die Eidesleistung anordnenden Beschluß **1 3, 309.** — Nichtvorlage e. Vermögensverzeichnisses (s. oben) **1 3, 310.** — Pflicht des Gerichts, das Vermögensverzeichnis zu Protokoll aufzunehmen? **1 3, 310.** — schriftlicher Antrag des im Termin nicht erschienenen Gläubigers auf Haftanordnung **1 3, 309; 4 759; 5 889; 6 924** (nachträg-

licher Antrag). — nachträglicher schriftlicher Antrag d. Gläubigers unter Vorlage der bisher nicht vorgelegten Urkunden, gegen den im Termin nicht erschienenen Schuldner Haftbefehl zu erlassen **5 888.** — Anordnung d. Haft bei Ausbleiben beider Parteien auf Grund des in d. Ladung enthaltenen eventuellen Antrags, insbesondere bei in Mitte liegender Vertagung **4 759, 760.** — Recht des nicht verhafteten Schuldners auf jederzeitige Eidesabnahme? **1 3, 310; 3 2, 595.** — ist zur Eidesleistung des sich hierzu bereit erklärenden verhafteten Schuldners Terminanberaumung u. Ladung d. Gläubigers nötig? einstweilige Einstellung d. Zwangsvollstreckung? **5 890; 6 925.** — Ruhen d. Verfahrens bei Nichterscheinen beider Parteien? **6 792.**
 Wiederholte Eidesleistung. — Ablehnen d. Terminbestimmung wegen bereits erfolgter Eidesleistung? **1 3, 308; 5 889.** — Grund d. Vorschrift d. § 903 ZPO. (öffentliches Interesse)? **1 3, 310; 5 889, 890.** — Beachtung d. § 903 ZPO. von Amts wegen? **1 3, 310; 3 2, 596; 4 760; 5 889, 890; 6 882.** — bei Unvollständigkeit des früher beschworenen Vermögensverzeichnisses **1 3, 310; 3 2, 595 (2); 5 890** (Bedeutung von mündlichen Zusätzen zum Verzeichnis); **6 925; 7 882.** — Teilung der Eidespflicht durch wiederholte Ladung zur Eidesleistung über Teilbeträge derselben Forderung **3 2, 594 (f. 1 3, 308).** — Prüfung der Voraussetzungen d. § 903 ZPO. im Verwaltungszwangsverfahren durch das Amtsgericht **4 760.** — wenn von mehreren gesetzlichen Vertretern eines Prozeßunfähigen nur einige den Eid geleistet haben **3 2, 595.** — neuer Vermögenserwerb **7 882.** — künstlicher Erwerb einiger Warenposten als späterer Vermögenserwerb? **5 890.** — bloßer Umsatz eines Vermögensstückes in einen anderen Vermögenswert als späterer Vermögenserwerb? **3 2, 595, 596.** — wiederholte Eidesleistung, wenn d. Schuldner e. Aufstellung mit Gehalt erhalten hat? **6 925.** — Berufung des Schuldners auf den früher geleisteten Eid auch nach Erlass eines Haftbefehls **3 2, 596; 5 890; 6 925.** — Wegfall der Glaubhaftmachung, wenn aus Vollstreckungstitel und Pfändungsprotokoll erhellt, daß Schuldner seit der letzten Eidesleistung e. Erwerbstätigkeit ausgeübt hat **4 760.** — Haftentlassung von Amts wegen bei Feststellung einer früheren Eidesleistung **4 760; 5 890, 891.** — wiederholte Eidesleistungspflicht d. Gemeinschuldners, der den Eid nach § 125 RD. geleistet hat **7 882.** — sofortige Beschwerde wegen bereits erfolgter Eidesleistung **4 760.**

Haft. — Haftbefehl gegen den durch Krankheit am Erscheinen verhinderten Schuldner **1 3, 310; 6 924; 7 882.** —

Widerspruch mit Gesuch um Einstellung d. Haftvollzugs **1 3, 309.** — Haftbefehl bei Unmöglichkeit d. Erscheinens (Aufenthalt d. durch Erlaßzustellung geladenen Schuldners im Ausland) **7 882.** — Einwendung gegen den Haftbefehl, daß die vom Richter zu prüfenden Voraussetzungen für den Erlaß nicht vorliegen **4 760** (fehlender Vollstreckungstitel); **5 889, 890.** — Einwendung gegen d. Haftbefehl wegen materieller Einwendung gegen die Schuldforderung **1 3, 309.** — Einwendung gegen d. Haftvollzug nach § 766 ZPO. **1 3, 309 (2); 4 760.** — Ersuchen d. Vormundschaftsgerichts an das zuständige Wohnortgericht um Anweisung d. Gerichtsvollziehers zur Verhaftung? **6 925** (vgl. Rechtshilfe). — Bestreiten der Pflicht z. Eidesleistung noch nach Erlaß d. Haftbefehls? **5 889.** — Einstellung d. Haftvollzugs nach § 769 ZPO. **1 3, 309 (2); 3 2, 595.** — Aufhebung d. Haftbefehls bei Eidesunfähigkeit d. Schuldners **3 2, 595.** — Aufhebung d. Haft wegen Konturseröffnung **3 2, 595.** — bei Gefundheitsgefährdung Aufhebung d. Haftbefehls od. Sittierung d. Vollzugs? (§ 766 ZPO.) **4 760; 5 888; 6 925.** — Haftentlassung von Amts wegen bei Feststellung einer früheren Eidesleistung **4 760; 5 890, 891** (vgl. **6 925**). — Haftentlassung wegen Eidesleistung; sofortige Beschwerde des Gläubigers wegen ungenügender Eidesleistung? **3 2, 595.** — Zustellung des im Eidesleistungstermin in Abwesenheit d. Gläubigers erlassenen Haftbefehls **3 2, 596.** — Verhaftung d. Schuldners in einer fremden Wohnung **3 2, 596.** — Gleichgültigkeit der Gewahrsamsfrage bei Verhaftungen **4 761.** — einseitige Einstellung d. Haftvollzugs, wenn d. verhaftete Schuldner sich zur Eidesleistung bereit erklärt? **5 890.** — einseitige Einstellung d. Haftvollzugs, wenn d. Schuldner sich nach Erlaß d. Haftbefehls auf frühere Eidesleistung beruft **6 925** (s. oben). — Zustellung d. Haftbefehls; Anwendung d. § 329 ZPO.? **3 2, 596; 6 924, 925.** — ist gegen d. Haftbefehl oder erst gegen die nach Einwendungen gegen den Haftbefehl nach § 766 ZPO. ergangene Entscheidung die sofortige Beschwerde nach § 793 ZPO. zulässig? **6 924, 925** (vgl. **1 3, 309, 310**); **7 882.** — Beschwerde wegen früherer Eidesleistung **3 2, 596; 4 760; 5 890.** — Beschwerde wegen Nichtvorliegens e. vollstreckbaren Titels **4 760.** — Beschwerde, weil der verhaftete Schuldner durch Krankheit am Erscheinen verhindert war **6 924.** — Lauf d. Beschwerdefrist **1 3, 310.** — Verhaftung ohne Vorauszahlung d. Kosten? **1 3, 310.** — Einfluß d. Armenrechts auf d. Pflicht zum Vorauszahlen d. Haftkosten **1 3, 310; 3 2, 596; 4 761; 5 891** (vgl. Armenrecht).

Manifestantenverzeichnis. — Einsicht d. Registers hierzu: Erlaubnis d. Amtsgerichtsvorstandes in Bayern **1 3, 310, 311.** — Erteilung von Abschriften **1 3, 311; 4 761; 6 926 (2).** — Notizenentnahme **4 761; 6 926.** — Eintrag e. prozessunfähigen Schuldners, wenn nur einer v. mehreren gesetzlichen Vertretern den Eid geleistet hat **3 2, 595.** — Streichung von zu Unrecht (irrtümlicher Erlaß eines Haftbefehls) Eingetragenen **3 2, 596.** — Recht auf schriftliche u. mündliche Auskunft gegenüber d. Gerichtsschreiberei, ob eine bestimmte Person im Verzeichnis steht **6 926.** — Einsicht u. Abschriften d. Protokolls über den Eidestermine u. des Vermögensverzeichnisses? **3 2, 564; 4 760; 5 891; 6 926.**

Offenbarungspflicht s. Anzeigepflicht.
Offene Handelsgesellschaft.

Allgemeines. — Rechtscharakter: keine juristische Person, sondern Gesellschaft zur gesamten Hand **2 2, 79, 80; 3 2, 31; 4 578; 5 660; 6 635.** — Einfluß d. § 90B. auf alte Gesellschaften **2 2, 80, 81.** — Wichtigkeit d. mit e. Geisteskranken geschlossenen Gesellschaft **7 609.** — mehrere o. H. zwischen denselben Personen **2 2, 81, 86** (Verträge zwischen den beiden o. H., Wechsel der einen H. an Ordr der anderen); **2 2, 87** (Prozesse solcher Gesellschaften miteinander). — Haftung dessen, der das Geschäft e. o. H. ohne Firma übernimmt **5 643.** — gemeinschaftlicher Geschäftsbetrieb ohne Befolgung d. Firmenvorschriften **7 609.** — Haftung dessen, der, ohne Gesellschafter zu sein, die Führung einer auf seine Mitgliedschaft deutenden Firma seitens eines Dritten duldet **3 2, 32; 6 639.** — Haftung v. Personenvereinigungen, die sich nur als o. H. gerieren **2 2, 81, 93 (2); 7 615 (2).** — Grunderwerb e. inländischen o. H., deren Teilhaber Ausländer sind **1 2, 396.** — Umwandlung e. o. H. in eine Kommanditgesellschaft u. umgekehrt **2 2, 96, 100** (s. Handelsgesellschaft); Umwandlung in eine GmbH. **2 1, 80** (persönliche Haftung des vormaligen Gesellschafters u. nummehrigen Geschäftsführers s. Warenbestellungen d. alten Gesellschaft); **4 577** (Auflassung s. diese). — kann eine wegen Formmangels nicht zur Entstehung gelangte GmbH. als o. H. behandelt werden? **4 580.** — o. H. Arbeitgeberin i. S. d. Krankenversicherungsgesetzes **2 2, 81.** — Wechsel in d. Person d. Gesellschafter; Fortbestand od. Auflösung d. o. H. **2 2, 94, 95.** — Eintritt neuer Gesellschafter; Vorbehalt d. Eintritts eines Dritten bei Vertragsabschluß **4 579.** — Bereinigung v. Minderkaufleuten **3 2, 32** (s. diese); **5 660; 6 636.** — nicht rechtsfähiger, ein Handelsgewerbe treibender Verein als o. H. **2 2, 80; 4 580; 6 635.** —

(Öffene Handelsgesellschaft)

Abgrenzung v. d. bürgerlichen Gesellschaft 7 609. — v. S. unter Ärzten (Heilanstalt) 3 2, 31. — politisches Wahlrecht d. o. S.? 4 581. — Veränderung v. Namen u. Wohnort d. Gesellschafters, Eintrag in das Register 4 581. — Ablehnung d. Eintragung od. Löschung d. Eintrags, wenn ein ernstlicher Handelsbetrieb nicht bezweckt ist 3 2, 238. — Sitz der o. S.; mehrfacher Sitz? 2 2, 81; 5 660. — Teilhaber einer o. S. als Geschworene bei einem gegen die o. S. begangenen Raub 5 661. — o. S. als Mitglied e. Innung 4 952. — Anmeldung e. Änderung d. Personalien d. Gesellschafters (z. B. Wohnort) zum Register? 7 609. — Anfechtung d. Gesellschaftsvertages wegen Irrtums über d. Vertrauenswürdigkeit des Ghemanns e. Gesellschafters, der für seine Frau die Geschäftsführung besorgen soll 7 610. — Steuerpflicht i. Württemberg 7 622.

E r r i c h t u n g. — ohne Vertrag durch rein tatsächlichen Zustand 5 660. — Gewerbebetrieb eines nicht rechtsfähigen Vereins 2 2, 80; 4 580; 6 635. — gemeinsamer Gewerbebetrieb zweier gütergemeinschaftlicher Eheleute 2 2, 78, 79 (f. Ehegatten). — tatsächliches Zusammenwirken zweier Kaufleute 2 2, 80, 81, 93 (2). — Entstehung e. o. S. durch Eintritt e. Person in das Geschäft e. Einzelkaufmanns (f. Eintritt), hierbei mögliche Formen 7 609. — Bildung einer o. S. durch Fortführung e. Geschäftes seitens mehrerer Miterben (f. Miterben) 2 2, 28, 33, 80; 3 2, 12; 4 580; 7 297 (Eintrag i. d. Handelsregister). — unbefugte Handlungen e. Gesellschafters vor Eintragung 2 2, 85. — stillschweigender Vertragsabschluss 2 2, 80. — tatsächliche Fortführung d. auf nichtigem Gesellschaftsvertrag beruhenden Betriebes 2 2, 80. — Geschäftsbeginn ohne Eintragung 6 637. — Vereinbarung, das Gesellschaftsverhältnis solle nach außen nicht hervortreten 2 2, 80. — Schein gründung (Prüfungsrecht des Registerrichters) 3 2, 32, 33. — Abhängigmachung d. Eintragung e. o. S. von Erfüllung d. Vorschrift d. § 108 Abs. 2 HGB.? 7 609. — Errichtung e. o. S. nur zu dem Zweck, die allein für Rechnung eines der angebliehen Gesellschafters gehenden Geschäfte im Namen der o. S. abschließen zu können 2 2, 100. — Prüfung d. Vertrags durch d. Registerrichter 2 2, 81, 82; 7 609. — Anmeldung durch Vertreter; Spezialvollmacht? 6 636. — Bedeutung d. Widerrufs d. Anmeldung seitens e. Gesellschafters 6 636. — Recht der nicht eingetragenen Gesellschafters bei nur teilweisem Eintrag der Gesellschaft in das Register, die Löschung (nicht nur d. Berichtigung) herbeizuführen 2 2, 40. — Behandlung eines den Tatbestand e. o. S. bildenden gesellschaftlichen

Verhältnisses als solche trotz anderer abschließlicher Bezeichnung 2 2, 80; 7 609. — Gegenbeweis gegen die Entstehung trotz Eintrags ins Handelsregister 4 581.

F i r m a f. auch diese. — kein ein Gesellschaftsverhältnis andeutender Zusatz bei Aufnahme der Namen aller Gesellschafters in die Firma 2 2, 25. — Namen v. Strohmannen 2 2, 25; 4 562. — „M. L. Söhne“ bei Begründung d. Gesellschaft durch zwei Brüder 2 2, 25; 3 2, 9; 5 640. — Änderung des Nachfolgeberhältnisses andeutenden Zusatzes bei Ausscheiden eines als Nachfolger i. die Firma eingetretenen Gesellschafters 2 2, 25. — Gebrauch e. Pseudonyms? 7 593. — Gründung e. o. S. unter gleichzeitiger Vereinbarung des sofortigen Ausscheidens des seinen Namen als Firma hergebenden Gesellschafters 2 2, 29. — Nachfolgerzusätze bei Nicht Einwilligung in die Namensfortführung seitens d. Ausscheidenden 2 2, 29. — kein Widerspruchsrecht des Ausscheidenden gegen den Verbleib seines Namens in der Firma, wenn d. Firma den Namen schon vor seinem Eintritt erhielt 2 2, 29. — Führung eines Geschäftes unter d. alten Firma seitens e. Gesellschafters nach Auflösung der o. S. 2 2 30; 3 2, 32. — Zeichnung d. Firma f. Firma. — Führung zweier Firmen 4 580. — Kenntlichmachung wenigstens des einen Teilhabers der neu gegründeten o. S. durch Namen nötig; andere Bezeichnung „L. Mayer Sohn u. Cie.“ genügt nicht 5 640; 6 607. — Erwerb d. Geschäftes e. Einzelkaufmanns mit Firma 6 608. — Übergang d. Firma e. GmbH. auf e. o. S. 6 608. — Zusatz „Bank“ 6 636. — Behandlung d. Rechtes z. Führung u. Übertragung d. Firma als Individualrecht e. einzelnen Gesellschafters 6 636. — Übertragung e. nicht in das Register eingetragenen Firma e. Einzelkaufmanns an eine o. S. 7 609.

M i t g l i e d s c h a f t. — o. S. als Mitglied einer anderen o. S. 2 2, 81; 4 579. — Aktiengesellschaften 2 2, 81; 3 2, 32; 4 579. — Teilhaber einer Kommanditgesellschaft 2 2, 102. — Ehefrauen f. diese u. Handelsrau. — Minderjährige (Genehmigung d. Vormundschaftsgerichts bei Gelb aufnahme) 2 2, 82; Genehmigung des Gerichts bei Liquidation, wenn Grundstücke vorhanden sind 2 2, 100. — Wechsel i. d. Person d. Gesellschafters; Fortbestand od. Auflösung d. o. S. 2 2, 94, 95 (f. unten Auflösung). — Anfechtung der Beitrittserklärung wegen Täuschung 6 50. — Unterbeteiligung 7 655. — Beteiligung e. stillen Gesellschafters 7 655.

R e c h t s v e r h ä l t n i s s e n a c h a u ß e n. — Verlegung d. Zeitpunkts d. Wirksamkeit auf einen späteren Termin als den des Eintrags; Einfluß auf Prozesse? 2 2, 85. — rechtliche Stellung d. o. S. im öffentlichen

Recht **6 635**. — politisches Wahlrecht der o. *H.*? **4 581**. — Geschäftsbeginn vor Eintragung; nach außen unveränderte Fortführung d. bisherigen Geschäftsbetriebs unter d. bisherigen Firma **6 637 (2)**. — rechtliche Selbständigkeit d. o. *H.*: Fähigkeit, Eigentum zu haben **2 2, 85** (i. unten Vermögen); **5 660**. — Vollmachtserteilung an e. o. *H.* **2 2, 85**. — Strafantrag einer o. *H.*? **7 612, 613**. — baurechtliche Auflagen an d. o. *H.* oder an die Inhaber zu richten? **7 612**. — Haftung für unerlaubte Handlungen d. Vertreter **2 2, 85; 6 637; 7 612**; ein Gesellschafter verpfändet für ein innerhalb seiner Vertretungsmacht für d. o. *H.* aufgenommenes Darlehen namens der o. *H.* von ihm unterschlagene Wertpapiere **2 2, 85**. — Handlungen u. Unterlassungen, die ein Mitglied in seinen persönlichen Beziehungen vornimmt, als Handlungen d. o. *H.*? **4 578**. — verfällt die von d. o. *H.* eingezogene Konventionalstrafe, wenn ihr vertretungsberechtigter Gesellschafter d. fragliche Handlung in seinen persönlichen Beziehungen vornimmt? **4 578**. — Erbfähigkeit **4 477; 5 661**. — Aktienzeichnung seitens e. Gesellschafters namens d. o. *H.* **6 635**. — Haftung d. o. *H.* als Grundstückeigentümerin gegenüber der Polizei **6 637**. — Teilhaber d. o. *H.* als Gesamtgläubiger bez. d. Rechte aus e. Kaufvertrag **3 1, 207**. — Büchereinsichtsrecht e. partiariischen Gläubigers? **7 610**. — stillschweigende Einführung v. Majoritätsbeschlüssen **7 611**. — Haftung d. Gesellschaft für d. von e. Gesellschafter vor seinem Eintritt gegenüber e. Dritten eingegangene Konkurrenzverbot **7 612**. — Mehrheit von Niederlassungen **2 2, 81**. — Erwerb eines Geschäftes mit Firma durch d. o. *H.*; Eintragung d. einzelnen Gesellschafter als Inhaber **2 2, 82**. — Errichtung u. Anmeldung e. Zweigniederlassung **2 2, 82**. — muß e. deutsche o. *H.* für d. österreichische Zweigniederlassung einen Prokuristen bestellen? **4 581** (i. Zweigniederlassung). — Prokuraerteilung u. Anmeldung **2 2, 82**. — Bauhandwerkerhypothek auf Gesellschaftsgrundstücken **7 615**.

Prozessuale Stellung. — Prozeß u. Parteifähigkeit **1 3, 29; 2 2, 86; 3 2, 33, 354**. — Parteifähigkeit einer ausländischen o. *H.* **3 2, 33** (partnership in New York), **354** (i. Handelsgesellschaften); **5 750**. — Prozeßfähigkeit der Zweigniederlassung **2 2, 87**. — Armenrecht? **2 2, 81; 3 2, 33** (i. dieses). — Gerichtsstand **3 2, 344; 5 750** (inländische Zweigniederlassung einer ausländischen o. *H.*) i. Gerichtsstand. — Zeichnung in der Klageschrift mit der Firma allein, besonders bei Liquidation **2 2, 89, 90; 5 661** (i. Klageschrift). — muß die Klage ersehen lassen, ob die unter ihrer Firma benannte Partei Einzel-

kaufmann, o. *H.* oder *R.-G.* ist? **6 637**. — Benennung der Vertretungsberechtigten im Prozeß? **2 2, 22; 5 661, 754**. — Wechsel der Vertretungsberechtigten **2 2, 87**. — Richtigstellung der Firma während des Prozesses **3 2, 34**. — Prozeß zweier aus den gleichen Personen bestehenden o. *H.* gegeneinander **2 2, 87**. — Verbindung der Klage gegen die o. *H.* mit der gegen die Gesellschaft; Kosten bei solcher Verbindung **2 2, 86, 90; 6 637, 794; 7 613**. — Ausdehnung oder Umwandlung der Klage gegen die o. *H.* auf die Gesellschaft; Klagenänderung? Einrede der Rechtshängigkeit seitens des Gesellschafters **2 2, 87; 3 2, 33, 34; 4 581; 5 661; 7 613**. — Klage gegen Gesellschaft u. Gesellschafter; Bezeichnung des letzteren im Klagerubrum als Mitinhaber; Streichung dieses Zusatzes **7 613**. — Kautionspflicht einer o. *H.* mit Sitz im Inland **3 2, 33** (i. Gerichtskostengefeh). — Gesellschafter als Streitgenosse **3 2, 33; 7 613**. — Gesellschafter als Neben- oder Hauptinterveniens oder als auctor im Prozesse der Gesellschaft **2 2, 87; 3 2, 33, 364**. — Gesellschafter als Zeuge **3 2, 34; 6 638**. — Zeugnisverweigerungsrecht der vertretungsberechtigten, für Stempelgebühren haftenden Gesellschafter im Prozeß des Fiskus gegen den der o. *H.* Kredit Gebenden **6 638**. — ausgeschiedener Gesellschafter als Zeuge **1 3, 166; 2 2, 89** (bei Fortsetzung e. gegen die o. *H.* erhobenen Prozesses nach deren Auflösung gegen den übernehmenden Gesellschafter), **90; 6 638**. — Gesellschafter als Richter, Gerichtsschreiber, Gerichtsvollzieher in Prozessen der o. *H.* (i. Ausschließung) **3 2, 33; 5 661**. — Eidesleistung **2 2, 90** (nicht vertretungsberechtigte Gesellschafter?); **3 2, 34**. — Pflicht sämtlicher Gesellschafter z. Leistung d. Offenbarungseides **3 2, 563**. — Anerkennung des Vertreters der o. *H.* bei Bestreiten seitens eines mitbeklagten Gesellschafters **2 2, 88**. — widersprechende Erklärungen der zwei von den 2 Gesellschaftern aufgestellten Anwälte **4 582**. — Vollstreckung e. gegen die Zweigniederlassung ergangenen Urteils in das Vermögen der o. *H.* **2 2, 87**. — Rechtskraftwirkung des gegen die o. *H.* erlassenen Urteils gegen die Gesellschaft **2 2, 87; 3 2, 34; 4 581**. — Vollstreckungsklausel aus e. gegen die Gesellschaft erwirkten Urteile gegen die einzelnen Gesellschafter? **2 2, 89; 6 638, 639, 878** (vgl. Vollstreckungsklausel). — Klage gegen den ausgeschiedenen u. den die Firma der o. *H.* allein fortführenden Gesellschafter; Wirkung des gegen diesen erlassenen Urteils gegen jenen? **6 638**. — Klagen gegen die o. *H.* u. einen Gesellschafter; Rechtsklage, wenn im Prozeß gegenüber dem Gesell-

(Offene Handelsgesellschaft)

schafter statt der Schuld der mitverklagten o. *H.* die Schuld einer anderen o. *H.* geltend gemacht wird, für die er gleichfalls haftet **6 638**. — Widerspruchslage des Gesellschafters nach § 771 *B.D.* **2 2, 87**. — nach Verkündung der erstinstanzlichen Entscheidung, (ber vor Einlegung d. Berufung erfolgte Auflösung der o. *H.* **6 755**.

Einfluß der Auflösung auf anhängige Prozesse **13, 32; 2 2, 88** (Unterbrechung?); **2 2, 100; 3 2, 34; 7 613**. — bei Auflösung wegen Konkurses **2 2, 88**. — bei Übernahme des Geschäftes durch einen Dritten **2 2, 88**. — die im Liquidationsstadium befindliche o. *H.* als Klägerin und Beklagte **5 661**. — Übernahme des Geschäftes seitens eines Gesellschafters **1 3, 119; 2 1, 88, 89 (2); 5 791; 6 638**. — Fortsetzung des Rechtsstreits gegen alle oder einen der Gesellschafter **2 2, 88, 89; 5 661**; notwendige Streitgenossenschaft der eintretenden Gesellschafter **2 2, 89**; Änderung des Rubrums **2 2, 89, 90**; Ausscheiden eines Gesellschafters aus dem Prozeß ohne Einwilligung der anderen? **2 2, 89**. — Einfluß d. Auflösung auf die Zuständigkeit **2 2, 89**. — Streitgenossenschaft früherer Gesellschafter **7 614**. — Äußerung d. gegen die o. *H.* ergangenen bedingten Urteils gegen die Gesellschafter bei Nichtstatfinden einer Liquidation **2 2, 89**. — Fortführung eines Prozesses durch die Gesellschafter bei Auflösung ohne Liquidation **4 582; 5 662**. — Beendigung der Liquidation während des *B.* (Aktio- u. Passivprozesse der o. *H.*) **2 2, 89**. — Aussetzungsantrag bei Tod e. Teilhabers der klagenden o. *H.*? **7 613**. — Wechselvorbehaltsurteil gegen die o. *H.*; Geltendmachung der vorbehaltenen Rechte seitens der Gesellschafter nach Auflösung **7 614**. — Vollstreckung aus e. Urteil gegen die d. *H.* gegen d. Gesellschafter **7 614**. — Vollstreckungsklausel für ein gegen die o. *H.* ergangenes Urteil gegen d. Gesellschafter bei Auflösung ohne Liquidation oder bei noch andauernder Liquidation **2 2, 89; 6 638, 639**. — Streitgenossenschaft der Gesellschafter, wenn die klagende oder beklagte o. *H.* im Laufe des Prozesses sich auflöst **6 638**. — Einklagung einer Gesellschaftsschuld nach Auflösung gegen die einzelnen Gesellschafter als notwendige Streitgenossen **3 2, 362**.

Vertretungsbefugnis. — dispositiv Natur der Gesetzesvorschriften **4 581**. — Anwendung des § 125 auf alte Gesellschaften **2 2, 91**. — Errichtung, Verlegung, Aufhebung von Zirkalen **2 2, 83**. — außerhalb des gewöhnlichen Geschäftsbetriebs liegende Unternehmen **2 2, 83**. — Befugnis zur Aufnahme eines neuen Gesellschafters? **3 2, 35**. — Kontrahieren der

Vertreter mit sich selbst **2 2, 91** (f. Selbstkontrahieren). — Art des Nachweises ihrer Vertretungsbefugnis **2 2, 91**. — Mißbräuchen der Vertretungsbefugnis; Kenntnis des Dritten **3 2, 35**. — Vereinbarung, daß von 2 Gesellschaftern der eine allein, der andere nur in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertretungsberechtigt sei **2 2, 91**. — Vereinbarung, daß von 3 Gesellschaftern *A. u. B.* allein, *C.* nur zusammen mit *A.* oder *B.* vertretungsberechtigt sei **5 662; 6 639**. — Vereinbarung, daß jeder Gesellschafter selbständig zur Vertretung berechtigt sei, die Firma aber nur von je 2 Gesellschaftern gezeichnet werden solle **3 2, 34**. — Vereinbarung, daß ein Gesellschafter zur Vertretung berechtigt, aber nicht verpflichtet sei **4 581**. — Wissen e i n e s Gesellschafters als Wissen der o. *H.* **2 2, 91**. — Wissen e. Gesamtvertreters als Wissen der o. *H.* **6 638**. — Genehmigung des nur von einem Teil der Vertretungsberechtigten geschlossenen Vertrags durch die übrigen; Form der Genehmigung, Erklärung gegenüber dem Dritten **5 662**. — Stellung der von der Vertretung ausgeschlossenen Gesellschafter; Erteilung einer Prokura oder generellen Handlungsvollmacht an sie **2 2, 91**. — konstitutive Natur des Urteils auf Entziehung d. Vertretungsmacht **2 2, 83**. — Einfluß des Urteils auf Entziehung der Geschäftsführung auf die vertragsmäßige Regelung der Geschäftsführung **2 2, 83**. — Ausschluß sämtlicher Gesellschafter von der Vertretung **2 2, 91; 3 2, 34**. — Geschäftsführung durch Dritte **7 610**. — Procuraerteilung seitens eines nur gemeinschaftlich mit einem Prokuristen zur Vertretung berechtigten Teilhabers? **2 2, 91**. — Grundstücksveräußerung seitens eines nur in Gemeinschaft mit einem Prokuristen zur Vertretung berechtigten Teilhabers **2 2, 91, 92**. — Annahme e. Wechsels durch den Aussteller als Teilhaber der o. *H.* für diese **1 1, 117; 2 1, 91** (f. Selbstkontrahieren, Wechsel). — Ausstellung von Wechseln seitens eines nicht befugten Gesellschafters **3 2, 35**. — widersprechende prozessuale Erklärungen der 2 von den 2 Gesellschaftern einzeln aufgestellten Anwälte **4 582**. — tatsächliche Zulassung der Vertretung der o. *H.* durch einen anderen Gesellschafter seitens des allein im Register als vertretungsberechtigt eingetragenen **6 605**. — Vergütung für Führung der regulären Geschäfte mangels Abrede **2 2, 82**. — stillschweigende Ermächtigung eines Kollektivvertreters seitens d. anderen zum selbständigen Geschäftsabluß **7 614**. — einstweilige Verfügung auf Übertragung des alleinigen Vertretungsrechts auf

einen Gesellschafter; Anmeldung; Wahrung der Frist des § 929 B.P.D. bei Eintragung nach Fristablauf 7 614. — Verzicht der übrigen Gesellschafter auf Rechnungslegung durch d. geschäftsführenden 7 612. — Nachweis der Vertretungsbefugnis durch Zeugnis trotz bereits eingetragener Auflösung 7 615. — Beschränkung der Vertretungsmacht: Geltung gegenüber den mit der Gesellschaft kontrahierenden Gesellschaftern 2 2, 92. — Haftung des seine Vertretungsbefugnis überschreitenden 2 2, 92 (vertragswidrige Unterzeichnung eines Wechsels im Namen der Gesellschaft). — Gültigkeit des von einem Vertreter unter Überschreitung seiner Befugnisse mit einem Dritten hier von Unterrichteten geschlossenen Geschäftes? 2 2, 92 (absichtliches Handeln zum Nachteil der Gesellschaft). — Notwendigkeit des Eintrags einer Beschränkung der Vertretung auf eine von mehreren Niederlassungen 2 2, 92. — einem von zwei Gesamtvertretenen die Vertretungsmacht entziehendes Urteil; Wirkung u. Anmeldung zum Register 6 639. — Vertretung der o. H. oder Handeln im eigenen Namen 7 614. — Entziehung der Vertretungsmacht bei vor 1900 gegründeten o. H. 2 2, 92.

Haftung der Gesellschafter nach außen. — Identität des Rechtsgrundes für Haftung der o. H. u. der Gesellschafter? 2 2, 92 (2). — Behauptung, daß die Gesellschaft vertragsbrüchig sei, als Voraussetzung für die Klage gegen Gesellschafter 2 2, 92. — Haftung als Gesamtschuldner 2 2, 93. — Wirkung der Anfechtung des Gesellschaftsvertrags auf die Haftung des Anfechtenden 3 2, 33. — Solidarhaftung für Forderungen eines Gesellschafters gegen die Gesellschaft 4 582. — Fortdauer der Solidarhaftung bei Übernahme des aufgelösten Geschäftes mit Aktiven u. Passiven seitens eines Gesellschafters 5 662. — Solidarhaftung für den von einem der Gesellschafter ohne Wissen der anderen bei Vertragsabschluß einem Dritten zugefügten Schaden 5 662. — Haftung der an Stelle e. austretenden neu eintretenden Gesellschafter für den Abfindungsanspruch des Auscheidenden 6 611 (2), 639, 640. — Haftung der sich nur als Teilhaber Gerierenden 6 639. — Haftung dessen, der, ohne Gesellschafter zu sein, die Führung e. auf seine Mitgliedschaft deutenden Firma seitens e. Dritten duldet 3 2, 32. — Haftung der ausgeschiedenen Gesellschafter 6 639. — Haftung des ausgeschiedenen Gesellschafters f. Erfüllungsverweigerung der o. H.; Fristsetzung nach § 326 B.O.B. 6 147. — Haftung des ausgeschiedenen Gesellschafters aus undatierten Akzepten der o. H. 3 2,

514 (2). — Haftung der ausgeschiedenen Gesellschafter bei Nichteintragung der o. H. 2 2, 93. — Haftung der ausgeschiedenen Gesellschafter für die nach seinem Ausscheiden erteilten Prolongationswechsel 2 2, 93. — Haftung der ausgeschiedenen Gesellschafter im Konkurs 2 2, 98. — Aufrechnung der wegen e. Privatschuld verklagten Gesellschafter mit e. Gesellschaftsforderung 6 639 (s. Aufrechnung). — Wirkung e. Erlasses gegenüber der o. H. auf die Haftung der Gesellschafter 6 639, 640. — Haftung für nicht ausdrücklich für die o. H. eingegangene Wechselverbindlichkeit 1 1, 104.

Rechtsverhältnisse der Gesellschafter nach innen. — Erfindungen eines Teilhabers 2 2, 82 (s. Patent, Stabliementserfindung). — Beschlußfassung über Errichtung, Verlegung u. Aufhebung einer Filiale 2 2, 83. — außerhalb des gewöhnlichen Geschäftsbetriebs liegende Unternehmen 2 2, 83. — Verteuerung des Einkommens aus der o. H. 5 660. — Anspruch jedes einzelnen Gesellschafters oder nur der Gesamtheit der übrigen Gesellschafter auf Rechnungslegung seitens des geschäftsführenden 5 660. — Haftung eines Gesellschafters für vertragswidrige Ausbeutung des Gesellschaftsvermögens 4 278. — Anwendung der Schiedsgerichtsklausel bei Klagen auf Zahlung des festgestellten Geschäftsanteils gegen den Gesellschafter, der das Geschäft ohne Liquidation übernommen hat 6 636. — Recht auf Einsicht der Bilanz nicht abtretbar 2 2, 83. — Entnahme von 4% des Kapitalsanteils 2 2, 84 (s. unten Bilanz). — Konkurrenzverbot für den Fall des Ausscheidens mit oder ohne Grund 2 2, 82. — zeitlicher Umfang des Konkurrenzverbots; Geschäfte, die erst nach Auflösung der Gesellschaft zwecks Vorbereitung e. eigenen Geschäfts wirksam werden sollen 7 610. — Pflicht zur Verzinsung unbefugter Gelbentnahme 2 2, 82. — Recht der Witwe eines G. auf Büchereinsicht 7 322. — Umfang des Rechtes zur Büchereinsicht; zeitliche u. sachliche Grenzen; Recht der Erben; Bestimmung e. Revisors als Vertreters im Urteil 7 610 (2). — Treupflicht der G. gegeneinander; Berechnung e. höheren Einkaufspreises seitens des mit Ankauf von Aktien betrauten Gesellschafters 7 610. — Unmöglichkeit der Büchervorlage 7 610. — Veragung des Rechtes zur Büchereinsicht gegenüber e. partiariischen Gläubiger 6 610, 611. — Mitwirkung des Vormundschaftsgerichts bei Beteiligung Minderjähriger 2 2, 82 (Gelbaufnahme); 2 2, 85 u. 100 (bei Liquidation u. Verkauf von Grundstücken). — Führung der Geschäfte oder Liquidationsführung als Beitragsleistung 7 610. — Gewinn- u. Verlustberechnung

(Öffene Handelsgesellschaft)

bei Vertragsbestimmung, daß zum Gesellschaftsverlust jeder Teilnehmer zu gleichen Teilen beitragen soll 7 612.

G e s e l l s c h a f t s v e r m ö g e n. — Rechtsnatur 2 2, 85; 4 578; 6 635; 7 611, 612. — Erwerb eines zum G. = vermögen gehörigen Gegenstands seitens eines Gesellschafters u. umgekehrt 4 578; 5 660. — Aufrechnung mit einer Forderung gegen sämtliche Gesellschafter gegenüber e. Forderung der o. G.? 5 661. — Erbfähigkeit der o. G. 4 661. — Erfindungen eines Teilhabers 2 2, 82. — Sacheinlagestempel 7 610. — Umsatzsteuer bei Einbringung e. im gemeinschaftlichen Eigentum der Erben stehenden Grundstücks in die von ihnen gebildete o. G.? 6 635. — Umsatz- oder Schenkungssteuer bei Überlassung e. Grundstücks seitens des Vaters an die durch die Söhne gebildete o. G.? 6 635. — Begriff der Einlage 7 610. — Grundstücke (s. Auflassung); Eintrag ins Grundbuch 2 2, 20, 85. — Grundstücke bei Auflösung der o. G. durch den Tod eines Gesellschafters 2 2, 20 (Grundbucheintrag). — Unterlassen der Berichtigung des Grundbuchs trotz Vereinbarung, daß ein Grundstück in das Vermögen der o. G. fallen soll 2 2, 85. — Auflassung bei Auflösung 2 2, 86. — Auflassung der Grundstücke bei Übernahme des Geschäfts durch einen Gesellschafter 2 2, 94; 5 663; bei Übernahme nach § 142 HGB. 2 2, 96, 97; 5 663 (s. unten Ausscheiden von Sozien). — Anfassung bei Erwerb eines bestehenden Geschäftes samt Firma durch die o. G. unter Löschung der alten Gesellschafts-Firma u. Eintrag der neuen Firma? 4 560, 561 (s. aber 4 577). — Auflassung bei Gründung einer o. G. durch Miterben unter Einbringen eines Nachlaßgrundstücks? 4 579. — Auflassung bei Aufnahme eines Kommanditisten in einer bestehenden o. G. 5 663. — Auflassung bei Übertragung der dem Erben eines Gesellschafters zustehenden Ansprüche auf den einzigen noch vorhandenen Gesellschafter 5 663.

B i l a n z s. diese. — Anwendung des § 40 HGB. auf die Bilanz e. o. G.? 2 2, 83, 84. — Buchung des Gehaltes eines Gesellschafters 2 2, 84. — Gewinnberechnung bei der vor 1900 entstandenen o. G.; rückwirkende Kraft des § 121 HGB.? 2 2, 84. — kann auch im ersten Jahr bis zu 4% des Kapitalsanteils von jedem Gesellschafter entnommen werden? 2 2, 84. — Beweislast bei Entnahme von mehr als 4% 2 2, 84. — Abtretbarkeit des Anspruchs auf Entnahme der 4% 2 2, 84. — Bedeutung für Feststellung der Ansprüche eines ausscheidenden Gesellschafters 2 2, 95. — Vereinbarung über Einstellung von Vermögensstücken unter ihrem Wert; Ab-

schreibung auf Null 6 637; 7 611. — Abschreibung ohne Wertverlust; sind sie Einlage im Sinne des § 111 HGB.? 7 611. — Privatvermögen der Gesellschafter 7 611. — Wertansatz: Über- u. Unterbewertungen; steuerrechtliche Bedeutung der vertraglichen Abrede von Zumein- oder Zuvielabschreibungen 7 611. **A u f l ö s u n g** s. oben prozessuale Stellung. — rechtliche Bedeutung 2 2, 93, 94; 3 2, 35 (Aufhebung der produktiven Seite, aber Fortsetzung des Gemeinschaftsverhältnisses bis zur vollendeten Liquidation). — bloße Abfindung eines einzelnen Ausscheidenden 2 2, 93; 6 640. — Haftung der neu eintretenden Gesellschafter für das Guthaben der ausscheidenden 6 611, 639, 640. — Haftung der Ausscheidenden s. oben Haftung. — Zurückverwandlung der bereits aufgelösten Gesellschaft durch Gesellschaftsbeschluß in e. o. G. (neues Rechtssubjekt?) 2 2, 94 (besonders bei vorheriger Vereinbarung der Geschäftsübernahme seitens eines Gesellschafters). — Wechsel in der Person d. Gesellschafters; Fortbestand oder Auflösung der o. G. 2 2, 94, 95; 6 640. — vor 1900 getroffene Vereinbarung über Beschränkung oder Ausschließung der A. 2 2, 95. — Vertretungsbefugnis der Gesellschafter nach Auflösung? 4 584. — Übertragung des bisherigen Unternehmens an einen Dritten unter Fortsetzung der o. G. mit dem Unternehmen eines anderen Geschäftszweiges 5 662. — Freisetzung einer zu Unrecht erfolgten Löschung im Handelsregister 3 2, 35. — einstweilige Verfügung auf Auflösung einer o. G.? 5 662. — Beschluß auf Auflösung von e. künftigen Zeitpunkt an 7 615. — Ausschluß der Möglichkeit e. A. = beschlusses durch Statut 7 615. — rechtl. Natur e. A. = beschlusses 7 615. — Veräußerung e. Geschäftes in Kauf u. Bogen 7 621. — in der Person des die Auflösung Fordernden liegender Kündigungsgrund 2 2, 95. — Nichtgenehmigung des Chemanns zum Gewerbebetrieb der Frau als Kündigungsgrund für die anderen Gesellschafter? 2 2, 95. — stillschweigender Verzicht auf Kündigung durch Fortsetzung des Gewerbebetriebs trotz Kenntnis des Kündigungsgrundes 2 2, 95. — Geisteskrankheit oder Gebrechlichkeit e. Gesellschafters als A. = grund nach § 133 HGB. 4 470. — Mangel der Rentabilität als wichtiger Grund für vorzeitige A. 6 640. — Übernahme d. Aktiven u. Passiven durch e. Sozium u. Geschäftsveräußerung 7 617. — Nachweis der Befugnis, über Vermögensstücke der aufgelösten Gesellschaft zu verfügen 5 975. — Zurückverwandlung der aufgelösten o. G. in eine werdende 7 617. — Form der Geschäftsveräußerung 5 127. — Auflassung der Grundstücke bei Auf-

Lösung 2 2, 20, 86, 94; 3 2, 37; 4 583. — Einfluß auf anhängige Prozesse s. oben. — Eintragung einer Gesellschaftsschuld gegen die Gesellschafter als notwendige Streitgenossen nach Auflösung 3 2, 362. — Eintragung der A. im Handelsregister, wenn die Errichtung nicht eingetragen ist 2 2, 98. — Verhältnis von Auflösung u. Auseinanderlegung bei e. im ganzen veräußerten Geschäfte; Zulässigkeit e. Vollstreckungsurteils aus e. ausländischen Erkenntnis nach Auflösung, aber vor Auseinanderlegung 7 617. — Einfluß der A. auf bestehende Vertragsverhältnisse 3 2, 35. — Wirkung der Auflösung auf eine Versicherung der o. H. gegen Geschäftsverluste 4 583. — Kündigung seitens des Privatgläubigers e. Gesellschafters: „Privatgläubiger“ i. S. des § 135 6 640. — Recht des Pfändungsgläubigers (§ 135 HGB.) auf Einsicht des Gesellschaftsvertrags und der Bücher? 6 268, 269, 294, 640. — Kündigungsrecht e. Privatgläubigers e. Gesellschafters nach § 135 HGB.; Verhältnis zu Beschränkungen des Kündigungsrechts nach dem Gesellschaftsvertrag; ius offerendi der Mitgesellschafter; Pfändung des Kündigungsrechtes; Kontrollrecht des pfändenden Gläubigers 6 268, 269. — Anmeldung der A. 7 616. — Form d. einzutragenden A.-svermerkes 7 617. — Entschädigungsanspruch gegen Gesellschafter wegen Nichterfüllung ihrer Bezugsverpflichtung bei Auflösung der o. H. wegen Unrentabilität vor Ablauf der Bezugszeit 7 616. — Umwandlung der o. H. in eine Kommanditgesellschaft 3 2, 35. Stellung der Erben eines Gesellschafters. — Geltung des § 137 u. § 139 HGB. für alte Gesellschaften bei Tod des Gesellschafters nach dem 1 I. 00 2 2, 95, 96. — Ausschneiden des Erben bei Nichtgewährung d. Kommanditistenstellung 2 2, 95 (kann er Liquidation verlangen?); 4 583 (Gültigkeit seiner Rechtsakte; Anteil am Gewinn; Folgen der Erbschaftsausschlagung). — Ehefrau als Erbin: Zustimmung des Mannes zu dem Antrag nach § 139 HGB. nötig 2 2, 96. 6 640. — Fortsetzung einer aufgelösten o. H. als Kommanditgesellschaft durch Vereinbarung mit den Erben des verstorbenen Gesellschafters; Eintritt eines weiteren Kommanditisten 3 2, 35, 36. — wenn der Anteil des Verstorbenen zum Gesamtgut einer fortgesetzten Gütergemeinschaft gehört 3 2, 36. — bei Lebzeiten des Erblassers mit der o. H. getroffene Vereinbarung über Eintritt des Erben 4 583, 584. — Vereinbarung zwischen Erblasser u. Erben oder testamentarische Bestimmung über Eintritt des Erben 4 583. — Stellung des Erbs- oder Nach-erben 4 583. — Lauf der Frist des § 139 Abs. 3 HGB. bei geschäftsunfähigen Erben

4 583. — Zeitpunkt der Anwendung der o. H. einer Kommanditgesellschaft bei Eintritt des Erben 4 584. — Möglichkeit verschiedener Stellung mehrerer Erben 4 584. — Vertretungsmacht des als persönlich haftender G. eintretenden E. 4 584 (2). — vom Anteil des Erblassers abweichender Gewinnanteil des Erbkommanditisten 4 584. — zwingender Charakter des § 139 4 584.

Konkurs. — R. der o. H. u. R. der Gesellschafter; Stellung des Gesellschaftsgläubigers in letzterem 7 615. — wer ist Gemeinschuldner? 2 2, 98, 516, 517. — Stellung des ausgeschiedenen Gesellschafters 2 2, 98. — Vollstreckung der Festschuldung in der R.-Tabelle gegen die einzelnen Gesellschafter? 2 2, 98 (s. unten). — verliert d. Gesellschafter durch Nichterklärung im Konkurs das Recht, der festgestellten Forderung zu widersprechen? 2 2, 98. — Beschränkung des Stimmrechts der Ehefrau im Zwangsvergleichsverfahren? (§ 183 R.D.) 2 2, 98, 514, 517; 3 2, 279. — Klage gegen die einzelnen Gesellschafter während des vor 1900 eröffneten R. 2 2, 99. — Wirkung der Festschuldung z. Tabelle im R. der o. H., Widerspruch e. einzelnen Gesellschafters 2 2, 98, 516, 517. — Vollstreckung aus der Festschuldung zur Tabelle 2 2, 516, 517. — Geltendmachung des Ausfalls im Gesellschafts-R. gegen die Gesellschafter, insbesondere gegen ausgeschiedene Gesellschafter 2 2, 517. — keine Anwendung des § 212 R.D., wenn nur über das Vermögen der o. H. oder nur über das Privatvermögen e. Gesellschafters R. eröffnet ist 5 958; 6 1006. — Anhören aller persönlich haftenden Gesellschafter vor R.-Eröffnung 4 820. — Einfluß e. Zwangsvergleichs auf die persönliche Haftung der ausgeschiedenen Gesellschafter 3 2, 280, 281. — Einfluß der Geschäftsaufgabe bei R. auf Verträge; Wiederaufleben des Vertrags bei Fortsetzung der o. H. nach Zwangsvergleich 7 617.

Ausscheiden von Sozien. — Wechsel in der Person der Gesellschafter s. oben Allgemeines. — Ausschneiden eines Gesellschafters: Bedeutung d. letzten Bilanz für seine Ansprüche 2 2, 95. — Anmeldung des Austritts zum Handelsregister trotz Konkurses der o. H. nötig 5 644. — Zurückbehaltungsrecht des Ausschneidenden wegen der Abfindungsforderung 1 1, 182; 2 1, 179; 7 616. — Geisteskrankheit oder Gebrechlichkeit e. Gesellschafters Ausschließungsgrund nach § 140? 4 470. — A. des Erben, dem die Kommanditistenstellung verweigert wird; Liquidation? 2 2, 95; insbesondere einer Ehefrau 2 2, 96. — Haftung der ausgeschiedenen Gesellschafter 6 639 (s. oben

(Offene Handelsgesellschaft) unter Haftung). — obervormundschaftliche Genehmigung z. Eintragung des Ausscheidens e. verstorbenen Gesellschafters (§ 138 HGB.) 7 616. — vorzeitige Anmeldung des Ausscheidens e. Gesellschafters zu e. künftigen Termin 7 616. — Verweigerung der Anmeldung d. Ausscheidens bis zur Befriedigung d. Abfindungsansprüche d. Ausscheidenden 7 616. **Vertragsmäßige Übernahme** des Geschäftes durch einen Gesellschafter. — Schuldübernahme nach § 415 BGB. 4 151. — Weiterhaftung der übrigen Gesellschafter 5 662. — Zeitpunkt des Erlöschens der o. H. 2 2, 94. — Gesamtrechtsnachfolger? Auflassung nötig? 2 2, 94, 97; 3 2, 36; 5 663. — Verpfändung des auf den Namen der o. H. eingetragenen Grundstücks seitens der Gesellschafter vor Umschreibung auf den Namen des Übernehmenden 7 621. — Recht des Übernehmers auf Ausbändigung der unter der Firma eingehenden Postsendungen trotz Löschens der Firma 2 2, 97. — Recht des Ausscheidenden auf Büchereinsicht 2 2, 100. — Auseinander- setzung; Gewinnanteil 3 2, 36. — Stempelpflicht 2 2, 97; 5 663; 7 618. — analoge Anwendung des § 142 HGB. 2 2, 97. — Fortdauer der Solidarchaftung aller Gesellschafter bei Übernahme des Geschäfts samt Aktiven u. Passiven seitens e. Gesellschafters 5 662. — Übergang des Warenzeichens auf den die Aktiva u. Passiva, aber nicht die Firma übernehmenden Gesellschafter 7 618. — analoge Anwendung des § 142 auf vertragsmäßige Übernahme oder auf Übernahme infolge gerichtlichen Vergleiches? 2 2, 97 (Notwendigkeit der Auflassung).

Ausschluß und Ausein- setzung bei Vorhandensein von nur 2 Soziern (§ 142). — Fort- führung der den Namen des Ausscheidenden enthaltenden Firma 2 2, 96; 6 610, 641. — bewirkt das auf Klage nach § 142 Abs. 1 ergangene Urteil Übergang des Geschäftes oder kann der Kläger noch von der Übernahme absehen? 2 2, 96. — Wirkung der Übernahme Gesamtrechts- nachfolge? Eigentumsübergang oder ist Auflassung nötig? 2 2, 96, 97 (3); 3 2, 36; 5 663; 6 640, 641; 7 616. — neue Anmeldung der Firma 2 2 20, 97. — rückwirkende Kraft d. § 142? 2 2, 97; 6 594. — Auflassung, wenn der übrig gebliebene Gesellschafter sich mit einem Komman- ditisten verbindet 5 663. — umfaßt die Schiedsgerichtsklausel auch den Fall d. Klage auf Zahlung des für den Aus- scheidenden festgestellten Geschäftsanteils? 6 636. — Anwendung des § 142 Abs. 2 HGB. auf vor 1900 geschlossene Gesell-

schaften 6 641. — Stempelpflicht 6 641; 7 616, 618 (s. oben). — Einfluß auf die Einkommensteuer d. Übernehmenden 6 641. **Liquidation.** — Wesen der L., Identitäts-, Zufessions-, Fiktionstheorie 7 294, 295. — Eintragung des Auf- lösungsgrundes in das Handelsregister? 2 2, 100. — darf der Registerrichter vor Eintragung der Auflösung prüfen, ob die Liquidation durchgeführt ist 2 2, 100. — Beendigung der L. ohne Löschung 2 2, 100. — Mitwirkung des Vormundschaftsgerichts bei Vorhandensein von Grundstücken 2 2, 85, 100. — bedürfnis Auseinander- setzungsvereinbarungen (§ 158 HGB.) der Form des § 313 BGB.? 2 2, 101. — Verein- barung der Löschung vor beendeter L.? 3 2, 37. — Streit über Büchereinsicht nach L. 3 2, 37. — Vereinbarung, daß bei Auf- lösung durch Tod der Überlebende Liquidator sein soll 4 584. — Klage bei Streit zwischen den Gesellschaftern über die Verteilung der L.-masse 4 585. — Feststellungs- klage während der L. bezüglich der für Art u. Weise der Verteilung präjudiziellen Frage 6 641. — Maßstab für die Gewinnverteilung während der L. 5 663; 6 612. — Ver- fügung über das Gesellschaftsvermögen (Hypotheken) durch die Gesellschafter während u. nach der L. (§ 40 Abs. 2 HGB.) 6 641; 7 621. — Rechtsverhältnis d. bis- herigen Gesellschafter untereinander; Konkurrenzverbot 7 621. — Anwendung der f. Verteilung von Gewinn u. Verlust während des Bestehens der o. H. geltenden Vorschriften im L.-verfahren 6 642. — Anwendung des § 752 BGB. 7 297. — Pflicht zur Beitragszahlung während der L. 7 618. — L.-firma 7 620, 621 (Firmen- änderung während der L.). — Behandlung früherer rechtswidriger Entnahmen aus d. Gesellschaftskasse 7 620, 621. — Anfaß ungetilgter Gesellschaftsschulden bei Schlußverteilung 7 620. — Erfaß von Mehraufwand eines Gesellschafters bei Schlußverteilung 7 621. — Erbfähigkeit einer in L. befindlichen o. H. 4 477. — Sitzverlegung während der L. 7 621. — Ausein- ander- setzung ohne L., Veräußerung des Geschäftes in Wausch und Wogen; Form 7 621.

Beurteilung der Liquidatoren. — richterliche Ernennung bei Unmöglichkeit eines ge- dehlichen Zusammenarbeitens 2 2, 99. — richterliche Ernennung nach Eintrag des Übergangs des Geschäfts auf einen Einzelt Kaufmann 3 2, 36; 4 584. — „wichtiger Grund“ nach § 146 Abs. 2 HGB. 5 642, 663. — gerichtliche Ernennung ohne Antrag? 5 663. — Amtsantritt gerichtlich bestellter Liquidatoren 7 620. — zur Ernennung zuständiges Gericht 2 2, 99; 3 2, 239; 4 865. — ist zur Wirksamkeit der Bestellung eines Liquidators Eintrag im

Fette Bahnen = häufig; gewöhnl. Bahnen = Selte,

Handelsregister nötig? § 2, 37. — einstweilige Verfügung auf Ernennung u. Abberufung der L. 2 2, 99; 4 865; 6 642; 5 663, 1017 (s. einstw. Verfügung). — Beschwerde bei Ernennung u. Abberufung von L. § 2, 201 (s. Beschwerde). — Nichtanhören d. Beteiligten vor gerichtlicher Ernennung § 2, 240; 4 865; 5 1018 (Form des Anhörens der Beteiligten). — gerichtliche Ernennung für die vor 1900 begründeten Gesellschaften 6 642.

Aufgabe u. Rechtsstellung der Liquidatoren. — Einzug des Passivbalans eines Gesellschafters 2 2, 99. — Beitritt des Liquidators als Geschäftsführers zu einer neuen Gesellschaft 2 2, 99; 4 585. — Entlassung eines Handlungsgehilfen seitens eines der mehreren mitberechtigten L. 2 2, 99. — Klage eines Liquidators gegen die nur durch alle Liquidatoren vertretbare o. S. 2 2, 99, 100. — Klage e. Liquidators gegen die übrigen L. auf Herbeiführung der Verteilung 2 2, 100. — Zulässigkeit von Klagen d. Mit-L. gegeneinander während der Liquidation? 7 620, 621. — Genehmigung des Nachlaßverwalters oder Nachlaßgerichts zu Verfügungen über Grundstücke bei Auflösung der o. S. durch den Tod 4 585. — Vergütungsanspruch des Liquidators 7 618. — Vergütung für die gerichtlich bestellten Liquidatoren; Anweisung durch das Registergericht? § 31, 561; § 36; 2, 239; 5 1017. — Honorar d. z. Mitliquidator ernannt. Prokurist. 7 620. — Nachweis d. Vertretungsmacht d. eingetragenen Liquidators gegenüber Dritten 7 592, 618. — Beschränkung ihrer Vertretungsmacht gegenüber Dritten (z. B. auf eine Niederlassung) 2 2, 99. — Vertretungsmacht der Gesellschafter neben dem Liquidator? 4 584. — Auszahlung des zur Befriedigung der Gläubiger nötigen Liquidationserlöses an die Gesellschafter oder an einen der Gesellschaft als Gläubiger gegenüberstehenden Gesellschafter 4 585. — kann ein einzelner Gesellschafter gegen den Liquidator auf Rechnungslegung klagen? 5 660. — Haftungsmassstab, wenn alle Gesellschafter Liquidatoren sind 7 618. — Begriff „neue werdende Geschäfte“; Abwicklungsgeschäfte 7 618, 619. — Möglichkeit d. Gesellschaft, die Liquidatoren zur Eingehung eines bestimmten neuen werdenden Geschäftes zu ermächtigen; nachträgliche Genehmigung e. solchen Geschäftsabschlusses 7 619. — Wirkung neuer im Liquidationsstadium abgeschlossener werdender Geschäfte 7 619. — Gesamtvertretung; kein Anspruch des einen Liquidators gegen den anderen auf Einwilligung in die öffentliche Versteigerung in die Gesellschaft eingebrachter Patente 7 620. — Bilanzaufstellung 7 620. —

Niederlegung der Liquidationsführung seitens e. Gesellschafters? 7 618.

Abberufung d. Liquidatoren. — durch das Gericht; Geltendmachung des Anspruchs durch Klage oder im Wege der freiwilligen Gerichtsbarkeit 4 584 (2); 7 618 (Beschwerde). — Abberufung durch einstweilige Verfügung 4 865; 5 663, 1017; 6 462. — keine Abberufung durch das Landgericht § 2, 239. — Entziehung der einem Gesellschafter kraft Gesetzes zugefallenen Stellung als Mitliquidator durch das Registergericht 4 865. — Unterlassung d. Anhörung d. Beteiligten (§ 146 FGG.) vor Abberufung durch das Registergericht § 2, 240; 4 146. — Antrag des Liquidators auf seine Abberufung 7 618. — Abberufung gerichtlich bestellter L. 7 620.

Klageverjährung (§ 159 FGG.). — Beginn der Verjährungsfrist mit Eintragung der Auflösung im Handelsregister 2 2, 101; § 2, 37. — Beginn der Verjährungsfrist gegenüber einer Zweigniederlassung (insbesondere der inländischen Zweigniederlassung einer ausländischen o. S.) 2 2, 101. — Anwendung des § 159 bei Auflösung durch Konkurs 2 2, 101; 5 663. — Ausschluß des § 159, wenn die o. S. leblich errichtet wurde, um die allein für Rechnung eines der augenblicklichen Gesellschafter gemachten Geschäfte im Namen der o. S. abzuschließen zu können 2 2, 101. — Verjährung gegenüber dem von der Auflösung nichts wissenden Dritten § 2, 37. — Verjährung bei in blanco ohne Ausfüllung d. Verfalltags hingeegebenen Wechslern 4 585. — Verjährung vor 1900 entstandener Ansprüche; Fristbeginn; bei Konkurs vor 1900 7 621, 622. — Verjährung vor 1900 entstandener Ansprüche bei Fälligkeit nach Eintragung (§ 159 Abs. 3) 7 622.

Öffentundigkeit. — Begriff 2 2, 436; § 2, 158, 455; 4 695; 5 975; 6 812, 813. — nicht bestrittene, aber nicht notorische Tatsachen 1 3, 130. — offentundig unwahre, aber als wahr zugestandene Tatsachen 4 695; 6 811; 7 796, 797. — Feststellungen in einem Veräumnisurteil auf Grund des klägerischen Vorbringens 4 695. — D. von Gebräuchen und Gewohnheiten 4 695; 6 813. — dem Gericht nicht aus amtlicher Tätigkeit bekannte Tatsachen 4 695. — einer anderen Abteilung des gleichen Gerichts bekannte Tatsachen § 2, 235; 4 858. — beschränkte D. § 2, 455. — Gerichtsoffentundigkeit der Eintragung im Handels- u. Vereinsregister? 6 812. — muß das Gericht bei Annahme der D. einer Tatsache angeben, woher es die Kenntnis geschöpft hat? 6 813. — Absehen von einem Sachverständigenbeweis wegen D. 6 813. — Widerlegung zugestandener oder durch Eidesweigerung

(Offenkundigkeit)

festgestellter Tatsachen, wenn das Gegenteil notorisch ist? 7 796, 797 (2) (s. Beständnis). — D. als Voraussetzung e. Eintragung ins Grundbuch 2 2, 436; 3 2, 158; 5 975.

Öffentliche Abgaben. — vor 1900 zumiel erhobene ö. U.; Verjährung d. Rückstattungsanspruchs 4 542 (s. Verjährung).

Öffentliche Anstalten s. juristische Personen, Erbfähigkeit. — als gesetzliche Erben 5 555; 6 522. — Privilegien nach altem Recht der ö. U. als gesetzliche Erben 3 1, 583. — Wesen d. ö. U. 1 1, 49; 2 1, 24; 4 19.

Öffentliche Arbeiten. — Haftung für ö. U. s. Fiskus, unerlaubte Handlung. — unverschuldete Schadenzufügung durch ö. U. 3 1, 346; 4 265. — Schädigung von Straßenanliegern 4 276. — Entziehung d. Grundwassers 4 276.

Öffentliche Gewalt s. Beamte, Fiskus, Gemeinde, obrigkeitliche Akte, Staat. — rechtliche Natur des Entschädigungsanspruchs aus Art. 77 ÖBGB. 4 21. — keine Haftung d. Staates aus §§ 31, 89 ÖBGB. für Schädigung in Ausübung ö. U. 1 1, 52 f. (s. obrigkeitliche Akte). — Beispiel für Amtshandlungen in Ausübung ö. U. (Art. 77 ÖBGB.) 1 1, 49; 2 1, 25, 26; 3 1, 25; 4 21; 5 16, 17 (s. Beamte). — Verwaltung öffentl. Sachen als Ausübung ö. U. 1 1, 52. — Betrieb e. Gasanstalt seitens e. Gemeinde keine Ausübung ö. U. (Art. 77 ÖBGB.) 2 1, 25.

Öffentliche Ordnung. — gegen die ö. D. verstoßende Rechtsgeschäfte 1 1, 84.

Öffentlicher Glaube des Grundbuchs.

Gegenstand. — die Gesamtheit aller Eintragungen 6 366. — der Grundakteninhalt? 1 1, 544. — zulässige, nicht gefälschte Einträge in einem gültigen Grundbuch 7 397. — Einfluß der Verletzung gesetzlicher Vorschriften bei der Eintragung des Rechtes des Rechtsuchers, z. B. Eintragung auf Grund Auflassung durch einen in Erbengemeinschaft lebenden Miterben 3 1, 402; 6 367; Einfluß der Verletzung formaler Vorschriften bei der Eintragung 6 366; 7 397. — die Einträge eines unzuständigen Grundbuchamtes? 5 391. — die Einträge in öffentl. Büchern des früheren Liegenschaftsrechts 6 366 f. — das sog. Präsentationsregister? Kenntnis des Erwerbers einer Hypothek von dem früheren Eingang des Eintragungsantrages eines später eingetragenen Gläubigers 3 1, 402. — d. tatsächlichen Angaben des Grundbuchs über d. Größe usw. d. Grundstückes, über die Zugehörigkeit von Rechten? 1 1, 544; 2 1, 540 f.; 3 1, 401; 4 320; 5 391 (Feststellungen über Bestandteileigenschaft); 6 366; 7 397 f. — nicht allgemeinverständliche Einträge? 6 367. — die Vertretungsmacht eines eingetragenen Vertreters? 1 1, 546.

Welches Buchblatt maßgebend für Existenz, Umfang und Rang eines Erbbaurechtes oder anderen Grundstückes gleichen Rechtes? 1 1, 545.

Doppelbuchung 1 1, 544; 2 1, 540 f.; 3 1, 401; 4 320 f.; 5 391 f.; 7 398. — Grundbuchberichtigung bei D. 2 1, 542.

Erwerb auf Grund des öffentlichen Glaubens. — Grund des Rechtszweckes von dem nur buchmäßig Berechtigten 3 1, 400. — der Erwerb auf Grund d. ö. U. ein ursprünglicher, nicht abgeleiteter G. 3 1, 401. — wird nicht dadurch rückgängig, daß der Erwerber später Erbe des veräußernden Nichtigentümers geworden ist? 7 398. — Schutz des gutgläubigen Erwerbers ausgedehnt auf dessen Rechtsnachfolger 1 1, 545. — Grenzen des ö. U. 6 367. — Gläubigeranfechtung gegenüber einem Erwerb auf Grund d. ö. U. 7 398.

Kenntnis von der Unrichtigkeit des Grundbuchs 3 1, 402; 5 392; Einfluß eines Rechtsirrtums 5 393; Einfluß der Kenntnis obligatorischer Verpflichtungen 5 393 f. — Erfordernisse der Gutgläubigkeit (Einsichtnahme von dem Grundbuch? Kenntnis seines Inhaltes? Eingetragen sein des Hypothekbestellers als Eigentümer schon z. Bt. der Hypothekbestellung?) 5 392. — Wirkung eines Widerspruches, der gegen den Rechtsbestand einer Hypothek für ein Baugelddarlehen eingetragen ist, weil Geldebeträge nicht zum Bauen verwendet worden seien 5 392. — Erwerb im Vertrauen auf die Richtigkeit der Angaben nicht des Grundbuchs, sondern des Veräußerers 4 321. — keine Grundbuchspflicht d. auf Grund d. ö. U. Erwerbenden 2 1, 541; 5 392. — böser Glaube bezüglich der Tilgung einer Schuld, wenn nur zahlungshalber Wechsel gegeben sind 5 392.

Maßgebender Zeitpunkt für d. guten Glauben 1 1, 545 (bei Abtretung der Briefhypothek); 2 1, 542 (bei Eintragung eines Widerspruches); 5 393 (im Falle der Abtretung einer verpfändeten Hypothek an den Pfandgläubiger zur Realisierung des Pfandrechtes); 7 400. — Eintragung eines Widerspruches oder einer Verfügungsbeschränkung zwischen dem Antrag auf Eintragung eines Rechtes u. der Eintragung 1 1, 545.

Wirksamkeit des öffentlichen Glaubens. — Wirkung bezüglich der eintragungsfähigen, aber nicht eintragungspflichtigen dinglichen Grundstücksrechte 1 1, 545; 5 391; 7 397. — Wirksamkeit in Beziehung auf nicht eingetragene Bedingungen u. Zeitbestimmungen 3 1, 402; 7 397. — desgl. auf im öffentlichen Interesse begründete Verfügungsbeschränkungen, auf

die vertragsmäßige Ausschließung der Übertragbarkeit eines Rechtes, die Rechtsabhängigkeit 7 397. — in Beziehung auf die für den Prämienreservefonds der privaten Versicherungsunternehmungen geltende Verfügungsbeschränkung 3 1, 402. — in Beziehung auf die Einreden des Eigentümers gegen eine dem früheren Eigentümer zugesallene Eigentümerhypothek 6 368. — wirksam auch gegenüber den gegen den dinglichen Bestand der Hypothek sich richtenden Einreden, soweit solche nicht aus dem Grundbuch selbst hervorgehen (Hypothek auf einem deutsch-rechtl. Familienfideikommiß) 5 393; 7 398. — gegenüber den Einreden gegen die Hypothekforderung 1 1, 687; 7 442. — wirksam gegen den wahren Berechtigten bei Erwirkung eines rechtskräftigen Urteiles gegen den buchmäßigen Berechtigten? 1 1, 545. — wirksam bei vertragsmäßiger Übernahme des Gesamtvermögens eines anderen? 1 1, 545. — kein Schutz gegen das Wegnahmerecht 4 321. — Erstreckung des ö. G. auf den Erwerb von Vormerkungen u. Widersprüchen u. Rechten an Vormerkungen? 1 1, 544; 2 1, 536, 537; 3 1, 393 ff., 403; 4 317, 321; 5 389; 6 365; 7 397, 399. — Leistung an einen nur vorgemerkten Berechtigten 1 1, 546. — wirksam zugunsten der sog. gesetzlichen Erbverhältnisse, wie des Forderungserbenganges nach §§ 268, 426, 1163 usw. BGB.? 2 1, 541. — nicht wirksam zugunsten des, der unmittelbar von d. nicht eingetragenen Vorerben ein z. Nachlaß gehöriges Recht erwirbt 2 1, 541. — nicht wirksam zugunsten des Erwerbers in der Zwangsvollstreckung 2 1, 542; 5 392 (Pfändung und Überweisung einer Eigentümergrundschuld, von der vertragsgemäß nicht zum Nachteil eines Nachgläubigers Gebrauch gemacht werden darf); 6 367 (Grundstückserwerb durch Zuschlag). — nicht wirksam zum Nachteil eines in öffentlichen Recht begründeten Anspruchs auf e. Begräbnisplatz in e. Gemeindefriedhof 2 1, 541. — nicht wirksam, wenn die Hypothekbestellung wegen Geschäftsunfähigkeit des Bestellers nichtig ist 5 393. — desgl. bei Nichtigkeit der Übertragung insolge Geschäftsunfähigkeit des eingetragenen Gläubigers 7 398. — nicht wirksam gegenüber schon beantragten, noch nicht erledigten Eintragungen 5 393. — wirksam bei Kapitalzahlungen auf Grundschulden u. Briefhypotheken? 3 1, 403. — nur beschränkt wirksam bei Briefhypotheken (Vermerke auf dem Brief, Vermerk eines Widerspruchs gegen die Nichtigkeit des Grundbuchs) 1 1, 689; 6 416; Erfaß der Eintragung des Gläubigers im Grundbuch durch Legitimation nach § 1155 BGB. 1 1, 695 f.; 2 1, 593; 3 1, 446; 4 354; 6 419. — Grenzen des ö. Gl. 6 367.

Öffentlicher Glaube : nach preuß. G. G. 3 1, 415.
Öffentliches Recht f. Rechtsweg. — Entscheidung d. Zivilprozeßrichters über Verhältnisse d. öffentlichen Rechts, die d. Gegenstand e. für den Zivilprozeß belangreichen Zwischenfrage bilden 4 685; 5 739. — Begriff i. S. d. Art. 55 GGWB. 6 587 (f. BGB.). — Einwirkung d. BGB. auf d. ö. R. 5 602
Öffentliche Sachen f. res publicae.
Öffentliche Sammlung. — rechtliche Natur (f. unten) d. Sammelvermögens 1 1, 19; 2 1, 16; 3 1, 10; 4 9; 5 6, 15; 6 8 f.; 7 9, 10 (Rechtssubjekt d. Vermögens). — Erbeinsetzung 6 546. — Pflegschaft f. ö. S. f. Pflegschaft. — Rechtsverhältnisse zwischen Spendern, Sammlern u. Empfängern 2 1, 433; 3 1, 299; 6 520. — Verjüngnis d. Sammlers zur Einlagung u. Verwendung d. gezeichneten Beträge 1 2, 204; 4 231; 6 520. — Pflicht zur Ablieferung d. Spenden zur bestimmungsgemäßen Verwendung 3 1, 288. — persönliche Haftbarkeit d. Ausschußmitglieder 6 267. — Auslegung d. Zweckbestimmung 6 70. — Begriff d. „Sammlung“ 6 519. — Begriff der „öffentlichen“ S. S. 1 2, 204; 3 1, 579. — bindende Beitragszeichnung als Vermögen 1 1, 213; 1 2, 204. — Vertrag zwischen Spender u. Sammler als Garantievertrag 6 520. — Sammelgut selbständiges Sondervermögen? juristische Person? Eigentum der Sammler als Treuhänder? 1 2, 203, 204; 2 1, 701; 3 1, 579; 4 128, 475; 5 554 (Miteigentum d. Spender); 6 8, 519, 520. — Sammlungs-Komitee als Verein, Gesellschaft 2 1, 21, 701; 3 1, 166, 579 (f. Gesellschaft); 4 9, 14; 6 9, 519. — Vertrag zwischen Spender und Empfänger als durch die Verwalter vermittelter Schenkungsvertrag 2 1, 701. — Schenkungsgeschäft als Vertrag zugunsten Dritter 3 1, 166; 4 9. — rechtliche Stellung d. Empfänger; Gläubigergemeinschaft mehrerer Empfänger nach Bruchteilen? 2 1, 701; 6 520. — Anwendung d. §§ 80, 81 BGB. auf d. Sammelgeschäft? 6 9. — vorübergehender Zweck Bau einer Anstalt 3 1, 579. — Änderung d. Zweckbestimmung 7 12. — Wohlthätigkeitsbare u. Lotterien ö. S.? 3 1, 579. — Überschüsse einer von Arbeitern e. Fabrik geführten Kasseküche 6 520. — Sammlung f. e. in d. satzungsmäßigen Bereich einer öffentlichen Körperschaft fallenden Zweck 3 1, 579. — Unmöglichkeit d. Zwecks 6 520. — Prozeß zwischen Gubern u. Sammlern über d. Recht d. letzteren zur Aufgabe seiner Tätigkeit 3 1, 580. — Sammelvermögen im Grundbuchverkehr 3 1, 580; 6 520. — Konkurs des Treuhänders 3 1, 580; 6 519, 992. — Konkurs des Spenders 6 519.

Öffentliche Straßen u. Plätze. — Begriff d. öffentlichen Straße **1 2, 401**; Erfordernisse in Preußen **1 2, 401**. — Fortbestand der landesrechtlichen Vorschriften zum Schutz d. Gemeingebrauchs an öffentlichen Wegen u. Plätzen? **2 1, 765**. — rechtliche Stellung d. als öffentlicher Weg benutzten Privatgrundstückes **2 1, 772**. — hat d. Anlieger e. Recht auf unveränderte Beibehaltung einer Straße? **1 2, 401** (preuß. Recht); **2 1, 767**; **3 1, 684, 685**; **6 591**. — öffentliche Straßen in Braunschweig **1 2, 401**. — kennt BGB. Klagen zum Schutz der im Gemeingebrauch befindlichen Wege u. Plätze? **2 1, 772**. — Recht d. Wirtschaftswege i. Preußen **3 1, 685**. — Dienstbarkeitsverhältnis zwischen Grundstücks- u. Straßeneigentum nach französischem Recht **6 596**.

Öffentlichkeit des Verfahrens. — das Verfahren vor dem erluchten oder beauftragten Richter **3 2, 331**. — Entmündigungsverfahren: Ausschluß d. Öffentlichkeit während Vernehmung d. Geisteskranken. Verzicht hierauf? **3 2, 331** (vgl. **1 3, 12**). — „Verhandlung“ über den Ausschluß; ausdrückliche Aufforderung aller Beteiligten zur Erklärung? **4 661**. — Nichtzulassung neuer Zuhörer bei Überfüllung d. Saales **5 744, 745**; **6 735**. — Eintritt gegen Erlaubnisarten **3 2, 331**; **5 744**. — Verkündung d. Urteils **3 2, 331**. — Nichtangabe d. Gründe d. Ausschließung d. Öffentlichkeit als Grund für Aufhebung d. Urteils **6 735, 736**. — Wiederherstellung ohne besonderen Beschluß, wenn von vornherein die Öffentlichkeit nur für einen bestimmten Teil des Verfahrens ausgeschlossen war **3 2, 331**.

Offerte s. Vertragsantrag, Submission.

Obdünng. — Zubehör e. Landstelle **3 1, 29**.

Operation s. Arzt, unerlaubte Handlung. — D. als „ärztliche Behandlung“ (§ 617 BGB.) **5 40**. — Recht d. Arztes zu operativen Eingriffen **2 1, 420**; **3 1, 289** ff. — Pflicht d. Arztes zur Herausgabe d. operierten Gliedes **3 1, 284**. — Einwilligung des Behandelten **5 80**. — Widerruflichkeit der Einwilligung in eine O. **3 1, 284**. — D.-zweigerung d. gesetzlichen Vertreters **2 1, 146**. — D.-spflicht d. Verlegten (§ 254) **1 1, 165**; **2 1, 145** f.; **3 2, 141, 142**; **4 78**; **5 93**. — Haftung d. Stadtgemeinde als Frankenhäusinhaberin für fehlerhafte O. **5 120**.

Orden religiöser s. Religionsgesellschaften.

Orderpapiere s. Anweisung, Lagerschein unter Lagergeschäft, Schuldschreibung auf den Inhaber. — Leistung an einen geschäftsunfähigen Inhaber eines in blanco indossierten Orderpapiers **4 253**. — Recht d. Ausstellers, d. Einlösungsberechtigung d. Inhabers zu prüfen **4 253**. — Zinsscheine d. Orderpapiere **1 1, 445, 446**. — rechtliche Natur d. Orderpapiere mit Blankoindossament **5 314**. — Umfang

ihrer Zulässigkeit **3 2, 58**. — Wirkung einer ungenügenden Orderklausel als Zession? **2 2, 243**. — D. über Leistung von nicht der Gattung nach bestimmten Sachen **4 622**. — Anwendung d. § 794 BGB. (Kreationstheorie) auf die Orderpapiere d. § 363 HGB. **5 697**.

Indossament. Erfordernis d. Begebungsvertrages außer d. Indossament **2 2, 204**. — Regreß gegen den Indossanten aus dem Indossament? **2 2, 205**. — Einrede d. Arglist gegen den Indossatar; ist sie schon gegeben, wenn d. Indossatar bei Erwerb d. Papiers d. seinem Vormann gegenüber bestehenden Einwendungen kannte? **3 2, 85**.

Hypothek für Forderungen aus D. **1 1, 705** f. — Vorlegung d. Papiers bei Eintragungen **2 2, 454**. — Übertragung u. Belastung nach Kraftlos-erklärung d. Papiers **6 1045**. — Inhalt d. Eintragung **7 969**. — Bestellung e. Vertreters für d. Gläubiger, rechtl. Stellung d. Vertreters **1 1, 706**; **2 1, 601**; **4 363**; **5 442**.

Pfandrechte für Forderungen aus D., insbesondere Wechseln **1 1, 728**; **2 1, 608**; **5 454**.

Ordnungsstrafen s. Sitzungspolizei, Handelsregister, freiwillige Gerichtsbarkeit, Vormundschaftsgericht, Zwangsvollstreckung (§§ 887 ff. ZPO). — rechtliche Natur der Zwangsstrafen **3 2, 208**; **5 1007**; **7 880**. — D. gegen juristische Personen **3 2, 209**. — Verschulden Voraussetzung; Notwehr, Notstand **3 2, 209**. — gegen Kinder, Geistesranke **3 2, 209**; **5 1007**. — gegen gesetzliche Vertreter **3 2, 209**; **5 1007**. — Strafausschließungsgründe **3 2, 209**. — Verjährung **3 2, 209**. — Pflicht d. Gerichts zur Verhängung **3 2, 209**. — Beweisaufnahme, Mündlichkeit, Öffentlichkeit d. Verfahrens? **3 2, 209**. — Abänderlichkeit d. Entscheidung **3 2, 209, 210**. — Beschwerderecht **3 2, 209, 210**. — Erfordernis d. vorherigen Androhung **3 2, 209**. — Inhalt d. Androhung **3 2, 210**. — inwieweit darf die Entscheidung von der Androhung abweichen? **3 2, 210**. — Belassen e. angemessenen Frist zur Erfüllung d. Pflicht **3 2, 209**. — Einfluß e. nachträglichen Erfüllung auf d. Vollstreckung **3 2, 210**. — Vollstreckungsverjährung **3 2, 210**. — wiederholte Androhung bei wiederholter Straffestsetzung **3 2, 210, 211**. — wegen Ungebühr in schriftlichen Eingaben **1 3, 12**. **In der freiwilligen Gerichtsbarkeit** s. diese, Vormundschaftsgericht, Handelsregister. — landesrechtlich verliehene Zwangsgewalt **3 2, 211** (2). — Anhalten zum Erscheinen vor Gericht durch Ordnungsstrafen **3 2, 211** (2); **4 438, 853**. — Kompetenz d. Landesgesetzgebung zum Erlaß d. Vorschriften über D. **3 2, 252**. —

D.-Recht d. Registergerichts i. Vereinsachen 2 1, 23. — d. Vormundschaftsgerichts z. Durchführung d. § 1636 BGB. (f. elterliche Gewalt) 7 504. — Protokoll über mündliche Androhung; Form d. §§ 176 ff. FGG. nötig? Genehmigung durch d. Bedrohten? 7 990, 1003. — zur Erzwingung d. Einreichung oder Vervollständigung d. Schlußrechnung d. Vormunds 7 1003. — Androhung durch d. Grundbuchamt zum Zweck d. Einforderung von Hypothekenbriefen (§ 33 FGG.)? 7 1003. — weitere

Beschwerde wegen Verkennung d. Begriffs der genügenden Entschuldigung 7 1001.

Organ vgl. Beamte, jur. Person, Fiskus. — Begriff 1 1, 28; 2 1, 17; 3 1, 15. — Unterschied von Vertretern 1 1, 26, 28.

Ort der Zwangsversteigerung f. Zwangsversteigerung unter Versteigerungstermin. Ortsmitte f. Versteigerungsmitte. — Berücksichtigung bei Mietverträgen 2 1, 296.

Österreich. — Widerlagen geg. Österreicher in inländ. Prozessen 3 2, 350. — Staatshaftung f. Verzugs- u. Vergütungszinsen 3 1, 147.

P.

Pacht f. Erbpacht, Miete, Jagd-P. — eines Handelsgeschäftes f. Geschäftsübergang, — P.-Zins f. auch Hypothek, Zwangsversteigerung unter Einfluß auf Miete u. P. — P. als „Recht“ i. S. des § 95 1 1, 55. — vor 1900 im Grundbuch eingetragene P. 7 586. — P. oder Miete? 1 1, 379; 3 1, 240; 5 207, 219. — P. oder Kaufvertrag? 3 1, 240. — P. oder Dienstmiete? (Vertr. mit Toilettenfrau) 3 1, 250; 4 185; 6 219. — Kombination von Miete u. P. (Mietvertrag über e. Wohnung mit Garten) 1 1, 362. — P. oder Werkvertrag, wenn der Besitzer e. Schleifwerkes die Veredelung der von e. Firma gelieferten Rohläufer übernimmt? 7 229. — Vor-P. 1 1, 379. — Pächter als Vormund d. entmündigten Verpächters (§ 181) 4 55 (f. Selbstkontrahieren). — Anwendung des § 320 beim P.-Vertrag 5 134. — Grundstücksverpachtung durch d. Scheineigentümer 4 183. — Nichtigkeit e. pachtweisen Überlassung e. Gast- oder Schankwirtschaft ohne behördliche Erlaubnis 5 41; 6 208. — § 571 beim Jagdvertrag 5 218 f.; 6 217, 218.

Gegenstand. — Geschäft 1 1, 378 (f. Geschäftsübergang). — Unternehmen 5 219. — Jagdrecht 5 218; 6 217 f. — Fischereiberechtigung 4 185. — Seegrundstück (Rohrnutzung) 2 1, 308. — Substanteile d. Grund u. Bodens 3 1, 240; 7 29. — Inseratenteil einer Zeitung 6 219; 7 229. — P.-Vertrag über unkörperliche Dinge 7 228. — eines Handels- oder Gewerbebetriebs, eines Teiles e. Handelsbetriebs 7 228 f.

Rechtsverhältnisse. — Jagd-P.-Vertrag d. Form d. § 566 bedürftig? 1 1, 378; 2 1, 308 (Fischerei-P.-Vertrag); 6 218 (Pessen). — Anwendung des § 571 BGB. auf die Jagd-P. 7 229. — Fruchtgenuß des Pächters 1 1, 57. — Verhinderung des Pächters an der Ausübung d. Aneignungsrechts durch e. d. P.-Sache treffendes Ereignis (Hagel, Überschwemmung) 3 1, 240. — „P.-Abstand“ 3 1,

203, 206, 236. — Recht des Verpächters, das Pachtgut zu betreten 1 1, 525 — viertel- oder halbjährliche Fälligkeit des P.-Zinses 3 1, 308. — Rechte u. Verpflichtungen aus der P.-Kautions nach Veräußerung des P.-Grundstücks 2 1, 306 f.; 3 1, 238; 4 184; insbes. Klagerrecht d. Pächters auf Abgabe der P.-Kautions an d. Erwerber? 1 1, 376; 2 1, 307. — Änderung der wirtschaftlichen Bestimmung e. landwirtschaftlichen Grundstücks durch den Pächter 3 1, 308. — kurze Verjährung des § 558 für Anspruch des Pächters auf Ersatz von Verwendungen 4 179; 7 584 (vor 1900 entstandener Anspruch). — Beschränkung der Abtretung der P.-Forderung aus e. d. elterlichen Nießnießung unterliegenden P.-Rechte 1 1, 303. — selbständiger Entschädigungsanspruch des Pächters gegen d. Exproprianten 1 1, 365. — keine Begründung des Ermittlungsrechts durch Zahlungsaufforderung seitens desessionars d. P.-Zinsanspruchs 5 163. — Gewährleistung, Schadensersatzpflicht des Verpächters, wenn dem Pächter durch Dritte der Gebrauch der Pachtfläche entzogen wird; Ablösung einer verpachteten Fischereirechtigkeit durch den Staat 6 218. — Vertragspflicht des Verpächters, das vom Pächter angeschaffte Gut bei P.-Auflösung zu übernehmen 6 218; 7 229. — Verschlechterung des Pachtgrundstücks durch minderwertige Aussaat z. Bt. des P.-Endes 7 229. — durch Verschulden des Verpächters verzögerte Rückgabe der P.-Sache (§ 591) 7 229. — Übernahme d. Inventars durch d. Grundstücksverpächter z. Schätzungswerte: Gefahrtragung 1 1, 379; Eigentumsverwerb durch Einverleibung in d. Inventar 3 1, 240; Erfüllungsort f. d. Verpflichtung aus § 589 Abs. 3 4 185. — Begriff „Landgut“ 3 1, 30. — § 593 Abs. 1 u. 3 als ius dispositivum 1 1, 379. — Beweislast bez. Kündigungsfrist bzw. P.-Dauer 3 1, 241; 4 52. — Eintritt als Jagdgewosse als P.-Vertrag, Kündigung durch d. Erben bei unbestimm-

(Pacht)

ter P.-Zeit **3 1, 241.** — besonderes Kündigungsrecht des Pächters in Preußen f. d. Fall e. Umlegung der P.-Grundstücke im Zusammenlegungsverfahren **3 1, 241.** — Kündigung gegenüber dem früheren Pächter u. zugleich gesetzlichen Vertreter d. jetzigen Pächters **4 185.** — Alterverpachtung u. Überlassung e. Grundstücks teils an e. Dritten zur unentgeltlichen Benutzung **1 1, 379.** — *reconductio tacita* **1 1, 379.** — Unterlassungsflagge des Verpächters bzw. Pächters **5 219.** — Verlangen des Verpächters auf Beseitigung e. vom Pächter verträglichmäßig errichteten Gebäudes keine Schifne **1 1, 137.** — wegen Formmangels nur für ein Jahr gültiger Pachtvertrag des alten Rechts **2 1, 788; 3 1, 695.**

P e r p ä c h t e r p f a n d r e c h t. — Früchte als Gegenstand d. P. **1 1, 379; 2 1, 309.** — Vorrang d. Pfändungspfandrechts aus § 810 ZPO. vor d. P. **4 185; 5 219.** — Recht des Pächters zur Platanentfernung (§ 560 Satz 2) **5 218.** — Pächterpfandrecht unabhängig vom Eigentum d. Verpächters? **1 1, 379.** — Pfändungspfandrecht d. Pächters an nicht in seinen Besitz gelangten Inventarstücken wegen e. nicht das Inventar betreffenden Forderung **2 1, 309.** — Mitübergang des Pfandrechts am Inventar auf den Bürgen nach Befriedigung d. Verpächters **1 1, 304.**

pacta sunt servanda **5 51, 84.**

pactum f. Vorvertrag.

pactum de cambiando **2 1, 206** (f. Vorvertrag).

pactum de cedendo **2 1, 250.**

pactum de commodando **3 1 241.**

pactum de emendo — bez. e. Grundstücks formpflichtig? **4 120; 7 149** (f. Form des Immobilienvertrages).

pactum de hypotheendo. — vor 1900 abgeschlossen **1 2, 428.**

pactum de mutuo dando f. Darlehen, Baudarlehen, Vorvertrag, *clausula rebus sic stantibus.* — Fassung des Klagantrags **5 786** (f. Vorvertrag). — rechtliche Natur **2 1, 313; 3 1, 242; 6 222.** — p. d. m. d. beim Bierbezugsvertrag **5 220.** — Verpflichtung zur Geldbereithaltung **3 1, 244.** — Übertragbarkeit, Pfändbarkeit, Aufrechenbarkeit des Anspruchs? **1 1, 301; 4 144, 165, 187; 5 165; 6 220, 222 (2), 224; 7 180, 230.** — Zufundung der Darlehenssumme auf Gefahr d. Entleiher **6 222.** — Geltendmachung im Konkurse **6 222.** — Klage des Darlehensgebers aus dem p. d. m. d.? **6 222.** — Untergang der *Valuta* während Annahmeverzuges des Kreditnehmers **6 224.** — Anwendung des § 610 auf den Widerruf banmäßiger Kreditzusage wegen veränderter Umstände, insbesondere bei Kredit gegen

Sicherheit **6 224.** — Wiederaufleben des nach § 610 erloschenen Anspruchs auf Darlehensgewährung bei Besserung der Verhältnisse? **6 225.** — Widerruf bei Zahlungsschwierigkeiten des Kreditnehmers infolge Vorkhaltens des verprochenen Darlehens **6 225.** — Widerruf bei Entwertung des zu verpfändenden Gutes durch Wababschwenden **6 225.** — Provisionsanspruch des Darlehensmählers schon beim Abschluß des p. d. m. d. **1 1, 402.**

pactum de non cedendo Veräußerungsverbot i. S. des § 135 BGB. ? **7 180.** — **pactum de non cedendo** Verfügung i. S. des § 1395 BGB. **7 180.**

pactum de non compensando **4 137** (f. Abtretung). — treuwidrige Geltendmachung **4 137.** — Ausbedingung e. Vertragsstrafe als stillschweigendes p. d. n. e. **3 1, 182.** — stillschweigendes beim Geldwechselgeschäft **4 136.**

pactum de non licitando (f. gute Sitten, unerlaubte Handlungen, Verbotsgesetz) **1 1, 82, 470; 3 1, 47, 48, 297, 362; 4 40, 42; 5 40, 42 f.; 6 62, 325; 7 47, 56.** — als reine Unterlassungspflicht **2 1, 118; 5 83.** — Vereinbarung e. Submittenten mit seinen Konkurrenten, ihnen im Fall seines Objiegens eine Vergütung zu zahlen **6 324.**

pactum de non petendo **1 1, 128; 7 176** (beim Wechsel).

Papiergeld. — rechtl. Natur; Wertpapiere? **1 1, 443** (f. Wertpapiere).

Pariser Übereinkunft f. Warenzeichenrecht, Patentrecht, Urheberrecht. — Unionspriorität **7 1167.** — kann die Priorität auf Grund des Unionsvertrags nur von der ersten Anmeldung abgeleitet werden? **7 1167.** — Schutz ausländischer Warenzeichen im Inland **7 1167.** — Abweisung e. innerhalb der Unionsfrist eingereichten Warenzeichenanmeldung wegen Mangels des Heimatschutzes, wenn in dem der Union angehörigen Heimatsstaat das Eintragungsverfahren noch schwebt? **7 1167.** — Anspruch auf Eintragung e. sich lediglich oder in der Hauptsache als öffentliches Wappen darstellenden Warenzeichens in einem anderen Vertragsstaat, wenn in dem Heimatsstaat die Führung erlaubt ist? **7 1167.** — England, Australien, Amerika u. die Nicht-Unionsberechtigten **7 1167.** — Kampf um die Chartreuse-Marken **7 1167, 1168.** — Zwangsvollstreckung u. Gebrauchsmuster e. Ausländers; Zustellung d. Pfändungsbeschlusses an den Inlandsvertreter? **7 1135.** — Priorität eines Inländers in Deutschland auf Grund der früheren ausländischen Anmeldung **5 1068.** — Übertragbarkeit des Prioritätsrechtes (Übertragung ohne die Auslandsanmeldung) **5 1068.** — Form der Übertragung des Prioritätsrechtes **5 1068.** — vor dem

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

1. V. 03 erfolgte Anmeldungen 5 1068. — Vorgehen eines Angehörigen der Verbandsstaaten gegen eine schon vor dem 1. V. 03 bestehende unberechtigte Firmenführung 4 559. — Ausstattungschutz 5 1075.

Partei. — Widerspruch d. Erklärungen der P. u. ihrer Prozessbevollmächtigten s. diesen. — Bezeichnung in der Klageschrift, dem Urteil s. diese. — Wechsel der Parteien im Laufe des Prozesses; Eintritt e. anderen Klägers oder Beklagten 1 3, 100; 3 2, 445; 4 688; 6 794.

Parteifähigkeit s. Aktilegitimation, prozesshindernde Einrede. — Begriff, Verhältnis zur zivilistischen Rechtsfähigkeit 1 3, 30; 3 2, 354; 5 754; 6 751. — Verhältnis zur Prozessfähigkeit 6 752. — Parteifähigkeit des Pflegers 1 3, 30; 3 2, 354 ff.; 7 736. — Nachlassverwalter, Konkursverwalter, Zwangsverwalter, Testamentvollstrecker 1 3, 30; 3 2, 354, 358, 360; 7 736. — Pfandhalter nach § 1189 BGB. 1 3, 33. — Fiduziar, fiduziarischeressionar 1 3, 28. — Treuhänder 1 3, 28. — Ehemann bez. des Frauengutes 1 3, 30. — Eltern bez. des Kindesvermögens 1 3, 30. — Univeritätsquästor 1 3, 30. — Fiskus; Vertretungsberechtigte 7 737 (Militärfiskus); vgl. Gerichtsstand § 18 u. Fiskus. — Regiment 1 3, 33. — nicht rechtsfähige Vereine als Kläger, Beklagte, Widerkläger 1 3, 28/29, 31, 32; 2 1, 21; 3 1, 19; 3 2, 355, 356 (s. Vereine); 6 751, 752; 4 15; 7 737 (im Vollstreckungsverfahren). — nicht konzessionierte preuß. Vereine 1 3, 31. — Anwendung des § 50 Abs. 2 ZPO. für die Übergangszeit 1 3, 32; 4 672; 6 752. — Anwendung des § 50 ZPO. auf außerdeutsche Vereine 6 752. — ausländische juristische Personen 7 737. — Gesamtheit der am Separationsverfahren beteiligten Glurinteressenten 7 737. — Anwendung des § 50 Abs. 2 ZPO. auf Gesellschaften nach BGB. 1 3, 32. — Prozeß e. Aktien-Kommanditgesellschaft mit ihrem einzigen gesetzlichen Vertreter; Vertretung der Gesellschaft durch d. Prokuristen? (s. Akt.-Komm.-Ges.) 7 737, 738. — Jahrgeldfonds in Baden 5 754. — Kirchengemeinde in Baden 5 754. — Pfarrkirche in Baden 5 754. — städtische Sparkassen? 6 752; 7 736. — nasciturus? 3 2, 354. — Ausländer 1 2, 353. — Innungsrankenfasse 6 752. — Realgemeinde 3 2, 354. — erlaubte Privatgesellschaften des A.R. 3 2, 356. — ausländische offene Handelsgesellschaft 3 2, 354 (s. Handelsgesellschaft). — Einwand der mangelnden P. gegen eine im Handelsregister eingetragene GmbH. wegen mangelhaften u. deshalb nichtigen Gesellschaftsvertrages 4 672. — Fortdauer d. P. der ihr Geschäft mit Aktiven u. Passiven

beräußernden offenen Handelsgesellschaft 7 737. — Klage eines Parteiuñfähigen 3 2, 354; eines nicht rechtsfähigen Vereines 3 2, 355. — Klage gegen einen Parteiuñfähigen 3 2, 354; Erlöschens der P. vor Klagezustellung 3 2, 355. — Geltendmachung des Mangels seitens des Gegners 3 2, 354, 355. — Prüfung des Mangels von Amts wegen 5 793; 6 754 (Rev.-Instanz). — Fristsetzung zur Heilung; Abweisung der Klage wegen dieses Mangels erst nach in mündlicher Verhandlung festgestelltem Fristablauf 3 2, 359, 360.

Partiarische Rechtsgeschäfte vgl. Dienstvertrag, Gesellschaft. — Begriff u. Wesen 1 1, 60. — Bestimmung d. Höhe partiarischer Vergütung bei Zusicherung e. Anteils am Gebührenergewinn e. Vermittlungsgesellschaft 7 248.

Parzellenverwechslung 1 1, 544; 2 1, 540 f. — Grundbuchberichtigung im Falle der P. 2 1, 542. — Eintragung eines Widerspruchs von Amts wegen 2 1, 462.

Parzellierungsvertrag. — dem Formzwang des § 313 BGB. unterliegend? 1 1, 217; 2 1, 210; 4 120 (vgl. Form des Immob.-Vertrages).

Passivbeteiligter s. Eintragungsbewilligung, Recht subjektiv-dingliches. — vorherige Eintragung des P. s. Betroffener.

Patengehenke. — freies Kindesvermögen 1 2, 119; 2 1, 656; 3 1, 512 (s. Kindesvermögen).

Patentanwalt. — Handakten als hinterlegungsfähige Urkunde 1 1, 273. — Pflicht der Partei z. Zurücknahme d. Handakten 1 1, 209. — Retentionsrecht an d. Handakten; Abwendung 1 1, 182. — Haftung bei Fristver säumnis 7 134. — rechtl. Natur des Vertrags mit P. (s. Dienstvertrag) 7 242, 281. — Zeit der Beendigung des Vertrags 7 281. — Pflicht zur Überwachung der Fälligkeit der Jahresgebühr 7 281. — Umfang der Haftung 7 281.

Patentbureau. — Irrtum über den Inhaber (§ 119 Abs. 2 BGB.) 2 1, 56.

Patentrecht s. Pariser Übereinkunft.

I. Allgemeine s. — rechtliche Natur d. P. 7 1158. — rechtliche Natur des Erfinderrechtes; Zwangsvollstreckung in das Erfinderrecht 7 1107, 1115 (s. unten). — Beziehungen zwischen mehreren Erfindungen (Parallelerfindungen, Kettenerfindungen, Mittelverwandtschaft, Effektverwandtschaft) 3 2, 633. — Kombination, Aggregation u. Variation 3 2, 635, 636. — Verhältnis zum Gebrauchsmusterschutz 5 1056; 7 1104. — Rechtshilfe der Gerichte 5 1065 (vom Patentamt selbst vornehmbare Handlungen). — fällt die Behauptung, ein Gegenstand sei patentiert, unter § 4 UrtW.G. 5 1066 (s. unl. Wettbewerb). — Gutachten des Patentamtes 3 2, 643;

(Patentrecht)

5 1062 (Pflicht des Richters zur Erholung?). — Auflösung e. auf Verwertung e. Erfindung gerichteten Gesellschaft; Versteigerung der Patente? 7 69. — Schlichtiges Patent 5 1054. — Einfluß der Verweigerung des Patents auf einen wegen Verletzung des angemeldeten Patents anhängigen Rechtsstreit 3 2, 423 (vgl. 6 312). — Kaufvertrag über scheinbar patentierte Gegenstände 5 47. — wissenschaftliche Patentverletzung bewirkt Vertragsnichtigkeit nach § 134 BGB. 11, 82. — Unterjagung der Benutzung seitens des Inhabers e. später für nichtig erklärten P. 6 312. — Pfändung d. Rechte aus der Anmeldung 5 1058; 7 1107. — Pfändung e. patentfähigen Erfindung vor Anmeldung; Zugehörigkeit zur Konkursmasse? 7 1107. — Pfändung e. P. e. Ausländers durch Zustellung des Pfändungsbeschlusses an den Inlandsvertreter 7 1120. — Zwangsvollstreckung in die durch den Einspruch (§ 24) begründeten Rechte 7 1124. — Zwangsvollstreckung in die Patenterkunde 7 1125. — Zustellung der verkündeten Entscheidung d. Patentamts 7 1120. — Zeugnisverweigerungsrecht wegen Vorliegens e. Gewerbegeheimnisses, wenn es sich um eine patentierte Erfindung handelt 7 1121. — Vollstreckung einer vom Patentamt festgesetzten Zeugen-Untergehorsamsstrafe (§ 32) 7 1126. — Rechts-hilfe s. diese.

II. Gegenstand und Erfindung vgl. unten Einspruch. — Begriff der Erfindung 7 1101. — gewerbliche Anwendung eines anscheinend bereitliegenden, aber trotzdem noch nicht angemeldeten Mittels 3 2, 636. — Erfindung eines kostspieligen Apparats durch einen einfachen, auf Benutzung derselben Naturgesetze beruhenden 3 2, 637. — Übertragung eines bekannten Verfahrens oder e. bekannten Vorrichtung auf ein anderes Gebiet 3 2, 637; 5 1054, 1055, 1056; 7 1102, 1103 (2). — neue Art der Benutzung einer Maschine 5 1055; 7 1102. — Anpassung e. bekannten Einrichtung auf andere Raumverhältnisse (Rasten- u. Vorhängeschloß) 7 1103. — bloße Aenderung der Abmessungen e. bekannten Einrichtung 7 1103. — Einfluß der Notwendigkeit menschlicher Aufmerksamkeit u. Geschicklichkeit auf die Patentfähigkeit e. technischen Erfindung 7 1103. — nur Angaben für den Arbeiter bietenbes u. nur auf dessen Einsicht zu wirken bestimmtes Verfahren 7 1103. — Erfindung trotz Bekanntheits der wissenschaftlichen Grundlagen einer technischen Maßnahme 3 2, 637. — Erhöhung der Ausbeute als patentbegründendes Moment 7 1103. — zu einem neuen bisher nicht gekannten technischen Erfolg führende Verwendung

bereits bekannter Hilfsmittel 3 2, 637. — bloße Analogieverfahren 3 2, 636. — Merkmal der Überraschung als Begriffsmerkmal 3 2, 633. — erheblicher Fortschritt Begriffsmerkmal? 5 1054, 1060. — Nützlichkeit als Begriffsmerkmal 5 1054, 1055, 1056 (unpraktische Neuerung). — naheliegende Verbesserungen 5 1056. — Verbesserungen 7 1111 (2). — Vollendung trotz Fehlens ziffernmäßiger Angaben 5 1055. — nicht auf Herstellungs- oder Gebrauchsgegenstände der gewerblichen Tätigkeit gerichtete Erfindungen 5 1055. — bloße Stellung der Aufgabe ohne Lösungszugabe als Erfindung 5 1055. — bloße Verstärkung eines bekannten Apparates 5 1055. — bloße Steigerung d. bekannten Mittel u. dadurch erreichter größerer Vorteil 7 1103. — Gegenstands-, Bestandteils- u. Eigenschaftserfindungen 7 1101. — gewerbliche Verwertbarkeit als Bedingung der Patentfähigkeit 7 1101, 1103. — Erzielen e. neuen Wirkung mit e. an sich bekannten Vorrichtung 7 1102. — Erkenntnis u. Richtigstellung der Bedingungen e. bereits erzielten Effektes 7 1102, 1103. — Überwindung technischer Schwierigkeiten als Begriffsmerkmal 7 1102 (2), 1103. — Verfahren im S. des P.; richtiges Erkennen d. Verfahrens als Vorbedingung für den Patentschutz 7 1103. — Stoffpatente; chemische Erfindungen 7 1101. — chemische Verfahren, Verfahren zur Herstellung von Zwischenprodukten 3 2, 635; 5 1054. — analytische Untersuchungsverfahren 3 2, 635. — Angaben der spekulativen Idee ohne gleichzeitige Herstellung des technischen Ergebnisses 3 2, 636. — nur bei ungeklärter Ausführung gegen das Gesetz verstößendes Verfahren 3 2, 636. — Patente auf eine Mehrzahl von Einzelerfindungen u. auf deren Kombination 3 2, 641. — Kombination alter u. neuer Elemente bei einem Kombinationspatent 3 2, 642; 7 1102. — zur Einwirkung auf den menschlichen Körper bestimmte Verfahren; Arzneimittel, physiologisch-chemische Heilverfahren, rein psychische Mittel, Verfahren zur Selbstbehandlung 5 1054 (3), 1056; 7 1103. — Kombination zweier bekannter Elemente mit oder ohne eigene, neue Wirkung 5 1054, 1055 (2), 1066; 7 1102. — Patent auf ein Verfahren zur Herstellung eines chemischen Stoffes neben einem Patent auf das Anwendungsverfahren 5 1055, 1056. — bloße Ausdehnung der maschinellen Betriebsweise auf alle in einem Fabrikbetrieb vorkommenden Förderungen 5 1054. — Angabe eines neuen Zusatzmittels bei einem chemischen Verfahren 5 1055. — Behauptungsplan 5 1055. — gedruckte Darstellung, deren Inhalt das Wesentliche ist 5 1055. —

gleichzeitige Erteilung e. Verfahrens und eines Gegenstandspatentes 7 1102. — widerrechtliche Entnahme i. S. des § 3 Abs. 2; Entnahme des angemeldeten Patentens aus der mündlichen Beschreibung oder aus dem noch nicht fertigen Erfindungsgedanken eines Dritten 3 2, 638; 7 1108 (2). — widerrechtliche Entnahme, wenn eine Erfindung in der Verwendung eines Stoffes und der Anwendung e. Verfahrens in ihrer Vereinigung liegt und allein die Verwendung des Stoffes zu dem gleichen Zweck den Einrichtungen d. Einsprechenden entnommen ist 7 1108. — Voraussetzung für Patentfähigkeit von Unteransprüchen 7 1121.

Neuheit f. Gebrauchsmuster u. unten Richtigkeit. — Kollision mit e. früher erteilten Gebrauchsmuster 7 1104. — nicht gedruckte Beschreibung u. Zeichnung e. Gebrauchsmusters 7 1104. — Begriff der offenkundigen Vorbenutzung 7 1104. — offenkundige Vorbenutzung, wenn die Arbeiter einer Fabrik nicht ausdrücklich zur Verschwiegenheit verpflichtet wurden 3 2, 637; 5 1056; 7 1104. — Offenkundigkeit bei Kenntnis der Angestellten des Patentanmelders 5 1056. — Mitteilung eines Verfahrens an Kunden zur Erlangung von Bestellungen 3 2, 637. — Verwendung von Geschossen bei Schießübungen des Militärs als offenkundige Benutzung 7 1104. — Anfertigenlassen eines Modells nach Zeichnung in der Werkstatt eines anderen 3 2, 637. — schließt der Schutz e. früher angemeldeten, ein bestimmtes Verfahren voraussetzenden Vorrichtung die Patentierung dieses Verfahrens aus? 7 1107. — öffentlicher Vortrag über ein Verfahren 3 2, 637. — Abhängigkeit e. neuen Erfindung von einer älteren; teilweise Benutzung d. älteren; Benutzung der älteren mit Abänderungen, Zuständigkeit des Gerichts bei Streit zweier Patentinhaber über die Abhängigkeit 7 1107 (4), 1111 (Verbesserung des alten Erfindungsgedankens). — kein Schutz e. allgemeinen Erfindungsgedankens, sondern nur Schutz e. Ausführungs-erfindung möglich, wenn eine Ausführungsform d. allgemeinen Gedankens schon bekannt war 7 1118, 1119. — in einer Veröffentlichung verworfene Lösung eines Problems 3 2, 637. — an 975 Eisenbahnstellen versandte Prospekte öffentliche Druckschrift? 3 2, 637. — Anmeldung einer nach der Fassung des Patentanspruchs äußerlich mit früheren Patenten nicht kollidierenden, als nur eine konstruktive Abänderung aufweisenden Erfindung 3 2, 637, 638. — Wegfall der im § 2 Abs. 2 vorgesehenen Bekanntmachung durch Art. 2 der Pariser Union 3 2, 647. — Offenkundigkeit bei einer an

versteckter Stelle (auf einem Dach) angebrachten Vorrichtung 5 1056. — drei Tage vor Patentanmeldung erfolgte Veröffentlichung des Titels eines Gebrauchsmusters über den gleichen Gegenstand 5 1056. — Einfluß der Beschreibung u. Zeichnung eines Gebrauchsmusters auf die Frage der Neuheit 5 1056. — Identität zwischen der Anmeldung auf ein Erzeugnis u. einem das gleiche Erzeugnis liefernden Verfahrenspatent? 5 1057. — Vorzeigung an nicht sachverständige Besucher 7 1104. — Vorzeigung einer Maschine an einen Sachverständigen in der Absicht, sie bekannt zu machen 5 1066. — Schluß aus der Gleichheit d. Erzeugnisse auf die Gleichheit des Verfahrens? 7 1103. mündliche Mitteilung als Beschreibung i. S. des § 3 7 1119.

III. Subjekt. — Anmeldung auf fremden Namen 3 2, 637. — Schutz d. Angehörigen d. Unionsstaaten und der in einem Unionsstaat Domizilierenden 3 2, 647 (Verhältnis d. § 12 zur Pariser Union). — Erfindungen d. Teilhabers einer offenen Handelsgesellschaft 2 2, 82 (s. diese). — Erfindungen d. Angestellten (s. Etablissementerfindungen) 2 1, 332; 3 1, 250; 3 2, 638 (3), 639, 640, 641; 4 193; 5 226, 1057, 1061 (2); 6 228; 7 1104 ff.; 1108 (stillschweigend vereinbarte Vergütung d. Angestellten). — Schutz d. Erfinders gegen unberechtigte Anmeldungen; gibt es einen Erfindungsbesitz? 7 1106. — Geltendmachung d. vom Angestellten gemachten u. auf seinen Namen eingetragenen Erfindung durch den Prinzipal 7 1108.

IV. Anmeldungs- u. Erteilungsverfahren. — Reform 7 1121, 1122. — Vereinigung mehrerer Erfindungen in einer Anmeldung 7 1101. — Zuhilfenahme d. Beschreibung bei Feststellung d. Patentanspruches 5 1055; 7 1121. — Grundsätze f. Auslegung e. Patentanspruchs 7 1121 (s. unten Inhalt). — Benutzung vom Anmelder selbst nicht erkannter Vortheile zur Aufrechterhaltung d. Patentes 5 1055. — Änderung d. Priorität bei späterer, klarerer Fassung d. ersten Anmeldungs 3 2, 638. — Anmeldebetrag u. seine Feststellung; rechtl. Wirkung d. Feststellung; Änderung, Verlegung 7, 1117. — Wahlrecht zwischen mehreren Anmeldetagen, insbesondere bei abgezwigten Anmeldungen 7 1117. — Zurückziehung d. Priorität auf das Datum e. älteren Anmeldung 5 1057. — Übersetzung e. englischen Beglaubigungsvermerks 5 1062. — Eintragung auf Grund von einer sog. prima facie beweisliefernden, amerikanischen Urkunde 5 1062. — Bescheinigungen amerikanischer Notare 5 1062. — Anfechtung d. Zurücknahme e. Anmeldung 5 1062; 7 1124. — Wiederaufnahme

(Patentrecht)

eines aus formalen Gründen fallen gelassenen Anspruchs 5 1062. — Fristsetzung nach § 21 zur Äußerung d. Anmelders über Tatsachen, die er garnicht kennen kann 5 1063. — Anträge d. Parteien über Anwesenheit von Personen bei d. Beratung nach § 22 5 1063. — Aufhebung d. noch nicht bekannt gemachten Aufgebotsbeschlusses (§ 23) 5 1063. — Schutz einer noch nicht bekannt gemachten Anmeldung 5 1063. — ist d. Anmeldeabteilung an den Standpunkt der die Bekanntmachung beschließenden Beschwerdeabteilung gebunden? 5 1063. — Feststellungsfrage gegen d. Patentamt, das dem Anmelder irrtümlich ein angeblich älteres Patent entgegenhält 5 1056. — mit Einwilligung d. Erfinders von einem Dritten auf seinen eigenen Namen gemachte Anmeldung; Widerruf d. Einwilligung nach Anmeldung 7 1107 (2). — Kostenfestsetzungsverfahren § 2, 645 (f. 5 1064); 7 1125. — von einem Sachverständigen ohne weiteres bemerkbare Unrichtigkeiten in der Beschreibung § 2, 637. — nach Schluß der Dienststunden einlaufendes Anmeldelegatam 3 2, 638; 7 1122. — Übergabe einer Anmeldung an einen Beamten d. Patentamtes außerhalb d. Bureaus 3 2, 638. — Rang zweier am gleichen Tage eingegangenen Anmeldungen 3 2, 638. — Anwendung d. § 3 Abs. 2 bei einer teilweisen Zurückweisung 3 2, 638. — Anwendung d. § 3 Abs. 2 bei mehreren Einsprüchen 3 2, 638. — ist es zulässig, nach d. Bekanntmachung d. Anmeldung die ausgelegten Patentansprüche vom Gesichtspunkt d. Einheitslichkeit zu prüfen? 7 1122. — Anfechtung d. Bekanntmachungsbeschlusses (§ 23) 3 2, 642; 7 1123. — Zurücknahme d. Bekanntmachungsbeschlusses (§ 23) 7 1123. — Gutachten d. Patentamtes 3 2, 643; 5 1062. — nicht unterzeichnete Anmeldung 3 2, 643. — Voranmeldung? 3 2, 643. — Fristverlängerung nach § 21, weil der Anmelder seinen Vertreter nicht rechtzeitig instruiert habe? 3 2, 643. — Voraussetzung für Fristverlängerung nach § 21 3 2, 643; 5 1063 (3); 7 1122. — Teilnahme d. Vorprüfers an der Beschlußfassung u. Beratung nach § 22 3 2, 643. — Aussetzung d. Prüfung e. älteren Anmeldung mit Rücksicht auf eine jüngere 3 2, 643 (f. 7 1120). — Teil- od. Zwischenurteile im Patenterteilungsverfahren? 7 1122 (2). — Rechtsnatur d. Patenterteilungsverfahrens; Parteidisposition über dieses Verfahren? 7 1122. — Vorbescheid; Form, ausdrückliche Bezeichnung als Vorbescheid nötig? 7 1122. — Zulässigkeit mehrerer Vorbescheide in demselben Verfahren? 7 1122. — Kritik d. Vorschriften über den Vorbescheid

7 1122. — Verzichtserklärung d. Anmelders nach Verkündung, aber vor Zustellung e. d. Anmeldung zurückweisenden Beschlusses 7 1122. — Inhalt d. Bekanntmachung e. Anmeldung; „Antrag“ im Sinne des § 23 Abs. 2 7 1122, 1123 (3). — einseitige Verfügun zum Schutze ausgelegter Patentanmeldung; Verfassung d. Patents während d. Revisionsverfahrens 7 1123. — vorläufiger Patentschutz nach § 23 Abs. 1 Satz 2 zugunsten dessen, dem d. Anspruch auf Erteilung d. Patents übertragen ist 7 1123. — Grund für Berichtigung e. rechtskräftigen Patenterteilungsbeschlusses; Fehler in der sachlichen Beurteilung 7 1124. — Aussetzung d. Verfahrens wegen Vorliegens e. älteren Anmeldung 7 1120. — Prüfung einer jüngeren Anmeldung bei Annahme einer Übereinstimmung mit einer älteren, noch nicht vorbeschiedenen 3 2, 643; 5 1057. — Dauer d. einseitigen Patentschutzes bei Beschwerde gegen die Verlegung des Patentes 3 2, 643. — Zustellung d. Entscheidung an den Patentanmelder statt an seinen Bevollmächtigten (§ 176 ZPO.) 7 1120, 1125. — Abweichen d. Bekanntmachungsbeschlusses von dem angemeldeten Anspruch 3 2, 643, 644. — Ladung und Fragerecht der Beteiligten nach § 25 3 2, 644. — nach Verkündung d. Beschlusses (§ 24) einlaufende Eingaben 3 2, 644.

B e s c h w e r d e. — Beschwerdeeinlegung unter Bedingung oder Vorbehalt 3 2, 644. — Mitteilung von d. Absicht d. Beschwerdeeinlegung 3 2, 644. — Unterschrift d. Beschwerde 3 2, 644. — Beschwerde gegen prozessleitende Verfügungen d. Vorstehenden d. Nichtigkeitsabteilung 5 1062. — Beschwerde gegen Bescheide über ein das Einspruchsverfahren betreffendes Gesuch 5 1061, 1062. — Beschwerderecht d. Einsprechenden bei Verlegung d. Patentes und Verwerfung d. Einspruches als unzulässig 3 2, 644. — Entscheid über die Kosten bei Zurückziehung d. Anmeldung nach Beschwerdeeinlegung d. Einsprechenden 3 2, 644. — Eingahlung der Beschwerdegebühr unter falscher Bestimmungsangabe 3 2, 644 (f. 5 1063). — Aus schluß d. Beschwerdeabteilung von d. Entscheidung über d. Erteilung, wenn sie bereits über d. Bekanntmachung d. Anmeldung entschieden hat? 5 1061. — Kosten d. Beschwerde bei Unterliegen d. Einsprechenden 5 1063. — Kostenscheidung bei Zurücknahme d. Beschwerde seitens d. Einsprechenden 5 1063. — Lauf d. Beschwerdefrist bei bloßer Verkündung oder formloser Übergabe d. Beschlusses 5 1063; 7 1124. — Beschwerde gegen den Bekanntmachungsbeschuß (§ 23) 3 2, 642; 7 1123. — ist die Beschwerdeabteilung

berechtigt, über die Beschwerdeanträge hinauszugehen? 7 1123, 1124, 1125. — Bedeutung e. Zurücknahme d. Beschwerde 7 1123, 1124. — wiederholte Einlegung der zurückgenommenen Beschwerde? 7 1124. — Umfang der „Auhörung der Beteiligten“ (§ 26 Abs. 3) 7 1124, 1125. — Einlegung der Beschwerde vor Zustellung d. Beschlusses 7 1124. — Beschwerde, wenn es sich nur um Feststellung d. Inhalts d. Beschreibung handelt 7 1125. — Beschwerde gegen die Ablehnung d. Hauptantrags, wenn dem Eventualantrag entsprochen wurde 7 1125. — Beschwerdefrist bei Zustellung d. anzusehenden Beschlusses an die Partei statt an den Vertreter 7 1120, 1125.

E i n s p r u c h. auch oben Gegenstand, Beschwerde. — rechtl. Natur d. Einspruchsverfahrens 7 1123, 1124. — Frist für d. Begründung d. Einspruchs 3 2, 644. — Verständigung d. Einsprechenden bei Verhandlung über eine neue Fassung d. Patentanspruches 3 2, 644. — Zustellung d. Patenterteilungsbeschlusses an den Einsprechenden trotz Formmangels d. Einspruchs 3 2, 644, 645. — Rechtsnachfolge in den Einspruch 5 1063. — Einspruch e. Mithberechtigten 7 1107. — Beweisvermutung des § 3 Abs. 2 für das Recht d. Einsprechenden an d. Erfindung; Gegenbeweis 7 1106. — Recht d. Einsprechenden auf Entscheidung über seinen Einspruchsgrund, wenn die Patentfähigkeit d. angemeldeten Erfindung verneint wird? 7 1108, 1124. — ist die Beschwerdeabteilung bei Prüfung an die Anträge d. Einsprechenden gebunden? 7 1123, 1124 f. — Bedeutung e. Zurücknahme d. Einspruchs 7 1123. — Beweispflicht d. Einsprechenden 7 1124. — Anstellung amtswegiger Ermittlungen durch d. Patentamt 7 1124. — die durch den Einspruch begründete Rechtsstellung als Gegenstand d. Zwangsvollstreckung? 7 1124 (s. oben Allgemeines). — Recht d. Einsprechenden auf Feststellung, daß die Voraussetzungen d. widerrechtlichen Entnahme gegeben seien? 7 1124. — Umfang d. rechtlichen Gehörs d. Einsprechenden 7 1124.

G e b ü h r e n. — Reformvorschläge 7 1117. — Einzahlung d. Gebühr b. einem Einspruchsverfahren ergangenen Erteilungsbeschuß 5 1059. — Dauer d. Stundung nach § 8 Abs. 4 5 1059. — wann muß der Stundungsantrag gestellt werden? 5 1059. — Begriff d. Bedürftigkeit nach § 8 Abs. 4 5 1059. — Rückzahlung fälliger Gebühren bei späterer Vernichtung d. Patents 5 1059. — Einzahlung bei einer außerdeutschen Postanstalt 5 1059. — Einzahlung unter falscher Bestimmungsangabe 5 1063 (s. 3 2, 644). — Berücksichtigung d. am Wohnort d. Zahlenden anerkannten

Feiertage bei Prüfung d. Rechtzeitigkeit d. Zahlung 7 1117 (2). — Fälligkeit der zweiten u. der ferneren Jahresgebühren; Fälligkeit, wenn bei Beginn d. 2. Jahres d. Patent noch nicht erteilt ist 7 1117. — „rechtzeitig“ i. S. d. § 9 7 1118. — Vermutung d. Zurücknahme e. Anmeldung bei Nichtzahlung d. Gebühr (§ 24 Abs. 1): Gegenbeweis 7 1124.

Erteilung von Abschriften u. Bescheinigungen; Einsichtsgewährung. — aus einer nicht zur Bekanntmachung führenden Anmeldung 3 2, 643. — Erteilung v. Abschriften an Dritte nach Bekanntmachung 3 2, 644; 7 1123. — Verlangen einer Bescheinigung über den Zeitpunkt d. Rechtskraft d. Erteilungsbeschlusses 5 1062. — Einsicht in Nichtigkeitsakten 5 1063. — Nachweis eines Interesses bei Verlangen von Abschriften aus Erteilungsakten 5 1062 (gelöstes Patent). — Geheimhaltung der auf Fabrikgeheimnisse u. ä. sich beziehenden Teile d. Erteilungsakten 5 1062. — Zerlegung einer Anmeldung im Laufe d. Verfahrens 5 1062. — Recht d. Einsprechenden 5 1062. — vom Patentinhaber für unwesentlich erklärte Aktenstücke 5 1062. — Abschriften e. bekannt gemachten Anmeldung nach endgültiger Verfassung d. Patentes 5 1063; 7 1125.

V. Übertragbarkeit 11, 298. — Pfändung des Rechtes aus der Anmeldung 5 1058 (s. oben Allgemeines). — Abtreten des Anspruchs auf Patenterteilung 3 2, 640. — Folgen der Nichteintragung in die Patentrolle 3 2, 643. — wie ist der Nachweis einer Änderung in der Person des Patentinhabers zu führen? 3 2, 643. — Widerruf einer Umschreibungsabewilligung 5 1062. — unbeschränkte Übertragung oder Übertragung des Benutzungsrechtes als Kauf? 6 183. — Versprechen, dem anderen gegen Zahlung e. gewissen Summe ein Patent zu übertragen ohne Übernahme e. Verpflichtung des Gegners zur Zahlung der Summe 6 183. — Pflichten d. Übertragenden 11, 188. — Kauf e. nichtigen Patents; *lucrum cessans* 11, 160. — Kaufvertrag über e. Patent mit teilweiser Mitübertragung e. Forderung; Haftung des Verkäufers für Existenz dieser Forderung 3 1, 213. — Verfassung des Patents; Einfluß auf e. vorher über dessen Ausnutzung geschlossenen Vertrag 6 134. — Selbsthilfeverkaufsrecht des Fabrikanten, dem der Patentinhaber die Herstellung der patentierten Gegenstände übertragen hat, bei Annahmeverzug des Patentinhabers 6 687; 7 1110, 1116 (s. Selbsthilfeverkauf). — Anwendung der §§ 459 ff. BGB. auf d. Kauf e. Patents (s. Kauf) 7 201, 1115. — praktische Unbrauchbarkeit

(Patentrecht)

e. Patents als Sachmangel 7 202. — Vertrag über Ausnutzung eines Patents, rechtliche Natur 7 259. — Anspruch des Patentinhabers gegen den Dritten, dem der vom Patentinhaber ermächtigte Unternehmer die patentierte Erfindung liefert, ohne den ihm obliegenden Vorbehalt d. Lizenzanspruchs zugunsten des Patentinhabers zu machen? 7 327. — Übertragung des mit Einwilligung des Erfinders von einem anderen auf seinen eigenen Namen angemeldeten Patentes zwecks absichtlicher Schädigung des Erfinders 7 1107. — Verkauf e. unmöglichen Patentes 7 146. — Verkauf e. hinterher vernichteten Patentes 7 147. — Zwangsvollstreckung u. Erfinderrecht 7 1107, 1115 (s. oben I). — Pfändung des P. e. Ausländers durch Zustimmung d. Pfändungsbeschlusses an den Inlandsvertreter 7 1120. — Zwangsvollstreckung in d. Patenturkunde 7 1125. — mehrfache Abtretung desselben Rechtes? 7 1115. — Antrag auf Umschreibung in d. Patentrolle; Form 7 1121. — Vertrag, in welchem die Übereignung d. Patents an bestimmte, vom Erwerber zu erfüllende Bedingungen geknüpft ist, als Grundlage für die Änderung der Patentrolle? 7 1121. — Rechte der nicht eingetragenen Rechtsnachfolger der eingetragenen Patentinhaber; Prozeßlegitimation? 7 1121. — Bedeutung der Eintragung in d. Patentrolle nach § 19 Abs. 2 7 1121. — Vollstreckung e. Urteils auf Abtretung e. ausländischen Patentes 5 1058. — Nießbrauch an e. P. 1 1, 649, 651, 653 (s. Nießbrauch). **Lizenzvertrag** u. g. Lizenz. — Gegenstand des L. 5 1059; 7 1116 (erst bekannt gemachtes Patent). — Rechte des Lizenznehmers bei Vernichtung des Patents 5 1058. — Zahlung der Lizenzgebühren für die Zeit bis zur Verfassung oder Vernichtung des Patents 5 1059 (2). — vertragliche Beschränkung des Lizenznehmers 5 1058. — Haftung des eine ausschließliche Lizenz Erteilenden 5 1059. — Entschädigungspflicht des Lizenznehmers bei Anfechtung des L. 3 2, 640. — Erteilung der Lizenz e. in mehreren Ländern patentierten Erfindung nur für ein Land 7 1110. — Lizenznehmer Rechtsnachfolger in das Prioritätsrecht im Sinne des Art. 4 Int. Ü. Gew. Schut. 7 1115. — L. Kauf oder Pacht? 7 1115, 1116. — Legitimation des Lizenznehmers als Kläger oder Beklagter in e. Abhängigkeitsprozeß? 7 1115. — weitere Übertragung sog. Betriebslizenzen seitens des Lizenznehmers 7 1116. — gewährt der Lizenzvertrag ein eigenes, dingliches Schutzrecht gegen Dritte? 7 1116. — Kündigung des Vertrags seitens des Lizenzgebers bei Konkurs

des Lizenznehmers 7 1116. — Vertrag auf ausschließliche Verwertung e. Patents in bestimmten Ländern unter Eintragung des Erwerbers als Patentinhaber L.? 7 1116. — Pflicht des Lizenzgebers, für Aufrechterhaltung des Patents zu sorgen 7 1116. — Pflicht des Lizenznehmers zur Zahlung der Lizenzgebühr bei einem erst angemeldeten Patent 7 1116. — Gerichtsstand für die Verpflichtung, die Benutzung des Patentes durch einen anderen zu dulden u. für die Klage auf Befreiung von dieser Verpflichtung 7 1116.

VI. **Inhalt.** — Grundsatz d. Äquivalenz (Erstrecken des Patentschutzes auf die im Hinblick auf den Zweck gleichen Mittel) 7 1104. — Erstreckung des Patentschutzes für ein Verfahren auf die für das Verfahren notwendigen Arbeitsmittel 7 1103, 1110. — selbständiger Schutz eines einzelnen Elementes einer Kombinationserfindung 3 2, 640; 7 1102, 1110 (3). — Begriff des „Zurverkehrringens“ (Erteilung einer Lizenz) 5 1058 (2). — Erlaubniserteilung zur Anwendung eines Verfahrens ist „Zurverkehrringens“ 3 2, 640. — Klagerrecht eines Lizenznehmers 3 2, 640; 7 1110. — Schadensklage vor Erteilung, aber nach Bekanntmachung des Patentes 3 2, 643. — Einfluß einer unrichtigen physikalischen oder chemischen Erklärung auf die Frage der Verletzung 5 1057, 1058. — „gewerbliche Benutzung“ im Sinne des § 4 5 1057 (Benutzung durch juristische Personen); 7 1109 (Berufsmäßigkeit, Wiederholung, Entgeltlichkeit nicht entscheidend; Gebrauch durch Staat, Kirche, Gemeinde usw.); 7 1111. — Schutz von Unteransprüchen 5 1057. — Erlöschen des Schutzes mit Bearbeitung oder mit Bearbeitung 5 1057. — Benutzung bloß des einen Abschnittes bei einem in zwei Abschnitte zerfallenden Verfahren 5 1057, 1058. — Verletzung des Patentes durch eine andere Ausführungsform 5 1058. — Verletzung eines Patentes auf ein Verfahren durch Verkauf des Erzeugnisses? (Verkauf von Holzmehl an Bäder trotz Patents des Klägers auf Verwendung von Holzmehl für Bädereizwecke) 5 1058; 7 1108. — Heranziehung des § 2 bei Auslegung des Patentes 5 1058. — Heranziehung der Beschreibung zur Auslegung e. völlig klaren Patentanspruchs 7 1109. — Schadensanspruch wegen Verletzungen vor Nichtigkeitsklärung des verletzenden Patentes 5 1060. — Verletzung e. Patents durch dessen mangelhafte Benutzung 7 1109. — Verletzung eines Patents, wenn die Ausführung des geschützten Verfahrens in einem Punkt unvollkommen ist u. diese Unvollkommenheit durch eine neue Zutat des Verletzenden ausgeglichen wird 7 1109. —

„Herstellen“ im Sinne des § 4; bloße Erleichterung der Herstellung durch Benutzung d. geschützten Verfahrens 7 1109. — nicht beabsichtigte Patentverletzung als Nebenbefolg d. Tätigkeit 7 1109, 1110. — Verkauf e. das patentierte Verfahren wiedergebenden Rezipies 7 1110. — Bau u. Verkauf e. zur Anwendung des patentierten Verfahrens bestimmten Maschine 7 1110 (2), 1126. — Ausnutzung e. neu entdeckten Verfahrens zur gewerbsmäßigen Herstellung e. patentierten Ware 7 1110. — kein Recht des mit Annahme der in seinem Auftrag von einem anderen hergestellten Ware in Verzug befindlichen Patentinhabers zum Widerspruch gegen den Selbsthilfeverkauf des Fabrikanten 6 687; 7 1110, 1116. — Ausschluß d. Äquivalenz durch Verbesserung? 7 1111 (2). — gewerbsmäßige Herstellung im Sinne des § 4 7 1109, 1111 (4) (Beginn der Herstellung; Anfertigung einzelner Teile bei Kombinationspatenten; Herstellung zu häuslichem Gebrauch; Gebrauch von Probestücken). — „Feilhalten“ i. S. des § 4; bloße Ankündigung 7 1111. — Haftung des Dritten, dem ein vom Patentinhaber zur Anwendung des Patents unter jeweiligem Vorbehalt der Lizenzansprüche des Inhabers bevollmächtigter Unternehmer die patentierte Erfindung ohne Vorbehalt liefert 7 1127, 1128. — Grundsätze für Auslegung eines Patentanspruchs; Erforschung des wirklichen Willens; Bedeutung von Äußerungen des Anmelders 7 1121 (vgl. oben Anmeldung). — Ausdehnung des Patentumfangs im Wege der Analogie 3 2, 639. — Verletzung eines Kombinationspatents 3 2, 639; 7 1126, 1127. — Schutz des Patentinhabers durch einstweilige Verfügung 3 2, 639, 644 (bereits nach Bekanntmachung): 5 1066; 7 1113 (3). — einstweilige Verfügung gegenüber der Bezichtigung der Patentverletzung 7 1113 (s. einstw. Verfügung). — Stellung des Inhabers e. noch nicht für nichtig erklärten Patentes, der selbst von der Nichtigkeit überzeugt ist 7 1113. — Klage auf Feststellung e. Patentverletzung 7 1127. — Begriff der „wissentlichen Patentverletzung“; dolus eventualis 7 1128. — kein Anspruch des Inhabers auf Vernichtung 7 1111, 1127. — Anspruch auf Bereicherung wegen Patentverletzung 7 1112, 1127 (2). — Schadenserzatz bei Patentverletzung 1 1, 159. — Berechnung des Schadenserzatzes wegen Patentverletzung; Entgang von Lizenzgebühren 7 1127. — Anspruch auf Schadenserzatz für die Zeit nach Erhebung der Patentverletzungsklage bei weder wissenschaftlicher noch grobachtlässiger Verletzung 5 1065 (2). — Restitutionsklage auf Grund einer nachträglich aufgefundenen, älteren Gebrauchsmusteranmeldung? 5 1065 (vgl. 7 1104). — Haftung der Konkursmasse für Patentverletzung nach Konkursöffnung 5 1065; 7 1128. — Absicht des Beklagten, die Einwilligung des Patentinhabers nachträglich einzuholen 5 1065. — Anspruch des Patentinhabers auf Rechnungslegung 5 1065, 1066; 7 1127 (2). — Irrtum über Lizenzvertrag 5 1066. — Aussetzung in der Revisionsinstanz wegen Erhebung der Nichtigkeitsklage 5 1066. — Anspruch des Patentinhabers, der zur eigenen Verwertung des Patents nicht in d. Lage war, auf angemessene Lizenzgebühr gegen den Verlezer 7 1128. — Vertrag über Zurücknahme des Strafantrags 7 1128. — Strafbarkeit der Bezeichnung „patentamtlich geschützt“ oder „D.R.P.“ für Gebrauchsmuster 3 2, 645; 5 1066. — Bezeichnung „D.R.P.“ vor Bekanntmachung 5 1066. — Bezeichnung: „Patentamtsschutz N. . .“ oder „patentamtlich eingetragen“ als Patentanmaßung nach § 40 7 1128 (3). — Bezeichnung e. nur im Ausland geschützten Gegenstandes als patentiert 5 1066. — ist nach § 40 strafbar, wer die Gegenstände nicht selbst mit dem Vermerk verfährt, sondern sie nur in den Verkehr bringt? 5 1066; 7 1128. — Bezeichnung eines ganzen Gegenstandes als patentiert, wenn es nur ein Teil ist? 5 1066. — Verkauf patentierter Waren unter dem vom Patentinhaber festgesetzten Mindestpreis 3 1, 362 (s. unerlaubte Handlungen, § 826). — Haftung der Gemeinde für Patentverletzung seitens ihrer Beamten 4 21. — Herausgabe der Nutzungen bei Patentverletzung 5 124, 1066; 7 1127. — Zuständigkeit der Gerichte bei Streitigkeiten zwischen 2 Patentinhabern über die Abhängigkeit ihrer Patente voneinander 7 1107. — Schadenserzatzpflicht dessen, der auf Grund e. später für nichtig erklärten Patentes vor Patentverletzung warn? 7 1112. — Einwand d. wegen Patentverletzung Belangten, daß er das Patent für nichtig gehalten habe 7 1112. — Haftung der zur Patentverletzung e. anderen Beihilfe Leistenden 7 1112. — Abhängigkeitsklage bei bloßer Verührung 7 1114. — Zusatz-P. im Verhältnis zum Hauptpatent; Nichtigkeitsklärung d. letzteren 7 1117. — „Einrichtungen an Fahrzeugen“ i. S. des § 5 Abs. 3 7 1114. — Berücksichtigung von Privatgutachten als Urkunden nach § 286 3 B.D. 7 1114.

Unterlassungsklage (s. diese) 7 1108, 1126. — gegen die Behauptung der Priorität oder eines Vordenkungsrechtes 3 2, 639. — Wiederholungsgefahr Voraussetzung? 7 1128. — Fassung des Urteilstenors 7 1108, 1109, 1112 (3), 1113 (2), 1114. — die Verletzung des Patents allgemein verbietender Urteils-

(Patentrecht)

tenor 3 2, 639, 640. — Fassung des Klagantrags 5 1057; 7 1112 (3). — Gerichtsstand der unerlaubten Handlung? 5 1058; 7 1126, 1127. — Schadensersatzpflicht des abgewiesenen Klägers bei freiwilliger Betriebs Einstellung des Beklagten während des Prozesses 5 1058. — Einwand der Erschleichung gegenüber der Verletzungs Klage nach Ablauf der Frist des § 28 Abs. 3 5 1059. — Einfluß der während der Revisionsinstanz erfolgten Patentvernichtung auf die U. 5 1060. — U. gegen die Bezeichnung der Erzeugnisse eines patentierten Verfahrens als patentiert 5 1066. — Verschulden Klagevoraussetzung 5 1066. — Einfluß der Konkursöffnung über den Beklagten auf die U. 7 1110, 1127. — Klage gegen den zur Patentverletzung Beihilfe Leistenden 7 1112. — Besorgnis weiterer Beeinträchtigung bei Einstellung d. verletzenden Verhaltens, unter gleichzeitigem Bestreiten, daß ein Eingriff in das Patentrecht vorgelegen habe 7 1113. — einmalige Zuwiderhandlung genügend? 7 1113. — Übergang von der Unterlassungs- auf die Abhängigkeitsklage u. umgekehrt 7 1114. — Beschränkung auf den Antrag, „die Nichtberechtigung d. Beklagten festzustellen“ 7 1114. — U. gegen einen nach § 40 strafbaren Konkurrenten 7 1128.

V o r b e n u t z u n g s r e c h t. — Rechtsgrund 3 2, 640; 7 1114. — eines Angestellten 3 2, 640 (2). — vereinzelter Versuch 3 2, 640. — Einfluß des Art. 4 der Pariser Union 3 2, 647. — Irrtum des Vorbenutzers über die Patentfähigkeit 5 1058. — „in Benutzung nehmen“ i. S. des § 5; noch nicht bis zur Verarbeitung von Rohstoffen oder Weiterverarbeitung von Halbfabrikaten gediehene Benutzung der Erfindung 7 1114. — Pfändbarkeit des V. ? 7 1114 (s. oben I). — V. dessen, der vor Anmeldung e. Patents auf Verwendung e. Erzeugnisses zu einem bestimmten technischen Zweck daselbe zu gleicher Verwendung, aber in fremden Betrieben in Verkehr brachte? 7 1114. — „Veranstaltung“ i. S. des § 5; Anfertigung von Zeichnungen, Abschluß eines Rechtsgeschäftes 7 1114, 1115.

VII. Dauer u. Erlöschen 7 1117. — Erlöschen wegen Nichtzahlung der Gebühr; Einzahlung der Gebühr bei einer außerordentlichen Postanstalt 5 1059 (s. oben Gebühren). — Erlöschen in der Revisionsinstanz 7 1123, 1125. — Verzicht des Inhabers auf sein mit Lizenz-, Pfand- oder Nießbrauchsrechten belastetes Patent 2 1, 620.

N i c h t i g k e i t s e r k l ä r u n g 7 1118 (s. oben Neuheit). — Klagegrund 5 1063. — Verhältnis zur Unterlassungs- u. Abhängigkeitsklage s. Klageänderung. —

Aussetzen des Rechtsstreits über Patentverletzung bei Erhebung der Nichtigkeitsklage 4 685. — Erschleichung des Patents durch bewußt falsche Angaben über die Leistungsfähigkeit 3 2, 640. — Erschleichung; Verstoß gegen § 826 BGB. 5 1059, 1060 (Pflicht des Anmelders zur Angabe ihm ungünstiger Umstände). — Erschleichen durch Nichterwähnen einer 1 Jahr alten ausländischen Patentschrift 5 1060. — Abwarten der Frist des § 28 Abs. 3 als Erschleichen? 5 1061. — Einwand der Erschleichung gegenüber der Verletzungs Klage nach Ablauf der Frist des § 28 Abs. 3 5 1059. — Nichtigkeitsklage wegen Erschleichung nach Ablauf der Frist des § 28 Abs. 3 5 1060, 1064. — Beweislast des Beklagten gegenüber der vom Kläger dargelegten praktischen Unausführbarkeit des Patentes 3 2, 641; 5 1064. — Patent zur Herstellung eines chemischen Stoffes, während es sich tatsächlich nicht um diesen Stoff, sondern um einen anderen Stoff handelt 3 2, 641. — Abweisung der Nichtigkeitsklage auf Grund einer beschränkenden Auslegung d. Patentanspruches 3 2, 641; 5 1060. — Rechtskraft e. klageabweisenden Urteils 3 2, 465. — N. wegen Patentkollision, wenn das ältere Patent inzwischen gleichfalls für nichtig erklärt wurde 3 2, 641. — N. wegen Mängel d. Erteilungsverfahrens 3 2, 641; 7 1118(2). — Nichtigkeit wegen widerrechtlicher Entnahme, wenn das Patent ein Plus über die Entnahme hinaus enthält 3 2, 641. — Wirkung der N. bei Kombinationspatenten 3 2, 641. — Einfluß der N. d. Hauptpatents auf d. Zusatzpatent 7 1117. — Kostenfestsetzung im Nichtigkeitsverfahren 3 2, 645; 5 1064 (Nachliquidation). — Erstattungsfähigkeit der Kosten für Abschriften von Patentschriften, für Übersetzungen, für Versuche des Nichtigkeitsklägers 3 2, 645. — Gebühren des Patentanwalts 3 2, 645; 5 1064. — Wirkung eines kollidierenden, jüngeren Patentes bis zur Vernichtung 5 1059. — nach Revisionseinlegung ergangene N.; Einwand der Nichtigkeit in der Revisionsinstanz 7 1118. — Entscheidung über Priorität im Nichtigkeitsverfahren 7 1118. — N. eines Patentes, wenn zwar der vom Erfinder behauptete Erfolg eintritt, die Angabe aber auf einer irrigen Erkenntnis beruht? 7 1118. — nicht mehr neuer allgemeiner Erfindungsgedanke 7 1118, 1119. — Nichteintreten der behaupteten Wirkung 7 1119. — bei Anmeldung des Patents noch nicht veröffentlichte Patentschrift eines Vorpatentes 7 1119. — N. wegen Verneinung e. patentwürdigen Erfindung (§ 10 Ziff. 1) trotz Verneinung e. Identität des Gegenstandes 7 1119. — mündliche

Mitteilung als Beschreibung i. S. des § 10 Ziff. 3 7 1119. — Einstellung des Nichtigkeitsverfahrens wegen mangelnden Interesses des Antragstellers 7 1125. — Berechnung der Frist des § 28 Abs. 3 7 1125. — Zurücknahme d. Nichtigkeitsantrags in d. Berufungsinstanz; Zurücknahme nach Verkündung der Entscheidung des Patentamts 7 1126 (2). — Passivlegitimation des z. Zt. des Eingangs des Nichtigkeitsantrags in die Patentrolle als Mitinhaber Eingetragenen bei Löschung während des Verfahrens 7 1126. — Klage des Erfinders eines inzwischen gelöschten Patentes 5 1060. — Klage gegen den Inlandsvertreter eines bereits verstorbenen Patentinhabers 5 1060. — Klageänderung 5 1060. — Einfluß des Konkurses des Klägers 5 1060, 1064. — Klagerhebung lediglich im Interesse eines mit der gleichen Klage bereits abgewiesenen Vereines; Einrede der Rechtskraft 5 1060, 1064. — Übergang des Rechts auf Vernichtung auf die Erben 5 1060. — N., weil nicht die erste, sondern eine spätere Anmeldung die Erfindung enthalte 5 1060. — Nichtigkeitsklage bei gleicher Priorität? 5 1061. — Bestehen eines älteren Gebrauchsmusters als Nichtigkeitsgrund 5 1061. — neuerliche Erhebung der nach § 10 Ziff. 1 abgewiesenen Klage aus § 10 Ziff. 2 5 1061. — Nichtigkeit des auf eine bestimmte Ausführungsform beschränkten Patentes bei Entnahme des allgemeinen Gedankens aus einem älteren Patent 5 1061. — Beschwerde gegen projekleitende Verfügungen des Vorstehenden 5 1062. — Verbindung der Nichtigkeits- mit der Zurücknahmeklage 5 1063. — Rückerstattung der Gebühr 5 1064. — Befreiung der Ausländer von Sicherheitsleistung nach Art. 11 des Haag Abkommens v. 14. XI. 96 5 1064. — Klagezurücknahme (Zulässigkeit, Einfluß auf die Kosten, Weiterbetreiben durch den Nebenintervenienten) 5 1064 (3). — Nebenintervention 5 1064. — Ablehnung von Beweisanzträgen 5 1064. — Aufnahme des Prozesses durch die Erben 5 1064. — Festsetzung des Streitgegenstandes 5 1064. — Einlegung der Berufung vor Urteilszustellung 5 1065. — Erweiterung des Klageantrags in der Berufungsinstanz (Beschränkung in erster, Vernichtung in zweiter Instanz) 5 1065. — Kostenfestsetzungsbeschlüsse des Patentamts; Vollstreckbarkeitserklärung 7 1125 (vgl. 3 2, 645; 5 1064). — erstattungsfähige Kosten; Doppelvertretung durch Rechts- u. Patentanwalt 7 1125, 1126 (2). Zurücknahme des Patents f. über das Verfahren auch oben unter Nichtigkeitszerklärung. — Reform 7 1119. — wegen unterlassener Ausführung (unbe-

zugte Ausführung seitens Dritter) 3 2, 642; 7 1120. — Ausführungszwang bei Übertragung des Patentes 3 2, 642. — Verhalten des die Ausführung Unterlassenden nach Klagerhebung 3 2, 642. — Lizenzzwang zugunsten eines einer Verbesserung des Hauptpatentes darstellenden Zusatzpatentes 3 2, 642; 5 1061. — Angemessenheit der Vergütung im Falle des Lizenzzwanges 3 2, 642. — Einfluß der Preisbestimmung 7 1120. — teilweise Zurücknahme 5 1061. — Ausführung nur einer von mehreren geschützten Ausführungsformen 5 1061 (2). — Unterlassung der Ausführung wegen Unrentabilität 5 1061; 7 1120. — Zurücknahme wegen nur mietweiser Überlassung der hergestellten Maschinen an einen beschränkten Kundenkreis 5 1061; 7 1119. — Klagezurücknahme f. oben unter Nichtigkeitszerklärung. — Einfluß von Zweckmäßigkeitsgründen und öffentlichem Interesse auf das Zurücknahmeverfahren 7 1119. — Einfluß der Nationalität des Patentinhabers 7 1119. — keine Unterlassung der Ausführungspflicht, wenn nicht alle in der Patentschrift angegebenen Erfolge erreicht werden 7 1119. — Einwand der Schikane (§ 226 BGB.) gegen die Nichtigkeitsklage 7 1120. — Zurücknahme überholter Patente 7 1120. — Unterlassung eigener Ausführung seitens d. Patentinhabers, wenn ein anderer ohne Verfolgung die Ausführung bewerkstelligt 7 1120. — Aussetzung des z.-Verfahrens, weil gegen das andere nach § 11 Ziff. 2 in Betracht kommende Patent das Nichtigkeitsverfahren schwebt? 7 1120. — Entscheidung über die Kosten bei Erledigung der Hauptsache 7 1120 (3). — Rechtsmittel gegen die Androhung der Zurücknahme des Patentes (§ 30 Abs. 3) 7 1125. — Kostenfestsetzungsbeschlüsse d. Patentamts; Erteilung der Vollstreckungsklausel 3 2, 645; 5 1064; 7 1125.

Patronatslasten. — als öffentl. Lasten nach § 436 BGB. 1 1, 341.

Pensionat. — Haftung der P.-Besitzer aus §§ 701 ff. BGB.? 1 1, 416; 4 227 (f. Gastwirt).

Pensionsvertrag vgl. Verpflegung. — rechtl. Natur 2 1, 332; 4 174; 5 79. — Haftung für die Bediensteten 4 111.

Peremptorische Einreden 1 1, 88, 129; 2 1, 100 (vgl. Einreden).

Perle f. Auster.

Person f. Rechtssubjekt. — Begriffliches 7 1 ff.

Personenbeförderung vgl. Eisenbahn, Post, Seerecht. — als Gegenstand des Werkvertrags 2 1, 373; 4 204; 5 243.

Personenstandsgezet f. Name.

Algemeines. — Anwendung auf den hohen Adel 2 1, 675. — Standesbeamter

(Personenstands-gesetz)

Organ des Staates 2 2, 333 (2). — Befugnis des Staates, statt der Gemeindebeamten andere Personen zu Standesbeamten zu machen 2 2, 333. — emeritierte katholische Geistliche als Standesbeamte 2 2, 333. — „Vorsteher der Gemeinde“ im Sinne des § 4 Abs. 1 bei Gemeinden mit kollegialischem Vorstand 2 2, 333. — Anstellung der Standesbeamten auf Lebenszeit? Anspruch auf Pension? 2 2, 334. — Standesbeamter zur Funktion e. Wahlvorstehers tauglich? 2 2, 333. — Dienstaufsicht über die Standesbeamten 2 2, 334. — an Bedingungen geknüpft Vornahme e. Amtshandlung als Ablehnung e. Amtshandlung nach § 11 2 2, 334; 3 2, 243. — Beschwerde gegen die Anweisung e. Amtsgerichts an den Standesbeamten nach § 11 PStG. 2 2, 334 (2); 3 2, 172. — Befugnis des Amtsgerichts, die nach § 11 PStG. erlassene Anweisung abzuändern 2 2, 334. — Eintragung fremdsprachlicher Namen 2 2, 334. — polnische Namen auf ki; Eintragung der Frau mit fi oder ka? 2 2, 334; 6 1058 (f. Name). — Fehlen d. Unterschrift des z. Herbeiführung e. Register- eintrags Erschienenen 2 2, 334. — mit dem Eintrag nicht übereinstimmende Unterschrift 3 2, 172. — Bezeichnung der erschienenen Person in dem Eintrag (Angabe aller Vornamen? Mädchennamen der Frau) 3 2, 172. — Beweislast der vor Inkrafttreten d. PStG. in Elsaß-Lothringen errichteten standesamtlichen Urkunden 6 1056. — Beweislast d. Geburtsurkunde für d. Ehelichkeit, Zugehörigkeit zur Familie 4 868; 6 1056. — Einsicht d. Register; Durchsicht aller oder gewisser Jahrgänge ohne Bezeichnung der den Gesuchsteller interessierenden Einträge 4 869; 6 1056. — keine Gebühr f. Nachschlagen im Register 3 2, 173. — Gebührenfreiheit der Aufnahme der Einwilligung in d. Eheschließung zu Protokoll d. Standesbeamten 3 2, 173. — Geschäftsfähigkeit der eine Anzeige bei dem Standesbeamten erstattenden Personen 3 2, 173. — Einsicht u. Abschriften aus den bei Gericht verwahrten Nebenregistern u. Sammelakten 5 1007 (f. freiwillige Gerichtsbarkeit). — Beschwerde gegen Ablehnung d. Vorlage d. Nebenregister; Zuständigkeit, wenn landesrechtl. d. Nebenregister beim Landgericht aufbewahrt werden 5 1027. — Fortgeltung d. § 77 Abs. 2 PStG.? 1 2, 441. — nach § 66 Abs. 2 PStG. auf Feststellung d. Richtigkeit e. Eintrags Antrags- u. Beschwerdeberechtigte 7 995, 996. — Strafverfügung d. Standesbeamten oder d. Aufsichtsbehörde gegen d. nach § 68 Abs. 1 oder Abs. 3 Säumigen? 3 2, 175. — Beglaubigung der für die Schweiß be-

stimmten Urkunden bayerischer Standesbeamten; Zuständigkeit 6 1056. — Geburten u. Sterbefälle auf d. in d. Zugangsgewässern befindlichen Seeschiffen 6 1058. — rechtl. Natur BWA. 6 1060. — §§ 186 ff. BWA. auf die Fristen des PStG. nicht anwendbar 3 1, 62. — Bezeichnung von Nichtpreußen in preuß. Standesamtsregistern 7 6. — Beschwerde f. Beschwerde in d. freiwill. Gerichtsbarkeit. — Vorgänge im Sinne des § 71 PStG. 7 1010. — Ermächtigung d. Notars zu Anträgen nach § 11 Abs. 3, nicht nach § 65 PStG. 7 1010. — Nichteintrag e. Adoptionsvertrags seitens d. Gerichts, weil der Adoptierte den Adel nicht führen dürfe 7 1010. — Ablehnung d. Beurkundung von Rechtsgeschäften zweifelhafter Wirksamkeit; nachträglich noch zu beseitigende Mängel; Ablehnung d. Beurkundung e. von einem Minderjährigen ohne Zustimmung seines gesetzlichen Vertreters erklärten Vaterchaftsanerkennnisses 7 1026 f. (vgl. 2 2, 335).

Beurkundung der Geburten. — Berechnung der Anmeldefrist d. § 17 4 869. — Geburtsfälle in den Familien der im § 20 genannten Anstaltsbeamten 2 2, 334. — Anwendung d. § 20 nur auf Geburten d. in den Anstalten zu d. Zweck, zu dem sie dienen, aufgenommenen Personen 2 2, 334. — Erteilung d. Vornamens 6 1057. — ausschließliches Recht d. Vaters zur Bestimmung d. Vornamens 2 2, 334 (vgl. Name). — nachträgliche Aenderung oder Vervollständigung des Eintrags d. Vornamens 3 2, 173, 222. — Zusatzvermerk zu Zwilling- u. Mehrgeburten, welche Geburt die erste bzw. die zweite war 3 2, 174. — Form d. Eintragung e. Totgeburt; Kritik des Musterbeispiels C 3 d. BWA. 3 2, 174. — Namen der Findelkinder 2 2, 335; 4 869 (f. Findelkinder). — Pflicht d. Standesbeamten, die bei Anzeige d. Geburt e. unehelichen Kindes gemachte Erklärung e. Geschäftsbeschränkten über Anerkennung d. Vaterchaft zu beurkunden 2 2, 335; 7 1026 ff. — Eintrag e. Ehelichkeitsvermerks auf Grund d. in einem notariellen Testament enthaltenen Vaterchaftsanerkennnisses 2 2, 335. — Eintrag d. Legitimation e. unehel. Kindes ohne Protokollierung der d. Standesbeamten gegenüber abgegebenen Erklärung 2 2, 335. — Vermerk über d. Abstammung e. Kindes auf Grund e. die unehel. Vaterchaft nur im S. d. §§ 1708—1716 BWA. feststellenden Urteils 6 1057, 1058, 1060. — Inhalt d. Randvermerkes (Art d. Bezeichnung d. Person d. Vaters, Religion) 6 1057. — Randvermerk über d. vord. Standesamte abgegebene Erklärung d. Anerkennung e. unehel. Kindes als öffentl. Anerkennungsurkunde i. S. d. § 1720 Abs. 2, 3 2, 174

(f. Vaterschaft). — Ablehnung d. Beurkundung der Anerkennung der außerehelichen Vaterschaft durch d. Standesbeamten **3 2, 243; 7 1026 f.** — Geburtsanmeldung als Anerkennung d. Vaterschaft **6 1057.** — Berichtigung d. Anerkennung e. Kindes durch d. Vermerk, daß d. Anerkennende nicht der Erzeuger d. von seiner Frau geborenen Kindes sei **6 1057.** — Beweisraft d. Geburtsurkunde f. oben.

Eheschließung f. diese. — Aufgebotsfrist bei Bekanntmachung d. Aufgebots in e. öffentlichen Blatt (§ 47) **7 473.** — Nachweis d. Eheschließung anders als durch d. Heiratsregister **2 2, 335.** — „Stand“ d. Eheschließenden nach § 54 Ziff. 1 = Stellung im bürgerlichen Leben, nicht ledig, verwitwet, geschieden **2 2, 335.** — Bezeichnung d. ihren Mädchennamen wieder angenommen habenden geschiedenen Frau in d. Heiratsurkunde bei Wiederverhehlung mit „geschiedene N.“ **1 2, 81.** — Prüfung d. Eheschließende durch d. Standesbeamten; ist der Standesbeamte an ein d. ueheliche Vaterschaft i. S. der §§ 1706—1716 BGB. feststellendes Urteil gebunden? **6 1057, 1058, 1060.** — Eintrag e. im Ausland erfolgten Nichtigkeitserklärung? **2 2, 335 (2).** — Strafbarkeit e. Standesbeamten nach § 69 setzt Verschulden voraus; verschuldete Gesetzesunkenntnis **3 2, 175.** — Wirkung d. bayer. Verhehlungszeugnisses; Notwendigkeit d. Aufgebots in Bayern **3 2, 176.**

Beurkundung der Sterbefälle. — Anmeldung an den auf e. Wochentag fallenden Feiertagen **2 2, 335; 6 1058.** — Anzeigepflicht d. Familienglieder? **2 2, 335.** — Einfluß e. amtlichen Ermittlung über d. Todesfall auf den auf Grund mündlicher Anzeige e. Legitimierten bewirkten Eintrag **3 2, 174; 4 869.** — Begriff der „amtlichen Ermittlung“ nach § 58 **4 869.** — Art d. Angabe d. Alters d. Verstorbenen; Angabe von Geburtstag und Geburtsjahr? **3 2, 174.** — Angabe d. Anzeigenden über die Art seiner Verwandtschaft zum Verlebten **3 2, 175.** — Ausdehnung d. Beweisraft d. Sterbeurkunde auf den darin angegebenen Sterbeort **4 869 (2).** — Art der Bezeichnung des Sterbeortes **4 869; 6 1058.** — vor Eintrag d. Sterbefalls ohne Genehmigung d. Ortspolizei erfolgte Beerdigung; Befähigung d. ohne Genehmigung d. Aufsichtsbehörde bewirkten Eintrags d. Sterbefalls **4 869.**

Berichtigungsverfahren **3 2, 222.** — Begriff d. Berichtigung; Nachtrag rechtserheblicher Umstände zu e. richtigen Eintrag **3 2, 175, 223; 6 1058.** — Berichtigung der vor 1. I. 76 bewirkten Eintragungen **2 2, 335; 3 2, 222.** — Berichtigung e. gemäß d. abgegebenen Erklärung richtig bewirkten Eintrags,

wenn die Erklärung ihrem Inhalt nach unrichtig war **2 2, 335.** — Berichtigung nur von vornherein falscher oder unvollständiger Einträge, nicht von Einträgen, die durch später eingetretene Tatsachen unrichtig werden **4 869, 870** (Eintrag d. Legitimation e. Kindes im Berichtigungsverfahren?). — Beweisraft d. Berichtigung **2 2, 335.** — Beilegung e. anderen Namens an Stelle e. gegen d. guten Sitten verstößenden **3 2, 222.** — mit der offiziellen Schreibweise, nicht aber mit d. des Beteiligten übereinstimmende Schreibweise d. Vornamens **4 870.** — Berichtigung bei Eintragung e. falschen Vornamens **3 2, 173, 222; 5 4; 6 1058.** — Berichtigung e. Vornamens wegen polnischer Schreibweise bei Identität d. Namens **2 2, 335.** — unwahre Erklärung e. Ehemannes über die Vaterschaft e. vorehelichen Kindes seiner Frau **3 2, 223; 6 1057, 1059.** — Prüfung d. formellen und materiellen Gültigkeit e. Vertrags auf Annahme an Kindesstatt v. Anordnung e. entsprechenden Antrags **3 2, 222.** — Berichtigung formeller Mängel **5 1010.** — Kritik des § 70 BGB. **3 2, 223.** — Berichtigungsantrag d. Vormundschaftsgerichts **3 2, 175.** — Beschwerdeberechtigte im Falle d. § 70 BGB. (anerkanntes Kind u. anerkannter Vater, Aufsichtsbehörde, Begriff der an der Berichtigung Interessierten) **3 2, 223.** — Beschwerderecht d. Aufsichtsbehörde **2 2, 334, 336; 3 2, 196, 223; 4 861, 870; 5 1010** (f. Beschwerde). — Beschwerderecht d. Staubebeamten **3 2, 223 (2); 2 2, 336.** — Beschwerde gegen Ablehnung e. Berichtigungsantrags **5 1010; 6 1060.** — Wiederberichtigung e. Berichtigung trotz Rechtskraft d. ersten Anwendung **5 1010; 6 1059; 7 1010.** — Beschwerde gegen Anordnung einer Berichtigung **2 2, 335.** — Beschwerde auf Grund e. öffentlichen Rechts **2 2, 336.** — Vormundschaftsgericht beschwerdeberechtigt? **3 2, 175.** — haben d. Gerichte zu prüfen, ob d. Berichtigungsantrag d. Aufsichtsbehörde im öffentlichen Interesse geboten ist? **2 2, 335, 336.** — Verweisung der Aufsichtsbehörde auf den Rechtsweg? **4 870.** — Nachprüfung d. Gerichts d. weiteren Beschwerde, ob das Beschwerdegericht von seinem freien Ermessen richtigen Gebrauch macht **6 1060** (f. Beschwerde). — Berichtigung: Nachtrag, daß der gesetzliche Vertreter seine Einwilligung zur Ehe gegeben hat **6 1058.** — Berichtigung durch Nachtrag d. Verwandtschaftsverhältnisses eines Ehezeugen **6 1058.** — Berichtigung von Familiennamen (Eintrag d. polnischen Namens der Frau mit d. Endigung fa statt fi) **2 2, 334; 6 1058** (f. Name). — Berichtigung e. Adelspräfixates **6 1058, 1059 (2)** (Anhören des Heroldsamtes); **7 996, 1010** (Antragsrecht

(Personenstandsgesetz)

d. preuß. Heroldsamtes; bindende Kraft der vom Heroldsamt über die Adelsführung getroffenen Entscheidung für d. Gericht). — Berichtigung e. Unterschrift **6 1059**. — Berichtigung einer Geschlechtseintragung **6 1059**. — keine Berichtigung der vom Standesamt aufgenommenen besonderen Urkunden (Vaterschaftsanerkennung)? **6 1059**. — Berichtigung auf Grund eines Urteils (die uneheliche Vaterschaft unbedingte oder nur im Sinn der §§ 1708 bis 1716 BGB. feststellendes Urteil) **6 1059**. — Berichtigung bei Unterlassung d. Bemerkts, daß der Angehende aus eigener Wissenschaft unterrichtet war **6 1060**. — urkundlicher Nachweis, vorherige Änderung d. Kirchenbuchs Voraussetzung d. B.? **6 1059**. — vor d. Aufsichtsbehörde stattgehabtes Gehör d. Beteiligten als Voraussetzung d. B.; Gehör vor dem Heroldsamt **6 1059**.

Persönliche Dienstbarkeit s. Dienstbarkeit.

Persönlicher Schuldner s. Hypothek unter Rechtsstellung d. persönlichen Schuldners.

Persönliches Erscheinen der Partei. — Erzwingen de lege ferenda **4 685**. — ist Verhandeln mit ihr „erforderlich“ i. S. d. § 219 ZPO. **3 2, 423**. — Umfang d. Vertretung zum Wort; Revision **6 780**. — Worterteilung an sie nach § 137 ZPO.; der Antrag d. Partei ist zu Protokoll festzustellen **3 2, 424**. — in Ehefachen s. diese. — Anordnung d. p. C. vor einem ersuchten Richter? **7 768**.

Persönlichkeitsrechte s. Wappen, Titel, Bild, Briefe, unerlaubte Handlung, Name. — Kreis **6 4; 7 7**. — Verletzung fremder P. im Notstand **1 1, 140**. — geschützt durch Unterlassungsklage **5 67**. — Verzicht auf Schutz d. P. **6 5**. — Übertragbarkeit unter Lebenden u. von Todes wegen **6 5**. — Dauer d. Anerkennung d. P. nach dem Tode des Rechtsträgers **6 5 (2)**. — Erlaß ideellen Schadens bei Verletzung eines P.? **6 5**. — maßgebendes Recht bei Statutenkollision **2 1, 757**. — Haftung (§ 823 BGB.) für Verletzung von P. **1 1, 465; 2 1, 494**. — Titelrecht s. Titel. — Schutz gegen unangenehme Behauptungen **7 6**.

Pfandfreie Abschreibung im Grundbuch **6 1046**.

Pfandhalter. — nach § 1189 BGB., §§ 14, 16 Abs. 1 G. v. 4. XII. 99, die Rechte d. Besitzer von Schuldverschreibungen betr., aufgestellter Pf. als Vertreter d. Gläubiger im Konkurs **2 2, 480 498, 502, 508; 4 953** (f. Schuldverschreibung).

Pfandindossament (Indossament zur Verpfändung) **3 1, 465**.

Pfandleiher u. Leihanstalten. — Registerzwang nach § 2 GVB.? **1 2, 397; 2 2, 5; 3 1, 683; 3 2, 2**. — Privileg der Pf. u. L.

nach Art. 94 GVBG. **2 1, 771**. — Aufrechterhaltung d. Landesgesetzgebung durch Art. 94 GVBG. **3 1, 683**. — Leihhaus d. Stadt Köln **4 535**. — Unübertragbarkeit d. Darlehnsforderungen d. Pfandleiher **3 1, 45, 190, 196; 4 145, 937**. — Anwendung d. GVB. **4 937**. — Handel mit Pfandscheinen unter § 56 Riff. 3 GewO. fallend? **4 948**. — Retentionsrecht d. Pf. u. L. **2 1, 169**.

Pfandrecht.

Übergangsrecht. — Unterpfandrecht d. babilonischen Ur. **3 1, 698; 6 597**. — Wirksamkeit u. Voraussetzungen e. vor 1900 entstandenen Pf.; Art d. Pfandverkaufes **6 596**. — Kostenpfandrechte d. babilonischen Rechts **4 547**. — vor 1900 ohne Eintragung in d. Grundbuch begründetes dingliches Pf. **3 1, 700**. — vor 1900 entstandenes gesetzliches Pf. des Mündels am Vermögen d. Vormundes **1 2, 450** (f. Mündel, Vormundschaft). — Anwendung d. § 1252 auf Pf. aus der Zeit v. 1. I. 00 **2 1, 607**.

Pfandrecht an beweglichen Sachen Allgemeines. — Inhalt u. Begriff **1 1, 715; 5 447**. — Stellung im Rechtssystem **1 1, 715**. — kein Pf. ohne Verkaufsrecht **1 1, 710; 3 1, 459**. — Befreiung ohne Verkauf (durch Aneignung) bei Verpfändung von Bargeld **7 467**. — vertragsmäßige Verpflichtung d. Gläubigers zu freihändigem Pfandverkauf **3 1, 462**. — Verfallvertrag **5 451**. — Überweisung der gepfändeten Sache zu Eigentum nach § 825 ZPO. **7 467**. — die gesicherte Forderung **1 1, 711; 3 1, 458**. — Pfandungspfandrecht ohne Forderung **5 448**. — irreguläres Pfandrecht; Anwendung d. für das reguläre geltenden Vorschriften; Ausrechnung mit der Forderung auf Rückstattung d. Pausensumme **1 1, 711; 7 464**. — kaufm. Retentionsrecht als Pf. **3 1, 233**. — Pf. u. vertragliches Retentionsrecht **3 1, 122**.

Gegenstand des Pfandrechts an beweglichen Sachen. — nach § 811 ZPO. nicht pfändbare Sachen **1 1, 716**. — künftige Sachen **1 1, 712**. — die eigene Sache **2 1, 603; 5 447; 6 436; 7 449** f. — Bestandteile oder Zubehörstücke von Grundstücken **1 1, 711, 712**. — Nutzungen d. Pfandsache **5 449**. — Beweis- u. Legitimationspapiere, Grundschuldbrief, lösungsfähige Quittung, Sparkassenbuch **1 1, 711; 2 1, 603; 3 1, 440, 459; 3 2, 266; 7 463, 464**. — Versicherungspolice **5 449; 7 464**. — Sachgesamtheit (Warenlager) **1 1, 712; 2 1, 28, 603; 3 1, 27, 459; 5 449; 6 436** f. — Zeitungsertrag, Recht auf Benutzung d. Titels d. Zeitung **7 463**. — Erbteil eines Miterben **1 2, 232; 2 1, 709, 754; 6 538**. — Pf. d. Banken an den in ihren Besitz ge-

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

langenden Effekten ihrer Kunden **5 447**. — Barkaution **1 1, 711**. — Pf. an zwecks Sicherheitsleistung hinterlegten fremden Sachen **1 1, 143**.

Bestellung eines Pfandrechts an Mobilien. — Bestellung auf bestimmte Zeit **7 463**. — Übergabe (Besitzverschaffung) **1 1, 711 f.**; **2 1, 603**; **3 1, 384, 459**; **4 367**; **6 437, 7 464 f.**; bei Verpfändung eines Miteigentümeranteiles **1 1, 720**. — Erfaß d. Pfandsache durch eine andere **7 468**. — Verpfändung einer bei einem Zollamt lagernden Ware **4 367**. — Einräumung d. Mitbesizes **1 1, 713 f.**; **2 1, 603**; **5 449**; **6 437**. — Abtretung d. Anspruchs gegen d. Ehemann auf Herausgabe von Sachen der Ehefrau **5 449**. — Verpfändung durch Ernennung eines gemeinschaftlichen Verwahrers oder Treuhänders **1 1, 713**; **2 1, 603**. — Beteiligung d. Prokuristen d. Pfandbestellers als Pfandverwahrer für den Gläubiger **7 464**. — Wirkung eines Pfandvertrages ohne Übergabe **1 1, 713**. — Verhältnis von Einigung u. Übergabe **4 367**; **7 464**. — „verschreiben“ **6 436**. — Begründung e. nach ausländischem Handelsgebrauch anerkannten „Vintulationsverhältnisses“ **7 464**. — Verpfändung für fremde Schuld formfrei **1 1, 712**. — Erwerb d. Pf. an d. einem Dritten eingehändigten Sicherheit **3 1, 70**. — Verpfändung durch einen Nichtberechtigten; Schutz des gutgläubigen Erwerbers **1 1, 714**; **2 1, 604**; **3 1, 460**; **3 2, 85**; **6 437**. — grobe Fahrlässigkeit des Gläubigers bei Verpfändung nur der Mäntel von Wertpapieren **3 1, 460**; desgl. der Zins Scheine **7 465**. — Sicherungskauf **1 1, 713**; **2 1, 603**; **3 1, 459**; **4 367**; **5 448**.

Rangverhältnis. — im allgemeinen **3 1, 460**. — bei Pf. für bedingte oder künftige Forderungen **5 449**. — Widerspruch eines nachfolgenden Pfandgläubigers gegen die Auszahlung d. Erlöses **7 467**. — Rang d. Pfändungspfandrechts **1 1, 714**. — Rang d. Miet- u. Pfändungspfandrechts **1 1, 714**; **2 1, 604**. — Gleichrang d. Teile einer Forderung **1 1, 714**. — Wirksamwerden u. Rang d. mehreren Pf. an d. Schuldner od. Verpfänder nicht gehörenden Sachen **4 56**.

Rechtsstellung des Pfandgläubigers. — Einreden gegen d. Rechtsverfolgung d. Pfandgläubigers **2 1, 604**; **3 1, 460**; **5 449**. — Verpflichtung d. Gläubigers zur Verwahrung d. Pfandsache; Verpflichtung zur Versicherung? Gebrauchsverbot **2 1, 604**; **5 449**. — Verwahrungspflicht im Falle d. Pfändungspfandrechts **3 1, 461**. — Anspruch d. Pfandeigentümers auf Verwahrung? **5 449**. — Rechte gegen den Gläubiger bei Verletzung d. Rechte d. Verpfänders u. d. Pfandeigentümers **1 1, 715** (Interusu-

rium); **5 450**. — Sicherungsverkauf: Mitbieten des Gläubigers **2 1, 604**; keine Rechte d. Eigentümers u. Schuldners bei diesem Verkauf **5 450**.

Schutz des Pfandgläubigers. — Rechtsvermutung zugunsten des besitzenden Pfandgläubigers? **1 1, 715**; **2 1, 606**; **3 1, 462**; **4 367**; **5 450**. — Herausgabeanpruch, passiv legitimer Besitz, Herausgabe von Nutzungen oder Früchten, Schadensersatzansprüche des Gläubigers, Berechtigung zum Besitze gegenüber dem Gläubiger, Erfaß von Verwendungen, Abwendung d. Beurteilung zur Herausgabe durch Befriedigung, Vereinbarung über d. Reihenfolge d. Befriedigung aus mehreren Pfändern, Klage auf Grund früheren Besizes **2 1, 606 f.** — Anspruch d. Gläubigers auf Herausgabe des Pfandes zum Verkauf **2 1, 607**; **6 437**.

Pfandverkauf. — bei den nach § 811 P.B. nicht pfändbaren Sachen **1 1, 716**. — vollstreckbarer Titel für das Recht zum Verkauf **2 1, 607**; **5 451**. — Veräußerung von Nachlassgegenständen nach den Vorschriften über Pfandverkauf **1 1, 716**. — Mitbieten d. Verpfänders **5 451**. — Wirkung d. Zuschlages an den Eigentümer **1 1, 716**. — Mitbieten des Gläubigers **2 1, 607**; **5 451**. — Erwerb durch d. Pfandgläubiger **1 1, 716**. — Wirkung d. Pfandverkaufs **1 1, 716**; **2 1, 607**. — von §§ 1235—1240 BGB. abweichende Art d. Pfandverkaufs **1 1, 717**. — Rechte am Erlös **1 1, 717**; **4 367**; **5 451**. — Behandlung d. Verpfänders als Eigentümer **1 1, 717**; **5 451**. — Reihenfolge bei Verpfändung mehrerer Gegenstände von ungleichem Wert **7 467**. — Geltendmachung d. Pf. an Sachen von unverhältnismäßig hohem Werte **2 1, 103**. — § 1230 Satz 2 dispositives Recht? **7 467**. — nichtrechtmäßiger Pfandverkauf; Fälle d. Nichtrechtmäßigkeit; Folgen für d. Rechte an der Pfandsache u. am Erlös; nachträgliche Genehmigung d. Verkaufs **7 467, 468 f.** — Umfang d. Kompetenz d. Gerichts d. freiwilligen Gerichtsbarkeit nach § 1246 Abs. 2; keine Entscheidung über das Bestehen d. Pfandrechts **3 2, 241**.

Rechtsstellung des Pfandeneigentümers **5 448 ff.** — Konkurs des nicht persönlich haftenden Pfandschuldners **3 1, 208**. — Anspruch auf Verwahrung **5 449**. — Ablösungsrecht, Anspruch auf Herausgabe Zug um Zug gegen Befriedigung **3 1, 462**. — Einlösungsrecht von Verpfänder und Pfandeigentümer, Konkurrenz beider **5 450**. — Recht d. Pfandgläubigers zur Ablehnung d. Einlösungsabgabe des Verpfänders **5 104**.

Übertragung des Pfandrechts. — Anspruch d. Erwerbers auf Besitzüber-

(Pfandrecht)

tragung, Eintritt in die Verpflichtungen des bisherigen Gläubigers **1 1, 718**. — Haftung des letzteren **3 1, 462**. — wiederholte Übertragung **4 368**.

Erlöschen des **Pfand**rechts. — § 1252 BGB. nicht anwendbar auf Pf. aus der Zeit vor dem 1. I. 00 **2 1, 607**; desgl. auf das Pfändungspfandrecht **5 451**. — Beweislast für das Erlöschen d. Forderung **6 437**. — Erlöschen infolge Anfechtung d. Forderung **1 1, 718**. — infolge Rückgabe **1 1, 718**; **2 1, 608**. — Ertrag der Pfandsache durch eine andere **7 468**. — kein Verlust d. Pfandbesizes durch vorübergehende Aushändigung der Schlüssel zu dem verpfändeten Lager an den Verpfänder **7 468**. — infolge Vereinigung mit dem Eigentum; Fiktion des Fortbestandes **5 452**. — Anspruch auf Rückgabe d. Pfandes **1 1, 715, 718**; **5 450, 452**; **6 437**. — Aufhebung durch Rechtsgeschäft, Ausgleicheung bei Mitpfänderschaft usw. **6 437**. — Rückgriffsrecht des befriedigenden Verpfänders **2 1, 604 f.**; **3 1, 461 f.**; **5 450**; **7 465**. — im Falle des Pf. an mehreren Sachen bei teilweiser Befriedigung kein Anspruch des Schuldners auf teilweise Pfandentlassung **1 1, 715**. — Befriedigung des Pfandgläubigers; Verzug des Gläubigers ohne Hinterlegung **1 1, 715**.

Pfandrecht an **Rechten**. — rechtliche Natur; Pf. an einem Pf.? **5 453**; **7 468**. — Erwerb nur vom Berechtigten **1 1, 726**; **3 1, 462**. — Anwendbarkeit des § 1207 **3 1, 463**. — maßgebender Zeitpunkt für den guten Glauben des Erwerbers einer ihm vorher verpfändeten Hypothek **5 453**. — Gegenstand des Pf.; Verhältnis des § 399 zu § 1274 **5 165**. — Verpfändung einer hypothekarisch gesicherten Forderung **2 1, 608**; **4 368**; **5 453**; **6 438**. — Teilpfändung einer Hypothek **1 1, 726**. — Verpfändung einer Lebensversicherungspolice, der Forderung aus einem Lebensversicherungsvertrag **1 1, 726, 728**; **3 1, 464**; **4 369**; **5 453**; **6 438**. — desgl. eines Hypothekenbrieves ohne Verpfändung der Forderung **3 1, 464**; **4 368**; **6 438**. — desgl. von Anteilsrechten an einer GmbH. **2 1, 608**; **3 1, 463 f.** — desgl. von Anteilscheinen an einer Gesellschaft **3 1, 464**. — von Aktien u. Interimsscheinen **6 438**. — desgl. von künftigen Forderungen **3 1, 463**; **7 468 f.** — desgl. von einer Forderung d. Schuldners (Verpfänders) gegen den Gläubiger (Pf. an der eigenen Schuld) **3 1, 464**. — Rang eines Pf. an einer Hypothek **1 1, 725**. — Gegenstand eines Pf. a. e. Hypothek **6 438**. — desgl. im Falle der Zwangsversteigerung **4 368**. — hypothekarische Verpfändung durch nachträgliche Ausfüllung einer in blanco indossierten Urkunde **7 469**. — Schadenersatzpflicht des

Pfandgläubigers wegen Unterlassung der Liquidierung der Zinsen in der Zwangsversteigerung **5 455**. — Pf. an einer Aktie, Ausübung d. Stimmrechts **1 1, 725**; **2 1, 608** (f. Aktiengesellschaft). — Pf. an einem Gesellschafteranteil; Vorrang vor e. später begründeten Pf. an dem Anspruch des Gesellschafters auf Herausgabe der ihm bei d. Auseinanderziehung zuteilten Sachen **7 469**. — ein Anspruch auf Auflassung nicht als Nebenrecht von der Pfändung des Hauptanspruchs umfaßt **7 469**. — Inhalt der Verpfändungserklärung **7 469**. — Erlöschen eines Pf. an eingetragenen Rechten ohne Eintragung ins Grundbuch **1 1, 725**. — Verzicht des Patentinhabers auf sein mit ausschließlichen Lizenzrechten, Pfand- oder Nießbrauchrechten belastetes Patent **2 1, 608**. — Aufhebung d. verpfändeten Rechts; Aufhebung als Folge eines nicht unmittelbar hierauf gerichteten Rechtsgeschäftes **4 368**. — keine Aufhebung ohne Zustimmung des Pf.-gläubigers **7 469**. — Aufrechnung mit einer Forderung gegen den Verpfänder, desgl. im Falle des Pf. an der eigenen Schuld **1 1, 464**. — Art der Befriedigung aus dem verpfändeten Rechte **4 368**. — Befriedigung aus e. verpfändeten Miterbenanteil **7 469**. — Wirkung d. Pfandverkaufs; Anwendbarkeit des § 1244 BGB. **2 1, 607, 608**; **4 368**; **5 451**. (s. auch Pf. an Forderungen).

Pfandrecht an **Forderungen**. — rechtl. Natur **4 368**; **5 453**; **7 469**. — Erstreckung auf die Zinsen **5 454**. — Einziehung der Zinsen durch den Gläubiger; Wirkung der Zurücknahme seiner Anzeige, daß er von seinem Einziehungsrecht Gebrauch mache **7 470**. — Bestellung **4 368**. — Anzeige an den Schuldner **4 369**. — Anzeige d. § 1280 als Voraussetzung f. d. Entziehung d. Pf. **3 1, 199**. — Entziehung des Pf., maßgebender Zeitpunkt für die Anfechtung **1 1, 726**. — Wirksamkeit der Verpfändung gegen den Schuldner **1 1, 726**. — Anerkennung der Rechtsgültigkeit der Verpfändung gegenüber dem Schuldner **7 469**. — desgl. der Pfändung (Zahlung nach Ertragszustellung in Unkenntnis der Pfändung) **3 1, 464**. — Anwendbarkeit des § 407 BGB. **4 368**. — Sicherungszeption ohne die bei der Verpfändung erforderliche Benachrichtigung **2 1, 608**. — Entscheidung über die Rechtsbeständigkeit einer Forderungspfändung im Fall einer Hauptintervention **6 438**. — Einreden des Drittschuldners aus dem Rechtsverhältnis zwischen Schuldner und Gläubiger; Wirkung d. Rechtskraft d. zwischen diesen ergangenen Urteils **6 438**. — §§ 398, 413 auf d. Verpfändung anwendbar **2 1, 257**. — Anwendbarkeit des § 405 **3 1, 197**. — Angebot der Leistung an Gläubiger und Pfandgläubiger, Annahmeverzug des einen

1 1, 726. — Einziehungszrecht des Pfandgläubigers, Recht zu sonstigen Verfügungen, insbes. Aufrechnung, Rechte des Schuldners u. Drittschuldners **1 1, 726 f.; 3 1, 465; 5 454.** — § 1275 bei Forderungspfändung unmittelbar auf d. Drittschuldner anwendbar **7 469.** — Rechte aus der Überweisung einer gepfändeten Hypothek zur Einziehung **1 1, 727.** — Befriedigung aus der verpfändeten Forderung; Mitbieten des Gläubigers **5 454.** — Rechtsverhältnis nach der Leistung des gepfändeten Gegenstandes **3 1, 465.** — kein Eintragungszwang für die nach § 1287 Satz 2 entstandene Sicherungshypothek **2 1, 608.** — Fälle der Konfusion **4 369.** — keine Aufhebung des verpfändeten Rechts ohne Zuziehung des Pfandgläubigers **7 469.**

Pfandrecht an Inhaberpapieren **1 1, 728; 2 1, 608; 3 1, 465.**

Pfandrecht an Schiffen vgl. Seerecht. — pfändbare (eintragungsfähige) Schiffe, Voraussetzungen der Eintragung **1 1, 720.** — Pf. an ordnungswidrig nicht registrierten und ordnungswidrig registrierten Schiffen **3 1, 463.** — bezgl. an einem Bruchteil des Schiffes **6 437 f., 7 936.** — Pf. an einem Schiffspart **1 1, 725; 5 452 f.; 7 936.** — Erlösch des Pf. infolge Löschung des Schiffes im Register **5 452.** — Bestellung **1 1, 720; 3 1, 463.** — die zugrunde liegende Forderung **1 1, 722; 5 452.** — Eintragung ins Register **1 1, 720.** — Eintragungen von Vormerkungen u. Widersprüchen ins Schiffsregister **3 1, 463.** — Haftung d. Schiffes, insbesondere für Nebenleistungen **1 1, 721, 722; 5 452.** — Rang **1 1, 721; 5 452.** — Vergleich mit der Hypothek, Arrestpfandrecht, unrechtmäßige Löschung, Bestellung eines Nießbrauches, Registerberichtigung **1 1, 721 f.** — Befriedigung d. Gläubigers durch Übertragung des Eigentums **5 452.** — Befriedigung durch den persönlichen Schuldner **5 452.** — Gegenstand der Pfandhaftung **1 1, 722.** — Pf. an mehreren Schiffen für dieselbe Forderung **1 1, 722 f.** — Übertragung; Anwendbarkeit d. § 1250 BGB. **1 1, 717, 722.** — Anwendbarkeit der Vorschriften über das Pf. an beweglichen Sachen **1 1, 723; 3 1, 463.** — gesellschaftliches Pf. an Schiffen **1 1, 723.** — Endigung des Pf. **1 1, 723 f.; 5 452.** — Anwendungsfall des § 1267 **1 1, 724.** — Zwangsvollstreckung in das Schiff, kein Eigentums-erwerb an dem durch einen Auktionator versteigerten Schiff **1 1, 724 f.; 3 1, 463.** — Ausschließung d. Gläubigers im Aufgebotsverfahren **1 1, 725.** — Pf. für die Forderung aus Inhaber- oder Sonderpapieren **1 1, 725; 5 452** (Stellung des Pfandhalters).

Pfandrecht an Wechseln und
bei Jahrg. 1–3 = Band und Seite.

anderen Orderpapieren **1 1, 728; 2 1, 608; 5 454.** — Pf. an Wertpapieren; Freierwerden d. Nebenpapiere **1 1, 728.**

Pfandrecht antichretisches. Antichrese. — an einem Grundstück aus der Zeit vor dem 1. I. 00 **1 1, 714.**

Pfandrecht gesellschaftliches s. auch Gastwirt, Miete, Pacht, Werkvertrag, Kommissions-, Expeditions-, Lagergeschäft. — Erwerb an nicht dem Schuldner gehörigen Sachen; gutgläubiger Erwerb **1 1, 714, 718 ff.; 2 2, 205; 3 1, 460; 3 2, 85.** — „Verpfänder“ **5 211.** — Erwerb trotz Verfügungsbeschränkungen des Eigentümers **1 1, 719.** — Entstehung durch Hinterlegung zwecks Sicheheitsleistung **1 1, 143.** — Entstehung an Erzeugnissen der Pfandsache **1 1, 714; 5 449.** — Anwendbarkeit des § 1248 BGB. **5 451;** der §§ 1205–1208, 1219, 1204 Abs. 2 **1 1, 718;** der §§ 1207 u. 1208 **3 1, 463; 7 465, 468.** — der §§ 1259 ff. auf das gesellschaftliche Pf. an Schiffen **3 1, 463.** — der §§ 1281, 1282 **5 454.** — Erlöschen infolge Besitzverlustes bei den handelsrechtlichen Pf. d. Kommissionärs usw., bei dem des Verpächters, des Unternehmers für Forderung aus dem Werkvertrag **1 1, 719.** — erlischt nicht bei Schuldübernahme (§ 418) **5 177.** — an Schiffen **1 1, 723.** — an Wechseln u. anderen Orderpapieren **1 1, 728.** — Recht des Staates an den wegen Zoll- oder Steuerinteresses in Verwahrung befindlichen Gegenständen; Übergang dieses Rechts mit der Zoll- oder Steuerforderung auf den befriedigenden Dritten **7 468.** — Pf. des Vermieters; umfaßt nur Sachen des Mieters **1 1, 710.** — an einem außerhalb d. vermieteten Grundstückes geworfenen Tierjungen **1 1, 714.** — Rang gegenüber einem Pfändungspfandrecht **1 1, 714; 2 1, 604.**

Pfändung und Pfändungspfandrecht s. Zwangsvollstreckung, Gerichtsvollzieher, Privatpfändung.

Pfändungsprotokoll s. Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen.

Pfandverkauf s. Pfandrecht an beweglichen Sachen.

Pferderennen s. Wette.

Pferdeschwemme. — Unfall bei Benutzung einer P. in e. öffentlichen Fluß **4 21.**

Pflegekinder. — Lohnanspruch e. im Haushalt der Eltern tätigen Pfl. **7 248.**

Pflegschaften s. Vormundschaft.

Statutenkollision. — inländische Pfl. über Ausländer **1 2, 374.** — St. bei Realratulaten **1 2, 374.** — über verschollene Ausländer im Teilungsverfahren nach § 88 ZOG. **1 2, 374.** — Pfl. über im Ausland bedormundete Amerikaner u. Engländer hinsichtlich deutscher Immobilien **2 1, 759; 7 577 (2).** — Pfl. zwecks

(Pflegerchaften)

Erhebung einer ausländischen Erbschaft bei Nichtanerkennung der Vertretungsmacht des Gewalthabers oder Vormunds im Ausland **2 1, 696**. — St. bei Abwesenheits-Pfl. **4 472, 473**. — Abwesenheits-Pfl. über verschollene Frländer, deren gegenwärtige Staatsangehörigkeit nicht feststellbar ist **2 1, 700; 3 1, 577; 4 472**.

Übergangsrecht. — Pfl. über eine geschäftsfähige, durch letztwillige Verfügung in d. Verfügung über ihr Vermögen beschränkte Person **1 2, 198, 449, 450; 2 1, 807**. — vor 1900 erfolgte Bestellung des Vaters als Pfleger für das seinen Kindern von Dritten letztwillig Zugewendete **1 2, 450**. — altrechtliche Vormundchaft über Abwesende unter **RGW. 1 2, 201**. — vor 1900 ohne Einwilligung des Pfleglings eingeleitete Pf. über geistig Gebrechliche **1 2, 450**. — vor 1900 über Gebrechliche eingeleitete Pf. **4 554**. — Recht des Abwesenheitspflegers zum Erbschaftsantritt (württ. R.) **2 1, 807; 3 1, 706; 5 553, 554**. — nach altem Recht von gewisser Beschränkung befreite Pfleger **2 1, 806, 807** (f. Vormund). — Fortdauer des Amtes von Pflegern, denen bei aufgehobener Eventualteilung die Prüfung der Zweckmäßigkeit e. Auseinanderlegung oblag (württ. R.) **2 1, 696, 807**. — Nachprüfung der Notwendigkeit e. Pflegerchaft durch d. Prozeßrichter bei Genehmigung e. Vertrags durch das Gericht ohne Pflegerbestellung **3 1, 706** (f. unten). — Pfl. bei württembergisch-statutarischer Nutzung **5 552, 633**. — Pfl.-Bestellung in Baden zur Vermögensverzeichnisung nach § 46 **BadRPfG. 5 552**. — Pfl.-Bestellung in Baden bei Gemeinschafts- u. Erbauseinanderlegung **5 552**.

Allgemeines f. unten d. einzelnen Pfl.-Arten. — Beschwerde in Pflegerchaften u. Einzelfälle von Pflegerchaften f. auch Beschwerde in der freiw. Gerichtsbarkeit. — Unterschied zw. Vormundchaft u. Pfl. **3 1, 573; 4 468**. — Pfleger i. S. des § 235 **StGB. 7 579**. — Wirksamkeit der Pfl. trotz Fehlens der Voraussetzungen **1 2, 200; 3 1, 574** (Fehlen d. Unmündigkeit im Fall des § 1909). — Nachprüfung der Notwendigkeit der Pflegerchaft durch das Prozeßgericht? **1 2, 197, 200; 2 1, 696/697, 699; 3 1, 574, 706; 4 469** (f. Vormundchaft). — Nachprüfung der Notwendigkeit der Bestellung e. Pflegers zur Strafantragstellung durch das Strafgericht? **3 1, 575**. — Ablehnung der vom Prozeßgericht für nötig befundenen Bestellung eines Pflegers durch das Vormundschaftsgericht **3 1, 70, 574**. — Personen- u. Vermögens-Pfl. **4 469**. — Ablehnung der Bestellung e. Pfl. wegen

mangelnder Legitimation des Antragstellers **7 986**. — regelt **RGW. §§ 1909 ff.** die Pfl.-fälle erschöpfend? **5 550, 551**. — gegenwärtiges, nicht erst vielleicht künftig eintretendes Bedürfnis Voraussetzung **2 1, 696; 4 469; 6 516**. — darf das Gericht vor Bestellung prüfen, ob die Beforgung der Angelegenheit zu einem günstigen Ergebnisse f. d. Mündel führen wird? **6 517** (f. unten § 1909); **7 986**. — Pflegerbestellung für juristische Personen (f. diese)? **7 628**. — hat das Gericht vor Bestellung die Begründetheit d. zu verfolgenden Anspruchs zu prüfen? **5 995** (f. unten § 1909). — Übernahme einer eingeleiteten Pflegerchaft durch ein anderes Gericht; Ablehnung wegen Nichtvorliegens e. Pfl.-sgundes? **3 1, 580**. — Vermögensherausgabe und Rechnungsablegung (§ 1890) bei Wiederbestellung des abtretenden Vormunds als Pfleger für d. (geistig)kranken oder abwesenden Mündel **3 1, 658** (f. Vormundchaft bei Beendigung). — Aufwendungen, Vergütung des Pflegers f. Vormund. — Abgabe einer anhängigen Pfl. an e. anderes Gericht f. Vormundchaft.

Zuständiges Gericht (f. auch Vormundschaftsgericht u. unten die einzelnen Pflegerchaften) **7 1004**. — Zuständigkeit, wenn bei einem inländischen Gericht bereits e. Vormundchaft oder Pfl. anhängig ist **3 2, 214**. — Abwesenheits-Pfl. über uneheliche Kinder **3 2, 214**. — Pfl. über e. Abwesenden, der infolge 10 jährigen Aufenthalts im Ausland die Reichs- u. Staatsangehörigkeit verloren hat **3 2, 214**. — Pfl. über e. Verschollenen, von dem nicht festzustellen ist, ob er aufgehört hat, Deutscher zu sein **3 2, 214**. — Antrag e. Geschäftsbeschränkten, eines Geschäftsunfähigen auf Aufhebung der Pfl. **5 1010**, (f. **3 2, 220, 221**). — Einfluß der Anhängigkeit e. Pfl. auf die Zuständigkeit d. Gerichts zur Einleitung der Vormundschaft **7 1004**.

Bestellungsverfahren f. auch freiwillige Gerichtsbarkeit. — Prüfung der Gültigkeit e. Testaments vor Bestellung e. Pflegers nach § 1909 **1 2, 197; 2 1, 695; 5 551**. — für die Pfl. maßgebender Zeitpunkt; Zeit des Antrags? **2 1, 697**. — Rücksicht nur auf das Mündelinteresse bei Auswahl **2 1, 698**. — Glaubhaftmachung der für Begründung des Antrags vorgebrachten Tatsachen? **5 553**. — Ermittlungen des Gerichts von Amts wegen über die Notwendigkeit e. Pfl. **5 553**. — Ablehnung e. Pfl. nach § 1913 seitens des Gerichts, weil die vom Antragsteller beabsichtigte Rechtsabhandlung (Ründigung) z. Zt. unzulässig sei? **1 2, 203** (f. **5 995**). — Vorgehen des Gerichts zur Pfl.-einleitung

von Amts wegen? 6 520. — Ablehnung der Pfl.-Zerleitung, weil d. Antragsteller nicht legitimiert sei? 6 520. — Vorschlag des Pflegers durch den Gemeindevorstand 1 2, 204. — Ausschluß der im § 1782 genannten Personen von der Aufstellung als Pfleger 3 1, 580. — Bestallungsurkunde für Pfleger? 4 435. — Auswahl d. Pflegers f. Vormund. — Übergehung des nach § 1917 Abs. 1 Benannten; Zustimmung des Zuwenders? 1 2, 205. — Beschwerderecht eines zur Pfl. Berufenen bei Übergehung 1 2, 205; 3 1, 580 (Entlassung des bestellten u. berufenen Pflegers durch das Beschwerdegericht). — Beschwerde des Pflegers u. des Pfinglings gegen die Pfl.-Bestellung 3 1, 580; 4 475 (f. Beschwerde).

Rechtsverhältnisse während der Dauer f. unter die einzelnen Pflegschaften. — Nachprüfung der Notwendigkeit der Pflegerbestellung durch das Prozeßgericht 1 2, 197; 2 1, 696/697; 3 1, 706 (f. oben unter Allgemeines). — Pfleger als gesetzlicher Vertreter 7 526. — Behauptung der Unzulässigkeit einer Beschwerde wegen Ungeheimmäßigkeit der Pflegerbestellung? 2 1, 696/697. — Beschwerde des vom Amtsgericht aufgestellten Pflegers gegen den die Pfl.-Anordnung aufhebenden landgerichtlichen Beschluß 2 1, 697. — Beschwerde des Vaters gegen die Auswahl des Pflegers 3 2, 197. — Kreis der anwendbaren Vorschriften über Vormundschaft 4 476. — Kollision zwischen dem Vormund u. Pfleger; analoge Anwendung des § 1798? 1 2, 164 (f. Vormund); 7 500 (f. elterliche Gewalt). — Umfang des Wirkungsbereiches 3 1, 574. — Erweiterung des ursprünglichen Wirkungsbereiches im Bedürfnisfall? 1 2, 200, 204. — Entscheidung e. Meinungsverschiedenheit mehrerer Pfleger f. Vormund. — Stellung mehrerer Pfleger zueinander 1 2, 201. — Verbot d. Selbstkontrahierens (f. dieses) 1 1, 116. — quot minores, tot curatores b. Erbauseinanderetzung 1 1, 116; 2 1, 89, 90; 3 1, 60 (f. unten § 1909). — Anwendung des § 1824? 1 2, 204. — Anwendung des § 53 ZPO. 1 2, 204. — Eideszuschiebung an den Pfleger 1 2, 204. — Stellung des Pflegers bei Anfechtung von Rechts-handlungen 6 520. — gerichtliche Genehmigung für den selbst handelnden Pfleger des geschäftsfähigen Mündels 1 2, 204. — Recht der zum Pfleger für den Mann bestellten Frau, sich selbst namens des Mannes die Einwilligung zu Verfügungen über das eingebrachte Gut zu erteilen 3 1, 580.

Bedingung f. auch die einzelnen Pflegschaften. — besondere Aufhebung im Falle des § 1918 nötig? 2 1, 701; 3 1, 581. — bei Pfl. zur Erledigung

einer „einzelnen Angelegenheit“ 3 1, 581. — Aufhebung der Beschlagnahme-Pfl. (§§ 332 ff. StPO.) 1 2, 205. — Erbaanspruch des Pflegers; Rechtsweg oder Beschlagnahme? 3 2, 196.

Pflegerchaft neben elterlicher Gewalt oder Vormundschaft (§ 1909) f. auch elterliche Gewalt, Vormund unter Ausschluß der Vertretungsmacht. — Prüfung der Gültigkeit des Testaments vor Bestellung 1 2, 197; 2 1, 695; 5 551. — zwecks Erhebung e. Feststellungsklage gegen e. Kind seitens des Inhabers der elterl. G. 1 2, 197. — zwecks Führung e. Prozesses durch oder gegen den Mündel; Prüfung der Berechtigung der Klage 1 2, 197; 2 1, 696; 3 1, 574; 4 469 (Unterhaltsprozeß; Pflegerbestellung, um die zeugenschaftliche Vernehmung der Mutter zu ermöglichen); 5 551, 995; 6 517; 7 526, 527, 986. — zur Auseinanderetzung bei Wiederverheiratung f. diese. — zur Löschung e. vom Vater dem Kinde zur Sicherung seines Mutterguts bestellten Hypothek 1 2, 197. — Pfl. bei Geschäftsgewandtheit des Vaters 1 2, 198. — zwecks Klage gegen den Gewalthaber auf Herausgabe des Kindesermögens 1 2, 198. — zur Vertretung des behinderten Gegenvormunds oder Beifands 1 2, 198; 6 517. — im Fall des § 1612 Abs. 2 BGB. 1 2, 198 (f. 4 469). — zur Stellung des Strafantrags bei Weigerung des Vaters 1 2, 198; 2 1, 698; 3 1, 574/575 (Strafantrag gegen den Gewalthaber oder dessen Verwandte). — Pfleger für den zu Entmündigten bei Entmündigungsantrag des gesetzlichen Vertreters 1 2, 198. — vorläufige Pfl. mit der Wirkung des § 114? 1 2, 198; 2 1, 698; 3 1, 575; 4 470. — bei Pflichtteils- oder Quotenvermächtnisforderung des Kindes gegen den Vater 2 1, 696. — bei Einsetzung des Vaters als Vorerben des Kindes als Nacherbe? 2 1, 696, 720; 6 517. — Pfl. für nondum concepti als Nacherben 3 2, 197. — Pfl. für Erhebung u. Verwaltung ausländischer Erbschaften, wenn das Ausland die Vertretungsmacht des Vormunds oder Gewaltinhabers nicht anerkennt 2 1, 696. — Pfl. zwecks Erhebung weiterer Beschwerde seitens des Gegners gegen einen dem Antrag des Vormunds entsprechenden Beschluß? 2 1, 696; 3 1, 574. — Pflegerbestellung bei richterlichen Maßnahmen nach §§ 1635, 1666 BGB. 2 1, 697 (f. elterl. Gewalt). — Pflegerbestellung erst nach Entziehung des Fürsorgerechts nach § 1666 1 2, 127; 2 1, 697. — Pfl. zwecks Abschlußes e. Verpflegungsvertrages m. d. Vormund 5 531/532. — Pfl. auf Antrag d. Gewalthabers zwecks Vollzugs eines zwischen Gewalthaber u. Sohn geschlossenen Lehrvertrages 2 1,

(Pflegerchaften)

697. — Prozeß zwischen mehreren Mündeln desselben Vormunds **1 2, 162.** — Pflegerzwecks Erbteilung; Dauer **3 1, 575, 581; 6 517.** — quot minores, tot curatores bei Erbteilung **1 1, 116; 1 2, 155, 162; 2 1, 89, 90, 675; 3 1, 60; 6 506; 7 86, 87; 7 519.** — Vertretung der mehreren Minderjährigen durch einen Pfleger, wenn die Witve bei Auseinanderlegung des Gesamtguts der allgemeinen Gütergemeinschaft unter Übernahme des Gesamtvermögens als Alleineigentum jedem Kinde ein gleich großes Vatergut zuweist **7 519.** — vorhandenes, nicht erst möglicherweise eintretendes Bedürfnis Voraussetzung (keine Vigilanz-Pfl.) **2 1, 696; 4 469; 6 516; 7 511, 512.** — Vertragsabluß zwischen Vater u. Kind **7 505.** — Interessengegenstoß als Pfl.-sfall **2 1, 696; 4 469; 6 517.** — Pfl. bei Ausschluß des Vaters von der Verwaltung des dem Kinde letztwillig hinterlassenen **5 551; 6 517.** — Pfl. zwecks Inventarerrichtung nach § 1640 BGB? **1 2, 197; 5 552.** — Errichtung e. Gesellschaft zwischen dem Inhaber der elterlichen Gewalt u. Kindern **5 58.** — Pfl. bei Zurücknahme bzw. Beschränkung der vom Vormundschaftsgericht erteilten Ermächtigung nach § 113 BGB. **2 1, 64.** — Mangel der Pflegerbestellung beim Erwerb eines väterlichen Grundstücks seitens des Kindes; Geltung des § 891 BGB. bei gleichwohl erfolgtem Eintrag des Kindes **3 1, 575.** — Pfl.-sbestellung bei Verzicht des Vaters auf die Nutznießung am Kindesvermögen? **6 517.** — Pfl. zwecks Klage gegen den Vormund auf Sicherheitsleistung nach § 1844? **1 2, 184; 2 1, 689; 3 1, 565; 6 513.** — zwecks Regelung der dem Vormund zu gewährenden Erziehungsgelder **6 513** (f. Vormund). — keine Bestellung der im § 1782 genannten Personen als Pfleger **3 1, 580.** — Pfl.-sbestellung zur Regelung des Verkehrs mit dem Kinde nach § 1636 **1 2, 110** (f. elterl. Gewalt). — Pfl.-sbestellung bei Endigung des Vermögensverwaltungsrechts des Vaters infolge Konturzes **1 2, 118** (f. elterliche Gewalt). — Stellung des Entmündigungsantrags seitens des nach § 1909 bestellten Pflegers **1 2, 198, 199; 2 1, 698; 5 553.** — Recht des zur Führung e. Prozesses bestellten Pflegers, d. Führung wegen Aussichtslosigkeit zu unterlassen **2 1, 696.** — Befugnisse des zur Verwaltung letztwillig zugewendeten Vermögens berufenen Pflegers **2 1, 697.** — Pfl. zwecks Auflassung e. Grundstücks seitens der minderjährigen, mit der Mutter die allg. Gütergemeinschaft fortsetzenden Kinder? **3 1, 481** (f. Gütergemeinschaft fortsetzende). — Aufstellung e. Pflegers bei Wiederverheiratung der geschiedenen Mutter,

der nach § 1636 die Sorge für d. Person der Kinder zusteht? **7 503.** — Pfl.-sbestellung, wenn die uneheliche Mutter das mit ihrer Einwilligung beim Vormund in Pflege befindliche Kind anderweit unterbringen will **7 526.** — Bestellung e. Pflegers neben dem Vater zum Zweck seiner ständigen Überwachung bei Verwaltung des Kindesvermögens unzulässig **7 511, 512.** — zur Entscheidung der Frage, ob eine Erbauseinanderlegung zwischen Vater u. Kind stattfinden soll? **7 511, 512.** — irrtümliche Bestellung e. Pflegers trotz Großjährigkeit **3 1, 574.** — Beschwerde gegen die Bestellung e. Pflegers für d. Erziehungszeit d. Eltern **3 2, 194** (f. Beschwerde). — Beschwerde des Prozeßgegners gegen die Bestellung e. Pflegers zur Prozeßführung **2 1, 696** (bei Vornehmung des Gewaltinhabers als Zeugen); **7 994.** — Beschwerde des letztwillig von der Verwaltung des Kindesvermögens ausgeschlossenen Vaters gegen d. Auswahl des Pflegers? **7 1008.** — Endigung der Erbteilungs-Pfl. **3 1, 575, 581.** — Endigung, wenn an die elterliche Gewalt Altersvormundschaft oder umgekehrt sich anschließt **4 476.** — Zeit der Beendigung im Fall des § 1909 Abs. 1 Satz 2, wenn nach Wegfall der elterlichen Gewalt oder Vormundschaft auch dem neuen gesetzlichen Vertreter die Verwaltung entzogen ist **1 2, 205.** — Ruhen der elterlichen Gewalt, Übergang der elterlichen Gewalt vom Vater auf Mutter als Endigungsgrund **2 1, 585; 4 476.**

Pflegerchaft für Gebrechliche (§ 1910). — de lege ferenda **5 553.** — nicht entmündigte, geistesranke od. geisteschwache Volljährige **1 2, 198, 199; 2 1, 200, 201; 3 1, 576; 4 470; 5 28, 552.** — Pfl. für geistesranken Beamten zur Vertretung bei der zwangsweisen Pensionierung; Zuständigkeit f. die Bestellung **1 2, 199; 4 471.** — Gebrechlichkeit; Begriff; dauerndes Gebrechen, erhebliche Erschwerung? **1 2, 199; 2 1, 699.** — über große Vergeßlichkeit **2 1, 699.** — der Verschwendung oder Trunksucht sich nähernder Zustand **2 1, 699.** — allzu starke Entwicklung gewisser Triebe **2 1, 699.** — bloße Erschwerung des Verkehrs, Schwerhörigkeit keine Gebrechlichkeit **3 1, 576.** — Blind- u. Taubheit zugleich **5 553.** — geistige Gebrechen nach § 1910 **2 1, 2.** — Pfl. trotz Möglichkeit der Vollmächtserteilung? **1 2, 199; 3 1, 576; 4 576.** — Einwilligung ohne Gebrechlichkeit **1 2, 199.** — Pfl. zwecks Stellung der Scheidungs-klage wegen Geisteskrankheit gegen den nicht Entmündigten **1 2, 199.** — Pfl. zwecks Antrags auf Entmündigung? **1 2, 199.** — Pfl. für einen Stummen zur Auflassung? **3 1, 576.** — Pfl.-sbestellung trotz

Konkursöffnung über das Vermögen des Gebrechlichen **6 518**. — Einwilligung d. Gebrechlichen; Form **1 2, 200**. — Vertändigung (Abf. 3) mit e. Geisteskranken **1 2, 200; 4 27, 470; 5 553; 6 518 (2); 7 527**. — Begriff der Vertändigung in Abf. **3 2 1, 699; 3 1, 576, 577; 4 470; 5 553; 6 518** (Geschäftsbeschränkte, Taubstumme). — Anhören eines Arztes bei Anordnung d. Pfl. ohne den Willen des Gebrechlichen **2 1, 699**. — Widerruf der Pfl. durch den G. **1 2, 200**. — prozessuale Stellung des Pflegers **1 3, 30**. — Wirkungsbereich des Pflegers **1 2, 200**. — Beschränkung der Pflegerchaft nach § 1910 Abf. 1 auf die persönlichen o d e r auf die vermögensrechtlichen Angelegenheiten oder auf einen Teil dieser? **1 2, 199**. — Recht des Pflegers zur Vertretung des Pfleglings im Ehescheidungsprozesse **2 1, 674**. — ist der nach § 1910 bestellte Pfleger zum Entmündigungsantrag berechtigt? **1 2, 199 (f. 198); 5 553 (f. 2 1, 698)**. — Leistung des dem Pflegling auferlegten Offenbarungseids durch den Pfleger? **1 2, 200; 2 1, 699 (f. Offenbarungseid)**. — Aufhebung der Ehe (§ 1336) oder der Ehelichkeit (§ 1595) durch den Pfleger? **2 1, 699**. — Strafantragsrecht des Pflegers **3 1, 576**. — Stellung des Pfleglings neben dem Pfleger; Handlungsfähigkeit, Eingriff in die Verwaltung des Pflegers **1 2, 200; 2 1, 699; 4 470**. — Prozeßführung **2 1, 699**. — Antrag auf Aufhebung seitens des geisteskranken oder geisteschwachen Pfleglings **1 2, 205; 2 1, 701; 3 1, 581; 4 476; 5 555; 6 520**. — Aufhebungsantrag, wenn die Fortsetzung d. Pfl. im Interesse des Pfleglings liegt **3 1, 581**. — Aufhebung e. nach altem Recht ohne Einwilligung des Gebrechlichen angeordneten Pfl. auf Antrag des Pfleglings **3 1, 581**. — Endigung der Pfl. bei Tod oder Todeserklärung erst mit Aufhebung nach § 1919 **1 2, 205; 3 1, 581**. — Bestellen e. vorläufigen Vormundschaft neben der Pflegerchaft des § 1910? **2 1, 699**.

Abwesenheitspflegerchaft. — Feststellung des Vorhandenseins eines Abwesenden als Voraussetzung **2 1, 700**. — Begriff der Abwesenheit **1 2, 200; 3 1, 577; 4 471; 7 527** (ständiger Aufenthalt in e. entfernter Weltteil?). — Wohnsitzlose **1 2, 200**. — Personen ohne Wohnsitz im Inland **1 2, 200**. — Anordnung der Pfl. im Interesse des Dritten? **7 527**. — verschollene Inländer, deren dermalige Staatsangehörigkeit nicht feststellbar ist **2 1, 700; 3 1, 577 (3); 4 472**. — für tot Erklärte **1 2, 200, 201**. — A. für den abwesenden Erben, dem eine Inventarfrist gesetzt werden soll **3 2, 226**. — A. lediglich zwecks Durchführung fremder Interessen? **1 2, 200; 4 473 (de lege ferenda); 7 527**. — Möglichkeit der Bestellung e. Bevollmächtigten durch den im Ausland Ab-

wesenden **1 2, 200**. — A. nötig bei Möglichkeit öffentlicher Zustellung? **1 2, 200**. — Abweisung d. Pfl.-antrags, weil der Antragsteller keine genügenden Ermittlungen vorgenommen habe? **5 995**. — Pfl.-absetzung, wenn der nach altem Recht erforderliche Erbchaftsantritt wegen Ablaufs der nach § 19 für die Lebensvermutung geltenden Zeit nicht mehr nachgeholt werden kann? **2 1, 699, 700 (vgl. 4 471, 472)**. — Pfl.-absetzung bei Ungewißheit, ob der Abwesende d. Erbansfall (nach BGB.) erlebt hat, zur Erbteilung oder Nachlassicherung? **4 471**. — Vertretungsmacht des Pflegers, wenn der Abwesende bereits vor Anordnung der Pfl. verstorben ist **1 2, 205; 3 1, 530**. — Pfl. über e. abwesenden Erben für d. Auseinandersetzungsverfahren (§ 88 FGG.) f. Nachlassauseinanderetzung. — Umwandlung der nach § 88 FGG. eingeleiteten Pfl. in A. nach Beendigung d. Auseinanderetzung **2 1, 700**. — Verhältnis zur Güterpflege nach § 334 StPD. **1 2, 200 (f. Beschlagnahme)**. — Verhältnis zur Vermögensbeschlagnahme des Fahnenflüchtigen nach §§ 360 f. MStGD. **1 2, 201 (f. Beschlagnahme)**. — Beschwerde d. Prozeßgegners **7 527, 994 (f. Beschwerde)**. — Beschwerde des Nachlassgerichts bei Ablehnung seines Antrags auf Pfl.-absetzung für einen Miterben? **5 554**. — erstreckt sich bei späterem Wegfall e. Spezialbevollmächtigten der Wirkungsbereich des Pflegers auf dieses Gebiet? **1 2, 200, 204**. — Stellung des Antrags auf Todeserklärung durch den Pfleger? **1 2, 201; 2 1, 700; 4 472**. — Anfechtung nach § 1595 Abf. 2 durch den Pfleger? **1 2, 201; 2 1, 700**. — prozessuale Stellung des Pflegers **1 3, 30**. — Pfleger gesetzlicher Vertreter nach § 149 Abf. 2 StPD.? **3 1, 577**. — keine Fürsorge des Pflegers f. persönliche Angelegenheiten des Pfleglings **4 471**. — Feststellung zweifelhafter Nachlassforderungen u. Anerkennung der Ansprüche Dritter durch den Pfleger **4 472**. — ist der Pfleger für das Leben des Pfleglings beweispflichtig? **4 472**. — Verleugnung der Lebensvermutung über § 19 BGB. hinaus als Wirkung der Pflegerchaft **4 471, 472 (vgl. 2 1, 690, 700)**. — Einfluß d. Pfl. auf Geschäft- u. Prozeßfähigkeit des Pfleglings; Eintritt des Pfleglings in d. vom Pfleger geführten Prozeß **2 1, 700**. — Ablehnung des vom Pfleger wegen Todes des Pfleglings gestellten Aufhebungsantrags bis zur Bestellung e. Nachlasspflegers? **1 2, 206; 2 1, 701**.

Pflegerchaft der Leibesfrucht (§ 1912) f. nasciturus u. unten § 1913. — rechtliche Natur dieser Pfl.; Treuhänder **1 1, 103? 1 2, 202; 1 3, 30; 3 1, 577; 4 473**. — Beginn der gesetzlichen Vertretung **7 527**. — Pfl.-absetzung bei

(Pflegerchaften)

irrtümlicher Annahme der Unehelichkeit **3 1, 578; 4 473**. — Pfl. zur Sicherung der Unterhaltsansprüche nach § 1708 durch Arrest? **1 2, 202; 2 1, 700**. — Pfl. zwecks Schließung e. Abfindungsvertrags nach § 1714 **1 2, 202; 3 1, 577**. — Verhältnis zur elterlichen Gewalt **1 2, 202; 3 1, 578; 4 473**. — Pfl.-bestellung, wenn der Gewalthaber in concreto nicht vertretungsberechtig wäre **1 2, 202**. — Passivlegitimation des Pflegers für eine negative Feststellungsfrage betreffs der Vaterchaft? **2 1, 700**. — Erbansfall an e. L. **3 1, 577; 4 473** (Bestellung e. Pflegers nach § 1912 neben dem Nachlasspfleger). — Anwendung der Vorschriften über Altersvormundschaft **1 2, 204**. — Folgen, wenn kein Kind zur Welt kommt, Pflegerchaftskosten **3 1, 578; 4 473 (2)**. — Zeitpunkt der Erbnigung der Pfl. für e. uneheliche L. bei Heirat der Mutter mit dem Vater **1 2, 202**. — Erbnigung bei Totgeburt **1 2, 205; 3 1, 581; 4 576**.

Pflegerschaft für unbekannt Beteiligte (§ 1913). — rechtl. Natur, Real- oder Personal-Pfl.? Treuhänder? **1 2, 203; 1 3, 30; 3 1, 578; 4 473; 7 527**. — Einleitung im Interesse des Gegners? **1 2, 202; 3 1, 578; 4 473**. — Unterschied zwischen „unbekannt“ u. „ungekennzeichnet“ im § 1913 **7 527**. — Voraussetzung für Erforderlichkeit der Fürsorge **7 527**. — Deszendenzpflegerschaft **1 2, 202** (Umfang ihrer Zulässigkeit). — Deszendenzpflegerschaft z. Wahrung erbrechtlicher Ansprüche **1 1, 202**. — Deszendenzpflegerschaft neben e. Testamentvollstrecker **2 1, 701; 4 474**. — Deszendenz-Pfl. bei Bestellung des Vorerben als Testamentvollstrecker **1 2, 202; 4 474**. — Pflegerschaft bei Einsetzung der bei dem Tode des letztversterbenden Elternteils vorhandenen Kinder als Erben u. lebenslanglichem Nießbrauch u. Verwaltung der Eltern **1 2, 202**. — Pfl. zur Veräußerung e. zur Nacherbenschaft gehörenden Grundstücks seitens des (bestreiten) Vorerben **4 554**. — Pfl.-einleitung auf Antrag des Hinterlegers bei Vorhandensein e. offenen Depots bei einer Bank **3 1, 578**. — Pfl. bei Herrenlosigkeit e. Grundstücks **5 554** (Zahlung von Zinsen, Steuern, Ausbesserungen). — Stellung des Vaters gegenüber dem Pfleger für die zukünftige Deszendenz (f. *nondum concepti*) **1 2, 203; 3 2, 197; 4 475; 6 519; 7 994** (Wegschwerderecht). — Ablehnung der Anordnung durch das Gericht, weil die vom Antragsteller beabsichtigte Rechtsabhandlung (Kündigung) z. Bt. unzulässig sei? **1 2, 203**. — Bestellung e. Pflegers für die unbekannt Aktionäre bei beabsichtigter Lösung einer Aktiengesellschaft **1 2, 203**. — Bestellung e. Pflegers f. eine juristische

Person **1 1, 20; 1 2, 203**. — Prozeßführungsrecht des Pflegers **1 3, 30; 1 2, 203**. — Pflicht des Pflegers zur Ermittlung d. Unbekannten? **1 2, 203**. — Anspruch des Pflegers auf Herausgabe des Nachlasses gegen den Testamentvollstrecker? **2 1, 701; 4 474**. — Rechtserwerb d. Pflegers f. den Unbekannten; Umfang, Schaffung neuer Rechte durch selbständige Verträge? **4 474** (f. *nondum conceptus*). — Genehmigung des Vormundschaftsgerichts zur Rechtsabhandlung des Pflegers f. unbekannt Nachherben **6 519**. — Vertretung der bekannten Nachherben seitens des Pflegers für die noch unbestimmten Nachherben **6 519**. — analoge Anwendung der Vorschriften über die Bevormundung Volljähriger **1 2, 204**. — Ersuchen des Nachlassgerichts um Pflegerchaftsbestellung; Rechtshilfefall? **5 554**. — Bestellung e. Pflegers f. d. unbekannt Nachherben, wenn d. Vorerben von den Beschränkungen des § 2136 BGB. befreit oder wenn ein zu den Vorerben gehörender Testamentvollstrecker bestellt ist **7 527** (vgl. **4 554**). — Vergütung des Nachherbenpflegers **7 527**. — Beschwerde (f. diese) des Vorerben gegen die Bestellung e. Pflegerchaft für die unbekannt Nachherben? **2 1, 701; 3 1, 578**. — Beschwerde des Vaters bei Anordnung e. Pflegerchaft über noch nicht erzeugte Kinder **1 2, 203; 4 475; 6 519**. — Beschwerde von Miterben wegen Ablehnung e. Pflegerchaft **4 475**. — Beschwerde des rechtlich interessierten Dritten gegen die Ablehnung **3 1, 578**. — Kosten, wenn kein Nacherbe geboren wird **4 473** (f. oben § 1912). — Rechtskraft des während der Pflegerchaft ergehenden Urteils; Umstellung der Vollstreckungsklausel? **4 475**.

Pflegerschaft für öffentliche Sammlungen f. öffentliche Sammlung. — Realpflegerchaft? **1 2, 203; 1 3, 30; 2 1, 701; 4 475; 6 520**. — Einschreiten des Gerichts von Amts wegen **4 475**. — Voraussetzung für Einleitung der Pflegerchaft: „Wegfall“ i. S. des § 1914 **7 9**. — Prüfung, ob Anlaß zur Pfl. besteht **1 2, 204; 4 475**. — Verhältnis zur Pflegerchaft nach § 1913 (Beitragpender als unbekannt Beteiligte) **1 2, 204**. — Pfl. bei Vermögensverfall, Pflichtverletzung d. Verwalter **1 2, 204; 2 1, 701; 4 475; 6 520**. — Pfl. bei Wegfall eines der mehreren Verwalter **1 2, 204; 3 1, 579 (2)**. — Pfl. bei Unfähigkeit der Verwalter **2 1, 701; 4 475**. — Pfl. bei Wegfall der Geschäftsfähigkeit oder bei beschränkter Geschäftsfähigkeit der Verwalter **3 1, 579**. — keine Pfl. bei Sammlung für einen in d. sachsmäßigen Bereich einer öffentlichen Körperschaft fallenden Zweck **3 1, 579**. — Fortfall d. Verwalters infolge freiwilliger Aufgabe

seiner Tätigkeit **3 1, 580.** — Pfl. bei Konkurs des Einzelhändlers **3 1, 580.** — Befugnisse des Pflegers **3 1, 580.** — Rechtsstellung des Pflegers **2 1, 701; 3 1, 579** (fiduziarisches Eigentum am Sammelgut?). — Klagerecht des Pflegers **1 2, 204; 3 1, 580.** — Passivlegitimation des Pflegers für Klage auf Rückgabe der Beiträge **1 2, 204; 2 1, 701; 3 1, 580.** — Fortsetzung der Sammeltätigkeit durch d. Pfleger? **3 1, 580; 4 475.** — persönliche Verpflichtung der Beteiligten durch den Pfleger? **3 1, 580; 6 520.** — analoge Anwendung der Vorschriften über die Bevormundung Volljähriger **1 2, 204.** — Endigung der Pflegschaft **1 2, 204, 205; 2 1, 701; 3 1, 581.** — Beschwerde d. Bedachten gegen Ablehnung der Pflegschaft **3 1, 380.**

Andere Bestimmungsfälle. — Pfl. über e. Volljährigen, dem der Erblasser die Verwaltung d. Zugewandten ohne Einsetzung eines Testamentsvollstreckers entzieht? **1 2, 198, 449, 450; 2 1, 697, 807.** — für einen wegen Interessensollision behinderten Testamentsvollstrecker **1 2, 198; 2 1, 697.** — Bestimmung e. vorläufigen Pflegschaft mit der Wirkung des § 114? **1 2, 198; 2 1, 698; 3 1, 575; 4 470.** — Pfleger neben e. Testamentsvollstrecker für minderjährige Nacherben **4 469.** — Prüfungspfleger zwecks Ermittlung, ob der zur ferneren Ehe schreitende Elternteil ihm u. dem Kinde gemeinsam gehörendes Vermögen besitzt? **5 550, 551.** — keine analoge Ausdehnung des § 1909 auf juristische Personen **6 517.** — Vermögensbeschlagnahme nach §§ 332 ff. C.P.D. oder § 361 MStG.D. f. Beschlagnahme. — Pfl. zur Überwachung des Inhabers der elterlichen Gewalt? **2 1, 646.** — Antrag e. Hypothekschuldners auf Pflegerbestellung für den unbekanntem Gläubiger **4 859.** — Pfl. für das Kind, dem der als Vormund bestellte Stiefvater seinen Namen geben will **4 859.** — Bestellung e. Pflegers f. e. juristische Person? **7 11.** — Pfl.-bestellung zwecks Einschreitens gegen den Vormund, wenn das Vormundschaftsgericht selbst das Einschreiten ablehnt? **7 1004.**

Pflichtteil.

Übergangsrecht 5 635. — Pfl.-ergänzungsanspruch d. Witwe bei vor 1900 geschlossenen Ehen **4 550.** — Anspruch gegen d. Beschenkten bei Schenkung vor 1900 **1 2, 454.** — Höhe bei Erbfällen nach 1900; Ergänzung wegen Schenkungen vor 1900; Verjährungsfrist **2 1, 808 (3); 3 1, 707; 5 636.** — Anrechnung d. vor 1900 gegebenen Ausstattung (Württemb. R.) **3 1, 706.** — Ausgleichspflicht von vor 1900 erhaltenen Zuwendungen **3 1, 707.** — Anfechtung e. vor 1900 geschlossenen

Erbvertrages wegen Übergehens e. nach 1900 entstandenen Pfl.-anspruchs **1 2, 455; 2 1, 811.** — ritterschaftliche Familien **1 2, 456.** — vor 1900 erfolgte Einsetzung der Abkömmlinge als Noterben **3 1, 650.** — Zeit d. Entziehung d. Pfl.-rechts; Anwendung des Art. 213 GGVB. **2 1, 743;** vor 1900 errichtetes Testament bei Erb-anfall nach 1900 **1 2, 293; 3 1, 616; 6 568; 7 565.** — Anwendung der 10 jährigen Frist des § 2325 Abf. 3 auf vor 1900 gemachte Schenkungen **5 596.**

Allgemeines. — Statutenkollision s. Erbrecht internationales. — Übergehen eines Pfl.-berechtigten s. Testament unter Anfechtung. — Rechtsnatur des Pfl.-anspruches, gesetzliches Vermächtnis? **2 1, 738.** — kein Erbrecht **1 2, 291, 298; 3 1, 619.** — ausdrückliche Bezeichnung d. nur mit d. Pfl. Bedachten als Erbe **1 2, 240, 291; 4 518; 6 567.** — keine Mitwirkung d. mit d. Pfl. bedachten Miterben bei Verfügungen über den Nachlaß **1 2, 291.** — zwingender Charakter d. Vorschriften über Pfl. für das internationale Privatrecht **2 1, 738.** — Feststellung des Pfl.-rechts nur in einheitlicher Klage gegen sämtliche Erben möglich? **7 540.** — Klage auf Zahlung gegen den Testamentsvollstrecker **6 556** (s. diesen). — Fälligkeit und Verzinslichkeit d. Pfl. **1 2, 295.** — Verzug d. Schuldners **1 2, 295.** — samtvorbündliche Haftung des fahrnis-gemeinschaftlichen Mannes persönlich u. mit dem Gesamtgut für einen gegen die Frau als Erbin gerichteten Pfl.-anspruch **1 2, 291.** — Verwendung der lebenslänglichen Nutznießung an dem Nachlaß als Ausschluß des überlebenden Gatten von der Erbfolge **5 592.** — Erlaß d. Pfl.; Annahme des Zugewandten als Erlaß? **1 2, 291.** — Nichtigkeit d. Verfügung e. gesetzlichen Erben über d. testamentarisch zugewandten Pfl. aus d. Nachlaß e. noch lebenden Dritten **4 118** (s. Erbrecht). — Vertrag unter den gesetzlichen Erben nach § 312 Abf. 2 **2 1, 209 f.; 3 1, 152; 4 118; 5 127; 6 135** (s. Erbrecht). — Verzicht auf d. Pfl.; Form, Wirkung; Fortdauer d. Haftung gegenüber den Nachlaßgläubigern **2 1, 742.** — Anfechtung e. Verzichtes auf d. Pfl. **2 1, 743.** — Sollen e. Kindes auf den Pfl. für d. Fall d. Nicht-einbestandenseins mit d. angeordneten Beschränkungen **6 567.** — Verhältnis d. Anfechtung e. Testaments nach § 2079 zur Geltendmachung d. Pfl.-anspruches **3 1, 616** (s. Testament unter Anfechtung). — Beseitigung d. Pfl.-rechts durch Vereinbarung fortgesetzter Gütergemeinschaft **7 563.** — Pfl. d. Hinterfallserben gegenüber d. statutarischen Nutznießung des überlebenden Gatten (Württemb. R.) **3 1, 651.** — gegenseitige Einsetzung d.

(Pflichtteil)

Eltern als Alleinerben **3 1, 650, 651, 653, 654.** — Übergehen e. Pfl.-sberechtigten in einem gemeinschaftlichen Testament **2 1, 712** (s. Testament gemeinschaftl.).

Berechtigter. — Pfl.-recht d. Auerben **7 563.** — Intestaterben **2 1, 737, 738 (2)** (Intestaterben auf weniger als die Hälfte d. gesetzlichen Erbteils bei teilweiser testamentarischer Verfügung über den Nachlaß). — Mitglieder religiöser Orden **2 1, 770.** — Erbesezung mit Beschränkung auf d. Nießbrauch **4 518.** — Pfl.-srecht d. zweiten Ehefrau e. nach 1900 Verstorbenen trotz e. entgegenstehenden gemeinschaftlichen Testaments mit der 1. Frau **4 518** (s. **3 1, 651**). — in Fahrnisgemeinschaft lebende pflichtteilsberechtigte Ehefrau; Geltendmachung des Pfl.-anspruchs durch den Mann **1 2, 291.** — Pfl.-sberechtigte aus 2. Ehe bei Vorliegen e. korrespondierenden Testaments aus erster Ehe **3 1, 651.** — Pfl. d. entfernten Abkömmlinge oder der Eltern **2 1, 294** (Zusammenstellung aller möglichen Fälle); **7 563.** — Pfl.-anspruch d. Enkel iure repraesentationis? **3 1, 651.** — Einschränkung d. Pfl. d. Entfernteren mit Rücksicht auf e. rechtlich existenten Pfl. des Näheren **6 568.** — bei Erbunwürdigkeit d. näheren Abkömmlings **1 2, 293, 294 (2); 2 1, 740; 3 1, 653; 5 593.** — bei Verzicht d. näheren Abkömmlings auf sein gesetzliches Erbrecht **1 2, 293, 294; 3 1, 653, 657; 5 593.** — bei Verzicht d. Näheren auf sein Pfl.-srecht **1 2, 293, 2 1, 739** (Verzicht nach d. Erbansfall); **3 1, 653; 5 593.** — bei Ausschlagung d. hinterlassenen Erbteils seitens d. Näheren **1 2, 293, 294; 2 1, 740; 3 1, 653; 5 593.** — wenn der anzurechnende Vorempfang d. Näheren seinen Pfl. erreicht **1 2, 293; 2 1, 740; 3 1, 653; 5 593.** — wenn d. Nähere infolge der Ausgleichungspflicht keinen Anspruch mehr hat **1 2, 293; 2 1, 742; 3 1, 653; 5 593; 7 563, 564.** — b. teilweiser Ausschließung od. Ausschlagung des Näheren **5 593.** — bei rechtmäßiger Entziehung d. Pfl. d. Näheren **1 2, 293; 3 1, 653.** — bei Enterbung d. Näheren in guter Absicht **1 2, 294; 2 1, 746.** — Pfl.-srecht d. Eltern bei Enterbung e. kinderlosen Abkömmlings des Erblassers **6 568.** — Eltern bei Vorhandensein pflichtteilsberechtigter u. mit Recht pflichtteilsberechtigter Abkömmlinge **4 519.**

Höhe und Berechnung vgl. unten Anrechnung. — Formeln (s. Berechnung) **1 2, 297.** — Größe d. Pfl. des infolge berechtigten Ausschusses des einzigen Abkömmlings mit Verwandten 2. Ordnung konkurrierenden Ehegatten, bzw. d. mit dem Ehegatten konkurrierenden Verwandten 2. Grades **2 1, 739.** — Anwendung d. § 2320 BGB., wenn wegen

Ausschließung d. Pfl.-sberechtigten die zweite Ordnung u. d. Ehegatte berufen wird? **7 565, 566.** — Umfang d. Anspruchs d. entfernteren Abkömmlinge u. Eltern, wenn d. nähere, auf d. gesetzl. Erbteil oder auf weniger eingesezte Deszendent ausschlägt **2 1, 739.** — Pfl. d. Abkömmlinge bei Konkurrenz d. überlebenden mütterlichen Gatten **4 518; 5 593; 6 567.** — Pfl. der Enkel (eigene Vorempfänge, Vorempfänge ihres parens) **3 1, 651, 653.**

Mit zuzählende Personen (§ 2310). — die nur auf den Pflichtteil Verzichtenden **1, 2, 294.** — bei Feststellung d. Pfl. entfernterer Abkömmlinge mit zuzählende Personen **3 1 653; Nichtmitzählende** von Personen, wenn deren Wegfall zum Eintritt anderer Personen führt u. deren Pfl. zu berechnen ist **4 519.** — der durch Erbvertrag auf sein statutarisches Erbrecht verzichtende Gatte **5 593.**

Feststellung des Nachlassers. — infolge d. Erbfalls durch Konfusion erloschene Rechtsverhältnisse **1 2, 295; 2 1, 739.** — d. Erblasser angefallene, aber von ihm noch nicht angenommene Erbschaft **4 520.** — zum Nachlaß gehörige, vom Erben ausgeschlagene Erbschaft oder Vermächtnisse **2 1, 739, 740.** — Einrechnung d. Voraus bei Berechnung des Pfl. des Ehegatten **1 2, 295.** — Einrechnung des dem Ehegatten in concreto (z. B. Erbunwürdigkeit) nicht gebührenden Voraus **2 1, 740.** — Kreis der vom Nachlaß abziehenden Verbindlichkeiten **5 594.** — Kosten der i. Interesse des Nachlasses geführten Prozesse **5 594.** — Kosten des beibehaltenen Hauspersonals **5 594.** — Abzug der Beerbidungskosten **1 2, 294; 5 594 (2).** — Abzug der Kosten der Nachlasssicherung, Inventars **5 594 (2).** — Abzug der Kosten der N.-Verwaltung **5 594.** — Kosten d. Testamentsvollstreckung **6 569.** — Berücksichtigung von Vorempfängen i. unten Anrechnung. — in Aufgebotsverfahren ausgeschlossene Gläubiger **1 2, 295.** — Gemeinlast bei Abzügen von der Nachlassmasse **5 594.**

Pflichtteilsergänzung bei Erbesezung auf weniger als die Hälfte des gesetzlichen Erbteils (§ 2305). — Verlangen der Ergänzung bei Ausschlagung des Erbteils? **1 2, 291, 292.**

Pflichtteilsergänzung bei Erbesezung unter Beschränkungen (§ 2306). — Anordnung e. Vorerbfolge **1 2, 292** (s. **4 519**). — Einsezung e. Erbsarben für d. Pfl.-sberechtigten **1 2, 292.** — Ausschluß d. gesetzl. Nießnießung d. Gatten oder der Eltern e. Berechtigten als Beschränkung? **5 592.** — Einsezung des Pfl.-s arben als Erbsarben **1 2, 292.** — Entziehung der Verwaltung

des Pfl. bei e. Minderjährigen 1 2, 292. — Berechnung der Größe des dem Pfl.-berechtigten hinterlassenen Erbteils b. seiner Einsetzung als Nacherbe auf einen Bruchteil; Veränderung der Nachlassmasse bis zum Eintritt der Nacherbfolge 4 519. — Unterschied zwischen Satz 1 und Satz 2 des § 2306 Abs. 1 4 519. — Wirkung der nach § 2306 Abs. 1 Satz 2 erklärten Ausschlagung auf e. angeordnete Nacherbschaft 6 567. — Beweis des Klägers über die Ausschlagung bei bloßer Bestreitung der Höhe seines Pfl.-anspruchs durch den Gegner 4 519. — Ausschlagung der Erbschaft u. Verlangen des Pfl. trotz Fortfalls d. Beschränkung? 1 2, 292. — Beginn der Ausschlagungsfrist 1 2, 293; 3 1, 585 (i. Erbschaftsausschlagung). — Beginn der Ausschlagungsfrist für den Nacherben 1 2, 293; 2 1, 738, 739; 3 1, 652; 4 518, 519. — Stellung des nach Ausschlagung d. Pfl.-berechtigten berufenen Erben 1 2, 292. — Anfechtung der Erbteilsannahme bei nachträglicher Kenntnis von Belastungen 1 2, 292; 2 1, 739.

Pflichtteilsanspruch des mit einem Vermächtnis Bedachten (§ 2307) 4 519. — befristete, bedingte Vermächtnisse 1 2, 293. — Anfechtung des Testaments zwecks Forderung d. Pfl. des nur mit einem nicht zureichenden Vermächtnis Bedachten 4 519; 5 593. — Forderung des ganzen Pfl. als stillschweigende Ausschlagung des Vermächtnisses 5 592; 6 568 (2). — Zeitpunkt der Fälligkeit des durch das Vermächtnis nicht gedeckten Pfl.-restes 5 593; 6 567. — Zeitpunkt der Fälligkeit des Pfl. bei Ausschlagung des Vermächtnisses 5 592; 6 567. — Pfl.-berechtigter i. S. d. § 2307 6 567. — Anwendung d. §§ 262—265 auf die dem Pfl.-berechtigten nach § 2307 zustehende Wahl 6 567. — Verjährung d. Pfl.-anspruchs nach § 2307 6 567. — Beweislast i. F. d. § 2307 6 568. — Zuwendung eines Vermächtnisses an den überlebenden Gatten vor 1900 bei Eintritt d. Erbfalls nach 1900 6 568. — Veltensmachung des Mehrwertes d. Pfl. als Testamentsanfechtung? 6 568. — Pfändbarkeit der Vermächtnisforderung 6 568.

Anfechtung der Ausschlagung (§ 2308). — Vererblichkeit 1 2, 293. — Lauf der Frist des § 2307 Abs. 2, wenn dem Erben eine Inventarfrist gesetzt ist 7 563.

Anrechnung auf den Pflichtteil (§ 2315) 3 1, 655; 5 595. — vor 1900 gemachte Zuwendungen 2 1, 741, 743. — Vermutung der Anrechnungsspflicht? 3 1, 654; 7 564. — stillschweigende Bestimmung der Anrechnung 1 2, 296; 3 1, 654; 6 570. — Anrechnung auf den Pfl. u. Ausgleichungsspflicht 7 564. — nach der Zuwendung getroffene A.-bestimmung 1 2,

296; 4 520; 5 596. — einseitige legtwillige Anordnung der A. 1 2, 296; 4 520; 7 565. — Bestimmung des Erblassers über den Wert der Zuwendung 1 2, 296. — entgeltliche Zuwendungen 4 520; 7 564. — zur Feststellung der nicht ziffernmäßig bestimmten Pfl.-forderung gehört die Entscheidung über A. 3 1, 654. — ist das in A. auf den Erbteil Gegebene auf den Pfl. anzurechnen? 1 2, 296; 2 1, 740; 3 1, 655; 6 570. — A. des auf den Pfl. Gegebenen bei Eintritt der regelmäßigen gesetzlichen Erbfolge auf den gesetzlichen Erbteil 2 1, 740; 6 570. — Vereinbarung der A. einer zur Erfüllung einer Pflicht gemachten Zuwendung 4 520. — Zuwendung e. Ausstattung seitens des hierzu Verpflichteten unter Bedingung der A. auf den Pfl. 1 2, 296; 2 1, 740; 5 596. — Einsetzung eines Pfl.-berechtigten, der sich einen Vorempfang anrechnen lassen muß, auf einen die Hälfte des gesetzlichen Erbteils nicht übersteigenden, mit Beschränkungen belasteten Erbteil 2 1, 740, 741. — Berechnung bei mehreren anrechnungspflichtigen Pfl.-berechtigten 1 2, 296; 5 595; 6 570. — Berücksichtigung des Vorausempfanges eines anderen Erben bei Berechnung des Pflichtteils des überlebenden Ehegatten 1 2, 296; 2 1, 741. — Hinzurechnung des Wertes des Vorempfanges nur bei Feststellung des Pfl. des Vorausempfängers? 1 2, 294, 296; 2 1, 741. — welchen Personen kommt die Herabminderung des Pfl.-anspruchs um den Vorempfang zugute? 1 2, 296. — analoge Anwendung des § 2051 Abs. 1 bei nur einem pflichtteilsberechtigten Abkömmling 1 2, 296, 297; 2 1, 741. — „Nachlaß“ i. S. des § 2315 Abs. 2 Satz 1 Gesamtnachlaß oder nur auf den gesetzlichen Erbteil des Berechnungspflichtigen entfallende Teil des Nachlasses? 6 570; 7 564 f. — Beweislast bez. der Anrechnungen 4 518.

Höhe und Berechnung bei bestehender Ausgleichungs-pflicht (§ 2316). — Rechnungsverfahren nach § 2316 Abs. 1; Kritik 3 1, 655. — Kreis der bei bestehender Ausgleichungs-pflicht bei Berechnung des Pfl. in Frage kommenden Personen 2 1, 741, 742. — ausgleichungs-pflichtige, bereits mehr als den gesetzlichen Erbteil erhalten habende Abkömmlinge 1 2, 297. — Ausschluß einer Zuwendung nach § 2050 Abs. 2 von der Berücksichtigung zum Nachteil des Pfl.-berechtigten 1 2, 297, 298; 2 1, 742. — Behandlung einer ausgleichungspflichtigen u. zugleich nach § 2315 anzurechnenden Zuwendung; Zurechnung zum Gesamtnachlaß oder nur zu dem Teile des Ausgleichungspflichtigen, insbesondere bei Vorhandensein eines überlebenden Ehe-

(Pflichtteil)

gatten **1 2, 297** (wenn nicht alle Erben ausgleichsberechtigt); **2 1, 742; 5 596**. — Anwendung des § 2316 Abs. 1, wenn bei gesetzlicher Erbfolge eine Auseinander-
setzung zwischen d. mehreren Abkömmlingen (z. B. wegen Erbunwürdigkeit) nicht stattgefunden hätte **1 2, 297**. — Berechnung nach § 2316 Abs. 4 **6 570**. — Berechnung nach § 2316 Abs. 4 bei Konkurrenz eines Gatten **3 1, 655, 656; 5 596**. — analoge Anwendung des § 2316 Abs. 4 bei einer sich als Schenkung i. S. des § 2327 darstellenden, ausgleichungspflichtigen Zuzwendung **1 2, 297**; bei einer nach dem z. Bt. der Zuzwendung geltenden Recht auch ohne besondere Bestimmung ausgleichungspflichtigen Aussteuer? **6 571**. — wann sind mehrere Abkömmlinge i. S. des § 2316 vorhanden? **1 2, 297**. — nicht unter § 2050 fallende Schenkungen **1 2, 297**. — Anwendung des § 2056 im Falle des § 2316 **4 520**. — Aussteuer ohne den Charakter der Ausstattung **1 2, 297**. — Ausschluß einer Ausstattung von der Ausgleichung **1 2, 297**.

Kürzungsrecht des Erben. — Kürzung des Voraus wegen des Pfl.-s. Rechtes der Eltern des Erblassers? **2 1, 743**. — Kürzungsrecht der Miterben gegenüber Vermächtnissen **1 2, 298; 2 1, 743**. — Recht des Erben zur Kürzung eines Vermächtnisses, um die Verletzung seines eigenen Pfl. zu vermeiden? **6 571**. — Leistungsverweigerungsrecht des Erben nach § 2319 trotz Verlustes des Rechts zur Beschränkung der Haftung **2 1, 743**.

Außerordentliches Pflichtteilserrecht (querela inoff. donat.). — Verhältnis zur Anfechtungsklage nach §§ 2079, 2080 **3 1, 615, 657; 6 545** (f. Testament unter Anfechtung). — vor 1900 gemachte pflichtwidrige Schenkungen **2 1, 744, 745, 808 (2); 3 1, 656, 657; 5 596**. — Verjährung der Ergänzungsklage bei pflichtwidriger Schenkung vor 1900 **2 1, 808**. — Ergänzungsberechtigte **4 521, 522** (vom ordentlichen Pflichtteil Ausgeschlossene). — des Intestaterten **2 1, 737, 743; 3 1, 656 (2); 4 521**. — Anspruch der mütterlichen, die statutarische Portion wählenden Witwe **3 1, 656; 4 522** (f. **5 593**). — Folgen, wenn der Pfl.-sberechtigte von der pflichtwidrigen Schenkung erst nach Annahme des beschwerten Erbteils Kenntnis erlangt? Anfechtung der Erbschaftsannahme? **2 1, 743, 744 (2); 4 522**. — Abschluß einer Lebensversicherung zugunsten Dritter als Schenkung **6 571**. — Abschluß eines Ehevertrags auf allgemeine Gütergemeinschaft **6 571**. — Begründung einer Stiftung durch Rechtsgeschäft unter Lebenden **1 2, 298**. — Schenkung bei

Verkauf unter dem Wert **6 571, 572**. — Schenkung zur Begründung einer neuen Stiftung **2 1, 744**. — Familienstiftungen u. Familienfideikommiss **4 521, 522 (2)**. — Schenkungsverprechen nach § 331 BGB. **4 520, 521**. — Schenkung bei Abschluß gewagter Geschäfte **6 571**. — Geltendmachung des Pfl.-ergänzungsanspruchs trotz Annahme der Erbschaft **2 1, 744; 4 522**. — Wertminderung, Untergang der geschenkten Sache zwischen Schenkung u. Erbfall **4 521 (2)**. — Wertberechnung des Geschenken im Falle der Weiterveräußerung **4 521**. — mehrere gleichzeitige Schenkungen an verschiedene **4 523; 5 597**. — kann der Erblasser die Berücksichtigung der Schenkung verbieten? **1 2, 298**. — gemachte Schenkungen **5 597**. — Klagerrecht des Pfl.-sberechtigten, dem die Hälfte des gesetzlichen Erbteils oder mehr hinterlassen ist **2 1, 745**. — Ergänzungsklage des pflichtteilsberechtigten Miterben **1 2, 299; 2 1, 745**. — Haftung des beschränkt haftenden Erben **3 1, 656, 657**. — Anwendung der 10 jährigen Frist auf vor 1900 gemachte Schenkungen **5 596**. — Beweislast über das Vorliegen einer Schenkung **6 571, 572**. — Charakter der Pfl.-ergänzungsklage (Anfechtungs- oder Revokationsklage?) **2 1, 745; 4 521**. — Haftung des z. Bt. des Erbfalls nicht mehr im Besitz des Geschenken, wohl aber eines Äquivalents befindlichen Beschenkten **1 2, 298; 2 1, 744; 4 521**. — schuldhaftes Beschädigen des geschenkten Gegenstandes durch den Beschenkten **1 2, 298**. — Franzisprochnahme des Beschenkten bei unbeschränkter Haftung des Erben? **2 1, 745 (2)**. — Anwendung des § 2329 bei gesetzlicher Erbfolge **6 571**. — Haftung d. Beschenkten, wenn der Erbe wegen Mangels eines Aktinachlasses nach § 1990 die Ergänzung d. Pfl. verweigert **6 571**. — Haftung des Dritten, an den der Beschenkte die Schenkung weitergeschenkt hat **4 523**. — gleichzeitige Klage gegen mehrere Beschenkte? **5 597**. — Verhältnis von § 2325 zu § 2316; die Schenkung ist gleichzeitig eine auszugleichende Zuzwendung **1 2, 297**. — Berücksichtigung von Beschränkungen des dem Pfl.-sberechtigten Hinterlassenen bei Berechnung des Ergänzungsanspruchs **1 2, 299**. — Umfang der Haftung des nicht als Erben eingetretten, pflichtteilsberechtigten Beschenkten **4 522, 523**. — dem Pfl.-sberechtigten selbst gemachte Schenkungen **1 2, 299; 2 1, 744; 3 1, 637; 4 522** (Anordnung der Nichtanrechnung; Wertberechnung; nach § 2315 anzurechnende Geschenke; länger als 10 Jahre zurückliegende Schenkungen); **5 596, 597** (Anwendung des § 2316 Abs. 4 im Fall des § 2327 Satz 2); **7 566** (Verhältnis von

§ 2327 zu § 2325 Abs. 3). — durch Sitte gebotene Schenkungen an den Pfl.-berechtigten selbst **1 2, 299; 4 522**. — Schenkungen an den näheren Abkömmling bei Eintreten des entfernteren als Pfl.-berechtigten **1 2, 299**. — Anrechnung d. vom Beschenkten bis zum Erbfall gezogenen Früchte im Falle des § 2329? **6 572**. — „früher Beschenkte“ i. S. des § 2329 Abs. 3 bei Hinausschieben des Vollzugs des einen von 2 gleichzeitig gegebenen Schenkungsversprechen **6 572**. — durch den Schenkungsakt entstandene, vom Beschenkten getragene Kosten (§ 2329) **7 566**. — Verhältnis des § 2325 zum Anfechtungsgesetz **4 521**. — Schenkung aus dem Gesamtkat der fortgesetzten Gütergemeinschaft an Fremde, an Abkömmlinge oder Ascendenten des überlebenden Ehegatten, an Abkömmlinge eines anteilsberechtigten Abkömmlings, an einen Ascendenten sämtlicher anteilsberechtigten Abkömmlinge **4 523**.

Entziehung des Pflichtteils. — analoge Anwendung der §§ 2323 bis 2335 **1 2, 299**. — stillschweigende Entziehung **1 2, 300**. — bedingte Entziehung **1 2, 300**. — Eintritt der gesetzlichen Erbfolge nach erfolgter Entziehung **1 2, 300**. — Umfang der Ansprüche des Berechtigten bei Unwirksamwerden der Entziehung **1 2, 300**. — Angabe des Entziehungsgrundes in der letztwilligen Verfügung; Angabe der Tatbestandsmerkmale d. § 1568 **3 1, 657**. — Klage auf Entziehung des Pfl. **1 2, 300**. — Verhältnis der E. zu den Erbinwürdigkeitsgründen **1 2, 299**. — im voraus erklärter Verzicht auf das Recht d. Pfl.-Entziehung **1 2, 300**. — bedingte Verzeihung **3 1, 658**. — Voraussetzung für Annahme einer Verzeihung **5 597; 6 572**.

Entziehung gegenüber Abkömmlingen. — „nach dem Leben Tachten“ **4 523**. — Notwehrhandlungen des Abkömmlings **1 2, 299; 4 523; 7 566**. — Anstifter, Gehilfen, Mittäter zu Handlungen nach § 2333 Ziff. 1 **4 523**. — im Ausland begangene Delikte nach § 2333 Ziff. 3 **5 597**. — Aufgabe des ehelosen Lebenswandels **1 2, 300** (s. **5 490**). — Begriff des „Verbrechens“ u. Vergehens nach § 2333 **5 489**. — eheloses Verhalten im Gegensatz zu ehelosem Lebenswandel **1 2, 300; 5 489**. — Begriff des ehelosen Lebenswandels; Homosexualität **3 1, 657; 5 597** (Zuchthäusler). — Mißhandlungen **4 523**. — böswillige Verletzung d. Unterhaltspflicht **4 523**. — wiederholte Mißhandlung des Erblassers als angegebener Grund; Nachweis nur einer Mißhandlung **7 566**.

Entziehung gegenüber den Eltern. — eheloses Verhalten der Eltern **1 2, 299**.

Entziehung gegenüber dem Ehegatten. — bei Einleitung der Scheidungsklage **2 1, 745**. — Einfluß der Aufgabe des unsittlichen Lebenswandels des überlebenden Gatten z. B. des Erbfalls **1 2, 299; 2 1, 745, 746**. — Irrtum des Erblassers über den Grund seines Scheidungsrechts **1 2, 300; 3 1, 657**. — Erhebung der Klage auf Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft **1 2, 300**. — Einfluß eines Widerlagerrechts des überlebenden Gatten **1-2, 300**. — Erklärung als „allein schuldiger Teil“ im Urteil Voraussetzung? **1 2, 300**. — Entziehung des Pfl. in einem Erbvertrag nach § 2276 Abs. 2? **1 2, 300**.

Auskunftspflicht des Erben s. Nachlaß. — Recht des Pfl.-berechtigten, an Stelle der Klage beim Nachlassgericht Aufnahme des Verzeichnisses zu verlangen? **3 1, 654**. — Erlaß seitens des Erblassers **1 2, 295**. — Zuziehung des Pfl.-berechtigten bei Aufnahme **5 595**. — „Bestand des Nachlasses“ i. S. des § 2314 **2 1, 155**. — Auskunft über eigene Vorempfang u. über Zuwendungen unter Leben an Dritte **1 2, 295; 4 520; 5 594, 595** (Voraus des überlebenden Gatten?). — Unterschied des Verzeichnisses nach § 2314 vom Nachlassinventar **1 2, 295 (2); 4 520; 6 569**. — Inhalt des Verzeichnisses nach § 2314 **6 569; 7 564**. — Unterschrift des Verzeichnisses? **4 520**. — Angabe des Wertes in dem Nachlassverzeichnis? **1 2, 295**. — eidliche Bestätigung des Verzeichnisses? **4 520; 5 595**. — Klage auf Vervollständigung des Verzeichnisses **1 2, 295; 6 569** (bei Streit über die Zugehörigkeit von Sachen zum Nachlasse?). — Aufnahme der Nachlassschulden in das Verzeichnis **5 595; 6 569**. — Aufnahme der nicht mehr im Besitz des Erben befindlichen Sachen in das Verzeichnis? **5 595; 6 569**. — Ermittlung des Wertes durch Sachverständige **1 2, 295**. — amtliche Aufnahme eines zerstreuten Nachlasses **5 595**. — Fristsetzung vor Klage auf Auskunft? **1 1, 178; 1 2, 296**. — kann im Prozeß auf Auskunftserteilung auch über d. Richtigkeit der erteilten Auskunft verhandelt werden? **7 564**. — Frist für das Verlangen des Nachlassverzeichnisses **5 595**. — kein Recht des nicht als Erbe eingesehten Pfl.-berechtigten auf selbständige Aufnahme des Nachlassverzeichnisses oder Veranlassung der Aufnahme durch das Gericht **6 569**. — getrenntes Auskunftsverlangen mehrerer Erben **1 2, 295**. — Offenbarungseid zur Bestätigung des Verzeichnisses **6 569; 7 564 (2)**. — Auskunftsanspruch gegenüber dem Testamentsvollstrecker? **1 2, 295; 2 1, 740**.

Verjährung. — Unterbrechung der Verjährung durch Anerkennung des Pfl.-anspruchs dem

(Pflichtteil)

Gründe nach bei der Nachlassverhandlung 4 518. — Anwendung der W.-frist des § 2332, wenn dem Pfl.-Sberedtigten der ihm gebührende Pfl. testamentarisch hinterlassen ist 4 523; 5 597. — Unterbrechung durch Klagerhebung bei nachträglichem Ausschlagung des Erbteils oder Vermächtnisses 5 597. — Beginn der Verjährungsfrist in den Fällen des § 2306 Abs. 1 Satz 2 und § 2307 5 597. — „Kenntnis vom Eintritt des Erbfalls; nicht durch amtliche Verkündung vermittelte“ 6 572; 7 566. — Kenntnis von der den Erben beeinträchtigenden Verfügung ohne Kenntnis von der tatsächlichen Beeinträchtigung 6 572. — Replik der Arglist gegenüber der Einrede der Verjährung 6 572. — Verjährung, wenn der Pfl. ohne Bedingung u. Beschränkung hinterlassen ist 7 566.

Pfänderecht kirchliches. — Anwendung der Bestimmungen über Nießbrauch 2 1, 571.

Photographien s. Bild, unerlaubte Handlungen.

I. G. v. 9. I. 07 s. Urheberrecht.

I. G. v. 10. I. 76. — im Wege des Reproduktionsverfahrens hergestellte Photographien von gegen Nachdruck und Nachbildung geschützten Werken 3 2, 662. — Verbreitung (§ 3) 3 2, 662. — Ansichtsarten 3 2, 662. — Nichtidentität des Bestellers mit der photographierten Person 3 2, 663. — Umfang d. Rechte d. Bestellers (Anwendung d. § 5) 3 2, 663. — Eigentumsrecht an d. Negativplatte 3 2, 663. — Behandlung d. photographischen Urheberrechts im Konkurs u. in d. Zwangsvollstreckung 3 2, 663. — Bemessung der Buße nach § 9 3 2, 663. — Ph. in Frankreich 3 2, 663. — welcher Art muß die im § 4 verlangte Verbindung der Photographie mit einem Werk der Industrie sein? 5 1078.

Unerlaubtes Photographieren einer Person 1 1, 470 (s. unerlaubte Handlungen).

Photographisches Gewerbe vgl. Bild, Abbildung. — Aufsuchen von Bestellungen auf photographische Aufnahmen 4 947. — Handwert? 4 953. — Handelsgewerbe? 4 955.

plus petitio (s. Mahnung) 1 1, 177. — bei Mahnung 1 1, 201, 202; 2 1, 199; 3 1, 144; 7 142. — vorzeitige Mahnung als pl. p. 2 1, 107. — pl. p. d. Käufers; Einfluß auf d. Überendungsfrist u. Verzug d. Verkäufers 7 142. — Klage vor Fälligkeit, Eintritt d. Fälligkeit z. Ft. d. Urteils (s. Fälligkeit) 7 232.

Polizei vgl. Baupolizei, Bahnpolizei, Gewerbebehörde.

Polizeibeamte s. Beamte. — kein Vertreter d. Stadtgemeinde nach §§ 31, 89 BGB.

1 1, 51. — Herstellung und Umtausch von Quittungsarten keine fiskalische Handlung (Art. 77 GGWB.) 2 1, 25. — Haftung s. Amtshandlungen e. Polizeidieners 3 1, 25. — Haftung bei fahrlässigem Entweichenlassen e. Verbrechers (§ 839 BGB.)? 7 378, 380. — ungerechtfertigte Akte der Gewerbebehörde (Schließen e. Schaubude) 7 380 (s. obrigkeitliche, öffentliche Akte).

Polizeibehörde. — Namensschutz gegen P. 2 1, 8. — Zugang e. Schreibens an d. P. (§ 130 BGB.) 2 1, 63. — Auslobung in Kriminalfachen 2 1, 394; 3 1, 284.

Polizeilicher Schutz. — kein Anspruch auf p. Sch. gegen den Staat 1 1, 149.

Polizeiliches Verbot. — Nichtigkeit eines e. p. W. zuwiderlaufenden Rechtsgeschäftes 2 1, 65; 5 41.

Polizeistunde für geschlossene Vereine 4 932.

Polizeiübertretungen. — Schädigung anderer durch P.-U.; Kaufalität 5 88. — in Notstand 3 1, 69.

Pommern. — ehel. Güterrecht in d. Übergangszeit 1 2, 436; 2 1, 800 (Teilung); 3 1, 703 (am 1. I. 00 bestehende fortgesetzte Gütergemeinschaft).

Positives Interesse s. Erfüllungsinteresse.

Positive Vertragsverletzung vgl. gegenseitiger Vertrag, Suzeßlieferung. — Wesen 3 1, 131; 5 78; 7 131, 157, 158, 160. — Gründung d. Lehre auf § 160 Abs. 1 BGB. 7 71, 131. — Kritik d. Staubischen Theorie 2 1, 187 ff. — p. W. als Verletzung in bezug auf d. Gegenstand d. Leistung 5 108. — „Gefährdung d. Vertragszweckes“ 5 139, 140. — Verhältnis zum Verzug 5 108. — Verhältnis d. §§ 459 ff. BGB. zu den Vorschriften über die Folgen schuldhafter W. 1 1, 344; 2 1, 274, 275; 3 1, 215, 216; 4 159. — Verhältnis zu § 276 1 1, 187; 2 1, 187; 3 1, 129, 130 ff.; 4 106; 5 111, 112; 6 122, 123. — analoge Anwendung des § 326 BGB. 1 1, 239; 2 1, 221; 3 1, 162, 163; 4 126; 5 138, 139, 142; 6 143; 7 160. — p. W. bei Suzeßlieferungsgeschäften (s. diese) 1 1, 239; 2 1, 221, 274; 3 1, 161 ff., 218; 4 125 ff.; 5 137 ff., 142, 190. — Schadensersatz wegen p. W. nach Analogie d. § 286 BGB. 1 1, 203. — Notwehr gegenüber p. W. 4 62. — Rücktritt bei Oeringfügigkeit der W. 6 143. — p. W. d. Vermieters 4 176. — Einzelfälle 3 1, 160, 163; 5 143.

— Inverzugsetzung u. Fristbestimmung keine Voraussetzung f. d. Schadensersatzanspruch 6 123. — Erfüllungswegung d. Konkursverwalters nach § 17 RD. als p. W. 6 123. — Beweislast bei Unmöglichkeit d. Leistung wegen p. W. 7 141 (2). — Rücktritt wegen p. W. bei Gesellschaft, Miete, Pacht, Dienstvertrag? 7 160. — Schadensanspruch u. Rücktritt dessen, der selbst vertragswidrig handelt 7 160.

Post f. Vertrag über e. Postfach? 7 215, 262, 286. — Transportvertrag mit der P.; Rechtsnatur 2 2, 243; 3 1, 267; 3 2, 105; 7 261 f. — analoge Anwendung des G. B. auf das Frachtgeschäft der P.? 3 2, 105; 4 643. — Prozessvertretung d. P.-Fiskus 3 2, 123. — Beförderungspflicht d. P.; Fälle, in denen der Beförderungszwang aufgehoben oder beschränkt ist 7 704. — Postanweisungsvertrag 3 2, 105. — Pfändung von Postanweisungsbeträgen für e. Schuld d. Adressaten 3 2, 121 (s. Zwangsvollstreckung). — Fälschung einer Postanweisung durch einen P.-Beamten zur Tilgung einer ihm dem Adressaten gegenüber obliegenden Schuld 3 2, 124. — P.-Schein als Quittung? 7 172. — Aushändigung d. P.-Paketadresse an den Empfänger 2 1, 284 (als Ablieferung); 3 2, 124. — selbständiger Aushändigungsanspruch des Adressaten e. P.-Sendung (P.-Anweisung) gegenüber der P.? 3 2, 124; 6 723. — Verwahrungspflicht d. P. 7 704. — Beendigung d. Transportvertrags durch Übergabe an die Zollbehörde 3 2, 125. — Verhältnis d. Absenders zur Zollbehörde für Geldinhalt e. eingeschriebenen Briefes 1 1, 52. — Abgabenbefreiung der von Privatunternehmern als Ersatz für ordentliche Posten eingerichteten Fuhrwerke 3 2, 123 (teilweise Benutzung zu anderen Zwecken). — Haftung d. P. für die postlagernden Sendungen 7 704. — Haftung bei unrechtmäßiger Aushändigung postlagernder Sendungen oder Zahlung telegraphischer P.-Anweisungen 5 372; 6 342; 7 704, 705 (3). — „verschlossener Brief“ i. S. des § 1 RPostG. 6 722. — „Absender“ i. S. d. § 2 RPostG. 6 722. — Aushändigung e. P.-Sendung an e. geschäftsunfähigen oder beschränkten Adressaten 6 40, 41, 723; 7 30. — Urteilung e. P.-Vollmacht seitens d. gesetzlichen Vertreters e. Adressaten 6 723. — Zeitpunkt d. Zugehens von P.-Sendungen bei Abholen, Besitz e. P.-Schließfaches 7 44, 45, 215, 262, 286, 705 (s. Zugehen). — Feststellungsklage gegen die wegen angeblichen Verstoßes gegen das Postmonopol mit Strafanzeige drohende P.-Verwaltung, daß eine Verletzung des Monopols nicht gegeben sei 7 704. — Haftung d. P. bei Abholung mittels Schließfaches; reglementsmäßige Auslieferung i. S. des § 49 PostG. 7 705 (2). — Rechtsverhältnisse bei Schließfachmiete 7 706. — Begriff d. „Aushändigung“; Aushändigung bei Bestellung, bei Abholung, bei Schließfachmiete 7 705 (s. oben). — Einlegung v. P.-Anweisungen, Paketadressen, Ablieferungsscheinen zu Wert- u. Einschreibebriefen in d. Schließfach; Geltung d. § 49 PostG. für Aushändigung

d. zugehörigen Sendungen bei Schließfachabholung 7 705. — darf die P. in das Schließfach einzulegende Gegenstände am Schalter aushändigen? Haftung bei Aushändigung an einen Unbefugten 7 705. — Rückgabe von bereits ausgehändigten P.-Anweisungen, Paketadressen u. davon abgetrennten Abschnitten bei Zurückziehung e. Sendung 7 705. — Rückforderungsrecht bez. d. Sendungen, für die der Empfänger zunächst nur den Ablieferungsschein, die Paketadresse oder die P.-Anweisung ausgehündigt erhielt 7 705. — Rechtslage, wenn bei Gegenständen, die in ein Schließfach eingelegt sind, nach § 42 Abs. 8 PostO. die Bestellung zu erfolgen hat 7 705. — wann endet bei dem Versand von Briefen mit Wertangabe die Ersatzverbindlichkeit d. Post für den Inhalt d. Sendung? Öffnen d. Sendung seitens d. Empfängers auf dem P.-Amt unmittelbar nach Aushändigung e. Quittung d. Empfangs 7 706. — Pflicht d. Eisenbahn z. Beförderung d. P.-Wagen u. d. Begleitpersonals 7 706. — Haftung d. Eisenbahn für d. bei Eisenbahnunfällen an P.-Eigentum entstandenen Sachschäden 7 706. — Ansprüche d. bei Eisenbahnunfällen verletzten oder getöteten P.-Beamten u. ihrer Hinterbliebenen gegen d. P.- u. d. Eisenbahnverwaltung; Regress d. Eisenbahn gegen d. Post 7 706. — Haftung d. Postbeamten für verzögerte Beförderung e. Einschreibebriefes 7 136. — Haftung d. P.-Beamten 3 2, 105 (s. Beamten). — Posthalter f. unten. — staatlicher P.-Betrieb nicht Ausübung öffentlicher Gewalt (Art. 77 GGVB.) 3 1, 26. — Haftung d. P. für ihre Beamten 3 2, 105; für unerlaubte Handlungen d. Beamten 3 2, 121; 1 1, 487 (Anwendung des § 831?); 2 1, 511, 512 (Anwendung des § 831?); 4 275 (s. Beamte, unerlaubte Handlung, §§ 827, 831). — Haftung d. P. bei Auszahlung d. Unfall- u. Invalidenrenten 6 723. — Haftung d. P. für Ersatz des durch ungültige Zustellung seitens e. Postboten entstandenen Schadens 3 2, 121, 122; 4 275; 5 338; 6 723. — Haftung d. Zollbehörde für eine durch ihr Verschulden verloren gegangene reformmandierte, aber nicht deklarierter Sendung 3 2, 121. — Haftung d. Post für Auslieferung d. P.-Sachen aus e. Schließfach an einen nicht legitimierten 6 723; 7 705, 706. — verspätete Auszahlung e. P.-Anweisung 3 2, 122. — Haftung d. P. gegenüber dem Absender für d. vereinnahmten Nachnahmebetrag bei freiwilliger Zurücknahme d. bereits ausgehändigten u. vom Empfänger bezahlten Pakets- u. Rückzahlung d. Nachnahme seitens des P.-Beamten 3 122. — verspätete Nachsendung e. Zeitung 7 347. — Haftung d. P. b. Selbstabholung durch d.

(Post)

Adressaten **2** 1, 63; **3** 2, 125. — Haftung d. Eisenbahn für Handlungen d. Postbeamten **2** 1, 192. — falsche Bezeichnung d. Inhalts e. Sendung; Haftung d. Absenders gegenüber d. Post, nicht aber gegenüber Dritten, deren nebenlagernde Waren geschädigt wurden **3** 1, 350. — Verzögerung e. Postsendung infolge polnischer Adresse **3** 1, 350. — Stellung d. Adressaten e. Postsendung; Ablehnung d. Annahme, Aufstellung e. Empfangsbevollmächtigten, Anordnung d. Nachsendung **7** 30. — Beförderung verbotener Telegramme **3** 1, 350. — Hausmeister e. P.-Gebäudes kein Vertreter nach §§ 31, 89 BGB.; ebenso Hilfsbriefträger **2** 1, 26; **3** 1, 24. — Verjährung nach § 14 RPostG.; Beginn **3** 2, 123 (bei erst später hervortretenden Unfallsfolgen). — Einfluß e. Feststellungsklage auf d. Verjährung **3** 2, 123. — P.-Zeitungsgeschäft **7** 262. — kaufmännisches Zurückbehaltungsrecht d. P.-Verwaltung d. Reichs- u. Bundesstaaten **7** 664.

Personenbeförderung **2**, 243 (s. auch Eisenbahn, Haftpflicht, unerlaubte Handlung). — rechtliche Natur, Werkvertrag **2** 1, 373; **4** 204; **5** 243; **7** 261 f. — Verletzung eines blinden Passagiers **3** 1, 350; **3** 2, 122. — Verletzungen Dritter **3** 2, 122. — Verletzung vor Antritt d. Reise (beim Anspannen) **3** 2, 122. — später hervortretende oder durch e. vorhandene Anlage begünstigte Erkrankung **3** 2, 122 (s. Kaufsammenhang). — Anspruch der Hinterbliebenen **3** 2, 122; **3** 1, 381. — Ersatz für Auslagen wegen vermehrter Bedürfnisse in Form einer Rente? **3** 2, 122. — Abfindung durch Buße **3** 2, 122. — Anrechnung d. von dritter Seite erhaltenen Beiträge **3** 2, 122. — höhere Gewalt **3** 2, 123. — eigenes Verschulden d. Reisenden **3** 2, 123. — § 254 BGB. anwendbar auf d. Haftpflicht d. P. wegen Beschädigung e. Reisenden **2** 1, 148. — Solidarhaftung mehrerer Schuldiger **3** 2, 123. — Haftung d. P.-Halters; Regreß d. Fiskus gegen d. P.-Halter **3** 2, 123. — Haftung d. P.-Halters, nicht der Post für Verschulden d. Postillons **1** 1, 487; **2** 1, 511; **6** 329 (s. unerlaubte Handlung, §§ 823, 831). — Regreß d. Fiskus gegen schuldige Mitreisende **3** 2, 123. — Fahrwerke der fahrenden Landbriefträger **3** 2, 123 (s. Tierhalter). — Haftung für Ertraposten **3** 1, 350. — Unfall bei P.-Botensfahrten **6** 330, 723. — Haftung d. P.-Fiskus für Umwerfen e. P.-Kutsche **5** 18. — Haftung d. Fiskus für Verletzung e. Reisenden durch Verschulden d. P.-Beamten **7** 704.

St r a f b e s t i m m u n g e n. — § 27 Ziff. 4 PostG. verlangt Verfaß **3** 2, 124. — fahrlässige Übertretung von § 27 Ziff. 1—3 PostG. **3** 2, 124. — unzulässige Beförde-

rung von politischen Zeitungen durch Expresboten, Aufgabe als Reisegepäck, Belegen mehrerer Plätze unter Lösung mehrerer Karten für einen Boten **3** 2, 121. — Sendung von Briefen als P.-Paket an eine Person, die die Briefe dann einzeln durch d. P. an die Adressaten weiterbefördert **3** 2, 124.

Postanweisung vgl. Post. — rechtl. Natur **1** 1, 393; **4** 252; **6** 723; **7** 320. — Pfändung von P.-Sbeträgen wegen e. Schuld d. Adressaten **3** 2, 121, 576 (s. Zwangsvollstreckung). — kein selbständiges Forderungsrecht d. Adressaten gegen die Post **1** 1, 248; **2** 1, 223; **7** 165. — Klagerecht d. Adressaten gegen d. Post bei Auszahlung falschen Geldes? **7** 320. — P.-Sbvertrag **3** 2, 105; **7** 281. — fällt d. P. unter § 783 BGB.? **2** 1, 472, 473. — Fälschung e. P. durch e. Postbeamten zur Tilgung einer ihm dem Adressaten gegenüber obliegenden Schuld **3** 2, 124. — verpätete Auszahlung einer P. **3** 2, 122. — Eigentumswerb d. Empfängers bez. d. ausgezahlten Geldes **6** 723. — Haftung bei unrechtmäßiger Auszahlung telegraphischer P. **5** 372; **6** 342. — Vorschlag doppelter Empfangsbescheinigung **2** 1, 232. — Post nicht Angewiesener, sondern Bote **7** 320.

Postauftrag. — Mahnung durch P. **4** 114.

Postlagernd. — Zugehen (§ 130 BGB.) p. Briefe **3** 1, 43 (s. Zugehen).

Potestatißbedingung (vgl. Bedingung) **1** 1, 97; **3** 1, 55; **4** 52. — Verhinderung d. Eintritts **2** 1, 81. — Einwirkung auf den Gang d. P. und § 226 BGB. **3** 1, 57, 68. — reine Wollensbedingung **3** 1, 55.

Prämiengeschäft s. Börsertermingeschäft.

Prämienreservefonds d. privaten Versicherungsunternehmen; Wirksamkeit d. öffentlichen Glaubens d. Grundbuchs gegenüber der für ihn geltenden Verfügungsbeschränkung **3** 1, 402 (s. Versicherungsunternehmer).

praesumptio iuris et de iure dem BGB. fremd **3** 1, 72.

praesumptio Muciana s. Eigentumsvermutung.

Präsumtion s. Vermutung, Rechtsvermutung.

Präzipsualbeiträge. — rechtl. Charakter **2** 1, 154.

Preis vgl. Kauf, Einkaufsp., Markt. — vereinbar oder üblicher? Beweislast **3** 2, 449. — „gerechter“ Preis **3** 1, 76. — Kalkulationsirrtum **1** 1, 71, 73; **2** 1, 55; **5** 33, 242. — Beweislast **3** 1, 71, 73; **5** 70. — Verbot d. Warenverkaufs unter e. bestimmten P.; Haftung d. Verkäufers für Nichtbefolgen seitens seiner Angestellten **5** 119. — Beweislast bei Einflagung des angemessenen P. **7** 94 (s. Beweislast). — falsche Angabe d. P. beim Immobilienvertrag (s. Form d. Immobilienvertrags). — Beweislast bei Stundung **7** 194.

Sette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite.

Preisliste vgl. Stillschweigen, Erfüllungsort.

— Bestellung nach **B. 2 2, 199; 4 49.** — Bestellung nach längerem Geschäftsverkehr ohne Bezugnahme auf die zugelandte **B. 3 2, 79.**

Preisschleudern s. unerlaubte Handlung, Preis. — im Buchhandel u. Autorrecht **5 41, 1081, 1082; 7 1163.** — Markieren d. Bücher mit geheimen Zeichen durch d. Verleger **5 191.**

Preußen. — Führung e. Adelsprädikats in Pr.; durch e. Nicht-Pr. **3 1, 5;** durch Ausländer **4 5.** — Rechtsstellung der Religiösen **2 1, 1** (s. diese). — Verleihung der Rechtsfähigkeit an Religionsgesellschaften nur durch Gesetz **3 1, 13; 4 10.** — Ausschluß aus e. Religionsgesellschaft, Rechtsweg unfatthaft **5 11** (s. Rechtsweg). — „erlaubte Privatgesellschaften“ d. **LR.**: Landmehrverein **2 1, 22;** Kriegerverein, Zweckverband **5 11.** — kommunale Sparkassen keine jur. Person **3 1, 10.** — Erwerbsbeschränkungen für jur. Personen **3 1, 14; 4 10.** — Familienstiftung **1 1, 47; 2 1, 24.** — Haftung der Schulgemeinde s. Handlungen des Schulvorstandes im Gebiete des **LR.** **2 1, 26.** — keine Staatshaftung im Gebiete des **LR.** für Beamtenversehen bei Wahrnehmung obrigkeitlicher Gewalt, wohl aber im Gebiete des franz. R. **2 1, 25; 4 22.** — Haftung für Versehen der Polizeidiener **3 1, 24.** — Grundstückszusammenlegung **2 1, 27, 33.** — Verhältnis zw. den öffentl. Hinterlegungsstellen u. d. Hinterlegungsinteressenten **2 1, 234; 3 1, 178, 293** (s. Hinterlegung). — Wirksamkeit der Güterstände der alten Ehen gegenüber Dritten; §§ 422, 424 **11. 1 LR.**, Art. 20 **GGWB.**; Ausschluß der Gütergemeinschaft bei Vollkaufleuten **4 551.**

Preuß. Landrecht s. Bürgerliches Gesetzbuch. — Fortgeltung von § 75 **Einl. 4 536.** — § 31 **I. 8 4 536.** — §§ 102, 103 **I. 9 1 2, 763.** — §§ 111 ff. **I. 9 2 1, 773.** — §§ 80, 81 **I. 13 1 2, 400.** — §§ 422, 424 **II. 1 4 551.** — § 2165 **II. 8 1 2, 393.** — §§ 88, 90 **II. 10 3 1, 682; 5 617.** — §§ 183—190 **II. 11 2 1, 773.** — §§ 79 ff. **II. 15 7 580.** — §§ 138, 139 **II. 15 5 616.** — § 42 **II. 19 5 616.**

Prioritätsobligationen auf den Inhaber. — Löschung der für die Forderung aus ihnen bestellten Hypothek **1 1, 705.**

Privatafford. — Begünstigungsabreden zw. e. Schuldner u. einem Gläubiger in bezug auf d. geplanten **B.** ungültig? **3 1, 186; 3 2, 278 (2), 279 (2); 4 46, 819, 820; 5 47, 956; 6 286, 1005.** — Ausbedingung von Sondervorteilen gegenüber dem Affordbürgen **3 2, 278; 4 820.** — gleichmäßige Befriedigung d. Gläubiger stillschweigende Bedingung für den Beitritt e. Gläubigers? **4 819.** — Begünstigung einzelner Gläubiger

als auslösende Bedingung **3 1, 56; 6 72.** — Begünstigung e. Gläubigers durch Dritte **4 819.** — Klagerecht d. einzelnen Gläubiger während e. außergerichtlichen Verteilungsverfahrens **4 820.** — Einfluß des **B.** auf die Rechte des Gläubigers gegen den Bürgen des Schuldners **5 957.** — Ansetzung **5 33.**

Privatbeamte s. Beamte. — Pensionsversicherung **7 247.** — Pfändung d. Pensionsforderung (s. unpfändbare Forderung) **7 247, 868, 874 (2).**

Privateisenbahn. — Dienstvertrag der **B.**-Beamten; Anwendung der §§ 611 ff. **4 192.** — „Dienste höherer Art“ **4 200.** — Entlassungsgründe **4 200.** — Haftung für ihre Bahnpolizeibeamten **4 22.**

Privatentbindungsanstalt s. Privatkrankenanstalt. — Inhalt der Konzessionsgesuche **4 925.**

Privatfürstrecht. — Unterzeichnung mit Vornamen **2 1, 60; 3 1, 41.**

Privatirrenanstalten vgl. Privatkrankenanstalten.

Privatklage. — des Vaters für das Kind **2 1, 764** (Klage kraft eigenen Rechtes oder als Vertreter des Kindes?); **3 1, 677; 4 532; 5 615; 7 579** (s. elterliche Gewalt unter Vertretung). — Sühnetermin, wenn Beleidiger u. gesetzlicher Vertreter d. Mündels verschiedenen Wohnsitz haben? **3 1, 502.** — Klage auf Unterlassung weiterer Belästigungen auf Grund e. in e. Privatklage geschlossenen Vergleichs **6 93.**

Privatkrankenanstalt. — Begriff nach § 30 **GewD.**; Großbetrieb nötig? **4 925.** — Genesungsheime mit Arbeitsgelegenheit **4 925.** — als Wohltätigkeitsanstalt betriebenes Krankenhaus konzessionsbedürftig? **4 925.** — Inhalt des Konzessionsgesuchs; Beschreibung der Anlage **4 925.** — Unzuverlässigkeit des Unternehmers **4 926.** — Verfassung der Genehmigung wegen Belästigung, Gefährdung der Nachbarschaft, Wertsminderung d. Nachbargrundstücke **4 926.** — Umgestaltung der Räume **4 926.** — Umwandlung e. Privatirrenoder Entbindungsanstalt in e. Krankenanstalt **4 926.** — Unterlassen d. Anhörens der Ortspolizei vor Genehmigung **4 926.**

Privatpfändung. — keine Privatpfändung zum Zweck der Unterbrechung der Verjährung **1 2, 397.** — keine Pfändung durch Festnahme einer Person; Verhältnis zur **StP.D. 1 2, 397.** — Wirkung u. Folgen der **B. 1 2, 397.**

Privilegien. — Begriff, Unterschied von Vorrechten, Autonomie **2 1, 755, 756.** — Beweisführung über **B. 2 1, 756.** — Anwendung des *Saxus iura novit curia*? **2 1, 756.** — richterliches Prüfungsrecht gegenüber **B. 2 1, 756.** — Befestigung von **B. 2 1, 756.** — Auslegung

(Privilegien)

nach Landesrecht 4 42. — Auslegung; Anwendung des § 133 BGB. 2 1, 757. — nach BGB. in Betracht kommende P. 2 1, 756. — Einfluß des BGB. auf frühere P. 2 1, 756. — noch zulässige Landes-P. 2 1, 756.

Probe vgl. Kauf auf P. — Dienstverhältnis auf P. 2 1, 328, 355 (f. Handlungsgehilfe, Dienstvertrag).

Probeforderung f. Ansichtsendung.

Produktionspflicht. — Unmöglichkeit u. Unvermögen (f. diese) bei P. 5 109.

Produzent. — i. S. des § 44 GewD. 4 940, 941. — Füttern des zwecks Weiterverkaufs angekauften Viehs Produzieren nach § 44 GewD. 4 940. — Reinigen u. Sortieren von Beeren, Pilzen unter § 44 Absf. 3 GewD. fallend 4 941.

Profese f. Religiösen, Orden. — Einfluß auf d. Rechtsfähigkeit 2 1, 1.

pro herede gestio f. Erbschaftsannahme.

Procura. — Wirkung der vertragswidrigen Entziehung auf den Dienstvertrag 7 600. — Verhältnis des § 48 zu § 232 BGB. 6 616. — Eintragung im Handelsregister, Voraussetzung ihrer Wirksamkeit? 2 2, 42. — § 171 Absf. 1 BGB. auf Registrierung u. Veröffentlichung anwendbar 1 1, 111. — Eintrag der Ermächtigung zur Belastung u. Veräußerung von Grundstücken im Handelsregister 2 2, 43. — Gebührenermäßigung des § 73 Absf. 2 PrGKB. bei Anmeldung mehrerer Prokuren 2 2, 44. — Anmeldung des Prokuristen einer offenen Handelsgesellschaft durch einen vertretungsberechtigten Gesellschafter 2 2, 82. — Eintrag e. obervormundschäftlich nicht genehmigten P. in das Register 4 450. — Aufstellung e. Prokuristen durch e. Testamentsvollstrecker 6 616. — Vormund als Prokurist 3 1, 551; 3 2, 16, 17. — P.-Erteilung seitens eines Minderkaufmanns 4 563. — Erteilung der P. an den Teilhaber eines in fortgesetzter Gütergemeinschaft betriebenen Geschäftes, wenn Verfügungsbefugnis durch das Gesetz ausgeschlossen ist 5 645. — Eintrag e. P. für e. noch nicht eingetragene Firma 6 617. — Erneuerung der Procura bei Umwandlung des Geschäftes eines Einzelkaufmanns in eine offene Handelsgesellschaft 4 563; 5 645. — Wissen u. Arglist des Prokuristen wirkt für u. gegen den Prinzipal 3 2, 16. — Prokurist nicht gesetzlicher Vertreter 6 617. — Verzicht auf Widerruf 1 1, 110.

Zeichnung. — Wechselunterschrift des Prokuristen mit der Firma ohne Bezeichnung seiner Eigenschaft 2 2, 44. — bloße Namensunterschrift des Prokuristen 2 2, 44; 7 600. — Verwendung eines Stempelabdrucks bei der zum Register eingereichten Zeichnung 4 564 (f. Handelsregister). —

Zeichnung der Zweigniederlassungs-P. 5 646. — Verbindlichkeit einer vom Prokuristen innerhalb seiner Vertretungsmacht abgegebenen, aber bloß mit seinem Namen unterzeichneten negativen Anerkennung nach § 397 Absf. 2 BGB. 5 646. — Zeichnung d. Zweigniederlassungsprokura 5 646.

U m s a n g. — Strafanträge 2 2, 43. — Kreditauskünfte 2 2, 43. — teilweiser Schuldverlaß gegen Verpflichtung des Schuldners, bei der von der Firma betriebenen Zwangsversteigerung die Grundstücke eines Dritten einzufsteigern 2 2, 43. — Ausstellung von Zeugnissen für den Handlungsgehilfen 2 2, 60. — Abtreten von Außenständen der Firma an sich selbst zur Begleichung seines Guthabens 2 2, 43 (f. Selbstkontrahieren). — Bewilligung einer Hypothek für den Kaufpreis bei Grundstückskäufen 2 2, 43; 4 563; 5 646; 6 617. — Begründung, Übertragung einer Eigentümergebundschuld 5 646. — Fähigkeit d. Prokuristen z. Abschluß von obligatorischen Verträgen über Grundstücke, pacta de alienando, pignorando? 6 617. — liegt in der Bestimmung des Statuts einer Aktiengesellschaft, daß bei Grundstücksverkäufen die A.-G. durch ein Vorstandsmitglied und einen Prokuristen vertreten werde, die Ermächtigung des Prokuristen nach § 49 Absf. 2 2, 43, 143. — Anwendung des § 174 BGB. (Verlangen der Vollmachtsvorlage) auf den Prokuristen 1 1, 112; 5 646. — Umfang d. P. des vom Vormund mit vormundschäftsgerichtlicher Genehmigung bestellten Prokuristen 5 646 (f. 3 2, 16, 17). — Antrag des Prokuristen einer Zweigniederlassung auf Umschreibung einer durch Fusion auf eine Aktiengesellschaft übergegangenen Hypothek auf die Zweigniederlassung 5 646. — Umfang der vom Vater mit gerichtlicher Genehmigung für das Handelsgeschäft des Kindes erteilten P. 1 2, 116. — einseitige Rechtsgeschäfte d. Prokuristen (§ 174 BGB.) 1 1, 112 (f. oben). — Beschränkung auf den Betrieb eines Geschäftes (§ 50 Absf. 3) (liegt in d. Erteilung d. P. für die Firma dieses einen Geschäftes) 2 2, 43/44; 2 2, 290; 6 617. — Beschränkung auf d. Hauptniederlassung durch Nichteintragen im Register der Zweigniederlassung 2 2, 44. — Verschiedenheit der Firma i. S. des § 50 Absf. 3 durch Beifügung „Filiale Stettin“ 2 2, 44. — Rechtshandlungen des nur für eine Niederlassung aufgestellten Prokuristen für das andere Geschäft 2 2, 43, 438 f.; 6 617. — P. für eine Zweigniederlassung; Prüfung der Zulässigkeit seitens des Registerrichters der Zweigniederlassung 5 639 (f. Zweigniederlassung). — Zeichnung der Zweigniederlassungs-P. 5 646. — Haftung des Prinzipals für

Kreditfähigkeit Dritter durch den Prokuristen 6 331 (s. unerlaubte Handlung, § 831). — Wirkung der vom Prokuristen nicht in seiner Eigenschaft als Prokurist vorgenommenen Rechtshandlungen für u. gegen den Geschäftsinhaber 6 616. — Prokurist einer offenen Handelsgesellschaft im Grundbucheintrag 6 1038. — Bestellung e. Dienstbarkeit bei dem Erwerb e. Grundstückes 4 331.

Gesamtprokura. — gegenseitige Vollmachtserteilung d. Kollektivprokuristen 2 2, 43. — Pflicht zur gegenseitigen Überwachung? 2 2, 43. — Notwendigkeit gemeinsamen Handelns? 2 2, 43. — Zustellungen an einen der mehreren Prokuristen 2 2, 42, 91, 143. — Willenserklärungen gegenüber einem von mehreren Prokuristen 2 2, 42. — Zahlung an einen Kollektivprokuristen trotz Kenntnis der G. 4 564.

Prorogation vgl. Gerichtsstand. — von den besondern an die ordentlichen Gerichte u. umgekehrt 3 2, 326; 5 737. — an ein ausländisches Gericht 4 704. — von den Gerichten an die Verwaltungsbehörden u. umgekehrt 5 737. — P. auf deutsches Gericht als Unterwerfung unter deutsches Recht 5 613, 614 (2).

Prospekt s. Emission, Börse.

Prospette d. Versicherungsgesellschaften als invitations ad offerendum 3 1, 52.

Protest (Wechselprotest).

Protokoll s. Gerichtsschreiber. — nachträgliche Beanstandung d. Zeugenaussagen als unrichtig aufgenommen 3 78. — Niederschrift e. Zeugenvernehmungs-P. durch den Richter selbst 3 2, 424. — Beurkundung d. Bestätigung e. wichtigen Rechtsgeschäftes? 6 785. — Fehlen d. Unterschrift unter d. P. über d. Verkündung d. Urteils; Einigkeit d. Parteien darüber, daß das Urteil verkündet ist; Streit über d. erfolgte Verkündung; Recht d. Berufungsgerichts, das P. zur nachträglichen Unterzeichnung zurückzugeben 6 785. — Beweisraft: wenn d. Beeidigung e. Zeugen nur aus dem Urteil, nicht auch aus dem P. hervorgeht 1 3, 78; 4 686. — Beweisraft eines als Anlage zum P. überreichten Schriftstückes gegenüber dem Urteilstatbestand 3 2, 424, 461; 6 784. — Widerspruch zwischen P. u. Urteil über die Beteiligung e. Richters 3 2, 461. — durch das P. veranlaßte Zweifel über die Identität des verkündeten Urteils 4 699. — Widerspruch zwischen P. u. Urteil bez. d. Urteilstenors 3 2, 461. — gerichtliches Vorlesen oder Vorlegen d. P. über einen Vergleich, wenn bereits eine Partei das P. vorgelesen hat 7 770. — Beweisraft bez. d. Verlesens d. Sachanträge 7 798. — Beschwerde wegen Ablehnung e. Berichtigung d. Protokolls 1 3, 141. — wie kann die nach

§ 161 ZPO. nicht protokollierte Zeugenaussage bei anders bestem Gericht festgestellt werden? 3 2, 244, 494, 495; 4 685. — Bezugnahme auf ein früheres P. durch die Worte: „Gegenwärtig die vorigen“ oder „in Sachen wie vor“ 7 770. — Antrag d. Partei, ihr das Wort nach § 137 ZPO. zu erteilen 3 2, 424. — Zuziehung von Gerichtsschreibern d. Amtsgerichts bei landgerichtlichen Votalkonferenzen in Bezirken auswärtiger Amtsgerichte 6 785. — des Grundbuchamts; Form des P. 2 2, 433; 5 972, 974.

Provision s. Handlungsagent, Handlungsgeldhilfe, Handlungsreisender, Mäklervertrag. — Anwendung der §§ 315 ff. BGB. 1 1, 223, 224. — Ausbedingung e. übermäßigen P. als Ausbeutung 1 1, 86. **Recht des Kaufmanns auf Provision** auch ohne Verabredung (§ 354 BGB.). — Fehlen von ortszüblichen Sätzen 2 2, 202. — Ausschluß durch stillschweigende Vereinbarung (Fortsetzen der Dienste nach Ablehnung einer Vergütung) 2 2, 202; 3 2, 82. — Anspruch, wenn d. Gegner bei Annahme d. Tätigkeit oder ihres Erfolges nicht erkannte, daß es sich um eine ihm erwiesene Dienstleistung handle 2 2, 202. — stillschweigende Zinsvereinbarung (Höhe) 2 2, 202. — Vertrag zweier Kaufleute, nach dem Bezirke des anderen nicht zu liefern u. aus dem anderen Bezirk kommende Bestellungen zu überweisen; P. für die überwiesenen Geschäfte? 5 694.

Prozeß. — P.-Rechtsverhältnis 7 719. — § 242 BGB. auf Prozeßpflichten unanwendbar 3 1, 83. — P.-Stillstand infolge Untätigkeit d. Gerichts; Beendigung d. Verjährungsunterbrechung? 1 1, 131 (s. Verjährung). — Pflicht zur Mitwirkung zur P.-Vermeidung? 4 70. — P.-Vertretung vom BGB. nicht geregelt 1 1, 102. — Wahrheitspflicht u. Lügeverbot im P. 7 721 (s. Lüge).

Prozeßbevollmächtigte vgl. Anwaltszwang, falsus procurator, Vollmacht, Zustellung. **Allgemeines.** — Form d. Vollmacht des Armenanwalts 1 3, 41, 63. — mündliche Vollmacht 1 3, 41. — Bevollmächtigung e. bei dem Gericht nicht zugelassenen Anwalts 7 743. — schriftlich zum Sitzungsprotokoll erteilte Vollmacht 1 3, 43. — Erteilung d. Prozeßvollmacht an e. Nichtanwalt bei Anwaltszwang 7 743. — Prozeßvollmachterteilung durch einen Prozeßunfähigen 3 2, 359, 360. — Erwähnung d. Nebenforderungen in der Vollmacht. Einfluß auf die Stempelgebühr 4 675. — Zurückweisung e. Winkeladvokaten, der sich zur Umgebung des § 157 ZPO. die eingeklagte Forderung abtreten läßt 6 784 (vgl. 7 770). — Bevollmächtigung e.

(Prozessbevollmächtigte)
 nicht Prozeßfähigen im Parteiprozeß
 7 744. — Prozeßvollmacht einer offenen
 Handelsgesellschaft; Zeichnung mit
 Firma 3 2, 367. — Vollmachtserteilung
 durch Erklärung gegenüber dem Gegner,
 dem Gerichte 7 744. — mittelbare Voll-
 machtserteilung durch Beauftragung eines
 Dritten 3 2, 366. — Haftung wegen
 Nichteinlegung e. Rechtsmittels 7 105. —
 Nachweis d. Vollmacht; Vorlage d. schrift-
 lichen Urkunde? Freie Beweiswürdigung
 3 2, 367; 5 759. — Nachweis d. Vollmacht
 bei Vollmacht e. offenen Handelsgesell-
 schaft 3 2, 367. — Vollmachtsnachweis bei
 Generalprozeßvollmacht 5 759. — kann
 d. Rechtsanwalt als Notar die ihm erteilte
 Vollmacht beglaubigen? 3 2, 367. —
 Wirkung d. Prozeßführung e. bei dem
 Prozeßgericht nicht zugelassenen Bevoll-
 mächtigten 7 743. — widersprechende
 Erklärungen mehrerer P. 1 3, 42; 7 746.
 — solidarische Haftung d. Anwalts u. d.
 Ausstellers f. d. Stempelposten 3 1, 207. —
 juristische Personen als P. 6 759. —
 Beglaubigung e. im Ausland erteilten
 Privatvollmacht 7 744. — Folgen d. Nicht-
 vorlage e. beglaubigten Vollmachtsurkunde
 trotz Verlangens d. Gegners 6 759;
 7 744. — Zurücknahme d. Verlangens auf
 Vorlage e. beglaubigten Vollmacht 6 759.
 — P. oder Beistand, wenn bei e. dem An-
 waltszwang nicht unterliegenden Ver-
 handlung die Partei mit einem P. kommt?
 7 744. — Vertretungsbefugnisse d. asso-
 ziierten Anwälte 6 760. — Anfechtung
 d. vom P. abgegebenen Erklärung seitens
 d. Partei 1 3, 73; 4 675. — Widerspruch
 zwischen seinem u. dem Parteivorbringen
 3 2, 451 (s. unten Umfang). —
 Haftung d. Partei für Verschulden des
 P. 3 1, 138. — Berücksichtigung d.
 Mangels im Parteiprozeß; Verzicht auf
 Rüge 1 3, 131. — Zeitpunkt d. Perfektion
 d. Vollmachtserteilung 7 744. — An-
 wendung d. § 84 ZPO. auf Gesamt-
 profuristen u. auf d. mehreren zur Prozeß-
 führung bevollmächtigten Gesellschafter
 (§ 710 Satz 2 BGB.) 7 746. — Fortdauer
 d. Vollmacht, wenn an Stelle der aufgelösten
 offenen Handelsgesellschaft deren bis-
 herige Gesellschafter treten 7 747. —
 Einfluß e. Beendigung d. Konkurses auf
 die vom Konkursverwalter erteilte Voll-
 macht 7 747. — keine Pflicht d. Gerichts,
 im Anwaltsprozeß bei den nicht dem
 Anwaltszwang unterliegenden Prozeß-
 handlungen die Vollmacht zu prüfen;
 anders beim Substituten 7 747. — Zu-
 lassung e. Beistandes neben dem P. im
 Anwaltsprozeß 7 748. — Zurückweisung
 d. Inlassprofessionars nach § 157 ZPO.
 7 770.

U m f a n g d e r V o l l m a c h t 1 1, 102;

7 744 f. — Begriff d. Prozeßhandlung
 3 2, 367, 368; 6 759, 760 (s. diese). —
 inwieweit fallen Vergleich, Verzicht, An-
 erkenntnis unter den Begriff „Prozeß-
 handlung“ 3 2, 368; 6 760. — Anfechtungs-
 erklärung 1 1, 89; 1 3, 41; 2 1, 55, 58,
 75; 3 1, 50; 3 2, 368, 369 (nach § 119
 BGB. u. nach Anfechtungsgesetz); 5 49,
 778; 6 781; 7 744. — Aufrechnungser-
 klärung (insbesondere in vorbereitenden
 Schriftsätzen) 1 1, 286 f.; 1 3, 41, 42;
 2 1, 239; 3 2, 367, 368; 6 781. — Wan-
 delung 7 744. — Mängelanzeige 1 3, 42.
 — Kündigung 3 2, 368, 369; 6 760;
 7 744. — Rücktrittserklärung 1 3, 41;
 3 2, 368; 7 744. — Vor- u. Wiederkauf-
 erklärung? 3 2, 368. — Aufforderung zur
 Herstellung d. häuslichen Gemeinschaft
 3 2, 369. — Vergleich 1 3, 42 (bei münd-
 licher Vollmacht); landgerichtl. Vergleich
 3 2, 367; außergerichtlicher Vergleich
 3 2, 368; Vergleich über erweiterten
 Anspruch 5 759. — Beschwerde wegen
 Bestrafung d. Partei wegen Ungebühr
 3 2, 332. — Beschwerdeeinlegung (bei
 welchem Gericht muß der Anwalt zu-
 gelassen sein?) 1 3, 40; 3 2, 366. — Antrag
 auf Eintrag einer Zwangshypothek 3 2,
 369, 427. — Antrag auf Rückgabe d. Sicher-
 heit (§ 715 ZPO.) 3 2, 369; 5 759. — wann
 endet die Vertretungsmacht des Bevoll-
 mächtigten 1. Instanz? 1 3, 42; 3 2, 370;
 7 745. — Aufnahme d. Beschränkungen
 d. § 83 Abs. 1 ZPO. in die Vollmacht-
 urkunde 5 759. — Annahme e. Verpän-
 dungserklärung zur Sicherung d. Klage-
 forderung 6 760; 7 746. — Vereinbarung
 über Zuständigkeit eines anderen Ge-
 richts bei Klagezurücknahme 6 760. —
 Bestätigung nächtiger, zwischen den Par-
 teien abgeschlossener Rechtsgeschäfte 6 760.
 — Zurücknahme e. Rechtsmittels (durch d.
 Anwalt der unteren oder d. Rechtsmittel-
 instanz?) 5 822; 7 745. — Zwangsvoll-
 streckung 6 760. — Widerklage in Ehe-
 schcheidungssachen 3 2, 370. — muß der P.
 trotz Fortbestehens d. Vollmacht bei Tod
 d. Mandanten (§ 86 ZPO.) zum Zweck
 d. Zwangsvollstreckung nach dem Tod des
 Auftraggebers die Vollstreckungsklausel auf
 d. Erben erwirken? 6 878 (vgl. 7 746, 747).
 — Klagen nach §§ 323, 324 ZPO. 7 745. —
 Erhebung u. Zustimmung zu Klage-
 änderungen 7 745. — Umfang d. Prozeß-
 vollmacht für die höhere Instanz: erneute
 Einlegung e. Rechtsmittels; Prozeßhand-
 lungen, die infolge Einspruchs oder durch
 Aufhebung des Urteils des Instanzgerichts
 nötig werden; Zwangsvollstreckung; Wie-
 deraufnahmeklage 7 745. — erneute Voll-
 macht des nur für die höhere Instanz
 bevollmächtigt Gemefenen, wenn der in die
 Vorinstanz zurückgewiesene *Rechtsstreit
 wieder in die Rechtsmittelin Instanz gelangt

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

7 745. — Erlebigung der Zwangsvollstreckung durch Vergleich; Vergleich in einem aus Anlaß d. Zwangsvollstreckung entstandenen neuen Prozeß 7 746. — dem Gericht gegenüber erklärte Beschränkung d. Vollmacht 7 746. — Umfang d. Widerrufsrachts d. Partei gegenüber Prozeßhandlungen d. Anwalts 7 746 (vgl. 1 3, 73; 4 675). — Widerruf e. vom P. abgegebenen Auerkenntnisses oder Verzichts durch die Partei 7 746. — Widerruf e. vom P. abgeschlossenen Vergleichs durch die Partei? 7 746. — Widerruf d. Erklärung d. Anwalts über Annahme, Zustimmung, Erlaß von Eiden durch d. Partei 7 746. — kann die Partei vom Anwalt nicht bezeichnete Beweismittel geltend machen? 7 746. — Widerruf d. Partei in einer späteren mündlichen Verhandlung; im Termin vor dem beauftragten oder ersuchten Richter erklärter Widerruf d. Partei 7 746. — vom Anwalt trotz vorausgegangenen Widerrufs d. Partei wiederholtes Auerkenntnis u. Geständnis 7 746. — den Erklärungen d. Anwalts widersprechende Angaben d. Partei im Anwaltsprozeß 7 746 (s. mündl. Verhandlung). — Stellung d. Anwalts bei Tod d. Auftraggebers 7 746, 747. — in Unkenntnis d. Todes d. Vollmachtgebers in dessen Namen eingelegtes Rechtsmittel 7 747. — Erteilung e. Spezialvollmacht i. Zivilprozeß 7 745. — analoge Anwendung d. § 81 3PD. außerhalb der Prozeßvollmacht? 3 2, 370.

S u b s t i t u t i o n. — rechtl. Stellung zur Partei 1 3, 42; 3 2, 370 (Fassung d. Partei für d. Gebühren d. Substituten bei Unterlegung d. Substitution); 6 759; 7 745. — Substitut für Beweisaufnahme berechtigt zum Vergleichsabschluss? 3 2, 370. — Übertragung d. ganzen Zustellungsbetriebes an einen anderen Anwalt 4 686; 7 745. — Übertragung einzelner Befugnisse an verschiedene Substitute 7 745. — Übertragung d. Vollmacht mit allen Befugnissen des § 81 3PD. auf einen anderen? 6 759; 7 745. — Widerruf der S. durch d. Partei, durch d. Hauptbevollmächtigten 7 745. — Einfluß d. Erlöschens d. Hauptvollmacht auf die S. 7 745. — wem gegenüber ist der Substitut zur Vertretung verpflichtet? 7 745.

E r l ö s c h e n d e r V o l l m a c h t. — Antrag auf Rückgabe d. P. 5 759. — Geisteskrankheit d. P.-Gebers 3. Zt. der Berufungszurücknahme durch den P. 1 3, 43. — Fortdauer d. vom Konkursverwalter erteilten P. nach Beendigung d. Konkurses 7 777. — Fortdauer d. vom Erben erteilten P. bei Bestellung e. Nachlassverwaltung 7 778. — Einfluß d. vereinbarten Unwiderruflichkeit auf d. gleichwohl erfolgten Widerruf 7 747 (2). — bei Aussetzung insolge Todes d. Partei

1 3, 43; 3 2, 370. — Konkurs d. P.-Gebers 2 2, 484; 6 985; 7 747 (Beendigung d. Konkurses). — Beendigung d. Instanz, für die der Bevollmächtigte bestellt ist 3 2, 370. — Fortdauer d. vom Erblasser, vom Vorerben erteilten P. nach Tod d. Erblassers, Eintritt d. Nacherben 7 778. — Tod d. rechtskräftig beurteilten Schuldners 3 2, 370. — Widerruf im Parteiprozeß 4 686. — keine Anwendung d. § 87 Abs. 1, wenn d. aufgetretene Anwalt erklärt, er sei nur aus Irrtum und ohne P. aufgetreten? 7 747.

M a n g e l d e r V o l l m a c h t vgl. Anwaltszwang, falsus procurator. — Zwischenstreit über d. Rüge 3 2, 370. — Nichtabhilfe trotz Rüge 1 3, 43. — kann in 2. Instanz d. Mangel d. P. in 1. Instanz noch gerügt werden? 1 3, 43. — Bezeichnung als P. im Urteil trotz mangelnder P. 1 3, 139, 140. — Nachbringen d. P. nach Schluß d. Verhandlung, aber vor Urteilsverkündung 4 684. — Berücksichtigung des Mangels von Amts wegen im Anwaltsprozeß 1 3, 43; bei nicht d. Anwaltszwang unterliegenden Prozeßhandlungen 7 747; bei Kostenfestsetzungsanträgen 1 3, 44, 56; bei Gesuchen um Urteilsausfertigung 1 3, 44 (vgl. 1 3, 133); im Offenbarungseidsverfahren 3 2, 371; bei einstweiliger Versüßung 3 2, 371. — nachträgliche stillschweigende Genehmigung 1 3, 44; 7 747. — Bestellung e. Anwalts durch d. vermeintlichen gesetzlichen Vertreter d. Partei 3 2, 371. — de lege ferenda zu § 88 3PD. 6 760. — Klagerhebung seitens d. Nichtbevollmächtigten; Aufhebung d. zuerst gegen d. Kläger ergangenen Versäumnisurteils u. Abweisung d. Klage als unwirksam unter Verurteilung d. Beklagten in d. Kosten; Berufung d. Beklagten gegen dieses Urteil zulässig? 6 771. — Kosten d. von einem vermeintlichen gesetzlichen Vertreter eingelegten Rechtsmittels 6 760.

E i n s t w e i l i g e Z u l a s s u n g e i n e s N i c h t b e v o l l m ä c h t i g t e n 7 738. — Erlaß d. Urteils ohne Weibringung d. Vollmacht 1 3, 44 (Kosten). — Weibringung d. Vollmacht nach Schluß d. Verhandlung, aber vor Urteilsersaß 4 684. — Kostenentschädigung gegen d. Nichtbevollmächtigten; Beschwerde 1 3, 44. — die einstweilige Zulassung setzt Rüge d. Vollmachtsmangels voraus 1 3, 44. — Zustimmung zur Wahrung e. Nothfrist 7 747, 748. — förmlicher Entscheid über die e. 3.? 3 2, 371. — keine Fristbestimmung bei Erklärung, daß die Weibringung der Genehmigung nicht möglich sei 3 2, 371. — Vergleich mit einem einstweilen zugelassenen Vertreter 5 760. — gutgläubiger Anwalt einer geisteskranken Partei 3 2, 372. — Fassung d. einstweilen zugelassenen Vertreters 5 759; Verschulden ist nicht

(Prozessbevollmächtigte)

Voraussetzung **3 2, 371** (Haftung, wenn er mündliche Vollmacht hatte); **3 2, 372**; der wirklich Bevollmächtigte, der seine Vollmacht nicht rechtzeitig nachweisen konnte **3 2, 371**. — Haftung für die vor der Zulassung entstandenen Kosten? **3 2, 372**; **5 760**. — Beschwerde des einstweilen Zugelassenen gegen seine Kostenpflicht **3 2, 372**; **5 760 (2)**; **7 748**. — Haftung eines unbedingt Zugelassenen **3 2, 372**. — de lege ferenda zu § 89 *ZPO*. **6 760**.

Prozessfähigkeit s. prozesshindernde Einrede.
— Begriff **1 3, 33**; **3 2, 356**. — partielle *P.* **3 2, 357**. — Verhältnis zur Parteifähigkeit **6 752**. — Verhältnis zur Geschäftsfähigkeit **2 1, 39**. — juristische Personen **1 3, 32/33**; **3 2, 357**. — zusammengesetzte Schulspengel nach bayer. Recht **4 670**. — nicht rechtsfähige Vereine **6 752**; **7 737**. — rechtsfähiger Verein im Stadium d. Liquidation **6 752**. — physische Personen bei mangelnder Verfügungsbezugnis **1 3, 32**. — Ehefrau bezüglich ihres Eingetragenen **1 3, 33** (s. Ehefrau). — *P.* nach dem Personalstatut zu entscheiden **6 752**. — Befugnis d. Vormunds u. gesetzlichen Vertreters zur Prozessführung **6 753**. — Beachtung von Amts wegen **7 738**. — mangelnde *P.*; Klage e. Prozessunfähigen oder gegen e. solchen. Entdeckung des Mangels in 2. Instanz, Kosten **1 3, 33/34**; **3 2, 358**; **7 738**. — Mangel d. *P.* bedingt keine unheilbare Nichtigkeit; Genehmigung mit rückwirkender Kraft **3 2, 357, 358, 360**; **6 753**; Einfluß d. Genehmigung auf die in den Prozeß hineingezogenen Rechtsgeschäfte (Rücktritt, Kündigung usw.) **3 2, 357**. — Einrede d. Prozessunfähigkeit **3 2, 359**; darf zu ihrer Geltendmachung der Prozessunfähige eine Prozessvollmacht erteilen? **3 2, 359, 360**. — *P.* Minderjähriger im Rahmen d. § 112 *BGB*. **1 1, 63**. — Prozessunfähigkeit bei Stellung unter Pflegschaft? **3 2, 358**. — Prozeß zwischen e. Kläger, der der einzige gesetzliche Vertreter d. Beklagten ist, u. diesem Beklagten **6 753**. — Vertretung d. Fiskus im Prozesse **6 753**; **7 738** (s. Fiskus, Gerichtsstand). — ist dem nicht richtig vertretenen Fiskus eine Frist nach § 56 *Abf. 2 ZPO*. zu setzen? **6 754**. — Teilung d. Klageaufstellung an einen Prozessunfähigen durch Genehmigung seitens d. Vertreters **4 673**. — Aufstellung d. Klage an e. Prozessunfähigen; Zulassung d. Beklagten zum Betrieb d. Klageabweisung **6 786**. — Ablehnung der Bestellung e. Vertreters nach § 57 *ZPO*. wegen Ausschichtslosigkeit d. Prozesses? **6 754**. — Prüfung d. *P.* von Amts wegen; auch in der Revisionsinstanz **4 672**; **5 754**. — Fristsetzung zur Mängelheilung, Abweisung d. Klage wegen des Mangels erst nach in mündlicher Ver-

handlung festgestelltem Fristablauf **3 2, 359, 360**. — Anwendung d. §§ 887, 890 *ZPO*. bei Verurteilung e. Prozessunfähigen **5 885**. — Namhaftmachung d. vertretungsberechtigten Gesellschafter einer offenen Handelsgesellschaft **5 754**; **6 753** (s. diese u. Firma). — unterliegen die die Legitimation d. gesetzlichen Vertreter begründenden Tatsachen d. Verfügungsfreiheit d. Parteien? **7 738**. — Übergang: Stellung der vor d. 1. I. 00 verheirateten minderjährigen Haustochter in nach Inzesttreten d. *BGB*. erhobenen Prozessen **3 2, 358**. — Annahme in d. 2. Instanz eingetretener *P.* seitens d. Berufungsrichters, wenn d. Erstrichter Geschäftsunfähigkeit annahm **6 753**. — Wirkung d. Urteils in e. Prozeß d. gutgläubigen mit e. Nichtberechtigten prozessierenden Partei **1 3, 152** (s. Rechtskraft).

Prozeßgericht. — Ersuchen an das Grundbuchamt **2 2, 445**; **5 976 f.**; **6 1041** (s. Vergleich). — Nachprüfung von Entscheidungen des Gerichts der *FGG*. durch das *P.* vgl. freim. Gerichtsbarkeit, Vormundschaft, elterliche Gewalt.

Prozeßhandlung. — Begriff (§ 54 *ZPO*). **6 753**; **7 719, 720**. — Begriff nach § 81 *ZPO*. **2 1, 75**; **3 1, 81** (freie Verfügung); **3 2, 367, 368**; **5 27**; **6 759** (s. Prozessbevollmächtigte). — Aufrechnung u. Anfechtung im Prozeß; Doppelnatur als Rechtsgeschäft u. Prozeßhandlung; Widerruf; Unverzüglichkeit e. im Prozeß erklärten Anfechtung **2 1, 74, 75**; **6 781**; **7 720**. — Abgabe e. Willenserklärung durch e. *P.* **2 1, 48**. — Aufstellungsauftrag *P. i. S. d.* § 54 *ZPO*.? **6 754**. — Anfechtung e. *P.* nach §§ 119 ff. *BGB*.; Eidesverweigerung, Rechtsmittelzurücknahme **5 32**; **6 48**; **7 38** (vgl. Anfechtung). — Mahnung, Kündigung als *P.* **7 720**.

Prozesshindernde Einreden.

Al l g e m e i n e s. — Verzicht **1 3, 113**; **3 2, 447/448**. — Verzicht auf d. Einrede d. Unzulässigkeit d. Rechtswegs **5 737, 795**. — gleichzeitiges Vorbringen mehrerer *E.* **5 793**; Reihenfolge d. Prüfung **1 3, 123**; besonders bei *E. d.* Unzulässigkeit d. Rechtswegs u. der mangelnden Passivlegitimation **1 3, 123**. — gleichzeitiges Vorbringen d. *E.* nach § 274 *Ziff. 1 u. 5* **6 805, 806**. — Vorbringen d. *E.* der Unzulässigkeit d. Feststellungsfrage u. erst dann der *E.* der Unzuständigkeit **4 692**. — Eingehen auf prozesshindernde *E.* bei Parteifähigkeit eines Teiles **5 793**. — primäres Zeugnen d. Vertragsabchlusses, eventuell Unzuständigkeitsinrede **5 795**. — Vorbringen vor Verhandlung zur Hauptsache, auch wenn die Einlassung nicht verweigert wird; auch in d. Berufungsinstanz **4 692**. — Recht d. streitgenösslichen Nebenintervenienten, die Einlassung wegen prozeß-

hindernder E. zu verweigern **3 2, 447.** — analoge Anwendung d. § 275 Abs. 1? **5 795.** — wann gilt das d. E. abweisende Urteil als Endurteil? **1 3, 124.** — Erlassung d. Endurteils vor Rechtskraft d. Zwischenurteils (s. dieses) **1 3, 124.** — die Verhandlung zur Hauptsache anordnender Beschluß; setzt mündliche Verhandlung voraus; Beschwerde **3 2, 448, 509;** Aufhebung des d. Verhandlung zur Hauptsache anordnenden Beschlusses **3 2, 447;** Beschwerde hiergegen **3 2, 448, 508.** — Formel d. Urteils **5 740.** — rechtlicher Charakter d. Zwischenurteils **3 2, 448.** — Anfechtung d. Zwischenurteils bei Verstoß gegen d. Verfahren **3 2, 448.** — Anfechtung d. Zwischenurteils nach rechtskräftigem Versäumnisurteil zur Hauptsache **3 2, 448.** — Nachprüfung des noch nicht rechtskräftigen, aber nicht angefochtenen Zwischenurteils seitens des mit d. Hauptsache besetzten Obergerichts **3 2, 448.** — Aufhebung d. Zwischenurteils nach Erlaß oder Rechtskraft d. Endurteils **5 795; 803; 6 807.** — zweites Zwischenurteil über eine 2. Einrede **3 2, 448.** — Gebundenheit d. Erstrichters an sein noch nicht rechtskräftiges Zwischenurteil **3 2, 448;** Ausnahme bei Verweisung d. Einrede d. örtlichen Unzuständigkeit als prozeßual unzulässig **3 2, 448.** — Wirkung d. über die prozeßhindernde E. ergangenen Urteils, wenn Beklagter d. Einlassung zur Hauptsache nicht verweigert u. abgeordnete Verhandlung nicht angeordnet war **7 791.** — Anfechtung d. eine Einrede als verspätet verwertenden Zwischenurteils **3 2, 491.** — Berufung gegen ein die Einreden d. Unzuständigkeit u. der mangelnden Klagerhebung verwertendes Urteil nur wegen d. letzten Punktes **5 800.** — Versäumnisurteil in der Hauptsache gegen die p. E. vorschützende Partei nach Erlaß des Zwischenurteils **5 795.** — kein besonderer Beschluß über getrennte Verhandlung bei Einlassungsweigerung d. Beklagten zur Hauptsache **6 807.** — Einfluß e. rechtskräftigen Urteils z. Hauptsache auf das anhängige Verfahren über das Zwischenurteil **6 807.** — Wirkung des in 2. Instanz ergangenen, das erstinstanzliche, die p. E. verwertende Urteil aufhebenden Berufungsurteils auf e. inzwischen in d. Hauptsache von der 1. Instanz erlassenes Urteil **7 791.** — Erteilung d. Vollstreckungsklaufe für d. Endurteil vor Rechtskraft des Urteils über die p. E. **3 2, 458** (s. Zwischenurteil nach § 304). — Anfechtung e. unzulässigerweise (weg. Nichtvorliegens e. p. E.) ergangenen Zwischenurteils **6 807.** — Einrede d. Unzulässigkeit d. Prozeßwegs wegen verspäteter Klagerhebung keine p. E. **6 807.** — p. E. in der Berufungsinstanz **7.** Berufung. — über den Antrag auf Verweisung an die Handelskammer vor der

p. E. zu entscheiden **7 791.** — besonderes Urteil über die Einrede d. Unzuständigkeit d. Gerichts, auch wenn zwecks Prüfung der Frage des Sachverhaltes vollständig vorgetragen werden mußte **7 791.**

Unzuständigkeit des Gerichts. — in 1. Instanz wird die örtliche, in 2. die sachliche Zuständigkeit bemängelt **1 3, 123.** — gesondertes Beweisverfahren über diese E. **1 3, 123.** — der Zuständigkeit d. Zivilstanz d. Handelskammer **3 2, 328; 4 659; 5 793; 7 791.** — kein Verzicht auf die E. bei ausschließlichem Gerichtsstand **3 2, 448; 6 806** (s. oben). — bei Stügen d. Klageanspruchs auf mehrere Gründe, für die nur zum Teil d. E. durchgreift **3 2, 448.** — Gegenbeweis gegen die E.: Notwendigkeit d. Beweises der die Zuständigkeit begründenden Tatsachen oder bloße Behauptung genügend? **5 793; 7 790.** — Zuständigkeit d. Kaufmannsgerichts **5 793.** — E. d. Zuständigkeit einer anderen Kammer desselben Gerichts? **5 793.** — primäres Leugnen d. Vertragsabschlusses, eventuell Einrede d. Unzuständigkeit **5 795.** — Verwerfung der E. der örtlichen Unzuständigkeit als prozeßual unzulässig **3 2, 448.** — E. d. Zuständigkeit d. Gewerbegerichte; kein Verzicht zulässig **6 806.** — replicatio doli gegenüber d. Einrede d. Unzuständigkeit **1 3, 20.**

Unzulässigkeit des Rechtsweges s. Rechtsweg.
Einrede des Schiedsvertrages s. Schiedsvertrag.

Einrede der Rechtshängigkeit s. Rechtshängigkeit.

Einrede der mangelnden Kostenerstattung. — Identität der Streitfache **1 3, 124.** — Nachweis, daß nicht in oergatorischer Absicht geklagt ist **1 3, 124; 7 791.** — Identität des jetzigen Klägers mit dem früheren **3 2, 447.** — wenn die frühere Klage von einem nicht legitimierten Vertreter erhoben war **4 692.** — wenn die Klage nach § 113 ZPO. für zurückgenommen erklärt wird **3 2, 447.** — wenn der Vorprozeß im Auslande anhängig war **4 692.** — Beseitigung der E. durch Aufrechnung mit einem Teil der Klageforderung **5 795.** — gegenüber e. wiederholten Eheverstellungsklage **6 806.**

Einrede der mangelnden Prozeß- oder Parteifähigkeit d. gesetzlichen Vertretung (s. diese) **7 791.** — Klage e. Arbeiterausschusses für die Arbeiterschaft e. Stiftung **6 806, 807.** — E. der mangelnden gesetzlichen Vertretung, Wirkung e. späteren Genehmigung d. Prozeßführung **3 2, 357, 358, 360; 6 753** (s. Prozeßfähigkeit). — Verzicht auf die E. der mangelnden gesetzlichen Vertretung? **7 832.**

Prozeßkosten vgl. Zwangsvollstreckung im allg. H.

Allgemeines. — besteht vor Erlaß des Urteils ein bedingter Kostenerstattungsanspruch? **3 2, 597; 5 891; 7 748** (s. unten). — Entstehen des Kostenerstattungsanspruches durch die Rechtskraft des Urteils bedingt? **7 748.** — rechtliche Natur u. Grundlagen des Kostenerstattungsanspruches; culpa in procedendo; Verschulden Voraussetzung? **1 3, 194; 3 2, 373, 381, 382; 5 760, 772; 6 761.** — erschöpfender Charakter der §§ 91 ff. **3 P.D. 5 761; 6 761** (analoge Vermehrung der in den §§ 91 ff. enthaltenen Ausnahmen?). — Anspruch auf Befreiung von eingegangenen, als P. sich darstellenden Verbindlichkeiten **5 761.** — Kostententcheid im Arrestbeschuß s. Arrest. — Kostenpflicht d. Unterliegenden, wenn die Klage zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung nicht nötig war? **5 761.** — Abweisung e. Klage wegen inzwischen eingetretener Rechtsänderung **1 2, 439.** — Verurteilung des obliegenden Beklagten zu den Kosten, weil er durch sein Verhalten zu einer unbegründeten Klage Anlaß gab? **5 761; 6 761.** — Verurteilung der obliegenden Partei, der in der Prozeßführung ein Verschulden zur Last fällt oder die sonst dem Gegner Schadensersatzpflichtig ist? **6 761; 7 748, 749.** — Kosten e. durch den Konkurs e. Partei unterbrochenen, v. R.-Verwalter ausgenommenen u. mit Kostenpflicht der Masse endigenden Prozesses; vor Konkurs entstandene Kosten Massenkosten **7 748** (s. Konkursmasse). — Kostenurteil bei Klagezurücknahme s. diese. — Kostenpflicht des falsus procurator **7 738** (s. Prozeßbevollmächtigter). — Kostenverschuldung des Ehemanns: nach Schluß der 1. Instanz **1 3, 321; Voraussetzung für Erlaß einer einstweiligen Verfügung hiervon 5 839** (s. Ehe-mann). — P. des Kindes (s. elterliche Gewalt, elterliche Nutznießung) **7 506.** — Haftung eines nach Urteilsverkündung eintretenden Rechtsnachfolgers für die P.? **5 809.** — Arrest oder einstw. Verfügung zur Sicherung d. Kostenerstattungsanspruches vor Erlaß des Urteils **7 748.** — Zurück-erstattung zu Unrecht bezahlter Kosten ohne besondere Klage? Anwendung des § 717 Abs. 2 **3 P.D. 3 2, 538/539.** — Ver-jährung des Anspruchs auf Erstattung nicht seitgesetzter P. **7 89.** — Nachholen der in 1. Instanz übergangenen Kosten-entscheidung in 2. Instanz von Amts wegen trotz Zurückweisung der Berufung **4 699.** — Fehlen der Kostenentscheidung im Tenor bei Erörterung in den Gründen **3 2, 462.** — analoge Anwendung des § 91 **3 P.D.** auf andere Streitverfahren? **3 2, 372.** — Fassung „die Klage wird kostenpflichtig abgewiesen“, wenn dadurch über die Person des Kostenpflichtigen Zweifel entstehen

können **6 761.** — Unterlassung e. Anspruchs über die Kosten im Urteil bei bereits erfolgter Erstattung der Kosten? **6 822.** — Beschränkung des Anspruchs im Kostenpunkt auf Antrag der Parteien **6 822.** — Berücksichtigung e. die Kostenfrage abweichend von den Grundsätzen der §§ 91 f. regelnden Vergleichs bei der Kostenentscheidung durch das Gericht **3 2, 372; 6 761.** — Aufhebung e. gegen den Kläger, für den ein Dritter ohne Prozeßvollmacht Klage erhoben hatte, ergangenen Ver-jäumnisurteils **6 762.** — Berechnung der Prozeßgebühr für den Vertreter d. Be-klagten, wenn Kläger seinen Klageantrag trotz Zahlung d. Hauptsache nicht ändert **6 763.** — Zeitpunkt des Entstehens des Kostenerstattungsanspruches; bedingter Anspruch vor Urteilserlaß; Aufrechnung **1 1, 288; 3 2, 381, 382, 597; 5 762, 891; 6 763; 7 748.** — Entscheidung über die Kosten bei Vorabentscheidung über prozeßhindernde Einreden über den Grund des Anspruchs? **1 3, 44, 47; 6 768** (Obliegen d. Beklagten mit der Berufung gegen ein Urteil nach § 304 **3 P.D.**). — Haftung e. Rechtsnachfolgers für die P.; nach Urteilsverkündung eintretender Rechtsnachfolger **1 3, 152; 5 809.**

Erledigung d. Rechtsstreites in der Hauptsache ohne Ent-scheidung (vgl. unten zu § 99 Abs. 1 u. 3) **1 3, 46; 3 2, 373, 374; 6 761, 762; 7 749, 750.** — Erledigung durch Befriedigung des Klägers **4 675; 6 762; 7 749** (Befriedigung ohne Anerkennung der Klage; Befriedigung durch einen Dritten). — Erledigung durch einen die Kosten nicht berücksichtigenden Vergleich **4 675.** — Erledigung durch e. außerhalb des Prozesses liegendes Ereignis (Beschluß des Vormundschaftsgerichtes) **3 2, 374.** — Wegfall e. klagebegründenden Tatsache (Wegfall d. Verlöbnißes bei Klage auf Aussteuer) **5 762.** — Erledigung durch Entstehen e. die Durchführung d. erhobenen Anspruchs unmöglich machenden Tatbestands ohne Erfüllung **6 762.** — Erledigung durch Erfüllung u. die ihr gleichstehenden Rechtshandlungen **6 762.** — Befriedigung nach Klagezustellung **3 2, 373; 5 762.** — Befriedigung nach Auftrag zur Klage **4 676.** — Befriedigung vor Klagezustellung **1 3, 112; 3 2, 377, 378, 379; 5 762, 769; 6 762** (nach Klage-einreichung u. Terminbestimmung); **7 749, 750** (2). — Erledigung des Anfechtungsprozesses durch Vergleich im Konkurs **3 2, 375.** — Tod e. Partei im Ehe-scheidungsprozeß **3 2, 375; 6 762.** — Aufrechnung während des Prozesses **1 1, 285; 1 3, 48; 3 1, 182; 3 2, 374, 375; 5 156** (schon z. Prozeßbeginn aufrechnungsfähige Forderung); **6 762; 7 749.** —

Aufrechnung, wenn bloß Beklagter, nicht aber Kläger dazu befugt war **3 2, 374.** — Zurücknahme e. Arrestantrags nach seiner Mitteilung an den Gegner **3 2, 386.** — Verzicht d. Arrestklägers während des Verfahrens über die Rechtmäßigkeit des Arrestes auf die ihm aus dem Arrestbefehl zustehenden Rechte **6 761.** — Erledigung ohne Erfüllung durch nachträgliches Vorbringen e. durchschlagenden Einrede des Beklagten **6 762.** — Einstellung des Konkurses während eines von einem Konkursgläubiger gegen den Verwalter angestregten Prozesses auf Feststellung seiner Forderung **5 762.** — Zahlung nach Verurteilung in 1. Instanz (zwecks Abwendung oder Vollstreckung) **5 771.** — Zurücknahme d. Klage ohne d. notwendige Einwilligung des Beklagten **6 762.** — Zurücknahme des Widerspruchs seitens des zur Aufnahme des Prozesses geladenen, im Prüfungstermin die Klageforderung bestreitenden Konkursverwalters **6 762.** — Prozeßerledigung durch Wegfall der Person, die Repräsentant des Anspruchs in aktiver oder passiver Beziehung ist; Wegfall der Aktivlegitimation d. Klägers; Wegfall der Vertretungsmacht des ansehbenden Konkursverwalters durch Konkursbeendigung **6 762; 7 750.** — Wegfall des Klagegrundes (ohne Befriedigung des Klägers); Änderung der Gesetzgebung, Ende der Schutzfrist, Tod, Untergang der Sache; Wegfall der Verjüngnis der Wiederholung bei Unterlassungsklagen **4 675; 6 76; 7 749.** — ist es von Einfluß, ob die Erledigung mit oder ohne Verschulden des Klägers eintrat? **6 762.** — Freigabe des Pfandobjektes bei Widerpruchsklage nach Einreichung, aber vor Zustellung der Klage **6 763.** — Zulässigkeit des Erledigungsurteils in der Berufungs-, nicht aber in der Revisionsinstanz; Erledigung auf Grund einseitigen Antrags des Klägers **7 749.** — Möglichkeit, nach Erledigung der Hauptsache die Kosten in demselben Prozeß im Wege der Klageänderung als Hauptsache geltend zu machen **7 749, 750.** — Kostenpflicht des nach Erledigung der Hauptsache den Antrag auf Verurteilung d. Beklagten aufrechtserhaltenden Klägers **7 750.** — Erledigung der Klage e. Anwalts gegen seinen Auftraggeber auf Zahlung eines Gebührenrestes durch Herabsetzung d. Wertstufe **7 750.**

Kosten des Rechtsstreites. — Begriff **3 2, 380; 7 750.** — im Urkundenprozeß **1 3, 44.** — R. des Nachverfahrens **3 2, 386; Erlaß eines Urteils im ordentl. Verfahren 3 2, 386.** — Konkurs des Beklagten während des Prozesses **1 3, 45/46.** — Arrestverfahren, Arrestbeschuß **1 3, 45; 3 2, 381; Zurückziehen des Arrestgesuchs**

nach Anordnung mündlicher Verhandlung **1 3, 45/46; nach Mitteilung des Gesuchs an den Gegner 3 2, 386; freiwillige Aufhebung des Arrestes in der ersten mündlichen Verhandlung 5 766.** — R. einer Streitverkündung, Entscheidung hierüber im Urteil **4 675, 676 (s. 3 2, 365, 386); 7 751.** — Interventionsprozeß nach § 771 ZPO.: Kosten der Einstellung der Zwangsvollstreckung **1 3, 47 (Bezifferung derselben in der Klage); 3 2, 380/381 (s. unten Kostenverteilung).** — R. der Vertretung e. Partei vor dem Estradamt wegen Vergelohn **6 767.** — R. Vorstoß des Ehemannes **5 773; 7 750 (s. Ehemann).** — R. eines im Anschluß an den Prozeß stattgehabten Verwaltungszwangsverfahrens **5 773.** — die durch Anfündigung einer nicht erhobenen Widerklage entstandenen R. (?) **1 3, 26; 3 2, 381, 449; 7 751.** — Mahnschreiben **1 1, 203; 2 1, 152, 202; 3 1, 146; 4 115; 5 765; 6 767, 1193, 1194, 1200; 7 142, 143, 751.** — Aufwendungen vor Klagerhebung? **1 3, 46, 47; 3 2, 380, 382; 5 765; 7 750.** — R. eines Kompetenzkonfliktes **1 3, 46; 3 2, 380.** — Beweissicherungskosten **1 3, 186; 3 2, 380; 5 765; 6 766, 845, 846; 7 750, 751.** — vor Klagerhebung eingeholter Kostenschlag **5 765.** — vor Klagerhebung eingeholtes Gutachten **1 3, 47; 4 676; 6 766, 767; 7 750.** — R. einer Nachschlußpflegschaft **3 2, 381.** — zur Verhütung des Rechtsstreites aufgewandte R.; Vergleichsunterhandlungen **3 2, 382; 6 766.** — R. eines Vergleichs, wenn in demselben auch nicht rechtshängige Ansprüche erledigt wurden **3 2, 413.** — R. eines außergerichtlichen Vergleichs **5 765.** — R. für Beschaffung einer Sicherheit zwecks Vollstreckbarkeit **5 765, 766.** — Zwangsvollstreckungs-R. (s. Zwangsvollstreckung) **3 2, 381.** — Antrag auf Rückgabe der Sicherheit nach § 715 ZPO. **5 766.** — Vormerkungskosten einer Baumeister-Sicherungshypothek **1 3, 49.** — Verklarungskosten? **3 2, 381.** — vor Klagerhebung durch d. Anwalt vorgenommene Ortsbesichtigung **7 750.** — R. des vormundschaftsgerichtlichen Verfahrens nach § 1612 BGB. im Alimentationsprozeß **6 767.** — R. der Einsicht des Grundbuchs vor Hypothekenklage **6 767.** — R. des Mahnverfahrens s. Mahnverfahren. — R. e. nur angefündigten, aber nicht erhobenen Anschlußberufung **7 751.** — R. d. Zeugen für Vertretung im Zwischenstreite über Zeugnisweigerung **7 754, 818.**

Erstattungs-sähigkeit vgl. GebD. s. **N.** — Entscheid über Erstattungs-sähigkeit nicht im Urteil, sondern im Festsetzungsverfahren **1 3, 55, 56.** — durch Anwalt erwirkter Zahlungsbefehl **7 751.** — Kosten

(Prozesskosten)

e. am Gerichtssitz wohnenden Anwalts, die die Kosten e. auswärtigen Anwalts, z. B. wegen Informationsreisen d. Partei, übersteigen **5 763**. — Reisekosten des am Gerichtssitz wohnenden Anwalts zur Partei behufs Information **4 676**. — Entschädigung des Anwalts für einen Gang zur Partei innerhalb des gleichen Ortes **5 763**. — Entschädigung des Anwalts für einen Gang zu einem Sachverständigen behufs Übergabe des Materials **5 763**. — Zuziehung e. Anwalts zur Beweisaufnahme **7 751**. — Korrespondenzanwalt **1 3, 45** (bei deutlicher Sprache nicht mächtige Partei); **1 3, 46; 3 2, 385; 6 764 (3); 7 752**. — Beratungsgebühr eines New Yorker Anwalts **6 764**. — Korrespondenzanwalt bei einfacher Sachlage, Unzuständigkeitseinrede **5 763**. — Zuziehung e. Korrespondenzanwalts f. d. Revisionsinstanz **6 764**. — Schreibgebühren u. Partei des Korrespondenzanwalts **5 763**. — Informationserteilung des Korrespondenzanwalts an einen anderen Anwalt **3 2, 385**. — auswärtiger Anwalt **1 3, 47; 6 765** (in Verwaltungssachen). — Annehmen e. auswärtigen Anwalts, wenn am Gerichtssitz nur ein Anwalt wohnt, den vorher oder später d. Gegenpartei nimmt **5 763, 764 (2); 6 765** (Möglichkeit d. Vertretung durch einen Geschäftsagenten?). — Reisekosten e. auswärtigen Anwalts **3 2, 386; 4 676** (Wahl der teureren Route): **5 764**. — Annahme e. auswärtigen Anwalts, wenn d. einzige am Gerichtssitz wohnende Anwalt der Partei ohne ihr Verschulden das Mandat kündigte **6 765**. — besondere Gebühr für Besuch e. Vollstreckungsklausel, wenn dessen Verbindung mit dem Kostenfestsetzungsantrag möglich war **6 767**. — Anwaltsgebühren für den Entwurf eidesstattlicher Versicherungen im Arrestverfahren **6 768**. — Gebühr des Anwalts f. Aufforderung d. Beklagten zur Veröffentlichung des Urteils **6 768**. — Kosten einer 2. Abschrift der Klage für d. Gebrauch des Klägers **6 767**. — Schreibgebühren, wenn statt eines Kontoauszugs der Klage die Einzelrechnungen beigelegt werden **6 767**. — Schreibgebühren für die der Urschrift der Wechselklage nicht im Original, sondern in Abschrift beigelegten Wechsel, Proteste usw. **6 767**. — Schreibgebühren f. Abschriften der Zeugenprotokolle an die Partei **6 767**. — Schreibgebühr für eine bei den Handakten verbleibende Abschrift des Kostenfestsetzungsantrags **6 767**. — Schreibgebühren für die zur Vornahme e. Hinterlegung nötigen Schriftstücke **6 767**. — Schreibgebühren f. auch Geb. f. Kl. — Gebühr des Rechtsanwalts für Erhebung u. Ablieferung von Geldern **6 891**. — Schreibgebühren für die von der Partei

an den Anwalt gerichteten, mittels Schreibmaschine hergestellten Informations-schreiben **7 751**. — Entschädigung der Partei für den durch Anwaltskonfultationen entstandenen Zeitaufwand **7 751**. — Zuziehung e. Prozeßagenten f. die Korrespondenz mit dem auswärtigen Anwalt **7 753**. — Kosten der Übersetzung von Schriftsätzen des Gegners **7 752**. — Kosten für eine der Partei erteilte Abschrift aus den Handakten, Abschrift der gegnerischen Schriftsätze, Urteilsabschrift **7 752**. — Schreibgebühren der Anwälte **1 3, 46; 3 2, 384** (Abschriften von Urteilen, Schriftsätzen zur Information der Partei); **4 684** (überlange Schriftsätze); **5 765** (Schreibgebühren für die als Urschrift benutzte Reinschrift des Konzeptes). — Streichen von Schreibgebühren des Anwalts, weil statt eines Briefes e. Karte genügt hätte? **6 767**. — Gebühren des Anwalts f. Anfertigung e. Armenrechtsgesuches **1 3, 47, 66; 6 766 (2)**. — Substitution für e. einzelnen, am Gerichtssitz selbst wahrzunehmenden Termin **7 752, 753**. — substituierter Anwalt bei auswärtiger Beweisaufnahme **1 3, 47; 3 2, 384; 6 765 (2); 7 751 f.** — Vertretung des Anwalts beim auswärtigen Beweistermin durch Referendare oder Bureauvorsteher **6 765; 7 753 (2)**. — Anwohnen des Anwalts bei auswärtiger Beweisaufnahme **4 676** (bei lediglich technischen Fragen); **5 764; 6 765; 7 753**. — Auslagen des Anwalts für Anschaffung juristischer Bücher für den Prozeß **5 763**. — Telephongebühren des Anwalts; Benutzung e. eigenen Telephons **3 2, 383**. — Inkassogebühr e. Anwalts **3 2, 382**. — Portoauslagen des klägerischen Anwalts für Überbringung d. freiwillig an ihn gezahlten Geldes an seine Partei **7 752**. — Stempel für Substitutionsvollmacht **1 3, 47**. — Bestellung e. amtsgerichtlichen Anwalts im Verfahren über Zulässigkeit des Einspruchs gegen einen Vollstreckungsbefehl, wenn die Hauptsache zum Landgericht gehört **5 764**. — Kosten mehrerer Anwälte (s. oben) **2 1, 405; 3 2, 385** (vertragswidrige Kündigung des Mandats seitens des Anwalts); **5 764** (durch die Partei verschuldete Kündigung); **6 765** (2 gemeinschaftliche Anwälte); **6 766** (Anspruch des erstattungspflichtigen Gegners auf Abtretung d. Ansprüche gegen den zu Unrecht kündigenden Anwalt); Wechsel d. Anwalts, der sich weigert, den Differenzzeitraum zu bringen **7 752**. — Wechsel des Anwalts wegen Verweisung vor das Landgericht infolge e. Widerklage des Gegners **5 764; 6 766; 7 752**. — Wechsel des Anwalts infolge Aufgehens der Anwaltschaft **6 766; 7 752**. — Wechsel des Anwalts bei Tod eines von 2 kollektiv bevollmächtigten An-

wälten 5 764; 6 766. — Wechsel des Anwalts, weil der Bevollmächtigte sich während des Prozesses mit dem Anwalt des Gegners assoziierte 7 752. — Gebühren für gutachtliche Äußerung des Anwalts 1. Instanz an den Vertreter 2. Instanz 1 3, 46. — Gebühren des Anwalts, der sich durch einen Referendar oder seinen Bureauvorsteher vertreten läßt 6 764, 765 (2); 7 753. — Gehalt der in e. Gewerbebetrieb z. Führung d. Prozesse angestellten Person 7 751. — Gebühren u. Auslagen e. Rechtskonsulenten 5 763 (bei gleichzeitiger Session der eingeklagten Forderung anhangsweise Einflagung); 6 765. — Erstattung der im Selbstbetrieb entstandenen Kosten bei nachträglicher Zuziehung e. Anwalts 7 751. — Kosten für das Erscheinen der durch e. Anwalt vertretenen Partei in einem Verhandlungs- oder Beweisterrmin 5 763; 6 763; 7 751. — Reisekosten der Partei, wenn die Reise offenbar nicht in 1. Linie dem Prozeß galt 6 763. — Reisekosten der Partei zum Beweisterrmin 1 3, 46; 5 762; zum Schwurtermin des Gegners 3 2, 383. — Versäumniskosten des Ehrenbürgermeisters e. klagenden Gemeinde, der von der Gemeinde kein Gehalt bezieht 6 763. — von einer Kasse des klagenden Fiskus an e. andere für Inanspruchnahme e. Auskunftsperson gezahlter Betrag 6 763, 764. — Verteilungsmassstab, wenn eine Partei auslage durch Teilnahme an mehreren selbständigen Prozessen entstand 6 764. — Nicht-Erstattungsfähigkeit der besonderen dadurch entstandenen Kosten, daß der Arrest beim UG, die Klage beim UG, erhoben wurde 6 1211. — Kosten e. Laienvertreters, wenn anwaltschaftliche Vertretung möglich war 7 753. — Kosten der durch Gerichtsvollzieher zugestellten Frisshaltung nach § 326 BGB. 1 3, 45. — Kosten der Zustellung durch Gerichtsvollzieher statt durch Post 1 3, 82. — durch die Partei zugezogener Sachverständiger 1 3, 44. — Hinterlegung zwecks vorläufiger Vollstreckbarkeit 1 3, 45. — außergerichtliches Gutachten 3 2, 667. — Kostenfestsetzungsgebühr 1 3, 55. — Mehrkosten durch Einflagung von Teilbeträgen 3 2, 382; 4 676; Verbindung der mehreren vor dem Amtsgericht erhobenen Teilklagen und Verweisung an das Landgericht 3 2, 382/383. — Zustellungskosten: doppelte Zustellung des Rechtsmittelschriftsatzes durch Gerichtsvollzieher u. von Anwalt zu Anwalt 5 765. — Zustellung durch Gerichtsvollzieher statt d. billigeren von Anwalt zu Anwalt 5 765. — doppelte Zustellung infolge unrichtiger Benennung des beklagten Vertreters 5 769. — gesonderte Vollstreckung des Kostenfestsetzungsbeschlusses 3 2, 383.

— Reise der Partei zum Anwalt behuß Instruktion 3 2, 383; 5 763; 6 763 (2); 7 751; Reise mehrerer Streitgenossen 4 676. — die von der Partei selbst einem Zeugen gezahlte Entschädigung 1 3, 168. — Korrespondenzkosten der Partei 5 765; 7 751. — vor Klagerhebung eingeholtes Gutachten 1 3, 47; 4 676 (bei Sachkunde d. Partei); 6 766 (über Schadenshöhe), 767. — Einholung eines Rechtsgutachtens 4 676; 6 766. — Reisekosten e. sachverständigen Beraters d. Partei zum Termin 7 753. — Kosten der Partei durch Anwesenheit bei einem Beweisterrmin 5 762, 763; 6 763 (Erhöhung der Kosten, wenn die Partei aus religiösen Gründen die Rückreise hinausschiebt); 7 751. — über die Anwaltskosten hinausgehende Versäumniskosten der Partei bei Wahrnehmung e. Beweisterrmins 5 763; 6 764; 7 751. — Kosten für Verlegung eines Beweisterrmins bei Verhinderung des Anwalts 5 763. — Wahrnehmung e. nur technische Fragen betreffenden Beweisterrmins durch einen Sachverständigen an Stelle des Anwalts 6 764. — Erstattungsfähigkeit der nach § 109 ZPO. entstandenen Kosten 7 764. — Kosten der Zahlung; Gebühr für Empfangnahme der Streitsumme 5 765; 6 767. — überflüssiges Kostenurteil nach § 271 Abs. 3 ZPO. bei Klagezurücknahme 5 792. — Kosten der Protesterhebung beim Akzeptanten 6 767, 768. — Kosten e. nachträglichen Kostenfestsetzungsverfahrens 6 768.

Unterliegende Partei vgl. unten zu § 100 u. oben Erledigung der Hauptsache. — die wegen Prozeßunfähigkeit abgewiesene Partei 3 2, 373. — wer bei Erledigung der Sache durch Urteil unterlegen wäre 3 2, 376 (vgl. Erledigung); 6 761. — Verurteilung Zug um Zug 1 3, 48; 3 2, 379; 6 141, 768. — Fälligwerden des Anspruchs während der 2. Instanz 3 2, 379 (vgl. 1 3, 90). — Unterliegen mit prozeßhindernden Einreden 5 761. — Fiskus als unterliegende Partei 5 761 (Rückzahlung der Gebührenvorstöße). — Anspruch des zu Entmündigenden auf Erstattung f. Gebühren u. Auslagen gegen die Staatskasse bei Ablehnung der Entmündigung 6 761. — bei Aufrechnung des Beklagten f. oben Erledigung. — Kosten e. im Vertrauen auf die Gültigkeit e. Erklärung angestrengten Prozesses bei Verlust des Prozesses infolge Anfechtung der Erklärung 6 50.

Kostenverteilung (§ 92 ZPO.). — wenn der Beklagte nur dem Eventual-, nicht dem Prinzipalanspruch unterliegt 1 3, 47. — Zwielforderung von Nebenansprüchen 1 3, 47. — wenn die Zwielforderung nicht auf einem Versehen beruht

(Prozeßkosten)

1 3, 48. — Quotenteilung im Fall des § 96 ZPO? 3 2, 395; 5 766. — Zahlung an einen Dritten im Lauf des Prozesses; gleichwohl aufrechterhaltener Klageantrag 4 677. — analoge Anwendung des § 92, wenn der Beklagte zwar Anlaß zur Klage gab, dann aber den Kläger befriedigte u. der Kläger gleichwohl weiter prozessiert 3 2, 387. — Schlußentscheidung nach vorausgegangen, über den Kostenpunkt nicht erkennenden Urteilen 5 766. — verfrühte Klage bei Eintritt der Fälligkeit während des Prozesses 5 766. — Unterliegen des Beklagten mit der Unzuständigkeitsrede, bei späterem Obliegen in der Hauptsache 5 766. — Verteilungsmaßstab 1 3, 47; 3 2, 386/387. — fehlende Begründung 1 3, 47/48. — andere Verteilung als nach Quoten oder Kopfteilen? 3 2, 386. — Ausschcheidung nach Partierollen 3 2, 387. — nicht Quoten jeder Einzelgebühr, sondern Quoten der gesamten Kosten 3 2, 387. — Obliegen gegen den einen, Unterliegen gegen den anderen Beklagten 5 766; 6 768; 7 754 (2) (s. unten § 100). — Aufserlegung der Kosten bei mehreren Beklagten, „soweit sie gegen den einen oder anderen Beklagten entstanden sind“ 5 766; 6 768; 7 754 (2). — Scheidung der Kosten der Klage u. Widerklage 5 766. — Scheidung der Kosten der Berufung u. Anschlußberufung 5 766. — Anwendung des § 92, wenn Beklagter nicht unbedingt, sondern nur Zug um Zug zur Leistung verurteilt wurde? 1 3, 48; 3 2, 379; 6 768; 7 754. — Kostenfestsetzungsgebühr der Anwälte bei Quotenverteilung 3 2, 386, 387. — keine Anwendung des § 92 bei Abweisung der Klage u. Widerklage, wenn mit letzterer nur eine einen Teil der Prozeßkosten darstellende Forderung geltend gemacht wurde 6 768. — doppelte Voraussetzung (geringe Zuviehforderung und keine besonderen Kosten) für Anwendung d. § 92 Abs. 2 1 3, 48; 7 754. — keine Anwendung des § 92 bei teilweisem Obliegen des Beklagten gegen ein Urteil nach § 304 6 768. — Obliegen des Klägers mit dem Rechnungsbegehren, während das Hauptpetitum zur Abweisung gelangt 6 768. — § 92 Abs. 2 nicht zwingende Vorschrift 7 754. — Anwendung des § 92 Abs. 2 bei Abweisung der Klage u. der nur den 55. Teil der Klageforderung betragenden Widerklage? 6 768. — teilweise Abweisung e. Schadensklage wegen Mitverschuldens des Klägers; Anwendung des § 92 Abs. 2? 6 768. — Anwendung des Abs. 2 bei teilweiser Abweisung e. dem richterlichen Ermessen unterstellten Anspruchs 6 768, 769; 7 754. — teilweise

Kostenpflicht des Beklagten, der auf Kostenurteil besteht, obwohl Kläger unter Klagezurücknahme die entstandenen Kosten anbietet? 4 676, 692. — Verteilung der Kosten e. Beschwerde 6 1161. — R.-Verteilung, wenn der in 1. Instanz mit d. Eheanfechtungsklage unterlegene Kläger in 2. Instanz mit d. Ehescheidungsklage durchdringt? 7 754.

Kostenpflicht des obliegenden Klägers (§§ 93, 94 ZPO). — de lege ferenda 5 769; 7 754, 756. — Beweislast 3 2, 387, 388; 7 754. — Anwendung des § 93 bei Klage auf künftige Leistung nach § 259 ZPO? 1 3, 108, 109; 6 799. — Anwendung des § 93 auf Restitutionsklagen 6 770. — schuldhaftes Verhalten des Klägers Voraussetzung? 3 2, 388; 5 767. — Anwendung des § 93 auf d. Kosten des Vollstreckungsurteils f. einen Schiedsrichter? 5 901; 7 893. — Anwendung des § 93 im Arrestverfahren? 7 754, 883. — Anwendung des § 93 bei Zahlung seitens d. Beklagten nach Klagezustellung ohne Abgabe e. gerichtlichen Anerkenntnisses 7 756 (2). — Anerkennung des Eventualantrags seitens d. Beklagten, wenn später Urteil auf diesen ergeht 7 756. — Geldentmachtung e. übergangenen Anspruchs ohne vorherige Mitteilung des Übergangs (§ 94) 4 677. — Anwendung des § 94, wenn Beklagter nicht Schuldner, sondern Forderungspräsident ist 4 677, 678. — Kosten bei Ehescheidung wegen Geisteskrankheit 1 2, 71.

Anlaß zur Klage (§ 93 ZPO). — wann hat der Beklagte zur Klage Anlaß gegeben? 1 3, 48; 5 766. — bei Erfüllungsannahmeverzug 1 3, 48; 4 677. — bei Bestehen e. Zurückbehaltungsrechtes 1 3, 48; 6 771. — bei Klage auf künftige Leistung 1 3, 108. — bei Schuldübernahme nach § 419 BGB 1 3, 48. — bei Aufrechnung d. Beklagten 1 3, 48 (s. oben Erledigung der Hauptsache ohne Entscheidung). — Verurteilung Zug um Zug 1 3, 48; 3 2, 379; 6 141, 768. — wörtliches Angebot des wirklich Geschuldeten bei Zuviehforderung 1 3, 50. — Klage trotz Besitzes e. Vollstreckungstitels 1 3, 48 (s. Vollstreckungstitel, Rechtskraft). — Mehrkosten, wenn statt Antrags auf Umschreibung der Vollstreckungsklausel nach § 727 ZPO Klage auf Erteilung der Klausel erhoben wurde 6 879. — Klage, wenn der Nachweis nach § 726 ZPO nicht geführt werden kann 1 3, 48. — Verhalten nach Klagerhebung 1 3, 50; 3 2, 390, 391; 4 677; 7 754. — Zahlungsverweigerung d. Beklagten auch nach der erst im Laufe des Prozesses eingetretenen Fälligkeit d. Forderung 7 754. — Drittschuldner e. gepfändeten Forderung, der trotz Aufforderung des Pfändungsgläubigers sich über das Bestehen der

Forderung nicht erklärt u. dadurch den Gläubiger zu e. abgewiesenen Klage veranlaßt hat **3 2, 277; 6 769.** — vergebliche Aufforderung zur Löschung 15 Jahre vor Klagestellung **3 2, 390.** — Klage des Schuldners, der die Wahl zwischen Barzahlung u. Hingabe von Akzepten hatte, auf Aufhebung der vom Gläubiger wegen Nichtausstellung der Akzente betätigten Pfändung **3 2, 390.** — Kosten eines Prozesses auf Erbnunwürdigkeitserklärung bei sofortigem Anerkenntnis des Beklagten **5 598.** — langer Zwischenraum zwischen Klagestellung u. dem in der ersten Verhandlung abgegebenen Anerkenntnis **3 2, 390, 391.** — Unterstellen des Nichtvorliegens e. Klaganlasses bei sofortigem Anerkenntnis des Beklagten **6 769.** — Kostenpflicht des mit der Hypothekklage verklagten Grundeigentümers, der den Anspruch sofort anerkennt; rechtzeitige Ausstellung eines vollstreckbaren Schuldanerkenntnisses **3 2, 391** (vgl. **1 3, 48/49**). — nur dinglich haftender Beklagter, der die Ausstellung e. vollstreckbaren Urtheils auf Kosten des Klägers anbietet **7 754.** — Klage auf Duldung einer Handlung, wenn der Beklagte die inzwischen auf Grund einstweiliger Verfügung vorgenommene Handlung vornehmen ließ, aber nicht in Anerkennung des klägerischen Rechtes **5 766, 767.** — Interventionsklagen nach **§ 771 ZPO.** (s. Widerspruchsklage) **1 3, 49; 6 769 (2), 770 (4);** inwiefern muß der Intervenierende sein Recht glaubhaft machen? **3 2, 392, 393; 5 767 (3); 6 769, 770 (3); 7 755;** Glaubhaftmachung durch Vorlage eines Ehevertrags **3 2, 392;** durch Vorlage eines Einstillungsbeschlusses **3 2, 392, 393; 6 770;** Klagerhebung ohne vorherige Aufforderung zur Freigabe **3 2, 393, 394;** Stellung der Ehefrau als Interventionsklägerin **3 2, 394;** wenn die Klage nur auf eidesstattliche Versicherung gestützt war, Zeugen erst später benannt wurden u. Beklagter nach ihrer Vernehmung den Anspruch anerkennt **4 677; 6 770;** Auflegung des Eigentumsvertrags in der Kanzlei des klägerischen Anwalts **4 677;** vor Klagezustellung aufgehobene Pfändung **5 767;** vor Klagezustellung erklärte Pfandfreigabe **5 767; 6 762;** Verschulden des Pfandgläubigers Voraussetzung für seine Kostenpflicht **5 767;** Verhalten nach Klagerhebung **5 767;** Einwand des **§ 226 BGB.** **5 767;** Kosten, wenn zwischen Einstellung der Zwangsvollstreckung u. erstem Termin längere Zeit verging, ohne daß Beklagter freigab **7 755;** bei Erhebung der Klage gegen den Kontursverwalter **5 767;** Pflicht des Klägers zur Vorlage der Originalurkunden oder Zusendung glaubwürdiger Abschriften? **6 769, 770;** Pflicht zur Glaubhaftmachung erst auf

Verlangen des Pfändungsgläubigers? **6 770.** — wenn die Klage zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung nicht nötig war **5 761.** — teilweise Kostenpflicht des Beklagten, d. auf Kostenurteil besteht, obwohl Kläger unter Zurücknahme der Klage die bis dahin entstandenen Kosten anbietet? **4 676, 692.** — Klage gegen den Ehemann auf Duldung der Zwangsvollstreckung **1 3, 50; 5 766; 6 769** (vgl. unten bei **§ 100** und Zwangsvollstreckung im allgemeinen A d). — Klage gegen die Frau, wenn Vollstreckung nach **§ 744 ZPO.** möglich war **5 767 (2).** — wenn bei Klage auf Rechnungslegung u. Zahlung des Salbos Beklagter auf den für ihn herauskommenden Salbo Widerklage erhebt u. Kläger sofort anerkennt **6 769.** — wenn bei Klagen auf Rechnungslegung u. Zahlung des Salbos der Beklagte den Rechnungsanspruch sofort oder nach Rechnungslegung den Hauptanspruch anerkennt? **6 769.** — Klage auf Leistung des Offenbarungseides, wenn sich Kläger nicht vorher nach **§ 163 BGB.** vergewißert hat **6 770.** — Klage auf Einwilligung in die Auszahlung e. vom Schuldner wegen Zweifels über die Person des Gläubigers hinterlegten Betrags **6 770.** — Klage gegen den Erben während d. Auschlussfrist des **§ 2014 BGB.** **7 755.** — Berufung d. Erben zur Herbeiführung der Haftungsbeschränkung, wenn der Gegner seine Absicht, ihn nur beschränkt in Anspruch zu nehmen, nicht kundgab **7 755** (s. unten). — Klage des Vormunds aus einem Vertrag gegen den, der von der obervormundschaftlichen Genehmigung dieses Vertrags nicht verständigt war **7 755.** — vom Zessionar e. Hypothek ohne vorherige Mitteilung d. Abtretung verklagter Grundstücksigentümer, der nach Beweis durch Vorlegung der Grundakten den Klaganspruch anerkennt **7 756.** — muß der Nachweis der Erbfolge durch Erbschein geführt werden? **7 756.**

So sofortiges Anerkenntnis (**§ 93 ZPO.**) — Begriff **3 2, 388/389; 4 677; 6 770; 7 756** (vgl. Anerkenntnis u. unten **§ 99**). — Unterwerfen schlechthin u. Verzicht auf jede Verteidigung **3 2, 387, 401.** — Einrede der Klageränderung **1 3, 49/50; 3 2, 389.** — Zahlung im Laufe des Prozesses **1 3, 49.** — Anerkenntnis in vorbereitenden Schriftsätzen **1 3, 49.** — Bestreiten in vorbereitenden Schriftsätzen **1 3, 50; 3 2, 389; 4 677; 5 768.** — bedingtes Anerkenntnis **1 3, 49.** — A. Zug um Zug gegen Abtretung von Erbschaftsprüchen **3 2, 401.** — Leistung ohne Anerkenntnis **3 2, 389; 6 770.** — rein tatsächliches Anerkenntnis **6 770.** — wenn d. Klaganspruch an einem Mangel leidet **1 3, 48/49; 4 677; 5 768.** — Klage zuerst fälschlich gerichtet auf Zahlung an

(Prozeßkosten)

Kläger, dann auf Zahlung an Kläger u. d. Pfandgläubiger 1 3, 50; 3 2, 389. — wenn der Anspruch erst später fällig wird 3 2, 389; 5 769; 6 771. — Antrag des Beklagten auf Klageabweisung unter Anerkennung des Anspruchs 6 770, 771. — Bestreiten bei unsubstantiierter Klage 5 768. — Antrag auf Abweisung oder Erledigterklärung wegen inzwischen erfolgter Befriedigung 5 767. — Anerkennung ohne Erfüllungsbereitschaft 3 2, 389, 390, 391; 5 768 (3); 6 770. — Kostenpflicht trotz Anerkennnisses bei der dinglichen Hypothekklage 5 424, 768 (3); 6 770. — Verzögerung der Erledigung durch Verzugsanträge 5 769. — U. im 2. Verhandlungstermin 5 769. — U. unter Geltendmachung e. begründeten Zurückbehaltungsrechts, d. Einrede nach § 274 Ziff. 6 ZPO. 6 771. — Zahlung an einen Dritten im Laufe des Prozesses 4 677. — wenn in dem Verfahren auf Vollstreckbarkeitsklärung eines Schiedspruchs der nach Erlaß des Schiedspruchs nicht noch einmal Gemahnte den Anspruch sofort anerkennt? 5 901; 7 755 (s. schiedsrichterliches Verfahren). — U. seitens des Erben oder Nachlasspflegers nach Ablauf der Frist der §§ 2014/15 BGB. 1 3, 138; 3 2, 388 (wenn der Erblasser Anlaß zur Klage gab); 5 564; 7 755. — wenn der Erbe entgegen dem Antrag auf unbeschränkte Beurteilung nur mit der Haftung aus dem Nachlaß beurteilt werden will 2 1, 706; 3 2, 401; 5 559; 7 755 (s. Erbenhaftung). — Konkurs des Schuldners 5 767. — sofortiges U. e. Absonderungsrechts seitens des Konkursverwalters 4 801. — Kosten e. erst gegen d. Konkursverwalter erhobenen Klage bei sofortigem U. des Verwalters 6 981. — Kosten e. gegen d. Konkursverwalter aufgenommenen Prozesses, wenn der Gemeinschuldner zur Klage Anlaß gab, d. Verwalter aber sofort anerkennt 4 803. — U. eines an sich unbegründeten Anspruchs 7 754. — sofortiges Anerkennnis d. Bürgen 7 755. — erst im Laufe des Prozesses, aber sofort nach Fälligkeit d. Anspruchs abgegebenes U. 7 756. — Anwendung des § 93, wenn nach dem U. infolge Erledigung d. Hauptsache ein U.-Urteil nicht ergeht 7 756.

Erfolglose Angrißs- u. d. Verteidigungsmittel (§ 96). — eine in 1. Instanz durchgedrungene prozeßhindernde Einrede wird in 2. Instanz verworfen 1 3, 50; 3 2, 395. — Voraussetzbarkeit der Ausichtlosigkeit 3 2, 395. — Zwischenurteil auf Verwerfen d. prozeßhindernden Einrede bei schließlicher Klageabweisung 5 766. — bei Benennung eines 2. unrichtigen Vertreters des be-

klagten Fiskus seitens des Klägers 5 769. — teilweises Obliegen d. Beklagten mit der Berufung gegen ein Zwischenurteil über den Grund des Anspruchs; keine Entscheidung über die Prozeßkosten in dem Berufungsurteil 6 768. — analoge Anwendung des § 96, wenn bei eventuell verbundenen Anträgen nach dem geringeren Antrag erkannt wird 7 756. — ist im Fall des § 96 Quotenteilung zulässig? 3 2, 395; 5 766.

Rechtsmittelkosten (§ 97). — Kosten der vom Nebenintervenienten für d. untätige Hauptpartei eingelegten Berufung u. der Anschlußberufung des Gegners 7 756, 761. — Kosten der Anschließung d. Rechtsmittelbeflagten 7 756, 757. — Kostenentscheidb. Zurückverweisung in die erste Instanz 7 756. — wenn statt Berichtigung nach § 319 ZPO. Berufung eingelegt wurde 1 3, 45. — Angreifen materiell richtiger Urteile wegen rein prozessualer Verstöße 1 3, 47. — Einspruch eines Dritten, d. nicht Prozeßpartei ist, gegen ein Veräumnisurteil 6 771. — Obliegen des in 1. Instanz mit der Aufsechtungsklage unterlegenen Gatten in 2. Instanz mit der Scheidungsklage 6 761. — Beschwerdekosten, wenn der Gegner nicht gehört war 1 3, 50; 3 2, 396. — Kenntnis beider Parteien von dem neuen Vorbringen (§ 97 Abs. 2) 3 2, 395. — Obliegen des Berufungsklägers auf Grund eines erst in der Berufungsinstanz geltend gemachten Vorbringens 6 761, 771 (in Ehefachen). — Verteilung nach § 92 bei teilweisem Obliegen und Zurückverweisung im übrigen 7 757.

Vergleichskosten (§ 98) s. oben Allgemeines. — gilt für außergerichtliche Vergleiche 1 3, 50; 3 2, 396; 5 769. — Klagezurücknahme infolge außergerichtlichen Vergleichs 3 2, 396. — Umfang der Kosten nach § 98 (im Fall der Beurteilung nicht erstattungsfähige Kosten) 3 2, 396. — Kosten d. Nebenintervenienten bei Vergleich d. Hauptparteien s. unten § 101. — wenn in dem Vergleich auch nicht rechtsabhängige Ansprüche erledigt wurden 3 2, 413. — Abschluß des Vergleichs in einem anderen Prozesse 5 769. — Unterlassung der Regelung des Kostenpunktes in dem Vergleich 6 771; 7 757 (2). — Kosten des Vergleichsabschlusses 4 678. — Wirkung der im Vergleich vereinbarten Kostenkompensation auf d. Haftung gegenüber dem Staat 7 757 (s. GKG.).

Bestehen einer Partei aus mehreren Personen (§ 100 ZPO.) 1 3, 53, 55; 6 1194. — Obliegen der mehreren 1 3, 53. — Unterliegen der mehreren 3 2, 408. — Maßstab für die Verteilung bei Unterliegen der mehreren 1 3, 53 (vgl. oben bei § 92). — wenn der Beklagte

nur einem der mehreren Streitgenossen gegenüber verurteilt wird **3 2, 380.** — Ob-siegen einzelner, Unterliegen anderer **1 3, 54; 5 761, 766; 6 774.** — der Kläger siegt gegen einzelne, gegen andere unterliegt er oder ist nach § 92 kostenpflichtig **3 2, 408; 5 762.** — Unterliegen e. von mehreren Klägern; Teilurteil **3 2, 379, 380.** — Anerkenntnis des einen, Versäumnisurteil gegen den anderen Beklagten **3 2, 409.** — „besondere Angriffs- u. Verteidigungsmittel“ i. S. des § 100 Abs. 3 **1 3, 53.** — Klage gegen den einen Beklagten auf Leistung, gegen den anderen auf Duldung der Zwangsvollstreckung; unechte Streitgenossen; Solidarhaftung? Durchgreifen d. Klage nur gegen den einen (vgl. oben § 93, Zwangsvollstreckung) **1 3, 50; 3 2, 409, 410, 547; 4 679; 5 766, 772** (Haftung d. für die Duldungsklage selbst kostenfreien Mannes für die Kosten der Klage gegen die Frau); **6 644, 773, 774 (2), 880, 881; 7 481, 761, 856.** — Ob-siegen des Klägers nur mit einem Teil des Anspruchs, aber in gleicher Höhe gegen alle Beklagte **3 2, 408;** in verschiedener Höhe gegen d. einzelnen Beklagten **3 2, 408.** — mehrere Kläger u. mehrere Beklagte; teilweises Unterliegen d. Kläger, gänzlich Ob-siegen eines Beklagten **5 772.** — Kostenentscheidung bei Streitgenossen **7 760.** — Widerklage einzelner Streitgenossen für ihre Person **3 2, 409.** — Erlaß mehrerer getrennter Urteile bei Streitgenossen **3 2, 409; 7 760.** — Ob-siegen des einen, Unterliegen des anderen Streitgenossen; Erstattungsanspruch des Siegenden gegen den Kläger, wenn er bei Unvermögen d. Unterlegenen die ganzen Kosten des gemeinschaftlichen Anwalts zahlte **4 680, 681; 5 762; 6 671; 7 761.** — Geltendmachung mehrerer Ansprüche in einem Verfahren, wenn die mehreren Beklagten nicht für alle Ansprüche haften **3 2, 408.** — Verteilung von Hauptschuldner u. Bürge **7 761.** — rückwirkende Kraft des § 100 Abs. 4 **1 3, 54; 3 2, 411.** — Haftung als Gesamtschuldner ohne ausdrücklichen Ausdruck des Urteils? **1 3, 54.** — Haftung der Gesamtschuldner gegenüber der Staatskasse **3 2, 410.** — gesamtschuldnerische Haftung bei Verteilung in getrennten Urteilen; mehrere Wechsel-schuldner **3 2, 410.** — Solidarhaft d. Gesamtschuldner auch für die Zwangsvollstreckungskosten? **1 3, 54, 259; 3 2, 410; 6 774.** — Solidarhaftung der Gesamtschuldner für die Gerichtskosten **4 679.** — ist die im Urteil ausgesprochene Solidarhaft im Kostenfestsetzungsbeschuß zu erwähnen? **3 2, 410, 411.** — Kostenfestsetzung, wenn dem Kläger ein Teil, den Beklagten als Gesamtschuldner der Rest der Kosten auferlegt ist **6 774.** — Ver-

hältnis von § 92 O.R.G. zu § 100 Abs. 4 Z.P.D. **6 1176.**

Nebeninterventionskosten (§ 101). — Anwendung des § 101 Z.P.D. bei nicht wahrer Nebenintervention **6 774.** — Maßstab für die Verteilung **1 3, 53; 3 2, 386.** — bei Verteilung des Gegners der Hauptpartei **1 3, 54** (Erwähnung in der Urteilsformel). — Rechtsmittelkosten **1 3, 55; 3 2, 364, 411; 4 674; 5 769; 6 774; 7 756, 761 (2).** — Kosten der Nebenintervention bei Vergleich der Hauptparteien **3 2, 364, 411, 462; 6 774** (Recht des Nebenintervenienten, eine gerichtliche Entscheidung über die Kosten herbeizuführen); **7 761, 762.** — erfolglose Berufung d. Nebenintervenienten bei Untätigbleiben der Hauptpartei **7 756, 761.** — bei Klagezurücknahme **3 2, 411.** — wenn die Hauptpartei bei dem vom Nebenintervenienten eingelegten Rechtsmittel gleichfalls tätig geworden ist **4 678; 6 774.** — ausdrückliche Erwähnung der N.-kosten im Urteil **3 2, 411.** — Vorschusspflicht der Hauptpartei **4 679.**

Kostenpflicht Dritter (§ 102 Z.P.D.). — Anwendung des § 102 von Amts wegen **4 679; 7 762.** — Verteilung der Prozeßbevollmächtigten auch nach Urteilsverfällung möglich **7 762.** — Anwendung des § 102 im Vollstreckungsverfahren **5 829.** — Erhebung e. unsubstantiierten Anspruchs als grobes Verschulden e. Anwalts **7 762.** — Einlegung e. Beschwerde im Kostenpunkt bei Anerkenntnisurteil in der Hauptsache als grobes Verschulden **1 3, 55.** — Einlegung e. unzulässigen weiteren Beschwerde **1 3, 55, 208; 3 2, 411; 7 762.** — Nichtausklären der Partei als grobes Verschulden **1 3, 55; 7 762.** — Einlegung e. ausichtslosen Rechtsmittels auf Verlangen der aufgeklärten Partei **6 774.** — Einlegung e. Beschwerde wegen zu niedriger Wertfestsetzung namens der Partei grobes Verschulden **7 762.** — Einlegung e. unzulässigen Rechtsmittels auf ausdrückliches Parteiverlangen **1 3, 55; 3 2, 412; 5 772; 6 774.** — Beschwerde eines nicht zugelassenen Anwalts **1 3, 58.** — unrichtige Datierung e. nach § 198 Abs. 2 Z.P.D. ausgestellten Zustellungsbescheinigung **7 762.** — Einlegung der sofortigen Beschwerde nach Ablauf der Frist **3 2, 411, 412.** — bloß tatsächliche Begründung e. Rechtsbeschwerde **3 2, 412.** — Einlegung e. nach der Novelle v. 1905 unzulässigen Beschwerde **5 772; 6 774.** — Beschwerde gegen den Beschluß des O.R.G. auf Überbürdung der P. nach § 102 Z.P.D. **1 3, 206, 208; 4 679; 6 774, 862.** — Beschwerde der Partei bei Nichtverteilung des Dritten **4 679; 5 772; 7 762.** — Beschwerde der Partei bei Aufhebung der Verteilung des Dritten? **3 2, 412.** —

(Prozeßkosten)

Beschwerde des verurteilten Anwalts an das Reichsgericht **3** 2, 412; **5** 772. — Anwendung des § 567 Abs. 2 ZPO. (Beschwerdesumme) im Fall des § 102? **1** 3, 55; **4** 679; **5** 772. — Amtszwang für d. Beschwerde des Dritten **6** 775.

Ansetzung der Kostenentscheidung. — Beschwerde des an e. Sachentscheidung nicht Beteiligten gegen d. Kostenauflegung **6** 772. — Beschwerde des nach § 75 ZPO. kostenpflichtig aus dem Streit Entlassenen **5** 759. — Beschwerde des einstweilen zugelassenen vollmachtlosen Vertreters (§ 89 ZPO.) gegen seine Kostenpflicht **3** 2, 372; **5** 760. — Revision gegen ein Teilverteil umfaßt auch den in einem späteren (vor Einlegung der Revision erlassenen) Endurteil enthaltenen Ausspruch über die Kosten **6** 822. — Anfechtung d. Kostenentscheidung allein seitens des in die Kosten verurteilten Dritten **7** 759. — keine Anfechtung e. nur über die Kosten entscheidenden Urteils eines OLG. **7** 760.

§ 99 Abs. 1. Gleichzeitige Anfechtung der Hauptsache vgl. oben Erledigung der Hauptsache ohne Entscheidung. — Begriff der Hauptsache **3** 2, 397; **7** 757. — Erklärung des Rechtsstreites als erledigt **1** 3, 51; **7** 759 (vgl. unten § 99 Abs. 3). — Erledigung der Hauptsache nach Urteil, aber vor Berufungseinlegung **7** 759 (2). — Erledigung der Hauptsache nach Klageeinreichung; Verlangen der entstandenen Kosten als Schadensersatz **1** 3, 50 (vgl. **3** 2, 404). — Zahlung der Hauptsache vor, der Zinsen nach Berufungseinlegung **1** 3, 50; **3** 2, 396. — Anfechtung der Höhe der nach § 713 ZPO. festgesetzten Sicherheit als Anfechtung d. Hauptsache **7** 757. — Anfechtung, weil kontradiktorisches statt Anerkenntnisurteil erlassen wurde **1** 3, 51. — Entscheidung im Widerspruchsverfahren, daß eine einstweilige Verfügung aufrechterhalten wird, als Entscheidung zur Hauptsache **7** 757. — Einlegung e. unzulässigen Rechtsmittels **1** 3, 51. — Einlegung e. Rechtsmittels nach Erledigung der Hauptsache **3** 2, 396. — Einlegung e. Rechtsmittels trotz Befriedigung des Klägers vor Einlegung, weil das Gericht 1. Instanz auf Klageabweisung erkannt hatte **6** 771 (s. Rechtsmittel). — Berufung des Beklagten unzulässig, wenn das vom Erstrichter erlassene, klageabweisende Versäumnisurteil auf Einspruch des angeblichen Klägers aufgehoben u. die Klage unter Verurteilung des Beklagten in die Kosten als unwirksam erklärt wurde, weil der für den angeblichen Kläger Aufgetretene die Klage ohne Vollmacht erhoben hatte **6** 771. — Einlegung e. Rechtsmittels unzulässig, wenn z. B. der

Einlegung eine Entscheidung in der Hauptsache nicht mehr möglich ist **6** 773. — Einlegung des Rechtsmittels in der Hauptsache durch den Gegner, Anschluß wegen der Kostenentscheidung **3** 2, 397; **4** 678; **6** 771. — Stellung des Nebeninterventen **1** 3, 51. — Anwendung d. § 99 Abs. 1 bei Zwischenurteil über die Rechtmäßigkeit der Zeugnisverweigerung e. Zeugen (§ 387) **6** 771. — Ergänzung des Urteils durch nachträgliche Entscheidung **6** 772, 773; **7** 758. — Abweisung e. gegen zwei Beklagte erhobenen Klage gegen den 1. Beklagten und Abhängigmachen der übrigen Entscheidung auch bez. der Kosten der abgewiesenen Klage von einem Eid des Klägers; Anfechtung durch den ersten Beklagten? **7** 758. — Verurteilung eines von 2 Beklagten, Abweisung der Klage gegen den anderen; Anfechtung des Urteils durch letzteren, wenn auch der andere Beklagte das Urteil angreift? **7** 758. — auf einseitigen Antrag des Klägers die Hauptsache für erledigt erklärendes Urteil **7** 758. — Erledigung der Hauptsache, wenn der mit der Klage auf Erfüllung e. Grundstückskaufes abgewiesene Kläger vor Berufungseinlegung d. Beklagten noch einmal zur Abnahme auffordert mit der Mitteilung, daß er einen anderen Käufer gefunden habe, und Beklagter wiederholt ablehnt? **7** 758. — Erledigung der Hauptsache, wenn der abgewiesene Kläger in 2. Instanz nur noch Verurteilung d. Beklagten zu den Kosten, Beklagter aber Zurückweisung der Berufung verlangt? **7** 758. — Berufungseinlegung des mit der Klage abgewiesenen Klägers mit dem Antrag, die Hauptsache für erledigt zu erklären unter Verurteilung d. Beklagten in die Kosten **7** 758 (2). — Aufrechthaltung d. bez. der Hauptsache vor Verhandlung zurückgenommenen Berufung wegen der Kosten? **7** 759 (2). — der Kläger sieht den Prozeß für erledigt an, der Beklagte verlangt Abweisung **1** 3, 51. — Zahlung lediglich zur Abwendung der Zwangsvollstreckung **1** 3, 50. — Anfechtung der nach § 16 ORO. erlassenen Entscheidung **3** 2, 396. — Anfechtung der im Festsetzungsbeschluss enthaltenen Entscheidung über die außergerichtlichen Kosten **3** 2, 396. — einstweilige Verfügung; Erledigung durch Weisung; ist Berufung nach Zahlung noch zulässig **3** 2, 396. — Entscheidung über Hauptsache u. Kosten in getrennten Urteilen **7** 757. — Teilverteil mit vorbehaltener Kostenentscheidung **3** 2, 397 (vgl. **1** 3, 52); Einlegung der Berufung gegen das Teilverteil wahr das Rechtsmittel gegen die Kostenentscheidung **3** 2, 397; revisibles Teil-, nicht revisibles Endurteil **3** 2, 397. — Berufung gegen die Kostenentscheidung des Teilverteils, wenn gegen das Endurteil

in der Hauptsache Berufung eingelegt wird **6 771**. — kontradiktorisches Teilurteil, Anerkenntnisurteil (s. unter § 99 Abs. 2) **3 2, 397, 401**. — Anerkenntnisurteil, kontradiktorisches Endurteil **3 2, 397, 401, 402; 4 678; 5 770**. — kontradiktorisches Teilurteil, Erledigung der restlichen Hauptsache ohne Urteil und Kostenurteil **3 2, 397 ff., 401 (2); 5 771, 772; 6 774; 7 759**. — erstreckt sich die gegen ein Teilurteil eingelegte Berufung ohne weiteres auf die auf Grund des Teilurteils im späteren Urteil getrossene Kostenentscheidung? **6 772; 7 757**. — Anerkenntnisurteil, Erledigung der restlichen Hauptsache und Kostenurteil **3 2, 397 ff., 401; 4 678; 5 770; 6 772 (2)**. — kontradiktorisches Urteil wegen Nebenforderungen, im übrigen Anerkenntnisurteil **3 2, 402**. — Berufung gegen ein von mehreren klagenden Streitgenossen erwirktes Urteil **5 769**. — wenn z. Bt. der Berufungseinlegung feststeht, daß eine Entscheidung erst nach Erledigung der Hauptsache ergehen könne **5 769; 6 772**.

§ 99 Abs. 2. Anerkenntnisurteil vgl. § 99 Abs. 1, Anerkenntnis u. § 93 oben. — der Richter muß ohne materielle Prüfung seinem Ausspruch nur das Anerkenntnis zugrunde gelegt haben **3 2, 402; 6 772**. — A.-Urteil gegen einen von mehreren Streitgenossen **3 2, 402**. — Anerkenntnisurteil i. S. des § 307 ZPO, Voraussetzung **6 772**. — Anerkenntnisurteil u. Erledigung der Kostenfrage im kontradiktorischen Endurteil **1 3, 51; 3 2, 397**. — Anerkenntnisurteil nur im Kostenpunkt **1 3, 51**; nur wegen Zinsen **4 678; 5 770 (2); 6 772**. — Anerkenntnisurteil, Erledigung des Restes ohne Urteil **1 3, 51** (insbes. Klagezurücknahme); **1 3, 51/52; 3 2, 397 ff.; 4 678; 7 759**. — Verurteilung auf Grund eines Anerkenntnisses, aber nicht in den Formen des Anerkenntnisurteils **1 3, 52; 5 770**. — verschiedene A.-Urteile über Hauptsache u. Kosten **1 3, 52; 5 770**. — wenn im Arrestverfahren der Antragsteller, der dinglichen u. persönlichen Arrest erwirkt hatte, auf Widerspruch mit Aufhebung des letzteren einverstanden ist **3 2, 402**. — Erlassung des A.-Urteils, ohne daß die Voraussetzungen hierfür vorlagen **4 678; 5 770**. — Anerkenntnisurteil mit Kostenentscheidung **4 678**. — ohne Antrag erlassenes A.-Urteil **6 772**. — Nichtbezeichnung des A.-Urteils als solches **6 772**. — nicht für vorläufig vollstreckbar erklärtes A.-Urteil **6 772**. — nach Erlaß e. Verläumnißurteils u. Einspruch dagegen abgegebenes Anerkenntnis **7 759**. — Ansetzung e. einheitlichen Kostenentscheidung der unteren Instanz mit Berufung u. Beschwerde, wenn der Klagenanspruch teils durch Er-

füllung, teils durch Anerkenntnis sich erledigte **6 772**. — teilweise Erledigung d. Hauptsache ohne Urteil; A.-Urteil bez. d. Restes: Berufung auch bez. des Teils der Kosten, d. den durch d. Urteil nicht berührten Teil der Hauptsache betrifft? **6 772**. — legislatorischer Grund des § 99 Abs. 2 **6 772**. — Berechnung der Revisionssumme **4 678**. — Anschlußberufung d. Gegners bloß wegen d. Kosten **3 2, 397**.

Nichtergehen einer Entscheidung in der Hauptsache (§ 99 Abs. 3; s. oben). — Erklärung d. Rechtsstreites für erledigt **6 773; 7 760**; bei Antrag d. Berufungsklägers auf Abweisung d. Klage, d. Berufungsbeklagten auf Zurückweisung **1 3, 133; 3 2, 403**; bei Antrag des Klägers, die Erledigung auszusprechen; des Beklagten auf Abweisung **3 2, 403; 5 771**; bei übereinstimmenden Anträgen der Parteien **3 2, 403; 6 773 (2); 7 759**; bei Zahlung zwecks Abwendung der Vollstreckung nach Verurteilung in der 1. Instanz **5 771** (vgl. oben § 99 Abs. 1). — Kostenurteil nach erledigter Hauptsache **3 2, 397**. — Entscheidung über prozeßhindernde Einreden **1 3, 53; 6 773** (Verwerfung prozeßhindernder Einrede; Erledigung d. Hauptsache ohne Urteil; Kostenurteil). — Entscheidung über Aufnahme d. Rechtsstreites **1 3, 403**. — Entscheidung zur Hauptsache nur über die Widerklage **7 759, 760**. — Entscheidung nach § 515 Abs. 3, daß ein Rechtsmittel als zurückgenommen zu gelten hat **3 2, 403**. — Ablehnung einer Entscheidung über den Kostenpunkt wegen Nichtspruchreife **5 771**. — wenn gelehrt wird die Entscheidung zur Hauptsache unterblieb **1 3, 52** (Streit, ob die Hauptsache erledigt sei); **3 2, 404**. — Verurteilung d. Klägers (§ 302 Abs. 4) auf Zurückzahlung der zur Abwendung der Vollstreckung vom Gegner gezahlten Kosten **5 771**. — Urteil über den Grund d. Anspruchs **3 2, 403/404** (spätere Erledigung d. Anspruchs); **6 773**. — Entscheidung in der Hauptsache nur gegenüber einem von mehreren Streitgenossen **3 2, 404; 5 771**. — Entscheidung der Hauptsache in einem anderen Urteil **1 3, 52; 3 2, 397; 5 771**. — Urteil über die Kosten einer zum Teil zurückgenommenen, zum Teil durch Entscheidung in der Hauptsache erledigten Berufung **3 2, 407**. — wenn über einen Teil der Hauptsache kein Urteil erging **1 3, 52; 3 2, 397 ff.; 6 774** (s. oben § 99 Abs. 1). — wenn bei Verbindung nach § 147 der eine Anspruch schon z. Bt. der Verbindung durch Parteevereinbarung erledigt war **4 685**. — wenn sich nach Rechtshängigkeit die Hauptsache erledigt, der Kläger aber nur die Kosten als Hauptsache verlangt **3 2, 404** (vgl. **1 3, 50**). — bei Trennung mehrerer Ansprüche nach

(Prozeßkosten)

§ 145 ZPO. 3 2, 423. — Kostenurteil bei Klagezurücknahme s. diese. — Beschwerde gegen Kostenversäumnisurteile? 3 2, 406, 407; 5 771; 6 772; 7 760. — Einspruch gegen ein Versäumnisurteil nur wegen der Kosten; Unsechtbarkeit d. Urteils über den Einspruch 5 771. — Urteil, das unter Aufhebung e. Versäumnisurteils die Hauptsache für erledigt erklärt u. nur über die Kosten entscheidet 7 760 (2). — Urteil über die Kosten, die im Wege d. Klageänderung anstatt d. ursprünglichen Leistung als Schadensersatz gefordert wurden 7 760. — Beschränkung d. Klageantrags auf die Kosten wegen Anerkennung d. Klageanspruchs 5 771. — keine Anwendung d. § 99 Abs. 3, wenn e. von mehreren Klageansprüchen durch Zurücknahme erledigt, über den anderen durch Sachurteil entschieden ist 7 759. — kontradiktorisches Teilurteil; Erledigung d. restlichen Hauptsache und Kostenurteil (s. oben § 99 Abs. 1 u. 2). — Unzulässigkeit der Beschwerde, wenn im Urteil auch nur über einen geringfügigen Teil der Hauptsache (Wechselunkosten) entschieden ist 6 773. — nicht Beschwerde, sondern Berufung bei einer nicht auf die Grundsätze der ZPO., sondern auf die d. bürgerlichen Rechts über Schadensersatz gestützten Beurteilung in die Kosten 6 773. — Unzulässigkeit einer nur mittelbar gegen die Kostenentscheidung, unmittelbar aber gegen die Unzuständigkeitserklärung des Gerichts gerichteten Beschwerde 6 773. — nicht Beschwerde, sondern Berufung, wenn nach Beurteilung des Beklagten unter Übergehung des Kostenpunktes und nach neuerlicher Ladung Urteil auf Kostenpflicht d. Beklagten ergeht 6 773. — Beschwerde, wenn das Gericht bei Erledigung d. Hauptsache zum Teil durch Aufgabe, zum Teil durch Urteil die Gesamtkosten nach Quoten erteilt hat? 6 774. — Teilurteil auf Klageabweisung und teilweise Zuerkennung e. Widerklage; Bezahlung d. Restes d. Widerklage; Endurteil über die Kosten 6 774 7 759, 760 (s. oben § 99 Abs. 1). — Beschwerde gegen die den Widerspruch gegen e. einstweilige Verfügung bezüglich d. Kostenentscheidung zurückweisende Entscheidung 6 774; 7 760. — Anfechtung d. bei Einstellung d. Entmündigungsverfahrens wegen Todes d. zu Entmündigenden dem Staat die Kosten auferlegenden Beschlusses 6 870. — Zulässigkeit d. Beschwerde, nur wenn auch in der Hauptsache ein Rechtsmittel zulässig gewesen wäre 1 3, 52/53; 3 2, 404, 405; 4 678, 5 770; bei der weiteren Beschwerde 1 3, 53; 3 2, 405/406; 5 770, 771. — weitere Beschwerde gegen Beschlüsse der Landgerichte? 6 773; 7 760. — Vollstreckung der nach § 99 Abs. 3

erlassenen Kostenurteile vor Rechtskraft, wenn sie nicht für vorläufig vollstreckbar erklärt sind? 3 2, 407; 5 773. — Beschwerde gegen ein nur über d. Kosten entscheidendes Urteil e. OLG. 7 760. — richterlicher Eid im Beschwerdeverfahren 1 3, 53, 185; 3 2, 407. — Gehör d. Beschwerdeführers, seines Gegners im Beschwerdeverfahren 1 3, 53. — Richterliche d. Gegners in der über d. Beschwerde angeordneten mündlichen Verhandlung 3 2, 407. — Zurückverweisung an das Untergericht im Beschwerdeverfahren (§ 539 ZPO.) 6 864. — Anordnung mündlicher Verhandlung über d. Beschwerde; Stellung d. Gerichts; Rückkehr in das regelmäßige Beschwerdeverfahren zulässig 7 760. — Beschwerdesumme 1 3, 52, 207; 4 678/679; 5 771; der weiteren Beschwerde 1 3, 53; 5 771; Berücksichtigung vor Nebenforderungen 1 3, 53; der Kosten des Beschwerdeverfahrens 1 3, 53.

Festsetzungsverfahren vor d. Amtsgericht (§ 103). — Kritik 4 680; 6 775. — selbständige Anfechtung d. im Urteil enthaltenen Kostenfestsetzung durch sofortige Beschwerde? 4 679, 680. — bei Versäumnisurteil in d. Hauptsache: gleichwohl Prüfung d. Kostenansätze 4 679. — Antrag d. Parteien nötig 4 679, 680 (2); 5 772; bindende Kraft des Antrags für den Richter 4 679. — kein richterlicher Zwang d. Partei, von dem Verfahren nach § 103 Gebrauch zu machen 4 679. — Mehrkosten bei Unterlassen d. Verfahrens nach § 103 1 3, 55; 4 679, 680 (3); 5 772; 6 775, 1210; 7 762; Verlust d. Gebühr nach § 23 Ziff. 1 RWGeb. ? 4 680. — keine Festsetzung nach § 103 bei Einstellung d. Zwangsvollstreckung oder wenn Beflagter die zur Abwendung d. Zwangsversteigerung nachgelassene Sicherheit leistet 3 2, 413. — Festsetzung noch nicht gemachter Auslagen, noch nicht erlegter Vorschüsse 4 680. — das Urteil hat materiell-rechtliche Fragen nicht zu erörtern, wohl aber, ob die Kosten erwachsen sind, ob sie unter das Urteil fallen u. ob sie notwendig waren 6 775. — Aufrechnung im Kostenfestsetzungsverfahren 6 775. — Veräußerung, Pfändung u. Überweisung d. Kostenerstattungsanspruchs; Einfluß auf den Streit? 5 772 (s. 773). — Entscheidung über die schon im Prozeß vorgebrachten, die Kosten betreffenden Einwendungen 5 772; 6 775. — analoge Anwendung des § 103? 1 3, 55.

Festsetzungsverfahren im übrigen (s. Vollstreckungstitel) 3 1, 109. — Abänderung d. §§ 104, 105 de lege ferenda 6 776. — Betreibung d. Erstattung der P. mittels besonderen Rechtsstreits 7 762. — das im Nachverfahren ergangene Urteil als Titel zur Festsetzung der zur Vorbereitung der Berufung im Ur-

kundenprozeß entstandenen Kosten **3 2**, 516. — bloß über die Kosten entscheidendes, nicht vollstreckbar erklärtes Urteil als Titel **5 773**. — Arrestbefehl nach Ablauf der Frist d. § 929 Abs. 2 als Festsetzungstitel **1 3**, 314; **5 773**, 893. — an die 1. Instanz zurückverweisendes Urteil d. Berufungsgerichts als Titel **5 773**. — Urkunden nach § 794 Ziff. 5 **3 P.D.** als Titel für Kostenfestsetzung **4 736**; **6 775**. — Festsetzung auf Grund e. nach § 708 Ziff. 6 vollstreckbaren Urteils **7 762**. — Vereinbarung, wonach Kläger unter Übernahme d. Kosten mit Zustimmung d. Beklagten die Klage zurücknimmt, als Titel? **6 775**. — Festsetzung d. Kosten e. nach rechtskräftigem Urteil abgeschlossenen Vergleichs auf Grund d. Urteils oder d. Vergleichs möglich? **6 775**. — Festsetzung d. Kosten d. Beschwerdeverfahrens über d. Kostenfestsetzungsbeschluss auf Grund d. Urteils? **6 775**; **7 763**. — gegen Sicherheit vorläufig vollstreckbares Urteil als Titel **7 762**. — Festsetzung d. Kosten eines im Anschluß an den Prozeß geführten Zwangsverfahrens? **5 773**. — Festsetzung der dem obliegenden Kläger entstandenen Gerichtskosten, für die er dem Fiskus als Erschuldner haftet; Abhängigmachen v. Nachweis d. Zahlung? **5 773**. — Urteil als Titel für Festsetzung d. Kosten e. Beschwerdeverfahrens **7 763**. — Festsetzung d. Arrestkosten **7 763**. — Festsetzung des vom Ehemann geleisteten Kostenvorschusses? **5 773**; **6 775**; **7 763**. — Festsetzung d. Vollstreckungskosten **5 773** (s. Zwangsvollstreckung). — Antrag auf Kostenfestsetzung auf Grund eines durch Vergleich beseitigten rechtskräftigen Urteils? **6 775**. — Festsetzung d. Kosten d. Schiedsgerichts **1 3**, 56; **6 775**; **7 763** (s. schiedsrichterliches Verfahren). — Antragsberechtigter: wenn er nur einen Vollstreckungstitel gegen d. Gläubiger d. Erstattungsanspruchs u. dieser wieder e. solchen gegen den Vollstreckungsschuldner hat **5 773** (s. 772). — Festsetzung aus e. im Anwaltsprozeß ergangenen Urteile, wenn d. Anwalt d. kostenpflichtigen Gegners nach Rechtskraft d. Urteils, aber vor Beginn d. Kostenfestsetzung verstorben ist **6 779**. — Festsetzung d. Kosten e. Einwendungsverfahrens nach § 766 **3 P.D.** **6 885**. — ein Streitgenosse scheidet, d. andere unterliegt; der Sieger zahlt aber wegen Unbermögens seines Genossen die ganzen Kosten des gemeinschaftlichen Anwalts **4 680/681** (s. oben unter Anwaltskosten); **5 762**, **773**; **7 761**. — darf das Gericht nachprüfen, ob die Vollstredbarkeitsklärung zu Recht erfolgt ist? **7 852**. — Anbringung d. Gesuchs; Vorschlag de lege ferenda **6 776**. — Mitteilung mehrerer Abschriften d. Kostenrechnung, wenn ein Anwalt mehrere Per-

sonen vertritt? **1 3**, 46. — Unterschrift u. Datierung d. Kostenrechnung? **3 2**, 414; **6 776**; **7 763**. — Unterschrift d. Gesuches **4 681**. — Vorlage d. Vollmacht bei Kostenfestsetzungsanträgen **1 3**, 44, 56. — wieviel kann bei mehreren Erstattungsberechtigten der einzelne verlangen? **1 3**, 46. — im Festsetzungsverfahren zulässige Einreden **4 680**; **7 763** (Einwendungen gegen d. Kostenerstattungsanspruch; Einrede d. Zahlung, Stundung, Vergleich). — Einrede d. Aufrechnung oder Zahlung im Festsetzungsverfahren **1 3**, 46; **3 2**, 414; **7 763**. — Einwand d. Verjährung **6 779**. — Einrede, daß d. Antragsteller seinen Anwalt oder die Gerichtskosten noch nicht bezahlt habe **3 2**, 413; **5 773**. — Zuständigkeit für die Festsetzung der Kosten eines vom Berufungsgericht, während der Hauptstreit bei ihm anhängig war, erlassenen Arrestes **7 763**, 890. — Zuständigkeit des Gerichts, bei dem der an einem anderen Gericht anhängige Prozeß verglichen wird, für Festsetzung? **7 763**. — im Fall d. § 584 **3 P.D.** zuständiges Gericht **3 2**, 414; **7 763**. — zuständiges Gericht für Festsetzung d. Vollstreckungskosten **5 773**; **6 775**; **7 763**. — im Fall d. § 766 **3 P.D.** zuständiges Gericht **5 773**. — zuständiges Gericht für Festsetzung d. Kosten e. beim Berufungsgericht erhobenen Restitutionsklage **6 776**; **7 763**. — unklarer Festsetzungsantrag; Abweisung oder Zwischenverfügung auf Klarstellung? **6 776**. — Antrag, auch die ausweislich d. Gerichtsakten berechneten Gerichtskosten festzusetzen, wenn keine spezifizirte Rechnung beigelegt wird **6 776**. — „Belege“ **6 776**. — muß d. Kostenrechnung d. Blattzahl der Handakten angeben? **6 776** (2). — Festsetzung d. erst bei künftiger Einwendung d. festgesetzten Kosten mittels Postanweisung zu verauslagenden Bestellsgebüdes **7 749**. — ist bei Festsetzung d. Kosten aus e. rein dinglich verurteilenden Erkenntnis auch d. Festsetzungsbeschluss „bei Weidung d. Vollstreckung in das Grundstück“ zu erlassen? **3 1**, 440; **7 763**, 899 (i. Hypothek). — Festsetzung bei einem Vergleich bezüglich e. im Prozeß nicht geltend gemachten Anspruchs **1 3**, 56. — Berücksichtigung nicht liquidirter, aber begründeter Kosten, wenn sich wegen Streichung anderer Posten d. Totalsumme nicht erhöht **5 774**. — nachträgliche Festsetzung e. nicht liquidirten oder anfangs nicht belegten Gebüür **1 3**, 56. — nachträgliche Erhöhung e. Gebüür ohne Aenderung d. Streitwertes **1 3**, 56. — Erstattungsanspruch d. Armenanwalts (s. Armenrecht) **3 2**, 542; **6 878** s.; **7 855**. — Erwähnung d. Solidarhaftung (§ 100 Abs. 4) im Festsetzungsbeschluss? **3 2**, 410, 411. — wer trägt die Kosten d. Festsetzungsver-

(Prozesskosten)

fahrens? **6 776.** — Mitwirkung d. Gerichtsschreibers **1 3, 56.** — Kosten mehrfacher Festsetzungsanträge **5 773, 774.** — nachträglicher Festsetzungsantrag d. Gegners nach Festsetzung d. Kosten d. e. Partei, abgesehen von den Fällen d. § 106 **3 3 2. 6 776.** — Festsetzungsverfahren bei Quotenteilung **6 774.** — muß bei Verteilung nach Quoten (§ 106) d. Antrag d. betreibenden Teils einen bestimmten Betrag angeben? **1 3, 56.** — Aufrechnung im Fall d. § 106 durch d. Gericht **1 3, 56; 3 2, 413.** — Vorliegen e. Zwangsvollstreckungstitels für jeden der beiden Teile im Fall d. § 106 **3 3 2. nötig 4 681.** — analoge Anwendung d. § 106 **3 3 2. 3 2, 415.** — Anwendung d. § 106 **3 3 2. in den Fällen d. § 124 Abs. 2 3 3 2. 5 774; 6 776.** — Berechnung d. Streitwerts im Ausgleichsverfahren nach § 106 **3 3 2. 1 3, 56; 3 2, 413; 6 1207.** — Anwendung d. § 106 **3 3 2.,** wenn nur die Gerichtskosten nach Quoten verteilt sind **5 775.** — Anwendnug d. § 106 **3 3 2. auf d. Vollstreckungskosten? 6 777.** — fruchtloses Verstreichenlassen d. Frist seitens d. Gegners im Fall d. § 106 **3 3 2.;** Einreichen d. Liquidation nach Erlaß, aber vor Anfertigung d. Beschlusses **5 774.** — Zustellung d. Beschlusses **3 2, 413, 414; 4 680** (Tod d. Prozeßbevollmächtigten). — Zwangsvollstreckung aus dem Festsetzungsbeschuß; § 798 **3 3 2. Stundenfrist? 3 2, 430, 561.** — Verzicht auf d. Frist d. § 798 **3 3 2. 5 860.** — Zwangsvollstreckung aus inländischen Kostenfestsetzungsbeschlüssen im Ausland **1 3, 259.** — Streitwert für das Festsetzungsverfahren, insbesondere i. Fall d. § 106 **3 3 2. 1 3, 56; 3 2, 413; 6 1207.** — Gebühren d. Anwalts für Festsetzung bei Quotenverteilung **3 2, 386, 387.** — Festsetzung d. Kosten d. Schiedsgerichtsverfahrens **1 3, 56, 330; 4 770; 5 901.** — Vollstreckungsklausel aus dem nach § 124 **3 3 2. für die arme Partei erwirkten Kostenfestsetzungsbeschuß für den Armenanwalt 3 2, 542; 6 878, 879.** — Festsetzung von Kosten auf Grund e. Urkunde nach § 794 Ziff. 5 **3 3 2. 4 736; 5 859.** — analoge Anwendung d. § 717 Abs. 2 **3 3 2. bei Aufhebung e. Kostenfestsetzungsbeschlusses 3 2, 538, 539** (s. prozessuales Verschulden). — analoge Anwendung d. § 717 Abs. 2 **3 3 2. zugunsten d. Klägers, gegen den d. Beklagte aus e. vorläufig vollstreckbar klagabweisenden Urteil wegen d. Kosten vollstrecken ließ? 1 3, 239.** — hindert d. Tod d. Anwalts nach rechtskräftigem Urteil die Festsetzung? **6 791; 7 778** (vgl. **4 680**).
 A n s e h u n g d e s K o s t e n s e t z u n g s b e s c h l u s s e s. — Be-

schwerde d. Partei im eigenen Namen wegen Zugrundelegung e. zu niedrigen Wertstufe **7 763** (s. **GRG.**). — Lauf d. Beschwerdefrist bei Zustellung d. Beschlusses ohne Abschrift d. Kostenrechnung **7 763.** — Abänderung auf Beschwerde durch das Untergericht; Beschwerdekosten **1 3, 56.** — Beschwerde d. Anwalts im eigenen Namen **3 2, 414; 5 774; 7 763; d. Armenanwalts 3 2, 414.** — Beschwerde nur gegen bestimmte einzelne Posten **3 2, 415.** — Beschwerde gegen d. Kostenfestsetzungsbeschuß wegen zu niedriger Ansetzung d. Streitwertes **3 2, 414/415** (Aktivlegitimation d. Partei, d. Anwalts). — Geltendmachung neuer Posten im Beschwerdeverfahren **3 2, 511.** — Antrag auf Berichtigung d. Beschlusses; Beschwerde bei Abweisung **3 2, 508.** — Benutzung d. Beschwerde z. Vinerung d. zugrunde liegenden Vollstreckungstitels **7 763.** — nachträgliche Änderung d. Streitwerts; Antrag auf Kostenänderung in Form d. Beschwerde **1 3, 57.** — Vollstreckungsgegenklage gegen d. Kostenfestsetzungsbeschuß **6 886.**

Prozessuale Mängel vgl. auch Rüge, mündliche Verhandlung. — Zustellung d. Klage an eine falsche Person; Heilung durch Auftreten d. richtigen Beklagten in der mündlichen Verhandlung, nachträgliche richtige Zustellung **7 780, 797** (Fiskus) (vgl. **1 3, 131**). — Heilung von Mängeln d. Klagerhebungsaktes; Heilung d. Zuständigkeitsmangels durch nachträgliche Verlegung d. Wohnsitzes an den Klagort **4 688, 690, 696.** — fehlende Aufforderung zur Anwaltsbestellung in d. Ladung **7 774.** — Nichtverstattung d. Partei zum Wort, Rüge in d. Revisionsinstanz **6 780.** — während d. Unterbrechung oder Aussetzung d. Verfahrens erfolgte Prozeßhandlung; Rügeverzicht; nachträgliche Heilung **1 3, 88; 2 2, 509.** — Nichtverlesen d. Klagenakts **3 2, 455** (s. Klagenantrag). — mangelnde Substantiierung d. Klagegrundes **6 795** (s. Klagegrund). — falsche Terminangabe auf d. Klageschrift s. Ladung. — fehlende Unterschrift im Urteil; kein Rügeverzicht **1 3, 131, 140; 6 825; 7 806** (s. Urteil). — Vollmangelmangel im Parteiprozeß; nicht verzichtbar **1 3, 131.** — zu Unrecht unterlassene Beerdigung e. Zeugen; Nachholen d. Rüge in 2. Instanz **1 3, 131, 165, 166; 3 2, 476.** — mangelhafte Klageschrift **1 3, 100, 131** (s. Klageschrift). — Fehlen einer Klageschrift **1 3, 100, 131.** — Angabe eines falschen Beklagten in der Klageschrift **1 3, 131** (s. Klageschrift, Klagenänderung). — nach § 145 **3 3 2. unzulässige Trennung 1 3, 130.** — unbedingtes Zusprechen e. bedingt erhobenen Widerklage **1 3, 131** (vgl. Urteil, *ne eat index ultra petita partium*). — Auflage d. Eides durch Beschluß statt

Urteil; wie lange kann d. Mangel gerügt werden? 1 3, 130, 131, 174; 6 813, 843 (f. Eidesaufgabe). — im voraus erklärter Verzicht auf Rüge 5 798. — Annahme e. Verzichts auf Rüge, wenn die Partei trotz Hinweis auf den Mangel keinen Antrag stellt 6 813. — Verlust d. Rügerechts, wenn d. Partei der Vereidigung e. Zeugen, d. nach dem Gesetz hätte beeidigt werden müssen, selbst widerspricht? 6 813. — fehlerhafte Zustellung e. Forderungspfändungsbeschlusses nach § 829 ZPO.; Heilung d. Mangels durch Verzicht? 6 904. — nicht von allen Richtern unterschriebenes Urteil; Heilung d. Mangels nach § 295 ZPO. bei Berufseinlegung möglich? 6 825 (f. oben). — Unkenntnis prozessualer Formvorschriften keine Fahrlässigkeit e. Laienpartei 5 115. — unterlassene Rüge d. Verletzung e. Prozeßvorschrift u. Verzögerungsunterbrechung 5 63. — in wesentlichen Punkten unrichtige Urkundenabschriften bei Klagen im Urkundenprozeß; Heilung? 7 846. — vom Zeugen bei seiner Vernehmung versprochene, aber unterlassene Einfindung e. Buchauszugs; nachträgliche Rüge seiner Aussage als e. unvollständige 7 797. — Widerlage trotz mangelnden Zusammenhangs 7 797. — unterlassene Beglaubigung d. Berufungsschrift; Rügeverzicht? 7 797. — Pflicht zur Rüge in d. nächsten Verhandlung, auch wenn diese sich nicht auf die Sache erstreckt 7 797. — ausdrücklicher Rügeverzicht außerhalb d. mündlichen Verhandlung möglich 7 797.

Prozessuales Verschulden s. prozessuale Mängel. — Schadensersatzpflicht bei widerrechtlicher Pfändungsbenachrichtigung 3 2, 539; 4 746. — Schadensanspruch eines Dritten bei Pfändung u. Versteigerung von ihm und nicht dem Schuldner gehörigen Sachen 3 2, 539, 556; 4 856; 6 896. — Unterlassen d. Stellung e. Einstellungsantrags nach § 769 ZPO. als mitwirkendes, einen Schadensanspruch gegen d. Pfändungsgläubiger ausschließendes Verschulden d. dritten Eigentümers 6 886. — bei Vollstreckung von Titeln d. § 794 Ziff. 1, 2, 5 1 3, 260; 5 760 (f. Vollstreckungstitel). — Schadensersatzpflicht d. e. Einstellung d. Zwangsvollstreckung Erwirkenden 3 2, 605; 5 338, 775, 857. — Prozeßverschleppung, Prozeßmutwilligkeit, Lüge im Prozeß, qualifizierte Prozeßschikane (Fälschung von Beweisen, Erschwerung d. gegnerischen Beweises) 4 664, 665. — Schadensersatzpflicht bei Pfändung von Zubehör gegen § 865 ZPO. 4 753. — Schadensersatzpflicht wegen Erwirkung einer einstweiligen Verfügung in Ehe-sachen 3 2, 604. — Haftung des Vollstreckungsgläubigers weg. ungerechtfertigter Bereicherung bei Pfändung u. Versteige-

rung von nicht dem Schuldner, sondern einem Dritten gehörigen Sachen 3 2, 556 (vgl. oben). — Vollstreckung e. anfechtbaren u. demnächst aufgehobenen Verfügung d. freiwilligen Gerichtsbarkeit 2 1, 136. — Vollstreckung trotz Stundung 3 1, 56. — Haftung d. Rechtsanwalts bei verstühter Vollstreckung 5 114. — Anspruch d. Klägers gegen d. Schuldner auf Ersatz d. durch Hinterlegung d. zur Herbeiführung d. vorläufigen Vollstreckbarkeit entgangenen Zinsen 6 873; 7 143.

Schadensersatzpflicht bei Vollstreckung eines später aufgehobenen, vorläufig vollstreckbaren Urteils, Vorbehaltsurteils, Arrestes (§§ 302, 600, 717, 945 ZPO.; vgl. auch Arrest, Berufung, Urkundenprozeß, Vorbehaltsurteil, vorläufige Vollstreckbarkeit) 5 800. — de lege ferenda 1 3, 216, 217, 236 ff. — Pfändrecht d. Beklagten an der nach §§ 709, 710 ZPO. bestellten Sicherheit wegen seines Rückzahlungsanspruchs bei nachträglicher Aufhebung d. vollstreckten Urteils 6 873. — Übergangsrecht 1 3, 238 (3), 239; 3 2, 538; 5 847; 6 594, 875. — analoge Anwendung bei Vollstreckung von Beschlüssen, Kostenfestsetzungsbeschlüssen; Vollstreckung e. vorläufig vollstreckbaren, klageabweisenden Urteils gegen d. Kläger wegen d. Kosten 1 3, 239; 3 2, 538, 539. — Verschulden d. Gläubigers Voraussetzung 1 3, 237; 3 2, 538, 539. — konkurrierendes V. d. Beklagten; Unterlassen d. Schadensabwendung od. Minderung; Verzögerung e. Einstellungsantrags 1 3, 238; 2 1, 152; 3 1, 105; 4 87, 727; 5 99, 825, 846, 847 (Nichtaufmerksammachen auf ungewöhnliche Schäden). — Aufhebung d. Urteils insoweit früher schon möglichen neuen Vorbringens d. Beklagten 1 3, 238. — Aufhebung d. Urteils wegen Unzuständigkeit d. Gerichts 5 846; 6 874. — Aufhebung d. Urteils nur aus formellen Gründen 3 2, 539; 6 874 (nach § 539 ZPO.). — Aufhebung d. Urteils auf Grund von erst nach d. Vollstreckung entstandenen Einwendungen 5 846; 7 799. — keine Aufhebung oder Abänderung in der Sache selbst, sondern nur d. Kostenentscheidung 3 2, 538, 539. — Gleichgültigkeit d. Grundes d. Aufhebung 5 846. — Aufhebung e. Vorbehaltsurteils insolge von erst nach Vollstreckung entstandenen Einwendungen 7 799 (f. oben). — Schadensersatzpflicht, wenn d. vollstreckbare Urteil 1. Instanz durch bedingtes Urteil 2. Instanz abgeändert, später aber durch d. Säuerungsurteil seinem Inhalt nach bestätigt wird 6 874. — Abweisung d. Klage in 2. Instanz wegen nicht ordnungsmäßiger Vertretung d. prozeßunfähigen Beklagten 6 874. — Aufhebung des vorläufig vollstreckbaren Urteils durch Vergleich

(Prozessuales Verschulden)

6 874. — Kaufzusammenhang zwischen Vollstreckung u. Schaden **5 847.** — Geltendmachung d. Schadensanspruchs im gleichen Verfahren; Widerlage? **5 847; 6 874.** — Zulässigkeit d. Geltendmachung d. Schadensanspruchs in besonderer Klage **1 3, 239; 5 847.** — Gerichtsstand b. Geltendmachung des Schadensanspruchs in e. besonderem Prozeß **3 2, 349, 538; 5 760, 864.** — Geltendmachung im anhängigen Hauptverfahren, wenn dies ein Urkundenprozeß ist; Beweisbeschränkung d. Urkundenprozeßes? **1 3, 239; 3 2, 513, 514, 538.** — Geltendmachung im Verfahren über Arrest u. einstweilige Verfügungen **1 3, 239.** — Geltendmachung im Läuterungsverfahren trotz Möglichkeit früherer Geltendmachung **4 727; 5 846.** — Geltendmachung im anhängigen Verfahren in der höheren Revisionsinstanz; Zurückverweisung an die 1. Instanz **1 3, 238; 5 846.** — Berechnung d. Streitwertes; Einrechnung von Zinsen u. Kosten **5 847; 6 875.** — durch die bloß begonnene Vollstreckung (Pfändung, Siegelung, Wegschaffung, Gebrauchsentziehung) entstandener Schaden **5 847; 6 874.** — Verzinsung d. beigetriebenen Betrags auch bei Kaufleuten nur mit 4% **6 875.** — Umfang d. zu ersetzenden Schadens **6 874.** — Einreden **5 846; 6 874.** — materielle Einreden **3 2, 538; 6 875.** — Aufrechnung des Klägers gegen die Schadensforderung mit Gegenansprüchen, insbesondere z. Zt. der Vollstreckung noch nicht fälligen **1 3, 239; 4 727; 5 846, 847; 6 874, 875.** — bei Aufhebung d. Urteils wegen Unzuständigkeit d. Gerichts Aufrechnung d. Klägers gegenüber dem Schadensanspruch mit der im Vorprozeß geltend gemachten For-

derung? **5 846, 847.** — *exceptio doli* generalis gegen d. Schadensanspruch **6 875.** — Nachprüfung d. Frage, ob d. vollstreckbare Urteil mit Recht aufgehoben wurde **4 727.** — Einwand; das aufhebende Urteil sei unter Verletzung d. Eidespflicht erlangt **6 875.** — Klagerweiterung, neue Ansprüche gegenüber dem Schadensanspruch **5 846.** — Haftung d. Klägers bei Betreibung d. Vollstreckung durch d. Zessionar d. Urteilspruchs **5 847.** — analoge Anwendung d. § 717 *B.D.* bei Vollstreckung e. ansehbaren u. demnächst aufgehobenen Verfügung d. freiwilligen Gerichtsbarkeit? **2 1, 136.**

Prozeßverschleppung. — Benennung e. bereits von d. Gegenpartei benannten, aber nicht auffindbaren Zeugen **6 834.**

Prozeßvollmacht f. Prozeßbevollmächtigter.

Prozeßzinsen f. Zinsen. — bei Anspruch mit beschränkter Haftung **2 1, 203.**

Prüfungstermin f. Konkursgläubiger.

Pseudonym f. Name, unlauterer Wettbewerb. — rechtliche Anerkennung d. P. d. Schriftstellers u. d. Schauspielers **4 5; 5 3.** — Gebrauch eines P. keine Namensänderung **3 1, 2.** — Schutz gegen Dritte **1 1, 15; 3 1, 2, 4; 5 3** (f. auch unlauterer Wettbewerb, § 8). — Unterschrift mit P. **2 1, 60, 61; 3 1, 3, 41.**

Publikation f. Veröffentlichung, Urteil.

Publikationsbefugnis als Schadensersatz nach § 249 **4 267; 5 351.**

Publitum. — Offerte an das P. **1 1, 92.**

Punktation f. mündliche Nebenabrede, Vorvertrag, Form. — Bedeutung bloßer P. e. Vertrags trotz Vereinbarung gerichtlicher oder notarieller Verlautbarung **1 1, 74.**

Pupillarsubstitution eines vor 1900 errichteten Testaments **1 2, 454.**

Q.

Qualifiziertes Geständnis f. Geständnis.

Quarantäne. — Verwahrungsvertrag mit dem Staat bei Qu., Haftung des Staates **7 286, 287.**

Quasipupillarsubstitution. — in der Form der Nacherfolge **5 572.** — in vor 1900 errichtetem Testament bei Erbfall nach 1900 **1 2, 454; 2 1, 808, 809; 3 1, 708; 5 635.**

querela protractae iustitiae vgl. Rechtsverweigerung.

qui iure suo utitur, neminem laedit **1 1, 134.**

Quittung f. a. Scheß, Hypotheklöschung. — rechtl. Natur: Geständnis, Beweismittel der Erfüllung? negativer Anerkennungsvertrag **6 156, 288.** — Rechtsgeschäft? **6 156.** — Qu. u. Erlaß **3 1, 184; 5 157.** —

rechtl. Charakter des Anspruches auf Qu.-leistung **1 1, 269 f.; 4 134; 5 150 f.** — als Empfangsermächtigung, Leistung an d. „Qu.-überbringer“ **1 1, 270; 2 1, 232 f.; 4 134.** — rechtliche Stellung des Qu.-überbringers; Vertreter oder Verfänger? **7 173.** — Überbringer e. gefälschten oder verfälschten Qu. **7 172, 173.** — Begriff „rechtl. Interesse“ **1 1, 270.** — Anspruch auf Erteilung e. Qu. über die Qu.-leistung? **7 172.** — Gläubigerverzug u. Quittungspflicht **4 117.** — Erteilung der Qu. keine z. Leistungsbewirkung erforderliche Handlung d. Gläubigers **4 116.** — nachträgliches Verlangen e. Qu. **1 1, 269; 4 134.** — subrogative Quittung **5 151.** — Fahrkarten, Billets u. ähnliche Marken keine Qu. **3 1, 176.** — Postschein als Qu.?

7 172. — Form 1 1, 270; 2 1, 232. — löschungsfähige Qu. des Hypothetgläubigers 2 1, 591 ff.; 5 440. — Qu. unterliegt d. §§ 269, 270 2 1, 165. — am Erfüllungsort anzubieten § 1, 174, 177. — keine Ersetzung d. Erteilung durch d. bloße Versprechen e. Du. § 1, 174. — Retentionsrecht d. Schuldners kraft seines Anspruchs auf Qu.-erteilung 1 1, 270; 3 1, 177; 4 134. — Entkräftung 1 1, 269. — Einlösung e. gefällichten Qu.-scheides 4 134. — Anfechtung wegen Irrtums 5 33. — Qu.-sblankett ermächtigt nicht zum Leistungsempfang 1 1, 270. — fehlende Unterschrift bei e. Qu.-svermerk auf e. Konnossement 2 1, 231. — Übergewicht der Wort-Qu. über d. Qu. mit Ziffernangabe? 2 1, 231. — Qu.-svermerk auf e. Wechsel 1 1, 270; 7 173. — Notar als Qu.-überbringer bei e. ihm zugewandten Löschungsbewilligung 7 173. — Kosten 1 1, 270; 2 1, 232. — Kostenvorschusspflicht als Voraussetzung d. Qu.-spflicht 4 134; i. Z. einer Mehrheit v. Gläubigern 5 151. — Übernahme der Kosten der Qu. durch d. Schuldner 2 1, 232. — kein Anspruch auf Qu. bei sofortiger Barzahlung im Kleinhandel 1 1, 269. — Qu. im Hy-

pothekenverkehr 1 1, 270; 2 1, 232; 591 ff.; 4 134; 5 440. — Klage auf Qu. gegen Mündel, Vollstreckung des Urteils 4 443. — Vorschlag doppelter Qu. im Postanweisungverkehr 1 1, 232. — Anspruch auf Herausgabe der erteilten Qu. bei Kondition e. negativen Inkenntnisses 7 325. — Qu.-anspruch des Schiffers gegen d. Empfänger (Pieserstein) 6 157. — Anspruch des zahlenden Käufers e. Schuldverschreibung auf den Inhaber auf Qu.? 1 1, 443.

Löschungsfähige Quittung 2 1, 591 ff.; 5 440. — Retentionsrecht an l. Qu. 1 1, 183; 3 1, 121. — Form der l. Qu. 1 1, 270.

Quittungskarte s. Alters- und Invalidenversicherung. — Retentionsrecht an der Qu. 2 1, 177, 178. — Lohnneinbehaltung wegen Nichtvorlegens der Qu. zwecks Markeneinflebens 3 1, 123. — Haftung d. Arbeitgebers f. unbefugtes Einbehalten der Karte 5 272; 7 253. — Herstellung u. Umtausch durch Polizeibeamte keine fiskalische Handlungen (§ 89 BGB., Art. 77 GGWB.) 2 1, 25.

quot minores tot curatores (s. Pflegschaft) 1 1, 116; 2 1, 89, 90; 3 1, 60.

R.

Rabatt. — Beweislast des Schuldners s. d. R.-Abrede 3 1, 119. — Angebot mit unzulässigem Abzug nicht mehr „geschuldete Leistung“ 3 1, 119.

Rabattmarken. — Verpflichtung z. Einlösung d. ausgegebenen R. nach Geschäftsaufgabe? 7 68, 100.

Rabfahrer. — Haftung u. § 823 BGB. 1 1, 471; 4 277; 6 314 (vgl. unerlaubte Handlung).

Rang s. auch Pfandrechte an beweglichen Sachen. — bei Einträgen derselben Abteilungsgegenstände ohne Rücksicht auf Nummer u. Datum? (Lotusprinzip) 1 1, 534; maßgebend die tatsächliche, nicht die rechtmäßige Reihenfolge der Eintragung 3 1, 390; 6 358. — bei Einträgen in verschiedenen Abteilungen: R. ohne Datierung eingetragener Rechte 1 1, 534. — einer vom Eigentümer bewilligten Erweiterung des Inhalts einer Hypothek 2 1, 536; 3 1, 439. — der Rechte an Grundstücksrechten 1 1, 535. — der Hypothek des Eigentümers oder persönlichen Schuldners im Verhältnis zur Hypothek des Gläubigers 1 1, 700; 2 1, 599; 4 359 ff.; 5 436. — des dem Eigentümer u. des dem persönlichen Schuldner zuzurechnenden Teiles einer Hypothek im Verhältnis zueinander 6 428. — des auf d. Eigentümer u. persönlichen Schuldner übertragenen Teiles einer

Briefhypothek 4 360. — nicht eintragungsbefürdiger Rechte gegenüber eingetragenen Rechten 1 1, 535. — Verprechen einer Hypothek zu bestimmtem R. 3 1, 390, 405 (kein Berichtigungsanspruch des Gläubigers gegen einen im R. vor ihm eingetragenen Gläubiger); 4 316 (Hypothekbestellung durch einen noch nicht eingetragenen Erwerber, Konkurrenz mit der Erwirkung einer Vollstreckungshypothek gegen den bisherigen Eigentümer). — Bewilligung einer Hypothekeneintragung „an bereiteter Stelle“ 3 1, 390. — Verpflichtung, einer Darlehenshypothek im Zweifel die erste Stelle zu gewähren? 2 1, 536. — R. der im Grundbuch eingetragenen Rechte in Sachsen; Übergangsrecht 2 1, 793. — Folgen einer falschen Eintragung des Ranges ins Grundbuch; Berichtigungsanspruch gegen den Begünstigten? 1 1, 535; 6 358; Anspruch aus ungerechtfertigter Bereicherung? 1 1, 535; 3 1, 390; Ansprüche des Gläubigers, der infolge Ausnutzung einer unrichtigen R.-Angabe im Grundbuch ausgefallen ist 7 907. — Berichtigung der falschen Eintragung des R.-Verhältnisses 1 1, 535. — R. der Gläubiger, die eine Hypothek mit Erfolg angefochten haben 5 384, 932; 6 359, 965. — Bescheinigung über den Rang eines Rechtes; Aufgabe des GBA. hierbei 5 387.

Rangänderung. — ihr Wesen **11**, 532; **31**, 391; **5** 385; **6** 358; **7** 392. — ihre Wirkung **11**, 537; **6** 358 f. — Wirkung bei rechtsgeschäftlicher Aufhebung des zurückgetretenen Rechtes **5** 385. — Wirkung beim Rücktritt oder Vortritt mehrerer Rechte hinter oder vor ein anderes; Wahrung des unter jenen bestehenden Ranges? **31**, 391; **5** 385, 387; **6** 358 f., 964 f.; **7** 393. — Wirkung beim Rücktritt einer von zwei Gleichrangshypotheken hinter e. Nachhypothek **5** 385. — Berücksichtigung des Parteiwillens bei Feststellung d. Wirkung **5** 386; **7** 393. — Wirkung bei gleichzeitigem Rücktritt mit einem Recht hinter mehrere Rechte **11**, 537; **7** 393. — Wirkung beim Rücktritt zweier hintereinander stehenden Hypotheken hinter eine von zwei Gleichrangshypotheken **5** 385. — Wirkung im Falle sukzessiven Rücktritts hinter mehrere Rechte **11**, 537. — Rangrücktritt mit dem Teilbetrag einer Hypothek, Rang des vorgetretenen u. des nicht zurückgetretenen Betrages **31**, 391; **3** 2, 293. — Vorrangseinträumung mit nur obligatorischer Wirkung **11**, 537 (vgl. **11**, 536); **6** 360 (Eintragung im Verhältnisse der Vertragsparteien zueinander nicht erforderlich). — Einräumung des Gleichranges **6** 359. — Gegenstand der Vorrangseinträumung **11**, 536, 540; **21**, 537; **5** 385; **6** 360; **7** 392 f. (eingetragene Rechte, Rechte desselben Berechtigten, rechtsbeständige Rechte? durch Vormerkung gesicherte Rechte?); **5** 385 f. (bei Abtretung einer Teilhypothek). — Vorrangseinträumung unter Bedingung oder Befristung **11**, 536; **6** 360 (bei Vorrangseinträumung an Baudarlehen). — obligatorische Verpflichtung zur Vorrangseinträumung u. dingliche Einigung hierüber **11**, 536. — Eintragung der Änderung vor Eintragung der vortretenden Hypothek **11**, 536; **31**, 391; **7** 392. — Grundbuchamtlicher Vollzug **11**, 536; **21**, 536; **31**, 390; **6** 359. — Nachweis der Einigung der beteiligten Gläubiger nicht erforderlich **7** 393. — Löschung der zurückgetretenen Hypothek; Form des Vollzuges **2** 2, 477. — Einräumung des Vorranges vor einem getilgten Teilbetrag mehrerer Hypotheken desselben Gläubigers zugunsten des gesamten Überrestes **5** 360. — Rücktritt hinter eine Bausparhypothek **6** 964, 965. — Verpflichtung zur Einräumung des Vorranges vor den zur Tilgung gelangenden Teilbeträgen einer Amortisationshypothek, Sicherung der Vorrangseinträumung durch e. Vormerkung **11**, 537. — Eintragung des Vorrangs ungetilgter Teile vor den getilgten **11**, 700; **31**, 453. — Rangrücktritt der an die Stelle amortisierter Teile einer Amorti-

fationshypothek getretenen Eigentümergrundschuld hinter eine andere Hypothek **2** 576; vor Entstehung der Eigentümergrundschuld unmöglich **5** 386. — Wirkung einer nicht auf Rechtsgeschäft beruhenden Aufhebung des zurücktretenden Rechtes **11**, 537. — Voraussetzungen der Eintragung einer Hypothek mit dem Bemerk, daß ihr vor dem jeweils getilgten Teil vorgehender Hypotheken der Vorrang zustehen soll **31**, 391; **5** 387. — Eintragung von Amts wegen bei Umschreibung einer Teilhypothek auf den Eigentümer oder persönlichen Schuldner **21**, 599.

Zustimmung d. Eigentümers. — nicht erforderlich bei Teilung von Hypotheken u. Änderung des Ranges der Teilbeträge durch den Berechtigten? **11**, 536; **5** 429; **6** 418; **7** 444. — bei erfolgreicher Anfechtung einer Vorhypothek durch e. Nachgläubiger **21**, 536. — beim Zurücktreten der Vormerkung einer Hypothek, Grund- oder Rentenschuld **21**, 537; **4** 317. — erforderlich nicht zur Rk., sondern nur zum Zurücktreten **21**, 536; **31**, 391. — im Fall einer vom Eigentümer bewilligten Erweiterung des Inhaltes einer Hypothek **21**, 536. — Genehmigung des Vormundschaftsgerichts, Einwilligung der Ehefrau zu der Zustimmungserklärung erforderlich? **31**, 390 f.

Rangseinträumungsverzicht (bayer. R.). — ein Hindernis für die Entstehung einer Eigentümerhypothek? **4** 780.

Rangvorbehalt **11**, 537 f.; **31**, 392. — kann an die Bedingung des Wegfalles anderer Hypotheken geknüpft werden **5** 387. — zulässig nur bei Befestigung des durch den Vorbehalt beschränkten Rechtes? **11**, 537, 538; **5** 387 f. (Antrag auf Eintragung d. Vorbehalt zugleich mit d. Antrag auf Hypothekeneintragung gestellt, vom GVL. aber zu Unrecht nicht vollzogen, Zustimmung des Hypothekgläubigers zur nachträglichen Eintragung); **6** 357, 360. — zulässig bei Vormerkung **4** 317. — grundbuchamtliche Behandlung **11**, 538; **31**, 392 (Rangvorbehalt für eine verzinsliche Hypothek). — R. zugunsten einer Hypothek, insoweit die durch sie gesicherte Forderung entsteht **31**, 392. — zugunsten einer beliebig hohen Hypothek **6** 360. — Sicherung der nächstfolgenden Rangstelle für eine künftige Zwangshypothek **7** 394. — Gegenstand der Übertragung u. der Zwangsvollstreckung? **11**, 538; **6** 361; **7** 393. — Vereinbarung, über einen R. nicht ohne Zustimmung eines anderen zu verfügen **6** 361. — Wirksamkeit beim Vorhandensein von Zwischenrechten **11**, 538; **31**, 392. — kein Recht des Gläubigers einer Zwangshypothek, in d. vorbehaltenen Rang einzudringen **7** 393. — Vorbehalt

fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

des Gleichranges für eine künftige Hypothek 5 388. — Erlöschen des Rangvorbehalts 6 361.

Rat s. Auskunft, Empfehlung, Bankier. — Charakter des auf R.-erteilung gerichteten Vertrags 2 1, 406, 407; 3 1, 284, 285; 4 221; 5 265, 267. — Umfang der Haftung nach § 676 7 281. — keine allgemeine Haftung für Fahrlässigkeit im § 676 1 1, 409; 7 281. — Haftung bei R.-erteilung Sachkundiger an Sachkundige aus dem Dienst- oder Werkvertrag 2 1, 375, 409; 4 194, 205, 221; 5 242. — R. u. Empfehlung bez. Ankaufs von Aktien Dienst- oder Werkvertrag? 4 221. — Haftung e. Bankiers für R. bez. Anschaffung von Wertpapieren 1 1, 409; 2 1, 409; 3 1, 287; 4 221; 5 265; 7 281 (s. Bankier). — Haftung für fahrlässig falschen Rechts-R. 2 1, 409; 3 1, 282; 4 221. — Haftung des Notars 4 21, 22. — Haftung bei Erklärung, es könne an E. bis zum Widerruf d. Erklärung ruhig weitergeliefert werden 6 126. — Haftung für R.-erteilung ohne Bestehen e. Vertragsverhältnisses 7 281. — Haftung bei e. erst infolge des Rates zustande kommenden Vertragsverhältnisse 7 281. — Anwendung des § 676 auf bloß neutrale, mit einem Rat oder e. Empfehlung nicht verbundene Auskünfte 7 281. — Verjährung des Schadensersatzanspruchs wegen R.-erteilung 7 281. — R.-erteilung innerhalb e. Dienst- oder Werkvertrags 7 282.

Raubfrüchte vgl. Früchte. — Begriff 1 1, 57.

Räumungsfrist. — Bestimmung e. R. nach § 721 B.P.D. bei allen auf Räumung lautenden Urteilen, nicht bloß bei denen aus e. Mietvertrag 6 876.

Realgemeinden. — vor 1900 begründete 3 1, 691. — vor 1900 begründete Alpen- genossenschaften 4 541. — Miteigentum nach Bruchteilen? 3 1, 696. — Markt- u. Feldgenossenschaften in Holstein 6 270. — als Wirtschaftsvereine 3 1, 12. — Anwendbarkeit des § 54 BGB. in ihrer Stellung nach außen 3 1, 19.

Realgewerberechte. — Begriff 4 919. — Fortbestehen der realen u. radizierten Gewerberechte in Bayern 3 1, 680. — i. Preußen vor 1810 entstandene Realhand- gewerberechte 6 588. — PersonalkonzeSSION bei unerheblicher Erweiterung der Wirtschaftsräume einer realen Gastwirtschaft? 4 920. — Begriff der wesentlichen Erweiterung e. Realwirtschaft 4 920. — KonzeSSION bei realer Schankwirtschaft 4 929, 942, 943. — Erlaubnis zur Ausübung der R. durch einen Pächter 4 943. — Übertragung von Todes wegen 4 943. — Verkauf e. R.W.R. mit Hundschaf; Gebührenbewertung in Bayern 7 27. —

Grundbuchberichtigung bei Realschankrecht 6 1034.

Realkaften. — Begriff 1 1, 657; 6 403. — rechtlicher Charakter 2 1, 578; 5 419. — Art der Leistung: wiederkehrende Leistungen; Befestigung aus den Erträgen eines Grundstücks; Gewährung von Wohnung u. Landbauung; Sicherstellung einmaliger Leistungen durch Höchstbetragshypothek; Geldrenten zur Verzinsung u. Tilgung eines Darlehens; Anzeigenerstattung von einem abzuschließenden Mietvertrag an den Berechtigten bei einem Vormietungsrecht 1 1, 657 f. — die bei bauerlichen Gützüberlassungsverträgen (s. diese) üblichen Abfindungen u. andere Fälle 2 1, 578 f.; 3 1, 432; 6 403; 7 582. — Unterlassung von Handlungen; Leistungen, die nicht in bestimmten Zeitabschnitten sich wiederholen u. keine bestimmte Höhe haben, Zuchtkierhaltung, Deichlast als Gegenstand e. Realkaft 5 419. — dingliche Sicherung der in einem bauerlichen Übergabevertrag für Dritte ausbedungenen unregelmäßig wiederkehrenden Leistungen 7 428. — gebrauchliche Fälle 7 428. — Bestellung nach altem bayerischen Liegenschaftsrecht 3 2, 155. — Inhalt der Eintragung 1 1, 658. — Ermöglichung der Umrechnung in einen Geldbetrag 2 2, 459. — Belastung des ganzen Grundstücks so, daß die Leistungen nur aus einem Teile zu entnehmen sind 1 1, 658. — Anwendung der für die Zinsen einer Hypothekforderung geltenden Vorschriften: Verjährung nicht regelmäßig wiederkehrender Leistungen 1 1, 658. — Rechte des Gläubigers wegen Verschlechterung des Grundstücks 1 1, 658; 3 1, 433. — Eintragung eines amortisierbaren Darlehens als Realkaft 1 1, 659. — persönliche Haftung des Eigentümers: deren Ausschließung ins Grundbuch einzutragen? Haftung von Miteigentümern, Haftung für das Ablösungskapital, für Verbindlichkeiten der Rechtsvorgänger u. -nachfolger 1 1, 659; zur Ausdrucksweise des Gesetzes 5 419. — Teilung des Grundstücks des Berechtigten 1 1, 659. — Teilung des belasteten Grundstücks 5 419; 6 403. — Trennung subjektiv-dinglicher R. aus der Zeit vor 1900 von dem berechtigten Grundstück 1 1, 659. — Übertragbarkeit u. Vererblichkeit subjektiv-persönlicher R. 1 1, 659; 3 1, 433; 6 403. — die ablösbaren R. ein Recht im Sinne d. § 882 BGB.? 1 1, 538. — Realkaften d. früheren sächsischen Rechts; Vorrang vor den Hypotheken 7 929. — nicht beständige R., Anteils-R. (Rheinprovinz) 2 1, 772.

Realobligation. — Wesen 2 1, 592; 5 76, 428, 429. — R. u. Bewertungserrecht 5 77. — Vollstreckung in den „haftenden“ Gegenstand 5 77.

Rechenfehler vgl. Abrechnung, Kauf. — bei Offerten; verstoßt seine Ausnutzung gegen die guten Sitten? 2 2, 200.

Rechnung f. Stillschweigen, Erfüllungsort. — einseitiger Vermerk über Erfüllungsort 3 2, 78, 349; 4 617. — Bedeutung eines Vermerks auf früheren R. für spätere Bestellungen 3 2, 349; 2 2, 198, 199; 4 617, 669. — Stillschweigen gegenüber dem vom Vertrag abweichenden Vermerk auf der R. 3 2, 78; 4 617. — R. als Bestätigung eines geschlossenen Kaufes? 3 2, 78. — Zusendung einer im Vorhinein die allgemeinen Geschäftsbedingungen des Verkäufers enthaltenden R. zugleich mit einem Bestätigungsschreiben 3 2, 78.

Rechnungslegung f. Auskunftspflicht. — d. Vormunds f. Vormundschaftsgericht. — ratio d. § 259 BGB. 3 1, 110. — allgemeine Rechtspflicht zur R.? 6 108, 109; 7 117. — Erfordernisse der R. 4 91, 92. — Anspruch auf R., vermögensrechtlicher Anspruch 4 91. — Fälle des Bestehens e. Verpflichtung zur R. 1 1, 168. — für einen vor 1900 begründeten Anspruch 1 2, 417; 2 1, 784. — §§ 259 Abs. 3, 260 Abs. 3 BGB. nicht anwendbar auf vor 1900 entstandenes Schuldverhältnis 3 1, 110. — Mitübergang des Rechts aus § 259 BGB. bei der Fession 2 1, 155; bei Pfändung 7 292. — Aufrechnung mit Geldforderung dem Anspruch aus § 259 BGB. gegenüber aus- geschlossen 2 1, 155. — R. nach § 259 bei besonders geartetem Schuldverhältnis 5 100. — ungenügende R. (e. Gutsverwalters) 4 92. — bei Geschäfts- verhältnis 3 1, 110; 7 292 (Übergang des R.-anspruchs bei Pfändung des Anspruchs e. Gesellschafters f. Gesellschaft). — unter Miterben 2 1, 155 (f. diese). — Anspruch des Ehemanns gegen die Frau, die das Eingetragene zur Verwaltung Dritten überläßt? 7 481. — bei größeren kaufmännischen Unternehmungen 3 1, 110. — Verlangen des Handlungsagenten nach Buchauszügen (§ 91 BGB.) u. § 259 BGB. 2 1, 156. — keine gesetzliche Pflicht zur R. aus §§ 677, 687 BGB. 3 1, 110. — R. bei Geschäftsabfertigung für andere 1 1, 167, 168. — Pflicht des Gastwirts, d. mit dem Kellner Teilung der Trinkgelber vereinbart hat 6 108. — Pflicht des aus e. Sicherungshypothek nur dinglich Verpflichteten 6 108. — R. der Wank, die im Auftrag d. Erben ihres Kunden aus dem Depot dessen Schulden deckt 6 109. — Übernahme der Verwaltung eines Warenlagers auf Veranlassung des Gläubigers des bisherigen Geschäftsinhabers 6 109. — keine Pflicht zur R. über e. in eigener Angelegenheit vorgenommene Verwaltung oder Geschäftsabfertigung gegenüber e. mittelbar interessierten Dritten 5 100. — kein Anspruch des nach § 15 WarenBzG.

Verletzten auf R. 1 1, 167. — Anspruch auf Entlastung? 3 1, 110, 569 (f. Vormundschaftsgericht); 7 117. — Erlaßvertrag d. volljährig gewordenen Mündels mit dem Vormund betr. R. 1 1, 296. — Verlangen der Beerdigung schon im Klagenantrag bei einer nach §§ 259, 260 BGB. erhobenen Klage? 6 108. — Unterbrechung der Verjährung durch Klage auf R.? 6 108. — Prozeßzinspflicht bei Klage auf R. 6 108. — Pflicht der im Güterstand der Verwaltungsgemeinschaft ihr Eingetragenes selbst verwaltenden Ehefrau zur R. 7 117. — Anspruch auf R. bei Verletzung e. Konkurrenzverbotes 7 279. — Anspruch d. Alleinvertreuerberechtigten auf R. gegen den vertragswidrig selbst Geschäfte abschließenden Fabrikanten 7 285.

Klage auf Rechnungslegung verbunden mit Klage auf Herausgabe (§ 254 BGB.). — Anwendungsgebiet 3 2, 436. — Teilurteil über die Abrechnung 1 3, 101; 5 787 (2); 7 782. — was ist hier res litigiosa? 1 3, 101. — Streitwert 4 689. — bloßer Vorbehalt der Klage auf Leistung 5 787. — Verhältnis zur Feststellungsclage 5 787. — Klage des Agenten auf Buchauszug verbunden mit der Klage auf Zahlung der Provision 3 2, 28. — Begriff der Rechnungslegung 3 2, 436. — Abweisung der Leistungsclage bei nicht rechtzeitiger Bezifferung des Hauptantrags 6 795. — Urteil, wenn die erlangte R. kein Saldo für den Kläger oder ein Saldo für den Beklagten ergibt; Prozeßkostenpflicht des Klägers 6 795 (vgl. Prozeßkosten § 93). — Aufstellung einer neuen Rechnung seitens des Klägers nach R. des Beklagten 3 2, 436. — Teilurteil über den Anspruch auf R. (f. oben); Verbindung dieses Teilurteils mit e. Zwischenurteil über den Grund des 2. Anspruchs; Rechtsclage, wenn der Beklagte den 1. Anspruch auf R. nicht erfüllt; Geltendmachung des Anspruchs auf das Interesse 7 782 (vgl. 3 2, 436; 4 691; 5 787). — Klage auf Löschung verbunden mit Klage auf R. 3 2, 436. — Klage auf R. verbunden mit Klage auf Leistung des Offenbarungseides? 4 688. — Urteil auf R. u. Auskehrung des sich hiernach ergebenden Betrages 5 787. — kann das Berufungsgericht mit dem Urteil über den Anspruch auf R. zugleich die Entscheidung über den Grund verbinden u. im übrigen zurückverweisen? 3 2, 436. — kann nach rechtskräftiger Erledigung des Anspruchs auf R. im Nachverfahren über d. Leistungsanspruch das Interesse eingeklagt werden, das beim Ausbleiben der aus dem Teilurteile geschuldeten Handlung dem Gläubiger zu ersetzen ist? 4 691; 5 787; 7 782.

Rechnungsverfahren f. vorbereitendes Verfahren.

Recht ausländisches f. ausländisches Recht. Rechte.

Arten von Rechten 2 1, 524; 5 383.

— R. an der Sache; Begriff (im Gegensatz zum dinglichen Recht) u. Arten 1 1, 506 f. — Recht an der Sache i. S. des § 864 Abs. 2 2 1, 528. — R. zur Sache; Begriff u. Begründung 1 1, 507.

Zeitlich beschränkte Rechte. — deren Löschung im Grundbuch f. Löschung.

Rechte dingliche. — Begriff im Gegensatz zu dem Recht an der Sache 1 1, 506 f. — Einteilung in Voll-R. u. Besitz-R. 2 1, 524. — d. R. u. Eigentum 5 383. — das Pfandrecht als dingliches R. 7 468. — Dinglichkeit der Grundstücksmitte? 1 1, 374 f.; 2 1, 305, 530. — R. an der eigenen Sache 1 1, 543. — nach 1900, aber v. Anlegung d. Grundbuchs entstandene R.; maßgebendes R. 1 2, 428. — vor 1900 geschlossener obligatorischer Vertrag auf Begründung eines dinglichen Rechts 2 1, 793. — Schutz des guten Glaubens bei vor Anlegung des Grundbuchs entstandenen Rechten 1 2, 429. — vor 1900 eingetragene, nach BGB. nicht mehr eintragbare R. 2 1, 794. — vor 1900 ohne Eintragung entstandene dingl. R. (Recht die Eintragung zu verlangen) 3 1, 697; 6 595/596; Fortbestehen u. Aufhebung solcher Rechte 4 548/549; 6 596. — vor 1900 ohne Eintragung entstandene dingl. R. auf der Landesgesetzgebung vorbehaltenen Gebieten 3 1, 697. — Eintragung eines vor 1900 vorgemerkten, im BGB. nicht anerkannten dingl. R. nach dem 1. I. 00? 1 2, 417. — Rangverhältnisse nach sächs. R. im BGB. 2 1, 793. — Umfang der Befugnisse u. Pflichten bei vor 1900 entstandenen d. R. 3 1, 697. — Erlöschen der vor 1900 entstandenen dingl. R. 1 2, 427; 5 628. — ihre Begründung f. Einigung, Erziehung. — Änderung gebuchter R. 6 596. — Verzicht auf dingl. R.; Vertrag oder einseitiges R.-geschäft? 2 1, 38. — vorläufige Eintragung von dingl. R. 1 1, 116.

Änderung des Inhaltes. — Begriff 1 1, 532; 6 357 (Umwandlung einer Hypothek ohne Rangvorbehalt in eine Hypothek mit solchem; Eintragung der Vollstreckungsklausel zu einer Hypothek; Vereinigung mehrerer Hypotheken zu einer Einheitshypothek). — Änderung der Ausübung, nicht des Inhaltes im Fall des § 1023 u. a. 1 1, 532. — inwieweit ist der obligatorische Vertrag über die Verpflichtung zu einer dingl. R.-änderung formfrei? 1 1, 527. — die Bindung der Vertragsparteien nach § 873 Abs. 2 betrifft nicht das zugrunde liegende obligatorische R.-geschäft 1 1, 529. — besonders geregelte Fälle 1 1, 532. — Vereinigung mehrerer Hypotheken zu einer Einheitshypothek im BGB. nicht vorgesehen? 5 384. —

Zustimmung der im Range gleich- oder nachstehend Berechtigten erforderlich? 1 1, 532.

Aufhebung dinglicher Rechte. — Aufgabekündigung des Berechtigten; deren Form 1 1, 530 f.; rechtl. Natur 5 384; Wortlaut („Löschungsbewilligung“) 6 356. — Wirkung (Untergang des Rechtes? Anspruch auf Beschaffung einer formgerechten Löschungsbewilligung?) 1 1, 530 f. — Wirkung der Unwiderruflichkeit nur unter den Parteien 6 356. — Unwirksamkeit eines einseitigen Widerrufs für das Verfahren vor dem OBG. 4 316. — Form des hierzu verpflichtenden Kaufgeschäftes 3 1, 390. — Aufhebung von Dienstbarkeiten, die vor dem Inkrafttreten des Grundbuchs entstanden u. nicht im Grundbuch eingetragen sind 6 356. — der Nachbarrechte des RM. 6 373. — Aufhebung d. Erbbaurechtes, d. mecklenburg. Erbpachtrechtes 6 357. — Wirkung e. unrechtmäßigen Löschung 1 1, 531; 2 1, 535; 7 399; Wirkung einer Löschung auf Grund einer Löschungsbewilligung, die der Notar dem Schuldner auftragsmäßig vor der Zahlung der Hypothek ausgehändigt hat 7 391. — Zustimmung Dritter im Fall der Belastung 1 1, 531 ff. — das Recht des Nachbarn keine Belastung des R. des Vorerben i. S. des § 876 5 384.

Aufhebung subjektiv-dinglicher Rechte. — Zustimmung Dritter im Falle der Belastung des berechtigten Grundstückes 1 1, 531 ff. — Vermerk auf dem Buchblatt des herrschenden Grundstückes 2 2, 398 f. (Verweisung auf diesen Vermerk im Buchblatt des dienenden Grundstückes zulässig? Bedeutung des Vermerks; Berichtigung bei Aufhebung des Rechtes; Apothekengerechtigkeit); 3 2, 147; 4 829; 7 946 (Eintragung, auch wenn das Recht objektiv nicht dinglich); 6 1021 (subjektiv-dingliche u. subjektiv-persönliche Fischereigerechtigkeiten, preuß. R.). — Aufhebung des Rechtes ohne Zustimmung passiv beteiligter Dritter 2 2, 423; 3 155.

Rechtsangelegenheiten. — gewerbsmäßige Beforgung fremder R. f. Rechtskonsulenten. — Vermittelung von Rechtsgeschäften als gewerbsmäßige Beforgung fremder R.? 4 936.

Rechtsanwalt f. Prozeßkosten, GebD. f. RA., Auskunft. — rechtsanwaltschaftlicher Beruf Gewerbebetrieb? ausländischer, im Inland ansässiger R. 4 918. — Natur des Vertrags zwischen R. u. Partei 1 1, 383; 2 1, 324, 328, 333, 405; 3 1, 248, 284; 4 193; 5 227; 6 230, 1192; 7 241, 245 f., 582. — Übernahme einer Prozeßvertretung als Vertrag i. S. der §§ 611, 675 2 1, 405; 3 1, 284; 7 280. — stillschweigender Vertragsschluß mit dem Auskunftsbeghernden 1 1, 140; 2 1, 207; 3 1, 287;

(Rechtsanwalt)

4 218. — Zustandekommen eines Mandatverhältnisses 2 1, 397 (durch Verjahung einer in Frageform gefeldeten Bitte um Beforgung einer Grundbuchfache); 4 218 (durch Einlassung auf die Frage um Auskunft). — Antrag zur Ratserteilung an einen Dritten 4 128. — Mehrheit von Aufträgen 5 263. — Kündigung des Mandatsvertrags zwischen R. u. Partei 1 1, 391; 5 236; Gebührenanspruch des R. bei vorzeitiger Aufhebung des Mandatsvertrags 1 1, 392; 3 1, 262; 5 236. — Verlust d. Gebührenanspruchs bei grundloser Kündigung seitens des R.? 6 1217 (f. GebD. f. R.). — Kündigung ohne Vollmacht formaleziert durch Prozeßführung 1 1, 121. — Zulässigkeit der Vertretung 1 1, 383. — Handakten hinterlegungsfähig? 1 1, 273; 2 1, 234. — Retentionsrecht des R. an den Handakten 1 1, 182; 2 1, 399; 2 2, 479, 498, 499 (Absonderungsrecht im Konkurs); 7 279. — Herausgabepflicht gegenüber dem Mandanten bez. der Handakten 2 1, 399. — Erteilung der Prozeßvollmacht nicht durch die Partei, sondern den von dieser bestellten R. 5 264. — Anwendung des § 254 BGB. auf den Vertrag des Klienten mit dem R. 4 87. — Prüfungspflicht hinsichtlich des ihm vom Gerichtsvollzieher übersandten Pfändungsprotokolls 2 1, 147. — „Weisung“ seitens d. Klienten i. S. des § 166 Abf. 2 1 1, 107; 3 1, 59. — Beauftragung mit dem Schriftwechsel in einer Sache noch keine Erteilung unbeschränkter Vollmacht 3 1, 58. — Befugnis des Bureauvorstehers zur Entgegennahme u. Zuficherung von Zahlungen 4 134. — Anwaltssozietät: kein Gesamtschuldverhältnis, Gewinnbeteiligung, Auseinandersetzung, gegenseitige Haftung 1 1, 331; Anwendbarkeit des § 425 1 1, 334, 419, 470; des § 426 5 183 (f. Gesellschaft); 6 265 (Figur des einen Sozias); 7 190, 290. — Anwendbarkeit der §§ 320 ff. auf Gesellschaften oder Verbindungen von R. 1 1, 225. — Aussteller e. Prozeßvollmacht u. R. als Gesamtschuldner bez. der Stempelpflicht 3 1, 207. — Schädigung durch schlechte Beschaffenheit der Gerichtsräume 5 18. — Rechtsanwaltskosten als Verzugschaden 1 1, 204; 2 1, 202. — R. i. S. des § 196 Ziff. 15 1 1, 126; Beginn der Verjahung für Gebühren u. Auslagen 1 1, 126, 127. — Haftung des R. gegenüber d. Gerichtsvollzieher für dessen Gebühren? 1 1, 407; 1 3, 248; 6 1191. — Haftung für fahrlässig falschen Rechtsrat 1 1, 188, 470; 2 1, 409; 3 1, 282; 4 221; 6 230; 7 134, 246. — falsche Übermittlung eines Telephongepächts durch f. Buchhalter 5 114. — Haftung für f. Sozias, Generalsubstituten, Bureauvorsteher u. Schreiber (vgl. Hilfs-

personen) 1 1, 195, 470, 486; 2 1, 191; 4 111; 5 115, 118, 359; 6 331 (f. unerlaubte Handlung, § 831); 7 278, 280. — keine Haftung für Hypothekenausfall 5 114. — keine Staatshaftung für R. 4 21. — Verkauf der Praxis 1 1, 86. — Wohnsitz 1 1, 6. — Prävarikation 1 1, 470. — Fürsorgepflicht des Anwalts nach § 618 für seine Angestellten; Bureauvuffrau 6 234, 235. — als Nachlaßpfleger; Honorar 2 1, 687; 3 1, 588. — Verlangen e. Vergütung auch ohne Vereinbarung 6 1192. — keine Anwendung des § 612 BGB. auf die Höhe der Vergütung 6 1193. — Inkassovollmacht des Bureauvorstehers; Umfang 7 75. — Umfang der Haftung des R. 7 246. — Haftung für verpätete Klageerhebung wegen irriger Ansicht über die Verjahung 7 134. — Haftung wegen Unterlassung des Zwangsversteigerungsantrags 7 932. — Haftung bei Unterlassung d. Einsicht in Zwangsversteigerungssakten 7 134. — Haftung bei Verlust der Handakten 7 134, 246. — Haftung für Nichtanwesenheit bei e. Versteigerungstermin 7 134. — Haftung für falsche Ratserteilung 7 134. — Haftung für Schädigung der Partei durch eine dem Auftrag nicht entsprechende Tätigkeit 6 1197. — Haftung wegen falscher Auskunft gegenüber Dritten 3 1, 82. — Haftung eines R. wegen unterlassenen Versuchs zur Erlangung einer abgeänderten Verfügung des Grundbuchrichters 2 1, 333. — Haftung für Zustellungsversuchen des Gerichtsvollziehers 6 129. — Haftung wegen verfrühter Vollstreckung 5 114. — Haftung für unterlassene Akteneinsicht 7 246. — Haftung für bloße Ratserteilung 7 246. — Haftung für unterlassene Verjahrungsunterbrechung 7 246. — Haftung für unzureichende Vertretung in Zwangsversteigerung 7 246. — Haftung für Unterlassung der Konkordierung e. Auerkenntnisses 7 245. — Haftung wegen Verfäumdung der Einlegung e. Rechtsmittels; Beweislast, daß das Rechtsmittel Erfolg gehabt haben würde? 7 792. — Verweigerung des Honorars wegen Nichtauftritts in Beweisternen u. ä. 7 246. — Kündigung des Mandats wegen Vereinbarung des R. des Klägers mit dem des Beklagten zu e. Gesellschaft 7 290.

Rechtsanwaltsgebühren f. Gebührenordnung für Rechtsanwälte, Rechtsanwalt, Prozeßkosten.

Rechtsausübung f. Schifane. — Begriff im § 226 BGB. 1 1, 134 ff.; 2 1, 103; 3 1, 68.

Rechtsergänzung f. Lücken. — durch d. Richter 3 1, 79; 4 66; 5 73.

Rechtsfähigkeit f. Vereine, jur. Personen, Rechtssubjekt. — Begriff 5 2, 605; 7 9. — Beginn 4 1. — des nasciturus (f. diesen) 7 4. — der natürlichen Personen als

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

Grundlage aller Persönlichkeitsrechte **1 1**, 1 — der Religiösen (s. diese) **2 1, 1**. — Verleihung an Religionsgesellschaften in Preußen **3 1, 13**. — deutsche Niederlassung in einem Konsulargerichtsbezirk **4 10**. — Zweverbände ohne R. **5 11**. — R. handelsrechtlicher Gesellschaften nur nach dem Recht am Ort ihres Sitzes zu beurteilen **3 1, 14**; **4 10**. — staatliche Verleihung: subsidiärer Charakter **4 9**; **5 6**; konstitutive Wirkung **1 1, 23, 24**; **2 1, 17**; **3 1, 13**; **4 9**; **5 6**. — Ausländer **1 2, 353**; **5 605**. — nach dem Tode; Beleidigung Verstorbener, Rechte an d. Leiche; Photographieren der Leiche **7 4**.

Rechtsfindung. — freie **2 1, 80, 121**. — durch Interessenerwägung **4 66, 67**; **5 73**.

Rechtsgeschäft vgl. *accidentalita negotii*, Anfechtbarkeit, Anfechtung, Auslegung, Bedingung, Beurkundung, fiduziarische R., Form, Kaufgeschäft, Minderjährige, *naturalia negotii*, Nichtigkeit, Scheingeschäft, Selbstentziffern, teilweise Nichtigkeit, Vertäge, Willenserklärung, Zustimmung. — Begriff **1 1, 58 ff.**; **2 1, 36, 37**; **4 27**; **7 29, 33**. — Begriff; Unterschied v. Rechtshandlungen **1 1, 59**; **2 1, 37**; **6 39**. — Verständigungswille als Faktor des R. **6 39**. — R. u. Willenserklärung **1 1, 64 f.**; **2 1, 37, 48**; **3 1, 31**. — R. u. Verfügung **3 1, 81**. — Stellung innerhalb d. rechtlich wirksamen Verhaltens **2 1, 36**. — objektiv wirkende Tatbestände **1 1, 59**. — Einteilung in Erklärungs- u. Willensgeschäfte **1 1, 59**. — partiarische (s. diese) **1 1, 60**. — „Erklärungen zur Kenntnissnahme“ **1 1, 60**. — *causa* Lehre, Grund- u. Hilfsgeschäft **3 1, 31, 32**; **5 28**. — Leistungsgeschäfte **5 27**. — Vermögenszuwendungsgeschäft, Elemente: Leistungs- u. Zwecksetzungsgeschäft **5 28**. — Prozeß-R. **5 27**. — Bestandteile **5 27**. — Verhältnis d. einseitigen R. zum Vertage **2 1, 37 ff.** — zusammengesetzte **4 53**. — adressierungsbedürftige **4 37**. — sacherechtl. Einigung e. R.? **4 27**. — Errichtung e. Stiftung als R. **2 1, 24**. — Anmeldung e. Vereins zur Eintragung kein R. **2 1, 22**. — Einfluß v. Mängeln d. kausalen R. auf den dinglichen Vertrag **1 1, 530** (s. ungerechtf. Bereicherung).

Rechtshandlung. — Begriff u. Wesen **1 1, 59 f.** — Stellung innerhalb d. rechtlich wirksamen Verhaltens **2 1, 36**. — R. u. Willenserklärung **2 1, 47**. — R. u. Rechtsgeschäft **1 1, 59**; **2 1, 37**. — Arten **2 1, 37**. — R. keine Verfügungen **3 1, 81**. — Bedingung u. Zeitbestimmung ausgeschlossen bei R. **1 1, 97**. — Vertretung bei R. **1 1, 102**. — Anwendbarkeit e. § 166 auf R. (wahrheitswidrige Angaben des Vertreters e. Versicherten) **3 1, 58**. — Verbinden in Ausübung e. Rechts (§ 95 BGB.) als R. **2 1, 31**.

Rechtshängigkeit s. prozeßhindernde Einreden. — Veräußerung während d. R. s. *res litigiosa*. — Begründung d. R. durch die bloße Verlesung d. Antrags **1 3, 112**. — Klage d. Zessionars vor Ablauf d. Frist d. § 697 ZPO. bei Vorliegen e. Zahlungsbefehls des Bedenten **3 2, 444**. — Begründung d. R. durch die Klage e. *falsus procurator* **7 738**. — im Arrestprozeß **3 2, 442**. — Einwand, d. eingeklagte Forderung sei im Ausland mit Arrest belegt **7 811**. — Beachtung d. Rechtshängigkeit von Amts wegen? **1 3, 112**. — Verzicht auf d. Einrede d. R. **1 3, 113, 124**. — Erhebung d. Einrede d. R. nach Erlaß eines Urteils **1 3, 112**. — ist zur Begründung d. Einrede d. R. der Nachweis nötig, daß das bereits besaßte Gericht zuständig sei? **6 800**. — Voraussetzung für d. Einrede d. R., daß in dem anderen Verfahren eine materielle Entscheidung noch erfolgen kann **6 800**. — Aufhebung d. R. durch Vergleich, u. andere wie d. Urteil den Rechtskreis erlabigende Akte **6 800, 801**. — Aufrechnung gegen e. rechtshängige Forderung nach deren Abtretung oder Überweisung **3 1, 197**. — Aufrechnung trotz Einrede d. R. gegen d. Aufrechnungsforderung **2 1, 242**; **5 156**. — Begründung d. R. durch d. Antrag auf Erlaß e. einstweiligen Verfügung? **7 787**. — Wirkung d. nach Klagerhebung eintretenden, d. Zuständigkeit zu ändern geeigneten Umstände **6 800, 801** (s. Gerichtsstand). — Wiederaufheben d. R. bei Widerruf e. Prozeßvergleichs **7 314**. — Eintragung d. R. ins Grundbuch **7 788**. — wann erlischt d. Rechtshängigkeit e. im Urteil irrtümlich übergangenen Anspruchs, bezüglich dessen eine Urteilsergänzung nach § 321 ZPO. nicht erfolgt? **7 807**.

Identität der Streitfache. — Klagebegehren, gerichtet auf gleiche Urteilswirkung **1 3, 112**. — Identität d. Anspruchs **1 3, 112, 124**; **3 2, 442**. — Verhältnis zwischen Leistungs- u. Feststellungs- klage **1 3, 112**; **3 2, 442**. — Klage auf Vollstreckungsurteil u. selbständige Klage auf Zahlung **3 2, 447**. — Einlagen von verschiedenen Teilen e. Forderung in verschiedenen Prozessen **1 3, 112, 124**; **3 2, 443**. — mehrere Klagen wegen desselben Unfalls wegen verschiedener Verletzungen **1 3, 112** (vgl. Teilbetrag). — Wechselklage gegenüber dem gleichen Besagten zuerst als Aussteller u. 1. Giranten, dann aus einem späteren Giro **6 800**. — Einrede aus d. anhängigen Klage auf Herstellung d. ehelichen Lebens gegenüber späterer Scheidungsklage (s. Ehefachen) **7 485**. — Wechselklage gegenüber d. früher erhobenen Klage aus dem Grundverhältnis **3 2, 443, 512**. — Minderungsklage auf Teillösung d. Kaufgeldhypothek gegenüber d. Klage auf Zahlung d. Hypothek **3 2, 443**. —

(Rechtshängigkeit)

Klage auf Löschung d. Unternehmerhypothek gegenüber d. Klage auf Zahlung d. Werklohnes **3 2, 443**. — Klage gegen sämtliche Erben bei Anhängigkeit von Prozessen gegen d. einzelnen Miterben **3 1, 610**. — Aufrechnen mit einer rechtshängigen Forderung **1 3, 113**. — Wandelungsklage d. Käufers gegenüber d. späteren Kaufpreisklage d. Verkäufers **6 800**. — bei negativer Feststellungsklage **4 691**. — Antrag auf Abweisung einer negativen Feststellungswiderklage **4 691**. — Klage d. Verpächters wegen Verletzung d. Vertragspflichten gegenüber d. Klage d. Pächters auf Rückgabe d. Pachtkaution **6 800**. — wenn d. eine Klage im Ausland erhoben ist **1 3, 113, 124, 154**. — Klage auf Feststellung, daß ein Wechsel nicht zu Recht bestehe, gegenüber d. Wechselklage d. Wechselgläubigers? **7 787**. — Anmeldung d. Klagesforderung im ausländischen Konturs **6 800**. — Eheanfechtungsklage d. einen Gatten gegenüber d. gleichen Klage d. anderen **6 800**.

Identität der Parteien. — Sondernachfolger **1 3, 112**. — offene Handelsgesellschaft u. einzelne Gesellschafter **1 3, 112/113**. — Klage gegen e. nicht rechtsfähigen Verein u. Klage gegen seine Mitglieder **6 752**.

Rechtshilfe.

Allgemeines. — Grenzen d. R. **1 3, 11; 3 2, 328; 5 742**. — unvollständiges Ersuchen **1 3, 11; 5 743**. — R. in freiwilliger Gerichtsbarkeit (s. auch unten), insbesondere in Angelegenheiten, die den Gerichten nicht durch Reichsgesetz zugewiesen sind **3 2, 178, 181, 182, 329; 4 850; 7 980, 981 (2)** (Zuständigkeit der D.O.). — Ersuchen d. besonderen Gerichte **3 2, 329**. — verschiedene Abteilungen e. Amtsgerichts untereinander **3 2, 329**. — zwischen Gerichten u. den als Nachlaß- oder Vormundschaftsbehörden fungierenden anderen Behörden **4 541; 5 992, 1027**. — Pflicht d. ersuchten Richters zu Zwangsmaßnahmen bei Nichterscheinen d. Parteien in Ehefällen **1 3, 168**; bei Ausbleiben e. Zeugen **1 3, 168**; bei Ausbleiben e. auf Ersuchen e. ausländischen Gerichts zu vernehmenden Zeugen **1 3, 162**. — ausschließliche Zuständigkeit d. Amtsgerichts auch bei Personen mit privilegiertem Gerichtsstand **5 742**. — Ersuchen um Amtshandlungen, die d. ersuchende Richter ohne Überschreitung d. Grenze seines Bezirks selbst vornehmen kann **3 2, 178; 7 983**. — Ersuchen um Amtshandlungen, die der ersuchte Richter außerhalb seines Bezirks vornehmen mußte **3 2, 178, 329; 5 743**. — R. nur dann gegeben, wenn d. ersuchte Tätigkeit an sich zum Geschäftskreis d. ersuchenden Behörde gehört, von dieser

nur deshalb nicht vorgenommen werden kann, weil die Tätigkeit außerhalb des eigenen Bezirks vorgenommen werden mußte **3 2, 179; 6 735 (2)**. — Verfahren, wenn beim Ersuchen um Vernehmung e. Person d. Vernehmung an Gerichtsstelle z. Zt. nicht möglich ist **3 2, 179**. — Ersuchen um Befanntmachung gerichtlicher Verfügungen im Gebiet d. freiwilligen Gerichtsbarkeit **7 981**.

Rechtshilfe im Prozeß. — Zeugenvernehmung zwecks Prüfung e. Urmenrechtsgesuchs **1 3, 11; 5 742**. — Vernehmung von Sachverständigen **3 2, 329**; die nicht im Bezirk d. ersuchenden Gerichts wohnen **4 660** (wenn die zu begutachtenden Waren sich dort befinden); ungenaue Bezeichnung d. Sachverständigen **5 743; 7 717** (Ablehnung d. mündlichen Vernehmung). — Verbollständigung e. bei dem ersuchenden Gericht eingereichten Klage durch d. Gerichtsschreiberei d. ersuchten Gerichts **3 2, 328; 4 660**. — Beeidigung e. Zeugen **6 735**. — Vernehmung von Zeugen über d. Einnahme mehrerer Zuhälter **6 735**. — Rechtshilfe zur Belehrung e. Antragstellers über die Erfordernisse eines Antrags auf Offenbarungseidleistung **4 660** (s. **3 2, 178, 180**); Gesuch an d. Gerichtsschreiberei, d. Antrag aufzunehmen **4 660**. — Verhaftung zur Erzwingung d. Offenbarungseides? **6 735, 925**. — Ersuchen, zeugnisverweigerungsrechtigte Verwandte trotz d. § 393 ZPO. sofort zu beeidigen **7 717**. — Ersuchen ausländischer Behörden um Vollstreckung von Strafen nach § 888 ZPO. **1 3, 305**. — vor Einleitung d. Entmündigungsverfahrens **3 2, 329**. — Vernehmung d. zu Entmündigenden; Zwangsmittel **5 841**. — Erledigung e. Beweisbeschlusses, in dem „die Parteien zu den angebotenen Beweisen zugelassen werden“, ohne nähere Angabe **5 743 (2)**. — bloß vom Vorsitzenden unterschriebener, außerhalb d. Sitzung erlassener Beweisbeschuß **5 743**. — Zustellung e. Aufforderung zur Erklärung nach § 840 ZPO. **3 2, 572**. — Erklärung über Echtheit einer Unterschrift **1 3, 11**. — Ablehnung d. vom vorgesetzten Gericht verlangten Zeugenvernehmung, weil d. Zeuge verzogen ist **3 2, 329; 5 743**. — darf d. ersuchende Gericht prüfen, ob der Protokollführer d. ersuchten Gerichts gehörig bestellt war? **5 743**. — Mitteilung von Akten zur Einsicht **3 2, 328, 331**. — Eröffnung von Bescheiden **3 2, 178, 330; 5 991**. — Vernehmung d. Antragstellers als Zeugen im Aufgebotsverfahren **3 2, 330**. — Erteilung e. vollstreckten Ausfertigung e. von einem anderen Gericht aufgenommenen Urkunde an das d. Urkunde verwahrende Gericht **1 3, 11**. — Ersuchen um Urteilsvollstreckung: Vollstreckungs-

Kaufel; Erteilung durch d. ersuchte Gericht 5 743.

Rechtshilfe im Konkurs. — Abnahme d. Offenbarungseides von dem Gemeinschuldner 4 660. — Mitteilung von Akten zur Einsicht durch den Konkursverwalter 3 2, 328, 331.

Rechtshilfe in Grundbuchsachen 3 2, 178, 182; 7 981 (2). — Ersuchen um Vorladung e. Person behufs Veranlassung e. Berichtigung d. Grundbuchs 4 660. — behufs Beseitigung v. Eintragungshindernissen 3 2, 330. — Entgegennahme d. Löschungsbewilligung e. Gläubigers 3 2, 182; 5 743, 991; 6 735. — Ersuchen d. nach Art. 2 PrAGWB. für die Abschreibung von Parzellen aufgestellten Amtsgerichts um Vornahme dieser Abschreibung 5 743, 744, 991. — Beitritt zu e. Eintragungsbewilligung 3 2, 182. — keine Regelung durch FGW., sondern nur durch Staatsverträge 7 981. — Vernehmung e. Person über Genehmigung zu einer in ihrem Namen von einem abgegebenen Auflassungserklärung 7 981. — Ersuchen d. Grundbuchanlegungsgerichts an d. Nachlassgericht um Ausstellung e. Erbscheins 7 981. — Verpflichtung hierzu 3 2, 150; 4 831; 5 966; 6 1027; 7 949. — Zuständigkeit d. Oberlandesgerichts zur Entscheidung über diese Verpflichtung? 6 1027; 7 949 (s. unten Ablehnung).

In Vormundschaftsachen. — Ersuchen um Auswahl e. Vormundes 1 3, 12; 2 1, 672; 3 2, 178, 328; 5 528. — Befragen d. außerehelichen Mutter über den Aufenthalt d. Kindes 4 660. — Ersuchen um Befragen d. außerehelichen Mutter über Wohnsitz, Anhängigkeit anderer B. u. a. 7 982. — Herbeiführung e. allgemeinen Entlastungserklärung e. früheren Mündels 1 2, 194; 2 1, 692, 693; 3 1, 569 4 466, 660; 5 548 (s. Vormundschaft). — Befragung des Mündels, ob er auf § 1892 BGB. verzichtet 4 660/661; 7 893. — Ersuchen um eibliche Vernehmung der Kindesmutter 7 982. — Ersuchen um Erlaß einer Aufforderung an die unterhaltspflichtige Mutter nach § 361 Ziff. 10 StGB. 1 3, 11. — Ersuchen um Vernehmung e. Mündelschuldners, ob er nicht wegen Gefährdung d. Vermögens seitens d. Vaters an d. Gericht zahlen wolle 2 1, 661. — Sicherung d. Kindesvermögens 3 2, 330. — Ersuchen um Vernehmung d. Vaters im Falle d. § 1667, ob er d. Kindesvermögen freiwillig herausgibt 3 1, 519. — Gesuch um Anhören d. zur Vormundschaft Berufenen 4 434, 850. — Befragen d. Großvaters, ob er auf seine gesetzliche Berufung zum Vormund verzichte 5 744. — Beitreibung einer gegen d. Vormund festgesetzten Ordnungstrafe? Beschwerde bei Ablehnung

5 744; 7 980, 981, 982. — R. zwischen Gerichten u. den als Vormundschaftsbehörden fungierenden anderen Behörden 4 541; 5 992. — amtliche Erhebungen behufs Feststellung d. Vaterchaft 1 2, 185; 2 1, 675, 689; 3 1, 539; 3 2, 330; 4 850; 7 524, 716, 982. — Ersuchen um Aufnahme von vollstreckbaren Urkunden über Ansprüche nach §§ 1708, 1714, 1715 3 1, 538; 3 2, 178; 7 524, 982, 716 (s. uneheliche Kinder). — Vernehmung d. unehelichen Vaters über Vaterchaft u. Alimente 3 2, 178 (2), 179, 180; 6 735; 7 524, 982. — wenn d. ersuchende Vormundschaftsgericht trotz Mangels d. Voraussetzungen d. § 1846 BGB. in Tätigkeit tritt 3 2, 179. — Vernehmung d. alten Vormunds über Rechenschaftsablegung gegenüber dem neuen 3 2, 179 (zuständiges Gericht bei Vormundschaftsabgabe). — Verpflichtung d. Vormunds 3 2, 180, 181. — R. für Aufbewahrung u. Aushändigung v. Mündelvermögen 3 2, 180. — Belehrung e. Vormunds über gesetzliche Bestimmungen seines Wirkungsbereiches; von d. Gesetzesauslegung d. ersuchenden Gerichts abweichende Belehrung seitens d. ersuchten 3 2, 180. — R. im Fall des Art. 60 WürtAGWB. 3 2, 180. — R. zwecks Erwirkung d. Herausgabe d. Mündels 3 2, 252; 7 982. — Zwangsvollziehung in B. 7 980, 981, 982.

In Nachlasssachen. — in Baden 7 1038. — R. für den mit der Auseinandersetzung befaßten Notar 3 2, 181; 4 541, 661, 850; 5 991, 992 (s. oben). — Nachlassverzeichnis 4 661, 850, 851 (Elsaß-Lothringen, Baden). — Verfahren b. Regelung d. Hinterlassenschaft russischer Staatsangehöriger in Deutschland; Anträge d. Konsularbehörde (s. Erbrecht internationales) 7 983. — Aufforderung d. Nachlassgerichts an das Vormundschaftsgericht zur Bestellung e. Pflegers nach § 1913 BGB. behufs Testamentseröffnung 5 742, 991. — Vernehmung e. Erben üb. Erbschaftsannahme, über Vorhandensein weiterer Verfügungen von Todes wegen 7 983. — Abgabe d. an das Gericht gestellten Ersuchens an das Notariat (Baden)? 5 742; 7 983. — Testamentseröffnung 3 2, 181; 4 850. — Ersuchen um Testamentspublikation, wenn im Publikationstermin niemand erscheint 5 744, 992. — Erbschaftsausschlag gegenüber dem ersuchten Gericht 6 523; 7 983. — bei Erteilung e. Erbscheins 1 2, 304; 3 2, 181; 7 570, 983. — Vernehmung e. im Verhandlungstermin vor dem ersuchenden Gericht ausgebliebenen Erben über den Beitritt zu e. Auseinandersetzung; wer erteilt die vollstreckbare Ausfertigung d. Auseinandersetzung? 3 2, 180, 181; 7 983 (Beitritt zu e. Abtretung von Nachlasshypotheken). — Abnahme

(Rechtshilfe)

d. Nachlassoffenbarungseides **3 2, 181.** — Ersuchen um Abhaltung d. Verhandlungstermins in d. Nachlassauseinanderetzung (§§ 86 ff. ZOG.) **3 2, 232.** — Übermittlung d. Antrags d. Erben auf Umschreibung d. Nachlassgrundstücks seitens d. Nachlassgerichts an das Grundbuchamt **7 981.** — R.-Pflicht d. Elsaß-lothringischen Gerichte **3 2, 181.** — ungenügend spezifiziertes Ersuchen; bloße Bezugnahme auf § 2356 BGB. **7 983.**

In Unfallversicherungssachen u. ähnliches. — Ersuchen d. Schiedsgerichte auf Grund d. UnfW.G., GewUnfW.G., FnfW.G. **3 2, 329.** — Vorstände d. Berufsgenossenschaften **3 2, 329; 5 742** (Beschwerde bei Verweigerung); **5 991, 992; 6 734 (2).** — eidliche Vernehmung d. Zeugen **3 2, 329; 5 991, 992; 6 734; 7 717.** — Ersuchen d. Reichsversicherungsamtes **3 2, 329; 5 991.** — zuständiges Gericht, wenn das U.G. die R. weigert **5 742; 7 981.** — Rechtsmittel gegen die Verweigerung e. vom Schiedsgerichtsvor sitzenden nachgesuchten Rechtshilfe **7 717** (s. unten).

In Handelsregister sachen **2 2, 14, 17, 37; 4 558** (Anmeldungen); **3 2 178, 181; 5 991** (Löschungsantrag). — Zwangsvollzug in Register sachen **7 980, 981.** — Ersuchen um Entgegennahme d. Lösungsantrags e. aus dem Gebiet d. ersuchenden Gerichts Weggezogenen **7 983.**

In anderen Angelegenheiten.

— Vernehmung e. Anwalts, d. schriftlich zur Erklärung aufgefordert werden konnte **3 2, 330.** — Ersuchen um Entgegennahme e. Erklärung über d. Echtheit e. Unterschrift **1 3, 11.** — vollstreckbare Ausfertigung s. oben unter Prozeß. — Eröffnung von Bescheiden **3 2, 178, 330; 5 991.** — Ersuchen um Rechtsbeilegung **3 2, 178, 180; 4 660.** — Ersuchen um R. in Prozeduren d. freiwilligen Gerichtsbarkeit, deren Einleitung von einem bei Gericht zu stellenden Parteiantrag abhängig ist **3 2, 178.** — Ablehnung e. Zeugenvernehmung in Patent sachen **7 1126.** — R. in Patent sachen gegenüber d. Patentamt; weitere Beschwerde an d. Reichsgericht **5 742; 6 734.** — Vollstreckung e. vom Patentamt erlassenen Zeugengehorsamsstrafe **7 1126.** — Auskunftserteilung über inländ. Recht **3 2, 179.** — Ersuchen um Ausnahme einer öffentlichen Urkunde **3 2, 181, 182; 4 850; 5 991 (2).** — Ersuchen um Ausnahme e. öffentlichen Urkunde in Sachen-Meinungen, Elsaß-Lothringen **3 2, 182.** — Ersuchen d. Vorstände von Disziplinarbehörden um Vernehmung v. Zeugen zur Beschaffung der Unterlage für e. Disziplinarverfahren **6 734.**

Gegenüber dem Auslande. —

Haager Prozeßabkommen **7 717, 818 (2), 819 (2).** — zu leisten im reichsgesetzlichen Verfahren **1 3, 11 u. 16** (durch d. ordentlichen Gerichte). — Auskunft über inländisches Recht **3 2, 328.** — Zeugenvernehmung auf Ersuchen d. Auslandes **5 812; 7 818 (2), 819 (2)** (Zeugnisverweigerung, Gründe, Streit über d. Berechtigung). — R. bez. solcher Beweismittel, die d. deutsche Recht nicht kennt; eidliche Vernehmung d. Parteien; nach deutschem Recht verbotene Handlungen **7 717.** — Ersuchen um eidliche Vernehmung d. Parteien gegenüber Österreich **1 3, 11.** — Ersuchen e. österreichischen Gerichts um Zustellung e. Pfändungs- u. Überweisungsbeschlusses an den in Deutschland lebenden Drittschuldner **6 734.** — Überlassung d. Sachverständigenauswahl an den ausländischen ersuchten Richter **5 816.** — Ladung e. ausländischen Zeugen vor das deutsche Gericht durch Vermittelung d. ausländischen Gerichts **5 812.** — Anwendung d. GVG. und d. ZPO. oder d. Landesgesetzgebung bei den dem Haager Prozeßabkommen nicht beigetretenen Staaten **7 717.** — Auslegung d. Haager Prozeßabkommens durch d. Gerichte **7 717.** — R.-Ersuchen um Sachverständigenvernehmung (Grund für Ablehnung des Sachverständigen; Pflicht zur Gutachtenabgabe); Haager Prozeßabkommen **7 821 (3).** — Terminsmitteilung, Beobachtung d. inländischen Prozeßvorschriften bei Erledigung **7 815.**

Ablehnung. — Nachprüfung d. Zweckmäßigkeit oder prozessualen Richtigkeit der angeforderten Handlung **3 2, 179, 329; 6 734; 7 717, 981, 983.** — Nachprüfung d. Zulässigkeit d. Behandlung als Ferien sache **3 2, 329; 4 660.** — Nachprüfung d. Wirksamkeit d. v. primär berufenen Erben erklärten Verzicht **3 2, 329.** — nicht in den Geschäftskreis des ersuchenden Gerichts fallenden Handlungen **7 716.** — Unzuständigkeit d. ersuchenden Gerichtes **3 2, 330.** — wenn d. Zeuge nicht im Bezirk d. ersuchten Gerichtes wohnt **3 2, 178, 329; 5 743; 7 716.** — Möglichkeit für d. ersuchende Gericht, den Zeugen selbst zu hören **3 2, 330.** — Ersuchen um Zeugenvernehmung wegen angeblicher, tatsächlich aber nicht gegebener weiter Entfernung d. ersuchenden Gerichtes **3 2, 330.** — wegen Unterlassung d. Benachrichtigung d. Staatsanwalts im Entmündigungsverfahren (§ 652 ZPO.) **3 2, 330.** — ungenaue Bezeichnung d. zu vernehmenden Sachverständigen **5 743.** — Verweigerung d. Zustimmung nach § 167 GVG. **1 3, 12.** — Ersuchen e. Verwaltungsgerichtes um Vernehmung e. Partei als Zeuge **5 743.** — rechtliche Unzulässigkeit d. verlangten Handlung **3 2, 179.** — Nachprüfung d. Gültig-

keit e. Rechtshandlung, die d. Voraus-
setzung d. nachgesuchten Amtshandlung
bildet? **3 2, 179.** — bei Vernehmung von
Sachverständigen; *ABf. d. preuß. Just.*
Min. v. 10. VII. 84 7 717.

Beschwerde. — in Grundbuchsachen
keine Beschwerde an das Reichsgericht
wegen Verweigerung d. *R. 1 3, 12;*
3 2, 178. — bei Streit hinsichtlich d. Kosten
für d. Ausführung **3 2, 331.** — bei nicht
völlig entsprechender Ausführung d. *Er-*
suchens 3 2, 331. — an d. Reichsgericht
bei *R. in Patentsachen 5 742.* — Be-
schwerde im Dienstaufsichtswege bei Ab-
lehnung von Ansuchen d. Berufsge-
noschaften oder d. Reichsversicherungs-
amts? **5 742, 991, 992; 6 734; 7 717.** —
B. bei Ablehnung d. Beitreibung einer
gegen einen Vormund festgesetzten *Or-*
dnungsstrafe (preuß. R.) 5 744, 991. —
B. bei Verweigerung d. Zustimmung nach
§ 167 *GG. 5 744 (s. unten).* — Zu-
ständigkeit d. *OLG.* in Angelegenheiten d.
freiwilligen Gerichtsbarkeit, d. nicht unter
§ 2 *FGG.* fallen **3 2, 178, 181 f., 329;
4 850; 7 980, 981 (2).**

Kosten 3 2, 179. — Nachprüfung der
R.-Anträge d. ersuchten Gerichts durch d. er-
suchende 3 2, 179, 331. — Schreibgebühren
für Ladung von Zeugen **3 2, 331.** — Be-
nachrichtigung d. Partei vom Termin d.
ersuchten Gerichts **3 2, 331.** — auf *Er-*
suchen e. bayerischen Gerichts in e. anderen
Bundesstaat vernommene Sachverständige 6 735. — Erstattung d. *R. d. R.*
zwischen Bundesstaaten **7 981.**

Vornahme von Amtshandlungen
außerhalb des eigenen
Bezirks. — Verweigerung d. Zu-
stimmung **1 3, 12.** — Beschwerde an das
OG., an das *OLG.* oder Dienstaufsichts-
beschwerde **5 744; 7 717.**

Rechtskonfulenten s. Prozeßbevollmächtigte.
— Unterlagung d. Gewerbebetriebs wegen
Unzuverlässigkeit (§ 35 *GewD.*) **4 934, 935**
(3), 936 (vgl. Gewerbebetrieb). — teilweise
Unterlagung d. Gewerbebetriebs **4 935.** —
Inkassomandatare unter § 35 *GewD.*
fallend **4 935.** — Erteilung e. Rechtsrats
durch ausländische Rechtsanwälte unter
§ 35 *GewD.* fallend? **4 935.** — formular-
mäßige Steuererklärungen als Eingaben
an Behörden (§ 35 *GewD.*) **4 935.** —
die Annahme d. Unzuverlässigkeit rechtfertigende
Umstände **4 935, 936.** — poli-
zeiliche Vorschrift d. Namensangabe d. *R.*
auf d. von ihm gefertigten Eingaben **4 938.**
— Erstattungsfähigkeit ihrer Auslagen u.
Gebühren; Verjährung **1 1, 126; 5 763;**
6 765. — Zurückweisung e. Winkeladvoka-
ten, d. sich z. Umgehung d. § 157 *3 PD.*
d. eingeklagte Forderung zerbieren läßt
6 784. — Zurückweisung i. Konkursver-
fahren **3 2, 270; 4 815.**

Rechtskraft vgl. Änderungsfrage, aus-
ländisches Urteil, Vollstreckungsurteil. —
Begriff **1 3, 91, 92, 141, 142** (materiell-
rechtliche oder prozeßrechtliche Natur);
6 826 (praktische Folgen d. verschiedenen
Aufassung d. Rechtskraft als materiell-
oder prozeßrechtlichen Zusittens). — Unter-
schied zwischen Rechtskraft- u. Voll-
streckbarkeitserstreckung auf Dritte **7 808.** —
Bedeutung e. rechtskräftig. Zivilurteils für
den Strafrichter **6 826, 827** (Ehescheidungs-
urteil; negatives Ehefeststellungsurteil;
Ehelichkeitsurteil bei Vergehen nach § 173
StGB.). — Bedeutung e. rechtskräftigen
Strafurteils für d. Zivilrichter s. Beweiz-
mittel, Beweizwürdigung. — Abhängigkeit
d. Rechtskraft von Zustellung? **5 807.** —
teilweise *R.* bei nur teilweiser Urteils-
anfechtung **3 2, 497** (Zeitpunkt d. Eintritts
d. *R.*), **535.** — *R.* von Beschlüssen **6 831.** —
R. d. auf Grund d. Prozeßführung e. Un-
bevollmächtigten ergangenen Urteils 7 738.
— Verzicht auf d. Einrede d. *R. 1 3, 142;*
4 702. — Vertrag über Befreiung d.
Wirkungen e. Urteils oder über d. Grenzen
d. Urteilswirkung **1 3, 145 (s. Zwangsvoll-
streckung, Verzicht, Mahnverfahren). —
Vernichtung e. rechtskräftigen Urteils
(Wiederaufnahmeverfahren); Wahrung d.
Rechte Dritter **3 2, 464; 6 827** (vgl.
Wiederaufnahmeverfahren). — *R.-Wirkung*
e. Urteils, durch d. e. Widerspruch gegen e.
Nachlassauseinandersetzungsurkunde zurück-
gewiesen u. d. Auseinanderbesetzung be-
stätigt oder d. Widersprechende zur An-
erkennung verurteilt wird 6 796. — Aus-
beutung e. rechtskräftigen Urteils in e.
gegen d. guten Sitten verstoßenden Weise;
Stellung d. gutgläubigen Erwerbers d.
Judikatsforderung; Klage auf Unter-
lassung d. Zwangsvollstreckung, Heraus-
gabe des Titels und Verzicht auf den
Anspruch **7 722 (s. gute Sitten, un-
erlaubte Handlung, § 826). — wieder-
holte Klage wegen e. bereits rechts-
kräftig zugesprochenen Anspruchs seitens d.
Gläubigers oder seines Rechtsnachfolgers
an Stelle d. Zwangsvollstreckung **1 1, 137;**
1 3, 144; 3 2, 466; 5 843; 6 827; 7 719
(vgl. *Klaganpruch, Mahnverfahren, Voll-*
streckungstitel). — Klage trotz rechts-
kräftigen Vollstreckungstitels behufs Er-
langung e. Sicherungshypothek **1 3, 144.** —
Klage trotz Besitzes e. vollstreckbaren Urkunde
nach § 794 *Ziff. 5 3 PD. 1 3, 261; 6 792.*
— neue Klage gegen d. Erben statt *Er-*
wirkung e. Vollstreckungsklausel nach § 727
3 PD. 1 3, 145. — kann d. *Ehemann,*
wenn d. gütergemeinschaftliche Frau in
e. ohne seine Genehmigung geführten
Prozeß auf Schadensersatz wegen uner-
laubter Handlung rechtskräftig verurteilt
ist, gegen die nach § 1459 *GG.* gegen ihn
erhobene Klage einwenden, daß ein An-****

(Rechtskraft)

spruch aus unerlaubter Handlung überhaupt nicht vorliege? 7 722. — Berücksichtigung e. rechtskräftigen Urteils von Amts wegen? auch wenn inter alios ergangen? 4 702. — R. e. Anerkenntnisurteils 7 807. — R. e. Urteils auf Abweisung e. Widerspruchsklage (§ 771 ZPO.) 7 807. — Wirkung d. die Schadensersatzpflicht feststellenden Urteils für die spätere Klage auf Ersatz 5 808 (s. Zwischenurteil). — Stellung d. Revisionsgerichts, wenn d. Schadensersatz verlangende Kläger behauptet, daß das durch den Beklagten angeblich verletzte Recht bereits im Vorprozesse rechtskräftig festgestellt sei 6 828. — Wirkung e. Beschlusses nach § 732 ZPO. im Verfahren nach § 768 ZPO. 1 3, 145. — Wirkung d. Abweisung e. wegen angeblichen Verzichts erhobenen Löschungsklage 1 3, 145. — Wirkung, wenn e. rechtskräftig anerkannter Anspruch die Voraussetzung für e. anderen bildet 1 3, 144. — kann d. Benutzung e. rechtskräftigen Urteils Schadensersatzpflicht nach §§ 823, 826 BGB. begründen? (vgl. unerlaubte Handlung) 4 701; 5 46; 6 827; 7 722. — Wirkungen e. rechtskräftigen Urteils für d. Zeit vor Klagerhebung bis zum Urteilserlaß 6 827. — Verneinung e. zur Aufrechnung gestellten Gegenforderung aus 2 selbständigen Entscheidungsgründen 7 808.

Was ist der Rechtskraftfähig?
— Sachurteile 1 3, 142; nicht Prozeßurteile § 2, 464. — Urteile auf absolutio ab instantia 1 3, 142. — Abweisung angebrachtermaßen 1 3, 144. — Urteile, die den Mangel e. Prozeßvoraussetzung feststellen 1 3, 142, 150. — Urteil auf Abweisung wegen mangelnder tatsächlicher Begründung 1 3, 144. — Feststellungsklagen, positive u. negative, gegenüber späterer Leistungsklage 1 3, 143/144; 5 789, 808. — Heranziehung d. Tatbestands zur Auslegung d. Urteils tenors 6 828. — Entscheidungsgründe nicht, sondern nur die im Tenor ausgeprägte Entscheidung; Interpretation d. Tenors aus dem übrigen Urteilsinhalt 1 3, 142, 144; § 2, 464; 6 828 (3); 7 807. — Beschränkung e. unklaren Urteils tenors aus den Gründen; Abweisung e. Berufung, weil d. Einschränkung i. S. d. Berufungsantrags sich aus d. Gründen ergab 6 824, 828. — für begründet erklärte, einredeweise geltend gemachte Ansprüche 5 808. — keine Erstreckung auf präjudizielle Rechtsverhältnisse 1 3, 141. — verübetes Urteil, dessen Abfassung unmöglich wird 5 805. — muß über den festgestellten Anspruch förmlich gestritten worden sein? 1 3, 145. — zurückgenommene, für erledigt erklärte Ansprüche § 2, 464. — Urteil auf Verpflich-

tung zur Erfüllung e. Vertrags § 2, 465. — Zwischenurteil über d. Grund d. Anspruchs nach § 304 ZPO. § 2, 499; 5 802 f. — Vorbehaltsurteile nach §§ 304, 529, 541, 599, 600 ZPO.? § 2, 464, 501; 4 696. — die Klage auf Nichtigkeitsklärung e. Patentes abweisendes Urteil § 2, 465. — keine R. bei zum Schein erwirkten Urteilen; gegen e. gleichwohl versuchte Zwangsvollstreckung Klage nach § 767 ZPO. 1 3, 143. — keine R. bei durch vorfällige Rechtsverletzung, Betrug, Meineid, Zwang erwirkten Urteilen 1 3, 143. — Kondition d. Gezählten oder Schadensklage 1 3, 145. — wenn d. Erlangung d. Urteils auf einem gegen § 138 BGB. verstößenden Rechtsgeschäfte beruht 1 3, 143; 5 807. — Veräumnisurteil aus einem wucherischen Wechsel 1 3, 143 (s. 5 807). — Klage nach § 826 BGB. wegen arglistiger Vollstreckung e. rechtskräftigen Urteils 5 46, 807; 4 701 (vgl. oben und unerlaubte Handlung). — materiell ungerechtfertigte Leistungsurteile 4 701, 702, 703. — wenn d. Erstrichter e. auf mehreren Klagegründen gestützten Anspruch und Verwerfung d. übrigen nur aus einem Grunde für berechtigt erklärt u. nur Beklagter Berufung einlegt, keine R. bez. d. vom Erstrichter abgewiesenen Klagegründe 7 808. — Abweisung e. Klage als prozeßual unzulässig und materiell unbegründet 7 808.

Identität des Anspruchs. — wenn der im 1. Urteil verneinte Anspruch eine notwendige Voraussetzung für den neuen Anspruch bildet 4 702. — fehlende Identität § 2, 442; 5 806, 807; 7 808. — Identität, wenn die in der 2. Klage vorgebrachten Tatsachen eine vom 1. Urteil abweichende rechtliche Beurteilung ermöglichen § 2, 464. — Identität d. Rechtsverhältnisses, aber neuer Entstehungstatbestand 5 786, 807. — Anspruch auf Unterlassung und Schadensanspruch bei Urheber- und Patentrechten 1 3, 145. — Verlöbnißbruch u. Desfloration 1 3, 145. — wenn d. Wechselanspruch gegen d. Akzeptanten zuerst auf eigene Unterschrift d. Akzeptanten, später auf die in seinem Auftrag durch e. Dritten erfolgte Unterschrift gestützt wird 5 808. — Klage auf Herausgabe d. Wechsels trotz rechtskräftiger Feststellung d. Nichtentstehung d. Wechselanspruchs? 1 3, 145. — Verurteilung d. Beklagten, daren zu willigen, daß eine Hinterlegungsmafse nicht an ihn, sondern an den Kläger ausgezahlt werde 6 828. — Klage auf Zinsen ohne Vorbehalt höherer Zinsen gegenüber der späteren Klage auf höhere Zinsen 5 808. — ist nach Abweisung d. Klage auf Löschung e. Hypothek wegen angeblichen Verzichts Klage auf Feststellung d. Existenz d. An-

spruchs zulässig? 1 3, 145. — im Bindationsprozeß 1 1, 623; 4 339. — Urteil, das e. einredeweise geltend gemachten Wandelungsanspruch für berechtigt erklärt, gegenüber d. Wandelungsklage 5 808. — Sieg mit der actio negatoria auf Unterlassung von Störungen gegenüber dem späteren Anspruch auf Vornehmen der Störung 6 829. — Klage gestützt auf angeblichen Abschluß e. Mietvertrages im Dezember, trotz Urteils, daß im folgenden März ein Mietvertrag nicht abgeschlossen wurde 1 3, 145. — Urteil, das d. Beendigung d. Mietverhältnisses an einem bestimmten Tage feststellt, gegenüber d. Klage auf Mietzins für eine spätere Zeit 4 702. — Verhältnis von Wandelungs- u. Minderungsanspruch 6 828 (vgl. Kauf). — begründet Verurteilung zur Zahlung von Zinsen R. bez. d. Hauptforderung? 6 828. — ein d. Klage auf Wiederherstellung d. ehelichen Lebens abweisendes Urteil 5 807. — Einrede d. R. aus dem Urteil gegen den nicht rechtsfähigen Verein gegenüber e. Klage gegen d. Mitglieder 6 752. — Urteil, das d. Klage auf Erfaz d. bis zu e. bestimmten Zeitpunkt aus e. Unfall entstandenen Schadens abweist gegenüber Klage auf Schadensersatz für spätere Zeit 6 828. — Umfang d. Zönität d. Anspruchs bei Abweisung e. negativen Feststellungsklage (auf Nichtbestehen e. Hypothek) 6 828. — R. d. nicht angefochtenen Teils e. Urteils, wenn über den angefochtenen d. Berufungsgericht Zwischenurteil über den Grund erließ? 3 2, 459.

Wirkung zwischen den Parteien. — Ausdehnung auf Dritte 1 3, 141/142, 148; Stellvertreter gesetzliche Vertreter 1 3, 147. — wenn d. Vertreter keine Vertretungsmacht hatte 1 3, 147. — Klagen d. Chemanns, Nießbrauchers, Pfandgläubigers 1 3, 148. — Urteil d. Verpächters gegen d. Pächter wegen Pachtzinses gegenüber d. Pfändung von Sachen d. Pächters durch einen Zwangsvollstreckungsgläubiger 1 3, 145. — kann d. Beklagte keine Verurteilung durch d. Einrede abwenden, daß in einem früheren Prozesse festgestellt sei, nicht er, sondern d. frühere Beklagte sei Schuldner der streitigen Forderung? 7 808. — Wirkung zwischen Autor u. Rechtsnachfolger? 4 703. — Einwirkung d. zwischen Gläubiger und Hauptschuldner ergangenen Urteils auf den Bürgen 1 1, 434; 4 703; 5 808; 7 808 (bez. d. Fälligkeit). — Wirkung d. Urteils im Vorprozeß, in dem die Parteien Streitgegenossen waren, auf das unter ihnen bestehende Rechtsverhältnis? 7 810.

Wirkung für u. gegen Rechtsnachfolger i. S. d. § 325 3 2, 466; 7 810. — Rechtsnachfolge infolge Rechtsgeschäfts,

Übertragung kraft Gesetzes, Übertragung kraft Staatsaktes 1 3, 149, 151. — translativ, kumulative, konstitutive u. restitutive Rechtsnachfolge 1 3, 151. — nur nach Rechtshängigkeit eintretende Rechtsnachfolge 3 2, 466. — wer aus der Verfügung eines Nichtberechtigten Rechte herleitet 1 3, 149. — gutgläubiger Erwerber der Streitfache 1 3, 153. — der gutgläubig mit dem Nichtberechtigten Prozeßierende 1 3, 152; Erkennbarkeit d. Rechtshängigkeit 1 3, 154 (s. 4 703). — aufschließend od. auflösend bedingte Rechtsnachfolge 1 3, 149; 4 703; 7 810. — beschränkte Rechtsnachfolge 1 3, 149; 4 703. — Veräußerungsverbot und Rechtskraft; Vormerkung und Rechtskraft 7 810. — der durch ein Veräußerungsverbot geschützte Dritte 1 3, 149. — ansprechbare Rechtsübertragung 1 3, 150. — Erwerber d. Kaufsache bei Klage d. Käufers auf Vertragserfüllung? 3 2, 466. — Fristus als Rechtsnachfolger des auf das Eigentum an einem Grundstück Verzichtenden? 7 810. — Besitznachfolger (Herausgabepflicht, aber keine Schadensersatzpflicht) 1 3, 151. — Besitzmittler 1 3, 151/152. — Schuldübernahme 3 2, 466; 6 829; 7 810. — Wirkung des zwischen Gläubiger und Schuldner über Beflehen d. Forderung ergangenen Urteils gegen d. Bürgen 1 1, 434 (s. Bürgschaft); 4 703; 5 808; 7 808. — Erwerber e. Grundstücks 1 3, 151, 152; 7 810 (bei vorheriger Vormerkung d. Auflassungsanspruchs d. Klägers). — Nachfolge in Anfechtungsansprüchen 1 3, 152. — bei Zwangsversteigerung 1 3, 152; 6 830 (Grundstücksersteher). — bei Vermögensübernahme nach § 419 BGB. 1 3, 151. — in d. Fällen d. §§ 1086, 1089, 1411, 1967 BGB. 1 3, 151. — Wirkung d. Urteils gegen den Rechtsnachfolger in Ansehung d. Kostenpunktes 1 3, 152. — Haftung eines nach Urteilsverkündung eintretenden Rechtsnachfolgers für die Prozeßkosten? 5 809. — gegen e. off. Handelsgesellschaft erlassenes Wechselvorbehaltsurteil, Recht der nach Aufhebung d. offenen Handelsgesellschaft im ordentlichen Prozeß belangten Gesellschaft, die vorbehaltenen Rechte geltend zu machen 6 829. — inwieweit kann e. nachstehender Pfändungsgläubiger das von einem vorhergehenden Pfändungsgläubiger erwirkte Urteil angreifen? 6 829, 830. — Wirkung d. vom Hypothetgläubiger gegen d. Grundstückeigentümer erstrittenen Urteils auf Löschung e. Hypothek gegen den, an den d. Eigentümer d. Grundstück veräußert 6 830. — Wirkung e. Urteils gegen d. Erwerber des mit e. Vormerkung (zwecks Erhaltung d. Rechts auf Auflassung) belasteten Grundstücks 1 3, 151, 152; 6 830; 7 810. — Wirkung d. gegenüber dem Konturverwalter über d. Aktiv- oder Passiv-

(Rechtskraft)

maße ergangenen Urteils für u. gegen d. Gemeinlichuldner; analoge Anwendung d. § 728 Abs. 2 ZPO? 2 2 484, 485 (s. Vollstreckungsklausel). — Rechtskrafterstreckung gegen d. Ehefrau 7 810. — Wirkung e. gegen e. Kommanditgesellschaft ergangenen Urteils auf den während d. Prozesses d. Geschäft mit Firma, Aktiva u. Passiva Übernehmenden 7 810.

Nacherbe gegenüber Urteilen für und gegen den Vorerben 1 2, 241. — bei teilweise günstigem, teilweise ungünstigem Urteil u. d. Unmöglichkeit einer quantitativen Teilung d. Urteilsinhalts 1 3, 154. — Zustimmung des N. zur Prozeßführung oder Erteilung freier Verfügungsmacht an den B. 1 3, 154; 4 703. — Weiterführung eines vom Erblasser angestrengten Prozesses durch den B. 1 3, 154. — Weiterführung der Prozeße d. B. durch den N. 1 3, 154. — Anwendung des § 2113 Abs. 2 BGB? 1 3, 154.

Erben gegenüber Urteilen für und gegen den Testamentsvollstrecker. — Beweislast bez. d. Aktvilegitimation d. E. 1 3, 154. — analoge Anwendung auf den Nachlasspfleger? 1 3, 154. — Nacherbe gegenüber Urteilen f. u. g. E. 4 703.

Entscheidung über das Nichtbestehen einer Gegenforderung (§ 322 Abs. 2 ZPO.). — Erklärung d. Gegenforderung als unbegründet oder als ungenügend substantiiert 1 3, 146. — bei mehreren Gegenforderungen 1 3, 146. — „geltend gemachter“ Betrag h. Teilurteilen 1 3, 146. — keine Ausnahme d. Entscheidung in die Urteilsformel 1 3, 146.

Rechtskraftzeugnis. — hat d. Gerichtsschreiber die Frage d. Rechtskraft stets selbständig zu prüfen? 4 725. — Ausstellung durch d. Gerichtsschreiber d. Beschwerdeinstanz? 1 3, 211. — Dauer d. Anhängigkeit in höherer Instanz 1 3, 232 (s. Instanz). — Erteilung bei teilweiser Aufsehung d. Urteils 3 2, 535. — Vorlegung d. für den Nachweis d. Ablaufes d. Rechtsmittelfrist erforderlichen Urkunden seitens d. Partei 3 2, 536. — Erteilung vor Ablauf d. Rechtsmittelfrist in nicht revidiblen Sachen 3 2, 536. — Prüfungspflicht des Gerichtsschreibers über Beginn und Unterbrechung d. Rechtsmittelfrist; Kenntnis vom Tode einer Partei 5 844. — Ablehnung d. Erteilung seitens d. Gerichtsschreibers d. Berufungsinstanz bei Nichtvorlage d. Nachweises d. Zustellung d. ersten Urteils 6 872. — hat d. Gerichtsschreiber zu prüfen, ob durch eine während d. Laufes d. Notfrist erfolgte Konkursöffnung d. Verfahren unterbrochen wurde 7 852. — Wortlaut d. vom Gerichts-

schreiber d. Reichsgerichts für Berufungsurteile d. OLG. zu ertheilenden Notfristattestes 7 852. — Einfluß eines nach Ablauf d. Notfrist eingelegten Rechtsmittels oder e. Wiedereinsetzungsgeuches auf d. Erteilung 1 3, 232; 3 2, 535; verspäteter Einspruch 3 2, 536. — Zeugnis d. Gerichtsschreibers d. höheren Instanz über Nichteinklegung e. Rechtsmittels bei Beschwerden 1 3, 232; bei Veräumnisurteilen 1 3, 233. — keine Beschwerde gegen d. Beschluß d. Gerichts auf Erteilung 1 3, 210, 232; 3 2, 559. — Aufsehung d. vom Gerichtsschreiber betätigten Erteilung 1 3, 232. — einstweilige Verfügung auf Aussetzung d. Erteilung d. Zeugnisses 3 2, 535, 536.

Rechtsmittel s. Berufung, Revision, Beschwerde, Ehefachen. — wann beginnt die Zuständigkeit d. R.-Instanz? Zeit zwischen Zustellung d. Urteils u. Einlegung des R. 3 2, 491/492 (vgl. Instanz). — maßgebender Zeitpunkt für die Frage d. Zulässigkeit 1 3, 190. — Fortführung d. Prozesses wegen d. Kosten nach Erledigung d. Hauptsache 1 3, 190. — Haftung d. Rechtsanwalts wegen Veräumung d. Einlegung; Beweislast 7 105, 807 (vgl. 1 1, 188). — Einfluß d. Benennung d. Urteils auf d. Frage d. zulässigen R.; unrichtige Bezeichnung 1 3, 137, 156, 157, 189, 190, 255, 302; 3 2, 457, 559; 4 712; 5 799, 800; 6 815, 847 (s. Urteil). — in Unkenntnis d. Todes d. Vollmachtgebers vom Prozeßbevollmächtigten namens d. Verstorbenen eingelegtes R. 7 747. — Einlegung durch den falsus procurator; nachträgliche Genehmigung d. Partei 7 747 f. — Beginn d. R.-Frist bei Berichtigung d. Urteils 3 2, 506. — Beglaubigung von R.-Schrift u. Terminbestimmung durch verschiedene Anwälte 4 686. — Unterlassung d. Einlegung von R. gegen e. Bescheid d. Verwaltungsbehörde als Jahrlässigkeit? 1 1, 188 (s. oben). — Aktvilegitimation von im Kubrum d. Urteils als Beklagte bezeichneten, tatsächlich aber gar nicht beklagten Personen 7 845. — neuerliche Ladung nach Zurücknahme d. eingelegten R. zwecks Aufsehung d. Zurücknahme; Verweigerung d. Terminaufsehung? 7 774. — Verzicht 1 3, 96, 139 (s. Verzicht). — Verzicht vor Erlaß d. Urteils 1 3, 91; 3 2, 491 (2), 508; 7 830. — Verzicht seitens d. Hauptpartei; Bedeutung für den Streitgenössischen Nebeninterponenten 3 2, 492. — Verzicht d. Vormunds 6 508. — Bezahlung d. eingeklagten Betrags behufs Abwendung d. Zwangsvollstreckung 1 3, 190. — vertragsmäßige Ausschließung 2 1, 68. — Verprechen d. Vornahme der in 1. Instanz zuerkannten Leistung als Verzicht 7 830. — Zurücknahme 3 2, 491, 508. — Aufsehung d. Zurücknahme nach §§ 119 f. BGB? 6 48; 7 38, 728. — Zurücknahme

durch d. Anwalt d. unteren oder d. R.-Instanz? 5 822. — Einlegung eines R. geg. e. Teilurteil; Einfluß auf d. Anfechtbarkeit d. Kostenentscheidung 3 2, 397, 400; 6 822 (s. Prozeßkosten, § 99). — R. gegen ein trotz Unterbrechung d. Verfahrens erlassenes Urteil; Anfechtung des Urteils durch den Konkursverwalter oder den Gemeinschuldner? 6 791, 792. — selbständiges R. gegen e. das Urteil nachträglich ergänzende Entscheidung 6 772. — Einlegung e. R. unzulässig, wenn z. Bt. d. Einlegung eine Entscheidung in d. Hauptsache nicht mehr möglich ist 3 2, 396, 490; 6 772. — Einlegung trotz Befriedigung d. Klägers vor Einlegung, weil d. Gericht 1. Instanz auf Klagenabweisung erkannt hatte? 6 771. — Haftung d. Prozeßbevollmächtigten wegen Nichteinlegung 7 105 (s. oben). — Eröffnung d. Rechtsmittelfrist durch Zustellung des von einem falsus procurator erwirkten Urteils 7 738.

Grund der Einlegung f. Berufung. — Ergänzungen d. Urteils wegen Übergehens e. Anspruchs 3 2, 462, 490; 6 826; 7 807. — Unzulässigkeit d. E., wenn d. Mangel ohne sie verbessert werden kann 3 2, 201; 6 826. — kein R. für d. Vergangenheit, wenn nach Erlaß e. einstweiligen Verfügung sich d. Hauptsache erledigt hat u. d. einstweilige Verfügung gegenstandslos geworden ist 3 2, 490. — Klagenabweisung aus materiellen statt aus prozeßualen Gründen u. umgekehrt 1 3, 190; 7 829, 833. — Zurückweisung e. Wiedereinsetzungs-gesuches als materiell unbegründet statt als prozeßual unzulässig 7 829. — weil nur Auerkenntnisurteil hätte ergehen dürfen? 1 3, 51, 190. — gegen die das Verfahren für beruhend erklärende Entscheidung? 1 3, 190. — wenn in 1. Instanz ganz nach Antrag erkannt wurde 5 824. — behufs Erweiterung des Klagenantrags? 1 3, 193; 5 823 (s. Berufung unter Nova). — um an Stelle d. abgewiesenen Unterhalts für d. Vergangenheit solchen für d. Zukunft zu verlangen 1 3, 193. — Erlassung e. kontradiktorischen statt eines Auerkenntnisurteils 1 3, 51. — Berufung d. Beklagten, wenn d. vom Erstrichter erlassene, klagenabweisende Versäumnisurteil auf Einspruch d. angeblichen Klägers aufgehoben u. d. Klage unter Beurteilung d. Beklagten in die Kosten als unwirksam erklärt wurde, weil d. für den Kläger Auftretende die Klage ohne Vollmacht erhoben hatte 6 771. — keine Berufung d. in 1. Instanz abgewiesenen Klägers, wenn sich d. Rechtsstreit vor Einlegung d. Berufung unstreitig erledigt hat 7 829. — Berufung d. verurteilten Beklagten trotz Erledigung d. Klagenanspruchs durch Verzicht d. Klägers oder durch andere Weise 7 829 (2). — Einlegung e. R. trotz

Erledigung d. Hauptsache, wenn d. Leistung nicht in der Absicht erfolgt, die Klagenforderung zu erfüllen 7 829. — Berufung d. Arrestbefragten, wenn d. Kläger die Aufhebung d. Arrestes bewilligt, ohne anzuerkennen, daß d. Arrest von vornherein unrechtmäßig war 7 829. — Berufung gegen e. Grundurteil trotz inzwischen eingetretener Rechtskraft d. erstinstanzlichen Urteils über die Höhe d. Anspruchs (s. Zwischenurteil) 7 829. — wegen e. unzuwehmäßigen Vorbehaltsurteils 7 829.

Rechtsnachfolge s. Schuldübernahme, Vollstreckungsklausel, Rechtskraft, Eid. — Zeitpunkt d. Vollzugs d. R. auf Grund betagter oder bedingter Verfügung 4 52. — infolge d. Eintritts d. Resolutivbedingung oder d. Endtermins 1 1, 99. — Fälle von R. 2 1, 102; 3 1, 67. — Erwerber v. Mietfachen als R. d. Vermieters 1 1, 376. — der Besitzmittler R. d. nunmehr mittelbaren Besitzers, keine Rechtsnachfolge dagegen begründet durch Rückgabe an den mittelbaren Besitzer 1 1, 520 f.

Rechtsworm i. S. d. Art. 2 GGWB. 7 575.

Rechtsquellen s. Analogie. — Richterrecht 7 3 (s. Richter).

Rechtsschutzanspruch (s. Zivilprozeß) 3 2, 336; 4 664; 5 747. — d. Beklagten 4 688; 5 747. — Verzicht auf Rechtsschutz durch Parteivereinbarung 5 737.

Rechtssubjekt. — Begriff 3 1, 9, 10, 18, 23; 6 1; 7 1 f.

Rechtsverletzung. — R. als Voraussetzung d. Unterlassungsklage 5 67 (s. diese). — als anspruchsbegründende Tatsache bei absoluten Rechten 2 1, 109. — auf d. Grenze zwischen Zivil- u. Strafrecht 2 1, 117. — Ausschlußgründe d. Widerrechtlichkeit 2 1, 127 f. — Einwilligung in d. R. 5 80. — R. durch Dritte 1 1, 123.

Rechtsvermutungen vgl. praesumptio. — landesrechtliche R. für die vor 1900 entstandenen Schuldverhältnisse 1 2, 416. — R. als Beweiserleichterungen 1 1, 146. — keine R. für Schadensverurteilung durch d. feststehend schuldhaftes Verhalten e. Person 3 1, 88; 4 71; 5 86 (s. Kaufzusammenhang). — Gegenbeweis 1 3, 130. — Prüfungspflicht d. Richters 4 695; insbesondere bei Nichtantreten e. Gegenbeweises 4 695. — praesumptio iuris et de iure dem BGB. fremd 3 1, 72.

Rechtsverweigerung. — Beschwerde wegen R. 3 2, 508. — kann landesgesetzlich das Reichsgericht für zuständig erklärt werden? 3 2, 320. — in freiwilliger Gerichtsbarkeit; Beschwerde 3 2, 194.

Rechtsweg. — Zulässigkeit vgl. Kompetenzkonflikt, prozeßhindernde Einreden.

I. Allgemeines. — Prüfung von Amts wegen 6 806; 7 711. — können die Verwaltungsbehörden gegenüber Sondergerichten d. landesherrlichen Familien

(Rechtsweg)

über die Zulässigkeit des Rechtsweges entscheiden? **1 3, 1.** — Präsumtion für Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte **1 3, 2.** — Abhängigkeit der Entscheidung von einem durch die Verwaltungsbehörde festzustellenden Rechtsverhältnis **1 3, 2.** — Inhalt des Klageantrags, der Klagebegründung maßgebend **1 3, 2; 3 2, 322; 4 658; 7 711;** wenn zwar Grund, aber nicht Gegenstand des Anspruchs dem privaten Recht angehört **1 3, 3.** — Einrede d. Beklagten, daß die aus einem privatrechtlichen Grunde erhobene Klage sich in Wahrheit gegen e. polizeiliche Verfügung richtet oder sonstige zu Unrecht als ein Streitverhältnis des bürgerlichen Rechts dargestellt ist **7 711.** — Rechtsänderungen im Laufe des Prozesses **1 3, 3; 7 711.** — Folgen der Klageabweisung wegen Unzulässigkeit des R. **1 3, 3.** — Ausschluß des R. durch Landesgesetz **1 3, 5.** — die Frage, ob der R. zulässig, ist auch bei nach ausländischem Recht zu beurteilenden Rechtsverhältnissen nach deutschem Prozeßrecht zu entscheiden **1 3, 5.** — Klage im Inland gegen einen auswärtigen Staat; wer entscheidet über ihre Zulässigkeit? **1 3, 8.** — Prüfung der Zulässigkeit des R. in der Revisionsinstanz **1 3, 189/190; 6 726, 806.** — wenn das Klagepetitum im Wege der Zwangsvollstreckung nicht erzwingbar ist **4 658.** — Zulässigkeit des R., auch wenn die Entscheidung von der Beurteilung öffentlich-rechtlicher Verhältnisse abhängt **7 712.** — auch Ansprüche, die auf öffentlich-rechtlichem Titel beruhen, können Gegenstand einer bürgerlichen Rechtsstreitigkeit sein **3 2, 321;** wie, wenn der Fortfall einer öffentlichen Pflicht auf eine Observanz gestützt wird **3 2, 321.** — Einfluß der Natur des Begründungssaktes, insbesondere der unvordenklichen Verjährung **3 2, 322.** — Zulässigkeit des R., wenn d. beanspruchte Recht m ö g l i c h e r w e i s e privatrechtlicher Natur ist **7 712.** — Entscheidung des Zivilrichters über Verhältnisse des öffentlichen Rechts, die den Gegenstand einer für den Zivilprozeß belangreichen Zwischenfrage bilden **4 685.** — Prüfung der Frage, ob eine öffentlich-rechtliche Forderung durch das Bestehen einer Gegenforderung gehemmt wird **3 2, 323.** — Geltungsbereich der Vorschriften eines Einzelstaates über Zulässigkeit des Rechtswegs **3 2, 322;** Rückwirkung e. hierüber ergehenden Gesetzes **3 2, 322.** — bei negativen Feststellungsklagen ist entscheidend der Charakter des Grundes, den der Beklagte für das Bestehen anführt **3 2, 321.** — Erweiterung oder Beschränkung der Zulässigkeit des R. durch Parteivereinbarung **5 737; 7 711** (s. Prorogation). — Klage auf Nichtbestehen einer Ver-

bindlichkeit nach Einleitung des Verwaltungszwangsverfahrens **3 2, 322, 323.** — Aufrechnung e. mit der Einrede d. ausgeschlossenen R. behafteten Forderung **3 1, 182.**

Gegen den Fiskus. — Gültigkeit von Landesgesetzen, monach Ansprüche gegen den Fiskus im Verwaltungszwangsverfahren unter Vorbehalt des R. begetrieben werden dürfen **3 2, 335.** — Gültigkeit des Dekrets vom 16. fructidor III **3 2, 336.** — wegen Edition von im Besitz öffentlicher Behörden befindlichen Urkunden nach § 432 ZPO. **3 2, 485.** — wegen Delikte der Beamten **2 1, 768** (s. Beamte). — Klage gegen den F. in Elsaß-Lothringen **6 726, 727.**

Grenzen der Prüfungspflicht des erkennenden Gerichtes. — Prüfung, ob die für die Zulässigkeit des Rechtswegs erforderliche Art der Rechtsverletzung vorliegt **3 2, 323.** — Prüfung d. Vorfrage der Unterstützungspflicht eines Ortsarmenverbandes **3 2, 323.**

Vorbescheid der Verwaltungsbehörde oder der vorgesetzten Behörde bei Beamtenverfolgung (s. Beamte u. unten. — nach Klagerhebung erfolgter Vorbescheid **3 2, 323.** — Klage vor Zustellung des Vorbescheides **3 2, 323.** — Nachprüfung des Verwaltungsbescheides **1 3, 503.** — Prozesse gegen Staatsminister in Preußen **5 736.** — Vorentscheidung nach § 11 GGWB. bei Erhebung d. Klage beim Gerichte e. anderen als des Staates, dessen Gesetz die Vorentscheidung anordnet **7 710.** — wenn das Landesgesetz den Vorbescheid nur bei Verlangen der vorgesetzten Behörde für nötig erklärt **5 736.** — Recht der Landesgesetzgebung, auch künftig Vorschriften nach § 11 GGWB. über die Voraussetzungen für Verfolgung von Beamten zu erlassen **7 709.**

II. Kasuistik.

1. Streitigkeiten zwischen Vereinen u. anderen Korporationen und ihren Mitgliedern. — wegen Ausschluß aus dem Vereine **1 1, 33; 1 3, 3; 2 1, 440; 3 2, 326; 5 11, 12, 1110; 6 731, 806.** — Klage auf Zulassung zu einer Genossenschaft **1 3, 3.** — Streit zwischen Student u. Universität über Streichung in der Matrikel, Bestehen einer Prüfung **1 3, 5.** — Mitgliedschaft an öffentlichen Korporationen, Kirchengemeinden **3 2, 321; 4 659;** Recht an Kirchenstühlen **3 2, 321.** — Nachprüfung des Ausschlusses eines Vereinsmitgliedes durch das Gericht (vgl. Gesellschaft, Verein) **1 3, 3; 2 1, 440; 3 2, 326; 4 233; 5 1110; 6 731, 806.**

2. Beamte (s. Beamte, Heer) **6 227.** — Lehrer vgl. unten „Schulangelegen-

heiten". — vermögensrechtliche Ansprüche der Reichsbeamten aus dem Dienstverhältnis (erst zu verleiendes Amt) **1 3, 3**. — Gehaltsansprüche der Mittelschullehrer **1 3, 4** (preuß. R.). — Verfolgung von Polizeibeamten, Eisenbahndirektionen wegen Amtsmißbrauchs oder Unterlassung von Amtspflichten, Geltung des preuß. G. v. 11. V. 42 **1 1, 503; 1 3, 2, 4; 3 1, 379; 3 2, 324, 326, 336; 5 739**. — Feststellung d. Befoldungsdienstalters nichtrichtl. Staatsbeamter **1 3, 4**. — Entzug d. Dienstentkommens im Disziplinarwege **1 3, 4; 6 727**. — Militäránwärter wegen Nichtvorrückens in höhere Stelle **1 3, 4**. — Beförderungsanspruch **3 2, 325**. — Umwandlung einer privatrechtlichen Dienststelle in eine öffentliche Beamtenstelle **3 2, 325**. — Klagen der Feldmesser gegen den Staat aus Ausführung staatlicher Aufträge (preuß. R.) **4 659**. — Schadenersatzanspruch gegen Stadtverwaltung wegen Veräumung einer Amtspflicht seitens der Organe **3 2, 326**. — Zurücknahme einer durch Polizeiverfügung erteilten Erlaubnis **4 657**. — Pensionserhöhungsansprüche d. Beamten in Hamburg **5 737**. — Anspruch der auf Kündigung angestellten Reichs-B. auf Versetzung in den Ruhestand **5 737**. — Berücksichtigung des Dienstzeugnisses eines städtischen B. **5 240, 737, 794**. — Ausstellung eines Zeugnisses für Staats-B. in Preußen **5 240, 737, 794**. — Gehaltsansprüche der Volksschullehrer in Preußen **5 738**. — Mietentschädigung der Volksschullehrer in Preußen **5 737**. — Klage eines früheren B. gegen den Staat auf Schadenersatz wegen e. dem Vertreter des Fiskus zur Last fallenden Überanstrengung im Dienst (pr. R.) **6 727**. — Klage der Genossenschafts- u. Sektions-B. e. Unfallgenossenschaft auf Zahlung des Gehalts oder der Pension **6 727**. — Streit über die Rechtmäßigkeit des Entzuges d. Dienstentkommens e. im Disziplinarwege verfolgten B. (preuß. R.) **1 3, 4; 6 727**. — Klage e. prot. Geistlichen in Preußen auf Zahlung des Grundgehalts **6 727**. — Klage e. Beamten gegen den Fiskus wegen Gesundheitschädigung durch die Amtsräume **6 805** (Bayern); **7 712** (Preußen). — Ausschluß d. Klage e. sog. freien Notars auf Vergütung durch landesgesetzl. Kostenfestsetzungsverfahren? **7 248**. — Beschreibung des R. gegen den Defektenbeschluß (§144 RWG.); Stellung des Gerichts **7 712**.

3. Teilnahme am Gemeindevermögen 1 3, 3; 3 2, 326. — Bedingungen für Leichenbestattungen auf Friedhöfen **3 2, 322**. — Auseinandersetzungen nach pr. R. **3 2, 325**. — Rechtsweg wegen unbefugten Weidens in Bayern **3 1, 351**.

4. Strafenrecht. — Bereicherungsflagge des früheren Grundstücks Eigentümers gegen den späteren Besitzer wegen Verwendung der von ersterem gestellten Strafenkaution **6 729**. — Klage des Angrenzers wegen Strafenveränderung **1 3, 3**. — actio negatoria auf Beseitigung eines von der Gemeinde gelegten Trottoirs **1 3, 4**. — Klage des Strafen Eigentümers gegen d. Angrenzer **1 3, 4**. — Rückforderung von Kanalisationsgebühren (preuß. R.) **1 3, 4; 5 738**. — Grabenträumungspflicht **1 3, 5**. — Klage auf Rückzahlung e. Strafenbaukaution **5 794** (Sachsen); **7 711**. — Rechtsgültigkeit der Fluchtlinienfestsetzung (preuß. R.) **5 738, 794**. — Franzprochnahme des Kreisauschusses durch d. Gemeinde aus dem Versprechen e. Beitrags zum Wegebau **6 728**. — Streit über Wegepflichten nach Art. 57 ObWegD. **6 729**. — Anspruch aus der angeblich erlassenen Servitut einer Schmiede, die zu reparierenden Wagen auf der Straße aufzustellen **6 728**. — Klage auf Beseitigung e. von der Gemeinde angebrachten Senkfastens **6 729**. — Eindringen von Wasser aus e. öffentlichen Straße in ein Grundstück **6 729**. — Gestatten der Benutzung e. öffentlichen Straße seitens e. Straßenbahn **6 729**. — Übernahme der Unterhaltungspflicht **3 2, 325**. — Beseitigung von Strafengräben (preuß. G. v. 11. III. 50) **5 739**. — Wiederherstellung von Strafengräben (preuß. R.) **5 739**. — Pflicht der Gemeinde zur Herstellung einer Ortsstraße **4 659**. — Vertrag über Tragung der Kosten einer Strafenherstellung (Bayern) **5 794**. — Ausbau einer Straße auf Grund Strafenbauvertrags (preuß. R.) **5 738**. — Klage auf Rückzahlung e. zur Erlangung der Bauerlaubnis auf Grund eines entgeltlichen, wegen Irrtums angefochtenen Vertrags an die Gemeinde bezahlten Betrags **7 712**. — Störung im Gebrauch öffentlicher Wege **3 2, 325**. — Rückgewähr von Sicherheiten für Strafenbaukosten (Sachsen) **5 794** (s. oben). — Entscheidung über die Öffentlichkeit eines Weges (in den Urteilsgründen) **3 2, 325; 5 739; 6 728**. — Feststellung des Nichtbestehens e. auf privatrechtlichen Titel gestützten Rechtes zum Verbot der Wegebenußung **7 712, 713**.

5. Fischerei- u. Wasserrecht. — Klage des Fischereiberechtigten wegen Immission u. Schadenersatz **1 3, 3**. — Recht nach dem Fischereigesetz v. 30. V. 74 **3 2, 325**. — Klage auf Wiederherstellung d. durch Wasserstaung geschädigten Wiesen (Baden) **3 1, 92**. — Schadenersatz wegen übermäßiger Benutzung eines öffentlichen Gewässers (Württemberg) **5 739, 794**. — Unterlassen des Waggerns wegen e. Fischereirechts **6 731**. — Klage auf Unter-

(Rechtsweg)

- lassung eines Einbaus in dem vom Kläger als Eigentum beanspruchten See und Wiberklage, daß der Kläger zur Duldung verpflichtet sei 7 712. — Erhebung eines Wasserzinses seitens des Fiskus 5 740. — Wasserstauen in den Gießdistrikten 6 729. — Erstattung von Deichkosten 6 729. — Gebrauchsrecht der Mühlen am Wasser 6 729. — Benutzung fließender Gewässer in Sachsen 6 729. — Entschädigung nach Art. 145 hess. G. v. 30. IX. 99 6 729.
6. **Gewerbe** polizei. — Klage wegen Entzugs des Droschkenfahrcheines 1 3, 4. — Bestehen einer Kruggerechtigkeit (Preußen) 5 739, 795. — Realgewerbe (Preußen) 5 795; 6 731. — Klage wegen Unterjagung des Gewerbebetriebs als Hausmüller 6 730. — Verfahren betr. Verjagung e. Gewerbebetriebs; Klage auf Abhilfe aus § 24 HambVerhältnisG. v. 23. IV. 79? 7 713. — polizeiliches Verbot eines Bühnenstücks 7 713. — auf privatrechtlichem Titel beruhende Einwendungen gegen Anlagen nach § 10 GewD. 7 713.
7. **Zoll** sachen 3 2, 126, 325. — Klage auf Befreiung vom Eingangszoll nach § 12 VerZG. u. § 7 Ziff. 3 G. v. 14. IV. 94 betr. Abänderung des Zolltarifes 1 3, 4; 3 2, 126, 325. — Unterstellung unter e. bestimmte Tarifposition 1 3, 5. — v. e. Zolldampfer bei Ausübung d. Zolldienstes einem anderen Schiff durch Zusammenstoß zugefügter Schaden 7 713. — von der Zollbehörde durch Anschroten der nicht als Malz, sondern als Futtergerste zu verzollenden Gerste zugefügter Schaden 7 713.
8. **Religiöse** Angelegenheiten. — Klage gegen die e. Exhumierung e. Leiche weigernde Kirchengemeinde 7 532. — Notwendigkeit eines Kirchenbaus 1 3, 5; 4 658. — Kirchenstuhrecht 3 2, 321; fächl. Erbühle 5 738. — Kirchensteuern 3 2, 322, 324 (Glockenfruchtabgabe). — Freiheit von Kirchenabgaben wegen Nichtzugehörigkeit zur Kirchengemeinde 3 2, 323; 6 727. — Klage auf Zugehörigkeit zu e. Religionsgemeinschaft 6 727. — Gewährung einer Grabstelle 6 727. — Benutzung von Kirchhöfen 3 2, 324; 6 727. — Vorschriften f. Leichenbestattungen 3 2, 322. — Glockengeläute 3 2, 324. — Schenkung an Kirchen unter Auflage von Seelenmessen 5 794/795. — Kirchenbaukauf (Württemberg) 5 795. — Verkauf des Patronats an Kirchengebäuden, an Friedhöfen (preuß. R.) 4 658; 5 738. — Klage auf Abhalten einer gestifteten Messe 4 658; 6 727. — Rechte religiöser Bruderschaften 5 738, 795 (Ausschließung). — Präsentationsrecht des Patronats in Preußen 5 738. — Streit zweier Kirchengemeinden über den Kreis ihrer Mitglieder 5 738, 795.

9. **Schulangelegenheiten**. — Lehre s. auch oben unter Beamte. — Schulgeld 3 1, 63. — Befreiung vom Schulgelde (pr. R.) 3 2, 324. — Feststellungsfrage auf Freiheit einer Schule von Gemeindegebühren 4 658. — Rückgewähr von bezahltem Schulgeld 3 2, 324. — Anspruch der Schulen auf Zahlung von Schul- u. Pensionsgeld 3 2, 324. — Umzugskosten der Lehrer 3 2, 324. — Gehaltsansprüche der Mittelschullehrer (pr. R.) 1 3, 4. — Beitragspflicht Dritter zur Unterhaltung einer Schule 3 2, 324 (bayer. R.). — Veränderung der Schulbezirke 4 658. — Präsentationsrecht für Volksschullehrer (preuß. R.) 4 658. — Zahlung des Staatsbeitrags zu den Kosten der öffentlichen Volksschulen 6 729. — Vermögensauseinandersetzung bei Auflösung oder Veränderung eines Schulverbands (preuß. R.) 6 731. — Schulbaukosten in Mecklenburg 6 731. — Anspruch auf Aenderung e. Schulzeugnisses 6 731. — Streit über die Baukostenpflicht bzw. über Erstattung der verauslagten Baukosten an einem von der Schulaufsichtsbehörde angeordneten Schulhausneubau; Stützen der Klage auf ungerechtfertigte Bereicherung 7 711.
10. **Heer**. — Gehaltsanspruch der aktiven Offiziere 5 738; 6 728. — Pensionsansprüche der Offiziere 5 738; 6 728. — Anspruch des Staates auf Zurückerstattung zuviel gezahlten Gehaltes 5 738 (preuß. R.). — Mietentschädigung eines Unteroffiziers (preuß. R.) 5 738. — Anspruch auf Nachzahlung der Pöhhnung 6 728. — Klage auf Militärpension 6 728. — Schadensansprüche gegen den Militäriskus (s. diesen) wegen Verletzung bei militärischen Übungen insolge ungenügender Abperrung 6 728. — Schaden durch Truppenübungen, Aufschlagen e. Zuschauertribüne für die Kaiserparade 6 728.
11. **Bahnangelegenheiten**. — Eigentumsfreiheitsansprüche gegen genehmigte öffentliche Kleinbahn 4 658. — Zurückgabe von zur Bahnanlage nicht verwendeten Grundstücken 4 658. — Anspruch aus einem mit dem Staat als Eisenbahnunternehmer geschlossenen Vertrag 4 658 (Klage wegen Entfernung von Anlagen?); 5 793/794. — Beseitigung einer landespolizeilich genehmigten Kleinbahn 5 738. — Gewährung der Freifahrt auf e. Kleinbahn trotz Verbots d. Aufsichtsbehörde 6 727. — Klage gegen die konzeptionierte Kleinbahn auf Herstellung von Einrichtungen (preuß. R.) 5 738, 794. — Verpflichtung des Anliegers, dem e. Bahnüberfahrt eingeräumt wurde 6 728. — Streit zweier Kleinbahnen 1 3, 4.
12. **Armenwesen** s. Armenverband. — Klagen zwischen 2 Armenverbänden wegen Erlasses von Auslagen 3 2, 447. — Erstat-

tung der Kosten für Unterbringung eines der Landespolizei Überwiesenen 4 659. — Erstattungsanspruch des Kreises gegen den Ortsarmenverband 6 729. — für Finanzpruchnahme e. Armenverbands auf Erlass der Unterstützungskosten nach § 617 BGB. 2 1, 351.

13. Kranken- u. Versicherungs-
kassen. — Anspruch der Krankenkasse gegen Arbeitgeber (auf Anmeldung seiner Arbeiter) 1 3, 4. — Anspruch d. Anstalten des öffentlichen Rechtes auf Überweisung der Unfallrente in Höhe der gemachten Aufwendungen 5 737; Anspruch gegen d. Berufsgenossenschaften wegen d. überschießenden Betrages 5 737. — Anspruch auf Zusatzrente gegen Invalidenpensionskassen 3 2, 326.

14. Steuern und Gemeinde-
abgaben. — Besitzveränderungsabgaben (Bayern) 5 794. — vertragsmäßiger Erlass d. G. 1 3, 3. — Rückforderung von Kanalisationsgebühren 1 3, 4. — privatrechtlich, im Verwaltungszwangsverfahren beitreibbare Forderungen e. Gemeindeverbandes 3 2, 323 (preuß. u. sächs. Recht). — unberechtigte Heranziehung zu öffentlichen Abgaben (Bremen) 5 794. — direkte Gemeindesteuern in Elsaß-Lothringen 6 730. — Gemeindeumlagen in Baden 6 730. — Rückzahlung e. durch Wiederausfuhr d. Bieres erloschenen Biersteuer 7 711. — Steuern in Elsaß-Lothringen; Nachprüfung d. Gewerbesteuerveranlagung durch d. Gericht? Schadensansprüche 5 739. — Umsatzsteuer nach preuß. Kommunalabgabengesetz v. 14. VII. 93 3 2, 326. — Entrichtung von G., bez. dereu d. Rechtsmittel nach §§ 69 ff. PreukommAbgG. geregelt sind 7 713. — Feststellung d. Erbschaftsteuerpflicht in Bremen 5 740.

15. Undere. — Entschädigungs-
klage gegen Gemeinde wegen unzulässiger polizeilicher Verfügungen 4 659. — Klage auf Feststellung e. Grunddienstbarkeit gegen e. Gemeinde 1 3, 3. — Lastentragung bei Auseinandersehungsverfahren nach dem preuß. G. v. 2. IV. 87 1 3, 4 u. 5. — unbefugtes Weiden in Bayern 3 1, 351. — Enteignungsrecht (Preußen) 4 659; 5 794; 6 730. — Enteignungsverfahren in Sachsen 6 730. — Erhebung e. Wasserzinses seitens d. Fiskus 5 740. — Klage des F. gegen Militäriskus wegen Fimmission v. Sand v. dem Grezzerplatz 4 659. — Bestehen e. Kluggerechtigkeit (Preußen) 5 739. — Klage d. Vormunds auf Herausgabe d. Mündels 1 3, 4. — R. in Stempelsachen 6 730. — Zurückforderung von Stempeln für nichtige Geschäfte 4 659. — Einziehung d. Gerichtskosten vom Prozeßbevollmächtigten 4 659. — Schadensersatzanspruch aus den travaux publics in Elsaß-Lothringen 4 663. — Beseitigung e.

falschen Abmahlung in Bayern 6 730. — Schadensersatzanspruch des Hauseigentümers wegen Ausführung baupolizeilicher Anordnungen 5 740. — Zahlung e. Staatszuschusses bei Zwangserziehung 6 729. — Klage auf Rückgewähr der vom Fiskus mittels Pfändung nach §§ 41/42 B.D. v. 26. XII. 1808 (betr. verbesserte Einrichtung d. Provinzial-Polizei- u. Finanzbehörden) erlangten Pfandrechte 6 729 (preuß. R.). — Klage e. Gefangenen auf Herausgabe v. Sendungen u. Arbeitslohn in Hamburg 6 730. — Dienstvertrag (s. diesen), Anspruch d. Gefindes auf e. berechtigtes Zeugnis 3 2, 326. — Anspruch des d. Sorge für d. Person des Kindes für unfähig erklärten Elternteils auf Gestattung d. persönlichen Verkehrs mit dem Kinde 5 739. — Streit d. getrennt lebenden Eltern über d. Art u. Weise, in der ihr Verkehr mit den Kindern zu regeln ist 7 713. — bez. d. Zugehörigkeit zum Adel 5 4; 7 712 (s. Adel). — Namensführung d. adeligen Namens seitens unehelicher Kinder 3 2, 326. — behördlicher Eingriff in ein Namensrecht auf Grund öffentlich-rechtlicher Pflichten 4 659. — Klage gegen d. Heroldsamt auf Führung eines bürgerlichen Namens mit dem Beisatz „von“ 5 739. — ungerechtfertigte Bereicherung auf d. Gebiete d. öffentlichen Rechts in Sachsen 6 730. — Seerecht, Rettungsfälle außerhalb der deutschen Küsten 3 2, 325. — R. gegen Verfügungen d. Landgemeinde in Hamburg 6 730. — Erfüllung der grundbrieflichen Bestimmungen nach §§ 167, 168 ABGB in Mecklenburg 6 730. — Klage auf Rückzahlung der von d. Baupolizei zu Unrecht für Bewilligung e. Haus verlangten Leistung 6 730. — Klage auf Beseitigung polizeilich genehmigter Bauten 6 730. — Schadensklage gegen e. Gemeinde wegen Niederreißung e. angeblich baufälligen Mauer in Elsaß-Lothringen 6 731. — Klage auf Zurücknahme d. Stellung unter Sittenpolizei in Hamburg 6 731. — Klage wegen Unterfagung e. Gewerbebetriebs als Hausmüller 6 731. — Verpflichtungen d. Abdeckers in Mecklenburg 6 731. — Störung e. verpachteten Jagdrechts 6 731. — Recht auf Kontrolle e. Stiftungsverwaltung 6 731. — Klage gegen d. Hinterlegungsstelle auf Auszahlung d. hinterlegten Betrags 2 1, 234; 3 1, 178, 293. — Klage auf Rückgabe e. im Strafverfahren hinterlegten Sicheiheit 7 712. — bez. d. Anspruchs auf Mäklerlohn f. d. Arbeitsvermittlung von Zünnungen u. Handwerkskammern 1 1, 400. — für d. Frage, ob jemand als Universalzulcessor für Notariatsgebühren haftet 6 178. — Klage aus absoluten Rechten, wenn es sich um den Eingriff e. Behörde handelt 7 711.

(Rechtsweg)

— Klage auf Schadenersatz wegen Verzugs in d. Erfüllung öffentlich-rechtlicher Verbindlichkeiten 7 712. — Klage d. Jagdpächters e. Gemeindejagd auf Unterlassung ruhestörender Lärms auf der angrenzenden fiskalischen Jagd 7 712. — zulässig für den Streit über d. Berücksichtigung öffentlicher Lasten im Verteilungsverfahren 5 904; 6 939.

III. Einrede der Unzulässigkeit s. prozeßhindernde Einrede. — Verzicht? 3 2, 447, 448, 495; 5 737, 795. — Formel d. Urteils 5 740. — Verzicht auf d. Einrede d. zeitlichen Unzulässigkeit d. R.: Mangel d. Vorbehalts nach § 150 RWG. 6 806. — Prüfung in d. Revisionsinstanz 1 3, 189, 190; 6 726, 806. — Vorbringen in d. Berufungsinstanz 6 806. — Beachtung von Amts wegen 6 806. — Unterschied d. Einrede d. Unzulässigkeit des R. von d. Einrede d. Unzulässigkeit d. Prozeßwegs bei verspäteter Klagerhebung 6 807.

Rechtswidrigkeit s. Widerrechtlichkeit.

Rebattieur. — Natur d. Vertrags mit R. 3 1, 248.

Reeder u. Reederei s. Seerecht.

Regenwasser. — Erlaßanspruch b. Grundstückschädigung durch R. 2 1, 136 (s. Rechtsweg).

Registerrichter s. Handelsregister, Vereinsregister, Beamte.

Rehabilitation. — Recht auf R. wegen Ehrverletzung 3 1, 89; 4 71; 5 87 (vgl. Beleidigung).

Reichsbank. — Vertreterin der Girokunden 4 40 (vgl. Girovertrag).

Reichsbanknote s. Banknoten, Wertpapiere. — „Geld“, nicht „Wertpapiere“ 1 1, 443; 2 1, 124; 4 63. — Pflicht zur Annahme von R. u. Kassenscheinen 1 1, 15.

Reichsgericht. — Entlastungsvorschlag 7 716. — Beschwerde an das R. wegen verweigerter Rechtshilfe in Grundbuchsachen 1 3, 12 (s. Beschwerde in der freim. Gerichtsbarkeit, Rechtshilfe). — Plenarentscheidungen; Identität der Rechtsfrage 1 3, 10. — Entscheidung der vereinigten Senate trotz Divergenz zweier Senate nicht nötig, wenn die Einheitlichkeit der Rechtsprechung hierdurch eine Förderung nicht mehr erfahren würde (Übergangsfragen) 6 733.

Reichskassenscheine vgl. Reichsbanknoten. — bares Geld? 2 1, 124. — Pflicht zur Annahme 1 1, 15.

Reichsrecht. — Anwendung des BGB. auf die der Landesgesetzgebung vorbehaltenen Sondermaterien 1 2, 321; 4 529. — Anwendung der Begriffsbestimmungen des BGB. auf andere Reichsgesetze 4 529. — Verweisung eines nach Art. 32 GGWB. in Kraft gebliebenen Reichsrechtssatzes auf eine aufgehobene landesrechtliche Bestimmung oder eines landesrechtlichen Satzes einer

Vorbehaltsmaterie auf eine landesrechtliche Vorschrift einer nicht vorbehaltenen Materie; Begriff der Verweisung in Art. 4 GGWB. 1 2, 321; 2 1, 757.

Reichsschuldbuch s. Schulverschreibungen. **Reihenfolge**. — der Erlegigung mehrerer Eintragungsanträge im Grundbuchverkehr s. Eintragungen ins Grundbuch unter Reihenfolge mehrerer Eintragungen und unter Eintragungsantrag.

Reitbahn. — Haftung d. Pferdevermieters für Fehler d. R. 4 176.

Relativgeschäfte. — Begriff 4 24.

Religionsgesellschaft s. juristische Personen. — Begriff 3 1, 13, 20, 21; 4 10. — religiöse Vereine, Begriff 1 1, 44; 2 1, 22, 23; 3 1, 20, 21. — Rechtsstellung in Preußen 2 1, 1. — Ausschließung; Rechtsweg in Preußen ausgeschlossen 5 11 (s. Rechtsweg). — Genehmigung zum Grundstückserwerb, insb. in Bayern 4 10. — Geltung der §§ 310, 312 BGB. für Klosterpersonen 1 1, 215. — die kanonischen Veräußerungsverbote und Art. 55 GGWB. 7 49. — Handelsgesellschaften v. Religiösen (insbesondere in Preußen) 2 2, 75, 76, 896; 3 1, 13; 3 2, 30; 4 10, 577; 5 41; 6 634; 7 608, 1064, 1090. — Rechtsfähigkeit 2 1, 1, 770; 6 589. — Verleihung d. Rechtsfähigkeit in Preußen 3 1, 13, 683 (Eintrag i. Vereinsregister?); 4 10; Löschung eines etwaigen Eintrags i. Vereinsregister v. Amts wegen 3 1, 683; 4 535. — Einsetzung eines Erben mit d. Bestimmung, das Vermögen zu kirchlichen Zwecken zu verwenden; Umgehung des Art. 86 GGWB. 4 11 (s. 577). — Erb- und Testierfähigkeit der Professoren 2 1, 770. — Rechtsfähigkeit der Ordenspersonen i. Preußen (Verfügung über Vermögen unter Lebenden u. Toten; Erwerb von Familienfideikommissen) 1 2, 395, 396. — Vereinigung z. Zweck der Religionsübung immer geistliche Gesellschaft, auch bei gleichzeitig. Verfolgung vermögensrechtl. Zwecke 6 634. — geistliche Gesellschaft in Form einer GmbH.; Umgehung des Art. 13 preuß. Verfassung 2 2, 896; 3 1, 13; 4 10, 535, 654, 896; 5 41, 618, 659; 6 634, 1087 (vgl. GmbH.). — Löschung e. Handelsgesellschaft von Religiösen (§ 144 FGG.) 7 608, 1064. — Brüdervereine z. Gemeinschaftspflege u. Evangelisation als R. 7 1064.

Religiöse Kindererziehung s. auch Vormund unter Sorge für die Person, elterliche Gewalt. — maßgebendes Recht bei Statutenkollision 1 2, 372; 5 621; 6 584; 7 583. — vorläufige Regelung durch das Vormundschaftsgericht 7 501. — Einfluß des Pflegers oder Vormundes? 2 1, 774. — Verhältnis des BGB. (Erziehungsrcht) zu landesrechtlichen Vorschriften 2 1, 774. — r. R., wenn dem Vater nach § 1666 die Sorge f. d. Person des Kindes entzogen

ist, während ihm nach Landesrecht die Bestimmung über die religiöse Erziehung verblieb 5 633. — Entgegenwirken gegen d. gebotene r. R. durch Teilnehmenlassen am Gottesdienst einer anderen Konfession oder durch häuslichen Unterricht 2 1, 774. — uneheliche Kinder 1 2, 141; 5 522, 533; 6 501 (s. diese). — Zwang gegen die Eltern, insbesondere gegen die Mutter, nach dem Tode des Vaters? 3 1, 686. — Wiederverheiratung der Mutter 4 537. — Beschwerde der Geistlichkeit 3 2, 199 (s. Beschwerde).

J n P r e u ß e n 1 2, 402; 6 486. — Folgen d. Erziehung des schulpflichtigen Kindes ein Jahr lang in einer bestimmten Religion 1 2, 402. — an Kindesstatt angenommene Kinder 1 2, 402, 403. — Religionswechsel der Mutter des noch nicht 14 Jahre alten unehelichen Kindes 1 2, 403. — nur vor dem Geistlichen erklärter Religionsübertritt des Vaters 1 2, 403. — Vertrag über r. R.; Einfluß des Todes eines Elternteils 1 2, 403. — Ermittlungen von Amts wegen, ob die Eltern nicht „einig sind“ § 78 II. 2 A.R. 7 986. — Katholiken 1 2, 403. — Dissidenten 7 502. — Geltung der §§ 77—84 A.R. II 2 f. die Rheinprovinz 1 2, 403; 3 1, 686; 4 537. — Religionswechsel der Mutter nach dem Tode des Vaters 1 2, 403. — geschiedene Mischehe 2 1, 774; 7 502 (unbekannte Abwesenheit des Vaters). — uneheliche Kinder 2 1, 774; 4 537 (Rheinprovinz). — Pflegekinder 4 537. — „einig sein“ im Sinne der Deklaration v. 21. XI. 1803; Bedeutung für die Zukunft, für die Zeit nach dem Tode des Vaters 7 501.

J n S a c h s e n. — Brautkinder 2 1, 774. — Dissidentenkinder 6 591. — Erziehung d. Kinder in e. anderen Bekenntnis, wenn beide Eltern der gleichen Kirche angehören? 7 502.

J n W ü r t t e m b e r g 2 1, 774. — uneheliche Kinder 5 620. — Verträge über Kindererziehung in gemischten Ehen; Vertragsbruch 5 620.

S e s s e n 7 502 (Dissidenten).

Rennbahn s. Wettrennen. — Unfall auf d. R.; Überfahren e. „Ziegers“ 5 97.

Rennpferd s. Wette, Wettrennen.

Rennverein. — Haftung e. R. f. verkehrssichere Zustände d. Rennplatzes 4 112; 7 136.

Renten s. Abfindungs-, Domänen-R. — Lösung e. R.-Bankrente in Preußen ohne Zustimmung des Eigentümers 1 2, 402. — Eintragung von R.-Bankrenten i. Preußen 2 1, 772. — Eintragung von Domänenamortisations-R. in Preußen 3 1, 685. — Landrenten, Landeskultur-R., Abfindungs-R.; Eintragung 2 1, 773. — Eintragung v. R., deren Ablösung von d. Zustimmung e. Dritten (Ansiedlungskommission) abhängig

3 D.R. Register zu I—VII.

ist 5 619. — R.-Bankrente keine öffentl. Last im Sinne des § 436 BGB. 1 1, 341 (s. 3 1, 158). — R.-Ablösungssumme keine Frucht des R.-Schuldrechts 1 1, 57. — ausländische R.-Papiere; Haftung d. Verkäufers für Mangel der Umlaufsfähigkeit 1 1, 345. — Eintrag d. preuß. Domänenamortisations-R. ins Grundbuch 3 1, 685. — Recht d. Käufers z. Zahlungsverweigerung wegen e. im Grundbuch eingetragenen geringfügigen Domänen-R.? 3 1, 158. — Abfindungs-R. im preuß. Grundstückszusammenlegungsverfahren 2 1, 27, 29. — Abfindungs-R. als Recht i. S. d. § 96 BGB. 2 1, 33.

Rentengüter. — Begründung von nach früherem Recht zulässigen, nach BGB. unzulässigen dinglichen Rechten an R. 1 2, 392. — Eintragung der im § 4 preuß. RentengutsG. v. 27. VI. 90 vorausgesetzten Vereinbarungen in das Grundbuch? 2 1, 766; 3 1, 679. — Anwendung der §§ 1134, 1135 BGB. 3 1, 679. — Buchung zugehöriger Miteigentumsanteile 5 533. — Gesamtheit d. Rentengutsübernehmer Kommunalverband nach Art. 77 GG? (preuß. R.) 1 2, 394. — Gefährdung d. Sicherheit e. Rentengutsrente 3 1, 444.

Rentenschuld. — Verschiedenheiten zwischen R. u. Realkaften 1 1, 710. — R. für den jeweiligen Eigentümer eines anderen Grundstücks 3 1, 458. — Renten zur Tilgung e. Kapitals 1 1, 710. — keine R. für jährliche Rachtaten; nicht R., sondern Höchstbetragshypothek für eine Leibrente 3 1, 458. — Eintragung einer R. ohne Bestimmung u. Buchung der Ablösungssumme 1 1, 710. — Ablösungsrecht des Eigentümers; Erwerb der R. durch den zahlenden Eigentümer als R. oder Grundschuld? 1 1, 710. — Übertragung oder Belastung der R.; Eintragung ins Grundbuch 2 2, 429 f. — Umwandlung in eine Grundschuld 1 1, 532, 710. — Anwendung der Art. 184, 195 GG BGB. auf die Rentenschulden des alten Rechts 3 1, 698; 4 549. **replicatio doli.** — gegenüber der Verjährungseinrede 3 1, 68, 84; 4 69; 5 65, 84 (s. Verjährung).

reservatio mentalis s. geheimer Vorbehalt. **res extra commercii** 4 23; 5 20 (s. res publicae).

res litigiosae Veräußerung d. streitbefangenen Sache oder des Anspruchs, s. Rechtsfähigkeit, Abtretung, Aufrechnung. — Begriff der Streitbefangenenheit 1 3, 116. — Streitbefangenenheit bei Klagen auf Rechnungslegung 1 3, 101. — Streitbefangenenheit bei Klagen aus Vormerkungen 1 3, 118. — Anwendung des § 265 Abs. 2 ZPO. auf das Wiederaufnahmeverfahren 3 2, 444. — Klage der Zeislonars vor Ablauf der Frist des § 697 ZPO. bei Vorliegen

(res litigiosae)

eines Zahlungsbefehls des Zedenten **3 2, 444.** — Abtreten des Anspruchs nach Rechtshängigkeit d. Mahnverfahrens **3 2, 444, 534; 5 843.** — Anwendung des § 265 ZPO., wenn nach Abtretung der streitbefangenen Forderung über das Vermögen des klagenden Gläubigers Konkurs eröffnet wird **6 802.** — keine Anwendung des § 265 ZPO. auf den während des Anfechtungsprozesses nach §§ 271—272 StGB. seine Aktien veräußernden Aktionär **6 802** (s. Aktiengesellschaft). — Abtretung e. Kostenersatzungsanspruchs; Einfluß im Fall der Kostenfestsetzung nach § 103 ZPO. **5 772, 773.** — bei Anfechtungsprozessen nach dem Anfechtungsgesetz **5 962.** — Einwirkung e. Prozeßvergleichs auf den Zessionar **7 177, 314 (2), 788.** — Einfluß e. Veräußerung der Streitfache auf e. Feststellungsfrage **7 788.** — Abtretung oder Veräußerung e. rechtshängigen Massforderung seitens des Konkursverwalters **7 788.** — Anwendung des § 265 Abs. 2 ZPO. auf die nach Konkursöffnung eingetretenen Rechtsnachfolger in e. Konkursforderung **7 787, 788.** — Anwendung des § 265 Abs. 2 ZPO. auf das Verwaltungsverfahren **7 788.**

Veräußerung. — nur rechtsgeschäftliche Verfügung **1 3, 114.** — analoge Anwendung bei Zwangsverfügung u. von Gesetzes wegen eintretender Rechtsänderung **1 3, 114.** — Pfändung u. Überweisung der Klageforderung nach § 829 ZPO. **5 791; 6 801.** — Einfluß der Pfändung oder Verpfändung einer Forderung auf eine Feststellungsfrage **1 3, 115.** — mittelbare Veräußerung des Mietgrundstücks, Einfluß auf die Mietforderung **3 2, 444.** — Übertragung des Besizes in der Weise, daß eine der Parteien oder ihr Rechtsnachfolger mittelbarer Besizer wird, als Veräußerung **6 802.** — Kindesvermögen; Ende des elterlichen Nießbrauchs während des Prozesses **1 3, 118.** — Veräußerung des Klageanspruchs über den eingelagerten Betrag hinaus; Form der Beurteilung **6 801, 802.** — Ehemann: Ende des Verwaltungsvermögens am Frauenvermögen während des Prozesses **1 3, 118.** — Rechtsnachfolge in Fideikommissen **1 3, 118.** — Eintritt des früheren Gemeinschuldners, des Grundstückseigentümers oder des Erben in einen Prozeß, in dem bisher d. Konkurs-, der Zwangsverwalter oder der Testamentsvollstrecker Partei war **1 3, 117/118.** — bei Fusion einer Aktiengesellschaft **1 3, 118.** — Auflösung einer offenen Handelsgesellschaft ohne Liquidation **1 3, 32, 119.** — übt die Veräußerung sofort volle materielle Wirkung oder ist die Wirkung für die Dauer der Rechtshängigkeit ausgeschlossen? **1 3, 114 (aM. 116); 3 2, 444; 6 801.**

Stellung des veräußernden Klägers **3 2, 443, 444; 7 788.** — bleibt er Prozeßpartei? **1 3, 114; 3 2, 443;** kann er also verzichten, anerkennen? **1 3, 114.** — das Urteil geht auf seinen Namen, aber auf Leistung an den Nachfolger? **1 3, 114 (aM. 116/117).** — Abweisung der Klage, wenn Kläger auf Einrede seinen Antrag nicht auf Zahlung an den Nachfolger oder auf Zahlung an beide oder auf Hinterlegung ändert **1 3, 114, 115, 118 (aM. 117); 3 2, 444; 5 791; 6 801 (2); 7 177, 788.** — der Veräußerer betreibt die Zwangsvollstreckung? Eintritt des Nachfolgers nach § 727 **1 3, 114/115** (vgl. aber 117); **3 2, 444.** — Aktivlegitimation des nach Klagerhebung u. Grundstück veräußernden Eigentümers zur Böschungsklage **6 802.** — Einwendungen aus der Person des Nachfolgers **1 3, 115.**

Stellung des Beklagten **3 2, 443, 444.** — bei Feststellungsfragen **1 3, 116.** — bei Leistungsfragen nach §§ 985, 861, 1007 StGB. **1 3, 116.** — Aufrechnung mit Forderungen gegen den Zedenten **3 2, 444** (Forderungen aus der Zeit nach der Zession).

Stellung des Nachfolgers **3 2, 443.** — bei Nichteintritt in den Prozeß. — Umfang der Rechtskraftwirkung gegen den Nachfolger **1 3, 115.** — wenn der Zessus mit einer Gegenforderung gegen den Zedenten aus der Zeit nach der Zession aufgerechnet hat **3 2, 444.** — Stellung des Pfändungsgläubigers, der dem Prozeß als Nebenintervenient beitrifft **6 801.** — Regreß d. Nachfolgers gegen den Veräußerer wegen mangelhafter Prozeßführung **1 3, 115.** — Klage des Zessionars vor Ablauf der Frist des § 697 ZPO. bei Vorliegen eines vom Zedenten erwirkten Zahlungsbefehls **3 2, 444.**

Stellung des Nachfolgers bei Eintritt in den Prozeß **1 3, 117.** — Nichtzustimmung des Gegners **1 3, 119.** — Auflösung einer offenen Handelsgesellschaft u. Übernahme des Geschäftes durch einen Gesellschafter **1 3, 32, 119; 5 791; 6 802.** — Streit über den Eintritt: Zwischenstreit oder selbständiges Angriffs- oder Verteidigungsmittel **4 691.** — Haftung für Restitution des Erhaltenen im Restitutionsverfahren **3 2, 444.**

Fälle des § 265 Abs. 3. — Weiterführen des Prozesses durch den veräußernden Kläger **1 3, 115.** — Hypothekenzession **1 3, 119.**

Fälle des § 266 s. oben. — Real-lasten, Hypotheken-, Grund- u. Rentenschulden **1 3, 119.** — vermietete Grundstücke **1 3, 119.** — Nachbarrechte **1 3, 119.** — Urteil, durch das der Anspruch des Dritten, den Rechtsstreit übernehmen zu

dürfen, abgewiesen wird; rechtlicher Charakter, Revision 4 691.

res omnium communes. — Luft 4 23.

res publicae f. a. Kirchhöfe, Begräbnisplätze. — Zuständigkeit der Landesgesetzgebung, Nachbarrecht, Verkehrsfähigkeit der dem öffentlichen Gebrauch oder dem öffentlichen Gottesdienst gewidmeten Sache 5 620. — dem Gemeingebrauch dienende Sachen 5 20. — res extra commercium 4 23; 5 20. — res omnium communes; Luft 4 23.

res saerae f. res publicae, Kirchhöfe, Begräbnisplätze. — Verkehrsfähigkeit 6 31. — Benutzung von Kirchenstühlen 6 31 (f. diese).

Restaurant f. Schankwirtschaft, Gastwirt, Zubehör, Bestandteil. — Zubehör e. R.-Grundstücks 1 1, 56. — Inventar als Zubehör auch bei Beschränkung des Betriebs auf einen Teil des Hauses 1 1, 56. — Drehstuhl als wesentlicher Bestandteil 5 24. — Klavier, Polyphton als Zubehör 5 26. — Angabe des Umsatzes als Versicherung e. Eigenschaft 1 1, 364. — Pflicht des Vermieters z. Herstellung e. von der Polizei angeordneten baulichen Anlage 2 1, 294. — Pflicht des Vermieters z. Unterlassung e. eigenen R.-Betriebs im gleichen Hause 1 1, 363. — Miete e. Schanklokales in Kenntnis e. entgegenstehenden Unterfangungsrechts 1 1, 365.

Restaurateur f. Gastwirt, Schankwirtschaft. — keine Haftung aus § 701 2 1, 427.

Restitutionsklage f. Wiederaufnahme des Verfahrens.

Reuegeld. — R. u. Vertragsstrafe 1 1, 257; 5 145, 146. — Einforderung als Vertragsstrafe unzulässig 3 1, 170. — Verwirkung nur bei vertraglichem Rücktritt 1 1, 263. — keine Herabsetzung nach § 343 BGB. 1 1, 257. — keine Zurückforderung des R. 3 1, 173.

Revenuenhypotheken f. Familienidealkommission. — Begründung nach 1900 2 1, 796.

Revision f. Rechtsmittel, Ehesachen. — Reformvorschlüge (duae conformes) 7 836. — Auslegung des Art. 2 der Novelle v. 5. VI. 05 4 712. — Reformvorschlüge gegenüber §§ 554, 554 a ZPO. in der Fassung v. 5. VI. 05 7 840. — Zeitpunkt des Inkrafttretens der Novelle v. 5. VI. 05 4 712. — Einfluß der Novelle v. 5. VI. 05 auf die Revisionen in Bayern 4 663, 715 (Revisionsgericht nach § 554 Absf. 2, § 556 Absf. 2 ZPO.); 6 854. — Unzulässigkeit der R., wenn der Mangel ohne Aufhebung des angefochtenen Urteils zu beheben ist 1 3, 201. — Gebühren des Anwalts für Zurücknahme e. R.; Zurücknahme nach vorheriger Begutachtung 6 855. — vertragsmäßige Ausschließung der R. im voraus 2 1, 68. — Änderung des Rechtes

nach Erlass d. Berufungsurteils 1 2, 436, 439, 440. — R. gegen ein Teilurteil erstreckt sich auch auf die in einem späteren (vor Einlegung der R. erlassenen) Endurteil getroffene Kostenentscheidung 3 2, 397, 400; 6 822. — R. im preussischen Verwaltungsstreitverfahren 6 855.

Revisible Urteile. — U. nach § 303 ZPO., daß der Konkursverwalter zur Fortführung der Berufung nicht berechtigt sei 3 2, 508. — End-U. des OVG., das den von ihm selbst als Gericht der Hauptsache erlassenen Arrest wieder aufhebt 1 3, 201. — End-U. des OVG. in der Beschwerdeinstanz über eine einstweilige Verfügung 3 2, 502. — R. gegen ein End- und ein Ergänzungs-U., wenn das letztere gegenstandslos ist, weil schon das erste U. die Hauptsache ganz erledigte 1 3, 204. — ein die Zurückverweisung nach § 539 ZPO. aussprechendes U. 3 2, 501. — U., das den Anspruch des Dritten, an Stelle des Klägers nach § 266 ZPO. den Rechtsstreit übernehmen zu dürfen, abweist 4 691. — gegen ein verkündetes U., dessen vollständige Abfassung unmöglich wird 5 805. — gegen einen in der Vorinstanz nicht vertretenen Mitbeteiligten, wenn die Klage ihm gegenüber abgewiesen wurde 4 712. — R. gegen Läuterungsurteil wegen Rechtsverletzung in dem bedingten End-U. 4 713. — dem End-U. vorausgehender Beschluß über e. Aussetzung 6 857. — vom Reichsgericht in 2. Instanz gegen das U. eines Gerichts der Schutzgebiete erlassenes Urteil? 7 838.

Vermögensrechtliche Ansprüche. — Begriff 1 3, 201, 202; 5 825 (Einfluß d. vom Beklagten verfolgten Zweckes?). — Ansprüche aus nicht vermögensrechtlichen Ansprüchen, sofern sie eine vermögensrechtliche Leistung zum Gegenstand haben 1 3, 201. — nicht auf Leistung u. Geld oder Geldeswert gerichtete Ansprüche aus dem Familienrecht 1 3, 202; Verbindung mit einem Vermögensanspruch 3 2, 502. — Klagen aus dem Firmenrecht (§ 37 HGB.) 1 3, 201. — Anspruch auf ein Zeugnis nach § 73 HGB. 1 3, 201. — Getrenntleben der Gatten während des Scheidungsprozesses bei gleichzeitigem Verlangen von Unterhalt 1 3, 201. — Klage zur Abwendung vermögensrechtlicher Nachteile (Kredit-schädigung, Boykott) 7 837, 838. — Unterlassungsklage 1 3, 202 (§ 1 Urt. BGB.); 6 856 (Unterlassung e. die geschäftlichen Interessen des Klägers schädigenden Veröffentlichung). — Klage d. Autors gegen den Verleger auf Einhaltung der Vertragsstrafen 3 2, 502. — Klage auf ausschließliche Benutzung e. Grabstätte u. Entfernung einer Leiche 4 713.

(Revision)

Bestand) 5 825. — höher bemessen als der Streitwert? 1 3, 202; 3 2, 502; 5 325; 6 856; 7 837 (2). — Einfluß früherer Parteiangaben 1 3, 202. — nachträgliche Erhöhung 1 3, 202. — wenn der Antrag zwar die R.-Summe übersteigt, nach den Feststellungen des Berufungsgerichts aber weniger als diese zugesprochen ist 1 3, 202. — Wert z. Zeit der R.-seinlegung 1 3, 202 (2); 4 712. — Einfluß d. Interesses d. R.-klägers 7 837. — Herstellen des Wertes durch Verbindung nach § 147 ZPO. 1 3, 202; 3 2, 502. — getrennte Entscheidung des Berufungsgerichts über mehrere zur gemeinschaftlichen Verhandlung verbundene Sachen 7 837. — keine Zusammenrechnung, wenn von 2 Klägern der eine wegen Klageabweisung, der andere wegen Verurteilung auf Grund der gegen ihn allein erhobenen Widerklage revidiert 1 3, 202. — Einrechnung des Streitwerts eines anderen Prozesses, wenn das R.-surteil auch für ihn Rechtskraft schaffen würde 1 3, 202. — Zusammenrechnung bei R. der gleichen Partei gegen Klage u. Widerklage 1 3, 202; 7 837. — Zusammenrechnung bei R. mehrerer Streitgenossen 1 3, 203. — Einfluß einer in die Berufungsinstanz nach § 145 ZPO. erfolgten Trennung 1 3, 203; in der R.-instanz Trennung nicht zulässig 1 3, 202. — Zusammenrechnung bei R. gegen Teil- u. Schlussurteil? 3 2, 503. — R.-summe im Fall des § 99 Abs. 2 ZPO. 4 678; 5 826. — Anspruch auf Rückerstattung des zur Abwehr der Zwangsvollstreckung gezahlten 5 826; 7 837. — Anrechnung der verlangten Zinsen u. Kosten bei Widerklage auf Erstattung nach § 302 Abs. 4, § 600 Abs. 2 ZPO. 6 857; 7 837. — bei einstweiliger Verfügung (Aufhebung oder Festätigung) 4 713; 5 826. — Abweisung e. Klage „auf 2500 M. oder mehr oder weniger nach Ermessen des Gerichts oder der Sachverständigen“ 7 837. — bei Grunddienstbarkeiten 4 713; 5 826 (Klage auf Nichtbestehen der GD.). — Urteil auf Unterlassung 6 856 (2) (vgl. 1 3, 202). — bei Klage auf Abnahme der Kaufsache u. Zahlung des Preises, wenn während des Prozesses auf Vereinbarung die Kaufsache versteigert wurde 4 713. — Klage auf Herausgabe von unter Eigentumsvorbehalt verkauften Sachen, Berücksichtigung der Abnutzung 6 857 (2). — Anfechtung nur wegen d. die R.-summe übersteigenden Nebenforderung 1 3, 202; 3 2, 502; 4 713. — prinzipaler u. Eventualantrag 1 3, 202. — Berechnung bei wiederkehrenden Leistungen (§ 9a GKG?) 1 3, 203. — Beschwerdewert, wenn Beklagter Abweisung der auf Zahlung von mehr als

2500 M. gerichteten Klage verlangt, der Berufungsrichter aber d. Klage für erledigt erklärt hat 6 856; 7 837. — Verurteilung zur Rechnungslegung 7 838. — Verbot, durch Flugblätter zum Boykott des Klägers aufzufordern 7 838. — Immissionsurteile; R., weil mit einem Aufwand von weniger als 2500 M. bereits vor Erlass des Berufungsurteils Abhilfe getroffen worden sei 7 838. — Klage gegen den Generalversammlungsbefehl auf Ausschluß e. Mitgliedes aus e. Genossenschaft 7 1095. — bei irrtümlichem Erlass mehrerer Urteile über verbundene Sachen, R. gegen jedes Urteil, wenn nur die Gesamtsumme 2500 M. übersteigt 7 768. — Mitrechnen des Wertes d. formell unzulässigen R.-santräge 5 826. — kein Mitrechnen des Anspruchs, bez. dessen die R. wegen Nichtangabe eines R.-sgrundes als unzulässig zu verwerfen ist 6 854. — Berücksichtigung des Wertes des Gegenstands eines in dem angefochtenen Urteil mit enthaltenen Zwischenurteils nach § 303 ZPO. 7 837, 838. — alternative Verurteilung des Schuldners nach seiner Wahl 5 826; 6 856. — Räumungsklage wegen Nichtbestehens eines Mietvertrages 5 826. — Berücksichtigung der nach § 767 Abs. 2 BGB. vom Bürgen zu tragenden Kosten? 3 1, 309. — Wertberechnung, wenn gegenüber der die Aufhebung d. ganzen Urteils beantragenden R.-seinlegung die R.-sbegründung nur einzelne Punkte angreift 4 714; 5 827; 6 855, 856. — Aufrechterhalten e. R.-santrags über mehrere Ansprüche trotz Befriedigung des Klägers bez. des einen vor R.-seinlegung 6 856. — Beschwerdewert bei R.-seinlegung seitens des Nebenintervenienten 6 856. — Glaubhaftmachung des Wertes 4 714; 6 856; 7 838. — Glaubhaftmachen d. R.-wertes durch Urkunden: Sachkenntnis des Ausstellers 3 2, 503. — Nachweis der R.-summe durch d. Anträge 4 713. — Folgen der Nichtglaubhaftmachung des Wertes 4 715. — Glaubhaftmachung des R.-wertes bei Antrag auf Zuerkennung einer richterlich festzusetzenden höheren Entschädigung als d. vom Unterrichter zugebilligten 3 2, 503. — Mangel eines Antrags auf Herabsetzung des festgesetzten Streitwerts als genügende Glaubhaftmachung 6 856. — Stellung des Sachverständigen zur sofortigen Vernehmung über den Wert zur Glaubhaftmachung nötig 6 856. — Glaubhaftmachung bei Klage e. Frau auf Schadensersatz wegen Minderung ihrer Erwerbsfähigkeit 6 857. — bei Nichtglaubhaftmachen der R.-summe Verwerfung der Revision als unzulässig 4 715. — Bedeutung der Wertfestsetzung des OLG. für die Zulässigkeit der Revision 6 1154.

Revislon ohne Rücksicht auf den Wert des Beschwerdegegenstandes. — unbefrähkte Zulässigkeit der Revislon 1 3, 202. — bei doppelter Begründung des Urteils, wenn nur für den einen Grund § 547 zutrifft 1 3, 203. — Klage e. Genossen wegen Ausschusses aus e. Genossenschaft (§ 51 GenG.) 7 838.

Unzulässigkeit des Rechtsweges. — bei Unterwerfung unter ein Schiedsgericht 1 3, 203. — wenn das Berufungsgericht unter Aufhebung des die Unzulässigkeit des Rechtsweges bejahenden erstinstanzlichen Urteils in der Sache selbst erkannt hat 3 2, 503. — Abweisung der Berufung wegen Unzulässigkeit d. Rechtsweges u. Erörterung in den Gründen, daß die Klage auch sachlich unbegründet sei 3 2, 503.

Unzulässigkeit der Berufung. — Unzulässigkeit d. Berufungsanschiebung 1 3, 203. — Erklärung, „die Berufung sei wirkungslos“ 3 2, 503. — Zulässigkeit der R. auch bei einzelnen Streitpunkten 5 826. — Zurückweisung der Berufung wegen mangelnder Sachlegitimation 5 826; 7 838. — R. gegen ein die B. als unbegründet zurückweisendes u. nur im Kostenpunkt das erste Urteil abänderndes B.-surteil, wenn der B.-beklagte in 2. Instanz Unzulässigkeit der B. behauptet hatte 6 857.

Ansprüche nach § 70 G. B. G. f. Zuständigkeit. — Nachprüfung der Klagebehauptungen über die Zuständigkeit 1 3, 205. — Entscheidungen über das Getrenntleben der Gatten während des Scheidungsprozesses (bei Verbindung mit Unterhaltsklage) 1 3, 201. — Klagen gegen den Fiskus auf Schadensersatz wegen Vertragsverletzung durch Staatsbeamte 1 3, 203; wenn der Beklagte inzwischen sein Amt niedergelegt hat 1 3, 203. — Klage gegen den Ortssteuererheber einer Provinzial-Landfeuerzsjesität wegen unrichtiger Steuererhebung (preuß. R.) 1 3, 203. — Klage gegen preußische Schiedsmänner bei fahrlässiger Beglaubigung von Rentenkittungen 4 713. — selbständige Prüfung der im Verwaltungswege getroffenen Entscheidung durch das R.-sgericht 3 2, 503. — Ansprüche gegen den Landesfiskus aus Verschulden der Staatsbeamten, wenn die Ansprüche in privatrechtlichen Beziehungen (Verträge, Gewerbe) wurzeln 6 857.

Revislonsgrund. — Tatsachenfeststellung oder Rechtsjubsumtion? 3 2, 505. — Auslegung der Rechtsgeschäfte 1 1, 96; 1 2, 203, 204; 3 2, 505, 506. — Auslegung e. Vertrags 4 715; 6 858 (2). — Auslegung e. Anstellungsdekretes 6 858. — falsche Auslegung e. Urkunde 4 715;

7 839. — Auslegung e. Vergleichs 3 2, 507. — „Verkehrsstitte“ als Rechtsnorm 3 2, 505. — Statuten e. Gesellschaft als Rechtsnorm? 1 3, 204. — Hausgesetz des hohen Adels 1 3, 204; 4 713; 5 827. — Frage der Rechtsverletzung bei in Mitte liegender Gesetzesänderung 1 3, 203. — zu Unrecht angewandte, nicht revidible Normen 1 3, 203 (2). — widerspruchsvolle Begründung bei Auslegung nicht revidibler Normen 7 839. — Verletzung e. im Bezirk d. Berufungsgerichts nicht geltenden Rechtsnorm bei deren wörtlicher Übereinstimmung mit e. dort geltenden Norm 7 839. — Nichtanwendung revidibler Normen seitens des Berufungsgerichts, das die Grundsätze nicht revidibler Normen für anwendbar hielt 1 3, 203. — wörtliche Übereinstimmung e. nicht revidiblen Gesetzes mit revidiblen Normen 3 2, 504. — Verletzung des mit dem deutschen Recht übereinstimmenden österreichischen G. B. 3 2, 505 (f. 5 826). — Bestehen e. partikulären Gewohnheitsrechts 1 3, 204, 205; 4 713. — Ermittlung u. Auslegung e. Observanz 7 838. — wenn die Nichtanwendung e. partikulären Gewohnheitsrechts zugleich gegen revidible Normen verstößt 3 2, 505. — Verstoß gegen § 293 Z. P. O. 3 2, 505. — Einfluß des räumlichen Machtbereichs des Gesetzgebers auf die Revidibilität des Gesetzes 6 857. — Verletzung von Landesgesetzen; Geltung im Bezirk des Berufungsgerichts 3 2, 504. — Geltung eines Landesgesetzes im ganzen Gebiet zweier Bundesstaaten oder zweier preuß. Provinzen 3 2, 504. — auf Grund eines Staatsvertrags identische landesgesetzliche Vorschriften 3 2, 504 (f. 7 839). — Verletzung ausländischer Rechtsnormen 3 2, 504, 505. — Verletzung von Normen des internationalen Privatrechts 3 2, 505. — Verletzung ausländischer Rechtsnormen bei Verweisung auf sie seitens d. inländischen Rechts 2 1, 757; 5 826; 6 580. — ausländisches, mit dem inländischen übereinstimmendes Recht 3 2, 505; 5 826. — internationales Eisenbahnübereinkommen 3 2, 504. — in Schleswig rezipierte Normen des gemeinen Rechts 4 713. — bayerisches Landrecht 4 713. — bayer. Spezialgesetz 6 857. — das Publikandum für die Kurmark v. 28. IX. 1772 1 3, 204. — polizeiliche Vorschriften für Schiffahrt auf der Weser (BremG. B. v. 22. V. 01) 3 2, 505. — sächs. Gesetz v. 13. XI. 76 hzw. 10. VI. 98 über Urkundenbesteuerung 5 827. — westfälisches Gütergemeinschaftsg. v. 16. IV. 60 5 827. — preuß. G. v. 14. III. 80 betr. die Bestreitung der Kosten für die Bedürfnisse der Kirchengemeinden in den Landesteilen des linken Rheinufers 5 827. — im D. G. Frankfurt geltendes franz.

(Revision)

Recht 6 857. — gemeines protestantisches Kirchenrecht 7 838. — PrAWf. des Justizministers v. 23. III. 85 über Vertretung des Fiskus 7 838. — preuß. Betriebsvorschriften für Privatanschlußbahnen 7 839. — falsche Bildung eines Rechtsfalles bei Büden im Gesetz 3 2, 505. — Würdigung e. unbeeidigten Zeugenausfrage 6 858. — Nachprüfung des Rev.-gerichts, ob die Grundlage, auf der sich der Unterrichter die Überzeugung von der Unglaubwürdigkeit e. Zeugen verschaffte, richtig ist 6 809. — Nichtziehung von Sachverständigen? 6 808. — wichtiger Grund für Entlassung eines Handlungsgehilfen 3 2, 505; 7 839. — ob die Dienste eines Angestellten „kaufmännische“ sind 3 2, 505. — Nichtberufung der Partei zum Wort 6 780. — Nichtausübung des Fragerechts bei Nichtwiederholen eines in 1. Instanz geltend gemachten Vorbringens vor der Berufungsinstanz 5 828. — Nichtbegründung oder widerspruchsvolle Begründung bei Auslegung eines nicht revidiblen Gesetzes 5 828. — Abwägung des beiderseitigen Verschuldens 5 827; 6 858. — Erklärung e. Handlung als fahrlässig oder arglistig 3 2, 505; 6 858. — Angemessenheit einer Frist nach § 326 BGB. 3 2, 506; 4 715. — ob Verstoß gegen die guten Sitten vorliegt 3 2, 507; 6 858. — konkurrierendes Verschulden 3 2, 507; 5 827; 6 858. — Verletzung des § 287 ZPO. 5 828. — Unvollständigkeit des Tatbestandes 4 700; 5 828; 6 823. — nicht erschöpfende Würdigung des Parteivorbringens 5 828. — Entscheidung von Ermessensfragen 5 827. — sachlich unbrauchbarer Tatbestand 4 700. — Fortfall des Patentes nach Erlass des angefochtenen Urteils 5 826; 6 857. — Nichtaufgabe des Schätzungsbeides? 4 694. — Nichtausübung des richterlichen Fragerechts 3 2, 506 (f. 1 3, 71, 72). — Verletzung von Beweisrechtsnormen 3 2, 506. — Ordnungsvorschriften als Rechtsnormen 1 3, 204. — „Unverzüglichkeit“ einer Anfechtung (§ 121 BGB.) 1 3, 204; 7 838. — „schwere“ Verletzung d. ehelichen Pflichten (§ 1568 BGB.) 1 3, 204. — Annahme oder Nichtannahme einer Klagenänderung 3 2, 495. — Bildung e. falschen Rechtsfalles auf Grund der §§ 157, 242 BGB. 3 2, 505. — rechtsirrige Unterlassung der zeitlichen Begrenzung e. Rente nach § 844 BGB. in einem Zwischenurteil nach § 304 ZPO. 6 589. — Nichterlassung e. Teilverurteils R.-grund? 6 814. — Ablehnung der wiederholten Vernehmung e. Zeugen 1 3, 167; 6 838. — nicht vorschriftsmäßige Besetzung des Gerichts: Mitwirken von Hilfsrichtern beim DLG. 4 714. — Mitwirken e. bei d. Erlass des

ersten Urteils beteiligten Richters bei der Verkündung des Berufungsurteils? 6 858. — nicht legale Vertretung d. die Prozeßführung unbefugterweise auf e. andere Behörde übertragenden Verwaltungsbehörde 6 858. — Mitwirken e. abgelehnten Richters, wenn während der Anhängigkeit der Beschwerde über den d. Ablehnung zurückweisenden Beschluß Urteil erging 6 751. — irrtümliche Annahme der Zuständigkeit; Entscheidung der Zivil- an Stelle der Handelskammer nach § 30 Abs. 1 ZGG. 1 3, 204 (f. 3 2, 207). — ungesetzlicher Nichtauschluß der Öffentlichkeit 1 3, 204; 3 2, 506 (bei Vernehmung des Anfechtungsklägers im Entmündigungsverfahren). — ungesetzlicher Nichtauschluß der Öffentlichkeit; Verzicht auf Ausschluß 3 2, 506. — Fehlen der Urteilsgründe; muß das Berufungsgericht bei Abweichen von der landgerichtlichen Auslegung auf jede einzelne Erwägung des BG. eingehen? 1 3, 204. — Fehlen der Urteilsgründe über die Höhe des Schadens 3 2, 506. — Fehlen oder Mangelhaftigkeit der rechtswissenschaftlichen Ausführungen in den Urteilsgründen 3 2, 506. — Übergehen e. ganzen Rechtsbehelfes in den Urteilsgründen mit Stillschweigen 6 859; 7 839. — bloß lüdenhafte Ausführungen in den Urteilsgründen 6 859 (2). — nicht besondere einzelne Erwähnung von im Tatbestand aufgenommenen Tatumständen bei der Beweiswürdigung 6 859. — keine Anwendung des § 551 Ziff. 7 bei Erörterung des Beweisergebnisses in den Gründen 6 808. — Verweisung auf das Urteil e. adhibierten Vorprozesses 7 839. — fehlende Erörterung der Urteilsgründe über das Bestehen eines tatsächlichen Irrtums bei Übertreten eines Konkurrenzverbotes 3 2, 506. — allgemeiner Hinweis der Urteilsgründe auf den gesamten Inhalt des Schriftenswechsels 4 714. — Verweis auf die Entscheidungsgründe des Urteils der Vorinstanz 5 827. — Ausschluß nicht geltend gemachter prozessualer Rügen nach § 559 4 714.

Revisionseinlegung. — Beginn d. R.-frist bei berechtigtem Urteil 3 2, 506. — Lauf der Einlegungs- u. Begründungsfrist bei Erklärung als Feriensache in der unteren Instanz 4 714; 6 854. — Wiedereinsetzung bei Veräumung der Einlegungsfrist 5 784; (f. 4 687). — in dem Einlegungsschriftsatz neben dem Aufhebungsantrag enthaltene inoffizielle Anträge 7 839. — Bezeichnung nur d. Nebeninterventionen als R.-sbeklagten in dem Einlegungsschriftsatz 7 839. — Einlegung u. Begründung der R. durch Telegramm 6 854. — Zustellung des anzufechtenden Urteils durch den Anwalt beim Rev.-sgericht 6 854. — Anführung nicht aller Parteien im Rubrum

6 855. — Bezeichnung des Konkursverwalters als R.-beklagten bei Aufhebung des Konkurses nach Erlass des Berufungsurteils 7 839. — R. eines oder gegen einen Streitgenossen; Beilage einer falschen, von ob. an e. anderen Streitgenossen zugestellten Urteilsausfertigung 5 827; 6 855. — Begründung durch Verweisung auf mehrere frühere weitaufige Schriftsätze 6 859. — Begründung durch den Satz: „verlezt sind auch §§ 286, 551 Ziff. 7 3 P.D.“ 6 859. — Begründung durch die Bemerkung: „der Berufungsrichter sei über die Verteidigung d. Beklagten hinausgegangen“ 6 859. — Begründung der R.-schrift bei materiellen Rügen, bei Rügen n. § 554 Ziff. 2c 4 714; bei Rügen n. § 554 Ziff. 2b 4 714. — Nichtbezeichnung d. verletzten Gesetzesstellen in d. Begründung 6 855. — Folgen der Nichtbegründung bis zum Ablauf der Frist 4 714. — teilweise Begründung bei mehreren Ansprüchen 4 714; 5 827; 6 855, 856, 860; 7 840. — unzureichende Begründung: „das erste Urteil, soweit dem Revidentengünstig, gilt als R.-Begründung“ 5 827; „es sei der vielfach angetretene Gegenbeweis nicht berücksichtigt“ 5 827; 7 840 (2). — welches ist in Bayern das zuständige Gericht für die Einreichung der R.-schrift? Verhältnis d. §§ 7 u. 8 C.G. 3 P.D. zu § 554 Abj. 2, § 556 Abj. 2 3 P.D. in der Fassung v. 5. VI. 05 4 663, 715; 6 854. — Anführung eines Paragraphen der 3 P.D. anstatt „Bezeichnung der Tatsachen“ bei Revisiön nach § 554 Ziff. 2 7 840. — Einreichung der Begründung zugleich mit Einlegung des Rechtsmittels beim BayObLG; zuständige Anwälte 6 854. — Einreichung der Begründung nach Einlegung der R., aber vor Erlassung des Verweisungsbeschlusses seitens des BayObLG. durch einen beim Reichsgericht nicht zugelassenen Anwalt 6 854, 859. — Einreichung der Begründung nach Erlass des Verweisungsbeschlusses des BayObLG. 6 854. — Begründungsschrift Notfrist? 5 782. — Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen Veräumung der Begründungsfrist? 5 828; 6 855 (Erkrankung des Anwalts). — Lauf der Begründungsfrist 6 854. — Beginn des Laufes der Begründungsfrist vor oder während der Gerichtsferien 6 854. — nach Ablauf der Begründungsfrist vom Rev.-sgericht erlässener Aussetzungsbeschluß, wenn bei Ableben der Partei der Antrag vom Rechtsanwalt vor Ablauf d. Begründungsfrist gestellt war 6 855. — Eingang e. Revisiön beim Rev.-sgericht nach Schluß der Gerichtsschreiberei 6 855. — nachträgliche Geltendmachung der Verletzung landesrechtlicher Normen, wenn an Stelle des Reichsgerichts das BayObLG. sich für zuständig erklärte 7 840. — Begründung in mehreren

Schriftsätzen; Nachbringen von Gründen während des Laufes der Begründungsfrist 6 855. — nachträgliche Erweiterung des rechtzeitigen Antrags, soweit es sich nicht um einen selbständigen Anspruch handelt 7 840. — Einlegung der R. in bayer. Entmündigungssachen nur durch den Staatsanwalt am BayObLG. 6 855. — Mitunterzeichnen der R.-sbegründung durch e. beim Reichsgericht nicht zugelassenen Anwalt 6 859. — Bezugnahme der R.-sbegründung auf anliegenden Parteischristsatz 6 859. — eventuelle Anschlußrevisiön § 2, 507. — echte (innerhalb der R.-frist) eingelegte Anschlußrevisiön bei Verweisung oder Zurücknahme der Hauptrevisiön; Nichtvorhandensein der Revisiönssumme f. d. Anschluß-R.; Anwendung des § 556 Abf. 2 Satz 2 3 P.D. auf die Begründungsfrist e. echten Anschlußrevisiön 6 855, 860. — Einreichung der R.-sbegründung beim BayObLG. nach Zustellung des Unzuständigkeitsbeschlusses 7 718.

Verfahren vor dem Revisiönsgerecht. — erst in der R.-sinstanz erhobene Einrede der mangelnden gesetzlichen Vertretung 7 842. — Trennung nach § 145 3 P.D.? 1 3, 201. — wenn bei unzulässiger Zurückverweisung seitens des Berufungsgerichts der Revident nur Entscheid in der Sache selbst ohne Beschwerde über die Zurückverweisung verlangt 1 3, 204. — Erweiterung der R.-santräge nach Ablauf der Einlegungs- oder Begründungsfrist 4 714, 715; 6 860. — R.-santrag auf Aufhebung des vorigen Urteils ohne erschöpfende Formulierung des positiven R.-santrags 6 860. — Antrag auf Zubilligung e. gerichtlich festzusetzenden höheren Entschädigung als der vom Unterrichter zuerkannten § 2, 503. — Ablauf der Jahresfrist des § 1567 BGB. während der R.-sinstanz 1 3, 205. — Eintritt der Fälligkeit einer Forderung während der R.-sinstanz § 2, 507. — Nachbringen der Verjährungseinrede in der R.-sinstanz? 4 715. — Nachprüfung der vom Berufungsgericht einem rechtskräftigen Urteil gegebenen Auslegung 1 3, 205. — Nachprüfung der Klagebehauptungen über die Zuständigkeit 1 3, 205. — Nachprüfung der nicht nach §§ 554, 556 3 P.D. gerügten prozessualen Verstöße der Vorinstanz 6 855. — Nachprüfung e. Zuschlagsbeschlusses 7 842. — nach Ablauf der Begründungsfrist vom Rev.-sgericht erlässener Aussetzungsbeschluß wegen Todes einer Partei, wenn der Antrag rechtzeitig vor Ablauf der Frist gestellt war 6 855. — Abgehen des R.-sgerichts von dem nach § 554a Abf. 2 ergangenen, zugestellten Beschluß? 6 855. — Berücksichtigung der nach R.-seinlegung erfolgten Nichtigkeitsklärung e. Patents? 7 842. — Stattgabe

(Revision)

e. R. wegen materiell-rechtlichen Verstoßes, wenn infolge Mangelhaftigkeit des Tatbestands Unklarheit über das Vorliegen e. solchen Verstoßes herrscht **6 855**. — Aufhebung des angefochtenen Urteils oder Berichtigung von Amts wegen bei Abweichung der Urteilsformel im Protokoll u. in der Urteilsausfertigung **6 860**. — Vorbringen neuer Tatsachen bez. Verfahrensmängel **3 2, 507; 7 841**. — materielle, prozessuale Rügen; Umfang ihrer Berücksichtigung; Präklusion **4 174, 175**. — Verstoß gegen § 240 ZPO. (Nichtunterbrechung trotz Konfuzetöffnung) von Amts wegen zu beachten **6 860**. — bei Zwischenurteil nach § 304 ZPO. Entscheidung des R.-sgerichts über den Grund u. Zurückverweisung an das Gericht erster Instanz bez. der Höhe **1 3, 205**. — Vollstreckbarkeitsklärung des nur zum Teil angefochtenen Urteils **6 860; 7 839, 840**. — Geltendmachung eines Zurückbehaltungsrechts in der R.-instanz? **7 842**. — Neuvorbringen des Einwands der mangelnden Passivlegitimation **6 860**. — in der R.-instanz erhobener Einwand des ersatzpflichtigen Arbeitgebers, daß der Kläger e. Unfallrente beziehe, gegenüber dem Zwischenurteil über den Grund des Anspruchs **7 842**. — Einfluß des Todes der Klägerin während der R.-instanz bei Altenteilsprozessen **7 842**. — Prüfung der Frage, ob ein Verband bauberechtigter Bürger ein selbständiges Vermögenssubjekt ist **6 860**. — Bedeutung der Entscheidung des Berufungsgerichts über Bestehen u. Inhalt nicht revisibler Normen, wenn das Recht in keinem Teil des OLG.-Bezirks galt **4 715**. — Einwand der Nichtigkeit des Patents in der R.-instanz; nach R.-seinlegung ergangene Nichtigkeitsklärung **7 1118**. — Bedeutung der tatsächlichen Feststellungen des Vorderrichters (s. R.-grund) bei Auslegung eines Vergleichs **3 2, 507**; bei Prüfung, ob e. Handlung gegen die guten Sitten verstößt **3 2, 507**; über Abmefung des beiderseitigen Verschuldens **3 2, 507**; bei Auslegung eines Vertrages **4 715; 6 861** (dinglicher Charakter e. Rechtes). — Begriff der „Tatsachen“ im Sinne des § 561 ZPO., Umfang der Gebundenheit des R.-sgerichts an tatsächliche Feststellungen **7 841, 842**. — Gebundenheit des R.-sgerichts an die tatsächlichen Feststellungen in den dem Berufungsurteil vorausgehenden Entscheidungen **7 841**. — keine Gebundenheit des R.-sgerichts an die tatsächlichen Feststellungen bei dem, was von Amts wegen zu prüfen ist, oder bei e. durch die Feststellung begangenen Gesetzesverletzung **7 841**. — Verwerfung d. R. als unzulässig bei Nichtglaubhaftmachen der R.-summe

4 715. — Aufhebung des ganzen Urteils bei eingeschränktem R.-santrägen **4 715**. — Hemmung der Rechtskraft des ganzen Urteils, wenn die allgemein eingelegte R. nur bez. e. Teiles d. Urteils begründet wird **7 839**. — Beweisaufnahme vor Erlass des Unzulässigkeitsurteils (§ 554a ZPO.) **7 840**. — Wiederaufnahmeverfahren gegen e. Unzulässigkeitsurteil wegen nachträglich aufgefundenen Urkunde **7 840**. — Berücksichtigung vom R.-kläger nicht gerügter Tatbestandsmängel von Amts wegen **7 841**. — rechtsirrig, aber durch die Feststellungen d. Schlussurteils gerechtfertigte Begründung e. Teilurteils bei Revision u. gleichzeitiger Verhandlung über Teil- u. Schlussurteil **7 841**.

Zurückverweisung. — Aufhebung des ganzen Urteils auch bei eingeschränkten R.-santrägen **4 715**. — Bindung des Berufungsgerichts an die vom R.-sgericht geäußerten Zweifel an der Richtigkeit der Tatsachenwürdigung? **7 842**. — Entscheidung des R.-sgerichts über den Grund u. Zurückverweisung an das Gericht erster Instanz bez. der Höhe **1 3, 205**. — inwieweit ist das Berufungsgericht bei Zurückverweisung an die frühere rechtliche und tatsächliche Beurteilung gebunden? **1 3, 205; 4 715** (außerhalb des Bereichs der aufhebenden Entscheidung stehende Rechtsfragen); **6 861; 7 842**. — neues Vorbringen vor dem Berufungsgericht nach Zurückverweisung **1 3, 205; 4 715; 6 861**. — Verhandlung vor einem anderen Senat als dem, an den zurückverwiesen wird **3 2, 507**. — Mitwirkung eines bereits bei der 1. Verhandlung beteiligten Richters bei Verhandlung vor dem anderen Senat im Fall der Zurückverweisung **3 2, 507**. — Verzicht der Parteien auf die vom R.-sgericht verfügte Verhandlung der Sache vor einem anderen Senat des OLG. **3 2, 507**. — Bindung des OLG., wenn das R.-sgericht eine Anschließrevision zurückgewiesen, auf die Revision hin aber das Urteil aus prozessualen Gründen aufgehoben hat **5 828**. — kann bei neuerlicher R. gegen das nach Zurückverweisung ergehende zweite Berufungsurteil die dem zurückverweisenden Urteil zugrunde liegende rechtliche Beurteilung angegriffen werden? **3 2, 461; 6 861**. — Recht des Berufungsrichters, seine neuerliche Entscheidung auf einen zweiten, weber im früheren Berufungs- noch im R.-surteil erörterten Klagegrund zu stützen **6 861**. — Pflicht des Berufungsrichters, bei Aufhebung seines Urteils wegen Übergehens eines relevanten tatsächlichen Vorbringens in den Urteilsgründen die hierfür angebotenen Beweise zu erheben? **6 861**. — vom R.-surteil abweichende rechtliche Beurteilung seitens des Berufungsrichters

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

auf Grund neuerlichen Parteivorbringens 6 861.

Verzicht u. Zurücknahme der Revision s. Berufung, Rechtsmittel. — Verzicht vor oder nach Erlass eines Urteils in früherer Instanz 3 2, 508. — Verlustigkeitsurteil im Fall der Zurücknahme 3 2, 508. — Zurücknahme bei Erledigung durch Vergleich 3 2, 508. — Einfluß der Novelle von 1905? 4 715. — Zurücknahme einer R. nach ihrer Verweisung seitens des BayObLG. an das RG.; zuständiger Anwalt 6 855. — Zurücknahme e. R. nach Zuständigkeitsklärung des ObLG.; zuständiger Anwalt 7 718.

Rezeptionsvertrag 6 241; 7 263.

Rheinisches Recht vgl. französisches R. — Verfügungsmacht der Frau bei Gütertrennung u. art. 217 code civil 2 801.

Rheinprovinz. — Gemeindehaftung für rechtswidrige polizeiliche Handlungen der Gemeindebeamten 1 1, 53.

Rheinischfahrtsgerichte s. Sondergerichte.

Richter vgl. Beamte, Rechtsweg, Ausschließung, Ablehnung. — zwangsweise Veretzung auf eine andere, nicht richterliche Stelle unzulässig 1 3, 2. — Stellung zum Gesetz 4 66; 5 73; 7 95 ff. — Ausfüllung d. Gesetzeslücken 2 1, 121. — freie Rechtsfindung 2 1, 80, 121. — rechtschöpferische Tätigkeit 3 1, 75; 7 3 (s. Rechtsquellen). — Rechtsbildung u. Verfahrssitte 7 65. — Haftung des Richters f. Beamte.

Richterlicher Eid. — Verhältnis gegenüber dem Parteieid 1 3, 173, 185. — Beschränkung auf einzelne anspruchsbegründende Tatsachen 1 3, 184. — r. E. im Beschwerdverfahren nach § 99 Abs. 3 BPO. 1 3, 185, 209 (Aufsage durch Beschluß). — Aufsage bei Ergebnislosigkeit des bisherigen Beweisjahrens 3 2, 489. — Aufsage des Eides bei völliger Beweisfähigkeit der beweispflichtigen Partei 1 3, 185. — Aufsage vor Ersthöpfung der anderen Beweismittel 1 3, 184; 3 2, 489; 4 709; 5 821; 7 826 f. — Angabe der Gründe für Ablehnung der anderen Beweismittel 1 3, 184; 3 2, 488. — Auswahl der eidespflichtigen Partei ohne Rücksicht auf die Beweislage 1 3, 184/185; 4 709; 6 845; Rücksicht auf die persönlichen Verhältnisse 1 3, 185; auf Vertrauenswürdigkeit 3 2, 488; 6 845; wenn nur eine Partei den Eid in der Wahrheitsform leisten kann 3 2, 488. — Aufsage des E. trotz angetretenen Gegenbeweises über Glaubwürdigkeit u. Ruf der Partei 4 709. — Pflicht zur Eidesaufsage bei nicht vollständigem Beweis einer erheblichen Tatsache 1 3, 185; 4 709; 5 821. — Verhältnis z. zugesprochenen Eid; Aufsage der r. E. in der Überzeugungsform trotz Eidesaufschiebung in der Wahrheitsform

7 827. — Wahl zwischen Wahrheitseid der einen u. Überzeugungseid der anderen Partei 1 3, 185; 3 2, 488. — Aufsage in der Überzeugungsform auch bei eigener Wahrnehmung 1 3, 185. — r. E. darüber, daß der Schwurpflichtige ohne e. ihm vom Gegner gegebene Auskunft den Vertrag nicht geschlossen haben würde 6 845. — E. über die Kenntnis e. Tatsache, wenn die Tatsache selbst noch nicht feststeht? 6 841.

— r. E. darüber, daß der Beklagte innerhalb e. bestimmten Zeit sich keines Chebruchs schuldig gemacht hat, ohne Bezeichnung des Dritten 6 842. — Nachprüfung der Revisionsinstanz, ob Aufsage des r. E. veranlaßt war? 5 821; 7 827. — Formulierung in Wahrheits- oder Überzeugungsform 7 827 (vgl. 3 2, 988). — Formulierung des E.: Abweichen von den Parteibehauptungen 3 2, 488, 489. — Identitätseid kein r. E. 3 2, 489. — zu Unrecht durch Beweisbeschluß aufgelegter u. geleisteter E. 6 844. — nochmalige Eidesleistung veranlaßt, wenn es dem Gericht angemessen erscheint, anstatt des unzulässigerweise durch Beweisbeschluß aufgelegten u. geleisteten E. derselben Partei den r. E. aufzulegen? 6 845 (vgl. Eidesleistung). — bei Mehrheit von Eidespflichtigen 7 827; einheitlich festzustellendes Rechtsverhältnis 1 3, 185; Begründung d. freien Ermessens in der Auswahl der Schwurpflichtigen 1 3, 185.

Ritter- und Freigüter. — in Preußen keine Grundbücher für diese 2 2, 396.

Ritterschäftliche Familien. — Autonomie gegenüber dem Pflichtteilsrecht 1 2, 456.

Ritterschäftliche Kreditanstalten s. Kreditanstalt. — Geltung ihrer Satzungen für ihre Darlehen 7 435.

Röhrenleitungen. — auf fremdem Grundstück 2 1, 32. — Sondereigentum an R. 4 25.

Rückdatierung. — Anwendung des früheren Rechts bei R. e. nach 1900 geschlossenen Vertrags? 3 1, 665.

Rückfallsrecht. — der Ascendenten bei vor 1900 an die Descendenten gemachten Schenkungen 1 2, 452. — des art. 747 code civil; Anwendung des Art. 213 CC BGB? 2 1, 809. — des früheren Rechtes dngl. Wirkung unter der Herrschaft des neuen Rechtes? 6 382.

Rückkaufsrecht s. Verkauf. — Begründung mit dngl. Wirkung nach gemeinem Rechte 6 403.

Rücktritt s. auch clausula rebus sic stantibus, Dienstvertrag, gegenseitiger Vertrag, Kauf, Zufußlieferungsgeschäft, Vorleistungspflicht, Werkvertrag.

Allgemeines. — Voraussetzung u. Wirkungen d. R. bei Schuldverhältnissen d. alten Rechts 2 1, 784, 785. — Übergangsrecht; Anwendung d. § 326 BGB. 1 2, 417; 2 1, 785. — Begriff 1 1, 259;

(Rücktritt)

6 152 (Verjährbarkeit). — als Fall e. mittelbaren Aufhebung e. Schuldverhältnisses **1 260**; **3 1, 172**. — rechtl. Bedeutung d. R.-serklärung **1 1, 260**; **3 1, 171 f.** — beiderseitiger R. aus verschiedenen Gründen **6 148**. — kein R. wegen Nichtertritts e. Vertragsvoraussetzung **5 149**. — teilweiser R. **2 1, 228**. — R. beim Schuldbeitritt; Ausübung durch d. Bürgen? **7 171**. — R. bei Mehrheit von Schuldnern oder Gläubigern **1 1, 262**. — rüdttrittsähnliche Befugnisse **1 1, 259**. — Rückforderung e. bei verspäteter Zinszahlung sofort fälligen Darlehens beim Rücktritt **7 171** (s. Zinsen). — Einigung über Nichterfüllung e. Vertrags unter Vorbehalt von Schadensansprüchen **7 195**. — Verhältnis d. Widerspruchsrechts aus § 610 z. R.-srecht **1 1, 261**. — R. u. Kündigung **1 1, 259**; **2 1, 228, 229**. — Nichtanwendbarkeit d. §§ 347, 348, 350/354 auf die Fälle d. §§ 119, 123 **1 1, 261**; **5 149**. — vorbehaltslose Annahme verspäteter Erfüllung als Verzicht auf d. kassatorische Klausel **1 1, 263**. — Beweislast bez. d. Vorbehalts d. R. **3 1, 172, 173**. — Beschränkung, insbes. Befristung d. R., Beweislast **3 1, 173**. — Beweislast bez. d. Vorbehalts d. Rechtsverwirkung **3 1, 173**.

Wirkung und Umfang (§§ 346/348). — Rückgabepflicht als Verpflichtung aus dem Verträge **1 1, 261**. — Liberationsanspruch d. Rücktretenden **1 1, 260**. — Ersatz d. gemeinen Wertes als Vergütung für Dienstleistungen oder Sachbenutzung (§ 346 Satz 2) **2 1, 228**. — dingliche Wirkung? **1 1, 260**; **2 1, 228**. — Wirkungen d. R. auf e. bestelltes Pfandrecht **3 1, 172**. — Beweislast für d. Verschulden bei feststehender Verschlechterung im Fall d. § 349 BGB. **7 170**. — schließt Schadensersatzansprüche wegen Nichterfüllung aus **3 1, 172**; Vorbehalt eines Entschädigungsanspruchs neben R. **1 1, 263**. — Schadensersatzanspruch neben R. b. Kauf (nach § 276) **4 106**; **5 113**. — Rückgewähr nicht nach d. Vorschriften d. §§ 812 ff. **2 1, 229**. — Pflicht d. zurücktretenden Käufers zur Verzinsung d. Kaufpreises für d. Zeit d. Besitzes d. Kaufsache beim Kreditkauf? **7 170**. — Vorschriften über d. Rückgewähr nicht zwingend **4 130**. — „im Vertrag bestimmte Geldleistung“ nicht ziffernmäßig bestimmte, aber bestimmbare Summe **6 152**. — Wirksamkeit d. R. nicht v. Angebot d. Rückgabe d. Empfangenen abhängig **1 1, 246**. — Fristbestimmung für d. Ausübung d. R. **2 1, 223**.

Erfklärung (§ 349). — Erfordernisse u. Besonderheiten d. R.-serklärung **1 1, 260, 263**; **2 1, 228**. — R. im Prozeße **1 1, 102, 261 f.** — bedingter R. d. Abzahlungshändlers (s. Abzahlungsgeschäft) **7 170**. — Abgabe d. R.-serklärung beim Vertrag auf

Leistung an Dritte **1 1, 260**. — Bindung d. R.-berechtigten an seine einseitige Erklärung **6 152**.

Umschluß (§§ 350—353, 357). — Unwirksamkeit d. R. bei Unmöglichkeit d. Rückgewähr schon z. Zt. d. R.-serklärung **1 1, 260**. — Unmöglichkeit d. Herausgabe d. empfangenen Gegenstandes, insbesondere wegen Veräußerung **1 1, 262**; **2 1, 229**; **3 1, 172 f.**; **4 130**; **5 148**; **7 171**. — Ausschluß des R. durch d. Klausel: „abweichende Dualität nach Hamburger Arbitrage zu ordnen“ **7 205 f.** — „anderweitige Unmöglichkeit“ im § 351 **5 148, 149**. — Verlust eines Teils der Kundschaft des verkauften Geschäftes als Ausschließungsgrund **7 170**. — Rückgang eines Fleischereibetriebes **7 170**. — „Verschlechterung“ (§ 351); vorgenommene Reparatur; ungünstige Auslegung d. beteiligten Kreise über den Wert ohne objektiv nachteilige Änderung d. Sache **6 152**; **7 170**. — Umfang der d. Rücktritt ausschließenden Verschlechterung; schwerere Veräußerlichkeit **7 170**. — Ausschluß im Falle d. Veräußerung **3 1, 173**; **7 171** (s. oben). — Beweislast bez. Verschuldens d. Rücktretenden an d. Verschlechterung **7 170**. — maßgebender Zeitpunkt für d. Verschlechterung **7 170**. — § 357 beim gegenseitigen R. nicht anwendbar **3 1, 173**. — Ausschluß d. Rücktritts des den Kaufpreis stundenweise Verkäufers bei nur teilweiser Erfüllung **7 199**. — Befriedigung d. zurücktretenden Kontrahenten mittels Aufrechnung im Konturje **2 1, 229**.

Fristsetzung für Ausübung **1 1, 262**; **2 1, 223**. — „angemessene“ Frist **1 1, 262**. — Verbindung der Fristsetzung mit d. Mahnung zur Rückgewähr **6 152**. Rücktritt gegen Reugeld **1 1, 263**; **3 1, 173**; **7 171** (beim Vorprämiengeschäft).

Einzelfälle (§§ 360, 361). — Schuldnerverzug als Fall d. § 360 **1 1, 263**. — Fälle gegenseitigen R.-srechts **1 1, 259 f.** — R. vom Kauf von Saisonartikeln ohne Frist **4 127**; **5 144**. — kein R.-srecht d. Arbeiters wegen Verwendung zu Streikarbeit **5 42**. — kein R. von e. bedingten Vertrag während d. Schwbezeit **5 52**. — Vorbehalt d. vorzeitigen Rückforderung d. Darlehens kein R. vom Darlehensvertrag **1 1, 261**. — R. bei Verträgen wegen veränderter Umstände: eventl. nach § 157 **1 1, 227**; **4 42, 51**; **5 40, 51**. — R. von e. Moratorium **5 51**. — vom Versicherungsvvertrag wegen veränderter Umstände **4 51**; **5 51**. — vom Lizenzvertrag **1 1, 261**. — vom gerichtlichen Vergleich **1 1, 261**; **4 130**. — einseitiger R. vom Mietvertrag **1 1, 208**. — d. Vermieters auf Grund d. Ermittlungsklausel, Anwendung d. § 357 **1 1, 263**; **2 1, 229**. — v. Bierlieferungss-

vertrag nach § 157 zu beurteilen 5 52. — Wandelungsrecht d. Käufers trotz verschuldeten Untergangs d. Kaufsache bei Rücknahmeverzug d. Gläubigers 6 152. — d. Verkäufers aus § 454 1 1, 344. — d. Käufers wegen positiver Vertragsverletzung 2 1, 187; wegen Rechtsmangel 2 1, 271. — keine Pflicht d. Käufers zur Schadenshaltung d. Verkäufers bei R. von e. formnichtigen Grundstückskaufvertrag 2 1, 212. — vom Grundstückskauf, Geltung d. § 313? 1 1, 221; 4 121 (f. Form des Immobilienvertrags). — Kaufvertrag unter d. Resolutivbedingung d. R. 2 1, 81. — vom Fingerring wegen Lieferung d. Mantels d. Gaspapieres ohne den Kupponbogen? 6 153.

Rückversicherung f. Deckungsversicherung. — Umfang der Leistungspflicht d. Rückversicherers bei Konkurs d. Versicherers 2 1, 399, 402, 440. — R.-vertrag oder private Schuldübernahme? 5 174. — Einfluß von Vergleich u. Konkurs d. Hauptversicherers auf die R. 3 1, 168. — Abtretung d. Portefeuilles e. Versicherungsgesellschaft keine R. 3 1, 194.

Rückverweisung (Art. 27 GGWB.). — Kritik d. R.-theorie 5 612, 613. — Verhältnis von Art. 27 zu Art. 15 Abs. 2 (eheliches Güterrecht); Ausschluß d. Anwendung d. Art. 27, wenn d. Kollisionsnorm d. Heimatsrechtes auf die deutschen Gesetze verweist, ohne daß d. Voraussetzungen d. Art. 15 Abs. 2 vorliegen 3 1, 669, 670 (f. 1 2, 379). — Ausdehnung d. in Art. 27 angeordneten R. auf andere als die dort genannten Tatbestände? 1 2, 378, 379, 380; 5 613 (2); 6 585. — Folgen d. Anwendung d. Art. 27 auf d. Eheschließung (Schließung einer im Ausland verfassten Ehe durch einen Ausländer in Deutschland) 1 2, 379; den National-

gefehen d. Eheleute, aber nicht dem nach Art. 27 anzuwendenden deutschen Recht entsprechende Ehe 1 2, 380. — Verweisung des ausländischen Rechtes auf das Recht eines anderen ausländischen Staates 1 2, 379, 380; 5 613; 6 585. — Verweisung d. ausländischen Rechtes auf das deutsche u. eventuell, falls letzteres auf ersteres zurückverweist, auf sich selbst 1 2, 380. — Bedeutung d. Einbeziehung d. Art. 27 in den Art. 28 1 2, 381.

Rückwirkende Kraft f. zeitliches Anwendungsgebiet. — d. Zivilprozessnovelle von 1898 1 3, 14; besonders d. §§ 257—259 1 3, 90, 106.

Rüge prozessuale wegen formeller Verfahrensmängel vgl. prozessuale Mängel. — im voraus erklärter Verzicht auf R. 5 798. — Annahme e. Verzichts, wenn die auf den Mangel hingewiesene Partei keine Anträge stellt 6 813. — Verlust d. R.-Rechts, wenn d. Partei d. Bereidigung e. Zeugen, der nach dem Gesetz hätte beeidigt werden müssen, selbst widerspricht 6 813. — Unterlassung d. R.; Einfluß auf d. Verjährungsunterbrechung 5 63.

Ruhe des Verfahrens. — auf immer 1 3, 89. — Anwendung d. § 249 Abs. 1 u. 2 ZPO. 1 3, 89. — Streit darüber, ob das Verfahren ruht 1 3, 89. — Wiederaufnahme wegen unerwartet langer Dauer d. Rechtsstreites, bis zu dessen Erledigung das Ruhe d. Verfahrens vereinbart wurde 4 688. — Wirkung e. außergerichtlichen Vereinbarung über d. R. d. Verfahrens 5 785. — Folgen e. vorzeitigen Weiterbetriebs bei außergerichtlicher Vereinbarung d. R. 5 785. — Ausbleiben beider Parteien im Termin zur Leistung d. Offenbarungseides 6 792. — Vereinbarung nach Schluß d. mündlichen Verhandlung bis zur Verkündung d. Urteils 7 779.

S.

Sachbeschädigung. — in Notstand 1 1, 140. — des Notstandsberechtigten in Notwehr 1 1, 141.

Sache f. bewegliche Sachen, Elektrizität, Gas, Geld, Gemeingebrauch, gestohlene Sachen, Inbegriff, Leichnam, menschlicher Körper, öffentliche Sachen, res . . . , Skelett, unbewegliche Sachen. — Begriff 2 1, 28; 3 1, 26; 4 22, 23. — Sache i. S. d. § 119 Abs. 2 BGB. 2 1, 53. — Hauptsache, Nebensache, Zutaten 6 31. — Luft u. Wasser als Sachen (f. diese) 6 30. — kirchliche Sachen f. res sacrae. — Schuldverschreibungen auf d. Inhaber 6 31. — verbrauchbare Sachen, Geld 2 1, 29. — vertretbare Sachen, Begriff 2 1, 28; 7 21; Rüge als vertretbare Sachen 2 1, 28;

3 1, 27; Maschinen als vertretbare S. 1 1, 154; 4 23; 7 21, 22. — Panzerschiffe, Lokomotiven als vertretbare S. 7 22. — Elektrizität u. andere Energien 7 21.

Sachgesamtheit f. Inbegriff. — rechtlicher Charakter 2 1, 29; 4 23, 24. — S. als Objekt von Rechten 3 1, 27; 4 23; insbes. Verpfändung 1 1, 712; 2 1, 28; 3 1, 27. — S. und Sondervermögen, Unterschied 4 24. — Zubehör zu S. 5 25.

Sachlegitimation f. Parteifähigkeit 5 754. — S. u. Prozeßführungsrecht 1 1, 82.

Sachen. — zu § 34 GGWB. (eheliches Güterrecht) 2 1, 800. — Recht der Witwe am Nachlaß des Mannes bei vor 1900 geschlossener Ehe 6 598. — vor 1900 geborene oder erzeugte Brautkinder 2 1,

(Sachsen)

803, 805, 806. — § 1870 sächs. BGB. (Recht des unehelichen Vaters, die Verpflegung des 4 Jahre alten Kindes selbst zu übernehmen) und § 1707 BGB. 1 2, 447. — Schützenkorps keine öffentlich-rechtliche Korporation 4 15. — behördliche Namensfeststellung 4 3. — Namensänderung 4 4. — Doppelnamen 5 3.

Sachverständige. — de lege ferenda 6 838. — Verhältnis zur Partei; Dienstvertrag? 1 3, 168. — Haftung gegenüber der Partei für fahrlässige Gutachten 1 2, 393, 394; 1 3, 168, 169. — Information des S. bei Dritten, bei der Partei, bei Zeugen 1 3, 169; 3 2, 477; 5 816; 6 838; 7 820. — inwieweit deckt der Eid die Angaben über die tatsächlichen Unterlagen des Gutachtens? 1 3, 169. — Vernehmung der Zeugen, bei denen sich der S. informierte 1 3, 169. — Ablehnung e. S.-Beweises als Revisionsgrund? 6 808. — Ablehnung e. S.-Beweises wegen eigener Sachkenntnis des Richters 6 808. — Zurückweisung des S.-Beweises, wenn die zu begutachtenden Gegenstände nicht vorgelegt werden? 1 3, 169. — S.-Beweis über die Frage, ob ein Agent auch zu e. informativischen Tätigkeit verpflichtet sei? 6 838. — Gutachten zur Feststellung des gesamten Rechtsverhältnisses? 3 2, 477. — Überreichen eines Gutachtens durch die Partei, anstatt der Vernehmung von S. 1 3, 125; 3 2, 478; 4 685, 707; 6 838, 839 (Recht d. Gerichts, diese Gutachten unberücksichtigt zu lassen). — Aufsehung der vom ersuchten Richter verhängten Ordnungsstrafe 1 3, 169. — Verweigerung d. Eides seitens e. ausländ. S. aus religiösen Gründen 3 2, 470. — Gebühren f. Geb.D. f. Z. u. S. — Auslagenvorschuß; Bemessung der Höhe bei notwendiger Vorbereitung des Gutachtens; kein Vorschuß bei Ladung von Amts wegen 6 835 (f. StG. u. Zeugen). — Verwertung d. von e. S. gegenüber e. Zeugen außergerichtlich gemachten Äußerungen als Beweismittel 7 793. — Pflicht der Partei, die zu begutachtenden Punkte genügend zu bezeichnen 6 838. — genügt bei Schadenserfrage gegen e. Verwalter wegen Unterschlagung der Antrag auf Vorlage der Bücher u. Prüfung derselben durch S. ohne nähere Bezeichnung der Tatsachen u. Summen? 6 838. — Unterschied zwisch. S. u. sachverständigen Zeugen 6 839; 7 821. — Stellung in der freiwilligen Gerichtsbarkeit f. diese. — Vernehmung e. Sachverständigen von Amts wegen, wenn die Partei den Vorschuß für ihren S. nicht erlegt 7 816. — Einholung u. Benützung sachbehördlicher Gutachten 7 820. — Berücksichtigung der dem S. bekannten Art des Geschäftsbetriebes in dem Gutachten darüber, wie die Ware

von der Partei hat verwendet werden können 7 820. — Nachholung e. unterbliebenen Beidigung; Nacheid 7 821.

A u s w a h l. — Revision wegen der Auswahl 5 816. — Beschwerde bei Auswahl eines anderen als des bezeichneten öffentlichen S. 1 3, 169. — Gewerbegehilfen 1 3, 169. — Unterschied zwischen „öffentlich bestellen“ u. „gerichtlich beidigen“ S. 3 2, 477. — darf an Stelle des im Beweisbeschluß aufgestellten S. ohne mündliche Verhandlung ein anderer ernannt werden? 4 684. — Auswahl durch beauftragte Richter; Ablehnung e. Beschwerde 3 2, 478, 511. — Auswahl durch ersuchten ausländischen Richter 5 816. — Überlassung der Auswahl an das ausländische Gericht 3 2, 469; an einen Reichskonsul 3 2, 470.

A b l e h n u n g. — Ablehnungsgrund in der freiwilligen Gerichtsbarkeit 4 707, 851. — weil er bereits ein Gutachten in der Sache abgegeben habe? 1 3, 169; 3 2, 478 (2), 4 707; 5 816; 6 839; 7 820. — weil er Konkurrent und feindlich gesinnt sei 5 816. — weil er gegen die Partei schon prozessiert habe 1 3, 169. — weil er Bestrafung der Partei oder ihres Vertreters wegen Beleidigung in den Schriftsätzen beantragt hat 3 2, 478. — Verdacht der unbewußten Voreingenommenheit 3 2, 478. — weil er mit der Gegenpartei konfiziert habe 5 816. — Ablehnung in der 2. Instanz, weil er schon in der 1. Instanz vernommen wurde? 4 708. — wegen Abgabe e. Gutachtens in e. Parallelfall 5 816. — nach erfolgter Vernehmung bzw. Einreichung des Gutachtens 1 3, 169. — wenn das Gericht gegen die Zuverlässigkeit sprechende Umstände erfährt 1 3, 169. — allgemeines Interesse e. Beamten an der Förderung der Angelegenheiten d. Staates oder der Gemeinde kein A.-grund 7 820 (f. 5 816). — Verwandtschaft mit dem gesetzlichen Vertreter e. juristischen Person 7 820. — vor Klagerhebung gemachte Äußerungen über die Aussichten einer Partei 7 820. — Ablehnung im preuß. Verwaltungsstreitverfahren 7 821. — A.-grund im Verfahren bei ausländisch. Rechtshilfversuchen 7 821. — Ablehnung bei Gutachten von Sachbehörden 5 816. — Ablehnung von Staatsbeamten bei Prozessen des Staates 5 816; 7 820. — keine Ablehnung von sachverständigen Zeugen 3 2, 478; 4 707; 7 821. — Dispaheur im Prozeß über Aufsehung der von ihm aufgemachten Dispache 6 839. — Ablehnung e. S., der vom Gegenstand d. Prozesses von e. den Standpunkt der den S. benennenden Partei teilenden Seite unterrichtet wird 6 839. — Entscheidung über die Ablehnung des vom beauftragten Richter ernannten S. 3 2, 478, 511. — Entscheidung über Ablehnung im Endurteil, statt durch Beschluß 4 707, 708; 5 817;

6 839. — Aussetzung der Verkündung des Endurteils bis zur Rechtskraft des Beschlusses 5 817. — Beschwerde wegen Zurückweisung d. A.-Angehörigen, wenn vor ihrer Entscheidung Versäumnis- oder Endurteil in der Hauptsache ergeht? 6 751, 784, 839; 7 821. — Beschluß auf Zurückweisung eines Widerspruchs gegen e. S. vor dessen Ernennung 1 3, 210. — Ablehnung in der Berufungsinstanz trotz Unterlassung der A. in 1. Instanz 6 839. — Grund d. Unzulässigkeit e. Beschwerde gegen den die Ablehnung für begründet erklärenden Beschluß 6 839. — Ablehnung nach Vernehmung 6 839.

Gutachtenabgabe. — schriftliche Privatgutachten 3 2, 478; 5 816. — Berufung auf den früheren Eid, auf e. vor der Verwaltungsbehörde geleisteten Eid 3 2, 478; Abweichung der Eidesformel von der der ZPO. 3 2, 478. — eidliche Bestätigung bei Gutachten von Sachbehörden? 5 816. — Gutachtenverweigerung bei ausländischen Rechtshilfeersuchen 7 821. — Vernehmung von S. vor Verhandlung zur Sache 4 685. — Verweigerung der G. in der freien Gerichtsbarkeit, Gründe 6 839. — Beschwerde gegen den die Weigerung des S. zur Gutachtenabgabe als unbegründet erklärenden Beschluß 6 839.

Zur Gutachtenabgabe Verpflichtete. — können sie die Abgabe von Zusicherung bestimmter Gebühren abhängig machen? 1 3, 169; 5 817. — Unterschied zwischen „öffentlich bestellen“ u. „gerichtlich beidigen“ S. 3 2, 477. — Bezirksärzte in Sachsen 3 2, 477. — „amtlich bestellen“ S. i. S. d. § 438 HGB. ? 2 2, 241. — „öffentlich bestellen“ S. Beamte? 1 2, 393. — bei Rechtshilfeersuchen aus dem Ausland; Haag. Prozeß-Abf. 7 821.

Sachmiete f. Verpachtung, Handelsgebräuche. — Berechnung von S. im Getreidehandel (s. diesen) 6 676; 7 657. — Verjährung des S.-Anspruchs 6 676. — Schadensersatzforderung des Verkäufers, wenn infolge Erfüllungsverweigerung des Käufers die Sacke ungenutzt liegen 6 676. — S. im Kleidehandel 6 676. — S. oder Sachleihe? 7 229.

Safe f. Schrankfachvertrag.

Saisonnartikel f. Firzgeschäft, Handelsklauseln. — Rücktritt vom Kauf von S. ohne Frist 4 127; 5 144. — Abruf beim Kauf von S. 7 192 (s. Abruf).

Saldo f. Kontokorrent.

Sammlungen zu wohltätigen Zwecken f. Gesellschaft, öffentliche Sammlung, Pflanzschaf.

Satzungen. — einer Kreditanstalt, Anführung im Grundbuch 2 2, 408 (s. Eintragung).

Schadensersatz vgl. Haftung, Hilfspersonen, unerlaubte Handlung, konkurrierendes Verschulden, eigenes Verschulden, Verschulden, Verzug, Kausalzusammenhang, gegenseitige Verträge, Schadensfeststellung, Voraussehbarkeit, Unmöglichkeit. — für prozessuales Verschulden vgl. prozessuales Verschulden, Arrest, Vorbehaltsurteil, vorläufige Vollstreckbarkeit, Urundenprozeß, Berufung. — Sch. nach § 122 BGB. vgl. Anfechtung.

Allgemeines. — Übergangsrecht 1 2, 419; 5 626. — Recht der Schadenspflichtigen auf Abtretung von Ersatzansprüchen gegen Dritte für die Übergangszeit 1 2, 416. — nach 1900 eintretender Schaden als Folge eines vor 1900 liegenden Verschuldens 6 593 (s. unerlaubte Handlung, Übergangsrecht). — Schaden, Begriff 3 1, 88 f. — Inhalt, Art u. Wesen des Sch. 2 1, 126, 132; 3 1, 88, 89; 4 71; 5 87. — Sch. u. Strafe, Gebietsabgrenzung 2 1, 126. — Sch. n. Buße 2 1, 135. — Pflicht z. Sch., z. Ersatz e. Aufwendung u. zur Bereicherungsherausgabe, Unterschied 3 1, 109. — Grund des Sch.-ersatzanspruchs 5 86. — Haftungsprinzipien 2 1, 124; 4 74; 5 86; 7 126. — aequilisches Prinzip 2 1, 125. — Grundprinzip der Haftung bei Unmöglichkeit d. Leistung 7 145, 146. — Prinzip des rechtsverletzenden Verhaltens 2 1, 124 f. — Verschuldungsprinzip, Abfassung nach d. Kulpanomente 2 1, 138; 7 130. — Sch.-Pflicht u. Verschulden 3 1, 88; 4 71; 5 86. — Schadensersatzpflicht u. Vertretungspflicht 3 1, 130; 4 103, 104; 5 111. — Bedeutung d. Erfüllungssverschuldens f. d. Sch.-Pflicht 3 1, 90. — objektive u. subjektive Voraussetzungen 5 78. — Voraussetzung der Möglichkeit e. Schadens als Voraussetzung d. Sch.-Pflicht 2 1, 125; 5 88; 6 99. — vorbehaltenner Sch.-Anspruch neben Rücktritt 1 1, 263; 3 1, 172. — Verjährungsunterbrechung durch Rußantrag im Strafprozeß 2 1, 101. — Schadensbeseitigung durch Erneuerung 2 1, 131; 4 73. — Sch.-Anspruch aus Unfall, Fälligkeit der Forderung 1 1, 127. — Verjährung der an Stelle des Anspruchs getretenen Sch.-Forderung 5 60, 61. — Lücke im Sch.-Recht (§ 251 I in Verbindung mit § 253) 2 1, 139. — Einfluß der Einwilligung d. Verletzten auf die Entstehung der Sch.-Pflicht 2 1, 142. — Verhältnis der Vertretungspflicht nach § 276 zum Verzug 7 130, 131. — Erlaß der Folgen eines Delikts vor seiner Begehung 4 264. — stillschweigender Verzicht auf Sch. bei Eintritt in einen gefahrbietenden Verkehr mit einem Dritten, trotz Wissens, daß der Dritte Sicherungsmaßregeln nicht treffen wird 6 302 (s. Fahrgast, Tierhalter). — Schaden beim zivil- u. beim strafrechtlichen Delikt 2 1, 128. — Ausschluß der Haftung

(Schadensersatz)

für außervertraglichen Schaden durch einseitige Willenserklärung des Schädigers **1 1, 462.** — Pflicht zur Schadensabwendung nach § 242 BGB. **5 85.** — quod quis ex culpa sua damnum sentit, non intelligitur damnum sentire **1 1, 161.** — Anwendung des § 829 BGB. auf § 276? **7 132.** — Einwendung d. Beklagten gegen den Sch.-Anspruch nach § 283 BGB. **7 141** (vgl. Verzug). — Beweislast bei positiver Vertragsverletzung **7 141 (2)** (s. diese). — bei Mangel eines Interesses an teilweiser Erfüllung **7 141.**

Naturalrestitution.

— Einbeziehung der N. in den Schadensbegriff **1 1, 156.** — prozessualer Charakter des Herstellungsanspruchs d. §§ 249, 251 **3 1, 91.** — Naturalreparation als primäre Schadensbeseitigungsart **1 1, 156, 160; 2 1, 129.** — tatsächliche und wirtschaftliche Naturalreparation **2 1, 130.** — modifizierte Naturalreparation im § 249 Satz 2 **1, 135.** — Naturalreparation bei Sch. wegen Nichterfüllung u. b. Verspätungsschaden **2 1, 131.** — Naturalreparation in Geld **2 1, 132; 5 87.** — Verwandlung von alt in neu bei d. Naturalreparation **2 1, 130.** — Recht des Gläubigers auf N. auch nach Ablauf der Frist des § 250 BGB. **1 1, 160.** — Naturalherstellung ausgeschlossen i. F. d. § 179 **4 55.** — einzelne Anwendungsfälle des § 249 **1 1, 159; 2 1, 136; 3 1, 92; 4 75; 5 89.**

Geldentschädigung.

— Herstellungsfrist des § 250, Wirkung der Fristsetzung **2 1, 137.** — Antrag auf Zustandsherstellung evtl. auf Geldentschädigung (§ 251 I) **3 1, 93.** — § 275 unanwendbar beim Unmöglichwerden der anfangs möglichen Wiederherstellung (§ 251 I) **3 1, 90.** — Entschädigung in Kapital oder Rente; keine analoge Anwendung des § 843 BGB. in Fällen des § 251 BGB. **7 105.** — § 251 Abs. 2 als facultas alternativa debitoris **2 1, 137; 3 1, 90.** — Fall des § 251 Abs. 2 kein F. der Unmöglichkeit **2 1, 138.** — § 251 Abs. 2 analog auf andere Herstellungspflichten anwendbar? **2 1, 137.**

Umfang; entgangener Gewinn

f. unerlaubte Handlung (§§ 843 ff.). — Begriff des Schadens **1 1, 114; 2 1, 132; 3 1, 88, 89, 339.** — Zeit der Schadensberechnung **2 1, 135.** — Zeitpunkt der Klagerhebung für Berechnung maßgebend **7 102.** — Schadensermittlung **5 87.** — f. die Berechnung maßgebender Ort (Erfüllungs- oder Bestimmungsort?) **6 100.** — nicht voraussehbarer Schaden **1 1, 461; 5 325.** — bloß für eine ferne Zeit bestehende Möglichkeit e. Schädigung **7 101.** — Festsetzung des Schadens unter Ausgleichung aller beiderseitigen Ver-

mögens- u. Zugänge **2 1, 132.** — Berücksichtigung e. nach dem verspäteten Eintreffen der Ware eingetretenen Preissteigerung **7 143.** — eigenes u. fremdes Interesse bei Sch. aus Verträgen **1 1, 158 f.** — Bemessung des Umfangs d. Interessenspruchs i. F. d. Zession d. Forderung **2 1, 253.** — Verhältnis des § 323 B.D. zu §§ 252, 843, 844 BGB. **4 76.** — „entgangener Gewinn“ **1 1, 160 f.; 2 1, 138; 4 75.** — Kriterien „gewöhnlicher Lauf der Dinge“ u. „besondere Umstände“ im § 252 Satz 2 **2 1, 139; 6 100; 7 106.** — Berechnung des entgangenen G. **2 1, 139.** — umfaßt auch d. wahrscheinlich entgangenen G. **2 1, 139; 6 100; 7 106.** — z. Zt. der schädigenden Handlung nicht, wohl aber später mit Wahrscheinlichkeit zu erwartender Gewinn **6 100.** — Gewinnchance kein „entgangener G.“ **2 1, 138; 3 1, 94.** — Abrechnung ersparter Aufwendungen vom Ersatz für entgangenen Gewinn **3 1, 94.** — durch Kurssteigerung e. Spekulationspapiers entgangenen Kursdifferenz kein entgangener G. (§ 252) **3 1, 94.** — Berechnung des entgangenen G. infolge Untergangs e. Seeleichters **4 76.** — kann das negative Vertragsinteresse entgangenen G. in sich begreifen? **6 99.** — Bedeutung des § 252 Satz 2 **2 1, 138; 3 1, 94; 4 75; 6 100.** — Beispiele für „entgangenen G.“ i. S. des § 252 **1 1, 160 f.; 2 1, 139; 3 1, 95.** — Sch.-Anspruch neben dem Gewährleistungsanspruch **1 1, 187; 2 1, 187; 3 1 129, 130; 4 106; 5 113; 6 123, 124; 7 131.** — abstrakter u. konkreter Schaden Wahl des Käufers zwischen beiden Arten **4 618; 7 115.** — Berechnung des abstrakten Schadens trotz Eindeckung **7 164** (s. gegenseitiger Vertrag). — Art der Berechnung d. abstrakten u. konkreten Schadens **7 164.** — Berechnung des abstrakten Schadens seitens des Käufers bei Verzug der Verkäufer entweder nach dem Marktpreis z. Zt. des Ablaufs der Lieferfrist oder nach dem Marktpreis z. Zt. des Ablaufs der Nachfrist **6 688.** — Ausfluß weiterer Ansprüche auch gegen Dritte durch Zuerkennung einer Buße **1 1 471.** — Umfang der Haftung für d. außervertraglich zugefügten Vermögensschaden **5 330.** — Anspruch auf Sch., wenn Kläger infolge e. nach Vertragsabschluss erhaltenen falschen Auskunft d. Vertrag erfüllt hatte **7 105.** — Kosten der zur Schadensbeseitigung erforderlichen, aber vom Geschädigten nicht vorgenommenen baulichen Änderungen **7 105.** — Einspruch des Schadenersatzpflichtigen gegen einen Berufswechsel des Geschädigten **7 102.** — Schadensanspruch des in eigenem Namen, aber für fremde Rechnung Kontrahierenden aus Vertragsbruch oder Garantieversprechen **7 102.** —

Schadens- oder Minderungsanspruch bei Verlangen der teilweisen Rückerstattung des Kaufpreises wegen e. nach Kaufabschluß auf das Grundstück gelegten Dienstbarkeit? 7 102. — Anspruch auf das Erfüllungsinteresse bei Nichtvorhandensein e. zwar nicht vertraglich zugesicherten, aber arglistig vorgepiegelten wertsteigernden Eigenschaft seitens des Verkäufers 7 102. — Anspruch des Eigentümers e. durch Gerüche entwerteten Wohnung für die Zeit, in der er die Wohnung selbst benutzte 7 106. — Schadensanspruch dritter, durch die Vertragsverletzung nur mittelbar Geschädigter 7 101. — Vertrauensschaden nach § 122 BGB.; rechtl. Natur 7 39 (vgl. Anfechtung). — analoge Anwendung des § 122 BGB.; Vertrauensschaden des mit der *condictio indebiti* belangten Pseudogläubigers 7 39.

Im materieller Schaden (§ 253) f. unerlaubte Handlung (§ 847). — Sch. bei Nichtvermögensschaden 2 1, 132, 139. — immaterieller Schaden bei bloß vertraglicher Haftung für Körperverletzung 6 101, 346. — Verletzung des Affektionsinteresses 2 1, 133. — kein Anspruch auf Ersatz nicht vermögensrechtlichen Schadens bei Vertragshaftung 6 346.

Abtretung der Ersatzansprüche d. Berechtigten gegen Dritte vgl. *compensatio lucri cum damno*. — Anwendungsgebiet des § 255 1 1, 165; 2 1, 153, 154; 3 1, 106, 108; 4 91; 5 100. — kein Übergang auf d. Sch. Pflichtigen *ipso iure* 6 108. — Wirksamwerden des d. Ersatzpflichtigen nach § 255 eingeräumten Retentionsrechts mit der Ersatzleistung 4 90. — Rechte des Schädigers bei Versicherung d. Verletzten 2 1, 153, 154; 3 1, 106; 4 91. — Pflicht der aus e. Berufsgenossenschaft e. Rente beziehenden Hinterbliebenen, eines durch e. Eisenbahn Getöteten auf Abtretung der ihnen nach dem Haftpflicht. zustehenden Ansprüche 7 117. — Pflicht des für e. unbrauchbar gewordene Sache Sch. Verlangenden auf Herausgabe der wertlosen Sachen an den Ersatzpflichtigen 7 117. — Begriff des „Verlustes“ im § 255 3 1, 108. — Vorteilsausgleichung u. § 255 1 1, 165; 2 1, 153; 3 1, 107. — § 255 setzt Überschadensbeseitigung voraus 2 1, 153.

Schadensersatzprozesse f. Schadensfeststellung nach § 287 ZPO., Feststellungsklagen. — Klage aus § 249 keine Unterlassungsklage 5 86. — Sch.-Klage oder Leistungsklage bei vorliegender, aber noch nicht festgestellter Unmöglichkeit 7 140, 141. — Schadensklage in Form der Unterlassungsklage; Verschulden als Voraussetzung 7 102, 103. — Konkurrenz der Ansprüche aus dem Vertrag mit dem

Schadensanspruch 7 131, 132 (f. unerlaubte Handlung). — Zwischenurteil, das einen Schadensersatzanspruch vorbehaltslich der Entscheidung, ob und inwiefern ein Schaden entstanden sei, für begründet erklärt (f. Zwischenurteil) 7 800. — Teilurteil in Sch.-Prozessen 3 1, 91. — Erhebung akzessorischer Schadensersatzansprüche ohne Bezifferung des Betrags, auch wenn die Voraussetzungen der Feststellungsklage nicht gegeben sind 7 781. — Zuspredung von Sch. in Prozessen für die Zukunft 4 75. — Klage auf künftige Leistung e. Schadensersatzes nach § 283 BGB., Möglichkeit, daß die ursprüngliche Leistung infolge e. vom Schuldner nicht zu vertretenden Umstandes unmöglich wird 7 786. — Urteil, daß Beklagter zum Ersatz des künftigen Schadens verpflichtet sei; Unterschied des künftigen von d. bereits gestifteten, aber noch nicht voll erkennbaren (unentwickelten) Schaden 6 814. — Befinden über die Berechtigung („ob u. inwiefern“) ziffernmäßig bestimmter Ansprüche schon b. Entscheidung nur über d. Grund 4 75 (vgl. Zwischenurteil). — einseitige Verübung des Berechtigten 3 1, 91; 6 100 (bei Schadensersatz nach § 600 Abs. 2 ZPO.). — Beweislast für Kausalnexuz in Sch.-Prozessen 3 1, 92. — *actio negatoria* dient nicht Sch.-Zwecken 1 1, 160. — Überlassung der Festlegung der Höhe an das Gericht? 6 794, 795 (f. Klageantrag). — Feststellung des Klageanspruchs auf Schadensersatz mit der Beschränkung, daß der Verurteilte sich durch Beschaffung der Sache selbst von dem Schadensersatz befreien kann? 6 821. — Klage auf Schadensersatz unter Vorbehalt der Feststellung des Betrags, Klage auf „Ersatz des ganzen durch einen Unfall erlittenen Schadens“ 3 2, 439, 458; 4 688; 5 787.

Einzelfälle. — Wiederherstellung des früheren Zustands i. F. des § 1004 nicht Schadensersatz 2 1, 136. — Naturalrestitution u. Schadensersatzpflicht des Wilderers 3 1, 92. — Sch. f. Sachbeschädigung 5 86. — wegen Verletzung der ehelichen Treue? 7 474. — f. Zerstörung e. Speziessache 2 1, 130. — f. Verlust e. Gattungsexemplars 2 1, 130. — Anspruch des Klägers auf Ersatz der durch die z. Herbeiführung der vorläufigen Vollstreckbarkeit e. Urteils erfolgte Hinterlegung entgangenen Zinsen 6 873; 7 143 (f. vorläufige Vollstreckbarkeit). — Umfang des Schadensersatzes für e. zerstörtes Gebäude 4 75. — f. Beschädigung e. Wildes, Ersatz des Minderwertes 3 1, 93. — wegen Grundstückschädigung durch Regenwasser (f. dieses) 2 1, 136. — f. Körperbeschädigungen 5 86 (f. unerlaubte Handlung, §§ 843). — Schadensersatzpflicht des Arztes nach §§ 249 ff. wegen Schädigung

(Schadenserfatz)

d. Kranken **2 1, 136** (f. Arzt). — Sch.-Anspruch e. Ehefrau gegen d. Ehemann aus e. Körperverletzung **2 1, 136**. — Schadenserfatz der Ehefrau wegen Tötung des Ehemannes **6 100** (f. unerlaubte Handlung). — widerrechtliche Patentanmeldung durch den Richterfinder **2 1, 136**. — Befürwortung des Veranlassungsprinzips bez. der Inzisierung mit e. Geschlechtskrankheit **2 1, 126**. — f. Schädigung der Bahnanlieger durch Funkenflug **4 71** (f. Eisenbahn). — Art d. Schadenserfatzes für unschuldig erlittene Strafe bzw. Untersuchungshaft **3 1, 90, 95** (f. Haftentschädigung). — wegen Ehrverletzung **2 1, 132** (Rehabilitation); **3 1, 89; 4 71; 5 87**. — Kündigung e. Dienstverhältnisses **4 75** (f. Dienstvertrag). — Art der Schadenserfatzes bei anfechtbaren Verträgen **3 1, 89; 4 72; 5 87; 6 98, 99** (negatives Vertragsinteresse). — Schadenserfatzpflicht bei Irrtumsanfechtung, Kenntnis des Beschädigten **2 1, 57**. — Schadenserfatzpflicht d. Erklärenden a. § 122 BGB., Anwendbarkeit des § 254 BGB. **2 1, 58; 3 1, 38** (vgl. Anfechtung). — d. arglistig zum Kaufabschluß veranlassten Käufers **7 196**. — Schadenserfatz bei Täuschung durch Dritte **4 73; 5 87**. — Schadenserfatzpflicht bei Nichternstlichkeit einer Willenserklärung, Verursachung als Haftungsprinzip im § 122 BGB. **2 1, 57; 4 33**. — Schadenserfatz wegen betrügerischer Verletzung e. Vertragspflicht **5 87**. — des Verkäufers nach Vornahme oder Androhung des Selbsthilfeverkaufs **7 669 (2)**. — Schadenserfatz b. arglistiger Täuschung über die Güte e. abgetretenen Hypothek **5 90**. — betrügerische Lieferung minderwertiger Ware; Möglichkeit der Schadensausgleichung durch günstigen Weiterverkauf **6 100**. — Schadenserfatz für arglistige Herbeiführung der Verjährung **1 1, 159; 2 1, 137**. — Schadenserfatz wegen einer einzelnen betrügerisch veranlassten Vertragsbestimmung bei Unanfechtbarkeit des ganzen Vertrags **5 36**. — wegen arglistiger Bestimmung zum Vertragsabschluß mit einer GmbH. **6 100**. — f. Vollstreckung e. anfechtbaren u. demnächst aufgehobenen Verfügung der freiwilligen Gerichtsbarkeit **2 1, 136**. — Art der Leistung des Schadenserfatzes seitens d. falsus procurator (§ 177) **2 1, 87; 3 1, 59; 4 55**. — Umfang des Schadenserfatzes bei e. Fälscherdruckfehler **4 75**. — Umfang des Schadenserfatzes bei schuldhaft falsch erteiltem Rat eines Bankiers wegen Ankaufs o. Wertpapierens **6 99** (f. Bankier). — des mit seiner Hypothek ausgefallenen Gläubigers **4 75**. — des unredlichen Besitzers e. Sache i. F. deren Verkaufs **5 90**. — Berechnung des Schadens des Käufers nach dem Unterschied zw. dem Vertragspreis

u. dem Preise am Ablieferungsorte trotz vorheriger Androhung einer Eindeckung **6 691**. — Anspruch des Verkäufers gegen den Speiteur bei Verweigerung der Kaufpreiszahlung wegen falscher Lieferung **5 89**. — Abschätzung eines sich für e. am Arme gelähmten Schutzmann als wahrscheinlich ergebenden Schadens **3 1, 94**. — Schadenserfatz des Nachdruckers **1 1, 160**. — bei verschuldeter Unmöglichkeit zur Herausgabe e. Wechsels **5 90**. — Schadenserfatz bei doppelter Vermietung **5 110**. — Schadenserfatz für Unfall bei e. Rettungsversuch **2 1, 133** (f. konkurrierendes Verschulden). — Haftung für die durch Aufregung über den Schadensprozess herbeigeführte Gesundheitschädigung (f. Kaufzusammenhang) **7 333**. — kein Sch.-Anspruch des Bahnwärters wegen Erkrankung infolge des bei e. Eisenbahnunfall erlittenen Schreckens **2 1, 135** (f. Haftpflicht). — Anspruch e. vorzeitig entlassenen Handlungsgehilfen auf Geldentschädigung für Wohnung u. Kost **5 90**. — Aussperrung e. Arbeiters, Begriff des Schadens **3 1, 92, 339**. — kein Sch. f. licium cessans infolge Konkurrenz e. vertragswidrig aus dem Dienst geschiedenen Angestellten **2 1, 135**. — Sch.-Anspruch e. grundlos entlassenen Kellnerin **2 1, 139**. — Umfang des Sch. bei Hingabe eines Wechsels als Zahlung, wenn der Vertrag aufgelöst wird **6 100**. — Sch. für vertragswidrige Weitergabe e. zu prolongierenden Wechsels **6 100**. — Berücksichtigung der voraussichtlichen künftigen Gestaltung der Verhältnisse bei Zuspreehung e. Rente aus §§ 843, 844 **4 76** (f. unerlaubte Handlung). — für unterlassene Weitergabe e. Versicherungsantrags bei Eintritt des Schadensfalles **3 1, 94**. — in Form der Geldentschädigung für den geringeren Erlös aus e. vom Nachbar eigenmächtig geschmälereten Grundstück **5 90**. — Schadensanrechnungspflicht für den im Verzug befindlichen Gläubiger in Ermächtungsverhältnissen **3 1, 107**. — Zuständigkeit für die Klage auf Wiederherstellung durch Wasserstaung geschädigter Wiesen **3 1, 92**. — Berechnung bei Erfatz entgangener Dienste **6 100**. — Berechnung des Sch. f. e. durch Kollision verloren gegangenen Seeleichter **4 75**. — Sch.-Pflicht des sein eigenes eingetragenes Warenzeichen Benutzenden **6 100**. — Klage des Grundeigentümers auf Sch. als Erfatz der Klage auf Einstellung d. nachbarlichen Gewerbebetriebs **3 1, 89**. — Klage e. Grundstückseigentümers geg. e. Gemeinde auf Ausgrabung e. in seinem Grundstück beerdigten Selbstmörders (Ermordeten) **2 1, 136; 3 1, 93**. — Berechnung des Schadens wegen Nichtlieferung von Kartoffeln seitens eines Aktionärs **6 100** (f. A.-G.).

Schadensersatz wegen Nichterfüllung vgl. Kauf, gegenseitige Verträge. — Wesen **473**. — Berechnung **587**. — praet. Bedeutung des § **283 11, 201; 21, 196; 31, 142**. — zu § **255 3B.D. 7782**. — Fristbestimmung des Gläubigers im § **283 11, 201; 21, 196; 31, 143**; Fristsetzung im Urteil **21, 196**; Beginn der Frist des § **283 11, 201**. — Recht des Gläubigers auf Sch. wegen Nichterfüllung ohne Fristsetzung im Falle nachweislicher Leistungsunmöglichkeit **4113; 5121**. — durch Rücktritt ausgeschloffen **31, 172**. — Wahlrecht des Gläubigers zw. Leistung u. Ersatzklage bei ursprünglicher oder nachträglicher Unmöglichkeit der Leistung (§ **283 11, 201; 21, 196; 31, 142** (f. Unmöglichkeit)). — Sch. w. R. aus § **326**, Gerichtsstand **21, 167; 31, 115; 498**. — kurze Verjährung **11, 126**.

Schadensfeststellung nach § **287 3B.D. i.** unerlaubte Handlung (§§ **843 ff.**), Beweiswürdigung. — Berücksichtigung der Grundsätze über Beweislast? **32, 451**. — Berücksichtigung von in der Verhandlung nicht vorgekommenen Umständen **13, 127**. — bei Mangel aller tatsächlichen Anhaltspunkte **32, 451; 4694; 5797**. — Angabe der leitenden Gründe im Urteil **13, 127; 7795**. — Ablehnung von Beweisanträgen **6811; 7796**. — Vernehmung von Sachverständigen **6811**. — Form des Schätzungseides (Wahrheitsform) **13, 128**. — keine Eidesaufgabe, bevor nicht feststeht, daß ein Schaden entstanden **1, 3, 128; 4694**. — Anwendung des abstrakten statt der vom Kläger gewählten konkreten Schadensberechnung **13, 128**. — Abweisung wegen mangelnder Darlegung der Schadenshöhe **7797**. — Abweisung einer Schadensklage, weil Kläger über einen wesentlichen Punkt keinen Beweis angeboten **13, 127, 128**. — ziffernmäßige Berechnung im Urteil? **5797**. — Anteil mehrerer nicht solidarisch haftender Schädiger **13, 128**. — Pflicht des Klägers, die für die Schadensschätzung erforderlichen Angaben zu machen **4694**. — Ausübung des Fragerechts **4694; 6810**. — freies richterliches Ermessen der Frage, ob ein Schaden entstanden **6810, 811**. — Pflicht der den Schaden behauptenden Partei, dem Richter durch Darlegung der ihr bekannten Tatsachen die Möglichkeit der Prüfung zu verschaffen, ob ein Schaden vorhanden und auf das Verschulden des Gegners zurückzuführen sei **6810**. — Schadensberechnung bei Benutzung patentierter Maschinen **6811**. — durch Strafvollstreckung entstandener Vermögensschaden **6810, 811**. — Minderungsfrage **13, 128**. — Enteignung **13, 128**. — Deduktionskauf **13, 128; 4694; 6811** (schuldhafter Verzögerung). — Darlehnsanspruch **32, 451**. — Schadensklage wegen zu später Fertigstellung eines

Hauses und dadurch bedingten Mietzinsverlustes **5797**. — dauernder Ertragswert eines Grundstücks **5797**. — Wert gestohlenen Gutes ohne Feststellung der gestohlenen Einzelfachen **5797, 798**. — Schätzung des dem Geschäftsherrn durch Weggang eines Technikers entstandenen Schadens **6811**. — Revision wegen Nichtaufgabe des Schätzungseides? **4694**. — Kaufaufammenhang (f. diesen); hohe Wahrscheinlichkeit genügend; mathematische Gewißheit nicht nötig **7795**. — Ablehnung e. bestimmten einzelnen Faktors der vom Geschädigten aufgestellten Berechnung, wenn das Vorhandensein e. Schadens und die Ersatzpflicht feststeht **7795**. — Ablehnung der Berücksichtigung e. künftigen Gehaltserhöhung wegen mangelnder Sicherheit der Höhe in der Zeit des Eintritts **7795** (f. unerlaubte Handlung, §§ **843 ff.**). — Anwendung der vom Reichsversicherungsamt aufgestellten Schadensfala bei zu erwartender Besserung des Zustandes des Verletzten **7795**. — Inbetrachtziehen e. allmählichen Minderung der Erwerbsfähigkeit **7795**. — Möglichkeit der teilweisen Ausgleichung des einem verletzten Gewerbetreibenden zugehenden Schadens durch Verwendung einer fremden Arbeitskraft **7795, 796**. — Berechnung des entgangenen Gewinnes **7796** (f. Schadensersatz). — Anwendung des § **287 3B.D.** bei Enteignungsentfädigung? **7796**. — Anwendung des § **287 3B.D.** neben einer stattgehabten nicht ausreichenden Beweisaufnahme unter Ablehnung weiterer Beweisanträge **7796**.

Schadenfreude. — als Motiv der Rechtsausübung (vgl. Schifane) **11, 134; 31, 68; 565**.

Schantvertrag f. Bapflervertrag.

Schankwirtschaft f. Gastwirt, Restaurant, Realgewerberecht. — Begriff nach § **33 Gew.D. 4927**. — Ausschank von nichtalkoholischen Getränken **4927, 928**. — unbeschränkte Verjugungsbesugnis des Schankwirts über d. Raum Voraussetzung? **4927**. — Vermieten des Schankraums an einen Verein **4927**. — Verhältnis zum Flaschenbierhandel **4927**. — Sitzgelegenheit, Voraussetzung? **4927**. — Schankwirtschaft in Bordellen **4927**. — Zurverfügungstellung von Trinkgefaen, Begriffserfordernis? **4927**. — Abgabe zum Selbstkostenpreis zur Förderung der Speisewirtschaft **4927**. — in Sch. aufgestellte Automaten **4928** (f. diese, Sonntagsruhe). — besondere Konzession für den Branntweinkleinhandel bei Zusammenreffen mit konzessionierter Schankwirtschaft? **4928**. — Einschränkung der mit einer Gastwirtschafts- verknüpften Sch.-Konzession auf die nachstgen Person **4929**. — Konzession f. diese und Gastwirt-

(Schanfwirtschaft)

schaften. — Vertrag zwischen Schankwirt und Bürgermeister über Beschränkung seines Gewerbebetriebes mit Festsetzung e. Vertragsstrafe 2 1, 69. — pachtweise Überlassung ohne behördliche Erlaubnis (§ 134 BGB.) 5 41. — Miete e. Sch. in Kennntnis e. entgegenstehenden Unterjagungsrechts 1 1, 365.

Scharwerkertum s. Inskleute. — Fürsorgepflicht des Inskleuten im Fall der Erkrankung des Scharwerkerters 3 1, 257.

Schaf. — Unterschied zwischen Sch.-Fund und gewöhnlichem Fund 3 1, 423. — rechtliche Natur des Sch.-Fundes; Geschäftsfähigkeit erforderlich? 6 391. — Begriff Sch.; die einzelnen Voraussetzungen 1 1, 622; 2 1, 563; 3 1, 423. — Beweislast für die Tatsache, daß der Eigentümer sich nicht ermitteln läßt 3 1, 423. — Entbeder 1 1, 622; 3 1, 423. — Rechtsverhältnisse am Sch. vor u. nach der Entbedung 1 1, 622. — mittelbarer Besitz des Grundeigentümers an dem vom Entbeder besessenen Sch. 1 1, 524. — Anspruch gegen den Grundeigentümer auf Übertragung seines Anteiles an einem vielleicht zur Hebung gelangenden Sch. nicht ins Grundbuch einzutragen 1 1, 622. — Altterumbefunde: Begriff, Vorrecht des Staates (de lege ferenda) 2 1, 563; 3 1, 423. — Ungültigkeit der §§ 102, 103 I. 9 ALR. über Bestrafung wegen Nichtanzeige e. Sch.-Fundes 2 1, 763.

Schämann s. Taxator. — Haftung für unrichtige Schätzung 7 135.

Schätzung. — von Bauland (§ 16 Abs. 3, 4 II. 6 PrALRO.) 7 1039.

Schätzungsseid f. Schadensfeststellung nach § 287 ZPO.

Schankspieler s. Bühnengengagement, Theater. — Wohnsitz 2 1, 5. — Bühnename 5 3 (s. Pseudonym). — Tätigkeit fällt unter § 113, nicht unter § 112 BGB. 2 1, 44. — Erteilung einer allgemeinen Ermächtigung nach § 113 BGB. an einen minderjährigen Sch. 2 1, 45. — Entlassungsgründe 3 1, 260. — Verbot des Auftretens durch einstweilige Verfügung (s. diese) 2 1, 334. — vertragswidriges anderweitiges Auftreten 5 225. — Haftung des Theaterunternehmers für die Sch. nach § 278 3 1, 140; 4 110; 5 118 (s. Hilfspersonal). — Spielgelber im Fall der Erkrankung 7 248. — Unmöglichkeit der Dienstleistung insolge Landesstrauer 7 250.

Schaufstellungen. — polizeiliche Genehmigung vgl. Theater. — Konzeption nach § 32 neben der nach § 33 a GewD. nötig? 4 932. — Theatervorstellung e. Vereins bei Zugänglichkeit für Fremde 4 932. — Begriff der Gewerbsmäßigkeit 4 932, 933 (hohe Garderobegebühr statt Eintrittsgeld). —

„höheres Kunstinteresse“ 4 932, 933 (Kabarett, Rauchtheater). — Verlangung der Genehmigung wegen Befürchtung, daß die auftretenden Personen außerhalb ihrer gewerblichen Darbietungen gegen Gesetz und Sitte verstoßen werden? 4 932. — zeitlich oder sonstwie beschränkte Konzeption 4 933. — Kinematographen 4 933. — öffentliche Plätze i. S. d. § 33 b GewD. 4 933. — landesrechtliche Vorschriften über polizeiliche Erlaubnis nicht gewerbsmäßiger Sch. und Luftbarkeiten; über § 33 b GewD. hinausgehende Vorschriften 4 933.

Scheck (s. Giroverkehr) 4 654. — Rechtsnatur; Verhältnis zur Anweisung nach BGB. 2 1, 473; 3 1, 320; 4 252. — Sch.-Vertrag als „Auftrag“ 4 217. — Sch.-Vertrag Vertrag zugunsten Dritter 4 128. — Zahlung mittels Sch.; Annahme an Zahlungsort oder zahlungshalber? 2 2, 201 (s. Zahlung). — Pflicht zur Präsentation innerhalb einer angemessenen Frist 5 116, 312, 697. — Klage des Sch.-Inhabers gegen den Bezogenen 4 252. — Rückgriff auf das zugrunde liegende Rechtsverhältnis 4 252, 253. — passive Sch.-Fähigkeit 4 253. — Widerruf vor Ablauf der Vorlegestift 4 253; 6 293. — Konkurs des Ausstellers 3 2, 257, 260; 4 253; 5 312; 6 978, 979, 982, 984, 1000. — Abtretung der Ansprüche aus e. Sch. 5 163. — Form der Weiterbegebung des Inhaber-Sch. 4 253. — Regreßpflicht des Ausstellers gegen den Empfänger und dessen Nachmänner 5 312. — rechtliche Natur des Inhaber-Sch. 4 254. — Einlösung eines gefälschten Quittungsschecks 4 134. — Aufrechnung der Bank gegen den Präsentanten 4 138. — Abweichung der Bank von der im Sch. erteilten Zahlungsanweisung 4 218. — Einlösung e. gefälschten Sch.; Verschulden des Bankiers (§ 254 BGB.) 4 90, 134. — Unterschied zwischen rotem Sch. (Abschreibezettel) u. weißem Sch. (Überweisungszettel) 6 290. — zertifizierte Sch. 6 293. — de lege ferenda 6 290 f. (Ungenügensheit der §§ 783 ff. für den Sch.) 7 321.

Scheinabtretung 1 1, 301; 2 1, 251 f.; 3 1, 35, 191, 193; 4 143, 144; 5 31, 161 (vgl. Abtretung, fiduziarische Rechtsgeschäfte). — Einrede d. Sch. entgegen der Einrede der überhaupt nicht ernstlich gemeinten Abtretung oder Einrede e. nur beschränkten Abtretung, z. B. Abtretung ohne Einziehungsrecht 7 36.

Scheinerbe s. auch Erbschein (§ 2366). — Verkauf der Erbschaft durch den Sch. 3 1, 664 (s. Erbschaftsverkauf).

Scheingeschäft (s. fiduziarisches Rechtsgeschäft) 1 1, 67; 3 1, 35. — Sch. im Irrtum 2 1, 57. — bei einseitigen Willenserklärungen ausgeschlossen 1 1, 66. — „Handeln zum

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

Schein" u. „Handeln durch e. vorge-
schobene Person" **3 1, 35; 4 30.** — zugleich
ein anderes Rechtsgeschäft verdeckendes
Sch. **2 1, 49.** — abichtlich unrichtig beur-
undetes Rechtsgeschäft kein Sch. **4 30.** —
Grund d. Nichtigkeit **5 31.** — Satz 2 des
§ 116 BGB. als Fall d. Sch. **1 1, 66.** —
Beweislast **5 31.** — Adoption zum Zweck
d. Namensänderung als Sch. nichtig **2 1,**
668; 3 1, 528; 5 31; 6 45 (vgl. Name). —
Zufassozession **6 44 (2)** (s. Abtretung, Zu-
fassomandat). — keine Aktienzeichnung zum
Schein bei Übernahme von Aktien seitens
e. Gründers zugleich für einen ungenann-
ten Dritten **6 44.** — Einverständnis d.
Parteien, daß d. von dem einen Teil ver-
sprochene Gegenleistung nicht geschuldet
werden soll, als verschleierte Schenkung
6 44. — Abschluß e. Geschäftes mit e.
Strohmann **6 44.** — Geltendmachung
d. Simulation nach erfolgreicher Anfechtung
d. Rechtsgeschäftes **7 34.** — Simu-
lation e. Vollmacht **7 35.** — Unterschied
zwischen Scheinveräußerung e. Vermögens-
gegenstandes u. Erwerb e. solchen durch e.
Strohmann **7 35.** — Einfluß d. Nicht-
ernstlichkeit e. vollzogenen Forderungs-
kaufes auf die abstrakte dingliche Ab-
tretung **7 36.** — Scheinquittung u. ernst-
liche Übereignung d. Sachen **7 36.** —
Verdeckung e. Grundstückskaufes durch e.
Mietvertrag **7 36.**

Scheinprozeß. — typischer Schein- und
simulierter Prozeß **1 3, 97.** — Wirkung d.
Urteils **1 3, 97.** — Zwangsvollstreckung
1 3, 97, 142/143. — Kenntnis d. Gerichts
von der Simulation **1 3, 98.** — Kosten **1 3,**
98. — Anfechtung eines im Einverständnis d.
Parteien für eine nicht existierende For-
derung erwirkten Vollstreckungsbefehles
1 3, 261; 5 859. — zur gerichtlichen Abgabe
e. Auerkenntnisses **6 821, 822.**

Schenkung vgl. beneficium competentiae,
Aufgabe, Stempelsteuer, Stiftung; Schen-
kungsrecht d. Vormundes s. Vormund.
Allgemeines. — Begriff und Er-
fordernisse **1 1, 357; 3 1, 228; 4 169;**
5 202, 203; 6 203 (Mißverhältnis der
Leistung bei gegenseitigen Verträgen);
7 212. — Unentgeltlichkeit **7 212.** —
Vertragsnatur **1 1, 358; 2 1, 289.** —
negotia mixta cum donatione **2 1, 289,**
290; 3 1, 227 f.; 4 169; 6 203; 7 212. —
Unterschied zwischen Hand-Sch. u.
Sch.-sverprechen **5 204.** — Sch.-sver-
prechen kein „Vorvertrag" **5 204.** —
Rechtslage bei Zuwendung ohne d. Willen
d. Berechtigten **1 1, 358.** — Vertrag auf
Leistung an e. Dritten donandi causa
1 1, 358. — Beweislast bez. d. Zustande-
kommens d. Sch.-svertrags **3 1, 228.** —
Sch. oder Darlehen? (Beweislast) **5 220.** —
Beweis bei Behauptung e. in einem Kauf-
vertrag mitenthalteneu gemischten Sch.

7 212. — Stempelpflichtigkeit von form-
nichtigen Sch.-sverprechen **1 1, 358.**
Form. — landesrechtliche Vorschriften
über Zuständigkeit für Beurkundung von
Sch. **7 583.** — Formvorschrift d. § 518 auf
andere abstrakte Schuldversprechen nicht
ausdehnbar **1 1, 358.** — F.-Vorschrift bei
gemischten Sch. **6 204.** — Sch. e. Spar-
kassenguthabens, Form **2 1, 290; 4:142,**
169; 5 162, 204; 6 204; 7 213. — Form
bei Mitgiftversprechen **6 204; 7 213.** —
Form d. Weiragsversprechens zu gemein-
nützigen oder wohlthätigen Zwecken **3 1,**
229. — Sch. d. Mietsache durch d. Eigen-
tümer an d. Mieter, Form **3 1, 228.** —
schenkungswise Abtretung einer For-
derung; Vollzug **6 204.** — Vermerk auf
dem Schuldschein „dieser Schuldschein
wird mit meinem Tod ungültig" **7 213.** —
Heilung d. F.-Mangels bei Erfüllung
durch Dritte? **7 118.** — Heilung d.
Formnichtigkeit d. Sch.-sverprechens nur
durch wirkliche Erfüllung **3 1, 229.** —
„Leistung" i. S. d. § 518 Abs. 2 BGB.;
Leistung unter Vorbehalt; durch Drohung,
Gewalt, Arglist erwirkte Leistung; Irrtum
d. Leistenden **7 213.** — Heilung d. F.-
Mangels bei Vollzug d. Sch. durch
constitutum possessorium **2 1, 290** —
Heilung d. F.-Mangels durch Hinter-
legung **7 213.** — Heilung d. F.-Mangels
d. Sch.-sverprechens auf Bestel-
lung e. Hypothek durch Vormerkung
1 1, 359. — Sch. e. nach dem Tode d.
Schenkers abzuhelbenden Bankdepots,
Form **3 1, 229.** — Form d. Sch. e. Grund-
stücks **1 1, 219; 7 213** (Sch.-sverprechen
und Art. 12 PrUBGB.). — Annahme
d. Sch. e. Grundstücks durch Minder-
jährige bedarf d. Genehmigung d. gesetz-
lichen Vertreter **1 1, 62.** — kumulative
Schuldübernahme der Form d. § 518
bedürftig? **2 1, 258, 289, 678.** — Erlaß als
Sch. nicht formbedürftig **1 1, 359.**
Einzelfälle. — Teilung e. Erbschaft
mit Richterben **5 204.** — Gütsübergabe an
die Kinder zu einem den wirklichen Wert
nicht erreichenden Preise **6 203.** — Sch.,
wenn nicht absoluter Erlaß e. Schuld vor-
liegt, sondern d. Zahlung in das Belieben
d. Schuldners gestellt wird **7 212.** — Ver-
zicht auf Geltendmachung e. Rechts-
anspruchs **1 1, 358.** — unentgeltliche Ab-
tretung e. Grundstücksstreifens zur Her-
stellung e. neuen Straße **6 203.** — Zu-
wendung infolge neg. gestio nach § 685
BGB. als Sch. **1 1, 412.** — negotiorum
gestio ohne Absicht, Erlaß zu verlangen
2 1, 289. — Übernahme d. Gründungs-
kosten durch d. Gründer u. einzigen Aktio-
näre e. Akt.-Ges. **4 169.** — Unterlassung d.
Zinsentreibung **5 204.** — Einräumung e.
Vorrangs im Grundbuche? **1 1, 357;**
3 1, 228. — Sicherheitsleistung oder Ver-

(Schenkung)

bürgung durch e. Dritten 2 1, 289; 4 169. — Aufgabe e. Sicherung 1 1, 358; 4 169. — unentgeltliche Leistung von Diensten oder Arbeit? 2 1, 288; 5 203. — keine Sch. das Versprechen, mit e. Hypothek zurückzutreten, damit d. Eigentümer an deren Stelle e. andere aufnehmen u. den Zurücktretenden befriedigen kann 3 1, 392. — aus d. Gesamtgut einer Gütergemeinschaft im Grundbuchverkehr 2 2, 406; 4 831; 6 1025. — verschleierte Sch., wenn bei gegenseitigen Leistungen d. Leistung d. einen die d. anderen übersteigt 7 212. — Sch. im Wege d. Fessung 3 1, 195; 4 142; 5 162. — Sch. unter d. Bedingung d. Unterlassung d. Geschlechtsverkehrs mit e. anderen als dem Schenker 2 1, 69. — Sch. e. fremden Sache 6 181. — Sch. eines Sparfassen Guthabens durch Übergabe d. Buches 7 213 (s. oben). — Sch. durch Unterlassung 5 204. — Sch. unter Lebenden in Voraussicht d. nahen Todes 4 169. — Sch. an Kinder unter 7 Jahren 1 1, 61. — Sch. d. Gewalthabers an d. Gewaltunterworfenen durch Kontrahieren mit sich selbst 1 1, 115 (vgl. Selbstkontrahieren). — Rückfallsrecht d. Ascendenten bei vor 1900 an den Descendenten gemachten Sch. 1 2, 452. — Einverständnis der Parteien, daß d. von dem einen Teil versprochene Leistung nicht geschuldet werden solle, als verschleierte Sch. 6 44. — nach bewirkter Leistung erteiltes Versprechen e. Belohnung 7 212. — Eingabe e. Summe unter Vereinbarung ihrer sofortigen Rückgabe als Darlehen 1 1, 359. — abstraktes Schuldbversprechendonaudicausa als Sch.-versprechen 5 150. — Erlaß zum Zwecke d. Sch. 1 1, 359; 2 1, 249. — unentgeltliche Schulübernahme 2 1, 678. — Sch. e. Bank an e. Verein ihrer Angestellten 7 213. — Anerkennung e. Forderung als Nachlaßforderung seitens e. Miterben? 2 1, 289. — Versprechen e. Alterspension an e. Angestellten 7 212. — Mitgiftversprechen? (s. dieses) 3 1, 228; 5 203; 6 204; 7 212, 213. — Unterlassung e. Vermögenserwerbs? 1 1, 358; 5 204. — Vereinbarung d. allgemeinen Gütergemeinschaft? 7 213. — Erklärung von Gegenständen d. Gütergemeinschaft als Vorbehaltsgut 7 213. — Versprechen e. Entschädigung d. erfolglos tätig gewesenem Mätkers als Sch. 3 1, 278; 4 211; 7 211 (vgl. Mätkervertrag). — Unterlassung d. Erbsparnisse an den anderen Ehegatten, auf dessen Tätigkeit sie größtenteils beruhen 7 213. — remuneratorische Sch. 1 1, 361; 5 205. — Anstands-Sch., Besonderheiten u. Beispiele 1 1, 361; 2 1, 292; 5 205; 7 214. — Sch. an e. Verein zwecks Unterstützung Dritter als Sch. unter e. Auflage? 7 214. — Sch. unter e. Auflage,

wenn diese dem Wert d. Sch. gleichkommt 7 214. — Hochzeitsgeschenke 1 2, 114 (i. auch elterliche Gewalt); 6 203 (Beschenfter); 7 215. — Trint- u. Neujahrsgeelder 2 1, 678; 5 534; 7 215. — Unterstützung hilfsbedürftiger Verwandter 2 1, 678; 5 534; 7 214, 215.

S a f t u n g d e s S c h e n k e r s. — beneficium competentiae s. dieses. — rechtliche Natur 2 1, 290; dem Bürgen des Schenkers nicht zustehend 2 1, 290; 7 213, 214; bei Ansprüchen mehrerer Beschenfter 1 1, 359; 5 204; bei negotium mixtum cum donatione 2 1, 290. — Haftung des Schenkers für Verschulden d. Beschenkten 6 204. — Verzug d. Schenkers 1 1, 359. — Gewährleistungspflicht des Schenkers 1 1, 359; 6 204 (Rechtsnatur), insbesondere wegen eines Mangels im Rechte 2 1, 290 f.; 7 214; wegen e. Fehlers d. Sache 1 1, 359. — Gewährleistung s. Rechtsmängel b. generischen Sch.-versprechen (§ 523 ABf. 2 BGB.) 1 1, 153. — Gewährleistungspflicht d. Sch. aus § 365 BGB. bei datio insolutum 4 175. **A u s h e b u n g.** — Anfechtung e. Sch. 2 1, 288; 6 203, 204. — Rückforderungsrecht wegen „Bedürftigkeit“ 5 205. — Rückforderung (§ 528 BGB.) gegen d. Drittempfänger? 7 214. — Abwendung d. Herausgabe d. Geschenken durch Unterhaltsgewährung seitens d. Beschenkten 1 1, 360; 5 205. — schuldhafte Herbeiführung d. Bedürftigkeit durch d. Schenker nach d. Sch. 5 205. — Widerruf e. Sch. wegen Undanks: „Undank“, schwere Verfehlung 1 1, 360; 4 172; 6 204 (subjektive Momente bei Undank). — § 530 auf juristische Personen unanwendbar 4 172. — Widerruf d. Grundstücksübergabe wegen Undanks durch d. Anteilberechtigten 2 1, 292. — Widerruf e. belastenden Sch. auch nach Erfüllung d. belastenden Verpflichtung 1 1, 360. — Widerruf wegen Undanks, Übergangsrecht 5 626. — Verzeihung; Rechtsnatur, bedingte Verzeihung, Stellvertretung, Adressat, Anfechtung 6 204. — Widerruf im Fall d. Ehecheidung s. diese. — kein vertraglicher Ausschluß d. Widerrufsrechts aus § 530 BGB. 1 1, 360. — Erklärung d. Widerrufs u. deren Wirkung 1 1, 360. — §§ 530–533 ius cogens? 3 1, 229; 5 205. — Anwendung d. § 822 BGB.; Kondition gegen den Beschenkten, d. auf Geheiß d. Schenkers das Geschenk weiterverschenkte? 7 331.

Schenkungen zwischen Ehegatten 7 212. — örtliches maßgebendes Recht (Art. 15 EGBGB.) 1 2, 366. — Übergangsrecht 7 588. — vor 1900 vollzogene, nicht widerriefene Sch. u. E. bei Tod d. Schenkers nach 1. I. 00 3 1, 693 (s. 2 1, 799). — Widerruf

e. Sch. an den im Scheidungsprozeß für schuldig erklärten Gatten, Übergangsrecht **3 1, 703; 4 551** (s. Ehecheidung). — Sch. e. Gatten an das Gesamtgut bei Ervingen- schaftsgemeinschaft **1 2, 59; 2 1, 629**. — Vereinbarung d. allgemeinen Güter- gemeinschaft als Schenkung? **7 213**. — Erklärung von Sachen als Vorbehaltsgut Sch.? **7 213**. — Überlassung d. Erspar- nisse an den anderen Gatten, durch dessen Tätigkeit sie größtenteils zustande kamen **7 213**.

Schenkung von Todes wegen (§ 2301). — Rechtsnatur **1 2, 291**. — Sch. unter Lebenden oder von Todes wegen? **5 592**. — Sch.-versprechen bei einer bestimmten Lebensgefahr **1 2, 290**. — Ermächtigung d. Beschenkten, d. Sache nach dem Tode d. Schenkers vom Dritten in Empfang zu nehmen **3 1, 650**. — Vorbehalt des Wider- rufs seitens d. Schenkers **1 2, 291**. — Widerruf d. vollzogenen Sch. seitens d. Schenkers **1 2, 291**. — dem Dritten über- gebenes, an den das Vermögen d. Schrei- bers verwahrenden Bankier gerichtetes Schreiben, daß das ganze Depot Eigen- tum des Dritten sei **6 566**. — Übergabe e. Spartassenbuchs unter mündlicher Sch.-ver- klärung **5 591**. — Sch.-versprechen bez. des ganzen Vermögens **1 2, 291**. — Sch.-ver- sprechen zugunsten e. anderen als d. Mit- kontrahenten **1 2, 291**. — vor 1900 auf- genommene Urkunde als letztwillige Ver- fügung **2 1, 811**. — vor 1900 geschlossener Erbvertrag, in welchem dem überlebenden Gatten bei unbeerbter Ehe d. Nutznießung d. Nachlasses schenkungsweise zugewendet wird; Eintritt d. Erbfalls nach 1900 **1 2, 291**.

Scherz. — Tatbestandsersfordernisse; Ver- hältnis d. nicht ernstlich gemeinten Willens- erklärung zur Mentalreservation u. zur Simulation **1 1, 67**. — § 118 BGB. auf nicht empfangsbedürftige Rechtsgeschäfte anwendbar? **1 1, 67**. — § 118 BGB. echter Fall d. Nichtigkeit? **6 66**. — Er- fordernis der Erkennbarkeit der Nicht- ernstlichkeit der Willenserklärung? **1 1, 67; 2 1, 49; 5 31**. — Täuschungsab- sicht schließt Sch. im Sinne des § 118 BGB. aus **1 1, 66**. — Grund d. Nichtigkeit d. zum Sch. abgegebenen Willenserklärung **5 31**. — Schadens- haftung d. Erklärenden; ohne culpa **1 1, 72; 2 1, 57**. — nicht ernstlich gemeinte Willenserklärung, wenn d. Erklärende als möglich voraussetzt, daß seine Er- wartung (§ 118) nicht zutrefte **7 36**.

Schiedsrichterliches Verfahren s. Schieds- vertrag. — Börsenschiedsgericht s. Börse. — analoge Anwendung der ZPO. auf die freiwillige Gerichtsbarkeit? **6 934**. — Folgen der Unterwerfung unter ein aus- ländisches Schiedsgericht **5 901**. — letzt-

willige Verfügung, daß alle Erbfreitig- keiten durch Schiedsrichter zu regeln seien **1 2, 209**. — Klagerecht beider Parteien gegen den vertragsbrüchigen Schieds- richter auf Erfüllung seiner Pflichten **4 768**. — positive Feststellungsklage, daß ein Schiedsvertrag besteht **1 3, 332**. — rechtliche Natur der Klage wegen Unzu- lässigkeit des sch. B. (§ 1046 ZPO.) **1 3, 332**. — Unfittlichkeit e. Schiedsgerichts- klausel, wenn dem einen Teil ein größerer Einfluß auf die Besetzung des Gerichts eingeräumt ist? **6 934**. — Unzulässigkeit des schiedsgerichtlichen Verfahrens bei Un- gültigkeit des Hauptvertrags (z. B. infolge von Differenzgeschäften); Geltend- machung der Unzulässigkeit nach wider- spruchsfrem Verhandeln vor dem Schieds- gericht? **6 934, 936** (vgl. **3 2, 606**). — Ver- einbarung, daß die Parteien sich nach ihrem Belieben dem Schiedspruch unter- werfen können oder nicht, oder außerhalb der Voraussetzungen des § 1041 ZPO. gegen den Schiedspruch die Entscheidung der ordentlichen Gerichte anrufen können **6 934**. — Recht des Schiedsrichters zum Rücktritt; Honoraranpruch bei vorzeitigem Ausschcheiden; Zahlungspflichtiger **6 231, 934, 935**. — nicht im Sinne des § 212 Abs. 2 BGB. als Fortsetzung der gericht- lichen Austragung zu erachten **3 1, 67**. — Honorar d. Schiedsrichter **7 248, 263**. — Wahrrecht des Gegners zw. mehreren Schiedsgerichten **7 891**. — Anwendung des § 126 BGB. auf e. schriftlichen Schieds- vertrag (§ 1045 ZPO.) **7 894**. — nach- trägliche Vereinbarung des zuständigen Gerichts (§ 1045 ZPO.) **7 894**.

Ernennung der Schiedsrichter vgl. unten „Entscheidung nach § 1045“. — Nachholung bei Fristverfallnis der Partei **1 3, 327; 6 544**. — Ernennung eines anderen Schiedsrichters durch die Partei bei Weigerung des gewählten infolge arg- listigen Verhaltens der Partei **1 3, 327**. — Einfluß der Konkursöffnung auf das Ernennungsverfahren **4 768; 5 900**. — Ablehnung der Ernennung seitens der Instanz, der die Ernennung übertragen ist **7 892**. — Vereinbarung der Er- nennung der Sch. durch Dritte bei Säum- nis der Partei **3 2, 607**; Recht des Dritten zur Entscheidung über Ablehnungen **3 2, 610**. — Ernennung durch eine Partei **7 891**. — Aufforderung an die Gegner zur Benennung des Schiedsrichters ohne Fristsetzung **5 900**. — Nachholung der Er- nennung nach Verfallnis der Frist des § 1029 bis zur richterlichen Ernennung? **7 891, 892**. — Ernennung durch das Gericht bei Ernennung einer ungeeigneten Person seitens der Partei **1 3, 327; 3 2, 607**. — wenn die Entscheidung über Rechts- gültigkeit des die Ansprüche begründenden

(Schiedsrichterliches Verfahren)

Vertrages dem Schiedsgericht entzogen und der Vertrag seitens der die Ernennung von Schiedsrichtern verweigernden Partei angefochten ist 1 3, 327; 3 2, 607. — Wiederaufleben des Ernennungsrechts d. Partei nach Wegfall des vom Gericht ernannten Schiedsrichters? 7 892. — Auforderung nach § 1029 ZPO. bei bloßer Ablehnung des von der Gegenpartei ernannten Schiedsrichters 3 2, 607. — hat das um Ernennung angegangene Gericht zu prüfen, ob überhaupt ein gültiger Schiedsvertrag vorliegt 5 900. — Aufnahme des die Ernennung von Sch. betreffenden Verfahrens nach § 146 Abs. 3 RD. gegen den Konkursverwalter 4 818.

Fähigkeit zum Schiedsrichteramte. — richterliche Behörde 1 3, 326. — Vereine 4 768. — Schiedsgericht der Budapester Waren- u. Effektenbörse 1 3, 326. — öffentliche Behörde 6 934. — Vorstand der Anwaltskammer in Streitigkeiten der Mitglieder der Kammer u. deren Auftraggeber 6 934. — Einfluß des Wohnorts? 1 3, 326, 327 (2); 3 2, 607. — mangelndes Sachverständnis? 1 3, 331. — Treu u. Glauben zuwiderlaufende Wahl eines Schiedsrichters 1 3, 326. — geschäftliche Beziehungen zwischen Schiedsrichter u. Partei 3 2, 607. — Vorsitzender oder Beisitzer der unter Umständen über die Sache selbst entscheidenden Zivilkammer 1 3, 326, 327; 6 935. — über Ablehnung vgl. auch unten „Entscheidung nach § 1045“. — Befangenheit; vorherige Besprechung mit der Partei 1 3, 327; 6 935; 7 892; vorherige Äußerung einer Ansicht 3 2, 607, 608. — den Parteien vorher bekannter Ablehnungsgrund 1 3, 327; 3 2, 606; 4 769. — Mitwirken des Schiedsrichters bei einem vorangegangenen, durch Urteil aufgehobenen Schiedsspruch 5 900. — Aufstellung der Partei selbst oder ihres gesetzlichen Vertreters (Bürgermeister) im Schiedsvertrag 1 3, 327; 5 12; 6 139. — Vorstand oder oberstes Organ eines Versicherungsunternehmens als Schiedsrichter in den Versicherungssachen seines Unternehmens 5 1097. — Generalversammlung einer Aktiengesellschaft oder GmbH. in Streitigkeiten mit den Aktionären 2 2, 290; 3 2, 606; 4 768. — Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft oder GmbH. 3 2, 54, 606; 6 806. — Einfluß einer Satzungsbestimmung über Wählbarkeit der Mitglieder eines Vereins als Schiedsrichter in Streitigkeiten des Vereins mit seinen Mitgliedern 3 2, 606; 5 899. — Fortdauer des Schiedsrichteramtes bis zur Rechtskraft des Beschlusses über die Ablehnung 3 2, 608 (2) (Erlassung des Schiedsspruchs durch einen Abgelehnten). — Verlust des Ablehnungsrechtes bei still-

schweigender Zustimmung zur Aufstellung trotz Kenntnis des Ablehnungsgrundes 4 769. — Geltendmachung des Ablehnungsrechtes in der Revisionsinstanz 6 935. — Ablehnung e. Schiedsrichters wegen ungebührlicher Verzögerung (s. Pflichten) 7 892. — Ablehnung im Wege d. Beschwerde gegen d. gerichtlichen Ernennungsbeschuß 7 892. — Aussetzung des Schiedsverfahrens bis zur Entscheidung über eine Ablehnung? 1 3, 327; 7 892. — Ablehnung nach Erlaß des Schiedsspruchs? 4 768. — Mitglied oder Vorstand des Aufsichtsrats, der in der ersten schiedsgerichtlichen Instanz mitwirkt, stimmberechtigt bei der als 2. Instanz wirkenden Generalversammlung? 6 935. — Anwaltszwang f. das an ein Landgericht gerichtete Ablehnungsgefuch? 6 937; 7 892.

Verfahren vor den Schiedsrichtern. — Aussetzung des Verfahrens bis zur Entscheidung über die Ablehnung eines Sch. 1 3, 327; 7 892. — Anwendung der Vorschriften über Unterbrechung des Verfahrens 4 687, 769; 5 900. — Freiheit der Sch. bez. des formellen Verfahrens (Versäumnis-V., Widerklage, über die Parteianträge hinausgehende Entscheidung) 1 3, 328. — Freiheit in der Form der Beweisaufnahme u. Beweiswürdigung 1 3, 328; 6 935. — Bedeutung der von den Parteien vereinbarten Verfahrensform 1 3, 328, 329. — Form der Zeugenvernehmungen 6 935. — Anhören der Parteien: mündlich, schriftlich 1 3, 328 (2); 3 2, 608 (gleichzeitig); 4 769. — Zuziehen der Parteien zu Beweisaufnahmen? 1 3, 328; 6 935; 7 893. — Vertändigung der Parteien von ermittelten Tatsachen 4 769. — Enternen der Partei wegen Ungebühr 1 3, 328. — Anhören der Partei vor Festsetzung des Streitwertes u. der zu erstattenden außergerichtlichen Kosten 5 900. — Benachrichtigung der Partei von Zuziehung eines Obmannes 1 3, 328; 3 2, 608; 5 900; 6 935 (s. oben). — Ladung der Partei zu den Terminen (Form, Frist) 1 3, 328; 3 2, 608; 6 935. — Beschluß eines Schiedsgerichtes, Rechtsanwälte als Bevollmächtigte nicht zuzulassen 4 769; 5 900 (Notwendigkeit der Zuziehung). — Anspruch der Partei auf Bekanntgabe der Aussprüche des Schiedsrichters, auf Grund deren der Schiedsspruch vom Obmann gefällt wird? 5 900. — Zuziehen von Sachverständigen 1 3, 328. — Nichtbesassen mit einer Gegenforderung des Beklagten 3 2, 608. — Widerklage vor dem Schiedsgericht? 3 2, 610, 611. — Streitverkündung 3 2, 366, 611. — Ort des Gerichtes 3 2, 608. — Prüfung der Frage, ob eine Partei wegen Vertragsverletzung des Gegners vom Vertrag zurücktreten darf, durch die

Schiedsrichter § 899. — Zuständigkeit des Schiedsgerichts zur Prüfung der Gültigkeit des Schiedsvertrags § 934; § 7891. — Einwand der Aufhebung des Schiedsvertrags durch Vergleich § 2, 607. — Recht der Sch. auf Kassation eines dem § 1039 nicht entsprechenden Schiedsspruches? § 2, 609. — Ersuchen der ordentlichen Gerichte seitens des Schiedsgerichtes zwecks Zustellung des Schiedsspruches im Ausland § 2, 608. — Ersuchen an die ordentlichen Gerichte um Vornahme von Prozeßhandlungen, zu denen die Schiedsrichter selbst befugt sind § 2, 608. — Ersuchen an die ordentlichen Gerichte um eidliche Vernehmung von Zeugen, die das Schiedsgericht selbst noch nicht gehört hat § 769 (vgl. Rechtshilfe). — Zuständigkeit des Schiedsgerichts zur Entscheidung darüber, ob der Schiedsvertrag gültig zustande gekommen sei? stillschweigende Vereinbarung der Parteien, daß das Schiedsgericht auch diesen Punkt entscheiden soll § 934 (vgl. § 1, 3, 327). — in Abwesenheit des Beklagten vorgetragener Gegeuanpruch; Gehör des Gegners vor Entscheidung § 935. — kann die Partei die Inziehung e. Obmannes beanstanden, weil angeblich keine Uneinigkeit zwischen den Schiedsrichtern bestanden habe § 935. — Vernehmung der Zeugen durch einen beauftragten Schiedsrichter § 935. — Kostenfestsetzung durch das Schiedsgericht oder durch das Vollstreckungs-urteil erlassende Gericht § 1, 3, 56, 330; § 470; § 5901; § 6775, 937; § 7763, 894. — Festsetzung der Honorare der Schiedsrichter u. der Parteivertreter durch das Schiedsgericht? § 937.

Schiedspruch. — Teilurteil § 1, 3, 328. — Zwischenentscheidung nach § 303 ZPO. § 7892, 893. — über die Parteianträge hinausgehender Schiedspruch § 1, 3, 328. — Schiedspruch auf Ablehnung des Schieds-W. wegen Unzuständigkeit § 1, 3, 330. — Entscheidung über die Kosten § 2, 607; § 470; § 5900, 901. — Schiedspruch mit nicht vollstreckbarem Inhalt § 2, 609 (Eintragung eines nicht eintragungsfähigen Rechtes). — zwingender Charakter des § 1039? § 1, 3, 328, 329; § 2, 608; § 5900 (Verzicht der Parteien auf die Form). — Begunahme auf e. früheren, nicht rite aufgestellten Beschluß § 7893. — Fehlen einer Unterschrift § 1, 3, 329; § 6935; § 7892 (Tod e. Schiedsrichters vor Unterzeichnung der Ausfertigung; vgl. § 6935, 936). — keine Anwendung des § 319 ZPO. bei Fehlen e. Unterschrift § 7806. — falsches Datum der Abfassung § 7892. — Nichtersüllen der Förmlichkeiten des § 1039 als eine das Außerkrafttreten des Schiedsvertrags nach sich ziehende „ungebührliche Verzögerung“ § 470; § 5900. —

einmalige Originalunterschrift auf der zuzustellenden Ausfertigung § 7892. — gemeinschaftliche Feststellung der einzelnen Sätze des Urteils? § 470. — Zustellung u. Hinterlegung des Schiedspruchs mit Willen sämtlicher Schiedsrichter als Voraussetzung der Gültigkeit des Spruches; stillschweigende Ermächtigung eines Schiedsrichters z. Zustellung u. Hinterlegung § 935 (s. unten). — Ausfertigung des Schiedsspruches erst nach dem Tode e. Schiedsrichters auf Grund des von ihm vorher erklärten Inverständnisses? § 935, 936 (vgl. § 7892). — Mängel der Zustellung § 1, 3, 329; Niederlegung der Zustellungsurkunde in Abschrift statt im Original § 2, 608; Abweichungen der zugestellten Ausfertigung vom Original § 2, 609. — Begriff der Ausfertigung § 2, 609. — formlose Bekanntgabe eines den Vorschriften des § 1039 nicht entsprechenden Schiedsspruches § 900. — Vornahme der Hinterlegung u. Zustellung nur durch einen Teil d. Schiedsrichter § 935; § 7892, 893. — Zustellung einer beglaubigten Abschrift statt Ausfertigung § 1, 3, 329; § 2, 608, 609 (Fehlen der Bezeichnung „Ausfertigung“).

Aufhebung des Schiedsspruches. — eines ausländischen Sch. § 1, 3, 330. — Klageränderung bei Einführung eines neuen Aufhebungsgrundes? § 1, 3, 114, 329 (2). — Unzulässigkeit des Verfahrens, Nichtbeachtung wesentlicher Grundsätze des von d. Parteien vereinbarten Verfahrens? § 1, 3, 329; § 2, 609; § 470. — verpatete, die Ausübung des Ablehnungsrechtes ausschließende Anzeige von der Wahl eines Obmannes als Aufhebungsgrund § 470. — Unzulässigkeit des Verfahrens wegen Ungültigkeit des Hauptvertrags (z. B. Vorliegen von Differenzgeschäften)? § 934, 936 (vgl. § 2, 606). — Geltendmachung der Unzulässigkeit des Verfahrens seitens der Partei, die sich ohne Widerspruch vor dem Schiedsgericht eingelassen hat? § 936. — Nichtgewähren des rechtlichen Gehörs an eine Partei § 1, 3, 328; § 2, 609; § 6936; § 7893. — Nichthören der Partei über ein in ihrer Abwesenheit eingegangenes, beim Schiedspruch in den wesentlichen Punkten nicht befolgtes Gutachten § 2, 609. — Fehlen von Gründen des Schiedsspruches: Dürftigkeit oder widersinniger Inhalt § 1, 3, 329; § 2, 609 (an die Gründe anzulegender Maßstab); § 936 (2). — Aufsehung wegen Verstößes gegen die guten Sitten? § 47. — keine Aufhebung wegen offener Unbilligkeit § 1, 224; § 2, 214; § 1, 157; § 470; § 5132, 901. — Wirkung des Vorliegens von Aufhebungsgründen; Nichtigkeit? § 2, 609. — verfrühte Aufhebungsklage § 2, 609. — Fehlen einer Unterschrift § 1, 3, 329. — Nichtzustellen

(Schiedsrichterliches Verfahren)
 in gesetzlicher Form **1 3, 329 (2)**. — Aufhebungsklage vor Niederlegung des Spruches auf der Gerichtsschreiberei **1 3, 329; 7 893**. — rechtliche Natur der Klage **1 3, 329, 330**. — Verbindung der Klage mit der Klage über das Objekt des Schiedspruches **1 3, 329**. — Anfechtung e. Zwischenentscheidung nach § 303 ZPO? **7 893**. — kann aus der Klage auf N. die Einrede der Rechtshängigkeit gegenüber der Klage auf Vollstreckbarkeitsklärung entnommen werden? **4 770**. — Vereinbarung, daß die Parteien auch außerhalb der Voraussetzungen des § 1041 ZPO. gegen den Schiedspruch die Entscheidung der ordentlichen Gerichte einholen können **6 934**. — neuer Schiedspruch nach gerichtlicher Ungültigkeitserklärung des ersten? **5 1096; 6 936 (2); 7 893**. — Vereinbarung e. Beschränkung der Anfechtung (§ 1041 Abs. 2 ZPO.): im voraus erklärte Unterwerfung **7 893**.

Vollstreckung des Schiedspruches. — Streit über Ausführung **7 891**. — rechtliche Natur des Vollstreckungsurteils **1 3, 329, 330**. — V.-surteil bei nicht vollstreckbarem Inhalt **1 3, 329, 330; 3 2, 609** (Ablehnung einer Entscheidung); **3 2, 610** (Zurückweisung des Antrags als unzulässig); **7 893 (2)**. — ausländischer Schiedspruch **1 3, 330 (2); 5 901**. — Wahl zwischen V.-surteil und Klage auf Erfüllung des Schiedspruchs **1 3, 330**. — Streitgegenstand **3 2, 610**. — Zuständigkeit für die Klage auf Vollstreckbarkeitsklärung eines Schiedspruchs des deutschen Bühnenschiedsgerichtes **4 771**. — Prüfung d. Vorhandenseins d. Voraussetzungen des § 1039 von Amts wegen **1 3, 328/329**; des Vorhandenseins von Gründen **1 3, 329**; der Rechtsfähigkeit der klagenden Partei **1 3, 330**. — muß der Kläger zur Vermeidung der Kostenpflicht (§ 93 ZPO.) vor Erhebung der Klage auf V.-surteil den Beklagten noch einmal mahnen? **5 901** (f. Prozeßkosten). — Anwendung des § 93 ZPO. auf die Kosten des V.-surteils? **7 755, 893 (2)**. — Abweisung der Klage auf Vollstreckbarkeitsklärung, weil ein Schiedsbetrag nicht vorliege **5 901**. — Einfluß der im Schiedspruch zwar zugesprochenen, aber nicht ziffernmäßig festgestellten Zinsen in das V.-surteil **7 893**. — V.-surteil gegen den Testamentsvollstrecker aus einem gegen die Erben ergangenen Schiedspruch und umgekehrt **3 2, 610**. — V.-surteil gegenüber Rechtsnachfolgern der Partei, u. zwar auch bei Sondernachfolge (Schuldübernahme) **5 901; 6 937**. — Entscheidung über d. Kosten bei Nachsuchen

des V.-surteils nur für einen Teil des Schiedspruches **3 2, 610**. — nachträgliche Festsetzung der schiedsrichterlichen Kosten durch das Gericht, das das V.-surteil erließ? **1 3, 56, 330; 4 770** (f. Prozeßkosten); **5 901; 6 775, 937; 7 763**. — Einwendungen gegen die V.-klage: materielle Einreden nur nach § 767 ZPO.? **1 3, 330; 4 770; 6 933; 7 894**. — Einwand, daß das Schiedsgericht über ihm nicht zugewiesene Ansprüche entschieden habe **4 770**. — Einfluß der Vereinbarung, „Arbitrage Hamburg“ auf die Zuständigkeit f. Erlassung des Vollstreckungsurteils? **6 937** (vgl. Schiedsvertrag). — Vereinbarung über Zuständigkeit eines Gerichts f. Erlassung des V.-surteils durch Bezugnahme auf gedruckte Börsenbestimmungen **6 937** (vgl. Schiedsvertrag). — V.-surteil zu e. Zwischenentscheidung nach § 303 ZPO. **7 893**. — V.-klage vor Niederlegung des Schiedspruchs auf d. Gerichtsschreiberei? **7 893**. — Einwand der nachträglichen Aufhebung des Schiedsvertrags **7 894**. — bereits im Ernennungsverfahren abgewiesener Einwand der Aufhebung des Schiedsvertrags **7 894**. — Folgen der Abweisung der V.-klage wegen nicht ordnungsmäßiger Beendigung des schiedsgerichtlichen Verfahrens **7 894**. — Schadenersatzpflicht nach § 717 Abs. 2 ZPO. bei Aufhebung e. V.-surteils? **7 853**.
Entscheidungen nach § 1045 ZPO. — Zuständigkeit bei Ergehen des Schiedspruchs auf eine Widerklage **3 2, 610 (2), 611**. — die Entscheidungen nach § 1045 sind immer Beschlüsse **5 901**. — Anwendung des § 1045 auf vor 1. I. 00 erhobene Klagen? **1 3, 330, 331 (3); 3 2, 610**. — Streit über Ablehnung eines Schiedsrichters wegen mangelnden Sachverständnisses **1 3, 331**. — Ablehnung von Schiedsrichtern vor Beginn des sch. V. **3 2, 611**. — Entscheidung über die Fähigkeit des Schiedsrichterobmannes **3 2, 610**. — Entscheidung über die Fähigkeit eines Schiedsrichters **5 901**. — Streit, ob ein Schiedsrichter nach Niederlegung seines Amtes wieder eintreten könne **3 2, 611**. — Entscheidung nach § 1045 bei Uneinigkeit d. Parteien über das Bestehen eines Schiedsvertrages **1 3, 331; 3 2, 607**. — Behauptung der Beseitigung des Schiedsvertrags durch Vergleich **3 2, 607**. — kann das Erlöschen eines Schiedsvertrages auf andere Weise als durch Entscheidung nach § 1045 festgestellt werden (Replik des Erlöschens gegenüber der prozeßhindernden Einrede des Schiedsvertrages) **1 3, 331**. — Nachweis des Zustandekommens des Schiedsvertrages als Voraussetzung für das Verfahren nach § 1045 **3 2, 611**. — Anfechtung der nach § 1045 in Urteilsform ergebenden Entscheidungen **1 3, 331; 3 2, 610, 611**.

Schiedsvertrag s. Schiedsgerichtliches Verfahren. — rechtliche Natur 4 194, 204, 218; 6 231. — Form 4 768. — obervormundschaftliche Genehmigung zum Sch. e. gesetzlichen Vertreters 3 2, 606 (vgl. 1 1, 63). — Fehlen einer Frist für Ernennung des Schiedsrichters 3 2, 606. — Abhängigkeit von der Gültigkeit des Hauptvertrags 3 2, 606; 6 934 (Hauptvertrag über Differenzgeschäfte; vgl. 7 1183). — Nachfolge in dem Vertrage 3 2, 606. — Sch.-sklausel im Kontoforrentverkehr 3 1, 305; 4 240. — Unsitlichkeit e. Schiedsgerichtsklausel, wenn dem einen Teil ein größerer Einfluß auf die Zusammensetzung des Schiedsgerichts eingeräumt ist? 6 934 (vgl. 1 1, 85; 6 750). — Vereinbarung, daß die Parteien sich nach ihrem Willen dem Schiedspruch unterwerfen können oder nicht oder daß sie auch außerhalb der Voraussetzungen des § 1041 ZPO. gegen den Schiedspruch die Entscheidung der ordentlichen Gerichte anrufen können? 6 934. — Zuständigkeit des Schiedsgerichts zur Entscheidung darüber, ob der Sch. gültig zustande gekommen sei? 6 934; 7 891. — Feststellung e. Konturforderung durch Schiedsverfahren; vom Gemeinschuldner geschlossener Sch. 1 3, 325. — Arbitrageklausel; „Hamburger Arbitrage“ 4 614, 615; 6 677, 937; 7 890 (vgl. Handelsklausel). — positive Feststellungsklage auf Bestehen e. Schiedsvertrages 1 3, 332. — Entscheidung des Schiedsgerichts nur über eine Vorfrage, Klagerhebung vor Entscheidung der Vorfrage 1 3, 325. — Ausnahme einzelner Punkte (z. B. Gültigkeit des Vertrags) von dem Sch. 1 3, 327 (vgl. 6 934). — Überweisung einzelner Punkte e. Rechtsverhältnisses (Höhe des Anspruchs im Gegenzug zum Grund) an das Schiedsgericht 1 3, 125 (2), 325; 5 899. — Unterschied des Sch. vor der Schlichtung einzelner Streitpunkte durch gutachtliche Äußerung von Schiedsmännern; prozesshindernde Einrede; Anfechtung des Spruches der Schiedsmänner wegen „offenbarer Unbilligkeit“ 1 3, 124; 5 898, 899; 6 934; 7 891. — Bedeutung der in Versicherungsverträgen enthaltenen Klausel auf Entscheidung bestimmter Vorfragen durch ein Schiedsgericht 5 899. — Entscheidung über vertragsmäßige Beschaffenheit der Ware durch Sachverständige Sch.? 1 3, 325. — zur Auseinandersetzung e. Gesellschaft getroffene Vereinbarung, daß d. Schiedsrichter nur über den Wert der Auseinandersetzungsgegenstände entscheiden sollen 7 154, 891. — Sch. f. alle Streitigkeiten aus der Geschäftsverbindung 7 891. — Vereinbarung, alle in einem Geschäftszweig vorkommenden Streitigkeiten durch Schiedsrichter entscheiden zu lassen 3 2, 607. — Auslegung der Vertragsklausel:

„alle Meinungsverschiedenheiten wegen Auslegung des Gesellschaftsvertrages entscheidet ein Schiedsgericht“ 1 3, 326. — Sch. in einem Gesellschaftsvertrag: Streit wegen Überlassung des Geschäftes bei Auflösung 1 3, 326. — Klausel e. Statuts, daß alle Streitigkeiten zwischen Gesellschaft und Gesellschaftern durch die Generalversammlung entschieden werden sollen 4 768. — Vereinbarung, e. Differenz über die Qualität der gelieferten Waren durch arbitratoren entscheiden zu lassen 7 154. — Beitritt zu den Börsensatzungen, die die Zuständigkeit des Börsenschiedsgerichtes für alle Geschäfte bestimmen 3 2, 607; 5 899 (Bestimmung der Zuständigkeit des Börsenschiedsgerichtes auch für die außerhalb der Börse geschlossenen Geschäfte); 5 286; 6 935 (f. Börse). — Vereinbarung der Ernennung der Schiedsrichter durch Dritte bei Säumnis der Partei 3 2, 607. — Vereinbarung, daß die Entscheidung der von einem Dritten im Streitfall aufzustellenden Sachverständigen f. beide Teile bindend sein solle 3 2, 74, 75. — Rechte eines Dritten aus einem Sch., Anrufen der Gerichte seitens des Dritten 1 3, 326. — stillschweigende Eingehung durch Schweigen auf die die Schiedsklausel enthaltende Schlußnote 6 680. — auf e. Sch. u. darauf basierenden Schiedspruch gestützte Aufrechnungseinrede 1 3, 123. — lastwillige Verfügung, daß alle Erbstrittigkeiten durch Schiedsrichter zu erledigen seien 1 2, 209. — Klausel: „eventuelle Differenzen durch Sachverständige zu entscheiden“ 6 677; 7 890, 891. — spricht die Klausel, daß Sachverständige „mit Ausschluß des Rechtsweges“ zu entscheiden haben, unbedingt für Vorliegen e. Sch. oder kann die Aufstellung von Arbitratoren gemeint sein? 5 899; 6 934; 7 891 (vgl. oben). — Annahme eines Sch. zwingend, wenn die Sachverständigen nach Inhalt der Vereinbarung die Vorschriften d. ZPO. geeignetenfalls anwenden sollen? 6 934. — Schluß auf Vorliegen eines Sch. wegen Benennung der Sachverständigen als Schiedsrichter? 6 934. — Sch. zwischen Arbeitgeber und -nehmer mit Ernennung des Werksführers des Arbeitgebers als Schiedsrichter gegen die guten Sitten verstößend? 1 1, 85 (f. 6 934). — Vertragsbestimmung, daß über Streitigkeiten einer Konvention von Fabrikanten mit ihren Mitgliedern ein Vertrauensmann der Konvention vorbehaltslos des Rechtswegs entscheiden soll 6 750. — Schiedsgerichtsklausel in e. Gesellschaftsvertrag im Zweifel auch auf die Rechtsstrittigkeiten ausgechiedener Gesellschafter auszudehnen 6 745, 1093. — ist d. Schiedsgerichtsklausel auch anzuwenden b. Klagen auf Auszahlung festgestellter Geschäftsanteile gegen den Gesellschafter, der das Geschäft

(Schiedsvertrag)

einer off. Handelsgesellschaft ohne Liquidation übernommen hat? 6 637. — Spruch e. Ehrengerichts über Ausschluß e. Vereinsmitgliedes kein Schiedspruch 7 891. — Klausel e. als Schiedsgutachtenvertrag, nicht als Sch. aufzufassenden Vertrages, daß der Schiedspruch auch über die Kosten entscheiden soll 7 891. — § 627 BGB. unanwendbar 4 201. — § 671 BGB. unanwendbar 4 220. — Klage auf Erfüllung des Sch. 4 67, 195, 768. — Rücktrittsrecht der Schiedsrichter 6 231, 934 f. — Vergütung der Schiedsrichter; Voraussetzungen des Anspruchs, Zahlungspflichtigen 6 231, 934, 935. — Wirkung des zwischen Hauptschuldner und Gläubiger nach Abschluß der Bürgschaft geschlossenen Sch. für den Bürgen? 7 891. — Anwendung des § 126 BGB. auf e. schriftlichen Sch. (§ 1045 ZPO.) 7 894. — Sch. in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit (s. diefe) 7 985. — Sch. über Differenzgeschäfte 6 934; 7 1183 (vgl. oben).

Außertrittreten d. Schiedsvertrages s. unten Einrede. — durch Schuld der Partei herbeigeführte Weigerung eines Schiedsrichters zur Amtsübernahme 1 3, 327, 328. — Feststellen des Außertrittretens i. schiedsrichterliches Verfahren. — Nichtigkeit der Ernennung e. der Schiedsrichter 3 2, 608. — Weigerung der im Sch. bestimmten Instanz, das Schiedsgericht zu ernennen 5 900. — ungebührliche Verzögerung in der Erfüllung der Pflichten des Schiedsrichters durch Nichtnachholen der vom Schiedsrichter veräumten Formvorschriften der § 1039 ZPO. 4 770; 5 900. — analoge Anwendung des § 1033 ZPO., wenn die Instanz, der die Ernennung übertragen ist, die Ernennung ablehnt? 7 892.

Prozeßhindernde Einrede des Schiedsvertrages. — Geltendmachung in 2. Instanz 1 3, 123, in Revisionsinstanz 1 3, 203. — Sch. nur über eine Vorfrage 1 3, 124 (Abweisung der Klage durch Endurteil als vorzeitig). — Einrede bei Vereinbarung der Schlichtung einzelner Streitpunkte durch Arbitratoren unzulässig; aber Abweisung der Klage als vorzeitig 5 898, 899; 7 790, 791 (vgl. 1 3, 124; 6 934; 7 891). — Verzicht auf d. E. 3 2, 447. — Geltendmachung nach rechtskräftigem Schiedspruch 3 2, 447. — Erhebung d. E. unter gleichzeitiger Aufsehung des Vertrages 4 692. — Replik des Erlöschens des Sch. 1 3, 331. — Zulässigkeit des Vorbringens d. E. bis zur Fällung e. gültigen Schiedspruchs 6 806. — Zulässigkeit d. E. auch nach Erlassung e. durch rechtskräftiges Urteil aufgehobenen, formell ungültigen

Spruchs 6 806. — Verneinung der Zuständigkeit d. Gerichts, wenn möglicherweise die Zuständigkeit des Schiedsgerichts gegeben ist 6 806. — E. d. Sch. gegenüber d. Feststellungsklage der Konturagläubiger nach § 146 RD.? 2 2, 509. — vor Angehen d. Schiedsrichters auch keine Feststellungsklage, daß der Beklagte zur Zahlung der Entschädigung in der durch den Schiedspruch zu bestimmenden Höhe schuldig sei 7 790.

Schießen. — Haftung des Gastwirts für Verletzung e. Dritten bei einem vom Wirt geduldeten Scheibenschießen 7 105, 132, 352.

Schießplatz f. Militärstütz.

Schiffe f. Seerecht. — anzuwendendes Recht bei Fund auf einem deutschen Sch. 4 532. — anzuwendendes Recht bei Zusammenstoß zweier deutscher Sch. in fremden Gewässern 6 587 (vgl. Schiffszusammenstoß). — Heimatsort 6 722. — Bestellung e. Vertreters für delinquente Sch. 1 3, 35. — Zwangsverfeigerung s. dort. — Flaggenrecht s. Kauffahrtschiffe. — Klassifikation der Seeschiffe 7 689.

Schiffahrt. — Umfang der zu prästierenden Sorgfalt 7 150.

Schiffbesetzung f. Seerecht. — Stauer zur Sch. gehörig? 2 2, 256; 6 719; 7 688. — Besetzung des Schleppers zur Besetzung des geschleppten Schiffes zu rechnen? 6 709; 7 688. — vorübergehend angestellte Personen: Verlader, Kai-, Dodarbeiter 2 2, 256. — Hafenlotse zum Sch. gehörig? 7 688.

Schiffspfandrecht vgl. Pfandrecht, Seerecht. — vertragliches u. § 405 BGB. 2 1, 254. — Werkmeisterpfandrecht für Ausbesserungskosten an e. Schiffe (§ 647 BGB.) 3 1, 273. — analoge Anwendbarkeit des § 409 BGB. auf die Forderung der Forderung beim Sch. 2 1, 255. — Beschwerde wegen Ablehnung eines Lösungsantrags 7 997, 1018. — Lösungsbevollmächtigte e. Bevollmächtigten nach dem Tode des Vollmachtgebers 7 1018.

Eintragungsvorfahren f. Eintragung. — Beschwerde des Antragstellers gegen e. die Beseitigung e. Eintragungshindernisses bezweckende Zwischenverfügung d. Gerichts 3 2, 234. — Beschwerde gegen die nach § 100 FGW., § 18 GWD. erfolgte Fristsetzung nach Ablauf der Frist 3 2, 235. — Beschwerde wegen Unterlassung einer Fristsetzung nach § 100 FGW. bei direkter Ablehnung e. Eintragungsantrags 3 2, 235. — Aktivelegitimation zur Beschwerde nach § 100 FGW. 3 2, 235. — Nachweis e. Vertretungsmacht durch Handelsregisterauszug 3 2, 235 (2). — Nachweis e. Vertretungsmacht (§ 107) durch beglaubigte Abschriften 3 2, 235. — Vorlegen e. Erlöschens seitens d. Registerrichters trotz Vorhandenseins e. Testaments 3 2, 235.

— Prüfung e. eröffneten lehtwilligen Verfügung seitens d. Schiffsregisterrichters **3 2, 235.** — Beschwerde gegen Eintragung oder Löschung? **3 2, 235.** — Anfechtung der Eintragung d. Beschwerdegerichts, daß ein Widerspruch einzutragen sei **3 2, 235.**

Schiffsregister. — Beschwerdeinstanz i. Sch.-Sachen Kammer f. Handelsachen? **6 718.** — Ablehnung der Eintragung e. den Namen u. Titel des Kaisers oder e. Landesherrn führenden Schiffes **6 718.** — Verlegung des Heimatsortes e. Schiffes als Folge des Eigentumswechsels **6 722.**

Schiffszusammenstoß f. Schiffe, Seerecht, Binnenschifffahrt, Seestraßenordnung.

Verordnung zur Verhütung von Sch. v. 9. V. 97. — Art. 16 Abs. 2: wann darf das Dampfschiff das Stoppen unterlassen? **2 2, 270.**

— Begriff der mäßigen Geschwindigkeit nach Art. 16 **3 2, 118.** — Art. 18, 21: Kurshalten Fortsetzung der Fahrt auf der Seite des Fahrwassers, wo man sich befindet **2 2, 270.** — Art. 24: Zunaherkommen des überholenden Schiffes an das überholte und dadurch veranlaßte verkehrte, aber entschuldbare Maßregel des überholten Schiffers **2 2, 270.** — Pflichten beim Überholen in bezug auf die Sog-Wirkung (Art. 24) **3 2, 118.** — Art. 26: mit dem Grundschleppnetz fischendes Fahrzeug **4 655.** — nach Stoppen der Maschine sich treiben lassender Fischdampfer (Art. 26) **5 729.** — Art. 28: Abgabe von Signalen nicht, um den Kurs anzuzeigen, sondern nur zum Bemerkbarmachen **2 2, 270.** — Unterlassen des Signals, wenn die Weibehaltung des Kurses gefahrlos ist (Art. 28) **3 2, 118.** — Art. 29: Ausgud bei Nacht **5 729.** — Anwendung der Verordnung auf den alten Hafen in Bremerhaven **2 2, 270.**

Regreßanspruch der Schiffe gegeneinander nach § 735 Abs. 2 HGB. unter Ausschluß der §§ 426, 840 HGB. **4 155.** — Anwendbarkeit des § 254 HGB. auf § 735 HGB. **2 1, 153; 3 1, 105; 5 100.** — Schuldsfrage **1 1, 164; 2 1, 143; 4 178.** — Berechnung des Schadensersatzes für einen durch Kollision verloren gegangenen Seeleichter **4 75, 76.** — anzuwendendes Recht bei Zusammenstoß zweier deutscher Schiffe in fremden Gewässern **6 587.**

Schifane. — Kritik d. § 226 **1 1, 134; 2 1, 103.** — Bedeutung u. Anwendungsgebiet d. § 226 **1 1, 134 ff.** — Anwendung d. § 226 im Landesprivat- u. Verwaltungsrecht **6 90.** — Umfang d. Sch., **2 1, 103.** — Einfluß von Absicht u. Zweck **7 92.** — § 226 auch im Familienrecht anwendbar **5 65.** — § 226 stets anwendbar bei Rechtsausübung aus Schadenfreude (vgl. diese)

1 1, 134; 3 1, 68; 5 65. — Ausschließlichkeit d. Schädigungszwecks **2 1, 103, 104; 3 1, 68; 4 61; 5 65.** — Sch. u. Ausübung obligatorischer Rechte **2 1, 102.** — Verhältnis d. § 226 zu § 826 HGB. **3 1, 69, 357; 5 65; 6 90** (f. unerlaubte Handlung). — exceptio doli generalis durch § 226 anerkannt **1 1, 73; 3 1, 69.** — „Rechtsausübung“ **2 1, 103; 3 1, 68.** — vermögensrechtlicher Schaden nicht erforderlich **4 61.** — § 226 u. d. Recht am eigenen Bild **4 6.** — Sch.-Verbot u. Warenzeichenrecht **4 61; 7 92, 93.** — Sch. u. Baurecht **2 1, 103; 3 1, 69.** — § 226 u. d. Zeugnisanspruch d. Dienstverpflichteten **4 62, 203.** — übermäßige Zurückbehaltung als Sch. **3 1, 121.** — Geltendmachung d. gegenstandslos gewordenen Konkurrenzverbotes **1 1, 137.** — Sch. durch Ausübung d. ius tollendi d. Mieters **4 177.** — arglistige Ausbeutung e. formalen Rechts **3 1, 68.** — Einwirkung auf d. Gang e. Poteftatobedingung u. § 226 **3 1, 57.** — Zurücksendung d. vom Mündel persönlich geleisteten Sache durch dessen gesetzlichen Vertreter **2 1, 103.** — Verweigerung d. Zustimmung zu e. Verfassungsänderung einer Familienstiftung seitens einzelner Familienglieder **5 65.** — Inanspruchnahme e. Miterben wegen e. Nachlaßschuld während d. Erbengemeinschaft **1 1, 138.** — Verlangen d. Vermieters auf Wieberaufbau e. vom Mieter gebauten u. später abgebrochenen Halle **1 1, 137.** — Ablehnung von Zwangsversteckungsakten wegen Sch. **1 1, 137.** — Pflicht e. nur formell an einem im Grundbuch eingetragenen Veräußerungsverbot Beteiligten zu grundbuchmäßigen Erklärungen **6 90.** — Versteigerung e. bloßen Teils d. Pfandsachen auf Veranlassung d. Gläubigers zwecks Ausübung e. Drudes auf den Schuldner keine Sch. **1 1, 137.** — neue Klage statt Vollstreckung d. früheren Urteils keine Sch. (vgl. Rechtskraft, Urteil) **1 1, 137.** — Verlangen d. Verpächters auf Beseitigung e. vom Pächter vertragswidrig errichteten Gebäudes? **1 1, 137.** — Geltendmachung d. Pfandrechts an Sachen von unverhältnismäßig hohem Werte keine Sch. **2 1, 103.** — Verbot d. an sich unschädlichen Benutzung e. Sache durch Dritte seitens d. Eigentümers? **2 1, 103.** — Widerspruchsklage e. in Gütertrennung lebenden Ehefrau gegen Zwangsvollstreckung in ihr Grundstück, wenn sie nach § 1480 für d. Schuld haftet **7 92.** — Sch.-Behauptung keine Einrede **1 1, 136.** — Sch.-Wanten f. Neubau.

Schlachthaus öffentliches **4 922.** — Vorzugsgebühren einzelner Metzger für Benutzung e. öffentlichen Sch. **4 923.**

Schlaf- und Speisewagenellschaften f. Eisenbahn. — Transportunternehmerin oder Gastwirt (Hastung nach § 701 HGB.?) **1 1,**

(Schlaf- und Speisewagengesellschaften) 415; 2 2, 251; 7 287, 288 (vgl. Gastwirt). — Erlaubnis zum Betrieb nach § 33 GewD.? 2 2, 251. — Haftung für d. Gepäck d. Reisenden 2 2, 251; 6 708. — kann d. Mitnahme d. Handgepäcks in den Wagenabteil verboten werden? 2 2, 252. — Umfang d. Haftung 7 287. — Lösung e. Schlafwagenbillets? 7 215.

Schleppvertrag s. Frachtgeschäft, Binnen-schiffahrt, Werkvertrag, Seerecht. — Unterschied von Frachtvertrag 2 2, 232, 272; 3 2, 101; 4 656. — Dienstvertrag? 5 228. — Werkvertrag? 2 1, 374; 3 1, 269; 3 2, 119; 4 204, 656; 5 243, 730; 6 262, 710, 720. — Annehmen e. Schleppers zum Berholen e. Seeschiffes im Hafen Dienst- oder Werkvertrag? 5 730. — „Abnahme d. Werkes“ beim Sch. 5 249. — Anwendung d. § 638 BGB. auf den Sch. 3 1, 270; 3 2, 119; 4 207; 5 248. — Haftung d. Schleppers wegen verschuldeter Hilfsbedürftigkeit d. geschleppten Schiffes 4 75. — Umfang d. Haftung d. Schleppers 2 2, 272; 5 730. — Diligenzpflicht d. Schlepperführers 5 113. — Haftung f. Hilfspersonen (s. diese) 3 1, 139; 4 111; 5 119; 6 129; 7 140. — Haftung d. Schiffvermieters für Verschulden d. Schiffers? 3 1, 139; 4 111; 5 119. — Klage d. Eigentümers d. Ladung d. geschleppten Schiffes gegen den Eigner d. Schleppers (§§ 3, 4 BinnenSchG.) 5 730; 6 720. — Verteilung d. Havereikosten bei Schlepptzügen 4 656; 5 731. — Befahrung d. Schleppers d. Befahrung d. geschleppten Schiffes zuzurechnen? 6 709. — Haftung d. geschleppten Schiffes für e. ausschließlich durch Verschulden der Schlepperbefahrung herbeigeführten Schaden bei d. Flußschleppschiffahrt? 6 720; 7 702. — Vergütung bei Verzögerung 2 1, 336. — Befahrung d. gemieteten Schleppers Erfüllungsgehilfen des Mieters oder des Vermieters (§ 276 BGB.)? 7 140 (vgl. oben). — Haftung des Schlepperführers für richtige Bildung d. Schlepptzuges 7 702. — Eigner d. geschleppten Schiffes als Nebenintervenient in einem Streit d. Eigners d. auf d. Schlepffahrt beschädigten Ladung d. geschädigten Schiffes gegen d. Schlepper-eigentümer 7 702. — Rechtsnatur d. Vertrags über Durchschleppung e. Schiffes durch d. Kaiser-Wilhelms-Kanal (vgl. diesen) 7 702. — Verjährung d. Anspruchs aus d. Sch. 7 702.

Schlüßelgewalt s. Ehefrau.

Schlutzrechnung, Schlutzverzeichnis im Konkurs s. Konkursverteilungsverfahren.

Schlutzschein s. Erfüllungsort, Stillschweigen. — Begriff 3 2, 76. — nicht unterschriebene Schlutznoten 4 616 (s. Handelsmäkler).

Schmerzengeld s. unerlaubte Handlung. — Prinzipielles 2 1, 130, 140. — Anspruch

d. verletzten Dienstverpflichteten 5 232; 7 252. — Geltendmachung erst in d. Berufungsinstanz 7 832.

Schmuckfachen. — Begriff nach § 56 Ziff. 11 GewD. 4 948.

Schöffn. — Handelsrichter, Gewerberichter, Mitglieder d. preuß. Kreis- u. Bezirksauschüsse sollen nicht berufen werden 1 3, 9.

Shornsteinfeger. — Kehrlohn als privatrechtliche Forderung 3 1, 268.

Schrankfachvertrag s. Bankdepots. — Natur 1 1, 362, 378; 2 1, 292 ff.; 3 1, 240; 4 173 f.; 5 206, 272; 6 205, 218, 263; 7 215, 216, 285. — Tresorfächer als Räume nach § 580 1 1, 378; 3 1, 240. — Pfändung der in d. Stahlkammer verwahrten Papiere 6 899, 900, 913, 914; 7 286 (vgl. Zwangsvollstredung). — Vermieterspandrecht an den Papieren 7 215. — Umfang d. Haftung d. Bank 7 285. — Mitbesitz d. Bank 7 285. — Anwendung d. § 326 BGB. bei grundloser Weigerung d. Zutritts gegenüber dem Kunden 7 286. — Zurückbehaltungsrecht d. Bank 7 286.

Schreibfehler vgl. Unfechtung. — Annahme e. einen Sch. enthaltenden Offerte in Kenntnis d. Sch. 6 43. — Berichtigung im Grundbuch 3 2, 156 (s. Eintragungen).

Schriftform s. schriftlicher Vertrag, Auslegung, Beurkundung, Form u. d. dort Zitierten. — Unterschied zwischen Vereinbarung d. Beurkundung e. geschlossenen Vertrags u. eines erst beabsichtigten Vertrags 7 64. — Eigenhändigkeit auch für Handzeichen erfordert? 1 1, 75; 2 1, 59. — „Namensunterschrift“ 2 1, 60; 3 1, 41, 42; 5 37. — Blankettunterschrift 3 1, 40, 41, 42 (s. Blankett). — Unterschrift d. Frau mit ihrem Mädchennamen 6 53. — Unterschrift d. Vertreters 1 1, 75; 2 1, 60; 6 52. — Voraussetzung d. „gleichlautenden“ Urkunde nach § 126 Abs. 2 BGB. gegeben, wenn die eine Urkunde französisch, die andere deutsch abgefaßt ist? 6 53. — faktimierte Unterschrift 4 35. — Schriftform bei gerichtlicher Beurkundung e. prozessualen Rechtsgeschäfts (Vergleich) 6 53 (s. Vergleich). — Sch. steht auch Blinden zu 1 1, 75. — mündliche Nebenabreden vor, bei oder nach Abschluß e. schriftlichen Vertrags 1 1, 74 (s. diese). — mündlicher Abschluß e. wesentlichen Teiles e. Sch. erfordernden Vertrags 5 37. — einseitige Bestätigung e. Vertragsverhältnisses genügt nicht 4 36. — Erfordernis d. Niederlegung d. Erklärungsinhalts in die Urkunde 1 1, 75. — Erklärungsinhalt d. Urkunde 3 1, 42. — eigenhändige Niederschrift d. Urkundeninhalts nicht erforderlich 2 1, 60. — Bedeutung d. Vereinbarung d. Sch. für eine Kündigung 1 1, 74. — Vereinbarung d. Sch. für d. Abänderung e. schriftlichen Vertrags 2 1, 61 (vgl. 4 35). — Sch.

für die gegenüber d. Gericht d. freiwilligen Gerichtsbarkeit abzugebenden Erklärungen 4 35. — Sch. d. § 127 BGB.; Wahrung durch telegraphischen Vertragschluß, Briefwechsel, Bestätigungs schreiben 3 1, 42. — Sch. bei Mietvertrag von Ehegatten 4 36. (f. Miete). — Unterschrift d. Ehefrau mit dem Namen ihres Mannes bei Abgabe im Beisein d. Mannes 6 53. — Vor schreiben d. schriftlichen Form für Verpflichtungen e. Gemeinde in e. Landgemeinbeordnung 7 43. — unterschriebener Brief d. gesetzliche Sch. für einseitige Erklärungen erfüllend? 7 43. — Heranziehung von Auslegungshelfern außerhalb d. Urkunde bei formbedürftigen Rechtsgeschäften 7 43 (2). — vom Text d. Urkunde durch d. vorausgehenden Beglaubigungsvermerk e. anderen Unterschrift getrennte Unterschrift 7 44. — im Prozeß abgegebene, außerhalb d. Prozesses e. anderen Form (Sch., notarielle Beurkundung) bedürfnisse Erklärungen; Erklärungen e. am Prozeß nicht beteiligten Dritten 7 44 (f. Vergleich). — Namensunterschrift bei Briefwechsel im Fall gewillkürter Sch. nötig? 7 44. — Kondition aus e. nach § 125 BGB. nichtigen Vertrag, insbesondere nach beiderseitiger Erfüllung 7 328 (f. ungerechtfertigte Bereicherung).

Schriftlicher Vertrag f. Vertragsurkunde, Vorverhandlung. — Auslegung 3 1, 45; 5 40; 7 43 (f. Auslegung). — mündliche Abreden vor u. bei Abschluß 3 1, 40 (f. diese). — mündliche Abänderung 4 35. — Vereinbarung d. Schriftform für d. Abänderung 2 1, 61. — mündliche Abreden als Teile e. sch. V. 2 1, 79 (f. diese). — anders verabredeter als unterschriebener sch. V. 2 1, 79. — einseitig unterschriebener Vertragsentwurf bei Zugehen d. Unterschrift d. Gegners erst nach Ablauf d. vereinbarten Frist, aber vorheriger mündlicher Mitteilung d. Einverständnisses 7 43, 44.

Schulaufsichtsbehörden preussische. — Ersuchen an das Grundbuchamt 5 977.

Schulbehörde f. Schulgemeinde. — Haftung für Verlust v. Kleidungsstücken? 2 1, 190, 424.

Schuldanerkenntnis und Schuldversprechen f. Abrechnung, abstrakte Rechtsgeschäfte. **Gemeinschaftliche s.** — Wesen; Beweisvertrag 6 288; 7 315. — auf die Begründung einer neuen selbständigen Verbindlichkeit gerichtete Absicht der Parteien, Voraussetzung 1 1, 440, 441; 4 251; 5 309, 310; 6 287. — Notwendigkeit des Hervortretens der Parteiabsicht, daß das Versprechen, losgelöst von seinem Rechtsgrunde, die Verbindlichkeit begründen soll 3 1, 318. — Präsumtion für eine von der materiellen Grundlage unabhängige Bindung des Dritten, der auf Grund einer Delegation sich als Schuldner neu ver-

pflichtet? 1 1, 441; 5 310. — nur einseitige Schriftform; Annahme formlos 2 1, 468. — Anwendung der §§ 780 f. auf gegenseitige Verträge 5 309 (f. 2 1, 469, 470; 5 305, 308). — telegraphische Übermittlung des Versprechens oder Anerkenntnisses 2 1, 468. — Abschluß durch Briefwechsel 2 1, 468, 469. — Beweislast 5 71; 6 289; 7 317. — Beweislast bei einredeweiser Anfechtung 5 311. — genügt die Form der §§ 780 f., wenn für die Grundobligation eine gesteigerte Form vorgeschrieben ist? 1 1, 442; 5 307; 7 316, 317. — Erhebung unvollkommener Verbindlichkeiten zu klagbaren Obligationen im Wege des Sch.-Versprechens oder Sch.-Anerkenntnisses 5 306. — Sch.-Versprechen oder -anerkenntnis bei Ehemätkerlohn, Differenzgeschäften, Spiel- u. Wettschulden 1 1, 430; 2 1, 469; 4 238, 240; 5 306. — Sch.-Versprechen u. -anerkenntnis als Unterlage für eine Hypothek 1 1, 442. — Unterschied zw. Sch.-Anerkenntnis u. Sch.-Versprechen 1 1, 440; 2 1, 469, 470; 4 250; 5 305, 310; 6 288; 7 317. — Sch.-Anerkenntnis u. -versprechen auf Grund einer Abrechnung (f. diese) 2 1, 471, 472; 3 1, 319; 5 307. — Verhältnis zum Grundgeschäft; Einwendungen aus dem Grundgeschäft 6 287; 7 316 (Zurückbehaltungsrecht, Einrede des nicht erfüllten Vertrags aus dem Kaufgeschäft). — Pönanzierbarkeit des Sch.-Anerkenntnisses oder Sch.-Versprechens bei einem dem Verpflichtungsgrund anhaftenden Mangel 1 1, 358 (Formungültigkeit); 6 287 (Wucher, Nichtzustandekommen des kauflichen Geschäftes). — Verhältnis zur Bürgschaft u. Hypothekbestellung 6 287; 7 317. — Begründung eines obligatorischen Verdictungsanspruchs bez. des Grundbuchs durch Sch.-Anerkenntnis oder Sch.-Versprechen 6 288. — Änderung der durch Hypothekübernahme erfolgen sollenden Kaufgeldbelegung 6 288. — „Vergleich“ i. S. des § 782 6 289. — Kondition bei Sch.-Anerkenntnis durch Vergleich 7 319. — Kondition gegenüber e. abstrakten Sch.-Versprechen 7 315 (vgl. oben). — Sch.-Versprechen im § 317 BGB. (Kondition bei turpis oder iniusta causa) 7 316. — Einwand des Mangels d. Ernstlichkeit bei einem „nur der Form wegen“ erklärten Sch.-Versprechen oder Sch.-Anerkenntnis 7 318. — Einwand der Schenkung 7 316 f. — Gesamtschuldverhältnis, wenn neben dem Kaufpreischuldner ein Zweiter die gleiche Summe abstrakt verpflichtet 7 317. — Abhängigmachen von Bedingung, Gegenleistung 7 316. — Bestimmung des Gegenstands durch Verweisung auf ein Kaufgeschäft 7 316. — Gegenstand des Sch.-Versprechens; „individuelle Leistung“ 7 316. — Einwand des Schuldners, der aus

(Schuldanerkenntnis und Schuldversprechen) Irrtum für eine betagte Forderung ein sofort fälliges Sch.-Versprechen abgab? 7 316. — Sch.-Anerkenntnis einer formnichtig eingegangenen Schuld, für die nach § 125 BGB. mehr als Schriftlichkeit vorgeschrieben ist 1 1, 442; 5 307; 7 317. — formloses Sch.-Anerkenntnis, wenn vor Entstehung der Schuld schriftlich Formlosigkeit der Anerkennungserklärung vereinbart wurde 7 317.

Schuldanerkenntnis. — Begriff des abstrakten Sch.-Anerkenntnisses; Unterschied vom deklaratorischen 5 309, 310, 311; 7 317. — wahrheitswidriges Sch.-Anerkenntnis 2 1, 469. — Vertrag u. einseitiges Sch.-Anerkenntnis 6 288. — Erbitten u. Zugestehen einer Stundung als Sch.-Anerkenntnis oder Sch.-Versprechen? 3 1, 319. — Vertragsnatur; Wirkung eines einseitigen Sch.-Anerkenntnisses 7 317, 318. — Bedeutung d. schriftlichen Hypothekbestellungserklärung für ein Darlehen als Sch.-Anerkenntnis 3 1, 319. — Sch.-Anerkenntnis durch Vertrag zw. Schuldner u. Zessionar 1 1, 304. — Sch.-Anerkenntnis gegenüber dem Zessionar einer Forderung 3 1, 319. — Sch.-Anerkenntnis seitens des Schuldners einer Kautionshypothek 6 289. — Sch.-Anerkenntnis bei Arbeitsverträgen 3 1, 319. — Auszahlung einer Schuld als vermeintliche Masseschuld durch den Konkursverwalter als Sch.-Anerkenntnis? 4 252. — Saldoanerkennung 4 252 (s. Kontoforrent). — Vertragsnachtrag, durch den sich der Grundstückskäufer verpflichtet, eine von ihm in Anrechnung auf den Kaufpreis übernommene Verbindlichkeit des Verkäufers statt an den Gläubiger an den Verkäufer zu bezahlen 5 310. — Vereinbarung über Abänderung der Zahlungsbedingungen einer Hypothek 5 311. — Wiederaufleben einer verjährten Forderung durch Sch.-Anerkenntnis; Form des Sch.-Anerkenntnisses 1 1, 133, 442; 3 1, 61. — Bewilligung e. Vormerkung kein Sch.-Anerkenntnis 2 1, 101. — im Wege des Vergleichs abgeschlossenes Sch.-Anerkenntnis 5 312. — Unterbrechung der Verjährung durch Sch.-Anerkenntnis 5 311; 6 289. — Anerkennung der Verpflichtung zur Übertragung des Grundstückseigentumes; Form 1 1, 220. — Verzicht auf jede Nachforderung als negatives Sch.-Anerkenntnis 5 157. — Quittung als negatives Sch.-Anerkenntnis 6 288 (s. diese). — Leistungsort des Anerkennenden 6 288. — Kondition e. negativen Sch.-Anerkenntnisses 7 318. — nach Aufhebung des Konkurses vom Gemeinschaftschuldner abgegebene Erklärung, daß eine Forderung gegen ihn zu Recht bestehe 6 289.

Schuldversprechen. — Begriff des

Sch.-Versprechens 3 1, 318; 5 150, 309. — Erteilung eines selbständigen Sch.-Versprechens durch Bekenntnis des Empfangs eines tatsächlich nicht erhaltenen Darlehens 2 1, 310; 3 1, 318, 319; 4 252; 5 305, 309. — Verhältnis des § 607 Abs. 2 zum abstrakten Sch.-Versprechen 1 1, 380; 2 1, 311; 4 252; 5 221; 6 287. — kumulatives Sch.-Versprechen 3 1, 319; 4 250; 6 287. — nach Benennung eines Kaufstüfigen abgegebenes Zahlungsverprechen als abstraktes Sch.-Versprechen? 3 1, 319. — mündliches Mitgiftversprechen 3 1, 319. — abstrakt dingliches Sch.-Versprechen bei einer Damngrundschuld 3 1, 319. — Erfüllungsübernahme (nach § 329) als Sch.-Versprechen? 2 1, 224; 3 1, 166; 4 250. — Versprechen des Rücktritts einer Hypothek als Sch.-Versprechen? 4 250; 6 288. — abstraktes Sch.-Versprechen zur Sicherung einer anderen Forderung 4 251. — schriftliches Sch.-Versprechen für eine der kurzen Verjährung unterliegende Schuld 1 1, 442. — Sch.-Versprechen auf Übertragung des Grundstückseigentums, Form 1 1, 220. — Sch.-Versprechen nach beendeteter Verjährung 1 1, 133 (vgl. oben Sch.-Anerkenntnis). — selbständiges Strafversprechen als abstraktes Sch.-Versprechen 3 1, 169. — abstraktes Sch.-Versprechen des Bewucherten nach § 817 kondizierbar 1 1, 85. — Versprechen der Übertragung e. Patentes bei Zahlung einer bestimmten Summe ohne Übernahme einer Verpflichtung seitens des die Summe zahlen Sollenden 6 288. — Verschreiben e. Vermögenssteils als Entgelt für geleistete Dienste 7 287, 318.

Schuldgrund f. causa. — unrichtige Angaben bei der Hypothekeneintragung 5 420.

Schuldnerverzug s. Mahnung, Fälligkeit, Leistungszeit, Verzug u. die dort Zitierten. **Begriff u. Voraussetzungen.** — maßgebendes Recht bei Verschiedenheit der Rechtsgebiete 2 1, 202. — Begriff u. Wesen 1 1, 202; 2 1, 197 f.; 5 122. — als Fall des § 360 1 1, 263. — Verhältnis des Verzugs zur Unmöglichkeit 1 1, 202; 2 1, 198; 5 122 f. — Kriterium der Nachholbarkeit der Leistung 2 1, 197; 5 122; 6 131. — Verhältnis des Verzugs z. d. positiven Vertragsverletzungen 5 108; 6 131 (vgl. diese). — analoge Anwendung d. §§ 284 ff. auf den Verzug e. dinglich Verpflichteten 1 1, 201; 2 1, 198. — bez. der Auflassung 3 1, 145; 6 132. — Sch. bei negativen Obligationen 1 1, 201; 2 1, 198; 5 122 f.; 6 131. — Verzug bei verbottenen Geschäften 1 1, 201. — Sch. bei gegenseitigem Vertrag 1 1, 202; 3 1, 143; 4 115, 116; 7 142. — Sch. bei „verhaltenen Ansprüchen“ 2 1, 197. — bei Vorleistungspflicht des Gläubigers 1 1, 202. — bei Lieferung in Teilleistungen 2 1, 164. —

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

bei ungenügender Leistung **4 115.** — Sch. u. Gläubigerverzug als zwei selbständige Rechtsfiguren **2 1, 203.** — für semper in mora **3 1, 144.** — Sch. beim Gattungskauf, Lieferung mangelhafter Ware **3 1, 146, 149; 4 115.** — bez. e. Geldschuld bei Wechsel des Wohnorts des Gläubigers **4 115.** — Abnahme- oder Abrufverzug d. Käufers Sch. oder Gläubigerverzug? **1 1, 203; 2 1, 202; 3 1, 148 f.; 6 132.** — Sch. u. Verschulden **4 113, 116; 6 132.** — Begriff der „vom Schuldner zu vertretenden Umstände“ (§ 285), Unterschied vom Verschulden **6 132.** — Sch. u. Schadenersatzpflicht nach § 826 ohne Verschulden **1 1, 187.** — Verzug bei Nichtleistung wegen Mangels an Geldmitteln **6 132** (s. Gattungsschuld). — kein Sch. bei entschuldbarer Unkenntnis oder berechtigten Zweifeln bez. der Schuld **3 1, 145; 4 116; 6 132** (schuldhaft irrige Vertragsauslegung) — Erklärung des Schuldners, zur Leistung gegen die Gegenleistung bereit zu sein **4 116.** — Fälle entschuldigter Nichtleistung **1 1, 203; 3 1, 145 f.; 4 116.** — kein Sch. bei Verzögerung der Leistung infolge Geltendmachung des Verpächterpfandrechts **1 1, 203.** — kein Sch. im Falle unverhältnismäßiger Aufwendungen zwecks Einhaltung d. Leistungszeit **1 1, 203.** — kein Verzug bei Nichtleistung wegen Ablegnens der Vertragsserizenz seitens des Gegners **6 146, 147.** — kein Verzug bei Nichtleistung der unter Nichtberücksichtigung e. späteren Vertragsänderung vom Gegner verlangten Leistung **6 147.** — Zahlungsverweigerung gegenüber einer Nachnahmeforderung **6 147.** — einzelne Verzugsfälle **1 1, 202; 2 1, 202; 3 1, 145; 4 115; 6 133.** — Verzug bei Klausel „Regulierung Kassa 2% Skonto, Abnahme auf meinem Plage“ **6 132.** — Nichtzurückgabe der Papiere an den entlassenen Handlungsgehilfen seitens des Prinzipals; Mahnung **6 133.** — Heilung **3 1, 143; 4 113.** — Haftung mehrerer bei Verzug **1 1, 158.** — Pflicht des Schuldners zur Anbietung der Leistung **3 1, 144.** — Mahnung überflüssig bei Erklärung, nicht erfüllen zu wollen **1 1, 209.** — § 284 Abs. 2 auf Wertpapiere unanwendbar **1 1, 202.** — Inverzugsetzung durch Wechselprotest **4 114.** — Beweislasterteilung **4 113; 6 132.** — Verzug des Verkäufers durch Nichtüberendung der Ware bei Zurückforderung des Käufers **7 142 (2).** — bei Streif (s. diesen) **7 143.** — Verzug d. Bürgen **7 141.** — Beseitigung des durch Nichtleisten der versprochenen Anzahlung entstandenen Sch. des Käufers durch Verlangen e. Sicherheit auch für den Rest seitens des Verkäufers? **7 142, 143.**

Wirkungen. — Stehenbleiben des Gläubigers beim Vertrag **3 1, 146.** — hat

der im Lieferungsverzug befindliche Verkäufer gegenüber einem vermögenslosen Käufer das Recht, statt Lieferung nur Schadenersatz zu leisten? **6 132.** — Anwendbarkeit d. §§ 242, 320 Abs. 2 **3 1, 85.** — Haftung d. Schuldners f. Verschulden des Gläubigers? **6 133.** — Wirkungen des Sch. mit einer Rate beim Sukzessivlieferungsvertrag (vgl. diesen) **5 137, 139, 140, 186.** — Wirkungen: „durch den Verzug“ entstandener Schaden **1 1, 204; 2 1, 202; 5 123.** — Rechtsanwaltskosten als Verzugschaden **1 1, 204; 2 1, 202.** — entgangene Zinsen aus der zur Herbeiführung der vorläufigen Vollstreckbarkeit des Urteils hinterlegten Sicherheit als Verzugschaden? **6 133** (s. vorl. Vollstreckbarkeit). — Verzug des Käufers e. Handelsgeschäftes bei Inventarisierung **6 133.** — § 286 Abs. 2 ein Fall eigentl. Rücktritts? **3 1, 146.** — Schadenersatzanspruch des Käufers wegen verspäteter Lieferung **4 117.** — Kaufshaftung bei Sch. **2 1, 203; 4 116.** — Nichtanwendbarkeit des § 287 auf d. Abnahmeverzug nach § 433 Abs. 2 **3 1, 147.** — Interesselosigkeit an der Leistung **1 1, 203.** — Rückbarkeit e. Kapitals als Folge des Zinszahlungsverzugs **2 1, 201; 3 1, 145; 7 143** (s. Zinsen). — Pflicht des durch vorläufig vollstreckbares Urteil verurteilten Schuldners, dem Gläubiger die entgangenen Zinsen aus d. Sicherheitsleistung zu ersetzen? (s. vorläufige Vollstreckbarkeit) **6 133, 873; 7 143.** — Plage auf künftige Leistung e. Schadenersatzes nach § 283 BGB.; Möglichkeit, daß die ursprüngliche Leistung infolge eines vom Schuldner nicht zu vertretenden Umstands unmöglich war **7 786.** — Übergangsrecht **3 1, 692.** — Anwendung des § 326 (Rücktritt wegen Leistungsverzugs) auf alte Schulverhältnisse **1 2, 417/418.**

Schuldschein. — rechtl. Charakter des Sch., Anspruch auf Herausgabe des Sch. **1 1, 269 f.** — Anspruch des Schuldners aus § 371 gegen d. Gläubiger auf Herausgabe: von Wertpapieren **1 1, 270;** des Vollstreckungstitels **1 1, 270; 4 134.** — Herausgabepflicht des Zedenten **1 1, 304; 5 166.** — Aushängigkeit d. Sch. für das Zustandekommen des Abtretungsvertrags nicht beweisend **3 1, 194.** — Hinterlegungsschein als Sch. i. S. des § 371 **1 1, 270.** — „Schuldschein“ **6 387** (nur das Original). — auf den Namen umgeschriebene Inhaberschuldverschreibung **3 1, 419.** — das Sparfaßbuch Sch., Folgerungen hieraus für Besitz, Eigentum, Forderungsübertragung ujm. **1 1, 609 f.; 2 1, 557; 3 1, 419** (keine Eigentumsvermutung zugunsten des Besitzers). — Vermutung der Schuldtilgung durch Herausgabe der Wechselurkunde an d. Schuldner **2 1, 233.** — sachliche und persön-

(Schuldschein)

liche Ausdehnung d. Rückforderungsflagge des § 371 **3 1**, 177. — Kosten der Rücksendung **1 1**, 270. — Beweislast bei Sch. **3 1**, 177, 243; **4 186**; **5 72**; **7 231**, 232. — Sch. nach § 344 **HGB**. f. Handelsgeschäft. — Sch. ohne oder mit fingierter causa **7 315**. — „ausstellen“ **6 387**. — Verjährung des Anspruchs auf Herausgabe des Sch. **1 1**, 610; **6 387**.

Erwerb des Eigentums und sonstiger Rechte an Sch. u. anderen Rechtsurkunden. — § 952 nicht anwendbar auf Wertpapiere, bei denen das Recht ausschließlich auf Grund des Papierses besteht **1 1**, 609. — ein Hypothekenbrief für sich allein nicht Gegenstand eines Faustpfandrechts; Zurückbehaltungsrecht hieran? **1 1**, 609 (s. auch Hypothekenbrief). — Eigentümer des Hypothekenbriefes nur der Gläubiger **2 1**, 556. — an Urkunden i. S. des § 952 **HGB**. keine dinglichen Rechte, die nicht an der verbrieften Forderung bestehen **1 1**, 609. — Beschlagnahme der Forderung erstreckt sich auf die Urkunden **2 1**, 556. — Gläubigerrecht an eine Nebenforderung, z. B. auf Grund Nießbrauchs, verschafft nicht Eigentum am Sch. **2 1**, 557. — Eigentum an einer Versicherungspolice, Verpfändung der Versicherung, Faustpfandrecht, Zurückbehaltungsrecht an der Police **1 1**, 609; **3 1**, 419. — dingliches u. kaufmännisches Zurückbehaltungsrecht **6 387** f. — Eigentumsverhältnisse bei Beteiligung mehrerer Gläubiger **6 387**.

Schuldübernahme f. a. Hypothekenübernahme, Vermögensübernahme, Zahlungsübernahme, Erfüllungsübernahme, Bürgschaft. — Begriff, Wesen **2 1**, 257; **6 174** (Vertrag zugunsten eines Dritten?). — Sch. u. Gesamtschuld **2 1**, 257; **4 149**, 150; **5 170**, 172. — Sch. u. Bürgschaft **2 1**, 257; **3 1**, 201; **4 149**, 150; **5 170**, 171, 173; **6 174** f. — Sch. u. Erfüllungsübernahme **1 1**, 314, 317; **2 1**, 260; **3 1**, 202, 203; **4 151**; **5 172**, 174. — Infallauftrag oder Sch. **5 173**. — Einfluß auf den Leistungsort **6 113**, 174, 178. — stillschweigende Sch. (Fortzahlen einer Rente) **6 175**. — Arten; private, kumulative Sch. **1 1**, 314; **2 1**, 257, 258. — analoge Anwendung der §§ 414, 415 auf die private Übernahme des Haftungsverhältnisses **3 1**, 201. — kumulative Sch., Wesen, Form **1 1**, 314 f.; **2 1**, 257, 258 ff.; **3 1**, 201 f.; **4 149** f.; **5 171** ff.; **6 174** f.; **7 183** f. — kumulative Sch. der Form d. § 518 bedürftig? **2 1**, 258, 289. — Verh. des § 421 zur kumulativen Sch. **4 150**; **5 172**; **6 174**. — Vermutung für kumulative oder für bestreitende Sch.? **1 1**, 345. — Bürgschaft u. kumulative Sch. **4 243**; **5 294**; **7 183** f. — Sch. trotz Verzicht der Berechtigten gegen-

über dem primären Schuldner **7 184**. — Erklärung, für einen anderen liefern zu wollen, als Übernahme der Pflicht zur Lieferung? **7 184**. — Auslegung der Vertragsabrede, ein Dritter solle sich mitfaßbar erklären **7 184**. — Übernahme der Verpflichtung aus dem obligatorischen Grundstücksveräußerungsvertrag formbedürftig? **1 1**, 218. — Sch. bei negativen Obligationen **5 170**. — Sch. u. Sicherheitsübereignungsvertrag **6 175**. — Vertrag des § 414 als Expromission **1 1**, 314. — Umschreibung der Hypothek auf den dem persönlichen Schuldner zur Befreiung von der Schuld verpflichteten Eigentümer **4 150**. — Begriff, Konstruktion u. kritische Würdigung d. Sch.-Vertrags gemäß § 415 **1 1**, 316 ff. — Sch. durch e. Vertrag zugunsten des Gläubigers **1 1**, 248 (s. **6 174**). — „Pachtabstand“ als Sch.-Vertrag nach § 415 **3 1**, 203. — Eintritt e. Dritten in e. Bierlieferungsvertrag im Wege der Sch. **3 1**, 202. — Eintheiligkeit e. Vertrags, durch den der Geschäftsführer einer GmBH. unter Befreiung seiner Haftung d. Sch. für die GmBH. erklärt **6 176**. — rechtzeitige „Befriedigung des Gläubigers“ i. S. des § 415 **Abf. 3 1 1**, 321; **5 175**; **7 185** (vom Schuldner ohne oder gegen den Willen des Übernehmers herbeigeführte Fälligkeit). — neben der Genehmigung des Gläubigers nicht auch noch besondere Schuldentilgung zu beweisen **4 150**. — Einzelheiten z. Übernahmevertrag, Auslegungsfragen **3 1**, 202; **4 150**; **5 173**; Versprechen d. Zahlung einer fremden Schuld **3 1**, 202; **4 150**; **5 173**. — Bedeutung und rechtlicher Charakter der „Genehmigung“ im § 415 **Abf. 3 1 1**, 316, 320, 321; **2 1**, 261; **7 184** f.; „Genehmigung“ oder auch „Einwilligung“? **1 1**, 321; **4 141**; **5 173**; Bedeutung des Stillschweigens des Gläubigers **1 1**, 321; **4 151**. — Genehmigung (§ 415) durch Vereinbarung u. Annahme e. Vergütung für die Entlassung des ursprünglichen Schuldners **7 185**. — Genehmigung des Sch. unter der Bedingung d. Bestehensbleibens e. Bürgschaft **6 177**. — Angemessenheit der Erklärungsfrist des § 415 **1 1**, 237. — Rechtsstellung des Übernehmers (Rechtsnachfolger i. S. der §§ 325, 727, 729 **B.D.?**) **1 1**, 315; **3 1**, 201; **203**; **5 172**; **6 174** (f. Rechtsnachfolge, Vollstreckungsklausel). — kein Erlöschen d. gesetzlichen u. d. Pfändungspfandrechts **5 177**; **6 177** (Klage des bisherigen Schuldners auf Befreiung d. Pfändungspfandrechts). — kein Wiederaufleben e. Bürgschaft bei Wiedereintritt des früheren Schuldners **6 177**. — § 427 auf die Haftung aus § 419 nicht anwendbar **5 178**, 185. — bei bestehender Gesamthypothek **5 178**. — Verh. des § 416 z. §§ 414 u. 415 (s. Hypothek-

übernahme) **1 1, 325; 2 1, 261, 262; 3 1, 203, 204, 205; 5 176; 6 177.** — Abschluß eines Vertrages nach § 414 BGB. trotz vorheriger Verweigerung der Genehmigung e. Sch. nach § 415 **6 176.** — Sch. für eine Dirne **2 1, 68.** — Bierlieferungsvertrag; Eintritt eines Dritten im Wege der Sch. **3 1, 202.** — Gebührenbewertung bei Eintritt des Käufers des Anwesens in den Bierlieferungsvertrag **6 176.** — Vertretung des Übernehmers durch den bisherigen Schuldner **5 173.** — Einreden des Übernehmers aus dem Verhältnis z. Urschuldner **3 1, 201, 203.** — Einwendungen des Übernehmers (§ 417) **1 1, 327 f.; 3 1, 206; 7 187; Aufrechnung 1 1, 327; Einrede der unterbliebenen oder mangelhaften Vertrags Erfüllung 1 1, 327, 328; Einwendungen aus der Nichtigkeit oder Unsehrbarkeit des Kaufgeschäftes 1 1, 328.** — Einwendungen des Übernehmers bei Sch. nach rechtskräftigem Urteil gegen den Erschuldner **7 187.** — Wahl des Übernehmers zwischen der Wandelungs- u. Minderungsrede des § 478 BGB. **7 187, 205.** — Verzicht des die Sch. genehmigenden Gläubigers auf sein Retentionsrecht **1 1, 328.** — Fälle zu vermutender Einwilligung nach § 418 Abs. 1 Satz 3 **1 1, 328.** — Geldentmachung e. gegenüber dem ursprünglichen Schuldner bestehenden Vorzugsrechts im Konkurs des Schuldübernehmers? **1 1, 329; 2 2, 501.** — Einfluß e. Sch. bez. der vom Ersteher mit d. Hypothekgläubiger getroffenen Vereinbarung über d. Bestehenbleiben e. Post **1 1, 329.** — Wirkungen einer unter dem alten Recht erfolgten Sch. **3 1, 694.** — Des Erstehers in der Zwangsversteigerung s. auch Zwangsversteigerung unter Vereinbarung des Bestehenbleibens von Rechten. — Benachrichtigung nach § 416 Abs. 2 vor Eintragung des Erstehers ins Grundbuch **3 2, 301; desgleichen nach Wiederversteigerung des von dem Ersteher bereits weiterveräußerten Grundstückes 6 951.** — Schuldübernahme bei einer auf Grund Vereinbarung stehenden bleibenden Hypothek **3 2, 301; 5 917; 6 951.** — Wirkung der Zahlung durch den nicht als persönlichen Schuldner angenommenen Ersteher **3 2, 301; desgleichen der Zahlung einer nicht angemeldeten, durch Grund- oder Rentenschuld bedeckten persönlichen Schuld durch den Schuldner 3 2, 301.** — Vereinbarung der Schuldübernahme, Zustimmung des Bürgen u. des Eigentümers mitverpfändeter Grundstücke **3 2, 301.** — Eintritt des Erstehers in das persönliche Schuldverhältnis auf Grund einer Vereinbarung nach §§ 415 oder 414 BGB. **7 910.** — persönliche Haftung des Erstehers für Reallasten, für Forderungen auf Hübschbetragshypotheken **4 782.**

Schuldverhältnis.

Übergangsrecht s. zeitliches Anwendungsgesetz. — Begriff des Sch. in Art. 170 BGB. **1 2, 414, 416** (s. Handelsrecht). — Form für Abänderung oder Auflösung eines vor 1900 begründeten Sch. **1 2, 416; 2 1, 785** (§ 313 BGB.). — Erfüllung eines vorher geschlossenen Sch. nach dem 1. I. 00 **1 2, 416.** — Klagbarkeit, Auslegung von vor 1900 entstandenen Sch. **2 1, 784.** — „Entstehung“ e. Sch. i. S. des Art. 170 BGB.; Eintritt des Erfolges nach 1900 **3 1, 693.** Geldendes Recht. — Begriff, Inhalt, Gegenstand **1 1, 122; 3 1, 76; 4 67; 5 7 4, 75, 79; 7 96, 97.** — Erfüllungsgesetz u. Obligationenbegriff **5 74.** — Erfüllungsort oder Personalstatut des Schuldners z. Rt. des Vertragsabschlusses maßgebend? **7 579** (vgl. **2 1, 165**). — „Schuld“ u. „Haftung“ **5 75, 78.** — Sch. u. Haftungsverhältnis **3 1, 77.** — Sch. u. Anspruch **2 1, 118; 5 75.** — Sch. u. Forderung **3 1, 76.** — Obligationsinteresse **1 1, 147, 161; 2 1, 117.** — schutzwürdiges Interesse nicht erfordert **3 1, 82.** — Beziehung z. geldwerten Vermögen nicht erfordert **2 1, 118.** — Gefälligkeitsverträge **7 144.** — Vertrag ohne Bindung d. einen Teils **7 145.** — Leistungspflicht bei in unbefimmten Ausdrücken eingegangenen Sch. **2 1, 116.** — Einteilung nach dem Entstehungsgrund **2 1, 114.** — zusammengesetztes Sch. **3 1, 79; 4 67; 5 79.** — direkte u. indirekte Verpflichtungen **3 1, 78.** — Regeln des Rechts des Sch. auf positive Leistungen berechnet **2 1, 119.** — Unterlassung als Leistungsgegenstand **2 1, 118, 119.** — Realobligation, gegenständlich beschränkte Verpflichtung, Verpfl. m.H. **5 76.** — Maßgeblichkeit des am Erfüllungsort geltenden Rechts **2 1, 165; 7 579.** — Begründung mit vorbehaltener Benennung d. Gläubigers **3 1, 78.** — Untergang durch Zweckerreichung **3 1, 174; 4 131; 5 150; 6 130.** — Untergang des Sch. bei Fortfall des Interesses? **2 1, 200.** — kein Untergang d. Sch. bei nicht zu vertretender Leistungsunmöglichkeit **1 1, 231; 2 1, 217; 3 1, 159.** — vertragliche Änderung des Inhalts eines Sch. **1 1, 214; 5 125.** — unvollkommenes s. Naturalobligation.

Schuldverschreibungen. — Begriff der Sch. im allgemeinen u. der auf den Inhaber im besonderen; analoge Anwendung der für letztere geltenden Vorschriften auf andere Sch.? **6 578.** — prozessuale Stellung des nach dem G. v. 4. XII. 99 aufzustellenden gemeinsamen Vertreters **1 3, 32, 33.** — Umwandlung von Sch. des Reichs in Reichsbuchschulden auf den Namen e. bestimmten Gläubigers (§ 1 G. v. 31. V. 91), Verfahren beim Umschreibungsantrag der Erben **7 1037.** — nach §§ 14, 16 G. v.

(Schuldverschreibungen)

4. XII. 99 aufgestellter Gläubigervertreter im Konkurs 2 2, 480. — können neben dem noch gewählten Gläubigervertreter im Konkursverfahren auch die Gläubiger selbst aufstehen? 2 2, 502, 508, 511. — Stimmrecht des für die Besizer von Sch. nach § 14 G. v. 4. XII. 99 aufgestellten Vertreters in der Konkursgläubiger-Versammlung 2 2, 514. — Berufung e. Gläubigerversammlung d. Besizer von Sch. im Konkurs 2 2, 504. — Bekanntmachung der vom Konkursgericht einberufenen Versammlung der Sch.-gläubiger 2 2, 503. — Beschwerde gegen Entscheidungen des Konkursgerichts nach § 18 G. v. 4. XII. 99 2 2, 502, 503. — Voraussetzungen f. Zustimmung des nach § 14 G. v. 4. XII. 99 bestellten Vertreters zum Zwangsvergleich 2 2, 514. — Ausschluß unbekannter Sch.-gläubiger d. Gemeinschuldners im Aufgebotsverfahren? 3 2, 278.

Schuldverschreibungen auf den Inhaber
f. Inhaberpapiere, Schuldverschreibungen, Talon.

Übergangrecht. — Anwendung des Art. 175 GGWB. auf Nebepapiere e. Namenspapiers des alten Rechts 1 2, 424. — Verhältnis des Art. 175 GGWB. zu Art. 75 § 2 PrAGWB. 1 2, 424. — Verhältnis des Art. 176 GGWB. zu § 4 RÖ. v. 23. V. 73 betr. d. Reichsinalienfonds 2 1, 790. — vor 1900 erfolgte Außerkündigung 5 627.

Allgemeines. — Begriff 1 1, 443. — Sachen im Sinne des BGB. 6 31. — Einfluß des Schuldgrundes 1 1, 443. — mörtliche Aufnahme der Inhaberklausel nötig? 7 321. — Benennung e. bestimmten Gläubigers neben der Inhaberklausel 7 321. — Holschuld 1 1, 443; 3 1, 321. — Anwendung des § 797 auf Aktien? 5 315. — Namensunterschrift bei Sch. einer Aktiengesellschaft, einer Kommanditgesellschaft auf Aktien 3 1, 321. — mechanische Vervielfältigung der Unterschrift 3 1, 321. — welcher Art kann die in der Urkunde versprochene Leistung sein? 4 254.

Arten. — Pupons der Rentenverschreibungen der preuß. Rentenversicherungsanstalt? 1 1, 444. — preußische Rdnfols, insbesondere die vor 1900 ausgestellten; Anspruch für verlorene Zinsscheine; Umschreibung der Rdnfols auf Namen; Zeugnis nach § 1011 ZPO. 1 1, 444. — Reichsschuldverschreibungen 1 1, 444. — Prämienpapiere 5 314. — Orderpapiere mit Blankoindossament 5 314. — Zins- u. Gewinnanteilscheine auf den Inhaber, Zinsscheine der Orderpapiere 1 1, 445, 446; 5 314 (2), 315; 6 294. — Erneuerungsscheine nach § 805 1 1, 447, 448; 5 314 (f. Talons). — Inhabergrundschuldbriefe 4 254; 5 314. — Inhabermarken 1 1, 447; 5 316. — Eisenbahnfahrkarten 1 1, 447 (f. Eisenbahn). — Namensmarken 1 1, 448. — Talons 1 448 (f. diese). — Gepächschein f. diesen u. Eisenbahn. — Theaterbillet f. dieses. — Sparfaßbuch (f. dieses) 7 322. — Lebensversicherungs-police 2 1, 474 (f. Lebensversicherung). — Balleintrittskarten 2 1, 475. — Inhabergeldschein f. Lagergeschäft. — Geldschein auf den Inhaber mit Vorbehalt des Rechts zur Prüfung der Legitimation des Präsentanten 7 321. — Straßenbahnbillet f. Fahrkarte. — Abonnementskarten 3 1, 322. — vom Arbeitgeber den Arbeitern behufs Verwendung als Zahlungsmittel bei bestimmten Gewerbetreibenden gegebenen Marken 3 1, 322. — Marken i. S. des § 807 3 1, 322. — Inhaberschek 4 254 (f. Scheck).

Ausstellung. — einseitiges empfangsbedürftiges Rechtsgeschäft 1 1, 444; 5 315 (f. 4 254 [Vertrag?]). — Unschreibbarkeit, Nichtigkeit der Ausstellung 1 1, 444; 5 315; 6 294. — bewußtlos ausgestellte, aber bewußt oder fahrlässig in Verkehr gebrachte Papiere 1 1, 445. — hat das BGB. die Preativstheorie angenommen? 4 254; 5 313; 6 293, 294. — Anwendung des § 794 auf Inhaberraktien 5 314.

Staatliche Genehmigung. — Folgen der fehlenden Genehmigung 5 315. — für Ausstellung oder nur für Ausgabe? 1 1, 444. — allgemeine Genehmigung oder nur für bestimmte Personen? 1 1, 444. — vor 1900 erteilte Ermächtigung 1 1, 444. — Zuständigkeit für Genehmigung 1 1, 444, 446. — Widerruf 1 1, 444. — bei erneuter Ausgabe der in die Hand des Ausstellers zurückgelangten Papiere 1 1, 444. — bei Böschung einer Umschreibung auf Namen 5 316. — für Ausgabe neuer an Stelle beschädigter oder für kraftlos erklärter Papiere 1 1, 444. — für Zins- u. Gewinnanteilscheine auf den Inhaber; Zinsscheine der Orderpapiere 1 1, 445, 446. — Umfang der Schadenersatzpflicht bei Ausgabe ohne Genehmigung; Kenntnis des Erwerbers von dem Mangel; konkurrierendes Verschulden des Erwerbers 1 1, 446. — Genehmigung bei auf den Inhaber gestellten Grundschuldbriefen nötig; Prüfungspflicht des Grundbuchrichters 4 254; 5 314. — Schadenersatzpflicht des Ausstellers, wenn die nicht genehmigten Inhaber-Sch. ohne seinen Willen in den Verkehr kamen 5 315 (2). — wiederholte Erfordernisse späterer Erwerber 5 315.

Stellung des Ausstellers. — Pflicht des Ausstellers zur Prüfung des Verfügungsrechtes des Inhabers; Leistung an den Inhaber trotz Kenntnis seines Nichtrechtes 1 1, 443, 444; 5 315 (2). — wiederholte Erfordernisse späterer Erwerber 5 315.

Stellung des Ausstellers. — Pflicht des Ausstellers zur Prüfung des Verfügungsrechtes des Inhabers; Leistung an den Inhaber trotz Kenntnis seines Nichtrechtes 1 1, 443, 444; 5 315 (2).

§ 313. — hat der Aussteller gegenüber dem durch Drohung oder Betrug in den Besitz des Papiers gekommenen Inhaber ein Leistungsverweigerungsrecht? § 314. — Einwand des fehlenden Begebungswillens § 294. — Begriff des „Verlorengehens“ nach § 794; Fortdauer des Ausstellerbesitzes 2 1, 474. — Haftung des Ausstellers gegenüber dem dritten redlichen Erwerber eines wider Willen des Ausstellers in den Verkehr gekommenen oder nach Zurückerwerb wieder abhanden gekommenen Papiers 1 1, 445. — Anwendung des § 794 Abs. 2 auf Begebung durch den gesetzlichen Vertreter 2 1, 474. — Einwendungen des Ausstellers aus der Person des Vordermannes gegenüber dem Inkassomandat 1 1, 445. — Einwendungen des Ausstellers gegenüber dem nicht gutgläubigen Inhaber aus der Person des Rechtsvorgängers; Gutgläubigkeit 1 1, 446, 447. — Einwand der Unschreibbarkeit d. Rechtes d. Inhabers 1 1, 443. — Einfluß von Mängeln der causa (Inhaber-Sch. für Spiel- u. Wertschulden, für Schulden nach § 66 BStG.) § 315. — Einreden aus Rechtsgeschäftsmängeln des Ausstellungskasses (§§ 104, 116, 122 BGB.) § 294. — bewußtlos ausgestellte, aber benutzt oder fahrlässig in Verkehr gebrachte Papiere 1 1, 445 (f. 444). — bei verspäteter Einholung des Kapitals Abzug d. nach Verfall der Hauptschuldverschreibung erhobenen Zinscheine § 315, 316. — Regreßrecht d. Inhabers einer nicht eingelösten Sch. gegen den Aussteller 4 133. — im Besitze des Ausstellers befindliche Papiere 1 1, 445. — Stellung des das Papier wieder erwerbenden Ausstellers 2 1, 474; § 294 (Konfusion?). — Aufrechnung keine „Leistung“ im Sinne des § 793 4 137. — Leistung auf eine Schuldverschreibung an einen Geschäftsunfähigen § 1, 321; 4 253. — Ponturs d. Ausstellers § 1, 321. — Verzug des Ausstellers 1 1, 443. — Anspruch des zahlenden Ausstellers auf Quittung 1 1, 443. U m t a u s c h. — Subjekt, Objekt, Inhalt des U.; Wirkungen 1 1, 447. R a f t l o s e r k l ä r u n g vgl. Aufgebotsverfahren. — absichtlich vernichteter Papiere 1 1, 447. — Einwand des Ausstellers gegenüber dem durch Ausschlußurteil legitimierten, daß er als Inhaber nicht verfügungsberechtigt sein würde 1 1, 447. — Wirkung des Amortisationsurteils 1 1, 447. — Wirkung einer vom Aussteller auf Grund des Ausschlußurteils geleisteten Zahlung bei Aufhebung des Ausschlußurteils 2 1, 474. — Kraftloserklärung der Urkunden oder ihres Inhalts? § 1, 322. — Kraftloserklärung von Anteilscheinen, Quittungsbüchern, Dividentenpouons, Erneuerungsscheinen 4 254.

V o r l e g u n g u. V e r j ä h r u n g. — Abänderung und Ausschluß der Fristen des § 801 1, 447. — Beginn der Ausschlußfrist 1 1, 447. — Anwendung des § 814 b. Erfüllung der nach § 801 ausgeschlossenen Forderung 2 1, 474. — Inkrastbleiben des Zinsanspruchs bei Verjährung der Hauptobligation 2 1, 474; § 315.

V e r l u s t u. V e r n i c h t u n g v o n Z i n s s c h e i n e n. — Zahlung des gutgläubigen Schuldners an den die Verlustanzeige Erstattenden bei Unrichtigkeit der Anzeige 1 1, 447. — Glaubhaftmachung des bisherigen Gewahrsams u. des Verlustes 1 1, 447. — Zahlungszweigerung des Schuldners wegen mangelnden Verlustnachweises 1 1, 447.

U m s c h r e i b u n g a u f d e n N a m e n. — Begriff u. Wirkung 1 1, 447; § 316. — Föschung des Umschreibevermerks; staatliche Genehmigung § 316.

I n v e r k e h r b r i n g e n. — Begriff nach § 145 a StGB. 1 2, 388.

S c h u l e f. die folgenden Komposita mit Schule, Lehrer. — Haftung des Inhabers e. Kinderarbeitschule 7 136.

S c h u l g e l d. — Rechtsweg wegen des Sch. (f. Rechtsweg) § 1, 63.

S c h u l g e m e i n d e f. Schulbehörde. — Wesen u. Haftung 2 1, 190; § 27, 28. — Haftung der Sch. im Gebiet des LR. f. Handlungen des Schulvorstands 2 1, 26. — Schädigung d. Lehrerin oder e. Kindes durch d. Zustand der Schulräume § 1, 354. — Unfälle beim Turnen 1 1, 188; 4 21; § 6 313 (f. Turnen). — Unfall des Lehrers infolge mangelhafter Schulbänke 7 253. — Einkünfte des Schullehrers in Mecklenburg; Rüter-Voraus 7 241. — Haftung f. Verlust von Kleidungsstücken 2 1, 190, 424.

S c h u l s p r e n g e l. — zusammengefaßt; Rechtsverhältnisse nach bayer. Recht 4 229.

S c h u l v e r f ä m m i s vgl. Fortbildungsschulen. S c h u l v e r t r a g. — Haftung aus dem Sch. 2 1, 190.

S c h u ß w a f f e n. — Unfall durch Sch. 4 265; § 130, 347 (f. unerlaubte Handlung, Jagdunfall).

S c h n i t z s o l i e n (bayer. R.) nach Anlegung d. Grundbuchs? § 963.

S c h u ß g e b i e t e d e u t s c h e. — Ermittlung d. Rechtes § 2, 455. — im Gebiete d. freiwilligen Gerichtsbarkeit Inland oder Ausland? § 7 979.

S c h w ä g e r s c h a f t. — Begriff 2 1, 763. — Anwendung d. Begriffes d. BGB. auf d. Strafrecht 1 2, 388; 4 532; § 602 (f. BGB.); auf andere privatrechtliche Gesetze, z. B. AnstG. v. 21. VII. 79 § 615. — Sch. zwischen dem Angeklagten u. dem Ehemann seiner Adoptivochter? § 6 587. — erst nach Auflösung d. Ehe geborene Verwandte 1 2, 87. — bei nichtiger, anfechtbarer Ehe 7 494.

Schwarze Listen f. unerlaubte Handlung (§§ 823, 826 BGB.)

Schweigegehalt 11, 87; 31, 48; 542, 46 (f. Strafanzeige).

Schweigepflicht der Angestellten f. unlauterer Wettbewerb VII.

Seemannsordnung f. Seerecht. — Anwendung auf Bagger 7700. — bloße Mitäterschaft ohne vorherige Betabung genügt zur Anwendung d. § 87 nicht 22, 269. — Vorgesetzter i. S. d. §§ 89, 96 ist auch d. Steuermann 22, 269. — Mißbrauch d. Disziplinargewalt (§ 96): Begriff d. Disziplinargewalt 22, 269. — muß der Kapitän die in §§ 43, 57, 70, 89, 92, 98, 99 angeführten Vermerke ins Schiffsstagebuch persönlich machen? 32, 118. — Verweigerung von Arbeiten, zu denen d. Schiffsman nach §§ 35 ff. nicht verpflichtet ist 4655. — Bezahlung von Überstunden für dringliche Arbeiten auf See? 4655. — Übertragung nicht dringlicher Arbeiten an den Schiffsman auf See gegen Vergütung? 4655. — Vorfußzahlung durch Anweisung (Form d. Anweisung) 4655. — Feuerung auf Zeit 4656. — enthält § 74 eine erschöpfende Aufzählung der Kündigungsgründe? 4656. — tückischer Angriff auf einen nicht in Ausübung d. Dienstbefugnisse befindlichen Vorgesetzten (§ 104) 4656. — Feuervertrag 5730. — zu § 67 5730. — „Ausreisehafen“ i. S. d. § 69 7701. — Folgen d. Abhängigmachung d. Zahlung d. Feuer von einer Bedingung 6719. — Anwendung d. § 52 auf Feuerverträge, die nicht für bestimmte Reisen geschlossen u. ganz im Auslande zu erfüllen sind 6719. — ausschließlicher Gerichtsstand im § 122? 6719. — „freie Rückbeförderung“ nach § 69 7701.

Seerecht f. Seemannsordnung, Seestrafenordnung, Seeverficherung, Kauffahrtschiffe, Strandungsordnung, Schiffs... Schiffszusammenstoß, Schleppvertrag, Binnen-schiffahrt, Schiffspfandrecht, Dis-pache.

Allgemeines. — Begriff der „See“; Abgrenzung gegen d. Zugangsgewässer 6708, 709. — Veräußerung e. Schiffes während d. Fahrt (§ 476 BGB.); analoge Anwendung auf Veräußerung nach beendeteter Fahrt? 22, 256. — Losse: Stellung zum Schiffe u. zum Staat 6709 (f. Losse). — Schiffsbesatzung: gehören nur vorübergehend auf dem Schiff angestellte Personen u. Personen, die nicht unter unmittelbarer Leitung d. Schiffers stehen (Verlader, Kai- u. Dockarbeiter) zur Schiffsbesatzung? 22, 256. — Stauer zur Schiffsbesatzung gehörig? 22, 256; 6709; 7688. — Besatzung d. Schleppers zur Besatzung d. geschleppten Schiffes zu

rechnen? 6709; 7688. — Hafenlotse zur Schiffsbesatzung gehörig? 7688. — Reparaturunfähigkeit oder -unwürdigkeit, wenn d. Reparatur an dem Orte, wo sich d. Schiff befindet, unmöglich, die Verbringung in einen hierzu geeigneten Hafen aber wegen d. hohen Kosten nicht angezeigt ist 5725. — Kosten d. Reparatur (§ 479) umfassen nicht d. Vergungskosten 5725. — Erwerb e. Schiffsparks durch Ausländer: Kondition nach § 817 BGB. 7330. — Anwendung d. IV. Buchs BGB., der Artt. 6 u. 7 BGB. auf zur Binnen-schiffahrt bestimmte, nur gelegentlich einmal die See besuchende Schiffe 7688. — Klassifikation von Seeschiffen 7689. — Haftung der Schiffs-klassifikationsinstitute bei Ausstellung unrichtiger Klassifikations-zertifikate 7690. — Vermessung, Registrierung d. Seeschiffe, Schiffszertifikate, Unterscheidungs-signal und Freibord-schriften 7700. — Haftung bei Schlepp-schiffahrt 22, 272 (f. Schleppvertrag). — Flaggenrecht d. Kauffahrtschiffe 7700 (f. Kauffahrtschiffe).

Reeder und Reederei. — Haftung d. Reeders für Gesundheits-schädigungen seiner Angestellten insolge schlechter Dienst-räume 7688. — gelegentliche Verwendung e. eigenen Schiffes z. Seefahrt in Erwerbsabsicht Reederei? 6709. — Haftung d. Schiffer-Reeders 6709. — Parteifähigkeit d. Reederei 6709; 7689. — Einwand d. Reeders, daß das im Schiffs-register eingetragene Schiff nicht zum Erwerb durch d. Seefahrt bestimmt sei 7689. — Mitverschulden d. eigenen Schiffsbesatzung als Ausschließungsgrund e. Anspruchs d. Reeders 32, 112. — Eintragung d. Mitreeder ins Schiffs-register zur Wirksamkeit d. Vertrags nötig? 7689. — Stellung d. einzelnen Mitreeder gegen Dritte; Zahlung d. Dritten an einen Mitreeder 7689. — Rechnungslegungspflicht d. Korrespondentreeder 31, 284; 32, 112; 4650. — Recht des Korrespondentreeder zur Zahlung der den Kostenanschlag bedeutend überschreitenden Reparaturkosten 4650. — Abandonrecht d. Mitreeder, wenn die Reparaturkosten den von ihm vorher genehmigten Betrag bedeutend überschreiten 4650. — Haftung d. Mitreeder nach § 507 5725. — Ausrüstungsverhältnis (§ 510 BGB.); rechtliche Natur 7689. — d. entgeltliche Überlassungsvertrag (§ 510 BGB.) über d. Schiff ist Miet-, nicht Wertvertrag 22, 258. — Haftung d. Ausrüsters (§ 510 BGB.) für die Versicherungskosten 7689. — Veräußerung e. Schiffsparks an e. Ausländer ohne Zustimmung sämtlicher Mitreeder 6709 (vgl. 443); 7689 (Rückforderung d. Kaufpreises). — Bedeutung von „Zustimmung“ u. „Einwilligung“

im § 503 HGB. 6 709. — Liquidation d. Reederei 7 689. — Recht d. Korrespondenzreeders z. Vertretung d. Reederei im Liquidationsstadium im Prozesse gegen frühere Mitreeder 7 689. — stillschweigende Zustimmung zur Abweichung von den Vorschriften d. § 506 über Liquidation 7 689.

Schiffer (§§ 511 ff. HGB.) 5 726 (Stellung d. Schiffskapitäns). — Rechtsnatur d. Anstellungsvertrags des Sch. 7 689. — Pflicht des Sch., d. nach Marke u. Stückzahl getrennt abgeladenen Partien d. Ladung gesondert zu verkaufen? 2 2, 258. — Ergulpationspflicht des Sch. gegenüber d. Ladungsbeteiligten, als deren Vertreter er handelt 7 689. — unentgeltliche Mitnahme e. Passagiers; analoge Anwendung von § 544 Satz 2? 2 2, 258. — Pflicht des Sch., auch im Bestimmungshafen für die Ladungsinteressenten zu handeln (§ 535) 3 2, 112. — Zuziehung e. Schiffsmäkkers; Einziehung d. Fracht durch den Mäkker 4 650. — Aufnahme u. Entlassung von Schiffskleuten im Heimathafen 4 650, 651; 5 726; 7 690. — Wirkung d. vom Sch. abgeschlossenen Verträge für und gegen den Reeder 4 651. — Anspruch des erkrankten Sch. auf Fortbezug der Feuer 4 651. — ertöckte sich die Vollmacht des Schiffers (§ 527) auf die Vertretung d. Zeitcharterers? 5 726. — Pflicht des Sch. zur Ablieferung aller von Dritten erhaltenen Leistungen an den Reeder als Einnahme (§ 543); Leistungen von Passagieren, Lieferanten, Mäkkern, Bergern 5 726. — Bedeutung von „Einwilligung“ u. „Zustimmung“ im § 553 Abs. 4 HGB. 6 709. — Übertragung der Schiffspart des Sch. als Mitreederz (§ 552 HGB.) 6 709. — Haftung des Reeders für die dem Schiffer oder Schiffsmann versprochene freie Rückbeförderung, Rückbeförderung durch fremdes Schiff 7 689.

Frachtbeförderung zur See. — Mietvertrag oder Charterpartie? 7 690. — Verhältnis der Fracht zum Schleppvertrag 6 710 (s. Schleppvertrag). — Zeifrachtgeschäft (Wertvertrag oder Sachmiete?) 2 2, 259. — außergewöhnlicher Nebenverdienst d. Schiffes bei Zeifrachtgeschäft 2 2, 259. — mäßige Überschreitung d. vereinbarten Zeit bei einem auf feste Zeit geschlossenen Chartervertrag 4 651. — Weigerung d. Beiladung von Gütern, die andere Güter gefährden 7 690. — anzuwendendes Recht bei Frachtverträgen zwischen Personen verschiedener Staaten; Frachtförderung bei Lösung in einem anderen als dem Bestimmungshafen 5 614; 7 690. — Befugnis zur Umladung (§ 565 HGB.) auch Aus- u. Wiedereinladung umfassen? 6 710. — Ablader als Vertreter d.

Befrachters (§ 566 HGB.) 6 710. — Anwendung d. § 566 HGB. auf das Verhältnis zwischen Versender u. Speditour? 6 710. — Haftung d. Charterers für den durch Verschulden seines Stauers am Schiff entstandenen Schaden 7 690. — Berechnung des dispatch money 6 710. — Anspruch d. Schiffers auf Lieferschein gegen d. Empfänger nach § 368 HGB. 6 157. — Pfandrecht d. Schiffers wegen Überliegegeld; Haftung d. mehreren Ladungsempfänger 7 297. — Bestimmung d. Ladeplatzes, wenn die Charter auf Empfang d. Ladung im Hafen schlechthin lautet 7 690. — Berechnung der Lade- und Überliegezeit; Erschwerung der Forderung keine Behinderung im Sinne des § 573 HGB. 7 691. — Fristsetzung nach § 570 Abs. 1 im Fall d. § 578 oder bei ausdrücklicher Weigerung d. Befrachters, d. Ware zu liefern 3 2, 112, 113. — Anspruch d. Befrachters, der im Fall d. § 577 ohne Anweisung über die Ladezeit liegen bleibt, auf Liegegeld? 3 2, 113. — Fristsetzung nach § 570 Abs. 1 im Fall d. § 577 3 2, 113. — stillschweigende Vereinbarung über Überliegezeit u. Liegegeld 7 691. — Rechtsnatur d. Liegegeldes; Schadenserfaß? 7 691. — schließt die Klausel, die claims for damage ausschließt, auch Liegegeldanspruch aus? 7 691. — Liegegeld bei Nichtabgabe d. im § 570 vorgeschriebenen Erklärung 7 691. — Auslieferung d. Frachtgutes u. Frachtzahlung Zug um Zug; allmähliche Auslieferung des Gutes nach Sicherstellung der Fracht 6 712. — Höhe der Fracht bei Übernahme der Beförderung ohne Abrede über die Fracht 6 712. — Berechnung der Fracht beim Zeitchartervertrag 6 712. — rechtliche Natur d. vorläufigen Empfangscheins 6 712. — Stellung d. Schiffers bei Auslieferung d. Gutes, wenn infolge ungetrennter Verladung von Getreide Mitigentum mehrerer Empfänger entstanden ist 6 714. — richterliche Festsetzung d. Abfahrtszeit bei auf Stückgüter angelegten Schiffen 3 2, 113. — Ladebereitschaft 5 726; 6 710; 7 691 (wenn d. vom Befrachter bezeichnete oder d. gewöhnlich benutzte Ladeplatz wegen Andrangs von Schiffen nicht zur Verfügung steht). — Begriff d. Ablieferung 3 2, 113 (s. Handelskauf, Frachtgeschäft). — Leistung von Frachtvorschüssen unter Ausschluß d. Rückzahlungspflicht (§ 617 HGB.) 5 726. — Anspruch d. Befrachters auf Distanzfracht bei unverschuldetem Untergang d. Schiffes nach Antritt d. Reise; Haftung d. Ladung 7 694. — kann d. Befrachter bei Rettung d. Ladung, nicht aber d. Schiffes von der Distanzfracht einen Teil der Bergungskosten kürzen? 2 2, 259. — Beweislast im Fall d. § 630 Abs. 2 (Distanzfracht bei

(Seerecht)

(Rettung d. Güter) 6 712. — Verpflichtung d. Empfängers zur Zahlung v. Liegegeld; Beweis e. Unterbrechung d. Böschungsbereitschaft 2 2, 259. — Haftung mehrerer Empfänger für Liegegelder 6 712; 7 693. — Haftung d. Empfängers für das bei der Abladung erwachsene Überliegegeld 7 693. — Haftung dessen, der auf Grund e. Konnossements Stückgüter aus einem Seeschiff empfängt, für d. Konnossementsfracht; Vorschüsse d. Befrachters 7 693.

Löschung bei Frachtbeförderung. — Festsetzung d. L.-zeit durch d. Klausel „as fast as the custom of the port will admit“ 6 711. — Haftung d. Schiffsmäkers, der durch Aussperrten der an der Maifeier beteiligten Schauerleute d. von ihm übernommene L. verzögert 7 689. — Zuständigkeit u. Verfahren bei Bestellung d. Sachverständigen, die nach § 608 die Güter besichtigen sollen 2 2, 259; 6 711, 712. — Klausel: „to proceed to (H.) or so near thereunto as she may safely get“; Kosten d. Leichterfahrzeuge; Möglichkeit d. gefahrlosen Erreichens des Bestimmungshafens durch Leichten eines Teils d. Ladung 4 651. — Kosten d. Wägung bei Berechnung d. Fracht nach dem ausgelieferten Gewicht 5 726. — Entbindung d. Schiffers von der Pflicht, dem Empfänger seine Löschbereitschaft anzuzeigen (§ 594) durch die Klausel the cargo to be received as fast as steamer can deliver immediately on arrival 5 726. — Unmöglichkeit d. Erreichung d. Bestimmungshafens; Auslegung der Eis-klausel 6 710. — Kosten d. Verwiegung im Bestimmungshafen durch d. Schiff zu tragen? 6 710, 711. — Ausnutzung d. L.-zeit durch d. Empfänger 6 711. — Ersparnis von L.-kosten durch Übernahme an Bord statt Überschütten in Leichter 6 711. — Anspruch d. einzelnen Empfängers, daß mit d. Löschbereitschaft d. Schiffes auch schon seine Güter vor die Hand kommen? 7 691. — Unterbrechung d. Löschbereitschaft; Begriff 7 691. — Tragung d. Risikos, wenn d. zur Hergabe d. Ladung bereite Dampfer infolge von Umständen, die das Schiff nicht zu vertreten hat, nicht alsbald zum ortszüblichen Löschplatze vordringen kann 7 691. — teilweise Leichterung vor Erreichung d. Bestimmungshafens; Einrechnung d. Leichterungszeit in die Löschzeit 7 691. — Bestimmung d. Konnossements, daß d. Ladung so schnell abzunehmen ist, wie d. Schiff aus allen Lufen hergeben kann; Entladung über die gewöhnlichen Arbeitsstunden hinaus 7 691. — Einwand d. Empfängers, daß d. polizeiliche Erlaubnis zur L. am Sonntag zu Unrecht erteilt worden sei 7 692. — Berechnung d. Löschzeit bei nachträglicher

Abrede d. Entladung während d. Nachtzeit oder an Feiertagen 7 692.

Haftung des Verfrachters. — Haftung für Seetüchtigkeit 2 1, 189. — Haftung d. Reeders bei time-charter für Seetüchtigbleiben d. Schiffes während d. ganzen Vertragsdauer? 2 2, 258. — Haftung d. Reeders bei Zeitfrachtgeschäft für Umstände, die d. Pflicht zur Lieferung u. Instandhaltung d. Schiffes berühren 2 2, 259. — d. Ladung gefährdende Unsauberkeit d. Schiffes von der Vorreise her als Mangel relativer Seetüchtigkeit 6 710 (2). — Konnossements-klausel: „die Reeder behalten sich das Recht vor, Güter auf Ded z. befördern, u. werden für daraus entstehenden Schäden nicht verantwortlich sein“ 2 2, 258. — Haftung bei Durchfonnomenten 2 2, 260; 6 713. — Pflicht d. Schiffers zur teilweisen Leichterung auf Kosten d. Empfängers u. Löschung d. Restes d. Ladung in dem sonst sicheren Bestimmungshafen (§ 592) 2 2, 258. — Freizeichnung von d. Haftung für „robbers and thieves“; Diebstähle d. Schiffsmannschaft 6 711; 7 693. — barratry-klausel 6 711: 7 692, 693. — Recht d. Empfängers, im Fall d. § 655 HGB. die Verwiegung d. Ware an Bord d. Seeschiffes bei Übergabe an den Leichter zu verlangen? 2 2, 259. — Haftung bei Ablieferung d. Gutes an e. nicht legitimierten Empfänger 6 711. — Haftung d. Befrachters, wenn bei Verlust oder Beschädigung d. Gutes die Schadensursache unaufgeklärt bleibt 6 711. — Freizeichnungsklauseln, wenn bei Reiseantritt nicht alles in ordnungsgemäßen Zustand war 6 711. — Zuständigkeit im Verfahren bei Bestellung d. Sachverständigen, denen nach § 608 d. Besichtigung d. Güter übertragen wird 2 2, 259; 6 711, 712. — Beschränkung d. Haftung auf den Marktwert bei Verlust oder Beschädigung d. Gutes 3 2, 113. — Umfang d. Haftung bei verspäteter Lieferung 3 2, 113. — versehentliches Ausladen eines Gepäcksstückes in e. Zwischenhafen 3 2, 113. — „gewöhnliche Bedage“ 3 2, 113 (f. Eisenbahn). — „Zuziehung d. Gegenpartei“ bei Gutsbefichtigung nach § 608; von selbst erschienene Gegenpartei 6 712. — Beweislast bei Schadensansprüchen wegen Seuntüchtigkeit im Stückgüterverkehr 6 710. — Haftung aus dem Vertrag in Konkurrenz mit Haftung aus Delikt 6 711. — „teilweiser Verlust“ i. S. d. § 609 HGB. 6 712. — teilweiser Totalverlust als „teilweiser Verlust“ (§ 609) 6 712. — Umfang der nach § 608 von den Sachverständigen vorzunehmenden Güteruntersuchung 6 712. — im fiskalischen Interesse durch Zollbeamte erfolgte Besichtigung d. Gutes als Besichtigung nach § 608? 7 693. — Ermittlung des Schadens durch d. amtlichen Sachverständigen (§ 608) auf Grund d. von den Wägern aufge-

stellen Wiegezettel 7 693. — Berufung auf d. Nichtfeststellung d. Stückzahl durch Sachverständige, wenn bei Ablieferung über die tatsächlich abgelieferte Zahl Einverständnis herrschte 6 712. — Anwendung d. § 278 HGB. 5 119. — analoge Anwendung d. § 429 HGB. bei dem dem Vorfachter nach § 559 Abs. 2 HGB. auferlegten Exculpationsbeweise 7 690. — Haftung d. Gesellschaft für Nichterhaltung der in ihrer Raibetriebsordnung enthaltenen Bestimmung über Beschränkung d. Aufnahme gefährlicher Güter 7 692. — Auslegung e. in das Konnossement aufgenommenen Verzeichnisses bestimmter Schadensursachen, für die d. Reeder nicht haften soll 7 692. — Beweislast bez. der erst an den in Leichten geworfenen Gütern konstatierten Schäden gegenüber d. Klausel, daß die Haftung aufgehört, „when the goods leave the ships deck“ 7 692. — Berechnung d. Frist bei Vereinbarung, daß Ansprüche wegen Verlustes gegen d. Schiff innerhalb 24 Stunden nach Ladung erhoben werden müssen 7 692. — Verfügungsbefugnis des Schiffszugens über das zur Befriedigung d. Empfängers zu verwendende Gut, mit dessen Ablieferung d. Schiffer seine aus dem Empfangsbekennnis sich ergebende Verpflichtung zu tilgen berechtigt sein soll 7 692. Das Konnossement s. dieses. — Form (eigenhändige Unterschrift des Schiffer?) 3 2, 114. — wahrheitswidrige Bescheinigung der bereits erfolgten Einladung im Schiffsraum; Untergang der Güter zwischen Übernahme u. Einladung 2 2, 259. — falsche Datierung d. R. 4 651. — Identitätsnachweis bei Nichtübereinstimmen d. Marken auf den Gütern mit dem R.; kann d. Frähaber d. R. die Annahme ablehnen? 2 2, 259, 260. — Haftung für Nichtigkeit d. R.-sinhalts (§ 652) 4 651; 6 714. — Klausel „marks unknown“ 2 2, 260; 6 713, 714. — Freizeichnung von „latent defect in hulls“ 2 2, 260. — Klauseln, durch die d. Verfrachter sich von d. Haftung für gewisse näher bezeichnete Gefahren, Fahrlässigkeit d. Besatzung freizeichnet; Einfluß e. Verschuldens d. Verfrachters 2 2, 260. — Gültigkeit e. dem § 643 nicht entsprechenden R. 3 2, 114. — rechtliche Natur d. R. 3 2, 114. — Wirkung mündlicher, im R. nicht aufgenommenen Abreden zwischen Ablader u. Verfrachter gegenüber dem Empfänger? 3 2, 114 (Kenntnis d. Empfängers). — Bestätigung d. Schiffer im R., daß d. Güter in guter Ordnung u. Beschaffenheit übernommen seien 3 2, 114; 5 727. — Haftung bei Durchkonossementen 2 2, 260; 6 713. — „not answerable for insufficient packages“ bei erkennbaren Verpackungsmängeln, wenn d. Mangel im R. nicht vermerkt ist 5 727. — Ausständigung d. R. an den

bloßen Präsentanten e. vorläufigen Empfangszeichens 6 712. — Bedeutung der „documents attache“; Haftung des e. attachierte Tratte diskontierenden Bankiers für Echtheit d. R. bei Erhebung d. Wechselbetrags von dem Akzeptanten? 6 713. — maßgebendes Recht für d. Verhältnisse im deutschen Bestimmungshafen aus e. ausländischen R. 6 712, 713. — vereinbarte Beschränkung d. Haftung d. Ausstellers eines Durch-R. im Fall e. Umladung 6 713. — masters receipt als R. i. S. d. Reichstempelgesetzes 6 713. — Anspruch d. R.-sinhabers auf Herausgabe der Güter, wenn d. R. Zweifel über Identität der zur Ablieferung angebotenen mit den angeblich abgeladenen Gütern offen läßt 6 713. — Bedeutung d. Klausel „not liable for obliteration, errors, insufficiency or absence of marks“ 6 714. — Recht d. Verfrachters, bei Beifügung d. Wortes domicile zum Namen d. Empfängers in e. Orber-R. die Güter dem Empfänger ohne Auslieferung d. R. ins Haus zu senden? 6 714. — dingliche Wirkung d. R.-übergabe 6 714. — Haftung d. Verfrachters aus dem R., wenn er nach dem Recht d. Abladehafens sich nicht freizeichnen konnte 6 714. — im R. nicht erwähltes Pfandrechth d. Verfrachters, wenn die d. Pfandrechth festsetzende Charter als Bestandteil d. R. zu betrachten ist 6 714. — Haftung s. Stückzahl e. Holzladung bei Klausel „Aus- u. Nachmessen vorbehalten“ 6 714. — Einschränkung d. Bestimmungen d. R. aus Billigkeitsgründen 7 694. — Klausel: Fracht und alle anderen Bedingungen laut Charterpartie 7 694. — Schlußsatz d. § 658 Redaktionsversehen? 7 694.

Unterfrachtvertrag 6 714. — Übernahme d. Ausführung des U. durch den Schiffer 3 2, 114; 4 652. — Stellung d. Schiffsmälers beim U. 4 650, 652. — Ausschluß d. Reederhaftung beim U. 4 652, 7 694. — Umladung auf Durchkonossemente 4 652 (vgl. 6 713). — Frachtvorschüsse des Hauptbefrachters 7 694.

Personentransport. — Rechtsfolge u. Beweislast bei Verletzung eines Reisenden 2 2, 260. — Haftung d. Reeders für Verschulden d. Schiffsbesatzung bei Ausbootung d. Passagiere 2 1, 193, 195. — Haftung d. Reeders aus dem Überfahrtvertrag 2 1, 193, 195; 5 119.

Vodmerci. — Schiffer als Vertreter des Ladungsinteressenten im Fall d. § 696 Abs. 2 Satz 2 3 2, 614. — Verbodmung e. ideellen Schiffsauteils 6 714; 7 694.

Saveri 2 2, 260. — Begriff der Ausbesserungskosten (§ 710) 3 2, 115; 5 727. — Wirkung konnossementmäßiger Freizeichnung des Reeders für nautische

(Seerecht)

Befehen der Besatzung 4 652 (s. 5 728). — Anwendung d. § 254 BGB. bei großer Haverei nach § 702 HGB.? 5 91, 727. — anzuwendendes Recht bei Zusammenstoß zweier deutscher Schiffe in fremden Gewässern 6 587. — Dispathe s. die. — „vorsätzlicher“ Schaden i. S. des § 700 6 715. — teilweise Überwälzung der Bergungskosten auf das Schiff bei Bergung der geworfenen Deckladung? 6 715.

Schiffszusammenstoß s. diesen, Seestraßenordnung. — Beweislastverteilung 7 695 (4). — Beweislast des angerannten stillliegenden Schiffes, daß es an erlaubter Stelle gelegen habe 7 695. — Beweislast, wenn ein stillliegendes Schiff von einem anderen verankerten, aber ins Treiben gekommenen Schiffe angerannt wurde 7 695. — Anrennen e. verkehrshindernd liegenden Schiffes, Beweislast 7 695. — Verantwortlichkeit d. Schleppers bei Zusammenstoß des geschleppten mit einem dritten Schiffe 2 2, 261 (Schuld einer nicht an Bord des Schleppers befindlichen, aber zu dessen Kommando bezuzehenden Person). — Beweislast bez. des Verschuldens, wenn das schadensstiftende Schiff gegen eine bestehende Vorschrift verstoßen hat 3 2, 115. — anzuwendendes Recht bei Zusammenstoß zwei deutscher Schiffe in fremden Gewässern 6 715. — Zusammenstoß eines Schiffes mit e. Gegenstand, der nicht Schiff ist (z. B. Leitdamm) 6 715. — Geltendmachung von Kollisionsansprüchen durch den Mieter e. Schiffes in eigenem Namen 7 694. — von dem angerannten Schiff schuldhafterweise zum Verzicht auf sein Wegerecht gezwungenes Schiff 7 695. — beiderseitiges Verschulden, wenn auf einer Seite nur schuldhaftes Unterlassen von gebotenen Abwehrmaßregeln vorliegt 6 715. — Haftung des Kapitäns für Unterlassung d. Beleuchtung, wenn das Schiff einen Zwangslosten hatte 6 715. — konkurrierendes Verschulden 2 2, 261; 7 695 (nicht dichtes Kollisionschott). — Einfluß eines konkurrierenden Verschuldens beider Schiffe auf die Ansprüche des Ladungsbeteiligten 2 2, 261. — Einfluß des konkurrierenden Verschuldens, wenn der eine Reeder selbst Eigentümer der in seinem Schiff verladenen Güter ist 2 2, 261. — Umgangnahme von einer Verteilung des Schadens bei ganz geringfügigem Verschulden einer Seite 3 2, 115. — Begrenzung der Schadensersatzpflicht bei beiderseitigem Verschulden (§ 735 Abs. 2) im Verhältnis der Reeder zueinander u. zu den beschädigten Ladungsbeteiligten 5 727, 728. — Verschulden eines Zwangsschleppers im Kaiser-Wilhelms-Kanal 4 652. — Verschulden eines Zwangslosten 4 652. —

de lege ferenda 2 2, 261. — Sorgfaltspflicht des Schiffers trotz Annahme eines Zwangslosten 2 2, 261. — Haftung von Staat oder Kommune für Verschulden e. Zwangslosten? 6 715; 7 695. — Zusammenstoß von Kriegsschiffen 3 2, 117. — Zusammenstoß im Kaiser-Wilhelms-Kanal bei Fahren mit oder ohne Schlepper; wer bestimmt über die Zuziehung des Schleppers? 7 695.

Bergung u. Hilfeleistung in Seenot s. Strandungsordnung. — Begriff der Seenot 7 695. — „Seenot“ in Zugangsgewässern? 6 715. — Unterschied zw. Bergung und Hilfeleistung 6 715. — Bergung oder bloße Hilfeleistung, wenn die Schiffsbefatzung nach Beginn der Rettungsarbeiten an Bord zurückkehrt? 2 2, 262. — Verlassen des Schiffes seitens eines Teiles der Mannschaft 2 2, 262. — Vertrag über Hilfeleistung Werkvertrag 6 715. — kein Hilfslohn für Rettung der Mannschaft allein 2 2, 262. — Berechnung des Bergelohnes, wenn d. Berger das Schiff nicht selbst völlig einschleppt, weil das Schiff vorher vom Eigentümer oder seinem Vertreter übernommen wird 7 696. — Anfechtung eines während der Gefahr geschlossenen Vertrags über die Höhe des Berge- oder Hilfslohes; muß der Hilfeleistende das Strandamt um Festsetzung angehen? 2 2, 262. — maßgebendes Moment für Prüfung der Frage, ob der vereinbarte Lohn übermäßig ist (spätere, die Gefahr herabsetzende Umstände) 2 2, 262. — rechtlicher Charakter des Anspruchs auf Berge- oder Hilfslohn 4 652, 653. — Höhe der Vergütung bei Bergung eines nicht zum Erwerb bestimmten Schiffes durch einen sich gewerbmäßig mit Bergungsarbeiten befassenden Reeder 2 2, 262, 263. — Vergütung, wenn während der Dauer der Hilfeleistung auf die Dienste des Hilfeleistenden verzichtet wird 6 715, 716. — persönliche Haftung des Reeders für den Bergelohn bei persönlichem Vertragsabschluß? 2 2, 263. — kann der Anspruch auf den Bergelohn dem Reeder selbst zustehen? 4 653, 654. — Schlepper als Bergelohnberechtigter 4 653. — Vertrag über Höhe des Hilfslohns zwischen zwei Schiffen desselben Reeders 4 653. — Geltendmachung des Pfandrechts des Hilfslohnberechtigten 3 2, 116 (Passivlegitimation, wenn die Ladung noch nicht ausgeliefert ist). — im fremden Hafen geschlossener Bergungsvertrag unter gleichzeitiger Einigung auf ein deutsches Strandamt als Schiedsgericht 5 614 (s. auch 5 613). — Einfluß der Verzögerung der Reise des rettenden Schiffers auf die Höhe des Hilfslohns 6 706.

Schiffsgläubiger s. Pfandrecht, Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

Schiffspfandrecht. — Erfüllungsort für die Ansprüche 1 1, 176. — Zuständigkeit des Gerichts, wo sich das Schiffsvermögen z. Bt. der Klagerhebung befindet 2 2, 263. — rechtl. Natur des Sch.-Rechtes 2 2, 257; 5 728 (Einfluß einer Veräußerung des Schiffes, Stellung des Erwerbers); 6 716; 7 696. — Klageantrag und Urteilstenor 5 728; 6 716; 7 696. — Passivlegitimation 2 2, 257; 5 728 (Drittbesitzer). — Stellung des Sch.-Rechtes im Konkurs 2 2, 257. — Erlöschen des Rechtes (im Ausland erfolgte Zwangsversteigerung des Schiffes, Verurteilung des Schiffes als gute Priße, öffentlicher Verkauf nach § 25 StrandO.) 5 728. — Pfandrecht des Sch. an der Charterfracht, Konnossementsfracht? 6 716; 7 696. — Pfandrecht des Sch. am Liegegeld? 6 716; 7 696. — Verhältnis des § 760 HGB. zu § 93 RPO. 6 716. — Rechtsstellung des Schiffers, gegen den die Pfandklage erhoben wird 6 716. — persönliche Haftung des Reeders bei Inseeenbung des Schiffes trotz Kenntnis des Sch.-Rechtes; Kenntnis d. Korrespondentreeders 6 717. — Haftung des Veräußerers, der ein Schiff in Kenntnis der Schiffschuld an jemand veräußert, von dem er weiß, daß er sofort das Schiff in See gehen lassen wird (§ 774) 7 696. — Haftung nach § 774 bei Veräußerung des Schiffes an Ausländer 7 696, 697. — Schiffsgläubigerrecht am eigenen Schiff 7 696. — persönliche Haftung des neuen Erwerbers, der das Schiff zu neuen Reisen auswendet 7 697.

Seefraßenordnung s. Schiffszusammenstoß, Seerecht. — Lichterführung log. schwimmender Schiffe 7 699. — Schleppzug in bezug auf Lichterführung als einziges Schiff zu behandeln? 6 718. — Anwendung der Ausweichvorschriften bei *gewollter* Annäherung von Schiffen 6 718. — Schwoien e. ganzen Schleppzuges bei Nacht 6 718. — Geltung der SeeftrD. für den Vorhafen von Brunsbüttel 7 699. — Begriff „Kurz“ i. S. des Art. 19 SeeftrD.; nur gerade Linie? 7 699. — „Kurzhalten“ u. „Kurz“ i. S. des Art. 21 SeeftrD. 7 699 (2). — keine Pflicht zur Beibehaltung von Kurs und Geschwindigkeit (Artt. 19, 21), wenn das andere als ausweichpflichtig erscheinende Schiff seiner Ausweichpflicht nicht nachkommt 7 699. — Verstoß gegen Art. 24 SeeftrD., wenn der Führer des überholenden Schiffes nach Abgabe der vorgeschriebenen Warnungssignale sich darauf verläßt, daß das zu überholende Schiff seinen Kurs nicht ändern werde 7 699. — Maßnahmen des letzten Augenblickes als Fehler in der Navigation 7 699. — Pflicht zur Abgabe der in Art. 28 SeeftrD. vorgeschriebenen Signale, wenn das betr. Fahrzeug ein Rudermannöver nur zur

Unterstützung des von der anderen Seite zu erwartenden Manövers gibt? 7 699. — Nichtzeigen e. grünen Kunstfeuers seitens des mit einem Schleppnetz fischenden Fahrzeuges (Art. 1 RPO. v. 10. V. 97, betr. Lichter- u. Signalführung der Fischerfahrzeuge u. Rotsendampffahrzeuge) 7 700.

Seeversicherung.

Allgemeines. — in Geld schätzbares Interesse“ i. S. des § 778 HGB. 7 697. — Schwoien des Versicherers über ihm bekannte, das Risiko verringende Umstände 2 2, 263. — Seeversicherung seitens anderer Personen als Kaufleute 7 697. — Interesse des nicht persönlich haftenden Reeders an der Versicherung eines mit Schulden beschwerten Schiffes 7 697. — Versicherung des der gleichen Person gehörigen geschleppten Schiffes und des Schleppers mit der Klausel, daß die geschleppten Schiffe so betrachtet werden sollen, als wenn sie Fahrzeuge eines Dritten seien, *Doppelversicherung* 2 2, 263. — durch den Affektanzmäßer gemachte unrichtige Angabe des Erbauungsjahres des Schiffes 7 698. — keine Substanzion des Versicherers in die Rechte des Versicherten, wenn der Versicherer eine Zahlung leistet, zu der er nicht verpflichtet war; Rückforderungsrecht des Versicherers 2 2, 263. — unrichtige Bezeichnung der Versicherung bei Nehmen der Versicherung für „Fracht“, während tatsächlich der Reeder keinen Fracht-, sondern einen Schiffsoermietungsvertrag schloß 6 717. — Versicherung auf behaltener Fahrt 6 717. — Einfluß des Konkurses auf die Seeversicherung 2 2, 487, 489; 4 804. — Herabsetzung der Tare bei taxierter Police 7 697, 698. — Recht des Reeders, der sein versichertes, in Seenot befindliches Schiff mit einem zweiten ihm gehörigen Schiff gerettet hat, für den danach verdienten Hilfslohn Ersatz aus dem Versicherungsvertrag zu verlangen 4 654. — *cessio legis* im Versicherungsrecht 1 1, 165; 6 717. — Doppelversicherung bei Zusammantreffene. Haftpflicht- u. Seeversicherung 6 717; 7 697. — Doppelversicherung unter Zugrundelegen d. allgemeinen Seeversicherungsbedingungen; Erweiterung der im § 12 aufgezählten Ausnahmen durch Parteivereinbarung stillschweigende Erweiterung 7 697. — *Seeunfall* auf den Zugangsgewässern? 6 717.

Umsang der Gefahr. — Arrestanordnung aus einer Ursache, für die der Versicherer nach § 850 nicht zu haften hat 2 2, 264. — § 850 Ziff. 6 bezieht sich nur auf die nautische Tätigkeit, nicht auf rechtsgeschäftliche Maßnahmen des Schiffers 2 2, 264. — auf einem Verschulden des Reeders oder Schiffers beruhende Seeuntüchtigkeit des Schiffes 2 2, 264. — Anwendung des § 837 bei Aufmachung der

(Seeversicherung)

Dispache an einem anderen Orte als dem des § 727 oder durch andere Personen als die des § 729, wenn alle Beteiligten einverstanden waren 2 2, 264. — Anwendung des § 820 bei Versicherung „für behaltene Ankunft“ 2 2, 264. — „Leichterfahrzeug“ i. S. des § 824 5 729. — Versicherung „auf Fracht, Passagegeld und behaltene Ankunft“ 2 2, 264. — Versicherung „nur für Seegefahr“ 2 2, 264, 265; 6 717 (Unfall auf Zugangsgewässern); 7 698 (Auslaufen auf eine Seemine). — Unterschied zwischen Verlust und Beschädigung (§ 851); eine nur durch die unbegrenzte Dauer der Einwirkung zum Verlust führende Ursache 3 2, 116; 7 698. — Überbordspülen als Verlust nach § 851 7 698. — Zurückschleppen eines seine Rückfahrt zu spät antretenden u. deshalb wegen eintretenden Kohlenmangels der Hilfe des Schleppers bedürftigen Fischdampfers 3 2, 116. — Tragweite der Versicherung „auf die behaltene Ankunft“ (§ 850) 2 2, 264; 5 729. — „Leichterfahrzeug“ i. S. des § 824 HGB. 6 717. — infolge von Kriegsereignissen eingetretene Veränderungen des Risikos bei Versicherung „nur gegen Seegefahr“; Beschlagnahme e. neutralen Kauffahrteischiffes durch e. kriegsführende Macht 7 698.

Verpflichtungen des Versicherten. — Begriff der „versicherten Reise“ (§ 813) 7 698. — wann liegt Veränderung einer Reise nach § 813 vor? 2 2, 263, 264. — Abweichung von der Reise nach § 814, wenn das im Bestimmungshafen angekommene Schiff, ohne zu löschen, nach einem benachbarten Hafen fährt in der Absicht, von dort zur Lösung zurückzukehren 2 2, 264. — Pflicht zur Mitteilung, daß ein Teil der Ladung an Deck verkauft werden soll 4 653. — Pflicht des versicherten Reeders, dem versicherten Schiff mit einem anderen ihm gehörigen Hilfe in Seenot zu leisten? 4 654. — Verletzung der Anzeigepflicht d. auf offene Police Versicherten (§ 806) bei Verschweigen glücklich verlaufener Abladungen 6 717. — Haftung des Versicherten für Versehen e. Vertreters, dessen er sich zur Erfüllung seiner Verpflichtung für Rettung der versicherten Sachen und Abwendung e. größeren Schadens bedient 6 717. — Anzeigepflicht des Versicherten (§§ 813 ff.) bei Versicherung unter der Klausel: „alle Veränderungen der Reise u. des Risikos bleiben mitgedeckt gegen nach Billigkeit zu regulierende Prämie“ 6 717; 7 698.

Umsatz des Schadens. — Zwangsverkauf des Schiffes als Totalverlust 2 2, 265. — Totalverlust bei zwar nicht ausgeschlossener, aber nur mit unverhältnismäßigen Kosten möglicher Rettung des Schiffes 3 2, 116. — Abandon 2 2, 265;

7 698 (japanisches u. deutsches Recht). — Verkauf d. beschädigten Schiffes an Stelle der vertragsgemäßen Reparatur 3 2, 116. — Überschuß des Verkaufserlöses der beschädigten Güter u. der für die Beschädigung in großer Haverei gezahlten Vergütung über den Versicherungswert bei Versicherung des imaginären Gewinnes (§ 879) 2 2, 265; 3 2, 117. — Verhältnis zwischen Versicherer u. Versicherten, wenn dieser wegen Reparaturunfähigkeit oder unwürdigkeit Entschädigung wegen Totalverlustes fordert; Eintritt der Reparaturunfähigkeit im Heimathafen 4 654. — Klausel, „der versicherte Betrag soll als Totalschaden bezahlt werden, falls der Dampfer wegen Seeschadens fondemniert wird“; Nachweis, daß die Kondemnation nicht dem HGB. entspricht 5 729; 7 698. — Zuständigkeit des Amtsgerichts zur Feststellung der Reparaturunfähigkeit oder unwürdigkeit e. Schiffes (§ 873 HGB.) 3 2, 239. — Einfluß einer materiell ungerechtfertigten Kondemnation auf die Zahlungspflicht des Versicherers 6 717, 718. — Verlust der Fracht i. S. des § 878, wenn der Versicherte nach Verlust des Schiffes von den Abladern für eine neue Verschiffung d. Güter Fracht erhalten hat? 7 698.

U s h e b u n g. — Anwendung des § 898 bei Konturs des Versicherers; Nehmen einer neuen Versicherung seitens des Versicherten 2 2, 265.

Sektion. — Verweigerung der von der Versicherungsgesellschaft verlangten Sektion c. tödlich Verunglückten 5 98.

Sekuritätszession (f. Abtretung, Sicherheits..) 5 454.

Selbsthilfe f. Selbstverteidigung. — Wesen und Bedeutung, Erfordernisse 1 1, 141 f. — S.-Vertrag 5 42. — S. als Rechtsdurchsetzung, als private Zwangsvollstreckung 1 1, 141, 142. — Mittel der S. 1 1, 142. — S. des BGB. u. Strafrecht 2 1, 108. — Freiheitsberaubung zum Zweck der Selbsthilfe 7 93. — § 229 statuiert nur e. Besitzergreifungsrecht 1 1, 141. — Widerstandsbejüngung zum Schutz obligatorischer Unterlassungsansprüche ist S., zum Schutz absoluter Rechte Notwehr 2 1, 108. — S. aus Irrtum, Anwendbarkeit d. §§ 827 ff. BGB. für den Ausschluß der Haftung 1 1, 142. — S. aus Irrtum, Ersatzpflicht nach den Deliktsgrundätzen 1 1, 142; 2 1, 108; auch bei unentschuldigtem Irrtum 4 62. — bei Abwehr einer widerrechtlichen Besitzstörung 5 66. — S.-Recht des Mieters aus § 538 Abs. 2 1 1, 364. — Verhältnis des § 561 zu §§ 229 ff. 1 1, 371; 2 1, 302; 4 181; 5 214. — S. d. Dienstherrenschaft durch Durchsuchung der Behältnisse des Geindefe 1 1, 141. — S. gegen Entziehung der

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

Kinder aus der elterlichen Gewalt 5 499.
— Gewehrabnahme durch den Jagd-
berechtigten gegenüber dem unberechtigt
Jagenden? 2 1, 108. — Selbsthilfe in den
Fällen der §§ 888, 890, 894 ZPO. 1 3, 302,
303, 305, 307, 308. — S. durch direkte
Erzwingung e. durch einen Dritten aus-
führbaren Handlung (§ 887 ZPO.)
1 3, 302.

Selbsthilfeverkauf nach BGB. f. Hinter-
legung. — Verhältnis von Selbsthilfe-
verkauf u. Hinterlegung 1 1, 277; 2 1, 235.
— berechtigte Personen 2 1, 235. —
Berechtigung Dritter zum S. des § 383
BGB.? 2 1, 164. — Gegenstand 2 1, 235.
— S. eines einem Dritten gehörenden
Gegenstandes? 1 1, 277. — Ort des S.
1 1, 278; 3 1, 179. — bei Zahlungsverzug
1 1, 234, 236; 2 2, 207. — Einfluß e. nicht
sachgemäßen Verkaufs auf die Berechnung
des Schadens des Verkäufers 2 2, 209. —
Verkäufer als gesetzlicher Vertreter d.
anderen Vertragsteiles 6 694. — An-
drohung 2 1, 235, 236. — Benachrich-
tigung 2 1, 236. — unrichtig bekant
gegebener Termin 1 1, 278. — Verkauf
am unrichtigen Ort 1 1, 278. — Form-
vorschriften des § 383 BGB. nicht zwingend
2 1, 236; 2 2, 208. — Vieterrecht des
Schuldners u. des Gläubigers 2 1, 235;
6 694. — Aufrechnung des Erlöses anstatt
Hinterlegung 1 1, 277, 278; 2 1, 235. —
S. bei Gattungsschuld 2 1, 124. — Recht
des Verkäufers, wenn der Konkursver-
walter die Erfüllung des vom späteren
Kridar geschlossenen Kaufvertrags ab-
lehnt, auf S. u. Geltendmachung des
Mindererlöses als Schadens 3 2, 260. —
Unmöglichwerden der Lieferung durch
unzulässigen S. (§§ 323, 324 BGB.)
3 1, 159. — Wirkungen des S. 1 1, 277;
2 1, 235.

Selbsthilfeverkauf nach HGB. § 373 f. An-
nahmeverzug, Verzug. — Verhältnis zur
Hinterlegung nach § 373 HGB. 2 2, 206. —
Wahl des Verkäufers zwischen S., Hinter-
legung u. Vollstreckung des Urteils auf Ab-
nahme der Kaufsache nach § 887 ZPO. 1 3,
301. — Recht des Verkäufers, an Stelle des
S. den Schaden in anderer Weise zu
berechnen (abstrakte Schadensberechnung;
freihändiger Verkauf) 4 623 (f. Schaden);
7 669. — ist der Verkäufer zur Erhaltung
seiner Rechte aus dem Kauf zur Vornahme
des S. verpflichtet? 2 2, 207, 209 (ab-
weichender Handelsbrauch). — kann
der Verkäufer trotz vorher erklärter An-
nahmeverweigerung die Ware noch über-
senden? 2 2, 207. — Annahmeverzug u.
S. bei Konnossement 5 702. — beim
Spezifikationskauf 6 689. — bei Suf-
zesslieferungen (Verkauf des ganzen
rückständigen Quantum unter Bestim-
mung einer angemessenen Abnahme-

frist) 5 702; 6 593 (Verkauf in anderen
als den abzunehmenden Quantitäten).
— S., wenn der Käufer die nach Ankunft
auf Lager genommene Ware als vertrags-
widrig zur Verfügung stellt? 2 2, 207. —
hebt Zurücknahme der Gattungsware
den Verzug auf? 2 2, 207. — Benach-
richtigung vom Tag der Versteigerung als
Androhung 3 2, 90. — Beseitigung des
Rechts zum S. durch die unzweideutige
Erklärung der nunmehrigen Annahme-
bereitschaft seitens des Käufers 6 687. —
S. des Fabrikanten, dem der Patent-
inhaber die Herstellung des patentierten
Gegenstands überträgt, bei Annahme-
verzug des Patentinhabers 6 687 (2). —
Androhung des S. als empfangsbedürftige
Willenserklärung; Nachweis des Zugehens
d. Androhung 6 687. — S. nach vorheriger
mit Androhung d. Schadenserzagsanspruch
verbundener Fristsetzung nach § 326 BGB.;
Schadensberechnung auf Grund des S.?
6 687. — Umwandlung der Sachschuld
in e. Geldschuld ohne Hinterlegungs-
pflicht als Wirkung des S.; Aufrechnung der
Geldschuld gegen die Kaufpreisforderung
2 2, 206. — Wegfall der Haftung des
Verkäufers nach § 300 BGB. als Wirkung
des S. 3 2, 89. — Klage des Verkäufers
auf den erlittenen Ausfall 7 669. — kann
der Verkäufer nach geschwiegenem S. zu-
nächst Schadenserzags wegen Nichterfüllung
eventuell Erstattung des Unterschieds
zw. Kaufpreis u. dem Versteigerungser-
lös verlangen? 6 688; 7 669. — Klage
des Verkäufers auf Schadenserzags wegen
Nichterfüllung trotz vorheriger Androhung
des S. 7 669. — Rechte des Bankiers bei
Weigerung des Kunden, die von ihm
gekauften Papiere abzunehmen 7 669 (2).
B e r e c h t i g t e. — der Verkäufer (wenn
die Übergabe durch constit. possessorium
erfolgt ist?) 2 2, 206. — beim Tausch beide
Parteien 2 2, 206. — der Unternehmer
beim Werklieferungsvertrag 2 2, 206. —
Kommissionär 2 2, 206 (f. Kommissions-
geschäft). — Spediteur 2 2, 206 (f. Spen-
ditionsgeschäft). — Lagerhalter 2 2, 206
(f. Lagergeschäft). — Frachtführer 2 2,
206 (f. Frachtgeschäft).
O b j e k t. — Versteigerung der Dispo-
sitionspapiere (Konnossement) an Stelle d.
Ware 2 2, 209; 5 702; 6 688. — S. von
verfälschtem Wein oder anderen Sachen,
deren Veräußerung gegen ein gesetzliches
Verbot verstößt 5 89. — Verkauf einer
anderen als der ausgeforderten Quan-
tität beim Gattungskauf 4 624. — Recht
des Fabrikanten, der im Auftrag des
Patentinhabers die patentierte Ware her-
stellt, auf deren Verkauf bei Annahme-
verzug des Bestellers 7 1110, 1116.
F ö r m l i c h e i t e n. — § 373 nicht zwin-
gendes Recht, ebenso § 383 BGB. 2 1, 236:

(Selbsthilfeverkauf nach HGB. § 373)
 2 2, 208. — maßgebendes Recht für Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit des Verkäufers 2 2, 208. — Ausschluß des S. bei Unmöglichkeit der Beobachtung des § 373 Abs. 2 HGB. 2 2, 207.
Zeit. — Bestimmen nach freiem Ermessen des Verkäufers 2 2, 207. — ungewöhnlich langes Hinausschieben 2 2, 207. — S. nach Erhebung der Klage auf Ersatz des abstrakten Schadens 2 2, 207. — nach örtlichen Verhältnissen ungeeigneter Tag 3 2, 90. — bei Firgechäften 4 625. — Verkauf vor Ablauf der Abnahmefrist bei Abnahmeweigerung 5 701.
Ort. — Aufbewahrungsort der Ware 2 2, 207; 4 624; Wahl eines anderen Ortes 2 2, 207; 4 624; 5 701. — Bedeutung des Ortes, an dem sich die Traditionspapiere befinden 2 2, 207. — am unrichtigen O. vorgenommener Verkauf 2 2, 208; 3 2, 90. — Ausübung des richterlichen Fragerechts bez. der richtigen Wahl des Ortes 1 3, 72. — Bornahme an verschiedenen Orten bei mehreren Einzelposten 5 701.
Ausführende Organe. — Kursmüller (i. diese)? 2 2, 208; 6 688. — Handelsmüller? 2 2, 208; 6 688. — durch die Bahnverwaltung öffentlich vorgenommener Verkauf? 2 2, 208, 240; 4 625; 5 702.
Belanntmachung. — erst am Tage vor dem Termin erfolgte B. 2 2, 208. — Angabe zweier verschiedener Termine in 2 verschiedenen Zeitungen 2 2, 208. — muß sie einen Hinweis auf den Grund des Verkaufs enthalten? 2 2, 208.
Öffentlichkeit. — ein die O. verbindender Ortsgebrauch 2 2, 208, 209. — auf die gewerblichen Händler der betr. Ware, unter Ausschluß anderer, auch der Parteien selbst, beschränkte Öffentlichkeit 2 2, 209.
Formfehler. — Einfluß der Verletzung unwesentlicher Formvorschriften (unzutreffende Wahl des Ortes u. der Zeit des Verkaufes; Verstoß gegen die Benachrichtigungspflicht) 6 687. — Verkauf am unrichtigen Ort 2 2, 208; 3 2, 90; 4 624; 6 687. — abweichende Termine in den verschiedenen Bekanntmachungen 2 2, 208. — freihändiger Verkauf an Stelle öffentlicher Versteigerung 2 2, 209; 4 623. — Verkauf unter vom Vertrag abweichenden Bedingungen 2 2, 209; 3 2, 89; 4 624; 5 701; 6 687, 688. — Versteigerung „ohne jede Garantie“ 2 2, 209; 3 2, 89; (Verkauf der Ware „so wie sie beschaffen ist“) 4 624; („in gegenwärtiger Beschaffenheit“) 5 701. — Möglichkeit der Besichtigung der Ware durch die Käufer 6 688; 7 669. — Einfluß des Mitbietens des Käufers bei dem fehlerhaften S. 3 2, 89, 90. — Einwand, daß bei Vermeidung des Form-

fehlers auch kein besseres Resultat erzielt worden wäre 3 2, 89. — Schweigen des Käufers auf die Mitteilung, daß beim S. eine andere Mischung der Ware stattfinden soll 3 2, 90. — Folgen e. unwirksamen S.; Freiwerden des Käufers von der Pflicht, eine dem Vertrag entsprechende Ware abzunehmen u. zu bezahlen? 7 668, 669 (2). — darf das unter Verstoß gegen § 373 erzielte Verkaufsergebnis bei Berechnung der Schadenslage des Verkäufers zugrunde gelegt werden? 2 2, 209. — Verkauf e. größeren als d. vom Käufer abzunehmenden Menge u. dadurch verursachte Schädigung des Abnahmepflichtigen 7 669.

Selbstkontrahieren. — rechtliche Natur 7 86. — Gründe d. Verbots 2 1, 92. — § 181 anwendbar auch bei Ausstellung e. Vollmacht vor 1900 3 1, 60. — Umgehung des § 181 3 1, 61. — äußere Erkennbarkeit d. Doppelwillens erfordert 2 1, 91; 3 1, 60; 6 76. — stillschweigende Ermächtigung zum S. 7 86 (2). — Ermächtigung d. § 181 u. d. Erfassanspruch d. Beauftragten wegen Aufwendungen 4 56, 219. — Genehmigungsfähigkeit d. Akte d. S. 3 1, 60; 5 58; 6 76; 7 87. — bloße Ausstellung e. Generalvollmacht noch keine „Gestattung“ d. S. 2 1, 88; 3 1, 60; 5 58. — Vertragsschluß d. Bevollmächtigten mit dem Substituten 1 1, 115; 2 1, 91; 3 1, 60; 4 55. — Löschungsbewilligung d. Bevollmächtigten 4 56. — „Erfüllungsgeschäft“ i. S. des § 181 2 1, 88. — Löschungsbewilligung e. erloschenen Rechtes als „Erfüllung einer Verbindlichkeit“ (§ 181 HGB.) 7 87. — Prozeß zwischen einem Kläger, der der einzig gesetzliche Vertreter des Beklagten ist, u. diesem Beklagten 6 753. — Löschungserklärung e. Voretben zugleich als gesetzlicher Vertreter d. Nacherben 6 77. — Pächter als Vormund des entmündigten Verpächters 4 55. — constitutum possessorium mit Vertretung des Erwerbers durch den Verkäufer 5 57. — Eigentumserwerb am Erlös verpfändeter Wertpapiere auf Grund § 181 5 58. — Begründung e. Darlehnschuldverhältnisses durch den gemeinsamen Vertreter der beiden Beteiligten 6 77. — Eigentumsübertragung der vom Bankier für e. Kunden gekauften Papiere durch besondere Verwahrung der Papiere 7 87. — S. (§ 181 HGB.) der Ehefrau 2 1, 88. — Abgabe der Einwilligungserklärung für das Kind zur Erteilung des Namens seines Stiefvaters durch diesen als gesetzlichen Vertreter 5 58. — des Vaters der an dem Gesamtgut anteilsberechtigten Kinder 3 1, 60. — des Inhabers der ersterlichen Gewalt bei Errichtung e. Gesellschaft zwischen ihm und den Kindern 5 58. — Abschluß eines Schenkungsvertrages durch den Vater mit sich selbst als Vertreter der Kinder (Schen-

fung an die Kinder) 677. — § 181 bei e. Erbauseinanderetzungsvertrag zw. minderjährigen Geschwistern 1 1, 116; 2 1, 89, 90; 3 1, 60; 676 (vgl. Pfliegenschaft). — eines f. mehrere Pflegebefohlene bestellen Vertreters bei nicht bestehender Interessentkollision 676; 786. — Kontahieren des Vormunds mit sich selbst; Einfluß der obervormundschaftlichen Genehmigung; Stellung des Grundbuchrichters bei vorliegender obervormundschaftlicher Genehmigung 785 (s. Vormund). — Wechselannahme durch den Aussteller als Teilhaber e. offenen Handelsgesellschaft für diese 2 1, 92; desgleichen durch den Direktor einer Aktiengesellschaft 677. — § 181 BGB. anwendbar auf Testamentvollstrecker? 3 1, 61; 4 55 (s. diesen). — keine Erteilung durch den Testamentvollstrecker als Miterben 2 1, 91; 3 1, 61 (s. Testamentvollstrecker). — keine Löschung einer Hypothek auf Grund e. Quittung u. Löschungsbevollmächtigung des Testamentvollstreckers des Gläubigers u. des Eigentümers 2 1, 91. — Hypothekenabtretung durch den Gläubiger e. von ihm vertretenen Akt.-Ges. 3 1, 60. — des Geschäftsführers e. GmbH. 2 1, 91; 4 56. — Vertragschluß e. Gesellschafters b. Gründung e. GmbH. mit sich selbst als Vertreter e. anderen Gesellschafters 785. — Schulübernahme für eine GmbH. durch den bis dahin persönlich haftenden Geschäftsführer unter dessen gleichzeitigiger Entlassung 676. — Vollmachtsübertragung des vertretungsberechtigten Vorstands e. Genossenschaft auf ein weiteres Vorstandsmitglied zwecks Abschluß eines Vertrags seitens des letzteren für die Genossenschaft mit den Vollmachtserteilern 676. — Abschluß e. Lieferungsvertrags seitens des Vertreters e. Produktivgenossenschaft mit sich selbst als Produzent 677. — § 181 bei der Auflassung 1 1, 117; 2 1, 90; 677 (vgl. diese). — Vollmacht u. Auftrag, daß der Beauftragte ein Grundstück des Auftraggebers an sich selbst verkaufen u. auflassen solle 787. — Belastung e. Grundstücks d. Vertretenen mit e. Hypothek für eigene Schuld durch d. Vertreter 5 58; 677. — keine Bestellung e. Grunddienstbarkeit am eigenen Grundstück für ein anderes ihm gehöriges Grundstück 1 1, 116; 2 1, 91. — § 181 anwendbar auf öffentlich-rechtliche Stiftungen u. Verbände 2 1, 90. — § 181 anwendbar auf d. Verhältnis des Vorstands zum Verein 2 1, 91. — gegen § 181 BGB. verstoßende Geschäfte nichtig oder anfechtbar? 1 2, 162; 2 1, 677; 3 1, 540; 4 439; 787, 520.

Selbstmord. — E. d. Schuldners, zivilrechtliche Folgen 582. — E. d. Schuldners ein von den Erben zu vertretender Umstand? 2 1, 197. — Verhinderung d. E.

keine zulässige neg. gestio 2 1, 415; 3 1, 288; 5 81, 268. — Rettungshandlungen Dritter und § 679 BGB. 5 81. — Kaufanexus zwischen Verleumdung u. E. 3 1, 91. — Schädigung d. Hoteliers durch E. d. Gastes 4 268 (s. Hotel).

Selbständige Angriffs- und Verteidigungsmittel s. Zwischenertheil. — Begriff 4708. — Streit über Recht oder Pflicht zur Übernahme e. Rechtsstreites nach §§ 265 f. ZPO. 4 691. — Streit über Aufnahme e. Rechtsstreites 4 687.

Selbstverteidigung s. Notstand, Notwehr, Selbsthilfe. — gegen jagdbare Tiere (§ 228) 3 1, 69. — Fälle d. E. 2 1, 104.

Separationsrezeß (preuß. R.). — Buchung der in einem solchen ungeteilt für die Interessenten ausgewiesenen Grundstücke 4 828. — Veräußerung e. zu gemeinschaftlichem Eigentum überwiesenen Grundstückes ohne besonderes Buchblatt 5 987. **Sequestrationsbesitz.** — vererblich? 1 1, 513.

Sicherheit. — Gefährdung d. E. einer Hypothek s. Hypothek.

Sicherheitsleistung vgl. Hinterlegung, vorläufige Vollstreckbarkeit, Zwangsvollstreckung i. allgemeinen Da. — E. d. Vormunds s. Vormundschaftsgericht. — für ein Gebot in d. Zwangsversteigerung s. dort. — Art. 145 GGWB. 6 90. — Ergänzung (Erneuerung) d. unzureichend gewordenen, auf Grund e. Rechtsgeschäftes in bestimmter Art geleisteten Sicherheit 1 1, 143, 372; 4 63. — Hinterlegung fremder Sachen zwecks E. 1 1, 143. — Befugnis d. Erbschaftspflichtigen zur E. (§ 257 BGB.) 4 91. — Bestellung oder Aufhebung einer Sicherheit als Schenkung 1 1, 358; 2 1, 289; 4 169. — „Geld“ i. E. d. Vorschriften über E. 4 62. — rechtliche Natur d. Forderung auf Rück erstattung d. Sicherheit 4 63. — Bewilligung e. Vormerkung als Sicherheitsleistung i. E. d. § 222 Ziff. 2 BGB. 2 1, 102. — gefeßliches Pfandrecht d. Berechtigten an dem zwecks E. hinterlegten Geld 1 1, 143. — Erwerb d. Pfandrechts auch an der vereinbarungsgemäß e. Dritten eingehändigten Sicherheit (§ 232 BGB.) 3 1, 70. — analoge Anwendung d. § 238 Abs. 1 BGB. auf Sicherungshypothek 6 91. — inwieweit muß d. Urteil die Art d. E. angeben? 1 3, 57. — Verzinsung d. hinterlegten Sicherheit 3 2, 536. — prozessuale E. durch Bürgschaft; die Erklärung erfolgt gegenüber dem Gerichte 1 3, 57. — das Pfandrecht an Wertpapieren erstreckt sich auf die Zinsen 1 3, 57. — Herausgabe d. fälligen Zinscheine an den Verpfänder 1 3, 57. — Reichstassenscheine u. Banknoten 4 681. — Zulassung von nicht mündelsicheren Papieren 3 2, 415; 4 681. — darf d. Gericht d. Höhe der Bewertung d. Papiere selbst abschätzen? 3 2, 415; 4 681 (insbesondere bei regulären Wert-

(Sicherheitsleistung)
 papieren). — Sicherheit „in Höhe d. beizutreibenden Betrages“ 1 3, 234; 3 2, 356; 4 681. — teilweiser Erlag e. ziffernmäßig bestimmten Sicherheit 4 681. — Kurs: jeber Marktpreis 4 681. — Münbelsicherheit: zu bemessen nach dem Recht d. Hinterlegungsortes 4 681. — Bemessung d. Höhe d. Sicherheit bei teils auf Feststellung, teils auf Leistung lautenden Urteilen 5 845. — Klage auf nachträgliche Sicherheitsleistung (§ 324 ZPO.); Verhältnis zu § 843 BGB. 5 808.

Zurückgabe nach § 109 ZPO. — Begriff d. „Veranlassung“ 1 3, 58; 4 681. — Verhältnis zu § 715 ZPO. 7 764. — Wegfall d. Veranlassung 1 3, 236; 6 777. — Aufhebung des d. Sicherheit anordnenden Beschlusses 1 3, 58. — Wegfall d. Veranlassung bei vorläufig vollstreckbaren Urteilen 1 3, 57. — bei Hinterlegung e. Sicherheit seitens d. Beklagten nach § 713 ZPO. Rückgabe d. Sicherheit d. Klägers möglich? 7 764. — Verzicht auf Vollstreckung d. vorläufig vollstreckbaren Urteils vor Rechtskraft 1 3, 58; 6 777. — Wegfall d. Veranlassung bei Arrestbeschlüssen 5 775; 7 764. — Erledigung d. Arrestbefehls durch rechtskräftige Verurteilung 1 3, 58; 7 764. — Verstreichenlassen d. Zustellungsfrist für e. Arrestbeschluss 1 3, 57. — erfolgloser Pfändungsversuch auf Grund e. Arrestbeschlusses 1 3, 57. — Anerkennen d. Berechtigung d. Arrestes seitens d. Schuldners durch Zahlung d. Hauptsache u. aller Kosten 3 2, 416; 7 764. — nach Erlaß des Arrestes erfolgte Verurteilung d. Beklagten nach Klageantrag durch Vorbehaltsurteil 4 762. — Aufhebung des Vorbehaltsurteils im Nachverfahren 1 3, 58. — Zurückgabe bei Möglichkeit e. Schadensersatzforderung nach § 717 Abs. 2 ZPO. (vgl. prozessuales Verschulden) 1 3, 58. — Unmöglichkeit d. Entstehung e. weiteren Schadens u. Möglichkeit d. sofortigen Liquidierung des schon entstandenen 6 777. — Wirkungslosigkeit e. Vollstreckung wegen Konturseröffnung 6 777. — Rückgabe bei Hinterlegung auf Grund einer einstweiligen Verfügung 4 682; 5 775. — Einwilligung d. Gegners in die Zurückgabe 1 3, 57; 4 682 (vor Fristsetzung erklärte Einwilligung); 5 775. — Beweis ob Glaubhaftmachung d. Wegfalls d. Veranlassung 3 2, 415; 4 681, 682 (Ausschluß d. Möglichkeit e. Schadens?); 5 775; 6 778. — Veränderungen in d. Person d. Gegners in der Zeit zwischen S. und Zurückverlangen 4 681. — gesonderte Einleitung des Rückgabeverfahrens gegen einen von zwei Gegnern 5 775. — Anwendung des § 109, wenn der obliegende Kläger nach Rechtskraft des Urteils die vom

Beklagten zur Abwendung d. Zwangsvollstreckung hinterlegte Sicherheit verlangt? 3 2, 415. — Verweisung d. Gläubigers auf den Weg d. § 109 bei Verlangen d. Rückgabe auf Grund e. Rechtskraftzeugnisses 5 845. — Frißberechnung d. § 109 bei Zustellung d. Beschlusses durch d. Partei 1 3, 57. — Beschwerde gegen d. Frißbestimmung 3 2, 416. — Anwaltszwang für die Beschwerde 1 3, 58. — Beschwerde gegen einen in 2. Instanz erlassenen Beschluß auf Rückgabe 1 3, 58. — Beschwerde gegen den die Rückgabe ablehnenden Beschluß 1 3, 236. — Prüfung e. etwaigen Klagerhebung vor Rückgabeanordnung 4 681. — Wirksamkeit d. Rückgabeanordnung nur unter den Parteien 4 681. — Recht d. Hinterlegungsstelle, trotz Rückgabeanordnung zu prüfen, ob Rechte Dritter der Rückgabe entgegenstehen 4 681, 682. — ist neben § 109 Klage auf Einwilligung in die Rückzahlung zulässig 3 2, 415; 4 682; 5 775; 6 777; insbesondere bei einer einstweiligen Verfügung 4 682; 5 775. — Erstattungsfähigkeit der nach § 109 entstandenen Kosten 7 764. — Anwaltsgebühren für Antrag auf Rückgabe 1 3, 236; 5 841 (f. Geb. f. RM.).

Ausländer f. BGB., Haager Abkommen. — Umgehung d. § 110 ZPO. durch fiduziarische Zession 4 682. — Angehörige d. Haager Vertragsstaaten 6 1168, 1169. — Beweislast bez. d. Ausländereigenschaft 1 3, 59. — Bewilligung des Armenrechts 1 3, 63. — Reichsangehörige in den Schutzgebieten 6 1169. — Eingeborene deutscher Schutzgebiete 3 2, 416; 6 1169. — auch gegenüber einem ausländischen Beklagten 5 775. — hat eine offene Handelsgesellschaft mit Sitz in Deutschland Sicherheit zu leisten, wenn die Gesellschafter als Kläger sie zu leisten hätten? 3 2, 416. — auf ausländischem Gebiet ihren Verwaltungsmittelpunkt habende juristische Personen bei Festsetzung d. Statuten, daß ein deutscher Ort Sitz d. Person sein soll 6 778. — kann der zugunsten d. Beklagten Intervenierende für sich Sicherheit verlangen? 3 2, 416. — Wegfall i. Entmündigungsverfahren 5 776. — Gegenfeitigkeit, wenn zwar in dem fremden Staate Einheimische u. Deutsche gleichgestellt sind, d. Deutsche aber doch Sicherheit leisten mußte 1 3, 59. — Aufzählung der die Gegenfeitigkeit gewährliehenden Staaten 6 1168, 1169. — Nordamerika 6 778. — England 1 3, 59, 62. — Niederland 1 3, 59. — Ungarn 3 2, 416. — die Signatarstaaten der Pariser Union zum Schutz gewerblichen Eigentums 5 775, 776. — Entscheidung über die Höhe d. Sicherheit durch Zwischenurteil 1 3, 60. — Rechtsmittel gegen zu niedrige Festsetzung d. Sicherheit 1 3, 60.

— Fristbestimmung für Leistung d. Sicherheit durch Beschluß **1 3, 60.** — Anfechtungs- klage des für tot Erklärten, der durch zehnjährigen Aufenthalt im Ausland seine deutsche Staatsangehörigkeit verloren hat, unter § 110 Ziff. 4 **BPD.** fallend **6 778.**

Sicherheitszession vgl. Abtretung, Inzasso. — **S.** und Auftrag **4 217.** — **S.** im BGB. durch § 223 Abs. 2 anerkannt **3 1, 68.** — Pflicht d. Zessionars zur Herausgabe d. Mehrbetrags d. Forderung **4 219.**

Sicherung des Beweises. — de lege ferenda **6 846.** — Form d. Zurücknahme e. Antrags auf Beweisicherung; stillschweigende Zurücknahme? Zurücknahme durch Zustimmung e. Schriftstücker an den Gegner? **6 846.** — hohes Alter e. Zeugen **6 846.** — Antrag auf Beweisicherung, weil sonst die Vernehmung im Ausland erfolgen müßte? **6 846.** — Beweisführung für Klagebegründende und für Einredetatsachen **6 846.** — lediglich in d. Klageschrift oder e. sonstigen dem Gegner zuzustellenden Schriftsatz enthaltener Antrag **6 780.** — Beweisaufnahme ohne d. Voraußsetzungen d. § 485 **BPD.** **2 1, 283.** — Kosten: Entscheidung in dem Hauptverfahren; Verfolgung in einem besonderen Prozeß (vgl. Prozeßkosten) **1 3, 186; 6 845, 846 (2), 1160; 7 827.** — Kosten d. **S.** d. **B.** im Viehwährschaftsprozesse **3 1, 224.** — Stellung des nach § 494 bestellten Offizialvertreters **7 743.** — Ermöglichung d. Erlassung e. Beweisbeschlusses ohne mündliche Verhandlung durch § 489 **BPD.** **7 827.** — zwecks nachträglicher Beeidigung e. bisher unbeeidigten Zeugen **3 2, 489.** — Antrag auf Beweisicherung in einem anhängigen Rechtsstreit, besonders wenn schon Beweisbeschuß erlassen ist **3 2, 489; 5 821, 822.** — zuständiges Gericht bei Anträgen zwischen Zustellung d. ersten Urteils u. Einbezug d. Berufung **3 2, 491, 492** (vgl. Instanz). — Entscheidung über das Gesuch; rechtlicher Charakter d. Beschlusses; Zurücknahme d. Beschlusses **1 3, 186.** — Verfahren bei Weigerung d. Inhabers, das Besichtigungsobjekt vorzuweisen **1 3, 186.** — Auswahl d. Sachverständigen durch d. Gericht oder unbedingte Vernehmung d. benannten Sachverständigen? **1 3, 186, 187; 3 2, 489; 4 710; 5 822.** — Ablehnung von Sachverständigen durch den Gegner **3 2, 489; 4 710; 7 827.**

Feststellung der Mängel einer Sache oder eines Werkes (§ 488 **BPD.**). — Nichtbenutzung d. Rechtes aus § 488: Einfluß auf d. materielle Recht? **1 3, 186.** — Schweigen d. Gegenpartei **1 3, 186.** — hat d. Gericht Verluſtgefahr oder Beweisverhehllichkeit zu prüfen? **1 3, 186.** — Recht d. Verkäufers auf Beweisicherung auch nach vorausgegangener Beweis-

aufnahme auf Antrag d. Käufers **1 3, 186/187.** — Antrag nach § 488, wenn eine solche Feststellung schon stattgefunden hat **3 2, 489/490 (2).** — § 488 unanwendbar bei Feststellung „der Ursachen“ der Mängel **1 3, 187.**

Sicherungshypothek s. Zwangshypothek. — ihr Wesen, Unterschied von den anderen Hypotheken **3 1, 455; 5 441.** — Bestimmung d. Forderung in der Eintragung u. d. Eintragungsbevolligung **7 457.** — Bezeichnung als „**S.**“ **6 432.** — Darlehenshypothek u. **S.** **6 431** f. — gewöhnliche **S.** oder Höchstbetragshypothek bei Bedingtheit d. Forderung? **4 362.** — Verkehrshypothek oder **S.** **5 441; 6 431** f. — Eigentümergrundschuld d. Bestellers d. **S.** **3 1, 455.** — Berechtigter d. Eigentümerhypothek **5 441.** — Pfändung d. zukünftigen, durch Befriedigung entstehenden Eigentümerhypothek **4 363.** — **S.** nach §§ 118, 130 **BWG.**; Antrag auf Umschreibung, Unzuständigkeit d. Vollstreckungsgerichts **6 949.** — Umfang d. Haftung d. Grundstückes bei Verzug des Schuldners **1 1, 704.** — öffentlicher Glaube d. Grundbuchs, Einwendungen u. Einreden gegen d. Forderung u. das dingliche Recht **1 1, 704** f.; **3 1, 455; 5 441.** — für Forderungen aus Inhaber- u. Orderpapieren **1 1, 705** f. — desgl. aus kaufmännischen Verpflichtungsscheinen **4 363.** — Bestellung e. Treuhänders **1 1, 706; 2 1, 601; 4 363; 5 442; 7 936** f. — für die dem Wechselanspruch zugrunde liegende Forderung **5 442.** — für d. Rückgriffsrechte d. Wechselbürgen **5 421.** — Übergangsrecht: Umwandlung d. französisch-rechtlichen Vorzugsrechtes d. Verkäufers für d. Kaufzinsforderung in eine **S.** **2 1, 601.** — Umwandlung in eine gewöhnliche Hypothek **1 1, 532; Erfordernisse d. Umwandlung 1 1, 704** f.; **6 432.** — die Forderung d. umgewandelten Hypothek **5 441.** — Eintragung von Zinsen zu einer in eine Verkehrshypothek umgewandelten Kautionshypothek **1 1, 705; 5 441.** — Briefgrundschuld oder Buchrecht im Falle d. Umschreibung e. **S.** auf den Eigentümer auf Grund rechtskräftigen Urteils? **6 432.** — Umwandlung nach bay. Hyp.-Recht, Zustimmung d. Nachgläubiger **6 432.** — Berechtigter d. nach §§ 61, 118, 125, 128, 134 **BWG.** entstandenen **S.** **2 2, 382.** — Anwendbarkeit d. §§ 14, 119, 50, 125 **BWG.** **3 2, 300.** (s. auch Höchstbetragshypothek; Zwangsversteigerung unter Verteilungsverfahren; Zwangshypothek; Bauhandwerker).

Sicherungskauf (vgl. fiduziarisch, constitutum poss.) **1 713; 2 1, 603; 3 1, 35, 459; 4 29, 367; 5 31, 448; 7 34, 35** (Besitzkonstitut; Umfang d. Nutzungsrechts d. Verkäufers; Anzeigepflicht d. Schuldners

(Sicherungskauf)

bei Verschlechterung d. Sachen; Besitzentsetzung d. Schuldners bei Verwahrungslösung d. Sachen), 413. — Stellung d. Käufers; Widerspruchsklage gegen dritte Gläubiger seines Schuldners 735. — lex commissoria bei S. 735. — Pfändung d. verkauften Sachen durch d. Gläubiger selbst 735.

Sicherungsübereignung (vgl. fiduziarisch) 2 1, 49; 3 1, 35, 68, 190; 4 29, 367; 5 30, 31. — e. Warenlagers mit Verbleib d. Besitzes beim bisherigen Eigentümer 2 1, 91.

Sicherungszeption 2 1, 608 (vgl. Abtretung, fiduziarisch).

Siegelrecht des hohen Adels 5 975.

Simulation s. Schein.

Singpiele. — polizeiliche Genehmigung nach § 33 a, b GewD. (s. Schaustellungen). — beschränkte Konzession; zeitliche, örtliche Beschränkung 4 933.

Sitzungspolizei s. Ordnungsstrafen, Öffentlichkeit. — Umwandlung der Geldstrafen nach § 179 StGB. in Haft(str.) 1 3, 12; 3 2, 334; 4 661; 5 745; 6 736. — nachträgliche Aufhebung des Strafbeschlusses 1 3, 12. — Wahrnehmung berechtigter Interessen gegenüber der S. 1 3, 12; 4 661. — Ordnungsstrafen gegen Militärpersonen 1 3, 12. — Ordnungsstrafe gegen den die Steuerbehörde in Destaudationsfachen vertretenden Beamten 5 745. — Beschwerde 4 661; 5 745. — Beschwerde gegen eine nach Landesgesetz verhängte Ordnungsstrafe 3 2, 334. — Beschwerdegericht in Bayern bei Strafsachen das Oberste O.G. (Str.) 1 3, 12. — Beschwerde gegen die nach § 178 StGB. getroffene Anordnung? 7 717. — Beschwerde der Ripilpartei gegen Ablehnung ihres Antrags auf Befragung des Gegners wegen Ungebühr? 6 736. — Vollstreckbarkeit der Strafbeschlüsse 1 3, 12/13. — vorheriges Gehör des Betroffenen 3 2, 331. — S. in der freiwilligen Gerichtsbarkeit (vgl. diese) 3 2, 183, 184; 5 994.

l n g e b ü h r. — Feststellung der Veranlassung zu Protokoll 6 736. — nachträglicher Bericht an Stelle des Protokolls 3 2, 332; 4 661; 5 745. — Unzulässigkeit e. nach Schluß der Sitzung ergehenden Strafbeschlusses 7 718. — fehlende Feststellung zu Protokoll: Einfluß auf die Beschwerde 3 2, 332; 6 736. — nachträgliche Festsetzung einer Strafe 4 661; 5 745. — § 184 für freiwillige Gerichtsbarkeit nicht anwendbar 4 662; 5 994. — Verhängung der Strafe durch das Gericht, nicht durch den Vorsitzenden 7 718. — Ungebührebegriff 4 661; 6 736; 7 718. — aus Notwehr begangene Handlung 7 718. — Unterhaltung des Verteidigers mit seinem Mandanten 3 2, 332.

— vorzeitige Entfernung des Anwalts unter Abbrechen der Verhandlung 3 2, 334. — Weigerung, deutsch zu sprechen 3 2, 332; 5 745; 6 736; 7 718, 985, 1035. — wiederholter Meineidsvorwurf gegen Zeugen 4 661. — bloßes, nicht von Gebärden begleitetes drohendes u. geringwärtiges Anblikens 6 736. — ein Zeuge entfernt sich während seiner Vernehmung mit falscher Entschuldigung aus dem Sitzungssaal? 6 736. — eine sich gegen eine Privatperson richtende, aber die Ordnung störende Handlung 3 2, 333. — U. in Schriftsätzen u. Eingaben 3 2, 333 (Bestrafung auf Grund landesgesetzlicher Vorschriften); 6 736.

Skelett vgl. Leiche. — menschliches als Sache 2 1, 28; 4 23.

Sklaverei 1 1, 1.

Stonto s. Handelsklauseln.

Solidarobligation s. Mehrheit von Gläubigern u. Schuldnern.

solutiohis causa adiectus 1 1, 246, 266 (s. Erfüllung).

Sondergerichte 6 732 (s. Gewerbe-, Kaufmannsgerichte).

Der landesherrlichen Familien. — Bestehen eines S. schließt die ordentlichen Gerichte aller deutschen Staaten aus 1 3, 1. — den Reichsgesetzen widersprechende Bestimmungen der Hausverfassung 1 3, 1. — inwieweit steht den ordentlichen Gerichten ein Prüfungsrecht bez. der Zuständigkeit zu? 1 3, 1. — Streitigkeiten über nicht vermögensrechtliche Ansprüche 1 3, 1. — Entscheidung der Verwaltungsbehörden über Zulässigkeit des Rechtsweges 1 3, 1. — Ausschließlichkeit des Gerichtsstandes, keine Prorogation 1 3, 2. — Geltungsbezirk der Hausgesetze 3 2, 320.

Landesgesetzliche vgl. Agrar-, Gemeindegerichte. — Kompetenzumfang 1 3, 5 u. 6. — Nachprüfung ihrer Zuständigkeit durch die ordentlichen Gerichte 1 3, 6. — Rheinschiffahrts- u. Elbzollgerichte, Ausgestaltung 1 3, 6; Prorogation 1 3, 26.

Sondernachfolge. — S. u. Rechtsnachfolge 2 1, 102 (vgl. diese).

Sondervermögen. — Begriff; Rechtsnatur 4 23; 6 93. — Unterschied v. e. Sachgesamtheit 4 24.

Sonntag s. Feiertag.

Sonntagsruhe s. Ladenschluß. — zivilrechtliche Wirkung des Verbots von Verkäufen an Sonntagen 1 1, 80, 81. — für Automaten in Eisenbahnhöfen 4 918. — für Photographieautomaten 4 939. — bei e. Konditorei mit Schankwirtschaft 4 939. — Verkauf von außerhalb der Gastwirtschaft zu verzehrenden Waren 4 939. — Pächter von Zigarrenbüfets in Schankwirtschaften 4 939. — „offene Verkaufsstelle“ i. S. des § 41a GewD., Lagerräume, Wohnung

4 939. — Aufräumen der Ware als Gewerbetrieb nach § 41 a GewD. ? 4 939. — bloßes Offenhalten des Ladens als Gewerbetrieb? 4 939. — Anwendung des Betriebsverbots des § 41 a GewD. bei Nichtbeschäftigung Dritter 4 939. — Käufer, der den Verkäufer auf die Probe stellen will, Anstifter? 4 939. — Bedienen der bei Ladenschluß noch im Laden anwesenden Kunden 4 939, 956. — Anwendung des § 55 a GewD. auf die Betriebe des § 44? 4 948. — für Fabrikarbeiter; Anwendung der am Fabrikort geltenden Vorschriften über *§*. auch bei Tätigkeit der Arbeiter nach einem anderen Ort 4 955. — Pflicht des Arbeitgebers, die Tätigkeit d. Angestellten nicht nur zu verbieten, sondern zu verhindern (§ 105 b GewD.) 4 955. — Anfuhr von Rohstoffen, Abfuhr von Fabrikaten an Sonntagen 4 956. — „Bauhöfe, Zimmerplätze“ i. *§*. des § 105 b GewD. 4 956. — „Werkstätten“ i. *§*. des § 105 b GewD. Badeanstalten? Raum zur Verwahrung der Arbeitsgeräte 4 956. — Anprobieren bestellter Kleidungsstücke 5 956. — Anfertigen von Kleidungsstücken 4 956. — Putzarbeiterinnen 4 956. — Annahme einer Bestellung, Ablieferung, Zahlung von Photographien, Schnellphotographien (s. Photographien) 4 956. — Änderungen an Waren beim Ladenverkauf 4 956. — *§*. für die gegen Stundenlohn nur an Sonntagen beschäftigten Arbeiter 4 956. — Verwendung von Arbeitern, die in einem Betrieb mit obligatorischer *§*. tätig sind, zu statthafter Sonntagsarbeit 4 956. — Berechnung der für die Handlungsgehilfen (§ 105 b Abs. 2 GewD.) freizugebenden Zeit in e. auf mehrere Zweige sich erstreckenden Handelsbetriebe, wenn die Zeit f. d. einzelnen Zweige verschieden festgesetzt ist 4 956. — Bestimmung, daß in einzelnen Handelsbetrieben die Gehilfen nur einen Sonntag um den anderen beschäftigt werden dürfen 4 956. — Sonntagsarbeiten in „Notfällen“, Begriff der Notfälle: Ausfahren von Sanitätsmilch; Zeitungsdruck 4 956, 957. — unter § 105 c Ziff. 4 (Verhütung des Verderbens von Rohstoffen) fallende Arbeiten 4 957. — Stattfinden verschiedener Gottesdienste im Fall des § 105 c Abs. 4 4 957. — unter § 366 Ziff. 1 StGB. fallende Landesgesetze: Verhältnis zur GewD. 4 957. — ausschließlich einem Restaurationsgewerbe dienende Bäckerei 4 957. — Waschanstalt für einen Hotelbetrieb 4 957. — in Schankwirtschaft aufgestellte Zigarettenbüfets, Automaten für Ansichtskarten, Parfums 4 957. — Theaterschneiderei 4 957. — Expeditionsgeschäft 4 957. — *§*. bei Verbindung v. Werkstättenbeschäftigung mit e. Verkehrsgerwerbe (§ 105 i GewD.)

4 957. — Beschäftigung e. Handlungsgehilfen unter § 146 a fallend 4 976. — Übertretung nach § 146 a GewD. durch nicht genügende Beaufsichtigung der Arbeiter seitens des Arbeitgebers; Strafbarkeit der Gewerbegehilfen, Beihilfe 4 976.

Sorgfalt f. Verschulden, unerlaubte Handlung, Fahrlässigkeit. — im Verkehr erforderliche u. vom Verkehr erforderliche *§*. 1 1, 461; 3 1, 367; 5 325; 7 128. — Haftung des Besitzers beweglicher Sachen bei ihrer Verwendung seitens Dritter zu schadenbringendem Unfug 4 277. — Überdenken auch der entferntesten Möglichkeit einer schadenbringenden Folge der Handlung 5 325. — Art u. Maß der im Straßenverkehr erforderlichen Sorgfalt 6 121, 122. — Steigerung der Anforderungen an die Sorgfalt nach dem Grad der mit einem Betrieb für Dritte hervorgerufenen Gefahr (Automobil) 6 122. — objektiver Maßstab für die im Verkehr erforderliche *§*., Berücksichtigung der einzelnen Individualität? 7 128, 334.

Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns f. auch Handelskauf, Bankier, Auskauf. — Begriff 4 573 — möglichst schleunige Abgabe von Rücktrittserklärungen 2 2, 201. — Haftung der mit Einholung von Akzepten über den Kaufpreis betrauten Bank gegenüber dem Auftraggeber, wenn die Akzente gefälscht sind? 5 696.

Sparkasse. — rechtliche Natur 4 15. — kommunale *Sp*. in Preußen keine jur. Person 3 1, 10; 6 27; 7 18 (s. jur. Person des öffentlichen Rechts). — Ungültigkeit einer von § 1809 abweichenden landesrechtlichen Bestimmung 2 1, 772. — städtische *Sp*. parteifähig? 6 752, 794; 7 737 (Klage gegen die *Sp*. als Klage gegen die Gemeinde s. Klageschrift, Parteifähigkeit). — Anwendung des Art. 77 GGWB. bei falscher Auskunft e. *Sp*.-Beamten über das Guthaben e. Mitgliedes 7 20, 581. — rechtliche Natur u. Vertretung im Grundbuchverkehr 2 2, 444; 3 2, 157; 4 837; 6 1038; 7 961. — Eintragung als Berechtigter ins Grundbuch 2 2, 475 (s. Hypothekeneintragung).

Sparkassenbuch f. Schuldschein. — rechtl. Natur 1 1, 449; 2 1, 475; 7 322 (Legitimationspapiere nach § 808 BGB.). — Nachweis des Glaubigerrechtes allein durch den Besitz? 1 1, 449. — Einwendungen gegen die Forderungen aus einem *Sp*. 1 1, 449. — Abtretung der Forderung aus dem *Sp*. 1 1, 298; 2 1, 475; 5 162. — Verpfändung des Buchs ohne die Forderung? 3 2, 266. — Pfändung von Sparkassenbüchern 2 1, 475 (s. Zwangsvollstreckung). — Recht u. Pflicht der Sparkasse zur Prüfung der Berechtigung des Inhabers 4 255; 6 126, 294. — Zahlung

(Sparfassenbuch)

an einen Nichtberechtigten trotz statutenmäßigen Vermerks, daß die Zahlung nur nach stattgehabter Legitimation erfolgen dürfe 5 316. — Unberjährbarkeit des Eigentumsanspruchs des Gläubigers 1 1, 131. — Schenkung einer Sparfasseneinlage; Form 2 1, 190; 4 142, 169; 5 162, 204 (vgl. Schenkung). — Anerkennung des Anspruchs (§ 208 BGB.) durch Zins- u. Teilzahlungen an Unberechtigte 1 1, 131. — Einlagen auf den Namen eines Dritten (§ 328) 1 1, 248; 3 1, 166; 4 128. — Inhaberpapier bei statutenmäßiger Pflicht der Sparfasse zur Auszahlung an den Inhaber, falls nicht vorher Protest eingelegt wird? 6 294. — Haftung der Sparfasse bei Auszahlung an e. Nichtberechtigten, wenn sie zur Prüfung der Legitimation nur berechtigt, nicht verpflichtet ist 6 294 (vgl. oben). — zum Mündelvermögen gehörige Sp., Sperren s. Vormund unter Sorge f. das Vermögen. — Wiederinkurssetzen e. vor 1900 außer Kurs gesetzten Sp., obervormundschaftliche Genehmigung 1 2, 401. — Außerkurssetzen; Übergangsrecht 1 2, 401; 3 2, 215. — vor 1900 erfolgte Inkursierung gegenüber dem Inhaber der elterlichen Gewalt 1 2, 115; 3 1, 511; 3 2, 215. — Einlage der Eltern aus eigenen Mitteln für das Kind 3 1, 510. — Ungewißheit e. Sparfasse über die Identität des Gläubigers wegen abweichender Schreibweise d. Namens; Hinterlegung 7 173. — Zwangsvollstreckung in ein Sp. trotz vormundschaftsgerichtlichen Sperrvermerks 7 521.

Expeditionsgeschäft.

Allgemeines. — rechtliche Natur 2 2, 223; 6 696. — Auftrag, ein Frachtstück nach einem anderen Ort zu befördern u. dort an einen bestimmten Empfänger abzuliefern 2 2, 223. — Expeditions- und Frachtvertrag bei Übernahme der Verpflichtung, ab Seedampferbord bis frei Rheinschiff Mainz zu einem bestimmten Saß eine Ware zu befördern 6 697. — Verwendung durch Gelegenheitsfrachtführer? 2 2, 223. — Annoncenpediteur 2 2, 223; 6 696. — Bahnpediteur s. Eisenbahn. — maßgebendes Recht bei Auslandsendungen, Statutenkollision 6 582. — Zutritttreten des § 414 Abs. 4 BGB. 5 625. — Erfüllungsort 6 697. — Sonntagsruhe 4 957. — Handelsgebräuche im Expeditionsgeschäft 6 677. — Zusendungen der Übernahmehedingung als Offerte 6 69. — rechtliche Natur des Abholzettels 6 70. — „Ablieferung“ im Fall der §§ 412 u. 413 2 2, 227 (s. diese). — „Verlust“ i. S. des § 414 2 2, 227 (nicht identisch mit Untergang). — Verhältnis des Spediteurs zum Adressaten; Niederlegung der Ware seitens des Spediteurs auf seinen eigenen

Namen beim Steueramte 6 697. — mit Ausschluß der „Wasserstandsklausel“ abgeschlossener Frachtvertrag 6 698.

Pflichten des Spediteurs s. auch Kommissions- u. Lagergeschäft. — wann darf der Sp. sich als Vertreter des Empfängers betrachten u. deshalb Weisungen des Absenders unbeachtet lassen? 3 2, 100. — Wahrung der Rechte des Auftraggebers gegenüber der Bahn (Überwachung des Weitertransportes durch die Bahn?) 4 637; 6 697. — rechtl. Natur des von e. Sp. seinem Auftraggeber über d. auf Expeditions Güter gelegte Nachnahme ausgestellten Nachnahmescheins 6 682. — Nachnahme und Zollbehandlung als Pflichten des Sp.? 6 697. — Haftung bei unberechtigter Aushändigung des Gutes an den Destinatar 3 2, 100. — muß der Sp. den Versender auf die Ratksamkeit einer Versicherung hinweisen? 3 2, 100. — welche Fachkenntnisse können von einem Sp. verlangt werden? 2 2, 223. — Lagern empfindlicher Fleischwaren in einem nicht näher untersuchten Keller 2 2, 224. — Versicherung des Gutes 2 2, 224; 6 697. — Abweichen von den Weisungen des Versenders (§ 665 BGB.) 2 2, 224. — schnelle Gewinnung von Transportmitteln 2 2, 226. — Benachrichtigung des Versenders von der Ausführung des Auftrages 2 2, 224. — Versehen der Ware mit Kennzeichen zur Vermeidung von Verwechslungen 2 2, 224. — Kontrolle des vom Absender aufgegebenen Gewichtes? 4 637. — Verwiegen der zur Weiterverfrachtung übernommenen Ware bei Abnahme vom ersten Frachtführer 2 2, 224; 6 697. — Umfang der Haftung bei Seetransporten im Falle des § 413 BGB. 2 2, 225. — Wahl e. Frachtführers, dessen Bedingungen für den Versender ungünstig sind 7 674. — Haftung für Versehen des angenommenen Frachtführers u. anderer Hilfspersonen bei Übernahme der Expedition zu bestimmten Säzen (§ 413 BGB.) 2 2, 225, 226 (Haftung für die nach Erledigung der Expedition vorgekommenen schuldhaften Handlungen?). — Vereinbarung, daß trotz Expedition zu festen Säzen der Sp. nicht als Frachtführer nach § 413, sondern nur als Sp. nach § 408 haften soll 4 637. — Umfang der Rechenschaftspflicht bei Annoncenpediteuren 2 2, 223, 224. — Umfang der Pflichten des Sp. bei Übergabe der Sachen zur Weiterbeförderung an d. Bahn; Leute der Eisenbahn, die beim Verbringen des Gutes in die Güterhalle mitwirken, als Erfüllungsgehilfen des Sp. 6 697, 703. — wann hat der Sp. für Verpackung, Verladung des Gutes, für Vorschulleistung, Verfolgung von Garantieansprüchen aufzukommen? 6 697. — keine

Gette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

Haftung für Versehen e. zulässigerweise vom Sp. zugezogenen Frachtmäflers 6 697. — Verladung an Deck als Verstoß des Sp. nach § 308 HGB. 6 697. — Schadensanspruch des Verkäufers gegen den Sp. bei Verweigerung der Zahlung d. Kaufpreises wegen falscher Ablieferung 5 89. — Verhältnis von § 414 Abj. 3 HGB. zu § 390 BGB. 6 698. — Anwendung der Verjährungsfrist des § 638 BGB. bei anderen Schadensansprüchen wegen mangelhafter Vertragserfüllung als den Ansprüchen wegen Sachschadens oder verspäteter Lieferung 6 698. — Verjährung, wenn der Sp. die Güter nur zur Aufbewahrung erhielt 4 637, 638. — Verjährung der Einreden des Empfängers 3 2, 100; 6 698. — Ablieferung i. S. des § 414 Abj. 2 6 698. — Verjährung der Ansprüche gegen den Sp. bei grober Fahrlässigkeit 2 2, 226. — Verjährungsfrist bei vorsätzlichem Handeln des Sp. (Anwendung des § 852 BGB.) 2 2, 226, 223. — Berechnung der Verjährungsfrist: Begriff des „Verlustes“ des Gutes 2 2, 227; 3 2, 100 (unberechtigter Ausshändigung an den Destinatar).

Rechte des Spediteurs j. auch Kommissions- u. Lagergeschäft. — Selbsthilfeverkaufsrecht bei Verzug des Vertragsgegners, wenn das Gut einem Dritten gehört? 2 2, 224. — Aktivlegitimation zur Geltendmachung des dem Versender erwachsenden Schadens gegenüber Dritten 2 2, 228, 229; 6 697. — Verjährung der Ansprüche des Spediteurs gegen den Versender 2 2, 226, 227.

Vergütung. — von Auslagen (§§ 669, 670 BGB.) 2 2, 224. — wann ist der Anspruch auf Provision erworben? 2 2, 223. — Anwendung des § 413 HGB. auf Seetransporte? 2 2, 225; 3 2, 100. — kann bei Übernahme der Spedition zu festen Sätzen (§ 413) der Sp. Ersatz etwaiger Mehrauslagen verlangen? 2 2, 226. — „angemessene Vergütung“ im Fall des § 413 Abj. 2 2 2, 226. — Anwendung der §§ 315 f. BGB. auf die Provision 1 1, 223. — Vergütung bei Sammelladungen, die nicht der ausschließlichen Verfügung des Sp. unterliegen 2 2, 226. — verpflichtet vorbehaltlose Annahme des Gutes den Empfänger zur Zahlung der Transportkosten an den Spediteur? 5 708. — Nebenprovision für Nebenleistungen neben der Speditionsprovision 6 698. — Überprovision für Ablieferung des Gutes an den Dritten 6 698.

Pfandrecht vgl. dieses. — wegen Vorwürfe an andere als den Versender 2 2, 225. — an den dem Versender nicht gehörigen Waren, wenn Versender nicht Kaufmann ist 2 2, 225. — Erstredung des Pfandrechts auf den vom Sp. auftragsgemäß unter Zahlung der Fracht bei der Wahn aus-

gelösten Möbelwagen 4 637. — Verhältnis zu Rechten Dritter 4 637.

Selbsteintrittsrecht. — Folgen einer Unterlassung der Anzeige an den Versender 2 2, 225. — bei Seetransport 2 2, 225. — Eintritt durch konkludente Handlungen? 2 2, 225 (Beförderung des übergebenen Stückes mit anderen in einer Sammelladung).

Zwischenpediteur. — rechtliche Natur des Forderungsübergangs nach § 411 HGB. 2 2, 225. — Haftung des deutschen Spediteurs für ausländische Unterachtführer 2 2, 225.

Spekulationsgeschäfte oder Spiel (s. dieses) 7 300.

Sperrfolien (bayer. R.) nach Anlegung des Grundbuchs? 5 963.

Spezialitätsprinzip. — durchbrochen durch § 1118 BGB. 1 1, 669.

Spezieskauf j. Gattungskauf.

Speziesschuld j. Gattungsschuld.

Spezifikation j. Eigentum unter Erwerb n. Verlust des Eigentums an beweglichen Sachen III.

Spezifikationskauf. — dispositive Natur der Vorchrift des § 375 Abj. 2 Satz 3 HGB. 2 2, 209; 3 2, 90. — rückwirkende Kraft des § 375 HGB.? 2 2, 209. — Spezifikationspflicht als Konsequenz der Abnahmepflicht 2 1, 207. — rechtl. Natur des Spezifikationsverzugs 3 2, 90; 7 670. — Sp. als Wahlschuld 1 1, 170. — Spezifikationsverzug bei Sukzessivlieferungen 3 2, 91; 4 625. — Anwendung des § 375 HGB. auf Spezieskäufe 4 625. — § 651 BGB. anwendbar? 1 1, 400. — einheitl. Lieferungsvertrag, wenn der Käufer die Wahl hat unter verschiedenen Sorten des Grundstoffs oder unter verschiedenen Formen, in die der Rohstoff verarbeitet werden soll 6 689. — Annahmeverzug des Käufers auch schon vor der Spezifikation möglich 1 1, 209. — Fristsetzung zur Vornahme einer anderweiten Bestimmung bei Erfüllungsverweigerung des Käufers 4 625; 5 702. — genügt tatsächliche Fristgewährung ohne Erklärung, daß die Frist gesetzt werde? 5 702. — regelt § 375 HGB. die Folgen des Spezifikationsverzugs erschöpfend? 3 2, 90. — Sp. auf Abruf 7 670. — Recht des Käufers, das ganze Quantum aus e. der ihm zur Wahl gestellten Sorten (qualifizierter Sp.) zu entnehmen 7 670. — ist der Verkäufer an eine bei Setzung der Nachfrist gemachte Erklärung über spätere Ausübung seines Wahlrechtes gebunden? 2 2, 210. — Klage auf Vornahme der Spezifikation? 2 2, 210; 3 2, 90; 4 625. — Folgen, wenn der Käufer innerhalb der Frist gegen die vom Verkäufer getroffene Bestimmung zwar Widerspruch erhebt, selbst aber keine Bestimmung trifft 3 2, 90, 91. — Unmöglichkeit der Vor-

(Spezifikationskauf)

— nahme der Spezifikation **3 1, 159.** —
Verzugszinsen, wenn Käufer mit Spezi-
fikation u. Zahlung im Verzug ist **2 2, 210.**
— Selbsthilfeverkauf beim Sp. **6 689.**

Spiel f. Wette, Differenzgeschäfte, Lotterie,
Naturalobligation, Auslobung, ungerech-
fertigte Bereicherung. — Sp. gegen-
seitiger Vertrag? **3 1, 157.** — Begriff
2 1, 445; 3 1, 301; 5 282, 284; 6 272
(effektiv gekaufte, aber nicht zu dauernder
Anlage, sondern zur Spekulation be-
stimmte Wertpapiere). — Unterschied von
Wette **4 236** (Pseudo-Auslobungen, Prozeß
Hoensbroech-Doasbach). — Sp.-Schuld
Naturalobligation? **2 1, 446; 3 1, 301;**
5 281. — Darlehen zu Sp.-Zwecken **1 1, 428,**
429 (Darlehen e. Mitspielers); **2 1, 446;**
5 45, 284; 6 222. — Darlehen z. Beteiligung
an öffentlich erlaubten Wettrennen
1 1, 458; 3 1, 303; 4 237; 5 44, 283, 284;
6 65; 7 56, 231, 300, 330. — Darlehen e.
Wirtes an e. in seinem Lokal spielenden
Glücksspieler **2 1, 446.** — Wettrennen f.
diese. — Preisregeln **7 277.** — Geschich-
lichkeitsspiele (Preisregeln, Billard, Schach)
unter § 762 BGB. fallend? **7 299.** — Be-
weislast bei Behauptung, daß dem Klage-
wechsel eine Spielschuld zugrunde liegt
1 1, 429. — über Spielschulden erteilte
Wechsel, zahlungshalber u. an Zahlungs-
statt gegebene Wechsel, Konkurs des Aus-
stellers **1 1, 428, 429 (3), 430; 2 1, 447;**
4 1008; 7 300; Weiterbegebung des
Wechsels durch den Empfänger trotz
Wertendmachung der Unwirksamkeit seitens
des Ausstellers **2 1, 447; 3 1, 303.** — mit
Willen des Spielschuldners erfolgte Weiter-
begebung e. Wechsels durch den Gläubiger
als freiwillige Zahlung d. Sp.-Schuld **7 300.**
— zum Zweck der Erfüllung e. Sp.-Schuld
eingegangene Verbindlichkeit **1 1, 429, 430**
(Novation, Kumulation). — Hingabe e.
Hypothek für e. Sp.-Schuld **1 1, 429.** —
Stellung der durch betrügerliche Vorspiege-
lung z. Gewährung e. Darlehens f. Sp.-
Zwecke bestimmten **7 300.** — Bürgschaft f.
e. Sp.-Schuld **1 1, 430; 2 1, 446.** — Pfand-
bestellung für Sp.-Schulden **1 1, 430; 2 1,**
446. — Aufrechnungsvertrag über Sp.-
Schulden **2 1, 447.** — Ansprüche aus e. Sp.-
o. Wettvertrag **1 1, 85, 427, 429; 2 1, 446;**
4 237; 5 282, 283; 6 273 (Klage auf
Ausführung des Auftrags oder auf das
Interesse wegen Nichtausführung?); **7 300.**
— Klage auf Auszahlung des vom Beauf-
tragten einfließenden Gewinnes **1 1, 85,**
429; 5 283; 6 273. — Anspruch des
Bankiers auf Erstattung der für ein Sp.-
Geschäft gemachten Stempelauslagen **1 1,**
429. — Klage auf Ersatz der infolge eines
Sp.-Auftrages gemachten Aufwendungen
(Sp.-Einsätze, Wetteinsätze am Totalfaktor;
Anerkennung der Ersatzpflicht) **4 237; 5 282,**

283; 6 273. — Klage auf d. Interesse
wegen Nichtausführung d. angenommenen
Spelauftrags? **5 283.** — Vergleich über
Sp.-Schulden **1 1, 430; 2 1, 447.** — Schuld-
anerkennung (Widerruf desselben) **1 1, 430;**
2 1, 447; 3 1, 303; 4 240; 7 300 (Aner-
kennung mit dem Beifügen, daß die Schuld
aus Börsengeschäften herrührt). — fällt der
vom Manne mit dem von der Frau gewähr-
ten Reifegeld erzielte Gewinn in das Ver-
mögen der Frau? **5 284.** — Leistung aus
flagelosen, aber erfüllbaren Sp.-Geschäften
als e. unmöglichkeitige Leistung? Vermögens-
wert e. solchen Leistung **7 300.** — Rück-
forderung der gezahlten Sp.-Schuld bei ver-
botenem oder unfittlichem Sp. mit der
condictio ob turpem causam **1 1, 428.** —
Rückforderung der vor Entscheidung des
Sp. gemachten Leistung (Einsatz) **1 1, 429.**
— Rückforderung e. vom Beauftragten
an den Auftraggeber irrtümlich ausge-
zahlten Gewinnes **6 272.** — Rückforderung
des Gewinnes gegen den gewerbsmäßigen
Spieler **2 1, 446.** — Anwendung des § 134
oder der §§ 138, 817 BGB. auf nicht ge-
werbsmäßiges Glücksspiel **2 1, 446; 3 1,**
302; 5 41, 45. — Wette auf e. Rennpferd
am Totalfaktor Sp.? **1 1, 85.** — Bezahlung
der Spielschulden des Sohnes durch den
Vater **1 1, 173.** — Auslegung e. Gesell-
schaftsvertrages für e. Lotterie **7 98.** —
Einfluß d. vor Eingehung d. Geschäfts-
verbindung von einem Vertragsteil ab-
gegebenen Erklärung, ermache nur Effektiv-
geschäfte **7 299.** — Spekulationsgeschäfte
oder Sp.? **7 299.** — Sp.-Einnede oder Ver-
rückichtigung von Amis wegen? **3 1, 302**
(f. Differenzgeschäfte). — Kassageschäfte
als Sp. **4 238.** — vor 1900 geschlossene
Verträge **2 1, 787.** — Verhältnis der
§§ 762 ff. BGB. zu abweichendem aus-
ländisch. Recht (Art. 30 EGVGB.) **3 1, 676;**
4 237; 6 586 (Klage aus ausländischem Sp.
oder im Ausland zu Sp.-Zwecken gege-
benen Darlehen).

Spielfarten. — Handel mit Sp. unter § 43
Gemd. fallend? **4 940.**

Staat f. Beamte, Fiskus, Reich, Post, Eisen-
bahn. — Wesen, Begriff **3 1, 23.** — Haf-
tung des St. als Person des Privatrechts
und als Träger von Hoheitsrechten **1 1, 49,**
52 f. — Haftung für Beamte de lege
ferenda **4 22; 5 18.** — Haftung des St. f.
seine Beamten aus § 278 BGB. nicht
ableitbar **2 1, 193.** — Haftung für Amts-
handlungen seiner Beamten, fiskalische
und hoheitliche Handlungen **1 1, 48 f.;**
2 1, 25, 26; 3 1, 25; 4 21. — Entschädigungs-
anspruch aus Art. 77 EGVGB. privat-
rechtlicher Natur **4 21.** — Haftung aus
Art. 77 EGVGB. auch wegen Unterlassungen
der Beamten **3 1, 25.** — Haftung für
Gerichtsvollzieher **3 1, 25, 4 22** (vgl. diese).
— „Vertreter“ i. S. d. §§ 89, 31 BGB.

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Cite.

1 1, 49; 2 1, 26; 3 1, 23; 4 19; 5 16. — Straßenwärter als Vertreter 4 20; 5 17. — Stationsvorsteher 2 1, 26; 4 20. — Vertreter des Eisenbahnfiskus 2 1, 26; 3 1, 139; 4 20, 112; 5 16; 6 311. — keine Haftung für Notare, Rechtsanwälte 4 21. — keine Haftung für Beamte von Privatbahnen 4 22. — Regreß des erschafflichen St. an die Beamten 3 1, 24. — Gerichtsstand für die Ansprüche gegen den St. wegen Verschuldung von Staatsbeamten 5 18. — Haftung bei Behandlung des sog. öffentlichen Eigentums 2 1, 26; 3 1, 25; 4 21. — Entschädigungspflicht bei Eingriffen in das Privateigentum im Interesse des Gemeinwohls 4 536. — Haftung für Schadenszufügung durch rechtmäßige obrigkeitliche Akte 3 1, 88 (vgl. diese). — Haftung für Unfälle der Schüler beim Turnen 4 21 (s. Turnunfälle). — Haftung des St. gegenüber den Beamten aus deren Dienstverhältnis 3 1, 24. — Haftung für Verzugs- und Vergütungszinsen 3 1, 147. — Haftung für dem Bericht übergebene Sachen 1 1, 414; 2 1, 424. — Zahlung von Verzugszinsen durch den mit e. öffentlich-rechtlichen *condictio* belangten (österreichischen) St. 3 1, 147.

Staatsangehörigkeit. — Bedeutung für das internationale Privatrecht; analoge Ausdehnung der in Artt. 7 ff. ÖBGB. an die St. anknüpfenden Kollisionsnormen 2 1, 757. — Bedeutung mehrfacher St. für das internationale Privatrecht; deutsche und ausländische St., mehrfache ausländische St.; mehrfache St. u. mehrfacher Wohnsitz 1 2, 381, 382. — Zuständigkeit staatenloser Personen; Anwendung des Art. 29, nur wenn das ÖBGB. die Geltung des Heimatrechts für In- und Ausländer festsetzt 1 2, 382. — Rechtsverhältnisse staatenloser Zigeunerkinde 3 1, 675. — nach welchem Recht ist zu entscheiden, ob jemand einem bestimmten Staat angehört? 5 613. — Verfahren zwecks Feststellung der St. e. Erblassers 3 2, 224, 225 (s. Nachlassgericht). — Entlassung Minderjähriger aus dem Staatsverband; Stellung der Verwaltungsbehörde u. des Vormundschaftsgerichts; Beschwerde der Verwaltungsbehörde gegen den Beschluß des Gerichts 1 2, 388, 389, 390; 3 1, 678 (Entlassungsantrag ohne vorherige obervormundschaftliche Genehmigung); 3 2, 199; 6 587 (für das Gericht maßgebende Gründe). — Verleihung der deutschen St. an Ausländer, insb. Minderjährige 1 2, 389; 5 615. — Verleihung d. St. an minderjährige Zurländer, obervormundschaftliche Genehmigung? 1 2, 389. — Einfluß des Familienstandes auf die St. 1 2, 389. — Einfluß e. Veränderung der St. des Mannes auf die Frau,

insb. auf die getrennt lebende Frau 1 2, 389, 390. — „Kraft elterlicher Gewalt“ im S. d. §§ 11, 19, 21 Staatsangeh. 1 2, 389. — Einfluß e. Veränderung d. St. d. Mutter, die die elterliche Gewalt nur im Namen des Vaters nach § 1685 ausübt, auf die Kinder? 1 2, 389. — Antrag der die elterliche Gewalt im Namen des Vaters ausübenden Mutter auf Entlassung der Kinder mit dem St.-verband 1 2, 390 (Genehmigung des Bestands, des Gerichts). — Beschwerdeberechtigte gegen die Verfüzung des Vormundschaftsgerichts über Entlassung eines Kindes 7 1007 (s. Beschwerde in der freiw. Gerichtsbarkeit).

Staatsverträge. — Wirkung partikulärer St. 5 616. — Verhältnis d. von e. Bundesstaat vor 1900 geschlossenen St. zum ÖBGB.: Möglichkeit, e. als solchen außer Kraft getretenen St. als innerstaatliches Recht fortgeltend zu lassen? 1 2, 391.

Stallwirt vgl. Gastwirt. — Haftung des St. aus §§ 701 ff. ÖBGB.? 1 1, 416; 2 1, 190, 396, 429; 3 1, 132, 294; 4 227; 5 117, 273; 6 264.

Standesbeamter s. Eheschließung, Personenstandsgefeh.

Standesherren. — Prozeßprivilegien 7 709.

Statusklagen nach §§ 640 ff. 3PD. s. Waterschaft, Ehelichkeit. — Übergangsfrage 3 2, 330. — Klage des vor 1900 geborenen ehelichen Kindes auf Verneinung der Waterschaft 2 1, 803. — Klage des vor 1900 geborenen unehelichen Kindes auf Feststellung d. Kindschaft gegen die Erben der vor 1900 verstorbenen Mutter 2 1, 805. — Klage der Kinder gegen die Mutter auf Feststellung, daß sie nicht von dereu Ehemann erzeugt seien 1 3, 224; 3 2, 529. — Klage e. für ehelich geltenden Kindes auf Feststellung seiner Unehelichkeit; Stellung des Kindes 4 852 (s. Ehelichkeit). — Klage des unehelichen Kindes gegen die Erben der Mutter wegen Anerkennung des Kindesverhältnisses? 3 2, 530. — Klage auf Feststellung des Eltern- und Kindesverhältnisses gegen den natürlichen Vater, der die außereheliche Mutter geheiratet hat 1 3, 225; 3 2, 530. — Klage des Kindes gegen die Mutter, die den angeblichen Vater geheiratet hat, auf Feststellung der Ehelichkeit nach dem Tode des Vaters; Wirkung des Urteils 1 3, 225. — Feststellung der fingierten unehelichen Waterschaft (§ 1717 ÖBGB.) fällt nicht unter § 644 3PD. 5 840; Aktvlegitimation der Mutter 5 840; sachliche Zuständigkeit 5 740, 741; 3 2, 530; örtliche Zuständigkeit 5 750; Rechtskraftwirkung des Urteils 5 840; Prorogation 5 753. — Klage auf Feststellung d. wirklichen, nicht bloß der nach § 1717 ÖBGB. fingierten Waterschaft 5 840; Aktvlegitimation 5 840; Rechtskraft des Urteils 5 840; sachliche Zu-

(Statusklagen)

Ständigkeit § 2, 530; § 5 740, 741; örtliche Ständigkeit § 5 750; Prorogation § 5 753. — Tod des die Ehelichkeit eines Kindes anerkennenden Vaters § 2, 433, 530; Aufnahme des Rechtsstreites durch die Erben § 2, 529.

Wirkung des Urteils im Fall der §§ 640, 641 ZPO. § 1 3, 225. — Zustellung der das unbedingte Nichtbestehen des Eltern- u. Kindesverhältnisses aussprechenden Urteile von Amts wegen § 8 869. — vorläufige Vollstreckbarkeit der Klagen auf Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens der unehelichen Vaterchaft? § 4 722.

Stauer zur Schiffabfahung gehörig? § 6 709 (vgl. Seerecht); § 2 2, 256.

Stellenvermittler f. Gefindevermieter. — St. i. S. d. § 34 GewD. § 4 933 (Beispiele). — Anwendg. d. § 38 GewD. auf Theateragenten § 4 938. — Taxen d. St. für Schiffaleute § 4 952. — Anfrage nach freien Stellen bei Interessenten als Beginn d. Gewerbebetriebs (§ 147 Ziff. 1 GewD.) § 4 976. — Rechtsverhältnisse § 1, 275. — Rückforderung d. Vermittelungsgebühr seitens d. Dienstberechtigten bei Nichteintritt d. Dienstboten § 4 211; § 7 274.

Stempelabgaben f. Aktiengesellschaften. — zeitliche Beschränkung der Rückforderung zuviel erhobener St. (PrStempStG. v. 31. VII. 95 § 26) § 4 536. — Frachturkundenstempel trägt d. Käufer § 6 188. — Einbringungsstempel nach Tariff. 25 c PrStempStG. v. 31. VII. 95 bei Umwandlung e. Aktiengesellschaft in eine GmbH. § 6 1111. — Stempelpflicht bez. d. geheilten formlosen Grundstücksveräußerungsvertrags (Preußen) § 4 122. — Schenkungsversprechen trotz Formnichtigkeit stempelpflichtig § 1, 358. — schriftliches Stiftungsgeschäft dem Schenkungsstempel unterworfen § 2 1, 24. — St. für Prozeßvollmacht § 6 1147. — St. für e. außerhalb Preußens von nichtpreussischen Staatsangehörigen ausgestellte Prozeßvollmacht § 6 1148. — Rückforderung e. nach erfolgter Verjährung gezahlten preuß. St. § 1, 132. — Verjährung d. vom Notar bezahlten Stempelfosten § 4 60; § 5 62. — keine Haftung d. Stenerfiskus für Versehen d. Notare bei Stempelverwendung § 1 1, 52. — Haftung bei Stempelhinterziehung seitens e. GmbH. (StempSt. G. v. 14. VI. 00) § 6 1094. — juristische Person als Träger d. Stempelpflicht § 7. — Anschaffungsstempel d. Emissionsfortien (s. diese) § 6 265. — Pinausschiebung d. Erfüllung e. Kontogeschäftes per ultimo nach § 8 Abs. 2 StempStG. abgabepflichtig? § 7 1178. — Versteigerung von vor Eintragung d. GmbH. geschlossenen Nachtragsabkommen über Sacheinlagen § 7 1608.

— Einfluß d. Gerichtsferien auf d. Verjährung nach § 28 PrStempStG. v. 31. VII. 95? § 7 774.

Steuern f. Einkommen-, Gemeindesteuern. — Umfaßt., wenn e. Gesellschafter e. Grundstück e. GmbH. in der Zwangsversteigerung erwirbt § 7 1089. — Gemeindecinkommensteuer d. GmbH. § 7 1089. — Berechnung d. gemeindesteuerpflichtigen Gewinnaufteile d. Gesellschafter einer GmbH. § 7 1089. — Besteuerung d. GmbH. § 6 1094.

Stiftung f. Familien-St. — Wesen, Begriff § 1 1, 46; § 3 1, 22; § 4 8, 17; § 6 24; § 7 16. — Verhältnis zum Verein § 7 16. — Unzulässigkeit d. Namens „St.“ f. e. eingetragenen Verein § 2 1, 22. — Begriff d. öffentlichen § 2 1, 24; § 4 19; § 7 17, 961. — St. u. Anstalt, Wesen § 2 1, 24. — Vertretung im Grundbuchverkehr § 5 975. — od. Korporation? § 1 1, 49; § 4 19. — Stellung im heutigen Recht § 2 1, 24. — Rechtsverhältnisse einer nach code civil errichteten Studien-St. § 7 17. — Eintragung d. St. als Nachbin vor Genehmigung § 2, 165; § 4 18. — St.-svermögen als Begriffsmoment d. St. § 1 1, 46; § 3 1, 22; § 4 17. — St.-geschäft ohne Vermögenszuwendung § 7 17. — Errichtung e. St. als Rechtsgeschäft § 2 1, 24; § 6 24. — St.-serklärung als empfangsbedürftige Willenserklärung; „Zugehen“ nach § 130 § 25. — Errichtung in e. Erbvertrag § 4 18. — Ausstattung e. St. mit Kapital als steuerpflichtige Schenkung § 5 15. — schriftliches St.-geschäft unterliegt d. Schenkungsstempel § 2 1, 25. — fiduziarische § 1 1, 46, 103; § 3 1, 22. — Errichtung von Todes wegen § 1 1, 48; § 4 18; § 6 24. — St.-geschäft u. staatliche Genehmigung § 1 1, 46, 47; § 4 17. — Genehmigung nach d. Tode d. Stifters, Zuwendungen d. Stifters § 4 18. — Genehmigung bei Organisationsänderung nötig? § 6 25. — Widerruf § 4 18. — rechtliche Natur d. Fortdauer d. St. gegen d. Stifter auf Übertragung d. im St.-geschäft zugesicherten Vermögens § 4 18, 334. — Übergang von Hypotheken auf e. St. § 7 17, 445. — Geschäftsunfähigkeit d. St. während d. Balanz ihres Vorstandes § 1 1, 48. — Recht auf den Genuß d. St.-svermögens als Gläubiger-, nicht Mitgliedsrecht § 1 1, 48. — St.-bestimmte als Träger d. St.-rechts u. Eigentümer d. St.-svermögens § 1 1, 19, 48. — Bindung d. Stifters § 1 1, 47. — Haftung d. Stifters nach Schenkungsgrundsätzen § 1 1, 48. — Haftung d. Stifters vor Genehmigung d. St. § 4 18. — Verfassung, Bedeutung § 4 18. — letztwillige Errichtung; Fehlen von Bestimmungen über den Vorstand bei Tod d. Erblassers vor 1900 § 6 35. — Vorstand § 2 1, 17. — Wertschlusfassung e. mehrgliedrigen Vorstandes e. öffentlichen St. § 5 16. — Anwendung d. §§ 28 Abs. 1, 86 BGB. auf Wertschlus-

fassung d. Vorstandes e. öffentlichen St. 5 624. — vom Vorsitzenden allein eingetragenes Rechtsgeschäft, wenn die kollegiale Beschlussfassung sachungsgemäß nach außen hervortreten soll 7 76. — Haftpflicht aus § 31 11, 30. — § 181 auf öffentlich-rechtliche St. anwendbar? 21, 90. — staatliche Aufsicht 31, 22. — gerichtliche Beaufsichtigung 11, 48. — Fortdauer d. früheren preuß. Rechts über Beaufsichtigung 21, 782. — gerichtliche Entlassung d. Vorstandes e. Familienst. 7 17. — Vorstand e. öffentlichen St. als zur Ausstellung öffentlicher Urkunden berechtigte Behörde 7 17. — Genußberechtigter e. St. (Stiftling), rechtliche Stellung 1 1, 48; 3 1, 23; 4 19. — Recht d. Nutzungsberechtigten zur Überwachung der Verwaltung; Klagerrecht gegen die Kuratoren 7 17. — Konkurs e. St., Stellung d. Stiftlings 3 1, 23. — Gefährdung d. Gemeinwohls 4 19. — „tunlichst“ nach § 87 6 25. — Untergang infolge Verlustes d. St.-vermögens 11, 48; Schicksal des St.-vermögens bei Erlöschen d. St. 11, 48. — Erbsfolge hinter d. St. 5 15. — subsidiäre Erbsfolge d. Fiskus in d. Vermögen e. erloschenen St. 4 19. — Grundbucheintragung d. Nachbenachteiligten e. noch nicht genehmigten St. 4 18. — Legitimation im Grundbuchsverkehr 5 7. — Hospitalst., St.-verwaltungen usw. in Württemberg keine juristische Person 3 1, 22.

Milde Stiftung i. S. d. § 8 Ziff. 2 PrWG. 3 1, 13. — „m. St.“ i. S. d. § 24 PrKommAbgG. 7 17.

Stille Gesellschaft.

Allgemeines. — Gerichtsstand nach § 22 3 PD. ? 1 3, 21; 2 2, 193. — rechtliche Natur 2 2, 192 (nicht Darlehen); 3 2, 72 (Unterschied von Darlehen); 5 692 (Abgrenzung von d. Gesellschaft d. BGB.). — Anwendung d. BGB. §§ 706 ff. 2 2, 192, 193. — ist d. Beteiligung an e. Handelsgewerbe mit e. Einlage gegen Gewinnbeteiligung immer ft. G.? 3 2, 72. — Entstehung, wenn d. Handelsgewerbe d. Komplementars erst begründet werden soll? 2 2, 193. — Errichtung e. ft. G. als wucherisches Kreditgeschäft 2 2, 194. — Teilnahme mehrerer stiller Gesellschafter 2 2, 193, 196; 7 655. — Beteiligung e. stillen Gesellschafters an e. offenen Handelsgesellschaft; Auflösung durch Austritt e. Teilnehmers d. offenen Handelsgesellschaft 7 655. — Einlage 2 2, 193 (Patente, Fabrikationsgeheimnisse, Kundchaft, Konzession; Gebrauchsüberlassung? Dienstleistungen?); 4 610 (Bareinlage nicht nötig). — können d. Kapitalien u. andere Vermögensstücke den Gesellschaftern anteilig gehören? 2 2, 193. — Versicherung e. Gewinnanteils in Anerkennung d. Ver-

dienste bei Einrichtung d. Geschäftsbetriebs als Einlage i. S. d. § 335? 7 654. — muß d. Einlage Eigentum d. Garanten werden? 5 692. — Dienste als Einlage 2 2, 193; 5 693. — Filiale 2 2, 193. — Firma; Namen des stillen Gesellschafters 2 2, 194.

Stellung des Komplementars. — Änderung d. Geschäftsbranche; Vornahme von aus dem Rahmen d. Geschäftes fallenden Handlungen 2 2, 194. — Aufnahme e. weiteren stillen Gesellschafters 2 2, 194, 196; 3 2, 72; j. 21, 442 (Gesellschaft). — Beteiligung an einem Konkurrenzunternehmen 2 2, 194. — Betreiben von Geschäften in dem gleichen Handelszweige für eigene Rechnung 2 2, 194. — Anstellung d. Personals 2 2, 194. — Pflichten bez. Bilanz, Buchführung, Gewinnauszählung 2 2, 196; 3 2, 72. — Grad d. Haftung d. Komplementars gegenüber dem stillen Gesellschafter 5 693.

Stellung d. stillen Gesellschafters. — Folgen d. Verwendung seines Namens in der Firma 2 2, 194. — Zeuge 2 2, 194. — Anspruch auf Weiterführung d. Geschäftes oder nur Schadensanspruch bei Nichtweiterführen d. Komplementars 2 2, 194. — Grad d. Haftung gegenüber dem Komplementar 5 693; 6 674. — Haftung gegenüber den Gläubigern 2 2, 194 (bei Kundmachung d. stillen Gesellschaft). — Haftung d. als Mitinhaber auftretenden stillen Gesellschafters 4 610. — Session d. Geschäftsanteils 2 2, 196. — Folgen d. Teilnahme des stillen Gesellschafters am Verlust 7 655. — kaufmännisches Zurückbehaltungsrecht 7 664.

Gewinnbeteiligung. — Begriff d. Geschäftsgewinnes 4 610. — fester Zins ohne Gewinnbeteiligung 2 2, 194; fester Zins mit eventueller Verlustbeteiligung 2 2, 194. — Zusicherung e. Mindestgewinnes 2 2, 194. — Anteil an dem bei Geschäftsveräußerung entstehenden Gewinn 2 2, 194, 195. — Abzug bezahlter, vor Begründung d. Gesellschaft entstandener Schulden 2 2, 194. — Aufstellung d. Gewinn- u. Verlustrechnung genau „am Schluß des Geschäftsjahres“? 2 2, 195. — Ansetzung d. Gewinn- u. Verlustrechnung seitens d. Komplementars 2 2, 195. — Einfluß d. späteren Geschäftsganges auf die Gewinnverteilung? 2 2, 195. — Umfang d. Haftung des stillen Gesellschafters für Verlust; vertragliche Abänderung d. § 337 Abs. 2 Satz 1; Verhältnis dieser Gesetzesstelle zu § 336 4 610. — „rückständige Einlage“ nach § 337 Abs. 2 4 610.

Kontrollrechte des stillen Gesellschafters. — Prüfung d. Warenbestandes u. der Kasse 2 2, 195. — Nichtaufstellen e. Bilanz seitens d. Komplementars 2 2, 195. — Erwirkung e. einstweiligen

(Stille Gesellschaft)

Berfügung auf Herbeiführung ordentlicher Buchführung 2 2, 195 (f. § 2, 72). — Recht d. Büchereinsicht, besonders nach Ausschneiden des ft. G. 6 674. — Herausgabe d. Bücher an einen Gerichtsvollzieher? 2 2, 195. — inwieweit hat der stille Gesellschafter Einfluß auf d. technische Herstellungsart d. Bilanz? 3 2, 72. — kann nach Auflösung d. G. das Registergericht noch die im § 338 Absf. 3 erwähnten Anordnungen treffen? 3 2, 73, 239, 240. — Klage auf Mitteilung d. Bilanz u. Einsicht d. Bücher (§ 338 Absf. 1) 4 610. — Ausschluß d. Rechtswegs für die Rechte aus § 338 Absf. 3 4 610. — Zuziehung e. Sachverständigen bei Bücherprüfung 4 610, 865; 6 674. — Ausübung d. Kontrollrechts d. § 338 Absf. 2 durch d. Ehemann d. stillen Gesellschafterin 5 994. — Befugnis d. Registergerichts auf Antrag des ft. G., die Mitteilung e. Jahresbilanz, Vorlage d. Bücher zwecks Prüfung unter Zuziehung e. Sachverständigen anzuordnen; Erlaß d. Verfügung ohne Gehör d. Gegners 4 865; 5 1018 (Form d. Anhörens d. Beteiligten).

Auflösung. — wichtige Gründe nach § 723 BGB. 2 2, 195, 196. — Unmöglichwerden d. Zwecks? 2 2, 195. — Mißbrauch d. Einlage zu Privatzielen 2 2, 195. — Änderung im Teilhaberstand 2 2, 196. — Konkurs d. stillen Gesellschafters 5 693; Berechnung d. Konkursdividende bei rückständiger Einlage 6 675, 1003. — Kündigung durch d. Gläubiger d. stillen Gesellschafters 5 693. — Einbringen des von der ft. G. betriebenen Geschäftes in eine GmbH. als Auflösungsgrund 6 674, 675. — Rückforderung d. Einlage d. stillen Gesellschafters bei Auflösung 6 675 (2). — Austritt e. persönlich haftenden Gesellschafters einer offenen Handelsgesellschaft, zu der jemand als stiller Gesellschafter beiträgt, als Auflösungsgrund für die stille G. 6 675. — Haftung d. Komplementars gegenüber dem stillen Gesellschafter von Auflösung ab 2 2, 196. — Anwendung d. §§ 730–35, 738, 740 BGB. auf die Auseinandersetzung? 2 2, 196. — Vereinbarung e. bestimmten Liquidationsart 2 2, 196.

Konkurs des Komplementars. — Absonderungsrecht d. stillen Gesellschafters? 2 2, 196, 486. — Einzahlung der rückständigen ganzen Einlage bei Verzug 2 2, 196. — Anteil d. stillen Gesellschafters an dem während d. Konkurses erzielten Gewinn? 2 2, 196. — Auseinandersetzungspflicht d. Konkursverwalters 2 2, 196. — Aufsechtungsklage d. Konkursgläubigers gegen den stillen Gesellschafter bei Erlaß der rückständigen Einlage? Rechtsnatur u. Gerichtsstand d. Klage 2 2, 196.

Stillschweigen f. Erfüllungsort, Bestätigungsschreiben, Geschäftsverbindung, Kommissionsnoten, Rechnung, Schlußnote, Preislisten, Treu u. Glauben, Verzicht, Zustimmung. — als Willenserklärung 1 1, 65, 66, 155; 2 1, 47; 5 30. — gilt nicht allgemein als Genehmigung 1 1, 95; 2 2, 76, 197, 198; 3 1, 45, 51; 5 50. — Auslegung des St. im Zweifel gegen den Schweigenden? 5 694. — St. juristischer Personen 3 1, 10. — gegen Treu u. Glauben verstößendes St. 5 694, 695. — Betrug durch St. 3 1, 39; 4 34; 5 35. — Bedeutung im Handel 5 49. — bei Zusendung unbestellter Waren 6 67 f. — stillschweigende Vollmachtserteilung 3 1, 58. — stillschweigende Anerkennung genügt z. Verjährungsunterbrechung 3 1, 66. — St. auf eine briefliche Ablehnung e. Bürgerschaftsabänderung § 145 BGB. 2 1, 76. — stillschweigende Einwilligung zur Verfügung Nichtberechtigter 3 1, 62. — St. als Unterwerfung unter d. Bedingungen e. Vertragsformulars? 2 1, 76. — St. auf einen Vertragsantrag im Fall des § 151 BGB. 4 50; 5 49. — stillschweigende Vereinbarung e. Konkurrenzverbots bei Übertragung des Geschäftes samt Kundschaft 4 51. — St. nach vorausgegangenem Briefwechsel als Zustimmung 7 62. — Unterlassen sofortiger Ablehnung seitens des Prinzipals bei Kenntnis eines vom Agenten unter Vorbehalt der Genehmigung des Prinzipals abgeschlossenen Geschäfts 4 573. — St. trotz Kenntnis des von einem Nichtbevollmächtigten betätigten Vertragsabschlusses 3 2, 80. — Schweigen, wenn der Gegner im Anschluß an mündliche Verhandlungen brieflich mitteilt, daß er den Vertrag als geschlossen ansehe 5 695. — St. auf die Bestätigung einer Firma, daß der Prokurist des Benachrichtigten bei dem Reisenden d. Mittelein eine Bestellung gemacht habe 2 2, 200. — des Kontoinhabers im Giroverkehr als verpflichtendes Anerkennnis? 2 2, 198. — Fortsetzung des Kontokorrentverkehrs nach Annahme u. Nichtbemängelung eines Saldos als Saldo-Anerkennung 2 2, 198. — Schweigen eines Nichtkaufmanns bei Zugang bestellter Waren 2 2, 198. — Schweigen auf eine Offerte bei erklärter Ablehnung vor Zugang der Offerte 5 694. — Schweigen auf erhaltene, nicht gelezene Briefe 2 2, 198; 5 694. — nicht unterschriebene Schlußscheine 4 616. — Schweigen auf Bestätigungsschreiben oder Schlußnoten 2 2, 198 (besonders, wenn der Vertragsabschluß selbst telegraphisch erfolgte u. das Bestätigungsschreiben beim telegraphischen Verkehr nicht erwähnte Nebenbestimmungen enthält); 4 669; 5 695, 752; 3 2, 77, 78; 6 680; 7 661 (f. auch Bestätigungsschreiben). — Schweigen

auf Kommissionsnoten 2 2, 198; 3 2, 78, 79. — Gegenbeweis gegen vom Käufer unterschriebene Kommissionsnoten 4 615, 616. — Schweigen auf Rechnungen 3 2, 78 (s. diese). — Vermerk auf Kostenaufschlägen 2 2, 199; 3 2, 349; 4 669; 5 752. — stillschweigende Unterwerfung unter Geschäftsbedingungen: durch Annahme von Fakturen u. Kommissionsskopen mit Vermerken über Erfüllungsort, insbesondere bei fortgesetzter Geschäftsverbindung 1 1, 165, 176; 2 1, 165; 2 2, 198, 199; 3 1, 116; 3 2, 349; 4 617, 699; 5 104, 752; 3 2, 78; 6 113, 747; 7 661. — Geschäftsverbindung nach vorheriger Zufendung der Geschäftsbedingungen 2 2, 199, 200 (Zufendung bei früheren Gelegenheiten); 3 2, 79; 7 661. — Vertrag mit einer Versicherungstransport- u. dergl. Anstalt, die ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen veröffentlicht hat 2 2, 199; 6 677 (2). — Abschluß e. Vertrags ohne Erwähnung der allgemeinen, d. Gegner nicht zugesandten Geschäftsbedingungen, wenn bekannt war, daß der Gegenfortrahent in der Regel nur unter diesen Bedingungen abschließt 6 680. — Bestellung nach Katalogen 2 2, 199. — Bestellung längere Zeit nach Zufendung der Preisliste ohne Bezugnahme auf sie bei längerem Geschäftsverkehr 3 2, 79. — auf d. Faktura berechneter, vorher nicht vereinbarter Preis 7 68. — Schweigen des Kommittenten auf Mitteilung einer seiner Weisung zuwiderlaufenden Ausführung der Kommission 3 2, 99. — Schweigen, wenn d. Vertragsabmachungen noch Unbestimmtheiten übrig ließen und der Gegner mitteilt, wie er diese Punkte geregelt haben wolle 4 617. — Bedeutung der beim ersten Geschäft getroffenen Vereinbarungen für die späteren Abschlüsse bei längerer Geschäftsverbindung 4 617, 618 (Zahlungsziel). — von der beim ersten Geschäft getroffenen Vereinbarung abweichender, einseitiger Vermerk auf späteren Fakturen bei dauernder Geschäftsverbindung 4 618. — Schweigen des Dritten, der von einem durch einen Nichtbevollmächtigten für ihn abgeschlossenen Geschäft Kenntnis erhält 3 2, 80; 4 618. — Schweigen auf e. Schlußnote, wonach die Parteien sich einem Schiedsgericht unterwerfen 6 680. — Schweigen auf den Satz „Sie hiermit einverstanden hoffend, evtl. um umgehenden Bescheid bittend“ 6 680. — Schweigen als Vertragsannahme in den Fällen des § 362 BGB., keine Anwendung der §§ 116 ff. BGB. 6 682.

Stoekbuch heftiges. — als Grundlage des Grundbuchs 4 828.

Stoekverkeigentum. — Neubegründung in Bayern nach 1900 2 1, 773. — des französischen Rechts 1 2, 425. — in Württemberg 1 2, 426. — Teilung von

Stoekverkeigentum 4 545. — sog. uneigentliches St. (Miteigentum d. Berechtigten am ganzen Gebäude nach Bruchteilen mit einer Grunddienstbarkeit an den einzelnen Stoekwerken) 2 1, 792. — Übertragung, Untergang von vor 1900 begründetem St. 2 1, 792. — Rechtsverhältnis der Beteiligten untereinander (Unterhaltungspflicht, Lasten, Verfügungsbeschränkungen) 2 1, 792. — Kellerrechte als St. (s. diese) 6 595.

Störungsvorbot. — St. und Anspruch 1 1, 124. — als reine Unterlassungspflicht 5 83.

Strafakten als Beweismittel s. Beweismittel, Beweismündigung.

Strafantrag. — Stellung seitens eines Pflegers 1 2, 198; 2 1, 693; 3 1, 574, 575. — Stellung seitens des Vormunds eines wegen Verschwendung oder wegen Trunksucht Entmündigten 2 1, 693; 3 1, 571. — Stellung durch den vorläufigen Vormund e. Geisteskranken 1 2, 196. — Antragsrecht des Vaters für das Kind 1 2, 131 (im Fall des § 1676 Abs. 2 BGB.?). 2 1, 764; 3 1, 677; 4 532; 5 615 (s. elterliche Gewalt unter Vertretung). — Anwendung des § 126 BGB. auf die Form des St. 4 532. — vom Vormund gegen den Ehemann der Mündelmutter gestellter St. bei nachträglicher Legitimation des Mündels per subs. matr. 1 2, 191. — des Vormunds gegen die Verwandten des Mündels (§ 1795 Ziff. 1) 1 2, 162. — St. als Gegenstand e. Vertrags 1 1, 87; 2 1, 69, 120; 7 1128. — gegen e. Firma ohne Bezeichnung der Inhaber 6 606. — für ein unter Zwangsziehung stehendes Kind 7 511 (Preußen). — einer offenen Handelsgesellschaft, des nicht vertretungsberechtigten Teilhabers einer offenen Handelsgesellschaft 7 612, 613. — Verjährung bei Kenntnis nur eines von mehreren Kollektivvertretern 7 1079. — einer Administration 7 1148. — Recht des Gesellschafters e. in Liquidation befindlichen offenen Handelsgesellschaft bei Verletzung des Warenzeichenrechts 7 1149.

Strafanzeige s. unerlaubte Handlung. — Drohung mit e. St. 3 1, 38; 4 34; 5, 35, 36. — Abmachungen über Unterlassen der St. 5 42. — Versprechen der Unterlassung gegen Aushändigung einer Bescheinigung des Täters über sein Geständnis 4 47. — Versprechen unter der Bedingung der Zurückziehung e. St. 1 1, 87. — unentgeltliche Rückgängigmachung der Folgen e. St. 1 1, 87; 2 1, 69. — Schweigegehd 1 1, 87; 3 1, 48; 5 42, 46.

Strafe. — St. u. Schadensersatz 2 1, 126. — Art der Entschädigung s. unschuldig erlittene St. 3 1, 90 (vgl. Haftentschädigung, Strafhaft). — Ersatz für d. durch Ehrenminderung verursachten Erwerbsschäden 3 1, 95.

Straffähigkeit s. Deliktstrafbarkeit.

Strafhaft. — Entschädigung des im Wieder-
aufnahmeverfahren Freigesprochenen s.
Untersuchungshaft. — Tragung der Haft-
kosten durch den Unterhaltspflichtigen?
7 495. — Haftung des Staates s. falsche
Behandlung e. Strafgefangenen durch
den Anstaltsarzt 7 368.

Straflosigkeit. — St. von Selbsthilfehand-
lungen 2 1, 108. — St. von Notstands-
handlungen 1 1, 140; 2 1, 107; 3 1, 69. —
St. involviert nicht Befreiung von der
Ersatzpflicht 3 1, 69.

Strafrecht s. Rechtswidrigkeit, Straflosigkeit,
Schwägerschaft. — Beziehung u. Überein-
stimmung zwischen St.- und Zivilrecht 2 1,
116, 126 ff. — Gründe für eine anzustrebende
Übereinstimmung der Begriffe in St.-
u. Zivilrecht 2 1, 126. — Frage nach d.
Bestehen e. Vertrags nach BGB. zu ent-
scheiden 4 49. — § 187 Abs. 2 BGB. s.
Lebensalterberechnung anwendbar 2 1,
93; 4 56. — inwieweit sind rechtskräftige
Zivilurteile für den Strafrichter bindend
(Ehescheidungsurteil, negatives Ehesch-
stellungsurteil) 6 826, 827. — Bindende
Kraft e. Strafurteils für den Zivilrichter
1 3, 176.

Strandungsordnung s. Seerecht. — Zu-
ständigkeit der Strandbehörden zur Fest-
setzung des Berge- oder Hilfslohnes in nicht
an der deutschen Küste vorgekommenen
Fällen 2 2, 269 (vgl. 6 719). — Begriff
der „gütlichen Einigung“ im § 36; Ab-
schluß während der Seenot 2 2, 269. —
Verfahren, wenn der Dritte, dem die
Festsetzung des Betrags der Vergütung
durch Vereinbarung übertragen ist, ab-
lehnt 2 2, 269. — Aktiv- und Passivlegiti-
mation bei Klage nach § 39; Anwendung
des § 265 ZPO. 3 2, 117. — Wirkung
eines öffentlichen Verkaufs des gestran-
deten Schiffes zur Deckung der Beseiti-
gungskosten (§ 25 StrandD.) auf die
Pfandrechte der Schiffsgläubiger 5 730. —
§ 25 StrandD. gegenüber landesrecht-
lichen Bestimmungen 6 719. — Möglichkeit,
die Beseitigung e. gesunkenen Schiffes
billiger als gesehen zu bewirken (§ 25)
6 719. — Anwendung der StrandD. auf
Häfen, in denen Seeschiffe verkehren
6 718. — „Seenot“ in Zugangsgewässern?
6 718. — analoge Anwendung des § 8 auf
Bergung von Binnenschiffen 6 719. —
ausgebaggerte Gegenstände als zoll-
pflichtiges Strandgut 6 719. — Zuständig-
keit der Strandämter bei mit den deutschen
Küsten nicht in räumlicher Beziehung
stehenden Angelegenheiten? 6 719. —
Einfluß e. vom Strandamt trotz Unzustän-
digkeit auf Antrag der Parteien provisorisch
abgegebenen Schiedspruchs auf d. ordent-
liche Verfahren 6 719. — Kosten für Ver-
tretung vor dem Strandamt als Kosten

des ordentlichen Rechtsstreites? 6 719. —
Anwendung der §§ 4, 21 auf Kriegsschiffe
u. deren Zubehör 7 700. — Folgen, wenn
das Strandamt die Einleitung des Ver-
fahrens nach § 26 StrandD. ablehnt 7 700.
— Frist für Erhebung e. Widerklage auf
Erhöhung des Bergelohnes, wenn der
Bergelohnschuldner innerhalb der Frist
des § 39 Abs. 2 gegen den Bescheid des
Strandamtes Klage erhebt 7 700. — Klage,
wenn das Strandamt sich für unzuständig
erklärt hat (§§ 36, 39) 7 700. — Bescheiden
des Rechtswegs gegen den Bescheid der
Aufsichtsbehörde vor Zustellung des Be-
scheides (§ 39) 7 700.

Straßen s. unerlaubte Handlung, öffentliche
Straßen, Straßenanlieger, Straßenver-
kehr, Beleuchtung, konkurrierendes Ver-
schulden. — gleichzeitiger Schaden u.
Vorteil e. Anliegers durch Straßenver-
änderung (vgl. compensatio lueri cum
damno) 7 105, 116. — Haftung der Ge-
meinde bei Kanalarbeiten (s. Ge-
meinde) 7 135.

Straßenanlieger vgl. Straße. — Recht auf
die Straße 2 1, 533; 6 398, 399; 7 422.

Straßenbahn. — Natur der Fahrkarte 3 2,
111 (s. Eisenbahn, Fahrkarte). — Ver-
wahrungsfrist der St. hinsichtlich zurück-
gelassener Sachen 4 226. — Vertrag mit
St.-Schaffnern 3 1, 249. — Wagenführer
kein „Vertreter“ einer St.-Gesellschaft i. S.
des § 31 BGB. 2 1, 19. — Verweigerung
der Vorzeigung der Fahrkarte; Recht der
Bahn 3 1, 85. — St.-Unfälle 2 1, 149;
3 1, 99, 353; 4 82, 275 f.; 5 94, 358;
6 103; 7 113 (s. unerlaubte Handlung,
konkurrierendes Verschulden). — § 254
BGB. bei St.-Unfällen anwendbar? 2 1,
148; 3 1, 98 (vgl. konkurrierendes Ver-
schulden). — Verhältnis d. § 276 BGB. zu
§ 1 HaftpfW. 2 1, 189. — Haftung des
Wagenführers 6 127.

Straßenverbände. — mit beschränkter Haf-
tung in Etsch-Notbringen 4 15.

Straßenverkehr s. Kutscher, Marktverkehr,
unerlaubte Handlung (§ 823). — Regelung
des St. (§ 37 GewD.) durch Einzelver-
fügung für den konkreten Fall? 4 937.
— Verfassung der Genehmigung für die
im § 37 GewD. aufgeführten Gewerbe
4 937. — Fortgeltung des Art. 152 Abs. 1
bayer. PolStGB. 4 937. — Anwendung
des § 37 GewD. auf den Verkehr auf
öffentlichen Strömen, an denen ein Ort
liegt 4 937. — Art u. Maß der im St.
zu prästierenden Sorgfalt 6 121, 122;
7 352.

Streit (s. Handelsklauseln, unerlaubte Hand-
lung) 7 359. — Einfluß des St. der Bahn-
angestellten auf Haftung der Bahn wegen
Verlustes oder verspäteter Ablieferung
der Güter 4 645, 646; 5 718 (s. Eisenbahn).
— St. als Auflösungsgrund s. Arbeitsver-

(Streitgegenstand)
 thefengewährung 5 748. — Darlehnskündigung 1 3, 18. — bei Geltendmachung gemeinschaftlicher Rechte 1 3, 18. — Klage auf Herausgabe eines Sparkassenbuchs, e. Depotscheines 1 3, 17, 18; 6 741; einer Police 3 2, 338, 342; 6 742; einer Wechselunterschrift 3 2, 338 (s. 4 666); eines Geschäftsbuches 3 2, 338; eines Wechsels oder e. anderen auf e. Gelbbetrag lautenden Urkunde 6 741. — Klage auf Herausgabe von Testamenten und anderen über e. Vermögen oersfügenden Urkunden 6 741, 743. — Klage auf Herausgabe e. Hypothekenbriefes über e. gebierte Hypothek 6 741. — Klage auf Abtretung einer Forderung u. Herausgabe des Schuldtitels 6 741. — Gebrauchsmusterklagen 1 3, 18. — Aufhebung eines Gewerblichkeitsbeschlusses 1 3, 18. — Verfahren über Aussetzungsantrag 3 2, 340. — Klage auf Leistung des Offenbarungseides 1 3, 17, 18; 3 2, 339 (über den Nachlaß); 4 667; 6 924. — Nichtigerklärung e. Vertrags 6 738. — Klage auf Räumung e. Grundstücks auf Grund e. einstweiligen Verfügung 6 738. — einstweilige Verfügung 1 3, 18; 4 713. — Aufhebung einer einstweiligen Verfügung 3 2, 340. — Aufhebung e. die Herstellung und den Betrieb e. bestimmten Fabrikats verbietenden einstweiligen Verfügung 6 741. — Vollstreckungsurteil e. Schiedspruchs 3 2, 610. — Klage auf Befreiung von e. Bürgschaft für e. Miet- oder Pachtschuld 6 738. — Bornerkung 1 3, 18. — Protestation gegen e. Hypothek 3 2, 339. — Löschung e. Widerspruchs gegen die Löschung e. Sicherungshypothek 7 726. — Eintagung e. Widerspruchs hinsichtlich des gepfändeten Berichtigungsanspruchs zu einer künftigen Eigentümershypothek 7 726. — Gesuch um Einstellung der Zwangsvollstreckung 6 738. — Beschwerde gegen Kostenfestsetzungsbeschuß 3 2, 340. — Widerspruch gegen einen Teilungsplan 5 748. — Rübenlieferungspflicht eines Aktionärs 3 2, 339. — Rechnungslegung 4 666; 5 748; 6 740; verbunden mit Klage auf Herausgabe 3 2, 340; 4 689. — Anstellung e. Zeugnisses nach § 73 HGB. 5 748. — Geltung oder Nichtigkeit einer Konkurrenzklause 5 748; 6 740; 7 726. — Gesellschaftsauflösung 1 3, 18; 3 2, 338. — Auflösung e. GmbH. 3 2, 340. — Klage auf Erklärung der Auflösung e. Gesellschaft vor dem Registerrichter 6 740. — Einwilligung in den Verkauf u. Auflassung e. gemeinschaftlichen Grundstücks 3 2, 339; 6 739 (Nachlaßgrundstück). — Wohnungsrecht 5 747; 7 725. — dinglicher oder persönlicher Anspruch auf ständige Nutzung einer Sache (Wohnungsrecht) 5 747. — Nießbrauchsrecht 5 747, 748. — Bierlieferungsvertrag

4 667. — Urtheil 5 748. — gleichzeitiger Anspruch auf Befreiung von persönlicher und dinglicher Haftung 4 666. — Abnahme der Kaufsache u. Zahlung des Preises, wenn während des Streites die Kaufsache nach Vereinbarung versteigert wird 4 713. — Abnahme der Kaufsache 3 2, 339, 342, 503; 4 666; 5 747; 6 738. — Klage auf Einwilligung in die Wandelung 4 666. — Klage auf Einwilligung u. Erfüllung der Wandelung 6 739 (2). — Einklagung e. abgestuften lebenslänglichen Rente 6 738 (vgl. 3 2, 343). — beschränkt erhobene Schadensforderung 3 2, 502. — Schadensersatzklagen (wenn die Festsetzung dem richterlichen Ermessen überlassen ist) 4 667; Vergleich über solche Klagen 4 667. — Fälligkeit e. Forderung 3 2, 339, 343 (vgl. unten § 6). — Besitzstörungen 6 738. — Verbot, ein bestimmtes Haus zu betreten 3 2, 339. — Aufhebung der ehemännlichen Verwaltung u. Nutznießung 4 666. — Klage auf Auflassung gegen Miterben 6 740. — Klage eines Miterben gegen die anderen auf Erfüllung von Nachlaßverbindlichkeiten 3 2, 340. — Klage auf Übereignung und Auflassung e. Nachlaßgrundstücks 6 739. — Klage auf Anerkennung des Erbrechts u. Herausgabe der Erbschaft 5 748. — Klage gegen den Erben auf Zahlung aus den Mitteln des Nachlasses 3 2, 340, 343; 6 1196. — Klage des Vorerben gegen den Nacherben auf Zustimmung zur Kündigung e. Hypothek 6 738. — Unterfagung von Zeitungsinseraten und Bekanntmachung des Urteils 4 666. — Klage mehrerer Erben auf Leistung an alle 7 727. — Klage e. Miterben gegen den anderen auf Hinterlegung zu Unrecht aus dem Nachlaß erhaltener Gegenstände 7 726. — Klage auf teilweisen Schadensersatz wegen Nichterfüllung eines Lieferungsvertrags u. Widerklage auf Feststellung des Nichtzustandekommens des Vertrags 6 739. — Geltendmachung des Rechtes e. Miterben auf Feststellung u. Sicherung des Nachlasses bezüglich einer Nachlaßforderung 6 740. — Klage auf Auskunftserteilung über den Nachlaß (§ 2028 BGB.) 6 740; 7 726. — Klage des Agenten auf Erteilung e. Buchauszugs (§ 91 HGB.) 6 740; 7 726. — Streit über die Zeitdauer e. der Höhe nach nicht bestrittenen Kredits 6 740. — Aufhebung der ehelichen Gütergemeinschaft 6 740. — Klage gegen die gütergemeinschaftliche Ehefrau auf Zustimmung zu e. vom Manne erklärten Auflassung 3 1, 480; 3 2, 343. — Feststellung, daß der von der Versicherungsgesellschaft für gelöst erklärte Vertrag noch zu Recht bestehe 6 740. — Immissionsprozeße 6 740. — Streit, ob Beklagter zu einem niedrigeren Preise liefern müsse 6 741. — Fest-

stellung einer nur teilweise bestrittenen Konkursforderung 6 741. — Ungültig-
erklärung e. dem Kläger jede Verfügung über e. Hypothekenbrief unterjagenden
amtsgewöhnlichen Beschlusses 6 741. — Feststellung, daß über einen Anspruch
nicht vom Schiedsgericht, sondern von den
ordentlichen Gerichten zu entscheiden sei
6 741, 742. — Streit über das Eigentum
an einem Friedhof 6 742. — Klage auf
Schadensersatz; Widerklage auf Einwilli-
gung in die Rückgabe der zur Abwendung
des Arrestvollzugs hinterlegten Sicherheit
6 742. — Streitwert bei Vergleich; Ein-
ziehung nicht rechtshängiger An-
sprüche 6 742, 1195 (f. G.R.G.). — Un-
wirksamkeitserklärung e. Pfändung 6 742,
743. — bei Klage auf Herstellung des
ehelichen Lebens u. Widerklage auf
Scheidung, Identität des St. 6 743. —
wenn Beklagter nur die Fälligkeit oder die
vom Kläger erlangte Art der Erfüllung
bestreitet 6 1196. — Klage auf Befreiung
von e. Bürgschaft 6 278. — Klage auf
Erfüllung Zug um Zug 6 1196. — Dul-
dung der Zwangsvollstreckung 3 2, 342,
502; 6 1196. — Klage auf vorrechtliche
Befriedigung aus e. hinterlegten Teilungs-
verfahren nach § 887 ff. Z.P.D. 7 881. —
für das Nachverfahren im Urkundenprozeß,
wenn wegen inzwischen erfolgter Erledi-
gung der Hauptsache nur Rückerstattung
der beigetriebenen Zinsen u. Kosten ver-
langt wird 7 847. — Anspruch auf Unter-
lassung e. Wohnotts 7 725. — Klage einer
Krankentasse auf Feststellung, daß sie für
gewisse Arbeiter nicht zuständig sei 7 725. —
Berechnung bei Klage auf e. abgestufte
Rente 7 725. — Vorlage e. Vermögens-
verzeichnisses nach § 254 Z.P.D. 7 726. —
Klage auf Beschaffung e. Hypothek-
löschungsbewilligung gegen Rückzahlung
des Darlehens 7 726.

Streitgegenstand nach § 4 Z.P.D.
— keine Anwendung des § 4, wenn
nicht der Wert, sondern der St. selbst
sich ändert 6 742. — Änderungen des
Streitwerts zwischen Einreichung u. Zu-
stellung der Klage 1 3, 9, 18. — Wert
bei Berufung gegen ein Urteil, durch das
dem Grunde nach einem in der letzten
Verhandlung gestellten, vom ursprüng-
lichen Klageantrag abweichenden Antrag
entsprochen wird 6 742.

Zinsen (§ 4 Z.P.D.). — vom Gesell-
schafter einer G.m.b.H. bei Bezug mit
Zahlung der Einlage nach § 20 G.m.b.H.G.
zu zahlende 3, 7 1074. — bei Prioritäts-
streitigkeiten 1 3, 18. — bei Inter-
ventionsklagen nach § 771 Z.P.D. 1 3, 18;
3 342 (f. Widerspruchsklage). — bei Klagen
nach § 767 Z.P.D. 1 3, 18. — Zinsen als
einziger St. in der Revisionsinstanz 3 2,

341; 4 666/667. — neben dem Anspruch
auf Schuldbefreiung erhobener Anspruch
auf Erstattung der gezahlten 3, 4 666.
— mit der Hauptschuld in eine Summe
zusammengeschafte 3. und Kosten 4 667.
— zum Kapital geschlagene 3. beim
Kontoforrent und bei laufenden Rech-
nung 7 727. — Erfaß e. verauslagter
Provision samt 3. 4 667.

Anderere Nebenforderungen im
Sinne des § 4 Z.P.D. — Begriff
der R. 3 2, 341; 5 748. — Interzessen
bei der Wandelung 1 3, 18, 19; 2 1,
285; 3 1, 222; 3 2, 341; 5 199; 7 209;
bei Klage auf Zahlung des Preises 5 748.
— Nütungen bei Klage auf Herausgabe
des Grundstückes 3 2, 341. — Schadens-
ersatzforderung neben der Klage auf Auf-
hebung des Vertrages 3 2, 342. — Zoll
und Fracht bei Wandelung 5 748. — vor
Klagerhebung gemachte Gänge des
Klägers 5 749. — Einflagung e. Vertrags-
strafe neben dem Hauptanspruch 6 742.

— Transport- und Tierarztkosten 3 1, 222.
Kosten im Sinne des § 4 Z.P.D.
— bei Beschwerden gegen Entschei-
dungen über den R.-Punkt oder gegen R.-
Festsetzungsbeschlüsse 1 3, 19. — Kosten
eines mit einem Dritten geführten Pro-
zesses 4 667; insbesondere bei Gewähr-
leistungsansprüchen 3 2, 341, 503. —
Kosten des gegen den Hauptschuldner
geführten Prozesses bei Klage gegen den
Bürgen 3 2, 341, 503; 7 727. — R. bei
Eintrag einer Zwangshypothek 3 2, 342.
— R. bei Interventionsklagen 1 3, 18;
3 2, 342. — Lager-R. für die Ware bei
der Wandelungsklage 4 666. — Zinsen
u. R. bei Klagen nach § 717 Abs. 2 Z.P.D.
6 742 (vgl. prozessuales Verschulden).
— dem Käufer durch Prozeß mit
e. Dritten wegen Eviction entstandene
Kosten als Hauptsache bei der Einflagung
des Erlases gegen den Verkäufer 7 198.

§ 5 Z.P.D. **Zusammenrechnung**. —
mehrere Ansprüche der Widerklage 1 3, 19. —
mehrere Arreste oder einstweiliger Ver-
fügungen 1 3, 19. — keine Zusammenrech-
nung mit akzessorischen Ansprüchen 1 3,
19 (Anerkennung des Eigentumes und
Rechnungslegung oder Herausgabe der
Nütungen). — „Leistung und Sicher-
stellung“ mehrerer Ansprüche? 5 749.
— Widerklage: Herabsetzung des Betrags-
in 2. Instanz in Folge Verzichts des
Klägers 5 749. — keine Zusammen-
rechnung der mehreren Klageansprüche bei
unzulässiger Klageverbindung (z. B. wegen
Bestehens e. ausschließlichen Gerichts-
standes) 6 743. — 3. bei Hauptinter-
vention (§ 64 Z.P.D.) 6 756. — unrichtige
3. 7 727. — Klage gegen die Frau auf
Löschung, gegen den Mann auf Duldung
7 727. — 3., wenn es an der Selbständig-

(Streitgegenstand)

keit d. e. Anspruchs fehlt; Leistungsanspruch als Folge des gleichzeitig erhobenen Feststellungsanspruchs 7 727.

§ 6 **B. D. Besiz, Sicherstellung, Pfandrecht.** — Wert = gemeiner Wert **3 2, 342; 6 741.** — Abzug der Hypotheken **3 2, 342.** — Abzug vorgehender Forderungen **1 3, 19.** — Aufsetzungsflagen e. Konkursverwalters auf Rückgewähr **1 3, 17, 19; 7 727.** — Feststellung der Nichtigkeit einer Eigentumsübertragung **5 747.** — Auflassung **1 3, 19** (s. oben § 3). — Klage des Käufers eines Nachlaßgrundstücks gegen e. die Auflassung weigernden Miterben **7 727.** — Rückauflassung **5 747.** — Vermessung u. Auflösung des durch die Vermessung abzugrenzenden Grundstücks **7 727.** — Klage auf Entgegennahme der Auflassung (s. § 3) **1 3, 17; 3 2, 339; 4 666; 5 747.** — Klage auf Zustimmung der gütergemeinschaftlichen Frau zur Auflassung des Mannes **3 1, 480; 3 2, 343.** — Streit über Eigentum u. Besiz **3 2, 343.** — Mitbesiz **1 3, 19.** — wegen eines Zurückhaltungsrechts vorenthaltener Besiz **7 727.** — Besiz (mittelbarer, unmittelbarer, Eigen-, Fremd-B.) **5 749.** — Arrest und einstweilige Verfügung **1 3, 18, 19** (s. oben § 3). — Löschung e. Hypothek **1 3, 19; 3 2, 342; 4 666; 5 749.** — Absouderung im Konkurs **1 3, 19.** — Prioritätsfreitigkeiten **1 3, 19; 5 749.** — Klage auf Abtretung e. Hypothek **3 2, 342; 6 741.** — negative Feststellungsflage über e. Pfandrecht **5 749.** — Herausgabe e. Testaments **6 743** (vgl. 741). — Klage auf Auflassung und Minderung des Kaufpreises **6 743.** — Aufhebung einer Pfändung laufender u. künftiger Mietzinsen **6 743.** — Unzulässigkeitserklärung e. Pfändung **6 743.** — Besizstörungen **6 738.** — Abzug der vorausgehenden Pfandrechte bei Klage aus e. Pfandrecht **7 727, 728.** — Klage des Vermächtnisnehmers gegen die Erben auf Umschreibung des vermachten Grundstücks **3 2, 339.** — Herausgabe e. Sache **5 749** (s. oben § 3). — Herausgabe e. Police **3 2, 342; 6 742** (vgl. oben § 3). — Herausgabe e. entzogenen Grundstücks in lastenfreiem Zustande (also Löschung von Hypotheken) **5 749.** — Räumungsflage **3 2, 339** (bei einem als Bordell vermieteten Hause). — Forderung: Feststellung **3 2, 342; 3 2, 342; 6 743; 7 728.** — negative Feststellungsflage **5 749; 6 743; 7 728.** — Streit über die Fälligkeit **3 2, 339, 343.** — Klage auf Sicherheitsleistung, wenn Beklagter zu e. anderen als der verlangten Sicherheitsleistung bereit ist **7 727, 728.** — Sicherheitsleistung für künftige, der Höhe nach nicht feststehende Forderungen **3 2, 339, 343.** — Klage auf Befreiung von der persönlichen Schuldverbindlichkeit gegen den Hypothekgläubiger **6 743.**

— gleichzeitiger Anspruch auf Befreiung von persönlicher und dinglicher Haftung **4 666.** — Befreiung von e. Bürgschaft **6 278.** — Bindung der vom Vermieter auf Grund seines Pfandrechts zurückbehaltenen Sachen seitens e. Dritten **4 667.** — Einflagung e. Forderung gegen die beschränkt haftenden Erben **3 2, 340, 343; 6 1196.** — Einflagung e. möglicherweise nicht ganz beizutreibenden Forderung **7 726.** — Einstellung der Zwangsvollstreckung ohne, statt gegen Sicherheitsleistung **7 728.** — Klage auf Duldung der Zwangsvollstreckung **3 2, 342, 502; 6 1196.** — Offenbarungseid **4 667; 6 924** (s. oben § 3). — Abnahme d. Kaufsache fällt nicht unter § **6 3 2, 339, 342** (s. oben § 3). — Wohnungsrecht **5 747; 7 725.** — Streit über das Eigentum an einem Friedhof **6 742.** — keine Anwendung des § **6**, wenn nicht d. Rückgewähr e. Sache als Einzelleistung, sondern die Aufhebung der ganzen aus Leistung u. Gegenleistung bestehenden Rechtsverhältnisse verlangt wird **7 727.**

§ 7. **Grunddienstbarkeiten.** — Streit über den Umfang e. unstreitige Dienstbarkeit **7 728.** — Mehrwert anderer Grundstücke des herrschenden Eigentümers **1 3, 19.** — Ausleihung e. Grundstücks gegen einmalige Zahlung **3 2, 338.** — Feststellungsflagen **5 749.** — Befreiung der Beeinträchtigung einer Grunddienstbarkeit **5 749.** — Klage gegen den Verkäufer e. Grundstücks auf Befreiung e. Grunddienstbarkeit **6 743.** — Realgarbituten, nachbarrechtliche Eigentumsbeschränkungen **6 743; 7 728.** — Klage auf Duldung e. Überbaues **6 743; 7 728** (Überbaurente). — Feststellung der nach § 7 **B. D.** in Betracht kommenden Verhältnisse nach § **3?** **7 728.**

§ 8. **Pacht und Miete.** — nur bei Klagen zwischen Mieter u. Vermieter **7 3, 20.** — bei Miterpacht **1 3, 20.** — Räumungsflagen **1 3, 20; 5 749.** — Mietverhältnis auf unbestimmte Zeit **4 667; 5 749.** — „streitige Zeit“ Bestimmbarkeit **5 749.** — Rücktritt vom Mietvertrag **6 739.**

§ 9. **Wiederkehrende Leistungen.** — Rückstände von Mimenten **1 3, 20; 3 2, 343.** — Mimente auf Lebenszeit **1 3, 20.** — Mimente des unehelichen Kindes **1 3, 20.** — Anspruch e. Verußgenossenschaft nach § 147 **B. D.** gegen den Schuldunternehmer **7 728.** — Renten nach §§ **843, 844 B. D.** **1 3, 20.** — Renten wegen Körperverletzung auf Grund eines Vertrags **5 749.** — Nutzungen von wechselnder Höhe **3 2, 343; 6 738.** — Klage e. Frau (mit Zustimmung des Mannes) auf Schadenersatz wegen Minderung ihrer Erwerbstätigkeit **6 743.** — Feststellung der Unablösbarkeit

Fette Zahlen = Jahrz.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

e. Fideikommisskapitals u. Klage auf Zahlung der jährlichen Zinsen **3 2, 343.** — Überbaurente **7 728.** — Nießbrauchsrecht? **5 747, 748.** — Klage auf Zahlung künftig fälliger Miete nach § 259 **3 P.D. 7 728.** — Anteile, verbunden mit Wohnungsrecht **5 748.** — Berücksichtigung des Antrags auf Anerkennung der Vater-schaft bei Alimentenklage **1 2, 142** (s. **GB.**).

Streitgenossenschaft.

Allgemeines **7 739.** — Gesellschaft i. S. d. **WGB.?** **3 2, 360.** — zivilrechtliche Pflicht zur Kostenverteilung in anderer Weise als im Prozeß **3 2, 360.** — Geltendmachung e. Anspruchs durch mehrere Kläger zur gesamten Hand, nach Bruchteilen „in quantitativer Teilung“, als Gesamtgläubiger nach § 428 **WGB.** oder als mehrere Gläubiger einer unteilbaren Leistung nach § 432 **aaD. 3 2, 360.** — Zuständigkeit d. gleichen Gerichts u. Zulässigkeit d. gleichen Prozeßart als Voraussetzung **1 3, 35.** — Zusammenrechnung d. verbundenen Ansprüche für d. sachliche Zuständigkeit **1 3, 35.** — müssen d. Klageansprüche begründet sein? **3 2, 361.** — Verwertung d. Aussage e. später als St. in den Prozeß eintretenden Zeugen **6 754.** — Klageabweisung oder Trennung bei Unzulässigkeit d. St.? **7 739.**

Einfache Streitgenossenschaft. — rechtlicher Charakter **1 3, 36.** — Tod eines Streitgenossen **1 3, 36.** — bei Prozeßverbindung nach § 147 **3 P.D. (?) 1 3, 76.** — Eigentümer u. unmittelbarer Besitzer als Streitgenossen im Interventionsprozeß **3 2, 361.** — Hauptschuldner u. Bürge **3 2, 362.** — Ansprüche gegen Miteigentümer **3 2, 362** (s. unten notwendige St.). — Klage gegen mehrere Miterben auf Anerkennung d. Miterbenrechtes d. Klägers **4 673.** — Klage gegen d. Frau auf Leistung, gegen den Mann auf Duldung d. Zwangsvollstreckung **4 673** (s. Zwangsvollstreckung u. unten notwendige St.). — Klage gegen Aussteller und den Akzeptanten e. Wechsels; Versäumnisurteil gegen den ersten, bedingtes Endurteil gegen den zweiten; Berufung d. Klägers gegen beide Streitgenossen zulässig? **6 754** (vgl. **1 3, 37.**) — mehrere Wechselverpflichtete **4 1002; 6 1135.** — Rechtsmittelinlegung seitens eines Streitgenossen **3 2, 361; 5 755.** — Urteilszustellung an einen Streitgenossen **3 2, 362; 6 754.** — Urteilszustellung seitens eines Streitgenossen **5 755.**

Notwendige Streitgenossenschaft. — rechtlicher Charakter **1 3, 36; 3 2, 361; 5 755.** — Möglichkeit gesonderter Klagen trotz notwendiger einheitlicher Feststellung **5 756.** — Anfechtungsklagen? **5 755; Feststellungsklagen**

5 755. — Wechselrecht; Aussteller u. Akzeptant? **1 3, 37; 4 1002; 6 754, 1135.** — Gesamtgutsverbindlichkeiten **5 755.** — Eheleute: Klage gegen d. Frau auf Leistung, gegen den Mann auf Duldung (Str.) **1 3, 37; 2 1, 263; 4 673; 5 755; 7 481** (s. Zwangsvollstreckung). — Klagen d. Ehegatten u. Abkömmlinge nach Beendigung d. Gütergemeinschaft **5 755.** — bei Anfechtungsklage gegen eine Entmündigung **5 842 (2).** — mehrere Nichtigkeitskläger nach § 75 **EmbGG. 2 2, 296.** — Miteigentümer einer Aktie **5 673.** — Mitglieder e. offenen Handelsgesellschaft **7 739.** — Enteignung; Klage mehrerer Miteigentümer auf Entschädigung? **1 3, 37.** — Herausgabe der für mehrere hinterlegten Sache **5 755.** — vindikation mehrerer Miteigentümer **5 756.** — Schuldner derselben Leistung **1 3, 37.** — Gesellschafter nach § 705 **WGB. 1 1, 423; 2 1, 433, 435; 5 276, 755.** — Mitglieder e. nicht rechtsfähigen Vereines **5 755.** — Gemeinschaft e. Einrede **1 3, 37.** — Wandelungsklage mehrerer Käufer oder gegen mehrere Verkäufer **5 755.** — Klage wegen Nichtigkeit e. Rechtsgeschäfts **5 756.** — Kündigung, Rücktritt mehrerer **5 755.** — Gesellschafter e. aufgelösten Gesellschaft als Beklagte wegen e. Gesellschaftsschuld **3 2, 362.** — Hauptschuldner u. Bürge? **3 2, 362.** — Erbengemeinschaft: Eintritt derselben im Lauf d. Prozesses **3 2, 362.** — Aufhebung d. Erbengemeinschaft während d. Prozesses **3 2, 362.** — Miterben **5 567, 568, 569, 755; 6 754.** — Teilungsklage d. Miterben **5 755.** — mehrere Miterben gegenüber d. Klage auf Feststellung e. Forderung als Nachlassforderung oder gegenüber d. Klage auf Befriedigung aus d. ungeteilten Nachlass **4 673.** — Klage mehrerer Miterben nach § 861 **WGB. 5 756.** — Mitglieder e. Realgemeinde **3 2, 354.** — Drittschuldner u. Schuldner keine n. St. **6 754.** — Klage d. Hauptintervenienten, dem e. Hypothek verpfändet ist, gegen Hypothekgläubiger und Schuldner auf Anerkennung seines Pfandrechts u. gemeinsame Zahlung an ihn und den Hypothekgläubiger **6 754.** — Widerspruchsklage gegen d. von 2 Gesellschaftern einer früheren offenen Handelsgesellschaft bewirkte Pfändung **6 754.** — mehrere Inhaber e. Gebrauchsmusters gegenüber d. Fälschungsklage **6 755.** — Nichtigkeits-erklärung e. Patents bei mehreren Patentinhabern **6 755.** — analoge Anwendung d. § 62 **3 P.D.**, wenn 2 Personen, die getrennt hätten verklagt werden können, zusammen verklagt werden **6 755.** — nach Verkündung d. erstinstanzlichen Urteils, aber vor Einlegung d. Berufung erfolgte Auflösung einer offenen Handelsgesellschaft **6 755.** — Mutter u. un-

(Streitgenoffenschaft)

eheiliches Kind bei Klagen gegen den Kindesvater? **3 1, 524.** — mehrere Verkäufer bei der Wandelungsklage **5 194.** — Vorstandsmitglieder e. einzutragenden Vereins im Verwaltungsverfahren **1 1, 44.** — Miterben, die auf Hinterlegung an alle Erben Klagen **7 538.** — mehrere ein Grundstück zu ideellen Theilen erwerbende Käufer bei d. Klage auf Auflassung oder bei den gegen sie gerichteten Klagen auf Nichtigkeit d. Kaufes? **7 739, 740.** — mehrere auf Unterhalt verklagte Abkömmlinge **7 740.** — Klage mehrerer Miterben auf Hinterlegung an alle **7 740.** — mehrerer beklagter Miterben in d. Prozeß darüber, ob sie ihre Eigenschaft als Testamentserben durch die 2. Ehe d. Klägers u. die Geburt e. Kindes in derselben verloren haben? **7 740.** — mehrere auf Löschung verklagte Inhaber e. Gebrauchsmusters **7 1132.** — Ladung d. Streitgenossen und der Hauptpartei zu der von den Nebenintervenienten eingelegten Verurteilung **4 673.** — Unterlassung d. Zuladung d. anderen Streitgenossen zu der von einem Streitgenossen eingelegten Verurteilung **4 673.** — Verurteilung eines Streitgenossen unter Zustellung d. Verurteilungsschrift an die übrigen **5 756.** — Zurücknahme e. Rechtsmittels gegenüber einem Streitgenossen **4 673.** — Zurücknahme e. Rechtsmittels durch einen Streitgenossen **1 3, 36.** — Urteilszustellung d. einen Streitgenossen: Lauf der Rechtsmittelfrist **1 3, 36.** — Urteilszustellung an einen Streitgenossen **3 2, 362; 4 673.** — Anerkenntnisse, Verzicht, Vergleiche e. Streitgenossen **1 3, 37; 3 2, 361; 5 756.** — Geständnis eines Streitgenossen **3 2, 361, 452.** — Prüfung d. Förmlichkeiten d. Rechtsmittels **1 3, 36.** — gesonderter Lauf der Rechtsmittelfristen **1 3, 36, 191; 3 2, 362; 4 673.** — Vertretung bei solchen Prozeßhandlungen, die d. Vertreter für sich nicht selbst vornehmen konnte **1 3, 36.** — Versäumnis des einen, wenn in dem gleichen Termin d. andere über sich Anerkenntnisurteil ergehen läßt **3 2, 361.** — Tod e. Streitgenossen **3 2, 361.** — Verurteilung nur gegenüber einem von mehreren notwendigen Streitgenossen **4 673; 5 756.** — Beachtung d. Notwendigkeit d. St. von Amis wegen: Ausnahme bei Anerkenntnisurteilen **5 755.**

Streitverkündung. — Verhältnis von § 72 ZPO. zu § 209 Ziff. 4 BGB. **6 758.** — St. u. Verjährungsunterbrechung; Begriff d. Abhängigkeit im § 209 Ziff. 4 BGB. **3 1, 67; 5 64; St.** im ausländischen Prozeß; demande en garantie **4 61; 5 64.** — tann d. Gegner d. Streitverkündenden Zurückweisung d. Litisdenunziationen verlangen? **3 2, 365.** — Wirkung e.

im Ausland erfolgten Verurteilung gegenüber dem im inländischen Regreßprozeß Beklagten, d. trotz St. dem ausländischen Prozeß nicht beigetreten war **3 2, 365.** — Abhängigkeit d. Schadensanspruchs von dem Unterliegen d. Streitverkünders **5 758.**

— St. im schiedsrichterlichen Verfahren **3 2, 366.** — zu spätere St. **5 758.** — Mittheilung e. Abschrift d. Klage an den Litisdenunzianten? **6 758.** — genügt die Tatsache d. St. zum Nachweis d. Interesses d. Nebenintervenienten? **6 758 (2).** — Kosten d. St. **3 2, 365,** wenn d. Litisdenunziant nicht beiträgt **4 700** (vgl. Prozeßkosten). — zuständiges Gericht bei St. nach Zustellung d. Urteils u. vor Einlegung d. Rechtsmittels **3 2, 491/492.**
Streupflicht vgl. unerlaubte Handlung (§ 823 BGB.). — Haftung d. Verpflichteten bei culpa in custodiendo **1 1, 51, 189.** — entschuldbarer Irrtum bez. d. St. **5 111.** — St. d. Vermieters **2 1, 294; 5 208.** — St. auf Bahnhöfen, Haftung d. Bahnstizus **2 1, 26, 194; 3 1, 135; 4 20.**
Strohmann s. Scheingeschäft. — Abschluß e. Geschäftes mit e. St. **6 44.**

Stundung s. Darlehen, Fälligkeit, Leistungszeit, Mahnung. — Begriff **2 1, 100; 3 1, 66.** — St. als selbständiges Verteidigungsmittel nach § 289 ZPO. **7 797.** — St. als Einrede? **2 1, 100; 3 1, 64; 4 60.** — Beweislast **7 122, 797** (s. diese). — Beitreibung e. gestundeten Betrages **3 1, 86.** — Ausschluß d. Retentionsrechts bei St. **2 1, 169.** — Wegfall d. Gebundenheit bei Forderunggefährdung **5 106.** — Antwort bei e. Antrag auf St. notwendig (§ 151 BGB.) **2 1, 77.** — Nichtbeachtung e. Briefes, worin Gläubiger St. gewährt **3 1, 66.** — Beginn d. kurzen Verjährung bei St. d. Schuld bis zu e. gewissen Zeitpunkt **5 62.** — St. als Hemmungsgrund d. Verjährung **3 1, 66; 5 63.** — St. d. Werkvergütung d. Bestellers **2 1, 381.** — St. gegen Wechselzept **1 1, 178; 3 1, 119; 7 141, 142, 656** (s. Wechsel). — St. d. Kaufpreises, Beweislast **1 1, 98; 2 1, 273; 3 1, 118.** — Rücktritt von e. Moratorium wegen veränderter Umstände **5 51, 7 66** (s. clausula rebus sic stantibus). — Rücktritt d. Verkäufers aus § 454 BGB. **1 1, 344.** — nach 1900 erklärte St. eines vorher entstandenen Anspruchs **4 543.** — bedingte St. im Zwangsversteigerungsverfahren, bedingte Bewilligung d. Aufhebung d. Verfahrens **6 945.**

Subjektives Recht. — Begriff u. Wesen **2 1, 71, 98.** — Beweislastlehre u. Lehre von dem Mindeststatbestand eines f. R. **4 63, 64.** — Beziehungen d. Anspruchs zum f. R. **2 1, 118.** — Verzicht auf die Befugnis zur Verfolgung eines f. R. **5 41.**
Submiffion s. Auslobung. — Verträge über Mitbieten oder Nichtmitbieten **6 63; 7 56**

(s. gute Sitten, *pacta de non licitando*). — Verträge über scheinbares Mitbieten **3 1, 48**. — Verpfahren e. Abgabe an Konkurrenten seitens d. siegreichen Submittenten s. gute Sitten. — Zurücknahme d. Angebots seitens d. Submittenten, der seiner Konkurrenz für den Fall seines Sieges e. Abgabe verspricht (§ 162 BGB.)? **6 73**. — vorherige Zusage d. Übertragung d. Werkes an den Submittenten, falls er zu gleichen Bestimmungen wie die Konkurrenz liefert; Auslegung **6 71**. — kein Anspruch d. Differenzen auf Aufwandsvergütung **4 206**. — keine Anfechtung d. Offerte wegen Verfehlers bei Berechnung d. Anschlags **2 1, 55**. — Zustandekommen d. Werbestrags mit dem siegreichen Konkurrenten **7 261**. — Anrecht d. Bestellers auf die eingereichten Entwürfe **7 261**. — Übertragung d. Arbeit an keinen d. Konkurrenten **7 261**. — Gesellschaft zur Hebung d. bei S. üblich gewordenen, niedrigen Preise **7 289**.

Subskription auf ein Lieferingswerk als Kauf **5 187**.

Substitut s. Bevollmächtigte, Vollmacht. — als unmittelbarer Vertreter d. Machtgebers **1 1, 115; 2 1, 91; 3 1, 60; 4 55**. — Kontrahieren im eigenen Namen mit dem S. **1 1, 115**.

Sühne s. Amtsgericht, Ehefachen. — v o r dem 1. Verhandlungstermin **1 3, 131; 4 696**; Anwaltszwang hierbei? **1 3, 131**. — Anordnung d. persönlichen Erscheinens d. Parteien vor d. ersuchten Richter? **7 768**. — Ladung zur S. u. weiteren Verhandlung nach § 510 ZPO.; Mißbrauch d. § 510 **6 847**. — Kosten d. S.-Termins nach § 510 ZPO. **7 829**. — im S.-Termin erklärtes Anerkenntnis als „Vergleich“ nach § 510 Abs. 2 ZPO. **7 829**.

Entzessivlieferungsvertrag s. Abruf, Kauf. — Übergangsrecht: nach 1900 fällige Lieferungen e. vor 1900 geschlossenen Vertrags, Rücktritt, Vertragsstrafe **3 1, 694**. — Natur **5 186**. — Liefervertrag für e. bestimmten Zeitraum mit Befugnis d. Käufers zum Abruf nach Bedarf in unbestimmten Mengen S.? **6 144, 688**. — Untersuchungs- u. Rückpflicht nach § 377 BGB. **5 186**. — *exceptio non impleti contractus* (s. diese) **1 1, 226; 5 134; 7 156**. — § 322 beim S. **3 1, 159**. — mangelhafteste Lieferung einer oder mehrerer Raten **1 1, 239; 2 1, 221, 274, 279; 3 1, 161 f., 218; 4 125; 5 142, 186, 190**. — Eigentumsvorbehalt **7 200** (s. Kauf). — Wandelungsrecht **3 1, 218; 6 191**. — Wandelung bez. einzelner Raten **1 1, 350**. — Anwenbarkeit d. §§ 325, 326 **1 1, 244; 2 1, 221; 3 1, 162, 163; 5 137, 138, 139, 140, 142; 6 143** (Ver schulden d. Gegners). — § 326 beim S.; Ablehnungserklärung, Verzug, mangelndes Erfüllungsinteresse

3 1, 162; 4 126; 5 144. — Schuldnerverzug mit e. einzelnen Rate **3 2, 88; 5 137, 139, 140, 186**. — Erklärung d. Verkäufers, vor Bezahlung d. rückständigen Fakturen nicht weiter zu liefern, u. Verzug **7 161**. — Gläubigerverzug bez. e. einzelnen Rate **5 186**. — Mahnung u. Verzug ohne Mahnung **3 1, 144; 4 114; 5 123**. — Rücktritt **3 1, 162, 218; 2 1, 221; 5 138, 139, 142; 6 143, 144** (positive Vertragsverletzung), **686; 7 161**. — Rücktritt vom ganzen Vertrag bei mangelhafter Teillieferung beim Kauf „Kassa gegen Dokumente“ **6 144, 686**. — Rücktritt vom ganzen Vertrag bei Erfüllungsweigerung d. Gegners auch ohne Nachweis e. besonderen Zurechtes **6 145/146, 691**. — Stützen d. Rücktritts auf nach § 377 BGB. als genehmigt geltende Teillieferung **6 143, 691; 7 161, 194**. — Teilrücktritt **2 1, 222; 6 144** (Beschränkung auf den noch nicht erfüllten Teil). — einheitliche Fristsetzung für mehrere fällige Raten **1 1, 244**. — Rücktritt wegen unverschuldeter Unmöglichkeit auch nur einiger Lieferungen **1 1, 232; 2 1, 218**. — Anwendung d. § 454 BGB.? **7 161**. — Annahmeverzug **2 1, 204; 3 1, 150**. — Verzug in der Abrufspflicht **2, 221; 5 187**. — Aufforderung an d. Käufer zum Abruf zur Begründung d. Annahmeverzugs ausreichend **3 1, 150**. — Begriff u. Wesen d. Entzessivschuld **5 101**. — Umfang d. Schadenersatzpflicht d. mit e. Teilleistung in Verzug befindlichen Verkäufers **6 686**. — kein Annahmeverzug vor erfolgtem Abruf **3 1, 143**. — Verstöße gegen Treu u. Glauben durch plötzliches Begehren voller Erfüllung, durch Konkurrenz seitens d. Fabrikanten **1 1, 151**. — Nichtabnahm seitens d. Käufers während e. übermäßig langen Zeit als Verzicht auf Lieferung **6 96, 181, 686**. — Einfluß d. Aufhörens e. Börsennotierung bei Bestimmung d. Preises nach dieser **6 95** (s. **6 71, 72**). — Stützen d. Rücktritts auf gerügte, aber in Erwartung späterer guter Lieferungen angenommene Lieferungen **6 143, 144** (vgl. oben). — Stützen d. Rücktritts auf erst nach Erklärung d. Rücktritts gerügte Lieferungen **6 144**. — Fristsetzung für e. abgerufene Teilleistung unter Androhung d. Ablehnung bez. d. ganzen Restes **6 145**. — Zurückbehaltungsrecht **3 1, 123; 4 101**. — Zurückbehaltungsrecht bez. der weiteren Lieferungen wegen Verzugs d. Gegners (§ 273 oder § 320?) **6 140; 7 161**. — § 266 unanwendbar **3 1, 114**. — Einfluß des Konkurses auf teilweise erfüllten S. **3 2, 259; 5 944**. — Irrtum d. Konkursverwalters über S. **5 32**. — Vereinbarung, daß d. Käufer ein vom Verkäufer zu bestimmter Zeit nicht geliefertes Quantum auch ohne Nachfristsetzung nicht mehr abzunehmen

(Sukzessivlieferungsvertrag)

habe 6 184. — Nachfristsetzung wegen einzelner Teillieferung nach engültiger Erfüllungsverweigerung 3 2, 88. — Ausübung d. Selbsthilfverkaufs (vgl. diesen) bei Abnahmeverzug d. Käufers bez. mehrerer Ratentlieferungen 5 702. — Selbsthilfverkauf in anderen als den vom Käufer abzunehmenden einzelnen Quantitäten 6 593. — kann nach Ablauf d. Lieferfristen nach d. Lieferung auch nur eines Teils angeboten oder verlangt werden? 3 2, 88.

Superfizies. — superficies solo cedit im § 93 5 22 (s. auch Erbbaurecht).

Surrogation s. Erbschaftsanspruch, Erbschaftskauf, Nacherbfolge, die einzelnen

Güterstände. — rechtliche Natur 3 1, 509. — Anwendung d. § 412 BGB. auf d. Fälle d. dinglichen S. 1 1, 313. — § 407 BGB. in d. Fällen d. dinglichen S. 1 1, 308. — Anspruch d. Pächters e. Sees auf die dem Verpächter für d. Ablösung seines Fischei-rechts gezahlte Summe? 6 130. — in der Zwangsversteigerung 4 772.

Syndikate vgl. Kartell, unerlaubte Handlung (§ 826). — Stellenstrengerer Anforderungen bez. Treu u. Glauben an S. (Verschweigen näherer Umstände als arglistige Täuschung) 3 2, 80. — Mißbrauch d. Monopolstellung 5 45. — Rechte aus d. zwischen d. Kohlenf. u. e. Bergwerkseigentümer geschlossenen S.-vertrag fallen nicht unter § 96 BGB. 5 25.

T.

Talon vgl. Schuldverschreibung auf den Inhaber. — Anspruch des Inhabers auf Aushängung der neuen Zinsscheine; Einrede der mangelnden Verfügungsberechtigung des Inhabers; Prüfungspflicht des Ausstellers 1 1, 448. — Widerspruch des Stückinhabers gegen die Aushängung der Zinsscheine an den Taloninhaber 1 1, 448. — Recht des Stückinhabers auf Bezug der neuen Zinsscheine bei Vorlage des Stücks ohne T. 1 1, 448. — Möglichkeit eines gesonderten Eigentums am T.? 1 1, 448. — Aufgebotsverfahren für verlorene T. 4 254.

Tarifvertrag s. Dienstvertrag, Arbeitsvertrag. — rechtliche Natur; zwingende Einwirkung auf den einzelnen tarifwidrigen Arbeitsvertrag 6 226, 227; 7 234 ff. — unbegrenzter Tarifvertrag (nicht individuelle Bestimmung der beteiligten Arbeiter u. Arbeitgeber) 6 226. — bindende Kraft insolge Genehmigung 2 1, 86. — Bestimmung, daß bei Akkordarbeit mindestens der übliche Stundenlohn zu entrichten sei 3 1, 48. — T. u. „übliche Vergütung“ des § 612 1 1, 383; 2 1, 336. — Einwirkung des T. auf den einzelnen tarifwidrigen Arbeitsvertrag 6 226. — T. als Vergleich 2 1, 466. — Wirkung des T. im allgemeinen 7 234, 235 ff. — direkte Wirkung des T. für die einzelnen Arbeitnehmer u. Arbeitgeber 7 235 f., 237. — Begründung zivilrechtlicher Obligationen der beteiligten Verbände durch den T. 7 235 f. — Stellung, Rechte u. Pflichten d. Arbeiterberufsvereine; Haftung des Arbeiterverbandes bei rechtswidrigem Verhalten seiner Mitglieder, bei Veranlassen oder Bestärken der Mitglieder zu tarifwidrigem Verhalten; Anspruch d. Arbeiterverbandes gegen d. Arbeitgeber auf Vertragserfüllung, Vollstreckung

dieses Anspruchs nach §§ 888, 890 3 10; Klage der Berufsvereine auf Unterlassung künftiger Zuwiderhandlungen; Rücktrittsrecht des Arbeiterverbandes 7 236, 237 (2). — Pflichten der auf Grund des T. einen Arbeitsvertrag schließenden Teile 7 235. — Pflichten der Arbeitgeber aus d. T.; Pflicht zur Unterlassung vertragswidriger Arbeitsverträge; positive Pflichten 7 234, 236. — Abdingbarkeit d. T. durch die einzelnen Arbeitsverträge? 7 235, 236, 237 (2). — Streiks u. Aussperrungen während der Dauer des T. 7 235. — § 152 GewD. u. die T.? 7 236. — Gesetzesvorschl. 7 238 f.

Taschengeld. — Anspruch des Kindes auf T. 1 2, 119 (s. Kindesvermögen).

Tatbestand des Urteils. — Erlesen durch Bezugnahme auf den Akteninhalt 6 822 (de lege ferenda). — Bezugnahme auf vorbereitende Schriftsätze 1 3, 140; 3 2, 460 (2); 5 804 (2); 6 823 (2); 7 805. — Bezugnahme auf nach der letzten Verhandlung eingereichte Schriftsätze 3 2, 460; 6 823 (nachträglich eingereichte Schriftsätze, deren Inhalt aber Gegenstand des Vortrags in der mündlichen Verhandlung war). — allgemeine Bezugnahme auf zum Zweck der Beweisaufnahme vorgelegte Akten ohne Bezeichnung der einzeln vortragenen Urkunden 6 823; 7 805. — Bezugnahme auf einen in einem Beweisbeschluss oder sonst in den Akten befindlichen Tatbestand 3 2, 460, 501. — Bezugnahme auf Schriftstücke ohne genügende Kenntlichmachung; bloße Anführung nach der Blattzahl der Akten 3 2, 460. — Bemerkung des T.: „aus den Disziplinarakten wurde das Wesentliche referiert“, wenn in den Gründen alle einzeln für wesentlich gehaltenen Urkunden genau bezeichnet sind 6 823. — Bezugnahme auf ein anderes

U. bei Verschiedenheit der Parteien 4 699, 700. — Bezugnahme auf ein in derselben Instanz erlassenes Zwischen-U. 3 2, 460. — Bezugnahme auf Protokolle des vorbereitenden Verfahrens 3 2, 460/461. — Konstatierung „Beklagter wiederholt seine früheren Beweisangebote“ 5 804. — Fehlen der Parteianträge bei Möglichkeit ihrer Konstatierung aus Protokoll u. Schriftsätzen 7 805. — Aufnahme des Beweisergebnisses in den T. ? 6 823, 824. — Unsicherheit des Sach- u. Streitstandes herbeiführende Mängel 5 804. — Souvernder unstreitigen von den streitigen Tatsachen 4 700. — Wiedergabe nach dem Ergebnis der letzten mündlichen Verhandlung 4 700. — tatsächliche Feststellung in den U.-gründen 5 804; 6 824. — Aufnahme rechtlicher Parteiausführungen in den T. ? 6 823. — Bezeichnung der verlesenen Schriftstücke im T. 6 824. — Heranziehung der Entscheidungsgründe zur Auslegung des T. 6 824. — Verzeichnung der verlesenen Urkunden im Sitzungsprotokoll, statt im T. 6 824. — der Berufungsurteile: Bezugnahme auf das erste U. 1 3, 140. — Ersticklichmachen, wieweit der Tatbestand des Berufungsurteils auf dem Vortrage der Parteien beruht 3 2, 461. — ledigliche Wiedergabe der Parteianträge u. Bezugnahme auf das erste Urteil u. die chronologisch aufgeführten Schriftsätze im Tatbestand d. Berufungs-U. 5 804. — Nichterwähnung eines in der gleichen Sache erlassenen aufgehenden Revisionsurteils im Tatbestand des Berufungs-U. 5 804. — Unterlassen d. Feststellung, daß d. T. d. ersten Urteils vorgetragen wurde, im Berufungsurteil; Nachweis durch das Protokoll 5 804, 805. — Wiedergabe des in erster Instanz Vorgebrachten; bez. des in zweiter Instanz Verhandelten ledigliche Bezugnahme auf die Schriftsätze 6 823. — gehört die Darstellung des Verlaufs des Prozesses in erster Instanz in d. T. des Berufungsurteils? 6 823. — Unterlassung der ausdrücklichen Konstatierung der Verlesung von adhibierten Akten, wenn sich die Verlesung sonst klar aus dem Urteil ersehen läßt 6 780. **Beweiskraft d. Tatbestandes.** — bez. der durch das Protokoll zu beurkundenden Tatsachen 1 3, 140; 6 824. — Beweisraft der in den U.-gründen enthaltenen tatsächlichen Feststellungen 5 804; 6 824; 7 806. — Gegenbeweis aus dem Sitzungsprotokoll 6 824. — gegenüber einer Protokollanlage 3 2, 461, 464. — Nachweis einer im T. nicht enthaltenen Feststellung durch das Protokoll 5 804, 805. — bez. eines Geständnisses 5 805. — Erstreckung der Beweisregel des § 314 Satz 1 ZPD. auf d. Feststellung des Verhandlungsergebnisses? 7 806. — de lege

ferenda für Umgestaltung des § 314 ZPD. 6 824.

Berichtigung. — wenn die Gegenpartei die Richtigkeit der erhobenen Beanstandung zugibt 3 2, 452. — den unrichtigen mündlichen Parteivorträgen entsprechender T. 5 806. — Berufung wegen Unrichtigkeiten des T. ? 5 806. — Berufung behufs Herbeiführung einer Übereinstimmung zwischen Tenor und Gründen mit dem berichtigten T. 5 806. — Revision wegen falscher Gestaltung des T. 4 700; 6 823, 824 (Bezeichnung der verlesenen Urkunde im Sitzungsprotokoll). — Stellung des Berichtigungsantrags nicht binnen der einwöchigen Frist nach Aushang des Urteils, wohl aber vor Zustellung des Urteils in einer Zeit, in der die Wahrung der 2 monatigen Frist des § 320 Abs. 2 noch möglich war 6 826. — Prüfung der Einhaltung der W.-frist 1 3, 141. — Antragsstellung nach Berufungseinlegung 5 806. — Ablehnung e. W., weil d. bezügliche Parteivordringen belanglos sei 7 807.

Täter. — Begriff in Zivil- u. Strafrecht 2 1, 128.

Taufe s. Testament, Urkunde, Willenserklärung. — mündliche Erklärung gegenüber T. 4 38, 39.

Tauben. — Fang in Preußen 2 1, 773. — Militärbrieftauben 2 1, 773.

Tausch vgl. Tauschwert, Umtauschklausel. — Übergangsrecht 7 585. — T. oder doppelter Kaufvertrag 4 168. — Heilung e. formlosen T.-Vertrags über Grundstücke 1 1, 223; 2 1, 213; 3 1, 156; 4 121; 5 130; 7 211 (s. Form des Immobilienvertrags). — Berechnung der Mäckerprovision 5 260, 261. — Unanwendbarkeit des § 654 BGB. bei Vermittlung e. T. 2 1, 392; 5 262. — Grundstückszusammenlegung in Preußen kein T. 2 1, 228. — Einfluß e. falschen Wertangabe des Grundstücks auf die Gültigkeit des T. ? (s. Form d. Immobilienvertrags) 7 211.

Täuschung s. Anfechtung, Arglist, Betrug.

Tauschwert. — Begriff 3 1, 76.

Taxation s. Schätzung.

Taxator. — Haftung für unrichtige Schätzung 7 135.

Tazen vgl. Grundstückstaxe. — Technikergebührenordnungen keine T. i. S. des § 632 BGB. 2 1, 375; 3 1, 267; 4 206; 5 245.

Tazen gewerbliche. — Verkauf der Bäder unter dem Anschlag 4 952. — polizeiliches Verbot des Heruntergehens unter die Taze 4 952. — Anwendung des § 75 a GemD. auf die Stellenvermittlung für Schiffsleute 4 952. — Überschreiten der gewerblichen Tazen (§ 148 Ziff. 8 GemD.); Verschulden Voraussetzung d. § 148 Ziff. 8; Irrtum des Täters 4 979.

Techniker s. Arbeitsvertrag gewerblicher.
 — Begriff des mit höherer technischer Dienstleistung Betrauten nach § 133 a GewD. 4 967, 968.

Teilabtretung (s. Abtretung) 1 1, 298, 304; 4 141; 5 165.

Teilanspruch. — Begriff 1 1, 123.

Teilaufrechnung 1 1, 172, 289, 295; 3 1, 180.

Teilbetrag. — Einflagung eines T., Zahlung desselben; kann nach Zahlung der Rest noch in dem gleichen Prozeß verlangt werden? sachliche Zuständigkeit 1 3, 121 (s. Klagenänderung). — Einflagung e. Teilbetrags der in der Klage für mehrere Posten zusammengerechneten Summe (Anerkenntnis d. Beklagten bez. einiger Einzelposten; Anerkenntnis, einen geringeren Gesamtbetrag zu schulden) 3 2, 441/442. — Einflagung eines T. aus einer aus mehreren selbständigen Ansprüchen zusammengerechneten Summe; kann es der Kläger dem Gericht überlassen, die Verurteilung auf den einen oder den anderen Anspruch od. auf alle Ansprüche z. gründen? 6 800 (s. Verbindung). — Inzidentfeststellungswiderklage gegen Teilklage 6 807. — Teilklage u. Verjährungsunterbrechung 1 1, 131; 2 1, 101; 3 1, 66; 4 61. — Einflagung e. Forderungsteils u. Aufrechnung 1 1, 295; 3 1, 180, 181, 184; 4 138 (s. Aufrechnung). — Einflagung von T. e. Forderung; Ausschluß des Einwands der sachlichen Unzuständigkeit seitens des Schuldners 1 1, 172.

Teilhypothek. — Aenderung des Rangverhältnisses 5 429; 6 418; 7 444. — T.-Brief: Voraussetzungen 1 1, 691, 694, 700; 3 2, 168; 4 366; 7 444. — Teilabtretung ohne T.-Brief? 1 1, 691, 694 f.; 3 1, 445; 4 360; 6 419; 7 436. — Zulässigkeit der Bildung eines T.-Briefes als Voraussetzung der Pfändung des zur Eigentümerhypothek gewordenen Teiles einer Hypothek 2 2, 465. — Eintragung der Teilabtretung ohne Vorlegung des Stammbriefes 1 1, 695; 4 354; 7 436. — T. für eine Zinsdifferenz 3 1, 455. — Form des T.-Briefes 1 1, 695; 2 1, 464 f.; 2 2, 467. — Zuständigkeit zu dessen Ausstellung 1 1, 695; 2 2, 465. — Inhalt, möglichste Übereinstimmung mit dem Grundbuch, Berichtigung des Stammbriefes 2 2, 465. — Verbindung der Schuldurkunde mit dem Brief 2 2, 465. — Befugnisse des Notars bez. der Bildung des T.-Briefes 5 982.

Teilhypothekenbrief s. Teilhypothek.

Teilklage s. Teilbetrag.

Teilleistung. — Begriff 4 97; 5 104. — T. bei der Unterlassung 5 179. — vorbehaltliche Annahme 3 1, 114. — Beweislast des Schuldners für die behauptete Befugnis zur T. 3 1, 114. — Vorzug bei Lieferung in T. 2 1, 164. — T. u. Gläubigerverzug 1 1, 172. — Übergabe e. mit

e. Rechtsmangel behafteten Gegenstands? 3 1, 114. — § 266 auf Zufessbibliotheksgeschäfte nicht anwendbar 3 1, 114. — kein Recht zur T. trotz Befassung e. Frist zur Anschaffung bzw. zum Abjag d. zu liefernden Waren 2 1, 163. — T. u. Verrechnung unzureichender Leistung 1 1, 269; 4 133. — Verjährungsunterbrechung durch T. 3 1, 66. — Einrede der bewilligten T. u. Prolongation der jeweiligen Wechselschuld 2 1, 168. — Pflicht zur Annahme von T. nach Treu u. Glauben im Handelsverkehr 4 618; 5 706.

Teilurteil. — Nichterlassung Revisionsgrund? 6 814. — in Ehefachen bei Klage u. Widerklage 1 3, 135 (vgl. Ehefachen). — ist im T. eine Kostenentscheidung zu treffen? 1 3, 135; 4 696; 5 799 (T. bei subjektiver Klagenhäufung). — für die Frage, ob Teil- oder Zwischenurteil vorliegt, ist nicht die Absicht des Richters, sondern der sachliche Inhalt entscheidend 6 815 (vgl. Urteil). — T. vor Entscheidungsreife 3 2, 456, 500. — Einlegung e. Rechtsmittels gegen das T.: Einfluß auf die Anfechtbarkeit der späteren Kostenentscheidung 3 2, 397, 400; 6 822. — revidibles Teil-, nicht revidibles Endurteil; wie weit wirkt d. Revision gegen d. 1. Urteil auf das zweite? 3 2, 397. — Anfechtung des T. mit vorbehaltener Kostenentscheidung vgl. auch Prozeßkosten § 99. — Einfluß e. falschen Bezeichnung s. Urteil.

Bei Mehrheit von Ansprüchen. — mehrere Beklagte als Gesamtschuldner 1 3, 134; mehrere Mitbeschädiger 3 2, 456. — wenn Klage u. Widerklage verschiedene Gegenstände betreffen 1 3, 134; 4 696. — Trennung d. Entscheidung über Prinzipal- u. Eventualantrag 1 3, 133; 7 799. — T. über den dinglichen Anspruch bei gleichzeitiger Erhebung der dinglichen u. d. persönlichen Klage 1 3, 134. — kein T. über d. Pflicht d. Ehemannes zur Duldung d. Zwangsvollstreckung 1 3, 134. — Entscheidung über Aufrechnungseinrede ist Zwischenurteil nach § 303 ZPO. 5 799. — T. bei einem aus einer Reihe von Einzelorderungen bestehenden Anspruch unter d. Feststellung, daß Beklagter auf die Gesamtheit d. Forderungen so u. so viel schulde, ohne Ausschreibung d. Einzelposten 6 814. — T. über eine Widerklage, wenn d. Kläger vorsorglich hiergegen mit dem Klagenanspruch aufrechnet 6 814. — bei Klage u. Widerklage 7 799. — T. über Klage, wenn Klage u. Widerklage sich ausschließen 3 2, 456; wenn Klage u. Widerklage untrennbarem Zusammenhang stehen; Zurückverweisung nach § 538 ZPO. 4 696.

Über einen Teil eines Anspruches. — wenn er ohne Beweisausnahme für begründet erachtet wird 1 3, 134. — sofern d. noch zu erörternden

Streitpunkte auf das *L.* ohne Einfluß sind 13, 134. — unter Verweisung anerkannter Gegenforderungen zur Aufrechnung mit dem noch nicht festgestellten Teil d. Klagenpruchs 13, 134. — bei Klage aus einem Kontoforrent 4696; 5798/799 (vgl. 6814). — Voraussetzung individualisierter Teil d. *A.* 5799; 6814. — bei Unterhaltspflicht *L.* über die Renten e. bestimmten Zeitperiode 5799; kein *L.* über einzelne Einnahmequellen d. Beklagten 5799. — *L.* in Verbindung mit Zwischenurteil nach § 304 über den Grund d. Restanspruches 5799. — *L.* über einen von mehreren Klagegründen (z. B. Schadensersatz im Rahmen des § 3a HaftpflG.), wenn damit zugleich Aussonderung eines bestimmten Teiles d. Anspruchs erfolgt 6814, 815. — *L.* nur zulässig, wenn zweifellos für das Schlussurteil noch ein Teil d. Klagenpruchs übrig bleibt 6814. — *L.* im Unterhaltungsprozeß d. Frau gegen den allein schuldigen Mann, der mit Rücksicht auf seine Einkünfte seine Unterhaltspflicht bestreitet, ohne Feststellung der Höhe d. Einkünfte? 6815. — in Schadensersatzprozessen 31, 91. — *L.* auf Verurteilung Zug um Zug bei Geltendmachung e. Zurückbehaltungsrechts; Überlassung d. Frage, ob unbedingte Verurteilung erfolgen kann, für das Schlussurteil? 7799.

Zeitzahlung s. Abzahlung, Abschlagszahlung.
Telegramm vgl. Telegraphenwesen. — Ausübung an Geschäftsunfähige oder Geschäftsbeschränkte 640. — Vertragsschluß durch *L.* 11, 76; 31, 42. — Aufsechtung durch *L.* 21, 57. — telegraphische Annahme e. durch *L.* gemachten Offerte 449. — Annahme e. Offerte durch *L.* mit Zusatz: „Brief folgt“ 549, 50. — unrichtige telegraphische Übermittlung 31, 37; Mitschuld des Telegraphierenden durch Telegraphieren in Ziffern 31, 105. — Diligenzpflicht d. Telegraphenbeamten 31, 133.

Telegrammadresse. — Schutz nach § 826 6313, 326 (s. unerlaubte Handlung); nach § 12 BGB., § 37 StGB. 65. — unlauterer Wettbewerb durch Gebrauch der *L.* eines anderen 61083, 1084. — Übergang bei Geschäftsveräußerung 22, 27; 6609. — Schutz nach dem Warenzeichengesetz 71147. — mit dem Warenzeichen e. anderen identisch *L.* 71147.

Telegraphenwesen s. Telegramm, Telephon. — Vertretung d. Fiskus im Prozeß 32, 123. — Anwendung d. Telegraphenweggesetzes v. 18. XII. 99 auf vor 1900 entstandene Schadensansprüche? 32, 125. — Entscheidung d. Verwaltungsbehörde, ob u. wem gegenüber im Fall d. § 4 TelWegG. e. Ersatzpflicht besteht 32, 125. — Kosten d. infolge Straßenbahnanlage für eine

Telegraphenleitung notwendigen Schutzvorrichtungen 32, 125. — Haftung d. Fiskus für richtige Überkunft u. Zustellung von Telegrammen? 32, 125. — Pflicht d. Unternehmers einer elektrischen Anlage, für den Schutz älterer Anlagen zu sorgen; Umfang d. Pflicht; Abänderung d. maßgebenden § 12 TelG. v. 6. IV. 92 durch die Parteien 32, 125. — „Anlage zur Ausführung bringen“ i. S. d. § 6 TelWegG. v. 18. XII. 99 6724. — §§ 611 ff. BGB. anwendbar auf d. Beaufsichtigung bzw. Wiederherstellung an Telegraphenleitungen durch Straßenbau- oder Polizeibeamte 11, 383. — Anspruch e. Unternehmers e. Kleinbahn auf Kostenfreiheit nach § 6 Abs. 2 Satz 1 TelWegG. 7707.

Telephon s. Telegraphenwesen, Zugang, Vertragsantrag. — Schädigung e. Telephonisten durch Blitz oder zu hartes Kurbdrehen 31, 354; 4307. — Willenserklärung u. Vertragsschluß durch *L.* 11, 78, 79, 93; 31, 51, 52; 745, 63. — telephonische Anfechtung 532. — Anfechtung e. telephonisch geschlossenen Vertrages 431. — „Zugehen“ e. telephonischen Willenserklärung 31, 44. — telephonischer Widerruf e. Offerte 449. — Abonnement e. *L.* als Sachmiete 31, 230; 7215. — Verpflichtung des Vermieters zur Gestattung d. *L.*-Anschlusses seitens des Mieters 11, 363; 31, 230 (s. Miete). — Herstellung e. privaten *L.*-Anlage durch den Mieter 5208. — Haftung d. *L.*-Anschlußhabers für die mittels desselben durch andere gegebenen Erklärungen? 31, 52, 58; 22, 44 (Angestellte e. Kaufmanns). — Haftung d. Dienstherrschaft bei mißbräuchlicher Benutzung d. *L.* durch Diensthöten 22, 44, 45. — Begriff der „sofortigen“ (§ 147 BGB.) Annahmeerklärung 763. — Unterbrechung d. *L.*-Verbindung nach d. Offerte; später übersandte schriftliche Annahme 763. — Willenserklärung gegenüber willensunfähigen Personen 763. — Verhinderung d. Zugehens d. Willenserklärung durch beabsichtigtes Versetzen in bewußtlosen Zustand 763. — *L.*-Anschlußverhältnis Werbetrag? 7261. — *L.*-Verwaltung im Konkurs d. *L.*-Anschlußteilnehmers 7261. — Haftung d. Fiskus bei Verletzungen e. Telephonisten 7348.

Termine vgl. Vertagung, Ladung, Klageschrift. — Aufruf vor der *L.*-stunde 5782. — Pflicht zum Aufruf bei Eintritt d. *L.*-stunde? 5782; 6789. — Beschwerde, wenn bei wiederholter Verlegung der Gegner nicht gehört wurde 13, 84; oder d. Gegner widersprochen hat 13, 84. — Vorverlegung 13, 84. — Beschwerde bei Vorverlegung 32, 430; 6789; bei Ablehnung d. Vorverlegung 32, 508. — Beschwerde bei Ablehnung d. Verlegung

(Termine)

auf e. späteren Termin 7 774. — vor Aufruf *L.*-verlegung, nach Aufruf Ver- tagung 5 783. — Verweigerung d. *L.*-sbe- stimmung wegen Mängel d. Klage s. Klageschrift. — Weigerung d. Vorstehenden, einen *L.* zu bestimmen, in dem die Wieder- eröffnung d. geschlossenen Verhandlung beantragt werden soll; Beschwerde 6 789 (vgl. Wiedereröffnung). — *L.*-sbestimmung auf einen bei Zustellung d. Klage bereits verflorenen *L.* 1 3, 100; 5 787; 6 789. — Beschwerde gegen d. *L.*-sbestimmung des Vorstehenden 3 2, 430. — *L.*-sanberaumung auf eine nach Zurücknahme d. Rechts- mittel eingelaufene neue Ladung zwecks Aufsehung d. Zurücknahme 7 774. — neue *L.*-sbestimmung, wenn die 1. Ladung unwirksam geworden, aber eine 2. Ladung rechtzeitig erfolgt ist? 3 2, 430; s. 3 2, 492 (vgl. Ladung); neue *L.*-s- bestimmung bei Zustellung an die Partei statt an den Prozeßbevollmächtigten für erneute richtige Zustellung? 4 686. — durch d. Partei vereinbarte *L.*-saufhebung, Ver tagung insolge Unkenntnis d. Richters; Versäumnisurteil im neuen *L.* 3 2, 430. — Einhalten d. *L.*-sfrunde bei Terminen außerhalb d. Sitzung 6 789. — Ort der *L.*-sabhaltung; wann ist Abhaltung an einem anderen Ort als dem Gerichtssitz erforderlich? 3 2, 430. — Pflicht d. Ge- richts zu telegraphischer Mitteilung e. *L.*-sverlegung? 7 813. — Nichtüberein- stimmen d. *L.* auf der Ladung mit dem Original s. Ladung.

Testamente s. letztwillige Verfügung, Erb- einsetzung, Erbrecht internationales.

Statute nkollijo n. — Form d. im Ausland aufgenommenen 1 2, 318, 359 (Amerika); 3 1, 667. — im Ausland rechts- wirksam errichtetes u. nach dem Tod durch die Angehörigen d. Erblassers bei d. zu- ständigen ausländischen Behörde nieder- gelegtes *L.* als Urkunde im deutschen Grund- buchverkehr? 3 1, 667. — Fortbestand landesrechtl. Verfahrensvorschriften über Aufnahme e. *L.* 2 1, 765.

I. U b e r g a n g s r e c h t. — formale Kraft u. Inhalt 3 1, 709; 4 555, 556; 6 600. — Eröffnung d. vor 1900 errichteten *L.* 1 2, 452, 454. — Eröffnung d. vor 1900 er- richteten *L.* an den Vermächtnisnehmer 4 556. — Eröffnung vor 1900 errichteter gemeinschaftlicher *L.* 1 2, 452 (2); 5 599. — Unterzeichnung d. gerichtlichen *L.* mit beglaubigten Handzeichen 5 636. — Aus- legung vor 1900 errichteter *L.* bei Erbfall nach 1900 1 2, 453 (Einsetzung der „gesetzlichen Erben“); 1 2, 455; 2 1, 810, 812 (§§ 2067, 2091); 3 1, 706, 707, 710; 4 554, 555 (Auslegung d. Wortes „Wert- papiere“); 5 634; 6 599. — in einem vor 1900 errichteten *L.* angeordnete fidei-

kommissarische Substitution 2 1, 808. — Anwendung d. § 2269 BGB. auf ein vor 1900 errichtetes *L.* 3 1, 707. — An- sehung eines vor 1900 errichteten *L.* bei Erbfall nach 1900 2 1, 809; 6 599 (Pflicht- teilsvererbung). — Widerruf: Form 5 636; 6 600. — Rückgabe eines vor 1900 errichteten *L.* 1 2, 454. — im alten *L.* enthaltenes Verbot d. *L.*-seröffnung 1 2, 454; 2 1, 810, 811; 4 556. — Abgabe v. vor 1900 errichteten *L.* 1 2, 455. — Willensmängel altrechtlicher *L.* 2 1, 810. — Testierfähigkeit 2 1, 810. — in älteren *L.* vorbehaltene, nach 1900 errichtete Nachzettel 3 1, 709. — Erwähnung e. vor 1900 errichteten privatschriftlichen *L.* in einer nach 1900 errichteten letztwilligen Verfügung 3 1, 709.

II. U l g e m e i n e s. — Beweislast bez. der Gültigkeit eines eigenhändigen *L.* 1 2, 275. — Beweislast über die Ungültigkeit des Testieraktes 1 2, 275. — zwischen *L.*-s u. gesetzlichen Erben geschlossener, die Nichtig- keit des *L.* anerkennender Vergleich 6 576. — Bestätigung e. fehlerhaften *L.* (§ 144 BGB.), seitens d. Erblassers 4 501. — zwischen die Zeilen eines vollständigen *L.* hineingeschriebene Verfügungen 5 571. — *L.* als rechtsgeschäftliche Willenserklä- rung 2 1, 703. — Urkunden zugleich testamentarischen u. erbvertraglichen In- halts 4 478. — Anordnung d. Entscheidung aller Erststreitigkeiten durch ein Schieds- gericht 1 2, 209, 258; 6 544. — Anordnung d. Leichenverbrennung 4 478 (s. 4 506). — Form d. vertragsmäßigen Anerkennung e. nichtigen *L.* 4 529. — einseitige An- erkennung e. nichtigen *L.* seitens d. gefe- slichen Erben 5 556 (s. unten Aufsehung). — Gültigkeit eines formgerechten *L.*-snach- trags zu einem wegen Formmangels nicht- tigen *L.*; Ergänzung d. Nachtrags aus dem Inhalt des *L.*? 6 546. — *u. actu* erfolgte Niederschrift zweier äußerlich geschiedener letztwilliger Verfügungen; Einfluß d. Un- wirksamkeit d. einen auf den Bestand der anderen 6 546. — Aufrechterhaltung e. ungültigen Erbvertrags als *L.* 3 1, 50; 5 48 (s. 1 1, 87). — Berliner Testament 4 385.

III. Testierfähigkeit s. auch bei den einzelnen Testamentsformen. — in welchem Zeitpunkt muß sie vorhanden sein? 3 1, 635. — vor der Entmündigung wegen Geisteskrankheit errichtetes *L.* 2 1, 724. — Blinde 1 2, 266, 269; 3 1, 638. — Taube 1 2, 266, 269. — in der Lausprache ausgebildete Taubstumme 1 2, 271; 3 2, 248. — Stumme 1 2, 271. — blinde, lesens- oder schreibensunfähige Stumme 1 2, 272; 5 1025. — motorische Aphasie bei gleichzeitiger Schreibensunmöglichkeit 1 2, 272. — Ausländer (maßgebendes Recht) 1 2, 354, 375 (s. Erbrecht inter-

nationales). — Sprachfremde s. unten öffentliches T. — unter Gebrechlichkeitspflegschaft Stehende 2 1, 724. — Nachweis einer geistigen Erkrankung im allgemeinen 6 543. — in einem Zustand der Bewußtlosigkeit oder vorübergehender Störung der Geistesfähigkeit, Befindliche 3 1, 635. — Mitglieder religiöser Orden 2 1, 770. — Einwirkung d. Gütergemeinschaft auf d. Testierfähigkeit 3 1, 481 (s. GG. fortgesetzt). — vertragsmäßige Verpflichtung, nicht oder in einem gewissen Sinne zu verfügen s. Erbvertrag, letztwillige Verfügung. — Zweifel des Erblassers an seiner Testierfähigkeit 3 1, 635.

IV. Auslegung s. Erbsetzung. — Schreibfehler 5 571. — Vermutung, daß d. Erblasser die z. Bt. der Abfassung bestehenden Gesetze berücksichtigt hat 1 2, 238; 3 1, 612; 6 543. — restriktive Auslegung d. Formvorschriften 5 581. — Anwendung d. §§ 133, 157 BGB.? 5 571; 6 543. — subsidiäre Natur der gesetzlichen Auslegungsregeln 1 2, 239; 6 545 (keine Anwendung bei unzweideutigen Verfügungen). — Anwendung d. Auslegungsregeln d. BGB. auf alte Testamente 2 1, 712, 713; 3 1, 612, 617, 618 (s. 5 569). — Heranziehung außerhalb des T. liegender Umstände 1 2, 239; 4 501; 5 571; 6 544, 545, 576; 7 543. — Berücksichtigung eines früheren aufgehobenen Testaments b. Auslegung 6 545. — im T. nicht oder nur unvollkommen zum Ausdruck gelangter Wille 2 1, 713; 3 1, 617; 4 501. — Auslegung d. Worte in dem vom Testator regelmäßig, wenn auch abweichend von der Allgemeinheit gebrauchten Sinn 1 2, 240. — U. eines lückenhaften Privat-T. 4 501. — Unterstellung des den gebrauchten Worten z. Bt. d. Abfassung innewohnenden Sinns 1 2, 240; 2 1, 712. — Auslegung im Zweifel zugunsten des Bedachten? 2 1, 713. — Differenz zwischen Wille u. Erklärung bei Zuwendung e. Quote oder Summe 3 1, 612. — Zuwendung an „die gesetzlichen Erben“, „die nächsten Verwandten“ 1 2, 239; 4 477; 5 569. — Ausdehnung des § 2067 bei Zuwendung an Verwandte e. Dritten 4 500. — trifft eine Zuwendung an die „Verwandten“ oder „nächsten Verwandten“ den Ehegatten? 2 1, 712. — Auslegung d. Wortes „Erben“: gesetzliche oder Leibeserben? 6 56, 544. — Zuwendung an „Kinder“ Dritter; entferntere Abkömmlinge? 2 1, 712. — Anwendung d. § 2069 (Erfazberufung d. Kinder e. Abkömmlings) auf ähnliche Fälle; Seitenverwandte, Geschwister 2 1, 712; 3 1, 612, 613; 6 544 (Stiefkinder); 6 552 (bei Rentenvermächtnis an den Sohn). — Bedenken der beiderseitigen Abkömmlinge in einem gemeinschaftlichen T.; Kinder eines vor-

verstorbenen Abkömmlings 2 1, 712. — Bedenken d. Abkömmlinge nur eines der beiden Gatten in einem gemeinschaftlichen T.; Anwendung des § 2069 6 564 (s. 3 1, 612). — Erfazberufung d. Abkömmlings e. nach Erchtung d. Erbvertrags weggefallenen, nur vom vorverstorbenen Ehegatten abstammenden Kindes 3 1, 612, 613. — Zuwendung an „die Armen“ 1 2, 239; 2 1, 712 (Einsetzen auf den Zinsgenuß). — analoge Anwendung d. § 2072 bei Zuwendung „an die Stiftung für Waisenkinder“ 7 542. — Anwendung der für aufschiebend bedingte Zuwendungen gegebenen A.-regel (§ 2074) auf befristete Zuwendungen 1 2, 239. — durch den Erblasser einem Dritten (Testamentsvollstrecker) erteilte Ermächtigung zur authentischen Interpretation des T.? 6 544 (s. T.-svollstrecker). — Bedeutung d. Meinung eines von dem Erblasser selbst für Zweck d. U. bezeichneten Vertrauensmannes 6 544. — bedingte u. befristete Zuwendungen (unmögliche, unerlaubte Bedingung) 1 2, 239. — resolutiv bedingte Zuwendung; Erlöschen d. vermachten Nutzung bei Pfändung seitens d. Gläubiger d. Bedachten 2 1, 713. — „mein letzter Wille, falls ich an der Operation sterben sollte“ 6 546. — Anwendung des § 2084 auf Formerfordernisse 3 1, 617. — keine analoge Anwendung d. § 139 BGB. 7 544. — Anordnung d. „gleichmäßigen Verteilung d. Nachlasses“ an die ehelichen Abkömmlinge d. Ehegatten als Einsetzung nach Stämmen 4 500; 5 569. — während d. Schwebens e. Eheprozesses erfolgte Einsetzung d. Frau auf den Pflichtteil, „falls die Ehe beim Tod d. Erblassers noch nicht geschieden sein sollte“ 4 500. — Aufrechterhaltung eines für den Fall d. Todes auf der Reise gemachten T. bei Ableben d. Erblassers kurz nach Beendigung d. Reise 4 501, 502. — U. e. Erbvertrags unter Ehegatten, in dem Fortsetzung d. Gütergemeinschaft vereinbart wird, die Gatten sich aber gleichwohl zu alleinigen Erben gegenseitig einsetzen 7 544. — Einsetzen d. Frau als Vorerbin, d. Kinder als Nacherben; Ausschlagung d. Erbschaft seitens eines Kindes 5 569. — U. e. T., das dem überlebenden Gatten freie Verfügung über den Nachlaß unter Lebenden u. von Todes wegen einräumt, gleichzeitig aber Anordnungen über den Nachlaß d. zuletztverstorbenen trifft 7 543. — eine z. Bt. d. Erbsfalls kinderlose Person, deren Abkömmlinge als Erben eingesetzt sind, Vorerbe bis zur Geburt d. ersten Kindes 7 970.

V. Öffentliches Testament vgl. Urkunde. — seine Vorteile 2 1, 726. — Aufrechterhaltung eines öffentlichen mangelhaften T. als Privat-T. 4 510. — Er-

(Testamente)

richtung vor einem Notar oder Gericht außerhalb d. Wohnsitzes d. Erblassers **3 1, 637.**

1. **Z u z u z i e h e n d e P e r s o n e n.**—Zuziehung e. Notars oder 2. Richters an Stelle d. Gerichtsschreibers? **1 2, 268.**—Zuziehung e. Richters an Stelle des 2. Notars **1 2, 268.**—Haftung d. amtierenden Personen für verschuldete Formmängel (f. Beamte) **3 1, 637.**

2. **A u s s c h l e ß u n g s g r ü n d e** für die bei öffentlichen Testamenten mitwirkenden Personen.—nach der Testamentserrichtung eintretender Ausschl.-grund für Zeugen u. Urkundspersonen **1 2, 268.**—Mitwirkung d. mit Honorar eingelezten \mathcal{L} -vollstreckers bei \mathcal{L} -errichtung **1 2, 268; 2 1, 726.**—Begriff d. mit einer Zuwendung Bedachten **1 2, 268; 3 2, 244** (vgl. Urkunde gerichtliche).—Verlobte d. Erblassers **2 1, 726.**—Mitwirken d. gesetzlichen Vertreters e. Bedachten.—Vorsteher e. in d. \mathcal{L} . bedachten Gemeinde **7 554.**—Mitwirken e. nach § 2237 von der Mitwirkung als Zeugen Ausgeschlossenen **2 1, 726** (f. auch Urkunden).

3. **T e s t a m e n t s z e u g e n.**—Frauen **1 2, 268;** Ausländer **1 2, 268;** Analphabeten **1 2, 268;** nicht Wahrnehmungsfähige **1 2, 268;** wegen Verschwendung oder Trunksucht Bevormundete **1 2, 268;** „Gehilfen“ d. Notars oder Richters **1 2, 268.**

4. **Ü b e r g a b e e i n e r S c h r i f t.**—Feststellung d. geschriebenen Überreichung im Protokoll **6 560.**—Unterzeichnung u. Datierung? **1 2, 268.**—Schreibensunfähiger, der Lesen kann **1 2, 268, 269** (Blinde?).—Übergabe mehrerer Schriften **1 2, 269.**—Erklärung, daß die übergebene Schrift den letzten Willen enthalte, nur durch Zeichen **1 2, 269.**—Mitteilung d. Inhalts an den Notar? Verlesung d. Schrift? **6 560.**—seitens eines zum Lesen von Geschriebenem nicht Fähigen **2 1, 726.**—teils mündlich, teils durch Übergabe e. Schrift errichtetes \mathcal{L} . **7 355.**—Rechtsnatur d. übergebenen Schrift als öffentliche Urkunde **1 2, 269.**

5. **M ü n d l i c h e E r k l ä r u n g d. T e s t a m e n t s.**—Erklärung durch Zeichen, Kopfnicken **1 2, 268; 2 1, 727.**—E. in Fragen u. Antworten **1 2, 269; 4 510; 5 583, 584; 7 554.**—Schriftliche Stellung d. Fragen an den tauben Testaten **1 2, 269.**—des in der Lautsprache ausgebildeten Taubstummen **1 2, 271.**—Verlesung e. Entwurfes **4 510; 5 583, 584; 6 560.**

Gleichzeitiges Testieren durch mündliche Erklärung und Übergabe einer Schrift **1 2, 269.**—vom Richter oder Notar unter Überschreitung d. Landesgrenze aufgenommenes \mathcal{L} . **4 850** (vgl. **3 2, 242; 5 1020** (f. Urkunde).—An-

wendung d. §§ 167 ff. $\mathcal{R} \mathcal{O} \mathcal{B}.$ neben $\mathcal{B} \mathcal{O} \mathcal{B}.$ für die Form d. Beurkundung? **5 1020.**—Form d. öffentlichen \mathcal{L} . in Bremen **2 1, 780.**—Gegenwart d. Erblassers bei Niederschrift d. Protokolls **4 511; 6 560.**—Gegenwart d. Gerichtsschreibers nur während d. Niederschrift (Diktat) d. Protokolls, nicht bei d. vorausgegangenem mündlichen Erklärung d. Erblassers? **7 554.**—Anwesenheit der „mitwirkenden (§ 2239) Personen während der Niederschrift des Protokolls?“ **1 2, 269; 4 511; 6 560; 7 554, 555.**—Wechsel der mitwirkenden Personen während der \mathcal{L} -errichtung **4 510.**—Nichtzugegensein des Zeugen während d. Abgabe der letztwilligen Erklärung, sondern nur während der Verlesung, Genehmigung u. Unterschrift des Protokolls **5 584; 7 555.**—bei Abschluß erteilte Abschrift e. mündlichen \mathcal{L} . **1 2, 273.**

6. **P r o t o k o l l.**—über sämtliche Formalien des \mathcal{P} . vgl. auch Urkunden.—Begriff d. \mathcal{P} . nach § 2240 **5 584.**—Benutzung eines vorher gefertigten Entwurfes **1 2, 270; 4 511; 5 583 f., 1022; 6 560.**—Benutzung von gedruckten Formularen **1 2, 269.**—offenbare Schreibfehler **3 1, 637.**—Randvermerke des \mathcal{P} .; besondere Konstatierung ihrer Verlesung u. Genehmigung? **6 560.**—gegenwärtig „Die Unterzeichneten?“ **1 2, 270 (2).**—Form der Bezeichnung der mitwirkenden Personen **7 555.**—Konstatierung der Beobachtung der §§ 2233, 2239? **7 555.**—unrichtige Konstatierung d. Übergabe e. Schrift bei einem bloß mündlich errichteten \mathcal{L} . **7 555.**—unrichtige Angaben von Ort u. Tag **1 2, 270 (3), 271; 2 1, 726; 5 584; 6 561.**—Bezeichnung d. Erblassers mit einem von ihm selbst angegebenen, unrichtigen Namen **1 2, 270.**—Feststellung der Identität **1 2, 270; 6 561.**—Stellung d. Konstatierung über Verlesung, Genehmigung u. Unterschrift hinter, statt vor den Unterschriften **4 511; 5 584** (f. **3 2, 247; 4 868; 5 1024, 1025).**—Konstatierung, daß das \mathcal{P} . „den Erschienenen“ vorgelesen wurde **2 1, 727.**—kann der Beweis über Verlesung u. Genehmigung bei Mängeln des \mathcal{P} . durch andere Beweismittel erbracht werden? **2 1, 726.**—Vorlesen u. Genehmigen der Orts- u. Zeitangabe **2 1, 727; 3 1, 637, 638.**—Erlesen des Vorlesens durch Selbstlesen **1 2, 270.**—Umfang des Vorzulesenden **1 2, 270, 271 (2), 274; 3 1, 637, 638** (Zeit- u. Ortsangabe).—Abkürzung „ \mathcal{P} . g. u.“ **1 2, 271; 2 1, 727.**—Konstatierung der „eigenhändigen“ Unterschrift des Erblassers **4 511.**—Konstatierung der Verlesung, Unterschrift u. Genehmigung im \mathcal{P} .; nachträgliche Bescheinigung des Protokollanten **1 2, 270, 271; 2 1, 726; 3 1, 638** (anderweitiger Nachweis); **6 561; 7 555.**—muß auch die Feststellung der

Vorlesung, Genehmigung, Unterzeichnung u. der Erklärung, nicht schreiben zu können, verlesen werden? **1 2, 271; 2 1, 726, 727; 3 1, 639; 4 511, 512; 5 585.** — Verlesung bei Taubheit d. Erblassers **1 2, 271.** — Genehmigung durch Kopfnicken an Stelle der mündlichen **2 1, 727.** — Form der Unterschrift des Erblassers; andere als deutsche oder lateinische Buchstaben **1 2, 271.** — Unterschrift d. Erblassers, die zeitlich u. räumlich nicht die erste ist **4 511; 5 585.** — Unterschrift des blinden Testators **1 2, 271; 3 1, 638; 4 511; 5 584.** — neben oder unter d. Unterschrift Stehendes **2 1, 727** (s. Privat-T.). — vorübergehende Schreibunfähigkeit **1 2, 271.** — nicht schreiben wollender Erblasser **1 2, 271; 4 512.** — Feststellung d. Schreibensunkunde in der Form, daß der Erblasser die entsprechende Feststellung des Notars im P. genehmigt **4 512; 6 561.** — Feststellung der Erklärung des Erblassers, nicht unter schreiben zu können, genügend **6 561.** — Form d. Feststellung d. Erklärung d. Erblassers, nicht schreiben zu können **3 2, 247; 4 867; 5 1025; 7 555, 556, 1032 f.** — dem Feststellungsvermerk der Schreibensunfähigkeit nachfolgende testamentarische Bestimmungen **6 561.** — fehlende Genehmigung der Feststellung, daß Erblasser nicht schreiben könne **7 556.** — Unwahrheit d. Erklärung, nicht schreiben zu können **1 2, 271; 3 1 640.** — Feststellung „der Erblasser könne nicht schreiben“ anstatt „der Erblasser hat erklärt, nicht schreiben zu können“ **2 1, 727; 3 1, 639, 640 (2); 4 512; 7 555.** — Nichtfeststellung d. Erklärung d. Erblassers, nicht schreiben zu können, im P. **3 1, 638, 639, 640; 4 512.** — Gebrauch sacramentaler Worte für die Erklärung, nicht schreiben zu können? **2 1, 728; 3 1, 639; 7 555, 556.** — Unterschrift d. Notars u. der Zeugen hinter der d. Erblassers; Beweis, daß der vorher stehende Namenszug des Notars der zeitlich spätere sei **2 1, 271; 5 585** (neben oder vor der Unterschrift des Erblassers stehende Unterschrift von Urkundspersonen); **6 561.** — Unterschrift der mitwirkenden Personen; Zeit, Ort u. Form **7 556, 557.** — Unterschrift eines Mitwirkenden in Abwesenheit eines anderen **7 557, 1033.** — Tod oder Geschäftsunfähigkeit d. Erblassers nach eigener Unterschrift, aber vor Unterschrift d. anderen Personen **1 2, 271; 2 1, 727.** — Konstatierung, daß der Erblasser nicht schreiben könne, bei gleichwohl erfolgter, erkennbarer, wenn auch undeutlicher Unterschrift **5 585.** — Konstatierung d. Erklärung d. Erblassers, nicht schreiben zu können, nach vergeblichem Schreibversuch **5 585.** — räumliche Stellung d. Erklärung e. Beteiligten, daß er nicht schreiben könne **5 585.** — Feststellung, daß das

Schreiben den Erblasser sehr anstrengt **7 379, 556.** — nachträglich in Abwesenheit d. Beteiligten erfolgte Unterzeichnung e. Mitwirkenden oder der Urkundsperson **7 1033.**

7. **S t u m m e s.** auch Testierfähigkeit. — Verlesung d. Protokolls u. der Erklärung d. E.; Unterschrift **1 2, 272.** — Unrichtigkeit d. Feststellung, daß d. Erblasser am Sprechen verhindert sei **1 2, 272.**
8. **D e r d e u t s c h e n S p r a c h e n i c h t m ä c h t i g e r E r b l a s s e r.** — wer ist der deutschen Sprache mächtig? **3 1, 640.** — Dolmetscher „mitwirkende Person“ i. S. d. § 2239? **1 2, 272; 2 1, 727.** — vorübergehende Abwesenheit d. Dolmetschers **1 2, 272; 2 1, 727.** — Verzicht auf die Beeidigung d. Dolmetschers? **1 2, 272.** — eine mitwirkende Person als Dolmetscher? **1 2, 272 (2).** — nicht „gerichtlich“ vereideter Dolmetscher **1 2, 272.** — Gebühren für Beeidigung in Preußen **1 2, 272.** — Nichtfeststellung d. Erklärung, d. deutschen Sprache nicht mächtig zu sein, zu Protokoll **3 1, 639.** — Form d. Erklärung, der deutschen Sprache nicht mächtig zu sein **3 1, 639** (s. **2 1, 728**). — Verlesung des deutschen Protokolls und der Übersetzung **1 2, 272; 2 1, 727.** — Unterschrift des deutschen Protokolls **1 2, 272.** — Genehmigung d. deutschen Protokolls, nicht der Übersetzung **2 1, 728.** — Verlesung d. Feststellung, daß d. Dolmetscher d. Übersetzung angefertigt oder beglaubigt u. vorgelesen hat **7 557.** — Unrichtigkeit der Angabe des E., nicht deutsch zu können **1 2, 272.** — Form der Erklärung, der fremden Sprache mächtig zu sein **2 1, 728; 3 1, 639.** — Verlesung d. deutschen Übersetzung im Fall des § 2245? **2 1, 728.** — Unrichtigkeit d. Feststellung, daß sämtliche Mitwirkende der fremden Sprache mächtig seien **1 2, 272.** — Erbvertrag u. gemeinschaftliche T. Sprachfremder **1 2, 273; 3 1, 640, 641.**
9. **S i e g e l u n g.** — Verschuß mit dem Amtssiegel **1 2, 273.** — Entfernung e. Mitwirkenden während d. E. **1 2, 275; 6 562.** — Versehen d. T. mit einem neuen Siegel an Stelle d. beschädigten bei Einreichung zur gerichtlichen Verwahrung **6 561, 562.** — Weigerung d. Gerichts, das eingereichte T. wegen mangelhaften Siegels anzunehmen **6 562.**
10. **V e r w a h r u n g.** — nachlässigsterliche Tätigkeit? **1 2, 273.** — Frist für Einreichung **1 2, 273.** — Einreichungszwang d. B.-Stelle **1 2, 273.** — Tod d. Erblassers vor B. **1 2, 273.** — Einfluß d. Nichtverwahrung auf die Gültigkeit **1 2, 273.** — kann der Erblasser B. beim Notar oder einem Dritten anordnen? **1 2, 273.** — Auswägung des T. seitens des Notars an den Erblasser zur eigenen B.? **2 1, 728.** —

(Testamente)

landesgesetzliche Vorschriften über **§ 12, 273—274.** — Anspruch d. Vormunds auf Herausgabe des vom geisteskranken Mündel vor seiner Erkrankung errichteten, einem Dritten in Verwahrung gegebenen **§ 6 506.** — Vorlage des hinterlegten **§ 1** an den Erblasser zur Einsicht **§ 1, 641.** — Ablieferung des von einem anderen als dem am Wohnsitz d. Erblassers wohnenden Notar errichteten **§ 5 585.** — Hinterlegungsschein, Rückgabe bei Zurücknahme **12, 273.** — Rückgabe d. Hinterlegungsscheines bei **§ 1**-Eröffnung **12, 273.** — Erteilung e. Empfangsscheines an den einfindenden Notar neben dem Hinterlegungsschein für den Erblasser **§ 1, 641.** — Beschwerde wegen Ablehnung d. **§ 1** seitens d. Gerichts **§ 2, 200** (f. Beschwerde); **4 855, 856; 7 996.**

VI. Privat testament.

1. All gemeine s. — Kritik d. Gesetzes **12, 264, 265; § 1, 637; 5 581.** — vor 1900 geschriebenes, nach 1. I. 00 unterschriebenes **§ 4 510; 5 581.** — wird ein vor 1900 errichtetes **§ 1** durch Erwähnung in einer nach 1900 errichteten letztwilligen Verfügung gültig? **§ 1, 636; 5 581.** — eines ohne fremde Hilfe nicht zu schreiben Vermögenden **12, 274.** — mehrere lose Blätter **§ 1, 644, 645; 4 509.** — Eigenhändigkeit; Benutzung von Vordrucken, Stempelaufdruck **7 553.** — Herstellung durch Schreibmaschine **12, 265, 267; 7 553.** — Leitung oder Unterstützung der Hand d. Erblassers bei Niederschrift **7 553.** — bloßer, der Form d. § 2231 Ziff. 2 entsprechender Entwurf **7 553.** — in fremder Sprache **12, 266, 267 (2), 268.** — Art der Schrift: Zeichenschrift, Stenographie, Geheimschrift, Blindenschrift **12, 266, 267; 21, 726; 6 557.** — **§ 1** in Briefform **21, 725; § 1, 636; 6 557; 7 553.** — Einheitlichkeit d. Errichtung **§ 1, 636; 7 553** (insbesondere bez. des Datums; spätere Befügung d. Datums). — fälschliche Anfertigung durch Dritte **7 553.** — Aufrechterhaltung eines mangelhaften öffentlichen **§ 1** als Privat-**§ 1.** **4 510.** — Vermutung der Echtheit des Inhalts bei Festsitzen der Echtheit der Unterschrift? **4 509.** — Beweis der Echtheit **12, 274; § 1, 366.** — inwieweit darf d. Nachlassgericht weitere Beweise für die Echtheit einer formgerechten Urschrift verlangen? **§ 1, 636, 637.** — Gültigkeit e. lüdenhaften Privat-**§ 1.** **4 501.**

2. Datum. — Verhältnis des **§ 1** zur Geschäftsfähigkeit **21, 725; 5 582.** — unter d. Unterschrift stehende Angabe von Ort u. Tag **12, 265; 21, 725** (f. **6 559**). — in den Text verwebtes **§ 1.** **21, 725.** — Ort, an dem d. **§ 1** stehen soll **21, 725; 4 510** (d. Unterschrift nachfolgendes **§ 1**); **7 553.** —

Schreiberversehen beim **§ 1** **4 510; 5 582; 6 557** (falsches Jahrhundert); **7 554.** — unmögliches, scherzhaftes Datum **21, 724.** — Datierung durch eine tatsächliche Bemerkung, deren Inhalt den Tag bezeichnet **4 510.** — **§ 1** in Zahlen **12, 265.** — Berücksichtigung offenkundiger Tatsachen bei Auslegung d. **§ 1**; Feststellbarkeit auf Grund weiterer Ermittlungen? **6 559, 560.** — falsches **§ 1**, absichtlich falsch gewähltes **12, 265, 266, 267; 21, 724; 5 581, 582; 6 557, 558; 7 553, 554.** — doppeltes **§ 1.** **12, 265; 6 558.** — Neudatierung unter Streichung des alten **§ 1** bei Änderung des **§ 1.** **6 558.** — Datierung eines an mehreren Tagen niedergeschriebenen **§ 1.** **12, 265; § 1, 636; 5 581, 582.** — unter Benutzung e. Vordrucks, durch Stempelaufdruck, Maschinenschrift oder durch Dritte hergestelltes **§ 1.** **7 553.** — Datierung d. Umschlags **7 553.** — liefert **§ 1** D. Beweis für d. Herstellungszeit? **5 582.** — mehrfache Datierung d. verschiedenen Abschnitte **12, 265.** — Herstellung des **§ 1** gleichzeitig mit der Unterschrift? **12, 265; § 1, 636; 7 553 (2), 554.** — Bezeichnung des **§ 1** in einer dem deutschen Kalender nicht entsprechenden Weise **§ 1, 635; 4 509** („Ostersonntag“, „am Tag meiner silbernen Hochzeit“). — Heranziehen anderer Erkenntnisquellen zum Verständnis d. **§ 1**-Sangabe **§ 1, 635.** — Datierung „Ostern 1902“ **§ 1, 635, 636.** — Beweislast bei Behauptung falscher Datierung **4 510; 5 582.**

3. Ort s a n g a b e. — falsche **§ 1**, absichtlich falsche Wahl **12, 266, 267; 21, 724; 5 582; 6 557, 558.** — Angabe d. Wohnsitzes d. Errichtungsortes **12, 266; 21, 725.** — unverständliche zweideutige **§ 1.** **6 559.** — Abfügung d. **§ 1.** **5 582; 6 559.** — bloße Strichangabe unter Weglassen des anderweit feststellbaren Errichtungsortes **5 582, 583; 6 558, 559.** — vom Erblasser nicht selbstgeschriebene **§ 1.** **12, 266.** — teilweiser Vordruck **6 559.** — Berücksichtigung offenkundiger Umstände bei Auslegung der **§ 1.** **6 559, 560.** — vorgedruckte **§ 1.** **12, 268.** — **§ 1** bei mehrfachem Vorkommen d. Ortsnamens **4 509; 6 558, 559.** — Ortsbezeichnung ohne Angabe d. Ortsnamens **4 510.** — Ortsbezeichnung: „im Eisenbahnzug oder auf der Seefahrt zwischen R. u. N.“ usw. **4 509; 6 558, 559.** — der Unterschrift nachfolgende **§ 1.** **5 583.**

4. Unterschrift. — U. „Euer Vater“ **4 509.** — „Der Obige“ **5 583.** — U. mit dem Vornamen, dem Anfangsbuchstaben d. Familiennamens **7 554.** — U.: Vor- u. Zuname, Geburtsname **12, 267; 21, 725.** — U. nur mit dem Vornamen **§ 1, 636; 5 583; 6 560.** — U. mit sog. „gegebenen Namen“, Pseudonymen, Firma **12, 267; § 1, 636; 4 509; 5 583.** — U. durch die

Schlüßworte: „dies bestimmt N. N. in N. am xten“ **3 1, 635.** — nicht in einer besondern Zeile unter der Urkunde enthaltene u. **3 1, 636, 645.** — Namenszeichnung lediglich auf dem Umschlag **4 509.** — schwer leserliche u. **5 583.** — Stellung d. u. zwischen Zeit- u. Ortsangabe **6 559.**

5. **Z u s a ß e.** — eigenhändige Korrekturen u. Ausstreichungen **1 2, 267.** — zwischen d. Zeilen eines vollständigen T. hineingeschriebene Verfügungen **5 571.** — ohne Wissen des Erblassers oon fremder Hand gemachte **3. 1 2, 267.** — undatierte Nachrichten **6 557.** — Zusätze von fremder Hand mit Wissen u. Willen des Erblassers **1 2, 267; 4 509; 5 581.** — unterschriebene **3. 1 2, 268; 2 1, 726.** — spätere, nicht formgerecht unterschriebene Zusätze **1 2, 267; 2 1, 725, 726, 727.** — uno actu mit dem Unterschriebenen gemachte, nicht unterschriebene **3. 1 2, 267; 2 1, 727.** — in einem alten T. oorbehaltene, nach 1900 errichtete Nachzettel **3 1, 636.**

6. **B e r w a h r u n g.** — Form des B. santrages **1 2, 274.** — Wirkung der Verwahrung; T. öffentliche Urkunde? **1 2, 274; 3 1, 636.** — B. bei einem Privaten **1 2, 274.** — Vorlage des hinterlegten T. an den Erblasser zur Einsicht **3 1, 641.**

VII. **D o r f t e s t a m e n t.** **7 557.** — Kritik d. Gesetzes **2 1, 729.** — bayerisches Formular **7 557.** — öffentliche Urkunde? **1 2, 274; 2 1, 729.** — Errichtung in einer Stadtgemeinde **4 512.** — des Deutschen nicht mächtige Gemeindevorsteher; Aufnahme des Protokolls in deutscher Sprache durch den Schreiber **1 2, 269, 270, 274.** — Gemeindevorsteher u. sein Vertreter **4 512.** — örtliche Zuständigkeit **2 1, 729.** — Art der Feststellung des Besorgnisgrundes nach § 2249 Abs. 2 **2 1, 729; 3 1, 639, 642; 4 512.** — Nichtangabe des Besorgnisgrundes **1 2, 274; 2 1, 729; 3 1, 639, 642.** — Feststellung des Besorgnisgrundes in Abwesenheit d. Zeugen **4 512.** — objektive Unbegründetheit der Besorgnis **1 2, 274; 2 1, 729; 3 1, 642.** — Nichtverlesung der Feststellung des Besorgnisgrundes **3 1, 642.** — Schreiben durch Dritte **1 2, 274.** — Schreibart des T. (Stenographie) **1 2, 274.** — analoge Anwendung des § 2242 **3 1, 642.** — Unterschrift **1 2, 274.** — mit Bleistift geschriebenes **1 2, 274.** — Entfernung eines Mitwirkenden während der Siegelung **1 2, 275.** — Gegenwart des Erblassers bei Vollzug d. Protokolls durch den Gemeindevorsteher u. die Zeugen? **4 511.** — Errichtung bei unmittelbar bedürfendem Zweikampf **1 2, 275.** — irrthümliche Bezeichnung der Zeugen als Schöffen **4 512.** — irrthümliche Bezeichnung des Gemeindevorstehers als Ortsrichter **5 586.** —

Belehrung des Erblassers über die zeitliche Beschränkung der Gültigkeit **2 1, 729.** — gemeinschaftliches T. bei Vorliegen der Voraussetzungen für ein Not-T. nur auf Seiten eines Gatten **1 2, 275.** — Umfang der Haftung des Gemeindevorstehers für Versehen **2 1, 729; 3 1, 642; 6 562** (Verzögerung des Gemeindevorstehers bei der Aufnahme).

VIII. **S e e t e s t a m e n t.** — „Seereise“ **6 562.** — „außerhalb eines inländischen Hafens“ **6 562.** — von Angehörigen der Marine oder von dienstlich über See beförderten Landsoldaten **4 533.** — T. Kriegsgefangener **2 1, 764.**

IX. **G e l t u n g s d a u e r** des außerordentlichen Testaments. — Beginn der Frist bei erheblicher Erschwerung der Errichtung eines ordentlichen T. **1 2, 275.** — Pflicht der Notare in Bayern, die Erblasser auf den Fristablauf bez. der bei ihnen eingereichten Not-T. aufmerksam zu machen **6 562.**

X. **A n f e c h t u n g.** — Anwendung d. Vorschriften des Allgemeinen Theils über Willensmängel **7 543.** — Kreis der der N. unterliegenden letztwilligen Verfügungen **2 1, 713.** — Verhältnis des § 2079 (Übergehen eines Pflichtteilsberechtigten) zu § 2078 (N. wegen Irrthums) **6 545.** — Übergehen eines Pflichtteilsberechtigten wegen Nichtkennens seiner rechtlichen Qualität **1 2, 239.** — keine N., sondern nur Pflichtteilsanspruch bei absichtlicher Ausschließung eines Pflichtteilsberechtigten **3 1, 615, 617.** — N. bei Übergehen eines Pflichtteilsberechtigten, von dem der Erblasser mutmaßte, daß er noch lebe **6 545.** — Übergehen eines Pflichtteilsberechtigten bei einer nicht mit Bezug auf das Pflichtteilsrecht gemachten Zuwendung **1 2, 239.** — absichtliche Nichtabänderung eines T., wenn nach seiner Errichtung jemand pflichtteilsberechtigt wird; Beweispflicht **3 1, 615, 616.** — Anfechten eines gemeinschaftlichen T. wegen Übergehens eines Pflichtteilsberechtigten **2 1, 712; 3 1, 616, 617; 5 570.** — Übergehen der Enkel bei persönlichem Erbverzicht ihres parens **3 1, 657.** — Anfechtung e. T. wegen Irrthums, Nachweis des N.-sbelegten, daß der Erblasser bei Kenntnis der wahren Sachlage ebenso verfügt hätte? **3 1, 613, 614; 7 543.** — Möglichkeit der N. einer einzelnen Verfügung bei Anfechtbarkeit des ganzen T. **4 502; 5 750.** — N.-sberechtigter bei Erbunwürdigkeit **1 2, 240; 2 1, 747** (s. diese); **5 571.** — N.-sberechtigter **7 543.** — N.-sberechtigter im Fall des § 2080 Abs. 2 **5 571.** — Unterschied der N. eines T. wegen Irrthums nach § 2078 zur N. wegen Erbunwürdigkeit nach § 2339 Ziff. 3 **3 1, 614, 615.** — N. wegen Irrthums bei Nichtangabe des irrigen Be-

(Testamente)

schwerbegrundes im **L. 31**, 615. — **N.**, wenn der Erblasser sich infolge eines Irrtums überhaupt abhalten ließ, eine bestimmte Verfügung zu treffen, oder wenn er an ihrer Stelle eine andere traf **5 570**. — Irrtum über Eintritt oder Nichteintritt gegenwärtiger, zukünftiger oder vergangener Umstände **5 570**; **7 543**. — **N.** bei einem Schuldbvermächtnis **5 570**. — widerrechtliche Drohung; Begriff **31**, 615. — Erbeinsetzung der Kinder unter Ausschluß eines Kindes, wenn der Erblasser überfah, die z. Bt. der **L.**-errichtung bereits vorhandenen Kinder des Ausgeschlossenen einzusetzen **31**, 617. — **N.** wegen einer angeblich ohne Wissen des Erblassers in das **L.** aufgenommenen Bestimmung **6 545**. — Übergangsrecht, für die Frage der Pflichtteilsberechtigung maßgebendes Recht **31**, 616 (s. Pflichtteil). — **N.** eines Vermächtnisses wegen Irrtums des Erblassers über die Wirksamkeit eines vom Vater d. Bedachten erklärten Erbverzichts **6 545**. — Recht des zweiten Ehegatten des nach 1900 verstorbenen Erblassers, das vor 1900 mit der ersten Frau geschlossene gemeinschaftliche **L.** des Erblassers anzufechten **31**, 616. — durch Irrtum oder Drohung veranlaßte Einsetzung eines Dritten an Stelle eines gesetzlichen Erben oder Ausschluß eines gesetzlichen Erben unter Einsetzung der übrigen gesetzlichen Erben **6 544**, **545** (s. **5 570**). — Form d. **N.**-serklärung gegenüber d. Nachlassgericht **4 851**; **5 571**; **7 543**. — Beweis der Rechtzeitigkeit **1 2**, 240. — Erhebung der **N.**-s-klage an Stelle d. veräußerten **N.**-serklärung vor dem Nachlassgericht **31**, 617. — **N.** wegen solcher Verfehlungen des eingesezten Gatten, auf die die erhobene Scheidungsklage nicht gestützt war (§ 2077 BGB.) **4 500**. — irrtümliche Unterlassung der Erbeinsetzung einer bestimmten Person; Folgen der **N.** **4 501**; **5 570** (unter Angabe eines irrigen Grundes); **6 544**, **545**. — Ausrechthalten einzelner **L.**-sbestimmungen bei **N.** wegen Irrtums **4 502**; **5 750**; **7 543**, **544** (analoge Anwendung des § 139 BGB.?). — Prüfung der **N.**-serklärung seitens des Nachlassgerichts? **5 571**. — Aufsehung seitens eines von mehreren Miterben **6 545**. — Ausschluß der **N.** bei Bestehenlassen trotz Kenntnis des **N.**-sgrundes **1 2**, 239. — Ausschluß der Klage nach § 2077 durch Ablauf der Frist des § 1571 oder durch Verzeihung; Beweislast bez. des Fristablaufs **4 501**. — Verzicht auf **N.** (einseitige, nicht empfangsbedürftige Willenserklärung) **5 557**. — Verzicht auf die **N.** durch Anerkennung seitens des gesetzlichen Erben **5 556**, **570**. — Anwendung des § 17 Abs. 2 BGB. auf d. **N.**-sfrist der §§ 2081, 2082 **7 990**. — Be-

stätigung eines anfechtbaren **L.** seitens des Erblassers **4 501**. — Kostenpflicht bei einer auf einen gesetzlichen **N.**-sgrund nicht gestützten **N.**-serklärung gegenüber dem Nachlassgericht **31**, 615. — **N.** einer Aufhebung **5 570**. — Wirkung der **N.** **1 2**, 240 (2); **2 1**, 713; **31**, 615 (bei bereits stattgefundener Übereignung der Vermächtnisache). — Geltendmachung des Pflichtteilsanspruchs an Stelle der **L.**-s-anfechtung **31**, 616; **5 570**. — Vererblichkeit des **N.**-srechtes? **7 543**.

XI. Widerruf. — **N.** seitens e. entmündigten Geisteschwachen; Nachweis der Geschäftsunfähigkeit des Erblassers **7 557**. — Widerruf des vor Entmündigung des Erblassers abgegebenen Widerrufes nach Eintritt der Entmündigung wegen Geisteschwäche, Trunksucht oder Entmündigung **2 1**, 729.

1. Widerruf durch Testament. — Siegelung u. Verwahrung, Aufschrift des Widerrufs **1 2**, 275. — Widerruf durch Übergabe einer Schrift **1 2**, 275. — wenn der Erblasser bei Errichtung des **L.** an das erste oder an dessen Aufhebung nicht dachte **5 586**; **7 558**. — Beweislast, daß das spätere **L.** das frühere aufheben sollte **4 512**. — Vereinbarung der Bestimmungen des zweiten mit denen des ersten **L.** **5 586**, **587**. — unveränderte Aufrechterhaltung der in e. früheren **L.** angeordneten Erbfolge in dem späteren **L.** **7 558**.
2. Widerruf durch Veränderung oder Vernichtung des Testaments. — bloßer Aufhebungswille ohne objektiven Ausdruck **7 558**. — teilweise Durchstreichungen, Einflammerung **31**, 642; **5 586**. — Vernichtung durch einen Dritten auf Anordnung des Erblassers **1 2**, 275. — Gegenbeweis gegen die Vermutung der Aufhebungsabsicht bei Vernichtung eines **L.** **6 562**, **576**. — nachträgliche Genehmigung der Verletzung durch einen Dritten **1 2**, 275. — Einreißen der Urkunde **7 558**. — Entfernung der Siegel **7 558**. — auf das **L.** gesetzter Vermerk „veraltet“, „Verbrennen“ **7 557**, **558**. — Vorhandensein mehrerer Exemplare **1 2**, 275; **2 1**, 725. — Widerruf der Verfügungen des einen Gatten durch die von ihm erfolgte Vernichtung des gemeinschaftlichen **L.** **31**, 642.
3. Widerruf durch Zurücknahme des hinterlegten Testaments. — vor 1900 in Verwahrung gegebenes **L.** **1 2**, 276. — Protokoll über die Zurückgabe **1 2**, 275. — Zurückgabe durch den **L.**-srichter oder den Notar? **31**, 642. — Zurückgabe d. noch nicht an das Amtsgericht abgelieferten **L.** seitens des Notars **7 557**. — Zurück-

gabe im Wege der Rechtshilfe 1 2, 275. — Zurückbringen des zurückgenommenen \mathcal{L} . in amtliche Verwahrung 1 2, 275. — irrthümliche Zurückgabe an eine falsche Person 1 2, 275. — Zurückgabe an einen nicht widerrufsfähigen Erblasser 1 2, 275; 2 1, 729; 3 1, 642. — Zuständigkeit zur Prüfung der Widerrufsfähigkeit des Erblassers 3 1, 642. — Anfechtung der Zurücknahme seitens des Erblassers 1 2, 276; 2 1, 729; 5 750. — \mathcal{Z} eines hinterlegten eigenhändigen \mathcal{L} . (§ 2251 Ziff. 2) 1 2, 276. — Zeit des Eintritts der Wirkung des Widerrufs 2 1, 729. — irrthümliche Rückgabe ohne Verlangen des Erblassers 2 1, 729. — Fortbestehen des zurückgenommenen öffentlichen \mathcal{L} . als Privat- \mathcal{L} . 2 1, 730. — Zurückgabe eines noch nicht in amtlichen Verwahrung gebrachten \mathcal{L} . 2 1, 730. — Unterschied der \mathcal{Z} . von einer bloßen Einsichtnahme des Erblassers 5 586. — \mathcal{Z} . eines hinterlegten, ein früheres \mathcal{L} . aufhebenden \mathcal{L} . ohne Ablicht der Wiederherstellung des ersten \mathcal{L} . 7 558. — Widerruf eines Erbvertrags durch \mathcal{Z} .? 3 1, 643.

XII. A b l i e f e r u n g s p f l i c h t 1 2, 276. — vor 1900 errichtetes \mathcal{L} . 1 2, 276. — Ablieferung eines vor 1900 errichteten \mathcal{L} . durch einen rheinischen Notar 7 559. — Beschäftigung durch den Erblasser 1 2, 274, 276. — Ablehnung der Ablieferung wegen Gegenstandslosigkeit 3 1, 643 (2); 5 587. — nicht formgerechtes \mathcal{L} . 1 2, 276. — sich nicht als \mathcal{L} . darstellende Schriftstücke 1 2, 276. — Form der Ablieferung (persönlich oder Übersendung) 1 2, 276. — Ablieferungskosten; Schuldner 5 587. — Reisekosten des persönlich abliefernden Notars 2 1, 735. — Zwangsmaßregeln des Nachlassgerichtes 1 2, 276; in einem Bankfasse verwahrtes \mathcal{L} . 3 1, 643; 4 512. — Zwangsmaßregeln zur Erzwingung der Ablieferung gegen einen Notar? 3 2, 227. — Zwangsmaßregeln, wenn der Erblasser Ausländer war 3 2, 227. — Zwangsmaßregeln, wenn das Testament sich im Ausland befindet 3 2, 227. — Anwendung von Gewalt (Wegnahme) zur Erzwingung der Ablieferung 3 2, 227. — Lage auf Ablieferung 1 2, 276; 4 513 (2). — Verweigerung der Ablieferung oder der Übersendung des Übergabeprotokolls seitens eines Gerichts; Beschwerde des Nachlassgerichtes? 5 588. — Ersetzen der Ablieferung durch amtliche Mitteilung des Notars über den Inhalt? 5 587. — irrthümliche Ablieferung des \mathcal{L} . eines nicht Verstorbenen; Kosten 5 587. — Anwendung des § 2259 Abs. 1 2, 276 (2). — Maßnahmen des Gerichts zur Sicherstellung des im Inland befindlichen Testaments e. verstorbenen Ausländers 7 559, 1012, 1013. — Unkenntnis des Besitzers von seinem Besitz 6 562. — Gebühren nach

§ 44 Abs. 2 PrOAG. 1 2, 277. — Offenbarungseid (§ 83 ZGB.) zur Erzwingung der Vorlage 7 1012. — Ablehnung des Antrags auf Anordnung des Offenbarungseides wegen mangelnden Nachweises, daß der Gegner das \mathcal{L} . in Händen habe; Beschwerde 7 1012.

XIII. E r ö f f n u n g (s. Erbvertrag) 3 1, 644. — Tod des Erblassers vor 1900 1 2, 278, 279 (gemeinschaftliches \mathcal{L}). — Rückgabe des Hinterlegungsscheines 1 2, 273, 278. — Kompetenzkonflikt zwischen 2 Gerichten 5 588. — Rückgabe des eröffneten \mathcal{L} . an Notar usw. 2 1, 730, 736; 3 1, 643, 650; 5 587 (eines eigenhändigen \mathcal{L} .); 6 563. — Weiterverwahrung des eröffneten \mathcal{L} . 1 2, 274; 5 1011, 1012. — Rückgabe ungültiger Nachzettel 5 588. — Verbot der \mathcal{E} . u. Verkündung 1 2, 280; 2 1, 730. — \mathcal{E} . im Wege der Rechtshilfe 1 2, 279; 3 1, 643. — Prüfung der Formgültigkeit des \mathcal{L} . vor \mathcal{E} . Ablehnung der \mathcal{E} . wegen Formmangels 1 2, 277; 2 1, 730 (2); 3 1, 643; 4 512 (offensichtliche Ungültigkeit); 5 587. — formell widerrufenes \mathcal{L} . 1 2, 277 (3); 5 587, 588. — mehrere miteinander in Widerspruch stehende \mathcal{L} . 7 559. — durch Fristablauf des § 2252 ungültig gewordene, außerordentliche \mathcal{L} . 1 2, 277. — neben e. im amtlichen Gewahr befindlichen \mathcal{L} . bestehendes Privat- \mathcal{L} . 7 559. — aus der amtlichen Verwahrung zurückgenommenes \mathcal{L} . 1 2, 277. — zerrissene, durchstrichene \mathcal{L} . 1 2, 277. — unverschlossene \mathcal{L} . 1 2, 278. — eigenhändiges \mathcal{L} . (§ 2231 Ziff. 2) 1 2, 278. — materiell unwirktames \mathcal{L} . 1 2, 277. — \mathcal{E} . wegen v e r m u t l i c h e n Ablebens des Testators bei lang verwahrtem \mathcal{L} . 5 587. — Einfluß der vom Nachlassgericht wegen angeblicher Ungültigkeit erklärten Ablehnung der \mathcal{E} . auf einen Rechtsstreit 5 587. — Widerspruch gegen die \mathcal{E} . weil das Schriftstück kein \mathcal{L} . enthalte? 7 558, 559. — Verzicht auf \mathcal{E} . 1 2, 278. — Unterlassung der \mathcal{E} . wegen mangelnden Interesses 1 2, 278; 6 563. — \mathcal{E} . offener, nicht in amtlichen Verwahrung gebrachter Privat- \mathcal{L} . oder ihrem ganzen Inhalt nach schon einmal verkündeter, insbes. gegenzeitiger \mathcal{L} . 6 562 (s. gemeinschaftliches \mathcal{L}). — zuzuziehende Personen 1 2, 278, 279 (Vermächtnisnehmer bei gemeinschaftlichem \mathcal{L}). — Verkündung, wenn niemand erschienen ist 1 2, 279; 2 1, 731; 3 1, 643; 4 479, 513; 5 588 (seitens des ersuchten Gerichts). — Umfang der Verkündung 1 2, 278 (2). — Verlangen eines Beteiligten, daß der ihn allein betreffende, die anderen nicht interessierende Teil des \mathcal{L} . nur ihm verkündet werde 3 1, 643. — Umfang der Verkündung an Vermächtnisnehmer 3 1, 643. — Verkündung bereits eröffneter \mathcal{L} . 1 2, 278. — Anwendung d. §§ 168 ff. ZGB. auf das \mathcal{E} .-protokoll 2 1,

(Testamente)

731. — Unterschrift des E.-protokolles **12, 278.** — Protokollaufnahme, wenn niemand im Verkündungstermin erscheint **12, 279; 21, 731.** — kann das **T.** verwahrende Nachlassgericht ein anderes Gericht um **E.** ersuchen? **12, 279** (vgl. **31, 643**). — „amtliche Verwahrung“ i. **S.** des § 2261 **12, 279; 7559, 560.** — Pflicht des eröffnenden Gerichts zur Ermittlung des Nachlassgerichtes **12, 279.** — **E.** in Baden durch Notare? **12, 279.** — Streit über Zuständigkeit zur Verwahrung e. eröffneten **T.** (§ 5 **FGB.**) **32, 183.** — Kosten der **E.** Nachlassverbindlichkeit s. diese. — Beschwerde wegen **E.** f. Beschwerde. — hat das Gericht die Anerkennung des **T.** seitens der gesetzlichen Erben herbeizuführen? **21, 730.**

XIV. Mitteilungsan die im Eröffnungsstermin nicht Anwesenden. — Beteiligte **12, 279; 5588** (bei gemeinschaftlichen **T.**). — gesetzliche Erben **12, 279; 31, 644.** — **R.** für Bevormundete an das Vormundschaftsgericht **12, 280; 31, 644.** — Verständigung des bereits anderweit in Kenntnis Gesetzten **12, 280.** — Verbot der Verständigung seitens des Erblassers **21, 730, 731.** — Anordnung des Erblassers, daß die Verständigung erst später erfolgen soll **4513.** — Erfundigungspflicht des Gerichts, wenn der Aufenthalt Beteiligter nicht bekannt ist **7560.** — Unterlassung der Verständigung bei Zweifel an der Rechtsgültigkeit d. **T.**? **21, 730.** — Fassung des Richters bei Unterlassung einer möglichen Mitteilung **31, 644; 7133.** — Zuständigkeit der badischen Notare **12, 280.**

XV. Einsicht u. Abschriften. — Voraussetzungen der Einsicht **4513.** — Ausfertigungen der **T.**? **12, 290; 5588.** — Ausfertigung eines dem Eröffnungsprotokoll als Anlage beigefügten privatschriftlichen **T.**? **4867; 51026.** — Abschrift des ganzen **T.** bei Interesse nur an einem Teil **12, 280; 71003.** — Einsicht der Akten neben der Einsicht des **T.** **5588.** — Einsicht bei einem anderen als dem Nachlassgericht **12, 280; 4513.** — photographische Abbildungen eines **T.** **21, 731.** — Anwendung des § 2264 auf Erbverträge? **21, 731.** — Einsichtnahme des verwahrten **T.** durch den Erblasser **5586.** — Anspruch der Beteiligten auf Erteilung e. vollständigen Abschrift **7560.**

Testament gemeinschaftliches s. Testament, Erbvertrag. — Kritik des Gesetzes **7560, 561.**

I. Übergangsrecht. — Widerruf eines vor 1900 errichteten g. **T.** nach 1900 **12, 455 (2); 21, 810; 7590.** — Eröffnung der vor 1900 errichteten g. **T.** **12, 452; 31, 710; 5599.** — Auslegung

g. **T.**, wenn ein Gatte vor, der andere nach 1900 stirbt **6599.** — Ausschluß der fortgesetzten Gütergemeinschaft in einem vor 1900 errichteten g. **T.** **31, 703.** — wechselseitiges altrechtliches **T.**, Bindung der Testatoren, Aufhebung, Widerruf **21, 810, 811, 813; 31, 710; 4555.** — Wirkung altschäfflich-rechtlicher g. **T.** in bezug auf die Ansprüche des von dem wiederverheirateten Teil unter der Herrschaft des **BGB.** hinterlassenen zweiten Ehegatten **31, 709.** — Verlegung des Wohnsitzes des Überlebenden in ein anderes Rechtsgebiet **31, 710.** — Einfluß der Wiederverheiratung u. der späteren Geburt von Kindern auf ein vor 1900 errichtetes g. **T.** **5636.** — Widerruflichkeit bei später eintretendem Enterbungsgrund? **5636 (2).** — Widerruf eines Vermächtnisses nach Eintritt des Nachlasses des Erstverstorbenen **5636.** — Anwendung des § 2269 **BGB.** auf vor 1900 errichtete **T.** **7561.** — Anfechtung altrechtlicher g. **T.** **7589.**

II. Allgemeines. — Gemeinschaftlichkeit des Errichtungsaktes oder materielle Gemeinschaftlichkeit **6563.** — Gebühren in Preußen **12, 281.** — Vertragsnatur **4514.** — Sprachfremde **12, 273; 31, 640, 641.** — Nicht-Ehegatten, Gatten einer nichtigen Ehe **6563; Konvaleszenz der Ehe 31, 646.** — verschiedene Form auf Seiten der beiden Erblasser **12, 280; 4513, 514.** — g. **T.** eines Stummen u. eines des Lesens Unkundigen oder Minderjährigen **12, 281.** — g. **T.** in der Form des Dorf-**T.** bei Vorliegen der Voraussetzungen nur auf Seiten eines Gatten **12, 275.** — Genehmigungserklärung des zweiten Gatten vor Unterschrift des ersten bei eigenhändigem g. **T.** **21, 731; 31, 645.** — verschiedene Datierung seitens der beiden Gatten **12, 281; 21, 731, 732; 31, 645; 4514** (Datum des Beitritts älter als das des Haupt-**T.**?) — Notwendigkeit der Datumsangabe durch jeden der beiden Gatten bei eigenhändigem g. **T.** **21, 732.** — räumliche Stellung der Unterschrift **31, 645.** — Erfaß der Unterschrift durch Aufnahme des Namens in die Erklärung **12, 281.** — Erklärung des letzten Willens in denselben Worten (in der Mehrzahl) oder in getrennten Sätzen (in der Einzahl) **31, 644; 4514.** — getrennte Niederschrift des letzten Willens seitens jedes der beiden Gatten in einer eigenen Urkunde **12, 281; 31, 644, 645 (2); 4514** (in einer gemeinsamen Urkunde); **6546.** — Form der Beitrittserklärung des zweiten Gatten; Wahl der Worte; bloße Erklärung „gelesen, genehmigt, unterschrieben“; besondere Unterschrift des **T.** oder eines Teils desselben neben der Beitrittserklärung **31, 645; 4514** (bloße Unterschrift? Bezeichnung des Wortes: „ein-

verstanden" u. Unterschrift); 6 563 (bloße Unterschrift). — Unvollständigkeit des Datums der Beitrittserklärung zum Testament des anderen 4 514. — Hinfälligkeit des ganzen g. T., wenn das vom ersten Gatten geschriebene, vom anderen durch Beitrittserklärung genehmigte der gesetzlichen Form ermangelt 3 1, 645; 6 563 (mangelndes Datum der 1. Erklärung bei Datierung der Beitrittserklärung). — Einfluß der Nichtigkeit der Beitrittserklärung auf die Gültigkeit des g. T. 3 1, 645. — Anwendung der Form des § 2267, wenn beide Ehegatten keine gemeinschaftliche Verfügungen treffen 3 1, 646. — Aufrechthaltung eines nichtigen g. T. im Wege der Konversion? 6 563; Aufrechthaltung e. nicht vom Ehegatten errichteten g. T. nach § 141 BGB.? 6 65. — nachträgliche Vollziehung des hinsichtlich der Person des überlebenden Gatten mangelhaften g. T. nach dem Tode des anderen Gatten 6 563. — Tod des verklagten Gatten vor Durchführung der Scheidungsklage 3 1, 646.

III. § 2269 BGB. — Stellung d. Dritten im g. T. für den Todesfall des überlebenden, als Erben des beiderseitigen Nachlasses Eingesehten; Bindung des Erben an die Verfügungen beider Gatten; Tod des Eingesehten vor dem Letztersterbenden; Pflicht des Überlebenden zur Erhaltung des Nachlasses des Erstverstorbenen gegenüber dem Eingesehten? Zustimmung des Eingesehten zur Umschreibung der Grundstücke auf den Überlebenden 1 2, 281, 282; 2 1, 731 (Unterschied von einer Nachbereinsetzung auf den Überrest); 2 1, 732 (Ausübung des Pflichtteilsrechts seitens des Dritten); 3 1, 646—648 (freies Verfügungsrecht des überlebenden Gatten als Alleinerben, fraudulöse Schenkungen desselben; Stellung des beim Tod des Erstversterbenden sein Pflichtteilsrecht geltend machenden Dritten beim Tod des Überlebenden, Berliner Testament); 4 514 (Überlebender als Alleinerbe, Dritter nur Erbe des Überlebenden); 5 589; 6 564 (Dritter nur Erbe d. Überlebenden). — Pflichtteilsanspruch des Dritten, insbesondere des mit einem Vermächtnis nach § 2269 Abs. 2 Bedachten gegenüber dem g. T. 5 589. — § 2269 als Vermutung über den Berufungsgrund; Einfluß auf den Umfang des dem Überlebenden zufallenden Nachlasses? 6 564. — subsidiäre Natur der Auslegungsregel des § 2269 3 1, 646. — Einsetzung der Abkömmlinge nur eines der beiden Gatten auf den Tod des überlebenden bei Überleben des Gatten, von dem die Abkömmlinge nicht stammen; Ersatzberufung der entfernteren Abkömmlinge nach § 2069 bei Vorab-

sterben eines Abkömmlings 6 564 (s. 3 1, 612, 613) (vgl. Erbvertrag). — Anfechtung eines g. T. wegen Übergehens eines Pflichtteilsberechtigten 2 1, 712; 3 1, 617 (nach Errichtung des g. T. pflichtteilsberechtigt Gewordenen). — Anfechtungsrecht des 2. Ehegatten d. Überlebenden 3 1, 616. — Pflichtteilsrecht der Kinder im Fall des § 2269 BGB. 7 561. — gegenseitige Einsetzung von Ehegatten als Alleinerben mit der Pflicht zur Auszeigung eines bestimmten Vater- oder Muttergutes an die Kinder 1 2, 281 (s. Erbseinsetzung, Erbvertrag). — Verhältnis des § 2269 zu § 28 ErbschStG. 3 1, 647. — § 2269 oder Anordnung e. Vor- u. Nacherbfolge? 7 561, 562.

IV. Korrespondentes Testament. — Vertragsnatur 4 515; 5 589 (analoge Anwendung des § 157 BGB.). — Begriff d. Korrespondenz 3 1, 648 (insbesondere bei Zuwendungen an Verwandte nach § 2270 Abs. 2). — Wille des einen Teils, seine eigene Verfügung trotz Widerrufs des Gegners fortbestehen zu lassen 1 2, 282, 283. — kann ein wegen Formmangels nichtiges korrespondentes T. nach dem Tode des Gatten, dessen Verfügung der gesetzlichen Form entspricht, vom Überlebenden durch nachträgliche Erfüllung der Form wirksam gemacht werden? 7 561. — Schutz des Dritten gegen fraudulöse Beeinträchtigung durch den Überlebenden 1 2, 283; 3 1, 647, 648; 5 590. — Bestimmungen über die Teilung unter den Kindern nach dem Tode des Letztersterbenden 1 2, 58. — Aufhebung d. Bindung d. Überlebenden durch Vereinbarung 3 1, 649; 5 590. — Wegfall der Unwiderruflichkeit bei nachträglich eingetretener Entberbungsgrund 5 590. — Widerruf des Überlebenden bei Vorliegen der Anfechtungsgründe der §§ 2078, 2079 1 2, 283; 2 1, 732; 3 1, 648; 4 515. — inwiefern kann bei Lebzeiten des einen Gatten der andere bzw. nach seinem Ableben der Überlebende letztwillige Verfügungen, die sich später als gerechtfertigt herausstellen, treffen? 5 589; 6 565. — Anfechtung durch den überlebenden Ehegatten 7 562. — Anfechtung eines vor 1900 errichteten korrespond. T. wegen Übergehens eines Pflichtteilsberechtigten 5 570. — Entkräftung des T. des Längstlebenden, z. B. durch Entstehung von Noterben 1 2, 283. — Anwendung der für den Erbvertrag gegebenen Vorschriften über Anfechtung, ferner d. §§ 2287, 2288, 2289 auf korrespondente T. 4 515; 6 566. — Aufhebung durch Ausschlagung des korrespondent bedachten Dritten oder Tod desselben vor dem Erbfall 2 1, 733; 4 515. — korrespondente Verfügung des Vorverstorbenen zugunsten des Überlebenden u. eines Dritten; Recht d. Über-

(Testament gemeinschaftliches)

lebenden zur Aufhebung seiner korrespondierenden Verfügung 2 1, 733. — Gebühren 1 2, 283. — Anwendung des § 2270 auf wegen Formmangels als g. T. nicht rechtsbeständiges T. 6 564.

V. **Widerruf und Zurücknahme.** — Anwendung des § 130 BGB. 6 53. — Widerruf eines Gatten mit formloser Zustimmung des anderen 1 2, 283; 4 515. — Form der Übermittlung der W.-serklärung 2 1, 732. — Errichtung eines neuen T. gleichzeitig mit dem W. 1 2, 283. — W. der Verfügungen des einen Gatten durch die von ihm erfolgte Vernichtung des g. T. 3 1, 642. — nicht gemeinschaftlicher W. eines korrespondierenden T. 2 1, 732. — Aufhebung eines korrespondierenden T. durch Einzel-T. oder den von einem Gatten mit einem Dritten geschlossenen Erbvertrag bei Zustimmung des anderen 1 2, 283; 2 1, 732. — Widerruf des Überlebenden nach dem Tode des anderen, wenn d. Überlebende während der Ausschlagungsfrist ohne Ausschlagungserklärung stirbt 3 1, 648. — Zugehen der W.-serklärung an den Gegner nach dem Tod des Widerrufenden 6 565. — Ausschlagung der Erbschaft seitens des Erben des Überlebenden, der während der Ausschlagungsfrist ohne Ausschlagungserklärung starb 3 1, 648. — Aufhebung eines nach altem Recht errichteten korrespondierenden T. nach 1900 (vgl. oben) 1 2, 284; 4 515, 516. — § 2271 ius dispositivum 6 565. — Einfluß d. vom Überlebenden erklärten Ausschlagung auf die Zuwendungen an einen Dritten 4 515. — Aufhebung eines korrespondierenden T. durch den Überlebenden nach § 2294 1 2, 283. — Tod des überlebenden Gatten nach W. seiner korrespondierenden Verfügung, aber vor Erklärung über Annahme oder Ablehnung der ihm gemachten Zuwendung 2 1, 733. — teilweiser W. durch Anordnung eines Vermächtnisses oder einer Auflage 5 589. — Zurücknahme eines g. T. bei mangelnder Geschäftsfähigkeit eines Gatten 3 1, 649. — Zurücknahme bei mangelnder Einigung über die Person des Empfangsberechtigten 3 1, 649.

VI. **Verkündung und Verwahrung.** — Weiterverwahrung gemeinschaftlicher eröffneter T. nach d. Tod d. ersten Gatten; zuständiges Gericht 1 2, 274, 279, 285; 2 1, 734; 3 1, 649; 6 558, 565. — Zurückgabe eines privaten Testaments an den Entlieferer? 2 1, 734; 3 1, 649; 5 590 (2). — zweite Eröffnung bei Ableben des ersten Gatten vor 1900 1 2, 279; 3 1, 649. — Wiederholung der Verkündung eines bereits seinem ganzen Inhalt nach verkündeten T. 6 562. — Bestätigung der zur Eröffnung nach dem

Tode des ersten Gatten nicht zugezogenen Vermächtnisnehmer des zweiten 1 2, 278, 279. — Verbot der Eröffnung oder Verkündung, Gültigkeit bei Ableben des ersten Gatten vor 1900 1 2, 280; 4 516. — Verkündung der durch das Vorversterben des einen Gatten erlebigen Verfügungen? 1 2, 58; 4 516; 7 559. — Eröffnung eines neben dem wechselseitigen T. errichteten zweiten T., das nur Verfügungen für den Fall des Todes des überlebenden Gatten enthält 1 2, 280. — Umfang u. Zeit der Eröffnung 1 2, 284; 2 1, 734; 6 565. — Verkündung des ganzen T. mit Zustimmung des Überlebenden? 3 1, 649; 7 562 (2). — Wiederholung der Verkündung eines bereits ganz verkündeten T. nach dem Tode des zweiten Gatten 1 2, 284. — Wiederverwahrung eines nur teilweise verkündeten T. 1 2, 284. — amtlicher Verwahr eines teilweise verkündeten, vorher nicht amtlich verwahrten T. 1 2, 284, 285; 5 590 (2). — Zuziehung des überlebenden Gatten bei Zurücknahme des T. in amtliche Verwahrung 1 2, 284. — Aufbewahrung des ganz verkündeten T. 1 2, 284. — ein lediglich die gegenseitige Erbeinsetzung von Ehegatten enthaltendes T.; Wiederverwahrung? 1 2, 284. — vollständige Verkündung eines g. T., das über die Teilung des beim Tode des Letztlebenden vorhandenen Vermögens unter die Kinder verfügt 1 2, 284. — Verkündungsvermerk bei teilweiser Verkündung 1 2, 285. — Verkündungsvermerk auf der bei teilweiser Verkündung zu fertigenden Abschrift 1 2, 285. — Behandlung der g., bei e. anderen als dem Nachlassgericht verwahrten T. 3 1, 644; 5 590 (Bestimmung des Umfangs der Verkündung). — Abschriften eines teilweise verkündeten g. T. 5 590. — Antrag des Erbschaftsverwalters auf vollständige Eröffnung nach dem Tode des ersten Gatten 1 2, 280. — Inhalt des nach Artt. 47, 57 PrZGG. zu erteilenden Zeugnisses bei nur teilweiser Verkündung 7 563. — Gebühren bei vollständiger Verkündung 1 2, 285; 5 590. — Einsicht der Abschrift nach Wiederbeschließung des T. 3 1, 649; 5 590. — Verfahren vor dem Beschwerdegericht bei Beschwerde wegen Ausschluß eines Teils des g. T. von der Verkündung 7 562, 992 (f. Beschwerde in der freiw. Gerichtsbarkeit).

Testamentsnachtrag. — Zusätze f. Testament und Privattestament. — Gültigkeit eines formgerechten Testamentsnachtrags zu e. wegen Formmangels ungültigen Testamente; Ergänzung des Nachtrags aus dem Inhalt des Testaments 6 546. — nach WR. dem Vorbehalt im Testament gemäß außergerichtlich errichtete Nachzettel; Anordnung einer Nacherbsfolge 7 590.

Testamentsvollstrecker vgl. Zwangsvollstreckung im allgemeinen A. i. — T. beim Nachlaß ausländischer Erblasser **21**, 760 (s. Erbrecht internationales).

U b e r t r a g s r e c h t **12**, 452; **21**, 809; **31**, 708; **6599**. — T. als Erbschaft für eine Pflegschaft über geschäftsfähige, durch letztwillige Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkte Person; gerichtliche Aufsicht **12**, 449, 450; **21**, 807. — Zuständigkeit für Aufstellung eines T. bei Erbsuchen eines vor 1900 gestorbenen Erblassers **5633**, 635 (s. **31**, 708). — Entlassung eines vor 1900 bestellten T. wegen Pflichtwidrigkeit, Zuständigkeit (preuß. R.) **12**, 452; **21**, 809. — Anwendung des § 2200 BGB. auf vor 1900 eingetretene Erbfälle? **31**, 708; **5635**. — Wirkung eines gegen den Erben ergangenen Schiedspruchs auf den T. **31**, 709. — Ernennung in einem alten Erbvertrag bei Erbfall nach 1900 **12**, 455; **4555**. — Haftung des „befreiten“ T. bei Erbfällen vor 1900 **5635**. — Beschwerde gegen Ernennung e. T. oder gegen Frisifestzung zur Erklärung über Annahme des Amtes bei Erbfällen vor 1900 (§ 81 FGG.) **32**, 227.

U l l g e m e i n e s. — Begriff u. rechtliche Stellung; Vertreter des Erblassers, des Erben, des Nachlassers; Organ der rechtlich anerkannten Interessen des Erblassers **12**, 255, 256, 258; **13**, 30, 117, 154; T. als Treuhänder **11**, 103; **12**, 258; Auftragsverhältnis? **12**, 263; in fremdem Interesse, aber zu eigenem Recht ausgeübtes Amt **31**, 630, 632, 633; **4508**; **5577**, 579; **7550** (3), 736. — T. als Vertreter des Erben u. Hilfsperson nach § 278? **21**, 191; **31**, 135. — T. als Rechtsnachfolger i. S. des § 445 3B.D. **5577** (s. Rechtsnachfolger). — Haftung wegen vor 1900 begangener Pflichtverletzungen **12**, 264; **7589** (Haftung des Nachlassers). — das unter d. Verwaltung des T. stehende Vermögen als jur. Person? **7736**. — Stellung des Miterben als T. **11**, 116; **11**, 255; **21**, 91, 722; **31**, 61, 632; **4506** (Auflassung); **5578** (Auflassung). — Nießbraucher mit Verwaltungsbrecht nach § 2209 als T. **12**, 261. — Ernennung eines T. zur Ausführung der Feuerbestattung **4506**. — Ernennung eines T. in Ansehung eines Erbteils **12**, 207; **4506**. — Stellung des T. gegenüber einem Pfleger für unbekannt Beteiligte, einer Defizienzpflegschaft **21**, 701; **4474** (s. Pflegschaft). — Nebeneinanderbestehen eines T. u. einer Nachlassverwaltung **12**, 256, 260; **21**, 721. — Bestellung e. Pflegers bei Behinderung des T.? **12**, 198 (s. Pflegschaft). — Stellung des Nachlassgerichts **12**, 259, 264; **21**, 722 (Übertragung einer Beaufichtigung des T. durch den Erblasser); **12**, 213 (Sicherungsmaß-

regeln bei Vorhandensein eines T.?). **6554** (s. Nachlassgericht); **71012** (Aufsichtsrecht?). — Wirkung der Eintragung des T. im Grundbuch; vorher eingetragene Vormerkung auf Auflassung **12**, 256. — Übertragung der Nachlassauseinanderziehung seitens des Erblassers an einen nicht zum T. ernannten Notar **21**, 722.

E r n e n n u n g u n d F ä h i g k e i t. — Form der Bestellung durch den Erblasser **21**, 721; **31**, 630 (Bitte d. Erblassers, „sich der Sachen anzunehmen u. zu ordnen“); **5578** (Anordnung e. Spezialfuzal für Volljährige nach ANR. als Bestellung e. T.). — ist in der Zuneigung der Verwaltung u. Verfügung über d. Nachlaß an den überlebenden Gatten unter gleichzeitiger Einsetzung der Kinder als Erben die Bestellung d. Gatten als T. zu erblicken? **4507**; **5579**. — Bestellung des Alleinerben, d. Vorerben zum T. **6553**. — Recht des durch das Nachlassgericht ernannten T., einen Mitvollstrecker u. Nachfolger zu ernennen **12**, 256, 257. — Form der Ernennung eines Nachfolgers; Eingang des vor Entlassung des T. beim Notar errichteten Protokolls beim Nachlassgericht erst nach Entlassung des T. **5577**. — Recht des vom T. ernannten Nachfolgers, sich wiederum einen Nachfolger zu bestellen **12**, 257. — Streit über die Befugnis d. Gerichts zur Ernennung des T. **5577**. — gerichtliche Ernennung des T. bei einem vor 1900 eingetretenen Erbfall **31**, 631. — welche Personen sind vor der gerichtlichen Ernennung des T. zu hören? **31**, 632. — stillschweigender Auftrag zur Ernennung an das Nachlassgericht **12**, 257; **6553**. — Beschwerde e. Miterben gegen die Ernennung e. T. **51011**. — Beschwerde gegen den die Ernennung eines T. ablehnenden Beschluß; des Nachlassgerichts **21**, 721; **31**, 632; **32**, 200; **7996** (s. Beschwerde). — Beschwerde wegen der vom Gericht getroffenen Wahl **5577**; **6533** (Beschwerdeberechtigter), Beschwerde wegen Unzulässigkeit der Ernennung eines T. überhaupt **6556**. — wer ist berechtigt, dem Dritten, dem der Erblasser die Bestimmung der Person des T. überlassen hat, eine Frist zur Ausübung seines Rechts zu setzen? Mitvollstrecker, Vermächtnisnehmer, Pflichtteilsberechtigter, Nachlassgläubiger, Auflageberechtigte **21**, 721. — kann die Ernennung des T. dem Erben überlassen werden? **4506**. — Ernennung des T. durch einen vom Erblasser bestimmten Dritten (Abgabe der Erklärung durch einen Vertreter; beschränkte Geschäftsfähigkeit des Dritten; Ablehnung der Bestimmung; Frisifestzung für den Dritten; Beschwerde gegen die Frisifestzung) **31**, 631; **4861**, 862. — Unfähigkeit des T.

(Testamentvollstrecker)

z. Zt. d. Erbansfalls oder des Amtsantritts **1 2, 257.** — Anfechtung der Erben bei Vorliegen der Gründe des § 2227 **1 2, 257.** — Ehefrau als **L.**; Zustimmung des Mannes, Räumigungsrecht d. Mannes nach § 1358 **1 2, 257, 264; 3 1, 471.** — Mitwirken des mit einem Vermächtnis oder Honorar bedachten **L.** bei der Testamentserrichtung **1 2, 268; 2 1, 276** (s. Testament). — Miterbe als **L.** **1 1, 116; 1 2, 255; 2 1, 91, 722; 3 1, 61, 632; 4 506; 5 578.** — Vorerbe als **L.** **7 547.** — nach Ernennung e. **L.** u. Annahme des Amtes seitens des Ernannten Entscheidung der Frage, ob der Erblasser das Gericht um Ernennung ersucht hatte, nur im Prozeßweg möglich **5 1011.** — inwieweit ist der zum **L.** ernannte Notar zur Beurkundung von zugunsten d. Nachlasses getroffenen Verfügungen zuständig? **4 867; 5 1022** (i. Urkunden). — juristische Person als **L.** **7 9** (s. diese).

Annahme und Ablehnung des Amtes. — Annahmeerklärung als vermögensrechtliche Angelegenheit i. S. des BrÜG.?
6 553. — Widerruflichkeit der Annahme- und Ablehnungserklärung? **1 2, 257; 4 506.** — Form der Annahmeerklärung gegenüber dem Nachlassgericht **1 2, 257; 2 1, 721, 722** (stillschweigend durch Vornahme von Verwaltungshandlungen?); **4 506** (Antrag auf Erteilung des **L.**-Zeugnisses); **5 578.** — Form der schriftlich eingereichten Annahme oder Ablehnung **4 851.** — rückwirkende Kraft der Annahmeerklärungen **2 1, 722.** — vor dem Erbfall abgegebene Erklärung **3 1, 632.** — Fristsetzung zur Erklärung vor Eintritt der für die Ernennung bestimmten Voraussetzungen **3 1, 632.** — Mitteilung des Nachlassgerichts an den **L.** vor seiner Ernennung bei Wirkung seiner Berufung erst von einem späteren Zeitpunkt an **1 2, 280.** — Kostenschuldner bei Ablehnung d. Amtes seitens des ernannten **L.** gegenüber dem Nachlassgericht **7 550.**

Vergütung. — Festsetzung durch das Nachlassgericht? **3 1, 561, 625; 3 2, 224; 4 508.** — Höhe der **B.** in **Samburg 4 508.** — stillschweigender Verzicht auf **B.** seitens des als **L.** bestellten Miterben **7 551.**

Wirksamkeit. — Beschwerderecht s. Beschwerde. — Verfügungen vor Annahme des Amtes **2 1, 721 (2).** — ausdrückliches Handeln für den Nachlass **7 551.** — §§ 2203–2206 sind gesetzliche Auslegungsregeln **1 2, 257.** — Pflicht zur Einziehung d. Nachlassgegenstände **7 551.** — Unterlassung der Eintragung des **L.** neben der Nacherbfolge ins Grundbuch **2 1, 721.** — obervormundschaftliche Genehmigung zur Veräußerung von ererbten Grundstücken bei Beteiligung Minder-

jähriger? **1 2, 172.** — Recht zur authentischen Interpretation des Testaments? **1 2, 258 (3); 6 544.** — Pflicht zur Auskunftserteilung u. Vorlage eines Nachlassverzeichnisses **6 554.** — Passivlegitimation nach § 260 **2 1, 157; 7 551.** — Präsumtion für Unbeschränktheit des Verwaltungsrichters **3 1, 632.** — stillschweigende Beschränkung z. **B.** durch Zubilligen der Befugnisse d. §§ 2203, 2204 unter Nichterwähnung d. § 2205 **4 507.** — Fortsetzung e. Prozesses durch d. Prozeßbevollmächtigten d. Erblassers, wenn ein **L.** vorhanden ist; Genehmigung d. Prozeßführung durch den **L.** **7 778, 779.** — Stellung d. **L.** gegenüber der Anordnung d. Erblassers auf Entscheidung der Nachlassreitigkeiten durch ein Schiedsgericht **1 2, 258** (s. **1 2, 209**); **6 544.** — gleichzeitiges Handeln für Vor- und Nacherben **4 508** (vgl. unten). — Verfügungen des **L.** über Nachlassgegenstände zu seinen eigenen Gunsten oder zugunsten seiner Frau **2 1, 721; 3 1, 630, 632 (2); 4 506.** — Kontrahieren des **L.** mit sich selbst (vgl. Selbstkontrahieren) **2 1, 61; 3 1, 61, 630, 631; 4 55, 506, 507, 508; 5 578** (Aufsaffung). — kann der von zwei Erblassern aufgestellte **L.** als Vollstrecker des einen Nachlasses mit sich selbst als Vollstrecker des zweiten Nachlasses kontrahieren? **3 1, 630, 631.** — bei Hypothekensicherungen **1 1, 115, 116; 2 1, 91.** — hypothekarische Belastung von Nachlassgrundstücken **3 1, 632; 4 507.** — Zahlung e. Nachlasshypothek seitens des **L.** als Eigentümers des belasteten Grundstücks an sich selbst; Quittungserteilung **3 1, 540.** — Pflicht zur Anlegung von Geldern oder Hinterlegung von Wertpapieren? **4 507.** — hat der Nacherbe gegen den **L.** Anspruch auf Hinterlegung nach § 2116? **2 1, 717.** — Besitz des **L.** **1 2, 259, 260; 2 1, 722** (Besitzklage gegen Erben u. Nichterben). — Annahme u. Ablehnung einer zum Nachlass gehörigen Erbschaft oder eines Vermächtnisses **2 1, 722.** — Verzicht auf Nachlassrechte **1 2, 259.** — Widerruf e. vom Erblasser gemachten Schenkung **2 1, 722.** — Aufstellung eines Generalbevollmächtigten **1 2, 259; 3 1, 538, 631, 650; 5 577; 6 553.** — Aufstellen eines Bevollmächtigten für einzelne Geschäfte **3 1, 631; 5 577** (s. **1 2, 256**). — Aufstellen e. Prokuristen **6 116.** — Verlangen e. Erbscheines **1 2, 260, 303; 2 1, 748** (s. Erbschein) — Zeichnung der Firma eines zum Nachlass gehörigen Handelsgeschäftes **5 579 (2).** — Herausgabe d. Nachlasses an den Nachlassverwalter **1 2, 260; 6 554** (Beweis der Nachlasszugehörigkeit). — Antrag auf Nachlassverwaltung u. Konkurs (s. diese) **1 2, 219, 220.** — Eintrag des **L.** ins Grundbuch Voraussetzung für sein Verfügungsrecht? (vgl. unten) **1 2, 260; 2 1,**

721. — Befugnisse e. für die Nach-
erben bestellen **1** 2, 551, 552 (vgl. unten).
— Eingehung e. Verbindlichkeit zur Be-
schaffung von Geldmitteln für die Aus-
einanderziehung? **3** 1, 633. — Eingehung
von Verbindlichkeiten, Beweislast, daß sie
zur ordnungsmäßigen Verwaltung gehören
1 2, 260; **3** 1, 633. — Pflicht zum Mit-
bieten bei Versteigerung e. mit e. Nachlaß-
hypothek belasteten Grundstücks zwecks
Rettung d. Hypothek, Umfang d. Haftung
d. Erben aus dem abgegebenen Gebot
7 551. — schützt der gute Glaube an die
Ordnungsmäßigkeit der Maßregeln den
mit dem **T.** kontrahierenden Dritten?
3 1, 633; **5** 579; **6** 555. — kann der **T.**,
dem nur die Verwaltung d. Erbteils eines
im Pflichtteil beschränkten Kindes über-
tragen ist, die Auseinandersetzung mit den
Miterben beantragen? **3** 1, 632. — Über-
tragung e. vermachten Grundstücks auf den
Bedachten vor u. nach Anlegung des
Grundbuchs **5** 630. — Entgegennahme
d. Auflassung eines vom Erblasser ge-
kauften Grundstücks u. Hypothekbestellung
für den Kaufpreis **5** 578, 579. — An-
setzung von Schenkungen des durch ein
forrespektives Testament gebundenen
Gatten seitens des **T.** **6** 554. — kann der
Erblasser die Gültigkeit von Verfügungen
des **T.** von der Genehmigung einer Be-
hörde abhängig machen? **1** 2, 260; **2** 2,
406, 461. — Sehen einer Inventarfrist für
den **T.**? **1** 2, 227 (s. Inventar). — Be-
schwerde gegen Anordnung e. Nachlaßver-
waltung **6** 530. — Anspruch des **T.** auf
Bestellung als Nachlaßverwalter **6** 530. —
Stellung des „überwachenden“ **T.** (§ 2208
Abs. 2) **1** 2, 260. — Beschränkung des **T.**
durch die im Testament verfügte Beord-
nung eines bestimmten Rechtsbestands;
Stellung, Vergütung d. Bestands **6** 555.
— unentgeltliche Verfügungen des **T.**;
Nachweis der Entgeltlichkeit im Grund-
buchverkehr; Erfaß d. Nachweises durch
die Zustimmung des Erben; Wirkung
einer unentgeltlichen Verfügung **6** 554
(vgl. **6** 1026). — Außerkraftsetzen
einer Anordnung d. Erblassers wegen
drohender Anfechtung des Testaments
1 2, 263. — Außerkraftsetzen einer den
Nachlaß erheblich gefährdenden Anordnung
d. Erblassers, wenn d. Erblasser ihre ge-
fährdende Wirkung kannte? **5** 580. —
Aushängigkeit entbehrlicher Nachlaßgegen-
stände an den Erben im Fall des § 2209?
1 2, 263. — Geltendmachung der Einrede
des § 2014 durch den **T.** **1** 2, 229. —
Rechnungslegung, Decharge **1** 2, 263;
7 551. — Auskunftsspflicht **1** 2, 295;
2 1, 157, 740; **5** 580 (gegenüber Ver-
mächtnisnehmern u. nicht als Erben ein-
gesetzten Pflichtteilsberechtigten). — Haf-
tung des **T.** gegenüber Auftragsempfängern

u. Nachlaßgläubigern **1** 2, 263. — Haftung
nach § 823 BGB. für Unfall infolge Nicht-
verdeckens einer Grube auf einem
Nachlaßgrundstück **7** 353. — Haftung
wegen Verschuldens bei hartnäckigem
Festhalten an einer von allen Gerichten
verworfenen Rechtsansicht **2** 1, 724. —
Haftung, wenn er ohne Verschulden einen
Falschen für den den Erben hält **1** 2, 303. —
Pflicht zur Aufnahme eines Nachlaß-
verzeichnis; Erlaß der Pflicht seitens
des Erblassers? Mitteilung an die Erben
auch ohne Anforderung; können Ver-
mächtnisnehmer, Nießbraucher die Mit-
teilung verlangen? **3** 1, 634; **4** 508 (Kosten
des Verzeichnisses); **5** 580 (Ausübung
des Rechts durch den Pfändungsgläubiger
eines Erben; Übertragbarkeit des Rechts
auf das Verzeichnis); **6** 544, 554; **7** 551. —
Eintragung des nach § 2209 zur Fort-
führung der Verwaltung berufenen **T.** im Grundbuch
5 579. — Abtretung von Forderungen,
die der **T.** als solcher erwarb, an den
Alleinerben? **7** 179. — Pfändentlassung
von Grundstücksanteilen **6** 554. — Stellung
gegenüber einer Gm.b.H.; Abschluß eines
Gesellschaftsvertrags für eine Gm.b.H.
durch den **T.**? **6** 555. — **T.** zur Ausführung
der Feuerbestattung des Erblassers **4** 506
(s. **4** 478). — vom Erblasser dem **T.** erteilte
Ermächtigung, in notarieller Urkunde
einen Nachfolger zu bestimmen; Eingang
d. Urkunde bei Gericht erst nach Entlassung
d. **T.** **5** 1011. — Eintragung seiner Er-
nennung ins Grundbuch **1** 2, 260;
2 2, 460 f.; **2** 1, 721; **3** 2, 166; **4** 844;
Name des **T.** und Inhalt seiner Be-
fugnisse nicht einzutragen **7** 970; Ein-
tragung des **T.** bei Anordnung einer
Nacherbfolge **2** 2, 461; bei Aufstellung
des **T.** für den Fall der Nacherbfolge **6** 1049;
bei Vermerknungen **4** 844; im Falle
der vom Erblasser angeordneten Fort-
führung der Verwaltung durch den **T.**
nach der Nachlaßteilung **5** 981. — Legiti-
mation gegenüber dem Grundbuchamt,
Nachweis der Annahme des **T.**-Amtes **3** 2,
159; **4** 836, 838; **5** 578 (2), 976; **6** 1040;
Nachweis d. Umfangs d. Verfügungsmacht
2 2, 461. — Befugnis zur Ausbietung e.
Nachlaßhypothek in der Zwangsversteige-
rung **7** 915. — Verfügungsberechtigung
im Falle der Anordnung einer Nacherb-
folge **3** 2, 165; **4** 842; **5** 978; **6** 1043; **7** 551,
552. — Beschränkung d. Erben; Wirkung im
Grundbuchverkehr **5** 394. — keine Er-
gänzung der dem **T.** fehlenden Befugnis
zu unentgeltlichen Verfügungen durch
Zustimmung des Erben **6** 1026. — Nach-
weis, daß eine Verfügung des **T.** nicht un-
entgeltlich ist, im Grundbuchverkehr **6** 554,
1026. — Anordnung d. Erblassers, daß der
T. zu bestimmten Rechtsgeschäften der

(Testamentvollstrecker)

Genehmigung des Nachlassgerichtes bedarf **2 2**, 406, 461 (**1 2**, 260).

Bei Auseinandersetzung zwischen Miterben. — Auflassung eines Nachlassgrundstücks an einen Miterben ohne Anhören der Erben **5 578**. — bloße Zuteilung eines Grundstücks ohne Auflassung? **5 578**. — Anhören des Erben über den A.-splan **1 2**, 259. — Teilung von Geschäftsanteilen einer GmbH. **6 553**. — Einfluß des einmütigen Willens der Erben **1 1**, 259; **2 1**, 722. — Abmachungen der Erben über die Kollationspflicht **1 2**, 259. — Umschreibung eines Nachlassgrundstückes auf einen Erben auf einseitigen Antrag des T. **1 2**, 259. — Gültigkeit der unter Abweichung vom Gesetz getroffenen Verfügungen? Haftung des T. **1 2**, 259. — Stellung d. Nachlassgerichtes bei Streit über Art u. Zeit d. A. **1 2**, 259.

Prozesse des Testamentvollstreckers vgl. Rechtskraft, Vollstreckungsklausel. — T. als Partei im eigenen Namen **1 2**, 261, 262. — Erbe als Zeuge, als Nebenintervenient **1 2**, 261. — Entziehung der Führung von Prozessen durch den Erblasser **5 580**. — Prozesse über Gültigkeit des Testaments; Wirkung des Urteils für und gegen d. Erben? **1 2**, 262. — P. über Erbansprüche (hereditatis petitio) **1 2**, 262; **2 1**, 723 (2); **5 579** (Anfechtung einer Ausschlagung des Erben?); **1 2**, 229 (Erbchaftsklage gegen den T.?) (s. Erbchaftsanspruch). — Wirkung eines gegen den T. ergangenen Urteils gegen den Erben **1 2**, 262. — P. über Pflichtteilsansprüche, Einwendungen des auf Duldung der Zwangsvollstreckung in den Nachlaß belangten T. **1 2**, 262; **6 556** (Klage auf Zahlung des Pflichtteils gegen den T.?). — Klage eines Nachlassgläubigers gegen den T. auf Duldung d. Zwangsvollstreckung aus einem gegen den Erben erstrittenen Urteil **1 2**, 263. — vollstreckbare Ausführung e. gegen den T. ergangenen Urteils gegen den Erben während der Dauer der Verwaltung **1 2**, 263. — Klage eines Eigengläubigers d. Erben gegen den St. auf Duldung der Zwangsvollstreckung **1 2**, 263. — Klage des T. auf Auskunftserteilung nach §§ 2027, 2028 **2 1**, 723. — Klage der Witwe d. Erblassers gegen den T. auf Mitverwaltung u. Vermögensverzeichnis **2 1**, 723. — Wegfall der Testamentvollstreckung während eines P., insbesondere in Prozessen gegen einen Erben **5 579**, 580. — P.-kostenpflicht des T. **1 2**, 258.

Prozesse zwischen Testamentvollstrecker und Erben. — Anfechtung seiner Bestellung **1 2**, 257. — über Gültigkeit u. Inhalt d. letztwilligen Verfügung **1 2**, 258 (s. 262). — zur Be-

seitigung eines Widerspruches d. Erben gegen die Maßnahmen des T. **1 2**, 258. — über den Vollzug d. Auseinandersetzungsplanes **1 2**, 259. — auf Einwilligung d. Erben zur Eingehung von Nachlassverbindlichkeiten bzw. auf deren Genehmigung **1 2**, 259. — Klage des T. auf Bestätigung u. Umfang d. Erbrechte, Pflichtteilsansprüche? **1 2**, 261, 262; **2 1**, 723 (Aktiv- u. Passivlegitimation). — negative Feststellungsklage des T. gegen den noch Ansprüche gegen den T. behauptenden Erben; Klage auf Dechargeerteilung **7 551**. — Klage d. Erben gegen den T. auf Beihilfe zur Ausnahme des Inventars **7 551**. Stellung der Erben. — Wirkung der vom T. vorgenommenen dinglichen u. obligatorischen Verfügungen für u. gegen die E. **3 1**, 632. — vor der Annahme des T.-Amtes getroffene Verfügung der Erben **1 2**, 257. — Verfügung der Erben über Nachlassgegenstände **2 1**, 723 (Wirkung gegenüber dem E. selbst); **3 1**, 633; **5 579**. — im Widerspruch mit Maßnahmen d. T. erfolgte Verfügungen der Erben, insbesondere über Grundbesitz **1 2**, 260. — Zulässigkeit einer vom Erben an den T. vorgenommenen Verfügung über Nachlasssachen **6 556**. — Prozeß- u. Dispositionsfähigkeit d. Erben **1 2**, 261; **4 507**, 508. — Klagen u. Urteile, Schiedsprüche gegen den Erben während der Testamentvollstreckung **1 2**, 262; **3 1**, 633 (Vollstreckungsurteil gegen den T. aus einem Schiedspruch gegen den E.). — Streit zwischen T. u. Erben über Inventarisierung; Entscheidung des Nachlassgerichtes **1 2**, 263. — Erteilung e. vollstreckbaren Ausführungsbefehles gegen den T. ergangenen Urteils gegen d. Erben während der Dauer der Verwaltung **1 2**, 263 (vgl. oben). — Wirkung e. vom T. in Unkenntnis der Beendigung seines Amtes begonnenen Prozesses (§ 327 ZPO). **1 2**, 263. — kein Eintritt von Konfusion oder Konsolidation bez. der der Verwaltung d. T. unterliegenden Gegenstände u. Rechte **2 1**, 722. — Eintritt d. Erben in vom Erblasser geführte Prozesse **1 3**, 117; wenn dem T. die Prozeßführung nicht zusteht **5 580**. — Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Erben u. T. durch das Nachlassgericht? **6 556**. — Haftung d. Erben für Handlungen d. T.; T. als Hilfsperson nach § 278 **2 1**, 191; **3 1**, 135; **7 550** (§ 831 BGB.).

Zeugnis über seine Ernennung (§ 2368). — keine analoge Anwendung d. Vorschriften über Erbschein **7 573**. — Inhalt bei mehreren T. **1 2**, 264. — Einzug d. kraftlosen Zeugnisses **2 1**, 753. — Berner über die erfolgte Annahme des Amtes **5 578**. — Klage d. Erben auf

Herausgabe des kraftlosen Z. an das Nachlassgericht 2 1, 753. — Verhältnis des Zeugnisses nach § 2368 zu d. Z. über d. Annahme des Amtes; Ersatz d. letzteren durch Abschrift des Protokolls über die Annahme 6 578. — Voraussetzungen für Erteilung des Z.; Annahme des Amtes 1 2, 314; 2 1, 753; 6 578. — Umstellen der testamentarischen Reihenfolge mehrerer L. im Z. 5 602; 6 578. — Wirkung d. Erteilung 2 1, 753. — Angabe des Rechts des L., die Verwaltung des Nachlasses nach Erledigung der ihm sonst zugewiesenen Aufgaben fortzuführen (§ 2209) 5 601. — Verlangen des Z. vom Grundbuchrichter trotz Testamentsvorlage 1 2, 314, 315; 3 1, 663 (vgl. oben Wirkungskreis). — Beschränkung des L., der von einer mit ihren Kindern in fortgesetzter Gütergemeinschaft lebenden, über ihren Nachlass einseitig testierenden Witwe ernannt ist 1 2, 315. — Angabe von Abweichungen der Befugnisse der mehreren L. von § 2224 BGB. 1 2, 315. — Bemerk, daß von 3 L. zwei zur Vertretung nach außen berechtigt sein sollen 1 2, 315. — Beschränkung auf d. im Inland befindlichen Nachlassgegenstände bei Erbschaft e. im Ausland gestorbenen Ausländers 7 573, 1011. — Änderung des gemeinschaftlichen L.-Zeugnisses bei Wechsel in der Person eines der mehreren L. 3 1, 664. — Nicht-erwähnung d. übrigen L. wenn nach dem Testament der eine nach außen völlig frei handeln darf u. nur nach innen gegenüber dem Erben an das Einverständnis des anderen gebunden ist 5 602. — Einzug des Z. bei Nichtigkeit des Testaments 1 2, 315. — Notwendigkeit des Z. bei Verfügung ausländischer Testamentsvollstrecker über ein inländisches Grundstück 4 528; 5 602. — Ersatz d. Z. vor dem Grundbuchamt durch d. Erbschein 5 578.

Mehrere Testamentsvollstrecker.

— Stellung d. Nachlassgerichts 1 2, 264. — Legitimation jedes einzelnen zur Klage gegen Nachlassschuldner auf Zahlung zur Masse 2 1, 723. — Verhinderung eines L. am Abschluß eines einzelnen Geschäftes 3 1, 634; 4 508. — Erteilung einer Generalvollmacht an den Mitvollstrecker; Ermächtigung des Mitvollstreckers zur alleinigen Vertretung bez. bestimmter Geschäfte 4 508 (vgl. oben Wirkungskreis). — Entscheidung von Streitigkeiten durch das Nachlassgericht; muß das Gericht sich der Mehrheit anschließen? 4 508; 7 552. — Einschreiten des Nachlassgerichts, wenn die mehreren Et. das Amt nicht in vollem Umfang gemeinschaftlich zu führen haben 5 580.

Erlöschens des Amtes. — Kündigungsrecht d. Mannes d. als L. aufgestellten Ehefrau? 1 2, 257, 264; 3 1, 471. — bloße

Beendigung d. Aufgabe? Anzeige bei Gericht 2 1, 723. — Entlassung nur auf dem durch § 2227 BGB. u. § 81 ZGB. vorgesehenen Wege möglich 7 552. — Entlassung, wenn der Erblasser bei Kenntnis der Pflichtwidrigkeit den L. gleichwohl ernannt hatte 3 1, 634. — Entlassung wegen Konkursöffnung über das Vermögen des L. 1 2, 264. — Entlassung wegen Verweigerung der Rechnungslegung oder wegen Verletzung d. §§ 2215, 2216, 2218 2 1, 723, 724. — Entlassung aus den für Erbnwürdigkeit aufgestellten Gründen 1 2, 264. — Entlassung aus wichtigen Gründen setzt kein Verschulden voraus 3 1, 634. — einseitige Berücksichtigung eines Erben 4 508. — zeitweilige Enthebung 1 2, 264. — hartnäckiges Beharren auf einer von den Gerichten verworfenen Rechtsanschauung als Verschulden 2 1, 724. — gerichtliches Gehör des zu Entlassenden 3 1, 634. — Zeitpunkt der Wirksamkeit der Entlassung, insbesondere bei Beschwerde 3 1, 635. — Antrag auf Entlassung wegen Unzulässigkeit d. Ernennung 6 556; 7 1012. — Entlassung, wenn anzunehmen ist, daß d. Erblasser bei Kenntnis d. Sachlage die Ernennung widerrufen hätte 7 552. — Entlassung e. vor 1900 vom Erblasser bestellten L. 7 590. — Unterbrechung schwebender Prozesse? 7 778.

Leztierfähigkeit i. Testament, Erbrecht international.

Theater i. Bühnengemangement, Schauspieler, Schaufstellungen.

— Spielplanänderung 3 1, 159, 213, 266. — Abzugsrecht des Th.-Mieters bei Einnahmearausfällen wegen Landestruer 5 211. — Haftung des Unternehmers aus § 618 BGB. für Unfälle d. Mitwirkenden 5 232 (s. unerlaubte Handlung). — Haftung des Unternehmers für Schauspieler aus § 278 2 1, 140; 4 110; 5 118. — Verschulden e. L.-Unfalls durch den Regisseur 5 116. — mitwirkendes Verschulden d. Th.-Direktors an einem Unfall 5 98. — Vermieten von Feldern eines Th.-Vorhangs z. Reklamezwecken 2 1, 293. — Nachdruck v. Th.-Zetteln 6 325. — Haftung des Th.-Unternehmers gegenüber den Besuchern 6 126, 130. — Kontagierungszwang d. Unternehmers 7 260 (vgl. diesen). — Th.-Zensur 4 917. — polizeiliche Genehmigung e. Th.-Unternehmens 4 926. — Besitz der nötigen Mittel als Voraussetzung für die Genehmigung eines Th.-Unternehmens; Bürgschaft eines Dritten 4 926. — Konzession von Wandertheatern 4 926. — Anwendung des § 38 GewD. auf Th.-Agenten 4 938. — die vom Unternehmer beschäftigten Künstler gewerbliche Arbeiter nach §§ 105 ff. GewD.? 4 955. — Th.-Schneiderei als Hilfsbetrieb des Th.-Gewerbes? Sonntagsruhe 4 957. —

(Theater)

Deforationen, Bühnenbilder als Gegenstand des Urheberrechts (s. diese) **3** 2, 660 f.; **7** 1155. — Klage gegen den Th.-Unternehmer auf Gewährung des künftigen Zutritts zu einer Vorstellung gegen Vorzeigung des Billetts (§ 257 *B.P.D.*) **7** 260, 786 (vgl. **1** 1, 449).

Theaterbillet. — rechtliche Natur; Inhaber- oder Legitimationspapier? **1** 1, 448; **3** 1, 176. — Abonnement u. Freibillett **1** 1, 448; **3** 1, 322. — Übertragbarkeit **1** 1, 448. — Ausschluß vom Vorstellungsbesuch trotz Billettbesitzes **1** 1, 449. — Haftung d. Verkäufers bzw. Unternehmers gegenüber dem Inhaber bei Abänderung oder Ausfall der Vorstellung **3** 1, 159, 213, 266.

Theatername s. Name, Pseudonym.

Tiere wilde, gezähmte. — die Begriffe wilde Tiere, gezähmte *L.*, Leich, Tiergarten **1** 1, 617; **7** 416. — Wild in eingezäuntem Wald, eingezäunten Jagdbezirken, Besitz u. Eigentum daran **2** 1, 559; **6** 389, 390. — Diffipation bei Leichen mit Flußverbindung **1** 1, 617. — wilde Kaninchen **1** 1, 617 f. (Ausstreifen in der Zeitung kein Verstoß).

Tierhalter. — Haftung d. Tierhalters (§ 833) vgl. Jahrgang. — Verhältnis zu § 458 *Ö.W.* **1** 1, 494. — Rechtsgrund der Haftung **1** 1, 491; **2** 1, 513; **3** 1, 369 (Versehen des *L.*); **3** 1, 370 (spezifische Betriebsgefahr); **3** 1, 373; **4** 262, 263 (unerlaubte Handlung); **4** 295 (2), 296; **6** 332 (Gefährdungshaftung). — Gerichtsstand des § 32 *B.P.D.* **4** 263; **5** 328. — Vorschläge zur Abänderung des Gesetzes **2** 1, 514, 515; **3** 1, 371, 376; **4** 301; **5** 365, 366; **6** 336. — Verhältnis zur Vertragshaftung **4** 299. — Verhältnis zur Unfallversicherung **6** 333.

Begriff des Tierhalters **3** 1, 371, 373 (Unternehmer d. Betriebs, in dem das Tier verwendet wird); **4** 295, 296 (wirtschaftliche Ausnutzung des Tieres); **5** 360, 361; **6** 332. — Einfluß von Besitz u. Eigentum **1** 1, 491; **3** 1, 369, 373; **5** 360; **6** 333; mittelbarer u. unmittelbarer Besitzer **2** 1, 515; **6** 333; Besizdiener **3** 1, 369. — Pferdebesitz **3** 1, 373. — Pächter eines mit Inventar verpachteten Landgutes **1** 1, 491. — Trainer **4** 296; **7** 371. — Reitbahnbesitzer **6** 333; **7** 371. — Viehbraucher des Tieres **1** 1, 491; **6** 333. — Vermalter **2** 1, 515. — Pfandgläubiger **5** 361; **6** 333. — nur vorübergehendes Halten **1** 1, 492; **2** 1, 515 u. 516 (Mäher, Detentor, Depositar); **3** 1, 372, 373; **4** 296 (2); **5** 360 (entgeltlich oder unentgeltlich); **7** 371. — Sonntagsreiter **1** 1, 492; **2** 1, 516; **7** 371. — Probefahrt unter Beziehung eines Angestellten des Verkäufers **5** 360. — Halter eines preußischen Gendarmenpferdes **2** 1, 517. — die den direkten Absatz von Schlachtwieh

vermittelnde Landwirtschaftskammer **5** 361; **6** 333. — fahrender Landbriefträger **1** 1, 494 (Postfiskus als Tierhalter?) (s. **6** 330). — d. eine Hundausstellung veranstaltende Verein als *L.*? **4** 296. — *L.* bei Kauf auf Probe **7** 371. — Ehemann oder Eheleute bei Errungenschaftsgemeinschaft **7** 371. — Pächter e. Gewerbebetriebs, dem der Verpächter vertragsgemäß Fuhrwerksdienst leistet **7** 371. — Fohlenzuchtverein **7** 371. — Viehkommissionsfirma bez. des im Viehhof eingestellten Viehs **2** 1, 516. — Halter des Gemeindefiesters **3** 1, 373; **5** 361 (2); **7** 372 (2). — der das Vieh eines anderen gegen Entschädigung auf sein Grundstück zur Graßung Aufnehmende? **6** 333; **7** 372 (2). — jugendliche, geschäftsunfähige, geistesranke *L.* **1** 1, 491 (2); **2** 1, 515; **3** 1, 370; **4** 289, 296; **6** 332. — Haftung für die vom gefehligen Vertreter gehaltenen Tiere **1** 1, 491. — entlaufene oder gestohlene Tiere **1** 1, 491. — wider Willen des sonst Berechtigten die Verfügungsgewalt Erlangende **5** 360. — Solidarhaftung mehrerer *L.*? **1** 1, 491, 503; **3** 1, 371 u. 372 (mehrere *L.* eines Tieres; mehrere Halter verschiedener Tiere); **3** 1, 380; **4** 301 (Anwendung des § 840 *Abf.* 1); **7** 375. — Tierhalter bei Selbstpfändung eines Tieres **2** 1, 516. — Haftung des vertraglich die Aufsichtspflicht Übernehmenden **3** 1, 371 (s. unten). — mehrere *L.* eines Tieres **3** 1, 371, 373. — Haftung von Tierleiter und Tierhalter als Gesamtschuldner **3** 1, 376. — Haftpflichtiger für den von einem Pferd gelegentlich der staatlichen Musterung verübten Schaden **3** 1, 373; **5** 361.

Begriff des Tieres (vgl. Tier und unten Novelle) **3** 1, 370; Scheidung zwischen Haus- u. anderen Tieren? **6** 332. — Bakterien **1** 1, 494; **2** 1, 517; **3** 1, 369; **4** 301. — Bienen **4** 301; **7** 375.

Durch ein Tier verursachter Schaden **3** 1, 371; **4** 298; **7** 372. — Notwehr u. Notstand auf seiten des Tieres **2** 1, 513, 517; **3** 1, 372. — mittelbar durch das Tier verursachter Schaden, Verletzung durch den vom Tier in Bewegung gesetzten Wagen **1** 1, 492; **2** 1, 516 (2); **3** 1, 371, 374; **4** 297; **5** 362 (2); **6** 333, 334 (ohne direkte mechanische Berührung zwischen Tier und Mensch entstandener Schaden). — umfallendes Tier **2** 1, 517; **4** 298; **6** 334 (Schädigung beim Anfrichten). — zwischen d. Verletzung u. d. Tätigkeit des Tieres sich einschleibende menschliche Handlung **3** 1, 371; **4** 297. — willkürliches Tun d. Tieres **7** 373 (2). — nicht willkürliche Handlungen des Tieres **1** 1, 492, 493 (lediglich dem Willen des Reiters gehorchendes Tier); **2** 1, 513, 514 (Treibpferd); **2** 1, 517; **3** 1, 369, 371, 374; **4** 295, 297; **5** 362, 363; **6** 333, 334; **7** 372.

— Beweislast für eine willkürliche Handlung des Tieres; schlafender Kutscher 4 299; 6 333. — sich nicht als Folge der besonderen tierischen Natur darstellender Schaden 2 1, 517 (Beißen eines gehezten Hundes, s. 513); 3 1, 374 (2); 4 296. — ichen gewordene Tiere 1 1, 493; 6 334; 7 372, 373; Scheuen vor Lokomotive 1 1, 493; 4 298; 5 363; 7 373; Scheuen infolge Blitz, Scheumachen durch Dritte 2 1, 514; Scheuen infolge Anbellens 2 1, 514; 4 298; Scheuwerden durch einen vom Wagen herabfallenden, die Tiere treffenden Gegenstand 4 297; 6 334; Scheuen vor herabfallendem Telephondraht 5 363; durch den ihnen auf die Hacken rollenden Wagen scheu werdende Pferde 6 334; Scheuwerden durch Fliegenstiche 4 298; 5 362; 6 335; Scheuwerden durch unanste Berührung mit der Peitsche 4 298; Scheuwerden durch flatternde Wäsche 4 298; infolge heftigen Anrennens des Wagens durchgehendes Pferd 6 334. — äußeres, mit unwiderstehlicher Gewalt über das Tier hereinbrechendes Ereignis 2 1, 517; 3 1, 372, 374; 4 296; 7 373 (plötzlich vor die Tiere niederfallender Gegenstand). — Beweislast für das Vorliegen eines unwiderstehlichen äußeren Ereignisses 4 298. — Verletzung e. Menschen durch die Fußschläge e. mit Gewalt niedergeworfenen u. festgehaltenen Tieres 7 373. — Schaden als Folge des Zusammenwirkens mehrerer Tiere 2 1, 106 (wechselfeitiger Tierangriff); 3 99; Einwirken eines Tieres auf das zweite mit mechanischer oder unwiderstehlicher Gewalt 5 361, 362; Verletzung durch das von einem Hund scheu gemachte Pferd; Haftpflichtiger 3 1, 374 (vgl. 2 1, 513, 517); Anrennen durch einen vor einem anderen Hund flüchtenden Hund 3 1, 374, 375; 6 336 (Scheuwerden eines von einem Hund angetannten Pferdes); 7 375. — Verletzung des beim Durchgehen eines Tieres vom Wagen Springenden 5 362 (2): 6 333, 334. — Unfall eines Radfahrers durch Anrennen e. Hundes gegen das Rad 7 372. — Anrennen durch einen Hund 7 372. — zu Boden Stürzen eines nervösen Menschen infolge Bellens e. harmlosen Hundes 7 104, 372. — Beißen u. Schlagen 5 362. — Verletzung eines unerwartet auf die Straße laufenden Kindes, wenn der Kutscher zur Ordnung der Bremse vom Wagen steigen mußte 5 362. — durch eine unbewußte Bewegung des schlafenden Kutschers ausgelöste Handlung des Tieres 6 333. — Unterbrechung des Kausalzusammenhangs durch schuldhaftes Verhalten eines Menschen 1 1, 491. — den Unfall erst herbeiführendes Zurüdtreiben des scheu gewordenen Tieres durch den Kutscher 5 362. — Verbindung einer

schuldhaften Handlung d. Menschen mit willkürlicher Bewegung des Tieres 1 1, 493 (Durchgehen der vom schlaflichen Kutscher nur locker gehaltenen Pferde); 2 1, 511 (Haftung des Fuhrherrn); 2 1, 513, 514 (Scheumachen, Heßen, falsches Lenken); 3 1, 371, 372. — Verletzung beim Ausweichen vor einem scheu gewordenen Tiere 3 1, 374; 5 362. — Sturz eines Radlers beim Ausweichen vor einem Hund 5 363; 6 334 (2); Stoßen nach dem Hund als mitwirkendes Verschulden 6 334. — Ausschlagen eines Pferdes infolge erhaltener Schläge 5 363. — vom Kutscher nicht mehr gelenktes, in der gewiesenen Richtung u. Ganganart sich fortbewegendes Tier 6 333. — Entgleisen eines ein Tier gespannt überfahrenen Eisenbahnzugs durch die Tiere verursacht? 6 334.

Mithaftung des die Aufsicht übernehmenden (§ 834) 3 1, 371; 4 295. — § 834 als Verschuldenshaftung 3 1, 376; 4 295. — Solidarhaftung des T. und des schuldhaft handelnden Aufsichtspflichtigen 1 1, 494, 495; 4 301. — Regreß des T. gegen den für den Schaden verantwortlichen Aufsichtspflichtigen 2 1, 520; 3 1, 376. — Voraussetzungen für Annahme eines Aufsichtsverhältnisses; Kreis der Aufsichtspersonen, Selbständigkeit der Aufsichtsführung 4 302. — Familienangehörige 1 1, 494. — Übernehmer eines Viehtransportes 7 376. — Viehreiber 4 302. — Dienstoffoten 1 1, 494, 495; 3 1, 373; 4 302. — Stallwirt 2 1, 518 (s. unerlaubte Handlung, Gastwirt); 5 361. — Landwirtschaftsverein, der zur Förderung gemeinnütziger Zwecke eine Weide hält 7 372 (s. oben Tierhalter). — Aufsichtspflichtiger als einziger Schadensurheber 2 1, 518. — Berufung des T. auf die Bestellung eines Aufsichtspflichtigen bei Feldschaden (bayer. R.) 2 1, 518 (s. 515).

Konkurrierendes Verschulden des Verletzten (s. dieses) 1 1, 163, 492, 494, 505; 2 1, 149, 150, 516, 517; 3 1, 99, 370 (2), 373, 375; 4 81; 5 94 365; 6 336; 7 373, 375. — Schwerhörigkeit des Überfahrenen 4 301. — Verschulden des Stallknechtes 5 365. — f. B. eines Kindes 3 1, 372; 5 362, 365. — Stoßen des Radlers nach dem ihn verfolgenden Hund 6 334. — Kopfslosigkeit oder übergroße Angstlichkeit beim Ausweichen vor einem scheu gewordenen Tiere 3 1, 374. — Reizen des Tieres 6 336. — Gebissenwerden beim unbefugten Betreten eines Hofes 3 1, 375. — Mitwirken des Tieres des Beschädigten 7 375. — f. B. des durch das Tier selbst erlebten Aufsichtspflichtigen 4 302, 303; 6 337. — Anspringen e. Hundes gegen den zu schnell fahrenden Motorabfahrer 7 372.

Umfang der Haftung 3 1, 370

(Tierhalter)

(*f.* unerlaubte Handlung). — Ausschluß durch höhere Gewalt **2 1, 517; 3 1, 370, 373; 4 297.** — mittelbarer Schaden **1 1, 493; 3 1, 369.** — immaterieller, nicht auf Verschulden des *T.* zurückzuführender Schaden **1 1, 494, 506; 5 375; 6 346.** — Einschränkung auf die durch das Halten von Tieren unter normalen Umständen erfahrungsgemäß begründeten Gefahren **2 1, 517; 3 1, 374; 4 296.** — Verletzung des zur Abwendung eines Schadens eingreifenden Dritten **1 1, 492; 2 1, 516; 3 1, 370, 374.** — Verletzung des das Zureiten eines Offizierspferdes übernehmenden Unteroffiziers **4 301.** — kontraktliche Haftung des *T.* (gegenüber dem Mieter des Tieres) **2 1, 515, 517; 3 1, 375.** — von einem fremden Pferde zum Durchgehen gebrachtes, sich dabei selbst verletzendes Tier **1 1, 493.** — Schädigung des fremden, das eigene reizenden Tieres **2 1, 517.** — wechselseitiger Tierangriff **2 1, 106.** — Kaufzusammenhang bei Einwirken eines Tieres auf e. anderes **7 104.** — Schaden durch gezüchtete Bakterien **1 1, 494; 2 1, 517; 3 1, 369; 4 301.** — Schaden durch die zu Experimenten gezüchteten Kaninchen **1 1, 494.** — Haftung für höhere Gewalt? **3 1, 370; 5 365; 7 373.** — Einschränkung der *H.* bei freiwilligem Aufsuchen des Gefahrenkreises **3 1, 370; 4 295** (vgl. Fahrgast und unten Ausschluß). — Benutzung des Tieres gegen den Willen des Eigentümers **4 298.** — Verletzung der Stute bei Ausföhrung der Beschälung **5 250** (*f.* unten). — von dem mit der Bahn beförderten Tier im Bahnwagen angerichteten Schaden **7 374.** — Haftung für eine Sachentziehung durch Tiere **3 1, 370.** — *H.* für die durch ein tollwütiges Tier verursachten Heilungskosten **6 335.** — *H.* des Eigentümers, wenn sein auf einen fremden Weideplatz verbrachtes Pferd einen Angestellten des Weidebesitzers beißt **7 372.** — Anspruch des durch das *GewUnfVerG.* versicherten Arbeitnehmers gegen den Arbeitgeber bei Nichtzuspredung einer Rente **3 1, 376** (*f.* **4 267**). — keine Anwendung des § 832, wenn die Anwendung menschlicher oder mechanischer Energie an Stelle d. Tieres keine weniger gefährliche Situation geschaffen hätte **4 295.** — Beweislast des Verletzten **3 1, 370** (Wesig des Tieres). — Haftung des Betriebsunternehmers, wenn er Tierhalter ist (§ 135 *GewUnfVerf. G.*)? **7 375.** — Schadenszufügung durch das Tier anlässlich der Erfüllung einer dem Besitzer als gesetzlich obliegenden oder durch die Behörde auferlegten Verpflichtung **3 1, 373, 374; 5 361.** — Verletzung des Käufers unter Eigentumsvorbehalt **5 361.** — Anwendung der §§ 830, 842/847,

848/851, 852; **3 1, 371; 5 375** (§ 847); **6 346.**

Ausschluß der Haftung durch Vertrag. — stillschweigender Ausschluß **3 1, 370, 372; 4 296, 299; 5 364, 365; 6 336** (Zaifstage); **7 373** (2), 374, 375. — *U. d. H.*, wenn die Verwendung von Tierkräften vertragsmäßig war **5 363, 364.** — Verletzung des kraft Dienstvertrag Aufsichtspflichtigen (Dienstboten) bei Dienstberichtigung an Tieren **1 1, 494, 495; 3 1, 375; 4 302** (2), 303 (Beweislast); **5 364; 6 337** (Beweislast über Nichtvorliegen eines Verschuldens des Aufsichtspflichtigen); **7 374** (Kutscher). — Verletzung des Trainers **3 1, 375; 4 296.** — stillschweigender *H.*-Ausschluß bei unentgeltlichem Verleihen von Pferden an ein Karnevals-Komitee **7 374.** — Verletzung d. Viehtreibers oder des e. Viehtransport Übernehmenden **4 364; 7 374, 375.** — stillschweigender *H.*-Ausschluß bei Mitnahme d. Verletzten z. Ausführung e. gemeinschaftlichen Geschäftes **7 374.** — Verletzung eines unentgeltlich mitgenommenen Fahrgastes; stillschweigender *H.*-Ausschluß? **3 1, 372; 5 97, 341, 364, 365** (2); **6 128, 302, 335, 336** (Ansprüche der Hinterbliebenen) **7 144** (*f.* Fahrgast), 277, 373, 374 (5). — Einfluß einer Versicherung des Tierhalters **7 374** (2). — Verletzung des Hufschmiedes **4 300; 5 366**(2) (Beweislast bez. eines Verschuldens des Hufschmiedes). — Verletzung einer Stute bei der Beschälung **4 300: 5 250, 365; 7 375.** — gemeinsame Luftfahrt mit dem Wagen des einen u. dem Pferd des anderen Teilnehmers **4 300.** — Verletzung des Mieters des Tieres **2 1, 515, 517; 3 1, 375.**

Novelle zu § 833. — Kritik **7 375.** — Begriff des Haustieres; Biene **7 375.** — bei Beaufsichtigung des Tieres zu beobachtende Sorgfalt **7 376.** — Haftung für höhere Gewalt **7 376.** — Eingreifen Dritter **7 376.** — vertraglicher Haftungsausschluß **7 376.**

Tierquälerei *f.* Vivisektion.

Tierschaden *f.* Wildschaden, Feldschaden, Tierhalter.

Zingeltangel. — polizeiliche Genehmigung **4 932** (2).

Titel *f.* Persönlichkeitsrecht, unerlaubte Handlung. — unbefugte Führung des ärztlichen Titels *f.* Arzt, Zahnarzt. — Schutz des Rechtes an Titeln **1 1, 17; 6 4; 7 7.** — mißbräuchliche Führung amtlicher *T.*: Verhältnis des § 15 a *GewD.* zu Landesgesetzen **4 920.** — unbefugte Führung eines Titels: polizeiliches Verbot gegenüber einem Eintrag im Firmenregister **4 921** (vgl. Firma). — Entziehung eines landesherrlich verliehenen Titels **7 7.**

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

Tob. — **T.** des Offerenten bzw. Antragsgegners vor Annahme bzw. nach Ablegung des Antrags **21, 78.** — **T.** des Bestellers von Gegenständen des persönlichen Gebrauchs vor Vertragsperfektion **451.** — **T.** des Lebensversicherungsnehmers vor Vertragsperfektion **21, 78.**

Todeserklärung s. Aufgebotsverfahren.

Statutenkollision. — eines Deutschen durch das Ausland? **12, 355; 4530.** — eines in Deutschland wohnenden Ausländers durch seinen Heimatstaat **4530.** — Wirkung einer nach Art. 9 Abs. 2 GGWB erfolgten **T. 12, 355.** — Anwendung des Art. 9 Abs. 1 GGWB auf die Lebensvermutung **6581.**

Übergangrecht. — Zeitpunkt der **T.** bei einer nach bisherigem Recht bis zum 70. Jahre bestehenden Lebensvermutung **12, 412.** — Begriff der „Wirkungen der **T.**“ in Art. 161 Abs. 3 GGWB. **12, 412.** — maßgebendes Recht für Bereinerung eines nach 1900 für tot Erklärten bei Einleitung des Verfahrens vor 1900 **12, 412.** — Zurückverlegung des Todestags vor 1900 bei einem ab 1. I. 00 unabhängig gewordenen Verfahren **12, 412.** — vor 1900 durch Abwesenheitspfleger erfolgter Erbschaftsantritt des nach 1900 für tot Erklärten **12, 412; 5623.** — endgültige Ausfolge des Vermögens e. Verschollenen nach 1900 an den vor diesem Zeitpunkt vorläufig eingewiesenen Erben **5623.** — Erbfolge bei einem nach 1900 erlassenen, aber einen vor dem 1. I. 00 fallenden Termin als Todestag festsetzenden Ausschlußurteil **12, 451.**

Recht des BGB. — kein Zwang zur Vertreibung **21, 12.** — **T.** zur Feststellung des Todestages nicht absolut notwendig **31, 7.** — zeitliche Beschränkung **47.** — Notwendigkeit der Feststellung der Identität der für tot erklärten Person im Urteil **47.** — **T.** Minderjähriger **21, 12.** — Unrichtigkeit des die **T.** aussprechenden Urteils **11, 18.** — Berechnung des Todestages bei Landesrechten, die dem Ausschlußurteil konstitutive Kraft beilegen **6933.** — Verschollenheit als Voraussetzung **21, 12; 31, 7.** — Wesen der Verschollenheit **11, 17.** — Einfluß der **T.** auf Ehe u. Ehelichkeit **21, 13, 14; 31, 8.** — Todesvermutung des § 18 BGB. als Rechtsvermutung **31, 8; 47; 55; 55.** gilt auch bez. der Auflösung der Ehe **47; 55.** — Begriff der gemeinsamen Gefahr; § 20 BGB. lex specialis gegenüber § 18 BGB., Ausdehnung der Todesvermutung nach § 20 BGB. auf die verschollenen, nicht als tot ermittelten Beteiligten **11, 18.** — Anwendung des § 20 BGB. im Fall der **T.**? **78.** — Vermutung gleichzeitigen Todes **21, 15; 31, 8.** — Lebensvermutung **11, 14.** — Gefahrverschollenheit **11, 17; 21, 13.**

— Kriegverschollenheit **11, 17; 21, 12.** — Anwendung des § 15 BGB. auf Kriegse Gefangene? **78.** — Unfallverschollenheit **11, 17.** — Seeverschollenheit **21, 13.** — Unfälle i. einem Zugangsgewässer zur See **65.**

Totalisator s. Wette, Spiel. — Anwendung des § 763 BGB.? **11, 430; 5283.** — Natur der Wette am **T. 5283.** — Klage auf Ersatz der infolge e. Wetteauftrags am **T.** gemachten Einjase **5282, 283.**

Transmission des Erbrechts s. Erbrecht, Nachbfolge.

Transportvertrag s. Frachtgeschäft, Eisenbahn, Seerecht. — Dienst- oder Werkvertrag? **4189; 5228.** — § 278 BGB. bei **T. 21, 193 f.; 31, 139; 5113.**

Trennung.

Nach § 145 Z P. O. — kein Anspruch der Partei auf Anordnung oder deren Aufhebung **13, 74.** — Antrag der Partei unnötig **13, 190.** — auch im Urkunden- u. Wechselprozeß zulässig **13, 74, 75.** — Form der Anordnung: Beschluß **13, 74, 140.** — aber erst nach mündlicher Verhandlung **13, 74.** — Berufung **13, 74 156.** — **T.** nach gemeinsamer Verhandlung zwecks gesonderter Urteilsfällung **13, 77.** — Wiederaufhebung des **T.**-sbeschlusses **13, 77.** — erfolgt durch Beschluß, nicht Urteil **13, 140.** — keine **T.**, wenn der abzutrennende Teil entscheidungsreif ist **13, 74, 134.** — „mehrere Ansprüche“, Begriff **13, 74** (Klageweiterung). — mehrere Widerklagensprüche **13, 75.** — teilweise **T.**, wenn der im Wechselprozeß Klagenbe bez. eines Teils seiner Ansprüche vom Wechselprozeß Abstand nimmt **6783.** — Bedeutung des **T.**-sbeschlusses für Verrechnung der Kosten; der Revisionssumme **13, 74.** — Anfechtung des **T.**-sbeschlusses; erst mit dem Endurteil? Anfechtungsgründe **13, 74, 192.** — unzulässige **T.**; Verzicht auf deren Rüge **13, 131.** — Vereinigung der Entscheidungen über die getrennten Ansprüche in einer Urkunde **32, 423.** — **T.** in der Revisionsinstanz **13, 201.**

Trennung bei Aufrechnungen vgl. **N. = Einrede, Vorbehaltsurteil.** — eine der beiden Forderungen ist kein Anspruch aus einem obligatorischen Schuldverhältnis **13, 75.** — gleichzeitige Geltendmachung von Widerlage u. **N.** **13, 75.** — in einem anderen Prozeß bereits aufrechnungsweise geltend gemachte Forderung **13, 75** (s. Aussetzung). — im Urkunden- u. Wechselprozeß **13, 75.** — in der Berufungsinstanz **13, 75; 75.** — Verurteilung bei nichtbestrittener Klageforderung unter Zurückverweisung der bestrittenen Gegenforderung an das **OG. 32, 456.** — Wirkung der **T.** (getrennte Termine über Klageforderung u. **N.**, Einfluß auf ein Verjähmrisurteil) **13, 75.**

Trennung von Tisch u. Bett s. Ehecheidung.

— ständige **T.** ausländischer Ehegatten von **T.** u. **B.** durch ein deutsches Gericht noch zulässig? **12**, 368, 369; **31**, 671; **5** 610. — zeitweilige **T.** von **T.** u. **B.** bei ausländischen Gatten durch deutsche Gerichte **12**, 369, 370. — nach italienischem Recht rechtswirksam gerichtliche bestätigte Vereinbarung e. **T.** von **T.** u. **B.** **6** 598. — Erhebung der Scheidungsklage in Deutschland nach vorausgegangenem **T.** v. **T.** u. **B.** im Ausland **12**, 79; **5** 478. — kann das deutsche Gericht die nach Auslandsrecht zulässige **T.** von **T.** u. **B.** bei ausländischer Ehe in der Form der Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft einführen? **12**, 368, 369, 371. — Klage auf Scheidung nach § 1576 BGB. auf Grund e. altrechtlichen Urteils auf **T.** von **T.** u. **B.** **6** 477. — nach bisherigem Recht nur zeitweilige **T.** begründende Tatsachen als Scheidungsgründe **12**, 440; **21**, 802; **4** 551, 552. — Umwandlung eines vor 1876 erlassenen **T.**-surteils in e. Scheidungsurteil; im Ausland erkannte **T.** **12**, 79, 441; **21**, 802. — Folgen einer nach früherem Recht erkannten **T.**; Unterhaltspflicht, Erbrecht **21**, 802. — Wirksamkeit der in Italien ausgesprochenen ständigen **T.** im Inland **6** 830; **7** 589.

Treuer s. Schranke, Bantdepot.

Treuhänder s. fiduziarisch. . . Hypothekendarlehen, Pfandhalter, Schuldverschreibung auf den Inhaber. — Begriff; Arten **11**, 103 ff. — Testamentvollstrecker als **T.** s. Testamentvollstrecker. — die den Vollzug einer letztwilligen Auflage zu fordern Berechtigten **12**, 255; **21**, 720; **4** 505. — Pfleger als **T.** s. Pflegschaft. — Aussonderungsrecht des **T.** im Konkurs des Treugebers **22**, 497; **32**, 265; **5** 950; **6** 992. — bei Sicherungshypothek für Forderungen aus Inhaber- u. Orderpapieren **11**, 706; **21**, 601; **4** 363; **5** 442.

Tren und Glauben vgl. Auslegung, exceptio doli generalis, Verkehrssitte, gute Sitten, Stillschweigen, u. die dort Zitierten, Versicherungsvertrag, Anzeigepflicht. — Begriff u. Bedeutung **11**, 150; **21**, 80, 121 f., 124; **31**, 83; **4** 50, 51; **5** 50. — **T.** u. **G.** u. „richtiges Recht“ **5** 83. — Leitfäden für die richterl. Auslegung von Verträgen **21**, 80, 121. — Grenzen der Berücksichtigung von **T.** u. **G.** (pacta sunt servanda) **5** 51. — Auslegung nach der Verkehrssitte im Verhältnis zur Auslegung nach **T.** u. **G.** **5** 50. — Verkehrssitte als Bestandteil des BGB. **11**, 95. — §§ 157 u. 242 im Vergleich zueinander **11**, 95 ff.; **6** 94. — exceptio doli generalis aus d. §§ 157, 242 **31**, 54; **5** 52; **6** 93 f.; **7** 98 f. — ob **T.** u. **G.** verletzt sind, ist Rechtsfrage **5** 52. — Anwendungsgebiet **31**, 83; **4** 67; **5** 83. — Anwendung zur

Ergänzung, zur Korrektur des Gesetzes **6** 93; **7** 65. — Anwendung auf dingliche Ansprüche **6** 94. — § 242 setzt vertragsmäßig bestehendes Schuldverhältnis voraus **31**, 83. — Stillschweigen als Zustimmung nach **T.** u. **G.** **5** 51. — § 242 auf Prozeßpflichten nicht anwendbar **31**, 83. — **T.** u. **G.** u. Pflicht zur Mitwirkung z. Vermeidung e. Prozeßes **4** 70. — Anwendung des Prinzips von **T.** u. **G.** bei Formalverträgen **5** 50. — keine Verufung auf **T.** gegenüber Formvorschriften **11**, 75. — Nichterfüllung e. der geschlichen Form entbehrenden Vertrags keine Handlung gegen **T.** u. **G.** **31**, 39. — Geltendmachung der Nichtigkeit mündlicher Vertragsabänderung als Verstoß gegen **T.** u. **G.** **4** 35. — § 242 auch auf d. Frage nach d. Zustandekommen des Vertrages bzw. e. Vertragsänderung anwendbar **5** 84. — § 162 als Ausfluß des Grundsatzes von **T.** u. **G.** **11**, 99; **31**, 57. — Verhinderung d. Eintritts e. Potestativbedingung zur Erlangung größerer Vorteile aus dem Geschäft verstößt nicht gegen **T.** u. **G.** **21**, 81. — Vertragspflicht der Mitteilung d. Bedingungsentscheidung beim bedingten Geschäft nach **T.** u. **G.** **31**, 54. — Verstoß gegen **T.** u. **G.** als Verschulden des § 254 Abs. 2 **11**, 163, 164. — Pflicht zur Schadensbeseitigung nach **T.** u. **G.** **4** 88. — Einwand aus unverschuldeter Fristverfühlung gegen **T.** u. **G.** **5** 52. — Mängelträge u. § 242 **4** 70. — Benutzung e. Irrtums über für die Preisbemessung wichtige Umstände als Verstoß gegen **T.** u. **G.** **11**, 73. — Mitteilungspflicht des Hypothetgläubigers gegenüber d. Bürgen bez. bevorstehender Subhastation nach **T.** u. **G.** **21**, 123. — bei Auslegung einer e. Vertragsstrafe feststehenden Bestimmung **31**, 54; **4** 51. — treuwidrige Ausbedingung bzw. Einforderung e. Vertragsstrafe **11**, 255; **31**, 169; **4** 129. — Nichtausübung des Kündigungsrechts binnen angemessener Frist gilt nach **T.** u. **G.** als Verzicht darauf **11**, 97. — § 242 für die Frage der Unmöglichkeit maßgebend **11**, 185. — § 242 auf § 279 anwendbar **31**, 83. — Haftung des durch unverschuldete Unmöglichkeit frei werdenden Kontrahenten wegen Verletzung von **T.** u. **G.** in f. Verhalten gegenüber dem Gegner **11**, 185. — Ausübung d. Kündigungsrechts des Vermieters aus § 554 nach **T.** u. **G.** **11**, 96, 368. — Lieferung durch geheime Zeichen markierter Waren gegen **T.** u. **G.** **5** 84. — Rücktritt vom Bierlieferungsvertrag gegen **Tren** u. **G.** **5** 52. — Rücktritt ohne Androhung wegen nicht pünktlicher Zahlung gemäß Vereinbarung **6** 95. — Abbrechen der Geschäftsverbindung gegen **T.** u. **G.** **5** 52. — einzelne Anwendungsfälle des § 242 bzw. exc. doli gen. **11**, 151; **21**, 123; **31**, 85;

4 70; 5 84; 6 94 f. — Minderung der übernommenen Dividendengarantie bei Unmöglichkeit der Ausführung aller dem Garantien versprochenen Anschlüsse 6 95. — Pflicht d. zur Einlösung d. Konnossements gegen Wechselakzept verpflichteten Käufers, bei zu hoher Krassierung Akzepte in richtiger Höhe anzubieten 6 95. — Pflicht des wegen Verletzung der Bierbezugs-pflicht verklagten Wirtes z. Auskunft über seinen Bezug von Dritten? 6 71, 95. — Einfluß freiwilliger Geschäftsaufgabe auf die Abnahmepflicht aus einem früheren Lieferungsvertrag 6 95. — Erfüllungsanspruch gegen den säumigen Verkäufer, auch wenn der Käufer die Ware wegen ihrer Minderwertigkeit nicht verwenden kann 6 95. — Vortäuschung einer Bevollmächtigung 3 2, 80; 4 618 (Stillischweigen d. Vertretenen nach erhaltener Kenntnis). — darf man den Gegenkontrahenten bez. seiner Vertragstreue (Pflicht, an niemand anderen zu liefern) auf die Probe stellen (Veranlassung eines Dritten zur Bestellung der gleichen Ware)? 3 2, 80. — Stellen strengerer Anforderungen bez. L. u. G. bei Syndikaten 3 2, 80. — Pflicht zur Annahme von Teilleistungen 4 618. — Unterlassung eines Deckungskaufes, der gegenüber der abstrakten Schadensberechnung für den Verkäufer ein günstigeres Resultat ergeben hätte 4 618. — Haftung des Verkäufers eines Geschäftes aus der Zusicherung, den Käufer mit Rat u. Tat, mit neuen Mustern u. Ideen zu unterstützen 5 694. — Haftung, wenn ein inländisches Exporthaus ein überseeisches Haus als „mein Haus“ bezeichnet 5 694. — Ablehnung e. auf den freien Willen des einen Kontrahenten abgestellten zweiseitigen Vertrages 7 65. — früher übersandte allgemeine Geschäftsbedingungen als selbstverständlicher Vertragsbestandteil

7 66. — Berufung auf d. Formmangel e. Vertrags 7 98, 99. — Berufung auf Treu u. Glauben gegenüber Abschnitt IV des Börsengesetzes 7 99 (2). — bei Geschäftsverträgen; heimliche Vorteile eines einzelnen Gesellschafters 7 99. — in Erwartung einer von dritter Seite zu machenden Leistung versprochene Zahlung bei Ausbleiben der ersteren 7 99.

Trinkgeld vgl. Schenkung. — Natur 2 1, 319, 334. — als Schenkung des § 534 BGB. 1 1, 361; 5 205. — Teilung zwischen Kellner und Gastwirt 5 44; 6 108. — Anspruch des Hotelhausnechts 4 195; 6 232.

Trödelhandel. — Begriff i. S. des § 35 GewD. 4 934, 935. — Handel mit Lumpen 4 935. — Verbindung mit Pfandleihgewerbe 4 935.

Trödelvertrag. — analoge Anwendung der Vorschriften über das Kommissionsgeschäft 5 707. — als Wahlschuld 1 1, 170.

Trudhsystem s. Lohn.

Trunkenheit. — als Ursache oder Mitursache e. Unfalls 1 1, 165. — als Verschulden bei Anspruch gegen e. Gastwirt aus e. Unfall im Gasthaus 4 89 (vgl. unerlaubte Handlung, § 823).

Trunksucht s. Entmündigung, Vormundschaft über Volljährige, vorläufige Vormundschaft. — Strafantragstellung seitens des wegen L. Entmündigten oder seitens des Vormunds? 2 1, 693; 3 1, 571. — Recht des Vormunds zur Unterbringung in e. Anstalt 2 1, 694. — Aufenthaltsbestimmungsrecht des Vormunds? 2 1, 694; 4 549. — Vertragsabschluss mit einem Trinker 3 1, 47.

Turnen. — Haftung der Gemeinde oder des Staates für Unfälle beim L. in Schulen 1 1, 188; 4 21; 6 313 (s. Schulgemeinde); 7 20, 115, 351.

II.

Ueberbau. — II. durch andere als den Eigentümer des bebauten Grundstückes (Erbbauberechtigter, Nießbraucher usw.) 1 1, 557. — „Errichtung“ e. Gebäudes, nicht Ausbesserung 1 1, 557. — „Gebäude“ = Bauwerk, bauliche Anlage? 1 1, 557. — Errichtung e. Bauwerkes nur zu vorübergehendem Zweck 1 1, 557. — Grenzüberschreitung in der Luft, durch Bauwerke unter der Erde 1 1, 558. — Grenzüberschreitungen wie Ausbauchungen von Mauern infolge des Alters oder eines Baufehlers 1 1, 558; 5 399. — Maß der Grenzüberschreitung 1 1, 558; 2 1, 547 (Ueberbauung des ganzen Nachbargrundstückes). — II. bei der Ausführung

e. wegen einer entgegenstehenden Dienstbarkeit überhaupt unzulässigen Baues 1 1, 558. — II. durch Hinüberbauen auf den mit einer entgegenstehenden Dienstbarkeit belasteten Teil des eigenen Grundstückes? 1 1, 558; 2 1, 547; 6 375. — II. durch Hinüberbauen auf ein dem bauenden Eigentümer gehöriges Grundstück? Rechtsverhältnis bei einem Wechsel im Eigentum bezüglich eines der Grundstücke 1 1, 558; 4 327; 6 356, 375, 957, 958. — II. durch Hinüberreichen von Erken in den Luftraum über der öffentl. Straße 7 406. — die Grundfläche über den II. anwendbar auf mit beiderseitiger Zustimmung hergestellte Kom-

(Überbau)

munmauern? gegenüber landesgesetzl. Vorschriften über den Bauwuch? wenn das Nachbargrundstück eine öffentliche Straße ist? **1 1, 561; 7 406**; wenn der Ü. aus der Zeit vor dem 1. I. 00 stammt? **1 1, 561; 1 2, 425; 2 1, 792; 4 327; 6 595** (Klagestellung vor 1900); **4 545** (Anwendung des § 912); auf den Ü. auf den öffentl. Grund des Staates? **5 400**. — Ü. ohne Vorfall oder grobe Fahrlässigkeit **1 1, 559 f.; 2 1, 548; 6 374, 375**. — § 254 unanwendbar **1 1, 164**. — nach weissen Verhalten das Verschulden zu beurteilen bei Bestellung eines anderen zum Bauen **1 1, 107**. — Widerspruch des Nachbarn **1 1, 559 f.** (rechtl. Natur, Form, Erklärungsberechtigter, Widerspruchsgegner, Ansetzung der Unterlassung des Widerspruchs wegen Irrtums usw., Wirkung des Widerspruchs, Beweislast für die Erklärung des Widerspruchs); **5 399 f.** (Unwirksamkeit eines rechtzeitig erhobenen, aber fallen gelassenen Widerspruchs); **6 374; 7 406**. — rechtliche Natur der Duldungspflicht **1 1, 560**. — Verjährung des Rechtes auf Duldung? **1 1, 575 f.** — Eigentum an dem überbauten Grundstücksstück und dem über die Grenze reichenden Gebäudeteil **1 1, 560; 6 375**. — deklaratorische oder konstitutiv Kraft des die Duldungspflicht ausprechenden Urteiles? **1 1, 560**. — Eintragung einer dem Duldungsverhältnis entsprechenden Belastung ins Grundbuch **1 1, 560; 7 406**. — Beeinträchtigung e. Erbbaurechtes oder einer Dienstbarkeit durch Ü. **1 1, 565 f.**

Recht auf Rente. — rechtl. Natur **1 1, 560, 562**. — Entstehung **1 1, 560, 562** (Rentenjahr). — ausgeschlossen bei freiwilliger Duldung des Überbaus, bei konkurrierendem Verschulden des Berechtigten? **1 1, 560 f.** — Rentenberechtigter, Recht auf Festsetzung der Höhe der Rente durch Urteil, Festsetzung durch Urteil oder Vertrag gegenüber einem von mehreren Berechtigten, Zahlungsverpflichtung des gutgläubigen Erwerbers des belasteten Grundstücks **1 1, 562**. — Eintragung ins Grundbuch; Zusammentreffen mit anderen an dem belasteten Grundstücke bestehenden Rechten; Bestehen e. Gesamtanspruches auf die Rente neben dem Anspruch auf die einzelnen Rentenzahlungen? Verjährung des ersteren; Anwendbarkeit der Vorschriften über Reallasten; Wirkung der Nichtberücksichtigung im geringsten Gebot; Erlöschen und Änderung der Rente, Verzicht auf die Rente, Eintragung dieser Tatsachen ins Grundbuch **1 1, 562 ff.; 7 406**. — Recht auf eine über die Rente hinausgehende Entschädigung **6 375**.

Recht auf Wertersatz gegen Übereignung der überbauten Fläche. — von wem, wie u. gegen wen geltend zu machen? Einwand der Bereitwilligkeit, den Ü. zu beseitigen; dinglicher Verzicht auf das Recht auf Wertersatz; Bestimmung der Wertsumme; Anwendung der Kaufvorschriften nicht im Verhältnis zu Dritten; Rücktrittsrecht; Wandelungs- u. Minderungsanspruch; Zeitbauten; Fortdauer des dinglichen Rentenrechtes bis zur Übertragung des Eigentums; die übereignete Fläche ein selbständiges Grundstück? Anrechnung der gezahlten Renten beim Wertersatz? **1 1, 564 f.**

Überfall 1 1, 557 (Aneignung der auf einem öffentl. Gebrauch dienendes Grundstück hinübergefallenen Früchte; Vorbehalt landesrechtl. Regelung zugunsten von Sträuchern?).

Übergangsrecht s. auch zeitliches Anwendungsgebiet und die einzelnen Rechtsinstitute. — Schuldbverhältnis i. S. des Art. 170 GGVB. **1 2, 414**. — Vereinbarung d. Parteien auf Anwendung des alten Rechtes bez. eines Vertragsverhältnisses **1 2, 414**. — Stellung der französisch-rechtlichen Vereine **5 10**. — Anwendbarkeit d. § 54 Satz 2 auf vor d. 1. I. 00 begründete nichtrechtsfähige Vereine **3 1, 19; 5 11**. — Parteifähigkeit von Gesellschaften älteren Rechts **1 1, 39; 2 1, 21; 4 15; 5 10**. — § 138 Abs. 2 auch auf frühere Rechtsverhältnisse anwendbar **1 1, 87; 2 1, 70**. — Anwendbarkeit d. Auslegungsvorschriften d. BGB. s. Willenserklärung **2 1, 64**. — § 181 anwendbar auf Rechtsgeschäfte, vorgenommen auf Grund e. vor 1900 ausgestellten Vollmacht **3 1, 60**. — Verjährungsbeginn bez. d. vor d. 1. I. 00 entstandenen Forderungen d. §§ 196, 197 **2 1, 99; 3 1, 64**. — Verjährung: Beurteilung d. Kaufmannseigenschaft i. S. d. § 196 **4 59**. — Fristenberechnung **1 1, 122**. — Anwendbarkeit d. § 226 **1 1, 138**. — für die Anwendung d. § 254 **4 90**. — §§ 259 Abs. 3, 260 Abs. 3 unanwendbar auf ältere Rechtsverhältnisse **3 1, 110**. — Retentionsrecht bei d. früheren Recht angehörenden Ansprüchen **1 1, 181; 3 1, 124**. — Verzugszinsen **1 1, 204, 207**. — d. Gläubigerverzugs **2 1, 204**. — für die vom 1. I. 00 bis zur erklärten Grundbuchanlegung geschlossenen Immobilienverträge **1 1, 216; 3 1, 155; 4 119; 5 128** (f. Form). — bei gegen. Verträgen (§ 326) **1 1, 245**. — Vertragsstrafe, insbesondere richterliches Ermäßigungsrecht **1 1, 258, 2 1, 227; 3 1, 171; 4 129**. — bei Verrechnung unzureichender Leistung **1 1, 269; 3 1, 176**. — bez. d. Aufrechnung **1 1, 288; 3 1, 181, 5 152**. — Fragen d. Ü. bez. d. Erlasses **1 1, 296; 3 1, 186**. — § 407 im Ü. **1 1, 309**. — § 409 im Ü. **1 1, 312**. — § 410 im Ü.

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

31, 200. — Hypothekenübernahme **11, 327; 5 177.** — § 416 vor Anlegung d. Grundbuchs **31, 205.** — § 426 im **Ü. 11, 336.** — bez. d. Widerrufs von Schenkungen **5 205.** — § 544 im **Ü. 11, 366.** — für d. Vermieterspandrecht **11, 370, 371; 21, 299.** — f. Mietverträge über mehr als 30 Jahre (§ 567) **11, 374; 5 215; § 568 im Ü. 21, 304.** — §§ 571 ff. im **Ü. 21, 306; 4 184.** — § 656 (Ehehälftenlohn) im **Ü. 11, 404; 31, 279; 5 263.** — bayerisches **Ü. bez. d. Auskunfts- u. Eidespflicht d. Erben (§§ 260, 261) 31, 111.**

Übergebot. — verspätete Abgabe **21, 80.**

Überhang. — Verhältnis zum Landesrecht **11, 555 f.** — **Ü.**-srecht nach den bayer. Ausführungs- u. Übergangsvorschriften **5 399.** — nur Selbsthilfsrecht oder auch die Negatorienlage? **11, 556; 31, 410.** — wessen Eigentum das vom Eigentümer des Baumes beseitigte Holz? **11, 556.** — Fristsetzung vor Beseitigung der Wurzeln geboten? **11, 556.** — Bemessung der Frist, Berücksichtigung der Jahreszeit u. der Bewirtschaftung hierbei u. bei Ausübung d. Selbsthilfe **5 399.** — Klageabweisung wegen mangelden gegenwärtigen Interesses; Erneuerung d. Klage nach Änderung der Sachlage **11, 556.**

Überstunden (vgl. Arbeitsvertrag) **11, 383; 31, 251; 5 225; 7 243.**

Übertragbarkeit f. Abtretung, Ansprüche.

Übertragung im Grundbuch. — Unterlassung der **Ü.** eines Rechtes bei **Ü.** eines Grundstücks **2 2, 456.** — Beschwerde gegen die Unterlassung; Nachholung der **Ü.** **2 2, 456.** — Entpfäubung (Pfandentlassung) eines Grundstücks: juristische Konstruktion u. Erfordernisse **6 1046.**

Übertragung kraft Gesetzes. — Wesen der cessio legis **6 173.** — Bedeutung der Klausel, daß „d. Übergang nicht z. Nachteil des Gläubigers geltend gemacht werden kann“ **11, 313; 6 173.** — fällt Kenntnis d. Schuldners von dem gesetzlichen **Ü.** der Forderung unter § 407 BGB.? **11, 314; 6 172.** — Anwendung d. § 412 BGB. auf d. Fall d. dinglichen Surrogation **11, 313; auf die Erbfolge 11, 313; 31, 200.** — Zahlung durch d. Dritten **11, 313; 21, 256.** — Anspruch d. zahlenden Bürgen auf Auskunftserteilung bei Verbürgung mehrerer für dieselbe Schuld **5 170.** — § 119 UnfVerG., § 151 Lw. UnfVerG., Übergang d. Forderung d. Verlesten gegen den Täter auf d. Berufsgenossenschaft **11, 314; 4 148.** — § 57 Abs. 2 KrankVerG., Übergang d. Forderung d. Unterstützten gegen d. Krankentasse auf den Armenverband (f. diesen) **21, 256 f.**

Übertretungen vgl. Polizeübertretungen.

Überweisung vgl. Zwangsvollstreckung in Forderungen.

Überzeugung richterliche f. Beweiswürdigung.

Uferanschlüttung. — Eigentum an den durch sie gewonnenen Grundflächen **7 944.**

Ultimathypothek f. Höchstbetragshypothek.

Umfass f. Geschäft, Eigenschaft, Restaurant. **Umfasssteuer** vgl. Gemeindesteuer. — nicht vom Käufer zu tragen **11, 343; 31, 215; 5 189; 6 188** (vgl. Kauf).

Umtauschklausel. — Kauf mit **Ü. 11, 356; 5 103, 149, 201.** — **Ü.** u. Wandelung **4 162.**

Umwandlung f. Buchhypothek, Briefhypothek, Sicherungshypothek, Grundschuld, Rentenschuld.

Unbekannter Erbe f. Nachlasspflegschaft.

Unbestellte Waren f. Vertragsabschluss, Vertragsannahme. — stillschweigendes Behalten e. unbestellten Postes **5 49.** — Zufendung u. **W.** als Vertragsantrag **11, 90 f.** (vgl. Kauf). — Verbrauch u. **W.** **21, 77.** — Stillschweigen auf Zufendung; Rechtsmittel d. Empfängers zur Entledigung **6 67.** — Kondition d. Übersenders; Verjährung **11, 126, 453.** — Aufbewahrungspflicht bei Zufendung u. **W.** **3 2, 96; 6 680** (f. Handelskauf).

Undentliche, ungenaue Eintragungen ins Grundbuch f. Eintragungen ins Grundbuch.

Uneheliche Kinder f. Legitimation, Ehelichkeitserklärung, Vaterschaft, Brautkinder.

Statutenkollision. — Rechtsverhältnis zwischen Mutter u. Kind; maßgebendes Recht bei fehlender Reichsangehörigkeit **12, 372.** — Rückverweisung des Heimatrechts der Mutter auf das deutsche Recht? **12, 372.** — *exceptio plurium concumbentium* **11, 372, 373.** — Ausschluß d. Anwendung e. ausländischen Gesetzes, das für d. Unterhaltspflicht des unehelichen Vaters andere Voraussetzungen aufstellt als BGB. **12, 372.** — Verpflichtung d. Erben d. unehel. Erzeugers **12, 373.** — vorläufige Fürsorge nach § 1716 BGB. **12, 373.** — Deslorationsanspruch d. Mutter u. andere Ansprüche aus d. Deliktstatu d. Beischlafes **12, 373.** — für die Frage d. Vaterschaft maßgebendes Recht; nach BGB., nicht aber nach ausländischem Recht zu Gebote stehende Einwendungen d. Vaters **12, 373.** — Wirkung d. Vaterschaftsanerkenntnisses **12, 373.** — Form d. Vaterschaftsanerkenntnisses **12, 359, 373.** — persönliches Verhältnis zwischen Vater u. Kind **12, 373.** — Verwandtschaft (d. unehel. Vaters mit dem Kind **12, 373; 5 610.** — Verwandtschaft zwischen Mutter u. Kind **5 610.** — *St.-Kollision* beim Namen des u. **R.**; Anwendung des § 1706 Abs. 2 Satz 2 auf Reichsangehörige, die nicht zugleich Angehörige e. Bundesstaates sind **31, 523; 4 429.** — Rechtsverhältnisse der u. **R.** russisch - polnischer Staatsangehörigkeit;

(Uneheliche Kinder)

Mutter als Vormünderin; Vater als Vormünder nach Anerkennung d. Vaterschaft; Vaterschaft e. Deutschen 7 576, 577. — Anwendung des Art. 21 GGWB. bei Kollision verschiedener deutscher Landesgesetze 3 1, 671.

Übergangsrecht. — für die Frage d. Ehelichkeit oder Unehelichkeit maßgebendes Recht 1 2, 448. — Rechtsverhältnisse d. vor 1900 in Baden von einer badiſchen Mutter geborenen u. R. 3 1, 671. — Unterhaltspflicht d. Vaters b. vor 1900 geborenem u. R. 2 1, 805. — Verjährung d. Alimente der vor 1900 geborenen u. R. 6 592. — vor 1900 entstandener Deflorationsanspruch d. Mutter 1 2, 419. — Erforschung d. Vaterschaft für die unter d. Herrschaft des *code civil* geborenen u. R. 1 2, 446, 447; 4 553; 5 633. — Erforschung d. Vaterschaft für außerhalb des französischen Rechtsgebiets geborene u. R., wenn d. Vater im Gebiet d. französischen Rechts lebt; Verlegung des väterlichen Wohnsitzes in das Gebiet des französischen Rechts nach 1900 1 2, 446, 447; 3 1, 704. — Alimentenlage eines außerhalb des rheinischen Rechtsgebietes geborenen u. R. gegen den in das rheinische Rechtsgebiet verzogenen Vater 1 2, 447; 2 1, 805; 4 553; 5 633. — Unterhaltsklage nach § 2 BadG. v. 21. II. 56 1 2, 446. — Einrede der mehreren Zuhälter 1 2, 447. — Recht d. Vaters, d. Verpflegung d. über 4 Jahre alten Kindes selbst zu übernehmen (§ 622 II. 2 NR. u. § 1870 sächs. BGB.) u. § 1707 BGB. 1 2, 142, 447; 2 1, 805; 3 1, 524, 704, 705 (3); 4 553; 6 599. — Bestellung e. Pflegers bei Streit über die Erziehungsübernahme durch den Vater 1 2, 447; 3 1, 704. — Höhe d. Unterhaltsgelder 1 2, 448. — gleichzeitige Verpflichung der beiden Elternteile zum Unterhalt 1 2, 448; 3 1, 705 (rückwirkende Kraft des § 1709). — Verzicht auf den Unterhaltsanspruch 1 2, 448. — Erlaß e. Anordnung nach § 624 II. 2 NR. von Amts wegen auf Anregung des Vormunds 2 1, 805; 3 1, 705. — Erbrecht des u. R. bei Erbansfall nach 1900 1 2, 139, 144 (rechtskräftig festgestelltes Erbrecht). — Wohnsitz eines vor 1900 geborenen u. R. 5 633. — Stellung e. vor 1900 geborenen u. R. zur Mutter u. deren Familie 1 2, 139. — Familienname des nach französischem Recht vor 1900 anerkannten u. R. 5 4. — Namensführung; Führung d. väterlichen Namens vor 1900 mit dessen Zustimmung 1 2, 448. — Führung d. väterlichen Namens bei Anerkennung nach 1900 3 1, 704. — Brautkinder 1 2, 448; 2 1, 805, 806; 3 1, 705 (RG. v. 13. VI. 95 betr. die Fürsorge für Witwen u. Waisen der Angehörigen des Reichsheeres). — An-

wendung des Art. 208 auf vor 1900 mit Hinterlassung von Abkömmlingen gestorbene u. R. 1 2, 448. — Recht d. u. Mutter, die ohne ihre Zustimmung erfolgte Adoption anzufechten (Hamburger Recht) 2 1, 805. — Klage des vor 1900 geborenen u. R. auf Feststellung d. Kinderschaft gegen die Erben der vor 1900 verstorbenen Mutter 2 1, 805. — Recht d. unehelichen Mutter, die trotz Verurteilung d. Vaters zur Unterhaltsleistung die R. selbst erpflegt hat, ihre Erbsansprüche auch den Kindern gegenüber geltend zu machen 3 1, 705. — Deflorationsanspruch bei Entbindung vor 1900 1 2, 145. — Revision wegen Verletzung des Art. 208 GGWB. bzw. Satz 340 a BadNR. 4 553. — Dauer der Unterhaltspflicht über das 14. Jahr nach Hamburger Recht 4 553. — Klage des vor 1900 geborenen u. R. auf Feststellung d. Kinderschaft gegen d. Erben der vor 1900 verstorbenen Mutter 2 1, 805. — Stellung der vor 1. I. 00 als Vormünderin fungierenden unehelichen Mutter 1 2, 451 (Sessen; vgl. Vormund). — Erbrecht gegen den nach 1900 gestorbenen unehelichen Vater? 1 2, 453.

Allgemeines. — Kritik des Gesetzes 4 428. — Berufsvormundschaft über u. R. de lege ferenda 6 504. — Pflegschaft für noch nicht geborene u. R. f. Pflegschaft u. nasciturus. — Zeugnisverweigerungsrecht der u. R. nach § 53 Ziff. 3 StPD. ? 2 1, 763. — zuständiges Gericht; Anwendung des § 36 Abs. 1 Satz 3 ZGG. (Geschwistergerichtsstand)? 3 2, 213; 7 1004 (2). — Feststellung d. Unehelichkeit eines gefehlich für ehelich geltenden Kindes im Wege der freiwilligen Gerichtsbarkeit? 1 2, 155; 4 852 (f. Vormundschaft, Statusklage). — Bestellung e. Vormunds für mehrere u. R. derselben Mutter von verschiedenen Vätern 1 2, 155 (f. Vormund). — Beschwerde d. Mutter, wenn das Gericht die Generalvormundschaft für genügend hält 7 1008. — Beschwerde d. Mutter gegen die Auswahl d. Vormunds 6 505 (f. 5 528); 7 1008. — Annahme an Kindesstatt e. u. R. durch eigenen Vater oder Mutter 1 2, 149 f., 152; 3 1, 528; 6 504. — Verhältnis mehrerer u. R. d. gleichen Mutter zueinander nach Ehelichkeitserklärung 1 2, 149. — Pflichten d. Großmutter d. u. R. auf Erhaltung des Lebens 6 501. — Begriff d. Unehelichkeit 1 2, 139. — Verwandtschaft des u. R. mit seinem Erzeuger 6 480. — Klage der Mutter eines für ehelich geltenden R. auf Alimentenzahlung gegen d. angeblich unehelichen Schwängerer 1 2, 134. — Klage e. f. ehelich geltenden Kindes auf Feststellung seiner Unehelichkeit 4 852 (f. Ehelichkeit). — Anwendung d. Geschwistergerichtsstandes

(§ 36 FGG.) auf mehrere uneheliche K. c. Mutter **3 2, 213** (f. Vormundschaftsgericht). — Zustand. Gericht f. Vormundschaftsgericht. — Pflicht d. Mutter zur Namhaftmachung d. Vaters gegenüber d. Unterstützungsanstalt **7 182**. — Beschwerderecht d. Ehemannes in d. Angelegenheiten betr. die Person des u. K. seiner Frau **7 1007**. — Beschwerde d. außerehelichen Vaters im Verfahren aus § 1666 BGB. gegen die Mutter **7 1008**.

N a m e f. diesen. — **N. -erteilung** **5 58**. — **N. des u. K. einer Verheirateten** **1 2, 140**. — **Abel** **1 2, 140; 3 1, 494; 4 396; 5 486**. — für Abgabe d. Erklärung d. Ehemanns (§ 1706 Abs. 2) zuständige Behörde **3 1, 523**. — Form u. Zeit für die Einwilligungserklärung v. Mutter u. Kind im Fall des § 1706 Abs. 2 Satz 2 **1 2, 140; 4 429**. — Abgabe d. Einwilligungserklärung des K. nach § 1706 Satz 3 durch den Stiefvater, der zugleich Vormund des K. ist; Pflegerbestellung nötig? **4 430, 438** (f. **5 521**). — Pflegerbestellung zur Abgabe der Einwilligungserklärung nach § 1706 Satz 3, wenn die Mutter Vormünderin ist? **4 438**. — **N. -änderung** nach § 1706 Abs. 2 Satz 2 nach dem Tode der Mutter oder bei deren dauernder Unfähigkeit zur Abgabe d. Einwilligung **1 2, 140; 4 430; 7 513, 514**. — Anwendung d. § 1706 Abs. 2 Satz 2 auf vor der Verheiratung der Mutter geborene K.? **1 2, 140 (2)**. — Unwiderruflichkeit der **N. -erteilung** (§ 1706 Abs. 2) **4 430**. — analoge Anwendung d. § 1706 Abs. 2 auf u. K. einer Witwe? **1 2, 140**. — nach § 1706 Abs. 2 zuständige Behörde **5 521**. — Statutenkollision im Fall des § 1706 Abs. 2 Satz 2 **3 1, 523; 4 429**. — Anwendung des § 1706 Abs. 2 Satz 2 auf Reichsangehörige, die nicht zugleich Angehörige e. Bundesstaates sind **3 1, 523**. — Abgabe der Erklärung d. Ehemanns nach § 1706 Abs. 2 vor Eheschließung **4 429**. — kein Recht des 2. Ehemanns der Mutter, dem K. seinen N. zu geben, wenn bereits der erste Mann das getan hat **3 1, 524**. — keine Anwendung d. § 1706 Abs. 2, wenn das K. nicht mehr den N. der Mutter führt **4 429**. — Aufstellung eines Pflegers, insbesondere wenn d. Ehemann oder d. Mutter Vormund des K. ist **4 429, 430; 5 521**. — Beschwerde d. Verwaltungsbehörde bei Ablehnung d. Aufstellung e. Pflegers zwecks **N. -erteilung**? **5 522**.

Verhältnis zwischen Mutter und Kind. — Verteilung d. Rechts zwischen Mutter u. Vormund **1 2, 140; 4 428, 430; 6 501**. — Beschränkung d. Rechts d. M. nach § 1666 BGB. **1 2, 141; 6 501; 7 514**. — Kollision d. Rechts d. Vormunds u. d. M. **2 1, 665**. — Anwendung der §§ 1626—98 auf die uneheliche M. **6 501**. — Mutter Unterhaltspflichtige nach § 361

Ziff. 10 StGB. **6 501**. — Pflicht d. Mutter zur Alimentation, wenn die Zinsen der vom Vater gezahlten Abfindung nicht ausreichen? **3 1, 491**. — Sorge für d. Person d. Kindes bei Geschäftsbeschränktheit d. M. **2 1, 662**. — Recht der unehelichen M. auf Verheir mit dem von einem Dritten adoptierten Kinde **5 526** (f. oben **5 525**). — Verwerfung d. Antrags d. M. auf Entlassung d. Vormunds; Beschwerde **5 1002** (f. Beschwerde). — Beschwerde der nicht zur Vormünderin bestellten unehelichen M. **5 528, 1002; 7 1008**. — Erziehungs- u. Aufenthaltbestimmungsrecht d. M. **1 2, 140; 4 430; 7 514**. — Recht der M., über die Unterbringung des mit ihrer Einwilligung vom Vormunde in Pflege genommenen K. anders zu beschließen; Bestellung e. Pflegers hierzu? **7 526**. — Klage der M. auf Herausgabe des K. ohne Mitwirken des Vormundes **4 430**. — Recht der M. zur religiösen Erziehung des K.? **1 2, 141; 5 522, 533; 6 501**. — Ruhen u. Veneidigung d. elterlichen Gewalt der M. **2 1, 662 (2)** (f. elterliche Gewalt). — Beaufichtigung d. zur Vormünderin bestellten unehel. M. durch d. Gericht nach § 1837? **2 1, 688**. — vertragliche Übernahme der Alimentationspflicht seitens d. M. **3 1, 202**. — Beschwerde d. M. gegen e. bei Meinungsverschiedenheit zwischen M. u. Vormund über Vertheilung d. Alimente ergangenen Gerichtsbeschluss **7 1008**. — analoge Anwendung der §§ 1669, 1845 bei Verheiratung der als Vormünderin bestellten M. mit einem anderen als dem Kindsvater? **3 1, 565; 4 462**. — Recht der zur Vormünderin bestellten M. auf Erhebung d. Unterhaltsklage gegen den Vater **6 507**. — Sorge der nicht zur Vormünderin bestellten M. für die Person d. K. **1 2, 140; 3 1, 1800** (Erziehung); **4 430, 440** (Berufswahl); **5 533** (Aufenthaltbestimmung; gewalttames Annehmen des K.); **6 501**. — Verhältnis des § 1707 zu § 1793 **4 440**. — Anspruch d. M. auf Herausgabe des K. gegen Dritte **4 441**. — Anspruch d. M. auf Dienste des K. nach § 1617 **1 2, 96; 2 1, 643**. — Überlassung d. Vermögens seitens d. K. an die M. (§§ 1618, 1619) f. Kindesvermögen.

Ansprüche der Mutter gegen den Kindsvater. — rechtliche Natur **1 2, 144, 145; 2 1, 666**. — **N. nach § 1715** bei Fehlgeburten? **1 2, 144, 145; 3 1, 525; 4 429**. — **N. d. M. aus e. von ihr u. dem Vormund mit dem Kindsvater abgeschlossenen Vergleich über Alimente u. Entbindungskosten**, wenn das K. vor der obervormundschastlichen Genehmigung stirbt **1 2, 142**. — Beschlagnahme d. Dienstprämien d. Militärpersonen für die M. der M.? **2 1, 665**. — Übergang des N. auf die

(Uneheliche Kinder)

die M. unterstützende Krankenkasse **1 2**, 144, 145; **2 1**, 666; **4 431**; **7 514**. — Begräbniskosten der M. **1 2**, 144, 145; **3 1**, 526; **5 523**. — Erstattung von Lohnentgang bei Dienstaustritt wegen der Schwangerschaft? **1 2**, 145; **3 1**, 525; **4 431**; **5 523**; **6 502**. — Umfang der nach § 1715 zu erstattenden Aufwendungen **3 1**, 525; **4 429**, 431 (Ersatz für entgangenen Gewinn? Anwendung z. Erlangung e. neuen Stelle?); **6 502** (Lohnausfall, weil sich die Mutter wegen der Schwangerschaft mit e. schlechteren Stelle begnügen mußte). — einseitige Verfügung **3 1**, 431. — Pfändbarkeit des A. **1 2**, 145. — Vollstreckung des deutschen Urteils in Frankreich **6 503**.

V a t e r s c h a f t l. diese u. Ehelichkeit. — Rechtshilfe zwecks Feststellung d. V. **1 2**, 185; **2 1**, 675, 689; **3 1**, 539; **4 437 f.**; **7 524**, 982 (s. Rechtshilfe). — Anspruch auf Feststellung d. V. vermögens- oder familienrechtlich? **7 514 (2)**. — Unterstützung d. Vormunds durch das Vormundschaftsgericht bei den Recherchen nach dem Vater; Zeugenernehmung? **3 2**, 187, 330; **4 430**, 437; **5 531**; **6 503**. — zeugenschaftliche Vernehmung dessen, den man für den natürlichen Vater hält, durch das Vormundschaftsgericht? **3 2**, 187. — Pflicht d. Vormunds zur Erforschung u. Namhaftmachung d. Kindsvaters; Anhalten hierzu durch Ordnungsstrafen **1 2**, 182. — Anspruch des R. gegen Dritte auf Namhaftmachung d. Vaters? **2 1**, 664, 665. — Pflicht der Mutter zur Namhaftmachung des Vaters; Zeugnisverweigerungsrecht d. Mutter im Prozeß des Mindels u. vor dem Vormundschaftsgericht; Klage d. Vormunds gegen die Mutter auf Namhaftmachung **1 2**, 145; **2 1**, 664 f., 689; **3 1**, 524, 564; **3 2**, 187; **4 462**; **5 522**, 543; **7 514 (2)** (s. **2 1**, 665, 817, 818, 982, 989). — Schweigevertrag mit der Mutter **4 47**. — Anweisung d. Vormundschaftsgerichts an den Vormund, gegen den die V. anerkennenden u. Mimente zahlenden Vater wegen Weigerung d. Ausfertigung e. Urkunde nach § 1718 zu klagen **4 460 f.**; **5 543**. — Ordnungsstrafe gegen den Vater zur Erzwingung seines Erscheinens behufs Anerkennung der V.? **3 2**, 211 (s. Ordnungsstrafen); **4 438**, 853. — Form d. V.-anerkenntnisses **3 2**, 184. — Aufnahme e. vollstreckten Urkunde über d. V.-anerkenntnis **1 2**, 142. — V.-anerkennung seitens d. Vormunds des entmündigten Vaters **2 1**, 693. — Klage auf Feststellung der unehelichen V. **2 1**, 490, 665. — Eideszuschiebung über die exceptio plurium concumbentium **1 2**, 147; **1 3**, 172; **2 1**, 666; **3 1**, 524, 526, 564; **3 2**, 486; **5 818**, 819 (vgl. Eib). — replicatio doli gegen-

über der Eintrede d. mehreren Zuhälter? **4 429**. — Erbringen d. Unmöglichkeitsbeweises aus der Reife des Kindes? **1 2**, 146, 147; **3 1**, 524. — Beivohnung: immissio seminis **1 2**, 145. — Gegenbeweis gegen den Rechtsfah, daß e. Beivohnung zwischen dem 181. u. 302. Tage als kaufal zu gelten hat? **1 2**, 145. — Eintrede der Zeugungsunfähigkeit **1 2**, 146. — Beweis, daß die Mutter z. Zt. der Beivohnung schon schwanger war **1 2**, 146. — Beweis aus der Reife des Kindes, daß die Beivohnung eines Dritten nicht kaufal gewesen sei, gegenüber d. exc. plur. conc. **1 2**, 146, 147. — Zeitpunkt der Geburt **1 2**, 146 (2). — Berechnung d. Empfängniszeit bei Zwillingsgeburten **1 2**, 146. — analoge Anwendung d. § 1592 Abs. 2 auf u. R.? **1 2**, 89. — Gegenbeweis gegen die Empfängniszeit des § 1717: Nachweis einer längeren Schwangerschaft **1 2**, 146; **4 431**; **5 523**. — Einwand d. Unzurechnungsfähigkeit d. Vaters? **1 2**, 146. — Abweisung d. Eideszuschiebung wegen Unmöglichkeit d. Kaufalität der Beivohnung des Dritten **3 1**, 526. — exceptio plurium concumbentium, gestützt auf die bloße Bescholtenheit der Mutter **1 2**, 147. — Eideszuschiebung an die Mutter über die exceptio plurium concumbentium, wenn Mutter u. Kind zusammen klagen **1 2**, 147. — Eideszuschiebung über die exceptio plurium concumbentium an den Vormund **3 1**, 526. — Feststellung, daß jemand als Vater e. Kindes i. E. d. §§ 1708—16 gele, keine Feststellung der Abstammung nach § 26 BStG. **2 1**, 666; **5 522**; **7 514**. — Wirkung d. Feststellung der V. nach § 1717 auf Dritte? **1 2**, 146. — Berücksichtigung der mehreren Zuhälter von Amts wegen? **6 503**. — rechtliche Natur d. V.-anerkennnisses **1 2**, 147; **2 1**, 667; **3 1**, 527; **4 429**; **6 503**; **7 514 (2)**, 515 (insbesondere bei Eintragung ins Standesregister). — V.-anerkennnis e. Geschäftsunfähigen **2 1**, 667. — V.-anerkennnis e. Geschäftsbeschränkten **1 2**, 147 (3), 161; **2 1**, 667; **7 516**. — Ausschluß der späten Geständmachung der exceptio plurium concumbentium durch das V.-anerkennnis **7 515**, 516. — Zuständigkeit zur Beurkundung d. V.-anerkennnisses **1 2**, 147; **2 1**, 667; **3 1**, 527; **3 2**, 242 (landesrechtl. Ausschluß d. Zuständigkeit d. AG.). — Eintrede der nicht erfolgten Beivohnung oder d. unmöglichen Kaufalität der Beivohnung trotz V.-anerkennnis möglich **1 2**, 147 f.; **2 1**, 667; **3 1**, 527; **7 515**. — V.-anerkennnis in einem Testament; Widerruf d. Testaments **1 2**, 147. — Entkräftung der durch das V.-anerkennnis begründeten Vermutung nur im Klageweg **2 1**, 667. — Verhältnis des V.-anerkennnisses nach

§ 1718 BGB. zu der Beurkundung nach § 25 StGB. 2 1, 667. — Anfechtung d. V.-sanerkenntnisses 3 1, 527; 4 431. — Widerruf d. V.-sanerkenntnisses 3 1, 527. — Anwendung d. § 169 StGB. bei wahrheitswidriger Anerkennung d. V. „i. S. d. §§ 1708—1716“ 5 523. — Zuständigkeit für d. auf Anerkennung d. V. gestützten Ansprüche d. Kindes u. d. Mutter 6 503. — Ablehnung e. Beurkundung d. V.-sanerkenntnisses seitens d. Gerichts, d. Standesbeamten 3 2, 243.

Unterhaltspflicht des Vaters. — Klage des Vormunds allein (württemb. R.) 6 753. — U.-anspruch des von einem Dritten an Kindesstatt angenommenen und R. gegen seinen Vater 1 2, 153. — Rechtsgrund und rechtliche Natur des Unterhaltsanspruchs 1 2, 141; 2 1, 665; 4 429. — Anwendung des § 361 Ziff. 11 StGB. auf den unehelichen Vater 5 522; 6 501; 7 514. — keine aktive Vererblichkeit des Anspruchs 4 429. — kann das Kind aus dem von der Mutter erwirkten Urteil die Zwangsvollstreckung betreiben? 6 501. — U.-pflicht d. unzurechnungsfähigen Vaters 1 2, 141, 146. — Bedürftigkeit d. Kindes oder Leistungsfähigkeit d. Vaters keine Voraussetzung 1 2, 141. — Höhe d. Alimente 1 2, 141, 142; 3 1, 524; 4 430; 5 522; 6 501; 7 514. — Wechsel der Höhe d. Alimente 1 2, 141 (2); 3 1, 524. — Erhöhung der durch Vergleich vor dem Vormundschaftsgericht festgesetzten Alimente 7 516. — Berücksichtigung von Gebrechen d. Kindes bei Bemessung d. Höhe 1 2, 141. — fraudulose Wahl e. teureren Wohnortes 1 2, 141 f.; 6 501. — Einfluß e. Wechsels d. Lebensstellung d. Mutter auf die Höhe d. Alimente 7 514. — Einfluß d. Adoption d. Kindes durch einen Dritten auf die U. 1 2, 141. — Rechte des das Kind Adoptierenden an der Unterhaltsrente 1 2, 141. — Recht d. Mutter auf Geltendmachung d. Unterhaltsanspruchs 1 2, 141; 6 507. — Mutter u. Kind als Streitgenossen nach § 62 ZPO. 1 2, 147; 3 1, 524. — Fälligkeitstag d. Rente 1 2, 142; 2 1, 665. — Verurteilung d. Vaters z. Zahlung von Schul-, Lehrgeld, Krankheits-, Beerdigungskosten 1 2, 142; 4 430. — Zeugnisverweigerungsrecht d. Mutter im Alimentenprozeß 2 1, 665; 3 1, 524 (s. oben). — Berechnung d. Streitwerts der Alimentenklage (s. Streitwert); gleichzeitiger Anspruch auf Vaterschaftsanerkennung 1 2, 142. — passive Unvererblichkeit d. Anspruchs nach § 1708 Abs. 2 1 2, 141. — Unterhaltsanspruch nach § 1708 Abs. 2 bei selbstverschuldeten Gebrechen? 1 2, 141. — „Gebrechen“ i. S. d. § 1708 Abs. 2 1 2, 141. — außerordentlicher Unterhaltsanspruch nach § 1708 Abs. 2, wenn das

Gebrechen erst später (nach dem 16. Jahre) eintritt? 1 2, 141 (2), 142; 3 1, 524; 4 429. — rechtliche Natur d. Beerdigungskostenpflicht 4 429. — Beerdigungskosten bei Tod d. Kindes nach Wegfall d. Alimentationspflicht 4 429. — was gehört zu den Beerdigungskosten? 1 2, 144. — Beschlagnahme d. Dienstprämien d. Militärpersonen für d. Alimente 2 1, 665 (s. Zwangsvollstreckung, Beschlagnahme). — Anspruch d. Krankenkasse f. Verpflegung d. Kindes; Beschlagnahme d. Dienstprämien 2 1, 665. — Anspruch d. Alimente als Unterhaltspflichtiger nach § 361 Ziff. 10 StGB. 5 522; 6 501; 7 514. — nicht als Offerte, sondern als bindende Erklärung abgegebenes einseitiges Unterhaltsversprechen d. Vaters 5 522; 6 501. — Änderungsklage nach § 321 ZPO. bei Besserung d. Vermögenslage d. Vaters? 6 501. — Haftung des Vaters für d. Anspruch nach § 1708 Abs. 2 vor der Mutter 6 502. — Rangverhältnis der Unterhaltsansprüche u. R. zu denen d. Ehefrau u. der ehelichen Kinder 1 3, 281; 5 875. — Einrede d. Vorausklage seitens der vor dem Vater verklagten Mutter 1 2, 142. — kein Zwang gegen den Vater im Administrativverfahren auf Betreiben e. Armenverbands 1 2, 142. — Privileg d. u. R. wegen ihres Unterhalts bez. d. Arbeitslohns d. Vaters f. Beschlagnahme von Arbeitslohn. — Pfändung, Verpfändung? Übertragbarkeit der durch cessio legis auf die Mutter übergegangenen Alimentenforderung 1 2, 142. — Pfändung von Lohn u. Pensionen d. Vaters f. die durch cessio legis auf d. Mutter übergegangene Alimentenforderung 1 2, 142; 2 1, 666. — Anwendung des § 62 UWG. bei Unterstützung d. Kindes durch den Armenverband 1 2, 142. — Anspruch d. Dritten, der dem Kind den Unterhalt gewährt 1 2, 143. — Einwand d. Vaters gegenüber d. Alimentenklage d. Kindes, daß das Kind von der Mutter unterhalten wurde? 1 2, 143. — Rückgriffsrecht d. Verpflegers nach § 1709 Abs. 2 gegen d. Vater neben der cessio legis 1 2, 143. — Beitreibung rückständiger Unterhaltsbeiträge im Fall d. § 1709 Abs. 2 auf Grund vollstreckbaren Alimentenvergleichs oder Urteilsausfertigung für d. Kind? 2 1, 665. — ausschließliche Zuständigkeit d. Amtsgerichts für Ansprüche nach § 1709 Abs. 2 6 502. — Gewährung d. Unterhalts durch Naturalverpflegung 1 2, 143. — Rückforderung der für mehr als ein viertel Jahr gezahlten Alimente; Kompensation mit diesem Anspruch gegen weitere Rente 1 2, 143. — Verurteilung des Vaters zu anderer Art der Unterhaltsgewährung als durch Geldrente? 4 430. — Verlangen von Unterhalt für die Vergangenheit 4 431. —

(Uneheliche Kinder)

Anspruch des Kindes gegen den den Tod des Vaters Verschuldenden? **1 2, 143.** — Anspruch auf Schadensersatz wegen Nichterfüllung der Alimentationspflicht **1 2, 144.**

Abfindungsrecht der Erben des Vaters (§ 1712). — Anwendung des § 226 Abs. 2 Riff. 4 R.D.? **1 2, 143.** — Anrechnung von Zuwendungen unter Lebenden oder von Schenkungen an das Kind auf die Abfindungssumme **1 2, 143.** — Berechnung, wenn von mehreren unehelichen K. nur eines abgefunden wird **1 2, 143.** — beschränkte Haftung der nicht abfindenden Erben nach §§ 1975 ff. **1 2, 143.** — z. Pt. des Todes des Vaters fällige Raten **1 2, 143.** — Abfindungsrecht, wenn der Pflichtteil wegen Nachlassüberschuldung null ist **6 502.**

Vereinbarungen über die Unterhaltspflicht des Vaters (§ 1714). — Rechtshilfe zwecks Aufnahme e. vollstreckbaren Urkunde über die Ansprüche des Mündels u. der Mutter **2 1, 689; 3 1, 538 f.;** **4 437** (vgl. oben Vaterschaft). — Zuständigkeit für Erteilung e. vollstreckbaren Ausfertigung des auf Ersuchen des Vormundschaftsgerichts von einem anderen Gericht aufgenommenen Übereinkommens **1 3, 261** (s. Vollstreckungstitel, Vollstreckungsklausel); **3 1, 538 f.;** **3 2, 180, 183, 242, 243; 4 437, 438; 5 531; 6 734, 735.** — Zuständigkeit für die Aufnahme in Ehe- u. Gottingen **4 437.** — Beschwerde des Vaters bei Nichtgenehmigung der Vereinbarung seitens des Gerichts? **1 2, 161; 3 2, 219** (s. Beschwerde). — Vertretung des sich nicht nennenden unehelichen Vaters **3 2, 185, 186.** — Zwang gegen den Vater zum persönlichen Erscheinen? **4 853.** — Vereinbarung zwischen Vater u. dem Pfleger des noch nicht geborenen Kindes **3 1, 577** (s. Pflegschaft). — Vereinbarung zwischen dem Erzeuger des nasciturus und dem Großvater **6 502.** — Vergleichsabschluss, wenn der Vater seine Offerte in Abwesenheit d. Vormunds vor Gericht macht **4 430** (s. auch **5 522; 6 502.** — obervormundschaftl. Genehmigung zur Vergleichen n. § 1714 BGB. **7 514.** — Vereinbarung über rückständige Alimente unter § 1714 fallend? **1 2, 144.** — obervormundschaftliche Genehmigung für d. Abfindungsvertrag über den außerordentlichen Unterhaltsanspruch, wenn d. Berechtigte volljährig ist, aber unter Vormundschaft steht? **6 502.** — obervormundschaftliche Genehmigung, wenn nur e. Anerkennung u. Feststellung d. gesetzlichen u. bezweckt ist **3 1, 525; 6 502.** — obervormundschaftliche Genehmigung bei gerichtlichem Alimentenvergleich **1 2, 144;**

3 1, 524 (s. Vormundschaftsgericht). — obervormundschaftliche Genehmigung d. Vereinbarung nach § 1714, wenn das Kind von einem Dritten adoptiert ist **1 2, 144.** — Vergleich, der den Vater nur z. Zahlung d. halben Schul- u. Lehrgelds, der halben Kleidungs-, Krankheits- u. Beerdigungskosten verpflichtet **3 1, 525.** — Streitwert bei Verträgen über Unterhalt u. Vaterschaft **1 2, 142.** — Vereinbarung im Zweifel auch auf die Ansprüche nach § 1708 Abs. 2 auszu dehnen **1 2, 144.** — Verträge zwischen Mutter u. Vater **1 2, 144.** — Verwendung u. Rechtsverhältnisse d. zur Unterhaltsabfindung begahlten Betrags **1 2, 144.** — Anhören d. Mutter vor Abschluß d. V. **3 1, 525.** — Zuständigkeit für Klagen aus § 1714 **6 502.** — Vereinbarung, daß von d. Abfindungssumme nur d. Zinsen verwendet werden dürfen; Einfluß auf d. Unterhaltspflicht d. Mutter **3 1, 491.** — Alimentenvergleich zwischen Kind u. Vater nach Annahme an Kindesstatt **1 2, 117.**

Sicherstellung nach § 1716. — Rechtsnatur d. Anspruchs **1 2, 145.** — Pflegerbestellung zwecks Sicherung der Ansprüche des noch nicht Geborenen nach § 1708 durch Arrest? **1 2, 202** (s. Pflegschaft). — Glaubhaftmachung d. Vaterschaft **1 2, 145.** — Geltendmachung des Anspruchs nach Geburt d. Kindes? **1 2, 145.** — Zuständigkeit z. Entscheidung über Hinausgabe **6 503.**

Unerlaubte Handlungen f. Kaufaufammenhang, Tierhalter, Wildschaden, Gebäudebesitzer, gute Sitten, Haftpflicht, konkurrierendes Verschulden, Unterlassungsklage u. die einzelnen Unterstichworte. — im Ausland begangene u. §. **2 1, 758; 5 607.** — u. §. durch briefliche Mitteilung aus einem Rechtsgebiet in ein anderes **2 1, 758.** — im Ausland begangene Verletzung des Art. 5 IntEisenbÜbereinf. v. 14. X. 90 **3 1, 607, 668.** — Tatort; Vermittlichung der einzelnen Teile des Tatbestands an verschiedenen Orten **6 582.**

I. Übergangsrecht 3 1, 341. — vor 1900 begangene u. §. bei Eintritt des Erfolges nach 1. I. 00 **1 2, 418; 2 1, 493, 784, 787; 3 1, 695; 4 544; 5 626.** — u. §. durch Unterlassungen **2 1, 787.** — vor 1900 unterlassenes Ableben v. Versicherungsmarken bei Eintritt der Erwerbsunfähigkeit nach 1900 **5 626.** — teils vor, teils nach 1900 begangene Dauerdelikte **6 594.**

II. Allgemeines. — Verhältnis des Zivil- zum Strafrecht **1 1, 460; 2 1, 490.** — analoge Anwendung d. §§ 823 ff. **1 1, 459.** — Begriff der unerlaubten Handlung des 25. Titels **2 1, 488, 489; 3 1, 336, 337, 338** (Schuldhaftung u. Erfolgshaftung); **4 262** (§§ 833, 835 als u. §.); **4 264** (Schuld- u. Erfolgshaftung; unsittliche und u. §.,

verbotene Eigenmacht). — u. S. ohne Verschulden **1 1, 459; 2 1, 489, 490; 3 1, 336, 338, 339; 4 264, 265** (Schadenszufügung durch öffentliche Arbeiten). — Handeln mit Eventualdolus **2 1, 491**. — Verletzung von Vertragspflichten als u. S. **1 1, 460; 2 1, 490; 3 1, 336; 4 263**. — Konkurrenz zw. Delikt- u. Vertragsverletzung **1 1, 460, 462; 2 1, 188, 351, 498; 3 1, 132, 340; 4 109, 112, 178, 265 ff., 270; 5 113, 121, 232, 326; 6 300, 305; 7 131 ff., 252, 335 f.** — Verhältnis zum Gewährleistungsanspruch **2 1, 274; 3 1, 215**. — Konkurrenz des Anspruches aus den §§ 823 ff. mit Deliktansprüchen aus anderen Reichsgeetzen **1 1, 462**. — Verhältnis der §§ 823 ff. zur Konkurrenz u. Einzelanfechtung **1 1, 462; 3 1, 350, 351; 5 350, 351; 6 322**. — Konkurrenz zwischen Schadensersatz und Unterlassungsfrage **1 1, 463; 3 1, 340**. — Verhältnis d. § 823 ff. zu § 123 **3 1, 350/351**. — Konkurrenz zw. §§ 823 ff. u. den Gewährleistungsansprüchen **2 1, 274, 498; 3 1, 215; 5 351; 6 303 (§ 463)**. — Verhältnis d. §§ 823 ff. zum Haftpflichtgesetz (Anwendung der §§ 840, 842, 845, 847?) **3 1, 336, 381, 382; 4 262, 263, 306** (s. dieses). — Verhältnis d. §§ 823 ff. zum UntWG. s. §§ 823, 824, 826. — Verhältnis des § 823 zu § 9 GewbNutzG. **4 278**. — Verhältnis d. §§ 823 ff. zu § 618 BGB. **6 236; 7 252**. — Verhältnis zum GewbNutzG. **3 1, 376; 4 267, 268**. — Verhältnis der §§ 823 ff. untereinander **4 268** (s. die einzelnen Paragraphen). — Bedeutung der Interessenkollision für den Begriff der u. S. **3 1, 337, 341**. — stillschweigender Ausschluß der Haftung durch Vertrag (s. Fahrgast) **7 349, 350 (2)**. — Ausschluß der Haftung für außervertraglichen Schaden durch einseitige Willenserklärung des Schädigers **1 1, 462**. — Klageränderung bei Übergang von dem Vertrags- auf den Deliktanspruch **4 270**. — Aufrechnung gegen Forderungen aus unerlaubten Handlungen **1 1, 291; 2 1, 242; 3 1, 182; 4 139** (s. Aufrechnung).

III. B e w e i s l a s t. — d. Klägers **1 1, 463; 2 1, 493; 3 1, 341** (Beweis der Zurechnungsfähigkeit). — B. im Falle des § 824 **2 1, 502; 3 1, 356; 4 282; 6 317; 7 355**. — B. des durch Verkauf schädlicher Gegenstände gesundheitlich verletzten Klägers **7 337**. — B. bei gegenseitiger Kauferei **7 338**. — B. bei Stürzen auf gefrorener Straße **7 346**. — Einwand der polizeilichen Prüfung u. Genehmigung der Anlage (Karussell, Automobil) **7 348, 349**. — Beweis eines schuldhaften Verhaltens des Schädigers, wenn die Umstände ohne weiteres den Anschein eines Verschuldens ergeben **1 1, 463; 7 336**. — Beweis der Widerrechtlichkeit (bei Tötung u. Körperverletzung); Beweislast des Klägers?

3 1, 341; 5 328; 6 303; 7 336 (2). — B. des Klägers im Falle des § 831 **3 1, 341, 366**. — muß der Kläger auch das Nichtvorliegen schuldaußschließender Umstände beweisen? **3 1, 341; 5 328; 6 303**. — B. bei Eigentums Eingriffen **3 1, 343**. — B. bei widerrechtlicher Zwangsversteigerung von Sachen des Klägers; Gegenbeweis, daß der Kläger sich doch in Kürze e. Versteigerung mit nicht höherem Erlös hätte gefallen lassen müssen **6 303**. — Entlastungsbeweis bei Nichtstreuen trotz Glattweis **4 268**. — B. bei §§ 827, 828 **1 1, 484, 485; 4 289; 5 328, 353; 6 327** (vgl. unten Passivlegitimation). — Beweis über die Unmöglichkeit der Ausübung der Aussicht (§ 832) **4 294**. — Beweis über d. Vorliegen eines immateriellen Schadens **6 303**. — B. bei Behauptung der Nichtkenntnis e. Obervanz **7 336**.

IV. G e r i c h t s t a n d. oben am Anfang des Artfels. — des § 32 ZPO. in den Fällen der §§ 833, 835 **4 263; 5 328** (vgl. Tierhalter). — bei mehreren, den Klagegrund bildenden Vorgängen **1 1, 463**. — in Fällen des § 825, Amtsgericht nach § 23 Ziff. 2 GVG. ? **1 1, 478; 6 317**. — bei u. S. durch die Presse **4 268**. — bei Verlesung von Druckschriften **7 337**. — Erfüllungsort **1 1, 176, 463** (s. dieses).

V. S u b j e k t i v e V o r a u s s e t z u n g e n. s. Notwehr, Notstand, Widerrechtlichkeit, Verschulden, Vorsatz, Fahrlässigkeit, Sorgfalt. — Begriff der Widerrechtlichkeit **1 1, 462; 2 1, 492, 495; 4 265** (Unterlassung); **5 326** (s. diese). — die Widerrechtlichkeit ausschließende Gründe **1 1, 462; 2 1, 492** (Einwilligung, Notstand); **3 1, 339** (Notwehr u. ihre Überschreitung Putativnotwehr s. Widerrechtlichkeit). — Voraussehbarkeit **1 1, 474; 2 1, 491; 3 1, 337, 376, 377; 4 268; 5 325, 328** (Beweislast). — Berücksichtigung ganz außergewöhnlicher Fälle **7 352**. — Fahrlässigkeit d. §§ 823 ff. wessensgleich mit der des § 276 **1 1, 186; 2 1, 185, 186; 3 1, 127; 5 111**. — Einwand der polizeilichen Genehmigung der Anlage **7 348**. — Verhalten der allgemeinen Haftungsgrundsätze zu § 823 **2 1, 188; 4 106**. — Haftung für Unterlassungen im Fall des § 823 Abs. 1 **7 334, 335**. — Haftung für Unterlassung e. Angestellten bei culpa in eligendo d. Geschäftsherrn **7 335**.

VI. § 823 A b s. 1 B G B. — Begriff der „sonstigen Rechte“ i. S. des § 823 **1 1, 199, 465; 2 1, 125, 351, 494, 500; 4 268; 5 330, 331; 6 305; 7 339, 340**. — Verletzung allgemeiner Interessen **1 1, 465**. — Schutz des obligatorisch Berechtigten? Verhältnis zu § 823 Abs. 2, § 826 **1 1, 199, 465 bis 467; 2 1, 82, 83, 125, 489, 490, 494 (3); 3 1, 142, 345, 346; 4 113, 270, 271; 5 331; 7 340** (s. unten Forderungsrechte).

(Unerlaubte Handlungen)

Alters- u. Invalidenversicherungsgesetz, Dienstvertrag. — nicht rechtzeitige Einkleben der Marken seitens des Arbeitgebers 11, 471; 21, 333, 499, 500; 31, 345, 355; 4278; 599, 225, 339, 340 (Mitverschulden d. Arbeiters; vor 1900 begründete Fälle); 6228, 312; 7351; Vorenthalten der Quittungskarte durch den Arbeitgeber 5272; 6317.

Aktionär. — Täuschung seitens des Vorstandes der A.-G. über Wert der Aktien usw. (s. A.-G.) 21, 498; 4276; 5339; Anspruch gegen den Aufsichtsrat wegen Pflichtvernachlässigung 5331, 332, 339.

Abbrucharbeiten 7352.

Automobil (s. § 831 u. Automobil) 11, 471, 473, 474; 21, 502; 31, 352; 5342; 6313, 314; Haftung des Besitzers für seinen Wagenführer 31, 367; 4278; Sachbeschädigung durch Autos 4279; de lege ferenda 4280; 4302 (Haftung nach Analogie des § 833); 5342; 6313 (Besetzung des Mißfahrens als Vertrag); 6313 (Scheuwerden von begegnenden Tieren).

Anzeige. — fahrlässig falsche 31, 351; 4278 (wegen Übertretung nach § 10 GebhMStG.); 6623 (unbegründete Anzeige eines Gutgläubigen).

Auslauf. — Haftung der Gemeinde für den durch öffentlichen Auslauf entstandenen Schaden 7348.

Armenpflege. — unberechtigte Verfeigerung der Möbel eines Armen durch das Armenamt 31, 352.

Automat. — Verletzung durch einen Automaten 6309.

Arglistige Täuschung (vgl. §§ 826, 831) 31, 350, 351; 4287, 288; 5350; Schadensanspruch aus einem wegen Formmangels ungültigen, durch arglistige Täuschung zum Abschluß gebrachten Kaufvertrag über ein Grundstück 31, 351 (s. auch § 826); arglistige Zuführung eines Zahlungsunfähigen seitens des Mäklers 31, 351; Verschweigung eines Mangels des verkauften Grundstücks, vorbehaltlose Annahme trotz Kenntnis 4287; Täuschen über den Kurs eines Wertpapiers seitens des Bankiers 4287; 5352; Schadensanspruch trotz Nichtanfechtung des Vertrags 5339, 351; Verhältnis des § 824 zu § 826; Schadensersatz wegen einer einzelnen betrügerisch veranlaßten Vertragsklausel bei Nichtanfechtbarkeit des ganzen Vertrags 5339.

Auftreiben ohne Warnungstafel 4278.

Auskunftserteilung vgl. §§ 824, 826 u. Auskunft.

Arbeitskraft. — Hinderung in ihrer Verwertung 11, 465; 31, 344; 5329 (s. Boykott, Auspöschung).

Arbeitsvertrag. — religiöse u. sittliche Beeinträchtigung des Arbeiters 21, 501. Ärzte s. diese. — Operation gegen den Willen des Patienten 11, 470; 21, 491; 5328; 6304; 7337, 338 (Eventualdolus: Irrtum über d. Fehlen d. Einwilligung); Schädigung Dritter durch Ausfertigung eines Attestes 21, 503, 512; 31, 356; Zulassung einer geschlechtskranken Amme 31, 342; Sorge für Marottisierte 4277; Schutz des Arztes gegen Schädigung seiner Praxis 6305; übermäßige Röntgenbehandlung; Entschuldigen mit der Neuheit der Methode 7338; Haftung aus abgegebenem Gutachten 7352.

Auspöschung. — von Arbeitern 11, 480; 31, 92, 339, 359; 4958; 5329 (s. Boykott, Arbeitskraft).

Badeanstalt 4274.

Bauherr 11, 469; 31, 355; 5328 (s. Haftung für Unfall des Baumeisters); 7351.

Bauunternehmer. — Schädigung v. Passanten; enge Straße 6311; Schädigung des Nachbargrundstückes 6312 (s. § 831). Beamte s. Beamte. — Anspruch des Staates wegen Verletzung der Dienstpflicht (§ 823 Abs. 1 BGB.)? 4269.

Beischlaf. — Nötigung oder Verführung hierzu 11, 477 (vgl. unten § 824).

Bergschlitten 5341; 7350.

Besitz 11, 465, 467; 21, 492, 494; 31, 354; 4267, 269 (Anspruch des Mieters gegen dritten Schädiger); 4271; 5329, 331 (2); 6305, 315.

Betrug s. arglistige Täuschung.

Bild. — Recht am eigenen Bild; unerlaubtes Photographieren 11, 470, 474; mißbräuchliche Verwertung einer Photographie 11, 470; 31, 358.

Bordellbetrieb. — auf dem Nachbargrundstück 11, 160, 464; 21, 493 (s. ungerechtfertigte Bereicherung); 21, 494; 31, 344; 4269; 5330 (2) (Anspruch gegen die Polizeibehörde); 5352 (Klage auf Einstellung).

Boykott (s. § 826 BGB.) 11, 465, 479 ff.; 21, 67; 31, 339, 359, 360; 5329, 348; 6305.

Briefgeheimnis 31, 354.

Brücken s. unten Straßen.

culpa in contrahendo 6305.

Dienstboten. — Haftung der Dienstboten, Aufrechnung gegen den Lohn 5341 (vgl. Gefindewesen).

Dienstwohnung. — ungesunde Dienstwohnung 5331 (s. § 823 Abs. 2 u. Miete).

Duell 11, 464; Ansprüche der Versicherungsgesellschaft gegen den Täter 11, 464.

Eigentumsverletzung. — Anwendung der §§ 823 oder 905 ff. BGB.

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite.

3 1, 343; **4** 268; **6** 304; Fälle von Eigentumsverletzung **5** 329; Altblegitation des Nießbrauchers, Pfandgläubigers, Mieters, Pächters u. Leihers bei Sachbeschädigung **1** 1, 464; Verwendung eines fremden Grundstücks zu einer Strafe **6** 313; Verletzung durch Funkenflug einer Bahn s. Eisenbahn; Lombardieren von Wertpapieren durch den Banquier trotz Wissens von dem Nichteigentum des Kunden **6** 304; Schadensersatz, wenn die Sachbeschädigung keinen pekuniären Nachteil bedeutet **1** 1, 464; fahrlässige Veräußerung fremden Eigentums **2** 1, 499; **3** 1, 343, 344 (Zwangsvollstreckung in fremdes Eigentum, Glaubhaftmachung des Eigentümers); **4** 269; Beweislast des Klägers bei Eigentumsverletzung (Nachweis eines Verschuldens des in das Eigentum Eingreifenden nötig?) **3** 1, 343 (s. Zwangsvollstreckung); Eigentumsverletzung durch Immission, Ausbleiben von Sommerfrächtlern infolge der Immission **7** 338; fahrlässige Anbringung e. Hauschwamm verursachenden Wasserhahns **7** 339.

Erwerbssausicht **1** 1, 465; **3** 1, 344; **6** 304, 305 (s. § 826).

Erwerbshäufigkeit **3** 1, 344, 345 (s. Gewerbebetrieb, Arbeitskraft u. § 826).

Erfindungen der Angestellten **6** 228 (s. Etablissementserfindungen).

Ehemann. — Verletzung seines Verwaltungsg. u. Besitzrechtes **2** 1, 495.

Ehebruch. — Haftung des Ehebrechers für die durch die Aufregung verursachte Erkrankung des Mannes **5** 341; **6** 313.

Ehre **1** 1, 465, 467; **2** 1, 494, 501, 503; **3** 1, 345, 354; **4** 270; **5** 343; **6** 305, 315; **7** 340 f. — Beschlechtschre **1** 1, 477 (s. § 825). — Vorwurf eines Verstoßes gegen d. UnWG. **4** 270.

Explosivkörper **3** 1, 347 (s. unten Schußwaffen).

Erpressung. — Verlangen einer Entschädigung für eine fahrlässige falsche Anzeige **3** 1, 351.

Eisenbahn s. a. Post, Fiskus, Haftpflicht, Eisenbahn, Eisenbahngesetz, unten § 831. — Konstruktionsfehler einer Bahnhofsanlage **4** 275. — Haftung des Fiskus für Instandhaltung der Straßen im Bereich der Bahnhöfe **1** 1, 468; **2** 1, 496; **6** 311 (welche Straßen? Beleuchtung, Wellenpfähle); **7** 341, 347. — Schaden durch Funkenflug einer Kleinbahn (Verschulden der Bahn nicht nötig) **3** 1, 343; **4** 269 (s. **5** 329; **6** 304). — Sicherung u. Beleuchtung der Laufftege einer Eisenbahnbrücke **1** 1, 468. — gefährliche Anlage im Wartesaal: Haftung des Bahnhofswirtes **4** 273, 274. — Aufstellen eines Gerüstes auf dem Bahnhof **6** 105. — Abwälzung d. Haftung seitens des Fiskus auf die Ge-

meinde **1** 1, 468. — Haftung des Unternehmers einer Kleinbahn bei Kurzschluß durch einen auf d. Schiene gefallenen Telegraphendraht des Reichsfiskus **6** 311. — Haftung bez. der nicht dem Verkehr freigegebenen Teile des Bahnhofes **7** 344. — Unfall auf Bahnhofstunneltreppe **7** 347. — Schadensanspruch aus Bau u. Anlage der Bahn seitens eines freiwillig den Boden zum Bahnbau Abtretenden **4** 276. — im Wartesaal sich ereignender Unfall **1** 1, 469. — Haftung des Fiskus für seine Vertreter **6** 311. — Reinigen eines Zuges vom Glatteis **2** 1, 498. — auf dem Bahnsteig stehende Gerüste **6** 310. — Eisenbahngefährdung **2** 1, 495. — Haftung für Bahnübergänge **6** 310. — nicht genügendes Ab sperren des Bahngeländes **6** 105. — Streupflicht des Fiskus; Aufstellung einer geeigneten Perion **2** 1, 497.

Entlassung. — Anspruch des wegen falscher Angaben eines Dritten entlassenen Angestellten gegen den Dritten **1** 1, 471.

Feuerwerkabbrennen **5** 341; **7** 353.

Freiheitsverletzung **1** 1, 464; **2** 1, 494, 522; **4** 268; **5** 329 (Eingewilligung des Eingesperrten); **7** 337 (Einschränkung der freien Betätigung e. Dritten durch Verfolgung eigener, denen d. Dritten widerstreitender Interessen).

Firmenrecht (vgl. § 826) **1** 1, 465 (2); **4** 285 (Beilegung e. erloschenen Firma).

Fabriken. — Nichtabgeschlossen von Fabrikräumen **4** 276 (s. Gewerbebetrieb, Maschinen); Haftung für Fabrikunfälle; Verletzung von Kindern? **7** 348.

Fuhrwerksbesitzer **4** 277, 278 (Zusammenhängen zweier Wagen); **5** 341 (Beschädigung des Straßenpflasters); unentgeltliche Aufnahme eines Fahrgastes **5** 341; **6** 302 (vgl. Tierhalter, Fahrgast); Bergschlitten **5** 341; **7** 350; Überlassen d. Leitung an einen Fahrgast **7** 350 (s. unten § 831 u. Kutscher).

Forderungenrechte **1** 1, 199, 465; **2** 1, 351, 489, 490, 494, 495; **3** 1, 342, 345, 346; **4** 270, 271; **5** 331; **6** 305; mittelbare Schädigung eines Pfandrechtes **6** 305 (s. oben „sonstige Rechte“ u. unten „Vertrag“); **7** 340.

Fiskus s. diesen. — Haftung für Waldbrand **4** 278; Haftung für die Handlungen Geisteskranker außerhalb der Irrenanstalt **4** 278 (s. § 832); unverschuldete Schadenszufügung durch öffentliche Arbeiten **3** 1, 346; **4** 265; Haftung für den Zustand öffentlicher Gebäude; nur gemietete Räume, Verschulden der Angestellten **1** 1, 468; **2** 1, 511; **4** 274, 275; **5** 336; Streupflicht an öffentlichen Brunnen **4** 275 (s. Eisenbahn, Militär, Post u. unten § 831).

(Unerlaubte Handlungen)

Gegenseitige Verträge **31, 345.**

Grundbesitzer. — Schutzvorrichtungen an einem offensichtlich nicht zum Begehen bestimmten Ort **4 274**; Haftung bei Entstehung eines Schadens durch Regen von Gasrohren **4 293.**

G m b H. — Nichtbekanntgabe, daß die Einlage eines Gesellschafters entlehnt ist **6 312** (s. auch § 831).

Gewerbebetrieb s. Berufs-
klärung, Aussperrung, Konkott, Erwerbs-
auszicht, Kartelle, Kundschaft, Streit,
(§ 826). — Schädigung eines Gewerbe-
betriebs **1 1, 465; 2 1, 495; 3 1, 344, 345,**
360 (gänzliche Lahmlegung); **4 269**
(Streifflugblätter, die Ware eines Arbeit-
gebers nicht zu kaufen); **5 331; 6 305;**
7 339, 340; Abspenftigmachen der Kund-
schaft **3 1, 362; 4 385; 5 331, 349, 350**;
Schädigung des Gewerbebetriebs eines
anderen durch Indienstnahme kontrakt-
brüchiger Arbeiter **1 1, 468**; Explosion
einer Pulverfabrik **5 338**; Schädigung des
Wasserbenutzungsberechtigten **5 340**; Ver-
unreinigung von Flüssen (§ 26 Gew.O.)
4 278; 5 338; 6 313; Nichtabstellen von
lange bestehenden, nicht gefährlich er-
scheinenden Anlagemängeln **5 338**;
Schädigung eines Nachbargrundstückes
durch einen Gewerbebetrieb **1 1, 469**;
Preisunterbietung **5 353** (s. § 826);
Schädigung durch Straßenverlegung
5 330, 331; mangelhafter Laden-
eingang **6 308**; Aufsichtspflicht der Ver-
treter einer Aktiengesellschaft **5 338**; Aus-
sicht auf Erwerb u. Kundschaft **1 1, 465;**
6 304, 305; der Wahrheit entsprechender
Vergleich der eigenen mit fremder Ware in
öffentlichen Blättern **7 353**; Verleiten
von Arbeitern zum Vertragsbruch **2 1,**
306; 3 1, 362; 5 346, 347, 362.

G e s t ä n d n i s einer strafbaren Handlung.

— Weiterverbreitung desselben **4 278.**

G r ü n d u n g unsicherer Gesellschaft **6 312.**

G e s c h ä f t s h ä u s e r. — Verwahrung
von Kellertüren **2 1, 497; 5 535; 6 308,**
311 (Vornahme von Reparaturen während
der Geschäftszeit).

G a s a n s t a l t **4 276** (Rohrbruch) (s.
Gemeinde).

G e s c h l e c h t s k r a n k h e i t. — An-
steckung **2 1, 493; 3 1, 442** (s. Körper-
verletzung); Ansteckung einer Prostitu-
ierten **3 1, 342**; Ansteckung durch eine
Prostituierte **3 1, 342** (§ 254 BGB.).

H a u s b e s i z e r (s. diesen, Vermieter, Ge-
bäudebesitzer, Grundbesitzer, § 831; Streu-
pflicht) **4 107**; Eröffnung des Hauses für den
allgemeinen Verkehr **1 1, 468; 3 1, 348; 4**
273; 6 307. — Haftung bei Ausdehnung des
Verkehrs im Hause durch d. Mieter über d.
im allgemeinen üblichen Umfang **6 307, 308**;
Haftung für die Sicherheit des Verkehrs

der Geschäftskunden seines Mieters,
Duldung der Benutzung des näheren
Hofzuganges **5 334, 335**; Beleuchtungs-
pflicht **7 343, 346**; mangelhafte Treppen-
stufen **5 335; 6 105, 308; 7 344**; im Haus-
flur befindliche, einzelne Stufe **5 335**; Haf-
tung des Inhabers eines Geschäftshauses **2 1,**
497; 5 335; 6 308, 311 (s. Laden); mangel-
hafte Beschaffenheit eines Treppensfensters
5 335; Umfang der bei Untersuchung des
Zustandes eines Miethauses zu prästieren-
den Sorgfalt, Verlassen auf eine Anzeige
des Mieters **5 335**; Abschließen von dmnklen
gefährlichen vermieteten Räumen **5 335**;
Verwahrung von Kellereingängen **3 1, 349,**
350; 6 308 (3); Nichtbeleuchtung des
Zugangs zu einer Villa **6 309**; mangel-
hafter Hauszugang **5 335; 6 308** (Haus-
schwelle); Entlastung des Hausbesitzers
durch Verbote oder Anordnungen an die
Mieter **6 308**; Bestellung eines Aufseheres,
Kontrolle des Aufgestellten (s. § 831) **1 1,**
469; 4 275; 5 336 (2); 6 309; Belenchtung
7 346. — Überlassen der Trottoir-
reinigung an e. Gesellschaft **7 344.** —
Überlassen der Aussicht an die Ehefrau
5 336; Beleuchten u. Streuen bei einem
vor dem Haus stehenden Brunnen **5 336**;
Dachreparaturen **4 274; 6 312**; Schutz-
gitter gegen Herabfallen von Ziegeln
4 274; Beleuchtung der Treppen u. Höfe
3 1, 349; 5 97; 6 105, 307, 308 (Boden-
treppe), **309**; unverwahrte Grube im Hof
5 332; Fallen auf den mit Sand be-
streuten Treppen **3 1, 349, 350**; Streu-
pflicht **1 1, 469; 4 349, 350; 4 268** (Ent-
lastungsbeweis); **6 105**; Streuen bei an-
dauerndem Schneefall **4 275; 5 337**;
plötzlich eintretendes Glätteis **5 336, 338**;
unverschuldetes Nichtkennen der Streu-
pflicht, Pflicht zum Streuen gegenüber
dem Mieter **6 310**; vor einem Privathaus
ohne Verpflichtung angelegtes Pflaster bei
Mulden des Verkehrs auf demselben **6 310**
(s. unten unter Straßen); **7 343, 346.** —
Unfall e. unbefugt das Haus Betretenden
(Dieb) **7 343, 344.** — Treppenunfall
infolge e. auf den Stufen liegenden
schlüpfrigen Gegenstands **7 344.** — Keller-
luken **7 345.** — Pflicht z. Instandsetzungs-
arbeiten im Innern der einem Mieter
allein vermieteten Räume (Flur, Treppen,
Gänge) **7 345.** — Nichtbeleuchtung der
an der Straße liegenden Haustür **7 345.**
— zur Fußreinigung dienender Kofst am
Hauseingang **7 345.** — Unfall infolge
Eisbildung auf e. Treppe; Unmöglichkeit
der Feststellung, ob das Eis von dem durch
das Dienstmädchen verschütteten Wasser
oder von der Mangelhaftigkeit des Daches
herrührt **7 367.**

H a n d l u n g s g e h i l f e. — Anspruch des
das Gehalt weiterzahlenden Prinzipals
gegen den Verlezer des Gehilfen **3 1,**

- 351; Ausstellung eines falschen Zeugnisses durch den Prinzipal **4** 203, 287; **5** 237, 339, 351.
- Handels-gesellschaft.** — Haftung eines Gesellschafters wegen vertragswidriger Ausbeutung des Gesellschaftsvermögens **4** 278.
- Hotelf. Wirte.**
- Hypothekgläubiger.** — Schädigung durch Beiseiteschaffen von Zubehör **4** 270. — Deckung des ansteigernden Hypothekgläubigers durch den Mehrwert des Grundstücks **5** 352; **6** 305.
- Ideendiebstahl** **3** 2, 667.
- Jagdrecht, dieses.** — Tötung wilder Hunde **7** 352. — Jagdunfall **3** 1, 128; **5** 342; **7** 352. — Jagdrevolver **3** 1, 354; **5** 342.
- Karussellunfall.** — Einwand der polizeilichen Genehmigung **7** 348.
- Kauf** s. oben obligatorisches Recht, arglistige Täuschung. — Verhältnis des § 823 BGB. zur Mängelhaftung **2** 1, 498; **5** 351; **6** 303; Haftung d. Lieferanten f. fehlerhaftes Material **4** 271; Täuschung des Käufers über die Ertragsfähigkeit eines Geschäftes **2** 1, 498; Erlösanspruch des noch nicht Eigentümer gewordenen Käufers gegen den die Kaufsache auf dem Transport schuldhaft zerstörenden Dritten **3** 1, 342.
- Körperverletzung** s. oben Arzt, Geschlechtskrankheit. — Ansteckung e. Säuglings durch eine geschlechtsranke Amme; Schuld des Arztes, der Amme, der Eltern **3** 1, 342.
- Kutscher** s. oben Fuhrwerk. — Überfahren e. Person an e. Straßenbahnhaltestelle **5** 341.
- Kundenschaft** s. unten § 826 u. oben Gewerbebetrieb.
- Kredit** **3** 1, 345; **7** 341.
- Konkurrenz-klausel.** — Haftung des neuen Prinzipals, der den Angestellten zur Übertretung veranlaßt **1** 1, 471.
- Koalitionsfreiheit.** — Beschränkung **2** 1, 64, 67; **3** 1, 48 (vgl. diese u. § 826).
- Partelle** **1** 1, 472, 483; **2** 1, 400; **3** 1, 352, 359, 360 (2); **4** 229, 284; **6** 317 (f. § 826).
- Kurpfuschertum.** — Haftung **2** 1, 500.
- Lustschiffer** **7** 338, 339.
- Leibensrecht.** — Verletzung durch Tötung des Berechtigten **1** 1, 427; **4** 271.
- Legitimationsvereinigung** **1** 1, 471 (f. pacta de non litando).
- Ladenbesitzer** **5** 116; **6** 130; **7** 344. — mangelhafter Ladeneingang **6** 308; Entlastung durch Weisungen seiner Angestellten **6** 308. — Freitreppe zu e. Laden **7** 344.
- Leher.** — Züchtigungsrecht (vgl. § 823 Abs. 2) **3** 1, 343; **5** 329; **6** 304 (Verletzung des Kindes durch ein abpringendes Stotstüch); **6** 304 (Sachsen, mangelnde Aufsicht, f. § 832); **7** 338.
- Liste** s. *warze* **1** 1, 479—481; **2** 1, 67; **3** 1, 359 (f. Boykott).
- Markte.** — Mindereinnahme eines Marktbeziehers infolge Anweisung eines anderen Randes **2** 1, 499.
- Mäfler.** — absichtliche Zuführung eines Zahlungsunfähigen **3** 1, 351.
- Meineid.** — Herbeiführung der Verurteilung eines anderen durch einen Meineid **1** 1, 471; **2** 1, 501 (durch fahrlässiges Gutachten).
- Militärfiskus** s. unten § 831. — ungenügende Absperrung bei Schießübungen **6** 310 (vgl. **2** 1, 498). — infolge militärischer Übung durchgehende Fehde **1** 1, 52; **6** 105. — Ansteckung von Privatpferden durch franke Militärpferde **7** 348. — Tötung eines Soldaten durch die für eine Militärübung errichtete Telegraphenleitung **1** 2, 394. — Haftung des Militärfiskus für Überfahren durch einen Militärradfahrer **1** 1, 51.
- Maschinen.** — an öffentlichen Plätzen aufgestellte (f. Straßen, Fabriken) **1** 1, 468 (Selbstverschulden des verletzten Kindes); **3** 1, 347; **4** 271 (in der Scheune befindliche Böpel); Verwenden ungeübter Arbeiter **6** 306; Maschinenunfälle **2** 1, 151; **3** 1, 102, 133; **4** 108; **5** 100; **6** 130; **7** 348.
- Muster u. Modelle.** — nicht eingetragene **1** 1, 483; **4** 285, 286; **6** 317 (vgl. § 826).
- Mietrecht.** — **1** 1, 365; **4** 176.
- Mieter.** — Anspruch des neuen gegen den bisherigen Mieter wegen verspäteter Räumung **1** 1, 471; Schädigung d. Mieters durch Dritte **4** 269; Verletzung des Besitzrechts des Mieters **4** 176.
- Motorrad** s. dieses u. Automobil.
- Namensrecht** **1** 1, 465 (2); **4** 286 (f. Firmenrecht).
- Nachdruck** s. Urheberrecht u. § 826.
- Notar** **2** 1, 498; **3** 1, 350; Haftung bei privatschriftlichem Entwurfen oder bei Beglaubigung von Urkunden **1** 1, 470; Haftung für seine Gehülfen **3** 1, 367, 368; **4** 275; Eintrag einer Hypothek an späterer Stelle **6** 310 (f. Beamte, Notar u. § 831).
- Öffentliche Arbeiten** s. Straßen, Fiskus, öffentliche Arbeiten; Schädigung eines Straßenanliegers **4** 276; Entziehung des Grundwassers **4** 276; unverschuldete Schadenszufügung durch ö. A. **3** 1, 346; **4** 265.
- Öffentliche Plätze.** — Verwahrung von Abhängen, Gruben usw. in Wäldern, Gebirgen, an Gewässern **7** 345.
- Offerte.** — vom Antragenden widerrechtlich bereitete Annahme **1** 1, 471.
- Obligatorisch Berechtigte** s. Forberungsrechte.

(Unerlaubte Handlungen)

Presse 4 268.

pacata de non licitando 1 1, 82, 741 (s. unethische Verträge u. § 826); 3 1, 47, 48, 297, 362; 5 352; 6 62, 324 (Submissionsfall); 6 325; 4 40, 42.

Patentrecht 1 1, 465; 6 312 (Unterfangung der Benutzung seitens des Inhabers des später für nichtig erklärten Patentes).

Personenstand 1 1, 465.

Persönlichkeitsrechte 1 1, 465; 2 1, 494; 7 340.

Plagiat 4 288 (s. Urheberrecht u. § 826).

Postfiskus (s. Post, Beamte, unten § 831) 6 310. — mangelhafte Einrichtung der Postgebäude 1 1, 468 (s. Fiskus); Verletzung blinder Passagiere 3 1, 350; 3 2, 122; Verletzung e. Telephonistin 7 348; Haftung für Extraposten 3 1, 350; verzögerte Nachsendung e. Zeitung 7 347. — Nichtschaffen besonderer Zugänge zu den Bahnsteigen für die Postgüter? 7 347.

Photographieren — unerlaubtes Photographieren 1 1, 470 (s. Bild).

Pfandgläubiger. — bewußte Versteigerung nicht dem Schuldner gehöriger Sachen 1 1, 471; Schädigung e. Pfandrechts 6 305 (s. auch Hypothekgläubiger, Zwangsvollstreckung).

Rechtswälle s. diese u. unt. § 831. — widersprechende Rechtsansichten über die Form eines Rechtsaktes 1 1, 470; Haftung für einen Sozins 1 1, 470; Prävarikation 1 1, 470.

Radsfahrer 1 1, 471; 4 277; 6 314.

Registerrichter. — Verstoß gegen die Anweisung über Veröffentlichung der Registerinträge 3 1, 352, 379 (s. Beamte).

Schule s. Lehrer, Turnen, unten § 831. — Schädigung der Lehrerin oder eines Kindes durch den Zustand der Schulräume 3 1, 354; mangelhafte Turngeräte oder Turnplatz 6 313; Turnunfälle, Haftung der Gemeinde 7 351; Haftung der Schulgemeinde für mangelhafte Schulgeräte 7 351; Verletzung eines Kindes durch ein anderes in einer Arbeitsschule 7 351.

Schusswaffen 5 341 (s. auch Jagd, § 831); 6 313; 7 352.

Selbstmord als u. s. — Schaden des Hoteliers 4 268.

Sitzgelegenheiten. — Vermieten von mangelhaften Sitzgelegenheiten 4 278.

Straßen, Wege, Verkehrsorte i. Straßenverkehr, Beleuchtung, Wasserstraßen, Gemeinde, Staat, juristische Personen des öffentlichen Rechts. — ungehöriges Benutzen einer öffentlichen Straße 5 359; Schädigung des Pflasters durch schweres Fuhrwerk 5 330, 331; Eröffnung eines Weges oder Gebäudes für den öffentlichen Verkehr 3 1, 348; 5 333; Bedeutung

einer Freigabe der Gemeindestraße seitens der staatlichen Polizeibehörde 3 1, 348; Haftung für Passierbarkeit 1 1, 468; 2 1, 495 (öffentliche Gemeindegasse); 2 1, 496, 497; 3 1, 347 u. 348 (öffentliche Wege); 4 272 (Umfang der Haftung, Rücksicht auf örtliche Verhältnisse); 5 332 (Zweckbestimmung des Weges); Hervorstehen von Steinen 3 1, 348; unrichtiges Anbringen eines Laternenpfahles 4 271; verkehrshindernde Vorrichtungen oder Aufstellen von gefährdenden Gegenständen 1 1, 468; 2 1, 496; 3 1, 346, 347 (Bohlen an einer Hauswand); 4 272 (gefällte Bäume); 6 305; 7 353 (vgl. oben Maschinen); 4 273 (Aufreißen des Pflasters); Haftung des durch sein Gewerbe ein Verkehrshindernis schaffenden 5 334; Verwahrung von Kanalschächten 7 342; Nichtabsperren einer Straße trotz Umbaus 7 347; Unfall durch e. Sprengwagen 7 347; Kanalarbeiten, Aufgrabungen, Schranken, Beleuchtung, Übertragung an Unternehmer 5 333; 6 307 (2), 310; 7 347; Fußpfade im Außenkreise der Stadt, Beleuchtung u. Unterhaltung 5 333; Beleuchtungspflicht 7 346; Beleuchtung von Nebenwegen 6 307; 7 341; Schutzvorrichtungen an offensichtlich nicht zum Begehen bestimmten Orten 4 274; bloßes Dulden der Benutzung eines Überweges 5 333; Verwahrung von Abhängen, Gruben (§ 367 Ziff. 12 StGB.) 1 1, 475; 2 1, 501; 5 334; Einfriedigung eines Ortsteiches 5 333; Einfriedigung eines Gewässers 6 306; mangelnde Instandhaltung der Einfriedigung 6 306; Absperren von Wasserläufen in einem Park 5 333; Gewöhnen d. Publikums an ein an einer verkehrssicheren Stelle angebrachtes Gelände 5 334; Brücke ohne Geländer 6 306; mangelnde Beleuchtung einer nicht abgesperrten, noch nicht fertigen Straße 1 1, 468; Zudeckung einer Grube neben Sperrung der Straße 4 276; längere Zeit bestehender, gefährdender Zustand e. Landstraße 1 1, 468; Haftung eines Ausstellungsunternehmers für die Zugänge 3 1, 348; Schädigung des Angrenzers durch Kanalarbeiten 3 1, 352; Sicherung der Arbeiter bei Vornahme von Arbeiten an abschüssigen Stellen 6 311; Haftung für Bahnübergänge 6 310; Brückenbeleuchtung 5 116; Haftung der Gemeinde für ihre Organe 7 342; Einfluß der Vermögenslosigkeit e. Gemeinde auf den Umfang ihrer Haftung 7 342; Haftung von Landgemeinden 7 342; Haftung der Gemeinden für Verkehrssicherheit der Straßen 6 104, 129; Streupflicht der Gemeinden 1 1, 469; 2 1, 498 (bei mangelndem Trottoir); 3 1, 350; 4 275 (Glatteis an öffentlichen Brunnen); 5 337 (Haftung der Gemeinde trotz der An-

liegern obliegenden Streupflicht); **6 306** (Dorfgemeinde); **6 309** (Glätteis an öffentlichen Brunnen); wiederholtes Streuen **2 1, 498**; **3 1, 349** (f. Hausbesitzer); **4 275**; **5 337**; **6 310** (zu welchen Stunden?); **7 346**; Reinigung u. Abstumpfung der Bürgersteige; Negrefß der Gemeinde gegen die Hausbesitzer **3 1, 350**; **5 333**; Beaufsichtigung der Streupflichtigen durch die Polizeiverwaltung oder die Gemeinde **5 338**; Übertragung der Streuarbeit an einen Unternehmer **5 336**; **6 309**; unverschuldetes Nichtkennen der Streupflicht, Streit über die Streupflicht **6 309 (2)**; plötzlich eintretendes Glätteis **6 309, 310**; obervanzmäßige Abwälzung der Streupflicht auf die Anlieger **6 310**. — Beleuchtung **2 1, 496 (2)**; **3 1, 348**; **4 271 f.** (kleine Gemeinden); **6 306, 307** (ganze Nacht; nur zum Teil bebaute Straßen); **7 342**; Dorfgemeinden: Beleuchtung, Schützen eines erhöhten Weges gegen Abflurz **4 272**; **5 333**; **6 306** (einer Dorfgemeinde billigerweise zuzumutende Maßregeln, f. **4 271**); **6 307**; Beleuchtung, Anspruch bei Verlegung eines Verkehrsweges **5 330, 331**; mangelhafter Bürgersteig **4 272**; **7 342**; Abfuhrwege aus Steinbrüchen **6 307**; Gasrohrbrüche **4 276**; Anlagen **4 273**; konkurrierendes Verschulden des mit der Dürftigkeit vertrauten Verletzten, des Publikums **3 1, 347**; **4 273**; Haftung des Fiskus bei Erbauen einer Straße neben einem Gemeindegut **2 1, 496**; Haftung des Kreisstraßenverbandes **4 272**; Haftung der bayerischen Distriktsgemeinden **5 334**; Haftung der Gemeinde für Ortswege trotz mangelnden Eigentums **4 272**; **6 306, 307** (vertragsmäßige Übernahme der Straßenunterhaltung); Haftung für Provinzialstraßen; Abwälzung vom Staat auf die Gemeinde **6 306**; Ausschluß der Haftung der Gemeinde durch Aufstellung eines Aufsichtspflichtigen **4 272**; **5 334**; **6 306, 307, 309**; Unterschied zw. bloßer Eröffnung der Benutzung e. Weges u. Eröffnung e. allgemeinen Verkehrs **7 341**; Unfall insolge e. Straßenveränderung **7 342**; Pflicht der Gemeinde zur ständigen Überwachung ihrer ganzen Bezirksgrenzen **6 29**; entschuldbarer Irrtum einer Gemeinde über ihre Unterhaltungspflicht **7 341**; Haftung der Stadtgemeinde für Starkstromleitung **5 334**; Pflicht des Unternehmers von Pflasterarbeiten zur Beleuchtung **6 307**; für den Straßenverkehr notwendige Sicherheitsmaßregeln der Eisenbahnverwaltung **5 334**; Beweislast bei Straßenunfall **7 341**.

Stauanlage. — Gefährdung durch eine polizeilich genehmigte Stauanlage **2 1, 495**.

Stallwirt **5 341**.

Schiffer **5 341** (f. § 823 Abs. 2).

Schenkung **2 1, 498**.

Streif **2 1, 502**; **5 349** (f. § 826 u. Streif). — Streifposten; Schädigung des Arbeitgebers durch Aufstellen **2 1, 499**; **5 329** (Hinderung Arbeitswilliger) (f. § 826).

Straßenbahnen f. Eisenbahn. — Negrefß der den Verletzten entschädigenden Straßenbahn gegen den Wagenführer **3 1, 353**; Schädigung durch Straßenbahn in engen Straßen **4 275, 276**; Haftung für Wagenführer **5 358** (f. § 831).

Telephon. — Schädigung eines Telephonisten durch zu rasches Kurbeldrehen **3 1, 354**; **4 307**.

Theaterdirektor. — Haftung **5 341**.

Telegrammadresse **6 313, 326**.

Turnunfall (f. diesen, Schule) **7 351**.

Testamentsvollstrecker. — Haftung für Unfall durch Nichtbedecken e. Grube auf einem Nachlaßgrundstück **7 353**.

Unlauterer Wettbewerb. — unbegründete Klage wegen unlauteren Wettbewerbs **4 278**. — unlauterer Wettbewerb **1 1, 465, 472, 476, 481 f.**; **2 1, 495, 500** (f. §§ 824, 826).

Urheberrecht **1 1, 465**; **3 1, 352** (unbefugter Nachdruck); **4 288** (vgl. § 826).

Unterhaltsrecht. — Verletzung **4 271**.

Urteil vgl. § 826. — wahrheitsgetreue Verbreitung einer Beurteilung **2 1, 500**; Bekanntmachung eines rechtskräftigen Urteils **3 1, 352**.

Verführung eines männlichen Kindes **1 1, 477**.

Versteigerung. — unrichtige Bekanntmachung des Termins; Ansprüche der zum Termin Gereichten **6 313**.

Vermögen als solches fällt nicht unter § 823 (vgl. § 823 Abs. 2) **1 1, 464**; **2 1, 494, 495**; **3 1, 344**; **4 269**; **5 330**; **6 304, 305, 315**; **7 339**.

Verrückterklärung im gewerblichen Lohnkampf **1 1, 480** (f. § 826); **5 329** (f. oben Hohfott).

Versichigungswegversprechen. — Bruch **7 340**.

Vertragsbruch. — Verleiten zum Vertragsbruch **5 331**; **2 1, 506**; **3 1, 362** (Abmieten von Angestellten, § 826); **5 346, 347** (f. oben Gewerbebetrieb); **7 340, 357**.

Versicherung. — Eingriff in den Anspruch des Versicherten auf staatliche Fürsorge bei Erwerbsunfähigkeit **3 1, 345** (f. Invalidenversicherung).

Vertragsverletzung fällt nicht unter § 823 **6 305**; Vertragsverletzung durch Dritte **6 305**. — Schädigung Dritter durch e. Vertragsverletzung **7 339**.

(Unerlaubte Handlungen)

Vermieter s. auch Hausbesitzer. — Vermietung des ganzen Hauses 4 274. Verwahrung von Luken, Sentgruben 1 1, 469; 4 274. — Reinigung, Beleuchtung von Einfahrten und Höfen 2 1, 497; Erfüllung nach § 831 durch Aufstellung eines Hausverwalters? 3 1, 368. — Vermieter einer Reithahn 4 274; von mangelhaften Sitzgelegenheiten 4 278. Warenzeichentecht 1 1, 465 (2) (f. § 826); 6 312 (Benutzung eines genehmigten Warenzeichens trotz Kenntnis seiner Verwechslungsfähigkeit); 7 340 (Schutz eines nicht eingetragenen Warenzeichens).

Willenserklärung. — Verhinderung bei Vollziehung 5 331.

Wage. — öffentliche, falschwiegende 5 330.

Weg e. Straßen.

Wasserstraßen. — ungenügende Befestigung eines Fahrzeuges 2 1, 496; Anlagen 4 273; Haftung der Kanalverwaltung 6 311; 7 342; schadhafter Zustand des Anlagebollwerks 2 1, 499; Vorschriften über Ankerplätze 3 1, 354; Verunreinigung von Flüssen (§ 26 GewD.) 4 278; 5 338; 6 313 (i. oben Gewerbebetrieb); Gefährdung durch eine polizeilich genehmigte Stauanlage 2 1, 495.

Weiden unbefugtes. — Rechtsweg nach bay. R. 3 1, 351.

Waldbrand. — Haftung des Fiskus 4 278.

Vererbvertrag 3 1, 342.

Wirt (vgl. Hausbesitzer, Vermieter, Gastwirt) 7 343. — Stolpern eines Gastes über einen schadhafte Fußtrapper 5 334. — Abgabe von zu viel Getränken an einen Gast 5 341. — Eröffnung des Verkehrs in einem Wirtshaus 6 307. — Verhältnis der Vertragshaftung des Wirtes zur Haftung aus § 823 6 307; 7 343. — Legen von unbefestigten Stoffläufern auf den Gängen eines Hotels 6 308. — Herabfallen von Kleiderhaken 6 308. — Beleuchtungspflicht 7 346. — Beleuchtung des von den Gästen häufig statt des Bistoirs benutzten Hofes? 6 309. — Nichtbeleuchtung der Haustür 7 345. — Abortunfälle 2 1, 193; 3 1, 140, 258; 4 106, 107. — Streupflicht auf den Zugängen 3 1, 348, 349; 6 310; 7 346. — Beleuchtung der Aborte 2 1, 497; 4 273. — Treppenunfälle 7 344 (2). — mangelhafte Zugänge zum Lokal 1 1, 469; 2 1, 497; 3 1, 348; 4 273; 6 308; 7 344 (Verschulden des Gastes), 345 (Fußreinigungskrost an der Haustür). — Gestell 3 1, 349. — Tanzsaal 2 1, 497. — Verbleiben des Gastes über d. Polizeistunde 6 302, 308; 7 343. — Haftung des Bahnhofswirtes 4 273. — Einfluß der Frequenz u. Lage d. Lokals auf das Maß

der Haftung 3 1, 349; 4 273. — Selbstverschulden trunkenen Gäste 4 89, 273. — Übertragung der Aufsichtspflicht an Dritte 3 1, 349 (f. § 831). — Haftung des Wirtes für seine Erfüllungsgehilfen (§ 278 BGB.) 7 343. — Beginn der Haftung des Wirtes (Eintritt oder Bestellung?) 7 343. — Unfall e. Zechpresslers, e. Diebes 7 343, 344. — Einsetzung e. anderen Wirtes seitens des der Konzeption für verlustig Erklärten 7 344. — Einsetzung e. Pächters; Einfluß auf die Haftung des Grundstückseigentümers 7 345. — Unfall im Vorgarten 7 344. — Kellerluken 7 345.

Zwangsvollstreckung ungerechtfertigte (f. Widerspruchsklage, Zwangsvollstreckung und Gerichtsvollzieher, § 826) 5 338; 6 312. — Pflichten, Maßnahmen des Gerichtsvollziehers durch Zurücknahme des Antrags zur Vermeidung der Schädigung Dritter zu hindern 4 277. — Pfändung und Verkauf einer der Pfändung nicht unterworfenen Sache (f. unpfändbare Sachen) 7 351. — mitwirkendes Verschulden des Geschädigten 4 277. — Verschulden des Gerichtsvollziehers bei Durchführung einer Versteigerung trotz geringen Meistgebotes 6 313. — Ansprüche des Aufsteigerers wegen Entfernung der Sache durch einen Dritten 4 277. — Glaubhaftmachung des Eigentums durch den Widerspruchsläger 3 1, 343, 344; 5 330 (Unterlassen der Glaubhaftmachung als konkurrierendes Verschulden) (f. Widerspruchsklage). — Fortsetzung der Vollstreckung trotz Konkursöffnung 6 312. — Zwangsvollstreckung trotz gewählter Stundung 3 1, 355. — widerrechtliche Pfändungsankündigung nach § 845 BPD. 3 2, 539; 4 746. — Versteigerung einer im Abzahlungsgehalt unter Eigentumsvorbehalt gekauften Sache 4 276. — wissenschaftliche Genehmigung eines unrichtigen Versteigerungsprotokolls zum Nachteil eines Beteiligten 5 352. — widerrechtliche Vollstreckung eines formell ordnungsmäßigen Titels 4 276. — Versteigerung fremden Eigentums 2 1, 493 (f. ungerechtfertigte Bereicherung, Zwangsvollstreckung u. oben Beweislast); 2 1, 499; 3 1, 343; 4 269. — Haftung des Widerspruchslägers (§ 771 BPD.) für den durch Einstellung der Zwangsvollstreckung entstandenen Schaden 5 338. — falsche Terminbekanntgabe; Anspruch der zum Termin Gereiften 6 313.

Züchtigungsrecht. — Ausübung desselben an Stelle des Vaters 4 268; des Lehrers (f. § 823 Abs. 2) 3 1, 343; 5 329; 6 204 (f. oben Lehrer).

Zeitrisikotitel 2 1, 494.

Zubehör. — Veräußerung von Zubehör durch den Schuldner zwecks Ver-

eitelung der Rechte des Pfandgläubigers
6 305 (f. Hypothekgläubiger).

VII. § 823 Abs. 2 f. das alphabetische
Verzeichnis bei Abs. 1. — Verhältnis des
§ 823 Abs. 1 zu Abs. 2 1 1, 472; 3 1, 353;
6 315. — Haftunggrund des Abs. 2
4 279. — „den Schutz eines anderen be-
zweckendes Gesetz“, Begriff 1 1, 472, 473;
2 1, 500; 4 279; 4 280; 6 314; 7 353, 354.
— Schutzwährung als sekundärer Zweck
3 1, 353; 5 343; 7 353. — im Interesse der
Gesamtheit erlassene Gesetze 1 1, 472, 473;
2 1, 500, 501; 3 1, 353 (2); 4 280; 5 343;
6 314; 7 353. — Normen des bürgerlichen
Rechts als Schutzgesetze 5 343; 6 314. —
strafrechtliche u. polizeiliche Normen als
Schutzgesetze 1 1, 473; 3 1, 354; 4 279;
5 343; 7 354.

E i n z e l n e S c h u t z g e s e t z e. — BGB.
§ 123 1 1, 474; 4 280; § 125 7 354;
§ 394 1 1, 292, 474; §§ 617—619 1 1, 474;
2 1, 351; 4 279; 5 232, 331, 343; 6 236,
314; 7 252, 354; § 824 7 354; § 858
(Besitz) 4 269, 270, 280; 5 343 (2);
6 315; §§ 906—909 4 280; 5 343; 7 354;
§§ 1627, 1631? 2 1, 646; 6 315; § 2356
4 280. — StGB. §§ 62, 75 1 1, 474; 4 279,
280; 6 314; § 241 7 354; §§ 246—249
4 280; 5 343; 6 315, 659; 7 354 (2);
§ 260 7 354; § 314 7 354, 634. — GewD.
§ 120 a 1 1, 474; § 1, 355 (Schutz Dritter,
nicht bloß der Arbeiter); 4 280; 6 314. —
StGB. § 121 Abs. 2 3 1, 354; § 123
(Hausfriedensbruch) 3 1, 354; 4 279;
§ 137 (Arrestbruch) 6 315; § 153 7 354;
§ 154 2 1, 501 (sahrlässige Abgabe eines
Gutachtens); § 163 4 281; § 172 5 343;
§ 177 3 1, 354; §§ 185 ff. 1 1, 474 (unberech-
tigtes Photographieren, f. 1 1, 470); 2 1,
501; 3 1, 354; 4 281; 5 343; 6 315; 7 355;
§ 202 1 1, 464, 475; § 253 1 1, 475; 4 281;
§ 257 7 355; § 263 3 1, 351, 354; 4 279,
281; 5 343; § 266 6 314; § 288 1 1, 475;
§§ 295 f. 3 1, 354; §§ 299, 300 (Briefe,
Briefgeheimnis) 3 1, 354; 4 279; § 329
6 314; § 330 7 355; § 340 5 343; § 356
6 314; § 360 Ziff. 4 u. 5 6 316; § 366
Ziff. 2 4 280; § 366 Ziff. 7 4 280; § 366
Ziff. 8 u. 10 5 344; 6 316; § 367 Ziff. 8
1 1, 475; § 367 Ziff. 12 1 1, 475 (Ver-
unglücken von Tieren); 2 1, 501; 3 1,
354; 4 273, 281 (Mitverschulden des
Verletzten); 4 281 (nach ihrer Bestimmung
Sicherheitsvorkehrungen nicht gestattende
Anlagen, Schleusen, Ausladekais; 5 332,
344 (Begriff des Abhanges); 6 316; 7 355;
§ 367 Ziff. 14 1 1, 475; 2 1, 501 (Wegung
einer Wasserleitung); 3 1, 355 (Bauherr
trotz Anstellung eines Technikers); 5 344;
§ 368 Ziff. 4 u. 8 7 355. — ZPSt. § 992
4 280. — UmbG. §§ 64, 84 5 344;
6 1110; § 41 Abs. 4 (Bilanzveröffent-
lichung) 6 315. — GemInnVerG.
§ 112 4 280; § 63 5 344. — ZwlInn.

VerfG. § 126 5 344; § 120 6 316. —
Wechselordnung 5 343. — Gesetz betr.
den Verkehr mit Wein 7 354. — GenG.
§§ 69, 70 3 1, 355; 4 282, 913. —
ZwVerfG.: Beitragspflicht d. Arbeitgeber
1 1, 471; 2 1, 449, 500; 3 1, 345,
355; 4 282; 5 344 (f. § 823 Abs. 1).
6 316 (§ 139, Vorenthaltung der Karte);
7 355. — Fischeireigesetz 5 344. —
PrBergG. §§ 126, 128 5 344; 6 316.
— WarenZG. § 15 7 354. — PatG.
§ 40 7 354. — PressG. § 11 7 355. —
PenG. v. 27. III. 72 § 20 7 355. —
UnlWG. 1 1, 474 (§ 7); 2 1, 502 (§§ 5 u. 7);
3 1, 354 (§§ 9, 10); 4 281; 5 344; 7 354
(§§ 4, 5, 7, 9). — § 50 II. 12 ALR. (Schul-
zucht) 1 1, 475. — EisenbVerfD. § 46
7 355. — polizeiliche Vorschriften gegen
Prostituierte, Anzeigepflicht der Ärzte bei
gewissen Krankheiten 3 1, 354. — Strafen-
polizeiordnung 5 344 (2). — Anweisung für
Telephonbenutzung (Schutz der Tele-
phonisten) 3 1, 354; 4 307. — Arbeiter-
schutzgesetze: religiöse u. sittliche Beein-
trächtigung des Arbeiters 2 1, 501. —
Aufslegung einer Aufsichtspflicht; Ver-
hältnis zu § 832 2 1, 501. — Polizei-
vorschrift über Anterpläge 3 1, 354. —
Verordnung über den Verkehr von Kraft-
fahrzeugen 5 344; 6 316; 7 355. —
Polizeivorschriften über Fahrtgeswin-
digkeit 2 1, 501. — Kaiserliche Verordnung
über Verhütung von Schiffszusammen-
stößen 4 281. — Signalvorschriften für
den Eisenbahnverkehr 3 1, 353. —
städtische Bauordnung als Schutzgesetz
3 1, 353. — Polizeivorschriften über öffent-
liche Reinlichkeit 4 282.

V o r a u s s e h b a r k e i t E r f o r d e r n i s s d e s A b s. 2?
1 1, 474 (2); 2 1, 491; 3 1, 353;
4 279, 280; 6 315. — subjektive Vor-
aussetzungen des Abs. 2; muß dem
Täter die Entstehung des Schadens
zur Schuld anzurechnen sein? 1 1,
474; 3 1, 353; 7 353 (Zweifeln an d. Rechts-
beständigkeit e. Gesetzes), 354. — fahr-
lässiger Verstoß gegen e. nur gegen vor-
sätzliche Handlung gerichtetes Schutz-
gesetz? 7 353 (§ 187 StGB.). — Ver-
mutung des Kausalzusammenhanges bei
Verletzung eines Schutzgesetzes? 1 1, 474;
2 1, 501. — Ausschluß des § 823 Abs. 2
bei berechtigtem Interesse nach § 193
StGB. 5 344. — Schutz von Vermögen,
Ehre, Besitz nach § 823 Abs. 2 6 315 (f.
oben § 823 Abs. 1). — Aktvilegitimation
6 315; 7 354 (f. unten).

VIII. § 824 vgl. Beleidigung. — Verhält-
nis des § 824 zu §§ 823, 826 1 1, 476; 3 1,
355, 356; 4 282 (Vorfall fällt schon unter
§ 823); 7 355. — Verhältnis des § 824 zu
§§ 186, 187, 188 StGB. 1 1, 475, 476;
2 1, 502; 4 282; 7 353, 356. — Ver-
hältnis des § 824 zu §§ 6 u. 7 UnlWG. 1 1,

(Unerlaubte Handlungen)

476, 477; **2** 1, 503; **3** 1, 357 (Interesse einer Sachzeigung an einer Mitteilung nach § 6 Abs. 2); **7** 355. — Haftung trotz Wahrheitsbeweises bei Behauptung in bloßer Schädigungsabsicht **3** 1, 355, 356. — Begriff des Verschuldens nach § 824 **1** 1, 476 (Kenntnis des gefährdenden Charakters der Äußerung?); **4** 282 (Erkennbarkeit des gefährdenden Charakters); **7** 353, 355 (Fahrlässigkeit). — Voraussehbarkeit nicht erfordert **1** 1, 476. — Beweislast des Klägers **2** 1, 502; **3** 1, 356; **5** 344; **6** 317; **7** 355. — Erfüllungsbebeweis des Schädigers **1** 1, 477; **3** 1, 356. — Identität des Geschädigten mit dem, über den die unwahre Behauptung aufgestellt wird? **3** 1, 355; **4** 280. — Möglichkeit, die gegen A. gerichtete Behauptung auf B. zu beziehen **3** 1, 355; **5** 345. — Aufstellen unwahrer Behauptungen, die normalerweise nicht zu Schäden pflegen; Haftung für einen wider Erwartung eintretenden Nachteil **1** 1, 476. — nicht ehrenrührige Tatsache **3** 1, 355. — im Reichsmedizinalkalender beim Namen eines Arztes gemachter Zusatz „Arzt für Naturheilverfahren“ **1** 1, 476. — Anwendung auf das Gefänderecht **1** 1, 476. — Kreditgefährdung durch Bezeichnung einer Forderung als uneinbringlich **2** 1, 499. — Verletzung der Ehre **2** 1, 503 (s. oben § 823); **7** 340, 341. — Schädigung durch Aufstellung ärztlicher Atteste **2** 1, 503; **3** 1, 356. — Haftung der Auskunfteien **2** 1, 501; **7** 356 (s. § 826) — Haftung einer Zeitung bei Behauptung von Zahlungsschwierigkeiten einer Firma **3** 1, 356. — „berechtigtes Interesse“ i. S. des Abs. 2 **3** 1, 356; **5** 345; fremde Interessen, irrige Annahme eines berechtigten Interesses **1** 1, 477; **3** 1, 356 (Überschreiten der Grenzen berechtigter Abwehr); **7** 355; Ausschluß des Abs. 2 bei vorfälliger Entstellung des Sachverhalts **4** 282, 283; Ertattung einer für wahr gehaltenen, tatsächlich unrichtigen Anzeige **6** 317; Ausschluß des Abs. 2 bei Kenntnis der Unwahrheit **3** 1, 356; berechtigtes Interesse der Presse, einer Sachzeitung **3** 1, 356, 357. — fahrlässige Aufstellung einer anders als beabsichtigt zu deutenden Tatsache **3** 1, 356; **5** 345. — Anspruch des Verletzten auf Widerruf **3** 1, 355; **4** 282 (s. Unterlassungsanspruch). — IX. § 825 B G B. — Verhältnis zu § 823 **1** 1, 477. — Verhältnis zu § 847 Abs. 2 **1** 1, 477, 505. — Verhältnis zu § 182 St G B. **1** 1, 477. — Verhältnis zu §§ 174, 177, 179 St G B. **2** 1, 503. — Verschuldensbegriff, Voraussehbarkeit **1** 1, 477; **3** 1, 357 (Bewußtsein des Täters von seiner auf dem Abhängigkeitsverhältnis beruhenden Überlegenheit). — Anwendung besonderer Kunstgriffe nach § 825

verlangt? **6** 317; **7** 356. — Haftung, wenn die Bestimmung zum Beischlaf nicht strafbar ist **1** 1, 477. — Nötigung zum Beischlaf **1** 1, 477. — Zuständigkeit des Amtsgerichts gemäß § 23 Ziff. 2 O G B. ? **1** 1, 478; **6** 317. — Unbescholtenheit des Verletzten keine Voraussetzung **1** 1, 477. — jugendliches Alter des Verletzten keine Voraussetzung **1** 1, 477. — Hinterlist **1** 1, 477; **4** 283; **5** 345. — Verschweigen des Schwängerers, daß er verheiratet sei **5** 345. — Drohung **1** 1, 477. — Mißbrauch eines Abhängigkeitsverhältnisses **1** 1, 477, 478; **3** 1, 357; **4** 283; **5** 345. X. § 826 B G B. s. gute Sitten. — Anwendungsgebiet **6** 317. — Verbindung der Schadenersatzklage nach § 826 B G B. mit der Anfechtungsklage nach dem Anfechtungsgesetz **6** 1010. — Verhältnis zu § 823 **1** 1, 478; **2** 1, 504; **3** 1, 358; **4** 283; **5** 346. — Verhältnis zu § 824 **7** 357. — Verhältnis zu § 226; in Ausübung eines formalen Rechts verübte Schädigung **2** 1, 503; **3** 1, 69, 357, 358, 359 (s. **1** 1, 478, 481, 483); **4** 283; **5** 65, 346; **6** 90, 317; **7** 356. — Verhältnis von § 826 zur Weisung zum Betrug **6** 318. — Verhältnis der Pariser Union zu § 826 **4** 286. — Verhältnis zum Warenzeichengesetz: Schutz nicht eingetragener Zeichen **1** 1, 483; **4** 285; **6** 317; **7** 340, 361, 364; Einwand aus § 826 gegen ein eingetragenes Zeichen **4** 286; mündliche Bezeichnung einer Ware mit dem Zeichen eines anderen **3** 1, 360; **5** 351; Eintragenlassen eines fremden nicht geschützten Warenzeichens **2** 1, 506; **4** 285; **6** 322 (Ablicht, die Ware d. anderen dadurch zu verdrängen); **6** 323; Verwendung eines für den Kleinvertrieb eines Artikels übernommenen Warenzeichens nach Auflösung des Vertrags über den Kleinvertrieb **6** 323; nicht beabsichtigte Verwechslungsgefahr **5** 353; Klage auf Löschung eines Warenzeichens nach § 826 **6** 317; **7** 361; Versenden des mit dem geschützten Warenzeichen des Klägers versehenen Packmaterials ins Ausland zur Verwendung durch einen Dritten **6** 326; Benutzung eines eingetragenen Warenzeichens seitens d. Berechtigten als Verstoß nach § 826 **6** 100. — Verhältnis zum Musterrecht: nicht eingetragene Muster u. Modelle **1** 1, 483; **4** 285, 286; **6** 317; **7** 365 (Photographieren von Möbelstücken zwecks Nachbildung). — Verhältnis zum Wettbewerbsgesetze **1** 1, 481—483 (Verjährung, Buße, Gegenseitigkeit, Schutz des Geschäftstreibenden u. des Publikums); **2** 1, 505; **3** 1, 360 (nach § 16 U n W G vom Schutz ausgeschlossene, ausländische Firmen); **4** 285, 532; **5** 350; **6** 322 (Veröffentlichung der Beurteilung über den Rahmen des § 13); **7** 361 (Aktivlegitimation). — Verhältnis zu Anfechtung u.

Unschadensanspruch 5 350, 351; 6 322 (Schadensanspruch) wegen Ausschlagung einer Erbschaft), 1010; 7 361, 362. — Verhältnis zum Urheberrechtsgezet; nach letzterem nicht verbotener Nachdruck, Nachdruck ohne Quellenangabe 1 1, 484; 2 1, 505; Plagiat 4 288; Nachdruck eines Katalogs 5 352; 7 365; Verwendung der zur Herstellung eines Reklamekatalogs erhaltenen Bilder für den Katalog einer Konkurrenzfirma 6 325; Nachdruck eines urheberrechtlich nicht geschützten Katalogs 7 365; Nachdruck der in den angehängten Theaterzetteln enthaltenen Angaben in einer Theaterzeitung 6 325. — Vorfall des § 826: Ablicht der Schadenszufügung nicht nötig 1 1, 478; 2 1, 503, 504; 3 1, 358 (4); 4 284 (vorsätzlicher Verstoß gegen die guten Sitten?); 5 346; 6 317, 318 (konkrete Vorstellung von der Person des Geschädigten?); dolus eventualis 4 283; 6 317; 7 356, 357. — Haftung bei bloßer Voraussehbarkeit des Erfolges 1 1, 464. — § 826 u. exceptio doli generalis 3 1, 362; 4 288; 6 318; 7 358, 359. — Verlehter: in Mithenschaft gezogener Dritter 1 1, 478; 3 1, 358; 6 317 (Erwerbsgenossen, Mithnehmer des Täters). — Verlehten gegen § 826 durch Unterlassung 5 350; 6 317. — nur objektiv gegen die guten Sitten verstoßendes Treiben 7 357.

„Gute Sitten“ s. diese. — Sittenanschauung eines bestimmten Volkstums; Unterschied von Geschäftspraktiken 1 1, 478, 479; 2 1, 504, 506; 3 1, 359 (vornehme Denkungsart, s. 6 319); 4 284, (jedes illoyale Verhalten?); 285; 5 346, 347; 6 317, 318, 319. — Pflicht, die Ausübung eines Rechts wegen der dadurch bedingten Schädigung e. anderen zu unterlassen? 6 318, 319. — Nachprüfung des Begriffs der „guten Sitten“ durch das Revisionsgericht 1 1, 478; 3 1, 359; 4 284; 6 319. — Einfluß des Erfolgs (Umfang des Schadens) auf die Frage des Verstoßes gegen die guten Sitten 6 319. — unsittliches Motiv 2 1, 504; 6 319. — Verhältnis von sittenwidrig zu rechtswidrig 2 1, 504. — Ablicht, das Publikum angeht die Allgemeinheit gefährdender Erscheinungen zu warnen 4 286. — an sich erlaubte, aber als Glied einer Gesamtoperation unsittliche Handlung 5 352. — möglicherweise gegen die guten Sitten verstoßende Handlung 7 356.

§ 826 im gewerblichen Konkurrenzkampfe u. bei kaufmännischer Konkurrenz s. § 823, unter Gewerbebetrieb, Boykott, Kundschaft, Streif, Aussperrung, Kartelle, Berufserklärung. — zu schützendes Rechtsgut 7 359. — Verleiten zum Vertragsbruch, zu Streif 7 347. — Verschiedenheit des Sittlich-

keitsbegriffs der streitenden Klassen 1 1, 478, 479; 4 285. — Streif (s. diesen) 7 359, 360. — Boykott und Berufserklärung 1 1, 480, 481; 3 1, 360; 4 285; 5 348, 349; 6 317, 320, 321 (Vervollstreckung unberechtigter Zwecke; Boykott einer Gastwirtschaft); 6 326 (Verbot des Besuchs einer Wirtschaft an die Angestellten); 7 359, 360. — Zusammenschließen der Konkurrenten zwecks Preisverbilligung; Eisenacher Bierkrieg 7 359, 360. — nur e. Erschwerung d. Geschäftsbetriebs herbeiführende, nicht aber die Existenz des Betroffenen dauernd bedrohende Maßregeln; Möglichkeit e. anderen Erwerbes 7 360. — Ärztestreik 7 361. — Androhung der Arbeitseinstellung bei Nichtentlassung eines Arbeiters 1 1, 481; 5 349. — Koalitionsfreiheit, Beschränkungen 2 1, 64, 67; 3 1, 48. — Aussperrn von Arbeitern 1 1, 480; 3 1, 339, 359; 6 317, 320, 321; 7 359, 360. — Aussperrn der von ihrem gesetzlichen Kündigungsrecht Gebrauch machenden Arbeiter 7 360. — Kartelle 1 1, 483; 3 1, 359, 360; 4 284 (Nichtaufnahme eines Gewerbetreibenden); 6 317; — Arbeiterentlassung zur Bekämpfung eines Streiks 2 1, 505. — wucherische Ausbeutung eines Monopols durch Kartelle 2 1, 67. — Preisunterbietungen 2 1, 507; 3 1, 362; 4 288; 5 41; 6 317, 326 (3), 327; 7 366. — Aufnahme eines Ortes in die sog. Rabatliste des Ärztevereins 6 324; 7 360. — Aufstellen einer schwarzen Liste, durch die die Annahme bestimmter Arbeiter widerraten wird 1 1, 479—481; 3 1, 359; 6 317. — Weigerung organisierter Arbeiter, mit nichtorganisierten zusammen zu arbeiten 4 285. — Aussperrn eines Sortimenters wegen Preiserschleuderns 1 1, 480; 3 1, 359; 7 366 (s. oben Preisunterbietungen). — Verkauf von Büchern unter dem vom Verleger, von Waten unter dem von einem gewerblichen Verband fixierten Preise 6 326, 327 (s. 3 1, 362). — Androhung der Veröffentlichung wahrer Tatsachen 7 360. — Verbot an die Arbeiter, bei einem bestimmten Kaufmann zu kaufen 5 352; eine bestimmte Wirtschaft zu besuchen 6 326. — Bestimmung eines Arbeitnehmerverbandes, durch e. oder mehrere Gewerbetreibenden seinen Mitgliedern die Arbeit bei einem bestimmten Arbeitgeber zwecks Vereinfachung der Konkurrenz desselben zu verbieten 4 285. — Abspenstigmachen d. Kunden 3 1, 362; 4 285; 5 331, 349, 350. — Befestigen von Bedienteten, um Lieferung an oder von deren Geschäftsherrn zu erlangen 6 1084. — unmäßiges Aufspielen eines Kaufmanns als Rabattvereinsmitglied 5 352. — Weigerung eines Arbeiternachweises, einem Arbeiter Aufschluß zu

(Unverlaubte Handlungen)

geben **6 321**. — Warnung der Arbeiter vor dem Zugang zu bestimmten Fabriken **7 360**. — Warnung vor einem Geschäft durch Flugblätter **6 321**. — Schadensansprüche des Arbeitgebers bei Arbeitsniederlegung ohne Kündigung im Fall eines Streiks **6 321**. — Warnung des Publikums vor dem Besuch der das Bier von den preis-erhöhenden Brauereien beziehenden Wirtschäften **6 321**. — Boykott einer Wirtschafft durch die darin beschäftigten Musiker; Anforderung zur Meidung der Wirtschafft an andere Personen als Musiker **6 321**. — Rabattzugagen **6 321, 326**; **7 360**. — Schutz der Telegrammadresse **6 313, 326** (s. diese). — öffentliche Bekanntgabe eines das Publikum bewußt täuschenden Vorgehens e. Konkurrenten **7 363**. — Ausststellung der Ware der Konkurrenz im eigenen Schaufenster **2 1, 506**. — Abmieten von Angestellten **2 1, 506**; **3 1, 362**; **5 349**; **6 317, 327** (Dienstboten), **1084**; **7 365**. — Kritik der untreuen gewerblichen Tätigkeit eines anderen; Grenzen **3 1, 360**. — Gegenmaßregeln eines angegriffenen Gewerbetreibenden zur Vorbeugung künftiger Angriffe **4 285**. — Aufnahme kontraktbrüchiger Arbeiter **6 317**. — Plage des Fabrikanten gegen den schleudernden Detaillisten **2 1, 505**. — Bodartikel **4 288**; **6 317**. — bis zum letzten Moment hinausgeschobene Kündigung eines Arbeiters **5 353**. — Benennung eines fremden Namens zur Reklame **4 286**. — Behauptung des Erlöschens einer Firma **4 286**. — Beilegung einer erloschenen Firma **4 285**. — Verwertung des während der Dienstzeit in Erfahrung gebrachte Geschäftsgeheimnisses durch den Angestellten nach Beendigung d. Dienstzeit **6 322** (s. **3 1, 358**; **6 317, 325**). — Verkauf patentierter Waren unter dem vom Patentinhaber festgesetzten Mindestpreis **3 1, 362** (vgl. oben). — Nachbildung einer nicht geschützten Zeichnung oder eines Zeichens zur Empfehlung eines gewerblichen Erzeugnisses **4 286**; **6 325**. — Erweckung des Anscheins, als sei die beklagte Firma Nachfolgerin der A.-gerin **2 1, 506**.

A u s k u n f t s. diese. — wissentlich falsche A.-verteilung **1 1, 409, 484**; **2 1, 407, 408, 501**; **3 1, 379**; **4 221, 286**; **6 317, 323**; **7 356**. — wissentlich falsche A. bei Beschränkung des Auskunfterteilers auf e. bestimmten Kredit **7 362**. — Kaufal-zusammenhang **7 362**. — Verschweigen ungünstiger Tatsachen als wissentlich falsche Auskunft **7 362**. — Widerruf e. in guten Glauben gegebenen falschen A. bei späterer Kenntnis ihrer Unrichtigkeit **7 362**. — Haftung eines Kaufmanns für die von seinem Filialleiter erteilte falsche

A. **7 362**. — Nichtverwertung e. günstigen Mitteilung bei A.-verteilung; Schadensanspruch des Angefragten **7 356**. — Haftung des wissentlich eine falsche A. Erteilenden gegenüber dem Dritten, an den die A. unberechtigt weitergegeben wurde **2 1, 507**; **3 1, 361**. — nicht Geheimhalten der von einem A.-sbureau erhaltenen A. **1 1, 484**. — Haftung eines Vereins „Kreditreform“, der seinen Mitgliedern Listen zahlungsunfähiger Schuldner übermittelt **7 356**. — Einwand des die falsche A. Erteilenden, daß er die verschwiegenen Tatsachen nicht mitteilen durfte **4 276**. — Erteilung einer für wahr gehaltenen A. an einen Interessenten **4 286**. — Haftung für fahrlässig falsche A. außerhalb eines Vertrags? **5 339**. — Verstoß gegen die guten Sitten in einer A. **5 351**. — gelegentlich der A.-serholung seitens d. A.-sbureaus an d. Agenten weitergegebene ungünstige Nachrichten **7 356**. — A. ohne Obligo **6 323**. — Hinustellen der nur von Dritten erfahrenen Tatsache als eigenes Wissen **7 362**. — Feststellungs-klage, daß eine erteilte A. unrechtmäßig gewesen sei **6 323**. — Übertreibungen bei Beurteilung eines Unternehmens gegenüber dem aus Gefälligkeit zu Beratenden **6 324**. — Auskünfte im „Sprechsaal“ einer Zeitung **6 325**.

A r g l i s t s. § 823 Abs. 1, arglistige Täuschung, exceptio doli. — falsche Vorpiegelung über die Mietertragnisse e. Hauses bei formlosem Abschluß des Kaufvertrags **3 1, 351**. — bloßes Nichtaufklären **6 323**. — Einwand, daß der Getäuschte es an der nötigen Vorsicht habe fehlen lassen **6 323**. — Wahl des Betrogenen zwischen Vertragsanfechtung u. Schadensklage nach § 826 unter Vertragsaufrechterhaltung **6 323**. — Angaben über den Mietwert **6 323**. — A. eines Märlers **6 324**. — behufs Täuschung Dritter abgeschlossener Vertrag **1 1, 483**. — Verschweigen von Vorstrafen des Stellefindenden seitens des Stellenvermittlers **3 1, 361**. — arglistiges Verschweigen von Fehlern (§ 463 Satz 2) u. § 826 **7 363**. — wahrheitswidriges Vorspiegeln von angeblichen Eigenschaften der Kaufsache **3 1, 361**; **4 288**. — beschönigendes Verschleiern der eigenen Geschäftslage **4 286**. — Spekulieren auf die Unkenntnis des Vertragsgegners **5 352**. — Anspruch des irrträglich den Mann für den Geschäftszinhaber haltenden Lieferanten gegen die wirklich das Geschäft betreibende, seinen Irrtum nicht aufklärende Frau **4 288**. — Verschweigen, daß die eingebrachten Möbel des Mieters Reismöbel seien **6 325**. — arglistige Verweigerung der Annahme e. Zustellung seitens des irrträglich bezeichneten Adressaten **6 858**. — Schadens-

zufügung durch Abschluß e. nach § 125 BGB. wichtigen Vertrags 7 361. — arglistiges Erwitlen e. Urteils aus e. formwichtigen Vertrag 7 362.

U n d e r e E i n z e l f ä l l e. — fiduziarische Übereignung 7 365. — Beeinträchtigung einer tatsächlichen Erwerbsaussicht (s. oben § 823) 1 1, 478. — Nichtberücksichtigung der Rechtskraft eines Zuschlags 4 284. — Veröffentlichung einer gerichtlichen Entscheidung ohne Publikationsbefugnis 6 1086. — Vollstreckung eines bewußt zu Unrecht ergangenen Urteils 1 1, 484; 3 1, 68, 85; 6 319 (Meineid eines Zeugen); 7 358, 362, 722 (Stellung des gutgläubigen Erwerbers der Zudikatsforderung; Klage auf Unterlassung der Zwangsvollstreckung, Herausgabe des Titels). — Schadenszufügung durch Benutzung eines rechtskräftigen Urteils, Beschlußes u. ä. 3 1, 68, 85; 4 284; 4 701, 724, 725; 5 46, 347, 807; 6 319; (Petitum der Schadensklage); 7 357, 358. — Vollstreckung eines rechtskräftigen Vergleiches 6 319. — Vollstreckung e. privaten Vergleichs 7 358. — schikanöse Rechtsausübung 1 1, 478, 481, 483; 5 346. — Schädigung e. anderen durch Ausübung e. dinglichen Rechtes 1 1, 483. — Kollision eines dinglichen mit einem persönlichen Rechte 5 352. — Anwendung des § 826 bei formalegesetzlicher Schädigung 2 1, 504; 3 1, 357, 358; 4 283; 5 346; 7 356 (s. oben Verhältnis zu § 226). — Schädigung e. anderen durch gewissenloses Bestehenlassen eines Zustandes 1 1, 483. — Teilnahme an der Vertragsverletzung eines Dritten 7 357. — Benutzung einer durch Irrtum oder Affekt beeinflussten Willensrichtung 1 1, 483. — unter § 826 fallendes Ausprechen einer Beleidigung 6 326. — Geltendmachung der Ungültigkeit einer Willenserklärung wegen Formmangels 6 326. — Nichtaufklären des Verkäufers über e. Preisirrtum 7 363. — Rückforderung des auf ein wichtiges Geschäft Bezahlten nicht unsittlich 1 1, 483; 7 364. — Nichterfüllung e. formell ungültigen Vertrags 7 364. — Geltendmachung des Differenzeinwands seitens e. Kaufmanns 2 1, 506; 7 1182. — Hingabe eines Wechsels für Börsentermingeschäfte 1 1, 483. — Annahme einer Zeitung zum Postvertrieb bloß, um dem Gegner den Gebrauch dieses Namens unmöglich zu machen 2 1, 507. — Verletzung von Forderungsrechten 2 1, 504; 4 284 (Nichterfüllung oder Verzögerung einer obligatorischen Verpflichtung). — Verprechen, den aus einer Bestrafung entstehenden Schaden oder die Kosten des Strafverfahrens zu tragen 1 1, 484. — öffentliches Verkaufsangebot einer Forderung unter Nennung des Schuldners 1 1, 484.

— unbefugter Nachdruck von Telegrammen 1 1, 484. — Abmieten von Dienstboten 6 327 (s. oben Abmieten von Angestellten). — Verleiten zum Vertragsbruch (s. § 823) 7 357 (insb. zum Streit), 367. — Annahme e. Schuldners in die schwarze Liste e. Rechtsschutzvereines 7 363. — Annahme einer vom Schuldner mit Mitteln der Frau gemachten Zahlung trotz Kenntnis der rechtswidrigen Entnahme des Geldes 4 287. — Haftung dessen, der einen vom Inhaber z. Erklärung über die Echtheit seiner darauf befindlichen Unterschrift ihm vorgelegten Wechsel vorsätzlich oder fahrlässig als echt bezeichnet 6 1139. — Anwendung des § 826 zwischen Eheleuten 4 287; 5 352. — Haftung der die Vermögenslosigkeit des Mannes kennenden Frau gegenüber dem vom Manne zu ihrer Behandlung zugezogenen Arzt 4 287, 288, 377 (s. Ehefrau, Arzt). — Schutz der Erfinderehre 6 317. — Versichern einer mit dem Bau nicht zusammenhängenden Forderung als Kaufkapital 3 1, 361. — Zession einer einrebehafteten Grundschuld 7 365. — Herauslocken eines Verkaufsversprechens, um den Verkäufer um eine andere Verkaufsgelegenheit zu bringen 3 1, 361. — Verleiten zum Aktienkauf durch falsche Bilanz 7 364. — Teilnahme, Verleitung zum Vertragsbruch 5 346, 347; 6 317, 320 (s. § 823). — pacta de non licitando (vgl. diese) 1 1, 471; 3 1, 362 (behufs Schädigung der Hypothetengläubiger). — Anstiften zum Selbstmord 4 286. — Verhältnis zu § 314 BGB. 7 365. — abredewidriges Weiterbegeben eines Wechsels 3 1, 360, 361. — Klage der Frau, deren Ehemann die gemeinschaftliche Liegenschaft durch formell gültigen Vertrag an einen Dritten veräußerte 7 365. — aus Rücksicht auf den verwandten Fälscher unterlassene Mitteilung einer Wechselsfälschung seitens des angeblichen Akzeptanten an die disfontierende Bank 3 1, 361. — unwahres Zeugnis des Prinzipals 4 287 (s. oben § 823, Handlungsgehilfe). — Verletzung der Geheimnissphäre 3 1, 358 (s. diese). — Bruch der im gesellschaftlichen Verkehr gegebenen Zusage, eine Mitteilung geheim zu halten 7 363. — durch Zwang, Drohung, Betrug erfolgte Provokation einer Auskunft vom Geheimnisberechtigten 3 1, 358. — Befestigung der Agenten des Vertragsgegners 7 364. — Festsetzen des Gehalts e. Angestellten auf e. unpfändbaren Betrag unter Aussetzung eines jährlichen Fixums für die Ehefrau 7 363 (s. Beschlagnahme, gute Sitten). — Ausschließen eines Arztes aus dem Standesverein 5 352; 6 324. — unsittliches Verhalten eines Monopolinhabers 5 352. — Warnungs- oder Aufklärungspflicht bei törichtem Ge-

(Unersaubte Handlungen)

schäftsgebaren eines Dritten? 7 364. — Schadensersatz wegen Bordellbetriebs; Einwand der polizeilichen Duldung 7 364 (2). — Vermieten an Dirnen 4 287. — Schuldner, der nach Aufgabe seines Geschäftes seiner Frau in ihrem Geschäft unentgeltlich Dienste leistet 7 363. — Einsteigern eines Grundstücks seitens des Zwangsversteigerungsgläubigers unter dem Wert u. Weiterverkauf mit Gewinn 7 365, 366. — Liquidation von Zinsen im Vorrang vor den Nachhypotheken seitens d. Zessionars d. Hypothekenzinsen 7 366. — Schweigen des Akzeptanten bei Vorlage des als falsch erkannten Akzeptes 5 352 (s. ungeredhtfertige Bereicherung). — Pflicht e. Kaufmanns, der von Fälschung seiner Unterschrift auf Wechseln erfährt, hiergegen zum Schutz Dritter Schritte zu tun 2 1, 506. — Schädigung des Wechselgläubigers, der infolge Bitten des Schuldners den Wechsel nicht rechtzeitig einlragt, Replik des dolus gegenüber der Verjährungseinrede des Schuldners 6 318. — Abstehen von e. Verkauf zur Vereitelung e. Vorkaufsrechtes 7 364. — wissentliche Genehmigung eines unrichtigen Versteigerungsprotokolles zum Nachteil eines Beteiligten 5 352. — „gegen die guten Sitten“ verstößender Widerspruch gegen die Auszahlung eines Versteigerungserlöses 6 325. — Widerspruch gegen einen Teilungsplan auf Grund des § 826 4 288. — Kündigung des alten u. Abschluß eines neuen Vertrags mit dem gleichen Prinzipal zur Vereitelung einer Lohnpfändung 5 874. — Vereinbarung e. Gehaltsvorauszahlung, um die Ehefrau den Angefallten zu schädigen 5 352. — Klage des ausgefallenen, aber durch den Mehrwert des versteigerten Grundstücks gedeckten Hypothekgläubigers 5 352. — Vereinfachen eines Submittenten mit seinen Konkurrenten, ihnen im Fall seines Obfiegens eine Vergütung zu zahlen 6 324. — Mißbrauch des kaufmännischen Kredits; Fortführung eines überschuldeten Geschäftes mit Hilfe des Kredits 6 324 (2). — Wucher; Gegenforderungen des Wucherers gegen den Schadensanspruch des Bemucherten 6 324. — Einleben von Reklameblättern in die Zeitungen eines Journalsektors 6 325. — Erwirken e. Versäumnisurteils nach vorheriger außergerichtlicher Einigung 6 325. — Beihilfe zur Schädigung des in der Verwaltung des Vaters stehenden Kindesvermögens 6 326. — Annahme einer Zahlung des Schuldners trotz Kenntnis, daß sie ohne Wissen der schuldnertischen Ehefrau aus deren Vermögen stammt 6 325. — grundlose Eidesverweigerung in einem Prozeß 7 366. — Anspruch auf Ersatz der

Privatklagekosten bei Abweisung der Klage wegen wider besseres Wissen erfolgten Ableugnens des Beklagten? 1 1, 484; 7 366. — bewußt unbegründete Erhebung einer Beleidigungsklage 6 326. — Abschneiden einer Bezugsquelle als Schaden 2 1, 504. — Umfang des Schadensanspruchs e. Bürgen, der die Bürgschaft wegen arglistiger Täuschung ansieht 7 364. — Überlassen des von einem Baumeister gelieferten Projektes seitens des Bauhern an einen anderen Architekten 2 1, 506; 6 326. — Verwendung des von einem anderen zur Einlösung von Wechseln erhaltenen Geldes im eigenen Vorteil 2 1, 506. — Verstoß gegen den e. Mindestsatz festsetzenden Beschluß des Ärztevereins 2 1, 507. — Bestehen des Käufers auf Erfüllung eines Kaufgeschäftes trotz Preisfallulationsfehlers des Verkäufers 2 1, 506; 5 351. — Anwendbarkeit des § 464 (vorbehaltlose Annahme) gegenüber der Klage aus § 826 4 163. — Teilnahme an der Absicht des Erblassers, die Vertragserben zu schädigen 2 1, 506. — Rechtspflicht des einzelnen oder der Presse zur Unterlassung der Veröffentlichung von auf die geschäftlichen Verhältnisse eines anderen sich beziehenden wahren Behauptungen? 7 335, 360, 363. — Unterlassungsklage 2 1, 504, 505 (s. diese): 4 284; 5 347; 7 335, 357. — Urteil auf Befamtmachung 6 317.

XI. Aktio legitimation nach §§ 823 bis 826. — mittelbar Verletzter (§ 823) 1 1, 463, 478; 3 1, 493; 3 1, 341. — der unmittelbar verletzten Ehefrau wegen der vom Chemann aufgewendeten Kosten 1 1, 463. — obligatorisch Berechtigter in den Fällen des § 823 Abf. 2 1 1, 465 ff. — A. im Fall des § 823 Abf. 2 6 315; 7 354. — Nießbraucher, Pfandgläubiger, Mieter, Pächter, Leiber bei Sachbeschädigung 1 1, 464. — im Falle des § 826 1 1, 478 (in Mitleidenschaft gezogener Dritter); 6 317 (Erwerbsgenossen, Abnehmer des Täters). — Recht der Witwe des Getöteten zur Einklagung der ihr mit den Kindern zusammen gebührenden Rente 1 1, 505. — Prinzipal gegen den Verletzten des Gehilfen wegen Zahlung des Gehalts 3 1, 351. — Klage der den Verleger entschädigenden Straßenbahn gegen den Wagenführer 3 1, 353. — A. bei Verletzung der Geheimnisse 3 1, 354, 358. — nach § 16 UnWV. ausgeschlossene ausländische Firmen bei Klagen nach § 826 3 1, 360. — Klage des seine Aufsichtspflicht vernachlässigenden Vaters auf Ersatz der Heilungskosten seines geschäftsunfähigen Kindes nach § 1 HaftpfW. 4 294 (s. 3 1, 382). — bei einem Neubau verunglückender Bauunternehmer 5 328. — Krankenkassen 5 372. — A. bei Minderung der Erwerbs-

fähigkeit der im Hauswesen u. Geschäft des Mannes tätigen Frau 5 373, 375. — A. e. Vereines zur Förderung gewerblicher Interessen zur Klage aus § 826? 3 1, 13. — Konturrierendes Verschulden des Geschädigten s. dieses. — Tötung des bei einem Ehebruch Ertrappten 11, 505. — Unfall eines Lokalfundigen auf einer Straße 3 1, 347. — keine Aktivegitimation e. Vereines z. Förderung gewerblicher Interessen z. Klage aus § 826 3 1, 13.

XII. Passivegitimation (§§ 823 bis 832).

1. Allgemeines. — Fiskus, Gemeinden (s. oben VI, § 823 Abs. 1) 2 1, 497; 7 353. — Hausbesitzer s. oben VI, § 823 Abs. 1. — subjektive Voraussetzungen: Verschulden, Vorausssehbarkeit s. oben V. — der an Stelle des eigentlich Verpflichteten die Erfüllung e. Obliegenheit Übernehmenden 5 332. — Ärzte 2 1, 491, 492. — Verleger neben dem Redakteur 4 283. — Militärismus 2 1, 498; 6 310. — Inhaber von literarischen Bureaus, die gegen Bezahlung in anderen Zeitschriften erschienene Beiträge zum Abdruck ohne Zustimmung des Verfassers an andere liefern 2 1, 509. — Kartellträger, Zeugen, Arzt bei Duell 1 1, 485 (s. oben § 823, Duell). — Haftung eines Vereines s. e. vom Vorstehenden veröffentlichte, gegen § 826 verstoßende Erklärung 3 1, 16. — Haftung des Verpächters e. Wirtschaft für den dem Pächter infolge mangelhaften Zustandes der Lokalitäten zufließenden Unfall 3 1, 340. — Bauherr trotz Aufstellung e. Architekten nach § 367 Ziff. 14 StGB. 3 1, 355. — Haftung für u. f. des Vertreters 6 302. — keine Haftung des Mündels für u. f. des Vormundes 7 523. — Haftung des Auftraggebers für Handlungen des Beauftragten 3 1, 361; 7 353. — Haftung der nur kraft einer Begehrbituit über Grund u. Boden einer Straße verfügenden Gemeinde 4 272. — Anstiften zum Selbstmord 4 286. — Polizeibehörde wegen Duldens eines Bordells 5 330. — Gemeinde wegen fehlerhaften Wiegens e. öffentlichen Wage 5 330.

2. Befreiung von der Schadensersatzspflicht (Unzurechnungsfähigkeit, jugendliches Alter, §§ 827, 828). — Anwendung der §§ 827 f. außerhalb der Deliktobligationen 4 288. — hochgradige Trübung des Bewußtseins 1 1, 484. — Beweispflicht des Schädigers, daß er unverschuldet in den Zustand der Bewußtlosigkeit geraten sei 1 1, 484. — selbstverschuldete Trunkenheit, insbesondere alkoholintoleranter Personen 1 1, 484; 2 1, 507. — Homosexualität 3 1, 362. — Deliktisfähigkeit Entmündigter 2 1, 507. — im Raufch begangene, nur bei Vorjah zu Schadensersatz verpflichtende

Handlungen 2 1, 507. — Beweislast im Falle des § 827 4 289; 5 328. — Einwand der Trunkenheit des Verletzten seitens der Unfallversicherung 7 366. — Unterlassungsfrage im Fall des § 827 5 353. — Beweispflicht bezüglich des Mangels der Einsicht 1 1, 485; 4 289; 5 328, 353; 6 327. — Erkenntnis der Verantwortlichkeit (Voraussehbarkeit) 1 1, 484, 485; 3 1, 362; 4 289; 5 353 (b. Fahrlässigkeitshandlungen). — bloße Erkenntnis des Risikos einer Schulstrafe 3 1, 362. — lediglich auf das Alter gegründete Annahme des Vorhandenseins der Einsicht 4 289. — ist der Mangel der Einsicht eines über 7 Jahre alten Kindes von Amts wegen zu erörtern? 4 289. — Verhältnis von § 828 zu § 254 4 289; 5 354. — Unterlassungsfrage im Fall des § 828 5 353.

3. Ausnahmeweise Haftung des subjektiv nicht Verantwortlichen (s. 829). — Rechtsgrund des § 829 2 1, 508. — Haftung trotz entschuldenden Irrtums 1 1, 485. — Berücksichtigung der Vermögensverhältnisse 1 1, 485. — Verhältnis des § 829 zu § 254 BGB. 1 1, 485; 2 1, 508; 3 1, 364; 4 289; 5 354. — Haftung des in einem Notstand Handelnden 1 1, 485. — vorläufiges oder fahrlässiges Handeln des Unzurechnungsfähigen Voraussetzung 3 1, 362. — maßgebender Zeitpunkt für die Frage der Billigkeit d. Schadensanspruches 3 1, 363. — Verarmung des Beklagten nach Urteilsersaß 3 1, 364. — spätere Haftbarmachung des bereits Verurteilten im größeren Umfang 3 1, 364 (s. Änderungsfrage). — Anwendung des § 829 auf §§ 833 ff. 4 289. — Anwendung des § 829 auf § 276 BGB.? 7 132.

4. Mehrheit von Beschädigern (§§ 830, 840). — mehrere Unterlassende 1 1, 485. — Begriff der Gemeinschaftlichkeit der Verursachung nach § 830 Abs. 1 Satz 1; Unterschied von Satz 2 3 1, 364, 365; 4 289, 290; 7 367. — setzt § 830 Abs. 1 Satz 2 schuldhaftes Handeln der mehreren voraus? 1 1, 485; 2 1, 509; 3 1, 365. — Einfluß des Maßes der Beteiligung auf die Haftung? bloß intellektuelle Mitwirkung 6 327. — Haftung des Anstifters; Anstiftung zu e. Werttagsbruch 7 366, 367 (vgl. 7 357). — Teilnahme an der Handlung e. Kindes 2 1, 509. — Teilnahme an einer Schlägerei 6 327. — Kartellträger, Ärzte, Sekundanten u. Zeugen bei Zweikampf 1 1, 485. — mehrere in den Ausstand tretende Arbeiter 5 354. — mehrere Tierhalter 1 1, 503; 4 290 (s. diese). — Beihilfe zur Patentverletzung 6 328. — mehrere schuldhaft handelnde Beamte 1 1, 503. — Gesamthaftung bei Streik 2 1, 366. — analoge Anwendung des § 830 Abs. 1 Satz 2 bei Unfall infolge Eisbildung auf

(Unerlaubte Handlungen)

e. Treppe u. Unmöglichkeit der Feststellung, ob das Eis von dem durch das Dienstmädchen verschütteten Wasser oder von der Mangelhaftigkeit des Daches herrührt 7 367. — Inhaber literarischer Bureaus, die unbefugt in anderen Zeitschriften erschienene Beiträge an andere zum Nachdruck liefern, als Anstifter 2 1, 509. — Auslegung des § 840 Abs. 3 3 1, 381 („Dritter“); 6 341. — Regreß des schuldhaften Tierhalters nach § 840 Abs. 3 6 341. — mehrere unzurechnungsfähige Schädiger (§ 829) 3 1, 365. — bedeutet Gemeinshaftlichkeit Willensgemeinschaft? mehrere voneinander unabhängige Täter 4 290. — Haftung des Betriebsunternehmers und des seine Aufsichtspflicht verletzenden Aufsichtspflichtigen 6 341. — Ausgleichspflicht bei verschiedenem Haftungsgrund der mehreren Haftungspflichtigen 4 306. — Ausgleichspflicht mehrerer Haftpflichtiger unter Anfall des Fahrgastes einer Partei 4 306. — Solidarhaftung mehrerer Schädiger 6 341. — Gesamthaftung aus § 840, wenn der eine aus § 823, der andere aus § 1 Haftpflicht haftet 4 306; 6 341.

5. Haftung des Geschäftsherrn für die Angestellten (§ 831). — Anwendung des § 831 bei konkurrierendem Verschulden des Angestellten des Beschädigten 7 367. — Verhältnis zu § 823 4 291; 5 355 (2); 7 351. — Verhältnis des § 831 zu § 278 1 1, 489; 3 1, 368; 4 291, 293; 7 370. — Verhältnis des § 831 zu § 31 4 291. — widerrechtlich i. S. d. § 831 7 367. — Grund der Haftung: Verschulden des Geschäftsherrn? Vermutung e. Verschuldens? 1 1, 486; 3 1, 367; 4 291, 292; 5 354; 6 328 (Gegenbeweis); 7 367; Pflicht zur Beaufichtigung des A. als Haftungsgrund? 2 1, 509, 511; 6 328. — „in Ausführung der Verrichtung“; bloß gelegentlich der Ausführung 1 1, 486, 488, 489; 4 291; 5 355; 6 329; 7 368; vorsätzliche Schädigung nie „in Ausführung d. Verrichtung“ erfolgt 4 292. — Geschäftsherr, Begriff 5 354; 6 328 (Bestehen e. Abhängigkeitsverhältnisses). — muß der Schaden gerade durch d. Mangel, der den Angestellten als zu der übertragenen Verrichtung ungeeignet erscheinen läßt, entstanden sein? 7 367. — subjektives Verschulden des Angestellten Voraussetzung? Haftung für den nach §§ 827, 828 nicht deliktfähigen Angestellten 1 1, 486, 489, 503; 2 1, 510; 4 291, 292; 7 367. — Mithaftung des schuldhaft handelnden Angestellten 1 1, 486; 3 1, 367, 368, 369.

6. Maß der Pflicht d. Geschäftsherrn nach § 831. — Schuld bei der Auswahl des Angestellten 1 1, 488; 4 292. — Haftung für Unterlassung d. Angestellten 7 335. — Beweis und

Gegenbeweis für eine Schuld bei Auswahl 3 1, 341, 366. — Nachweis des Fehlens einer culpa in eligendo 2 1, 510 (bei komplizierten Verrichtungen), 511 (bei Bestellung e. Motorwagenführers s. unten), 512; 3 1, 365; 4 293. — Auswahl eines Betriebsleiters für Straßenarbeiten, technische Fähigkeiten und moralische Qualitäten 6 328. — Ausstellung auf Grund günstiger Auskunft 3 1, 366; 7 351, 369. — Prüfung der Sachkunde u. der Zuverlässigkeit des Anzustellenden 2 1, 511, 512; 3 1, 366; 5 354. — Rücksicht auf das dem Geschäftsherrn zur Auswahl stehende Menschenmaterial 3 1, 367. — bei Auswahl e. Kutschers (s. unten Einzelfälle) zu beachtende Umstände (Lastfuhrmann, Droschkenkutscher, Großstadtkutscher) 3 1, 357; 6 330 (s. unten). — Anvertrauen e. Personenuhrwerks an den bisher nur mit Lastfuhrn betrauten Kutscher 3 1, 368. — Nichtentlassen eines mehrfach disziplinierten Bediensteten 3 1, 367. — Entbindungspflicht bei früheren Prinzipalen 3 1, 368; 5 358. — Ausstellung e. zwar mit technischen Fähigkeiten ausgestatteten, aber praktisch unerfahrenen Arbeiters 3 1, 368. — späteres, unvorsichtiges Verhalten des Angestellten 4 292; 5 355. — Sorgfalt bei Auswahl e. Straßenwärters 4 292. — wann besteht eine Pflicht, die Ausführung der Verrichtung zu leiten? 2 1, 509, 510; 4 291. — „Leitungspflicht“ im Sinne des § 831 BGB. 7 368. — Beweislast für das Vorliegen einer Leitungspflicht 1 1, 487; 6 328. — Entlastungsbeweis des Geschäftsherrn bei Vorliegen einer Leitungspflicht; Ausstellung e. Vertreters für die Leitung 1 1, 486, 487; 2 1, 509, 510; 4 292. — Umfang der Überwachungs- u. Leitungspflicht bei einem großen Betrieb 3 1, 365. — Überwachungspflicht des Werkbestellers gegenüber dem Unternehmer? 7 368. — Überwachung bei einfachen Diensten 3 1, 366. — Überlassung der Pflicht zur Beschaffung der Verrichtungen und Gerätschaften an einen Betriebsleiter 1 1, 488. — „im Verkehr erforderliche Sorgfalt“ identisch mit der vom Verkehr erforderlichen? 3 1, 367 (vgl. Sorgfalt). — nicht sachgemäße Instruktion 5 356.

7. Beweis und Gegenbeweis in den Fällen des § 831 7 368, 369. — über Zurücknahme des Auftrags 6 329. — W., daß der Schaden bei Anwendung der im § 831 erforderlichen Sorgfalt vielleicht entstanden wäre 5 356; 6 329. — W. Thema der Entlastungszeugen 5 357. — Nachweis gehörig geübter Kontrolle zur Entlastung 6 329. — Erfindung des Entlastungsbeweises für die Sorgfalt der Auswahl auf die Person des höheren Angestellten, dem die Anstellung u. Aus-

wahl der zu e. Verrichtung zu bestellenden Arbeiten oblag 7 368. — Entlastungsbeweis bez. e. b. Leitung d. Verrichtung beobachteten Sorgfalt 7 368. — Nachweis, daß die Angestellten kein Verschulden trifft 7 368.

8. Personenkreis nach § 831 f. Staat, Fiskus, Gemeinde. — „zu einer Verrichtung Bestellte“ 1 1, 486; 3 1, 366; 6 328. — der Schadenszufügung nachfolgende Genehmigung zur Zuziehung der Personen für Ausführung der Verrichtung 6 328. — „zur Verrichtung Bestellte“ einer juristischen Person: Unterscheid von den Vertretern 1 1, 488, 489; 2 1, 510; 5 355. — unentgeltlich, vorübergehend Angestellte 4 291. — Assistenzarzt eines staatlichen Krankenhauses 6 329. — Straßenvorwärter 3 1, 366; 4 292; 5 356; 6 306. — Staatsbanbeamte 7 347 (bayer. R.). — Distriktaufseher 3 1, 366. — Polizeidiener 3 1, 366; 5 356. — Schachmeister 3 1, 368; 4 293. — Stadtgenieur 7 368. — Kreisbaumeister 5 356. — Ortsarmenpfleger 3 1, 366. — Stationsvorsteher 2 1, 510; 5 356. — Vertreter des Eisenbahnfiskus 2 1, 26; 4 20; 5 16; 6 311. — Postassistent 5 356, 358; 6 359. — Postillon 1 1, 487; 2 1, 511; 6 329 (Haftung der Post oder des Posthalters?). — Bahmeister 2 1, 510; 6 329. — Gepäckträger der Bahn 1 1, 486, 487 (f. Eisenbahn). — Hausmeister staatlicher Gebäude 3 1, 366; 4 292; 5 356; 6 329. — Bahnhofsportier 3 1, 139; 4 112. — Bahnwärter 1 1, 50. — vom Besteller eines Werkes dem selbständigen Unternehmer als Hilfsarbeiter gestellte Personen Angestellte des Unternehmers oder des Bestellers? 6 328. — von einem Sachverständigen zur Vornahme der ihm aufgetragenen Arbeiten ohne Befragen des Prinzipals zugezogene Arbeiter 6 328. — der von einer Stadtgemeinde Abbruchsarbeiten übertragen erhaltende Unternehmer 6 329. — Agenten einer Versicherungsgesellschaft 6 329. — Angestellte eines Schießbudenbesizers 5 355; 6 329. — Staatslotse 5 358; 6 331. — Geschäftsführer einer GmbH. 5 356. — Vorstandsmitglieder eines nicht rechtsfähigen Vereins 5 356. — Wagenführer der Straßenbahn 5 358. — nicht selbständig, sondern gemeinsam mit dem Geschäftsherrn handelnde Angestellte 5 357. — gesetzliche Vertreter 1 1, 486; 6 302. — Haftung einer Berufsgenossenschaft für ihre Vertreter 7 348. — Überwachungsspflicht e. städtischen Gemeinwesens 7 351. — Haftung d. Revisionverbandes für ein Verschulden der von ihm bestellten Revisoren (§ 55 GenG.)? 7 1095.

9. Einzelfälle des § 831. — Übertragung d. einem Gesellschafter obliegenden Arbeit an

einen Mitgesellschafter 5 356. — Fuhrwerksbesitzer (f. § 823 u. oben) 2 1, 511; 4 293; 5 355; 6 330; 7 370; Pflicht des mitfahrenden Besizers zum sofortigen Eingreifen 5 357. — Haftung e. Kirchengemeinde für den mit Ausbesserung beauftragten Glodengießer? 7 351. — Haftung d. Automobilbesizers (f. Automobil u. § 823) für seinen Führer 3 1, 367; 4 293; 5 358; Pflicht des mitfahrenden Besizers zum Eingreifen bei vorstrafwidrigem Verhalten d. Führers 5 358; 6 330; gegen Wissen u. Willen d. Besizers unternommene Fahrten d. Chauffeurs 6 330; Sorgfalt bei Auswahl e. Chauffeurs 6 330; 7 369, 370. — Haftung d. Hausbesizers bei Aufstellung e. Verwalters (f. § 823) 3 1, 368; 6 309. — Haftung d. Grundbesizers für den durch Legung von Gasrohren entstandenen Schaden 4 293 (f. § 823). — Übertragung e. Umzugs seitens d. Transportunternehmers auf e. Angestellten 7 368. — Bauten f. § 823. — Unternehmer eines Neubaus 1 1, 488; einer Ausschachtung 4 293; Aufsichtspflicht eines gleichzeitig mehrere Bauten ausführenden Baumeisters 5 354; Auswahl eines Fuhrgehilfen auf einem Baugerüst 6 329; Übertragung d. Aufstellung e. Bauzimmers auf e. Polier 7 369, 370. — Bestellung e. ausgebildeten Gesellen u. e. Lehrlings zur Ausführung; Lehrling zur Verrichtung bestellt? 4 291. — Haftung des Provinzial-Schulkollegiums oder des Direktors für den Schuldiener 5 359. — Haftung d. Schulgemeinde für den einem Schüler durch den Lehrer zugefügten Schaden 6 331. — Verhältnis d. § 3 BinnenSchG. zu § 831 5 359. — Anwendung des § 839, wenn die Folgen d. Verschuldens d. Angestellten sich gegen den Auftraggeber selbst richten 5 355. — Haftung d. Fiskus für den durch e. Wärterin einer staatlichen Irrenanstalt angestellten Schaden (Alleinlassen d. Kranken) 6 331. — Unfälle bei Sprengungsarbeiten; Haftung d. Stadt bei Übertragung an einen Unternehmer 6 331. — Haftung d. Bestellers bei Schädigung e. Dritten durch Arbeiten e. Handwerfers 7 369. — Überwachungsspflicht d. Bestellers gegenüber dem Unternehmer e. Werkes? 7 368. — Aufstellung e. Fährknechtes 7 369. — Verlassen auf d. Auskunft früherer Dienstherren bei Anstellung e. Arbeiters oder Dienstknechtes 7 369. — ungenügende Ausbildung e. Wagenführers e. elektrischen Straßenbahn 7 369. — Führung von Wagenzügen e. Feldbahn durch e. Sechzehnjährigen 7 369. — Auswahl der beim Karussellbetrieb tätigen Personen 7 370. — Anwendung d. § 831 auf d. Warenzeichen-Gesetz 6 331; 7 370, 1146. — Übertragung der Abbrennung e. Feuer-

(Unerlaubte Handlungen)

werks **7 370**. — Haftung d. Rechtsanwalts (s. diesen) für seinen Bureauvorsteher **1 1**, 486 (Unterschlagung von in Empfang genommenen Gebühren); **5 359** (falsche Auskunft an die Rechtssuchenden); **5 359** (Versehen bei Beförderung d. Korrespondenz); **6 331**. — Haftung d. Notars für seine Gehilfen **2 1**, 520; **3 1**, 367, 368; **4 305**; **5 371** (s. Beamte, Notar). — § 831 in Anwendung auf Kleinbahnen **3 1**, 367. — Haftung der Eisenbahn bei Herbeiführung des Unfalls durch einen vom Verletzten zu einer Verrichtung bestellten Vertreter **4 293**. — falsche Auskunftserteilung des Bahnangestellten **5 357**. — Haftung d. Eisenbahn für ungeführten Ausgang d. Reisenden **2 1**, 512 (s. Eisenbahn, Haftpflicht). — Unfall e. Reisenden beim Zugang zum Fahrkartenschalter **3 1**, 368. — mangelhafte Bahnhofsbekleidung **6 330**. — Sorgfalt d. Postfiskus bei Auswahl e. Postassistenten **5 358**. — Unfälle von Fahrgästen bei Postbotenfahrten **6 330**. — keine Anwendung d. § 831 auf die Haftung d. Post **1 1**, 487; **2 1**, 511, 512 (s. Post). — Ausschluß d. Haftung d. Eisenbahnfiskus durch Aufstellung e. Angestellten zum Streuen bei Glätte **2 1**, 497, 498. — Eigentümer e. Motorrades, der einem Lehrling das Fahren gestattet **6 330**. — Fahrradboten einer Zeitung **6 330**. — Haftung d. Mieters für Beschädigung beim Umzug **6 331**. — Schadensansprüche gegen den Vertretenen aus einem vom Kläger wegen arglistiger Täuschung d. Vertreters angebotenen Vertrag; Mithaftung d. Vertreters **3 1**, 368, 369. — Gerüßverleiher **2 1**, 501, 502; **3 1**, 366 (Bestellung e. Vertreters). — Haftung d. Bestellers e. Werkes **1 1**, 488; **5 354** („Geschäftsherr?“); **6 312** (Bauherr u. Bauunternehmer; s. **3 1**, 355). — Haftung d. Auftraggebers für einen den Mandatar zufällig treffenden Schaden; Anwendung d. § 831? **2 1**, 510 (s. **3 1**, 368, 369). — Haftung d. Stadtgemeinde für einen von ihrem Förster während seines Urlaubs selbst bestellten Vertreter **1 1**, 488. — Haftung juristischer Personen für außerkontraktliche Handlungen ihrer Willensorgane **4 293**. — Haftung d. Geschäftsinhabers für seine Angestellten **4 294**; **6 331** (Verfehlung d. Angestellten auf dem Gebiet d. gewerblichen Rechtsschutzes); **7 370** u. 1146 (Warenzeichenverletzung durch Angestellte). — vom Prokuristen im Verlauf von geschäftlichen Verhandlungen einem Dritten zugefügte Krediterschädigung **1 1**, 488; **2 1**, 499. — Haftung eines Kreditreformvereins für unrichtige Auskunft seines Geschäftsführers **5 345**. — Haftung des Militärfiskus (s. oben § 823)

für ein dem Offiziersbuchchen durchgehendes Pferd **1 1**, 488; für Krümpferfuhrwerk **6 330**. — Haftung d. Militärfiskus für eine umfallende Telegraphenstange **1 1**, 488. — Haftung des Fiskus bei Unfall eines Militärpflichtigen gelegentlich der Musterung **4 293**. — Schädigung e. Strafgefangenen durch fehlerhafte Behandlung d. Anstaltsarztes; Entlastungsbeweis d. Fiskus **7 368**. — Ausgleiten einer Person auf den längst ausgetretenen Granitplatten in einem Staatsgebäude **2 1**, 511; **4 274**.

10. Haftung des Aufsichtspflichtigen (s. § 832; vgl. § 831). — Verschulden als Haftungsgrund? **1 1**, 486, 489; **4 294**. — Widerrechtlichkeit i. S. d. § 832; subjektives Verschulden des zu Beaufsichtigenden nicht nötig **1 1**, 490, 503. — konfurrierende Haftung d. deliktfähigen oder nach § 829 haftenden zu Beaufsichtigenden **1 1**, 489; **3 1**, 369. — Regreß des nach § 829 haftbaren zu Beaufsichtigenden gegen den Aufsichtspflichtigen **1 1**, 489. — Schädigung des zu Beaufsichtigenden infolge ungenügender Aufsicht **1 1**, 489. — erfordert die Inanspruchnahme d. Aufsichtspflichtigen den Nachweis, daß d. Minderjährige der Aufsicht bedurfte **2 1**, 512. — Maß d. Aufsichtspflicht; Rücksicht auf die Individualität des zu Beaufsichtigenden **3 1**, 369; **4 294**; **7 371**; ständiges, persönliches Aufpassen? **3 1**, 369; **7 371**. — Entlastungsbeweis d. Aufsichtspflichtigen **4 294**; **5 359**. — häufige berufliche Abwesenheit d. Aufsichtspflichtigen **4 294**. — Nichtkenntnis von früheren Erzeissen des zu Beaufsichtigenden **4 294**. — Haftung des seinem Sohn den Beitritt zu einer schlagenden Verbindung gestattenden Vaters für den durch ein Duell des Sohnes verursachten Schaden **1 1**, 475. — Haftung d. Schulleiters? **7 371**. — Haftung d. Schulvorstandes für schadhafte Zustand der Lehrmittel **2 1**, 499. — Haftung der öffentlichen Lehrer nach §§ 832, 839 (s. Lehrer, Beamte, oben § 823 unter Schule) **1 1**, 490, 501, 502; **2 1**, 513; **5 359**; **7 371**; Schulausflug **5 360**; **6 332**; **7 370**, 371; Haftung d. Lehrers für die e. Schüler von einem anderen auf dem Schulhose zugefügte Verletzung **6 332**; mangelnde Aufsicht des Turnlehrers **6 34**. — Haftung der Eltern eines 11 jährigen Kindes, das ein noch kleineres Kind bei Ausführung einer ihm übertragenen gefährlichen Verrichtung beizieht **6 331**. — Umfang d. Aufsichtspflicht der Eltern **1 1**, 490 (gefährliche Spielzeuge); **2 1**, 513; **3 1**, 133, 369 (Rücksicht auf die Individualität d. Kinder, gute Schulzeugnisse; gerichtliche Vorstrafen e. Kindes); **4 294**; Vernachlässigung d. Erziehungspflicht **4 294**; **5 359** (ununterbrochene Aufsicht?); **6 331**; schaden-

stiftende Handlungen des Sohnes in Ausübung seines Berufes; Führung von Schußwaffen durch den minderjährigen Sohn **4 294**; **5 359**; **6 331 (2)**; **7 371**. — Kost- u. Pflegeeltern **1 1, 491**. — Lehrherr **2 1, 512** (bei nicht in seiner Kost u. Pflege stehenden Lehrlingen; Verhältnis zur Aufsicht d. Eltern); **2 1, 513** (Aufsicht außerhalb d. Betriebes); **2 1, 648**; **4 294**. — Aufsicht in Zrenanstalten **1 1, 491**; **4 278** (Haftung d. Staates). — Haftung d. Ehemannes für Handlungen seiner Frau **3 1, 369**. — nicht gemeingefährliche Kranke **5 359**. — Haftung d. Vaters gegenüber dem Kinde aus mangelhafter Aufsicht **1 1, 163**.

XIII. Inhalt und Umfang der Schadenerschaftsansprüche s. Haftpflicht, Änderungsklage, Kaufzusammenhang, Schadenersatz, Schadensfeststellung.

I. Allgemeines. — Verhältnis des Schadens zum Gewährleistungsanspruch **2 1, 498**; **3 1, 215**; **5 351**; **6 303** (zu § 463 BGB.). — Begriff d. Schadens **3 1, 339**. — Erstattungsanspruch wegen ungewissen Schadens (seueregefährliche Anlage) **1 1, 464**; **5 328, 329**. — Abschneiden einer Bezugsquelle als Schaden (s. § 826) **2 1, 504**. — Aussperrung e. Arbeiters als Schaden (s. oben §§ 823, 826) **3 1, 339**. — die durch den Entschädigungsprozeß hervorgerufene Schädigung d. Gesundheit **5 325** (s. Kaufzusammenhang). — nicht pekuniäre Nachteile e. Sachbeschädigung **1 1, 464**. — Publikationsbefugnis als Schadenersatz **4 267**; **5 351**. — Klage auf Widerruf e. Beleidigung **3 1, 355** (s. Unterlassungsklage). — Klage auf Einstellung e. Bordellbetriebes **5 352** (s. oben § 826). — Klage auf Beseitigung e. unberechtigten Zustandes **2 1, 492**. — Abgleichung der beiderseitigen Vor- u. Nachteile **2 1, 493**; Berücksichtigung der infolge des Ereignisses eingetretenen Ersparung an Aufwendungen **6 342, 344**. — Anrechnung d. von einem Dritten aus Anlaß d. Unfalls gemachten Zuwendung **6 303**. — Ausschluß weiterer Schadensansprüche auch gegen Dritte durch Zuerkennung e. Buße **1 1, 471**. — stillschweigender Verzicht auf Schadenersatz bei Eintritt in einen gefahrbietenden Verkehr mit einem Dritten trotz Wissens, daß der Dritte Sicherheitsmaßregeln nicht treffen wird **6 302** (s. Tierhalter); **6 345** (Einfluß auf die Ansprüche der mittelbar Verletzten Hinterbliebenen). — Erlaß der Folgen eines Deliktes vor seiner Begehung **4 264**. — Erstattungsansprüche wegen Unterlassung **1 1, 464**; **2 1, 492**; **3 1, 341**; **4 265**. — Feststellungsklage auf Schadenersatz **5 328**; bei Verletzung e. noch nicht erwerbsfähigen Kindes **5 373**; wenn z. Bt. der Tötung d. Kläger noch nicht unterhalts-

berechtigt war **6 345** (vgl. Feststellungsklage). — Zuspredung von Zinsen aus dem als Wertersatz für e. Raub zuerkannten Betrag neben Zuspredung des entgangenen Gewinns? **7 385**. — Berechnung d. Wertersatzes bei Benutzung e. fremden Grundstückes seitens e. Eisenbahnunternehmers **7 385**.

2. Ansprüche wegen Verletzung einer Person. Haftpflicht, Schadensfeststellung, Änderungsklage. — Anwendung d. § 842 auf alle d. Persönlichkeit verletzenden unerlaubten Handlungen **1 1, 503**. — Anwendung d. § 843 Abs. 2—4 auf das Haftpflichtgesetz **1 1, 504** (s. oben und Haftpflicht). — Schadensanspruch d. Ehefrau wegen Minderung oder Aufhebung ihrer Erwerbsfähigkeit, Anspruch des Mannes **4 308**; **5 373, 375**; **6 345, 346, 454** (s. Haftpflicht); **7 384, 385, 1047 (2)**. — Anspruch d. Mannes auf Ersatz d. Verdienstes, den die verletzte Frau durch Arbeit für Dritte hatte **7 475 (2)**. — Ansprüche d. Berufsgenossenschaften **1 1, 503, 504** (s. § 332). — Begriff d. Erwerbsunfähigkeit **2 1, 521**. — Begriffe „Erwerb“ und „Fortkommen“ im § 842 **7 380**. — voraussehbare u. nicht voraussehbare Erwerbsunfähigkeit **1 1, 504**. — krankhafte Disposition d. Verletzten **3 1, 338**; **4 263**; **5 329** (vgl. Kaufzusammenhang). — Verletzung e. wegen Krankheit ohnehin Erwerbsunfähigen **6 342**. — Urteil auf Feststellung d. Pflicht zur Zahlung einer Rente; Sicherheitsleistung für dieses Urteil? **4 307**; **6 798**; Feststellungsklage (vgl. diese) bei Verletzung eines noch nicht Erwerbsfähigen **5 373**. — Möglichkeit, an Stelle d. bisherigen Gewerbes e. entsprechende andere Tätigkeit zu finden? **2 1, 521**; **7 382**. — über die Frage, inwieweit die zeitliche Beschränkung der Rente im Urteil über den Grund zu erfolgen hat s. Zwischenurteil. — Bemessung der Rente bei einem Berufswechsel **7 382**. — darf d. Verletzte e. ihm offen bleibende Erwerbsart aus persönlicher Abneigung abschlagen? **1 1, 504**; **2 1, 521**. — Berücksichtigung d. künftigen Gestaltung d. Verhältnisse bei Bemessung d. Rente **4 76, 306, 307 (2)**; **5 372, 373, 797, 808**; **6 342 (2)**; **7 106, 380, 381, 795 (f. Änderungsklage)**. — Verletzung e. noch nicht Erwerbsfähigen **3 1, 381 (2)**; **5 373**. — Ansprüche d. Vaters wegen Verletzung e. Kindes **3 1, 382**; **4 294**; **7 382**. — Pfändung d. Rente nach § 843 **5 374**. — Pfändbarkeit einer aus einem Unfallversicherungsvertrag zustehenden Entschädigungsforderung **2 1, 521**. — Änderungsklage, wenn d. Geschädigte e. Verminderung d. Unfallsfolgen durch eigenes Verschulden verhindert hat **7 809**. — Unterlassung d. Be-

(Unverlaubte Handlungen)

Schränkung d. Rente bis auf ein bestimmtes Alter, wenn d. Verletzte voraussichtlich wegen d. schweren Unfallsfolgen ein solches Alter doch nicht erreicht 7 809. — Berechnung d. Schadens bei e. von seinen Renten lebenden oder bisher von seiner Erwerbsfähigkeit keinen Gebrauch machenden Verletzten 7 381. — Schaden infolge notwendiger gewordener Aufgabe e. Geschäftes 7 380. — Anrechnung im voraus auf Grund einseitiger Verfügung geleisteter Zahlungen 7 380. — teilweise Ausgleichung d. Schadens durch Verwendung e. Hilfsperson in dem Gewerbebetrieb d. Verletzten 5 797; 7 795, 796. — Schädigung e. Versicherter, Verweisung auf d. Versicherung; Verlangen d. Abtretung d. Versicherungsanspruchs 4 278. — Anrechnung der von e. Versicherung bezahlten Beträge auf den Schadensanspruch? 1 1, 504; 2 1, 521; 5 332 (Unfallversicherung); 6 342 (private Versicherung). — Berücksichtigung eines zwischen Verletzten und Ersatzpflichtigen bestehenden Dienstverhältnisses 7 382. — Anrechnung e. Pension 6 342. — Berücksichtigung d. abstrakten Erwerbsmöglichkeit oder nur des früheren tatsächlichen Erwerbs 7 381. — Einfluß e. geschlichen Unterhaltsanspruchs d. Verletzten gegen Verwandte auf die Höhe d. Schadensanspruchs? 6 342 (2). — Einfluß d. Unterhaltspflicht d. Mannes auf den Schadensanspruch der Frau 2 1, 616; 4 308; 5 373, 375 (vgl. Unterhaltspflicht). — Erschwerung oder Verringerung d. Verletzten bez. häuslicher Verrichtungen 7 382. — dauernde Minderung d. Arbeitskraft e. in seinem Geschäft selbst tätigen Metzgers 7 382. — Bemessung d. Rente nach Prog. d. geminderten Erwerbsfähigkeit 6 342. — von der Ehefrau in ihrem selbständigen Erwerbsgeschäfte nebenbei mitbeschäftigter kranke u. sonst verdienstloser Ehemann 7 382. — Minderung d. Rente wegen Verheiratung der verletzten Frauensperson 3 1, 473; 3 2, 142 (s. Aenderungsklage). — Anspruch der verletzten Ehefrau auf Ersatz der Kur- und Pflegekosten bei Verauslagung derselben durch den Mann 6 345. — Klageantrag, der die Festsetzung d. Höhe d. Rente dem Gericht überläßt 6 794 (s. Klageantrag). — Berechnung d. Schadens bei e. Mehrheit von Verletzern 7 381, 382. — Unterhaltskosten d. Tochter, die wegen Verletzung d. Mutter unter Aufgabe ihrer Stelle in das elterliche Hauswesen zurückkehrt 7 384. — gehört d. Bestimmung d. Zeit d. Rente zum Verfahren über den Grund oder über den Betrag d. Anspruchs? 6 342 (vgl. Zwischenurteil). — Haftung des Schädigers gegenüber d. Krankenkasse 5 372. — kein Recht des Richters, im Urteil eine andere Zahlungsart

als die des § 760 BGB. anzuordnen 7 298, 380. — Einwand d. Beklagten, daß Kläger unterhaltspflichtige Verwandte hat 7 495. — Bestimmung d. Zeit d. Rente im Urteil 4 702 (s. Haftpflicht); 6 342; 7 380, 381. — Beweis, daß d. Verlebte z. Zt. seines Todes ohne Gefährdung seines standesgemäßen Unterhalts dem Kläger Unterhalt nicht gewähren konnte 5 797. — Beweis, daß Kläger durch Annahme e. kaufmännischen Gehilfen an Stelle d. Verlebten sein Geschäft weitertreiben könne 5 797; 7 795, 796. — Beweis späterer Schmälerung d. Verdienstes d. Klägers 5 797. — Pflicht des Richters, durch Ausübung d. Fragerechts den Kläger zur Änderung seines Leistungs- in einen Feststellungsantrag zu veranlassen, wenn mangels der Voraussehbarkeit d. künftigen Gestaltung d. Erwerbsverhältnisse d. Festsetzung der Rente z. Zt. unmöglich ist 6 781, 782. — Verlangen von Sicherheitsleistung nachträglich nach Urteilsersatz 5 808.

3. Kapitalabfindung. — Formel für Berechnung d. Abschlagskapitals 1 1, 504. — R. bei e. Mehrheit von Schädigern 7 381, 382. — R. wegen Unmöglichkeit e. Sicherheitsleistung seitens d. Verletzten 1 1, 504. — in der Person d. Ersatzberechtigten liegende Gründe für R. 2 1, 521; 6 1070 (Wohnen d. Klägers im Ausland?). — in der Person d. Pflichtigen liegender Grund für R.; Verkauf d. Anwehens seitens d. gegen Haftpflichtfälle versicherten 5 373. — Zwischenurteil nach § 304 ZPO. über Kapitalabfindung 5 374, 375.

4. Tötung einer Person s. Aenderungsklage. — Körperverletzung mit Todesfolge 1 1, 504; 4 308; 5 374; 6 343. — jahrlässige T. 1 1, 505; 4 308; 6 343. — T. e. Dienstverpflichteten (§ 618 BGB.) 7 252. — vorsätzliche oder fahrlässige Verursachung e. Selbstentlebung 4 308. — Voraussehbarkeit des tödlichen Erfolgs nicht Voraussetzung d. Haftung 5 374; 6 343. — Stützen d. Anspruchs auf den Frachtvertrag bei einem Eisenbahnunglück? 2 2, 254; 5 723, 1038; 6 345 (s. Eisenbahn unter Personenbeförderung). — eigenes Verschulden d. Getöteten 2 1, 521 (2). — eigenes Verschulden der Ersatzberechtigten 2 1, 521, 522. — Cideszuschiebung an den mittelbar Geschädigten über eigenes Verschulden des Getöteten 7 322. — Rechtsnatur d. Anspruchs der gegenüber dem Getöteten Unterhaltsberechtigten; abgeleiteter oder selbständiger Anspruch? 6 343. — Nichterfüllung d. Unterhaltspflicht bei Lebzeiten des Getöteten 1 1, 505. — uneheliche Kinder 1 1, 505; 1 2, 143; 2 1, 521; 7 383. — Tötung e. zur Unterhaltsgewährung noch nicht Fähigen 1 1, 505. — Ge-

währung standesgemäßen Unterhalts (Berufsausbildung) an die ehelichen Kinder **1 1, 505.** — Einfluß d. Bezugs einer Unfallrente **6 343/344.** — Anrechnung d. vom Getöteten ererbten Vermögens oder der Witwe u. d. Kindern infolge d. Todes zufließenden Bezüge (Pension) **6 344; 7 383.** — Einfluß d. Freiwerdens d. Frauenvermögens von dem Nießbrauchsrecht des getöteten Mannes **6 344.** — Anrechnung d. Lebensversicherungssumme auf d. Rente d. Witwe **7 383.** — Anrechnung d. vom Knappschaftsverein d. Witwe e. Bergmanns gezahlten Witwenrente **7 383.** — gänzliche Aufzehrung d. eigenen Vermögens als Voraussetz. für den Unterhaltsanspruch? **5 374; 6 343.** — Einfluß d. Vorhandenseins anderer unterhaltspflichtiger u. fähiger Personen auf den Schadensanspruch **6 343.** — Einfluß d. Wegfalls d. Pflicht d. Witwe oder einer im Haushalt d. Vaters tätig gewesenen Tochter zur Leistung häuslicher Arbeiten (§ 1356) u. des Freiwerdens ihrer Arbeitskraft auf die Höhe ihrer Ansprüche **6 108, 344.** — Ansprüche d. Witwe **1 1, 505; 6 344; 7 382** (gütergemeinschaftliche Witve; Anrechnung d. Nutzung am Gesamtgut). — Anspruch der von ihrem Mann getrennt lebenden oder angeblich ein eheliches Leben führenden Witwe **7 383.** — Berechnung d. Witwenrente nach ihrem oder des Mannes Lebensalter? **5 374; 6 345; 7 382.** — Schadensanspruch d. Witve wegen Übergangs d. Unterhaltspflicht gegenüber den Kindern auf sie **5 374; 6 344 (2).** — Wiederverheiratung d. Witve **1 1, 505; 4 307; 7 383.** — zeitliche Dauer d. Anspruchs d. Kinder d. Getöteten **7 382.** — Aktivlegitimation d. Witve zur Einklagung der ihr mit den Kindern zusammen gebührenden Magrente **1 1, 505; 6 344.** — Anspruch d. unehelichen Kindes bei E. des Vaters **1 1, 505; 1 2, 143; 2 1, 521; 7 383.** — Anspruch d. Vaters bei Tötung d. unterhaltspflichtigen Sohnes **6 345.** — Beerdigungskosten, Kosten für Grabstein, Blumen, Todesanzeigen **4 308; 5 373, 374** (s. Beerdigung, Haftpflicht). — Feuerbestattung **4 308.** — Transportkosten u. ärztliche Behandlung d. Verletzten **4 308; 6 345.** — Beerdigungskosten für ein todegeborenes Kind **5 374.** — Berücksichtigung der voraussichtlichen künftigen Gestalt der Dinge bei der zeitlichen Begrenzung der Rente **4 307, 308** (s. oben Verletzung einer Person). — Nachweis d. Voraussetzungen d. §§ 1601—1603 u. d. Grundes für Kapitalabfindung im Verfahren über den Grund d. Anspruchs **5 375.** — Feststellungsfrage des z. Zt. noch nicht Unterhaltsbedürftigen **6 345.** — Ausschluß... d. Ansprüche der mittelbar Verletzten durch stillschweigenden Haftungsausschluß seitens d. Getöteten **6 345.**

5. Entschädigung für verlorene Dienste des Verletzten vgl. auch oben Ziff. 2 u. 4. — Maßstab für Berechnung **6 345.** — häusliche u. gewerbliche Dienste d. Ehefrau **1 1, 505; 4 308; 5 373; 375** (Umfang d. Entschädigung); **6 345; 7 1047 (2).** — Verletzung e. nicht mehr dem elterlichen Hausstande angehörnden oder bei Verwandten untergebrachten Kindes **3 1, 381.** — Anwendung d. § 845 auf Haftpflichtfälle? **3 1, 336, 382, 679.**
6. Nicht vermögensrechtlicher Schaden (§ 847) vgl. Schmerzensgeld. — Rechtsnatur d. Anspruchs **4 309.** — compensatio lucri cum damno bei Nichtvermögensschaden **2 1, 522.** — Maßstab **1 1, 506; 5 376; 6 346; 7 384.** — Verjährung **4 309.** — Übertragbarkeit? **6 346.** — Verschulden als Voraussetzung **1 1, 506.** — eigenes Verschulden des Verletzten **2 1, 523.** — Verhältnis zum Bußanspruch **1 1, 506; 2 1, 522.** — besondere Begründung des Anspruchs nach § 847 nötig? **5 375; 6 346.** — Schmerzensgeld neben der Unfallrente? **1 1, 506; 7 385.** — Zusprechung e. Nichtvermögens- trotz Verneinung e. Vermögensschadens? **2 1, 523; 5 375.** — Anwendung d. § 847 in den Fällen des § 836 **3 1, 377, 382.** — keine Anwendung d. § 847 bei Vertragshaftung **6 101, 346; 7 384.** — Anwendung d. § 847 nur bei Vorliegen d. Voraussetzungen d. §§ 823, 825 **1 1, 505;** bei Haftung für fremdes Verschulden? oder bei Haftung nach Haftpflicht. **4 309; 5 375, 376; 6 311; 7 384 (4).** — Anspruch d. Arbeiters gegen den Arbeitgeber auf Schmerzensgeld **5 376.** — Ausschließung d. Vermögens- u. Nichtvermögensschadens im Urteil **2 1, 522.** — im Kindesalter stehendes Mädchen als Anspruchsberechtigter nach § 847 Abs. 2 **5 374.** — Verbrechen nach § 176 Ziff. 3 StGB. **6 346.** — Zuständigkeit d. Amtsgerichte zur Beurkundung einer Vereinbarung d. unehelichen Vaters u. d. unehelichen Mutter nach § 847 Abs. 2 **5 376.** — Anwendung bei Haftung nach § 833 **1 1, 494, 506; 3 1, 371; 5 375; 6 346.** — Schmerzensgeld in Fällen d. § 618 BGB. **7 252** (s. Schmerzensgeld). — Schmerzensgeld für psychische Nachteile **7 384, 385 (2).** — Ausschluß einer Entschädigung wegen nichtvermögensrechtlichen Schadens durch reichlichen Ersatz d. Vermögensschadens? **7 385.** — Entschädigung für Nervosität **7 384** (vgl. Kaufzusammenhang).
7. Haftung für Zufall bei Rückgabe einer Sache (§ 848). — Rechtsgrund **2 1, 523.** — Anwendung d. § 848 gegen den, der den Besitz durch verbotene Eigenmacht erlangt, aber kein Recht auf Übergabe hatte **2 1, 523.** — Mahnung

(Unerlaubte Handlungen)

im Falle d. § 848 nicht nötig **3 1, 382.** —
Kürzminderung einer Aktie **6 346.**

8. Erfaß wegen Entziehung od.
Beschädigung einer beweg-
lichen Sache (§ 851). — Leistung an
den Pfändungspfandgläubiger **2 1, 523.** —
Schadenserfaß wegen Entziehung von
Zubehör im Zwangsversteigerungsver-
fahren **4 309.**

XIV. Verjährung des Schadens-
erforschungsanspruches. — Übergangsrecht
4 542; 7 386. — vor 1900 begangene
u. H. bei Kenntnis nach 1900 **6 347.** —
analoge Anwendung d. § 852 auf andere
u. H. als die der §§ 823 ff. **1 1, 506.** —
Anspruch aus ungerechtfertigter Berech-
erung trotz Verjährung d. Deliktklage **2 1,**
523. — Beginn d. Verjährung im Fall
d. § 829 **3 1, 363, 364.** — Beginn d. Ver-
jährung mit wirklich erlangter Kenntnis;
Kenntnißmüssen ungenügend **4 309.** —
Beginn d. V. bei erst nachträglich erkenn-
bar werdenden Folgen d. Unfalls **3 1, 382;**
4 309; 6 347; 7 385. — Verjährung bei
fortdauernden, periodisch wiederkehrenden
Nachteilen **6 347.** — Anwendung des
§ 852 auf den Schadensanspruch wegen
ungerechtfertigter Bereicherung **3 1, 382.**
— V. d. Anspruchs auf Schmerzensgeld
4 309. — Verjährung d. Anspruchs nach
§ 463 BGB. **6 347.** — V. des Anspruchs
aus Verletzung d. Miet- oder Leihsache
4 309; 6 347. — Anwendung d. § 852 im
UnfWG. **6 347.** — V. d. Regreßansprüche
d. Berufsgenossenschaft **4 309; 5 376.** —
V. d. Regreßansprüche d. Krankenkasse
oder d. Armenverbandes **5 376.** — V. d.
Erfaßklage wegen rechtswidriger Ver-
leistung zur Beteiligung an einer GmbH.
6 347. — Anwendung d. § 852 auf d.
Haftung d. Staates wegen Verlebens
seiner Beamten nach art. 1384 code
civil **7 581.** — Aufhebung d. Art. 6 G.
v. 30. VIII. 71 für Elsaß-Lothringen
4 309. — Verweigerung der Erfüllung e.
Forderung d. unerlaubt Handelnden seitens
d. Verletzten trotz Verjährung d. An-
spruchs auf Aufhebung der Forderung
4 310. — Beginn d. Verjährung bei Un-
gewißheit über die Höhe des Schadens-
erforschungsanspruches **7 385.** — V. d. Unter-
lassungsanspruches **7 385.** — Berufung
der vom Verletzten aus gebiertem Rechte
d. Tierhalters in Anspruch genommenen
Versicherungsgesellschaft nach § 852 BGB.
7 385.

Unfall i. Eisenbahn-, Fahrstuhl-, Jagd-,
Maschinen-, Schul-, Straßen-, Theater-,
Turn- u., unerlaubte Handlung, Haft-
pflicht, koncurr. Verschulden. — Haftung des
Vermieters für U. im Hause **2 1, 292; 3 1,**
138, 230; 5 207, 208 (vgl. § 823). — U. im
Gerichtsgebäude, Haftung d. Aufsichtsrates **3 1,**

24; 4 20; 5 18. — U. in e. Ausstellung
3 1, 140; 4 112. — U. im Wald, Gewässern,
an Abhängen; Umfang der Haftung **7 137.**
— U. durch eine heftig aufgestoßene Tür
4 106. — durch e. aus einer Schießbude
zurückprallende Kugel **3 1, 129.** — U. des
aus Gefälligkeit mitgenommenen Fahrgastes
5 97 (vgl. Fahrgast). — U. bei Leibesübun-
gen **1 1, 188.** — U. e. Arztes auf der Fahrt
zum Kranken mit dessen Fuhrwerk **5 119,**
233. — U. bei Fensterputzen **3 1, 102, 259;**
4 199. — Treppen-U., Anwendungsfälle
d. § 254 **3 1, 102, 104; 4 86, 90; 5 97,**
116. — Straßen-U., Haftung der Stadt-
gemeinde **3 1, 24; 4 20, 21; 5 17, 18, 120.**
— Straßen-U. **1 1, 165; 5 116, 117**
(Antrieb zu schnellem Fahren). — Schul-U.,
Haftung des Staates bzw. der Gemeinde
3 1, 23, 140; 4 21. — U. Minderjähriger
(§ 276) **2 1, 189; 3 1, 132, 133; 4 108; 5**
114. — vertragl. Haftung des Gastwirts
für U. des Gastes **2 1, 290; 3 1, 135, 136;**
4 106, 107, 110. — Treppen-U. in einem
Miethause **3 1, 136, 138.** — Haftung für
Treppen-U. aus § 618 **3 1, 258.** —
Trunkenheit als Ursache oder Mit-
ursache **1 1, 165.** — Anwendungsfälle des
§ 254 (f. konkurrierendes Verschulden) bei
U. auf Straßen **2 1, 150; 3 1, 102; 4 85;**
5 96; bei Automobil-U. **3 1, 102; 4 85;**
5 94, 96; auf Grundstücken **2 1, 151** (Keller,
Abort, Baustelle); in Betrieben **2 1,**
151; 3 102 (Fabrik, Theater, Bäckerei);
in Gebäuden **3 1, 102; 4 86, 89; 5 97;** auf
der Rennbahn **5 97.**

Unfallversicherung i. Berufsgenossenschaft,
Versicherungsvertrag, Haftpflichtversiche-
rung. — Anwendung d. Art. 169 GG BGB.
auf die Regreßansprüche d. Berufsgenossen-
schaften nach §§ 96, 98 UnfWG. **3 1,**
692; 4 542. — Anwendung des neuen
GewUnfWG. bez. der vor 1. X. 00 ent-
standenen Ansprüche der Berufsgenossen-
schaften gegen den Schuldigen? **6 594.**
— Begriff des Unfalls: Sturz infolge
Schlaganfalls; im Innern des Körpers
sich abspielende Vorgänge; physische,
thermische Einwirkungen, Infektionen
5 342. — Pfändbarkeit der aus einem
U.-vertrag zustehenden Entschädigungs-
forderung **2 1, 521.** — Anwendung des
§ 852 (Verjährung) im UnfWG. **6 347;**
Verjährung der Regreßansprüche der Be-
rufsgenossenschaft **4 309; 5 376.** — U.-
ansprüche der trotz Verbots in e. Fabrik
beschäftigten Kinder unter 13 Jahren **6 56.**
— Kaufszusammenhang in der privateu
U. **2 1, 153 f.** — Operationspflicht des
Verletzten **2 1, 145 f.** (vgl. konkurrierendes
Verschulden, Kaufszusammenhang). —
Verhältnis des § 617 zum Recht der U.
2 1, 350. — Übergang der Forderung
des Verletzten gegen den Täter auf die

Berufsgenossenschaft **1 1, 314; 4 148.** — Auslegung der sog. „Gliederkarte“ **7 67.** — Tod in Karlsruhe als Folge des Unfalls? **7 104.** — Pflicht der von einer Berufsgenossenschaft eine Rente beziehenden Hinterbliebenen eines durch die Eisenbahn Getöteten zur Abtretung der ihnen nach dem Haftpflicht. zustehenden Ansprüche **7 117.** — Unterlassen d. Geltendmachung e. Anspruchs gegen d. U. als konfurrierendes Verschulden nach § 254 Abs. 2 BGB. ? **7 115.** — Festsetzung d. Invalviditätsgrades durch ein Arztekollegium; Einstimmigkeit nötig? **7 154.** — Einwand der Trunkenheit d. Verletzten **7 366.**

Ungebühr vgl. Sitzungspolizei. — U. in Eingaben und Schriftsätzen **3 2, 333; 6 736.** — U. in der freim. Gerichtsbarkeit s. diese.

Ungerechtfertigte Bereicherung.

I. Allgemeines. — Verhältnis des BGB. zum römischen Recht **1 1, 451, 452.** — Rechtsnatur der Kondition **2 1, 477, 478.** — Subsidiarität des V.-anspruchs? **2 1, 482; 7 323.** — Verhältnis der ungerechtfertigten V. zu § 687 **2 1, 482.** — Einfluss des Irrtums **2 1, 482.** — Anwendung der Vorschriften über ungerechtfertigte V. auf das Verwaltungsgerichtsverfahren? **3 1, 327.** — Anwendung der Vorschriften über ungerechtf. V. auf das öffentliche Recht **5 318 (s. 6 299).** — Gerichtsstand des § 29 ZPO. für Konditionen? **5 318.** — Übergangsrecht: Anwendung des § 817 auf vor 1900 geschlossene Schulverhältnisse **1 2, 419.** — Rückgewähranspruch aus §§ 346 ff. BGB. kein Anspruch aus ungerechtfertigter V. **2 1, 229.** — Unterschied zwischen Herausgabe e. V. u. Pflicht zum Schadenserzatz oder zum Ersatz von Aufwendungen **3 1, 109; 6 296 (3);** Aufwendungen auf ein gekauftes Grundstück bei Nichtigkeit des Kaufes nach § 313 BGB. **6 296.** — Konkurrenz mit anderen Ansprüchen (s. oben Subsidiarität) **2 1, 482** und **3 1, 326** (Besitzanspruch); **2 1, 481 u. 3 1, 327** (Zusammentreffen des V. mit dem Geschäftsanspruch); **3 1, 329** (mit Anspruch nach § 823 BGB.); **5 853** (Verhältnis zur Vollstreckungsgegenklage); **2 1, 482** (Anfechtung); **7 323** (bei Vertragsrücktritt). — Konkurrenz m. Schadenserzatzanspruch **1 1, 456; 4 258 (2).** — Verhältnis zur Wandelung **7 324.** — Verhältnis der ungerechtf. V. zur Aufrechnung u. Zurückbehaltung **2 1, 480, 481, 484 (s. 1 1, 278 ff.); 3 1, 180.** — Recht des Schuldners, der eine seiner Pflicht nicht entsprechende Leistung machte, die wirklich geschuldete Leistung bis zur Zurückerstattung des Geleisteten zurückzuhalten **3 1, 327.** — Rückforderung des trotz Aufrechnungsmöglichkeit Gezahlten **1 1, 455; 2 1, 481, 484; 3 1, 330 (s. unten).** — concursus duarum cau-

sarum lucratarum **1 1, 185, 266; 4 131.**

II. Bemerkung **2 1, 482; 4 257.** — über Nichtertritt des bezweckten Erfolges **3 1, 328.** — über das Nichtbestehen der Verbindlichkeit, Irrtum **1 1, 265; 3 1, 328; 4 256; 7 325.** — für d. Nichtmehrereichertsein **3 1, 328, 333; 4 260; 6 298.** — des Klägers bei Rückforderung einer Leistung **1 1, 454.** — im Fall des § 815 **4 259.** — im Fall des § 814 **5 321.** — bei Rückforderung einer Vorbehaltszahlung **1 1, 265 f.**

III. Einzelfälle.

1. Vom Willen des Konditionsgläubigers unabhängige Bereicherung (§§ 812, 816, 821) i. Zwangsvollstreckung unter Einwendungen. — Anwendung des § 816 auf nicht rechtsgeschäftliche Verfügungen **1 1, 457** (Zwangsvollstreckung, Arrest). — Zwangsvollstreckung ohne gültigen Titel **3 1, 329; 4 257, 733.** — Pfändung trotz e. nach Erlaß des Schuldtitels gewährten Stundung **3 1, 329.** — Zwangsvollstreckung ohne ordnungsmäßige Zustellung des Schuldtitels **6 296.** — Klage des Grundstücksnießbrauchers gegen den die Mietzinsforderungen pfändenden Gläubiger **3 1, 329.** — Kondition des von der Versteigerung ausgenommenen Zubehörs **6 296.** — Versteigerung von dem Schuldner nicht gehörigen Sachen seitens des Zwangsvollstreckungsgläubigers **1 1, 456, 457; 3 1, 331, 332; 3 2, 534, 539, 556; 4 259** (Anspruch gegen den durch die Versteigerung befreiten Schuldner), **734, 856; 5 321, 856; 6 887, 889** (Verjüngung d. Widerspruchsklage nach § 771 ZPO.), **896; 7 328** (Wegfall d. V. durch Aufgabe von Wechseln und Sicherheiten?), **329.** — Pfändung fremden, dem Schuldner nicht gehörigen Geldes **3 1, 331.** — Versteigerung unpfändbarer Sachen (§ 811 ZPO.) **4 742** (vgl. unpfändbare Sachen). — Pfändung einer unpfändbaren Forderung; Wirksamkeit der vom Drittschuldner bis zur Anfechtung des Pfändungsbeschlusses gemachten Zahlungen **3 1, 329.** — Pfändung von Arbeitslohn in einer wegen späteren Lohnausfalls unzulässigen Höhe **4 259, 747, 758.** — Untergang eines Rechts an einer Sache durch Verschweigung des Eigentümers bei Veräußerung der Sache **1 1, 456.** — keine Anwendung des § 816 BGB., wenn die Wirkung der Verfügung des Nichtberechtigten durch eine neue Verfügung aufgehoben ist **7 329.** — Klage des Eigentümers einer einem Dritten abgepfändeten u. versteigerten Sache auf Herausgabe des Erlöses gegen den gutgläubigen Pfändgläubiger **3 1, 332.** — V. des Erstehers e. subhaftierten Grundstücks durch Ver-

(Ungeredtfertigte Bereicherung)

einnahmung der einem Dritten abgetretenen Mieten **7 329**. — **B.** des Pfändungspfandgläubigers auf Kosten eines nicht im Besitz der Pfandsache befindlichen Dritten, der ein Recht auf vorzugsweise Befriedigung aus der Pfandsache hat **1 3, 263; 2 1, 483; 3 2, 563; 4 258; 5 321** (Vermieter); **7 328, 329 (4)**. — Auflösung eines fremden Grundstückes **1 1, 456, 457 (2)**. — Kondition der aus dem Schulverband ausgeschlossenen Gemeinde gegen eine durch die Neuordnung begünstigte Gemeinde **6 297**. — Klage des Grundstücksäufers auf Löschung einer nicht übernommenen Hypothek **3 1, 329**. — **u. B.** des Grundstücksverwerbers durch Löschung einer Vormerkung auf Grund einer Löschungsabewilligung der Erben des vorgemerkten Gläubigers, die wegen Zession ohne Wissen des Erwerbers zur Löschung nicht mehr befugt waren **1 1, 457**. — Klage gegen den zu Unrecht im Vorrang vor dem Kläger im Grundbuch Eingetragenen; Kenntnis des Beflagten von dem früheren Eingang des klägerischen Antrags **3 1, 329; 5 320**. — Anspruch des Konkursgläubigers, dessen Forderung aus Versehen nicht zur Verteilung gelangt ist, gegen die übrigen Gläubiger **5 319**. — **u. B.** durch Eingreifen in ein Patentrecht **1 1, 453**. — Klage des wegen der Unkosten belangten Vaters eines durch Fahrlosigkeit eines Dritten verletzten Kindes gegen den Schädiger **4 258**. — Bereicherungsflagge des im Verteilungstermin Widersprechenden, aber die Frist zur Klage nach § 878 Abs. 2 ZPO. verjährender? **3 1, 330** (i. Verteilungsverfahren). — Vorrachteinräumung für eine aus einer nicht valuierten Sicherungshypothek für Baugeld entstehende Eigentümergrundschuld **4 258**. — Einziehen nicht beschlagnahmter Mietzinsen seitens des Konkursverwalters zum Nachteil der Hypothekgläubiger **2 1, 483, 484**. — Benutzen eines fremden, nicht vernietbaren Hauses **2 1, 481; 5 319**. — Anspruch des das Pfandgrundstück in der Subhaftation erwerbenden Hypothekgläubigers auf Herausgabe der vor Beschlagnahme an den Eigentümer gezahlten Versicherungssumme für versichertes Zubehör? **4 258**. — **u. B.** auf Grund eines gegen § 2302 verstoßenden Erbvertrags **3 1, 650; 5 592**. — nachträgliche Genehmigung der Verfügung des Nichtberechtigten **1 1, 456**. — Verfügungen eines Nichtberechtigten (§ 816), die nicht schon im Augenblick ihrer Vornahme, sondern erst von einem späteren Zeitpunkt ab rechtliche Wirkung gegenüber dem Berechtigten erlangen **3 1, 331**. — **W.**-flagge der Frau gegen den vom Mann mit Mitteln des Eingebrachten befriedigten Gläubiger des

Mannes **4 379**. — Veräußerung der Pflichten durch den Konkursverwalter des Mieters ohne Rücksicht auf das Pfandrecht des Vermieters **3 1, 332**. — **u. B.** eines ausgeschiedenen Gesellschafters einer offenen Handelsgesellschaft durch Zurückhalten von Gesellschaftsvermögen **4 258**. — **u. B.** durch Verbindung, Vermischung, Verarbeitung, Fund, originären Besitzerwerb **2 1, 479; 4 258** (Dängen eines fremden Grundstücks). — wegen unrichtiger Zuteilung eines Betrages im Verteilungsverfahren **6 938 f.** — des nicht rechtzeitig nach § 37 Biff. 4 ZPO. Anmelgenden gegen den dadurch zur Hebung gelangten Gläubiger **2 2, 382; 3 2, 310**. — **u. B.** aus dem Versteigerungserlös; Voraussetzungen u. Umfang des Anspruchs auf ihre Herausgabe im Falle des § 37 Biff. 5 ZPO. **2 2, 373; 5 911 f.; 6 946**. — feine **u. B.** der Konkursmasse wegen Befriedigung von Konkursgläubigern aus dem Versteigerungserlös eines Grundstückes **6 947**.

2. Bereicherung mit Willen des Konditionensgläubigers durch eine Leistung desselben. — Begriff der „Leistung“ nach § 812 Abs. 1 **2 1, 479; 3 1, 327**. — Ausstellung eines Schuldcheines als Leistung? **3 1, 327**. — Eingehung einer Verbindlichkeit als Leistung **4 256; 5 318**. — Verzicht als Leistung **5 318**. — Einräumung eines Vorranges als „Leistung“ **3 1, 329; 5 320**. — Erlaß ohne rechtlichen Grund als Leistung **2 1, 249; 3 1, 185**. — Eingehen einer abstrakten Verbindlichkeit als Leistung **6 296**. — Hypothekbestellung als Leistung **7 329**. — Rechtsnatur d. solutio indebiti **1 1, 455**. — Voraussetzungen d. *condictio indebiti* **1 1, 265; 3 1, 328; 4 256; 6 295**. — Ausschluß der Rückforderung bei bewußtem Hinweggehen über bestehenden Zweifel am Bestehen der Schuld **7 323, 328**. — Leistung auf Grund eines wegen Formmangels nichtigen Vertrages **1 1, 456** (Kaufpreiszahlung bei nichtigem Grundstückskauf); **2 1, 212, 480** (nichtiger Grundstückskauf); **485; 3 1, 327; 5 318; 6 296; 7 324, 328**. — Kondition bei e. nach § 125 BGB. nichtigen Geschäft nach beiderseitiger Erfüllung? **7 328 (2)**. — Rückforderung auf Grund e. nach § 313 BGB. nichtigen Vertrags **6 296; 7 324**. — Rückforderung des auf Grund e. nach § 66 BörG. älterer Fassung nichtigen Börsentermingeschäfts Geleisteten **7 324, 328** (§ 48 BörG.). — Bereicherungsanspruch aus dem nichtigen Versicherungsvertrag eines Minderjährigen **7 327**. — Leistung auf Grund eines wegen Formmangels ungültigen Geschäfts bei Heilbarkeit des Mangels durch Erfüllung **2 1, 480**. — Leistung auf Grund unwirksamen Ver-

gleichs **5 318**. — Leistung des Bürgen trotz mangelnder Schriftlichkeit der Bürgschaft **1 1, 433** (s. Bürgschaft). — Rückforderung der zu Unrecht bezahlten Krankenkassenbeiträge seitens d. Arbeitgeber **7 327**. — Rückforderung einer den Betrag der beschränkten Haftung übersteigenden Zahlung **2 1, 485; 5 76**. — Rückforderung der von einer Fabrik für ihre Arbeiter an eine falsche Krankenkasse gezahlten Beiträge, wenn die Kasse einen gleichen Betrag an d. Arbeiter der Klägerin als Unterstützung auszahlte **3 1, 328**. — Umfang der Rückgewähr bei Nichtigkeit e. Überlassungsvertrags über ein Gebrauchsmusterrecht **7 327** (s. 331). — Lizenzgebühren **5 320; 6 296** (nichtiger Lizenzvertrag). — Rückforderung der Leistung nach erfolgreicher Vertragsanfechtung **2 1, 482**. — vorzeitige Leistung **2 1, 484; 5 320**. — Zahlung einer Schuld trotz dilatorischer Einrede **5 320**. — Leistung auf Grund einer durch Einrede beseitigten Verbindlichkeit **2 1, 480; 5 64** (Zahlung auf verjährte Schuld); **5 75** (Zahlung einer Naturobligation); **7 327, 328**. — vollständige Zahlung einer Schuld trotz Zwangsvergleichs **1 1, 455 (2); 2 1, 485; 3 1, 331; 6 298**. — Zahlung einer nur mit vorübergehend ausschließender Einrede behafteten Forderung **2 1, 484**. — Auszahlung einer von einem Postbeamten zur Deckung einer ihn gegen den Adressaten obliegenden Schuld gefälschten Postanweisung **3 2, 124; 4 257**. — Rückforderung der dem Beauftragten zum Aktienkauf gegebenen Anzahlung bei Nichteinhaltung der gestellten Bedingungen seitens d. Beauftragten **5 319**. — in Ankenntnis der nach § 50 B.Ord. gegebenen Nichtigkeit (wenn auch auf Grund Saldobanerkenntnis) gemachte Zahlung **3 1, 330; 4 259; 5 285, 321; 7 328** (Zahlung eines Bankiers) (s. Börsentermingeschäfte). — im voraus geleistete, nach Abwidlung genehmigte Zahlung auf ein nach § 50 Abs. 2 B.Ord. mächtiges Geschäft **3 1, 330**. — vom Chemann während des Scheidungsprozesses an die Frau gezahlte Unterhaltsgelder? **5 319** (s. Unterhaltspflicht). — B. durch Einlösung eines präjudizierten Wechsels seitens des Vormannes **5 320; 6 297**. — Klage des einen unrichtig protestierten Wechsel einlösenden Indossanten auf Rückzahlung; Einwand der Haftung des Akzeptanten **1 1, 454**. — Einlösung eines Wechsels trotz wechselmäßiger Ungültigkeit der Zeichnung **5 320**. — Klage des einen gegenseitigen Vertrag erfüllenden Teiles gegen den nicht erfüllenden auf Rückgabe **1 1, 455**. — irrtümliche Nichtberücksichtigung der Ausgleichspflicht bei Teilung eines Nachlasses **2 1, 710**. — Klage auf Rückzahlung

gegen den befriedigten Hypothetgläubiger, weil der Hypothek eine persönliche Schuld des Klägers nicht zugrunde lag **1 1, 454**. — Unterhaltszahlung nach § 1903 bei irrtümlicher Annahme einer Schwangerschaft **1 2, 214**. — Rückforderung von gezahlten Alimenten bei nachträglichem Beweis d. *exceptio plurium concurrentium*? **6 297**. — auf ein gefälschtes Akzept geleistete Zahlung **7 327**. — Klage des Akzeptanten gegen den Remittenten auf Rückgabe eines Wechsels für eine nach § 66 B.Ord. nichtige Schuld oder auf Rückgabe der Valuta **1 1, 454, 456** (Kenntnis des Akzeptanten von der Nichtigkeit); **5 320**. — u. B. einer Kuratel bei Empfang des Kaufpreises trotz Nichtgenehmigung des Vertrags durch das Gericht; Wegfall der B. bei Unterschlagung des Geldes durch den Vormund **5 537**. — B. durch Einräumung eines Vorrangs **5 320** (s. **3 1, 329**). — irrige Dechargeerteilung gegenüber dem Vormundschaftsgericht **1 1, 455; 6 514**. — teilweise Rückforderung der Musterschuldgebühren bei Verstärkung der Schutzfrist **5 320**. — Rückforderung des einem Beamten ausbezahlten Ruhegehalts **5 320**. — Rückforderung des trotz Aufrechnungsmöglichkeit Gezahlten **1 1, 278, 279, 280, 455; 2 1, 481, 484; 3 1, 180, 330**. — irrtümliche Aufrechnung gegen eine peremptorisch einredebehaftete Forderung **2 1, 484; 6 298**. — vom Erben auf Grund eines nichtigen Testaments betätigte Abtretung einer Forderung an den Erbmächtigsnachmer **1 1, 254**. — Klage auf Befreiung von einer übernommenen Hypothek bei Wandelung des Kaufvertrags **1 1, 458; 7 324**. — Rückforderung eines dem Auftraggeber gezahlten Nettogewinns **5 319**. — irrtümliche Auszahlung e. angeblichen Spiel- oder Nettogewinns **6 272**. — *condictio indebiti* gegenüber einer durch Pflicht oder Anstand gebotenen Schenkung **2 1, 292**; e. dem Lebensretter formlos zugesagten Leibrente **7 328**. — vom Leistenden im Bewußtsein des Nichtverpflichtetseins, aber in Erwartung der formlos zugesagten Gegenleistung gemachte Leistung **7 328**. — an die Angestellten des Vertragsgegners gezahlte Provisio **7 328**. — Kondition des Verkäufers bei bewußter, in Erwartung der Genehmigung erfolgter Erfüllung e. mit einem Vertreter ohne Vertretungsmacht geschlossenen Vertrags **7 328**. — Kondition des Mannes, der, ohne zur Bildung der Zwangsvollstreckung verurteilt zu sein, auf Grund e. gegen ihn erteilten Ausfertigung des gegen die Frau ergangenen Urteils zahlt **7 856**. — Kondition nach Abweisung der Widerspruchsklage aus § 771 Z.P.D. **7 860**. — kein B.-anspruch

(Ungerechtfertigte Bereicherung)
 gegen den Hypothekgläubiger u. Ersterer aus der Darlehnung von Mitteln zur Bestreitung von Baukosten u. Hypothekzinsen zwecks Abwendung der Subhastation 7 895. — Anspruch aus u. B. gegen den bösgläubigen Erwerber eines Rechts, das mit einem zu Unrecht gelöschten vorgemerkten Anspruch kollidiert? 1 1, 542. — u. B. des mit einem ihm nicht zutommenden besseren Rang eingetragenen Gläubigers? 1 1, 535; 3 1, 390. — des Erstehers infolge Eintragung des Grundstückes unter dem Wert u. vorteilhafter Weiterveräußerung? 3 2, 308; 4 788; 5 924; 6 957 f. — des Gläubigers einer in der Zwangsversteigerung stehengebliebenen, in Wahrheit nicht mehr bestehenden Hypothek 5 934. — u. B. wegen Weiterbenutzung eines versteigerten Grundstückes, das der Ersterer selbst nicht hätte benutzen können 2 2, 373. — Bezahlung einer eigenen Schuld seitens des Vaters mit einem Sparkassenbuch d. Kinder 7 326. — von einem Dritten auf Bestellung des Grundstückskäufers in das Grundstück geleistete Arbeiten bei Rückgängigmachung des Vertrags über das noch nicht aufgelassene Grundstück, Klage gegen den Verkäufer? 7 324. — Nichteintreten des „nach dem Inhalt des Rechtsgeschäfts bezweckten Erfolgs“ als Voraussetzung des § 812 7 324. — Kondition des infolge unlauteren Wettbewerbs durch widerrechtliche Beeinträchtigung d. Konkurrenten erzielten Erwerbes 7 325, 326. — V. e. Grundstückskäufers durch Untergang e. nicht eingetragenen Realpfand, durch Verminderung einer Rente 7 326 (2). — V. eines Hauskäufers durch die vom früheren Eigentümer geleistete Straßenaufbaukaution 7 326. — von e. nichtpflichtigen Gemeinde für Begeherstellung ausgelegte Kosten 7 326. — an den Gemann verkaufte, aber von der an seiner Stelle das Geschäft übernehmenden Frau verbrauchte Waren 7 326. — Anspruch auf Rückzahlung des Kaufpreises bei Nichtgenehmigung der Veräußerung des Geschäftsanteils 7 327. — u. B. und Pflichteninfolge 7 327. — Kondition d. von e. Armenpfleger an e. nicht Bedürftigen gezahlten Unterstützung 7 327 (s. Armenpflege). — Verlangen von Lagerkosten seitens des Buchbinders für die vom Buchhändler vertragswidrig, ohne sie binden zu lassen, zurückgenommenen Exemplare 7 326. — Pflicht des Gemanns zur Herausgabe des Eingetragenen bei nichtiger Ehe 7 327. — von einem Erben auf Grund irrthümlicher Annahme der Gültigkeit eines Testaments an Miterben geleistete Zahlung 7 327. — Anspruch des alleinigen Testamentserben gegen den Empfänger e. Versicherungs-

summe 7 327. — u. B. u. Anspruch auf Enteignungsentschädigung 7 327. — Anspruch des Patentinhabers gegen den Dritten, dem der vom Patentinhaber ermächtigte Unternehmer die Erfindung lieferte, ohne d. ihm obliegenden Vorbehalt des Lizenzanspruchs für den Patentinhaber zu machen 7 327. — Kondition bei Nichtbestehen der einer Abrechnung zugrunde gelegten Schuld 7 325. — prozessuale Anerkenntnisse nach § 307 ZPO. nicht unter § 812 BGB. fallend 7 325. — Rückforderung eines Anerkenntnisses bei bewußter Auscheidung der die u. B. begründenden Angelegenheit gelegentlich Abgabe des Anerkenntnisses 7 325. — Anspruch auf Herausgabe der erteilten Quittung bei Kondition e. negativen Anerkenntnisses 7 325. — Schuldanerkenntnis auf Grund eines unwirksamen Vergleichs 5 304, 318. — Anerkenntnis einer infolge gesetzlichen Verbots nichtigen Schuld 1 1, 455. — Schuldanerkenntnis in Erfüllung einer sittlichen Pflicht; Schenkung? 5 320. — Schuldanerkenntnis des Bewucherten 1 1, 85. — Behauptung des Nichtbestehens einer Kontoforrentforderung trotz Anerkennung des Saldos 5 696. — Anwendung des § 812 Abs. 2 auf abstrakte Schuldverprechen oder Anerkenntnisse nach § 780 1 1, 358, 453; 3 1, 327, 328 (Beweislast; Absicht des Anerkennenden, durch das Anerkenntnis auf einen Einwand zu verzichten); 5 317; 6 287, 296. — Bürgschaft als Anerkenntnis i. S. des § 812 Abs. 2? 5 317. — einseitiges Anerkenntnis 6 296. — Anwendung des § 812 Abs. 2 auf Wechsel, Inhaberpapiere 1 1, 453. — Anwendung des § 812 Abs. 2 auf das nach § 465 erklärte Einverständnis mit Wandelung oder Miüderung 6 296. — Beseitigung eines gerichtlichen Anerkenntnisses wegen Irrthums im Motive 1 1, 455. — u. B. bei negativen Schuldanerkenntnissen (s. dieses) 7 318. — vertragliche Anerkennung e. bereits gesetzlich obliegenden Verbindlichkeit 7 325. — im Zweifel oder Irrtum über die Beweisbarkeit einer Nichtschuld gemachte Leistung 4 258. — Anwendung des § 814 bei Erfüllung einer nach § 801 ausgeschlossenen Forderung aus einer Schuldüberschreibung auf den Inhaber 2 1, 474. — Begriff der „sittlichen Pflicht“ i. S. des § 814 2 1, 484; 4 258; 5 320. — Erfüllung eines wegen Formmangels ungültigen Vertrags sittliche Pflicht? 2 1, 485; 4 258. — Anwendung des § 814 auf Schuldverprechen u. Schuldanerkenntnis 1 1, 455; 5 317. — Anerkenntnis einer durch Zwangsvergleich erloschenen Schuld 1 1, 455 (2); 2 1, 485; 3 1, 331; 6 298. — Rückforderung der seitens des außer-ehelichen Konkubenten freiwillig ge-

zahlten Elemente? **4 258** (s. **6 297**). — Rückforderung der zu einer Sterbefasse gezahlten Beiträge bei Ausschluß aus dem Vereine **3 1, 329**. — zur Deckung für einen Spekulationskauf gegebener Wechsel bei Nichtzustandekommen des Kaufes **3 1, 330**. — Bürgschaftsleistung zwecks einer nach dem Hauptvertrag ohnehin schon vereinbarten Stundung der Schuld **2 1, 483**. — Kondition des Bewuchters **1 1, 85; 5 318; 7 329, 330**. — Rückforderung des auf Grund rechtskräftigen Urteils Gezahlten, wenn die Urteilsforderung aus einem wucherischen Geschäft herrührt **1 3, 143, 145** (s. Bucher). — Kondition des Wucherers **1 1, 457, 458; 2 1, 485, 486** (Weltendmachung durch den Zessionar des Wucherers); **3 1, 332; 7 329 (2), 330**. — Kondition des Verkäufers gegen den 3. Erwerber einer Sache wegen Nichtzahlung des Kaufpreises seitens des 1. Käufers? **2 1, 483** (s. **481**) (s. **6 297**). — Schweigegebot wegen Nichtanzeige strafbarer Handlungen **3 1, 332** (s. gute Sitten). — Rückforderung des versehentlich dem Schuldner ausgehändigten Wechsels **2 1, 483**. — Rückforderung des auf Grund eines Vellascheines bezahlten Betrags **3 1, 332**. — Kondizieren des vom Bürgen Geleisteten wegen Nichteintritts der Bedingung der auslösend bedingten Bürgschaft **1 1, 434**. — kann der Erbe, dem für bestimmte Zeit ein Wohnrecht vermacht ist, bei Ausziehen vor Zeitablauf vom Miterben den Mietzins der vermieteten Wohnung verlangen? **2 1, 483**. — Einfluß der Nichtigkeit des Kaufgeschäftes (Kauf) auf das Leistungsgeschäft (Auflassung) **3 1, 333** (Verkauf eines Bordellgrundstückes); **2 1, 483, 486; 4 259, 260** (Klage des Verkäufers auf Herausgabe des Bordells: Löschung der Kaufgeldhypothek?); **5 321, 322; 6 298; 7 329** (turpis causa des Kaufgeschäftes). — u. B. eines nachstehenden Hypothekgläubigers durch Unterlassen der Anmeldung einer vorgehenden Hypothek im Zwangsversteigerungsverfahren **4 257**. — von d. Parteien als möglich angesehener Wegfall d. Rechtsgrundes **5 322; 7 325**. — Bereicherung eines Versicherten, der von d. Versicherung u. dem Schädiger Ersatz erhielt **4 278**. — Rückforderung einer Vorbehaltszahlung **1 1, 265; 7 328**. — Verzicht auf eine Wirtschaftszession **6 296**. — Anwendungen auf eine gepachtete Wirtschaft, auf ein gekauftes Grundstück bei Nichtigkeit des Kaufes (§ 994 BGB.) **6 296 (3)** (s. auch **3 1, 109**). — Benutzung einer Grenzmauer **6 297** (s. diese). — kein Anspruch d. auf Grund e. Vertrags mit der Stadtgemeinde die Straßen ausbauenden Unternehmers gegen die hierdurch be-

reicherten Anlieger **6 297**. — Haftung des Grundeigentümers für die Kosten des mit dem von einem Dritten gewährten Darlehen vom Baumeister hergestellten Neubaus gegenüber dem Dritten? **6 297**. — Kondition des Materiallieferanten gegen den, der das von einem Dritten daraus Gefertigte erwarb? **6 297**. — Belassung e. Anzahlung als Abstandsgeld bei Auflösung e. Vertrags, wenn sich später die Nichtigkeit des Vertrags herausstellt **6 297**. — Kondition des unter Verzicht auf das Rücknahmerecht Hinterlegten bei Nichteintritt der Schuldbefreiung **6 297**. — Anteilzahlung seitens e. Gesamtschuldners an den anderen, der die Gesamtschuld durch Aufrechnung mit einer einredebehafteten Forderung getilgt hat **6 298**. — Kondition des Kaufpreises seitens des Käufers auf Grund der Mängelrüge trotz verjährten Wandelungsanspruchs? Verhältnis von § 813 zu § 478 **5 320; 6 298 (2)**. — Kondition des Vermieters auf Grund seines Pfandrechts, wenn der unter Eigentumsvorbehalt verkaufende Eigentümer die Sachen bei dem Mieter pflanzen ließ **6 298**. — Füttern fremder Tiere mit eigenem Futter **2 1, 749**. — u. B. des Arbeitgebers durch teilweise Zahlung der Kranken- oder Invalidenversicherungsbeiträge seitens des nur auf Naturalbezüge angewiesenen Arbeiters **2 1, 484**. — Kondition des Verkäufers zur Wiedererlangung seiner Leistung nach Abweisung der Kaufpreisklage aus § 478 **2 1, 285**. — Anspruch des Verkäufers gegen den Erwerber der Sachen, wenn der Beauftragte der letzteren unter Täuschung über die Person seines Auftraggebers den Kaufpreis unterschlägt **2 1, 484**. — Abtretung einer Hypothek unter Bedingung der Löschung e. anderen, Nichtlöschung dieser **1 1, 455**. — Rückforderung unbestellter zur Ansicht verschickter Waren **1 1, 126, 453**. — Klage gegen einen Handlungsgehilfen auf Rückzahlung der zu viel empfangenen, durch die Provisionsansprüche nicht absorbierten Vorschüsse **1 1, 453**. — zur Deckung einer Unterzahlung unter Bedingung der Nichtanzeige bestellte Hypothek bei gleichwohl erfolgter Anzeige **2 1, 455**.

3. Verstoß gegen ein gesellschaftliches Verbot (§ 817) **2 1, 485**. — Verhältnis des § 817 zu §§ 814, 815 **5 317; zu § 138 BGB. 2 1, 66; 4 44; 5 42**. — B. g. e. g. B. nur auf Seite des Leistenden **2 1, 485**. — Anwendungsgebiet des § 817 Satz 2 **7 330 (2)**. — Annahme von Geschenken seitens des Angestellten einer Firma von einer anderen Firma gegen Bevorzugung d. letzteren bei Aufträgen **2 1, 486**. — Schweigegebot **7 330**. — Bucher (s. oben)

(Ungerechtfertigte Bereicherung)

7 329, 330. — Vorbellyhypothek (s. diese) 7 329. — Vermietung eines Grundstücks zu Vorbellyzwecken 1 1, 458 (Rückforderung der vorausbezahlten Miete bei Nichtzustandekommen des Vertrags?); 2 1, 486. — zu unbilllichen Zwecken gewährtes Darlehen 1 1, 458 (Spielzweck); 2 1, 486; 6 298 (Darlehen an eine Frau, um sie zum Verlassen des Mannes zu bewegen); 7 330 (Spieldarlehen). — Beanspruchten von Vermögensvorteilen über den gehaltenen Schaden hinaus seitens des durch eine Straftat Geschädigten 4 260. — Nichtigkeit oder Kondizierbarkeit der gegen ein gesetzliches Verbot oder gegen die guten Sitten eingegangenen Verbindlichkeit; Verhältnis von § 138 zu § 817 1 1, 85, 457; 2 1, 66; 4 44, 45, 46; 5 42, 43; 6 58. — Erwerb e. Schiffsparts durch Ausländer 7 330. — Diätenzahlungen an Reichstagsmitglieder 1 1, 458. — „Leistung“ i. S. des § 817 Satz 2; Pfandbestellung i. e. Forderung aus nichtigem Vertrag 7 329/330. — nicht endgültig in das Vermögen des Empfängers übergegangener, sondern diesem nur vorübergehend zugeführter Vermögensvorteil (Kaution) als Leistung i. S. des § 817 Satz 2 7 330. — Anwendung des § 817 Satz 2 auf durch Drohung erzwungene Leistung? 7 330. — zwingende Natur des § 817 BGB.; Übergang 1 1, 458.

IV. Aktive legitimati on. — „auf Kosten“ eines anderen (§ 812) 2 1, 478, 479, 480 (bloß Vermögenskosten?); 3 1, 327; 7 323 (unmittelbare Vermögensverschiebung Voraussetzung, vgl. unten Bereicherung VII 1). — Besizdiener 3 1, 327. — Grundstücksmiethhaber bei Pfändung der Mietzinzen 3 1, 329. — Verlust der bloßen Möglichkeit eines Anspruchserwerbs 2 1, 478. — Geschäftsführer ohne Auftrag 4 256. — Vertreter, Bevollmächtigter, Verwalter 2 1, 479; 4 256. — Leistung aus Mitteln des Vertreters für den Vertretenen 2 1, 480; 4 256. — Ausgleich der Vermögensminderung durch einen Erbschaftspruch des Benachteiligten 2 1, 479. — Ehefrau, wenn der Ehemann eine gegen ihn bestehende Schuld mit Mitteln der Frau bezahlt 4 257.

V. Passive legitimati on. — bei Leistung einer Nichtschuld nicht an den vermeintlichen Gläubiger selbst, sondern auf seine Leistung an einen Dritten 3 1, 327. — Bevollmächtigte, Vertreter, Verwalter 2 1, 479, 480; 4 256, 257. — der Dritte, dem der nicht zahlende Käufer die gekauften Sachen unentgeltlich überließ 1 1, 454, 459 (Umfang seiner Haftung, vgl. unten indirekte Bereicherung). — *condictio indebiti* des eine vermeintliche

Schuld erfüllenden Dritten gegen Gläubiger oder gegen Schuldner? 7 118. — Haftung mehrerer Gesamtschuldner, Fortfall der Bereicherung bei einem derselben? 7 325.

VI. Voraussetzungen u. Umfang der Herausgabepflicht.

1. Begriff der Bereicherung. — Übertragung eines in seiner Beschaffenheit sich gleich bleibenden Rechts aus dem Vermögen des einen in das des anderen keine Voraussetzung der B. Verzicht auf e. Wirtschaftskonzeption u. dadurch herbeigeführte Vermögensbesserung des Beklagten 6 296. — Berücksichtigung d. Gesamtheit des Hinübergelangen unter Anschlag d. Gegenleistung u. der Lasten 7 322, 324, 330. — Entziehung eines wirklichen Vermögensbestandteils als Voraussetzung der Kondiktion 2 1, 478; 3 1, 327; 5 319. — indirekt erlangte Bereicherung 1 1, 452, 454; 2 1, 478, 479, 481, 483; 4 256 (Vermittlung durch das Rechtsgeschäft eines Dritten); 6 295, 297 (3); 7 118, 323, 324, 327 (3). — Haftung der Grundbesitzer für die Kosten eines aus den Mitteln eines Dritten errichteten Neubaus 6 297. — durch spätere Umstände an den geleisteten Werten eingetretene Änderung 7 322. — Bereicherung durch Vermittlung e. gesetzlichen oder sonstigen Stellvertreters 7 323 f. — Bereicherung durch Objekte, die nicht Vermögensobjekt des Geschädigten waren 1 1, 454; 5 318 (2). — bloße Vermögensverschiebung innerhalb des Vermögens des Beklagten, Bereicherung des jüamigen Schuldners durch die nach Fälligkeit aus der Schuldsumme gezogenen Zinsen? 3 1, 326. — Bereicherung durch Unterlassung 5 317, 318. — Besitz 2 1, 478; 5 318; 6 296. — bloßer Besitz eines Schuldheines 3 1, 327. — Berechnung der Bereicherung bei Geschäftsverbindung mit einer Bank 4 260. — Bereicherung des Recebers durch Ausbesserung einzelner durch Kollision beschädigter Schiffsteile 3 1, 329. — Einräumung eines Vorrangs 3 1, 329; 5 320. — Bereicherung durch Begründung einer Forderung oder Lösung eines Schulverhältnisses 1 1, 452, 453 (Befreiungs- u. Wiederaufhebungsanspruch). — Leistung von Diensten 1 1, 453; 2 1, 483; 3 1, 330. — Bereicherung durch Gewährung von Mitteln zum Studium u. zur Erlangung besserer Stellen 6 299. — nichtgeschützte Erfindung 2 1, 478. — Bereicherung durch auftraglose Geschäftsführung 7 323. — Bereicherung durch Nichterfüllung einer Auflage 5 318. — Befreiung von einer Schuld 2 1, 481; 6 296. — für Bestimmung des Wertes der Leistung maßgebender Zeitpunkt 7 324. — Bereicherung ohne Verzichtung

des gegnerischen Vermögens? 21, 481 (f. 478); 5 319. — Vernehmung von Käufern, die der Kläger für sich nicht nutzbar machen konnte 21, 481; 5 319.

2. Bereicherung „ohne rechtlichen Grund“ 21, 478, 479; 7 324. — vom Standpunkt der Billigkeit nicht gerechtfertigte Bereicherung 21, 479. — auf Grund vertraglicher Abmachung mit einem Dritten Erlangtes 21, 481. — Leistung auf Grund gegenseitigen Vertrages u. Ausbleiben der Gegenleistung 21, 481. — B. durch Aufrechnung, ohne daß deren Voraussetzungen vorlagen 21, 481 (f. oben). — Wegfall des rechtlichen Grundes; nicht zurückwirkender Wegfall 21, 481. — Begriff der causa 5 317. — Nichteintritt des „nach dem Inhalt des Rechtsgeschäftes bezweckten“ Erfolges als Voraussetzung des § 812 Abs. 1 6 295. — keine Kondition wegen Nichterfüllung einer Voraussetzung 6 296.

3. Wegfall der Bereicherung 21, 486; 6 298 f.; 7 322, 331. — Einwand der Krankenkasse, daß sie die fälschlich an sie bezahlten Beträge an Arbeiter des Klägers als Unterfützung wieder ausbezahlt habe 31, 328. — Einfluß des Grundes des Wegfalls der Bereicherung 31, 333; 6 298. — Dereliction oder Zerstörung der Sache durch d. Bereicherten 31, 333. — Verwendung der Sache zur Befreiung von Auslagen, die der Bereicherte sonst nicht gemacht haben würde 31, 333. — Art des Beweises des Wegfalls 7 331 (2). — Beweislast 31, 328, 333; 4 260; 6 298; 7 331 (3). — der Bereicherte hat zur Erlangung der Bereicherung einen anderen, nach § 812 zurückforderbaren Vermögenswert hingegeben 4 260. — Wegfall infolge notwendiger oder nützlicher Verwendungen auf den herauszugehenden Gegenstand 6 298, 299. — infolge impensae voluptuariae auf den herauszugehenden Gegenstand 6 299. — Kosten der Rückgabe der B. 6 299. — infolge Schädigung durch die erworbene Sache 6 299. — Unterschlagung des Geldes seitens des Vormunds d. Bereicherten 5 337. — Wegfall der Bereicherung bei Vorhandensein mehrerer Gesamtschuldner 7 325. — für die Frage des Wegfalls maßgebender Zeitpunkt 7 330. — Weggehen des geschenkten Gegenstands auf Geheiß des Schenkers an e. Dritten 7 331.

4. Surrogation 7 325. — keine Pflicht auf Wiederbeschaffung des weiterveräußerten Grundstücks, sondern Wertersatz 31, 333, 334. — Weiterverkauf der Sache über ihren wirklichen Wert 11, 458. — Herausgabe der wirtschaftlichen Erträgnisse aus Gegenständen, die mit dem ohne rechtlichen Grund Erlangten erworben

wurden 6 299. — Herausgabepflicht bei Bereicherung durch bares Geld, wenn dieses nicht mehr vorhanden, an seiner Stelle aber Forderungen entstanden sind; genügt Abtretung der Forderungen? 6 299.

5. Umfang d. Herausgabepflicht. — Wegfall der Rückforderung bei paris turpitude des Leistenden; Verstoß gegen die guten Sitten durch die Hingabe 31, 333. — Grund des Wegfalles der Rückforderung b. paris turpitude d. Leistenden 11, 457. — Kondition d. Bucherers f. oben. — Anwendung des § 817 Abs. 2 (Ausschluß der Rückforderung bei paris turpitude, auf Erfüllungsgeschäfte) 5 322. — Anwendung des § 817 Satz 2 auf jeden Bereicherungsanspruch 5 322. — neben der Erfüllung noch einen anderen, unsittlichen Zweck verfolgende Abschlags- oder Zinszahlungen 5 322. — Entlohnung für Bearbeitung eines Gegners als unsittlich 5 322. — Wegfall der Herausgabepflicht nach § 815 6 298. — kaum der mit d. condictio indebiti Belangte nach § 122 BGB. Vertrauensschaden beanspruchen? 7 39. — Umfang der Herausgabepflicht bei unteilbaren, nur teilweise als u. B. erscheinenden Leistungen 21, 481. — Umfang der Herausgabepflicht bei Vernehmung eines Lebens auf Grund nichtigen Mietvertrags 7 331. — Zinspflicht des Bereicherten 21, 486. — bei Verwendung e. Grundstücks ohne Kauf u. Enteignung zu einem öffentlichen Wege 6 299. — Haftung des beklagten Erbschaftsbefizers 21, 487. — Herausgabepflicht bei e. durch unlauteren Wettbewerb erzielten Erwerb 7 325, 326. — Umfang der Herausgabepflicht bei Rückübertragung e. Eigens 7 331. — Haftung des Verpflichteten, der annehmen durfte, daß auch d. Leistende d. Mangel d. rechtlichen Grundes kannte 21, 487. — Umfang der Haftung des ohne Grund vom Verlöbniß Zurückgetretenen für Herausgabe der Geschenke 7 331. — Möglichkeit, das, was der Bereicherte auf Kosten des Klägers erlangt hat, von einem Dritten zu verlangen 11, 454. — Klage auf Befreiung von noch nicht erfüllter Verbindlichkeit 11, 454; 4 258. — Klage auf Wiederaufhebung bei Anerkennen einer nichtigen Schuld 11, 453; 5 318. — einredeweise Geltendmachung des Befreiungs- u. Aufhebungsanspruchs nach § 821 11, 458, 459 (Geltendmachung der Einrede gegenüber Dritten?). — Haftung des Schuldners auf Grund u. B. für die Auslagen bei einer unberechtigten, gegen ihn durchgeführten Zwangsverwaltung 11, 458. — Recht des Herausgabepflichtigen auf Abzüge für gemachte Aufwendungen u. ä., insbesondere bei der condictio indebiti auf Ersatz des negativen Interesses? 6 299. —

(Ungerichtfertige Bereicherung)

Wegnahme der vom Beklagten auf den herauszugebenden Gegenstand gemachten Einrichtungen (Einrichtungen des beauftragten oder auftraglosen Geschäftsführers des Finders) 4 260. — Verjährung des Bereicherungsanspruchs des Kaufmanns bei Warenlieferung ohne Bestellung in 2 Jahren 1 1, 126. — Verjährung; Anwendung des § 852 BGB. 3 1, 382. — *dolo facit qui petit, quod redditurus est* 1 1, 136, 289; 2 1, 241; 5 189; 6 71.

Unionsvertrag s. Pariser Übereinkunft.

universitas s. Sachgesamtheit.

universitas iuris. — Vermögen als u. i.? 6 521.

Univerſität. — Quästor (prozessuale Stellung) 1 3, 30.

Unlauterer Wettbewerb s. gute Sitten.

I. *Allgemeines.* — *de lege ferenda*

4 880; 6 1079; 7 1057 f. (zur Novelle). — Begriff des „unlauteren Wettbewerbs“

3 2, 611; 4 880; 5 1039; 7 1048 ff. — Verhältnis zum BGB. §§ 823 ff., 826 (s. unerlaubte Handlung) 1 1, 472, 477, 481;

3 2, 611, 612, 613 (mündliche Mitteilungen an den unmittelbar Beteiligten); 3 2, 623

(Angaben des Adresspersonals gegenüber den Kunden); 4 532; 5 1039; 6 1072;

3 2, 627 und 5 1051 (Verhältnis zu § 12 BGB. Pseudonym); 3 2, 630 u.

2 2, 359, 360 (Verhältnis von § 9 zu § 826 BGB.); 2 2, 336, 337; 4 879, 880

(Briefe an einzelne Kunden); Verhältnis zwischen § 6 und § 824 BGB. 2 2,

350; 4 890. — Verhältnis des BGB. zum UnWbG. 7 1049, 1050 (§ 826 BGB.). — Bekämpfung des u. W. durch das Patentamt 3 2, 612. — Verhältnis zu § 37 BGB. 3 2, 627 (s. unten § 8). — Verhältnis zum Weingesetz 7 1053. — Verhältnis zum Warenzeichengesetz 2 2, 337, 345, 356;

3 2, 621, 630; 4 888, 891; 7 1050, 1136 (s. unten § 8). — Verhältnis des § 9 zu den Schweigegeboten d. Wein-, Margarine-, der Versicherungsgeetze u. der Gewerbeordnung 2 2, 359. — Verhältnis zum Gebrauchsmusterschutz 3 2, 623. — Verhältnis zum Geschmacksmusterschutz 3 2, 667. — kein allgemeiner Schutz auf Grund des UnWbG. gegen jede schuldhaft vermögensschädigend (Ausfrist auf Erwerb, auf Gewinnung von Kundenschaft) 6 1072; 7 1049. — Einfluß d. Konkurses auf Wettbewerbsprozesse 3 2, 623. — Unterbrechung d. Unterlassungsklage bei Konkurs d. Klägers oder Beklagten 3 2, 623, 624. — Anwendung d. § 93 ZPO. auf Klagen wegen u. W.? 2 2, 337. — Verletzter, juristische Personen, Vereine 2 2, 352; 7 1049 (2), 1050. — Geltendmachung d. Anspruchs bei mehreren gemeinschaftlichen Inhabern d. gewerblichen Betätigungsrechtes 7 1049. — Geltendmachung

d. Anspruchs durch Liquidatoren, Konkursverwalter 7 1050. — Schutz d. Ausländer 7 1063. — außerhalb des Wettbewerbs Stehende als Verletzte? 7 1048. — Angriffsgegenstand des u. W.; Vermögen als solches? 7 1049 (2). — Übertragbarkeit, Pfändbarkeit, Vererblichkeit d. Anspruchs aus u. W.? Eintritt d. Erwerbers eines Geschäftes in den anhängigen Prozeß? 7 1050, 1057, 1061. — Täter s. auch unten „üble Nachrede“. — außerhalb des Wettbewerbs Stehende als Täter 7 1048. — Klage gegen Gehilfen u. Mit-täter 7 1050. — Haftung d. Geschäftsherrn für seine Angestellten 2 2, 341, 353; 7 1050, 1059. — Anwendung d. § 831 BGB.? 7 1050. — Haftung d. juristischen Person für ihre Organe 7 1059. — Haftung d. offenen Handelsgesellschaft s. d. geschäftsführenden Gesellschafter 7 1059. — Anspruch gegen den Nachfolger d. Störers 7 1050. — Zuständigkeit d. Gerichte, insbesondere bei Verletzung des UnWbG. und d. BGB. 7 1057. — ausschließlicher örtlicher Gerichtsstand d. § 2 7 1057. — Zwangsvollstreckung 7 1050.

Anwendung auf Nichtdeutsche

6 1086 (vgl. unten üble Nachrede). — im Ausland begangene Verletzung e. inländischen Rechts 7 1057. — Anwendung d. Gesetze auf Angehörige der der Pariser Union beigetretenen Staaten auch ohne Niederlassung in Deutschland 3 2, 612, 632, 647; 4 895, 896; 5 1053. — deutsche Konsulargerichtsbezirke 3 2, 632. — Übereinkommen auf beiderseitige Gewährung des Firmenschutzes ist keine Gegenseitigkeit i. S. d. § 16 2 2, 361. — „Hauptniederlassung“ Übertragung d. Generalvertriebs? 2 2, 361.

II. **Schwindelhafte Reklame**

(§§ 1—4). — Wesen der Reklame überhaupt 2 2, 337. — unwahrer Tatsachen sich bedienende, aber nicht den Anschein eines besonders günstigen Angebots erweckende Reklame 2 2, 337. — Zweck des § 1 Schutz vor Eingriffen e. Konkurrenten? 2 2, 337;

4 885/886, 887; 6 1076; 7 1048 f. — Reklame mit erlaubten Mitteln 3 2, 612.

Öffentliche Bekanntmachungen. — Nummerierung von Geschäftswagen 3 2, 614, 618; 4 884. — Angabe auf Firmenschildern 3 2, 620; 5 1040. — in Deutschland geschriebene, ins Ausland gerichtete und gehende Briefe 2 2, 337. — verdeckte Etiketten 6 1073. — auf der Ware selbst angebrachte öffentliche Bekanntmachung (Etiketten) 2 2, 337; 3 2, 624; 4 880; 5 1040, 1042; 6 1073; 7 1051. — Briefköpfe 4 880; 5 1040. — an Brautpaare u. deren Angehörige versandter Ausstattungs-katalog 4 880. — auf einen zum Voraus begrenzten Personenkreis beschränkte Mitteilungen 5 1039. — Briefe

u. mündliche Mitteilungen, z. B. seitens des Ladenpersonals an einzelne Kunden **3 2, 611 ff., 622; 4 880.** — Auslegen von Waren in den Schaufenstern **4 886; 6 1080.** — nur gelegentlich e. an den Täter gerichteten Anfrage erfolgte Überlegung d. Mitteilung? **7 1051.** — mündliche Wiederholung d. gleichen Vorpiegelung in gleicher Weise einer größeren Anzahl von Personen gegenüber **5 1040; 6 1073.** — für einen größeren Personenkreis bestimmte, aber nur an einige Personen gelangte Mitteilungen **6 1073.** — an eine Einzelperson gerichtete Mitteilung, wenn deren Verbreitung ausdrücklich gewünscht wird oder sich von selbst versteht **6 1073; 7 1050, 1051.** — nicht gleichzeitig u. mit einem Male, sondern nach u. nach erfolgende Mitteilung, z. B. durch ein einziges von Hand zu Hand gehendes Mitteilungsstück **6 1080; 7 1050, 1051.** — wenn d. Täter nicht darauf rechnet, daß die einzelnen Exemplare d. Mitteilung durch den gemählten einzelnen Empfänger an andere Personen behufs Kenntnisaufnahme weitergegeben werden **7 1050, 1051.** — nicht in der Öffentlichkeit vor sich gehende Verbreitung **7 1051.**

Tatsächliche Angaben, bildliche Darstellungen und sonstige Veranstaltungen s. auch unten IV. — richtige Angaben können unter § 826 fallen **6 1073.** — bloße Marktschreiereien **3 2, 612; 4 879, 881; 5 1039, 1048.** — mündliche Mitteilungen **3 2, 613; 6 1073.** — „Angaben tatsächlicher Art“ **2 2, 338; 5 1040** (schlüssige Handlungen, Gebärden, tendenziöse Gruppierung, Mitsprechenlassen d. Ware selbst bei der Besichtigung); **5 1048.** — mehrdeutige Ausdrücke **2 2, 338 (2); 5 1039, 1040, 1041; 6 1075; 7 1051.** — Bedeutung d. Auffassung d. Durchschnittspublikums **7 1051 (2).** — Verwendung d. Worte: „Anstalt, Institut, Bank“ **2 2, 342; 3 2, 619.** — Ausdruck e. Urteils als Behaupten einer Tatsache **2 2, 338; 3 2, 612, 614, 615; 4 881, 891; 5 1041, 1049; 6 1074; 7 1051.** — Schlußfolgerungen aus Tatsachen als tatsächliche Angaben **3 2, 626.** — Qualitätsangaben als Angaben tatsächlicher Art **5 1041.** — Äußerung der persönlichen Ansicht über die unrette Geschäftsführung eines anderen **3 2, 615.** — Behauptung d. Minderwertigkeit der gegnerischen Ware **3 2, 626; 4 881.** — Behauptung, man kaufe bei dem Inferenten billiger als bei dem nicht leistungsfähigen Konkurrenten **2 2, 341; 3 2, 618.** — „nie drückende, sicher funktionierende Bruchbänder“ **3 2, 620.** — „streng reell“ **2 2, 342.** — „jedes Risiko ausgeschlossen“ **2 2, 342.** — kann der Gebrauch e. Firma unter § 1 fallen? **3 2, 615; 6 1072; 7 1052.** — Verwendung

von Flaschen mit dem eingegossenen Namen e. anderen Brauerei im Flaschenbierhandel **3 2, 617.** — Behauptung, die Ware d. Klägers sei nicht gut u. solid **6 1075.** — u. B. im Vertriebswesen **7 1054.** — Behauptung, wegen Erlöschens e. Patentes d. gleiche Ware billiger herstellen zu können **3 2, 625.** — Unterschied zwischen Angaben tatsächlicher Art über die Preisbemessung und marktfeieirischer Anpreisung **2 2, 345; 4 879, 881.** — auf künftiges gehende Ansprüche **2 2, 338, 339.** — für die Frage der Unrichtigkeit maßgebender Zeitpunkt **2 2, 341.** — Verstoß eines Angestellten gegen die Preisermäßigung **2 2, 341** (s. 71050). — Warnung vor einem unrenten Ausverkauf kein u. B. **6 1075.** — „Engroslager“ **2 2, 342.** — „General-Depositor einer Fabrik“ **2 2, 342.** — Partiewarengeschäft **2 2, 343.** — „reiche“ oder „unerreichte“ Auswahl **2 2, 341, 343.** — Verlagsbuchhandel u. mißbräuchliche Anwendung d. Wortes „Aufsage“; unrichtige Vorberatung d. Erscheinungsjahres **7 1054.** — Garantie für unbedingte Heilung **2 2, 349; 3 2, 617; 4 882, 883.** — „briefliche Behandlung diskreter Leiden mit gleichem Erfolg“ **4 883.** — Veröffentlichung von Anerkennungs schreiben **3 2, 615; 4 889.** — Behauptung, die Ware habe laut gerichtlicher Gutachten bestimmte Eigenschaften **4 889.** — Behauptung, man habe große Erfolge, mache in 300 Zeitungen Reklame **5 1043.** — Behauptung eines Photographen, in anderen Ateliers als „erste Kraft“ angestellt gewesen zu sein **5 1043.** — Behauptung, die angepriesene Zeitung sei das einzig richtige u. billigste Mittel zur Erreichung von Verkäufen **5 1043.** — Behauptung d. Anwendung e. besonderen Verfahrens bei der Verlegung von Linoleum **5 1044.** — Angebot d. Ware „solange der Vorrat reicht“ bei Mangel jeglichen Vorrats **7 1053.** — Abbildung e. Hauses mit dem Fabrikshild, wenn nur ein Teil d. Hauses dem Fabrikbetrieb dient **7 1055.** — Abbildung von nicht zum Betrieb gehörigen Fabrikgebäuden **4 885.** — Anbringen des Reklameplakates einer Fabrik in dem Schaufenster eines nicht zur Fabrik gehörigen Geschäftes **5 1048.** — Abbildungen im § 4 nicht erwähnt **2 2, 347, 350** (s. 5 1047, 1048). — Durchschnittsauffassung d. Publikums, nicht Absicht d. Verbreiters maßgebend **6 1073, 1074** (an u. für sich richtige Angaben, mit denen das Publikum einen anderen Sinn verbindet); **7 1051.**

Gewerbliche Leistungen. — Begriff **4 883.** — Leistungen d. Ärzte **2 2, 345; 4 882; 6 1073, 1077.** — Leistungen der Apotheker **6 1077.** — rein künstlerische, rein wissenschaftliche **2 2, 345** (s. 4 883). — z. d. Rechts- u. Patentanwälte **2 2, 345;**

(Unlauterer Wettbewerb)

6 1077. — L. der Notare 6 1077. — L. öffentlicher Beamten 2 2, 345; 3 2, 612. — Unterrichtsanstalten 4 879 (Berlitz school). — Theater 4 883, 884. — Versicherungswesen 7 1054.

Ge eignet, den Ansjchein eines besonders günstigen Angebots hervorzurufen (s. auch unten II Strafkategorie). — ist Tatfrage 3 2, 624. — Absicht, diesen Anschein zu erwecken, während tatsächlich die Anzeige ein solches Angebot nicht enthält 6 1076. — Bedeutung d. Auffassung des Publikums 7 1055. — Einfluß der Gewöhnung d. Publikums an Reklame-Übertreibungen 3 2, 624. — leichte Erkennbarkeit d. Unrichtigkeit 3 2, 624 u. 4 881 (Urteilsfähigkeit d. Durchschnittsmenschen). — nur durch Hinzutreten anderer, in der öffentlichen Mitteilung nicht enthaltener Umstände geeignetes Angebot 6 1076. — „unerreichte Auswahl, einzig am Platze, kulanter Bedingungen“ 2 2, 341, 343. — „feinsten Malzkaffee“ 6 1076. — muß der hervorzuwendende Anschein ein falscher sein? 2 2, 343 (2); 6 1076; 7 1055. — der Anschein eines besonders günstigen Angebots ist nötig 2 2, 343; 5 1045. — Ausschreibenlassen einer Zwangsübersteigerung auf Grund eines fingierten Schuldverhältnisses 2 2, 344. — Erwecken des Anscheins eines günstigen Angebots durch Preisbemessung, durch Beschaffenheitsangaben 2 2, 344; 6 1076 (2). — Behauptung d. Übertragung d. ausschließlichen Rechts zur Fabrication eines namhaften Präparates 2 2, 344 (s. 3 2, 616). — ein auf Grund unrichtiger Angaben gemachtes, im Verhältnis zu den gewöhnlichen Preisen tatsächlich günstiges Angebot 4 885. — Anbringen von Medaillen einer Konkurrenzfirma auf den eigenen Zirkularen 6 1076. — ist der Kaufmann, der Abgabe einer Ware „solange Vorrat reicht“ annonciert, zur Abgabe d. Artikels in größeren Posten verpflichtet? 4 886. — Behauptung, „Meinvertreter“ zu sein 5 1045 (s. 5 1040); 6 1076. — Anpreisung einer von auswärts bezogenen Ware als Eigenfabrikat 3 2, 624; 4 886. — maßgebend die Ansicht d. Publikums 2 2, 338 (mehrdeutige Ausdrücke); 3 2, 614; 4 881; 5 1039, 1040, 1041. — Belanglosigkeit des vom Urheber d. Reklame ihr beigelegten Sinnes 2 2, 338 (Absicht); 3 2, 614; 4 881; 5 1039, 1041. — flüchtiges Lesen 3 2, 614. — „besonders günstiges Angebot“ Angebot der redlichen Konkurrenz als Vergleichsmaßstab; sonstige bei der Prüfung in Betracht kommende Umstände 2 2, 344; 3 2, 619; 5 1041. — bloße Herabsetzung d. Waren anderer 2 2, 343; 3 2, 619, 625 (Verhältnis zu § 6).

Beschaffenheit der Ware. — körperliche u. unkörperliche Eigenschaften 2 2, 344. — „Seinen vierfach garantiert“ 3 2, 619. — „Prima Dualität“ 2 2, 339; 3 2, 615. — „bestes Leinengarn“ 2 2, 349 (bei Untermischung von Chinagrass). — Behauptung gewisser Vorzüge chemischer Präparate 3 2, 616. — Ankündigung „diese Fabrikate enthalten Dr. L.-Nährsalz“, wenn die Ware nicht nach den L. sehen Rezepten hergestellt ist 3 2, 616. — Angebot einer bekannten Ware in einer besonderen Beschaffenheit (Malzextrakt mit Eisen in fester Form) 3 2, 619. — „System N. N.“ 7 1052. — „zu staunen-erregend billigen Preisen“ 3 2, 624. — „patentamtlich geschützt“ 2 2, 339; 5 1043, 1066; 6 1073, 1074 (erloschene Patente); 7 1052 (vgl. unten Auszeichnungen). — „amtlich geschützt“ 2 2, 343, 344. — gefehlich geschützt 4 885. — mit einem eingetragenen Warenzeichen übereinstimmende Beschaffenheitsbezeichnung 2 2, 345; 3 2, 630, 632. — Angaben über Kaliumgehalt und Gewicht d. Pakete 4 881. — Angabe „Schwind sucht sei durch das Mittel heilbar“ 4 882, 883. — „Savanna-Ausflug“ 4 885. — „nur ausgesucht gute Qualität,“ „Arbeit der einer guten Maßfabrik völlig gleich“ 4 890. — Bezeichnung einer Ware als „Erfolg“ 5 1044. — Bezeichnung von Pomiril als Apfelsaft 5 1045. — „reifeisen“ 6 1075. — Bezeichnung von Verschnitt als Wein 6 1075. — „echter“ Garzer Sauerbrunnen bei Hinzufügen von Kohlen säure zu bloßem Garzer Gebirgsquellwasser 6 1076 (vgl. 4 885). — „Medizinalwein“ 6 1076. — alkohol-, koffeinfrei u. ä. 7 1053. — „ärztlich bestens empfohlen“ bei Empfehlung durch einen Arzt 7 1053. — unlauterer Wettbewerb im Belzhandel; Anpreisung von Imitationen als Zobel, Seal usw. 7 1054. — Tafelhonig 7 1055.

Herstellungsort. — „Fahrradmanufaktur bei Nichtselbstherstellen d. Räder“ 3 2, 618. — „Ausgabe fremder Erzeugnisse für eigene“ 3 2, 624 („Garantie für erstklassige Arbeit, Werkstätte im Hause“) 4 886. — „Manufaktur“ 6 1073. — „Fabrik“ 2 2, 341, 342 (Beschäftigung von Lohnwebern); 3 2, 624; 4 882; 5 1042; 6 1073; 7 1052 (2). — Bezeichnung eines Uhrhändlers als Uhrmacher 2 2, 342. — „Arbeitsleiderfabrik“ bei Beschäftigung von 10 bis 12 Arbeiterinnen 4 882. — „Vornahme sämtlicher Reparaturen in meiner großen Lackier-, Sattler- u. Schlosserwerkstätte“ 4 885; 6 1079. — Begriff des künstlichen u. natürlichen Mineralwassers 4 885. — „Kunsttöpferei“ beim Betrieb eines einfachen Töpfers 5 1042. — „Kaffeeerösterer“

statt Kaffeegeschäft 5 1044. — „Spezialgeschäft“ 5 1044. — „Buch- und Steindruckerei“ 7 1053. — „Architekt“ 7 1053 (2). — „Brauhaus“ 7 1055.

Preisbemessung. — Nachweis unrichtiger Angaben über die P. 2 2, 344. — Ankündigung von Rabattgewährung 3 2, 615. — Abgabe unter dem realen Wert“ 3 2, 615. — Verkauf zu Originalfabrikpreisen 2 2, 341; 3 2, 615; 4 882. — itaunenerregend billige Preise u. ä. 2 2, 339, 341; 3 2, 624; 4 881. — „10% Rabatt auf die schon ermäßigten Preise“ bei Herabsetzung der Preise im Jahre vorher 2 2, 338. — billige Ausnahmetage (Herabsetzung der Preise für alle oder nur für einzelne Warengattungen) 2 2, 339, 341. — billiger u. besser als jede Konkurrenz 2 2, 341. — „jeder Käufer erhält einen Kinderschulhut gratis“ 2 2, 345. — Unterschied zwischen Angaben tatsächlicher Art über die Preisbemessung und markt-reinerischer Anpreisung 2 2, 345. — Angabe des angeblich realen Wertes mit der unabgerundeten Zahl 4 M. 95 Pf. 4 882. — Tripannis bis 30 u. 50% beim Einkauf insolge d. direkten Bezuges d. Geschäftes 5 1042. — Hydra- u. Gella-system 2 2, 341; 6 1077.

Besitz von Auszeichnungen. — „Begriff der A.“ 2 2, 346; 7 1056. — Rechtsnatur der A. 6 1077. — Unterscheidung zwischen persönlichen u. sachlichen A. 7 1055, 1056. — Begriff d. „Besitzes von A.“ 7 1058. — private Anerkennungs-schreiben 3 2, 615; 4 889; 6 1078. — Doctor of dental surgery bei Verleihung seitens e. Privatinstütuts 3 2, 616. — in Amerika approbierter Zahnarzt 2 2, 340; 3 2, 617; 7 1053. — amerikanischer Zahnarzt 6 1075; 7 1053 (2). — Wechsel d. Firmeninhabers 3 2, 620; 6 1077. — Veräußerung d. Auszeichnung ohne das Geschäft? 3 2, 620. — Verwendung der der Muttergesellschaft verliehenen Auszeichnungen seitens der Tochtergesellschaft 6 1078. — „Vermessungs-Ingenieur“ vor Bestehen der 2. Prüfung 3 2, 618. — Medaillen „wilder Ausstellungen“ 3 2, 621; 5 1046; 6 1078; 7 1058. — „Meister“ 3 2, 619. — Gebrauch von Wappen 3 2, 621. — „patentamtlich, amtlich geschützt“ 2 2, 339, 343, 344; 4 885; 5 1043, 1036; 6 1073, 1074, 1081; 7 1052. — „Ballettmeister“ 2 2, 342; 4 885. — Übertragung d. Titels „Hoflieferant“? 7 1056. — „diplomierter Ingenieur“ 4 885. — der Wortlaut d. Verleihungsurkunde u. nicht die inneren Vorgänge u. Meinungen bei der Preisverteilungsstelle sind maßgebend für die Entscheidung, ob eine Angabe unrichtig ist 5 1046; 6 1078. — Bezeichnung e. praktischen Arztes als Zahnarzt oder Spezial-

arzt für Zahn- u. Mundkrankheiten bei Nichtbesitz der Approbation als Zahnarzt 6 1075; 7 1053, 1054 (vgl. Arzt, Titel). — Bezeichnung eines Zahntechnikers als „Dentist“ 7 1054. — „geprüfte Zahntechniker“ 6 1075, 1079 (bei einer Prüfung nach § 87 Gew.D.). — „prämiert“, wenn bloß einem anderen Fabrikanten das gleiche Fabrikat geschickt ist 6 1076. — Bezeichnung e. z. Bt. der Verleihung d. Auszeichnung von dem Fabrikanten noch nicht hergestellten Ware als „prämiert“ 6 1077, 1078. — Verwendung einer als Gehilfe erhaltenen Auszeichnung im späteren selbständigen Geschäfte 6 1078. — de lege ferenda über befürdliche Genehmigung d. Prämierungen 6 1079. — Anbringung der der türkischen Tabakregie erteilten Auszeichnung auf den Zigaretten e. Firma, die Vertreterin d. türkischen Tabakregie in Deutschland ist 7 1054.

Bezugsart und Quellen. — Begriff d. Bezugsquelle 2 2, 345. — „alleinige Bezugsquelle“ 3 2, 616 (s. 2 2, 344); 5 1043. — „Ortsbezeichnungen, die ihre örtliche Bedeutung verloren haben u. zur Beschaffenheitsangabe geworden sind“ 6 1077. — Verstoß gegen § 1 durch Gebrauch d. in e. Firma enthaltenen Ortsbezeichnung 7 1052. — „echtes Pilsener“ 2 2, 345; 3 2, 620; 4 886, 887. — „Pilsener Urbräu“ 7 1053. — „Dortmunder Bier“ 3 2, 620. — Bezeichnung von Öl mit New Jersey Refinery 7 1053. — französische Bezeichnungen für deutschen Kognak 3 2, 620; 4 884 (echter Mercier Kognak); 6 1075. — Gebrauch von Wappen 3 2, 621. — „Die Waren entstammen einem übernommenen Fabriklager“ 2 2, 339. — „System N. N.“ 7 1052. — mises en bouteilles bei Kognak u. Schaumwein 2 2, 341, 346. — „direkter Importeur“ 2 2, 342. — „Erlanger Bier“ 2 2, 345. — „Münchener Bier“ 2 2, 346; 5 1045; 6 1077. — Pariser Modell 2 2, 346. — ist der Ort der Herstellung d. Fabrikats oder der Herkunft d. Rohstoffes für die Herkunftsbezeichnung entscheidend? 6 1080. — „fertiggestellt in Deutschland“ bei Bezug der cuvée in Fässern aus Frankreich 2 2, 346. — im Zuland aus ausländischen Trauben gefellter Verschnitt mit dem Namen d. Weines bezeichnet 6 1075. — „Kognak“ ohne weiteren Zusatz 2 2, 346; 7 1053. — „Modellgipsmanufaktur R.“, wenn R. als Fundort vorzüglicher Gipse bekannt ist 2 2, 346. — Hamburger Importhaus 4 884. — Havana-Ausstoß 4 885. — Papierstreifen mit Aufdruck „Henry Clay, Habana“ an Zigarren 4 885. — „Nordhäuser“, „echter Nordhäuser“ 4 887. — „Tofayer“ 4 887; 6 1077. — fetter Druck des ausländischen Herstellungsorts der cuvée, klein gedruckter Ort

(Unlauterer Wettbewerb)

der Fertigstellung im Inland 5 1044. — „orientalische“ „Smirna“, „Perser“, „Buchara“, „Persischer Gebets“, „Teppich“ 6 1074, 1075. — Kyriazy-freres-Zigaretten 7 1054. — ägyptische Zigaretten 6 1077; Zufaß de Constantinople auf Zigaretten 7 1054 (2). — geographische Namen im Weinhandel 7 1053.

Anlaß und Zweck des Verkaufes 5 1046. — de lege ferenda 3 2, 623; 4 888; 6 1079; 7 1057 (4). — Ausverkauf, Begriff 5 1046; 6 1079; Saisonverkauf? 5 1046. — „Totalausverkauf“, wenn zwar die Absicht der Geschäftsaufgabe besteht, die Aufgabe sich aber nicht ausschließlich im Wege d. Ausverkaufs vollzieht 3 2, 621. — „Totalausverkauf“ bei Verkauf nur gewisser Teile d. Lagers 2 2, 347; 5 1046. — Ausverkauf nur der in e. Filiale lagernden Waren; Nachschiebungen aus dem Hauptgeschäft 7 1056. — Nachschieben neuer Waren, um hierdurch sonst unverkäufliche einzelne Stücke bei Artikeln, die nur nach größeren Einheiten gehandelt werden, verkaufen zu können 3 2, 622; 5 1046. — Zulässigkeit von Nachschiebungen? 2 2, 346, 347; 3 2, 622; 4 887, 888; 5 1046; 6 1079; 7 1056. — Andeutung der Nachschübe durch die Worte: „nach Ergänzung des Lagers“ 4 889. — Nachschieben behufs Ermöglichung des gelegentlichen Verkaufs einer anderen minder gangbaren Ware 3 2, 622. — Ankündigung des Verkaufs von eingekauften Resten, wenn ganze Stücke zerstückelt und die Abschnitte als Reste verkauft werden 3 2, 622. — wegen Realisierung e. Engrosgeschäftes 2 2, 344. — Ausverkauf von Waren e. Konkursmasse; gleichzeitiger Verkauf anderer Waren 7 1056. — Ankündigung e. Konkursmassenausverkaufes durch den Erwerber einer Konkursmasse 2 2, 347; 4 887, 888, 889; 5 1045, 1046 (gleichzeitiger Verkauf anderer Waren). — Verkauf wegen Brandes, wenn im wesentlichen Waren einer anderen Niederlassung verkauft werden 2 2, 349. — Anzeige eines Ausverkaufs „um zu räumen“ zwei Jahre nach Aufgabe des Geschäfts 4 881. — Anzeige einer „großen Versteigerung“ des vorhandenen Lagers, wenn eine Versteigerung nicht beabsichtigt ist 4 888. — Ankündigung e. angeblichen Zwangsversteigerung durch Inhaber 7 1058.

Andere geschäftliche Verhältnisse. — Angaben der Inhaber von Badehäusern u. Hotels in Badeorten über die in ihren Häusern den Gästen zur Verfügung stehenden Heilquellen 5 1042. — Ankündigung „nur Originalfüllung“ seitens eines Nachahmers 2 2, 356; („echt“) 3 2, 617; 4 884. — Beifügung der wahren

Worte fgl. Oberapotheker a. D. 4 890. — „Originalware“ 5 1042; „Originalstoffwäsche“ 5 1045. — Versehen einer Ware mit einem fremden Warenzeichen 2 2, 342. — „Riesenslager“ 4 881. — „Spezialgeschäft“ 5 1044. — „Spezialarzt“ 5 1045. — „Größtes Spezialhaus“ 2 2, 341; 3 2, 618. — „Größtes Lager der Residenz“ 2 2, 342. — „bestes und besuchtestes Speisehaus am Plage“ 2 2, 342. — „seitheriger Betriebsingenieur des F.“ 3 2, 618. — persönliche Beziehungen des Geschäftsinhabers: „früherer Sozius“; „Lehrer“; „Schüler“ 2 2, 344. — „erste“ Fabrik in der Bedeutung älteste 2 2, 343; 3 2, 618. — „erste“ Fabrik in der Bedeutung leistungsfähigste 2 2, 343; 3 2, 618. — „erste u. einzige Fabrik“ 5 1042. — „Großenhainer Blechpulpenfabrik“ bei Sitz nicht in Großenhain, sondern in einem Nachbarorte 3 2, 618. — Angabe des Gründungsjahres des Kleingewerbes als Gründungsjahr der Fabrik 5 1042. — „größtes und billigstes Geschäft“ eines bestimmten Bezirkes 4 881. — „Konsumanstalt“ 2 2, 342, 343; 3 2, 619; 5 1045. — unwahre Behauptung, der Vertreter einer bestimmten Firma zu sein 5 1040. — Beifügung von Städtenamen auf dem Firmenschild bei Nichtexistenz von Niederlassungen an diesen Orten 3 2, 619. — „alleiniger“ Lieferant oder Produzent 5 1043. — Angaben eines Hypothekenvermittlers über Betrag u. Zinsfußhöhe der ihm zur Verfügung stehenden Kapitalien 2 2, 340. — mises en bouteilles bei Cognac u. Schaumwein 2 2, 341, 346 (vgl. oben Bezugart). — „tägliche Neuheiten“ 4 885. — „gerichtlich beidigter Bücherrevisor“ 2 2, 349. — Behauptung der 100. Anführung eines Theaterstücks 4 884. — Ankündigung eines Theaterstücks als „Novität“ oder „mit neuer Ausstattung“ 4 884. — Einstellung der Leistungen des Geschäftsvorgängers als eigene bei Geschäftsübernahme 6 1074. — Behauptung, der Vorgänger habe die Ware erfunden und der ankündigende Nachfolger sei im Alleinbesitz des Geheimnisses 6 1074. — Angaben über das Alter eines Geschäfts und der Herstellung der darin vertriebenen Waren 4 881; 5 1042; 6 1077. — Angaben über die Person des ersten Herstellers 6 1077; 7 1060 (wenn die Bezeichnung allgemein zur bloßen Beschaffenheitsangabe geworden ist). — unwahre Ankündigung eines sog. Privatgelegenhitsverkaufs 4 889; 5 1048(2); 6 1081. — Vorphielung des Auftretens eines berühmten Künstlers durch Benutzung des gleichen Namens 4 884. — Veröffentlichung einer Versicherungsgesellschaft, bei einer anderen Gesellschaft entfalle auf das Betriebsjahr von allen Gesellschaften die geringste

Entschädigung 3 2, 616. — Behauptung, e. Heilmittel werde in bestimmten Krankenhäusern ausschließlich verwendet 3 2, 616. — schmerzlose Zahnoperation mit Verwendung eines unschädlichen Anästhetikums 6 1075. — „ziehe Zähne schmerzlos mittels Herbarin“, wenn dem Anzeigenden das Mittel nur ausnahmsweise zu Gebote stand 5 1043. — „Dresdner zahnärztliche Klinik“ 3 2, 616. — Behauptung „langjähriger Geschäftsverbindung nach allen überseeischen Plätzen“ seitens des Erwerbers der seit langen Jahren bestehenden Exportabteilung eines Geschäftes 4 885. — Versprechen schneller und sicherer Heilung 2 2, 349; 3 2, 617; 6 1081. — Bezeichnung als „Organ für amtliche Bekanntmachungen“ ohne Bestehen e. Vertragsverhältnisses 2 2, 339, 340. — Unterbringung amtlicher Erlasse in einer mit „amtlicher Teil“ bezeichneten Abteilung seitens einer mit der Ausnahme der Erlasse nicht betrauten Zeitung 3 2, 617; 4 883. — bloßer Abdruck amtlicher Bekanntmachungen 5 1043. — „verbreitetste und gelesenste Zeitung“ 2 2, 340; 3 2, 617. — falsche Angaben über Zeitungsaufgabe 2 2, 340, 343. — Unzulässigkeit von Füllinteraten 2 2, 340, 347, 350; 4 883 (Weilage); 5 1043; 6 1077. — Änderung des Zeitungstitels unter Beibehaltung der alten Jahrgangsbezeichnung 5 1043, 1044. — Behauptung, eine Zeitung habe mit „Nebenausgaben“ eine bestimmte Auflage 5 1044.

Unterschiedsberechtigte (vgl. oben I. Allgemeines) 5 1053. — Privatunterrichtsanstalt als Erwerbsgeschäft 3 2, 612. — „verwandte Waren“ 3 2, 612. — Zahnarzt gegenüber einem Zahntechniker 6 1073, 1079. — wenn der Antragsteller nur teilweise dieselben Waren führt 3 2, 612. — Vertreiben der streitigen Artikel nur in geringem Umfang 3 2, 612. — Ärzte wegen unrichtiger Angabe in bezug auf Heilmittel 3 2, 612, 613; 5 1053. — Bayerischer ärztlicher Bezirksverein 4 880. — ärztlicher Standesverein 6 1072. — Ärztekammern 2 2, 337; 3 2, 613. — Kreisarzt 2 2, 337. — freiwillig gebildete Schulverbände 3 2, 613 u. 5 1039 (vor ihrer Bildung begangener Klammerschwindel; Recht auf Unterlassungsklage?) 4 880. — zahnärztliche Verbände 6 1079. — Handwerkerkammern, Gewerbeverbände 3 2, 613. — Handelskammern 2 2, 337; 6 1072. — Preussische Ärztekammer wegen einer in Sachsen begangenen Handlung 5 1039. — Forderungen 7 1050. — Bezirksamt neben dem Inhaber der verletzten Firma klageberechtigt 5 1040 (s. 5 1045). — kein Recht der gewerblichen Verbände zur Geltendmachung sonstiger Ansprüche der Vereinsmitglieder (Schad-

denersatz) außer dem Unterlassungsanspruch 5 1040. — Antragsberechtigte bei Behauptung, allein zum Betrieb eines nach seinem Herstellungsorte bezeichneten Artikels berechtigt zu sein 3 2, 623. — Herstellung e. Ware gleicher oder verwandter Art als Voraussetzung für die Unterlassungsklage von Verbänden 6 1072. — Antragsrecht bei Unterlassungsklage 7 1057.

Schadensklage 7 1057. — Berechnung des Schadens de lege ferenda 3 2, 623. — Revisionssumme 3 2, 623. — Herausgabe des gemachten Gewinnes 3 2, 623. — „Kennenmüssen“; genügt grobe Fahrlässigkeit? 2 2, 348. — Zuständigkeit des Gerichts der die unlautere Klame verbreitenden Zweigniederlassung 2 2, 348; 6 1080 (s. 4 889). — Sch. gewerblicher Verbände? 5 1040. — Absicht, den Aufchein e. besonders günstigen Angebots hervorzurufen 5 1045. — Naturalrestitution nach § 249 BGB. 6 1079. — Verufung von Redakteur und Zeitungsverleger auf § 1 Abs. 2 Satz 2 bei Vornahme der Veröffentlichung zu Zwecken des eigenen Wettbewerbes 2 2, 348.

Unterlassungsklage s. diese und unten IV u. V. — rechtl. Natur 4 888; 5 1047; 7 1050. — Verschulden des Beklagten nicht erfordert 2 2, 348; 3 2, 623, 667; 5 1047, 1049; 7 1057, 1060. — Erklärung des Zuwiderhandelnden, sich weiterer Eingriffe enthalten zu wollen 3 2, 667; 6 1079. — Klage auch ohne Verfolgung weiterer Störungen zulässig? 2 2, 354; 3 2, 623; 5 1047; 6 1079; 7 1060, 1128. — Zuständigkeit des Gerichts der die unlautere Klame verbreitenden Zweigniederlassung 2 2, 348; 6 1080. — Dauer der Zuständigkeit des Gerichts der Zweigniederlassung 4 889. — Unterl.-klage gegen einen Inländer wegen im Ausland verübter unlauterer Klame 2 2, 347, 350 (s. 2 2, 361); 3 2, 625. — Einwand, daß der Kläger selbst andere schädige 2 2, 347. — Klagerhebung auf Rückgängigmachung der Handlung (Einstellung des Ausverkaufs) 2 2, 347, 348; 6 1079 (Einstellung während des Prozesses). — Klage gegen den Geschäftsherrn wegen unlauterer Klame des Geschäftsführers 2 2, 348. — mehrere Klagen verschiedener Interessenten wegen der gleichen Klame 2 2, 348. — gleichzeitige Beforderung einer gegen das Urteilsverbot verstoßenden Mitteilung an mehrere Kunden als eine Verletzung 4 880. — fortbestehender, rechtswidriger Zustand klagevoraussetzung? 5 1047. — Klage bei weit zurückliegenden Zuwiderhandlungen 5 1047. — Klageantrag auf Unterlassung „ähnlicher“ Handlungen 2 2,

(Unlauterer Wettbewerb)

356; 6 824, 1079; 7 806. — gleichzeitige Erhebung von Schadens- u. Unterlassungsflage 2 2, 353. — Urteilstenor 5 1047, 1050; 7 1052 (Verbot aller abfälligen Urteile, Angriffe ganz allgemein?) — inwieweit sind die Gerichte bei der Unter-sagung an Wortlaut u. Form der Angaben gebunden 2 2, 347. — Unterl.-sflage vermö-gensrechtlicher Anspruch nach § 546 ZPO. 2 2, 348. — Wert des Streitgegenstandes bei ll. 4 888. — Anwendung des § 93 ZPO. bei ll. ? 2 2, 337. — Flage gegen den Kon-sultverwalter 5 1047. — Redakteur, Ver-leger, Drucker, Vertreter u. Vertreiber als Beklagte bei ll. gegen Zeitungen 4 883.

Straf-flage. — „zur Fressführung geeignet“ 3 2, 624 (Einfluß der Gewöh-nung an Reklameübertreibungen, s. auch oben); 2 2, 348 (Täuschung eines Teils des Publikums); 7 1058. — dolus eventualis 6 1080. — keine fahrlässige Verfehlung gegen § 4 3 2, 624. — Dritte (außer dem Geschäftsinhaber) als Täter 2 2, 349. — Kurpfuscher (Versprechen sicherer Heilung) 2 2, 349; 3 2, 617. — Abdrucken von Annoncen aus einem Konkurrenzblatt ohne Auftrag 2 2, 350 (vgl. 2 2, 340, 347). — fallen bildliche Reklamen unter § 4? 2 2, 347, 350; 5 1047; 6 1080. — durch bildliche Darstellungen oder sonstige Veran-staltungen ergänzte, tatsächliche Angaben 5 1048; 6 1080. — Selbstbezeichnung e. Bücherrevisors als „gerichtlich beeidigter“ 2 2, 349. — Angaben über die Person des Anbietenden fallen nicht unter § 4 2 2, 349. — muß der Anschein des beson-ders günstigsten Angebots ein falscher sein 4 889. — Erfolg kein Tatbestandsmerkmal des § 4 4 889. — Verkauf von Postkarten, die auf der Vorderseite den offiziellen Karten gleichen, auf der Rückseite nur Re-klame enthalten, als Reichspostkarten 4 889. — Vorgehen gegen § 4 durch Anpreisen ärztlicher Heilmittel? 5 1048; 7 1058. — fällt die Behauptung, ein Gegenstand sei patentiert, unter § 4? 5 1066. — öffentliche Ankündigung von Zwangs-verfeigerungen durch Justarat 7 1058.

Ein-stweilige Verfügungen (§ 3). — Glaubhaftmachung des Unterlassungs-anpruches genügt 3 2, 624. — Anträge der Gewerbeverbände beim Registerrichter 4 880. — „auch wenn die Voraussetzungen der §§ 935, 940 ZPO. nicht zutreffen“ 5 1047.

III. Quantitätsverletzungen (§ 5). — § 5 Gewerbe-poliizeiübertretung 2 2, 350.

IV. Üble Nachrede (§§ 6 u. 7). — Verhältnis zu § 824 BGB. 2 2, 350; 4 890 (unwahre Behauptungen über die Person des Geschäftsinhabers); 6 1082. — Verhältnis des § 6 zu § 1 3 2, 625

(Herabsetzen des fremden Geschäftes als indirekte Anpreisung des eigenen). — üble Nachreden in ins Ausland gehenden Briefen 2 2, 350. — im Ausland gemachte üble Nachreden 2 1, 726; 2 2, 347; 3 1, 676; 3 2, 625; 7 1059 (s. oben I. Allgemeines). — namentliche Bezeichnung des Gegners nicht erforderlich 3 2, 626; 4 890, 891. — Aktilegitimation 2 2, 352; 4 891. — Anwendung des § 6 bei Wettbewerb zweier größerer Interessentengruppen 2 2, 350. — Anwendung des § 6 nicht auf das Verhältnis zwischen Kaufleuten beschränkt 2 2, 350. — nur teilweise gegen § 6 verstoßende Zirkulare 5 1048. — Haftung bei Veranlassung der Handlung des Be-klagten durch agents provocateurs 6 1081. — Presse als Täter 7 1059.

Zu Zwecken des Wettbewerbes 2 2, 360; 6 1081. — Unterschied von e. Interessenkampf 3 2, 625 (Maßnahmen gegen das Schleudern im Buchhändler-gewerbe). — Absicht, die Kunden abspenstig zu machen oder dem Gegner seine bisherigen Bezugsquellen zu verschließen 2 2, 352; 3 2, 626; 6 1081. — Abwehr unlauteren W. schließt den § 6 nicht aus 3 2, 626. — Aufmerksammachen auf gefahrbringendes Vorgehen in Fach-zeitungen 3 2, 626. — kein W., wenn der eine einen immer größer werden den Absatz seiner Ware, der andere nur eine billigere Befriedigung seines Privat-gebrauches sucht 2 2, 360. — Verkauf einer Ware unter dem einem anderen als Warenzeichen geschützten Namen 4 891. — Förderung des Geschäftsbetriebs eines Dritten oder einer ganzen Gruppe von Gewerbetreibenden 4 891, 892; 5 1049, 1050; 7 1059. — anlässlich eines Streiks herausgegebenes Flugblatt mit der Auf-forderung, bei dem Arbeitgeber nicht zu kaufen 4 892. — Benutzung eines Stadt-berordnetenmandats z. Z. d. W. 4 892. — Beweislast 4 892. — wird eine aus-schließlich auf den W. gerichtete Absicht verlangt? 5 1049, 1050. — nur zu wissen-schaftlichen Zwecken gemachte Äußerungen 5 1050. — Absicht, den Adressaten zum Rücktritt von dem mit einem anderen geschlossenen Geschäft u. zur Anknüpfung von Verbindungen mit dem Wettbewerber zu veranlassen 6 1081.

Geeignet, den Betrieb zu schädigen 2 2, 352. — Behauptung un-deutlichen Anbringens d. Firmenschildes zwecks Verwechslung d. Geschäfte 3 2, 625. — Behauptung, d. Kläger könne wegen Lösung d. Geschäftsverbindung mit dem Beklagten eine Ware nicht mehr liefern 3 2, 625. — wahrheitswidriges Be-rühmen, das gewerblich geschützte Fabrikat e. anderen als Spezialität zu führen 5 1050.

Aufstellen und Verbreiten. — Begriff 2 2, 350; 4 890 (Mitteilung an e. größeren Personenkreis). — wörtliche Wiedergabe nicht nötig 2 2, 351. — vertrauliche Mitteilung an einen einzelnen 6 1081.

Berechtigtes Interesse an der Mitteilung. — Begriff 6 1082. — irtümliche Annahme e. solchen Interesses 3 2, 627; 4 892; 6 1082; 7 1060. — bloßes Konkurrenzinteresse 2 2, 354; 3 2, 627; 4 892; 5 1050 (2); 6 1082; 7 1060. — Verneinung d. Interesses mit Rücksicht auf d. Art d. Veröffentlichung 3 2, 627. — Abwehr übertriebener Reklame 6 1082. — Verteidigung d. eigenen Ware gegen fremde Angriffe 2 2, 354. — Absicht d. Schädigung e. Konkurrenten 2 2, 354. — Kritik e. Druckschrift über Zahnbehandlung seitens e. Dentisten 7 1059. — bewußte Aufstellung unwahrer Behauptungen 2 2, 354; 5 1049. — keine Beschränkung auf vertrauliche Mitteilung von Person zu Person 2 2, 354. — keine Beachtung des Abf. 2 von Amts wegen 2 2, 354. — Wahrnehmung fremder Interessen 4 892; 5 1050; 6 1082. — Einrede d. berechtigten Interesses gegenüber der Unterlassungsklage 4 893; 5 1050; 6 1082. — Interesse, als Mitglied d. Gemeindevertretung d. Gemeinde vor unrentablen Geschäften zu warnen 4 893. — berechtigtes Interesse e. Publizisten 5 1050; 6 1082. — berechtigtes Interesse bei geschäftlichen Auskunften 6 1082.

Behauptungen tatsächlicher Art s. oben § 1. — Begriff 6 1081. — Verschweigen als Behauptung 6 1081. — ein Restaurateur gebrauchte Margarine als Butter 2 2, 351. — d. Senf d. Klägers enthalte Kartoffelmehl 2 2, 351. — der Kläger sei zur Böschung eines Warenzeichens verurteilt 2 2, 351; 4 891. — der Kläger habe vertragswidrig seinen Abnehmern Rabatt gegeben 7 1058. — allgemeine Behauptung, d. Ware d. Klägers sei schlechter als die des Beklagten 2 2, 351; 4 891 („denkbar schlechteste“); 4 891 (Behauptung bestimmter, schlechter Eigenschaften); 5 1049. — rigorose Ausübung d. Verwirkungsklausel seitens e. Versicherungsgesellschaft 2 2, 351. — Behauptung einer Patentverletzung 2 2, 351; 4 890; 6 1081; 7 1058. — Behauptung, d. Kläger beabsichtige eine Täufchung d. Publikums 2 2, 351; 7 1059 (Spekulation auf die Dummheit d. Publikums). — ehrenrührige Äußerung über d. Person d. Inhabers 2 2, 352. — unrichtige Angaben über die Preisbemessung 2 2, 352. — B., die Ware sei viel zu teuer 6 1081. — grundlose Entlassung von Angestellten 2 2, 352. — B., d. Kläger habe vielsache Prozesse 2 2, 352. — B., d. Kläger habe seinem Auftrag-

geber zu viel verrechnet 2 2, 352; werde liquidieren, böte nicht dieselben Garantien 6 1081; 7 1059. — Nachrede des u. B. 2 2, 352; 6 1081. — den Behauptungen stehen als Willensäußerung sich darstellende Handlungen gleich 4 890. — B., man könne über das Geschäftsgebaren d. Klägers durch den Staatsanwalt festgestellte interessante Mitteilungen machen 4 891. — Klage wegen der Annonce „Halbmilch, die zu Vollmilchpreisen verkauft wird, führen wir nicht“ 4 891. — B. über die Geschäftserkenntnisse e. Gewerbetreibenden 4 893. — B., eine Hütte fabriziere augenblicklich nicht 5 1049. — die gewürzte Pflanzenbutter d. Klägers falle unter das Margarinegesetz 5 1049. — Urteil, e. gewisse Handlung verstoße gegen ein Gesetz, als Behauptung tatsächlicher Art 5 1049; 6 1081. — Verbreitung von bloßen Gerüchten unter ausdrücklicher Bezeichnung als solche 6 1081. — Abwehr der durch den Angestellten e. Konkurrenzgeschäftes gemachten unwahren Angaben durch die B., im Geschäft d. Prinzipals sei gegen das UnlWG. verstoßen worden 6 1081. — in die Form d. Äußerung e. Verdachts oder der Mitteilung e. Gerüchts gekleidete Behauptungen 7 1060.

Die an d. Herstellung u. Verbreitung einer Druckschrift beteiligten Personen als Täter 2 2, 350, 352, 353; 4 892. — Verschulden des Beklagten nicht erforderlich 2 2, 350, 353 (2). — schließt Angabe der Quelle, von der die Behauptung stammt, die Anwendung d. § 6 aus? 2 2, 350. — Unterlassungsklage bei Nichtbesorgnis weiterer Störung 3 2, 623; 5 1049 (s. oben II). — Verschulden d. Beklagten bei Unterlassungsklage nötig? 5 1049 (s. oben II). — Begriff d. „Erwerbsgeschäftes“ 2 2, 351 (s. oben II). — „Verlester“ 2 2, 352. — Unterlassungsklage gegen den Geschäftsherrn wegen übler Nachrede seitens seiner Angestellten 2 2, 353; 7 1050, 1059 (2) (s. oben I. Allgemeines). — Zivillage auf öffentlichen Widerruf bei übler Nachrede in einem Zeitungsinserat 5 1048. — Nachweis e. bereits entstandenen Schadens nicht Klagevoraussetzung 5 1050. — Konkurrenz d. Delikts nach § 6 mit anderen Delikten 5 1050. — Gerichtsstand für die Klagen aus § 6 2 2, 353; 6 1082 (bei Flugblättern). — Beweislast 2 2, 353. — Verhältnis d. Unterlassungs- zur Schadensklage 7 1060. — gleichzeitige Erhebung d. Schadens- u. Unterlassungsklage 2 2, 353; 7 1059. — einstweilige Verfügungen bei Zuwiderhandlungen gegen § 6 2 2, 353. — Urteilsenor bei der Unterlassungsklage (wörtliche Wiedergabe der vom Beklagten aufgestellten B.) 5 1050 (2) (s. oben II). — „wider besseres Wissen“ i. S. d. § 7 (Möglichkeit d. Unwahrheit) 2 2,

(Unlauterer Wettbewerb)

354. — Unterlassungsflagge im Falle des § 7 2 2, 354; 5 1051.

V. Unlauterer Wettbewerb nach § 8 4 893 f. — Anwendungsgebiet 7 1060. — de lege ferenda 5 1052. — Anwendung d. § 8, wenn Name oder Firma dem Verletzten rechtlich zusteht 6 1083. — gänzliches Verbot der Benutzung e. Firma 5 1052. — Anwendung d. § 8 auf Telegrammadressen 6 1083, 1084 (s. diese). — Verhältnis d. § 8 zu § 30 HGB. 6 612. — kann d. Registerrichter ein Verbot d. Firmenführung nach § 8 UnWGB. erlassen? 7 1060, 1061. — Versehen eigener Waren mit fremder Firma 7 1060. — Anspruch auf Löschung e. in zulässiger Weise in das Handelsregister eingetragenen Firma nach § 8 möglich? 7 1061.

Name s. diesen. — Verhältnis zu § 12 HGB. 3 2, 627; 5 1051. — Name i. S. des § 8 6 1082 (Wappen-, Firmen-, Sach-, Gattungsname?). — Schutz des Pseudonyms 2 2, 354; 3 2, 627, 628; 4 893; 6 1082. — mißbräuchliche Benutzung d. eigenen Namens 2 2, 354. — nicht schußwürdige Unternehmen (Spielhölle, Bordell, Heiratsvermittlungsbureau) 3 2, 628. — § 8 bezieht sich nicht auf die Bezeichnung d. Waren 2 2, 354, 356; 6 1082. — Gebrauch eines Namens mit Bezeichnung „echt“, „Original“ 2 2, 356 (s. oben II). — zur bloßen Beschaffenheitsangabe gewordener Name des ersten Herstellers 7 1060.

Firma. — Schutz gegenüber d. mißbräuchlichen Verwendung von dem HGB. entsprechenden Firmen 2 2, 354; 3 2, 627; 4 893 (Klage auf Löschung?); 6 612. — Beibehaltung eines e. F.-bezeichnung enthaltenden Warenzeichens als Benutzung d. F. 2 2, 354. — wahrheitswidrige Behauptung d. Ausführung d. von einer fremden F. hergestellten Arbeiten unter Benutzung der dieser ausgestellten Zeugnisse 3 2, 627. — Priorität bei ähnlichen F. 5 1051. — Bezeichnung e. Geschäftslokals mit dem Vermerk „früherer Sitz der Firma N. M.“ 3 2, 627. — Aufnahme e. Strohmans in eine F. 4 559; 5 1051. — mißbräuchliche Verwendung einzelner Teile einer F. 6 1083. — Schutz d. Firma in abgekürzter Gestalt 5 1051; 6 1082. — Benutzung d. F. in abgeänderter Gestalt 5 1051.

Besondere Bezeichnung eines Geschäftes. — Begriff 2 2, 351, 352; 6 1082; 7 1061 (Erwerb, Verlust u. Natur d. Rechts). — nicht neue Bezeichnung 3 2, 628. — Kafao-Kompagnie 6 1083. — Patentbureau 3 2, 628. — königliches Theater 4 893. — Café Bauer 6 1083. — Schillertheater 6 1083. — „Brauhaus“ 7 1061. — „N.-Steiner Falzziegel“ 5 1052. — Kuchhaus

5 1051. — Prüfungs- u. Überwachungsanstalt für elektrische Anlagen 3 2, 628. — „Benediktine-Liqueur“ 3 2, 628. — Zeitungstitel 3 2, 628, 629 (Rechte des Redakteurs); 2 2, 355; 3 2, 668; 6 1082 (s. unten u. TitUlthG.) — öffentliche u. private Wappen, kaiserlicher Adler 3 2, 629; 6 1082. — Einfluß d. Priorität d. Benutzung 2 2, 351, 355. — Gebrauch einer für ein Haus berechtigten Bezeichnung für das darin betriebene Geschäft 2 2, 355. — von einem Schriftsteller erfundener Name: Sherlock Holmes 6 1083; 7 1061. — Titel von Zeitschriften 7 1060. — „Struwelpeter“ 2 2, 355. — „Salatfische“ für ein Kochbuch 5 1051. — Einfluß d. offiziellen Charakters einer Zeitschrift 2 2, 355. — guter Glaube des die besondere B. e. G. für sich Benutzenden 2 2, 351. — muß die besondere Bezeichnung Ergebnis einer schöpferischen Geistestätigkeit sein? 5 1051. Verwechslungsmöglichkeit 3 2, 629 (Tonindustrie u. Tonindustriezeitung); 4 894. — Gebrauch e. wörtlichen Geschäftsbezeichnung gegenüber der entsprechenden bildlichen 2 2, 355; 3 2, 629, 630. — bei Verschiedenheit d. Geschäfte 2 2, 355. — bei Zeitungstiteln 2 2, 355. — Wahl der Bezeichnung in gutem Glauben, aber Fortgebrauch nach Kenntnis d. Konfurrenzgeschäftes 2 2, 356. — Bedeutung des in e. Firma enthaltenen Schlagwortes; Abkürzung d. Firma 7 1060. — entfernte Verwechslungsgefahr 4 893. — bei örtlicher Entfernung d. beiden Betriebe 4 893. — „Hotel Plinzler“ gegenüber der Firma „Hotel S. vormalig Plinzler“ 4 894. — Verwechslungsgefahr trotz Zusatzes 7 1060. — Zusatz einer Ortsbezeichnung oder „GmbH.“ 5 1052. — wirkliche Verwechslung nicht nötig 5 1051. — Verwechslungsgefahr bei Theaterunternehmen mit Rücksicht auf fremdes Publikum 5 1051. — Verwechslungsgefahr nach Auffassung des Käufers, nicht des Wiederverkäufers 5 1051.

Verhältnis des § 8 zum Warenzeichengesetz. — Schutz gegen Verwechslung mit dem eingetragenen Warenzeichen e. anderen 3 2, 630; 6 1083. — Gebrauch einer Firma in abgekürzter, dem Wortzeichen eines Dritten ähnlicher Form 2 2, 354; 3 2, 632. — mit einem Warenzeichen übereinstimmende Beschaffenheitsbezeichnung 2 2, 345. — Verkauf einer Ware unter dem einem anderen als Warenzeichen geschützten Namen 4 891. — Benutzung eines Freizeichens 4 894. — Aufnahme eines Strohmannes in die Firma 4 559; 5 1051. — mißbräuchliche Benutzung eines Zeitungstitels seitens des zur Führung d. Titels als Warenzeichen Berechtigten 2 2, 355. — Aufnahme eines Namens oder einer Firma in ein Waren-

Fette Zahlen = Infrag.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

zeichen (Klage auf Löschung) 2 2, 356 (2). — kann der im unansehbaren Besitz e. Warenzeichens Befindliche an der Führung d. Zeichens in seiner Gesamtheit gehindert werden? 2 2, 356. — Strafbarkeit eines Verstoßes gegen § 8 UnWb. nach § 14 WarenZG.? 6 1084.

Urtivilegitimation. — Popularklage nach § 8? 5 1051. — Urtivilegitimation für die Klagen nach § 8 (der bloße Inhaber e. Warenzeichens?) 2 2, 356. — Klagerecht d. Bezirksagenten, wenn sich ein anderer als Vertreter d. Firma geriert 5 1040. — Verlust d. Unterfangungsrechtes bei Aufgabe d. Geschäftes; Absicht, das Unternehmen später wieder aufzunehmen 6 1083. — in Liquidation befindliche Handelsgesellschaft 7 1061.

Vertreter. — Angestellte einer Firma 5 1051.

Unterlassungsklage s. auch oben II u. IV. — Voraussetzungen 5 1052. — Schadenzufügung nicht Voraussetzung 2 2, 356; Klageantrag auf Unterlassung „ähnlicher“ Handlungen 2 2, 356; 4 894.

VI. Verletzung von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen (§§ 9 u. 10). — de lege ferenda 3 2, 631; 5 1053.

Begriff des Geschäfts- und Betriebsgeheimnisses 2 2, 357, 358; 3 2, 630; 5 1052, 1053; 7 1061, 1062. — absolutes Geheimnis nicht nötig 2 2, 357 (Kenntnis des hierzu Berufenen), 358; 3 2, 630; 6 1085 (Befprechung in Fachschriften); 7 1062. — von Dritten anlässlich des Geschäftsbetriebes erlangte Kenntnis (den Kunden vorgelegte Muster) 3 2, 630. — Verwertung von Wertstücken, die in einer Fabrik aus einer dort benutzten, als Fabrikgeheimnis anzusehenden Schnittform hergestellt werden 3 2, 630. — Kreis der eine Anstalt besuchenden Schüler 3 2, 630. — Namen, der von einer Auskunftei als Auskunftsperson Benutzten 3 2, 631. — ist Neuheit erforderlich? 2 2, 357. — muß ein Interesse an der Geheimhaltung gegeben sein? 2 2, 357, 358. — Preisalkulationen 2 2, 358; 4 894. — Kundenlisten 2 2, 358 (2); 4 894; 5 1053; 6 1085; 7 1062. — Bezugsquellen 4 894; 7 1062 (2). — Bilanzen u. Buchabschlüsse 2 2, 358; 4 894. — Korrespondenz mit Kunden 7 1062. — Projekte 7 1062. — Betriebsgeheimnisse (Geisteswerke höherer oder niedriger Art, Erfindungen; technische Fortschritte, einzelne Kunstgriffe) 2 2, 358. — nicht angemeldete Geschmacksmuster 3 2, 667. — ist besonderer Nachweis der Geheimhaltung nötig? 2 2, 358. — Mustersammlungen 2 2, 358; 4 894. — Preislisten 2 2, 358; 4 894; Kostenanschläge 4 894. — Eintragung als Geschmacksmuster hebt die Geheimniseigenschaft nicht

auf 2 2, 358. — Anbieten e. Geschäftes zu einem niedrigeren als dem bisher erlangten Preise 2 2, 358. — Submissionsofferten 4 894; 5 1053. — Verwendung der vom Prinzipal dem Angestellten mitgeteilten Geheimnisse seitens des letzteren nach seiner Etablierung 2 2, 359; 3 1, 358; 3 2, 630; 6 317, 322 (s. unerlaubte Handlung, § 826). — Fortwirkung einer Vertragsklausel, daß der Gehilfe für eine gewisse Zeit nach seiner Entlassung die Kunden d. Prinzipals nicht besuchen darf 2 2, 359. — ist für den Begriff d. Gewerbegeheimnisses die subjektive Auffassung des Geschäftsinhabers von Einfluß? 5 1043. — Etablierungszeitverfindungen des Angestellten selbst 2 2, 359; 6 1084; 7 1062. — hebt Patentierung die Geheimniseigenschaft auf? 6 1085. — an und für sich bekanntes Verfahren bei besonderer Gestaltung einzelner Operationen 6 1085.

Mitteilung. — in Notstand oder Wahrung berechtigter Interessen erfolgte M. 2 2, 359. — Anmeldung zum Patent als M. 2 2, 359. — an Personen, die mit dem Prinzipal nicht in Wettbewerb treten wollen 2 2, 359; 5 1052. — M. an eine Person, die schon vorher Kenntnis hatte 5 1052, 1053.

Dienstverhältnis. — keine Beendigung durch unberechtigten Austritt oder Entlassung 2 2, 359. — Agenten 2 2, 359. — Fabrikchemiker (Rerrat der von ihm gemachten, nach Vertrag dem Prinzipal zu überlassenden Erfindungen) 2 2, 359 (s. oben).

Unterlassungsklage nach § 9 2 2, 360; 5 1053; 6 1084. — Kollision zwischen Schweige- und Zeugnispflicht 2 2, 359; 3 2, 631 (Weigerung eines Auskunfteihabers, die Namen der Auskunftsvermittler anzugeben). — Verwertung eines bona fide oder durch Zufall erlangten Geheimnisses 2 2, 360. — Vereinbarung, daß der Gehilfe auch nach Austritt zur Geheimhaltung verpflichtet sei 4 571. — Schweigepflicht nach d. GewD., dem Wein- u. Margarinegesetz 2 2, 359. — Ausmieten von Arbeitern 2 2, 360 (2); 6 1084. — Engagement eines Arbeiters nach Beendigung d. früheren Dienstverhältnisses in der Absicht, von dem Engagierten Geheimnisse zu erfahren 2 2, 360. — „zu Zwecken d. Wettbewerbs“ s. oben IV. — „bestimmen“ i. S. d. § 10; Anwendung von besonderen Mitteln, Versprechungen nicht nötig 2 2, 360; 7 1062. — „Unternehmen“ i. S. d. § 10; Versuchshandlungen, untauglicher Versuch; Nichtvorhandensein e. wirklichen Geschäftsgeheimnisses 6 1085, 1086; 7 1062 (gegenüber e. zur Tat schon Entschlossenen). — Einwand d. nach § 10 Verklagten, das Geheimnis, das er kennen

(Unlauterer Wettbewerb)

lernen wollte, verlege das Patent eines anderen **6 1086**. — „Bernerten“ nach § 9 **6 1084**. — Benutzung e. durch einen Angestellten während d. Dienstzeit veratenen Geheimnisses seitens d. Dritten nach Austritt d. Angestellten **6 1084, 1085; 7 1062**. — Vergehen nach § 9 Abs. 1 nur während d. Dienstzeit möglich **6 1084**. — Voraussetzungen d. § 9 Abs. 2 **6 1084**. — unter dem Schein freundschaftlicher Anteilnahme Entlohn e. Geheimnisses fällt unter § 9 Abs. 2 **7 1062**. — Konkurrenz zwischen Diebstahl u. Vergehen nach § 9 **4 894, 895**. — Schadensersatz nach § 9 Abs. 2 nur, wenn die Art u. Weise, wie d. Beklagte zur Kenntnis d. Geschäftsgeheimnisses gelangt ist, den guten Sitten zuwider ist **4 895**. — Bestimmen eines anderen, der noch nicht im Besitze d. Geheimnisses ist (§ 10) **5 1053**. — § 10 verlangt einen bestimmten, auf Erlangung eines Geheimnisses gerichteten Willen **5 1053**.

VII. **Berjäh rung** (§ 11). — fortgesetzte Handlungen **2 2, 361; 3 2, 631; 4 895** (bei Versendung von Preislisten). — bei angehefteten Plakaten **2 2, 339**. — Zeitungsannoncen **2 2, 339**. — B. bei wiederholten, zeitlich getrennten, also nicht fortgesetzten Handlungen **2 2, 361**. — wiederholte Verwendung d. Titels e. Zeitschrift als mehrere selbständige Handlungen **2 2, 361**. — Beginn d. B. d. Schadensersatzansprüche bei fortgesetzten Handlungen **4 895**.

VIII. **Strafantrag und Privatklage** (§ 12) s. oben I unter Antragsberechtigte. — Einstellung d. Privatklageverfahrens infolge Übernahme durch die Staatsanwaltschaft; spätere Wiederaufnahme bei Einstellungsbeschluß der St. wegen mangelnden öffentlichen Interesses **3 2, 631**.

IX. **P u b l i k a t i o n** (§13) **2 2, 361; 6 1086**. — ist die P. von Zivilurteilen Strafe? **3 2, 631; 6 1086; 7 1063**. — P.-befugnis bei auf Geldersatz gehenden Schadensklagen **3 2, 631**. — P., wenn Klage auf Unterlassung erhoben, aber nicht auf Unterlassung erkannt ist **3 2, 632**. — Anordnung durch vorläufig vollstreckbares Urteil **2 2, 361**. — Zubilligung d. P.-befugnis nicht von einem Verschulden d. Beklagten abhängig **2 2, 361**. — Befugnis des Verletzten, auf eigene Kosten die Verurteilung zu veröffentlichen **2 2, 361; 6 1086**. — maßgebend für Zubilligung das öffentliche Interesse **2 2, 361**. — Unterschied zwischen §§ 4 u. 7 **7 1062**. — muß die Veröffentlichungsbefugnis im Urteil besonders begründet werden? **4 895**. — P.-befugnis bei einseitiger Verfüzung **5 1053**. — Recht zur Urteilsveröffentlichung auf eigene Kosten auch ohne P.-befugnis **6 1086**.

X. **B u ß e** (§ 14). — Zuerkennung e. Buße bei Strafe wegen Betrugs in Idealkonkurrenz mit § 7 **UnWZ. 7 1060**.

Unmöglichkeit s. Gattungsschuld, gegenseitiger Vertrag, positive Vertragsverletzung, Rücktritt, Unvermögen, Nichtigkeit. **Allgemeines**. — Kritik des Gesamtsystems **7 126**. — maßgebendes Recht für nachfolgende II. bei Schuldverhältnissen d. alten Rechtes **2 1, 784, 785**. — Begriff, Arten **1 1, 183, 184, 185; 2 1, 180; 3 1, 125; 6 117—120**. — durch Nichtleistung herbeigeführte II. **6 120**. — U. u. Unvermögen, Unterschied **1 1, 184, 185; 5 109; 6 117, 118; 7 127, 146**. — U. bei rein persönlichen Hinderungsgründen denkbar **6 117, 134**. — Unterschied v. Unvermögen; außergewöhnliche, billigerweise nicht zumutende Schwierigkeiten **7 127**. — objektive II. setzt dauernde II. voraus **4 101**. — Unterschied zwischen II. u. einer Einrede gegenüber dem Erfüllungsverlangen aus entgegenstehendem, eigenem, gewichtigem Interesse **6 117**. — Verhältnis d. II. zum Verzug **1 1, 202; 2 1, 198; 5 122** s. Gläubigerverzug möglich bei II. d. Leistung bzw. Annahme **1 1, 210; 2 1, 203; 3 1, 147, 150; 5 124**. — § 242 maßgebend **1 1, 185; 3 1, 83**. — Anzeigepflicht d. Sch. nach Treu u. Glauben bez. d. eingetretenen II. **2 1, 180; 6 119, 120, 153** (vgl. Haftung, Prozeßkosten). — U. d. Unterlassung **2 1, 119; 5 109 f.; 6 120, 123**. — U. d. Leistung nach ius strictum zu beurteilen **2 1, 122**. — örtliche II. **6 117**. — II. in Ansehung d. Zeit **1 1, 186, 198; 4 101; 5 108; 6 117, 118**. — zeitweilige II. vorübergehender Leistungen **5 120**. — U. d. Bezeichnung d. verkauften Ware mit dem ihr vom Fabrikanten gegebenen Namen **2 1, 277**. — Beweislast bei II. der Erfüllung wegen positiver Vertragsverletzung **7 141 (2)**. — Klage auf Leistung bei vorliegender, jedoch noch nicht festgestellter II. **7 140**. — Verkauf u. fremden Sache als Fall d. § 308 Abs. 1 **BGB. 2 1, 209**. — U. d. Leistung infolge Mangelhaftigkeit d. Ware (Verh. d. §§ 459 ff. zu den Vorschriften über d. II.) **1 1, 345; 2 1, 274; 6 119**. — U. bei Produktions- u. Übertragungspflichten **5 109**. — Vereinbarung e. Warenlieferung aus e. bestimmten Fabrik, Befreiung d. Schuldners bei Abbrennen **5 110**. — Untergang d. Fabrikationsstätte d. Schuldners **7 127**. — unverschuldete II. d. Gläubigerleistung nach Rechtskraft des auf Leistung Zug um Zug lautenden Urteils **1 3, 249; 5 852** (s. Zwangsvollstreckung i. allg. B.). — U. bei Wahlschulden **1 1, 171; 2 1, 162; 3 1, 113; 4 96**. — U. bei Gesamtschulden **1 1, 334; 4 153**. — Geldmangel begründet nie II. **1 1, 197; 7 140, 146**. — Kennen oder Kennenmüssen d. II. seitens d. Gläubigers

31, 83. — U. d. Leistungsnachholung als U. d. Leistung **11, 149.** — von d. Parteien bei Vertragsschluß berücksichtigte Unwahrscheinlichkeit d. Erfüllung **7146.** — keine Anwendung d. § 306 auf schließlich durch Geldleistung zu erfüllende Garantieverträge **7147.** — Verkauf auf Lieferung e. jetzt schon todkranken Pferdes in 4 Wochen **7146.** — Verkauf e. hinterher errichteten Patentes **7147.** — Verjagung d. Patentes als U. für den auf gemeinsame Ausbeutung geschlossenen Vertrag **6134.** — U. d. Anbringung e. Apparats (Gasersparer), Einfluß auf d. Vertrag über dessen Alleinverkauf **6134.** — polizeiliche Beschränkungen als U. **6134.** — Erfüllungsunmöglichkeit wegen obrigkeitlicher Anordnungen **5136.** — U. d. Erfüllung beim Figggeschäft **11, 264.** — U. bei Verträgen zugunsten Dritter **11, 247, 251, 252.** — Einstellung d. Binnenschiffahrt als Erfüllungsunmöglichkeit **5110.** — U.-prozeß; Bedeutung d. Zeit d. Urteilsfällung für d. Frage d. U.; Fassung d. Urteils **6118 ff.** — gibt die vom Schuldner verschuldete zeitweilige U. dem Gläubiger Recht u. Pflicht, auf die ursprünglich geschuldete, obwohl z. T. unmögliche Leistung statt auf Geldersatz zu klagen; **6119.** — Anspruch d. Pächters e. Sees bei Ablösung d. für den Verpächter bestehenden Fischereirechtigkeit auf d. Ablösungssumme **6130.** — Haftung für U. z. Leistung bei d. Gattungsschuld **11, 152** (f. Gattungsschuld). — Zulässigkeit e. Klage a. Erfüllung ev. Schadenersatz bei zu befürchtender U. **6118.** — Wahlrecht d. Gläubigers zwischen Leistungs- u. Ersatzklage bei ursprünglicher oder nachträglicher U. d. Leistung (§ 283) **11, 201; 21, 196; 31, 142** (f. Schadenersatz). — Anspruch d. Gläubigers auf d. Erfüllungsinteresse gegenüber dem rechtskräftig verurteilten Schuldner ohne Fristsetzung bei nachweislicher U. d. Leistung (§ 283) **4113; 5121.** — Wirkung **11, 183 ff.; 21, 180; 5110.**

Ursprüngliche Unmöglichkeit. — Begriff **11, 214; 6119.** — Grund u. Art d. Haftung bei u. U. **11, 215; 21, 208; 4118.** — analoge Anwenbarkeit d. §§ 306 bis 308 auf die einseitigen Verpflichtungsakte **21, 207.** — Anwendung d. § 254 auf § 307 **11, 215; 21, 209.** — Anwenbarkeit d. §§ 827 ff. auf die Fälle d. § 307 **11, 215; 21, 208; 4118.** — Verjährung d. Anspruchs aus § 307 **11, 215; 21, 208.** — Rechtslage im Fall zu bestehender U. e. Vertragsleistung (§ 308) **11, 215; 21, 209.** — rechtliche U. d. Inhalts e. Willenserklärung **31, 50.** — Beispiele von ursprünglicher U. d. Leistung i. S. d. § 306 **11, 214; 21, 207, 208; 31, 151; 4117, 118; 5126.** — U. d. Arbeits- bzw. Dienstleistung (§ 306) **21, 207; 4118.** — Verkauf

e. fremden Sache als Fall d. § 308 **Abf. 121, 209.** — Übertragung e. nicht existierenden Rechts **11, 341; 21, 269; 7146, 147** (Verhältnis d. § 306 zu § 437). — Verkauf e. Gebrauchsmusters, dessen Entstehung objektiv unmöglich ist **7146.** — Verkauf e. inländischen Patents z. Verwertung im Ausland bei U. d. Patentierung im Ausland **7146.** — Lizenzvertrag über e. praktisch nicht ausführbare Erfindung **7147.** — auf unmöglichen Alleinverkauf e. Ware gerichteter Vertrag **7147.** — objektive u. subjektive U. d. Auflassung e. nach dem Grundbuch schon dem Kläger gehörigen Grundstücks **31, 125.** — U. d. Gewährung e. ausbedungenen Eigenschaft **31, 151; 4117.** — U. d. Vertragsleistung bei Kauf **31, 151; 4118, 158; 5126.** — U. d. Vertragsleistung bei Mietvertrag **11, 124; 5126; 6134** (polizeiliche Beschränkungen). — Übernahme d. Prozeßführung seitens e. Anwalts trotz Nichtzulassung bei dem zuständigen Gericht **6134.** — Wirksamkeit e. Vertrags trotz u. U. d. Leistung im Fall e. Garantieverprechens d. Verpflichteten **4117; 5126.**

Nachträgliche Unmöglichkeit. — Begriff **6118.** — Umfang d. Vertretungspflicht **11, 181, 184; 4102.** — Einwand d. U. seitens d. Schuldners im Prozeß bei Feststehen d. Vertretungspflicht des Schuldners bei etwaiger U. **21, 180.** — Haftung d. freiwildenden Kontrahenten wegen e. Treu und Glauben verletzenden Verhaltens gegenüber d. Gegner **11, 185.** — u. U. d. rechtzeitigen Abladung überseeischer Ware **11, 186.** — Wichtigkeitserklärung e. Patents über eine Maschine als Leistungsunmöglichkeit trotz bereits erfolgter Lieferung d. Maschine **7157.** — Befreiung d. Schuldners bei Vereinbarung e. Warenlieferung aus e. bestimmten Fabrik im Falle deren Abbrennens **5110; 7127.** — zufällige U. für den Hauptschuldner bei Verschulden d. U. durch den Bürgen **21, 180.** — keine Befreiung aus § 275 im Falle e. Mißernte **5110.** — polizeiliches, vom Schuldner selbst veranlaßtes Verbot e. Arbeit **7127.** — vom Schuldner herbeigeführte, aber gleichwohl nicht zu vertretende U.; Handeln d. Schuldners in entschuldbarer Unkenntnis seiner Verbindlichkeit **7127.** — einzelne Fälle **11, 186; 21, 180; 31, 125; 4101; 5110.**

Schadenersatz bei verschuldeter Unmöglichkeit i. auch Schadenersatz. — Grundprinzip d. Haftung d. Schuldners wegen U. (f. Schadenersatz) **7145, 146.** — Verhältnis d. U. zur Haftung aus § 823 **4112; 5121.** — Eventualantrag auf Geldersatz nach §§ 280, 325 **31, 141; 6118.** — § 280 trifft auch subjektive U., Fristsetzung nicht erforderlich

(Unmöglichkeit)

§ 1, 141. — Leistung i. S. d. § 280 nur positive Leistung **1, 198.** — „Schadensersatz wegen Nichterfüllung“ **2, 194.** — „durch die Nichterfüllung“ entstandener Schaden **5 121.** — Inhalt d. Entschädigungsanspruchs bei objektiver u. subjektiver U. **1, 197.** — Voraussehbarkeit des Schadens erfordert im § 280? **1, 198.** — bei Heilbarkeit d. U. nur Klage auf Hebung d. Hindernisses u. Erfüllung **1, 198.** — Verschuldung d. U. e. von mehreren geschuldeten unteilbaren Leistung **1, 338.** — Vertretungspflicht bez. d. nachfolgenden U. bei Arbeitsvertrag **2, 217.** — Vereitelung d. Unterhaltspflicht durch Vermögensverringerung oder -aufgabe seitens d. Verpflichteten, Ersatzanspr. d. Berechtigten **4 113.** — U. d. Erfüllung infolge Automobilsfalls **5 121.**

Surrogationsprinzip (§ 281). — S. d. § 281, praktische Bedeutung **1, 200.** — Fälle d. Anwendung des S. **1, 200; 2, 195; 3, 1, 142.** — analoge Anwendung des S. auf den durch Pfändrecht begründeten Absonderungsanspruch **3, 1, 142.** — Berechnung d. Surrogats **2, 195.** — „geschuldeter Gegenstand“ im § 281 **1, 199.** — „Erfolg“ i. § 281 **1, 199; 3, 1, 142.** — Abfindung in e. preuß. Zusammenlegungsverfahren als Ersatzstück i. S. d. § 281 **3, 1, 142.** — Anwendbarkeit d. § 281 nur bei Austauschobligationen **1, 200; 3, 1, 142.** — § 281 schafft keine Wahlschuld oder facultas alternativa **1, 199; 2, 195; 3, 1, 142.** — Bedeutung d. § 281 bei mehrfachem Grundstücksverkauf **2, 195.** — Verhältnis d. § 160 zu § 281 **3, 1, 56.**

Teilweise Unmöglichkeit. — teilweise Befreiung **1, 180.** — Rechtslage bei nachfolgender t. U. **1, 198.** — t. U. bei unteilbaren Leistungen **1, 198; 6 117.** — bei Unterlassungen **5 179.** — teilweise zufällige U. d. Leistung **2, 163.** — bei Mangelhaftigkeit d. Ware **3, 1, 125; 6 119.** — t. U. bei Gattungssache? **6 119.** — t. U. d. Leistung d. Verkäufers durch Verschlechterung d. verkauften Sache **4 153.**

Beweislast. — B. bez. d. Frage d. Ursprünglichen oder nachträglichen U. **3, 1, 125.** — B. f. d. U. d. § 306 **3, 1, 151.** — B. i. F. d. § 307 **2, 1, 208.** — B. i. F. d. § 280 **1, 198, 199.** — B.-Verteilung i. F. d. § 281 **3, 1, 142.** — B. bei teilweiser U. **3, 1, 71.**

Unpfändbare Forderungen und Rechte.

Allgemeines s. auch unpfändbare Sachen, Zwangsvollstreckung, abtretbare Forderung, Nachlaß. — nach der Pfändung wegsfallender Grund der Unpfändbarkeit **1, 3, 278.** — Feststellung der Unpfändbarkeit nur vor dem Vollstreckungsgericht? **3, 2, 551; 6 913.** — Klage des Schuldners

gegen den Drittschuldner auf Erfüllung der unzulässig gepfändeten Forderung **3, 2, 551.** — Nichtigkeit oder Unschätbarkeit der gegen § 850 ZPO. verstoßenden Pfändung? **6 900, 911, 913.** — Anfechtung der oerbotswidrigen Pfändung durch die Familienglieder, den Drittschuldner **6 911.** — Einwendung der Unpfändbarkeit nach § 766 ZPO. seitens des Drittschuldners **3, 2, 552; 5 165.** — Zurückbehaltungsrecht gegenüber unpfändbaren Forderungen **1, 180; 1, 3, 278, 2, 1, 172 ff., 242 ff.; 3, 1, 122 f., 291; 3, 2, 573; 4 100, 140; 5 107, 157.** — Anwendung des § 811 ZPO. bei Prüfung der Pfändbarkeit e. Forderung? **6 900.** — Verhältnis des § 850 Ziff. 1 u. 2 zu § 1579 BGB. **1, 3, 278.** — Unpfändbarkeit von Forderungen auf bewegliche, nach § 811 ZPO. unpfändbare Sachen **3, 2, 566/567; 5 867.** — Unpfändbarkeit der Versicherungsansprüche, soweit sich die Versicherung auf unpfändbare Gegenstände bezieht **5 876** (vgl. unpfändbare Sachen). — Ansprüche aus einer Haftpflichtversicherung **7 874.** — Gehaltsansprüche des Handlungslehrlings? **2, 2, 64.** — abtretbare, aber nach ihrer Natur zur Befriedigung des Gläubigers nicht geeignete Ansprüche **1, 3, 283.** — Ansprüche des Bauunternehmers aus dem Baugeldvertrag auf Gewährung der auf dem Baugrundstücke hypothekarisch sichergestellten Baugeldrenten **1, 3, 283; 3, 2, 575, 576; 4 748; 5 876; 6 912, 913** (f. Baugeld). — fünfjährige Forderungen? **3, 2, 575; 6 912.** — Forderung gegen den Mann auf Prozeßkostenvoranschlag **3, 1, 195; 3, 2, 576.** — Standentschädigung **3, 2, 576.** — Anspruch auf Lieferung von Gas u. Elektrizität **3, 2, 576.** — Pfändung von Postanweisungsbeträgen wegen einer Schuld des Adressaten **3, 2, 576.** — Anspruch aus einem pactum de mutuo dando **5 877; 6 912, 913.** — Zusammenrechnung verschiedener Kategorien von nach § 850 unpfändb. F. zur Ermöglichung der Pfändung **5 876; 6 911; 7 873.** — Verzicht auf die Unübertragbarkeit einer unpfändb. Forderung **6 912.** — Pfändung alternativer Forderungen mit Wahlrecht des Schuldners, wenn nur eine der Forderungen übertragbar ist **6 912.** — Anspruch auf Übertragung e. Hypothek pfändbar; Folgen **6 913.** — Pfändung des Rangvorbehalts nach § 881 BGB. **6 913.** — Pfändbarkeit d. Ausnahmeleistung aus Altenteilsverträgen **6 913** (s. unten § 850 Ziff. 2). — Pfändung des dem Bierkutscher aus den einkassierten Beträgen gegen die Brauerei zustehenden Provisionsanspruchs **6 913.** — Anwendung des § 852 ZPO. auf Vermächtnisforderungen? **6 913.** — Aufrechnung gegenüber unpfändb. F., insbes. Lohn-F. ? **1, 1, 291 f.; 2, 1, 242 ff.; 3, 1, 122,**

183; 4 139; 5 157. — keine Aufrechnung gegen Alimentenforderung 1 1, 293; 2 1, 247; 3 1, 183. — keine Aufrechnung gegen Beamtegehaltsz. 1 1, 293; 2 1, 248. — Anspruch aus dem pactum de mutuo dando pfändbar? 1 1, 301; 4 144, 165, 187; 5 165, 877; 6 220, 222, 912, 913. — statutarisches Nießnießungsrecht des Gatten (Württemberg) 4 800. — in c. Ehevertrag auf Lebenszeit eingeräumte Nießnießung 4 800. — Recht z. Zurücknahme e. hinterlegten Sache pfändbar 2 2, 479. — Anspruch der Frau auf Kostenvorstoß f. d. Ehescheidungsprozess 3 1, 195. — Anspruch auf e. künftigen Erbteil unpfändbar 7 874. — Anspruch auf Rückgabe e. Hypothekenbriefs gegen Fiskus oder Grundbuchamt pfändbar 7 874.

§ 850 Ziff. 1 vgl. Beschlagnahme des Arbeits- u. Dienstlohnes. — Pfändung der Ansprüche e. Handlungsgehilfen 3 2, 573 (Reisepfesen, Gehaltsanspruch bei unberechtigter Entlassung). — Bezug d. Agenten unter § 850 Ziff. 1 fallend? 5 874. — Anspruch des Scharfrichters 5 874. — Anspruch des Militärmusikers auf Auszahlung des Erwerbs aus privaten Aufführungen der Kapelle 6 911. — Vertrag des Mannes als Angestellter mit d. Prinzipal, daß der Mann e. unpfändbares Gehalt, die Frau daneben als Entgelt für die Leistungen des Mannes ein jährliches Fixum bekommt 7 480 (f. gute Sitten).

§ 850 Ziff. 2. — Altenteilsforderungen 1 3, 281; 3 2, 574, 575; 4 748; 5 875; 6 911. — vertragmäßige Anerkennung gesetzlicher Unterhaltsforderungen 3 2, 574; 6 912. — keine Anwendung des Surrogationsprinzips 5 875. — Pfändbarkeit des Anspruchs, den der Unterhaltsberechtigte gegen seinen Prozeßbevollmächtigten auf Aushandlung des für ihn als Zahlung auf die Unterhaltsverbindlichkeit angenommenen Geldes erworben hat 5 875 (Pfändung seitens des Unterhaltspflichtigen selbst?). — Ansprüche aus dem Haftpf. 2 2, 332; 5 1038. — aus einem Unfallversicherungsvertrag zustehende Schadensforderung 2 1, 521.

§ 850 Ziff. 3. — testamentarische Zuwendung an einen Intestaterten 1 3, 281. — fortlaufende Einkünfte eines Anwarts, Nacherben, Vermächtnisnehmers, dem die Verfügung über den Vermögensstamm entzogen ist 1 3, 281; 6 912. — Übertragung e. nach § 850 Ziff. 3 unpfändbaren F. 6 912. — Unpfändbarkeit von Rückständen der in Ziff. 3 bezeichneten Leistungen 6 912. — bei Gutsübergabe vom Mann für die Frau vereinbarter Auszug 6 912.

§ 850 Ziff. 4. — Verhältnis des § 850 Ziff. 4 zu § 56 des preuß. W.G. v.

15. III. 83 1 3, 281. — „Hebungen aus privaten Kranken-, Hilfs- und Sterbekassen“ 3 2, 574; 5 876; 6 912. — Pfändung des Anspruchs des Schuldners gegen eine Ortskrankenkaße zugunsten des Unterhaltsanspruchs ehelicher Kinder (§ 56 Abf. 2 KrankW.G. v. 15. VI. 85) 4 748; 5 876.

§ 850 Ziff. 5. — Dienstprämien der ausscheidenden Unteroffiziere 1 3, 281. — ihre Pfändbarkeit für Unterhaltsforderung der Frau oder der ehelichen, nicht der unehelichen Kinder? 1 3, 281, 282; 3 2, 574; 6 912. — Einwendungen des Militärfiskus nach § 766 3 P.D. wegen ihrer Pfändung 3 2, 566. — zu Ersparniszwecken gemachte Abzüge an der Unteroffizierslöhnung 3 2, 574; 4 748. — Dienst Einkommen eines Feuerwerfers 6 912.

§ 850 Ziff. 6. — Pfändung des Dienst Einkommens von Militärpersonen für Steuern u. Abgaben? 1 3, 279.

§ 850 Ziff. 7. — „sonstige Bezüge“: nur solche aus dem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis 1 3, 282; Einkünfte aus Privatvermögen? 1 3, 282.

§ 850 Ziff. 8. — Kollegienelder eines Univeritätsprofessors 1 3, 282. — Gebühren des Gerichtsvollziehers 1 3, 282. — Hoftheatermusiker 3 2, 574. — Rassenärzte einer Betriebskrankenkaße 3 2, 575. — Pension der Privatbeamten 7 247, 868, 874. — Begriff des Beamten nach Landesrecht zu beurteilen 3 2, 574. — „sonstige Bezüge“: nur solche aus dem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis 1 3, 282; Einkünfte aus Privatvermögen? 1 3, 282.

§ 850 Abf. 3. — vor 1900 anerkannte Geldrente 1 3, 282; 5 876. — Pfändbarkeit der an Stelle der Rente tretenden Kapitalabfindung 3 2, 575. — Entschädigungsforderung aus einem Unfallversicherungsvertrag 3 2, 575. — Unpfändbarkeit der von einem Arzt wegen Verletzung ärztlicher Pflichten einem Patienten zu leistenden Rente 6 912. — Pfändung von Rückständen über 1500 M.? 7 874.

§ 850 Abf. 4 u. 5 (Pfändung zugunsten von Unterhaltsforderungen) vgl. Beschlagnahme von Arbeits- u. Dienstlohn (§ 4a). — Pfändung zugunsten der für den Anspruch entstehenden Kosten 1 3, 282; 3 2, 573, 575. — rückwirkende Kraft des Abf. 4 3 2, 575. — Anwendung des Abf. 4 auf den gütergemeinschaftlichen, wegen einer Unterhaltspflicht seiner Frau verurteilten Ehe Mann 2 1, 626; 3 2, 575. — Berechnung der nach Abf. 4 privilegierten Quoten bei Festsetzung der Unterhaltspflicht in einer vollstreckbaren Urkunde; Pfändungsantrag der Klagerhebung gleichstehend 7 874.

Unpfändbare Sachen.

Allgemeines. — Geschichtliches u. de lege ferenda 5 867. — Anwendung des § 811 auf vor 1900 erfolgte Pfändung 1 3, 266. — Verzicht des Schuldners auf die Pfändungsbeschränkung des § 811 ZPO. 1 3, 266, 267; 3 2, 566; 4 741 (allgemein vor Pfändung erklärter Verzicht); 5 867; 6 900 (2); 7 867. — Ungültigkeit eines Verzichts in den Fällen des § 811 Ziff. 7 u. 8; Gültigkeit bei § 811 Ziff. 1 u. 6 4 741. — Bezeichnung der Sache gegenüber dem Gerichtsvollzieher als pfändbar 1 3, 267. — Bestellung eines gültigen Faustpfandes 1 3, 267 (2); 3 2, 566. — Anwendung des § 811 ZPO. bei Prüfung der Pfändbarkeit von Forderungen 6 900. — Unpfändbarkeit eines geschuldeten Gegenstandes bei Nichtübertragbarkeit der zugrunde liegenden Forderung 3 2, 576. — Unpfändbarkeit von Forderungen auf bewegliche, nach § 811 ZPO. unpfändb. S. 3 2, 566, 567; 5 867. — Einfluß längeren Nichtgebrauches oder der Bestellung eines Faustpfandes 3 2, 566. — Pfändbarkeit der nicht im Eigentum des Schuldners stehenden unpfändb. S.? 1 3, 267, 271; 3 2, 567. — Vorhandensein anderer, nicht im Eigentum des Schuldners stehender Gegenstände der gleichen Art 1 3, 271; 3 2, 566; 5 867, 868; 6 900 (auf Grund e. Möbelleihvertrags überlassene Sache); 7 867; überschüssige Postbarkeit unpfändb. S. 1 3, 266; 3 2, 567. — Surrogation: Pfändbarkeit der an Stelle verbrannter, unpfändbarer S. tretenden Versicherungsgelder 1 3, 267; 5 876. — für die Unpfändbarkeit maßgebender Zeitpunkt 3 2, 566 (s. auch unten Ziff. 4 u. 5). — Einfluß der Weggabe von S. zwischen Pfändung u. Versteigerung 1 3, 267; 3 2, 566. — Gültigwerden einer Pfändung bei Wegfall der Unentbehrlichkeit 1 3, 268, 278. — Einfluß späterer Konkursöffnung 1 3, 268, 269. — begründet die Pfändung unpfändb. S. ein Pfandrecht? 3 2, 566; 4 742; 6 900. — Einwendungen nach § 766 ZPO. bei Pfändung unpfändb. S. 3 2, 551, 552, 566 (vgl. Zwangsvollstreckung im allg. E.). — zur Erhebung von Einwendungen nach § 766 ZPO. gegen Pfändung unpfändb. S. Berechtigte (Dritte, Familienglieder, Gefinde, Hypothekgläubiger i. F. d. § 811 Ziff. 5) 4 742; 6 884, 900 (vgl. 1 3, 250, 287; 3 2, 551, 584; vgl. Zwangsvollstr. im allg. E.). — Besichtigungsflagge bei Pfändung unpfändb. S. 3 2, 566. — einseitige Wiederaufhebung der Pfändung unpfändb. S. seitens des Gerichtsvollziehers? 4 742. — Anwendung des § 137 StGB. auf Pfändung unpfändbarer Sachen? 4 742. — ungerechtfertigte Bereicherung des

Gläubigers durch den Erlös versteigert unpfändb. S.? 4 742. — Schadensersatz nach § 823 BGB. bei Pfändung u. Verkauf unpfändb. Sachen 7 351 (s. unerlaubte Handlung); 7 867. — Begriff der Familie, des Hausstandes 2 1, 656; 3 2, 566. — Anwendung des § 811 Ziff. 3 u. 4 ZPO. neben § 1990 BGB.? 7 534, 867. — Einfluß des § 811 ZPO. auf d. Recht d. Hypothekgläubigers, Befriedigung aus dem Zubehör des Grundstücks zu verlangen? 7 867. — keine Anwendung des § 811 ZPO., wenn ein Nachlassgläubiger vom Erben nach § 1990 BGB. Herausgabe des Nachlasses verlangt 7 867. § 811 Ziff. 1 ZPO. 5 867. — Hausgerät, Begriff 1 3, 267. — Babenanne eines frankten Schuldners 1 3, 268. — Sofa 3 2, 566; als Bett benutztes Sofa 1 3, 268. — Nähmaschine einer Nähtüherin 1 3, 268; bei starker Familie 1 3, 268; 3 2, 566 (2). — rituelles Ostergeschirr der Juden 1 3, 268. — Kinderwagen für ein zu erwartendes Kind 3 2, 566. — Telephoneinrichtung 3 2, 575. — Waschkommode u. Kleiderschrank 5 868. — Pelzmantel eines Geschäftseisenben 1 3, 268. — zur Aufbewahrung der Geschäftsbücher u. Papiere eines Handwerkers dienendes Möbelstück 7 867. — provisorisch errichteter Lausteg 5 869. — Einfluß der beabsichtigten Auflösung des Haushalts 5 868. — Pfändbarkeit der den wirtschaftlich selbständigen Angehörigen zum Gebrauch überlassenen Haushaltgegenstände 3 2, 566. — Widerspruch wirtschaftlich selbständiger Angehöriger bei Pfändung unentbehrlicher Sachen der Eltern 4 742 (vgl. oben). — Vorhandensein gleichartiger, auf Grund e. Möbelleihvertrags oder e. Verwaltungsrechts, Nutznießung dem Schuldner überlassener Gegenstände 6 900; 7 867 (vgl. oben Allgemeines). § 811 Ziff. 4 ZPO. — maßgebend das objektive, wenn auch noch so umfangreiche Bedürfnis d. Gutes 1 3, 267. — nur berufsmäßige Landwirte 1 3, 268. — Landwirtschaft als Nebenbetrieb 1 3, 268; 7 868. — für die Unpfändbarkeit maßgebender Zeitpunkt 1 3, 268 (s. oben Allgemeines). — Einfluß späterer Konkursöffnung auf Verstoß gegen Ziff. 4 1 3, 268, 269. — Betrieb der Viehzucht als landwirtschaftlicher Betrieb 7 868. — zum Zwecke der Verwertung der landwirtschaftlichen Produkte gehaltene Tiere 1 3, 268. — Verhältnis zu § 865 Abs. 2 ZPO. 4 742. § 811 Ziff. 5. — Grund der Beschränkung der Ziff. 5 1 3, 269. — der Frau zur Erwerbstätigkeit unentbehrliche Gegenstände bei Erwerbsunfähigkeit des Mannes 1 3, 267. — Unentbehrlichkeit zur Ernährung der Familie 1 3, 269. — bei Gütergemeinschaft 1 3, 269; 6 901. —

Anwendung des § 811 Ziff. 5 auf d. Pfändung von Miteigentumsanteilen? 6 900. — Anwendung der Ziff. 5 bei Überwiegen des Erwerbs u. der geschäftlichen Einrichtung gegenüber dem Erwerb aus persönlichen Leistungen 1 3, 269; 6 901. — dem Schuldner nicht zu Eigentum gehörende Sachen 5 868. — für die Unpfändbarkeit maßgebender Zeitpunkt 1 3, 270. — Pflicht des Schuldners zur Änderung der Betriebsanrichtung? 1 3, 270 (3); 5 868. — Pfändbarkeit von zur Vergrößerung des Betriebs mit Mitteln des pfändenden Gläubigers angeschafften Gegenständen 1 3, 270. — Klograph Künfler 1 3, 269. — Schutz des Gewerbegehilfen in Ansehung der zur Ausübung seiner Gehilfenstätigkeit erforderlichen Gegenstände 6 900. — Anwendung auf die in eine Gesellschaft des BGB. oder eine offene Handelsgesellschaft eingebrachten Gegenstände 7 868. — Führung des Betriebs für Rechnung eines Dritten 7 868. — Handwerker: fabrikmäßige Ausgestaltung eines Handwerkes 1 3, 269. — Möglichkeit, das Gewerbe auch mit einfacheren, aber nicht vorhandenen Werkzeugen auszuüben 6 901. — Nähmaschine s. oben Ziff. 1. — Anwendung der Ziff. 5 auf Offiziere des Beurlaubtenstandes 3 2, 569. — Erwerb aus „persönlichen Leistungen“: Begriff der persönlichen Leistungen: nicht bloß ungelernete körperliche Arbeit 3 2, 567; Lohnkutscher 1 3, 269; 4 742; 6 901; Geschäftsziehende 1 3, 269; 3 2, 567; Agenten 1 3, 269; 6 628, 901; Zirkusbesitzer 1 3, 269; Gaujierer? 1 3, 270; 3 2, 567; 5 868; Herbergswirte? 1 3, 270; Besitzer eines elektrisch betriebenen Karussells? 1 3, 270; 3 2, 567; Minderkaufleute? 1 3, 270; 3 2, 567; 5 868; Mühlenbesitzer? 1 3, 270; Zimmervermieter? 1 3, 270; 3 2, 567; 4 743; 6 901; 7 868; Kaufleute 3 2, 567 (2); Votensführer 3 2, 567; Schaubudenbesitzer 3 2, 567 (Kinematograph, Transportwagen desselben); Ehefrau als Näherin 3 2, 567; Inhaber von Pensionaten 3 2, 567; 4 743; Lumpensammler 3 2, 567; Gast- u. Schankwirte 5 868; Schiffer 5 868. — Einfluß vorübergehender Nichtausübung der Erwerbstätigkeit 1 3, 271. — Einfluß der persönlichen Leistungsfähigkeit (Gesundheitszustand) des Geschäftsziehenden auf die Frage der Unpfändbarkeit? 6 900. — Vorhandensein anderer, die Betriebsfortsetzung ermöglichender, aber nicht im Eigentum des Schuldners stehender Gegenstände 1 3, 271; 3 2, 566; 4 742; 5 867; 6 900. — persönliche Fortsetzung des Betriebs: Begriff 1 3, 270; 3 2, 568; bei Gehilfenstätigkeit 4 742; 7 868. — eine erst für die Zukunft in Aussicht genommene

Erwerbstätigkeit 3 2, 568. — Unpfändbarkeit eines erst im Sommer wieder nötig werdenden Eisstranges eines Mehrgers 3 2, 568. — Gewerbe, die ohne Mitwirkung anderer menschlicher Hilfskräfte überhaupt nicht ausgeübt werden können 3 2, 568. — die zur Fortsetzung des Betriebs durch den gesetzlichen Vertreter nötigen Sachen bei Geschäftsbetrieb eines Kindes 4 742. — Widerspruch des Schuldners bei Pfändung von ihm gehörigen, aber in dem von seiner Ehefrau betriebenen Geschäft verwendeten Sachen 4 742.

Nach § 811 Ziff. 5 unpfändbare Sachen. — Maschinen, die nicht von einem Menschen allein bedient werden können? 4 742. — Bohrmaschine eines Schlossers 1 3, 271. — Zirkuspferde 1 3, 271. — Drehorgel einer Schiffschaukel 1 3, 271. — Motor zum Antrieb der Bohrmaschine e. Schlossers 6 901. — Elektromotor einer Schnellpresse 1 3, 271. — Motor einer Drehbank 3 2, 568. — Fahrrad einer auswärts arbeitenden Schneiderin 1 3, 271 (s. auch unten pfändbar). — Fuhrwerk eines Wäders mit auswärtigem Absatz 1 3, 271, 272. — einziges Pferd eines Drochsenkutschers 1 3, 271, 272; 7 868. — zwei Pferde und zwei Wagen eines Lohnkutschers 4 743. — Taschenuhr eines Geschäftsziehenden 1 3, 272. — Nähmaschine eines Schusters 1 3, 272 (s. oben Ziff. 1). — Schreibbureau 1 3, 272. — Warenproben eines Agenten 1 3, 272. — Rohstoffe u. Vorräte, wenn ihre Pfändung Einstellung des Betriebs zur Folge hätte 1 3, 272; 3 2, 569. — vom Schuldner allein zu betrieuende, wenn auch bis jetzt von Gehilfen betriebene Maschinen? 1 3, 271; 4 742. — Möglichkeit des Erfasses einer Maschine (Motor) durch Annahme eines Arbeiters? 1 3, 271. — vom Schuldner persönlich zum Lohnbruch verwendete Lokomobile 3 2, 568 (s. 4 742). — Lokomobile zum Antrieb eines Schleifsteins in einer Schleiferei 3 2, 568 (s. 4 742). — zur persönlichen Berufsausübung vom Standpunkt einer entwickelten Technik unentbehrliche Maschinen 3 2, 568. — von den Gesellen mitbenutzte Werkzeuge 3 2, 568. — Ladeneinrichtung eines Gärtners 5 868. — Schiffe 5 868. — Motorrad e. Weinreisenden 6 901. — Fahrrad e. Handwerkers, der seine Kunden außerhalb seines Wohnortes aufsuchen muß 6 901. — Schriftlich eines Agenten 6 901 (s. 7 867). — Phonograph, Elektriermaschine e. Schaustellers 7 868. — Hadmaschine u. Antriebsmotor eines Mehrgers 7 868.

Nach § 811 Ziff. 5 pfändbare Sachen. — Fahrrad, nur zur Erleichterung des Betriebs dienendes, nicht

(Unpfändbare Sachen)

absolut notwendiges **1 3, 271** (s. oben unter unpfändbar). — Gelbschrank eines Baumeisters **1 3, 272**. — Gerüste, Leitern eines Bauunternehmers **1 3, 272; 4 743**. — mit Elektrizität betriebenes Karussell **1 3, 272**. — Wagen u. Pferde e. die Lohnfußschiere im großen Betreibenden **6 901**. — zweites Pferd e. Hausierers, Müllers, Droschkenfußsichers, Milchhändlers **1 3, 272**. — Pumpen, Wagen u. Sachwagen eines Müllers **1 3, 272**. — Wagen eines Milchhändlers **1 3, 272**. — zweite Hobelbank für den Lehrling eines Tischlers **3 2, 568**; anders bei Gesellen **3 2, 568**. — Maschinen, die nicht von einem Menschen allein bedient werden können **4 742** (vgl. **6 901**). — Linoleumteppich e. Restaurants **7 868**. — Ladeneinrichtung e. Kolonialwaren- u. Gemüsegeschäftes **7 868**. — Dreschmaschine **7 868**. — Kreissäge u. Antriebsmotor **7 868**.

§ 811 **3** i f f. 6. — Wegfall der Pfändungsbeschränkung, wenn der Erbe nach § 1990 **BGB.** den Nachlaß den Gläubigern herauszugeben hat **1 3, 272, 273** (vgl. **7 534, 867**).

§ 811 **3** i f f. 7. — Arzt: Einrichtung des Sprechzimmers **1 3, 273**. — Ausrüstung eines verabschiedeten Offiziers **5 869**. — Pianino eines Volksschullehrers **5 869**.

§ 811 **3** i f f. 8. — Pensionen von Privatbeamten? **7 868** (vgl. unpfändbare Forderungen).

§ 811 **3** i f f. 11. — Abonnentenverzeichnis e. Zeitung, Geschäftsbücher? **7 868**.

Unrichtige Übermittlung (§ 120 **BGB.**)

vgl. Bote, Willenserklärung, Zugang. — Voraussetzungen der Anfechtung einer Willenserklärung aus § 120 **2 1, 56; 4 32; 5 34**. — falsche Bestellung und Erklärung durch Boten **1 1, 71**. — Wirkung einer einstellt ausgesprochenen mündlichen Botenschaft **6 50**. — absichtliche u. **U.** des Boten **6 50**. — u. **U.** durch das Telegraphenamt **3 1, 37**. — u. **U.** einer Depesche; überwiegendes Verschulden des Telegraphierenden wegen Telegraphierens in Ziffern **3 1, 105**. — u. **U.** e. Telefongesprächs durch den Buchhalter eines Anwalts **5 114**. — u. **U.** e. zulässigerweise an den Empfangsboten abgegebenen Erklärung **7 39**.

Unrichtigkeit des Grundbuchs s. Grundbuchberichtigung. — unrichtige Angabe des Datums einer Urkunde **3 2, 167**. — Art und Weise der Beiseitigung unrichtiger Einträge **3 2, 167; 5 981**. — keine **U. d. G.** durch Böhchung einer nach § 137 **BGB.** nicht eintragungsfähigen Verfügungsbeschränkung **4 844**. — **U.** infolge einer inhaltlich unzulässigen Eintragung **5 982**.

Unjährliehkeitszeugnis. — bei Aufgabe e. mit dem Eigentum an e. Grundstück ver-

bundenen Rechtes (**Art. 120 GGWB.**) **5 620**. — Bedeutung gegenüber öffentlichen Lasten **5 987**.

Unschuldiger erlittene Straf- oder Unter suchungshaft s. Haftentwähigung.

Unjittliche Geschäfte s. gute Sitten.

Unterbeiz = unmittelbarer Beiz im Fall e. daneben bestehenden mittelbaren Beizes **1 1, 521**.

Unterbrechung des Verfahrens s. Aussetzung.

Allgemeines. — Eintritt der Unterbrechung während der Zwangsvollstreckung **1 3, 87**. — Eintritt der **U.** im Kostenfestsetzungsverfahren **3 2, 434; 6 791 (2)**. — Unterbrechung zwischen Verkündung und Zustellung des Urteils **3 2, 434**. — Eintritt der **U.** vor Leistung des Offenbarungseides **3 2, 433**. — keine Anwendung der §§ 239 ff. **3 PD.** auf das schiedsrichterliche Verfahren **4 687**. — nachträgliche Heilung e. während der **U.** erfolgten Prozeßhandlung **1 3, 88** (Zustellung); **2 2, 509**. — Anwendung des § 240 **3 PD.** auf das Rechtsstreitverfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit **4 802**. — **U. d. B.**, wenn an Stelle des Testamentsvollstreckers der Erbe tritt **7 778**. — Wirkung der Beendigung der Nachlaßverwaltung auf schwebende Prozesse; Unterbrechung oder Eintritt des Erben? **7 777, 778**. — Auflösung der verklagten offenen Handelsgesellschaft **7 778**. — hat der um Erteilung des Rechtskraftzeugnisses angegangene Gerichtsschreiber zu prüfen, ob durch Konkursöffnung während des Laufes der Kostfrist das Verfahren unterbrochen ist? **7 852**.

1. **U. d.** — Ende einer juristischen Person mit Vermögensübergang auf eine andere **1 3, 87; 3 2, 433**. — Tod vor Klagezustellung **1 3, 87**. — **U.**, wenn bereits z. **Bt.** des Todes ein Prozeßbevollmächtigter bestellt war? **3 88; 4 687**. — Tod des streitgenössigen Nebenintervenienten **3 2, 433**. — Tod der Partei vor Einlegung e. Rechtsmittels **3 2, 433**; bei Vertretung durch einen Anwalt **4 687**. — Tod nach Urteilszustellung, aber vor Einlegung des Rechtsmittels; vor welches Gericht ist zur Aufnahme zu laden? (**Str.**) **5 784 (2); 6 791** (Aussetzung); **7 777** (keine Unterbrechung, wenn bis zum Tod eine Vertretung durch Prozeßbevollmächtigte stattfand) (vgl. Aussetzung). — keine Pflicht des Gerichts z. Ermittlungen von Amts wegen, wenn entgegen der Behauptung des Klägers, der Beklagte sei gestorben, der Vertreter des Beklagten das leugnet und ein Aussetzungsantrag von keiner Seite gestellt wird **6 790**. — Tod e. Teilhabers der klagenden off. **G.-G.**? **7 778**. — keine **U.** der Zwangsvollstreckung **1 3, 87**. — Auflösung der verklagten off. **G.-G.** **7 778**.

2. Durch Konkurs. — Kreis der zur Masse gehörigen u. deshalb e. Unterbrechung erleidenden Aktiv- und Passivprozesse des Gemeinschuldners s. Konkursmasse. — keine Unterbrechung, wenn der Gläubiger sich nicht am Konkurs beteiligt? 2 2, 484 (vgl. 4 803). — Entziehung des Armenrechts bei Unterbrechung durch Konkurs der armen Partei 2 2, 484. — Unterbrechung des Mahnverfahrens 2 2, 485. — Unterbrechung der bei Konkursbeendigung anhängigen Prozesse? Aufnahme durch den Gemeinschuldner 2 2, 485; 3 2, 433; 7 777, 778 (s. Konkursbeendigung). — Verzicht des Konkursverwalters auf Einlegung d. Einspruchs gegen ein während der Unterbrechung erlassenes u. zugestelltes Versäumnisurteil 2 2, 485. — während der Unterbrechung vom Gegner des Gemeinschuldners eingelegtes Rechtsmittel 6 980. — nach Konkursöffnung irrtümlich gegen den Gemeinschuldner (ohne Aufnahme seitens des Konkursverwalters) erlassenes Urteil; Anfechtung durch den Gemeinschuldner 6 981. — nach Konkursöffnung erfolgte Klageerzstellung trotz eines vor Konkursöffnung erwirkten Zahlungsbefehls 3 2, 277. — Unterbrechung durch ausländischen Konkurs 2 2, 518. — Konkursöffnung über das Vermögen des wegen Patentverletzung Verklagten 7 778. — Urteilszustellung an den Prozeßbevollmächtigten nach Eröffnung des Konkurses über die Partei? 7 779. — keine Unterbrechung der Zwangsvollstreckung 1 3, 187 (s. 3 2, 434). — wenn der Verwalter das eingeklagte Recht für die Masse nicht beansprucht (z. B. Verzicht auf Berufung gegen das die Klage des Kreditars abweisende Urteil) 3 2, 433. — Unterbrechung der Klage auf Löschung e. zum Geschäft des Gemeinschuldners gehörigen Warenzeichens 6 791. — Hinterlegung des späteren Gemeinschuldners zur Abwendung des für den Klaganspruch verfügten Arrestes; Verzicht des Klägers auf sein Absonderungsrecht an d. hinterlegten Betrage 6 791. — nach Konkursöffnung gegen den Gemeinschuldner ergangenes Versäumnisurteil 6 791. — trotz Unterbrechung des Verfahrens erfolgte mündliche Verhandlung und erlassenes Urteil 6 791, 792. — Beendigung des Konkurses durch Zwangsvergleich; Masseforderungen 1 3, 87; 5 784, 785.

3. Verlust der Prozeßfähigkeit oder Wegfall des gesetzlichen Vertreters. — der gesetzliche Vertreter verliert die Prozeßfähigkeit 1 3, 87. — während der Zwangsvollstreckung (Offenbarungseid) 3 2, 434. — Wegfall des gesetzlichen Vertreters durch Großjährigkeit 5 785. — Wegfall des für einen Minderjährigen gegen die

übrigen Erben prozessierenden Testamentsvollstreckers 5 785. — Ersatz der im § 241 B.P.D. verlangten Anzeige durch die förmliche Aufnahme 7 778. — Auslösung der verklagten off. G.-G. 7 778.

4. Nacherfolge s. diese. — Nachfolge in Fideikommiße 1 3, 87. — Übernahme des Prozesses durch den Nacherben ohne Unterbrechung 1 3, 87 (vgl. 6 792).

5. Tod oder Wegfall des Anwalts. — im Kostenfestsetzungsverfahren 3 2, 434; 6 791; 7 778 (Tod des Anwalts nach Rechtskraft des Urteils die Kostenfestsetzung hindern?). — zwischen Verfündung und Zustellung des Urteils; Wirksamkeit einer während der Unterbrechung von Amts wegen erfolgten Urteilszustellung 3 2, 434. — Wegfall des Anwalts, nachdem er ein Rechtsmittel eingelegt hat 4 687.

6. Wirkung der Unterbrechung. — Feststellung der Ungültigkeit aller Prozeßhandlungen durch das Gericht 1 3, 88. — Verzicht auf die Wirkung 1 3, 88. — u. nach Einlegung der Revision, aber vor Revisionsbegründung; Ladung nach § 239 Abs. 2 zur Verhandlung über die Hauptsache? Folgen, wenn die zur Aufnahme geladene Partei die Aufnahme nicht bewirkt 7 779. — trotz u. erfolgte mündliche Verhandlung oder erlassenes Urteil 6 791, 792. — Versäumnisurteil trotz u. 6 791. — keine Fortsetzung des Prozesses durch d. Prozeßbevollmächtigten nach Tod der Partei, wenn ein Testamentsvollstrecker vorhanden ist 7 778, 779. — Einreichung der Revisionsbegründung während der u. des Verfahrens; Verzicht des Gegners auf deren Unwirksamkeit 7 779.

7. Ausnahme. — ist sie Zwischenstreit? 4 687. — ohne Schriftsatz 1 3, 88. — durch Erklärung in d. mündlichen Verhandlung 3 2, 434; 7 779. — Feststellung der Gültigkeit des Urteils gegen die Rechtsnachfolger 1 3, 87. — Ladung der Erben zur Ausnahme: Urteil bei Ausbleiben, Vorbehalt der beschränkten Haftung 1 3, 88. — Aufnahmestreit mit dem Konkursverwalter 1 3, 87; 3 2, 434; die Ungültigkeit der Aufnahme aussprechendes Eudurteil 3 2, 434. — Erlassen eines Beschlusses statt eines Urteils über die Aufnahme 3 2, 434. — Ladung zum Zweck der Stellung des Antrags, den Rechtsstreit für ausgenommen zu erklären 7 779. — Form der Ladung zur Aufnahme 7 814. — Aufnahme nach rechtskräftiger Erledigung des Rechtsstreites 4 687, 688. — Rechtsnachfolger Singularkuzeffor? 3 2, 433. — kann bei vom Versicherungsvernehmer geführten Prozessen der Dritte, zu dessen Gunsten die Versicherung ge-

(Unterbrechung des Verfahrens)

schloßen wurde, aufnehmen? **3 2, 433.** — Aufnahme seitens oder gegen einzelne Rechtsnachfolger **3 2, 433.** — Aufnahme von und gegen mehrere Erben bei bestehender Erbengemeinschaft **5 784.** — Verjäumniszwischenurteil über die Aufnahme bei Tod nach Urteilszustellung, aber innerhalb der Rechtsmittelfrist **5 784.** — Recht der als Vorerbin eingesezten Witwe zur Aufnahme; Widerspruch der Gegenpartei, die die Erbeinsetzung anfechten will **6 791.** — Urteil auf Aufnahme des Prozesses durch den Konkursverwalter u. Aufrechterhaltung des ergangenen bedingten Endurteils **5 800.** — Beendigung des Konkurses durch Zwangsvergleich; Massforderungen **1 3, 87; 5 784, 785.** — bei Aufhebung des Konkurses Übergang des Prozesses auf den Gemeinschuldner **2 2, 485; 3 2, 433** (vgl. oben Ziff. 2). — Widerspruch des Konkursverwalters gegen die Aufnahme des Rechtsstreites wegen mangelnder Identität des ursprünglichen Wandelungsbegehrens mit der späteren Schadensforderung **6 791.** — Aufnahme e. durch Tod unterbrochenen Prozesses durch Vereinbarung zwischen Erben u. Gegenpartei ohne Zustellung e. die Aufnahme erklärenden Schriftsatzes? **6 792** (vgl. **1 3, 87, 88.**) — Ladung zur Aufnahme zwischen Zustellung des Urteils u. Einlegung des Rechtsmittels; zuständiges Gericht **3 2, 491; 6 792.** — Einfügung der Aufnahmeerklärung in die Revisionschrift bei Unterbrechung nach Zustellung des Berufungsurteils? **6 792.** — Heilung eines prozessualen Verstoßes gegen die Form der Aufnahme (§ 250) **6 792.** — A. von z. Zt. d. Konkursöffnung für oder gegen den Gemeinschuldner anhängigen Rechtsstreitigkeiten (§§ 10, 11 R.D.) f. Konkursmasse. — Aufnahme e. z. Zt. der Konkursbeendigung noch anhängigen Prozesses durch den Gemeinschuldner **2 2, 485.** — Aufnahme des die Ernennung von Schiedsrichtern betr. Verfahrens gegen den Konkursverwalter nach § 146 Abf. 3 R.D. **4 818.** — kann die Aufnahme eines durch Konkurs unterbrochenen Prozesses statt durch Zustellung eines Wiederaufnahmeschriftsatzes durch Erhebung einer neuen Klage geschehen? **7 778.**

Unterhaltsanspruch.

Der Familienangehörigen eines Erblassers (§ 1969). — Natur des Anspruchs **5 558** (Nachlassverbindlichkeit?); **1 2, 216** (gesetzliches Vermächtnis). — Einfluß des § 1969 auf den Beginn der Unterhaltspflicht der Mutter gegenüber ihren Kindern **4 484.** — Besitzsich der Familienangehörigen gegenüber den Erben **4 484.** — Rang des Anspruchs gegenüber

Vermächtnissen, Pflichtteilsansprüchen **1 2, 216.** — Rang der Berechtigten **1 2, 216.** — Anspruch im Falle der Todeserklärung? **1 2, 216.** — ohne Schuld des Erben während der 30 Tage dem Nachlaß entzogene Benutzungsobjekte **1 2, 216.** Der Schwangeren nach § 1963 f. nasciturus.

Unterhaltspflicht vgl. unpfändbare Forderungen, Kinder aus nichtiger Ehe, uneheliche Kinder, Kinder, Ehescheidung, u. der Gatten. — des in Deutschland wohnenden ausländischen Vaters gegenüber den bei der Mutter lebenden ehelichen Kindern **4 530.** **Übergangsrecht.** — Übergangsrecht **4 544.** — im BGB. nicht mehr anerkannt u. **1 2, 90, 419.** — rückständige Alimente für die Zeit nach 1900 bei Mahnung des Schuldners vor 1900 **2 1, 787; 3 1, 704** (Anwendung des § 1613 BGB.). — vor 1900 durch Urteil oder Vergleich festgestellte u. **1 2, 90, 442.** — Verzicht auf Unterhaltsanspruch **1 2, 448.** — Anwendung des BGB. auf vor 1900 entstandene Unterhaltsansprüche **1 2, 90.** — vor 1900 durch Urteil festgestellte u. von Geschwistern **1 2, 90.** — für die Zeit vor 1900 rückständige Alimente **3 1, 493.** — vor 1900 erklärter Verzicht bez. des nach § 1900 fällig werdenden Unterhalts **1 2, 93; 5 627.** — u. des Vaters bei Scheidung der Ehe vor 1900 **1 2, 444, 446; 5 633.** **Allgemeines.** — Regreß des Armenverbands s. diesen. — Aktivlegitimation der Mutter zur Geltendmachung der Unterhaltsansprüche der Kinder gegen den Mann? **1 2, 90.** — Mutter als Zeugin im Unterhaltsstreit der Kinder e. geschiedenen Ehe gegen den Vater **2 1, 641.** — Schadenerschuldigkeit der Eheleute, die sich der gesetzlichen Unterhaltspflicht gegenüber Angehörigen des einen Ehegatten durch Gütertrennungsvertrag entziehen; Anfechtung des Vertrags? **2 1, 641; 3 1, 491, 492; 4 393, 394 (3).** — Unterschied der Unterhaltsansprüche der Frau nach §§ 1360 f. u. 1601 f. BGB. **7 495 (2).** — Pfändung des gewährten Unterhalts durch den Unterhaltspflichtigen selbst **5 483.** — Einwand des die Unterhaltsberechtigten e. unschuldig Beurteilten entschuldigenden Staates, daß der Bestrafte durch die Beurteilung verurteilt u. deshalb nicht mehr unterhaltspflichtig sei; Maß des vom Staat zu gewährenden Unterhalts **3 1, 492, 493.** — Erbschaftspruch des Armenverbands für künftig fällig werdenden u. Weitrage? **5 485.** — Uebersetzungsklage (vgl. diese) **1 2, 82.** — Wirkung e. Verzichts gegenüber dem schuldigen geschiedenen Gatten auf die Unterhaltspflicht der Verwandten d. Verzichtenden **1 2, 82.** — Erbschaftspruch des Vaters, der seiner verheirateten, aber vom Mann getrennt

lebenden Tochter Unterhalt gewährt **6 457**. — Aufrechnung gegen Alimentenanprüche **2 1, 247; 3 1, 183**. — Michtigkeit von Verträgen über eine gesetzliche U. **4 43**. — Unterhaltsgewährung an Kinder als Geschäftsführung ohne Auftrag? **7 284**. — Unterhalt des Schwiegerohnes an d. Schwiegermutter ersatzfähig (§ 685 BGB.) **5 271**. — Vereitelung der U. durch Vermögensverringerung oder c. Aufgabe seitens des Verpflichteten; Erbschaftspruch des Berechtigten (§ 280 BGB.) **4 113**.

Voraussetzungen. — Unfähigkeit, sich selbst zu erhalten; Einfluß der Lebensstellung d. Bedürftigen; Führung des Nachweises der Unfähigkeit, sich selbst zu erhalten **3 1, 491**. — Anspruch des von der dazu bereiten Mutter mit Wissen des Vaters verpflegten Kindes auf U. gegen den an u. für sich verpflichteten Vater? **3 1, 492; 7 495**. — U.-anspruch des von dritter Seite aus bloßer Miltätigkeit Unterstützten **12, 91**. — Anwendung des § 1602 Abs. 2 auf verwitwete oder geschiedene Kinder? **12, 90**. — „verfügbare Mittel“ i. S. des § 1603 Abs. 2; durch Kredit flüssig zu machende Mittel **7 495**. — Einfluß des Besitzes von zum Unterhalt nicht verwertbarem Vermögen auf den U.-anspruch **2 1, 641**. — Leistungsunvermögen **4 393**. — Leistungsunvermögen des Pflichtigen trotz Erwerbsmöglichkeit; Einfluß der Lebensstellung **1 2, 90**. — Leistungsunvermögen bei Besitz ertraglosen Vermögens, aber verwendbaren Stammmögens **3 1, 491**. — Angreifen der Vermögenssubstanz seitens des Pflichtigen **1 2, 91 (2); 3 1, 492**. — Verlust der Unterhaltsfähigkeit des Verpflichteten im Laufe des Prozesses oder nach Rechtskraft d. Urteils **3 1, 491**. — Unterhaltspflicht des wiederverheirateten Elternteils **3 1, 491**. — für das Leistungsvermögen des Vaters der wirkliche oder der mögliche Verdienst maßgebend? **5 483 (f. 12, 82, 83)**. — Beweislast über die Leistungsfähigkeit der Pflichtigen **1 2, 82, 91; 3 1, 491 (2)**. — ist der eine Elternteil gegenüber dem anderen „ein anderer unterhaltspflichtiger Verwandter“ nach § 1603 Abs. 2? **1 2, 91; 2 1, 641; 3 1, 491, 492; 4 394; 5 484; 6 481**. — Beweislast, wenn der Vater nach § 1603 Abs. 2 das klagende Kind auf die U. der Mutter verweist, über die Leistungsfähigkeit der letzteren **3 1, 492; 4 394 (2)**. — Berücksichtigung einer U. gegenüber einem unehelichen Kinde bei Beurteilung der Leistungsfähigkeit des Schuldners **1 2, 90; 5 484 (2); 7 495, 496**. — U. beider Elternteile bei Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft **1 2, 91**. — Umfang der U. der Eltern gegenüber den Kindern; kein Recht auf Vorwegnahme des eigenen, standesgemäßen oder

notdürftigen Unterhalts **2 1, 641**. — keine U. des Schwiegerohnes, abgesehen von der durch den Güterstand begründeten Pflicht **1 2, 91; 2 1, 641**. — Verlegung der Frage des Leistungsvermögens in die Exekutionsinstanz **3 1, 492**. — Leistungsunvermögen insolge Übertragung des Vermögens auf einen anderen; Verhältnis des Unterhalts zur Anfechtungsfrage **4 393, 394 (2) (f. oben)**. — Schadensanspruch bei Leistungsunvermögen insolge e. vom Pflichtigen zu vertretenden Umfandes **4 394**. — Leistungsvermögen eines lange Jahre mit erheblichem Einkommen Angestellten trotz momentanen Verlusts seiner Stelle **6 481**.

Reihenfolge der Verpflichteten. — Rückgriffsrecht des bisher leistenden Verwandten gegen d. früher leistungsunfähigen, aber jetzt leistungsfähigen näheren Verwandten **4 393**. — U. der Mutter im Verhältnis zur U. des Vaters **1 2, 91; 2 1, 641; 3 1, 491; 5 483 (2), 484; 6 481; 7 495**. — U. der Mutter, wenn die Kinder dem Vater zugesprochen sind **4 394**. — Unmöglichkeit, den primär Pflichtigen im Inland zu verlagern **1 2, 91**. — Haftungsmaßstab für mehrere Pflichtige, insbesondere bei mehreren in gleicher Linie Pflichtigen; Wegfall eines d. Pflichtigen wegen Leistungsunvermögens **1 2, 91, 92; 6 481**. — keine Beitragspflicht des Vaters (analog § 1585 Abs. 1) im Falle des § 1606 Abs. 2 aE. **1 2, 92**. — Regreßrecht im Fall des § 1607 Abs. 2 Satz 2 **1 2, 92; 6 482**. — Beweislast über das Nichtvorhandensein näherer Verwandter **3 1, 492**. — U. des Vaters einer Frau bei Vermögenslosigkeit des Mannes; erwirbt der Vater einen Anspruch gegen den Mann? **5 484**. — Anspruch des Kindes, das sich bei seiner von dem Mann getrennt lebenden Mutter befindet, auf U. gegen den Vater **6 482**. — Haftung des Ehemannes für eine der Frau obliegende gesetzliche U. bei Fahrnisgemeinschaft **1 2, 60 (f. diese)**. — U. des Vaters, wenn die Mutter von der zu ihren Gunsten erlassenen Bestimmung des Vaters, daß sie erst nach dem Vater habe (§ 1606 BGB.), keinen Gebrauch macht **7 496**. — U. der Mutter, wenn das Kind neben dem freien Vermögen noch solches Vermögen besitzt, an dem der Mutter die Verwaltung oder Nutznießung (nach württemb. Recht) zusteht (§ 1602 Abs. 2 BGB.) **7 500**.

Mehrere Berechtigte. — Teilung der zur Deckung des vollen Bedarfs nicht ausreichenden Mittel, wenn minderjährige, unverheiratete Kinder mit anderen Kindern u. dem geschiedenen Gatten Unterhalt verlangen **1 2, 92; 6 482**. — Einfluß des d. außerehelichen Tochter ge-

(Unterhaltspflicht)

nährten Unterhaltsbetrags auf die Unterhaltsquote der ehelichen Kinder 5 484.

Art und Umfang des Unterhalts. — Einfluß des tatsächlichen Aufwands, den der Bedürftige für den ihm von dritter Seite gewährten Unterhalt fortbauend schuldig wird? 3 1, 492. — unbedingter Anspruch der ehelichen Kinder auf Unterhaltsgewährung bis zum 16. Jahr? 1 2, 91; 3 1, 492. — „standesgemäßer Unterhalt“; Lebensstellung des Pflichtigen oder des Berechtigten maßgebend? 7 496 (2). — Berufsausbildung, Einfluß der geistigen Veranlagung des Berechtigten 7 496 (2). — Ausschüttungskosten für den Einjährig-Freiwilligen-Dienst 2 1, 641; 6 481. — Einfluß der momentanen Vermögensverhältnisse d. Vaters auf die Bestimmung des „standesgemäßen“ Unterhalts 6 482. — Maßstab für die Lebensstellung eines bedürftigen Kindes bei geschiedener Ehe 3 1, 492. — Beginn der U. der Mutter gegenüber den zum Hausstand des Erblassers gehörenden Kindern erst nach Ablauf des Dreißigsten? 4 394, 484. — Pflicht des Vaters zum Vorstoß der Prozeßkosten f. den Ehescheidungsprozeß der unterstützten Tochter 5 484. — „notdürftiger Unterhalt“ 6 482. — Umfang der U. der Verwandten, die nach dem Tode des bösslich verlassenen Gatten den schuldigen Gatten zu alimentieren haben 1 2, 92. — Einfluß e. Verzeihung auf das Maß des Unterhalts 1 2, 92. — Zeitpunkt für die Minderung des Unterhalts nach § 1611 1 2, 92. — Verzicht auf die nach § 1611 zulässige Minderung des Unterhalts 1 2, 92. — Minderungsrecht bei gemeinsamem ehelichen Verhalten oder bei Veranlassung der Ehelosigkeit durch den Unterhaltspflichtigen 1 2, 93. — Einfluß des § 1933 BGB. im Fall des § 1611 Abs. 2 2 1, 641. — Anwendung des § 1611 Abs. 1 auf Ehegatten? 4 394. — Gründe, die die Gewährung des Unterhalts nach § 1612 Abs. 1 in anderer Weise als durch Geld rechtfertigen 5 485. — Art der Unterhaltsgewährung gegenüber den gegen den Willen des Vaters aus dem ehelichen Haushalt entfernten Kindern 7 497. — Gewährung des Unterhalts durch Überbringung des Kindes in Pension u. Verpflegung eines Dritten (§ 1612) 7 496, 497. — Klage eines unverheirateten Kindes auf Gewährung des Unterhalts in Geld; ohne vorherige Entscheidung des Vormundschaftsgerichts, wenn die von den Eltern gewählte Art des Unterhalts unausführbar ist 1 2, 93; 3 1, 493; 4 395; 5 484; 6 482 (f. 4 530). — wer hat den Antrag nach § 1612 Abs. 2 zu stellen? Pfleger nötig? 1 2, 93. — Inhalt der Ent-

scheidung des Vormundschaftsgerichts nach § 1612 Abs. 2 5 485. — Einfluß e. anhängigen Unterhaltsklage auf das Bestimmungsrecht des Vormundschaftsgerichts nach § 1612 7 497. — weitere Beschwerde, weil d. Richter von der ihm im § 1612 Abs. 2 BGB. eingeräumten Befugnis unangemessenen Gebrauch gemacht hat? 7 1001. — Beschwerde gegen Entscheidung nach § 1612 Abs. 2 unter § 57 Ziff. 9 ZGB. fallend 7 1007. — Aussetzung e. Entscheidung nach § 1612 Abs. 2 unter Belassung der vom Vormundschaftsgericht getroffenen Anordnung bis zur Entscheidung des Prozeßgerichts 7 993. — Gründe, die das Vormundschaftsgericht veranlassen können, die von den Eltern bestimmte Art der Gewährung zu ändern 1 2, 93; 4 395; 7 496 (Nachprüfung dieser Gründe durch das Gericht der weiteren Beschwerde). — „unverheiratete Kinder“ i. S. des § 1612 Abs. 2 1 2, 93; 4 395. — Unterhalt der Enkel in der Regel in Geld zu gewähren 1 2, 93. — ist das Prozeßgericht an die Anordnung des Vormundschaftsgerichts nach § 1612 Abs. 2 gebunden? 2 1, 641; 5 485. — Begrenzung des den Eltern im § 1612 Abs. 2 gewährten Bestimmungsrechts über die Art des Unterhalts im Falle e. Ehescheidung 4 395: 6 482. — in die Rechte anderer, z. B. bez. des Aufenthaltsbestimmungsrechts, eingreifende Anordnung des Vormundschaftsgerichts nach § 1612 Abs. 2 5 485. — Kosten des vormundschaftlichen Verfahrens nach § 1612 als Kosten des Unterhaltsprozesses? 6 483. — Anwendung des § 1613 auf den Erbschaftanspruch des Armenverbands? 4 395; 5 485; 6 483. — Anspruch d. Ehegatten auf rückständige Alimente? 5 485. — Tragung der Strafhaftkosten durch den Unterhaltspflichtigen 7 495. — Verhältnis des Unterhaltsanspruchs zu dem Rentenanspruch wegen e. Unfalls 7 495. — Bemessung der U. der Kinder ihren Eltern gegenüber 7 495. — — Ersatz der Fürsorgeerziehungskosten (s. diese) 7 496. — Klage des unterhaltspflichtigen Vaters e. Entmündigten gegen den Vormund zwecks Durchsetzung der Naturalverpflegung an Stelle einer Rente (§ 1612 Abs. 2)? 7 497.

E r l ö s e n e. — Vereinbarung über Minderung e. Unterhaltsanspruchs 1 2, 93; 4 395. — Herabsetzung der durch Vergleich übernommenen Unterhaltsrente bei Veränderung der Verhältnisse d. Pflichtigen? 2 1, 642 (f. Änderungsfrage). — Verjährung rückständigen Unterhalts 4 60.

Unterhaltspflicht der Ehegatten s. auch Unterhaltspflicht.

Ü b e r g a n g s r e c h t f. auch Ehescheidung unter Übergangsrecht. — der in Deutsch-

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite.

land wohnenden, ausländischen Ehegatten **3 1, 668; 4 530; 5 608** (f. Ehegatte). — Unterhaltsanspruch der vor 1900 geschiedenen Gatten **1 2, 82, 419; 3 1, 695; 5 627** (f. Ehescheidung). — vor 1900 geschlossener Verzicht auf U. für die Zeit nach 1900 **5 627**. — gegenseitige U. bei den vor 1900 geschlossenen Ehen **1 2, 432, 433**. — altrechtliche Verträge über die U. getrennt lebender Gatten bei Widerspruch mit § 1361 BGB. **1 2, 432; 4 549**. — Einfluß einer Erweiterung oder Beschränkung der U. nach BGB. auf Urteile des alten Rechts **1 2, 432**. — am 1. I. 00 rechtshängige Unterhaltsprozesse **1 2, 432**. — Ermäßigung e. nach § 798 II. 1 BGB. festgesetzten Alimentationsanspruchs? **1 2, 82**. — Anwendung des § 1581 auf vor 1900 geschiedene Ehen **1 2, 83, 84**. — Unterhaltsverträge d. Gatten für die Dauer des Getrenntlebens **2 1, 68**. — Unterhaltsverprechen des Mannes gegenüber der Frau zur Erreichung ihrer Einwilligung in die Scheidung **3 1, 48**.

I. Während der Ehe. — Interimistium nach § 627 ZPO. f. Ehesachen. — Abänderung d. Vorschriften d. §§ 1360 f. durch Ehevertrag **1 2, 33; 4 378; 5 463**. — Unterhaltsverzicht d. Frau bei Möglichkeit ihres standesgemäßen Unterhalts aus Vorbehaltsgutseinkünften **4 378; 5 463**. — Klage u. einstweilige Verfügung auf Gewährbring d. Unterhalts u. Herausgabe d. Haushaltsachen **1 2, 35**. — U. bei nichtiger Ehe **6 457**. — die gesetzlichen Mindestforderungen nicht erfüllender Prozeßvergleich über den Unterhaltsanspruch **1 2, 38**. — U. von in Deutschland wohnenden ausländischen Ehegatten **3 1, 473; 5 463**. — entsprechende Anwendung d. §§ 1601 ff. **2 1, 615; 6 457; 7 495 (2)**. — Vertrag, durch den die Frau die ganzen Kosten des gemeinsamen Haushalts übernimmt, der Mann aber seine Arbeitskraft ausschließlich in den Dienst der Frau stellt **2 1, 615**. — kann der mit der Klage auf Herstellung des ehelichen Lebens rechtskräftig abgewiesene Mann gegenüber d. Klage eines Erben der Frau auf Zahlung einer vor dem Tod der Frau verfallenen rückständigen Rente einwenden, daß die Frau die eheliche Gemeinschaft nicht verweigern durfte? **1 1, 427**. — Einfluß d. U. d. Mannes auf einen der Frau aus einem Unfall zustehenden Anspruch auf Entschädigung wegen Erwerbsverlustes? **2 1, 616**. — Einfluß der Verheiratung auf den der Frau wegen eines früheren Unfalls zustehenden Schadensanspruch **3 1, 473** (f. unerlaubte Handlung). — Kosten eines von der Frau angenommenen Arztes **4 378** (f. Schlüsselgewalt unter Ehefrau); **3 1, 473**. — Prozeßkosten d. Frau i. Ehemann, gesetzliches Güterrecht. — Bedürftigkeit der Frau

keine Voraussetzung **1 2, 34, 37; 3 1, 472**. — Leistungsfähigkeit als Voraussetzung der U.? **1 2, 33, 37**. — Anwendung der §§ 811, 850 ZPO. gegenüber einem Urteil auf Unterhaltsleistung **1 2, 33**. — Beweislast d. Klägers bezüglich d. Höhe d. geforderten Unterhaltsbeiträge **1 2, 37; 3 1, 472**. — Umfang d. Unterhalts bei dem durch sein sittliches Verschulden bedürftig Gewordenen (§ 1611) **4 378**. — Umfang der U., wenn der Unterhaltsberechtigte den anderen bösslich verlassen hat **1 2, 33, 34**. — darf der bösslich verlassene, nur den notdürftigen Unterhalt verbienende Mann der vermögenden, erwerbsfähigen Frau den Unterhalt verweigern? **1 2, 34**. — muß der Mann bei Besitz der nötigen Mittel mehr als den standesgemäßen Unterhalt geben? **1 2, 34**. — darf der Mann die Kosten seines eigenen, standesgemäßen Unterhalts vorweg in Abzug bringen? **1 2, 34, 37; 2 1, 616; 5 463; 7 478**. — vorheriger Abzug dringender Schulden **1 2, 34**. — Einfluß d. augenblicklichen Verdienstes d. Mannes **5 463**. — Bemessung d. Rente nach dem tatsächlichen Erwerb oder nach der Erwerbsfähigkeit d. Mannes? **1 2, 82 f.; 5 483; 7 478**. — Haftung für die Unterhaltskosten d. anderen Gatten im Gefängnis **1 2, 34, 36**. — kann als Maßstab für die Leistungsfähigkeit des Mannes gegenüber seiner getrennt lebenden Frau sein bisheriger (die eigentlichen Einkünfte übersteigerender) Jahresverbrauch zugrunde gelegt werden? **7 478**. — U. der vermögenden, getrennt lebenden Frau gegenüber dem erwerbsunfähigen Mann **1 2, 34**. — inwieweit muß die Frau zur Unterstützung d. erwerbsunfähigen Mannes d. Kapital angreifen? **2 1, 616**. — Angreifen d. Substanz bei Nichtzureichen der Einkünfte **3 1, 473**. — Gewährung im Haus u. in Natur die Regel **1 2, 35 (2); 5 462; 7 478**. — Gewährung d. Unterhalts durch einen Dritten **1 2, 33**. — Erlassanspruch d. Vaters, der seiner verheirateten, aber getrennt lebenden Tochter Unterhalt gewährt **6 457; 7 283**. — Pflicht der Frau, mit dem Manne zu dessen Eltern zu ziehen, um von diesen sich unterhalten zu lassen? **1 2, 33**. — Gewährung einer Geldrente bei Getrenntleben der Gatten u. grundloser Weigerung d. Unterhaltspflichtigen zur Wiederherstellung d. ehelichen Gemeinschaft; rechtliche Natur dieser Rente als Schadenserz **1 2, 34 (2), 35 (2), 36 (2); 3 1, 472, 473; 4 377, 378; 5 463; 6 457**. — setzt die Anwendung d. § 1361 (Gewährung einer Geldrente) Streit über Berechtigung d. anderen Gatten voraus, die Herstellung d. ehelichen Gemeinschaft zu verweigern **3 1, 472**. — Gewährung d. Unterhalts in einer Geldrente auch in anderen Fällen als dem des § 1361 Abs. 1

(Unterhaltspflicht der Ehegatten)

2 1, 616; 3 1, 473; 4 378; 5 462, 463. — Gewährung d. Unterhalts durch Geldrente an den im Gefängnis oder Kranienhaus Befindlichen **1 2, 36.** — wann liegt ein Recht zum Getrenntleben (§ 1361) vor? **6 457.** — ernsthafte Aufforderung zur Herstellung d. ehelichen Lebens Voraussetzung für Annahme e. Verweigerung der Herstellung? **6 457.** — Anspruch auf Unterhaltsgewährung außerhalb der Ehelohnung bei früherer Einwilligung des anderen Teils in das Getrenntleben **1 2, 36.** — Unterhaltsgewährung durch Geldrente, wenn der Unterhaltspflichtige die Herstellung d. ehelichen Lebens mit Recht verweigert **1 2, 36.** — Recht d. getrennt lebenden Frau auf Geldrente, wenn sie die angebotene Art der Wiedervereinigung mit Recht abgelehnt hat **3 1, 473.** — Rentenanspruch des am Getrenntleben Schuldigen **1 2, 37 (2).** — Verlangen d. Sicherstellung für die Rente nach § 1361 **1 2, 37.** — Unterhaltsanspruch der geschiedenen, unschuldigen Frau **1 2, 34, 35.** — Unvermögen d. Mannes, Frau u. ein uneheliches Kind zugleich zu unterhalten **1 2, 35.** — Wegfall d. Unterhaltspflicht des zur Scheidung Berechtigten? **2 1, 616.** — Einflußlosigkeit d. Schulfrage auf die Anwendung d. § 1361 **1 2, 35.** — Verschiedenheit d. Beweislast des Unterhaltsberechtigten, je nachdem das Getrenntleben auf seinem Willen oder auf dem des Unterhaltspflichtigen beruht **1 2, 35; 2 1, 616.** — Einfluß d. gegenseitigen Einverständnisses über die Trennung auf die Unterhaltspflicht **1 2, 37; 2 1, 616; 5 463** (beiderseitige Gemeinschaftsverweigerung). — U. nach § 1361 während eines Ehescheidungsprozesses, Rückforderung nach Prozeßbeendigung? **2 1, 616; 5 319, 462; 6 457.** — kann der Mann statt der Klage auf Herstellung d. ehelichen Gemeinschaft von der die Gemeinschaft unberechtigt verweigenden Frau eine Unterhaltsrente oerlangen? **5 463.** — Befugnis d. Richters, im Falle d. § 1361 Abs. 2 an Stelle d. Geldrente Naturalleistung zu setzen? **1 2, 37.** — Änderung der gesetzlichen Zahlungsbedingungen der Unterhaltsrente im Falle d. § 1361 Abs. 2 **1 2, 37.** — Einfluß einer Vorausleistung über den Zeitraum des § 760 Abs. 2 auf die U. bei erneuter Bedürftigkeit **1 2, 37.** — Verlangen einer Geldrente für die Zeit vor Rechtschängigkeit d. Antrags auf einstweilige Verfügung **5 463.** — Unterhaltsgewährung an die von ihrem Mann getrennt lebende Tochter durch d. Vater; Erbsanspruch gegen den Mann? **6 457; 7 283.** — Vollstreckung eines zur Regelung der U. während d. Scheidungsprozesses erlassenen einstweiligen Verfügung (§ 627 ZPO.)

nach rechtskräftiger Entscheidung des Scheidungsprozesses? **7 478** (s. Ehefachen). — Verhältnis e. einstweiligen Verfügung nach § 627 ZPO. zur Klage nach § 1361 BGB. **7 478.** — Wegfall d. Pflicht d. zur Zahlung e. Geldrente an die Frau zu verurteilenden Mannes, wenn die Frau nach § 1571 BGB. den Anspruch auf Scheidung verloren hat? **7 478.**

Anspruch auf Herausgabe des nötigen Hausrates. — kann der Mann das Verlangen der Frau auf Gewährung der zur Einrichtung eines abgefonderten Haushalts nötigen Geldmittel durch Angebot d. Haushaltungsgegenstände abwenden? **1 2, 37.** — Eigentumsverhältnis an dem herausgegebenen Hausrat **1 2, 37.** — Recht der Frau an dem herausgegebenen Hausrat, insbesondere gegenüber Gläubigern d. Mannes **1 2, 37.** — Anspruch des Mannes a. h. d. n. h.? **1 2, 38.** — wer trägt die Transportkosten? **4 378.** — keine Pflicht d. Mannes zur Anschaffung dieser Gegenstände **2 1, 616.** — einredeweise Geltendmachung dieses Anspruchs gegenüber d. Klage d. Mannes auf Wiederherstellung des ihm eigenmächtig entzogenen Besizes? **6 457.**

II. Der geschiedenen Gatten vgl. auch oben I.

Allgemeines. — Verträge über U. **1 2, 82; 2 1, 637, 638; 3 1, 487.** — Anwendung d. §§ 1578 ff. neben vertraglicher Regelung **1 2, 82.** — Wirkung e. Verzichts gegen den schuldigen Gatten auf d. Unterhaltspflicht d. Verwandten des Verzichtenden **1 2, 82.** — Beweislast über Bedürftigkeit u. Leistungsfähigkeit **1 2, 82, 91; 3 1, 491; 7 492.** — U. bei bloßer Aufhebung d. ehelichen Gemeinschaft **1 2, 86; 6 479.** — Nachprüfung d. Schuldauspruchs d. Ehescheidungsurteils im Unterhaltsprozess? **7 492.**

Voraussetzungen. — Erwerbspflicht d. bei Scheidung schuldig erklärten Ehegatten **7 492.** — Unterhaltsbedürftigkeit d. Frau bei nicht aufgezehrtem Vermögensstamm **1 2, 82; 4 391.** — Unterhaltsanspruch d. Frau im Fall d. § 1579 erst nach Aufzehrung d. Vermögensstammes **4 391, 392.** — Unterhaltsbedürftigkeit der wieder in den Haushalt d. Eltern eintretenden u. dort Dienste leistenden Frau **6 478.** — Unterhaltsbedürftigkeit des Mannes **1 2, 82.** — Begriff des „Erwerbs durch Arbeit“ (§ 1578) **7 492 (2).** — Üblichkeit d. Erwerbs durch Arbeit der Frau; Erwerbstätigkeit d. Frau während d. Ehe trotz Nichtüblichkeit **5 481; 6 478; 7 492.** — Anrechnung e. Erwerbs d. Frau aus eigener Arbeit, wenn solcher Erwerb nicht üblich **1 2, 82; 2 1, 637; 7 492.** — f. Beurteilung d. Unterhaltsbedürftigkeit

u. Leistungsfähigkeit maßgebender Zeitpunkt **5 481**. — Bemessung d. Leistungsfähigkeit d. Unterhaltspflichtigen; wirklicher oder möglicher Erwerb? **1 2, 82, 83; 5 483; 7 478**. — Abzug von Beiträgen für Lebensversicherung im Fall d. § 1579? **5 481**. — Bemessung d. Leistungsfähigkeit d. unterhaltspflichtigen Frau; Unterlassen eines nicht „üblichen“ Erwerbs **1 2, 82**. — „standesgemäßer“ Unterhalt (§ 1578) **2 1, 637; 3 1, 487; 6 477**. — „verfügbare Einkünfte“ (§ 1579) **4 391**. — wenn die $\frac{2}{3}$ d. verfügbaren Einkünfte (§ 1579) mehr betragen, als zum standesgemäßen Unterhalt d. Pflichtigen nötig ist **1 2, 82**. — Anwendung d. § 1579 Abs. 1 Satz 2, wenn das Kind dem schuldigen Ehegatten Dienste leistet **4 392**. — „minderjährige, unverheiratete Kinder“ i. S. d. § 1579 Abs. 1 Satz 2 auch uneheliche? **6 478**. — Berücksichtigung d. Schulden d. Unterhaltspflichtigen **7 493**. — U. im Fall d. § 1579 Abs. 1 Satz 2 **1 2, 83; 2 1, 637, 638; 3 1, 487; 4 391, 392; 6 477, 478; 7 492**. — Anwendung d. § 1579 Abs. 1 Satz 2 bei vertragsmäßig geregelter U. **2 1, 637, 638; 3 1, 487**. — Geltendmachung d. Einwendung d. § 1579 in d. Zwangsvollstreckung **1 2, 83**. — „Beteiligte“ i. S. d. § 1579 Abs. 1 Satz 2 **7 492**. — Anwendung d. § 1579 Abs. 1 Satz 2, wenn mit dem geschiedenen Ehegatten ein minderjähriger, unverheirateter Enkel konkurriert **7 492**. — Schutz gegen Gefährdung d. notwendigen Unterhalts d. Pflichtigen für die Zukunft? **1 2, 83**.

Art der Gewährung des Unterhalts s. auch unerlaubte Handlung (§§ 844 ff.), Haftpflicht. — selbständige Verfolgbarkeit d. Anspruchs auf Sicherheitsleistung **1 2, 83**. — die Festsetzung e. Kapitalsabfindung rechtfertigende wichtige Gründe (Auswanderungsabsicht d. Verpflichteten, Aussicht d. Berechtigten auf Begründung e. Lebensstellung) **1 2, 83**. — Festsetzung e. Kapitalsabfindung bei übereinstimmendem Antrag d. Parteien **1 2, 83**. — Pfändung u. Übertragbarkeit d. Kapitalsabfindungsanspruchs **1 2, 83; 6 478**. — Geltendmachung d. Abfindungsanspruchs im Konkurs d. Verpflichteten **1 2, 83**. — Rückgabe d. Kapitalsabfindung bei Wiederverheiratung, bei Beseitigung d. Scheidungsurteils, bei Nichtigkeit d. geschiedenen Ehe **1 2, 83**. — bei Scheidung wegen Geisteskrankheit **1 2, 84**.

Erlöschen der Unterhaltspflicht. — Anwendung d. § 1581 auf vor 1900 erfolgte Ehescheidungen? **1 2, 83, 84**. — Wiederaufleben d. erloschenen Unterhaltsanspruchs bei Auflösung der neuen Ehe des Unterhaltsberechtigten? **1 2, 83; 6 478**. — kein Erlöschen bei Nichtigkeit der neuen Ehe **1 2, 83; 6 478; 7 493**.

Haftung der Erben des Pflichtigen. — Sicherheitsleistung u. Kapitalsabfindung durch die Erben **1 2, 84**. — Anwendung d. § 1582 Abs. 2 u. 3 bei vertragsmäßiger Festsetzung d. Unterhaltsrente **1 2, 84**. — Berechnung d. Höhe d. „Einkünfte“ (§ 1582 Abs. 2); tatsächlich bezogene oder beziehbare? **1 2, 84**. — „zur Zeit des Todes“ (§ 1582 Abs. 1 Satz 2) **7 493**. — Berechnung d. Rente nach § 1582 Abs. 3 bei mehreren Berechtigten **1 2, 84**. — Geltendmachung d. Unterhaltsanspruchs im Nachlasskonkurs **1 2, 84**. — Herabsetzung d. Rente durch die Erben trotz Möglichkeit ihrer Begahlung aus dem Nachlass **7 493**. — Herabsetzung d. vertragsmäßig vereinbarten Rente durch die Erben **7 493**.

Unterhaltung. — Pflicht zur U. gemeinsamer landwirtschaftlicher Zweckgrundstücke **3 1, 389**. — U. von Anlagen bei Dienstbarkeiten s. Grunddienstbarkeit.

Unterlassung. — Begriff **5 59**. — U. und Handlung **2 1, 19**. — U. als Dauerleistung **5 83**. — Erfüllungsort **2 1, 165; 4 98; 5 104**. — Leistungszeit **5 106**. — Unmöglichkeit d. U. **5 109** f. — Schenkung durch U. **5 204**. — Retentionsrecht bei U. **5 106**. — Bewirkung durch Dritte, Gehilfenziehung ausgeschlossenen **5 104**. — Vergütung durch U. **2 1, 120**. — Staatshaftung aus Art. 77 GGWB. auch bei U. **3 1, 25** (f. Beamte). — Anfechtung e. in e. U. enthaltenen Willenserklärung aus § 123 BGB. **4 33**. — Haftung für U. **7 334**.

Unterlassungsanspruch vgl. Unterlassungsklage, Unterlassungspflicht. — Begriff, Wesen **1 1, 122, 123, 124, 149; 2 1, 94, 119; 5 60; 7 97, 98**. — bei absoluten Rechten **2 1, 119**. — Klagegrund **2 1, 118**. — Verurteilung **2 1, 119**. — Verjährung **1 1, 127; 2 1, 97, 98; 3 1, 63; 5 62** (Beginn); **7 385** (§ 852 BGB.). — Erfordernisse d. Mahnung bei U. **3 1, 144**. — Gleichstellung mit positiven Obligationen **6 93**. — Widerstandsbesetzung zum Schutz obligatorischer U. ist Selbsthilfe, zum Schutz absoluter Rechte Notwehr **2 1, 108**. — Beweislast **2 1, 119**. — allgemeiner Anspruch auf Unterlassung d. Aufstellung unwahrer Behauptungen? **7 335**. — Anspruch auf Unterlassung d. Mitteilung wahrer, die Geschäftsverhältnisse Dritter betreffender, diejen unangenehmer Tatsachen **7 335**.

Unterlassungsklage s. unlauterer Wettbewerb, Unterlassungsanspruch, Urheberrecht, Warenzeichen. — Wesen u. Anwendungsgebiet **1 1, 110, 463, 482, 483** (in den Fällen d. §§ 823 ff. BGB.); **2 1, 492** (gegen Zulässigkeit); **2 1, 504** (§ 826), **505; 3 2, 439, 592; 4 267, 282** (§ 824), **284** (§ 826), **344** (§ 824), **347** (§ 826); **5 66**,

(Unterlassungsflagge)

68, 69, 789, 790 (2), 886, 887; 6 303; 7 3, 93, 357. — Ausdehnung d. Unterlassungsanspruchs auf jeden objektiv widerrechtlichen Eingriff in ein vom Gesetz geschütztes Recht 4 267; 5 327 (3). — Ableitbarkeit aus § 249 5 86. — Voraussetzungen 5 67. — Ziel 5 67, 68. — Gerichtsstand 1 1, 175. — Klage gegen Unzurechnungsfähige 7 3. — Zulässigkeit nach § 826 BGB. bei Befugnis weiterer Eingriffe 6 99. — Klage auf Unterlassung weiterer Belästigungen auf Grund eines in einer Privatklage geschlossenen Vergleichs 6 93. — Urteil auf Unterlassung nicht bloß d. tatsächlich gebrauchten, sondern auch „gleichbedeutender“ Ausdrücke bei Klage nach § 1 UnlBGB. 6 824 (s. unf. Wettb.). — Ausschlußrecht geschützt durch U. 5 67, 68, 69. — nach §§ 12, 15, 16 WarenBGB. 7 1143, 1149. — Verschulden keine Voraussetzung 1 1, 483; 2 2, 348; 3 1, 340; 3 2, 623, 667; 4 267, 283; 5 327 (2), 344, 345, 1047, 1049; 6 303, 316; 7 7, 335. — Beseitigung weiterer Eingriffe als Voraussetzung d. U. 1 1, 462, 463, 483; 2 1, 505 (§ 826); 2 2, 354; 3 1, 340; 3 2, 623; 4 267, 282, 285; 5 327 (4), 344, 345, 1047; 6 303; 7 335 (2). — Bestehen d. rechtswidrigen Zustands z. Bt. d. Rechtshängigkeit, aber nicht mehr z. Bt. des Urteils 1 1, 483. — Gefahr weiterer Störung trotz Versprechens, sich künftiger Eingriffe zu enthalten 3 2, 667. — Handeln d. Beklagten in Wahrnehmung berechtigter Interessen 4 267, 283; 5 327. — fahrlässige Verbreitung einer unwahren Behauptung unter d. Voraussetzung des § 824 Abs. 2 5 345. — Schadensklage in Form der U.; Verschulden als Voraussetzung 7 102. — Konkurrenz zwischen Schadens- u. U. 1 1, 463, 483; 3 1, 340. — U. wegen der im Zustand d. Unzurechnungsfähigkeit begangenen Verletzung 5 353. — U. wegen erst der Zukunft angehörender Handlungen 3 1, 340, 341. — U. bei teilweise Unmöglichkeit bewirkenden Handlungen d. Schuldners 5 121. — U. wegen künftiger Eingriffe in das elterliche Erziehungsgeld 2 1, 649; 5 499. — U. gegen den Erben auf Grund von Rechtsverletzungen d. Erblassers 5 558. — U. wegen öffentlicher Kritik eines Geheimnisses 4 267. — U. gegen einen Verein 5 9. — U. im Namen- u. Firmenrecht 1 1, 14; 5 3. — U. d. Vermieters 5 210; d. Mieters 5 211; d. Verpächters u. Pächters 5 219. — Klage auf Widerruf e. Beleidigung 3 1, 355; 4 282; auf Zurücknahme e. widerrechtlichen Behauptung 6 303, 317 (Befanntmachung).

Unterlassungspflicht. — Wesen 5 1. — Gruppierung 5 83. — reine U., mit positiven Pflichten kombinierte U., Beispiele 5 83.

— sekundäre U. 5 84. — Begründung von U. mit Verstoß gegen die guten Sitten 5 42. — Erfüllung 2 1, 120; 5 150. — Unmöglichkeit d. Erfüllung d. U. 2 1, 119; 5 108. — Teilbarkeit, teilweise Bewirkung u. teilweise Unmöglichkeit 5 179 f. — Verzug bei U. 1 1, 201; 2 1, 198; 5 122 f. — Anwendbarkeit d. § 278 BGB. auf Zuwiderhandlungen gegen U. 2 1, 191; 5 117. — Recht d. Zuwiderhandelns gegen e. U. aus § 320 BGB. 5 134. — Anwendung d. § 321 bei d. U. 5 135. — Anwendung d. §§ 325, 326 BGB. auf U. 3 1, 162; 5 137, 139. — §§ 340, 341 auf d. U. anwendbar 1 1, 256; 5 147. — Abtretung bei negativen Obligationen 5 159. — §§ 407 ff. auf negative Forderung unanwendbar 5 168. — Einrücken d. Vermögensübernehmers (§ 419 BGB.) in negative Verbindlichkeiten 5 178. — Schuldnerwechsel bei U. 5 170. — Anwendbarkeit d. §§ 420 ff. auf d. U. 2 1, 262; 5 179, 180, 185. — Anwendbarkeit d. § 431 BGB. auf d. U. 5 185. — Begründung von U. in Kaufverträgen 5 187. — U. beim Werkvertrag 5 240.

Unternehmen als Rechtsobjekt 5 19. — Übernahme v. U. 5 178. — Sach e. U. 5 219. — vom Wechsel seiner Bestandteile unabhängig 5 20.

Unterricht. — Erteilung von U. als Dienstvertrag? (s. diesen) 2 1, 328; 4 189.

Unterjochlagung. — im Vollstand 1 1, 140. — Retentionsrecht gibt kein Recht auf Verbrauch 4 99. — durch Gerichtsvollzieher; Haftung d. Staates 2 1, 399; 3 1, 25; 4 22, 285 (s. Beamte, Gerichtsvollzieher).

Unterschrift s. a. Handzeichen, Schriftform, Urkunde, Unterzeichnung, Testament. — Funktionen 3 1, 41, 42. — Vollziehung räumlich nach d. Erklärung 7 407. — U. i. F. d. Vertretung 1 1, 75; 2 1, 60; 3 1, 41; 4 35. — U. mit Vornamen, Mädchennamen, Pseudonymen, Spitznamen 2 1, 60, 61; 3 1, 3, 41; 5 37; 6 53. — U. mit d. Verwandtschaftsverhältnis oder der Amtsbezeichnung 2 1, 60. — falsifizierte U. 4 35. — mechanische Hilfe e. anderen bei d. U. 3 1, 42. — Blankett-U. 3 1, 40, 41, 42 (s. diese). — U. durch Aufnahme des Namens in den Text nicht ersetzt 3 1, 42. — fürsliche Personen 2 1, 60; 3 1, 41. — unleserliche U. 2 1, 60; 3 1, 41. — U. der Parteien bei einem Prozeßvergleich 1 1, 76. — eigenhändige U. d. Beteiligten bei Anträgen u. Erklärungen in Angelegenheiten d. freiwilligen Gerichtsbarkeit 1 1, 76. — ungelesene oder unverstorbene Urkunde 7 65.

Unterschriftsbeglaubigung s. Beglaubigung. **Unterstützung** s. Armenverband.

Unterstützungswohnsitz. — Zulässigkeit d. Rechtswegs für Inanspruchnahme e.

Fette Zahlen = Fahrg.; gemönl. Zahlen = Seite,

Armenverbands auf Ertrag der Untersuchungskosten nach § 617 BGB. 2 1, 351.

Untersuchungshaft s. Haftentziehung.

Unterwerfung unter die Zwangsvollstreckung s. Vollstreckungstitel.

Unterzeichnung s. Unterschrift. — U. e. Vertragsurkunde als Willenserklärung 2 1, 48. — U. einer fremdsprachigen Urkunde u. Vertragsabschluß 2 1, 78.

Unvermögen. — U. u. Unmöglichkeit, Unterschied 1 1, 184, 185; 6 117 ff., 120. — U. nur bei Produktionspflichten 5 109, 126. — Geldmangel begründet nie U. 1 1, 197 (s. Gattungsschuld). — Schadenserfassungspflicht wegen U. 5 126. — Haftung bei U., insbes. bei höchstpersönlichem Leistungsversprechen 7 147.

Ursprüngliches Unvermögen. — Schadenserfassungspflicht 1 1, 186; 2 1, 208; 6 119. — Haftung für negatives Interesse bei ursprünglichem U.? 6 119; 7 146. — urspr. U. mit Möglichkeit seiner Beseitigung 1 1, 185. — Pflicht des Schuldners zur Hindernisbeseitigung bei urspr. U. 6 119. — § 275 Abs. 2 BGB. auf das urspr. U. anwendbar 1 1, 184. „

Nachträgliches Unvermögen. — nachträgliches, dauerndes U. 2 1, 180. — Anwendung des § 280 BGB. auf nachtr. U. 6 120. — des Schuldners zur Leistung bei Gattungsschuld 1 1, 152. — Gültigkeit e. Vertrags über e. subjektiv unmögliche Leistung 1 1, 214, 215; 3 1, 125; 4 117; 5 126 (Hausvermietung durch Nichteigentümer). — analoge Anwendung des § 279 für jedes auf Zahlungsunfähigkeit beruhende U. 2 1, 194. — Erklärung, seine Verbindlichkeiten nur im Falle e. Arrangements erfüllen zu können, als U. i. S. des § 275 Abs. 2 BGB. 3 1, 125. — U. im Falle d. Versprechens e. Hypothek mit bestimmtem Range 3 1, 125. — Veräußerung des geschuldeten Gegenstandes als U. bez. der Herausgabepflicht 6 120. — Nichtabreise des Gastes als U. für den Wirt zur Gewährung des weitervermieteten Zimmers 6 120. — Versteigerung des Hauses als U. f. d. Untervermieter gegenüber dem Untermieter 6 121. — Konkurs des Dritten, bei dem der Verkäufer seine Ware bestellte 6 121. — Konkurs der eingetragenen Genossenschaft als Befreiung von der Einzahlung noch nicht fälliger Beiträge auf den Geschäftsanteil 6 121 (vgl. Genossenschaft). — Verpflichtung des Miterben nach französischem Recht zur Bestellung e. Hypothek a. e. Nachlassgrundstück als U. 5 110.

Unzureichlich s. Anfechtung.

Unwirksamkeit. — U. u. Nichtigkeit 2 1, 71. — Arten 4 48.

Unzurechnungsfähigkeit s. Zurechnungsfähigkeit. — aktive u. passive Notwehrfähigkeit 1 1, 139. — Selbstverteidigung (Notwehr)

gegen U. 2 1, 106; 4 62; 5 80 (vgl. Notwehr). — eigenes bzw. mitwirkendes Verschulden U. 1 1, 162, 163; 2 1, 143; 3 1, 96; 4 77; 5 91.

Urheberbenennung (§§ 76 f. ZPD.). — Feststellungs- oder Leistungsklage 1 3, 39. — „Entbindung von der Klage“, rechtlicher Charakter 1 3, 39/40. — Übernahme des Rechtsstreites durch den Benannten; Urteil wird auf seinen Namen gestellt 1 3, 40; der Benannte kann nur Einreden aus seiner Person erheben 1 3, 40. — Wirkung des Urteils gegen den Entlassenen, insbesondere bei Klagenänderung oder -erweiterung 1 3, 40. — Benennung des Verpfänders seitens des vom Pfand-eigentümer auf Pfandherausgabe verpfändeten Pfandgläubigers 5 759.

Fall des § 77. — nur Eigentumsverletzungen nach § 1004 BGB. gehören hierher 1 3, 40. — kein Beweis, daß Beklagter in Ausübung des Rechtes eines Dritten gehandelt hat 1 3, 40. — kann bei Pfändung nach § 808 ZPD. der aus § 771 beflagte Gläubiger den Schuldner als Urheber benennen? 3 2, 366.

Urheberrecht an Mustern u. Modellen s. Urheberrecht internationales.

Allgemeines. — rechtl. Natur des Rechtes 7 1158. — kann der gleiche Gegenstand Anspruch auf Gebrauchs- u. auf Geschmacksmusterrecht haben? (s. Gebrauchs-muster) 3 2, 664; 5 1079. — Verhältnis zum Unlauteren Wettbewerbsgesetz; Schutz eines Modells nach § 9 UnlWG., an dessen Anmeldung der Hersteller kein Interesse mehr hat 3 2, 667. — Verzeichnis der ausländischen Gesetzgebung u. Staatsverträge 5 1079; 7 1155, 1168 f. — Schutz nicht eingetragener Muster und Modelle nach § 826 BGB. 1 1, 483; 4 285, 286; 6 317 (s. unerlaubte Handlung); 7 1154. — Eintragungen e. örtlich unzuständigen Gerichts 5 993. — §§ 459 ff. BGB. beim Kauf nicht anwendbar 4 160. — Verhältnis zum Kunstschutzgesetz 7 1156. — Schutz französischer Staatsangehöriger für Erzeugnisse d. Kunstgewerbes, die in Deutschland nicht als Geschmacksmuster geschützt sind 7 1168

Gegenstand des Rechtes 5 1078. — Unterschied von Gebrauchsmustern 3 2, 664. — Notwendigkeit eines form-schöpferischen Erfindungsgedankens 3 2, 664. — muß das Muster geeignet sein, das ästhetische Gefühl zu befreiden? 3 2, 664; 5 1079; 7 1153. — Farbe 3 2, 664; 5 1078. — Porträt eines Menschen 3 2, 664. — Schußfähigkeit eines Verfahrens? 3 2, 664, 666. — Erzeugnisse der Schriftgießerei 3 2, 666; 5 1079. — Flächenmuster (nicht in geschlossenen oder umgrenzten Figuren bestehende) 5 1078. — freie Benutzung eines älteren Motives

(Urheberrecht an Mustern und Modellen)

§ 1079. — nur, was für das Auge Objekt des Sehens sein kann 7 1155. — eine in die äußere Erscheinung tretende Form, die als Erzeugnis e. bewußten schöpferischen Tätigkeit Gegenstand einer Nachbildung sein kann 7 1153. — photographische Abbildungen auf Postkarten 7 1153. — Vermutung der Neuheit u. Eigentümlichkeit bei den rite eingetragenen Mustern 7 1154. **S u b j e k t.** — österreichisch-ungarische Staatsangehörige 3 2, 667. — ausländische Urheber bez. d. im Inland hergestellten Erzeugnisse 3 2, 667. — Einfluß der Pariser Union auf § 16 Abs. 2 3 2, 647. — Lizenzträger als Rechtsnachfolger in das Prioritätsrecht des Art. 4 Intübereink. o. 20. III. 83? 7 1154.

E i n t r a g u n g s v e r f a h r e n. — Anmeldung u. Niederlegung als Voraussetzung des Schutzes 7 1154. — Nicht hinterlegen eines Exemplars oder einer Abbildung des Modells 3 2, 666. — bei einem unzuständigen Gericht erwirkter Muster-schutz 3 2, 666. — Zugänglichmachen des Modells an eine einzige Person vor Anmeldung 3 2, 666. — Mitgabe des Modells an einen Reisenden vor Eintragung zwecks Besichtigung durch die Kunden 3 2, 666. — Rechtsverhältnis zwischen dem Hinterleger u. dem Staat als Hinterlegungsstelle 3 2, 666. — Charakter der Gebühr nach § 12 Abs. 2 3 2, 666.

Ü b e r t r a g b a r k e i t. — Form der Übertragung, Anwendung des § 413 BGB. 3 2, 665. — Pfändbarkeit vor Anmeldung u. Niederlegung des Modells 7 1154. — Anwendung der §§ 459 f. BGB. 4 160.

I n h a l t u. U m f a n g d e s R e c h t e s. — Nachbildung: Begriff (Verwendung des gleichen, ästhetischen Gedankens im Gegensatz zur freien Benutzung eines einzelnen Motives) 3 2, 665. — Nachbildung in einem andern Gewerbe und zu einem andern Gebrauchszweck 3 2, 665. — kommt für die Frage, ob eine Verletzung des Modellschutzes vorliegt, das Vorhandensein einer Verwechslungsgefahr in Betracht? 3 2, 665. — nicht unmittelbare Nachbildung eines plastischen Modells, aber Anfertigung eines Werkzeugs (Präge-walzen), das die Nachbildung unmittelbar ermöglicht 3 2, 665. — Abweichen in einzelnen Teilen, aber Hervorrufen desselben künstlerischen Eindrucks im ganzen als Nachbildung 7 1154. — Einfluß des Konkurses 7 1154. — Ansehung der Nachbildungsgenehmigung 3 2, 666. — Unterlassungsklage (vgl. diese) 7 1153. — muß der Klage auf Entschädigung eine Aufforderung zur Unterlassung vorausgehen? 3 2, 666. — Unterlassungsklage wegen Gefahr weiterer Störung trotz

Erklärung des Zuwiderhandelnden, sich künftiger Eingriffe enthalten zu wollen 3 2, 667. — Verschulden ist keine Voraussetzung der Unterlassungsklage 3 2, 667. — Einwand des Beflagten, er habe die Motive nur frei benutzt, also nicht nachahmen, sondern ein neues Muster herstellen wollen 7 1154. — Verfümmung der Erfindungspflicht als Fahrlässigkeit i. S. des § 14 7 1154 (2). — Schutz nicht eingetragener Muster 7 1154 (vgl. oben Allgemeines). — negatorische Klage gegen den Inhaber eines nicht zu Recht bestehenden Modells 3 2, 666. — Nießbrauch an einem Urheberrecht 5 1080, 1081. — Schadenersatzpflicht dessen, der durch Erhebung unbegründeter, aus dem Modellschutz hergeleiteter Ansprüche den Gewerbebetrieb eines andern stört; konkurrierendes Verschulden des Gegners, der in gutem Glauben nachgibt 7 1154, 1155.

D a u e r u. E r l ö s c h e n d e s R e c h t e s. — wie lange kann die Verlängerung der Schutzfrist bis zu drei Jahren verlangt werden? 3 2, 666. — Ausdehnung einer bei Anmeldung eingetragenen mehr als dreijährigen Schutzfrist 3 2, 666. — Teilerlöschung der Gebühr bei Verzicht auf einen Teil der Schutzfrist 5 1079. — Löschung eines zu Unrecht eingetragenen Geschäftsmodells 5 1079.

U r h e b e r r e c h t a n W e r k e n d e r b i l d e n d e n K ü n s t e u. d e r P h o t o g r a p h i e n s. Photographien. — rechtl. Natur des U. 3 2, 667; 5 1080; 7 1158.

G e s e z v. 9. I. 76. — Kunstverlag (vgl. Verlagsrecht) 3 2, 661. — Gegenstand: nur wertvolle Kunstleistungen? 3 2, 660. — Kunstwerk u. Indultrieverf (§ 14) 3 2, 661. — Theaterdekorationen 3 2, 660; 7 1155. — Kunstherzeugnisse französischer Staatsangehöriger 7 1168. — Szenenierung und szenische Anordnungen 3 2, 660. — Baukunst de lege ferenda 3 2, 660. — ist die bloße Konzeption schutzberechtigt? 3 2, 660; 5 1078. — werden Kunstbeilagen einer illustrierten Zeitung durch Auslegen zum Reklameplakat eines gewerblichen Unternehmens? 3 2, 661. — ist der die allgemeine Idee gebende Besteller schutzberechtigt? 3 2, 660. — Ausdehnung des Modellschutzes auf die von den Gehilfen des Künstlers nach seiner Leitung an dem Kunstwerk vorgenommenen Arbeiten 5 1078. — Nachbildung: Strafantragsrecht des Bildzeichners, der sein U. auf beschränkte Zeit einem andern übertrug 7 1155. — Unterschied zwischen Nachbildung u. freier Benutzung 3 2, 660. — infolge Irrtums oder Täuschung erteilte Genehmigung zur Nachbildung 3 2, 660. — § 6 Ziff. 4 verlangt keine untrennbare Verbindung 3 2, 660. — nach welchem

Recht bemißt sich die Frage, ob die Nachbildung durch ein anderes Kunstverfahren erfolgt ist? 3 2, 661. — mittelbare, nach Photographien hergestellte Nachbildungen eines Gemäldes 3 2, 662. — Begriff der „Nachbildung in derselben Kunstform“ (§ 6); Monumental- u. Kleinplastik 7 1155. — liegt in der Nichtverfolgung einer bekannten Rechtsverletzung ein Verzicht auf das U.? 3 2, 661. — Irrtum des Täters darüber, wem das Urheberrecht zustehe 3 2, 661. — Gemeindefriedhof als öffentlicher Platz nach § 6 7 1155. — Voraussetzungen für Unterlassungsklage (vgl. diese) 7 1155.

G e s e h v. 9. I. 07. — Verhältnis zum Warenzeichengesetz 7 1136, 1156. — Grenze zwischen Werken der bildenden Künste im engen Sinne und den Werken des Kunstgewerbes; Verhältnis zum Musterchutzgesetz 7 1156 (2). — U. an der Bauzeichnung u. Entschädigungsanspruch aus dessen Verletzung 7 1156, 1159. — Unterlassungsklage 7 1156. — Maschinenspielen als Gegenstand 7 1156. — Übertragung des Werkes in eine andere Größe 7 1156. — Änderungen, die das für die Vielfältigkeit angewandte Verfahren mit sich bringt, als Änderung, für die der Berechtigte nach Treu u. Glauben seine Einwilligung nicht versagen kann? 7 1156. — Einfluß des Konkurses auf Unterlassungsansprüche 7 1156. — Schutz österreichischer Staatsangehöriger gegen die öffentliche Ausstellung eines Bildes 7 1156. — Einwirkung des Rechts am eigenen Bild auf die Eintragbarkeit von Warenzeichen 7 1157. — Rechtsschutz gegen Karikatur 7 1157. — Vorbenutzungsrecht des § 53 Abs. 2; Vererbung u. Veräußerung dieses Rechts; Eintragung nicht Voraussetzung 7 1157.

Urheberrecht an Werken der Literatur und der Tonkunst f. Verlagsrecht, Urheberrecht internationales.

Allgemeines. — rechtliche Natur des U. 3 2, 667; 5 1080; 7 1158. — Verlagsfähigkeit als Voraussetzung der Schutzberechtigung? 3 2, 668. — geschütztes Rechtsgut das Interesse des Urhebers, nicht das des Konsumenten 3 2, 667. — Ideendiebstahl (Anwendung des § 826 BGB.?) 3 2, 667 (j. unerlaubte Handlung). — maßgebendes Recht bei Verfolgung des Nachdruckes eines französischen Werkes 3 2, 672. — Ausführungsrecht an einem vor dem 1. I. 02 entstandenen Tonwerk 3 2, 676. — redaktionelle Behandlung des Manuskriptes; Hinweis auf das Nichtvorhandensein einer Kopie durch den Autor nicht nötig 5 100. — Ausschluß der Verleihung künftiger Privilegien 3 2, 677. — internationales Urheberrecht 3 2, 677.

G e g e n s t a n d. — Begriff des Schrift-

werkes: Verlagsfähigkeit, Möglichkeit vermögensrechtlicher Verwertung 7 1158, 1159 (Broschüre). — nur als Ausfluß individueller geistiger Tätigkeit sich darstellende literarische Erzeugnisse 3 2, 668 (2). — Schriftwerk und Zeitungstitel 3 2, 668; 5 1079. — Abbildungen in Geschäftskatalogen (nicht patentierte Maschinen) 3 2, 668; 5 1079. — Kataloge u. Preislisten 3 2, 668; 5 1079; 7 1159, 1160. — Theaterzettel 3 2, 668; 6 325; 7 1159. — Sammlung humoristischer Vorträge 3 2, 669. — Adreßbuch 3 2, 669; 7 335, 1157. — statistische u. ähnliche Zusammenstellungen 3 2, 669; 7 1157. — Kurzbuch 3 2, 669; 7 1157. — Kurztabelle 7 1159. — Kernberichte 3 2, 669. — Abbildungen von vorübergehendem Interesse 3 2, 669. — ein Alphabet 3 2, 669. — Stenogramme 3 2, 669. — die dem Patentamt u. den Musterregisterbehörden vorgelegten Beschreibung u. Bezeichnungen 3 2, 669. — Werke der geschichtlichen Forschung und der Textkritik 3 2, 670. — Recht an Klang u. Gesänge (phonographische Wiedergabe von Gesangsvorträgen) 3 2, 669, 670, 674. — Begriff der Zeichnungen u. Abbildungen technischer Natur 7 1160. — architektonische Zeichnungen 3 2, 671, 672. — Baupläne für unmonumentale Bauwerke 7 1159. — gerichtliche Plaidoyers 3 2, 672. — von Beamten zu amtlichem Gebrauch gefertigte Entscheidungen, Protokolle, Gutachten 3 2, 672. — Auslassungen der Zeugen, Sachverständigen u. Parteien in Prozessen und schiedsgerichtlichen Verfahren 3 2, 672, 673. — Vorträge 3 2, 673; 7 1159. — Anordnung der Eintragungen in kaufmännische Geschäftsbücher 5 1079. — Kochbücher 7 1157. — Briefe, Briefsammlungen 7 1158, 1159, 1161, 1162 (Stellung des Briefempfängers). — Schilderung e. Schachspiels 7 1159. — pantomimische Szene 7 1159. — Prospekte über eine Fachzeitung für Grundstücks- u. Hypothekenvermittlung 7 1159. — Rezensionen 7 1164. — Berichte über Gerichtsverhandlungen 3 2, 673; 5 1082; 7 1164.

S u b j e k t d e s R e c h t e s. — Schutz der in Österreich erschienenen Werke in Deutschland 3 2, 676, 677 (öfter. Bühnenerwerke, Übersetzungen). — Abdruck eines in England ohne Nachdruckverbot erschienenen Zeitungsartikels 3 2, 676. — Begriff „Werk“ i. S. des § 55 3 2, 676. — Empfänger von Briefen? 7 1162. — der, dem ein Gedicht gewidmet ist? 7 1162, 1163. — Zeitung als Sammelwerk 3 2, 670. — Miturheber (Kunstakatalog) 2 1, 443; 5 1080. — Begriff des Erscheinens i. S. des § 55 5 1083.

Ü b e r t r a g b a r k e i t. — Form der Übertragung 3 2, 670. — Verwertung von Urheberrechten bei Nachdruckkonkurs u.

(Urheberrecht an Werken der Literatur und der Tonkunst)

Nachlassverwaltung § 2, 671. — das Erbrecht des Fiskus und das U. § 2, 670, 671 (Vermächtnis des Urheberrechtes, vertragliche Verpflichtung des Erblassers zur Übertragung des Urheberrechtes, Fiskus als Vorerbe). — U. bei Pflichtteilsberechnung § 2, 671. — Zwangsvollstreckung in das Urheberrecht gegen die Einzelnachfolger, Vermächtnisnehmer des Urhebers § 2, 671; 7 1161 (bei Miturhebern; Vollstreckung gegen andere Rechtsnachfolger als Erben; Pfändung des Verlagsrechtes; Verwertung; zukünftige Urheberrechte). — Nießbrauch an einem Urheberrechte; Anrecht des Nießbrauchers auf Freieigentum, Freiplätze; Befugnis zum Abschluß von Lizenzverträgen; Verfügung über das Verlagsrecht? 5 1080, 1081; 7 1160, 1161. — Widmung u. Übersendung e. Gedichtes als Übertragung des U.? 7 1162, 1163. — Verlagsvertrag als Übertragung des U.? 7 1163.

Inhalt u. Umfang des Rechtes. — Veröffentlichung des geschützten Werkes zum Zweck der Kritik 5 1080. — nicht in gewinnstüchtiger Absicht vorgenommene Vervielfältigung seitens eines Dritten 5 1080. — eine dem Autor nicht zum Nachteil oder sogar zum Vorteil gereichende Veröffentlichung (Nachdruck eines Katalogs nach Aufgabe des Geschäftes) 5 1080. — Nießbrauch an einem U.; Abschluß eines Verlagsvertrags seitens des Nießbrauchers 5 1080, 1081 (s. oben Übertragbarkeit). — Änderungen am Manuskript seitens des Verlegers, Druckers oder Rebatteurs; Änderung der Orthographie, des Titels, Änderungsrecht bei namenlosen oder pseudonymen Zeitschriftbeiträgen 5 1081. — kein Schutz des Urhebers über die erste, rechtmäßige Verbreitung hinaus (Preisschleuderei) 5 1081, 1082 (vgl. unerlaubte Handlung, § 823). — Stellung und Rechte des Verlegers 7 1163. — Schutz des Verlegers gegen Dritte, die das Buch unter dem Ladenpreis verkaufen 7 1163 (2), 1164. — Lieferung durch geheime Zeichen markierter Ware zum Nachweis des Schleuderns durch den Käufer 5 1082. — erlaubte Aneignung oder rechtswidrige Ausbeutung i. S. des § 7 G. v. 11. VI. 70 7 1157. — Erkundigungspflicht der Reproduktionsanstalten über die Berechtigung ihrer Auftraggeber? 7 1157. — Abdruck einzelner, an sich nicht schutzfähiger Briefe aus einer geschützten Briefsammlung 7 1158, 1159. — Verhältnis des U. des Textdichters zu dem des Komponisten einer Oper 7 1160. — Genehmigung des Dichters oder Übersetzers des Operntextes für die Aufführung der Oper nötig, auch wenn das U. des Komponisten erloschen ist 7 1160. — Recht des wirt-

lichen Urhebers zur eigenen Wahrung seiner Rechte bei pseudonymen Werken 7 1160. — Beihelfen von Annoncen zu Zeitschriften durch den Veranstalter e. Bezirke kein Verstoß gegen das U. 7 1161. — Einfluß des Konturfes auf Unterlassungsansprüche des Urhebers 7 1161. — Folgen der Erlaubnis zur Übersetzung eines Operntextes 7 1163. — besonderes Recht der Tagespresse, durch das U. sonst verbotene Mitteilungen zu machen? § 2, 672. — freie Benutzung seitens Dritter; Begriff 5 1082. — freie Benutzung bei Werken der Tonkunst (musikalische Parodien, Aufbauen eines Symphoniesatzes auf fremder Melodie) § 2, 672. — Umfang des Schutzes einer Melodie (§ 13 Abs. 2); Ausdehnung auf Motive u. Themen? 7 1163. — Begriff der Vervielfältigung (§ 15); Abschreiben in nur einem Exemplar 7 1163. — Vervielfältigung eines Tonstückes durch Zeichnen, die nicht Noten im technischen Sinne sind § 2, 672.

Abdruck aus Zeitungen u. Zeitschriften. — Unterschied zwischen Zeitung und Zeitschrift § 2, 673. — Begriff „wissenschaftlich“ i. S. des § 18; systematische Behandlung als Kennzeichen? § 2, 673; 5 1082. — wissenschaftliche Wiedergabe des Inhalts einer Gerichtsentscheidung § 2, 673; 5 1082; 7 1164. — Begriff „der Ausarbeitung“ § 2, 673; 5 1082 (Art der Darstellung, Formgebung). — Schutzfreiheit der Mitteilungen tatsächlichen Inhalts; Abdruck solcher Mitteilungen als Verstoß gegen § 1 UrW.G. oder § 826 BGB. § 2, 673. — Form des Vorbehalts nach § 18 Abs. 1 § 2, 673. — eigene Gedanken nicht enthaltende Ausarbeitung 5 1082. — für die Wissenschaft belanglose Ausarbeitung 5 1082. — Angabe der Quelle bei Artikeln, deren Verfasser nicht genannt ist 5 1082. — Abdruck von Rezensionen aus Zeitungen 7 1164.

Zulässige Entlehnungen. — Grenzen der zulässigen Entlehnung § 2, 674; 7 1157. — teilweiser Nachdruck § 2, 674; 5 1082 (§ 41). — animus citandi und animus spoliandi § 2, 674. — Aufsätze i. S. des § 19 Ziff. 2 7 1164. — Gedichtsammlungen i. S. des § 19 7 1164. — Umfang u. Form der Quellenangabe § 2, 674. — Strafantragsberechtigte bei Unterlassung der Quellenangabe § 2, 674. — wer haftet für die Unterlassung der Quellenangabe bei periodischen, nichtperiodischen Druckwerken, bei Sammelwerken, öffentlichen Vorträgen und Aufführungen? § 2, 674.

Mechanische Wiedergabe von Musikstücken. — Phonograph § 2, 674; 7 1164, 1165 (Österreich). — Pianola

§ 2, 674. — U. des Herstellers der 1. Walze? § 2, 674.

Musikalische Aufführungen. — von Kurbdirectionen, städtischen Tonhallen § 2, 675. — Gastwirte, Saalbesitzer als Veranstalter § 2, 675; 7 1164 (s. unten Strafrechtliches). — gehört zur Aufführung eines dramatisch-musikalischen Werkes bühnenmäßige Darstellung oder genügt Wiedergabe der Musik? § 2, 676.

Dauer und Erlöschen des Schutzes. — rechtsphilosophische Begründung des zeitlichen Begrenzens § 2, 675. — Übergang im Todesfall; Fiskus als gesetzlicher Erbe 1 2, 209; 2 1, 702, 703; § 1, 583 (s. Fiskus).

Strafbestimmungen. — de lege ferenda § 2, 675. — dolus eventualis § 2, 675. — Irrtum des Täters die Notwendigkeit einer Genehmigung des Urhebers § 2, 675. — Haftung von Anstiftern u. Gehilfen § 2, 675. — Gewinnabsicht, gewerbmäßiges Handeln § 2, 675. — Strafbarkeit der Verleger von Zeitschriften, die am Kopf der Zeitung zum Nachdruck unter Quellenangabe aufordern, ohne die Genehmigung der Autoren zu haben § 2, 675. — vor Inkrafttreten des Gesetzes erklärte Anschließung als Nebenläger § 2, 676. — wann ist ein partieller Nachdruck widerrechtlich? 5 1082; 7 1165. — Nachdruck eines Teiles eines Manuskripts als Motto für e. Gedichtsammlung 7 1165. — Erkundigungspflicht der Reproduktionsanstalten 7 1157. — Bestrafung nach § 38 Ziff. 1 wegen Nichteinhaltung des vom Urheber bestimmten buchhändlerischen Ladenpreises? 7 1164. — Redakteur eines Beiblattes als unmittelbarer Täter nach § 38 Ziff. 1 7 1164. — Ertrag der Einwilligung des Verfassers durch die Einwilligung des Verlegers? 7 1164. — Veranstalter u. Täter i. S. des § 38 Ziff. 2 (Gastwirt, Saalbesitzer, Konzertunternehmer, Bühnenleiter, Regisseur, Schauspieler) § 2, 675; 7 1164, 1165. — Schadensentstehung nicht Voraussetzung 7 1165. — Einfluß der Annahme des Täters, daß ein Schaden nicht erwachsen werde 7 1165. — keine Anwendung des § 44 (unterlassene Quellenangabe) in den Fällen des § 18 Abs. 2 7 1165.

Urheberrecht internationales s. auch die einzelnen Urhebergesetze. — Übertragung von Teilen eines Tonwerkes auf Grammophonplatten in Österreich 7 1165. — Zusammenstellung der Staatsverträge u. ausländischen Gesetzgebungen 5 1079; 7 1155, 1168, 1169. — deutsch-französischer Literaturvertrag v. 8. IV. 07 7 1168.

Berner Übereinkunft. — Schutz französischer Staatsangehöriger für Erzeugnisse des Kunstgewerbes, die in

Deutschland nicht als Geschmacksmuster geschützt sind, nach dem alten Kunstschußgesetz v. 9. I. 76? 7 1168. — „Wert der Kunst“ i. S. der Berner Übereinkunft 7 1168. — Ergebnisse der Berliner Urheberrechtskonferenz 7 1168. — Ausdruck des Vorbehalts des Rechts zur ausschließlichen öffentlichen Aufführung bei musikalischer Komposition in England auf allen Kopien nötig 7 1168.

Pariser Übereinkunft s. diese, Warenzeichenrecht.

Urkunden n. Urkundenbeweis vgl. Beglaubigung, Vorlegung, Vollstreckungstitel. — Verwertung des Ergebnisses eines anderen Prozesses s. Beweiswürdigung. — Zeugenaussagen in einem früheren Prozeß 1 3, 160; wenn von der Gegenpartei der Antrag auf Vernehmung dieser Zeugen gestellt wird 1 3, 161, 171; 4 706, 707; 5 812. — Straftaten § 2, 336. — Entwürfe, Abschriften, Übersetzungen § 2, 479. — Strafregisterauszug eines Zeugen 4 708. — Truppen- u. Kapitulantenstammrollen § 2, 480. — Taufschein (preuß. R.) § 2, 481. — Verwendung von Administrativüberhebungen als Urkundenbeweis 7 794. — urkundlich niedergelegte Gutachten von Sachbehörden 7 821. — an der Urkunde beteiligte Personen: Aussteller, Urkundshilfspersonen, Nehmer § 2, 479/480. — Unterschriftsbeglaubigung ohne Angabe, daß die Unterschrift in Anwesenheit des Beglaubigenden vollzogen wurde 6 841 (s. Beglaubigung). — Rückgabe der von den Parteien übergebenen U. § 1, 293; § 2, 456, 485 (bei Nichtbestreiten der Echtheit); 4 685; 7 822 (wenn Zeugenaussagen auf sie Bezug nehmen). — Haftung des preuß. Fiskus für im Prozeß überreichte u. verlorene U. 1 3, 73; 2 1, 26. — Retentionsrecht an U. § 1, 119. — Auslegung urkundlicher Erklärungen § 1, 40; 4 36; 5 37. — Beweiskraft einer gleich nach Vertragsschluß zerrissenen U. 1 3, 170. — Zeugenbeweis gegenüber klaren U. 6 809. — Vermutung, daß eine Urkunde den vollen Vertragswillen beider Teile in sich schließe 6 809 (vgl. Vertrag, Form). — Verwertung von durch die Parteien nicht besonders betonten Gesichtspunkten bei Auslegung der U. 6 809. — Bezugnahme der beweispflichtigen Partei auf den Inhalt von Vorprozessen ohne nähere Angabe der einzelnen U.; Ausübung des Fragerechts 6 840. — Aufbewahrung beim Grundbuchamt s. Aufbewahrung.

Vorherige Niederlegung auf der Gerichtsschreiberei. — Anwaltszwang? 1 3, 70; § 2, 241. — Haftung des Staates (preuß. R.) 1 3, 73-2 1, 26. — Folgen der Nichtvorlage trotz Anordnung (Zwang? Vertagung?) 1 3, 73/74.

Urkundenedition nach 3PD. s. auch Vorlegung. — rechtlicher Charakter des Anspruchs **3 2, 482.** — Vorlegungsinteresse **3 2, 482.** — Verhältnis des prozessualen zum materiellen Vorlageanspruch **3 2, 482.** — Antragsberechtigte: Streitgenossen, Nebenintervenienten **3 2, 481 (2), 482.** — zivilrechtlicher Anspruch auf Vorlage oder Herausgabe Voraussetzung des § 422 **3PD. 6 841.** — Ort der Vorlage **3 2, 482.** — Besitz als Voraussetzung **3 2, 482;** mittelbarer Besitz? **3 2, 483.** — wenn der Gegner sich in den Besitz setzen könnte **3 2, 484/485.** — Verzug **3 2, 482.** — Beiseitigung e. Urkunde vor oder nach Entstehung des prozessualen Vorlageanspruchs **3 2, 483.** — Verhältnis des § 427 zu § 444 **3PD. 3 2, 483.** — Anwendung des § 427 oder § 286 **3PD.** bei Verweigerung der Vorlage von Handelsbüchern nach § 45 **HGB. 7 822.** — Editionsantrag ohne Angabe des Editionsgrundes **3 2, 484.** — Vorlage öffentlicher U. in Abschrift; Form der Beglaubigung **1 3, 171.** — Geschäftsbücher der Gewerbetreibenden als gemeinschaftliche Urkunden **3 2, 481.** — Verlangen der Vorlage der „gesamten Korrespondenz“ **5 817.**

Beilurkunden im Besitz öffentlicher Behörden. — Beschwerde gegen den die Vorlage anordnenden Beschluß **3 2, 485.** — Möglichkeit, statt Vorlage Ausfertigung zu verlangen **3 2, 485.** — Klage gegen öffentliche Behörden; Rechtsweg stets zulässig **3 2, 485.** — im Besitz einer anderen Abteilung des gleichen Gerichts befindliche Urkunden **4 858.**

Editionsstreit vgl. Vorlegung. — nur Editionsleid, kein Zeugenbeweis, wenn der Gegner den Besitz der U. leugnet **1 3, 170;** **3 2, 483.** — ist vorher der Beweis der Errichtung der U. zu führen? **1 3, 170.** — kann der Gegner vor Eidesleistung den Nachweis der Nichterrichtung der U. führen? **1 3, 170;** **3 2, 481** (durch Eideszuschreibung); **3 2, 484.** — wann ist Zwischenurteil, wann Beschluß über den E.-santrag zu erlassen **3 2, 483.**

Nichtleisten des Editionsleides **3 2, 483.** — Nachholen des verweigerten Eides **1 3, 170;** in 2. Instanz? **1 3, 194.** — analoge Anwendung des § 464 Abs. 2 **3PD.?** **3 2, 484.** — Vermutung der Echtheit der U. **3 2, 484.** — Vermutung bez. des Inhalts der U., inwieweit ist Gegenbeweis zulässig? **1 3, 170.** — nachträgliche Vorlage der Urkunde **3 2, 484.** — Nichtleisten des Eides stellt nur fest, daß die Urkunde den behaupteten Inhalt gehabt habe, nicht aber, ob u. wann die Urkunden dem Gegner zugegangen sind **6 841.** — Anwendung der §§ 465 — 468 **3PD. 7 822.**

Urkundenfälschung. — Umwandlung einer Urkundenfälschung durch Genehmigung in e. negotiorum gestio? **3 1, 291.**

Urkunden gerichtl. u. notarielle s. Notar, Beurkundung, Beglaubigung, Dolmetscher, Unterschrift, Eintragung, Vollstreckungstitel, Vollstreckungsklausel.

Allgemeines. — U. der Dorf- u. Ortsgerichte in Preußen **3 2, 242.** — Anwendungsgebiet der §§ 167 ff. **FGG. 7 1025.** — Anwendung der §§ 167 ff. **FGG.** auf Fälle, in denen d. Gericht von Amts wegen u. im eigenen Interesse handelt? **3 2, 242.** — Beurkundung von „Rechtsgeschäften“ i. S. des § 167 **FGG. 3 2, 242;** **5 1019.** — Anwendung der §§ 167 ff. auf nicht selbständige, sondern innerhab. eines Verjahrens der **FG.** erfolgende Beurkundung von Rechtsgeschäften? **7 1025.** — Anwendung der §§ 167 ff. **FGG.** auf das Protokoll der Generalversammlung e. Aktiengesellschaft? **3 2, 242.** — Anwendung der §§ 167 ff. **FGG.** auf Prozeßvergleiche? **3 2, 242;** **5 1020;** **7 1025.** — Legalisation nach dem **RG. v. 1. V. 78** betr. die Beglaubigung öffentlicher u. als Voraussetzung für d. Charakter öffentlicher U. **5 1019.** — Umfang der zulässigen Zuziehung von Gehilfen zur U.-Aufnahme **4 866.** — nach Art. 31 **PrFGG. d. RG. u. Notaren** übertragene Beurkundungen **5 1019.** — Anwendung der §§ 167 ff. **FGG.** auf Grundbuchsachen? **3 2, 423;** **7 1028** (Auflassung). — Beurkundung von Rechtsgeschäften in e. bei Gericht anhängigen Verfahren, insbesondere im Prozeß **3 2, 243;** **5 1019, 1020;** **7 1025.** — unter Überschreitung des Amtsbezirks vorgenommene Beurkundung **1 2, 410;** **3 2, 242, 249, 253;** **5 1020;** **7 1026.** — Aufnahme rechtsgeschäftlicher Erklärungen Minderjähriger oder Geschäftsbeschränkter **3 2, 242;** **5 1022.** — landesrechtlicher Beschluß der Zuständigkeit der **RG.** für Aufnahme der Vaterschaftsbekanntnisse nach §§ 1718—1720 **BGB.?** **3 2, 242** (s. **3 1, 690).** — Anwendung der §§ 168—182 **FGG.** auf Beglaubigung von Unterschriften seitens eines Notars **3 2, 243, 244.** — Anwendung der §§ 167 ff. **FGG.** bei Testamenten u. Erbverträgen neben dem **BGB.?** **5 1020.** — Verstöße gegen reichs- und landesgesetzliche Vorschriften über die sachliche Zuständigkeit zur Aufnahme von U. **1 2, 410;** **3 2, 253;** **5 1027** (bei landesrechtlicher Verteilung der Kompetenz zw. Gerichten u. Notaren). — gerichtliche oder notarielle Zuständigkeit? **5 623.** — Zuständigkeit der Notare u. Gerichte in Württemberg **3 1, 690;** **4 541.** — Aufhebung des Art. 219 **RG3PD. 5 623.** — Grundstücksveräußerung nach Art. 12 § 2 **PrABGBB. 4 541.** — Stellung e. die Zuständigkeit der

Gerichte oder Notare ausschließenden Bundesstaats gegenüber den Urkunden anderer Bundesstaaten 2 1, 780. — Gegenbeweis nach § 415 Abs. 2 ZPO. 7 822. — de lege ferenda über Benutzung österreichischer U. in Deutschland u. umgekehrt ohne Beglaubigung 6 841. — Mangel sachlicher Zuständigkeit bei Beurkundung; Aufnahme der U. durch das Gericht statt durch den Notar? 1 2, 410; 3 2, 253; 5 1027; 7 1038. — notarielle U. in Baden 1 1, 77. — Gültigkeit der als solcher ungültigen gerichtlichen oder notariellen U. als Privat-U. oder als gerichtlich beglaubigte U.? 1 1, 76; 7 1028. — Quittung als U. nach § 171 ZGO. 5 150. — örtliche Zuständigkeit; Folgen eines Verstoßes 1 2, 410; 3 2, 242, 249, 253; 5 1020; 7 1026. — Recht des Notars, Richters, Standesbeamten zur Ablehnung der Beurkundung von Rechtsgeschäften zweifelhafter Wirksamkeit; nachträglich noch heilbare Mängel; Ablehnung der Beurkundung des von einem Minderjährigen ohne Zustimmung seines gesetzlichen Vertreters beim Standesamt abgegebenen Vaterchaftsanerkenntnisses 7 1026, 1027. — Erklärung des Austritts aus e. Kirche; Zweifel der Urkundsperson über die bisherige Zugehörigkeit des Antragstellers zur Kirche 7 1027. — Beurkundung mehrerer selbständiger Rechtsgeschäfte in einer Urkunde; Verkauf mehrerer Parzellen in einer U., wenn der Verkauf der einzelnen Teile nur unter der Voraussetzung des schließlichen Verkaufs aller Teile erfolgte 7 1032.

Unfähigkeit u. Untauglichkeit = u. Untauglichkeitsgründe für Mitwirkende = j. auch freiwillige Gerichtsbarkeit. — instrumentierender Richter oder Notar als mitwirkende Person 3 2, 244. — Erkennungszeuge als Zeuge nach § 170 ZGO.? 3 2, 244, 247. — Notar, der Generalbevollmächtigter ist, in Angelegenheiten dieser Partei 3 2, 244. — als Konkursverwalter fungierender Notar zuständig zur Aufnahme von Anträgen, die ein Dritter der Konkursmasse macht 3 2, 244; 5 1022. — Zuständigkeit des Notars, der als Vertreter des Vormunds dem Vertragsgegner die Erteilung der obervormundschaftlichen Genehmigung mitteilt, für Beurkundung der erfolgten Mitteilung oder zur Beurkundung der Erklärungen des Gegners, daß er die Mitteilung erhalten hat 3 2, 244 (vgl. 2 1, 685); 5 1021. — Anwendung der §§ 170/71 ZGO. auf die Ausschließung des Notars bei Aufnahme von Wechselprotesten? 3 2, 866. — kann der Notar die von ihm als Gläubiger abgegebene Löschungs-erklärung selbst beurkunden? 5 1021. — kann der Notar eine ihm selbst erteilte Voll-

macht beurkunden? 3 2, 244; 5 1021, 1022 (2) (Auslassungsvollmacht). — wann ist eine „Verfügung zugunsten e. Person“ in der U. getroffen? (§ 171 Ziff. 1 ZGO.) 3 2, 244, 245; 4 866; 5 1021; 7 1028 (Bevollmächtigung). — „Begünstigter“ i. S. des § 171 Ziff. 1 ZGO. 7 1028. — enthält die Vereinbarung in e. Erbteilungsvertrag, daß ein Miterbe unter Übernahme des Aktivaerlasses die Bezahlung der Nachlassschulden übernimmt, eine Verfügung zugunsten d. Nachlassgläubiger? 7 1028. — keine Anwendung des § 171 Ziff. 1 ZGO., wenn nach Vereinbarung der Parteien bei Verkauf eines Mündelgrundstücks die gerichtliche Vertragsgenehmigung dem amtierenden Notar überandt werden soll 7 1028 (2). — Verhältnis des Art. 85 PrZGO. zu § 171 ZGO. 3 2, 244. — kann der beurkundende Notar für seine Person im Versteigerungsprotokoll oder Kaufvertrag zur Abgabe der Auslassungserklärung ermächtigt werden? 4 866. — Beurkundung e. Kaufvertrags über e. Grundstück, auf dem für d. Beurkundenden e. Hypothek lastet 4 866, 867; 5 1021. — Quittungen, Schuldverschreibungen, Schuldanerkenntnisse, Löschungsbewilligungen, Vertragsanerbieten, Annahme von Offerten, Verträge auf Leistung an e. Dritten unter § 171 ZGO. fallend? 4 866; 5 1021. — Beurkundung e. zugunsten e. Konkurs- oder Nachlassmasse getroffenen Verfügung seitens des zum Testamentvollstrecker oder Konkursverwalter bestellten Notars; Hypothekbestellung für die vom Testamentvollstrecker gewährten Darlehen 2 2, 483; 4 867; 5 1022 (2). — Untauglichkeit e. im Ausland der bürgerlichen Ehrenrechte für verlustig Erklärten zum Urkundzeugen 5 1022 (vgl. Testament). — Bureauvorsteher e. Notars als Urkundzeuge beim Notarsvertreter 5 1022. — Anwendung der §§ 168 ff. ZGO. bei Beglaubigung e. Unterschrift 4 868 (s. Beglaubigung). — Beurkundung der Bevollmächtigung e. Vorstandsmitgliedes e. eingetragenen Genossenschaft seitens der anderen durch den als Vorstandsmitglied oder Genossen beteiligten Notar 2 2, 307, 308. — Mitwirken e. ausgeschlossenen, aber überflüssigen Person 7 1028. — wahrnehmungsunfähige Zeugen 7 1028. — Folgen der Mitwirkung e. unfähigen Richters oder Notars 5 1021. — Folgen der Mitwirkung e. geisteskranken Richters oder Notars 7 1028. Verfahren bei der Beurkundung (§§ 168 ff. ZGO.) vgl. Testament. — Chemann, der seine Einwilligung zur Erklärung der Frau gibt, als Beteiligter nach § 168 ZGO. 3 2, 243; 7 1027, 1028 (Fehlen seiner Unterschrift), 1032. — Anwendung des § 177 ZGO. bei Auf-

(Urkunden gerichtliche und notarielle)
 nahme e. Verhandlung nach § 169 **3 2, 244.** — unitas actus **4 37; 7 1028.** — stückweise B., Vorlesung u. Unterzeichnung von Willenserklärungen einzelner Beteiligter **5 1022.** — Satzesivberhandlungen; Aufnahme der zu verschiedenen Zeiten abgegebenen Erklärungen mehrerer Beteiligter in einer mit mehreren Daten versehenen U.; falsche Konstatierung der gleichzeitigen Anwesenheit beider Parteien **7 1029, 1030.** — Anwesenheit des Ansteigerers bei Vorlesung der Versteigerungsbedingungen? **4 867.** — Mangel des persönlichen Verhandeln der Urkundsperson mit den Parteien, aber Wahrung der Form des § 174 **FGG. 7 1028.** — Vorbereitung der U. in Abwesenheit der Beteiligten **5 1022.** — bloße Niederschrift e. Vertrags ohne Protokollform keine Beurkundung nach § 168 **FGG. 7 1028.** — „Begriff der Verhandlung“ in §§ 175, 176 **FGG.;** Protokoll über Vorlesung, Genehmigung u. Unterzeichnung **3 2, 245.** — durch Hinzufügung e. Eingangs- u. Schlussformel des Richters verbollständigtes Privatchriftstück als Protokoll i. S. d. §§ 175, 176 **FGG.?** **5 1022, 1023; 7 1029.** — Angabe von Ort u. Tag in dem vorgelesenen u. unterschriebenen Teil des Protokolls **5 1025.** — Einfluß e. Unrichtigkeit der im § 176 Ziff. 1–3 **FGG.** vorgeschriebenen Protokollangaben **7 1029, 1030.** — Fehlen e. in der im § 176 Ziff. 1–3 vorgeschriebenen Protokollangaben **7 1029.** — falsche Orts- u. Zeitangabe im Protokoll **3 2, 245; 5 1023; 7 1029, 1030.** — Bezeichnung der beteiligten Gerichtspersonen; bloße Unterschrift; Bemerk: „praes. die Unterzeichneten“? **3 2, 245; 5 1023 (2).** — „Bezeichnung“ nach § 176 Ziff. 2, Namensangabe erforderlich? Ersatz durch andere Merkmale? **3 2, 245; 7 1030** (eine sichere Unterscheidung nicht ermöglichenden Bezeichnung). — unrichtige Bezeichnung der Beteiligten und Mitwirkenden **5 1023; 7 1029, 1030.** — Persönlichkeitsfeststellung d. Beteiligten durch außerhalb der U. liegende Umstände, durch ein Nachtragszeugnis **7 1030.** — unrichtige Beurkundung der Erklärungen **3 2, 245; 5 1023; 7 1029, 1030.** — Nichtangabe, daß die Verhandlung sich auf mehrere Tage erstreckt habe, oder daß ein einzelner Teil an einem späteren Tage erfolgt sei **7 1029, 1030.** — Form der Bezeichnung der Urkundsbeamten **7 1030.** — Vorlesung, Genehmigung, Unterzeichnung der Protokollanlagen **3 2, 245; 4 868; 5 1023; 7 1030 (2), 1031.** — Protokollanlagen, die keine Schriftstücke sind **3 2, 245; 7 1030** (Karten, Pläne, Zeichnungen, Muster). — ausdrückliche Konstatierung der Vorlesung der Protokollanlagen nötig? **7 1030.** — nicht in der

Sprache des Protokolls abgefaßte Anlagen **7 1030.** — Zuziehung von außerhalb des Protokolls liegenden Hilfsmitteln zur Feststellung des Vertragswillens **3 2, 245.** — unvollständige Niederschrift des Protokolls **3 2, 245.** — Bezugnahme des Protokolls auf nicht vorhandene Anlagen **3 2, 245.** — Aufnahme der zwecks Erteilung e. Erbscheins abgegebenen eidesstattlichen Versicherung in eine Anlage **2 1, 750; 3 1, 660** (vgl. Erbschein); **3 2, 246.** — Prüfung der Geschäftsfähigkeit d. Beteiligten **5 1023; 7 1031.** — Beweiskraft der Feststellung über Identität u. Geschäftsfähigkeit für das Grundbuchamt **7 1031.** — Identitätsfeststellung der Beteiligten; rechtlicher Charakter **3 2, 246.** — Form der Identitätsfeststellung; Nichtangabe e. Erkenntnisquelle **7 1031 (4).** — für Feststellung der Identität zulässige Erkenntnisquellen: Öffentlichkeit **3 2, 246.** — Bemerk „durch Sachkenntnis legitimiert“ als Identitätsfeststellung? **3 2, 246.** — bloße Konstatierung, daß der zugezogene Zeuge die Identität bezeugt habe **3 2, 246.** — Bemerk, daß die Beteiligten „an Gerichtsstelle“ erschienen seien, als Identitätsfeststellung **3 2, 246; 7 1031.** — Fehlen des Identitätsbemerks, nachträgliche Bescheinigung **3 2, 246.** — Auführen einer Person ohne ausdrückliche Identitätsfeststellung **5 1023; 7 1031 (2).** — unrichtige Beurkundung der Identität infolge Täuschung des Notars **3 2, 246.** — Unfechtung der Identitätsfeststellung wegen Ungenügendheit der für die Identität angegebenen Erkenntnisquellen? **3 2, 246, 247.** — Angabe der Art u. Weise, in der sich die Urkundsperson Gewißheit über die Persönlichkeit der Erschienenen verschafft hat, im Protokoll? Bezeichnung der Beweismittel bloß nach Kategorien **5 1023, 1024.** — nicht durch d. Notar selbst erfolgte Vorlesung **7 1031.** — Unterzeichnung nicht nur der Beteiligten, sondern auch der Mitwirkenden in Gegenwart aller? **7 1028, 1029, 1033 (3).** — Nachholung der Unterschrift des Notars, Richters, Gerichtsschreibers nach Vorlesung **7 1033, 1034.** — Form der Unterschrift (andere als deutsche oder lateinische Buchstaben) **4 867; 7 1032.** — Unterzeichnung mit e. anderen als dem in der Urkunde angegebenen Namen **5 1024.** — Unterzeichnung der Beteiligten mit e. anderen als dem Familiennamen **3 2, 247; 4 867; 5 1024.** — Unterzeichnung e. Kaufmanns mit seiner Firma **3 2, 247; 7 1032.** — Unterzeichnung einer Ehefrau mit ihrem Mädchennamen **3 2, 247; 7 1032 (2).** — Unterzeichnung d. Bevollmächtigten mit seinem eigenen Namen **7 1032** (s. Unterschrift). — Konstatierung der „eigenhändigen Unterschrift“ im Protokoll **3 2, 247.** — Hilfeleistung bei der Unterschrift

1 867. — unleserliche Unterschrift 3 2, 247; 4 867. — Verweigerung der Unterschrift seitens des zur Abgabe seiner Einwilligung beigezogenen Ehemanns trotz vorher erklärter Zustimmung 7 1032. — Unterzeichnung einer von mehreren abgegebenen Erklärung nur durch einen derselben; Ermächtigung des einen, für die anderen zu unterschreiben, in der gleichen Urkunde enthalten 3 2, 247. — Stellung der Unterschrift am Schluß des Protokolls 3 2, 247; 4 867; 5 1025; 7 1032. — Blankettunterschrift vor fertiggestellter U. 4 867 (vgl. diese). — Unterschrift d. Identitätszeugen 3 2, 247 (s. 3 2, 244). — Vorlesung des Bemerktes über Vorlesung, Genehmigung und Unterschrift? der Unterschrift d. Beteiligten nachfolgender Vermerk 3 2, 247; 4 868; 5 1024 (2), 1025; 7 1032. — Feststellung der Vorlesung, Genehmigung u. Unterschrift durch „B. g. u.“ 3 2, 348. — Erklärung e. Beteiligten, nicht schreiben zu können; Vorlesung u. Genehmigung dieser Erklärung; Stellung der Erklärung hinter d. Unterschrift d. anderen Beteiligten? Form der Konstatierung 3 2, 247; 4 867; 5 1025; 7 1032, 1033 (s. Testament). — Unterschrift e. Blinden 4 867; 5 1024; 7 1032. — Unterschrift des Bieters im Versteigerungsprotokoll 3 2, 249. — räumliche Stelle der Unterschrift der Mitwirkenden, der Urkundsperson 5 1025; 7 1033, 1034. — Zuziehung e. Hilfsurkundsperson bei Gebrechlichen, Schreibensunkundigen, fremdsprachlichen 3 2, 248. — Zuziehung eines Dolmetschers (s. diesen) bei e. in der Lautsprache ausgebildeten Laubstummen? 1 2, 271; 3 2, 248. — Zuziehung e. Dolmetschers, wenn ein Beteiligter eine unverständliche deutsche Mundart spricht 7 1034 (2). — Zuziehung e. im allgemeinen vereidigten Dolmetschers 3 2, 248. — Unterlassung der Feststellung der Vereidigung des Dolmetschers 7 1035. — Konstatierung d. Art d. Vereidigung des Dolmetschers? 3 2, 248; 5 1026. — Zuziehung e. f. gerichtliche Geschäfte vereidigten Dolmetschers b. Notariatsakten 3 2, 248; 5 1026. — Gerichtsschreiber als Dolmetscher 3 2, 248. — Konstatierung des Grundes, warum die Zuziehung e. Dolmetschers unterblieb, wenn die Urkundsperson selbst der fremden Sprache mächtig ist? 3 2, 248. — dem Dolmetscher nicht vorgelesen, deutsches Protokoll 3 2, 248. — ist neben der Erklärung d. Beteiligten, daß sie der deutschen Sprache nicht mächtig seien, auch noch die ausdrückliche Feststellung, daß dies der Fall sei, nötig? 3 2, 248, 249; 5 1025 (2); 7 1034 (2). — Unterlassung der Zuziehung eines Dolmetschers trotz Feststellung der Notwendigkeit der Zuziehung 3 2, 249; 7 1034, 1035. — aus Irrtum über die Not-

wendigkeit unterlassene Zuziehung e. Dolmetschers 3 2, 249. — Notwendigkeit der Vorlesung auch des deutschen Protokolls 5 1026; 7 1034, 1035. — kein Recht des Notars zur Ablehnung der Beurkundung, weil die Angabe des Beteiligten, er sei der deutschen Sprache nicht mächtig, nicht wahr sei 7 1034 (2). — Anwendung der für die mitwirkenden Personen geltenden Vorschriften auf den Dolmetscher? 7 1034, 1035. — § 179 Abs. 1—4 FGG. ius cogens, auch insoweit sie nur kraft Landesrechtes gelten 7 1034. — § 179 Abs. 5 FGG. nicht ius cogens 7 1035. — Abgabe d. Erklärung, d. deutschen Sprache nicht mächtig zu sein, durch konkludentes Verhalten 7 1034. — Vorlesung, Genehmigung und Unterzeichnung der Feststellung, daß jemand erklärte, nicht deutsch zu können 7 1034. — eine andere mitwirkende Person, ein Zeuge als Dolmetscher 7 1034, 1035. — unterlassene Vereidigung des Dolmetschers 7 1035. — Feststellung der Vorlesung des fremdsprachigen Protokolls 7 1035. — unterlassene Bezeichnung des Dolmetschers im Protokoll, wenn er mit dem Zusatz „Dolmetscher“ unterschreibt 7 1035. — wahrheitswidrige Behauptung, nicht deutsch zu können, als Ungebühr nach § 179 GGG. ? 7 1035 (s. Sitzungspolizei). — ohne Dolmetscher aufgenommene U., wenn die Partei der deutschen Sprache nicht mächtig war, dies aber nicht erklärte 7 1035. — nachträgliche Zusätze in den Text e. notariell beglaubigten U. 1 1, 77. **Ausfertigungen** s. Vollstreckungsklausel. — Unterschied zwischen Siegel u. Stempel 3 2, 249. — Protokoll i. S. des § 182 FGG. 3 2, 249. — Unterschied zw. Ausfertigung u. begl. Abschrift; Zuständigkeit für Erteilung d. letzteren 5 1026.

Beweiskraft. — Gegenbeweis gegen notarielle U. (vorausgehende widersprechende Verabredungen) 1 3, 127. — B. bez. der Persönlichkeitsfeststellung 1 3, 170 (s. oben Verfahren). — mangelnde Parteiunterschrift 3 2, 479 (s. oben Verfahren). — mangelhafte Erfüllung der Vorschrift des § 176 Ziff. 3 FGG. (Legitimation des Erschienenen) 5 817. — Beweiskraft ausländischer öffentlicher U. im Gebiete der freiwilligen Gerichtsbarkeit 1 3, 171. — Gegenbeweis gegen eine legalisierte U. 4 708. — Beweis der unrichtigen Beurkundung unbeschränkt zulässig; freie Beweiswürdigung 1 3, 170. — Überhören beim Vorlesen 1 3, 170. — Beweis der unrichtigen Beurkundung durch Eidenzuziehung 4 708.

Urkunden öffentliche s. oben gerichtliche U. — öffentliche Behörde 3 2, 480; 6 840. — Schulvorstand 3 2, 480. — württembergische Kommunalparlamente als öffentliche Behörden i. S. des § 415 ZPO. 6 840. —

(Urkunden öffentliche)

Ausstellung durch den Vorstand e. öffentlichen Stiftung 7 17. — von den Bürgermeistern in Elsaß-Lothringen vor 1900 vorgenommene Unterschriftsbeglaubigung 7 821. — von den Behörden der deutschen Schutzgebiete ausgestellt U. 7 822. — Truppenstammrollen und Kapitulantenstammrollen 3 2, 480. — Taufschein (preuß. R.) 3 2, 481. — erhält eine Privat-U. durch die auf ihr enthaltene Bestätigung der Zustellung u. durch den Beglaubigungsakt auf der Abschrift d. Charakter e. öffentl. U.? 6 840. — Beweis kraft einer unter Verletzung von Ordnungsvorschriften aufgenommenen U. 7 821. — Gegenbeweis nach § 415 Abs. 2 ZPO. 7 822.

Urkunden private. — materielle Beweis kraft 3 2, 480/481; 4 708; 5 817; 6 840. — Vermutung für richtige u. erschöpfende Wiedergabe des Vertragswillens 5 817; 6 809; Gegenbeweis durch Eideszuschreibung 5 818. — Gegenbeweis gegen die Vermutung des § 416 ZPO. 6 840 (3); 7 822. — Behauptung e. äußeren Mangels der U. (§ 419 ZPO.); Anwendung des § 286 ZPO. bei mit solchen Mängeln behafteten U.; Anwendung des § 440 Abs. 2 nur bei äußerlich fehlerfreier U. 7 822. — Einrede der Simulation 1 3, 170. — Gegenbeweis, daß die Urkunde unter anderen als den behaupteten Umständen zustande gekommen sei 3 2, 481. — „Echtheit“ der über d. Unterschrift stehenden Schrift (§ 440 ZPO.) bei Feststehen der Echtheit der Unterschrift; Feststehen, daß der Text von einem anderen geschrieben ist oder der Unterschreibende nicht wußte, was er unterschrieb 6 841. — Beweis für die Abänderung eines Wechsels, wenn die Echtheit der Unterschrift feststeht 1 3, 170, 171 (f. Wechsel).

Urkunden- n. Wechselprozeß.

Allgemeines. — Wesen d. U.-Prozesses, summarischer Rechtsanspruch? 1 3, 214. — Verbindung e. U.-Prozesses mit einem Ordinarprozeß 6 865 (f. Verbindung). — Aussetzung nach § 149 ZPO. 1 3, 215 (f. diese). — Aussetzung nach § 148 ZPO. 3 2, 423, 512; 7 846 (f. diese). — Einrede d. Rechtshängigkeit im Wechselprozeß, wenn aus dem dem Wechsel zugrunde liegenden Geschäft schon geklagt ist 3 2, 443, 513 (f. Rechtshängigkeit).

Im Urkundenprozeß verfolgbare Ansprüche. — Anspruch auf künftige Zahlung 3 2, 513. — Kündigungsklagen 3 2, 513. — Anspruch nach § 717 ZPO. kann im U. erhoben werden, ohne dessen Besonderheiten zu unterliegen, Erhebung im anhängigen U. 3 2, 513, 514 (f. prozessuales Verschulden). — Ansprüche auf Leistung Zug um Zug 3 2, 514. — Schuldchein auf einen der

Summe nach nicht bestimmten Restbetrag 3 2, 514. — bei anerkanntem Saldo, wenn feststeht, daß darin enthaltene Posten infolge Anfechtung nichtig sind 3 2, 514. — Darlehns-Vorverträge 7 845. — Klage auf Duldung d. Zwangsvollstreckung in das Vermögen d. Ehefrau 1 3, 214; 3 2, 546 (f. Zwangsvollstreckung im allgemeinen A d.). — Anspruch aus einer Sicherungshypothek (was gehört hier zur Klagebegründung?) 5 833. — alle auf Geldleistung aus einer Sache oder einem Sondergut gerichteten Verpflichtungen 5 833.

Klagebegründung. — Nachweis d. Vertretungsmacht bei Urkundenunterschrift 3 2, 514; 4 718; 5 833 (2) (f. auch unten bei Wechselprozeß). — Nachweis der gesetzlichen Vertretung 3 2, 515. — zur ff. dienende, aber erst durch Einwendungen d. Beklagten veranlaßte Tatsachen 1 3, 214. — Beweis zugestanderener oder nach § 138 ZPO. für zugestanden geltender Tatsachen 4 718; 7 846. — Beweis der nach der Ersahung d. Lebens als die normale Erscheinung sich darstellenden Tatsachen? 7 845, 846. — angeblihes Fehlen d. Wortes „Urkundenprozeß“ in der d. Beklagten zugestellten Klageabschrift; Beweislast 5 833. — nachträgliche Ergänzung d. Klageabschrift durch Beifügung „im U.“ 5 833. — Vorlegung d. Urkunden trotz Erledigung d. Hauptfache zur Erwirkung eines Verfügnisurteils wegen der Kosten 5 832. — außergerichtliche schriftliche Erklärungen von Zeugen als Urkunden nach § 593 ZPO.? 1 3, 214. — in wesentlichen Punkten unrichtige Urkundenabschriften; Heilung nach § 295 ZPO.? 7 846. — zwingende Natur d. § 593 Abs. 2 ZPO. über Zustellung d. Urkunden 1 3, 215; 6 865 Verzicht auf Einhaltung der Frist d. § 593 Abs. 2; stillschweigender Verzicht. — Zeit der Zustellung d. Urkunden 3 2, 515. — Zustellung d. Urkunden in d. Berufungsinstanz? 3 2, 515 (2); 5 833. — Vertagung zwecks nachträglicher Zustellung bei Nichteinhaltung der für Zustellung der Urkunden bestimmten Frist 1 3, 215. — nachträgliche Zustellung der Urkunden 1 3, 215. — „Termin“ i. S. d. § 593 Abs. 2 ZPO. 1 3, 215. — Beweis d. unrichtigen Zustellung d. Urkunden 3 2, 515.

Beweismittel. — provisorische od. definitive Entscheidung über d. B.? 1 3, 215. — bez. d. v. Beklagten behaupteten unrichtigen Zustellung d. klagebegründenden Urkunden 3 2, 515 (Zeugenbeweis?). — bez. der gesetzlichen Vertretung 1 3, 215; 3 2, 515. — Unterlagen für Aussetzungsantrag nach § 149 ZPO. 1 3, 215. — im erstinstanzlichen Nachverfahren erwachsene Zeugenprotokolle 5 833. — Vorlage von Urkunden im Urschrift 3 2, 515. — Straf- und Zivil-

prozeßakten desselben Gerichtes 1 3, 215. — nicht formell beweiskräftige Urkunden als Unterlage des U.-Prozeßes 6 865. — Erbieten zum richterlichen Eid unzulässig 3 2, 515.

U**bergang in das ordentliche** Verfahren. — in der Berufungsinstanz 3 2, 515. — Widerruf des U. 3 2, 515. — Abgabe d. Erklärung in der mündlichen Verhandlung nötig? 6 865. — analoge Anwendung d. § 271 Abs. 2 3 P.D. bei Absteigen vom U.-Prozeß? 6 865. — Trennung d. Verhandlung, wenn der Kläger wegen eines Teiles d. Anspruchs vom U.-Prozeß absteigt 6 783. — Abstandnahme vom U.-Prozeß nach Einlegung d. Einspruchs gegen das Versäumnisurteil seitens d. Beklagten 7 846. — Einwirkung auf die bisherigen Prozeßhandlungen 7 846.

U**rteil gegen den Kläger.** — definitive Abweisung d. Klage bei liquidem Vorringen d. Beklagten, auch wenn der U.-Prozeß unsatthaft war 1 3, 215. — Abweisung als in der gewählten Prozeßart unzulässig, wenn trotz mangelnder urkundlicher Liquidität der Gegner die Tatsachen zugesteht? 3 2, 514. — Abweisung als in der gewählten Prozeßart unzulässig, wenn es sich nach Erledigung d. Hauptsache nur noch um Versäumnisurteil über die Kosten handelt? 5 832, 833. — Berufung seitens des Beklagten, weil statt Abweisung als in der gewählten Prozeßart unzulässig materiell abzuweisen sei; Berufung des Klägers aus dem gleichen Grunde? 3 2, 515. — Rechtskraft des die Klage als in der gewählten Prozeßart unzulässig abweisenden Urteils 1 3, 215.

V**orbehaltsurteil gegen den** Beklagten. — materielle Bedeutung 1 3, 216. — Einstellung d. Zwangsvollstreckung aus dem V. 1 3, 215; 3 2, 516, 540; 6 865; insbesondere aus dem rechtskräftigen V. 1 3, 216 (s. Nachverfahren). — Ansetzung eines rechtskräftigen V. im Wiederaufnahme- oder im Nachverfahren? 3 2, 517. — Vorbehalt für den Beklagten bei Abweisung d. Klage wegen Aufrechnung einer Gegenforderung 1 3, 216. — kontradiktorische Verhandlung, wenn Beklagter bloß Vorbehalt d. Rechte verlangte? 1 3, 216. — Verzicht des Beklagten auf Vorbehalt d. Rechte 6 866.

N**achverfahren.** — Recht einer Partei auf Auszahlung des zur Abwendung der Zwangsvollstreckung Hinterlegten 3 2, 516. — Geltendmachung der vorbehaltenen Rechte in e. besonderen Prozeß statt im Nachverfahren? 7 846 (2). — Arrest oder einstweilige Verfügung zur Sicherung d. Anspruchs des im U.-Prozeß Verurteilten auf Rückzahlung 7 886, 887. — Einseitlichkeit d. U.-Prozeßes u. des Nachver-

fahrens 3 2, 516. — Nachverfahrensurteil als Titel für Festsetzung der zur Vorbereitung der Berufung im U.-Prozeß entstandenen Kosten 3 2, 516. — N. und Berufung gegen das Vorbehaltsurteil: Ladung zum N. vor das Berufungsgericht, wenn der Klage im U.-Prozeß in zweiter Instanz stattgegeben wurde 3 2, 517 (s. 1 3, 216). — welches Urteil ist im N. aufrechtzuerhalten, wenn im U.-Prozeß 2 Vorbehaltsurteile in zwei Instanzen ergingen 3 2, 514. — N. u. Restitutionsklage; Ansetzung e. rechtskräftigen Vorbehaltsurteils? 3 2, 517. — Geltendmachung e. im Wechselprozeß als unschlüssig abgewiesenen Einrede (exc. e iure tertii) im N. (auf Grund Abtretung) 7 846. — Streitgegenstand für das N., wenn wegen inzwischen erfolgter Erledigung d. Hauptanspruchs nur Rückerstattung der bezuggetriebenen Zinsen und Kosten verlangt wird? 7 847. — inwieweit ist das Vorbehaltsurteil unanfechtbar 1 3, 216, 217 (3). — Nachverfahren setzt neue Terminbestimmung voraus 3 2, 515. — Nachverfahren beginnt erst mit Rechtskraft des Vorbehaltsurteils 1 3, 216. — Wirkung des im U.-Prozeß geleisteten Eides 3 2, 487. — im N. protokollierte Zeugenaussagen können auch in der Berufungsinstanz des U.-Prozeßes verwertet werden 3 2, 495, 516. — Wirkung eines im U.-Prozeß abgelegten Geständnisses 3 2, 517. — im U.-Prozeß rechtskräftig verworfene Einreden 3 2, 517. — Wirkung der im U.-Prozeß unterlassenen Erklärung auf eine Eidesaufhebung 4 718. — Geltendmachung eines zwar im U.-Prozeß, aber nicht in 1. Instanz des N. erhobenen neuen Anspruchs in der Berufungsinstanz im N. 3 2, 516. — einstweilige Verfügung für den Beklagten, um die Zahlung abzuwenden? 1 3, 215, 216 (2); 3 2, 517. — Einrede der Rechtshängigkeit im N. 1 3, 216. — Einrede d. mangelnden Aktivlegitimation im N. 1 3, 216. — Einwand d. Ungültigkeit des Wechselprotestes im N. bei rechtskräftiger Verurteilung im Wechselprozeß? 5 833. — nach dem Vorbehaltsurteil entstandene Einreden (Einrede der Zahlung) 5 834. — Wirkung eines im U.-Prozeß ohne Vorbehalt ergangenen Urteils auf das anhängige N. 5 834. — Einstellung d. Vollstreckung des vorläufig vollstreckbaren Vorbehaltsurteils bis zur Entscheidung des N.? 3 2, 540; 6 865, 866, 875, 876 (vgl. 1 3, 215, 216; 3 2, 516). — Einstellung d. Vollstreckung d. rechtskräftigen Vorbehaltsurteils bei Betreiben des N. u. Glaubhaftmachung einer Eidesverletzung des Klägers 3 2, 536. — wenn d. Klagenanspruch unbegründet, Urteil auf Abweisung d. Klage 3 2, 516. — wenn der Klagenanspruch begründet ist,

(Urfunden- und Wechselprozeß)
Urteil auf „Unrechthaltung der Entscheidung“ **3 2**, 516 (kein besonderer Ausspruch im Kostenpunkt). — Entschädigungspflicht d. Klägers: hiergegen de lege ferenda **1 3**, 216, 217 (s. prozessuales Verschulden).

Besonderheiten des Wechselprozesses. — de lege ferenda **6 866**. — Vereinbarung über den Gerichtsstand im Wechsel selbst **6 1130**. — Ausschließlichkeit d. Gerichtsstandes d. § 603 **3 3 D.**? **7 847**. — zuständiges Gericht, wenn als Zahlungsort „Berlin“ mit Straße u. Hausnummer angegeben ist **6 866**, 1131. — „Zahlungsort“ i. S. d. § 603 **3 3 D.** **6 866**. — Anwendung d. § 603 Abs. 2 **3 3 D.** bei Ausklagung e. nicht protestierten Wechsels gegen Aussteller u. Akzeptanten im Gerichtsstand d. Ausstellers? **1 3**, 217. — Scheinklage gegen den im Prozeßgerichtsbezirk Wohnenden bei Mehrheit d. Wechselbeklagten **1 3**, 217; **3 2**, 518; **6 866**. — Konkurs des im Prozeßgerichtsbezirk Wohnenden bei e. gegen mehrere Wechselschuldner gerichteten Klage; Zurücknahme der Klage gegen den in Konkurs Gerathenen **3 2**, 257, 518. — Aufgabe des Wohnsitzes seitens des einen im Prozeßgerichtsbezirk Wohnenden bei e. Mehrheit von Wechselbeklagten **3 2**, 518. — Zeitpunkt d. Klagezustellung an den einen der mehreren Wechselverpflichteten, der seinen allgemeinen Gerichtsstand im Bezirk des Prozeßgerichts hat **3 2**, 517, 518. — Nachweis der Procuraerteilung an den für den Aussteller Unterzeichnenden bei Klage gegen den Akzeptanten **3 2**, 514 (2); **5 833** (bei Versäumnisurteil). — Nachweis d. Vertretungsmacht bei Wechselunterschrift durch Bevollmächtigten **3 2**, 514; **4 718**. — Wechselklage gegen den ausgeschiedenen Gesellschafter einer offenen Handelsgesellschaft aus undatierten Akzepten der Gesellschaft **3 2**, 514 (2). — Abschrift der durchstrichenen Indossamente bei Klage d. Ausstellers gegen den Akzeptanten nach Art. 23 **W. D.** nötig? **7 846**. — Einlassungsfrist: für die Berliner Landgerichtsbezirke **3 2**, 518, 519. — Änderungen d. Domizilsvermerks; Beweis für Klagebegründung **1 3**, 214, 215. — Beifügung d. Wechselakzeptes zur Klageabschrift **1 3**, 215. — Abschrift d. Wechselakzeptes unter Herstellung der auf dem Original nicht leserlichen Unterschrift mit gleichfalls unleserlichen Zügen **5 833**. — Einrede der Rechtshängigkeit bei anhängiger Klage aus dem Grundverhältnis **3 2**, 513. — Beweis d. Präsentation bei Unterlassen des Protestes **4 718**. — Haftung für überflüssige Protestkosten **4 718**.

Urteil vgl. Tatbestand, ne eat iudex ultra petita. — U.-svoraussetzungen **7 719**, 798.

— zivilrechtliche Nebenwirkungen d. U.: Einfluß d. Wiederaufhebung d. Urteils im Wiederaufnahmeverfahren auf diese zivilrechtlichen Nebenwirkungen; auf Grund d. zivilrechtlichen Nebenwirkung d. 1. U. ergangenes 2. U. **7 722** ff. — wichtige Zivilurteile? **6 825**; **7 798**. — Bedeutung e. rechtskräftigen Zivilurteils für den Strafrichter u. umgekehrt **6 826** (vgl. Beweiswürdigung). — als Unterlagen nur Tatsachen, über die die Parteien gehört sind **1 3**, 133. — Gestaltungsurteile **7 721**.

— Unterstellung anderer als der geltend gemachten Klagegründe **4 699**. — ausdrückliche Abweisung d. Prinzipalantzugs bei Zusprechen des Eventualantrags nötig? **7 799**. — Zuerkennen eines minus bei negativen Feststellungsklagen **1 3**, 139; **5 804**. — Aufhebung d. U. schon bei der Möglichkeit einer nicht zweifelsfreien Grundlage nötig **6 824**. — U. auf Grund e. mit einem wesentlichen Mangel behafteten Klage **7 780**. — verkündetes U., dessen vollständige Abfassung unterbleibt; Zwangsvollstreckung, Ansetzung, neue Klage **5 805**. — Verzicht auf ein erlassenes U. mit Wirkung d. Prozeßfortsetzung? **1 3**, 140. — materielle Entscheidung über einen prozessual unstatthaft besundenen Anspruch **6 814**; **7 798**, 799. — Klageabweisung auf Grund der liquiden Gegenforderung, mit der gegen den bestrittenen Klageanspruch eventuell aufgerechnet wird **6 814**; **7 799** (vgl. Aufrechnung, Eventualaufrechnung). — Abweisung e. Klage „angebrachtermaßen“ bei Fehlen e. Prozeßvoraussetzung **7 799**. — U.-sbegründung, daß die in einem früheren Urteil zugesprochenen Beträge außer Betracht zu bleiben haben, wenn Kläger außer einer bereits zugesprochenen Summe einen weiteren Betrag fordert **5 803**. — U.-serlaß vor Schluß der mündlichen Verhandlung **5 805**. — U. auf Zahlung einer bestimmten Summe abzüglich eines noch zu ermittelnden Betrages? **1 3**, 134. — trotz Unterbrechung durch Konkursöffnung ergangenes U.; Ansetzungsberichtigte **6 791**, 792. — U., daß d. Beklagte zum Ersatz d. künftigen Schadens verpflichtet sei? Unterschied des künftigen von dem bereits gestifteten, noch nicht voll erkennbaren (unentwidelten) Schaden **6 814**. — Zustellung einer nicht vom Gerichtsschreiber unterschriebenen oder gesiegelten Ausfertigung **3 2**, 461. — Auslegung eines zweifelhaften U.; Feststellungsklage **3 2**, 552; **6 872**; **7 858**. — actio indicati zur Erläuterung e. U. **7 806**. — Feststellungsklage auf Nichtmehrbestehen e. U. **3 2**, 553; **5 853**. — irrtümliche Fassung d. Zustellungsurkunde, daß das U. im Auftrag des Gerichts zugestellt sei, wenn die Zustellung auf Parteibetrieb stattfindet **7 806**.

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite.

Erteilung von Ausfertigungen eines unvollständigen U. 5 805. — Erteilung e. Ausfertigung e. verkündeten, aber nicht von allen Richtern unterschriebenen U. 6 825. — Erteilung e. Ausfertigung bei Unmöglichkeit vollständiger Abfassung des U. 5 805. — bei Klage auf Rückgabe e. Vollmacht Beurteilung d. Beklagten, der Vorlage d. Urkunde an eine Behörde behauptet, auf Rückgabe oder Erklärung d. Erlöschens d. Vollmacht gegenüber der Behörde auch ohne ausdrücklichen Antrag d. Klägers 7 805. — ist das Reichsgericht an die in einem aufgehenden U. ausgesprochene Rechtsansicht gebunden? 3 2, 461. — keine Bindung d. Gerichts an e. Zwischenurteil, wenn sich herausstellt, daß es der Restitutions- oder Nichtigkeitsklage unterliegt 7 806. — kann die Begründung e. Zwischenurteils im Endurteil geändert werden? 4 700. — von einem sich fälschlich als Partei ausgebenden Dritten erwirktes U. 7 780. — rechtliche Natur des U. auf Abgabe e. Willenserklärung (vgl. Zwangsvollstreckung auf Abgabe e. Willenserklärung) 1 3, 305, 306; 3 2, 592; 4 758; 6 923 (enthält d. Beurteilung zur Abgabe e. vertragsmäßigen Willenserklärung oder zur Verbriefung c. Vertrags auch eine Bindung d. Klägers?). — Zustellung der das unbedingte Nichtbestehen e. Eltern- u. Kindesverhältnisses feststellenden U. von Amts wegen 6 869. — Beurteilung d. Beklagten als Gesamtschuldner ohne Stellung e. Antrags 6 822; 7 805. — U., wenn d. Klagenanspruch nur mit einer Einschränkung begründet ist 6 822. — Auspruch über den Kostenpunkt auch bei bereits erfolgter Erstattung sämtlicher Kosten notwendig 6 822. — Einschränkung d. Auspruchs im Kostenpunkt auf Antrag der Parteien? 6 822. — falsche Bezeichnung des U. oder Beschlusses; Folgen für die Frage der zulässigen Rechtsmittel 1 3, 137, 156, 157, 189, 190 (2), 255, 302; 3 2, 457 (2), 559; 4 704, 712; 5 799, 800; 6 807, 815 (2); 7 799, 803, 804 (vgl. Zwischenurteil, Rechtsmittel, Versäumnisurteil).

Urteilstenor vgl. Klagenantragsfassung. — bei Beurteilung d. Beklagten auf Leistung für eine angemessene Zeit 1 3, 133 — Klageabweisung „angebrachtermaßen“ oder „von hier“ 7 806. — bei untrennbar zusammenhängender Klage u. Widerklage 1 3, 139. — Bezugnahme auf U.-samlagen 3 2, 425. — Fassung d. Tenors bez. Sicherheitsnachlasses für d. verurteilten Gesamtschuldner 3 1, 206. — zu unbestimmte Fassung (Auslegung in d. Zwangsvollstreckung?) 5 798; 6 824. — Tenor bei U. auf Bewilligung d. Eintrags e. Grunddienstbarkeit 6 923. — Erweiterung oder Einschränkung d. U.-sformel aus den Gründen?

6 824. — Heranziehung d. Entscheidungsgrundes u. d. Tatbestands; Ermittlung d. Sinnes des Tenors 1 3, 144; 6 824, 828 (j. Rechtskraft). — ist in den Tenor e. Leistungsurteils aufzunehmen, in welcher Eigenschaft jemand etwas zu leisten oder nicht zu leisten hat? 6 824. — Unterfagung nicht bloß der tatsächlich gebrauchten, sondern auch „gleichbedeutenden“ Ausdrücke im Unterlassungs-U. nach § 1 UntWG. 6 824; 7 806 (j. unl. Wettbewerb; Unterlassungsfrage). — Pflicht d. Gerichts, wenn die Vertragsleistung nach Art u. Umfang im Vertrag selbst nicht bestimmt bezeichnet, aber aus dem Vertragszweck u. nach §§ 315, 316 BGB. bestimmbar ist, auch ohne Antrag den Gegenstand d. Beurteilung näher zu bezeichnen? 6 824.

Bezeichnung der Partei und ihrer Bevollmächtigten j. Klageschrift, Firma u. unten Verächtigung. — die Angabe des Bevollmächtigten beurkundet nicht eine von der Partei erklärte Vollmacht 1 3, 139 (vgl. 1 3, 81). — bei offener Handels- und Kommanditgesellschaft 3 2, 460; 7 805. — bei Aktien-gesellschaften 6 822. — bei Firmen von Einzelaufleuten 3 2, 460; 5 804. — nähere Bezeichnung d. Firma; Klarstellung, ob Inhaberin Einzelaufmann oder e. Gesellschaft ist 6 793, 794. — Firma von Minderkaufleuten 4 699. — Bezeichnung der Kläger als „Inhaber der Teilschuldverschreibungen Nr. . . .“ 4 700. — ist der nicht beigetretene Litisdennuntiat im U.-strubrum anzuführen? 4 700. — Prozessieren des Klägers unter falschem Namen 5 786. — wesentlich falsche Bezeichnung d. Beklagten 5 786. — gesetzliche Vertreter: ihre Feststellung im Besahen 5 804. — Mehrheit von Prozeßbevollmächtigten 5 804. — „Generalbevollmächtigter“ 5 804. — Schreibfehler im Namen 5 805, 806. — Bedeutung d. Vorchrift; Folgen einer Unrichtigkeit im U.; Wirkungen des U. bei nachträglichem Unstimmigwerden der Parteibezeichnung 6 822. — Bezeichnung e. während d. Prozesses Verstorbenen als Prozeßpartei 6 822. — falsche Parteibezeichnung, wenn nicht Irrtum in der Person, sondern falsa demonstratio vorliegt; Verbesserung möglich? 6 793.

Unterschrift der Richter. — U. aller R. 3 2, 461; 6 825. — sein Verzicht der Parteien 1 3, 131, 140; 7 806. — Unterschrift durch Schreibmaschine? 7 806. — Tod eines R. nach Schluß der mündlichen Verhandlung, wenn ein Antrag auf Erneuerung d. Verhandlung in mündlicher Verhandlung abgelehnt wird 1 3, 139; nach Publikation 4 699, 700 (Einzelt Richter); 5 805. — Unfähigwerden eines Richters zum Richteramt nach Publikation, aber vor

(Urteil)

Abfassung des Urteils 4 699. — verkündetes, aber noch nicht unterschriebenes Urteil 3 2, 460. — Unterschrift eines nur an der Verkündung beteiligten R. 3 2, 461 (2). — wenn der Unterschreibende nach dem Protokoll nicht beteiligt war 3 2, 461; 5 805. — Berufung, Revision gegen ein nicht von allen R. unterschriebenes Urteil; Heilung d. Mangels nach § 295 ZPO. 6 825 (2).

Entscheidungsgründe. — notwendiger Umfang d. Begründung 6 823. — genaue Bezeichnung d. angewendeten Rechts 4 699; 6 823, 824. — Bezugnahme auf ein anderes U. (bei Verschiedenheit d. Parteien) 4 699/700. — tatsächliche Feststellungen in d. Gründen 5 804; 7 806. — Begründung d. Entscheidung über die Kosten u. die Vollstreckbarkeit 6 822. — Ausdrückliche Würdigung jeder vorgebrachten Tatsache, jeder Zeugenaussage? 6 808, 823; 7 795 (s. Beweiswürdigung). — wann ist Übergang einzelner Tatsachen zulässig? 6 823. — bindende Kraft der U.-sgründe 3 2, 461. — Pflicht d. Gerichts zur Nachprüfung, ob die rechtsgeschäftliche Form eines Vertrags eingehalten sei, auch ohne ausdrücklichen Antrag des Klageabweisung beantragenden Beklagten 7 805. — Erörterung e. in der Berufungsinstanz nicht mehr vorgebrachten Klagegrundes 7 805, 806. — Prüfung mehrerer geltend gemachter Klagegründe, auch wenn der Wortlaut des Klageantrags zu der einen Klagebegründung nicht paßt 7 806. — Nichterwähnung e. unzulässigen Eideszuschiebung in d. Gründen 7 823.

Berichtigung offener „Unrichtigkeiten“ (§ 319 ZPO.). — aus Zusammenhalt von Urteilstenor u. Gründen muß sich das Versehen und das wirklich Gewollte bestimmen ergeben 1 3, 140; 5 805. — nur mit Zuhilfenahme der Erinnerung d. Richter festgestellte Unrichtigkeit des U. 7 807. — Mangel im Ausdruck des Gewollten, nicht Mangel des Willens 1 3, 140; 3 2, 462. — direkter Widerspruch d. U.-sformel mit den erst später schriftlich fixierten Gründen 7 807. — Abänderung der an den oerstorbenen Firmeninhaber erfolgten Eidesaufgabe durch Auflage an den Nachfolger? 1 3, 140. — Berichtigung d. Eidesaufgabe „an den Inhaber der Firma“ bei mehreren Inhabern 4 700. — unrichtige Parteibezeichnung im Urteil infolge gleichen Fehlers d. Klage bei richtiger Zustellung 1 3, 140; 3 2, 462; 5 805, 806. — B. d. Kostenpunktes; Anwendung d. § 567 Abs. 2 ZPO. 1 3, 140. — Unrichtigkeit bei Verteilung d. Kosten 3 2, 462. — Fehlen d. Kostenentscheidung überhaupt 5 806. — Fehlen der Kostenentscheidung im Tenor bei Erörterung in den Gründen

3 2, 462. — Anziehen d. § 92 ZPO. in den Gründen bei davon abweichendem Tenor 5 806. — Widerspruch zwischen U.-sformel u. deren Wiedergabe im Protokoll 3 2, 461; 6 860. — B. der U.-ssumme 3 2, 462; 6 825. — Auslassungen 3 2, 461. — Fehlen des Namens e. Beklagten im Rubrum 7 806. — ein Beweisverfahren erfordernde Unrichtigkeiten 5 805. — Begriff d. Rechnungsfehlers 6 825. — Fehler infolge Versehens der Partei 1 3, 140; 3 2, 461 (bei Versäumnis-U.); 7 806. — falscher Vorname e. Partei in Klage u. Urteil 5 806; 6 825; 7 806. — in der Klage enthaltene u. im U. wiederholte Schreib- u. Rechnungsfehler 3 2, 462; 5 806. — B. bei Abweichen der U.-sformel im Sitzungsprotokoll von der im U. 6 860. — B. eines nach § 343 erlassenen Versäumnisurteils in ein U. nach § 345 ZPO. 3 2, 462. — B. des Tenors auf Beurteilung statt Klageabweisung 4 700; 5 805. — versehenliches Unterlassen e. Entscheidung über die vom Beklagten beantragte Nachlassung der Abwendung d. Vollstreckung durch Sicherheitsleistung? 6 825. — Unterlassen d. Zustellung des B.-sbeschlusses an eine Partei 4 700. — Beschwerde: weitere Beschwerde gegen den ablehnenden Beschluß des Beschwerdegerichts 1 3, 141: 3 2, 462. — Beschwerde gegen Zurückweisung des Berichtigungsantrags 3 2, 462; 5 806; 7 807. — Anwendung d. § 766 ZPO., wenn aus einem hinsichtlich d. Höhe d. U.-ssumme berechtigten U. ohne Rücksicht auf diese B. die Zwangsvollstreckung weiter betrieben wird 7 854. — Wirkung d. B.-sbeschlusses: rückwirkende Kraft 4 700; Einfluß auf vor dem Beschluß vorgenommene Prozeßhandlungen 4 700 (Zustellung des unberichtigten U. an einen Prozeßbevollmächtigten, der fälschlich im U. als Vertreter anderer Personen als der wirklich vertretenen bezeichnet ist). — Rechtsmittelfristbeginn bei Berichtigung des U. 3 2, 461; 4 700 (s. Rechtsmittel). — analoge Anwendung d. § 319 ZPO. auf Vergleiche u. andere Aktenstücke 3 2, 462; 7 807; auf Beschlüsse 5 806. — Anwendung d. § 319 ZPO. auf das Verwaltungsverfahren, Entscheidungsbefehle im Enteignungsverfahren 6 826. — B. von Unrichtigkeiten bei Protokollierung e. Vergleichs nach § 319 ZPO.? 7 807. — Anwendung d. § 319 ZPO. auf Beschlüsse? 7 807. — Anwendung d. § 319 ZPO. zur B. eines Schreibfehlers in e. Ausfertigung? 7 807.

Berichtigung des Tatbestandes j. Tatbestand.

Ergänzung (§ 321 ZPO.) s. vorläufige Vollstreckbarkeit. — Einlegung eines Rechtsmittels statt Antrags auf Urteilsergänzung 3 2, 462, 490; 6 826; 7 807. —

Lauf d. Berufungsfrist bei U.-Ergänzung 1 3, 236; 3 2, 538. — wenn im U. eine Parteipartei nicht als solche aufgeführt ist 3 2, 462 (j. 7 807). — hinsichtlich des übergangenen Anspruchs auf vorläufige Vollstreckbarkeit f. diese. — im Kostepunkt 6 826. — fehlende Entscheidung über die Kosten d. Nebenintervenienten 3 2, 462; bei Erledigung d. Hauptsache durch Vergleich 3 2, 364, 411, 462; E. in 2. Instanz trotz Zurückweisung d. Berufung 4 699; absichtliche Unterlassung einer Entscheidung über den Kostenpunkt 5 806; 7 807 (wegen irrtümlicher Annahme d. Richters, beide Parteien hätten die Hauptsache für erledigt erklärt). — Ergänzung durch nachträgliche Entscheidung; selbständige Anfechtbarkeit der letzteren; Rechtsmittel 6 772, 773. — Anwendung d. § 321 ZPO. auf die im Zwischenurteil über den Grund übergangenen Ansprüche? 7 807. — Erlöschen d. Rechtsabhängigkeit bei e. übergangenen Anspruch 7 807.

Verfündung und Anshang. —

nicht verkündetes, aber mit B.-Sbermerk versehenes U. 4 710. — verkündetes, aber nicht unterschriebenes U. 3 2, 460 (vgl. oben). — Zurückverweisung nach § 539 ZPO. wegen Nicht-B. 4 699. — wenn das Protokoll über d. B. Zweifel über die Identität des U. zuläßt 4 699. — Gesetzesänderung nach Schluß der mündlichen Verhandlung, aber vor B. 1 3, 139. — U.-Sbermerk auf d. vor U. erteilten Abschriften 3 2, 461. — Fehlen der Unterschrift unter dem Protokoll über die B. des U.; Einigkeit der Parteien darüber, daß die B. erfolgt sei; Zurückgabe des Protokolls zur nachträglichen Unterschrift an das Untergericht seitens des Berufungsgerichts bei Streit über die Tatsache der B. 6 785. — nicht verkündetes U.; Ladung d. Gegners zur Nachholung d. Verkündung 7 805. — Befeitigung e. nicht verkündeten U. durch Rechtsmittel, durch Einwendung im Vollstreckungsverfahren; negative Feststellungsfrage? 7 805. — Reform bezüglich des U.-Saushangs 7 806.

H.

Valutierung einer Hypothek 1 1, 689; 2 1, 591; 3 1, 444; 5 428; 6 415.

Vaterschaft f. Ehelichkeit, Legitimation, Statusfragen, uneheliche Kinder, Personenstandsgefes. — Anerkennung der B. in letztwilliger Verfügung 2 1, 668; 2 2, 335. — Geburtsanmeldung beim Standesamt durch den Ehemann B.-Sbermerk 6 503. — Natur der Anerkennung der unehelichen B. 6 503. — Gegenbeweis gegen § 1720 Abs. 1 5 523. — bedingte, befristete Anerkennung 6 503. — Anerkennung durch Stellvertreter 6 503. — Anwendung des Art. 11 GGWB. für die Form 1 2, 359. — Anwendung des Art. 141 GGWB. 3 1, 690. — landesrechtlicher Ausschluß d. Zuständigkeit der Amtsgerichte zur Protokollierung d. B.-Sbermerkmale nach §§ 1718, 1720 BGB.? 3 2, 242. — Ablehnung der Beurkundung e. außerehelichen B.-Sbermerkmals durch d. Standesbeamten 3 2, 243. — die B. unbedingt oder nur i. S. der §§ 1708—1716 feststellendes Urteil; Wirkung; Berichtigung d. Standesregister 6 1057, 1058, 1059. — Anfechtung aus § 123 BGB. wegen Ablegnens des mehrfachen Geschlechtsverkehrs seitens der Mutter 3 1, 38. — rechtliche Natur des Anspruchs auf Anerkennung der unehelichen B. 7 514, 516. — Anerkennung der unehelichen Vaterschaft; Wirkung; Einwand der nicht erfolgten Bewohnung, der mangelnden Kaufkraft der Bewohnung trotz Anerkennung 7 515. — Wirkung der Ein-

tragung des Anerkennnisses e. unehelichen Kindes 7 516, 517. — Ablehnung der Beurkundung e. von e. Minderjährigen ohne Zustimmung seines gesetzlichen Vertreters erklärten B.-Sbermerkmals 7 1026.

Veränderte Umstände f. clausula rebus sic stantibus.

Verarbeitung. — Eigentumserwerb durch B. f. Eigentum, Erwerb u. Verlust des Eigentums an beweglichen Sachen.

Veräußerung f. Übertragung, Verfügung, Verkauf. — willkürliche B. als von dem Veräußerer zu vertretender Umstand (§ 325) 2 1, 219. — B. von Sachen von wissenschaftlichem oder Kunstwert nichtig (§ 134) 3 1, 45.

Veräußerungsverbot vgl. Verfügungsbeschränkung. — Verhältnis des B. (§§ 135 ff. BGB.) zur regulären Unwirksamkeit e. Verfügung u. Verfügungsbeschränkung 7 47 f. — B. im Sinne d. §§ 135—137 BGB. nur primär gewolltes 5 41. — behördliche B. 7 50. — absolute u. relative Veräußerungsverbote 7 48. — „Recht“ i. S. des § 135 Abs. 2 4 43. — § 332 StPD. u. § 136 BGB. 7 50. — § 326 Abs. 2 StPD. als B. im Sinne des § 135 BGB. 1 1, 83. — § 2210 BGB. zugunsten des Erben u. § 13 RD. als B. nach § 135 1 1, 83. — § 1984 BGB. unter 135 BGB. fallend 7 49. — letztwilliges B. mit resp. ohne tertius ejus respectu 1 1, 83. — §§ 1395, 2129, 1052 BGB. als B. nach § 135 7 49. — §§ 2033, 2211 BGB.

(Veräußerungsverbot)

als gesetzliches V. i. C. des § 135 BGB. § 1, 45; 7 49. — § 90 PrivBGB. V. im Sinne des § 135 BGB. § 1, 45. — Sicherung eines Anspruchs durch Vormerkung u. zugleich durch gerichtliches V. 2 1, 65. — §§ 588, 1048, 1074, 1376, 1445, 2205 BGB. keine V. nach § 135 7 49. — §§ 876, 877, 1071, 1276 BGB. nicht unter § 135 fallend 7 49. — vom Gericht durch einstweilige Verfügung erlassenes Verbot V. i. C. des § 136 BGB. 2 1, 66. — §§ 6, 7 R.D. als Verbot nach § 135 BGB. 7 49, 50. — nach § 106 R.D. erlassenes Verbot 2 1, 66; 7 49, 50. — § 148 BGB. unter § 135 BGB. fallend 7 49. — V. des § 137 BGB. u. Resolutivbedingung 1 1, 84; 4 43; 7 50. — ratio des § 137 BGB. 7 50. — V. d. § 137 nicht eintragungsfähig 4 44. — Eintrag einer Vormerkung, daß der Grundstücks Eigentümer das Grundstück ohne Zustimmung Dritter nicht verkaufen darf; obligatorische Wirksamkeit; Wirksamkeit für den Konkursverwalter 6 57 (vgl. 7 49). — richterliches Verbot an d. Grundstücks Eigentümer, über die nächst freie Hypothekensstelle zu verfügen 7 50. — Zulassung bewilligter Vormerkung u. § 137 BGB. 2 1, 66; 7 49. — Verpfändung einer Sache oder e. Rechts als rechtsgeschäftliche Ausschließung der Verfügungsbefugnis nach § 137 BGB.? 6 57. — Wirkung 1 1, 82; 7 48. — Wirkung relativer V. 7 48 (Grundbuchsperr?). — Unmöglichkeit der Konvalenz 7 48. — Schutz des gutgläubigen Vertragsteiles? 7 48. — Veräußerung eines Grundstücks durch den Fiskus; Grundbuchsperr? 7 49. — gesetzliches V. gegenüber gewissen juristischen Personen; kanonische V. in Art. 55 GG BGB. 7 49. — in Unkenntnis des V. an den Gläubiger geleistete Zahlung 7 50. — Erlassung landesrechtlicher Veräußerungsbeschränkungen durch Reichsrecht nicht gehindert 6 382. — Veräußerungs- u. Belastungsverbot zugunsten eines Hypothekgläubigers 1 1, 687; 2 1, 591. — Berücksichtigung in d. Zwangsversteigerung 2 2, 371; 4 779 f. — Einfluß auf die Zwangsversteigerung 2 2, 368.

Verband vgl. juristische Personen, Zweck-V. — Begriff des öffentlichen Verbands 1 1, 49; 2 1, 24.

Verbindung vgl. Bestandteil.

Mehrere anhängige Prozesse (§ 147 ZPO.). — in 2. Instanz 1 3, 76. — Wiedervereinigung in 2. Instanz 1 3, 77. — Wirkung 5 778; begründet sie Streitgenossenschaft? ein oder mehrere Urteile? 1 3, 76/77. — rückwirkende Kraft der V. 4 685. — wenn der eine Anspruch schon vor V. durch Vereinbarung der Parteien erledigt ist 4 685. — können bei V. der P.

die Einreden in dem einen P. in dem anderen in der Berufungsinstanz auch ohne Zustimmung des Gegners als Klagebegründung verwertet werden? 6 783. — Verkündung des Beschlusses auf V. 1 3, 156. — V. in Prozessen vor den Kaufmannsgerichten 6 783. — V. des Hauptprozesses mit dem Verfahren über einstweilige Verfügung 6 783. — getrenntes Verfahren, wenn der Kläger in einem Wechselprozeß wegen eines Teils seines Anspruchs vom Wechselprozeß absteht 6 783. — V. eines Urkunden- mit einem Ordinarprozeß 6 865. — Entscheidung über die verbundenen Sachen in einem Urteil; bei irrümlichem Erlass mehrerer Urteile Revision gegen jedes Urteil, sofern nur die Gesamtsumme 2500 M. übersteigt 7 768. Mehrere Ansprüche in einer Klage (§ 260 ZPO.). — Anspruchskonkurrenz vgl. Klagenanspruch. — primäre und eventuelle Klage 1 3, 111 (s. Eventualantrag). — Klage auf Zahlung eines Teilbetrags der für mehrere Posten zusammengerechneten Summe 3 2, 441 (Anerkenntnis der Beklagten bez. einzelner Posten, Anerkenntnis, einen bestimmten geringeren Gesamtbetrag zu schulden). — einheitlicher Kaufpreis für mehrere Kaufsachen 3 2, 442. — Verbindung der Interventionsklage nach § 771 ZPO. mit dem Verfahren über die Rechtmäßigkeit einer einstweiligen Verfügung 1 3, 111. — persönliche u. dingliche Klage 1 3, 111. — Bestehen e. ausschließlichen Gerichtsstands für einen der mehreren Ansprüche 6 799. — eventuelle Widerklage für den Fall des Nichtdurchbringens der primären Widerklage 6 800 (s. Widerklage). — Klage auf Zahlung eines Teilbetrags aus einer aus mehreren selbständigen Ansprüchen zusammengerechneten Summe, wobei es Kläger dem Gericht überläßt, die Verurteilung nur auf den einen oder den anderen oder auf alle Ansprüche zu gründen 6 800 (s. Teilbetrag). — Klagenhäufung oder Klagenänderung 6 799, 800. — eventuelle Klagenhäufung (Stützen des gleichen Begehrens auf verschiedene rechtliche u. tatsächliche Gründe); kann der einen Klage eine prozeßhindernde Einrede entgegensetzt, in der anderen zur Sache verhandelt werden? 6 800; 7 786, 787. — bei Bestehen eines ausschließlichen Gerichtsstands für einen der Ansprüche 7 786, 787. — nachträgliche Erhebung der Feststellungs Klage, daß e. vom Beklagten aufrechnungswiese geltend gemachte Forderung nicht bestche 7 787. — Klagen-V. bei der Klage wegen Vereinträchtigung des Eigentums 1 1, 627; 5 412. — Klagen-V. bei der den Verwendungsanpruch betreffenden Feststellungs Klage des Besitzers 7 921. — V.

der Klage aus dem Recht mit der Besitzklage s. Besitz.

Eigentumserwerb durch B. s. Eigentum, Erwerb u. Verlust des Eigentums an beweglichen Sachen.

Verbotsgesetz vgl. Nichtigkeit, Veräußerungsverbote. — Verhältnis des B. zur Sanktionsentziehung 7 47. — Verstoß gegen ein B. kein Verschuldensbegriff 4 43. — Verhältnis des Verstoßes gegen ein B. zum Verstoß gegen die guten Sitten 5 40. — B. im Sinne des § 309 7 147. — Nichtanwendbarkeit des § 309 BGB. auf e. Verstoß gegen die guten Sitten 2 1, 209. — Umfang der aus § 134 BGB. resultierenden Nichtigkeit 5 41. — B. des § 134 BGB. muß sich gegen das Rechtsgeschäft als Ganzes richten 5 41. — Geschäft zur Umgehung eines B. 1 1, 82. — Weiterverpachtung e. Pachtjagd gegen § 12 Abs. 3 PzJagdG. 3 1, 151. — Einfluß des § 134 BGB. auf abstrakte Rechtsgeschäfte 7 47. — B. im Sinne des § 134 BGB.: § 334 StPD. 1 1, 81; § 31 BörsG. 1 1, 82; §§ 34, 38 GewD. 3 1, 45; § 134b GewD. 2 1, 67; § 147 GewD. 4 43; 5 41; § 36 PatG. 1 1, 82; § 31 RM. 1 1, 81, 82; § 270 PrStGB. 1 1, 81, 82; 4 42, 43; 5 40; 7 47; § 180 RStGB. 4 42; § 334 StPD. 1 1, 81; Art. 13 PrVerf. 5 41; § 3 WeinG. 5 41; §§ 16, 30 ZuständG. 3 1, 45. — kein Verbotsgesetz i. S. des § 134 BGB.: § 181 BGB. 3 1, 60; Baupolizeiverordnung 5 41; 7 47; Art. 85 Pr. AG. 1 1, 81; §§ 105 a—i, 135—137 GewD. 2 1, 65; § 241 RD. 2 1, 65; 3 1, 45; § 134d BadPolStGB. 2 1, 65; § 288 StGB. 2 1, 65; §§ 135, 154a GewD. 6 56; § 4 Abs. 2 AbgG. v. 16. V. 94 6 56; § 101 RD. 7 47.

Verbotswidrige Rechtsgeschäfte (s. Verbotsgesetz, Nichtigkeit) 1 1, 80 ff.; 2 1, 65; 3 1, 45; 4 42; 5 40; 6 56. — Konversion eines v. R. 4 48 (s. diese).

Verbrecher. — Vorschläge de lege ferenda über Behandlung nicht oder nur gemindert zurechnungsfähiger B. 2 1, 693; 3 1, 570, 571.

Vereine s. auch juristische Personen. **Übergangsrecht** 6 592. — Eintrag der nach altem Recht im Genossenschaftsregister eingetragenen B. in das Vereinsregister 2 1, 782. — in das neue Vereinsregister nicht eingetragene erlaubte Privatgesellschaften des AMR. 1 2, 412; 2 1, 781; 5 624. — nach altem Recht rechts- oder parteifähige B. ohne juristische Persönlichkeit 1 2, 412; 2 1, 782; 3 1, 691. — Einfluß des BGB. auf nicht rechtsfähige B. des alten Rechtes 2 1, 787; 5 624. — Anwendung des § 54 Satz 2 BGB. auf ältere, nicht rechtsfähige B. 2 1, 787; 4 541; 5 624; 6 592. — Erlöschen der vor

1900 begründeten rechtsfähigen B. 6 591, 592. — Organisation u. Erlöschen der vor 1900 begründeten B. der Artt. 164, 165 GGWB. 6 591. — sächsische B. 2 1, 782. — Anwendung des Artt. 170 GGWB. 6 592. — alte bayerische B. 6 10. — vor 1900 begründete, nach 1900 in das B.-sregister eingetragene B. 7 10. **Allgemeines**. — Wesen 1 1, 37; 3 1, 18; 4 8; 6 10; 7 10. — Verhältnis d. Reichs-Verf. zum privaten B.-srecht 7 10, 13, 16 (§ 72 GGWB.). — Unterschied zwischen B. u. Gesellschaft 1 1, 37; 3 1, 10, 18; 4 13; 7 10. — Verhältnis d. rechtsfähigen zum nicht rechtsfähigen B. 6 10; 7 10. — Umwandlung e. nicht rechtsfähigen B. in einen rechtsfähigen; Fassung für die Schäden 7 10. — Name u. Namensschuß 1 1, 40, 2 1, 22; 4 15. — Anwendbarkeit der Vorschriften d. BGB. über rechtsfähige B. auf Aktiengesellschaften, Genossenschaften, GmbH. 1 1, 20. — Besitz des B. an den vom Vorstand aufbewahrten Sachen 6 14. — Unterlassungsklage gegen e. B. 5 9. — Verbindung der Klage gegen den B. mit der Klage gegen Vorstand oder Mitglieder 1 3, 32. — Verbindungen von B. 1 1, 40; 3 1, 13. — Delikttsfähigkeit 6 15 (s. unten). — Legitimation im Grundbuchverkehr 5 7.

Vereine eingetragene s. Vereine, Vereinsregister. — Bedeutung u. Wirkung d. Eintragung 6 20, 22, 23. — maßgebender Zeitpunkt für d. Wirkung d. Eintrags 6 22, 23. — öffentlicher Glaube des B.-sregisters; Gegenbeweis 1 1, 46; 6 20. — Mißachtung von Sollvorschriften bei Eintragung 6 20. — begriffs- u. legalwesentliche Eintragungsvoraussetzungen 6 21. — Stellung des B. im Eintragungsverfahren 7 15, 16. — Eintrag unter Mißachtung der begriffswesentlichen Eintragungsvoraussetzungen; Klage auf Löschung, Aktivlegitimation; Löschung ex officio? Liquidation? 6 20. — Eintrag unter Verletzung der legalwesentlichen Eintragungsvoraussetzungen 6 20. — Löschung d. unwirksamen Eintragung 4 17; 5 14. — Eintrag bei unzuständigem Gericht 5 13; 6 21; 7 984. — Satzungsbestimmung, daß der B.-sitz am Wohnort des jeweiligen Vorstandes sein soll 6 21. — zuständiges Gericht bei Verlegung des Sitzes außerhalb des bisherigen Bezirks 6 21. — Eintragungsfähigkeit von B. mit nur nebenher gehendem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb 2 1, 17. — Eintrag eines bisher nicht rechtsfähigen B. 6 20. — im Handelsregister eingetragener B. darf nicht zugleich im Vereinsregister eingetragen sein 4 10. — irrtümliche Eintragung in das B.-, statt in das Handelsregister 7 11. — Unzulässigkeit d. Eintragung e. Religionsgesellschaft in Preußen 3 1, 13 (s. Religionsgesellschaften).

(Vereine eingetragene)

— nicht rechtsfähiger V. als Mitglied eines eingetragenen V. **6 19, 21; 7 14.** — kein Zwang zur Eintragung eines Ideal-V. **1 1, 40.** — Eintragung bei weniger als sieben Mitgliedern **1 1, 40.** — Zentral-V. eintragungsfähig? **1 1, 40.** — Name, Begriff von „Gemeinde“ u. „Ort“ nach § 57 Abs. 2 **6 21.** — Anmeldung zur Eintragung **1 1, 41; 2 1, 22; 6 21** (Mißverständn.) — Haftung d. Anmelgenden gegenüber Dritten **6 21.** — Anmeldung zum V.-register durch Bevollmächtigte **2 1, 23; 5 15; 6 21, 23.** — Ordnungsstrafen wegen Veräumung d. Anmeldung; Strafe gegen den V.? Beschwerde des V.? **2 1, 23; 3 2, 241; 6 22; 7 16.** — Prüfungspflicht d. Registerrichters **1 1, 41; 4 16; 5 14; 6 22.** — Zurückweisung d. Anmeldung aus anderen Gründen als denen des § 60 BGB. **7 15, 16.** — Feststellung des V.-szweckes (§ 61) **7 16.** — Rücknahme des Eintragungsantrags **1 1, 41.** — Form der Anmeldungen **1 1, 46.** — Einsicht ins V.-register; Auszüge u. Abschriften aus dem V.-register u. der zum V.-register eingereichten Schriftstücke **1 1, 46.** — Zurückweisung d. Anmeldung, sofortige u. weitere Beschwerde **1 1, 41; 2 1, 22; 3 1, 19, 20; 4 16; 6 22** (Anwendung des § 202 BGB.); **7 16.** — Beschwerde gegen Zurückweisung d. Eintragung oder gegen die Entziehung d. Rechtsfähigkeit (§§ 60, 73); Zuständigkeit des Kammer- u. Reichsgerichts **3 2, 206; 5 1006.** — Beschwerde des nicht rechtsfähigen V. als solchen gegen Zurückweisung d. Anmeldung? **6 22; 7 16.** — ohne die vorgeschriebene Mitteilung der Anmeldung an die Verwaltungsbehörde oder vor Ablauf der sechswohigen Frist gemachte Eintragung in das V.-register; Wirkung e. Löschung auf die inzwischen vorgenommenen Geschäfte des V. **5 1007.** — Unterlassung d. Mitteilung an die Verwaltungsbehörde **6 22.** — Nichtbeachtung d. Einspruchsfrist seitens d. Registerrichters **6 22.** — Einspruch u. Beschwerde-recht d. Regierungspräsidenten in Preußen **6 22.** — Einspruchsrecht d. Verwaltungsbehörde gegen d. Eintragung **1 1, 42; 2 1, 23; 3 1, 20, 21; 4 16, 17.** — Pflicht zur Mitteilung d. Grundes d. Einspruchs **3 1, 21; 5 14.** — Anfechtung d. Einspruchs **1 1, 41; 2 1, 23; 3 1, 21; 6 22; 7 16** (Anfechtung durch den Vorstand). — Angemessenheit der Erhebung d. Einspruchs gegen die Eintragung eines V. von der richterlichen Prüfung ausgeschlossen **1 1, 44.** — politische V. **1 1, 42; 2 1, 23; 3 1, 20, 21; 5 13; 6 22; 7 16.** — sozialpolitische V. **1 1, 43; 2 1, 22; 3 1, 20; 5 13; 6 22; 7 16.** — religiöse V. **1 1, 44; 2 1, 22, 23; 3 1, 20, 21; 6 22.** — V. gegen Revision **2 1, 23.** — Feuerbe-

stattungsverein politischer V. **1 1, 43, 44; 3 1, 20; Entziehung der Rechtsfähigkeit 1 1, 34.** — Landwirtschaftlicher Genossenschaftsverband als eintragungsfähiger V. **1 1, 23.** — Landesversicherungsverein nicht eintragungsfähig **1 1, 21.** — Fachverein als sozialpolitischer V. **1 1, 43.** — Fabrikantenverband als sozialpolitischer V. **1 1, 43.** — unerlaubte V. **2 1, 23; 6 22.** — Ermittlung d. V.-szweckes aus d. ganzen V.-leben **2 1, 23; 3 1, 21; 4 16; 5 13.** — Frist d. § 63 Präklusivfrist? **1 1, 44.** — Zulässigkeit von Eintragungen über den Inhalt d. § 64 hinaus? **5 14.** — Angabe d. Berufs d. Vorstandsmitglieder **3 1, 22.** — Bedeutung d. Eintragungen ins V.-register gegenüber Dritten **3 1, 22.** — Art u. Umfang d. Bekanntmachung nach § 66 **1 1, 44; 6 23.** — Widerspruch zwischen Eintragung u. Bekanntmachung **6 23.** — Folgen d. Unterlassung d. Bekanntmachung (§ 66) **6 23.** — Anmeldung d. Änderung d. Vorstandes **1 1, 45; 6 23.** — Anmeldung e. Änderung d. Vorstandes durch sämtliche Vorstandsmitglieder; gegen-Teilige Satzungsbestimmung; Anmeldung durch Vertreter **6 23 7 16** (s. oben). — Eintragung von Satzungsänderungen **1 1, 45.** — Eintragung e. Satzungsbestimmung über die Beschlußfassung e. mehrgliedrigen Vorstandes **3 1, 21.** — Mitgliederverzeichnis; Ersatz d. § 72 BGB. durch § 2 Reichs-Verg. **7 16.** — Eintragung der Liquidatoren **1 1, 45; 6 24.** — Auflösung nach §§ 43, 44 BGB. **1 1, 34.** — Eintragung d. Konkursöffnung **1 1, 45.** — maßgebender Zeitpunkt f. d. Verlust d. Rechtsfähigkeit durch Konkursöffnung **6 24.** — Aufhebung d. Entziehung d. Rechtsfähigkeit bei Ergänzung d. V. auf 3 Mitglieder **1 1, 45.** — Vereinbarung auf Fortbestehen des nach § 74 aufgelösten V. als nicht rechtsfähiger V. **6 24.** — Verstoß gegen § 77 (öffentliche Beglaubigung d. Anmeldungen) **6 24.** — Anwendung des § 141 FGG. **7 1021, 1022 (2).**

Vereine nicht rechtsfähig s. Vereine.

— Wesen **1 1, 36; 3 1, 18; 4 13; 6 16, 17.** — Übergangsrecht: Anwendung d. § 50 BPD. **1 3, 32; 4 672.** — ausländische n. r. V. **4 672.** — n. r. V. und Gesellschaft d. bürgerl. R. **1 1, 36, 37; 3 1, 18; 6 17; 7 10, 14.** — Verhältnis von r. V. zu den nicht r. V. **6 10; 7 10.** — Anwendung d. § 54 BGB. auf n. r. V. ohne Vermögen **7 14.** — Komitee e. Sammelunternehmens als n. r. V. **2 1, 21; 4 14** (s. öffentliche Sammlung). — von Arbeitern e. Fabrik gebildete Kassecküche **6 18.** — Spielverein **6 18.** — Krümpersons als V.? **6 19.** — im Eigentum e. Fabrik stehende Wohlfahrtskaffe **7 289.** — Gesellschaften u. Genossenschaften in der Zeit vor ihrer Eintragung n. r. V. **2 1, 21; 4 13.** — Betrieb

e. Handelsgewerbes 4 13 (s. auch offene Handelsgesellschaft, Kommanditgesellschaft, Handelsgewerbe). — Eintrag in das Handelsregister 4 672; 7 11. — im Ausland inkorporierte, im Inland nicht eingetragene Gesellschaft mit inländischem Sitz als n. r. V. 3 1, 13. — Anwendbarkeit d. § 54 Satz 2 auf vor dem 1. 1. 00 begründete n. r. V. 3 1, 19; 5 11; 6 19. — Stellung d. französisch-rechtlichen V. 5 10. — Stellung der vor d. 1. 1. 00 entstandenen Zweckverbände 5 11. — Stellung im Prozeß 1 1, 38, 39; 2 1, 21; 3 1, 19; 4 15; 5 10, 11; 6 19; 7 237. — V. als Beklagter; Form d. Klage, insbesondere bei Mangel e. Vorstandes; Stellung d. Mitglieder und d. Vorstandes 1 3, 32; 4 670, 671. — Zustellung d. Klage gegen einen n. r. V. 7 15. — Klage gegen den V. und gegen seine Mitglieder; Einrede der Rechtshängigkeit, der res indicata 6 751, 752. — Klage gegen d. Ortsabteilung e. größeren Verbandes 7 15. — nicht zum Vorstand gehörige Mitglieder als Zeugen in einem Prozeß gegen den V. 7 15. — V. als Kläger oder Widerkläger; Urteil auf Unzulässigkeit d. Klage; Kosten d. Klage 1 3, 28, 29, 31, 32; 3 2, 355, 356; 4 670, 671; 6 751, 752. — Erlangen d. Rechtsfähigkeit während d. Aktivprozesses 4 671, 672. — Klage gegen den V. aus Nichtvereinschulden 6 751. — Eintragung ins Grundbuch auf deren Namen? 2 2, 405; 7 14, 947. — Parteifähigkeit außerdeutsch, n. r. V. 6 752. — als Mitglieder e. Genossenschaft 7 1091. — Stellung d. Vorstandes im Prozesse; Leistung von Parteieiden 6 752. — Offenbarungseidleistung durch den Vorstand 7 15, 737. — Zwangsvollstreckung gegen einen n. r. V. 7 15. — Vollstreckung aus einem Urteil gegen den V. in das Vermögen der Mitglieder 4 671. — Vollstreckung e. irtümlich in einem Aktivprozeß eines n. r. V. erlassenen Urteils u. umgekehrt 4 671. — V. als Zwangsvollstreckungsgläubiger; Eintragung einer Zwangshypothek, Pfändung e. Forderung für ihn 6 880. — Klage des Vorstandes im eigenen Namen, aber für Rechnung des V. 3 1, 299. — Eintritt d. Vorstandes in e. anhängigen Prozeß an Stelle des n. r. V. 1 3, 32. — Rechtsstreit der vereinigten Mitglieder; notwendige Streitgenossenschaft; Unterzeichnung d. Vollmacht durch den Vorstand allein 4 671. — Umwandlung d. Klage gegen die Mitglieder in Klage gegen den V. Klageänderung? 4 671. — Konkurs 3 2, 281, 282; 4 15, 820; 6 1006. — Stellung im Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit u. im Verwaltungsverfahren 1 1, 44; 2 1, 21; 4 15, 672; 5 996. — letztwillige Zuwendungen an n. r. V. 1 1, 38; 3 1, 18; 5 13; 6 19. — als Schiedsrichter in eigener Sache 5 12 (s. Schieds-

gerichtliches Verfahren). — Gründung 2 1, 21. — Autonomie 3 1, 18; 4 14. — Beschlüsse einer nicht rite berufenen Mitgliederversammlung 7 15. — Muster e. Statuts 2 1, 21. — Statutenänderung 2 1, 21. — Maßgeblichkeit d. Gesellschaftsrechts in materieller Beziehung, des V.-rechts bez. d. Organisation 4 14. — Stellung des Vorstandes 6 18. — Unanwendbarkeit des § 29 3 1, 15; 5 13; des § 31 1 1, 30 f., 36, 38; 4 14; 5 13; 6 18. — Haftung d. V.-Mitglieder für Rechtsgeschäfte des Vorstandes; Beschränkung auf das V.-vermögen 1 1, 138; 3 1, 18; 4 14; 5 12; 6 17, 18; 7 14. — Vereinbarung d. persönlichen Haftung d. Mitglieder 6 17. — Ausschluß d. Haftung d. V.-Mitglieder durch Beschränkung der Vollmacht des Vorstandes 1 1, 38. — solidarische Haftung d. Mitglieder für Geschäfte ihrer Vertreter 5 12, 185; 6 18. — Haftung des für den V. Handelnden 2 1, 21; 7 15. — „Handelnder“ i. S. d. § 54 Satz 2 3 1, 19; 5 12. — Gesamthftung der für d. V. Handelnden 1 1, 39. — Verjährung d. Ansprüche gegen d. Handelnden 5 13. — als V.-mitglied e. rechtsfähigen V. 1 1, 40; 6 19, 21; 7 14. — Beiträge der Mitglieder 2 1, 21. — Einflagung d. Beiträge 5 12. — V.-vermögen, Umfang 1 1, 38. — Ansprüche auf d. Beiträge als Bestandteil d. V.-vermögens 2 1, 21. — Pfändung e. V.-forderung 1 1, 39; 4 15. — Austritt aus d. V. 2 1, 21. — Auflösung durch Austritt e. Mitgliedes, Abrechnungsanspruch des ausgetretenen Mitgliedes 1 1, 37; 6 18. — Ausschließung e. Mitgliedes 1 1 39; 2 1, 21; 4 14; 5 11; 7 15, 290 (Anwendung d. § 709 BGB.). — Bestehenbleiben e. rechtsfähigen V. als n. r. V. bei Verlust oder Entziehung d. Rechtsfähigkeit 1 1, 34. — Haftung des aus einem n. r. V. hervorgegangenen rechtsfähigen V. für die Schulden des ersten 7 166. — Anfall des Vermögens d. aufgelösten V. an e. Dritten kraft Vereinbarung 2 1, 21. — Änderung d. Zwecks? 6 19.

Vereine rechtsfähige. — Geschäftsfähigkeit; Anwendung d. §§ 104, 206, 939, 1944, 1947 6 40.

E n t s t e h u n g ; A r t e n. — Wesen des Normativsystems 3 1, 11. — Voraussetzungen zur Erlangung d. Rechtsfähigkeit durch staatliche Verleihung 5 7. — bloße Anerkennung e. ausländischen V. durch d. Bundesrat im Gegensatz z. Verleihung d. Rechtsfähigkeit; Wirkung d. Anerkennung, wenn d. Heimatstaat ihn nicht als rechtsfähig ansieht 6 581. — subsidiärer Charakter d. staatlichen Verleihung d. Rechtsfähigkeit 4 9; 5 6. — richterliche Nachprüfung der staatlichen Verleihung 1 1, 24. — Wechsel im Rechtsgrund d. Rechtsfähigkeit 1 1, 24. — konstitutive Wirkung d. staatlichen Verleihung d. Rechtsfähigkeit 1 1, 23, 24.

(Vereine rechtsfähige)

21, 17; 31, 13; 49 f.; 56. — staatliche KonzeSSION e. nicht auf e. wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichteten V.; Einfluß der urteilsmäßigen Feststellung seines idealen Charakters **6 12.** — Erlangung d. Rechtsfähigkeit ausl. V. im Inland **11, 24.** — V. mit Sitz im deutschen Schutz- oder Konsulargerichtsbezirke **6 12, 581.** — fallen V. im Ausland unter § 23? **6 12.** — egoistischer u. altruistischer Wesensunterschied **4 12.** — Abgrenzung der Ideal- u. Wirtschafts-V. **11, 20 ff.; 31, 11; 6 11.** — wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb i. S. d. § 22 **1 2, 21, 23; 31, 11 f.; 6 11, 12 7 11.** — wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb als Nebenzweck **7 11.** — zwecks Betriebs e. Handelsgewerbes **4 9** (f. unten nicht rechtsfähige V.). — Einfluß d. Verwendung d. Gewinns e. Unternehmens d. V. zu altruistischen Zwecken auf die Kaufmannseigenenschaft **6 601.** — Gründung, rechtl. Charakter **11, 20; 21, 16, 21; 31, 11.** — §§ 22, 23 schließen einander aus **11, 23.** — Umwandlung e. eingetragenen V. in e. Wirtschafts-V. als Wechsel im Rechtsgrunde d. Rechtsfähigkeit **11, 23.** — Eintragungsfähigkeit von V. mit nur nebenhergehendem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb **21, 16 f.; 6 11.** — Eintragungsfähigkeit von V., die einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb nur als Mittel zur Verfolgung ihrer idealen Zwecke betreiben **6 11.** — Zeitpunkt d. Erlangung d. Rechtsfähigkeit bei Divergenz zwischen Eintragung und Veröffentlichung **6 11.** — Einrede der zu Unrecht erfolgten Eintragung **11, 24.** — staatliche Verleihung der Rechtsfähigkeit ausgeschlossen bei Möglichkeit der Anpassung des V. an e. reichsgesetzliche Gesellschaftsform **11, 24; 6 12.** — Stellung d. Kranken- u. Hilfskassen, Berufsgenossenschaften, Innungen **6 12.** — Waldbenossenschaften **6 589.** — Weispiele für eintragungsfähige u. nicht eintragungsfähige V. **11, 22 ff.** — Zentral-V. **11, 40; 31, 13.** — Kabattpar-V. **5 7.** — Realgemeinden **31, 12.** — Hausbesitzer-V. **11, 23; 31, 12.** — Sterbekassen **11, 21.** — Gegenseitigkeits-V. **31, 12.** — Revisionsverbände von Genossenschaften **11, 37, 43.** — Grundbesitzer-V. **11, 23.** — Feuerbestattungs-V. **11, 43, 44; 31, 20.** — V. „Kreditreform“ eintragungsfähig **6 11.** — Unternehmen einer Schule als wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb **6 11.** — Arbeitgeberverband zum Schutz gegen Streik u. ä. **6 11.** — Sterbekassen **6 12.** — Wittven- (u. Waisens-) Kassen als Wirtschaftverein **11, 21.** — Rinderkrippen-V. **31, 20.** — Berufs-V. **7 11.** — Immobilien- u. Hypothekennämker-V. **7 11.** — Geschäftsfähigkeit; Anwendung der §§ 104, 206, 939, 1944, 1947 **6 40.**

Verfassung. — Verfassung d. V.; Art ihrer Regelung **11, 25.** — inwieweit kann das Landrecht hier reichsgesetzliche Bestimmungen außer Kraft setzen? **5 618, 619.** — landesgesetzliche Vorschriften über d. Verfassung von V. **31, 14.** — unzulässiger Inhalt der Satzung **11, 33.** — im voraus erklärter Verzicht auf Geltendmachung von Verstößen gegen d. Satzung **7 11.** — Autonomie **31, 17; 5 9, 10.** — Sitz **11, 24 f.; 21, 17; 6 13.** — mehrfacher Sitz? **5 7.**

Vorstand, Organe und Haftung für dieselben. — Notwendigkeit der Bestellung e. Vorstandes **21, 17.** — Anwendung d. § 29 BGB. auf andere juristische Personen? **7 11** (vgl. GmbH.; Genossenschaft). — Bestellung besonderer Vorstandsmitglieder (§ 29) z. Erhebung e. offenbar unbegründeten Klage gegen den Verein **7 11.** — Rechtsstellung d. V.-Vorstandes im allgemeinen **11, 25, 26; 21, 17, 18; 31, 15; 6 13.** — Zusammenlegung d. Vorständen aus Nichtmitgliedern **11, 27; 6 13 (2).** — Vorstand Organ oder Vertreter? **11, 25, 26; 21, 17, 18; 31, 15; 6 13.** — § 31 als Fall d. Haftpflicht für fremde Schuld? **11, 28 ff.; 21, 18; 4 12; 5 8; 6 15.** — Haftung d. Vereins für Delikte d. Vorstandes **21, 18 f.; 31, 16; 4 12; 6 15; 7 11 f.** — Klage des Geschädigten gegen die einzelnen schadenstiftenden Vorstandsmitglieder statt gegen d. Verein **6 15.** — persönliche Haftung der Mitglieder durch das Statut nicht begründbar **11, 33.** — Einfluß e. Vertragsverhältnisses zwischen Verein u. Geschädigten auf d. Haftung nach § 31 BGB. **7 12.** — Haftung des Vereins nach § 31 BGB. bei Beteiligung d. Geschädigten an d. Handlung d. Vorstandes **7 12.** — „in Ausführung d. ihm zustehenden Verrichtungen“ (§ 31) **11, 29, 30; 21, 19; 31, 16.** — Verschulden d. Vorstandes nach § 31 **7 12.** — „Handlung“ i. S. d. § 31 **21, 19.** — § 31 nur auf die Haftung Dritten gegenüber anwendbar **4 12.** — Benennung der Vertreter bei Haftung aus § 31 nicht erforderlich **21, 19.** — Ausschluß der Haftung des Vereins aus § 31? **11, 17; 31, 17; 6 15; 7 12** (durch Vertrag oder Statut). — Haftung des Vereins für Verschulden bei Erfüllung e. bestehenden Verbindlichkeit **31, 16.** — strafrechtliche Haftung für Erfüllung d. Steuerpflicht **7 11.** — Haftung des Vereins für e. vom Vorstand im V.-sblatt veröffentlichten, gegen § 826 verstößenden Artikel **31, 16; 4 278.** — Haftung des Vereins bei Kollektivvertretung **21, 19; 31, 16; 7 12** (schuldhaftes Handeln eines Kollektivvertreters). — Haftbarkeit des Vereins für Verletzungen auf dem Gebiete d. öffentlichen Rechts **5 8.** — Verein u. Vorstand haften als Gesamtschuldner **21, 19.** — „andere verfassungsmäßig berufene

Vertreter“ d. § 31 1, 29; 2, 19; 3, 1, 16; 4, 12; 7, 12 (Revisor eines Revisionsverbandes). — Prokuristen als besondere Vertreter nach § 30 BGB. 7, 11. — Haftung des eingetragenen Vereins für d. Vorstand nach § 278 2, 1, 86; 4, 110; 6, 15. — Umfang der Vertretungsmacht des V.-Vorstandes 4, 11; 6, 13. — Dulden d. Überschreitung der Vertretungsmacht des Vorstandes 6, 13. — Wirkung e. Überschreitung d. Vertretungsmacht des Vorstandes auf den Dritten 6, 13. — Überschreiten der satzungsgemäßen Befugnisse des V.-Vorstandes 2, 1, 86. — mehrgliedriger Vereinsvorstand; Rechtsstellung, insbesondere Art der Vertretungsausübung 1, 1, 26; 2, 1, 18; 3, 1, 14, 15; 4, 11; 5, 8; Ermächtigung eines einzelnen Vorstandsmitgliedes zur Vertretung 6, 14. — Übertragung der gesamten Vertretungsmacht durch den Vorstand auf einen anderen; Bestellung e. Generalbevollmächtigten 1, 1, 27; 6, 13. — Übertragung e. Generalvollmacht seitens mehrerer kollektivberechtigter Vorstandsmitglieder auf einen von ihnen 6, 14 (2). — bei mehrgliedrigem Vorstand § 166 anwendbar bei Vorliegen d. Voraussetzungen auch nur bei einem Mitgliede 1, 1, 27; 2, 1, 83. — Eintragung e. Satzungsbestimmung über d. Beschlussfassung e. mehrgliedrigen Vorstandes 3, 1, 21. — Einfluß des Vorstandswechsels auf e. von ihm erteilte Vollmacht 6, 14. — Beschränkung d. Vertretungsmacht des Vorstandes auf einzelne Mitglieder 1, 1, 26, 45. — Legitimation des Vorstandsmitglieder e. eingetragenen V. 1, 1, 26, 45. — Legitimation d. Vereinsvorstandes im Grundbuchverfehr 4, 11; 5, 7. — Amtsniederlegung d. Vereinsvorstandes 2, 1, 18; 6, 14. — Widerruf d. Bestellung des Vorstandes ohne wichtigen Grund 1, 1, 27. — Recht d. Mitgliederversammlung, die Bestellung e. Vorstandes zu widerrufen 3, 1, 215. — Anwendbarkeit d. § 674 auf das Innenverhältnis 1, 1, 27. — Begriff der groben Pflichtverletzung des Vorstandes 4, 11. — Abschluß e. Geschäfts des Vereins mit d. Vorstand (§ 181) 2, 1, 91, 99 (vgl. Selbstkontrahieren). — Ordnungsstrafen gegen den V.-Vorstand 2, 1, 23. — Anmeldung des V.-Vorstandes zum Vereinsregister 1, 1, 41; 7, 16. — Bedeutung der auf den V.-Vorstand bezügl. Eintragung ins V.-Register gegenüber Dritten 1, 1, 45. — V.-Vorstandsmitglieder e. eingetragenen V. als Liquidatoren einzutragen? 1, 1, 45. — Angabe d. Berufs d. Mitglieder d. Vorstandes bei der Eintragung 3, 1, 22. — Anmeldung e. Änderung d. Vorstandes bei eingetragenen V.; keine Mitwirkung abberufener oder ausgeschiedener Vorstandsmitglieder bei Anmeldung des Ausschreibens 1, 1, 45. — Fehlen des Vorstandes;

Folgen, gerichtliche Bestellung der erforderlichen Mitglieder des Vorstandes auf Antrag eines Vereinsgläubigers zwecks Urteilsvollstreckung 1, 1, 27. — Beschwerde gegen die Aufzwingung von Vorstandsorganen durch das Gericht 3, 1, 15; 6, 14. — „Beteiligte“ i. S. d. § 29 1, 1, 27; 4, 11; 6, 14. — „Verschulden“ i. S. d. § 42 Abs. 2 4, 13. — Bevollmächtigter des Vorstandes und „besonderer Vertreter“ i. S. d. § 30; Unterschied 1, 1, 27. — „besonderer Vertreter“ i. S. d. § 30 1, 1, 27; 3, 1, 15; 6, 14; 7, 11. — Pflicht d. Vorstandes zur Bestellung von Stellvertretern u. Hilfsbeamten 6, 15. — besondere Mitglieder d. Vorstandes als „andere Organe“ d. § 32 I 1 BGB. 3, 1, 17. — Vorstandsmitglieder als notwendige Streitgenossen im Verwaltungsstreitverfahren (§ 62) 1, 1, 44. — Vorstandsmitglieder in V.-prozessen als Zeugen ausgeschlossen 1, 1, 25. — Sachverständigen-Kommissionen fallen nicht unter § 30 4, 11. — Haftung des Vereins für Angestellte 2, 1, 19.

Mitglieder, Mitgliedschaft, Mitgliederversammlung, Beiträge. — Vereine als V.-Mitglieder 1, 1, 40. — Minderjährige als Mitglieder 6, 15, 41. — nicht rechtsfähiger V. als Mitglieder e. rechtsfähigen 6, 19, 21, 7, 10. — Satzungsbestimmungen über Beitragsleistungen d. Mitglieder 1, 1, 41; 2, 1, 22; 4, 15. — Erhöhung d. Mitgliederbeiträge 1, 1, 32; 2, 1, 20; 3, 1, 18. — kann der Anspruch gegen e. M. auf Beitragszahlung zediert werden? 3, 2, 356. — Zujicherung bestimmter Bezüge an die Mitglieder 2, 1, 20. — Auferlegung neuer Verpflichtungen für die Mitglieder 2, 1, 20. — Beiträge d. V. mit seinen Mitglieder betr. die Verpflichtung zur Übertragung künftig zufallenden Vermögens an den V. oder an Dritte nichtig 2, 1, 20. — Mitgliederversammlung ein notwendiges Organ des V.? 1, 1, 31; 3, 1, 17; 4, 12. — Begriff der Mitgliederversammlung 6, 15. — Einberufung der Mitgliederversammlung 1, 1, 32. — Bezeichnung des Gegenstandes a. d. Beschlussfassung bei Berufung d. Mitgliederversammlung 5, 9; 6, 15; 7, 12, 13 (Ausschluß e. Mitgliedes). — Berufungsfrist für d. Generalversammlung 5, 9. — Ablehnung d. Eintragung e. bereits anberaumten Mitgliederversammlung seitens d. Beschwerdegerichts 7, 13. — unentziehbare Befugnisse d. Mitgliederversammlung 3, 1, 17. — Änderung d. Zwecks durch Mitgliedervereinbarung 1, 1, 33, 34; 4, 12; 6, 16; 7, 12. — Stimmrecht bei konkurrierendem Interesse 4, 12; 7, 12 (Stimmrecht d. V.-organe bei Festsetzung ihres Gehaltes). — Abstimmung u. Ausschlag bei d. Beschlussfassung u. den Wahlen 2, 1, 19; 3, 1, 17; 5, 9. — Mitwirkung Minderjähriger bei V.-beschlüssen

(Vereine rechtsfähige)

615. — „andere Organe“ i. S. d. § 32 Abs. 1 Satz 1 **31, 17; 412.** — Anwendung d. § 32 BGB. gegenüber Sonderbestimmungen **712.** — richterliche Nachprüfung d. Form des Zustandekommens e. V.-Beschlusses **11, 33.** — Feststellung d. Unwirksamkeit e. Vereinsbeschlusses **11, 31.** — Anfechtung e. gesetz- oder satzungswidrigen Beschlusses, Haftung des V. aus e. solchen Beschluß **11, 31.** — Ungültigkeit e. in einer ohne Angabe e. Tagesordnung berufenen Generalversammlung gefassten Beschlusses **11, 31.** — Aufhebung e. V.-Beschlusses **11, 31, 33.** — Notwendigkeit der persönlichen Ausübung d. Mitgliedschaftsrechte **11, 32** (Stimmrecht). — Vertrag über Nichtausübung des Stimmrechts **542.** — Sonderrechte der Mitglieder **11, 31; 31, 18.** — Stellung d. Mitglieder in Prozessen des V. (Zeugen, Nebenintervenienten) **13, 28.** — kein Sonderrecht auf „Achtung d. verbandsfreien Sphäre“ **21, 20.** — Erwerb d. Mitgliedschaft durch konfluente Handlungen **711.** — satzungsgemäßer Übergang d. Mitgliedschaft auf Rechtsnachfolger e. Mitgliedes **711.** — Eintritt in e. V. **31, 18.** — Klage auf Zulassung zu e. V. **13, 3** (f. Rechtsweg). — kein Sonderrecht auf Fortdauer d. Mitgliedschaft **21, 20.** — Ausschließung u. Austritt e. Mitgliedes **11, 33; 21, 20; 713.** — Ausschluß aus e. studentischen Korps, e. Kriegerverein **414; 511.** — Ausschluß aus vor 1900 gegründeten V. **713.** — Rechtsweg bei Ausschluß e. Mitgliedes aus e. V. **13, 3, 33; 21, 30, 440; 32, 326; 4233; 5110; 6731, 806; 713** (f. Rechtsweg). — Ausschließung e. Mitgliedes der sachlichen Nachprüfung d. Gerichte entzogen **11, 33, 39; 21, 20, 21; 413, 14; 59 f.; 616; 713.** — Ausschluß e. ausgetretenen Mitgliedes **4233; 619.** — Feststellungsklage auf Unwirksamkeit d. Ausschließung e. ausgetretenen Mitgliedes **6796.** — satzungsgemäße Erschwerungen des Austritts **413.** — Austritt, Erlöschen d. fortlaufenden Pflichten spätestens 2 Jahre nach Austritt **31, 18.** — Beschluß über den Ausschluß von Mitgliedern **11, 33; 713** (Charakter u. Erfordernisse d. Beschlusses). — Teilnahme am Vermögen im Fall d. Auflösung des V. als Sonderrecht **412.**

A u f h ö r e n d e r R e c h t s f ä h i g k e i t ;
S c h i k s a l d e s V e r e i n s v e r m ö g e n s (Liquidation). — Auflösung, Verlust u. Entziehung d. Rechtsfähigkeit **11, 33 f.; 510.** — Auflösung aus öffentlich-rechtlichen Gründen; Einfluß d. Reichs-VereinsG. **713** (2). — Wegfall aller Mitglieder bis auf eines, vorübergehender Wegfall aller Mitglieder **713.** — „gesetzwidrig“ i. S. d. § 43 I BGB. **413.** — Auflösung bei Gefährdung d. allgemeinen Wohlfahrt

u. Sicherheit **616.** — Entziehen d. Rechtsfähigkeit bei Verfolgung politischer, sozialpolitischer u. religiöser Zwecke **11, 34.** — Aufhebung der Entziehung der Rechtsfähigkeit bei Ergänzung auf 3 Mitglieder **11, 45.** — Bestehenbleiben des V. trotz Entzugs d. Rechtsfähigkeit **11, 33.** — Schicksal des V.-Vermögens bei Auflösung **11, 35 f.; 21, 20.** — Anwendung der §§ 45 ff. im Fall der Böschung wegen Anfechtbarkeit d. Eintrags **616.** — Anfall des V.-Vermögens, rechtliche Natur **11, 35; 21, 20; 31, 18; 413.** — Gerichtsstand für d. Vermögen e. aufgelösten V. **13, 20.** — Fortdauer d. Rechtspersönlichkeit e. Vereins trotz Konkurses für die Zwecke des V. **11, 34.** — Verantwortlichkeit f. Unterlassung oder Verzögerung d. Konkursanmeldung **11, 35.** — Eintrag d. Konkurses in das V.-Register **11, 45.** — Anfallsberechtigter, Anfall bei Konkurs, Anfall an d. Fiskus **11, 35; 616.** — Änderung d. Anfallsbestimmungen bei Auflösung e. V. **713, 14.** — Klage gegen den Fiskus als Sukzessor aus § 46 Satz 2 **616.** — Vertretungsmacht d. Liquidatoren, Bedeutung d. § 49 Abs. 2 **11, 36; 616** — Wesen d. Liquidation, Identität, Sukzessions-, Fiktionslehre **7294 f.** — Unentziehbarkeit d. Anspruchs d. Mitglieder auf d. Liquidationsquote **7649.** — Beschwerde gegen d. gerichtseigige Bestimmung von Liquidatoren e. aufgelösten V. **21, 20.** — Kollektivvertretung eines in Liquidation befindlichen V. **31, 18.** — Haftung der Liquidatoren, „Verpflichtungen verlesen“ i. S. d. § 53 **413.** — Haftung für V.-schulden **11, 36.** — Befriedigung d. Gläubiger bei Überschuldung **11, 36.**

Vereinigung f. auch confusio, Hypothek. — von Eigentum u. Rechten an einem Grundstück in einer Person; Rechtsverhältnis während der V. **11, 543.** — § 889 BGB. anwendbar auf vorgemerkte Rechte? **11, 543; 31, 400** (f. auch Eigentümerdienstbarkeit). — V. mehrerer Hypotheken zu einer Einheitshypothek **5384.** — zweier Grundstücke **21, 27.**

Vereinigung mehrerer Grundstücke auf einem Buchblatt. — Zusammenschreibung; Beschwerde hiergegen (Zusammenschreibung statt Zuschreibung als Bestandteil) **22, 396.** — V. von G. u. idellen Grundstücksanteilen auf einem Grundbuchblatt **22, 396; 4828.** — Selbständigkeit der einzelnen Grundstücke **61021; 7944.** — verschiedene Belastung der Grundstücke **22, 396.** — Lage der Grundstücke in verschiedenen Feldmarken **22, 396.** — in verschiedenen Grundbuchamtsbezirken Art. 5 BayABGB. **5963.** — V. von Abzweigungen mit den angrenzenden Parzellen (preuß. R.) **32, 146.** — landesrechtliche Bestimmungen zu §§ 4 u. 5 ABGB. **32, 146 f.**

(Zulässigkeit; Hessen, Elsaß-Lothringen); 5 963 (zuständiges Grundbuchamt, Art. 5 BayNBGBD.). — wann Verwirrung zu besorgen? 2 2, 396 f. — keine Zusammenschreibung vom Amt wegen 7 945. — Form des Antrags auf B. 2 2, 397; 7 945. — Zuschreibung abhängig von der Eintragung des Antragstellers als Eigentümer 3 2, 147. — Bestimmung des zuständigen Grundbuchamtes, wenn für eines der Grundstücke das Grundbuch noch nicht für angelegt erklärt ist (bayer. R.) 5 963. — Behandlung der nach bayer. Hypothekrecht auf einem Buchblatte vorgetragenen Grundstücke (Gutskomplexe, Pertinenzgrundstücke) nach neuem Recht 4 319 f.; 5 390, 391. — Zuschreibung weiterer Grundstücke als Bestandteil 1 1, 543; 7 945. — „Zuzuschlagung“ von Grundstücken nach §§ 7—12 sächs. NBGB. 5 391. — wann ist eine B. nach d. Inhalt des Grundbuchs als gegeben anzusehen? 5 390, 391. — Voraussetzung der Eintragung 2 1, 540; 5 390 (Zustimmung der Hypothekgläubiger u. anderer Berechtigter erforderlich? zulässig, wenn für eines der Grundstücke das Grundbuch noch nicht für angelegt erklärt ist?). — Antragsberechtigung 4 320. — B. oder Zuschreibung als Bestandteil? Bestimmungsrecht des Eigentümers 2 1, 540. — Verschiedenheit der Wirkung, insbes. bez. der Belastung 2 1, 540; 4 320 (nach württemb. Grundbuchrecht).

Vereinsregister f. auch Handelsregister, Verein, insbes. eingetragene V., Beschwerde in der freim. Gerichtsbarkeit. — Anmeldungen durch Bevollmächtigte 3 2, 186; 7 987. — Beschwerde gegen Zurückweisung der Eintragung eines Vereins 7 992. — Beschwerde gegen die Eintragung der Entlassung eines Vertreters 3 2, 201. — ohne die vorgeschriebene Mitteilung der Anmeldung an die Verwaltungsbehörde oder vor Ablauf der 6 wöchigen Frist gemachter Eintrag; Wirkung einer Löschung auf die inzwischen vorgenommenen Rechtsgeschäfte 5 1007. — Ordnungsstrafverfahren gegen die Mitglieder des Vorstands persönlich, nicht gegen den Vorstand als solchen 2 1, 23; 3 2, 241; 6 22. — keine Zuständigkeit d. Kammer für Handelssachen für Beschwerden 4 866. — Beschwerde der Aufsichtsbehörden, des Regierungspräsidenten gegen Eintragung e. Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit 3 2, 241; 7 998, 999. — Nachprüfung der Richtigkeit e. Eintrags durch das Prozeßgericht 5 1018. — einfache Beschwerde gegen die die Zulassung der Eintragung von Behebung e. Mangels abhängig machende Zwischenverfügung 5 1018. — Verjagung der Eintragung, weil im Statut die Geschäftsführung durch eines

der mehreren Vorstandsmitglieder zugelassen wird 5 1018. — Antragsrecht des Notars 7 1019 (vgl. Notar, Urkunden). — Antrag des Notars, der die Unterschriften der Anmelder beglaubigt hat, auf Berichtigung des Registers bez. der Vertretungsmacht des Vorstands 5 1018. — öffentlicher Glaube des B.? 1 1, 45, 46; 6 20. — Gerichtsnotorietät der Eintragung? 6 812. — Ordnungsstrafrecht des Registergerichts 2 1, 23. — Löschung eines unwirksam eingetragenen Vereins 4 17; 5 14. — Prüfungspflicht des Registerrichters 1 1, 41; 4 16; 5 14; 6 22. — nach § 128 FGG. betätigte Anmeldung; Unterzeichnung durch die Vorstandsmitglieder; Beglaubigung nach § 77 NBGB.? 7 1019. — konstitutive Wirkung der Eintragungen? 1 1, 23, 24; 2 1, 17; 3 1, 13; 4 9 f.; 5 6. — Veröffentlichung der Eintragungen 1 1, 44; 2 1, 63. — zuständiges Gericht bei Verlegung des Sitzes 7 1023. — Beschwerdeberechtigte bei Verhängung einer Ordnungsstrafe gegen ein Vorstandsmitglied 7 1023. — weitere Beschwerde gegen den den Antrag auf einstweilige Sistierung d. Mitgliederversammlung ablehnenden Beschluß des Registerrichters 7 1023.

Verfahrensmängel f. prozeßuale Mängel.
Verfolgungsrecht f. Frachtgeschäft, Aussonderung.

Verfügung f. Veräußerung, freiwillige Gerichtsbarkeit, letztwillige B. — Wesen, Begriff 3 1, 62, 81; 5 74. — Erfüllungsgeschäfte als B. 5 150. — Aufrechnung als B. 1 1, 83. — Begriff i. S. des § 135 1 1, 83. — B. im Wege der Zwangsvollstreckung als B. im Sinne des § 573 NBGB.? 1 1, 377; 2 1, 307 f.; 3 1, 238 f.; 4 184; 5 217. — Überweisung zur Einziehung oder an Zahlungsstelle als B. nach § 883 Abs. 2 NBGB.? 3 1, 396.

Verfügung Nichtberechtigter f. Konvaleszenz. — § 185 anwendbar nur auf unmittelbare B. 1 1, 121. — Anwendung des § 185 NBGB. im Grundbuch- u. Sachenrecht 1 1, 120; 2 1, 92; 5 58; auf die Einigung 1 1, 120; 2 1, 93; 3 1, 61; auf die Vormerkung 3 1, 61; auf die Grundbuchberichtigung 2 1, 93. — Verfügung des Erblassers über Vermögensstücke d. Erben; Wirksamwerden durch Erbfall? 2 1, 93. — Beerbung des Eigentümers durch den Nichtberechtigten 5 58.

Verfügungsbefchränkungen f. auch Eigentumsbeschränkungen, Grundbuchberichtigung, Veräußerungsverbot. — Geltung der vor 1900 entstandenen B. 2 1, 782; 3 1, 691. — vor 1900 gewohnheitsrechtlich im Grundbuch eingetragene B. 4 542. — vor 1900 durch Testament angeordnetes Verbot der Belastung oder Veräußerung eines Nachlaßgrundstücks 5 624. — An-

(Verfügungsbeschränkungen)

wendung des Art. 168 **COBGB.** auf **B.** durch Rechtsgeschäfte, Testament **5 625.** — Lösung der für eine Aktiengesellschaft eingetragenen **B.** wegen Aufhörens der **A.-G.?** **5 624.** — Unterschied zwischen Geschäftsunfähigkeit u. **B.** **2 1, 39.** — rechtsgeschäftliche **B.** mit dinglicher Kraft **1 1, 83 f.** — rechtsgeschäftliche **B.** bez. e. veräußerlichen Rechts eintragungsfähig? **2 1, 66.** — keine inhaltliche Änderung der **B.** durch Grundbucheintragung **2 1, 66.** — Bedingung u. Zeitbestimmung keine **B.** **1 1, 99.** — Zeitpunkt des Zugangs e. Rechtsgeschäftes entscheidend für die Frage des Bestehens e. **B.** **2 1, 62.** — den Erben vom Erblasser auferlegte **4 47.** — **B.** des Erben in den §§ 2033, 2211 **BGB.** als gesetzliches Veräußerungsverbot des § 135 **BGB.** **3 1, 45.**

Arten, Eintragungsfähigkeit u. Bedürftigkeit im liegenschaftsrechtlichen Verkehr **5 394** (Veräußerungsverbote; Beschränkung d. Verfügungsmacht; verschiedene Wirkung im Grundbuchverkehr); **6 367 f.**; **7 399.** — keine Änderung des Inhalts durch Eintragung ins Grundbuch **2 1, 66.** — rechtsgeschäftliche **B.**; Eintragung ins Grundbuch **2 1, 66**; **2 2, 405**; **4 44, 830**; **5 170, 965**; **6 1023.** — keine **B.** durch Miet- oder Pachtvertrag, durch die Bestimmung in der Satzung eines ritterschaftlichen Kreditvereins, daß der Eigentümer bis zur Tilgung aller Mitgliederanteile nicht über die Hypothek verfügen dürfe **7 399 f.** — **B.** des Grundeigentümers i. **S.** des § 137 **BGB.** fallen nicht unter Art. 189 **COBGB.** **2 1, 795.** — Nichtigkeit des zwischen Hypothekgläubiger u. Schuldner vereinbarten Ausschlusses der Veräußerung oder Belastung **7 441.** — Beispiele rechtsgeschäftlicher, nicht eintragungsfähiger **B.** **1 1, 546**; **2 1, 538**; **6 368.** — Anhängigkeit eines Prozesses eintragungsfähig? **1 1, 546**; **7 397.** — Einleitung des Enteignungsverfahrens, das ein subjektiv-dingliches Grundstücksrecht betrifft; auf welchem Buchblatt einzutragen? **7 400.** — ins Grundbuch eingetragene **B.** ein Hindernis für anderweite Eintragungen? **1 1, 546**; **3 1, 403**; **5 394**; **6 368.**

Verfügungsbeschränkungen i. Sinne des § 878 BGB. **1 1, 534**; **3 1, 390** (Vormerkungen?). — deren Wirksamkeit gegenüber Erklärungen über Begründung, Aufhebung u. Änderung von Rechten an Grundstücken, Formbedürftigkeit des die Wirksamkeit hindernenden Eintragungsantrages **1 1, 533.** — § 878 anwendbar zugunsten von Vormerkungen? **2 1, 535**; **3 1, 390.** — Berechtigter i. **S.** des § 878 **2 1, 535.** — Zusammentreffen von Hypothekbestellung u. Einleitung der

Zwangsverfeigerung, Rang der Hypothek gegenüber dem Zwangsverfeigerungsgläubiger **7 392.** — Eintragung der im Kaufvertrag bestellten Hypothek nach Eröffnung des Konkurses über das Vermögen des als Eigentümer eingetragenen Käufers? **6 1027.**

Verfügungsbeschränkungen i. S. d. § 888 BGB. **3 1, 800** (nicht rechtsgeschäftliche, vor dem 1. 1. 00 eingetragene **B.**); **5 394.** — Anwendung des § 888 Abs. 2 auf ein Veräußerungsverbot zum Schutze des Anspruchs auf Übertragung einer beweglichen Sache **7 396.**

Verfügungsbeschränkungen eines Grundeigentümers vor 1900 **2 1, 795.**

Verfügungsvertrag. — Begriff **1 1, 214.**

Vergeltungsrecht. — Umfang des Art. 31 **COBGB.** **2 1, 762.** — Anwendung des Art. 31 **COBGB.** auf den Entschädigungsanspruch des Ausländers wegen Straf- u. Unteruchungshaft **3 1, 677.**

Vergleich f. Vollstreckungstitel, Zwangsvergleich. — Begriff **3 2, 559**; **4 248.** — Unterschied von Erlaß u. Verzicht **3 1, 184.** — Gebrauch des Wortes „Vergleich“ **2 1, 467**; **3 2, 559.** — Vergleich als gegenseitiger Vertrag **3 1, 157.** — gegenseitiges Nachgeben **1 3, 96**; **2 1, 465, 467**; **3 1, 316**; **4 248, 249**; **5 302** (vollständige Unterwerfung des Beklagten bis auf Erstattung der Prozeßkosten); **6 285, 1199**; **7 313.** — Erklärung d. Beklagten, der Kläger solle als forderungsberechtigt gelten, der Betrag solle streitig bleiben, kein **B.** **6 285.** — Nachgeben auf Seite des rechtskräftig verurteilten, zahlungsunfähigen Schuldners durch Versprechen von Ratenzahlungen **7 313.** — vorbehaltloses Eintreten in **B.**sverhandlungen als Vermutung, daß man etwas von seinem Recht aufgeben will? **2 2, 200, 216** (i. Rückpflicht unter Handelskauf?). — nur einseitige Ungewißheit **2 1, 465**; **5 301.** — Ungewißheit über ein Rechtsverhältnis **2 1, 465** (subjektive Ungewißheit); **3 1, 315**; **5 301, 302.** — Irrtum im Voraussetzungsstatbestand (Versprechen e. Vergütung für ein irrtümlich angenommenes Übermaß e. Grundstücks) **7 313.** — **B.**sirrtum **2 1, 51, 55**; **3 1, 35**; **4 30.** — Irrtum e i n e r Partei über einen von ihrem Standpunkt aus wesentlichen Umstand **1 3, 261.** — „zugrunde gelegter Sachverhalt“; Irrtum über die Grundlage des Vergleichs, Irrtum über die Person, über das Objekt **2 1, 466**; **3 1, 316, 317** (Irrtum über den Rechtslaß); **4 248, 249** (2); **5 302.** — Bestreiten eines Vergleichs mit dem Einwand, auf den durch den Vergleichsabschluß verzichtet wurde **6 285.** — Anwendung der §§ 493, 462 **BGB.** (über Gewährleistung) bei einem auf entgeltliche Veräußerung gerichteten Vergleich **2 1,**

287, 467, 468. — Beweislast bei Auslegung eines Vergleichs 5 302. — novatorischer Charakter des Vergleichs? 2 1, 466, 467; 3 1, 316. — Vergleich oder Schenkung (Fehlen jedes Entgelts auf der anderen Seite; ausdrückliches Bezeichnen der Leistung als Liberalität) 7 313. — außergerichtlicher V. nach Erlass eines Urteils 6 286. — über ein rechtskräftiges Urteil (bei Unkenntnis über das Bestehen des Urteils, subjektiver Ungewißheit über Inhalt u. Bedeutung u. bei Kenntnis des Bestehens und Inhalts) 1 1, 439; 2 1, 466; 3 1, 316; Widerspruchsklage nach § 767 ZPO. aus dem V. gegenüber dem rechtskräftigen Urteil 1 1, 440. — ungerichtfertige Bereicherung bei Unwirksamkeit eines V. 5 304. — Tarifvertrag als Vergleich? 2 1, 466. — V. über den patentrechtlichen Rußanspruch; inwieweit bindet er den Strafrichter? 6 286. — Schuldarrangement; Bevorzugung eines einzelnen Gläubigers 6 286 (s. Privatafford). — obervormundschaftliche Genehmigung eines Alimenten-V. 1 1, 62. — Abgabe e. Schuldversprechens oder Schuldanerkenntnisses nach §§ 780 f. BGB. durch Vergleich; Kondition 7 319. — V. als Grundlage für Eintragungen in das Grundbuch vgl. Eintragung und unten Prozeßvergleich. — V. über Klagezurücknahme 7 757. — Fortsetzung des Prozesses trotz außergerichtlichen Vergleichs 7 757. — Verjährung der vergleichsweisen Zusage der Kaufpreiszahlung bei Besserung der Vermögensverhältnisse 5 61. — Anwendung des § 779 BGB., wenn der Vergleich sich auf e. vor 1900 geschlossenen, nichtigen Immobilienkaufvertrag bezieht 2 1, 468. — V. über einen unbegründeten Anspruch 1 1, 439, 440. — Vergleich über einen klaglosen Vertrag 5 262, 302. — Vergleich über ein später als nichtig sich herausstellendes Testament 2 1, 466. — ist zu einem Vergleich, durch den alle aus einem Rechtsverhältnis entstehenden Streitpunkte erledigt werden sollen, e. ausdrückliche Verhandlung über den einzelnen Streitpunkt nötig? 4 249. — Vergleiche, die e. Erbverzicht oder e. Vorvertrag auf Errichtung e. notariellen Ehevertrags enthalten 1 1, 440. — Form eines V., durch den der mündlich verabredete Hauskauf aufgegeben wird 6 285. — Beseitigung eines Streites über die Klagbarkeit von Ansprüchen aus Differenzgeschäften 1 1, 440; 1 1, 467 (s. Differenzgeschäfte). — Vergleich, wonach ohne Berührung materiell-rechtlicher Punkte nur vereinbart wird, daß zwischen den Parteien der Rechtszustand gelten soll, der bestände, wenn die Klage nie erhoben worden wäre 2 1, 467; 3 2, 559. — Nachforderung für die zur Zeit des V.-ab-

schlusses über einen Unfall nicht vorhersehbaren Folgen der Verletzung 1 1, 440. — Einfluß der Formvereinbarung (Errichtung eines gerichtlichen Protokolls) auf die Wirksamkeit 1 1, 73. — V. im passiven Gesamtschulverhältnis 1 1, 332 f.; 4 153. — V. Minderjähriger 1 1, 63. — Wirkung auf ein bedingtes Endurteil 3 2, 442. — Einfluß e. nach Klagerhebung abgeschlossenen außergerichtlichen V. auf den Prozeß 5 303, 304. — Prüfung der Frage, ob ein V. gehörig widerrufen sei 4 735. — Anfechtung wegen arglistiger Täuschung; Beweislast 2 1, 466; 4 249. — Alimentationsvergleich bei fingierter Schwangerschaft 2 1, 466. — Anfechtung aus § 123 BGB. 3 1, 316; 4 34. — Verhältnis der Anfechtung nach §§ 123 f. BGB. zu dem Klageantrag, einen V. wegen Unrichtigkeit nach § 779 BGB. für unwirksam zu erklären 3 1, 316. — Rücktritt 1 1, 261; 4 130; 7 313. — Wirkung des V.; Unterschied von der Urteilswirkung 5 779, 780; 6 892. — Wirkung nur unter parties 5 303; 6 285. — Anfechtung, weil der Gegner wieder Erwarten die übernommene Verpflichtung nicht erfüllt u. schon bei V.-abschluß diese Absicht hatte? 7 313. — Wirkung e. Erbvergleichs auf die Erbschaftsteuer 7 313. — Wirkung eines V. auf die örtliche Zuständigkeit 7 313.

Gerichtlicher Vergleich vgl. oben. — rechtliche Natur des Prozeß-V. 6 754. — doppelte Natur des Prozeß-V. als Prozeßhandlung und materielles Rechtsgeschäft? 1 1, 440; 3 2, 359; 4 672, 735; 5 303. — Beurkundung zur Perfektion nötig? Unterschrift des Richters, des Gerichtsdybers 1 1, 75, 94; 1 3, 78, 440; 3 1, 316. — Unterschrift der Parteien 1 1, 76. — bloße Erklärung zu Protokoll, daß der Rechtsstreit durch Vergleich erledigt sei 3 2, 424. — brieflicher V.-vorschlag während des Prozesses; Anwendung des § 147 Abs. 2 BGB. 1 1, 93; 1 3, 78. — kein gerichtlicher, wenn die vorbehaltene Zustimmung einer Partei durch Anzeige an den Gegner erfolgt 1 3, 42. — unter Vorbehalt der Genehmigung abgeschlossener V. als Vollstreckungstitel nach § 794 Ziff. 1? 5 858. — Ermächtigung des Vormundschaftsrichters bei Vergleichen über 300 M. 3 2, 359. — Zeitpunkt der Wirksamkeit des vor einem Gericht geschlossenen V. bei Notwendigkeit obervormundschaftlicher Genehmigung 3 2, 559. — im Widerspruchsverfahren nach § 928 ZPO. geschlossener V. als Vollstreckungstitel 1 3, 260. — im Anwaltsprozeß ohne Vertreter geschlossener 1 3, 260; 3 2, 367. — bedingter V.; Erlass der Klageforderung gegen Erfüllung der vergleichsweise übernommenen Verpflichtung; Nichttritt der Bedingung

(Vergleich)

1 3, 260. — **B.** mit einem nicht bevollmächtigten Prozeßvertreter; nachfolgende Genehmigung des Vertretenen 5 760. — im Ehescheidungsprozeß geschlossener **B.** über Unterhalt fällt unter § 794 Ziff. 1 3 2, 559. — Anwendung des Art. 141 GGWB. auf Prozeßvergleiche? 1 2, 409. — außergerichtlich abgeschlossener, zu Protokoll gegebener **B.** (§ 794 Ziff. 1 u. 2 ZPD.?) 1 3, 261; 3 2, 559; 4 735. — Anwaltszwang bei landgerichtlichen Vergleichen 3 2, 367 (vgl. oben). — **B.** als Grundlage einer Vollstreckung nach § 887 ZPD. 4 732. — **B.** in Privatklagesachen fällt nicht unter § 794 Ziff. 1 ZPD. 3 2, 559. — **B.** als Grundlage für Zwangsvollstreckung nach § 894 ZPD.? 3 2, 559 (s. Zwangsvollstreckung). — Wirkung gegen den Ehemann, der dem Prozeß d. Frau nach § 1400 BGB. zugestimmt hat 1 3, 42. — Prozeß-**B.** e. nicht rechtsfähigen Vereines 1 1, 39. — nach Zivilrecht unwirksamer Prozeß-**B.** 1 3, 96. — Zurücknahme des **B.** 1 3, 96. — als Grundlage für Eintragungen ins Grundbuch s. Eintragungsbewilligung. — Verhältnis zu Vormerkungen (s. Urkunden gerichtl.) 1 3, 77, 96; 2 1, 467; 3 1, 316; 4 24 9 (zu §§ 2371, 2385 BGB.); 5 293 (Bürgschaft), 302, 303 (Erb-**B.**: Nachlaß a. Grundstückspreis), 304 (Schuldanerkenntnis); 6 53, 285; 7 1025. — Prozeß-**B.** ersetzt die Form des § 313 BGB. 1 1, 220; 2 1, 210; 3 1, 152. — Auflassung durch Prozeß-**B.** (s. Auflassung) 5 623; 7 583, 1025. — Erbverzicht durch Prozeßvergleich 1 2, 302; 1 1, 440. — Prozeß-**B.** über Veräußerung e. Erbschaft 4 529; 5 602. — vergleichsweise Eingehung der Pflicht zur Hypothekbestellung 1 1, 440. — in e. Prozeß-**B.** vereinbarte Hypothekbestellung; Eintragung vom Amt wegen; wenn Prozeßgericht u. Grundbuchamt identisch? 6 893; 7 863. — **B.**, durch den ein Miterbe über seinen Anteil verfügt 1 1, 440. — **B.**, der einen Vorvertrag auf Errichtung e. Ehevertrags enthält 1 1, 440. — Abschluß e. Ehevertrags durch Prozeßvergleich? 1 2, 52. — **B.** mit Übernahme d. Verpflichtung z. Grundstücksübertragung 1 1, 220. — Anwendung der §§ 167 ff. FGWB. auf die Form des Prozeß-**B.**? 3 2, 242. — Bestätigung e. wichtigen Rechtsgeschäfts durch Prozeß-**B.** 7 1025. — Fortsetzung des Prozesses zwecks Verurteilung zu den im **B.** übernommenen Leistungen; Widerklage auf Erfüllung durch den Gegner 7 724. — Klage auf Feststellung der Nichtigkeit e. Prozeß-**B.** an Stelle einer Neuladung im alten Verfahren? 6 798; 7 724. — Beschwerde gegen den Beschluß, der den Antrag auf Termins-

anberaumung mit Rücksicht auf einen **B.** ablehnt 6 862 (vgl. 1 3, 260). — ist die Frage, ob der Prozeß-**B.** anfechtbar oder nichtig, in einem neuen Verfahren oder in e. Fortsetzung d. bisherigen auszutragen? 1 3, 96, 97, 260; 5 779, 780, 858; 6 285, 286, 754, 771, 785, 798, 893 (wenn der **B.** vom Schuldner als Vollstreckungstitel angegriffen wird); 7 314, 724, 864. — Gegenstand des Urteils bei Neuladung im Prozeß nach Abschluß eines angefochtenen Prozeß-**B.** 6 801. — Urteilstenor nach **B.** 6 286; 7 314. — Wirkung der in einem selbständigen Prozeß erfolgten **B.**-anfechtung auf den Vorprozeß 4 735; 6 286. — erfolgreiche Anfechtung e. Prozeß-**B.**; Einrede der Rechtshängigkeit bei Wiederholung der im ursprünglichen Verfahren geltend gemachten Ansprüche im Anfechtungsprozeß 7 864. — Gründe für Anfechtung e. Prozeß-**B.** 6 754, 785. — Erledigung des Rechtsstreits zwischen den Parteien ohne Berücksichtigung der Kosten der Nebenintervention 3 2, 364, 411, 462. — Berichtigung von offenbaren Unrichtigkeiten bei der Protokollierung 3 2, 462; 7 807 (Anwendung des § 319 ZPD.?). — Einfluß des Rücktritts von e. Prozeß-**B.** nach § 326 BGB. auf die erloschene Rechtshängigkeit 7 165, 314, 724. — Wirkung e. Prozeß-**B.** zwischen Schuldner u. Bedenten auf den Zessionar 7 177, 314 (2), 788. — exceptio rei iudicatae 7 314. — Vorbehalt des Widerstands durch Einreichung e. Schriftsatzes; Einreichung e. bloßen Abschrift 7 314. — Widerruf durch Zustellung e. Schriftsatzes oder durch Erklärung in mündlicher Verhandlung, während Einreichung e. Schriftsatzes bei Gericht vereinbart war 7 724.

Vergütung s. Arbeitslohn, Dienstvertrag, Handlungsgehilfe, Lohn, Provision, Werkvertrag. — **B.** durch Unterlassung 2 1, 120. — Anwendbarkeit der §§ 315 ff. BGB. 1 1, 223, 224; 5 131.

Verhaltene Ansprüche 2 1, 158, 197; 5 101. — Zeugnisanspruch aus § 630 BGB. als v. **A.** 2 1, 367. — Wandelung u. Minderung bei v. **A.** 2 1, 280; 5 101, 192. — keine Inverzugsetzung durch den Schuldner 2 1, 203.

Verhandlung s. mündliche **B.** — bloße Verlesung widersprechender Anträge als kontradiktorisches **B.** 6 1198, 1201 (s. GebD. f. **Nl.** unter Verhandlungsgebühr). — bloßer Antrag auf Vorbehalt der Ausföhrung der Rechte im Urkundenprozeß 6 1201.

Verhandlungsmaxime s. mündliche Verhandlung. — Suppedition von Prozeßstoff 5 796 (s. Fragerecht, ne eat index ultra petita). — aus Datum und Eingang der Klageschrift vom Gericht gezogene Schlüsse auf die Zeit der Erteilung

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

des Auftrags zur Klagerhebung, ohne daß dies Gegenstand der mündlichen Verhandlung war § 780. — Substituierung e. von keiner Partei behaupteten Vertrags seitens des Gerichts an Stelle des unfruchtigen Vertrags, auf den die Klage sich gründet § 780.

Verjährung. — Anwendung des inländischen Rechts auf die B.-seinrede gegenüber einem sonst nach ausländischem Recht zu beurteilenden Rechtsverhältnis § 586. — Unterbrechung der B. durch Streitverkündung in einem ausländischen Prozeß § 614. — Wesen der „prescription particuliere“ 1 2, 413; 2 1, 783.

Übergangsrecht § 625; § 680, 592. — Verhältnis d. prescription particuliere zu Art. 169 ÖGB. 1 2, 413, 414; 2 1, 783. — Gegenbeweis non factae solutionis bei Beginn der am 1. I. 00 noch nicht abgelassenen prescription particuliere vor 1900 1 2, 413. — keine analoge Anwendung des Art. 169 ÖGB. auf laufende Ausschlußfristen 1 2, 414; 2 1, 783 (§ 864 ÖGB., § 124 ÖWB.). — keine Anwendung d. Art. 169 ÖGB. auf die Anfechtungsrechte nach R.D. 2 1, 783. — vor 1900 angeordnete, am 1. I. 00 noch fortdauernde Sicherung des Beweisens 2 1, 783. — Rechtslage, wenn das neue Recht an den Eintritt gewisser Umstände die Wiederaufhebung der Wirkung der Unterbrechung knüpft 2 1, 783. — Berechnung der nach ÖGB. abgefürzten B.-frist (Art. 169 Abs. 2) 2 1, 783; 3 1, 691, 692; 4 542. — Anwendung des Art. 169 ÖGB. bei nicht völliger Gleichartigkeit des alten u. des neuen Anspruchs § 3 1, 692; § 625. — B. der nach ÖGB. unverjährbaren Wandelungs- u. Minderungs-einrede § 3 1, 692. — B. eines nach altem Recht gegebenen Garantieversprechens § 3 1, 692. — Regreßanspruch d. Berufsgenossenschaften nach §§ 96, 98 UnfÖB. v. 6. VII. 84 § 3 1, 692; 4 542; § 592 (§ 138 GewÖB.). — vor 1900 rechtskräftig zugesprochene Verzugszinsen § 625; § 584. — vor 1900 rechtskräftig festgestellte, erst künftig fällig werdende Leistungen § 542. — vor 1900 zuviel erhobene Fracht der Eisenbahn (§ 470 ÖGB.) 4 542. — vor 1900 zuviel erhobene öffentliche Abgabe § 542. — nach 1900 erworbene Kaufmanns-eigenchaft; Anwendung d. § 196 Ziff. 1 ÖWB. 4 542; § 625. — vor 1900 aus einem Delikte entstandene Schadensansprüche, Verhältnis zu § 852 ÖGB. 4 542; § 592 (Kenntnis nach 1900). — nach 1900 fällig gewordene Kirchtrachten des bayerischen Rechts; Verhältnis des Art. 169 ÖGB. zu Artt. 122, 124, 126 bayer. ÖWB. 4 543. — Beginn der Hemmung u. Unterbrechung einer am 1. I. 00 noch nicht abgelassenen B. § 625. — B. der Alimente

vor 1900 geborener unehelicher Kinder § 592. — Anwendung des Art. 169 ÖGB. auf vertragsmäßige Verlängerung der B. § 592. — B. von nur nach altem Recht, nicht nach ÖGB. begründeten Ansprüchen § 592. — nach § 405 I. 16 ÖGB. abgeschlossener Vergleich; Umwandlung e. Schuldverhältnisses § 592. — Anwendung d. § 204 § 584. — Anwendung d. § 1057 auf die B. vor 1900 entstandener Ansprüche § 584. — vor 1900 entstandener Anspruch des Pächters aus dem Pachtvertrag § 584. — in einem vor 1900 ergangenen Urteil als künftig fällig werdende Ansprüche rechtskräftig festgestellte Verzugszinsen (s. Zinsen) § 625; § 584 (2). **Allgemeines.** — Anwendung des Art. 169 ÖGB. im Handelsrecht 2 2, 266. — Begriff, Wesen, Arten d. Anspruchs-B. 1 1, 122 ff.; § 680. — Unterschied von der Ausschlußfrist 1 1, 125; § 680, 81. — Beweislast § 57, 59. — Nachbringen d. B.-seinrede in d. Revisionsinstanz § 715. — B.-frist u. Garantiefrist 2 1, 284, 379 (s. Garantie, Kauf). — Ablassenlassen d. B.-frist als objektiv wirkender Tatbestand 1 1, 59. — Haftung d. Auftraggebers e. Inkassoinstituts für B. d. Forderung? § 163. — Pflicht e. Vermögensverwalters z. Geltendmachung d. B.-seinrede 1 1, 134. — Vereinbarung über e. bereits verjährte vollendete B. § 90. — Beweislast für vertragliche Abänderung d. B.-frist § 1, 68. — accessio temporis bei Eintritt d. Resolutivbedingung im Fall d. § 221 ÖGB. § 1, 67. — Anwendung d. § 193 ÖGB. § 5 59, 200; § 79, 80. — replicatio doli gegenüber d. B.-einrede § 1, 68, 84; 4 69; § 5 65, 84; § 6 89 7 358, 359 (s. unten). — im voraus erklärter Verzicht auf die Einrede der B. § 7 92. — Einfluß d. Gerichtsferien; z. B. auf die B. nach § 28 PrStempÖ. v. 31. VII. 95 § 7 774.

Beginn (§§ 198–201 ÖWB.) 1 1, 127; 4 57. — B. bei Tilgung e. Forderung in Teilbeträgen; Abzahlungskgeschäfte § 680. — befristete Ansprüche § 86. — Gewährleistungsansprüche (§ 477) § 86. — Beginn d. kurzen Verjährung § 60 (Schluß d. Jahres der Entstehung oder der Lieferung? § 196); § 82, 83; § 7 89. — Beginn der kurzen B. bei vor dem 1. I. 00 entstandenen Forderungen d. §§ 196, 197 ÖWB. 2 1, 99; § 3 1, 64. — Beginn d. kurzen B. bei Stundung d. Schuld bis zu einem gewissen Zeitpunkt § 62. — Wiederbeginn der kurzen B. nach Unterbrechung § 83, 86. — bei Ansprüchen mit kalendermäßig bestimmter Leistungszeit 2 1, 98. — bei auf Kündigung gestellten Ansprüchen 2 1, 98, 99; § 3 1, 63. — bei von Anfechtung abhängigen Ansprüchen 2 1, 99; § 3 1, 64. — bei Unterlassungsansprüchen 2 1, 97, 98; § 3 1, 63. — bei Duldungs-

(Verjährung)

ansprüchen **2 1, 98.** — bei der fortgesetzten Handlung **4 60.** — bei Gebühren **4 60.** — Beginn der *V.* für Anwaltsgebühren u. auslagen **1 1, 126.** — d. *Anspruchs* auf Haftentschädigung nur nach endgültiger Feststellung **4 59.** — Rückwirkung e. Genehmigung (§§ 182 f.) auf den Beginn der *V.*-sfrist **6 78.** — Pietätsverhältnis als Hemmungsgrund **1 1, 130.** — vertragsmäßige Verlegung des Beginns des *V.* auf einen anderen Zeitpunkt **6 90.**

H e m m u n g (§§ 202—207 BGB.) **1 1, 128 ff.** — durch entgegenstehende Einreden **1 1, 128.** — Stundung als *H.*-sgrund **3 1, 66; 5 63** (bei Wechseln). — § 203 BGB. auf Verjährnis e. Vertragspflicht anwendbar? **3 1, 67.** — „höhere Gewalt“ i. S. d. § 203 BGB. (vgl. diese) **1 1, 130; 2 1, 101; 4 61; 7 90** (schwere Erkrankung). — Anwendung d. § 204 BGB. auf nichtige Ehe? **6 86.** — Hemmung nach § 204, wenn d. *Anspruchs* zum Wirkungskreis e. Pflegers gehört **4 439.** — Fortdauer der *V.* im Fall d. Todes d. Präfrüenten **1 1, 131.** — Voraussetzung für Anwendung d. § 206 **1 1, 131.** — Pietätsverhältnis als *H.*-sgrund **1 1, 130.** — Anwendung d. § 204 bei Klage von Innungen, Berufsgenossenschaften gegen ihre Vorsteher? **1 1, 130.** — Prüfung e. etwaigen *H.* ex officio **7 90.** — *H.* d. Gebührensanspruchs d. Armenanwalts gegen seine Partei (§ 125 ZPO.) **7 90.**

U n t e r b r e c h u n g (§§ 208—217, 219, 220 BGB.). — Erfordernisse der *U.* **6 87.** — durch Anerkennung **2 1, 103; 3 1, 66; 4 61; 5 63; 6 87; 7 90** (Anbieten e. Abfindung). — bei Vergleichsunterhandlung gemachtes Anerkenntnis **7 90.** — Inanspruchstellen e. baldigen Zahlung als Anerkenntnis **7 90, 91.** — Anerkenntnis e. Teiles d. *Anspruchs* **7 90.** — Anerkenntnis lediglich d. Bestehens d. *Anspruchs* unter Bestreiten der Höhe **7 90.** — durch Abschlagszahlung **2 1, 101; 5 63** (durch Pfändungsandrohung abgenötigte); **7 91** (Abschlagszahlung auf mehrere Forderungen). — Abschlagszahlung auf eine durch Wechselvorbehaltsurteil zugesprochene Urteilssumme **6 87.** — Zins- und Teilzahlungen durch die Sparkasse an den Unberechtigten **1 1, 131.** — Klagenänderung **2 1, 101.** — durch Einreichen e. Armenrechtsgesuchs **1 3, 60.** — durch Einreichen e. Gesuchs um Zustellung im Ausland **4 686.** — durch ausländische Klagerhebung **7 811.** — durch Bufenantrag im Strafprozeß **2 1, 101.** — durch Einklagung eines Teilbetrags d. Forderung **1 1, 131; 2 1, 101; 3 1, 66; 4 61; 6 87** (Erweiterung des *Klagantrags*). — keine Unterbrechung durch Antrag auf Abweisung einer von angeblichen Schuldnern erhobenen, negativen Feststellungsklage **6 87.** — Einfluß

unterlassener Rüge d. Verletzung einer Prozeßvorschrift **5 63.** — *U.* durch Feststellung z. Konkursabelle **2 2, 508.** — *U.* nur durch e. in die Klageschrift oder e. sonstigen, dem Prozeßgegenger zuzustellenden Schriftsatz aufgenommenen Antrag? **6 780.** — Klagerhebung vor unzuständigem Gericht **6 88.** — durch Zustellung d. Klage an e. vom Beklagten nicht bevollmächtigten Anwalt bei nachträglicher Genehmigung d. Prozeßführung **4 1001.** — keine *U.* durch Verfolgung von vor die ordentlichen Gerichte gehörenden Ansprüchen außerhalb d. ordentlichen Rechtswegs **1 1, 132.** — durch Zustellung e. vom Zebenten des Klägers erwirkten Zahlungsbefehls **5 63.** — Zustellung e. vom unzuständigen Gericht erlassenen Zahlungsbefehls **6 88; 7 91.** — durch Geltendmachung der Aufrechnung **3 1, 66, 67; 7 91.** — durch Streitverkündung: Begriff d. Abhängigkeit in § 209 Ziff. 4 BGB. **3 1, 67; 5 64; 6 87.** — Streitverkündung in e. ausländischen Prozeß **4 61; 5 64.** — demanoe garantie in Holland als Streitverkündung **4 61; 5 64.** — *U.* d. *V.* des Schadensanspruchs gegen den Kiederer durch Streitverkündung seitens des Beschädigten in dem gegen den Kiederer eines anderen mitbeteiligten Schiffes erhobenen Prozesse **6 87.** — einstweilige Verfügung keine „Vollstreckungshandlung“ **2 1, 101.** — Vormerkung *u.* *U.* d. *V.* **2 1, 101; 7 90.** — keine *U.* durch landesgesetzlichen Feststellungsbefehl notarieller Gebühren **7 91.** — Dauer der *U.* bei Aufhebung d. Konkurseröffnungsbeschlusses **1 1, 132;** bei Falllassen der Aufrechnung; bei Verwerfung der Aufrechnungseinrede durch Zwischenurteil **1 1, 132.** — Rücknahme d. Anmeldung im Konkurs **7 91.** — Erhaltung der durch Streitverkündung bewirkten *U.* durch Zustellung eines Zahlungsbefehls innerhalb der Frist d. § 215 Abs. 2 **6 88.** — Beendigung der *U.* durch Prozeßstillstand **1 1, 131.** — Klagerhebung nach Abweisung e. Antrags auf gerichtliche Beweiserteilung **1 1, 132.** — Endigung durch Prozeßstillstand infolge vereinbart. Ruhens d. Verfahrens **3 1, 67.** — Endigung durch Klagezurücknahme, gleichviel aus welchem Motiv **3 1, 67.** — nicht auf die Parteien zurückzuführender Stillstand des Prozesses **6 87.** — Einschränkung des *Klagantrags* als teilweises Klagezurücknahme (§ 212) oder als *Ruhen* des Prozesses (§ 211 Abs. 2)? **6 87.** — Wegfall der *U.*; Rechtsgebände d. § 212 II BGB. **2 1, 102, 6 88.** — schiedsrichterliches Verfahren keine Fortsetzung des gerichtlichen Verfahrens i. S. d. § 212 Abs. 2 BGB. **3 1, 67.** — § 212 Abs. 2 BGB. auf § 58 KrankZG. nicht zu beziehen **4 61** — Anwendung des § 212 Abs. 2 BGB. auf Anfechtungsklage

nach § 271 HGB. u. auf sonstige, eine Aufhebung, Nichtigkeitserklärung, Scheidung, Auflösung anstrebende Klagen? **6 88.** — enthält § 212 Absf. 2 eine Rückwirkung? **6 88.** — Wegfall (§ 212) bei Aufrechnung **1 1, 132; 3 1, 67;** im Mahnverfahren **5 64.** — Beginn des Laufs der neuen **3. 4 61; 6 83, 86** (bei kurzer Verjährung). — gegen Treu und Glauben verstoßende Verhinderung d. u. d. **3. 5 89; 6 89.** — Endigung d. durch Zustellung e. Zahlungsbefehls erwirkten u. **5 64.** — Klage auf Feststellung d. Miteigentumsverhältnisse e. Grundstücks zwecks späterer Grundbuchberichtigung u. Eintrags e. Zwangshypothek unter § 209 Ziff. 5 HGB. fallend? **7 91.**

Wirkung (§§ 222—224 BGB.). — verjährte Schuld als Naturalobligation **1 1, 133; 6 88; 7 91.** — Wesen u. Wirkung d. **3. -seinrede 1 1, 132; 2 1, 102.** — replicatio doli gegenüber d. **3. -seinrede 1 1, 133, 159; 2 1, 137; 3 1, 68, 84; 4 69; 5 65, 84; 6 89; 7 92, 99.** — stillschweigender Verzicht auf d. **3. -seinrede 1 1, 80, 132, 133; 2 1, 102.** — außergerichtliche Geltendmachung d. **3. -seinrede 4 60; 6 88** (Einsluß auf den Lauf d. Verzugszinsen). — nicht Geltendmachung d. **3. -seinrede, sondern** Klageabweisung wegen **3. hat die Wirkung d. § 222 BGB. 5 64.** — keine Pflicht e. Vermögensverwalters zur Geltendmachung der **3. -seinrede 1 1, 134.** — analoge Anwendung d. § 222 BGB. auf die durch Zwangsvergleich klaglosen Forderungen **3 1, 68.** — keine Beseitigung der Wirkung d. **3. durch** Abschlagszahlung **5 63.** — Sicherstellung verjährter Forderungen durch Bewilligung e. Vormerkung **2 1, 102.** — Sicherstellung verjährter Forderungen durch Bürgen **6 88.** — Leistung e. nach Erlaß d. Urteils verjährten Anspruchs zwecks Abwendung d. Zwangsvollstreckung **5 64.** — Befriedigung verjährter Forderung zwecks Vermeidung d. Zwangsvollstreckung e. vorläufig vollstreckbaren Titels **2 1, 102.** — Anspruch auf Beseitigung e. Vormerkung bei **3. der** persönlichen Forderung **7 92.** — Rückforderung von Zahlungen auf e. verjährte Forderung **5 63.** — Rückforderung e. nach **3. gezahlten** preuß. Stempelabgabe **1 1, 132.** — Anschluß der *condictio indebiti* durch § 222 BGB. **5 64.** — § 222 Absf. 2 BGB. verlangt Freiwilligkeit der Leistung **5 64, 65.** — „Anerkenntnis“ des § 222 Absf. 2 BGB. **1 1, 133; 3 1, 68; 5 64; 6 88, 89** (formloses, vertragsmäßiges Anerkenntnis genügend?); **7 91, 92.** — Wiederaufleben e. verjährten Forderung durch Anerkenntnis nach § 781 BGB. **4 61, 6 88.** — kann d. Kläger, der e. verjährte Gegenforderung d. Beklagten im Prozesse auf d. Klageforderung selbst abgerechnet hat, gegenüber d. Widerklage die **3. einwenden?** **6 89.** — Wirkung d. **3.**

in der Person eines Gesamtschuldners **2 1, 263; 3 1, 207** (vgl. Mehrheit). — Anwendung d. § 223 BGB. auf andere als vertragsmäßige Pfandrechte? **6 89.** — kein Zurückbehaltungsrecht auf Grund e. verjährten Anspruchs **1 1, 179; 2 1, 169, 172; 3 1, 120; 4 99.** — Aufrechnung mit verjährten Forderungen **1 1, 290, 352; 3 1, 222; 4 139, 166; 5 156, 197** (vgl. Aufrechnung). — verjährte Forderungen als weniger sichere Forderungen i. S. der §§ 366, 396 BGB. **1 1, 296; 3 1, 184** (vgl. Erfüllung). — Vereinbarung über e. bereits vollendete **3. 6 90; 7 92.** — Anwendung d. § 224 BGB. bei Tilgung d. Hauptanspruchs durch Zahlung **7 92.**

Verjährungszeit einzelner Ansprüche, insbesondere die 30 jährige Verjährung. — Rechte, die nicht Ansprüche i. S. d. BGB. sind **3 1, 63; 4 57.** — Abzahlungsgeschäfte **6 80.** — Unterlassungsansprüche **5 62; 6 80.** — Anspruch aus § 307 BGB. **1 1, 215; 2 1, 208.** — Anspruch aus § 54 Satz 2 BGB. gegen die Handelnden **5 13.** — Anspruch auf Ausstellung e. Zeugnisses (s. dieses) **1 1, 126.** — vertragsmäßig anerkannte verjährte Ansprüche **1 1, 133.** — Verjährungsfrei e. durch Zwischenurteil nach § 304 ZPO. festgestellten Anspruchs nach § 218 BGB.? **6 88.** — Anspruch d. Kommittenten **5 60.** — Ausstellang e. Schuldscheins über d. Gesamtbetrag e. Rechnung, deren Einzelposten d. kurzen Verjährung unterliegen **6 83.** — Anspruch aus *negotiorum gestio* **2 1, 95; 5 60.** — Klage auf Feststellung d. Ungültigkeit oder Aufhebung e. Vertrags **3 1, 63.** — Gewährleistungsanspruch wegen noch nicht entrichteter Anliegerbeiträge **5 60.** — Frachtzuschläge (s. Eisenbahn) **2 1, 102; 5 65; 6 89.** — Handwerkskammer- u. Zinnungsbeiträge? **2 1, 97.** — Erbschaftsanpruch aus § 25 GewUWG. **6 83.** — Anspruch d. Armenverbands auf Erstattung gewährter Unterstützung **4 60** (s. **6 86**). — vom Notar bezahlte Stempelfosten u. feine in die Staatskasse fließenden Gebühren **4 60; 5 62.** — endgültig festgesetzter Anspruch auf Haftentfähigkeit **4 61.** — Anspruch auf Rückzahlung irrtümlich gezahlter Krankenversicherungsbeiträge **6 83.** — Forderungen e. Handwerkers aus e. Bauentreprisevertrag; vor 1900 als Kaufmann geltende Bauunternehmer **4 59; 6 85; 7 89.** — Verjährung der vom Notar bezahlten Verkehrssteuer **4 60.** — kurze Verjährung des Anspruchs auf Rückgabe der Verpackung (vgl. diese unten) **4 59; 5 61; 6 694.** — Anspruch aus e. Verpflegung **2 1, 96; 4 59.** — Anspruch gegen den Bürgen **7 89.** — Erstattung nicht festgesetzter Prozeßkosten **7 89.** — rechtskräftig festgestellte, unselb-

(Verjährung) ²⁷

kändige wiederkehrende Nebenleistungen (§ 218 Abs. 2 BGB.) 791. — Haftung d. Staats für Verschulden seiner Beamten 7584.

2 jährige Verjährungsfrist. — Beurteilung d. Kaufmannseigenschaft i. S. d. § 196 für die Übergangszeit 459; 685. — Handwerkerforderungen 459; 561; 685. — wenn zwar der Unternehmer, nicht aber der Ausführende Handwerker ist 685. — Architekt „Kunstgewerbetreibender“ oder Anwendung d. § 196 Ziff. 7? 685. — Begriff des Gewerbebetriebes 11, 126; 21, 96; 31, 63; 459; 561; 685 (s. auch unten 4jährige Frist). — landwirtschaftlicher Betrieb als Gewerbebetrieb nach § 196 Ziff. 1? 11, 126; 21, 96; 459; 561. — Vermieten kein Gewerbebetrieb nach § 196 Ziff. 1? 21, 97; 459. — Architekt unter § 196 Ziff. 1 fallen? 21, 96; 561. — Brennerei, Zuckersfabrik Gewerbebetrieb 11, 126; 21, 96. — Bergbau Gewerbebetrieb 561. — Straßenbauunternehmen 459; 562. — Schriftdruckerei als Gewerbebetrieb nach § 196 Ziff. 1? 11, 126. — Forderungen eines Handwerkers aus einem Bauentrepriservertrag vor 1900 als Kaufmann geltender Bauunternehmer 459; 685; 789. — Umgestaltung eines Gebäudes durch Miterben zwecks vorteilhafter Veräußerung kein Gewerbebetrieb 685. — Anlegung einer Wasserleitung durch eine Gemeinde kein Gewerbebetrieb 685. — Zuckersfabrik als Gewerbebetrieb i. S. d. § 196 Ziff. 1 BGB. 11, 126. — Militärdienst kein Gewerbebetrieb i. S. d. § 196 Ziff. 1 BGB. 11, 126. — Brennerei als Gewerbebetrieb i. S. d. § 196 Ziff. 1 BGB. 11, 126. — Ausführung v. Arbeiten im Vollzug e. Dienst- oder Werkvertrags 21, 96. — Dienstleistungen im Vollzug e. Dienst- oder Werkvertrags 21, 97. — Ansprüche aus Lieferungen von „landwirtschaftlichen Erzeugnissen“ 21, 96; 561. — „Leistung von Diensten“ 562; 685. — „Forderung aus e. kaufmännischen Dienstverhältnis“ 562. — Ansprüche aus Sahniete 686. — Ansprüche auf Rückgabe d. Emballage 459; 561; 686, 694; 789 (geliehene Fässer). — Kaufmannsforderung 459; 561. — Arzthonorar 21, 97. — Zeugen u. Sachverständigengebühren 562. — die nicht in die Staatskasse fließenden Gebühren der Notare 460. — Ansprüche aus Verpflegung 21, 96; 459. — Ansprüche der Provinzialverbände aus Ertrag der für Weißesfranke aufgewendeten Verpflegungskosten 686. — vergleichsweise Zulage der Kaufpreiszahlung bei Besserung der Vermögensverhältnisse 561. — wegen Verzugs u. a. in Schadensersatzansprüche umgewandelte Ansprüche aus § 196 560, 61;

685. — Abzahlungsgefchäfte 686. — *condictio indebiti* bei Geschäften aus § 196 BGB. 685, 86; 789. — kaufmännische *actio mandati contraria* 789. — Anspruch d. Lagerhalters 790. — Gebühreanspruch d. Armenanwalts aus §§ 124, 125 P.D. 789, 90. — Entschädigung wegen vertragswidrig entzogener Arbeit 789.

4 jährige Verjährungsfrist. — Ansprüche aus Leistungen f. d. „Gewerbebetrieb“ des Schuldners 11, 126; 21, 96; 31, 63; 459; 561 (s. 2jährige Verjährungsfrist). — Ansprüche des Frachtfuhrmanns mit Kaufmannseigenschaft aus Leistungen für den Gewerbebetrieb d. Schuldners 459. — Verzugszinsen 564; 791 (rechtskräftig zuerkannt). — Zinsrückstände 562. — Zinsen aus den Entschädigungssummen nach § 36 Abs. 2 preuß. EnteignG. 686. — „Rückstände v. Unterhaltsbeiträgen“ 460; 686 (Fälligkeit; in quali et quanto noch nicht feststehende Alimentenansprüche). — Amortisationszuschläge 21, 97.

Unverjährbare Ansprüche. — Unterlassungs-A. 562; 680. — Anspruch auf e. Fulleistung 562. — *ius tollendi* 459. — Eigentumsanspruch d. Gläubigers e. Sparkassenskapitals 11, 131. — Kündigungsrecht d. Mieters; Recht auf Mietzinsbefreiung bzw. Minderung 11, 365. — Anspruch auf Aufhebung oder Wiederherstellung e. Güterfandes 11, 126. — Anspruch d. Hinterlegers gegen die Hinterlegungsstelle 11, 277.

Verjährung von Rechten an Grundstücken. — von nicht eintragungsfähigen Rechten 11, 549. — nachbarrechtlicher Ansprüche nach lübischem Recht 6377. — des Eigentumsanspruches auf Herausgabe des Grundstücks 11, 549. — des Anspruches des wahren Eigentümers, wenn überhaupt jemand als Eigentümer eingetragen ist? 21, 544. — im Fall der Eintragung einer Vormerkung 31, 406; 4323 (Unterbrechung der Verjährung durch Bewilligung einer B.?).

Verkauf i. Kleinverkauf, Alleinvertretung, Kauf, Veräußerung, Ware. — e. fremden Sache 21, 209, 269; 590. — Bedeutung d. § 281 im Fall mehrfachen B. e. Grundstücks 21, 195. — Weiterveräußerung e. schon verkauften Sache 21, 219. — kein Verschulden i. S. d. § 254 BGB. durch Verkauf unter dem Einkaufspreis 490; 598. — gestohlene Sache 21, 123. — Verkauf ins Haus, Erfüllungsort 21, 166; 31, 117. — Verbot d. Verkaufs unter e. bestimmten Preis; Haftung d. Verkäufers für Nichtbefolgung durch den Angestellten § 119 (s. Preis).

Verkaufsstellen offene nach GewD. vgl. Ladenschluß. — Begriff nach §§ 139 e ff.

Seite Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

GewD.; Annahmestelle von Färbereien, Wäschereien? Gastwirtschaften? Automaten, Automaten auf Bahnhöfen, Zigarrenbüfets in Wirtschaften, Banken 4 974, 975. — „Geschlossenheit“ i. S. des § 139 e GewD.; Erkennbarmachen d. Laden schlusses 4 974, 975. — Überschreiten der Verkaufszeit in Notfällen 4 975. — frühzeitigerer Laden schluß (nach §§ 139 f. GewD.) für Betrieb mit verschiedenen Geschäftszweigen 4 975. — Anhörs der Gemeindebehörde i. F. d. §§ 139 f. GewD. 4 975. — Arbeitsordnung für offene B. (§ 139 k); Berechnung der 20 Arbeiter 4 975. — Übertretung nach § 146a GewD. durch nicht genügende Beaufsichtigung d. Angestellten seitens d. Arbeitgebers; Strafbarkeit d. Angestellten; Beihilfe 4 976.

Verkehrssitte s. Auslegung u. die dort Zitierten, Treu u. Glauben, Handelsgebrauch. — die am Erfüllungsort geltende B. ist maßgebend 6 95. — als Auslegungsmittel von Willenserklärungen überhaupt 1 1, 94, 150 f.; 6 95. — Auslegung nach der B. im Verhältnis zur Auslegung nach Treu u. Glauben 1 1, 95; 5 50. — Verhältnis zum gesetzl. u. ungesetzl. Recht 7 94, 95. — geht Auslegungsregel vor? 2 1, 80. — Kraft e. von der gesetzl. Norm abweichenden B. 7 65, 95. — Normen der B. Gewohnheitsrechtsnormen? 1 1, 54; 7 98. — keine Ergänzung oder Abänderung gesetzl. Obliegenheiten durch d. B. 5 51. — maßgebend für Gewerbetreibende 2 1, 80. — als Handhabe für Auslegung einer Vertragsstrafe betreffenden Bestimmung 4 51. — beim Vertragsabschluß nicht hervorgetretene Absicht einer Partei, sich den B. nicht zu unterwerfen 7 656. — Beachtlichkeit des Irrtums über B. 2 1, 51; 7 98. — bindende Wirkung für den mit ihr nicht Vertrauten 6 71, 95; 7 98. — Berücksichtigung der B. bei Prüfung der Rechtzeitigkeit der Annahme eines Vertragsantrages 4 49. — B. u. Schuldnerhaftung 1 1, 187; 2 1, 186. — Bestimmung der Zeit des Abrufs nach B. 6 95. — Bedeutung für Auslegung des § 618 6 95, 237. — Abschluß ohne Erwähnung d. allgemeinen Geschäftsbedingungen d. Verkäufers, wenn d. Käufer wußte, daß der Gegner in der Regel nur auf Grund dieser Bedingungen abschließt 6 680 (s. Geschäftsbedingungen). — nach Vertragsabschluß seitens einer Partei erklärter Widerspruch gegen d. Anwendung der im Handelsverkehr geltenden Gewohnheiten 7 66.

Veründung. — des Urteils s. Urteil. — von Beschlüssen f. Beschlüsse.

Verlagsrecht s. Preisschleuderei. — analoge Anwendung d. § 62 Lit. UrhG. ? 3 2, 680. — dispositiv Natur d. Gesetzesvorschriften 3 2, 677; besonders des § 2 Abs. 3 3 2,

678. — rückwirkende Kraft des Gesetzes? 3 2, 680; 4 534. — Verlagsvertrag mit einem Ausländer 2 1, 166 (Erfüllungsort); 3 2, 678. — Verlagsvertrag mit prozentualer Beteiligung als Gesellschaft 1 1, 418. — Erfüllungsort für den Verfasser 3 2, 679. — Erfüllungsort für den Verleger 3 2, 679. — wann ist der Verlagsvertrag perfekt? (Bestimmung des Honorars) 5 1083 (2). — Umfang der Haftung des Verfassers gegenüber dem Verleger 5 1083. — Nießbrauch 5 1083. — Zwangsvollstreckung in Verlagsrechte 7 1161. — Kunstverlag 3 2, 661. — Anwendung d. Gesetzes über das B. a. d. Kunstverlag? 3 2, 678; Übertragung des Werkes in eine andere Kunstform 3 2, 678; Begriff der Auflage im Kunstverlag 3 2, 678; Übertragbarkeit? 3 2, 679; Freieremplate, Verkauf derselben seitens des Künstlers 3 2, 679. — Verlagsvertrag im Zeitungsweesen 3 2, 678; Größe der Auflage im Zeitungsweesen 3 2, 678; Nachdruck von Zeitungsartikeln (Gestattung seitens des Verfassers) 3 2, 680; Recht des Verfassers auf sofortige anderweite Verfügung über seine Arbeit nach Erscheinen des Aufsatzes; Beschränkung bei Kalendern, Jahrbüchern u. ä. 3 2, 679. — Vorzugspreis des Verfassers für die zur Weitergabe an seine Zuhörer bestimmten Exemplare 5 1083. — Zeugnisverweigerung über d. Inhalt eines Verlagsvertrages 3 2, 678. — rechtl. Natur d. Verlagsvertrages, d. Verlagsrechts 7 1165. — Verlagsvertrag als Arbeitsvertrag 2 1, 324; 3 1, 248. — Unterschied des Verlags vom Werkvertrag 5 242. — Verlagsvertrag analog Pacht zu behandeln 2 1, 308. — Verlagsvertrag ohne definitive Festsetzung des Honorars für spätere Auflage 4 122. — Verlagsvertrag als Übertragung des Urheberrechts? 7 1163. — Recht des Verlegers zum Ramschverkauf unverkäuf. Werke 3 2, 679. — vermögensrechtlicher Charakter der Ansprüche des Verfassers aufervielfältigung und Unterlassung eigenmächtiger Abänderung 3 2, 679. — kein Recht des Autors zur Beschränkung der Verfügungsbefugnis des Budeigentümers 5 41 (s. Preis, Preisschleuderei). — Schutz des Verlegers gegen Dritte, die das Buch unter dem Ladenpreis verkaufen 5 1081, 1082; 7 1163. — Vereinbarung der Parteien über die Bestimmung des Ladenpreises 7 1166. — Honorar: Vereinbarung der Termine als Fingergeld 3 2, 679. — Grundsätze bei Bestimmung der Angemessenheit des Honorars 7 1166. — Pflicht d. Verlegers zur unentgeltlichen Zusendung von Rezensionsexemplaren an Zeitchriften; rechtl. Natur dieser Pflicht 7 1166. — Kritik des § 9 7 1165, 1166. — Recht des Verlegers an einem Zeitchriftenunternehmen 7 1166, 1167. —

(Verlagsrecht)

Herstellungskosten des Verlegers einer Komposition 7 1167. — vom Autor zu vertretende Mängel des Werkes 7 1166. — V. an einem von der Behörde eingezogenen und vernichteten Werk 7 1166. — Vermögenswert des Manuskripts 3 2, 679. — Anspruch des Verfassers auf Herausgabe des Manuskripts nach Vervielfältigung 3 2, 679. — Autor zur Zurückbehaltung e. Kopie e. abgeſandten Manuskripts nicht verpflichtet 5 100. — Klage des Verlegers auf Feſtſtellung d. Anzuläßigkeit eines vom Verfaſſer wegen rechtswidrigen Nachdrucks beantragten Strafverfahrens 7 1166.

Verleſter. — Begriff im Zivil- u. Strafrecht 2 1, 128. — Einwilligung des V. 2 1, 28, 142; 5 80 (Widerrechtlichkeit). — Operationspflicht des V. 1 1, 165; 2 1, 145 f.; 4 78; 5 93 (f. konkurrierendes Verſchulden).

Verlöbniß.

Internationales Recht. — Fähigkeit z. V.-Abſchluß 1 2, 359. — Form d. V. 1 2, 359. — Wirkungen d. V. 1 2, 359. — Rückgabe der Brautgешеfte 1 2, 359. — Klage auf Eingehung der Ehe aus einem zwischen Ausländern oder im Ausland geſchloſſenen V. 1 2, 3.

Übergangsrecht. — Einſtufbarkeit e. Eheverſprechens? 1 2, 3, 416, 419, 420. — vor 1900 entſtandener Deſlorationsanſpruch 1 2, 419, 431. — Anwendung des Art. 170 GGWB. auf V. des alten Rechts 1 2, 431; 2 1, 787. — vor 1900 rechtskräftig gewordenes Urteil auf Eheabſchluß gegen den untreuen Verlobten 5 626. — vor 1900 geſchloſſenes, wegen Mangels der Form ungültiges V. 1 2, 430. — Auflöſung eines vor 1900 geſchloſſenen V. nach 1900; Schadensanſpruch, wenn die z. Schadensersatz verpflichtenden Tatumstände ſich vor 1900 ereignet haben 1 2, 431; 3 1, 695. — Klage auf Eheabſchluß bei vor 1900 erfolgter Auflöſung? 1 2, 431. — Verjährung der Schadensanſprüche bei Auflöſung vor 1900 1 2, 431. — vor 1900 geſchloſſenes, nach altem Recht ungültiges, nach neuem gültiges V. 1 2, 3; 4 371. — Anwendung des neuen Rechts auf das nach 1900 fortgeſetzte V. 2 1, 610. — vor 1900 erfolgter Rücktritt; Schadensanſpruch nach §§ 1299 u. 1300? 1 2, 4, 5, 6; 2 1, 611.

Allgemeines. — familienrechtlicher oder obligatorischer Vertrag? 1 2, 1; 2 1, 609; 3 1, 465; 4 370, 371; 5 455; 6 439. — Deliktscharakter der Anſprüche aus §§ 1298 ff.? 1 2, 2, 4; 3 1, 466. — Garantieverſprechen 2 1, 609. — bedingte, beſtimmte V.: V. mit einer Auflage 1 2, 2; 4 370; 7 470. — Geſchäftsunfähige u. beſchränkte; Einwilligung der geſetzlichen Vertreter oder Eltern Minderjähriger zum Verlöbniß-

abſchluß 1 2, 2, 3; 2 1, 607, 609, 610; 3 1, 42, 466 (4); 4 28, 370, 371 (2); 5 455; 6 41 u. 439. — Verweigerung der Genehmigung ſeitens der geſetzlichen Vertreter; Widerruf der Genehmigungsverweigerung 5 455. — nachträgliche Genehmigung des von einem Minderjährigen abgeſchloſſenen Verlöbniſſes, nachdem der andere Teil ſich anderweit verheiratet hat 4 457. — Genehmigung des V. nach Eintritt der Großjährigkeit 4 371. — Abſchluß durch Stellvertreter 1 2, 2; 2 1, 609. — Geſtattung der Bewohnung als Annahme des Eheverſprechens 4 371; 6 439. — Willensmängel 1 2, 2; 2 1, 609; 3 1, 466 (2); 5 455; 6 439. — V.-Treue 1 2, 2; 3 1, 466. — V. einer Gewerſünzucht weiter treibenden Dirne; Zeugnisverweigerungsrecht derſelben 1 2, 2. — Begründung einer natürlichen Rechtspflicht zur Eheſchließung? 2 1, 609. — V. bei abſolutem Ehehindernis 1 2, 2. — V. bei Vorliegen des Ehehinderniſſes aus § 1312 BGB. 7 470, 816. — Anwendung des § 138 BGB. 3 1, 466; 7 470. — V. bei temporären Ehehinderniſſen; V. mit dem Miſchuldigen des Ehebruchs nach rechtskräftiger Scheidung 1 2, 3. — geſchlechtliche Hingabe als Annahme des vorhergegebenen Eheverſprechens 4 371; 6 439. — Erfüllungsort 2 1, 610; 4 371. — keine Klage auf Leiſtung des Erfüllungsinteresses; vor 1900 erwachſener Schadenersatzanſpruch 1 2, 3, 5. — V. mit der Abmachung, zuſammen in den Tod zu gehen 4 371.

Rücktritt. — wichtiger Grund 2 1, 616; 3 1, 466; 5 455 (subjektive u. objektive Momente). — Krankheit 2 1, 610; 6 439 (Tuberkuloſe). — in der Perſon des Zurücktretenden liegender Grund 1 2, 4. — Einwilligungsverweigerung der geſetzlichen Vertreter 2 1, 610; 7 471. — Irrtum über die Vermögensverhältnisse 1 2, 4; 2 1, 610 (2); 4 371; 7 470. — früher außer-ehelicher Geſchlechtsverkehr 4 371. — Bruch der Verlöbnißtreue 1 2, 4; 2 1, 610. — bei Abſchluß des V. vorbandener, aber erſt nachher zur Kenntnis des Rücktretenden gekommener Grund 1 2, 4. — Verſchlechterung der Vermögensverhältnisse 7 471. — wegen Vorliegens eines Ehehinderniſſes oder Scheidungsgrundes 1 2, 4 (f. 6 440). — Rücktritt von einem vor 1900 geſchloſſenen Verlöbniß 5 455. — Rücktritt von einem nichtigen oder mit Erfolg angeſochtenen V. 1 2, 3. — analoge Anwendung der Grundſätze über Eheſcheidung? 6 440. — einſeitiges, empfangsbedürftiges Rechtsgeschäft 1 2, 4; 3 1, 466; 5 455. — Zeitpunkt des R. 1 2, 4, 6. — Anwendung der §§ 346 ff. 1 2, 4. — Selbſtmord als R.? 6 439. — R. Geſchäftsbeſchränkter oder gegen ſolche 1 2, 4; 2 1, 610; 3 1, 465 u.

467 (Verfugung oder Zurücknahme der Einwilligung des Vaters als R.-Grund); 6 440. — Mitteilung des Grundes bei R.-serklärung 1 2, 4. — Verschulden i. S. des § 1299 1 2, 5; 4 372. — Fortsetzung des Verlobnisses nach Kenntnis des wichtigen Grundes zum R. 5 455. — Vorbringen eines neuen R.-grundes im Laufe des Prozesses (in der Revisionsinstanz)? 3 1, 467; 4 372. — Beweislast für das Vorhandensein eines wichtigen Grundes 2 1, 610; 7 793.

Schadensanspruch wegen Rücktritts. — Erfüllungsort 4 371. — rechtliche Natur 1 2, 2 u. 4; 3 1, 467 (kein Anspruch auf das Erfüllungsinteresse). — Zuständigkeit des Amtsgerichts? 4 372. — Haftung d. Erben bei Auflösung des B. durch Selbstmord 1 2, 4. — Ersatz entgangenen Gewinns (Aufgabe einer Stellung) 2 1, 610; 4 371. — aus Liberalität gemachte Aufwendungen der Eltern 1 2, 3. — zum Zweck der Verlobung gemachte Aufwendungen 6 440. — in Erwartung der Ehe gemachte Aufwendungen 1 2, 3 u. 4. — nur vor Bruch des B. liegende Verfügungen 3 1, 466. — Angemessenheit der Aufwendungen 1 2, 4. — Ersatz der Bewirtungskosten für Gratulanten 2 1, 611. — Erstattung des ganzen Betrags der Aufwendungen? 1 2, 4. — Kosten des Verlobungsmahles 4 372. — Ablehnung eines zweiten wohlhabenden Freiers 1 2, 4. — Ersatz von Portokosten, der Auslagen für Bewirtung d. Verlobten 7 470. — gesundheitlicher Schaden und damit zusammenhängende vermögensrechtliche Nachteile 6 440. — Aufgabe e. Erwerbsstellung schon bei Einrüden des Zeitungsinsertes 7 470. — Anspruch nach § 823 bei Lösung in beiderseitigem Einverständnis 1 2, 6. — Anspruch nach §§ 823 ff. bei vorsätzlichem Herbeiführen des Rücktritts 1 2, 5. — Anwendung des § 826 neben § 1299? 6 440. — wann muß der verursachte Schaden eingetreten sein? 3 1, 466. — von d. geschwängerten Braut mit Rücksicht auf ihren körperlichen Zustand gemachte Aufwendungen 4 371.

Anspruch nach § 1300. — Rechtsnatur 1 2, 2, 5. — Konkurrenz mit §§ 825, 847, 1708 1 2, 5. — sachliche u. örtliche Zuständigkeit 1 2, 5; 4 372; 5 455; 6 440. — Bewohnung ohne Schwängerung 1 2, 5. — vor B.-Abschluß vollzogene Bewohnung 1 2, 5 (2), 6; 2 1, 611; 4 372; 5 456; 6 440. — Versprechen der Heirat, wenn aus der Bewohnung ein Kind hervorgehen sollte 2 1, 611. — Einfluß der Heirat mit einem Dritten 1 2, 6. — vor Einwilligung des gesetzlichen Vertreters z. B. erfolgte Bewohnung; nachträgliche Einwilligung 7 471. — vor u. nach Abschluß des Verlobnisses erfolgte Bewohnung

7 471. — Anspruch einer Witwe oder geschiedenen Frau nach § 1300 2 1, 611. — Eideszuschiebung über die allgemein gehaltene Tatsache, daß die Verlobte sich schon einem anderen Manne preisgegeben habe 3 1, 467 (s. Eid); 7 471. — Umfang d. Schadensanspruchs 5 456; 6 440. — von den Geschwängerten mit Rücksicht auf ihren körperlichen Zustand gemachte Aufwendungen 4 371. — Beweislast über die Unbescholtenheit 4 372; 6 440; 7 793. — Unbescholtenheit 1 2, 5; 2 1, 611; 4 372; 5 456 (Bekanntsein der geschlechtlichen Ausschreitung in weiteren Kreisen?); 6 440; 7 471 (Eideszuschiebung). — Kenntnis des Bräutigams von der geschlechtlichen Verfehlung 5 456. — Verlust der Möglichkeit, durch Verheiratung mit dem Untreuen in bessere Verhältnisse zu kommen, bei Bemessung des Schadens zu berücksichtigen 7 471. — Entschädigungsanspruch, wenn die geschlechtliche Hingabe nicht lediglich im Vertrauen auf nachfolgende Eheschließung erfolgte? 5 456; 7 471. — für Bemessung der Schadensansprüche maßgebender Zeitpunkt 6 440. — Anwendung des § 193 BGB. auf die Verjährungsfrist des § 1300 6 80. — Abtretbarkeit des Anspruchs nach § 1300 7 471. — bei nichtigem, angefochtenem Verlobnis 1 2, 6. — vor Eingehung des B. oder ohne Rücksicht auf das B. gegebene Geschenke 1 2, 6; 2 1, 611; 6 441. — Rückforderung der Briefe 1 2, 6; 2 1, 611; 5 456; 6 441. — kein Rückforderungsrecht bei schuldhaftem Veranlassen des Rücktritts des Gegners 1 2, 6. — Herausgabeanpruch gegen den Dritten, dem der Beschenkte die Sachen zuwendete? 2 1, 611. — Begriff des Geschenkes 5 456. — Grund d. Bestimmung d. § 1301 Satz 2 7 471. — Einwand der Zerstörung oder des Verbrauchs der geschenkten Sache 7 471.

Verjährung. — Zeitpunkt d. Auflösung 1 2, 6. — Anwendung des § 193 auf die B.-frist des § 1300? 6 440. — Beginn u. Ende der B.-frist 5 456.

Verlorene Sache vgl. Fund. — Begriff 2 1, 429 (auch Fund). — Verwahrungspflicht als Ausfluß eines Transportbetrags 4 226 (Fund in der Straßenbahn). — Auslobung von „v. S.“, Irrtum über die Eigenschaft der „v. S.“ 2 1, 394, 421.

Vermächtnis s. letztwillige Verfügung. **Übergangsrecht.** — Erwerb des grundbuchmäßigen Eigentums an vermachten Grundstücken bei Erbfall vor 1900 1 2, 453. — grundbücherliche Verlautbarung einer altrechtlichen B.-Anwartschaft 4 555. — Anfall nach 1900 5 635.

Allgemeines. — Rechtsnatur u. Liberalität 1 2, 209. — Verhältnis zu §§ 331, 332 (Versprechen der Leistung an einen Dritten nach dem Tode des Ver-

(Vermächtnis)

(Sprechensempfängers) **12**, 252. — Bestimmung, daß einzelne bestimmte Vermögensstücke an bestimmte Erben anfallen sollen, als Erbseizung oder als *W.*? **12**, 252. — Erbvertrag mit gegenseitiger Einseizung der Gatten als Alleinerben gegen Ausseizung eines Vater- oder Muttergutes an d. Kinder; Kinder *W.*-Nehmer **31**, 626 (s. Erbseizung). — Sicherung des *W.*-Anspruchs im Grundbuch **32**, 149; **6** 1048 (Nach-*W.*). — Herbeiführung einer dinglichen Wirkung des *W.* durch Einseizung des Bedachten als Miterben unter der Anordnung, daß er durch Empfang des *W.*-Gegenstandes befriedigt sein solle? **12**, 254. — durch den Erblasser einem Dritten oder dem Beschwerten eingeräumte Befugnis über die Verteilung eines *W.* unter mehrere zu bestimmen; gänzliches Übergehen einzelner; Ausübung des Bestimmungsrechts nur gegenüber einem Teil der Bedachten **21**, 718. — Anordnung der Auszahlung eines *W.*, wenn es mit Rücksicht auf den Nachlaßbestand tunlich sein sollte“ **6** 544. — aufschiebend bedingtes *W.* oder *W.* mit einem Anfangstermin **21**, 715. — in einem gemeinschaftlichen Testament von Ehegatten einem Dritten ausgesetzt, beim Tode des Erstversterbenden zu zahlende Geldsumme **5** 576. — Ausschluß der Konfusion u. Konsolidation mit Rücksicht auf ein *W.*; bloßes *W.* des Nießbrauches an einer Forderung des Erblassers gegen den Erben **12**, 254. — *W.* eines Nießbrauches unter gleichzeitiger Ermächtigung der hypothekarischen Belastung des Nachlaßgrundstücks **7** 529, 548, 549. — analoge Anwendung des § 2175 BGB. **12**, 254. — bedingtes *W.*; Stellung des *W.*-Nehmers **7** 548. — Anordnung der Auszahlung erst nach dem Tode des überlebenden Ehegatten **7** 548. — Bestimmung des Erblassers, daß dem eingesezten Erben ein bestimmter Gegenstand nicht zufallen solle (§ 2149), bei nicht Vorhandensein gesetzlicher Erben **31**, 626. — *W.* mit Anfangstermin **11**, 100. — Abtretung, Pfändung e. bedingten *W.* nach Erbfall **7** 542. — unfittliches *W.* **4** 47. — *W.* an die Konkubine **4** 45. — auf Grund e. wichtigen Testaments betätigte Abtretung der vermachten Forderung seitens des Erben an den Bedachten **12**, 254. — Steuerpflicht des *W.* nach Tarifst. 32 Absf. 5 PrStempStG.? **6** 552. — *W.* des Nießbrauchs an Nachlaß oder Vorerbschaft? Rechtslage bei Nießbrauch-*W.* an die minderjährigen Kinder der Erben **7** 549.

Gegenstand u. Arten. — Besitz **12**, 252; **31**, 627. — eine Handlung **12**, 252; **5** 576 (reine Unterlassung). — *legatum sinendi modo* **5** 576. — Gegenstände ohne Vermögenswert **12**, 209;

31, 627. — *W.* des Nießbrauchs an einer Erbschaft, einem Erbteil **5** 576; **7** 549 (2). — resolutiv bedingtes *W.*; Wegfall der vermachten Nutzung bei ihrer Pfändung durch die Gläubiger des Bedachten **21**, 713. — aufschiebend bedingte, oder mit einem Anfangstermin angeordnete *W.*; Wegfall durch Zeitablauf; Abänderung des § 2162? **12**, 253. — Voraussetzung des Anspruchs auf Herausgabe bezogener Früchte **21**, 720. — Erstreden auf das Zubehör; Beweislast **12**, 253. — Früchte, Zeitpunkt der Gewährung bei *W.* einer dem Beschwerten oder einem Dritten gehörigen Sache **12**, 254.

Gattungsverhältnis **11**, 154. — von nicht im Nachlaß befindlichen Sachen **12**, 253; **21**, 718.

Vermächtnis eines belasteten Gegenstandes. — ein mit einer Hypothek des Erblassers belastetes Grundstück **12**, 253; **31**, 627. — Pflicht des Erben zur Befreiung obligatorischer Rechte **31**, 626. — mit einer Schuld des Erblassers belastetes Grundstück, Regreß des Erben gegen den *W.*-Nehmer, Regreß mehrerer *W.*-Nehmer gegeneinander **12**, 253. — Liberierungspflicht d. *W.*-Nehmers beim Vermächtnis eines mit einer Gesamtgrund- oder Rentenschuld belasteten Grundstücks **21**, 719. — maßgebender Zeitpunkt für die Frage, ob eine Schuld durch den Wert des Grundstückes gedeckt wird **31**, 627.

Verschaffungsverhältnis. — Rechtsnatur **31**, 628. — eine dem Erben gehörige Sache **12**, 253; **31**, 627. — Gegenstände, über die der Erblasser nicht verfügen konnte; gütergemeinschaftliche Sachen **4** 505. — gepfannte Sachen **21**, 719. — Anwendung des § 2173 auf das Verschaffungsverhältnis? **31**, 629. — Beweislast über die Zuwendungsabsicht des Erblassers, insbesondere bei Vermachen des bloßen Besitzes **12**, 253; **31**, 627. — Beweis d. subjektiv unmöglichen oder d. erschwerten Verschaffungsmöglichkeit (§ 2170 Absf. 2) **31**, 628. — nach § 2170 Absf. 2 zu entrichtender Wert **12**, 253; **21**, 719; **31**, 628. — Pflicht zur Entrichtung des Wertes, wenn die bisher subjektiv unmögliche Leistung des Gegenstandes selbst hinterher auch objektiv unmöglich wird **21**, 719. — nachträglich eintretende unverschuldete Unmöglichkeit einer Leistung, deren Verschaffung vorher mit unethnismäßigem Aufwand möglich war **31**, 628. — nach Vermächtniserrichtung ohne Zutun des Erblassers untergegangene Sachen **31**, 627. — vor oder nach Vermächtniserrichtung dem Erblasser gegen seinen Willen entzogene Sachen **31**, 627. — Verschaffungsverhältnis an eine persona conjuncta **31**, 627. — Haftung des Be-

schwerten für schuldhaftes Handeln **3 1, 628** (s. auch unten bei Beschwerten). — Verzug der Beschwerten **3 1, 628**.

Unmögliche oder verbotene Leistung **3 1, 628; 5 108 ff.** — maßgebender Zeitpunkt **2 1, 719 (2)**. — schuldnerisches Unvermögen **1 2, 253; 2 1, 719**. — teilweise Unmöglichkeit **1 2, 253**. — nachträgliche Unmöglichkeit **2 1, 719**. — Schadensanspruch des Bedachten? **1 2, 253**. — vorheriger entgeltlicher Erwerb der vermachten Sache seitens des Bedachten **3 1, 628**. — Vermengung u. Vermischung zwischen verschiedenen Sachen des Erblassers **1 2, 253**. — Vermengung vor Anordnung des Vermächtnisses **1 2, 253**. — Aufhebung der Vermengung **1 2, 253**. — Übergang des dem Erblasser in den Fällen des § 2172 zustehenden Anspruchs auf Schadenersatz oder Herausgabe der ungerechtfertigten Bereicherung auf den Bedachten **2 1, 719**. — gegen die guten Sitten verstößendes **2 1, 719; 4 505**. — concursus duarum causarum lucratarum **3 1, 628**. — *B.* einer *res legatarii*, insbes. bei Belastung mit einem dinglichen Recht **3 1, 628**.

Vermächtnis einer Forderung oder Geldleistung. — vor Anordnung des *B.* erfolgte Leistung an den Erblasser **1 2, 253**. — Verkauf der vermachten Wertpapiere durch den Erblasser **4 505**.

Vermächtnis der Schuldbefreiung **3 1, 628**. — Wirkung **2 1, 720**. — Befreiung von einer Schuld des Bedachten gegen den Erblasser; Erfüllungsverweigerung nach Verjährung des Befreiungsanspruchs **2 1, 720**. — Liberationslegat, wenn eine Schuld des Bedachten in Wirklichkeit nicht besteht **3 1, 629**.

legatum debiti. — Beweis, daß eine Forderung des Bedachten bestand **5 576**.

Vorausvermächtnis **4 505**. — Vorausvermächtnis oder Teilungsanordnung? **3 1, 618; 4 498; 7 539** (s. Nachlassauseinandersehung).

Straflegat **1 1, 83**.

Nachvermächtnis **2 1, 720** (Interessenkollision zwischen dem Vater als Verwalter von Vermögen seiner Ehefrau als der Vorvermächtnisnehmerin u. den Kindern als Nachvermächtnisnehmern). — *B.* einer Sache an e. Person mit d. Bestimmung, daß mit dem Zeitpunkte ihrer Verheiratung die Sache den Ehegatten gemeinschaftlich gehöre, im Falle des Nichtzustandekommens der Heirat aber dem in erster Linie Bedachten allein verbleiben soll **3 1, 629**. — Anwendung des § 2191 bei Vermachen des Nießbrauchs der ganzen Erbschaft an den überlebenden Gatten u. nach dessen Tode Auffall des halben Nießbrauchs an einen Verwandten **6 552**;

s. **6 548** (vgl. Nachbfolge). — Eintragung des Rechtes im Grundbuch? **6 1048**.

Beschwerner. — der Dritte im Fall des § 332 BGB.? **1 2, 252**. — Beweislast über das Vorhandensein mehrerer *B.* **1 2, 252**. — Haftung mehrerer *B.* gegenüber dem Bedachten nach §§ 2058 ff.? **4 505; 5 575; 7 549**. — Haftung der mehreren *B.* bei Unteilbarkeit des *B.*-Gegenstandes **1 2, 252**. — Auskunfts- u. Sicherstellungspflicht des Beschwerten vor Anfall des *B.* **1 2, 248**. — Anordnung des Erblassers, daß der *B.* die Steuern des *B.* zahlen solle (Erbchaftseinkommensteuer) **1 2, 254**. — Recht des Erben zur Kürzung des *B.* um die Erbschaftsteuer **6 552**. — Erfüllungsverzug des *B.* **1 2, 254; 2 1, 719; 3 1, 628**. — Umfang der Haftung des *B.* (eigenes, fremdes Verschulden, Steigerung der Haftung bei Verzug u. Rechtschängigkeit) **2 1, 719; 3 1, 628**. — *B.* als bösgläubiger Besitzer vom Zeitpunkt der Kenntnis des *B.* an (§ 2185) **2 1, 720**. — Leistungsort des *B.* **2 1, 719**. — Schadenersatzpflicht des *B.* bei nicht genügender Erfüllung der Gewährleistungspflicht **3 1, 629**. — Haftung des *B.* für den rechtlichen Bestand eines vermachten fremden Rechtes **3 1, 629**. — Pflicht des *B.* zur Beseitigung von Hypotheken **3 1, 629**. — Pflicht des *B.* zur Beseitigung obligatorischer Verpfichtungen **3 1, 629**.

Vermächtnisnehmer. — Begriff, Unterschied vom Erben **1 2, 240**. — Übertragung der Verteilung unter mehrere Bedachte an den Beschwerten oder einen Dritten **1 2, 252**. — Gesellschaft nach BGB. **2 1, 438**. — Klage des Vermächtnisnehmers gegen den, dem der beschwerte Erbe den Nachlaß herauszugeben hat? **1 2, 253**. — Ersatzbedachter; Übertragung seines Rechts auf seine Erben **1 2, 254**. — Beschwerde wegen Anordnung der Nachlasspflegschaft? **3 1, 588**. — Auslegung eines Renten-*B.* dahin, daß bei Vorableben des bedachten Sohnes dessen Kinder bedacht sein sollen **6 552** (vgl. Testament unter Auslegung).

Annahme und Ausschlagung. — Annahme der Erbschaft u. Ausschlagung des Vorausvermächtnisses *u.* umgekehrt **1 2, 254**. — bei mehreren *B.* Annahme des einen u. Ausschlagung des anderen **1 2, 254**. — Anfechtung der Annahme u. Ausschlagung **1 2, 254**. — Ausschlagung im Prozeß **1 2, 254**. — Ausschlagung durch schlüssige Handlungen **1 2, 254**. — Zeitpunkt der Erklärung bei bedingten u. betagten *B.* **1 2, 254**. — Erhebung des *B.*-Anspruchs im Gerichtsstand der Erbschaft **2 1, 719**. — Ausschlagung in Vertragsform **2 1, 38**. — Anfechtung eines *B.* wegen Irrtums, Wirkung der Anfechtung bei bereits erfolgter Übereignung

(Vermächtnis)

der V.-Sache; Eigentumsklage des Beschwerten? **3 1, 615.** — Anfechtung eines Schuld-V. **5 570.** — Anfechtung eines V. wegen Irrtums des Erblassers über die Wirksamkeit des vom Vater der Bedachten erklärten Erbverzichts **6 545.**

Vermengung. — Eigentumserwerb hierdurch s. Eigentum, Erwerb u. Verlust des Eigentums an beweglichen Sachen.

Vermietung. — unwirtschaftliche V. eines beschlagnahmten Grundstückes **6 944.**

Vermischung. — Eigentumserwerb durch V. s. Eigentum, Erwerb u. Verlust des E. an beweglichen Sachen.

Vermögen s. Handels-V., Sammel-, Sonder-, Staats-V. — Begriff **3 1, 75; 4 22.** — Divergenz von Eigentum u. V. **3 1, 76.** — V. als sachrechtliche Einheit **2 1, 116.** — Vertrag nach § 311 oder Grundstücksveräußerungsvertrag? **5 126, 127; 7 147.** — künftiges V., Verträge über künftiges V. **1 1, 215; 2 1, 209; 3 1, 151; 2 1, 20; 5 127** (zwischen dem Verein u. seinen Mitgliedern) — Abtretung sämtlicher künftiger Geschäftsforderungen als Vertrag über das künftige V. (§ 310) **6 135.** — Heilung des Formmangels (§ 311 BGB.) durch Vollzug? **7 147.**

Vermögensbeschlagnahme nach § 332 ZPO. s. Beschlagnahme. — Eintragung ins Grundbuch **4 830.**

Vermögensrecht. — Begriff **3 1, 76; 7 21.** — Forderungsrecht als V. **5 74.** — Eintheilung der Normen des B. in Schutz- u. Forderungsnormen **2 1, 124.** — Eingriff in fremdes V. in Notstand rechtmäßig **1 1, 140.**

Vermögensrechtliche Ansprüche s. Streitgegenstand.

Vermögensübernahme. — obligatorischer u. dinglicher Vertrag **6 178.** — Verkauf des „Vermögens als solchen“; Ausschluß einzelner Vermögensstücke **1 1, 330; 4 151; 5 178; 7 187.** — V. in einer Mehrzahl von Verträgen **7 187.** — § 419 kein Fall e. Universaljurisdiction oder e. Stellvertretung; keine Rechtsnachfolge im Sinne des § 727 ZPO. **1 1, 329; 6 177** (vgl. Vollstreckungsklausel). — Absonderung des Vermögens durch Herausgabe **1 1, 329.** — kumulative Haftung des Übernehmers **5 178.** — Haftung mehrerer Übernehmer **5 178.** — Beweislast **1 1, 330.** — Veräußerungsvertrag des § 311 als Vertrag des § 419 **2 1, 262.** — Einrücken des Übernehmers in negative Verbindlichkeiten **5 178.** — Anwendungsgebiet des § 419 **1 1, 330.** — Übertragung eines Handelsgeschäfts kein Fall des § 419 **1 1, 330; 7 187** (s. Geschäftsübergang). — § 419 auf die Übernahme eines Unternehmens (ausgenommen das kaufmännische, § 25 BGB.) nicht anwendbar

5 178. — V. durch den Anfallberechtigten bei Vereinsauflösung, Haftung für Vereinsschulden nach § 419 **1 1, 36.** — Anwendung des § 419 beim bürgerlichen Übergabevertrag **3 1, 206; 5 178.** — Einfluß der Sturbereinigung auf die Haftung nach § 419 **5 178.** — Frage, ob ein Vertrag den Voraussetzungen des § 419 Abs. 1 entspricht, reine Rechtsfrage? **6 178.** — keine Begründung einer Schuldenhaftung bei Nichtigkeit des Übernahmevertrags wegen mangelnder Form **6 178.** — Beginn der Haftung des Übernehmers **7 187.** — Haftung des Übernehmers schon vor Übergang des Vermögens **6 178.** — Haftung des Übernehmers; Vorwegabzug der Schulden, der Gegenleistung d. Übernehmers? **7 187.** — Rechtsweg für die Frage, ob jemand als Universaljurisdictions für Notariatsgebühren haftet **6 178.** — Umgehung der Form des § 311 durch Abschluß mehrerer Einzelverträge **6 178; 7 187.** — Verhältnis des § 419 zu §§ 414, 415 **7 187.** — Anwendung des § 419 bei Eingemeindung **7 188.** — Behandlung des Vorbehalts der Beschränkung der Haftung im Prozeß **7 187, 188.** — Haftung des Übernehmers aus e. Bürgschaft des Veräußerers **7 305.**

Vermögensverzeichnis s. Auskunftsspflicht, Inventar, Offenbarungseid. — des Mündelvermögens s. Vormund. — Kindesvermögen (§§ 1640, 1669) s. elterliche Gewalt, Wiederverheiratung. — „Inbegriff von Gegenständen“ **2 1, 155, 156; 4 92; 5 100.** — Anspruch aus § 260 unter gütergemeinschaftlichen Ehegatten **2 1, 157.** — V. der Ehefrau bez. des den Anteil des verstorbenen Ehemanns enthaltenden Gesamtguts nach § 260 **3 1, 110; 6 109.** — § 260 bei Konkurs des Ehemanns bez. der im Besitze der Ehefrau befindlichen Sachen unanwendbar **2 1, 157.** — Anwendbarkeit des § 260 auf das Verhältnis zwischen Agenten u. Geschäftsherrn **4 92** (s. Handlungsagenti). — keine unterchriftliche Vollziehung des V. des § 260 **4 92.** — Mitwirkung des Notars beim V. nach § 260 **2 1, 156.** — Anspruch des Testamentsvollstreckers auf Vorlage **6 109.**

Vermutungen s. Beweiswürdigung, Rechtsvermutungen. — V. im technischen Sinne **3 1, 72.** — Wirkungen auf die Behauptungs- u. Beweislast, auf Beweiswürdigung u. Rechtsanwendung **3 1, 72.** — Grenzen der Wirksamkeit der V.; insbes. Widerlegung **3 1, 73.** — verjettete V. **5 71.** — Vermutung für die Regel **5 70.** — keine V. für das Fortbestehen der Vollmacht im Fall des Todes des Vollmachtgebers **4 54.** — tatsächliche V., Gegenbeweis **1 3, 130.** — Ausschluß des Gegenbeweises durch das „Gejetz“ **1 3, 130.** — spricht eine V.

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

dafür, daß eine Partei das Gesetz gekannt habe? **3 1, 45; 6 808.** — rechtliche; Gegenbeweis **1 3, 130.** — Prüfungspflicht des Richters **4 695,** insbesondere bei Nichtantreten eines Gegenbeweises **4 695.** — Vermutung des Eigentums; zugunsten des Besitzers beweglicher Sachen s. Eigentumsvermutung. — **B.** keine Grundlage für Eintragungen ins Grundbuch **2 2, 406.**

Für die Richtigkeit des Grundbuchinhaltes. — anwendbar bei Briefhypotheken u. Grundschulden? **1 1, 544.** — anwendbar auf die im Anlegungsverfahren bewirkten Eintragungen **3 1, 400.** — auf die vor dem 1. 1. 00 bewirkten Einträge **4 320; 5 391** (Einträge vor Anlegung des Grundbuchs). — auf eintragungsfähige, aber nicht eintragungsbefähigte Rechte? **5 391.** — auf Einträge eines unzuständigen Grundbuchamtes **5 391.** — zugunsten des eingetragenen Gemeinschaftsverhältnisses (ehel. Güterstandes) **3 1, 400; 4 320.** — bewirkt Verpflichtung des als Eigentümer Eingetragenen zur Einlassung auf jeden gegen ihn als Eigentümer erhobenen Anspruch **3 1, 400.** — Lösung einer Hypothek begründet keine **B.** für Bezahlung der Forderung **2 1, 540.** — Inhalt der **B.** das Bestehen eines Rechtes **2 1, 540; 3 1, 400** (keine Erstreckung auf die rein tatsächlichen Angaben). — Entfristung der Vermutung **2 1, 540; 4 320** (durch die eigene Erklärung des buchmäßigen, die Lösung beantragenden Gläubigers); **5 391** (nur durch wirkliche Feststellung der Unrichtigkeit, nicht bloße Vermutungen). — Entfristung durch Eintragung eines Widerspruches? **1 1, 544; 2 1, 540.** — durch Doppelbuchung **1 1, 544; 2 1, 540.**

Verrechnungstheorie (§ 130 BGB.) **2 1, 62** (s. Willenserklärung, Zugang).

Verpackung s. Frachtgeschäft. — Marken der **B.** u. Angabe d. Marke in den Verladungspapieren **2 2, 201** (s. Expedition). — Mängel s. Mängelrüge unter Handelskauf. — Haftung des Frachtführers für Beschädigung der **B.** **2 2, 235.** — wann gilt die **B.** als mitverkauft? **5 700; 6 694.** — Pflicht des Verkäufers zur Rücknahme der **B.**: Gefahr u. Kosten der Rücksendung **5 186, 700.** — Klausel: „Emballagen in gutem Zustand unter freier Retournerung zum halben Preis vergütet“ **5 700.** — im schlesischen Obsthandel üblicher Taraabzug **5 706, 707.** — Größe des Taraabzugs im Handel mit Chilisalpeter **5 707.** — Verjährung des Anspruchs auf Rückgabe der **B.** **4 59; 5 61; 6 694** (s. Verjährung). — Haftung des Verkäufers für ein undichtes Faß bei Verkauf von Flüssigkeiten **6 190.** — wer hat bei Frankofieferung die **B.**-kosten zu tragen? **6 188.** — wann geht das Eigentum auf

den Käufer über? **6 184.** — Klausel: „leere Fastage innerhalb x Tagen zurückgenommen“; Rücksendung innerhalb der Frist bei Antritt nach Fristablauf **6 678.** — Behalten der **B.** trotz Fakturaklausel über Rücksendung binnen bestimmter Frist entl. Berechnung eines bestimmten Preises **7 63.** — Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit nach Ortsüblichkeit **7 199.** — Sackverkauf oder Sackleihe? (s. Sack) **7 229.**

Verpfändung s. Pfandrecht. — d. Anspruchs auf Grundbuchberichtigung **2 1, 542; 3 1, 404** s., **406; 4 322, 323; 6 369, 370.**

Verpflichtung. — direkte u. indirekte **3 1, 78.** — **B.** mit beschränkter Haftung **2 1, 186; 5 76.**

Verpflichtungsscheine kaufmännische s. auch Anweisung. — von einem Kaufmann ausgestellte, wegen Formmangels ungültige Urkunde als **B.**? **1 1, 87; 2 2, 204** (Wechsel). — präjudizierte oder verjährte Wechsel als **B.**? **2 2, 204.**

Verurteilung **7 359** (s. unerlaubte Handlung, § 826).

Verfallurteil. — im BGB. nicht berührt **1 1, 20.**

Verfallurteil. — **B.** in der Berufungsinstanz **3.** Berufung. — Umgestaltung de lege ferenda **4 704; 6 831** (2). — irrümliche Bezeichnung eines Urteils als **B.** und umgekehrt **1 3, 156, 157; 4 704; 6 832** (vgl. Urteil). — **B.** im Verfahren nach § 11 Ziff. 1 GGVBG. **6 724.** — Läuterungsurteil als **B.** **3 2, 468; 4 704; 7 813.** — **B.** gegen Erben; Vorbehalt der beschränkten Haftung? **1 2, 215.** — ungesetzlich ergangenes **B.** **1 3, 159; 6 832.** — **B.** auf Verwerfung der Berufung als unzulässig **1 3, 195** (s. Berufung). — Weglassen e. angefügigten Vorbringens **5 810.** — Erlassung e. **B.** nach § 343 statt nach § 345 ZPO.; Berichtigung? **3 2, 462** (vgl. Urteil). — nach Konkurseröffnung gegen den Gemeinschaftner erlassenes **B.** **6 791.** — Zurückverweisung nach § 539 ZPO., wenn die Nachprüfung seitens des Berufungsgerichts ergibt, daß der in 1. Instanz zugelassene Einspruch nicht zulässig war **7 835.** — Geschäftsgebrauch d. Rechtsanwältin, **B.** nur nach vorheriger Ankündigung zu nehmen **7 813.**

Voraussetzungen für Erlass. — Klageaufstellung bei **B.** gegen den Kläger; Form des Nachweises **1 3, 157; 5 810** (2). — Prüfung der Klageaufstellung nach früherem beiderseitigen Verhandeln? **3 2, 468.** — Erlassung eines **B.** im neuen Termin, wenn die Parteien Aufhebung e. Termins vereinbart haben, der Richter aber in Unkenntnis der Vereinbarung vertagt? **3 2, 430.** — Nachweis der Zustellung an den Beklagten auf andere Weise als durch Zustellungsurkunde **1 3, 157; 5 809, 810** (2). — **B.** gegen den Beklagten, wenn der

(Versäumnisurteil)

Inhaber der beklagten Firma nicht angegeben wird 13, 157 (s. Klageschrift). — *B.* gegen den Kläger bei Mangel von Prozeßvoraussetzungen 13, 156. — die Klagezurücknahme aussprechendes *B.* 13, 156. — in der Klage nicht mitgeteilter Antrag auf vorläufige Vollstreckbarkeit 32, 537; 4726. — in der Klage nicht mitgeteiltes Erbieten zur Sicherheitsleistung zwecks vorläufiger Vollstreckbarkeit 13, 157. — Ladung zu späteren Terminen 13, 157; 5810; 6789. — nicht ordnungsmäßige Ladung seitens d. Richterschiene 5810. — Beschwerde, wenn der Antrag auf Erlass eines *B.* aus anderen Gründen als denen des § 335 ZPO. zurückgewiesen wurde 6832. — Beschwerde gegen Zurückweisung des Antrags auf *B.* gegen einen von mehreren Streitgenossen 32, 468. — Prüfung des Gerichts, ob die vom Zustellungsbeamten als Inhaber der beklagten Firma bezeichnete Person in Wahrheit der Inhaber ist 6831. — *B.* in dem nach § 370 Abs. 2 Satz 2 ZPO. von Amts wegen bestimmten u. bekannt gegebenen Termin auch ohne Ladung möglich 6831. — *B.* unter unberechtigter Nichtanwendung der Vertagungsbefugnis des Gerichts (§ 337 ZPO.) „unberechtigt ergangen“? 6832. — Vertagung bei Verhinderung des Anwalts durch andere Termine gefehlt geboten? 6832. — Ladung zu dem nach Beweisaufnahme von Amts wegen angeetzten u. d. Parteien bekannt gegebenen Termin nötig, wenn *B.* in diesem Termin erwirkt werden will? 6789. — Pflicht des im Versäumnisverfahren die Hauptsache für erledigt erklärenden Klägers, die Erledigungstatsachen anzuführen? 7813. — Läuterungsurteil als *B.*? 32, 468; 4704; 7813. — *B.* gegen den Kläger; Tatsache, daß Beklagter sich im Besitz einer beglaubigten Abschrift der Klage befindet in Verbindung mit dem Umstand, daß Kläger die Klage zurücknahm, ohne zu erwähnen, daß sie noch nicht zugestellt sei, als Nachweis der Klagezustellung genügend? 7813. — keine Anwendung des § 335 Ziff. 3, wenn bei Ladung „zur Aufnahme des Rechtsstreits“ nicht mitgeteilt wird, daß bei Nichterscheinen der Antrag gestellt werden wird, das Verfahren für aufgenommen zu erklären 7814. — *B.* nach rechtskräftigem Zwischenurteil über den Grund des Anspruchs nach § 304 ZPO. 7814.

Nichterscheinen u. Nichtverfahren. — Verhandeln über e. Teil des Streitgegenstands 13, 156. — Ausländer, der den Vorstoß nicht eingezahlt hat, gilt als nicht erschienen 13, 157; 61169. — Meldung beim Richter vor Aufspr., aber Nichterscheinen bei Aufspr. 13, 157. —

Anwesenheit bei Gericht in einer anderen Prozeßsache 13, 157. — Verhandeln ohne Stellung eines Antrags 13, 132. — bloßes Verlesen eines Antrags 32, 469. — wenn nur ein freitgenösslicher Nebenintervenient verhandelt 32, 468. — wenn bei Beteiligung e. freitgenösslichen Nebenintervenienten er und die Hauptpartei abwesend sind, bei einem Teil aber die Voraussetzungen des § 335 ZPO. vorliegen 32, 468. — Erklärung des Prozeßbevollmächtigten, daß er die Vertretung niederlege, nach Verhandlung zur Sache 6831. — Ausbleiben wegen Nichterfahrens des Termins trotz Ladung; Ausbleiben des Ladenden wegen Nichterfahrens oder nicht rechtzeitigen Erfahrens des Termins 6831 (3), 832; 7813, 814. — Nichterscheinen in dem zur Beweisaufnahme vor dem Prozeßgericht bestimmten Termin 13, 159, 160. — *B.* gegen den klagenden Ausländer, der wegen Nichterlegens des Vorstoßes (§ 85 WRG.) nicht verhandeln darf 61169.

Einspruchsverfahren. — Reform 7814. — Einspruch nicht Rechtsmittel im technischen Sinne 13, 157. — Einspruch des Beklagten, wenn bei seinem Ausbleiben die Klage abgewiesen wurde 13, 157. — Befestigung eines *B.* anders als durch Einspruch? Verzicht des Klägers auf die Rechte aus dem *B.*? 7814. — gegen ein zweites *B.* 13, 159. — gegen ein verkündetes *B.*, dessen vollständige Abfassung unmöglich wird 5805. — Einspruch, nicht Berufung gegen ein zu Unrecht erlassenes *B.* 6832 (s. oben u. Urteil). — Einspruchsberechtigter bei Wechsel der Firmeninhaber 6832 (s. Firma im Prozeß). — Verzicht des Konkursverwalters auf Einlegung des Einspruchs gegen e. während der Unterbrechung des Verfahrens erlassenes u. zugestelltes *B.* 22, 485 (vgl. Unterbrechung). — kann der Konkursverwalter d. Beklagten bei Erlass e. *B.* auf Klageabweisung vor Konkursöffnung das Verfahren aufnehmen, um die Einspruchsfrist in Lauf zu setzen? 4803. — Frist bei ausländischem Beklagten, der keinen Zustellungsbevollmächtigten aufstellt 32, 468. — Zustellung des die Einspruchsfrist gegenüber einem Ausländer festlegenden Beschlusses 4704. — Bestimmung der Frist bei Zustellung des Urteils nach dem Ausland durch Aufgabe zur Post 5810. — Wirksamkeit der einmal bestimmten Frist trotz Zustellung des Urteils im Inlande 5810. — nachträgliche Bestimmung der Frist durch Beschluß; Zustellung 5810; Aushang des Beschlusses 5810; Fassung des Beschlusses von Amts wegen 5810. — erstet die Bestimmung der Einlassungsfrist den Beschluß auf öffentliche Zustellung des Urteils? 5811. — Einspruchs-

schriftlich, beglaubigt von einem beim Prozeßgericht nicht zugelassenen Anwalt, aber zugestellt durch den Prozeßbevollmächtigten **3 2**, 468. — genügte Ladung zur Verhandlung „über den Einspruch“ ohne Ladung zur Verhandlung „über die Hauptsache“ **1 3**, 158; **3 2**, 469; **4 705**; **6 833 (2)**. — Fehlen der Terminsnote auf der zugestellten Abschrift **1 3**, 158. — Ladung zu einem vom Gericht später von Amts wegen zu bestimmenden Termin? **3 2**, 468. — Feststellung der Form u. fristgerechten Einlegung nur in mündlicher Verhandlung **1 3**, 158. — Erscheinen beider Parteien im Einspruchsstermin; Vertagung von Amts wegen, wenn die ladende Partei die Urkunde zum Nachweis der Form- u. Fristgerechtigkeit nicht mitgebracht hat **6 833**. — wie hat das weitere Urteil zu lauten, wenn e. unzulässige Berufung durch B. als unbegründet zurückgewiesen wurde? **7 814**. — Aufhebung des B., wenn nach der weiteren Verhandlung bedingt erkannt werden muß **7 814**. — „in ungesetzlicher Weise ergangenes“ B. (§ 344 ZPO.) **7 814**. — neuerliche Einlegung des Einspruchs nach Verwerfung eines nicht rite eingelegten Einspruchs **4 705**. — Fortgang des Prozesses vor Entscheidung über den Einspruch; Ausführung einer vor Erlass des B. angeordneten Zeugenladung vor Entscheidung über den Einspruch bei Nachweis seiner formgerechten Einlegung? **1 3**, 158. — Aufrechterhaltung des zu Recht erlassenen, auf Räumung lautenden Urteils, wenn d. Beklagten inzwischen schon ermittelt sind **6 833**. — Aufhebung eines in 2. Instanz erlassenen B. in der Revisionsinstanz? **1 3**, 158. — Zwischenurteil über Zulässigkeit des Einspruchs **1 3**, 158. — Kosten des B.; gehören dazu die Kosten der Vollstreckung des Urteils **1 3**, 159; **5 811**; **7 814**. — Kosten e. in ungesetzlicher Weise ergangenen Urteils **6 832**, **833**; **7 814**. — Kosten des B., wenn die Klage nach Einspruch zurückgenommen wird **7 814**.

Zweites Versäumnisurteil (§ 341). — Ausbleiben des um Wiedereinsetzung nachsuchenden Beklagten in dem der Wiedereinsetzungsverhandlung folgenden Termin nach Verhandlung zur Hauptsache im ersten Termin **3 2**, 469. — weiterer Einspruch gegen ein auf Verwerfung des Einspruchs lautendes Urteil, wenn in einem dem 1. B. folgenden Termin zur Hauptsache verhandelt worden war u. deshalb nach § 343 ZPO. auf Aufrechterhaltung des B. hätte erkannt werden müssen? **7 814**.

Verjährung f. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand.

Verjährungsfolgen prozessuale (§§ 230 bis 232 ZPO.) vgl. Wiedereinsetzung. —

bei Jahrg. 1—3 = Band und Seite.

Verschulden des Armenanwalts, der weder schriftlich noch mündlich Vollmacht erhalten hat **3 2**, 430.

Verschlechterung. — eines mit Hypotheken belasteten Grundstücks f. Hypothek unter Gefährdung der Sicherheit. — Haftung des Besitzers f. B. f. Eigentum unter Ansprüche aus dem Eigentum.

Verschleppungsabsicht im Prozeß (f. Beweis-anträge) **4 664/665**.

Verschönerungsverzin. — Rechtsverhältnis an den von e. B. aufgestellten Banken **7 229**.

Verschulden f. culpa, Fahrlässigkeit, Notwehr, Vorfall, Haftpflicht, Kausalzusammenhang, konkurrierendes B., Widerrechtlichkeit, Sorgfalt, unerlaubte Handlung, Hilfspersonen. — Haftung für fremdes B. vgl. unerlaubte Handlung (§§ 831, 832). — B. von Hilfspersonen (§ 278) f. diese. — Übergangsrecht; maßgebendes Recht für die Frage, ob dem Verletzten eigenes B. zur Last fällt **6 593**. — System d. B.-abgriffe **4 102**. — Kritik d. Systems d. BGB. **7 126**. — Begriff im Zivil- u. Strafrecht **2 1**, 128. — B. u. Widerrechtlichkeit **2 1**, 127; **6 123**. — Elemente d. B. **4 102**. — in weiteren u. engeren Sinne **4 102**, 104. — Maß d. Anstrengungspflicht d. Schuldners **7 127**. — Schadenserjähspflicht u. Vertretungspflicht **1 1**, 187; **2 1**, 187; **3 1**, 88, 130, 131; **4 71**, 103, 104.; **5 86**, 111. — Verschuldungsprinzip im Schadenserjährecht **1 1**, 156; **2 1**, 124; **4 74**. — Schuldhaftung oder Erfolgshaftung bei außerkontraftlichem Schaden **3 1**, 336 ff. **4 264**. — Irrtum über die Normwidrigkeit **1 1**, 461. — Einfluß e. Irrtums über das Verbotensein e. Handlung auf die Qualifikation d. Handlung **6 121**. — Irrtum über die Legitimation zur Verfügung über e. Sache (als angeblicher Eigentümer) **6 121**. — Kennen u. Kennenmüssen ber die objektive Rechtswidrigkeit begründenden Tatumstände **5 325**. — auf Angetrunkenheit beruhender Irrtum **7 128 (2)**. — Bedeutung d. § 276 als allgemeinen Rechtsjages **2 1**, 186; **3 1**, 129; **5 111**; **6 123**. — Anwendung d. § 276 bei vertraglichen u. außervertraglichen Rechten **6 121**. — „leichtes B.“ nach UWVG. für Bremen **6 121**. — § 276 im Verhältnis zu den positiven Vertragsverletzungen **1 1**, 187; **2 1**, 187; **3 1**, 129, 130 ff.; **4 106**; **5 111**, 112; **6 122**, 123. — Verhältnis d. § 276 zu den §§ 459 ff. **1 1**, 187; **2 1**, 187; **3 1**, 129, 130; **4 106**; **5 113**; **6 123**, 124. — B. d. § 276 als Erfüllungs-B. **2 1**, 186, 187. — Bedeutung d. Satz 3 Abs. 1 d. § 276 **4 105**. — Verh. d. § 276 z. § 1 HaftpflichtG. **2 1**, 189. — einzelne Fälle von Verschulden i. S. d. § 276 **1 1**, 187 ff.; **2 1**, 189 ff.; **3 1**, 128, 132 ff.; **4 106** ff.; **5 113** ff. — „B. gegen sich selbst“ **4 76**, 102, 103, 135. —

(Verschulden)

Folgen d. B. 4 102. — Fortfall d. B. u. seiner Folgen 4 103. — Verjährung d. B.-haftung 6 123. — Ungültigkeit von Befreiungsklauseln z. Beseitigung d. Haftung bei tatsächlichen Monopolen 5 45, 113. — fürverpflichtliches 1 1, 28 ff. — Haftung aus § 31 Haftung für eigenes oder für fremdes B.? 1 1, 28 ff. — i. S. d. § 42 Abs. 2 4 13. — Bedeutung d. Maßstabs d. B. für d. Haftungsfrage 5 79. — Beurteilung nach den Anschauungen d. Personentretes 6 122. — Fahrlässigkeit 1 1, 401 (s. diese). — falsche Vorstellung d. Täters über den Umfang d. Schadens 2 1, 491. — fällt culpa levis unter die §§ 276, 823? 1 1, 401. — Auschluss d. Fahrlässigkeit durch entschuldbaren Irrtum 1 1, 461; 5 346. — Notwehr: Beweislast 5 326, 328. — in Überschreitung der Notwehr zugefügter Schaden 1 1, 461; 3 1, 339. — Notstand (s. diesen) 2 1, 492; 5 326. — dolus eventualis als Grundlage für die actio doli 1 1, 461; 4 264. — Voraussehen der Möglichkeit e. Schadens, nicht aber seiner konkreten Gestalt 5 325. — im Verkehr übliche oder im Verkehr erforderliche Sorgfalt 1 1, 461; 5 325 (Überdenken auch der entferntesten Möglichkeit einer schadenbringenden Folge der Handlung); 3 1, 367. — Vertrauen auf einen zuverlässigen Angestellten als B.? 1 1, 467. — Nachprüfung der B.-frage durch das Revisionsgericht 2 1, 491. — Beweislast für das Vorhandensein eines das B. ausschließenden Umfandes 5 328. — Reparationsverbindlichkeit bei nachträglicher Kenntnis von der Gefährlichkeit einer ohne Schuld des Täters hervorgerufenen Situation 5 326, 327. — B. d. Gastwirts (ungenügende Beleuchtung) 2 1, 190; 4 106 (Nichtentfernung e. „Schlägers“ aus d. Stalle); 2 1, 190; 3 1, 132 (mangelhafte Beschaffenheit der Räume u. Einrichtungen); 4 107; 6 124 (s. unerlaubte Handlung). — bei e. Stallunfall (unvorsichtige Annäherung a. Pferde) 5 117 (s. Tierhalter). — Haftung d. Gastwirts für den Unfall e. nach der Polizeistunde bleibenden Gastes 6 124. — Hinausströmen e. Gastes aus dem zu niedrig angebrachten Fenster e. Wirtshauses 6 124. — von der Kellnerin am Bieraufzug verursachter Unfall 6 124. — Haftung d. Wirtes für schlecht befestigte Garderobehaken 6 124. — Haftung d. Hauseigentümers für d. Sicherheit d. Verkehrs im Hause 4 107. — B. d. Vermieters (Abortunfall) 1 1, 188. — Haftung d. Hauswirts bei Übertragung d. Hausaufsicht auf e. Mieter 6 125. — Haftung d. Hauswirts bei Hinlegen e. unbefestigten Stoffläufers 6 125. — Streupflicht 6 125. — culpa in custodiendo d. streupflichtigen Hausbesizers 1 1,

189. — d. Badebesizers (gefährliche Dampfbouche) 1 1, 189. — Haftung d. Fiskus für Gefängnisunfälle 6 125. — Haftung d. Untervermieters bei Auflösung der Untermiete infolge Versteigerung d. Hauses 6 127. — Dillgenzpflicht d. Grundstückkäufers bez. des (baupolizeil.) Zustandes e. Hauses 3 1, 132; 5 113. — Haftung d. Weidelandbesizers für Versinken e. Pferdes im Sumpf 6 127. — Dillgenzpflicht d. an öffentlichen Stellen Unterhaltungspflichtigen, Wegeunterhaltungspflichtigen usw. 3 1, 133; 6 122. — d. Verfrachters von Seefchiffen 2 1, 189. — d. Schulbehörden 2 1, 189, (Abhandenkommen von Sachen der Schüler). — Gerichtsvollzieher bei Zustellung 1 1, 189. — Gerichtsvollzieher (Verzögerung d. Ausführung e. „Eilt“-Auftrages) 5 115; 6 126 (s. diesen). — d. Notars 5 115 (fehlerhafter Protokoll); 6 125 (falsche Auskunft in Hypothekensachen; f. Beamte). — Haftung bei Aufrechthaltung des Feststellungsantrags trotz Anerkennung 6 125. — d. Rechtsanwalts 1 1, 188; 5 114 (s. diese). — d. Turnlehrers bei Turnunfällen 1 1, 188. — des Versicherungsnehmers wegen unrichtiger Fragebeantwortung 1 1, 189. — culpa lata d. Versicherten 2 1, 190. — richterliches B. 5 114; 6 125 (s. Beamte). — Haftung e. Schiedsrichters 6 125 (s. Beamte). — Haftung e. Kaufmanns für d. Beschaffenheit der mit e. offenen Geschäft verbundenen Räume (Klosett) 3 1, 132. — e. Prinzipals durch unterlassenen Schutz f. Angestellten gegen Diebstähle 5 116. — Haftung e. Filialleiters für Abhandenkommen von Geldern 6 127. — d. Bauunternehmers bei Beschädigung von Passanten 6 127. — d. Postbeamten; nachlässige Bureauschlüsselaußenabnahme 6 127. — d. Regisseurs bei e. Theaterunfall 5 116. — des Theaterunternehmers 6 126. — elterliche Auffichtspflicht 3 1, 133. — Verhalten Kindern gegenüber 4 108; 5 114. — Überredung z. Beteiligung an e. gefährlichen Unternehmen 4 108; 5 114. — Benutzung blinder Pferde 3 1, 133. — des Patentverkäufers 1 1, 188. — Übertragung ansteckender Krankheiten 6 122. — Anbieten e. Sitzgelegenheit 4 108. — d. Bankiers (Zahlungseinstellung d. Girofunden) 3 1, 133 (s. diesen). — unterlassene Scheckpräsentation 5 116. — Haftung e. Bankiers für den Zustand auf Lager gegebener lombardierter Waren 5 115. — Haftung d. Kassenrendanten (Unterlassung d. Anmeldung e. Gerichtsstassenhypothek zum Zwangsversteigerungstermin) 5 115. — Haftung d. Ladeninhabers für herabgefallenes Firmenschild 5 116. — Haftung d. Wagenführers (mangelhafter Zustand der Radschuhfette) 5 116. — Haftung des Chauffeurs 5 116; 6 122 (s. Auto-

mobil). — Beleuchtungspflicht einer Dorf-
gemeinde und Straßenunfall 5 116;
6 128. — Nichtbeachtung einer Polizeivor-
schrift als V.? 6 122. — Errichtung e.
Ausstellung auf unbefestem Lehmboden
sein V. 5 116. — bei Straßenunfällen
(Mangel e. Geländers) 5 117; 6 122;
Fahren am Bahndamm mit e. bahn-
schienenen Pferde 5 117. — Haftung d.
Eisenbahnunternehmers für verkehrsfichere
Beschaffenheit der der Benutzung über-
gebenen Räume u. Zugänge 4 107;
5 113. — im Telegraphendienste 3 1, 133. —
Nichtbeachtung von Dienstvorschriften durch
Beamte 3 1, 133. — Einschränkung der
Haftung auf Vorsatz u. grobe Fahrlässigkeit
bei unentgeltlichen, ohne eigenes Inter-
esse übernommenen Verbindlichkeiten 6 219.

Rein Verschulden. — Nichtkenntnis
prozessualer Formvorschriften 5 115. —
unterlassene Rechtsmitteleinlegung gegen
d. Bescheid e. Verwaltungsbehörde 11, 188.
— Nichterfüllung e. wichtigen Vertrags 2 1,
189. — Nichtberücksichtigung e. bestehenden
Abglaubens 2 1, 190. — unterlassene Er-
scheinung vor Akzeptierung 5 116. —
Nichterledigung gerichtlicher Zustellungen
wegen frühzeitigen Bureauaufschlusses 3 1,
133.

**Eigenes Verschulden des Ver-
schädigten** s. konkurrierendes Verschulden.
— Begriff 2 1, 140, 141. — bei
Kaufhandel 3 1, 104. — bei Geschlechts-
krankheiten 3 1, 104. — § 254 bei Un-
fällen auf Straßen 2 1, 150; 3 1, 102;
4 85; 5 96; 6 122; auf Grundstücken
2 1, 151 (Keller, Abort, Baustelle); in
Betrieben 2 1, 151; 3 1, 102 (Fabrik,
Theaterbühne, Bäder); in Gebäuden
3 1, 102; 4 86, 89; 5 97; auf d. Rennbahn
5 97; durch unnötige Nachgiebigkeit gegen-
über Drohung mit Rechtsnachteilen 4 89.

Verschulden im Prozesse s. pro-
zessuales V. — Prozeßmutwill, Lüge im
Prozeß, qualifizierte Prozeßschikane (Fäl-
schung von Beweisen, Erschwerung des
gegnerischen Beweises); Prozeßverschlep-
ung 4 664, 665.

Verfchweigen s. Stillfchweigen.

Verfchwender s. Entmündigung, Vormund-
schaft über Volljährige, Vormundschaft
vorläufige. — Recht d. Vormunds, den
Entmündigten in einer Arbeitsstelle unter-
zubringen oder seinen Aufenthalt zu be-
stimmen 2 1, 694; 4 549. — Strafantrag-
stellung seitens des Vormunds oder seitens
des Entmündigten? 2 1, 693; 3 1, 571. —
Begriff d. Verschwendung; übermäßige
Ausgaben zu eigenem Nutzen nicht Vor-
aussetzung 7 4. — vor 1900 bestellter
Beistand e. wegen Verschwendung Ent-
mündigten 2 1, 781.

Versendungskauf s. eif-Geschäft, Kauf, Post-
sendung. — Anwendbarkeit d. §§ 320 ff.

VBW. neben d. Gewährleistungsansprüchen
3 1, 215. — Fälligkeit d. Kaufpreises 1 1,
178. — Ablieferung u. Ankunft 3 1, 21 3. —
keine Vorleistungspflicht des Verkäufers
insolge uachträglicher Vereinbarung der
Warenzusendung 1 1, 226. — Verschieden-
heit d. Erfüllungsortes für d. Übergabe-
pflicht d. Verkäufers u. die Abnahmepflicht
d. Käufers 1 1, 340; 3 1, 213; 7 194. —
Zeitpunkt d. Eigentumsübergangs 4 809;
5 950. — Gefahrübergang 1 1, 343;
5 189. — Ausschreibung d. geschuldeten
Gattungssachen als Voraussetzung für d.
Gefahrübergang 2 1, 272. — Gefahr bei
Rücksendung d. Emballage 5 186. — § 447
VBW. beim Transport innerhalb des-
selben Ortes 1 1, 343; 2 1, 273. — § 447
VBW. bei vorzeitiger Auslieferung der
verkauften Sachen 5 189. — Gefahr-
tragung bei Frankoflieferung nach e.
anderen Orte mangels e. gesetzlichen oder
vereinbarten Erfüllungsortes 1 1, 177. —
unfrankierte Versendung der Kaufsache
vom Erfüllungsorte aus 1 1, 177. — Ab-
weichung von der Anweisung des § 447
Abs. 2 1 1, 343. — Zurverfügungstellung
e. übersandten Ware als Ablehnung des
Angebots auf Eigentumsübertragung
5 158. — Bedeutung der eif-Klausel
4 159 (s. Handelsklausel). — Beweislast
im Fall des § 447 1 1, 343; 3 1, 214. —
Konzentration d. Leistung bei Gattungs-
distanzkauf 1 1, 153; 3 1, 87. — Vor-
leistungspflicht d. Verkäufers 6 689. —
Übersendungspflicht d. Verkäufers 7 656.

Versicherung s. Deckungs-, Feuer-, Immo-
biliar-, Unfall-, Kranken-, Lebens-,
Rück-, Unfall-V. — Begriff u. Arten der
V.-sgeschäfte s. V.-sunternehmen private II.

Versicherungsagent vgl. Agenturvertrag,
Handels-V., Versicherungsvertrag. — kein
Vertreter, nur Vermittler 3 1, 58; 4 54;
6 629. — kein „Dritter“ i. S. d. § 123
Abs. 2 VBW. im Verhältnis zur Gesell-
schaft 3 1, 39. — Kenntnis des V. nicht
gleich Kenntnis des Versicherers 3 1, 58. —
Pensaverträge 5 44, 1131. — Stellung e.
General-V. 1 1, 402; 3 1, 58 (vgl. Allein-
vertretung). — Vollmacht d. Agenten
zur Einkaufierung d. Prämien 6 629. —
falsche Niederschrift der von e. Lebens- und
schreibensuntündigen Versicherungsnehmer
gemachten Angaben im Versicherungs-
antrag 6 629. — Haftung des Ver-
sicherers für seine Hilfspersonen, arg-
listige Täuschung durch den Agenten 3 1,
139; 4 111; 5 118; 6 129. — Schadensersatz
für unterlassene Weitergabe eines Ver-
sicherungsantrags bei Eintritt d. Schadens-
falls 3 1, 94. — Zuficherung e. Mindestein-
kommens 7 246. — Prämieinzahlung u.
Schadensregulierung durch d. Vermittler,
dem direkter Verkehr zugesichert war
7 658.

Versicherungsantrag. — Schadensersatz für unterlassene Weitergabe e. V. bei Eintritt d. Schadensfalls **3 1, 94.**

Versicherungsbedingungen f. Versicherungsunternehmen, Versicherungsvertrag.

Versicherungsgesellschaften f. V.-Unternehmen, V.-vereine auf Gegenseitigkeit, V.-svertrag. — Zustellung e. gegen e. ausländische V. gerichteten Klage an den inländischen Generalagenten **6 787.** — Recht d. V. auf Abtretung d. Entschädigungsanspruch nach § 255 BGB. **1 1, 165; 2 1, 154; 4 91.** — V.-s-Aktiengesellschaft v. Art. 86 BGB. nicht betroffen **4 10.** — Umwandlung e. V. auf Gegenseitigkeit in eine V.-s-Aktiengesellschaft **3 1, 11.**

Versicherungsmarken f. Invalidenversicherung.

Versicherungspolice f. Versicherungsvertrag. **Versicherungsprämie** f. Versicherungsvertrag; und für Prämienreserve f. Versicherungsunternehmen.

Versicherungsrecht landesrechtliches. — Versicherungsspflicht der Besitzer hypothekarisch belasteter Gebäude (Nassau) **1 2, 393; 5 617; 6 588.** — Mobilien- u. Privatfeuerversicherung in Sachsen **2 1, 768.** — Umfang des bayerischen Reservatrechtes über Immobilienversicherung (Hagelversicherung, Versicherung v. Gebäudebestandteilen u. Zubehör) **3 1, 680.** — Preußen, Einfluß einer Änderung des Eigentümers auf die Feuerversicherung? **1 2, 393.** — durch Art. 75 BGB. keine Aufrechthaltung d. allgemein für Vertragsrechte anwendbaren landesgesetzlichen Vorschriften für das Gebiet des V. (art. 1162 code civil) **1 2, 393.**

Versicherungsunternehmen private. — Reichsgesetz über die privaten V. vgl. Versicherung, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit.

I. Allgemeines. — Literaturübersicht **5 1085, 1086.** — Rechtszustand vor Inkrafttreten des Gesetzes **5 1086.** — Entstehungsgeschichte d. PrivVntG. **5 1086.** — Verhältnis des PrivVntG. zum Gesetzentwurf über den Versicherungsvertrag **5 1086, 1087.** — vertragsmäßiger Ausschluß des im § 48 VersG. zugunsten d. Versicherten geschaffenen Agentengerichtsstandes **7 735.** — Umfang des bayerisch. Reservatrechtes über die Immobilienversicherung **5 1142, 1143.** — Geltung des Gesetzes in den Kolonien? **5 1142.** — inwieweit sind neue landesrechtliche Vorschriften möglich? **5 1141, 1142.** — Zwangsbeiträge zu den Kosten des Feuerlöschwesens **5 1142.** — Zusammenstellung der mit privatrechtlicher Wirkung ausgestatteten Gesetzesbestimmungen **5 1086.** — Generalagentur Zweigniederlassung? **5 1087.** — Beitragspflicht auswärtiger Unternehmer zur Handelskammer, in

deren Bezirk sie eine Generalvertretung haben **5 1087.** — ehrenamtlich verwaltete Unternehmungen **5 1088.** — ist die Erhebung von Geldleistungen Begriffsmerkmal? **5 1089 (2).** — Übernahme der Versicherung für entnommene Gläser seitens des Fabrikanten **5 1089.** — Vereinbarung zur Erreichung materieller oder ideeller Zwecke, die nebenbei auch Fürsorgeeinrichtungen für ihre Mitglieder bezweckt **5 1089.** — Rechtsanspruch u. sein Ausschluß, nicht klagbarer Rechtsanspruch **5 1087, 1088, 1090;** Merkmale für das Bestehen eines Rechtsanspruchs **5 1089, 1090;** Annahme eines Rechtsanspruches trotz gegenteiliger Satzung **5 1090;** auf Täuschung der Behörden berechneter Ausschluß **5 1090;** Erlaß neuer landesrechtlicher Vorschriften für die feinen Rechtsanspruch gewährenden Versicherungen **5 1142.**

II. Begriff u. Arten der Versicherungsgesellschaften. — Tontinen, Leibrentenanstalten **5 1087, 1088.** — Tätigkeit der Agenten Versicherungsgesellschaft? **5 1087, 1088 (Agent u. Deltrederepflicht).** — Selbstversicherung **5 1087, 1088 (Zusammenschluß mehrerer Selbstversicherer).** — gewerbsmäßiger Betrieb nötig? nur gelegentlicher Abschluß von Versicherungsgeschäften **5 1088 (2).** — Kleinbetrieb **5 1088.** — geschlossene Personenvereinigung zur Tragung eines Risikos? **5 1088 (2) (Sterbefassen).** — Übernahme des Kursverlustes gegen Zuschlag durch den Bankier **5 1088.** — Pensionskasse eines Unternehmers, zu der die Arbeiter keine Beiträge zahlen **5 1088.** — Streiterversicherung **5 1088 (2).** — Boykottschußverbände **5 1087.** — Baulastversicherung **5 1087.** — Viehversicherung mit Nachschußrückversicherung **5 1088.** — Zinnungschlachttviehversicherung **5 1092.** — Versicherung zum Liebhaberwert **5 1088.** — Todesfallversicherung, Verbindung von Lebensversicherung und Darlehen **5 1088.** — Hypothekensversicherung **5 1084.** — Zeitungsabonnentenversicherung **5 1088, 1090, 1091.** — Versicherung gegen Folgen außerehelichen Beischlafs, gegen strafrechtliche Verfolgung, vorfällige Brandstiftung, Selbstverstümmelung? **5 1094.** — Unfallversicherung **5 1095.** — Gewährung von Erziehungsgeldern an die hinterbliebenen Kinder der Versicherten als Lebensversicherung **5 1095.** — Versicherung gegen Hypothekenausfall **5 1095.** — Krankenversicherung; wann fällt sie unter § 6 Abs. 2? **5 1095.** — Haftpflichtversicherung öffentlicher Beamten **5 1097.** — Transportversicherung (Zeit- u. Reisekostenversicherung, Versicherung von Fahrzeugen gegen Schäden) **5 1097.** — Berufssterbefassen **5 1089 (2);** Witwen- u. Waisenfassen der

Lehrerkollegien höherer Schulen 5 1089; der Gerichtsschreiber bei kleinem Umfang 5 1089. — Militärvereine bei Gewährung von Zuwendungen an Mitglieder u. deren Angehörige in Krankheits- u. Todesfällen 5 1091. — Prediger-Witwen- u. Waisenkassen 5 1092. — Lebensversicherungsverein einer Gemeinde für ihre Beamten 5 1092. — Pensionskassen der preuß. u. bayerischen Staatsbahnarbeiter 5 1092. — von Gemeinden verwaltete Diensthotenkranken- u. Witwen- u. Waisenkassen der städtischen Angestellten 5 1092. — staatsforstliche Holzhauerunterstützungskasse 5 1092. — die preußischen Feuerzuziitäten 5 1093. — private und öffentliche V. 5 1092 (Kaiser-Wilhelm-Spende, preuß. Rentenversicherungsanstalt, die Lebensversicherungsanstalt für Arme u. Marine). — eine Zusammenstellung öffentlicher Unternehmen 5 1093. — können die Bundesstaaten neue Monopole schaffen? 5 1141.

III. Zulassung zum Geschäftsbetrieb. — Erlaubnis zum Abschluß von Versicherungen im Korrespondenzweg außerhalb des konfessionierten Bezirks 5 1134, 1135. — inländisches, nominell für sich arbeitendes, tatsächlich aber von einer ausländischen, nicht zugelassenen Gesellschaft abhängiges Unternehmen 5 1135. — Neuerteilung der Zulassung, wenn das inländische Unternehmen seinen Sitz ins Ausland verlegt 5 1135. — Betriebsausdehnung eines inländischen Unternehmens auf das Ausland 5 1102. — Ausdehnung des Betriebs einer Landesversicherung auf das ganze Reich 5 1094. — Ausdehnung einer inländischen Feuerversicherung auf das Ausland 5 1102. — bloße Änderung der Rechtsform oder Abzweigen einzelner Geschäftszweige 5 1094. — Wiederaufnahme der am 1. I. 02 in einem Bundesstaat nicht mehr ausgeübten KonzeSSION 5 1102. — Prüfung der Genehmigungsbefähigung durch den Genossenschaftsrichter 5 1095. — Zulassung nicht nötig bei Transportversicherung (Zeit- und Reiseskovericherung, Versicherung von Fahrzeugen gegen Beschädigung) 5 1140. — Betrieb eines aufsichtspflichtigen Versicherungszweiges seitens der von der Zulassung befreiten Transport- u. Kursversicherungen 5 1140. — Betrieb eines nicht aufsichtspflichtigen Versicherungszweiges durch eine Rückversicherung 5 1140. — ohne die vorgeschriebene Erlaubnis begonnener Geschäftsbetrieb; strafrechtliche Verfolgung, Irrtum über die Strafbarkeit, Wirkung der abgeschlossenen Versicherungsverträge 5 1094. — Geschäftsplan, Begriff u. Inhalt 5 1094, 1095 (technische Unterlage, Prämientarife). — Aufnahme der all-

gemeinen Versicherungsbedingungen in den Gesellschaftsvertrag? 5 1095. — Verletzung der Zulassung wegen Einführung von Durchschnittsbeiträgen nach dem Alter der Versicherten bei Sterbefällen 5 1096; wegen gleichzeitigen Betriebs von Lebens- u. anderer Versicherungen 5 1095, 1096; wegen Ausschlußes der Ansprüche der Krankenkassenmitglieder bei Epidemien 5 1096; wegen Unzuverlässigkeit des Vorstandes 5 1096; wegen unsittlichen Zweckes 5 1094. — bedingte Zulassung für das Auslandsgeschäft 5 1096. — Zulassung gegen Bestellung einer Sicherheit 5 1096.

IV. Allgemeine Versicherungsbedingungen. — Zustandekommen, Beurkundung, Eintrag im Handelsregister 5 1098. — Notwendigkeit einheitlicher Auslegung 5 1096. — Abweichungen von den allgemeinen Bedingungen 5 1098 u. 1101 (zivilrechtliche Bedeutung solcher Abweichungen). — Irrtum über den Inhalt 5 1096. — Verletzung der Genehmigung zu Bedingungen, die mit dem Versicherungsvertragsgesetz übereinstimmen 5 1096. — zwar nicht dem Zivilrecht, wohl aber den billigen Interessen der Versicherten widersprechende Bedingungen (Außerkräfttreten der Versicherung bei nicht rechtzeitiger Prämienzahlung ohne vorherige Mahnung) 5 1097. — lebenslängliche Haftpflichtversicherung 5 1097. — Vereinbarung eines Schiedsverfahrens 5 1139, 1097 (Aufstellung des Vorstandes als Schiedsrichter?). — Aufrechterhaltung einer Sparversicherung bei Nichtzahlung der Prämien durch Verwendung d. Rückkaufwertes zur Prämienzahlung 5 1097. — Police Darlehen; Behandlung im Konkurs des Unternehmens 5 1097. — Rückkauf von Policen 5 1097, 1098 (nach Hingabe von Police darlehen; Anwendung der §§ 346 ff. BGB.; Rückkauf bei Versicherungen mit einmaliger oder abgekürzter Prämienzahlung; Verhältnis zur Samierung). — Bescheinigung über Empfang der allgemeinen Bedingungen u. der Satzung 5 1099, 1100 (Form; Zeit; neue Bescheinigung bei Prolongation, Nachträgen, Wechsel der Person des Versicherten; mehrere Bescheinigungen bei mehreren Versicherungen eines Nehmers; Folgen der Aushändigung anderer als der in der Police enthaltenen Bedingungen). — zivilrechtliche Folgen eines Verstoßes gegen §§ 9 u. 10 (Richtigkeit der Schadensersatzpflicht?) 5 1100, 1101.

V. Geschäftsführung. — Anfechtung einer Versicherung wegen Irrtums über den Gesundheitszustand des Aufzunehmenden 5 1069. — Einholung eines neuen Schiedspruchs durch den Versicher-

(Versicherungsunternehmen private)

ten nach gerichtlicher Ungültigkeitserklärung des ersten? 5 1096. — Hauptbevollmächtigter: rechtliche Natur seiner Stellung 5 1139, 1140; Abschluß von Lebensversicherungen 5 1139; Prämienfondung 5 1139; Annahme von verspäteten Prämienzahlungen 5 1139; Wahl des Hauptbevollmächtigten 5 1139; Dauer seiner Vertretungsmacht 5 1140; Anmeldung zum Handelsregister als Zweigniederlassung 5 1140. — Gerichtsstand: Ausschließlichkeit des Gerichtsstandes am Wohnsitz des Hauptbevollmächtigten? 5 1139. — Policeklausel, wonach die ausländische Gesellschaft sich dem Gericht des Wohnorts des inländischen Generalagenten unterwirft 5 1139. — Ausschluß des Rechtswegs durch Schiedsgerichtsklausel 5 1139. — Zillmeri (Zweckmäßigkeit, Umfang der Zillmeri; muß die Aufsichtsbehörde die Zillmeri in dem im § 11 bezeichneten Umfang gestatten?) 5 1101, 1102. — Erwerb von Wertpapieren ohne Aufichtsgenehmigung 5 1124. — Erwerb von Aktien eines anderen Versicherungsunternehmens 5 1096.

G r u n d s t ü c k s e r w e r b. — Wirkung des ohne Genehmigung der Aufsichtsbehörde abgeschlossenen obligatorischen Vertrages 5 1123, 1124. — Anfechtung der von der Aufsichtsbehörde getroffenen Entscheidung 5 1124. — Erwerb von Grundstücken, auf denen die Gesellschaft als Rechtsnachfolgerin eine Hypothek besitzt 5 1124. — Erwerb der Hypothek zur Umgehung der Aufichtsgenehmigung für den Grundstücksenerwerb 5 1124, 1125. — Wirkung der fehlenden Genehmigung 5 1124. — Nachweis der Genehmigung vor dem Grundbuchamte 5 1124, 1125. — Genehmigung zum Erwerb eines nicht für den Versicherungsbetrieb bestimmten Grundstücks 5 1125. — Erwerb ausländischer Grundstücke 5 1125. — Auflassung 5 1125. — Klage auf Erteilung der Genehmigung 5 1125.

J a h r e s a b s c h l u ß s. auch Prämienreserve. — Verrechnung von Prämien 5 1125. — Pensionsansprüche der Beamten als Passivum 5 1125. — Mitteilug eines Exemplars des Abschlusses an alle Versicherten 5 1125. — Klage der Mitglieder auf Erteilung eines Exemplars des Abschlusses 5 1125.

VI. A u f s i c h t s. unten. — Umfang 5 1093. — Haftung der Behörden für unterlassene A. 5 1093. — Verteilung der Aufsicht zwischen Reichs- u. Landesbehörden 5 1093 (wann liegt Ausbehnung des Betriebes über einen Bundesstaat vor? Einfluß des Wohnens der Versicherten in verschiedenen Bundesstaaten). — A. über eine im Inland

domizilierende, nur im Ausland arbeitende Unternehmung 5 1093. — Zahl der Landesaufsichtsbehörden 5 1094. — Unterstellung der Beamtenversorgungskassen unter die Landesbehörde (§ 3 Abs. 2) 5 1094. — Einschreiten der Aufsichtsbehörde wegen Nichtbeachtung der Verleihungsgrundsätze? 5 1130. — Agenturvertrag mit Pflichtensum 5 1131 (i. Agenturvertrag). — Verlangen von Auskunft über die Lantienberechnung 5 1131. — Verlangen der Einsehung der Gesellschaftsakten 5 1131. — Gründe für Untersehung des Geschäftsbetriebs 5 1131. — Untersehung des Betriebs bestimmter Versicherungszweige 5 1131. — Einfluß einer freiwilligen Auflösung auf das Untersehungsverfahren 5 1131. — Wirkung der trotz Untersehung abgeschlossenen Geschäfte 5 1131. — Fortdauer landesrechtlicher Vorschriften über Präventivkontrolle? Verzeichnis der nach § 121 noch gültigen Bestimmungen 5 1141. — Beschwerderecht der Aufsichtsbehörden 7 992.

A n t r a g a u f K o n k u r s e r ö f f n u n g. — Feststellung der Überschuldung 5 1131, 1132 (Feststellung auf Grund der Bilanz? sind Gründungsfonds, Schadens- und Prämienreserve als Schulden einzustellen?) — Nachprüfung des Konkursantrages durch den Konkursrichter 5 1132. — Ablehnung oder Einstellung wegen fehlender Masse 5 1132 (Beschwerde). — Zurücknahme des Konkursantrages nach Konkursöffnung 5 1132. — Zwangsvergleich 5 1132, 1133. — Anwendung des § 68 auf Gegenseitigkeitsgesellschaften ohne Rechtsfähigkeit 5 1132. — Spezialkonkurs über ausländische Unternehmen 5 1132. — Recht der Aufsichtsbeamten zur Stellung des Antrags auf R. 32, 270.

S a n i e r u n g nach § 69. — rechtliche Natur 5 1133. — Pflicht der Aufsichtsbehörde zur S. 5 1133. — Verkürzung der Verwaltungsrechte der Mitglieder auf Grund des Ermäßigungsrechtes des § 69 Abs. 2? 5 1133. — Ermäßigungsrecht bei Invaliden- und Krankenversicherungen, Sterbe-, Aussteuer-, Witwen- u. Pensionskassen 5 1132. — zivilrechtliche Wirkung der Verbote nach § 69 Abs. 1 5 1133. — Zivilklage nach § 69 Abs. 2? 5 1133.

V e r f a s s u n g u. V e r f a h r e n der A u f s i c h t s b e h ö r d e n. — Recht der Kommissare zu selbständigen Verfügungen? 5 1133. — Sachkunde der Mitglieder des Versicherungsbeirates 5 1133. — Beschwerde an das Reichsamt des Innern gegen Verwaltungsverfügungen des VPrB. 5 1133. — Aufsehungsklage gegen Verwaltungsverfügungen des VPrB. 5 1133. — Rekurs 5 1133 (Einlegung vor Zustellung der Entscheidung, Wiedereinsehung gegen Verfahren der Rekursfrist, Nachprüfung

u. Versäumnisverfahren in der Rekursinstanz). — Abgehen des APrB. von rechtskräftigen Rekursentscheidungen 5 1133. — Wahrung der Frist des § 18 der Kaiserlichen B.D. v. 23. XII. 01 5 1133. — Abzug der Rückversicherungsprämien und Rabatte bei Gebührensrechnung 5 1133, 1134. — Umfang der Kompetenz des Bundesrates nach § 114 5 1139. — Aussicht d. APrB. über landesrechtliche Besteuerung und polizeiliche Kontrolle der Unternehmen 5 1142. — Notwendigkeit der Genehmigung des Ausschiksanits zur Verfügung über Grundschulden; Zulässigkeit des Vermerkes hierüber im Grundbuch 3 1, 45.

VII. Prämienreserve bei der Lebensversicherung vgl. Lebensversicherung. — rückwirkende Kraft des § 56 Abs. 2 5 1126; des § 58 5 1127. — Anwendung der Vorschriften über P. auf Unfall- u. Haftpflichtversicherung 5 1126, 1130. — steuerrechtliche Behandlung 5 1126. — Unterschied zwischen P. u. P.-Fonds 5 1126. — wer ist Eigentümer der P.? 4 811; 5 1128. — Einstellung der Prämienüberbeträge 5 1126. — Einstellung der vor 1. I. 02 nach Landesrecht bestellten Kauttionen 5 1138. — Anrechnung der von Haftpflichtversicherungsgesellschaften auf Klage des Verletzten bestellten Sicherheiten 5 1126. — Zurückstellung für erloschene, möglicherweise wieder auflebende Versicherungen 5 1126. — „unverzügliche Bildung“ des Fonds i. S. des § 57 5 1127. — Lösung zurückgezahlter Hypotheken im P.-Register 5 1127. — Beglaubigung der dem Gerichte einzureichenden Registerabschrift 5 1127.

Anlage der Prämienreserve. — in ausländischen Werten 5 1126, 1127. — in inländischem Grundbesitz 5 1127. — in verbrieften Forderungen inländischer Kirchengemeinden 5 1127. — in Grundschulden; Vermerk im Grundbuch, daß zu Verfügungen Genehmigung des APrB. nötig sei 5 1127. — Ermittlung d. Verkaufswertes bei Verleihung eines Grundstücks 5 1127. — Wirkung der ohne Genehmigung des APrB. erfolgten Anlegungen 5 1127.

Rechte der Versicherten an der Prämienreserve vgl. Konkursgläubiger, Absonderungsberechtigte. — Zeitpunkt der Entstehung 5 1128, 1129. — Rechte vor der Konkursöffnung (Erwirkung einer einstweiligen Verfügung wegen illegaler Anlage) 5 1128. — Schadenersatzanspruch des Versicherten wegen Verletzung seiner Rechte an der Reserve durch den Versicherer 5 1128. — Ansprüche gegen Dritte bei Zwangsvollstreckung oder rechtsgeschäftlichen Eingriffen in die Reserve vor Konkurs-

eröffnung 5 1128. — Ansprüche auf die Reserve bei anderer Auflösung als durch Konkurs 5 1128. — Konkursforderung und Vorzugsrecht der Versicherten an der Prämienreserve; rechtliche Natur des Vorzugsrechtes 5 1128—1130. — Stellung der im Konkurs beim Prämienreservefonds ausfallenden Versicherten 5 1130. — Rechte des bei einer Versicherungsgesellschaft auf Jahre hinaus Versicherten, wenn der Konkursverwalter nicht in den Vertrag eintritt 5 1130. — Stellung des Konkurspflegers (Stimmrecht) 5 1130. — Anspruch des Versicherten gegen den Versicherer auf Zurückstellung der Prämienreserve? 5 1098.

VIII. Ausländische Unternehmen 5 1134 ff. — Zulassung zum Geschäftsbetrieb in Deutschland 5 1134. — Genehmigung zur Abwicklung der laufenden Geschäfte bei Aufgabe des inländischen Betriebes am 1. I. 02 5 1102. — Zulassung ausländischer Gegenständigkeitsvereine 5 1134, 1135 (nicht nach §§ 15 ff. organisierte); 5 1107. — ist zum rein brieflichen Betrieb der Versicherungen mit dem Inlande Erlaubnis nötig (Untersuchung der Versicherungsluftigen an ihrem inländischen Wohnort) 5 1134, 1135. — rein gelegentliche Vermittlung einer Versicherung im Inlande durch eine zur Gesellschaft in keinem Vertragsverhältnis stehende Person 5 1134. — Betreiben von Mälergeschäften im Inland für ausländische, nicht zugelassene U. 5 1135. — Betrieb im Inland durch ein von der ausländischen Gesellschaft völlig abhängiges Unternehmen 5 1135. — Neuerteilung der Zulassung, wenn das inländische U. seinen Sitz ins Ausland verlegt 5 1135. — Anwendung der Bestimmungen über innere Organisation auf a. U.? 5 1135. — Hauptbevollmächtigter des a. U. 7 962; Eintrag als Zweigniederlassung 5 1135; Wirkung von Vollmachtsbeschränkungen gegen Dritte 5 1135; Nachweis der Vollmacht gegenüber dem Grundbuchamt 5 1135. — Aufstellung eines Hauptbevollmächtigten für die am 1. I. 02 bereits zugelassenen U.? 5 1137. — von einem Inländer während vorübergehenden Aufenthalts im Ausland bei einer zugelassenen Gesellschaft gestellter Antrag 5 1135. — Wirkung der mit Umgehung der inländischen Bevollmächtigten geschlossenen Verträge 5 1136. — maßgebendes Recht für die mit einem a. U. im Ausland abgeschlossenen Verträge eines inländischen Versicherten 5 1136. — Zuständigkeit für Genehmigung von Änderungen des Geschäftsplanes 5 1094, 1136. — wann ist ein Vertrag im Inland abgeschlossen? (§ 90 Abs. 1) 5 1136. — Eintragung von Grundschulden auf Grundstücken eines a. U. mit

(Versicherungsunternehmen private)

dem Vermerk, daß nur mit Genehmigung des *W. a. G.* verfügt werden dürfe **5 1136, 1137**; Stempelpflicht solcher Vermerke **5 1137**. — Stempelpflicht bei Hinterlegung von Wertpapieren für den Prämienreservefonds **5 1137**. — Wirkung des Veräußerungsverbotens nach § 90 *Abf.* 2 gegen Dritte **5 1136**. — de lege ferenda zu § 90 *Abf.* 2 **5 1136**. — Grundstückserwerb a. U. **2 1, 771**; **5 1124, 1125**; **6 589, 590**. — Anwendung des § 65 *Abf.* 3? **5 1131**. — Spezialkonkurs **5 1132**. — am 1. I. 02 nur noch in einem Teile des Reiches Geschäfte betreibende U. **5 1138, 1139**. — Anwendung des § 116 (Befreiung der Transport-, Kurs- u. Rückversicherungen von Zulassung, u. Aufsicht) auf a. U.? **5 1140**.

IX. Auflösung. — Abtretung d. Portefeuilles (Wirkung für die Mitglieder der Vereine auf Gegenseitigkeit, für die bei einer *U. a. G.* Versicherten, für die bei einem *B. a. G.* versicherten Nichtmitglieder); Abtretung seitens eines *B. a. G.* an eine *U. a. G.* u. umgekehrt **5 1103, 1104**. — zivilrechtliche Bedeutung der aufsichtsbehördlichen Genehmigung der Bestandsveränderung **5 1104**. — Teil- u. Gesamtbstandsveränderung **5 1104**. — Rücktrittsrecht der Versicherten wegen Abtretung des Portefeuilles u. Fusion **5 1104**. — Fusion von Gegenseitigkeitsvereinen **5 1104**. — Fusion von einer Gegenseitigkeits- u. einer Aktiengesellschaft **5 1104**. — Fusion von Versicherungs-*U. a. G.* **5 1105**. — Auflassung bei Bestandsveräußerung **5 1106**. — Fusion: Stellung des Aufsichtsamtes, Rechte der nicht zustimmenden Mitglieder u. Versicherten; Unwendbarkeit des § 301 *Abf.* 3 *HGB.*; Beobachtung des § 306 *Abf.* 5 *HGB.* als Voraussetzung d. Wirksamkeit **7 650, 651**. — Sicherheitsleistung für d. Policen bei Fusion **7 650**.

X. Übergangsbestimmungen. — Genehmigung bei Betriebsausdehnung der vor dem 1. I. 02 entstandenen Gesellschaften **5 1137**. — Genehmigung für die vor dem 1. I. 02 entstandenen Unternehmen bei Beginn des Geschäftsbetriebes nach diesem Zeitpunkt **5 1137**. — Rechtsverhältnisse an den nach Landesrecht bestellten Kautionen **5 1138**. — Genehmigung bei Aufgabe des inländischen Geschäftsbetriebes am 1. I. 02 zur Abwicklung der laufenden Geschäfte **5 1102**. — Anwendung der Vorschriften des Abschnittes III auf die vor dem 1. I. 02 entstandenen eingetragenen Gegenseitigkeitsgenossenschaften **5 1138**. — Zulassung der sächsisch-rechtlichen Gegenseitigkeitsgenossenschaften **5 1138**. — keine Fortdauer der alten landesgesetzlichen Konzeptionsbedingungen **5 1137**. — Ein-

schreiten nach § 67 bei Zuwiderhandlungen gegen § 92 **5 1137**. — neue Vereine auf Gegenseitigkeit ohne Rechtsfähigkeit? **5 1138**. — Rechtsverhältnisse der älteren Gründungsfonds von Versicherungen auf Gegenseitigkeit bei Widerspruch mit §§ 22 u. 47 **5 1138**. — keine Ausdehnung der Aufsicht auf die am 1. I. 02 auf Abwicklung der bestehenden Verträge beschränkten Unternehmen oder auf Krankentassen, die am 1. I. 02 die Neuaufnahme von Mitgliedern eingestellt haben u. nur noch die Versicherung von Angehörigen der Mitglieder erlauben **5 1138, 1139**.

XI. Strafbestimmungen. — inwieweit hat der Strafrichter selbständig zu prüfen, ob ein Versicherungsunternehmen vorliegt? **5 1089**. — § 108; Abschluß von Versicherungen im Inland durch eine ausländische Gesellschaft auf dem Korrespondenzwege **5 1134, 1135**. — brieflicher Abschluß einer Versicherung durch ein inländisches Unternehmen außerhalb des konzeptionierten Gebiets **5 1134, 1135**. — Versicherungsabschluß im Inland für ein ausländisches Unternehmen durch einen Nichtangestellten **5 1134**.

Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit i. Versicherungsunternehmen private.

U. i. g. e. m. e. i. n. e. s. — Musterfajung **5 1108**. — privatrechtliche Bedeutung der §§ 15 ff. *PrivWUntG.* **5 1106**. — Zusammenstellung der Muß- und Sollvorschriften **5 1109**. — Gründung durch bloße Projektanten **5 1106**. — Fajtung der Gründer für Handlungen vor Konzeptionserteilung **5 1112**. — rechtlicher Charakter des *B. a. G.* **5 1106**. — Kaufmannseigenschaft des *B. a. G.*; Firma, Handelsbücher, Angestellte **2 2, 3**; **3 2, 1**; **5 1107, 1108**; **6 601**. — Zulässigkeit gemischter Vereine, die nebenbei Dritte gegen feste Prämien versichern **5 1106, 1109, 1110** (bis zu welcher Höhe dürfen solche Verträge mit Dritten geschlossen werden?). — Verfolgung anderer (geöfflicher) Zwecke durch die *B. a. G.* **5 1106**. — *B. a. G.* in der Form einer Genossenschaft? **5 1107**; **6 1113**. — festgeschlossene gesellschaftliche Vereinigungen zur Verteilung von Schäden unter ihre Mitglieder bedürfen keiner Erlaubnis **5 1106**. — Wirkung der Zulassung trotz Nichtbeachtung der Normativvorschriften des Gesetzes **5 1106, 1108** (nicht notariell oder gerichtlich beurkundete Sazung). — Zeitpunkt des Entstehens der *B. a. G.* **5 1107**. — Parteifähigkeit **5 1107**. — Klage des Direktors eines *B. a. G.* im Namen der Mitglieder des *B. a. G.* **5 1107**. — Anfechtung eines Versicherungsvertrages wegen Irrtums über die Rechtsform der Versicherungsgesellschaft **5 1107**. — Zuständigkeit der

Handelskammern, der Kaufmannsgerichte für Prozesse des V. a. G. **5 1108.** — steuerrechtliche Behandlung **5 1108.** — Form der Firma (a. G.; V. a. G. genügend?) **5 1108, 1109.** — Versicherung u. gleichzeitige Versicherung gegen Nachschüsse bei einer Rückversicherungs-gesellschaft ist keine Versicherung zu fester Prämie **5 1110.** — Abänderung der Bedingungen für Versicherungen zu festen Prämien **5 1110.** — Art. 86 GGBV. nicht anwendbar **4 10.** — Rechtsfähigkeit nach BGB. oder Landesrecht zu beurteilen? **1 2, 393; 4 534.** — Umwandlung einer vor 1900 errichteten Versicherungsgesellschaft in eine Aktiengesellschaft; staatliche Genehmigung zur Auflassung des Grundbesitzes **2 1, 770.** — Grunderwerb nichtdeutscher V. **2 1, 771; 5 1124, 1125; 6 589, 590** (Preußen; vgl. jur. Personen).

Vereinsvermögen. — Notwendigkeit derselben **5 1109.** — vorausbezahlte Prämien **5 1109.** — ausgediehene Beiträge, Pfändung derselben **5 1109.** — Zugriff der Privatgläubiger eines Mitglieds in das Vereinsvermögen **5 1109.**

Mitgliedschaftsverhältnis. — Rechtsnatur **5 1109** (Bestehen eines Vertrags neben dem Mitgliedschaftsverhältnis?). — Erwerb (Notwendigkeit der Versicherungs-nahme; besonderer Versicherungs-antrag?) **5 1109, 1110** (Ehrenmitglieder). — juristische Personen als Mitglieder **5 1109.** — Kündigung durch den Vorstand **5 1109.** — Rechtsweg gegen d. Ausschluß **5 1110** (s. Rechtsweg). — Natur d. Versicherungs-scheines **5 1109.** — Erhöhungen d. Austritts **5 1110.** — Übertragbarkeit der Mitgliedschaft **5 1110.** — Penionsgegen-seitigkeitsgesellschaften, deren Mitglieder nur die Firmeninhaber sind, während die Angestellten nur zufolge des Dienstvertrags Beiträge leisten **5 1107.** — Anfechtung des Beitritts wegen Irrtums über Solvenz der Gesellschaft **5 1114.** — Aufzählung der Sonderrechte der Mitglieder **5 1117, 1118.** — Verkürzung der Sonderrechte der Mitglieder durch Statutänderung **5 1117, 1118.** — allgemeine Unterwerfung unter alle künftigen Satzungsänderungen **5 1118.**

Beiträge. — Formen der Beitragszahlung **5 1112.** — Durchschnits-V. (gleiche Prämie ungeachtet des Eintrittsalters) **5 1110.** — Umlagesystem **5 1110.** — Versicherung von Mitgliedern gegen feste Prämien **5 1110.** — tatsächliche Nichtausübung des Rechtes auf V. **5 1112.** — Einrede der nicht bestimmungsgemäß durchgeführten Organisation **5 1113.** — Nachschußpflicht: Begriff des Nachschusses, zeitliche Begrenzung, Ausschluß der Nachschußpflicht, Fehlen einer statutarischen Bestimmung über die Nachschußpflicht; Erfordernisse des Nachschußaus-schreibens;

Abtretung künftiger Nachschußforderungen **5 1113.** — Retentionsrecht des Versicherten gegenüber seiner Pflicht zur rechtzeitigen Prämienzahlung? **5 108.** — Aufrechnung gegen die Beitragspflicht (Aufrechnungsvertrag; Konkurs, ausgediehene Mitglieder) **5 1113, 1114** (vgl. **1 1, 287**). — Rückforderung gezahlter V. **5 1114** (bei Anfechtung des Beitritts wegen Irrtums über die Solvenz der Gesellschaft).

Gründungs-fonds. — Rechtsnatur **5 1110, 1111; aM. 5 1112.** — Behandlung im Fall der Liquidation **5 1111** (Rückzahlung vor Beendigung). — Klage auf Rückzahlung des Gründungs-fonds, insbes. der nach dem Statut jährlich zurück-zuzahlenden Beträge **5 1111.** — Stellung im Konkurs, bei Fusion, bei Aufnahme eines weiteren Gründungs-fonds **5 1111, 1112.** — Wiederherstellung des aufgezehrten Fonds durch Nachschüsse bei Liquidation **5 1111.** — können die Garanten Sicherstellung der anderen Gläubiger bei Liquidation verlangen? **5 1111.** — Klage des Vereins gegen die Zeichner auf Rückzahlung der von den Mitgliedern geleisteten Nachschüsse **5 1111.** — Dedung von Fehlbeträgen aus dem Fonds ohne Herabsetzung der Versicherungsansprüche **5 1112.** — Hinterlegung des Fonds statt Barzahlung **5 1115.**

Reserve-fonds. — Prämien-R. u. R. **5 1117.** — gedeckter u. ungedeckter R. **5 1116** (buchtechnische Behandlung).

Eintragungs-verfahren. — Beschwerde gegen d. Eintragung **3 1, 20.** — Umfang der registerrichterlichen Nachprüfung **5 1114.** — Beschwerderecht der Aufsichtsbehörde gegenüber dem Vereins- u. dem Handelsregister **5 1115.** — Eintragungskosten **5 1115.** — Beschwerde der Aufsichtsbehörden, des Regierungs-präsidenten gegen d. Eintragung (Preußen) **3 2, 241; 7 998, 999.**

Organisation. — Mitgliedervertretung; Kreis ihrer Zuständigkeit **5 1114.** — Gründe für und gegen die Mitgliedervertretung de lege ferenda **5 1114.** — nachträgliche Einföhrung der Mitgliedervertretung **5 1118.** — Vorstand: Konkurrenzverbot **5 1115, 1116;** rückwirkende Kraft des Konkurrenzverbotes? **5 1116;** Geltendmachung der Schadenshaftung des Vorstandes im Konkurs **5 1116.** — Aufsichtsrat s. auch unten Statuten.

Statuten, Versicherungsbedingungen u. ihre Änderung. — Zuständigkeit des Aufsichtsrats nach § 39 Abs. 3 PrivVUntG, wenn das VPrV. eine Änderung des Gesellschaftsvertrags nicht verlangt, sondern nur empfiehlt **5 1117.** — Einfluß der Aufhebung einer vom Aufsichtsrat vorläufig nach § 41 Abs. 2 PrivVUntG. vorgenommenen

(Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit) menen Änderung der Versicherungsbedingungen auf die während des Bestehens der Änderung abgeschlossenen Versicherungen 5 1117. — Klausel, daß Satzungsänderungen auch auf bestehende Versicherungen einwirken sollen 5 1118. — inwieweit können Sonderrechte der Mitglieder durch Statutenänderungen beeinflusst werden 5 1117, 1118. — Versicherungsverhältnis i. S. des § 41 Abs. 3 PrivVntG. 5 1118. — Rückwirkung von Bedingungsveränderungen (Anwendung der neueingeführten Selbstmordklausel auf alte Versicherungen) 5 1119. — Rückwirkung neuer, erworbene Rechte beeinträchtigender Bedingungen 5 1119. — Stillschweigender der zur Erklärung über die neuen Bedingungen aufgeforderten Mitglieder 5 1119. — Fortsetzung der Versicherung trotz Hinweis auf die Änderung 5 1119.

Beendigung. — Verlust der Rechtsfähigkeit bei Verlegung des Sitzes ins Ausland 5 1135. — Auflösungsbeschluß der Generalversammlung; Aufsechtungsklage u. Rekurs hiergegen; aufsichtsbehördliche Genehmigung des Beschlusses 5 1119. — Aufsechtungsklage gegen den Auflösungsbeschluß eines Vereines ohne Eintragspflicht 5 1123. — Umwandlung in e. Aktiengesellschaft 3 1, 11.

Liquidation. — Unentziehbarkeit des Anspruchs der Mitglieder auf d. L.-quote 7 649. — Verteilung von Überschüssen vor Tilgung des Gründungsfonds? 5 1111. — Verteilung der Nachschüsse 5 1111. — Generalversammlungsbeschluß über eine nicht alle Mitglieder gleichmäßig behandelnde L. 5 1118. — Einfluß der L. auf eine Lebensversicherung bei Eintritt des Versicherungsfalles nach dem L.-beschluß 5 1120 (2). — Bestellung von Liquidatoren durch die Aufsichtsbehörde? 5 1120. — Dividendenverteilung während der L. 5 1120. — zu § 47 Abs. 2 PrivVntG. de lege ferenda 5 1120. — Eintragsrecht der Gläubiger 5 1120. — rechtlicher Charakter des Vorzugsrechts nach § 48 5 1120. — Bestellung u. Abberufung d. Liquidatoren durch das Registergericht 3 2, 239. — keine Aufrechnung d. Ansprüche der Mitglieder gegen d. Gesellschaft gegenüber der Gesellschaftsforderung auf Zahlung der L.-beiträge 1 1, 287 (vgl. 5 1113, 1114).

Konkurs. — Verlust der Rechtsfähigkeit durch die K.-Eröffnung? 5 1120. — Einfluß auf nicht eingetragene Vereine 5 1120. — Aufrechnung seitens der Mitglieder 5 1120. — Mangel einer Masse 5 1121. — Zwangsvergleich? 5 1121. — rückwirkende Kraft des § 52 Abs. 1 Satz 1 PrivVntG. 5 1121. — Rechtsnatur der im § 52 Abs. 1 Satz 3 PrivVntG. gewährten An-

sechtungsklage; Rechtskraft des Urteils 5 1121. — Ausschreiben von Nachschüssen durch d. K.-Verwalter 2 2, 482.

Kleine Vereine (§ 53 PrivVntG.). — Begriff; Beschränkung auf Versicherungszweige ganz spezieller Natur; örtliche Beschränkung; analoge Anwendung des § 2 StGB. für die Begriffsbestimmung 5 1121, 1122, 1123. — Bedeutung der Satzung für den Charakter des Vereines 5 1122. — Einfluß einer Änderung (Vergrößerung oder Verringerung) des Gewerbebetriebes 5 1122 (Einschreiten der Aufsichtsbehörde). — Präsümption für das Bestehen eines großen Vereines? 5 1122. — kann sich ein großer Verein als kleiner organisieren und umgekehrt? 5 1122. — konstitutiver Charakter der Entscheidung der Aufsichtsbehörde über Vorliegen eines großen oder kleinen Vereines 5 1122. — Schriftlichkeit der Satzungen? 5 1123. — Eintragung eines kleinen Vereines in Handels- oder sonstige Register 5 1123. — Aufsechtungsklage gegen den Auflösungsbeschluß eines Vereines ohne Eintragungspflicht 5 1123. — Beschränkung der Vertretungsmacht des Vorstandes bei Vereinen ohne Eintragungspflicht 5 1123. — Unterjagung des Geschäftsbetriebes 5 1123. — Anwendung d. § 53 auf Pensionskassen 5 1123. — Beispiele kleiner Vereine (bayer. Juristenverein, Witwen- und Waisenverein der Münchner Schullehrer) 5 1123.

Versicherungsverträge s. die Komposita von Versicherung. — im Ausland abgeschlossen; Form u. Wirksamkeit 6 582. — im Inland mit einer hier zugelassenen ausländischen Gesellschaft abgeschlossene 2 1, 761. — Anspruchskonturrenz zw. Versicherungs- u. Schadensanspruch 7 116. — V. als gegenseitiger Vertrag 3 1, 167. — Aufsechtung e. V. 3 1, 35, 36; 5 33. — Abschluß im eigenen Namen, aber für Rechnung e. Dritten 5 55. — Rechtsverhältnisse beim Vertrag zugunsten Dritter 1 1, 248 ff., 254; 3 1, 166, 167, 168, 169; 4 128; 5 145. — keine Nichtigkeit des mit e. verbotenen Gesellschaft geschlossenen V. 2 1, 65. — Erdbebenklausel bei Feuerversicherungsverträgen 6 70. — unrichtige Beantwortung d. Fragen d. Versicherers 1 1, 189. — unrichtige Beantwortung e. Frage im V.-santrag seitens des V.-nehmers, veranlaßt durch die Auskunft d. Agenten; Halten der Auskunft für richtig 6 629. — Beantwortung e. Frage in Form e. Urteils 7 67. — falsche Niederschrift der von e. Lesens- und Schreibensunkundigen V.-nehmer gemachten Angaben seitens d. Agenten in dem V.-santrag; Agent als Vertreter der Gesellschaft? 6 629 (vgl. V.-sagent). — Falschung d. Versicherers für seine Hilfspersonen; arglistige Täuschung durch den Agenten 3 1, 139; 4 111;

Fette Zahlen = Faq.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

5 118; 6 129. — Haftung d. V.-sgesellschaft für Verschulden des Arztes bei Untersuchung e. Unfallverletzten **5 118.** — Auslegung der die Haftbarkeit des Versicherers beschränkenden Klauseln **6 70.** — Auslegung d. Werwirkungsklausel bei Versäumung d. Klagefrist durch triftige Gründe **6 71.** — Auslegung d. Werwirkungsklausel über Verlust d. V.-anspruchs für den Fall der Nichtanzeige des Unfalls binnen gewisser Frist **3 1, 173; 6 71; 7 67** (entschuldbare Nichtanzeige), **99.** — Werwirkung des V.-anspruchs auch bei nicht schuldhafter Nichterfüllung d. V.-sbedingungen? **2 1, 81.** — Klausel, wodurch die ausländische Gesellschaft sich dem Gericht des Wohnortes ihres inländischen Generalagenten unterwirft; ist dadurch ein ausschließlichlicher Gerichtsstand begründet? **3 2, 352** (vgl. Gerichtsstand). — statutarisch bestimmter ausschließlichlicher ausländischer Gerichtsstand (Klagen der Gesellschaft gegen ihre Mitglieder) **4 668.** — Wegfall d. Versicherung bei schuldhafter Brandverursachung durch den Vertreter d. Versicherten **6 129.** — wahrheitswidrige Angaben d. Vertreters d. Versicherten **3 1, 58.** — Rücktritt wegen veränderter Umstände (Fusion d. Versicherers mit e. ausländischen Gesellschaft) **4 51; 5 51.** — Rücktritt d. Versicherten bei Unsicherheit werden der Gesellschaft **6 141.** — Vollmacht d. Agenten zur Einfassierung der Prämien **6 629.** — keine Berufung der Gesellschaft auf Werwirkungsklausel, wenn die Unterlassung ihre Gründe im Verhalten d. Agenten hat **6 629.** — Mangel e. Gefahr oder e. schutzwürdigen Interesses **3 1, 38.** — § 278 BGB. nicht anwendbar auf Aufstellung d. Verzeichnisses durch den Versicherten bei Eintritt des V.-sfallens **3 1, 139.** — § 255 BGB. auf die Ersatzpflicht aus V. anwendbar? **1 1, 165; 2 1, 153, 154; 4 91.** — Einfluß von Vergleich u. Konkurs d. Hauptversicherers auf den Rückversicherer **3 1, 168.** — Verweigerung der Prämienzahlung des zur Deckungsversicherung berechtigten Versicherten bis zur Erfassung der Kosten der neuen Versicherung (§ 320 BGB.) **1 1, 226.** — Anwendung d. § 422 BGB. auf d. Verhältnis zwischen Schädiger und Versicherer gegenüber dem Verschädigten **4 153.** — Propekt bloße invitatio ad offerendum? **3 1, 52** (f. Vertragsantrag). — Herabsetzung e. in den Statuten für den Fall d. Nichteinhaltung d. Prämienzahlung festgesetzten Vertragsstrafe **3 1, 171.** — Zustimmung e. gegen e. ausländische Gesellschaft gerichteten Klage an den inländischen Generalvertreter? **6 787.** — Anrechnung von Versicherungsgeldern auf den von einem Haftpflichtigen zu ersetzenden Schaden **3 1, 106.** — Haftung d. Partei

für Verschulden ihres Prozeßbevollmächtigten gegenüber der ersatzpflichtigen V.-gesellschaft **3 1, 139.** — vorbehaltslose Entgegennahme d. Police **3 1, 35, 36.** — arglistige Täuschung bei Bemessung d. Prämien **1 1, 73.** — Einfluß d. Konkurses d. Versicherers oder Versicherten auf den V. **2 2, 487.** — Ansetzung von Prämienzahlung im Konkurs d. V.-nehmers **2 2, 491.** — Recht d. Konkursverwalters zur Aufhebung der durch unterlassene Prämienzahlung oder durch Vereinbarung mit dem Versicherten erfolgten Aufhebung des V. **2 2, 491.** — Verweigerung der von der V.-gesellschaft verlangten Sektion eines tödlich Verunglückten (§ 254 BGB.) **5 98.** — V. e. nicht entmündigten Geisteschwachen oder e. wegen Geisteschwäche, Verschwendung, Trunksucht Entmündigten; Genehmigung durch den Erben **7 30.** — Berechnung d. Nachfrist für Prämienzahlung; Fristbeginn **7 45.** — Bedingung d. Nichtverzinsung d. Versicherungssumme bis zur Auszahlung bei Erhebung frivoler Einwendungen seitens d. Versicherers **7 57, 99.** — Auslegung e. sog. „Glieder-taxe“ bei Unfallversicherung **7 67.** — Haftung der Versicherungsgesellschaft für den dem Versicherten durch die von der Gesellschaft verlangte Röntgen-Untersuchung zugefügten Schaden **7 67.** — Auslegung d. Klausel, daß die Entschädigungspflicht nur eintritt bei Verletzungen, „in deren nachweisbar direkter u. alleiniger Folge ohne Mitwirkung bereits bestehender oder hinzutretender Krankheiten, Abnormitäten usw. der Tod eintritt“ **7 67.** — unter auflösender Bedingung geschlossener V.; teilweise Rückforderung d. Prämie bei Bedingungseintritt **7 70.** — Frist für die vom V.-nehmer dem Versicherer zu machende Anzeige, wenn letzter Tag der Frist ein Feiertag **7 88.** — in Kenntnis eines Auslösungsgrundes angenommene Prämienzahlung **7 99.** — Pflicht des Versicherers, den Pfandgläubiger des V.-anspruchs von Nichtzahlung e. Prämie zu verständigen? **7 99.** — Haftung d. Gesellschaft bei nicht sorgfältiger Behandlung der V.-santräge **7 130.** — Haftung des sich für Erfüllung seiner Anzeigepflicht eines Gehilfen bedienenden V.-nehmers **7 138, 139.** — Pflicht zur Weiterzahlung der laufenden Prämie bei Veräußerung oder Untergang der versicherten Sache **7 156.** — Anspruch d. alleinigen Testamentserbeu gegen den Empfänger d. V.-summe **7 327.** — Anlösung e. auf mehrere Jahre geschlossenen Mobiliar-V. i. Fall des Todes d. Versicherten im 1. Jahr **7 658.** — Eigentum, Verpfändung d. Versicherung; Kaufpfand u. Zurückhaltungsrecht an d. Police **1 1, 609; 3 1, 419; 6 387.** — Eintritt des

(Versicherungsverträge)

Rechtsnachfolger im Eigentum in den bez. d. Sache bestehenden **§ 5 917; 6 930.**

Versprechen der Leistung an einen Dritten

§. Verträge auf Leistung an Dritte.

Versteigerung f. Antzeigerung, Bieten, Bieter, Meistgebot, Mitbieter, Selbsthilfeverkauf, Übergebot, Zuschlag, Zwangs-V., Zwangsvollstreckung. — **V.** im Konkurs als Privat-V. **2 1, 236.** — vertragliches **V.-recht** d. Grundstücksverkäufers bei Nichtzahlung d. Kaufpreises **2 1, 229.** — **V.** der nicht abgenommenen Ware durch die Bahnverwaltung **1 1, 233.** — **V.** eines bloßen Teils der Pfandsache zur Ausübung e. Druckes auf den Schuldner u. § 226 **BGB. 1 1, 137.** — Zuschlagserteilung durch den Verkäufer **1 1, 94.** — Erfordernis d. Anwesenheit d. Verkäufers **1 1, 94.** — **V.-s-termin** f. Zwangsvollstreckung in d. bewegl. Vermögen.

Versteigerung freiwillige. — hat bei gerichtlicher **V.** d. Richter oder d. Auftraggeber den Zuschlag zu erteilen; Zuschlag bei Abwesenheit d. Auftraggebers **3 2, 249; 5 1026.** — Unterschrift d. Bieters im Versteigerungsprotokoll? insbesondere bei Grundstücksversteigerung **3 2, 249; 4 868; 5 1026.** — Entfernung d. Bieters vor Zuschlag **5 1026.** — Weigerung d. Bieters zu unterschreiben **5 1026.**

Versteigerungsbedingungen f. Zwangsversteigerung.

Versteigerungserlös f. Zwangsversteigerung.

Versteigerungsprotokoll f. Zwangsversteigerung.

Vertagung f. Termine. — Gebühr des Anwalts bei Verhandlung über **§ 1 3, 84** (f. GebD. f. **RM.**). — Beschwerde bei Ablehnung? **5 783.** — Anfechtung d. **V.-beschlusses** **7 774 (2).** — Kosten bei Zurückweisung d. Antrags **7 774.** — zwecks Beantwortung richterlicher Fragen **7 768.**

Verteidigungskosten d. Kindes f. elterliche Gewalt u. elterl. Nutzung.

Verteidigungsmittel f. Beweisanträge. — selbständige i. **E. d. § 461 ZPO.** (f. diese) **4 708; 7 825.**

Verteilungsverfahren f. Zwangsversteigerung.

Verteilungsverfahren bei Zwangsvollstreckung nach ZPO. — Einleitung von Amts wegen oder nur auf Anzeige des Gerichtsvollziehers bzw. Drittschuldners von dem Nichtzureichen d. hinterlegten Betrages (§§ 827, 853, 854 **ZPO.**)? **3 2, 587.** — Gegenstandslosigkeit, wenn wegen der Höhe der Forderung des bestberechtigten Gläubigers diesem der ganze Betrag zufällt **3 2, 587.** — Rangverhältnis zwischen 2 Gläubigern, wenn für den ersten mangels Einwilligung des Drittbefizers der Anspruch d. Schuldners auf Heraus-

gabe gepfändet u. überwiesen wurde, während der zweite mit Einwilligung des Drittbefizers die Sachen selbst pfändete **4 741.** — haben 2 gleichzeitig pfändende Gläubiger an den Pfandsachen gleiche Anteile oder Anteile nach dem Verhältnis ihrer Forderungen? **4 743.** — Zuständigkeit d. Gerichts, dessen Beschluß dem Drittschuldner zuerst zugestellt wurde; Einleitung d. Verfahrens durch ein anderes Gericht **3 2, 588.** — in den Verteilungsplan einzustellende Verfahrenskosten; Aufwendungen d. Forderungspfändungsgläubigers zur Befriedigung des Drittschuldners wegen e. Gegenforderung **1 3, 299.** — Recht, im Verteilungstermin die Vorlage d. Vollstreckungstitels zu verlangen **3 2, 587.** — befindet sich ein im Verteilungstermin nicht erschienener, beim Widerspruch beteiligter Gläubiger durch sein Nichterscheinen im Verzug gegenüber den widersprechenden Gläubigern? **1 3, 299.** — Widerspruchrecht d. Subhastaten **3 2, 587.** — Beschwerde gegen den Verteilungsplan nach § 793 **ZPO. 3 2, 559, 587; 4 756** (wegen Nichtaufnahme e. Forderung in d. Teilungsplan).

Widerspruchssklage. — **W.**, wenn das **V.-s-gericht** entgegen § 876 einen **W.** überhaupt unberücksichtigt ließ **5 884.** — rechtliche Natur **1 3, 299.** — Ausschließlichkeit des Gerichtsstandes nach § 879 **3 2, 588.** — Zuständigkeit, wenn an Stelle des ursprünglichen Klagantrags wegen inzwischen erfolgter Ausführung d. Teilungsplanes Urteil auf Herauszahlung d. empfangenen Betrages verlaugt wird **5 884.** — Klageberechtigte **1 3, 299; 3 2, 587** (Subhastat). — **W.** gegen e. in gesetzlichem Güterstand lebende Frau auch gegen den Mann zu richten **7 879.** — Beklagte **1 3, 299; 3 2, 587;** im Erklärungstermin nicht erschienene Gläubiger; muß hier der Klage eine Aufforderung zur Anerkennung des klägerischen Vorrechts vorangehen? **3 2, 587** (f. **1 3, 299).** — Zustimmung d. Klage an den Gegner selbst oder an dessen Prozeßbevollmächtigten? **5 884.** — Wiederklage mit Antrag auf Aufrechterhaltung des Teilungsplanes **1 3, 300.** — Verhältnis der **W.** zu anderen Rechtsbehelfen **3 2, 588; 7 879.** — Recht des nicht widersprechenden Gläubigers **1 3, 300; 4 756.** — Klage auf Grund e. angeblich besseren Rechts nach rechtskräftigem Urteil im Widerspruchsprozess **1 3, 300.** — Feststellungsklage d. widersprechenden, aber die Klagefrist verjämenden Gläubigers? **1 3, 300; 3 2, 587.** — Bereicherungs-klage d. widersprechenden Gläubigers trotz Fristverjämnis **1 3, 300; 3 2, 588** (ohne vorherigen Widerspruch); **3 1, 330.** — Klage des die Klagefrist Verjämenden auf vorzugsweise Befriedigung nach § 805 **ZPO. 3 2, 588; 4 756.** — Feststellungs-

Klage über das Rangverhältnis ohne Widerspruch 3 2, 587.

Klagegrund der Widerspruchsfklage — persönliche Verpflichtungen des Beklagten gegen den Kläger 1 3, 300; 5 884. — doloses Abhalten d. Klägers von der Pfändung seitens d. Beklagten 1 3, 300. — Geltendmachung eines Absonderungsrechtes oder Rechtes auf vorzugsweise Befriedigung an einem Massegegenstand 1 3, 299. — Geltendmachung von dem Schuldner zustehenden Einwendungen 1 3, 300. — Geltendmachung der auf den Nachlaß beschränkten Haftung d. Schuldners 1 3, 300. — Behauptung, die der Pfändung des Beklagten zugrunde liegende Forderung sei unrichtig 3 2, 587. — Behauptung, daß das dem Gegner zur Seite stehende Urteil falsch sei? 5 884. — Nichtbestehen der Forderung d. Beklagten 5 884.

Vertrag s. die folgenden Komposita von „Vertrag“, ferner Aufsechtung, Auslegung, Anwesenheit, Abwesenheit, Form, gute Sitten, Leistung, Nebenabrede, Richtigkeit, Rechtsgeschäft, Schriftform, Schuldverhältnis, Unmöglichkeit, Vorvertrag. — Begriff 1 1, 90; 2 1, 76. — Einteilung in Verfügungs- u. Verpflichtungsverträge 1 1, 214. — V. u. Gesamttakt, Unterschied 2 1, 76. — Vor- u. Hauptvertrag, Vorverpflichtung 2 1, 205 ff. — Verhältnis des einseitigen Rechtsgeschäfts zum V. 2 1, 37 ff. — zusammengeordnete, gemischte Verträge 3 1, 79; 4 67; 5 79. — rechtsgeschäftliche Änderung d. Inhalts e. Schuldverhältnisses durch V. 5 125. — Bezugnahme auf Gesetze im V. 5 50. — Ausfüllung von Lücken 4 50. — Frage nach dem Bestehen e. V. im Strafrecht nach BGB. zu entscheiden 4 49. — Anwendung d. Vorschriften über den V. auf die sachenrechtliche Einigung 6 67, 68. — zusammengeordnete Verträge 3 1, 97; 4 53, 67, 112; 5 79. — stillschweigende Unterwerfung unter d. Bedingungen d. V.-formulars nicht vorauszusetzen 2 1, 76. — V.-bedingung keine Bedingung i. S. d. BGB. 5 52. — Prinzip d. V.-freiheit 1 1, 147 f.; 2 1, 117. — V.-freiheit u. Verpflichtungsgrund 1 1, 213, 214. — Auslegung e. V.-surkunde 3 1, 45; 5 40. — Unterzeichnung d. V.-surkunde als Willenserklärung 2 1, 49. — Gültigkeit vorgängiger Abreden neben d. Inhalt d. V.-surkunde 2 1, 79. — falsa demonstratio in der V.-surkunde non nocet 3 1, 153; 4 120, 121; 5 130. — Prüfung d. V.-sinhalts u. Ergänzung des V.-swillens 1 1, 94. — Vermutung d. Vollständigkeit d. Urkunde 3 2, 449. — Bedeutung mündlicher abweichender Äußerungen, solange die Vollständigkeit d. V.-surkunde zu vermuten ist 5 695. — Angebot d. V.-auflösung, Annahme mit Vorbehalt

e. Entschädigungsanspruchs 1 1, 93. — Gefälligkeitsverträge 7 144, 145. — V. ohne Bindung d. einen Teils 7 145. — Ablösung e. V.-spartei durch e. Dritten bei gegenseitig verpflichtenden Verträgen 7 176.

Vertrag auf Leistung an Dritte s. Erfüllungsübernahme, Lebensversicherung. — Begriff u. Wesen 1 1, 247; 4 127. — ermächtigende u. berechtigende Verträge a. L. a. D. 1 1, 246. — vor 1900 abgeschlossener V. bei Beitritt des D. nach 1. I. 00 2 1, 783. — V. zugunsten Dritter u. V. im Namen e. Dritten mit oder ohne Vollmacht 7 165. — Unvererblichkeit d. Rechts d. Aufhebung u. Änderung 1 1, 247. — solutio in causa adiectus als Bevollmächtigter des Versprechensempfängers 1 1, 246. — § 123 Abs. 2 Satz 2 nicht anwendbar 1 1, 72. — Rücktritt vom V. 1 1, 260. — Leistungsumöglichkeit 1 1, 247, 251, 252. — § 330 nicht analog anwendbar 4 129. — fideicommissa a debitor relicta (§ 331) 1 1, 250; 4 129. — Vereinbarung e. L. an e. D. nach d. Untergange e. juristischen Person (§ 331) 3 1, 168. — nachträgliche Bestimmung d. Dritten (§ 332) 1 1, 251; 3 1, 169. — Orderrückkauf d. zivilen Orderrpapiere (§ 332) 1 1, 251. — Kauf mit d. Klausel „Aufgabe d. Käufers vorbehalten“ (§ 332) 1 1, 251. — Versprechensempfänger u. Dritter Gesamtgäubiger? (§ 334) 1 1, 253 f. — Rechtslage bei ausschließlicher Berechtigung d. Dritten (§ 334) 1 1, 253. — Bedeutung von Annahme u. Zurückweisung d. Rechts durch den Dritten 1 1, 251 f. — prozessrechtliche Stellung d. Dritten 1 1, 246 f. — Rechtsserwerb d. Dritten 1 1, 246 f.; Anhaltspunkte für den darauf gerichteten Willen d. Parteien 1 1, 248, 251; 5 144. — Zeitpunkt d. Rechtsserwerbs d. Dritten i. F. d. § 331 1 1, 250. — Zurückweisung d. Rechts auf Leistung seitens d. Dritten als Fall d. § 517 1 1, 358. — Einwendungen (insbesondere *condictio indebiti*, Retentionsrecht, *exc. non impl. contr.*) gegen den Dritten 1 1, 252 f., 182. — Verurteilung d. Versprechenden auf L. a. d. D. im Fall einer dem Versprechenden gegen den Versprechensempfänger zustehenden Schadensforderung 6 150.

Beispiele 1 1, 248, 251, 254; 2 1, 223, 224; 3 1, 166, 168; 4 128; 5 145. — Feuerversicherung d. Mobilien d. Frau durch d. Mann 7 165. — Versicherung d. vom Werkbesteller übergebenen Rohmaterialien seitens d. Unternehmers 7 165, 166. — Recht d. Vereinsmitglieder bei Bestellung e. Wagens seitens e. Mitglieds? 6 148. — Vereinbarung zwischen Darlehensgeber u. Versprechensempfänger auf Auszahlung d. Baluta an einen Dritten 6 148. — Verwahrungs-V. zwischen Schuldner u.

(Vertrag auf Leistung an Dritte)
 Hinterlegungsſtelle als B. zugunſten d. Gläubigers **1 1**, 271, 272. — Frachtvertrag **2 1**, 224. — Gützüberlaſſungsvertrag **2 1**, 224 f.; **5 145**. — Leibrenten-B. **5 145**. — Verträge zugunſten Angeborener **4 129**; **6 150** (s. nondum conceptus). — Geldeinzahlung bei d. Sparkaſſe auf d. Namen e. Dritten **1 1**, 248; **3 1**, 166; **4 128**. — Schuldübernahme durch B. zugunſten d. Gläubigers **1 1**, 248. — Erklärung, für e. anderen ſteuern zu wollen **7 184**. — Spendungsvertrag bei Sammelunternehmen **3 1**, 166. — Sched-B. **4 128**. — Ratserteilung im Intereſſe e. Dritten **4 128**. — Beſtimmung d. B.-ſtrafe als V. a. e. D. **2 1**, 225. — Ausſtellung e. Kreditbriefs durch e. Bankier zum Beſten d. Kontos e. Geſchäftsfreundes auf den Namen e. Dritten **5 145**. — Verſicherung, insbeſondere Lebensverſicherungs-B. (ſ. dieſe) zugunſten Dritter **1 1**, 248 ff., 254; **3 1**, 166, 167 ff.; **4 128** f.; **5 145**. — auf d. Namen d. Dritten geſchloſſener B. **5 145**. — Erfüllungsübernahme **1 1**, 252; **2 1**, 224; **3 1**, 166; **5 150**. — Poſtanweiſungs-B. **1 1**, 248; **2 1**, 223. — Auftrag d. Gläubigers an d. Schuldner zur Zahlung an e. Dritten **4 128**. — B.-beſtimmung d. Zahlung d. Kaufpreiſes an e. Dritten **4 128**. — Sammlung zugunſten Dritter **4 128**. — B.-ſchluß e. Gemeinde in Fürſorge für deren Mitglieder **1 1**, 248. — kein unmittelbares Recht d. Stadteinwohner bei B. auf Elektrizitätslieferung zwifchen Stadt u. Firma **6 148**. — Wirkung d. vom Haushaltungsvorſtand abgeſchloſſenen Mietvertrags auf die Familienangehörigen **7 165**. — Übernahme d. Vermittlungsproviſion d. Agenten ſeitens d. B.-ſegners bei Vertragsſchluß kein B. zugunſten d. Agenten **6 148**. — kein Rechtszerwerb eines Dritten aus einer Vereinbarung nach § 1117 zwifchen Grundſtücksverkäufer u. Käufer über eine einzutragende u. vom Käufer zu übernehmende Hypothek eines Dritten **6 148**. — Vertrag zugunſten Dritter; Begriff u. Weſen **1 1**, 247; **4 127**. — B. zugunſten Angeborener **4 129**; **6 150**. — Spendungsgeſchäft bei Sammlungen als B. zugunſten D. **3 1**, 166; **4 9**, 128. — Form d. § 313 beim Grundſtücksveräußerungs-B. zugunſten D. **1 1**, 216; **2 1**, 212; **3 1**, 152. — Verzicht d. Grundeigentümers zugunſten noch unbekannter dritter Nachbarn auf Anſpruch aus §§ 906, 1004 **6 148**.

Vertragsabſchluß ſ. a. Diſſens, Selbſtkontrahieren, Stillschweigen, Vertragsantrag, Schriftform. — Zuſtandekommen e. Vertrags nach § 242 zu beurteilen **5 84**. — doppelter **5 82** (durch Vertreter u. Vertretenen). — bei Vermittlung durch e. Agenten **3 1**, 53. — durch Briefwechſel **1 1**,

76. — durch Telegramme **1 1**, 76. — mittels Telefons **1 1**, 93; **3 1**, 51, 52; **7 63**. — mittels Ferndruckers **3 1**, 52. — Erfordernis d. Einigung **1 1**, 92, 93 f.; **6 69**, 70. — nur Einſtand d. Erklärungen, nicht auch der Willensbeſtimmungen erfordert **2 1**, 79; **6 69**. — Zeitpunkt der Perfection, wenn auch ein Dritter (Bürge) dem Vertrag beitreten ſoll **6 70**. — ſchriftlicher Vertrag mit e. Stadtgemeinde ohne Vorbehalt d. Genehmigung d. Stadtverordneten = Verſammlung; Perfection **7 47**. — B. durch Genehmigung d. Verpflichtungserklärung e. Gemeinde ſeitens d. Aufſichtsbehörde ohne Mitteilung an den Gegner **7 45**; **46**. — Abſchluß durch Zugehen d. Zuſtimmung des Gegners an das Gericht (ſ. Zugang) **7 45**. — vorbehaltene Vereinbarung über e. einzelnen Punkt **4 50**; **7 64** (Vorbehalt d. Einigung über d. Zahlungsweiſe). — bindende Einigung nur über einzelne Punkte **7 64**. — bei ſuſſezſſem Vorbringen d. Vertragsbedingungen **6 70**. — nachträgliche wiederholte Zuſtimmung nach Aufklärung e. Mißverſtändniſſes **7 64**. — quantitative Inſongruenz zwifchen Vertragsangebot und -annahme; Inſongruenz zum Vorteil oder zum Nachteil des Annehmenden **6 68**. — Auslegung e. eine Vertragsbeſtimmung nicht ausdrücklich zurückweiſenden Annahmeschreibens; vom Erklärenden abſichtlich herbeigeführte Unklarheit ſeiner Erklärung **6 68**. — ohne Annahmeerklärung gegenüber dem Antragenden bei gerichtlicher oder notarieller Beurkundung **1 1**, 93. — Anwendung d. § 152 BGB. auf Verträge nach Art. 12 § 2 PrWBGB. **7 64**. — Anwendung d. § 152 BGB. bei Erbverzicht **7 567**. — Bedeutung d. Stillschweigens auf e. Offerte **2 1**, 76; **3 1**, 51; **4 50**; **5 49**. — ſtilschweigendes Behalten e. unbeſtellten Poſtes **5 49**. — i. F. d. § 151 **3 1**, 53; **6 69**; **7 64**. — Zeitpunkt d. Vertragsvollendung i. F. d. § 151 **2 1**, 77; **6 69**. — Annahme d. Leistung vor der vereinbarten Beurkundung d. Vertrags **7 64**. — Klausel „ordnungsmäßiger Kontrakt vorbehalten“ bei brieflicher Einigung **7 64**. — von e. Partei unter Vorbehalt d. Genehmigung d. anderen binnen beſtimmter Friſt unterzeichneter Vertrag bei Vereinbarung ſchriftlichen Abſchlusses **7 64**. — bei Vereinbarung ſeiner ſchriftlichen Beurkundung in geſonderten Urkunden **6 70**. — bei Vereinbarung der Beurkundung eines ſeitens einer Gemeinde abzuschließenden Vertrags **6 70**. — Unterzeichnung e. fremdsprachigen Schriftstücks u. B. (§ 151) **2 1**, 78. — Vertragsvollendung erſt nach handelsüblichem Austausch von Beſtätigungsschreiben **3 1**, 53, 51. — Beweislaſt **1 1**, 92 f.; **2 1**, 225; **3 1**, 51, 70. — Tod d. Lebensverſicherungsnehmers vor B. **2 1**,

78. — Tod d. Bestellers von Waren d. persönlichen Gebrauchs vor B. 4 50. — bei Versteigerung 1 1, 94. — auf Grund e. Preismitteilung 4 49. — dolose Verhinderung d. Zuges d. Annahmeerklärung 6 94. — bei irrtümlichem Halten d. Vertreters für den Geschäftsinhaber selbst 7 77 (s. Vertretung).

Vertragsantrag f. Telephon, Anwesende, Abwesende.

Allgemeines. — Wesen u. Wirkung 1 1, 65, 90. — gerichtliche oder notarielle Beurkundung 1 1, 76. — telephonischer 1 1, 93, 3 1, 52; 7 63 (s. Telephon). — telephonischer Widerruf 4 49; 7 63. — in incertam personam, in incertas personas, ans Publicum 1 1, 92. — Zufendung unbekannter Waren zur Ansicht als B. 1 1, 90 f.; 6 67. — Übersendung von Büchern zur Ansicht als B. 3 1, 51. — Prospekt der Versicherungsgesellschaft 3 1, 52. — Übersendung der sog. Übernahmebedingungen u. Tarife e. Spediteurs keine Offerte 6 69. — auf Stundung 2 1, 78. — Bestätigungsschreiben als B. 3 1, 51 (s. diese). — verspätete Kündigung als B. i. S. d. § 150 Abs. 1 4 49. — B. d. Patienten u. f. Annahme durch den Arzt 2 1, 76; 4 50. — bindender B. ausgehlossen bei B. mit d. Erfordernis gleichzeitiger Anwesenheit beider Teile 1 1, 77. — Auslegung eines B. unter Abwesenden nach der am Abendungsort herrschenden Auffassung 6 69. — briefliche Zurücknahme e. vom Gegner telephonisch angenommenen „freibleibenden“ Offerte 7 657. — unter Ausschluß der Gebundenheit gestellter B., Pflicht d. Differenten nach Eintreffen der Annahmeerklärung, seine Nichtannahme zu erklären 7 62.

Einfluß des Todes u. der Geschäftsunfähigkeit (§ 153). — T. oder G. d. Differenten bzw. Antragsgeners vor Annahme bzw. nach Abendung des B. 2 1, 78. — T. des Bestellers von Waren des persönlichen Gebrauchs vor Vertragsperfektion 4 50. — T. des Versicherungsnehmers vor Annahme des B. beim Abschluß e. Lebensversicherung 2 1, 78. — keine Hemmung d. gezeigten Annahmefrist infolge nachträglich eintretender G. des Differenten 2 1, 77. — § 153 als Auslegungsregel 2 1, 78. — Beweislast i. F. des § 153 3 1, 53. — Verh. des § 153 zu § 130 Abs. 2 u. zu § 147 2 1, 78.

Annahme der Offerte. — nicht empfangsbedürftige A. e. B. als Willenserklärung 1 1, 93; 2 1, 77. — Vertragsschluß ohne A.-Erklärung bei gerichtlicher oder notarieller Beurkundung 1 1, 93. — Zustandekommen des Vertrages durch Beurkundung der A. (§ 152) ohne Kenntnis des Differenten 1 1, 76; 2 1, 78; 6 69. — A. ohne Erklärung gegenüber dem An-

tragenden 1 1, 93. — Stillschweigen auf e. B. i. F. des § 151 4 50; 5 49; 7 62 (bei vorausgegangenem Briefwechsel). — stillschweigende A. eines Kaufangebotes durch Auftrag des Fabrikanten zur Herstellung der bestellten Ware in seiner Fabrik 7 64. — Zeitpunkt der Vertragsvollendung i. F. des § 151 2 1, 77; 6 69. — Beweislast i. F. des § 151 3 1, 53. — wann ist d. Annahme e. telephonischen Offerte rechtzeitig? 5 695; 7 63. — Modifikation der Grundsätze der §§ 147, 148 über d. Rechtzeitigkeit der A. eines Vertragsangebotes bei treulosem Verhalten d. Differenten 2 1, 77. — A. eines Vertragsangebotes durch Klage auf d. geschuldete Leistung 2 1, 75. — A. durch Depesche mit Zusatz „Brief folgt“ 5 49, 50. — Entgegennahme e. B. durch e. Vermittlungsagenten 3 1, 53. — irrtümliche A.-Handlungen (Aufträgen unbekannter Zigarren) 2 1, 77; 6 69 (Anfechtung).

Gesetzliche Annahmefrist (§ 147).

— B. per Eilbrief, rechtzeitige Annahme 3 1, 51. — „regelmäßige Umstände“ i. S. des Abs. 2 § 147 4 49; 6 69 (ganz individuelle Verhältnisse des Adressaten) — telegraphische Annahme e. Drahtofferte 4 49. — Annahme mittels Fernsprechers 1 1, 79; 7 63.

Gewillkürte Annahmefrist (§ 148).

— B. mit Setzung einer Annahmefrist 2 1, 77. — Beweislast für Vereinbarung einer A. 3 1, 53. — Fristverlängerung f. d. Annahmeerklärung 3 1, 53. — Entgegennahmeverpflichtung des Differenten bei Fristsetzung für d. Annahme 3 1, 44.

Ver spätete oder mit dem Antrag nicht übereinstimmende Annahme. — Verspätung nach § 147 Abs. 2 BGB. 7 63. — Widerruf der Verspätungsanzeige des § 149 2 1, 77. — „mußte der Antragende dies erkennen?“ (§ 149) 4 49. — Beweislast i. F. des § 149 3 1, 53. — richtige Auslegung eines B. keine Änderung 5 49. — Annahme in zwei Schriftstücken (§ 150 Abs. 2) 5 49. — Annahme mit Vorbehalt 1 1, 93. — Anzeige oom verspäteten Eintreffen der Annahmeerklärung im Fall telephonischer Offerte 7 63.

Vertragsklausel f. Handelsklauseln, Auslegung. — „netto Kasse“ gegen Konnossement 3 1, 161. — „Lieferung der Kohlen nach Belgien ausgeschlossen; bei Zuwiderhandlung Preiserhöhung“ 4 46. — „das Schiff ist berechtigt, die Güter sowohl vor Beginn als während der Reise mit einem anderen Dampfer zu verladen oder umzuladen“ 6 72. — B. oder Bedingung (bei Bierlieferungsvertrag?) 5 52. — die Gewerbesteuer einengende B. 5 47.

Vertragskosten f. Kauf. — Ausgleich bez. der B. eines formmichtigen Kaufvertrags 2 1, 189, 211. — Mätkergebühren als B. i. S.

(Vertragskosten)

des § 467 **3 1**, 220; **4 164**, 211. — Gesamtschuldnerische Haftung d. Parteien **2 1**, 264.

Vertragsstrafe s. Konkurrenzverbot, Konventionalstrafe unter Handlungsgelhilfe. — Übergangsrecht, insbes. bez. d. § 343 **1 1**, 258; **1 2**, 418; **2 1**, 227, 784; **3 1**, 171; **4 129**, 543; **5 626**. — Ermäßigung nach § 343 BGB. bei sonstiger Beurteilung d. Rechtsverhältnisses nach ausländischem Recht **2 1**, 762; **3 1**, 677; **6 586**. — Vereinbarung e. B.-strafe kein Garantieverprechen **6 150**. — Unterschied von der Resolutivbedingung **1 1**, 97. — Unterschied von der lex commissoria **7 167**. — Strafvereinbarung für den Fall d. Unrichtigkeit e. Zusicherung über in der Vergangenheit liegende Verhältnisse **7 167**. — Vereinbarung seitens e. Minderjährigen **1 1**, 64; **2 1**, 45, 46. — Unbestimmtheit d. Bezugsberechtigten **7 145**, 289. — Ausbedingung e. B. als stillschweigendes pactum de non compensando **3 1**, 182. — B. u. Reuegeld **1 1**, 257; **5 145**, 146. — Einforderung e. Reuegeldes als B. unzulässig **3 1**, 170. — Lohnverwirkung als B.? **2 1**, 226. — Verhältnis d. Erfüllungsschadenersatzanspruchs zur B. **1 1**, 257; **2 1**, 226; **4 129**; **5 147**; **7 168**. — praktische Bedeutung u. Zwecke des Strafgebings **4 129**. — Strafgebende nicht extern auszulegen **5 146**. — Erfordernis e. Verschuldens auf seiten d. Schuldners? **1 1**, 255, 256; **2 1**, 226; **3 1**, 170; **5 146**; **7 168**. — atzessorische Natur **1 1**, 255; **3 1**, 169; **5 146**. — Bestimmung der B. als Leistung an e. Dritten **2 1**, 225. — Auslegung einer e. B. feststehende Bestimmung **3 1**, 54; **4 51**. — für den Fall der Konkurrenz; Abschluß einzelner, unbedeutender Geschäfte **7 167**. — Mitübergang d. Rechts auf die B. nach § 401 BGB.? **1 1**, 303. — Beweislast bei Einforderung e. B. **1 1**, 255, 256; **2 1**, 225; **6 151**. — selbständiger Strafvertrag **7 167**. — nicht atzessorischer Strafvertrag d. § 343 Abs. 2 **1 1**, 258; **2 1**, 226, 228. — selbständiges Strafversprechen in d. Form d. § 780 **3 1**, 169. — Verwirkung d. Rechte aus d. Hauptvertrag als Gegenstand e. B. unzulässig **2 1**, 225. — B. u. § 138 **3 1**, 47; **4 47**; **5 45**; **7 169**. — treuwidrige Festsetzung u. Einforderung e. B. **1 1**, 255, 256; **3 1**, 169; **4 129**. — arglistige Herbeiführung der Pflicht zur Entrichtung d. B. **3 1**, 86. — Klage auf Leistung e. B. vor deren Verwirkung **1 1**, 255. — Klage teils auf B., teils auf Erfüllung **4 129**. — Freiwerden d. Schuldners von der ihm auferlegten Beschränkung durch Zahlung der d. vollen Interesse zu ersetzen bestimmten B. **1 1**, 256. — Rechte des Gläubigers aus § 340 e. facultas alternativa? **5 148**. —

Vorbehalt d. Einforderung d. B. bei Annahme d. Erfüllung **1 1**, 256; **2 1**, 226; **3 1**, 170; **4 129**; **5 148**; **6 151**; **7 168**; insbesondere bei der Erfüllung in Teilen **2 1**, 226; **3 1**, 170; **6 151**. — stillschweigender Vorbehalt der B. **7 168**. — nachträglicher Vorbehalt bei Leistung in Abwesenheit d. Gläubigers **7 168**. — Vorbehalt bei früheren Zahlungen gegenüber vorbehaltloser Annahme der Restzahlung **7 168**. — Vorbehalt nach § 341 Abs. 3, wenn der Anspruch auf die Strafe durch Zahlung oder Aufrechnung getilgt ist **6 151**. — Anwendung d. § 341 Abs. 3, wenn in e. Lieferungsvertrag Nachlaß am Kaufpreis i. F. verspäteter Lieferung vereinbart ist **7 169**. — Beweislast bez. d. Vorbehalts auf d. B. **1 1**, 256; **2 1**, 226; **3 1**, 170. — einzelne Fälle **1 1**, 256, 258; **2 1**, 225, 226, 227, 228; **3 1**, 169, 170; **4 129**; **5 146 ff.** — insbesondere wegen Konkurrenzverbotsverletzung **1 1**, 256; **3 1**, 170; **5 146 f.** — bei Unterlassungsobligationen **7 167**. — bei Unterlassungsansprüchen; vorsätzliche oder fahrlässige Herbeiführung der Zuwiderhandlungen seitens d. Gläubigers **6 150**. — vom Unternehmer eingegangene Pflicht, nur einheimische Arbeiter zu verwenden **7 168**. — Vereinbarung einer sich täglich verdoppelnden B. nichtig **5 126**. — Fälligkeit e. für den Fall der Nichtfertigung e. Leistung bis zu einem bestimmten Kalendertage versprochenen B.; Verzug **7 167**. — Beweislast bei Nichterhaltung d. Ablieferungsstermins **7 168**. — vertragliche Beschränkung d. Abrufspflicht d. Käufers im Fall von Störungen in seinem Betrieb; Wirkung e. nachträglichen Verzichts auf dieses Recht für den Anspruch d. Verkäufers auf Vertragsstrafe **7 193**, 194. — wegen verspäteter Fertigstellung bei Kündigung d. Werkvertrags seitens d. Bestellers **7 168**. — Frachtzuschlag nach § 53 Ziff. 8 EisenbVerfO. als B. **1 1**, 256; **7 168** (s. Eisenbahn). — Strafzahlung für den Verlust der Fahrkarte als Leistung einer Vertragsstrafe **3 1**, 169. — bei Stundung einer fälligen Kaufpreiskate getroffene Vereinbarung, daß bei nochmaligen Verzug Verkäufer den gezahlten Teil d. Kaufpreises als B. behalten dürfe **7 169**. — Sicherung d. Annahme e. Grundstücksaufofferte durch Vereinbarung e. B. **2 1**, 211. — s. Nichterfüllung d. Versprechens d. Beurkundung e. formbedürftigen Vertrags **5 148**. — bei teilweiser Leistungsummöglichkeit **2 1**, 226. — bei teilweiser Erfüllung **3 1**, 169. — für Nichtleistung von Diensten **2 1**, 227. — Verfall beim Bierlieferungsvertrag, wenn der Wirt ohne sein Verschulden den Betrieb aufgeben muß **6 150**. — kein Verfall, wenn der zum Warenbezug Verpflichtete infolge d. Verhältnisse sein Geschäft mit

anderen vereinigen und anderswo Waren beziehen muß **6 150**. — § 344 ius cogens **3 1, 171**. — Umgehung d. § 344 **2 1, 228**. — analoge Anwendung d. § 344 auf d. nicht-akzessorischen **B. 2 1, 228**. — unwirksame Strafversprechen (§ 344): bei Vereinigungen u. Verabredungen i. **S. d. § 152 GewD. 1 1, 258; 2 1, 228**; auf dem Gebiet des geselligen Verkehrs **1 1, 258; 2 1, 228**. — Anwendung d. § 348 **HGB.** auf die zu einem Vorbereitungsgechäft des Gewerbebetriebs versprochene **B. 3 2, 82**.

Herabsetzung. — Versprechen einer übermäßig hohen **B. 3 1, 47; 4 47**. — rückwirkende Kraft des § 343 **HGB.?** **7 169**. — **B. seitens e. z. Bt.** d. Strafversprechens, nicht aber **z. Bt.** der Fälligkeit die Vollkaufmannseigenen Besitzenden **7 592**. — Nichtigkeit des vertraglichen Ausschlusses d. richterlichen Ermäßigung **2 1, 227**. — keine Herabsetzung der im Vertrag über den Verkauf eines Geschäftes für e. Konkurrenzverbot festgesetzten **B. 7 662**. — Frage d. Angemessenheit e. **B. 1 1, 257 f.; 2 1, 227; 3 1, 171; 5 148; 6 151; 7 169**. — Beweislast bez. d. Angemessenheit **3 1, 171**. — Einfluß d. Schadenshöhe **7 169**. — Berücksichtigung von nach Vertragschluß eintretenden u. zukünftigen Verhältnissen bei Frage der Herabsetzung **6 151**. — Berücksichtigung anderer als Vermögensinteressen des Gläubigers bei Prüfung d. Angemessenheit **6 151**. — Einfluß des Grades des Verschuldens d. Verpflichteten auf Bemessung der Höhe **6 151**. — Berücksichtigung d. Gehalts d. Angestellten bei Übertretung e. Wettbewerbsverbots **7 169**. — prozessuale Form des Antrags auf Herabsetzung e. **B. 1 1, 257; 2 1, 227; 4 130; 6 151** (Einrede, Widerklage). — rechtlicher Charakter d. Klage u. des Urteils des § 343 **1 1, 257; 2 1, 227; 3 1, 171**. — „Entrichtung“ d. **B. i. S. d. § 343 2 1, 227; 3 1, 171**. — richterliche Ermäßigung d. **B.** nach teilweiser Entrichtung oder bei Entrichtung mit Vorbehalt **1 1, 257**. — Herabsetzung e. in den Statuten e. Versicherungsgesellschaft für den Fall d. Nichterhaltung d. Prämienzahlung festgesetzten **B. 3 1, 171**. — Herabsetzung e. als eventl. **B.** vereinbarten Vehrghelds **1 1, 258**. — keine Herabsetzung d. Neugeldes **1 1, 257**. — Strafen des § 134 b **GewD. 2 1, 225, 227**.

Vertrauensschaden s. negatives Vertragsinteresse, Schadensersatz, Anfechtung, falsus procurator.

Vertreter gesellschaftlicher s. Minderjährige, Vertreter, Hilfspersonen. — Begriff **1 1, 34**. — Klagehebung durch oder gegen e. falschen gesellschaftlichen **B. 1 3, 34/35**. — Mangel eines gesellschaftlichen **B.**; Aufstellung eines besonderen **B.** nach § 57 **3 PD.**; Dauer

seiner Vertretungsmacht **1 3, 35**. — Prüfung seiner Legitimation zur Prozeßführung; Prüfung d. Beststellungsurkunde **3 2, 359**; keine Nachprüfung, ob die Vormundchaft zu Recht besteht **3 2, 359**; Setzung einer Frist zur nachträglichen Beibringung **3 2, 360**; Erlass des wegen Mangels d. Legitimation abweisenden Urteils erst nach in mündlicher Verhandlung festgestelltem Ablauf der Frist **3 2, 360**. — Widerruf d. Einwilligung zu Rechtsgeschäften Minderjähriger **1 1, 61**. — Erfordernis d. Einwilligung zu einseitigen, zu nicht rein lukrativen Rechtsgeschäften Minderjähriger **1 1, 62 f.** — Folgen der Nichtgenehmigung von Verträgen Minderjähriger **1 1, 62**. — Ermächtigung des Minderjährigen zum Gewerbebetrieb, in Dienst oder Arbeit zu treten **1 1, 63 f.** — Firmensignatur, Handelsregister-Anmeldung d. gesellschaftlichen **B.** für den Minderjährigen **1 1, 103**. — Unnenbarkeit des § 174 auf den gesellschaftlichen **B. 1 1, 112**. — Zugang e. Willenserklärung an den gesellschaftlichen **B.** durch das Kind als Boten **2 1, 64**. — verspäteter Zugang einer Erklärung an den gesellschaftlichen **B.**, aber rechtzeitig an den Geschäftsunfähigen **3 1, 44**. — an den Geschäftsunfähigen adressierte zugangsbedürftige Erklärung gilt zugleich an den gesellschaftlichen **B.** adressiert **4 41**. — Zurücksendung der vom Mündel persönlich geleisteten Sache durch den gesellschaftlichen **B.** als Schlichte **2 1, 103**. — Schutzfrist des § 206 **HGB.** bei Fehlen des gesellschaftlichen **B. 1 1, 131**. — Fälle kollidierenden Handelns des gesellschaftlichen **B.** und des Vertretens; Lösung d. Kollision **5 53, 54, 82**. — gesellschaftlicher **B.** als Hilfsperson d. § 278 **HGB. 1 1, 192, 194; 3 1, 137; 4 109**. — gesellschaftlicher **B.** der Erben i. **S. d. § 278 HGB. 2 1, 191; 3 1, 135**. — Operationsweigerung des gesellschaftlichen **B. 2 1, 146**. — nach §§ 58, 787 **3 PD.** bestellte **B.** e. derelinquierten Grundstücks **7 739**.

Vertretung s. Vertreter, falsus procurator, Selbstkontrahieren, Vollmacht. — Begriff u. Wesen **1 1, 101 f.** — Unterschied von gesellschaftlicher und gewillfürter **7 742**. — **B.**-smacht kein Begriffsmerkmal **7 72**. — Begriff; Zweckvertretung **7 73**. — Kritik d. gegenwärtigen Rechtszustandes bez. d. **B. 4 52**. — Kritik d. Repräsentationstheorie **7 72**. — Verhältnis von **B.** zu Vollmacht **7 72**. — Vertretungsmacht u. Verfügungsmacht, Unterschied **1 1, 103**. — notwendige **B.** keine **B. i. S. d. §§ 164 ff. HGB. 1 1, 102**. — Vertreter u. Organ, Unterscheidung **1 1, 26, 28**. — Geschäftsmittler Vertreter oder Erbsmann? **1 1, 104**. — Vertreter u. Vote **7 73 f.** — Briesträger Vertreter oder Vote? **7 74**. — Rechtsstellung d. mittelbaren Vertreters **3 1, 57; 4 53, 54; 5 55**. — Geschäftsunfähige als Vertreter in den Grenzen ihrer

(Vertretung)

natürlichen Willensfähigkeit 7 77. — beschränkte Geschäftsfähigkeit des B. 1 1, 106 f. — Vertreter für f. Vertretungsmacht beweispflichtig 1 1, 104; 3 1, 57. — Kundgebung d. Vertretungswillens 2 1, 82; 5 55. — Erklärung d. Vertretungswillens im voraus 2 1, 83. — Pflicht d. Vertragsgegners, sich mit dem Vertreter einzulassen? 7 75. — Mangel d. Erkennbarkeit d. Vertretungswillens beim B. 1 1, 104 f.; 2 1, 83; 3 1, 58; 4 54; 5 55. — Absicht d. Gegners z. Vertreters, nur mit dem Vertretenen zu kontrahieren, bei Nichtkundgabe d. Vertretungswillens 6 74. — Anwendung d. § 119 BGB. im Fall des § 164 Absf. 2 6 74. — dingliche Wirkungen eines nach § 164 Absf. 2 zustande gekommenen Geschäfts 6 74. — keine Anwendung d. § 164 Absf. 2 bei übereinstimmendem Willen d. Vertreters und d. Gegenkontrahenten 6 74. — Zugehen einer Willenserklärung an den Vertreter e. Geschäftsunfähigen 1 1, 79. — Willensmängel, Kennen u. Kennenmüssen 1 1, 107. — Unterschrift des Vertreters für den Vertretenen 1 1, 75, 76; 2 1, 60; 4 35 (vgl. Unterschrift). — Erwerb des B. für sich selbst trotz Pflicht zum Erwerb für den Vertretenen 6 74. — stillschweigende Ermächtigung d. jeweiligen Dienstboten zum Einkauf; Unterschlagungen des Dienstboten; Warennahme des Dienstboten nach seiner Entlassung 6 74. — Abgabe oder Entgegennahme von telephonischen Erklärungen durch B. 1 1, 93; 3 1, 51, 52. — Abgabe e. Erklärung gegenüber e. B. d. abwesenden Adressaten, „Zugehen“ (§ 130) 4 39 (vgl. Zugehen). — Weißerwerb durch B. 5 55. — Vertragsanfechtung wegen Betrugs durch den B. bei Gelegenheit d. Vertragsschlusses 5 36. — kein Rechtserwerb d. Dritten bei betrügerischem Zusammenwirken d. B. u. d. Dritten 2 1, 83. — Haftung d. Vertretenen für den B. 1 1, 104; 4 53. — keine Haftung d. Vertretenen für Arglist seines B. bei Gelegenheit d. Vertragsschlusses 4 53. — Haftung d. vertretenen Verkäufers für arglistig bei Gelegenheit des Kaufabschlusses verübte Handlung seines B. 4 445. — keine Prüfungspflicht hinsichtlich d. ihm vom Vertretenen gemachten Angaben 3 1, 58; 4 54. — wahrheitswidrige Angaben d. B. e. Vericherten 3 1, 58. — konkurrierendes u. kollidierendes Handeln des B. u. d. Vertretenen 5 82 (f. 2 1, 82). — Fälle kollidierendes Handelns; des Vertreters und des Vertretenen 5 53. — gesetzliche B. juristischer Personen unter § 164 BGB. fallend? 7 76. — Grundsätze d. mittelbaren B. 4 53; 5 54; 7 72 (2). — Unterschied d. B. von den Fällen, wo ein Nichtberechtigter kraft eigener Verfügungsmacht mit Wirkung für andere tätig wird (Ehemann, Mißbraucher) 7 72. — Unter-

schied zwischen gesetzlicher u. gewillkürter B. 7 74, 75. — aktive u. passive B. 7 75. — Unterschied zwischen Vertreter u. Vertragsgehilfen 7 75. — Zweifel, ob B. oder e. andere Geschäftart (Vertrag zugunsten Dritter) vorliegt 7 76. — Offenheitsprinzip 1 1, 103. — § 164 Absf. 2 BGB. nur bei Begründung von Rechtsverhältnissen anwendbar 7 77. — bei Rechtshandlungen 1 1, 102. — B. u. polizeiwidriges Handeln 5 8. — B. unbestimmter Personen, „Blankettwille“ 1 1, 105. — bei einseitigen, empfangsbedürftigen Willenserklärungen 3 1, 57. — Vertragsschluß im fremden Namen für eigene Rechnung kein Fall des § 687 Absf. 2 3 1, 292. — in der Wohnitzbegründung 1 1, 6. — im Weißerwerb (f. Besitz) 7 76. — Vertragsabschluß bei irrtümlichem Halten des Vertreters für d. Geschäftsinhaber 7 77. — Abschluß e. Bauvertrags seitens d. Ehemanns für das von seiner Frau betriebene Baugeschäft bei Unkenntnis d. Gegners von der Inhabereigenschaft der Frau 7 77. — Leistung an den Gläubiger selbst bei Mahnung durch den Vertreter 7 75. — Vorliegen eines Dissenses, wenn dem Vertragsgegner die Umstände, aus denen nach § 164 Absf. 1 Satz 2 die B.-sächsig folgte, nicht erkennbar waren 7 76. — Beweislast bei der B. 1 1, 104 (f. 3 1, 57). — Überschreitung der B.-smacht 1 1, 104. — gesetzliche B.-smacht besteht ohne „Auftrag“ 2 1, 82. — keine gegenseitige gesetzliche B.-smacht der Ehegatten 2 1, 82. — § 181 als Dispositivvorschrift über d. Umfang d. B.-smacht 1 1, 114. — §§ 171, 172 als Fälle auf Grund objektivierten Gestionsverh. bestehender B.-smacht ex lege 1 1, 110. — B.-spflicht, Verschulden und Schadensersatzpflicht 1 1, 187; 2 1, 187; 3 1, 130; 4 103, 104; 5 111. — Folgen der dem Kollektivprokuristen erteilten Erlaubnis, in Gegenwart des Direktors auf dem Hauptkontor allein Zahlungen anzunehmen 3 2, 80. — Verstoß eines Kollektivvertreters gegen Treu und Glauben 1 1, 82. — Anwendung des § 174 BGB. (Verlangen der Vollmachtsvorlage) auf den Prokuristen 5 646. — Vertauschung einer B.-smacht 3 2, 80; 4 618 (Stillschweigen des Vertretenen auf erhaltene Kenntnis). — Willensmängel u. Kenntnis d. Vertreters bzw. des Vertretenen 7 78. — Anwendung des § 166 BGB. auf d. B. ohne B.-smacht 7 78. — nachträgliche Genehmigung der vom Vertreter ohne B.-smacht ausgeführten Handlung u. § 166 Absf. 2 BGB. 7 78.

Verwahrungsvertrag f. Lagergeschäft, Hinterlegung. — Rechtsnatur 1 1, 414; 2 1, 309; 3 1, 157. — Unterschied zwischen Sachmiete u. unentgeltlicher Verwahrung 2 1, 425; 6 264. — Verhältnis zum Arbeitervertrag 2 1, 316, 324. — Arten des depo-

situm 2 1, 426. — Kompensation gegenüber einem depositum des alten Rechts 6 594. — Erfüllungsort 1 1, 414.

Fälle. — Überlassen einer Scheune zur Unterstellung einer Lokomobile kein B. 6 264. — Verwahrungspflicht d. Straßenbahn, Eisenbahn hinsichtlich zurückgelassener Sachen 4 226; 7 287 (s. Fund). — Haftung der Eisenbahn ex deposito, nicht ex recepto 4 226. — Postschlieffachvertrag? 7 286 (s. Miete). — keine Verwahrungspflicht der Eisenbahn durch Zurverfügungstellung von Wagen zur Warenverladung 5 272. — Viehverstellung 7 287. — Zurücklassen der e. Mitbewohner gehörigen Sachen in der gemeinschaftlichen Wohnung? 7 287. — Verwahrungsdépôt 7 287. — Haftung des Staates für Affervate 1 1, 414; 2 1, 424 (s. Hinterlegung). — dem Gericht übergebene Beweisurkunden 3 1, 293 (s. Urkunden). — Aufbewahrung von Sachen e. im Siedenhaufe untergebrachten Armen durch d. Armenanwalt bzw. durch die Gemeinde 3 1, 293. — Quarantäne 7 286, 287. — Rückgabepflicht der Gefängnisverwaltung bez. der dem Gesangenen bei der Verhaftung abgenommenen Sachen 4 225. — Schrankfachvertrag 1 1, 362, 378; 2 1, 292 f.; 4 173 f.; 5 206, 272; 6 263; 7 285, 286 (s. diesen). — Vertrag mit Gepäcksräger 2 1, 424 (s. Eisenbahn). — dem Gastwirt aufgetragene Verwahrung der Garderobe 2 1, 425, 431; 5 272. — Abhandenkommen von Kleidungsstücken, Haftung der Schulbehörde? 2 1, 190, 424. — Haftung des Arbeitgebers für abhanden gekommene Kleider? 1 1, 293 (vgl. Arbeitsvertrag). — unbestellte Waren? 1 1, 90. — fremde Sachen 6 264.

Vergütung. — Bestimmung nach § 316 mangels einer Vereinbarung 2 1, 424. — bei Afford- u. Zeitlohnvertrag im § 699 2 1, 426. — Rückforderung einer Gebührenquote bei vorzeitiger Beendigung eines Verwahrungsvertrages 4 227. — bei Bestellung e. Verwahrers durch das Amtsgericht nach § 165 FGW. 7 287.

Haftung des Verwahrers. — für Weiterverbreitung der Vermögensangelegenheiten des Deponenten 4 226. — §. des unentgeltlichen B. für jede schuldhafteste Sachbeschädigung 2 1, 425. — §. des Staates bei Quarantäne 7 287. — für zufälligen Schaden bei Änderung des vereinbarten Aufbewahrungsortes 2 1, 425. — solidarische Haftung mehrerer Hinterleger aus § 694 4 226. — Haftung des Arbeitgebers für unbefugte Einbehaltung der Quittungssarte 5 272 (s. Altersversicherung). — Zurechnung fremden Verschuldens beim B. 4 226. — kein Retentionsrecht des B. 3 1, 120. — landesgesetzliche Ablehnung der Verzinsung hinter-

legten Geldes seitens des Staates 3 1, 293. — Auftrag „Geld aufzuheben“ keine Substitutionsbefugnis des B. 2 1, 398, 425; 3 1, 283. — Leistungsmöglichkeit 1 1, 185. — Pflicht des B. zur Hinterlegung d. Sache bei einem Dritten 6 264.

Beendigung. — des Vertrags durch das Verlangen der Rückgabe bzw. Rücknahme 2 1, 425. — Rückforderung des Depôts 4 226. — vindicatio des Hinterlegers neben Ansprüchen aus § 695 4 225. — Kündigungsbefugnis des Verwahrers 2 1, 425, 426. — Rücknahmefrist für den Hinterleger 2 1, 426; 4 226. — Pflicht des Bankiers zur Rücksendung der Wertpapiere nach Beendigung des B. 4 226. — Pflicht des Arbeiters zur Abholung des Arbeitsbuches (s. dieses) beim Arbeitgeber 2 1, 426. — Herausgabe einer dem Kreditur zur Verwahrung gegebenen Sache durch den Kontokorrentverwalter 5 272.

depositum irregulare 1 1, 414; 2 1, 426 f.; 5 272; 7 287. — „ausdrücklich“ im § 700 1 1, 154 f. — Wanddepôts als dep. irreg. 6 264. — „Aneignung“ des Verwahrers nach § 700 Abs. 1 Satz 2; Rechtsnatur, Anfechtung nach §§ 116 ff. BGB.? 6 264. — depositum irregulare und Kautions 7 287. — dep. irreg. bei Verschreiben e. Summe für geleistete Dienste 7 287.

Verwaltungsbehörden s. Gerichtsbarkeit.

Verwaltungszwangsverfahren. — in westpreußischen u. posenischen Anordnungs-sachen 4 774. — wegen Rentenforderungen des preußischen Fiskus gegen den Rentengutsbesitzer 6 937.

Verwandtschaft 6 480. — Anwendung des Begriffes des BGB. auf das Strafrecht (s. BGB.) 1 2, 388; 4 532 (2); 5 602; 6 587 (Verwandtschaft des Angeklagten mit dem Ehemann seiner Adoptivtochter). — zwischen Vater u. unehelichem Kind nach außerdeutschem Recht 1 2, 373; 5 610. — Irrtum über Verwandtschaft Strafrechtsirrtum? 4 532. — B. des unehelichen Kindes mit seinem Erzeuger 6 480. — Unterschied vom Personenstand des § 169 StGB. 7 494.

Verweisung eines Rechtsstreites an das Landgericht.

§ 505 B P D. **Wegen sachlicher Unzuständigkeit.** — das Verfahren vor dem Landgericht keine Fortsetzung des amtsgerichtlichen 1 3, 188. — Wirkung der Klagerhebung dauert fort 1 3, 188. — Entscheidung des Amtsgerichts über seine Kosten; Unterlassung 3 2, 490. — Ladung des Gegners 3 2, 490; 7 828. — Einfluß des amtsgerichtlichen Urteils auf die Frage der Zulässigkeit der Revision? 6 847. — Kritik des neuen § 505 7 828.

§ 506 B P D. **Widerklage, Klagerweiterung, Inzidentfest-**

(Verweisung)

stellungsklage. — Ladung des Gegners, wenn der amtsgerichtliche Bevollmächtigte am Landgericht nicht zugelassen 1 3, 188; 3 2, 490. — Erledigung der Klage durch amtsgerichtliches Urteil; lediglich Verweisung d. Widerklage vor das Landgericht; Erweiterung oder Abänderung d. Klage zulässig? 6 847. — irrtümliche V. an das LG. ohne vorherige Prüfung der gegen die örtliche Zuständigkeit des LG. erhobenen prozeßhindernden Einrede 6 847. — keine Nachprüfung des V.-beschlusses durch das Landgericht 1 3, 188; 4 710. — Beschwerde gegen den V.-beschluss? 3 2, 490. — Gebühren des V.-beschlusses 6 847. — Erhebung e. Widerklage auf Feststellung d. Nichtbestehens der ganzen, nur teilweise eingeklagten Forderung? 7 828. — V. wegen Verbindung mehrerer Prozesse? 7 828.

Verwendungen s. Eigentum unter Ansprüche aus dem E. Herausgabe. — Ansprüche des Käufers, dem übergeben, aber nicht aufgelassen ist, wegen V. in der Zwangsversteigerung 6 940.

Verzeihung s. Ehescheidung, Schenkung. — V. d. Rechtsgefäß? 1 1, 60.

Verzicht s. auch Hypothek.

Materieller. — nach 1900 erklärter V. auf ein vorher entfallendes Recht 4 543. — vor 1900 erklärter V. auf Unterhalt für d. Zeit nach 1900 5 627. — außerhalb des Prozesses erklärter: Einfluß auf ein bedingtes Endurteil 3 2, 459/460. — kurze Zusammenfassung der Lehre vom V. 2 1, 248 f.; 3 1, 185 f. — V. und Erlaß 3 1, 184; 2 1, 248. — einseitiger V. auf eine Einrede 2 1, 102. — V. des Schuldners auf die Einrede der Verjährung 1 1, 80, 133. — V. auf dingliche Rechte, einseitiges Rechtsgefäß oder Vertrag 2 1, 38. — auf das Aufsechtungsrecht 2 1, 75. — auf Aufrechnung 1 1, 287; 3 1, 181, 186; 5 152 (s. Aufrechnung, pactum de non compensando). — auf den Widerruf der Vollmacht 1 1, 109; der Procura 1 1, 110. — auf adressierte Vornahme eines adressierungsbedürftigen Rechtsgefäßs 4 37. — „auf jedwede Nachforderung“ als negativer Anerkennungsvertrag (§ 397 Abs. 2 BGB.). 5 157. — auf Geltendmachung der Formnichtigkeit eines Kaufvertrags 4 121, 122; 5 130. — des Grundstückskäufers auf Geltendmachung der ihm aus arglistiger Täuschung zustehenden Rechte gegen Preisnachlaß formbedürftig (§ 313) 5 129. — auf Koalitionsfreiheit 2 1, 67; 5 42. — auf Rechtshilfe 5 42. — des Individualberechtigten auf die Unverletzlichkeit seiner Geheimsphäre 3 1, 46. — des Verletzten

vor Übergang seiner Forderung auf die Berufsgewissenchaft (§ 119 UnfWG.) 1 1, 314. — auf d. gesetzliche Vorkaufsrecht d. Grundeigentümers nach § 57 BrEnteignG. 1 1, 297. — auf d. Lizenz 1 1, 296. — vorbehaltsliche Annahme verspäteten Mietzinses als V. auf die kassatorische Klausel 1 1, 263. — auf ein Nuzungsrecht, Kaufgeschäft der für das dingliche Rechtsgefäß vorgeschriebenen Form bedürftig? 3 1, 390.

Prozeßualer. — rechtliche Natur des p. V. 1 3, 96 (einseitiges Rechtsgefäß); 3 2, 459; 7 804. — Form des p. V.; Erklärung in der mündlichen Verhandlung 1 3, 96, 139; 6 821. — V. auf das Klagerrecht 1 3, 91. — im voraus erklärter V. auf einzelne Prozeßhandlungen (Zwangsvollstredung, Rechtsmittel) 1 3, 91, 138, 240 (vgl. Rechtsmittel, Zwangsvollstredung). — V. auf einen Teil des Klagenanpruchs ohne Änderung des Klagenantrags; Recht des Beklagten auf klageabweisendes Urteil in Höhe des Verzichts 6 821. — V. auf einen Teil des Klagenanpruchs mit Änderung des Klagenantrags; Recht des Beklagten auf klageabweisendes Urteil in der Höhe des V.; aber kein Recht des Beklagten, der ein solches klageabweisendes Urteil nicht verlangte, bei wiederholter Geltendmachung des verzichteten Anspruchs in e. neuen Prozeß die Abweisung der Klage zu verlangen 6 821. — neuerliche Geltendmachung e. Teilanspruchs im gleichen Prozeß trotz früher erklärten V. 6 821. — V. unter gleichzeitiger Erhebung von Prozeßfrühen 1 3, 139; 3 2, 459. — V. nach Erlaß e. bedingten Endurteils 3 2, 459. — V. auf ein ergangenes Urteil mit Folge der Prozeßfortsetzung? 1 3, 140 (vgl. 1 3, 145; s. Rechtskraft, Zwangsvollstredung). — Verwertung e. außergerichtlichen V. (nach Erlaß e. bedingten Endurteils) 3 2, 459, 460. — Unsechtbarkeit eines V. 3 2, 459; 6 821. — Widerruf; Anwendung des § 290 ZPO. 6 821.

Verzug vgl. Abnahme-V., Annahme-V., Gläubiger-V., Schuldner-V., Mahnung gegenseitige Verträge, Fälligkeit, Leistung. — maßgebendes örtliches Recht für die Folgen des V. bei gegenseitigen Verträgen 2 1, 761. — nach welchem örtlichen Recht ist zu entscheiden, ob Annahme-V. vorliegt? 6 586. — Übergangsrecht: 1 2, 415, 417; 2 1, 784, 785 (3); 3 1, 692; 4 544; 6 593; 7 585. — Anwendung d. § 326 BGB. auf alte Schuldverhältnisse? 1 2, 417, 418; 5 625, 626. — Begriff u. Wesen des V. 5 108, 121. — Schadenserlassanspruch gegen den rechtskräftig zur Wandelung Verurteilten, der trotz Freisetzung nach § 283 seiner Pflicht aus der Wandelung nicht nachkommt 6 130. —

Abwendung des B. durch Leistung an den Gläubiger bei Mahnung durch den Vertreter des Gläubigers 7 75, 142. — Verhältnis d. Vertretungspflicht nach § 276 BGB. zum B. 7 130, 143 (vgl. Schadensersatz). — B. nach rechtskräftiger Verurteilung (§ 283 BGB.); Anwendung auf Schuldverhältnisse des alten Rechts 7 141. — Einwendungen d. Beklagten bei B. nach rechtskräftiger Verurteilung 7 141. — B. bei gegenseitigen Verträgen (s. diese) 7 142. — Verzögerung d. Leistung infolge irriger Vertragsauffassung 7 143. — des Erben: B. während der Frist des § 2014? 1 2, 228, 229; 4 489; 5 564; 6 535 (f. Erbenhaftung); Annahme-B. eines Miterben 1 2, 234 (f. Nachlassverwaltung); B. d. Erben vor Erbschaftsannahme 4 481. — Rechtsanwaltskosten als B.-Schaden 1 1, 204; 2 1, 202.

Verzugszinsen vgl. Zinsen. — Übergangsrecht 1 1, 204 ff.; 1 2, 415, 417; 7 143, 584 (Verjährung). — Höhe d. Zinsfußes 1 1, 206. — Verjährung v. B. aus e. rechtskräftigen Urteil 5 64. — Verzugszinsen für Nichterfüllung öffentlich-rechtlicher Verpflichtungen 5 123. — Beweislast d. Gläubigers für die Zeit d. Zinslaufes 5 123. — Staatshaftung für Verzugszinsen 3 1, 147. — Verzugszinsen bei Nichtaufstellung d. versprochenen Akzeptes 7 141, 142. — bei Zahlung e. an einem Feiertag fälligen Schuld am nächsten Werktag 7 143.

Vieh. — als Zubehör e. Landgutes 2 1, 35, 36. — kein wesentlicher Bestandteil e. Grundstücks 1 1, 55. — landwirtschaftliches Erzeugnis i. S. d. § 96 BGB. 2 1, 96.

Viehhandel. — polizeiliche Beschränkung des B. im Umherziehen 4 949. — Wandergewerbeschein bei Verkauf lebenden Viehs nötig? 4 950.

Viehkauf. — §§ 481 ff. nur auf den Verkauf von lebenden Tieren anwendbar 1 1, 353. — §§ 481 ff. auch auf Tierzucht anzuwenden 3 1, 223. — Abnahmepflicht u. Gewährleistungsanspruch d. Käufers bei B. 5 198. — Mängelgenehmigung, § 377 Abs. 2 BGB. unanwendbar 5 199, 703. — Anfechtung eines B. wegen Irrtums 2 1, 54; 3 1, 36, 37, 223; 4 30, 193. — Reihenregreß bei d. Viehwährschaft 1 1, 353. — Beschränkung des Käufers im Zweifel auf Schlachtviehmängel 3 1, 223. — arglistiges Verschweigen eines Haupthauptmangels 3 1, 223; 5 198, 199; 6 200. — keine Haftung für Fehlen einer zugesicherten Eigenschaft bei Kenntnis des Käufers 1 1, 353. — tuberkulose Erkrankung e. Schlachttiers mit auf d. Freibank vermieltem Fleisch als Hauptmangel 2 1, 285; 6 200. — keine Haftung der Verkäufers für Hauptmängel bei Versteigerung des Tieres nach § 489 1 1, 353. — Trächtigkeitsgarantie 1 1, 355; 3 1, 224, 225; 4 167; 5 201; 6 201 (mit

Gutgabe für einen bestimmten Endtermin; Gutgabe für Geburt e. lebenden Jungen). — Zusicherung völliger Gesundheit u. Fehlerfreiheit bei Haustieren 1 1, 355; 2 1, 287; 3 1, 225 f.; 6 199, 201. — Übernahme der Gewährleistung für alle Mängel 6 199, 201. — Verkauf e. Tieres zu einem bestimmten Gebrauchszweck (§ 492) 1 1, 355; 3 1, 225; 4 167 (Zugpferd); 5 201 (Milchkuh); 6 199. — Ablauf der Gewährfrist von Amts wegen zu berücksichtigen 3 1, 223. — Ende der Gewährfrist 1 1, 354. — Gefahrübergang erst nach Wägung des Tieres 1 1, 342. — Gefahrübergang mit d. constitutum possessorium 3 1, 223; beim Eigentumsvorbehalt 1 1, 354; beim Gattungs-B. 1 1, 353. — Beweislast bez. des Gefahrübergangs 3 1, 223. — Vermutung des § 484 3 1, 223. — Gewährfrist und Anzeigefrist d. § 485 1 1, 354; 7 208. — Berechnung der Anzeigefrist des § 485 6 79. — Mängelanzeige vor Ablauf der Gewährfrist 3 1, 224. — Erfüllungsort f. d. Mängelanzeigepflicht 3 1, 224; Ende der Anzeigefrist 1 1, 354; 3 1, 224. — Mängelanzeige im Prozeß 2 1, 285. — Erfordernis d. bestimmten und namentlichen Bezeichnung des Mangels? 4 166; 5 199; 6 200. — Bedeutung d. Erwähnung d. "Klagenerhebung" im § 485 4 166. — Kosten des Beweisicherungsverfahrens in Viehwährschaftsprozessen 3 1, 224. — vertragsmäßige (§ 486) Dauer der Gewährfrist 3 1, 224. — Schadensersatz wegen Nichterfüllung beim Fehlen zugesicherter Eigenschaften 4 166. — Schadensersatz wegen schuldhaft mangelhafter Lieferung nur bei Hauptmängeln 7 131, 208. — Bemessung d. Wertes d. Tieres bei Wandelung 1 1, 354; 3 1, 224. — Verlust d. Wandelungsrechts durch Weiterveräußerung? 7 208. — Einfluß e. Veräußerung des Tieres in Kenntnis d. Mangels auf die Wandelung 3 1, 224. — Wandelung bei Unmöglichkeit der Herausgabe des Tieres 1 1, 354. — Vereinbarung des Minderungsrechts ungültig 1 1, 354. — Erfaß der Transportkosten 3 1, 222, 224; 5 199, 200; 6 200; der Tierarztkosten 3 1, 222, 224; der Kosten e. Vorprozesses 3 1, 225; 5 199; 6 200; Erfaß der Zollkosten 6 200. — Erfaß der Vertragskosten u. der Kosten der Mängelanzeige 3 1, 225. — Futterkosten als Nebenforderung 2 1, 285; 3 1, 222; 5 199 (vgl. Streitgegenstand). — vertragswidriges Füttern e. nach d. Gewicht verkauften Tieres 1 1, 348. — Anordnung der öffentlichen Versteigerung des Tieres 3 1, 225. — keine einstweilige Verfügung auf Tötung des Tieres 3 1, 225. — eintredeweise Geltendmachung der Wandelungs- oder Schadensersatzansprüche 3 1, 225. — Klage des

(Biehkauf)

Käufers aus ungerechtfertigter Bereicherung nach Verjährung des Wandelungs- u. Schadensersatzanspruchs? 7 209. — Geltendmachung des Rückgabeanspruches im Gewährschaftsprözeß 3 1, 225. — Verjährung der Ansprüche aus der vollzogenen Wandelung 1 1, 354. — Anwendung der Verjährungsfrist des § 490 bei anderen als den Hauptmängeln 6 200. — Verjährung des Wandelungsanspruches nach dessen Anerkennung durch den Verkäufer 1 1, 355. — Anwendbarkeit der §§ 478, 479, 485 bei vertraglicher Gewährleistung 1 1, 355; 2 1, 286; 4 167; 5 200; 6 200. — Verhältnis des § 490 zu § 492 5 201. — Anwendung des § 377 HGB. bei Viehmängeln? 5 703. — Verjährung des Anspruches auf Schadensersatz 1 1, 355; 5 200. — Ende der Verjährungsfrist, § 193 anwendbar 5 200; 6 79. — Anzeige nach § 485 als Voraussetzung des d. Käufer gewährten Einrede- u. Aufrechnungsrechts des § 490 Abs. 3 1 1, 355; 2 1, 286; 5 200. — bei vertragsmäßig über die Hauptmängel hinaus, aber ohne Gewährfrist übernommener Fehlerhaftigkeit zur Erhaltung der Einreden Anzeige nötig? 7 209. — Anwendbarkeit d. § 487 auf den Umtausch bei B. 1 1, 355. — Beweislast bei nicht vereinbarter Gewährfrist 3 1, 225. — Beweislast bez. des Gewährsfehlers 6 201.

Biehverstellung. — rechtliche Natur d. Vertrags 7 287.

Vinfulationsgeschäft. — rechtliche Natur 6 97 f., 164, 291, 683 ff., 686; 7 101, 177, 666 ff. — Vinfulationsbrief als Offerte des Bankiers 6 584; 7 667. — Aufrechnung des Käufers mit Gegenansprüchen gegen den Verkäufer; Kürzung des Vinfulationsbetrags wegen Mängel der Ware; Zulässigkeit bei nicht voll bevorzschuften Waren? Beweislast über die Höhe der Bevorzschuffung 6 684 f., 686. — Verwendung der Ware durch den Käufer vor Erhalt des Vinfulationsbriefes 6 685. — Transportgefahr beim B. 6 685. — Aufbewahrungspflicht des Käufers 7 118. — Schadensersatzhaftung des Bankiers, der d. Wahrheit zuwider im Vinfulationsbrief volle Bevorzschuffung behauptet 6 685. — Anspruch des Bankiers auf Einlösung der Tratte gegen d. über die Ware verfügenden Käufer 7 118. — Anspruch des Käufers, der die vinfuliert angebotene Ware wegen vertragswidriger Vinfulation ablehnt, gegen Verkäufer u. Bankier auf Vergütung des Lagergeldes 6 681. — Handeln des Bankiers bei Anbieten der Ware u. Entgegennahme der Zahlung im eigenen Namen 6 686. — Anwendung der §§ 787, 788 HGB. 6 686. — Haftung des Bankiers wegen verspäteter oder mangelhafter Er-

füllung? 6 684, 686; 7 192, 205 (Einrede d. Minderung gegenüber dem Bankier). — Haftung des Bankiers für unrichtige Angaben über die Ware im Vinfulationsbrief 6 686. — Honorierung der Vinfulation seitens des Käufers, wenn die Kaufpreisforderung von Gläubigern des Verkäufers gepfändet oder über sein Vermögen Konkurs eröffnet war 6 686. — vertragswidrige Vinfulation der Ware Qualitätsmangel nach § 377 HGB.? 6 692. — Eigentumsvorbehalt d. Bankiers bis zur Honorierung der Tratte unter „kommissionsweiser“ Überlassung der Ware an den Käufer; Anspruch des Bankiers auf Einlösung der Tratte bei Verfügung des Käufers über d. Ware? 7 63. — Spezifikation der dem Importeur zugeordneten Ware 7 101. — Zurückbehaltungsrecht des Importeurs 7 123. — Vinfulant Dritter i. S. des § 267 HGB.? 7 118. — Eintritt des Vinfulanten in d. Kaufvertrag, in die Gewährleistungspflichten? 7 177. — Vinfulant Eigentümer oder Pfandgläubiger? 7 191, 192, 667. — Aufrechnung des Käufers gegen den Vinfulanten mit Gegenforderungen gegen den Verkäufer? 7 192. — Stellung des Käufers bei Ablehnung d. Vinfulation 7 192. — Zurückbehaltungsrecht des Käufers bei Ablehnung der Vinfulation 7 192, 668. — Geltendmachung d. Mindertes der Ware seitens des die Ware angreifenden Käufers 7 667. — Recht des Importeurs, der die Ware wegen Mangelhaftigkeit nicht annehmen will, aber Auslagen auf sie gehabt hat, z. Notverkauf nach § 379 Abs. 2 HGB. 7 668.

Volljährigkeitserklärung. — von Ausländern 1 2, 354. — Entlassung von für volljährig Erklärten aus dem Staatsverband 1 2, 388 ff. — vor 1900 erfolgte Gewaltentlassung (Emanzipation) 2 1, 781. — Anhören der Verwandten (§ 1673), d. elterlichen Gewalthaber i. F. d. § 1676 Abs. 2 1 2, 130; 3 1, 520. — Beschwerde der Mutter gegen die auf Antrag des Vaters erfolgte B. des Kindes 3 2, 195. — Beschwerdeberechtigte nach § 57 Ziff. 9 HGB. 7 1007. — Berücksichtigung ethischer Momente 3 1, 1; 5 2. — Prüfung der Rechtsgültigkeit der erfolgten B. durch das Prozeßgericht 1 1, 2. — Beschwerde 3 1, 1; 7 991 (Beschwerderecht des Kommunalverbands).

Vollmacht f. falsus procurator, Inassomandat, Selbstkontrahieren, Vollmachtsurkunde, Prozeßvollmächtigter, Vertreter. — in der HGB. f. diese; im Prozeß f. Prozeßvollmächtigter.

Begriff. Allgemeine. — Auslegung e. in Amerika ausgestellten B. zu Verfügungen über in Deutschland befindliches Vermögen 7 575. — Begriff, rechtl. Natur 1 1, 101, 102, 107 f.; 2 1, 82, 84;

4 53; 7 75, 80. — Vertretungsmacht u. Vertretungsbefugnis 7 80, 82. — V. u. Ermächtigung, Unterschied 2 1, 83. — V. u. Einwilligung, innere Verschiedenheit 1 1, 118. — Verhältnis zum Auftrag 2 1, 83, 85, 396; 4 53, 54; 5 56; 7 79. — V. einseitiges, empfangsbedürftiges Rechtsgeschäft 7 75, 79. — Arten der V. u. ihre Bedeutung 7 75, 76. — V. mit Bedingung oder Befristung 3 1, 59; 7 79. — Schein-V. in d. F. der §§ 170, 171 Abs. 2, 172 Abs. 2 und 173 5 56. — Unterschied zwischen Schein-V. und stillschweigender Bevollmächtigung 7 82. — der V. zugrunde liegende Rechtsverhältnisse 2 1, 85. — kausale oder abstrakte Natur der V.; Abhängigkeit zwischen V. und Grundverhältnis 7 80 (s. unten). — Willensfehler, Formmängel oder sonstige Ungültigkeit des der V. zugrunde liegenden Vertrags 7 79. — kein Anspruch des Dritten gegen den Bevollmächtigten auf Nachweisung der Vertretungsmacht 1 1, 113. — Minderjährige als Bevollmächtigte 5 55. — beschränkt Geschäftsfähige als Bevollmächtigte 7 959. — V.-Verteilung an e. Minderjährigen ohne Genehmigung seines Vertreters 7 81. — Bevollmächtigter als Hilfsperson (s. diese) d. § 278 2 1, 193. — „Agent“ nur Vermittler oder auch Bevollmächtigter? 1 1, 401, 402; 3 1, 58; 4 54, 210. — Gerichtsvollzieher als Bevollmächtigter 1 1, 107; 2 1, 83; 3 1, 58 (s. diese). — Bahnverwaltung als Bevollmächtigte des Abfenders 2 1, 82. — Substitut als unmittelbarer Vertreter des Machtgebers 1 1, 115; 2 1, 91; 3 1, 60, 282; 4 55; 7 79.

E r t e i l u n g. — E. als abstraktes Rechtsgeschäft 1 1, 107, 108 f.; 2 1, 84, 85; 4 54; 5 56; 7 75, 80. — Vertrag oder einseitiges Geschäft? 2 1, 38. — stillschweigende E. der V. 3 1, 58; 5 55; 7 80. — E. stets formfrei 1 1, 109; 2 1, 85; 5 55. — formlose V. zu Formalgeschäften 1 1, 109. — Mitteilung der von den vertretungsberechtigten Vorstandsmitgliedern einem einzelnen erteilten V. an den Gegner 6 74. — V. als Teil e. einheitlichen formbedürftigen Rechtsgeschäftes selbst formbedürftig 1 1, 87. — Erfordernisse e. V.-Verteilung nach §§ 171 ff. BGB.; Geschäftsfähigkeit, Willensmängel 7 83 (2). — V. zum Abschluß e. Grundstücksveräußerungsvertrages formbedürftig? 1 1, 216, 218; 2 1, 210, 211, 212; 3 1, 152; 5 129 (vgl. Form des Immobilienvertrags). — E. einer V. für sich und seine Erben 2 1, 84; 5 56. — an Geschäftsunfähige 7 77, 78. — E. an einen beschränkt Geschäftsfähigen, Zugehen der Vollmachts-erklärung an den gesetzlichen Vertreter nötig? 7 77. — jur. Person, offene Handels-gesellschaft als Bevollmächtigte 7 88. — Verfassung der V.-Verteilung; Kenntnis

d. Bevollmächtigten oder des Dritten nötig? 7 76. — Kundgebung der V.-Verteilung durch „besondere Mitteilung“ 1 1, 111; 5 56; durch „öffentliche Bekanntmachung“ 5 57. — Nennung des Kastellans auf dem Miethauschild als öffentliche Bekanntmachung? i. E. des § 171 BGB. 5 57. — Ladenschlag: „Zahlungen gest. an d. Kassa“ als Bevollmächtigung nach § 171 BGB.? 7 84. — V.-Verteilung an den Dritten als V.-Verteilung? 7 79. — Mitteilung der V. nach § 171 BGB. durch den Vertreter? 7 83, 84. — widersprechende Bevollmächtigungserklärungen an Vertreter u. an den Dritten 7 79. — Legitimation des Bevollmächtigten 1 1, 111.

U m f a n g. — Inhalt 1 1, 110, 111; 2 1, 84, 85. — V. zur Verfügung und Verfügungsbefugnis 7 77. — Rechtswirkung der Erteilung 4 54. — Auslegung 5 54. — Dulden der Überschreitung der V. seitens des Machtgebers als stillschweigende Erteilung weiterer V. 5 55. — teilweise Wirksamkeit eines die V. überschreitenden Geschäfts 2 1, 86. — Verweigerung d. Genehmigung einer V.-Überschreitung trotz Bereitschaft des Dritten, das Geschäft nach Maßgabe der V. zu erfüllen 6 75. — Begründung des Anspruchs auf Genehmigung einer V.-Überschreitung mit der ex. doli generalis 6 94. — Mißbrauch der V. zur Bestellung einer Hypothek für d. Bevollmächtigten auf dem Grundstück des V.-gebers, Stellung des V.-gebers im Konkurs des Bevollmächtigten 2 2, 498. — Mißbrauch 2 1, 82, 84; 4 54. — einseitige Rechtsgeschäfte des Bevollmächtigten 1 1, 113. — Kollusion des Vertreters u. des Dritten schließt Rechtserwerb des Dritten aus 2 1, 83. — Spezialvollmacht zur Leistungsentgegennahme 2 1, 85. — General- u. Spezial-V.; Spezial-V. im Prozeß 7 745. — bloße Ausstellung einer Generalvollmacht noch keine Gestattung des Selbstkontrahierens 2 1, 88; 3 1, 60; 5 58. — Möglichkeit einer unbeschränkten Generalvollmacht 2 1, 85. — Ungültigkeit einer unbeschränkt. General-V. 2 1, 85. — Erteilung von General-V. durch den Vorstand e. jur. Person 5 55. — ehemännliche Genehmigung der V.-Verteilung durch die Frau enthält auch Zustimmung zu den auf Grund der V. vorzunehmenden Geschäften 5 40. — V. des § 47 GmbHG. durch Einwilligung oder Genehmigung nicht ersetzt 3 1, 61. — Anmeldeung zum Vereinsregister durch Bevollmächtigte 2 1, 23; 5 15. — Mahnung durch Bevollmächtigte 2 1, 85. — Kontrahieren des Bevollmächtigten mit d. Substituten (§ 181 BGB.) 1 1, 115; 2 1, 91; 3 1, 60; 4 55. — Kollektivfindung durch einen in einer Arbeiterversammlung gewählten Bevollmächtigten 3 1, 57. —

(Vollmacht)

Kauf auf Borg durch d. zum Verkauf Bevollmächtigten 4 54. — zur Ausführung eines wucherischen Geschäftes 7 78. — Divergenz zwischen Erklärungen des Machtgebers u. d. Bevollmächtigten 2 1, 82; 5 82. — Möglichkeit kollidierenden Handlens zw. Bevollmächtigtem u. Machtgeber, Lösung der Kollision 5 53, 54. — Schuß des Vertrauens auf Entstehen oder Fortdauer einer V. 7 82, 83, 84. — vom Bevollmächtigten trotz Widerrufs der V. abgeschlossener Vertrag über Gründung einer GmbH. bei Kenntnis nur einiger Mitgesellschafter vor dem Widerruf 7 81. — Kenntnis oder fahrlässige Nichtkenntnis des Dritten von Beschränkungen der V. 7 79. — „Nennenmüssen“ d. Dritten i. S. des § 173 BGB. 7 84. — hindert d. Kenntnis oder fahrlässige Unkenntnis d. Dritten von der Nichterteilung oder einem anderen Inhalt der als erteilt kundgegebenen V. (§ 171 BGB.) die Entstehung der Vertretungsmacht dem bösgläubigen Dritten gegenüber? 7 83. — Form der „Zurückweisung“ nach § 174 BGB. bei einseitigen Rechtsgeschäften d. Bevollmächtigten 7 84. — „Zurückweisung“ nach § 174 BGB. bei Mitteilung der Bevollmächtigung durch den Vertreter 7 85.

Dauer u. Erlöschen. — Ruhen der V. bei eintretender Geschäftsunfähigkeit d. Bevollmächtigten 2 1, 85. — Erlöschen einer vor 1900 erteilten V. 5 626. — Erlöschungsgründe 2 1, 85; 7 81. — Einfluß der Amtsdauer auf die vom Geschäftsführer einer GmbH. ausgestellten General-V. 7 1078. — Anfechtung einer V.-erteilung nach §§ 119 ff. BGB.? 7 36. — Anfechtung e. nach § 171 BGB. erteilten V. 7 83. — Erlöschen der vom gesetzlichen Vertreter eines Minderjährigen erteilten V. bei Eintritt der Großjährigkeit 7 76, 82. — Erlöschungsanzeige an den Dritten, Anfechtung der Unterlassung 7 83. — Erlöschungsanzeige an den Dritten durch den Bevollmächtigten 7 83. — Widerruf als Erlöschungsgrund? 2 1, 85; 5 56; 6 75. — Natur u. Zulässigkeit d. Widerrufs 7 75. — Erlöschen der V. durch Widerruf des Auftrags, Wirksamwerden des Widerrufs 4 54. — Ausschluß des Widerrufs 1 1, 109 f.; 5 56; 7 78, 81. — Widerruf einer (bis zu e. bestimmten Zeitpunkt) unwiderruflichen V. 1 1, 151; 5 56. — Widerruf durch den Bevollmächtigten? 7 81. — Form des Widerrufs e. nach § 171 BGB. erteilten V. 7 83, 84. — Ruhen der V. bei Verlust der Geschäftsfähigkeit d. Bevollmächtigten 2 1, 85. — Eintritt der Geschäftsunfähigkeit des V.-Gebers 2 1, 84. — Konkurs des V.-Gebers 1 1, 110. — kein Erlöschen d. auf Grund Auftrags erteilten V. bei Tod des Man-

dauten 2 1, 85; Wirksamkeit der V. über den Tod des V.-Gebers hinaus? 1 1, 110; 3 2, 156; 4 836; 5 969, 973. — keine Vermutung für das Fortbestehen der V. i. F. des Todes des Machtgebers 4 54. — General-V. mit Ausdehnung für d. Zeit nach dem Tode 7 76. — Ablehnung der V. seitens des Bevollmächtigten 7 79. — Richtigkeit der V. und deren Einfluß auf die Vertreterhandlung 7 78.

Nachweis u. Prüfung im Grundbuchverkehr. — Prüfung der Frage des Fortbestehens der V. durch den Grundbuchrichter 1 1, 112. — Inhalt einer General-V. 3 2, 158. — Geltung der Vorschriften über die V. im Privatverkehrsverkehr 7 962. — öffentliche Beglaubigung genügend, Bescheinigung des Notars über den Besitz der V. bei Unterschriftsbelegabigungen 2 2, 436; 4 836. — N. der durch Erklärung gegenüber dem Bevollmächtigten erteilten V. 7 960. — Vorlegung der V.-surkunde unter allen Umständen genügend? Vorlegung einer Ausfertigung des notariellen Protokolls über die V.-erteilung 5 57, 965; 6 1037. — die Bestimmungen über das Bestehenbleiben der Vertretungsmacht bei nicht erfolgter Rückgabe der V.-surkunde maßgebend für den Grundbuchverkehr? 5 56. — beglaubigte Abschrift der V., Auszug aus der V., aus einer Übersetzung der V. 2 2, 436; 5 973. — Zeitpunkt der Bevollmächtigung 7 950, 960 f. — Zeitpunkt des Nachweises der V. 2 2, 436. — Nachholung der Bezeichnung des Bevollmächtigten, Übertragung der Bezeichnung auf einen Dritten, Bevollmächtigung des Inhabers der V.-surkunde 7 960. — Nachweis durch nachträgliche Erklärung des V.-Gebers 5 973. — V. der Prozeßbevollmächtigten bei der Stellung von Anträgen auf Grund gerichtlicher Entscheidungen oder Vergleiche 2 2, 437; 3 2, 158; 6 1038. — Form der V. 3 2, 151. — V. zur Einlegung der Beschwerde gegen die Ablehnung eines Eintragungsantrages 2 2, 437; 7 962. — auftragsloser Geschäftsführer 7 962. — Auflassungs-V. in einem privatschriftlichen Vertrag über die Verpflichtung zur Eigentumsübertragung mit öffentlicher Beglaubigung der Unterschriften 7 960. — V. zur Auflassung, Stempelfreiheit 7 962.

Vollmachtstempel 2 2, 437; 3 2, 158; 4 772; 5 903; 7 962.

Vollmachtsurkunde. — Aushändigung u. Rückgabe keine Willenserklärung 2 1, 85; 6 75. — Übergabe der für den Machtgeber hergestellten V. bzw. e. Ausfertigung durch den Notar an den Bevollmächtigten (§ 172 BGB.) 5 57. — V. als Grundlage für die Grundbucheintragung 5 56, 57. — Vollmachtsausfertigung als V. i. S. d. § 172 BGB. 4 55; 7 84. — Vorlegung i. S.

d. § 172 BGB. 3 1, 59; 6 75. — Vorlegung durch bloße Inbezugnahme nicht ersetzt 3 1, 59. — jedesmalige Vorzeigung nötig? 7 84. — nur gegenwärtige Vorlegung schafft Vertretungsmacht 1 1, 111. — unbedingte Wirksamkeit der Aushängung u. Vorlegung 1 1, 111. — Vorlegung des Gesellschaftsvertrags statt d. B. 1 1, 111. — Vorlegung der B. bei einseitigem Rechtsgeſchäft des Bevollmächtigten 1 1, 112. — Schutz Dritter im Fall d. Vorlegung d. B. 5 57. — in der B. nicht enthaltene Vollmachtsbeschränkung Dritten gegenüber unwirksam 1 1, 110; 4 54. — Kraftloserklärung 1 1, 112; 3 1, 59; 7 85. — Rückgabe 1 1, 112. — Anfechtung d. Unterlassung d. rechtzeitigen Kraftloserklärung der B. 7 84. — Aushängung e. B. an einen bereits ernannten Bevollmächtigten 7 84. — bei Klage auf Rückgabe e. B. Beurteilung d. Beklagten, der Vorlage d. Urkunde an e. Behörde behauptet, auf Rückgabe oder Abgabe der Erklärung gegenüber der Behörde, daß die Vollmacht erloschen sei, auch ohne ausdrücklichen Antrag in der 2. Richtung 7 805.

Vollstreckbare Ausfertigung vgl. Rechtshilfe, Vollstreckungsklausel. — e i n e vollstreckbare Ausfertigung für mehrere Gesamtschuldner 4 727. — mehrere o. U. gegen je einen Schuldner bei anteilmäßiger Haftung mehrerer 4 727. — mehrere v. U. bei mehreren nicht solidarisch haftenden Schuldnern 4 731.

Vollstreckungsbeamter s. Gerichtsvollzieher. **Vollstreckungsbeſehl** s. Mahnverfahren.

Vollstreckungsgegenklage (§§ 767, 768, 785 ZPO.).

I. **Gegenklage** des § 767. — rechtliche Natur u. Gegenstand d. Klage 1 3, 240, 250, 251. — Verhältnis zu e. Feststellungs-klage über Auslegung des Urteils 3 2, 552; 6 872; 7 858 (vgl. Urteil). — Verhältnis zu § 323 ZPO. 1 3, 146; 3 2, 465, 466 (vgl. Änderungsklage). — Geltendmachung der für die B. wegen ihrer Entstehung vor der letzten mündlichen Verhandlung ausgeschlossenen Rechtsgeschäfte in besonderer Klage 3 2, 553; 4 733. — Verhältnis d. Gegenklage zur Klage auf Rückforderung des auf das Urteil geleisteten nach §§ 812 ff. BGB. 5 853; 6 886. — Gegenklage gegen Arreste u. einseitige Verfügungen? 1 3, 316; 5 853; 6 885. — Anwendung d. § 767 Abs. 2 auf die Beschlüsse d. § 794 Ziff. 3 ZPO. 5 860. — Klage nach § 767 gegen Feststellung von Forderungen in d. Kontostabelle 6 885; 7 859. — Verhältnis der Gegenklage zu den gegen das Urteil möglichen Rechtsmitteln, Einspruch 1 3, 251; 3 2, 553; 4 732; 5 853. — Einlegung von Rechtsmitteln neben der Gegenklage 1 3, 252. — Feststellungsklage

auf Nichtmehrbestehen e. Urteilsanspruchs 3 2, 553; 5 853; 6 885 (vgl. Urteil). — Zulässigkeit d. Klage v. Beginn d. Zwangsvollstreckung 1 3, 250, 251; 3 2, 552; 4 732; 5 853; 6 885 (2). — Erhebung d. Klage nach Beendigung d. Vollstreckung 1 3, 251; 3 2, 552. — Eintrag der Zwangshypothek keine Beendigung d. Vollstreckung 1 3, 251, 252. — Beendigung der Vollstreckung während des Prozesses 1 3, 251. — Gerichtsstand 3 2, 553; 5 860 (insbesondere bei Klage gegen ein Vollstreckungsurteil, bei Vergleichen u. gerwerbgerichtlichen Sachen; vgl. unten); 7 859 (Einfluß d. Berliner Gerichtsorganisation). — Nachbringen neuer Einwendungen Klageänderung? 1 3, 251 (2); 4 732 (s. unten). — Nachbringen von 3. Zt. d. Klagerhebung nicht vorbringbaren Einwendungen 1 3, 251. — Nachbringen von 3. Zt. der Klagerhebung schon vorbringbaren Einwendungen; Zustimmung des Gegners 1 3, 253. — Nachbringen von Einwendungen im Rahmen des § 264 ZPO. 3 2, 554. — Einstellung der Zwangsvollstreckung bei Erhebung der Klage s. Zwangsvollstreckung im allg. D. — Anspruch auf Herausgabe des vollstreckbaren Titels 3 2, 553; 4 731. — Einwendung nach § 767 gegen den Kostenerstattungsanspruch 6 886; 7 859 (Kreis der zulässigen Einwendungen; Aufrechnung mit e. bereits vor Erlass d. Urteils bestehenden Forderung).

E i n e K l a g e g r ü n d e. — vor der letzten mündlichen Verhandlung entstandene, aber der Partei erst später bekannt gewordene Tatsachen 3 2, 553. — Abänderung des Verzugszinsfußes im rechtskräftigen Urteil 1 3, 251. — nachträgliche Geltendmachung des im Prozeß nicht erhobenen Einwands der beschränkten Haftung seitens des Erben? 4 734. — jüngeres rechtsverneinendes Urteil als Grundlage für die Klage nach § 767 gegenüber d. Vollstreckung aus einem älteren, den gleichen Anspruch behandelnden Urteil 1 3, 252; 4 732, 733. — gegen Arrest wegen Erfüllung 1 3, 316; 5 853. — Einwand, daß der Anspruch zeitweilig nicht vollstreckt werden dürfe 5 852. — Vereinbarung, daß d. Gläubiger sich des Vollstreckungstitels nicht bedienen werde, actio doli u. Klage nach § 767 1 3, 252 (2); 6 886. — Verzicht des Gläubigers auf Offenbarungszeit 5 864, 865. — B. wegen nachträglichen Erlöschens des Anspruchs bei Vollstreckung nach § 887 4 757, 758. — B. des nach § 906 BGB. Beurteilten, der alle nur möglichen Einrichtungen getroffen hat 1 3, 252; 4 732 (s. Zwangsvollstreckung im allg. E.); 7 880. — B. wegen Erfüllung bei Vollstreckung nach § 888 ZPO. 3 2, 591; 4 732 (Einwand des auf täglich wiederkehrende Leistungen oder auf

(Vollstreckungsgegenklage)

dauernde Erhaltung eines Zustandes verurteilten Schuldners, daß er bisher alles ihm Mögliche getan habe). — gegen den Beschluß nach § 887 ZPO. 4 757, 758; 5 855, 886. — Einwendungen gegen einen nach § 887 auf Grund eines Vergleichs erlassenen Beschluß (B. oder sofortige Beschwerde?) 4 732. — wenn der Anspruch wegen unverschuldeter Unmöglichkeit nicht mehr oder wegen verschuldeter nur noch mit verändertem Inhalt als Schadensersatzanspruch fortbesteht 5 852. — B. des nach § 739 zur Duldung verurteilten Mannes bei Tilgung der Frauenschuld vor Pfändung beim Manne 3 2, 545. — wegen Fehlens einer ordnungsmäßigen Unterwerfungsklausel in den Urkunden des § 794 Ziff. 5 ZPO. 5 860; 6 893, 894. — Behauptung, daß der im Urteil anerkannte Leistungsanspruch auf einem nichtigen Rechtsgeschäfte beruht? 5 894. — Aufrechnung mit nach Erlaß des Urteils fällig werdenden Raten einer Gegenforderung 1 3, 252. — nach Erlaß des Urteils vom Gläubiger erklärte Aufrechnung 1 3, 252/253. — nach Erlaß des Urteils vom Schuldner erklärte, aber schon früher mögliche Aufrechnung 1 3, 250, 253; 3 2, 553; 4 732; 6 886. — Berufung e. Dritten auf die Aufrechnung zur Beseitigung des gegen den Schuldner ergangenen Urteils 6 886. — Einwand der gelegten Rechnung 3 2, 552. — teilweise Befriedigung des Gläubigers 3 2, 552. — Veröhnung d. Ehegatten 3 2, 552. — vor Urteilserlaß möglich, aber erst nachher erfolgte Kündigung 3 2, 554. — Geltendmachung e. Zurückhaltungsrechtes 7 859. — Einwand gegen die Vollstreckung aus einem gerichtlichen Vergleich, daß nur Zug um Zug gegen Gegenleistung zu leisten sei, wenn diese Gegenleistung im Vergleich nicht erwähnt ist 5 853. — wenn sich die Einwendung gegen die Gültigkeit des Urteils selbst richtet (Verurteilung unter falschem Namen) 5 854. — nach dem erstinstanzlichen Urteil, aber vor Erlaß des nach Berufungszurücknahme ergangenen Verurteilungsurteils entstandene Einwendungen 6 885. — Einwendungen, die, wenn im Prozeß vorgebracht, hätten verworfen werden müssen 6 885. — Gegenklage des Wechselausstellers gegen die vom Akzeptanten betriebene Vollstreckung, wenn das Urteil gegen den Aussteller vom Indossatar erwirkt u. erst die Rechte aus dem Urteil an den Akzeptanten zediert wurden 6 855. — private Schulübernahme der Urteilschuld durch einen Dritten 6 886. — Gegenklage gegen die Vollstreckung aus dem Urteil 1. Instanz auf Grund e. nach Urteilserlaß geschlossenen Vergleichs, wenn in-

folge des Vergleichs die Berufung zurückgenommen u. gegen den Berufungsführer Verjährensurteil nach § 519 Abs. 3 ZPO. erging 6 885; 7 858. — Gegenklage, wenn die notarielle Urkunde einer ordnungsmäßigen Unterwerfungsklausel entbehrt? 5 860. — Gegenklage gegen Beschlüsse nach § 794 Ziff. 3 ZPO.; Stützen der Klage auf Gründe, die schon vor Erlaß des Beschlusses vorgebracht werden konnten? 5 860. — Klage bei Zwangsvollstreckung aus einem nach preuß. G. v. 22. V. 87 betr. das Verteilungsverfahren aufgenommenen notariellen Versteigerungsprotokoll wegen Fehlens d. Unterwerfungsklausel? 6 884. — B. des nicht zur Duldung d. Zwangsvollstreckung verurteilten Mannes bei Erteilung einer vollstreckbaren Ausfertigung des gegen die Frau erlassenen Urteils in der Richtung gegen ihn 7 856. — Rücktritt vom Vertrag wegen e. vom Gegner zu vertretenden Unmöglichkeit; Ausfluß d. Klage, wenn die Tatsache der Unmöglichkeit vor dem im § 767 Abs. 2 bezeichneten Zeitpunkt eintret, der Gläubiger aber erst nachher hiervon Kenntnis erhielt? 7 858, 859. — Einwand d. nicht erfüllten Vertrags gegenüber e. vollstreckbaren Urkunde nach § 794 Ziff. 5 7 864. — B. gegen Strafbeschlüsse nach § 888 ZPO. 7 880 (vgl. oben). — Einwand gegenüber der nach § 283 BGB. erfolgten Verurteilung auf Leistung von Schadenersatz, daß die ursprüngliche Leistung infolge eines vom Schuldner nicht zu vertretenden Umstands unmöglich geworden sei 7 786.

II. Klage nach § 768 ZPO. vgl. Vollstreckungsklausel. — vor dem 1. I. 00 erteilte Vollstreckungsklausel 1 3, 254. — rechtlicher Charakter u. Wirkung d. Klage u. des Urteils nach § 768 1 3, 254. — Umfang der Geltung des § 768 3 2, 554. — Klage bei Bestreiten der formalen und der materiellen Berechtigung d. Vollstreckungsklausel 1 3, 254. — Klage im Fall des § 726 Abs. 1 1 3, 254. — Klage im Fall des § 726 Abs. 2 (bei Verurteilung des Schuldners zur Abgabe einer von einer Gegenleistung abhängigen Willenserklärung) 1 3, 254. — Vollstreckung aus dem Endurteil trotz Aufhebung des Zwischenurteils über die prozeßhindernde Einrede 5 795. — nachträglicher Eintritt der für die Erteilung der Vollstreckungsklausel nötigen Erfordernisse 1 3, 254. — Vernichtung der Vollstreckungsklausel mit rückwirkender Kraft 1 3, 251. — Wirkung d. Beschlusses nach § 732 zur Klage nach § 768 1 3, 145. — Verhältnis der Klage nach § 768 zu § 732 1 3, 243, 254 (2). — Verhältnis der Klage nach § 768 zu einer Klage wegen ungerechtfertigter Bereicherung 4 733 (s. diese).

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

III. Gegenlage bei Zwangsvollstreckung gegen einen Erben (§§ 781—786 ZPO.). — rechtlicher Charakter des Urteils u. der Klage 1 3, 258. — nachträgliche Geltendmachung im Prozeß nicht erhobenen Einwands der beschränkten Haftung? 4 734. — Recht des Nachlassverwalters, die Aufhebung der Vollstreckungsmaßregel zu verlangen, die zugunsten e. Nichtnachlassgläubigers vor Anordnung der Nachlassverwaltung erfolgt sind 6 891.

Vollstreckungsgericht s. Zwangsvollstreckung, Zwangsversteigerung, Gerichtsstand, Widerspruchsklage. — Zuständigkeit, wenn bei einem einheitlichen Vollstreckungsverfahren die einzelnen Vollstreckungshandlungen in den Bezirken verschiedener Amtsgerichte vorgenommen worden sind 6 884; 7 858, 859 (Einstellung der Zwangsvollstreckung). — Zuständigkeit für die Entscheidung d. Frage d. Zulässigkeit d. Pfändung, wenn die Pfandsache in zwischen in den Bezirk e. anderen Gerichts gebracht wurde 7 858. — Einfluß d. Berliner Gerichtsorganisation 7 859. — Zuständigkeit zu dem nach § 42 EGV. d. A. G. erforderlichen Ersuchen an das G. V. um Ausführung des Planes im Lösungsverfahrens 5 977.

Vollstreckungsgläubiger. — Antragstellung auf Grundbuchberichtigung s. Grundbuchberichtigung.

Vollstreckungsklausel vgl. Urkunden gerichtliche u. notarielle; Vollstreckungstitel. **Allgemeines.** — Bezich auf B. seitens d. Gläubigers oder des Schuldners 6 876. — fehlende Unterschrift d. Gerichtsschreibers 6 876. — Fehlen des Amtssiegels 6 876. — Wortlaut der Klausel: § 725 ZPO. nur instruktionell 6 876. — Erwähnung d. Anordnung d. Vorstehenden u. Bezeichnung der Urkunden bzw. Vermerk der Offenfundigkeit wesentliche Erfordernisse der B. 6 876. — vollstreckbare Ausfertigung des Urteils über den Betrag einer Forderung vor Rechtskraft des Zwischenurteils über den Grund 3 2, 458, 540 (s. Zwischenurteil). — Prüfung der B. und ihrer Voraussetzungen seitens des Grundbuchamts 3 2, 540 (vgl. Eintragung). — Erhebung e. neuen Klage an Stelle des Antrags auf Erteilung der B. 1 3, 241, 261; 3 2, 560; 4 736; 5 767 (Klage gegen die Frau, wenn Vollstreckung nach § 745 ZPO. möglich war); 6 792 (vgl. Vollstreckungstitel, Rechtskraft). — Umstellung der Klausel auf den richtigen Namen an Stelle eines Pseudonyms im Urteil 5 849. — B. für vorläufig vollstreckbares, das Rechtsmittel zurückweisendes u. nur über die Kosten entscheidendes Urteil: 1 3, 234 ff.; 3 2, 536, 537; 5 845; 6 872, 876 (2);

877 (s. vorläufige Vollstreckbarkeit). — Urteil auf Abgabe einer Willenserklärung 1 3, 307; 3 2, 593 (bei Wahlrecht d. Gläubigers); 4 759 (bei Sicherheitsleistung d. Gläubigers). — Urteil auf Abgabe einer Willenserklärung gegen eine Gegenleistung 4 728; 5 848. — bei Urteilen nach § 255 ZPO. 7 782. — Wirkung e. gesetzwidrig (im Widerspruch mit § 726 ZPO.) oder ohne Anordnung des Vorstehenden erteilten B. 1 3, 240, 241; 3 2, 542. — Wirkung e. Zwangsvollstreckung auf Grund mangelhafter B. 6 876. — Beschwerde wegen Verfassung der B. 3 2, 509, 540 (vgl. Zwangsvollstreckung im allg. F.). — Mitwirken des die B. verfassenden Vorstehenden bei der Entscheidung über die Rechtmäßigkeit der vom Gerichtsschreiber erklärten Verweigerung der B. 6 879. — Umstellung d. B. nötig bei Tod d. Schuldners nach Erlaß, aber vor Zustellung d. Forderungspfändungsbeschlusses? 6 910. — kann in allen Fällen, in denen ein Urteil gegen den Dritten wirksam ist, ohne weiteres gegen ihn vollstreckbare Ausfertigung erteilt werden? 7 808, 855. — Einwendungen gegen die B. nach Anordnung der Zwangsversteigerung 2 2, 364; 6 944 f.

Bei Vollstreckungstiteln des § 794 ZPO. vgl. Vollstreckungstitel. — bei einer notariellen Urkunde, die nicht nur ein Schuldversprechen nach § 794 Abs. 1 Ziff. 5, sondern auch die Erklärung eines Dritten über Duldung der Zwangsvollstreckung nach § 794 Abs. 2 ZPO. enthält 1 3, 241, 261. — bei einem durch Mitwirken mehrerer Gerichte abgeschlossenen Alimentenübereinkommen mit dem außer-ehehlichen Vater (s. uneheliche Kinder) 1 3, 261; 3 2, 180, 560; 4 736, 737; 5 859; 6 734 (Beschwerde bei Weigerung), 894 (2); 7 892. — Urkunden mit kassatorischer Klausel; Beweislast bez. der Nichtzahlung der Zinsen? 3 2, 541, 561; 6 877; 7 854, 855. — Ründigungsnachweis s. unten § 726. — Urkunden über bedingte, betagte Ansprüche 5 859, 860. — bei Verweigerung der B. Beschwerde nach § 793 Abs. 3 oder Klage aus § 792 Abs. 5 u. landesrechtliche Rechtsbehelfe? 7 864. — Weigerung d. Notars zur Erteilung d. B.; Beschwerde nach Landesrecht; Klage gegen den Notar auf Erteilung der B.? 1 3, 261; 3 2, 560 (2); 6 894; 7 864. — zur Erlangung e. vollstreckbaren Ausfertigung e. Erklärung, wonach sich der uneheliche Vater zur Zahlung von Alimenter verpflichtet u. der sofortigen Zwangsvollstreckung unterwirft, Nachweis der Annahme u. oberoormundschaftlichen Genehmigung zu der Erklärung nötig? 6 894. — Unterwerfung unter die Zwangsvollstreckung „zugleich für die Rechtsnach-

⚡Vollstreckungsklausel)

folge"; B. gegen den Schuldübernehmer **3 2, 542.** — vollstreckbare Ausfertigung gegen Rechtsnachfolger bei Urkunden nach § 794 Ziff. 5 **3 2, 542; 6 894; 7 864.** — muß bei Unterwerfung unter die Zwangsvollstreckung nach § 800 die B. auf „den jeweiligen Eigentümer“ oder auf einen namentlich bezeichneten Schuldner lauten? **5 861 (2); 6 895.** — Einräumung der Befugnis an den Gläubiger, sich auch ohne jeden Nachweis über Fälligkeit usw. vollstreckbare Ausfertigung erteilen zu lassen **6 877.** — Prüfung der materiellen Gültigkeit des d. gerichtlichen oder notariellen Urkunde (§ 794 Ziff. 5 ZPD.) zugrunde liegenden Rechtsgeschäftes als Voraussetzung für Erteilung der B.? **4 736; 6 894.** — vollstreckbare Ausfertigung einer den Beteiligten in Urchrift hinausgegebenen Notariatsurkunde in Sachsen? **6 895.** — aus e. Vergleich mit Rücktrittsvorbehalt **4 727.** — vollstreckbare Ausfertigung eines Vergleichs, wenn d. Zahlung d. Vergleichssumme von der Bornahme e. durch beide Teile zu bewirkenden Handlung abhängt u. d. Beklagte seine Mitwirkung verweigert **5 858.** — vollstreckbare Ausfertigung von Urkunden nach § 794 Ziff. 5 u. Abs. 2 ZPD. (Dulbung der Zwangsvollstreckung) **1 3, 241, 261; 4 737.** — Ausfertigung der bei Gericht verwahrten Notariatsurkunden **3 2, 560.** — Zuständigkeit für Erteilung der vollstreckbaren Ausfertigung, wenn Angebot u. Annahme in verschiedenen Urkunden enthalten sind **5 860.** — Ausfertigung von Notariatsurkunden auf Antrag des bei der Errichtung nicht mitwirkenden Gläubigers **3 2, 560.** — Vergleich nach § 794 Ziff. 1 u. 2 zu den Urkunden des § 797 ZPD. gehörig? **5 859.** — zur Erteilung der B. aus e. Urkunde nach §§ 794 Abs. 5, 800 ZPD. gegen verheiratete weibliche Miterben als Rechtsnachfolger des Hypothekenschuldners, Bewilligung des Ehemanns zur Duldung oder dessen Verurteilung nicht nötig **6 895.** — kann Grundbuchamt oder Vollstreckungsgericht bei e. vom Notar für die Rechtsnachfolger d. Gläubigers erteilten vollstreckbaren Ausfertigung nachprüfen, ob ein Rechtsnachfolgerverhältnis mit Recht angenommen wurde? **7 864.** — für Einwendungen nach § 793 Abs. 3 ZPD. gegen e. vom Notar erteilte vollstreckbare Ausfertigung zuständigen Gericht **7 864.** — Einrede des nicht erfüllten Vertrags gegenüber e. vollstreckbaren Urkunde **7 864.** — B. bei Hypotheken, von wem zu bewilligen? **6 357.**

Bei Zug-um-Zug-Leistungen (§ 726 Abs. 2 ZPD.) s. auch Zwangsvollstreckung im allg. B. — Urteil auf Abgabe einer Willenserklärung gegen eine Gegenleistung **5 848.** — Urteil auf Leistung „nach

Empfang der Gegenleistung“ (§ 322 Abs. 2 BGB.); Erteilung der B. durch d. Gerichtsschreiber oder nur auf Anordnung des Vorsitzenden? Beweis, daß Beklagter wegen d. Gegenleistung in Annahmeverzug sei **6 141, 877.**

Bei bedingten Leistungen nach § 726 Abs. 1 ZPD. — Beweislast über d. Eintritt der Bedingung **1 3, 241; 6 877.** — bei kassatorischer Klausel **1 3, 241; 3 2, 541; 6 877 (3), 941; 7 854, 855.** — Kündigungs-nachweis; Beweislast der Zahlung, wenn die Kündigung erst bei nicht rechtzeitiger Zinszahlung zulässig ist **3 2, 541, 542; 6 877 (3).** — Urteil auf eine, und event. auf eine andere Leistung; B. für die Eventualleistung **3 2, 542.** — Nachweis der Kündigung oder d. Ablaufs der Kündigungsfrist durch Urteil? **4 727, 728.** — Urteil auf Zahlung an den Mann unter Zustimmung der Frau (§ 1380 BGB.) **3 2, 542.** — Vergleich mit Rücktrittsvorbehalt **4 727.** — Vergleich, bei dem die Zahlung d. Vergleichssumme von e. durch beide Teile zu bewirkenden Handlung abhängt, wenn d. Beklagte seine Mitwirkung verweigert **5 858.** — bei Gericht offenkundige Tatsachen **7 855.** — „öffentliche oder öffentlich beglaubigte Urkunden“ i. S. d. § 726 Abs. 1 ZPD.; vom Gerichtsvollzieher zugestellte Privaturkunde **4 727; 5 848.** — Nachweis der Kündigung oder des Ablaufs der Kündigungsfrist behufs Vollstreckbarkeit einer notariellen Urkunde durch Urteil **4 727, 728.** — Folgen der Nichtzeichnung der Urkunden oder der Nichterwähnung ihrer Offenkundigkeit in der B. **6 876.** — Einräumung der Befugnis an den Gläubiger in der vollstreckbaren Urkunde, sich auch ohne jeden Nachweis B. erteilen zu lassen **6 877.**

Bei Rechtsnachfolge (§§ 727, 728, 729 ZPD.) vgl. Zwangsvollstreckung im allg. A. — Rechtsnachfolge: Begriff (vgl. Rechtskraft) **1 3, 241; 6 878.** — Singularfuzessor **1 3, 241.** — Recht d. Nachlassgläubigers auf Erteilung e. Erbscheins behufs Umstellung der B. **1 3, 259.** — wer neben d. bisherigen Schuldner in die rechtsfähige Schuld eintritt **1 3, 241.** — Schuldübernehmer **1 1, 315; 3 1, 201, 203; 3 2, 542; 5 172; 6 174, 878.** — gegen den Übernehmer e. Vermögens (§ 419 BGB.) **6 177.** — kumulative Schuldübernahme **5 849.** — Nießbraucher **1 3, 243; 6 878** (i. Zwangsvollstreckung im allg. A.). — B. gegen den Konkursverwalter für die Zwangsvollstreckung eines Absonderungsberechtigten in ein Massegrundstück **4 728.** — Konkursverwalter **1 3, 241** (Rechtsnachfolger d. Gemeinschuldners?); **2 2, 484 f.; 5 849; 6 878.** — gegenüber dem Konkursverwalter ergangenes Urteil, B. gegen den Gemeinschuldner? **1 3, 241;**

2 2, 512; 7 855. — Pfändungsgläubiger 3 2, 542 (Einpruch d. Drittschuldners bei mehrfacher Pfändung); 6 878. — Armenanwalt im Fall des § 124 ZPD. (s. Prozeßkosten); 3 2, 542; 6 878, 879; 7 855. — Bürge, der den Gläubiger befriedigt hat 2 1, 460; 7 855. — Erbe 1 3, 241; Nachweis des Erbchaftsanfalls, des Ablaufs der Ausschlagungsfrist oder der Annahme 3 2, 542. — V. für ein gegen den Erblasser vorläufig vollstreckbar erklärtes Urteil gegen den Erben erst nach Eintritt der Rechtskraft 5 848. — V. gegen die Erben der Frau aus einem gegen den Gütergemeinschaftlichen Mann ergangenen Urteil 1 3, 241, 247; 4 385. — V. für die Frau aus einem vom Mann erwirkten Urteil bei gesehlichem Güterrecht 1 2, 44; 4 728. — Nacherbe 1 2, 250. — Erteilung einer vollstreckbaren Ausfertigung des gegen d. Testamentsvollstrecker ergangenen Urteils gegen den Erben während der Dauer der Verwaltung 1 2, 263. — Nachlasspfleger: bei Urteilen für und gegen den Erblasser 1 3, 241, 248; 5 562. — V. gegen den Erben bei einem gegenüber dem Nachlasspfleger ergangenen Urteil 1 3, 241. — Vollstreckung aus einem Urteil gegen die Firma eines Einzelaufmanns nach Erlöschen der Firma 5 849; 7 855. — Errichtung einer offenen Handelsgesellschaft seitens des ursprünglich Beklagten und eines Dritten 5 849. — V. aus einem gegen die offene Handelsgesellschaft ergangenen Urteil gegen die einzelnen Gesellschafter 2 2, 89; 6 638, 639, 878. — V. für den Besessionar des Urteilsanspruchs 6 879. — Besession des Urteilsanspruches an einen der als Gesamtschuldner verurteilten Beklagten 3 2, 543. — Eintritt des gesehlichen Güterstandes, der Ertrungenschafts- oder Fahrnisgemeinschaft nach Rechtshängigkeit eines von der Frau geführten Prozesses; Verhältnis des § 742 ZPD. zu § 727 1 3, 247 (vgl. Zwangsvollstreckung im allg. A. d. e.). — V. gegen die Frau aus e. gegen den Mann ergangenen Urteil nach Auflösung der Gütergemeinschaft 5 474. — bei fortgesetzter Gütergemeinschaft nur V. für den überlebenden Gatten, nicht für die Erben 4 728. — analoge Anwendung d. § 727 auf alle Fälle, wo ein Dritter zu seinem Nachteil der Rechtskraft eines vollstreckbaren Urteils unterliegt? 7 808, 855. — kann einer von mehreren verurteilten Wechselschuldern, der den Wechselinhaber befriedigt hat, vollstreckbare Ausfertigung des Urteils für sich verlangen 5 849 (vgl. 6 179, 180). — Eintritt in das Geschäft e. Einzelaufmanns (§ 28 HGB.) 2 2, 34; 5 849. — Recht des im Urteil bezeichneten Gläubigers trotz Abtretung, die Klausel zu beantragen 5 849. —

„freitbefangene Sache“ (§ 727 ZPD.): bei Pflicht des Mieters auf Herausgabe der Mietsache 1 3, 241. — Umstellung des während der Pflegschaft über ungewisse Beteiligte ergangenen Urteils 4 475. — muß der Bevollmächtigte bei Tod des Vollmachtgebers trotz Fortbestehens seiner Vollmacht (§ 86 ZPD.) bei Betreiben der Vollstreckung erst V. für den Erben erwirken? 6 878. — Verpfändung e. dinglichen Belastung als Rechtsnachfolge 6 878. — Zwangsverwalter Rechtsnachfolger 6 878. — V. aus dem e. Grundeigentümer zur Entfernung e. in das Nachbargrundstück hinübertragenden Anlage verurteilenden Urteil gegen den, der das Grundstück des Beklagten während des Prozesses erwarb? 6 879. — V. gegen den Besitznachfolger aus dem auf Grund der actio negatoria zur Unterlassung e. Störung verurteilenden Erkenntnis 6 879. — Verhältnis des § 729 ZPD. zu § 727 1 3, 241. — Anwendung des § 727 ZPD. auf vorläufig vollstreckbares Urteil? 3 2, 542; 6 878; 7 855. — V. für u. gegen den gütergemeinschaftlichen Mann, wenn die Frau allein wirksam für das Gesamtgut prozessiert hat 1 3, 247. — V. für den zahlenden Gesamtschuldner aus einem Urteil des Gläubigers gegen e. Mitschuldner 5 849; 6 179, 180. — Sondernachfolger im Eigentum eines Grundstücks, gegen dessen früheren Eigentümer der Nachbar ein Lichtrecht erstritten hat 7 855. **Anordnung des Vorziehenden.** — Erteilung der Klausel trotz Fehlens dieser Anordnung 1 3, 241; 3 2, 542. — was hat der Vorziehende vorher zu prüfen 1 3, 242. — Nachprüfung seitens des Grundbuchamtes 3 2, 540. — A. des V. bei Urteilen auf Abgabe einer Willenserklärung gegen Gegenleistung 4 728 (s. 1 3, 307; 3 2, 593): 5 848. — Folgen der Nichterwähnung der Anordnung in d. Vollstreckungsklausel 6 876. — Urteil auf Leistung „nach Empfang der Gegenleistung“ 6 877. — Mitwirken des die Verfassung der V. anordnenden Vorziehenden bei der Entscheidung d. Prozeßgerichts über die Rechtmäßigkeit der vom Gerichtsschreiber erklärten Verweigerung* der Vollstreckungsklausel 6 879. — analoge Anwendung des § 730 ZPD. auf alle Fälle, in denen ein Dritter der Rechtskraft eines vollstreckbaren Urteils unterliegt? 7 855. **Klage auf ihre Erteilung** (§§ 731, 797 Abs. 5 ZPD.). — rechtlicher Charakter. Feststellungsklage 1 3, 240, 242 (s. 3 2, 543). — ist das angegangene Gericht Prozeß- oder Vollstreckungsgericht? 1 3, 242. — Zuständigkeit bei Klage auf V. aus einem vor dem Prozeßgericht abgeschlossenen Vergleich 3 2, 561. — Klage auf Erteilung der V. aus einem Vergleich in gemeinrechtlichen Sachen 5 860. — Erhebung im Urkundenprozeß 3 2, 543.

(Vollstreckungsklausel)

— Klage auf Erteilung gegen den Ehemann im Fall des § 741 ZPD? 7 481 (vgl. Zwangsvollstreckung im allg. A.). — Klage zulässig trotz Möglichkeit, den Weg d. § 727 ZPD. zu beschreiten? 7 855, 856. — Beweis der Unmöglichkeit des nach §§ 726 ff. geforderten Nachweises? 1 3, 48, 242; 3 2, 543; 5 849. — Klagerhebung auf B., wenn Umschreibung der Klausel nach § 727 ZPD. möglich gewesen wäre; Mehrkosten treffen den Gläubiger 1 3, 145; 6 879 (vgl. Prozeßkosten, Rechtsstrafe); 7 855, 856. — Klage gegen den Notar auf Erteilung der B. bez. der von ihm gefertigten Urkunden 6 894. — Klage auf B. gegen den Erben auf Grund einer gegen den Erblasser erwirkten Urteils, Vorbehalt der beschränkten Haftung im Urteil 3 2, 543, 558; 5 857; 6 890; 7 855, 856, 863 (vgl. Zwangsvollstreckung im allg. A. k.). — Einreden des Beklagten nach §§ 767, 768 ZPD. 1 3, 242 (2); 3 2, 543 (vgl. Vollstreckungsgegenlage). — Nichtigkeits- u. Restitutionseinreden? 1 3, 242. — nur nach Schluß der mündlichen Verhandlung, auf die das Urteil erging, entstandene Einreden gegen die Klagezulassung 3 2, 543. — analoge Anwendung d. § 731 ZPD. auf alle Fälle, in denen ein Dritter der Rechtskraft e. vollstreckbaren Urteils unterliegt? 7 855.

Einwendungen des Schuldners gegen die Erteilung (§ 732). — aufständiges Gericht bei Erteilung der B. auf Anordnung des Vorsitzenden 4 728. — Erhebung von Einwendungen vor Erteilung d. Klausel? 1 3, 242. — bei Erteilung d. B. aus einem Endurteil trotz Aufhebung d. Zwischenurteils über d. prozeßhindernde Einrede 5 795. — nachträglicher Eintritt von Tatsachen, die die Vollstreckbarkeit des Urteils ausschließen 3 2, 543. — Streit über die Rechtsnachfolge 3 2, 543. — Streit über Inhalt und Tragweite des Urteils 3 2, 543. — Abtretung des Urteilsanspruches an einen der als Gesamtschuldner verurteilten Beklagten; Einwendungen aus dem internen Verhältnis des Zessionars zu den übrigen Schuldnern 3 2, 543. — Einwand gegen die nach § 727 ZPD. gegen den Erben erteilte vollstreckbare Ausfertigung, daß der Erbe die Erbschaft ausgeschlagen hat 6 879 (2). — Entscheidung in dem Verfahren nach § 732 nicht bloß über die formellen, sondern auch über die materiellen Voraussetzungen für Erteilung der Klausel 6 879. — Wahl zwischen Einwendungen nach § 732 und Vollstreckungsgegenklage nach § 768 (vgl. diese); Verhältnis d. beiden Rechtsbehelfe zueinander 1 3, 243; 254; 6 879; Abänderung d. einmal getroffenen Wahl. 1 3, 243.

— kann der Schuldner nach Abweisung (oder nach Stattgabe) seiner Einwendungen noch Klage nach § 768 ZPD. erheben? 6 879. — Wirkung des Beschlusses nach § 732 im Verfahren nach § 768 ZPD. 1 3, 145. — analoge Anwendung d. § 732 auf alle Fälle, in denen ein Dritter der Rechtskraft eines vollstreckbaren Urteils unterliegt? 7 855.

Weitere Ausfertigung oder Abänderung der erteilten. — Ablehnung seitens des Gerichtsschreibers 1 3, 242. — Anrufen des Gerichts gegen den ablehnenden Bescheid des Gerichtsschreibers 1 3, 242. — Anrufen des Gerichts gegen die Verjagung seitens des Vorsitzenden 1 3, 243. — Beschwerde gegen den Beschluß des Gerichts auf Erteilung einer 2. Ausfertigung? 1 3, 210, 243; 3 2, 559; 6 864, 879; 7 856 (vgl. Zwangsvollstreckung im allg. F.). — Anrufen des Gerichts gegen d. auf Anordnung d. Vorsitzenden vom Gerichtsschreiber betätigte Erteilung einer 2. Ausfertigung 6 879.

Vollstreckungstitel. — Aushängung an den Schuldner bei Zahlung an den Gläubiger selbst und nicht an den Gerichtsvollzieher 1 1, 270; 1 3, 249; 4 134. — Zurückgabe nach Pfändung an den Gläubiger bei Einstellung der Zwangsvollstreckung auf Antrag eines Dritten? 3 2, 551. — durch bedingtes Endurteil aufgehoben, durch das Läuterungsurteil tatsächlich wiederhergestelltes vorläufig vollstreckbares Urteil erster Instanz 3 2, 538. — Klage des Schuldners und Einwendung nach § 766 bei Nichtaushängung des B. trotz Zahlung 4 731. — Klage trotz Besizes einer vollstreckbaren Urkunde oder Möglichkeit des Erlangens der Vollstreckungsklausel 1 3, 261; 3 2, 560; 4 736; 5 767; 6 792 (vgl. Vollstreckungsklausel, Rechtskraft, Urteil). — verkündete kontraktische Urteile, Versäumnis- u. Kostenurteile, deren Abfassung infolge Behinderung des Richters unmöglich wird 5 805, 843. — gehören die Vergleiche nach § 794 Ziff. 1 u. 2 zu den gerichtlichen Urkunden i. S. des § 797 ZPD.? 5 859. — actio iudicati oder Klage nach § 767 ZPD., wenn im Schuldtitel der Streitgegenstand ungenügend bezeichnet ist? 7 858. — Kostenfestsetzungsbeschuß als B., Frist des § 798 Stundenfrist? 3 2, 430. — B. f. Kostenfestsetzung f. Prozeßkosten. — Zustellung des B. f. Zwangsvollstreckung im allg. B. — Entscheidungen im Verwaltungszwangsverfahren? 5 861. — Zwangsvollstreckung ohne gültigen Titel 3 1, 329; 4 257, 733; 6 876 (mangelhaft oder geschwindig erteilte Vollstreckungsklausel; vgl. ungerechtfertigte Vereidung, Vollstreckungsklausel, Zwangsvollstreckung im allgemeinen). — Vollstreckung

aus dem Zuschlagsbeschluß gegen Drittbefitzer von Gegenständen der Masse; Erlangung der Vollstreckungsklausel 7 922.

Vollstreckungstitel des § 794 Z P D. im allgemeinen. — Einwendungen gegen die V. des § 794 Ziff. 1, 2 u. 5 1 3, 260 (s. Zwangsvollstreckung im allg. E.). — Schadenserzähppflicht bei Zwangsversteigerung aus Titeln des § 794 Ziff. 1, 2 u. 5 1 3, 260; 5 760 (vgl. prozessuales Verschulden). — vollstreckbare Ausfertigung dieser Titel s. Vollstreckungsklausel. — Vollstreckungsgegenklage s. diese. — Einwendung nach §§ 766, 797 Z P D. s. Zwangsvollstreckung im allg. E.

Titel des § 794 Ziff. 1 u. 2, Ver gleiche s. diesen. — im Anwaltsprozeß ohne Prozeßvertreter geschlossener Vergleich 1 3, 260. — im Widerspruchsverfahren nach § 925 Z P D. geschlossener Vergleich 1 3, 260. — im Ehecheidungsprozeß nach Antrag auf einstweilige Verfügung nach § 627 Z P D. geschlossener Vergleich über Unterhalt 3 2, 559; 6 892. — Vergleich in Privatklagesachen 3 2, 559; 6 892. — außergerichtlich abgeschlossener, vom Gericht nur beurkundeter Vergleich 1 3, 261; 3 2, 559; 4 735. — Vergleich mit Rücktrittsvorbehalt 4 727. — Vergleich auf künftige Bestellung einer Hypothek; Vollstreckung nach § 894 Z P D.? Klage auf Hypothekbestellung 7 863 (s. unter Zwangsvollstreckung). — Vollstreckung aus einem Vergleich, wenn die Zahlung der Vergleichssumme von der Vornahme einer durch beide Teile zu bewirkenden Handlung abhängig ist u. der Beklagte seine Mitwirkung verweigert 5 858 (vgl. Vollstreckungsklausel). — in den Vergleich hereingezogene, nicht rechtshängige Ansprüche; Vergleich als Vollstreckungstitel? 6 893. — Verwirklichung der in e. gerichtlichen Vergleich vereinbarten Hypothekbestellung durch das mit dem Grundbuchamt identische Prozeßgericht oder Parteibetrieb? 6 893.

Titel des § 794 Ziff. 3. — kontradiktorische Urteile über den Kostenpunkt allein 1 3, 261; 3 2, 560 (vgl. Prozeßkosten unter § 99 Z P D., vorläufige Vollstreckbarkeit). — Veräumnisurteile über die Kosten 3 2, 560. — Beschluß auf Festsetzung des Honorars des Konkursverwalters 4 736. — Anwendung des § 797 Abs. 4 (Stützen der Vollstreckungsgegenklage auf Gründe, die schon vor Erlass des Beschlusses vorgebracht werden konnten) auf Beschlüsse nach § 794 Ziff. 3? 5 860. — in der Beschwerdeinstanz als endgültig erlassene Entscheidungen 6 893.

Titel des § 794 Ziff. 5 (über vollstreckbare Ausfertigung dieser Titel s. Vollstreckungsklausel). — Unabhängigkeit ihrer

Vollstreckbarkeit von dem Kaufgeschäfte 4 736; 6 894. — Urkunden über Maximalhypotheken 1 3, 261; 3 2, 560, 561; 4 736. — Ausnahme von unter § 794 Ziff. 5 fallenden Urkunden in Privatklagesachen 3 2, 559. — Nachweis der Kündigung oder des Ablaufs der Kündigungsfrist durch ein Urteil? 4 727/728. — Einschränkung der Zwangsvollstreckung auf das bewegliche oder unbewegliche Vermögen 4 736. — Hypothek- und Grundschuldbestellung für Schuldverschreibungen auf den Inhaber 4 736. — Sicherungshypothek für Wechsel und indossable Papiere 4 736. — Sicherungshypothek für festbestimmte Forderungen (§ 1184 BGB.) 4 736. — Eigentümergrundschuld 4 736. — Urkunden, die in Gegenwart des Notars vom Unterzeichner nur durchgelesen und ohne Abgabe einer mündlichen Erklärung genehmigt sind, sind vom Notar „ausgenommen“ 4 736. — Urkunden des § 794 als Titel für Kostenfestsetzung? 4 736; 5 859. — Urkunde, in der andere Zins- u. Zahlungsbestimmungen für eine Hypothek vereinbart werden u. der Schuldner sich der sofortigen Zwangsvollstreckung unterwirft 5 859. — Urkunden nach § 794 Ziff. 5 als Grundlage für die Eintragung einer Zwangshypothek 5 859 (s. Zwangshypothek). — obervormundschaftliche Genehmigung 5 859. — Bedeutung des Art. 167 AOBGB. 5 859. — öffentliche Zustellung der Urkunden des § 794 Ziff. 5; zuständiges Gericht 3 2, 561; 5 860; 6 895. — Hypothekenurkunden des alten Rechts 6 893. — Schuld- u. Pfandverschreibungen des nassauischen Stodbuchrechtes 6 893. — vorherige Zustellung der Urkunde vor Beginn der Zwangsvollstreckung; Frist des § 798 Stundenfrist? 3 2, 430, 561. — Verzicht auf die Frist des § 798 Z P D.? 5 860; 6 895. — Wichtigkeit der unter Verlesung der Frist des § 798 Z P D. vorgenommenen Pfändung 6 895. — Annahmeerklärung oder anderweitige Zustimmungserklärung des Gläubigers nicht Voraussetzung der Vollstreckbarkeit 7 864. Unterwerfung unter die Zwangsvollstreckung bei den Urkunden des § 794 Ziff. 5 Z P D. — rechtliche Natur 4 737; 5 861 (U. als „Verfügung“ i. S. d. BGB.); 7 434, 865. — obervormundschaftliche Genehmigung der U.-s. Klausel 1 3, 262; 5 861; 6 893. — Formel der U.-s. Klausel 3 2, 561 („die jeweiligen Eigentümer unterliegen der sofortigen Zwangsvollstreckung“ oder „wegen aller Zahlungsverpflichtungen sofortige Zwangsvollstreckung zulässig?“); 5 85; 6 895. — Eintragung der U. in das Grundbuch; Erfaß durch Bezugnahme auf die Eintragungsbewilligung? 1 3, 262; 3 1, 389; 3 2, 561; 4 737. — Nichteintragen der

(Vollstreckungstitel)

U.-sklausel 5 860, 861. — der Eintragung nachfolgende formlose Einigung über die U. 4 737. — Nachweis der Zustimmung des Hypothekars zur Eintragung nötig? 3 2, 561. — Vormerkung der U. ohne Eintragung des gehörigen Anspruchs? 5 861 (vgl. 3 2, 561). — summenmäßige Angabe nötig? rechtmäßige Feststellbarkeit der Summe 4 736. — bei gütergemeinschaftlichen Grundstücken 1 3, 262; 4 737; 6 893. — bei Reallasten 1 3, 262. — bei Maximalhypotheken 1 1, 707; 1 3, 262; 3 1, 457; 5 861; 6 433; 7 459, 864. — U. seitens des jeweiligen Grundstückeigentümers wegen e. persönlichen Forderung 3 2, 561. — Fortwirkung der U.-sklausel bei Umwandlung e. Hypothek in eine Eigentümerhypothek 4 737. — Wirksamkeit im Falle der Änderung des Inhalts der Hypothek 7 430, 898. — Übergang des Rechts aus der U. mit d. Hypothek (§ 1164 BGB.) auf den befriedigenden persönlichen Schuldner? 6 425; 7 453; 865. — U. unter d. sofortige Zwangsvollstreckung wegen einer Hypothek; Passivbeteiligter 2 2, 420; 3 2, 154. — Wirkung der U.-sklausel gegen den Mann bei späterer Verheiratung der Schuldnerin 4 737. — Wegfall der Einreden nach §§ 2014, 2015 BGB. gegenüber der U.-sklausel 4 737. — U. für Hypotheken des alten Rechts nach Anlage des Grundbuchs 4 738 (vgl. 6 893). — vor Anwendung des Grundbuchs erklärte Unterwerfung; ihre Wirksamkeit vor Eintragung 6 895. — Übergang des Vollstreckungsrechts aus § 800 ZPO. auf den persönlichen Schuldner, der den Gläubiger befriedigt? 7 865 (vgl. oben). — neuerliche Grundbucheintragung bei Änderung der Forderung 7 865. — Einwendung nach § 766 ZPO. oder Vollstreckungsgegenklage, wenn die notarielle Urkunde einer ordnungsmäßigen U.-sklausel entbehrt? 5 860; 6 893, 894 (vgl. Vollstreckungsgegenklage, Zwangsvollstreckung im allg. E.).

Vollstreckungsurteil s. ausländische Urteile.

Aus welchen Urteilen kann auf ein Vollstreckungsurteil geklagt werden? — Begriff des Urteils i. S. des § 722 ZPO. 7 854. — Feststellungsurteile 1 3, 240. — Urteile nach Art des § 894 ZPO. 1 3, 240. — Urteile im summarischen Verfahren 1 3, 240. — österreichische Wechselzahlungsaufträge 1 3, 240. — ausländische Kostenfestsetzungsbeschlüsse 1 3, 240 (Österreich); 7 854. — österreichische Urteile, wenn die Zuständigkeit des österreichischen Gerichtes auf dem Faktorengerichtstand beruht 3 2, 540. — Urteile, die zur Bewirkung eines Eintages in öffentliche Bücher oder Register verpflichten 3 2, 467. — Urteil

auf Abgabe einer Willenserklärung 1 3, 306; 4 727. — Urteil auf Abgabe einer von einer Gegenleistung abhängigen Willenserklärung 4 727. — Urteile in gewerbegerichtlichen Sachen 5 848, 860. — vom Züricher Bezirksgericht erlassener Beschluß über Bewährung von Alimenter während des Scheidungsprozesses 7 811, 854. — vor einem österreichischen Gewerbegericht geschlossener Vergleich 7 854.

Klage auf Erlassung. — rechtl. Charakter: positive Feststellungsklage 1 3, 240. — kann der Kläger in diesem Verfahren die in §§ 726 ff. ZPO. bezeichneten Umstände geltend machen? 1 3, 240. — Voraussetzung der Vollstreckung ausländischer Urteile, daß die Voraussetzungen der Anerkennung des ausländischen Urteils im Zeitpunkt der Urteilsfällung vorliegen 6 875; 7 810, 854. — Einwendungen des Beklagten: nach §§ 767, 768 ZPO. 1 3, 240. — Einwand, daß der Kläger sich verpflichtet habe, die Entscheidung nicht vollstrecken zu lassen 1 3, 240. — Gründe des § 328 ZPO. sind keine Einreden, sondern ihre Negativen sind Klagevoraussetzungen 1 3, 240. — Einwand, daß schon im Ausland eine die Klagenprüche deckende Pfändung erfolgt sei 5 848. — Restitutions- u. Nichtigkeitsgründe gegenüber der Klage 1 3, 240. — Aufrechnungseinrede des Beklagten 6 876. — Prüfung der Gegenseitigkeit: wenn der ausländische Gesetzgeber in einem gleichartigen Fall die Vollstreckbarkeit gewährt 1 3, 240. — Prüfung der Prozeß- u. Parteifähigkeit der Parteien im Verfahren über B. 7 854. — Erlaß eines B. auf Grund eines gegen eine offene Handelsgesellschaft erlassenen Urteils nach Auflösung der Gesellschaft? 7 854. — Prüfung der Zuständigkeit des ausländischen Gerichts seitens des deutschen Gerichts 5 848. — Vorbringen neuer Tatsachen zur Begründung der Zuständigkeit des ausländischen Gerichts 1 3, 240; 5 848. — Nachweis der Rechtskraft des „faute de comparatre“ ergangenen Versäumnisurteils eines französischen Gerichts 5 848. — z. Zt. seiner Entstehung bei uns keinen Vollstreckungstitel bildendes Urteil; Einfluß einer nachträglichen Änderung der zwischenstaatlichen Gesetzgebung 7 810, 854.

Voraus s. gesetzliches Erbrecht.

Vorausklage. — dingliche B. unzulässig 7 899.

Vorbehalt vgl. Zahlung. — als empfangsbedürftige Willenserklärung 1 1, 78. — Vertragsschluß mit Vorbehalt der Benennung des Gläubigers 3 1, 78. — bei Anträgen auf Eintragung ins Grundbuch s. Eintragungen.

Vorbehaltsaufrechnung s. Aufrechnung 1 1, 280, 281 ff.; 3 1, 180.

Fette Zahlen = Jahrg.; gedöhl. Zahlen = Seite,

Vorbehaltsgut s. geschliches Güterrecht.

Vorbehaltsurteil s. Urkunden- u. Wechselprozeß, Berufung. — Rechtskraft? **3 2**, 464, 501; **4 696**. — Unterschied der Voraussetzungen der §§ 302, 600, 717 Abj. 2, 945 **3 P.D.** **6 815**.

Vorbehaltsurteil nach § 302 **3 P.D.** s. Aufrechnung. — „rechtlicher Zusammenhang“ (vgl. Gerichtsstand der Widerklage) **3 2**, 457 (nicht notwendig

Gegenüberstehen als Leistung u. Gegenleistung); **5 800** (Klage auf Werklohn, Gegenforderung auf Schadenserlös wegen verspäteter Lieferung); **6 815** (Darlehnsklage des Fessionars, Gegenforderung auf Schadenserlös wegen Veruntreuungen des Zedenten mit der Behauptung, daß der Zedent die Darlehnssumme aus den durch die Veruntreuungen erworbenen Mitteln entnommen habe); **6 815** (Behauptung d. Beklagten, daß Verrechnung des Klagsanspruchs mit der aufgerechneten Forderung vereinbart worden sei). — Berücksichtigung der Gegenforderung, bevor die Klageforderung bewiesen ist? **1 3**, 315; **3 2**, 456, 462, 463, 465; **6 814** (vgl. Aufrechnung). — Abhängigkeit der Fälligkeit des ganzen Anspruchs von der Nichtzahlung einer Rate, bez. deren Tilgung durch Aufrechnung behauptet wird **3 2**, 456, 457. — Zurückverweisung seitens des Berufungsgerichts nach § 539 **3 P.D.** wegen Verurteilung d. Beklagten trotz rechtlichen Zusammenhangs **6 815**. — Urteil des Berufungsgerichts über die nicht bestrittene Klageforderung unter Zurückverweisung der bestrittenen Gegenforderung an das Erstgericht? **3 2**, 456. — rechtl. Charakter des **B.** **1 3**, 135. — kann das **B.** zugleich Zwischenurteil nach § 304 **3 P.D.** sein; Urteil über den Grund des Klagsanspruchs vorbehalten der Entscheidung über die Aufrechnung? **3 2**, 457, 458. — Einwand der Rechtsabhängigkeit u. der Rechtskraft aus dem **B.**? **1 3**, 135. — Aufnahme des Vorbehalts in den Urteilstenor **1 3**, 135. — **B.** nur zulässig bis zum Betrag der Gegenforderung **3 2**, 457. — Urteil, durch das der Anspruch

„abgesehen von der Aufrechnung der Gegenansprüche dem Betrag nach für begründet“ erklärt wird **1 3**, 135. — Gegenstand des Nachverfahrens **5 800**. — Ausbleiben des Klägers im Nachverfahren **1 3**, 135. — Zwischenurteil im Nachverfahren über den Grund der Aufrechnungsforderung **3 2**, 458. — im Nachverfahren Teilurteil auf Aufrechterhaltung des Vorbehaltsurteils bez. eines Teiles, wenn sich die Unbegründetheit eines Teils der Gegenforderung ergibt? **1 3**, 136. — Berufung gegen das Vorbehaltsurteil trotz seiner Aufhebung im Nachverfahren **5 800** (s. Berufung). — Berufung, weil der Erlaß

eines **B.** unzumutbar war? **7 829**. — Schadenserlös (s. vorläufige Vollstreckbarkeit, prozessuales Verschulden), Geltendmachung in der höheren Instanz **1 3**, 135; in einem besonderen Prozeß **5 800**; als Widerklage in einem anderen Prozeß **5 800**; konkurrierendes Verschulden des Beklagten **1 3**, 193; **5 825**.

Vorbehaltzzahlung (i. Zahlung) **1 1**, 265 f.; **2 1**, 230; **4 131**.

Vorbereitende Schriftsätze vgl. Klageschrift. — ziffernmäßiger Betrag **1 3**, 70. — Bezeichnung der Parteien: bei Firmen **3 2**, 421; Angabe der gesetzlichen Vertreter **3 2**, 421; Nachweis der Vertretungsmacht der gesetzlichen Vertreter? **3 2**, 421. — Verhältnis des § 272 zu § 131 **3 P.D.** **7 790**. — Anfechtung durch Prozeßbevollmächtigte in v. Sch. (vgl. Anfechtung, Anfechtung im Konkurs, Gläubigeranfechtung) **2 1**, 75; **3 1**, 50; **5 49**. — Aufstellung e. die Erhebung eines neuen Anspruchs ankündigenden Sch. als zivilrechtliche Mahnung? **6 807**. — Zurücknahme einer in den v. Sch. abgegebenen Aufrechnungserklärung **6 807**. — Wirkung der in den Sch. enthaltenen materiell-rechtlichen Erklärungen **5 778**; **6 780**. — Bedeutung einer darin enthaltenen Parteierklärung, die zur Herbeiführung einer rechtlichen Wirkung bestimmt ist **3 2**, 421. — rechtzeitige Mitteilung der Behauptungen, Beweismittel und Anträge; Folgen der Säumnis **1 3**, 123.

Vorbereitendes Verfahren in Rechnungssachen. — Folgen, wenn an Stelle eines v. B. die Feststellung des gesamten Prozeßmaterials einem Sachverständigen übertragen wird **3 2**, 500. — Folgen, wenn ein in den vorbereitenden Schriftsätzen enthaltener Punkt im v. B. nicht erörtert wird; Heilung des Verstoßes **1 3**, 159. — wirkt die Ausschließung nach § 354² **3 P.D.** für die Berufungsinstanz **1 3**, 159; **5 811**. — de lege ferenda **6 833**. — Voraussetzungen für Eintritt der Ausschlußwirkung des § 354 **3 P.D.** **7 814**.

Vorerbe s. Nachverfolge.

Vorkaufrecht s. Vormerkung. — rechtliche Natur **6 201**. — Voraussetzungen der Ausübung **3 1**, 227; **5 202**. — § 504 ius dispositivum **1 1**, 357; **4 168**; **6 202**. — Übertragbarkeit e. dem Mieter gewährten Vorkaufrechtes **4 168**. — Verpflichtung zur Bestellung eines **B.** der Form des § 313 **BGB.** bedürftig? **1 1**, 218, 356; **2 1**, 210; **3 1**, 154; **4 120**; **5 128**; **7 211** (vgl. Form des Immobilienvertrages u. unten). — Vorkaufrecht des Mieters zu einem bestimmten Preise **6 202**. — der Miterben s. diese. — Benachrichtigungspflicht bei **B.** des alten Rechts **3 1**, 698; **4 546** (Form). — Sicherungsvormerkung nach § 833 **BGB.** für **B.** **7 211**. — **B.** bei Abschluß e. be-

(Vorkaufsrecht)

dingten Kaufvertrags seitens d. Verpflichteten 7 210, 211. — Vereinbarung, daß bei Ausübung des V. der Kauf unter anderen Bedingungen zustande kommen soll als den für den Kauf zwischen dem Verpflichteten u. dem Dritten geltenden 7 211. — Einräumung eines Ankaufrisrechts an einen Dritten für den Fall d. Vertragsablaufs d. vorkaufsberechtigten Mieters 7 211. — Verzicht auf gesetzliches V.; Eintragung ins Grundbuch 2 2, 403, 404. — gesetzliches V. der Miteigentümer 1 1, 633. — Sicherung des persönlichen V. durch Vormerkung im Grundbuch 2 1, 288, 537; 3 1, 396 f., 431; 4 319; 5 389; 6 363; 7 394. — limitiertes persönliches V. (Recht, bei einem Verkauf gegen einen im voraus bestimmten Preis in den Kaufvertrag einzutreten); Sicherung durch Vormerkung, Begründung für den Hypothekgläubiger usw. 5 389.

Dingliches Vorkaufsrecht s. oben.

— rechtliche Konstruktion 7 427. — Voraussetzungen für Aufhebung eines vor 1900 entstandenen dinglichen V. 4 546. — ein Recht i. S. des § 882 BGB.? 1 1, 538. — Vorausbestimmung des Preises 1 1, 656; 2 2, 404; 3 2, 149; 4 830. — Wirkung des dingl. V. gegenüber Dritten, insbesondere gegenüber begrenzten Rechten Dritter am Grundstück 1 1, 656; 3 1, 432; 4 345. — Verhältnis zum Grundstückszeigentümer 3 1, 432. — Anspruch des dritten Erwerbers auf Erstattung von Verwendungen 1 1, 656. — Haftung des dritten Erwerbers für Erhaltung u. Verwahrung des Grundstücks 1 1, 656. — V. des Miterben 6 403. — Begründung eines Wiederkaufs- (Rückkaufs-)rechtes mit dingl. Wirkung nach gemeinem Recht 6 403. — Unterschied vom persönlichen V. 3 1, 431. — Vererblichkeit u. Übertragbarkeit 1 1, 655. — Einschränkung d. Vertragsfreiheit 3 1, 431. — Anwendbarkeit des § 313 BGB. 1 1, 655; 2 1, 577 (vgl. oben). — V. in Ansehung eines Grundstücksanteils 1 1, 655; 2 2, 397. — V. für mehrere oder alle Verkaufsfälle 1 1, 655; 3 1, 431. — für einen anderen als den im Vertrage bezeichneten Berechtigten 3 1, 432. — Zweck der Ausübung des V. 2 1, 577. — Einfluß des Verkaufs an einen künftigen Erben 1 1, 655 f.; 3 1, 431. — Eintragung ins Grundbuch hindert die Auflassung u. Eintragung nicht 5 394. — Eintragung notwendig bei Umwandlung eines übertragbaren V. in ein übertragbares 7 428. — Nichtausübung des V. als Verfeinerungsbedingung 7 917.

Vorläufige Vollstreckbarkeit. — Vollstreckung nach Rechtskraft, wenn der Gläubiger von der v. V. keinen Gebrauch macht 1 3, 232; 3 2, 549. — Urteil auf Feststellen des Be-

stehens oder Nichtbestehens der unehelichen Vaterschaft 4 722. — bei nicht vollstreckbarem Urteilsinhalt 4 725; 5 845. — Verfümmisurteile über die Kosten 3 2, 560. — Kostenurteil nach § 99 Abs. 3 ZPO. 3 2, 407, 560; 4 726; 5 844. — Feststellungsurteile? 5 789, 845. — Urteil auf Feststellen des Bestehens oder Nichtbestehens der unehelichen Vaterschaft 4 722, 725; 5 844 (uneheliche Vaterschaft schlechthin u. i. S. der §§ 1708 ff. BGB.). — durch bedingtes Endurteil aufgehobenes, durch das Läuterungsurteil tatsächlich wieder hergestelltes, vorläufig vollstreckbares Urteil 1. Instanz 3 2, 538. — Unanfechtbarkeit der in der Berufungsinstanz erlassenen Entscheidung über v. V.? 4 727 (vgl. 3 2, 540). — Ausschluß der Aufrechnungsinrede in 2. Instanz durch Vollstreckung des vorläufig vollstreckbaren Urteils 5 846. — Anfechtung des Urteils auf v. V. in der Klage bei Verfümmisurteil 3 2, 537; 4 726.

Von Amts wegen auszusprechende vorläufige Vollstreckbarkeit (§ 708 ZPO.). — eventuelles Erbieten des Klägers zur Sicherheitsleistung in den Fällen des § 708 ZPO. 5 845. — Läuterungsurteil, das nicht die im bedingten Endurteil bestimmten Folgen ausspricht, sondern wegen teilweiser Eidesleistung eine vorbehaltene Entscheidung gibt 3 2, 536; 4 726. — Wirkung der v. V. eines zweiten Verfümmisurteils auf das erste 1 3, 234. — Urteil auf Rentenzahlung nach dem Haftpflichtgesetz 2 2, 332. — irrümliches Unterlassen der Vollstreckbarkeitsklärung des einen Arrest aushebenden Urteils 1 3, 315. — Leibzucht unter die Alimente des § 708 Ziff. 6 fallend? 4 726.

Auf Antrag ohne Sicherheitsleistung auszusprechende v. V. — „Wohnräume u. andere Räume“ nach § 709 Ziff. 1 ZPO.; Grundstücke, Behältnisse, Kantarsafe? 6 872. — Innenschiffser unter die Schiffer des § 709 Ziff. 3 ZPO. fallend 5 845. — klageabweisende oder d. Berufung zurückweisende Urteile bez. der 300 M. nicht übersteigenden Kosten? 1 3, 234 (2); 4 726; 5 844, 845; 6 872, 873; 7 852. — Kostenurteile nach § 99 Abs. 3 ZPO. 3 2, 407, 560; 4 726; 5 844, 845 (vgl. Vollstreckungstitel, Prozeßkosten).

Vorläufige Vollstreckbarkeit gegen Sicherheitsleistung vgl. Sicherheitsleistung, Zwangsvollstreckung im allgemeinen B. — bei klageabweisenden Urteilen wegen der Kosten 1 3, 234; 4 726; 5 844, 845; 7 852. — S. in Höhe des jeweils beizutreibenden Betrages 1 3, 234; 7 852. — S.-spflicht des Fiskus 4 726; 5 845. — Bemessung der Höhe bei teils auf Feststellung, teils auf Leistung lautenden

Urteilen 5 845. — Verzinsung der hinterlegten Gelder 3 2, 536. — Ankündigung des Antrags auf v. B. bei Versäumnisurteil in der Klage 3 2, 537; 4 726. — Nachholung des Antrags auf v. B. des 1. Urteils gegen S. in der 2. Instanz 1 3, 236, 239; 3 2, 496, 537, 539, 540. — Anspruch des Klägers gegen den Schuldner auf Erlass der ihm durch die Hinterlegung entgangenen Zinsen? 6 153, 873; 7 143, 852 (s. Schuldnerverzug, prozessuales Verschulden). — Pfandrecht des Beklagten an d. Sicherheit wegen seines Rückzahlungsanspruchs, wenn das vollstreckte Urteil nachträglich aufgehoben wird; Pfändung dieses dem Beklagten zustehenden Rückzahlungsanspruchs 6 873. — Abänderung der im Urteil getroffenen Bestimmung über die Höhe der Sicherheit bei Antrag auf einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung nach §§ 707, 719 ZPO. 1 3, 233; 6 876 (s. Zwangsvollstreckung im allgemeinen D a). — Rückgabe d. Sicherheit; Gebühren d. Anwalts; vgl. GebD. f. N. — versehentliche Nichtbestimmung der Höhe der angeordneten Sicherheit; Nachholung; Ergänzung durch das Vollstreckungsgericht? 7 852. — kann das Pfändungspfandrecht durch Nachholung der im § 751 Abs. 2 ZPO. vorgeschriebenen Zustellung des Hinterlegungsnachweises nachträglich Gültigkeit erlangen? 7 857. — Heilung des Mangels der nicht genügenden S. durch nachträglich nach Beginn der Zwangsvollstreckung erfolgende Sicherheitsleistung 7 857.

Urteile der D. O. (§ 711 ZPO.) vgl. unten § 718. — v. B. der Urteile des D. O. nach §§ 708—710 ZPO. 1 3, 234. — Urteile der D. O., bei denen die Voraussetzungen der §§ 546, 547 ZPO. nicht vorliegen 1 3, 234. — Versäumnisurteile 1 3, 234; 7 853. — Zurückweisung der Berufung durch Versäumnisurteil 1 3, 234; 3 2, 537. — Verwerfung der Berufung nach kontradiktorischer Verhandlung (Vollstreckbarkeitsklärung des D. O. oder des O. Urteils) 1 3, 234, 235, 236; 3 2, 536, 537; 5 845; vgl. 6 872, 873, 876 (2).

Anwendung durch Sicherheitsleistung des Schuldners (§ 713 Abs. 2 ZPO.). — bei gleichzeitigem Sicherheitserbieten des Gläubigers 1 3, 236; 6 873. — Urteilsenor hinsichtlich der Abwendung bei Verurteilung von Gesamtschuldnern 3 1, 206; 3 2, 537. — pfandmäßige Haftung der Sicherheit 1 3, 236; bei Prozessvergleich 1 3, 236; Rang gegenüber späteren Pfändungsgläubigern 1 3, 236. — Hinterlegung auflösend bedingte Zahlung? 4 726. — Beitreibung der Urteilssumme durch Zwangsvollstreckung an Stelle der Befriedigung aus der hinterlegten Summe 4 726. —

bei Sicherheitsleistung des Schuldners auch keine Vollstreckung aus dem Kostenfestsetzungsbeschluss 1 3, 236. — analoge Anwendung des § 713 Abs. 2 ZPO. 6 873. — Ergänzung d. Urteils (§ 716 ZPO.) bei Übergehung des schuldenrischen Antrages nach § 713 Abs. 2 ZPO.? 6 825, 826, 874; 7 853.

Rückgabe der Sicherheit s. Sicherheitsleistung. — Wegfall der Veranlassung 3 2, 537. — Wegfall des zu sichernden Anspruches 1 3, 236. — bei Rechtskraft eines Teilurteils nach § 302 ZPO. 1 3, 236. — Abheben von dem Rechtskraftzeugnis bei Urkundenlosigkeit der begründenden Tatsachen 4 726. — Verweisung des Gläubigers auf den Weg des § 109 ZPO. bei Verlangen der Sicherheitsrückgabe auf Grund Rechtskraftzeugnisses 5 845. — einfache Beschwerde bei Ablehnung des Antrages 1 3, 236. — Rückgabe der von einem Dritten geleisteten Sicherheit 7 853. — Einfluß der §§ 109, 715 ZPO. auf die Befugnis u. Pflicht der Hinterlegungsstelle, nach Maßgabe der für sie geltenden landesrechtlichen Bestimmungen die Sicherheit auch ohne gerichtliche Anordnung zurückzugeben 6 873. — Legitimation des Prozeßbevollmächtigten zur Antragstellung 3 2, 537; 4 726. — Gebühren des Anwalts für Antrag auf Rückgabe 1 3, 236; 3 2, 537, 538; 4 727; 5 845; 6 873, 874 (s. GebD. f. N.).

Nachträgliche Vollstreckbarkeitsklärung s. Urteil unter Ergänzung u. unten. — Nachholen d. Antrags in 2. Instanz 1 3, 236, 239; 3 2, 496, 537, 539, 540; 5 847; 6 873; 7 853, 854. — analoge Anwendung des § 716 ZPO. bei Übergehung des Antrags des Schuldners nach § 713 Abs. 2 ZPO.? 6 825, 826, 874; 7 853. — Berufungszweck Nachholung d. in 1. Instanz nicht gestellten Antrags auf v. B. 7 829, 830. — Lauf der Berufungsfrist bei Ergänzung des Urteils hinsichtlich der v. B. 1 3, 236; 3 2, 538. — Verstreichen der Ergänzungsfrist: Berufung wegen Übergehens d. Antrags? Nachholen in der Berufungsinstanz bei Berufung des Gegners 3 2, 538, 539; 6 873 (Anschlußberufung).

Aufhebung oder Abänderung (§ 717 Abs. 1) vgl. unten § 718. — Abänderung der urteilsmäßigen Bestimmung über die Höhe der vom Gläubiger zu leistenden Sicherheit 1 3, 233. — durch bedingtes, das unbedingt verurteilende Erkenntnis 1. Instanz aufhebendes Berufungsurteil 5 846. — durch bedingtes Endurteil nach Einspruch gegen ein Versäumnisurteil 5 846. — durch Zwischenurteil eines O. auf Zulässigkeit des Einspruchs gegen einen Vollstreckungsbesehl

(Vorläufige Vollstreckbarkeit)

5 846. — Wiederaufleben der durch das abändernde Berufungsurteil beseitigten V. des ersten Urteils bei Aufheben des zweitinstanzlichen Urteils **5 846.**

Schadenersatzpflicht bei Aufhebung des Urteils (§ 717 Abs. 2) vgl. Arrest, Berufung, prozessuales Verschulden, Vorbehalturteil, Schadenersatz. — de lege ferenda **1 3, 236—238.** — Vollstreckung vor 1. I. 00; Aufhebung des Urteils nach 1900 **1 3, 238 (3), 239; 3 2, 538; 5 847; 6 594, 875.** — materiell-rechtliche Natur der Vorschrift **3 2, 538; 6 875.** — analoge Anwendung bei Vollstreckung von Beschlüssen, Kostenfestsetzungsbeschlüssen **3 2, 538, 539; 6 874.** — analoge Anwendung zugunsten des Klägers, gegen den der Beklagte aus einem vorläufig vollstreckbaren Klageabweisenden U. wegen der Kosten vollstrecken ließ? **1 3, 239.** — Verschulden des Gläubigers Voraussetzung? **1 3, 237; 3 2, 538, 539.** — konkurrierendes Verschulden des Beklagten **1 1, 164; 1 3, 238; 2 1, 152; 3 1, 105; 4 87, 727; 5 99, 825, 843, 847** (Nichtaufmerksamkeit auf ungewöhnlichen Schaden); **7 853.** — konkurrierendes Verschulden des Beklagten, der, statt nach fruchtloser Pfändung den Offenbarungseid zu leisten, Gast über sich ergehen läßt **7 853.** — Aufhebung des Urteils infolge neuen, früher schon möglichen Vorbringens des Beklagten **1 3, 238.** — Aufhebung des Urteils wegen Unzuständigkeit des Gerichts **5 846; 6 874; 7 853.** — U. des U. nur aus formellen Gründen **3 2, 539; 6 874** (nach § 539 ZPO.). — U. des U. auf Grund von erst nach der Vollstreckung entstandenen Einwendungen **5 846.** — keine Aufhebung oder Abänderung in der Sache selbst, sondern nur d. Kostenentscheidung **3 2, 538, 839.** — Gleichgültigkeit des Grundes der Aufhebung **5 846.** — Schadenersatzpflicht, wenn das vorläufig vollstreckbare Urteil 1. Instanz durch bedingtes U. 2. Instanz abgeändert, später aber durch das Läuterungs-U. seinem Inhalt nach bestätigt wird **6 874; 7 853.** — bloße Aufhebung der v. V. des U. **7 853.** — Aufhebung des Vollstreckungsurteils im schiedsrichterlichen Verfahren **7 853.** — Abweisung der Klage in 2. Instanz wegen nicht ordnungsmäßiger Vertretung des prozessunfähigen Beklagten **6 874.** — Aufhebung des vorläufig vollstreckbaren Urteils durch Vergleich **6 874; 7 853.** — Kaufzusammenhang zwischen Vollstreckung und Schaden **5 847.** — Geltendmachung des Schadensanspruchs im gleichen Verfahren; Widerklage? **5 847; 6 874.** — Zulässigkeit der Geltendmachung d. Schadensanspruchs in besonderer Klage

1 3, 239; 5 847. — Gerichtsstand bei Geltendmachung in e. besonderen Prozeß **3 2, 349, 538; 5 760, 864; 7 854** (forum delicti commissi?). — Geltendmachung im anhängigen Hauptverfahren, wenn dies ein Urkundenprozeß ist; Beweisbeschränkungen des Urkundenprozesses? **1 3, 239; 3 2, 513, 514, 538.** — Geltendmachung im Verfahren über Arrest u. einstweilige Verfügungen **1 3, 239.** — Geltendmachung im Läuterungsverfahren trotz Möglichkeit früherer Geltendmachung **4 727; 5 846.** — Geltendmachung im anhängigen Verfahren in der höheren Revisionsinstanz; Zurückverweisung an die 1. Instanz **1 3, 238; 5 846.** — Berechnung des Streitwertes; Einrechnung von Zinsen und Kosten **5 847; 6 875.** — durch die bloß begonnene Vollstreckung (Pfändung, Siegelung, Wegschaffung, Gebrauchszentziehung) entstandener Schaden **5 847; 6 874.** — Verzinsung des beigetriebenen Betrags auch bei Kaufleuten nur mit 4 % **6 875.** — Umfang des zu ergehenden Schadens **6 874.** — Einreden **5 846; 6 874.** — materielle Einreden **3 2, 538; 6 857.** — Aufrechnung des Klägers gegen die Schadensforderung mit Gegenansprüchen, insbes. z. Bt. der Vollstreckung noch nicht fälligen **1 3, 239; 4 727; 5 843, 847; 6 874, 875; 7 853 (2)** (Aufrechnung mit der Klageforderung), **854.** — bei Aufhebung des Urteils wegen Unzuständigkeit des Gerichtes, Aufrechnung des Klägers gegenüber dem Schadensanspruch mit der Vorprozeß geltend gemachten Forderung? **5 846, 847.** — exceptio doli generalis gegen den Schadensanspruch **6 875.** — Nachprüfung der Frage, ob das vollstreckbare Urteil mit Recht aufgehoben wurde **4 727.** — Einwand, das aufhebende Urteil sei unter Verletzung der Fidespflicht erlangt **6 875.** — Klagerweiterung, neue Ansprüche gegenüber dem Schadensanspruch **5 846.** — Haftung des Klägers bei Betreibung der Vollstreckung durch den Possessor des Urteilsanspruchs **5 847.** — Schadensanspruch e. Dritten nach § 717 ZPO. bei Versteigerung von ihm nicht dem Schuldner gehörigen Sachen? **3 2, 539.**

Behandlung der vorläufigen Vollstreckbarkeit in der Berufungsinstanz (§ 718) s. oben §§ 711, 716, 717 Abs. 1. — Nachholen des Antrages auf v. V. in der 2. Instanz **1 3, 236, 239; 3 2, 496; 5 847.** — Nachholen eines in der 1. Instanz nicht gestellten Antrags auf v. V. bei Anschließberufung **1 3, 236, 239; 3 2, 493, 497, 539 f.; 6 873; 7 853, 854.** — Vorabentscheidung über den in 1. Instanz wegen Nichterbietens zur Sicherheit abgewiesenen Antrag bei Sicherheitserbieten in

2. Instanz? **3 2**, 539, 540. — Vorabentscheidung über den in 1. Instanz gestellten, aber übergangenen Antrag **5 847**. — Nachholen e. in 1. Instanz nicht gestellten Antrags, das Urteil gemäß § 712 **3 P.D.** nicht für vorläufig vollstreckbar zu erklären **6 875**. — Abänderung (Herabsetzung) der Sicherheit **3 2**, 540 (f. **13**, 233). — Ausschluß der Aufrechnungseintrede in 2. Instanz durch Vollstreckung des 1. Urteils **5 846**. — Aufsehung der Entscheidung des Berufungsgerichtes über v. B. **3 2**, 540; **4 727**. — Wiederaufhebung des das erste Urteil bez. der unangefochtenen Teile für vorläufig vollstreckbar erklärenden Beschlusses bei Ausdehnung der Berufung auf diese Teile **5 847**. — Aufrechnung e. neu entstandenen Forderung in der Berufungsinstanz gegen die vorläufig vollstreckte Forderung **6 874**. — Werbescheiden e. Antrags auf Abänderung der Entscheidung über v. B. nur durch Urteil; Ausnahme bei e. nur Verhinderung oder Erschwerung der Vollstreckung betreffenden Antrag (Abhängigmachen von Sicherheitsleistung) **6 875**. — v. B. e. die Berufung zurückweisenden, nur über die Kosten entscheidenden Urteils **6 876** (vgl. Vollstreckungsklausel) (vgl. **13**, 234, 235, 236; **3 2**, 536, 537; **5 845**; **6 872**, 873).

Vorlegung vgl. Handelsbücher, Urkunden.

— Begriff **1 1**, 313; **3 1**, 59, 199. — prozessualer u. materieller **W.-anspruch** **3 2**, 481. — Vorlegungspflicht auf Grund eines sich nicht als „Anspruch“ i. S. des **W.G.B.** darstellenden Rechtes **1 1**, 449. — Anspruch „in Ansehung der Sache“ (§ 809 **W.G.B.**) **7 322**. — **W.-anspruch** des Wiederkäufers **1 1**, 449. — **W.-anspruch** des Urhebers **1 1**, 449. — Anspruch des Zessionars e. Bauhandwerkerforderung auf Besichtigung des Grundstücks **7 322**. — Anspruch auf **W.** zwecks Vorbereitung einer Klage nach § 771 **3 P.D.**? **2 1**, 476. — Geltendmachung des Vorlageanspruchs durch den Konkursverwalter **2 1**, 476; **7 322**. — Voraussetzungen für den **W.-anspruch** nach § 809 **W.G.B.** **1 1**, 449, 450; **3 1**, 325. — **W.-anspruch** gegenüber dem Pfändungsgläubiger? **2 1**, 476. — Verhältnis des **W.-anspruchs** zu der Geheimnisphäre des Gegners **3 1**, 323. — Passivlegitimation nach § 809 **W.G.B.** **3 1**, 325. — Beweis oder bloße Glaubhaftmachung der Voraussetzungen für den **W.-anspruch**? **1 1**, 449; **3 1**, 324, 325 (2). — Beweis des Besizes **13**, 160; **3 1**, 325; **7 322** (Klage auf Einsicht bei abhanden gekommenen Urkunden). — Verlangen von Kostenvorschuß und Sicherheitsleistung, wenn ein Schaden nicht zu befürchten? **1 1**, 451. — Gründe für Änderung des **W.-ortes** **1 1**, 450 (Verlangen der Vorlage im Prozeß; Gefährdung eines Geschäftsgeheimnisses). —

Passivlegitimation gegenüber dem Anspruch auf Urkundenvorlage **3 1**, 324. — Ausübung der Einsicht durch Vertreter **3 1**, 324. — Fassung des Urkundeninhabers **3 1**, 324. — Verzicht auf den Vorlageanspruch **3 1**, 324. — Übertragbarkeit des Vorlageanspruchs? **3 1**, 324. — Verjährung des Anspruchs? **3 1**, 324. — Kombination der Ansprüche nach §§ 809 u. 810 **W.G.B.** (**W.** zur Besichtigung, um sich zu vergewissern, ob ein Anspruch bez. der Urkunde nach § 810 besteht) **3 1**, 325. — Anspruch des Pfändungsgläubigers auf Urkundenvorlage **5 316**. — Ort der **W.** **1 1**, 112. — Art u. Weise der Besichtigung; Zulässigkeit eingehender Untersuchung, Vermessung; Zuziehung von Sachverständigen **7 322**.

Vorlegung von Urkunden (§ 810 **W.G.B.**) f. Urkundenedition. — Begriff der Urkunden **3 1**, 323, 324. — Anspruch gegenüber Behörden **1 1**, 450. — erschöpfende Aufzählung des § 810 **W.G.B.** **1 1**, 450. — **W.** v. U. über Vertragsverhältnisse des Besitzers mit Dritten, deren Kenntnis für den Antragsteller von Wert ist **1 1**, 450. — Verhältnis des Anspruchs zu der Geheimnisphäre des Gegners **3 1**, 323. — Anspruch des commis interessé **1 1**, 450; des Provisionsreisenden **5 316**. — Anspruch der Gesellschafter u. ihrer Erben **3 1**, 324. — Anspruch des Pfändungsgläubigers e. Gesellschafters auf **W.** des Gesellschaftsvertrags? **6 294**, 640. — Anspruch eines Mitberben auf die Schuldburden der Nachlassforderungen **1 1**, 450. — Anspruch der geschiedenen Ehefrau auf Vorlage der Geschäftsbücher des Mannes zwecks Feststellung der Errungenschaft **1 1**, 450. — Geschäftsbücher **3 1**, 324; **3 2**, 481. — Handakten des Rechtsanwalts **2 1**, 476. — Geschäftsbücher von Nichtkaufleuten **2 1**, 476. — Verlangen der Vorlage von Geschäftsbüchern behufs Nachweises einer geleisteten Zahlung **2 1**, 476; **4 325** (Anspruch des Bürgen auf Vorlage bei Zahlung seitens des Hauptschuldners). — **W.** eines Wechslers behufs Durchstreichens einer Unterschrift **2 1**, 476. — Anspruch der Erben auf Einsicht der Bücher einer Bank, die das Vermögen des Erblässers verwaltet **4 255**. — Vorlage eines Fusionsvertrags **4 255**. — von einem Gewerbeverein anlässlich einer Ausstellung für den inneren Dienst gemachte Aufzeichnungen, Vorlage an d. Aussteller? **3 1**, 325. — zum Privatgebrauch bestimmte Aufzeichnungen **1 1**, 450; **3 1**, 324; **4 255**. — Urkunden über abgewickelte Rechtsgeschäfte **3 1**, 324. — Urkunden über unwirksame Rechtsgeschäfte **3 1**, 325. — Anspruch des wegen gesetzwidriger Geschäftsführung in Anspruch genommenen Vorstands einer **U.-G.** auf Vorlage der Geschäftsbücher **7 322**. —

(Vorlegung)

Recht des Konkursverwalters auf Einsicht e. im Interesse des Gemeinschuldners errichteten Urkunde 7 322 (vgl. 2 1, 476). — Beurteilung bei Abhandenkommen der Urkunde 7 322 (vgl. oben Beweis des Besitzes). — Büchereinsicht der Witwe e. offenen Handelsgesellschafters 7 322. — Anspruch des Grundstückseigentümers gegenüber dem Hypothetgläubiger auf Vorlage des Hypothekenbriefes beim Grundbuchamt zwecks Befreiung e. Vermerkes? 7 322.

Vorleistung f. gegenseitige Verträge. — kein Klagerrecht des V.-spflichtigen auf Sicherheitsleistung oder Erfüllung 1 1, 228; 2 1, 216; 3 1, 158; 5 135. — § 321 gibt nur ein dilatorisches Verteidigungsmittel des Retentionsrechts 1 1, 228, 230; 3 1, 158; 5 135. — Zug-um-Zugbeurteilung als Folge des Einwands aus § 321 1 1, 230. — Anwendung des § 321 auf die Unterlassungspflicht 5 135. — Anwendung des § 321 gegenüber dem in den Vertrag eintretenden Konkursverwalter 1 1, 229. — Annahmeverzug des nach § 321 in Vermögensverfall Geratenen 4 123. — Recht zur Verweigerung der V. nach § 321 auch gegenüber dem Fessionar 1 1, 229. — Fortbestehen der V.-pflicht i. F. des § 321 1 1, 230; 2 1, 215; 3 1, 158. — kein Rücktrittsrecht des vorleistungspflichtigen Verkäufers wegen Ablehnung e. vor Fälligkeit verlangten Sicherheitsleistung durch den Käufer 2 1, 216. — Einrede aus § 321 nur bei Nachweis der Unzulänglichkeit e. vorhandener Sicherung 1 1, 229; 2 1, 216. — Einrede aus § 321 bei Nichtbeschaffung stüssiger Mittel für die Gegenleistung 5 135. — keine V.-pflicht des Verkäufers bei e. Pfalzgeschäft durch nachträgliche Vereinbarung der Warenüberfendung 1 1, 226. — keine V.-pflicht des Werkunternehmers (§ 320) 5 134. — § 321 bei Anspruch auf Sachleistung oder Dienste 2 1, 216. — Bereithaltung des Miet- (Pacht-)gegenstandes als V. des Vermieters 2 1, 295. — bei Klausel „netto Kassa gegen Faktura“ 7 155.

Vormerkung f. auch Eintragungen ins Grundbuch unter Eintragungsantrag, Verfahren bei Eintragungshindernissen; Beschwerde in Grundbuchsachen unter Beschwerde gegen eine Eintragung.

Wesen u. Konstruktion 1 1, 539; 2 1, 536 f.; 3 1, 392 ff.; 4 317; 5 388; 6 361; 7 394. — Bedeutung der V. nur für das Verhältnis gegenüber Dritten, nicht gegenüber dem vertragsmäßig Verpflichteten und dessen Konkursmasse 5 389. — Arten 2 1, 538.

Fälle der Vormerkung 2 1, 539; 5 388. — V. nur zur Sicherung ein-

tragungsfähiger Rechte 2 1, 538. — zur Sicherung der Übertragung bestehender Rechte 3 1, 395. — V. zur Sicherung der Anfassung oder selbständigen Belastung eines Grundstückteiles 1 1, 539, 541; 7 395. — keine V. zur Erhaltung des Rechtes auf lasten- u. schuldenfreie Anfassung veräußerter Grundstücksflächen 6 365. — desgl. der Verpflichtung, Trennsflächen von ihrer Belastung zu befreien 2 2, 370. — V. zur Sicherung der Entpändung eines Grundstückteiles 1 1, 540, 541. — desgl. des Anspruchs auf Rückgewähr des Erbbaurechtes 7 395. — des Anspruchs auf die Zwangsvollstreckungsklausel nach § 800 ZPO. 3 2, 561 (für den Fall der Umwandlung einer Höchstbetragshypothek in eine gewöhnliche) (vgl. unten). — zur Sicherung einer Zwangshypothek oder einer Pfändung? 3 2, 586. — des alten preuß. Grundbuchrechts 1 1, 540; 2 1, 790; 3 1, 700. — Anwendung des Art. 192 EGVGB. auf Hypotheken- u. Arrest-V. (f. Hypothek) 1 2, 429; 2 1, 796; 3 1, 700. — vor 1900 nach §§ 6, 7 preuß. G. v. 13. VII. 83 betr. die Zwangsvollstreckung erfolgte V. 2 1, 797. — V. zur Sicherung der Ansprüche aus der Übertragung oder Pfändung der Rechte eines Alleinmachers 7 395. — keine V. der Verpändung eines Erbteils 4 318; oder der Veräußerung des Anteiles eines Miterben an einem Nachlassgrundstück 6 365 (f. auch Erbteil, Miterben). — V. zur Sicherung des Rechtes auf Zwangshypothek? (vgl. diese u. unten) 1 1, 539; 2 1, 537; 5 388 f.; 6 365; 7 395. — V. einer Sicherungshypothek auf den Gesamtgutsgrundstücken für das Eheinkommen der in Ertrungenschaftsgemeinschaft lebenden Frau 7 395. — V. zum Schutze des auf Grund des Ansetzungsgesetzes Ansetzenden? 2 1, 537; 3 1, 396; 4 318; 5 388; 6 363; 7 394. — V. zur Sicherung des Ansetzungsanspruches nach § 29 R.D. 6 363. — V. des Anspruchs aus der vollzogenen Wandelung i. S. des § 465 BGB.? 6 365. — für Rechte noch nicht existierender Personen 3 1, 398 (f. nōndum conceptus, nasciturus). — V. für künftig zur Entstehung kommende noch bedingte Ansprüche? 2 1, 537; 6 365; 7 395. — für den Anspruch auf Rangrücktritt einer Hypothek hinter künftig einzutragende Rechte 6 365. — V. der Verpflichtung des Eigentümers, eine Hypothek, falls sie ihm zufällt, dem Gläubiger für eine andere Forderung zu bestellen 2 1, 538; 6 362. — V. des vertragsmäßig bedingten Anspruchs auf Rückübergang eines Grundstücks 7 395 f. — V. zur Sicherung des obligatorischen Vorkaufs- u. Wiederkaufsrechtes (vgl. Vorlauf) 2 1, 288, 537; 3 1, 396 f.; 4 319; 5 389; 6 363; 7 394; eines-

Ankaufsrechtes **7 394**. — **B.**, daß der Eigentümer das Grundstück nicht ohne Zustimmung des **B.-**berechtigten verkaufen darf **6 364 f.** — des dem Gläubiger eingeräumten Rechtes jederzeit Umwandlung seiner Pfandhypothek in eine Buchhypothek oder umgekehrt zu verlangen **6 364**. — **B.** des Anspruches auf Einräumung der Zwangsvollstreckungsklausel i. **S.** des § 800 **BGB.**, insbes. bei Höchstbetragshypotheken **3 1, 398; 3 2, 561; 5 388** (unzulässig ohne gleichzeitige **B.** der Hypothek mit bestimmtem Betrag); **6 364**. — des Anspruches auf Umwandlung einer Höchstbetragshypothek in eine gewöhnliche Hypothek **5 388**. — zur Sicherung des Anspruches auf Löschung einer Hypothek im Fall der Vereinigung mit dem Eigentum (Eintragung ohne Bewilligung des Hypothekgläubigers?) **2 1, 539** (s. ferner Eigentümerhypothek unter: Verpflichtung zur Löschung). — des Anspruches auf Rangrücktritt **4 316; 5 388** (Rücktritt hinter eine Hypothek, deren noch nicht bestimmte Höhe von der Schätzung eines Sachverständigen abhängt). — zur Sicherung des Anspruches auf Eintragung einer Sicherungshypothek **1 1, 539; 2 1, 539; 5 388 f.; 6 335; 7 394**. — **B.** einer Gesamtsicherungshypothek auf mehreren selbständigen Grundstücken für Bauhandwerkerforderungen **7 396**. — keine **B.** des Anspruches auf Pfändung und Überweisung einer Hypothek **3 1, 398; 5 976; 6 364**. — zur Sicherung subjektivdinglicher Rechte? **3 1, 398; 5 398** (keine **B.** für den jeweiligen Inhaber eines Rechtes); **6 362 f.** (subjektivdingliche Auflassungs-**B.**). — des Anspruches auf Befreiung eines Pfandrechtes an e. Hypothek, soweit die Forderung erloschen ist oder erlöschen wird oder Eigentum u. Hypothek in einer Person sich vereinigen **5 389**. — des Anspruches des eingetragenen Gläubigers auf Verschaffung einer Hypothek, wenn der Hypothekenbrief dem Eigentümer auszuhandigen ist **3 1, 398; 4 319**. — des Anspruches auf Rückzession von Hypotheken **3 1, 398**.

Verhältnis von Vormerkung u. Widerspruch **2 1, 537**. — Verwechslung von **B.** u. **W.** in der Eintragung oder im Antrag auf einstweilige Verfügung **1 1, 541**. — keine Kumulierung von **B.** u. **W.** zugunsten desselben Rechtes **3 1, 405**. — keine analoge Anwendung d. § 896 **BGB.** auf **B.** **3 1, 405**. — Bestimmungen über Eintragung eines Widerspruchs u. das Berichtigungsverfahren anwendbar auf die **B.**? **3 1, 393 f.**

Verhältnis von Vormerkung u. Veräußerungsverbot **1 1, 543; 2 1, 536; 3 1, 400; 4 317; 7 394**.

Eintragung der Vormerkung. —

Bezugnahme auf die **B.-**bewilligung **1 1, 541; 2 1, 538 f.** — ausdrückliche Bezeichnung als „Vormerkung“ geboten? **5 389**. — Abschreibung geboten bei **B.** auf reellen oder ideellen Grundstücken **3 2, 147; 4 828**. — § 41 **BGB.** anwendbar auf **B.**? **3 2, 163**. — **E.** einer Auflassungs-**B.** gegen oder für einen in Gütergemeinschaft lebenden Ehemann nicht ohne Eintragung der Frau **4 319; 6 362**. — **B.** auf dem Anteil eines Miteigentümers nicht ohne vorherige **E.** der Anteile **4 318**. — Umschreibung der **B.** (**E.** von Änderungen des Inhalts, des Ranges, des Berechtigten) **6 365; 7 396**. — trotz Einleitung der Zwangsversteigerung **B.** eines vorher entstandenen Rechtes **3 1, 397**. — § 449 (Kosten) unanwendbar **2 1, 273**.

Bewilligung der Eintragung einer Vormerkung. — nach §§ 873, 876, 878 **BGB.** zu beurteilen? **1 1, 451; 2 1, 535; 3 1, 395; 5 389; 6 362** (Form der **B.** in Schlaf-**Bothr.**); **7 396** (Vorlaut hinter der **B.**). — § 185 auf die **B.** anwendbar? **3 1, 61**. — Plage auf **B.** der **E.** einer **B.**, Vollstreckung des Urteils **3 1, 395**. — **B.** e. **B.** als Sichertheitsleistung i. **S.** des § 222 **Abf. 2 Satz 2 BGB.** **2 1, 102**. — Zulassung bewilligter **B.** u. § 137 **BGB.** **2 1, 66**.

Anordnung durch einstw. Verfügung. — Ablehnung der **A.**, weil der zu sichernde bedingte Anspruch wegen der entfernten Möglichkeit des Eintrittes der Bedingung keinen gegenwärtigen Vermögenswert hat? **1 1, 540**. — Gefährdung des Anspruches Voraussetzung der einstw. Verfügung? **7 396**. — Voraussetzung der einstw. Verfügung ist nicht ein streitiges Rechtsverhältnis **3 1, 399**. — Vollzug der einstw. Verfügung durch Antrag auf Eintragung der **B.** **2 1, 539**. — Einreichung des Antrages auf einstw. Verfügung beim Grundbuchamt? dem Grundbuchamt Ausfertigung der Verfügung vorzulegen? **6 365**. — Sicherung e. Anspruches zugleich durch **B.** u. durch richterliches Veräußerungsverbot **2 1, 65**. — rechtskräftige Beurteilung zur Bewilligung der Eintragung einer schon auf Grund einstw. Verfügung eingetragenen **B.** ins Grundbuch einzutragen? **1 1, 541; 2 2, 429**. — Glaubhaftmachung des Anspruches zur Erwirkung einer einstw. Verfügung auf Eintragung einer Auflassungsvormerkung, privatschriftlicher Vertrag nicht genügend **1 1, 217**. — Verletzung einer Diligenzpflicht durch Unterlassung der Erwirkung einer **B.**? (§ 254) **4 90**.

Wirkung der Vormerkung, Geltendmachung der Wirkung. — nur durch d. Vormerkerten **1 1, 540; 2 1, 539**. — wird d. vorgemerkte Recht zu einem dinglichen? **6 830**. — Wirkung in

(Vormerkung)

der Zwangsversteigerung, Berücksichtigung im geringsten Gebot, insbes. Wirkung der B. des Anspruches auf Auflassung u. auf Lösung **1 1, 540; 2 1, 537, 538; 2 2, 370 f.; 3 2, 293; 4 317, 779 f.; 5 914 f.; 6 948 f.; 7 908, 926.** — Wirkung der B. im Konkurs (Aussonderungsrecht?) **1 1, 540.** — § 17 R.D. nicht anwendbar auf vorgemerkte Ansprüche **2 1, 537.** — Wirkung auf die Haftung der Erben **1 1, 540; 3 1, 398 f.; 4 319.** — Verpflichtung des als Eigentümer eingetragenen Käufers zur Verzinsung nur vorgemerpter Hypotheken **1 1, 343.** — Wirkung der Auflassungsvormerkung auf nach ihr eingetragenen Hypotheken: Umwandlung in Eigentümerhypotheken, wenn der Vorgemerkte Eigentümer wird? **3 1, 395 f.** (vgl. unten). — die B. berechtigt das Grundbuchamt nicht zur Ablehnung weiterer Eintragungen **3 1, 396; 6 632, 366, 430 f.** — Wirkung der B. gegenüber einstw. Verfügungen **3 1, 396.** — desgl. auf die Verzinsung **2 1, 101; 3 1, 406.** — Kommt der öffentliche Glaube des Grundbuchs zugute **a) dem Vorgemerkten 1 1, 544; 2 1, 536; 3 1, 393 ff., 403; 4 317; 5 389; 6 365; b) dem, der durch Rechtsgeschäfte ein Recht an der B. erwirbt? 1 1, 544; 2 1, 537; 3 1, 393 f.; 4 317, 321.** — Leistung an einen nur vorgemerkten Berechtigten **1 1, 546.** — Bestimmungen über Eintragung eines Widerspruches u. das Berichtigungsverfahren anwendbar auf die B.? **3 1, 393 f.** — keine ausdehnende Auslegung der B. über den Wortlaut hinaus **3 1, 397.** — Hypothekenvormerkung ermächtigt nicht zur Hypotheken- oder zur Devisationsklage **1 1, 540; 2 1, 537.** — Entstehung einer Eigentümerhypothek aus einer Hypothekenvormerkung? **1 1, 540; 2 1, 538; 3 1, 396** (Zustimmung des Grundstückseigentümers erforderlich zur Aufhebung, Löschung u. Abtretung des Ranges der Hypothekenvormerkung?); **4 319; 6 361 f.** — Heilung des Formmangels des Schenkungsvertrages auf Bestellung e. Hypothek durch B. **1 1, 359.** — Zwangs- u. Arrestvormerkungen des alten preuß. Rechtes mit Anlegung des Grundbuchs Hypotheken des neuen Rechtes? **1 1, 540** (vgl. **2 1, 790; 3 1, 700.**) — Geltendmachung des ius offerendi nach § 268 BGB. durch den vorgemerkten Gläubiger **1 1, 175; 2 1, 164; 537** (f. Ablösungsrecht). — Umschreibbarkeit der B. **4 780.** — Umschreibung der B. d. Anspruches auf Sicherungshypothek in eine Sicherungshypothek **7 396.** — Verwirklichung des vorgemerkten Anspruches; Mitwirkungspflicht des nur buchmäßig berechtigten Dritten **2 1, 539 f.;** bei Vormerkungen nach § 18 G.D. **5 390.** — Inhalt dieser Verpflichtung **1 1, 542 f.;**

die Zustimmung kein materielles, sondern ein instruktionelles Erfordernis **3 1, 399; 5 390; rechtliche Natur 3 1, 399; verpflichtet zur Zustimmung jeder, zu dessen Gunsten eine vormerkungswidrige Verfügung erfolgt ist 3 1, 399.** — Wahrung des Ranges der durch B. gesicherten Hypothek **2 1, 538; 4 316.** — Anspruch auf den Versteigerungserlös **4 789.** — Geltendmachung der Verpflichtung; Rechtshängigkeit u. Rechtskraft im Falle der Sonderrechtsnachfolge auf seiten des Verpflichteten **1 1, 542 f.; 2 1, 537; 3 1, 399; 4 319.** — Beurteilung des Beklagten Zug um Zug gegen Einwilligung des Klägers in d. Lösung der auf dem Grundstück des Beklagten eingetragenen B. **3 1, 123.** — Geltendmachung von Einwendungen u. Einreden des durch den vorgemerkten Anspruch Verpflichteten, durch den mitwirkungsverpflichteten Dritten **1 1, 543; 2 1, 537, 539; 3 1, 400** (trotz Verzichtes des Verpflichteten? Geltendmachung der Anfechtungsberechtigung d. Verpflichteten?); **5 390; 6 361.** — Einwand aus §§ 117, 399 BGB. nicht ausgeschlossen **4 146.** — Gerichtsstand für die Geltendmachung des vorgemerkten Anspruches **4 319.**

Änderung des Inhaltes der Vormerkung **3 1, 393; 4 316; 6 365.** Abtretung, Pfändung, Verpfändung vorgemerpter Ansprüche; Eintragung ins Grundbuch? **4 317, 835; 6 365; 7 396.** — Mitübergang der B. bei der Forderungsübertragung **4 146.**

Rangänderung von Vormerkungen unter sich und mit eingetragenen Rechten **2 1, 537; 4 316** (Aufhebung der zurückgetretenen, in einen Definitivbeitrag verwandelten B.); **6 365** (Eintragungsbedürftigkeit).

Anspruch auf Beseitigung der Vormerkung. — dinglicher Charakter **1 1, 541.** — fällt nicht unter § 894 BGB. **4 319.** — Wirkung einer peremptorischen Einrede auf die vorgemerkten Ansprüche; Aktiv- u. Passivlegitimation zu der Klage auf Beseitigung der B. **1 1, 541 f.; 3 1, 392.** — Wirkung einer sich auf rechtshindernde oder rechtsvernichtende Tatsachen stützenden Einwendung (Berichtigungsanspruch) **1 1, 542.** — Lösung der zweiten von zwei nacheinander eingetragenen Auflassungsvormerkungen nach Übertragung des Eigentums an den Berechtigten der ersten B. **6 365.** — §§ 875, 876, 878 BGB. auf die Aufhebung der Vormerkung anwendbar? **1 1, 542; 3 1, 393** (zu unterscheiden zwischen B. an Grundstücken u. B. an Grundstücksrechten). — Lösung des Rechtes selbst unter Aufrechterhaltung der B. unzulässig **6 365.** — Wirkung einer unrechtmäßigen Löschung, insbes. gegenüber bösgläubigen

Dritten **1 1**, 542. — Aufhebung der die **B.** anordnenden einstw. Verfügung, § 939 **3 PD.** anwendbar? **2 1**, 539. — Lösung der **B.** wegen nicht rechtzeitiger Zustellung der ihre Eintragung anordnenden einstw. Verfügung? **7 957**. — keine Vermittelung des Prozeßgerichtes bei der Lösung der **B.** **2 2**, 429. — Lösung einer **B.** zugunsten eines zum eingebrachten Gut einer Ehefrau gehörigen Anspruches; Entscheidung auch gegen den Mann erforderlich? **2 2**, 429. — Befreiung der **B.** durch Aufgebot; Unbekanntheit des Aufenthaltes des Gläubigers genügende Voraussetzung? **2 1**, 539. — Lösung vor dem **1. I. O.** vorzuziehen, seitdem nicht mehr eintragungsfähiger Rechte **2 1**, 538.

Vormund f. Anfalls-**B.**; uneheliche Kinder, Gegen-**B.**; Minderjährige, Vormundschaft. — Rechnungslegung f. unten Vormundschaftsgericht. — Sicherheitsleistung des **B.** f. unten Vormundschaftsgericht. — Ordnungstrafen gegen den **B.** f. unten Vormundschaftsgericht. — Beaufsichtigung des **B.** f. unten Vormundschaftsgericht. — Beschwerderecht f. Beschwerde.

Übergangsrecht. — nach früherem Recht „befreite Vormünder“ **1 2**, 449; **2 1**, 806, 807 (f. Vormundschaft befreite). — vor 1900 entstandenes gesetzliches Pfandrecht d. Mündels am Vermögen des **B.** **1 2**, 450. — Fortdauer d. Amtes der bisherigen gesetzlichen oder bestellten Vormünder; Neubezpflichtung? **1 2**, 160, 451; **2 1**, 807. — Stellung der vor 1900 als Vormünderin fungierenden unehelichen Mutter (Hessen) **1 2**, 451.

Ullgemeines. — Handeln e. Geschäftsführers ohne Auftrag bei Fehlen oder Verhinderung des **B.** **2 1**, 689. — Rechtsverhältnis zwischen **B.** u. Mündel als Geschäftsführung **1 2**, 161; **2 1**, 674 (Vertretungsmacht kraft fingierter Vollmacht). — Übertragung des ganzen Amtes seitens d. **B.** auf e. anderen; Bevollmächtigung e. anderen zu einzelnen Geschäften **1 2**, 160, 161; **2 1**, 673 (Fortdauer der Vollmacht nach Volljährigkeit). — Einfluß des Erlöschens d. Vertretungsmacht des **B.** auf den von ihm Bevollmächtigten, insbesondere auf Prokuristen **3 1**, 537, 538. — Verhältnis des **B.** zu einem vom Mündel früher (z. **B.** für den Fall geistiger Unmündigkeit) bestellten Bevollmächtigten **4 437**. — Einfluß d. Erlöschens d. Vertretungsmacht des **B.** auf eine von ihm nach § 113 **BGB.** erteilte Ermächtigung **3 1**, 537. — Zwangsvollstreckung gegen den **B.** zur Erwirkung von Handlungen u. Unterlassungen, zu deren Vornahme d. Mündel verurteilt ist **5 531** (Strafe gegen d. Mündel) (f. Zwangsvollstreckung zur Erwirkung von Handlungen). — Leistung d. Offenbarungseids

durch d. **B.**; Zwang gegen ihn **4 437**; **5 531** (f. Offenbarungseid). — Leistung d. Offenbarungseids auf Verlangen d. Pflegers wegen unerledigter Ansprüche zwischen Mündel u. **B.** **3 1**, 564. — Stellung des d. Mündel in eigene Verpflegung nehmenden **B.** gegenüber der Polizei **5 531** (f. unten). — Recht des **B.** zu e. Abzug von der Einkommensteuer bei freiwilliger Selbstverpflegung des Mündels **4 438**. — Anspruch des **B.** auf Herausgabe des vom geisteskranken Mündel vor seiner Erkrankung errichteten, einem Dritten in Verwahrung gegebenen Testaments **6 506**. — Einfluß e. vom **B.** oder Mündel verschuldeten Standes auf d. Haftung des Versicherers **6 506**. — Versprechen e. Provision an den **B.** für den Fall d. Zustandekommens e. Kaufes oder e. Schweigegeldes bei Nichtverfolgung eines gegen den Mündel gerichteten Deliktes **1 2**, 164; **2 1**, 675 (f. gute Sitten). — Haftung d. Mündels für Verschulden d. **B.** **1 1**, 194; **3 1**, 137. — Ausländer als **B.** **1 2**, 158; **3 1**, 534. — öffentlich-rechtliche Natur d. Übernahmepflicht? **3 1**, 534 (gegenüber dem Mündel?). — Bestellung d. bisherigen vorläufigen **B.** zum definitiven; neue Verpfichtung nötig? **1 2**, 197.

Verufung und ihre Wirkung (§§ 1776, 1778). — Großvater, wenn der Vater gemäß § 1701 keine elterliche Gewalt hatte **1 2**, 156. — Verufung d. Großvaters nach § 1776 **Abf. 2** auch bei Adoption des Enkels ausgeschlossen? **3 1**, 531. — Anwendung d. § 1776 **Abf. 2** bei Aufhebung d. Annahme an Kindesstatt? **3 1**, 531. — Übernahmepflicht des Verufenen? **3 1**, 531, 534. — Folgen einer Übergebung d. Verufenen: Beschwerde **3 2**, 221 (f. Beschwerde). — Übergehen d. Verufenen mit seiner Zustimmung **1 2**, 157; **3 1**, 532. — Übergehen d. Verufenen wegen Gefährdung d. Mündelinteressen **1 2**, 157. — Verhinderung d. Verufenen i. **S. d.** § 1778 **Abf. 2 1 2**, 157. — Rechtshilfesuchen um Anhören d. Verufenen **4 434**. — Streit zwischen mehreren über ihre **B.** **5 996**. — Reihenfolge des § 1776 auch bei späterem Wechsel des **B.** maßgebend **4 434**. — Beschwerde des an Stelle des übergangenen Verufenen bestellten **B.**? **4 434**. — unberechtigte Übergebung eines Verufenen; Folgen, Beschwerde, Aufhebung von Amte wegen? **1 2**, 156; **3 1**, 532; **4 434**; **5 527**.

Vene n n u n g. — **B.** mehrerer Vormünder durch den Vater **1 2**, 155; **5 527**; **6 505**. — Nichtbereitsen aller vom Vater Benannten zur Übernahme **1 2**, 157. — Benennung mehrerer **B.** (f. unten) **1 2**, 156; **3 1**, 531 (Eventual-**B.**). — d. Selbständigkeit d. **B.** einschränkende Verfügungen **1 2**, 156; **3 1**, 531. — **B.** seitens d.

(Vormund)

Waters in allen Fällen der durch die Mutter vorgehend? **2 1, 671.** — Übertragung d. „Obhut u. Erziehung“ als *B.*? **4 433.** — *B.* seitens des Waters für den Fall seiner geistigen Erkrankung **4 433.** — Entscheidung e. Streitess über die *B.* durch das Vormundschaftsgericht **5 527.** — Verzicht auf d. *B.*-recht? **3 1, 531.** — Übertragung des *B.*-rechts auf einen anderen? **1 2, 156.** — der *B.* beigefügte auflösende Bedingung **1 2, 156; 3 1, 533.** — der *B.* beigefügte aufschiebende Bedingung **3 1, 531.** — *B.*-recht d. Mutter im Fall d. § 1685 **1 2, 156.** — *B.*-recht der Mutter im Fall des § 1693 **3 1, 531.** — *B.*-recht d. Adoptiv- eltern **1 2, 156; 3 1, 531.** — *B.*-recht gegen- über der verheirateten Tochter **1 2, 156; 3 1, 531.** — *B.* für ungeborene Kinder **3 1, 531.** — *B.*-recht der sich wieder verheiraten wolkenden Mutter? **6 505.** — Prüfung der formellen Gültigkeit des die Benennung enthaltenden Testaments durch das Vormundschaftsgericht **1 2, 157.** — Befreiung des *B.*-rechts bei Mangel d. Vertretungsbefugnis in einzelnen An- gelegenheiten? **1 2, 156.** — in welchem Zeitpunkt muß die Vertretungsbefugnis des Benennenden gegeben sein? **3 1, 531.** — Recht, mit der *B.* auch die Befugnisse des *B.* zu regeln **3 1, 531.**

Auswahl durch das Gericht. — welcher Gemeindevaifenrat ist vorher anzuhören? **1 2, 157; 3 1, 532.** — Folgen e. Nichtanhörung d. Gemeindevaifenrates **1 2, 157; 2 1, 671** (s. diesen). — Umfang d. Ermittlungen vor Auswahl **1 2, 157; 2 1, 672** (eidliche Zeugenvernehmung); **7 524.** — Anwendung des § 1779 Abs. 2 auf gesetzliche Vormünder? **1 2, 157.** — Beschwerde gegen die Bestellung eines *B.* anderer Konfession **1 2, 157; 2 1, 672; 3 1, 532; 4 434; 5 528; 6 505; 7 1007, 1008.** — Beschwerde d. unehelichen Mutter wegen Verstoßes gegen § 1779 Abs. 2 bei *M.* des *B.* **7 518.** — Beschwerde der übergangenen unehelichen Mutter **5 528.** — Überlassung der *M.* an d. erfuchten Richter? **2 1, 672; 5 528.** — für die Auswahl maßgebende Gesichtspunkte **2 1, 672; 4 434.** — Beschwerde gegen die *M.* wegen Gefährdung der Zureifen d. Waters? **2 1, 672.** — Beschwerde der übergangenen Verwandten? **1 2, 157; 3 1, 532; 5 528; 6 505; 7 994.** — Beschwerde wegen der *M.* **2 1, 672; 4 434, 435; 5 528; 6 505.** — Beschwerde des Ehemanns gegen die *M.* des *B.* für seine Frau **2 1, 672.** — Prüfungsrecht d. Beschwerdebegerichtes **2 1, 672; 4 434.** — Übergangung e. Verwandten wegen e. schwebenden Schuld der Frau des Verwandten an den Mündel **6 505.** — Beschwerde e. Ehemanns wegen Bestellung seiner Frau als Vormünderin **3 2, 197**

(s. Beschwerde, Ehefrau). — Beschwerde wegen Bestellung e. *B.* s. Beschwerde. — Haftung d. Gerichts wegen ungenügender Erhebungen über die Person des *B.*? **7 133, 524.** — Beschwerde des Gemeindevaifenrats wegen Ablehnung d. Bestellung e. ihm vorgeschlagenen *B.* **7 518.** — Beschwerde d. Gemeindevaifenrats, d. Pfarramts gegen die *M.* **7 1007, 1008.**

Untaugliche und unfähige Personen. — Anspruch e. Berufenen auf Bestellung nach Wegfall d. Ausschließungsgrundes **1 2, 157.** — Verschiedenheit des religiösen Bekenntnisses d. gesetzlichen *B.*? **1 2, 157.** — Bestellung eines nach § 1780 Unfähigen; von ihm vorgenommene Rechtsgeschäfte Stellung des Prozeßrichters zu einer solchen Vormundschaft **1 2, 157; 2 1, 672; 5 435.** — Wirkung der Bestellung e. nach § 1781 Untauglichen; Kenntnis des Dritten **1 2, 157, 158.** — Bestellung e. nach § 1780 Unfähigen begründet keine Wirksamkeit des Entmündigungsbeschlusses nach § 661 Abs. 1 *B.P.D.* **1 2, 158.** — kein Vorrecht d. Mündel nach § 61 *R.D.* bei Bestellung eines nach § 1780 Unfähigen **1 2, 158; 2 1, 672.** — keine Klage d. Mündels aus d. Vormundschaft gegen einen Unfähigen (§ 1780) **2 1, 672.** — minderjähriger *B.*; Genehmigung seines Gewalthabers zu Rechtshandlungen **1 2, 158; 2 1, 672; 3 1, 533.** — Erbe bei Nachlasskonkurs untauglich? **2 1, 672.** — Gesellschaften bei Konkurs d. offenen Handelsgesellschaft untauglich? **2 1, 672.** — Eltern bei Verwirkung oder Ruhen der elterlichen Gewalt oder Entziehung der Sorge für Person u. Vermögen des Kindes als *B.* untauglich **3 1, 533.** — im Ausland erfolgte Verurteilung (§ 1781 Ziff. 4) **5 528, 611.** — Ausschließung ganzer Personenklassen durch die Eltern? **1 2, 158; 3 1, 533.** — Ausschließung der Großväter durch die Eltern **1 2, 158.** — Ausschließung eines Anstalts-*B.* nach § 1782 zulässig? **3 1, 533.** — Stellung des entgegen dem § 1782 Bestellten **1 2, 158 2 1, 672; 3 1, 533.** — bedingte Ausschließung nach § 1782; Benennung unter auflösender Bedingung **3 1, 533** (s. **1 2, 156**). — lehtwillig von der Vormundschaft Ausschließener als Gegen-*B.*? **5 529.** — Zustimmung d. Ehemanns zur Übernahme e. Vormundschaft seitens der Frau; Form, Notwendigkeit d. Zustimmung bei Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft? **1 2, 158; 3 1, 533; 5 529.** — Zustimmung des entmündigten Ehemanns z. Übernahme e. Vormundschaft seitens der Frau **2 1, 672; 3 1, 533.** — Beamte; Kreis der unter § 1784 fallenden Beamten (Religionsdiener, Militär, Marine); Ablehnungsrecht d. Beamten? **1 2, 158; 2 1, 672; 3 1, 533, 534.** — Anwendung des § 1781 auf Privat-

beamte? **3 1, 534.** — Recht d. Beamten zur Verweigerung d. Übernahme bis zur Erlaubniserteilung **3 1, 534.** — Einholung der für Beamten nötigen Erlaubnis seitens d. Vormundschaftsgerichts **3 1, 534.** — Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit? **1 2, 158.**

Ablehnungsrecht. — Aufzählung des § 1786 erschöpfend **1 2, 159.** — lebige Frauen **1 2, 158.** — Witwen **1 2, 158.** — kein A. d. Vorstands e. Erziehungsanstalt im Fall des Art. 78 § 1 PrAGBW. **7 518.** — keine Mitzählung der volljährigen Kinder u. nascituri im Fall des § 1786 Ziff. **3 1 2, 159.** — Mitzählen des von einem anderen an Kindesstatt angenommenen Kindes nach Aufhebung der Annahme **3 1, 534.** — „entfernter Wohnsitz“ **1 2, 159; 4 435.** — Führung von Gegenvormundschäften **1 2, 159; 2 1, 672; 5 529.** — Führung von Beistandschaften **1 2, 159.** — Führung einer Vormundschaft über mehrere Mündel **2 1, 673; 3 1, 534.** — Form der schriftlichen Ablehnung **4 851.** — Belehrung über das A. **1 2, 159.** — Hastung bei grundloser Ablehnung s. unten. — Zeitpunkt der Beendigung d. Amtes bei erfolgreicher Beschwerde gegen e. d. Ablehnung zurückweisenden Beschluß **1 2, 159.** — Entscheidung des Vormundschaftsrichters über das A. für den Prozeßrichter bindend? **3 1, 534.** — Prüfung des Ablehnungsgrundes durch d. ersuchte Gericht? **1 2, 160.**

Übernahmepflicht. — öffentlich-rechtliche Natur **3 1, 534** (gegenüber dem Mündel?). — Pflicht d. Gerichts zur Verhängung e. Ordnungsstrafe bei unbegründeter Weigerung? **1 2, 159** (s. auch Vormundschaftsgericht, Ordnungsstrafe). — Anwendung von unmittelbarer Gewalt zur Erzwingung d. Übernahme? **1 2, 159, 182 (2); 4 461; 5 529** (Vorführung zum Termin). — Mindestbetrag der Ordnungsstrafe **3 1, 534; 4 461; 5 529.**

Bestellung. — Bedeutung der solennen Verpflichtung **1 2, 159.** — B. als Rechtsgeschäft? **1 2, 159; 3 1, 534.** — B. unter Nichtbeachtung der Form des § 1789 **1 2, 159; 2 1, 673.** — schriftliche B. **3 1, 535.** — Stellvertretung bei d. Verpflichtung? **1 2, 159; 2 1, 673; 3 1, 535.** — Ersehen d. B. durch tatsächliche Führung d. Vormundschaft **1 2, 159.** — Verpflichtung durch ersuchtes Gericht **1 2, 159.** — B. bei Vorstand e. Psleageanstalt? **1 2, 160, 408, 409; 3 1, 689.** — Verpflichtung d. bereits 1900 im Amt Befindlichen? **1 2, 160, 451; 2 1, 807.** — Widerruf e. Bestellung **4 435.** — Wiederaufhebung e. die erfolgte B. eines B. aufhebenden Beschlusses; Neu-B. nötig? **5 529.** — die Selbständigkeit des B. verfürzende Bedingung bei B. **1 2, 160.** — Beschwerde gegen die B.

1 2, 160; 2 1, 673; 3 2, 220; 4 435; 5 529. — rückwirkende Kraft e. die B. auf Beschwerde aufhebenden Verfügung? **3 2, 220.**

Bestallungsurkunde s. auch Vormundschaft unter Beendigung. — Rechtsnatur **3 1, 535.** — Nachprüfung durch den Grundbuchrichter (vgl. Eintragung)? **3 1, 570.** — Ausnahme einer Befreiung des B. in die Urkunde **1 2, 188** (s. Vormundschaft, befreite). — öffentlicher Glaube der B.? **1 2, 160.** — Verlangen d. Vorlage der Bestallung seitens d. Gegners bei einseitigen Rechtsgeschäften **1 2, 160.** — Angabe eines Mit-B., der zugleich Gegen-B. ist **1 2, 160.** — unterlassene Ausstellung der B. **3 1, 535.** — Mißbrauch e. erloschenen Bestallung **3 1, 535.** — Pflicht d. Gerichts zur Erteilung e. Befreiung an den Gegner zwecks Klage gegen den Mündel **1 2, 160; 3 1, 535.** — B. für Pfleger? **4 435.**

Wirkungskreis im allgemeinen s. Vormundschaftsgericht unter Beaufsichtigung des B. — Erloschung u. Namhaftmachung des unehelichen Vaters **1 2, 182** (s. uneheliche Kinder). — Verlangen der Vorlage d. Bestallung seitens des Gegners **1 2, 160.** — Leistung d. Offenbarungseides auf Verlangen des Pflegers wegen unerledigten Anspruchs zwischen Mündel u. B. **3 1, 564.** — Unterstützung des B. durch das Gericht bei Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen gegen den unehelichen Vater **4 437; 5 531** (s. uneheliche Kinder). — Zurücknahme d. dem Mündel zum Abschluß e. Geschäftes erteilten Einwilligung **1 2, 161.** — Selbsthandeln des B. in Fällen, wo er dem Mündel bereits die Einwilligung zu dessen eigenem Handeln erteilt hatte **5 531.** — Anerkennung e. unehelichen Kindes seitens d. Mündels **1 2, 161; 2 1, 683.** — Präsentation e. Wechsels bei dem im Wechsel nicht benannten B. des Bezogenen **1 2, 161.** — Privatklage namens e. über 18 Jahre alten Mündels (s. elterliche Gewalt) **7 579.** — Abgabe der eidesstattlichen Versicherung nach § 2356 seitens des B. **1 2, 162** (s. Erbsein). — Verfügung des B. im eigenen Namen über Sachen des Mündels **7 518.** — Stellung des B., wenn d. Mündel vor Eintritt der Geschäftsunfähigkeit oder Beschränkung einen Auftrag übernommen hatte **2 1, 674 (2).** — B. als Prokurist d. Mündels **3 1, 551.** — Ausübung d. Schließelgewalt durch den B. der Frau? (vgl. Ehefrau) **4 437.** — Recht des B. des Mannes zur Beschränkung d. Schließelgewalt d. Frau **4 437.** — Umfang der Vertretungsmacht für e. beschränkt geschäftsfähigen Mündel **2 1, 674.** — Beschränkung bei Benennung d. B.? **1 2, 156** (s. oben). — Einschränkung d. Vertretungs-

(Vormund)

macht des V. im Fall der §§ 112, 113 BGB. **3 1, 538; 4 531** (f. Minderjährige). — Prozeßführung **6 753**. — Nachweis d. Vertretungsmacht in Prozessen **3 1, 535**.
 Nutzungsfluß seiner Vertretungsmacht f. auch Pflegschaft (§ 1909), elterliche Gewalt. — Erbauseinandersetzung zwischen Mündeln, Vertretung durch einen Vormund oder Aufstellung von Pflegern? **1 2, 162 (2); 2 1, 675, 676; 3 1, 540; 6 506; 7 519 (2)** (f. Pflegschaft). — Prozeß zwischen mehreren Mündeln desselben Vormundes **1 2, 162**. — Vorliegen des Tatbestands des § 1975, aber ohne Interessenkollision **2 1, 676**. — Klageaufstellung an den V. seitens der im § 1795 Ziff. 1 genannten Personen **1 2, 162**. — Anwendung des § 1795 Ziff. 1, wenn das Rechtsgeschäft durch Erklärung gegenüber dem Grundbuchamt vorgenommen wird **7 519**. — Strafantrag des V. gegen die im § 1791 Ziff. 1 Genannten **1 2, 162**. — keine Anwendung des § 1795 Ziff. 1 bei Vornahme e. Rechtsgeschäfts gegenüber dem gütergemeinschaftlichen Mann einer der im § 1795 aufgeführten Personen **7 518**. — Übergang e. Forderung kraft Gesetzes fällt nicht unter § 1795 Ziff. 2 **2 1, 676**. — Erfüllungsgeschäfte des V. im Fall des § 1795 Ziff. 2 **1 2, 162**. — kann der dem Mündel schuldende V. bei Zahlung sich selbst eine Lösungsquittung erteilen? **2 1, 676; 3 1, 540**. — Anwendung des § 1795 Ziff. 2, wenn auf Seiten des Mündels e. Pflicht zur Vornahme besteht **2 1, 676**. — Zustellung e. Pfändungsbeschlusses seitens des V., wenn er selbst Schuldner, der Mündel Drittschuldner ist **2 1, 676**. — Aufrechnung als Erfüllungsgeschäft nach § 1795 Ziff. 2 **3 1, 540**. — fällt Kündigung e. Hypothek unter § 1795 Ziff. 2? **5 532**. — Umfang d. Anwendung d. § 1795 Ziff. 2; kein Recht des V. bei Veräußerung seines mit e. Mündelhypothek belasteten Grundstücks die Übernahme d. Hypothek durch d. Käufer zu genehmigen **7 519**. — kein Recht des V. zur Einziehung e. von ihm selbst geschuldeten Hypothek **7 520**. — Anwendung des § 1795 Ziff. 2, wenn der Gewalthaber Verpächtereinempfänger, der Pflegebefohlene Stäubiger e. Dritten nach § 330 BGB. ist? **7 520**. — kein Ausschluß der Vertretungsmacht bei Interessenkollision ipso iure, sondern nur Entziehung d. Vertretungsmacht **1 2, 162** (geringe Interessen); **2 1, 676, 677; 3 1, 541** (freies Ermessen des Gerichts); **4 439; 5 632**. — konkludente Entziehung der Vertretungsmacht durch Pflegerbestellung **4 439**. — Begriff der Interessenkollision **4 439**. — Bestellung des Pflegers vor oder nach der Entziehung der Vertretungsmacht? **1 2, 162; 4 439; 5 632**. — Vertretung mehrerer Mündel durch einen V. bei Vertragschluß; mangelnde Interessenkollision **1 2, 162** (f. oben). — Aufstellen e. Zustellungsvertraters durch d. Vollstreckungsgericht bei Verhinderung des V. nach § 1795 **3 1, 541**. — Selbstkontrahieren des V., „Gestatten“ i. S. der §§ 181, 1795 **1 1, 116; 1 2, 162; 2 1, 675; 3 1, 540 (2); 7 520** (vgl. Selbstkontrahieren). — Zahlung des dem Mündel schuldigen V. an sich selbst **2 1, 676; 5 532**. — dem § 1975 entgegen vorgenommene Geschäfte nichtig? **1 2, 162; 2 1, 677; 3 1, 540; 4 439; 7 520** (f. Selbstkontrahieren). — Beschwerde des V. bei Entziehung der Vertretungsmacht? **4 439**. — Nachprüfung d. Vertretungsmacht des V. seitens des Grundbuchrichters **2 1, 90, 676; 3 1, 61, 540** (vgl. Eintragung). — Anwendung des § 1975 auf den Gegen-V. **1 2, 162; 5 532**. — Anwendung des § 1975 auf das Vormundschaftsgericht **3 1, 540**.
 Sorge für die Person des Mündels vgl. elterliche Gewalt. — Wahl und Wechsel der Schule **2 1, 674, 688**. — unzuwennmäßige Berufswahl des V. **2 1, 688; 4 440**. — Unterbringung e. deutschen Mündels in polnischer Familie **3 1, 563**. — religiöse Erziehung (f. diese) **1 2, 161; 2 1, 674; 4 440**. — Entziehung der religiösen Erziehung gegenüber berufenen Vormündern **1 2, 165; 2 1, 677**. — Einfluß des Entzugs der religiösen Erziehung auf das Recht zur Sorge für die Person **1 2, 165**. — Taufverlassen des Mündels **1 2, 161**. — Erziehungsrechte **2 1, 674**. — Erziehungskosten; Bestimmung durch V. oder Gericht; Angreifen des Vermögensfudes; Einschreiten des Gerichts bei Mißbrauch **1 2, 164; 4 440**. — Streit zwischen Gericht u. V. über die Höhe der dem V. zu gewährenden Erziehungsgelder **6 513** (f. **4 459**). — Übernahme des Mündels in eigene Verpflegung des V.; Pflegerbestellung zwecks Abschluß d. Pflegevertrags? **3 1, 542; 7 994**. — Übertragung d. Ausübung d. Erziehungsrechts, der Zuchtgewalt auf Dritte **1 2, 164** (vgl. Züchtigungsrecht). — Bestimmung des Aufenthaltsortes d. Mündels, Unterbringung in Erziehungsanstalt **1 2, 164; 2 1, 677; 3 1, 542**. — Öffnen von Mündelbriefen **1 2, 164**. — Zuständigkeit zur Namensgebung bei Findelkindern **2 1, 671; 3 1, 529** (f. Namen). — Klage auf Herausgabe des vom Dritten vorerhaltenen Mündels **1 2, 165** (Herausgabe an die Mutter); **3 1, 542** (Eintrede e. Verzichtes des V. oder e. obervormundtschaftlichen Anordnung); **4 441** (Armenrecht). — polizeiliche Hilfe zwecks Zurückführung e. flüchtigen Mündels **1 2, 165**. —

Vertretungsmacht? **1 2, 162; 4 439; 5 632**. — Vertretung mehrerer Mündel durch einen V. bei Vertragschluß; mangelnde Interessenkollision **1 2, 162** (f. oben). — Aufstellen e. Zustellungsvertraters durch d. Vollstreckungsgericht bei Verhinderung des V. nach § 1795 **3 1, 541**. — Selbstkontrahieren des V., „Gestatten“ i. S. der §§ 181, 1795 **1 1, 116; 1 2, 162; 2 1, 675; 3 1, 540 (2); 7 520** (vgl. Selbstkontrahieren). — Zahlung des dem Mündel schuldigen V. an sich selbst **2 1, 676; 5 532**. — dem § 1975 entgegen vorgenommene Geschäfte nichtig? **1 2, 162; 2 1, 677; 3 1, 540; 4 439; 7 520** (f. Selbstkontrahieren). — Beschwerde des V. bei Entziehung der Vertretungsmacht? **4 439**. — Nachprüfung d. Vertretungsmacht des V. seitens des Grundbuchrichters **2 1, 90, 676; 3 1, 61, 540** (vgl. Eintragung). — Anwendung des § 1975 auf den Gegen-V. **1 2, 162; 5 532**. — Anwendung des § 1975 auf das Vormundschaftsgericht **3 1, 540**.
 Sorge für die Person des Mündels vgl. elterliche Gewalt. — Wahl und Wechsel der Schule **2 1, 674, 688**. — unzuwennmäßige Berufswahl des V. **2 1, 688; 4 440**. — Unterbringung e. deutschen Mündels in polnischer Familie **3 1, 563**. — religiöse Erziehung (f. diese) **1 2, 161; 2 1, 674; 4 440**. — Entziehung der religiösen Erziehung gegenüber berufenen Vormündern **1 2, 165; 2 1, 677**. — Einfluß des Entzugs der religiösen Erziehung auf das Recht zur Sorge für die Person **1 2, 165**. — Taufverlassen des Mündels **1 2, 161**. — Erziehungsrechte **2 1, 674**. — Erziehungskosten; Bestimmung durch V. oder Gericht; Angreifen des Vermögensfudes; Einschreiten des Gerichts bei Mißbrauch **1 2, 164; 4 440**. — Streit zwischen Gericht u. V. über die Höhe der dem V. zu gewährenden Erziehungsgelder **6 513** (f. **4 459**). — Übernahme des Mündels in eigene Verpflegung des V.; Pflegerbestellung zwecks Abschluß d. Pflegevertrags? **3 1, 542; 7 994**. — Übertragung d. Ausübung d. Erziehungsrechts, der Zuchtgewalt auf Dritte **1 2, 164** (vgl. Züchtigungsrecht). — Bestimmung des Aufenthaltsortes d. Mündels, Unterbringung in Erziehungsanstalt **1 2, 164; 2 1, 677; 3 1, 542**. — Öffnen von Mündelbriefen **1 2, 164**. — Zuständigkeit zur Namensgebung bei Findelkindern **2 1, 671; 3 1, 529** (f. Namen). — Klage auf Herausgabe des vom Dritten vorerhaltenen Mündels **1 2, 165** (Herausgabe an die Mutter); **3 1, 542** (Eintrede e. Verzichtes des V. oder e. obervormundtschaftlichen Anordnung); **4 441** (Armenrecht). — polizeiliche Hilfe zwecks Zurückführung e. flüchtigen Mündels **1 2, 165**. —

unentgeltliche Dienstleistungen des Mündels für den B. **1 2, 166; 2 1, 678; 3 1, 543; 6 507.** — Kollision zwischen den Rechten des B. u. denen der unehelichen oder auf die Sorge für die Person beschränkten Mutter **2 1, 677** (gegen ihren Willen abgeschlossener Lehrvertrag); **4 440; 5 533** (religiöse Erziehung). — Sorge für eine Minderjährige nach Auflösung ihrer Ehe **1 2, 165.** — Strafen gegen Vormünder wegen Schulversäumnis der Mündel **5 533.** — Beschwerde des Dienstherrn gegen die Verfügung d. Gerichts, daß der Mündel den Dienst zu verlassen hat **1 2, 164.** — Beschwerde des Mündels **5 533.** — Beschwerde e. Rechtsanwalts nach § 57 Ziff. 9 ZOG? **5 533.**

Sorge für das Vermögen des Mündels s. bestreite Vormundschaft, elterliche Gewalt, obervormundschaftliche Genehmigung. — Mitwirkung d. Gegenvormunds bei Anlage u. Verfügung s. diesen. — Angreifen des Vermögensstandes bei Erkrankung des M. **4 460.** — Recht zur Inbesitznahme d. Mündelvermögens; Vormund unmittelbarer Besitzer? Stellung des Mündels? **2 1, 674; 3 1, 538.** — Vormund als Handlungsbevollmächtigter (§ 54 HGB.) bei Betreiben eines Handelsgewerbes im Namen des Mündels? **3 1, 538.** — Beschränkung und Erweiterung d. Verwaltungsbefugnis des Vormunds durch Anordnung seitens des die Zuwendung an den Mündel Tressenden; Unzulässigkeit e. Beschränkung d. Vertretungsmacht **1 2, 166.** — Einfluß e. Beschränkung d. Verwaltungsbefugnisse auf das Erfordernis der obervormundschaftlichen Genehmigung **1 2, 166.** — Form der die Beschränkung (§ 1803) treffenden Anordnung **1 2, 166; 3 1, 543.** — Genehmigung d. Gerichts zu e. Abweichung von der durch den Dritten getroffenen Beschränkung; Form **1 2, 166.** — Abweichung von der durch den Dritten getroffenen Beschränkung bei Lebzeiten des Dritten; Verhinderung des Dritten an der Erteilung seiner Zustimmung (§ 1803 Abs. 3) **1 2, 166; 3 1, 543** (Interessengefährdung Voraussetzung?); **4 441.** — Entbindung des Vormunds von e. Verwaltungsanordnung des Erblassers (§ 1803 Abs. 2), wenn sonst dem Mündel ein Gewinn entzogen würde **7 520, 521.** — Verzicht auf die Einrede der Verjährung **1 2, 166; 2 1, 678.** — unentgeltlicher Verzicht auf e. Sache **1 2, 166; 2 1, 678; 3 1, 543.** — aus Anstandsrücksicht oder sittlicher Pflicht unterlassener Vermögenserwerb für d. Mündel, z. B. Verzicht auf den Pflichtteil **7 521.** — durch sittliche Pflicht oder den Anstand gebotene Schenkungen des Vormunds

1 2, 166; 2 1, 678. — Trinkgelder, Neujahrschenke **2 1, 678; 5 534.** — Unterstützung hilfsbedürftiger Verwandter **2 1, 678.** — „Schenkung“ i. S. des § 38 preuß. VormD. v. 5. VII. 75 **2 1, 678.** — unentgeltliche Schulübernahme als Schenkung **2 1, 678.** — Aufhebung d. Fideikommißeigenschaft von Mündelvermögen **2 1, 678.** — Verwendung v. Mündelvermögen seitens des Vormunds für sich selbst; Dienstleistungen des Mündels **1 2, 166; 2 1, 678; 3 1, 543; 6 507.** — Pflichten des B. bez. des bei Einleitung der Vormundschaft bereits angelegten Vermögens **1 2, 167; 3 1, 543.** — Nachzahlung aus ererbte Aktien zur Verlustabwendung **3 1, 545.** — Bereithalten von Geld für die „Ausgaben“, Begriff der Ausgaben **3 1, 543; 5 534.** — Abschluß e. Leibrentenvertrags durch den B. für den Mündel **5 534.** — Sperrvermerk u. Sparkassenbüchern; wer hat ihn zu machen? **1 2, 167; 4 442.** — Wirkung des Sperrvermerks in Sparkassenbüchern **2 1, 680; 3 1, 544; 4 442; 7 521** (Wirkung auf Zwangsvollstreckung). — Ausdehnung des Sperrvermerks in Sparkassenbüchern auf die Zinsen **1 2, 167; 4 442, 444.** — Erwähnung d. Genehmigung des Gegenvormunds in dem Sperrvermerk e. Sparkassenbuchs **1 2, 167.** — vor 1900 erfolgte Außerkehrung e. Sparkassenbuchs **1 2, 168; 2 1, 680; 3 1, 545.** — Aufhebung d. Sperrvermerks bei Beendigung d. Vormundschaft **3 1, 545; 4 442.** — Genehmigung z. Erhebung v. Mündelgeld nach Beendigung der Vormundschaft **1 2, 168.** — Wirkung e. entgegen § 1809 (z. B. trotz Sperrvermerks) vom Vormund betätigten Erhebung v. Mündelgeld für den zahlenden Schuldnern **2 1, 680; 3 1, 544.** — Gestattung e. anderen als der in §§ 1807, 1808 vorgeschriebenen Anlegung seitens des Gerichts; Überschreiten der Belehnungsgrenze; stillschweigendes Dulden dem Gestatten gleich? **1 2, 168; 2 1, 680; 3 1, 545.** — Verfügung des B. über Papiergeld u. Banknoten **1 2, 169.** — der Genehmigung des Gegenvormunds oder des Gerichts bedürftige Rechtsakte des B. (§§ 1812, 1813, 1821 ff.) s. Gegenvormund, Vormundschaftsgericht. — Einklagung von Mündelorderungen **1 2, 168; 2 1, 680.** — zungsweise Beitreibung e. Mündelforderung **2 1, 680.** — Vergleich, Anerkennung **2 1, 680, 681.** — Verfügung über dinglichen Anspruch auf bewegliche Sachen; Mitwirkung des Gegenvormunds? **3 1, 545; 4 444.** — Mitwirken des Gegenvormunds bei Quittungsleistung? **4 442; 5 535.** — Klage gegen den B. auf Quittung; Urteilsvollstreckung **4 443.** — Antrag auf Aufhebung e. Gemeinschaft **3 1, 545; 4 444.** —

(Vormund)

Umſchreibung von mit Genehmigung des Gegenvormunds eingezogenen Hypotheken **5 535**. — Löſchung von Hypotheken auf den Mündelgrundſtücken; Mitwirkung des Gegenvormunds **5 535**. — Vereinbarung über Herabſetzung des Zinſfußes u. Beſchränkung d. Rückbarkeit e. Mündelhypothek **6 507**. — Bewilligung d. Löſchung von Mündelhypotheken **4 443**; **6 507**. — Verzicht des B. auf ein Rechtsmittel **6 508**. — Hinterlegung von uneigentlichen Inhaberpapieren **1 2, 170**. — Hinterlegung von nicht im Alleineigentum d. Mündels ſtehenden Papieren des § 1814 **1 2, 170**; **4 444**. — Hinterlegung der im Nießbrauch des Mündels befindlichen oder der mit e. Pfandrecht d. Mündels belaſteten Inhaberpapiere **3 1, 546**. — Hinterlegung von Sparkaſſenbüchern? **1 2, 170**. — Buchforderungen gegen das Reich; Sperrvermerk nötig? **2 1, 681**. — Befreiung des B. von den Pflichten d. §§ 1814, 1816; Befreiungsgründe **1 2, 170**; **2 1, 681**; **4 445**; **5 536**. — Befreiung des Vormunds von der Pflicht nach § 1815 **1 2, 170**; **4 445**. — Fortgeltung d. § 51 PrHinterl. v. 14. III. 79? **1 2, 170**. — Genehmigung des Gerichts zur Herausgabe hinterlegter Wertpapiere **1 2, 170** (Zwangsvollſtreckung auf Herausgabe); **3 1, 546**. — Ungültigkeit e. landesrechtlichen Vorſchrift, die abweichend von § 1809 BGB, die Sparkaſſe zur Rückgabe von Einlagen ohne Zuſtimmung des Gerichts ermächtigt **2 1, 772**. — Anwendung des § 53 FGG. auf die gerichtliche Erſetzung der Zuſtimmung des Gegenvormunds in den Fällen der §§ 1810, 1812 Abf. 2 BGB.? **7 1005**.

Mündelſichere Anlage (§§ 1807 ff.) **1 2, 450**; **6 507**. — nach früherem Recht erteilte Befreiung des B. von mündelſicherer Anlage **1 2, 188**. — Abweichungen von § 1807 durch nach § 1803 getroffene Anordnung Dritter **1 2, 167**. — wann das Gericht von vornherein die Art der Anlage beſtimmen? **1 2, 168**. — mündelſichere Papiere **1 2, 166** (zentrallandſchaftliche Pfandbriefe, außerpreußiſche Pfandbriefe in Preußen). — Umwandlung der vor 1900 gemachten Anlagen in mündelſichere des BGB.? **1 2, 450, 451**. — Befreiung des B. von der ſichereren Anlage; Übergangsrecht **2 1, 806**. — räumliche Geltung der landesgeſetzlichen Vorſchriften über mündelſichere Anlage **1 2, 166, 167**; **3 1, 543**. — Anwendung des Art. 73 PrBGB. auf nichtpreußiſche Mündel **1 2, 167**. — Unterſchied zwiſchen ländlichen u. ſtädtiſchen Grundſtücken nach Art. 73 PrBGB. **3 1, 544**. — m. N. bei Übernahme d. Vormundſchaft durch das Gericht e. anderen Staats **1 2,**

166, 167. — Anwendung des § 1807, wenn beim Verkauf e. Mündelgrundſtücks Kaufgeld hypothekariſch ſtehen bleibt? **1 2, 167**. — Anwendung des § 1807 bei Rangrücktritt e. Mündelhypothek **1 2, 167**. — Hypotheken an e. inländiſchen Erbbaurechte unter § 1807 fallend? **1 2, 167**; **2 1, 678 f.**; **3 1, 544**; **4 441**; **5 534, 535**. — Pfandrecht als m. N.? **1 2, 167**. — Anlage in öffentlichen Sparkaſſen **1 2, 167**; **2 1, 679**. — Beleihung e. Erbpachtrechts **2 1, 679**. — Beleihung von Bergwerken **5 535**. — Schätzung von Grundſtücken für die Beleihung **3 1, 544**. — deutſche Schätzgebiete als Inland i. S. des § 1807 BGB. **7 983**. — Friſt für mündelſichere Anlage **1 2, 167**. — Abhängigmachen d. Eintragung e. Mündelhypothek ſeitens d. Grundbuchamts vom Nachweis der Genehmigung nach § 1810? **2 1, 680**. — Wahl des B. zwiſchen den mehreren Anlagearten des § 1807 **1 2, 167**. — § 1807 nur für Neuanlagen geltend **1 2, 167**; **3 1, 543**. — Gaſtung des B. bei nichtbeſtehenden landesrechtlicher Anlagevorſchriften u. bei Befolgung der beſtehenden Vorſchriften **2 1, 679**; **4 441**. — Erneuerung d. Mündelhypotheken in Geſäß-Votbringen **1 2, 167**. — Überſicht d. landesrechtlichen Beſtimmungen über Anlage von Mündelgeldern **2 1, 678**. — Befugnis des Landesrechts, die Beleihung gewiſſer Arten von Grundſtücken auszuschließen **2 1, 679**. — Anlage an einer Wirtſchaft (§ 1808); anderweite Anlage bei Wegfall der die Anlage nach § 1807 hindernden Umſtände **3 1, 544**; **4 441**.

Inventarpflicht ſ. auch elterliche Gewalt. — Ausnahme des der Verwaltung des B. nicht unterliegenden Vermögens **1 2, 165**; **2 1, 677**; **3 1, 543**; **4 441**. — vom Pfleger verwaltetes Vermögen **1 2, 165**; **2 1, 677**; **3 1, 543**. — vom B. als Vorerbe verwaltetes Vermögen **1 2, 165**; **2 1, 677**; **3 1, 543**. — Aufnahme v. Schulden **1 2, 166**; **2 1, 677**; **3 1, 543**; **4 441**; **5 534**. — ſummarische Angabe der Hauſhaltungsgegenſtände (§ 1640) **1 2, 166**; **2 1, 677**; **3 1, 543**; **4 441**; **5 534**. — „päter anſehen des“ Vermögen; regelmäßige Zu- u. Abgänge **4 441**; **5 533, 534**. — was iſt bei Beteiligung d. Mündels als Erben oder Miterben an e. Geſellſchaft nach BGB. in das Inventar aufzunehmen? **7 293, 520**. — Mitwirkung Dritter zur Aufnahme **1 2, 165**. — genaue Bezeichnung von Forderungen nach Betrag, Grund, Zins- u. Rückzahlungsbeſtimmungen **7 520**. — Zuziehung des Gegenvormunds; bei Erklärung des B., es ſei kein Vermögen vorhanden; zu Unrecht beſtellter Gegenvormund; verhinderteter Gegenvormund **5 534**

(s. diesen). — Kostenpflicht im Fall des § 1802 Abs. 3 **21**, 678. — offene Einreichung des Inventars; Übergangsrecht **12**, 165, 188. — Vorlage von Belegen **7520**. — eidliche Bestärkung durch den B. ? **12**, 166; **21**, 677. — Ordnungsstrafen (vgl. diese) wegen Verletzung der Inventarpflicht **21**, 677. — Klage auf Inventarerrichtung? **21**, 677.

Stellung mehrerer Vormünder — Gesamthandverhältnis? **4439**. — gesamtschuldnerische Haltung bei Pflichtverletzung **4440**. — Pflicht d. Vormundschaftsgerichts bei Meinungsverschiedenheiten der mehreren Vormünder, sich einer der von den Vormündern vertretenen Ansicht anzuschließen? **12**, 163 (2); **21**, 677; **31**, 541; **4440**; **5532**; **6507**; **7520**. — Anwendung des § 53 ZGB. (Zeitpunkt der Wirksamkeit) auf die bei Meinungsverschiedenheit ergangene Verfügung d. Gerichts? **21**, 677; **32**, 217. — unbefugte Einmischung d. Gerichts **31**, 541. — Beschwerde gegen e. bei Meinungsverschiedenheit mehrerer Vormünder ergangene gerichtliche Entscheidung **32**, 217 (s. Beschwerde). — Pflicht der überstimten Vormünder zur Mitwirkung nach außen; Erzwingen der Mitwirkung durch Ordnungsstrafen **12**, 163. — mehrere Gegenvormünder s. diese. — selbständiges Beschwerderecht des einzelnen nach § 58 ZGB. **71008**. — Bestellung eines zweiten Vormunds zur Überwachung des ersten, der ein dem Mündel gehöriges Erwerbsgeschäft gepachtet hat **4440**. — Erlaß einer Bestimmung nach § 1797 Abs. 1 Satz 2 aE. nach Bestellung der Vormünder? **12**, 163. — nachträgliche Genehmigung an Stelle des gemeinschaftlichen Handelns der Vormünder? **12**, 163; **31**, 541. — Meinungsverschiedenheit über eine Handlung, die in mehrere Geschäftskreise fällt **6507**. — Verteilung d. Wirkungskreises durch die Vormünder selbst? **12**, 163. — zulässige Arten der Geschäftsverteilung **12**, 163. — Bestellung e. Hauptvormunds zur gemeinschaftlichen Führung der Vormundschaft mit Einzelvormündern **12**, 163; **31**, 541. — Bestellung eines Vormunds für die Person, eines zweiten für das Vermögen **12**, 163; **31**, 541. — Haftung für Erfüllung d. Buchführungspflicht (§ 38 ZGB.) **12**, 164. — Zurücknahme d. Entnündigungsantrags durch einen Vormund **12**, 163. — analoge Anwendung des § 1798 auf Fälle anderer Geschäftsverteilung u. Kollisionsfälle zwischen Vormund u. Pfleger? **12**, 164; **31**, 541, 542; **4440**. — Anwendung des § 1809 (Erhebung von Mündelgeld) auf Mitvormünder? **21**, 680; **31**, 544; **4442**. — Ausschluß der Mitwirkung des Gegenvormunds nach

§ 1812 bei Mehrheit von Vormündern **5536**. — freies Ermessen des Gerichts, ob einer oder mehrere Vormünder zu bestellen **12**, 155. — ein Vormund für mehrere uneheliche Kinder derselben Mutter von verschiedenen Vätern **12**, 155. — ein Vormund für mehrere halbblütige Geschwister **12**, 155. — ein Vormund für mehrere angenommene Kinder? **12**, 155. — Gründe für Bestellung mehrerer Vormünder **12**, 155. — Benennung mehrerer Vormünder durch den Vater **12**, 155; **5527**; **6505**. — ein Vormund bei gleichzeitiger Bevormundung minderjähriger u. großjähriger Geschwister **21**, 671. — Bestellung e. Mitvormunds nach § 1797 Abs. 2 neben einem Berufenen **12**, 157; **31**, 532. — Benennung mehrerer Vormünder durch den Vater bei Nichtbereitschaft aller z. Übernahme **12**, 157. — Bestellung e. Mitvormunds neben einem nicht berufenen Vormund auch nach Übernahme der Vormundschaft seitens des letzteren **31**, 532; **4434**. — Wirkung der Benennung mehrerer Vormünder; Zustimmung des einen zur Mitbestellung des anderen? **31**, 532. — Bestellung eines Mitvormunds neben einem Berufenen bei sonstiger Interessengefährdung des Mündels zulässig? **5527**.

Haftung — Ablehnung der Haftung, weil das Gericht ihn auf e. nötige Verwaltungsmaßregel nicht aufmerksam gemacht hat? **12**, 182. — Haftung eines minderjährigen oder geschäftsbeschränkten B. **31**, 560; **4455**. — bei Kollision der Interessen **12**, 161. — H. für Vertreter nach § 278 **12**, 180; **31**, 559; **4455**. — H. mehrerer Mitvormünder **12**, 180 (2); **31**, 560; **4440**. — H. bei Pflichtwidrigkeit in der Wahl der verschiedenen Anlagearten des § 1807 **12**, 167. — H. des B., wenn er die Beschränkungen für mündelsichere Anlagen beachtet hat **21**, 679; **4441**. — H. bei gesetzwidriger Vermögensanlage **21**, 679; **31**, 559, 560. — H. für Unterlassung der Beschwerdeeinlegung gegen die Veräußerung der obervormundschaftlichen Genehmigung **31**, 554, 560. — H. des B. gegenüber dem Dritten, wenn ein mit diesem geschlossenes Geschäft vom Gericht nicht genehmigt wird **31**, 554. — Einfluß d. obervormundschaftlichen Genehmigung oder Unterlassung auf die H. **12**, 180; **31**, 559, 560; **4455**; **7523**. — H. e. Mitvormunds, der durch seinen Widerspruch e. dem Mündel ungünstige Entscheidung d. Gerichts herbeiführt hat? **31**, 560. — Richtausführen e. genehmigten Geschäftes **4455**. — H. eines nach § 1780 unfähigen zum B. Bestellten (s. oben Unfähige) **12**, 158; **21**, 672. — kein Vorrecht d. Mündels nach § 61 R.D.

(Vormund)

gegen den nach § 1780 Unfähigen **1 2, 158; 2 1, 672.** — Vorrecht d. Mündels im Konkurs über das Gesamtgut der fortgesetzten Gütergemeinschaft nach Ableben des **B. 4 385.** — **§.** für Schaden, den sich d. Mündel selbst infolge Verletzung d. Aufsichtspflicht des **B.** durch e. unerlaubte Handlung zuzog **1 2, 180.** — **§.** d. Gesamtgutes u. eventuell persönliche **§.** d. Ehefrau einer Vormünderin **1 2, 180.** — Anwendung des § 54 **FGB.** (Sicherungshypothek) vor Anlegung d. Grundbuchs? **7 1005.** — Anwendung des § 1833 **Abf.** 2 bei **§.** eines Dritten neben dem **B.?** **1 2, 180; 4 456.** — **§.** des **B.** für die Kosten e. unbegründeten Beschwerde **2 1, 687.** — **§.** für Nichtvermögensschaden (Verwahrlosung d. Mündels?) **3 1, 559.** — Unterlassung d. Ausführung e. Geschäfts wegen mangelnden Vorschusses d. Auslagen des **B. 3 1, 561.** — **§.** bei grundloser Ablehnung d. Übernahme d. Amtes; **§.** für Nachteile, die als Folge der Untauglichkeit des bestellten **B.** eintreten **1 2, 159; 3 1, 534.** — Entscheidung des Vormundschaftsgerichts über Berechtigung der Ablehnung für d. Prozeßrichter nicht bindend **3 1, 534.** — Geltendmachung des Schadensanspruchs während der Vormundschaft **2 1, 687.** — Wirkung der vorbehaltlosen Entlassung **1 2, 180** (i. Vormundschaft unter Beendigung). — Verjährung d. Schadensanspruchs des Mündels **1 2, 180; 2 1, 687; 3 1, 534, 560; 4 455; 6 511.** — Übergang d. Schadensanspruchs auf die Erben **2 1, 687.** — vor 1900 entstandenes gesetzliches Pfandrecht d. Mündels am Vermögen des **B. 1 2, 450.**

Endigung seines Amtes, Entlassung s. auch oben unter Auswahl. — E. des **B.** u. Eintritt der Anstaltsvormundschaft bei Unterbringung des Mündels in e. Anstalt **1 2, 191; 5 547.** — Tod eines von mehreren Vormündern **1 2, 191.** — Geschäftsunfähigkeit des nicht entmündigten **B.?** **1 2, 191; 2 1, 691.** — Entlassung eines entgegen dem § 1782 zum **B.** Bestellten **1 2, 158; 2 1, 672; 3 1, 533.** — Entlassung bei dauernder Interessenkollision **1 2, 191 (2).** — Religionsverschiedenheit **2 1, 672; 4 434; 5 528; 6 505.** — chronischer Alkoholismus **7 525.** — unfittlicher Lebenswandel als Entlassungsgrund **1 2, 191.** — Entlassung e. unter auflösender Bedingung Benannten **1 2, 156; 3 1, 533** (s. oben unter Benennung). — nicht pflichtwidrige Interessengefährdung **1 2, 192; 4 464, 465; 5 547.** — Entlassung wegen Nichtanspruchnahme des unehelichen Vaters auf Erhöhung des Unterhalts **7 525.** — Verletzung der dem Vormundschaftsgericht schuldigen Achtung **1 2, 192; 2 1, 691.** —

Entfremdung zwischen **B.** u. Mündel als Entlassungsgrund **3 1, 567.** — ungerechtfertigte Mißstimmung der Mutter gegen den **B. 3 1, 567.** — Verschulden nicht Voraussetzung der Entlassung **4 464, 465.** — entlegener Wohnort des **B.** als Entlassungsgrund **4 464.** — unbefugte Aneignung von Mündelvermögen **5 547.** — Entlassung e. Vormünderin bei Verheiratung **1 2, 192; 4 465** (nachträgliche Entlassung der noch eine Zeitlang im Amt behaltenden Ehefrau). — Entlassung e. Frau bei Verfassung oder Widerruf d. Zustimmung seitens des Mannes; Form der Verfassung **1 2, 192; 3 1, 568; Verfassung, Widerruf oder Zustimmung des geschäftsbeschränkten Ehefrau **3 1, 568; 4 465.** — Nachweis der Interessengefährdung nötig **3 1, 568.** — Antrag des **B.** auf Entlassung aus e. veräußerten Ablehnungsgrund **1 2, 192; 3 1, 568.** — Enthebungsantrag des **B.** bei Beigabe e. Mit-**B.** oder eines weiteren Mit-**B. 1 2, 192.** — Entlassung d. in Zweckmäßigkeitfragen trotz gegenteiliger Weisung des Gerichts auf seiner Ansicht beharrenden **B. 6 512.** — Zeitpunkt d. Endigung bei erfolgreicher Beschwerde gegen e. die Ablehnung zurückweisenden Beschluß **1 2, 159.** — vorläufige Maßregeln bei Inanspruchnahme der Entlassung **4 465.** — Suspension während des Entlassungsverfahrens? **1 2, 192.** — Zeitpunkt der Wirksamkeit der Entlassung; Verlegung auf frühere oder spätere Zeit **1 2, 192; 2 1, 692.** — Zustellung der Entlassungsverfügung statt an den vom **B.** bestellten Vertreter an den **B.** selbst **2 1, 692.** — Beschwerde bei Verzögerung der Entscheidung über Entlassung **3 1, 542.** — Beschwerderecht des **B.** wegen Nichtenthebung, Entlassung **4 465.** — Wiederaufhebung des Entlassungsbeschlusses seitens d. Beschwerdebegrüßten **3 1, 568.** — sofortige Beschwerde gegen den die Entlassung anordnenden Beschluß des Beschwerdebegrüßten **4 465.** — Beschwerde des Mündels (§ 59 **FGB.?**) **1 2, 192; 4 465.** — Beschwerde der Mutter des Mündels (insbesondere der minderjährigen oder geschäftsbeschränkten Mutter) **2 1, 692; 3 1, 568; 5 547.** — Beschwerde des **B.** gegen die sein Recht beeinträchtigenden Maßnahmen des Gerichts auch nach Entlassung **7 525.** — Folgen der Endigung des Amtes, Rechenschaftspflicht des **B.,** Entlastung des **B.,** Rückgabe der Bestallungsurkunde, Weiterführen der Geschäfte s. Vormundschaft unter Beendigung.**

Vergütung und Ersatz von Aufwendungen. — Verwaltung e. Vermögens Voraussetzung für Honorar? **7 524.** — Anspruch auf Ersatz für Zeitverräumnis? **1 2, 180; 3 1, 560; 4 456; 5 541; 6 511.** — Änderung der Honorar-

festsetzung durch das Beschwerdegericht nach beendigter Vormundschaft 4 458 (s. 5 542). — Verzicht auf Anfechtung d. Honorarfestsetzung seitens des Mündels durch Entlastung des Vormunds 4 458. — Bewilligung e. Honorars nach Beendigung d. Vormundschaft 1 2, 181; 3 1, 561; 4 458; 5 542. — Klage auf e. Vergütung ohne vorherige Bewilligung durch das Gericht 1 2, 181 (2); 4 457, 458. — vom Vormundschaftsgericht bei Bemessung der Vergütung zu berücksichtigende Punkte; Abreden d. Parteien über Höhe, Unentgeltlichkeit nur für das Prozeßgericht von Bedeutung 7 523, 986. — Stellung d. Beschwerdegerichts; Berücksichtigung e. inzwischen ergangenen rechtskräftigen Urteils 7 523. — Klage auf Vergütung trotz rechtswirksamer Abweisung durch das Vormundschaftsgericht 4 457. — Nachprüfung d. Honorarfestsetzung durch das Prozeßgericht? 5 541; 7 523. — Bemessung d. Höhe durch das Vormundschaftsgericht 6 511. — Gründe für Bewilligung e. Honorars 1 2, 181; 5 541, 542. — Festsetzung von Vergütung und Auslagen in einer Kaufsumme 4 457. — Aussetzung d. Festsetzung seitens des Vormundschaftsgerichts bei Anhängigkeit eines Prozesses 3 1, 561. — wiederholtes Anhören der Verwandten usw. (§ 1836 Abs. 2) in der Beschwerdeinstanz? 3 1, 561; 6 512. — Beschwerde gegen die Zubilligung e. Vergütung 4 855 (s. Beschwerde). — Honorar für e. Pfleger 1 2, 181. — Honorar für Geschäfte nach beendeter Vormundschaft 5 542. — Honorar e. Rechtsanwalts als Nachlaßpfleger 2 1, 687; 3 1, 588. — Honorar für Mitvormund, der Gegenvormund ist 5 542. — Ersatz e. durch Führung der Vormundschaft dem Vormund zugegangenen Schadens 3 1, 560; 4 456. — Änderung e. Honorars für d. Vergangenheit 5 541; 6 512. — Aufwendungen (§ 1835), Begriff; Dienste des Vormunds, die zu seinem Gewerbe oder Beruf gehören 1 2, 180; 3 1, 561; 4 456. — Schreibauslagen 7 524. — Portokosten des Vormunds; unfrankierte Einfindung an die Gerichte 3 1, 560, 561; 4 456. — Gebühr e. Rechtsanwalts-Vormunds für Erhebung u. Ablieferung von Mündelgeld? 1 2, 180. — Rechtsstreit zwischen Vormund und Dritten über Ersatz von Auslagen 5 541. — Auslagen e. Abwesenheitspflegers 1 2, 181. — Ersatzanspruch bei Überschreiten der vom Erblasser nach § 1803 gezogenen Grenze 1 2, 181. — Festsetzung der Auslagen durch das Gericht? 3 1, 561; 4 457. — subsidiäre Haftung des Staates, unterhaltspflichtiger Verwandter, d. Armenverbands für Aufwendungen des Vormunds 1 2, 180; 4 457. — Unterlassung der Aus-

führung e. nötigen Geschäfts wegen mangelnden Vorschusses für die Auslagen des Vormunds 3 1, 561; 4 457. — analoge Anwendung des § 1836 Satz 2 (Testamentsvollstrecker, Liquidatoren)? 3 1, 561. — Bewilligung e. Vergütung vor vollständiger Rechnungslegung oder bei Bemängelung der Amtsführung 7 524. — Pflicht d. Vormunds zur Redfertigung der Höhe der verlangten Vergütung 7 524. — Herabsetzung ohne Gehör des Vormunds 7 524. — Form der Anhörung d. Vormunds; bloße Einreichung d. Antrags genügend? 7 524. — Verweigerung d. Erhöhung d. Vergütung an den Vormund, der die ganze Verpflegung und Erziehung d. Mündels gegen e. bestimmte Summe übernahm 7 994. — Verlangen d. Herabsetzung des dem Vormund zugebilligten Honorars; Beschwerdeberechtigte, Einfluß einer Entlastungserklärung 7 1006.

Vormundschaft s. Minderjährige, freiwillige Gerichtsbarkeit, Beschwerde in der freiwilligen Gerichtsbarkeit, Vormund, Vormundschaftsgericht.

Statutenkollision. — internationales Abkommen v. 12. VI. 02 3 1, 673. — analoge Anwendung der Vorschrift auf die elterliche Gewalt 2 1, 759. — Anerkennung einer im Ausland über Ausländer geführten Vormundschaft im Inland 1 2, 374. — Wirkung der Aberkennung der Fähigkeit zum Vormund 5 528, 611.

Über Inländer im Ausland. — über Deutsche in Griechenland, Serbien, Japan, südafrikanische Republik, Zentralamerika, Spanien 1 2, 341, 342. — Vormundschaft über Personen, die zugleich Angehörige e. deutschen Bundesstaates u. eines Auslandsstaates sind, u. in einem anderen deutschen Staate wohnen 7 577. — einer niederländischen Witwe von e. Vormundschaftsgericht erteilte Genehmigung zur Veräußerung inländischer Mündelgrundstücke 7 577. — über die in der Rheinprovinz geborenen, in anderen preuß. Provinzen wohnenden preuß. Staatsangehörigen 7 577.

Über Ausländer im Inland. — Prüfung der Voraussetzungen von Amts wegen 5 611. — Feststellung von Amts wegen, daß der Heimatsstaat die Fürsorge nicht übernehmen will 2 1, 759; 3 1, 673 (keine Aufstellung e. Pflegers zu diesem Zweck); 5 611. — über eine in Deutschland wohnende fremde Minderjährige, die im Ausland einen Deutschen geheiratet hat 5 608; 6 584 (s. 1 2, 372; 6 582/583). — über in ihrem Heimatsstaat bevormundete Ausländer, wenn nach dem Recht d. Heimatsstaats sich dessen B. nicht auf das in Deutschland befindliche Vermögen erstreckt 2 1, 759; 6 584 (England, Amerika).

(Vormundschaft)

— Griechen, Serben, Japaner, Spanier, Zentralamerika u. südafrikanische Republiken-Angehörige **1 2**, 341, 342. — vorläufige B. über einen zu entmündigenden Ausländer **1 2**, 374; **5 610**. — Abgabe einer im Inland über A. geführten B. an den fremden Staat **1 2**, 374; **3 2**, 217; **5 1008**. — B. über einen im Ausland Entmündigten bei Niederlassung im Inland **5 610**. — Nebeneinanderbestehen einer ausländischen u. inländischen B. **5 610**, 611. — B. über A., wenn nach deutschem Recht wegen Überlebens eines Elternteils B. nicht geboten wäre **5 611**. — Wirkung einer zu Unrecht über einen A. eingeleiteten B. **5 611**. — Voraussetzungen des Art. 23 Abs. 2 GGWB. **5 611**. — Fürsorgeerziehung von Ausländern **5 611** (s. Zwangserziehung). — Übernahme der B. über einen Österreicher auf Ersuchen Österreichs; Widerruf d. Ersuchens **6 584**. — Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit **3 1**, 676. **Übergangsrecht**. — vor 1900 erfolgte Beschränkungen der Eltern in der elterlichen Gewalt f. diese. — nach früherem preussischen Recht befreite Vormünder **1 2**, 449 (s. befreite Vormundschaft). — im Testament ausgesprochene Befreiung d. Vormunds von der Rechnungslegung **1 2**, 449. — § 50 PrVormD. u. Art. 210, 213 GGWB. **3 1**, 706, 707.

Allgemeines. — Beschwerde in B.-sachen f. Beschwerde. — rechtliche Natur **2 1**, 670; **3 1**, 528. — ungünstige Bestimmung; Führung d. Geschäfte seitens d. Vormunds analog § 1893 bis zur erlangten Kenntnis **3 1**, 569 (s. auch Vormund unter unfähige Personen). — Einleitung durch e. unzuständiges Gericht **4 433**, 466; **5 527**, 550. — Bestimmung e. besonderen Vormunds durch das Gericht bei Bestehen v. Anstaltsvormundschaft **7 518**. — öffentlich-rechtlicher Charakter der Vorschriften des BGB. über B. **1 2**, 154; **2 1**, 670; **4 432**. — Anzeigepflicht d. Gerichts über eine insolge Beurteilung des Vaters nötig werdende Bevormundung **4 433**. — Ergänzung u. Ausführung des B.-rechtes des BGB. durch altes u. neues Landesrecht **2 1**, 670. — keine freiwillige Stellung unter B. **2 1**, 671. — B.-recht ius cogens? **4 432**. — Nachprüfung der Gesetzmäßigkeit einer B. durch d. Prozessrichter? (s. Pflegschaft, freiwillige Gerichtsbarkeit) **1 2**, 155, 157; **2 1**, 671; **3 1**, 530. — Nachprüfung der Gültigkeit e. vorgelegten Bestallungsurkunde seitens d. Grundbuchrichters? **3 1**, 570 (s. auch B.-sgericht, Eintragung). — Anordnung e. B. über einen bereits Bevormundeten **1 2**, 155; **3 1**, 530. — gleichzeitige widersprechende Tätigkeit des ordentlichen u. des nach § 44 FGWB. zuständigen B.-sgerichts

1 2, 155 (s. **1 2**, 186). — Richtigkeit e. trotz Mangels der Voraussetzungen eingeleiteten B. oder Pflegschaft? **1 2**, 155; **3 1**, 530; **3 2**, 194; **4 433**. — Zeitpunkt d. Beginns d. Anhängigkeit **2 1**, 671. — Begriff d. Anordnung d. B. **3 1**, 529; **4 432**. — Rechtsverhältnis zwischen Mündel u. Vormund **3 1**, 529. — Unterlassung d. Anordnung während d. Gerichtsferien **3 1**, 539.

Voraussetzungen. — keine Vormundschaft, wenn dem Inhaber der elterlichen Gewalt die Vertretung nur in persönlicher oder vermögensrechtlicher Beziehung entzogen ist **1 2**, 154. — keine Vormundschaft bei bloßem Bestrittensein des Familienstandes **1 2**, 155. — Feststellung d. Unehelichkeit e. gesetzlich für ehelich geltenden Kindes im Wege der freiwilligen Gerichtsbarkeit u. Einleitung einer B.? **1 2**, 155; **3 1**, 529; **4 432**. — Vormundschaft für ein in der Ehe geborenes Kind vor Anfechtung der Ehelichkeit? **2 1**, 671. — Vormundschaft bei Ruhen d. elterlichen Gewalt der Mutter f. diese. — ohne Grund eingeleitete Vormundschaft; Beschwerde **1 2**, 155; **3 1**, 530; **3 2**, 194; **4 433**. — im Lauf eines Prozesses sich herausstellender Anlaß zur Vormundschaft; Benachrichtigung d. Vormundschaftsgerichts durch das Prozessgericht **5 1008**.

Abgabe e. anhängigen Vormundschaft an ein anderes Gericht (§§ 46, 47 FGWB.). — „wichtige Gründe“ **3 2**, 215, 216 (Beispiele): **4 858**; **7 1005**. — Fürsorge für d. Person des Mündels vor der Fürsorge für dessen Vermögen zu berücksichtigen **3 2**, 215. — Berücksichtigung des Geschwistergerichtsstandes bei Abgabe e. B. **3 2**, 214. — Interesse des Vormunds u. des Gerichts an der Erleichterung u. Beaufsichtigung der Vormundschaft **3 2**, 215; **7 1005**. — bloße Erleichterung für den Vormund? **3 2**, 215. — Ermöglichung e. mündlichen Verkehrs des Vormunds mit dem Gericht **3 2**, 216. — Übersiedelung d. Mündels in e. anderen Gerichtsbezirk **3 2**, 216. — Aufenthaltswechsel d. Mutter **3 2**, 216. — vorübergehender Aufenthalt d. Mündels in e. anderen Bezirk **3 2**, 216. — polizeiliches Aufenthaltsverbot für den Mündel im Bezirk des bisherigen B.-sgerichts **3 2**, 216. — Wohnsitz d. Mündels im Bezirk d. ersuchten Gerichts Voraussetzung? **3 2**, 216. — Unzweckmäßigkeit der Abgabe an das Gericht des Wohnsitzes **3 2**, 216. — Abgabe bei nur geringer Entfernung des Mündelwohnsitzes vom Sitz des bisherigen B.-sgerichts **3 2**, 216. — Übernahme bei Unterbringung d. Mündels in e. Anstalt **4 858**; **5 467**. — keine Abgabe vor Anordnung d. B. **2 1**, 671; **3 2**, 216; **4 858**; **7 1005**. — A. vor Vormundsbestellung **4 433**;

5 1008. — A. bei Ableben des B. vor Bestellung e. anderen 5 1008. — Form der Zustimmung des Vormunds; Nichtwidersprechen 3 2, 216. — Einholung der Zustimmung des Vormunds durch das abgebende Gericht 3 2, 216. — Beschwerde wegen Ablehnung d. Abgabe 3 2, 200, 220; 4 856. — Ersuchen an das um Übernahme angegangene Gericht, die Zustimmung des Vormunds einzuholen; Ablehnung d. Ersuchens bei Nichtbereitschaft zur Übernahme? 3 2, 216. — Abhängigmachen der Übernahme von der vorherigen Entlassung des entfernt wohnenden Vormunds? 2 1, 692. — Entlastung d. bisherigen Vormunds durch das bisherige Gericht nach Übernahme? 1 2, 194. — kann das übernehmende Gericht seinen Übernahmebeschluß von Amis wegen wieder aufheben? 7 991. — Ablehnung d. Übernahme wegen Nichtvorliegens e. Grundes zur B.-einleitung? 3 1, 580. — Ablehnung, bis das bisherige Gericht die sich bisher ergebenden vormundschaftergerichtlichen Pflichten erfüllt hat 4 858. — Übernahme der vom örtlich unzuständigen Gericht eingeleiteten B. durch das zuständige 7 983. — Voraussetzungen für Entscheidung des oberen Gerichts 7 1005. — Entscheidung des oberen Gerichts vor Außerung des um die Übernahme angegangenen Gerichts? 3 2, 216. — Entscheidung des oberen Gerichts vor Erklärungsabgabe des Vormunds 3 2, 216, 217; 5 1008. — Zuständigkeit des Kammergerichts in Preußen 3 2, 217; 5 1008, 1027. — Anwendung des § 5 FGG. bei Ablehnung d. Übernahme? 3 2, 183. — Abgabe an e. ausländisches Gericht bei Verlust d. deutschen Staatsangehörigkeit 1 2, 374; 3 2, 217; 5 1008. — A. der B. über e. Entmündigten an ein ausländisches Gericht 5 1008. — Streit zwischen e. inländischen u. e. ausländischen Gericht 3 2, 217. — Anwendung des § 46 FGG. auf die Fürsorgeerziehung 3 2, 217; 5 1008, 1027; 7 1005. — Voraussetzung für Abgabe e. der im § 43 FGG. bezeichneten Verrichtungen 3 2, 217.

Beendigung f. Vormund. — Zeitpunkt der B.; Einfluß der Schlussrechnungslage? 2 1, 671. — Antrag e. Geschäftsbefchränkter, e. Geschäftsunfähigen auf Aufhebung 3 2, 220, 221; 5 1010.

Beendigungsgründe. — Entlassung d. Vormunds f. Vormund. — Endigung des Amtes des bisherigen Vormunds u. Beginn der Anstalts-B. bei Unterbringung des Mündels in einer Anstalt 5 547. — Form der Anerkennung der Vaterchaft nach § 1883 Abs. 2 1 2, 191. — § 1883 Abs. 2 bei Verschollenheit des Vaters 1 2, 191. — vor Eheschließung oder nach Cheaulösung ergangenes Urteil über die

Vaterchaft (§ 1883 Abs. 1) 3 1, 567; 4 446. — bloßes Urteil auf Unterhaltsgewährung statt auf Vaterchaftsanerkennung nach § 1883 nicht genügend 3 1, 567. — Feststellung der Vaterchaft nur im Sinne der §§ 1708/16 nach § 1883 nicht genügend 5 547. — Verschollenheit des Mündels 1 2, 191; 6 514. — Eintritt der Volljährigkeit des verschollenen Mündels 1 2, 191; 3 1, 567; 6 514. — Wiederaufleben e. beerdeten B. bei Wiederaufhebung d. Todeserklärung infolge Anfechtungsklage 3 1, 567.

Folgen der Beendigung. — Kosten einer vom Vormund in gutem Glauben an das Fortbestehen seiner Vertretungsmacht betriebenen Zwangsversteigerung 2 1, 691. — vom Mündel am Tag vor seiner Volljährigkeit abgesandte, erst nach Eintritt der Volljährigkeit zugegangene empfangsbedürftige Willenserklärung 2 1, 691. — Vertretung des per subsequens matrimonium Legitimierten in der Zeit zwischen Eheschließung und Aufhebung der B. 1 2, 191; 4 464; 5 547 (widerprechende Handlungen der Vertreter). — Strafantrag des Vormunds gegen den Ehemann d. Mündelmutter bei nachträglicher Aufhebung d. Pflugschaft wegen Legitimation d. Mündels 1 2, 191. — keine Mitwirkung des B.-sgerichts bei Aushängung d. Vermögens 3 1, 569; 7 525. — Klage gegen den Vormund auf Vermögensherausgabe 3 1, 538. — Vermögensherausgabe u. Rechnungsablegung bei Wiederbestellung des abtretenden Vormunds als gesetzlichen Vertreters des (abwesenden oder geisteskranken) Mündels 3 1, 568; 4 466. — Herausgabe des Mündelvermögens, Zwangsmittel d. B.-sgerichts? 1 2, 192; 3 1, 569. — Einwand des auf Vermögensherausgabe verklagten Vormunds, daß er zu Unrecht entlassen sei 5 547. — Rechnungslegung f. Vormundschaftergericht. — Verzicht des Mündels auf Rechnungsablage des Vormunds; Form 1 2, 192. — Rechnungsablegung bei Konkurs des Vormunds 1 2, 192. — Umfang der Rechnungslegungspflicht 4 466. — Quittung des Mündels über die Ausantwortung des Vermögens 1 2, 193; 2 1, 692; 3 1, 569. — Pflicht des Gegenvormunds zur Auskunftserteilung nach § 1891: Klage auf Auskunftserteilung 1 2, 193; 5 548. — Pflicht des Vormunds zur Rechnungsablage gegenüber dem Gegenvormund; Nachweisung d. Vermögensbestands? 5 547. — Klage des Mündels auf Mitwirkung des Gegenvormunds bei Rechnungsablage 5 547. — Zwangsmittel des B.-sgerichts gegen d. Gegenvormund auf Erfüllung seiner Pflichten nach § 1891? 5 547. — Zwangsmittel d. B.-sgerichts gegen den Vormund zur Herbeiführung d. Rech-

(Vormundschaft)
 nungslegung? **1 2, 193; 2 1, 692; 3 1, 569, 570; 4 466; 5 548; 6 514; 7 1003.** — Vorladung d. Beteiligten zur Rechnungsablage **1 2, 194.** — Klage oder Ordnungsstrafe gegen den die Rechnungsabnahme verweigern den Mündel? **1 2, 193.** — Entlastungsanspruch des Vormunds **1 2, 193, 194; 2 1, 692; 3 1, 569; 4 466; 5 548; 6 514.** — Entlastungsanspruch des V.-sgerichts **1 2, 193; 6 514.** — rechtliche Natur der Entlastungserklärung **1 2, 193.** — Entlastung, wenn der Vormund kein Vermögen verwaltet hat **1 2, 193.** — Entlastung des bisherigen Vormunds bei Vormundswechsel **1 2, 194.** — Folgen eines vorbehaltslosen Auerkenntnisses d. Rechnung bei später hervortretenden Mängeln der Verwaltung **1 2, 180, 193.** — Kondiktion e. Entlastung **6 514.** — formelle u. materielle Bedeutung der Schlussrechnung **6 514.** — Beurkundung des Auerkenntnisses d. Rechnung; Form; Anspruch des Vormunds auf Anerkennung zu notarieller oder gerichtlicher Urkunde **1 2, 194; 2 1, 692, 693; 4 466; 5 548** (Entfernung d. Mündels nach Abgabe, aber vor Beurkundung d. Auerkenntnisses). — Herbeiführung der Entlastung nach Abgabe der V. an ein anderes Gericht **1 2, 194.** — Rechtshilfe bei Rechnungsablage; Entlastungserklärung, Verzicht auf Rechnungslegung **1 2, 194; 2 1, 692, 693; 3 1, 569; 4 466; 5 548; 6 514.** — Mitwirkung d. Gerichts bei Rückgabe der Sicherheit **4 466.** — kann vom Gericht die Ablegung der Schlussrechnung vor einem mit der Auseinandersetzung beauftragten Notar verlangt werden? **6 515.** — Pflicht der Erben des Vormunds zur Rückgabe der Bestallungsurkunde **1 2, 194.** — Zwangsmittel d. V.-sgerichts behufs Rückgabe d. Bestallungsurkunde **1 2, 194; 2 1, 693; 3 1, 570; 4 466; 6 515.** — Klage des Mündels auf Herausgabe der Bestallungsurkunde an das Gericht **1 2, 194; 2 1, 693; 4 466.** — Rückgabe der für mehrere Mündel gemeinschaftlich erteilten Bestallungsurkunde bei Endigung der V. über einen? **1 2, 194.** — weitere Tätigkeit d. Vormunds u. Gerichts nach Beendigung **1 2, 191; 3 1, 569; 5 549.** — analoge Anwendung des § 1893 (Fortführung d. Geschäfte bis zur Kenntnis) bei ungültiger Vormundsbestellung **3 1, 569.** — Haftung des Vormunds bei Weiterführung d. Geschäfte nach § 1893 **3 1, 569; 4 466; 5 549.** — Ersatz von Aufwendungen d. Vormunds bei Weiterführung der Geschäfte **5 549.** — gutgläubige Genehmigung e. Geschäftes trotz Beendigung der V. **5 549.** — gutgläubige Beschwerde einlegung nach Beendigung der V. **5 549.** — analoge Anwendung d. § 1683 BGB.

(Vornahme v. Geschäften trotz Beendigung bei Gefahr im Aufschub) **5 549.** — Genehmigung zur Erhebung des angelegten Vermögens erfolgt durch das Gericht **1 2, 168.** — Hinausgabe der nach § 1814 hinterlegten Papiere **4 444.**

Vormundschaft befreite. — Übergangsrecht **1 2, 449; 2 1, 806, 807.** — nach früherem Recht rechtsgültig gewährte Befreiung von den Schranken der §§ 1821, 1822 **1 2, 188.** — nach früherem Recht getroffene Anordnung der Verriegelung d. Vermögensverzeichnis **1 2, 188.** — nach früherem Recht erteilte Befreiung von mündelsicherer Anlage (§ 1807) **1 2, 188.** — keine Befreiung von der nach §§ 1821, 1822 erforderlichen Genehmigung des Vormundschaftsgerichts **1 2, 188; 6 513.** — der Benennung nachfolgende Befreiung **1 2, 188; 4 463.** — Ausdehnung der Befreiung auf die vom Gericht bestellten Vormünder? **1 2, 188.** — Ausschließung d. Bestellung e. Gegenvormundes; Entlassung des bereits bestellten **1 2, 188; 5 545.** — trotz Verbots bestellter Gegenvormund **1 2, 188; 4 463; 5 545.** — von § 1852 Abs. 2 Satz 2 abweichende Anordnung des Vaters bei Ausschließung e. Gegenvormunds? **1 2, 188.** — Anordnung der Befreiung des Vormunds von den Schranken d. §§ 1809, 1810, 1812 ohne Verbot der Bestellung e. Gegenvormunds **5 545.** — gemeinschaftliche Vermögensverwaltung eines von der Rechnungslegung befreiten und eines nicht befreiten Vormunds **1 2, 189.** — Prüfung der Vermögensübersicht des von der Rechnungslegung befreiten Vormunds durch das Gericht **1 2, 189.** — Anordnung eines länger als 2jährigen Zwischenraums für die vom Vormund einzureichenden Vermögensübersichten; Zeit der Vorlage der ersten Vermögensübersicht **1 2, 189.** — Stellung des Gegenvormunds bei Befreiung des Vormunds von der Rechnungslegung **1 2, 189; 5 545.** — Aufnahme der Befreiung in die Bestallung **1 2, 188; 2 1, 690.** — Prozeß über die Gültigkeit der Befreiungsanordnung u. der auf Grund der Befreiung vorgenommenen Rechtsgeschäfte **1 2, 188.** — Wegfall e. zulässigen Befreiung bei Beteiligung des Vormunds als Interessent an der fraglichen Angelegenheit **1 2, 188.** — resolutiv bedingte Befreiung **1 2, 189.** — Aufhebung d. Befreiung bei Interessengefährdung des Mündels, Entgehen eines Gewinnes **2 1, 691.** — rückwirkende Kraft der die Befreiung aufhebenden Verfügung? **3 1, 565.** — Beschwerde des Vormunds wegen Entzugs d. Befreiung? **4 463.** — Aufhebung einer die Befreiung außer Kraft setzenden Verfügung **1 2, 189.** — teilweise Außerkraftsetzung der Befreiung **1 2, 189.**

Vormundschaft über Volljährige s. Entmündigung, Geisteskranke, Trunksucht, Verschwendung, Vormundschaft vorläufige. — **B.** über Verbrecher de lege ferenda **2** 1, 693; **3** 1, 570, 571. — Übernahme durch ein anderes Gericht, wenn der Pflegsling in e. Anstalt untergebracht ist **5** 467 (s. Vormundschaft).

V o r a u s s e t z u n g e n. — Bestellung vor „Wirksamkeit“ des Entmündigungsbeschlusses? (§§ 661, 683 **B.D.**) **1** 2, 194; **4** 466; **5** 549. — Bestellung vor Ablauf der Frist für die Anfechtungsklage **1** 2, 194. — Zustellung des Entmündigungsbeschlusses vor **B.**-Bestellung **1** 2, 195; **5** 549. — Aufschub der **B.**-Bestellung bis zur Rechtskraft des Entmündigungsbeschlusses bei Bestehen vorläufiger Vormundschaft **1** 2, 195. — Beschwerde des Pflegsling gegen die **B.**-Bestellung, weil die Entmündigung vom unzuständigen Gericht ausgesprochen sei? **4** 466 (s. **5** 550).

Z a u g l i c h k e i t z u m V o r m u n d. — Vater, trotz Verlust der väterlichen Gewalt? **1** 2, 195. — Übergehung des Vaters im Interesse des Mündels **1** 2, 195. — Adoptivvater **2** 1, 693. — Großvater über adoptierte Enkel? **2** 1, 693. — de lege ferenda gegen die Berufung von Großvätern **2** 1, 693. — Beschwerde des Ehemanns der Entmündigten gegen die Auswahl des Vormunds **2** 1, 694.

S t e l l u n g u. W i r k u n g s k r e i s d e s V o r m u n d s **7** 525. — Erziehungs- u. Zuchtmaßregeln **1** 2, 195; **2** 1, 694; **4** 549; **5** 467. — Unterbringung des Pflegsling in e. Erziehungs- u. Besserungsanstalt, Trinkerastyl **1** 2, 195; **2** 1, 694; **5** 467; **7** 525 (Anordnung des Gerichts). — Unterbringung in eine Zrenanstalt **1** 2, 195; **2** 1, 694. — Recht des Vormunds einer Ehefrau, den Ehemann zur Erfüllung seiner Pflichten aus der Lebensgemeinschaft (§ 1354) anzuhalten **1** 2, 195; **2** 1, 694 (Mißhandlung, Vernachlässigung der Frau). — Vaterschaftsanerkennung seitens des Vormunds **2** 1, 693. — Strafantragstellung für den Trinker oder Verschwender **2** 1, 693; **3** 1, 571. — Unterbringung e. wegen Verschwendung Entmündigten in einer Arbeitsstelle? **2** 1, 694; **4** 549. — Pflicht des Vormunds zu Pflege u. Schutz des Mündels gegen Gefährdung **2** 1, 694. — Aufenthaltbestimmungsrecht des Vormunds bei Verschwendern, Trinkern **2** 1, 694; **4** 549. — Pflicht des Vormunds, sich persönlich von dem Ergehen eines in e. Anstalt unterbrachten Mündels zu überzeugen? **5** 467. — übermäßige Ausstattungsgewährung **1** 2, 195; **2** 1, 694. — Stellung des Mannes gegenüber dem Vormund der Frau **2** 1, 694. — Unterbringung der Frau in einer Anstalt gegen den Willen des Mannes **5** 467. —

befreite Vormundschaft des Vaters bei Wegfall der nach § 1903 **Abf.** 2 hindernden Tatsache v. or Bestellung des Vaters als Vormund? **3** 1, 571. — vor Bestellung des Vaters als Vormund beendeter Konkurs **3** 1, 571. — Einräumung der Befreiungen an den Vater durch das Gericht nach Beendigung des Konkurses **3** 1, 571. — Ausschluß u. Eintritt der Befreiungen des Vaters nach § 1903 ipso iure **6** 515. — analoge Anwendung des § 1695 bei Aufhebung der neben der Mutter als Vormünderin bestellten Gegenvormundschaft **1** 2, 195. — befreite Stellung der Mutter **3** 1, 571; **4** 467; **5** 549. — befreite Stellung der geschiedenen Mutter? **3** 1, 571; **5** 549.

S t e l l u n g d e s V o r m u n d s c h a f t s g e r i c h t s. — weitergehende Befugnisse als im Fall des § 1837 **5** 467. — Genehmigung bei Gewährung einer freiwilligen oder auf Rechtspflicht beruhenden Ausstattung durch den Vormund **1** 2, 195; **2** 1, 694; **4** 467. — Genehmigung bei Zustimmung zur Ausstattungsgewährung nach § 1465 **Abf.** 2 **1** 2, 195. — analoge Anwendung des § 1822 **2** 1, 694. — Bestellung eines Gegenvormunds neben dem Vater oder der ehelichen Mutter als Vormünderin **1** 2, 195.

B e e n d i g u n g. — bei rechtskräftiger Aufhebung der Entmündigung **1** 2, 195. — Beschwerde des Entmündigten gegen die Ablehnung der Aufhebung der **B.** nach § 59 **Z.G.G.**? **4** 466.

V o r m u n d s c h a f t v o r l ä u f i g e (s. Entmündigung) **1** 2, 195. — österreichisches Recht **2** 1, 695. — vor Stellung e. Entmündigungsantrags? **1** 2, 195; **2** 1, 695. — vor Einleitung des Entmündigungsverfahrens **4** 467. — nach rechtskräftiger Ablehnung der Einleitung d. Entmündigungsverfahrens nicht mehr zulässig **2** 1, 695. — Anwendung des § 36 **Z.G.G.** auf v. **B.** **3** 2, 214. — Prüfung d. Begründetheit des Entmündigungsantrags oder des Entmündigungs-Einleitungsbeschlusses seitens des **B.**-sgerichts vor Bestellung der v. **B.** **4** 467, 468; **5** 549; **6** 516. — Prüfung der Ordnungsmäßigkeit des Entmündigungsantrags seitens des **B.**-sgerichts vor Bestellung der **B.** **1** 2, 196. — Anordnung trotz Mangels eines formgerechten Entmündigungsantrags **3** 1, 571; **4** 467, 468. — Anordnung trotz Mangels eines Bedürfnisses **3** 1, 571, 572. — kann das Prozeßgericht über das Vorliegen der Voraussetzungen entscheiden? **1** 2, 196; **1** 3, 228; **3** 1, 571/572. — Antragstellung der mit dem unter v. **B.** zu stellenden Vater in fortgesetzter Gütergemeinschaft lebenden Tochter **6** 516. — Nachprüfung der Angemessenheit der Anordnung durch das Beschwerdegericht **1** 2, 196. — lediglich auf ein ärztliches Zeugnis gestützte An-

(Vormundschaft vorläufige)
 ordnung der v. B. 4 468. — Einleitung wegen hohen Grades von Wahrscheinlichkeit einer Vermögensgefährdung 6 516. — v. B. bei bestehender Aussicht auf Besserung u. deshalb ausgesetztem Entmündigungsverfahren 1 2, 196. — vorgängiges Gehör des zu Entmündigenden? 7 526, 987. — Notwendigkeit der Feststellung ausgeprägter Trunksucht 2 1, 695. — Glaubhaftmachung der Entmündigungsfatsache für den Antrag auf v. B. genügend 6 516. — Notwendigkeit der Begründung des die v. B. anordnenden Beschlusses 1 2, 196. — Mitteilung der getroffenen Verfügung seitens d. Vormundschafts- an d. Entmündigungsrichter 2 1, 695. — Rücksicht auf die Schonung der bestehenden Verhältnisse 1 2, 196. — Beginn der Wirksamkeit des Beschlusses 1 2, 196; 2 1, 695; 3 1, 572 (mangelhafte Zustellung des Beschlusses); 4 468 (Nachprüfung der Zustellung durch das Prozeßgericht), 858 (ohne Zustellung erlangte Kenntnis des Mündels); 5 550, 1008; 6 516; 7 526. — Einfluß der Gerichtsferien auf das Verfahren betr. die Anordnung einer v. B. 3 2, 184 (s. freiwillige Gerichtsbarkeit). — Aufschub der definitiven B.-bestellung (§ 1896) bis zur Rechtskraft d. Entmündigungsbeschlusses bei Bestehen einer v. B. 1 2, 195. — Recht des vorläufigen Vormunds zur Unterbringung des wegen Trunksucht Entmündigten in eine Anstalt 2 1, 694; 6 515. — analoge Anwendung der §§ 1896 bis 1905 6 515. — Strafantragsrecht des vorläufigen Vormunds eines Geisteschwachen? 1 2, 196. — Recht des vorläufigen Vormunds auf Beantragung der Entmündigung wegen Verschwendung 6 515. — Beitritt des vorläufigen Vormunds zum Entmündigungsverfahren als Antragsteller 1 2, 196. — von einem unter v. B. Stehenden ohne Einwilligung des Vertreters im Ausland geschlossene Ehe 3 1, 33. — Folgen der v. B. bei absolut geschäftsunfähigen Personen 1 1, 61. — Stellung des vorläufigen Vormunds eines Ehemannes bez. der Verwaltung des Frauenvermögens 1 2, 196; 4 468. — Eintrag der v. B. in das Grundbuch 3 1, 572; 3 2, 149. — keine Prozeßfähigkeit des unter v. B. Gestellten im Entmündigungsverfahren 2 1, 695. — Beginn der Beschwerdefrist gegen die Anordnung d. v. B. 3 1, 572 (vgl. Beschwerde). — Beschwerde des Vormunds gegen den die v. B. aufhebenden Beschluß 3 1, 572. — einfache weitere Beschwerde gegen den die v. B. aufhebenden Beschluß des Beschwerdegerichts? 2 1, 695; 5 550. — Einleitung durch unzuständiges Gericht 5 550 (s. 4 466). — Beendigung durch rechtskräftige Ablehnung

des Entmündigungsantrags 2 1, 695; 6 516. — Wirkung der vom Vormund in der Zwischenzeit vorgenommenen Geschäfte bei Tod des Mündels vor Beschluß über die Entmündigung 1 2, 196; 2 1, 695. — Endigung durch Tod des Antragstellers, Verlust seiner Antragsberechtigung 1 2, 196. — Endigung durch Zurücknahme des Entmündigungsantrags 1 2, 196; 3 1, 572 (gleichzeitiges Vorliegen eines zweiten Antrags). — Endigung durch Verlegung des Wohnsitzes ins Ausland seitens des Mündels 1 2, 196. — Endigung einer ohne die notwendigen Voraussetzungen eingeleiteten v. B. 1 2, 197. — Aufhebung durch d. Entmündigungsrichter? 1 2, 197. — Endigung bei Entmündigung wegen Geisteskrankheit nicht mit Zustellung des Entmündigungsbeschlusses, sondern mit Bestellung des endgültigen Vormunds 1 2, 197. — Zeitpunkt der Endigung bei Aufhebung durch das Beschwerdegericht 2 1, 695. — Bestellung des bisher vorläufigen Vormunds zum definitiven, erneute Verpflichtung nötig 1 2, 197. — analoge Anwendung des § 115 Abs. 2 BGB. bei Aufhebung der v. B. nach § 1908 Abs. 3? 1 2, 196; 2 1, 695; 4 468; 5 550; 6 516; 7 526.

Vormundschaftsgericht s. elterl. Gewalt, freiwillige Gerichtsbarkeit, Minderjährige, Rechtshilfe, Beschwerde in der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

Übergangsrecht. — Belehrungspflicht nach §§ 768, 787 II. 18 ALR. über d. Eintritt der Gütergemeinschaft nach Volljährigkeit 1 2, 451. — obervormundschaftliche Genehmigung bei Verzicht des Vormunds nach 1900 auf die Suspension der Gütergemeinschaft (§ 783 II. 18 ALR.) 1 2, 451. — vom B. ohne Aufstellung c. Pflegers genehmigter Vertrag; Nachprüfung der Notwendigkeit e. Pflegschaft durch das Prozeßgericht? 3 1, 706. — zuständiges Gericht für die am 1. I. 00 in Pflegeanstalten in Gsaß-Lothringen untergebrachten Kinder 3 2, 213. — Verhältnis der §§ 1643, 1821 zu dem westfälischen ProvinzialG. v. 16. IV. 60 7 505.

Allgemeines. — Ausschluß e. Vormundschaftsrichters, wenn der Vormund Verwandter des Richters ist? 1 2, 170; 3 2, 212 (s. Ausschließung). — Ausschluß des die Klagerhebung veranlassenden Vormundschaftsrichters als Prozeßrichter? 2 1, 688; 3 2, 352 (s. Ablehnung u. Ausschließung). — Anwendung des § 1975 (Ausschluß) auf das B.? 3 1, 540. — Pflicht des B., bei einem Erbteilungsvertrag darauf zu sehen, daß bei dem im Haushalt des überlebenden Gatten verbleibenden Mündel die Pflicht zum Einkleben der Alters- u. Invalidenversicherungsmarken übernommen wird 2 1,

688. — Beschwerde der minderjährigen Mutter gegen einen Beschluß des V. nur mit Einwilligung des gesetzlichen Vertreters **2 1, 42.** — Nachprüfung der Rechtswirksamkeit von Verfügungen des V. durch das Prozeßgericht oder den Grundbuchrichter **1 1, 2, 119; 2 1, 90; 3 1, 61, 534, 572; 4 468** (s. freiwillige Gerichtsbarkeit). — Handeln des V. an Stelle des nicht verhinderten Vormunds **1 2, 185** (s. **2 1, 687**). — Zustimmung zur Erteilung e. Arbeitsbuches nach § 108 GewD. **1 2, 185.** — Tätigkeit v. Amts wegen zwecks Feststellung d. unehelichen Vaters? **1 2, 185; 2 1, 675, 689** (s. auch uneheliche Kinder). — Beschwerde des V. bei Ablehnung e. Antrags durch das Grundbuchamt? **2 1, 688.** — widersprechende Handlungen **2** nacheinander tätig gewesener V. **1 2, 186** (s. **1 2, 155**; vgl. Vormundschaft). — Betreiben der Feststellung der Mündelaußenstände durch das Gericht auf Ersuchen des Vormunds **2 1, 675.** — Vernehmung von Zeugen zwecks Feststellung des unehelichen Vaters (s. uneheliche Kinder) oder zwecks Klarstellung anderer privatrechtlicher Ansprüche **3 2, 187.** — Stellung bei Meinungsverschiedenheit mehrerer Vormünder, Kollision zwischen Vormund u. Pfleger s. Vormund. — Stellung bei befreiter Vormundschaft s. diese. — Beschwerde gegen Entscheidung des V. s. Beschwerde. — obervormundschaftliches Zeugnis über den Übergang e. Hypothek auf einen Miterben? **2 1, 675.** — Pflicht des Prozeßgerichts, das V. vorkommendenfalls von der Notwendigkeit der Einleitung e. Vormundschaft zu verständigen (§ 50 FGG.) **5 1008.** — Zeitpunkt der Wirksamkeit von Verfügungen des V. nach § 53 FGG. s. freiwillige Gerichtsbarkeit unter „Verfügungen“. — Änderung der Verfügung des Vormundschaftsgerichts s. freiwillige Gerichtsbarkeit unter Verfügung. — Einschreiten e. anderen (Nebenvormundschafts-) Gerichts neben dem mit der anhängigen Vormundschaft bereits befaßten (Haupt-)Vormundschaftsgericht bei Gefahr im Verzug (§ 1846 BGB.) **7 525.** — Zwangssozialzug seiner Beschlüsse **7 980, 981, 989, 990.**

Zuständiges Gericht **2 1, 655** (s. Wohnsitz, Gerichtsstand, Pflegschaft, Vormundschaft, §§ 36, 43–45 FGG.). — für die Zuständigkeit maßgebender Zeitpunkt **7 1004.** — Wohnsitz eines für ehelich geltenden Kindes **3 2, 212** (s. Wohnsitz). — nicht mit Bestimmtheit zu ermittelnder Wohnsitz **3 2, 212.** — Wechsel des Wohnsitzes nach der Zeit, zu der die Anordnung der Vormundschaft erforderlich wird, aber vor wirklicher Anordnung der Vormundschaft **7 1004.** — Begriff des Aufenthalts; freiwilliger,

gezwungener Aufenthalt **3 2, 212** (s. Gerichtsstand). — Pflegschaft über einen Minderjährigen, dessen Vater im Ausland wohnt, aber deutscher Staatsangehöriger ist **3 2, 214.** — Zuständigkeit für Anordnung der Zwangsziehung über eheliche Kinder e. Vaters, dessen Wohnsitz im Inland nicht zu ermitteln ist **3 2, 213–214.** — V. über eheliche Kinder bei Wiederverheiratung der Mutter **3 2, 213.** — Anwendung des § 36 FGG. auf vorläufige Vormundschaft **3 2, 214.** — Anwendung d. Geschwistergerichtsstands auf uneheliche Kinder derjenigen Mutter **3 2, 213; 7 1004 (2).** — uneheliche Kinder weiblicher Angestellter (Kadnerinnen, Kellnerinnen usw.) **3 2, 213.** — Änderung des Wohnsitzes der verwitweten Mutter **3 2, 213; 7 1004.** — Unterbringung in einer Irrenanstalt **3 2, 213.** — Änderung des Wohnsitzes der unehelichen Mutter **3 2, 213.** — im Inland erfolgte außer-eheliche Niederkunft e. Ausländerin **3 2, 213, 214.** — Vormundschaftseinleitung über Ausländer **3 2, 213.** — Einleitung der Vormundschaft durch ein unzuständiges Gericht; Zuständigkeit für die weiteren Verrichtungen **3 2, 212; 4 466; 5 550** (s. Vormundschaft, freiwillige Gerichtsbarkeit). — Berücksichtigung des Geschwistergerichtsstands bei Abgabe einer Vormundschaft **3 2, 214.** — Begründung der Zuständigkeit für d. ordentliche Vormundschaft durch Treffen e. einstweiligen Maßregel nach § 44 FGG. **5 1008.** — zuständiges Gericht in den nicht e. Vormundschaft oder Pflegschaft betr. Angelegenheiten (§§ 43 ff. FGG.), Zeitpunkt, in dem das Gericht „mit einer Angelegenheit befaßt“ wird; Präsentatum des Antrags, Vorbereitungsabhandlungen **3 2, 214, 215; 7 1004.** — Einfluß des Aufenthalts in den Fällen des § 43 FGG., wenn die in Betracht kommende Person im Inland keinen Wohnsitz hat **3 2, 215.** — Fürsorgemaßregeln für ein minderjähriges, sich nicht im Inland aufhaltendes eheliches Kind, dessen Eltern die Fürsorge vernachlässigen, wenn der Vater landesabwesend u. ohne Wohnsitz im Inland ist **3 2, 215.** — Aufhebung einer vor 1900 erfolgten Außerfurssetzung e. Sparkassenbuches e. unter der elterlichen Gewalt der Mutter stehenden Kindes bei Wohnsitzwechsel der Mutter **3 2, 215.** — Aufhebung der Zwangs-erziehung durch ein anderes als das sie anordnende Gericht **3 2, 215.** — Fürsorge-erziehung für e. in Preußen sich aufhaltenden Minderjährigen eines anderen Bundesstaats **5 1008.** — Eingreifen e. anderen Gerichts, wenn das mit der Sache befaßte V. ein Einschreiten gegen den Vormund ablehnt? Beschwerde **7 1004.** — Ausstellung des Wiederberechtigungszugnisses nach § 1314 **1 2, 11; 3 2, 215; 4 372.** — welche

(Vormundschaftsgericht)

Art von Pflégenschaft setzt § 43 Abs. 2 FGG. voraus? **3 2, 215.** — Einreichung eines Nachtragsverzeichnisses, wenn nach Einreichung des Inventars nach § 1640 ein Wohnsitzwechsel stattfand **5 1007.** — Abgabe e. anhängigen Vormundschaft oder einer d. Berichtigungen d. § 43 FGG. an e. anderes Gericht f. Vormundschaft. — Einfluß der Anhängigkeit e. Pflégenschaft auf die Zuständigkeit des Gerichts zur Einleitung e. Vormundschaft? **7 1004.**

Beaufsichtigung des Vormunds s. auch Vormund unter Wirkungskreis. — Sorgfalt bei Auswahl des Vormundes s. Vormund. — Allgemeines **1 2, 181; 2 1, 688; 4 459.** — Grundsatz der Selbständigkeit des Vormundes **1 2, 182; 3 1, 562; 4 458 f.** — kein Auftreten des Gerichts nach außen als Handelnder **2 1, 687 (f. 1 2, 185).** — B. als Amtspflicht des B. **1 2, 181.** — Unterstützung des Vormundes bei Gesteudmachung v. Unterhaltsansprüchen **4 437.** — Einfordern von Erziehungsberichten **2 1, 689.** — Einschreiten des B. zur Erzwingung von Erschzahlung des Vormunds? **4 462.** — Eingriff in die Verwaltung bei Unzweckmäßigkeit der Maßregeln des Vormunds? Erteilung von bindenden Weisungen an den Vormund? **1 2, 181, 182; 2 1, 687; 3 1, 562; 4 458 f.; 5 542 f.; 6 512.** — Entlassung des in Zweckmäßigkeitsfragen aus seiner Ansicht beharrenden Vormundes **6 512.** — Aushalten des Vormundes zur Anerkennung eines Anspruchs? **1 2, 182; 2 1, 688.** — Pflicht des Vormunds, dem Gericht jederzeit die auf d. Vormundschaft bezüglichen Papiere vorzulegen **7 524.** — Anweisung zur Einziehung von Forderungen u. Erfüllung von Verbindlichkeiten **3 1, 563; 4 460; 5 543.** — Pflicht des Vormunds zur Erforschung und Namhaftmachung des unehelichen Vaters **1 2, 182 (f. uneheliche Kinder).** — Angreifen des Vermögensstodes bei Erkrankung des Mündels **4 460.** — unzweckmäßige Berufswahl des Vormunds **2 1, 688.** — Unterbringung eines deutschen Mündels in polnischer Familie **3 1, 563.** — Wahl u. Wechsel der Schule **2 1, 688.** — Festsetzung der aufzuwendenden Erziehungskosten als Vorbezugungsmaßregel **4 459; 6 513 (Streit zwischen Gericht u. Vormund).** — Stellungnahme zur Frage e. Namensänderung **3 1, 562.** — Anweisung zur Erhebung der Alimentationsklage **1 2, 161.** — Anweisung des Vormunds zur Klagerhebung gegen den die Vaterchaft anerkennenden und Alimente zahlenden unehelichen Vater bei Weigerung der Ausstellung e. Urkunde nach § 1718 **4 460; 5 543.** — Entscheid über Anstrengung e.

Prozesses **2 1, 688; 3 1, 563; 4 460 f.** — Pflicht der z. Vormünderin bestellenden unehelichen Mutter z. Namhaftmachung des Vaters; Klage gegen die Mutter **2 1, 689; 3 1, 564; 4 462; 5 543 (vgl. uneheliche Kinder).** — kann sich der Vormund zu seiner Entlastung auf die mangelnde Aufsicht des B. berufen? **1 2, 182 (f. Vormund unter Haftung).** — Mitwirkung bei Vermögensanlage (f. Vormund unter Sorge für das Vermögen). — Beaufsichtigung der zur Vormünderin bestellenden außerehelichen Mutter **2 1, 688.** — Aufsicht über Anstalts-, Gemeindevormünder (Art. 136 GGVBG., Art. 78 § 4 PrUGVBG.) **3 1, 563.** — darf das Gericht bei Gefährdung e. Mündels durch Unterlassung der nötigen Aufsicht dem Vormund die einzelnen Maßregeln vorschreiben? **5 543.** — Erzwingen der Ausfunftzerteilung nach § 1839; Ordnungsstrafen, Klage, Offenbarungseid **4 461 f.** — Einschreiten bei nicht mehr zu beseitigenden Folgen e. Pflichtwidrigkeit **4 460.** — Einschreiten gegen den Vater als Vormund seines Enkels bei Weigerung der Heiratsbewilligung? **3 1, 563.** — Pflicht, den Vormund vor Ablegung der Jahresrechnung zum Nachweise gesetzmäßig bewirkter Anlegung anzuhalten? **7 524.** — Einschreiten des B., wenn der Vormund e. Entmündigten den zur Erhebung der Anfechtungsklage durch den Mündel nötigen Kostenvorschuß verweigert **3 1, 542, 562 (Beschwerde des Mündels u. des Anwalts).** — Nichtingehen auf Anlegungen des Familienrats **1 2, 182.** — Nichtanerkennen e. dem Mündel nach Aufsicht des Gerichts gegen den Vormund zustehenden Anspruchs seitens des letzteren **1 2, 184; 2 1, 689.** — keine Kompetenz zum Austrag von Streitigkeiten zw. Dritten (Gläubigern) und Vormund **1 2, 182, 184; 3 1, 564; 4 461.** — Beschwerde des Dritten gegen Weisungen des B.? **2 1, 688; 5 533.** — Beschwerde des Dritten, wenn der Vormund der Weisung des Gerichts nicht nachkommt? **1 2, 182; 2 1, 688.** — Beschwerde des Vormunds **4 460.** — Beschwerde des Mündels **5 533.** — Stellung bei Streit zw. mehreren Vormündern s. Vormund unter Stellung mehrerer B.

Rechnungslegung des Vormunds u. ihre Überwachung. — de lege ferenda **5 543.** — Erzwingung durch Klage u. Offenbarungseid **1 2, 183, 184; 3 1, 564; 4 462; 5 544; 6 513, 515.** — Rechnungslegung, wenn nur Anspruch auf Unterhaltsgelder vorhanden ist **1 2, 183.** — keine Pflicht bei vom Vormund nicht verwaltetem Vermögen **1 2, 183.** — Rechnungslegung bei tatsächlicher Verwaltung durch e. Stellvertreter des Vormunds **1 2, 183.** — Rechnungsjahr

12, 183. — erstes Rechnungsjahr 12, 183. — inwieweit sind Belege zu beschaffen? 12, 184 (Handkäufe des täglichen Verkehrs); 4 462. — Belege Eigentum des Mündels? Rückgabe 4 462. — Unterschrift der R. durch den Vormund 12, 184; 4 462. — bei Vorhandensein e. Handelsgeschäftes 12, 183. — Verlängerung der Rechnungsperiode bei Neubestelltem Vormund 4 462. — „Verwaltung von geringem Umfange“ (§ 1840) bei tatsächlichem großen Vermögen 12, 184. — Vorlegung der Bücher; keine Ablehnung wegen Geschäftsgeheimnisse 12, 184. — Vorlegung der Bücher bei nicht kaufmännischen Erwerbsgeschäften 12, 184. — Vorlegung der R. an den Gegenvormund 12, 184. — Beanstandung d. Gegenvormunds bei Prüfung d. Vermögensbestandes; unterlassene Hinterlegung 5 543. — Nichtvorhandensein e. Gegenvormunds, trotzdem die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben 12, 184. — bloße Unterschrift d. Gegenvormunds bei Mangel e. Beanstandung? 5 543, 544. — tatsächliche Behinderung des Gegenvormunds an der Rechnungsprüfung 5 544. — Klage gegen den Gegenvormund auf Vornahme der Rechnungsprüfung? 5 544. — keine Entscheidung über Anspruch zwischen Mündel u. Dritten gelegentlich der Rechnungsprüfung 12, 184 (s. oben Aufsicht); 3 1, 564. — Erzwingung der Einreichung oder Vollständigung d. Schlussrechnung durch Ordnungsstrafen 7 1003 (s. Vormundschaft unter Beendigung). — Einschreiten d. Vormundschaftsrichters zur Erzwingung von Erbschaftszahlungen des Vormunds? 4 462. — Zuziehung d. Gerichtsschreibers zur Prüfung 3 1, 564. — Haftung d. Richters für Rechnungsversehen 12, 184 (s. unten). — Entlastung d. Vormunds s. Vormundschaft unter Beendigung.

Anordnung der Sicherheitsleistung seitens des Vormunds. — Verwaltung d. Vermögens durch den V., Voraussetzung 12, 184. — „besondere Gründe“ (§ 1844) 12, 184. — Klage auf S. durch einen hierzu bestellten Pfleger 12, 184; 3 1, 565; 6 513 (s. Pflegschaft, § 1909). — Erzwingung der S. durch Ordnungsstrafen? 2 1, 689; 3 1, 565; 6 513. — Klage d. Vormunds auf Aufhebung der Sicherheit 12, 185. — freies Ermessen des Gerichtes 12, 185. — Löschung e. Sicherheitshypothek während der Vormundschaft auf Ersuchen des Vormundschaftsgerichts 12, 185. — Löschung e. Sicherheitshypothek nach Beendigung d. Vormundschaft 12, 185. — Einfluß e. Entlassungsantrags auf die Sicherheitsanordnung 2 1, 689. — Verfahren für Aufhebung d. Sicherheit (§ 54 ZGB.) 4 462. — Rechtshilfe zur Durchführung

d. Sicherheitsanordnung 5 544. — Beschwerde d. Vormundschaftsgerichts gegen die Eintragung e. Sicherheitshypothek ablehnenden Entscheid. d. Grundbuchamts 3 2, 217.

Anwendung von Zwangsmitteln. — zur Erzwingung der dem Gegenvormund nach § 1891 obliegenden Pflichten 5 547 (s. Vormundschaft unter Folgen der Beendigung, Ordnungsstrafen). — 3. gegen den Vormund zur Herausgabe d. Vermögens 12, 192. — 3. gegen den Vormund z. Rechnungsablage 12, 193; 2 1, 692; 3 1, 569; 4 466; 5 548 (s. Vormundschaft unter Folgen der Beendigung). — Zwangsmittel behufs Rückgabe der Bestallungs-urkunde nach Beendigung der Vormundschaft 12, 194; 2 1, 693; 4 466. — 3. gegen den Gemeindevorstand? 12, 187; 4 463. — 3. gegen den Kindsvater zwecks Anerkennung d. Vaterschaft 4 438 (s. uneheliche Kinder). — 3. gegen Vormund, Zwangsvorführung 12, 159, 182 (2); 4 461; 5 529. — 3. gegen Vormund zur Herbeiführung d. Sicherheitsleistung 12, 185 (s. oben). — Ordnungsstrafen, rechtliche Natur 5 543. — Verbindung der Androhung e. Ordnungsstrafe mit der zu erzwingenden Verfügung 12, 182. — Pflicht des Gerichts zur Verhängung e. Ordnungsstrafe? 12, 159. — Festsetzung d. Ordnungsstrafe nach (verspäteter) Vornahme der Handlung 12, 182. — Androhung der Ordnungsstrafe bei wiederholter Verhängung 12, 182. — zur Erzwingung d. Inventarerichtung (§ 1802) 2 1, 677 (s. Vormund). — Ordnungsstrafen nur bei Ungehorsam gegen Anordnungen, mit denen gegen e. Pflichtwidrigkeit eingeschritten ist 3 1, 563; 4 461. — Ordnungsstrafen zwecks Erzwingung der Auskunftserteilung nach § 1839 4 461. — Durchführung e. ungesetzlichen Beschlusses durch Ordnungsstrafen 5 543. — Ordnungsstrafen bei nichtschuldhafter Nichtbefolgung eines Auftrags 5 543. — Ordnungsstrafe zwecks Erzwingung der Rechnungslegung 4 462; zwecks Erzwingung der Anstrennung der Alimentsationsklage 12, 161. — Ordnungsstrafe nach Beendigung d. Vormundschaft oder des vormundschaftlichen Amtes 12, 182. — Ordnungsstrafen zur Erzwingung der Mitwirkung eines überstimmten Vormunds bei mehreren Vormündern 12, 163. — Ordnungsstrafe gegen den Inhaber der elterlichen Gewalt? 12, 127, 182; 3 1, 518; 5 515. — Mindestbetrag der Ordnungsstrafe 3 1, 534; 4 461; 5 529. — Vollstreckung v. Ordnungsstrafen 6 512. — Ordnungsstrafen z. Erzwingung der Inventur nach § 1640 gegen d. Vater 12, 114; 12, 127; 3 1, 518; 5 515 (s. elterliche Gewalt). —

(Vormundschaftsgericht)

gegen den Inhaber der elterlichen Gewalt im Fall d. § 1639 **1 2, 111** (s. **1 2, 127**). — **3.** gegen nicht erschienene Beteiligte (unehelicher Vater) **4 853; 5 995**. — Ordnungsstrafe gegen den Inhaber der elterlichen Gewalt z. Durchführung des § 1636 (s. elterliche Gewalt) **7 504**.
 Aufsicht über die Inhaber der elterlichen Gewalt f. elterliche Nutzniezung, unten obervormundschaftliche Genehmigung, elterliche Gewalt. — de lege ferenda über Ausdehnung d. § 1643 **4 415**. — Pflicht der unehelichen Mutter zur Namhaftmachung des Kindsvaters; Weigerung als Gefährdung nach § 1666? **2 1, 689; 3 1, 564; 4 452**. — analoge Anwendung des § 1845 auf die uneheliche Mutter bei Verheiratung mit einem anderen als dem Kindsvater? **3 1, 565; 4 462**. — Anhören d. über 18 Jahre alten Kindes? **1 2, 117**. — Beschwerderecht d. Kindes (§ 59 FGG.) **1 2, 117** (s. Beschwerde in der freiw. Gerichtsbarkeit) — vom Gewalthaber in Ausfluß güterrechtlicher Befugnisse vorgenommene Handlung **1 2, 117; 2 1, 655**. — Befreiung der Eltern von der Aufsicht; Testamentsbestimmungen, die dem Vater die Befugnis freier Veräußerung e. Grundstücks gewähren **1 2, 101, 117; 1 2, 646; 3 1, 500; 6 492**. — Genehmigung zum Verbrauch von Bargeld **1 2, 120** (s. elterliche Nutzniezung). — keine ständige Beaufsichtigung d. Gewalthabers durch das Gericht **2 1, 661; 5 494**. — Unterfützung d. Vaters in seiner Erziehung durch Anwendung geeigneter Zuchtmittel (§ 1631 Abs. 2) f. elterliche Gewalt. — Einschreiten bei Weigerung d. Eltern, dem Kind e. Vornamen zu geben **1 2, 94**. — keine Befreiung d. Vaters von der Aufsicht des **B. 1 2, 101**. — Stellung des Gerichts bei Streit zwischen Gewalthaber und Pfleger f. elterliche Gewalt. — Einschreiten des **B.** nach Analogie von § 1629 bei Meinungsverschiedenheit zwischen Vater u. der verheirateten Tochter? **5 499**. — analoge Anwendung d. § 1636 (Regelung d. Verkehrs d. Eltern mit dem Kinde) während des Bestehens der Ehe? oder bei Geisteskrankheit, Vermirkung der Gewalt d. einen Elternteils? **1 2, 110**. — Ausdehnung der dem **B.** nach § 1639 zustehenden Änderungsbezugnis auf die Fälle des § 1638? **1 2, 111**. — Ordnungsstrafen gegen den Gewalthaber nach § 1639? **1 2, 111**. — Mitwirkung des Gerichts bei Anlegung u. Erhebung von Geldern? **1 2, 115**. — Verlangen e. Nachweises über mündelsichere Anlage des Bargeseldes **1 2, 115; 4 414; 5 509**. — „Gestattung“ einer anderen Anlegung von Bargesoldern **1 2, 115**. — Verlangen e.

Sicherheitsleistung seitens d. Gerichts von dem das Vermögen übernehmenden Vater vor Genehmigung der Erbteilung **4 415**. — Anwendung d. §§ 1643, 1821 gegenüber der weisfältischen Praxis **7 505**. — Abhängigmachen d. Genehmigung e. Verfügung von Sicherstellung d. Erlöses **1 2, 115**. — Genehmigung d. Zustimmung d. Gewalthabers d. Nacherben zu e. Veräußerung von Nachlaßgrundstücken **1 2, 115** (vgl. Nacherbsfolge). — Erbteilungsvertrag mit Übertragung e. Grundstücks **1 2, 115; 2 1, 654; 3 1, 512; 4 415; 6 492**. — Einwilligung d. Gewalthabers in die Löschung e. vorbeschriebenen Erbschei d. Kindes nicht genehmigungsbedürftig **1 2, 116**. — Erwerb e. Grundstücks f. Kinder unter gleichzeitiger Hypothekbestellung f. d. Kaufpreis **1 2, 116; 2 1, 654; 3 1, 511; 4 415; 5 510; 7 505**. — Erwerb von Grundstücken durch lästigen Vertrag **1 2, 116; 3 1, 511; 7 505** (Hypothekenübernahme). — Entgegennahme d. Auflassung e. für das Kind gekauften Grundstücks **1 2, 116; 3 1, 511; 4 415; 5 509; 6 491**. — Abschluß gewagter Geschäfte **1 2, 116**. — Erteilung e. Procura durch den Vater **1 2, 116**. — Abschluß e. Schießvertrags durch den Vater **1 2, 116; 2 1, 654**. — Alimentenvergleich zwischen Kind u. unehelichem Vater nach Annahme an Kindesstatt **1 2, 117**. — Vergleich, durch den d. Kind zu wiederkehrenden Leistungen verpflichtet wird **1 2, 117**. — Genehmigung d. Ausschlagung e. Vermächtnisses, mit dem der an Stelle d. ausschlagenden Vaters tretende Erbscheibe belastet ist **1 2, 117**. — Abtretung e. Eigentumergrundschuld **2 1, 654**. — Antrag auf Zwangsversteigerung zwecks Gemeinschaftsaufhebung **2 1, 655**. — Schuldübernahme **3 1, 511**. — Hypothekenübernahme zwecks Tilgung d. Kaufpreises e. Grundstücks **3 1, 511; 7 505**. — Ausschlagung d. Erbschaft als eingesezter Erbe unter Annahme der gesetzlichen Erbportion **3 1, 512**. — Erbschaftsausschlagung namens des Kindes nach eigener Ausschlagung d. Vaters **3 1, 512; 5 510**. — Grundstücksveräußerung; Annahme d. Kaufpreises seitens d. Vaters trotz mangelnder gerichtlicher Genehmigung **5 509**. — Vergleich **5 510**. — Sicherheitsübereignung **6 492**. — Anwendung d. § 1644 auf die mit freigegebenen Mitteln von dem Kind selbst angeschafften Gegenstände **2 1, 655**. — Beginn e. neuen Erwerbsgeschäftes f. d. Kind; Folgen des Nichteinholens der gerichtlichen Genehmigung für die Wirksamkeit d. abgeschlossenen Geschäfte, die Kaufmannseigenschaft d. Kindes; Ablehnung d. Eintragung seitens d. Registerrichters wegen mangelnder Genehmigung; Haftung d. Vaters bei Nichteinholung der Genehmigung **1 2, 117, 118; 2 1, 655**;

5 511. — Auflösung e. ohne obervormundschaftliche Genehmigung begonnenen Erwerbsgeschäftes durch den Vater allein 1 2, 117. — maßgebender Gesichtspunkt bei Prüfung d. Genehmigung e. neuen Erwerbsgeschäftes 1 2, 118. — Fortführung e. ererbten Geschäftes 1 2, 118. — Fortführung e. ererbten Geschäftes durch die als Vorerbin eingesetzte Witwe 1 2, 118. — Maßnahmen bei Verhinderung d. Vaters (§ 1665), ohne daß die Mutter die e. G. ausübt; Übertragung der e. G. im ganzen? 5 513. — Anhören d. Gewalthabers im Fall d. § 1677? (s. auch unten) 1 2, 130. — Stellung bei Beendigung der e. G. f. elterliche Gewalt unter Folgen der Beendigung.

Anordnung der Zwangsziehung s. diese. — Bezeichnung der geeigneten Familie oder Anstalt durch das Gericht 1 2, 183; 4 461. — Anstalts- oder Familienerziehung; Vorzüge der einen oder anderen Art 3 1, 563. — Voraussetzung d. Anordnung 3 1, 563. — Verwahrlosung als Voraussetzung? 4 461. — Unterbringung in eine andere Familie zwecks Kostenerparnis, Erlernung einer Sprache 3 1, 563; 4 461. — Unterbringung i. e. Anstalt ohne Mitwirkung, gegen den Willen des Vormunds 6 512. — Folgen der 3. auf d. Stellung d. Vormunds 4 461. — Verlangen des Gerichts gegen jeden Dritten auf Herausgabe d. Mündels 1 2, 183. — Pflicht d. Vormunds z. Ausföhrung der Anordnung 1 2, 183. — Mitwirkung der Verwaltungsbehörden 1 2, 183. — Kosten 1 2, 183. — Haftung d. Armenpflege für d. Kosten 1 2, 183. — Anwendung des § 1838 Satz 2 auf den Vater, der nur Vormund ist 4 461. — 3., wenn dem Eltern teil d. Sorge f. d. Kind neben dem Vormund zusteht 1 2, 183. — Anordnung der 3. gegen im Inland nicht bevormundete Ausländer 1 2, 183.

Einseitige Fürsorge vor Bestellung oder bei Verhinderung des Vormunds. — Umfang 1 2, 185; 3 1, 565. — Vornahme von dem Vormund nicht zustehenden Handlungen? 1 2, 185. — Recherchen nach dem außerehelichen Vater; Rechtshilfeersuchen 1 2, 185; 2 1, 689 (s. Rechtshilfe, uneheliche Kinder). — Vertragsabschlüsse, Kündigung, Rücktritt 1 2, 185; 2 1, 689. — Selbsthandeln d. Gerichts oder Bestellung e. Pflegers 1 2, 185. — kein Selbsthandeln d. Gerichts bei Nichtverhinderung d. Vormunds 1 2, 185. — Anordnung der Fürsorgeziehung 1 2, 185. — Ergänzung d. Zustimmung d. Vormunds z. Erteilung e. Arbeitsbuchs nach § 108 GewD. 1 2, 185. — Arrestanträge 3 1, 565. — „tatsächliche Verhinderung“ d. Vormunds bei Interesselision 3 1, 565. — Beschwerde

d. Dritten bei Selbsthandeln d. Gerichts anstatt d. Aufstellung e. Pflegers? 6 513.

Anhören des Gewalthabers und der Verwandten (§§ 1673, 1847) f. elterliche Gewalt. — Erscheinen u. Ausföhrungspflicht d. Verwandten? 1 2, 185, 186. — Form des Gehörs? 1 2, 130, 186; 3 1, 520; 4 424; 5 517; 6 497. — Abheben von einem Anhören bei Bestehen eines Familienrates 1 2, 186. — Begriff der „Entscheidungen“ im § 1847 3 1, 565. — Begriff d. „Auslagen“ im § 1847 Abs. 2 3 1, 565. — Festsetzung d. Auslagen d. Verwandten; Klage gegen den Vormund; Vollstreckung auf Grund d. Festsetzung d. Vormundschaftsgerichts? 1 2, 186, 3 1, 565; 5 544. — Ersatz für Zeitveräumnis? 1 2, 130, 186; 3 1, 565. — Frist für Liquidation 1 2, 186. — Ersatz der Auslagen aus der Staatskasse 5 544. — Auslagen Dritter, nicht Verwandter 5 544. — Anhören d. Gewalthabers (nach § 1673) im Fall des § 1677 1 2, 130. — „Untunlichkeit“ des Gehörs (§ 1673) 1 2, 130; 2 1, 622. — vorheriges Gehör d. Vaters bei Pflegerbestellung z. vertragsmäßigen Feststellung d. Anspruchs d. Kinder gegen den Vater aus e. Pflichtteils- oder Quotenvermächtnis 2 1, 662. — kein Anhören d. Vaters bei Bestellung e. Pflegers zur Führung e. Rechtsfreits an Stelle des gesetzlich ver hinderten Vaters 6 496. — Beschwerde wegen Nichtanhörens d. Verwandten 1 2, 130; 2 1, 662; 3 1, 520; 5 517; 6 497 (s. Beschwerde). — Anhören e. Verwandten bei Volljährigkeitserklärung? 1 2, 130.

Haftung s. Beamte, Vormund. — für Versehen bei Rechnungsprüfung 1 2, 184; 3 1, 564. — rechtliche Natur der 3. 1 2, 186. — Umfang der 3. gegenüber dem Mündel 1 2, 186 (3. für Verletzung e. Ordnungsvoorschrift). — 3. für Nichtbestellung e. Gegenvormunds 5 544. — 3. gegenüber Dritten 1 2, 186. — 3. bei Bestellung e. ungeeigneten Vormunds 1 2, 186. — 3. für Unterlassungen 1 2, 186 (Unterlassung d. Anordnung e. Vormundschaft). — Vornahme gegen den primär Ersatzpflichtigen 1 2, 186. — 3. neben dem Vormund 1 2, 186. — subsidiäre 3. nach dem Vormund 1 2, 186. — Überwachung d. Anlegung d. Mündelgelder 7 133. — 3. bei Genehmigung d. Verwendung von Mündelgeldern bei e. Bau gegen Hypothekbestellung 7 512. — 3. bei Nichtentlegung e. Rechtsmittels; Beschwerde teitens d. Mündels 2 1, 690; 3 1, 565; 4 463; 5 544. — 3. d. Aufsichtsbehörde 1 2, 186. — 3. bei Mitverschulden d. Kuranden 7 512. — Anwendung d. § 1848 auf die in Art. 147 GGWB. genannten Behörden 1 2, 186. Obervormundschaftliche Genehmigung f. Vormund unter Sorge für

(Vormundschaftsgericht)

d. Vermögen, Gegenvormund unter Mitwirkung nach § 1812. — vor 1900 ohne die nötige o. G. vorgenommenes Rechtsgeschäft, das nach BGB. keine Genehmigung braucht **1 2, 443.** — Übergangsrecht: Erfüllung einer vor 1900 eingegangenen Verpflichtung **1 2, 171.** — Charakter der G.; Rechtsgeschäft **1 2, 170; 2 1, 681, 686; 3 1, 546, 547; 4 445** (analoge Anwendung d. Vorschriften über Rechtsgeschäfte?), **859; 5 1009; 6 509, 510; 7 1006.** — Erklärung d. Genehmigung gegenüber der anderen Partei **4 445.** — o. G. als Erfas. i. die fehlende Willenserklärung d. Vormunds? **3 1, 547.** — Form d. Erteilung: stillschweigende Erklärung **1 2, 170; 2 1, 681, 686; 3 1, 546, 553; 3 2, 189, 218; 4 445** (konkludente Handlungen); **5 536.** — Empfehlung der Vornahme e. Rechtsgeschäftes o. G. oder nur Voraussetzstellen derselben? **3 1, 546.** — Anfechtbarkeit **1 2, 171; 2 1, 681; 3 1, 547; 4 445, 446; 5 536; 6 509, 510.** — Anfechtung d. genehmigten Geschäftes **3 1, 547; 4 35, 859; 5 1009.** — Zurücknahme u. Abänderung **1 2, 171; 2 1, 684; 3 1, 547** (nach Mitteilung an den Gegner); **3 2, 218 (2), 219; 4 451, 859.** — Erteilung der G. trotz vorheriger Abweisung des darauf zielenden Antrags des Vormunds **3 2, 218.** — G. gegen den Willen des Vormunds **1 2, 171.** — für Erteilung maßgebende Gesichtspunkte **3 1, 547; 5 536; 6 508.** — Erteilung der o. G. bei Zweifel über die Wirksamkeit d. Rechtsgeschäftes **5 536; 7 522, 1005.** — Ablehnung d. G. bei Nichtigkeit oder Unwirksamkeit d. Rechtsgeschäftes **7 1005, 1006.** — Erteilung von Amts wegen oder nur auf Antrag? **1 2, 170; 3 1, 546; 4 445; 3 2, 217, 218.** — Antragsrecht des Dritten? **1 2, 176; 3 1, 546; 3 2, 217.** — im voraus erteilte G.; Zeit ihres Wirksamwerdens **3 2, 219.** — o. G., wenn der Vormund nicht selbst handelt, sondern den Mündel oder einen Dritten handeln ließ **1 2, 171** (Profuriist, s. unten); **2 1, 681; 3 1, 547; 4 446** (Liquidator e. Handelsgesellschaft). — Wirkung der Fiktion d. § 894 B.P.O. bei den o. G. bedürftigen Willenserklärungen **2 1, 681; 3 1, 548, 549.** — Einholung der G. zu einem vom Vorgänger d. Vormunds geschlossenen Vertrag **5 536.** — Einholung nach Vertragsabschluss **1 2, 171.** — Wirkung der o. G. auf dem Richter unbekannt gebliebene Punkte d. Rechtsgeschäftes **4 445.** — Erklärung, daß eine o. G. nicht nötig sei; Beschwerde **3 2, 198** (s. Beschwerde). — Anwendung d. § 55 BGB. (Beschränkung e. Änderung d. Beschlusses) auf die Fälle, wo die Einholung der o. G. zwar Pflicht des Vormunds, aber ohne Einfluß auf die Wirksamkeit des Geschäftes ist **3 2, 218.** — Beschwerde

gegen die unzulässige Änderung d. Beschlusses **3 2, 218.** — Beschwerde d. Dritten gegen die G. oder Verweigerung der G. **3 2, 218.** — näheres über Beschwerde i. Beschwerde der freiw. Gerichtsbarkeit. — Nachprüfung des Prozeßgerichts, ob die Entscheidung des B. materiell gerechtfertigt war? **3 2, 218.** — Aufhebung der o. G. nach Perfektion des genehmigten Geschäftes; Aufhebung im Weg d. Beschwerde **3 2, 219.** — Klage bei Verletzung der o. G. zur Erteilung e. Quittung (§ 1812) **4 858.** — Zurücknahme der o. G. zur Zwangsversteigerung e. im Miteigentum e. Mündels stehenden Grundstücks zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft bis zur Erteilung d. Zuschlags möglich **4 859; 5 1009.** — Stellung d. Grundbuchrichters bei erteilter o. G. **7 85** (s. Eintragung). — Einfluß der o. G. im Fall d. Kontrahierens d. Vormunds mit sich selbst (§ 181 BGB.), **7 85.** — Schwerebezuftand bis zur o. G. des geschlossenen Vertrags **7 521.** — Ablehnung e. Sachentscheidung seitens d. Gerichts bei Zweifel an der Wirksamkeit d. geschlossenen Geschäftes, bei feststehender Nichtigkeit oder Unwirksamkeit d. Geschäftes **5 536; 7 522, 1005, 1006.** — Abhängigmachen d. G. von e. Bedingung **7 523.** — Einfluß der o. G. auf die Fassung d. Vormunds (s. Vormund) **1 2, 810; 3 1, 559 f.; 4 455; 7 523.** — versehenlich dem Vormund nicht mitgeteilte o. G. **7 991.** — Zeitpunkt d. Wirksamwerdens der o. G. **3 2, 217, 218.** — Erklärung der G. seitens d. Gerichts gegenüber dem Dritten? **1 2, 176; 3 2, 218; 6 510.** — Form u. Bekanntgabe **3 2, 218.** — Bekanntgabe der Verweigerung der G. seitens d. Gerichts oder Vormunds an den Dritten **1 2, 176; 2 1, 686; 3 1, 553, 554, 555, 556.** — Erklärung der G. an den Vormund durch ein erjuchtes Gericht **1 2, 176; 3 1, 553; 3 2, 189** (stillschweigendes Ersuchen bei Altkerrücksendung mit G.-erteilung); **4 451.** — Erklärung der G. an einen Vertreter d. Vormunds (Käufer) **1 2, 176; 2 1, 684; 4 450** (Notar); **6 510** (Bevollmächtigung d. Vertragsgegners). — Anwendung des § 130 BGB.; Zugehen der G.-erklärung **1 2, 177.** — Form der Erklärung der G. gegenüber dem Vormund **3 1, 553; 3 2, 189; 4 451.** — Übersendung e. Ausfertigung des genehmigungsbedürftigen Rechtsgeschäftes seitens des B. an das Grundbuchamt zwecks Eintrags als Erklärung der Genehmigung anzusehen? **4 451** (s. **1 2, 177**). — Ersuchen des B. an das Registergericht um Eintrag d. Firmenübergangs vor Mitteilung der G. an den Vormund **5 539.** — Verzicht des Vormunds auf Mitteilung der o. G.? **3 2, 189.** — Nachprüfung der Bekanntmachung der o. G.

zur Veräußerung e. Handelsgeschäfts durch das Registergericht 5 998. — Anwendung des § 1828 bei Vornahme e. Geschäftes durch den Mündel selbst mit Zustimmung d. Vormunds 4 451. — Anwendung des § 1828 auf Verfügungen, die die Zustimmung des gesetzlichen Vertreters erfordern? 1 2, 177. — Nachprüfung seitens d. Prozeßgerichts, ob die G. dem Vormund erklärt ist? 2, 218. — wahrheitswidrige Behauptung seitens d. Vormunds gegenüber dem Vertragsgegner über erteilte o. G.; bewußt unwahre Behauptung nicht nötig; unrichtige Behauptung nach dem Vertragsschluß 1 2, 179; 3 1, 558; 4 454. — wem gegenüber hat im Fall des § 1830 der Widerruf d. Vertragsgegners zu erfolgen? 1 2, 179. — Schadensanspruch im Fall d. § 1830 3 1, 558; 4 454. — o. G. bei einseitigen Rechtsgeschäften (Erbchaftsausschlagung, Hypothekbestellung); nachfolgende o. G.; Erfaß der Vorlegung der G.-urkunde; Vorlegung d. G.-urkunde an den Dritten durch das Gericht; Zeit, Ort, Art der Vorlegung, Vorlegungsgegner; Zeitpunkt, in dem die G. vorhanden sein muß; schriftliche Form des § 1831; Zurückweisung bei unverschuldeter Unkenntnis der G.-bedürftigkeit 1 2, 179, 180; 2 1, 686, 687; 3 1, 558, 559; 4 454; 5 540. — Anwendung des § 1831 auf Anträge an die Behörden (nach § 181 Abs. 2 ZBW., § 58 Abs. 3 BvG., § 14 a StaatsangG.) 3 1, 559; 4 454, 455. — Anwendung des § 1831 auf die Mitteilung nach § 1829 Abs. 1 Satz 2? 3 1, 559. — Anwendung d. § 1831 in den Fällen der §§ 612 Abs. 2, 641 Abs. 2 ZBW.? 4 455. — Mitteilung der G.-sverfügung an den Mündel im Fall d. § 1827 3 1, 553. — Verhältnis des § 109 BGB. zu §§ 1829 ff. (Vertragsschluß nicht mit dem Vormund, sondern mit dem für unbeschränkt geschäftsfähig gehaltenen Mündel) 6 510, 511. — Nachweis im Grundbuchverkehr 2 2, 421; 6 1026. — Zeitpunkt d. Wirksamkeit 1 2, 171; 2 1, 684, 686. — Beweislast für Erteilung der Genehmigung 1 2, 177. — Folgen des Fehlens der o. G. 1 2, 168; 3 1, 548; 5 537 (ungerechtfertigte Bereicherung d. Kuratel bei Zahlung d. Kaufpreises trotz Nichtgenehmigung des Vertrags). — Fehlen der Genehmigung im Fall d. § 1822 Biff. 3, wenn der Vormund das Erwerbsgeschäft mit Genehmigung d. Gerichts begonnen hatte 1 2, 173. — Folgen des Fehlens der G. im Fall d. § 1823 5 539. — ohne o. G. erklärte Erbschaftsausschlagung 1 2, 179; 2 1, 687; 3 1, 558. — ohne o. G. erklärte Hypothekbestellung 1 2, 179; 5 540. — o. G. u. Grundbuchrichter 1 2, 171 (s. oben). — bedingte G. 6 509. — bedingt erteilte G. vor dem Grundbuchrichter 1 2,

171. — G. von nicht genehmigungspflichtigen oder von verbotenen Geschäften des Vormunds 1 2, 171; 3 1, 547. — o. G. nach Mitteilung der G.-sverweigerung des Gegenvormunds seitens d. Vormunds an den Vertragsgegner? 5 541. — Beschwerde wegen G.-sverweigerung; teilweise Aufhebung 5 1001 (s. Beschwerde). — Aufhebung e. Verweigerung der G. in der Beschwerdeinstanz, Wirkung 2 1, 686; 3 1, 554, 555; 4 452 (nach Mitteilung d. Verweigerung an den Gegner). — Beschwerde wegen erteilter G. nach Mitteilung der G. seitens des Vormunds an den Vertragsgegner 1 2, 177. — Beschwerde wegen Verweigerung; Ermittlungen des Beschwerdegerichts; Erteilung der G. durch das Beschwerdegericht direkt 3 1, 547; 4 452 (nach Mitteilung der Verweigerung an den Gegner); 5 536. — Beschwerde des Gegenvormunds 3 1, 552; 4 539 (wegen Nichtanhörens nach § 1825); 5 450. — Beschwerde des Mündels 3 1, 553 (§ 1827); wegen Verfassung der G. 3 1, 553; 4 451. — Beschwerde des Vertragsgegners 1 2, 176; 2 1, 684; 3 1, 553, 554; 4 451; 5 540. — Beschwerde des gesetzlichen Vertreters wegen Verfassung der G. 3 1, 553. — Beschwerde eines Dritten, nicht Vertragsgegners 4 451; 5 540. — Beschwerde des Vormunds wegen Verweigerung der o. G. 6 510. — im voraus erteilte allgemeine Ermächtigung (§ 1825); Wirkung im Fall des § 112 Abs. 1 Satz 2 BGB. 1 2, 176; 2 1, 552; 4 450. — über den Rahmen des § 1825 hinaus im voraus erteilte allgemeine Ermächtigung 2 1, 552; 4 450. — Änderung einer allgemeinen Ermächtigung nach § 1825 5 539. — Anhören des Gegenvormunds (§ 1826) vor Erteilung der o. G.; Form des Anhörens 1 2, 176. — vorheriges Anhören des Gegenvormunds in den Fällen des Erfaßes der Zustimmung des Vormunds durch das Gericht, in den Fällen des § 1803 Abs. 2 u. 3 1 2, 176. — Anwendung des § 1826 auf die Fälle des § 1812 Abs. 2 5 450. — vorheriges Gehör des Mündels (§ 1827); Voraussetzungen, Form; Bedeutung der vom Mündel abgegebenen Erklärung 1 2, 176; 3 1, 553. — Untunlichkeit e. vorherigen Gehörs des Mündels 3 1, 553. — Stempel u. Gebühren bei Verweigerung der o. G.? 3 1, 558. — Stempel- u. Gebührenerhebung vor Mitteilung der o. G. nach § 1829 3 1, 557; 4 454. — Einreichung e. Hypothekbestellung ohne o. G.; Stempelpflichtigkeit 5 540, 541. Mitteilung der o. G. an den Vormundsgesetzlichen Genehmigung seitens des Vormunds an den Vertragsgegner (§ 1829). — § 1829 ius dispositivum? 2 1, 685.

(Vormundschaftsgericht)

— rechtliche Natur der Mitteilung **3 1, 554; 6 510.** — Mitteilung im Gegenjah zu einer bloß nachträglichen Bekanntgabe **3 1, 554** (Nachricht u. gleichzeitige Bekanntgabe, daß man von der G. keinen Gebrauch machen wolle); **4 452.** — Vorlage der schriftlichen Verfügung nötig? **1 2, 177.** — Form der Mitteilung **1 2, 177; 4 453** (stillschweigend). — M. zu Protokoll nach § 16 Abs. 3 FGG. **2 1, 686.** — Form u. Nachweis der M. bei grundbuchmäßigen Geschäften **1 2, 178 (2); 2 1, 686; 3 1, 557.** — rückwirkende Kraft **1 2, 177; 3 1, 857; 4 453.** — Dauer d. Überwufsrechts dessen, der mit e. Mündel ohne Kenntnis der Beschränkung seiner Geschäftsfähigkeit einen der o. G. bedürftenden Vertrag schließt **7 522.** — Mitteilung nach Eintritt d. Volljährigkeit **1 2, 177.** — M. einer vom Gericht nur mündlich erteilten o. G. **2 1, 686.** — Pflicht des Vormunds zur M.? **3 1, 557; 4 453.** — Folgen der Unterlassung der M. **1 2, 177.** — Schwebezustand bis zur Mitteilung (Fälligkeit) **7 523.** — Zeitpunkt der Wirksamkeit bei Beteiligung zweier Mündelgruppen **1 2, 177; 4 452** (bei Bevollmächtigung e. Notars). — M. an den Gegner seitens des von allen Beteiligten mit der Erwirkung der o. G. betrauten Notars **2 1, 685; 3 2, 244; 5 1021** (s. Urkunde gerichtl.). — Wirkung der M. der Verweigerung der o. G. an den Gegner; Vereinbarung der Beschwerdeeinlegung gegen die Verweigerung **3 1, 554, 555, 556; 3 2, 218, 219; 4 453** (s. auch freiw. Gerichtsbarkeit unter Verfügung; Beschwerde); **4 859.** — Stellung d. Vertragsgegners vor M. **1 2, 177.** — vor M. seitens e. Dritten erworbene Rechte **1 2, 177.** — Ersatz der M. im Wege d. Vollmächterteilung **3 1, 555; 4 452; 5 540** (Vater). — Vereinbarung d. Zufendung des G.-beschlusses an den Notar als Ersatz der M. nach § 1829 **1 2, 177, 178; 2 1, 684, 685; 3 1, 556; 4 452.** — Verzicht des Vertragsgegners auf die M. **1 2, 177, 178; 2 1, 684; 3 1, 555; 3 2, 189; 4 452.** — Vereinbarung, daß der Vormund den Entschluß, von der Genehmigung Gebrauch zu machen, in anderer Weise als durch M. betätigen dürfe **1 2, 178; 4 452.** — Zuständigkeit des namens d. Vormunds dem Gegner die G. mitteilenden Notars zur Beurkundung der M.? **1 2, 178; 3 1, 556; 4 452.** — Vereinbarung, die nachträgliche G. solle als erteilt u. mitgeteilt werden, wenn Vertragsgegner binnen bestimmter Frist keine gegenteilige Nachricht erhalte **2 1, 685; 3 1, 556.** — nachträglicher Verzicht auf die durch die M. eingetretenen Wirkungen? **3 1, 556.** — Aufforderung nach § 1829 Abs. 2, wenn auf der Gegenseite d. Mündels mehrere beteiligt sind **7 523.** —

Verlängerung der Frist des § 1829 Abs. 2 **1 2, 178; 3 1, 557** (einseitige Verlängerung); **4 453.** — Verkürzung der Frist des § 1829 Abs. 2 **3 1, 557; 4 453.** — Folgen der Nichtmitteilung der G. trotz Aufforderung seitens des Vertragsgegners (§ 1829 Abs. 2) **1 2, 178; 2 1, 686; 4 453.** — Nachprüfung der Richtigkeit der M. durch das Prozeßgericht **3 2, 218.**

Ersatz der obervormundschaftlichen Genehmigung durch die Genehmigung des großjährig gewordenen Mündels (§ 1829 Abs. 3) **1 2, 178; 3 1, 557; 4 453, 454.** — Großjährigkeit innerhalb der Frist d. § 1829 Abs. 2 Voraussetzung? **1 2, 178.** — G. eines unter § 1822 Ziff. 5 fallenden Rechtsgeschäftes seitens d. Mündels **1 2, 178.** — Weiterlaufen der Frist des § 1829 Abs. 2 **3 1, 557; 4 453.** — G. e. vom Gericht wegen Todes d. M. nicht mehr genehmigten Geschäftes seitens d. Mündelerben **1 2, 178; 3 1, 557; 4 453.**

Einzelfälle der obervormundschaftlichen Genehmigung. — G. bei Verleihung der Staatsangehörigkeit an Minderjährige? **1 2, 389.** — G. d. Entlassung e. Mündels aus dem Staatsverband **6 513.** — o. G. zur Prozeßführung des im Namen des Mündels ein Handelsgeschäft betreibenden Vormunds **3 1, 538.** — Anerkennung d. Vaterschaft seitens e. Mündels **2 1, 683** (s. **1 2, 161; 5 538** (s. unten Alimentenvergleich). — Unterbringung d. Mündels in e. öffentlichen Erziehungsanstalt **2 1, 677** (s. auch Vormund unter Sorge f. d. Person). — Einfluß e. Beschränkung d. Verwaltungsbefugnisse d. Vormunds (§ 1803) auf das Erfordernis der o. G. **1 2, 166.** — Mobilienkauf genehmigungsbedürftig? **1 2, 168.** — Prozeßführung d. Vormunds **1 2, 172; 6 508, 509.** — Grundstücksfreigabe **4 443.** — Belastung e. Grundstücks gleichzeitig mit dem Erwerb **5 536; 7 948** (s. **4 447**). — Rangrücktritt bei Hypotheken **4 443.** — Zustimmung d. Eigentümers zur Löschung e. Hypothek **5 537; 7 958.** — Änderung e. Zahlungszeit u. Zahlungsort e. Hypothek **4 455; 5 537.** — Bewilligung d. Hypothekeneintragung **5 537, 540** (in welchem Zeitpunkt muß die o. G. vorliegen? s. **1 2, 179**). — Herausgabe von hinterlegten Wertpapieren **1 2, 170** (bei Zwangsvollstreckung auf Herausgabe); **3 1, 546.** — Zustimmung des Vormunds d. Ehemanns zur Verfügung über Grundstücke des eingebrachten Gutes **1 2, 171; 2 1, 682; 3 1, 548; 4 448.** — Zustimmung d. Pflegers zu e. vom Vater vorgenommenen Veräußerung e. Grundstücks des Gesamtgutes **1 2, 171.** — Besitzübertragung an Grundstücken **3 1, 548; 4 446.** — Verfügung über Grundstücke bei Miteigentum des Mündels

7 521 (f. 4 448; 5 537; 6 508). — Teilung eines Grundstücks 1 2, 171, 172. — Umwandlung d. bisherigen Gesamteigentums d. Mutter u. Kinder in Miteigentum d. letzteren 7 521. — Verpachtung e. einzelnen Grundstücks 3 1, 548. — Verkauf ererbter Grundstücke durch den Testamentvollstrecker? 1 2, 172. — Auseinanderlegung e. Gesellschaft nach BGB. 7 295. — Abtretung d. Eigentumsfrage 1 2, 172. — Überlassung e. dem Mündel zustehenden Nießbrauchs 1 2, 172; 2 1, 682. — Umwandlung in e. andere Grundstücksform 4 446. — Abtretung e. Eigentümerhypothek 1 2, 172, 174; 3 1, 548; 4 447. — Kündigung e. auf dem Mündelbesitz lastenden Hypothek 5 536. — Abänderung der Kündigungsbestimmungen einer Hypothek 4 455 (f. 5 537). — Kündigungsausfluß für eine Hypothek auf das Mündelgrundstück 1 2, 172; 3 1, 548; 4 447; 6 507. — Unterwerfung unter die sofortige Zwangsvollstreckung als Hypothekschuldner 1 2, 172; 2 1, 682 (Prüfungsrecht der Vollstreckungsgerichts); 3 1, 548; 4 447; 5 537, 905, 974. — Auflassung e. bereits vom Erblasser d. Mündels verkauften Grundstücks 2 1, 682. — Kaufvertrag und Auflassung bei Veräußerung e. Grundstücks genehmigungsbedürftig 1 2, 172 (4); 2 1, 682; 3 1, 549; 4 448. — bei Erwerb e. Grundstücks neben dem Kauf auch die Auflassung genehmigungsbedürftig? 1 2, 172; 4 448. — Verfügung über e. Berechtigung, die ein Grundstücksblatt erhält 1 2, 172. — Antrag d. Vormunds auf Zwangsversteigerung e. im Miteigentum e. Mündels stehenden Grundstücks 4 448; 5 537 (vgl. 7 521). — Mitbieten des Vormunds in der Zwangsversteigerung 1 2, 173. — Ausübung e. Verkaufrechts bei Grundstücken 1 2, 173. — Eintragung einer Eigentümergrundschuld 3 1, 548 (vgl. oben). — Verfügung auf Grund rechtskräftiger Verurteilung zur Leistung 5 537. — Verfügungen, auf die d. Dritte ein Recht hat 1 2, 172; 3 1, 548; 4 447; 5 537; 6 509 (bei vorliegendem Urteil). — Zusammenlegungsverfahren 3 1, 549. — Zurücknahme e. Zwangsversteigerungsantrags 3 1, 549. — Verfügung über Nachlassgegenstände, wenn Mündel nur Miterbe ist 3 1, 549; 4 448; 5 537. — Schenkungen unter Auflage unter § 1821 Ziff. 4 fallend? 3 1, 549; 4 447, 448. — Verfügung über Grundstücke, an denen der Mündel nur als Teilhaber einer offenen Handelsgesellschaft e. Mitberechtigung hat 6 508 (vgl. 7 521). — o. G. bei Hypothekbestellung seitens d. Liquidators einer offenen Handelsgesellschaft i. Fall d. Beteiligung Minderjähriger? 4 446; 6 508. — Belastung e. Grundstücks mit Nießbrauch; Vorbehalt d. Nießbrauchs bei Schenkung

des Grundstücks an den Mündel 4 447 (f. 5 536). — Vormerkungen (f. diese) 4 447; 5 536. — Verfügung über Lehngrundstücke 4 448. — Zuschreibung eines Grundstücks zu einem anderen 5 537. — Verzicht auf die weiblichen Rechtswohlthaten (württemb. Recht) 5 538. — 3. Entgegennahme der vom Banquier zurückgegebenen, bisher in einem Tresor verwahrten Wertpapiere? 7 286 (f. Schrankfachvertrag). — Bewilligung d. Löschung zeitlich beschränkter Rechte? 3 2, 156. — zu einer vom Vater namens des Kindes errichteten notariellen Schuldurkunde mit Unterwerfung unter die sofortige Zwangsvollstreckung? 5 974, 905 (vgl. oben). — zur Hypothekbestellung für den Kaufpreis durch den Vater auf dem gleichzeitig für den minderjährigen Sohn erworbenen Grundstück? 7 948 (vgl. oben). — zur Bewilligung der Löschung der Hypothek des Mündels? 7 948. — zur Zustimmung des Eigentümers zur Hypotheklöschung? 5 537; 7 958. — Umwandlung von Gesamthands Eigentum in Miteigentum 7 408. — Verzicht e. Abkömmlings auf die Quote an der fortgesetzten Gütergemeinschaft 7 484, 589. — Aufhebung der fortgesetzten Gütergemeinschaft 1 2, 172 (f. 1 2, 171); 7 521. — Auseinanderlegung der Gütergemeinschaft 1 2, 173. — Anerkennung e. den Pflichtteil d. Mündels verkürzenden Testaments 1 2, 173. — Verlangen e. Erbseins seitens d. Gerichts vor Genehmigung d. Erbteilung 1 2, 173; 4 448. — Erbteilung nach § 1822; Begriff (Anerkennung der Höhe der Erbquote) 3 1, 549; 4 448 (mündliche Teilung). — Erhebung der Erbteilungsfrage 1 2, 173; 5 538. — durch Bestimmung des Erblassers dem billigen Ermessen eines Dritten unterliegende Erbteilung 1 2, 173. — Vereinbarung d. Aufschubs d. Erbteilung 3 1, 549, 550 (insb. in Württemberg). — bei Genehmigung einer Erbteilung zu beachtende Momente 4 449. — Wirkung der G. einer Erbteilung 2 1, 682. — Vertrag über Höhe und Anweisung des Pflichtteils 6 509. — entgeltlicher Erwerb eines Erwerbsgeschäfts, wenn weder Außenstände, noch Schulden, noch Betriebsstätte übertragen werden 3 1, 550. — Bestellung e. Nießbrauchs an e. Erwerbsgeschäfte d. Mündels 1 2, 173. — Erklärung des Mündelers nach § 139 BGB. (Verbleiben in einer offenen Handelsgesellschaft als Kommanditist) 7 522. — Bewilligung d. Firmenfortführung 4 449. — Anwendung des § 1822 Ziff. 3 bei Beteiligung d. Mündels als Kommanditist, stiller Gesellschafter? 1 2, 173; 2 1, 682; 3 1, 550; 4 449; 6 509. — Ausscheiden d. Mündels aus e. offenen Handelsgesellschaft 7 522. — Zeichnung von

Vormundschaftsgericht)
 Aktien **4 449; 6 509.** — gewerblicher Betrieb
 i. S. d. § 1822 Ziff. 4; landwirtschaftlicher
 Nebenbetrieb **12, 174.** — Abtretung d.
 Geschäftsanteils einer GmbH. **6 509;**
7 1070. — Beitritt zu einer Genossenschaft
 mbH. **4 450; 5 538.** — Ratenzahlungs-
 verträge **4 449.** — Teilzahlungen bei einem
 Abzahlungsgeſchäfte **12, 174; 3 1, 550;**
4 449; 6 510. — Wirksamkeit eines un-
 genehmigten, für die Dauer bis zum
 zurückgelegten 22. Jahre abgeschlossenen
 Vertrags nach § 1822 Ziff. 5? **12, 174;**
6 510. — Berechnung d. Zeitdauer nach
 § 1822 Ziff. 5 bei Abſchluß d. Vertrags für
 mehrere Mündel **4 449.** — auf unbestimmte
 Zeit geſchloſſene Verträge nach § 1822
 Ziff. 5 **6 509.** — im Fürjorge-Erziehungs-
 verfahren abgeſchloſſene Lehrverträge
12, 174; 2 1, 683; 3 1, 550; 4 449;
5 538 (vgl. Zwangserziehung). — Mit-
 unterzeichnung des Lehrvertrags durch
 d. Mündel **2 1, 683.** — Anwendung des
 § 1822 Ziff. 7 auf Geſindeverträge **12,**
174; 2 1, 683; 4 449. — Handlungs-
 geſchäftenvertrag des Mündels **12, 174.** —
 Abſchluß e. Lieferungsvertrags auf Kredit
 des Mündels **12, 174.** — Warenkäufe
 auf Vorg **12, 174.** — Gelddarlehne auf
 Kredit der Geſellſchaft, an der der Mündel
 beteiligt iſt **12, 174.** — Umwandlung e.
 Kaufgeſchuld in ein Darlehen **12, 174;**
3 1, 551. — nachträgliche Genehmigung d.
 Wechſelzeichnung **2 1, 683.** — In-
 doſſieren von Wechſeln **12, 174.** — Aus-
 ſtellung e. Legitimationspapiers nach
 § 808 BGB. **12, 174.** — Ausgabe von
 vor d. Entmündigung ausgetretenen Schul-
 verſchreibungen auf den Inhaber **2 1,**
683. — im Fall des § 1822 Ziff. 9 Vermerk
 der G. auf dem Papiere nötig? **12, 174.** —
 Pfandbeſtellung für fremde Schuld **4 449;**
5 538; 7 522. — Erfüllungübernahme
 nach § 329 **12, 174.** — Verſprechen der
 Tilgung e. vermeintlich eigenen, tatſächlich
 fremden Schuld **12, 174.** — kumulative
 Schuldübernahme bei materieller Beteili-
 gung d. Mündels **3 1, 551.** — Schuld-
 übernahme nach §§ 415, 416 **12, 168, 175.**
 — Genehmigung nach § 1822 Ziff. 10,
 wenn d. Eintritt in die fremde Schuld
 gefehliche Folge des Rechtsgelchäftes iſt
12, 174; 3 1, 551 (Erbschaftsannahme,
 Erbschaftskauf); **4 449.** — Eintrag e. nicht
 genehmigten Procura in d. Handels-
 register **4 450.** — Umfang e. genehmigten
 Procura **12, 175; 4 450.** — Erteilung e.
 Handlungsvollmacht nach § 54 BGB.
3 1, 551; 4 450. — Zurücknahme e.
 Procura **12, 175.** — Verzinsberechnung
 nach § 1822 Ziff. 12 **12, 175.** — Zwangs-
 vergleich **12, 175; 2 1, 683; 22, 514;**
3 1, 551; 4 450. — Prozeßvergleich **12,**
175; 2 1, 683; 3 1, 551; 4 450. — Ver-

gleich der Frau mit ihrem Schuldner:
 bedarf die Zuſtimmung d. Vormunds des
 Ehemanns der o. G. nach § 1822 Ziff. 12?
2 1, 683. — Vergleich bei Gemeinſchafts-
 teilungen **3 1, 552.** — Alimentenvergleiche
5 539 (ſ. oben Vaterſchaftsanerkennung,
 ſ. auch uneheliche Kinder); **1 1, 162.**
 — Quittung und Löſungsbewilligung
 d. Vormunds **2 1, 683, 684; 3 1, 552;**
4 443, 444; 7 522 (wenn die durch die
 Hypothek geſicherte Forderung bereits
 vorher getilgt iſt). — Zeitpunkt, in dem
 bei Löſungsbewilligung die o. G. vor-
 handen ſein muß **4 454.** — Aufhebung
 hypothekariſcher Sicherheit bei Nacherb-
 ſchaft **5 539.** — Fortſetzung e. durch den
 Tod e. Geſellſchafters aufgelöſten Geſell-
 ſchaft **12, 175.** — Erbschaftsausſchlagung;
 in welchem Zeitpunkt muß die o. G. vor-
 handen ſein? **1 1, 119; 12, 179; 2 1, 687;**
3 1, 558, 559; 4 454. — Wiederinkurs-
 ſetzen e. vor 1900 außer Kurs geſetzten
 Sparkaſſenbuches **12, 401.**

Vorname ſ. Name.

Vorprämiengeschäft ſ. Vorfentermingeſchäft.

Vorrangseinräumung ſ. Rang. — unter Be-
 ſchränkung auf einen Grundſtücksteil
5 963.

Vorſatz ſ. Verſchulden, dolus eventualis, un-
 erlaubte Handlung. — Begriff **1 1, 186,**
187; 2 1, 182, 491; 3 1, 126; 4 103;
5 110. — Bewußtheit der Rechtswidrigkeit
2 1, 491; 3 1, 339. — Vorſtellungs- u.
 Willensſtheorie **2 1, 181 f.; 4 103; 5 110.** —
 Rechtsirrtum **2 1, 492.** — Grenze von
 Vorſatz u. Fahrläſſigkeit **2 1, 181; 3 1, 126.**
 — Ausſchluß d. Vorſahhaftung in den
 Fällen der §§ 823 ff. BGB. **5 325.** —
 dolus causam dans und d. incidens
3 1, 38.

Vorteilsanrechnung ſ. compensatio lucri
 cum damno.

Vorverhandlungen ſ. a. mündliche Abreden,
 Nebenabreden, Vorvertrag. — Unwirksam-
 keit d. V. auch bei Irrtumsanfechtung d.
 ſchriftlichen Vertrags **2 1, 55, 79.**

Vorverpflichtungen vgl. Vorvertrag. — im
 Gebiet des Schulverhältniſſes **2 1, 114.**
 — Vorverpflichtung und Vorvertrag **2 1,**
205 ff.

Vorvertrag ſ. pactum de mutuo dando. —
 Natur u. Wirkung **2 1, 114.** — V. u. Vor-
 verpflichtung **2 1, 205 ff.** — Form **1 1, 74;**
2 1, 59; 5 68. — notwendiger Inhalt
6 68; 7 145. — V. über einen Grundſtück-
 veräußerungsvertrag; Form **1 1, 217; 2 1,**
210, 211; 4 118, 220; 5 128 (vgl. Form d.
 Immobilienvertrags). — Schenkungsver-
 ſprechen kein V. **5 204.** — mündlicher
 V. über mehrjährige Grundſtücksmiete
 unwirksam **2 1, 304; 5 215.** — entfällt
 die Verurteilung zur Verbriefung eines

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

Vertrags auch eine Bindung des Klägers? 6 923. — Vollstreckung der Urteile aus einem B. 3 2, 588, 592 (vgl. Zwangsvollstreckung auf Abgabe einer Willenserklärung).

— Klage aus einem Vorvertrag; Klageantrag 3 2, 435. — Klage aus e. pactum de mutuo dando (Klageantrag) 5 786.

W.

Waffen. — Handel mit Waffen im Umherziehen; Stoßwaffe i. S. des § 56 Ziff. 8 GewD. 4 948.

Wahlagitation. — Pflicht des Angestellten zur Verrichtung von Wahlarbeiten für den Dienstherrn? 2 1, 333. — Freiberger bei Wahlen 2 1, 68. — W. als Geschäftsführung ohne Auftrag 7 283. — Erfaß der vom Kandidaten ausgelegten Kosten durch den Wahlverein? 7 284.

Wahlschuld. — Wesen, Theorien 1 1, 169; 2 1, 157; 4 93; 5 101; 6 109. — Zwecke 2 1, 160; 4 92. — Gebiet u. Grenzen 1 1, 170. — W. u. Alternativermächtigung 1 1, 169; 2 1, 158 f.; 4 93; 5 101 ff.; 6 109. — § 1345 BGB. Wahlschuld? 6 109. — Übergangsrecht 2 1, 784. — W. und Gattungsschuld 1 1, 152, 153; 2 1, 161; 3 1, 86; 4 93. — W. und indirekte Verpflichtung 3 1, 78. — alternative Verurteilung z. Zahlung oder nach Wahl der Beklagten zur Duldung der Aufrechnung 6 109. — W. u. Sukzessivschuld 5 101. — aktive u. passive W. 2 1, 158. — alternativ geschuldete Willenserklärungen 3 1, 113; 4 96. — Wahlrecht des Schuldners nach § 262 2 1, 157; 4 94. — Bestimmung der Person des Wahlberechtigten nach den geschuldeten Leistungen 4 95. — Wahlpflicht? 2 1, 160; 4 94. — Ausübung des Wahlrechts, Wahlklärung 1 1, 170 f.; 2 1, 160, 161; 4 95. — Ausübung des Wahlrechts durch Klage auf die gehaltene Leistung 2 1, 75. — Ausübung des Wahlrechts bei Gesamtschuldnern 7 117. — Bedeutung der Wahl 4 96, 97. — Ausübung des Wahlrechts durch den Bürgern? 7 117, 118. — Klage gegen den Bürgern vor Ausübung des Wahlrechts 7 117. — Konzentration 2 1, 161, 162; 3 1, 112; 4 95. — Konzentration bei Unmöglichkeit einer der Leistungen 1 1, 171; 2 1, 162, 163; 4 97. — Wahlverzug? 4 96. — Wahlverzug, Klage auf Vornahme der Wahl 2 1, 161. — Übergang des Wahlrechts 1 1, 171; 2 1, 161, 162; 4 96. — Rechtsstellung der wahlberechtigten Schuldners nach § 264 3 1, 112; 4 96; des wahlberechtigten Gläubigers 3 1, 113. — Beginn der Zwangsvollstreckung i. S. des § 264 2 1, 161; 3 1, 113. — „Nichten“ der Zwangsvollstreckung im § 264 3 1, 113. — Unanwendbarkeit des § 264 i. F. d. §§ 887, 888 3 B. D. 2 1, 162. — Unmöglichkeit einer der Leistungen: kulpose 1 1, 171, 172; 2 1, 159, 162, 163;

3 1, 114; 4 96, 97; kasuelle 1 1, 171, 172; 2 1, 163; 4 96; 6 110. — Unmöglichkeit einer der Leistungen: nachträglich totale 1 1, 171; 2 1, 162; 4 96; nachträglich teilweise 1 1, 171; 2 1, 162; 4 97; ursprüngliche totale 2 1, 162; 4 97; ursprüngliche teilweise 1 1, 171; 2 1, 163; 4 97. — Annahmeverzug bei der W. 1 1, 212; 2 1, 158. — Fragen der Zwangsvollstreckung 2 1, 161; 3 1, 112; 4 96. — Übertragbarkeit des Wahlrechts 2 1, 160. — Aufrechnung bez. Wahlforderungen 5 153. — Beweislast bei der W. 3 1, 112. — Beispiele aus dem Kaufrecht 3 1, 112; 5 103. — buchhändlerisches Konditionengeschäft als W. 1 1, 170. — W. auf Grundstücksauflassung oder Leistung von bestimmten Gegenständen zur Umgehung des § 313 3 1, 114. — alternativer Klageantrag 4 94, 95; 5 102 (s. Klageantrag). — Alternativantrag bei der Eigentumsklage 3 1, 113. — § 894 3 B. D., für Schuldtitel mit Wahlrecht unanwendbar 3 1, 113; 4 96. — Verhältnis der Rechte des Gläubigers aus § 325 nicht nach §§ 262 ff. zu beurteilen 1 1, 234. — Wahlrecht bei gegenseitigem Vertrag mit alternativ bestimmten Leistungen 2 1, 157. — Wandlung und Minderung nicht Inhalt d. W. 5 101. — Haftung des falsus procurator nach Wahl des Gegners auf Erfüllung oder Schadensersatz 1 1, 113; 3 1, 112. — Recht d. Verletzten nach d. bayer. Feldschaden- u. dem preuß. FzPolG. auf Erfaßgeld oder Schadensersatz 2 1, 162.

Waisenpfleger. — Stellung 5 545. — Beamter? 1 2, 187; 2 1, 690.

Waisenrat s. Gemeinbewaisenrat. — Bestellung zum Vormund 1 2, 187; 2 1, 690. — Frau als W. 2 1, 690.

Waldgenossenschaften. — nicht eintragungsfähige Vereine 6 589.

Waldgrundstück. — Verkauf e. W. mit vorausgegangenem Verkauf des Holzbestandes an e. Dritten 4 24.

Wandelung s. Kauf. — Gerichtsstand 3 2, 347, 348. — W. nach Zwangsvollstreckung der Kaufsache 1 1, 349; 2 1, 229, 282; 3 1, 172, 220; 4 130, 164.

Wandergewerbechein s. Gewerbebetrieb im Umherziehen. — Ernährer der Familie? nach § 57a GewD. 4 949. — Zuständigkeit des bayer. Verwaltungsgerichtshofes 4 949. — „4 jährige Tätigkeit“ i. S.

(Wandergewerbeschein)

des § 57a GewD. 4 950. — Verjagung wegen fehlenden Wohnsitzes trotz früherer Erteilung bei gleichem Mangel 4 950. — Verjagung wegen „strafbarer Handlungen aus Gewinnsucht“; Begriff; Gesamtkstrafe von 1 Woche; Verjagung nach früherer Erteilung 4 950. — „wiederholte“ Bestrafung nach § 57b GewD. 4 950. — W. bei Verkauf lebenden Viehes nötig? 4 950. — „Feilbieten“ nach § 59 Ziff. 1 GewD. 4 950 (s. Feilbieten). — Ausdehnung der Befreiung nach § 59 Ziff. 1 GewD. auf den Gehülfen 4 950. — Bemessung der Entfernung nach § 59 Ziff. 2 GewD. 4 950. — „Gegenstände des Wochenmarktverkehrs“ nach § 59 Ziff. 2 GewD. 4 950. — nach § 59 Ziff. 4 GewD. zuständige Ortspolizeibehörde 4 950. — Ausfertigung für bestimmte Tage auf längere Dauer als das Kalenderjahr? 4 950. — W. für Stellvertreter; unentgeltliche Dienstleistung 4 950. — Anwendung des § 62 Abs. 1 u. 2 GewD. auf die eigenen Kinder des Nachsuchenden 4 951. — „Verweisen an die Behörde des Wohnorts“ als Verjagen nach § 63 GewD. 4 951.

Wanderlager. — Begriff; Herführen der Ware von auswärts Begriffsmerkmal? größerer Bestand Voraussetzung? 4 947, 948, 949.

Wappen s. Warenzeichen, Name, unerlaubte Handlung, Persönlichkeitsrecht. — Begriff 3 1, 7; 6 4 (Persönlichkeitsrecht). — unbefugter Gebrauch 2 1, 11; 3 1, 6; analoge Anwendbarkeit des § 12 WGV. 1 1, 11; 6 4. — Gebrauch im geschäftlichen Leben für Warenzeichen (s. diese) u. Kellamezweide 3 1, 7. — Rechte des W.-Fähigen insbes. des W.-Herrn 4 6. — Klage einer Gemeinde gegen einen Gastwirt wegen unbefugten Stadtwappengebrauchs 4 6; 6 4. — Gebrauch z. Herkunftszuweisung von Waren 3 1, 7. — Benutzung des W. einer selbst gewerbetreibenden Stadtgemeinde durch Dritte 7 7.

Ware. — Begriff; Zubehör e. Grundstückes als W. 4 947. — Kennzeichnung als bloße Gattung 1 1, 154. — Gebrauch von Wappen als Herkunftszuweisung 3 1, 7 (s. Wappen, Warenzeichen). — Zusendung unbestellter W. 1 1, 90 f. (s. unbestellte W.). — Eigenschaften i. S. des § 119 WGV. 5 33 (vgl. Eigenschaft). — Lieferung durch geheime Zeichen markierter W. 5 84.

Warenbestellungen. — Auffuchen von W. nach §§ 44 ff. GewD. s. Bestellungen.

Warenentnahmevertrag. — mit Rückzicht auf ein Darlehen; Rücktritt 3 1, 172.

Warenlager s. Sachgesamtheit. — Verpfändung 3 1, 27.

Warenzeichen s. Pariser Übereinkunft, Name.

I. **Allgemeines.** — rechtl. Natur des W.-Rechts 7 1135, 1158. — Anwendung des WGV. 3 2, 654 (§ 226 WGV.). — Begriff des W. 5 1068; 7 1143. — Systematik u. Übersicht der W. 5 1068. — Zweck des Gesetzes, Schutz des Publikums gegen Täuschung oder der Hersteller gegen unlauteren Wettbewerb? 5 1077. — Zwangsvollstreckung in W.-Recht 7 1135, 1140, 1149 (in d. Ausstattungschutz). — Verhältnis zum unlauteren Wettbewerb (s. diesen) 3 2, 656; 7 1136, 1143, 1145. — Benutzung eines eingetragenen Zeichens als unlauterer Wettbewerb 3 2, 654. — Eintragenlassen u. Gebrauch e. bereits von einem anderen benutzten (ungeschützten) W. gegen § 826 WGV. verstößend 5 43; 6 64, 100; 7 92, 93, 1144 (vgl. unerlaubte Handlung). — W. für einen erst in Aussicht genommenen Geschäftsbetrieb 5 1071. — Kollision zwischen Kunstschutz u. W.-Schutz 7 1136, 1156. — W. als Zubehör der Firma 1 1, 223 (s. Firma). — W.-Recht u. Namensschutz 2 1, 8, 9; 3 1, 3 f.; 4 4; 5 4; 7 5. — Benutzung e. eingetragenen W. durch e. Unberechtigten kein Fall des § 687 Abs. 2 WGV. 3 1, 293. — Vergehen gegen das W.-Gesetz als Preßvergehen i. S. des § 6 GGWV. 7 1149. — Schutz von Zeitungen? 3 2, 668; 7 1147, 1148 (s. LitUrthG.). — analoge Anwendung des PatW. 7 1142.

Warenzeichen des alten Rechts. — hat das Patentamt bei Anmeldung der sog. verkehrsbekanntten Zeichen die Eintragungsfähigkeit zu prüfen 3 2, 659. — Rangverhältnis der verkehrsbekanntten und der alten landesgesetzlichen Zeichen 3 2, 659.

II. **Eintragungsfähigkeit.** — hat, wer eine Ware mit dem Namen des Erfinders benennen darf, das Recht, sich diesen Namen als W. eintragen zu lassen? 3 2, 653. — Desensitivzeichen 3 2, 659; 7 1143. — Warennamen der chemischen Industrie 3 2, 649; 5 1070; 7 1137. — Gebrauch e. fremden Namens (Liberty) als W. 7 5, 1138, 1148. — Karikatur als W. 7 7. — Verwendung fremder Bildnisse als W. 7 7. — nur sinnfällige, dem Auge unmittelbar zugängliche Erscheinung; kein Schutz der Zweckmäßigkeit 7 1135. — Hotel- u. Restaurantbezeichnungen 5 1071; 7 1136. — Kollektivzeichen (Zeichen für eine Mehrzahl von Personen) 7 1136. — Personennamen für Waren der Wäscheindustrie 7 1136. — Etablissementname 5 1071. — Zeitungstitel 3 2, 668. — Firma als W. 2 2, 39; 5 1073; 7 1144, 1145 (abgekürzte Firma). — aus mehreren an sich nicht schutzfähigen Teilen bestehendes W. 7 1137. — Imperativ als W. 7 1137. — Schutzfähigkeit der Wortzeichen 7 1137. — fremdsprachliche

Bezeichnungen 7 1142. — kann etwas gleichzeitig Personenzeichen u. Beschaffenheitsbezeichnung sein 5 1072; 7 1143, 1145, 1148. — zur Warenbenennung gewordener Ortsname durch Hinzufügung e. Personennamens wieder als W. verwendbar 7 1149. — Einfluß des Rechts am eigenen Bild (nach Kunstschußgesetz) auf die Eintragbarkeit von W. 5 1157. — Eintragungsfähigkeit der im § 53 Abs. 2 KunstschußG. erwähnten Zeichen 7 1157. — Nachprüfung der Rechtmäßigkeit der Eintragung durch das Gericht? 7 1138.

Nicht eintragungsfähig sind. — Verzeichnis unzulässiger Zeichen 5 1068. — der zeichenrechtlichen Unterscheidungskraft entbehrende Worte 3 2, 648 (Arabeske). — kurslaufende Münzen, auch ausländische 3 2, 648. — Abbild einer bestimmten Ware als W. für diese 3 2, 648. — spätere Eintragung eines als unzulässig abgelehnten Zeichens für einen anderen 3 2, 650. — Eintrag eines des Muster-schutzes entbehrenden Geschmacksmusters als W. 5 1068. — technisch notwendige Bestandteile einer Ware 5 1068. — ärgerniserregende W.; Begriff; „Pod“ als W. für Fleischwaren 7 1138.

Freizeichen. — Begriff 3 2, 648 (Worte, figürliche Marken); 5 1069. — Personennamen 3 2, 648 (Singer); 7 1060, 1061 (zur bloßen Beschaffenheitsangabe gemordener Name des ersten Erfinders). — Entstehung eines Freizeichens in wenigen Tagen? 5 1069. — Entstehen eines Freizeichens nicht schon durch Vorbereitungsmaßregeln? (Wesleben der Waren mit dem Zeichen) 5 1069. — Henry Clay 7 1137. — Bildung eines F. für eine unter dem Zeichen aus England bezogene, nur in Hamburg gehandelte u. nach den deutschen Kolonien vertriebene Ware 7 1137.

Zeichen nach § 4 Ziff. 1. — nur aus Buchstaben u. unterscheidungsunfähigen Zutaten bestehende 3 5 1069. — ein Monogramm bildende Buchstaben 3 2, 648. — Initialen der Firma des Anmelders 3 2, 648. — durch das Zeichen & verbundene Buchstaben 3 2, 648. — das Wort „das Auge“ auf Zeitschriften 3 2, 648. — Warennamen der chemischen Industrie 3 2, 649; 5 1070 (vgl. oben). — Familiennamen als Beschaffenheitsangabe 3 2, 649, 651. — fremdsprachliche, lateinische Ländernamen für Waren, die nicht aus diesen Ländern stammen 7 1141. — Flussnamen 3 2, 649 (Rhein?). — kann ein nicht eintragungsfähiges Wort durch Anhängung der Silbe „den“ eintragungsfähig werden? 3 2, 649. — Eintragen eines nach § 4 Ziff. 1 nicht eintragbaren Wortes, wenn es nach Art der Anbringung in einem zusammengefügten Zeichen als Schlagwort gebraucht werden will 3 2, 649. — Her-

kunftsbezeichnung für Weine u. andere Waren 7 1149. — Angabe über die Herkunft aus Landstrichen, Provinzen 3 2, 650. — im Ursprungsland als bloße Beschaffenheitsangabe betrachtete Bezeichnung kann in Deutschland Herkunftsangabe sein 7 1149. — kann ein eingetragenes W., ein Personennamen, zur Beschaffenheitsangabe herabsinken? 5 1072; 7 1143, 1145, 1148. — „bière de Munich“ in Frankreich? 7 1153. — Abkürzungen von Beschaffenheitsangaben 5 1069. — „Erjaß für“ 5 1069. — fremdsprachige Beschaffenheits- u. Bestimmungsangaben 5 1069. — Personen-Gattungsnamen (Bureaudiener, Gentleman) 5 1069. — eigentümliche Wortbildung oder Zusammensetzung von Beschaffenheitsangaben 7 1145. — Begriff der Beschaffenheitsangabe; muß das Wort nach seiner sprachlichen Bedeutung etwas über die Beschaffenheit mitteilen? 5 1072; 7 1138. — „ägyptische Zigaretten“ Herkunftsbezeichnung 7 1137. — „Königl. Fachingen“ 7 1137. — systematische Zusammenstellung der aus dem Wohnort d. Inhaber abgeleiteten Zeichen 7 1137, 1138. — „Tofaher“ als Herkunftsbezeichnung 7 1149. — „Bernstäfeler Doktor“ als Herkunftsbezeichnung 7 1141, 1153.

Täuschungsgesfahr begründende Zeichen (s. auch unten Löschungsfrage) 7 1138. — frei erfundene, eine Weinberglage andeutende Namen (Rüdesheimer Adlerturm) 3 2, 650. — Anbringen einer englischen Nationaldevise (old England for ever) 3 2, 650. — Name eines Arztes auf den in der Apotheke hergestellten Heilmitteln 3 2, 650. — durch ihre Endungen auf ausländische Familiennamen deutende Worte 3 2, 650. — Annahme des alten berühmten Zeichens eines aufgegebenen Unternehmens 3 2, 650, 651. — Einfluß zivilrechtlicher Befugnisse bei Prüfung aus § 4 Ziff. 3 3 2, 650. — täuschender Gebrauch nicht nötig 3 2, 651. — Gebrauch fremder Namen und Firmen 7 5, 1138. — Familiennamen (Name eines früheren Firmeninhabers) 3 2, 651. — Genehmigung der einen mit dem Warenzeichen übereinstimmenden Namen führenden Person 5 1069. — lediglich als Herkunftsbezeichnung, nicht als Beschaffenheitsangabe angesehene W. 5 1070, 1071. — „Urquell“ für Syphons 7 1141. — Einfluß der Zweckbestimmung der Ware bei Beurteilung der T. 7 1141. — „Original Kaiser“ Verwechslung mit Kaisers Kaffeegeschäft 7 1141. — „Original Unterberg-Zordemann-Boonekamp“ 7 1142.

Verwechslungsgesfahr. — Nachprüfung in der Revisionsinstanz 3 2, 659. — eine Untersuchungsspflicht des Käufers kommt nicht in Frage 3 2, 658; 5 1077. —

(Warenzeichen)

maßgebend der Eindruck auf das kaufende Publikum 5 1076; 7 1150 (3). — Verwechslungsmöglichkeit mit Rücksicht auf die durch die Eile des Verkehrs bedingte Nachsicht 3 2, 658; 5 1075, 1076. — Benutzung des e. W. zugrunde liegenden Motives 3 2, 658; 5 1077. — Bestimmung bei Wortzeichen 7 1138, 1139. — Verwechslung eines Wortzeichens mit einem Bildzeichen 3 2, 658; 5 1073, 1076. — schließt die Verkleinerungssilbe „chen“ die Verwechslungsgefahr aus? 3 2, 658. — Berücksichtigung der den Gebrauch des Zeichens begleitenden Umstände 3 2, 658. — W. bei Kombinationszeichen 3 2, 658; 5 1073; 7 1151. — Verwechslung zwischen Rufnamen u. historischen Personen (Luise und Königin Luise) 3 2, 658. — W. zwischen einem Personennamen und dem gleichen Namen mit vorhergehenden Rufnamen 3 2, 658, 659. — der Zusatz „der echte“ zu einem Personennamen genügt nicht zur Unterscheidung 3 2, 659. — kleine Besonderheiten bei Personennamen oft genügend 3 2, 659. — W. bei Verbindung eines geschützten Zeichens mit einer anderen Warenbezeichnung 5 1073. — W. zwischen zwei von verschiedenen Stämmen abgeleiteten Wortzeichen 5 1076. — verschiedene Namen derselben mythologischen Person 5 1076. — Einfluß der Kleinheit 5 1076. — Hinzufügung der Firma als Unterscheidungsmerkmal? 5 1076. — Bedeutung des Gesamteindrucks 5 1076 (2); 7 1149, 1150 (4), 1152. — besonders in die Augen fallender Teil eines Gesamtbildes 5 1076. — Herübernahme des charakteristischen Teiles eines fremden W. 5 1076. — Unterscheidung durch ein nicht an sich, wohl aber durch seine Stellung unterscheidungsträchtiges Wort 5 1076. — Einfluß der Täuschungsabsicht auf die W. 5 1076; 7 1150. — Einfluß der im praktischen Verkehr üblichen Benutzungsart des Zeichens 5 1077; 7 1150, 1151. — Bedeutung der bildlichen Erscheinung für die Frage der W. 7 1149. — Verschiedenheit in der Farbe u. im Aufbrude der Etiketts 7 1149, 1150, 1151, 1152. — Pflicht des Zeicheninhabers zur deutlichen Anbringung des Zeichens 7 1150. — Tierbilder; Einfluß des unter das Bild geschriebenen Namens 7 1150. — Gleichheit des Absatzgebietes 7 1150. — Einfluß der Ausstattung 7 1150. — Vergleichung der nebeneinander betrachteten W. ? 7 1150 (2). — Bedeutung des sozialen Kreises der Abnehmer 7 1150. — Rücksicht auf Zwischenhändler 5 1076; 7 1150. — Bedeutung von Neben Umständen 7 1150. — Verlegung des Geschäftes in das Haus des Inhabers des anderen Zeichens 7 1150. — widerrechtliche Beziehung e. Zeichens zu d.

Warenangebot e. Gewerbetreibenden durch ein Ladenschild; Unmöglichkeit der Beseitigung des Schildes 7 1150. — Entnahme des einen wesentlichen Bestandteil eines Zeichen bildenden Wortes bei sonst abweichender bildlicher Darstellung 7 1151. — „Urquell“ u. „Urtstoff“ 7 1151. — „Apollinarisbrunnen“ und „künstlicher Apollinarisbrunnen“ 7 1151. — Verwechslung e. nackten herkulischen Gestalt ohne die mythologischen Attribute mit Herkules 7 1151. — keine Beseitigung durch Zusatz des Wortes „Original“ 7 1151. — Eschenheimer Turm u. Lübecker Postentor 7 1151. — „Amor“ u. „Autor“ 7 1151. — „Rara avis“ und „bella avis“ 7 1151. — „Nimm mich mit“ u. „pick me up“ 7 1151. — eigenartige Teilung u. Schattierung des mit Recht gebrauchten Namens oder Zeichens 7 1151. — wirkliche Verwechslung nicht nötig; W.-gefahr genügend 7 1152. — Rücksicht auf die Schwäche des menschlichen Erinnerungsvermögens u. die dadurch bedingte falsche Gedankenverbindungen 7 1152. — bei Zeichenornamenten im Parfümeriehandel 7 1152. — im Sekthandel (Rumm) 7 1151, 1152.

Gleichartigkeit der Waren. — Begriff 3 2, 651; 7 1138. — Einfluß der Möglichkeit der Verwechslung der Ware 3 2, 651; 5 1070. — Gleichheit der Stoffe, der Gebrauchsbestimmung 5 1069, 1070. — für die Frage der Gleichartigkeit in Betracht kommende Umstände 5 1070. — Gleichartigkeit von pharmazeutischen Produkten u. Präparaten 5 1070. — Wein u. alkoholfreie Getränke? 7 1138. — natürliches u. künstliches Mineralwasser 7 1141. Benutzung gelöschter Zeichen. — gibt § 4 Abs. 2 dem Inhaber e. gelöschten Zeichens ein selbständiges Recht auf Wiedereintragung? 7 1138. — Gleichartigkeit nach § 4 Abs. 2 7 1138 (s. oben). — Sperrfrist des § 4 Abs. 2; Beginn usw. 5 1069; 7 1138.

III. Verfahren vor dem Patentamt 7 1142. — de lege ferenda 5 1070; 7 1142. — Bezeichnung des Geschäftsbetriebs mit dem Worte: „kaufmännisches Geschäft“ 5 1068. — Druckstod 5 1068. — Tätigkeit und Verantwortungspflicht des Patentanwalts 5 1070. — hat das Patentamt zu prüfen, ob ein Geschäftsbetrieb besteht? 5 1071. — muß der bei Anmeldung angegebene Geschäftsbetrieb sich mit den in dem nach § 2 vorgelegten Warenverzeichnis enthaltenen Waren decken? 7 1137 (2). — welche Waren umfaßt der Geschäftsbetrieb des Exporteurs 7 1137. — unverbindliche Äußerungen des Vorprüfers 7 1142. — Vorprüfungs- u. Aufgebotsverfahren 7 1142. — Androhung, bei Schweigen werde ein Teil

der Anmeldung als zurückgezogen betrachtet werden 5 1069. — Rückzahlung der Erneuerungsgebühr, wenn es zur Erneuerung nicht kommt 3 2, 648. — Erneuerungsanmeldung mit dem Antrag, die Erneuerung erst von einem späteren Tag an (Tag des Ablaufs der Schutzfrist) gelten zu lassen 3 2, 652.

W i d e r s p r u c h. — Widerspruch eines Nichtbenachrichtigten 5 1069; 7 1138. — kein Widerspruchsrecht bez. der „absoluten Verfassungsgründe“ 5 1069. — Vollmacht zur Widerspruchserhebung (Konkurs des Vollmachtgebers) 5 1069. — Nichtbenachrichtigung als Feststellung einer Nichtübereinstimmung? 5 1069. — Pflicht des Patentamtes zur Benachrichtigung bei Annahme einer Übereinstimmung 5 1070. — Mehrheit von Inhabern kollidierender Marken 5 1069, 1070. — Anwendung der Vorschriften des Patentgesetzes auf das Widerspruchsverfahren? 7 1142. — Mittheilung der eingegangenen Widersprüche an den Anmelder? 7 1142, 1143 (2).

B e s c h w e r d e 7 1142. — Bedeutung des Wortes „Antrag“ im § 10 Ziff. 2 (Widersprüche eines älteren Zeicheninhabers) 3 2, 653. — keine unbefristete W. 3 2, 653. — Gebührenpflicht der W. 3 2, 653. — unrichtige Begründung der W. 3 2, 653. — weitere W.? 3 2, 653. — W. gegen einen Bescheid, durch den die Löschung eines Zeichens von Amts wegen abgelehnt wird 3 2, 653.

IV. Wirkung der Eintragung i. auch unten V. — widerrechtliche Anbringung des W. auf d. Ware des Markenberechtigten durch einen Dritten 3 2, 653; 7 7, 1135. — unter Anbringen nach § 12 fällt auch die gewerbliche Benutzung des vorher angebrachten Zeichens 3 2, 653, 654, 656; 7 1146. — Rechtsbehelf gegen Unterschneidungen im Kleinhandel durch mündliche Verletzung im Warenzeichen 7 1143. — bloße Benennung der Ware kein Anbringen 3 2, 654. — Anbringen des Zeichens auf nur in vorübergehende Verbindung mit der Ware gebrachte Behälter 3 2, 654, 656. — Einfüllen e. andereu Ware in das mit dem W. eines Dritten versehene Behältnis als „Versehen“ nach §§ 12, 14 3 2, 656; 5 1072; 7 1145. — „Versehen“ mit dem W. des Dritten ohne Absicht des Inverkehrbringens 3 2, 655; 5 1073. — „Versehen“ „Reuzzeichnen“; Begriff 7 1145. — Verwendung des als W. geschützten Bildes an der hergestellten Ware als deren technisch notwendiger Bestandteil kein „Versehen“ 7 1146. — Vermischung der echten Ware seitens eines Dritten unter Benutzung des W. 5 1074. — Benutzung des W. seitens eines Dritten als Etablissementenamen u. Bezeichnung der Ware mit diesem Namen 5 1071. —

Benutzung d. W. eines Dritten (Bildzeichen) als Geschäftsschild 7 1146. — Inverkehrbringen bei für das Ausland bestimmten Waren; Transport im Inland 7 1146. — Anbringen auf Wirtshauschildern u. Fenstern als Ankündigung i. S. des § 12 7 1151. — Verwendung zweier für sich freier, aber in ihrer Zusammensetzung ein geschütztes W. wiedergebender Worte 3 2, 655. — Verhältnis zum unlauteren Wettbewerb (s. oben I u. unlauterer Wettbewerb) 7 1143. — negative Feststellungsfrage gegenüber eingetragenen W. 3 2, 654; 5 1071. — Schadenersatz u. Unterlassungsfrage nach §§ 823, 826 BGB. 7 1143 (s. unerlaubte Handlung). — Schutzbereich farbiger W.; Recht des Inhabers zum Gebrauch des W. auch in anderer Farbe 7 1143, 1144. — Einfluß einer ungenauen Bezeichnung der Firma auf den Bestand des W.-Rechts 7 1144. — Stellung d. Eingetragenen gegenüber dem, der schon vorher das gleiche Zeichen ohne Eintragung brauchte 7 92, 93, 1144 (2) (vgl. 5 43; 6 64, 100). — Eintragung e. d. gleichen Merkmale wie die Ausstattung e. anderen enthaltenden W.; Frage des W.-Inhabers gegen den Ausstattungsbesitzer auf Unterlassung der Weiterbenutzung der Ausstattung 7 1144 (s. unten Ausstattung). — Feststellungsfrage des Inhabers e. nicht eingetragenen Zeichens, daß Übereinstimmung mit einem eingetragenen W. nicht vorliege 3 2, 654. — nur im Ausland eingetragenes W. gegenüber dem gleichartigen, inländischen W. 7 1144. — Monopolist nach §§ 12, 14 WarenZG. schutzberechtigt? 3 2, 657; 5 1074 f.; 7 1144. — Gebrauch e. geschützten W. unter Beifügung d. Wortes „System“ seitens e. Dritten 7 1145. — Verletzung e. Kombinationszeichens durch Benutzung einzelner Teile 7 1145. — Verhältnis zweier eingetragener übereinstimmender W.; Unterlassungsfrage des Inhabers des älteren W. vor Löschung? 7 1145. — Schutz d. zu Unrecht eingetragenen W. 7 1147. — gegen § 226 BGB. verstößende Benutzung des Zeichens 3 2, 654 f.; 5 1071; 7 1143 (bei Defensivzeichen). — Unterlassungsfrage 7 1143. — Unterlassungsfrage gegen Angestellte 5 1074. — Unterlassungsfrage gegen Gehilfen 5 1071. — Anwendung d. § 93 ZPO. bei Unterlassungsfrage 7 1143. — Einrede der mangelnden Rechtsbeständigkeit des Zeichens? 3 2, 654. — Einrede gegen die Unterlassungsfrage, daß eine Wiederholung der Störung nicht zu besorgen sei 3 2, 654 (Beweislast); 5 1071; 7 1143. — Einrede, der Zeicheninhaber habe durch seine

(Warenzeichen)

Zeichenanwendung seinem Gegner in einer gegen die guten Sitten verstößenden Weise vorsätzlich Schaden zugefügt gegenüber der Unterlassungsflagge **3 2, 654; 5 1071; 7 1143.** — Einwand eines Vorbenutzungsrechts **5 1071; 7 1140.** — Einwand, daß der als Warenzeichen geschützte Personennamen sich zur Beschaffenheitsangabe entwickelt habe **5 1072; 7 1143, 1145.** — „Zeit, in welcher ein Rechtsgrund für die Löschung früher bereits bestanden hatte“ (§ 12 Abs. 2) bei Löschung e. Zeichens nach § 9 Biff. 1 **7 1144.** — kein Anspruch auf Vernichtung der verletzenden Etiketten **7 1143 (f. 1149).** — Gebrauchs-zwang? **7 1144.**

Verhältnis zu Namen, Firma und deskriptiven Angaben Dritter (§ 13). — Verwendung zweier an sich freier, in ihrer Verbindung aber ein geschütztes W. wiedergebender Worte **3 2, 655.** — Eintragung einer Firma ohne Rücksicht auf ein kollidierendes W. **3 2, 655.** — Abfürzung einer Firma durch Gebrauch eines Schlagwortes **3 2, 655; 5 1073; 7 1144, 1145.** — Einwand gegen einen als W. geschützten Personennamen, daß er sich zur Beschaffenheitsangabe entwickelt habe **5 1072; 7 1143, 1145.** — Anwendung des § 13 nur auf den w i r k l i c h e n Herstellungsort **5 1072.** — Benutzung eines eingetragenen Zeichens trotz Kenntnis seiner Verwechslungsfähigkeit, Schadenersatzpflicht? **6 312 (f. unerlaubte Handlung, § 826).** — Eintrag u. Gebrauch e. bereits von e. Dritten benutzten (nicht eingetragenen) Zeichens gegen § 826 BGB. verstößend **5 43; 6 64, 100; 7 92, 93, 1144 (2).** — keine Anwendung des § 13 auf das Verhältnis eingetragener W. untereinander **7 1144.** — Einwand d. Beklagten, daß er nach § 13 zur Anbringung seines Namens oder seiner Firma auf den Waren u. deren Verpackung berechtigt sei, gegenüber der Klage auf Löschung e. aus Namen bestehenden Zeichens wegen Verwechslungsfähigkeit mit einem älteren Zeichen? **7 1145.** — keine Anwendung d. § 13, wenn die Beschaffenheitsangabe mit anderen Zeichen oder Worten verbunden als W. eingetragen ist **7 1145.** — Verbindung e. geschützten W. mit dem Worte „System“ unter §§ 13, 14 fallend? **7 1145, 1146.** — Herabsinken e. eingetragenen W. zur Beschaffenheitsangabe **7 1145.** — Schutz der Telegrammadresse (f. diese) **7 1147.**

V. Entschädigungspflicht und Strafbarkeit nach § 14. — liegt in der Bezeichnung „à la Gilta“, „System N. N.“ unbefugter Namensgebrauch? **3 2, 655; 7 1145, 1146.** — Entschädigungsflagge des Monopolisten **3 2, 657; 5 1074,**

1075; 7 1144. — Haftung d. Prinzipals für Verletzung eines W.-Rechts durch seine Angestellten (§ 831 BGB.) **6 331; 7 370, 1146.** — Unterlassungsflagge neben der Entschädigungsflagge **7 1147.** — Benutzung eines deutschen W. im Ausland; Teilnahme im Inland an e. solchen Eingriff **7 1147 (vgl. 5 1075).** — Bezeichnung von Verpackungsmaterial mit Namen oder W. eines Dritten vor Verbindung der Verpackung mit der Ware **3 2, 656.** — Feilhalten **3 2, 656; 7 1146 (Nichtwiderruf e. Verkaufskommission).** — „Versehen“, „Anbringen“, „Kennzeichnen“ i. oben Wirkung d. Eintragung. — Täuschungsabsicht nicht erforderlich **3 2, 655; 5 1074.** — Wesentlichkeit **3 2, 655 (Annahme eines Einverständnisses d. Verletzten); 5 1074.** — Absicht, die im Inland mit dem W. des Dritten versehenen Waren im Ausland in den Verkehr zu bringen **3 2, 655; 7 1146.** — irrtümliche Annahme, das W. sei wegen Wechsels des Firmeninhabers nicht mehr geschützt **3 2, 656.** — „Kennzeichnen“ **7 1145.** — „widerrechtlich Kennzeichnen“ **7 1146.** — Versehen einer Arznei mit dem vom Arzt auf dem Rezept gebrauchten, fremden W. ist widerrechtlich **3 2, 656.** — Einpacken einer anderen Ware in das vom Käufer mitgebrachte, mit dem Warenzeichen eines Dritten versehene Behältnis unter Aufklärung des Käufers **3 2, 656; 5 1072; 7 1145.** — Ware i. S. des § 14 **7 1147.** — Werke der Literatur u. Kunst als Waren i. S. des § 14 **5 1073; 7 1146.** — Probenummern e. Zeitung als Ware nach § 14 **7 1147.** — Entstehen e. Schadensanspruchs gegen den Inhaber e. zu Unrecht eingetragenen W. erst mit der Löschung, nicht schon mit dem Bestehen d. Lösungsgrundes **7 1146.** — Umfang der Entschädigung (entgangener Gewinn) **3 2, 656, 657.** — Pflicht d. Täters zur Rechnungslegung oder Auskunftserteilung **3 2, 657; 5 1075.** — eine gegen den Käufer der Ware gerichtete Täuschung nicht Voraussetzung des § 14 **7 1147.**

Strafklage. — Löschung des W. ohne rückwirkende Kraft auf verübte Zuwiderhandlungen **3 2, 655.** — Strafantragsrecht d. gesetzlichen Vertreters **3 2, 657.** — Strafantragsrecht d. Monopolisten **3 2, 657; 5 1074 f.; 7 1144.** — dolus eventualis genügend? **5 1074; 7 1148.** — Angestellte als Gehilfen oder als Täter **5 1074.** — selbständige Gewerbetreibende als Gehilfen **5 1074.** — Anstiftung u. Beihilfe **5 1074.** — Beihilfe im Inland zu einer im Ausland begangenen Tat **5 1075; 7 1147.** — keine Strafbarkeit nach § 14, wenn jemand zum Zweck der Täuschung seine Ware mit der ihm zustehenden Firma (Maria Mumm u. Cie.) verpackt **7 1147.** — Benutzung e. zu Unrecht eingetragenen W.

seitens e. Dritten; irrtümliche Annahme d. besserberechtigten Täters, daß er das Zeichen weiter führen dürfe, weil er e. Löschungsanspruch habe 7 1147. — tatsächlicher Irrtum d. Täters darüber, daß genügend erkennbar sei, die von ihm angepriesene Ware sei nicht mit dem W. versehen 7 1147. — Verjährung bei Benutzung d. W. in Preßinferaten 7 1147. — Strafantrag einer „Administration“ 7 1148. — Strafantragsrecht d. Gesellschafters e. in Liquidation befindlichen offenen Handelsgesellschaft 7 1149.

VI. Übergang des Rechtes. — die Annahme des Zusatzes GmbH. seitens e. Firma macht eine Umschreibung nicht nötig 3 2, 648. — Übertragung eines Geschäftes mit Firma, aber ohne den Geschäftszweig, für den das W. eingetragen ist 3 2, 651. — Folgen einer Veräußerung des W. ohne den Geschäftsbetrieb 3 2, 652; 7 1135. — Übergang d. für e. offene Handelsgesellschaft eingetragenen W. auf den Aktiva u. Passiva, aber nicht die Firma übernehmenden Gesellschafter 7 618, 1139. — Stellung des Monopolisten (Kießbraucher?) 3 2, 657; 5 1074; 7 1144. — warenzeichenrechtliche Lizenz: Lizenznehmer Rechtsnachfolger in das Privatrecht nach Art. 4 ZntÜb. 7 1139. — Vermutung d. Mitübergangs des W. bei Geschäftsveräußerung 7 1139. — Schutz d. Erwerbers gegen d. Veräußerer auch ohne Eintragung des Übergangs 7 1139. — Wechsel in der Person des Firmeninhabers, wenn die Firma als Berechtigter eingetragen ist 7 1139. — Zwangsvollstreckung in Warenzeichenrechte 7 1135, 1140.

VII. Löschung durch das Patentamt. — zählt § 8 die Lösungsgründe erschöpfend auf? 3 2, 652. — Löschung wegen Nichtbenutzung 3 2, 652, 659 (Defensivzeichen). — Vorbescheid im L.-verfahren? 5 1070. — Antragsrecht d. jeweiligen Firmeninhabers ohne vorherige Umschreibung 5 1070. — L. e. nachträglich zur Sachbezeichnung gewordenen ehemaligen Personenzeichens 7 1140. — Erneuerungsanmeldung mit dem Antrag, die Erneuerung erst mit einem späteren Tag (Tag des Ablaufs der Schutzfrist) gelten zu lassen 3 2, 652. — Form der Erneuerungsanmeldung 7 1140 (bloßes Überfenden der Gebühr). — verjährliches Nichtzahlen der Erneuerungsgebühr innerhalb eines Monats nach Zustellung der L.-nachricht 3 2, 652. — Folgen einer Änderung der Auffassung über die Schutzzähigkeit 3 2, 652. — wegen Nichtbestehens eines Geschäftsbetriebes? 5 1071.

VIII. Eintragungsfälle. — Klagegrund; der Widersprechende besitze nicht Priorität für sein Zeichen oder er müsse trotz der Priorität die Eintragung auf

Grund d. Vertrags dulden 3 2, 651; 7 1139. — Klage, weil keine Übereinstimmung der Zeichen vorliege? 3 2, 651. — Stützen d. Klage auf die Behauptung, daß das Zeichen zu Unrecht eingetragen sei? 7 1139. — Einfluß e. Löschung d. Widerspruchszeichens auf die Eintragungsfälle? 7 1139. — Klage, weil d. Geschäftsbetrieb d. Widersprechenden z. Zt. d. Widerspruches aufgegeben gewesen sei 7 1139. — Behauptung d. Unwirksamkeit d. Eintragung d. Widerspruchszeichens wegen Geschäftsunfähigkeit d. Anmelders als Klagegrund 7 1139. — Stützen d. Klage auf die Behauptung, der Widerspruch sei unbeachtlich, weil die Bedingungen für Schutz e. ausländischen Zeichens im Inland z. Zt. der Erhebung d. Widerspruches nicht erfüllt gewesen seien 7 1139.

IX. Lösungsklage. — Klagerrecht des jeweiligen Firmeninhabers ohne vorherige Umschreibung 5 1070. — Klage auf Löschung d. für ein konsentiertes Erwerbsgeschäft der Frau eingetragenen W. gegen beide Eheleute 3 1, 475. — gutgläubige Vorbenutzung e. W. 5 1071; 7 1140. — für die Lösungsklage nach § 9 Ziff. 2 u. 3 maßgebender Zeitpunkt 7 1141. — Lösungsklage wegen Verletzung d. Ausstattungsrechtes 7 1142. — Verletzung anderer Waren derselben Warengattung als Fortsetzung d. Geschäftsbetriebes 3 2, 652; 7 1140, 1141. — wenn der Geschäftsbetrieb überhaupt nie begonnen hat 5 1071; 7 1140 (oder nicht mit den fraglichen Waren), 1141 (2). — Geschäftsbetrieb i. S. des § 9 Ziff. 2 7 1140. — Herstellung d. Ware nicht im eigenen Geschäftsbetrieb, sondern im Betrieb e. anderen, dem der W.-Inhaber die Rohprodukte liefert 7 1140. — Absicht der Neueröffnung e. Geschäftszweiges des alten Geschäftes 7 1140. — Handel mit Lizenzen kein Geschäftsbetrieb i. S. d. § 9 Ziff. 2 7 1141. — Täuschungsgefahr s. oben. — wenn nicht der Inhalt des Zeichens, sondern die sonstige Ausstattung und Reklame täuschend wirkt? 3 2, 652. — „den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechender Inhalt“ 5 1071. — bloß die Gefahr e. Täuschung begründender, aber den tatsächlichen Verhältnissen entsprechender Inhalt des W. 7 1141. — „Kreuznacher Doktorberg“ unter § 9 Ziff. 3 fallend 7 1141. — keine erschöpfende Aufzählung der Lösungsgründe im § 9 3 2, 652. — Löschung wegen Nichtbenutzung (Defensivzeichen) 3 2, 652; 659; 7 1143. — L. auf Grund einer Vertragspflicht d. Beklagten 3 2, 653, 659 (Löschung verwechslungsfähiger Zeichen). — Klage, daß der Beklagte nach Treu und Glauben zur Löschung verpflichtet sei 3 2, 653. — auf privatrechtlichem Titel (Namens-, Firmenrechte

(Warenzeichen)

oder Rechte auf Grund des UntWG.) beruhende Löschungsgründe 7 1142. — Löschung e. nur zur Schädigung desselben, für eine andere Ware früher eingetragenen W. 7 1142. — Einwand d. Beflagten gegenüber der Klage auf Löschung e. aus Namen bestehenden Zeichens wegen Verwechslungsfähigkeit, daß er nach § 13 zur Anbringung seines Namens und seiner Firma auf Waren u. Verpackung berechtigt sei? 7 1145.

X. **Ausstattungschutz** (Verwechslungsgefahr s. oben II). — Verhältnis zum W.-Schutz 3 2, 657 (Eintragung der Ausstattung als W. für e. Dritten); 7 1144 (s. oben Wirkung d. Eintragung), 1148. — Strafanzugsrecht des Monopolisten 3 2, 657 (vgl. 5 1074). — Charakter der Unterlagungsfrage nach § 15 (drohende Wiederholung als Voraussetzung) 5 1075. — Anwendung des § 15 auf die Angehörigen der Staaten der Pariser Union 5 1075. — einzelne Buchstaben als Ausstattung 5 1075. — Anerkennung der Ausstattung als Kennzeichen innerhalb eines örtlich begrenzten Kreises; Nachahmung dieser Ausstattung innerhalb eines anderen Gebietes 5 1075. — räumliche Verbindung mit der Ware nicht unbedingte Voraussetzung des Kennzeichens 5 1075. — im voraus erhobene Unterlagungsfrage wegen eines noch gar nicht näher bestimmten Verfahrens 5 1075. — langandauernde Benutzung seitens e. großen Unternehmens als Beweis der Geltung als Kennzeichen 5 1076. — Ausstattung e. Zeitung oder Druckchrift 7 1148. — Ausstattung der Aufmachung e. Ware? 7 1148. — Gesamtbild d. Ausstattung entscheidend 7 1148 (3). — Täuschungsabsicht 7 1148. — Zwischenhändler, Konjumenten unter die Verkehrskreise fallend 7 1148. — Umfang u. Anzahl d. beteiligten Verkehrskreise für Anwendung des § 15 nicht von Belang 7 1148. — bei Bestrafung wegen Verletzung des U. Vernichtung d. widerrechtlichen Kennzeichnung zulässig 7 1149 (vgl. 7 1143). — Löschungsfrage wegen Verletzung des U. 7 1142. — Anspruch auf Rechnungslegung bei Verletzung des U. 1 1, 167; 3 2, 657; 5 1075. — Unterlagungsfrage aus § 15 7 1148. — Zwangsvollstreckung in den U. 7 1149.

XI. **Fälschliche Verwendung von Wappen oder Ortsnamen** (§ 16) 3 1, 6 f. — für Anwendung des § 16 gleichgültig, ob die Interessen von In- oder von Ausländern in Frage stehen 3 2, 657. — Vergehen nach § 16 durch Unterlassen 3 2, 657; 5 1075. — Strafbarkeit des Stellvertreters 3 2, 657; 5 1075. — Strafbarkeit trotz Eintrags des trügerischen Zeichens 3 2, 657. — Absicht der

Irrtumserrugung 3 2, 657. — Vermögensschädigung nötig? 3 2, 657; 5 1075. — Unterlagungsfrage aus § 16 WarenzG. 7 1149. — Herkunftsbezeichnung für Weine u. andere Waren 7 1149 (vgl. oben Eintragungsfähigkeit). — Wert i. S. des § 16 7 1149. — Täuschungsabsicht trotz Niedrigkeit d. Preises 7 1149.

XII. **Konfiskation ausländischer Waren** (§ 17). — subjektives Verschulden des Ausländers nicht Voraussetzung 3 2, 657. — wenn das im Ausland erfolgte Vergehen der Ware mit dem W. nach dortigem Rechte nicht widerrechtlich ist 3 2, 657.

XIII. **Vnße**. — Zerlegung des Schadens in mehrere B. der mehreren Verurteilten 3 2, 657, 658; 5 1075. — Haftung mehrerer als Gesamtschuldner 3 2, 657, 658. — Pflicht des Gehilfen zur Zahlung einer B. 5 1075. — Verzögerung d. Entscheidung über die B., weil die Festsetzung des Schadensbetrags unsicher sei? 7 1149.

XIV. **Internationales Zeichenrecht** s. auch Pariser Übereinkunft. — Stellung der nicht Unionsberechtigten 7 1167. — akzessorische Natur des Inlandschutzes ausländischer Warenzeichen; Wegfall des Auslandschutzes 3 2, 659. — Bestehen des Heimatschutzes zur Zeit der Anmeldung und Eintragung in Deutschland als Voraussetzung für den Inlandschutz? 5 1077; 7 1152 (2). — Ausstattungsschutz eines Ausländers, wenn die Warenbezeichnung im Heimatland den Schutz als Warenzeichen genießt 5 1077. — ist der Umfang des Inlandschutzes eines Ausländers bedingt durch den Umfang des Heimatschutzes? 5 1077. — Lizenznehmer als Rechtsnachfolger in das Prioritätsrecht des Art. 4 Int. Ü. v. 7 1139. — Unionspriorität 7 1167. — kann die Priorität auf Grund d. Unionsvertrags nur von der ersten Anmeldung abgeleitet werden? 7 1167. — Schutz der Angehörigen der Unionsstaaten; Aushebung des § 23 Abs. 1 3 2, 647. — Schutz e. nur im Ausland eingetragenen W. gegenüber dem gleichartigen inländischen W. 7 1144, 1167. — Abweisung e. innerhalb d. Unionsfrist eingereichten Anmeldung wegen Mangels des Heimatschutzes, wenn im Heimatstaat das Eintragsverfahren noch schwebt 7 1167. — im Heimatstaat erlaubte, als öffentliche Wappen sich darstellende W. 7 1167. — im Inland weder Wohnsitz noch Aufenthalt besitzende Personen als Vertreter 3 2, 659. — Lauf der Strafantragsfrist für den Vertreter 3 2, 659. — Genehmigung des von einem Nichtbefugten gestellten Strafantrags durch den Vertreter nach Fristablauf 3 2, 659. — für welche Ansprüche besteht d. Vertretungszwang d. § 23? Prozesse darüber,

welcher der Parteien das Warenzeichen zusteht 7 1152. — Gültigkeit des Art. 28 des Handelsvertrags mit Frankreich v. 2. VIII. 62; Schutz der von e. Franzosen als Fabrikzeichen geführten Zeichen 7 1152, 1167. — Markenrecht im österreichisch-ungarischen Ausgleich 7 1152. — Schutz an Wortzeichen in Österreich-Ungarn 7 1152. — „bière de Munich“ in Frankreich 7 1153. — „Berkasteler Doktor“ in England 7 1153. — Kampf um die Chatreufe-Marke 7 1167. — ein Verzeichnis der ausländischen Gesetzgebung u. der Staatsverträge 5 1077; 7 1152, 1153, 1168, 1169.

Warrant s. Lagergeschäft.

Wartzeit d. Witwe s. Ehehindernisse.

Wasser ogl. Regenwasser. — Grundwasser als Sache 6 30.

Wassernutzungsrecht. — rechtl. Natur 7 945.

Wasserrecht s. auch Flüsse, Regenwasser. — maßgebendes Recht bei Streit über das Recht zur Wasserentnahme aus einem Bach 1 2, 392. — Schadensersatzrecht des Uferbesizers an einem Privatflusse bei Verunreinigung des Wassers durch einen Oberlieger 1 2, 392. — keine Anwendung des § 906 BGB. im rheinischen Wasserrecht; Fortgeltung der artt. 640—643, 645 code civil 2 1, 767. — Streit über den Abfluß des Regenwassers; keine Anwendung des BGB. 2 1, 767. — Folgen der Übersutung eines Privatgrundstücks durch ein öffentliches Gewässer; keine Anwendung d. BGB. 5 616. — Verhältnis der Artt. 54, 83, 84 BayWasserbauG. v. 28. V. 52 zu §§ 1020, 1024 BGB. (Rücktau) 4 534. — Eisgewinnungsberechtigte; Rücksichtnahme auf e. Fischereirecht 2 1, 767. — gehört zum Inhalt eines Fischereirechts in einem Privatflusse das Eigentum am Fischwasser u. an dem sich im Fischwasser bildenden Eise? 2 1, 767. — Fortgeltung der interdita ne quid in flumine publico und quod in flumine publico 7 580. — Natur des staatlichen Eigentumsrechts am Meeresstrand 1 2, 393. — Zuständigkeit der bürgerlichen Gerichte für d. Klage auf Wiederherstellung durch Wasserstaunung geschädigter Wiesen in Baden 3 1, 92 (s. Rechtsweg). — landesrechtliche Vereine in bezug auf d. Wasserrecht nicht eintragungsfähig 6 588.

Wechsel.

Allgemeines. — Statutenkollision 4 1014; 6 1143. — rechtlicher Charakter des W. 1 1, 267. — Entstehung d. Wechselschuld; Stellung gutgläubiger Dritter bei Fehlen eines Begebungsvertrags 4 991; 6 1129. — Hypothekbestellung f. W.-Schulden 2 2, 254; 5 183; 6 1129. — abstrakte u. fakale bedingte W.-Ansprüche 4 985. — Zahlungsmittel des W.: Annahme an Zahlung statt oder zahlungshalber? 1 1, 267;

2 2, 201 (s. Zahlung). — Vermutung der Gutgläubigkeit des legitimierten W.-Inhabers 4 985. — Aufrechterhalten eines mit einem Formfehler behafteten oder präjudizierten W. als kaufmännischer Verpflichtungsschein 2 2, 202, 204; 4 985, 1018. — Begeben einer nicht akzeptierten Tratte nach französischem Recht 6 1143. — Zahlung mittels W. ändert den Zahlungs-ort nicht 4 618. — im Ausland vereinbarte Übertragung nicht bloß des Rechts aus dem Wechsel, sondern auch der zugrunde liegenden zivilrechtlichen Forderung; maßgebendes Recht 4 987. — Erfüllungsort 4 618; 5 105. — Erfüllungsort bei Domizilierung beim Traffanten 3 1, 116. — Hingabe e. W. in Depot 4 987 (s. unten Einrede). — Pflicht zur Ausstellung oder Annahme e. neuen statt des formungültigen W. 4 991, 1009. — Klausel, 30 Tage Kassa 2% Skonto oder Dreimonatsakzept 4 990 (s. Handelsklausel). — Recht d. W.-Verpflichteten auf Einsicht in Wechsel u. Protest 6 1144. — Präsentation e. Sicht-W. z. Zahlung durch Klageaufstellung 6 1133. — Präsentation von Nachsicht-W. 6 1133. — Beweislast über das Vorhandensein der Procura bei Geltendmachung eines per procura akzeptierten W. im Verjähnungsverfahren 6 1133. — Hypothek s. W.-Forderung; Verhältnis des nicht persönlich haftenden Hypothekschuldners u. d. W.-Schuldners 5 183; 6 1129. — Hypothek f. W.-Forderungen; Vorlage des W. bei Eintragung 2 2, 454. — Bedingungen bei Akzept, Indossament, W.-Bürgschaft 4 991. — unleserliche Unterschriften 4 1017. — Unterschrift oder Handzeichen? 4 1017. — Klage des im ordentlichen Prozeß zur Zahlung der W.-Summe rechtskräftig verurteilten W.-Schuldners auf Herausgabe des W. wegen Nichtzurechtbestehen des W.; Einrede der Rechtskraft gegenüber dieser Klage 4 997, 999. — Verbot des Anatozismus für Anspruch aus W.-Prolongationen 4 998. — Klage auf Herausgabe e. W. wegen ungerechtfertigter Bereicherung des Besitzers durch den Besiz des W. 4 999. — kann darin, daß jemand es übernimmt, e. anderen durch Begebung des von diesem akzeptierten W. Geld zu verschaffen, ein Auftragsverhältnis gefunden werden? Zurüdnahme d. Auftrags z. Rt. der Begebung des W. 6 1138. — Beweislastverteilung, insbesondere bei Zurüdgehen d. Beklagten auf das kaufale Rechtsverhältnis 4 1004. — Beweislast bei eingetiffenen W. 6 1139. — Schadensersatzpflicht dessen, der einen ihm vom Inhaber zur Erklärung über die Echtheit seiner darauf befindlichen Namensunterschrift vorgezeigten W. vorsätzlich oder sachtlässig als

(Wechsel)

echt bezeichnet oder trotz nachträglicher Kenntnis der Unechtheit den Inhaber nicht hiervon verständigt **4 1005**; **6 1139** (s. unerlaubte Handlung). — darf der zur Unterzeichnung eines W. Bevollmächtigte einen Prologations-W. unterzeichnen? **4 1006**. — Beweislast für die Behauptung, daß ein W. an Zahlungstatt gegeben u. genommen worden sei **6 1143**. — Anspruch auf sofortige Zahlung, wenn das versprochene länger laufende Akzept nicht rechtzeitig ausgestellt wird **1 1, 178**; **3 1, 119**; **3 2, 390**; **6 1140**. — Abrede: „W.-Akzept 6 Monate“ als Stundung **3 1, 119**; **7 141, 142** (Verzugszinsen), **656, 668**. — kann der eine ihm bei Erteilung überwiesene Darlehnsforderung einflagende Miterbe den Darlehnsschuldner, der Zug um Zug Herausgabe der für das eingeklagte Darlehen ausgestellten W. verlangt, bezüglich des W. an die Gesamtheit der Erben verweisen? **4 1009**. — Zurückgreifen d. Gläubigers, der für seine Forderung W. zahlungshalber angenommen hat, auf die ursprüngliche Forderung **4 1011, 1012** (insb. bei Präjudizierung eines domizilierten W. infolge Unterlassung d. Protestes bei den Akzeptanten); **6 1141, 1142**. — Klage d. W.-Gläubigers auf Berichtigung d. W.-Schuld gegen den im Besitz des W. befindlichen W.-Schuldner **4 1011**. — zahlungshalber erfolgte W.-Hingabe für e. Hypothekschuld **6 1142**. — Voraussetzung für d. Bereicherungsanspruch nach Art. 83 W.D. **6 1142, 1143**. — Klage nach Art. 83 W.D. oder § 812 BGB. gegen den Trafanten, der durch Diskontierung e. nachher präjudizierten W. Berichtigung für eine Forderung an den Akzeptanten erlangte? **6 1142**. — Bereicherungsanspruch gegen den Aussteller seitens dessen, der die Frist zur Protestierung e. ihm vom Aussteller zum Diskont gegebenen Kunden-W. versäumte, wenn vom Akzeptanten die W.-Summe nicht beizutreiben ist? **6 1142**. — Haftung des Vertreters ohne Vertretungsmacht für W.-Erklärungen **1 1, 113**; **4 1017, 1018**. — vom Vertreter mit dem Namen des Vertretenen abgegebene W.-Erklärung **2 2, 44** (Prokurist); **4 1018** (s. **4 983**). — Diskontieren eines W. als Kauf oder Darlehen? **6 183**; **7 231**. — formlose Zusage, die von einem anderen auszustellenden oder zu akzeptierenden W. mit zu unterzeichnen **5 294**; **6 277** (Bürgschaft oder W.-Vorvertrag?). — Umwandlung e. W.-Schuld in e. Darlehnsschuld **2 1, 312**; **3 1, 243**. — Auftrag z. W.-Einzahlung **3 1, 282**; **4 218** (s. unten Indossament). — scheinungsweise Ausstellung e. W. der Form d. § 518 BGB. bedürftig? **1 1, 358**. — Schadenserfah. vertragswidrige Weiter-

gabe e. zu prolongierenden W. **6 100**. — Schadenserfah., wenn der durch Hingabe e. W. erfüllte Vertrag aufgelöst wird **6 100**. — vertragswidrige Benutzung; Mitschuld des Geschädigten **4 87**. — W.-Zeichnung für einen anderen ohne Vertretungsmacht **1 1, 113**; **4 1017, 1018**. — Pflicht d. mit Einholung d. Akzeptes einer Tratte beauftragten Bankiers, sich über die Vermögensverhältnisse d. Bezogenen zu erkundigen? **6 681**. — Versprechen, jemand aus e. Unterschrift zu nehmen **7 70, 176**. — W.-Reiterei **5 46**. — Haftung d. Vorstands e. Genossenschaft f. Verwendung d. Stempelmarke **2 2, 306**. — Ausfertigung durch d. Ehefrau e. Kaufmanns für d. Mann; nachträgliche Genehmigung **7 76**.

Wechselfähigkeit. — Verhältnis z. Geschäftsfähigkeit **2 1, 39**. — preussische Landgemeinden **4 938**. — darf die Ehefrau innerhalb d. Schlüsselgewalt Wechsel mit dem Namen des Mannes ohne dessen Zustimmung zeichnen? **4 1005** (s. Schlüsselgewalt). — Ausstellung durch einen Mündel ohne obervormundschaftliche Genehmigung; nachträgliche Genehmigung **2 1, 683**.

Erfordernisse des gezogenen Wechsels. — Fehlen der Bezeichnung „Wechsel“ **4 982**. — bloße Überschrift „Wechsel“ **4 982**. — Versprechen der Zahlung nach Wechselrecht oder Wechselstrenge an Stelle der Bezeichnung als Wechsel **4 982**. — ungenaue Bezeichnung der Geldsorte; Ergänzung durch andere Stellen des Wechsels **4 982, 983**. — Form der Bezeichnung des Remittenten **4 983**; **6 1130**. — Wechsel mit den Worten „Zahlen Sie mir“ und 2 Ausstellerunterschriften **6 1130**. — Angabe d. Verfallstages nur mit Bleistift in einem sonst mit Tinte geschriebenen Wechsel **4 983, 984**. — Einfügung d. Namens d. Ausstellers in ein Blankoakzept nach dem Fälligkeitstage **4 983**. — Unterschreiben seitens eines vom Aussteller Bevollmächtigten **4 983**. — Herstellen der Unterschrift des Ausstellers durch einen nicht Bevollmächtigten, sondern nur zu mechanischer Dienstleistung herangezogenen **4 983, 984**; **6 1146**. — Genehmigung der von einem Unbefugten hergestellten Unterschrift **4 983**. — Unterschrift des Vertreters mit dem Namen des Vertretenen **2 2, 44** (Prokurist); **4 983, 1018**. — vom Direktor einer Aktiengesellschaft auf diese gezogener und von ihm namens der A.-G. akzeptierter Wechsel **6 1130** (s. **4 991**). — Annahme e. Wechsels durch den Aussteller als Teilnehmer einer offenen Handelsgesellschaft für diese unzulässig **1 1, 117**; **2 1, 92**; **4 991**. — Ausstellung e. Wechsels seitens e.

offenen Handelsgesellschaft an Orber einer anderen offenen Handelsgesellschaft, die unter einer anderen Firma unter den gleichen Gesellschaftern besteht 4 983 (s. 2 2, 86; 4 1019). — Wechselzeichnung e. Handelsgesellschaft mit der Firma; von dem berechtigigten Vertreter nur mit seinem Namen gezeichneter Wechsel 4 984 (s. 4 990). — genaue Zeichnung der Firma bei e. durch Firmenzeichnung entstehenden Wechselobligo 4 984. — Zeichnung einer nicht im Handelsregister eingetragenen Firma 6 1130. — Fehlen des Jahres der Ausstellung bei Möglichkeit seiner Ermittlung aus anderen Umständen 4 984. — zuständiges Gericht, wenn als Zahlungsort „Berlin mit Straße u. Hausnummer“ angegeben ist 6 1131. — Angabe e. mehrfachen Ausstellungsortes oder Zahlungsortes 4 984. — Bezeichnung des Zahlungsortes mit „Berlin, jetzt Wilmersdorf“ 4 984. — unmöglicher Verfalltag, vor dem Ausstellungstag liegender Verfalltag 6 1130. — Angabe mehrerer Bezogener 4 984; 6 1130. — Sichtwechsel auf mehrere Bezogene 4 983, 984; 6 1130. — Inoffizielle oder alternative Angabe mehrerer Bezogener 6 1130. — „zahlbar aller Orten“ 6 1131. — unrichtige Angabe der Adresse des Bezogenen 4 984. — Angabe bloß der Straße u. Hausnummer unter Weglassen der Gemeinde bei Möglichkeit anderweiter Feststellung 4 984. — Bleistiftvermerk auf sonst mit Tinte geschriebenen Wechseln 4 983, 984. — Unzulässigkeit aller von der W.D. nicht ausdrücklich zugelassenen Erklärungen in e. Wechsel? 6 1130. — Vereinbarung über gerichtliche Zuständigkeit in einem Wechsel 6 1130. — unleserliche Namensunterschrift 6 1130.

Blankoakzept. — Begriff 4 985; 6 1131 (versehentliche Läden). — Pfändung von Blankoakzepten 4 985. — Schutz des gutgläubigen Erwerbers e. W. 4 991, 992; 6 1131, 1133 (wenn bei Erwerb der Blanketts die Zeichnung des Ausstellers fehlt, s. unten Einreden). — Beweislast für die anfängliche Unvollständigkeit des W. 6 1131. — Übertragung eines W. 4 987, 988; 6 1131. — Ausfüllungsermächtigung bei Blanketten; Befugnis zur Domizilierung? 4 983, 988, 1007, 1008 (Ausfüllungsermächtigung nur des ersten Nehmers); 6 1140, 1141, 1144. — Haftung d. Ausstellers e. W. bei seinem Willen nicht entsprechender Ausfüllung des W. 4 991. — Haftung d. Ausstellers eines gestohlenen W. 4 991. — Haftung d. Akzeptanten e. Blanketts, wenn z. Zt. der Präsentation der W. noch nicht die Unterschrift d. Ausstellers trägt 4 991 (2). — Ausfüllung der für die Buchstabenangabe der Wechselsumme offen gelassenen Spalte

bei bereits ausgefüllter Ziffernangabe 6 1133. — nachträgliche Änderung des verträglich fertiggestellten W. seitens d. Empfängers eines W. ohne Zustimmung des Akzeptanten 4 1000. — kann der im W.-Prozeß auf Klage des Blankoindossatars unter Vorbehalt Beurteilte im Nachverfahren die Einrede der mangelnden Aktiolegitimation erheben, wenn er gegen Aussteller u. Blankoindossanten ein rechtskräftiges Urteil auf Herausgabe des W. erstritten hat 4 1007. — Blankowechsel, in dem nur der Verfalltag offen gelassen ist? 6 1140. — Einreden des Akzeptanten gegenüber dem W.-Inhaber aus d. Person des ersten W.-Nehmers, wenn dieser d. W., ohne es zu unterschreiben, zum Diskont an den Kläger weitergab und dieser ihn als Aussteller vollzog 6 1140 (s. 6 1141, 1142). — Rechtslage, wenn jemand das Blankett eines W., auf dem außer dem Vordruck nur seine Unterschrift stand, u. zwar einmal an der für die Unterschrift d. Ausstellers hergebrachten Stelle, u. einmal auf der Rückseite oben, seinem Schuldner übersandte, damit dieser es akzeptiere u. zurückende, u. der andere aber den Wechsel zwar akzeptiert, aber einem Dritten überliefert 6 1140. — Befugnis des W.-Nehmers zur abredemäßigen Ausfüllung eines vom Auslande an ihn ins Inland geschickten W. 3 1, 677.

Domizilierte Wechsel. — Haftung des Akzeptanten, wenn der Domizilvermerk nach Akzeption ohne seine Genehmigung auf den W. gesetzt ist 4 998. — nach Annahme, ohne Einwilligung des Akzeptanten durchstrichener Domizilvermerk, Recht des gutgläubigen Erwerbers bei Nichterhebung e. Protestes 4 996. — nachträgliche Änderung des Domizilvermerks 1 3, 214, 215 (Beweislast); 4 992, 996, 1000. — nach e. Indossament auf den W. gesetzter Domizilvermerk 4 987, 992, 993. — Domizilierung e. Blankoakzeptes 4 988. — Domizilierung beim Trassanten; Erfüllungsort 3 1, 116. — nicht nach Namen oder Firma, sondern nur nach Wohnung bezeichneter Domizilist 4 990; 6 1135 („zahlbar bei der Direktion der Diskont-Gesellschaft, Berlin“). — Durchstreichung eines von 2 auf einem W. befindlichen Domizilvermerken durch den Aussteller 4 992. — Vermerk „Domizil offen“ 6 1134. — Vermerk „zahlbar Reichsbaunbenstelle Nr.“, wenn Wohnort des Bezogenen L. ist 6 1133. — unter dem Namen d. Bezogenen befindlicher Vermerk „zahlbar an der Kassenbank, Agentur S., Otto N.“ 6 1134. — Protest mangels Sicherstellung (Art. 29) beim Akzeptanten zu erheben 6 1134, 1135. — irrümliche Beurkundung im Protest, daß der W. dem Bezogenen präsentiert worden sei, wenn

(Wechsel)

tatsächlich gegen den Domiziliaten protestiert wurde 4 996; 6 1134. — Protesterhebung nach Art. 43, wenn der W. beim Aussteller gezahlt werden soll 4 996. — Protesterhebung gegen den ein besonderes Geschäftszweck besitzenden, in Konkurs geratenen Domiziliaten, wenn der Protestbeamte das Geschäftszweck geschlossen fand 4 997. — Protesterhebung bei gewährter Stundung 6 1135 (2). — Zurückgreifen d. Gläubigers auf die fahrlässige Forderung bei Präjudizierung des W. infolge unterlassenen Protestes 4 1012.

Akzeptation. — Rechtsnatur 4 991. — einseitige A. ohne Vertragsverhältnis zwischen den Beteiligten 4 990, 991. — Akzept e. offenen Handelsgesellschaft, unvollständige Firmenzeichnung 4 990 (s. oben gezogene W.). — unwesentliche Abweichungen zwischen der Bezeichnung des Bezogenen und dessen Akzept 4 990. — W.-Akzeptvermerk d. Ehemanns u. Generalbevollmächtigten mit eigenem Namen u. Zusatz „in Generalvollmacht“ 4 991. — § 181 BGB u. das Akzept; der Aussteller eines W. vollzieht das Akzept im Namen d. bezogenen Firma, deren Gesellschafter er ist 1 1, 117; 2 1, 92; 4 991 (s. oben gezogene W.). — A. e. Blanketts (s. oben). — bedingtes Akzept 4 991. — Haftung des Akzeptanten, wenn der W. mehrmals in blanco tabiiert u. vom letzten Nehmer als Aussteller gefertigt u. geltend gemacht wird 4 991. — nachträgliche Genehmigung e. gefälschten Annahmevermerks 4 992. — nach Annahme ohne Einwilligung des Akzeptanten durchstrichener oder geänderter Domizilvermerk 4 992, 996. — rechtliche Natur des Ehrenakzeptanten 6 1136. — Akzept oder W.-Bürgschaft, wenn 2 Ehegatten, die Geschäftsführer einer GmbH sind, einen W. derart unterzeichnen, daß die Unterschrift der Frau unmittelbar im Anschluß an das Akzept des Mannes steht? 6 1018. — Erstattungsanspruch d. einlösenden Akzeptanten e. Gefälligkeits-W. 7 280.

Indossament und Abtretung. — Übertragung der dem W. zugrunde liegenden Forderung bei Begebung eines W. 5 162. — geschichtliche Entwicklung u. verschiedene Arten des F.; Wirkungen insbesondere d. W.-Indossaments 4 986 f.; 6 1131, 1132 (W.-Eigentum). — F. „zur Verfügung“ 4 987. — F. „an die Filiale der N. N. Bank“ ohne nähere Ortsbezeichnung, wenn die einzelnen Filialen keine selbständigen Rechtssubjekte sind 4 987. — stilles Prokura-F.; rechtliche Natur als Voll-F.; Aussonderungsrecht d. Indossanten im Konkurs d. Indossatars 6 1131, 1132. — im Ausland erfolgte Indossation 6 582. — Zession der Rechte

aus einem W. bei Verbot der Indossation 4 987. — auf der Rückseite des W. befindlicher Vermerk „nicht traßierbar“ 6 1131. — Vermerk: „Baluta für uns an die Order von N. N. erhalten“ als gültiges Giro 4 988. — Form des F. preussischer Landgemeinden 4 988. — Blanko-F. 4 988. — Weiterbegebung e. durch Blanko-F. erworbenen W., insbesondere bei Erwerb des W. nach dem Verfalltag oder nach Protestierung; Beweislast über die Erwerbzeit 4 988. — Befugnis d. W.-Ausstellers, sein Namens in ein Blanko-F. zu verwandeln 4 988. — auf die W.-Stempelmarke geschriebener Name des Remittenten als Blankogiro 4 989. — F. als Gläubigerbeteiligung; Beweislast 4 987. — infolge Durchstreichungen zweifelhafte Art des F. (Namens- oder Blankogiro?) Folgen für die Legitimation d. W.-Inhabers 4 989. — Legitimation des Indossanten bei einem dem Wortlaut nach unverständlichen Vermerk auf der Rückseite des W. 6 1132. — Haftung des Indossanten bei Änderung des W. nach dem F.; nachträglicher Domizilvermerk 4 987. — Stellung mehrerer Indossanten bezüglich d. Regressanspruchs 4 986, 987. — Wirkung des F.; Übertragung d. Rechts aus dem W., nicht auch der dem Wechsel zugrunde liegenden Forderung; vereinbarter Übergang auch der zivilrechtlichen Forderung 4 987. — Übergang von außerhalb des W. liegenden Nebenanprüchen (Bürgschaft) auf den Indossanten 4 987. — Haftung des Indossanten gegenüber dem Indossatar, wenn beide bei Übernahme der W.-Verbindlichkeit nur den Effekt e. Verbürgung für die ihnen fremde Schuld des Akzeptanten beabsichtigen 4 987, 988. — Indossation an den Akzeptanten nach Verfall eines W.; Wirkung 6 1132. — Zession der durch Urteil festgestellten W.-Regressforderung e. Indossatars gegen seinen Vormann an den Akzeptanten 6 1132. — kann der W.-Aussteller, der den protestierten W. von seinem unmittelbaren Hintermann, nachdem ihn dieser im Regresswege eingelöst hatte, nebst Protest im Kontokorrent zurück erhalten hat, dem Hintermann durch einfache Rückgabe des W. ohne Nach-F. die rechtliche Legitimation verschaffen? 4 989. — Wirkung des nachprotestlichen F.; in allgemeinen 6 1132. — Stellung des nachprotestlichen Indossatars, wenn das an zwei verschiedenen Stellen des W. befindliche F. des letzten vorprotestlichen Indossatars an beiden Stellen durchstrichen ist; wechselseitige Haftung der Zwischenindossatare 6 1132. — Beweislast für d. Echtheit d. Unterschrift d. Indossanten unter einem Nach-F. 6 1132. — einfache Abtretung d. Rechte aus einem W. nach Protest 6 1132. — Einrede des man-

gehenden W.-Begebungsvertrags gegenüber dem Nachindossatar **6 1132**. — Voll-Z. zu Inkassozwecken; externe u. interne Stellung des Indossatars **4 989, 990, 1005** (f. **3 1, 282; 4 218**). — Pfand-Z.; Haftung d. Indossanten **4 990**. — Indossant nach § 17 W.D. als Rechtsvorgänger des Indossatars i. S. d. § 445 Z.W.D.? **4 990**. — Z. eines W.-Unfähigen **4 992**. — äußerlich nicht erkennbare Mängel des Z. **4 994**. — von einem Vorstandsmitglied u. einem rechtlich zur Unterschrift nicht befugten Bevollmächtigten gemeinsam unterzeichnetes Z. einer Genossenschaft **4 994**. — Weiterbegeben eines im Kontokorrent eingestellten W. **3 2, 84**.

Regreß auf Sicherstellung. — nähere Bezeichnung der nach Art. 26 geforderten Sicherheit nach Art und Höhe im Klagantrag? **4 993**. — Verlangen der S. nach Art. 29, wenn der W.-Schuldner bereits vor Ausfertigung des W. seine Zahlungen eingestellt hatte **4 993**. — Zwangsvollstreckung gegen den Akzeptanten wegen der von ihm nach Art. 29 zu leistenden Sicherheit **4 993**. — Sicherstellung nach Art. 29 nur wegen der Akzeptantensumme **4 993**. — Klage auf S. nach Art. 29 unter der Behauptung, daß Beflagter sämtliche Passiva, darunter auch die W.-Schulden übernommen habe **4 993**. — Protesterhebung wegen S. beim Akzeptanten auch bei domizilierten Wechseln **6 1134**. — Zwangsvollstreckung aus dem Urteil; Bestimmung der Art u. Weise im Urteilsentwurf **3 2, 514, 590**. — Hypothek für mehrere Indossanten zur Sicherung d. Regreßanspruchs **4 987**.

Erfüllung der Wechselverbindlichkeit. — Leistungszeit **1 1, 178**. — Verzug d. W.-Verpflichteten **4 114, 996 (2); 6 1134**. — keine Berechtigung d. Schuldners z. Zahlung nicht fälliger W. **1 1, 178**. — Recht u. Pflicht des W.-Verpflichteten zur Prüfung der Echtheit der dem W.-Inhaber vorausgehenden Indossamente? Entkräftung der für den W.-Inhaber sprechenden Vermutung der Legitimation **4 993 (2), 994**. — Einfluß e. äußerlich nicht erkennbaren Mangels des Indossaments auf die Legitimation des W.-Inhabers **4 994**. — Zahlung an einen äußerlich legitimierten W.-Inhaber seitens des W.-Schuldners trotz Kenntnis oder fahrlässiger Nichtkenntnis des letzteren von dem mangelnden Recht des W.-Inhabers **4 993, 994**. — Legitimation des W.-Inhabers, wenn auf der Rückseite eines an die Order eines dritten Remittenten lautenden, gezogenen Wechsels dem Vollgito des Remittenten das Blankogito d. Ausstellers als erstes Giro voransteht **4 994**. — Nachweis der Legitimation des

W.-Inhabers außerhalb des W.-Prozesses durch andere Beweismittel als die bis auf ihn hinuntergehende Reihe der Indossamente? **4 994; 6 1134**. — Aktiolegitimation des den W. beiziehenden Ausstellers trotz Blankogiros des Ausstellers des an eigene Order ausgestellten W. **4 995**. — Aktiolegitimation des W.-Inhabers, wenn das Indossament, aus dem er sein Recht herleitet, ein Vollindossament mit durchstrichenem, nicht an ihn gerichtetem Übertragungvermerk ist **4 995**. — Aktiolegitimation des Wechselinhabers bei räumlich nicht unter-, sondern nebeneinander oder am Rande stehenden Indossament **4 995**. — Nachholen der aus Versehen unterlassenen Durchstreichung eines Indossaments im Prozesse **4 995**. — Aktiolegitimation des W.-Inhabers, wenn hinter dem Indossamente, in dem er als Indossatar genannt ist, noch weitere undurchstrichene Indossamente stehen, insbesondere bei gleichzeitigem Besitz des Protokollsumme (§ 372 BGB.) bei Ungewißheit über die Person d. Gläubigers **2 1, 234; 4 995 (2)** (f. **4 996**). — Haftung d. W.-Gläubigers, wenn der vom zahlenden Schuldner nicht herausverlangte W. (Art. 39) durch Verschulden d. Gläubigers noch einmal in den Verkehr kommt **4 995; 6 1135**. — Fortbestand der W.-Forderung trotz Zahlung **5 150**. — Anspruch d. Geschäftskontoplaten auf Rückgabe d. W.? **4 995**. — Pflicht des W.-Gläubigers zur Rückgabe des W., wenn er statt aus dem W. aus dem ursprünglichen Schuldverhältnis klagt **4 995; 6 1135**. — Anspruch des Gläubigers auf Herausgabe des dem Schuldner aus Versehen ausgehändigten W. **4 996**. — Geltendmachung des wechselmäßigen Anspruchs bei verlorenen, amortisierten W. **6 1134**. — Zahlung durch einen von mehreren W.-Schuldnern **4 998**. — Einlösung des gegen den Akzeptanten mangels Zahlung protestierten W. durch den Aussteller als Notadresse zu Ehren eines Indossanten? **4 998**. — W.-Klage gegen Akzeptanten u. Aussteller seitens des legitimierten W.-Inhabers, der von dem Zwischenindossatar Deckung erhalten hat **4 1002**. — Haftung d. Ausstellers für die dem W.-Inhaber dadurch, daß der Akzeptant dem gegen ihn erlassenen Urteil nicht nachkam, entstandenen Kosten? **6 1138**. — kann ein W.-Gläubiger, gegen den eine Einrede nicht gilt, die der Beflagte gegen den Vormann des Gläubigers hat, nur die an den Vormann gezahlte Valuta einklagen? **6 1138** — kann, wer in Unkenntnis der formellen Ungültigkeit seiner Unterschrift einen W. einlöste, den gezahlten Betrag von seinem Nachmann zurückfordern, wenn er diesem gegenüber zur Vollziehung

(Wechsel)

einer gültigen W.-Erklärung verpflichtet war 6 1138, 1139. — Einfluß e. Prolongation auf eine begründet gewesene materiell-rechtliche Einrede 4 1007. — Einfluß e. während der Ehe ohne Zustimmung des Mannes bewirkten Prolongation auf die Haftung des eingebrachten Guts der Frau für die vor der Ehe begründete W.-Schuld 6 1139. — Haftung d. Akzeptanten aus dem durch einen Stellvertreter vollzogenen Akzept; Überschreitung der Vollmacht; Beweislaf bei Bestreiten der Vollmachtserteilung 4 1018. — Höhe des Zinsanspruchs gegen den Akzeptanten 1 2, 388. — Quittungsvermerk „Betrag erhalten“ 1 1, 270. — Vermutung der Schuldtilgung bei Herausgabe des W. an d. Schuldner 2 1, 233. — Schadenserfah bei verschuldeter Unmöglichkeit z. Herausgabe des W. 5 90. — Verhältnis des nicht persönlich haftenden Grundstücks Eigentümers und des W.-Schuldners 5 183; 6 1129. — Anwendbarkeit d. § 422 auf d. Solidarschuldverhältnis mehrerer W.-Verpflichteten 1 1, 332. — Ausgleichungspflicht mehrerer W.-Verpflichteten 4 154; 5 182. — Ausgleichungspflicht zwischen mehreren Auftraggebern e. Anwalts 2 1, 264; 3 1, 207; 4 155; 5 181. — Haftung e. Handelsgesellschaft für nicht ausdrücklich für sie begründete W.-Schulden? 1 1, 104. — Haftung d. Ausstellers für die Kosten gegen den Akzeptanten? 6 179.

Regreß mangels Zahlung. — hat der durch Aufrechnung den W.-Inhaber befriedigende W.-Schuldner Anspruch nach Art. 48 auf Herausgabe des quittierten W.? 4 992. — Präsentation bei dem im W. nicht benannten Vormund d. Bezogenen 1 2, 161. — Pflicht d. Gläubigers, bei Präsentation den quittierten W. vorzulegen? 4 996. — infolge Zufalls oder höherer Gewalt unterbliebene Präsentation 6 1135. — Anspruch des W.-Gläubigers gegen seine Vormänner trotz einer dem Akzeptanten gewährten Stundung 6 1135. — Schuld des Wechselregreßverpflichteten Bringschuld 1 1, 177; 4 997. — Benachrichtigung (nach Art. 47) des auf dem W. keinen Wohnort angegebenden Indossanten? 4 997. — Benachrichtigung nach Art. 47, wenn zwar das Indossament keine Ortsangabe hat, der Name des Indossanten aber noch einmal unter Ortsangabe, z. B. als Notadresse, vorkommt 4 997. — Streitgenossenschaft bei Klage gegen mehrere W.-Verpflichtete? 6 1135. — Regreßanspruch des W.-Inhabers wegen Zinsen von Auslagen? 4 997. — Regreßanspruch d. Inhabers eines protestierten W. gegen den Akzeptanten, wenn der Protest unzulässigerweise aufgenommen wurde 6 1135. — Remboursregreßanspruch des den W.

vom nicht legitimierten Inhaber Einlösenden oder bei fehlender Legitimation eines zwischenliegenden Indossanten 4 997. — muß der d. Regreßklage gegen e. Vordermann erhebende Indossant beweisen, daß er den W. im Regreßwege von seinem Nachmann eingelöst hat? 4 997, 998. — Regreßrecht d. W.-Inhabers gegen den Indossanten, der zugleich sein Indossatar ist 4 998. — Anspruch des Indossanten auf Ersatz der von ihm seinem Nachmann erstatteten Protestkosten 6 1136. — Akzeptant u. Aussteller notwendige Streitgenossen? 4 1002; 6 1135. — Anwendung d. § 426 BGB., wenn von 2 W.-Schuldnern der eine als Aussteller, der andere als Indossant haftet? 4 1002.

Abhandlung gekommene Wechsel.

— Ausschlußurteil an Stelle des verlorenen W. als Grundlage für Geltendmachung d. W.-Anspruchs 1 3, 324; 4 998; 6 1134, 1135. — Anspruch des Verlierers eines W. auf Duplikate? 6 1136. — W.-Regreß nach Erlaß des Ausschlußurteils? Nachweis der Aktiv- u. Passivlegitimation u. des W.-Inhalts, der Protesterhebung 4 998, 999; 6 1136. — Anspruch des nach Erlaß d. Ausschlußurteils die W.-Summe im Regreßwege Zahlenden auf Aushändigung des Urteils 4 998. — Klage gegen den Aussteller während des schwebenden Aufgebotsverfahrens? 4 999. — Klage auf Herausgabe e. vom Besizer grobfahrlässig von einem nicht legitimierten erworbenen W. 4 999. — Verhältnis von § 935 BGB. zu Art. 74 W.D. 6 1137. — kann der Verlierer eines zum Inasso übergebenen W. gegenüber dem Schadensanspruch des Auftraggebers einwenden, daß dieser das Aufgebotsverfahren betreibe u. sich dadurch den W. wieder verschaffen könne? 6 1142. — Abtretung des Anspruchs aus dem verlorenen W. an den ersatzpflichtigen Verlierer (§ 255 BGB.) 5 100. — Verhältnis des § 1018 BFD. zu Art. 73 W.D. 6 737.

Einreden. — nach französischem W.-Recht 4 1009. — mangelnde W.-Fähigkeit 4 1004. — Fälschung 4 1005; 6 1139. — Formmängel des W. 4 1004; 6 1139 (teilweise zerrissener W.). — mangelnde Legitimation des Klägers 4 1004, 1007. — Präjudizierung des W. 4 1004, 1012. — Verjährung des W. 4 1004, 1005; 6 1139. — Prolongation 2 1, 168; 4 1004, 1006, 1007; 6 1139. — Einrede der Zahlung 4 1009, 1010. — wechselseitige Zahlung (Zahlung durch den Hauptwechselschuldner) 4 1004. — Einrede, daß der W. durch einen der mehreren W.-Schuldner bereits bezahlt sei 4 998, 1009, 1010, 1011. — zivilrechtliche Zahlung: Zahlung durch den Regreßpflichtigen 4 1004. — Einrede, daß der gegen Akzeptant u. Aussteller klagende

W.-Inhaber durch einen Zwischenindossatar Deckung erhalten habe 4 1002. — E. der Aufrechnung 4 987, 1010. — Einwand, daß der Mitaussteller einen eigenen W. aufgerechnet habe 4 1010, 1018. — E. der Hinterlegung 4 1005. — Erlaß 4 153, 1004, 1006. — Vergleich 4 153, 1004, 1006. — Kenntnis von Einreden ex persona indossantis 4 1004. — Fahrlässigkeit des W.-Erwerbers, der sich nach dem ehelichen Güterrecht der W.-Ausstellerin nicht erkundigte? 4 1012. — Gefälligkeitsunterschrift 4 1004, 1007, 1011. — unwillkürliches Rechtsgeschäft; Bücher 4 1004, 1008, 1009. — Einwand des Akzeptanten, daß der W.-Inhaber bei Erwerb des W. gewußt habe, daß sein Vormann ihn durch Unterschlagung erlangt habe 6 1141. — Nichtigkeit des kaufalen Geschäftes wegen Formmangels 4 1004. — Nichtigkeit des kaufalen Geschäftes wegen Mangels der speziellen Vertragsfähigkeit 4 1004. — Unschreibbarkeit des dem W. zugrunde liegenden kaufalen Geschäftes wegen Irrtums, Zwang, Drohung 4 1004, 1006, 1011; 5 26, 614. — Klaglosigkeit des kaufalen Geschäftes 4 1004, 1008. — E. des Chemikervertrags 1 1, 404; 2 1, 393; 3 1, 279; 4 1008; 5 262. — E. des Spiels, der Wette 4 1004, 1006 (bei Prolongationswechseln), 1008; 6 1141 (s. diese). — E. des Differenz- oder Börsentermingeschäftes 4 1004, 1008 (s. diese). — E. der nicht erhaltenen Valuta 4 1004, 1009 (seitens des Akzeptanten); 6 1141. — erst im Nachverfahren geltend gemachter Einwand des unter Vorbehalt verurteilten Indossanten, daß der wechselfähige Anspruch wegen Ungültigkeit des Protestes verloren gegangen sei 6 1145. — E. des Depotwechsels 4 987, 1004, 1007; 6 1140. — E. der Rechtshängigkeit d. kaufalen Geschäftes gegenüber d. W.-Klage 6 1139. — Einwand des Akzeptanten gegen den dritten W.-Inhaber, daß dieser bei Erwerb des Wechsels wußte, daß der Aussteller zur Einlösung verpflichtet sei 4 1005, 1006. — E. des verklagten Ausstellers, daß der Inhaber des W. sich durch Vertrag mit einem Dritten verpflichtet habe, vor Inanspruchnahme des Ausstellers Deckung in Hypotheken zu suchen, die der Dritte ihm zu diesem Zweck zederte 4 1006. — vertragswidrige Ausfüllung eines W.-Blanketts (s. oben) 4 1007; 6 1140. — kann der im W.-Prozeß auf Klage des Blankoindossatars unter Vorbehalt Beurteilte im Nachverfahren die E. der mangelnden Aktivlegitimation erheben, wenn er gegen Aussteller u. Blankoindossanten ein rechtskräftiges Urteil auf Herausgabe des W. erstritten hat? 4 1007. — E., der W. sei nur zwecks mündlich übernommener zivilrechtlicher Bürgschaft gegeben worden

4 1009. — Einwand, daß die Verpflichtung des Akzeptanten zur Einlösung von einer Bedingung abhängig sei; Beweislast des klagenden Ausstellers für Erfüllung der Bedingung 4 1010. — Einwand der unberechtigten Weiterbegebung des W. (wegen Nichtzustandekommens des kaufalen Geschäftes) 4 1010. — exc. doli gegen den Erwerber, der bei Erwerb des W. Kenntnis von der seinem Indossatar entgegenstehenden E. hatte 3 2, 85 (muß der Erwerb gerade zum Zweck der Abschneidung dieser E. geschehen?); 4 1011; 6 1141. — E. der Arglist seitens der offenen Handelsgesellschaft gegenüber einem in ihrem Namen von e. Gesellschafter unbefugterweise akzeptierten W. 3 2, 35; 4 1011 (s. 6 1142). — Aufrechnung des klagenden Akzeptanten mit einer ihm gegen den einen der zwei klagenden Indossatäre zustehenden Forderung? 4 987. — E. des mangelnden W.-Begebungsvertrags 6 1132, 1134, 1141 (wenn auf dem W. das von dem Geschäftsführer der GmbH. unterzeichnete Blankoindossament der GmbH. u. das persönliche Indossament des Geschäftsführers aufeinander folgen); 6 1142. — E. gegen den Indossatar bei Vollindossament zu Inassoziaten 4 989, 990, 1005; 6 1141. — E. gegenüber dem Blankogitatar, daß zwischen ihm und seinem Vormann nur ein bedingter Begebungsvertrag abgeschlossen u. die Bedingung nicht eingetreten sei 4 994. — E. der Stundung 4 1004, 1006; Einfluß einer nur dem Akzeptanten gewährten Stundung auf die Haftung der Indossatäre 4 1003; 6 1135, 1142. — Kenntnis des W.-Inhabers, daß die Schuld noch nicht fällig sei 6 1142.

Eigene Wechsel. — Verhältnis zur Anweisung 4 1018. — Form vgl. oben gezogene W. — Fehlen der Bezeichnung als „Wechsel“ 4 982. — Aufrechterhalten eines mit einem Formfehler behafteten eigenen W. als kaufmännischer Verpflichtungsschein 4 985. — e. W. mit Unterschrift zweier Aussteller; Verhältnis der beiden zueinander 1 1, 437; 4 1002, 1003 (2). — Aufrechterhaltung eines eigenen W., der das Wort „Wechsel“ nicht im Text enthält, als kaufmännischer Verpflichtungsschein 2 2, 204; 4 985, 1018; — Berufung d. Ausstellers auf die vom Mitaussteller erklärte Aufrechnung 4 1010, 1018. — Herbeiführung d. Fälligkeit des W. durch Klagezustellung bei eigenen Nach-Sicht-W. 4 1018 (Klage gegen den Bürgen). — Einlösen eines W. durch einen von mehreren Ausstellern oder durch einen Bürgen; Verhältnis der mehreren W.-Verpflichteten 4 1018. — e. W. mit dem Zusatz „auf mich hier u. aller Orten“ 4 1018. — von einer offenen Handelsgesellschaft an Orden einer mit einer

(Wechsel)

anderen Firma unter denselben Gesellschaftern bestehenden offenen Handelsgesellschaft ausgestellt e. W. 2 2, 86; 4 1019 (s. 4 983). — Präsentation eines eigenen Nach-Sichtwechsels 6 1146.

Wechselbürgschaft s. Bürgschaft. — Begriff, Verhältnis zur zivilrechtlichen Bürgschaft 1 1, 433; 3 1, 308; 4 240, 241, 242, 243, 1002, 1003; 5 294; 6 280, 1137, 1138. — ist Bürgschaft für Wechselkredit zugleich Bürgschaft für die kaufalen Darlehen? 3 1, 306. — gleichzeitige Eingehung einer wechselfähigen u. einer zivilrechtlichen Bürgschaft 4 240, 241. — W. durch Wechselgito 6 277, 278. — mehrere Aussteller eines eigenen Wechsels 1 1, 437. — kein Anspruch des Wechselbürgen auf Befreiung von der Bürgschaft nach § 775 BGB. 4 246. — formlose Zusage, die von einem anderen anzustellenden oder zu akzeptierenden Wechsel als Wechselschuldner mit zu unterzeichnen 5 294. — Ausgleichsanspruch, wenn A. u. B. für die Schuld eines Dritten durch Unterzeichnung der von diesem akzeptierten Wechsel eingetreten sind u. dabei die Rollen in der Weise wechselten, daß die ersten Wechsel A., die letzten B. als Aussteller u. Girant zeichnet 5 299. — Erklärung „ich habe die Bürgschaft auf dem Wechsel als Aussteller übernommen“ nicht als Bürgschaft, sondern als Anerkennung der gefälschten Unterschrift aufgefaßt 3 1, 306. — Formfreiheit des die Verbürgung in Wechselform bezielenden Wechselversprechens 6 280. — W. oder Wechselvertrag bei Abgabe des Versprechens der jeweils vom Gläubiger vorzuliegenden Akzente des Schuldners als Aussteller u. Girant zu zeichnen 6 277. — Übertragung des Wechselrechtes gegen den Aussteller auf den besriedigenden Wechselbürgen 6 167. — Abtretung der Ansprüche aus der W. durch den Aussteller nach Indossierung d. Wechsels 1 1, 297. — verdeckte u. offene W. 4 1001. — Unterschrift „per aval“, wenn sich auf dem Wechsel noch keine Erstunterschrift befindet 4 1003. — Umfang der Haftung des offenen Wechselbürgen; Einfluß des dem Wechsel zugrunde liegenden kaufalen Geschäfts 4 1001. — Geltendmachung der dem Hauptschuldner persönlich zustehenden Einreden durch den Wechselbürgen 4 1001. — Übertragung d. Wechselrechtes gegen den Aussteller auf den besriedigenden Bürgen; Nachindossament oder formlose Übertragung 6 167. — Regreßanspruch des Bürgen gegen den Hauptschuldner; wann hat der Bürge einen wechselfähigen Anspruch gegen den Hauptschuldner? 4 1002. — Wechselmitbürgen 1 1, 437; 3 1, 311; 4 1002; 6 1139 (Vereinbarung gegenseitigen Aus-

gleichs). — Mitbürgschaft, wenn der eine Bürge den Wechsel gleich zu Beginn als Nachmann des anderen unterschreibt 4 1002. — Verhältnis mehrerer Bürgen zueinander; Einlösung d. Wechsels durch einen von ihnen 4 1003. — Anspruch des Ausstellers gegen seinen Bürgen 4 1003. — Befreiung des Mitbürgen nach § 776 BGB., wenn d. Gläubiger eine andere Sicherheit aufgibt? 6 1137. — Wechselbürgschaft für bevorrechtigte Konkursforderung 6 282, 1137. — Einfluß einer gegen Abrede erfolgten Prolongation des Wechsels auf die W. 6 1138. — Recht des für den Aussteller u. Indossanten Bürgenden gegen den Akzeptanten im Fall der Einlösung des Wechsels 4 243; 6 1138 (2). — Regreßanspruch des Remittenten gegen den Aussteller, wenn er für letzteren durch Unterzeichnung des Wechsels Bürgschaft leistet 6 1138. — vom Avalisten wegen Plakmangels über statt unter die Annahmeerklärung des Akzeptanten gesetzte Unterschrift 6 1138. — kann der Wechselschuldner, der auf Grund seines in Bürgschaftsabsicht gegebenen Blankogiros von dem legitimierten Inhaber des Wechsels in Anspruch genommen wird, entgegenhalten, daß der Kläger ihm als Aussteller haftet? 6 277, 1138. — Wechselbürgschaft oder Akzept, wenn zwei Ehegatten, die Geschäftsführer einer GmbH. sind, einen Wechsel derart unterzeichnen, daß die Unterschrift der Frau unmittelbar im Anschluß an das Akzept des Mannes steht? 6 1146.

Wechselfälshungen. — Beweispflicht 4 994. — Beweislast bez. einer Änderung bei Feststehen der Echtheit der Unterschrift 1 3, 170, 171. — Abänderung der Summe 4 982, 994. — Haftung d. Ausstellers bei nachträglicher Genehmigung der Fälschung 4 985. — nachträgliche Ausfüllung der für die Buchstabenangabe d. Wechselsumme offen gelassenen Stelle mit einer anderen Summe als der bereits in Ziffern angegebenen 6 1133. — nachträgliche Genehmigung einer gefälschten Unterschrift 4 992, 999 1000 (3). — Fälschung durch nachträgliche Aenderung des Domizilvermerks 4 992, 1000. — Einfluß einer den ursprünglichen Text erkennbar lassenden Fälschung auf das Bestehenbleiben der ursprünglichen Verpflichtung 4 1000. — Zeichnung eines Wechsels mit dem Namen eines anderen in dessen Interesse u. als dessen Geschäftsführer ohne Auftrag Fälschung? 4 1000. — Fälschung eines Blanketts 4 1000. — Beweislast bei Einlösung eines offensichtlich nachträglich abgeänderten Wechsels 6 1137. — Aenderung des Fälligkeitstadiums 6 1137. — Haftung einer Bank, wenn ein von ihr zufolge Auftrags eingeholtes Wechsel-

akzept gefälscht ist? **5 116; 6 1139** (s. Bankier). — Schadenersatzpflicht **4 1011**. — Kondition e. vom Akzeptanten geleisteten Zahlung **7 327**.

Wechselprotest. — rechtliche Natur des Protestes; Rechtsgeschäftsbeurkundung **4 1012**. — Inverzugsetzung durch W. **4 114**. — Ausschluß eines Notars oder Gerichtsvollziehers wegen Beteiligung **4 1012**. — von einem unzuständigen oder kraft Gesetzes ausgeschlossenen Beamten ausgenommener Protest **4 1012**. — Anwendung der §§ 170, 171 FGG. auf die Unfähigkeit oder Untauglichkeit e. Notars zur Aufnahme des Protestes? **4 866**. — Anwendung landesrechtlicher Vorschriften über Form und Inhalt des Protestes? **4 1012**. — Sprache des Protestes **4 1012**. — vom Protestaten in einer dem Beamten nicht verständlichen Sprache gegebene Antwort **4 1012**. — de lege ferenda gegen die Notwendigkeit des Protestes **4 1013, 1014**. — Reformvorschläge **4 1013, 1014; 6 1144**. — de lege ferenda für Angabe des Wochentages in der Protesturkunde **6 1135**. — für die Form u. Notwendigkeit des Protestes maßgebendes Recht **4 1014**. — Protestlegitimation e. früheren Indossanten bei Quittung des wechselfähigen legitimierten Nachfolgers auf dem Wechsel **7 173**. — Fahrlässigkeit des Gerichtsvollziehers, der den Wechselinhaber nicht auf die Notwendigkeit der Durchstreichung e. Indossaments hinweist? **4 1015** (s. **6 1145**). — Recht der Wechselverpflichteten auf Einsicht des Protestes **6 1144**. — Prüfung der Identität des Protestaten durch d. Protestbeamten **6 1144**. — Notwendigkeit des Protestes gegen den Akzeptanten zur Begründung der Haftung des Indossanten, wenn erst nach dem Indossament der Wechsel domiziliert wurde **4 987**. — Rechtsnatur des protestierten Wechsels **4 989**. — falscher Vermerk eines gegen den Domiziliaten geschriebenen Protestes, daß der Wechsel gegen d. Bezogenen protestiert worden sei **4 996; 6 1134, 1144**. — Recht u. Pflicht des Protestbeamten, die Wechselsumme vom Schuldner in Empfang zu nehmen u. darüber auf dem Wechsel zu quittieren? **4 996, 1015**. — Schreibfehler der Protesturkunde **4 1015; 6 1144** (insbes. der Wechselabschrift). — infolge Zufalls oder höherer Gewalt unterbliebene Protestaufnahme **4 1014; 6 1135**. — Aufnahme des Protestes trotz einer dem Akzeptanten gewährten Stundung **6 1135 (2), 1145**. — unbestimmter oder unwürdiger Auftrag in den Eingangsworten der Protesturkunde **4 996**. — Aufnahme e. Wechselprotestes trotz Anbietens der Wechselvaluta seitens des Protestaten **6 1135**. — Protest trotz vor Fälligkeit d. Wechsels vereinbarter

Prolongation **4 1001, 1006**. — Einfluß des Todes, der Geschäftsunfähigkeit des Protestaten auf d. Protesterhebung **4 1016; 6 1137**. — Haftung des Akzeptanten für die Kosten eines verspäteten Protestes **4 1004**. — Protest gegen eine Aktiengesellschaft, wenn im Geschäftslokal nur ein Prokurist angetroffen wurde **6 1139, 1144**. — Erstattung der Kosten der Protesterhebung gegen den Akzeptanten, wenn der Protest nicht zur Wahrung der Regreßansprüche diente **4 718; 6 767, 768, 1145**. — Pflicht der Protestbeamten, die Voraussetzungen der Gültigkeit des Protestes, insbes. die Legitimation des Wechselinhabers zu prüfen **6 1145** (s. **4 1015**). — Zahlungsaufforderung beim W. an einen d. mehreren Kollektivvertreter des Wechselschuldners (an e i n e n Vorstandsbeamten e. Reichsbankstelle ohne Feststellung der Abwesenheit des anderen; an e i n e n Kollektivprokuristen) **4 1015**. — Recherchen nach dem Bezogenen in dessen Wohnung? **4 1015**. — Feststellung, daß auf eine vom Protestbeamten an einen Dritten nach dem Bezogenen gerichtete Frage keine Antwort erfolgt sei **4 1015, 1016**. — Protest gegen den Domiziliaten **4 1016**. — Protest gegen Exterritoriale **4 1016**. — vom Auftraggeber zu spät erteilter Protestauftrag **4 1016**. — unrichtige Angabe des Vornamens des Protestaten **4 1016**. — Durchstreichung des Wortes „Akzeptant“ in dem vorgedruckten Passus; es wurde daselbst der Akzeptant angetroffen? **4 1016**. — Feststellung der Identität des protestierten Wechsels mit dem, aus dem Regreß erhoben wird **4 1016**. — gleichzeitige Führung des Wechselprotestregisters in mehreren Bänden **4 1016**. — Ort des Protestes, wenn der Akzeptant seinem Namen eine Ortsangabe beifügt, die nicht sein Geschäftslokal ist **4 1016, 1017**. — Zeit für Nachfrage bei der Polizeibehörde zur Aufnahme des Windprotestes **4 1017**. — Protesterhebung im Fall des Konkurses über das Vermögen des Protestaten; Protestierung beim Konkursverwalter? Kosten **4 1017; 5 943; 6 975, 1146**. — Protest bei nicht domizilierten, aber mit Angabe einer Zahlstelle versehenen Wechseln **4 1017; 6 1145**. — Vereinbarung mit dem Protestaten, daß der Protest statt an dem aus dem ursprünglichen Wechselinhalt sich für den Protest ergebenden Orte an einem anderen Ort vorgenommen werden soll **6 1145**. — Protestaufnahme bei der in Wahrheit gemeinten Zahlstelle, wenn die Firma der Zahlstelle unrichtig bezeichnet ist **6 1145**. — Zustimmung eines Handlungsbevollmächtigten zu verspäteten oder verfrühten Protesterhebungen **4 1017**. — Haftung des Notars f. Fehler bei Erhebung des Protestes (s. Notar) **7 245**. —

(Wechselprotest)

Haftung des Notars für Fehler in der Wechselabschrift 6 1145. — Haftung des Notars, der trotz Auftrags e. B. in einem extraterritorialen Postfachhaus nicht aufnimmt 6 1145. — Geltendmachung des Einwands, daß der wechselmäßige Anspruch wegen Ungültigkeit des Protestes verloren sei, erst im Nachverfahren 6 1145. — Präsentation bei dem im Wechsel nicht benannten Vormund des Bezogenen 1 2, 161.

Wechselverjährung. — Verjährung eines Wechsels, dessen Verfalltag in blanco gelassen ist 4 1000. — Unterbrechung der W. durch Klagestellung 4 1001. — Unterbrechung der Verjährung durch Zustellung der Klage an einen vom Beklagten nicht bevollmächtigten Anwalt bei nachträglicher Genehmigung der Prozeßführung durch den Beklagten 4 1001. — Einrede der Verjährung des Wechsels seitens des Dritten, der gegen Rücknahme der angestrengten Wechselklage versprochen hat, für den etwaigen Ausfall der Wechselforderung aufzukommen 4 1001. — Mitrechnung des Verfalltages im Falle des Art. 77? 6 1137. — Anwendung d. § 193 BGB. auf die kurze W. nach Art. 78 4 1001. — Einfluß einer vor Fälligkeit vereinbarten Prolongierung 4 1001. — Verzicht auf die kurze Verjährung des Wechselregreßanspruches; Übergangsrecht 6 1137. — Anwendung der §§ 202, 208 BGB.? 4 1001; 6 1137. — Einfluß des Todes, der Geschäftsunfähigkeit e. Wechselschuldners auf die Verjährung 6 1137. — Hemmung durch Stundung 5 63, 729. — verjährte Wechsel eines Kaufmannes als Verpflichtungsscheine nach § 363 HGB.? 2 2, 204. — keine Unterbrechung durch abgenötigte Abschlagszahlung auf eine Wechselregreß-Urteilssumme 5 63.

Weg. — Belastung eines öffentlichen W. mit Hypotheken, Zwangsversteigerung 4 787. — Verpflichtung zur Herstellung eines W. beim Grundstücksverkauf 5 107. — Anteil d. Grundbesitzer an den aus einer Grundstückszusammenlegung hervorgegangenen Wegen als Rechte des § 96 BGB. 2 1, 33; 3 1, 29.

Wegennspflicht. — keine Ausübung öffentlicher Gewalt (Art. 77 GGWB.) 3 1, 25 (vgl. Beamte).

Wegerechtigkeit s. Grunddienbarkeit. — Bezugsnahme auf eine Karte bei der Eintragung ins Grundbuch 2 2, 399. — Auslegung der vertraglichen Verlegung eines W. 7 70.

Wegnahmerecht. — schifanöje Ausübung durch d. Mieter 4 177. — W. des Verkäufers aus § 450 BGB. 4 159. — „Einrichtung“ im § 258 BGB. 4 91; 1 1, 107; 3 1, 109. — unverjährbar 4 59. — des auf

Herausgabe verlangten Besitzes s. Eigentum unter Ansprüche aus dem C.

Weibliche Arbeiter s. gewerbliche Arbeiter.

Weiderecht. — vor 1900 begründetes gemeinschaftliches W. 5 628.

Weihnachtsgeschenk s. Schenkungen.

Weihnachtsgratifikation (s. Handlungsgehilfe) 2 1, 333; 7 249 (Schenkung? Fälligkeit).

Weimar. — Verwirklichung des Anspruchs aus § 648 BGB. in Weimar 5 252.

Wein. — Zuderzusatz im Wein; Haftung des Verkäufers aus § 459 BGB. 2 1, 277. — Verkauf von mit wässriger Zuderlösung überstreutem W. 5 41. — Gefahrübergang beim Verkauf von Wein mit der Versiegelung 2 1, 272. — Verhältnis des WeinG. zum UnfWG.; Verwendung geographischer Namen als Herkunftsangabe 7 1053.

Werklieferungsvertrag. — rechtl. Natur; Unterschied vom Kauf 1 1, 399; 2 1, 385 ff.; 4 209; 5 254. — Verhältnis zum Arbeitsvertrag 2 1, 321. — W. als locatio conductio irregularis (in der Hausindustrie) 3 1, 388. — finden auf solche Verträge die Bestimmungen des BGB. über Kauf oder über Werkvertrag Anwendung? 2 2, 217, 218; 3 1, 272; 4 634; 6 694, 695; 7 271. — Anwendung aller Regeln über Handelskauf bei W. nach § 381 HGB.? 3 2, 97; 4 634; 5 707. — Mängelrüge (§ 377 HGB.) 4 634. — Untersuchung, Mängelrüge und Genehmigung bei Werklieferungsverträgen; Zeitpunkt der Ablieferung, insbesondere bei stufenweiser Herstellung 3 2, 97. — liegt in Verbesserungsversuchen des Unternehmers ein Verzicht auf das Recht, die Verspätung der Anzeige zu rügen? 3 2, 97. — W. mit einem Minberkaufmann 4 634. — Verhältnis des § 381 HGB. zu § 651 BGB. 2 1, 387 f.; 4 634; 5 254, 707. — „Nebensache“ im § 651 Abs. 1 BGB. 1 1, 400. — Lieferung von Ofen gewöhnlicher Art, wenn auch mit besonders festgelegten Eigenschaften 6 183; 7 272. — Bauherstellung u. Beschaffung d. Grundstücks u. der Baumaterialien durch den Unternehmer 1 1, 400; 2 1, 388; 3 1, 274; 5 255. — Lieferungsvertrag über Maschinen 1 1, 400; 3 1, 274; 7 272 (mit Montage; s. dieje). — Ladeneinrichtung 5 254. — Dampfer 3 1, 274. — Möbelleieferung 2 1, 388. — Walzwerk u. Ziegelpreße als vertretbare Sachen 7 271, 272. — Nachbesserung 7 271. — Wandelung 7 271. — Eigentumsübergang; Verbringung einzelner Gegenstände (Tür, Fenster) vor Vollendung der Arbeiten auf das Grundstück 7 271. — Vertrag über Lieferung e. Gebisses mit Zahnarzt 7 271. — Vertrag über Herstellung e. besonders gearteten Motorrades 7 271.

Verkneifter s. Arbeitsvertrag gewerblicher, gewerbliche Arbeiter. — Druckerfaktor Verkneifter i. S. der GewD. ? 4 967. — Maurerpolier? 4 967. — Steinmegpolier? 4 967. — Lokomotivführer? 4 967. — Zuschneider 4 967, 968. — Stuhlmeister einer mechanischen Weberei 4 968. — Monteur u. Stimmer einer Fabrik mechanischer Musikwerke 4 968. — Gastung für Gewerbegehilfen 1 1, 196. — Gastung für Nebenarbeiten der Gehilfen 3 1, 138. — § 617 BGB. auf nicht versicherungspflichtige W. nicht anwendbar 1 1, 388.

Werkstätte i. S. des § 154 Abs. 3 GewD. 4 981.

Werkvertrag s. auch Geschäftsbeforgung, Werklieferungsvertrag, Werkmeister, Bau. Begriff u. Allgemeines. — als Typ des Arbeitsvertrags 2 1, 323. — Unterschied vom Werklieferungsvertrag 7 263. — Unterschied vom Dienstvertrag 1 1, 381; 2 1, 316, 325, 327; 3 1, 247, 266; 4 187 ff., 192; 5 223; 7 258 (locatio conductio operum operis). — Unterschied vom Kauf 2 1, 268; 3 1, 266. — W. oder Mäflervertrag? 5 241, 260. — W. oder Gesellschaft? 5 241; 7 259. — W. oder Verlagsvertrag? 5 242. — W. oder Agenturvertrag? 6 243. — „Erfolg“ i. S. d. § 631 Abs. 2 1 1, 395. — einseitlicher W. trotz allmählicher Entwicklung u. Erweiterung des Vertragsverhältnisses 5 241; 6 241. — Zustandekommen 3 1, 265. — Bestimmtheit beiderseitiger Leistung 7 259, 260. — Erfüllungsort 5 241; 7 269. — W. als Nebenvertrag 7 263. — Gegenarbeitsklausel 7 263. — Leistung Zug um Zug 5 241; 7 269. — Einrede des nicht erfüllten Vertrags 7 263. — exc. non adimpleti contractus gegenüber der Klage auf Zahlung gegen Abnahme 7 260. — Unterlassungspflichten bei W. 5 240. — Anwendbarkeit des Dienstvertragsrechts auf den W. 4 190; insbes. §§ 617—619 1 1, 388; 2 1, 351; 4 198; § 626 4 200; § 628 unanwendbar 2 1, 366. — Substitution 1 1, 394. — Recht des Unternehmers auf Herstellung des Wertes 2 1, 383. — Kontrahierungszwang (s. diesen) 1 1, 394 f.; 2 1, 398; 7 260 (bei Theaterunternehmen). — W. eines Minderjährigen (§ 113) 2 1, 45. — Fall eines auf d. Unternehmerseite bestehenden Gesamtschuldverhältnisses 2 1, 264. — Kalkulationsirrtum des Unternehmers 5 33, 242.

Einzelfälle. — gleichzeitige Verpflichtung zur Ratserteilung bei Lieferungen 2 1, 375; 4 205; 5 242. — W. oder Gefälligkeitsart (Mitnehmen e. Fahrgastes) 7 259. — Vertrag auf Fertigstellung e. angefangenen Manuskriptes W. oder Gesellschaft? 7 259. — Büh-

nenengagementsvertrag? 1 1, 381, 394; 2 1, 328. — Vertrag zwischen Arzt u. Patienten 1 1, 382; 2 1, 328; 4 204; 6 242, 247; 7 259. — Vertrag mit d. Notar 2 1, 331; 6 243. — Transportvertrag? 4 189; 5 228; 7 269. — Vertrag mit Schneidermeister 4 194; 6 243. — Vertrag mit Mautermeister? 5 227. — Vertrag mit Zirkusbureau? 5 228. — Vertrag mit dem Architekten bzw. Bauunternehmer 1 1, 393; 3 1, 267; 4 189, 194; 5 227, 244; 6 242. — Vertrag zwischen Bauherrn u. Zimmermeister 5 244. — Beschälvertrag 5 244; 6 243, 247. — Vertrag mit dem Hasenamts bez. d. Krahnens 5 244. — Vertrag mit dem Probitamt 5 245. — Entreprisevertrag 1 1, 393; 6 243; 7 259. — Personenbeförderung 6 242, 245; 7 261; im Hotelwagen 4 204; im Automobil 5 243; durch Reitefel 5 243; durch Eisenbahn, insbes. Überfüllung des Eisenbahnabteils 1 1, 393; 2 1, 373; 7 262. — Beförderungsvertrag über Postfächer 3 1, 267; 7 261. — Postanweisung 1 1, 393. — Schleppvertrag 2 1, 374; 3 1, 269; 4 204; 5 243; 7 262. — Postzeitungsgeschäft 7 262. — Schiedsvertrag? 4 194, 204; 7 263. — Rat u. Empfehlung bez. des Ankaufs von Aktien? 4 221. — Impresariovertrag? 1 1, 393. — Vertrag mit Ballettmeister 4 205. — Vertrag mit Artisten 4 205. — Vermietung e. Dreschmaschine mit Bedienungsmannschaft? 2 1, 293, 374; 3 1, 249; 4 176; 7 259. — Vermietung e. Wohnung mit Zentralheizung? 2 1, 374. — Lieferung von Gegenständen mit Verpflichtung zur Montage? 2 1, 268, 374; 6 242. — Benutzung eines Krahnens 5 207. — Gaslieferungsvertrag (s. diesen) 7 259. — Elektrizitätslieferungsvertrag 1 1, 394; 3 1, 266. — Ausführung von Heizungsanlagen 3 1, 267. — Vertrag mit Drucker 2 1, 373. — Vertrag mit Bücherrevisor 2 1, 374. — Auslobung als W.? 3 1, 281; 4 215; 5 263. — Rezensionvertrag 6 241; 7 263 (s. diesen). — Erpachtung des Jnsertenteils einer Zeitung 6 243 (s. Zeitung). — Annoncenvermittlungsgeschäft 7 258. — Telephon-Anschlußverhältnis 7 261. — vertragliche Auskunft als W.? 2 1, 406, 407; 3 1, 285 f.; 4 221; 5 265, 267. — Kreditereinfügungsvertrag als W. 1 1, 394. — Eisenbahnbeförderungsvertrag (s. Eisenbahn) 7 262. — Theatervertrag; abgeänderte Vorstellung; Gastung für die Garderobe 3 1, 266; 6 242. — Lehrvertrag (s. diesen) 7 239, 240. — Vertrag über Ausnutzung e. Patentes 7 259. — Projektarbeiten, Modelle, Zeichnungen, Anschläge (s. unten Vergütung) 7 260, 261. — Lieferung eines Modelles zu Bildhauerarbeiten 7 260. — Neubau auf

(Werkvertrag)

fremdem Boden; Lieferung d. Materialien durch den Unternehmer 7 262, 263.

Vergütung. — stillschweigende Vereinbarung e. angemessenen **W. 2 1, 375.** — Techniker-Gebührenordnungen keine Taxen i. S. des § 632 **2 1, 375; 3 1, 267; 4 206; 5 245; 6 244** (Hamburger Norm). — Art der **W. 2 1, 319.** — Unbestimmtheit der Preisabrede **6 244; 7 259, 260.** — **W.** in Zeitlohnform? **7 258.** — Anwendbarkeit der §§ 315 f. auf die **W. 1 1, 223, 224.** — Einigung über d. Maßstab d. Berechnung der **W.** ohne Bestimmung ihrer Höhe **1 1, 395.** — Berechnung der **W.** nach den einzelnen Leistungen **2 1, 373; 3 1, 265; 5 240; 6 241.** — Honorierung der Zeitleistung **4 188.** — **W.** von Entwürfen, Kostenanschlägen, Vorarbeiten **2 1, 375; 3 1, 268; 6 243; 7 260, 261 (2).** — Vergütung für Vorbesichtigung **4 206.** — Überschreitung des Kostenanschlages **3 1, 267.** — Werklohnanspruch nach § 242, um den dem Besteller geschuldeten Schadensersatz herabzusetzen **5 85.** — Zahlung e. Forderung aus einem **W.** nur gegen Bewilligung der Löschung der deshalb eingetragenen Vormerkung **3 1, 158.** — Rückforderung der nach Sachverständigenprüfung gezahlten **W.** als unangemessen? **7 263.** — Ablehnung jeder Zahlung bei teilweise mangelhafter Lieferung (s. unten Einrede des nicht erfüllten Vertrags) **7 264.** — **W.**-anspruch bei nicht zu vertretender Mangelhaftigkeit des Wertes? **7 265, 266.** — Verjährung des **W.**-anspruchs **5 241, 245; 6 241.** — Beweislast für die Vereinbarung der **W. 2 1, 372; 3 1, 211, 267; 6 244.** — Beweislast bei der Klage auf Zahlung der **W.** für ein noch nicht abgenommenes Werk **3 1, 269.** — Leistungsört für die **W.**-pflicht des Bestellers **2 1, 381; 7 269.** — Stundung der **W.** des Bestellers **2 1, 381.** — Gegenarbeitsklausel **7 263.** — Honorare der Schiedsrichter **7 263.** — Anwendung des § 641 BGB. auf den Frachtvertrag; Ablieferung Zug um Zug gegen Frachtzahlung **7 269.** — Zinspflicht des Bestellers **2 1, 381.** — Recht des Unternehmers, bei Vermögensverfall des Bestellers vor Fertigstellung Zahlung des geleisteten Teiles zu verlangen **7 153.** — keine Vorleistungspflicht des Bestellers **5 250.** — Abtretung der Werkmeisterforderung vor Annahme und Beendigung des Wertes **6 250.**

Pflichten des Unternehmers. — Haftung der Eisenbahn für Raubansfälle auf Passagiere? **7 262.** — Haftung der Eisenbahn für ungeführten Zugang zu den Zügen **7 262** (s. Eisenbahn). — Haftung des Transportunternehmers bei vorzeitigem Abspringen des Fahrgastes von dem Fährschiff **7 262.** — Streif

6 247. — partieller Streif u. Aussperrung als Befreiungsgrund **5 242.** — Rechnungslegungspflicht? **6 241.** — Versicherung der erhaltenen Rohmaterialien **7 137.** — Fehler bei e. vom U. neu zu konstruierenden Maschine **7 264.** — Haftung bei Umänderung e. Gasanlage unter Verwendung der bisherigen Rohrleitung **7 264.** — Ablehnung der Haftung wegen allzugroßen Drängens des Bestellers **7 264.** — Haftung für Ratserteilung des U. vor der Bestellung; Fehler bei Prüfung einer Wasserkraft **7 265.** — Anzeigepflicht des U. bei Wahrnehmung von Mängeln an den vom Besteller gelieferten Stoffen **7 269.** — Haftung des U. während der Herstellung des Wertes **5 245; 7 265.** — Einrede des nicht (oder nicht richtig) erfüllten Vertrages seitens des Bestellers **2 1, 376; 3 1, 269; 5 246; 6 244; 7 155, 260, 264, 265.** — Haftung für unsichtbare Mängel **5 246.** — freiwilliges Anerbieten nochmaliger vertragsmäßiger Herstellung des noch nicht abgelieferten Wertes **7 265 (2).** — Ablehnung des Anerbietens auf Lieferung eines Ersatzes **7 265.** — Haftung des U. für zugesicherte Eigenschaften **2 1, 376, 377; 4 206.** — Zuficherung und Anpreisung **6 244.** — Rentabilität als zugesicherte Eigenschaft **6 244.** — Ersatzansprüche bez. der zur Mängelbeseitigung erforderlichen Aufwendungen **1 1, 395; 2 1, 376; 5 246.** — „unverhältnismäßiger Aufwand“ (§ 636) **6 245; 7 264.** — Verhältnis des § 636 Abs. 2 Satz 2 zu § 249 **6 245.** — Beseitigung der Mängel durch den Besteller ohne Inverzuglegung des U. **7 264.** — Anwendung der §§ 320, 322 BGB., wenn der Besteller nach Ablauf der gesetzl. Nachbesserungsfrist das Werk überhaupt zurückweist? **7 265.** — Klage auf Mängelbeseitigung **2 1, 376.** — Wandelungserklärung oder Verlangen nach Beseitigung? **6 245.** — Verlangen der Mängelbeseitigung ohne Fristsetzung **7 265.** — kein Anspruch des Bestellers auf Herstellung eines neuen mangelfreien Wertes **3 1, 268; 7 265.** — Zulässigkeit der Wandelung bei **W.** im allgemeinen **1 1, 395; 2 1, 376; 3 1, 269; 4 206;** Wandelung bei dem auf Herstellung eines Gebäudes auf dem Grundstück des Bestellers gerichteten **W. 2 1, 377;** Gestaltung der Wandelung im einzelnen **1 1, 395 f.; 2 1, 377 f.;** insbes. nach Verarbeitung des vom Besteller gelieferten Stoffes **1 1, 396; 2 1, 377.** — Erfüllungsört für die Wandelung **4 98.** — unerheblicher Mangel nach § 634 Abs. 3 **6 246.** — § 634 Abs. 3 bei Fehlen zugesicherter Eigenschaften nicht anwendbar **6 246; 7 265.** — Inbenutzungnahme des Wertes als Verzicht auf die Wandelung? **7 269.** — Ersatzanspruch neben Wandelung gemäß § 276 **3 1, 130.** — Minderung auch bei un-

erheblichem Sachmangel **1 1, 395; 2 1, 376; Art der Vollziehung der Minderung 1 1, 395, 396; 2 1, 377.** — Schadenserfah oder Minderung? **6 245, 246.** — Minderung trotz Beseitigung des Mangels **6 245.** — Herabsetzung der real unteilbaren Naturalvergütung **2 1, 377.** — Geltendmachung der Minderung vor Abnahme **6 246, 248.** — maßgebende Zeit für Berechnung der Minderung der Vergütung eines mangelhaften Werkes **7 265.** — Art der Geltendmachung der Mangelhaftigkeit des Werkes bei Fehlen der Voraussetzungen für Wandelungs-, Minderungs- u. Schadenserfahanspruch **5 246.** — Anwendung des **§ 634** bei Garantieverprechen **6 245.** — Rücktritt des Bestellers **1 1, 245; 7 265.** — Fristbestimmung für die Ausführung des Rücktrittsrechtes **1 1, 262.** — spätere teilweise Annahme der Leistung durch d. Rücktrittsberechtigten als stillschweigender Verzicht auf das Rücktrittsrecht **5 246.** — Anwendbarkeit des **§ 475** auf den W. **2 1, 283, 378.** — Rechte des Bestellers bei Verzug des Unternehmers in d. Mängelbeseitigung **1 1, 395; 5 246.** — Fristsetzung nach **§ 634 2 1, 376; 3 1, 269.** — „Unmöglichkeit“ der Mängelbeseitigung **2 1, 377; 4 206.** — Streitren der Mängel seitens des U. erst im Prozesse **6 246.** — Verhältnis der Unmöglichkeitsvorschriften zu den Vorschriften über Mängelgewähr **2 1, 378.** — vom Bau-U. zu vertretende Mängel (**§ 635 4 206; 5 247.** — Anspruch des Bestellers auf Schadenserfah wegen Richtersfüllung; Fälle **1 1, 396; 2 1, 378; 3 1, 269; 5 247.** — Fristsetzung **3 1, 269.** — Ermittlung des Schadens **3 1, 269.** — Inhalt u. Umfang des Schadenserfahanspruchs **6 246; 7 265, 266.** — konkurrierendes Verschulden des Bestellers im Falle des **§ 635 BGB. 7 266.** — Beweislast im Falle des **§ 635 2 1, 378.** — Gerichtsstand im Falle des **§ 635 6 247.** — Ausschluß d. Schadenserfahanspruches d. **§ 635 i. F. d. § 640 Abs. 2? 7 266.** — zur Erhaltung des Schadenserfahanspruches aus **§ 635 BGB. Vorbehalt nötig? 7 269.** — kein Anspruch des Bestellers auf Übergabe vor Zahlung **7 269.** — Verhältnis des **§ 636** zu **§ 325 2 1, 378.** — Verhältnis des **§ 636** zu **§ 275 6 247.** — Leistungszeit bei mehreren Bestellungen verschiedener Kunden **1 1, 178.** — Rechte des Bestellers bei verspäteter Herstellung **2 1, 378.** — Rücktritt aus **§ 636 i. F. des Streiks 1 1, 396; 2 1, 378; i. F. der Zurückweisung des U. als Bauleiter durch die Baukommission 5 247, 254 (f. 6 240).** — durch Nichtleistung der vereinbarten Teilzahlungen des Bestellers verursachte verspätete Fertigstellung des Werkes **7 266.** — Verbot der Fortsetzung des Werkes wegen Vertragswidrigkeit der bisherigen

Arbeiten; Einfluß auf eine Vertragsstrafe wegen Verspätung **7 266.** — Berechnung der Pieserfrist bei Pflicht des Bestellers zur Lieferung der Modelle **7 266.** — Recht, nicht Pflicht des Bestellers zum Rücktritt ohne Fristsetzung nach **§ 636 i. F. e. besonderen Interesses 1 1, 245.** — teilweise Nichtigkeit einer Abrede über Mängelhaftung **5 247.** — Verjährung nach allgemeinen Grundfahen neben **§ 638 5 247; 6 248; 7 266 f.** — Anwendung des **§ 638** auf d. Schlepptschiffahrtsvertrag **3 1, 270; 4 207; 5 248.** — keine Anwendung der kurzen Verjährungsfrist bei positiver Vertragsverletzung d. Unternehmers **7 266, 267 (2).** — kurze Verjährung des **§ 638**, wenn der Schadenserfahanspruch gleichzeitig auf eine unerlaubte Handlung (Fahrlässigkeit) des U. gestützt wird **7 267.** — Anwendung des **§ 638 BGB.** auf den Transportvertrag; Anspruch auf Rückerstattung der Reisekosten, des Zehrgeldes, auf Erlass des Sachschadens e. Körperverletzung **7 267.** — Verlängerung der Verjährungsfrist des **§ 638** bis zu 30 Jahren **1 1, 396; 2 1, 378.** — Beginn der Verjährung wegen erst nach Fertigstellung des Baues ersichtlicher Planmängel **6 249.** — Berufung des U. auf d. Verjährung des **§ 638** gegenüber der Klage auf Rückzahlung einer Anzahlung, bei vorheriger rechtskräftiger Teilabweisung e. Werklohnklage wegen Wandelung **7 267, 268.** — Beweislast für die Verlängerung der Verjährungsfrist des **§ 638 5 249.** — keine Verkürzung d. Verjährungsfrist durch Garantieübernahme **5 249.** — Verjährung bei Nichtverbeurteilung eines Beweissicherungsantrages **6 249.** — Anwendung des **§ 638** auf immaterielle Werke **4 207; 5 248; 6 248 (Transportvertrag); 7 267.** — Begrif d. „Bauwerkes“ i. S. des **§ 638 2 1, 379; 3 1, 270; 4 207, 5 248; 6 249 (Tresoranlage, Drainage); 6 251 (Baugrube, Umbau, Anstreicher, Tapezierarbeiten); 7 268.** — Badoefen „Bauwerk“? **7 268.** — Badoefen Bauwerk? **7 268.** — Schiffsmühle Bauwerk? **7 268.** — Biadukt einer Hochbahn Bauwerk **7 268.** — Arbeit an einem Grundstück i. S. des **§ 638 7 268.** — „Abnahme“ des Werkes **1 1, 396 f.; 2 1, 379 f.; 3 1, 271; 4 207, 208; 5 249 f.; 6 248, 249; 7 268.** — Abnahmepflicht bei unbedeutenden Mängeln? **6 250, 691; 7 269.** — Benutzung e. noch nicht fertigen Hauses als Abnahme **7 269.** — analoge Anwendung d. **§ 640** auf den Affordvertrag? **7 269.** — Verjährung der Gewährleistungsansprüche: Bedeutung und Inhalt des Garantieversprechens bei W. **2 1, 379; 5 249; 6 247; 7 266.** — vorbehaltlose Abnahme d. Werkes **2 1, 380; 4 208; 5 250.** — Ausschluß der Schadenserfahansprüche (**§ 635**) durch vorbehaltlose Abnahme (**§ 640 Abs. 2) 7 266.**

Werkvertrag)

Pflichten des Bestellers. — Pflicht des Bestellers bei Kenntnis eines Mangels der Bestellung 5 242. — Vollendenlassen des Werkes seitens des Bestellers durch einen anderen Unternehmer 7 157 (2). — keine Untersuchungspflicht des Bestellers 2 1, 376. — Eigentumserwerb des B. insolge Verarbeitung durch den Unternehmer 1 1, 396; 2 1, 373, 377, 382, 383. — Stellung des Unternehmers, wenn die Hypothekenbank wegen vertragswidriger Verwendung der Baugelder seitens des Bestellers den Kredit kündigt 7 157. — Annahmeverzug des B. bez. d. fertigen u. bez. d. nicht fertigen Werkes 1 1, 245; 2 1, 221. — Annahmeverzug des B. (§ 642) 2 1, 381 (§ 326 ausgeschlossen in diesem Falle); 5 250. — Berechnung des Schadenserlasses bei Annahmeverzug des Bestellers 2 1, 381. — § 643 als Fall bedingter Kündigung e. Arbeitsverhältnisses 2 1, 382.

Gefahrtragung. — Kritik des § 644 2 1, 382. — Versicherung von Baumaterialien 6 250; 7 137, 165, 166 (Versicherung als Vertrag zugunsten des Bestellers). — Gefahrübergang 1 1, 397. — Brandunfall während des Baues 7 269. — Gefahrübernahme 4 188 ff. — Hinderung der Abnahme oder Vollendung durch den Besteller 6 250. — Einsturz bei e. Ausschachtungsarbeit 7 269. — Gefahrtragung 2 1, 382; 5 250; 7 269. — Wiederherstellungspflicht und -recht d. Unternehmers 3 1, 272, 273; 4 208. — § 644 Abs. 2 im Verhältnis zu § 645 3 1, 272. — „Spärentheorie“ bez. der Behandlung der zufälligen Leistungsunmöglichkeit (§ 645) 1 1, 397. — Anwendung des § 645 auf den Frachtvertrag? 7 269. — Haftung des Bestellers für seinen Stoff 2 1, 382; 3 1, 272; 5 251; für seine Anweisungen 2 1, 382; 3 1, 272; 5 251. — Anzeigepflicht des Unternehmers bei Auftreten von Mängeln an den vom Besteller gelieferten Stoffen 7 269. — Recht des Unternehmers aus Herstellung des Werkes 2 1, 383. — Abnahmefähigkeit von Gebäudereparaturen 2 1, 383. — § 646 nur auf unkörperliche Werke zu beziehen 3 1, 273.

Pfandrecht. — vertragliche Bestellung e. d. § 647 nachgebildeten Pfandrechts im Dienstvertrag 5 251. — Werkmeister-Pf. nicht geschügt durch d. „Hand wahre Hand“-Prinzip 1 1, 397. — Pf. für Ausbesserungskosten an e. Schiffe 3 1, 273. — kein Pf. an den eigenen Sachen des Werkmeisters 5 251. — „Forderungen aus dem Vertrage“ (§ 647) 1 1, 397. — Bemerkungen zum Gesekentwurf zum Schutze der Bauhandwerker 5 254; 6 251, 252; 7 271. — § 648 trifft auszuliegen 1 1, 397. — keine

Sicherungshypothek an nicht dem Besteller gehörigen Baugrundstücken; Eigentumsverlust des Bestellers nach Vormerkung der Hypothek 6 250. — Sicherungshypothek an dem Grundstück eines offenen Handelsgesellschafters bei Bauvertrag mit einer offenen Handelsgesellschaft 7 270. — Sicherungshypothek auf e. gütergemeinschaftlichen Grundstück 7 270. — Sicherungshypothek auf mehreren Baugrundstücken bei einheitslicher Vergütung 7 270. — „Unternehmer“ i. S. des § 648 4 208; 5 227, 253. — Unternehmer e. einzelnen Teiles e. Bauwerks 4 209; 5 253, 254; 6 251. — Ausschluß von bloßen Lieferanten 1 1, 397; 5 252. — Anspruch aus § 648 bei vereinbarter Naturalvergütung? 2 1, 383. — „geleistete Arbeit“ 2 1, 383. — Anspruch aus § 648 auch für bloße Reparatur 1 1, 396; 3 1, 273; 6 251. — „Bauwerk“ s. oben bei Pflichten des Unternehmers. — Hinterlegung d. durch die Hypothek aus § 648 zu sichernden Betrags 2 1, 384. — vertraglicher Ausschluß des Anspruches aus § 648? 5 251. — Anspruch auf Bestellung, nicht gesetzlicher Erwerb einer Sicherungshypothek im § 648 1 1, 398. — Entstehung des Anspruches, insoweit geleistet ist 1 1, 398; 3 1, 273. — Anspruch aus § 648 auch gegenüber d. Erbbauberechtigten 2 1, 383. — „Forderungen aus dem Vertrage“ (§ 648) 1 1, 398; 7 270. — Feststellung der Forderung als Voraussetzung des Eintrags d. Hypothek 6 251. — vorbereitende Arbeiten als „Forderungen aus d. Vertrage“ (§ 648) 7 270. — Sicherungshypothek auch für die Kosten ihrer Erwirkung 7 270. — Verzicht des Unternehmers auf die Bauhandwerkerhypothek 5 252. — Beschränkung des Anspruches aus § 648 auf das eigentliche Baugrundstück 5 252. — Sicherungshypothek aus § 648 auch wegen Forderung unter 300 M. 1 1, 398; 6 251 (s. Zwangshypothek). — Sicherung des Anspruches aus § 648 durch Vormerkung 1 1, 398; 7 270 (2). — Verhältnis des § 648 zu §§ 883, 885 5 251. — Umschreibung der Vormerkung 7 270. — Arrestbefehl bei Versäumung der Zustellungsfrist für die erwirkte einstweilige Verfügung 7 270. — Hauptklage bei Anordnung der Eintragung e. Sicherungshypothek aus § 648 durch einstweilige Verfügung 1 1, 398; 5 252. — Glaubhaftmachung der Forderung bei einstweiliger Verfügung 6 251. — Verhältnis des § 648 zu d. Pfandrechtstiteln des weimariischen Pfandgesetzes §§ 27 ff. 5 253. — Übergang des Rechts aus § 648 bei Besjon? 1 1, 303, 398; 2 1, 254, 383; 3 1, 196, 273; 5 166, 252; 6 251; 7 270. — Übergang der vorgekauften Sicherungshypothek bei Pfändung der Baugeldforderung 7 271.

Kündigungserrecht des Bestellers. — Anwendung des § 649 BGB. auf den Eisenbahnfrachtvertrag 7 271. — unberechtigter Rücktritt als Kündigung nach § 649 7 271. — vertragl. Beschränkungen und Modifikationen des Kündigungserrechts des Bestellers 2 1, 384 f. — kein Schadensersatzanspruch des Unternehmers bei Kündigung des Bestellers 2 1, 384; 6 252. — Anrechnung der Ersparnis im § 649 2 1, 343; 6 252. — Beweislast bez. der Ersparnisse 6 252. — Begriff der Ersparnisse 6 252. — „böswillig“ im § 649 5 254. — böswillig nicht gemachte Ersparnisse 6 252. — Vorabentscheidung über die Einwendung der Anrechnungspflicht 3 1, 255. — Nichtdrucklassen von Inseraten seitens des Pächters des Inseratenteils einer Zeitung als Kündigung? 6 252. — Überbreitung des Kostenanschlages 1 1, 398; 2 1, 385; 7 271.

Werkzeug s. Arbeitsgerät.

Wert s. Gebrauchs-, Tausch-W. — Gebrauchs-W., Begriff 3 1, 76. — Tausch-W., Begriff 3 1, 76.

Wertpapiere s. Emission, Hinterlegung, Banknoten, Inhaberpapiere, Namenspapiere, Legitimationspapiere, Rentenzpapiere, Schuldverschreibung auf den Inhaber, Talon. — Begriff 1 1, 443. — Lebensversicherungspolice 2 1, 474. — Kassenscheine, Banknoten 1 1, 443. — Übertragung des Rechts aus einem W. 3 1, 298. — Leihe zwecks Verpfändung 3 1, 241. — Gewährleistung bei Verkauf eines W. 1 1, 345; 2 1, 277; 4 160 f. — Bankierhaftung für Empfehlung von W. (vgl. Bankier) 1 1, 409; 2 1, 409; 3 1, 287; 4 221; 5 265 ff. — Eigentumszerwerb des Verpfänders von W. an deren vom Bankier in einem besonderen Briefumschlag verwahrten Erlöse 5 58. — Anrechnung von zur Kaufpreiszahlung verwendeten W. i. F. der Wandelung zum Kurswert 4 165. — Einfluß der Einziehung von Coupons auf das Wandelungsrecht des Käufers von W. 1 1, 349. — Herausgabe der W. durch den Gläubiger an den Schuldner nach § 371 1 1, 270. — Hofschuld 1 1, 176. — Unanwenbarkeit des § 271 Abs. 2 1 1, 178; des § 284 Abs. 2 1 1, 202. — Zusicherung der Hinterlegung von W. zur Sicherstellung eines Unternehmens nach § 157 auszulegen 2 1, 80. — Anwendung des § 799 BGB. (Kraftloserklärung) auf alle W. (vgl. Aufgebotsverfahren) 1 1, 447. — Eigentum hieran im Verhältnis zum Gläubigerrecht 1 1, 609. — Schadensersatzpflicht bei rechtswirbiger Ausgabe von Banknoten u. Inhaberpapieren mit Brämie 1 1, 446. — Kauf eines Papierses

ohne Talon u. Coupons; guter Glaube 2 2, 205. — Einfluß der Einlegung der Opposition auf den Kauf des Papierses 2 2, 217. — Rücktrittsrecht des Käufers eines Loospapierses, wenn der Verkäufer beim Kauf den Mantel auszuhändigt, dagegen den Couponbogen entgegen seinem Versprechen bis zum Tag vor der Nummerziehung nicht geliefert hat? 6 689. — Zulassung zum Börsenhandel s. Börse. — Verkauf gesperrter W. 7 1173. — Kuxe (vgl. diese) als W. 7 669, 1173. — Zulassung von Kuxen zum Börsenhandel 7 1173.

Wertzuwachssteuer. — Zahlung durch den Käufer 7 195.

Wesfalen. — eheliches Güterrecht in der Übergangszeit 1 2, 435; 2 1, 799, 800; 3 1, 703 (Beerbung des nach 1900 zuerst versterbenden Gatten); 5 632. — Beerbung bei nach 1. I. 00 eingetretener fortgesetzter Gütergemeinschaft 4 551.

Wette f. Spiel, Totalisator, Auslobung. — W. als gegenseitiger Vertrag 3 1, 157. — Begriff; Unterschied vom Spiel 2 1, 445, 446; 3 1, 301, 302 ff.; 4 236; 5 282; 6 272 (Ungleichheit des vom Verlierenden zu tragenden Nachteils für beide Teile). — Klage auf Erlass der infolge eines W.-Auftrags gemachten Aufwendungen 5 282. — auf W.-Verträge gerichteter Geschäftsbetrieb Firmenbuch 2 1, 447. — W.-Wechsel 2 1, 447; 3 1, 303; 4 1004, 1008. — Haftung des den Wechsel trotz Geltenmachung der Unwirksamkeit seitens des Schuldners weiter begebenden Empfängers 2 1, 447. — rückwirkende Kraft der Vorchrift über Unverbindlichkeit der W.-Verträge? 2 1, 448, 787. — W.-Verträge unsittliche Geschäfte? 3 1, 302; 5 46. — Nichtigkeit der im Betrieb e. verbotenen W.-Unternehmens geschlossenen W.-Verträge 6 57. — Aussetzung eines Preises für die von dem Aussetzenden als unmöglich erachtete Lösung einer wissenschaftlichen Frage 3 1, 302. — einseitiges Versprechen einer Irtrumsstrafe; Unterschied von der W. 3 1, 302. — Verhältnis zur Auslobung: Fall Dasbach-Hoensbroech 3 1, 280, 302 f.; 4 215, 236; 5 263; 6 272. — öffentlich gemachte W.-Anträge 6 272. — Pflicht des Auftragebers zur Herausgabe eines irrtümlich vom Beauftragten ausgezahlten angeblichen W.-Gewinnes nach § 812 6 272. — W. auf ein Rennpferd am Totalisator als Spiel (Wettrennen) 1 1, 85. — Vermittlung von W. durch Sportkommissionsbureau 1 1, 85.

Wettrennen s. Rennverein, Wette, Spiel. — Spiel oder Wette 1 1, 428. — Zuchtrennen 1 1, 428; 5 284 (Verträge zwischen dem Rennverein u. seinen Mitgliedern, Einsätze, Reugelber). — Totalisator: staatliche Genehmigung? Lotterie? 1 1

(Wettrennen)

85, 430. — Darlehen zur Beteiligung an öffentlich erlaubten W. 4 237; 5 283, 284. — Wettlaufträge für Pferderennen 1 1, 85. — Unfälle auf der Rennbahn 4 112; 5 97 (§ 254 BGB.).

Widerklage vgl. Gerichtsstand, Inzidentklage. — ist nicht Verteidigungsmittel nach § 278 ZPO. 1 3, 125. — Entscheidung über die Klage bedingt nicht Entscheidung über die W. 1 3, 125. — W. gegen W. 3 2, 350; 7 734. — Mangel in den Voraussetzungen heilbar 3 2, 350. — Nichtzulassen einer zulässigen W. 3 2, 501. — Erhebungsform; Ankündigung in Schriftstücken 3 2, 449; 6 748. — Gebrauch des Wortes „Widerklage“? 1 3, 23. — Antrag auf Aufrechterhaltung des Teilungsplanes gegenüber der Klage nach § 879 ZPO. 1 3, 300. — unbedingte Zuspredung einer bedingt erhobenen W. 1 3, 131. — Zulässigkeit e. eventuell erhobenen W.? 6 748, 800 (für den Fall des Nichtdurchdringens der primären W.). — W. auf Erstattung der Pflegekosten gegen die Klage der Eltern auf Herausgabe des Kindes 7 734, 735. — Abweisung der W., wenn in dem Einspruchsverfahren über das d. Klage stattgebende u. die W. abweisende Urteil der W.-Antrag nicht wiederholt wird? 5 792. — Inzidentfeststellungswiderklage gegen Teilklage 6 807. — W. nach Verwerfung eines Wiedereinsetzungsantrages 3 2, 449; 4 692. — W. auf Feststellung eines mit dem Bestreiten der Klage von Anfang an sich bedenkenden Rechtsverhältnisses 4 693 (s. 1 3, 103). — positive Feststellungs-W. gegen eine negative Feststellungsklage 5 752. — auf Nichtbestehen der ganzen Forderung bei Eintragung eines Teilbetrags 6 807; 7 828. — Einfluß der Klagezurücknahme auf erhobene oder nicht erhobene W. 5 795. — § 33 ZPO. nicht nur Gerichtsstands-, sondern auch Zulässigkeitsvorschrift; Erhebung e. konnexen W., auch wenn das Gericht der Klage für sie sonst nicht zuständig wäre 7 734. — Kosten: Anwendung des Art. 12 Haager Abkommens 3 2, 350. — Kosten einer nur angeforderten W. 3 2, 449. — W. gegen Österreicher 3 2, 350. — aus dem Recht gegen d. Besitzklage s. Besitz.

Widerrechtlichkeit s. unerlaubte Handlung, Notwehr, Notstand, Verschulden. — Begriff 1 1, 72, 462; 2 1, 127, 492, 495; 4 33, 265 (Unterlassung); 5 326. — Unterschied zwischen „gesetzwidrig“ und „strafbar“ 6 301. — die W. ausschließende Gründe 1 1, 462; 2 1, 127, 492 (Einwilligung, Notstand); 3 1, 339 (Notwehr u. ihre Überschreitung, Putativnotwehr); 5 80 ff. — Einwilligung der Genehmigung Verlester 2 1, 28, 142, 492; 5 58, 80; 6 302 (Verletzung des Lebens eines anderen);

5 329 (bei Freiheitsberaubung). — durch übergeordnete dienstliche Interessen veranlaßte Handlung 6 302. — Weigerung des notariellen Kaufabschlusses trotz mündlichen Versprechens? 6 302. — W. u. Einrederecht 5 62. — Irrtum über die Rechtswidrigkeit 2 1, 128. — Verhältnis zw. straf- u. zivilrechtlicher Rechtswidrigkeit 2 1, 107; 4 62.

Widerruf vgl. *clausula rebus sic stantibus*, Schenkung, Stiftung, Vertragsantrag, Vollmacht. — Anspruch auf W. e. Beleidigung durch Zeitungsanzeige 4 72 (s. Beleidigung, Unterlassungsklage). — Beweispflicht s. das „Zugehen“ eines W. 3 1, 44. — W.-Recht statt Aufsechtung beim Fehlen e. Aufsetzungsgegners 1 1, 89.

Widerspruch gegen die Richtigkeit des Grundbuchs s. auch Eintragungen ins Grundbuch unter Eintragungsantrag; Verfahren bei Eintragungshindernissen; s. auch Beschwerde in Grundbuchsachen über Beschwerde gegen eine Eintragung.

Voraussetzungen 1 1, 548.

Rechtliche Natur 2 1, 543 f.; 3 1, 406 (Nichtverlautbarung des Berichtigungsanspruchs).

Einzelne Fälle. — Widerspruch gegen Widerspruch, gegen Verfügungsbeschränkung oder Vormerkung 1 1, 548; 2 1, 543; 2 2, 461 f., 544; 3 1, 393 f., 406; 4 323; 5 985. — gegen die nach § 24 PrEnteignG. eingetragene Vormerkung über die Einleitung des Enteignungsverfahrens 5 982. — gegen eine inhaltlich unzulässige Eintragung 5 982. — gegen eine das Grundbuch nicht unrichtig machende Eintragung (einer Zwangshypothek) 6 1049. — zur Sicherung des Aufsetzungsrechtes aus § 7 AufG. oder § 37 RD.? 3 1, 396; 4 323. — wegen Nichthingabe des Darlehens bei Buchhypotheken 1 1, 548. — W. gegen die Umschreibung, weil der Veräußerer ein Scheingeschäft zugrunde liegt 4 323. — W., nicht Vormerkung zur Sicherung der durch Übertragung eines Erbteiles erworbenen Rechte 4 323. — W., der aus dem Hypothekenbrief oder einem Vermerk auf ihm hervorgeht 1 1, 689.

Eintragung des Widerrufs u. Voraussetzungen der Eintragung (vgl. unten Eintragung von Amts wegen). — Inhalt der Eintragung, Bezugnahme auf eine zugrunde liegende Urkunde 1 1, 548; 2 2, 461; 3 1, 406; 4 323. — Form des Antrages auf Eintragung eines W. wegen Nichthingabe des Darlehens bei Buchhypotheken 1 1, 548. — Antragsberechtigung 5 395. — gegen wen die einstweilige Verfügung zu beantragen, die die Eintragung des W. anordnet? 5 395. — Notwendigkeit einer einstweiligen Verfügung; Pfändungs- u.

Überweisungsbeschluß genügen nicht 7 402.

— Verwechslung von W. u. Vormerkung in der Eintragung oder im Antrag auf einstweilige Verfügung 1 1, 541. — keine Kumulierung von W. u. Vormerkung zugunsten desselben Rechtes 3 1, 406 (vgl. Vormerkung). — Anordnung der Eintragung durch einstweilige Verfügung d. Gerichtsvorsitzenden? 1 1, 548. — § 899 Abs. 2 BGB. nicht anwendbar auf Protestationen des bayer. Hypothekenrechtes 5 395. — W. bez. eines Grundstückssteiles; Eintragung ohne Beschreibung der Parzelle 1 1, 548; Beschreibung des Bestandtheiles 3 2, 166.

Wirkung. — im Zwangsversteigerungsverfahren; Berücksichtigung im geringsten Gebot 2 1, 543; 2 2, 371 f.; 6 949. — Wirkung des W. gegen das Recht des Bucheigentümers (Aufhebung oder einstweilige Einstellung der Zwangsversteigerung?) 1 1, 548 f.; 7 908. — der W. bewirkt keine Verfügungsbeschränkung 2 1, 542, 544.

Beseitigung des Widerspruchs. — Aufhebung des W. durch Beschwerde? 1 1, 548; 2 2, 461. — Beseitigung im Wege der Grundbuchberichtigung? 2 1, 544; 2 2, 461. — keine Vermittelung des Prozeßgerichtes bei der Löschung 2 2, 429. — Ausschließung des Rechts aus dem W. durch Aufgebotsverfahren? 1 1, 549. — Löschung des Rechtes selbst unter Aufrechterhaltung der Eintragung des W. unzulässig 6 371.

Abtretung des Widerspruchs. — des durch ihn gesicherten Rechtes 1 1, 549.

Eintragung von Amts wegen (vgl. oben) 1 1, 548. — Wesen des von Amts wegen eingetragenen W. 2 2, 461 f. — Zulässigkeit gegenüber den auf Anordnung des Beschwerdegerichtes erfolgten Eintragungen 2 2, 461; 6 1049. — Zulässigkeit gegenüber inzwischen erworbenen Rechten Dritter 2 2, 461; 4 321, 844; 5 981 f.; 6 1049 f. — Verpflichtung zur Eintragung 3 2, 166; 6 1050. — W. von Amts wegen gegen die Löschung eines nicht erloschenen Rechtes 2 2, 462; 5 981. — desgl. gegen das Eigentum desjenigen, der einen Anteil an einem Nachlaßgrundstücke vor Teilung des Nachlasses von einem Miterben erworben hat 2 2, 462. — wegen Ungenauigkeit einer Eintragung 6 1049. — im Falle der Doppelbuchung (vgl. diese) u. der Parzellenverwechslung 2 2, 462. — wegen wesentlich unterschiedlicher Eintragung der Ausschließung der Brieferteilung 6 1049. — W. oder Löschung gegen die Eintragung einer Eigentümerdienstbarkeit? 6 1050. — Glaubhaftmachung, nicht Nachweis der Unrichtigkeit 4 844. — Möglichkeit, Wahrscheinlichkeit der Unrichtigkeit 6 1049 f. — Übergangsrecht 2 2, 463; 3 2, 166.

Widerspruch s. Mahnverfahren.

Widerspruchsklage.

Im Verteilungsverfahren s. dieses.

Widerspruchsklage nach §§ 771 ff. ZPO. vgl. unerlaubte Handlung unter Zwangsvollstreckung; Zwangsvollstreckung im allgemeinen A d, e, h. — Charakter der Klage 1 3, 256; 5 854, 855; 6 887; 7 859.

— Verbindung mit dem Verfahren über die Rechtmäßigkeit einer einstweiligen Verfügung 1 3, 111. — Verhältnis zu der Klage aus dem das Widerspruchsrecht begründenden Rechte 1 3, 256; 6 887; 7 860 (2). — Feststellungsklage aus § 256 ZPO. neben der W.? 7 861. — Haftung d. Klägers für den durch Einstellung der Zwangsvollstreckung entstandenen Schaden bei Grundlosigkeit der Klage 5 338 (vgl. prozessuales Verschulden). — Klageantrag: auf Herausgabe des Versteigerungserlöses 3 2, 555; auf Pfandfreigabe? 4 733; auf Feststellung des klägerischen Eigentums? 4 733; auf Unzulässigkeit der Zwangsvollstreckung 4 733; 5 855, 856; 6 887 (Unwirksamkeit der Pfändung). — Schuldner als Beklagter 1 3, 256. — Stellung der Ehefrau im Interventionsprozeß 3 2, 556. — Klagebegründung; Beweis des Erwerbes, nicht auch der Fortdauer des Eigentums an der gepfändeten Sache 3 2, 555. — Pflicht des Klägers zur Glaubhaftmachung seines Rechtes 1 3, 256, 257; 3 2, 556 (s. Prozeßkosten). — „ein die Veräußerung hindernendes Recht“ 5 854; 7 859. — Substantiierung des Klagegrundes 6 795; 7 861. — Zustellung an den Prozeßbevollmächtigten d. Hauptprozeßes? 6 787, 888. — zuständiges Gericht bei W. gegen die Pfändung e. Forderung, e. Hypothek 6 887; 7 860. — Veräußerung der gepfändeten fremden Sachen nach Erhebung der Klage an einen gutgläubigen Dritten 5 856. — Klagerhebung nach Hinterlegung d. Betrags der gepfändeten Forderung 7 861. — Erhebung der Klage nach Erlassung des Pfändungsbeschlusses bei Forderungspfändung 1 3, 256 (vgl. Zwangsvollstreckung in allg. G.). — Klagerhebung nach Versteigerung der Pfandstücke? 3 2, 555. — wie lange ist bei Sicherheitsleistung seitens des Schuldners mit Wertpapieren eines Dritten u. Pfändung des Anspruchs des Schuldners auf Herausgabe der Papiere die Klage zulässig? 4 733. — Erhebung der Klage nach Aufhebung der Pfändung? 6 888. — Klagerhebung nach Pfändung u. Überweisung d. Forderung bis zur Einziehung zulässig? 6 888. — Klagerhebung nach freihändiger, auf Anordnung d. Vollstreckungsgerichts erfolgter Veräußerung, wenn der Erlös noch nicht ausbezahlt ist 7 861. — Widerspruchsklage

(Widerspruchsklage)

gegen die W. 7 861. — Einfluß der nachträglichen Erwirkung des Titels nach § 743 ZPO. auf die W.? 6 888. — exceptio doli des vollstreckenden Gläubigers bei Intervention e. solidarisch mit dem Exequendus haftenden Mitschuldners 3 1, 207; 3 2, 555; 6 888. — Einrede der Arglist gegen die W. des weder zur Leistung noch zur Duldung mitverurteilten gütergemeinschaftlichen Gatten, wenn er gegen die Duldungsklage nichts hätte einwenden können? 6 882, 888; 7 861. — Einrede, daß der als Eigentümer auftretende Kläger selbst der wahre Schuldner der beizutreibenden Forderung sei 4 733, 734; 5 856. — Einrede, daß der den Gewahrsam an den gepfändeten Sachen ausübende Kläger der Pfändung zugestimmt habe 4 734. — Einrede, daß der Kläger als Bürge bez. der in Anspruch genommenen Sache hafte 4 68. — Wirkung des Urteils 7 860; Rechtskraft bez. des Eigentums oder Nichteigentums des Klägers? 3 2, 555; 7 807, 860. — stellt das rechtskräftige Urteil die Rechtmäßigkeit oder Unrechtmäßigkeit der Zwangsvollstreckung für u. gegen jedermann fest? 4 733. — Kosten f. Prozeßkosten (§ 93), unerlaubte Handlung (§ 823). — Kosten bei Freigabe vor Klagezustellung 1 3, 256; 3 2, 556. — Kosten bei Freigabe vor dem Verhandlungstermin 1 3, 256. — Kosten bei Freigabe nach Klagezustellung 3 2, 556. — fahrlässig erhobene W. 5 115. — Kosten der Einstellung der Zwangsvollstreckung sind Prozeßkosten 1 3, 257; 3 2, 556; 5 338; 6 1160. — Lagerkosten der Pfandstücke während des Prozesses 3 2, 556. — Haftung d. Beklagten für die Nuzungen 5 411. — Antrag d. Klägers auf Einstellung der Vollstreckung j. Zwangsvollstreckung im allg. D. b. — Antrag des Beklagten auf Anordnung der Versteigerung der gepfändeten Sache durch einstweilige Verfügung 1 3, 321. — Bereicherungsanspruch gegen den Vollstreckungsgläubiger, wenn die W. versäumt wurde? 6 887 (vgl. ungerechtfertigte Bereicherung). — Bereicherungsanspruch nach Abweisung der W.? 7 860.

Fälle des § 771 ZPO. vgl. Zwangsvollstreckung im allg. A d bis g. — des Ehemanns, der nicht nach § 739 ZPO. zur Duldung der Zwangsvollstreckung verurteilt ist 1 2, 49, 50; 1 3, 244, 256, 545; 2 1, 621; 3 2, 544; 4 97; 6 882, 888; 7 856, 861. — des gütergemeinschaftlichen Ehemanns bei Zwangsvollstreckung in das Gesamtgut auf Grund eines nur gegen die Frau lautenden Titels 1 3, 245; 3 2, 547. — des im gesetzlichen Güterstand lebenden Mannes bei Zwangsvollstreckung in ein auf den Namen der Frau eingetragenes Grundstück 1 3, 250. — Pfändung der erworbenen Früchte des

eingebachten Gutes 1 3, 286. — W. der Frau bei Pfändung von in ihrem Besitz befindlichen Sachen auf Grund e. Titels gegen d. Mann 6 884. — W. der Frau, wenn ohne Duldungsurteil gegen den Mann bei ihr gepfändet wurde? 3 2, 546; 5 850. — der Frau bei Pfändung von Früchten des eingebachten Gutes? 3 2, 583; 6 918. — Fesslon des Urteilsanspruchs an einen der als Gesamtschuldner verurteilten Beklagten; W. der übrigen Beklagten aus dem internen Verhältnis 3 2, 543. — Anfechtung einer noch nicht beendeten Zwangsvollstreckung seitens des Konkursverwalters durch Erhebung der Klage auf Freigabe der dem Gesamtschuldner gepfändeten Sachen 3 2, 555 (s. 1 3, 256). — Pfändung einer nicht dem Vollstreckungsschuldner, sondern einem Dritten zustehenden Forderung 3 2, 555. — W. des Schuldners selbst 3 2, 555. — W. eines von mehreren Gesamtschuldnern bei Betreiben der Zwangsvollstreckung gegen einen anderen Gesamtschuldner, Einrede der Arglist 3 1, 207; 3 2, 555. — eines Miteigentümers 4 733. — eines Miteigentümers bei Pfändung der ganzen Sache 3 2, 555; 5 855; 6 888. — bei Pfändung eines Anspruchs, der eine bewegliche körperliche Sache betrifft (§ 847 ZPO.) 3 2, 555; 5 855. — gegen eine Pfändungsbenachdichtigung nach § 845 ZPO.? 4 746; 5 873 (Zuständigkeit); 6 909; 7 861, 872 (2). — bei Forderungspfändung 5 855. — W. des unter Vorbehalt verurteilten Erben 3 2, 558; 5 855. — W. des Erfinders bei Pfändung des von einem Dritten auf seinen eigenen Namen angemeldeten Patentes 5 855. — W. des Fessionars e. gepfändeten Forderung, wenn Zedent u. Pfändungsschuldner nicht eine u. dieselbe Person ist 6 887, 888. — W. der Gesamthänder bei Zwangsvollstreckung in das Gesamthandsgut wegen e. Schuld, wegen deren sie selbst neben dem Vollstreckungsschuldner als Gesamtschuldner verurteilt sind? 6 888. — der Eltern bei Vollstreckung in das Kindesvermögen nach § 746 ZPO. 3 2, 548. — des Hypothekgläubigers gegen Pfändung von Miet- u. Pachtzinsen 3 2, 554. — des Hypothekgläubigers bei Pfändung von Halmfrüchten seitens eines Gläubigers des Pächters 5 866. — des Hypothekgläubigers gegen Veräußerung von Zubehörstücken seitens des Konkursverwalters 1 3, 288. — des Schuldners u. des Hypothekgläubigers bei unzulässiger Pfändung von Grundstückszubegeh (s. Zwangsvollstreckung in d. unbewegl. Vermögen) 1 3, 287, 288; 3 2, 551, 584; 4 753; 5 882; 6 918; 7 860, 879; des dritten Eigentümers bei Pfändung von Grundstückszubegeh 1 3, 288. — bei Zwangsvollstreckung in Rechte 1 3, 256; bei Pfändung

einer Forderung im Arrestweg 1 3, 256. — obligatorische Verpflichtung nach § 137 BGB., über eine Sache nicht zu verfügen 5 854 (vgl. unten § 772). — rein obligatorisches Recht auf Herausgabe einer Sache (Käufer) 1 3, 256; 3 2, 554; 5 854. — W. des Deponenten, Kommodanten, Verwahrers 1 3, 256; 3 2, 554, 555; 5 854; 7 860. — Pfändung von unter Eigentumsvorbehalt gegen Ratenzahlung gekauften Sachen 3 2, 578, 579; 6 888 (Einrede der Arglist, wenn der Widerspruchskläger den vom Pfändungsgläubiger angebotenen Kaufpreisrest nicht annimmt; vgl. auch Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen); 7 199, 200. — Besitzrecht als Klagegrund 1 3, 256; 4 733; 7 860. — der gegenüber dem Bucheigentümer zum Besitz Berechtigte 1 3, 256. — des wirtschaftlich Forderungsberechtigten bei Inkassozession 3 2, 554 (vgl. 6 887). — fiduziarische Rechtsverhältnisse 5 855. — Treuhänderhältnis 5 855. — auf Grund e. Anfechtungsrechtes 1 3, 256; 3 2, 555; 7 860 (2), 861. — Aussonderungsanspruch nach Konkursordnung 1 3, 256. — von einem Verteidiger für seinen Mandanten auf dessen Namen hinterlegte, aber von einem Dritten gestellte Kaution; W. des dritten Geldgebers, wenn die Kaution von e. Gläubiger d. Empfängers gepfändet wird? 5 855; 6 887 (vgl. 4 733). — Zwangsvollstreckung in Lehnsgut 6 888. — Zwangsvollstreckung in Fideikommiss 6 888; 7 860. — W. des Dritten, dem ein die Veräußerung hinderndes Recht zusteht, gegen die Pfändung des Anspruchs des Schuldners auf Herausgabe körperlicher Sachen 6 888. — Einfluß der Anfechtbarkeit des Widerspruchrechtes des Dritteigentümers 6 888. — in anfechtbarer Weise vom Vollstreckungsschuldner dem Drittschuldner erlassene oder gestundete Forderungen; Einrede der Anfechtbarkeit gegenüber der Widerspruchsklage des Drittschuldners 6 888. — W. gegen e. Nachpfändung 1 3, 262. — W. des Hypothekgläubigers bei Pfändung getrennter Bestandteile? 3 2, 584; 5 882; 6 918 (vgl. oben u. Zwangsvollstreckung in d. unbewegliche Vermögen). — Käufer von stehenden Früchten 2 1, 31. — d. in Gütertrennung lebenden, aber nach § 1480 BGB. für die Schuld mit d. Pfandstück haftenden Ehefrau 7 92. — gegen die Zwangsversteigerung eines Gesellschaftsgrundstückes bei Unzulässigkeit der erfolgten Kündigung 7 294. — W. der Genossenschaft gegen die bei ihr auf Grund e. Titels gegen einen Genossen (als Inhaber der Firma einer offenen Handelsgesellschaft) vorgenommene Pfändung; Einwand der materiellen Identität von Genossenschaft und

offener Handelsgesellschaft 7 860, 1092. — Rückforderungsberrechte 7 860. — W. einer offenen Handelsgesellschaft gegen die bei e. Genossenschaft erfolgte Zwangsvollstreckung bei wirtschaftlicher Identität der beiden 7 860. — Miterben 7 860. — W. gegen die Vorpfändung d. § 845 7 861. — im Verwaltungsverfahren; Passivlegitimation 7 861.

Fälle des § 772 Z P D. — Verstoß gegen § 772 wegen Unbekanntseins des Veräußerungsverbotens 3 2, 557. — Verstoß gegen ein Veräußerungsverbot nach § 137 BGB. 5 854. — Verstoß gegen ein durch einstweilige Verfügung erlassenes Veräußerungsverbot 5 854.

Fälle des § 773 Z P D. — W. gegen Eintragung einer Zwangshypothek auf ein Grundstück der Vorerbschaft? 3 2, 557 (s. Nacherbfolge). — W. des besreiten Vorerben 1 2, 250. — W. des Nacherben 1 2, 246, 250; 5 573, 574; 7 861, 862 (gütliche Begrenzung).

Fälle des § 774 Z P D. — W. des Ehemanns e. Handelsfrau 3 2, 555 (vgl. Zwangsvollstreckung im allg. A g.). — Anwendung d. § 774 oder d. § 771, wenn der Mann das Vorliegen der Voraussetzungen d. § 741 bestrittet 7 862. — Anwendung d. § 774, wenn der Mann der Rechtskraft d. Urteils gegen die Frau unterliegt 7 862. — Beweislast des Ehemanns, daß die Schuld nicht aus dem Geschäftsbetrieb herrührt 1 3, 246, 247; 6 889. — Beweislast des Gläubigers bez. der Einwilligung des Mannes 1 3, 246; 6 889. — Widerspruchsklage des mitverurteilten Mannes 3 2, 557. — Gründe für die W. d. Mannes (Eigentum oder Miteigentum an den gepfändeten Sachen, Besitz u. Gewahrsam an d. Sache z. T. d. Pfändung; keine Geschäftsverbindlichkeit; Einspruch oder Widerruf gegen den Geschäftsbetrieb; kein selbständiger Geschäftsbetrieb) 6 889.

Wiederaufnahme des Verfahrens.

Allgemeines. — Aktive u. Passivelegitimation bei Rechtsnachfolge pendente lite oder nach Erlaß des angefochtenen Urteils 1 3, 212; 3 2, 512. — Legitimation bei Streitgenossenschaft im iudicium rescindendum 5 831. — Konkurrenz mit exc. doli 3 2, 512. — mit der W. konkurrierendes Anfechtungsrecht 1 3, 212. — Rechtsnatur der W.-Klagen 1 3, 212; 3 2, 512; 5 831. — Gebühren 3 2, 512. — W. gegen die Feststellung in der Konkursabelle 3 2, 512. — W. gegen Vorbehaltsurteile im Urkundenprozeß 3 2, 512. — W. e. durch Erschöpfung d. Instanzenzugs geschlossenen Beschwerdeverfahrens 7 844. — Schadensersatzpflicht nach durchgeführtem W.-Verfahren 5 831 (vgl. prozessuales Verfahren). — Betreiben d. Wiederaufnahme durch e. Dritten, der

(Wiederaufnahme des Verfahrens)
nicht Partei war? 6 865. — rückwirkende Kraft d. abhebenden Urteils; insbesondere bei Urteilen zur Abgabe e. Willenserklärung; Beseitigung e. erfolgten Eigentumsübertragung 7 844. — Wirkung der Beseitigung des Urteils auf Rechte Dritter 1 2, 62; 3 2, 462, 464; 6 827, 864, 865 (Wirkung d. Beseitigung d. Scheidungsurteils gegenüber dem zweiten Ehegatten) 7 722, 844, 845.

Nichtigkeitsklage. — für Ausdehnung de lege ferenda 5 831. — rechtliche Natur 1 3, 212; 3 2, 512; 5 831. — Anwendung des § 579 ZPO. auf Zuschlagsentscheidungen in der Zwangsversteigerung 4 717. — Genehmigung der Prozeßführung bei nicht völliger Kenntnis von der dem Gesetze nicht entsprechenden Vertretung 1 3, 212. — Erlaß des Urteils trotz Unterbrechung durch Konkurs 4 717 (Konkurrenz der Nichtigkeitsklage mit Aufnahme des Rechtsstreits nach § 250 ZPO.). — Führung eines Prozesses unter falschem Namen? 5 831, 832. — Mitwirken e. abgelehnten Richters, wenn das Urteil erging, während die Beschwerde gegen den die Ablehnung zurückweisenden Beschluß noch nicht entschieden war 6 751. — Unilegitimation e. im Rubrum als Beklagten bezeichneten, tatsächlich aber gar nicht verлагten Person 7 845.

Restitutionsklage. — rechtlicher Charakter 1 3, 212; 3 2, 512; 5 831. — Geltendmachung von erst nach Urteilserlaß eingetretenen Tatsachen 1 3, 212 (2). — absolute Gewißheit, daß die Geltendmachung des Restitutionsgrundes im früheren Verfahren zu einer anderen Entscheidung geführt hätte? 1 3, 213. — Leistung des Offenbarungseides unter § 580 Ziff. 1 ZPO. fallend? 1 3, 212. — einstweilige Verfügung auf Ansetzung der Eidesleistung bis zur Entscheidung der R.? 3 2, 601. — erst nach Prozeßende entstandene falsche Urkunde (§ 580 Ziff. 2 ZPO.) 4 717. — Vertretung d. Eidespflicht, soweit nicht § 580 Ziff. 1 anwendbar, auch unter Ziff. 4 fallend 1 3, 212. — Täuschung des Richters durch Vorbringen falscher Beweismittel (§ 580 Ziff. 4) 4 717. — durch Beweismittel nicht unterstützte falsche Parteibehauptungen 4 717. — Verurteilung im Anstande (§ 580 Ziff. 4) 5 832. — können im Fall der Voraussetzungen des § 580 Ziff. 4 die Wirkungen von Verzicht, Anerkenntnis u. Geständnis vor Eintritt der Rechtskraft beseitigt werden? 5 832. — Restitutionsgrund im Fall des § 580 Ziff. 1—5 ist d. strafbare Handlung, nicht die Verurteilung 1 3, 213. — für die Entscheidung nicht maßgebende Eidesverletzung 7 845 (2). — Stützen der Klage (abgesehen von § 580 Ziff. 4 u. 5) auf einen

für die Sachentscheidung belanglosen Restitutionsgrund 7 845. — Stützen der Klage gegen e. die Revision wegen Mangels der Summe als unzulässig vermerftendes Urteil auf nachträglich aufgefundenen, d. Vorhandensein d. Revisionssumme nachweisende Urkunde 7 840, 845.

Fälle des § 580 Ziff. 7 b ZPO. — erst nach Rechtskraft entstandene Urkunden 1 3, 212; 3 2, 512; 5 832: 6 865 (nachträgliche Zeugenaussagen); 7 845. — während des Prozesses amtlich herausgegebene Patentbeschreibungen 1 3, 213. — Abschrift gesetzlicher Bestimmungen eines ausländischen Rechtes 1 3, 213. — Urkunden behufs Beweises früher nicht vorgebrachter Tatsachen 1 3, 212. — Begriff des „Auffindens“ e. Urkunde 6 865. — unmittelbare rechtliche Gewißheit aus dem Inhalt der Urkunden 3 2, 512; erst durch Zeugenvernehmung verständlich zu machende Urkunde 5 832. — neu aufgefundenen Patentschriften oder Gebrauchsmusterranmeldungen 4 717. — Auffindung der Urkunden nach Ablauf von 5 Jahren seit Rechtskraft 5 832. — bei freiwilligem Verzicht auf Benutzung der Urkunde 4 717. — zur Herbeiführung einer günstigeren Entscheidung nicht zureichende Urkunden 5 832; 6 865 (Protokoll über uneidliche, mit eidlichen in Widerspruch stehende Zeugenaussagen). — im Parteiverwaltungsfreit abgegebene, der Gegenpartei zugestellte u. von ihr beantwortete Eingabe als nachträglich aufgefundenen Urkunde? 6 865. — im früheren Prozeß zu den Akten überreichte, vom Prozeßbevollmächtigten aber vergessene Urkunde 7 845.

Ausschließungsgründe der Restitutionsklage. — Unmöglichkeit der Wiederaufnahme eines durch Freisprechung beendigten Strafverfahrens 4 717. — Beweislast über verschuldete oder unverschuldete Unmöglichkeit der früheren Benutzung des Restitutionsgrundes 1 3, 213. — durch Mangel d. Rechtskenntnis verursachte Unterlassung der früheren Benutzung des Restitutionsgrundes 1 3, 213. — auf Verschulden des Anwalts oder Prozeßbevollmächtigten zurückzuführende Unterlassung e. früheren Geltendmachung des Restitutionsgrundes 1 3, 213. — Nichteinlegen eines Rechtsmittels 1 3, 213. — Verzicht auf Benutzung einer Urkunde 4 717.

Gestaltung des Verfahrens. — Klageschrift bei Teilurteil u. Zurückverweisung bez. d. Restes 1 3, 213. — Fristbeginn mit Zustellung des Urteils auch in der Revisionsinstanz 3 2, 512. — Klagerhebung vor Rechtskraft 3 2, 512, 513. — Auffindung der Urkunde nach Fristablauf

5 832. — instruktionelle Natur des § 588 ZPO. 4 717. — Bezeichnung des Ansetzungsgrundes in der Klage bindend? 1 3, 213. — ausdrückliche Bezeichnung als Nichtigkeitsklage nötig? 5 832. — zuständiges Gericht 3 2, 512 (gegenüber der Feststellung zur Konturstablelle). — Rechtsmittel im Wiederaufnahmeverfahren 3 2, 512. — Berufung gegen ein im Wiederaufnahmeverfahren ergangenes Urteil des LG., wenn das angefochtene Urteil vom OLG. in der Berufungsinstanz erlassen war? 3 2, 512. — Zeitpunkt d. Erkenntnis der Tatsachen oder erst die Einsicht in ihre prozessuale Bedeutung für den Fristbeginn maßgebend? 7 845. — bestimmter Antrag nötig? 7 845.

Wiedereinsetzung in den vorigen Stand. — gegenüber einem vor 1900 eingetretenen Tatbestand 1 2, 416; 2 1, 765. — der zweitinstanzliche Anwalt mit Zugehen des Auftrags auch schon vor dessen Annahme Vertreter i. S. d. § 232 Abs. 2 ZPO. — 7 774.

Gründe nach § 233 ZPO. — unabwendbarer Zufall; Begriff 5 783; 7 774. — subjektive Unabwendbarkeit 1 3, 85. — Möglichkeit der Verhütung durch pflichtgemäße Sorgfalt; Berücksichtigung möglicher Unregelmäßigkeiten 1 3, 85; 3 2, 431; 7 774. — verspätete Verbescheidung e. Armenrechtsgefuches 1 3, 60, 61, 85, 86; 3 2, 431, 432; 5 783(2); 6 790(2); 7 774, 775. — Fristversäumnis infolge Verschuldens des Prozeßbevollmächtigten 3 2, 432; 6 790 (Armenanwalt). — zu lange hinausgeschobene Beauftragung e. Anwalts mit d. Berufungseinlegung oder der Einreichung d. Armenrechtsgefuchs 7 774, 775. — Versehen des Gerichtsschreibers 4 687; 5 783; 6 790. — Versehen des Gerichtsvollziehers 1 3, 85 (Unterlassen der Terminsbeglaubigung seitens des G.-V.); 3 2, 431; 4 687; 5 783. — Verschulden der Partei bei Erteilung d. Zustellungsauftrags 5 783, 784. — Verschulden der Partei in den Fällen des § 235 ZPO. 3 2, 432. — Abwesenheit d. Beklagten vom Ort des Prozeßgerichts, u. dadurch veranlaßte Unkenntnis d. öffentlichen Zustellung d. Urteils 6 790. — Versäumung der Frist des § 58 KrankZG. 6 790. — Säumnis des zweitinstanzlichen Anwalts nach Zugehen, aber vor Annahme d. Auftrags 7 774. — Einreichen d. Armenrechtsgefuchs bei einem unzuständigen Senat 7 774. — verspäteter Einsicht über das rechtzeitig eingereichte Armenrechtsgefuch 7 775. — Ansfallen e. regelmäßigen Sitzung 7 776. — unverschuldete Unkenntnis des Berufungsklägers u. seines Anwalts von der Nichtbeglaubigung d. Terminsbestimmung auf der durch Vermittelung d. Gerichtsschreibers zugestellten Berufungsschrift; Mängel des Mangels seitens

d. Gegners in seinem Schriftsatz 7 775. — Verschulden des Anwalts der 1. Instanz, der die Mandatsablehnung des un Berufungseinlegung angegangenen Anwalts übersieht 7 775. — Verschulden d. Anwalts, der sich die am Sonnabend abend u. Sonntag eingehende Post erst am Montag zustellen läßt 7 775. — vom Anwalt sachtlassig unterlassene Beglaubigung 7 775. — Verschulden d. Anwalts, der sich bei Fehlern des bei Zustellungen von Amts wegen vorgeschriebenen Vermerks auf dem Briefumschlag nicht aus den Gerichtsakten über die Zustellungszeit informiert 7 775. — Vertreiben ohne Adressenangabe 7 776. — Nichtzustellen e. Auftrags an einen in der Anwaltsliste gelöschten Anwalt; Verschulden der Partei, die auf dem Briefe ihre Adresse anzugeben unterläßt 7 776. — Unterlassung d. notwendigen Schritte zur Wiedererlangung des entzogenen Armenrechts 7 776. — Nichtzugehen der vom Anwalt durch die Post der Partei übersandten Urteilsausfertigung 7 776. — Versäumung e. Frist, weil der Antragsteller wegen Krankheit u. Mittellosigkeit nicht zum OLG. reisen konnte, wenn die Möglichkeit der Anbringung des Gesuchs beim OLG. seines Wohnortes bestand 7 776. — Frist d. § 207 Abs. 2 ZPO. als Notfrist i. S. d. § 235 Abs. 3 ZPO.? 7 776. — Verschulden der Gegenpartei? 5 783 (2). — Nachlässigkeit des vom Anwalt mit der Einreichung d. Schriftsazes bei Gericht Vertrauten 5 783. — räumliche Entfernung vom Prozeßgericht 1 3, 85; 6 790. — Aufenthalt in einer Strafanstalt 1 3, 86. — Nichtausnahme des Antrags auf Erklärung als Feriensache durch den Gerichtsschreiber 1 3, 85. — Unkenntnis von der Zustellung d. Urteils 5 783; 6 790. — Zustellung e. Urteils in Abwesenheit des Anwalts an dessen Mutter 5 783. — Tod des Zustellungsbevollmächtigten 1 3, 86. — unrichtige Bezeichnung des Prozeßbevollmächtigten im Urteil 1 3, 86. — Tod des Prozeßbevollmächtigten nach Schluß der mündlichen Verhandlung, aber vor Urteilsverkündung 1 3, 86. — verspätete Prüfung der Zustellungsformalien 5 783. — Nichteinhaltung der Berufungsfrist infolge Nichtzustellung des die öffentliche Zustellung gewährenden Beschlusses 3 2, 431. — Verschwinden der nach § 235 rechtzeitig eingereichten Berufungsschrift 3 2, 432. — Versäumen der Revisionseinlegungsfrist 5 784. — Versäumen der Berufungsfrist infolge Verweigerung des Armenrechtes 3 2, 431, 432; 6 790. — analoge Anwendung d. § 333 Abs. 2 ZPO. auf die in Ehefachen ohne kontraktliche Verhandlung ergehenden Urteile? 5 783. — wenn der unabwendbare Zufall innerhalb der Nachfrist des § 207

(Wiedereinsetzung in den vorigen Stand) Abs. 2 ZPO. wegfällt 3 2, 430. — Verschmägnis der Revisionsbegründungsfrist 5 828. — Verwerfung einer Revision wegen Nichtvorlegung des zugestellten Berufungsurteils 6 790.

Wiedereinsetzungsfrist. — keine Notfrist 1 3, 86; 6 790 (2); Fristbeginn 3 2, 432; 6 790. — Beginn der Frist bei verspätetem Beschluß auf ein Armenrechtsgesuch 1 3, 86. — Wahrung der Frist durch Einreichung der mit dem Wiedereinsetzungsgesuch verbundenen Berufungsschrift beim Gerichtsschreiber? 3 2, 432. — Anwendung des § 187 Abs. 1 BGB. auf die Frist d. § 234 ZPO. 2 1, 93.

Wiedereinsetzungsantrag und Verfahren hierüber. — Antrag des Nebenintervenienten bei Säumnis der Hauptpartei 3 2, 431. — bei welchem Gericht ist bei Versäumung der sofortigen Beschwerde der Antrag einzureichen? 4 687. — W.-antrag unter gleichzeitiger Behauptung, daß eine Fristversäumnis nicht vorliege 5 783. — Glaubhaftmachen d. Grundes 5 784; 7 776. — „Termin für mündliche Verhandlung“ i. S. des § 236 Abs. 3 ZPO. 3 2, 432, 433. — Einreichung d. Antrags beim Rev.-Gericht bei Versäumung d. Revisionsfrist 4 687; 5 784. — Verlesen d. W.-antrags aus dem Schriftsatz in der Verhandlung über d. Antrag; Heilung e. Verstoßes 3 2, 432. — Form der Entscheidung über den Antrag 1 3, 87. — Frist d. § 235 Abs. 1 Notfrist? 1 3, 87. — Rechtsmittel bei Abweisung eines W.-antrages als unbegründet statt als prozessual unzulässig 7 829. — Form der Angabe der die W. begründenden Tatsache 7 776. — ausdrücklicher Antrag auf W. nötig? 7 776. — Nichterscheinen d. Berufungslägers in dem 3. Verhandlung über die gleichzeitig mit dem Wiedereinsetzungsgesuch eingelegte Berufung bestimmten Termin; Einspruch gegen das Versäumnisurteil? 7 776.

Wiedereröffnung der Verhandlung s. mündliche W. — kein Antragsrecht der Parteien 1 3, 77; 3 2, 424. — Entscheidung über den Antrag auf W. 1 3, 77; 7 769. — W. auf Grund anderer als der in der geschlossenen mündlichen Verhandlung geltend gemachten Tatsachen? 6 784. — Wiedereröffnung in Ehefachen 6 784. — Weigerung d. Vorstehenden, einen Termin zu bestimmen, in dem die W. beantragt werden soll; Beschwerde 6 789. — Pflicht zur W. wegen Nichtausübens des Fragerechts 7 769. — kein Anspruch d. Parteien auf Wiederaufnahme zwecks Nachbringens von Behauptungen u. Beweisen 7 769.

Wiederkaufrischt. — rechtliche Natur 2 1, 287; 6 201, 202. — Zustandekommen 3 1, 227. — Form 2 1, 287; Geltung des § 313 BGB.

1 1, 219; 2 1, 210 (vgl. Form des Immobilienvertrages). — Wiederkaufspreis 1 1, 356. — Vormerkbarkeit? 2 1, 288, 537; 3 1, 396 f.; 4 319; 5 380; 6 202, 363; 7 210, 394. — Anspruch des Wiederverkäufers auf Ersatz von Verwendungen 4 168. — Ausübung durch oder gegenüber dem Konkursverwalter 6 202. — Wiederverkaufsrecht, auch des Dritterwerbers 6 202. — vor 1900 begründetes dingliches W.: Neubegründung nach 1900 5 630. — im Konkurs des zum Wiederkauf oder Wiederverkauf Verpflichteten 6 202, 974, 983. — Wiederaufleben e. auf Lebenszeit geschlossener Mietvertrags, falls der zw. Mieter u. Vermietet geschlossene Kauf des Mietgrundstücks durch Ausübung des W. wegfällt 7 69. — W. zugunsten des jeweiligen Eigentümers e. Grundstücks 7 210. — Vereinbarung e. W. für eine andere Person als d. Verkäufer 7 210. — „Verfügung“ i. S. des § 499 BGB. 7 210. — dingliche Regelung und Eintragung ins Grundbuch? 2 2, 403; 6 1023 (vgl. oben). — Begründung mit dinglicher Wirkung nach gemeinem Recht 6 203.

Wiederverheiratung im allgemeinen u. Wiederverheiratung nach Todeserklärung insbesondere.

Internationales Recht. — W. einer durch die Ehe Ausländerin Gewordenen nach Todeserklärung des ersten Mannes 1 2, 360, 361. — W. einer Ausländerin oder einer früher deutschen, jetzt heimatlosen Frau nach Todeserklärung des Mannes nach Art. 9 Abs. 3 GGVBW.; Scheidung oder Nichtigkeitserklärung der ersten Ehe 1 2, 360, 361. — W. nach Scheidung, wenn das ausländische Scheidungsurteil nach § 328 ZPO. in Deutschland keine Anerkennung findet 2 1, 758.

Übergangsrecht. — W. bei L. vor 1900 2 1, 781. — Auseinandersetzungspflicht bei Schließung der 2. Ehe vor 1900 (§ 1669) 1 2, 128. — Aufhebung e. von dem wiederverheirateten Vater vor 1900 bestellten Sicherheit 1 2, 129, 443. — Kautionspflicht des wieder heiratenden Elternteils in Nassau 1 2, 129; 4 424. — Einfluß des dem überlebenden Gatten zustehenden lebenslänglichen Nießbrauchsrechts auf d. Pflicht zur Auseinandersetzung 3 1, 519; 4 424.

Allgemeines. — Vormundschaftseinleitung über die Kinder erster Ehe bei W. der Mutter; zuständiges Gericht 1 2, 138 (s. elterliche Gewalt der Mutter). — Gültigkeit der vom Gatten nach rechtskräftiger Scheidung der ersten Ehe geschlossenen 2. Ehe, wenn das Scheidungsurteil im Wiederaufnahmeverfahren beseitigt wurde 6 827, 864, 865; 7 722; 844, 845 (s. Wiederaufnahme). — Wirkung

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

d. Aufhebung der Todeserklärung auf die neue Ehe **1 2, 19; 2 1, 614.** — Auflösung der früheren Ehe, wenn die neue Ehe nichtig oder anfechtbar ist? **1 2, 19; 4 374; 6 449; 7 474.** — welcher Tag gilt als Tag der Auflösung der früheren Ehe? **6 450.** — von dem für tot Erklärten nach Kenntnis von der Wiederverheiratung des bisherigen Ehegatten eingegangene Ehe im Fall der Anfechtung der neuen Ehe des zurückgebliebenen **1 2, 19, 20.** — Nichtigkeitsklage des für tot Erklärten in bezug auf die neue Ehe **1 2, 19.** — Scheidungsklage des für tot Erklärten bez. der alten Ehe nach Nichtigkeitsklärung der neuen **1 2, 19, 20** (s. unten). — Kenntnis der beiden Gatten der neuen Ehe, daß der für tot Erklärte z. Bt. der Schließung der neuen Ehe noch lebte **1 2, 19.** — Kenntnis des Zurückgebliebenen allein von der Unrichtigkeit der Todeserklärung; Nichtigkeit der Ehe? Strafbarkeit? **1 2, 20.** — Kenntnis der beiden Ehegatten 2. Ehe von der Unrichtigkeit der Todeserklärung, wenn der für tot Erklärte z. Bt. des Eheabschlusses wirklich gestorben war **1 2, 20; 2 1, 614.** — wird zur Nichtigkeit der zweiten Ehe außer der Kenntnis der beiden Ehegatten von der Unrichtigkeit der Todeserklärung noch verlangt, daß jeder Gatte um die Kenntnis des anderen u. um ihre rechtliche Bedeutung wußte? **5 459.** — Anfechtung der Todeserklärung als aufschiebendes Ehehindernis **1 2, 19.** — Anfechtung der Todeserklärung nur zwecks Festsetzung eines anderen Zeitpunktes des Todes **1 2, 20.** — nach Ablauf der Frist des § 976 P.D. erhobene Anfechtung der Todeserklärung **1 2, 20.**

Anfechtung der neuen, nach Todeserklärung geschlossenen Ehe. — Wirkung auf die W. des Verstorbenen **1 2, 20; 6 449.** — Wieder- ausleben der Ehe mit dem für tot Erklärten, Scheidungsklage des für tot Erklärten wegen Doppelhehe? **1 2, 20; 2 1, 614; 6 450.** — Scheidungsklage des gutgläubigen neuen Ehegatten gegenüber dem schlechtgläubigen wegen Doppelhehe? **1 2, 20.** — Wegfall des dem Gatten der neuen Ehe zustehenden Anfechtungsrechtes im Fall des Todes oder der W. des für tot Erklärten? **2 1, 614.** — Anwendung des § 1345 bei Anfechtung seitens des neuen Gatten, insbesondere, wenn der doppelt Verheiratete Anfechtungskläger ist **6 450.** — Beseitigung der neuen Ehe mit rückwirkender Kraft **6 450.** — Recht des gutgläubigen anderen Gatten der neuen Ehe, bei erfolgreicher Anfechtung der neuen Ehe durch den Gatten der früheren Ehe, von dieser Ordnung der Vermögensverhältnisse nach § 1345 zu

verlangen **6 450.** — Verhältnis des § 1351 zu § 1345 **6 448, 449, 450.** — Stellung des Dritten, der bei Abschluß e. Rechtsgeschäftes mit einem der Ehegatten weiß, daß der für tot Erklärte lebt (§ 1344 W.B.), im Falle e. Anfechtung der neuen Ehe **7 474.**

Auseinandersetzung bei Wieder- verheiratung (§ 1669). — Trennung der früheren Ehe durch Tod oder durch Scheidung **1 2, 128.** — Ausschließung der M.-spflicht nach § 2044 möglich? **1 2, 129; 5 516.** — Anführung der Haushaltsgegenstände im Inventar; § 1640 anwendbar? **1 2, 128; 2 1, 661; 3 1, 519; 5 516.** — Versicherung der Nichtigkeit u. Vollständigkeit des Inventars? **1 2, 128; 5 516.** — Prüfung des Inventars durch das Gericht **1 2, 129.** — Aufnahme durch e. Urkundsperson bei mangelhaftem Inventar? **1 2, 129.** — M. zwischen dem wiederheiratenden Elternteil als Vorerben u. den Kindern als Nacherben? **1 2, 129.** — Ausschub der Auseinander- setzung unter Bedingung der Sicherstellung durch Hypothek **1 2, 129.** — Ausschub der M. auf unbestimmte Zeit? **1 2, 129; 3 1, 519.** — sofortige Bestellung e. Pflegers bei Ausschub der M.? (s. Pflegschaft) **1 2, 129.** — wann ist Pflegerbestellung nötig? **1 2, 129; 5 516.** — Wirkungskreis des M.-spflegers **1 2, 129.** — Absehen von einer M. bei Nichtvorhandensein e. nennenswerten Vermögens **1 2, 129.** — Vermittelung der M. durch das Nachlassgericht, wenn es sich um eine Erbengemeinschaft handelt **1 2, 129.** — zur M. zuständiges Gericht **1 2, 130; 3 1, 520; 3 2, 226** (s. Nachlassgericht). — Form der M. **1 2, 130.** — bloße Anzeige der sich wiederverheiratenden Mutter genügend, wenn die Vermögensverwaltung einem Beistand übertragen ist **3 1, 519; 4 424.** — keine M.-pflicht bez. des der elterlichen Verwaltung nicht unterliegenden Vermögens **5 516.** — nur M. zwischen Vater einer u. Kindern andererseits, nicht auch unter den Kindern **4 424.** — Beschwerde des überlebenden Gatten, wenn das Gericht die Erteilung des Zeugnisses von der M. abhängig macht? **3 2, 196** (s. Beschwerde).

Wiberer. — Schadensersatzpflicht **3 1, 92, 93.**

Wildschaden (§ 835) s. Jagdrecht. — Grund der Haftung für W. **2 1, 518; 4 262, 263** (s. unerlaubte Handlung). — Verschulden als Voraussetzung der Haftung? **7 376.** — wilde Kaninchen in Preußen **1 1, 495.** — Schädigen des fremden Eigentums durch das entgegen dem Gesetz (Hessen) nicht in befriedeten Revieren gehaltene Schwarz- u. Rotwild; Regress des Jagd-

(Wildschaden)

pächters **6 304**. — Regreß des haftpflichtigen Jagdberechtigten gegen den, zu dessen Gunsten er von seinem Jagdrecht nur beschränkt Gebrauch machen darf **6 337**. — W.-ersatzpflicht nach pfälzischem Recht **6 337**. — Fortbestehen landesrechtl. Vorschriften, die Ersatz des W. an den vom Eigentümer unbeschützt gelassenen Grundstücken ausschließen (Art. 71 Ziff. 4 GGWB.); billigerweise nicht zumutende Schutzmaßregeln **2 1, 768**. — Ersatz des einem Forstgrundstück zugefügten W. mit Anwendung des § 252 BGB. **2 1, 139**. — Regreßpflicht desjenigen, aus dessen Gebiet das Wild austrat, gegenüber d. Jagdberechtigten **7 376**. — Regreß des Haftpflichtigen gegen den aus unerlaubter Handlung haftbaren Dritten (§ 840 Abs. 3) **2 1, 520; 4 263**. — Verhältnis des § 835 zu § 823 Abs. 2 **5 367**; zu § 823 **6 337**. — Haftung für im § 835 nicht aufgeführte Wildarten **6 337, 338**. — Annehmbarkeit des § 254 **1 1, 163; 2 1, 149, 150, 518, 768; 3 1, 680; 4 81, 303** (vgl. konkurrierendes Verschulden). — Gerichtsstand des § 32 ZPO. **4 263**. — Teilung der Ersatzgelder bei Schädigung mehrerer **2 1, 263**.

Willenserklärung f. Anzeige, Adressat, Abwesende, Ansetzung, Anwesende, Auslegung, Bedingung, Bestätigung, geheimer Vorbehalt, konkludente . . . , Wichtigkeit, Rechtsgeschäft, Stillschweigen, Zugang, Zustimmung, Zustimmung, Vertragsabschluß, *exceptio doli*. — Wesen, Begriff **1 1, 63; 2 1, 47, 48, 49; 3 1, 34; 4 29; 5 29**. — Fehlen e. auf e. Rechtswirkung gerichteten Absicht des Erklärenden **7 34**. — nicht in die Außenwelt getretene, mit der W. im Widerspruch stehende Absicht des Erklärenden **7 34 (2)**. — Begriff, Notwendigkeit e. Erklärungsgegners; Unterschied der Erklärungs-geschäfte und Willensgeschäfte **6 42**. — W. u. Erklärungs-wille, Verständigungswille **6 39, 40, 43**. — Belanglosigkeit des bloß Gedachten **6 43**. — Erklärungs- u. Willens-theorie **1 1, 64; 2 1, 39, 48; 3 1, 31, 34; 5 29**. — W. u. Rechtsgeschäft **1 1, 64 f.; 2 1, 37, 48; 3 1, 31; 7 33**. — W. u. Rechtshandlung **2 1, 47**. — Arten **2 1, 47**. — Scheidung in „bleibende“ u. „vorübergehende“ statt in solche zwischen An- u. Abwesenden **7 45**. — ausdrückliche u. stillschweigende **1 1, 65 f.; 2 1, 47; 5 40**. — Einteilung in zugangs- u. wahrnehmungsbedürftige W. **2 1, 48; 4 38, 41; 5 38**. — Erklärungen zur Kenntnisaufnahme **1 1, 60**. — „die einem anderen gegenüber abzugeben sind“ (§ 130) **4 36**. — „vernehmungsfähige“ **2 1, 48**. — Abgabe vor u. Abgabe gegenüber e. Dritten **4 36**. — privat- u. amtsadressierungsbedürftige W.

4 36. — adressierungsbedürftige W. **4 36**; Notwendigkeit der Vornahme in wahrnehmbarer Form **4 36**. — Zustande-kommen **2 1, 39**. — Empfang durch vorübergehend Geistesgestörte **2 1, 40**. — Fähigkeit zur Entgegennahme von W. u. Geschäftsfähigkeit **2 1, 39**. — Abgabe einer W. durch eine Prozeßhandlung **2 1, 48**. — Unterzeichnung ungelesener oder unbestandener Urkunde **7 65**. — nichtige W. ist keine W. **1 1, 61; 2 1, 47**. — W. i. S. des § 193 BGB. **5 59**. — Zustimmungsbedürftigkeit familienrechtlicher W. nach § 107 **2 1, 42**. — „lediglich rechtlichen Vorteil bringende“ W. i. S. des § 107 **1 1, 62; 2 1, 41**. — § 105 auf d. nach § 894 ZPO. fingierte W. unanwendbar **2 1, 41**. — Unterzeichnung e. Vertragsurkunde als W. **2 1, 49**. — Beweislast bei Zwiespalt von Willen u. Erklärung **3 1, 34**. — Beweislast für die Bedeutung e. Erklärung als Kundgebung eines rechtsgeschäftlichen Willens **6 43**. — Bedeutung e. Irrtums über Inhalt oder Bedeutung der W. **7 34**. — keine Pflicht zur Wiederholung e. vom Empfänger insolge eigener Schuld nicht empfangenen W. **6 72**. — Anwendung der §§ 116 ff. auf öffentliche Rechtsverhältnisse **6 43, 48**. — Anwendung der §§ 116 ff. auf die nicht empfangsbedürftigen W. **6 42**. — Verhinderung des Zuges einer W. **6 53, 94**. — Zustellung e. W. nach § 132; keine Zurückweisung der Erklärung wegen fehlender Vollmacht des Erklärenden **5 39**. — öffentliche Zustellung von W. **1 1, 80**. — rechtliche Natur der Klage u. d. Urteils auf Abgabe e. W. **1 3, 305, 306; 3 2, 592; 4 758** (vgl. Zwangsvollstredung). — enthält die Verurteilung zur Abgabe einer vertragsmäßigen W. auch e. Bindung des Klägers? **6 923**.

Willensmängel f. Ansetzung, arglistige Täuschung, Drohung, Irrtum, Scherz, Zeitpunkt der Absendung für die Frage nach W. bei Vornahme eines Rechtsgeschäftes entscheidend **2 1, 62**. — trotz W. aufrechterhaltene Willenserklärungen **1 1, 59**.

Winkeladvokaten f. Prozeßbevollmächtigte, Rechtskonkulenten.

Wochenmarkverkehr f. Marktverkehr. — nach § 56 Ziff. 2 GewD. vgl. Wander-gewerbeschein.

Wohlerworbene Rechte **2 1, 755**.

Wohnsitz f. Gerichtsstand. — Begriff **1 1, 6**. — maßgebendes Recht für die Frage der Fähigkeit zur W.-Begründung **5 613**. — maßgebendes Recht für die Frage, ob jemand an einem Ort seinen Wohnsitz hat **5 613**. — Zugehörigkeit der Niederlassung zu einer politischen Gemeinde **7 5**. — „ständige Niederlassung“ **2 1, 5; 6 2** (Verhältnis von ständiger Niederlassung

zum Wohnsitz). — schon bei Begründung bestehende Absicht späterer Verlegung 7 5. — Begründung durch Mieten einer Wohnung? 7 729. — mehrfacher W. des außerhalb der Saison sich anderwärts aufhaltenden Badearztes 7 729. — Bestehen des W. trotz fast ständigen Aufenthalts anderwärts 2 1, 6; 5 3. — Begründung, Erfordernisse 1 1, 6; 3 1, 2; 5 2, 3; 6 2 (Domizilswille). — Rechtsnatur d. W.-Begründung bzw. -aufhebung 1 1, 59; 2 1, 4; 6 2. — §§ 7 ff. BGB. ius cogens 6 2. — Begründung durch Eintritt in ein Dienstverhältnis? Kellnerin 7 5. — Eintritt in ein Krankenhaus 7 5. — keine Begründung durch Gewerbebetrieb allein 2 1, 6. — Bedeutung der Absicht, in späterer unbestimmter Zeit wieder nach dem früheren Wohnsitz zu ziehen 6 2. — Aufhebung, Erfordernisse 2 1, 6. — Aufhebung bei Abmeldung e. Gewerbebetriebes 5 3. — Wiederherstellung des einmal aufgehobenen früheren W. 3 1, 2. — der Kinder 1 1, 7; 2 1, 5. — des ehel. Kindes unabhängig von der elterl. Gewalt des Vaters 5 1, 3. — der Kinder aus einer nichtigen oder nichtig erklärten Ehe 2 1, 6, 7. — letzter W. eines als ehelich geltenden Kindes 2 1, 6. — ehelicher, nach dem Tod des Vaters unter d. Gewalt d. Mutter stehender Kinder 7 5. — des Kindes e. wohnungslosen Vaters, des verlassenen Kindes 2 1, 7; 4 2, 3; 7 5. — des Kindes bei Verlegung des W. durch die Mutter 2 1, 5; 4 3. — eines in die Familie des Vormunds aufgenommenen Mündels 7 5. — der Ehefrau 1 1, 7. — d. Witwe 1 1, 7. — der Frau bei Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft 1 2, 85; 2 1, 2; 4 392 (s. eheliche Gemeinschaft). — der Frau bei nichtiger Ehe 6 453. — der Frau eines Ausländers, der seinen W. in seinen Heimatstaat verlegt 7 5, 729. — der Beamten 2 1, 5; 6 2. — Militärbeamter; wirkliche Niederlassung Vortaussetzung? 7 5. — des verfehlten Beamten bei Zurücklassung seiner Familie 5 3. — des Rechtsanwalts 1 1, 6. — des Referendars, Assessors, Fabrikunters, Schauspielers usw. 2 1, 5. — der Angestellten, Diensthofen 1 1, 6; 2 1, 5; 7 5. — „Garnisonort“ einer abkommandierten Militärperson 2 1, 6. — W. eines minderjährigen Offiziers 2 1, 5. — W. der Angehörigen des ostasiatischen Expeditionskorps 1 1, 7. — Geschäftsunfähiger oder Geschäftsbeschränkter 2 1, 6; 6 2. — der Geisteskranken nach Unterbringung in eine Anstalt 1 1, 7; 2 1, 5; 4 2; 6 744; 7 5. — Gefangene 1 3, 308. — Aufgabe des bisherigen W. eines entmündigten Geisteskranken 4 2. — am Heimatort des Schiffes 5 3. — W. im Gasthof 4 2. — W. u. Gemeindeeinkommensteuer 4 2; 5 3.

Wohnungsrecht s. Dienstbarkeit beschränkte, persönliche. — W. nach den Bestimmungen über Miete; Eintragung ins Grundbuch 2 2, 403; 6 1023.

Wucher. — Verhältnis des Abs. 2 zu Abs. 1 des § 138 5 48; 6 64. — § 138 Abs. 2 BGB. auch auf frühere Rechtsverhältnisse anwendbar 1 1, 87; 2 1, 70. — „Ausbeutung“ 1 1, 86; 3 1, 49; 4 47, 48; 5 47. — Erlangung e. Sicherungsübereignung Ausbeutung? 7 60. — „Unerfahrenheit“ 3 1, 49; 7 60. — „Notlage“ 2 1, 70; 5 47; 6 64; 7 59. — „Leichsinn“ 3 1, 49; 5 47; 7 60. — „Wert der Leistung“ 3 1, 50; 4 48. — Mißverhältnis zwischen Leistung u. Gegenleistung 1 1, 86; 3 1, 49; 5 47; 6 65. — dem Wucherer infolge späterer Umstände zum Schaden gereichendes Geschäft 6 64. — Regreßklage e. Wucherers gegen seinen Genossen 7 59, 60. — wucherische Geschäfte: 2 1, 70; Kartellverträge 2 1, 66; Erbentlassungsvertrag 6 64. — Verkauf zu unverhältnismäßig geringem Preis mit Vorbehalt des Rückkaufs für längere Zeit 6 65. — Nichtigkeit des Erfüllungsaktes einschl. des dinglichen Geschäftes 3 1, 50. — Grundbuchberichtigungsanspruch des bewucherten Veräußerers 5 48. — Kondition des Wucherers auf Rückzahlung seiner Leistung 3 1, 332; 7 329 (s. ungerechtfertigte Bereicherung). — Nichtigkeit des Geschäfts auf das wucherische Plus beschränkt? 2 1, 66; 6 64; 7 60, 61. — maßgebender Zeitpunkt für Bemessung des beim Sachwucher zu leistenden Schadenersatzes 6 64. — Aufrechnung des Wucherers mit Gegenforderungen? 6 64, 325. — abstraktes Schuldversprechen des Bewucherten nach § 817 kondizierbar 1 1, 85. — Wucherer kann seine Leistungen nicht zurückfordern 1 1, 85 (vgl. ungerechtfertigte Bereicherung). — Rückforderung des auf Grund rechtskräftigen Urteils Gezahlten, weil die Urteilsforderung aus einem wucherischen Geschäft herrührt? 1 3, 143; 5 807.

Württemberg. — Rechtsstellung des Gerichtsvollziehers in W. 3 1, 137. — keine Haftung der Gemeinde für Verfehlen des Ratschreibers 2 1, 26. — Straßenwart kein Vertreter der Amtskörperschaft i. S. der §§ 31 89, 5 17. — Hospitalstiftungen, Stiftungsverwaltungen usw. keine jur. Person 3 1, 22. — Legitimation der privatrechtlichen Vereine und Stiftungen im Grundbuchverkehr 5 7. — Einfluß des BGB. auf die statistische Nutzung des württembergischen R. 3 1, 701; 4 414, 549; 5 631 (Ausschieben der Eventualteilung; Einreichung einer Vermögensübersicht) (s. 3 1, 549). — vor 1900 bei aufgehobener Eventualteilung bestellter Pfleger 2 1, 807.

3.

Zahlung s. Abschlags-Z., Anrechnung, Hingabe an Erfüllungsort, Erfüllung, Leistung, Teilzahlung, Quittung. — Wechsel, Schecks u. Zinscheine werden im Zweifel nur zahlungshalber genommen, tilgen die Schuld nicht; Bedeutung der Erklärung; „man habe den Wechsel als Z. angenommen“, „das Konto ausgeglichen“ 2 2, 201; 3 2, 81. — Hingabe einer Anweisung zahlungshalber (s. Anweisung) 2 2, 204. — Z. durch Wechsel; Einfluß auf den Z.-sort? 4 618; 5 150. — Z. durch Dritte 1 1, 313; 2 1, 256. — Auftrag zur Z. an Dritte 4 128. — Vorbehalt-Z. 1 1, 265 f.; 2 1, 230; 4 131; 6 95. — Coentual-Z. 1 1, 266. — wissentliche Zahlung e. Nichtschuld 1 1, 265; 2 1, 292 (vgl. ungerechtfertigte Bereicherung). — Einlösung des Nachnahmebetrags als Z. 2 1, 82. — Wegfall der Pflicht weiterer à conto-Z., wenn die geleistete Z. den Wert der gemachten Gegenleistungen erreichen 7 68. — in Erwartung e. von einem Dritten zu leistenden Z. versprochene Z. bei Ausbleiben der ersteren 7 99. — Vereinbarung der Begleichung e. Forderung durch Warenentnahme 7 145. — Genehmigung der Zahlung an einen Dritten 7 176. — sukzessive Schuldtilgung des § 366 im Kontokorrent 7 172. — Einlösung des Schuldbetrags ohne Angabe des Absenders u. der Schuld 7 171. — Verweigerung der Z. wegen Mängel der Kaufsache; Beweislast (s. Kauf, Beweislast) 7 171. — Recht des Schuldners auf Einzahlung auf ein Bankkonto des Gläubigers 7 172. — Bestimmungsrecht des § 366 Abs. 1 dem Bürgen zustehend? 7 172. — Beweislast, wenn Schuldner bei Z. eines einer Buchung entsprechenden Betrags Anrechnung dieser Zahlung auf eine andere Schuld behauptet 7 172. — Befriedigung des Gläubigers durch Gegenarbeit 7 263.

Zahlungsabreden s. Handelsgebrauch u. Handelsklauseln.

Zahlungsbefehl s. Mahnverfahren.

Zahlungseinstellung s. Anfechtung im Konkurs. — Begriff 4 806. — Rückschluß auf Z. aus der Überschuldung? 4 807. — Tilgung der Verbindlichkeiten mit unredlich erworbenen Mitteln 2 2, 492; 4 807. — Nichtbefriedigung e. in e. s. Gläubigers 2 2, 492; 5 948. — Annahme der Z. trotz Leistung einzelner Zahlungen 2 2, 492 (2), 493; 6 987. — nur auf Nichtwollen, nicht auf Nichtkönnen beruhende Nichtbefriedigung 3 2, 262; 4 806. — Wille, die Zahlungen nicht einzustellen bei

tatsächlicher Unmöglichkeit der Zahlung 3 2, 263; 4 806. — Zahlungsunvermögen infolge Beiseitefahrens des Vermögens durch den Gemeinschuldner selbst 4 806; 5 948. — Annahme der Z., wenn ein vorher eröffneter Konkurs wegen Mangels an Masse aufgehoben wurde 4 806; 5 948. — nur vorübergehender Mangel an Zahlungsmitteln 4 807; 5 948; 6 987. — Annahme der Z. trotz regelmäßiger Fortzahlung der Arbeitslöhne, Gehälter 6 987 (2). — Rückschluß auf die Z. aus dem bei Konkursöffnung sich ergebenden Verhältnis von Aktiven u. Passiven 6 987. — Nichtbefriedigung e. nicht auf Zahlung (sondern z. B. auf Sicherheitsleistung) gerichteten Forderung 6 987. — Nichterfüllung fälliger, aber gestundeter Forderungen 6 987. — Nichteinlösung von Gefälligkeitsakzepten 6 987. — nach außen erkennbar gewordene Tatsache der allgemeinen Nichterfüllung fälliger Geldschulden nötig 6 987. — aus den Geschäftsbüchern zwar erkennbare, aber nicht nach außen in die Erscheinung getretene Zahlungsunmöglichkeit 6 987. — vereinzelte Hingabe von Waren an drängende Gläubiger 6 987. — Verneinen der Z. wegen in Aussicht stehenden Kredits bei dessen späterer Nichtgewährung 6 987. — neuerliche Z. nach Sanierung e. früheren durch Abzahlungen 6 987. — Z. eines Schuldners, der ohne Willen u. Willensvertreter ist 4 806. — Bedeutung des Verhaltens d. Gläubigers für die Frage der Zahlungsfähigkeit 4 807. — Z. des Girokunden 3 1, 132. — Kenntnis des Gerichtsvollziehers von der Z. des Schuldners 6 883 (vgl. Anfechtung, Gläubigeranfechtung).

Zahlungsfähigkeit s. Anfechtung, Eigenschaft, Irrtum, Kredit, clausula rebus sie stantibus. — Irrtum über Zahlungsfähigkeit 1 1, 70 ff., 227 f.; 2 1, 53, 56; 3 1, 36; 4 31; 5 33; 6 46, 48 (Mieter), 49; 7 1070 (Z. einer GmbH.).

Zahlungsübernahme (Schuldübernahme). — Aufrechnungsbefugnis des Übernehmers 1 1, 172.

Zahlungsunfähigkeit vgl. Unvermögen.

Zahlungsziele s. Leistungszeit. — in den verschiedenen Branchen s. Handelsgebäude. — Abweichung von e. vertraglich bedungenen Z. auf Grund e. Handelsgebrauches 6 680.

Zahnärzte s. Heilgewerbe. — Anwendung der GewD. auf das Hilfspersonal 4 918. — Begriff der Zahnheilkunde nach § 56 a GewD. 4 949. — unbefugte Titelführung (§ 147 Ziff. 3 GewD.); subjektive Vor-

ausfetzungen; erfolgte Täufchung nötig? Bezeichnung e. nur allgemein ärztlich Approbierten als „Zahnarzt“, als „Spezialarzt für Zahn- u. Mundkrankheiten“; Bezeichnung als „Dr. u. Zahnarzt“ ohne allgemeine ärztliche Approbation; Beifügung „geheimer Hofrat“ oder „in America geprüfter Zahnarzt“ zu dem Titel „Dr. of dent. surg.“; „Dr. chir. dent.“ mit Beifügung der Sprechftunde u. der Worte „Spezialität künstliche Zähne“, „D. D. S.“ oder „Dr. of dent. surg.“ 4 978, 979 (vgl. Ärzte). — Vertrag über Herftellung e. Gebißes Werklieferungsvertrag 7 271.

Zäpftervertrag f. Bierlieferungsvertrag. — § 559 BGB. unanwendbar 5 212. — Umfang der Mietzinsforderung 3 1, 182.

Zeitbeftimmung f. Befristung.

Zeitgefchäft f. Börsentermingefchäft. — Handel per Erſcheinen 7 1174.

Zeitliches Anwendungsgebiet der Rechtsnormen (f. Übergangsrecht) 2 1, 755, 757. — Prinzip der Übergangsvorſchriften des BGB. 1 2, 411. — Anwendung des früheren Rechts durch Rückdatierung eines nach 1900 gefchloffenen Vertrags 3 1, 665.

— zeitliche Wirksamkeit mit Beginn des für das Inkrafttreten beftimmten Verkündungstages auch bei Verkündung am fpäten Abend diefes Tages 5 602. — rückwirkende Kraft difpoſitiver Gefefesvorſchriften? 1 2, 411. — rückwirkende Kraft zwingender Gefefesvorſchriften 1 2, 411, 416 (§§ 138, 1297 BGB.); 6 592. — Anwendung des Grundſatzes von d. nicht rückwirkenden Kraft des neuen Rechts auf fiktive oder konſtruktive Rechte 5 625. — gleichzeitige örtliche u. zeitliche Kollifion 1 2, 411; 3 1, 690. — Zeitpunkt des Vertragsabſchluffes oder des Inkrafttretens des Vertrags für die Frage der zeitlichen Kollifion maßgebend? 1 2, 415. — „bisherige Gefefes“ i. S. des Art. 170 BGB. 1 2, 416. — maßgebendes Recht für einen aus mehreren zeitlich aufeinanderfolgenden einzelnen Tatſachen zufammengefehten Tatbeftand 1 2, 416. — Anwendung des Art. 170 BGB. auf Schuldverhältniffe des Handelsrechtes 1 2, 416. — Geltendmachung des Rechts nach art. 1166 code civil nach 1. I. 00? 1 2, 417; 2 1, 786. — Anwendung des Art. 170 BGB. auf nach altem Recht nicht rechtsgültige Rechtsgefchäfte 2 1, 784. — Einfluß des neuen Rechts trotz Art. 170 BGB. bei Weiterentwicklung eines vor 1900 begründeten Schuldverhältniffes (z. B. Übergang einer Forderung) 2 1, 784; 4 543 (Stundung, Anerkenntnis). — Begriff der Entftehung eines Schuldverhältniffes nach Art. 170 BGB. 3 1, 693. — maßgebendes Recht für die Frage, ob eine Tatſache als Aufhebungs-

grund für einen Anspruch des alten Rechts anzufehen ſei 4 543. — Auslegung e. vor 1900 fertig vereinbarten, aber erft nach 1900 durch Heilung e. Formmangels gültig gewordenen Vertrags 6 593. — Anspruch der Berufsgenoffenfchaften gegen d. Schädiger; Verhältnis des alten zum neuen GewlnfW. 6 594. — nach 1. I. 00 verkündetes Urteil 1 2, 436; 1 3, 139. — Reviſion gegen ein vor 1900 erlaſſenes Urteil 1 2, 436, 439, 440. — vor 1900 erlaſſenes bedingtes Urteil bei Pänterung nach 1900 1 2, 436. — Koſten bei Abweiſung einer Klage wegen inzwiſchen eingetretener Gefefesänderung 1 2, 439.

Zeitung f. Abonnement, Inſertionsvertrag, unlauterer Wettbewerb. — Haftung für Auskünfte im Sprechſaal 6 325, 625. — Wandelung beim Zeitungsabonnement 3 1, 220. — Abonnement auf e. Z. als Kauf 1 1, 339; 3 1, 213; 5 187. — Erpachten des Inſeratenteils? 6 243; 7 229. — Nichtabbeſtellen des Jahresabonnements 5 701. — Abonnentenverſicherung 5 1088, 1090, 1091. — Inſertionsvertrag, Erfüllungsort 2 1, 166. — Verlagsvertrag im Z.-weſen f. Verlagsrecht. — unlauterer Wettbewerb durch falſche Angabe der Auflage? 2 340, 343; 5 1004. — unlauterer Wettbewerb durch Füllinſerate 2 2, 340, 347, 350; 4 883; 5 1043; 6 1077. — Änderung des Titels unter Beibehaltung der Jahrgangsbezeichnung 5 1043, 1044. — Verkauf einer Zeitschrift, Anwendung der §§ 433 ff. BGB. 7 194. — Poſtzeitungsgeſchäft 7 262. — allgemeine Rechtspflicht zur Unterlaſſung der Mitteilung von auf die geſchäftlichen Verhältniffe Dritter bezüglichen, wahren Tatſachen 7 335 (2). — Gründung einer Z. in Form einer Geſellſchaft 7 1090.

Zentralheizung. — Vermieten einer Wohnung mit Z. 2 1, 374.

Zeffionsdammn 3 1, 434 (f. Mieter, Werkvertrag).

Zeugen und Zeugenbeweis f. Beweiswürdigung.

I. A l l g e m e i n e s. — Bezug auf in einem anderen Prozeß abgegebene Zeuenausſagen 1 3, 60/1611; 5 812 (2); 7 815 (vgl. Beweiswürdigung, Urkunde). — Erſatz der Vernehmung von Zeugen durch Verwertung der in einem Ermittlungsverfahren abgegebenen Ausſagen 6 833. — kann das Prozeßgericht dem Beweisführer die Stellung ausländiſcher Zeugen bei Verluſt des Beweismittels aufgeben? 4 705. — über innere Tatſachen (Abſicht) 1 3, 161; 6 807, 834; 7 815. — Anbieten des Zeugenbeweiſes durch den Antrag auf Vernehmung der Perſonen, deren Namen aus heranzuziehenden Akten zu entnehmen ſeien 7 815. — muß der Grund, auf dem

(Zeugen und Zeugenbeweis)
 die Wissenschaft der Zeugen beruht, angeben werden? 1 3, 161. — bestimmte Bezeichnung des Beweisthemas? 7 815. — Zeugenvernehmung auf Grund ausländischer Erfunden 5 812; 7 818 (Saager ProzeßAbf.), 819 (2). — Informationspflicht des Zeugen 4 708; außergewöhnlichen Zeitaufwand beanspruchende Nachforschungen 1 3, 167; Information über ihm bisher nicht bekannte Tatsachen 1 3, 167. — Zeugenbeweisangebot gegenüber klaren Urkunden 6 809. — Verwertung der Aussage e. später in den Prozeß als Partei eingetretener Zeugen 6 754, 808, 834; 7 816. — Würdigung der von der Angabe des Zeugniss als Partei abweichenden Zeugenaussage des Zedenten 6 809. — Zurückweisung der Zeugenbenennung, wenn schon die Gegenpartei ihn benannt hatte, ohne ihn auffinden zu können 6 834 (vgl. Beweisangebote). — Verwertung der Aussage e. zu Unrecht als Zeuge vernommenen Person 7 815 (s. Beweiswürdigung). — analoge Anwendung der Vorschriften über Zeugenvernehmung auf das Anhören von Verwandten nach § 1673 Abs. 2 BGB.? 6 834. — im Ausland abgeprochene Fähigkeit, Urkundszeuge zu sein (s. Urkunde) 5 606.

II. Wer kann Zeuge sein?
 — Mitglieder in Prozessen eines rechtsfähigen Vereines 1 3, 28. — Hypothekgläubiger in Prozessen des Pfandhalters nach § 1189 BGB.? 1 3, 33. — Nebenintervenient 1 3, 39, 166. — streitgenössischer Nebenintervenient 3 2, 470. — Vitissdeuquant 1 3, 39, 166. — geschlicher Vertreter 1 3, 161. — Vertreter einer Kollegialbehörde, die nur gemeinsam handeln können 1 3, 161. — Prokurist 1 3, 162. — ausgeschiedene Gesellschafter einer off. Handelsgesellschaft 1 3, 119; 1 3, 162, 166; 2 2, 89, 90. — nicht ausgeschiedene Gesellschafter einer offenen Handelsgesellschaft 1 3, 161/162. — Gesellschafter einer liquidierenden Gesellschaft 6 834. — Mitglieder einer liquidierenden Gesellschaft 6 834. — Mitglieder eines nicht rechtsfähigen Vereines in Prozessen gegen den Verein 5 11, 754; 7 816 (vgl. unten § 393 Ziff. 4). — Aktiengesellschaft: stellvertretender Direktor 1 3, 162 (s. Aktiengesellschaft); vertretungsberechtigter Prokurist 1 3, 162; 2 2, 143. — Kommanditisten im Prozeß der Gesellschaft 4 705; 7 815 (s. Kommanditgesellschaft). — Gesellschaft m.b.H.: Vorstandsmitglieder 1 3, 162. — Zedenten 1 3, 166; 2 1, 252 f.; 4 144; 5 161; 6 837 (s. unten Vereinbarung); Zedent bei Session, um Zeuge zu sein 4 47; 7 743, 816. — Antragsteller im Aufgebotsverfahren? 3 2, 605. — Dirne in Prozessen des angeblich mit

ihr verlobten Zuhälters 1 2, 2. — unehe-liche Mutter in Prozessen des Kindes gegen den Vater (s. uneheliche Kinder) 7 514. — Erbe in Prozessen des Testamentsvollstreckers 1 2, 261. — Testamentsvollstreckter in gegen ihn geführten Prozessen 1 3, 162. — Vorerbe in Prozessen des Nacherben 4 703. — Streitgenosse als Z. über Tatsachen, die in diesem Prozeß lediglich für den anderen Streitgenossen von Bedeutung sind? 7 815. — Ehemann in Prozessen der Frau über eingebrachtes Gut 3 2, 476. — der auf Duldung der Zwangsvollstreckung mitverklagte Mann 1 3, 244. — Ehemann, wenn die Frau „im Beistand des Mannes“ klagt 6 834; 7 815. — Ehemann als Z. in von d. Frau mit seiner Zustimmung geführten (§ 1400 BGB.) Prozessen 4 381; 7 481. — Prozeßbevollmächtigter 4 674 (Aufstellung e. anderen Anwalts nötig?). — güttergemeinschaftliche Ehefrau in Prozessen des Mannes 7 483, 484, 815. — früherer Mitbetrogter, der sich mit dem Kläger verglichen hat 6 801, 837. — Wirkung eines Parteiwechsels auf die Zeugenhaft der schon gehörten oder noch zu hörenden Z. 5 811, 812; 6 834. — frühere zeugenchaftliche Aussage des nunmehr Partei Gewordenen 5 812 (2); 6 754, 808; 7 793, 816, 834. — früherer Parteidei eines die Parteieigenschaft Verlierenden 5 812 (Vernehmung als Zeuge). — Mitglieder des Magistrates in Prozessen der Gemeinde (WeststädteD.) 6 834. — über Beamte als Zeugen nach Entbindung von der Amtsverschwiegenheit s. unten. — Gemeinderatsmitglied in Prozessen e. badiſchen Gemeinde 6 834. — Beamte: Sparaffensrentant über Darlehnsanlagen 4 706. — Vorsteher der Korporation der Kaufmannschaft 1 3, 161.

III. Q u a d u n g. — de lege ferenda für Weglassen des Beweisthemas in der Q. 4 706. — ausländischer Z. ins Inland (Vermittelung des ausländischen Gerichts?) 5 812. — Auslagenvoranschuß vgl. Gerichtsloftengesetz. — Auslagenvoranschuß bei Vernehmung eines kranken Z. in seiner Wohnung 6 835. — Bemessung der Höhe des Auslagenvoranschusses, wenn eine vorherige Lokalbesichtigung seitens des Z. nötig 6 835, 1168. — Beschwerde der Partei gegen die Abforderung e. Auslagenvoranschusses? 6 835. — Verrechnung des von der beweispflichtigen Partei eingezahlten Auslagenvoranschusses auf andere Gerichtskosten dieser Partei, um die Auslagen der Beweis-erhebung von der anderen hierfür mit-haftenden Partei einzuziehen 6 835, 1168. — Übertragung der Festsetzung des Auslagenvoranschusses auf den ersuchten Richter 7 816. — Bestimmung e. Frist für Leistung des Auslagenvoranschusses trotz erklärter

bestimmter Weigerung 7 816. — Folgen der Nichtleistung des Auslagenvorschusses, wenn der Prozeß dadurch nicht verzögert wird 7 816.

IV. **Ausbleiben des Zeugen.** — Zwang gegen den ausgebliebenen Z. bei Vernehmung auf Ersuchen außerdeutscher Gerichte 1 3, 162 (s. Rechtshilfe). — muß der ersuchte Richter Zwangsmaßregeln anwenden 1 3, 168 (s. Beweisaufnahme, Rechtshilfe). — unberechtigtes Sichtenfernern während der Vernehmung 6 835. — Beschwerde der Partei gegen den Beschluß, durch den die Verurteilung des ausgebliebenen Z. aufgehoben wird 6 862. — kann das Gericht, das das U. d. Z. als entschuldigend anzusehen beschlossen hat, den Beschluß wegen Irrtums abändern? 7 816. — Anfechtung der vom ersuchten Richter verhängten Strafe 1 3, 169. — Verhängung von Ordnungsstrafen bei U. durch den ersuchenden Richter? 4 706. — Zeugniszwang gegen Abgeordnete 5 813; 6 835 (vgl. unten Zeugnisverweigerung). — entschuldigtes Ausbleiben, wenn der Z. auf seine Mitteilung, er könne nicht erscheinen, keine Antwort erhält 1 3, 162. — Auslagen des Z. behufs Glaubhaftmachung seiner Entschuldigung? 3 2, 470/477; 6 1180 (2), 1181, 1182; 7 816 (s. GebD. f. Zeugen). — Ermittlungen über die Wahrheit des Entschuldigungsvorbringens 3 2, 470; 7 810. — ist zur Entschuldigung e. ausgebliebenen Z. ärztliches Zeugnis nötig? 3 2, 470, 471, 477. — Entscheidung über den Strafbeschluß des ersuchten Richters durch das Prozeßgericht 7 816. — Verbindung der Beschwerde gegen den Strafbeschluß mit Entschuldigung 7 816. — Kosten e. zur Entschuldigung eingereichten ärztlichen Zeugnisses (s. GebD. f. Zeugen) 7 816.

V. **Zeugnisverweigerungsrecht.** — Angabe des Motivs bei festgestellter Berechtigung? 1 3, 163. — Verweigerung nach Beginn der Aussage 7 817. — Zeugnisverweigerung bei Rechtshilfeersuchen ausländischer Gerichte; Berufung auf Zeugnisverweigerungsgründe des ausländischen Rechts 7 818 (2), 819 (2) (vgl. 5 812). — Verweigerung seitens des im Ausland zu vernehmenden Z. 1 3, 165; 7 818. — im Laufe des Prozesses wegfallende Gründe 3 2, 471. — Weigerung vor dem beauftragten Richter 3 2, 476 (s. unten). — Feststellung der Bereitwilligkeit zur Aussage 3 2, 471. — Vernehmung von teilweise zur Zeugnisverweigerung Berechtigten; Kreis der zulässigen Fragen 3 2, 474. — Berücksichtigung e. vom Z. selbst nicht geltend gemachten Grundes? 3 2, 476. — Chemann der Adoptivtochter 6 835. — in bigamischer Ehe lebender Ehegatte 7 816. — Annahme eines Ver-

löbnisses trotz Ehehindernisses des § 1312 BGB. 7 816. — mit einzelnen von mehreren Streitgenossen verwandter Z. 7 816.

1. „Unvertraut“ (§ 383 Ziff. 4 u. 5 ZPO.). — Anwendung auf jeden Vertragskontrahenten bei Interesse des Gegners oder eines Dritten an der Geheimhaltung? 5 814. — ohne ausdrückliche Mitteilung wahrgenommene Tatsachen 1 3, 163; 3 2, 472. — eigene Beobachtungen des Z. 3 2, 472 (2); 5 813. — die von dem Zeugnisverweigerungsberechtigten gemachten Mitteilungen und Erklärungen an die Vertrauenspersonen 1 3, 163. — Freiwilligkeit der Zugänglichkeit des Anzuvertrauenden? 3 2, 472 (2). — Hingabe von Sachen, Spenden 1 3, 163. — ehrenwörtliches Schweigeverprechen 1 3, 163. — Begriff der „Geistlichen“ 6 836. — dem Geistlichen gelegentlich der Vermittlung zwischen einem Beichtkind u. einem Dritten von dem Dritten anvertraute Tatsachen 7 816. — Geistliche über zu seelsorgerischen Zwecken erhaltene Spenden 1 3, 163; 3 2, 472. — einen Geistlichen vom Amtsvorgänger anvertraute Tatsachen 3 2, 474. — Aussage eines Geistlichen über alles, „abgesehen von dem in der Beichte Anvertrauten“ 3 2, 471. — Rechtsanwälte 3 2, 472, 473; Aussage über Erlaß u. Eintritt der Rechtskraft des Urteils e. Vorprozesses 1 3, 163; über die ihm erteilte Ermächtigung, an den Gegner ein schriftliches Zahlungsversprechen zu richten 1 3, 163; Zuziehung zu Verhandlungen seitens beider Parteien 1 3, 163; Verhandlungen zur Vermeidung eines Prozesses unter Zuziehung Dritter 5 812; über Verzicht des von ihm in einem anderen Prozeß vertretenen Gegners auf Rechtsmittel 5 812; eigene Handlungen d. Anwalts 5 812. — Arzt, der von seinem Zeugnisverweigerungsrecht keinen Gebrauch macht 3 2, 471. — Zurücktreten des Verweigerungsrechtes hinter sittliche Pflichten 3 2, 474; 6 835. — Zeugnisverweigerungsrecht des Arztes bei einem unblutigen Duell 5 813. — Bankier 1 3, 163. — Handelsagent eines Kreditvereines 5 814. — Direktoren, Angestellte, Agenten einer Bank 5 814. — Privatbeamte 1 3, 163. — Prozeßagenten und Rechtskonsulenten 3 2, 473. — Mitglieder eines Kollegiums (Vorstand der Korporation der Kaufmannschaft) über Vorgänge innerhalb des Kollegiums, wenn sie sich auf die Ermittlungen für ein vom Mitglied abzugebendes Gutachten beziehen 1 3, 164; 6 836. — Notare 3 2, 472; 7 816, 817. — Fallen der Äußerung unter Umständen, daß eine Geheimhaltung nicht als gewollt

(Zeugen und Zeugenweis)

- anzunehmen ist **3 2, 472**. — Bureauvorsteher von Notaren **3 2, 472/473; 7 817**. — Abgeordnete **5 813; 6 835**. — Inhaber u. Angestellte von Auskunftsbureaus **1 3, 164; 3 2, 473; 7 817**. — Expeditur **5 814**. — Zeitungstredakteur **7 817**. — Verschwiegenheitspflicht nach § 139 b GewD. **3 2, 474**. — analoge Ausdehnung des § 383 Ziff. 5? **3 2, 474** (Geschäftsleute bez. Geheimnisse des Publikums?).
2. Kunst- u. Gewerbegeheimnis (§ 384 Ziff. 3 ZPD.) i. oben unter „anvertraut“. — Begriff **3 2, 475; 6 836** (vgl. unlauterer Wettbewerb). — nur gewerbliche Produktion, oder auch andere geschäftliche Beziehungen **1 3, 164; 3 2, 473; 7 817**. — Preisartikelle **1 3, 164**. — Absatzgebiete, Bezugsquellen **1 3, 164; 7 817**. — Verweigerung der Namhaftmachung seiner Gewährsleute seitens des Besitzers einer Auskunftei **1 3, 164; 3 2, 473; 7 817**. — Geheimnisse Dritter, denen gegenüber der Z. Pflicht zur Geheimhaltung hat **1 3, 164**. — Fabrikpreise? **3 2, 475**. — Wegfall des Interesses an der Geheimhaltung **3 2, 475; 5 814**. — Inhalt von Verlagsverträgen **3 2, 678; 4 706**. — Expeditur **5 814**. — Nummer u. Eintragung eines bestrittenen Patentes? **6 836; 7 817**. — patentierte Erfindung als Gewerbegeheimnis? **7 1121**. — Verkaufspreise **7 817**. — Kundschaft als Gewerbegeheimnis **7 817**. — Bezugspreise **7 817**.
3. § 384 Ziff. 1 ZPD. — Vermögensschaden nach § 384 Ziff. 1 als unmittelbare Folge der Beantwortung der Frage, nicht der Entscheidung des Prozesses **6 836**. — Gefahr für den Zeugen, bei Beantwortung der Frage zur Erfüllung einer schon bestehenden rechtlichen Verbindlichkeit angehalten werden zu können **6 836**. — Gefahr für den Z., bei Beantwortung der Frage seinen Provisionsanspruch oder seine Stellung als Bevollmächtigter, Angestellter zu verlieren **6 836**.
4. § 384 Ziff. 2 ZPD. — Geschlechtsverkehr e. Unverheirateten mit e. Unverheirateten zur Unehre gereichend? **6 836**. — Gewißheit strafrechtlicher Verfolgung nicht nötig **1 3, 164**. — „Gefahr“ strafrechtlicher Verfolgung **3 2, 474; 6 836**. — wenn der Z. die Frage, deren Bejahung ihm zur Unehre gereichen würde, verneinen zu können erklärt **1 3, 164; 7 817** (vgl. **4 706**). — wenn der Z. bereits rechtskräftig abgeurteilt ist **6 836**. — Annahme von Gratifikationen hinter dem Rücken des Dienstherrn dem Z. zur Unehre gereichend **7 817**. — Aussage des früher im Dienste des Klägers, jetzt des

Beklagten stehenden Zeugen darüber, ob ihm vor Eintritt bei Beklagten die Erstattung der für diesen Fall an den Kläger zu leistenden Vertragsstrafe versprochen wurde **7 817**.

5. Glaubhaftmachung d. Zeugnissverweigerungsrechtes. — Prüfung, ob die Aussage über die dem Z. zur Unehre gereichende Tatsache bejahend oder verneinend ausfallen werde? **4 706**. — Überflüssigkeit der Glaubhaftmachung bei klarer Sachlage **4 706**. — eidliche Versicherung des Z., daß ein Geschäftsgeheimnis vorliege **5 814**.

6. Wegfall des Zeugnissverweigerungsrechtes. — durch vorherige Aussage beim beauftragten Richter **1 3, 162**.

§ 385 Ziff. 1 ZPD. — Z. bei Rechtsgeschäften: nicht zufällig bei Vertragsschluß Anwesende **1 3, 165**. — zur Beratung u. Unterstützung einer Partei bei den Verhandlungen zugezogene Person Z. im Sinne des § 385 Ziff. 1? **6 836**.

§ 385 Ziff. 2. — uneheliche Mutter über die Vaterschaft **3 3, 475; 7 817** (s. uneheliche Kinder unter § 385 Ziff. 3).

§ 385 Ziff. 3 **1 3, 165**. — Zusammenhang mit dem Familienverhältnis **4 706**. — Voraussetzung tatsächlicher, nicht rechtlicher Zusammenhang zwischen Tatsachen und Vermögensangelegenheit **3 2, 475; 6 836; 7 818**. — Grund: der mutmaßliche Mangel anderer Beweismittel **1 3, 165**. — uneheliche Mutter im Alimenterprozeß des Kindes **1 3, 163; 2 1, 689; 3 1, 564; 3 2, 475; 4 462; 5 814** (s. uneheliche Kinder). — Streit zwischen Verwandten als Miterben über die Schuld einiger Miterben aus einem vom Erblasser gegebenen Darlehen **1 3, 165**. — uneheliche Mutter im Vaterschaftsprozesse des Kindes **3 2, 475; 7 817, 818** (2). — Streit, ob die uneheliche Mutter dem Vater die von ihm gezahlte Abfindungssumme zum Teil wieder zurückgegeben hat **4 706**. — Verpachtung des gütergemeinschaftlichen Anwesens seitens des Ehemannes in der Absicht, die Frau zu schädigen **3 2, 475**. — Vereinbarung über die Wirkung einer für die Zwecke der Ehe vollzogenen Leistung **5 812**. — nur Familienverhältnis zwischen Z. u. Partei **3 2, 475**. — Vereinbarung der im Scheidungsprozesse stehenden Gatten über Zeit der Rückzahlung des Eingebrachten **6 836**. — kein Fall des § 385 Ziff. 3, wenn die Tochter darüber aussagen soll, ob sie oder die verlassene Mutter die Käuferin war **6 837**. — Übertragung des elterlichen Anwesens an die Schwester; Wert des Anwesens **7 818**. — Gesellschaftsverhältnis zwischen nahen Verwandten **7 818**.

§ 385 Ziff. 4. — „Handlungen“, Begriff **1 3, 165.** — Ehefrau, die in der Klinik über den Umfang der ihr zu gewährenden ärztlichen Leistungen als Vertreterin des Mannes bestimmt **1 3, 165.** — Vertreter, Begriff **3 2, 475 476.** — Betrauen mit Reinigung und Beleuchtung der Treppe **3 2, 476.** — Vorerbe in Prozessen des Nacherben **4 703.** — Ehemann, der in der mündlichen Verhandlung für die Frau das Wort führte, Vertreter? **6 837.** — Wahrnehmungen nicht unter § 385 Ziff. 4 fallend **6 837.** — wenn die Vertreter Eigenschaft von der beweisführenden Partei verneint wird **3 2, 475.** — bloße Wahrnehmungen nicht unter Ziff. 4 fallend **7 818.**

Entbindung von der Verschwiegenheit. — liegt in der Benennung als Zeuge **1 1, 165.** — Klage des einen Ehegatten gegen den anderen: E. des Arztes über die Frage des Bestehens einer Geschlechtskrankheit **1 3, 165.** — zur Erklärung der E. Berechtigte **3 2, 476.** — E. eines Arztes seitens der Erben **5 813; 6 835.** — Recht des Konkursverwalters oder des Gemeinschuldners zur E. gegenüber dem Rechtsanwalt oder Notar des Gemeinschuldners? **3 2, 255, 476; 4 706; 5 813.** — E. eines Notars von der Amtsverschwiegenheit **3 2, 470; 4 705, 706.** — E. des Notars nur seitens eines der Beteiligten **5 813.** — Verweigerung der E. eines Notars über eine Erbauseinandersetzung seitens eines nicht am Prozeß beteiligten Miterben **5 813.** — E. Beamter als Z. von der Schweigepflicht nur seitens der privaten Beteiligten **3 2, 470, 476; 4 705.** — E. eines Notars durch den Generalbevollmächtigten einer Partei **6 835.** — maßgebendes Recht für die Frage ob die E. eines Beamten von der Amtsverschwiegenheit zu erteilen sei **3 2, 470.** — inwieweit kann das Gericht prüfen, ob zur E. eines Beamten die Genehmigung der vorgesetzten Behörde nötig ist? **4 705.** — Beschwerde der Partei wegen Nicht-E. e. Beamten vom Amtsgeheimnis **3 2, 470.** — Zeugnisverweigerungsrecht nach § 383 Ziff. 5 B.D. eines Beamten trotz E. vom Amtsgeheimnis **3 2, 470.** — zur Vernehmung eines von der Verschwiegenheitspflicht seitens der Partei entbundenen Notars noch die Genehmigung der Dienstbehörde nötig **7 816, 817.**

7. Streit über die Berechtigung des Zeugen zur Zeugnisverweigerung. — Zeuge Beklagter? **1 3, 165; 7 818.** — Verurteilung des Z. in die Kosten des Zwischenstreites? **1 3, 165; 7 818.** — Weigerung vor dem ersuchten Richter **3 2, 471, 476.** — nähere Erläuterung oder neue rechtliche Begründung der vor dem beauftragten Richter erklärten Weigerung vor dem Prozeß-

gericht **1 3, 165; 5 814.** — Streit über Zeugnisverweigerung im Entmündigungsverfahren **1 3, 228.** — Beschwerde gegen das die Zeugnisverweigerung für gerechtfertigt erklärende Zwischenurteil auch seitens des Gegners des Beweisführers? **6 837.** — Entscheidung über die Kosten im Zwischenurteil; hat die durch Endurteil verurteilte Partei auch die Kosten des vom Z. zu seiner Vertretung im Zwischenstreit bezugzogenen Anwalts zu tragen? **7 818.** — Verfahren bei Rechtshilfesuchen aus dem Ausland **7 818 (2), 819 (2)** (vgl. **5 812**). — weiteres Verfahren, wenn die Weigerung schriftlich vor dem beauftragten Richter erfolgt **7 819.** — Ausschluß des Vorbringens neuer Tatsachen bei d. Verhandlung über die Rechtmäßigkeit e. Zeugnisverweigerung (§ 389 Abs. 3); Berücksichtigung einer dem Vorbringenden selbst nachteiligen Erklärung nicht ausgeschlossen; Stützen der Beschwerde auf neue Tatsachen **7 819.** — Beschwerde gegen den Strafbefehl des ersuchten Richters **7 819.**

VI. Beeidigung. — Reform (Voreid; gleichzeitige Beeidigung mehrerer) **7 819, 828.** — zu Unrecht unterlassene B.; Rüge, insbes. in 2. Instanz **1 3, 131, 165/166; 3 2, 476.** — wiederholte Vernehmung u. dabei B. trotz Verzichtes auf B. bei der ersten Vernehmung **1 3, 131; 3 2, 476.** — Unterlassen der B. wegen Unglaubwürdigkeit **1 3, 165.** — Unterlassen der B. wegen einer in einem früheren Prozeß abgegebenen abweichenden uneidlichen Aussage **4 705.** — Unterlassen der B. wegen Ablaufs längerer Zeit u. dadurch in Frage gestellter Erinnerungsfähigkeit **4 705;** weil durch den Z. nichts bewiesen werden kann **5 814.** — Weigerung der B. seitens des nach § 384 Ziff. 2 zur Zeugnisverweigerung Berechtigten, aber freiwillig Aus sagenden **1 3, 164, 166; 5 815.** — Anfechtung e. Verzichtes auf die B. **6 838.** — Absehen von der B. seitens des Richters, wenn er mit Rücksicht auf die anderen Beweisergebnisse auch der beeidigten Aussage keine Bedeutung beimessen könnte **6 838; 7 794.** — Weigerung der Eidesleistung seitens eines Ausländers aus religiösen Gründen **3 2, 470.** — nur aus dem Urteil, nicht aus dem Protokoll ersichtliche B. **1 3, 78; 4 686** (s. Protokoll). — Verlust der Rüge e. zu Unrecht unterlassenen B., wenn die Partei selbst der B. widersprach **6 813.** — eidliche Vernehmung eines Verurteilungsklägers, wenn der Rechtsstreit zwischen ihm und dem Gegner durch Vergleich beseitigt ist **6 801.** — inwieweit deckt der Zeugeneid sachverständige Aussagen? **5 814.**

Nicht zu beeidigende Zeugen. — Würdigung solcher Aussagen **1 3, 166.** —

(Zeugen und Zeugenbeweis)

wenn der Z. irrtümlich vom beauftragten Richter beeidigt wurde **1 3, 167; 5 815.** — zur Zeugnisverweigerung Berechtigte verlieren durch freiwillige Aussage nicht das Recht, den Eid zu verweigern **1 3, 166; 5 815.** — nicht zeugnisverweigerungsberechtigte Verwandte **5 815.** — Eidespflicht der Zeugnisverweigerungsberechtigten im Falle des § 385 Ziff. 4 ZPD. **1 3, 166.**

Fälle des § 393 Ziff. 4. ZPD. — Reform **7 819.** — Begriff des „unmittelbar Beteiligten“ **1 3, 166; 7 819.** — wirtschaftlich Interessierte **1 3, 166; 5 815; 6 837.** — Zedent **1 3, 166; 2 1, 252 f.; 4 47** (Zession, um Zeuge zu sein), **144; 5 161, 815 (3)** (Zusassozession); **6 837.** — Nebenintervenient **1 3, 166.** — Litisdenuntiat **1 3, 166.** — Gemeinschaftsdner in Prozessen des Konkursverwalters **1 3, 166; 7 819.** — offene Handelsgesellschafter nach dem Ausscheiden **1 3, 166.** — der mit der Partei in Gütergemeinschaft Lebende **1 3, 166.** — Aktionäre **1 3, 167.** — Besitzer von Anteilscheinen einer GmbH. **1 3, 167.** — Ehefrau in den vom Mann im eigenen Namen über ihre Rechte geführten Prozeß **7 819.** — Ehemann in Prozessen der Frau über eingebrachtes Gut **3 2, 476.** — Schuldner in: Anfechtungsprozessen **3 2, 476.** — unmittelbare Beteiligung am Ausgang eines Anfechtungsprozesses, wenn der Zeuge Schuldner des Beklagten aus demselben Wechsel ist, auf Grund dessen der Beklagte das angefochtene Wechselurteil erstirkt, seine Wechselschuld aber besteht, gleichviel wie der Anfechtungsprozeß ausgeht **6 837.** — Mitglieder e. prozessierenden Vereins nach seiner Eintragung in das Vereinsregister **6 837.** — früherer Beklagter, der sich mit Kläger verglichen hat **6 837.** — Vormund bei Regreßklagen gegen d. Gegenvormund **6 837.** — Protokurist, der an einem Geschäft seiner Firma mit Prozenten beteiligt ist **6 837.** — die übrigen Gründer einer A.-G. bei Klage eines Gründers gegen einen zweiten wegen Betrugs bei der Gründung? **7 819.**

Anordnung der Beeidigung in den Fällen des § 393 Ziff. 3 u. 4. — kein Recht des beauftragten Richters **1 3, 167 (f. 3 2, 511).** — freies Ermessen des Prozeßgerichts **1 3, 167.** — Aufhebung eines die Beeidigung anordnenden Beschlusses **1 3, 167.** — nochmalige Beeidigung, wenn der Zeuge ungesetzwidrig vom beauftragten Richter beeidigt wurde? **1 3, 167; 5 815; 7 819, 820.** — Anordnung durch das Berufungsgericht **1 3, 167; 5 815.** — Zusammentreffen von § 393 Ziff. 4 mit § 383 Ziff. 3 (Sohn als Zusatzsozessionar) **5 815.**

VII. Vernehmung. — Protokollierung der Aussage s. Protokoll. — Entscheidung des Prozeßgerichts über Zulässigkeit einer vom ersuchten Richter gestellten Frage, Anfechtung? **1 3, 167, 168, 210.** — Bezugnahme d. Protokolls auf schriftliche Ausführungen d. Zeugen **7 820.** — Bezugnahme des Z. auf ein von der Partei herrührendes Schriftstück **3 2, 476.** — Niederschrift des Protokolls durch den Richter selbst **3 2, 424.** — Äußerungen des Z. nach seiner Vernehmung **3 2, 476.** — Einfluß des Vorbehalts; „soviel ich weiß“ **6 809.** — vorherige Informationspflicht des Z. s. oben. — Form der B.; Hinweisen auf e. zusammenhängende Z.-Aussage; nicht bloß Stellung von Einzelfragen **6 834.** — B. eines trotz Nichterlegens des Auslagenvorstufes freiwillig gekommenen Z. **6 835.** — Verweigerung der Antwort auf die Frage e. Partei als nicht zum Beweissthema gehörig? **6 838.** — vom Zeugen bei seiner Vernehmung versprochene, aber nachher nicht betätigte Zufassung eines Buchauszugs; Rüge der Unvollständigkeit seiner Aussage **7 797.** — Formel: „ad gen. Nein?“ **5 815.** — nach § 161 ZPD. nicht protokollierte Zeugenaussage bei späterer anderer Besetzung des Gerichts **3 2, 244, 494, 495; 4 685.**

Vernehmung vor beauftragtem oder ersuchtem Richter s. Beweisaufnahme. — vorläufige Entscheidung über die Zulässigkeit einer Frage; weitere Entscheidung des Prozeßgerichts nach mündlicher Verhandlung; Anfechtung **1 3, 167, 168 f., 210** (Beschwerde gegen die Entscheidung des Prozeßgerichts). — muß er bei Richterscheinen Zwangsmaßregeln anwenden? **1 3, 168.** — Entscheidung über Beeidigung **3 2, 511.** — Eindruck des Z. auf den beauftragten Richter; Bewertung im Urteil **5 796; 6 807.**

VIII. Wiederholte Vernehmung. — seht ordnungsmäßige erste B. voraus **3 2, 477.** — kann sie eidlich erfolgen, wenn die unterlassene Beeidigung bei der ersten B. nicht gerügt wurde? **1 3, 131; 3 2, 496.** — uneidliche B. eines in erster Instanz nach § 393 Abs. 2 Beeidigten **1 3, 168.** — Ablehnung der B., weil der Z. früher in einem anderen Prozesse vernommen u. hier bereits das Gegenteil ausgesagt hat **1 3, 161, 167.** — Ablehnung w. B. nicht revidibel? **1 3, 167; 6 838;** anders, wenn Z. über neue Tatsachen vernommen werden soll **1 3, 167.** — w. B. zwecks Beeidigung des inzwischen eidemündig Gewordenen **7 820.** — w. B., um dem über ein Rechtsverhältnis vernommenen Z. die von ihm selbst ausgestellten Rechnungen vorzulegen **7 820.** — Benutzung d. früheren Z.-Protokolls an Stelle der beantragten w. B. **4 706.** — w. B., wenn

Z. über eine wesentliche Tatsache nicht gefragt wurde 4 707. — Pflicht des Gerichts zur w. B. eines Z., wenn die erste B. nicht prozessordnungsgemäß war, z. B. zu einer anderen Zeit als der in der Ladung angegebenen erfolgte 6 838. — abermalige B. bei Vereinbarung der Parteien, daß die Aussage eines in einem anderen Prozeß vernommenen Z. auch für den gegenwärtigen Rechtsstreit gelten soll 7 820. — Berufung auf den früheren Eid: nur zulässig bei gleichem Beweisthema 1 3, 168; 5 815; aM. 3 2, 477. — „Zurückerrinnern“ an den Eid 1 3, 168. — unbeeidigte B. einer in 1. Instanz beeidigten Person in den Fällen des § 393 Ziff. 3 u. 4; auch Absehen von der Berufung auf den früheren Eid 1 3, 168. — Berufung auf den in 1. Instanz geleisteten Eid 3 2, 477. — Berufung auf den früheren Eid bei geleistetem Nacheid 3 2, 477. — Recht des beauftragten oder ersuchten Richters, den Z. unter Berufung auf den früheren Eid zu vernehmen 5 815. — wiederholte Vernehmung und dabei Beeidigung trotz Verzichts auf Beeidigung bei der ersten Vernehmung 1 3, 131; 3 2, 476.

Zeugengebühren s. Gebühren-Ordnung für Zeugen.

Zeugnis s. Arbeitsvertrag, Dienstvertrag, Handlungsgehilfe, Gesindewesen, Dienstboten. — Verjährung des Anspruchs auf Z. 1 1, 126.

Zienerfinder. — Zwangsziehung (s. diese), Zuständigkeit 3 1, 675, 676; 4 531.

Zillmerer s. Versicherungsunternehmen.

Zimmer. — Miete möblierter Z. 4 174. — Preisanschlag bei Zimmermiete im Hotel infolge der anderweitigen Einnahme der Mahlzeiten 4 175.

Zins s. Darlehen, Hypothekens-, Prozeß-, Verzugszinsen u. die Komposita von „Zins“. — Begriff 3 1, 76. — Kritik des Verbots der Zinseszinsen 7 101. — Zins und Damno 3 1, 87. — Übergangsrecht 2 1, 784, 785; 6 593. — Verbot des ultra alterum tantum s. das Übergangsrecht 2 1, 784. — Anwendung des § 352 HGB. auf vor 1900 geschlossene Geschäfte 2 2, 201. — Anwendung des neuen Z.-Satzes auf alte Schuldverhältnisse 1 1, 204 ff. — Anwendung des § 247 HGB. auf vor 1900 entstandene Schuldverhältnisse 6 98; 7 584.

— Fortlaufen der Z. bei Stundung der Forderung 3 2, 82. — Z. einer Ersatzforderung nach § 37 R.D. nach § 352 HGB. zu berechnen? 2 2, 202. — Höhe der Zinsen bei Gewährung e. Darlehens seitens eines Bankiers ohne Vereinbarung 2 2, 202. — Verzinsung des Kaufpreises 1 1, 343; 2 1, 273; 3 1, 215. — kaufmännische Z., wenn die Forderung erst nach Konkursöffnung fällig wird? 2 2, 483. — landesgesetzliche Ablehnung der Ver-

zinsung hinterlegten Geldes seitens des Staates 3 1, 293 (vgl. Hinterlegung, Sicherheit). — Anwendung des § 247 HGB. bei Verwendung der Z. zur teilweisen Kapitalstilgung 7 101. — Mitübergang der Z. bei der Zession (§ 401) 3 1, 196. — Beginn der Zinspflicht bei Handelskauf 7 662. — Verjährung 5 62. — Einflagung e. Zinspostens unterbricht nicht Verjährung des Kapitals 4 61. — Fälligkeit des Kapitals trotz nachträglicher vorbehaltloser Annahme der Z. 2 1, 81; 7 69. — Anwendbarkeit des § 302 HGB. auf die gezogenen Z. 1 1, 212. — Eintragungsfähigkeit der Abrede der Z.-Erhöhung bei unpünktlicher Z.-Zahlung 1 1, 155. — Zinseszinsen als Nebenleistung i. S. d. § 115 1 1, 156. — Abrede der Zinserhöhung bei unpünktlicher Zinszahlung kein Versprechen von Zinseszinsen 1 1, 155. — § 193 und die Zinspflicht 5 58. — Beweislast für die Höhe d. Z.-Satzes 3 1, 87. — Verzugszinsen aus der von einem Geschäftskreisenden an seinen Prinzipal zu leistenden Vertragsstrafe nach § 246 HGB. zu berechnen 2 2, 202. — Bestimmung des Z.-Satzes für die Ertragskapitalisierung bei Grundstückstagen 2 1, 124. — Z.-Schuld selbständige Verbindlichkeit 2 1, 124 (vgl. 5 431; 6 1024). — „pünktliche“ Z.-Zahlung, Begriff 4 98. — Vertragsbestimmung des Eintritts der Fälligkeit einer Forderung bei unpünktlicher Zinszahlung 1 1, 189; 7 143 (s. Stundung, Schuldnerverzug); 7 171 (Rücktritt?). — Kündbarkeit des Kapitals als Folge unpünktlicher Z.-Zahlung 2 1, 201; 3 1, 145; 7 232 (s. Darlehen). — Zwischenzinsen unter Kaufleuten 7 122.

Zinsenbezugsrecht. — Gegenstand selbständiger Verfügung unter Trennung von der Hauptforderung? Eintragung ins Grundbuch 5 431; 6 1024 (vgl. 2 1, 124).

Zinsüberhöhung s. Hypothekenzinsen.

Zinsrückstände. — selbständige Zwangshypothek hierfür 5 904. — Rückstände an Hypothekenzinsen f. Hypothekenzinsen.

Zinsscheine. — Einlösung von Z. ausgeloster Obligationen 5 124, 315. — Zahlung mittels Z. (Forderungstilgung)? 2 2, 201; 3 2, 81 (s. Zahlung).

Zinszuschläge s. Amortisationsbeiträge.

Zivilprozeß. — Anwendung der Novelle von 1898 auf anhängige Prozesse 1 3, 14, 15. — Wesen des Z. (Rechtsschutzanspruch) 4 664; 5 746. — Verschulden im Prozesse, Prozeßmutwillen, Lüge im Prozesse, qualifizierte Prozeßschikane (Fälschung von Beweisen, Erschweren des gegnerischen Beweises), Prozeßverschleppung 4 664, 665 (vgl. prozessuales Verschulden). — Revision des Zivilprozesses 5 747.

Zoll. — Irrtum über die Höhe des Z. einer verkauften Ware 5 33.

Zollwesen s. Post. — Verhältnis zwischen Absender und Zollbehörde wegen der von der Post zur zollamtlichen Behandlung an die Zollbehörde gegebenen Poststücke **3 2**, 121, 125 (Haftung für verlorene rekommandierte, aber nicht deklarierte Sendungen). — Zulässigkeit des Rechtswegs bei Anprüchen auf Zollbefreiung **3 2**, 126 (s. Rechtsweg). — Begriff der Eisenbahnverwaltung i. S. d. § 153 Ziff. 2 ZollW.G. (internationale Schlafwagen-Gesellschaft?) **3 2**, 126. — Eigentümserwerb an den als Konterbande beschlagnahmten Gegenständen **3 2**, 126. — wo hat der Fiskus die irtümlich als Konterbande beschlagnahmten Sachen zurückzugeben? **3 2**, 126. — Haftung der Zollbehörde für eine durch ihr Verschulden verlorene gegangene rekommandierte, aber nicht deklarierte Sendung **3 2**, 121. — Haftung der Niederlegungsverwaltung (§ 102 ZollW.G.) für Beschädigung der lagernden Waren **6 724**. — Pflicht der Zollbehörde, das im Zollschuppen verwahrte Gut nach Zollabfertigung unverfehrt auszufolgen **7 98**. — Übergang des Zollanspruchs des Fiskus auf den den Zoll zahlenden Pfändungsgläubiger **7 119**, 181, 707. — persönliche Haftung dessen, der z. Zt. der Fälligkeit des Zolls Inhaber der zollpflichtigen Ware ist, für Entrichtung des Zolls **7 707**. — Recht des Fiskus, sich wegen des Zolls aus der Ware zu befriedigen, wenn ein persönlich haftender Zolld Schuldner fehlt **7 707**. — Haftung eines jeden Teils der Zollsendung für die ganze Zollforderung bei Teilung einer einheitlichen Sendung **7 707**. — Stellung des dritten dinglich Berechtigten, der den Fiskus wegen der Zollforderung befriedigt; Übergang des Vorrechtes des § 61 Abs. 2 R.D. **7 119**, 181, 707. — Haftung der Eisenbahn und der Zollbehörde nach Ausantwortung der Güter an die Zollbehörde im Zollschuppen der Bahn **7 707**.

Zubehör s. Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen, Eigentumsvorbehalt, Hypothek unter Gegenstand der F. u. Gefährdung der Sicherheit der F.; Widerspruchsklage — Begriff **3 2**, 295; **5 23**, 917; **6 942**, 946; **7 900**, 911, 914. — Übergangsrecht **1 2**, 426, 427; **2 1**, 35, 792, 798; **7 900**, 941 (vgl. unten). — Verkehrsauffassung **1 1**, 55; **2 1**, 34; **3 1**, 29; **7 29**. — Voraussetzungen der Z.-Eigenschaften **5 26**. — Voraussetzung für dauernde Einrichtung eines Gebäudes für einen Gewerbebetrieb (§ 98 Ziff. 1) **7 29**. — Vorliegen der Voraussetzungen der Z.-Eigenschaft als objektiv wirkender Tatbestand **1 1**, 59. — räumliches Verhältnis der Neben- zur Hauptsache **1 1**, 56; **2 1**, 34; **5 26**. — Hauptsachen, Nebensachen, Zutaten **6 31**. — Beilegung

der Zutateneigenschaft durch Parteivereinbarung **6 31**. — vorübergehende Benutzung (§ 97 Abs. 2) **1 1**, 56; **2 1**, 34, 35. — ganz willkürliche, dem Wesen der Hauptsache widersprechende Benutzung **7 28**. — Beweispflicht bez. der Z.-Eigenschaft **1 1**, 56; **2 1**, 34. — wirtschaftliches Geegnetsein für den Zweck der Hauptsache nicht Voraussetzung **7 28**. — Mitveräußerung oder -belastung des Z. (§ 314) **1 1**, 223. — dem wirtschaftlichen Zweck der Hauptsache unter Aufhebung ihrer eigenen Selbstständigkeit zu dienen bestimmte Sachen **6 37**. — Einfluß einer Veränderung der Benutzungsfähigkeit der Hauptsache **6 37**. — Einfluß einer Parteivereinbarung auf die Z.-Eigenschaft von unter § 98 Ziff. 1 W.G. fallenden Sachen **6 38**. — Z.-Eigenschaft i. S. d. § 98 auch bei Einrichtung nur eines Teils des Grundstücks zum Gewerbebetrieb **1 1**, 56; **2 1**, 35; **6 32**, 38. — Erlöschen der Z.-Eigenschaft durch die von den Konkursgläubigern beschlossene Betriebseinstellung **7 28**. — keine Aufhebung der Z.-Eigenschaft eines Gebäudes durch Konzessionsentziehung **2 1**, 34. — Z. eines Grundstücks s. Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen. — Z. mehrerer Sachen **3 1**, 29; **4 26**; **5 25**. — „Wirtschaftsbetrieb“ (§ 98 Ziff. 2) **2 1**, 36. — „Landgut“ **3 1**, 30; **4 27**; **5 26**. — Z. eines Landguts: Vieh **2 1**, 35, 36; Hof-, Jagd- und Hund **2 1**, 36; Maschinen **3 1**, 29; **4 26**. — Geflügel als Z. eines Landgutes **6 38**. — Z. einer oldenburgischen Baustelle **3 1**, 29. — Maschinen als Z. **2 1**, 30, 34; **3 1**, 28, 29; **4 24**, 27; **5 21**, 26; **6 32**, 33, 34, 37; noch nicht an ihrem Betriebsplatz aufgestellte Maschinen **7 27**. — Gasmotor als Grundstückszubehör **4 27**. — Baumaterialien **2 1**, 33; **3 1**, 29; **5 26**; **6 37**; **7 28**. — Bräuden (Fähren) über öffentliche Flüsse **3 1**, 27. — Tapetenvorräte **6 38**. — Gasesenster **6 38**. — Dekorationskamine **6 38**. — Inventar e. Pension **6 38**. — Ofen Bestandteil oder Z.? **2 1**, 34; **3 1**, 27. — Restauranteinrichtung **6 34**, 37. — Materialreserve e. Glashütte **6 38**. — lagern Materialien und Vorräte eines Steinbruchgrundstückes **2 1**, 34. — Kohlenvorräte einer Ziegelei **6 38**. — in Arbeit befindliche oder bereits verarbeitete Sachen; Materialvorräte einer Fabrik **6 38** (2). — Formen für e. Maschine **6 38**. — Reserve- teile e. Maschine **6 38**. — von e. Gasthofbesitzer im öffentl. Interesse aufgestellte Wage **6 37**. — elektrische Anlage **6 38**. — Gasuhren **6 36**, 38. — Kundenlisten und Adreßbücher e. Gärtnergrundstückes **6 37**. — Fenster und Türpflüge **6 35**, 38. — auf dem Bauplatz verbrachte Baumaterialien **6 37**. — Transportmittel als Zubehör eines Restaurants **1 1**, 56. — auf bestimmte Zeit geliehene Sachen **7 28**. —

zum Teil auf zugepachteten Grundstücken angelegte Feldbahn e. Ziegelei 7 28. — das zur Befestigung der Dienstleute nötige Korn (§ 98 Biff. 2) 7 29. — landwirtschaftliche Erzeugnisse bei Aufgabe des landwirtschaftlichen Betriebes eines Landgutes 7 29. — Guthaben an Amortisationsfonds kein Grundstückszubehör 4 26. — Wäschfessel 2 1, 34. — Akkumulatorenbatterie als Z. e. elektrischen Lichtanlage 2 1, 33. — Schiffe 5 26. — Z. e. gewerblich benutzten Grundstücks oder Gebäudes 2 1, 33, 34, 35; 3 1, 29; 4 27; 5 26. — Geschäftswagen 2 1, 35, 5 26. — Pferde, Wagen Z. eines Fuhrgeschäfts, einer Fabrik, Expeditionsgefäßes, Ziegelei, Solzfägerei 5 26; 6 38; 7 28. — Tische und Stühle einer Brauerei als Z. 3 1, 29. — Klavier, Musikautomaten als Z. e. Wirtschaftsgrundstücks 4 27; 5 26. — Blumen im Topf nicht Z. e. Gärtnerei 4 27. — Bureaueinrichtung einer Fabrik 3 1, 29; 5 26. — Labeneinrichtung einer Bäckerei als Z. 4 27; 5 26. — Warenzeichen als Z. einer Firma 1 1, 223. — Dampfessel, Reservessel als Z. eines Fabrikgrundstücks 1 1, 56. — Fremdenzimmer als Z. einer Wirtschaft 3 1, 29. — Zimmerausstattung eines dauernd zu Garçonlogis eingerichteten Hauses 7 28. — Pfändung von Z. auf Grund eines gesetzlich Pfandrechts 3 2, 583. — Verhältnis des § 98 zu § 97 BGB. 7 28. — Schädigung des Hypothekgläubigers durch Beiseiteschaffen von Z. 4 270; 5 352; 6 305 (s. unerlaubte Handlung). — Zwangsvollstreckung und Z. s. Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen. — nach altem Recht mitverpfändetes, willkürliches Z. 1 2, 427. — nach 1900 zu einer durch Privatwillkür zum Z. gemachten Sacheinheit hinzutommende Sachen 3 1, 698. — Z. in der Zeit zwischen 1900 und der Anlegung des Grundbuchs 1 2, 428; 2 1, 796, 798; 3 1, 699, 700. — Widerspruch des Hypothekgläubigers gegen e. vor 1900 erworbenes Pfändungspfandrechts 1 2, 430. — vor 1900 eröffneten Konkurs 2 1, 798. — ein Gegenstand Z. mehrerer Grundstücke 5 908. — Verteidigung des Beschlagnahmegläubigers gegen die Pfändung von Z. 7 901. — Aufhebung oder Einstellung der Zwangsvollstreckung in Ansehung nur des Z., Durchführung des Verfahrens bezüglich des Grundstücks, Nachtragsverfahren hinsichtlich des Z. 2 2, 368; 3 2, 304; 4 783; 5 909, 911 f., 918; 7 911. — Anordnung der gesonderten Versteigerung von Gegenständen, Antragsberechtigung, Notwendigkeit eines Hinweises auf die Anordnung im Zuschlagsbeschluss 7 913. — Vollstreckungstitel zur Erzwingung der Herausgabe von Z. 7 904. — Streit über

das Eigentum an Z., Streit über Z.-Eigenschaft 6 947. — Behandlung in d. Zwangsvollstreckung 2 2, 369, 375; 3 2, 302, 304; 4 785; 5 911 f., 918; 6 945 f.; 7 904 f., 910 f. (vgl. Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen). — Freigabe in der Zwangsvollstreckung 3 2, 302; 5 911 f., 918; 6 946; 7 904, 906. — Eigentümserwerb durch den Zuschlag 5 911. — kein Eigentümserwerb an den eingebrachten Sachen des Mieters 6 947. — Erstreckung der ZwVerf. auf Dritten gehöriges Z. (Verreicherungsanspruch des Dritten?), auf Z., das nach dem Gesetze nicht der ZwVerf. unterliegt? 7 904. — Ansprüche des präjudizierten Dritteigentümers 7 906. — Besitzserwerb hieran 1 1, 510. — Erwerb mit dem Grundstück 1 1, 579; 2 1, 551. — Schutz des Erwerbers gegen Verfügungen über Z.-Stücke zwischen Auflassung und Eintragung 1 1, 519.

Zubußen s. Kuxe, Vergrech. — Verpflichtung der Gewerken z. Zahlung der Z. mit facultas alternativa (§ 130 PrALBergG.) 1 1, 268.

Züchtigungsrecht s. elterliche Gewalt unter Sorge für die Person, Vormund unter Sorge für die Person unerlaubte Handlungen, Gefindewesen, Arbeitsordnung, Körperverletzung. — der Lehrer 3 1, 503; 4 405; 5 495 (s. Lehrer). — Werkmeister gegenüber Lehrlingen 3 1, 503. — Übertragung des dem Lehrer zustehenden Z. auf Dritte? 4 405. — negotiorum gestio in Züchtigung eines fremden Kindes 3 1, 289; 4 223, 405; 5 81, 495, 496; 6 486. — Notwehr gegen Überschreitung des Z. 5 497. — des Beistands (s. diesen) 1 2, 136. — des Lehrherrn, Übertragung des Z. an einen Vertreter des Lehrherrn 4 965 (2). — Überschreitung 7 338, 501 (Irrtum über den Umfang als Strafschließungsgrund). — Übertragung 3 1, 303; 4 405; 6 486; insbesondere auf den Stiefvater seitens der Mutter, Umfang 7 513.

Zufall s. casus, Kausalzusammenhang. — Zufall u. Kausalität 3 1, 90.

Zugang s. Willenserklärung und die dort zitierten, Abwesende. — Z. einer Willenserklärung, Begriff 1 1, 77; 2 1, 62; 3 1, 43, 44; 4 38, 41; 5 38; 6 54. — als Zeitpunkt d. Vornahme e. Rechtsgeschäfts unter Abwesenden 2 1, 61, 62. — im engeren u. im weiteren Sinne 4 39. — Gliederung d. Willenserklärungen im § 130 4 39. — zugangsdürftige u. wahrnehmungsbedürftige Erklärungen 4 38. — empfangsbedürftige Willenserklärungen ohne d. Erfordernis d. Z. 2 1, 62. — Erfordernis d. Abgabe e. adressierungsbedürftigen Erklärung in wahrnehmbarer Form 4 38. — Z. von stillschweigenden Willenserklärungen 6 54, 55. — Zeitpunkt d. Z. e. schriftl. Willenserkl.

(Zugang)

3 1, 43, 44; 6 55 (Brief, Telegramme). — Übermittlung durch Boten 7 39. — Bote, Abgabe e. Erklärung bei Abwesenheit d. Adressaten gegenüber e. Dritten als Boten d. Erklärenden, „Zugehen“ (§ 130) 1 1, 78, 79; 2 1, 64; 4 39; 5 38. — Bewußtlosigkeit d. Adressaten hindert nicht Wirksamkeit d. zugangsbedürftigen Erklärung 4 41. — 3. e. Schreibens an c. Behörde 2 1, 63; 4 40; 6 55 (Patentamt). — Feststellung d. Person d. Adressaten 6 54. — 3. durch Vermittlung d. Adressaten; Adressieren mehrerer, erkennbar an verschiedenen Personen gerichteten Erklärungen an e i n e Person 6 54. — 3. von Briefen bei Bestellung in e. Gasthof 3 1, 43. — in Gefängnissen, Krankenhäusern, Kasernen 3 1, 43. — 3. postlagernder Briefe 2 1, 43. — 3. von Postsendungen (Briefe, Vermerk auf Postanweisungen, Patetadressen, Erklärungen in Wert-Einschreibebriefen) 7 44, 45. — absichtlich verzögerte Abholung von Postsendungen 7 98. — 3. von Postsendungen bei Bestehen von Vertragsbeziehung zwischen Absendern u. Empfängern z. Ausständigung an Familienmitglieder d. Empfängers, Annahmeverweigerung seitens letzterer 7 45 (s. Post). — 3. von durch die Post nachgesandten Briefen 3 1, 43. — Zeitpunkt d. 3. e. Willenserklärung bei Abholung d. Postsendungen durch den Empfänger am Postschalter 2 1, 63; 7 44 (s. Post). — 3. von Postsendungen bei Mieten e. Postschließfaches 7 44, 262 (vgl. Post). — Genehmigung d. Erklärung an 7 45. — Gemeinde durch die Aufsichtsbehörde als Vertragsschluß? 7 46. — 3. der Zustimmung e. Vertragsteiles an das Gericht als Vertragsschluß 7 45. — gilt die gelegentlich d. Einlegung d. Widerspruch gegen e. Zahlungsbefehl vom Widersprechenden zunächst dem Gericht gegenüber abgegebene, aber von diesem dem Gegner mitgeteilte empfangsbedürftige Willenserklärung (Zahlungsverprechen) als zugegangen? 6 871. — Berechnung e. Frist nicht vom 3., sondern von Absendung d. Erklärung an 7 45. — bei einer mehreren gegenüber abzugebenden Erklärung 7 45. — Anwendbarkeit d. § 130 auf Erklärungen inter praesentes 1 1, 77; 2 1, 62, 63; 4 41; 5 38; 6 55. — Anwendbarkeit des § 130 auf Erklärungen mittels Ferndruckers 3 1, 52; 4 40. — 3. von telephonischen Willenserklärungen 3 1, 44; 6 55. — 3. e. telegraphischen Willenserklärung 6 55. — 3. durch Mitteilung d. Erklärenden, er habe die d. Willenserklärung enthaltende Schrift bei Gericht eingereicht u. dort könne sie eingesehen werden? 6 55. — Verhinderung des 3. e. Willenserklärung 1 1, 78; 3 1, 43, 44, 57, 84, 85; 4 52, 69; 5 38; 6 52, 53, 54 (analoge Anwendung des

§ 162?); 7 98. — bei Annahmeverweigerung kein 3. 3 1, 43. — Nachholung bei zufälliger, auf d. Person d. Adressaten zurückzuführender Verhinderung des 3. 7 71. — 3. trotz uneröffneten Liegenbleibens des Schriftstücks 4 41. — 3. der den Gläubigern e. Anleihe gegenüber durch Publikation in öffentlichen Blättern erfolgten Erklärungen 5 39. — 3. e. Giroauftrags 4 40. — Abgabe auf d. Kontor e. Kaufmanns als 3. 4 41. — Abgabe e. Schriftstücks in d. Wohnung d. abwesenden Adressaten 3 1, 44. — mündliche Mitteilung an e. Hausgenossen keine Erklärung gegenüber d. abwesenden Erklärungsgegner 1 1, 78; 4 30; 5 38. — bei Auslobung, Stiftung, Inhaberpapieren, Testament 6 54. — 3. einer zugleich bei Einlegung d. Widerspruch gegen e. Zahlungsbefehl abgegebenen Genehmigung 6 54. — Beweislast f. d. 3. d. Widerspruch e. Erklärung 3 1, 44. — § 131 analog auf Erklärungen gegenüber Anwesenden anwendbar? 4 41. — 3. e. Erklärung an d. gesetzl. Vertreter durch d. Kind als Boten 1 1, 79; 2 1, 64. — rechtzeitiger 3. an d. Geschäftsunfähigen, aber verspäteter 3. an d. gesetzl. Vertreter 3 1, 44. — keine Berufung d. Erklärungsempfängers auf von ihm verschuldeten verspäteten 3. 3 1, 43, 44; 5 39.

Zurechnungsfähigkeit s. unerlaubte Handlung, Unzurechnungsfähigkeit, Deliktssfähigkeit, Entmündigung. — Begriff 1 1, 3, 4. — im Zivil- u. Strafrecht 2 1, 128. — hysterische u. Epileptiker 1 1, 61; 2 1, 31. — Homosexuelle 3 1, 362.

Zug um Zug s. gegenseitige Verträge. — Zug-um-Zugleistungen bei Zwangsvollstreckung i. Zwangsvollstreckung im allg. B. — Rückgabe 3. u. 3. bei Ursetzung wegen Nichtigkeit? 1 1, 182. — Verurteilung zur Leistung 3. u. 3. im Fall des § 274 BGB. auch bei Annahmeverzug des Schuldners 1 1, 183. — der Fall des § 410 BGB. keine Leistung 3. u. 3. nach § 274 3 1, 124. — bei Klausel: „Zahlung netto Kasse ohne Portoabzug“ 7 156.

Zurückbehaltungsrecht s. a. kaufmännisches Zurückbehaltungsrecht, Eigentum. — Begriff u. Charakter der Einrede des 3. 2 1, 168, 169. — Übergangsrecht 1 2, 417, 419. — materiell-rechtlicher Inhalt 1 1, 179; 2 1, 168. — 3. u. Aufrechnung, Wesensverschiedenheit 1 1, 180 f.; 2 1, 170 ff., 172, 214, 239; 3 1, 122; 4 99, 157; 7 123. — 3. u. exceptio non adimpleti contractus 2 1, 169; 3 1, 123; 5 106; 6 114. — Grundgedanken d. § 273 2 1, 170; 3 1, 119 ff.; 5 106. — vertragsmäßiges 3. 3 1, 121; 6 114. — Voraussetzungen 1 1, 179; 3 1, 119 ff.; 5 106, insbes. Begriff: „aus demselben rechtlichen Verhältnis“ 1 1, 179; 2 1, 168, 170, 179; 3 1, 120 f.; 4 99; 5 106, 107; 6 114 (Kontoforrent), 115;

7 124 (3) (vgl. unten). — § 273 ius dispositivum 6 114.

Einzelfälle. — β . an auf Grund nichtigen Vertrags übertragenen Gegenständen 6 114; 7 125 (vgl. 1 1, 183; 5 108). — gegenüber einseitiger Rückforderung, wenn auf Grund nichtigen Vertrags beiderseits Leistungen gemacht wurden 3 1, 327. — bei Unterlassungen 5 106. — bei kompensationsfähigen Ansprüchen 1 1, 179; 7 123 (s. oben). — β . gegenüber unpfändbaren Forderungen, insbes. Lohnforderungen 1 1, 180 f., 291; 1 3, 278; 2 1, 172 ff., 242 ff.; 3 1, 119, 122 f., 183; 4 100, 140; 5 107, 157; 6 115; 7 124, 125 (vgl. Aufrechnung unpfändbarer Forderungen). — bei Naturalobligationen 2 1 172; 3 1, 120; 4 99. — bei gegenseitigen Verträgen: § 320 tritt an Stelle v. § 273 1 1, 226; 2 1, 214; 3 1, 123; 5 106, 134 (Ausübung durch Einrede). — bei Ablehnung der Leistungen 3 1, 121, 123. — gegen den Dritten nach § 334 BGB. aus Ansprüchen gegen den Stipulanten 1 1, 182. — beim Subeffivlieferungs-geschäft (s. dieses) 3 1, 123; 4 101; 6 140. — Recht d. Schuldners, der eine andere als die geschuldete Leistung macht, bis zur Rückgabe dieser zu retinieren 3 1, 327. — Fälligkeit d. Gegenanspruchs bei Entstehung erst mit der Erfüllung dem Gegner gegenüber 6 114. — Leistungsweigerung d. Schuldners, der unter Verzicht auf Rücknahme den Schuldbetrag unberechtigt hinterlegt hatte 6 116. — bei dem früheren Recht angehörenden Schuldverhältnissen 1 1, 181; 3 1, 124; 5 135. — im Gesinde-dienstverhältnis 1 2, 398, 399; 2 1, 177, 178; 4 101; 6 115; 7 124; (s. Gesinde-wesen). — an unpörperlichen Gegenständen 3 1, 121; 4 99. — an Urkunden, Hypotheken-briefen, Pfandscheinen 3 1, 119; 6 114, 116; 7 124. — an e. Police 6 114. — Spar-kassenbuch 7 124. — des Dienstherrn hinsichtlich der bei sich aufgenommenen Gegenstände 1 1, 152. — am Krankenkassenbuch 2 1, 177, 178. — an Arbeitspapieren, Werkzeug, Kleidern usw. 2 1, 177 ff. (s. Arbeitsvertrag). — des Grundstücks-käufers an Hypothekenbriefen 6 116. — des Käufers bez. des Kaufpreises 4 101. — Recht d. Grundstückskäufers, den Kaufpreis wegen rechtswidriger Aneignung von Grundstückszubehör seitens d. Verkäufers zurückzubehalten 6 116. — β . wegen Verwendungen in das formlos zu Eigentum überlassene Haus 6 117. — vertragliches Zurückbehaltungsrecht des Vermieters, insbesondere an unpfändbaren Sachen des Mieters 1 1, 370 f.; 2 1, 300 f.; 302; 3 1, 121, 233, 234; 4 179 (s. oben). — des Mieters bez. des ihm voraus zu zahlenden Mietzinses 5 211. — des Mieters bzw. Dritten wegen Verwendungen auf die

Mietsache 1 1, 369; 2 1, 297 f.; 6 114. — des Bankiers gegenüber den Sammel-deponenten 4 101. — des Anfechtungs-gegners bei der Anfechtung im Konkurs oder nach dem AnG. für seine Ansprüche auf Erstattung der Gegenleistung 1 1, 182; 3 2, 264, 265, 289; 4 408; 5 961; 6 991. — des verlagten Schuldners, der dem Gläubiger zu seiner Befriedigung Vermögens-stücke übertragen hat 5 107. — d. Rechts-anwalts, Patentanwalts an den Hand-akten 1 1, 182; 2 1, 399; 7 279 (s. Rechts-anwalt). — d. Verwahrers 3 1, 120. — d. Geschäftsführers 1 1, 182. — d. Hand-lungsreisenden 1 1, 183; 2 1, 179. — β . des Konkursverwalters für seine Vergütung 2 1, 179; 6 974. — Einrede des Schuldners einer Rente (Hamb. R.), daß die Gemeinde ihre Leistung (Straßen-anlage) nicht gemacht hat 6 116. — d. Handlungsgehilfen 3 1, 123. — des Stellenvermittlers an Zeugnissen? 4 938. — kein β . d. Lehrherrn an dem dem Lehrling gehörigen Kleidungsstücken, Werkzeug usw. 4 101. — kein β . auf Grund verjährten Anspruchs 1 1, 179; 2 1, 169; 3 1, 120; 4 99 (vgl. oben β . an Natural-obligationen). — kein β . des Gesell-schafters gegenüber d. Klage auf Erstattung des von ihm widerrechtlich zum Sachver-walt aus den Mitteln der Gesellschaft Ent-nommenen 2 1, 179. — kein β . des aus-scheidenden Gesellschafters wegen der Abfindungs-forderung (§§ 142 Abs. 2 BGB.; § 738 BGB.) 1 1, 182; 2 1, 179. — kein β . d. Gerichtsvollziehers an dem zuzustellenden Schriftstücke wegen nicht gezahlter Gebühren 2 1, 179. — kein β . des ent-lassenen Konkursverwalters an den Masse-objekten wegen Gebühren und Auslagen 2 1, 179; 6 974. — kein β . des Besitz-dienes 3 1, 119. — kein β . des Versicherten gegenüber seiner Verpflichtung zur recht-zeitigen Prämienzahlung bei Versiche-rungsvereinen auf Gegenseitigkeit 5 108. — kein β . an Grundschuldbriefen im Konkurs 1 1, 183. — kein β . in fami-lienrechtlichen Verhältnissen 3 1, 124. — kein β . bez. vergleichsmäßig versprochener Erziehungszuschüsse eines geschiedenen Mannes 3 1, 124. — β . im Eherecht 3 1, 121; 4 99; 5 106; 6 116. — β . d. Chemanns an Vorbehaltsgut der Frau für Schadens-ersatzforderungen wegen Beschädigung seines Nutzungsgerechtes 2 1, 179. — im Konkurs 7 122 f. — Zurückbehaltung des Anfechtungsgegenstandes im Konkurs wegen eines Masseanspruchs 7 124. — des Importeurs beim Inflationsgeschäft 7 123. — β . und Einwand des Dienst-berechtigten nach §§ 675, 666 BGB., daß der Dienstverpflichtete vor Lohnaus-zahlung Rechnung legen müsse 7 123. — Geltendmachung bis zur Bewirkung d.

(Zurückbehaltungsrecht)

Gegenleistung bei gleichzeitiger Ablehnung der Bewirkung der eigenen geschuldeten Leistung 7 123. — Zustimmung z. Berichtigung d. Grundbuchs als Gegenstand des Z. 7 125. — Konnexität zwischen Anspruch auf Rückzahlung zwiefel gezahlter Renten u. d. Anspruch auf künftige Renten (§ 844 BGB.) 7 125. — Z. auf Grund eines Darlehensvorvertrags gegenüber d. Rückforderung e. Darlehens 7 125. — Konnexität zwischen dem durch Befriedigung auf den Bürgen übergegangenem Darlehensanspruch u. einem dem Hauptschuldner zustehenden Wandlungsanspruch 7 125. — Anspruch auf Rückgabe e. Kaution u. Versicherungsanspruch wegen Zwiefelzahlung beim Werkvertrag 7 125. — Z. des Käufers an dem Hypothekenbrief für den Kaufpreis (§ 1117 Abs. 2) wegen Nichterfüllung d. Kaufvertrags 7 125. — auf verschiedenen selbständigen Abschlüssen beruhender Anspruch, insbesondere bei längerer Geschäftsverbindung 7 124, 125. — Zurückbehaltung d. Behalts e. Gutsverwalters bis zur Rechnungslegung 7 278. — Z. an Beweis- und Legitimationspapieren 1 1, 711; 3 1, 459; 6 409; 7 463, 464. — Rechtsfolgen des als Sicherung eingeräumten persönlichen Z. an einem Grundschuldbrief 7 468. — Erlangung eines persönlichen Z. an einem Hypothekenbrief durch eine ungültige Hypothekverpfändung; Berücksichtigung im Verteilungsverfahren der Zwangsversteigerung 7 926. — Z. an e. übergebenen Hypothekenbriefe trotz Ungültigkeit d. Verpfändung d. Hypothek wegen Formmangels 6 65; 7 123, 124. — an Nachlasshaken wegen Unterhaltsgewährung an den Erblasser 4 101. — Z. des Vorerben gegenüber dem Nacherben 3 1, 623. — kein Z. des als Nachlassschuldner belangten Miterben 1 1, 182; 3 1, 600 (wegen Verwendungen auf den Nachlaß) (s. Miterben). — kein Z. des Nachlassschuldners wegen eines nur auf die tatsächliche Zahlung gestützten Anspruchs 4 101. — Z. d. Erbchaftsbesizers gegenüber der hereditatis petitio 4 491. — Z. aus § 829 gegenüber der Rückforderung der Leistung aus einem nichtigen Rechtsgeschäft? 1 1, 183 (s. oben). — kein Z. wegen Rechts auf Löschung bei Vorlage einer löschungsfähigen Quittung 1 1, 183. — des Schuldners auf Grund seines Quittungsanspruchs? 1 1, 270; 3 1, 177; 4 134. — d. Schuldners wegen d. Anspruchs auf Aushändigung der Besionserkunde? 1 1, 313; 2 1, 255; 3 1, 124, 199; 4 148. — Z. im Giroverkehr bei Zahlungseinstellung der Kunden 3 1, 124; 6 116. — gegenüber Altenteilsansprüchen 4 536.

Fälle d. es § 273 Abs. 2 BGB. — Bedeu-

tung u. Besonderheiten d. Z. nach § 273 Abs. 2 1 1, 179. — Anwendungsfälle aus Abs. 2 d. § 273 2 1, 178 f.; 3 1, 120; 4 100. — auch wegen eines verjährten Anspruchs ausübbar 1 1, 179; 2 1, 172; 3 1, 120. — kein Retentionsrecht wegen Teilnahme am Betrag 3 1, 124. — Anwendung des § 273 Abs. 1 bei Anspruch nach Abs. 2 7 124. Geltendmachung. — Art der Geltendmachung 2 1, 172. — auf Grund einer erst im Laufe d. Prozesses fällig gewordenen Forderung 1 1, 182. — übermäßige Ausübung 3 1, 121; 4 101; 5 106. — Entscheidung über das Z. im Zwischenurteil über den Grund nach § 304 ZPO. 7 126 (s. Zwischenurteil).

Wirkung der Geltendmachung 1 1, 183; 3 1, 124; 4 101. — Feststellung e. Konkursforderung bei Geltendmachung eines Z. seitens d. Verwalters 7 126. — Z. gibt Befriedigungsrecht (§ 268) 1 1, 174. — Einfluß des § 274 BGB. auf d. Erfüllungsort 7 126. — Geltendmachung des Z. keine Mahnung 3 1, 143; 5 123. — Vereitelung u. Klage aus § 257 ZPO. durch Geltendmachung eines Z. 1 1, 180. — Besitzschutz des Berechtigten 1 1, 179. — Verwendung zurückbehaltener Gelder für eigene Zwecke als Unterschlagung 4 99. — Z. aus § 255 BGB., Wirksamwerden erst mit der Erbschaftsleistung 4 90. — Klage auf Gestattung d. Befriedigung aus einem Z. im Konkurs gegen den Verwalter zu richten 3 2, 255. Erlösungsgründe 2 1, 183 f. — Abwendung durch Sicherheitsleistung 1 1, 182; 4 100 f.; 6 115, 116. — Wirkung des Zuschlags auf das Z. des Besitzers 5 107. — Ersetzen der im § 273 Abs. 3 erfordernten Sicherheitsleistung durch die vom Gericht bei Anordnung eines Arrestes oder einseitigen Verfügung verlangte Sicherheit 6 116. — Nachholung d. Sicherheitsangebots nach Urteilsverlaß 6 115 f.

Aufmannisches Zurückbehaltungsrecht. — Rechtsnatur 3 1, 233; 3 2, 86. — Anwendung der §§ 202 Abs. 2, 322, 772 Abs. 2 BGB., § 777 ZPO.? 3 286. — des Handlungsagenten 2 2, 205; 4 622; 7 664. — berechtigte Personen: Kommanditist, stiller Gesellschafter, Postverwaltungen d. Reiches, d. Bundesstaaten; Einfluß d. Verlustes d. Kaufmannseigenschaft 7 664. — d. Geschäftsführers e. Zweigniederlassung; Verhältnis zu dinglichen Rechten Dritter am Warenlager, die vor Fälligkeit seines Anspruchs auf Rückgabe seiner Kaution entstanden sind 2 2, 205. — Anwendung der §§ 273, 274 BGB.? (Verurteilung zur Leistung gegen Empfang der Gegenleistung) 4 99, 123, 622; 5 697. — Lagerhalter f. Lagergeschäft. — Übergang nach § 401 BGB. 2 1, 253; 3 2, 86. — für welche Forderungen kann das Z. geltend gemacht werden? 3 2, 86; 7 664 f.

Fette Zahlen = Jahrz.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

— Z. wegen zedierter Forderungen? **3 2, 86; 5 697.** — Z. wegen Forderungen aus Wechseln, die nicht mehr in der Hand des ersten Nehmers sind **3 2, 86.** — Verhältnis zu dinglichen Rechten Dritter **3 2, 87 (2); 5 697.** — für die Entstehung maßgebender Zeitpunkt **4 622.** — Anwendung des § 1223 BGB. (Recht d. Schuldners, gegen Befriedigung die Herausgabe zu verlangen) **4 622.** — Z. für Naturalobligationen **7 665** (s. oben). — Z. gegenüber der Klausel „netto Kasse in S.“? **5 699.** — Z. für Forderungen aus Differenzgeschäften? **5 697.** — Z. für Forderungen aus Bürgschaften **5 697.** — gegenseitige rechtliche Bedingtheit d. Forderung nicht nötig; Z., wenn zwischen Leistung u. Gegenleistung ein natürlicher Zusammenhang besteht **6 682.** — Übertragbarkeit des Z. **5 697** (s. **3 2, 86**). — Untergang bei Verjährung der Forderung **5 697; 7 665** (s. oben). — Z. an Geldern; Z. der Bank an den auf ein Girokonto eingezahlten Beträgen? **7 664, 665.** — Z. an Blankoakzepten **2 2, 205.** — nach Konkursöffnung in den Besitz des Berechtigten gelangten Waren des Gemeinschuldners **2 2, 205.** — Z. an e. Manuskript **7 664.** — Z. an Aktien, Interimsscheinen **7 664.** — nicht dem Vertragsgegner gehörige Sachen **2 2, 230; 3 2, 86, 87** (späterer Eigentumserwerb des Gegners); **7 664.** — Z. d. Lagerhalters im Verhältnis zu dem Verfolgungsrecht des unbezahlten Abfenders **2 2, 230** (s. Lagergeschäft). — Z. an Papieren, die nicht Träger der Obligation, sondern nur Weisemittel sind **3 2, 86.** — „auf Grund von Handelsgeschäften in den Besitz d. Gläubigers gelangte“ Sachen **3 2, 86, 87** (auf Grund einseitiger Handelsgeschäfte; Erlangung infolge einseitiger Rechtshandlungen); **7 664** (mehrfach in Mitte liegende, nur zum Teil als Handelsgeschäft zu erachtende Rechtsgeschäfte). — Z. an Ladescheinen bei einem Rantto **3 2, 105.** — Z. d. Verkäufers an den vom Käufer bereits bezahlten, aber ihm noch nicht übergebenen Waren **5 697; 7 664.** — Beschränkung auf d. zur reichlichen Deckung der Forderung genügenden Sachen **5 697; 6 682; 7 664, 665.** — Vermögensbegriffe, Sachgesamtheiten, Forderungen, Leistungen als Gegenstand des Z.? **7 664.** — Beweislast d. Gläubigers bez. d. Eigentums d. Schuldners **7 664.** — Anwendung des § 369 Abs. 1 Satz 2 HGB. auf Fälle, in denen d. Gläubiger verpflichtet ist, d. Schuldner erst das Eigentum zu verschaffen? **7 664.** — Zurückhaltung von Sachen d. Gesamtgutes wegen Schulden d. Chemanns **7 664.** — Einfluß e. Verlustes d. Eigentums auf das einmal entstandene Z. **7 664.** — Z. u. § 44 R.D. **7 664.** — Besitz d. Gläubigers als Voraussetzung; vor-

übergehender Besitzverlust; Klage des Gläubigers auf Wiedererlangung des unfreiwillig verlorenen Besitzes? **7 664.** — auf Grund unerlaubter oder verbotener Eigenmacht in den Besitz d. Gläubigers gekommene Sachen **7 664.** — „mit Willen d. Schuldners“ in d. Besitz d. Gläubigers gelangte Sachen; Fortdauer des Willens nötig? **7 664.** — Ausschluß **5 698;** durch einseitige Willenserklärung vor oder bei Besitzübertragung **3 2, 87;** durch besondere Vereinbarung **2 2, 205; 3 2, 87;** durch Besitz anderer Sicherheiten? **2 2, 205.** — die aus dem zugrunde liegenden Rechtsgeschäft entspringende Verpflichtung d. Gläubigers zur Zurückgabe des Gegenstandes ist keine Verpflichtung i. S. d. § 369 Abs. 3 HGB. **3 2, 87.** — Ausschluß beim Agenturvertrag **4 622.** — Übernahme, eine Verpflichtung nach § 369 Abs. 3 HGB. nach Besitzergangung d. Gläubigers **7 665.** — Übertragung des Z. mit der Forderung **7 665 (2).** — Geltendmachung gegen den neuen Schuldner bei Schuldübernahme **7 665.** — Zurückbehaltung entgegen d. gemäß § 369 Abs. 3 HGB. übernommenen Verpflichtung als Unterschlagung **7 665.** — Befriedigung aus den zurückbehaltenen Gegenständen, wenn der nach § 371 Abs. 3 HGB. nötige vollstreckbare Titel z. Zt. d. Konkursöffnung über das Vermögen d. Schuldners noch nicht bestand **6 683.** — Klage auf Gestattung der Befriedigung (§ 371 HGB.): Feststellungs- klage? **3 2, 87; Klageantrag 3 2, 87;** nach Veräußerung erwirkter vollstreckbarer Titel **3 2, 87; Kosten der Klage nach § 371 HGB.: Anwendung des § 93 ZPO.? 4 622; 5 698;** hat der Kläger bloß das Entstehen oder auch das Fortbestehen des Z. zu beweisen? **5 698.** — Vereinbarung, daß der Gläubiger auch ohne vollstreckbaren Titel sich aus den zurückbehaltenen Sachen befriedigen dürfe **5 698; 7 666.** — des Empfangsberollmächtigten des Empfängers an Frachtgut gegen den Empfänger wegen nicht konnexer Gegenforderungen **7 665.** — Anwendung d. § 369 Abs. 3, wenn einem Kaufmann Komossemente übersandt werden unter Umständen, aus denen er entnehmen muß, daß die Überfendung in der Erwartung erfolgte, daß er für Honorierung e. Fratte d. Übersenders Sorge trage **7 665.** — kein Z. wegen nicht fälliger Forderungen, wenn der Konkurs noch nicht eröffnet, aber sicher zu erwarten ist **7 665.** — Z. wegen nicht fälliger Forderungen bei teilweise erfolgloser Zwangsvollstreckung (§ 370 Abs. 1 Ziff. 2 HGB.) **7 665.** — „erfolglose Zwangsvollstreckung“ i. S. des § 371 Ziff. 2 HGB.; erfolglose Zwangsvollstreckung wegen Herausgabe e. bestimmten Gegenstandes **7 665.** —

(Zurückbehaltungsrecht)

Geltendmachung des β . trotz gegenteiliger Anweisung d. Schuldners (§ 370 Abs. 2 BGB.); Einfluß d. Kenntnis d. Gläubigers von der bestehenden Unsicherheit; mehrere sukzessive eintretende Unsicherheitsmerkmale 7 665.

Zurückweisung eines Eintragungsantrages in Grundbuchsachen β . Eintragungen ins Grundbuch.

Zusammengelegte Verträge β 1, 79; 4 53, 67, 112; 5 79.

Zusammenlegung β . Grundstückszusammenlegung. — Grundstücks- β . in Preußen nicht Tausch 2 1, 228. — Anteile d. Grundbesitzer an den aus e. Grundstücks- β . hervorgegangenen Wegen als Recht des § 96 BGB. β 1, 29.

Zuschlag β . Zwangsversteigerung.

Zuschreibung eines Grundstückes β . Bestandteil, Hypothek unter Gegenstand der Hypothek, Vereinigung.

Zuständigkeit β . freiwillige Gerichtsbarkeit, Gerichtsbarkeit, Geschäftsverteilung, Gerichtsstand, Streitgegenstand, prozeßhindernde Einrede. — örtliche β . β . Gerichtsstand. — landesgesetzliche Abgrenzung der β . zwischen Gerichten u. Verwaltungsbehörden 1 3, 5. — Handlungen e. unzuständigen Gerichts β . auch freiw. Gerichtsbarkeit. — Anwendung des § 10 β B. bei vereinbarter Zuständigkeit 6 744. — Erhebung eines höheren Eventualantrags β 3, 9 u. 17. — Teilerledigung des Anspruchs zwischen Einreichung und Zustellung der Klage 1 3, 9, 18, 113; vor Zustellung des später mit Einspruch belegten Zahlungsbefehls 1 3, 9 (vgl. Erledigung). — irrtümliches Unzuständigkeitsurteil des \mathcal{O} . in einer Rechtsache mit ausschließlichem Gerichtsstand 5 750; 6 744. — Zwischenurteil eines \mathcal{O} . auf Annahme der eigenen Zuständigkeit an Stelle der Zuständigkeit des \mathcal{O} . 1 3, 20; β 2, 344. — β . des bayerischen Notars (f. Notar) β 1, 44. — β . zur Beglaubigung e. Erklärung 2 1, 61 (vgl. Beglaubigung). — bei Lohnstreitigkeiten aus e. gewerblichen Arbeitsverhältnis 1 1, 384. — β . für Entschädigungsfrage d. Dienstverpflichteten aus § 618 BGB. 1 1, 389; 4 200. — Einfluß e. nach Einreichung, aber vor Zustellung d. Berufungsschrift eingetretenen Änderung der Gerichtsbezirke 6 789.

Zuständigkeit der Amtsgereichte. — für u. gegen Erhöhung ihrer Zuständigkeit 7 715. — Anspruch des Mitgliedes e. Konsumvereins auf Feststellung, daß es nicht ausgetreten, sondern ausgetreten sei, nicht vermögensrechtlicher Natur 6 732. — „Wohn- u. andere Räume“ nach § 23 Ziff. 2 BGB. 5 740; 6 732. — Überlassung e. Grundstücks als „Lager-

platz“ (§ 23 Ziff. 2 BGB.) 5 740. — Grundstücke als solche unter § 23 Ziff. 2 Abs. 1 BGB. fallen? 6 732. — sich nur als Folge e. in erster Linie geltend gemachten anderen Anspruchs darstellender Räumungsanspruch 6 732. — Klage des Vermieters, den Mieter schuldig zu erkennen, ihm den Besitz der vom Mieter mit Widerspruch des Vermieters entfernten Möbel zu überlassen 6 732. — Klage auf Räumung wegen Nichtigkeit d. Mietvertrages 7 715. — de lege ferenda zu § 23 Ziff. 2 Abs. 3 BGB. 6 732. — zwischen Reisenden u. Wirten: der Reisende muß sich noch auf der Reise befinden β 2, 327. — Binnenrichter 5 740. — Schadensklage des Käufers gegen d. Verkäufer auf Schadensersatz wegen Fehlens e. zugesicherten Eigenschaft oder arglistigen Verschweigens e. Fehlers beim Tierkauf 6 732. — außer-ehelicher Beischlaf: Entbindungs-, sechs Wochen- u. Beerbidungskosten, nicht aber nach § 1300 BGB. 1 3, 9; β 2, 327. — Anfechtung e. Vaterschaftsanerkennisses 6 732. — Klage auf Feststellung der „unehelichen Vaterschaft schlechthin“ 5 740, 741, 750 (f. Vaterschaft). — Anspruch nach § 1709 Abs. 2 6 502, 732. — Klagen aus § 1714 6 502, 732. — auf § 1718 gestützte Unterhaltsklage 6 732.

Landgerichte. — Klagen nach § 825 BGB. 1 1, 478; 1 3, 9; 6 317, 733. — Klagen nach § 1300 BGB. 1 3, 9; β 2, 326; 6 733. — Klage gegen württembergische Notare wegen Amtsüberschreitung oder pflichtwidriger Unterlassung von Amtshandlungen 6 733; 7 716. — Klagen gegen Fiskus als Eisenbahn- oder Gewerbeunternehmer 1 3, 10; β 2, 328. — Klagen des per subsequens matrimonium legitimierten Kindes auf Anerkennung d. Vaterschaft β 2, 327. — Klage gegen preuß. Schiedsmänner bei jahrlässiger Beglaubigung von Rentenquittungen 4 713. — Aufhebung der Gütergemeinschaft (?) β 2, 327. — Schadensklage gegen Fiskus wegen Verletzung von Vertragspflichten durch Staatsbeamte 1 3, 203; 5 741; wenn der Beamte sein Amt niedergelegt hat 1 3, 203. — Klage gegen den Ortssteuererheber. Provinzial-Land-Feuer-Sozietät wegen falscher Steuererhebung (preuß. \mathcal{R} .) 1 3, 203. — Klage des Fiskus gegen Beamte auf Rückerstattung nicht zustehender Bezüge (preuß. \mathcal{R} .) β 2, 504. — Anspruch gegen den Landesfiskus in betreff der Verpflichtung zur Entrichtung einer Stempelabgabe (preuß. \mathcal{R} .); Zinsen aus der zu Unrecht erhobenen Stempelabgabe β 2, 504. — Anspruch gegen den Fiskus wegen Verschuldens der Organe, deren Handlungen dem Fiskus als eigene angerechnet werden 5 741. — öffentliche Abgaben nach § 70 Abs. 3 BGB. 5 741.

Der Handelskammer n. s. Handels-
sachen. — für Gebrauchsmusterprozesse
13, 10. — Unanfechtbarkeit eines die Ver-
weisung an die Zivilkammer ablehnenden
Beschlusses 4 659/660. — „Schiffer u.
Schiffmannschaft“ nach § 109 G. V. G.
5 741. — Z. d. Handelskammer nach
Z. G. G. f. Beschwerde in der freiw.
Gerichtsbarkheit; in Vereinsregister-
sachen 4 16. — Z. der Handelskammer für Be-
schwerden in Schiffsregister-
sachen? 6 718. — Pflicht d. Handelskammer, ihre etwaige
Unzuständigkeit von Amts wegen auszu-
sprechen? 6 733. — Z. nach d. Novelle als
Beschwerde u. Berufungsgericht 7 716. —
Antrag auf Verweisung an die Kammer
für Handels-
sachen nach Verhandlung über
prozesshindernde Einreden 7 716.

Zustellung f. Gerichtsvollzieher.

Allgemeines. — Anwendung d. Vor-
schriften d. Z. P. D. auf die freiw. Ge-
richtsbarkheit 1 3, 81; § 2, 426; 6 787
(§ 176 Z. P. D.; i. freiw. Gerichtsbark-
heit). — Nachweis d. Bevollmächtigung
z. Erteilung des Z. -sauftages 6 786. —
Beweislast für die Ordnungsmäßigkeit der
Z.; Bestreiten der Qualifikation des Z. -
beamten bei äußerlich ordnungsmäßiger
Z. 6 786. — Anwendung d. § 176 Z. P. D.
im Entmündigungsverfahren, Zwangs-
versteigerungsverfahren, Patentverfahren
6 787; im Verwaltungsstreitverfahren 6 788.
— Z. -sauftag Prozeßhandlung nach § 54
Z. P. D. 6 754. — Z. einseitige Willens-
erklärungen des Vertretenen durch Gerichts-
vollzieher 1 1, 114. — Z. e. Willenser-
klärung nach § 132 BGB.; keine Zurück-
weisung d. Erklärung wegen fehlender
Unterschrift d. Erklärenden 5 39. —
Pflicht der Partei u. der Prozeßbevoll-
mächtigten zur Überwachung des Z. -sver-
fahrens 7 770.

I. Auf Parteibetrieb.

1. Stellung des Gerichtsvoll-
ziehers f. Gerichtsvollzieher. — Be-
amter oder Parteimandat? 1 3, 248; 3 2,
425. — Prüfungspflicht bez. der Be-
schaffenheit der zuzustellenden Schrift-
stücke 3 2, 427. — Prüfungspflicht bez. der
ihm beglaubigt überreichten Schriftstücke
5 780. — Stellung des unter Vermittelung
d. Gerichtsschreibers (§ 166 Abs. 2 Z. P. D.)
beauftragten Gerichtsvollziehers 1 3, 79. —
Haftung d. Gerichtsvollziehers, wenn die
mangelhafte Z. bei genügender Über-
wachung d. Antragsausführung durch die
Partei oder ihren Anwalt hätte vermieden
werden können? 6 786. — Verfahren d.
Gerichtsvollziehers bei Beglaubigung 5 780
(vgl. unten Ziff. 3). — Erstattungsfähigkeit
der Mehrkosten, wenn der G. selbst anstatt
durch die Post zustellt 1 3, 82. — darf er
Zwang zur Annahme des Schriftstückes
ausüben? 3 2, 425. — muß er in das ihm

zur Zustellung übergebene Schriftstück
selbst Namen u. Wohnort des Gegners
oder seines Anwalts einsetzen? 3 2, 425.

2. Stellung des Gerichts-
schreibers. — inwieweit hat er den
Weisungen der Partei zu entsprechen,
z. B. dem Verlangen, die Post unmittelbar
zu ersuchen 1 3, 79. — in den Fällen des
§ 166 Abs. 2 Z. P. D. ist der Gerichtsvoll-
zieher Beauftragter der Partei, der Ge-
richtsschreiber vermittelt nur 1 3, 79. —
Prüfungsrecht des Gerichtsschreibers (Er-
suchen um Zustellung an den Bevoll-
mächtigten und an die Partei) 5 780;
6 785 (2). — Zustellung durch Vermitte-
lung des Gerichtsschreibers im Anwalts-
prozeß, wenn es sich nicht um Wahrung
einer Notfrist handelt u. der G. ent-
weder direkt die Post ersucht oder durch
Vermittelung des Gerichtsvollziehers
1 3, 79. — wer beglaubigt im Anwalts-
prozeß den Schriftst., wer die Termins-
bestimmung? 1 3, 79, 80. — Z. eines Wieder-
einsetzungs-
gesuchs im Anwaltsprozeß 1 3,
80. — wenn im Anwaltsprozeß in dem
Schriftst. des Anwalts das Ersuchen an
den G. um Vermittelung der Z. fehlt
1 3, 80. — Einfluß, wenn der G. die Hand-
lungen außerhalb der Geschäftsstunden
u. des Geschäftsgebäudes vornimmt 3 2,
425. — Übergabe des zuzustellenden
Schriftstückes in den Fällen des § 207 Abs. 2
Z. P. D. an den G. in seiner Wohnung, nach
Ablauf der Dienststunden 3 2, 425, 428,
429, 496; 4 716; 7 773. — welche Beamte
sind im Fall des § 207 Abs. 2 Z. P. D. für den
G. zur Empfangnahme berechtigt? 1 3, 83
(Übergabe an den Gerichtsdiener nach
Schluß der Dienststunden); 3 2, 428, 429;
7 773 (Kastellan). — Einreichung des zu-
zustellenden Schriftstückes im Fall des § 207
Abs. 2 Z. P. D. bei der gemeinschaftlichen
Annahmestelle des O. G. Berlin 3 2, 429. —
ohne Vermittelung des G. erfolgende
spätere Z. im Fall des § 207 Abs. 2 Z. P. D.
1 3, 83; 3 2, 493. — Wiederholung der
zuerst ungültigen Z. in gültiger Weise
innerhalb der 2 Wochen des § 207 Abs. 2
1 3, 83. — Frist des § 207 Abs. 2 Z. P. D.
Notfrist? 3 2, 429; 5 782. — während der
Dienststunden erfolgte, aber nicht zum Be-
wußtsein des Beamten gekommene Ein-
reichung (§ 207 Abs. 2 Z. P. D.) 6 786;
7 773. — Einwurf des zuzustellenden
Schriftstückes nach Schluß der Bureau-
stunden in den amtlichen Gerichtsbrief-
kasten als Einreichung i. S. des § 207 Abs. 2
Z. P. D. 6 789; 7 773. — Verweigerung der
Annahme seitens des G. nach Ablauf der
Geschäftszeit (§ 207 Abs. 2) 6 789. —
Einfluß e. nach Einreichung (§ 207 Abs. 2),
aber vor Zustellung d. Berufungsschrift ein-
getretenen Änderung des Gerichtsbezirks
6 789.

(Zustellung)

3. Was ist zuzustellen (§§ 170, 189 ZPO.)? — Fehlen der Beglaubigung der Terminbestimmung 1 3, 80. — Art u. Form der Beglaubigung (s. diese) 3 2, 425. — Beglaubigung durch Stempeldruck des Anwalts 3 2, 425. — Beglaubigung durch die Worte: „beglaubigte Abschrift Rechtsanwalt“ 1 3, 80. — Beglaubigung des Termins erstreckt sich nicht auf das Schriftstück 1 3, 80. — wer hat die Terminbestimmung zu beglaubigen? 1 3, 80; 6 786. — Beglaubigung von Schriftsatz u. Terminbestimmung durch verschiedene Anwälte 4 686; 6 786. — Beglaubigung durch einen anderen Anwalt als den Prozeßbevollmächtigten 4 686. — fehlende Unterschrift des Gerichtsschreibers oder fehlendes Siegel auf einer Urteilsausfertigung 3 2, 461; 6 786. — Beglaubigung durch einen anderen Anwalt als den die Zustellung veranlassenden 5 780; 6 786 (beim Prozeßgericht nicht zugelassener); 7 770. — Datierung der Beglaubigung 5 780. — Beglaubigung des Schriftstückes, aber nicht der Terminsnote 5 780 (2). — erfährt der Beglaubigungsvermerk des Gerichtsvollziehers unter der Abschrift der Z.-surkunde die fehlende Beglaubigung des Anwalts 7 770. — ungenaue Ausfertigung der Abschriften bei Möglichkeit, aus ihnen den wesentlichen Inhalt der Abschrift zu entnehmen 4 686. — Einfluß von Fehlern, Auslassungen der zugestellten Urteilsabschrift 7 770 (s. unten mangelhafte Z.). — Mangel d. Unterschrift d. Anwalts unter der Urschrift d. Ladung bei Beglaubigung der Abschrift 7 770. — Verfahren des Gerichtsvollziehers bei Beglaubigung 5 780. — Z. e. vom Gerichtsschreiber nicht beglaubigten Urteilsausfertigung, die aber Beglaubigungs- u. Z.-vermerk des prozeßbevollmächtigten Anwalts u. Empfangsbekanntnis d. Gegenanwalts trägt 7 772. — Aushändigung einer Urschrift 5 780. — Z. e. i. n. e. r. A. u. s. f. e. r. t. i. g. u. n. g., wenn von den beiden Streitgenossen, denen zugestellt wird, der eine zugleich Vertreter des anderen ist 7 772. — Beglaubigungsbefugnis d. Anwälte im Parteibetriebe? 7 772. — im Tenor des Urteils angeführte Urteilsanlagen 3 2, 425. — Verzicht des Z.-empfängers auf Übergabe des für ihn bestimmten Schriftstückes 7 770. — Kostenrechnung in beglaubigter Abschrift bei Z. des Kostenfestsetzungsbeschlusses 3 2, 425.

4. Z u s t e l l u n g s e m p f ä n g e r (§§ 171 bis 179, 181, 185 ZPO.). — Vorsitzender des Aufsichtsrats einer A.-G. für diesen selbst 1 3, 80. — Zustellung der Klage auf Anfechtung eines Generalversammlungsbeschlusses einer A.-G. 1 3, 80, 81 (s. Aktiengesellschaft). — Folgen der Zustel-

lung e. Klage an einen Prozeßunfähigen: Zulassung d. Beklagten zum Betrieb der Klageabweisung, auch nach Klagezurücknahme 6 786, 787. — Zustellung an e. preußische Schulgemeinde 6 787. — Identität zwischen der Person, der zugestellt werden kann, u. der zur Prozeßführung berechtigten nicht nötig 6 787. — Mangel e. schriftlichen Vollmacht d. Generalbevollmächtigten 3 2, 426. — Zustellung e. gegen e. ausländischen Versicherungsgesellschaft gerichteten Klage an den inländischen Generalagenten? 6 787 (vgl. Versicherungsvertrag). — Generalbevollmächtigter i. S. d. § 173 ZPO.: nur zur Verwaltung e. bestimmten größeren Teils e. Vermögens Bevollmächtigter 6 787. — bei Unterbrechung d. Verfahrens durch Konkurs 5 781. — Zustellungsempfänger bei Widerprücksklage nach § 771 ZPO. 6 787. — arglistige Verweigerung der Annahme seitens d. irrtümlich als Bau- statt als Mauermeister bezeichneten Adressaten trotz Annahme seiner Identität 6 858. — Zustellung d. unberichtigten Urteils an den Prozeßbevollmächtigten, der fälschlich im Urteil als Vertreter anderer Personen als der wirklich vertretenen bezeichnet ist 4 700 (s. Urteil). — Zustellung an den Generalagenten e. Versicherungsgesellschaft 7 771. — bei Militärpersonen: Verstoß gegen § 172 ZPO. durch Zustellung an die Partei selbst 3 2, 425. — Ersatzzustellung nach § 184 ZPO. bei Militärpersonen 4 686. — de lege ferenda für Zustellung auf Schiffen 5 781. — bei Zustellung an einen der mehreren Vorsteher eines Vereines Angabe des Vorstehers in der Adresse nötig? 7 770. — Z. an eine offene Handelsgesellschaft 3 2, 292. — Zustellung an eine Person, die nicht zur Prozeßführung berechtigt zu sein glaubt 7 770. — wann ist der Zustellungsbevollmächtigte zu benennen? „nächste gerichtliche Verhandlung“ (Vertagung) 1 3, 81. — Bestellung d. Zustellungsbevollmächtigten durch Erklärung gegenüber dem zu Bevollmächtigenden selbst 7 771. — Nichtaufstellung eines Zustellungsbevollmächtigten seitens eines Ausländers; Folgen 3 2, 468 (Zustellung eines Versäumnisurteils). — Aufstellung von Spezialbevollmächtigten zum Empfang sämtlicher oder einzelner Zustellungen 7 771. — Generalbevollmächtigter i. S. des § 173 ZPO.; Zustellung bei einem in den Kreis der Angelegenheiten des Generalbevollmächtigten fallenden Anspruch, wenn die Prozeßführung sich der Vollmachtgeber vorbehielt 7 771 (2). — nachträgliche Genehmigung d. Zustellung an einen unberufenen Vertreter 7 771.

Prozeßbevollmächtigter 5 902.

— wenn die Bestellung weder durch Vollmachtsvorlage noch durch Schriftsatz mitgeteilt wurde **3 2, 426**. — Zustellung der Urteile an ihn, wenn sein Name darin nicht genannt ist **1 3, 81**. — § 176 ZPO. analog anwendbar in d. freiwilligen Gerichtsbarkeit? **1 3, 81; 3 2, 426; 6 787**. — Zustellung bei assoziierten Anwälten **1 3, 82; 3 2, 426; 6 788**. — Zustellung der Rechtsmittelschriftsätze; Heilung des Mangels durch Nichtträgen? **1 3, 81**. — ist Zustellung d. Rechtsmittelschriftsatzes an die Partei statt an den Prozeßbevollmächtigten unabwendbarer Zufall? **1 3, 81**. — Anhängigkeit in der Instanz; Dauer **3 2, 426** (vgl. Instanz). — ungenaue Bezeichnung der Partei bei Zustellung an den P. **3 2, 426**. — Zustellung d. Rechtsmittelschriftsatzes, wenn d. Anwalt auf die Zulassung verzichtet hat **1 3, 81**. — Zustellung d. Rechtsmittelschriftsatzes, wenn der Berufungsbeklagte beim Berufungsgericht als Anwalt zugelassen ist **3 2, 426**. — Zustellung an den P. nach Widerruf d. Vollmacht im Parteiprozeß **4 686**. — Zustellung an den P. im Entmündigungsverfahren **6 787**. — Anwendung des § 176 ZPO. (Zustellung an den P.) im Zwangsversteigerungsverfahren **6 787**. — Anwendung des § 176 ZPO. im Patenverfahren **6 787; 7 772**. — Anwendung d. § 176 ZPO. im Verwaltungsverfahren **6 788**. — Zustellung im Offenbarungsrechtsverfahren an den Anwalt des Schuldners **6 788**. — Anwendung des § 179 ZPO. auf den P. der Erben, wenn der Nachlassverwalter in den Rechtsstreit eintrat **6 788**. — Zustellung im Anwaltsprozeß an einen nicht zugelassenen Anwalt oder an e. Nichtanwalt, die Prozeßvollmacht haben? **7 771**. — nicht bevollmächtigter Prozeßvertreter, dessen Vollmachtsmangel nicht oder erfolglos gerügt wurde **7 772**. — Zustellung an den einstweilen zur Prozeßführung Zugelassenen **7 772 (2)**. — P., dessen Bestellung dem Kläger zwar schon mitgeteilt, der aber noch nicht als Vertreter aufgetreten ist **7 772**. — nach § 157 Abs. 3 ZPO. zurückgewiesener Prozeßbevollmächtigter **7 772**. — Dauer der Zustellungspflicht an d. P.; Kündigung d. Vollmacht, Mitteilung d. Kündigung? **7 772**. — Zustellung e. Veräumnisurteils, wenn vor dessen Erlaß der bisher aufgetretene Anwalt erklärte, er sei nur irrtümlich u. ohne Vollmacht aufgetreten **7 772**.

E r l a ß z u s t e l l u n g. — rechtliche Natur d. E.-empfängers **7 743**. — dienende, aber vom Adressaten nicht selbst angestellte Person **1 3, 81, 82**. — „dienende Person“ nicht bloß eigentliches Gesinde **3 2, 426**. — „erwachsene Person“; 15jähriger Knabe

3 2, 426. — Privatsekretär des Besitzers einer fürstlichen Herrschaft **3 2, 426**. — Zustellung an die sich als die Ehefrau des Adressaten ausgebende Haushälterin **6 788**. — „Geschäftslokal“ eines Gewerbetreibenden **5 781**. — Z. an einen zur Annahme bereiten Gehilfen außerhalb des Geschäftslokals **6 788**. — Versuch der Z. an den Gewerbetreibenden selbst Voraussetzung für Gültigkeit der E.? **6 788**. — E. für einen Gewerbetreibenden, wenn sich nachher dessen Anwesenheit im Geschäftslokal z. Zt. der E. herausstellt **7 772**. — Kommanditgesellschaft als Verein nach § 184 Abs. 1 ZPO. **7 772**. — Mitteilung an die Nachbarn (§ 182 ZPO.) kein wesentlicher Teil des Zustellungssatzes **7 772**. — Anwendung des § 187 ZPO. auf andere Z.-smängel; bei richtiger Z. an e. falschen Adressaten? **7 772**. — Bureauvorsteher mehrerer assoziierter Anwälte **3 2, 426; 5 781**. — am Todestag des Adressaten **1 3, 81; 4 672; 6 794**. — wenn der Adressat von der E. nichts erfährt **1 3, 81**.

5. Ort der Zustellung. — in Gerichtsgängnissen, militärischen Strafanstalten, Arbeitshäusern; durch wen muß hier d. Z. erfolgen? **3 2, 425**. — Begriff des Wohnens bei Zusammenleben von Eltern u. Kindern **3 2, 426**. — „Geschäftslokal“ **5 781**. — Z. an einen zur Annahme bereiten Gehilfen außerhalb des Geschäftslokals **6 788**.

6. Zeit der Zustellung (§ 188 ZPO.). — an Sonntagen ohne richterliche Erlaubnis **1 3, 82**. — Königsgeburtstag in Bayern **6 788**. — allgemeine Feiertage in der Pfalz **6 789** (s. Feiertage).

7. Verweigerung der Annahme (§ 186 ZPO.) s. oben unter Nr. 4. — bei Z. im Ausland **5 781**.

8. Mangelhafte Zustellung vgl. Ziff. 9 Z.-surkunde u. Ziff. 3. — Unterlassen der Rüge **1 3, 78, 81, 82**. — Z. eines nicht verkündeten Beschlusses durch Parteibetrieb **1 3, 84**. — unbeglaubigter Terminsvermerk (Wiedereinsetzung) **1 3, 85**. — Nichtübereinstimmen des Termins **3 2, 425, 429, 430, 435, 493; 5 822; 6 795**. — ungenaue Parteibezeichnung bei Zustellung an den Prozeßbevollmächtigten **3 2, 426**. — unrichtige Angabe des Namens d. Anwalts (anstatt d. Substituten der Name des durch diesen vertretenen Anwalts) in der beglaubigten Abschrift **6 786**. — Z. einer mangelhaften Ausfertigung **5 780; 7 770**. — Z. d. Klage nicht an den richtigen Beklagten oder nicht an den richtigen Vertreter d. Beklagten; Heilung durch Einlassung d. Beklagten; nachträgliche richtige Z. **7 780**. — Erhalten einer unter Verletzung d. §§ 181—186 ZPO. zugestellten Ladung **3 2, 426/427**. —

(Zustellung)

Urteilsausfertigung ohne Siegel oder ohne Unterschrift des Gerichtsschreibers **3 2, 461; 6 786.** — irrtümliche Fassung der *Z.-surkunde*, daß die *Z.* im Auftrag d. Gerichts erfolge, während die Zustellung auf Parteibetrieb feststeht **7 806.** — *Z. e. Klage* oder *e. Urteils* an einen Prozeßunfähigen **6 786, 787.** — mangelnde Vollmacht d. den *Z.-auftrag* Erteilenden **6 786** (s. oben Allgemeines). — Beweislast **6 786** (s. oben Allgemeines). — Haftung f. die Folgen mangelhafter *Z.* **6 938.** — haftet der Postfiskus für den durch ungültige *Z.* entstandenen Schaden? **3 2, 427; 5 781** (s. Post, unerlaubte Handlung). — Haftung d. Gerichtsvollziehers s. oben Ziff. 1.

9. *Zustellungsurkunde.* — Mängel der *Z.-surkunde*, Wirkung **1 3, 78, 82.** — Nichtübergabe einer Abschrift der *Z.-surkunde* bei Parteizustellung **3 2, 427.** — Abweichungen zwischen Ur- u. Abschrift der *Z.-surkunde* **5 781; 6 788.** — Ergänzung des Inhalts durch anderweite Hilfsmittel behufs Feststellung der Wirksamkeit *e. Zustellung* **6 788.** — Beglaubigung d. Abschrift d. *Z.-surkunde* seitens des Gerichtsvollziehers durch Stempel **6 788; 7 772.** — Angabe der Stunde der Zustellung **1 3, 82.** — Bezeichnung des Auftraggebers: Fehlen **1 3, 82; falsche** Bezeichnung des Auftraggebers **3 2, 427.** — Fehlen des Namens des Zustellungsempfängers oder der sonstigen Identifizierungsmerkmale **1 3, 82.** — falsche Bezeichnung d. Zustellungsempfängers **3 2, 427.**

10. *Zustellung durch die Post.* — Fehlen des Namens des Auftraggebers **1 3, 82; 3 2, 427.** — Haftung d. Postfiskus für fehlerhafte *Z.*? **3 2, 427; 5 781** (vgl. Post). — Verletzung der im § 194 *ZP.D.* vorgeschriebenen Form **3 2, 427.** — *Z.* durch eine andere Person als den Postboten **3 2, 427.** — Einschreibsendungen mit *Z.-urkunde* **5 781.** — Privat Zustellung durch die Post ohne Mitwirken des Gerichtsvollziehers? **6 788.** — Ausfüllung der Postzustellungsurkunde seitens d. Briefboten mit Tintenstift **6 788.** — Erstattungsfähigkeit d. Mehrkosten, wenn der Gerichtsvollzieher anstatt die Post zustellt **1 3, 82.**

11. *Von Anwalt zu Anwalt* s. auch oben Prozeßvollmächtigter. — Reform **7 773.** — Ortsangabe **1 3, 83.** — Beweislast der Zustellungsbefcheinigung **7 773.** — falsches Datum; Gegenbeweis **1 3, 83; 5 781.** — fehlendes Datum **1 3, 83.** — Übergabe der bezgl. Abschrift Zug um Zug gegen Aushändigung des Empfangsbekanntnisses **1 3, 82.** — wenn auf der übergebenen Abschrift Beglaubigung und Zustellung durch eine Unterschrift

vorgenommen sind **1 3, 82/83.** — Gegenbeweis gegen die Empfangsbefcheinigung **1 3, 83.** — nachträgliche Ausstellung der Empfangsbefcheinigung **3 2, 428.** — kann die geschehene *Z.* durch Vereinbarung ungeschehen gemacht werden? **1 3, 83.** — Gegenbeweis, daß der Absender eine Zustellung von *U. z. U.* nicht gewollt hat **3 2, 427.** — rechtliche Natur d. Empfangsbefcheinigung **3 2, 428.** — Empfangsbefcheinigung eines Stellvertreters **3 2, 428.** — *Z. v. U. z. U.* trotz Vorhandenseins der Voraussetzung des § 168 Satz 1 *ZP.D.* **6 786.** — im Grundbuchverkehr **3 2, 427.**

12. *Zustellung im Auslande, an Exterritoriale.* — in England **1 3, 83.** — in Ungarn **5 781.** — Haager Abkommen **5 781** (s. dieses). — Verweigerung der Annahme im Ausland **5 781; 6 788.** — wer hat zu entscheiden, ob die *Z.* an eine im Auslande wohnende Person durch Aufgabe zur Post (§§ 174, 175) oder gemäß § 199 *ZP.D.* erfolgen soll? **6 788.** — von Notariatsurkunden **3 2, 561** (s. Urkunden).

13. *Öffentliche Zustellung.* — Voraussetzungen **2 2, 362.** — zuständiges Gericht **5 781.** — hat das Gericht vorher seine örtliche Zuständigkeit zu prüfen **1 3, 83.** — Form d. Nachweises d. unbekanntem Aufenthalt **7 773.** — welches Gericht ist zuständig, wenn das Urteil gleichzeitig mit der Rechtsmittelschrift zugestellt werden soll? **1 3, 83.** — von Notariatsurkunden **3 2, 561.** — öffentliche *Z.* einer vollstreckbaren Ausfertigung einer notariellen Urkunde zwecks Zwangsvollstreckung: zuständiges Gericht **5 781, 860, 6 895.** — Bewilligung für jeden einzelnen Akt **5 782.** — Ersehen des Bewilligungsbeschlusses durch Beschluß auf Bestimmung d. Einspruchsfrist nach § 339 Abs. 2 *ZP.D.*? **5 811; 6 789.** — was ist zu veröffentlichen, wenn die Verufungsschrift einen eigenen Antrag nicht enthält? **1 3, 83.** — Abhängig machen d. d. Bewilligung von Vorschufverlegung; Fälle **5 782; Beschwerde** **5 782.** — Ort der fiktiven Zustellung **3 2, 428.** — Anheftung an die Gemeindefaxe in Bayern **5 782.** — Beschwerde wegen der Auswahl des Amtsblatts? **5 782.** — Wirksamkeit *e. öffentlichen Z.* nicht vorhanden waren **6 789.** — öffentliche *Z.* trotz Beibehaltung d. Wohnsitzes **3 2, 428.** — nach Rechtskraft des öffentlich zugestellten Urteils erfolgende Anfechtung, weil der Aufenthalt tatsächlich nicht unbekannt gewesen sei **4 686.** — öffentliche *Z.* von Willenserklärungen **1 1, 80.**

II. *Zustellung von Amts wegen.* — Fehlen des Vermerks: „vereinfachte *Z.*“ **1 3, 84; 3 2, 429.** — maßgebendes

Datum: der auf dem Briefumschlag vermerkte Tag **1 3, 84.** — Übergabe des Briefumschlags mit **3.**-sbermerk unbedingt nötig **3 2, 429.** — **3.** des das unbedingte Nichtbestehen e. Eltern- u. Kindesverhältnis feststellenden Urteils von Amts wegen **6 869.** — Fehlen d. Vermerks d. Tages **6.** — Zustellung auf dem Briefumschlag **7 773.** — **3.** in Gefängnissen, militärischen Strafanstalten **3 2, 429.**

III. Im **Zwangsversteigerungs-**verfahren. — Voraussetzungen der öffentlichen **3.** **2 2, 362.** — Entscheidung hierüber **4 772.** — **3.** an eine offene Handlungsgesellschaft **3 2, 292.** — an den Prozeßbevollmächtigten **5 902.** — **3.** an einen falschen **3.**sbevollmächtigten **2 2, 363.** — Haftung für die Folgen vorschriftswidriger **3.** **6 938.** — **3.**svertreter **2 2, 363; 4 772; 5 903.** — **3.** an die Vormundschafts- oder Aufsichtsbehörde **2 2, 363.** — **3.** des Beschlagnahme- oder Beitrittsbeschlusses **5 913.**

Zustellungsbevollmächtigter *z.* **Zustellung.**
Zustimmung *z.* Einwilligung, Genehmigung, Stillschweigen. — Terminologie d. §§ 182 ff. **BGB.** **1 1, 118.** — **3.** ein empfangsbedürftiges Rechtsgeschäft? **3 1, 61; 4 56.** — selbständige und akzessorische Verbindungsfeindlichkeit der **3.** **3 1, 59.** — Bedeutung der **3.** für d. Vollendung eines Rechtsgeschäfts **1 1, 61.** — Anwendungsreich d. §§ 182 ff. **BGB.** **1 1, 119.** — formlose **3.** zu formbedürftigen Verträgen **1 1, 118.** — **3.** zu einem Grundstücksveräußerungsvertrag nicht der Form des § 313 bedürftig **3 1, 152** (vgl. Form des Immobilienvertrags). — Stillschweigen als **3.** nach Treu u. Glauben **5 51.** — in der Zeit zw. Abgabe u. Zugang der Erklärung erteilte **3.** als vorüberige **3.** (§ 183) **2 1, 43, 62, 92.** — Verneinerung der **3.** zur Verfassungsänderung einer Familienstiftung seitens einzelner Familienglieder **5 65.**

Zuzahlungsspflicht *z.* Zwangsversteigerung unter Ertragszahlungsspflicht des Erbschafters.
Zwang *z.* Drohung, Anfechtung, Rechtsanfechtung wegen **3.** **2 1, 55.** — Begriff d. vis absoluta **1 1, 73.**

Zwangsz- u. Banrechte *z.* Banrechte. — Begriff **4 919.**

Zwangserziehung *z.* Vormundschaftsgericht, elterliche Gewalt unter Beschädigung der Person, Anstaltsvormundschaft. — de lege ferenda **4 540.** — Unterscheidung zw. Zwangsz- u. Fürsorgeerziehung **1 2, 403, 404; 2 1, 774.** — landesrechtliche Regelung der Zuständigkeit? **5 621.** — Zuständigkeitsstreit zwischen deutschen Bundesstaaten **7 577** (*z.* unten). — Verhältnis z. Armenfürsorge **2 1, 774.** — Gebühren der vernommenen Zeugen u. Sachverständigen **6 1179.** — Einfluß auf das Recht zur Ver-

tretung des Kindes, auf die Vermögensverwaltung u. elterliche Nutzung **2 1, 774, 776; 4 539.** — Einfluß auf das Erziehungsrecht der Eltern **3 1, 517.** — Bestellung eines Pflegers? **1 2, 406, 407; 2 1, 775, 777; 3 1, 688** (seine Stellung); **4 539.** — Stellung des Provinzialverbandes **2 1, 775.** — Aufsicht des Gemeindevorstandes? **1 2, 188; 2 1, 690.** — Kontrolle des Vormundschaftsgerichts? **2 1, 775; 3 1, 563.** — Offizialbetrieb des Gerichts für Anordnung **7 986.** — Verhältnis der **3.** zu den Maßregeln des § 1666 **1 2, 405; 2 1, 658, 775, 776; 3 1, 515 f.; 4 422;** müssen die Maßregeln des § 1666 fruchtlos vorausgegangen sein? **2 1, 777 (2), 778, 779; 3 1, 686, 687** (Obenburg); **4 539; 4 540** (Baden). — gerichtliche Anordnung der Trennung des Kindes von den Eltern neben der Pflegerbestellung? **2 1, 777.** — Aufhebung der vorläufigen Unterbringung durch das sie anordnende Gericht **7 991.** — Mitwirkung der Frau bei Erziehung der bei ihrem Mame untergebrachten Zöglinge? **5 621.** — Aussetzung des Verfahrens über die **3.** **4 421.** — Erlass der Kosten seitens der Unterhaltspflichtigen **7 496.** — vermögende Kinder **1 2, 404; 2 1, 779.** — „Entziehung“ aus der **3.** **3 1, 517** (§ 235 **StGB.**); **4 540; 7 511.** — Auskunftsverweigerung der Eltern über den Aufenthalt des zu ihnen aus der Anstalt beurlaubten Kindes **3 1, 520; 4 424.** — Pflicht des Vaters, dem in eine Anstalt untergebrachten Kind die Aufnahme im elterlichen Hause zu verweigern **7 501.** — auf dem Transport entlaufener Zögling als Gefangener nach §§ 120, 121 **StGB.** **4 538.** — wiederholtes Gehör der Eltern in der Beschwerdeinstanz **7 986.** — **3.** auf Antrag des Vaters **4 539.** — Abgabe d. Fürsorge-Erziehungsverfahrens an ein anderes Gericht; Kompetenzkonflikt **3 2, 216, 217; 5 622, 1008, 1027; 7 577, 1005.** — Unfall- u. Invalidenversicherung der Fürsorgezöglinge **4 538, 540.** — Aussetzung des Verfahrens **4 421, 539.** — Regelung des Verfahrens der Eltern mit dem Kind (§ 1636?) **1 2, 110.** — Zuständigkeit des Bundesamts für Heimatwesen; Beschwerden wegen verweigerter Unterstützung? **2 1, 778.** — Abschluß e. Lehrvertrags für den Pfleger durch den Kommunalverband **4 964.** — Beschwerdeberechtigte **3 2, 199; 7 995** (Kommunalverband) (*z.* Beschwerde in der freiw. Gerichtsbarkeit). — Beschwerderecht des Vormunds **7 995.** — weitere Beschwerde bei Fehlen e. Begründung d. Einstellungsbeschlusses **7 1001.** — Entscheidung des Beschwerdegerichts, wenn der Zwangszögling in der Zeit zwischen dem Beschluß des **AG.** u. dem des Beschwerdegerichts das 18. Jahr vollendet

(Zwangserziehung)

hat 7 1000. — Einwendungen gegen die unrichtige Erteilung e. Rechtskraftzeugnisses seitens des Gerichtsschreibers; Beschwerde gegen den Beschluß des Gerichts 7 1003. — von Ausländern im Inland 1 2, 407; 5 611. — zuständiges Gericht s. Vormundschaftsgericht. — staatenloser Zigeunerfinder; Zuständigkeit 3 1, 675, 676, 689; 4 531. — Anwendung des BGB. 1 2, 391, 403, 407. — landesgesetzliche Vorschriften über Beschwerderecht 5 621. — kann die Landesgesetzgebung die §§ 1666, 1838 für die Z. einschränken? 1 2, 403. — Verhältnis zu § 56 StGB.; Anwendung des Art. 135 Abs. 1 Satz 3 GGVBGB. auf die Fälle der §§ 55, 56 StGB. 1 2, 408; 2 1, 775 (Aufstellung weiterer Voraussetzungen durch das Landesrecht?); 2 1, 776, 777; 4 540; 5 621 (2). — Abgabe an ein anderes Gericht (§ 46 FGÖ.) 3 2, 216; 5 1027 (s. Vormundschaft). — „Berührung des völlig sittlichen Verderbens“ nach Art. 135 Abs. 1 Satz 3 GGVBGB. 1 2, 408. — Kosten des Transportes in die Anstalt 1 2, 776; 3 1, 688; 5 622. — Anwendung d. § 235 StGB. 3 1, 517.

P r e u ß e n. — de lege ferenda 1 2, 408; 3 1, 688. — Unterbringung eines über 18 Jahre Alten gegen den Willen des Erziehungsberechtigten in e. Familie oder Anstalt 1 2, 403, 404, 405; 2 1, 777. — Fürsorgeerziehung bemittelter Kinder; Anwendung des Art. 135 Abs. 2 GGVBGB. 1 2, 404; 2 1, 779. — „Verwahrlosung“ 1 2, 405; 2 1, 777; 3 1, 687. — Fürsorgeerziehung, wenn Maßregeln nach §§ 1666, 1838 oder andere, z. B. die Armenpflege, ausreichen? 1 2, 405; 2 1, 775, 776, 777. — Weigerung des Armenverbands, für das Kind zu sorgen 1 2, 405; 2 1, 778. — Anordnung einer Fürsorgeerziehung trotz Verforgung des Kindes durch Armenverband oder private Wohltätigkeit 1 2, 405. — „Hilfsbedürftigkeit“ bei Weigerung der Eltern, die Mittel herzugeben 1 2, 405. — Anwendung des § 1 Ziff. 2 PrFürtErzG. bei Übertretungen u. Antragsdelikten ohne Antrag 1 2, 406. — Voraussetzungen des § 1 Ziff. 3 1 2, 406. — physisch abnorme Kinder 1 2, 406; 4 540. — während der Fürsorgeerziehung eintretende Geisteskrankheit 1 2, 406. — Versprechen der Eltern, in Zukunft für bessere Erziehung zu sorgen 1 2, 406. — keine Anordnung der Z., wenn Trennung des Kindes von den Eltern ausreicht 7 508. — Verbindlichkeit der vom Vormundschaftsgericht nach § 1666 Abs. 1 BGB. getroffenen Anordnung für die Armenverbände; Unterschied zw. der Unterbringung zur Erziehung u. bloßen Unterbringung zur Beschaffung des Lebensunterhalts? 7 509, 510 (s. auch elterliche Gewalt). — Wirkung

e. Beschlusses auf vorläufige Unterbringung bei demnächstiger Aussetzung des Hauptverfahrens durch das Beschwerdegericht 7 510. — Aufhebung einer Anordnung auf vorläufige Unterbringung 7 510. — Wirkung der Anordnung der Z. auf die gesetzliche Vertretung des Kindes 7 510. — Strafantagtsrecht für das unter Z. stehende Kind 7 511. — Beschwerde der nach § 4 PrFürtErzG. Antragsberechtigten gegen Aussetzung des Verfahrens 7 995. — Beschwerde der unehelichen Mutter gegen die Unterbringung in e. Anstalt 7 995. — örtliche Zuständigkeit 1 2, 406, 407; 5 621. — Erneuerung eines rechtskräftig abgewiesenen Antrags 1 2, 407; 2 1, 777. — Wiederaufnahme e. eingestellten Verfahrens; wiederholtes Gehör der Eltern 7 510. — Aufhebung der Z. durch das Vormundschaftsgericht 1 2, 407; 4 538. — Zuständigkeit des Kammergerichts bei Streit über Abgabe eines anhängigen Z.-sverfahrens 5 1027 (s. Vormundschaft unter Abgabe). — Beschwerde im Fall des § 5 PrFürtErzG. 1 2, 407. — Bekanntmachung des Beschlusses zu Protokoll? 1 2, 407. — Abänderung des bekannt gemachten Beschlusses 1 2, 407. — Antragsbehörde im Falle des § 7 PrFürtErzG.: Zustellung des Beschlusses nach § 4; Beschwerde 4 540. — Anwendung des FürtErzG. auf die nach früherem preuß. Recht zur Z. untergebrachten 1 2, 408. — Kosten der Überführung u. ersten Ausstattung 5 622 (s. 2 1, 776; 3 1, 688). — vorläufige Unterbringung nach § 5 FürtErzG.; Voraussetzungen, Beendigung 2 1, 775; 7 510; Kosten 4 538, 539; Zuständigkeit des Gerichts 4 539; Aufhebung des Beschlusses auf vorläufige Unterbringung 4 540; vorläufige Unterbringung in ein Krankenhaus 5 622. — Stellung des Fürsorgers; Vertretung des Kindes 2 1, 776. — Zahlung von Heilungskosten durch den Kommunalverband 2 1, 776; 4 537, 538. — Sorge des Armenverbands für Ausbildung? 2 1, 777. — Beschwerde gegen die Aufhebung der Z. 2 1, 777; 5 622. — Beschwerderecht des gesetzlichen Vertreters 3 1, 688. — Verhältnis der Fürsorgeerziehung zur Armenpflege 2 1, 778, 779; 3 1, 687; 7 509, 510. — § 12 FGÖ.; gesetzliche Vormundschaft? 3 1, 688. — Befugnis des Kommunalverbands zur zeitweisen Unterbringung der Zöglinge in einem Krankenhaus 4 538 (2); 5 622. — Aufschub der Fürsorgeerziehung bei Krankheit? 4 538, 540. — Weisung i. S. des § 21 PrFürtErzG. 5 622. — Aussetzung des Verfahrens 4 539. — religiöse Erziehung 4 540.

E l s a ß - L o t h r i n g e n. — Verhältnis von Art. 123 EslLothABGB. zu § 1666 BGB. 2 1, 775, 776.

Württemberg. — Voraussetzung für Anordnung **7 511**. — Stellung des Ortsarmenverbands **2 1, 776**. — Altersgrenze von 16 Jahren im Fall des Art. 21? **2 1, 776**. — Verhältnis von § 1666 BGB. zu Art. 3 Abs. 1 **2 1, 776**. — Anordnung für nicht erwerbsfähige Kinder **7 511**.

Vaher. — Unterbringung nach Art. 81 Abs. 2 PolStGB., Art. 162 I Abs. 2 AG. BGB. **3 1, 688**. — Voraussetzungen des Art. 1 Ziff. 3 bay. G. v. 10. V. 02 **3 1, 688; 5 621**. — weitere Beschwerde gegen den die Z. ablehnenden Beschluß **3 1, 688**. — Beschwerde des Pflegers des Kindes **3 1, 688**. — Anwendung des Art. 11 Abs. 2 Ziff. 4 G. betr. d. Armenpflege **4 539**. — Grund für Fortbestehenlassen der Z. über das 18. Jahr **7 511**. — Geisteskrankheit der Eltern als Z.-Grund? **7 511**.

Vaden. — örtliche Zuständigkeit **3 1, 689**. — subsidiärer Charakter der Z. **4 540**.

Sachsen. — Fortbildungsschulen **4 539; 7 511**. — Unterbringung in e. Erziehungsanstalt mit Zustimmung des Vaters **7 511**. — Unterbringung in e. Erziehungsanstalt wegen Mangels weiblicher Pflege u. Aufsicht **7 511**.

Zwangshypothek f. Sicherungshypothek. — Verfahren bei Eintragung; ist die Eintragung ein Akt der freiwilligen Gerichtsbarkeit oder eine Unterart der Zwangsvollstreckung? **5 882**. — Wirkung des Eintragungsvermerks auf den vollstreckbaren Titel **1 3, 296**. — Anwendung des § 29 GBD.; Nachweis der Sicherheitsleistung u. der aufgewendeten Kosten durch öffentliche Urkunde **6 920**. — Vollmachtsnachweis? **1 3, 296; 3 2, 585**. — hat der Grundbuchrichter zu prüfen, ob die Voraussetzungen für Erteilung der Vollstreckungsklausel u. des Rechtskraftzeugnisses vorlagen? **3 2, 427; 6 883** (Prüfung der erfolgten Sicherheitsleistung). — Beifügung der Papiere bei Antrag auf Eintragung einer Z. auf Grund von Schuldtiteln aus Inhaber- oder Orderpapieren? **3 2, 585**. — einseitige Verfügung zur Sicherung der künftigen Eintragung einer Z. **7 879**. — Eintrag einer Vormerkung zur Sicherung einer Z. **3 2, 586**. — Umschreibung der Z. in eine Eigentümergrundschuld; Zeitpunkt des Übergangs der Z. auf den Eigentümer **1 3, 299; 3 2, 586; 4 756; 5 883; 6 920 (2)** (insbes. bei Teilzahlung); **7 879**. — Eintragung der Eintragungskosten (Kosten des Rechtsstreites u. einer früheren Zwangsvollstreckung); Vollstreckungstitel für ihre Eintragung **1 3, 289, 296; 2 2, 402; 4 755; 5 883; 6 919; 7 437, 879**. — kein Befriedigungsrecht Dritter bei Eintragung einer Z. **1 1, 173** — Z. für die erst fällig werdenden Beträge aus einem Urteil auf Zahlung wiederkehrender Leistungen? **3 2, 584**

(f. **4 754**). — Eintrag einer Z. auf dem Gesamtgute auf Grund einer Urkunde nach § 794 Ziff. 5 ZPD., in der der gütergemeinschaftliche Mann sich wegen einer Schuld des Gesamtgutes der sofortigen Zwangsvollstreckung unterwirft **5 882, 883**. — Eintrag einer Z. auf dem Grundstück eines unter elterlicher Gewalt stehenden Kindes auf Grund einer im Namen des Kindes vom Gewalthaber ausgestellten notariellen Schuldburde ohne Nachweis obervormundschaftlicher Genehmigung **5 883**. — Klage trotz rechtskräftigen Vollstreckungsbefehls behufs Ermöglichung des Eintrags einer Z.; Klagevoraussetzungen **3 2, 585** (f. Mahnverfahren). — Z. auf dem Bruchteil e. im Alleineigentum stehenden Grundstückes **1 3, 287**. — Z. auf Grund eines Urteils auf Sicherheitsleistung durch Hinterlegung oder Hypothekbestellung **1 3, 290; 3 2, 584**. — Z. auf Grund e. Urteils auf Hinterlegung zwecks Tilgung e. Schuld **6 919** (vgl. Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen unter „Geldforderung“). — Eintragung für e. nicht rechtsfähigen Verein **6 880**. — Kosten der nach Aushebung der einseitigen Verfügung erfolgten Löschung der auf Grund der aufgehobenen einseitigen Verfügung vorgemerkten Z. als Kosten der Zwangsvollstreckung (§ 788 ZPD.) **6 891**. — teilweiser Übergang auf d. Grundstückeigentümer oder teilweise Löschung nach teilweiser Tilgung der Forderung? **7 879** (f. oben). — Prüfungspflicht d. Grundbuchbeamten gegenüber dem Antrag auf Z. **2 2, 433 f.; 3 2, 156, 157, 427; 4 836; 5 974**. — Form des Eintragungsantrags, insbes. bei Verteilung des Betrags **6 1039; 7 962**. — Anspruch des Schuldners auf Bewilligung der Löschung gegen Vorzeigung des Vollstreckungstitels u. der Quittung des Gerichtsvollziehers **7 658**. — Umschreibung der Z. in eine Eigentümergrundschuld im Falle des § 868 ZPD. **1 3, 299** (f. oben). — Vollstreckung durch Eintragung einer Z. anscheinbar nach § 30 Ziff. 2 RD.? **5 150**. — Z. für eine durch Vertragshypothek schon gesicherte Forderung **2 2, 459; 3 2, 165; 4 352 f.; 6 415; 7 440**. — für den Fiskus, Verfahren in Preußen **2 1, 771**. — Zeitpunkt der Beendigung der Zwangsvollstreckung **1 3, 288**. — Beschwerde nach § 71 GBD. gegen Entscheidung des Grundbuchamts **1 3, 260, 289; 3 2, 586; 4 755; 6 920**. — mehrere Z. für die gleiche Forderung **1 3, 296**. — im Falle d. § 848 Abs. 2 ZPD. bei Pfändung des Übertragungsanspruches auf Grund eines Vollstreckungsbefehles **1 3, 278**. — aus einem Urteil auf Sicherheitsleistung durch Hypothekbestellung oder Hinterlegung? **1 3, 290; 3 2, 584**. — für noch nicht fällige Ansprüche **1 3, 289; 3 2,**

(Zwangshypothek)

584; 4 754; 5 860. — auf Grund eines Urteils gegen den unehelichen Vater wegen Unterhalts 1 3, 289. — für Vollstreckungsbefehle von Verwaltungsbehörden 1 3, 295 (2), 296. — für eine ausgeklagte Hypothekforderung auf anderen Grundstücken des persönlich haftenden Schuldners 1 3, 296, 297 (2). — Zusammenrechnung mehrerer Schuldtitel? 1 3, 289, 290 ff.; 3 2, 585; 4 754; von Teilurteil und Endurteil 1 3, 289; 4 754. — nachträglicher Eintrag von Z. unter 300 M. bei früherem Eintrag von Teilbeträgen derselben Forderung über 300 M. 1 3, 290. — Zusammenrechnung mehrerer Ansprüche e i n e s Vollstreckungstitels 1 3, 290, 291. — Zusammenrechnung mehrerer Forderungen verschiedener Gläubiger i n e i n e m Schuldtitel 3 2, 585; 5 883. — Berücksichtigung von Zinsen, Kosten und Schäden bei Berechnung der Mindestsumme von 300 M. im Falle gleichzeitiger Eintragung mit der Hauptsache 1 3, 289; 3 2, 585; 5 883. — nachträgliche Eintragung von Kosten über 300 M. 1 3, 290. — nachträgliche Eintragung von Kosten unter 300 M. 1 3, 292, 293, 294; 3 2, 585; 4 754; 5 883; 6 919. — Z., wenn von einer 300 M. übersteigenden Urteilssumme nur ein Betrag von unter 300 M. fällig ist 4 754. — gleichzeitige Vorlage zweier Schuldtitel, nämlich der Hauptforderung über 300 M. u. der Kostenforderung unter 300 M. 6 919. — Eintragung der Gerichtskosten auf Grund der dem Gerichtsschreiber ausgestellten Kostenrechnungen; Zusammenrechnung mehrerer Kostenrechnungen für die verschiedenen Instanzen des gleichen Prozesses? 6 919, 920. — Eintragung einer Z. aus einem Urteil auf Anerkennung e. Schuld von 500 M. u. Zahlung von 300 M. 6 920. — Mindestbetrag von 300 M.; Geltung bei Sicherungshypothek nach § 128 ZGB. 1 3, 290; bei Bauhandwerkerhypothek (§ 648 ZGB.) 1 3, 290, 295; bei Urteil auf Sicherheitsleistung nach Art. 29 WD. 1 3, 290; bei Sicherungshypotheken nach § 848 ZPD.? 1 3, 290, 295; 3 2, 573; 5 874; bei Umschreibung von vor dem 1. I. 00 eingetragenen Sicherungshypotheken 1 3, 290; bei Verurteilung des Schuldners auf Verwilligung einer Sicherungshypothek 1 3, 295; bei öffentlich-rechtlichen Geldforderungen 1 3, 295 (2); bei Grundsteuerforderungen 1 3, 296; bei Verteilung der Hypothek auf mehrere Grundstücke 1 3, 296, 297; bei Arresthypotheken 1 3, 317; 3 2, 585, 600; 4 754. — Verteilung der Zinsen im Falle der Verteilung der Forderung 7 433. — Z. für die ganze Forderung an dem Anteil eines jeden, der als Gesamtschuldner haftenden Miteigentümer 6 406.

Zwangshypothek auf meh-

reeren Grundstücken. — Verteilung nur bei mehreren selbständigen Grundstücken 7 879, 944. — Form der Erklärung für Verteilung der Hypothek 7 879. — Einfluß auf den Einheitscharakter der Forderung? 1 3, 296. — mehrere auf demselben Grundbuchblatte vorgetragene Grundstücke 1 3, 296, 297. — mehrere als Gutseinheit anzusehende Grundstücke 1 3, 296, 297. — mehrere verschiedenen solidarisch haftenden Eigentümern gehörige Grundstücke 1 3, 296; 6 919. — Eintragung auf Sondergrundstücken u. auf dem Gesamtgut von Eheleuten 1 3, 298; 4 756; 5 883. — Umfang der Haftung der Grundstücke; Einfluß der Verteilung der Forderung 3 2, 586. — Bestimmung der Teilbeträge durch den Gläubiger 1 3, 296; 6 920. — Teilbeträge unter 300 M. 1 3, 296, 297; 3 2, 586. — Eintrag einer Z., wenn für die gleiche Forderung bereits eine Vertragungshypothek besteht 1 3, 297, 298; 3 2, 586; 5 859. — Verteilungszwang bei Sicherungshypothek für eine ausgeklagte Vertragungshypothek 1 3, 297, 298 (teilweiser Verzicht auf die Vertragungshypothek?). — Änderung der eingetragenen Teilhypotheken; Zustimmung des Grundeigentümers 1 3, 298, 299. — nachträglicher Eintrag einer Z. auf weiteren Grundstücken (Verteilung) 1 3, 298; 4 756. — Eintragung auf einem zweiten Grundstück nach Einschreibung des Verzichtes auf die zuerst eingetragene Hypothek 2 2, 431.

Zwangsinnungen s. Zinungen. — Beginn der Mitgliedschaft 4 952. — Handwerk i. S. des § 100 GewD. 4 953 (vgl. Handwerk). — Beitrittspflicht juristischer Personen? 4 953. — Hausgewerbetreibende als Mitglied 4 953. — Heimarbeiter und Hausgewerbetreibende als Gesellen nach §§ 100 f. GewD. 4 953.

Zwangsstrafen s. Ordnungstrafen.

Zwangsvergleich vgl. Konkursabbeugung, Privatakkord. — Z. zur Abbeugung des Konkurses 2 2, 513; 3 2, 279; 4 819; 6 1004. — rechtliche Natur 2 2, 513; 3 2, 279. — Einrede des Z. gegenüber der Eintragung einer Teilforderung 6 163. — durch den Z. betroffene Forderungen als Naturalobligationen 3 1, 79. — Vorschlag e. Z. seitens der Erben des Gesamtschuldners, seitens des Nachlasspflegers oder Testamentsvollstreckers 2 2, 513. — Annahme eines vom verstorbenen Gesamtschuldner vorgelegenen Z. nach seinem Tode 2 2, 513. — Wiederholung der vor dem Tode des Kindes erfolgten Annehmbarkeitserklärung des Gläubigerauschusses 2 2, 513. — bedingter Z. 3 2, 278, 279. — Einfluß des Z. auf nicht bevorrechtigte, unter § 69 RD. fallende Forderungen 5 956; 6 1004. — Teilnahme der Pfandbriefgläubiger e.

Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite,

Hypothekbank nach § 35 U. v. 13. VII 99 am **3. 2, 2, 513, 514, 515.** — Übernahme der Bürgschaft seitens e. Dritten für bevorrechtigte Gläubiger im **3. 4241, 820.** — Zulässigkeit des **3.,** wenn an Stelle des verstorbenen Gemeinschuldners der Erbe den Offenbarungseid leistet **2, 2, 513.** — Schließung e. **3.,** wenn in der Person des Erben einer der Gründe des § 175 R.D. vorliegt? **2, 2, 513.** — Unzulässigkeit des **3.,** wenn der Nachlassvertreter den Offenbarungseid verweigert **2, 2, 513.** — Schließung e. **3.** durch die Erben trotz Bestrafung des Kreditars wegen betrügerischen Bankrotts **2, 2, 513.** — Zulässigkeit eines **3.,** wenn ein gesetzlicher Vertreter einer der mehreren Erben, einer der mehreren persönlich haftenden Gesellschafter einer offenen Handels- oder Kommanditgesellschaft den Offenbarungseid verweigert? **3, 2, 279.** — Beurteilung des Kreditars im Ausland wegen betrügerischen Bankrotts als Hinderungsgrund für den **3. 5 957.** — Antrag eines Erben des Kreditars auf Verbindung des Vergleichs mit dem Prüfungstermin **2, 2, 513.** — Übernahme der Akfordbürgschaft im Vergleichstermin durch mündliche Erklärung zu Protokoll **6 1004.** — Abgabe der Akfordbürgschaftserklärung durch Vertreter **4 820.** — kann der Gemeinschuldner dem Dritten, der sich für den Fall des Zustandekommens des **3.** für die Vergleichssumme verbürgt, ein Pfandrecht bestellen? **3, 2, 257; 4 802.** — Einfluß des **3.** auf Schulverhältnisse nach § 17 R.D., wenn von seiner Seite e. Erklärung oder Aufforderung nach § 17 erfolgte? **5 945 (vgl. 6 982, 983, 1004; 2, 2, 516).** — Geltendmachung der nach § 17 R.D. in ihrem Inhalt veränderten Forderung nach Aufhebung des Konkurses infolge Bestätigung des **3. 2, 2, 516.** — Leistung des Offenbarungseides seitens des Gemeinschuldners nach **3.** auf Antrag nicht bevorrechtigter Gläubiger **5 953; 6 1000.** — Einfluß auf zum Konkurs nicht angemeldete Forderungen **3, 2, 275.** — Erteilung einer vollstreckbaren Ausfertigung aus der K.-Tabelle im Fall des **3.** an den Gläubiger, der auf Verreibung aus der Konkursmasse verzichtet hat **6 1003.** — Einfluß auf vor Konkursöffnung entstandene Prozeßkosten über einen nicht zum Vermögen des Kreditars gehörigen Anspruch **5 956.** — sind Nebenforderungen, die nach § 63 R.D. von der Geltendmachung im Konkurs ausgeschlossen sind, bei der Quote des **3.** zu berücksichtigen? **5 956.** — vor Abschluß des **3.** vom Kreditar gemachte Zusage der Nachzahlung der Ausfallquote an einen Gläubiger; Rückforderung des auf Grund der Zusage geleisteten **2, 2, 513, 515; 3, 2, 279** (Bewußtsein der Bevorzugung genügend); **6 1005** (Begriff

der Bevorzugung; in einer Kreditzusage bestehende Gegenleistung des Gläubigers). — gerichtliche Bestätigung nach dem Tode des Kreditars **2, 2, 514.** — gerichtliche Bestätigung eines bedingten **3. 3, 2, 279 (2).** — gerichtliche Bestätigung eines **3.** trotz Fehlens der vorgeschriebenen Mehrheit **3, 2, 279, 280.** — obervormundschaftliche Genehmigung für die Zustimmung des Vormundes zum Zwangsvergleich **2, 2, 514.** — Wirkung einer erst nach bestätigtem **3.** dem Kreditar erklärten Aufrechnung eines Konkursgläubigers **4 139.** — Voraussetzung für Zustimmung des nach § 14 R.G. v. 4. XII. 99 bestellten Vertreters der Schuldverreibungsgläubiger **2, 2, 514.** — Antrag der Erben auf Wiederholung der Abstimmung **2, 2, 514.** — Anwendung des § 183 R.D. (Stimmrecht d. Ehegatten) im Konkurs der offenen Handelsgesellschaft (s. diese), im Konkurs e. juristischen Person **2, 2, 98, 514 (2), 517; 3, 2, 279** (vgl. auch Aktiengesellschaft). — Stimmrecht des Ehegatten des verstorbenen Gemeinschuldners, der Ehegatten, der Erben des Gemeinschuldners (§ 183 R.D.) **2, 2, 514.** — Anwendung des § 187 R.D. (Verwerfung des Vergleichs) auf die Erben des Gemeinschuldners **2, 2, 514.** — Beschwerde der Erben gegen den den **3.** bestätigenden oder verwerfenden Gerichtsbeschuß **2, 2, 514.** — Gebühren für Beschwerde gegen den den **3.** bestätigenden oder verwerfenden Beschuß **2, 2, 514.** — Aufhebung des Konkursverfahrens nach rechtskräftigem **3.** (vgl. Konkursbeendigung); Auslegung laufender Prozesse? **2, 2, 515.** — Zeitpunkt der Aufhebung des Konkursverfahrens bei Bestätigung eines aufschiebend bedingten **3. 3, 2, 279.** — Wirkung der Aufhebung **6 1005.** — Rechtsnatur der Haftung des Gemeinschuldners bei **3. 2, 2, 515.** — Einfluß des **3.** auf schwebende Anfechtungsprozesse (s. Konkursbeendigung) **2, 2, 512, 515; 3, 2, 261, 277, 280.** — zur Zeit der Aufhebung des Verfahrens abhängige andere Prozesse; Eintritt des Gemeinschuldners, Unterbrechung? **2, 2, 485, 511, 512 (3), 515, (3); 3, 2, 433; 5 784, 785, 957.** — dem Konkursverwalter erteilte Vollstreckungsklausel; Umstellung nach Aufhebung des Verfahrens? **2, 2, 512 (2) 515.** — Endigung der Verfügungsbefchränkung des Gemeinschuldners mit Rechtskraft des **3.** oder erst mit Aufhebung nach § 192 R.D.? **5 957; 6 1005.** — Wirkung eines im Ausland abgeschlossenen **3. 2, 2, 515, 518.** — läßt der **3.** eine Naturalobligation übrig? **2, 2, 515; 3, 2, 280 (3).** — Einfluß des **3.** auf Gebühren u. Auslagen e. Rechtsanwalts; vor Konkursöffnung entstandene Gebühren **2, 2, 515.** — Aufrechnungsbefugnis des Konkursgläubigers mit voller Forderung trotz **3. 4 820.** — Aufrechnung

(Zwangsvergleich)

eines seine Forderung zum Konkurs nicht anmeldenden Gläubigers mit seiner Forderung in voller Höhe gegen eine vor Konkursöffnung entstandene Forderung des Kreditors 2 2, 515 (vgl. 5 957). — Anwendung des § 193 R.D. auf Gläubiger, die die Anmeldung ihrer Forderung unterließen, weil sie ihre Forderung nicht kannten 5 957. — Zwangsvollstreckung des bevorrechtigten Gläubigers gegen den Kreditors nach 3. 5 957. — Haftung der Erben des Gemeinschuldners 2 2, 515. — Einwirkung des 3. auf die Haftung der vor Konkursöffnung ausgeschiedenen Gesellschafter der offenen Handelsgesellschaft (s. diese) 3 2, 280, 281. — Rückforderungsrecht des Gemeinschuldners bei einer die 3. quote überschreitenden Zahlung seitens des Verwalters an einen Konkursgläubiger 6 1005 (s. oben). — Zwangsvollstreckung aus dem Vergleich gegen den Bürgen, der erst nach Rechtskraft des unter der Bedingung seiner Bürgschaft erteilten Bestätigungsbeschlusses die Bürgschaftserklärung abgibt 3 2, 280. — Anfechtung des 3., „Geltendmachen“ i. S. d. § 196 Abs. 2 R.D. 2 2, 516; 3 2, 280. — Anfechtung des 3. wegen Irrtums? 3 1, 37; 3 2, 280. — Anfechtung der Bürgschaft seitens des Vergleichsbürgens wegen Irrtums? 3 2, 280. — Restitutionsklage gegen den 3. 3 2, 280. — Aufhebung bei Verurteilung der Erben wegen betrügerischen Bankrotts 2 2, 516. — Wiederaufnahme des Konkursverfahrens nach Aufhebung des 3. im Fall des Todes des Gemeinschuldners 2 2, 516.

Zwangsvollstreckung.

Allgemeines. — rechtliche Natur 5 906, 927. — rechtliche Natur des Erwerbes durch 3., böser Glaube des Erstehers, Bestimmung des Umfangs des Erwerbes durch das Ausgebot 5 925. — bewirkt nicht die Fälligkeit der der Hypothek zugrunde liegenden Forderung 7 440.

Übergangrecht. — Einführung des 3. vor Anlegung d. Grundbuchs 2 2, 374. — die neuen Bestimmungen des 3. für Bahnen, Hauptunterschiede von der Bah. Subh. 2 2, 374; 4 799. — Einfluß der Grundbuchanlegung auf schwebende Verfahren 2 2, 395; 4 800; 5 941, 942. — 3. von Grundstücken, für die zum Teil das alte, zum Teil das neue Recht gilt 5 941. — Behandlung von Grunddienstbarkeiten des alten Rechtes 3 2, 319; desgl. von Altenteilsrechten 2 2, 394; 3 2, 319 f.; 4 787; 5 903. — rheinpreussische, auf Überlassungsvertrag beruhende Wohnungsrechte 4 799. — württembergische Rücknießung der Eltern 4 799.

Vollstreckungsgericht. — Ablehnung des Vollstreckungsrichters, Instanzenzug 6 947. — Ersuchen an das

Grundbuchamt 2 2, 444; 4 839; 5 977; 6 1041 f. — Beschwerdeberechtigt im 3. sverfahren 2 2, 363, 386, 444, 449; 3 2, 168, 314; 4 774 f.; 7 931, 974 (s. auch Grundbuchfachen, Beschwerde). — Haftung des Richters für unrichtiges Verfahren 7 923. — Klage gegen den Gerichtsschreiber wegen falscher Angabe des Versteigerungstermins 7 923 (s. Beamte).

Bestimmung des Vollstreckungsgerichts durch das Obergericht vgl. Gerichtsstand. — Antragsberechtigung 2 2, 362; 3 2, 291; 7 895. — Antragstellung 2 2, 362. — Begründung 3 2, 291. — Vorlegung der Steuerbuchauszüge 7 895. — im Falle des Beitritts 3 2, 291. — bei Beteiligung von Grundstücken, für die das Grundbuchrecht noch nicht gilt 3 2, 292; 5 902; desgl. von Grundstücken der Kommanditgesellschaft und des persönlich haftenden Gesellschafters 4 771. — im Falle der Zuschreibung des ideellen Anteils an einem in einem anderen Bezirk als das Hauptgrundstück liegenden Grundstück 5 902. — Bestellungsbeschuß nicht anfechtbar 6 942.

Anordnung der Zwangsversteigerung. — Voraussetzungen der Anordnung (Vollstreckungstitel usw.) 2 2, 364 f.; 3 2, 294; 4 774; 5 905; 6 940 f.; 7 898, 899. — bei 3. gegen Ehefrauen 7 898, 899. — bei 3. gegen den Konkursverwalter 7 898. — im Falle der 3. wegen Grundstücksverschlechterung nach § 1133 BGB. 6 941. — bei Weiterveräußerung des Grundstückes durch den noch nicht eingetragenen Schuldner 6 941. — vorherige Eintragung der Forderung der Gütergemeinschaft 2 2, 365; 6 941. — Eintragung des Anteilsverhältnisses 4 774 f., 5 906; 6 941. — Zuständigkeit 3 2, 294. — Tätigkeit und Pflichten des Vollstreckungsgerichts und des Grundbuchamts 2 2, 365; 7 899. — keine Nachprüfung der Voraussetzungen für die Einleitung der Vollstreckungsklausel 7 899 (s. diese). — Zeugnis des Grundbuchamtes 5 906; 7 898. — Bezugnahme auf das Grundbuch 4 775. — Anfechtung der Anordnung 2 2, 364; 3 2, 294; 4 773; 5 905; 6 940, 945; 7 898 f. — Geltendmachung der Ungültigkeit der Vollstreckung wegen Nichtbeachtung der allgemeinen Formalien über Einleitung der 3. 7 923. — Eintragung der Anordnung ins Grundbuch 2 2, 365; 3 2, 294; 4 775; 5 907; 6 942; 7 899 (vgl. oben Vollstreckungsgericht). — Eintragungshindernisse (Tod des Schuldners und mangelnde Eintragung der Erben? mangelnde Eintragung des Anteilsverhältnisses) 4 839; 5 977. — Eintragung von Rechten nach der Eintragung des 3. svermerks 1 1, 546; 6 1027. — Vorrang einer vor Einleitung der 3. be-

antragten Hypothekeneintragung 7 901. — Fortsetzung des Verfahrens in den Nachlaß des verstorbenen Schuldners 7 899. — s. auch Beschlagnahme.

Beschlagnahme. — Umfang und Wirkungen 2 2, 367 f.; 3 2, 295 f.; 4 775 f.; 5 908; 6 943 f.; 7 901. — Verfügungsfreiheit innerhalb der Grenzen einer ordnungsmäßigen Wirtschaft 7 901. — unwirtschaftliche Vermietung 6 944. — Verhältnis des § 23 zu § 24 ZPO. 7 901. — Wegnahme wesentlicher Bestandteile nach der B. 2 2, 366; desgl. von Zubehör; Anspruch auf Rückschaffung? 7 441; Schadenersatz hierfür 5 907 f. — Verteidigungsmittel des Beschlagnahmegläubigers gegen Pfändung von Zubehör 7 901. — Klage auf Freigabe von der B.; Passivlegitimation 5 908. — Einfluß der B. auf Fahrnis- u. Mietzinspfändung 2 367; 3 2, 295. — Einfluß der B. auf Abtretung der Mietzinsen an einen Treuhänder zur Verbriefung der Gläubiger 7 901. — Einwirkung auf den Fruchtgenuß 2 2, 367; 3 2, 295; 4 776; 5 908; 6 943; 7 901. — Einfluß der B. auf ein Jagdpachtverhältnis 7 900. — Wirkung der B. zugunsten des B.-Gläubigers, nicht der bloßen Hypothekgläubiger 2 2, 366. — Beginn der Wirkung der B. 2 2, 367; 3 2, 315, 317. — macht nicht die den Hypotheken zugrunde liegenden Forderungen fällig 7 925. — Erlöschen der B. 2 2, 367, 368; 3 2, 295. — s. auch oben Anordnung der 3., Zwangsvollstreckung in das unbewegl. Vermögen.

Sicherungsmaßregeln während des Verfahrens. — Aufstellung eines Verwalters; Kosten der Verwaltung 2 2, 367; 3 2, 297.

Beitritt. — B. zu der vom Konkursverwalter beantragten B. 2 2, 367 f. — Wirksamkeit der Beschlagnahme zugunsten des Beitretenden 3 2, 297; 4 776; 6 944; 7 902. — Verpflichtung des Beitretenden zur Benachrichtigung des Gläubigers nach § 1166 BGB. 3 2, 297. — Haftung für die Kosten 4 776; 6 944; 7 902. — Rechte des Beitretenden zur Herbeiführung der Fortsetzung eines vorläufig eingestellten Verfahrens 4 776 f. — B. im B.-stermin 5 913. — Zulassung eines Fessionars zum Eintritt in das Verfahren an Stelle des Bedenten 7 898.

Verbindung mehrerer Versteigerungsverfahren. — Antragsberechtigung 2 2, 365. — Verbindung bei Versteigerung mehrerer Bruchteile 3 2, 291; 5 907. — B. einer altrechtlichen weimarschen B. mit einer neuerlichlichen rheinpreussischen 6 941. — B. von bereits eingeleiteten Verfahren 6 942. **Einstellung der Zwangsvollstreckung.** — Grundlage der E.

6 945. — E. infolge Einstellung der Zwangsvollstreckung 5 908, 913, 918; 6 945. — E. nur in Ansehung von Zubehörstücken 2 2, 375; 3 2, 304; 4 783; 5 909, 911 f., 918; 7 911; desgl. wegen Geltendmachung eines an ihnen bestehenden Pfandrechtes 4 785. — Antrag auf E. hinsichtlich des Zubehörs: zeitliche Begrenzung der Zulässigkeit 2 2, 368; 5 911, 918. — Aufhebung oder E. nach Schluß der Versteigerung 7 906. — Wegner des Widersprechenden bei E. zwischen Versteigerung und Zuschlag 2 2, 373. — wegen Einwendungen gegen den Anspruch 6 945. — E. und Fortsetzung bei Beteiligung mehrerer Gläubiger 2 2, 368. — wiederholte Einstellung, E. auf mehr als sechs Monate 4 777. — vorläufige E. durch den Notar (bad. R.) 6 947. — E. wegen Deckung des Gläubigers durch Einzelausgebote 2 2, 377; 7 915 f. — E. nach Schluß der Versteigerung 7 916. — der 3. entgegenstehende Rechte und deren Geltendmachung nach § 37 Ziff. 5 ZPO. 2 2, 378, 379; 5 910 ff.; 7 906, 908, 921 f. — Geltendmachung des Wegnahmerechtes nach §§ 258 ff. BGB. 4 790. — Ansprüche d. präfludierten Dritteigentümers 7 906. — wegen Ansechtung der Auflassung an den grundbuchmäßigen Eigentümer 2 2, 368. — E. d. Zwangsvollstreckung auf Grund E. der Zwangsvollstreckung 5 908 f., 918.

Aufhebung des Verfahrens. — endgültige A. des an einem Nichtigkeitsgrunde leidenden Verfahrens 2 2, 368. — bei Enteignung 3 2, 297. — A.-gründe 4 777. — keine Teilaufhebung bei Zurückziehung des Versteigerungsantrages eines beigetretenen Gläubigers 7 902. — § 811 Ziff. 5 ZPO. auf Anbehör nicht anwendbar 7 900. — A. trotz Beitritts 3 2, 297. — Antrag auf A. (Beschränkung, Beifügung einer Bedingung, Fortsetzung des Verfahrens; Antragsberechtigung, wiederholte A., Mitteilungen an die Beteiligten) 2 2, 368 f.; 4 773; 6 945. — A. nach Schluß der Versteigerung 7 906. — A. wirksam vor der Löschung 2 2, 368.

Gegenstand der Versteigerung. — Allgemeines 2 2, 373; 5 917. — maßgebend die B.-bedingungen 3 2, 304. — Zubehörstücke im Besitze eines Dritten 2 2, 373. — die Mietzinsen? 6 959. — vorübergehend benutzte Sachen 3 2, 301. — Grundstücke, für die zum Teil das alte, zum Teil das neue Recht gilt 5 941. — Grundstücke, die noch kein Buchblatt haben 4 799. — öffentliche Wege 4 787. — die Sachen des Pächters 2 2, 373; 3 2, 303; 4 783. — veräußertes Pensionsinventar 6 956 f. — mitversteigerte Forderungen auf Versicherungsgelder, insbes. für Zubehör 3 2, 301. — Ausschluß solcher Forderungen von der B. 3 2, 304. — kein

(Zwangsversteigerung)

Anspruch auf vor der Beschlagnahme an den Eigentümer gezahlte Versicherungsgelder 4 789. — eine vom späteren Gemeinschuldner verkaufte, aber noch nicht entfernte u. für dieses Grundstück benutzte Feldbahn bei Z. nach § 173 ZW. 3 2, 301. — Zubehör eines Wirtschaftsgrundstücks, verkaufte, aber nicht entfernte Gegenstände 3 2, 307; 4 783, 789; 5 917; 6 958. — Einfluß einer Mobiliarpfändung des Ersteher auf seinen Eigentumswerb in der Z. 2 2, 373. — Wirksamkeit persönlicher Verpflichtungen des Schuldners bez. der Zubehörstücke gegenüber dem Ersteher 3 2, 303. — Einfluß des Eigentumsverwerbes auf persönliche Verpflichtungen des Ersteher hinsichtlich der erworbenen Gegenstände 6 951. — Kenntnis vom Eigentum eines Dritten 3 2, 301; 5 917. — Ausnahme des Zubehörs bei der Abtretung der Rechte des Meißbietenden an einen Dritten, Verletzung des Vertrages durch diesen nach unbeschränkter Zuschlagserteilung an ihn 2 2, 378. — Passivlegitimation für die Schadenersatzklage, wenn der Meißbietende mit seinen Ansprüchen aus dem Meißgebote Gegenstände, die nicht Zubehör bilden, abgetreten hat 5 923; desgl. für die auf Eigentumsvorbehalt an nicht mit versteigertem Zubehör gestützte Interventionsklage nach der Versteigerung des Grundstückes 7 905. — Höhe der dem bisherigen Eigentümer mitversteigerten Gegenstände nach § 37 Ziff. 5 ZW. zustehenden Ersatzforderung 7 905. — teilweise Zerstörung des Grundstückes vor dem Zuschlag 3 2, 302. — Bestimmung des Umfangs des Erwerbes durch das Ausgebot 5 925. — Aufnahme der Fahrnis in das Verzeichnis der Zubehörstücke statt Einzelausführung in den B.-sbedingungen 6 958. — willkürliche Änderungen an dem vom Gesetze selbst festgelegten Kreise der von der Z. umfaßten Gegenstände 6 958; 7 904. — f. auch unten Zuschlag, Wirkung des Zuschlags; f. auch Zubehör.

Beteiligte 5 903. — nicht eingetragene Mitenteiler 5 903. — Eigentümerdienstbarkeit 6 938. — Mieter und Pächter 2 2, 363, 367. — Jagdpächter 7 900. — Gemeinschuldner 2 2, 363. — der Nachlassverwalter an Stelle der Erben 3 2, 296. — nicht rechtsfähige Vereine 4 772. — Pfändungszustellungskläger 6 938. — Pfändungsgläubiger für den Berichtigungsanspruch des Eigentümers auf Umwandlung der Hypothek in eine Eigentümerhypothek oder für die Eigentümerhypothek selbst 2 2, 363. — Prüfung der Legitimation gesetzlicher Vertreter 5 903. — Glaubhaftmachung 2 2, 363; Bedürfnis hierfür 6 938. — Unter-

lassung der Glaubhaftmachung innerhalb der gesetzten Frist 3 2, 292.

Die aus dem Grundstücke zu befriedigenden Rechte. — Anspruch des Konkursverwalters auf Honorar u. Auslagererzß für Verwaltung des Grundstückes 4 772. — Auslagen für Vollendung eines Rohbaues während des Verfahrens; Gebühren des Zwangsverwalters 5 903; 7 895, 932. — vorgeschossene Kosten für Fertigstellung eines Baues 6 948. — Löhne für vorübergehende Dienste u. Arbeiten, Forderungen aus Bauverträgen 2 2, 363. — Lohn eines nicht vom Eigentümer eingestellten Knechtes 6 938. — Ansprüche eines Verwalters 7 897. — Sicherung des Wohnrechtes von Justiz u. Deputatleuten 7 912. — öffentliche Lasten 2 2, 363 f.; 3 2, 292; 4 772; 5 903 ff.; 6 939 f.; 7 896, 897. — Amortisationszaten 3 2, 292, 293; 4 773. — Ansprüche des Käufers, dem übergeben, aber nicht aufgegeben ist, wegen Verwendungen 6 940. — Hypothekenzinsen 2 2, 364; 4 773. — Erwerb des Zinsanspruches eines Hypothekgläubigers durch den nachgehenden Nießbraucher, Anmeldung des Anspruchs zur Z. 6 939. — Berechnung von Aktiva- u. Passivzinsen 2 2, 363. — Grundbuchberichtigungskosten 2 2, 363. — Kosten der Rechtsverfolgung 2 2, 363 f.; 3 2, 293; 6 939 f.; 7 896, 897. — Rangfolge der beitretenden Gläubiger (Nebenantragsteller) 3 2, 293.

Anmeldung der Rechte. — Rechtsnachteil der Unterlassung der Anmeldung 2 2, 368 f. — Beweislast für die Unterlassung 7 910. — Nichtanmeldung einer nicht auf den Eigentümer umgeschriebenen Hypothek 4 778. — N. nicht erforderlich für die durch Tilgung entstandene Eigentümerhypothek 7 908; desgl. nicht für Vorrangseinräumungen preuß. Rechts 2 2, 370. — Zuriidnahme der im Auftrag geschenehen N. eines Zinsforderung 5 263, 264. — f. auch unten Verteilungsverfahren.

Terminbestimmung. — Fristgrenze 3 2, 297. — Zustellung 3 2, 297 f. — Zustellung der L. an einen entmündigten Beteiligten; Einfluß auf die Gültigkeit des Zuschlags 7 906. — Klage gegen den Gerichtsschreiber wegen falscher Termins-angabe 7 906. — Anheftung an die Gemeindefabelle 7 906. — Bekanntmachung einer Verlegung des Ortes der Versteigerung 4 777. — Pflichten des den betreibenden Gläubiger vertretenden Rechtsanwaltes im Versteigerungstermin 4 785 f. — Bezeichnung des Grundstückes 3 2, 298. — Angabe des Grundes der Z. 5 910. — Versteigerungstermin bei Terminverlegungen 2 2, 369. — Fristabkürzung bei der Erbauseinandersetzung 4 778. — wem zuzustellen? 2 2, 369; 3 2, 298. —

Aushändigung der Zustellung vom Zedenten an den Possessor; Folgen der Unterlassung 4 778. — Heilung des Verstoßes gegen § 43 Abf. 2 ZWG. (ungenügende Zustellungen) 3 2, 298.

Benachrichtigung über den Antragsteller u. die Ansprüche (§ 41 Abf. 2 ZWG.). — Unterlassung der Benachrichtigung 2 2, 369.

Versteigerungsverhandlung. — Öffentlichkeit, deren Feststellung im Protokoll 4 785. — Änderung der Gebinde zwischen der 1. u. 2. Versteigerung 3 2, 305. — Unterlassung des Hinweises auf die Ausschließung weiterer Anmeldungen, Berücksichtigung von solchen nach der Abgabe von Geboten? 3 2, 305. — Unterlassung der Anmeldung eines Wechses in der Person des Berechtigten 5 921. — Beziehung von Rechnungsverständigen 2 2, 375. — Abhalten vom Bieten 2 2, 375; 3 2, 305; 4 785; 5 922, 940; 6 954; 7 913. — Dauer der Versteigerung, Feststellung im Protokoll 3 2, 306. — Aufforderung zum Bieten 4 786; 6 955. — Aufgabe des mit der Vertretung eines Gläubigers beauftragten Anwalts 7 913.

Zahlung im Versteigerungstermin zur Abwendung der Versteigerung. — Zahlung eines nicht zur Befriedigung sämtlicher betreibender Gläubiger ausreichenden Betrages, Dedung von Nebenforderungen 2 2, 377. — Berechtigung zur Zahlung 3 2, 306; 5 923. — Befriedigung des Gläubigers durch Zahlung an das Gericht? Befugnisse des württembergischen Kommissärs zur einstweiligen Einstellung des Verfahrens bei Hinterlegung, Anrufung des Prozeßgerichtes, Befriedigung nach dem Zuschlage 3 2, 306.

Versteigerungsbedingungen. — Abänderung der B.-sbedingungen, Zulässigkeit, Antragsberechtigung, Form des Antrages, Folgen der Unterlassung der Abänderung 3 2, 304. — Beschwerderecht wegen Unterlassung der Abänderung 5 919 f. — Zustimmung der Benachteiligten 3 2, 304. — Unterlassung des Antrags auf Abänderung d. B.-sbedingungen, Anspruch gegen den Bürgen wegen des hierdurch ertlitene Ausfalles? 5 920. — der Umfang des Zuschlages bestimmt durch die B.-sbedingungen 3 2, 304. — Nichtausübung eines Vorkaufsrechts nach meßlenb. Recht als B.-sbedingungen 7 917. — Ausschluß von Brandschadenvergütungen von der Versteigerung 3 2, 304. — Doppelausbietung 2 2, 374; 3 2, 304; 5 290. — Ausbietung mit u. ohne Zubehörstücke 2 2, 374. — Ausbietung mit Zahlungsfristen 3 2, 304. — protokollarische Feststellung 2 2, 375. — unrichtige, aber unanfechtbar gewordene Bedingungen 2 2, 375. — Änderung der

Gebinde zwischen der 1. u. 2. Versteigerung 3 2, 305. — Bezeichnung der Bedingung im Zuschlagsbeschluß 2 2, 378; 4 787. — Anwesenheit des Aufsteigerers bei Verlesung der B.-sbedingungen nötig? 5 1022.

Behandlung bedingter Rechte 2 2, 373. — Hypothek für bewegliches Sondergut der Frau nach württemb. Ertrungenschaftsgemeinschaft 3 2, 300. — die württembergische Kostenkautionshypothek 6 950.

Geringstes Gebot s. dort.

Ersatzzahlungspflicht des Ersterherers. — bei einer den Eigentümern zufallenden Gesamthypothek 2 2, 372. — bei Erlöschen einer Gesamthypothek 2 2, 385. — bei Realkaften (Landeskulturrenten), die auf dem versteigerten u. auf anderen Grundstücken eingetragen sind 5 916. — beim Wegfall der Sicherungshypothek für eine fortbestehende öffentliche Last? 2 2, 372. — §§ 50 u. 125 ZWG. anwendbar auf Sicherungshypotheken? 3 2, 300, 313. — bei Löschung einer nach § 1179 BGB. zu löschenden Eigentümergrundschuld nach dem Zuschlag an den ihr nachgehenden betreibenden Hypothekgläubiger 3 2, 300, 313; 4 781; 5 915 f. — bei mangelnder Valutierung einer Grundschuld 4 781. — bei Wegfall von Vormerkungen u. Hypothekvormerkungen des früheren preuß. Rechtes 4 781. — bei teilweiser Tilgung einer Amortisationshypothek? 6 950. — Übertragung der Nachzahlungsforderung gegen den Ersterher im Verteilungsverfahren 2 2, 385; 4 794 f.; 5 934. — Herbeiführung der Löschung eines bestehen bleibenden, jedoch bestrittenen Rechtes bei Unbekanntheit des Berechtigten 5 934. — Notwendigkeit der Grundbuchberichtigung bez. des weggefallenen Rechtes 3 2, 313.

Ausbietung mehrerer Grundstücke in einem Verfahren. — Grundstück i. S. des § 63 ZWG., ein Grundstück trotz mehrerer Katastrnummern 2 2, 374. — Beteiligter i. S. des § 63 ZWG., Antragsberechtigung, Gesamtrechte im Einzel- u. Gesamtausgebot, Barzahlung des Mehrbetrages des nach § 63 Abf. 4 erhöhten geringsten Gesamtausgebotes über das eigentliche geringste Gesamtausgebot 6 953. — Versteigerung zweier auf einem Buchblatte stehender Grundstücke mit verschiedener Hypothek- u. Realkastbelastung 4 784. — Einhaltung der vorschriftsmäßigen Versteigerungszeit für das Einzel- u. das Gesamtausgebot 3 2, 304. — Beschwerde des Ersterherers wegen Unterlassung von Einzelausgeboten 6 953.

Versteigerungsprotokoll. — Unterschrift des Bieters 3 2, 249; 4 865; 5 1026. — Feststellung der Öffentlichkeit

(Zwangsversteigerung)

4 785. — desgl. der Vorlegung oder Vorlegung, d. Genehmigung oder Beanstandung, Anwendung d. §§ 159—164 ZPO. 4 786. — Unterlassung d. Protokollierung e. Versteigerungsbedingung 2 2, 375, 378. — Protokollierung der Verhandlungen über Sicherheitsleistung 2 2, 376, 378; 5 922; desgl. des Widerspruchs gegen die Zurückweisung eines Gebotes 3 2, 376; 6 954; desgl. der Aufforderung zur Abgabe von Geboten 6 955. — Bedeutung des Ausdrucks „Nichtannahme d. Gebotes“ 6 954. — Protokollierung der Erklärung des Erstehers, mit dem ausfallenden Betrage seiner Hypothek gegen die stehen bleibende Eigentümergrundschuld des Schuldners aufzurechnen? 2 2, 377. — Bedeutung des Protokolls, Ergänzung durch andere Beweismittel 3 2, 306. — Widerlegung des Protokolls; Schreibversehen im Protokoll 3 2, 306; 5 923; 7 915. — Schadensersatzklage auf Grund einer mit dem Protokoll in Widerspruch stehenden Tatsache 5 923. — nachträgliche Ergänzung des Protokolls 2 2, 378. — das Protokoll als Grundlage der Entscheidung über den Zuschlag 2 2, 377; 4 786.

Vieten. — rechtliche Natur 2 2, 378; 5 922 f. — Abhalten vom Vieten 2 2, 375; 3 2, 305; 4 785; 5 922, 940; 6 954; 7 913. — Erfordernis sofortiger Vorlegung der Vollmacht des Viieters 1 1, 112. — Umfang der Verbindlichkeit des mit dem Ersterer haftenden Meistbietenden 2 2, 378. — Haftung des Meistbietenden u. seines Zessionars, Rückgängigmachung der Übertragung 3 2, 306; 4 787. — Übertragung der Rechte aus dem Meistgebot, Gebührempflichtigkeit 2 1, 261. — Gebühren- (Steuer-)pflicht, Anwendung der Grundsätze über Gewährleistung, über Anfechtung wegen Irrtums 3 2, 307; 4 787; 6 956; 7 916, 917. — teilweise Abtretung der Rechte an das Meistgebot 7 916 f. — Kostentragung bei Abtretung der Rechte an das Meistgebot nach dem Zuschlag 7 916. — Anwesenheit beider Vertragsparteien erforderlich bei der Abtretung 7 916. — Vieten für andere auf Grund Vertrags 4 785. — keine Immobilisarabgabe im Falle der Erklärung des Viieters für einen anderen 5 924. — Form des Auftrages zum Vieten (§ 313 BGB.) 2 7, 378; desgl. der Verpflichtung zur Übertragung der Rechte aus dem Meistgebot 7 914 (vgl. Form des Immobilisarvertrags). — Nichterfüllung einer vertragsmäßig übernommenen Verpflichtung zum Vieten 6 954. — auftragswidriges Zwielgebot 3 2, 306. — Bildung von Gesellschaften zum V. 3 2, 305. — Form der Vereinbarung, gemeinsam ein Grundstück einzusteigern 7 917. —

Gesamtgebot einer Personenmehrheit 3 2, 306. — Zulässigkeit des V. von Mitgliebern eines Gläubigerauschlusses 3 2, 305. — Anfechtbarkeit des Gebotes 2 1, 51; 5 922 f.; 6 955. — Anfechtung des Erwerbes der Rechte aus dem Meistgebot wegen Irrtums über die Beschaffenheit des Grundstückes 6 955. — Einfluß eines die Einzelgebote übersteigenden Gesamtgebotes auf die ersten 2 2, 377; 5 923; „Übergebot“ 7 916. — Stempel für die zum Vieten ermächtigende Vollmacht 6 956. — s. auch unten: Zurückweisung unwirksamer Gebote.

Zurückweisung unwirksamer Gebote. — Gründe der Unwirksamkeit 2 2, 376; 5 923. — Behandlung eines wegen Irrtums des Bietenden unwirksamen Gebotes, keine Anfechtung im Prozeßweg 2 1, 51; 2 2, 376 f.; 5 922 f.; 6 954 f.; 7 914 f., 916. — wesentlicher Irrtum des Bietenden über sein eigenes Gebot, Folgen der Anfechtung eines Übergebotes für das erloschene vorausgehende Gebot 4 786; 6 954 f. — Vollmacht des für andere Bietenden sofort im Termin beizubringen 2 2, 376. — Nachweis der Vertretungsmacht der Vertreter von Korporationen u. Behörden 2 2, 376. — Genehmigung von Behörden, Erteilung einer nur allgemeinen Zustimmung genügend? 4 786. — Nachweis der Vormundschaftsgerichtlichen Genehmigung 2 2, 376. — Beglaubigung der Unterschrift des Vormundschaftsrichters unter der Vormundsbestellung 6 954; desgl. des Bietungsrechtes von Hypothekenbanken (Bescheinigung der Aufsichtsbehörde) 3 2, 306. — Gesamtgebot einer Personenmehrheit 3 2, 306. — Wahrung der Rechte gegenüber einer ungerechtfertigten Zurückweisung 2 2, 376 f. — Verfahren, wenn ein mit Unrecht nicht zurückgewiesenes Gebot infolge der widerspruchsfloßen Zurückweisung des Übergebotes bestehen geblieben ist 2 2, 376.

Sicherheitsleistung für ein Gebot. — Forderung der Sicherheit durch einen nicht betreibenden Gläubiger 6 954. — desgl. der Teilungs-Z. von einem nicht betreibenden Miteigentümer 5 940. — Sicherheit sofort nach Abgabe des Gebots zu fordern 7 915. — Anwendung des § 67 BGB. auf vorgemerkte Rechte 2 2, 376; 4 786. — Verlangen einer S. zum Zwecke der Vereitelung des Viieters 3 2, 306. — Bürgschaftsleistung zur Erfüllung der dem Bieter obliegenden S. 7 914. — S. durch Übergabe eines dem Kautionspflichtigen im Termin ausgehändigten Sparfassenbuchs eines anderen 4 786; desgl. durch einen außer Kurs gesetzten Staatsschuldchein, durch Sparfassenbücher 5 922. — Protokollierung

der Verhandlungen über **§. 22, 376.** — Vereinbarung der Beteiligten über die Sicherheit **7914.** — Wirkung der Hinterlegung der **§. 22, 376.**

Zuschlag. — rechtliche Natur **22, 378; 4787.** — keine Auflassung **7919.** — konstitutive Natur des Zuschlags; keine Rücksicht auf mala fides oder mangelnden Erwerbswillen des Erstehers **7920.** — die Auslegung der Entscheidung über den Zuschlag revisibel? **22, 378.** — womöglich im Versteigerungstermin zu erteilen **4783.** — Vertagung der Verkündung des Zuschlagsbeschlusses auf Antrag **5925.** — Erlangung des Zuschlags um einen unter dem Werte bleibenden Preis **22, 379; 32, 308; 4788; 5924 f.; 6956; 7915, 918.** — Berücksichtigung des Weiterverkaufspreises für die Schadensberechnung wegen eines in der **§.** erloschenen Rechtes **22, 380; 32, 308.**

Stempelfragen **32, 307; 4778; 6958; 7912** (preuß. Recht). — Erteilung einer Ausfertigung des Zuschlagsbeschlusses erst nach Wahrung des Stempels **7922.** — Frist zur Angabe des Wertes der mitversteigerten beweglichen Sachen **32, 307.**

Verfagung des Zuschlags. — Verfagung wegen Widerspruchs zwischen Protokoll und Zuschlagsbeschluss über die Einrechnung der stehen bleibenden Vorhypotheken in das Ausgebot **6950.** — bei Versteigerung eines Gesamtgutgrundstückes gegen den Mann, wenn vor Einleitung des Verfahrens Gütertrennung vereinbart worden ist? **7917.** — heilbare Verfahrensmängel, Genehmigung des mangelhaften Verfahrens **4788.** — Wirkung der Verfagung **22, 376.** — Verfagung ohne Verfahrensmangel und Bestimmung eines neuen Versteigerungstermins: Beantragung durch den allein betreibenden Gläubiger **22, 368.** — „Beeinträchtigung“ eines Rechtes durch den Zuschlag **32, 307.**

Wirkung des Zuschlags. — Eintritt der Wirkung mit der Verkündung d. Zuschlagsbeschlusses **4788; 7919.** — an wen die Hypothekfälligkeit zwischen Erteilung u. Rechtskraft des Zuschlages zu richten? **6957.** — Eintritt des Erstehers in bestehende Versicherungsverhältnisse? **5917; 6950;** Erwerb des Anspruchs auf Versicherungsgelder **7919.** — Beseitigung von Eigentums- u. Räumungsansprüchen eines Dritten **22, 379.** — Übergang von Ansprüchen aus der Beschädigung durch Bergbau auf d. Erstehrer **7919.** — Wirkung bei Erteilung d. Zuschlags an d. bisherigen Eigentümer **6958.** — Wirkung im Falle der Doppelbuchung **7920.** — Bedeutung der Angaben des Grundbuches und Grundsteuerkatasters über den Umfang

des zugeschlagenen Grundstückes; Ausnahme einer Teilfläche **22, 379; 32, 307; 4789; 5925; 6957; 7905, 919.** — ausschlaggebende Bedeutung des Zuschlagsbeschlusses für die Verpflichtungen des Erstehers **7917.** — Eigentum an dem über die Grenze eines versteigerten u. eines nicht mitversteigerten Grundstücks gebauten Bauwerk **6957, 958.** — keine Novation der Forderungen der eingeschriebenen Gläubiger **7921.** — Miterwerb der Bestandteile, vertragsmäßige Verpflichtung des Erstehers zu ihrer Herausgabe **22, 379; 5925; 6956.** — Miterwerb des Anteiles des Schuldners am Tilgungsfonds einer amortisierbaren Pfandbriefdarlehenshypothek (vgl. Zubehör) **6957.** — Unterschied zwischen Bestandteilen und Zubehör (vgl. diese) in der **§.,** Möglichkeit, die letzteren auszuschließen **22, 379; 6956; 7904.** — Wahrung besonderer Rechte an Zubehörstücken oder Bestandteilen im Zuschlagsbeschluss **7903.** — Vollstreckung aus dem Zuschlagsbeschluss gegen Drittebesitzer von Gegenständen der Masse; Erlangung der Vollstreckungsklausel **7922.** — Erwerb eines Erbpachtrechtes nach mecklenburg. LR. nur vorbehaltlich d. Anerkennung durch den Grundherrn **5927.** — Wirkung auf das Retentionsrecht des Besitzers **5107.** — Einwirkung auf einen vor d. ZwVerf. unabhängig gewordenen Prozeß über den obligatorischen Anspruch auf Herausgabe eines Grundstücksbestandteiles **32, 307.** — Übergang der Gefahr; „zufälliger“ Übergang; Übergang der Lasten **7911.** — **§.** auch **§.** unter Gegenstand der Versteigerung u. unter Erlöschen von Rechten.

Ansetzung des Zuschlages. — wegen Irrtums **22, 376; 32, 298; 4791; 5922; 6955; 7914 f., 916.** — wegen Mitversteigerung des Zubehörs **22, 381** (vgl. oben Wirkung). — keine Ansetzung auf Grund bloßer Anmeldung u. Glaubhaftmachung des Eigentums im Versteigerungstermin **7906.** — wegen Nichtberücksichtigung einer Leibzucht im geringsten Gebot **22, 373.** — wegen Erteilung des Zuschlags unter Verlegung der für die Forderung einer Sicherheitsleistung geltenden Vorschriften **7915.** — wegen gefehlwidriger Ausdehnung d. ZwVerf. **22, 377.** — wegen Durchführung der Versteigerung trotz vorher erfolgter, nicht zur Kenntnis des Vollstreckungsgerichtes gelangter Verfridigung des Gläubigers **7922.** — wegen Nichteinhaltung der ganzen Versteigerungzeit für Einzel- und Gesamtgebot **32, 304.** — wegen Zuschlages ohne Berücksichtigung der Rechte der Nacherben **32, 309.** — wegen Unvollständigkeit des Beschlusses **4791.** — Berücksichtigung eines Verstoßes gegen **§ 83 Ziff. 7 ZWO.,** auch

(Zwangsversteigerung)

wenn die Beschwerde nicht hierauf gestützt ist § 960. — wegen eines unstatthaft zugelassenen Beitritts? ungerechtfertigte Berücksichtigung einer Forderung im Mindestgebot? 7 917. — mangelndes eigenes Interesse an d. Beschwerde gegen den Zuschlag 7 915, 917, 929. — keine Berichtigung eines rechtskräftigen Zuschlagsbeschlusses durch einen nachträglichen Rechtsstreit 7 902 f. — Beseitigung eines unangefochten gebliebenen Zuschlagsbeschlusses auf Grund des § 826 BGB. 4 789. — Klage trotz Abweisung der Beschwerde 5 923. — f. auch Zwangsversteigerung unter Beschwerde.

Aufhebung des Zuschlages. — Beseitigung der Wirkung des Zuschlages ex tunc 7 919. — Wegnahmerecht des ersten Erzhers wegen seiner Verwendungen 5 928.

Zwangsvollstreckung zur Räumung und Herausgabe der Versteigerungsgegenstände. — Recht auf vollstreckbare Ausfertigung d. Zuschlagsbeschlusses 2 2, 380; 7 922. — gegen wen die Zwangsvollstreckung zulässig? 4 790; 5 928. — die Vollstreckung durch die Rechtshängigkeit einer Räumungsklage nicht gehindert 5 928.

Erlöschen von Rechten. — Erlöschen eines nicht eingetragenen Rechtes; Beweislast für die Unterlassung der Anmeldung 7 910. — Erlöschen und Löschung nach dem Zuschlag eingetragener Hypotheken 3 2, 307 f. — Einfluß der Zw. Verst. auf Wohnungsrechte, Leibgedinge 7 942. — kein Recht des Erzhers auf Eintragung eines Widerspruchs gegen ein durch den Zuschlag erlöschendes Recht 2 2, 380. — kein Recht auf Eintragung eines Widerspruchs gegen die Löschung eines Rechtes, das inzwischen durch den Zuschlag untergegangen wäre 6 959. — Erlöschen der Eigentümerhypothek durch Aufrechnung zwischen Subhastat und Erzhers 4 790. — keine Berufung auf ein früheres rechtskräftiges Urteil für das Bestehen einer nach den Versteigerungsbedingungen erlöschenden Grunddienstbarkeit 6 959. — Einfluß des E. einer Dienstbarkeit auf die entsprechende im Gesehe begründete nachbarrechtliche Befugnis 6 959. — gesetzliche Eigentumsbeschränkungen und Urteile hierüber gegen den Erzhers wirksam 7 942. — Bestehenbleiben eines für eine Stadt eingetragenen alten Rückfallrechtes in einer Zw. Verst. alten Rechtes 6 959; desgl. öffentlich-rechtlicher Baubeschränkungen; Bestehenbleiben einer Schaftwirtschaftskonzeption 6 959. — Rückerstattung des bezahlten Gegenwertes an den Bessonar, der den Hypothekenbrief für die durch Zuschlag erlöschene Leihhypothek vor Zu-

schlag nicht ausgehändigt erhalten hat 5 925. — f. auch oben unter Zuschlag, Wirkung des Zuschlages.

Wertersatz für Rechte an Grundstücken im Fall des Erlöschens durch den Zuschlag 1 1, 538 f. — Eintragung auch bei Vormerkungen? 4 317. — der eingetragene Höchstbetrag von Amts wegen in den Teilungsplan anzunehmen? 1 1, 538. — nachträgliche Festsetzung des Höchstbetrages ohne Zustimmung der Macheingetragenen? 1 1, 538; 3 1, 392. — Wertersatz für ein nicht unter § 92 Abs. 2 BGB. fallendes erlöschenes Recht 7 921.

Vereinbarung des Bestehensbleibens von Rechten. — die Vereinbarung verbunden mit Übernahme der persönlichen Schuld? §§ 414 ff. BGB. anwendbar? Novation? 1 1, 316, 329; 2 2, 379, 380; 3 1, 204; 3 2, 308; 4 151, 789; 5 926; 6 959. — Wegfall der Einreden aus d. früheren Schuldverhältnis 2 2, 380. — Fortbestehen der alten oder Entstehung einer neuen Hypothek? Verfahren mit dem alten Hypothekenbrief 2 2, 379, 380; 4 789. — Schuldübernahme 1 1, 329 (f. auch Schuldübernahme des Erzhers in der Z.). — Vereinbarung des Fortbestehens im Versteigerungstermin 2 2, 379; desgl. nach schon erfolgter Zahlung 7 920. — Hypothekenübernahme vor dem Zuschlag, Wirkung teilweisen Ausfalles 3 2, 308. — Vereinbarung für einen Dritten ohne öffentlich beglaubigte Vollmacht 2 2, 379. — Ersetzung der Vereinbarung auf die Zinsen, Vereinbarung neuer Nebenbestimmungen, deren Eintragung ins Grundbuch 2 2, 380; 4 795; 5 926. — Vereinbarung, daß jemand das Grundstück einsteigern und eine ausfallende Hypothek dann neu bestellen solle 7 920. — Übernahme eines durch das Meistgebot nicht gedeckten Rechtes 2 2, 380; 3 2, 308; 4 789; 6 959; 7 921. — Vormerkungen können durch Vereinbarung nicht erhalten werden 4 790. — Vorrücken der übernommenen Rechte bei Erlöschen der nicht übernommenen vorgehenden 2 2, 380. — Vorrang vereinbarungsgemäß bestehender, durch das Gebot nicht gedeckter Rechte vor erst später eingetragenen Rechten gegenüber dem Erzhers 5 926. — die nach den Versteigerungsbedingungen erlöschende, vom Gläubiger-Erzhers auf seine Darlehensschuld verrechnete eigene Hypothek, deren Abtretung 2 2, 380. — Erklärung des Bestehensbleibens eigener Rechte des Erzhers 5 926. — die Hypothekübernahme kein Hindernis für den Widerspruch des Schuldners gegen die übernommene Hypothek im Verteilungsverfahren 2 2, 380. — Hypothekenerneuerung in der Subhastation nach franz. R.

2 2, 380. — Bewertung d. notariellen Vereinbarung **6 959** (preuß. R.).
Versteigerungserlös. — Voraus-
 setzung eines Anspruchs auf den Erlös
2 2, 369; 7 926, 929. — ein persönliches
 Zurückbehaltungsrecht an einem Hypo-
 thekenbrief als Grundlage des Anspruchs
7 926. — Berücksichtigung eines nach § 1179
 BGB. vorgemerkten Anspruchs auf
 Lösung **7 927.** — Anspruch des nach
 § 37 Ziff. 4 ZWG. ausgeschlossenen Eigen-
 tümers auf den Erlös **2 2, 369.** — Zahlung
 des Erlöses und Aufrechnung nach dem
 Tode des Ersteher's **2 2, 381.** — Hinterlegung
 des Erlöses zur Sicherheit, ihre Wirkung
 als Zahlung, Tragung der Gefahr, Eigen-
 tum, Zinsberechtigung **2 2, 381.** — Gläu-
 biger und Schuldner des Anspruchs auf
 den Erlös, Pfändung des Anspruchs
2 2, 384; 3 2, 310; 4 791 f.; 5 929, 930;
6 960 f.; 7 923 f., 929 (vgl. Zwangsvoll-
 streckung in Forderungen). — Pfändung
 der durch Zuschlag schon erloschenen Hypo-
 thek gibt kein Pfandrecht am Erlösanspruch
7 925. — Überweisung des Hebungsbetrages
5 931. — Überlassung des Rechts
 auf einen Teil des Erlöses an einen An-
 fechtungskläger **7 924 f.** — Rangverhältnis
 zwischen ordnungsmäßiger Erlöspfändung
 und vorausgehender unvollständiger
 Pfändung oder Übertragung der Eigen-
 tümerhypothek des Schuldners **5 929;**
6 960 f. — Berücksichtigung bei der Ver-
 teilung auf Grund eines durch eine un-
 gültige Hypothekverpfändung erworbenen
 obligatorischen Zurückbehaltungsrechts an
 einem Hypothekenbrief **7 926.** — Aus-
 dehnung der Erlöspfändung auf die
 hinterlegte Sicherheit **6 961.** — Rechte auf
 den Überschuß des Erlöses eines nach § 928
 BGB. aufgegebenen Grundstücks **7 925.**
 — ungerechtfertigte Bereicherung aus dem
 Erlös f. ungerechtfertigte Bereicherung —
 i. auch **3.** unter Fortbestehen der Rechte
 am Erlös.
Fortbestehen der Rechte am
Erlös. — rechtliche Natur des Rechtes am
 Erlös **3 2, 310; 6 959, 960.** — kein ding-
 licher Schutz **7 920 f.** — Rangverhältnis
6 959. — Pfändbarkeit **6 960.** — Geltung
 des Surrogationsprinzips für Rechte,
 die auf einem an Grundstücke bestehenden
 Rechte lasten **4 790.** — Wertserfaß für ein
 Nießbenutzungsrecht **5 927.** — Anspruch
 auf Wertserfaß aus dem Erlös an Stelle
 eines Zurückbehaltungsrechtes wegen Ver-
 wendungen **5 928.** — der Erlös für ein
 Fideikommißgrundstück selbst wieder Fidei-
 kommißbestandteil? **6 960.** — f. auch **3.**
 unter Versteigerungserlös.
Verwaltung des Grundstückes
für Rechnung des Ersteher's.
 — die Verwaltung nur Sicherungsmaß-
 regel; Antragsberechtigung, Wirkung der

Anordnung, Rechte des Verwalters **2 2,**
380 f. — Verichtigung öffentlicher Lasten
 und sonstiger Ansprüche durch den Ver-
 walter; Verteilungsverfahren, Zahlung
 an den Ersteher, Hinterlegung bei Gericht
7 922.

Verteilungsverfahren (s. dieses).
 — Wahrung der Zustellungsfrist bei An-
 beraumung eines zweiten Versteigerungster-
 mins **4 791.** — Verteilung des Erlöses
 aus Sonderversteigerungen **2 2, 381.** —
 gleichzeitige Durchführung des Vertei-
 lungsverfahrens für zwei mit einer Ge-
 samthypothek belastete Grundstücke rätlich
7 925. — Grenze zwischen Widerspruch-
 und Beschwerdeverfahren **3 2, 309, 312;**
4 792 f.; 6 963; 7 927. — Beschwerde
 wegen Nichtaufnahme von Gerichtskosten
 in den Teilungsplan **2 2, 382;** desgl.
 gegen Nichtberücksichtigung eines Zwangs-
 verwalterverfahrens **2 2, 383.** —
 Beschwerde zur Geltendmachung von
 Einwendungen prozessualer Natur **2 2,**
383; 5 933. — Beschwerde wegen Nicht-
 berücksichtigung eines Widerspruches **5 932.**
 — Beschwerde wegen nicht durch
 Widerspruch veranlaßter Abänderung des
 Planes im Widerspruch mit dem Eintrag
 im Grundbuch **3 2, 311;** desgl. wegen
 unrichtiger Verteilung **3 2, 312; 4 793.**
 — Widerspruch gegen die Art der Verteilung
 des Gesamterlöses mehrerer Grundstücke
 auf die einzelnen **3 2, 310; 4 792;**
 Beschwerde hierwegen **4 792.** — Wider-
 spruch wegen Nichtaufnahme von Anwalts-
 kosten **4 793.** — Beschwerde wegen Strei-
 chung angemeldeter Kosten der Rechtsver-
 folgung **6 965 f.** — Erledigung einer Be-
 schwerde und Widerspruch **6 963.** — so-
 fortige Beschwerde ohne vorausgehende
 Erinnerungen nach § 766 ZPO. **5 933.** —
 Widerspruch eines am Zwangsversteige-
 rungsverfahren nicht Beteiligten wegen
 unberechtigter Einbeziehung eines Gegen-
 standes in die Masse **2 2, 383.** — äußerste
 Frist für die Erhebung des Widerspruches
6 963. — Widerspruch durch die Anmeldung
 an sich **6 964.** — Folgen einer irrtümlich
 zu niedrig erfolgten Anmeldung des
 Gläubigers auf seine Hypothek, Rechte
 des Gläubigers, der den hiernach freien
 Erlösteil hat pfänden lassen **5 931.** — Be-
 rücksichtigung eines Erfassungsanspruches für zur
 Abwendung der Zwangsverf. bezahlte Zinsen
 und Kosten? **3 2, 310; 6 963.** — Erklärung
 der Zustimmung zur Berücksichtigung einer
 nicht eingetragenen Dienstbarkeit im Ver-
 teilungsverfahren **3 2, 311.** — Rechts-
 nachteile verspäteter Anmeldung, keine
 Bereicherungsfrage **2 2, 382; 3 2, 310**
 (s. auch unten Folgen der Unterlassung
 der Widerspruchserhebung). — Gastbarkeit
 eines preussischen Gerichtskassenrentanten

(Zwangsversteigerung)

wegen Unterlassung der Anmeldung einer nach Eintragung d. Zwangsversteigerungsvermerkes hypothekarisch eingetragenen Forderung 5 931; desgl. eines Sekuritätszessionars wegen unvollständiger Anmeldung der dem Zedenten gebührenden Zinsen 5 931. — Nichtanmeldung eines Gläubigerwechsels 5 931. — Behandlung eines unverzinslich auf Hypothek eingetragenen Kindergeldes 3 2, 310. — Verteilung eines Gesamterlöses, die Wertfeststellung des Vollstreckungsgerichtes nicht bindend für das Prozeßgericht 4 792. — Verteilung des Gesamterlöses bei Versteigerung mehrerer ideeller Anteile eines Grundstückes 5 907; desgl. auf die verschieden belasteten Teilstücke des Grundstückes, Grundsätze für die Ermittlung des Wertes 6 962. — Verbesserung der bei Feststellung des geringsten Gebotes gemachten Fehler im Verteilungsverfahren? 3 2, 311. — Notwendigkeit, die nicht aus dem Grundbuch ersichtliche Zinsforderung anzumelden 2 2, 382. — Behandlung einer Höchstbetragshypothek und von Kautionshypotheken für ganz bestimmte Forderungen; Beweislast für die Nichtentstehung von Forderungen, wenn eine Löschungs Vormerkung eingetragen ist 6 962 f. — Behandlung einer nicht ins geringste Gebot fallenden Sicherungshypothek 2 2, 382; 5 933, 934; desgl. einer Grundschuld 3 2, 311; 5 933. — Prüfung der Anmeldungen durch den Vollstreckungsrichter 7 925. — Behandlung mangelhafter und unrichtiger Anmeldungen 2 2, 383; 7 925. — Prüfung nicht schon festgesetzter angemeldeter Kosten der Rechtsverfolgung 6 965 f.; 7 925. — Anmeldung eines Gelddrages für die gemäß § 9 GGZG. und Art. 6 PrWGZG. von Amts wegen in das geringste Gebot einstellten, nicht auf einen Kapitalbetrag gerichteten Rechte 3 2, 311. — Herstellung des Planes nach den Einträgen im Grundbuch ohne Prüfung der Eintragungsunterlagen 4 793. — Berücksichtigung einer nicht eingetragenen Rangvereinbarung? 5 933; 6 965. — keine Liquidation von Zinsen auf Grund Pfandrechtes an einer Eigentümerhypothek 4 793. — Verteilung des Erlöses, wenn von zwei gleichheitlich berechtigten Gläubigern derselben Hypothek einer hinter eine Nachhypothek zurückgetreten ist 4 793. — Anmeldung und Widerspruchprozeß für und gegen eine noch nicht erzeugte Nachkommenschaft 4 793. — Widerspruchsberechtigung des Konkursverwalters gegen eine Anmeldung im 3.-verfahren über die zur Konkursmasse gehörigen Grundstücke 2 2, 383; desgl. des ehemaligen Eigentümerhypothekars, der die Hypothek abgetreten hat 7 928; desgl.

des Pfändungsgläubigers 7 929; desgl. des Ersthebers, der zugleich Hypothekengläubiger ist 2 2, 383; desgl. eines Nachgläubigers, der nur die Legitimation der die Vorhypothek Beanspruchenden bestreitet 2 2, 383 f.; 3 2, 312; 4 793; 5 931 f.; 6 964; desgl. des Subhastanten gegen eine vom Ersteren übernommene Hypothek 2 2, 384. — akto legitimiert nur die am 3.-verfahren Beteiligten 6 964. — Widerspruch auf Grund persönlicher Ansprüche zwischen dem Liquidanten und dem Widersprechenden 4 794; 5 931, 933; 6 964; 7 926, 927. — Widerspruchserhebung in eigenem und zugleich in fremdem Namen 2 2, 383. — Wirksamkeit des Widerspruchs zugleich für einen anderen Berechtigten? 7 925, 926 f. — Inhalt des Widerspruchs 7 927. — Widerspruch glaubhaft zu machen? 2 2, 383. — Klagerhebung durch den Gegner des Widersprechenden 4 794; 5 932. — rechtliche Natur der Widerspruchsklage nach § 878 ZPO. 7 928 (vgl. Verteilungsverfahren). — Passivlegitimation für die Widerspruchsklage 3 2, 311. — keine Widerklage des Widerspruchsbeklagten auf eine andere Forderung als die vom Verteilungsstreit betroffene 3 2, 312. — Fristbeginn für die Widerspruchsklage im Falle der vorschriftswidrigen Nichtberücksichtigung eines Widerspruchs 5 932. — Einhaltung der Frist nur durch vorschriftsmäßige Klagerhebung 6 964. — Erhöhung des Anspruches eines Beteiligten im Widerspruchsprozesse 6 964. — Prüfung der Zuständigkeit 4 794. — Prüfung der den Ansprüchen zugrunde liegenden Vollstreckungstitel? 5 933. — Urteil des Prozeßgerichts: Auszahlungsvorfügung oder Anordnung der Anfertigung eines neuen Planes? 5 932. — Entscheidung nicht nur über d. Begründetheit d. Widerspruchs, sondern auch über die Nichtigkeit der Eventualverteilung 7 926. — keine gänzliche Aufhebung eines nur in einzelnen Teilen unrichtigen Teilungsplanes 4 794. — maßgebender Zeitpunkt für die Prüfung der Berechtigung des Widerspruchs, rückwirkende deklaratorische Kraft der Urteile 6 963; 7 926. — Folgen einer materiell-rechtlichen Gründen erfolgten rechtskräftigen Abweisung einer Widerspruchsklage 2 2, 383. — Abweisung der Klage bei mangelndem Rechte des Klägers ohne Rücksicht auf die Berechtigung des Beklagten 7 928. — Folgen der Unterlassung der Widerspruchserhebung oder der Veräumung der einmonatigen Frist für die Widerspruchsklage, Berechnungsanspruch 2 2, 384; 3 2, 312; 4 793; 5 933; 6 965; 7 926 f., 928 (vgl. Verteilungsverfahren). — Fortsetzung eines schon abhängigen Rechtsstreites trotz Unterlassung des Widerspruchs 6 965.

— kein Beschwerderecht gegen Ausführung des Verteilungsplanes im Falle der Unterlassung des Widerspruchs oder der rechtzeitigen Klagerhebung 2 2, 384. — Widerspruchseinlegung nur durch einen von mehreren Berechtigten, keine Wirkung zugunsten des nicht widersprechenden 2 2, 384; 6 966. — Schadenserkaufspflicht des unterlegenen Widerspruchsklägers? 6 963.

Ausführung d. Verteilungsplans. — Berechtigung, die Aussetzung der Planausführung zu beantragen 2 2, 384. — Verfügung über einen Betrag, den der Ersteher im Termin erst später zu zahlen verspricht 2 2, 384. — Auszahlung der Verteilungsquote für eine Höchstbetragshypothek; Zustimmung des Subhaftaten im Falle eines Eigentümerwechsels 2 2, 384. — Empfänger der Auszahlung bei Vollstreckung auf Grund eines auf Zahlung an einen Dritten gehenden Schuldtitels 4 794. — Entscheidung über d. Auszahlung des nach § 117 Abs. 2 BZG. hinterlegten Kaufgeldüberschusses 6 966. — Rechtsmittel des Ersteher's gegen eine unberechtigte Anweisung auf den Erlös 2 2, 384. — Übertragung der Forderung gegen den Ersteher auf den Pfandgläubiger, der die Überweisung zur Einziehung erwirkt hat 4 794. — Zinsanspruch des Hypothekgläubigers bei Übertragung der Forderung gegen den Ersteher 5 933. — Auszahlung einer vorgemerkten Hypothek 2 2, 385; 5 934. — Verfahren mit dem auf eine Sicherungshypothek treffenden Teil des Erlöses 5 934. — Hinterlegung bei bedingten Ansprüchen 4 794. — Ermittlung des für einen Rentenanspruch zu hinterlegenden Kapitals 3 2, 313. — Verteilung von Gesamtbelastungen (auch bei Belastung von Miteigentümern) 2 2, 385; 3 2, 291, 310; 4 784; 5 907; 6 966. — Unterlassung der Eventualverteilung 5 932; 6 966. — Übertragung der Forderung gegen den Ersteher im Falle der Erstzahlungspflicht 2 2, 385; 4 794 f.; 5 934; 7 929 (s. oben). — Übertragung, wenn ein Hypothekgläubiger Ersteher ist: Konfusion, Aufrechnung, Pfandrecht an der Hypothekforderung des Ersteher's 7 929. — Verfahren bei Ungewißheit über die Person des Berechtigten 2 2, 385; desgl., wenn der Hypothekenbrief nicht vorgelegt wird 4 795. — Unbrauchbarmachung von Hypothekenbriefen 2 2, 385; 5 935; Unterlassung der Unbrauchbarmachung 5 934 f. — Erzwingung der Briefvorlegung 6 966. — Vermerk der durch die Zw.Verst. eingetretenen Änderungen an Rechten auf den vorgelegten Urkunden bei Gesamthypotheken 2 2, 385. — Ermittlung eines unbekanntem Berechtigten bei der Höchstbetragshypothek 2 2, 382; bei bestehen bleibenden Rechten 3 2, 314;

Ermächtigung zum Aufgebotsverfahren 3 2, 314; 5 935.

Sicherungshypothek für die Forderung gegen den Ersteher. — nach Teilungs- Zw.-Verst. Hypothek auf einem Bruchteile des Grundstückes? 2 2, 385, 386; 3 2, 313. — Berechtigter der Eich.-Hyp. 2 2, 382; Miteintragung der Pfändung u. des Ranges der Pfandrechte? 7 930. — kein Gesamthypothekenverhältnis zwischen dem einem Gesamthypothetar geliebten Betrag u. der ihm zugewiesenen Eich.-Hyp. 2 2, 386. — Pfandrecht an der E.; Rangverhältnis 3 2, 313; 4 795; 7 930. — Fortbestehen einer Löschungsvermerkung für die E. 4 795. — die gerichtliche Übertragung nach §§ 118, 120, 125, 128 BZG. keine Zwangshypothek 5 935. — Eintragung von E. bei außergerichtlicher Einigung über die Verteilung 2 2, 387. — Rang der E. für Nebenansprüche 7 930.

Außergerichtliches Verteilungsverfahren. — Allgemeines 6 967. — gerichtliche Übertragung der Forderung gegen den Ersteher u. amtliches Erfuchen um Eintragung von Sicherungshypotheken 2 2, 387; 5 935 f. — Gebührenbewertung 5 935 (Bayern); 6 967 (Baden).

Grundbuchberichtigung. — Bezeichnung der zu löschenden Rechte im Erfuchen des Vollstreckungsgerichtes 2 2, 386. — Löschung der zur Hebung gekommenen Gesamthypothek auf den nicht versteigerten Grundstücken 2 2, 386; 5 935; 6 967. — Beschwerde gegen den Beschluß des Vollstreckungsgerichtes über die zu löschenden Rechte 2 2, 386. — Löschung eines im geringsten Gebot enthaltenen, aber weggefallenen Rechtes 3 2, 313. — Löschung der vor dem Zuschlage von dem Subhaftaten bestellten, aber erst nachher u. ohne Kenntnis von ihm eingetragenen Hypotheken 3 2, 307 f. — Löschung der von dem Vollstreckungsschuldner auf dem von ihm eingestempelten Grundstücke nach dem Zuschlag bestellten Hypotheken? 6 966. — Borrüden der Nachhypotheken infolge Löschung der Vorhypotheken 4 795. — Nachholung eines übersehenen Löschungsersuchens 2 2, 386; 3 2, 314. — nachträgliche Berichtigung eines Ersuchens 3 2, 313; desgl. eines durch das Vollstreckungsgericht veranlaßten Eintrags 7 930. — Ersuchen um Wiedereintragung eines zu Unrecht gelöschten Rechtes 2 2, 386. — Briefbeschaffung bei Löschungen 5 935; 6 967. — Ersuchen um Eintragung eines Rechtes für mehrere; Angabe des Gemeinschafts- oder Anteilverhältnisses 2 2, 386. — Nachprüfungsrecht des Grundbuchbeamten 2 2, 380; 386, 3 2, 314. — Löschung des Konkursvermerkes 3 2, 314;

(Zwangsvorsteigerung)

7 930. (vgl. Konkursbeendigung). — Grundbuchberichtigung bei Ausnahme einer streitigen Fläche von der Vorsteigerung 2 2, 379. — Neueintragung des Schuldners, dem der Zuschlag erteilt ist 6 958, 967. — Form der Eintragung des Erstehers 2 2, 386 (Preußen). — Angabe des Tags; des Zuschlagsbeschlusses 7 930. — Eintragung des Gemeinschuldners als Eigentümer bei Einsteigerung durch den Konkursverwalter 6 941. — Nachweis der Zahlung der Immobilienabgabe 2 2, 387. — Gebührenbewertung der Eintragung des Erstehers 3 2, 314 (Preußen). — Form der Eintragung einer Sicherungshypothek bei bestrittener u. deshalb bedingter Berechtigung 3 2, 314. — Berücksichtigung einer Vereinbarung über das Bestehenbleiben eines Rechtes im Berichtigungsersuchen des Vollstreckungsgerichtes 3 2, 308; 4 795. — Entgegennahme von Eintragungsbewilligungen des Erstehers durch das Vollstreckungsgericht 5 935. — Grundbuchberichtigung bez. der bedingt eingetragenen Sicherungshypothek im Falle der Erledigung des die bedingte Eintragung veranlassenden Widerspruchs 6 949. — Vollzug von Eintragungsbewilligungen des Erstehers 2 2, 386; 6 966 f. — Verfahren des Grundbuchamtes gegenüber der frühesten Eintragungsanträgen 3 2, 313; 4 795; 6 966. — Beschwerderecht gegenüber dem Grundbuchamt 2 2, 386; 3 2, 314; 4 774, 775.

Zwangsvollstreckung gegen den Ersteher. — besondere Klagestellung gegen den Ersteher 2 2, 387. — Rechte des mit Sicherungshypothek versehenen, bei der Wiedervorsteigerung ausfallenden Gläubigers gegen den früheren E. 2 2, 387. — Erteilung der vollstreckbaren Ausfertigung 7 931. — Erteilung u. Fassung der Vollstreckungsklausel bei bestrittenem Recht auf die Sicherungshypothek 4 794; 6 967. — örtliche Zuständigkeit für die Vollstreckungsklage gegen den Zuschlagsbeschluss 7 931. — Antrag auf Wiedervorsteigerung; Antragsberechtigung des einzelnen Miterben 7 931.

Übertragung von Amtshandlungen des Vollstreckungsgerichtes auf andere Behörden. — Allgemeines 4 799. — Stellung des Notars 4 800. — Ablehnung des Notars 7 942. — Befugnisse des Notars in Beziehung auf Einstellung, Fortsetzung, einstweilige Einstellung, Aufhebung des Verfahrens, Verjagung des Zuschlags 4 799; 6 945, 947. — Ernennung von Zustellungsvertretern 4 800. — Anrufung d. Gerichts; Einfluß auf den Fortgang des Verfahrens 2 2, 395; Entscheidungen i. S. des § 13 Abs. 2 Z. 3. 4 799; in Kostenfragen

6 972. — Belastung des Notars mit Gebühren; Beschwerderecht dagegen 2 2, 395; 4 800. — Behandlung der Kosten des Notars 3 2, 310 (Erf. = Notr.); 5 942; 6 972. — Gebühren des bayerischen Notars 4 799; 5 942. — Befugnisse des württembergischen Kommissars zur Einstellung des Verfahrens 3 2, 306. — Befugnisse badischer Notare zur Annahme von Geldern 4 799. — Obliegenheiten des bayerischen Notars im Gegenfalle zu dem früheren Recht 6 972. — Beschwerderecht des um Grundbuchberichtigung ersuchenden Notars (Erf. = Notr.) 3 2, 314.

R o f e n. — Behandlung der verschiedenen R.-Arten 2 2, 364; 6 940. — persönliche Haftung des Eigentümers für die Kosten der Zwangsvollstreckung 3 2, 293; 5 904. — Haftung des betreibenden Gläubigers gegenüber dem Staate 4 784. — R. des Zuschlages, Haftung des Erstehers, Notariatsgebühren (Bayern), Verjagung u. deren Unterbrechung 5 919; 6 953. — Haftung des Meistgebotszedenten? 6 953. — Berechnung der Gebühr für den Zuschlagsbeschluss 4 785; 6 952. — Anspruch auf Schätzung des Grundstückes 6 945. — Berechnung der Gebühren u. Stempel bei getrennter Vorsteigerung der mit einer Gesamthypothek belasteten Grundstücke (preuß. R.) 5 916. — Beschwerde wegen Nichtaufnahme von Gerichtskosten in den Teilungsplan 2 2, 382. — letzte Instanz in Kostenbeschwerdesachen 2 2, 382; 6 961 f. (Preußen). — R. im Falle der Zurückziehung des Antrags auf 3. 7 902. — Aufbürdung der durch unbegründeten Widerspruch gegen die Ansetzung eines Gebots entstandenen R. 7 915. — Honorar des Zwangsverwalters 2 2, 382. — R. des Notars 3 2, 310. (vgl. oben Übertragung von Amtshandlungen). — kein Anspruch der Konkursmasse des Schuldners auf Ersatz aus dem Erlöse für R. u. Zinsen, die der Konkursverwalter zur Abfindung des I. Hypothekengläubigers bezahlt hat 3 2, 310. — Ersatzanspruch des Gläubigers für von ihm zur Abwendung der Zw. Verst. bezahlte Zinsen u. Kosten 6 963. — Gebührenfreiheit eines die Zw. Verst. betreibenden Kirchenfonds? 4 792; eines badischen Kirchenbaufonds? 7 925. — Gebühren in der Zw. Verst. u. Zwangsverwaltung in Bayern 4 799; 5 942. — Solidarhaftung mehrerer betreibender Gläubiger 6 972. — Gegenstandswert bei der Beschwerde 7 922. — (s. auch 3. unter „die aus dem Grundstücke zu befreienden Rechte“ und unter „Übertragung von Amtshandlungen des Vollstreckungsgerichtes auf andere Behörden“).

B e s c h w e r d e — nur gegen „Entscheidungen“, nicht gegen Verfügungen auf einseitigen Antrag 7 922. — wegen Ver-

jagung des Zuschlages § 2, 309. — Beseitigung eines unangefochten gebliebenen Zuschlagsbeschlusses auf Grund des § 826 B.G.B. 4 789. — Klage trotz Abweisung der B. 5 923. — B. wegen Ablehnung des Antrages, die Zw.Verst. nicht auf das Zubehör auszubehnen 2 2, 381. — B. gegen die Feststellung des geringsten Gebotes, gegen den über eine solche B. sachlich entscheidenden Beschluß des Landgerichts § 2, 309. — gegen den Beschluß, der ohne Gehör der Parteien die Anordnung der Zw.Verst. aufhebt § 2, 309. — wegen Ablehnung einer nach § 25 B.G.B. beantragten Sicherungsmaßregel § 2, 297. — gegen die vom Vollstreckungsrichter nach §§ 771 Abs. 3, 769 Abs. 2 B.P.O. in Vertretung d. Prozeßrichters beschlossene Zurückweisung des Antrages auf einseitige Einstellung des Verfahrens hinsichtlich des Zubehörs 4 790. — wegen Einstellung des Verfahrens nach Schluß der Versteigerung 7 916. — wegen Ablehnung der Verbindung mehrerer Zw.Verst.-verfahren 6 960. — gegen den Verbindungsbeschluß § 2, 303. — gegen die Entscheidung über Anträge, Einwendungen u. Erinnerungen betreffend Maßregeln des Vollstreckungsgerichtes § 6 990. — sofortige Beschwerde ohne solche Erinnerungen 5 933. — wegen Unterlassung von Einzelansgeboten § 6 953. — B. des Zustellungsbevollmächtigten gegen Nichterteilung der Zw.Verst. § 6 938. — gegen die Anordnung der Zw.Verst. 2 2, 364; 5 928; 7 898 f. — wegen unrichtiger Erteilung des Zuschlages 7 915. — wegen Nichtaufnahme einer angemeldeten öffentlich-rechtlichen Last in den Teilungsplan 4 782. — wegen Ablehnung des Antrages auf Änderung von Versteigerungsbedingungen, z. B. auf Vertagung der Verkündung des Zuschlagsbeschlusses 5 920. — wegen Fortführung des Verfahrens trotz Enteignung eines Teiles des Grundstückes § 2, 297; 4 791. — B.-Recht des Vollstreckungsgerichtes 2 2, 363, 386, 444, 469; 3 2, 168, 314; 4 774, 775; 7 931, 974. — desgl. e. nicht eingetragenen Miteigentümers 5 903. — B.-Recht des Erststehers, der zugleich Beteiligter ist 5 920; desgl. der im Grundbuch allgemein ohne Namensnennung eingetragenen Nachbarn § 2, 309. — des Hypothekgläubigers gegen die Verjagung des Zuschlages § 2, 309. — Aufforderung zur Gegenerklärung gibt kein B.-Recht § 2, 309. — kein B.-Recht des Gemeinschuldners gegen den Zuschlag nicht aus der Masse freigegebener Grundstücke 7 922. — B.-Frist 2 2, 363; 5 903, 920; 6 955. — Anwendbarkeit der Bestimmungen der B.P.O. 4 790. — Wirkung der B.-Einlegung zugunsten Dritter 5 929. — keine Beseitigung einer prozeßualen Veräumnis durch Einlegung der

Beschwerde § 2, 309. — besonderer B.-Antrag entbehrlich 2 2, 381. — Entscheidung des B.-Gerichts in der Sache selbst 2 2, 381. — Berücksichtigung eines Verstoßes gegen § 83 Biff. 7 B.G.B.; auch wenn die B. nicht hierauf gerichtet ist § 6 960. — Zustellung des den Zuschlag erteilenden beschwerdegerichtlichen Beschlusses an die unbekanntem Erben des Erststehers 2 2, 363. — vgl. auch Beschwerde i. d. freim. Gerichtsbarkeit.

Weitere Beschwerde 5 928, 929; 4 791.

Wichtigkeitsbeschwerde 5 903. — Gegenstandswert 7 922. — s. auch 3. unter Verteilungsverfahren.

Einfluß auf Miete und Pacht. — bei Zw.Verst. auf Betreiben des Konkursverwalters § 2, 303. — bei der Teilungs-Zw.Verst. § 2, 304. — § 57 B.G.B. u. § 571 B.G.B. § 1, 238; 4 184. — Rechtsstellung des Mieters u. Pächters zum Erststeh. Räumigungsrecht des Erststehers 2 2, 374; 7 911. — Wirkung der Mietüberlassung 2 2, 374; „Überlassung“ i. S. des § 571 B.G.B. § 6 952. — Überlassung nach der Beschlagnahme § 2, 303. — Wirkung teilweiser Überlassung § 2, 303. — die auf den Erststeh. übergehenden Rechte 5 918. — Aufrechnung des Pächters gegen die Pachtzinsforderung des Erststehers 7 912. — Voraussetzungen über Mietzinsen 2 2, 374; 3 2, 303; 6 952; 7 911 f., 919. — Pfändung u. Überweisung von Mietzinsen § 2, 303; 4 783; 5 919; 6 951 f. — Einfluß neuer Mietverträge zwischen Erststeh. u. Mieter auf die Mietzinspfändungen § 6 951, 7 912. — Wirkung der Zwangsverwaltungsbeschlagnahme § 2, 303; 4 783. — Klage d. Hypothekgläubigers gegen den Mietzinsessionar auf d. Feststellung, daß d. künftige Erststeh. vom Zuschlag an die Mietzinsen erwirbt § 6 952. — Schadensersatzansprüche des Mieters 4 784; 5 141, 217, 918 f.; desgl. d. Untermieters § 6 951. — Einfluß auf die Vermietung einer möblierten Wohnung mit Beköpfungspflicht 4 784. — Räumungspflicht wegen Nichtigkeit des Mietvertrages § 6 952. — Übergangsrecht 2 2, 374. — vgl. Miete.

Verpflichtung zur Benachrichtigung des persönl. Schuldners von der Zwangsversteigerung 2 1, 597 f.; 3 1, 450; 4 358; 5 435; 924; 6 947. — keine Verpflichtung gegenüber dem Bürgen § 6 426; 7 906. (s. Bürgerschaft). — desgl. nicht bei Garantie für die Bonität 7 453. — Voraussetzungen des Anspruchs auf Schadensersatz wegen Unterlassung der Benachrichtigung § 6 956.

Zwangsversteigerung zur Aufhebung einer Gemeinschaft — e. Akt d. streitigen Gerichtsbarkeit 7 937. — Ausschluß des Anspruchs auf Aufhebung

(Zwangsversteigerung)
 der Gemeinschaft 2 2, 392 f.; 4 798; 6 970;
 wegen Möglichkeit der Naturalabteilung 5
 940. — Eintragung eines Veräußerungs-
 u. Belastungsverbots auf Grund ein-
 stweiliger Verfügungen während d. ZwVerst
 3 2, 319. — Klage auf Einwilligung in
 die Aufheb. der G. durch ZwVerst. 2 2,
 392. — Art der Gemeinschaft 6 970;
 7 937 938, 939. — Gegenstand der
 Teilungsversteigerung (Grundstücksbruch-
 teile, Zubehör, Veräußerung e. Anteils
 während d. Verfahrens, Verfügungen über
 das ganze Grundstück) 7 937. — Antrags-
 berechtigung d. Erbversteigeruntümers 5 940;
 6 970. — Teilungs-ZwVerst. vor Übersrei-
 bung der in einem Erbauseinandersetzungs-
 vertrag zugewiesenen Anteile im Grund-
 buch 2 2, 392. — Antragstellung des Gläu-
 bigers, der den Anteil eines Miteigen-
 tümers hat pfänden u. sich überweisen
 lassen 4 798; 7 938 ff. — Teilungs-ZwVerst.
 von Parzellen, z. B. unabhgeteilter Hof-
 räume 2 2, 393. — Teilungsversteigerung
 bei einer Gesellschaft 7 939, 940. — vor-
 mundschaftsgerichtliche Genehmigung zur
 Antragstellung? 2 2, 393. — Zurücknahme
 der obervormundschaftlichen Geneh-
 migung 4 798. — Antrag der Ehe-
 frau ohne Zustimmung des an d. Gemein-
 schaft beteiligten Mannes? 2 2, 392. —
 Teilungsversteigerung auf Betreiben des
 Mannes; Stellung der Frau 7 938. —
 Beziehung d. Ehemannes bei Beteiligung
 der Frau 2 2, 393. — Teilungsversteigerung
 auf Betreiben eines Ansetzungsllägers
 7 938. — Antragsberechtigung auf Grund
 Pfändung des Anteils? Überweisung des
 Auseinandersetzungsanspruchs 6 970 f.;
 7 938, 939, 940. — Antragsverfordernisse
 6 970, 971. — Voraussetzungen der An-
 ordnung 7 939 f. — Ablehnung der Ver-
 steigerung bei Widerspruch eines Be-
 teiligten und mangelndem Nachweise
 für das Bestehen einer Gemeinschaft 2 2,
 392; 6 970. — Widerspruch wegen
 Mleineigentums 3 2, 319. — Geltend-
 machung des Widerspruchs der Miteigen-
 tümer, des Widerspruchs Dritter 7 937. —
 Widerspruchsberechtigung des Auerben
 6 971; 7 939. — Wiederaufhebung eines
 die Versteigerung zur Aufhebung einer
 Lebensgemeinschaft anordnenden Beschlus-
 ses; Rechtsmittel 3 2, 309. — Einstellung
 auf Antrag d. Testamentvollstreckers 2 2,
 393. — Recht d. Gläubigers auf Erteilung
 e. Erbscheines 3 2, 558. — Mängelgewähr-
 leistung ausgeschlossen 2 2, 393. — so-
 fortige Beschwerde 2 2, 393; 3 2,
 559; 5 905; 6 970; 7 937, 939. — Be-
 schwerderecht der Nacherben 3 2, 309. —
 Beschränkung der Beschwerde nach § 95
 ZW.G. 6 970. — Einstellung d. Verfahrens
 durch einstweilige Verfügung 7 937. —

Anwendbarkeit des § 2 ZW.G. 2 2, 392;
 des § 26 ZW.G. 7 937. — geringstes
 Gebot 2 2, 393; 3 2, 319; 4 798; 5 941;
 6 971, 7 940 f.; bei Beitritt eines weiteren
 Teilhabers zur Versteigerung 2 2, 394;
 7 940 — Verletzung der Vorschriften
 über die Versteigerungsbedingungen;
 Ansetzung nur mit dem Zuschlag
 7 939. — Löschung der Hypotheken
 als Versteigerungsbedingung 4 798. —
 kein Mietkündigungsrecht des Ersteherz
 3 2, 304. — Vertagung des Zuschlages
 5 925. — rechtserzeugende Wirkung
 des Zuschlages unabhängig vom Rechte der
 Miteigentümer 7 939. — Beitritt nach
 § 27 ZW.G. 5 941; 6 971; 7 937. —
 Beitritt zu einer von einem Gläubiger
 betriebenen ZwVerst. mit dem Antrag
 auf Beschlagnahme zur Aufhebung der
 Gemeinschaft 5 941. — Zusamment-
 reffen mit anderen Versteigerungs-
 arten 7 937. — Forderung einer
 Bietungssicherheit 5 940; 7 941. — Über-
 schußverteilung 4 798; 7 937. — Über-
 tragung der Forderung gegen den Ersteher,
 Sicherungshypothek 7 937 f. — Zwangs-
 vollstreckung gegen den Ersteher 7 938.
 — Gegenstandswert, wenn ein Zu-
 schlag nicht erfolgt 7 938. — Über-
 gangerecht; Gemeinschaft von Erben
 nach Bruchteilen 2 2, 392; Miteigentum
 nach Bruchteilen nach bad. R. 4 797;
 5 940; Erbengemeinschaft mit Nus-
 nießungsrecht der Mutter nach Frank-
 furter R. 4 798.

Zwangsversteigerung eines
 Nachlassgrundstückes (vgl. Mit-
 erben). — Antragsrecht d. Nachlass-
 pflegers 2 2, 392. — Widerruf des
 Versteigerungsantrages des Testaments-
 vollstreckers 4 777. — Anwendbar-
 keit des § 2 ZW.G. 2 2, 362, 392. — Ab-
 führung der Frist des § 43 Abs. 1 ZW.G.
 4 778. — Anspruch des nach § 175 ZW.G.
 vorgehenden Erben auf Aufschub der Erb-
 auseinandersetzung 3 2, 319. — Anspruch
 auf den Erlösüberschuß bei der von einem
 Nachlassgläubiger betriebenen Z. im Falle
 nachträglicher Eröffnung des Nachlass-
 konkurses 4 797.

Zwangsversteigerung u. ver-
 waltung auf Antrag des Kon-
 kursverwalters. — Anwendbarkeit
 des § 2 ZW.G. 2 2, 362; des § 18 ZW.G.
 2 2, 365. — Stellung d. Konkursverwalters
 3 2, 298. — Veräußerung von Zubehör
 durch den Konkursverwalter 3 2, 296. —
 geringstes Gebot 3 2, 298; 7 936 f. —
 Doppelausgebot auf Verlangen eines
 absonderungsberechtigten u. zugleich per-
 sönlichen Gläubigers 3 2, 318 f.; 4 797. —
 Vollstreckungsklausel gegen den Konkurs-
 verwalter 4 797. — ZwVersteigerung
 oder Zwangsverwaltung nach erfolg-

reicher Anfechtung im Konkurs 4 774. — der Konkursverwalter als Ersteher 6 941. — der Masse gebührende Miet- oder Pachtzinsen 4 796. — keine Löschung des Konkursbemerks im Grundbuch auf Ersuchen des Vollstreckungsbeamten 3 2, 314.

Zwangsvorsteigerung von Schiffen im Wege der Zwangsvollstreckung vgl. Seerecht, Schiffsgläubiger, Strandungsordnung. — Vollstreckungstitel 2 2, 391. — Anordnung der Zwangsvorsteigerung; Rechtsmittel dagegen 2 2, 391. — Zuständigkeit 3 2, 294. — keine Zwangsvollstreckung in einen Schiffbruchteil 7 936. — Zwangsvorsteigerung herrenloser Schiffe 2 2, 391. — von Schiffen, die Zubehör einer Hauptsache sind 5 940. — Schuldner i. S. des § 164 ZPO. 5 940. — Befriedigung eines Gläubigers wegen einer durch gesetzliches Pfandrecht am Schiff gesicherten Forderung 3 2, 318. — Erstreckung der Zwangsvorsteigerung auf das Schiffszubehör 3 2, 295. — das Pfandrecht am Schiffe zur Sicherung der Forderung gegen den Ersteher, kein Klagerrecht der Gläubiger gegen den Ersteher, Sicherung der Gläubiger im Falle der Veräußerung des Schiffes an einen Ausländer 3 2, 318. — Bewachungskosten 3 2, 318; 6 970. — Geltendmachung des Schiffsgläubigerrechts der §§ 734 HGB., 92 BinnenschW. 7 936. — Verkauf eines Wracks durch den Staat nach § 25 StrandO. 7 936.

Zwangsvorsteigerungsbemerk Zwangsvorsteigerung unter Anordnung der Zwangsvorsteigerung. — Löschung des Bemerk: Benachrichtigung hiervon 2 2, 368.

Zwangsverwaltung vgl. Zwangsvorsteigerung unter ZwVorst. auf Antrag des Konkursverwalters.

Anordnung der Zwangsverwaltung. — Anordnung durch einstweilige Verfügung 1 1, 686; 2 1, 591; 2 2, 387, 388; 3 1, 444; 3 2, 315; 4 795; 7 931, 932. — Beginn der auf Grund einer Unterwerfungsurkunde nach § 794 Ziff. 5 ZPO. betriebenen ZwVerm. 7 932. — A. und Wirkung der ZwVerm. bei Bestehen eines Nießbrauchs oder einer Antichrese 1 1, 648; 2 2, 387; 3 2, 316; 4 796; 5 936 ff.; 6 967 f.; 7 933. — Eigentümergebrauch 6 968. — Recht der Hypothekgläubiger auf Gutsfrüchte vor der Beschlagnahme 2 2, 387. — A. wegen Gefährdung eines Hypothekgläubigers trotz Konkursöffnung 4 795. — Befriedigung des Käufers, dem übergeben, aber nicht aufgelassen ist, wegen seiner Verwendungen im Wege der ZwVerm. 6 940. — ZwVerm.-recht der preussischen Landesherrschaften 2 2, 388;

7 935. — ZwVerm. auf Betreiben der preussischen Anfechtungskommission nicht nur für Rentenbankrenten, sondern auch für feststehende Renten u. Darlehnszinsen 7 932.

Beschlagnahme zur Zwangsverwaltung. — Wirksamkeit bez. des Zubehörs 2 2, 388; 6 968. — Anspruch auf Zurückschaffung des Zubehörs 7 935; bezgl. bez. der Erzeugnisse 2 2, 388; 4 793; 6 968 f.; 7 934. — Blumen in Töpfen auf einem Gärtnergrundstück 4 796. — Einfluß auf das auf dem Grundstücke betriebene wirtschaftliche Unternehmen 5 938. — Einfluß auf das Mietzinsbezugsrecht; Pfändung von Mietzinsen nach der V. 3 2, 315; 4 795 f.; 5 938; 7 934. — Wirksamkeit einer gültigen Pfändung gegenüber d. ZwVerm.-sberechtigten u. d. Ersteher 6 968; 7 933 f. — Die ZwVerm. d. Mittel d. Hypothekgläubigers zur Geltendmachung seines Absonderungsrechtes an den Mieten im Konkurs 4 796. — Rechte der Konkursmasse an den Mietzinsen 4 796; 6 969. — Wirksamkeit gegenüber dem Drittschuldner (Mieter) 2 2, 388; 3 2, 315; 4 796. — Abschluß von Mietverträgen durch den Eigentümer nach Anordnung d. Z.; strafrechtliche Würdigung 7 933. — Wirksamkeit gegenüber d. Ersteher in der Z. bez. der Mietzinsen 4 783 f.; 5 936; 6 952, 969. — Anspruch auf die Mietzinsen, die angefallen sind zwischen der im Beschwerdeverfahren erfolgten Aufhebung u. der dann neu angeordneten V. 2 2, 389. — Wirkung auf die Verfügung über Mietzinsen 2 2, 388; 4 796; 5 937; 7 439, 933. — Wahrung der Rechte des Zessionars gegen die Einbeziehung seiner Zinsen in den Verteilungsplan 5 938. — nur relative Wirksamkeit der Beschlagnahme 6 937. — Wohnrecht des Schuldners 3 2, 315. — Räumung der Wohnung wegen Verschuldens eines Familiengliedes des Schuldners 2 2, 388.

Eintragung ins Grundbuch. — keine Ablehnung der E. wegen sachlicher, aus dem Grundbuche sich ergebender Mängel 6 968. — Beschwerde des betreibenden Gläubigers wegen Ablehnung der E. 6 968; bezgl. des Vollstreckungsgerichts 7 931. — gebindert durch mangelnde E. des Anteilsverhältnisses im Falle der Anordnung für einen Anteil 6 1041.

Einstweilige Einstellung 5 939. — Einfluß einer Einstellung der Vollstreckung nach § 769 ZPO. auf die Tätigkeit des Zwangsverwalters 7 936.

Aufhebung. — deren Wirkung auf Rechtsgeschäfte des Schuldners nach der Beschlagnahme 5 937. — Fortdauer der ZwVerm. trotz Zuschlages in d. Zwangsvorsteigerung? 2 2, 390, 391; 4 797; 5 936. —

(Zwangsverwaltung)

A. wegen Versäumung einer zur Voranschußzahlung gesetzten Frist? 2 2, 391. — weil das Grundstück im Besitz eines nicht zur Herausgabe bereiten Dritten sich befindet? 3 2, 318. — Fortführung der noch nicht abgewickelten Angelegenheiten u. Prozesse nach Beendigung der ZwVerv. 2 2, 390 f.; 3 2, 316 ff.; 4 797; 5 940; 6 969.

Zwangsverwalter. — Bestellung des Eigentümers zum Zwangsverwalter 2 2, 388. — Vergütung; Zeit der Festsetzung 6 969. — keine Haftung d. Staates für die Vergütung 2 2, 389. — Rückgabe der vom Verwalter geleisteten Sicherheit 5 939. — Aufnahme der Gebühren des Verwalters in den Teilungsplan des Zwangsversteigerungsverfahrens 5 903. — Geltendmachung des Anspruchs auf Vergütung u. Ersatz der Auslagen 7 935. — Besitzverhältnisse an dem beschlagnahmten Grundstücke vor u. nach der Besitzergreifung durch den Verwalter 2 2, 388; 5 938. — Streitigkeiten zwischen dem Konkurs- u. dem Zwangsverwalter des nämlichen Schuldners über die Zugehörigkeit von Gegenständen zu einer der beiden Massen 6 969 (vgl. Konkursmasse). — Rechtsstellung des Mieters und Pächters zum Zwangsverwalter 2 2, 388, 389; 3 2, 303; 4 796. — Einziehung der Mietzinsen 7 933. — rechtl. Stellung des Zwangsverwalters im Verhältnis zum Schuldner; Fortführung anhängiger Prozesse durch den einen von ihnen als Rechtsnachfolger des anderen? 2 2, 390, 391; 3 2, 315 ff.; 4 797; 5 940; 6 969. — gesetzlicher Vertreter des Eigentümers u. Hilfsperson i. S. des § 278 BGB. 2 1, 191; 3 1, 135. — Umstellung der Vollstreckungsklausel auf den Verwalter 6 969 (vgl. Vollstreckungsklausel). — Verbindlichkeit d. Rechtsgeschäfte des Verwalters für den Schuldner 2 2, 389. — Ablehnung der Erfüllung der vom Schuldner abgeschlossenen Rechtsgeschäfte 2 2, 388 f.; 3 2, 303; 4 796. — Fortdauer der Dienstverträge 2 2, 389. — Klage des Verwalters gegen unzulässige Verfügung über den Mietzins 2 2, 388. — Befugnis des Verwalters zur Anfechtung von Rechtshandlungen 4 796; 5 940. — Aufgabe des Verwalters bei bestehendem Nießbrauch 2 2, 387; 3 2, 316; 4 796; 5 937, 939; 7 933. — Art der Ausnutzung des Grundstückes; Gewerbebetrieb; Fortführung eines unfertigen Baues 2 2, 389; 3 2, 316. — keine Einmündungen gegen den Zwangsverwalter aus der Person des betreibenden Gläubigers 2 2, 389. — der Zwangsverwalter als Vertreter gegenüber der Polizei; Ausübung einer Konzeption 2 2, 389; 3 2, 316. — Verpflichtung zur oberbannmäßigen Strafreinigung

5 938. — der Verwalter nicht Betriebsbeamter i. S. der Unfallversicherung 7 934. — Verpflichtung zur Rechnungslegung 2 2, 389, 390; 7 933. — Pflicht zur Erhaltung des Grundstückes in seinem wirtschaftlichen Bestand 7 932. — Verschuldung eines Ausfallers durch schlechte Verwaltung 5 938. — kein Anspruch des Verwalters auf Erteilung der Entlastung 3 2, 316. — Haftung des Zwangsverwalters aus in dieser Eigenschaft gemachten Bestellungen 6 969; 7 934 f. — keine Verpflichtung, statt eines anderen Antrag nach § 37 Ziff. 5 ZVG. zu stellen 3 2, 298, 316.

Verwendung der Nutzungen. — Zahlung auf laufende Ansprüche; Einfluß des Ranges in der Fälligkeit 3 2, 316, 317; 4 797. — Berücksichtigung der betreibenden Gläubiger 2 2, 390. — Berücksichtigung des gleichzeitig anhängigen Zwangsversteigerungsverfahrens 2 2, 390. — Zinsen aus e. gepfändeten Eigentümershypothek 4 793. — von Amts wegen zu ermittelnde u. der Anmeldung bedürftige Ansprüche, öffentliche Lasten, die gleichzeitig zur Zwangsversteigerung angemeldet sind 2 2, 389 f. — Beschwerde gegen den Teilungsplan 3 2, 317; 7 935. — kein Teilungswiderpruch des Mietzinszessionars, sondern Klage nach § 771 ZPO. 5 938. — Erteilung der gerichtlichen Anweisungen zur Ausführung des Teilungsplanes 4 797. — Behandlung von Vorschüssen des Gläubigers an den Verwalter u. von unmittelbaren Auslagen des Gläubigers 2 2, 389. — Ansprüche des Gläubigers gegen den Schuldner für die Kosten einer unberechtigten fortgeführten Verwaltung 2 2, 389. — kein Absonderungsrecht des Hypothekgläubigers an dem für den Verwalter im Konkurse des Schuldners hinterlegten Überschuß der ZwVerv. 7 935. — Abführung des freien Restes der Z. an die Zwangsversteigerungsmasse? 3 2, 317. — außergerichtliche Befriedigung und Verteilung 2 2, 390; 5 939; 6 969. — Vereinbarung der Beteiligten über eine Abweichung von der Rangordnung des § 10 ZVG. 7 935.

Zusammentreffen mit Zwangsversteigerung 2 2, 390; 3 2, 317; 4 793, 797; 5 936; 6 968.

Zwangsvollstreckung im allgemeinen (vgl. Gerichtsvollzieher, Pfändungsprotokoll, Rechtskraftzeugnis, vollstreckbare Ausfertigung, vorläufige Vollstreckbarkeit, Vollstreckungsklausel, Vollstreckungsurteil, Vollstreckungstitel, Widerspruchsklage, unpfändbare Sachen, unpfändbare Forderungen, Zwangshypothek, Vollstreckungsgegenklage, Verteilungsverfahren). — Wesen der Z. (Zwangsverwaltung schuldnerischer Vermögensgegenstände) 3 2, 535; 4 724 (publizistisches Be-

sich oder Forderungsrecht); 5 844. — Wesen des Befriedigungsrechts 3 2, 292. — Aussetzung der Z. nach §§ 148, 149 ZPO. 1 3, 288; 5 857. — Z.-shandlung e. unzuständigen Gerichts vgl. Z. in Forderungen. — Wirkung von Z.-shandlungen seitens eines unzuständigen Gerichts 3 2, 561, 569; 5 869; 5 873 (Überweisung einer Forderung). — Zustellung der in der Z. ohne mündliche Verhandlung ergehenden Entscheidungen 5 852. — Anwendung des § 36 Ziff. 3 ZPO. bei Pfändung einer mehreren Schuldnern gemeinschaftlich zustehenden Forderung 5 869 (i. Gerichtsstand). — Haftung für ungerechtfertigte Z. vgl. unerlaubte Handlung, Schadensersatz, prozessuales Verschulden. — Ergänzungsklage auf Feststellung des Urteilsinhalts bei Zweifelshaftigkeit; Zuständigkeit nach § 767 ZPO. 3 2, 552; 6 872. — Einfluß der Gerichtsferien auf die Z.? 6 892. — Verzicht auf Z. 1 3, 240 (f. Scheinprozeß, Verzicht). — Z. trotz Verschrens, nicht vollstrecken zu lassen; actio doli und Klage nach § 767 ZPO. 1 3, 252. — vor Erlass des Vollstreckungsbefehls vereinbarter Verzicht 4 737. — nur zum Schein erwirkter Vollstreckungsbefehl 5 859. — Stundung der Urteilssumme 6 889 (f. unten D e.). — Vollstreckung trotz Stundung 3 1, 86. — Einwand e. im Ausland erfolgten Pfändung oder eines Arrestes gegenüber der Klage auf Zahlung 6 830. — Verzicht des Gläubigers oder Schuldners auf Vollstreckungsklausel 6 876. — Verzicht auf Beachtung der Frist des § 798 ZPO. 5 860; 6 895. — im voraus erklärter Verzicht auf Offenbarungseid (f. diesen) 5 864, 865. — Rangverhältnis zweier Gläubiger, wenn für den ersten mangels Einwilligung des Drittbefizers der Anspruch auf Herausgabe gepfändet wurde, während der zweite mit Einwilligung des Drittbefizers die Sachen selbst pfändet 4 741; 6 910, 911. — haben zwei gleichzeitig pfändende Gläubiger an der Pfandsache gleiche Anteile oder Anteil nach Verhältnis ihrer Forderungen 4 743 (f. Verteilungsverfahren). — Rangverhältnis mehrerer Pfändungsgläubiger bei Z. in Forderungen 3 2, 571. — Einwirkung der Vernichtung des Titels als unrechtmäßig ergangen auf die erfolgte Z. 6 908. — Haftung des Rechtsanwalts für verfrühte Z. 5 114. — Ablehnung e. Z. wegen Schikane 1 1, 137.

A. Zwangsvollstreckungsschuldner vgl. auch Zwangsvollstreckung in Forderungen.

a) Gegen eine Gesellschaft. — in das Gesellschaftsvermögen auf Grund eines Urteils gegen alle Gesellschafter, wenn die Urteilsforderung nicht mit dem Gesellschaftsverhältnis zusammenhängt 1

1, 422; 1 3, 243; 2 1, 434; 6 880. — Notwendigkeit eines einheitlichen Urteils gegen alle Gesellschafter? 3 2, 543, 549. — Pfändung des Anteils eines Handelsgesellschafters 1 3, 286. — Z. in den Auseinanderlegungsanteil eines Gesellschafters 2 1, 437. — Pfändung von Gesellschaftsforderungen 1 3, 286. — Urteil gegen den die Mitglieder vertretenden Geschäftsführer 4 728. — aus einem von einem Gesellschafter gegen die übrigen erwirkten Urteil 2 1, 434. — Urteil gegen die Gesellschaft 2 1, 436. — Z. in das Gesellschaftsvermögen nach Auflösung, aber vor Beendigung der Auseinanderlegung 2 1, 440.

b) Gegen ein derelinquiertes Grundstück (s. dieses). — Vollstreckungshandlung vor Bestellung des Vertreters 1 3, 258. — Stellung des Vertreters nach § 787 ZPO. gegenüber dem Vertreter nach § 58 ZPO. 1 3, 258.

c) Gegen Nießbraucher. — Verhältnis des § 738 ZPO. zu § 727 1 3, 243.

d) Gegen Eheleute bei gesellschaftlichem Güterstand, Errungenschafts- oder Fahrnisgemeinschaft; Duldungsklage (§§ 739, 742 ZPO.) vgl. Vollstreckungsklausel. — Grund der Duldungspflicht des Mannes 6 882. — rechtlicher Charakter der Klage gegen den Mann auf Duldung der Z. 1 2, 49; 1 3, 243, 244; 2 1, 621; 3 2, 544, 546; 4 382, 728; 5 468 f., 580; 6 880. — Duldungstitel für die Übergangszeit 6 881 (altrechtlicher Hypothekentitel). — selbständige Erhebung der Duldungsklage; Wirkung des Urteils gegen den anderen Gatten 1 3, 243, 244; 3 2, 544, 546. — Streitgegenstand bei der Duldungsklage 7 727. — Klage gegen den Mann vor der Klage gegen die Frau? 3 2, 544; 5 469. — Klage auf künftige Duldung nach § 257 ZPO. 3 2, 546. — Erhebung der getrennten Klage gegen den Mann im Urkundenprozeß 3 2, 546. — Verbindung der Duldungs- mit der Leistungsklage; notwendige Streitgenossenschaft? 1 3, 243, 244; 2 1, 621; 3 1, 476; 3 2, 544, 546 (2), 547; 4 728, 729; 5 469, 850; 6 464; 7 481. — Erhebung der verbundenen Klagen in den besonderen Verfahrenarten (Urkunden- und Wechselprozeß) 1 2, 47; 1 3, 244; 3 2, 546. — Duldungsklage bei Konkurs des Mannes 3 2, 257, 258. — Trennung der verbundenen Klagen durch das Gericht behufs zeugenschaftlicher Vernehmung des Mannes 3 2, 546. — Vorhandensein von eingebrachtem Gut Klagevoraussetzung? 3 2, 544. — Gerichtsstand 1 2, 47 (bei Begründung e. vom allgemeinen Gerichtsstand des Mannes abweichenden ausschließlichen Gerichtsstands d. Frau); 1 3, 22, 244

(Zwangsvollstreckung im allgemeinen)
 245; 3 2, 546; 7 733. — Behauptung daß d. Eheleute in e. der Güterstände des § 739 ZPD. leben u. daß die Verpfändung der Frau mit Genehmigung d. Mannes eingegangen wurde oder daß er dieser Genehmigung nicht bedürft habe, zur Klagebegründung gehörig 6 822. — Vernehmung des Ehemannes als Zeugen bei verbundener Leistungs- und Duldungsflagge 1 3, 244; 2 1, 621; 3 2, 546. — Einwendungen des Mannes aus dem Schuldverhältnis zwischen Gläubiger u. Frau 5 469. — Aufrechnung des Mannes mit eigenen Forderungen gegenüber der Duldungsflagge 4 380. — Duldungsflagge, wenn der Mann dem Rechtsgeschäft der Frau nicht zugestimmt hat 5 467, 469. — Duldungsflagge, wenn der Rechtsweg gegen die Frau ausgeschlossen ist? 3 1, 477; 3 2, 546. — nähere Spezifizierung der Klage u. des Urteils durch Bezeichnung der Gegenstände, in die die Z. gebudelt werden soll? 1 2, 49; 3 2, 545. — Verbindung e. Feststellungsflagge auf Gewährung der Vollstreckung in bestimmte, im Besitze des Mannes befindliche eingebrachte Sachen mit der Duldungsflagge 1 2, 49. — Duldungsflagge nötig bei Verurteilung der Eheleute als Gesamtschuldner? 1 2, 49; 1 3, 244; 4 728; 5 850; 6 464, 881. — Duldungsflagge bez. einer auf dem Eingebachten lastenden Hypothek, wenn beide Eheleute das Grundstück erworben haben oder wenn beide als Gesamtschuldner haften? 6 464. — Duldungsflagge nötig bei Verurteilung der Frau „im Beistand des Mannes“? 1 3, 244. — Duldungsflagge bei Zustimmung des Mannes zur Prozeßführung der Frau 5 469; 6 881; 7 481. — Klage auf Duldung im Falle des § 741 ZPD. (selbständiges Erwerbsgeschäft der Frau) 1 2, 49; 1 3, 246; 2 1, 621; 3 2, 546, 548; 4 382, 729, 730; 5 851; 6 882. — Vollstreckung in das Eingebachte ohne Verurteilung des Mannes nach § 739 ZPD., wenn er dem von der Frau geführten Prozeß zustimmt? 5 469; 7 481. — Duldungsflagge unnötig bei Zustimmung des Mannes zu e. Hypothekurkunde, in der die Frau sich der sofortigen Z. unterwirft? 4 737 (vgl. 6 881). — Duldungsflagge nötig, auch wenn sich die Rechtskraft des Urteils gegen den Mann erstreckt; keine entsprechende Anwendung der §§ 727, 730—732 ZPD.; unzulässigerweise in Anwendung der §§ 727, 730 ff. gegen den Mann erteilte Vollstreckungsklausel 7 855. — Pflicht des Mannes zur Anstellung e. vollstreckbaren Urkunde nach § 794 ZPD. 3 2, 544, 546; 4 729; 6 881. — Kostenhaftung des vorher nicht aufgeforderten Mannes bei sofortigem Anerkenntnis im

Prozeß (vgl. Prozeßkosten, § 93) 1 2, 49; 1 3, 50, 245; 2 1, 261; 3 1, 476; 3 2, 544, 545; 5 469, 766, 767; 6 769. — Kostenhaftung des Mannes bei vorherigem einfachen Anerkenntnis seiner Duldungspflicht, wenn Anstellung einer Urkunde nach § 794 ZPD. vorher nicht verlangt oder deren Anstellung verweigert wurde 1 3, 245; 3 2, 544, 546; 4 729; 5 469, 767, 850; 6 881. — Kostenpflicht, wenn der Mann sich vorher in e. Urkunde nach § 794 Ziff. 5 ZPD. der Z. unterworfen hatte 1 3, 246; 4 382; 5 459. — Kostenpflicht des Mannes, der auf Anfrage des Gläubigers, ob er die Z. dulde, nicht oder verneinend antwortet, oder zwar seine Bereitschaft erklärt, dann aber doch die Z. nicht duldet 6 881. — Kostenhaftung der Eheleute bei verbundenen Klagen nach Kopfteilen? (vgl. Prozeßkosten, § 100) 3 2, 547; 6 464, 880, 881; 7 856. — Haftung des Mannes für die Prozeßkosten der Frau als Gesamtschuldner nach §§ 1387 f. BGB. 6 880, 881. — Einfluß des nachträglich erwirkten Titels auf Duldung auf die erhobene Widerspruchsfähigkeit des Mannes 6 888 (s. Widerspruchsfähigkeit). — Duldungsflagge gegen den Mann nötig zur Erteilung der Vollstreckungsklausel aus e. Urkunde nach §§ 794 Ziff. 5, 800 ZPD. gegen verheiratete weibliche Miterben des verstorbenen Hypothekenschuldners? 6 895; 7 856. — Z. vor Zustellung der Titel gegen beide Eheleute 1 3, 244; 2 1, 622. — Z. ohne Titel gegen den Ehemann: Einwendungen des Mannes nach § 766 ZPD. oder Widerspruchsfähigkeit nach § 771 ZPD. 1 2, 49, 50; 1 3, 244, 250; 2 1, 621; 3 2, 545 (§ 766 u. § 771 bei Pfändung von in seinem Besitze befindlichen Gut; nur § 771 bei Pfändung von Sachen im Besitze der Frau); 3 2, 545 (Klage nach § 767 ZPD. s. unten E. u. Widerspruchsfähigkeit); 7 856. — Einwendung der Frau nach § 766, wenn die Verurteilung des Mannes zur Duldung fehlt? 1 2, 49; 1 3, 244; 3 2, 545 (s. unten E.). — Widerspruchsfähigkeit der Frau bei Verurteilung d. Ehegatten als Gesamtschuldner 5 850 (vgl. 1 2, 49; 1 3, 244; 4 728; 6 464). — Pfändung von im Gewahrsam des Mannes befindlichen Sachen nach Duldungsflagge 1 2, 49; 2 1, 621; 4 382; 6 899 (vgl. Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen). — Pfändung des Anspruchs der Frau auf Herausgabe der im Besitze des Mannes befindlichen Sachen nach Duldungsflagge 1 2, 49; 6 464. — Ersatzpflicht des Mannes von Rechtshängigkeit der Duldungsflagge ab für verwendete u. veräußerte Ausgaben des Eingebachten 1 2, 49. — Duldungsflagge auch für Gläubiger der Frau, denen nach § 1411 BGB. das „eingebrachte Gut“ haftet, nötig 1 2, 49. — Pfändung einer Forderung

der Frau auf Grund eines nur gegen die Frau gerichteten Titels; Nachweis der Eigenschaft als Vorbehaltsgut nötig? **3 2, 547.** — Entfernung des auf Grund einstweiliger Verfügung im Grundbuch vorgemerkten Anspruchs ohne Verurteilung des Mannes zur Duldung? **1 3, 245.** — Anwendung des § 739 **3 P.D.** auf Arrestvollzug in das eingebrachte Vermögen **4 729.** — dürfen in Bayern die Verwaltungsbehörden in den vollstreckbaren Ausstandsverzeichnis den Mann zur Duldung der **Z.** verurteilen? **1 3, 244.** — Pfändung ohne Duldungsflagge bei Zustimmung des Mannes **3 2, 546.** — Zulässigkeit einer gegen die Frau allein wegen Haftung des eingebrachten Gutes gerichteten Klage **1 3, 245.** — Auskunfts-pflicht des Mannes; Pflicht zur Leistung des Offenbarungseides **2 1, 621, 622; 3 2, 545; 4 582.** — Ehemann als Schuld-sukzessor im Falle des § 742 **3 P.D.** (Eintritt des gesetzlichen Güterstandes usw. nach Rechtshängigkeit des Prozesses der Frau): Unwendbarkeit des § 727 **3 P.D.** **1 3, 247.** — Beweis des gesetzlichen Güterstandes im Fall des § 742 **3 P.D.** nötig? **1 3, 247.** — Anwendung des § 742 **3 P.D.**, wenn der Eintritt des gesetzlichen Güterstandes erst nach rechtskräftiger Entscheidung des Rechtsstreits erfolgt **4 730.** — Anwendung des § 742 **3 P.D.**, wenn die Ehefrau Rechtsnachfolgerin der verurteilten Person ist? **4 730; 7 857.** — an Stelle der Rechtshängigkeit tritt im Falle des § 742 **3 P.D.** bei vollstreckbaren Urkunden der Zeitpunkt ihrer Errichtung **6 882.** — Pfändung von Früchten des eingebrachten Gutes **1 3, 286.** — Erzugenschaftsgesellschaft des württembergischen Rechts; **Z.** in d. Grundstückshälfte der Frau **3 2, 547.** — **Z.** nach Auseinanderlegung der Fahrmis-gemeinschaft in die der Frau überwiesenen Sachen auf Grund eines Urteils gegen den Mann? **6 882.** — Vertrag des Mannes als Angestellter mit dem Prinzipal, daß der Mann e. unpfändbares Gehalt, die Frau daneben als Entgelt für die Leistung des Mannes ein jährliches Fixum bekommt **7 480** (vgl. unpfändbare Forderungen, gute Sitten).

e) Gegen gütergemeinschaf-tliche Eheleute s. Gütergemein-schaft, Vollstreckungsklausel. — Fortdauer der Gütergemeinschaft zur Zeit der **Z.** **1 2, 57; 1 3, 246.** — bloße Verurteilung des Mannes zur Duldung der **Z.** **1 3, 245.** — bloße Unterwerfung des Mannes unter die **Z.**, wenn das Grundstück zum Gesamtgut gehört **1 3, 246.** — Vollstreckung gegen das im Besitz der Frau befindliche Gesamtgut auf Grund des Titels gegen den Mann? **1 2, 56; 1 3, 245, 246, 247; 2 1, 626; 3 1, 480; 3 2, 547; 4 384, 729; 5 851;**

6 882. — Vollstreckung gegen die im Grundbuch auf den Namen der Frau ein-getragenen Rechte auf Grund des Titels gegen den Mann **1 3, 245 (2); 4 729.** — **Z.** in die im Alleingewahrsam der Frau befindliche Gesamtgutsache auf Grund eines Titels gegen die Frau allein? **1 3, 247; 3 2, 547, 564.** — Vollstreckungsklausel gegen die Erben der Frau aus einem gegen den gütergemeinschaftlichen Mann ergangenen Urteil **1 3, 241, 247; 4 385** (s. Vollstreckungsklausel). — Vollstreckung e. Urteils gegen den gütergemeinschaftlichen Mann in das Gesamtgut nach dem Tode der Frau; Klage gegen die Erben der Frau auf Vollstreckungsklausel, auf Leistung, auf Duldung der **Z.** **4 730.** — vollstreckbare Ausfertigung für u. gegen den Mann, wenn die Frau allein wirksam für das Gesamtgut prozessiert hat **1 3, 247** (s. Vollstreckungsklausel). — Vollstreckungsklausel gegen die Frau aus e. gegen den Mann ergangenen Urteil nach Auflösung der Gütergemeinschaft **5 474.** — Urteil gegen den Mann auf Auflassung e. gütergemein-schaftlichen Grundstücks **3 2, 547.** — **Z.** in das Gesamtgut auf Grund e. Titels gegen die Frau allein; Widerspruchsklage n. Einwendungen (nach § 766 **3 P.D.**) des Mannes **1 3, 245; 3 2, 547.** — **Z.** nach Auseinanderlegung aus einem Titel gegen den Mann allein in die bei der Ausein-anderlegung der Frau zugeteilten Sachen; Umstellung der Vollstreckungsklausel gegen die Frau oder neue Klage? **3 2, 458; 4 385; 5 851; 6 469, 882.** — neue Klage gegen die Frau trotz Möglichkeit der **Z.** nach § 744 **3 P.D.** **5 767; 6 882** (Klage gegen die Frau auf Duldung der **Z.** im Fall des § 744 **3 P.D.**). — Feststellungs-klage gegen die Frau auf Duldung der **Z.** in das Gesamtgut **3 2, 547.** — Widerspruchsklage des weder zur Leistung noch zur Duldung verurteilten Gatten im Fall des § 743 **3 P.D.** arglistig, wenn er gegen die Klage auf Duldung nichts einwenden konnte? **6 882** (s. Widerspruchsklage). — kann der gütergemeinschaftliche Mann, dem bei der Auseinanderlegung nichts zufiel, Ab-weisung der Klage oder nur Verurteilung unter Vorbehalt d. Beschränkung d. Haf-tung erlangen? **6 890.** — Einfluß der nach-träglichen Erwirkung des Titels nach § 743 **3 P.D.** auf die **Z.** u. Widerspruchsklage **6 888.** — Zulässigkeit e. Klage gegen die Frau auf Duldung der **Z.**, wenn die **Z.** in das Gesamtgut aus tatsächlichen Gründen auf Schwierigkeiten stößt **7 857.**

f) Gegen den überlebenden Ehe-gatten bei fortgesetzter Güter-gemeinschaft vgl. Vollstreckungs-klausel. — Vorbehalt der beschränkten Haf-tung im Urteil und seine Wirkung **4 734.** Pflicht des Verurteilten zur Leistung des

Zwangsvollstreckung im allgemeinen)
 Offenbarungseides nicht sein ganzes Vermögen bei Nichtgeltendmachung des Vorbehalts **4** 734, 735. — Vorbehalt der beschränkten Haftung für eine vor der Auseinandersetzung nicht berechtigte Gesamtverbindlichkeit bei Verurteilung des Ehegatten, für den zuvor keine persönliche Haftung bestand (s. 1480 BGB.) **5** 857.
 g) Gegen die ein Erwerbsgeschäft betreibende Ehefrau (s. Handelsfrau) **3** 2, 547. — Anwendung des § 741 ZPO. 'auf vor dem 1. I. 00 geschlossene Ehen **1** 3, 247. — Geschäftsbetrieb ohne Einwilligung des Mannes **6** 882. — vorherige Zustimmung des Vollstreckungstitels an den Mann? **1** 3, 247. — im Besitze des nicht herausgabebereiten Ehemannes befindliches Frauengut **1** 2, 49; **2** 1, 621, 622; **1** 3, 245, 246, 247; **3** 2, 547, 548 (2); **6** 882. — Nutzungen u. Einkünfte des Eingetragenen, die bereits vom Manne für sich erworben sind **1** 3, 247. — im Geschäftsbetrieb erworbene Früchte aus dem zum Eingetragenen gehörenden Geschäftsvermögen; Pfändung für die Verbindlichkeiten der §§ 1384—1387 BGB.? **6** 918. — **3**. seitens Nichtgeschäftsgläubiger **1** 2, 48; **1** 3, 246, 247; **6** 882. — **3**. in das Gesamtgut der Gütergemeinschaft auf Grund eines Urteils gegen die Frau bei konsentiertem Gewerbebetrieb **1** 2, 56; **2** 1, 626; **6** 882. — **3**. in das nicht zum Geschäftsbetrieb gehörige eingetragene Gut der Frau **6** 882. — Widerspruchsklage des Mannes s. Widerspruchsklage. — Notwendigkeit der Klage gegen den Mann, wenn zur Wirksamkeit der in Frage stehenden Verfügung der Frau nach materiellem Recht die Zustimmung des Mannes erforderlich ist **5** 851. — muß im Urteil ausgesprochen sein, daß die Frau ein Erwerbsgeschäft betreibt? **1** 2, 48; **6** 882. — Bezeichnung der Ehefrau im Vermögensurteil als selbständige Gewerbetreibende **3**. Vollstreckung genügend? **3** 1, 477. — Klage gegen den Mann auf Duldung der **3**. im Falle des § 741 ZPO.; Kosten der Klage **1** 2, 49; **1** 3, 246; **2** 1, 621; **3** 2, 546, 548; **4** 382, 729, 730; **5** 851; **6** 882. — Klage auf Vollstreckungsklausel gegen den Mann? **7** 481. — Abweisung der Duldungsklage bei Anerkennung der Duldungspflicht u. Fehlen eines Feststellungsinteresses **2** 1, 621. — Pfändung in den Geschäftsräumen der Frau auf Grund e. nur gegen den Mann gerichteten Schuldtitels? **6** 882. — Einwendungen der Ehegatteu nach § 766 ZPO. **6** 884 (s. unten E).
 h) **3** n d a s d e m e l t e r l i c h e n N i e ß b r a u c h u n t e r l i e g e n d e K i n d e s v e r m ö g e n s. elterliches Nutznießrecht. — Grund des § 746 ZPO. **3** 2, 548. — **3**. in das im Besitze der Eltern befindliche

Vermögen auf Grund des Titels gegen das Kind **1** 3, 245, 246, 247; **3** 2, 548. — Ausdehnung des § 862 Abs. 1 ZPO. auf e. letztwillig vermachten Nießbrauch **4** 416. — Pfändung der rückständigen, fälligen u. erst fällig werdenden Mietzinsen eines der väterlichen Nutznießung unterliegenden Grundstücks nach § 862 ZPO **1** 3, 286. — verschiedener Schutz des Gewalthabers, je nachdem das gesetzliche Nutznießungsrecht oder Bestellung e. besonderen Nießbrauchsrechts seitens des dem Kinde das Vermögen Zuwendenden in Frage steht **7** 505. — kein Recht d. Kindsgläubigers, während Bestehens d. elterlichen Gewalt gegen den Vater den Anspruch auf Herausgabe d. Kindsvermögens zu pfänden **7** 507. — Klage des Kindsgläubigers gegen den Vater auf Herausgabe d. Kindsvermögens zur **3**.? **7** 507. — Beurteilung der Eltern zur Duldung der **3**.? **3** 2, 549. — Widerspruchsklage nach § 771 ZPO. seitens der Eltern? **3** 2, 548. — Einwendungen d. Eltern nach § 766 ZPO. **3** 2, 548.
 i) **G e g e n e i n e n N a c h l a ß** (§§ 747, 749 ZPO.). — materiel-rechtliche Natur d. § 747 ZPO. **3** 2, 549. — Anwendung d. § 747 ZPO. auf nicht dem BGB. unterworfenen Nachlässe **3** 2, 549. — Notwendigkeit eines einheitlichen Urteils gegen alle Erben? **3** 2, 549; **7** 857. — Recht d. Gläubigers auf Erteilung e. Erbscheins (s. diesen) **1** 3, 259, 260. — in der Verwaltung e. Testamentvollstreckers befindlicher Nachlaß: § 748 ZPO. **3** 1, 633, 634. — Klage auf Herausgabe gegen den Erben u. auf Duldung gegen den Testamentvollstrecker im Falle des § 748 ZPO. **1** 3, 248. — Pfändung d. Anteils e. Miterben; Anwendung d. § 859 Abs. 2 ZPO. auf Erbfall vor 1900? **5** 636. — Pfändung d. Anteils e. Miterben s. **3**. in Forderungen. — Einwendung d. Erben u. der N.-Gläubiger nach § 766 ZPO. bei **3**. in den Nachlaß wegen eigene Verbindlichkeiten des Erben **1** 3, 257. — Zw.Vollst. in den Nachlaß auf Grund e. Titels gegen alle Erben als Gesamtschuldner auch wegen Nichtnachlassschulden **6** 882. — Tod des Schuldners nach Erlaß, aber vor Zustellung des Forderungspfändungsbeschlusses **6** 910. — der nach § 779 ZPO. zur Fortziehung der **3**. bestellte Vertreter des N. **7** 743.
 k) **G e g e n E r b e n** s. oben A i; Miterbe, Erbenhaftung; **3**. wegen Geldforderungen und andere Vermögensrechte. — Vollstreckungsgegenklage des Erben s. diese. — Vorbehalt der beschränkten Haftung (§ 780 ZPO.; vgl. Erbenhaftung) nicht nur bei Verurteilungen zu Geldleistungen **1** 3, 257. — Anwendung des § 780 Abs. 1 ZPO. bei Prozessen gegen den Erbeserben d. Schuldners **7** 862. — An-

wendung des § 780 ZPO. bei Beurteilung z. Abgabe e. Willenserklärung; Vollstreckung 1 3, 257, 307; 4 758. — Vorbehalt der beschränkten Haftung bei Verschämnisurteilen 1 2, 215. — Begründung des Antrags auf Vorbehalt d. beschränkten Haftung nötig? 3 2, 558. — Vorbehalt, wenn z. Zt. d. Urteils nicht feststeht, ob der Erbe beschränkt oder unbeschränkt haftet 1 3, 257. — § 780 ZPO. bei Behauptung d. Mangels e. konkursfähigen Nachlassmasse 1 3, 257; 5 857. — Ergänzung des Urteils durch den Vorbehalt, wenn das Urteil noch gegen den Erblasser erging, in dem Verfahren über Aufnahme d. Rechtsstreits 5 857. — Vorbehalt in dem Urteil auf Vollstreckungsklausel, wenn der vollstreckbare Titel dem Gläubiger schon gegen den Erblasser zu stand 3 2, 543, 558; 5 857; 6 890; 7 855, 856, 863. — der Vorbehalt gehört in das Zwischenurteil über den Grund nach § 304 ZPO. 5 857 (s. dieses). — Geltung der §§ 781, 783 ZPO. für den Fiskus 3 1, 600. — Geltendmachung d. Vorbehalts mittels Klage nach § 767 ZPO. 4 734; 6 890. — Verhältnis des § 780 ZPO. zu § 1973 BGB.: Vorbehalt des Rechts, die Befriedigung der ausgeschlossenen Gläubiger zu verweigern, im Urteil? 3 2, 558. — Wirkung des Vorbehalts, wenn der Gläubiger das Recht, die Befriedigung zu verweigern, nicht anerkennt 3 2, 558. — Verteilung des Erben „nach Kräften des Nachlasses“ 6 889. — Verschiebung der Frage der beschränkten Haftung in die Exekutionsinstanz 6 889, 890. — Befugnis d. Gerichts, schon im Rechtsstreit selbst über die materiellen Voraussetzungen d. Beschränkung zu entscheiden 7 862. — bei Geltendmachung der Erschöpfungsrede Klageabweisung oder Beurteilung unter Vorbehalt? 6 890; 7 862. (s. Erschöpfungsrede). — Vorbehalt der beschränkten Haftung bei Erteilung d. Vollstreckungsklausel eines gegen den Erblasser erwirkten Urteils in d. Richtung gegen den E. durch den Gerichtsschreiber 6 890. — muß der Erbe sich die beschränkte Haftung bei Meidung ihres Verlustes durch Vorbehalt in dem Urteil auf Erteilung der Vollstreckungsklausel gegen ihn bez. eines gegen den Erblasser ergangenen Urteils sichern? 6 890. — Besitz anderweitigen Einkommens des Erben für die Frage der Anwendung d. § 863 ZPO. von Einstuß? 6 918. — Pfändung d. Erbrechts eines Alleinerben 1 3, 285. — Pfändung d. Erbrechts trotz Anordnung e. Nacherbfolge 2 1, 709. — Pfändung des Erbteils e. Miterben (s. diese) 1 2, 232; 1 3, 286; 2 1, 709, 754; 3 2, 582. — Pfändung d. Anteils e. Miterben an einem zum ungeteilten Nachlaß gehörigen Grundstück 1 3, 286; 2 1, 709; 3 2, 582, 583 (Ein-

trag im Grundbuch); 5 881. — Pfändung d. Anteils e. Miterben an dem einzelnen Nachlaßgegenstand, wenn dieser angeblich das einzige Nachlaßobjekt ist 4 752. — Pfändung des an die Stelle e. veräußerten Nachlaßgegenstands tretenden Erlöses bei Miterben 5 882. — Pfändung von Nachlaßforderungen 1 3, 286. — Anspruch des pfändenden Gläubigers auf Auseinandersetzung 4 752; 5 881. — Pfändung des Anteils des Nacherben vor Eintritt d. Nacherbfolge 3 1, 623. — geht mit der Pfändung d. Erbteils der Anspruch auf Nachlaßverzeichnis gegen den Testamentsvollstrecker über? 5 580. — Pfändung d. Aussicht auf e. noch nicht eröffnete Erbschaft 1 3, 285; 5 882 (früheres sächs. Recht).

B. Voraussetzungen für den Beginn (§§ 750, 751, 756, 765, 792 ZPO.) f. Vollstreckungsklausel. — vorherige Titelaufstellung; §§ 750—752 wesentliche Prozeßvoraussetzung, Nichtigkeit e. Z. ohne vorherige Titelaufstellung 6 882, 883. — Verzicht auf Titelaufstellung; Heilung d. Mangels durch Nichtträge? 1 3, 248; 6 882, 883. — Konvaleszenz d. nichtigen Vollstreckung durch nachträgliche Zustellung d. Titels? 3 2, 549; 6 882, 883. — genügt die durch den Schuldner an den Gläubiger erfolgende Urteilsaufstellung? 4 730. — nur zur Herbeiführung der Rechtskraft erfolgende Zustellung genügend? 4 730. — Nachweis der Zustellung bei Zustellung von Amts wegen 1 3, 248. — öffentliche Zustellung oder Zustellung im Ausland bei Notariatsurkunden 3 2, 561; 5 860; 6 895. — vorherige Aufstellung bei Kostenfestsetzungsbeschlüssen und Urkunden nach § 794 Ziff. 5 ZPO.: Frist des § 798 ZPO. Stundenfrist? 3 2, 430, 561. — Verzicht auf die Frist des § 798 ZPO.? 5 860; 6 895. — Nichtigkeit der unter Verletzung der Frist d. § 798 ZPO. vorgenommenen Zwangsvollstreckung 6 895. — namentliche Bezeichnung des ZwVollstr.-gegners im Vollstreckungstitel; Angabe der Firma, Wechsel des Firmeninhabers; Prüfungspflicht des Vollstreckungsorgans bez. der Identität 3 2, 549 (vgl. Firma im Prozeß). — Einwendungen nach § 766 ZPO. bei Zuwiderhandeln nach § 750 aaD. 1 3, 248; 5 851. — Anwendung d. § 750 ZPO. auf Vollstreckung von Arrestbefehlen 3 2, 549. — Urteil auf Zahlung künftig fällig werden der Unterhaltsbeiträge 3 2, 549. — ZwVollstr. aus einem gegen Sicherheit für vorläufig vollstreckbar erklärten Urteil nach Eintritt der Rechtskraft 1 3, 232; 3 2, 549. — Pflicht d. Grundbuchrichters, bei Antrag auf Eintrag einer Zwangsicherungshypothek auf Grund e. gegen Sicherheit für vorläufig vollstreckbar erklärten Urteils trotz erteilter Vollstreckungsklausel die Leistung der Sicherheit zu prüfen 6 883. — kann,

(Zwangsvollstreckung im allgemeinen)
 wenn zu einem gegen Sicherheit vollstreckbaren Urteil die Vollstreckungsklausel erteilt, die Sicherheit aber nicht geleistet wurde, auf Grund einer zweiten mit Rechtskraftzeugnis, aber nicht mit Vollstreckungsklausel versehenen Ausfertigung die Z. betrieben werden? 4 731. — „namentlich bezeichnet“ i. S. d. § 750 ZPO.; bloße Angabe der Firma ohne den bürgerlichen Namen 7 857. — kann das Pfändungs- und Pfandrecht durch Nachholung der im § 751 Abs. 2 ZPO. vorgeschriebenen Zustellung d. Hinterlegungsnachweises nachträglich Gültigkeit erlangen? 7 857. — Heilung d. Mangels der nicht genügenden Sicherheitsleistung durch nachträgliche Sicherheitsleistung 7 857.

Bei Zug-um-Zug-Leistungen vgl. Vollstreckungsklausel. — Annahmeverzug des Schuldners, Nachweis: wenn bloße Verbalofferte des Gläubigers zum Verzug genügt 1 3, 248. — Nachweis d. Annahmeverzugs durch den Nachweis der Zustellung des lediglich privatschriftlichen Angebotschreibens? 6 883; 7 858. — bereits im Prozeß erwiesener Annahmeverzug 1 3, 248, 249; 7 857, 858. — Klage auf Feststellung d. Annahmeverzugs 1 3, 249. — Eintritt d. unverschuldeten Unmöglichkeit der gläubigerischen Leistung nach Rechtskraft des Urteils 1 3, 249; 5 852 (s. Unmöglichkeit).

Erteilung von Erbscheinen und anderen Urkunden nach § 792 ZPO. — Ermächtigung seitens des Vollstreckungsgerichts zur Stellung des Antrags; Beschwerde bei Ablehnung des Antrags 1 3, 260. — Recht d. Nachlassgläubigers auf Erteilung e. Erbscheines behufs Umstellung einer Vollstreckungsklausel 1 3, 259. — Preis der unter § 792 ZPO. fallenden Urkunden 1 3, 260.

C. Verfahren bei Vornahme der Vollstreckungshandlungen f. Gerichtsvollzieher, Pfändungsprotokoll, Z. wegen Geldforderungen in das bewegliche Vermögen. — Anwesenheit d. Gläubigers bei der Vollstreckung 3 2, 551; 6 883. — Widerstand d. Schuldners gegen die Anwesenheit 3 2, 551; 6 883. — Zahlung an den nicht mehr im Besitz der vollstreckbaren Ausfertigung befindlichen Gerichtsvollzieher 5 852. — Zahlung an den Gerichtsvollzieher zur Abwendung d. Pfändung tilgt den Anspruch nicht 5 852. — ersetzt Kenntnis des Gerichtsvollziehers von der Zahlungseinstellung d. Schuldners die Kenntnis des Gläubigers? 6 883 (vgl. Zahlungseinstellung). — Folgen der Nichtziehung von Zeugen im Falle des § 759 ZPO. 6 883. — Wirksamkeit einer zur Unzeit (§ 761 ZPO.) vorgenommenen Z. 6 883. — Antreffen d. Schuldners

außerhalb seiner Wohnung 1 3, 249. — Z. in an Alstermieter des Schuldners vergebenen Räumen 4 731. — Z. in Räumen von unselbständigen Hausgenossen des Schuldners 4 731. — von wann ab wirkt die vom Beschwerdegericht ausgesprochene Aufhebung e. Versteigerungstermins? 6 831. — Z. im Ausland aus ausländischen Kostenfestsetzungsbeschlüssen 1 3, 259. — Ausländigung d. Vollstreckungstitels bei Zahlung direkt an den Gläubiger 1 3, 249.
 D. Einstellung der Zwangsvollstreckung. — Schadenersatzpflicht des die Einstellung Erwirkenden 3 2, 605; 5 338, 775, 857 (vgl. prozeßuales Verschulden). — Einfluß auf die Tätigkeit e. Zwangsverwalters 7 859 (vgl. Zwangsverwaltung). — zuständiges Gericht bei Vornahme von Vollstreckungshandlungen in verschiedenen Bezirken 7 859.
 a) Vorläufige Einstellung der Zwangsvollstreckung wegen Einlegung eines Rechtsmittels, des Einspruchs od. eines Wiedereinsetzungsantrags (§§ 707, 719 ZPO.). — Unterschied d. Einstellung von e. einstweiligen Verfügung 1 3, 233, 255, 318; 5 854, 894, 895 (s. unten D b). — Einstellung vor Beginn der Z. 1 3, 233. — Einstellung, wenn das Urteil einem Rechtsmittel überhaupt nicht unterliegt 6 872. — vor Zustellung der Rechtsmittelschrift 1 3, 233. — gleichzeitig mit Einreichung der Berufungsschrift behufs Terminbestimmung und Zustellung durch Vermittelung des Gerichtsschreibers 1 3, 239. — bei bloß angeklagter Anschlußberufung 1 3, 239. — Anwendung auf Urteile u. einstweilige Verfügungen? 1 3, 239, 315; 5 848, 853; 6 875 (auf das e. Urteilstaufhebende Urteil); 6 927; 7 854, 885, 887 (vgl. unten D b). — Anwendung bei einem erst in der Berufungsinstanz für vorläufig vollstreckbar erklärten Urteil 1 3, 233, 239; wenn in 2. Instanz die Bedingung d. Sicherheitsleistung für das Urteil wegfällt 1 3, 233, 239. — wenn nach Rechtskraft e. Wechselvorbehaltsurteils das Nachverfahren betrieben wird u. der Beklagte eine vorsätzliche Eidesverletzung des Klägers glaubhaft macht 3 2, 536. — Einstellung aus einem für vorläufig vollstreckbar erklärten Vorbehaltsurteil bis zur Erledigung des Nachverfahrens 1 3, 215, 216; 3 2, 516, 540; 6 865 f., 875, 876 (s. Urkundenprozeß). — Anwendung des § 719 ZPO. auf gegen Sicherheit vorläufig vollstreckbare Urteile 3 2, 540; 5 847, 848. — Einstellung auf Antrag des Gläubigers? 1 3, 233. — Abänderung der im Urteil getroffenen Bestimmung über die Höhe der vom Gläubiger zu leistenden Sicherheit 1 3, 233; 6 876. — Begründung d. Beschlusses nötig? 1 3, 233, 234; 6 872. — Zuständigkeit d. Rechts-

mittelgerichts 6 875. — keine Anwendung d. § 719 ZPO, wenn aus e. hinsichtlich d. Höhe der Urteilssumme berechtigten Urteil noch weiter die Z. ohne Rücksicht auf die Berichtigung betrieben wird 7 854. — Anregung einer Änderung d. Beschlusses (Rudung d. Gegners hierzu?) 4 725. — jederseitige Abänderung der getroffenen Anordnungen auf Antrag 1 3, 234. — Voraussetzung für Anfechtbarkeit des E.-s-beschlusses 7 852. — Beschwerde: nur sofortige Beschwerde 3 2, 536. — Beschwerde bei Ablehnung der E. wegen Fehlens der Voraussetzungen des § 707 Abs. 1 ZPO. 1 3, 233; 3 2, 536; 4 725; 5 844; 6 872. — Beschwerde wegen unrichtiger Würdigung einzelner Tatsachen? 3 2, 536; 4 725. — Beschwerde, weil die Voraussetzungen des § 707 ZPO. zu Unrecht als gegeben erachtet wurden 3 2, 536; 4 725; 5 844; 6 872. — Beschwerde wegen unrichtiger Ausübung des richterlichen Ermessens 4 725; 5 844 (vgl. Beschwerde in der freim. Gerichtsbarkeit): 6 872. — keine Wirkung d. Einstellung aus einem Veräumnisurteil gegenüber dem endgültigen Urteil 1 3, 239. — Haftung der vom Beklagten für die Einstellung geleisteten Sicherheit für die Urteilssumme 6 876 (vgl. 3 2, 554).

b) Bei Erhebung der Vollstreckungsgegen- oder der Widerspruchsklage oder von Einwendungen nach § 768 ZPO. (§§ 769, 770, 771 ZPO.). — Unterschied der Anordnung nach § 769 von e. einstweiligen Verfügung 1 3, 255; 5 854, 894. — Anfechtung der zu Unrecht in Form e. einstweiligen Verfügung ergangenen Anordnung 1 3, 255; 3 2, 554. — Mehrkosten bei Erwirkung e. einstweiligen Verfügung statt einer Anordnung nach § 769 1 3, 255. — keine analoge Anwendung d. § 769 bei Widerspruch gegen Arrest oder einstweilige Verfügung 1 3, 255, 318 (s. oben D a). — analoge Anwendung bei Erhebung d. Klage nach § 323 ZPO.? 5 854. — Einstellung bei Forderungspfändung 1 3, 255. — Einstellung vor Beginn der Z. 1 3, 255; 6 887. — Einreichung d. Vollstreckungsprotokolls als Voraussetzung für den Einstellungsbeschluss? 5 854. — kein eigenes Recht d. Schuldners auf Einstellung der Z. bei Widerspruchsklage eines Dritten 6 889. — ist bei Einstellung der Z. auf Antrag e. Dritten nach erfolgter Pfändung der dem Schuldner ausgehändige Vollstreckungstitel wieder an den Gläubiger herauszugeben? 3 2, 551. — Einfluß e. Einstellung auf d. Tätigkeit d. Zwangsverwalters 7 859. — einstweilige Anordnung seitens d. Vollstreckungsgerichts: Fortsetzung der Z. ohne besonderen Gerichtsbeschluss bei fruchtlosem Fristablauf 3 2, 554. — keine Anordnung d. Vollstreckungs-

gerichtes nach § 769 Abs. 2 ZPO., wenn der Gläubiger die ihm in einem früheren Beschluss gefetzte Frist zur Beibringung einer Entscheidung hat verstreichen lassen 4 733. — Form der Beibringung der Entscheidung des Prozessgerichts nach ergangener Anordnung des Vollstreckungsgerichts 3 2, 554. — sachliche Prüfung d. Einstellungsantrags durch das Vollstreckungsgericht 6 887. — Glaubhaftmachung d. Einstellungsgrundes bei Beurteilung zu einer Handlung 1 3, 255. — Ersehen der Glaubhaftmachung d. Einstellungsgrundes durch Sicherheitsleistung? 1 3, 255; 3 2, 554. — Bestimmung der Höhe u. Art der Sicherheit im Einstellungsbeschluss; maßgebende Gesichtspunkte 1 3, 254; 3 2, 554. — Zweck der Sicherheitsleistung 3 2, 554 (vgl. 6 876). — Einstellung ohne Sicherheit bei noch nicht begonnener, sondern erst vorbereiteter Z. 6 887. — Kosten 1 3, 255, 256, 257. — Kosten der Anordnung d. Vollstreckungsgerichts 4 734. — Mittel zur Außerkraftsetzung der Einstellung nach Ablauf der Frist für die sofortige Beschwerde 6 886, 887. — Aufhebung der Einstellung bei Zurücknahme oder Nichtaufstellen der Klage 5 854. — Außerkrafttreten der „bis zum Erlaß des Urteils“ angeordneten Einstellung ipso iure mit Verkündung d. Urteils, auch des nicht für vollstreckbar erklärten 6 886. — Unterlassen d. Stellung d. Einstellungsantrags als mitwirkendes, einen Schadensersatzanspruch gegen d. Pfändungsgläubiger ausschließendes Verschulden des dritten Eigentümers? 6 886.

c) Einstellung und Aufhebung erfolgloser Zwangsvollstreckungsmaßregeln nach §§ 775, 776 ZPO. wegen Befriedigung des Gläubigers u. ä. — Aufhebung der Forderungspfändung bei Wegfall des Arrestes 1 3, 257. — durch das Arrestgericht 7 885. — wenn d. gepfändete Schuldner die bezügliche Forderung d. Gläubigers pfänden läßt 1 3, 257; 4 734. — Nichtigkeit der trotz Vorliegens d. Voraussetzung d. § 775 Ziff. 1 u. 3 eingeleiteten oder fortgesetzten Z. 6 889. — Vorlegung der Urschrift seitens d. Gerichts statt einer Ausfertigung durch die Partei in den Fällen d. § 775 Ziff. 1 u. 2 3 2, 558. — provisorischer Charakter der Einstellung, Verlangen d. Gläubigers auf Fortsetzung der Z. in den Fällen d. § 775 Ziff. 4 u. 5 3 2, 557. — Einfluß einer Stundung der Urteilssumme 6 889. — Anwendung d. §§ 775, 776 ZPO., wenn das Gericht Vollstreckungsorgan ist 7 862. — „vollstreckbare Entscheidung“ i. S. d. § 775 Ziff. 1: Beschlüsse 7 862. — Nachweis der Einzahlung der Urteilssumme, aber ohne Z.-kosten 1 3, 257.

(Zwangsvollstreckung im allgemeinen)

E. Einwendung nach §§ 766, 777 B. P. D. — rechtliche Natur der die Aufhebung der rechtswidrigen Maßregel herbeiführenden Entscheidung 1 3, 249; 6 884. — zuständiges Gericht bei Vornahme der Z. im Bezirk mehrerer Amtsgerichte 6 884; 7 858 (s. Gerichtsstand). — Inhalt der Entscheidung: direkte Aufhebung oder Anordnung der Aufhebung 1 3, 249. — Zustellung d. Entscheidung an die Prozeßbevollmächtigten des Hauptprozesses 3 2, 552. — Anwaltsgebühren für Erinnerungen nach § 766 4 732 (s. Geb. D. f. R. L.). — Einwendung gegen eine an sich unwirksame Pfändung 4 731. — Einwendungen schon vor Beginn der Z. ? 3 2, 552; 4 731. — keine Anwendung d. § 766 B. P. D. gegenüber einem Akte, durch den der Konkursverwalter einen Gegenstand zur Masse zieht 7 858. — Anwendung d. § 766 B. P. D., wenn aus einem hinsichtlich der Höhe der Urteilssumme berechtigten Urteil ohne Rücksicht auf diese Verichtigung die Z. weiter betrieben wird 7 854. — E. nach § 766 B. P. D., wenn das Z.-verfahren durch Befriedigung d. Gläubigers sein Ende erreicht hat? 7 858. — wiederholtes Vorbringen bereits rechtskräftig zurückgewiesener E. 1 3, 250. — Beschwerde nach § 793 nach erfolglosen Einwendungen 3 2, 551. — sofortige Beschwerde ohne vorherige Einwendung 4 732; 7 858. — Feststellungsfrage, daß die Z. nur in Höhe von x Mark zulässig sei, wenn der Gläubiger zuviel vollstreckte? 4 732. — Z. gegen die Frau beim gesetzlichen Güterstand, wenn die Beurteilung d. Mannes zur Ausbildung fehlt; E. des Mannes 1 2, 49, 50; 1 3, 244, 250; 2 1, 621; 3 2, 545; E. der Frau? 1 2, 49; 1 3, 244; 3 2, 546 (s. oben A d.). — bei Pfändung von Früchten d. eingebrachten Gutes 1 3, 286. — E. d. Mannes bei gesetzl. Güterstand, wenn die Z. in ein auf den Namen der Frau eingetragenes Grundstück erfolgte 1 3, 250. — E. des gütergemeinschaftlichen Mannes bei Z. in das Gesamtgut auf Grund eines Titels gegen die Frau allein 3 2, 547. — E. gegen den Vollzug einer einstweiligen Verfügung 5 895. — Verstoß gegen § 750 B. P. D. 1 3, 248; 5 851 (vgl. oben B). — E. der Erben und Nachlassgläubiger bei Z. in den Nachlaß vor Annahme der Erbschaft 1 3, 257. — E. gegen die vom Gericht selbst erlassenen Vollstreckungsmaßregeln 3 2, 551; 7 858 (bei Z. in das unbewegliche Vermögen). — wenn ein Gericht sich fälschlich als Vollstreckungsgericht nach § 930 B. P. D. gerierte 1 3, 249. — Ablehnung e. Vollstreckungshandlung seitens d. Vollstreckungsgerichts 7 858. — gegen eine dem § 886 B. P. D. zumiderlaufende Entscheidung

des Vollstreckungsgerichts 1 3, 249. — Einwand, daß das Urteil nicht verkündet sei 7 805. — Einwendungen seitens Dritter 1 3, 249, 250 (bei Überschreitung d. Durchsuchungsrechts seitens des Gerichtsvollziehers). — E. Dritter wegen e. materiellen Rechts an der gepfändeten Sache 1 3, 249; 6 884 (2). — E. des 3. Eigentümers bei Pfändung von ihm gehörigem Grundstückszubehör 1 3, 288 (s. Zwangsvollstreckung i. d. unbewegliche Vermögen). — d. Schuldners u. d. Hypothekgläubigers gegen die einen Bestandteil oder Zubehör d. Grundstücks betreffende Z. 1 3, 250, 287, 288; 3 2, 551, 584; 4 753; 5 882; 6 900, 918; 7 879 (vgl. Z. in das unbewegliche Vermögen, Zwangsverfeigerung, Hypothek). — des Gemeinschuldners, wenn der Konkursverwalter nicht zur Masse gehörige Sachen zur Masse zieht 1 3, 250; 5 943. — d. Pächters e. Grundstücks bei Pfändung von Früchten für eine Schuld d. Verpächters 3 2, 565; 4 742 (vgl. 1 3, 266). — d. pfändenden Gerichtsvollziehers bei Verletzung seiner Vermögensinteressen 1 3, 250. — keine E., sondern Klage nach § 767 B. P. D. bei nachträglicher Erfüllung 1 3, 252. — Einwand, daß die Forderung als die eines anderen gepfändet sei 3 2, 551. — Einwand, daß der Gläubiger durch Pfändung u. Verfeigerung von Sachen e. Dritten befriedigt sei 4 734. — beneficium excussionis realis 4 734. — Einwand, daß der Gläubiger durch eine Höchstbetragshypothek gedeckt sei 4 734. — wegen Pfändung unpfändbarer Sachen u. Forderungen 3 2, 551, 552, 566; 6 884, 900, 911; seitens d. Schuldners bei nicht ihm gehörigen Sachen 3 2, 552; seitens Dritter, des Drittschuldners, der Familienmitglieder des Schuldners 3 2, 552; 6 884, 911; seitens d. Militäriskus bei Pfändung von Dienstprämien der Unteroffiziere 3 2, 552 (vgl. unpfändbare Sachen, unpfändbare Forderungen). — E. d. Unpfändbarkeit d. Forderung seitens d. Drittschuldners nur nach § 766, dagegen nicht Einwendungen, die sich gegen das Forderungsrecht selbst richten 6 884. — Pfändung unter Verletzung fremden Gewahrhams (§ 809 B. P. D.) 6 899. — bei Verstoß gegen die Vollstreckungsverbote der §§ 772, 773 B. P. D. 3 2, 556. — Fehlen e. ordnungsmäßigen Unterwerfungskaufes in Urkunden nach § 794 Ziff. 5 5 860; 6 893, 894. — gegen eine Pfändungsbenachrichtigung? 3 2, 573; 4 745, 746; 6 909; 7 872. — bei Nichtaushändigung d. Vollstreckstitels an den zahlenden Schuldner 4 731. — Einwand, daß zuviel gepfändet sei 4 732 (Feststellungsfrage?). — Einwand, daß d. Gläubiger durch ein Vertragspfand gesichert sei, wenn d. Schuldner nicht Eigentümer der verpfändeten Sache ist 5 857. —

E. gegen die Zulässigkeit der Zwangsversteigerung (s. diese) eines Grundstücks **3 2, 559; 6 884.** — Einwand d. Schuldners gegenüber einem zu täglich wiederkehrenden Leistungen oder zur Erhaltung eines dauernden Zustandes verurteilenden Erkenntnis, daß zu Z.-maßregel nach §§ 887, 888 ZPD. kein Anlaß sei, weil er bisher alles getan, um dem Urteil zu genügen; Klage nach § 767 unzulässig **4 732** (vgl. **1 3, 252**). — Einwand d. Schuldners, daß er die bisherige Nichterfüllung nicht zu vertreten habe **5 852.** — E. gegenüber d. Haftvollzug bei verweigertem Offenbarungseid (s. diesen) **1 3, 309.** — Einwand, der Vollstreckungsbefehl sei im beiderseitigen Einverständnis für eine nicht bestehende Forderung erwirkt worden **1 3, 261** (s. Scheinprozeß). — gegenüber Vollstreckungstiteln d. § 794 Ziff. 1, 2 u. 5 **1 3, 260.** — E. des Mannes u. der Frau, wenn die Frau ein Erwerbsgeschäft betreibt (§ 741 ZPD.) **6 884** (vgl. oben A g.). — Einwand der Unzulässigkeit der Z. aus einem nach dem preuß. G. betr. das Teilungsverfahren im Geltungsbereich d. rhein. Rechts vom 22. V. 87 aufgenommenen, notariellen Versteigerungsprotokoll wegen Fehlens der Unterwerfungsklausel **6 884.** — Einwand der fehlenden Unterwerfung unter die sofortige Z. bei der an Stelle e. früheren vollstreckbaren Schuld übernommenen neuen Verpflichtung **6 884.** — Zuständigkeit für Festsetzung d. Kosten d. Einwendungsverfahrens **6 885.** — zeitliche Grenze für die E. bei Z. in ratenweise fällig werdenden Forderungen, bei Überweisung e. Forderung zur Einziehung; wenn d. vom Gerichtsvollzieher gemachte Fehler nicht mehr zu beseitigen ist **3 2, 552.** — E. bezüglich der vom Gerichtsvollzieher in Anlaß gebrachten Kosten nach Abführung der beanstandeten Beträge an den Gläubiger nicht mehr möglich **6 884.** — Einwand, daß die notarielle Urkunde der ordnungsmäßigen Unterwerfungsklausel entbehre **5 860.** — Einwand d. Schuldners gegenüber einem Vergleich, daß wegen Verschlechterung seiner Vermögenslage seine Unterhaltspflicht weg falle **6 895** (Anderungsklage). — Einwand des Schuldners, er sei nicht der richtige Schuldner **4 740.** — Einwand bei Pfändung eines 1500 M. übersteigenden Lohnneinkommens im Fall e. Lohnausfalls **4 748** (vgl. Beschlagnahme d. Arbeitslohnes). — E. gegen die nach § 887 Abs. 1 ZPD. erteilte Ermächtigung, wenn die Verpflichtung vom Schuldner nicht erfüllt werden konnte **5 885.** — E. bei öffentlicher Versteigerung von Wertpapieren mit Börsen- oder Marktpreis an Stelle freihändigen

Verkaufes (§ 821 ZPD.) **6 902.** — über E. des Drittschuldners bei Pfändung von Forderungen s. Z. in Forderungen.

F. Sofortige Beschwerde gegen Entscheidungen im Zwangsvollstreckungsverfahren s. Beschwerde. — nur zur Vorbereitung der Z. dienende Entscheidungen **1 3, 260; 3 2, 559.** — Beschwerde gegen Erteilung e. vollstreckbaren Ausfertigung, e. Rechtskraftzeugnisses (vgl. Vollstreckungsklausel) **1 3, 260; 3 2, 559; 6 737, 892** (Ausfertigung e. notariellen Urkunde). — Ablehnung der Umschreibung der Vollstreckungsklausel **3 2, 559.** — Ablehnung des Antrags auf Erteilung einer Urkunde nach § 792 ZPD. **1 3, 260.** — Entscheidung über Eintragung einer Zwangshypothek **1 3, 260.** — Beschwerde gegen einen Beweisbeschluß im Z.-verfahren **3 2, 559.** — gegen äußerlich als Urteil sich darstellende Entscheidungen **3 2, 559.** — gegen Aufstellung e. Teilungsplanes (vgl. Zwangsversteigerung) **3 2, 559.** — gegen Zulässigkeit der Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung? (s. diese) **3 2, 559.** — Beschwerderecht e. bisher unbeteiligten Dritten? **1 3, 208; 6 892.** — Beschwerde gegen den Beschluß des Gerichts auf Erteilung einer zweiten Ausfertigung? **1 3, 210, 243; 3 2, 559; 6 879; 7 856** (vgl. Vollstreckungsklausel). — Beschwerde wegen Verlagung der Vollstreckungsklausel **3 2, 540.** — Beschwerde gegen e. Verteilungsplan **3 2, 559, 587; 4 756** (vgl. Verteilungsverfahren, Zwangsversteigerung).

G. Ende d. Zwangsvollstreckung s. Vollstreckungsgegenklage, oben E. — bei Forderungspfändung mit Wirksamkeit des Überweisungsbeschlusses oder mit Einziehung? **3 2, 552.** — Aushändigung des Vollstreckungstitels an den zahlenden Schuldner; Klage auf Aushändigung **1 1, 270; 4 134, 731.** — Aushändigung des Vollstreckungstitels bei Zahlung direkt an den Gläubiger **1 3, 249.** — zeitliche Grenzen der Zulässigkeit der Widerspruchsklage s. diese. — Eintrag der Zwangshypothek Beendigung der Z.? **1 3, 251, 252, 288.** — Klage des Schuldners u. Einwendungen nach § 766 ZPD. bei Nichtaushändigung des Vollstreckungstitels trotz Zahlung an den Gläubiger **4 731.** — Ende der Z. bei Pfändung von Geld **3 2, 569.** — Fortführung der Z. wegen der Gebühren des Gerichtsvollziehers trotz Zahlung der Hauptsache **6 1191.** — bei Hinterlegung d. Betrags der gepfändeten Forderung oder des Erlöses der auf Anordnung des Vollstreckungsgerichts freihändig verkauften Pfandlache **7 861.**

H. Kosten vgl. Prozeßkosten. — Teil der Prozeß-R.? **1 3, 259; 6 891.** — Zuluße auf gepfändete Rüge **1 3, 258.** — Aus-

(Zwangsvollstreckung im allgemeinen)
 lagen zur Befriedigung einer Gegenforderung des Drittschuldners bei Forderungspfändung 1 3, 258. — Pflicht des Gerichtsvollziehers, ihre Notwendigkeit zu prüfen 4 735; 7 863. — Anwendung des § 788 ZPO. auf die Zwangseintragung 4 735. — keine Anwendung des § 788 auf die vom Gläubiger dem Schuldner zu ersetzenden R. 4 735. — Anwendung des § 788 auf Arreste 4 735 (s. Arrest). — Anwendung des § 788 auf die Z. in das unbewegliche Vermögen (s. dort und Zwangsversteigerung); Prüfungspflicht des Vollstreckungsgerichts, Anfechtung der Festsetzung nur mittels Beschwerde gegen den Zuschlagsbeschluß oder den Teilungsplan? 6 891, 892. — R. bei Eintragung im Grundbuch: Prüfung der Notwendigkeit seitens des Grundbuchrichters 1 3, 258; außergerichtliche R., R. einer vorausgegangenen Mobiliarpfändung 1 3, 258. — R. eines früheren Zwangsvollstreckungsaktes 1 3, 259; 4 755; 6 892 (s. unten). — R. der nach Aufhebung der einstweiligen Verfügung erfolgten Löschung e. auf Grund der aufgehobenen Verfügung vorgemerkten Sicherungshypothek 6 891. — Fortsetzung der Z. zur Weitreibung der R. trotz Zahlung der Hauptfasse 1 3, 258. — gehört bei Quanpruchnahme der vom Schuldner unter Eigentumsvorbehalt des Z. Veräußerers erworbenen Sachen der vom Pfändungsgläubiger an den Dritten gezahlte Restkaufpreis zu den R. der Z.? 6 891. — Gebühr des R. für Erhebung u. Ablieferung von Geldern (§ 87 NWG. D.) zu den R. der Z. gehörig? 6 891 (vgl. Geb. d. f. R.). — nachträgliche Festsetzung der nicht mit der Hauptsache beigetriebenen R. 1 3, 258. — Festsetzung trotz Möglichkeit der Weitreibung durch Vollstreckung? zuständiges Gericht; Mehr-R. der Festsetzung 1 3, 258; 3 2, 558; 5 858; 6 891 (2), 892 (2); 7 863. — Festsetzung nach § 103 ZPO.? 5 773. — Festsetzung bei Bestehen e. Vollstreckungspfandrechts für die R.? 1 3, 258. — solidarische R.-Pflicht bei solidarischer Verteilung? 1 3, 54, 259; 3 2, 410; 6 774; 7 863. — Weitreibung der durch Forderungspfändung entstehenden R. 4 743; 6 892. — Anwendung des § 123 ZPO.; Recht d. Fiskus, die dem armen Z.-sgläubiger einstweilen gestundeten R. vom kostenpflichtigen Gegner einzuziehen 6 871. — R. der Eintragung e. Zwangshypothek, R. des Rechtsstreites, Kosten der früheren Z.; Vollstreckungsmittel für deren Eintragung 1 3, 289, 296; 4 755; 5 883; 6 919 (vgl. Zwangshypothek). — Vollstreckungskosten, wenn das Urteil die R. nach Quoten verteilt 6 777, 891. — persönliche R.-Haftung des im Prozesse über e. dingliche Klage Beurteilten für die R.

der Immobilienvollstreckung 7 863. — Prüfung der Notwendigkeit im Zwangsversteigerungsverfahren (s. dieses) über e. Grundstück durch das Gericht 7 863. — Einwendungen nach § 766 ZPO. 7 863. — für Festsetzung der Kosten zuständiges Gericht, wenn die Vollstreckbarkeit der Forderung auf d. Feststellung zur Konkurs-tabelle beruht 7 863.

I. Folgen einer ordnungswidrigen Zwangsvollstreckung vgl. ungerechtf. Bereicherung, prozessuales Verschulden, Widerspruchsklage, Zwangsvollstreckung in bewegliches, unbewegliches Vermögen u. in Forderungen und oben E. — Folgen mangelhafter Zustellung eines Pfändungsbeschlusses an den Drittschuldner 6 904 (vgl. Zwangsvollstreckung in Forderungen). — ohne gesetzliche Unterlage erlassener Pfändungsbeschluß 3 2, 570; 6 908 (vgl. Zwangsvollstreckung in Forderungen). — Schadenserlassanspruch des Dritten bei Pfändung von ihm u. nicht dem Schuldner gehörigen Sachen 3 2, 539; 4 856; 6 896. — Haftung des Vollstreckungsgläubigers aus ungerechtfertigter Bereicherung bei Pfändung und Versteigerung von nicht dem Schuldner, sondern einem Dritten gehörigen Sachen 3 2, 556. — Z. ohne gültigen Titel 3 1, 329; 4 257, 733; 6 876 (mangelhafte, gesetzwidrig erteilte Vollstreckungsklausel; vgl. ungerechtfertigte Bereicherung, Vollstreckungsklausel). — Richtigkeit e. gegen § 865 Abs. 2 ZPO. verstößenden Pfändung am Grundstückszubehör 6 296, 918 (vgl. Hypothek, Zwangsversteigerung, Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen). — Wirkung einer entgegen § 777 ZPO. vorgenommenen Pfändung 6 889. — Pfändung durch einen unzuständigen Gerichtsvollzieher 6 896. — unter Verletzung fremden Gewahrsams erfolgte Pfändung 6 899. — im Widerspruch zu e. vorher mit den Mitgläubigern getroffenen Vereinbarung, erwirkte Pfändung 6 266. — Schadenserlass nach § 823 BGB. bei Pfändung u. Verkauf unpfändbarer Sachen (s. diese) 7 351, 867. — Pfändung u. Überweisung e. Forderung durch ein unzuständiges Gericht 3 2, 569; 5 869; 7 869. — gegen § 850 ZPO. verstößende Pfändung 6 900, 911, 913.

Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen in das bewegliche Vermögen vgl. unpfändbare Sachen.

Begriff der Geldforderung vgl. Zwangsvollstreckung zur Herausgabe von Sachen. — Urteil auf Hinterlegung einer Geldsumme zur Sicherungsleistung 1 3, 262, 302; 3 2, 562, 590; 4 738; 5 862. — Urteil auf Sicherungsleistung schlechthin 4 738. — Urteil auf Zahlung einer zum eingebrachten Gut gehörigen Forderung

an die Frau des Klägers oder an beide Gatten oder an den Ehemann mit Zustimmung der Frau **3 2, 562.** — Urteil aus einem Vorvertrag (Darlehns- oder Leihvertrag) **3 2, 588, 592.** — Urteil auf Sicherstellung gemäß Art. 29 Abs. 3 B.D. **3 2, 590.** — Urteil auf Zahlung an einen Dritten **4 738; 5 862.** — Urteil auf Hinterlegung zum Zweck der Zahlung (§§ 372, 1281 BGB.) **4 738; 6 919; 7 880 (2).**

Gegenstand der Pfändung; Gewahrsam. — Sparlassenbücher (s. diese) **1 3, 274; 2 1, 475; 7 521** (vormundschaftsgerichtlich gesperrtes), 870. — Telephon-einrichtung **3 2, 575.** — Anteile eines Mit-eigentümers? **3 2, 577.** — Warenlager **1 3, 266; 5 866.** — Hypothekenbrief **7 870.** — auf einem Gemeindefriedhof stehendes Grabgitter **5 866.** — Pfändung eigener Sachen des Gläubigers **3 2, 564; 4 740; 5 865; 6 436; 7 866, 867.** — Pfändung fiduziarisch übereigneter Sachen seitens des Sicherungskäufers **7 35.** — dem Schuldner nur unter Eigentumsvorbehalt des Verkäufers gegen Abzahlung verkaufte Sachen; Pfändung durch den Eigentümer selbst **1 1, 344; 3 1, 114 f.; 3 2, 564, 578, 579; 4 750; 5 190, 885, 878; 6 891, 898, 899** (Einwendung des Schuldners aus der Pfändung gegen eine auf Zahlung fälliger Raten gerichtete Klage), 916 (vgl. Zwangsvollstreckung in Forderungen unter Möbelleihvertrag); stillschweigender Verzicht des Gläubigers auf sein Eigentum? **7 199, 200, 866, 867 (2), 875 ff.** — Rezepte zur Herstellung industrieller Produkte **6 901.** — Handschrift e. literarischen Erzeugnisses **6 901.** — noch nicht zur Patentierung angemeldete Erfindungen **6 901.** — Begriff des Gewahrsams **3 2, 564.** — im Gewahrsam des Schuldners befindliche, aber nicht ihm gehörige Sachen **1 3, 265, 273.** — Pfändung in der ehelichen Wohnung auf Grund e. Titels gegen die Frau **1 3, 265.** — Gewahrsam der gütergemeinschaftlichen Frau **6 899** (vgl. *R.* im allgemeinen A e). — Vorbehaltsgut der Frau **1 3, 266.** — welche Sachen befinden sich im Gewahrsam der selbständig ein Erwerbsgeschäft betreibenden Frau? **6 898.** — Vermutung des § 1362 BGB. **1 3, 265; 5 865** (vgl. Eigentumsvermutung). — Gewahrsam der von dem Mann getrennt lebenden Frau **6 898; 7 866.** — Gewahrsam bei Zusammenwohnen der Eheleute in einer von der Frau gemieteten Wohnung **3 2, 564.** — alleiniger Gewahrsam des Mannes an den Haushaltungsgegenständen oder gemeinsamer Gewahrsam der zusammenlebenden Ehegatten? **6 898, 900.** — Gewahrsam des in Gütertrennung lebenden Mannes an den Haushaltungsgegenständen **6 898.** — Pfändung von Kaufpfändern für den

Pfandgläubiger **5 449.** — Wirksamkeit der Pfändung von dem Schuldner nicht gehörigen Sachen **1 1, 714, 719; 4 367; 5 449; 6 436** (vgl. Zwangsvollstreckung im allg. I). — im gemeinschaftlichen Gewahrsam des Schuldners u. eines Dritten befindliche Sachen, wirtschaftlich selbständige, mit dem Vater gemeinsamen Haushalt führende Kinder **4 741.** — auf Grund der elterlichen Nutzung in dem Besitze des Vaters befindliches Kindesvermögen **1 2, 121** (s. elterliche Nutzung u. Zwangsvollstreckung im allgemeinen A). — Eigentumserwerb des Schuldners nach Pfändung **4 738.** — auf Grund eines mit dem Schuldner abgeschlossenen Scheinvertrags im Besitze eines Dritten befindliche Sachen **3 2, 565.** — im Besitze eines Dritten befindliche Sachen, der bei der ersten Pfändung herausgabebereit war, aber der Anschlußpfändung widerspricht **3 2, 565.** — im Besitze des Gläubigers befindliche Sachen **5 866.** — Früchte des verpachteten Grundstückes; Pfändung s. Schulden des Verpächters **1 3, 266; 3 2, 565; 4 742** (vgl. Zwangsvollstreckung im allg. u. Zwangsvollstreckung E. in das unbewegliche Vermögen, Zwangsversteigerung — Pfändung des Hypothekgläubigers, auch wenn der Grundstückseigentümer nicht persönlicher Schuldner ist, in d. Gegenstände, auf die sich die Hypothek nach §§ 1120—1130 BGB. erstreckt **6 918, 919.** — Pfändung von Grundstückszubehör entgegen § 865 Abs. 2 ZPD. (s. Zwangsvollstreckung in d. unbewegliche Vermögen, Zwangsversteigerung, Hypothek) **6 918.** — Verhältnis des § 561 BGB. zu § 808 ZPD. **6 599** (vgl. unten bei § 805). — Pfändung der im Besitze des Mannes befindlichen Sachen, wenn er trotz Verurteilung zur Duldung der *Z.* nicht herausgabebereit ist? **1 2, 49; 2 1, 621; 4 382; 6 899** (s. Zwangsvollstreckung im allgemeinen A d). — in der Stahlkammer e. Bank befindliche Wertpapiere des Schuldners **3 2, 578; 5 877, 878; 6 899, 900, 913, 914; 7 286.** (vgl. Schrancksachvertrag). — Folgen e. unter Verletzung fremden Gewahrsams erfolgten Pfändung **6 899.** — Annahme des Fortbestehens des schuldnerischen Gewahrsams bei Einbringung der Sachen in eine nur zum Schein begründete GmbH. **6 900.** — Geld im Sinne des § 815 ZPD. (Kassenscheine, Banknoten) **6 901.** — „Wertpapiere“ im Sinne der §§ 821 ff.; § 831 ZPD.; Behandlung der Wertpapiere zum Teil als Sache, zum Teil als Forderungen **6 901, 902, 903, 906.** — Hypothekenbriefe; Pfändung u. Anschlußpfändung? **6 903, 905.** — stillschweigende Herausgabebereitschaft des Dritten **7 867.** — Mitbesitz i. S. des § 809 ZPD. **7 867.** —

(Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen in das bewegliche Vermögen) in einem gemeinschaftlich benutzten Raum untergebrachtes Mobilien 7 867.

Pfändung; Anschlußpfändung, Nachpfändung. — Pfändung Rechtsgeheimnis? 2 1, 83. — Ersichtlichmachen 3 2, 565; 4 740. — Anbringen des Amtssiegels durch Farbstempel 3 2, 565. — verborgene Anbringung der Pfandmarke 1 3, 266. — Pfandmarke auf dem ersten Blatt eines Buches 1 3, 266. — Pfandmarke auf der oberen Deckplatte e. Geldschranke 1 3, 266. — Pfändung von Viehstücken durch Siegelung 3 2, 565. — Pfändung von 10 Töpfen aus durch Anbringung e. Zettels „10 Töpfe gepfändet“ auf einem Topf 1 3, 266. — Besitzverhältnisse bei Pfandnahme durch Wegnahme, durch Signierung 3 2, 564, 565; 4 740; 5 866 (Pfändung von im Besitz des Gläubigers befindlichen Sachen); 6 899; 7 867. — Besitzverhältnisse bei Pfändung von Geld 3 2, 569; 5 866. — Ende der Z. bei Pfändung von Geld 3 2, 569 (s. Zwangsverwaltung im allgemeinen G.). — Abstecken des Gerichtsvollziehers von der Pfändung bei Er bieten eines Dritten, den Schuldbetrag zur Verhinderung der Pfändung zu hinterlegen 3 2, 564. — Pfändung seitens eines 2. Gläubigers, wenn die Siegel der ersten Pfändung nicht mehr ersichtlich waren 1 3, 263, 274; 3 2, 562 (s. Pfändungspfandrecht). — Ausdehnung der Pfändung behufs Befriedigung eines vorzugsweise (§ 805 ZPO.) berechtigten Dritten 1 3, 274. — Nachpfändung bei Unsicherheit des Erfolges der ersten Pfändung (Widerspruchsklage) 1 3, 262. — Anschlußpfändung, wenn die Siegel der 1. Pfändung nicht mehr ersichtlich waren 1 3, 263. — Anschlußpfändung seitens e. von der ersten Pfändung keine Kenntnis Besizhenden 1 3, 274. — Anschlußpfändung bei Hypothekenbriefen? 5 871; 6 903. — Nichtaufnahme e. Pfändungsprotokolls 6 883, 903 (bei Anschlußpfändung). — Einfluß von Fehlern des Pfändungsprotokolls auf die Gültigkeit der Z. 1 3, 249; 6 883. — Zustellung der Aufforderungen und Mitteilungen des § 763 ZPO., wenn der Schuldner am Ort der Z. wohnt 5 852. — Prüfungspflicht d. Rechtsanwalts hinsichtlich des ihm vom Gerichtsvollzieher übergebenen Pfändungsprotokolls 2 1, 147.

Pfändungspfandrecht. — Voraussetzung für Entstehung 6 896. — rechtl. Natur; Pfandrecht i. S. des § 1257 BGB. 3 2, 562; 5 861, 862, 869. — analoge Anwendung des BGB., insbes. des § 1208? 3 2, 562. — Einfluß einer fehlerhaften Pfändung (s. oben Gegenstand u. Pfändung). — Pf. an dem Schuldner

nicht gehörenden Sachen; Wirkamwerden nach § 185 BGB. 4 56. — nachträglicher Eigentumserwerb des Schuldners an den gepfändeten Sachen 4 738. — bei Pfändung von im Besitz e. widersprechenden Dritten befindlichen Sachen 1 3, 266; Widerspruch des Dritten gegen e. Anschlußpfändung, während er bei der ersten Pfändung zur Herausgabe bereit war 3 2, 565. — bei Pfändung von Geld 6 901. — Begründung durch Pfändung unpfändbarer Sachen 3 2, 566; 4 742 (s. diese). — Einfluß des Nichtbestehens oder Erlöschens der Forderung auf das Pf. 5 862, 863. — Aufhebung des Vollstreckungstitels 3 2, 562. — fallen zwischen der Pfändung u. Pfandveräußerung gezogene Früchte unter das Pf.? 5 862. — Erstreckung auf Nebenforderungen 1 3, 262. — Pfändung von nicht dem Schuldner gehörigen Sachen; bona fides des Gläubigers 1 3, 262, 263; 3 2, 562; 4 743; 5 862; 6 896. — Einfluß auf Rechte Dritter an den Pfandsachen bei bona fides des Pfandgläubigers 1 3, 262, 263. — Rechte e. früheren Pfändungsgläubigers, wenn bei d. Nachpfändung die frühere Pfändung nicht mehr ersichtlich u. der Nachpfändende keine Kenntnis hatte 1 3, 263, 274 (vgl. 3 2, 562). — Erlöschen durch die vom Gläubiger gestattete Befreiung der Pfandsachen an den im Besitze des Schuldners gebliebenen Sachen 3 2, 562. — Pf. an Wertpapieren 6 902. — haben zwei gleichzeitig pfändende Gläubiger an den Pfandsachen gleichen Anteil oder Anteil nach dem Verhältnis ihrer Forderung? 4 743. — nach der Pfändung in den Besitz eines Dritten gelangte Sachen 4 741. — Veräußerung der gepfändeten Sachen nach Entfernung der Pfandmarken seitens des Schuldners an e. gutgläubigen Dritten, Veräußerung nach Rechtsabhängigkeit der Widerspruchsklage 5 858. — Rang des gesetzlichen Pfandrechts des Verpächters 4 741; 5 866, 867. — bei Pfändung entgegen § 777 ZPO. 6 889. — Einfluß der Inzuchtigkeit des Gerichtsvollziehers oder eines fehlerhaften Vergehens auf das Pf. 6 896. — Zeitpunkt der Entstehung des Pfandrechts an ungetrennten Früchten 6 900. — Pflicht des Pfändungsgläubigers, zur Erhaltung d. Pfandsache Aufwendungen zu machen? 6 899. — Übertragung des Pf. auf andere Forderungen nach Erlöschen der Pfandforderung? 6 896. — ungerechtfertigte Bereicherungsklage oder Schadensersatz des Dritteigentümers einer gepfändeten Sache gegen den Pfandgläubiger? 3 2, 539; 4 856; 6 896 (s. prozessuales Verschulden, ungerechtfertigte Bereicherung — kein Erlöschen des Pf. bei Schuldübernahme 5 177). — Erlöschen durch zu Unrecht erfolgte Aufhebung der Pfändung

teilens des Gerichtsvollziehers 7 865. — Anwendbarkeit des § 1248 BGB. 5 451; des § 407 BGB. 4 368; des § 1275 5 453; der §§ 1281, 1282 im Falle der arrestwärtigen Pfändung, ergreift die Nebenrechte 5 452. — Erlöschen 3 1, 462 f. — Aufhebung durch Rechtsgeschäft 2 1, 608.

Versteigerung; Befriedigung des Gläubigers; Eigentums-erwerb vgl. Verteilungsverfahren. — Versteigerung von dem Schuldner nicht gehörigen Sachen; Eigentums-erwerb des gutgläubigen Anfeinerers; Herausgabe des B.-erlöses an den Dritten; Haftung des bösgläubigen Pfändungsgläubigers 1 3, 273; 6 902, 903 (2); (vgl. 6 908, 909). — W. nur eines Teiles der gepfändeten Sachen 1 3, 274; 3 2, 569. — öffentliche W. von Wertpapieren mit Börsen- oder Marktpreis an Stelle des in § 821 ZPD. vorgeschriebenen freihändigen Verkaufes 6 902. — W. von Namensaktien; Zustimmung des Ausschichters? 6 902. — Überweisung der für den Gläubiger gepfändeten Sachen an diesen selbst ohne Versteigerung (§ 825 ZPD.); Überweisung bei vorläufig vollstreckbaren Titeln, Zeitpunkt des Eigentumsübergangs; Eigentumsübergang bei nicht dem Schuldner gehörigen Sachen; Haftung des Schuldners für Mängel der überwiesenen Sache 6 902, 903 (2); 7 869. — Zeit der W.; bei Anschließungspfändung 1 3, 274. — Abhalten der W. in einem nicht öffentlichen Raum 3 2, 569. — Aufhebung eines W.-stermins durch das Gericht; Zeitpunkt der Wirksamkeit des Beschlusses 6 831. — Anwendung des § 816 ZPD. bei W. durch einen Notar 6 903. — Haftung des Gerichtsvollziehers bei Zuschlag unter dem Taxwert 5 869 (vgl. Gerichtsvollzieher). — Eigentums-erwerb des Anfeinerers an dem Schuldner nicht gehörigen Sachen 1 3, 273; 4 743. — Haftung für Sachmängel beim Pfandverkauf 3 1, 217; 5 192, 863 (wenn die Sache nicht unter der Bezeichnung als Pfand verkauft wurde). — Zusicherung e. Eigenschaft beim Pfandverkauf 1 1, 346, 353. — Haftung des Pfandgläubigers aus arglistigem Verschweigen? 3 1, 223. — Zeitpunkt des Eigentums-erwerbs bei Pfändung von Geld 1 3, 273, 274; 3 2, 569; 4 743; 6 901, von dem Schuldner nicht gehörendem Geld 1 3, 274. — Eigentums-erwerb durch Vermischung des gepfändeten, dem Schuldner nicht gehörigen Geldes mit eigenem des Gläubigers 1 3, 273, 274. — ist die Wegnahme von Geld durch den Gerichtsvollzieher auf Grund eines vorläufig vollstreckbaren Urteils als Zahlung zu betrachten 5 869. — Einfluß eines Verstoßes gegen § 817 ZPD auf den Eigentumsübergang 3 2, 569. — Eigentums-erwerb am B.-erlös; Bedeutung des

§ 819 ZPD. 1 3, 274. — Umschreibung von gepfändeten, auf den Namen lautenden Wertpapieren auf den Vollstreckungsgläubiger; Form der vom Gerichtsvollzieher für den Schuldner abzugebenden Erklärung 3 2, 569. — Hinterlegung nach § 827 ZPD. bei Gläubigerkonkurrenz; ist keine Befriedigung 1 3, 274. — Umfang der Barzahlungspflicht des selbst einsteigernden Pfändungsgläubigers bei Pfändung für mehrere Gläubiger 6 901. — bei Nichtanziehen des Erlöses für die mehreren Pfändungsgläubiger an Stelle des Verteilungsverfahrens Klage auf Auskehrung des Erlöses zulässig? (vgl. Verteilungsverfahren.) 6 903. — Rechtsverhältnis der mehreren Gläubiger, für die vom Gerichtsvollzieher gleichzeitig ein u. dasselbe Forderungsorterpapier gepfändet wurde 6 903, 904.

Einwendungen, Widerspruch u. s. w. vgl. Zwangsvollstreckung im Allgemeinen E u. I, Widerspruchsklage, prozessuales Verschulden. — Schadens-ersatzanspruch e. Dritten bei Pfändung u. Versteigerung von ihm, u. nicht dem Schuldner gehörigen Sachen 3 2, 539; 4 856; 6 896. — Haftung des Vollstreckungsgläubigers aus ungerechtfertigter Vereicherung bei Pfändung u. Versteigerung von nicht dem Schuldner, sondern e. Dritten gehörigen Sachen 3 2, 556. — E. des Pächters, Unterpächters, Zeßionars des Pächters gegen Pfändung der Früchte für eine Schuld des Verpächters 1 3, 266; 3 2, 565; 4 742; 7 867 (Kondition des Erlöses nach Versteigerung) (vgl. unten § 805 ZPD.) — Widerspruchsklage des Hypothekengläubigers bei Pfändung von Hafnfrüchten durch Gläubiger des Pächters 5 866 (vgl. Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen, Zwangsversteigerung, Hypothek). — Widerspruchsklage gegen e. Nachpfändung 1 3, 262. — Stellung des Verpächters wegen seines geschlichen Pfandrechts gegenüber e. Pfändung beim Pächter 4 741; 5 866, 867. — Widerspruch des Vermieters nach § 560 BGB. bei Pfändung von Mieten 5 863. — E. bei einer gegen § 777 ZPD. verstößenden Pfändung; Folgen der Nichterhebung einer E. 6 889. — E. nach § 766 ZPD. bei Pfändung unter Verletzung fremden Gewahrsams 6 899. — E. nach § 766 bei öffentlicher Versteigerung von Wertpapieren mit Börsen- oder Marktpreis an Stelle freihändigen Verkaufes (§ 821 ZPD.) 6 902. — für die Frage der Zulässigkeit der Pfändung zuständiges Gericht, wenn die Pfändsachen nach Pfändung in den Bezirk eines anderen Gerichts verbracht wurden 7 858.

Recht Dritter auf vorzugsweise Befriedigung (§ 805

(Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen in das bewegliche Vermögen)

3 P.D.). — Begründung des Vorzugsrechts durch Beschlagnahme nach § 14 ZPO. 3 2, 563. — Vorzugsrecht bei vorläufiger Beschlagnahme nach § 176 ZPO. 3 2, 563. — Vorzugsrecht bei Vermögensbeschlagnahme nach § 332 StP.D. 3 2, 563 (s. Beschlagnahme). — Verpächter u. Vermieter; Frist des § 561 BGB.; Widerspruch nach § 560 BGB. bei Pfändung von Forderungen zulässig u. zur Erhaltung des Rechts nach § 805 ZPO. nötig? 1 1, 372; 1 3, 263; 2 1, 303; 3 1, 234; 3 2, 562, 563; 4 180, 738, 739; 5 213, 863, 866, 867; 6 899; 7 865 (2) (vgl. oben Einwendungen). — Recht des Vermieters bei Pfändung seitens mehrerer Gläubiger 5 863. — Untergang des Vermieterpfandrechts durch Pfändung u. Fortschaffung oder erst durch Versteigerung? 4 738; 5 863 (pfälz. Recht): 7 865. — Hypothekgläubiger bei Pfändung getrennter Bestandteile 3 2, 565, 566, 586; 5 882; 6 918 (vgl. Hypothek, Zwangsversteigerung). — Anspruch des Pfandbriefgläubigers auf Vorzugsbefriedigung aus dem Erlös bei Pfändung der Pfandbriefdeckung 3 2, 131. — Verlust des Bereicherungsanspruchs gegen den Pfandgläubiger bei Versäumen der Klage aus § 805 ZPO.? 1 3, 263; 3 2, 563; 7 328, 329 (s. ungerechtfertigte Bereicherung). — Glaubhaftmachung der Gefährdung nach § 805 Abs. 4 1 3, 263. — Anordnung der Hinterlegung des Erlöses vor Erhebung der Klage 1 3, 264. — Unterschied der Hinterlegungsanordnung nach § 805 Abs. 4 von einer einstweiligen Verfügung 1 3, 264. — Kosten der Hinterlegung 1 3, 264. — Vorlage des Hinterlegungsbeschlusses an den Gerichtsvollzieher 4 739. — kann sich bei Klage nach § 805 der Vermieter gegenüber dem Pfandgläubiger auf ein von ihm (dem Vermieter) gegen den Mieter rechtskräftiges Urteil berufen? u. umgekehrt der Pfändungsgläubiger auf ein die Klage des Vermieters gegen den Mieter rechtskräftig abweisendes Urteil? 1 3, 263; 6 896. — Mehrpfändung seitens des Gerichtsvollziehers zwecks Befriedigung des Vorzugsberechtigten? 1 3, 274. — Passivlegitimation des Pfändungsgläubigers, der sein Recht auf den Erlös einem Dritten abtrat 6 896.

Zwangsvollstreckung in Forderungen und andere Vermögensrechte wegen Geldforderungen vgl. unpfändbare Forderungen. — über den Begriff der Geldforderung, für die die Z. stattfinden kann (s. Z. in das bewegliche Vermögen). — Rangverhältnis mehrerer Pfändungs-

gläubiger 3 2, 571, 7 877; (s. Z. in allgemeinen und unten Hinterlegung). — Gläubiger und Schuldner notwendige Streitgenossen gegenüber dem Drittschuldner? 6 904. — Rang e. Sachpfändung gegenüber einer Pfändung des Anspruches auf Herausgabe derselben Sache 4 741; 6 910, 911.

Zuständiges Gericht. — bei Z. in einem ungetheilten Nachlaß 1 3, 274. — Zuständigkeit des im § 828 Abs. 2 ZPO bezeichneten Gerichts für Vollstreckung in außerhalb seines Bezirkes befindlichen Vermögensrechten 1 3, 274. — Bestimmung durch das höhere Gericht? 1 3, 274; 3 2, 569; 5 869; 6 904 (vgl. Gerichtsstand) — Forderungspfändung durch ein unzuständiges Gericht 3 2, 569; 5 869 873; 7 869. — Anordnung der Veräußerung eines Wechsels durch ein unzuständiges Gericht; Einfluß auf den gutgläubigen Wechselnehmer 4 744. — Anordnung der öffentlichen Versteigerung einer Forderung (§ 844 ZPO.) durch unzuständiges Gericht: Stellung des gutgläubigen Erwerbers 5 873. — Prüfungspflicht des Gerichtes bzw. der das Gesuch begründenden Tatsachen 3 2, 569. — zuständiges Gericht bei Pfändung von Forderungen aus Wertpapieren 6 904. — Ausschließung des Amtsgerichts, das den Erlös einer Zwangsversteigerung an den Subhastaten auszusahlen hat, von der Tätigkeit als Vollstreckungsgericht für Pfändung dieses Anspruches? 6 904.

Forderungen. — z. Zt. des Erlasses des Pfändungsbeschlusses noch nicht, wohl aber z. Zt. der Zustellung des Beschlusses existierende Forderung 6 904. — Pfändung des auf eine Eigentümerhypothek in der Zwangsversteigerung entfallenen, bei Gericht hinterlegten Betrages 1 3, 275. — Forderungen aus gegenseitigen, nicht erfüllten Verträgen 1 3, 282; 3 2, 575. — künftige Forderungen 3 2, 570; 4 575; 5 207; 6 904; 7 869. — Pfändung fortlaufender Bezüge; erst fällig werdende Geldraten 6 907. — künftige Agentenprovisionen 7 870. — Pfändung einer rechtshängigen Forderung 5 791. — Pfändung des Provisionsanspruches eines Reisenden bei Berechtigung des Reisenden auf Abzug der Provision von den einlassierten Gelbern 3 2, 570. — Pfändung von in anfechtbarer Weise erlassenen oder gestundeten Forderungen 6 888. — Pfändung einer eigenen Schuld des Vollstreckungsgläubigers 3 2, 571, 572 (Überweisung zur Aufrechnung). — Forderung aus Wertpapieren; Behandlung zum Teil als bewegliche Sachen, zum Teil als Forderung 6 901, 902, 903 (vgl. auch unten andere Rechte). — Kreis der unter § 831 ZPO. fallenden Papiere 6 906. —

Fette Zahlen = Satz; gewöhnl. Zahlen = Seite,

Pfändung einer Wechselforderung oder e. anderen d. im § 831 ZPD. genannten Forderungen durch d. Gericht statt durch den Gerichtsvollzieher; Folgen 6 906. — Stellung mehrerer Gläubiger, für die vom Gerichtsvollzieher gleichzeitig ein und dasselbe Forderungs-Orderpapier (§ 831) gepfändet wurde, bei Einziehung der Forderung 6 903, 904 (s. B. in bewegliche Sachen). — Pfändung einer Forderung der Frau auf Grund eines nur gegen die Frau gerichteten Titels; Nachweis der Eigenschaft als Vorbehaltsgut nötig? 3 2, 547. — Pfändungspfändrecht an Wechseln u. anderen Papieren des § 831 ZPD., wenn der Gerichtsvollzieher den Wechsel nicht auf Grund des § 831 ZPD., sondern nach Pfändung des Herausgabeanspruchs gegen den Dritten in Besitz nimmt 6 906, 907. — Gehaltspfändung; künftige Raten; erstreckt sich auch auf die Pension, auf die im Disziplinarweg verfürzte Pension 6 907 (3). — Forderungen einer nicht rechtsfähigen Vereins 1 1, 39; 4 15. — Pfändung einer Forderung eines nachher in Konkurs verfallenden Schuldners, wenn die Begahlung der Forderung erst infolge der Erfüllung des Vertrags durch den Konkursverwalter geschieht 5 946. — Pensionen von Privatbeamten 7 868, 874 (2). — Pfändung des Anspruchs auf den Erlös in der Zwangsversteigerung 3 2, 310; 4 791 f. (s. unten andere Rechte i. Zwangsversteigerung).

Hypotheken. — Sicherung des Pfändungspfändrechtes durch Vermerkung im Grundbuch 3 2, 570. — Sicherung des Vollstreckungsrechtes durch Arrest 3 2, 570. — Notwendigkeit der Zustellung an den Drittschuldner zur Wirksamkeit der Pfändung? 1 3, 275; 3 2, 570, 571 (2); 7 870. — wer hat die Löschung einer zur Einziehung überwiesenen Hypothek zu bewilligen? 3 2, 572; 6 907. — Abtretung einer Hypothek nach Zustellung des Pfändungsbeschlusses, aber vor Übergabe des Briefes oder Eintragung der Pfändung 5 871, 872. — zu § 830 Abs. 2 ZPD.; Zustellung des Pfändungsbeschlusses an den Drittschuldner vor Übergabe des Briefes oder vor Eintragung der Pfändung; spätere Rechtsgeschäfte des Drittschuldners, wenn die Pfändung nicht zur Vollendung gebracht wird 6 905, 906 (2). — Pfändung von rückständigen Zinsen und Nebenforderungen einer Hypothek 5 872. — Pfändung der Grund- und Rentenschuldbriefe 6 917. — Rangverhältnis mehrerer Pfändungsgläubiger 3 2, 571. — Pfändung einer Vormerkung aus §§ 6, 7 preuss. G. v. 13. VII. 83 3 2, 571. — Recht des Eigentümers, der eine auf seinem Grundstück eingetragene Hypothek pfänden

und sich zur Einziehung überweisen ließ, zur Aufrechnung gegen den Hypothekgläubiger und Löschung der Hypothek ohne Mitwirken des Hypothekgläubigers; besondere Lösungsklage unzulässig 3 2, 572; 6 907 (vgl. 1 3, 276, 277). — Kautionshypotheken des alten Rechts 3 2, 571. — Höchstbetragshypotheken 3 2, 581. — Pfändung einer eigenen Hypothekschuld des Pfändungsgläubigers 5 871. — Sicherungshypothek für den Anspruch auf den Versteigerungserlös gegen den Aufsteiger 3 2, 577. — Eintragung der Pfändung einer Buchhypothek 1 3, 275; 3 2, 571. — Zustellung des eine Buchhypothek betreffenden Pfändungsbeschlusses an den Drittschuldner vor Eintragung 1 3, 275; 3 2, 571. — Gesamthypotheken 5 871; 6 905 (wenn einer der Eigentümer und der persönliche Schuldner verschiedene Personen sind). — Eintragung d. Überweisung zur Einziehung in das Grundbuch? 2 2, 402; 3 2, 572; 5 873; 6 908. — Löschung einer zur Einziehung überwiesenen Hypothek 1 3, 276, 277; 3 2, 572; 6 907, 908. — Anwendung des § 837 Abs. 2 Satz 2 ZPD. auf die durch Sicherheitshypothek gesicherten Rektappierforderungen 6 908. — Teilspfändung e. Hypothek 1 1, 726. — Kündigung einer gepfändeten und überwiesenen Hypothek seitens des Drittschuldners 6 907.

Briefhypotheken vgl. unten Eigentümerhypothek. — bei abhanden gekommene Hypothekbrief 5 871. — wenn der Gläubiger schon im Besitze des Briefes ist 3 2, 570; 5 871. — wenn ein dritter nicht Herausgabebereiter den Brief besitzt 4 744; 5 870, 871. — Pfändung des Anspruchs des Hypothekgläubigers gegen einen Dritten auf Herausgabe des Hypothekenbriefes 7 870. — wenn der Brief sich im Gewahrsam des Grundbuchamts befindet 5 870. — Offenbarungseid des Schuldners über den Nichtbesitz des Briefes 5 871; 6 905. — Erlesen der Übergabe d. Briefes durch Pfändung und Überweisung d. Herausgabeanspruchs? 3 2, 580; 5 871; 6 905; 7 870. — Briefwegnahme bei Erlöspfändung in der Zwangsversteigerung? 4 744. — muß der Gerichtsvollzieher bei Pfändung des Hypothekenbriefes auch die Abtretungserklärungen wegnehmen? 5 870. — Pfändung eines Teils einer Briefhypothek 5 871. — Anschlußpfändung einer Briefhypothek (im Wege des § 826 ZPD.) 5 871; 6 903, 906 (2). — Vollstreckungstitel für Wegnahme des Hypothekenbriefes 6 905. — selbständige Pfändung und Verwertung des Hypothekenbriefes? 6 905. — Eintragung der Pfändung e. Briefhypothek ins Grundbuch trotz Übergabe des Briefes? 6 905. —

(Zwangsvollstreckung in Forderungen und andere Vermögensrechte.)

Zustellung des Pfändungsbeschlusses an den Drittschuldner; Wirkung, wenn die Übergabe des Hypothekenbrieftes nicht nachfolgt **6 905, 906 (2).**

Eigentümerhypotheken u. Grundschulden **1 3, 275; 6 904.** — Drittschuldner **3 2, 579, 581; 5 880** (vgl. unten); **6 916.** — Eigentümerhypothek nach § 1143 BGB. **5 879, 880.** — Inkräften der Pfändung schon mit Zustellung des Pfändungsbeschlusses an den Drittschuldner-Eigentümer, oder erst mit Eintragung? **5 880; 7 878.** — latente Eigentümerhypothek; Pfändung vor Umschreibung auf den Namen des Eigentümers; vorherige Vormerkung; Pfändung des Berichtigungsanspruchs **1 3, 285; 3 2, 576, 580, 581, 582; 5 879; 7 872, 875, 878.** — einstweilige Verfügung auf Erlassung eines Verfügungsverbotes oder auf Eintragung eines Widerspruchs nach Pfändung und Überweisung des Grundbuchberichtigungsanspruchs **3 2, 581; 4 751, 765; 5 879; 7 875.** — Zustellung des Pfändungsbeschlusses an den Eigentümer vor Eintragung der Pfändung? **3 2, 581.** — Pfändung des Anspruchs auf Auszahlung des auf eine Eigentümerhypothek bei der Zwangsversteigerung entfallenden Erlöses **3 2, 577, 578; 4 749; 5 878; 6 904, 915, 916** (vgl. Zwangsversteigerung, Verteilungsverfahren). — künftige Eigentümerhypothek; Unzulässigkeit d. Eintragung der Pfändung; einstweilige Erlassung eines Pfändungsbeschlusses **4 752; 5 880, 881; 6 917; 7 878.** — aus einer Nebensachenkautionhypothek (Kautions für Zinsen und Kosten) künftig entscheidende Eigentümerhypothek **4 752; 5 880; 7 872, 878.** — aus einer Höchstbetragshypothek eventuell entscheidende Eigentümerhypothek **3 2, 581, 582; 4 751; 7 872.** — nicht valutierte Grundschuld, Pfändung des Anspruchs des Eigentümers gegen den eingetragenen Gläubiger auf Verzicht auf sein Grundschuldrecht (§ 1169 BGB.) **5 880.** — Eigentümerbriefgrundschuld; Aushändigung des Briefes an den Gläubiger, Wegnahme durch den Gerichtsvollzieher; Ersatz der Übergabe durch die Ersatzmittel der §§ 1205, 1206, 1274 BGB.? Besitz eines Dritten an dem Brief **3 2, 579, 580, 581; 4 751; 5 879, 880.** — Teileigentümerbriefgrundschuld; Eintragung eines Widerspruches gegen die Richtigkeit des Grundbuchs **3 2, 580; 4 751; 5 879.** — Überweisung der Eigentümerbriefgrundschuld **3 2, 580.** — Pfändung und Überweisung des Briefherausgabeanspruches **3 2, 580** (vgl. **5 871**). — Unwirksamkeit der Pfändung einer Eigentümergrundschuld mangels Wegnahme des Briefes;

Einfluß auf die Pfändung des Berichtigungsanspruchs **6 917.** — Pfändung einer dem Eigentümer des Grundstücks zustehenden, im Grundbuch noch nicht als Eigentümerhypothek eingetragenen Buchhypothek mit gleichzeitiger Pfändung des Berichtigungsanspruchs; Widerspruch für d. Pfändungsgläubiger im Grundbuch **6 917.**

Andere Rechte vgl. unpfändbare Forderungen, unpfändbare Sachen. — nur Vermögensrechte, Begriff **1 3, 285.** — künftige Rechte **6 904.** — von Gegenleistung abhängiger Anspruch auf Auflassung **1 3, 278** (Sicherungshypothek für den Gläubiger, auch wenn die Pfändung des Übertragungsanspruchs auf Grund Vollstreckungsbefehles erfolgte). — Forderung aus unerfüllten zweiseitigen Verträgen **1 3, 282; 3 2, 575.** — abtretbare, aber nach ihrer Natur zur Verfechtigung des Gläubigers nicht geeignete Ansprüche **1 3, 283.** — Bank-Gefes **3 2, 578; 5 877, 878; 6 899 (2), 900, 913, 914** (vgl. Schrankevertrag). — Anspruch des Bauunternehmers aus dem Baugeldvertrag auf Gewährung des auf dem Baugrundstücke hypothekarisch sicher gestellten Baugelds **1 1, 301; 1 3, 283; 3 1, 195; 3 2, 575, 576; 4 144, 748; 5 164, 876.** — Provisionsansprüche **3 2, 571;** bei Berechtigung des Reisenden auf Abzug der Provision von den einflussierten Beträgen **3 2, 570.** — Anspruch auf Bestellung eines Nießbrauches **1 3, 283.** — eines vermachten Nießbrauches **1 3, 285.** — Pfändung des Nießbrauches des Eigentümers am eigenen Grundstück **6 916.** — Vorkaufs- und Wiederkaufrisrechte **1 3, 284.** — Wandlungs- und Minderungsansprüche **1 3, 284.** — Rechte aus einem Kreditvertrag (bei Bestellung einer Sicherungshypothek) **3 2, 576.** — Lebensversicherung **1 3, 284 6 914;** (s. diese). — Postanweisungsbetrag (wegen Schulden des Adressaten) **3 2, 121, 576.** — Kündigungrechte **1 3, 285.** — Recht eines Gasabnehmers auf Abmeldung der Gasbenutzung u. Kündigung der hierfür hinterlegten Sicherheit **1 3, 285.** — Anspruch auf Lieferung von Gas und Elektrizität **3 2, 576.** — Urheberrecht **1 3, 285; 3 2, 663** (photograph. Urheberrecht); **7 875, 1115, 1154, 1164.** — Forderung auf Brandentschädigung **1 3, 267; 3 2, 576; 5 876.** — Pfandrecht des Sicherungsberechtigten an der Forderung auf Rückerstattung hinterlegter Summe **1 3, 285.** — Anspruch aus der einstweiligen Verfügung auf Prozesskostenvorschusspflicht des Mannes **3 2, 576.** — Telephoneinrichtung **3 2, 575.** — Erfinderrecht und gewerbliche Schutzrechte **7 115** (s. oben). — Warenzeichenrecht **7 875, 1135, 1140.** — Ausstattungsstück

(§ 15 WarenzG.) 7 875. — Verlagsrecht 7 875, 1161. — Urheberrecht an Mustern und Modellen 7 1154. (s. oben). — Gebrauchsmuster 7 1134, 1135. — Urheberrecht (s. oben) 3 2, 671; 7 1161 (Mitarbeiter, zukünftige Urheberrechte, Vollstreckung gegen andere Nachfolger als Erben; Art der Verwertung). — Pfändbarkeit des Erfinderrechts vor der Anmeldung 7 874. — Recht des Erfindungsbesizers gegen den unlauteren Anmelder 7 874, 875, 1115. — patentgesetzliches Einpruchsrecht 7 874, 1114. — Anspruch der Anmeldung mit dem Anspruch auf Verdatierung nach § 3 Abs. 2 PatG. 7 874, 875. — Anspruch auf Übertragung des Rechts aus einer Patentanmeldung 7 875. — Verfahren bei 3. in ein Patentrecht 7 875. — Recht der Vorbereitung (§ 5 PatG.) 7 875, 1114. — Anspruch des Erfinders auf Erteilung des angemeldeten Patentes 3 2, 578; 7 874. — 3. in Patenturkunden 7 875, 1125. — Pfändung des Patentrechtes eines Ausländers durch Zustellung des Pfändungsbeschlusses an den Inlandvertreter 7 875, 1120. — Vollstreckung des Urteils auf Abtretung eines ausländischen Patents 5 1058. — Nukungen des Almendegutes (badisches R.) 3 2, 578. — Anspruch auf Rückgabe e. Hypothekenbriefes gegen das Grundbuchamt oder Fiskus 7 874. — Anspruch des Mieters auf Benutzung der Wohnung 3 2, 578; 4 174. — Möbelleihvertrag 3 1, 114 f.; 3 2, 578, 579; 4 750; 5 190, 878; 6 891, 898, 899 (vgl. auch Widerspruchsklage). 916 (Pflicht des Verkäufers, über die Höhe des Kaufpreises festes Auskunft zu geben); 7 199, 200, 866, 867, 875, 876. — Pfändung des Anspruchs eines Eigentümers gegen den bisherigen Hypothekgläubiger auf Umschreibung der Hypothek auf seinen Namen 3 2, 582; 6 915 (2) (vgl. unten Berichtigungsanspruch und oben Hypothek). — Anspruch auf Umschreibung eines bereits aufgelassenen, aber noch nicht auf den Schuldner eingetragenen Grundstücks 5 877. — Anspruch gegen den Akzeptanten aus einem in blanco akzeptierten Wechsel (Pfändung des Ausfüllungsrechtes) 4 744. — Anspruch auf Auflassung einer Aufsiebelungsstelle (preuß. G. v. 26. IV. 86) 4 746. — Anspruch auf Herausgabe einer seitens einer Partei dem Gericht vorgelegten Urkunde 4 746; 6 910 (Drittschuldner). — Recht auf Lösung einer Hypothek? 4 749. — Entschädigungsansprüche wegen ungeschuldig erlittener Untersuchungshaft oder bei Freisprechung im Wiedererfassungverfahren 4 749. — Forderung aus einem Sparsassenbuch 1 3, 274; 2 1, 475 (s. dieses). — ausgeschrieben Beiträge eines Verjährungsvereines auf Gegenseitigkeit 5 1109. —

Anspruch aus einem pactum de mutuo dando 5 877 (s. 3. auf Herausgabe von Sachen usw.). — Anspruch auf künftigen Erbteil 7 875. — Pfändung des Anspruchs des Nachben vor Eintritt der Nacherfolge 3 1, 623. — Erbrecht des Alleinerben 1 3, 285. — Aussicht auf eine noch nicht eröffnete Erbschaft 1 3, 285. (vgl. Zwangsvollstreckung im allg. A.). — Pfändung des Anteils eines Miterben an einem einzelnen Nachlassgegenstand 7 878. — Pfändung des Erteils eines Miterben 1 3, 286; 3 2, 582; wirksam mit Zustellung des Pfändungsbeschlusses 7 878; Eintrag der Pfändung oder nur einer Verfügungsbeschränkung im Grundbuch; vorherige Umschreibung des Grundstücks auf den Namen des Miterben 3 2, 582, 583; Eintragung der Verfügungsbeschränkung in II. Rubrik 5 881; Folgen der Pfändung 3 2, 582, 583; Anspruch der Gläubiger auf Auseinanderlegung 4 752; 5 881; 6 917; Überweisung des Erteils zur Einziehung in Höhe der Pfändungsforderung? 6 917. — Pfändung des Anteils eines Miterben an einem zum ungeteilten Nachlass gehörigen Grundstück 1 3, 286. — Pfändung des Anteils des Erben an dem einzelnen Nachlassgegenstand, wenn dieser Gegenstand angeblich das einzige Nachlassobjekt ist? 4 752. — Pfändung von Nachlassforderungen 1 3, 286. — Pfändung des an die Stelle eines veräußerten Nachlassgegenstandes tretenden Erlöses bei Miterben 5 882. — Pfändbarkeit erbanwartschaftlicher Ansprüche nach früherem sächs. Recht 5 882. — Pfändung des Anspruchs des Substanten auf den Übererlös; Drittschuldner? 3 2, 310, 577, 578; 4 749, 791; 5 878; 6 904, 915, 916 (2); 7 877 (vgl. Zwangsversteigerung). — Pfändung des Anspruchs auf den Versteigerungserlös 7 877. — Anteil eines Miteigentümers; Drittschuldner 3 2, 577; 5 877. — Auseinanderlegungsanteil eines Gesellschafters bei einer Gesellschaft nach BGB. 2 1, 437. — Anteil eines Handelsgesellschafters 1 3, 286. — Geschäftsanteil einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung 3 2, 572, 577 (Zustellung, die GmbH. als Drittschuldner?); 4 749 (Art der Verwertung), 900; 5 878; 6 915; 7 877, 878. — Anteil eines Ehegatten am Gesamtgut nach heftischem Recht 3 2, 583. — Miteigentum von Ehegatten 2 1, 444. — eingebrachtes Gut der Ehefrau; Pfändung der erworbenen Früchte 1 3, 286; 6 918; Widerspruchsklage der Frau 3 2, 583. — Anteilsrecht eines Abkömmlings am Gesamtgut; Pfändung während bestehender Gütergemeinschaft; Verzicht des Abkömmlings auf sein Anteilsrecht 6 917, 918. — Ausnießung am Kindesvermögen; Pfändung der erst fällig

(Zwangsvollstreckung in Forderungen und andere Vermögensrechte zc.)

werbenden Mietzinsen 1 3, 286; Pfändung des dem Vater letztwillig vermachten Mißbrauches 4 752. — Pfändung der statutarischen Nutznießung des überlebenden Ehegatten an dem sog. hinterfälligen Vermögen (Württ. N.) 4 752; 5 882. — Pfändung des dem auf Grund einer gegen Sicherheit für vorläufig vollstreckbar erklärten Urteils zahlenden Schuldner zustehenden Anspruchs auf Rückzahlung und des Pfandrechts an der hinterlegten Sicherheit bei Aufhebung des vollstreckten Urteils 6 873. — Pfändung des Anspruchs der Frau gegen den Mann auf Herausgabe ihrer Mobilien, wenn der im Besitz befindliche Mann trotz Verurteilung zur Duldung der 3. die Herausgabe verweigert 6 899 (vgl. 3. im allg. A d). — Forderungen aus Wertpapieren vgl. oben unter Forderungen. — Pfändung der sogenannten Traditionspapiere, Zeitpunkt der Entstehung des Pfandrechts 6 910. — Pfändung des Anspruchs des Mündels auf Löschung des Sperrvermerks eines Sparkastenbuchs? 7 870. — Grundbuchberichtigungsanspruch (s. oben Hypothek) 1 3, 285; 2 1, 542; 3 1, 404, 406; 3 2, 576 577, 580, 581; 4 322, 323, 749; 6 369, 905, 914, 915 (Anspruch eines Miteigentümers gegen die anderen auf Eintragung der Anteile; Anspruch auf Umschreibung einer Hypothek; Antrag auf Pfändung des dem Schuldner zustehenden Anspruchs auf Rückübertragung der für einen Dritten bestellten Sicherungshypothek im Fall d. Erlöschens der der Hypothek zugrunde liegenden Forderung); 6 916 (Pfändung des Berichtigungsanspruchs, wenn die Pfändung der Eigentümershypothek mangels Wegnahme des Briefes unratfam ist); 7 875. — Pfändung des durch Pfändung und Überweisung zur Einziehung entstandenen Pfandrechts an einer Forderung 5 453. — Recht des Gläubigers, der den Anteil eines Gesellschafters gepfändet und überwiesen erhalten hat: Einsicht des Gesellschaftsvertrages? 6 917. — Pfändung der Honorarforderung eines Gesellschafters nach BGB. 6 267. — Pfändung nicht fälliger Mietzinsen; Wirkung, wenn der Mieter vor Verfall die Mietsache zu Eigentum erwirbt; Befestigung der Wirkung der Pfändung durch den Aufsteiger der Mietsache durch Abschluß neuer Mietverträge 6 217. — nur mit Genehmigung der Gm.b.H. veräußerliche Geschäftsanteile 7 1072. — durch unlauteren Wettbewerb gegen den Schädiger entstandene Ansprüche 7 1050, 1057.

Stellung des Schuldners 4 745. — Klage des Schuldners gegen den Drittschuldner auf Zahlung an den Pfändungs-

gläubiger oder auf Hinterlegung 1 3, 276; 4 745; 5 872; 7 870. — Klage des Schuldners gegen den Drittschuldner auf Erfüllung der angeblich unzulässig gepfändeten Forderung 3 2, 551. — Abtretung oder Veräußerung über gepfändete, aber noch nicht überwiesene Forderung 3 2, 570, 571; 4 745. — dem Pfändungsgläubiger vorteilhafte Verfügungen des Schuldners über die Forderung 3 2, 571. — kann der Schuldner trotz Pfändung der Mietzinsen den Mietvertrag kündigen 4 744. — der Schuldner trägt die Gefahr des Untergangs 4 745. — kann der Pfändungsgläubiger mit Wirkung gegen den Schuldner dem Dritten stunden oder erlassen 4 745. — Zustellung des Pfändungsbeschlusses an den Vormund für den Mündel, wenn der Vormund Schuldner, der Mündel Drittschuldner ist 2 1, 676. — nach Pfändung erklärter Verzicht des Schuldners auf die künftigen fällig werdenden Raten bei fortlaufenden Bezügen, Gehaltsansprüchen 6 907. — Aufrechnung seitens des Schuldners nach Pfändung 5 870. — Auskunftspflicht nach § 836 Abs. 3 ZPO.; Geltendmachung des Anspruchs auf Auskauf 6 908.

Person u. Stellung des Drittschuldners vgl. auch oben bei den einzelnen Forderungen. — Drittschuldner bei Pfändung von Dienstbezügen? 1 3, 275; 6 904. — Drittschuldner bei Pfändung auf Herausgabe von bei der Hinterlegungsstelle hinterlegten Geldern? 3 2, 570; 4 743. — Drittschuldner bei Pfändung von Hypotheken? (Grundstückseigentümer oder persönlicher Schuldner?) 3 2, 571; 5 870, 871. — Drittschuldner bei Pfändung eines Geschäftsanteils einer Gm.b.H.? 3 2, 577. — Drittschuldner bei Pfändung des Anteils eines Miteigentümers 3 2, 577; 5 877. — Hinterlegungsstelle Drittschuldner wegen des Zwangsversteigerungserlöses? 3 2, 577 (vgl. unten). — Miterben Drittschuldner bei Pfändung eines Erbschaftsanteiles? 3 2, 582. — Drittschuldner bei Pfändung des Anspruchs auf den Versteigerungserlös 3 2, 577; 4 749 (Rotariat); 6 904 (Amtsgericht), 915. — Drittschuldner bei Pfändung des Anspruchs auf Herausgabe e. bei Gericht eingereichten Urteils 6 910; (vgl. 4 746). — Verlangen des Drittschuldners auf Aufhebung der Pfändung, weil der gepfändete Anspruch nicht oder nicht in der Art bestünde 1 3, 274, 275 (2), 276. — Recht u. Pflicht zur Prüfung der Rechtmäßigkeit des Pfändungs- u. Überweisungsbeschlusses? 1 3, 275, 276; 3 2, 570; 6 908. — Verschlechterung seiner Stellung durch die Überweisung 1 3, 275. — Zahlungsverweigerung wegen Mißbrauchs des nur noch formell bestehenden Vollstreckungstitels 1 3, 276. —

Stellung des Drittschuldners bei Pfändung eines Anspruchs auf Herausgabe einer Sache **1 3, 278; 7 871, 872** (Haftung des Drittschuldners, der die Pfändung der Sache selbst zuläßt?). — Einwendungen des Drittschuldners gegen Umschreibung der Vollstreckungsklausel auf den Pfändungsgläubiger bei mehrfacher Pfändung **3 2, 542**. — Einwendungen nach § 766 ZPO. wegen Unpfändbarkeit der Forderung **3 2, 552** (vgl. Zwangsvollstreckung im allgemeinen E.). — Stellung des Drittschuldners gegenüber der Klage des Schuldners auf Zahlung der angeblich unzulässig gepfändeten Forderung **3 2, 551**. — Einwendungen des Drittschuldners gegen den Vollstreckungsgläubiger aus dem Verhältnis gegen den Schuldner **3 2, 571; 6 907** (Zurückbehaltungsrecht). — Einwand des Drittschuldners, daß der Schuldner den Gläubiger bereits befriedigt habe **2 1, 254; 3 2, 572**. — Einwand des nicht erfüllten Vertrags gegenüber dem Pfändungsgläubiger **7 871**. — öffentliche Zustellung des Pfändungsbeschlusses an den Drittschuldner **5 870; 6 904, 905**. — Zahlung des Drittschuldners an den Schuldner nach Zustellung des Pfändungsbeschlusses in Unkenntnis des Pfändrechtes (Ersatzzustellung) **3 2, 570; 4 744; 5 870; 6 907, 908; 7 871**. — Recht des Grundstückseigentümers, die gepfändete Hypothek zu kündigen **6 907**. — Aufrechnungsbefugnis des Drittschuldners **6 907**. — Einwand des Drittschuldners, daß der Überweisungsbeschuß ungültig sei: Art der Geltendmachung des Einwands **6 908**. — exceptio doli des Drittschuldners gegen den die überwiesene Forderung (trotz Untergangs der eigenen Forderung gegen den Schuldner) einklagenden Gläubiger? **2 1, 254**. — Einwand der erfolgten Abtretung der überwiesenen Forderung seitens des Drittschuldners; Replik der erfolgten Anfechtung dieser Abtretung seitens des Überweisungsgläubigers **5 167**. — kann der Drittschuldner e. Forderung, deren Veräußerung nach dem Anfechtungsgesetz angefochten u. die dem Anfechtungskläger zur Einziehung überwiesen wurde, mit e. Gegenforderung aufrechnen, die er gegen den Anfechtungsbeklagten nicht geltend machen konnte? **6 1018**. — Haftung des Drittschuldners, der eine spätere Pfändung zuläßt? **7 136**. — Pflicht des Geschäftsführers einer GmbH. zur Auskunftserteilung an den den Geschäftsanteil oder Gewinnanspruch eines Gesellschafters pfändenden Gläubiger **7 1077**. — Nichtaufnahme der Aufforderung nach § 840 ZPO. in die Zustellungsurkunde **4 745**. — Nichtabgeben einer Erklärung nach § 840 ZPO.; Kostenpflicht bei Klageabweisung **1 3, 277**. — Zustellung der Auf-

forderung zur Erklärungsabgabe nach § 840 Abs. 2 ZPO. durch den Gerichtsschreiber eines auswärtigen Amtsgerichts **3 2, 572**. — Klage gegen den Drittschuldner auf Abgabe der Erklärung nach § 840 Abs. 2? **3 2, 572; 6 908**. — Klage auf Schadenersatz gegen den Drittschuldner wegen Nichtabgabe der Erklärung nach § 840 Abs. 2; Klageantrag **7 871**.

Hinterlegung seitens des Drittschuldners. — Verhältnis zwischen Drittschuldner und H. stelle **1 3, 283**. — Zahlungswirkung der H.? **1 3, 283; 5 877**. — Zurücknahme der H.? **5 877**. — Eigentumsübergang **1 3, 283**. — H. eines größeren als des geschuldeten oder gepfändeten Betrags **1 3, 283, 284**. — Rangverhältnis der mehreren Pfändungsgläubiger; Verzicht der Gläubiger auf dessen Beachtung **1 3, 284**. — an welches Gericht hat die Anzeige nach § 853 ZPO. zu erfolgen, wenn das erstpfändende Gericht ein Landgericht (Arrestbeschuß) war? **4 749; 5 877**. — Kosten der H. **5 877**. — Klage der mehreren Pfändungsgläubiger nach § 856 ZPO.; Klage des ersten Pfändungsgläubigers auf Leistung an ihn selbst **1 3, 284** (vgl. **4 135**). — abweisendes Urteil gegen einen Gläubiger; Rechtskraft gegen die übrigen Pfändungsgläubiger **1 3, 284**. — Rangverhältnis zwischen 2 Gläubigern, wenn der erste mangels Einwilligung des Drittbefizers den Anspruch des Schuldners auf Herausgabe pfänden und sich überweisen ließ, während der zweite bei Einwilligung des Drittbefizers die Sache selbst pfändete **4 741**.

P f ä n d u n g s b e j u ß. — als Grundlage für Eintragungen ins Grundbuchs. Eintragungsbewilligung. — Prüfungspflicht des Gerichts bezügl. der das Gesuch begründenden Tatsachen **3 2, 569; 6 916** (Prüfung, ob der zu pfändende Anspruch wirklich besteht?). — Tod des Schuldners nach Erlaß, aber vor Zustellung des Pf. **6 910**. — Abtretung einer gepfändeten, aber noch nicht überwiesenen Forderung **3 1, 194**. — Folgen mangelhafter Zustellung an den Drittschuldner: Heilung des Mangels durch Verzicht, Nichtträgen? **6 904**. — Zustellung an den Schuldner; Unterlassung der Zustellung **1 3, 275**; Ersatzzustellung **4 744**. — Zustellung an den Chemann bei Pfändung von Forderungen gegen eine Frau **3 2, 570, 571**. — öffentliche Zustellung an den Drittschuldner? **5 870; 6 904, 905**. — Zustellung an einen im Ausland befindlichen Drittschuldner? **6 904, 905**. — Fehlen der Anordnung, daß die Sache an einen Gerichtsvollzieher herauszugeben sei (§ 847 ZPO.). **4 746**. — Wirkung der Pfändungs- u. Überweisungsbeschlüsse bei

(Zwangsvollstreckung in Forderungen und andere Vermögensrechte 2c.)

den verschiedenen Arten der Hypotheken 7 870. — unrichtige Bezeichnung des Drittschuldners, wenn eine Zustellung an diesen nicht erforderlich ist 7 877. — ungenaue Bezeichnung der Beteiligten oder der zu pfändenden Forderung 3 2, 569; 4 743; 5 869, 870 (nähere Spezialisierung in dem vom Pfändungsgläubiger gegen den Drittschuldner erhobenen Prozeß); 6 904. — Fehlen des Leistungsz- u. Verfügungsbereites 5 870. — fallen bei „Pfändung des Gehaltes“ auch die künftigen Raten, die im Disziplinärweg verkürzte Pension unter den Beschluß? 6 907 (3). — ohne gesetzliche Unterlage erlassener Pf. 3 2, 570; 6 908 (s. unten Überweisung). — Aufhebung des Pf. (nach § 775 ZPO.) 1 3, 257; 7 870. — Verzicht auf die Rechte aus dem Pf. 6 908.

Überweisungsbeschluß. — U. von analoger Bedeutung wie d. Zessionsanzeige 1 1, 312. — § 407 BGB. anwendbar? 4 148; 5 168. — U. als Verfügung i. S. des § 883 Abs. 2 BGB? 3 1, 396. — Zeitpunkt des Inkrafttretens 5 872. — Ausschneiden der zur Einziehung überwiesenen Forderung aus dem Vermögen des Schuldners? 1 3, 275; 4 745 (Gefahr des Untergangs trägt der Schuldner); 5 872; 6 908. — Forderungen aus unerfüllten gegenseitigen Verträgen 1 3, 277 (vgl. oben Forderungen). — bei einer nur zum Teil gepfändeten Forderung 1 3, 277. — Mitübergang des Pfandrechts an e. für die überwiesene Forderung hastenden Gegenstand; Mitübergang d. Vermieterpfandrechts bei Pfändung der Mietzinsen 7 869. — Übergang des Rechts auf Rechnungslegung? 1 3, 276. — Übergang des Vorlegungsanspruches aus § 810 BGB. mit der Forderungsüberweisung 4 745. — Überweisung zur Aufrechnung bei Pfändung von eigenen Schulden des Vollstreckungsgläubigers 3 2, 571. — kann der Pfändungsgläubiger mit Wirkung gegen den Schuldner stunden oder erlassen? 4 745. — Aufrechnung einer überwiesenen Forderung gegen eine Forderung des Drittschuldners an den Vollstreckungsgläubiger 3 2, 572; 4 745. — Anspruch auf Herausgabe der die überwiesene Forderung betreffenden Urkunden 3 2, 572; 4 745; 5 873. — prozessuale Stellung des Gläubigers nach Überweisung zur Einziehung 1 3, 31; 6 907 (procurator in rem suam), 908. — Zustellung des Überweisungsbeschlusses als Klagevoraussetzung 5 872. — Geltendmachung der überwiesenen Forderung im Mahverfahren 3 2, 533; 3 2, 572. — Beweislast

des Gläubigers bei Eintragung der überwiesenen Forderung 1 3, 276. — Ende der 3. mit Überweisung oder erst mit Einziehung? 3 2, 552. — Überweisung zur Einziehung einzutragen im Falle der Löschung auf Grund Bewilligung des Pfändungspfandgläubigers? 2 2, 447. — Eintragung der Überweisung zur Einziehung einer Hypothek im Grundbuch? 2 2, 402; 3 2, 572; 5 873; 6 908. — wer hat die Löschung einer zur Einziehung überwiesenen Hypothek zu bewilligen? 1 3, 276, 277; 3 2, 572; 6 908. — kann gleichzeitig mit der Überweisung zur Einziehung auch die Anordnung einer anderen Verwendungsart (§ 844 ZPO.) erfolgen? Verhältnis der beiden Anordnungen zueinander 4 745. — Pfändung der überwiesenen Forderung durch einen Gläubiger des Pfändungspfandgläubigers 5 872. — Einfluß der vertraglichen Verpflichtung des Schuldners zur Abtretung der Forderung an einen anderen auf die Überweisung 6 907. — Geltendmachung persönlicher, schon zur Zeit der Pfändung begründeter Einreden gegen den Pfandgläubiger, auch wenn sie im Grundbuch nicht eingetragen sind (Vereinbarung des Subhastaten mit einem Nachhypothekar über Nichtbenutzung der Eigentümergrundschuld) 5 872, 873. — Recht des Pfändungsgläubigers bei Überweisung einer Bauhandwerkerforderung, den Anspruch des Schuldners gegen den Grundstückseigentümer auf Bestellung einer Sicherungshypothek auszuüben 5 873. — Übertragung der Rechte aus der Überweisung 6 907. — Gläubiger u. Schuldner notwendige Streitgenossen gegenüber dem Drittschuldner? 6 904. — Auskunftserteilungspflicht des Pfändungsgläubigers gegenüber dem Pfändungsschuldner nach ganzlicher oder teilweiser Einziehung der Forderung 5 873. — zu Unrecht erlassener U.; Stellung des Drittschuldners; Pflicht des Drittschuldners zur Nachprüfung des Beschlusses; Geltendmachung der Ungültigkeit 1 3, 275, 276; 6 908 (vgl. 3 2, 570). — Verzicht auf die Rechte aus dem Überweisungsbeschluß 6 908. — Stellung des Gläubigers, dem der Anteil eines Gesellschafters nach BGB. zur Einziehung überwiesen ist; Einsicht in den Gesellschaftsvertrag? 6 917. — Wirkung e. früheren Pfändung u. Überweisung zur Einziehung gegenüber einem späteren Pfändungsgläubiger; Klage des letzteren gegen d. Schuldner auf Hinterlegung oder auf Verurteilung des Schuldners unter Vorbehalt der Rechte des ersten Pfändungsgläubigers 7 870, 871. — Rangstreit bei mehrfacher Pfändung 3 2, 571; 7 877.

Anordnung einer anderen
Fette Zahlen = Jahrg.; gewöhnl. Zahlen = Seite.

Art der Verwertung (§ 844 ZPO.). — Anordnung der Versteigerung durch ein unzuständiges Gericht; Stellung des gutgläubigen Erwerbers 5 873 (vgl. oben zuständiges Gericht). — Mitbieten des Pfändungsgläubigers bei öffentlicher Versteigerung der gepfändeten Forderung 5 873. — Anwendung des § 932 BGB. bei Versteigerung von Rechten gutgläubiger Anstreicher 6 908, 909 (vgl. Zwangsvollstreckung in bewegliche Sachen).

Pfändungsankündigung (s. oben unter Drittschuldner). — rechtliche Natur; keine Zwangsvollstreckungshandlung 6 909; 7 871, 872. — Wirkung; Begründung eines Pfandrechts? 1 3, 277; 5 873; 6 909; 7 871. — Pf. ohne Nachweis der Sicherheits Hinterlegung 3 2, 572; 6 909. — Zustellung des Schuldtitels nicht nötig 6 909. — Inhalt der Pf. (Forderungsbetrag, vollstreckbarer Titel) 3 2, 572, 573; genaue Bezeichnung der zu pfändenden Forderung 3 2, 573; 7 872. — nach Vorpfändung erfolgte Abtretung der angegriffenen Forderung 6 909; 7 871. — Vorpfändung e. Mietzinsforderung, wenn das Grundstück vor Zustellung des Pfändungsbeschlusses zwangsversteigert wird 7 872. — Hinterlegung seitens des Drittschuldners nach Vorpfändung 6 909. — Wahrung der Frist des § 845 Abs. 2 ZPO., wenn nur der Beginn der Vollstreckungshandlung innerhalb der Frist liegt 5 873. — Vorpfändung auf Grund Arrestbefehls; Wahrung der Fristen des § 845 Abs. 2 u. § 929 Abs. 2 ZPO. 6 909, 910. — Recht des Drittschuldners zur Hinterlegung bei mangelhafter Vorpfändung 6 909. — Konkursöffnung nach Pf.-sankündigung, aber vor Zustellung des Pfändungsbeschlusses 4 745; 6 910 (Absonderungsrecht bei Nachlasskonkurs?); 7 871, 782 (2). — Klage des Schuldners auf Feststellung der Unwirksamkeit einer Pf.-sankündigung 3 2, 573; 6 909; 7 872. — Einwendungen nach § 766 ZPO.? 3 2, 573; 4 745, 746; 6 909; 7 872 (2). — Widerspruchsklage gegen die Vorpfändung? 4 746; 5 873 (Zuständigkeit); 6 909 (2); 7 872. — Gebühren d. Rechtsanwalts 1 3, 278; 3 2, 573; 4 746. — Stellung des Gerichtsvollziehers bei Vorpfändungen 6 909. — Schadenersatzpflicht bei widerrechtlicher Pfändungsbenachrichtigung? 3 2, 539; 4 746. — Vorpfändung bei Erber-, Restkauf, indossablen Papieren, Hypothekenforderung aus Legitimationspapieren 6 909; 7 872. — Vorpfändung von Hypotheken; Eintrag ins Grundbuch 7 872. — Wirkung der Vorpfändung, wenn die darauf folgende Pfändung dem Gesetze nicht entspricht 6 910. — Tod des Schuldners nach erfolgter Vorpfändung u. nach Erlaß, aber vor Zustellung des Pfändungs-

beschlusses 6 910. — Ansetzung e. innerhalb der letzten 10 Tage vor Konkursöffnung erfolgten Pfändung, wenn die Vorpfändung vor mehr als 10 Tagen vor Konkursöffnung stattfand 6 910; 7 871, 872. — Berechnung der Frist des § 845 Abs. 2 6 910; 7 872. — Eintragung der Pfändung des Verdictigungsanspruchs des Grundstückseigentümers auf Umwandlung einer Sicherungs- in eine Eigentümerhypothek? 7 872 (s. oben Hypothek).

Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen vgl. Zwangshypothek, Zwangsversteigerung, Zubehör. — teilweise Geltungsfortdauer der §§ 755, 756 ZPO. älterer Fassung 1 3, 286; 3 2, 583, 584 (Erfass-Notbringen). — Nichtanwendung des § 865 Abs. 2 ZPO. vor Anlegung des Grundbuchs 1 3, 287; 7 879. — 3. in Bruchteile bei Miteigentum; vorherige Eintragung der Größe der Bruchteile im Grundbuch 5 882. — 3. in den bei der Auseinandersetzung zufallenden Anteil eines gütergemeinschaftlichen Grundstückes? 3 2, 583. — dem Grundstückseigentümer nicht gehöriges Zubehör 1 3, 287, 288. — Unpfändbarkeit des Zubehörs auch bei Nichtbestehen einer Hypothek an dem Grundstück 1 3, 287. — für Bewirtschaftung des Grundstückes nicht nötiges Zubehör 1 3, 287; 4 742, 753. — Pfändung von Zubehör auf Grund e. gesetzlichen Pfandrechts? 3 2, 583. — Zubehörstücke des alten Rechts 1 3, 287; 3 2, 584. — nach neuem, nicht aber nach altem Recht als Zubehör geltende Sachen 1 3, 287. — Grundstückserzeugnisse 1 3, 288. — Unwirksamkeit der nach Beschlagnahme oder Konkurs bewirkten Pfändung von Fahrnissen 3 2, 583; 4 753; 5 882; 6 919. — Pfändung von getrennten Bestandteilen; Widerspruchsklage und Einwendungen nach § 766 ZPO. des Hypothekgläubigers oder nur Recht auf vorzugsweise Befriedigung aus dem Erlös des § 805 ZPO.? 1 3, 250, 287 f.; 3 2, 551, 584; 4 753; 5 882; 6 900, 918; 7 879 (s. Widerspruchsklage, Zwangsvollstreckung im Allgemeinen E., Hypothek, Zwangsversteigerung). — Richtigkeit der gegen § 865 Abs. 2 ZPO. verstoßenden Pfändung 6 918. — Einwendungen des Schuldners oder des Hypothekgläubigers nach § 766 ZPO. gegen die Pfändung von Zubehör 1 3, 287, 288; 3 2, 384; 4 753; 6 918 (2), 919. — Einwendungen des Hypothekgläubigers gegen die Pfändung von getrennten Bestandteilen (§ 766 ZPO.)? 3 2, 584; 5 882; 6 918. — Einwendungen des dritten Eigentümers nach § 766 ZPO. gegen die Pfändung von Zubehör 1 3, 288; 6 919. — Stellung des Pächters gegenüber der

(Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen)

Pfändung von Zubehör 4 742. — Widerspruch des Hypothekgläubigers gegen die Pfändung von Zubehör oder von getrennten Bestandteilen 3 2, 584; 4 753; 5 882; 6 918 (2). — Mobilarvollstreckung in den Gegenstand, auf die sich nach §§ 1120 — 1130 BGB. die Hypothek erstreckt, seitens des Hypothekgläubigers, auch wenn der Grundstückseigentümer nicht persönlicher Schuldner ist 6 918, 919. — Schadenserfasspflicht bei ungeschehener Pfändung von Zubehör 4 753 (vgl. prozessuales Verschulden, ungerechtfertigte Bereicherung). — Kosten e. unzulässigen Pfändung 1 3, 287. — Verhältnis des § 865 Abs. 2 zu § 811 Ziff. 4 ZPD. 4 742. — 3. in Gebäuden auf einer dem Schuldner nicht gehörigen Grundfläche 2 2, 362. — in den Realteil eines Grundstücks 3 2, 291. — in Grundstücksbruchteile 3 2, 291; 5 902. — in ein einzelnes von mehreren auf einem Buchblatt vorgetragenen Grundstücken 2 2, 362; 3 2, 291; 5 905. — in badische Almendgutsanteile 2 2, 362. — in landwirtschaftliche Zweckgrundstücke (Wege usw.) 3 2, 291. — in Abfindungsquoten bei Grundstückszusammenlegung (preuß. Recht) 2 2, 365. — in Anteile an Eigentum zur gesamten Hand 3 2, 291; 5 907.

Zwangsvollstreckung zur Herausgabe von Sachen oder zur Erwirkung von Handlungen und Unterlassungen. — rechtliche Natur, Voraussetzungen u. Vollzug der nach §§ 887 ff. ZPD. zulässigen Zwangsmittel s. Ordnungsstrafen. — Selbsthilfe in den Fällen der §§ 887, 888, 890, 894 ZPD. 1 3, 302, 303, 305, 307, 308. — Rang kollidierender Vollstreckungsaufträge 5 884. — Unterschied der Vollstreckung nach §§ 883 u. 887 ZPD. 1 3, 301.

Herausgabe von Sachen (§§ 883 — 886 ZPD.) — bewegliche nicht vertretbare Sachen 1 3, 301. — ideelle Anteile 1 3, 301. — Zuleitung von elektrischem Strom 1 3, 301; 4 757. — Herausgabe von in ein Haus eingebauten Materialien 1 3, 277. — Herausgabe e. Hypothekenbriefs 1 1, 548. — Vorlage e. Hypothekenbriefes beim Grundbuchamt zur Berichtigung 4 756; 5 884. — Anspruch auf Herausgabe e. Sache an einen Dritten 5 884; 6 921. — Lieferung u. Montierung der Einrichtung e. Dampfwäscherei 4 757. — Pflicht zur Überlassung aller Erfindungen an den Kläger 1 3, 301, 302. — durch Strafurteil ausgesprochene Einziehung 7 880. — 3. aus einem Vorvertrag (Darlehen, Leihe vgl. unten §§ 888, 894 ZPD.) 3 2, 588, 594 — 5. e. Person? 3 2, 588; 4 756, 758; 7 880 (s. unten § 888). — 5. e. in zwischen dem Eisenbahverkehr gewidmeten

Grundstücks 3 2, 589. — Einräumung e. bestimmten, von einem Dritten innegehabten Wohnung 3 2, 589. — Zwang zur 5. von E. durch Geldstrafen? 1 3, 301 (vgl. 3 2, 589). — Eigentumserwerb des gutgläubigen Pfandgläubigers im Fall d. § 883 ZPD.? 1 3, 300. — Abänderung der Eidesnorm d. § 883 ZPD.? 5 884, 885. — Ausschließlichkeit der im § 885 ZPD. bestimmten Vollstreckungsart 1 3, 301. — 3. gegen den Rezenzionsexemplare nicht versendenden Verleger 6 920. — Urteil auf Hinterlegung e. Geldbetrags 6 921; 7 880 (2). (s. unten § 887) — irrigerweise nach § 883 erfolgte Pfändungswegnahme anstatt Pfändung nach § 803 ZPD. 6 921. — Rangverhältnis zweier Gläubiger, wenn für den ersten mangels Einwilligung des Drittbefizers der Anspruch auf Herausgabe gepfändet wurde, während der zweite mit Einwilligung des Drittbefizers die Sache selbst pfändete 4 741; 6 910, 911.

Von einem Dritten ausführbare Handlungen (§ 887 ZPD.) — Begriff der vertretbaren Handlung; Notwendigkeit e. Vollmacht des Schuldners zur Vornahme 4 756, 757. — Anwendung des § 887 ZPD. bei Verurteilung einer prozessfähigen Partei 5 885. — Abgabe e. Willenserklärung (s. unten § 894) 1 3, 302; 4 757, 758. — alternative Verurteilung auf Abgabe e. Willenserklärung oder Zahlung nach Wahl d. Schuldners (vgl. unten § 894) 1 3, 306; 3 2, 593; 4 757; 5 885. — Verurteilung zur Vornahme baulicher Abänderungen an einem Hause, Vermietung d. Hauses nach Rechtshängigkeit 6 921 (vgl. 6 922.). — Vornahme d. Auseinanderziehung zwischen mehreren Gesellschaftern 6 922. — Zuleitung von elektrischem Strom 1 3, 301, 302; 4 757. — Pflicht d. Verkäufers auf Befreiung der Kaufsache von Hypotheken (den Grundstückswert übersteigenden Hypotheken) 1 3, 301; 3 2, 589 (Nachweis, daß der Hypothekgläubiger verpflichtet ist, sich abfinden zu lassen); 4 757, 758; 5 885. — Klage auf Verschuldungsbewilligung 7 880. — Urteil auf Böschung einer dem Gläubiger im Range vorgehenden Hypothek 5 885. — Pflicht d. Käufers auf Abnahme der Kaufsache 1 3, 301; 5 885; 6 921 (Einwand d. Mangelhaftigkeit); 7 880. — Auflassung 3 2, 589. — Urteil auf Zahlung an einen Dritten 4 738; 5 862; 6 921. — Urteil auf Verschaffung e. anderen Hypothek an Stelle der auf dem Grundstück lastenden 1 3, 301. — Urteil auf Zahlung einer zum eingebrachten Gut gehörigen Forderung an die Frau d. Klägers oder an beide Gatten? 3 2, 562. — wenn zur Vornahme der Handlung die Zustimmung e. dritten, nicht Zustimmungspflichtigen nötig ist

3 2, 589 (2); 6 922. — Urteil auf Sicher-
 heitsleistung durch Hinterlegung einer
 Geldsumme **1 3, 262, 302; 3 2, 562, 584,**
590; 4 738; 5 862; 6 921; auf Sicherheits-
 leistung durch Hypothekbestellung **3 2,**
584; auf Sicherheitsleistung schlechthin
4 738, 757; 6 921. (vgl. Zw. Vollstr. in das
 benutzte Vermögen). — Sicherheitsleistung
 d. Eheannes wegen des Eingebrachten
 (§ 1391 BGB.) **1 3, 311.** — Sicherheits-
 leistung nach Art. 29 Abs. 3 ZPD. **3 2, 590.**
 — Urteil auf Hinterlegung zum Zweck der
 Zahlung (§§ 372, 1281 BGB.)? **4 738;**
6 921; 7 880 (2). — Beilegung e. auf
 stägerischem Eigentum errichteten Neu-
 baues **1 3, 302.** — Bewilligung der Ein-
 tragung einer Grunddienstbarkeit **5 886**
 (s. unten § 894). — Vorlage der Handels-
 bücher **3 2, 591** (Früherlegung für den
 Gläubiger). — Urteil auf Herausgabe e.
 Sache an einen Dritten? **5 884; 6 921.** —
 Urteil auf Verpflichtung d. Beklagten, sich
 als Eigentümer eines Grundstücks im
 Grundbuch eintragen zu lassen **1 3, 303;**
 (s. **3 2, 589.**) — Urteil aus einem Vorvertrag
 (Darlehen, Leihe) **3 2, 588, 592** (s. unten
 § 894). — Urteil auf Verwahrung e. Sache
3 2, 588. — Urteile in Kommissionpro-
 zessen; genaue Angabe der zu treffenden
 Vorkehrungen seitens d. Gläubigers **3 2,**
591; 4 758; 5 886. — Bewilligung einer
 angemessenen Frist an den erfüllungs-
 bemühten Schuldner **1 3, 302.** — Lieferung
 u. Montierung d. Einrichtung e. Dampf-
 wäscherei **4 757.** — bestimmte Bezeich-
 nung der Handlung im Urteil **1 3, 302.** —
 Urteil auf Befreiung von einer eingetra-
 genen Darlehensschuld **5 885.** — Urteil
 auf Abmarkung v. Grundstücken **1 1, 569.** —
 Erzwingung d. vertretbaren Handlung durch
 Selbsthilfe? **1 3, 302.** — Zwang nach
 § 887 gegen den Vormund **5 886** (s. Ord-
 nungsstrafen). — Erlaß der Entscheidung
 durch d. Beschwerbegericht **1 3, 305.** — Aus-
 sprechen der Ermächtigung nach § 887 Abs. 1
 im Urteil? **3 2, 590.** — Zulässigkeit einer
 Strafanordnung zur Durchführung der
 Ermächtigung? **3 2, 590.** — Einholen der
 zur Ausführung der Ermächtigung er-
 forderlichen polizeilichen Erlaubnis oder
 der Genehmigung Dritter; Einwand des
 Schuldners bei Nichtvorliegen derselben
3 2, 590; 6 921 (vgl. **6 922.**) — Voll-
 streckung des Urteils auf Vornahme einer
 baulichen Änderung gegen den Mieter
3 2, 591; 6 921. — **3.** zur Unterlassung
 weiterer Störungen, wenn der Voll-
 streckungstitel sich nur auf eine durch Tätig-
 keit d. Beklagten bereits beseitigte Störung
 bezog, der Beklagte sich aber später der
 gleichen Störung (unbefugte Anbringung
 e. Tafel) wieder schuldig macht **7 880.** —
 ein das Urteil nicht auslegender, sondern
 ergänzender Beschluß **3 2, 590.** — Ein-

wendungen nach § 766 ZPD. bei Urteilen
 auf wiederkehrende Leistungen oder auf
 dauernde Erhaltung eines Zustandes **4 732**
 (s. oben **3.** im allg. E.). — Einwendung nach
 § 766 ZPD. gegen die Erteilung d. Ermäch-
 tigung nach § 887 Abs. 1, wenn die Ver-
 pflichtung vom Schuldner noch nicht erfüllt
 werden konnte **5 885.** — Vollstreckungsgegen-
 lage gegen den Beschluß nach § 887 **4 757,**
758; 5 885, 886 (Einwand der Erfüllung
 nur durch die Klage, nicht im Beschluß-
 verfahren geltend zu machen). — keine
 Pflicht d. Schuldners z. Zahlung d. Kosten
 für die Handlung des ermächtigten Dritten,
 wenn auch d. Gläubiger zur Weigerung d.
 Bezahlung, z. B. wegen mangelhafter Er-
 füllung, berechtigt ist **6 922.** — Vergleich
 als Grundlage einer Vollstreckung nach
 § 887? **4 732, 757.** — Beschluß über die
 Kosten bei Zurücknahme des Antrags
5 886. — Wert d. Streitgegenstandes
7 881.

Von einem Dritten nicht aus-
 führbare Handlungen (§ 888
 ZPD.). — Pflicht zur Überlassung aller
 Erfindungen u. Neuentdeckungen **1 3,**
301, 302. — Klage auf Löschungsbevoll-
 mung **7 880.** — Ausstellung eines Zeugn-
 isses **1 3, 303.** — Quittungsleistung
4 758. — Ausstellung einer löschungs-
 fähigen Quittung **1 3, 303, 307 (2).** —
 Ausstellung u. Übergabe von Wechsel-
 akzepten **1 3, 303.** — Beurteilung des
 Mannes zur Weibringung der Zustimmung
 der Frau zur Belastung eines güter-
 gemeinschaftlichen Grundstücks **1 2, 55;**
1 3, 303. — Erzwingung einer Ein-
 tragung ins Grundbuch **3 2, 589** (s. unten
 § 894 ZPD.). — Urteil auf Verpflichtung
 des Beklagten, sich als Eigentümer eines
 Grundstücks ins Grundbuch eintragen zu
 lassen **1 3, 303.** — Vertragsbruch land-
 wirtschaftlicher Arbeiter **1 3, 303.** —
 Erfüllungszwang gegenüber vertrags-
 brüchigen Diensthöten **1 3, 303, 304.** —
 Urteil auf Zuführen oder Zuführenlassen
 des Kindes **4 758.** — Urteil auf Heraus-
 gabe einer Person? **3 2, 588; 4 756, 758;**
7 880. — Urteil auf Vorlage eines Hypo-
 thekenbriefes beim Grundbuchamt zur
 Berichtigung? **4 756; 5 884.** — Urteil auf
 Umbau des Daches e. Wohnhauses; vor-
 herige baupolizeiliche Genehmigung **6 922**
 (vgl. **6 921.**) — Urteile aus Kommissions-
 prozessen **3 2, 591** (s. oben zu § 887). —
 Urteil auf Herausgabe einer Sache an
 einen Dritten **5 884.** — Bewilligung der
 Eintragung e. Grunddienstbarkeit? **5 886**
 (s. unten § 894). — Urteile auf Rechnungs-
 legung **3 2, 591; 6 922.** — Urteil gegen den
 Vorerben auf Inventarerichtung **3 1,**
625. — Urteil gegen den Erben auf Abgabe
 einer Willenserklärung bei Vorbehalt der
 beschränkten Haftung **1 3, 257, 307; 4 758,**

(Zwangsvollstreckung zur Herausgabe von Sachen)

759. — gegen den Erblasser ergangenes, aber gegen den Erben vollstreckbar erklärtes Urteil auf Abgabe e. Willenserklärung 4 758, 759. — Urteil auf Vornahme e. Handlung bei Vermeidung e. Vertragsstrafe von x Mark 5 886 (§ 51 GewO.). — Verurteilung der Frau zur Führung des Mannesnamens 4 376. — Verpflichtung d. Vermieters, die Mietwohnung mittels Zentralheizung bis zu e. bestimmten Grad zu erwärmen 6 922. — Anwendung d. § 888 bei Verurteilung e. Prozeßunfähigen 3 2, 209; 5 885 (s. Ordnungsgstrafen). — Vollstreckung d. Urteils auf Abtretung e. ausländischen Patents 5 1058. — durch den Schuldner verschuldete Unmöglichkeit der Leistung 1 3, 302; 5 886. — zu unbestimmte Verurteilung 1 3, 302. — Zwang gegen Person u. Vermögen d. Vormundes? 5 531, 886. — Beweislast, wenn der Schuldner behauptet, zur Erfüllung außerstande zu sein 6 922. — Einwand der Erfüllung seitens d. Beklagten 3 2, 591; 5 886; 7 880 (s. Vollstreckungsgegenklage). — Einwand des auf täglich wiederkehrende Leistungen oder Erhaltung e. dauernden Zustandes verurteilten Schuldners, daß die Z. nicht veranlaßt, weil er bisher alles zur Erfüllung Mögliche getan hat 4 732 (vgl. Z. im allg. E.). — Anwendung des § 888 in den Fällen d. § 127 GewO., § 33 SeemO., § 167 BrGefindeO.? 7 880. — Vollstreckung d. Strafe, wenn nichts mehr zu erzwingen ist? 7 880. — dem Beschluß vorausgehende Strafandrohung nicht nötig 3 2, 591. — rechtliche Natur, Voraussetzung, Volkzug d. Zwangsmittel (s. Ordnungsgstrafen) 7 880. — Umwandlung der Geldstrafe in Haft 1 3, 303. — Vollstreckung der Geldstrafe von Amts wegen oder auf Betreiben der Partei? 3 2, 591; 6 922; 7 880. — Erlaß der Entscheidung durch Urteil statt Beschluß 1 3, 302. — Selbsthilfe bei den unter § 888 fallenden Handlungen 1 3, 303. — Verhältnis d. § 888 zu Art. 95 d. GG; BGB. 1 3, 303. — Erlaß der Entscheidung durch das Beschwerdegericht 1 3, 305.

Unterlassung oder Duldung einer Handlung (§ 890 ZPO.). — Anwendung d. §§ 890 f. bei Verurteilung einer prozeßunfähigen Partei 5 885. — rechtliche Natur der Strafen 1 3, 304 (3); 3 2, 592; 5 886; 7 880, 881 (vgl. Ordnungsgstrafe). — kann die Strafe einer Körperschaft, ihren Vertretern, den Vertretern eines Prozeßunfähigen angedroht werden? 5 887. — Androhung für den Fall schuldlosen Zuwiderhandelns? 5 887; 7 881. — Zurücknahme des Strafantrags 1 3, 304 (s. 5 886).

— genügt Androhung der „gesetzlich zugelassenen Strafen“ oder ist Androhung e. konkreter Strafe nötig? 5 887; 6 923; 7 881. — Vereinbarung auf Ruhen des Verfahrens 1 3, 304. — Umwandlung einer uneinbringlichen Geldstrafe 1 3, 305. — Zuwiderhandeln, wenn nur der Prozeßbevollmächtigte Kenntnis von der Strafandrohung hatte 7 881. — Ersuchen ausländischer Behörden um Vollstreckung von Ordnungsgstrafen 1 3, 305. — Vollstreckung der Strafen von Amts wegen 3 2, 592 6 922. — Nachweis e. widerstrebenden Verhaltens d. Schuldners Voraussetzung für die Strafandrohung 1 3, 305. — Verhängung der einmal verwirkten Strafe, auch wenn das zu schützende Interesse nicht mehr besteht 7 880. — Hinausgehen über die angedrohte Strafe 1 3, 304; 5 887; 7 881. — Ungehorsam nicht Voraussetzung für die Strafandrohung, sondern nur für die Straffestsetzung 5 887. — Selbsthilfe bei Pflicht zur Unterlassung 1 3, 305; bei Duldungspflicht 1 3, 305. — Erlaß der Entscheidung durch das Beschwerdegericht 1 3, 305. — Wegfall der Strafandrohung bei Verabredung einer Vertragsstrafe in einem Vergleich 3 2, 592. — Beschränkung der Strafandrohung auf eine bestimmte Art der Zuwiderhandlung 3 2, 592. — Gehör d. Schuldners vor Erlaß d. Strafandrohung 3 2, 592. — Gehör d. gesetzlichen Vertreters d. Schuldners 5 887. — Vergleich, worin d. Beklagte dem Kläger das Recht einräumt, über das Grundstück d. Beklagten zu gehen, als Vollstreckungstitel für das Begehren auf Unterlassung einer Störung 5 887. — aus e. Urteil auf Unterlassung d. unzulässigen Einwirkung auf fremdes Eigentum 5 397. — Urteil auf U. der Dienste bei einem anderen 6 922. — Vollstreckung der Strafe trotz Wegfalls d. schuldbedürftigen Interesses 1 3, 304; 7 881 (2). — Wert d. Streitgegenstandes: Einfluß der Höhe der Geldstrafe? 7 881. — Rechtsanwaltsgebühren für mehrere Anträge aus § 890 bei gleichzeitiger Verhandlung 6 923 (s. GebO. f. Adv.).

Klage auf das Interesse (§ 893 ZPO.). — ohne vorherige Durchführung der Z. 3 2, 592. — Zuständigkeit für die Klage auf das Interesse nach § 893 ZPO. 6 923. — R. a. d. Z., wenn der unmittelbare Zwang nach §§ 883, 884 ZPO. nicht zum Ziele führt 3 2, 589 (2). — R. a. d. Z. oder Vollstreckung nach § 883, bei Versagen der Vollstreckung nach § 883 ZPO. 3 2, 589.

Verurteilung zur Abgabe e. Willenserklärung (§ 894 ZPO.). — rechtliche Natur der Klage auf U. e. W. 1 3, 305, 306; 3 2, 592; des Urteils 1 3, 305, 306; 4 758. — rechtliche Natur der Vollstreckung nach § 894 ZPO. 6 923. —

alternative Verurteilung zur W. oder Leistung nach Wahl d. Schuldners **1 3, 306; 3 1, 113; 3 2, 593; 4 96, 757; 5 885.** — alternative Verurteilung zur einen oder zur anderen W. nach Wahl d. Schuldners **1 3, 306; 3 2, 593.** — Vollstreckungsurteil bei ausländischen Urteilen **1 3, 306; 4 727** (von einer Gegenseitigung abhängige W.). — Schiedsspruch auf Abgabe einer W. **1 3, 306.** — Vergleich auf Abgabe einer W. **1 3, 306; 3 2, 559, 593; 4 758; 5 887; 6 923** (Vergleich auf Auflassung); **7 863.** — Auflassung **3 2, 589; 5 887** (Prüfungspflicht d. Grundbuchamts, ob die zur Veräußerung erforderliche Genehmigung des Vormundschaftsgerichts vorliegt). — Urteil gegen den Mann allein auf Auflassung e. gütergemeinschaftlichen Grundstücks **3 2, 547.** — Urteil auf Anerkennung d. Bestehens e. bestimmten Schuld **7 881.** — Vollstreckung von Urteilen bei Klagen aus Kauf: Urteil auf Übertragung d. Eigentums an einem Grundstück **1 3, 306;** auf Übergabe der Kaufsache **1 3, 306;** auf Eigentumsverschaffung an einer beweglichen Sache **1 3, 307;** bei Verurteilung Zug um Zug **1 3, 307.** — Vollstreckung des Urteils auf Abtretung e. ausländischen Patentes **5 1058.** — Quittungserteilung **4 758.** — Ausfertigung einer löschungsfähigen Quittung **1 3, 303, 307 (2).** — Verurteilung auf Erneuerung e. Versicherung **1 3, 307.** — Pflicht zur Ausfertigung einer Abtretungsurkunde **1 3, 307.** — Verurteilung e. Erben unter Vorbehalt der beschränkten Haftung **1 3, 307, 257; 4 758, 759.** — Urteile aus einem Vorvertrag **3 2, 588, 592.** — gegen den Erblasser ergangenes, aber gegen den Erben für vollstreckbar erklärtes Urteil auf N. e. W. **4 758, 759.** — Vormerkung vor Rechtskraft des dem Beklagten zur Bewilligung einer Eintragung verurteilenden Erkenntnisses **3 2, 594.** — enthält die Verurteilung zur Abgabe e. vertragmäßigen W. oder zur Verbiefung e. Vertrags auch eine Bindung d. Klägers **6 923.** — Verurteilung z. Zustimmung zu einer Nachlassauseinanderlegung **6 923.** — Urteil auf Bewilligung d. Eintragung e. Grunddienstbarkeit; Annahme d. Wortlauts des Eintrags in den Urteilsstenor? **6 923;** (vgl. **5 886).** — Vollstreckung eines Urteils, das den Beklagten zur Abgabe e. Erklärung vor e. französischen Behörde verurteilt **6 923.** — Erzwingung e. Eintragung ins Grundbuch **3 2, 589.** — Vollstreckungsklausel bei Urteilen auf N. e. W. **1 3, 307;** bei Wahlrecht d. Schuldners zwischen 2 Erklärungen **3 2, 593;** bei von einer Gegenseitigung bedingten W. **4 728;** bei dem Gläubiger auferlegter Sicheheitsleistung **4 759.** — Zwang gegen den Schuldner in den Fällen der §§ 894 ff.

1 3, 307. — Eigentumserwerb in den Fällen der §§ 894 ff.; bona fides des Gläubigers **1 3, 306, 307.** — Selbsthilfe **1 3, 307, 308.**

Zweck im Rechte 7 1 ff. 8.

Zweckerreichung. — als Erlösungsgrund einer Obligation **3 1, 174; 4 131; 5 150; 6 130.**

Zwecksetzung. — Begriff **5 28, 74.**

Zweckverband. — ohne Rechtsfähigkeit; rechtliche Stellung **5 11.** — Erwerbsbeschränkungen für Zweckverbände (§§ 128 ff. LandgemD.) in Preußen **3 1, 14.**

Zweckvermögen vgl. juristische Person. — Begriffliches **7 1 ff., 8 f.**

Zweigniederlassung s. auch die einzelnen Gesellschaften, GmbH.

Begriff. — Z. am Ort der Hauptniederlassung? **2 2, 15; 6 603.** — dauernder Geschäftsbetrieb **2 2, 15.** — Selbständigkeit bei Geschäftsabchlüssen **2 2, 15; 6 602.** — bloße Ausführung von Vorbereitungs-, Vermittlungs- und Ausführungsgeschäften (bloßer Verkauf der von der Hauptniederlassung zur Verfügung gestellten Waren) **2 2, 15; 3 2, 6; 6 602.** — Bilanzierung, **7 642.** — gesonderte Buchführung **2 2, 15.** — intern gesondertes Geschäftsvermögen **2 2, 15; 6 602, 603.** — Z. eines Minor Kaufmanns? **6 603.** — Z. im Gerichtsbezirk der Hauptniederlassung **6 603.**

Handelsregister-Einträge (vgl. Handelsregister). — Eintragung einer Z. trotz Nichtbestehens **2 2, 12.** — Pflicht des Registrars der Z., die Zulässigkeit der Einträge zu prüfen trotz geschehenen Eintrags beim Gericht der Hauptniederlassung **2 2, 15; 3 2, 6, 238; 4 558, 607; 5 639** (Kapitalserhöhung, Procura für die Z. ebenso **5 1015); 6 603, 604.** — Recht des Registrars der Z. auf Anregung der Löschung eines Eintrags im Register der Hauptniederlassung **2 2, 15).** — Eintragung beim Gericht der Z. nicht abhängig vom Eintrag der Z. beim Gericht der Hauptniederlassung **2 2, 15, 16; 3 2, 236; 6 604.** — Mitteilung des beim Gericht der Z. erfolgten Eintrages an das Gericht der Hauptniederlassung **2 2, 16.** — inwieweit ist Eintrag beim Gericht der Hauptniederlassung Voraussetzung für den Eintrag am Gericht der Z.? **2 2, 16** (Bestellung eines Prokuristen für die Z., Errichtung, Aufhebung der Z.). — Anmeldung der Z. einer offenen Handelsgesellschaft **2 2, 82.** — Anmeldung der Z. einer Kommanditgesellschaft **2 2, 102.** — Anmeldung von Änderungen der Personen des Aufsichtsrats einer A.-G. beim Register der Z. **4 558, 559.** — konstitutive Wirkung der Eintragung **6 603.** — Form der Anmeldungen **2 2, 15.** — Pflicht zur Anmeldung **2 2, 16.**

(Zweigniederlassung)

Firma der Zweigniederlassung s. Firma. — Identität mit Hauptniederlage nötig? 2 2, 16; 3 2, 8; 5 639, 640. — Umfang einer zulässigen Abweichung 2 2, 16; bei 3. einer Aktiengesellschaft s. unten Einzelfälle. — Fortführen der Firma bei Weiterveräußerung der 3. 2 2, 16, 27, 28. — Veräußerung eines Zweiggeschäftes mit einer abgeleiteten Firma 2 2, 27; 6 609. — deutlicher Unterschied von Firmen an gleichem Orte (§ 30 Abs. 3 HGB.) 2 2, 36; 6 612.

Zweigniederlassung einer Aktiengesellschaft s. diese. — besonderer Vorstand? 2 2, 16, 120. — Firma der 3. 2 2, 16 (Zusatz: Akt.-Ges., oder Filiale der A. N., andere Zusätze); 5 639 (Zusatz der Firma eines hinzu erworbenen Geschäftes), 640, 644, 669. — Hypothekbestellung für eine 3. einer A.-G. 2 2, 16. — Abhängigkeit des Eintrages von einer die Procura betreffenden Eintragung? 2 2, 16, 120. — Anmeldung der inländischen 3. einer ausländischen A.-G., Anmeldepflichtige 6 603.

Einzelfälle. — Sägewerk 2 2, 16. — Eisenbahnstationen 2 2, 17. — Generalagenturen 2 2, 17. — Stelle, an der eine Gasanstalt außerhalb ihres Sitzes Gas aus seitens der Zentrale gelieferten Rohstoffen herstellen und abgeben läßt 2 2, 17. — Generalagentur eines Versicherungsunternehmens? 4 558; 5 1087. — Kommissionslager 6 603. — mit einem Handelsgewerbe verbundene Fabrik als 3. des Handelsgewerbes? 6 603.

Ausland: — in der Schweiz befindliche 3. einer deutschen GmbH. 2 2, 17. — ist für eine in Österreich befindliche 3. einer deutschen offenen H.G. ein Prokurist nötig? 4 581.

Einzelne Verhältnisse der Zweigniederlassung. — 3. im Grundbuchverkehr 2 2, 21; 3 2, 8, 43, 44; 4 589; 5 639, 640 (s. Hypothekeneintragung). — Procura der 3. 2 2, 43, 44 (s. Procura). — Einfluß von Rechtsveränderungen der Hauptniederlassung auch ohne Registereintrag auf die 3. 2 2, 15. — eingegangene Pflicht des Inhabers einer Filiale, dieselbe unter eigener Firma selbständig weiter zu treiben, bei Unterlassung der Anmeldung 2 2, 16. — Prozeßfähigkeit der 3. einer offenen Handelsgesellschaft 2 2, 87. — Vollstreckung des gegen die 3. ergangenen Urteils gegen die off. H.-G. 2 2, 87. — Einwand des beklagten Inhabers einer 3., daß von ihr aus keine Geschäfte geschlossen wurden 2 2, 18. — Verjährung der Auflösung einer 3. einer off. H.-G. 2 2, 101. — Pertinenz oder Zubehörerschaft

zwischen Haupt- und 3.? 6 603. — Wirkung eines Urteils nach § 894 B.P.D., daß einen Beschluß mehrerer Gesellschaften betreffs Lösung der Filiale gegenüber einem Gesellschafter perfiziert 6 603.

Zwischenstreit s. Zwischenurteil. — Streit über die Berechtigung oder Verpflichtung zur Übernahme des Rechtsstreites nach §§ 265 f. B.P.D.; 3.? 4 691. — Streit über Aufnahme des Verfahrens? 4 687. — Streit über Eideszuschiedung 4 697. — Fälle der §§ 71, 135, 387 B.P.D. 4 696. — Fälle der §§ 102, 380, 390, 409 B.P.D.? 4 696. — Streit über Anrecht, einstweilige Verfügung, Beweisicherung? 4 697. — Streit über Zeugnisverweigerungsrecht s. Zeugen.

Zwischenverfügung s. Eintragungen ins Grundbuch.

Zwischenurteil. — Abänderung der Begründung in Endurteil? 4 700. — bedingtes Zwischenurteil: 3. für den Fall der Eidesverweigerung, Endurteil bei Eidesleistung 6 820 (s. bedingtes Endurteil). — Bindung des Gerichts an ein Zwischenurteil, wenn sich vor Erlaß des Endurteils herausstellt, daß das 3. der Restitutions- oder Nichtigkeitsklage unterliegt? 7 806.

Über ein einzelnes selbständiges Angriffs- oder Verteidigungsmittel s. selbständiges Verteidigungsmittel. — Begriff d. selbständigen A- oder W.-mittels 1 3, 136; 4 708. — Pflicht des Ehemannes zur Duldung der Zwangsvollstreckung 1 3, 134. — Erklärung einer von mehreren Gegenforderungen als unbegründet 1 3, 135. — bei mehrfacher Klagebegründung eines Anspruchs: Abweisung der einen Begründung als unzulässige Klageänderung 1 3, 135. — Nichtentscheiden über den prinzipialen, Entscheid über den eventuellen Antrag 5 800; 6 815, 816. — bei Aufrechnungseinrede 1 3, 136; 5 799. — 3. über den Grund e. aufrechnungsweise geltend gemachten Gegenforderung 6 815. — 3. über den Grund eines Einwandes 3 2, 458. — Bestreiten der Passivlegitimation? 3 2, 423. — über Echtheit einer Urkunde 7 799. — Urteil über den Einwand der rechtskräftig entschiedenen Sache 3 2, 457. — 3., das e. Schadensanspruch, vorbehaltlich der Entscheidung der Frage, ob u. inwieweit ein Schaden entstanden ist, für begründet erklärt 7 800. — 3. über einen Anspruch vorbehaltlich der Entscheidung über die Verjährungseinrede 3 2, 457. — Zulässigkeit der Eideszuschiedung? 4 697. — 3. über die Berechtigung eines Klagegrundes bei Klage u. Widerklage auf Entscheidung 7 800 (vgl. Ehefachen). — prozessuale selbständige Angriffs- od. Verteidigungsmittel

(unrichtige Zustellung der Klage, des Rechtsmittellases, Verzicht auf Rechtsmittel usw.) 4 697. — Tenor des 3. 5 800. — bedingtes 3., Abweisung bei Eidesleistung, Zurückweisung des Einwands bei Eidesverweigerung 3 2, 457. — Verhältnis zu 3. nach § 304 (3. nach § 303 und § 304) 5 800; 6 815; 7 800. — selbständige Anfechtbarkeit, wenn das Angriffsmittel nicht zur Entscheidung reif war? 5 800. — Anfechtung des 3. 4 697. — Einfluß der Anfechtung bez. Eindrucks 6 815. — 3. nach § 303 ZPO. in der Form einer Feststellung 6 816. — Klage e. wegen angeblicher Pflichtwidrigkeit entlassenen Handlungsgehilfen auf Gehaltszahlung: 3. daß der Beklagte zur sofortigen Entlassung nicht berechtigt war? 7 800.

Über einen Zwischenstreit i. Zwischenstreit. — Änderung einer Eidesnorm 1 3, 136. — über den Aufnahmestreit mit dem Konkursverwalter 3 2, 457. — Zwischenstreit, Begriff, Fälle nach §§ 71, 135, 387 ZPO. 4 696; auch nach §§ 102, 380, 390, 409 ZPO.? 4 697; Streit über Arrest, Beweissicherung, einstweilige Verfügung? 4 697; Streit über Zulässigkeit der Eideszuschreibung 4 697. — Verjährungsgegenstand im Zwischenstreit mit Dritten? 4 697. — bedingtes 3. im Zwischenstreit mit Dritten? 4 697. — Urteil auf Aufnahme des Verfahrens seitens des Konkursverwalters u. Aufrechterhalten des ergangenen Urteils 5 800.

Über den Grund d. Anspruchs (§ 304 ZPO.) vgl. Verurteilung, Gastpflicht, Änderungsklage, unerlaubte Handlung § 843 f. BGB. — Kritik der bisherigen Anwendung des § 304 ZPO. 6 816; 7 804. — Unterschied von dem 3. nach § 303 ZPO. 3 2, 459. — unter §§ 303 und 304 ZPO. fallendes 3. 5 800. — 3. nach § 304 nur möglich, wenn der mit dem Klageantrag geltend gemachte Anspruch für begründet erklärt wird 6 816. — 3., dessen Begründung es zweifelhaft läßt, ob § 303 oder § 304 ZPO. vorliegt 6 853. — fälschlich unter § 303 statt § 304 subnumeriertes Urteil (f. Urteil) 7 803, 804. — Trennbarkeit des Streitstoffes nach Grund u. Betrag 3 2, 498. — Voraussetzung, daß Kläger einen bestimmten Betrag verlangt; 3., daß, s o w e i t ein Schaden entstanden, Beklagter ersatzpflichtig? 1 3, 137, 138; 4 75; 5 801; 6 795, 816 (3). — „Betrag“ gewisse Menge generisch gleichwertiger Sachen 1 3, 137; 4 697; 6 816, 820. — Klage auf Schadenersatz ohne Summenangabe 3 2, 458, 459 (vgl. Feststellungsklage): 4 698 (2); 6 816, 7 800, 801. — Klage auf Ersatz des entstandenen oder noch entstehenden Schadens, aber mindestens 5000 M. 5 801. — Klage auf Zahlung eines bestimmten Betrags als des entstandenen

Schadens u. Ersatz alles weiteren noch nicht ziffernmäßig feststehenden Schadens 6 801, 816. — 3. bei Feststellungsklagen? 5 801; 6 816 (4); 7 801. — Erhebung einer Feststellungsklage, verbunden mit einer Leistungsklage auf einen nicht bestrittenen Betrag 4 698. — Klage auf Zahlung e. durch Sachverständige festzustellenden Rente, 3.? 5 801, 802; 6 816, 817 (Zahlung einer in das richterliche Ermessen gestellten Rente?). — Klage auf Ersatz allen Schadens 5 801. — absolute Gewißheit, daß ein Schaden entstanden ist, Voraussetzung? 5 801; 6 817 (2); 7 801. — 3., wenn nur sehr wahrscheinlich, daß der durch den Tod des Mannes u. Vaters verursachte Schaden höher ist als die dadurch veranlaßten Vorteile? 6 817 (2). — nicht bezifferter Anspruch auf Ersatz e. Schadens, für dessen Höhe eine noch nicht feststehende Quote in einem schwebenden Konkurs maßgebend ist 7 800. — 3., das den Schadenersatzanspruch vorbehaltlich der Frage, ob u. inwieweit ein Schaden entstanden ist, für begründet erklärt? 7 800. — Klage auf Zurücknahme der Kaufsache u. Zurückzahlung des streitigen Kaufpreises 3 2, 457, 458; 7 800. — Klage auf Auflassung gegen Zahlung u. auf Schadenersatz wegen verspäteter Erfüllung 4 698. — bei Klagen e. noch nicht erwerbsfähigen Kindes nach § 843 BGB. 3. nicht möglich, weil nur Feststellungsklage 5 802. — Möglichkeit der verschiedenen Bemessung des Betrags bei mehreren Klagegründen 1 3, 137. — kein 3., wenn der dem Kläger an sich zukommende Betrag durch Abzüge des Beklagten aufgebraucht wird 6 817. — 3. unter der Begründung, daß ein etwaiger anderweiter Erwerb des Dienstpflichtigen die volle Höhe des eingeklagten Dienstlohnes nicht erreiche? 6 817. — bei Pflichtteilsansprüchen 7 800. — „streitiger Betrag“, wenn der unbestrittenen Klageforderung eine bestrittene Gegenforderung gegenübersteht 7 800. — 3. über den Grund einer d. Klageforderung übersteigenden, bez. des Überschusses durch Widerklage geltend gemachten Gegenforderung 1 3, 136, 137, 138; 3 2, 498, 499; 5 801; 6 817, 818; 7 802, 841. — kein 3. bei dem Anspruch auf d. Einwilligung in die Wandelung 7 800. — 3. über den Grund e. durch Einrede (Aufrechnung) erhobenen Anspruchs 3 2, 497; 5 800, 801; 6 818; 7 802. — 3. über den Grund der Aufrechnungsforderung im Nachverfahren über ein Vorbehaltsurteil nach § 302 ZPO. 3 2, 458. — 3. bei der Duldungsklage gegen den Ehemann (§ 739 ZPO.) 7 800. — Vorbehaltsurteil nach § 302 ZPO. zugleich als 3. nach § 304 ZPO.; 3. über den Grund unter Vorbehalt der Entscheidung über die Aufrechnung? 3 2, 457, 458, 499. — bei

(Zwischenurteil)

Klage auf Beseitigung e. Neubaus wegen Verletzung e. Fensterrechts? 7 800. — Z. über den Grund unter Vorbehalt von Verteidigungsmitteln (§ 540 ZPO.)? 3 2, 499. — Z. bei Anspruch des Klägers, daß Beklagter ihn von bestimmten bezifferten Schuldverbindlichkeiten befreie; Befreiung durch Zahlung, Aufrechnung 7 800. — Vorabentscheidung bei Klage auf Erhöhung d. im Verwaltungsverfahren festgestellten Enteignungsschädigung? 7 800. — Teilurteil in Verbindung mit Z. über den Grund des Restanspruchs 5 799; 6 821 (teilweise Klageabweisung u. Z. über den Rest). — Z. 3 2, 499; 6 821; 7 802. — Urteil, das einen vom Kläger zur Verteidigung gegen e. Aufrechnungsforderung des Beklagten erhobenen Schadensanspruch dem Grunde nach für berechtigt erklärt 4 697. — Z. über den Grund in 2. Instanz unter Zurückverweisung; Kostenentscheidung 1 3, 138; (vgl. 6 817). — Grund des Anspruchs bei e. laufenden Rechnung (unechten Kontoforenen) 7 800. — einzelne Posten einer Klagerrechnung, teilbare Betragsansprüche, Eventualanprüche, Wahlansprüche, mehrere Ansprüche in einer Klage 3 2, 497, 498; 5 802; 7 802. — Streit, ob die durch Vergleich vom Beklagten übernommenen Kosten des Vorprozesses in diesem oder mit gegenwärtiger Klage verfolgt werden können 1 3, 137. — Beschränkung des Anspruchs im Z., wenn feststeht, daß die Folgen des Unfalls bald beseitigt u. der jetzige Zustand des Klägers auf anderen Ursachen beruht 6 818. — Z. nur zulässig, wenn nichts streitig bleibt als der Betrag 6 818; 7 801. — kein Z., wenn die Auslegung des strittigen Vertrags die Vereinbarung eines bestimmten Preises ergibt 6 820, 821. — Pflicht des Berufungsgerichts, über den Grund zu entscheiden, wenn es gegenüber der vom Erstrichter wegen unzulässiger Klageänderung ausgesprochenen Klageabweisung eine Klageänderung verneint 7 834. — Berufung gegen ein Grundurteil trotz inzwischen eingetretener Rechtskraft des erstinstanzlichen Urteils über den Betrag 7 829. — Erlaß e. Z. in 2. Instanz, wenn erst in dieser der Kläger einen bestimmt bezifferten Klageantrag stellte 7 801. — Erlaß e. Z. bei Anerkennung dem Grunde nach 7 804. — Reise zur Entscheidung über den Betrag schießt Z. aus; Möglichkeit der sofortigen Schadensfeststellung nach § 287 ZPO. 7 803. — kein Hinausgehen des Z. über die durch den Klageantrag gegebene Begrenzung 6 820. — keine Z. für den immateriellen Schaden 6 820. — kein Z. bei einer nicht auf Leistung von Geld oder vertretbaren Sachen gerichteten Klage

6 820 (s. oben). — Fassung des Tenors 3 2, 459; 4 697; 6 820; 7 801. — Begrenzung des Grundes im Urteilsjah 3 2, 458, 499 (vgl. 1 3, 138). — Kostenentscheidung im Z. 1 3, 44, 47, 138; 3 2, 499; 6 768. — Beobachtung des § 308 ZPO. bei Zwischenurteilen 4 698. — bedingtes Z. als Z. für den Fall der Eidesweigerung, als Endurteil bei Eidesleistung 6 820. — Anfechtung eines unzulässigerweise nach § 304 ZPO. erlassenen Z. 1 3, 137; 5 801, 803 (2). (vgl. Urteil). — Anfechtung des Z., wenn der Richter nach § 303 urteilen wollte, aber Urteil nach § 304 erließ 3 2, 457; 5 801. (vgl. Urteil). — Rechtskraft des nicht angefochtenen Teiles e. Urteils, wenn über den angefochtenen Teil das Berufungsgericht Z. nach § 304 erlassen hat 3 2, 459, 497. — exceptio rei iudicatae aus dem Z. 3 2, 499; 5 802, 803 (Möglichkeit, in neuer Klage e. Mehrforderung zu erheben, Beschränkung neuer Mehrforderungen, wenn das Z. den Anspruch nur zu einer Quote für berechtigt erklärt hat). — Erhebung des Kompetenzkonflikts (Zuständigkeit der Verwaltung) nach Erlaß des Z. 6 820. — Recht des Klägers, bei Berufung d. Beklagten gegen das Z. durch Anschlußberufung seine Anträge nach §§ 268, 529 ZPO. zu erweitern 6 820. — kann der Berufungsrichter dem Erstrichter Vorschriften über Vorbehalt geben, die er bei künftiger Verurteilung des Beklagten zu machen hat; Feststellung des Klageanspruchs auf Schadensersatz im Berufungsurteil mit der Beschränkung, daß der Beklagte sich durch nachträgliche Beschaffung der Sachen befreien kann 6 821. — Ergänzung des Urteils nach § 321 ZPO., wenn im Z. ein Anspruch übergangen ist? 7 807.

Was gehört zum Grunde des Anspruchs? — Frage des konkurrierenden Verschuldens des Verletzten 1 3, 137; 3 2, 458; 4 698; 5 801; 6 818; 7 111, 803 (4). — Bemessung der Quoten bei mehreren Beklagten 1 3, 137. — Zurückbehaltungsrecht 7 126. — Aufrechnung, Zahlung 1 3, 137, 138; 3 2, 458 (2), 498, 499; 4 698; 5 802; 6 817. — ob die Klageforderung dem Kläger oder einem anderen zusteht 5 802 (2); 7 801. — Übergang des Anspruchs auf e. Veruzgenossenschaft oder eine Klasse 4 698; 5 802; 6 820; 7 801. — Vorbehalt nach § 780 ZPO. (beschränkte Erbenhaftung) 5 802, 857 (vgl. Zwangsvollstreckung). — Vorbehalt der beschränkten Haftung d. Schiffers nach § 4 BinnenSchG. 2 2, 271. — Vorteilsausgleichung 5 801; 7 803. — ob Rente oder Kapitalabfindung nach §§ 843, 844 BGB. oder HaftPfW. 5 802, 1036; 6 819; 7 105, 801. — Genehmigung zur Klage

erhebung der Ehefrau 5 802. — Urteil über den Grund bei mehreren Klagegründen 4 697, 698. — vollständige Entscheidung über den ganzen Klagegrund und allen darauf bezüglichen Einreden; Zwischenurteil, solange der Betrag der möglicherweise die Klageforderung übersteigenden Aufrechnungsforderung nicht feststeht? 1 3, 137, 138; 3 2, 458 (2), 498, 499; 4 698. — Erwägungen über die Grundlagen der Schadensberechnung und der Möglichkeit seiner Ausgleichung durch eingetretene Vorteile 5 801; 7 803. — Anrechnung (z. B. des vom Klagenen Dienstpflichtigen anderweit bezogenen Lohnes) oder anderer Abzüge 3 1, 255; 6 817 (2). — bei Verlangen e. Rente nach §§ 843, 844 BGB. soweit möglich Festsetzung des Zeitraums? 5 802, 803; 6 342, 818, 819, 859, 1071 7 383, 802. (vgl. unerlaubte Handlung). — Überweisung der zeitlichen Beschränkung der Rente in das Nachverfahren auf Grund Parteivereinbarung? 6 818. — Überweisung der zeitlichen Begrenzung der Rente in das Nachverfahren bei Verlangen der Rente auf so lange, als der Kläger ohne den Unfall seinem Erwerb hätte nachgehen können 6 818. — Überlassung der Frage, ob in absehbarer Zeit eine Besserung zu erwarten, an das Nachverfahren? 6 818; 7 802. — Annahme e. bestimmten Lebensjahres als Höchstgrenze für den Rentenanspruch auf Grund allgemeiner Erfahrung ohne Be-

weisaufnahme im Verfahren über den Grund 6 819. — Entscheidung der Frage, ob der Getötete vermutlich so lange gelebt haben würde, als die Klage behauptet, im Urteil über den Grund 6 819. — Entscheidung der Frage, inwieweit e. krankhafte Veranlagung auch ohne den Unfall den Kläger erwerbsunfähig gemacht haben würde, im Urteil über den Grund 6 819, 820. — bei Streit über den Inhalt e. Vertrags Feststellung d. ganzen Vertragsinhalts, auch der Preisabrede, zum Verfahren über den G. gehörig 6 820. — Klage auf Ersatz d. wegen Erwerbsunfähigkeit bis jetzt entgangenen Verdienstes u. von da ab auf Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit 7 802, 803.

Verfahren über den Betrag. — Beachtung von Tatsachen bez. der Entstehung u. Begrenzung d. Anspruchs 1 3, 138. — wiederholte Prüfung der Entschädigungspflicht 3 2, 458; (vgl. 5 808). — rechtskräftiges Urteil über den Betrag, wenn das Urteil über den Grund aufgehoben wird 5 803 (vgl. analog bei den prozeßhindernden Einreden). — Erteilung d. Vollstreckungsklausel für das Urteil über den Betrag vor Rechtskraft des 3. 3 2, 458. — Erweiterung d. Anspruchs in dem Nachverfahren 7 803. — Möglichkeit gänzlicher Klageabweisung? 7 803.

Zwischenzinsen s. Zinsen. — Abzug unter Kaufleuten 7 122.



Verlag von Franz Vahlen in Berlin
W 9, Linkestraße 16.

Handausgabe
des
Bürgerlichen Gesetzbuchs

für das Deutsche Reich

unter Berücksichtigung der sonstigen Reichsgesetze und der
Gesetzgebungen aller Bundesstaaten insbesondere Preußens
für Studium und Praxis

bearbeitet von

Dr. Hugo Neumann,

Zustizrat, Rechtsanwalt am Kammergericht und Notar.

==== Fünfte, vermehrte und verbesserte Auflage. ====

1909. 3 Bände. 159 Druckbogen. Geh. 35 M. Geb. in Halbfranz 42 M.

Jahrbuch des Deutschen Rechtes.

Unter Mitwirkung zahlreicher und namhafter Juristen
in Verbindung mit

Dr. A. Brückmann,
Rechtsanwalt am Kammergericht,

und

Dr. Th. Olshausen,
Landrichter in Potsdam,

herausgegeben von

Dr. Hugo Neumann,

Zustizrat, Rechtsanwalt am Kammergericht und Notar.

7. Jahrgang (die Zeit bis Anfang 1909 umfassend).

1909. Geheftet 22 M. Gebunden 25 M.

1. bis 6. Jahrgang. Geheftet 126 M. Gebunden 150 M.

Reichsgesetz über die
Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung

vom 24. März 1897 (Fassung vom 20. Mai 1898)

nebst dem Einführungs-gesetz und den für Preußen ergangenen
Ausführungs- und Kostenbestimmungen.

Mit Kommentar in Anmerkungen
von

Dr. Paul Jaekel,

Reichsgerichtsrat.

Dritte Auflage, bearbeitet und herausgegeben
von

Georg Gütke, Kammergerichtsrat.

1909. Geheftet 19 M. Gebunden 21,50 M.